Das
politisch-soziale Milieu in Südoldenburg
von 1803 bis 1936

von

Hubert Gelhaus

Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
2001

Verlag / Druck / Vertrieb: Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) – Verlag –
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0770-X

Zur Homepage der Publikation

Das
politisch-soziale Milieu in Südoldenburg
von 1803 bis 1936

von

Hubert Gelhaus

„Keine Realität ist wesentlicher für unsere Selbstvergewisserung als die Geschichte. [...]

Unsere Muße können wir nicht besser verwenden, als mit den Herrlichkeiten der Vergangenheit vertraut zu werden und zu bleiben und das Unheil zu sehen, in dem alles zugrunde ging. Was wir gegenwärtig erfahren, verstehen wir besser im Spiegel der Geschichte. [...]

Alles Wirkliche im Menschen ist geschichtlich."

(Karl Jaspers, Einführung in die Philosophie)[1]

[1] JASPERS, Lesebuch, S. 88, 178 (Aus: Einführung in die Philosophie 1949, Der philosophische Glaube 1948).

Vorwort

Diese Veröffentlichung über die neuere Geschichte Südoldenburgs habe ich im April 1999 dem Fachbereich 3 (Sozialwissenschaften) der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg als Dissertation vorgelegt. Für die Drucklegung wurde sie überarbeitet und geringfügig aktualisiert. Ergänzt wurde die Dissertation um das Kapitel "Erster Weltkrieg", um möglichst eine vollständige Kontinuität in der historischen Darstellung zu erzielen.

Mein Dank gilt Prof. Wolfgang Günther von der Universität Oldenburg, der die Arbeit im Anfangsstadium begleitete und förderte. Besonders herzlich danken möchte ich meinem Doktorvater Prof. Klaus Saul, der mir hilfreiche Anregungen gab, meine Manuskripte unermüdlich korrigierte und mich auf wichtige Fachliteratur aufmerksam machte. Auch meinem Zweitgutachter, Prof. Bernd Mütter, danke ich für seine Mühe und besonders für sein persönliches Interesse, das er meiner Arbeit widmete.

Eine besondere Aufgabe kam meinen Lektoren zu, meinem Schwager Martin Fülle, meinem ehemaligen Kollegen Paul Beckmann und vor allem meinem guten Freund Paul Willenborg, der die Arbeit kritisch begleitete. Die letzte Durchsicht besorgte Michael Hirschfeld. Für ihre uneigennützige Mühe danke ich ihnen allen ganz besonders.

Eine wissenschaftliche Arbeit im Fach Geschichte ist ohne die Beschaffung von Materialien und Quellen nicht denkbar. Deshalb danke ich dem Staatsarchiv in Oldenburg, der Münsterländischen Tageszeitung in Cloppenburg und der Oldenburgischen Volkszeitung in Vechta für die Öffnung ihrer Archive. Mein persönlicher Dank gilt Willi Baumann und Peter Sieve vom Offizialatsarchiv in Vechta, die mir stets mit Rat und Tat zur Verfügung standen.

Ohne die Bewältigung der technischen Probleme durch einen kompetenten Fachmann wäre eine solche Veröffentlichung nicht realisierbar. Deshalb danke ich ganz besonders Franz-Josef Bohlke, der diese Aufgabe perfekt erfüllte. Ich danke Heinz Strickmann für das Bildmaterial, das er für die Veröffentlichung zur Verfügung stellte, und meinem ehemaligen Kollegen Wilfried Körtzinger danke ich für die Gestaltung der Titelseiten.

Meine Schule, das ‘gute alte’ CAG, und ihre reichhaltige Bibliothek leisteten mir bei der Besorgung von Fachliteratur und Quellen gute Dienste. Auch ihr danke ich dafür.

Mein ganz persönlicher Dank gilt natürlich meiner Familie, allen voran meiner Frau Martha, die gegenüber dem Verfasser die notwendige Geduld aufbrachte, damit dieser sein ‘Buch’ vollenden konnte. Ihr ist diese Arbeit gewidmet. Mein Dank gilt auch meinen Geschwistern, Verwandten, vielen Freunden und guten Bekannten, die mich moralisch unterstützten und ungeduldig auf die ‘Vollendung’ warteten.

Cloppenburg, im Juni 2001 Hubert Gelhaus

1. Band:

Die Zeit von 1803 bis 1918

Inhaltsverzeichnis Seite

1. Band: Die Zeit von 1803 bis 1918

0.1.	Zur Forschungs- und Quellenlage und zur historischen Perspektive der Dissertation	3
0.2.	Die historische Leitbildfunktion des christlichen ORDO-Ideals in der Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg	24
1.	**Die historische Bedeutung des Jahres 1803**	**31**
1.1.	Das Niederstift Münster	31
1.2.	Die Säkularisation der Ämter Vechta und Cloppenburg	36
1.3.	Das Patent vom 30. Juni 1803	40
1.4.	Das Vorläufige Normativ vom 2. August 1803	49
1.5.	Die Konvention von Oliva (1830)	53
1.6.	Schulpolitische Kontinuitäten	60
2.	**Die Revolution von 1848**	**70**
2.1.	Die Märzbewegung in Oldenburg	70
2.2.	Die "Versammlung der Vierunddreißig" (34er-Versammlung)	78
2.3.	Die Beratungen des Staatsgrundgesetzes	85
2.4.	Die Revision des liberalen Kirchen- und Schulstatuts	91
2.5.	Landgemeindereform und Schulgesetzgebung	100
3.	**Staat und katholische Kirche in der Zeit des Oldenburger Kirchenstreites (1854 bis 1871)**	**109**
3.1.	Der Streit um die Wiederbesetzung des Bischöflichen Offizialats (1852)	109
3.2.	Politische Fronten im Oldenburger Kirchenstreit	113
3.3.	Aufbau des katholischen Krankenhauswesens in Südoldenburg	118
4.	**Die Struktur des katholischen Milieus in Südoldenburg vor der deutschen Reichsgründung (1871)**	**122**
4.1.	Das katholische Vereinswesen	122
4.2.	Die katholische Presse	138
4.3.	Katholische Glaubens- und Sittenlehre	144

5. Die politische und soziale Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914 160
5.1. Die Entscheidungen von 1866 und 1870/71 160
5.2. Das Zentrum im dritten oldenburgischen Reichstagswahlkreis 167
5.3. Die Kulturkampferfahrung 174
5.4. Katholischer Ultramontanismus und politisch-soziale Milieubildung 182
5.5. Der Ausbau des katholischen höheren Schulwesens 189
5.6. Ludwig Windthorst und die Gründung des "Volksvereins" (1890) 194
5.7. Wahlversammlungen mit dem "Volksverein" in Südoldenburg 205
5.8. Die Erweiterung des katholischen Vereinswesens 212
5.8.1. Die Enzyklika "Rerum novarum" Leos XIII. (1891) 214
5.8.2. Katholische Arbeitervereine 220
5.8.3. Katholische Gesellenvereine 230
5.8.4. Katholischer Lehrerverein 235
5.8.5. Katholischer Lehrerinnenverein 240
5.9. Die Entwicklung der Zentrumspresse 242
5.10. Krisen im politischen Katholizismus der Vorkriegszeit: Zentrumsstreit, Gewerksschaftsstreit, Modernismusstreit 245
5.11. Soziale Normen, abweichendes Verhalten und seelische Konflikte 253
5.12. Das Zentrum in der oldenburgischen Landespolitik 271
5.13. Bürgerlicher Vereinsnationalismus vor dem Ersten Weltkrieg 281

6. Zur Geschichte der Landwirtschaft Südoldenburgs im 19. Jahrhundert 288
6.1. Das ökonomische Nord-Südgefälle in der oldenburgischen Landwirtschaft 288
6.2. Eigenbehörigkeit und "Bauernbefreiung" in Südoldenburg 294
6.3. Die soziale Lage der "geringen Classe" 301
6.4. Der Modernisierungsrückstand in der vorindustriellen Agrarverfassung Südoldenburgs 307
6.5. Der Eisenbahnbau 322
6.6. Die erste agrarökonomische Revolution 328

7. Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 346
7.1. Einleitung 346
7.2. Das katholische Milieu Südoldenburgs in der nationalen Front 360
7.2.1. Kriegsbegeisterung und Kriegsalltag 360
7.2.2. Die Gründung von Jugendwehren 367
7.2.3. Die Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg 371
7.2.4. Die Wiederbelebung der Wallfahrtstradition in Bethen 381
7.2.5. Die Erinnerung an den Krieg 386

7.3. Die Lage der Landwirtschaft in Südoldenburg 388
7.4. Die politische Lage in Oldenburg 398
7.4.1. Der Landtag zu Fragen der Kriegsbewirtschaftung 398
7.4.2. Der fortdauernde konfessionelle Dissens 403
7.4.3. Die Krise des oldenburgischen Konstitutionalismus 408
7.4.4. Kult des Monarchischen und Ideologisierung des Krieges 411

7.5. Die Haltung der katholischen Kirche im Ersten Weltkrieg 415
7.5.1. Papst Benedikt XV. 415
7.5.2. Die Einstellung des deutschen Episkopats zum Krieg 417

7.6. Die Krise des Zentrums 426
7.6.1. Die "Aktion Erzbergers" 426
7.6.2. Der Erzberger-Kurs in der Kritik 433
7.6.3. Politisches Junktim: Wahlrecht und "Sicherungsartikel" 445
7.6.4. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen und der Wettlauf gegen die Revolution 447

2. Band:
Die Gründung und die Grundlagen der Weimarer Republik von 1918 bis 1928

1.	**Vom Großherzogtum zum Freistaat Oldenburg: zwischen politischer Kontinuität und historischer Diskontinuität**	**1**
1.1.	Einleitung	1
1.2.	Die "importierte Revolution" in Oldenburg	9
1.2.1.	Kontinuität im politischen Systemwechsel: "Die bisherigen Staatseinrichtungen bleiben bestehen."	19
1.2.2.	Das Ende der politischen Rätebewegung im Freistaat Oldenburg: "Haben die Arbeiterräte als Klassenvertretung der Arbeiterschaft [...] ihre Berechtigung verloren."	26
1.3.	Die importierte Rätebewegung in Südoldenburg	29
1.3.1.	Das politische Scheitern der Rätebewegung: "Der kirchliche Einfluss dort ist natürlich sehr stark."	38
1.3.2.	Die Bildung von Einwohner- und Volkswehren: "Um für den Fall innerer Unruhen sogleich eingesetzt werden zu können."	46
1.3.3.	Die Entstehung der konservativen Gegenrevolution: "Ein rücksichtsloses Eingreifen unbedingt erforderlich"	52
1.4.	Die Stellung des oldenburgischen Zentrums in der Revolution von 1918/19	56
1.4.1.	Politische Vergangenheitsbewältigung: "Usurpierte Macht erträgt das neue befreite Deutschland nicht."	61
1.4.2.	Demokratische Kehrtwende: "An dem Zentrum soll es nicht fehlen."	64
1.4.3.	Katholische Neigung zu korporativen Führungssystemen: "Demokratie wird an sich nicht ohne weiteres verbürgt durch den Parlamentarismus."	67

1.5. Die Politische Mobilisierung des Landvolks 77
1.5.1. Spaltung des oldenburgischen Landvolks: "Im Süden Oldenburgs [...] wird der Zusammenschluß gesondert für sich gemacht." 83
1.5.2. Sozialpolitisches Konfliktpotential: "Eine Heuer erhöhen, weil der Heuermann etwas mehr verdient, ist eine Dummheit." 90

2. Die Stellung des Zentrums in der Gründungsgeschichte des Freistaates Oldenburg (1918/19) 97
2.1. Einleitung 97
2.2. Die Reorganisation der Deutschen Zentrumspartei (DZP) 100
2.2.1. Die Wiederherstellung der alten Kulturkampf-Formation: "Jetzt kommt der Kulturkampf von noch schlimmerer Art." 106
2.2.2. Das demokratische Frauenwahlrecht: "Die Wesensveranlagung der Frau deutet eigentlich auf andere Wege." 115
2.2.3. Unterscheidung nach dem Legalitätsprinzip: "Auf den durch die politische Umwälzung im Reich und Staate - zwar nicht rechtmäßig, aber tatsächlich – geschaffenen Boden" 127

2.3. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 134
2.3.1. Das Ergebnis der Wahl vom 19. Januar 1919: "Unerschütterte Position des Zentrums" 142
2.3.2. Eintritt in die Weimarer Koalition: "Was für den Wahlkampf galt und gilt, braucht [...] nicht für die Zeit ernster parlamentarischer und gesetzgeberischer Arbeit [zu] gelten." 147

2.4. Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg 152
2.4.1. Das Ergebnis der Wahl vom 23. Februar 1919: "Volle Einigkeit muß wieder angestrebt werden." 160
2.4.2. Landtagsabgeordnete Maria Brand: "eine unheimlich starke Persönlichkeit" 163

3. Die Beratung einer demokratischen Verfassung für den Freistaat Oldenburg (1919) 166
3.1. Einleitung 166
3.2. Diskussionen um die politische Zukunft Oldenburgs 167

3.3. Politische Positionen Südoldenburgs in der Verfassungsfrage 170
3.3.1. Ablehnung der Revolution:
"Es war nicht notwendig, zu diesem Zwecke die Staatsform zu wechseln." 174
3.3.2. Vorbehaltensrepublikanismus im katholischen Zentrum:
"Eine absolut gerechte Vertretung wird es aber nie geben." 179

3.4. Die Regulierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat 188
3.5. Die Regulierung des Verhältnisses zwischen Schule und Staat 199
3.5.1. Schulpolitische Niederlagen:
"In der Schulfrage kapitulieren wir niemals." 207
3.5.2. Kulturpolitische Polarisierungen:
"Will man den Kampf, wir werden gerüstet sein." 222
3.5.3. Enttäuschung in Südoldenburg:
"Die Kinder gehören zunächst dem Herrgott, dann den Eltern und dann erst der Republik." 227
3.5.4. Abrücken vom strikten Konfessionalitätsprinzip:
"Mit dem konfessionellen Charakter der Volksschule an sich nichts zu tun." 230
3.5.5. Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat:
"Die katholischen Kinder dürfen nichtkatholische, neutrale, gemischte Schulen [...] nicht besuchen." 236
3.5.6. Der Abbau der Lehrerseminare:
"Nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten." 241

4. "Bellum justum" und der Friedensvertrag von Versailles 247
4.1. Einleitung 247
4.2. Der Kampf um den Friedensvertrag von Versailles 255
4.2.1. Religiöse Moralisierung der nationalen Frage:
"Sklaverei, Hunger und Elend für uns und unsere Nachkommen" 259
4.2.2. Katholisches Rechristianisierungsprogramm:
"Ich bin die Auferstehung und das Leben." 262
4.2.3. Politische Tabuisierung der Kriegsschuldfrage:
"Edles Blut ist nicht vergebens geflossen." 270

4.3. Der Kampf gegen "Versailles" und gegen "Weimar" 273
4.3.1. Protest gegen die deutsche "Erfüllungspolitik": "Wir Deutsche haben nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland." 278

5. Das Zentrum in der politischen Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1925 283
5.1. Einleitung 283
5.2. Die Weimarer Koalition in der Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1923 285
5.2.1. Ministerpräsident Theodor Tantzen: "Volk und Regierung müssen eins sein." 290
5.2.2. Reaktionen auf den "Ruhreinbruch": "Deutschland soll nicht bloß bluten, es soll verbluten." 296
5.2.3. Die Ablehnung des Cuno-Begehrens: "Es könnte eine Gelegenheit gekommen sein, das jetzige Ministerium zu stürzen." 299
5.2.4. Die Bildung des ersten Beamtenkabinetts von Finckh (1923): "Daß sie der augenblicklichen politischen Situation in Oldenburg am meisten entspricht, ist unzweifelhaft." 304

5.3. Die Bildung des zweiten Beamtenkabinetts von Finckh (1925) 306
5.3.1. Gegen eine ‘politische’ Lösung der Regierungskrise: "Wir waren ein neben den Parteien stehendes unpolitisches Ministerium." 309
5.3.2. Rechtsruck des Zentrums: "An dem Scheitern sind wir nicht schuld." 320
5.3.3. Das Versagen der demokratischen Parteien: "Entartung des politischen Parteiwesens" 328
5.3.4. Verfassungspolitische Indifferenz: "Wer da führt, ist gleichgültig." 332

6. Die Stellung der katholischen Kirche im Freistaat Oldenburg 336
6.1. Einleitung 336
6.2. Verhandlungen über eine Revision des kirchenpolitischen Status quo 340
6.3. Die Kirchensteuergesetzgebung des Jahres 1924 346

6.3.1. Die Freiheit der Kirche:
"Die Ueberreste des Staatskirchentums zum weitaus grössten Teile beseitigt." 348

7. Die Institutionalisierung der Heimatbewegung in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg 354
7.1. Einleitung 354
7.2. Heimat und Religion 358
7.3. Die Gründung des "Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland" 363
7.3.1. Cloppenburger Heimatverein:
"Nun wird es aber endlich Zeit, daß wir uns aufraffen." 369
7.3.2. Das Heimatmuseum in Cloppenburg:
"Die größte private Sammlung heimatlicher Kulturgüter" 372

8. Die Reorganisation des katholischen Vereinswesens in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg 374
8.1. Einleitung 374
8.2. Das ländliche Vereinswesen zwischen Öffnung und Tradition 376
8.3. Die Stellung der Juden zwischen Integration und Ausgrenzung 382
8.4. Entfremdung zwischen katholischer Kirche und moderner Gesellschaft 384
8.4.1. Moralischer Deichbau gegen die Moderne:
"Gegen einen verheerenden Strom wirft man Dämme auf." 390
8.4.2. Der Kampf um die gefährdete Jugend auf dem Lande:
"Kriege und Revolutionen zerbrechen die Schutzdämme christlicher Sitte." 397
8.4.3. Katholische Arbeiterbewegung:
"Ein Konkordat der Arbeit, ein Konkordat der Volksgemeinschaft und ein Konkordat des Christentums" 406

8.5. Die katholische Frauenbewegung zwischen Aufbruch und Beharrung 422
8.5.1. Katholischer Frauenbund:
"Der Frauenbund bewegt sich dabei auf dem Boden der kath. Kirche." 426
8.5.2. Katholisches Frauenideal:
"Heldenmütter müssen wir haben, dann wird unser Volk gesunden." 434

8.6. Konfessioneller Dissens und religiöse Intoleranz 439

9. Zur Struktur des antidemokratischen Denkens im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs in der Weimarer Republik 445

9.1. Einleitung 445
9.2. Konservative Liberalismuskritik im politischen Katholizismus 450
9.3. Politischer Resonanzboden der konservativen Gegenrevolution 456
9.4. Erster Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg 462
9.4.1. Papst Benedikt XV.: "Der Stuhl Petri wankte nicht." 464
9.4.2. Bischof Johannes Poggenburg: "Gestern noch war Deutschland ein Reich der Macht, heute zertreten von seinen Feinden." 468
9.4.3. Religiöse Revolte: "Die sogenannte neue Zeit und wir Katholiken passen nicht zueinander." 471
9.4.4. Christliche Wertephilosophie: "Noch ist Deutschland nicht dem Atheismus verfallen, noch darf es sich christlich nennen." 480

9.5. Nationale Sendung, Volksmythos und Weltkriegserlebnis 485
9.5.1. Versäumte Geschichtsstunden: "Für die Werte der demokratischen Selbstbestimmung und sozialen Verantwortlichkeit Verständnis erwecken" 488
9.5.2. Der gerechte Krieg: "Zwar groß im Schmerz, aber noch größer in Ergebung und im Willen zur Opfertat" 496
9.5.3. Politik der Stärke: "Die Jugend dürstet nach Idealen." 500
9.5.4. Politischer Irrationalismus: "Deutschland ist krank, sterbenskrank." 505

9.6. Die Krise der christlichen Staats- und Reichsidee 507
9.6.1. Politische Willenskultur: "Wir wollen Männer werden, deutsch und frei." 509

9.6.2. Katholisches Reichsdenken:
"Der Geist ist es, die Idee!" 517
9.6.3. Religiöser Volksmythos:
"Der Bauer hinterm Pfluge, der Hirt im Wiesental, die Mägdlein bei den Rocken" 519
9.6.4. Organische Weltsicht:
"Denn das Glied muß seiner Lebensgemeinschaft dienen." 525

9.7. Antirepublikanismus in den nationalen Verbänden 528
9.7.1. Der Kampf um den "Stahlhelm": "Der letztere sei übrigens politisch, der Kriegerverein nicht." 529
9.7.2. Politischer Mythos Albert Leo Schlageter:
"Die Saat ist gesät." 535

9.8. Einheit von Glauben und Politik 544
9.8.1. Katholische Sammlung:
"Kath. Männer, auf den Bergen rauchen die Flammenzeichen." 544
9.8.2. Kollektives Bekenntnis zum katholischen Glauben:
"Der Unglaube will herrschend werden in dieser Welt." 553
9.8.3. Katholische Jugendbewegung: "Oldenburg gehört Christus! Treu Heil!" 558
9.8.4. Religiöse Psychose des Weltanschauungskampfes:
"Von rechts und links kommen heute Propheten." 563

9.9. Positionen der politischen Theologie in der Weimarer Republik 565
9.9.1. Carl Schmitt: "Im Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht." 567
9.9.2. Deutsche Katholikentage:
"Hier liegt ein Geist über der Versammlung, der auf das Ewige geht." 569
9.9.3. Antimodernistische Ressentiments:
"Wenn es sein muß, auch gegen eine Parlamentsmehrheit." 584
9.9.4. Ideologische Verwerfungen:
"Heute greift man die Grundlage der gesamten christlichen Kultur an." 588
9.9.5. Die Erziehungsenzyklika Pius' XI.:
"Die Religion in Wahrheit die Grundlage und Krönung des ganzen Erziehungswerkes" 591

3. Band:
Die Endphase der Weimarer Republik von 1928 bis 1932/33

1.	**Zur politischen Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1928 bis 1932/33**	**1**
1.1.	Einleitung	1
1.2.	Die politische Polarisierung in den Landtags- und Reichstagswahlen von 1928 bis 1932/33	5
1.2.1.	Keine parlamentarische Regierungsbildung: "Abneigung [...] gegen die tätige Mitwirkung der Sozialdemokratie"	10
1.2.2.	Die Agitation gegen den Young-Plan: "Die Partei des Herrn Röver wird in erster Linie den Vorteil davon haben."	17
1.2.3.	Konfessioneller Dissens: "Alle diese Weltanschauungen lassen sich mit der katholischen nicht auf eine Linie bringen."	27
1.2.4.	Vertagung der politischen Krise: "Man möge es ruhig bis zum Mai lassen, wie es jetzt ist."	30
1.2.5.	Die "Erbitterungs-Wahlen" vom 14. September 1930: "Mit Abstimmungen und mit der Gesetzgebungsmaschinerie schaffen wir es nicht."	34
1.2.6.	Die Wahl Cassebohms: "Das ist die Sterbestunde der Weimarer Koalition."	39
1.3.	Politische Großkundgebungen in Cloppenburg	44
1.3.1.	Zentrums-Kundgebungen in Vechta und Lohne: "Das Christentum der Nationalsozialisten ist niemals das Christentum Christi."	44
1.3.2.	Reichskanzler Heinrich Brüning: "Da gibt es kein Schielen nach rechts oder links."	47
1.3.3.	Parteiführer Adolf Hitler: "Und der soll Deutschland retten?!"	48
1.3.4.	Helene Weber: "Unerbittliche Frauenworte für sichtlich ergriffene Frauenherzen"	54

1.4. Destabilisierung des parlamentarischen Systems 56
1.4.1. Mißtrauensantrag der NSDAP:
"Wir haben keine Angst vor der Neuwahl, da sieht der Landtag anders aus." 57
1.4.2. NSDAP-Antrag auf Landtagsauflösung:
"Wir haben an der Regierung kein Interesse." 62
1.4.3. Verschärfung der Agraropposition:
"Stärkste Geschlossenheit und eiserne Disziplin" 68
1.4.4. Konfrontation zwischen NSDAP und Zentrum:
"Die Schuld an dem Scheitern tragen also die National-sozialisten selbst." 70
1.4.5. Wiederwahl von Reichspräsident Hindenburg:
"Hindenburg kennt keine Parteien, er kennt nur Deutschland." 78

1.5. Die Bildung der NS-Regierung Röver in Oldenburg 81
1.5.1. Durchbruch der NSDAP in der Landtagswahl vom 29. Mai 1932:
"Die Mehrheit des oldenburgischen Volks hat so entschieden." 83
1.5.2. Bekenntnis zur "legalen Revolution":
"Was können wir dafür, daß sich die Demokratie mit ihren eigenen Waffen geschlagen hat!" 90
1.5.3. Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932:
"Wenn Rettung kommen soll, so kann sie nur vom Reich ausgehen." 99
1.5.4. Die Regierung Röver in der Krise:
"Neger bleibt Neger, wie der Jude Jude bleibt." 107

1.6. Der politische Rückschlag der NSDAP 113
1.6.1. Das Zentrum in der Opposition:
"Widerstand unter Anwendung aller erlaubten Mittel" 118
1.6.2. Die Entscheidung vom 30. Januar 1933:
"Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt." 126
1.6.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933:
"Das ist Versündigung am Geiste der Volksgemeinschaft." 131
1.6.4. Konfessionelle Trennungslinie:
"Wir können nur wünschen, daß das Landvolk an dem Glauben der Väter treu festhält." 136

2. Der Kampf um den konfessionellen Einfluß in der Schulverwaltung und Lehrerbildung 140
2.1. Einleitung 140
2.2. Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien 144
2.2.1. Vor einem neuen Schulkampf in Südoldenburg: "Entschlossener Widerstand gegen die kulturpolitischen Bestrebungen der Linken" 148

2.3. Das Ringen um die katholische Lehrerbildung 157
2.3.1. Parteienstreit über die Pädagogische Akademie: "Hier Katholizismus, hier Protestantismus; das gibt es nicht." 166

3. Ökonomische und soziale Verfassung Südoldenburgs in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik 175
3.1. Einleitung 175
3.2. Der Strukturwandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft 177
3.2.1. Staatliche Maßnahmen zum Landesausbau: "Katastrophale Ueberschwemmungen der Ländereien an den Wasserläufen der Marka, Ohe, Sater Ems und Soeste" 183
3.2.2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen: "Die Soeste ist bisher vollkommen unreguliert." 185
3.2.3. Die Siedlungsidee: "Die Zeit der Hochmoore ist gekommen!" 189
3.2.4. Der Kampf um die Abschottung des Binnenmarktes: "Sollen nun noch polnische Schweine dazu eingeführt werden?" 191
3.2.5. Die Verschuldung der Landwirtschaft und ihre Folgen: "Ein großer Teil selbst der ländlichen Bevölkerung arbeitet zwangsläufig mit Wechseln." 194

3.3. Die Bildung der "Grünen Front" und das Scheitern der deutschen Agrarpolitik 202
3.3.1. Protest und Revolte: "Man muß trotz aller Not stets die Nüchternheit bewahren." 208

4. Militante Landvolkbewegung und politischer Extremismus in Südoldenburg von 1928 bis 1932/33 215
4.1. Einleitung 215
4.2. Berufsständische Verbände als Träger der Protestbewegung 217
4.2.1. Die Bildung der "Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg": "Vor dem Kriege lebten wir glücklicher." 220

4.3. Der Aufbruch der Protestbewegung in Oldenburg 223
4.3.1. Präzedenzfall Schleswig-Holstein: "Es gibt nur eins, [...] daß man seine Mitarbeit darauf einstellt, dieses System zu beseitigen." 224
4.3.2. Die große "Notkundgebung des Landvolkes" auf dem Oldenburger Pferdemarkt: "Noch sind die Organisationen in die Bewegung eingeschaltet!" 228
4.3.3. Das Scheitern der agrarpolitischen Verhandlungen: "Daß mit ernsten Verwickelungen und Unruhen zu rechnen ist." 233
4.3.4. Von der "Notbewegung" zur "Wahlbewegung": "Wenn die Notbewegung Wahlbewegung wird, ist sie kaputt." 235

4.4. Der Ausbruch der konservativen Gegenrevolution 240
4.4.1. Unter der Führung der "Landvolkpartei": "Daher heiße es: ‘Selbst ist der Mann!’" 241
4.4.2. Boykottbewegung und Steuerstreik: "Im allgemeinen stellt sich daher die hiesige Landwirtschaft auf den Standpunkt, keine Steuern mehr zu zahlen." 246
4.4.3. Der "Fall Götting": "Landvolk erscheine in Massen!!" 252

4.5. Der Ausbruch der Eberborg-Affäre 255
4.5.1. Reaktionen auf die Eberborg-Affäre: "Der Weg zur Freiheit der Höfe geht durch die Gefängnisse." 258
4.5.2. Konspirative Methoden: "Einer fürchtet den anderen." 264
4.5.3. Der Eberborg-Prozeß: "Das junge Leben in seiner neuen Gestaltung setzt sich durch." 267
4.5.4. Zwischen Wahrheit und Lüge: "... die volle Wahrheit wurde unterdrückt." 270

4.6. Die Fortsetzung des Kampfes 275
4.6.1. Die Bildung der "Notgemeinschaft": "Das Vertrauen der Bevölkerung in einen Rechtsstaat gründlich zerstört" 276
4.6.2. Abmahnung und Verbot des "Landvolks": "Mit vereinten Kräften diesem System das Genick brechen." 282
4.6.3. Auf dem Boden der Illegalität: "Wer sich an einer Zwangsversteigerung beteiligt, ist ein Feind des Volkes." 290
4.6.4. Attacken auf den 'Beamten-Staat': "So wie bisher geht es nicht weiter." 295

4.7. Die Krise der Landvolkbewegung und ihr Scheitern am konfessionellen Dissens 298
4.7.1. Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat: "Wir als bodenständige Landwirte können niemals den Umsturz billigen." 302
4.7.2. Der politische Machtwechsel in Oldenburg: "Das ist der erste große Streich." 308

4.8. Die politische "Bewegung" des Landvolks 314
4.8.1. Radikale Systemkritik: "Das bisherige System hat glänzend versagt." 315
4.8.2. Abkehr vom parlamentarischen System: "Damit aber kommt man im Staatsleben auf die Dauer nicht vorwärts." 318
4.8.3. Biographische Profile und katholische Warnrufe: "Nach den 25 Punkten bekommt Ihr einen großen Krach mit der Religion." 325

4.9. Die politische Radikalisierung des alten Mittelstandes 333
4.9.1. Gleichgültiger Staatsvoluntarismus: "Abkehr des Staates von allen staatssozialistischen Experimenten" 335
4.9.2. Die Systemfrage in der politischen Reaktion des Landvolks: "Die Gewalt geht nicht mehr vom Volke, sie geht von den Parteien aus." 339

4.9.3. NS-Agitation im Landtag:
"Dann muß man die Menschen hängen, die so etwas verschulden." 343
4.9.4. Bauer und Staat, Scholle und Reich:
"Der Acker, den wir lieben und bestellen, heißt Deutschland." 349
4.9.5. Bekenntnis der NSDAP zum kapitalistischen Privateigentum:
"Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an." 354
4.9.6. Die Ausschaltung der "Grünen Front":
"Extrem staatsfeindliche Oppositionshaltung, die langfristig nur der NSDAP zugute kommen konnte." 360

5. Schulabbau und Lehrernot 364
5.1. Einleitung 364
5.2. Die Politik des Schul- und Gehaltsabbaus 365
5.2.1. Die Haltung des Katholischen Lehrervereins:
"Die Lehrerschaft ist nervös bis in die Fingerspitzen." 374
5.2.2. Die Haltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins:
"Alle Mann an Deck! Unsere Schule ist in Gefahr!" 383
5.2.3. Die Junglehrernot:
"Die wirtschaftliche Notlage der oldenburgischen Junglehrer ist die denkbar schlechteste." 387

6. Politischer Extremismus in Südoldenburg am Ende der Weimarer Republik: KPD und NSDAP 393

6.1. Der politische Extremismus der KPD 393

6.2. Der politische Extremismus der NSDAP 399
6.2.1. Minderheitenposition der NSDAP 406
6.2.2. Lokale "Hitler-Versammlungen":
"Zu uns kommen alle, die nicht mehr in Not und Knechtschaft leben wollen." 412

4. Band:
Die nationalsozialistische Zeit von 1932/33 bis 1936

1.	**Die politische Gleichschaltung in Südoldenburg**	**1**
1.1.	Einleitung	1
1.1.1.	Die repressive Personalpolitik	5
1.1.2.	Die oldenburgische Verwaltungsreform	13
1.1.3.	Die kommunalpolitische Gleichschaltung in Südoldenburg	22
1.1.3.1.	Gleichschaltung in Vechta	27
1.1.3.2.	Gleichschaltung in Cloppenburg	30
1.1.4.	Der Abschluß der "Nationalen Revolution"	36
1.2.	Die politische Gleichschaltung des Freistaates Oldenburg	40
1.2.1.	Karriere im Schatten der "Machtergreifung": Studienrat Dr. Anton Kohnen	45
1.3.	Formen sozialer und kultureller Gleichschaltung im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs	50
1.3.1.	Die Gleichschaltung der berufsständischen Verbände	51
1.3.1.1.	Die Gleichschaltung in der Landwirtschaft	51
1.3.1.2.	Die Gleichschaltung in Handel und Gewerbe	61
1.3.2.	Die Gleichschaltung im bürgerlichen Vereinswesen	65
1.3.2.1.	Kulturpolitischer Pragmatismus: das Beispiel Hermann Bitter	70
1.3.3.	Die politische Inszenierung nationalsozialistischer Alltags- und Festkultur	79
1.3.3.1.	Der "Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 und die Gleichschaltung der Gewerkschaften	79
1.3.3.2.	"Reichshandwerkerwochen" und Cloppenburger Stadtjubiläum (1935)	86
1.3.4.	Die politische Instrumentalisierung der traditionellen Heimatbewegung	91
1.3.4.1.	Foren der neuen Heimatbewegung: Heimatwoche, Gewerbeschau, Heimat- und Familiengeschichte	94
1.3.4.2.	Die "Heimatblätter" der Oldenburgischen Volkszeitung	101
1.3.4.3.	Die Gründung des Museumsdorfes in Cloppenburg	103
1.3.4.4.	Museumsleiter Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann	109

2. Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933 114
2.1. Die Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vom 5. März 1931 116
2.2. Der "Aufruf der katholischen Verbände" vom 16. Februar 1933 122
2.3. Die Trierer "Rockwallfahrt" 125

3. Der Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland und seine Auswirkungen auf das katholische Milieu in Südoldenburg 128
3.1. Einleitung 128
3.2. Kirchenpolitische Grundlagen im Offizialatsbezirk Oldenburg 131
3.3. Für Staat und Nation 140
3.4. Das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus im Jahre 1933 146
3.4.1. Aufruf zur Bildung der "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" 151
3.4.2. Die Bildung der Regierung Hitler-Papen 154
3.4.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der "Tag von Potsdam" 160
3.4.4. Die Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" 165
3.4.5. Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 171
3.4.6. Kundgebungen katholischer Verbände 183
3.4.7. Das "Führerwort in ernster Zeit" des deutschen Episkopats vom 3. Juni 1933 193
3.4.8. Der Rückzug auf die katholische Pastoral 198
3.4.9. Kirchenpolitische Zwischenbilanz vor dem Reichskonkordat 200

3.5. Das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland 204
3.5.1. Die Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei 205
3.5.2. Das Ende der politischen Theologie 209
3.5.3. Ernennung Bernings zum Preußischen Staatsrat 214
3.5.4. Der Abschluß des Reichskonkordats 216
3.5.4.1. Der Vertragstext 220
3.5.4.2. Ausgleich zwischen katholischer Kirche und NS-Staat 225
3.5.4.3. Von der Operations- zur Verteidigungslinie des Reichskonkordats 229
3.5.4.4. Die Krise um die Ratifizierung des Reichskonkordats 233

3.6. Die nachkonkordatäre Zeit bis 1936 237
3.6.1. Die Berliner "Juniverhandlungen" 242
3.6.2. "Röhm-Putsch" und Saarreferendum 245
3.6.3. Die Wiederbelebung des Laienapostolats in der Katholischen Aktion 247

4. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg 253
4.1. Einleitung 253
4.1.1. Zwangsmaßnahmen in Südoldenburg 258
4.1.2. Die Stellung der katholischen Vereine 262
4.1.3. Signale der Koexistenz 265
4.1.4. Sturm- und Jungschar im katholischen "Jungmännerverband" 269
4.1.5. Verschärfung der politischen Spannungen 274
4.1.6. Das Verbot der Doppelmitgliedschaft 277

4.2. Die Gleichschaltung der katholischen Schulen 283
4.2.1. Die "Spangemacher-Affäre" 284
4.2.2. Dienstliche Maßregelungen der Lehrerschaft 289

4.3. Die Gleichschaltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins 292

4.4. Die Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins 297
4.4.1. Die Lage des Katholischen Lehrervereins 298
4.4.2. Die Generalversammlung vom 24. April 1933 302
4.4.3. Die Überführung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB 310

4.5. Die Gleichschaltung der höheren Schulen 314

4.6. Schule zwischen Religion und Politik: das Knabenkonvikt der Dominikaner in Füchtel bei Vechta 323
4.6.1. Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel 324
4.6.2. Die Politisierung des Schulalltags im Knabenkonvikt 328
4.6.3. Präfekt Aurelius Arkenau: Bekenntnis zum "positiven Christentum" 332
4.6.4. Auflösung des HJ-Banns in Füchtel 338

4.7. Das Ende des privaten höheren Schulwesens in Südoldenburg 340

4.8. Die Gleichschaltung der katholischen Presse 342
4.8.1. Die medienpolitische Wende im Frühjahr 1933 342
4.8.2. Die Gleichschaltung der Vechtaer OV 346
4.8.3. Die Gleichschaltung der Cloppenburger MT 351

4.9. Die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens 354
4.9.1. Der Streit um die Kirchenzeitung "Kirche und Leben" 354
4.9.1.1. Kampf gegen das moderne "Neuheidentum" 359
4.9.1.2. Das Ende von "Kirche und Leben" 365
4.9.2. Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" 367
4.9.2.1. Reaktionen auf den "Mythus des 20. Jahrhunderts" 369
4.9.2.2. Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum" 375
4.9.2.3. Protest gegen die Erlaßpolitik Paulys 380
4.9.3. Galens kritische Lagebeurteilung 387
4.9.4. Die Verfolgung einzelner Persönlichkeiten aus dem südoldenburgischen Klerus 392

5. Der "Kreuzkampf" in der Geschichte glaubensbegründeter Opposition in Südoldenburg 400
5.1. Einleitung 400
5.2. Reaktionen auf den "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 404
5.3. Politisch-religiöser Fundamentalismus 410
5.4. Historische Einordnung des "Kreuzkampfes" 414
5.5. Katholische Sinndeutung von Geschichte 418

Zusammenfassung: Die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von 1803 bis 1936 427

1. Zur Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg von 1803 bis 1918 427
2. Historische Kontinuitäten in der Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von 1918 bis 1932/33 434
3. Die Rolle des Zentrums in der Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1918 bis 1932/33 439

4. Die Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg in der politischen Kultur der Weimarer Republik 446
5. Die Endphase der Weimarer Republik im katholischen Milieu Südoldenburgs 451
6. Südoldenburg unter nationalsozialistischer Herrschaft 460
7. Aufbruch in historische Gleichzeitigkeit 471

Quellen- und Literaturverzeichnis 477

Verzeichnis der Abkürzungen 552

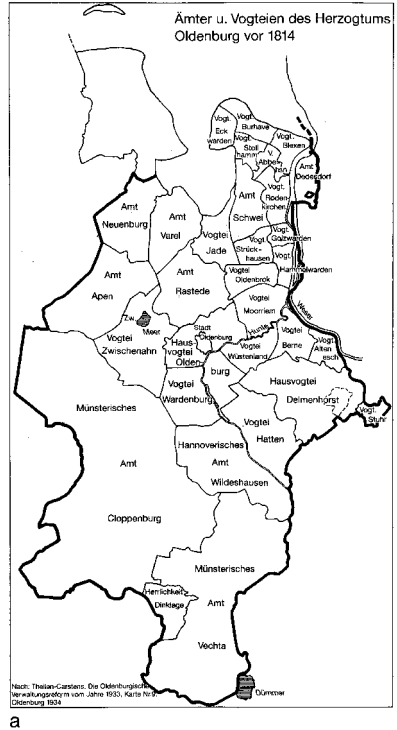
Verzeichnis der Kurzbiographien

Aurelius Arkenau (1900 - 1991)	(4)	335
Heinrich gr.[oße] Beilage (1885 - 1955)	(3)	58
Hermann Bitter (1893 - 1980)	(4)	71
Maria Brand (1877 - 1956)	(2)	164
Robert Brandis (1892 - 1972)	(4)	27
Eduard Burlage (1857 - 1921)	(1)	209
Franz Driver (1863 - 1943)	(2)	10
Ignaz Feigel (1855 – 1922)	(1)	342
Wilhelm Gillmann (1897 - 1980)	(4)	249
Johannes Göken (1898 - 1969)	(4)	373
August Hinrichs (1879 - 1956)	(3)	272
Paul Hug (1857 - 1934)	(2)	21
Georg Joel (1898 - 1981)	(3)	91
Anton Kohnen (1889 - 1985)	(4)	45
Bernhard Kuhnt (1876 - 1946)	(2)	15
Franz Meyer zu Holte (1882 - 1945)	(2)	91
Franz Morthorst (1894 - 1970)	(3)	101
Leonhard Niehaus (1896 - 1978)	(3)	407
Wilhelm Niermann (1898 - 1955)	(4)	68
Heinrich Ottenjann (1886 - 1961)	(4)	110
Julius Pauly (1901 - 1988)	(3)	90
Alwin Reinke (1877 - 1949)	(2)	129
Elisabeth Reinke (1882 - 1981)	(2)	429
Georg Reinke (1874 - 1955)	(2)	369
Carl Röver (1889 - 1942)	(3)	16
Anton Russell (1824 - 1878)	(1)	162
Wilhelm Sante (1886 - 1961)	(2)	36
Laurentius Siemer (1888 - 1956)	(4)	324
Heinrich (Heinz) Spangemacher (1885 - 1958)	(3)	93
Theodor Tantzen (1877 - 1947)	(2)	291
Anton Themann (1886 - 1965)	(3)	219
Franz Teping (1880 - 1956)	(3)	154
August Wegmann (1888 - 1976)	(2)	584

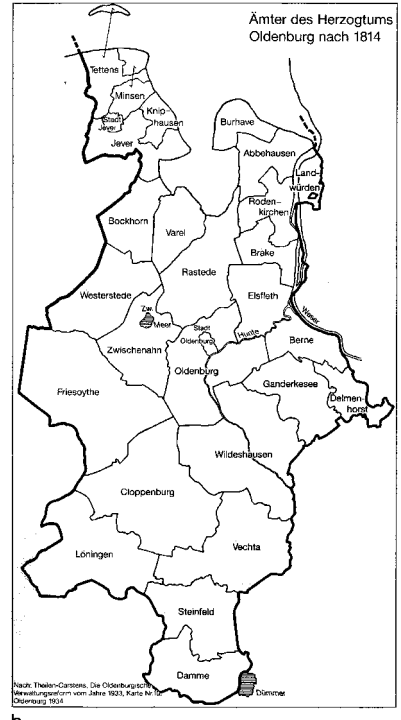
Anton Wempe (1847 - 1935)	(1)	268
Heinrich Wempe (1880 - 1969)	(3)	13
Ludwig Windthorst (1812 - 1891)	(1)	195

(2) 135 = 2. Band, Seite 135

Karte 5 a-d


Ämter u. Vogteien des Herzogtums
Oldenburg vor 1814
Vogt. Eck warden
Vogt. Burhave
Vogt. Stad hamm
Vogt. Blexen
Abbeh.
Vogt.
Amt Bockhorn
Amt
Vogt. Roden kirchen
Amt Neuenburg
Amt
Varel
Schwei
Vogtei
Vogt. Gatzweiden
Jade
Vogt. Strück hausen
Vogt.
Amt
Amt
Vogtei Hamelwarden
Vogtei Oldenbrok
Apen
Rastede
Vogtei Moorriem
Zw.
Meer
Stadt Oldenburg
Hude
Vogtei
Vogtei Zwischenahn
Haus vogtei
Vogtei Warnenamt
Berne
Vogt. Altenhuntorf
Olden burg
Vogtei Wardenburg
Hausvogtei
Delmenhorst
Vogt. Stuhr
Münsterisches
Vogtei Hatten
Hannoversches Amt
Amt
Wildeshausen
Cloppenburg
Münsterisches
Herrlichkeit Dinklage
Amt
Vechta
Dümmer
Weser

a


Ämter des Herzogtums
Oldenburg nach 1814
Tettens
Minsen
Knip hausen
Stadt Jever
Jever
Burhave
Abbehausen
Land-
würden
Roden-
kirchen
Bockhorn
Varel
Brake
Rastede
Westerstede
Elsfleth
Zw.
Meer
Stadt Oldenburg
Hude
Berne
Zwischenahn
Oldenburg
Ganderkesee
Friesoythe
Delmen-
horst
Wildeshausen
Cloppenburg
Löningen
Vechta
Steinfeld
Damme
Dümmer
Weser

b

Zur Homepage der Publikation

"Durch eine Revolution wird vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotism und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrükkung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart zu Stande kommen; sondern neue Vorurteile werden, eben so wohl als die alten, zum Leitbande des gedankenlosen großen Haufens dienen."

(Immanuel Kant, Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?)[1]

"Diese Last, dieses Unbehagen, ist eine Folge des Zusammenbruchs der geschlossenen Gesellschaftsordnung. Sie wird auch heute noch gefühlt (und in Deutschland gerne mit dem Hegelianisch sentimentalen Namen 'Selbstentfremdung des Menschen' belegt). Es ist eine Last, die von allen getragen werden muß, die in einer offenen und teilweise abstrakten Gesellschaft leben und die sich bemühen müssen, vernünftig zu handeln, zumindest einige ihrer emotionalen und natürlichen sozialen Bedürfnisse unbefriedigt zu lassen und für sich und andere verantwortlich zu sein. Wir müssen, glaube ich, die Last auf uns nehmen, als einen Preis, den wir zahlen müssen für jede neue Erkenntnis, für jeden weiteren Schritt zur Vernunft, zur Zusammenarbeit, zur gegenseitigen Hilfe; für jede Verlängerung des durchschnittlichen Lebensalters; und für jeden Bevölkerungszuwachs. Es ist der Preis der Humanität.

Das Anhalten der politischen Veränderung ist kein Heilmittel; es kann kein Glück bringen. Wir können niemals zur angeblichen Unschuld und Schönheit der geschlossenen Gesellschaft zurückkehren. Unser Traum vom Himmel läßt sich auf Erden nicht verwirklichen. Sobald wir beginnen, uns auf unsere Vernunft zu verlassen, sobald wir beginnen, unsere kritischen Fähigkeiten zu üben, sobald wir den Appell persönlicher Verantwortung fühlen und damit die Verantwortung, beim Fortschritt des Wissens zu helfen, in diesem Augenblick können wir nicht mehr zu einem Zustand der Unterwerfung unter die Stammesmagie zurückkehren. Für die, die vom Baume der Erkenntnis gekostet haben, ist das Paradies verloren. Je mehr wir versuchen, zum heroischen Zeitalter der Stammesgemeinschaft zurückzukehren, desto sicherer landen wir bei Inquisition, Geheimpolizei und einem romantischen Gangstertum. Wenn wir erst mit der Unterdrükkung von Vernunft und Wahrheit beginnen, dann müssen wir mit der brutalsten und heftigsten Zerstörung alles dessen enden, was menschlich ist. Es gibt keine Rückkehr in einen harmonischen Naturzustand. Wenn wir uns zurückwenden, dann müssen wir den ganzen Weg gehen - wir müssen zu Bestien werden.

[1] KANT, Schriften, S. 21.

Wir stehen hier vor einer Frage, die wir klar beantworten müssen, so schwer dies für uns auch sein mag. Wenn wir von einer Rückkehr zu unserer Kindheit träumen, wenn wir versucht sind, uns auf andere zu verlassen und auf diese Weise glücklich zu sein, wenn wir vor der Aufgabe zurückschreken, unser Kreuz zu tragen, das Kreuz der Menschlichkeit, der Vernunft und der Verantwortlichkeit, wenn wir den Mut verlieren und der Last des Kreuzes müde sind, dann müssen wir uns mit einem klaren Verständnis der einfachen Entscheidung zu stärken suchen, die vor uns liegt. Wir können wieder zu Bestien werden. Aber wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft. Wir müssen ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiterschreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, verwenden, um, so gut wir es eben können, für beides zu planen: nicht nur für die Sicherheit, sondern zugleich auch für die Freiheit."

(Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde)[2]

"Eine neuerliche Richtung ist für die südoldenburgische Geschichte durchaus notwendig. Eigentlich weniger deswegen, weil sie mancher sachlichen Korrektur bedarf; wesentlicher erscheint es uns, sie als Teil der allgemeinen oldenburgischen Geschichte zu betrachten und mit gesicherten Tatsachen dann ihren Zusammenhang mit der allgemeinen deutschen Reichsgeschichte zu finden. Naturgemäß werden diese Verbindungen zum Reich nicht sämtliche Einzeldaten herstellen können, sondern die wesentlichen tragenden Fakten, welche nicht aus dem Südoldenburger Lande heraus entstanden, vielmehr vom Reich her in die Geschichte des Landes hineingetragen worden sind."

(Professor Wilhelm Hanisch, Vechta, zum Stand der südoldenburgischen Regionalgeschichtsschreibung im Jahre 1962)[3]

[2] POPPER, Gesellschaft, S. 267f.
[3] HANISCH, Verfassungsgeschichte, S. 20.

0.1. Zur Forschungs- und Quellenlage und zur historischen Perspektive der Dissertation

Die vorliegende Studie hat die Fragen zu klären, wie die katholische Bevölkerung der vor der Säkularisation des Jahres 1803 zum Fürstbistum Münster gehörenden oldenburgischen Ämter Vechta und Cloppenburg auf die epochalen Umbrüche der Jahre 1918/19 und 1933 reagierte und wie sie sich auf die demokratischen Erfahrungen in der ersten deutschen Republik einstellte, wie das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg dabei seine relativ geschlossene Konstitution während der Weimarer Republik aufrechterhalten konnte und wie sich dieser historische Umstand auf die nationalsozialistische Zeit auswirkte. Aus dieser Fragestellung ergeben sich die thematischen Schwerpunkte der Untersuchung, der folgende inhaltliche Gliederung zugrunde liegt:

1. Zur Entstehung und Geschichte des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs im 19. Jahrhundert - ein historischer Überblick;

2. Das politisch-soziale Milieu Südoldenburgs in der Geschichte der Weimarer Republik von 1918 bis 1925;

3. Die Reorganisation des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg - die erste Restauration;

4. Die Endphase der Weimarer Republik im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs 1928 und 1932/33;

5. Zur Geschichte des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs in der nationalsozialistischen Zeit von 1932/33 bis 1936.

Im ersten Teil der Arbeit werden im historischen Überblick die Strukturen des politisch-sozialen Milieus im 19. Jahrhundert erarbeitet und dargestellt, weil sie den Ersten Weltkrieg überdauerten und somit die Grundlage bildeten für die Geschichte Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik und in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland.[4] Der

[4] Olaf Blaschke stellt in diesem Zusammenhang die Frage, ob das 19. Jahrhundert - nach dem 16. Jahrhundert - nicht als ein zweites konfessionelles Zeitalter anzusehen sei, und befürwortet einen Paradigmenwechsel in der Geschichtswissenschaft, der Religion allgemein den Platz reserviert, "der ihr auch im Urteil der damaligen Zeitgenossen zukam". Religion und Konfessio-

"Kreuzkampf" des Jahres 1936 bietet sich als Abschluß der Untersuchung an, da in ihm die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg kulminierte und die nationalsozialistische Herrschaft in Südoldenburg seitdem andere Formen annahm.

Für die Geschichte des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik und in den ersten Jahren des "Dritten Reiches" ist im einzelnen zu analysieren, wie sich die in- und externen historischen Prozesse auf das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg auswirkten und auf welche politischen und gesellschaftlichen Dispositionen, historischen Traditionen und Kontinuitäten in Südoldenburg der Systemwechsel von 1918/19 und 1933 jeweils traf. Deshalb ist die Untersuchung auf drei Ebenen anzulegen, die inhaltlich ineinander verschränkt sind:

a) die regionalgeschichtliche Ebene,

b) die landesgeschichtliche Ebene,

c) die nationalgeschichtliche Ebene.

Für die politische Bildung ist die Frage von großer Bedeutung, wie die katholische Bevölkerung Südoldenburgs demokratische Primärerfahrungen aufnahm, wie zuverlässig ihre demokratische Gesinnung in kritischen Situationen war, wie sie die gesellschaftlichen und kulturellen Modernisierungsimpulse der Weimarer Republik verarbeitete und welche politischen und sozialen Konfliktlösungsmodelle der organisierte Katholizismus dieser Region am Ende der Weimarer Republik favorisierte. Weiterhin ist zu untersuchen, inwiefern die Vertreter des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg den Systemwechsel des Jahres 1933 duldeten, billigten oder gar förderten. In diesem Zusammenhang ist die Wirkung historischer Traditionen und Kontinuitäten zu verdeutlichen, die im 19. Jahrhundert zur Bildung des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg beitrugen und sich über die großen

---

nalismus seien durch die Aufklärung keineswegs neutralisiert worden und erlebten im 19. Jahrhundert eine Renaissance. In diesem Zeitraum sei Religion wie nie zuvor politisiert worden - und umgekehrt - und der Konfessionalismus intentional und funktional eine gegen die Moderne gerichtete Erscheinung gewesen, "die die zunehmende Individualisierung, den Materialismus, den Liberalismus und die Säkularisierung blockieren sollte, ja, darüber hinaus eine Rückkehr zu vormodernen Zuständen einer privilegierten Kirche aktiv anstrebte und deshalb Kontermodernisierung genannt werden kann". (BLASCHKE, Zeitalter, S. 38-75, Zitat: S. 71)

historischen Umbrüche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erhalten konnten. Aufgrund der politischen Geschichte Südoldenburgs läßt sich mit Karl-Heinz Naßmacher bestätigen, daß die im 19. Jahrhundert etablierten politisch-sozialen Milieus, das sozialistische wie das katholische Milieu, Weltkriegsniederlage und Revolution, Weltwirtschaftskrise und Zusammenbruch der Weimarer Republik überlebten und nach 1945 - im Gegensatz zu den liberalen und konservativen Milieus, die zwischen 1928 und 1933 aufgerieben wurden - an traditionelle Organisationsmuster und historisch-politische Traditionsbestände anknüpfen konnten. Diese Kontinuität ist deshalb bemerkenswert, weil zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik Deutschland "nicht nur zwei militärische Niederlagen, eine Revolution, eine Inflation, eine Weltwirtschaftskrise, eine totalitäre Diktatur und beachtliche Veränderungen der Sozialstruktur, sondern auch genau 35 Jahre, also mehr als eine Generation liegen."[5] Die Grundlagen der verkirchlichten katholischen Religionsgesellschaft in Südoldenburg, die in ihrer langen Geschichte eine erstaunliche soziale Konsistenz und eine enorme politische Kontinuität gezeigt hat, wurden erst in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte einer umfassenden Erosion ausgesetzt.

Der in Aussicht genommene Forschungsansatz, der sich sehr stark auf den aus der wissenschaftlichen Soziologie übernommenen Begriff der "Modernisierung" stützt, ist in der Regionalgeschichte Südoldenburgs relativ neu und und bedarf deshalb einer einführenden Erläuterung. Nach Auffassung der niederländischen Soziologen Hans van der Loo und Willem van Reijen bezeichnet der Begriff Modernisierung nicht nur das Wachstum industrieller Komplexe, sondern geht weit darüber hinaus: "Modernisierung verweist zugleich auf zunehmende Urbanisierung, auf den Terrainverlust von Religion und Magie, auf die fortschreitende Rationalisierung unseres Denkens und Handelns, auf wachsende Demokratisierung und abnehmende soziale Unterschiede, auf fortschreitende Individualisierung und auf eine Reihe weiterer wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Veränderungen."[6]

---

[5] NAßMACHER, Kontinuität, S. 223f.

[6] LOO, Modernisierung, S. 12f. Im vorliegenden Zusammenhang ist der methodische Hinweis wichtig, daß es sich bei der unvermittelten Gegenüberstellung von moderner und nicht-moderner bzw. traditioneller Gesellschaft fachterminologisch um Idealtypen handelt: "Damit charakterisieren wir traditionelle und moderne Gesellschaften nicht als empirische Abbildungen der historischen und heutigen Wirklichkeit, sondern als Denkkonstruktionen. Es handelt sich um stark vereinfachte Darstellungen der Wirklichkeit, die benützt werden, um in dem äußerst komplexen und undurchsichtigen Modernisierungsprozeß eine gewisse Linie zu erkennen. Man muß sich klar darüber bleiben, daß solche Idealtypen primär eine heuristische - das heißt Ein-

Das Handlungsschema der Modernisierung läßt sich durch vier sich teilweise überlagernde Ebenen kennzeichnen:

a) Differenzierung der sozialen Strukturen, Positionen und Rollen und die Auflösung einer ursprünglichen Ganzheit in ein gegliedertes Spektrum von spezifischen Funktionen und Sektoren;

b) Rationalisierung der zahlreichen Phänomene, die die Gesamtheit einer Kultur ausmachen, und Säkularisierung der Wirklichkeit, die den Glauben an Gott, religiöse Traditionen und Rituale zurückdrängt und die Lösung von Problemen und Konflikten von Vernunft, Logik und Empirie abhängig macht;

c) Individualisierung, die die Person aus kollektiven Zwängen und Ordnungen löst und sie in den Stand einer höheren Selbstbestimmung und Eigenverantwortung setzt; sie trägt emanzipatorische Impulse, die das Individuum aus der Kollektivität seiner unmittelbaren Umgebung, in unserem Falle des katholischen Sozialmilieus, herausführt;

d) Domestizierung, die die Zähmung und Beherrschung biologischer und natürlicher Prozesse meint und eine doppelte Wirkung zeigt: eine Steigerung der Lebensqualität und eine größere Abhängigkeit von den technisch-industriellen Mitteln, durch die die zunehmende Domestizierung der Natur herbeigeführt wird.[7]

Der Begriff der "Modernisierung" kann mit großem Erfolg auf Zeiten des Umbruchs, wie sie die Jahre der Weimarer Republik von 1918 bis 1933 zweifellos darstellen, angewandt und aus historischer Perspektive sinnvoll eingesetzt werden. Dabei sind auch die Kosten von gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu berücksichtigen. Die Art und Weise, wie die Menschen des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg die vielfältigen fremden und nicht leicht zu durchschauenden Phänomene der Modernisierung in

---

sicht schaffende - Funktion haben." Es ist nicht möglich, von "der wissenschaftlichen Modernisierungstheorie" zu sprechen.

[7] LOO, Modernisierung, S. 32ff. In diesem Zusammenhang sind auch Paradoxe anzusprechen, die die Modernisierungsprozesse begleiten: Maßstabverkleinerung und Maßstabvergrößerung, Pluralisierung und Generalisierung, Verselbständigung und Abhängig-Werden, Dekonditionierung und Konditionierung. (LOO, Modernisierung, S. 36ff.)

nerhalb und außerhalb der traditionellen Milieugrenzen und -welten in verschiedenen Zeitabschnitten aufnahmen, akzeptierten, ignorierten oder abwehrten, gehört zu den Schlüsselfragen der vorliegenden historischen Analyse, weil sie wesentlich dazu beiträgt, bisher verborgene Strukturen und Prozesse ins Bewußtsein zu heben und die Geschichte Südoldenburgs als moderne Geschichte neu zu beschreiben. Mit dem Durchbruch der bürgerlichen Revolutionen war die Frage nach dem Verhältnis von Transzendenz und Immanenz und nach dem Fortbestand theonomer Wert- und Ordnungsvorstellungen in modernen Gesellschaften neu gestellt.[8] Unter dem Stichwort "christlicher Humanismus" wurde sie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder diskutiert.[9] Die katholische Kirche mußte auf die Profanisierung der Politik und die Rationalisierung der Öffentlichkeit, auf neue Formen des aufgeklärten Diskurses in Kultur und Wissenschaft antworten und verwickelte sich dabei in Selbstwidersprüche. Sie partizipierte in vielfältigen Formen an der demokratischen Öffentlichkeit, ohne sich vorbehaltlos zu ihr zu bekennen. In diesem Zusammenhang sind historische Prozesse zu untersuchen, die in Südoldenburg erst nach dem Zweiten Weltkrieg vorläufig zum Abschluß ka

---

[8] Nach Auffassung von Hermann-Josef Große Kracht lösten die bürgerlichen Revolutionen einen "elementaren Kontinuitätsbruch in der Wahrnehmung des Politischen" aus, der für die Zukunft moderner Gesellschaften von entscheidender Bedeutung war. Seit diesem Zeitpunkt stellte sich "die Alternative zwischen der Wiedereinführung einer übergeordneten gesellschaftlichen Sinneinheit und einer dauerhaften Offenhaltung der ‘Stelle der Macht’, zwischen der Reetablierung eines vor- bzw. überpolitischen Sinn-, Wert- und Ordnungssystems und der Anerkennung einer dauerhaft konfliktiven, plural strukturierten Gesellschaft, die ihre Normen und Prinzipien nur noch aus ihren eigenen gesellschaftsimmanenten Kräften zu erbringen vermag und sich von allen diskurs- und konfliktenthobenen Wert- und Sinnvorgaben definitiv verabschiedet." (GROßE KRACHT, Kirche, S. 39, 44)

[9] Die Formulierung "christlicher Humanismus" geht auf den französischen Philosophen Jacques Maritain (1882 - 1937) und sein Werk "L‘Humanisme intégral" (Paris 1936) zurück, das 1950 unter dem Titel "Christlicher Humanismus" in Deutschland erschien. Der Neuthomist Maritain gilt als Begründer eines "christlichen Personalismus", der gegen die antiliberalen Intentionen der Neuscholastik "eine Brücke zwischen dem liberalistisch-individualistisch akzentuierten Menschenbild des europäischen Bürgertums und der vormodernen Lehrtradition der Kirche" zu schlagen versuchte. Darüber hinaus lieferte Maritain mit seiner 1943 erschienenen Studie "Christianisme et démocratie" (Christentum und Demokratie, 1949) auch wichtige Impulse für eine ‘Entdeckung’ der Demokratie, die in der katholischen Staats- und Soziallehre in Deutschland nahezu unbemerkt blieben. (GROßE KRACHT, Kirche, S. 195, Anm. 208) Nach Auffassung von Peter Nickl begreift Maritain Politik nicht als "Organisation politischer Macht", sondern als "Zeugnis für ihre Mystik" und ordnet sie der Moral unter. Darin stecke eine Tendenz, "das Politische überflüssig zu machen." Nickl erklärt dazu: "Ihren letzten Zweck schöpft die Politik nicht aus sich selbst [...], ihr Ziel, die Herstellung des bonum commune, ist ein relatives. Das Zeitliche soll zum Mittel für die Inkarnation des Geistigen werden." (NICKL, Maritain, S. 103ff.)

men.[10] Werner K. Blessing sieht "die tiefere historische Bedeutung der Vorgänge um Kirche und Kirchenvolk" in der Zeit von 1933 bis 1945 sogar in "der Vorbereitung eines für den deutschen Katholizismus epochalen Wandels", der in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zum Durchbruch gelangte.[11]

Aus antimodernistischen Abwehrhaltungen und Verweigerungen lassen sich prägende Faktoren des südoldenburgischen Konservatismus ableiten und erklären. Dieser polarisierte in seinem primär religiös bestimmten Begreifen und Ordnen von Welt das Verhältnis von Tradition und Moderne, von Sakralem und Profanem, von Kultur und Zivilisation, von Einst und Jetzt im Sinne der Ausschließlichkeit und verstellte damit den Zugang zu neuen - offenen, demokratischen - gesellschaftlichen und politischen Konfliktlösungen. Was die Reaktionen moderner Gesellschaften auf den radikalen Wandel ihrer Lebensformen und Deutungssysteme betrifft, können zwei extreme, entgegengesetzte Verhaltensweisen unterschieden werden: die fundamentalistische Grundhaltung, die auf "eine Wiedereroberung der Gesamtgesellschaft für die alten Werte und Traditionen" setzt, und eine relativistische Grundhaltung, die den Versuch aufgibt, "irgendwelche gemeinsamen Werte und Sinnbestände zu behaupten".[12] Diese Unterscheidung ist für die Geschichte des politischen

---

[10] Mitte der 1960er Jahre begann in der Bundesrepublik nach Auffassung von Karl Gabriel eine "neue Phase in der Geschichte der Religion und des Christentums", die die "im Kulturkampf geschmiedete Einheit von Volksreligion und kirchlicher Religion" auflöste. (GABRIEL, Christentum, S. 52, 59) Nach Meinung von Olaf Blaschke spricht vieles für diese Spätdatierung, wenn man "die enorme Wichtigkeit der Konfessionszugehörigkeit als entscheidende Variable für den Erfolg der Nationalsozialisten, dann das *relative* Resistenzverhalten konfessionsfirmer Gruppen seit 1933 und die erstaunlichen Rechristianisierungserfolge nach dem Zweiten Weltkrieg " betrachtet und einen Blick auf "die ‘katholische’ Kanzlerdemokratie" bis 1963 wirft. (BLASCHKE, Zeitalter, S. 58)

[11] BLESSING, Kirche, S. 111. Die regionalgeschichtliche Untersuchung Blessings bezieht sich auf das Erzbistum Bamberg zwischen 1933 und 1949. Das "Zeitalter der Weltanschauungen" hat nach Auffassung von Olaf Blaschke ausgedient. Schon im Vorfeld des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 - 1965) habe "die Nachfrage nach kirchlich gebundener Religiosität rapide" abgenommen und sich "die formelle, institutionalisierte und sichtbare Religion zu einer unbestimmten und individuell verfertigten ‘Flickenteppichreligiosität’" verflüchtigt. (BLASCHKE, Zeitalter, S. 58f.)

[12] BERGER, Modernität, S. 66ff. Die Autoren nennen zwei grundlegende Merkmale moderner Gesellschaften: die strukturelle Differenzierung der Funktionen und ihre zweckrationale Organisation in Wirtschaft, Verwaltung und Recht und den modernen Pluralismus, "in dem die Schutzzäune um den Sinnbestand von Lebensgemeinschaften [...] nicht mehr lückenlos aufrechterhalten werden können". Daraus ergibt sich in modernen Gesellschaften eine Sinnkrise, auf die die fundamentalistische Grundhaltung um den Preis der Selbstzerstörung reagiert. In ih-

Katholizismus in Südoldenburg von großer Bedeutung, weil dieser besonders in kritischen Zeiten zur fundamentalistischen Haltung neigte, um die Konflikte zu bewältigen. In diesem Sinne stellt der politische Katholizismus nach Auffassung von Wilfried Loth ein hervorragendes Studienobjekt dar, an dem sich "die mit dem Übergang zur 'modernen' Industriegesellschaft verbundenen Transformationsprozesse im politischen Bereich" aufzeigen lassen. Denn "sozial motivierte politische Massenbewegungen mußten hier ebenso auftreten wie Versuche, diese im Sinne einer Konservierung der bestehenden Machtstruktur zu manipulieren, neue Formen der Klassenspannungen ebenso wie neue Formen der politischen Auseinandersetzung, Tendenzen zur Polarisierung und neue Versuche der Integration, verstärkte Partizipationsbestrebungen ebenso wie verstärkte Neigungen zu autoritären Lösungsversuchen".[13]

Als moderne Sozialform christlichen Lebens etablierte sich in Südoldenburg in der Zeit vor der Reichsgründungsepoche ein katholisches Milieu, das seine geistige und moralische Grundlage im katholischen Traditionalismus neuscholastischer Prägung und in einem religiösen Fundamentalismus hatte. Unter den veränderten historischen Bedingungen der aufsteigenden bürgerlichen Industriegesellschaft im europäischen Revolutionszeitalter wurde das religiöse Leben in einem katholischen Sozialmilieu wie Südoldenburg von einem Modernisierungsprozeß erfaßt, der strukturell im Gegensatz zum katholischen Traditionalismus stand. Die Hierarchisierung, Zentralisierung und bürokratische Funktionalisierung der neuen kirchlichen Sozialformen trugen dazu bei, die kirchliche Herrschaftstechnik nach neuesten Modernisierungsstandards auf hohem Niveau zu organisieren und den Bildungsprozeß katholischer Sozialmilieus zu forcieren. Basis des katholischen Milieus wurde eine volkskirchliche Laienbewegung, die den einzelnen Gläubigen unter der Aufsicht der kirchlichen Amtshierarchie in den sozialen Mikrokosmos einer religiösen Teilkultur integrierte und ihn disziplinierte.[14] Der Zweck des katholischen Milieus richtete sich auf das historische Überleben der katholischen Kirche im europäischen Zeitalter der Revolution und Säkularisation und die

---

rer gemäßigten Form führt sie zur "Ghettoisierung der eigenen Gruppe innerhalb der Gesamtgesellschaft". Diese gelingt nur schwer und ist "mit Kosten verschiedener Höhe" verbunden.

[13] LOTH, Katholiken, S. 21.

[14] Werner K. Blessing bezeichnet jene "habituelle, eine Lebenswelt durchdringende Katholizität" in katholischen Sozialmilieus als "eine früher scharf umgrenzte Teilkultur", die sich einst als "Gegenkultur konstituiert" habe, nach dem Zweiten Weltkrieg aber immer brüchiger geworden sei. (BLESSING, Kirche, S. 110)

Sicherung ihres soziokulturellen und politischen Einflusses in einer Zeit, die von einer zunehmenden Säkularisierung, Pluralisierung und Individualisierung des gesellschaftlichen Lebens gekennzeichnet war.[15] Die Bildung des katholischen Sozialmilieus implizierte nicht nur antimoderne, sondern auch antidemokratische Impulse, weil es über den Angehörigen dieses Milieus durch ein unpolitisches, nämlich ein religiöses Deutungssystem autoritativ zu verfügen versuchte und ihn nicht in seine volle persönliche Freiheit und Unabhängigkeit entließ, die zum Wesen der republikanischen Staatsform gehört. Die Entstehung katholischer Sozialmilieus im 19. Jahrhundert hat die Entwicklung aufgeklärter moderner Bewußtseinsformen, die sich auf gesellschaftliche Pluralität, Liberalität und Toleranz ausrichten, trotz des zu verzeichnenden technischen und ökonomischen Fortschritts, der sich auch in agrarisch-mittelständischen Regionen wie Südoldenburg durchsetzte, aufgehalten und die Bildung eines verantwortlichen demokratischen Gewissens erschwert und verzögert. So bildete sich in einem katholischen Sozialmilieu wie Südoldenburg ein diffuses Konglomerat von historischen Ungleichzeitigkeiten, das die Orientierung des einzelnen in der historischen Zeit und im aktuellen politischen Konflikt in einer radikalen Weise komplizierte, so daß er sich nach Leitung außerhalb seiner selbst - im katholischen Milieu - umsah. Ernst Bloch hat bereits in den 1930er Jahren auf das historische Phänomen der Ungleichzeitigkeit hingewiesen und darin eine wesentliche Ursache für den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland gesehen, der eine ‘falsche’ Ungleichzeitigkeit gegen die historische Gleichzeitigkeit der Weimarer Republik mobilisierte. Ungleichzeitigkeit meint dabei eine ‘schiefe’ Bewußtseinslage, die Kraft eines "unzeitigen Kurses", die "neues Leben" versprach, indem sie "nur Altes" aufholte; ihr seien die Massen zugeströmt.[16] So habe ein im Verhältnis zur realen gesellschaftlichen Entwicklung rück

[15] Nach Olaf Blaschke intendieren die vielfältigen Säkularisierungsprozesse nicht das "Verschwinden des Christlichen" überhaupt, sondern dessen Pluralisierung und Individualisierung. (BLASCHKE, Zeitalter, S. 58)

[16] Ernst Bloch faßt den Begriff der "Ungleichzeitigkeit" philosophisch: "Nicht alle sind im selben Jetzt da. Sie sind es nur äußerlich, dadurch, daß sie heute zu sehen sind. Damit aber leben sie noch nicht mit den anderen zugleich. Sie tragen vielmehr Früheres mit, das mischt sich ein. [...] Verschiedene Jahre überhaupt schlagen in dem einen, das soeben gezählt wird und herrscht. Sie blühen auch nicht im Verborgenen wie bisher, sondern widersprechen dem Jetzt; sehr merkwürdig, schief, von rückwärts her." Dem Nationalsozialismus strömten die Massen zu, weil "das unerträgliche Jetzt mit Hitler mindestens anders scheint, weil er für jeden gute alte Dinge malt". Die Zitate sind der Schrift "Ungleichzeitigkeit und Pflicht zu ihrer Dialektik" entnommen, die im Mai 1932 entstand und 1935 in dem Band "Erbschaft dieser Zeit" veröffentlicht wurde. (BLOCH, Erbschaft, S. 104; VIDAL, Ungleichzeitigkeit, S. 17ff.)

wärtsgewandter Bewußtseinszustand weiter Bevölkerungskreise zur Durchsetzungsfähigkeit des Nationalsozialismus beigetragen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde auch in Südoldenburg deutlich, daß sich das katholische Sozialmilieu historisch überlebt hatte.[17]

Der auf agrarökonomische Verhältnisse abgestimmte Begriff der "agrarischen Modernisierung" erweist sich als sehr geeignet, die im allgemeinen als "Agrarrevolutionen" bezeichneten radikalen ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungen auf dem Lande zu beschreiben. Ilja Mieck gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß der Begriff "Agrarrevolution" Assoziationen hervorruft, die dem wirklichen Prozeß wenig entsprechen. Es handle sich in der Regel nicht um revolutionäre Neuerungen, sondern um ein ganzes Bündel von Verbesserungen und Innovationen, die in ihrer Addition für ein revolutionäres Ergebnis sorgten.[18] In dieser Form läßt sich der Begriff der "agrarischen Modernisierung", abgekürzt "Agrarmodernisierung", systematisch auch auf die Geschichte der agrarökonomischen Verhältnisse in

---

[17] Hermann-Josef Große Kracht hebt den dialektischen Charakter von Modernisierungs- und Demokratisierungsprozessen hervor und spricht von einer "Demokratisierungsfalle": "In dem Maße aber, wie sich der Sozialkatholizismus im Zuge dieser Integration in den modernen Staat auch normativ auf die Plausibilitäten der politischen Moderne, auf Wahlrecht, Gewaltenteilung, Parteienkonkurrenz und Mehrheitsentscheidungen einließ und einlassen musste, verlor sein programmatischer Antimodernismus allmählich seine Überzeugungskraft." Eine wichtige Rolle habe in diesem Zusammenhang das katholische Vereinswesen gespielt, mit dem sich eine Dynamik zur "Einübung von Demokratiefähigkeit" verbunden habe. Damit sei "das ganze Arsenal der antibürgerlichen Affekte, die das katholische Milieu jahrzehntelang so erfolgreich zusammengeschweißt hatte", in die "Demokratisierungsfalle" geraten. (GROßE KRACHT, Religion, S. 140-154, Zitate: S. 153f.) An anderer Stelle spricht Große Kracht von der "indirekten Verbürgerlichung" des Katholizismus, die von dem ausdifferenzierten katholischen Vereinswesen, insbesondere von der Bildungs- und Schulungsarbeit des Volksvereins für das katholische Deutschland, ausgegangen sei. Das katholische Vereinswesen habe in vielfältiger Form zu einer Art "indirekter politischer ‘Verbürgerlichung’ des Katholizismus" geführt und schließlich eine "grundsätzliche Bejahung des säkularen Staates" ermöglicht, "ohne selbst den Fortschrittsglauben und das individualistische Freiheitsprinzip des bürgerlichen Liberalismus teilen zu müssen". (GROßE KRACHT, Kirche, S. 157ff.)

[18] FISCHER, Handbuch, S. 124f.: Vorwort von Ilja Mieck. Zu diesen Verbesserungen zählt Mieck in der vorindustriellen Phase der landwirtschaftlichen Entwicklung im einzelnen die Abschaffung der Dreifelderwirtschaft, die Einführung oder den vermehrten Anbau neuer Nahrungs- und Futterpflanzen und Getreidesorten, die Einführung neuer oder die Verbesserung bereits bekannter landwirtschaftlicher Geräte, die Qualitätssteigerung des Saatgutes und die Auswahl von Zuchttieren, die Neugewinnung von Ackerland und die Entwicklung neuer Methoden bei der Kultivierung von Ödländern, Moor- und Heideflächen und von Sumpfgebieten und schließlich den Einsatz des Pferdes, das den Ochsen als Zugtier ablöste und schon vor der Industrialisierung die Pflugleistung verdoppelte.

Südoldenburg seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts anwenden. Der Prozeß der Agrarmodernisierung in den Jahrzehnten zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg zeigte in Oldenburg ausgeprägte "intraregionale Unterschiede", die zu einer Verschiebung der landwirtschaftlichen Produktionskraft zugunsten Südoldenburgs und dadurch zu einer Annäherung von Nord- und Südoldenburg führten. So bildete sich vor dem Ersten Weltkrieg im Herzogtum Oldenburg "eine vergleichsweise einheitliche Viehhochzuchtregion" mit deutlichen Unterschieden heraus: Während auf den Marschgebieten Nordoldenburgs in erster Linie Rindviehzucht betrieben wurde, stagnierte in den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg der Rindviehbestand in Südoldenburg und verzeichnete die Schweinezucht erhebliche Zuwachsraten.[19] Die "einheitliche Viehhochzuchtregion" stellte nach dem Ersten Weltkrieg in Oldenburg auch eine relativ einheitliche agrarökonomische Interessenlage her, die allerdings durch die konfessionellen Gegensätze zwischen Nord- und Südoldenburg überschattet wurde. Die Spaltung der Landvolkbewegung ist dafür ein anschauliches Beispiel.

Von zentraler Bedeutung für die religiöse Sozialisation des Katholiken und die Tradierung des christ-katholischen Glaubens ist der Begriff des "Katholizismus", des Katholischen, der seine ehemalige Konsistenz in modernen Gesellschaften verloren hat. Franz-Xaver Kaufmann sieht in der Entstehung und in der sozialisatorischen Funktion des "Katholizismus", der in der Zeit der Restauration auf breiter Front zu einer Mobilisierung katholischer Laien führte, auch eine Reaktion der katholischen Kirche auf die vielfältigen Modernisierungsprozesse der europäischen Geschichte im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert.[20]

---

[19] MÜTTER, Herzogtum, S. 49, 59.

[20] KAUFMANN, Sozialisation, S. 128ff. Nach Ansicht von Kaufmann kann vom "Katholizismus" als einer spezifischen Sozialgestalt überhaupt erst seit dem 19. Jahrhundert gesprochen werden. Er etablierte sich in den Staaten Europas, in denen Katholiken eine starke Minderheit bildeten, u. a. auch in Deutschland: "Der katholische Volksteil entwickelte hier ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, das seine Identität in der Führergestalt des Papstes fand (Ultramontanismus). Bestärkt durch eine auf dem scholastischen Naturrechtsdenken beruhende, die gültige Interpretation aller Lebensbereiche beanspruchende katholische Weltanschauung entwickelte sich der Katholizismus zu einer Art Teilgesellschaft mit einer eigenen Kultur innerhalb der sich modernisierenden Nationalstaaten Europas." (S. 130f.) Karl-Egon Lönne sieht eine grundlegende Voraussetzung für die Entfaltung des politischen Katholizismus darin, "daß die katholische Kirche auch über die Französische Revolution und die Säkularisation hinaus für gesellschaftlich wichtige Gruppen religiöse Prägekraft behielt oder wiedergewann." (LÖNNE, Katholizismus, S. 13)

Nach Auffassung von Franz-Xaver Kaufmann haben die religiösen Sozialisationsbedingungen in den konfessionellen Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert einen fundamentalen Wandel erfahren. In vormodernen Gesellschaften habe das Kind seine Identität als Angehöriger eines alle Lebensbereiche umfassenden Sozialverbandes gewonnen. Diesem kosmischen Sozialgefüge entsprechend habe sich Sozialisation, auch religiöse Sozialisation, nicht "in ausdifferenzierter Form als Erziehung, sondern als allmählicher Zuwachs an Kenntnissen, Fertigkeiten und Verantwortung" vollzogen. Das habe sich in den modernen Gesellschaften grundlegend geändert. Unter modernen Lebensverhältnissen realisiere sich die inzwischen individualisierte Biographie des einzelnen Menschen "in einer Aufeinanderfolge heterogener Gruppenzugehörigkeiten", die unterschiedliche Funktionen und Rollen aus- und zuwiesen. Darin sei in modernen Gesellschaften die Voraussetzung für die Problematisierung der Lebensführung als Identitätsproblem zu sehen. Die Modernisierung der sozialen Lebenswelten habe auch Folgen für die religiöse Sozialisation: Die kirchliche Glaubensverkündigung werde in einer "auf das Institutionelle reduzierten Präsenz der christlichen Tradition" nicht mehr ohne weiteres als sinnstiftend für das eigene Leben erfahren.[21]

Der historische Wandel der Sozialisationsbedingungen in religiös-kultureller, sozialer und politischer Hinsicht ist am treffendsten systematisch zu erfassen und zu beschreiben. Denn der Wandel als solcher ist nach Auffassung von Norbert Elias "als Ganzes nicht rational geplant", aber auch nicht nur "ein regelloses Kommen und Gehen ungeordneter Gestalten." Norbert Elias betont die Interdependenz der einzelnen Faktoren in den Veränderungen zivilisierter Gesellschaften, aus der sich "eine Ordnung von ganz spezifischer Art, eine Ordnung, die zwingender und stärker ist, als Wille und Vernunft der

[21] KAUFMANN, Sozialisation, S. 126ff. Nach Kaufmann lebten in "vormodernen ('archaischen') Gesellschaften" die meisten Menschen "innerhalb eines lokalen, z. T. verwandtschaftlich, z. T. grundherrschaftlich strukturierten Sozialverbandes von überschaubarer Größe, innerhalb dessen sich alle lebenswichtigen Funktionen vollzogen". Die sozialen Beziehungen waren gekennzeichnet von großer Dauerhaftigkeit, und die soziale Ordnung erschien als statisch vorgegeben, "als Mikrokosmos, in den man hineinwächst und der gleichzeitig Bestandteil eines symbolischen Makrokosmos (im Abendland: 'Christenheit') ist, der die erfahrbare Ordnung garantiert, aber in sie im Regelfalle nicht eingreift." Unter modernen Gesellschaftsbedingungen hingegen erfahre der einzelne seine Identität nicht mehr durch "eine ihn ganz umfassende Gruppe", sondern "in Auseinandersetzung mit einer Vielzahl sozialer Gruppen und als Träger von Rollen, die untereinander nicht mehr in einem gesamtgesellschaftlichen Sinnzusammenhang integriert sind." Der Erwerb und Erhalt einer individuellen Identität stelle in modernen Gesellschaften eine lebenslange Aufgabe und Herausforderung dar.

einzelnen Menschen, die sie bilden", entwickelte.[22] Träger des historischen Wandels ist in traditionellen katholischen Gesellschaften das "katholische Milieu", das in diesem Zusammenhang nach Rainer M. Lepsius als eine soziale Einheit verstanden werden kann, die "durch Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen" gebildet wird.[23] In dieser Form wird die soziologische Kategorie des konfessionellen Sozialmilieus operabel und ist auf die historischen Verhältnisse in Südoldenburg übertragbar. Die Moralisierung, besonders die religiöse Moralisierung, war in traditionellen katholischen Sozialmilieus wie Südoldenburg weit fortgeschritten. Denn gerade in mittelständisch-bürgerlichen Schichten, zu denen auch die ländlichen Sozialmilieus zu zählen sind, sind nach Elias "die entsprechenden Gebote und Verbote bei dem Einzelnen von klein auf weit tiefer verankert, nicht als praktische Regeln der Lebensweisheit, sondern als halbautomatisch funktionierende Gewissensimpulse." Diese prägen sich in traditionellen Sozialmilieus dem einzelnen "mehr als ein Selbstzwang" ein: "durch eine ‘innere Stimme’, durch eine von dem eigenen Überich her automatisch reproduzierte Angst, kurz durch ein moralisches Gebot, das keiner Begründung bedarf."[24] Das war - und ist teilweise noch - auch im katholischen Milieu Südoldenburgs der Fall.

Der katholische Publizist und Schriftsteller Carl Amery spricht in dem 1963 erschienenen Band "Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute" vom sozialen Milieu als dem neuen Souverän, der im westdeutschen Katholizismus zur Herrschaft gelangt sei, "ohne seine Rolle auch nur zu begreifen." Das katholische Milieu trete "verhältnismäßig homogen" auf und enthalte "kaum antagonistische Spannungen". Die lähmende Agonie des westdeutschen Nachkriegskatholizismus führt Amery in erster Linie auf seine erstarrte Milieugebundenheit zurück.[25] Kaufmann hingegen sieht in der westdeutschen

---

[22] ELIAS, Zivilisation, S. 313f. Die Vorstellung, "daß die Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und die einzelnen gesellschaftlichen Institutionen p r i m ä r aus ihrer Zweckmäßigkeit für die derart verbundenen Menschen zu erklären sind", bezeichnet Elias als eine Fiktion, die "allein deswegen kein sehr gutes Leitinstrument der Forschung" sein kann. Die gesellschaftlichen Verflechtungen und Pläne vieler Menschen, die überdies kontinuierlich von Generation zu Generation" weitergegeben werden, sind selbst "nichts Geplantes". (S. 475f.)

[23] LEPSIUS, Parteiensystem, S. 383.

[24] ELIAS, Zivilisation, S. 480, 482.

[25] AMERY, Kapitulation, S. 9f., 13, 17. Soweit mir zum jetzigen Zeitpunkt bekannt ist, hat Carl Amery zur Beschreibung historischer Phänomene im deutschen Katholizismus 1963 erstmalig den Begriff des "Milieus" verwendet. Carl Amery verwendet in den jeweiligen Kapitel-

Nachkriegszeit das Ende des katholischen Milieus: Wenn man "das historische Ende der konfessionsspezifischen Polarisierung seit der Reformation" fixieren wolle, könnten die Erschütterungen des Zweiten Weltkrieges als tiefgreifender Einschnitt in der Geschichte des Katholizismus in Deutschland gelten.[26] Die kritischen Impulse und Einwände, die in der Bundesrepublik zu Beginn der 1960er Jahre unter anderem von Carl Amery und Rolf Hochhuth[27] ausgingen, hat die Regionalgeschichte Südoldenburgs bisher nicht aufgegriffen und nicht für sich aufgearbeitet.

Carl Amery griff mit der "Kapitulation" in die kontroverse Debatte um die Rolle des deutschen Katholizismus in der nationalsozialistischen Zeit ein. In Amerys "Thesen" zur Kapitulation des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 spielt der soziologische Begriff des "katholischen Milieus" eine zentrale Rolle. Mit seiner Hilfe zeigt der kritische Autor aufschlußreiche Kontinuitäten in der Geschichte des modernen Katholizismus in Deutschland von 1933 bis zum Ende der westdeutschen Restaurationsphase auf. Der nationalsozialistischen Machtübernahme stand das katholische Milieu trotz seiner politischen Resistenz nach seiner Meinung "trotzdem reichlich hilflos gegenüber", weil es "für einen gesellschaftlich bedeutungsvollen Widerstand" nicht gerüstet war.[28] Carl Amery bestreitet, daß die Organisation des deutschen Katholizismus "in einer politischen Partei, in Standesorganisationen jeder Art, in Jugendverbänden und Korporationen" ein Vorteil in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus war, weil der ‘neue Staat’ "nämlich genau die entgegengesetzte Taktik" anwandte. Er "erfüllte den alten kulturpolitischen Traum des deutschen Katholizismus, das Reichskonkordat - sorgte aber durch ‘Gleichschaltung’ für die völlige Machtlosigkeit der Verbände, die er nur so lange und so weit arbeiten ließ, als er sie als Instrumente eben dieser Gleichschaltung brauchen konnte." Die Kapitulation hätten "nicht in erster Linie die Bischöfe oder die Zentrumsprälaten oder die Monsignori" vollzogen, sondern "das juste milieu des deutschen Katholizismus."[29] Amerys Beurteilung des deutschen Katholizismus im Jahre 1933 unterschätzt zwar

---

überschriften folgende Formulierungen, die bezeichnend sind: Der neue Souverän: das Milieu; Der deutsche Katholizismus und sein Milieu; Werte und Tugendsystem des Milieus. (S. 9-27)

[26] KAUFMANN, Sozialisation, S. 132f.

[27] HOCHHUTH, Stellvertreter; RADDATZ, Summa iniuria.

[28] AMERY, Kapitulation, S. 30. Amery führt dazu aus: "Einen solchen Widerstand verbot der ganze Mechanismus des Milieus: seine Verwundbarkeit, seine Abhängigkeit von der Führung, sein Mißtrauen gegenüber historischen Initiativen - und seine instinktive Auffassung der christlichen Existenz als einer Sammlung von Vorschriften und ‘Werten’."

[29] AMERY, Kapitulation, S. 31f.

den autoritativen Einfluß der Kirchenleitung, des deutschen Episkopats und der römischen Kurie, weist aber erstmalig dem katholischen Milieu eine entscheidende Rolle in der Gleichschaltung des politischen Katholizismus in Deutschland zu, weil er für das nationalsozialistische Regime aufgrund seines hohen Organisationsstandards und seiner hierarchischen Strukturen leichter zu ‘erfassen’ war.

Als grundlegend für religionssoziologische Aspekte, die Fragen katholischer Milieubildung unmittelbar tangieren, darf die Arbeit von Karl Gabriel über das Christentum im Spannungsfeld zwischen Tradition und Postmoderne angesehen werden.[30] Weiterhin sind die Einzelstudien zum katholischen Milieu zu berücksichtigen, die im "Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte" (AKKZG) in Münster entstanden sind.[31] Grundlegend für die neuere Geschichte des Bistums Münster von 1802 bis 1998 ist Wilhelm Dambergs 1998 erschienenes Werk mit dem bezeichnenden Titel "Moderne und Milieu 1802 - 1998", das vom Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne im deutschen Katholizismus seit der Säkularisation ausgeht. Leider wird in dieser Arbeit der Offizialatsbezirk Oldenburg als Teil der Diözese Münster nur am Rande berücksichtigt.[32] Der Begriff des "katholischen Milieus" selbst, wie ihn Karl Gabriel synchronisch entwickelt, stellt trotz einer zunehmenden Abnutzungsgefahr eine leistungsfähige soziologische Kategorie zur Verfügung, um die Gesamtheit des politischen, ökonomischen, kulturellen und religiösen Lebens eines in sich geschlossenen katholischen Teilraumes wie Südoldenburg historisch zu erfassen. Die Regionalgeschichte Südoldenburgs hat den Begriff des "katholischen Milieus" bisher weder systematisch angewandt noch ihn konsequent auf die moderne Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus bezogen. Auch deshalb war sie bisher kaum imstande, die vieldimensional angelegten kulturellen, sozialen und politischen Interaktionen zwischen der Amtshierarchie der katholischen Kirche und der religiösen Basis, den Laien, zu beschreiben.

Im historischen Sinne wird auch der Begriff des "politischen Katholizismus" gebraucht als Sammelbezeichnung für solche Institutionen, Organe und Bewegungen, die Vorstellungen und Interessen der katholischen Bevölkerung und der katholischen Kirche gesellschaftlich und politisch zur Wirksamkeit

---

[30] GABRIEL, Christentum.
[31] ARBEITSKREIS, Katholiken, S. 588-654; DAMBERG, Zeitgeschichte, S. 445-465.
[32] DAMBERG, Moderne. Bei der Arbeit von Wilhelm Damberg handelt es sich um den 5. Bd. der Geschichte des Bistums Münster, hg. von Arnold Angenendt.

verhelfen. Nach Karl-Egon Lönne ist der politische Katholizismus "nicht im Hinblick auf die Bindung an die politische Linie der kirchlichen Hierarchie, sondern hinsichtlich des Willens zu definieren, Politik aus der Bindung und Selbstbindung an die katholische Lehr- und Glaubensgemeinschaft, an ihre Bedürfnisse und Ziele zu gestalten." Der politischen Willensbildung im Einzelfalle blieb es dabei vorbehalten, welche Politik auf dieser weltanschaulich-religiösen Grundlage gestaltet werden sollte. Deshalb umfaßt das historische Phänomen des politischen Katholizismus aus der Sicht Lönnes "nicht nur Persönlichkeiten und Gruppen, die durch ihr Wirken im Sinne ihrer Glaubensgemeinschaft geschichtlich wirksam geworden und im historischen Bewußtsein gleichsam kanonisiert worden sind, sondern auch Minderheiten, Abweichler von der 'offiziellen' oder 'offiziösen' Linie und Einzelgänger."[33] Der politische Katholizismus erreichte in der Zeit der Weimarer Republik einen hohen Organisationsgrad und einen differenzierten Organisationsstandard. Aus historischem Interesse ist es notwendig, die synchronische Perspektive in eine diachronische umzuwandeln und prozessual auszurichten. Darin besteht eine wesentliche Absicht der vorliegenden Studie.

Für explizit politische Fragen zeigt sich in der oldenburgischen Landesgeschichte ein wesentlich besserer Forschungsstand als in der Regionalgeschichte Südoldenburgs. Die Geschichte Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik und die Rolle des Zentrums im oldenburgischen Parlamentarismus von 1918 bis 1933 waren bisher nicht Gegenstand einer historischen Monographie. Die Aufmerksamkeit der südoldenburgischen Regionalgeschichte konzentriert sich auf die politische Resistenz der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs gegenüber dem Nationalsozialismus nach 1933 und auf Haltungen des "Widerstandes" im "Dritten Reich", insbesondere den sog. "Kreuzkampf" von 1936. Mehrere Arbeiten Joachim Kuropkas beschäftigen sich mit dem politischen Macht- und Systemwechsel des Jahres 1933 und begründen die politische Resistenz der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs in erster Linie mit der ausgeprägten Milieubindung, die in dieser Region zweifellos herrschte.[34] Dabei darf nicht übersehen werden, daß der

[33] LÖNNE, Katholizismus, S. 11f.

[34] KUROPKA, Übergang, S. 141-168; ders., Cloppenburg, S. 28-53; ders., Kirche, S. 550-601; GELHAUS, 1933. Für das dem Kreis Cloppenburg benachbarte Emsland, das große konfessionelle und ökonomische Übereinstimmungen mit Südoldenburg aufweist, liegt jetzt eine grundlegende Arbeit über die Geschichte dieser Region in der nationalsozialistischen Zeit von 1933 bis 1935 vor: LÖNING, Emsland, S. 13-353. Aus südoldenburgischer Perspektive ist die Feststellung Lönings interessant, daß die parlamentarische Demokratie auch im katholischen Ems-

politische Handlungsspielraum der Milieuparteien Zentrum und SPD bei weitem nicht ausreichte, um sich zu einem tragfähigen Konsens gegen Hitler zusammenzufinden. Dazu wäre es erforderlich gewesen, die milieuspezifischen Traditionen, Mentalitäten und Vorurteile zu überschreiten und dem gemeinsamen Ziel demokratischer Selbsterhaltung zu 'opfern'.[35]

Über die Grundzüge der oldenburgischen Landesgeschichte informiert übersichtlich die "Geschichte des Landes Oldenburg" (1987),[36] über oldenburgische Personalien das "Biographische Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg" (1992)[37] und über die Geschichte des oldenburgischen Parlamentarismus von 1848 bis 1933 in knapper Form neuerdings Albrecht Eckhardts Arbeit über den oldenburgischen Landtag und seine Abgeordneten von 1848 bis 1933.[38] Die Revolution von 1918/19 und die Endphase der Weimarer Republik in Oldenburg behandeln Arbeiten von Wolfgang Günther[39] und Klaus Schaap[40]. Über die oldenburgische Kirchengeschichte hat Josef Zürlik einen längeren Aufsatz verfaßt, der in zwei Abschnitten im "Oldenburger Jahrbuch" erschienen ist.[41] Zur Entwicklung des modernen Parteiensystems in Oldenburg liegt eine Arbeit von Karl-Heinz Naßmacher vor.[42]

---

land "keine Verankerung in den Herzen der Menschen" fand, "die eher traditionellen Machtstrukturen und den lokalen Eliten vertrauten als demokratischen und von außen importierten neuen Formen." Im Frühjahr 1933 beobachtet Löning die "Instrumentalisierung weit verbreiteter antidemokratischer Tendenzen" und einen "nationalen Taumel, dem sich die Menschen im Emsland ebensowenig entziehen konnten wie die in anderen Gebieten des Reiches." (S. 327, 329)

[35] Franz Walter formuliert in exemplarischer Weise die unzureichende Hypothese, daß die traditionellen Milieus dem Aufstieg des Nationalsozialismus hinderlich im Wege standen: "Hätte es diese Milieus flächendeckend in Deutschland gegeben, der Nationalsozialismus hätte niemals die Dynamik entwickeln und die Resonanz bei den Wählern erzielen können, die ihn schließlich im Verbund mit der Unterstützung der alten Eliten an die Macht brachten." Er verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß die klassischen Milieuparteien SPD und Zentrum erheblich zur politischen Stabilität der Weimarer Republik beitrugen: "Die Milieus haben erheblich zur Stabilität der Republik und ihrer Institutionen beigetragen, haben ihren Parteien übrigens auch mehr Spielraum eingeräumt, als ihn milieuferne Parteien besaßen, die unpopuläre Politik mangels fester Bindungen kaum riskieren konnten und chronisch vom Niedergang bedroht waren, wie besonders das Schicksal der Liberalen zeigt." (WALTER, Milieus, S. 486f.)

[36] ECKHARDT, Geschichte. In diesem Band insbesondere der Beitrag von Wolfgang Günther: Freistaat und Land Oldenburg (1918 - 1946), S. 403-489.

[37] FRIEDL, Handbuch.

[38] ECKHARDT, Landtag; ders., Landtagsreden.

[39] GÜNTHER, Revolution.

[40] SCHAAP, Weg; ders., Endphase.

[41] ZÜRLIK, Kirchen 1, S. 33-98, Kirchen 2, S.107-166.

[42] NAßMACHER, Kontinuität.

Zur Kirchengeschichte der Diözese Münster, zu der die katholischen Ämter in Südoldenburg auch nach 1803 gehörten, ist ein dreibändiges Handbuch erschienen, das von Werner Thissen herausgegeben wurde.[43] Inzwischen liegt auch eine umfassende Studie über die Organisationsgeschichte und die Vereinskultur in der Diözese Münster für den Zeitraum von 1918 bis 1945 vor; diese Arbeit berücksichtigt den Offizialatsbezirk Oldenburg aber nicht in besonderer Weise.[44] Einzelne Aufsätze zur Regionalgeschichte Südoldenburgs von unterschiedlicher Länge und Qualität sind im "Oldenburger Jahrbuch" enthalten, das vom "Oldenburger Landesverein für Geschichte, Natur- und Heimatkunde e. V." herausgegeben wird, und im "Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland", das seit 1969 (von 1952 bis 1968 als "Hauskalender für das Oldenburger Münsterland") vom Heimatbund für das Oldenburger Münsterland (gegründet 1919) herausgegeben wird. Was agrarökonomische Fragen betrifft, ist in unserem Zusammenhang auf die systematischen Arbeiten von Hans-Wilhelm Windhorst zurückzugreifen.[45]

Willi Baumann und Peter Sieve haben 1995 das erste Handbuch für den Offizialatsbezirk Oldenburg herausgegeben.[46] Die Oldenburgische Kirchengeschichte, die 1999 erschien, enthält eine Darstellung von Joachim Kuropka über die Geschichte der katholischen Kirche im 19. und 20. Jahrhundert.[47] Über die Geschichte des Bischöflich Münsterschen Offizialates in Vechta, das 1831 als kirchliche Oberbehörde für die Katholiken im Herzogtum Oldenburg errichtet wurde, informiert in knapper Form Helmut Hinxlage.[48] Zusammen mit der katholischen Bekenntnisschule bildete die katholische Lehrerbildung, die seit der Errichtung einer Normalschule im Jahre 1830 in Vechta angesiedelt war, ein wichtiges Fundament des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg. Die Geschichte der Lehrerbildung in Vechta ist Ge

---

[43] Das Bistum Münster, Band I - III, hg. von Werner Thissen, Münster (Bischöfliches Generalvikariat) 1993. Im vorliegenden Zusammenhang besonders wichtig der Band II: Die Bischöfe von Münster, Biogramme der Weihbischöfe und Generalvikare, von Alois Schröer.
[44] KÖSTERS, Verbände.
[45] WINDHORST, Agrarwirtschaft.
[46] BAUMANN, Kirche. In diesem Handbuch ist der Aufsatz von Peter Sieve "Die katholische Kirche im Offizialatsbezirk Oldenburg von ihren Anfängen bis zur Gegenwart" (S. 3-64) bemerkenswert.
[47] KUROPKA, Kirche, S. 473-604. Darin merkt der Verfasser zum Milieu-Begriff kritisch an, daß "die genuin religiöse Motivation von seiten der Laien und des Klerus" zunehmend aus dem Blick gerate, wenn sich die Beschreibung gesellschaftlicher und religiöser Differenzierungsprozesse allein auf soziologische Kategorien stütze. (S. 507f.)
[48] HINXLAGE, Offizialat; ders., Münstersches Offizialat.

genstand eines umfassenden Werkes, das 1980 von Alwin Hanschmidt und Joachim Kuropka herausgegeben wurde.[49] Zur Geschichte der beiden größten Städte in Südoldenburg, Cloppenburg und Vechta, sind einige Beitragssammlungen erschienen.[50] Eine ähnliche Arbeit wie die über die Sozialmilieus im Land Hessen, die Geschichte des katholischen Milieus in der badischen Kleinstadt Ettlingen und in der Gemeinde Twistringen im heutigen Landkreis Diepholz in der Zeit von 1918/19 bis 1939 liegt über eine vergleichbare Stadt Südoldenburgs nicht vor. Aufschlußreich im Hinblick auf das katholische Milieu in Südoldenburg ist nicht nur die Methode, sondern auch das Ergebnis dieser Arbeiten. Dieses macht deutlich, daß die historische Kontinuität katholischer Sozialmilieus im wesentlichen durch folgende Faktoren gegeben war: eine auf Ritualisierung angelegte Alltagskultur, die individuelle Lebensführung und ein traditionelles katholisches Wertsystem ständig miteinander vermittelte, ein dichtes Netz katholischer Vereine und Verbände, in denen geistliche Präsides als öffentliche Meinungsführer fungierten, das Informationsmonopol der katholischen Presse und eine ständige Abgrenzung nach außen, die nach Freund-Feind-Schemata angelegt war und stabilisierend nach innen wirkte.[51]

---

[49] KUROPKA, Normalschule.

[50] CLOPPENBURG, Beiträge 1 und 2; VECHTA, Beiträge 1 bis 4 (Nachdruck der Gesamtausgabe, Vechta 1992)

[51] WEICHLEIN, Sozialmilieus; RAUH-KÜHNE, Ettlingen; KRATZSCH, Hakenkreuz. Cornelia Rauh-Kühne erarbeitet die milieuspezifischen Bedingungen politischen Verhaltens in einer katholischen Kleinstadt - von den 10 000 Einwohnern Ettlingens gehörten in der Zeit der Weimarer Republik etwa 70 % dem katholischen Glauben an - und verknüpft dabei sozial-, politikgeschichtliche und volkskundliche Betrachtungsweisen. Die Diasporalage der katholischen Enklave Twistringen im überwiegend protestantischen Kreis Diepholz prägte nach Auffassung von Friedrich Kratzsch die Mentalität dieses kleinen Raumes und ließ "ein weitgreifendes katholisches Milieu" entstehen. Dieses war - vergleichbar mit den Verhältnissen in Südoldenburg - geprägt durch die "weitgehende Eingliederung des einzelnen in das katholische Werte- und Normensystem", die "Verankerung konfessionsspezifischer Deutungs- und Auslegungsmuster", eine "ständig praktizierte Abgrenzung nach außen, die immer wieder aufgefrischten Feindbilder, die zugleich den Zusammenhalt nach innen leisten", und durch das konfessionelle Volksschulwesen. Außerdem reproduzierten das soziale Netz katholische Vereine und Bildungskurse in katholischer Trägerschaft. (KRATZSCH, Hakenkreuz, S. 9ff.) Herbert Obenaus führt die Arbeit von Cornelia Rauh-Kühne als ein positives Beispiel für die Regionalforschung zum Nationalsozialismus an. (OBENAUS, Nationalsozialismus, S. 15ff.) Ungeklärt bliebe aber auch in dieser Studie, welche politische Einstellung die Masse der Katholiken zur demokratischen Verfassungsordnung von Weimar gehabt hätte. Zur Beantwortung dieser Frage reichen Wahlergebnisse offensichtlich nicht aus.

Von besonderer Bedeutung für einen Vergleich mit der Regionalgeschichte Südoldenburgs ist die umfangreiche Arbeit von Norbert Fasse über das Amt Velen-Ramsdorf in der Zeit von 1918 bis 1945; der Autor sieht darin auch einen Beitrag zur Geschichte der Katholiken im Münsterland unter der nationalsozialistischen Herrschaft.[52] Die erregte Debatte um die Lokalstudie von Norbert Fasse zeigt, wie sensibel die etablierte Regionalgeschichte Südoldenburgs auf kritische Anfragen an die Geschichte des katholischen Milieus vor allem in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft reagiert und wie angestrengt sie um die Erhaltung des Galen-Mythos bemüht ist.[53] Revidiert werden mußte auch der traditionelle Begriff "Heimat", der einer kritischen Überprüfung durch die aufstrebenden sozialen und politischen Wissenschaften in den 70er Jahren nicht standhalten konnte. Ein aufgeklärter und offen angelegter Heimatbegriff setzt nicht auf politische und soziale Harmonisierung, sondern will in Erfahrung bringen, wie sich das Verhältnis zwischen

---

[52] FASSE, Velen-Ramsdorf. Das ehemalige Amt Velen-Ramsdorf gehörte zum früheren Kreis Borken im westlichen Münsterland und war in der Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft durch eine ökonomische, soziale und religiös-kulturelle Struktur geprägt, die große Affinitäten mit der Südoldenburgs im besagten historischen Zeitraum aufwies. In seinem kritischen Fazit korrigiert Fasse "die apologetischen Darstellungen der Heimatliteratur bis in die 1980er Jahre" und stellt am Beispiel der Geschichte des dörflich-ländlichen Amtsbezirks Velen-Ramsdorf fest, daß "die katholische Provinz während der nationalsozialistischen Herrschaft keineswegs eine Insel der Renitenz und Harmlosigkeit" geblieben ist. Seine Skepsis gilt auch einer "nach wie vor dominanten kirchlichen bzw. kirchennahen Galen-Forschung". Nach Ansicht von Fasse, der sich in diesem Zusammenhang in erster Linie auf die Arbeiten des Vechtaer Historikers Joachim Kuropka bezieht, ist sie nicht in der Lage, die Verdienste Galens "jenseits apologetischer Scheuklappen in Verhältnis zu setzen zu den Grenzen und Ambivalenzen seines Denkens und Handelns, die allzu kennzeichnend waren für die Institution Kirche ingesamt". (S. 686, 690)

[53] Die Vorstellung des sinnvoll illustrierten und mit zahlreichen statistischen Angaben versehenen Werkes in der Ökonomie Burg Dinklage löste in der Oldenburgischen Volkszeitung (OV) eine lebhafte Diskussion aus, die in den Monaten Februar, März und April 1997 in Form von Leserbriefen geführt wurde. An dieser Auseinandersetzung beteiligte sich auch Joachim Kuropka, der sich entschieden gegen die Kritik Fasses verwahrte. (OV vom 20.2., 12.3., 18.3., 19.3., 24.3., 25.3., 27.3. und 2.4.1997). Die Dissertation Norbert Fasses wurde am 28.2.1997 in der Münsterschen Zeitung (MZ) ausführlich vorgestellt und ingesamt positiv besprochen (Loskant, Sebastian: Norbert Fasses Studie "Katholiken und NS-Herrschaft im Münsterland": Kleines Dorf und große Politik). Joachim Kuropka reagierte darauf bereits mit einem Leserbrief (MZ vom 20.3.1997), auf den Norbert Fasse umgehend antwortete (MZ vom 26.3.1997). Riesenbeck weist die kirchenkritischen Ergebnisse der Arbeit entschieden zurück. Das betriff vor allem den Hinweis Fasses, die katholische Kirchenführung habe durch ihr billigendes Schweigen wichtige Herrschaftsziele des NS-Regimes unterstützt und nur ein "spezifisch gespaltenes Bewußtsein" habe die kirchentreuen Teile der katholischen Bevölkerung davor bewahrt, "mit Euphorie zum Nationalsozialismus überzulaufen." (Kirche + Leben Nr. 36, 7.9.1997, S. 6: Besprechung von Karl-Heinz Riesenbeck: Kreuzzeichen und Hitlergruß)

der ‘großen’ nationalen Geschichte und der ‘kleinen’ Geschichte einer Region oder eines Teilraumes gestaltete und welche Rolle den Menschen in diesem wechselseitigen Prozeß dabei zukam: Waren sie Subjekt oder Objekt von Geschichte, konnten sie Chancen historischer Partizipation für sich eröffnen und nutzen oder erlitten sie ‘nur’ den Gang der Geschichte, ging diese ‘einfach’ über sie hinweg? In diesem Zusammenhang gilt es zu bedenken, daß der unpolitische Charakter des Heimat-Begriffes seiner politischen Instrumentalisierung durch den Nationalsozialismus erheblich Vorschub leistete. Diese Vorgänge sind in Südoldenburg besonders anschaulich wahrzunehmen und aus der Perspektive der Gegenwart aufschlußreich zu beobachten.

Die Geschichte des katholischen Sozialmilieus Südoldenburgs in der Zeit von 1918 bis 1933 ist bisher nicht umfassend erarbeitet und dargestellt worden. Lediglich zur Rolle des Zentrums, der klassischen Milieupartei Südoldenburgs, in der Revolution 1918/19 liegt eine wissenschaftliche Hausarbeit vor, die für Südoldenburg aussagekräftig ist.[54] Zur Geschichte Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik ist bisher nur ein Aufsatz erschienen,[55] während mehrere Arbeiten Joachim Kuropkas sich mit dem politischen Macht- und Systemwechsel des Jahres 1933 beschäftigen.[56] Die hier vorgelegte Arbeit zur Geschichte Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik und in den Anfangsjahren des "Dritten Reiches" erforderte daher umfangreiche Quellenforschungen vor allem im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg. Zur Erfassung des fortgeschrittenen Organisationsstandards des katholischen Milieus nach 1918 fand sich aussagekräftiges Quellenmaterial im Archiv des Bischöflichen Offizialats (OAV) in Vechta. Als Ausdruck öffentlicher und veröffentlichter Meinung wurden weiterhin die lokalen Zeitungen in Vechta (Oldenburgische Volkszeitung, seit 1919 mit der Beilage "Heimatblätter") und Cloppenburg (Münsterländische Tageszeitung, seit 1934 mit der Beilage "Volkstum und Landschaft") und das "Landvolk" (1928 - 1932), die Tageszeitung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, ausgewertet. Dabei handelt es sich selbstredend um intentionale Quellen, die Zeitströmungen rezipierten und bekräftigten und politische Richtungsänderungen anzeigten. Sie liefern auch in den ersten Jahren des "Dritten Reiches" authentisches Quellenmaterial, das vor allem das religiöse Leben im katholischen

[54] SEELHORST, Verfassungsgebung.
[55] SÜDBECK, Freistaat, S. 8-27.
[56] KUROPKA, Übergang, S. 141-168; ders., Cloppenburg, S. 28-53.

Milieu Südoldenburgs noch hinreichend dokumentiert, auch in den Spuren, die die nationalsozialistische Zensur hinterließ. Da die Tageszeitungen in Vechta und Cloppenburg sich als offizielle Zentrumsorgane verstanden, bieten sie - begrenzt - einen Ausgleich für das fehlende Archiv der oldenburgischen Zentrumspartei. Außerdem wurden zahlreiche Chroniken und Zeitschriften katholischer Vereine und Verbände sowie Archivmaterial aus Pfarrgemeinden und höheren Schulen, Festschriften, die anläßlich von Jubiläen herausgegeben wurden, und das Kirchliche Amtsblatt für die Diözese Münster sowie private Aufzeichnungen und Niederschriften für die vorgelegte Arbeit herangezogen, um eine breite Quellenbasis sicherzustellen. Das Quellenmaterial war zum Teil nur unter erschwerten Umständen zu recherchieren.

Eine wichtige Aufgabe der beabsichtigten Studie besteht darin, die verschiedenartigen Konstituenten des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs in ihrer Komplexität vorzustellen. Es war zu untersuchen, welche Bedeutung dem Begriff des "katholischen Sozialmilieus" in der modernen Regionalgeschichte Südoldenburgs zukommt und welche historischen Strukturen und Prozesse mit seiner Hilfe beschrieben werden können. Um die einzelnen Faktoren historischer Kontinuität und Diskontinuität exakter zu erfassen, war es nötig, auf die Geschichte des katholischen Sozialmilieus Südoldenburgs gründlicher einzugehen. Die Dissertation wendet sich über die Vertreter der historischen Fachwissenschaft hinaus auch an ein breiteres Publikum, das an Fragen südoldenburgischer Regionalgeschichte interessiert ist, und sollte in der Schul- und Erwachsenenbildung Verwendung finden können. Deshalb wird aus historischen Quellen und Dokumenten ausführlicher als in wissenschaftlichen Texten üblich zitiert und zum Teil auf eine breite Darstellung der historischen Rahmenbedingungen Wert gelegt. Von außerordentlichem didaktischen Interesse sind die Folgen des Scheiterns der Weimarer Republik in Südoldenburg, weil sie sich unmittelbar auf die soziale, kulturelle und politische Konstitution des katholischen Milieus auswirkten und seine Geschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wesentlich mit beeinflußten. Deshalb werden sie in einem eigenen Kapitel behandelt. Mit einem Beitrag über die Geschichte des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs in der westdeutschen Nachkriegszeit soll die Darstellung abgeschlossen werden.

0.2. Die historische Leitbildfunktion des christlichen ORDO-Ideals in der Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg

Von zentraler Bedeutung für den Ausgang aus dem christlichen Mittelalter und den Übergang in die Neuzeit, jenes Interregnum, das auch die moderne Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg bestimmte, ist der Begriff der Ordnung, der mittelalterliche ORDO-Begriff.[57] Er geht auf die Scholastik, auf die großen Philosophen und Theologen Augustinus, Albertus Magnus und Thomas von Aquino, zurück. Sie erkannten den Ursprung der weltlichen Ordnung im Gott der Bibel als "Urheber und Fülle des Seins", die rational nicht mehr durchschaubar, sondern im Mysterium des Glaubens enthalten war.[58] Der ORDO-Begriff stand über den Transzendentalien: Ordnung hatte jedes Sein, außerhalb des ORDO gab es kein Sein.[59] Danach existierte kein Seiendes vereinzelt, isoliert 'für sich', sondern als "Ganzes geordneter Teile" zwar unterschieden, aber nicht geschieden, weil "alles Seiende irgendwie Einheit will und ist."[60] Aus der Präexistenz in Gott, in dem allein Wesen und Dasein zusammenfielen, wurden "die Dinge zu ihrer realen Existenz durch den göttlichen Willen und die göttliche Macht herausgeführt."[61] Die metaphysische Essenz des realen Seins war die "similitudo dei", die in Seinsstufen, die zugleich Vollkommenheitsstufen bedeuteten, zu denken war. Der Grad der Ähnlichkeit mit Gott, der auf das "ungleiche Geschaffensein der Dinge" zurückgeführt wurde, wies "jedem Sein seinen Platz" an.[62] Das klassische Bild, das in der Scholastik das Phänomen der Ordnung veranschaulichen half, war das des Heeres, in dem eine Rangordnung der Handelnden und eine entsprechende Ordnung der Zwecke herrschen. Die Ord

---

[57] Als seine geistigen Schöpfer in Frankreich betrachtet Georges Duby zwei Bischöfe, die im 11. Jahrhundert lebten und wirkten: die Karolinger Adalbero von Laon und Gerhard von Cambrai. Sie hätten den ORDO-Begriff zwar "nicht erfunden", aber "das Gebäude konstruiert." (DUBY, Ordnungen, S. 27ff., 91ff.)

[58] KRINGS, Ordo, S. 37. Krings weist wiederholt darauf hin, daß die Ordnung der Dinge letztlich eine verborgene ist, "die sich dem Wissen entzieht." (S. 109) Nicht mathematische Gewißheit überzeugt uns vom ORDO, "sondern eine Gewißheit, die zwar gewagter ist, aber tiefer wurzelt: der philosophische Glaube, der allein die ersten Prinzipien annimmt." (S. 102) Der ORDO-Begriff ist eine Kategorie des menschlichen Bewußtseins, aber "löst nicht rational alles Leben und alles Geheimnis auf; sie usurpiert nicht der Ratio Gebiete, die jenseits der Grenzen ihrer Möglichkeit liegen." (S. 110)

[59] KRINGS, Ordo, S. 34.

[60] Ebd., S. 1.

[61] Ebd., S. 42.

[62] Ebd., S. 47.

nung bestand also "nicht nur in dem Hingerichtetsein auf ein Ziel, sondern die Ziele selbst sind wohlgeordnet."[63] Sie sollte auch der christlichen Hausgemeinschaft als Vorbild dienen, damit in ihr Frieden herrsche.[64]

In der differenzierten christlichen Ständeordnung, die auf ein Ziel, Gott, ausgerichtet, aber in ihren einzelnen Zwecken stufenweise, also ungleich organisiert war, kam der ORDO-Begriff nicht nur als ein Geistiges, sondern auch materiell zum Ausdruck. Die Ordnung der Welt beruhte "auf der Mannigfaltigkeit, der graduellen Abstufung, auf der Komplementarität der Funktionen."[65] Er konzentrierte in sich die metaphysische Idee, die als "Medium alles Seins"[66] die mittelalterliche Sozietät grundlegend gestaltete, und reichte noch weit in die moderne Kultur hinein. Dafür ist die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg ein ausgezeichnetes Beispiel. Da Gott durch seine Vorsehung (providentia) alles ordnete, entsprach auch die Lenkung der zeitlichen Welt als Regierung (gubernatio temporale) göttlichem Willen und wurde zur "Erfahrung der Immanenz Gottes" in der Geschichte. Damit erfüllte sich in der Geschichte der Heilsplan Gottes, wurde die Geschichte zur Heilsgeschichte, "durch welche Gott die Welt in ihre Vollendung treibt."[67] Die Freiheit des Menschen bestand in der Ausrichtung seines Willens auf den göttlichen Willen: Davon hing nicht nur sein Heil und sein Frieden ab, sondern auch die Vollendung der Welt in der göttlichen Ordnung. Diese Ordnung wurde durch Aufstände und Revolutionen pervertiert. "Der libertäre, egalitäre Aufruhr" gefährdete den Bestand der christlichen Gesellschaft und war "daher verflucht."[68] Eine Freiheit im modernen Sinne, den Menschen als Subjekt seiner Geschichte, kannte der mittelalterliche ORDO-Begriff nicht.

---

[63] KRINGS, Ordo, S. 70. "Wie im Himmel so auf Erden" waren alle Wesen nach Auffassung von Gerhard von Cambrai "unterschiedlichen Ordnungen zugeteilt", aber unterstanden der Autorität eines Herrschers, Christus. Er allein ist "der König der Könige". (DUBY, Ordnungen, S. 56f.)

[64] Krings zitiert an dieser Stelle aus Augustinus' "Gottesstaat": "Der Friede des Hauses ist die geordnete Eintracht im Befehlen und Gehorchen der Hausgenossen." (KRINGS, Ordo, S. 85)

[65] Georges Duby zitiert in diesem Zusammenhang Bischof Gerhard von Cambrai mit den Worten: "Obwohl die Natur alle Menschen in Gleichheit erzeugt (oder: obwohl alle Menschen mit gleichen Rechten geboren werden), ordnet die Schuld (culpa) die einen den anderen unter, gemäß der veränderlichen Ordnung der Verdienste (auch in der Sünde gibt es Grade); diese Mannigfaltigkeit, die aus dem Laster kommt, wurde durch Gottes Urteil geschaffen, auf daß diesen und jenen nicht das gleiche abverlangt werde; denn es steht dem Menschen nicht an, in Gleichheit zu leben." (DUBY, Ordnungen, S. 61f.)

[66] KRINGS, Ordo, S. 77.

[67] Ebd., S. 83f.

[68] DUBY, Ordnungen, S. 482.

Die Verkehrung der Ordnung, zu der der Mensch in der Lage war, meinte als sittliche Verderbtheit das Gegenteil zu Ordnung, das Chaos, Abwendung vom göttlichen ORDO und Abfall von Gott, eine Sünde, die zum Nicht-Sein strebte.[69] Die Ursache dafür war vom Menschen nicht ganz zu fassen, sondern im Glauben hinzunehmen und im Glauben zu deuten: "Tod, Zerstörung, Verbrechen und alles Böse bleiben ein Fremdes, vernichtend Hereingebrochenes, ein Anderes, dessen Grund wir zu fassen versuchen; doch dieser Grund entgleitet uns immer wieder; und gerade dann, wenn wir ihn zu fassen glauben."[70] Die Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung, blieb auch immer eine moralische Schuld und eine Schuldigkeit (debitum: was geschuldet ist), die der Christ zu erfüllen hatte.[71]

Die Zeit der Kleriker, der katholischen Priesterherrschaft, war im mittelalterlichen ORDO begründet, der der himmlischen Ordnung analog war. In seinem Mittelpunkt stand "das Postulat einer Kohärenz von Himmel und Erde, den beiden Teilen einer homogenen Welt, die nach einem Plan erbaut wurden und folglich aufeinander bezogen sind, die aber dennoch auf der Ungleichheit hierarchisch gestaffelter Ebenen beruhen." Dabei liefert die obere Ebene "das Modell für die untere."[72] Der ORDO der menschlichen Sozietät war dreigeteilt. Nach dem gemeinen Spruch "Tu supplex ora, tu protege, tuque labora" sollte die Geistlichkeit, der hohere und niedere Klerus, beten, die Schrift lesen und das Meßopfer feiern, die weltliche Obrigkeit das Land regieren und verteidigen und der Bauernstand schaffen und arbeiten und die anderen beiden Stände unterhalten.[73] Die christliche Lehre von der Erbsünde,

---

[69] KRINGS, Ordo, S. 91ff. Krings zitiert an dieser Stelle aus Augustinus' "Gottesstaat": "Der Friede im Staat ist die geordnete Eintracht im Befehlen und Gehorchen der Staatsbürger." (S. 85)

[70] KRINGS, Ordo, S. 106.

[71] Krings deutet diesen Gedanken nur an und befragt ihn nicht auf seine materiellen Auswirkungen hin: "Und doch holt sie [= die Ordnung] das Geheimnisvollste wie das Schuldigste wie das Herrlichste in sich herein; es ist geborgen als göttliche Gewalt und bleibt doch, was es ist: Geheimnis, Schuld, Herrlichkeit." (KRINGS, Ordo, S. 110)

[72] DUBY, Ordnungen, S. 92. Grad, Abstufung und Hierarchie in den verschiedenen Ordnungen lehrte nach den Worten Gerhards "das Beispiel der himmlischen Heerscharen." Darunter gibt es "Engel und Erzengel, die offenbar nicht gleich sind, denn die einen unterscheiden sich in der Macht und in der Ordnung von den anderen". (S. 58ff.)

[73] GELHAUS, Streit, S. 226. Georges Duby schildert die Genese des feudalistischen Gesellschaftsmodells, das die Menschen in drei Ordnungen mit drei verschiedenen Funktionen einteilte, und qualifiziert sie als eine Ideologie, die die Sonderstellung des Klerus rechtfertigte. Am prägnantesten kommt die "Trifunktionalität" des mittelalterlichen ORDO in einem Satz des Bischofs von Laon zum Ausdruck: "Dreifach ist das Haus Gottes, das man eines wähnt: hier auf

ein Kern der katholischen Orthodoxie, verwies den Gläubigen, der seine ewige Seele retten wollte, bedingungslos auf die sakramentale Vermittlungsfunktion der katholischen Amtskirche, versagte ihm jede Möglichkeit, sich aus eigener moralischer Kraft zu erlösen, und eröffnete ihm keine Aussicht auf eine autonome menschliche Existenz.[74] Sie widersprach dem Geist der Aufklärung und perpetuierte theologisch die Autorität der kirchlichen Institutionen und Hierarchien und ihrer geistlichen Träger. Dadurch, daß die katholische Kirche den festen Glauben beibehielt, daß sie als Nachfolgerin Christi von der Last menschlicher Sünde befreien könne, verkörperte sie eine große irdische Macht. Sich in dieser Macht und diesem Ansehen zu erhalten und so das christliche Gebäude zu sichern, diese Aufgabe war dem katholischen Klerus vorbehalten, der als betender Stand im christlichen ORDO eine privilegierte Stellung einnahm. Damit er seine Funktion ungehindert erfüllen konnte, war eine strikte Trennung von Priestertum und Laientum unumgänglich, "eine Trennung, die Luther gerade aufzuheben trachtete, indem er den Laien am allgemeinen Priestertum teilnehmen ließ."[75] Der katholische Klerus in allen seinen hierarchischen Gliederungen bestimmte auf moralischem, politischem und kulturellem Sektor maßgeblich die moderne Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg und überdauerte auch die Zeit der Glaubens- und Kirchenkämpfe in der nationalsozialistischen Zeit.

Die Geschichte des christlichen ORDO ist die Geschichte einer Ideologie, die zur wichtigsten Stütze der Feudalordnung in Europa wurde. Die "Dreiheit der Generalstände" stellte "eine unerschütterliche Grundlage" dar, auf die sich das Ancien Régime stützte, "weil die Verschachtelung des ternären Gefüges, in welches sich die sozialen Beziehungen einschreiben, selbst in globale

---

Erden beten (orant) die einen, andere kämpfen (pugnant), und noch andere arbeiten (laborant); diese drei gehören zusammen und ertragen nicht, entzweit zu sein; derart, daß auf der Funktion (officium) des einen die Werke (opera) der beiden anderen beruhen, indem alle jeweils allen ihre Hilfe zuteil werden lassen." (DUBY, Ordnungen, S. 16) Nach Ansicht des Bischofs von Cambrai war "das menschliche Geschlecht von Anbeginn der Welt in drei geteilt". (DUBY, Ordnungen, S. 49) In der Konkurrenz zwischen der geistlichen und der weltlichen Obrigkeit kam dem christlichen Priesterstand eindeutig der Vorrang zu, der nach Adalbero durch göttliche Lehre gerechtfertigt werden konnte: "Er (Gott) hat ihnen (den Priestern) durch sein Gebot das gesamte Menschengeschlecht unterstellt; das ‘gesamte’, das heißt, kein Fürst (princeps) ist davon ausgenommen." (S. 35)

[74] Gerhard von Cambrai begriff die Notwendigkeit von Taufe und Buße als die Wahrheit der "heiligen Kirche, der gemeinsamen Mutter aller Gläubigen." Dabei galt uneingeschränkt: "Niemand gelangt zur himmlischen Wahrheit, es sei denn durch die, die auf Erden ist." (DUBY, Ordnungen, S. 62)

[75] GELHAUS, Streit, S. 198.

Strukturen integriert ist: die Strukturen des gesamten sichtbaren und unsichtbaren Universums."[76] Der ORDO verwirklichte sich in der kirchlichen Hierarchie wie in der weltlichen Gesellschaftsordnung. Sinnfällig hielt die Kirche dabei "der Wirklichkeit der schwankenden irdischen Ämterordnung immer den Idealspiegel der kirchlichen Ämter- und Engelshierarchie gegenüber" und unterstrich damit "den Kastencharakter des Klerus". Ein rigoroser Moralismus, den Tugendlehren und Standesspiegel predigten, sollte die moderne Geschichte aufhalten und sie auf ihrem jeweiligen Status quo 'einfrieren'. Er nahm "Werden und Wandel" in der Geschichte nicht wahr und sah nur "die Ewigkeit der Ordnungen", die keiner Kritik unterlagen.[77] Der christliche ORDO, das Gesellschaftsmodell der europäischen Feudalgesellschaften, scheiterte an eben den historischen Triebfedern, die er aus der Geschichte zu verbannen trachtete: an den aufgeklärten Ideen der Libertät und der Egalität. Er stand zum prozessualen immanenten Charakter moderner Geschichte im eklatanten Widerspruch und war ein wichtiger Grund für historische Ungleichzeitigkeiten in der modernen Geschichte katholischer Milieus wie Südoldenburg. Unabhängig davon blieb die historische Leitbildfunktion des christlichen ORDO-Ideals auch nach dem Anbruch des säkularen Zeitalters noch lange erhalten und prägte in Form von religiösen Zeremonien und Ritualen die sakrale Fest- und Alltagskultur der katholischen Kirche. Zeugnisse dafür sind in der Zeitgeschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg vielfältig anzutreffen.

Der politische Katholizismus hat in Deutschland keine politische und keine soziale Theorie entwickelt. An ihre Stelle traten absolute Werte und Normen einer politischen Theologie, zum Beispiel ein ständisches Ordnungsmuster, das realtypisch in der Geschichte so niemals anzutreffen gewesen war. Sichtbarer politischer Ausdruck des christlich-mittelalterlichen ORDO war die historische Existenz des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" gewesen, das seine Legitimation aus der Nachfolge des römischen Staatskirchentums seit Konstantin dem Großen und dem politischen Patronat über die christliche Welt des westlichen Abendlandes abgeleitet hatte. Mit dem Ende dieses Reiches unter dem politischen Druck Napoleons im Jahre 1806 entrückte die ORDO-Idee in die Sphäre historischer Illusionen, ohne an politischer und sozialer Wirksamkeit gänzlich einzubüßen. Nach der 'doppelten' europäischen Revolution, der politischen und der ökonomischen, und der Sä

[76] DUBY, Ordnungen, S. 12.
[77] BOSL, Gesellschaft, S. 80-83.

kularisation verzögerte der traditionelle Glauben an das christliche ORDO-Ideal in Deutschland die Integration der katholischen Gesellschaft und Kultur in die soziale und kulturelle Wirklichkeit des bürgerlichen Zeitalters, das seit der Reichsgründung durch die protestantisch gefärbte preußisch-deutsche Nationalkultur geprägt war.

Das ORDO-Ideal war ein ganz und gar unpolitisches Ideal - und ein eminent katholisches zugleich. Es nahm seinen Ausgang aus der christlichen Religion und konfigurierte die politischen Verhältnisse im Sinne der katholischen Agenturen, die sich seiner Ideologie bedienten. In seinem Zeichen ist die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von ihren Anfängen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in unsere Gegenwart hinein die Geschichte eines historischen Interregnums, einer Zwischenwelt, die von der Auflösung eines zeit- und herrschaftsgebundenen Christentums in der säkularen Moderne geprägt ist und noch nicht zu einer neuen historischen Grundform gefunden hat. Das historische Ende des katholischen Milieus meint nichts anderes als die Ankunft Südoldenburgs in der Moderne. Die Spannungen, die sich aus dem Widerspruch eines traditionellen moralisch-religiösen Überbaus und einer sich grundlegend verändernden sozialen und ökonomischen Basis ergaben, forderten die katholische Agrargesellschaft Südoldenburgs besonders in den Phasen historischer Umbrüche heraus und banden ihre politischen Energien.

Der Ausgang des Menschen aus der transzendentalen Geborgenheit des mittelalterlichen ORDO in die partikulare Welt der Moderne, die sich vom christlichen Jenseitsglauben immer mehr distanzierte, war begleitet von vielfältigen Phänomenen der Angst, die dem gefürchteten religiösen Indifferentismus der Moderne - einer zweiten Vertreibung aus dem Paradiese - aus dem Wege gehen wollte.[78] Gelungen ist es ihr nicht. Auf das ORDO-Ideal ausgerichtete Denkfiguren blieben in der politischen Theologie des deutschen Katholizismus über die Zeit des "Dritten Reiches" hinaus in Kraft und bestimmten maßgebend seine Vorstellungen von sozialer Ordnung, die mit den Grundsätzen politischer Rationalität weitgehend nicht zu vereinbaren waren. Sie sind bis heute nicht ganz überwunden. "Das Trugbild einer Gesellschaft, die nicht mehr in Klassen gespalten wäre und dennoch nicht aufhörte, geord

[78] Die Scholastik bezeichnete diese Erfahrung der Un-Ordnung als etwas Unangemessenes, "Artfremdes" (aliena), das auf einer Verkehrtheit des Seins (perversitas) beruhte. (KRINGS, Ordo, S. 92)

net zu sein", ist historisch zwar gebrochen, existiert aber als "uralte Utopie" im Bewußtsein des modernen Menschen fort.[79] Eine wesentliche Ursache dafür ist seine Angst vor sozialer Deklassierung und ökonomischer Deprivation, seine Skepsis gegenüber dem ungestümen Fortschreiten von Geschichte in den unaufhaltsamen und unkontrollierbaren Transformationsprozessen moderner Industriegesellschaften und schließlich eine metaphysische Leere, die das Ende des christlichen Zeitalters und der Verlust seiner Glaubensgewißheiten hinterlassen haben.

[79] DUBY, Ordnungen, S. 511.

"Die katholische Kirche vertrage sich mit jeder Staatsform [...]; sie werde sich dem Staate nie gegenüber stellen [...]."

(Der Dammer Vikar Karl Schmitz in den Verfassungsberatungen der 34er Versammlung am 9. Mai 1848 in Oldenburg)[80]

1. Die historische Bedeutung des Jahres 1803

1.1. Das Niederstift Münster

Die moderne politische Geschichte Südoldenburgs, wie der katholische Süden des Herzogtums bzw. Großherzogtums Oldenburg später genannt wurde, begann mit dem Jahre 1803.[81] Der Reichsdeputationshauptschluß markierte den entscheidenden Schritt zur Auflösung der mittelalterlichen Einheit von Reich und Kirche, die in der 1806 aufgehobenen Verfassungskonstruktion des "Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" über Reformation und Kirchenspaltung hinaus erhalten geblieben war, und zugleich das Ende des Konfessionsstaates im Fürstbistum Münster, der die mittelalterliche Einheit des "corpus christianum" bewahrt hatte.[82] Das Hochstift Münster zerfiel vor 1803 in ein Oberstift und ein Niederstift. Das Oberstift bildete der westfälische Teil, der Kernbestand des Niederstifts umfaßte die Ämter Vechta und Cloppenburg und das Amt Meppen. Die offizielle Bezeichnung des Niederstifts lautete "Emsländisches Quartier". Das Niederstift war 1252 bzw. 1400 unter die weltliche Herrschaft von Münster gekommen, während es in kirchlicher Hinsicht beim Bischof von Osnabrück verblieb. 1252 überschrieben die ravensbergischen Gräfinnen Sophie und Jutta das Amt Vechta an Münster, im Jahre 1400 gelang es dem Bischof von Münster, den Tecklenburger Grafen von der "Cloppen

[80] PROTOCOLLE, 10. Protocoll vom 9.5.1848, S. 93.
[81] KUROPKA, Kirche, S. 373f.; GARDEWIN, 1803, S. 213-224.
[82] DAMBERG, Moderne, S. 18.

burg" zu vertreiben und das gleichnamige Amt zu übernehmen.[83] Die kirchliche Administration und die geistliche Jurisdiktion im Niederstift oblag bis 1668 dem Bischof von Osnabrück. Durch den Vorvertrag vom 19. September 1667 zwischen Osnabrück und Münster verpflichtete sich Galen, dem Osnabrücker Domkapitel für den aus der Jurisdiktionsabtretung entstehenden Einnahmeausfall 10 000 Reichstaler zu zahlen. Ein Jahr später, am 19. September 1668, stellte der päpstliche Beauftragte die Abtretungsurkunde, das "instrumentum dismembrationis", aus. Damit wurde das Niederstift der Diözese Münster "inkorporiert" und eine lange Zeit gravierender Kompetenzstreitigkeiten zwischen Osnabrück und Münster beendet. An die Stelle doppelter Loyalität trat seit 1668 ein einheitlicher Untertanenstatus in weltlicher wie kirchlicher Hinsicht, der bis zum Jahre 1803 währte. Die Einwohner des Niederstifts wurden "total münsterisch".[84] Geopolitisch befand sich das Niederstift aber weiter in einer Randlage des Fürstbistums. Aufgrund der großen Entfernung des Niederstifts vom Bischofssitz in Münster bestellte Christoph Bernhard 1673 einen "Commissarius in Spiritualibus", eine Art geistlichen Stellvertreter, dem die gesamte geistliche Rechtsprechung für die Ämter Meppen, Cloppenburg und Vechta oblag; dadurch wurde der kirchliche und konfessionelle Zusammenhalt des Niederstifts gestärkt.[85] Das Amt Wildeshausen gehörte seit dem Frieden von Stockholm (1719) zu Hannover, in kirchlicher Hinsicht aber wurde es vom Bischof von Münster geleitet. Durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 erhielt das Herzogtum Oldenburg als Entschädigung für die Aufhebung des Elsflether Weserzolls neben dem seither hannoverschen Amt Wildeshausen auch die münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg. Die beiden Ämter Vechta und Cloppenburg wurden fast ausschließlich von Katholiken bewohnt, während die Einwohner des Amts Wildeshausen mehrheitlich der protestantischen Konfession angehörten.[86] Aus der kirchlichen Zugehörigkeit zur Diözese Münster und der politischen zum Herzogtum Oldenburg bürgerte sich in der zweiten Häfte des 19. Jahrhunderts der Doppelname "Oldenburger Mün

---

[83] HANSCHMIDT, Niederstift 1, S. 144ff.; HAVERMANN; Heinrich: 600 Jahre lang war der Glaube der Kitt für den Zusammenhalt, IN: MT vom 10.11.2000 (kurze Darstellung der Geschichte des Niederstifts von 1400 bis 1803 nach einem Vortrag von Alwin Hanschmidt). Zum münsterschen Amt Vechta gehörten auch die Gemeinden Emstek und Cappeln, ausgenommen die Bauerschaft Sevelten, die zu Cloppenburg gehörte. (PAGENSTERT, Grundriß, S. 23)

[84] HANSCHMIDT, Niederstift 1, S. 158ff.; UNGER, Niederstift, S. 13f.

[85] WILLENBORG, Christoph Bernhard, S. 210. Dieses Amt übernahm der Pfarrer von Krapendorf, Wilhelm Gottfried Steding, der offenbar das besondere Vertrauen des Fürstbischofs genoß.

[86] UNGER, Reformation, S. 11-14; WEHAGE, Kirche, S. 3f.; SIEVE, Kirche, S 24-26; SIEVE, Friesoythe, S. 11ff.

sterland" ein, der heute als Werbetitel für die Region Südoldenburg verwandt wird.[87]

Durch die Eingliederung der konfessionell geschlossenen Ämter Vechta und Cloppenburg in das seit dem Grafen Anton I. (1529 - 1573) protestantisch geführte Herzogtum Oldenburg wurden die historischen Voraussetzungen für die Bildung des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs geschaffen, die noch vor der deutschen Reichsgründung (1871) abgeschlossen wurde und in der modernen deutschen Geschichte eine aus aktueller Perspektive beeindruckende Kontinuität und Stabilität aufwies. Die entscheidende Zäsur, die das Jahr 1803 markiert, besteht für das politisch-soziale Milieu Südoldenburgs darin, daß der bisherige geistliche Landesherr, der Fürstbischof von Münster, mit dem Ende der Deutschen Reichskirche in der Säkularisation seine territorialstaatliche Souveränität über die Ämter Vechta und Cloppenburg verlor und sie in kirchlich-religiösen Belangen in Zukunft mit einer politischen Gewalt, dem Landesherrn von Oldenburg, teilen mußte, der seinerseits auf der Grundlage des aufgeklärten Absolutismus volle politische Souveränität für sich beanspruchte und die Subordination der geistlichen Gewalt unter die politische Gewalt forderte. Darin liegt eine Ursache für den permanenten kirchenpolitischen Konflikt zwischen Oldenburg und Münster, in dem der Diözesanbischof von Münster eine gleichberechtigte Stellung von geistlicher und weltlicher Gewalt durchzusetzen versuchte. Oldenburg lehnte eine solche politische Koordination der katholischen Kirche mit dem absolutistischen Staat strikt ab und setzte nach 1803 die Subordinationstheorie staatskirchenrechtlich gegen Münster durch. "Gemeinsamer Kern aller Auseinandersetzungen" war für die Katholiken der Diözese Münster aber "die bewußte Erfahrung, daß ihr katholischer Glaube staatlicherseits massiv bedroht wurde". Deshalb wurde die Sicherung der kirchlichen Freiheit, der "libertas ecclesiae", zum "existentiellen Anliegen" der katholischen Kirche im Bistum Münster und im späteren Offizialatsbezirk Oldenburg (1831), der bis heute Bestandteil der Diözese Münster ist.[88]

Die fast uneingeschränkte Gewalt des geistlichen Landesherrn hatte sich seit den Tagen der Gegenreformation vor allem in kirchen- und schulpolitischen Fragen gezeigt, die für die Rekatholisierung des ehemaligen Hochstifts Mün

[87] HANSCHMIDT, Münsterland, S. 5-20; ders., Oldenburger Münsterland, S. 203-213.
[88] KÖSTERS, Verbände, S. 36ff. Christoph Kösters bezieht sich in seiner Untersuchung weitgehend auf die Diözese Münster ohne den Offizialatsbezirk Oldenburg.

ster von zentraler Bedeutung gewesen waren und die die Fürstbischöfe von Münster seit der Herrschaft Ferdinands von Bayern (1612 - 1650) zugunsten der katholischen Kirche entschieden hatten.[89] Die Geschichte des katholischen Schulwesens im ehemaligen Niederstift Münster, das als vorrangiger Träger der katholischen Erneuerungsbewegung vor allem von Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen (1650 - 1678) auf- und ausgebaut wurde, ist dafür ein anschauliches Beispiel.[90] Ausgetragen wurde der Konflikt zwischen Staat und Kirche nach 1803 in erster Linie auf dem kirchen- und schulpolitischen Sektor, auf dem die widerstreitenden Interessen von geistlicher und weltlicher Gewalt unmittelbar aufeinander trafen und der Regulierung bedurften.

Während die katholische Kirche in der Diözese Münster prinzipiell die Koordination von geistlicher und weltlicher Gewalt anstrebte, forderte der protestantische Landesherr die Subordination der geistlichen Gewalt unter die weltliche Gewalt.[91] Die Errichtung des Bischöflich Münsterschen Offizialates

---

[89] HANSCHMIDT, Niederstift 1, S. 155ff.; HACHMÖLLER, Reformation, S. 96-108; ders., Rekatholisierung, S. 77-110; SIEVERDING, Reformation, S. 185-197; WILLENBORG, Christoph Bernhard, S. 198-212; UNGER, Reformation, S. 22-44: Der Reformationsversuch im Niederstift Münster, S. 140-181: Die Gegenreformation im Niederstift Münster; UNGER, Tim: Das Niederstift Münster im Zeitalter der Reformation. Eine Göttinger kirchengeschichtliche Dissertation, IN: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft 92/1996, S. 19-21; SIEVE, Friesoythe, S. 110f.; WOLTERMANN, Clemens: Zur Reformation und Gegenreformation in Friesoythe, IN: Jg. 46, Nr. 114, 1984, S. 10-12. Der 1532 sowohl zum Bischof von Münster als auch zum Bischof von Osnabrück gewählte Graf Franz von Waldeck beauftragte 1543 den aus Osnabrück stammenden Superintendenten Hermann Bonnus mit der Durchführung der Reformation in seinen drei Stiften Münster, Osnabrück und Minden. Der Ausgang des Schmalkaldischen Krieges 1546/47 veranlaßte ihn 1548 jedoch, seine Reformationspläne zurückzunehmen. Dr. Johannes Hartmann, der 1613 zum Generalvikar in Münster ernannt worden war, führte die Gegenreformation zu ersten Erfolgen, indem er Niederlassungen des Jesuitenordens in Meppen und Vechta errichtete. Im Widerspruch zu affirmativen Tendenzen in der herrschenden Regionalgeschichte Südoldenburgs ist das Zeitalter der Reformation auch in der Geschichte des Niederstifts eine eigenständige historische Epoche und nicht eine nur vorübergehende Unterbrechung in der katholischen Traditionsbildung. Die Ereignisse der Reformation werden in der politischen Kultur Südoldenburgs in der Regel als historisches Intervall aufgegriffen, um den universalen Anspruch katholischer Lebensordnung und -deutung historisch zu untermauern.

[90] Zur Person und Politik des Fürstbischofs Christoph Bernhard von Galen vgl. LAHRKAMP, Krummstab, S. 11-29.

[91] ZÜRLIK, Koordination, S. 67-83. Die Lehre von der Koordination von staatlicher und kirchlicher Macht ist in dem "Pro Memoria" vom 4. November 1807 enthalten, mit dem das Generalvikariat in Münster unter der Leitung seines Kapitularvikars Droste-Vischering ein neues Lehrgebäude errichtete, um seine Position in der Auseinandersetzung mit Oldenburg um das Nominations- und Präsentationsrecht in seit 1803 vakant gewordenen Pfarreien theoretisch zu

in Vechta im Jahre 1831 beruhte auf dem politischen Willen des Großherzogs, seine landesherrliche Souveränität auch nach dem Jahre 1803 uneingeschränkt zu genießen und sich darin nicht von einer kirchlichen Kompetenz - zumal von einer katholischen - außerhalb der Landesgrenzen aufhalten zu lassen. Das Ringen zwischen dem Staat und der katholischen Kirche in der Geschichte des Landes Oldenburg nach dem Jahre 1803 ist von dem absolutistischen Souveränitätsanspruch des protestantischen Landesherrn einerseits und von der fortgesetzten Weigerung der katholischen Kirche andererseits gekennzeichnet, sich dem ungeteilten politischen Willensanspruch zu fügen und dadurch die politische Sphäre als einen von der Kirche unabhängigen Raum zu respektieren.

Nach der Eingliederung der vormals münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg in das Herzogtum Oldenburg im Jahre 1803 änderten sich die konfessionellen Verhältnisse im Lande grundlegend. Nach der Zählung vom 1. Juli 1846 lebten im damaligen Kreis Vechta 35 254 und im Kreis Cloppenburg 32 663 Einwohner; davon gehörten im Kreis Cloppenburg nur 346 und im Kreis Vechta 1 993 Einwohner dem evangelischen Glauben an. Zur jüdischen Religion bekannten sich 37 Einwohner im Kreis Cloppenburg und 77

---

stärken. Das "Pro Memoria" erkannte in Staat und Kirche zwei gleichberechtigte Gewalten und hielt in ihrem Verhältnis daran fest, "daß beyde Gewalten Einen Zweck, Wohl der Menschheit zuletzt beabsichtigen. Daß zwar keine der beiden Gewalten der andern unterworfen; daß beyde Gewalten völlig unabhängig von einander, und jede in ihrer Art die Höchsten sind. [...] und die Mitglieder der Kirche in bürgerlichen Angelegenheiten der Staats-Gewalt, - in kirchlichen Angelegenheiten aber, der Kirchen-Gewalt - unterworfen sind. [...] daß beide Gewalten Ihrer Natur nach nicht in Collision gerathen können; [...]." (S. 80) Die Koordinationstheorie stellte die theoretische Antwort auf die von Oldenburg praktizierte Subordinationstheorie dar, nach der die kirchliche Gewalt der staatlichen Gewalt durch einen Akt politischer Souveränität unterzuordnen war. Clemens August zu Droste-Vischering war von 1807 bis 1813 und von 1815 bis 1821 Kapitularvikar (Bistumsverweser) in Münster, wurde 1827 zum Weihbischof in Münster und 1836 zum Erzbischof von Köln berufen. In dieser Funktion führte er auch den "Kölner Kirchenstreit", der sich an umstrittenen Fragen der Mischehe entzündete. Bischof von Münster war von 1825 bis 1846 sein Bruder Caspar Maximilian zu Droste-Vischering, geboren am 9. Juli 1770. Caspar Maximilian wurde bereits 1795 zum Weihbischof in Münster ernannt. Er nahm 1810 an dem von Napoleon nach der Aufhebung des Kirchenstaates und der Verschleppung Papst Pius' VII. (1800 - 1823) nach Fontainebleau (1809) einberufenen "Nationalkonzil" in Paris teil, setzte sich für die Freiheit des Papstes ein und sprach sich gegen die Bildung einer von Rom unabhängigen französischen Nationalkirche aus. Er starb am 3. August 1846. (SCHRÖER, Bischöfe, S. 255-259)

im Kreis Vechta.[92] Die konfessionellen Verhältnisse im Herzogtum Oldenburg stellten sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts in den einzelnen Regionen wie folgt dar:

Tab. 1: Konfessionelle Gliederung des Herzogtums Oldenburg im Jahre 1852[93]

Region	Protestanten	Katholiken
Marschgebiet	99 %	- -
Oldenburgische Geest	97 %	2 %
Münsterland	4 %	96 %
Herzogtum Oldenburg	66 %	33 %

1.2. Die Säkularisation der Ämter Vechta und Cloppenburg

Die Kriege des revolutionären Frankreich führten in der Zeit Napoleons zu einer territorialen Neugestaltung Deutschlands und schließlich zum Ende des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das seine Funktions- und Handlungsfähigkeit in der Konkurrenz mit den aufsteigenden deutschen Territorialstaaten zusehends eingebüßt hatte. Im Rahmen der in Deutschland nach der Jahrhundertwende abgeschlossenen Säkularisationen verschwand das Hochstift Münster von der historischen Landkarte und wurde das Niederstift Münster in diesem Zusammenhang aufgehoben. Während das emsländische Amt Meppen zunächst dem Haus Arenberg überlassen wurde und später an das Königreich Hannover fiel, wurden die beiden Ämter Vechta und Cloppenburg zusammen mit dem hannoverschen Amt Wildeshausen dem Herzogtum Oldenburg eingegliedert.[94] Damit blieb die im Niederstift gewachsene historische Einheit der beiden zukünftigen südoldenburgischen

[92] KORDES, August: Was der "Oldenburgische Staatskalender auf das Jahr Christi 1847" berichtet, IN: VuL Nr. 146, 17.2.1999, S. 24. Die Kreise Cloppenburg und Vechta entsprachen 1846 in etwa den vormals münsterschen Ämtern Cloppenburg und Vechta.
[93] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 20.
[94] LÜBBING, Landesgeschichte, S. 148; BECKERMANN, Münsterland, S. 5-8 (Lehrerheft); KLOPPENBURG, Aufsätze, S. 15-20: Die Fürstbischöflich Münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg als Äquivalent für den 1803 [1820] aufgehobenen Elsflether- oder Weser-Zoll.

Ämter Vechta und Cloppenburg gewahrt. Das Amt Wildeshausen war seit der Reformationszeit in konfessioneller und politischer Hinsicht über weite Strecken andere Wege gegangen als die Ämter Vechta und Cloppenburg und hatte sich mehr und mehr vom südlichen Regionalverband distanziert.

Die Bilanz des ersten Revolutionskrieges war für die alten Monarchien in Europa ernüchternd. Obwohl sich mit Österreich, Preußen, England, Holland und Spanien 1793 fast das ganze vorrevolutionäre Europa im Krieg gegen die Republik Frankreich befunden hatte, ging das gesamte linke Rheinufer verloren, und diese Niederlage beschwor eine politische Neuordnung der deutschen Landkarte herauf, die für Preußen von großer Bedeutung wurde. Unter eklatanter Verletzung ihrer Bündnisverträge mit Österreich und England scherten die Hohenzollern aus der Koalitionspolitik aus und schlossen am 5. April 1795 in Basel einen Separatfrieden mit Frankreich. Während in der europäischen Öffentlichkeit nur vom Verbleib der französischen Truppen in den linksrheinischen Gebieten Preußens die Rede war, sah ein Geheimvertrag bereits für den Fall ihrer Abtretung an Frankreich eine angemessene Entschädigung vor. In den Berliner Verträgen vom 5. August 1796 wurde zum erstenmal in einem geheimen Zusatzprotokoll die territoriale Entschädigungsmasse konkretisiert und in Aussicht genommen, daß Preußen im Falle einer Angliederung des linken Rheinufers an Frankreich auch Teile des Fürstbistums Münster erhalten sollte. Damit war auch in Deutschland das Signal zu Säkularisationen gegeben, die der katholischen Kirche im revolutionären Frankreich die größte Niederlage in ihrer Geschichte beigebracht hatten.

Oldenburg war zu diesem Zeitpunkt von der sich anbahnenden Neuordnung in Deutschland noch nicht berührt und seine Existenz im Wettbewerb unter den europäischen Großmächten noch nicht gesichert. Der nordwestdeutsche Kleinstaat drohte seinem 'natürlichen' Schicksal der Mediatisierung zu unterliegen und entging ihm vermutlich nur unter Vermittlung von Zar Alexander I., der zu den politischen Architekten der territorialen Neugliederung in Deutschland gehörte. Der oldenburgische Herzog Peter Friedrich Ludwig, ein Onkel des russischen Zaren Alexander I., war durch die Heirat seines zweiten Sohnes Georg mit dem russischen Zarenhaus verbunden.[95] Die politi

[95] KOBISCH, Frankreich, S. 225-238: Anmerkungen zum Oldenburger Herrscherhaus auf S. 225; KOBISCH, Kurt: "Parlez vous Francais" in Vechta und Cloppenburg von 1810 bis 1813. Cloppenburg zur Zeit Napoleons I., IN: VuL 116/1985, S. 7-12.

sche Zukunft der münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg als Teil des preußischen Königreichs schien 1796 mit den Berliner Verträgen immer gewisser geworden zu sein.

Auf dem Rastatter Kongreß stimmte die deutsche Deputation am 9. März 1798 der Abtretung des linken Rheinufers grundsätzlich zu und nahm die Säkularisationsbasis unter Vorbehalt an. Die diplomatische Lösung kam durch den Ausbruch des zweiten Koalitionskriegs zum Stillstand. Im Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801 wurde die Abtretung des linken Rheinufers festgesetzt und vereinbart, daß die Entschädigung der früher links des Rheins begüterten erblichen Fürsten nach einem Plan erfolgen sollte, der unter französischer Aufsicht zu erstellen sei. Da die Räumung der von französischen Truppen besetzten rechtsrheinischen Lande von dem Austausch der Ratifikationsurkunden abhängig gemacht wurde, beeilte sich der Deutsche Reichstag, dem Frieden zuzustimmen; dies geschah am 7. März 1801. Damit wurde eine enorme territoriale und politische Umgestaltung in Auftrag gegeben, die die europäischen Großmächte - auf deutscher Seite Preußen und Österreich - miteinander ins Spiel brachte und über die Interessen der kleinen und mittleren Territorialstaaten hinweg die politische Landkarte in Deutschland arrondierte.

Die Regensburger Reichsdeputation vollzog 1803 eine tiefgreifende historische Zäsur, die schließlich das Ende der Deutschen Reichskirche bedeutete und die materielle Basis der katholischen Kirche in Deutschland außerordentlich schwächte. Im Abkommen mit Frankreich vom 23. Mai 1802 verfügte Preußen seine eigene Ausstattung im nordwestdeutschen Raum und sicherte sich neben den Bistümern Paderborn und Hildesheim, den Reichsabteien Essen, Werden und Elten sowie der Reichsstadt Herford auch den östlichen Teil des westfälischen Münsterlandes mit der Residenzstadt Münster. Im Zuge einer geopolitisch nur allzu natürlich erscheinenden Lösung wären die Ämter Vechta und Cloppenburg an die protestantische Vormacht Preußen gefallen und als konfessionelle Minderheit ohne sichtbaren Einfluß auf die politische Gestaltung ihres eigenen Schicksals geblieben. Der Grund, weshalb Oldenburg - es hatte bekanntlich linksrheinisch keine Besitzungen eingebüßt - in die Säkularisation einbezogen wurde, war die von Napoleon durchgesetzte Aufhebung des oldenburgischen Weserzolls bei Elsfleth, der

den freien Zugang zu den Bremer Hafenanlagen erschwerte.[96] "Der Herzog ist voller Unlust eingestiegen", charakterisiert Heinz-Joachim Schulze die Haltung von Peter Friedrich Ludwig, und fährt fort:

> "Wir haben also vor uns einen Landesherrn, der die neue Provinz gar nicht wollte und immer noch lieber seinen Zoll behalten hätte. Wir haben auf der anderen Seite eine katholische Bevölkerung, die seit Jahrhunderten in einem geistlich regierten Staat lebte, der dieser Staat nun zerschlagen worden war und die, ohne gefragt zu werden, einem protestantischen Landesherrn zugeteilt wurde."[97]

Durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 war Oldenburg gezwungen worden, auf den Elsflether Weserzoll zu verzichten und das Grolland an die Hansestadt Bremen abzutreten. Zur Entschädigung erhielt das kleine Herzogtum das säkularisierte Hochstift Lübeck, das hannoversche Amt Wildeshausen und die münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg. Der Herzog weigerte sich zunächst, die von den Großmächten oktroyierte Lösung zu akzeptieren. Schließlich erklärte Bremen sich bereit, die Hebung des Zolls durch Oldenburg für weitere zehn Jahre zu tolerieren; das Ende der oldenburgischen Zollhoheit wurde auf den 31. Dezember 1812 festgesetzt. Am 6. April 1803 wurden die Verhandlungen zwischen dem oldenburgischen Reichstagsgesandten und den Bevollmächtigten Preußens, Rußlands und Frankreichs durch eine Konvention zum Abschluß gebracht.[98] Aufgrund des diplomatischen Drucks, den die europäischen Großmächte ausübten, erschien dem Herzog die Konvention weitgehend als Diktat. Herzog Peter Friedrich Ludwig kommentierte die Entwicklung später mit den Worten:

> "Die im Jahre 1803 erfolgte Accession erscheint offenbar als erzwungen und wenngleich nicht geleugnet wird, daß einem jeden Landesherrn der Zuwachs von etwa 50 000 Untertanen wichtig ist, so kann auf der anderen Seite nicht bezweifelt werden, daß ein District, dessen Ertrag nur 54 000 Rtlr. beträgt, dessen Schulden beträchtlich, sowie dessen Administration kostbar, keinen Ersatz für die Aufopferung des Zolles, der auf 130 000 Rtlr., ohne bedeutende Administrationskosten, bilden kann. Die Convention wird daher in jeder Rücksicht als das Werk der augenblicklichen Notwendigkeit

---

[96] LÜBBING, Landesgeschichte, S. 14f. Lübbing berichtet, daß Frankreichs Gunst durch eine Anleihe von 2 Millionen Livres erkauft und Minister Talleyrand durch enorme Summen von Bremer Kaufleuten bestochen wurde.

[97] SCHULZE, Niederstift, S. 79f.

[98] PAGENSTERT, Grundriß, S. 21f.; Herzog Peter, S. 66. Lübeck gehörte in Personalunion seit 1773 zu Oldenburg, als der damalige Fürstbischof Friedrich August von Lübeck auch Herzog von Oldenburg wurde. Im Jahre 1803 wurde es weltliches Fürstentum. Das von Münster 1700 zunächst pfandweise, 1719 im Frieden zu Stockholm definitiv an Hannover abgetretene Amt Wildeshausen kam 1803 vorläufig, 1826 endgültig an das Haus Oldenburg.

und keineswegs als das des freien Willens erscheinen, da in der Tat eine seltene Verblendung dazu gehören würde, einen so äußerst nachteiligen Vertrag einzugehen." [99]

Neben der rückständigen wirtschaftlichen Verfassung der Ämter Cloppenburg und Vechta und den konfessionellen Verhältnissen, die Peter Friedrich Ludwig außerordentlich fremd waren, bedrückte ihn die desolate finanzielle Situation des ehemaligen Hochstifts, von der Oldenburg seit 1803 unmittelbar betroffen wurde. Die Schuldenlast der Ämter Vechta und Cloppenburg betrug mit 367 000 Rtl. etwa ein Zehntel der gesamten Verschuldung des Hochstifts.[100]

1.3. Das Patent vom 30. Juni 1803

Das "Patent zur Besitznehmung der beyden bisherigen Münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg" vom 30. Juni 1803 ist ein Schlüsseldokument für die südoldenburgische Geschichte, weil es in exemplarischer Weise die Entstehung eines modernen Staatswesens in der historischen Form des aufgeklärten Spätabsolutismus zeigt. Der regierende Herzog Peter Friedrich Ludwig spricht in dieser Urkunde von der "Uns gebührenden Schadloshaltung" und proklamiert die Inkorporation der beiden ehemals münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg in "secularisirtem Zustande, mit allen denselben anklebenden Gerechtsamen, Gütern und Einkünften, wo sie auch belegen seyn mögen, und mit der völligen Landeshoheit, so wie auch mit den in beiden Ämtern belegenen geistlichen Corporationen, Stiftern, Klöstern und deren Gerechtsamen und Gütern."[101] Im Geiste eines aufgeklärten absolutistischen Souveräns und im Bewußtsein unzweifelhafter politischer Legitimität, die durch die revolutionären Erschütterungen in Frankreich nicht in Zweifel gezogen worden war, errichtete Peter Friedrich Ludwig ein patriarchalisches Regiment über die ehemals geistlichen Ämter und erwartete, "daß vorer

[99] Zit. b. SCHAER, Finanzlage, S. 17: keine Angabe zur Art der Quelle.
[100] LÜBBING, Landesgeschichte, S. 148.
[101] HANSCHMIDT, Niederstift 2, S. 10; KLOPPENBURG, Aufsätze, S. 10f. (Faksimile); GARDEWIN, 1803, S. 216 (Faksimile); GARDEWIN, Heinrich: Alles wohl, aber nicht zu den Preußen. Die Bedeutung des Jahres 1803 für das Amt Cloppenburg, IN: VuL 116/1985, S. 5; NIEMANN, Kloppenburg, S. 276-278; ders., Münsterland 2, S. 69-71; KUROPKA, Identität, S. 18f.; Cloppenburg, Festschrift, S. 9; NIEMANN, Paul: Die Eingliederung Cloppenburgs in das Herzogtum Oldenburg (1803), IN: VuL 5/1935, S. 80f.; VIERHAUS, Rudolf: Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg. Der Herzog und sein Land in der europäischen Politik um 1800, IN: VuL Jg. 41, Nr. 103, 1979, S. 2-8. Das Patent von 1803 findet sich in vielen Darstellungen wiedergegeben, die die Eingliederung der beiden Ämter in den oldenburgischen Staatsverband behandeln, u. a. auch in Gedenkblättern und Jubiläumsschriften.

wähnte Unsere nunmehrige Unterthanen mit unbedingtem Zutrauen auf Unsere Landesväterliche Gesinnung, in diese neue Verbindung mit Uns, und allen übrigen Einwohnern und Unterthanen dieses Herzogthums treten und bey jeder Gelegenheit eben die Beweise der Treue, Liebe, des Gehorsams und der Anhänglichkeit an den Tag zu legen bemühet seyn werden, womit sie gegen ihre vormalige Regenten sich stets rühmlich ausgezeichnet haben."

Das Wort vom "secularisirte(n) Zustande" markierte die zukünftige politische Trennungslinie, die der neue protestantische Landesherr einzuführen gedachte. Dieser Passus aus dem Patent klärte den politischen Spielraum ab, der für die Gestaltung des Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und protestantischer Obrigkeit 1803 zur Verfügung stand. Der neue Staat begriff sich als ein säkularisierter Staat und nahm als solcher - anders als das geistliche Fürstentum - den Zweck politischen Handelns aus sich selber und aus der in ihm versammelten bürgerlichen Gesellschaft. Der säkularisierte Staat, wie ihn Peter Friedrich Ludwig repräsentierte, war politisch emanzipiert und hatte aufgehört, weltliche Funktion einer geistlichen Gewalt zu sein. Der neue Staat identifizierte sich nicht länger mit sich absolut setzenden Teilgruppen einer im Territorialverband organisierten Gesellschaft von Untertanen und emanzipierte sich von ständischen und konfessionellen Beschränkungen und Privilegien. In Wahrnehmung seiner ungeteilten Souveränität erhob er sich über sie als absolute Staatsgewalt, die ihr Recht aus sich selber schöpfte, und förderte die öffentliche Wohlfahrt des Landes durch die politische Integration und Disziplinierung von Sondergruppen und Partikularinteressen. Dazu zählten auch die konfessionellen Interessen und Eigenheiten, die mit dem Jahre 1803 für Oldenburg von großer Bedeutung geworden waren. Im Stande ungebrochener Legitimität der staatsführenden Dynastie und im sichtbaren Genuß politischer Souveränität, die sich nur selber beschränken konnte, organisierte der moderne Staat um seinen politischen Machtkern einen funktionalen Zusammenhang und konstituierte somit eine realpolitische Verbandseinheit, die in der Sicherheit und der Wohlfahrt der privaten Individuen den gesellschaftlichen Fortschritt zu befördern trachtete. Am Anfang der Trennung von Staat und Gesellschaft stand - wie das Beispiel Oldenburg zeigt - die Trennung des Staates von der Kirche, die ihm im Rang einer bürgerlichen Religionsgesellschaft untergeordnet wurde.

Das Patent von 1803 ist das Zeugnis einer historischen Zeitenwende und vereinigt als solches restaurative und progressive Elemente in sich, die sich in der konkreten Landespolitik des regierenden Oldenburger Herzogs wieder

fanden: Ein vorrevolutionärer Patriarchalstaat, in dem allein dem Fürsten aus eigener Kraft das landesherrliche Patronat zukam, verband sich mit einem modernen säkularisierten Staatsbegriff, der keinen Zweifel daran ließ, daß der Primat des Geistlichen vor dem Politischen zu bestehen aufgehört hatte. Aufgeklärte moralische Maxime staatlichen Handelns war der Fortschritt des Allgemeinwohls und die Garantie von Wohlfahrt und Sicherheit einer bürgerlichen Gesellschaft, die sich aus den Fesseln religiöser Zwistigkeiten und konfessioneller Konflikte befreit hatte. Diesem Staat konnte sich jeder - ohne Ansehen der Person und Unterscheidung der Stände - anvertrauen, wie es in der Zusicherung des neuen Regenten an die neuen Untertanen anklang, "daß sie jederzeit sammt und sonders Unserer Zuneigung und unermüdeten Sorgfalt für die Erhaltung ihres wahren Wohls, möglicher Abstellung aller Mißstände, so wie der Handhabung einer unpartheiischen Gerechtigkeit, der Beförderung ihres Fortkommens und Wohlstandes, endlich der Beybehaltung ihrer Gesetze und Gewohnheiten, in so weit solche mit der gegenwärtigen Lage und Verfassung vereinbarlich seyn wollen, auf das vollkommenste sich versehen können."

Mit dem Patent vom 30. Juni 1803 und der von Peter Friedrich Ludwig verfügten illiberalen Kirchenpolitik gegenüber der neuen konfessionellen Minderheit im Lande, zu deren katholischem Wesen er keinen inneren Zugang hatte, begann für die Ämter Vechta und Cloppenburg das Ende des religiösen Zeitalters, das in der ungeteilten Einheit der katholischen Lebenssphäre eine Trennung von Staat und Gesellschaft - die von Kirche nicht wesentlich verschieden gewesen war - nicht gekannt hatte. Gefördert wurde das kirchenpolitische Regiment durch eine Einstellung des Herzogs zum instutionellen Katholizismus, die in der katholischen Hierarchie stärker die politische Macht als das institutionalisierte Bekenntnis wahrnahm. Die Haltung des Herzogs gegenüber dem Katholizismus blieb so eher ablehnend:

> "Zum Katholizismus als Bekenntnis hatte der Herzog ein distanziertes, genauer gesagt, eigentlich(e) gar kein Verhältnis. Das war für ihn eine fremde Welt. [...] Er begriff die katholische Kirche nicht als Heilsanstalt, sondern als politische Macht. Die Hierarchie war ihm unheimlich. [...] Die Angst vor der Hierarchie hat seinen staatskirchlichen Rigorismus begründet, hat ihn aber, weil er eben in der Kirche vordergründig die politische Macht sah, davor bewahrt, auch nur andeutungsweise in den Kultus einzugreifen."[102]

[102] SCHULZE, Niederstift, S. 85.

Die Passage aus dem Patent, die die "Beybehaltung ihrer Gesetze und Gewohnheiten" betrifft, liest sich wie ein Regierungsprogramm Peter Friedrich Ludwigs, das seinen politischen Umgang mit der neuen katholischen Minderheit des Landes bestimmte. Unter Wahrung des 1803 angetroffenen historischen Traditionsbestandes sollten die katholischen Ämter dem neuen protestantischen Landesverband "von nun an als unzertrennliche Bestandtheile des Herzogthums Oldenburg demselben incorporiret" werden und in dem neuen Staatskörper als politische Einheit aufgehen. Der aufgeklärte Respekt des toleranten Regenten vor der kulturellen und sozialen Verschiedenartigkeit seiner neuen Untertanen und politische Gründe der Staatsräson stellten den ehemals münsterschen Ämtern eine auf die katholische Religionsausübung in religiösem Kultus und Ritus beschränkte, aber die katholische Kirche nicht miteinschließende Autonomie in Aussicht. Die Religionsfreiheit fand in Oldenburg ihre Grenzen in Fragen der kirchlichen Selbstverwaltung, die für die katholische Kirche im Lande stark eingeschränkt wurde und den Anlaß für zahlreiche schwere Konflikte zwischen Staat und Kirche bot. Mit dem Generalvikariat in Münster wurde im "Vorläufigen Normativ" vom 2. August 1803 ausschließlich ein "nexus in Spiritualibus" hergestellt.[103]

Unvereinbar mit der absolutistischen Grundhaltung des neuen Souveräns war die ständische Ordnung, die die Ämter Vechta und Cloppenburg vormals in das Hochstift eingebunden hatte. Das Fürstbistum Münster, das größte geistliche Territorium des deutschen Reiches, war bis zu seinem Ende 1803 ein ständischer Staat gewesen, in dem sich die ständische Verfassung über das 18. Jahrhundert hinaus erhalten hatte. Obwohl die Macht der Stände im 17. Jahrhundert vor allem durch Fürstbischof Christoph Bernhard erhebliche Rückschläge erlitten hatte, behielten diese gegenüber dem Fürstbischof durch die Wahl des Landesherrn und die ihm abverlangte Wahlkapitulation eine starke Position:

> "Fürstlicher Absolutismus konnte sich hier, wenn überhaupt, so nur in bescheidenen Grenzen entwickeln. Die Wahl des Bischofs, die ihm abverlangten Kapitulationen, der Einfluß auf alle politischen Geschäfte, die Ämterbesetzungen und der Landtag waren für den Adel Instrumente zur Stabilisierung und zum Ausbau der Ständischen Verfassung. Mit eben diesen Mitteln sicherte er auch seine Beteiligung an der Verwaltung und Rechtsprechung des Landes und die grundherrschaftliche Agrarverfassung und damit seine Herrschaft über die landarbeitende Bevölkerung."[104]

---

[103] HARTONG, Staatsrecht, S. 177f.; KUROPKA, Kirche, S. 476ff.
[104] REINDERS, Grundherren, S. 69f.

Das Patent vom 30. Juni 1803 sprach in der Frage der zukünftigen politischen Führung des Landes eine eindeutige Sprache: Es wandte sich "gnädigst an den Adel, an die Geistlichkeit, an die Vasallen, auch an alle Bürger, Einwohner und Unterthanen dieser beiden Aemter" und bat, "künftig Uns als ihren alleinigen Landes= und Lehnsherrn anzuerkennen." Diese rhetorische Formel, ein absolutistischer Topos, findet sich in dem "Besitznahme= und Überweisungs=Patent" wieder, mit dem sich Herzog Peter Friedrich Ludwig 14 Jahre später, am 5. Mai 1817, an die Einwohner von Goldenstedt, Twistringen, Damme und Neuenkirchen wandte und "an alle bisherigen Hannoverschen und Osnabrückschen Einwohner und Unterthanen derselben, jeden Standes" appellierte, "daß sie von nun an Uns als ihren Fürsten und Landesherrn gehorsam und mit Treue zugethan seien, und versprechen dagegen Unsere Landesherrliche Gnade und Fürsorge ihnen gleich Unsern übrigen Unterthanen angedeihen zu lassen."[105] Während der Herzog im Vorläufigen Normativ vom 2. August 1803 die kirchliche Zugehörigkeit der Ämter Vechta und Cloppenburg zum Bistum Münster billigend in Kauf nahm, unterband er mit der Aufhebung des Burgmannskollegiums in Vechta die politischen Verbindungen des südoldenburgischen Adels mit der religiösen und geistigen Metropole Münster und lenkte seine politische Aufmerksamkeit ausschließlich auf den kleinen Zentralstaat. Oldenburg verabschiedete auch in Zukunft keine landständische Verfassung und erfüllte nicht die entsprechende Bestimmung der Wiener Bundesakte. Die politische Autokratie oldenburgischer Grafen und Herzöge hatte traditionell einen antiständischen Charakter und erschwerte damit den Weg des kleinen Agrarstaates in die konstitutionelle Ära.

An "geistlichen Corporationen, Stiftern, Klöstern und deren Gerechtsamen, Gütern und Einkünften" hatten die neuen oldenburgischen Ämter nicht viel aufzuweisen. Das Franziskanerkloster und das Alexanderstift in Vechta und die Johanniter-Kommende in Bokelesch bei Strücklingen wurden säkulari

[105] NIEMANN, Münsterland 2, S. 73-75; FIMMEN, Sammlung 1, S. 4f. (Nr. 3). Pagenstert weist darauf hin, daß 1803 in den besagten Gemeinden nur die münsterschen Untertanen oldenburgisch geworden waren. 1817 wurden die ‘gemischten’ Kirchspiele, wo münstersche und osnabrücksche und in Goldenstedt und Twistringen lüneburgische Untertanen lebten, nach Art. 33 der Wiener Kongreßakte geteilt; dabei diente die Hunte als Regulierungsfluß. Das Kirchspiel Goldenstedt links der Hunte fiel an Oldenburg, während das Kirchspiel Twistringen und vom Kirchspiel Goldenstedt die auf dem rechten Hunteufer gelegene Bauerschaft Rüssen an Hannover fielen. Die Kirchspiele Damme und Neuenkirchen wurden zunächst nach einer 1750 zwischen Münster und Osnabrück provisorisch festgesetzten Grenze geteilt. (PAGENSTERT, Grundriß, S. 23, 25).

siert. Peter Friedrich Ludwig verfügte die Säkularisationen mit großer Vorsicht und politischer Sensibilität. So blieb das Franziskanerkloster in Vechta, das mit der Lehrtätigkeit des einzigen Gymnasiums in den Ämtern Vechta und Cloppenburg seit 1714 aufs engste verbunden und für die Vorbildung des katholischen Klerus im Lande unverzichtbar war, zunächst bestehen, und nur die Aufnahme neuer Ordensbrüder wurde verboten. Es gab vor allem zwei Gründe, weshalb Oldenburg nicht die sofortige Schließung des Franziskanerklosters in Vechta verfügte: Die Mehrzahl der Ordenspriester hatte Seelsorgeaushilfe in der näheren und weiteren Umgebung Vechtas zu leisten, weil die meisten Pfarrgemeinden auf dem Lande nur einen Geistlichen hatten, und drei Patres waren als Lehrer am Gymnasium in Vechta tätig. Das Weiterbestehen dieser einzigen höheren Schule in den Ämtern Vechta und Cloppenburg erwies sich als notwendig, um den kommenden Bedarf an Weltgeistlichen zu decken, wenn der Ordensklerus dafür in Zukunft wegfiel.[106] Dabei ging es Peter Friedrich Ludwig nicht um die Einschränkung der von ihm im Patent verfügten Säkularisation, sondern um die Milderung der sozialen Folgen für die katholische Bevölkerung in seinem erheblich erweiterten Territorium. Vielfach wurden die von aufgeklärter Staatsräson getragenen Motive des Herzogs in der Geschichtsschreibung Südoldenburgs dagegen als Beweise väterlicher Treue und Milde ausgelegt. 1813 setzte der Herzog nach seiner Rückkehr aus dem russischen Exil diese kirchenfreundliche Säkularisationspolitik fort. Auf eine Eingabe der Stadt Vechta hin durften die drei Patres, die mit dem Unterricht am Gymnasium betraut waren, diesen in der Kleidung eines Weltgeistlichen weiter fortsetzen. Peter Friedrich Ludwig duldete die Existenz einer Ordensniederlassung in Vechta prinzipiell keineswegs, aber respektierte die seelsorgliche Tätigkeit und die pädagogischen Funktionen, die die Patres im Habit von Weltgeistlichen zur allgemeinen Wohlfahrt des Landes wahrnahmen. Oldenburg hatte aufgrund der Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses die Absicht, das Franziskanerkloster in Vechta sofort aufzuheben, nahm aber davon Abstand, weil man befürchtete, daß die Schließung des Konvents einen Mangel an Seelsorgegeistlichen zur Folge haben würde. Deshalb nahm der neue Landesherr die 1803 im Kloster lebenden Ordensgeistlichen als Untertanen an, machte aber die Aufnahme von Ordensgeistlichen in Zukunft von einer Genehmigung abhängig.[107]

---

[106] TERHEYDEN, Otto: Die Aufhebung des Franziskanerklosters in Vechta, IN: HKL 1963, S. 102-108. Das Gymnasium in Vechta wurde 1714 von Franziskanerpatres gegründet.

[107] PAGENSTERT, Johannes: Die Lebensschicksale der letzten Vechtaer Franziskanermönche, IN: HBL 10/1930, S. 143.

Das Klostergebäude blieb bis 1816 geschlossen und diente danach der Unterbringung von Strafgefangenen. Das Vechtaer "Sonntags=Blatt" erinnerte in einer seiner ersten Ausgaben im Jahre 1834 an die Umwandlung des Klostergebäudes in eine Strafanstalt und räsonierte bei dieser Gelegenheit nachdenklich über den materialistischen Zeitgeist der Säkularisation:

> "Nach der französischen Occupation wurden dem Willen Sr. Herzogl. Durchlaucht höchstseligen Andenkens gemäß die Klostergebäude in eine Strafanstalt umgeändert. Einsender dieses vermag nicht sein Sentiment über das, was in frühern Jahren schon oft der Gegenstand der Unterhaltung gewesen ist, auszusprechen, als habe die derzeitige Verwandlungs=Sucht manches Schöne, Zweckmäßige und Alterthümliche entfernt, und oft enorme und überflüssige Kosten verursacht."[108]

Das Alexanderstift, dessen Kanoniker 1669 das schwedisch besetzte Wildeshausen verlassen hatten und nach Vechta übergesiedelt waren, wurde offiziell zwar aufgehoben, aber die betroffenen Ordensbrüder erhielten vom neuen protestantischen Landesherrn eine jährliche Rente. Als das Ordenskapitel durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 dem Herzogtum Oldenburg zugewiesen und säkularisiert wurde, wurde durch Verfügung vom 24. Februar 1804 "hinsichtlich jenes Stiftes bestimmt, dass die Einkünfte lediglich zu milden und frommen Zwecken bestimmt bleiben und dazu bis weiter unter Aufsicht der damaligen Commission zur Wahrnehmung der geistlichen Angelegenheiten in den Aemtern Vechta und Cloppenburg verwandt werden sollten." Der aus den Gütern des Stiftes nach der Kabinettsordre vom 26. Februar 1806 gebildete neue Fonds wurde als "Alexanderfonds" bezeichnet, "welcher seitdem unter der Aufsicht der geistlichen Commission durch einen besonderen Administrator verwaltet wird, und dessen Einkünfte zur theilweisen Deckung der Kosten des katholischen Kirchen= und Schulwesens verwandt werden." Aus den Überschüssen des sogenannten Alexanderfonds wurde später das Gymnasium in Vechta (Gymnasialfonds) und der Bau des Offizialatsgebäudes gefördert.[109]

Die Einkünfte aus der säkularisierten Kommende Bokelesch führte der Herzog ebenfalls dem "Alexanderfonds" zu, der für kirchliche Zwecke und Einrichtungen im katholischen Teil des Herzogtums eingerichtet wurde. Bokelesch, in der Nähe von Strücklingen gelegen, war vermutlich um 1250 von dem damaligen Grafen Otto von Tecklenburg an den Johanniterorden ge

---

[108] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 16: Ausgabe vom 3. Mai 1834.
[109] Staatshandbuch 1856, S. 260.

kommen. Als Kommende (Johanniterkommende) wurde Bokelesch erstmalig im Jahre 1319 urkundlich erwähnt. Die Erträge aus der bäuerlichen Eigenbewirtschaftung (ca. 1 000 ha ohne Forstflächen) waren in erster Linie dazu verwandt worden, die Hauptaufgabe des Ordens, die Armen- und Krankenpflege, zu finanzieren. Während der Reformation war Bokelesch als Kommende erhalten geblieben, da es im Hoheitsgebiet des Fürstbischofs von Münster lag. Zu Beginn des 17. Jahrhunderts erfolgten die ersten Verpachtungen der Kommendegüter.[110] Im Rahmen der Säkularisation 1803 wurden sie dem Hause Oldenburg als staatliche Domäne übereignet. Durch die Rheinbundakte vom 1. August 1806, die den Johanniterorden aufhob und seine Güter dem Landesherrn, in dessen Territorium sie lagen, zusprach, fielen die in den Kirchspielen Barßel und Strücklingen belegenen Güter der Kommende Bokelesch endgültig dem Hause Oldenburg zu. Die Besitznahme dieser Güter verzögerte sich bis zur französischen Okkupation. Die Verfügung vom 11. Juli 1831 überwies die Einkünfte der Kommende Bokelesch dem Alexanderfonds für Einrichtungen der katholischen Kirche im Lande. Erst am 9. Oktober 1960 konnten die Pächter nach mehrfachen Bemühungen die Hofübergabe mit der Änderung der Eigentums- und Besitzverhältnisse erwirken. Die romanisch-gotische Kapelle ist noch erhalten und eine der ältesten Kirchenbauten des Oldenburger Landes.[111]

Das Jahr 1803 war die entscheidende Zäsur in der Geschichte Südoldenburgs bis zum Ende der Monarchie im Großherzogtum Oldenburg im Jahre 1918. Dem Patent zur Inkorporation der beiden Ämter Vechta und Cloppenburg vom 30. Juni 1803 folgte die "feierliche Besitznahme nebst Huldigung" am 18. und am 20. Juli 1803 durch die beiden landesherrlichen Kommissare Georg und Runde in Vechta und Cloppenburg. Anläßlich des 100. Jahrestages dieses denkwürdigen Ereignisses erinnerte der renommierte Geschichtsschreiber Karl Willoh, Seelsorger an den Vechtaer Strafanstalten, an die Feierlichkeiten und zitierte zu diesem Zweck ausführlich aus den Protokollbüchern der Stadtmagistrate in Vechta und Cloppenburg. Der Jahrestag war ein willkommener Anlaß zum uneingeschränkten Fürstenlob an Herzog Peter Friedrich Ludwig und seine Nachfolger, die in ihrer Person historische Kon

---

[110] KLÖVER, Saterland, S. 76ff.; HEESE, Saterland, S. 105ff.

[111] Staatshandbuch 1856, S. 260; MÖLLER, Bokelesch, S. 182-201; HELLBERND, Oldenburg, S. 68f.; KLÖVER, Saterland, S. 164ff.; SCHULTE, Heinrich: Aus der Geschichte der Johanniter-Kommende Bokelesch, IN: HBL 1935, Hefte 2, 4, 5 (mit Abdruck eines Pachtvertrages), 6, 7, 9; LOOKS-THEILE, Christel: Geschichte der Johanniterkapelle Bokelesch, IN: VuL Jg. 40, Nr. 111, 1978, S. 5f.

tinuität verkörperten; das wußten auch die Südoldenburger an ihnen zu schätzen. Aus diesem Anlaß zitierte Willoh in seiner Huldigungsadresse an die oldenburgischen Monarchen aus der Jubiläumsausgabe der Vechtaer Zeitung folgende Passage:

> "Der Herzog Peter Friedrich Ludwig aber wie seine Nachfolger, die Großherzöge Paul Friedrich und Nikolaus Friedrich Peter sowie unser jetzt regierender Großherzog haben es mit glücklichem Erfolge erreicht, im Münsterlande wie in allen Theilen ihres Gebietes durch weise Gesetzgebung und ausgedehnte Akte staatlicher Fürsorge die Wohlfahrt des Volkes in dem Maße zu fördern, daß heute nach einem Jahrhundert oldenburgischer Herrschaft unser Landesteil sich nicht nur im Zustande einer erfreulichen Entwicklung des Wohlstandes befindet, sondern nicht minder mit aufrichtiger Befriedigung der Pflege und Fürsorge, wie seiner materiellen, so auch seiner ideellen Güter sich zu erfreuen hat."[112]

Über alle konfessionellen Schranken hinweg waren die Münsterländer gute Oldenburger und treue Untertanen geworden. Sie gedachten offensichtlich gerne des Jahres ihrer Angliederung an das Herzogtum Oldenburg und hatten im neuen Territorialverband ihre Identität gefunden.[113] Wie das Beispiel Karl

---

[112] WILLOH, Ämter, S. 18f. Der Autor zitierte aus der Vechtaer Zeitung vom 3.3.1903. Karl Willoh wurde am 29. November 1846 in Friesoythe geboren und starb am 6. Juni 1915 in Vechta. Nach dem Besuch des Gymnasiums Antonianum in Vechta studierte Willoh Theologie und wurde 1872 zum Priester geweiht. Nach seiner ersten Anstellung als Vikar in Garrel übernahm er 1878 die Aufgaben eines Seelsorgers an den Strafanstalten in Vechta. Dieses Amt übte Willoh 37 Jahre bis zu seinem Tode aus. Neben Friedrich Matthias Driver, der 1803 eine "Beschreibung und Geschichte der vormaligen Grafschaft nun des Amts Vechte im Niederstift Münster" verfaßt hatte, Carl Heinrich Nieberding, der eine "Geschichte des ehemaligen Niederstifts Münster und der angränzenden Grafschaften" in drei Bänden 1840, 1841 und 1852 herausgegeben hatte, und Carl Ludwig Niemann, der 1873 eine "Geschichte der alten Grafschaft und des nachherigen Münster'schen Amtes Cloppenburg" geschrieben und 1889 bzw. 1891 "das Oldenburgische Münsterland in seiner geschichtlichen Entwickelung" in zwei Bänden dargestellt hatte, gehörte Karl Willoh zu den kundigsten Geschichtsschreibern Südoldenburgs im 19. Jahrhundert. Seine fünfbändige "Geschichte der katholischen Pfarreien im Herzogtum Oldenburg", die von 1898 bis 1900 erschien, basiert vor allem auf kirchlichen Visitationsberichten aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Sie gehört noch heute zu den Standardwerken in der südoldenburgischen Regionalgeschichte. (HELLBERND, Willoh, S. 247-251; SCHLÖMER, Hans: Vor 60 Jahren starb Karl Willoh, IN: VuL Jg. 37, Nr. 91, 1975, S. 13)

[113] 175 Jahre Oldenburger Münsterland. Rede des Heimatbund-Vorsitzenden Hans Roter auf dem Münsterlandtag 1978 in Goldenstedt, IN: VuL Jg. 41, Nr. 101, 1979, S. 2f.; SCHLÖMER, Hans: Als Oldenburg zum Großherzogtum wurde, IN: VuL Jg. 41, Nr. 102, 1979, S. 2. Das "Wochenblatt für die Amtsbezirke Cloppenburg und Friesoythe", das bis 1905 als Vorläufer der späteren Münsterländischen Tageszeitung in Cloppenburg erschien, schloß eine Abhandlung zur 100jährigen Wiederkehr zur Vereinigung Cloppenburgs mit dem Herzogtum Oldenburg vom 20. Juli 1903 mit den Worten: "An uns wird es sein, die Errungenschaften (des 19. Jahrhunderts) zu erhalten und durch Fleiß und Arbeit und opferwillige Hingabe, jeder in seinem

Willoh zeigt, war die Geschichtsschreibung Südoldenburgs im 19. Jahrhundert konservativ angelegt und tendierte besonders nach der deutschen Reichsgründung zum politischen Ordnungsbild der konstitutionellen Monarchie. Der Ursprung der antiliberalen Traditionsbildung in der Regionalgeschichte Südoldenburgs im 19. Jahrhundert ist exakt im Patent vom 30. Juni 1803 zu sehen.

1.4. Das Vorläufige Normativ vom 2. August 1803

Der Herzog hatte angesichts der politischen Verhältnisse im Jahre 1803 keine Zeit für die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse in den neuerworbenen Ämtern Vechta und Cloppenburg zu verlieren. Schon zwei Wochen nach der Inbesitznahme der Ämter erließ er am 2. August 1803 das "Vorläufige Normativ für die Aemter Vechta und Cloppenburg wegen des einstweilen fortdauernden Nexus in Spiritualibus mit dem Generalvicariat zu Münster". Peter Friedrich Ludwig berief sich im Text der Urkunde auf den Reichsdeputationshauptschluß, nach dem "in den zur Entschädigung unter andere weltliche Bothmäßigkeit übergegangenen Reichs=Landen die Erz= und Bischöflichen Diöcesen in ihrem bisherigen Zustande verbleiben sollen, bis auf Reichsgesetzliche Art eine andere Diöcesen=Einrichtung getroffen seyn wird." Nach diesem Grundsatz ordnete der Herzog an, "daß das General=Vicariat zu Münster annoch einstweilen, und bis zu einer in Zeiten vorher zu publicirenden anderweitigen Verordnung, in beiden incorporirten Aemtern seinen bisherigen Wirkungskreis quoad mere spiritualia fortdauernd behalten" sollte.[114]

Nach dem Wortlaut des Normativs blieben ausschließlich die geistlichen Verbindungen der katholischen Gemeinden mit dem Generalvikariat in Münster bestehen. Verhandlungspartner für den Bischof in Münster war in Zukunft eine landesherrliche "Kommission der geistlichen Angelegenheiten der katholischen Kirche", die alle kirchlichen Anordnungen und Verkündigungen genehmigen mußte, ehe sie den katholischen Gemeinden bekanntgemacht

---

Stande, zu vermehren. Daß dies geschehen wird, dafür bürgen die guten Eigenschaften der Cloppenburger, die sie in guten und bösen Tagen so oft bewiesen haben: Treues Festhalten am bewährten Alten, langsames, aber festes Erfassen des guten Neuen, Freude an ernster Arbeit, Treue zur Kirche und Liebe zur Heimat und zum oldenburgischen Fürstenhause."

[114] KLOPPENBURG, Aufsätze, S. 13; GARDEWIN, 1803, S. 217 (Faksimile); SCHLÖMER, Münsterland, S. 14; Herzog Peter, S. 114 (Nr. 75); HINXLAGE, Offizialat, S. 12.

wurden. Der Herzog traf in dem Vorläufigen Normativ im einzelnen vier wichtige Entscheidungen über das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche:

a) Das Generalvikariat Münster behielt einstweilen in den beiden Ämtern seine Zuständigkeit "quoad mere spiritualia" bei.

b) Jede päpstliche Bulle, Generaldispensation oder "sonstige geistliche Verordnung" war vor der Publikation der Geistlichen Kommission zur Erteilung des Plazet vorzulegen, "daher denn ohne letzteres kein Pfarrer hinführo eine geistliche Verordnung zu verkündigen hat."[115]

c) Das Amt und der Wirkungskreis der Landdechanten und ihre Kompetenzen "quoad mere spiritualia" wurden vorerst aufrechterhalten.

d) Die bestehende geistliche Jurisdiktion der katholischen Kirche blieb auch "in solchen Fällen, die eigentlich vor der weltlichen Obrigkeit gehören," gewahrt.

Das im Vorläufigen Normativ verhängte oldenburgische Staatskirchenregiment sah eine strenge politische Aufsicht über die katholische Kirche im Lande vor, die sich auf alle Bereiche erstreckte, die über den engen "nexus in Spiritualibus" hinausgingen. Verfügungen des Generalvikariats waren dem Oldenburgischen Auseinandersetzungskommissar in Münster, Hofrat von Olfers, zur Erteilung des Plazet vorzulegen. Unmittelbar zugesandte, nicht plazetierte Schreiben und Verordnungen waren von den unteren geistlichen Behörden sofort zurückzuweisen.[116] Durch die Bekanntmachung des Herzogs vom 27. September 1809 wurde die Geistliche Kommission in eine Kollegialbehörde umgestaltet und Generaldechant Haskamp zum zweiten Mitglied bestellt.[117] Der neuen Institution des Generaldechanten kam in der oldenburgischen Politik gegenüber der katholischen Kirche bis zur Verabschiedung

---

[115] ZÜRLIK, Koordination, S. 68f. Nach Zürlik war die Behördenbezeichnung der Kommission amtlich nicht festgelegt und schwankte. Zunächst lautete sie: "Höchstverordnete Kommission der bzw. zu(r) Wahrnehmung der geistlichen Angelegenheiten in den Ämtern Vechta und Cloppenburg". Ab 1807 bürgerte sich die Bezeichnung ein: "Höchstverordnete Kommission der bzw. zu(r) Wahrnehmung der (Römisch-) Katholisch-Geistlichen Angelegenheiten". Im folgenden Text wird die Bezeichnung "Geistliche Kommission" verwandt.
[116] GARDEWIN, 1803, S. 217 (Faksimile); ZÜRLIK, Koordination, S. 68f.
[117] ZÜRLIK, Koordination, S. 68, Anm. 10.

der Konvention von Oliva (1830), die die Errichtung einer dem Generalvikariat in Münster gleichgestellten kirchlichen Oberbehörde im eigenen Lande vorsah, eine Schlüsselfunktion zu.[118]

Als die Ämter Vechta und Cloppenburg im Juli 1803 offiziell in Besitz genommen wurden, bestanden drei Landdekanate: das Dekanat Cloppenburg mit dem Landdechanten Friedrich Anton Vaget, Pfarrer zu Krapendorf, das Dekanat Vechta mit dem Landdechanten Bernhard Hinrich Haskamp, Pfarrer zu Vechta, und das Dekanat Damme für die beiden zum Bistum Osnabrück gehörenden Pfarreien Damme und Neuenkirchen mit dem Landdechanten Johann Ignaz Brücher, Pfarrer zu Damme, an der Spitze. In Goldenstedt und Neuenkirchen hatte sich mit dem "simultaneum mixtum" bzw. "simultaneum successivum" außerdem ein historisches Relikt aus der Zeit der Reformation und Gegenreformation erhalten.[119] Nach der aus Altersgründen erfolgten Resignation des Cloppenburger Dechanten Vaget im Jahre 1807 bestellte der Herzog in Übereinstimmung mit dem Generalvikariat in Münster den Vechtaer Dechanten Haskamp zum Generaldechanten der in seiner Hand vereinigten Dekanate Vechta und Cloppenburg. Haskamp nahm dieses Amt bis zu seinem Tode am 16. März 1823 wahr. In der Erwartung, daß man bald einen eigenen Generalvikar instruieren werde, wurde die Position des Generaldechanten im Einvernehmen mit Münster nicht wieder besetzt. Das von staatspolitischem Hoheitsrecht geprägte Verhältnis von Staat und Kirche fand seinen besonderen Ausdruck in der Instruktion vom 29. Juli 1807, die dem Generaldechanten die Vikariatskollation bloß "quoad mere Spiritualia" erteilte und ihn verpflichtete, in allen Fragen "kraft des juris territorialis circa sacra, namentlich des Rechtes der Höchsten Oberaufsicht und Advokatie sowie vermöge der Landesherrlichen Patronatrechte zu bestimmenden Angelegenheiten seine Anfragen und Berichte nicht an das Generalvikariat, sondern lediglich an die ... Kommission zu richten und deren Anweisungen zu befolgen". Dem Generaldechanten Haskamp wurde die Aufsicht über das gesamte Kirchen- und Schulwesen übertragen, einschließlich der Kontrolle des

---

[118] HARTONG, Staatsrecht, S. 178f.; KUROPKA, Kirche, S. 482f.

[119] REINKE, Gottesdienst, S. 170-175; KUROPKA, Identität, S. 80, Anm. 162. Das "simultaneum mixtum", das von 1650 bis 1850 in Goldenstedt eingerichtet wurde, bezeichnete einen gleichzeitigen lutherisch-katholischen Gottesdienst, das "simultaneum successivum", das in Neuenkirchen von 1650 bis 1888 beibehalten wurde, eine Reihenfolge, in der sich katholische und evangelische Gottesdienste abwechselten. Die Einrichtung der gemischten Sonntagsgottesdienste wurde von Klerus und Gemeinden als unbefriedigend empfunden und führte häufig zu Konflikten zwischen beiden Seiten. Der Dammer Bernd Kessens hat über diese Zeit einen Roman ("und an den Füßen eine Uhr") verfaßt, der 2000 erschienen ist.

Kirchenvermögens, die er gemeinsam mit dem "advocatus piarum causarum" auszuüben hatte. Durch die Einrichtung des Generaldekanates wurde die Zuständigkeit des "landfremden Generalvikariats" auf die ausschließlich geistlichen Angelegenheiten beschränkt, und alle übrigen Kompetenzen wurden der Geistlichen Kommission übertragen.[120] Die Instruktion des Generaldechanten ist als Ausdruck des territorialen Staatskirchentums in Oldenburg anzusehen. Seine Unterstellung unter das Generalvikariat in Münster war auf rein geistliche Bereiche beschränkt; im übrigen erhielt er seine Weisungen von der Geistlichen Kommission. Für die bischöflichen Verfügungen beschaffte er das landesherrliche Plazet. Der Generaldechant wurde zur Schlüsselfigur der oldenburgischen Kirchenverwaltung, und mit seiner Einsetzung war der erste Schritt auf das zukünftige Offizialat hin getan. In der Figur des Generaldechanten war die Gestalt des späteren Offizials bereits vorgezeichnet. Für die katholischen Pfarrer in Oldenburg existierte in Zukunft eine oberste Instanz, an die sie sich wenden konnten.[121]

Durch die Institution des Generaldechanten war der Herzog in seinem Bestreben, für die oldenburgischen Katholiken ein eigenes Vikariat zu schaffen, ein gutes Stück vorangekommen: Die Dekanate Cloppenburg und Vechta waren in einer Hand vereinigt, für das zur Diözese Osnabrück gehörende Dekanat Damme stand eine kirchliche Grundsatzentscheidung noch aus.[122] Mit dem Generaldekanat erhielt der katholische Klerus eine oldenburgische Vertretung, die wesentlich zur kirchenpolitischen Integration des südoldenburgischen Katholizismus unter der fortdauernden Geltung des "jus territoriale circa sacra" beitrug. Nach dem Inkrafttreten des Vorläufigen Normativs im Jahre 1803 und noch vor der Verabschiedung der Konvention von Oliva im Jahre 1830 gelang es Oldenburg, den Einfluß der landesfremden Diözesangewalt auf Fragen "quoad spiritualia e mere ecclesiastica"[123] zu begrenzen und sich die katholische Kirche kirchenrechtlich unterzuordnen. Nach Maßgabe seiner staatskirchlichen Grundanschauung von der Subordination der Kirche unter den Staat nahm der Herzog als neuer souveräner Landesherr das Recht der Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche als ausschließlich staatliches Recht in Anspruch. Er beschränkte den Wirkungskreis der katholischen Kirche auf innerkirchliche geistliche Angelegenheiten, behielt die Erledigung der äußeren Kirchenangelegenheiten aber den staatlichen

[120] ZÜRLIK, Dekanate, S. 57; ZÜRLIK, Koordination, S. 68; HINXLAGE, Offizialat, S. 13f.
[121] SCHULZE, Begründung, S. 84; WEHAGE, Kirche, S. 5f.
[122] ZÜRLIK, Koordination, S. 69; GARDEWIN, 1803, S. 220-222.
[123] ZÜRLIK, Dekanate, S. 57.

Organen vor. Auch die sog. gemischten Angelegenheiten (res mixtae) regulierte Peter Friedrich Ludwig in staatlichem Sinne. Dabei wurde schon in Ansätzen seine Absicht zur Errichtung einer vom Generalvikariat in Münster möglichst unabhängigen Zusammenfassung der katholischen Pfarreien des Landes unter einer eigenen geistlichen Behörde erkennbar. Diese Absicht wurde durch die Konvention von Oliva vom 30. Januar 1830 verwirklicht.[124]

1.5. Die Konvention von Oliva (1830)

Der Deutsche Bund brachte für Oldenburg nicht die im Vorläufigen Normativ in Aussicht genommene kirchenpolitische Klärung auf reichsgesetzlicher Grundlage. Nach 1815 waren die Katholiken des Herzogtums Oldenburg noch drei Diözesanbischöfen unterstellt: Oldenburg und Jever gehörten der Nordischen Mission an, die der Bischof von Paderborn leitete, für Damme und Neuenkirchen war der Bischof von Osnabrück zuständig, Vechta und Cloppenburg gehörten zur Diözese Münster. Das war für Oldenburg politisch eine unbefriedigende Lösung. Wie den übrigen Staaten lag auch Oldenburg daran, "die kirchlichen Grenzen mit den Landesgrenzen in Übereinstimmung zu bringen, woraus sich die Folge ergab, daß in jedem Staate eine kirchliche Oberbehörde eingerichtet wurde." Dieses Bestreben ist aus dem politischen Souveränitätsprinzip des Herzogs zu erklären. Der Plan, eine eigene oldenburgische Diözese zu errichten, scheiterte an den damit verbundenen Kosten.[125] So kam man zu der Lösung, den oldenburgischen Teil bei der Diözese Münster zu belassen, für ihn aber eine besondere Behörde, das Offizialat, einzurichten.[126]

Das Festhalten an staatskirchlichen Ordnungsfragen erschwerte die definitive Klärung der Diözesanfrage, die 1821 durch die päpstliche Bulle "De salute animarum" überraschend herbeigeführt wurde. Damit wurde eine fast zwanzigjährige kirchenpolitische Übergangsphase, die dem Untergang des Fürstbistums folgte, beendet.[127] In den Jahren zwischen dem Wiener Kongreß und

---

[124] ZÜRLIK, Koordination, S. 69f.
[125] Wenige Monate vor seinem Rücktritt am 29. August 1846 legte der erste Offizial, Dr. Franz Herold, dem Großherzog noch detaillierte Pläne mit Kostenberechnungen und einem Satzungsentwurf zur Errichtung einer eigenen Diözese in Oldenburg vor. (StAO 31 - 13 - 112 - 3II, Bl. 213-225; HINXLAGE, Offizialat, S. 31-34)
[126] WEHAGE, Kirche, S. 8.
[127] HANSCHMIDT, Niederstift 2, S. 11ff.; DAMBERG, Moderne, S. 46ff.

1821 hatte sich Oldenburg vergebens um die Bildung eines eigenen Bistums bemüht, dem sich die Katholiken des Herzogtums unter weitgehender Unabhängigkeit hätten anschließen können. In der Bulle "De salute animarum" vom 16. Juli 1821, die die Zirkumskription der preußischen Bistümer enthielt, verfügte Pius VII., daß die vormals münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg unter der kirchlichen Jurisdiktion Münsters verbleiben sollten. Die mit Preußen anstehenden Verhandlungen über die neue Diözesanumschreibung wurden 1823 aufgenommen und vier Jahre später zum Erfolg geführt. In der Kabinettsordre vom 7. Juni 1827 erklärte es sich mit der oldenburgischen Forderung einverstanden, bei der Besetzung des Bischofsstuhles in Münster in Kenntnis gesetzt zu werden und die Möglichkeit zu erhalten, seine Bedenken gegen einen Kandidaten zu äußern. Noch im selben Jahr vereinbarten der ermländische Fürstbischof Joseph Prinz von Hohenzollern, der zum päpstlichen Exekutor der Bulle bestimmt worden war, und der oldenburgische Minister von Brandenstein 37 Artikel, die die Grundlage der weiteren Verhandlungen bildeten.[128] Als wichtigste Bestimmung erhielten die Verhandlungsunterlagen bereits die Einrichtung einer eigenen oberen Kirchenbehörde in Oldenburg. 1829 wurden die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluß gebracht, konnten aber von Herzog Peter Friedrich Ludwig nicht mehr abschließend beraten werden. Am 21. Mai 1829 starb der Monarch.[129]

Am 5. Januar 1830 unterzeichneten der päpstliche Delegat, der Fürstbischof von Ermland, und der oldenburgische Minister Brandenstein die Konvention von Oliva.[130] Sie wurde durch die "Landesherrliche Verordnung vom 5. April 1831, betr. Regulierung der Diözesanangelegenheiten der katholischen Einwohner des Herzogtums Oldenburg und der Erbschaft Jever," als "Vertrag zur Regulierung der Diözesanangelegenheiten der katholischen Einwohner des Herzogtums Oldenburg vom 5. Januar 1830" (Anlage I) zusammen mit dem "Normativ für die Wahrnehmung des landesh. Hoheitsrechtes (jus circa

[128] FRIEDL, Handbuch, S. 93f. (von H. Friedl). Hans Friedl charakterisiert Karl Ludwig Brandenstein (1760 - 1847), der 1821 zum Geheimen Rat und Staatsminister berufen wurde, als "eine ausführende Hilfskraft Peter Friedrich Ludwigs, der selbst regieren wollte und sich vor allem nach 1813 mit fügsamen und das Mittelmaß nicht überschreitenden Beamten umgab." (S. 94)
[129] SCHULZE, Begründung, S. 99f.; HINRICHSMEYER, Kirche, S. 15f.; HINXLAGE, Offizialat, S. 16f.
[130] INSTINSKY, Markus: ".. ein quasi Generalvicar unter dem Namen Official in Vechta". Zur Entstehung der Amtsbezeichnung des Vechtaer Offizials, IN: HBL 3/1995, S. 19-21. Markus Instinsky weist detailliert nach, wie sich in den Verhandlungen die Amtsbezeichnung "Offizial" bzw. "Offizialat" gegen die Titel "Vikar" bzw. "Generalvikar" durchsetzte und in Zukunft bestehen blieb.

sacra) über die römisch=katholische Kirche im Herzogtum Oldenburg vom 5. April 1831" (Anlage II) in Kraft gesetzt.[131] Die Landesherrliche Verordnung vom 5. April 1831 stellt für Oldenburg die wichtigste kirchenpolitische Urkunde des 19. Jahrhunderts dar. Sie bestimmte das rechtliche Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem oldenburgischen Staat bis zum Jahre 1918, als mit dem Untergang der Monarchie in Oldenburg auch das territorialstaatliche Kirchenrecht sein endgültiges Ende fand.[132]

Die Landesherrliche Verordnung anerkannte die päpstliche Zirkumskriptionsbulle für die preußischen Staaten vom 16. Juli 1821 und für die hannoverschen Staaten vom 26. März 1824, wonach die Katholiken, die bisher zum Bistum Osnabrück gehörten oder der Nordischen Mission unterstanden, dem Bischof von Münster zugewiesen wurden. Als "Fundamental=Statut der katholischen Kirche" bezeichnete der Großherzog die Konvention von Oliva, die die näheren Bestimmungen für das "in der Stadt Vechta in unmittelbarer Stellung unter dem Bischof von Münster zu errichtende Offizialat" enthielt. Großherzog Paul Friedrich August (1829 - 1853) betonte ausdrücklich, daß das "Landesherrliche[s] Majestätsrecht oder jus circa sacra" in seinem vollen Umfange erhalten bleibe:

> "Unser Landesherrliches Majestätsrecht oder jus circa sacra bleibt in seinem ganzen Umfange vorbehalten, und Wir haben wegen dessen Wahrnehmung das anliegende [...] Normativ abfassen lassen und demselben durch Unsere Genehmigung Gesetzeskraft beigelegt."[133]

Zukunftweisend waren die Bestimmungen, die die Konvention für die Errichtung des Offizialats aufwies.[134] Danach erhielt der oldenburgische Bezirk des Bistums Münster "seine eigene Behörde, die, unabhängig von dem General=Vikariate zu Münster, unmittelbar unter dem Bischof steht". Die Behörde setzte sich zusammen aus dem Offizial, der den Vorsitz führte, und "vier Assessoren, nämlich zwei Gottesgelehrten und zwei Rechtsgelehrten." Den Of

---

[131] FIMMEN, Sammlung 1, S. 29-40 (Nr. 12).
[132] HINXLAGE, Offizialat, S. 17-23.
[133] FIMMEN, Sammlung 1, S. 29f. (Nr. 12).
[134] HINXLAGE, Offizialat, S. 23-29; TEPING, Franz: Die Errichtung des Bischöflich=Münsterschen Offizialats im Jahre 1831, IN: HBL 5/1931, S. 65-69 (Der Aufsatz entstand anläßlich der 100-Jahrfeier des Offizialats 1931); Kirchliche Verhältnisse im Münsterlande vor dem Jahre 1831, IN: HBL 5/1931, S. 69-72: Kurzporträts der Bischöflichen Offiziale auf den Seiten 72f. in derselben Ausgabe der HBL; TEGENKAMP, Franz-Josef: Die Geschichte des Bischöflich Münsterschen Offizialates. Umfassender Überblick 160 Jahre nach Gründung der Institution, IN: HBL 2/1992, S. 19.

fizial und die "gottesgelehrten Beisitzer" hatte der Bischof nach vorher eingeholter Zustimmung des Großherzogs zu ernennen, "und zwar jenen, sofern es füglich geschehen kann - diese aber allemal aus der Geistlichkeit des oldenburgischen Bezirks", während die "rechtskundigen Beisitzer und der Sekretär" von der Regierung vorgeschlagen wurden. Der kirchlichen Oberbehörde, für die Vechta als Sitz vorgesehen war, wurde "die ordentliche Amtsgewalt des Bischofs" übertragen, "so daß sie nicht nur die gemeinrechtlichen Befugnisse eines General=Vikars ausüben, sondern überhaupt alle, nicht ausdrücklich vorbehaltenen Geschäfte gültig versehen kann." Ausgestattet wurde die bischöfliche Amtsgewalt mit charismatischen Kompetenzen wie der Einweihung von Kirchen und Kapellen und der Aufnahme zu den heiligen Weihen. Wiederholt betonte der Großherzog das landesherrliche Patronatsrecht, das im Offizial nicht nur das kirchliche Oberhaupt für den oldenburgischen Bezirk, sondern auch den Untertanen des Großherzogs erkannte. Die Kommunikation zwischen dem Offizialat in Vechta und der oldenburgischen Staatsbehörde, der "Seine Königliche Hoheit die Ausübung Höchstihres juris circa sacra zu übertragen geruhen", sollte entweder "durch den großherzoglichen Bevollmächtigten, welcher bei dem Offizialat angestellt werden, auch zugleich die Geschäfte eines Anwalts der frommen Stiftungen versehen wird", wahrgenommen werden oder im unmittelbaren Schriftverkehr. Den Unterhalt des Bischöflichen Offizialates übernahm die oldenburgische Staatskasse.[135]

Das oldenburgische Staatskirchenregiment fand einen symbolhaltigen Ausdruck in dem Untertaneneid, den der Offizial, die Mitglieder der geistlichen Behörde, die dem Offizialat unterstellten Dechanten für die Kreise Vechta und Cloppenburg sowie die Pfarrer bei Amtsantritt zu leisten hatten. Die Eidesformel war nach absolutistischen Prinzipien personenbezogen angelegt und schloß den jeweiligen monarchischen Amtsträger mit ein:

> "Ich N. N. gelobe und schwöre einen Eid auf das heilige Evangelium: daß, nachdem ich zum Offizial (Dekan, Pfarrer u. s. w.) befördert worden bin, ich kraft der bereits mir obliegenden Pflicht eines Untertans, Seiner Königlichen Hoheit, dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn - - - - - - , Großherzog von Oldenburg, wie auch Höchstdero rechtmäßigem Nachfolger in der Regierung, als meinem gnädigsten Landesherrn, überall und allenthalben untertänig, gehorsam, treu und ergeben sein, Höchstdero Bestes nach Kräften befördern, Schaden und Nachteil verhüten, insonderheit aber des mir anvertrauten Amtes also warten will, daß den Majestätsrechten meines gnädigsten Großherzogs und Herrn und der auf den Gesetzen des Staats beru

[135] FIMMEN, Sammlung 1, S. 30-34 (Nr. 12).

henden öffentlichen Ordnung mit meinem Wissen und Willen nirgends Eintrag geschehe. So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium."[136]

Ausdrücklich wurde das durch die Geistliche Kommission ausgeübte Landesherrliche Plazet und Visum in den Dokumenten bestätigt:

"Alle päpstlichen, erzbischöflichen, auch bischöflichen Anschreiben und Verfügungen ohne Unterschied, desgleichen die etwa von einer Synode, von einem Legaten oder Nuntius eingehen möchten, sind vor ihrer Vollziehung der Regierung zur Einsicht vorzulegen."

Die Ausbildung des katholischen Klerus war regulär in Münster vorgesehen und machte bei Antritt des Studiums eine Einschreibung beim Bischöflichen Offizial in Vechta notwendig.[137] Die Wahrnehmung der sich aus der staatlichen Kirchenhoheit ergebenden Kompetenzen wurde weiterhin von der Geistlichen Kommission ausgeübt, deren Aufbau, Mitglieder und Rechtsstellung im Normativ (Anlage II) näher bestimmt wurden.[138] Diplomatisch verklausuliert fiel die Bestimmung aus, die das umstrittene landesherrliche Nominationsrecht für die Pfarrstellen beinhaltete:

"Pfarr=Benefizien oder Pastorate [...] sollen durch Konkurs, nach Vorschrift des Konzils von Trient, vergeben werden, und zwar insofern sie etwa dem landesherrlichen Patronatrechte unterworfen sein möchten, kraft einer allgemeinen, dem Offizial hierzu erteilten Vollmacht des Landesherrn."[139]

Die Konvention enthielt eine für die Konstituierung des katholischen Milieus in Südoldenburg elementare Bestimmung, die die Besetzung der Pfarrstellen durch den Konkurs betraf. Darin hieß es:

"Ein solcher Konkurs wird nach bisheriger Weise durch den Offizial ausgeschrieben. Fremde können nicht daran teil nehmen, außer mit besonderer Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit. Es werden jedoch nicht als Fremde angesehen: Geistliche, die im Auslande geboren, aber mit Zustimmung der Regierung zum oldenburgischen katholi

[136] FIMMEN, Sammlung 1, S. 33 (Nr. 12). Der Amtseid, "welchen das Personal der geistlichen Behörde dem Bischofe zu leisten hat", wurde um folgende Formel ergänzt: "Und das alles gelobe ich um so unverbrüchlicher zu halten, als ich vergewissert worden bin, daß darunter nichts begriffen werde, welches dem Eide der Untertänigkeit, der Treue und des Gehorsams, den ich Seiner Königlichen Hoheit als meinem gnädigsten Landesherrn schuldig, irgend zuwider liefe. " (S. 31)

[137] FIMMEN, Sammlung 1, S. 33 (Nr. 12).

[138] HINRICHSMEYER, Kirche, S. 16-19; SCHULZE, Begründung, S. 107-110; WEHAGE, Kirche, S. 11-17.

[139] FIMMEN, Sammlung 1, S. 32f. (Nr. 12), auch zum folg.

> schen Klerus aufgenommen sind; desgleichen Inhaber, die mit gleicher Zustimmung außerhalb des Herzogtums Oldenburg, aber innerhalb des Bistums Münster als Kapläne oder Pfarrgehülfen fungieren. Derjenige von den Konkurrenten, den die Examinatoren für den würdigsten erklärt haben, wird durch den Offizial der Regierung präsentiert. Der Nominierte erhält die Institution vom Bischof."

Aus politischen Gründen war dem Großherzog daran gelegen, ausnahmslos oldenburgische Untertanen als kirchliche Würdenträger zu installieren, um die personalpolitische Integrität seines Territorialstaates zu wahren. In diesen Bestimmungen setzte Oldenburg seinen bisherigen kirchenpolitischen Kurs fort. Vor die kirchliche Gerichtsbarkeit des Offizials waren nach dem Wortlaut der Urkunde ausschließlich innere Angelegenheiten zu bringen. Dazu gehörten alle "Benefizial=Sachen", "Sponsal= und Ehesachen" sowie "endlich alle rein kirchlichen Übertretungen und Vergehen, die mit Exkommunikation, Suspension, Absetzung und anderen geistlichen Strafen bedroht sind." Der Offizial konnte nicht an den Diözesanbischof appellieren, "sondern wo überhaupt eine Appellation stattfindet, geht diese an den Erzbischof." So wurde Münster auch in der kirchlichen Appellation umgangen.

Die Konvention von Oliva vom 5. Januar 1830 ist nicht nur ein Schlüsseldokument in der Geschichte der katholischen Kirche in Oldenburg, sondern auch ein exemplarischer Beleg für das spätabsolutistische Staatskirchentum und eine konsequente Anwendung des "jus territoriale circa sacra", das der katholischen Kirche den Status einer souveränen Gewalt absprach und sie sich strikt unterordnete. Mit dem umfangreichen Vertragswerk der Jahre 1830/31 setzte Oldenburg seine seit 1803 praktizierte kirchenpolitische Linie fort und gab ihr mit der Konvention von Oliva den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages. Mit der Einrichtung des Bischöflichen Offizialates in Vechta vollzog es das "jus territoriale circa sacra" und wahrte seine Unabhängigkeit vom Bischof von Münster, dessen Verbindung mit den oldenburgischen Diözesanen sich weiterhin auf den "nexus in Spiritualibus" beschränkte. Der katholische Rechtsgelehrte Joseph Wehage bezeichnet die in der Urkunde enthaltene kirchenpolitische Konzeption als Legaltheorie und lehnt - selbst aus der Perspektive des Jahres 1928 - die Subordination der Kirche unter den Staat nachdrücklich ab:

> "Nach ihr steht der Staat über der Kirche. Die Kirche ist danach nur ein autonomer Verband innerhalb des Staates, es fehlt daher die Koordination, und somit ist ein Vertragsschluß zwischen beiden nicht möglich. Was äußerlich als Vertrag erscheint, ist eine jederzeit widerrufliche Konzession des Staates. Nur soweit der Vertrag als Staatsgesetz publiziert ist, bindet er den Staat. Da diese Auffassung von einer Unterordnung

> der kirchlichen Gewalt unter die Staatsgewalt ausgeht, die tatsächlich nicht besteht, so ist sie abzulehnen."[140]

In diesen Sätzen wird das politische Dilemma um die Anerkennung der Konvention von Oliva umschrieben: Weil die Kirche nach der Legaltheorie nicht souveräne Gewalt, sondern "ein autonomer Verband innerhalb des Staates" war, war ein gültiger Vertragsabschluß zwischen Staat und Kirche nicht möglich und die Konvention deshalb nicht anzuerkennen. Obwohl die Konvention durch den päpstlichen Exekutor der Bulle "De salute animarum" abgeschlossen worden war, wurde sie vom Vatikan offiziell nicht anerkannt, wohl aber ohne ausdrücklichen Widerspruch geduldet.[141] Anstoß erregte in Rom vor allem auch die kirchenrechtlich einzigartige Stellung des Bischöflichen Offizialats.[142] Im Schreiben vom 5. April 1845 traf die Verweigerung der Anerkennung der Konvention durch Rom ein und verurteilte die oldenburgischen Anstrengungen endgültig zum Scheitern. Der Wortlaut der römischen Note läßt die Gründe für die Ablehnung erkennen:

> "Denn von den 37 Artikeln, aus welchen die fragliche Convention besteht, haben einige noch einer Erklärung zu bedürfen geschienen, von den übrigen aber sind einige den Vorschriften der Kirchendisciplin widersprechend, andere als die Freiheit der Kirche und die bischöfliche Autorität beeinträchtigend, noch andere endlich, welche sich auf die Territorial Begrenzungen beziehen, mit dem Inhalt der Circumscriptions-Bulle 'de salute animarum' nicht übereinstimmend erfunden worden."[143]

Die Innenausstattung des Verhältnisses zwischen dem protestantischen Staat und dem politischen Katholizismus im Lande trug mit ihren Bestimmungen über die personelle Besetzung des Offizialats und des Konkurses mit oldenburgischen Untertanen erheblich zur Bildung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg bei, das in der Errichtung des Bischöflich Münsterschen Offizialats seine institutionelle Verankerung erfuhr und einen unverwechselbaren soziokulturellen wie politischen Habitus entwickelte. Die Konvention dichtete das im Entstehen begriffene katholische Milieu in Südoldenburg sozial und kulturell gegen den protestantischen Norden des Herzogtums und die nichtkatholische Umgebung an den Landesgrenzen ab und ließ die religiös-kulturellen Verbindungen zwischen der katholischen Universitäts- und Diözesanhauptstadt Münster und dem "Oldenburger Münsterland" bestehen. Sie stellte

---

[140] WEHAGE, Kirche, S. 9f.
[141] SCHULZE, Begründung, S. 120f.
[142] WEHAGE, Kirche, S. 8f.; SCHULZE, Begründung, S. 107.
[143] Zit. b. HINRICHSMEYER, Kirche, S. 25.

eine wichtige kirchenpolitische Rahmenbedingung für die Sonderentwicklung des Münsterlandes dar, die die katholische Agrargesellschaft durch die Sozialisation ihrer geistlichen Eliten weiter nach innen gegen die als kulturelle Fremde empfundene Außenwelt abschloß. Was dem oldenburgischen Territorialstaat politisch nützen sollte, erwies sich im nachhinein als ein historischer Umstand, der die soziale wie politische Integration des südoldenburgischen Katholizismus in den oldenburgischen Landesverband trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht nur nicht förderte, sondern auch erschwerte: Der südoldenburgische Klerus, Untertan seiner nunmehr großherzoglichen Majestät, durchlief von der Schule bis zur Examination eine geschlossene katholische Sozialisation, die von ihm keinen kritischen Abstand zum eigenen Herkommen verlangte, sondern eine unreflektierte Identifikation mit dem seit Generationen überlieferten religiös-kulturellen Sozialbestand des Münsterlandes nahelegte. Die geistlichen wie politischen Eliten der katholischen Agrargesellschaft Südoldenburgs blieben unter sich. Neben den kirchlichen Institutionen, die dem Katholizismus in Oldenburg einen extraordinären Status angedeihen ließen, und den differenzierten kirchenrechtlichen Bestimmungen, die die katholische Kirche in Südoldenburg faktisch unter eine exklusive Staatsaufsicht stellten, war es vor allem die Tradition des konfessionellen Schulwesens, die die Bildung eines politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg wirkungsvoll förderte.

1.6. Schulpolitische Kontinuitäten

Das konfessionelle Schulwesen in Südoldenburg ist aus dem Geist der katholischen Gegenreformation hervorgegangen und seinem Grundanliegen, die Jugend nach der fundamentalen Lehre der katholischen Kirche und Religion zu erziehen, bis zu seiner Auflösung nach dem Zweiten Weltkrieg treu geblieben.[144] Während der Zugehörigkeit der beiden Ämter Vechta und Clop

[144] Nach Darstellung von Alwin Hanschmidt hat in den Ämtern des Niederstifts "eine als zielgerichtet und systematisch zu bezeichnende ‘Schulpolitik’" unter Fürstbischof Bernhard von Galen eingesetzt und war fester Bestandteil der "inneren Wiederaufbaupolitik im Sinne der weiteren Festigung und Einwurzelung des 1613 von seinem Vorgänger Ferdinand von Bayern (1612 - 1650) wiedereingeführten katholischen Bekenntnisses und der Durchsetzung der Tridentinischen Kirchenreform im Fürstbistum Münster." Christoph Bernhard nahm im Jahre 1671 im Niederstift eine Visitation vor, die ihn auch in das Amt Cloppenburg führte, und besuchte 1674 die Ämter Vechta und Cloppenburg und traf Anordnungen zum Elementarschulwesen. Skepsis herrschte vor allem gegenüber der Mädchenbildung. Für Cloppenburg, Löningen, Friesoythe und Essen ordnete Christoph Bernhard die Anstellung von Schulmeisterinnen an. Während die Mädchenschulen in Friesoythe (1679) und Cloppenburg (1681) bald weisungsgemäß errichtet

penburg zum Fürstbistum Münster bildeten Kirche und Schule eine untrennbare Einheit. Eng verknüpft ist der Ausbau des geistlichen Schulwesens im Niederstift Münster mit den Bestrebungen um die Rekatholisierung des Fürstbistums. Das konfessionell ausgerichtete Elementarschulwesen im Niederstift Münster ging aus der katholischen Gegenreformation hervor und blieb bis zu seiner Auflösung von dem missionarischen Geist dieser katholischen Erneuerungsbewegung geprägt. Das katholische Schulwesen stellte für die Rekatholisierung des Niederstifts Münster nach der Reformationszeit einen wichtigen Faktor dar.

Das Werk der Gegenreformation, das von Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen (1650 - 1678) fortgesetzt und zu einem erfolgreichen Abschluß geführt wurde, bildete die Grundlage für die Ausbildung des niederen und höheren Schulwesens im Niederstift Münster. Es war geprägt von einem religiösen Sendungsbewußtsein, in dem die katholische Sozialisation absoluten Vorrang vor der bürgerlichen Erziehung genoß. Unter Fürstbischof Maximilian Friedrich (1762 - 1784) wurde in Münster eine pädagogische Tradition begründet, die mit den Namen der Reformer Fürstenberg und Overberg verbunden ist und sowohl die katholische Schul- als auch die katholische Lehrerbildung organisatorisch und inhaltlich bestimmte. Franz Freiherr von Fürstenberg (1729 - 1810), ein Vertreter der "katholischen Aufklärung", wurde 1770 zum Generalvikar ernannt und erwarb sich bleibende Verdienste um die Reform des Elementar- wie des höheren Schulwesens und um die Gründung der Landesuniversität in Münster (1773). Fürstenberg betraute 1783 Bernard Overberg (1754 - 1826), Kaplan von Everswinkel, mit der Leitung der "Normalschule", die als münstersche Lehrerbildungsanstalt diente.[145] Mit dem Erlaß der ersten "Provisional-Verordnung die Landschulen betreffend" vom 7. August 1782 hatte Münster bereits einen bedeutsamen Schritt zur Reform des niederen Schulwesens vollzogen. Die Schulordnungen der Aufklärungszeit blieben grundsätzlich "religiös fundiert", weil das zeitliche und ewige Wohl des Menschen als Einheit betrachtet wurde, erst recht im

---

wurden, folgte Löningen erst 1709 auf ausdrücklichen landesherrlichen Befehl; in Essen unterblieb die Errichtung einer Mädchenschule ganz. (HANSCHMIDT, Cloppenburg, S. 282f.) Nach Auskunft von Franz Bölsker-Schlicht ist die Mehrzahl der Schulen im münsterschen Amt Vechta in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts entstanden, gehen die Mädchenschulen in Vechta und Dinklage und die Hauptschule in Vestrup auf die Regierungszeit von Fürstbischof Christoph Bernhard zurück. (BÖLSKER-SCHLICHT, Vechta, S. 301)

[145] HANSCHMIDT, Schulverordnung, S. 166ff.; LAHRKAMP, Krummstab, S. 165f.; MÜTTER, Münster, S. 35-50.

geistlichen Fürstentum Münster. Nach Ansicht der Aufklärung hingen Religiosität und Gläubigkeit nunmehr von der "rationalen Erfassung" des überlieferten christlichen Glaubens ab.[146] Gemäß der Instruktion vom 2. August 1783 führte Overberg 1783/84 die Visitation der Schulen im Niederstift durch. Diese fand in den Ämtern Vechta und Cloppenburg in der zweiten Hälfte des Jahres 1784 statt.[147] Die von Overberg angeratenen Reformen, die sich auch auf Fragen der Unterrichtsmethodik bezogen, stießen bei den Eltern häufig auf Widerstand: Man warf ihm vor, er beschneide den Religionsunterricht und rede einer religionslosen Erziehung und Schule das Wort. Ein Ergebnis der Bemühungen Overbergs war die Verabschiedung der "Erneuerten und erweiterten Schulverordnung für die Land- und deutschen Schulen" aus dem Jahre 1788. Aufgrund dieser Verordnung waren die Pfarrer genötigt, jedes halbe Jahr einen Bericht über die Schulverhältnisse in ihrem Kirchspiel zu erstatten. Den Visitationsprotokollen Overbergs und der Schulordnung von 1788 sind genauere Kenntnisse über die schulischen Verhältnisse in Südoldenburg im ausgehenden 18. Jahrhundert zu verdanken.[148] So ging vor allem der Name des geistlichen Schulreformers Bernard Overberg, der als geistiger Vater der katholischen Volksschule und organisatorischer Schöpfer der katholischen Lehrerbildung angesehen und verehrt wurde, in den pädagogischen Traditionsbestand der katholischen Lehrerschaft in Oldenburg ein.[149] Am Gymnasium in Vechta, dem späteren "Antonianum", erhielt der katholische Klerus des Landes seine schulische Vorbildung und kehrte in der Regel nach seinem Studium in Münster in eine Pfarrei in seiner Heimat zu

---

[146] STEINHAUS, Reform, S. 176f.; HANSCHMIDT, Schulverordnung, S. 160ff. Am 10. März 1788 erließ der neue geistliche Landesherr Maximilian Franz von Österreich eine "Erneuerte und erweiterte Schulverordnung für die Land- und deutschen Schulen", die wichtige Regelungen der ersten Verordnung aus dem Jahre 1782 präzisierte und bestätigte. (S. 178)

[147] Inzwischen hat Alwin Hanschmidt die Schulvisitationsprotokolle Bernard Overbergs für die Ämter Meppen, Cloppenburg und Vechta in den Jahren 1783/84 herausgegeben. (HANSCHMIDT, Schulvisitationsprotokolle, S. 21-150) Der Autor gibt in diesem Band auch die "Provisional-Verordnung die Landschulen betreffend" vom 7. August 1782 (im Faksimile) und die Visitationsinstruktion für Bernard Overberg vom 2. August 1783 wieder, letztere wurde in Clemenswerth ausgestellt (S. 3-14, 16-18).

[148] HANSCHMIDT, Schulverhältnisse, S. 74f., S. 76ff.; darin gibt Hanschmidt den ersten Halbjahresbericht des Dinklager Pfarrers Niedieck wieder.

[149] Katholische Schulzeitung Jg. 18, Nr. 11, 1.11.1926, S. 125-134: Overberg-Nummer. Aus Anlaß des 100. Todestages von Bernard Overberg (1754 - 1826), des ersten Normalschullehrers in Münster, würdigte die Katholische Schulzeitung Leben und Wirken des großen Schulreformers mit einem neun Seiten umfassenden Aufsatz. Dieser Artikel enthält auch Protokolle Overbergs über die Ergebnisse der Schulvisitation im Niederstift 1783/84.

rück.[150] Der katholische Lehrer erhielt seine Aus- und Weiterbildung nach dem Verlassen der katholischen Bekenntnisschule an der Normalschule in Münster bzw. seit 1830 in Vechta.[151] Hier legte er auch seine Prüfungen ab und unterstand fortan einer höheren Schulaufsicht, deren Ausübung der Staat 1855 durch die Einrichtung des Katholischen Oberschulkollegiums in Vechta weitgehend auf die katholische Kirche übertrug. Damit war der "cursus honorum" der geistlichen wie pädagogischen Elite in den Ämtern Vechta und Cloppenburg so gut wie geschlossen und dichtete die katholische Lebenswelt im späteren Südoldenburg hermetisch nach außen ab.

Durch die oldenburgische Schulpolitik von 1803 bis 1848 wurde das geistliche Schulwesen, das aus den Reformen Fürstenbergs und Overbergs hervorgegangen war, in Südoldenburg strukturell erhalten und durch die Errichtung der Normalschule in Vechta im Jahre 1830 und die Delegation der Lehrerprüfungen und Schulaufsicht an die oberen Funktionsträger der katholischen Amtshierarchie, an den Generaldechanten und später an den Bischöflichen Offizial, wesentlich verstärkt. Oldenburg begnügte sich nach 1803 mit dem normativen Anspruch auf die staatliche Schulhoheit und ihre formale Wahrnehmung. Dadurch wurden die schulpolitischen Voraussetzungen für ein konfessionelles Schulsystem geschaffen, das eine wesentliche Funktion der katholischen Kirche darstellte und erheblich zur Bildung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg beitrug. Die katholischen Schulen sahen ihre Aufgabe in erster Linie darin, den jungen Menschen moralisch nach den unverrückbaren religiösen Glaubenssätzen der katholischen Kirche zu erziehen, ihn in den institutionalisierten Katholizismus seiner Heimatpfarrei einzubinden und ihn im traditionellen katholischen Milieu gesellschaftlich zu assimilieren.

---

[150] ZAPFE, Wolfgang: 280 Jahre Gymnasium Antonianum Vechta, IN: HBL 6/1994, S. 60. Zapfe erinnert aus Anlaß des Schuljubiläums an die Gründung des Gymnasiums, die im Jahre 1714 durch einen Vertrag zwischen der Stadt Vechta und den Franziskanern ermöglicht wurde. Darin wurde festgelegt, die seit 1652 bestehende Lateinschule zu einem voll ausgebauten Gymnasium zu erweitern.

[151] ANSMANN, Georg: Lehrerausbildung in Preußen. Eine Ergänzung zur Geschichte der Vechtaer Hochschule, IN: HBL 1/1995, S. 8; STAMMKÖTTER, Franz-Bernhard: Zur Geschichte der Lehrerausbildung in Vechta. Ein umstrittener Hochschulstandort wird am 1. Januar selbständig, IN: HBL 6/1994, S. 54f. Stammkötter gibt einen kurzen Überblick über die Geschichte der Lehrerausbildung in Vechta und untermauert damit den Anspruch Vechtas auf den Status eines selbständigen Hochschulstandortes.

1803 geriet das katholische Schulwesen in den Ämtern Vechta und Cloppenburg in das Spannungsfeld zwischen katholischer Kirche und säkularem Staat. Obwohl Schulen und Lehrer nach 1803 infolge der Säkularisation in die Zuständigkeit des Staates fielen, befanden sich Schulaufsicht und Lehrerbildung in Südoldenburg weiterhin in der Hand der katholischen Kirche. Der neue protestantische Landesherr verzichtete auf eine faktische Trennung der Schule von der Kirche und beließ die "Verordnung für die deutschen und Trivial=Schulen des Hochstifts Münster" vom 2. September 1801 bis zum Erlaß des ersten oldenburgischen Schulgesetzes vom 3. April 1855 in Kraft.[152] Nach dieser Schulordnung gehörten zu den Unterrichtsgegenständen in der katholischen Elementarschule Lesen, Schreiben, Glaubens- und Sittenlehre, Rechnen und Schreiben von Briefen und Geschäftsaufsätzen. Die Pfarrer hatten die Schulen wöchentlich zu visitieren und die Kinder zweimal im Jahr in der Kirche öffentlich zu prüfen. Der Unterricht war auch in den Sommermonaten durchzuführen; wenn das wegen der anfallenden Erntearbeiten nicht möglich war, sollten "die Kinder wenigstens die Sonn= und Feiertagsschule, die im allgemeinen für die Schulentlassenen gedacht ist, besuchen." Die im Hochstift bestehende Einheit von Staat und Kirche erklärt die Tatsache, daß die Schulordnung von 1801 sogar die Prüfung zur ersten heiligen Kommunion reglementierte:

> "Die zur ersten hl. Kommunion zugelassenen Kinder sollen 2 (evtl. 1) Jahre dem Kommunionunterrichte des Pfarrers beiwohnen und sich der üblichen Prüfung zu Ostern unterziehen. Davon gibt es keine Befreiung."[153]

Die Schulordnung von 1801 regulierte nicht nur die Unterrichtsgegenstände und die Examinierungsvorschriften für die Lehrer, sondern sah in den Schulen auch eine grundsätzliche Trennung der Klassen für Jungen und Mädchen vor, wo sie sich organisatorisch durchführen ließ. Warum die geschlechtliche Trennung von Kindern und Lehrern, die zu einem grundlegenden Merkmal

---

[152] Hubert Steinhaus stellt der Schulverordnung aus dem Jahre 1801, der dritten nach 1782 und 1788, ein gutes Zeugnis aus. Die bisherigen Verordnungen, die Einrichtung der Normalschule und der ständigen Schulkommission als schulpolitische und schulpädagogische Behörde, vor allem aber das Wirken des Normalschullehrers Bernard Overberg hätten das niedere Schulwesen im Fürstbistum Münster auf einen Stand gebracht, der in dieser Zeit nicht in allen norddeutschen Nachbarländern erreicht worden sei. (STEINHAUS, Reform, S. 179) Daran konnte Oldenburg anknüpfen.

[153] OSTENDORF, Johannes: Die niederen Schulen des oldenburgischen Münsterlandes, IN: HBL 8/1922, S. 58, HBL 9/1922, S. 65f.; Die Schulreform Fürstenbergs und Overbergs und ihre Auswirkung auf das oldenburgische Münsterland, IN: VuL 1/1938, S. 12-15 (Schulordnung in Auszügen auf S. 14).

des katholischen Volksschulwesens werden sollte, von den aufgeklärten katholischen Schulreformern als notwendig erachtet wurde, geht aus einem Brief Bernard Overbergs aus dem Jahre 1797 hervor; darin heißt es:

> "Wo diese Separation möglich ist, da ist sie sowohl des Lehrers als der Kinder wegen sehr anzuraten. Des Lehrers wegen. Es fehlet nicht an Beispielen, das die beständige Gegenwart der größeren Mädchen in der Schule dem Lehrer sehr gefährlich geworden ist. (...) Die Gefahr, in Sünde oder in Verdacht zu fallen, ist bei einem unverheirateten Lehrer am größten (...). Der Kinder wegen. Die größte Vertraulichkeit, welche zwischen Mädchen und Knaben leicht entsteht, wenn sie zusammen in eine Schule gehen, was hat nicht die schon für traurige Folgen gehabt! Wie leicht kann auch bei dem Bestrafen der Mädchen, wenn sich dieselben dabei übel gebärden, den neugierigen Augen eines oder mehrerer Knaben ein Ärgernis gegeben werden. Es sind ohne Zweifel den Mädchen manche Warnungen und Verhaltens-Regeln zu geben, die in dem Munde eines, besonders jungen Lehrers wenig schicklich sind. Nie wird auch ein Lehrer alle Neigungen, Schwachheiten u.s.w. der Mädchen so gut kennen können wie eine Lehrerin. Die Mädchen haben zuweilen manches zu fragen, womit sie sich nicht gern gleich zu ihren Eltern oder zu ihrem Beichtvater, noch weniger zu einer andern Mannsperson wenden, welches sie aber gerne einer freundlichen und verständigen Lehrerin anvertrauen, wie die tägliche Erfahrung lehrt."[154]

Aus diesem Brief Overbergs spricht auch die restriktive Atmosphäre, die in den katholischen Schulen auf dem Lande geherrscht hat. Dabei spielte der Begriff der "Sünde" eine ebenso große pädagogische Rolle, wie die körperliche Züchtigung bei Jungen und Mädchen zu den selbstverständlichen Erziehungsmaßnahmen gehörte. Vorbild für die münstersche Regelung sind offenbar die Verhältnisse im protestantischen Preußen gewesen. Durch Verordnung der preußischen Regierung von 1801, die die Trennung nach Geschlechtern zum Ziel hatte und die Verwaltung der Mädchenklassen reglementierte, wurde den Frauen in der Ausbildung zu Lehrerinnen eine Gleichstellung mit den Männern zuerkannt. Wie von ihren männlichen Kollegen wurde auch von ihnen die Teilnahme an Normalkursen bzw. Lehrerseminaren und die Examinierung in Prüfungen und Wiederholungsprüfungen verlangt. Nur unverheiratete oder verwitwete Frauen sollten den Lehrerberuf ausüben, um sich mit ihrer ganzen Person dem Unterricht und der sittlichen Erziehung der Mädchen zu widmen und - aus der Sicht des Staates - die Besoldung der Lehrerinnen möglichst gering zu halten.[155]

In den Vorschriften zur "Verbesserung der Subsistenz der Schullehrer" waren die Voraussetzungen für die Einstellung eines Lehramtskandidaten exakt ge

---

[154] HÜSERS-KOOPS, Mädchenbildung, S. 39.
[155] Ebd., S. 39f.

regelt. Ohne eine Prüfung, die alle drei Jahre zu wiederholen war, sollte kein Lehreranwärter mehr zu seinem Amte zugelassen werden und in den Genuß von Zulage und Prämie kommen; wer die Prüfung nicht bestanden hatte, konnte die Normalschule besuchen und sich zu einem späteren Zeitpunkt wieder examinieren lassen.[156] So zeigte sich auch in der Lehrerbildung, daß die oldenburgische Politik für die katholischen Ämter Vechta und Cloppenburg "auf den Fundamenten fortgesetzt wurde, die zu münsterscher Zeit gelegt worden waren."[157]

Zwischen 1804 und 1829 wurde Vechta generell zum Ort der Lehrerprüfungen, die gemäß der Schulordnung von 1801 alle drei Jahre fällig wurden und Voraussetzung für die Zahlungen der Gehälter und Prämien an die Lehrer waren.[158] Die Instruktion für den Vechtaer Landdechanten Haskamp, der 1807 von Herzog Peter Friedrich Ludwig zum Generaldechanten berufen wurde, enthielt konkrete Anordnungen für die Examinierung der Kandidaten:

> "Alle Küster-, Organisten- und Schullehrerdienste werden, soweit keine Patroni vorhanden sind, landesherrlich vergeben und zwar nach einer von dem Generaldechanten zu veranstaltenden Prüfung oder, im Falle sich mehrere zu einer Stelle melden, mittelst eines sogenannten Concurses, nach deren oder dessen einzuberichtendem Ausfalle die Küster, Organisten und Hauptschullehrer von der Kommission, die Nebenschullehrer aber vom Generaldechant bestellt werden. Bei diesen sowie bei den alle drei Jahre behuf der zuzubilligenden Prämien und Zulagen zu veranstaltenden Generalschullehrerprüfungen kann sich der Generaldechant der Hilfe eines von der Kommission dazu ernannten andern Geistlichen bedienen und denselben zu dem Ende nach Vechta beordern."[159]

Damit war Vechta zum Ort der Lehrerprüfungen geworden, zumal der Herzog auch die obere Schulaufsicht dem Generaldechanten in Vechta übertragen hatte. Wie die Instruktion zeigt, bildeten die Geistliche Kommission und der Generaldechant, dem der Bischöfliche Offizial seit 1831 in dieser Funktion folgte, die Institutionen zur Ausübung der oberen Schulaufsicht in den Ämtern Vechta und Cloppenburg und sicherten der katholischen Kirche ein Maß an Aufsicht und Einfluß, das dem vor 1803 nur um ein weniges nachstand. So stellte sich auch in der Schulverwaltung und -aufsicht für die

---

[156] HANSCHMIDT, Alwin: Die erste Lehrerprüfung in Vechta im Jahre 1804, Teil 1, IN: HBL 1/1991, S. 2; ders., Prüfungen und Zeugnisse früher. Beispiele aus Vechta, Göttingen und Osnabrück 1804 - 1874, IN: Mitteilungsblatt der oldenburgischen Landschaft 94/1997, S. 16f., 19.
[157] HANSCHMIDT, Normalschule, S. 36.
[158] Vgl. dazu HANSCHMIDT, Cloppenburg, S. 287ff.
[159] HANSCHMIDT, Normalschule, S. 34.

katholischen Schulen in den Ämtern Vechta und Cloppenburg ein hohes Maß an historischer Kontinuität ein. Der neue Landesherr war bestrebt, die neuen Ämter zwar in säkularisierter Verfassung, aber möglichst ohne große politische Reibungsverluste in den bestehenden Landesverband zu integrieren. Das gelang ihm am besten mit der Hilfe der Institutionen, die die katholische Kirche auch bisher zur Verfügung stellte. Diese konnte und wollte Herzog Peter Friedrich Ludwig allerdings nur in Anspruch nehmen, wenn es ihm gelang, die katholische Kirche dem Staat politisch zu subordinieren. Dieses Ziel garantierten die kirchenpolitischen Verträge und Verordnungen aus den Jahren 1830/31.

Die Konvention von Oliva vom 5. Januar 1830 löste die Aufsichtsrechte der katholischen Kirche über die Schulen nicht auf, sondern bestätigte sie weitgehend, indem sie "die Pflege des Schulwesens, insofern es den Bischof angeht", dem zukünftigen Bischöflichen Offizial übertrug. Großen Wert legte der Landesherr auf die Demonstration seiner uneingeschränkten Souveränität, die sich nach dem "jus territoriale circa sacra" auch auf die katholischen Schulen erstreckte. Deshalb sollte der Offizial nach den Bestimmungen der Konvention "bei der Ausübung dieser seiner Befugnisse nicht nur die Vorschriften des geistlichen Rechts vor Augen haben, sondern auch ganz besonders jene Rücksichten beachten, welche durch das Dasein des Landesherrlichen Majestätsrechts geboten sind".[160] Das "Normativ für die Wahrnehmung des Landesherrlichen Hoheitsrechtes (Jus circa sacra) über die Römisch=Catholische Kirche im Herzogtum Oldenburg" vom 5. April 1831 bestätigte ausdrücklich die münstersche Schulordnung von 1801 und übertrug die "nächste Aufsicht über die Schullehrer, ihren Lebenswandel und den Schul=Unterricht" den ortsansässigen Pfarrern, "welche zu dem Ende alle Schulen ihres Kirchspiels, so oft thunlich, zu besuchen und über den Befund in vorzuschreibenden Terminen an den Official Bericht zu erstatten haben." Dem Offizial, an den die Aufsicht des katholischen Landschulwesens delegiert wurde, kam eine Schlüsselrolle zu. Die Anstellung der Schullehrer geschah auf seinen Vorschlag durch die Geistliche Kommission, und er hatte das Recht, "bei Gelegenheit der Kirchen=Visitation, eine Schul=Visitation vorzunehmen, und die Resultate der Commission anzuzeigen." Der Offizial ordnete an und leitete "unter Zustimmung der Commission, die Schullehrer=Prüfungen, welche alle 3 Jahre nach Vorschrift der Verordnung vom 2ten September 1801 vorgenommen werden müssen", und führte die "Classifika

[160] FIMMEN, Sammlung 1, S. 31f.: Artikel 14 der Konvention von Oliva.

tions=Tabellen mit den Vorschlägen zu Prämien und Zulagen". Ihm oblag "die Disciplinar=Bestrafung der Schullehrer, in gleichem Maße, wie über Geistliche."[161] Neben diesen Aufsichtsfunktionen leitete er, wie das Beispiel des ersten Offizials, Dr. Franz Joseph Herold, zeigt, das Vechtaer Gymnasium und die mit ihm institutionell verschmolzene Normalschule. Über die Gründe, weshalb Herold nach 15jähriger erfolgreicher Tätigkeit seine Ämter als Gymnasialdirektor und Bischöflicher Offizial am 29. August 1846 niederlegte, kann nach Ansicht von Helmut Hinxlage "nur spekuliert werden."[162]

Durch die Errichtung der Normalschule (1830), die eng an das bestehende Gymnasium angebunden wurde, und die Gründung des Bischöflichen Offizialats (1831) wurde Vechta der geistliche und geistige Mittelpunkt des Oldenburger Münsterlandes und prägte wesentlich die kulturellen Strukturen des katholischen Milieus in Südoldenburg. Anders als in dem evangelischen Nordoldenburg bildete sich im katholischen Süden des Landes bis zur Revolution im Jahre 1848 "kein nennenswerter Gegensatz zwischen katholischer Lehrerschaft und katholischer Kirche heraus."[163]

Entgegen den katholischen Tendenzen in der vorherrschenden südoldenburgischen Geschichtsschreibung war die Säkularisation der vormals münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg und ihre Eingliederung in das Herzogtum Oldenburg ein herausragender historischer Fortschritt, weil dieser ei

---

[161] GESETZBLATT, Bd. 6, S. 583-586: Artikel 34.

[162] HINXLAGE, Offizialat, S. 29-34, Zitat: S. 34; KUROPKA, Kirche, S. 484ff.

[163] SCHÄFER, Kirchen, S. 803; WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 175f. In der Petition vom 3. Mai 1848 "an die zur Berathung des Grundgesetzes nach Oldenburg berufenen Abgeordneten" (34er Versammlung) forderten 70 oldenburgische Lehrer eine Trennung der Schule von der Kirche. Die Schule sollte zur "Staatsanstalt erhoben und aus Staatsmitteln unterhalten" werden, für selbständig erklärt und "ihre Angelegenheiten durch eine eigene Oberschulbehörde, worin ein Pädagog vom Fach präsidirt und auch Volksschullehrer Sitz und Stimme haben, geleitet werden, welche Behörde dem Consistorium nicht untergeordnet ist." Die Petition enthielt eine Beschwerdeliste, die die Mängel des damaligen Schulwesens auf folgende Ursachen zurückführte: 1. Es fehlt an den erforderlichen Lehrkräften, da zu wenig Lehrer angestellt werden. 2. Die unzureichende Dotierung vieler Schulstellen ist dafür verantwortlich, daß viele Lehrpersonen einem Nebenerwerb nachgehen müssen 3. Die Beaufsichtigung des Schulwesens durch das Konsistorium ist unzureichend, da diese Behörde auch die geistlichen Angelegenheiten zu leiten hat und mit schulischen Fragen weder theoretisch noch praktisch genügend vertraut ist. Dieser oberen Schulbehörde sollten "Kreisschulinspectoren (Pädagogen) und in jeder Schulgemeinde eine von dieser gewählte Schulcommission" unterstellt werden. Dieser Petition gingen Beratungen auf Lehrerkonferenzen vorauf, die seit März 1848 laufend stattfanden. Sie wurde in den "Oldenburgischen Blättern" Nr. 24 vom 12. Mai 1848 veröffentlicht. (Oldenburgische Blätter Nr. 24, 12.5.1848, S. 153ff., abgedr. IN: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 3-5)

ner Region, die weitgehend noch unter den Folgen eines in jeder Hinsicht erstarrten Feudalsystems litt, einen Weg in die moderne Geschichte eröffnete. Das politische Denken der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs, die in einer rückständigen Agrarverfassung und einer entbehrungsreichen Mangelgesellschaft im 19. Jahrhundert um ihre ökonomische Existenz kämpfte, stand aber noch lange unter dem Primat des Geistlichen und sehnte sich nach der verlorenen Einheit von Thron und Altar zurück. Denn im Gegensatz zu den politischen und gesellschaftlichen Modernisierungsimpulsen widersetzte sich das katholische Milieu in Südoldenburg, das bereits vor der 48er Revolution feste Konturen zeigte, einer zunehmenden Säkularisierung und Rationalisierung des gesellschaftlichen und politischen Bewußtseins, weil es den Widerspruch zwischen Aufklärung und Glauben nicht lösen konnte und vor ihm resignierte.

Ursache der modernen Kritik an katholischer Theologie und kirchlichen Institutionen war eine Krise des christlichen Jenseitsglaubens, die als Offenbarungsreligion zusehends an Autorität verlor. Im Rahmen der 'kopernikanischen Wende' in der europäischen Philosophie war aus dem personalen dreifaltigen Gott der christlichen Offenbarung eine metaphysische Idee geworden, zu deren Vorstellung der Mensch als vernunftbegabtes Wesen aus eigener Kraft fähig war. An die Stelle des christlichen Jenseitsglaubens traten im Zuge der Aufklärung moderne Metaphysik und Anthropologie, die im Sinne einer säkularisierten Religion "die Emanzipation des philosophischen Denkens von der Bevormundung durch die Theologie der positiven und geoffenbarten Religion" einklagte.[164] Die ausweichende und abwehrende Reaktion der katholischen Kirche auf die europäische Moderne hatte große Auswirkungen auf die Geschichte Südoldenburgs im 19. und 20. Jahrhundert.

[164] SLOTERDIJK, Kant, S. 9. "Jene Parallelaktion zwischen Französischer Revolution und deutscher Philosophie", die in "der industriellen und geldwirtschaftlichen Revolution des 17. und 18. Jahrhunderts" ihre historische Voraussetzung hatte und den geistigen Durchbruch zum bürgerlichen Zeitalter einleitete, beginnt nach Auffassung Peter Sloterdijks mit dem kritischen Werk Immanuel Kants, insbesondere mit der "Kritik der reinen Vernunft", die 1781 bzw. 1787 in erster bzw. zweiter Auflage erschien.

2. Die Revolution von 1848

2.1. Die Märzbewegung in Oldenburg

An offenen ökonomischen und sozialen Widersprüchen, die sich hätten revolutionär entladen können, mangelte es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Südoldenburg nicht: Die agrarökonomische Entwicklung stagnierte, vielfältige Erscheinungsformen des Pauperismus kennzeichneten die Lage der unterständischen bäuerlichen Schichten, die als Heuerleute in patriarchalischer Abhängigkeit vom selbständigen Bauern ein Dasein am Rande oder unterhalb des Existenzminimums führten. Nicht die soziale Struktur, die mit dem Begriff "Heuerwesen" bezeichnet wird, wohl aber die ökonomische Misere teilte das katholische Südoldenburg mit vielen süd- und mitteldeutschen Regionen im Vormärz. Aber im Gegensatz zu diesen entfalteten die sozialen Spannungen in Südoldenburg kein revolutionäres Potential, das sich in der Märzbewegung des Jahres 1848 politisch hätte entladen können.[165] Die politische Stimmung im deutschen Vormärz war in Südoldenburg erwartungsgemäß ruhig.[166] Erschwerend kam für diese Region hinzu, daß sie nicht durch eine parlamentarische Repräsentation mit dem politischen Geschehen in der Residenzstadt verbunden war und sich somit eine politische Öffentlichkeit nur sehr begrenzt entfalten konnte. Aber es gab sie, wie die öffentlichen Reaktionen auf die Märzereignisse in Südoldenburg zeigen. Erwartungsgemäß negativ fällt in der wissenschaftlichen Literatur das Urteil über die Rolle des Oldenburger Münsterlandes in der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 aus.[167] In Südoldenburg fand in der Tat in diesem Jahre keine politische Revolution statt.[168]

---

[165] Engelbert Hasenkamp berichtet lediglich über Heuerleute in Lutten, die sich 1848 ermutigt fühlten, über Benachteiligungen bei der Markenteilung Beschwerde zu führen. Die Heuerleute gingen bei der Markenteilung leer aus. (HASENKAMP, Engelbert: Heuerleute demonstrierten im Jahr 1848 gegen Markenteilung, IN: HBL Jg. 77, Nr. 1, 14.2.1998, S. 4; ders., "Wir wünschen ein jeder 16 Scheffelsaat", IN: HBL Jg. 79, Nr. 1, 2000, S. 5f.)

[166] Anläßlich der Juli-Revolution in Frankreich 1830 hieß es in den Tagebuchblättern eines Vechtaer Bürgers: "Ueberhaupt 1830 ist ein schlechtes Roggenjahr für Deutschland gewesen; auch hört man von allen Gegenden, daß der Revolutionsgeist in vielen Ländern einheimisch geworden. Gott bewahre uns vor solchem Geiste." (Tagebuchblätter eines Vechtaer Bürgers, IN: HBL 1/1923, S. 7)

[167] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 34f.; ECKHARDT, Staat, S. 333-348: Die bürgerliche Revolution im Großherzogtum Oldenburg; RÜTHNING, Geschichte 2, S. 547-589: Die neue Zeit.

[168] TZIMURTAS, Revolution, S. 169-174; HARTMANN, Vechta, S. 118. Stefan Hartmann berichtet über die politische Lage in Vechta im Revolutionsjahr 1848 und kommt zu dem Ergeb-

Die Revolution in Oldenburg, die eigentlich nur eine Verfassungsbewegung war, scheiterte mit der Revolution der Frankfurter Paulskirche, als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 3. April 1849 die ihm angetragene deutsche Kaiserkrone und damit das Verfassungswerk der Nationalversammlung ablehnte. In Deutschland wurde - anders als es in Frankreich der Fall gewesen war - fortan die nationale Frage von der konstitutionellen getrennt; letztere stand wieder zur Disposition. Die Folgen der gescheiterten Revolution von 1848 fielen in Oldenburg nicht anders aus als in strukturell vergleichbaren deutschen Territorien. Für Südoldenburg stellte das Jahr 1848 den Auftakt zur Entstehung eines politischen Sozialmilieus dar, das über hundert Jahre Bestand hatte. Der katholische Süden des Landes partizipierte in vollem Umfang an den sozialen und politischen Errungenschaften des oldenburgischen Liberalismus, ohne sich mit ihm politisch zu identifizieren: Die Bauernbefreiung, die bereits in der sog. "Franzosenzeit" in Angriff genommen worden war, wurde zum Abschluß gebracht, die staatskirchenrechtliche Aufsicht über die katholische Kirche gemildert, und die verfassungspolitischen Voraussetzungen für die Konstitutionalisierung des Großherzogtums wurden geschaffen.[169] Am Ende dieser politischen Entwicklung, die 1848 ihren Anfang nahm, stand schließlich die Gründung des oldenburgischen Zentrums, das seit 1871 die kulturpolitischen Interessen des südoldenburgischen Katholizismus verteidigte, sich 1918 für die Bildung des Freistaates Oldenburg einsetzte und ihn wesentlich mitgestaltete.

Das Jahr 1848 ist die Geburtsstunde des politischen Katholizismus im oldenburgischen Münsterland, das seine soziale und kulturelle Identität zu großen Teilen aus der kollektiven politischen Erfahrung in der Bewahrung und Verteidigung naturrechtlich anerkannter katholischer Werte und materieller Interessen der katholischen Kirche bezog. Das zeigen die Verfassungsberatungen der Jahre 1848/49. Sie lassen inhaltlich politische und gesellschaftliche Strukturen des sich formierenden katholischen Milieus in Südol

nis: "Der Sturm der Revolution war an der Stadt und ihren Bewohnern vorbeigezogen, ohne sie in Mitleidenschaft zu ziehen."

[169] KOBISCH, Frankreich, S. 227-238; Ut dei Franzosentied, IN: VuL Jg. 36, Nr. 88, 1974, S. 10-12. Durch die Besitznahme des Herzogtums am 28. Februar 1811 aufgrund des Senatskonsults vom 13. Oktober 1810 gehörte Oldenburg bis zur Rückkehr des Landesoberhauptes aus dem russischen Exil am 27. November 1813 zum französischen Kaiserreich. Zu den Reformen, die von der neuen Landeshoheit ausgingen und nach dem Ende der sog. "Franzosenzeit" weitgehend wieder aufgehoben wurden, gehörte auch die Beseitigung des Feudalwesens, das im katholischen Süden des Landes, besonders im Amt Vechta, noch weit verbreitet war.

denburg erkennen. Zu den unverzichtbaren Werten dieser konfessionellen Subkultur gehörte vor allem auch das katholische Schulwesen. Die ersten Erfahrungen mit parlamentarischen Herrschaftsformen und dem demokratischen Majoritätsprinzip hatten für die Bildung des politischen Milieus in Südoldenburg eine große Bedeutung, blieben aber, was die Beziehung der katholischen Kirche zum Liberalismus anging, äußerst ambivalent.

Der Verlauf der Revolution vollzog sich in Oldenburg wie in den meisten übrigen Staaten des Deutschen Bundes. Auf den Schock der durch die französische Februarrevolution ausgelösten "Fundamentalpolitisierung" reagierte der Landesherr mit mehr oder weniger weitreichenden politischen Konzessionen, die in den Proklamationen vom 10. und 18. März 1848 ihren Höhepunkt erreichten. Im einzelnen enthielten die oldenburgischen "Märzforderungen" politische Wünsche, die in dieser Form auch in anderen Staaten und Regionen artikuliert wurden. Eine Volksversammlung im Oldenburger Kasino am 12. März 1848 stellte unter dem Titel "Eine wahre repräsentative Verfassung" einen Katalog der wichtigsten Anträge und Forderungen zusammen und wünschte eine politische Aussprache darüber im ganzen Lande:

> "Eine wahre **repräsentative** Verfassung;
> die ausgedehnteste Wahlfähigkeit und Wählbarkeit der Staatsbürger;
> die berathende und entscheidende Mitwirkung der Cammer bei der Gesetzgebung. Ohne Bewilligung der Cammer keine neue Steuer;
> das Recht der Vertreter, selbst Gesetzentwürfe vorzulegen und zur Berathung zu bringen;
> die Verantwortlichkeit der Minister und deren Stellvertreter;
> die Nothwendigkeit einer vertragsmäßigen Übereinkunft über das Eigenthum der Domänen;
> das Recht der Controle des Staatshaushalts;
> das Recht der Beschwerdeführung;
> die Freiheit der Versammlungen und der Association der Staatsbürger;
> die Anerkennung vollständiger Preßfreiheit;
> die Anerkennung der Nothwendigkeit der Öffentlichkeit und Mündlichkeit im Gerichtsverfahren überhaupt und der Geschworenengerichte im Strafverfahren;
> die Anerkennung der Wehrhaftmachung des Volks;
> die Vereidigung der Staatsdiener und des Militairs auf die Verfassung;
> die Öffentlichkeit der Cammersitzungen."[170]

Bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1848 kündigte sich ein Umschwung in die politische Reaktion an, die auch in Oldenburg zu einer Schwächung des revolutionären Elans und zu einer Lähmung des liberalen Gestaltungs

[170] Sonntagsblatt vom 19.3.1848. Die Petition ist datiert auf den 13. März 1848.

willens führte. Die Verhandlungen im Vereinbarenden Landtag über die Wahlrechts- und Vetofrage, die beide zugunsten des Monarchen entschieden wurden, geben ein Beispiel davon. In der nachrevolutionären Phase war kein Herrscher der führenden deutschen Staaten mehr zu einem "konstitutionellen Kompromiß auf der demokratischen Basis von 1848" bereit. Diese politische Verweigerungshaltung hatten die deutschen Fürsten "durch Versprechungen, taktisch bedingte Konzessionen und auch bewußte Täuschung eine Zeitlang verschleiern" können.[171] Das gilt auch für Oldenburg im Zeitalter der Reaktion, obwohl die Verfassungsrevision vom 22. November 1852 nach herrschendem Urteil relativ liberal ausfiel. Eine gründlichere Korrektur war auch nicht vonnöten, weil das Staatsgrundgesetz, das am 1. März 1849 im oldenburgischen Gesetzblatt veröffentlicht worden war, mit dem absoluten Veto des Monarchen und dem indirekten Wahlrecht bereits eine Reihe von autoritären Absicherungen enthielt. Am beständigsten erwies sich in den Tagen der Revolution der staatsbürokratische Machtapparat des aufgeklärt spätabsolutistischen Landesherrn.

Die Verfassungsbewegung in Oldenburg knüpfte im Frühjahr 1848 an die vergeblichen Bemühungen um die Verabschiedung einer landständischen Verfassung an und dokumentierte dadurch den Willen des oldenburgischen Liberalismus, auf dem Wege politischer Vereinbarung zu einem gütlichen Ausgleich mit dem Souverän zu kommen und jedes revolutionäre Zerwürfnis zu vermeiden.[172] Im Vorfeld der Proklamation vom 10. März 1848 konnte sich der Großherzog lediglich zur Verabschiedung einer landständischen Verfassung mit erweiterten Kompetenzen in der Legislative und im Budgetrecht entschließen und versuchte, durch politische Absichtserklärungen die revolutionäre Bewegung aufzuhalten. Das großherzogliche Patent vom 10. März 1848 stellt die erste große Errungenschaft der Märzbewegung in Oldenburg dar. Eine politische Delegation aus Oldenburg und Jever konnte Großherzog Paul Friedrich August eine Proklamation abringen, die die Einführung einer landständischen Verfassung in Aussicht stellte. Das Patent sah zu diesem Zwecke vor, daß ein "Rat der Vierunddreißig" gewählt werden und in der Funktion eines Vorparlaments die Wahlen zum konstituierenden Landtag vorbereiten sollte. Einen Tag nach dieser Proklamation wurde die

---

[171] SIEMANN, Revolution, S. 226.

[172] I., Vorgeschichte, S. 1-13. Der anonyme Autor aus dem Jahre 1893 gibt eine detaillierte Übersicht über die Vorgeschichte des oldenburgischen Staatsgrundgesetzes. Er bezeichnet die Märzbewegung des Jahres 1848 als eine "große Katastrophe", die auch den letzten Verfassungsentwurf von 1847 "als Makulatur bei seite warf." (S. 13)

Zensur aufgehoben.[173] Die Proklamation vom 10. März 1848 bedeutete den ersten Schritt auf dem Weg Oldenburgs in das konstitutionelle Zeitalter.

Der Erfolg vom 10. März 1848 beflügelte die Revolution in Oldenburg, und diese Entwicklung wiederum veranlaßte den Monarchen zu weiteren politischen Zugeständnissen, der Proklamation vom 18. März 1848. Die Erklärung enthielt auf öffentlichen Druck aus vielen Landesteilen und in der Landeshauptstadt selbst hin die endgültige Zusage, "daß kein Gesetz anders als mit Zustimmung der Stände erlassen, geändert, authentisch erläutert oder aufgehoben werden wird. Dasselbe gilt von der Bewilligung neuer Steuern und der Aufnahme von Anleihen."[174] Damit wurde dem Landtag auch ein umfassendes Budgetrecht zugesichert. Der Monarch bekannte sich angesichts der fortschreitenden Bewegung zum "Prinzip der Volksvertretung" und "billigte alle Grundsätze einer liberalen Verfassung". Das war ein großer Erfolg der Revolution und trug wesentlich zur Beruhigung der politischen Stimmung im Lande bei.[175] Der Landeshistoriker Gustav Rüthning, zweifellos ein Anhänger des oldenburgischen Konstitutionalismus, beschreibt die Bedeutung der Proklamation vom 18. März 1848 für den weiteren Verlauf der Revolution in Oldenburg und die Welle der Begeisterung, die von der Landeshauptstadt in das Land ausstrahlte:

> "So war bei uns die Verfassungsfrage bereits entschieden, als am 20. März eine Staffette mit der Nachricht von dem Straßenkampf in Berlin eintraf. In Oldenburg sind keine Barrikaden gebaut worden. Des Großherzogs friedliebende Natur und die Besonnenheit der Bevölkerung führten zur Einigung. Die Proklamation wurde auf dem Markte verlesen und dem Großherzog ein donnerndes Hoch gebracht. Am Abend entwickelte sich ein großer Fackelzug zum Schloß: an der Spitze die Schützen, dann die ganze Bürgerschaft mit Innungen, Sängerbund, Schiffern; etwa dreihundert Fackeln und siebentausend Menschen füllten den Schloßplatz. 'Gott segne unser Vaterland und gebe ihm Frieden!' so schloß der Großherzog seine Ansprache."[176]

Die Proklamation vom 18. März 1848 war eine große Stunde des oldenburgischen Liberalismus, der sich 1848 vorbehaltlos patriotisch gab. Der Großherzog sprach sich in diesem Dokument offen für den Gedanken einer repräsentativen Volksvertretung und umfassende Kompetenzen einer parla

---

[173] ECKHARDT, Staat, S. 335: Verordnung des Großherzogs Paul Friedrich August vom 10. März 1848 betr. Einführung einer landständischen Verfassung, im Faksimile.
[174] KOHNEN, Vorgeschichte, S. 224.
[175] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 59. Der Wortlaut der Proklamation ist abgedruckt auf den Seiten 60f.
[176] RÜTHNING, Geschichte 2, S. 554.

mentarischen Legislative aus. Die Proklamation wurde zur Grundlage des Verfassungslebens in Oldenburg bis 1918 und erfüllte die Erwartungen des konstitutionellen Liberalismus, der die politische Richtung der Märzbewegung in Oldenburg und ihren Weg, den Kurs freier Vereinbarungen zwischen den Vertretern des Volkes und dem Landesoberhaupt, bestimmte.

Mit der Proklamation vom 18. März 1848 hatte die Revolution in Oldenburg gesiegt und war zugleich beendet worden. Neben dem politischen Erfolg löste vor allem auch das glückliche Ende der Revolution, die kein Blutvergießen gekostet hatte, allgemeine Zustimmung aus, nicht nur in den größeren altoldenburgischen Städten, sondern auch im Süden des Landes. Der erfolgreiche Abschluß der Revolution auf legalem und friedlichem Wege veranlaßte das südoldenburgische Amt Steinfeld und Bewohner der Gemeinde Damme zu pathetischen Dankadressen an den Großherzog.[177] Die feierliche Erklärung der Vögte und Ausschüsse des Amtes Steinfeld vom 26. März 1848 spiegelt die antirevolutionäre Erwartungshaltung und das verhaltene politische Temperament breiter Bevölkerungsschichten im Münsterland wider, das im Frühjahr 1848 keinen revolutionären Bruch, sondern die evolutionäre Entfaltung der politischen Zukunft wünschte:

> "Vertraut eurem Fürsten, haltet fest an eurem Landesvater!
> Dieser Herzenswunsch hat in dem Herzen Platz gefunden!
> Fremd den anarchischen und revolutionären Tendenzen haben wir eine wahrhaft constitutionelle Verfassung gewünscht und erwartet, damit auch unsere Interessen fernerhin die Anerkennung und Beachtung finden möchten, die wir zu einer harmonischen Fortbildung und Entwicklung aller Kräfte in den verschiedenen Landestheilen wünschen und erwarten müssen. Treu und ohne zu wanken haben wir und unsere Kirchspiele den Zusicherungen Eurer Königlichen Hoheit vertraut. Das Vertrauen, die Hoffnungen, die wir uns in dieser tief bewegten Zeit erhielten - sie sind erfüllt - sie sind zur Wahrheit geworden, durch das Gegebene. Von Gefühlen der Freude und des Dankes bewegt, geben wir Worte, was vorwaltet in unserem Herzen. Wir sprechen ihn aus den tief gefühlten Dank, der uns alle beseelet, die wir Theil haben an der hervorgerufenen neuen Staats=Institution.
> Vertrauen hat den Dank erzeugt, der Dank wird das Vertrauen erhalten."[178]

Eine Dankadresse Dammer Bürger, ausgefertigt am 20. März 1848 "abends während der Illumination", begrüßte nachträglich die landesherrliche Verordnung vom 10. März 1848 und erkannte in der Aufhebung der Zensur "ei

---

[177] StAO 31 - 13 - 31 - 4, Bl. 19-22. Aus Damme liegen zwei Dankadressen vor: eine von 91 Bewohnern des Ortes unterzeichnet, eine andere vom Vorstand der Schützengesellschaft.
[178] StAO 31 - 13 - 31 - 4, Bl. 13f.; WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 62, Anm. 86. Unterzeichnet ist die Dankadresse von 16 Bürgern aus Dinklage, 17 aus Steinfeld und 9 aus Lohne.

nen Beweis, daß es Eurer Königlichen Hoheit Wille ist, in dem Fortschritte der politischen Ausbildung keinem Staate unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes nachzustehen."[179] Dann folgt ein Situationsbericht, in dessen Mittelpunkt die Proklamation vom 18. März 1848 steht:

> "Wir waren eben im Begriff, eine Versammlung zu halten, um eine bereits entworfene Adresse an Eure Königliche Hoheit zu unterzeichnen, worin wir ein Wort der Freude und des Dankes ausgesprochen hatten; zugleich wollten wir aber auch unsere schwachen Stimmen mit denen, welche aus den übrigen Landestheilen um zeitgemäße Einrichtungen erklungen sind, unterthänigst vereinigt haben, - da gab uns Kanonendonner, das Läuten sämmtlicher Glocken und die Landesfahnen, welche hoch vom Kirchthurme wehten, Kunde von Ihrer allerhöchsten Bekanntmachung vom 18ten dieses [Monats]."

Die Absender sprachen auch die nationale Frage an und ordneten die oldenburgischen Ereignisse zeitgemäß in den historischen Kontext ein. Sie verknüpften - entgegen der französischen Revolutionsgeschichte, die den Konnex zwischen der nationalen und der konstitutionellen Frage stets beibehielt - die Idee der deutschen Nation mit dem monarchischen Prinzip. Die Anmerkungen zur nationalen Frage spiegelten ebenfalls die antirevolutionäre Mentalität der unterzeichnenden südoldenburgischen Bürger und ihre Vorliebe für legale politische Konfliktlösungen "von oben" wider:

> "Deutschland ist inmitten einer politischen Umgestaltung. Es macht dem deutschen Namen, von jeher als treu und redlich in aller Welt bekannt, eine unvergleichliche Ehre, daß es nun friedlich ist und daß Eure Königliche Hoheit und andere Fürsten Deutschlands mit dem Volke Hand in Hand gehen, um unser Glück auf eine feste Grundlage zu bauen.
> Die Geschichte liefert uns kein Beispiel, wo ein Volk je Gleiches gethan hätte, ohne Ströme Bluts zu vergiessen, wo weniger Unordnungen vorgefallen wären, als in der gegenwärtigen Krisis Deutschlands. - Wir Oldenburger sind nicht wenig stolz darauf, daß in unserm Staate auf Niemanden ein Haar auf dem Haupte gekrümmt ist. Eure Königliche Hoheit werden darin einen unwiderleglichen Beweis von dem gesetzlichen Sinn der Deutschen und Ihrer getreuen Unterthanen insbesondere finden."

Die Dankadresse klingt aus mit einem skeptischen Blick in die Zukunft Deutschlands, das in der Mitte Europas sein Schicksal nicht allein bestimmen könne, und spricht die Krise um Schleswig-Holstein an, die Oldenburg aufgrund des Landesteils Lübeck unmittelbar berührte:

---

[179] StAO 31 - 13 - 31 - 4, Bl. 21f., auch zum folg. Die Dankadresse ist von über 90 Bürgern aus Damme unterzeichnet.

"Wir sind nicht ohne Besorgnisse für unser deutsches Vaterland und die Sicherheit der Throne, denn schwere Stürme drohen uns von Westen und Osten; eine kleine Nation maßt sich an, uns Hohn zu sprechen und macht Miene, ein threues Glied von Deutschland zu reissen, zum Schaden unseres Großherzoglichen Hauses und ganz Deutschlands. Was auch die Zukunft für Ungewitter über unserm politischen Weg entladen mag: 'Wir halten unverbrüchlich fest an unserm gemeinsamen deutschen Vaterlande und an Eurer Königlichen Hoheit, unserm vielgeliebten Landesvater!'"

Im politischen Mittelpunkt der südoldenburgischen Reaktionen auf die Revolution stand die Furcht um "die Sicherheit der Throne" und um die nationale Geschlossenheit des Vaterlandes. Es herrschte keine politische Unkenntnis in den südoldenburgischen Kirchspielen, wie die Dankadressen zeigen, was vielleicht mit ein Verdienst des Vechtaer Sonntagsblattes und seines eifrigen "Sekretärs" H. Hüner war. Von den aktuellen Ereignissen in der Residenzstadt und in den deutschen Ländern gingen Impulse zur Politisierung der Landbevölkerung und zur historisch-politischen Identitätsbildung in Südoldenburg aus, die in ihrer Angst vor einer möglichen Radikalisierung der Lage antirevolutionär und konservativ angelegt war. Nach dem Dafürhalten einer breiten Öffentlichkeit in Südoldenburg war die Revolution weder historisch noch politisch notwendig gewesen und wurde von der katholischen Bevölkerung auch nicht mitgetragen. Als sie ohne Blutvergießen glücklich beendet war, stellte sich Südoldenburg auf den Boden der neuen politischen Tatsachen und partizipierte von Anfang an an den Möglichkeiten, die das konstitutionelle Zeitalter der Region in Zukunft eröffnete.

Der Dank der südoldenburgischen Bevölkerung richtete sich ausdrücklich an die Person des Großherzogs, weil er die Anfänge der Revolution "von unten" in eine Revolution "von oben" umgekehrt hatte und nun wieder das Gesetz des Handelns bestimmte. Der Vorstand der Dammer Schützenbruderschaft schrieb am 21. März 1848 an die Adresse des Großherzogs Paul Friedrich August:

"Es konnte nicht fehlen, daß die jüngsten Welt=erschütternden Ereignisse auch bis hierher, bis zu unserem stillen Winkel, ihre Wirkungen übten. Auch die hiesigen Eingesessenen fühlten sich unwillkürlich von dem Rufe der deutschen Völker nach einer größeren gesetzlichen Freiheit mitgerissen [...] Keinen Augenblick aber hat bei ihnen das alte schöne Vertrauen zu Euer Königlichen Hoheit wahrhaft Landesväterlichen Liebe und Fürsorge gewankt, und dieser unerschütterliche, auf Thatsachen gegründete Glaube ist durch fürstliche Bekanntmachung vom 18. dieses Jahres überraschend und umso fürstlicher bestätigt und belohnt worden. Jede gewünschte billige Freiheit ist durch dieselbe aus freiem Antriebe in hochherziger Weise gegeben, und darum ist allgemein hier über dieselbe eine angemessene Freude und der Dank gegen Eure Königliche Hoheit. [...] Freudig werden wir, - das ist unser heiliges Gelöbnis! - wenn je eine

Stunde der Gefahr nahen sollte, für unser edles Fürstenhaus, für Freiheit und Vaterland Gut und Blut zum Opfer bringen."[180]

2.2. Die "Versammlung der Vierunddreißig" (34er-Versammlung)

Für die Beratung des Verfassungsentwurfs war im Patent vom 10. März 1848 die Wahl einer Versammlung von 34 Abgeordneten vorgesehen, für die die großherzogliche Regierung am 11. März 1848 eine Wahlordnung herausgab. Die Wahlordnung für die "Versammlung der Vierunddreißig" sah kein allgemeines Wahlrecht vor, sondern die Mitglieder des oldenburgischen Vorparlaments sollten durch die Stadtvertretungen und durch die einzelnen Ausschüsse der Gemeinden gewählt werden, die für jedes Amt einen Abgeordneten aus ihrer Mitte bestimmten. Als Städte wurden nur Oldenburg, Jever und Delmenhorst betrachtet, während die Städte des Münsterlandes, Vechta, Cloppenburg und Friesoythe, und Wildeshausen keinen eigenen Vertreter stellen, sondern durch ihre Magistrate und Bürgerausschüsse in den jeweiligen Amtsausschüssen vertreten sein sollten.[181] Dagegen regte sich Widerspruch in den Städten Südoldenburgs, die sich am 17. März 1848 mit Wildeshausen zur Übergabe einer Petition zusammenfanden.[182] Darin brachten sie zum Ausdruck, daß sie sich durch die Wahlordnung zurückgesetzt fühlten, und forderten eine direkte Vertretung ihrer Städte bei den bevorstehenden Versammlungen. Danach stünden dem Münsterland statt der bewilligten sechs Abgeordneten zehn Abgeordnete zu, und die genannten vier Städte erhoben Anspruch auf je einen Abgeordneten. Bereits am 13. März 1848 hatte sich der Cloppenburger Bürgermeister Vaget an seinen Amtskollegen von Vechta gewandt und ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß sich der Cloppenburger Magistrat mit der landesherrlichen Verlautbarung vom 10. März 1848 beschäftigt und darüber beraten habe, "ob es nicht angemessen erscheine, gemeinschaftlich mit den Vertretern der Städte Vechta, Wildeshausen und Friesoythe eine Petition respect. Protestation in der Hinsicht mittels einer zu erwählenden Deputation an unseren Landesherrn gelangen zu lassen, daß nicht auch diesen vier Städten gleich den Städten Oldenburg, Jever und Delmenhorst, das Recht einen besonderen Deputierten zu erwählen, eingeräumt werde?" Die Interessen der münsterländischen Städte in der zu

[180] StAO 31 - 13 - 31 - 4, Bl. 19f. Unterzeichnet ist das Schreiben von vier Mitgliedern des Vorstandes der Dammer Schützengesellschaft.
[181] KOHNEN, Vorgeschichte, S. 223f.
[182] HARTMANN, Vechta, S. 118.

wählenden Versammlung seien nur durch besondere Abgeordnete wahrzunehmen.[183]

Zur Beratung einer solchen Petition sollte am 15. März 1848 eine Konferenz nach Ahlhorn einberufen werden. Am 14. März 1848 beriet der Vechtaer Magistrat eine Stellungnahme aus Cloppenburg und stimmte mit dem Cloppenburger Magistrat in der Einschätzung der landesherrlichen Verordnung völlig überein. Vechta wollte für sich allein keine Petition an den Landesherrn richten, um den Status der Rechtsgleichheit mit Cloppenburg nicht zu verletzen. Auf der Konferenz in Ahlhorn wurde beschlossen, die Petition am 17. März 1848 durch eine Deputation der vier Städte an den Landesherrn zu übergeben.[184]

Die "Unterthänigste Petition der Städte des Münsterlandes mit Einschluß der Stadt Wildeshausen, betr: die Gewährung des Rechts, für sich besondere Abgeordnete zur Concurrenz bei Abfassung des Staats=grundgesetzes zu wählen", erinnerte an das im Jahre 1831 bei der Verabschiedung der Gemeindereform gegebene "beruhigende Fürstenwort, möglichst bald eine landständische Verfassung nachfolgen zu lassen". Die Petition brachte die distanzierte Einstellung zur Revolution, die die Bevölkerung Südoldenburgs stets geübt habe, zum Ausdruck:

> "Die Bewohner des Münsterlandes und Wildeshausens suchten die Überzeugung in sich lebendig zu erhalten, durch Einführung einer Repräsentativ=Verfassung, welche ihrer Ansicht nach längst zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden, würden alle Verhältnisse und Institutionen vollständiger und besser geregelt werden. Sie schlossen sich dennoch der neuzeitigen Bewegung nicht an; sie verharrten vielmehr ganz ruhig im schönen Vertrauen, daß auch dem ruhigen Staatsbürger eine Gleichheit vor dem Gesetz zu Theil würde. Die Städte Münsterlands mit Einschluß der Stadt Wildeshausen gewahren aber zu ihrem hohen Bedauern, in der jetzt erlassenen landesherrlichen Verordnung, betreffend die Einführung einer landständischen Verfassung, daß rücksichtlich ihrer das Prinzip der Gleichheit vor dem Rechte, offenbar dadurch verletzt worden, daß nicht jede dieser Städte gleichmäßig mit den anderen Städten und insbesondere mit der Stadt Delmenhorst durch einen besonderen Abgeordneten vertreten sein soll."[185]

---

[183] StAO 262 - 11 - 903.

[184] StAO 262 - 11 - 903. Für Vechta gehörten der Deputation Oberamtsrichter Tappehorn, Ratsherr der Stadt, und Advokat Meistermann an.

[185] StAO 262 - 11 - 903. Die Petenten wiesen ausdrücklich auf den politischen Kontext hin, in dem die landesherrliche Verordnung vom 10. März 1848 in Oldenburg entstanden war, und versuchten, ihren Forderungen durch den Appell an das gegebene Fürstenwort Nachdruck zu verleihen: "In dieser höchsten, freilich ins Gesetzblatt mit aufgenommenen Bestimmung, kön-

Für die ungleiche Behandlung der Städte sahen die Petenten keinen Grund. Am wenigsten sei in diesem Zusammenhang auf die konfessionellen Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden des Landes zu verweisen, die es in den neuen politischen Verhältnissen zu ignorieren gelte:

> "In der Religionsverschiedenheit dürfen sie einen solchen um so weniger erblicken, als man gerade in der jetzt stark bewegten Zeit die staatsbürgerliche Gleichheit ohne Rücksicht des Glaubens laut verkündet, und wir dann die allgemein anerkannte, bei jedem vorkommenden Fall unzweifelhaft zu erkennen gegebene Gerechtigkeitsliebe ihres gnädigsten Landesfürsten mit Unrecht verkennen würden. Nein. Das schöne Vertrauen zu der höchsten Gerechtigkeit Eur. Königlichen Hoheit hat in ihnen noch nie gewankt, es wird und soll auch ferner in ihnen fortbestehen, und sich niemals in unheilbringendes die weitere Verbrüderung der verschiedenen Confessionsgenossen offenbar hemmendes Mißtrauen umwandeln."

Die Petition verknüpfte politische Forderungen mit der Versicherung untertänigster Loyalität, die sich widrigenfalls leicht in ein "offenbar hemmendes Mißtrauen umwandeln" könnte. Im Loyalitätsbekenntnis zum landesherrlichen Patronat distanzierten sich die südoldenburgischen Repräsentanten gleichzeitig vom revolutionären Geist der Bewegung, wie er den Norden des Landes erfaßt habe.[186]

---

nen sie unmöglich einen hinlänglich erwogenen, ihre Interessen genügend sichernden Willensausspruch erblicken, müssen und wollen vielmehr solchen, als, wie es verlautet, auf dringende Petitionen zur vorläufigen Volksberuhigung abgegebene, betrachten; wie wohl sie im Allgemeinen in derselben die schöne landesväterliche Absicht nicht einmal einen Entwurf zu einer Repräsentativ=Verfassung erlassen zu wollen, ohne vorher die Volksmeinung zu vernehmen, gern anerkennen. Daß aber die Städte Wildeshausen, Cloppenburg, Vechta und Friesoythe darin in ihren Rechten bekürzt sind, liegt wohl klar am Tage: denn auf die Seelenzahl gerechnet - und die dürfte wohl der wichtigste Grundsatz bei der Feststellung der Zahl der Abgeordneten sein - würde Münsterland nebst Wildeshausen statt der ihnen bewilligten 6 Abgeordneten, zehn bekommen und so die genannten 4 Städte jede einen besonderen Abgeordneten erlangen."

[186] StAO 262 - 11 - 903; StAO 70 - 30. Die Petenten schlossen mit der ausdrücklichen Warnung: "Würden indes die unterthänigsten Petenten wider alles Erwarten erfahren müssen, mit ihrer offenbar auf Recht und Gerechtigkeit basierenden Bitte nicht gehört zu werden, so müssen sie auf diesen unerwarteten Fall offen und unumwunden, aber im tiefsten Schmerze, bekennen, daß sie hierin nicht allein eine Zurücksetzung, sondern auch ihre Rechte, insbesonders ihre städtischen Interessen gefährdet finden. Denn in Verbindung mit den wahlfähigen Kirchspielsmitgliedern sind ihre wahlfähigen Städte=Mitglieder immer in der großen Minorität, und da die Interessen der Städte mit den Interessen der Kirchspiele sehr oft in Collision gerathen, so ist vorauszusehen, daß die bevorstehende Wahl niemals einen Städter treffen würde."

Die Petition der münsterländischen Städte und Wildeshausens wurde von 33 Petenten unterzeichnet.[187] Auch das Vechtaer Sonntagsblatt sah eine Benachteiligung der Münsterländer und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Südoldenburger Vertreter in der höheren Landesbürokratie bisher völlig unterrepräsentiert seien:

> "Nicht zu klagen haben wir im Verhältnis zu den Bewohnern anderer deutscher Staaten, wohl aber über Zurücksetzung gegen andere Teile unseres Staates. Nehmt den Staatskalender zur Hand. Nur zwei von unseren Landleuten, der eine erst in jüngerer Zeit, sind angestellt in der Regierung; bei allen übrigen Behörden kein einziger. Was Wunder daher, daß unsere Verhältnisse und Bedürfnisse so wenig erkannt, daß wir so häufig zurückgesetzt und sogar Ausländer uns vorgezogen wurden."[188]

Nach dem Bericht des Vechtaer Sonntagsblattes lehnte der Großherzog das Begehren der münsterländischen Deputation entschieden ab und erklärte mit Blick auf die Wahl des konstituierenden Landtags, "daß die Anzahl der Deputirten zur Berathung über die Verfassung kein Praejudiz rücksichtlich der Anzahl der in Folge der demnächst in Kraft tretenden Verfassung einzuberufenen Deputirten abgeben solle."[189] In der Note vom 21. März 1848 teilte der Großherzog den Städten mit, "daß Wir ihre Vorstellung in nähere Erwägung gezogen, indeß - einmal mit Bedauern, dem Wunsche nicht willfahren zu können - es für unthunlich hätten erachten müssen, von dem Gesetze vom 10. d. M. irgend etwas zu ändern, daher außer Stande seien, ihrem Wunsche zu willfahren."[190] Ein Grund für die Ablehnung des Begehrens ist in dem Umstand zu sehen, daß Vechta und Cloppenburg in der revolutionären Bewegung im März 1848 abseits standen und ihren Forderungen nicht den genügenden Druck von unten verleihen konnten. Das Vechtaer Sonntagsblatt nahm das Scheitern der münsterländischen Deputation zum Anlaß, um erneut vor den Folgen politischen Desinteresses zu warnen:

> "Man sieht es also auch hier wieder, was es einbringt, wenn man die Hände in den Schooß legt. Einstweilen haben in der letzten Zeit unsere Mitbrüder für uns die Ka

---

[187] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 95-97. Von den 33 Petenten entfielen 13 auf Vechta, 10 auf Cloppenburg, 4 auf Wildeshausen und 2 auf Friesoythe. Für Vechta unterzeichneten die Petition u. a. Tappehorn und Klövekorn, für Cloppenburg u. a. Vaget und Pancratz. Das Vechtaer "Sonntags=Blatt" meldete in seiner Ausgabe vom 19. März 1848 die Abreise der Deputation nach Oldenburg für den 17. März 1848.
[188] Sonntagsblatt vom 26.3.1848.
[189] Ebd.
[190] StAO 70 - 30.

> stanien aus dem Feuer geholt, wir haben nichts gethan, wir benutzen theilweise wenigstens, selbst jetzt nicht einmal gehörig die Zeit."[191]

Die Wahlen für die "Versammlung der Vierunddreißig" fanden im Großherzogtum Oldenburg zwischen dem 22. und 31. März 1848 statt. Der Vechtaer Magistrat wies die Bürger in einem Aufruf vom 24. März 1848 auf die Bedeutung des bevorstehenden Wahlgangs hin und machte sie mit den Aufgaben bekannt, die das erste Oldenburger Parlament zu erledigen habe. Neben der Beratung der Grundrechte habe die 34er-Versammlung auch die Ministerverantwortlichkeit und die Ablösung aller Grundlasten und Gutspflichten, die Grundsätze der Gewerbefreiheit und die Revision der Landgemeindeordnung von 1831 zu beraten. Es komme in Zukunft darauf an, die "Verschmelzung der verschiedenen Landestheile zu einem Staatsganzen in einträchtigem Zusammentreten zu erzielen." Der Aufruf schloß mit einem Appell an die Wähler, Ruhe und Ordnung zu bewahren:

> "Schreiten wir in fester Ordnung und Ruhe zum Werke! Keine Gewaltsamkeit, keine Straßenaufläufe, keine Wühlereien mögen den bisherigen Frieden des Oldenburger Landes stören, und vertrauen wir dabei vor allem auf den Fürsten, der das Gute will."[192]

Unter den sechs Abgeordneten des Münsterlandes befanden sich mit Vikar Schmitz für das Amt Damme (Stellvertreter Advokat Meistermann) und Vikar Bergmann für das Amt Friesoythe (Stellvertreter Landmann Jansen) zwei Angehörige des südoldenburgischen Klerus. Für das Amt Steinfeld wurde gewählt der Amtmann Pancratz (Stellvertreter Kirchspielsvogt Rösener), für Vechta der Advokat Tappehorn (Vertreter Advokat Brägelmann), für das Amt Cloppenburg der Advokat Pancratz (Vertreter Eduard Selkmann) und für das Amt Löningen Hermann Münzebrock (Vertreter Zeller Crone). Die Abgeordneten Südoldenburgs rekrutierten sich in erster Linie aus freien Berufsständen und aus der katholischen Weltgeistlichkeit, den gebildeten Ständen auf dem Lande, während das Bauerntum völlig unterrepräsentiert blieb.[193] Diese Zusammensetzung entsprach nicht ganz dem Wahlergebnis im Herzogtum. Von den 28 Abgeordneten, die im Landesteil Oldenburg gewählt wurden, waren 14 Juristen und 10 Bauern; hinzu kamen ein Angestellter und

---

[191] Sonntagsblatt vom 26.3.1848.
[192] StAO 262 - 11 - 903; HARTMANN, Vechta, S. 117.
[193] Sonntagsblatt vom 2.4.1848; WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 240.

ein Auktionator und die beiden katholischen Geistlichen aus dem Münsterland.[194]

Am 27. April 1848 konstituierte sich das oldenburgische Vorparlament, die nach der Verordnung vom 10. März 1848 gewählte 34er-Versammlung, im Rathaus der Residenzstadt und begann mit der Debatte über den Entwurf eines "Grundgesetzes für die landständische Verfassung", den die Regierung am 6. April 1848 vorgelegt hatte. Gegenüber dem Entwurf des Vorjahres hatte der vorliegende Text zwar eine liberalere Handschrift erfahren, blieb aber dennoch hinter den durch die Märzbewegung beflügelten Erwartungen weit zurück. Der Verfassungsentwurf stand noch in der Tradition der oldenburgischen Entwürfe zur Erfüllung des Art. 13 der Wiener Bundesakte vom 8. Juni 1815; wesentliche Fortschritte waren nicht zu erkennen. Zur Einführung einer landständischen Verfassungsurkunde war es in Oldenburg bis zum Vorabend der Märzbewegung trotz mehrerer Verfassungsentwürfe nicht gekommen.[195]

Obwohl sie nur eine beratende Funktion hatte, stand es in der Macht der 34er-Versammlung, durch die Ablehnung des Verfassungsentwurfs vom 6. April 1848 die Debatte der politischen Restaurationsphase abzuschließen und Oldenburg konsequent den Weg in das konstitutionelle Zeitalter zu weisen. Die Beratungen fanden vom 27. April bis zum 13. Mai 1848 statt. Mit Blick auf die Frankfurter Verhandlungen konnte "die Berathung über den vorliegenden Entwurf des Grundgesetzes über die landständische Verfassung zunächst und hauptsächlich nur den Zweck haben, die Zusammenberufung einer ständischen Versammlung möglich zu machen, den öffentlichen Rechtszustand des Landes nach mehreren wichtigen Seiten hin bis zur Beendigung des ganzen Verfassungswerks vorläufig festzustellen, und dadurch auch die schlüssige Bearbeitung des letzteren wesentlich zu fördern". Nach dem Abschluß der Verhandlungen in der 34er-Versammlung sollte "eine Commis

---

[194] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 99f.

[195] I., Vorgeschichte, S. 1f. Der anonyme Verfasser beschreibt die politische Lage in Oldenburg am Vorabend der Revolution mit den Worten: "Als die Bewegung des Jahres 1848 über Deutschland hereinbrach, fand sie in Übereinstimmung mit der Verheißung des Art. 13 der Bundesakte landständische Verfassungen in allen deutschen Ländern vor, mit alleiniger Ausnahme des Großherzogtums Oldenburg." Dabei sei "der Mangel landständischer Einrichtungen von keiner Seite beengender empfunden" worden "als gerade von der oldenburgischen Regierung selbst". Der Autor sah am Ende des 19. Jahrhunderts großen Aufklärungsbedarf, um diesen Sachverhalt in der politischen Öffentlichkeit des Großherzogtums deutlicher hervortreten zu lassen.

sion berufen werden, welche die Aufgabe erhalten wird, den Entwurf einer constitutionellen Verfassung für das Großherzogtum auszuarbeiten und ihr Geschäft dergestalt zu fördern, daß innerhalb von zwei Monaten von dem Zeitpunkte an, wo die Arbeiten der vorberathenden Versammlung ihr Ende erreicht haben werden, die Abgeordneten zum ersten Landtage zusammentreten können". Wie die Erklärung zum Auftakt der Beratungen am 27. April 1848 zeigt, verfolgten die Abgeordneten der 34er-Versammlung von vornherein das Ziel, eine "constitutionelle Verfassung, zu welcher der veröffentlichte Entwurf des Grundgesetzes über die landständische Verfassung sich nur wie ein Abschnitt verhalten wird, mit den Ständen zu vereinbaren."[196] Mit dieser politischen Willenserklärung der 34er-Versammlung gehörten die landständischen Verfassungsentwürfe der Vergangenheit an und war eine wichtige Vorentscheidung auf dem Weg des Großherzogtums in das konstitutionelle Zeitalter gefallen.

Bereits in der "Zusammenstellung der öffentlich ausgesprochenen und von Abgeordneten erwähnten Forderungen an ein Staatsgrundgesetz für das Großherzogtum Oldenburg" verlangten die "Vierunddreißiger" eine "wirklich repräsentative Verfassung" sowie die Einrichtung eines Einkammersystems, ein "ständisches Recht, die Steuern zu bewilligen, zu ändern auch zu verweigern", die Verantwortlichkeit der Minister, die Unabhängigkeit der Richter, die "Mitwirkung bei der Gesetzgebung in dem Umfange, daß ein von den Ständen eingebrachter Gesetzvorschlag, der auf zwei ordentlichen Landtagen von der Regierung zurückgewiesen ist, durch Annahme auf dem dritten Landtage auch ohne fürstliche Zustimmung Gesetzkraft erhält", und einen umfangreichen Katalog von Grundrechten. Zu diesen zählten sie die Gleichheit vor dem Gesetz, den Schutz der persönlichen Freiheit, die Pressefreiheit, Volksbewaffnung und allgemeine Wehrpflicht, Versammlungsfreiheit, das Petitions-, Assoziations- und Auswanderungsrecht, die Gewerbefreiheit und die Besteuerung des Adels. Aus südoldenburgischer Perspektive war bemerkenswert, daß die 34er-Versammlung neben den klassischen Grundrechten auch die Aufhebung des Jagdregals und die "Ablösung aller Dienste, Frohnen und bäuerlichen Lasten an Staat, Kirche, Gutsherrn und Commune gegen angemesse Entschädigung" sowie die Verabschiedung einer "vollständige(n) Ablösungsordnung, auch in Betreff der Lehen" forderte.[197] Mit dieser "Zusammenstellung" zeigte die 34er-Versammlung den Weg in die Beratung und

[196] PROTOCOLLE: Anlage 1 zum Protokoll vom 27. April 1848, S. I.
[197] PROTOCOLLE: Anlage 8 zum zweiten Protokoll vom 29. April 1848, S. XXI bis XXIII.

Verabschiedung eines liberalen Staatsgrundgesetzes auf, das mit der Tradition der landständischen Verfassungsentwürfe nur noch wenig zu tun hatte und Elemente einer "wirkliche(n) repräsentative(n) Verfassung" enthalten mußte. Die politische Bedeutung der "Vierunddreißiger" ist deshalb höher zu bewerten, als dies bisher geschehen ist. Die 34er-Versammlung fungierte als Vermittler zwischen der politischen Basis und der großherzoglichen Regierung und füllte damit ein politisches Vakuum, das durch das Fehlen einer oldenburgischen Verfassungsurkunde seit 1815 entstanden war.

2.3. Die Beratungen des Staatsgrundgesetzes

Die Verfassungsberatungen wurden in Oldenburg durch eine vom Großherzog berufene Kommission fortgesetzt, die sich bereits am 17. Mai 1848, vier Tage nach dem Abschluß der Beratungen in der 34er-Versammlung, konstituierte. Die Kommission bestand aus sechs Mitgliedern ("Sechserkommission"), die weder einen Sitz im Kabinett hatten noch dem Vorparlament angehört hatten. Damit hatte der Großherzog die Verfassungsberatungen wieder aus der parlamentarischen Sphäre herausgeführt und näher an sich gezogen. Die Sitzungsprotokolle und Anlagen der 34er-Versammlungen dienten der Verfassungskommission als Grundlage, ohne daß sie an die Resultate der Beratungen gebunden war. Der Kommission gelang es, bis zum 5. Juni 1848 den Entwurf eines neuen Staatsgrundgesetzes vorzulegen. Als dieser Text am 5. Juli 1848 in einem Oldenburger Verlag publiziert wurde, war die Zufriedenheit groß, und es regte sich nur vereinzelt Kritik.[198]

Der Entwurf sah im wesentlichen eine konstitutionelle Monarchie mit einer einheitlichen Verfassung für alle drei Landesteile vor.[199] "Die Regierungsform ist die constitutionell=monarchische", hieß es vorbehaltlos in dem Verfassungsentwurf, der sich damit weiter aus der Tradition der landständischen Verfassungsmodelle der Vergangenheit entfernt hatte. Er sah eine starke Stellung des Monarchen vor, wenn es hieß, daß Landesgesetze "nur in Übereinstimmung des Großherzogs mit den Ständen erlassen, aufgehoben oder geändert werden" konnten und den Ständen - ein Fortschritt - "das Recht des Antrages auf Erlassung von Gesetzen, und auf Vorlegung von Gesetz

[198] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 130f.
[199] Ebd., S. 124-131, 146.

entwürfen" zustand.[200] Vom Budgetrecht der Stände waren keine Landessteuern mehr ausgenommen.[201] Während der Großherzog, der die Exekutive ausübte und das Land nach außen vertrat, selber unverantwortlich war, zeichneten die Mitglieder des Staatsministeriums politisch verantwortlich:

> "Die ausübende Gewalt steht dem Großherzoge allein zu, die Gesetzgebung aber nur im Verein mit den Ständen. Er selbst ist unverantwortlich, das Staatsministerium, von dem eben darum immer ein Mitglied die Verfügungen des Großherzogs mit zu unterzeichnen hat, wenn dieselben gültig sein sollen, ist aber verantwortlich; jedes Mitglied desselben ist für alle Handlungen und Unterlassungen in Staatsangelegenheiten verantwortlich, und darüber auch den Ständen Auskunft und Rechenschaft schuldig. Der Großherzog vertritt das Großherzogthum nach Außen; er schließt Verträge mit andern Staaten, jedoch ohne Zustimmung der Stände, nur so weit, als dadurch nicht neue Lasten aufgelegt, Gesetze neu gegeben, geändert oder aufgehoben werden u.s.w."[202]

Der Entwurf der Regierungskommission enthielt einen Katalog von Grundrechten und sah - für Südoldenburg sehr wichtig - die "Ablösung aller auf dem Grundeigenthum lastenden Dienste, Grundzinsen, Zehnten, und andere aus einem gutsherrlichen oder ähnlichen Verhältnisse fließenden Reallasten" vor.[203] Die politischen Gemeinden des Landes sollten nach dem Prinzip kommunaler Selbstverwaltung organisiert werden. Die Wahl der Stände war durch eine Wahlordnung zu bestimmen, "bei der fast sämmtliche durch die vaterländischen Blätter gerügten Fehler des Wahlgesetzes, wonach jetzt zu wählen ist, sich nicht finden."[204]

Schon vor der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs wurde am 26. Juni 1848 das "Gesetz, betreffend die Berufung eines Landtags zur Vereinbarung des Staatsgrundgesetzes für das Großherzogtum", von der Regierung publiziert.[205] Die Wahlordnung entsprach den Maßstäben einer konstitutionellen Monarchie und sah allgemeine, aber keine direkten Wahlen für das erste oldenburgische Parlament vor. Auch dafür hatte die 34er-Versammlung eine wichtige Vorentscheidung getroffen. Zum Abschluß ihrer Verhandlungen am

---

[200] Sonntagsblatt vom 23.7.1848.
[201] Sonntagsblatt vom 23.7.1848: "Ohne Zustimmung der Stände können Steuern und Abgaben nicht ausgeschrieben und erhoben, Anleihen und Schulden nicht gemacht werden."
[202] Sonntagsblatt vom 23.7.1848.
[203] Sonntagsblatt vom 23.7.1848. Zu den Grundrechten zählten die Freiheit der Person, der Wohnung und des Eigentums, die Pressefreiheit und die Rechtsgleichheit, die Religionsfreiheit und die allgemeine Wehrpflicht, das Korporationsrecht und die Versammlungsfreiheit, das Auswanderungsrecht, die Gewerbefreiheit, die freie Wahl des Berufes.
[204] Sonntagsblatt vom 23.7.1848.
[205] GESETZBLATT Bd. 11, S. 617ff.; KOHNEN, Vorgeschichte, S. 227f.: Gesetz in Auszügen.

13. Mai 1848 hatte sie mit 26 gegen 8 Stimmen ein direktes Wahlrecht für die Wahlen zum Vereinbarenden Landtag abgelehnt.[206] Das Wahlgesetz sah außer der indirekten Wahl auch einen Zensus für die Wahlmänner vor. Die sieben Kreise des Herzogtums bildeten sieben Wahlkreise, die je vier Abgeordnete wählen sollten.[207] Trotz der negativen Reaktionen in der Öffentlichkeit wurde das Wahlgesetz nicht geändert, und zwischen dem 17. und 22. Juni 1848 fanden die Urwahlen zum konstituierenden Landtag in Oldenburg statt, die jedoch nur eine geringe Wahlbeteiligung aufwiesen. Wenige Tage später wählten die 480 Wahlmänner, die aus den Urwahlen hervorgegangen waren, die 35 Abgeordneten der ersten oldenburgischen Landesversammlung. Von den 32 Theologen unter den Wahlmännern kamen allein 11 aus dem Kreise Vechta, was die enge Verbindung der katholischen Bevölkerung mit dem örtlichen Klerus zum Ausdruck brachte.[208] Am 1. September 1848 wurde der erste Oldenburger Landtag feierlich eröffnet und nahm seine Arbeit, die Beratung des von der "Sechserkommission" vorgelegten Verfassungsentwurfs, auf.[209] Das Ergebnis war eine Kompromißlösung, die am Ende politischer Vereinbarung zwischen den wichtigsten Handlungsträgern stand.[210]

---

[206] PROTOCOLLE, 14. Protokoll vom 13. Mai 1848, S. 132. Für die indirekte Wahl stimmten auch die südoldenburgischen Abgeordneten, dagegen die Abgeordneten Brader, Dannenberg, Lindemann, Noell, Schmidt, Strodthoff, von Thünen und Völcker. Die oldenburgische Staatsregierung hatte sich ebenfalls für das indirekte Wahlrecht ausgesprochen, "und zwar aus Gründen der Politik mit Rücksicht auf die vorliegenden Verhältnisse." (PROTOCOLLE, 14. Protokoll vom 13. Mai 1848, S. 129)

[207] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 147. Es waren drei Ausnahmen vorgesehen: Der Kreis Oldenburg bekam 5 Abgeordnete, der Kreis Jever und das Fürstentum Lübeck erhielten nur je 3 Abgeordnete zugesprochen.

[208] WEGMANN-FETSCH, Revolution, S. 150-155. Der Kreis Vechta entsandte folgende Abgeordneten in den konstituierenden Landtag nach Oldenburg: Amtmann Pancratz, Dinklage; Colon Ferneding, Ihorst; Pastor Büschelmann, Neuenkirchen; Advokat Ellerhorst, Delmenhorst; Vertreter: Dr. Reinerding, Vechta; Advokat Decker, Vechta; Kirchspielsvogt Rösener, Lohne; Zeller Dierksen, Goldenstedt. Für den Kreis Cloppenburg wurden entsandt: Zeller Gerhard Crone, Ahausen; Regierungssekretär Selkmann, Birkenfeld; Gymnasiallehrer Reinerding, Vechta; Zeller Konerding, Benstrup; Auditor Grote, Oldenburg; Kirchspielsvogt Plate, Markhausen; Pastor Kleikamp, Oldenburg; Werner Jansen, Scharrel. (S. 241f.)

[209] KOHNEN, Vorgeschichte, S. 228.

[210] ECKHARDT, Staat, S. 341. Albrecht Eckhardt charakterisiert den politischen Kompromiß mit den Worten: "Wenn auch das Staatsgrundgesetz vom 18. Februar 1849 den Geist der Revolution atmet und den großen Einfluß der linken Demokraten widerspiegelt, so stellt es doch insgesamt einen Kompromiß zwischen der großherzoglichen Regierung, der demokratischen Linken und der gemäßigteren liberalen Mitte dar. [...] Das Staatsgrundgesetz von 1849 ist nicht nur die erste Verfassung des Großherzogtums Oldenburg gewesen, sondern zugleich auch eine sehr liberale."

Die Verfassung vom 18. Februar 1849 war den anfänglichen innen- wie außenpolitischen Belastungsproben des konstitutionellen Staatswesens in Oldenburg nicht gewachsen. Sichtbar wurde die politische Instabilität, in der sich das Großherzogtum nach der Verabschiedung des Staatsgrundgesetzes befand, durch die Wahl von sechs Landtagen, die in den dreieinhalb Jahren zwischen 1849 und 1852 gewählt wurden, ohne daß eine Klärung der verworrenen Lage herbeigeführt werden konnte. Durch den Beitritt Oldenburgs zum Dreikönigsbündnis, der am 13. Juli 1849 gegen eine aus Demokraten und Katholiken bestehende Landtagsmehrheit vollzogen wurde, stellte sich das Großherzogtum auf die Seite der erstarkenden reaktionären Mächte unter der Führung Preußens und enttäuschte das katholische Münsterland, das sich für eine großdeutsche Lösung unter der Führung Österreichs eingesetzt hatte.[211] Die politischen Kontroversen um die Ratifikation des Berliner Bündnisses, der parlamentarische Sturz der Ministerien Schloifer (Dezember 1849) und von Buttel (Mai 1851) und schließlich das Ringen um die Revision des Staatsgrundgesetzes schränkten den Handlungsspielraum der oldenburgischen Politik erheblich ein.

Der Abgeordnete Diedrich Klävemann, der dem gehobenen oldenburgischen Staatsdienst angehörte, zitierte in der Sitzung des 5. allgemeinen Landtags am 9. Dezember 1851 aus dem Schreiben der Staatsregierung an den Vereinbarenden Landtag vom 29. Dezember 1848, in dem eine Verfassungsrevision, die die Mängel des noch nicht angenommenen Staatsgrundgesetzes "in verfassungsmäßigem Wege" beheben sollte, bereits in Aussicht gestellt und für notwendig befunden wurde. Er warnte das Ministerium vor einem Verfassungsbruch und appellierte an die Abgeordneten, die bisher geübte Verweigerungshaltung aufzugeben und der Revisionsvorlage zuzustimmen. Politischer Hintergrund seines dramatischen Appells war die begründete Befürchtung, daß durch eine weitere Verzögerung der Verfassungsrevision die Errungenschaften der Märzbewegung und das oldenburgische Verfassungswerk überhaupt gefährdet würden:

> "Tragen wir das Unsrige bei, meine Herren, um die Regierung auf diesem verfassungsmäßigen Wege zu erhalten. Nehmen Sie die Revision an, meine Herren, auch wenn Sie erhebliche Mängel unserer Verfassung bis dahin nicht zugestehen wollten; ob und welche Fehler die Verfassung hat, wird sich demnächst erst herausstellen, wenn wir die Verfassung und ihre Bestimmungen erst einer Prüfung unterziehen werden. [...]

[211] LAMPE, Oldenburg, S. 109-112.

> Stimmen Sie, meine Herren, für die Revision, stimmen Sie für die Revision im Interesse unserer Verfassung, stimmen Sie dafür im Interesse der Beibehaltung derjenigen Bestimmungen, die wir doch alle nicht gern abhanden kommen sehen möchten."[212]

Mit diesen Worten wies Klävemann in die Richtung, die in Oldenburg schließlich in die Annahme der Verfassungsrevision führte.[213] Der 6. oldenburgische Landtag gab seine bisher geübte Opposition auf, um einem einseitigen politischen Oktroi zuvorzukommen und die anhaltende Verfassungskrise nicht durch einen Verfassungsbruch beendet zu sehen. Diese Position konnte sich auch unter den katholischen Abgeordneten, die ihre Kirche in der revidierten Verfassung schlechter gestellt sahen als im Staatsgrundgesetz, schließlich durchsetzen.

Die Revision des Staatsgrundgesetzes, die die autoritären Elemente im politischen Verfassungsleben stärken und den Einfluß des Landtages schwächen sollte, erschien als ein geeigneter Ausweg aus der innenpolitischen Krise des Landes. Dafür wurde in erster Linie eine Landtagsmehrheit verantwortlich gemacht, die aus demokratischen und katholischen Abgeordneten bestand und sich in der Anschlußfrage ("Berliner Bündnis") unnachgiebig gezeigt hatte. Das revidierte Staatsgrundgesetz vom 22. November 1852 sah die Aufhebung der Provinziallandtage vor und führte in Anlehnung an das preußische Vorbild das Dreiklassenwahlrecht ein. Der monarchische Gedanke wurde gestärkt und das landesherrliche Kirchenregiment in wesentlichen Teilen restauriert. Die Wahl, Ernennung oder Einsetzung der kirchlichen Beamten verlangte nach Maßgabe der oktroyierten Verfassung "von Seiten der Staatsgewalt nur die Gutheißung nach Maßgabe der Gesetze oder Verträge".[214] Davon war im Staatsgrundgesetz von 1849 nicht mehr die Rede gewesen. Die kirchenpolitische Reaktion in Oldenburg forderte besonders die Opposition der katholischen Kirche heraus. Aus ihrer Sicht erhielten die vielfältigen Instrumentarien des oldenburgischen Staatskirchentums faktisch den Rang eines Verfassungsstatuts.

---

[212] ECKHARDT, Landtag, S. 49.

[213] Diedrich Klävemann (Oldenburg 1814 - 1889) gehörte politisch zu den Liberalen, als deren Abgeordneter er von 1849 bis 1863 mit Unterbrechungen im oldenburgischen Landtag saß. Er begann seine Laufbahn als promovierter Jurist 1843 als Auditor in Burhave und Westerstede, wurde 1846 Sekretär der Justizkanzlei in Eutin, 1850 Amtsassessor in Brake, 1854 Stadtsyndikus in Oldenburg und 1856 provisorischer Leiter des Amtes Löningen. 1858 wählte ihn die Stadt Varel zum Stadtdirektor. (ECKHARDT, Staatsdienerverzeichnis, S. 134f.; FRIEDL, Handbuch, S. 371f., von Peter Haupt)

[214] GESETZBLATT, Bd. 13, S. 166; HARTONG, Staatsrecht, S. 182f.

Der 6. Landtag stand vor einer schwerwiegenden Entscheidung, in der politisch auch wieder die katholischen Abgeordneten gefordert waren. Sie bildeten zusammen mit demokratischen Abgeordneten eine Landtagsmehrheit, die die Revisionsfrage entscheiden konnte. Das Scheitern der preußischen Unionspolitik erleichterte ihnen schließlich den Weg in die Annahme der Revision. Bis zum Herbst 1852 verstärkte sich der Druck auf die katholischen Abgeordneten zusehends, weil die oldenburgische Staatsräson auf eine parlamentarische Entscheidung in der Revisionsfrage drängte, um den nordwestdeutschen Kleinstaat nicht weiter ins politische Abseits zu manövrieren. Diese Verantwortung wollte der südoldenburgische Katholizismus nicht länger übernehmen. Das Vechtaer Sonntagsblatt richtete unter dem dramatischen Titel "Annehmen oder Ablehnen" einen dringenden Appell an die Abgeordneten Crone und Lehmkuhl, sich dem Revisionsantrag nicht länger zu widersetzen:

> "Halten Sie nun den Revisionsbeschluß nicht am Besten für Ihre Kirche, nicht besser wie die vormärzlichen Bestimmungen, wie die des Staatsgrundgesetzes? [...] Glauben Sie zum Nutzen Ihrer Kirche zu handeln, wenn Sie diese Beschlüsse verwerfen, eine Verwerfung die dahin führen kann, daß der Staat das Visum oder Placet wieder aufnimmt, weil die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes nun einmal nicht mehr gelten sollen, und daß er die Einwirkungen auf die Schulen ausdehnt?"[215]

Nach Auffassung des Vechtaer Blattes bedeutete der Revisionsbeschluß keinesfalls einen Rückschritt gegenüber der Verfassung vom 18. Februar 1849. In dieser wie im Revisionsbeschluß seien Plazet und Visum aufgehoben. Die Revision binde die Wahl, Ernennung und Einsetzung der Kirchenbeamten lediglich an die Gutheißung der Staatsgewalt nach Maßgabe der Gesetze und Verträge. Die Selbstverwaltung der Kirche bestehe weiter, und der Staat dulde fürderhin "keine Beschränkung des Verkehrs mit den Obern". Die Zeitung verwies auf die Errungenschaften der Revolution, die Grundrechte und die Aufhebung der Hörigkeit, die gewonnene Rechtsstaatlichkeit und das Steuerbewilligungsrecht, Fortschritte, die durch den Revisionsbeschluß nicht wesentlich geschmälert würden, aber im Falle einer Ablehnung durch den Landtag zur Gänze in Frage gestellt werden könnten. In der Schlußabstimmung am 22. November 1852 entschied sich eine Mehrheit von 26 gegen 19 Stimmen für die Annahme des Revisionsantrages.

---

[215] Sonntagsblatt vom 19.9.1852: "Ein offenes Sendschreiben an die Hrn. Abgeordneten **Crone** und **Lehmkuhl.**"

2.4. Die Revision des liberalen Kirchen- und Schulstatuts

Der Vereinbarende Landtag verabschiedete in seiner Sitzung am 10. November 1848 die kirchenpolitischen Bestimmungen des zukünftigen Staatsgrundgesetzes. Das Ergebnis wurde vom Vechtaer Sonntagsblatt in seiner Ausgabe vom 19. November 1848 veröffentlicht und einhellig begrüßt. Das Blatt stellte fest, daß den Oldenburger Bestimmungen die vorläufigen Frankfurter Beschlüsse zugrunde lagen und es auch nicht anders hätte kommen können, "als daß diese dem Inhalte nach, ungeachtet verschiedener Anträge auf Aenderung derselben auch für das Oldenb. Grundgesetz angenommen, und nur einige Zusätze aufgenommen wurden".[216] Nach dem Staatsgrundgesetz vom 18. Februar 1849 genoß jeder Staatsbürger in Zukunft "volle Glaubens- und Gewissensfreiheit" und die Freiheit des Kultus "in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Uebung seiner Religion und deren Gebräuche".[217] Die Wahl und Erennung der Kirchenbeamten war an "keine Mitwirkung von Seiten der Staatsgewalt" (Art. 74) gebunden. Im politischen Verhältnis zwischen Staat und Kirche war in den Verfassungsberatungen aus katholischer Perspektive im Art. 73 ein Durchbruch erzielt worden:

> "Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.
> Es steht den verschiedenen Religionsgesellschaften frei, sich mit andern in größern Gemeinschaften zu vereinigen und darf der Verkehr mit den kirchlichen Obern auf keine Weise gehemmt werden."

Unter den Religionsgesellschaften genoß nach Art. 76 keine "vor andern Vorrechte durch den Staat". Mit dieser Bestimmung war ein großer Fortschritt auf dem Wege zur Parität der beiden christlichen Kirchen erreicht, die die katholische Kirche bisher vermißt hatte. Mit dem landesherrlichen Plazet und Visum wurden zudem zwei staatliche Aufsichtsrechte beseitigt, die exklusiv für die katholische Kirche gegolten hatten und in Südoldenburg als besonders diskriminierend empfunden worden waren.[218] So wurden mit den Be

---

[216] Sonntagsblatt vom 19.11.1848.

[217] GESETZBLATT, Bd. 12, S. 78f. Nach der Vollendung des 14. Lebensjahres stand jedem Staatsangehörigen die Wahl seines Bekenntnisses frei. Über die Frage, in welcher Religion die Kinder erzogen werden sollten, entschieden die Erziehungsberechtigten, auch für Kinder aus gemischten Ehen.

[218] GESETZBLATT, Bd. 12, S. 81: "Jedoch wird das in Angelegenheiten der katholischen Kirche bisher geübte landesherrliche Placet und Visum aufgehoben."

stimmungen des Staatsgrundgesetzes zentrale Forderungen der katholischen Kirche in Oldenburg erfüllt.

"Das Kirchenpatronat ist aufgehoben", hieß es denn auch triumphierend im Vechtaer Sonntagsblatt nach dem Abschluß der kirchenpolitischen Verhandlungen im Landtag.[219] Die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes bedeuteten für die katholische Kirche das Ende des Staatskirchenregiments. Sie deklarierten zudem Glaubens- und Religionsfreiheit als Verfassungsnorm und gaben den Kirchen im Lande die Freiheit, die ein liberaler Staat seinen Religionsgesellschaften zugesteht. Vorerst blieb aber alles beim alten und wurden die freiheitlichen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes nicht kirchenpolitische Realität. Denn bis "die organischen Einrichtungen und Gesetze, welche für die bestehenden Kirchen zur Durchführung des Grundsatzes der Selbstständigkeit und Selbstverwaltung [...] erforderlich sind," herbeigeführt wurden, blieben die bestehenden Rechtsbestimmungen in Kraft. Für die katholische Kirche im Lande bedeutete diese Übergangsbestimmung, daß die Bestimmungen in der Konvention von Oliva (1830) und im Normativ (1831) weiterhin die wichtigste kirchenrechtliche Grundlage im beginnenden konstitutionellen Zeitalter waren.

Die oldenburgischen Bestimmungen "Von der Religions=Übung und den Religionsgesellschaften" übernahmen fast wörtlich die entsprechenden Passagen aus den Grundrechten des deutschen Volkes, die für das Großherzogtum als Gesetz schon am 27. Dezember 1848 verkündet worden waren. So erreichte Oldenburg mit dem Staatsgrundgesetz das kirchenpolitische Niveau der Frankfurter Paulskirche.[220] Die kirchenpolitischen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes waren in ihrer Gesamtheit Ausdruck eines kirchen- und religionsfreundlichen Liberalismus, der für die Freiheit der Kirche vom Staat, nicht aber für eine konsequente Trennung der beiden Gewalten eintrat.[221] Das Einverständnis des Staates mit der Unabhängigkeit der Kirchen bedeutete nicht, daß in Oldenburg die Koordinationstheorie zur Anwendung gelangt war und die konstitutionelle Obrigkeit auf ihre Hoheitsrechte gegenüber den Kirchen verzichtete. Das "jus territoriale circa sacra" nahm im kon

[219] Sonntagsblatt vom 19.11.1848.
[220] ZÜRLIK, Kirchen 1, S. 35f.
[221] ZÜRLIK, Kirchen 1, S. 44f. Nach Auffassung von Josef Zürlik fand in Oldenburg "eine Trennung im Sinne des in Deutschland gemeingültigen Systems der Freiheit und Selbständigkeit der Kirche vom Staat unter Vorbehalt einer den verschiedenen Kirchen und Religionsgesellschaften gegenüber in Aufsicht und Schutz sich betätigenden Staatskirchenhoheit statt".

stitutionellen Zeitalter eine andere Gestalt als im absolutistischen an und liberalisierte das Verhältnis von Staat und Kirche, indem es die Kirche als eine freie Religionsgesellschaft betrachtete und verfassungspolitisch entsprechend plazierte.

Die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Religionsgesellschaften blieb im revidierten Staatsgrundgesetz zwar bestehen, aber die Staatsgewalt behielt sich bei der Wahl und Einsetzung der kirchlichen "Beamten und Diener" wieder "die Gutheißung nach Maßgabe der Gesetze oder Verträge" vor.[222] Das war ein markanter kirchenpolitischer Rückschritt in Oldenburg. Diese Bestimmung barg für die katholische Kirche genügend Konfliktstoff in sich und war ursächlich mit für die Auslösung des Oldenburger Kirchenstreites von 1854 bis 1871 verantwortlich.[223] Denn sie lief aus katholischer Sicht auf eine Restauration des absolutistischen Kirchenregiments aus der Zeit vor 1848 hinaus und wurde nicht ohne Grund zur juristischen Quelle tiefer und langer Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staatsministerium. Der Staat der Reaktion war wesentlich skeptischer, was die politische Freiheit seiner Bürger und ihrer Korporationen einschließlich ihrer Religionsgesellschaften betraf, und griff - durch die Erfahrung der Revolution erheblich verunsichert - wieder verstärkt auf politische Instrumente autoritärer Herrschaftstechnik zurück.

Ausdrücklich wurde aber die Aufhebung des landesherrlichen Plazet und Visum für die katholische Kirche bestätigt.[224] Das änderte aber nichts daran, daß Konvention und Normativ in Kraft blieben und weiterhin eine Sonderstellung der katholischen Kirche in Oldenburg begründeten. Bis zum Erlaß der Ausführungsgesetze galten auch nach dem revidierten Staatsgrundgesetz weiterhin die staatskirchenrechtlichen Bestimmungen aus den Jahren 1830/31 und blieben die Artikel des revidierten Staatsgrundgesetzes kirchenpolitische Absichtserklärungen. In Kraft traten unmittelbar nach der Verabschiedung

---

[222] GESETZBLATT, Bd. 13, S. 165f. Die entsprechenden Bestimmungen des revidierten Staatsgrundgesetzes lauteten: 1. "Jede Religionsgenossenschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, unbeschadet der Rechte des Staats." (Art. 78 § 1) 2. "Die den Religionsgenossenschaften zustehende Wahl, Ernennung oder Einsetzung ihrer Beamten und Diener erfordert von Seiten der Staatsgewalt nur die Gutheißung nach Maßgabe der Gesetze oder Verträge." (Art. 79)

[223] Zum "Oldenburger Kirchenstreit" vgl. Kap. 3.: Staat und katholische Kirche in der Zeit des Oldenburger Kirchenstreites (1854 bis 1871).

[224] GESETZBLATT, Bd. 13, S. 166: "Das in Angelegenheiten der katholischen Kirche geübte Landesherrliche Placet und Visum bleibt aufgehoben." (Art. 78 § 3)

des revidierten Staatsgrundgesetzes lediglich die Aufhebung von Plazet und Visum sowie die Vorschrift für die Wahl, Ernennung und Einsetzung der kirchlichen Beamten. Josef Zürlik faßt aus der Perspektive der katholischen Kirche das enttäuschende Ergebnis der politischen Reaktion in Oldenburg in den Worten zusammen:

> "An dem Verhältnis des Staates zur katholischen Kirche gingen in Oldenburg auf diese Weise die freiheitlichen Errungenschaften des Jahres 1848 und der daraus geborenen oldenburgischen konstitutionellen Verfassung formell und materiell nahezu vollständig vorbei. Die katholische Kirche blieb die außerhalb der Verfassung stehende, beargwöhnte und nach den Grundsätzen des Staatskirchentums streng beaufsichtigte Kirche einer erst teilweise in den Staat integrierten Minderheit."[225]

Dieser Umstand, den Zürlik artikuliert, ist von der katholischen Kirche damals selbst als politischer Rückschlag wahrgenommen worden. Er wurde von ihr akzeptiert, um das Verhältnis zu Oldenburg nicht durch einen politischen Dauerkonflikt zu belasten. Die Opposition der katholischen Kirche gegen die restriktiven Bestimmungen des revidierten Staatsgrundgesetzes nährte sich aber aus der frustrierten "cura religionis" und nicht aus der politischen Enttäuschung über das frühe Ende des oldenburgischen Liberalismus. In der regionalgeschichtlichen Literatur hingegen ist diese politische Niederlage der katholischen Kirche in Oldenburg sehr indifferent gewürdigt worden. Das hatte zur Folge, daß das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem protestantischen Staatswesen in unzulässiger Weise harmonisiert und idealisiert wurde; das Gegenteil war vielmehr der Fall. Von 1803 bis zur Reichsgründung des Jahres 1871 wurde das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der protestantischen Landeshoheit von andauernden Konflikten erschüttert, die den erbittert um jeden Platzvorteil ringenden Kontrahenten nur selten eine Atempause gewährten.

Die schulpolitische Debatte im Vereinbarenden Landtag entzündete sich an der Frage, ob das oldenburgische Volksschulwesen nach Maßgabe der Frankfurter Beschlüsse organisiert werden oder hinter sie zurückfallen sollte. Nach den Bestimmungen der Frankfurter Nationalversammlung, die das Vechtaer "Sonntags=Blatt" in seiner Ausgabe vom 8. Oktober 1848 vorstellte und kommentierte, war das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen der Oberaufsicht des Staates unterstellt und die Geistlichkeit der Beaufsichtigung des Schulwesens definitiv enthoben. Träger der Volksschulen waren die Gemein

[225] ZÜRLIK, Kirchen 1, S. 70f.

den, die auch die Lehrer besoldeten. In der entscheidenden Passage der Frankfurter Beschlüsse hieß es:

> "Das gesammte Unterrichts= und Erziehungswesen steht unter Oberaufsicht des Staates und ist der Beaufsichtigung der Geistlichkeit als solcher enthoben."[226]

Daran knüpfte das "Sonntags=Blatt" erhebliche Befürchtungen für das konfessionelle Schulwesen in Oldenburg und warnte eindringlich vor einer Übertragung der Frankfurter Beschlüsse auf die Verhältnisse im eigenen Lande. Wenn die Frankfurter Beschlußlage Reichsgesetz würde, befürchtete das Vechtaer Sonntagsblatt, "so werden die vorgetragenen Sätze für unser Land Gesetz werden, weil der Landtag zu Oldenburg beschlossen hat, daß die Beschlüsse der Nationalversammlung in unserem Lande verbindlich sein sollen. Der Entwurf des Oldenburgischen Staatsgrundgesetzes weicht von jenen Sätzen ebenfalls eigentlich nicht ab." Die Zeitung in Vechta zeigte sich besorgt darüber, daß dem Münsterland aus dem Freiheitssturm des Jahres 1848 große Nachteile erwachsen könnten:

> "Fügt man diesem Allen nun noch hinzu, daß nach dem Beschlusse der Nationalversammlung die Kirche vom Staat getrennt ist; daß insbesondere beschlossen ist: Jede Religionsgesellschaft (Kirche) ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, so ist klar, daß das Verhältniß der Kirche zum Staate und der Schule zu beiden, namentlich zur Kirche in vieler Beziehung anders geworden ist, als sie bisher war, ob zum Heile des Ganzen muß sich finden. [...] so dürfen wir hoffen, daß uns das Jahr 1848 mit den Segnungen der politischen Freiheit nicht auch Nachtheile in Beziehung auf Staat, Kirche und Schule gebracht habe."[227]

In der Beratung und Abstimmung über die Schulfrage erlitt der südoldenburgische Katholizismus seine erste politische Niederlage seit der Märzbewegung des Jahres 1848 und konnte sich gegen die liberale Landtagsmehrheit nicht durchsetzen. Das Staatsgrundgesetz unterstellte in Übereinstimmung mit den Frankfurter Beschlüssen das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen der Oberaufsicht des Staates und enthob die Geistlichkeit ausdrücklich der Beaufsichtigung der Schulen, vom Religionsunterricht abgesehen. In dem entscheidenden Art. 84 des Staatsgrundgesetzes hieß es:

> "Das Unterrichts= und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats, und ist, abgesehen vom Religions=Unterricht, der Beaufsichtigung der Geistlichkeit ent

[226] Sonntagsblatt vom 8.10.1848: vorläufiger § 37.
[227] Ebd.

> hoben. Den Religionsunterricht beaufsichtigen und leiten die betreffenden Religionsgesellschaften."[228]

Zur Wahrnehmung der oberen Schulaufsicht sollte eine obere Schulbehörde gebildet werden, "worin sich Mitglieder aus den verschiedenen Religionsgenossenschaften befinden." Die unteren Schulbehörden sollten "neu eingerichtet" werden und auch Geistliche zu ihren Mitgliedern zählen können (Art. 85):

> "Die Mitglieder derselben werden von den Gemeinden frei gewählt; Geistliche und Lehrer sind wählbar."

Die Volksschulen waren nach dem Staatsgrundgesetz Gemeindeanstalten und nach diesem so einzurichten, "daß die Jugend in denselben eine allgemein=menschliche und bürgerliche, so wie auf Verlangen der betreffenden Gemeinde eine religiös=confessionelle Bildung erhält." Der Staat stellte unter gesetzlich geordneter Beteiligung der Gemeinden die Lehrer der Volksschulen an, wobei auf Verlangen der Gemeinden Zeugnisse "über die religiös=confessionelle Befähigung" der Bewerber beigebracht werden mußten. Das Schulgeld wurde aufgehoben, und für "die Bildung tüchtiger Volksschullehrer ist durch Vervollkommnung der dazu vorhandenen Anstalten zu sorgen." Sie mußten "auf Antrag der betreffenden Religionsgesellschaften so eingerichtet und beaufsichtigt werden, daß dadurch die religiös=confessionelle Bildung der heranzubildenden Lehrer gesichert ist." Bis zur Verabschiedung eines Ausführungsgesetzes, das "unter Hinzuziehung von Schulmännern der verschiedenen Confessionen" zu entwerfen war, blieben die bestehenden Gesetze und Einrichtungen in Kraft.

Mit dieser parlamentarischen Entscheidung erreichte das oldenburgische Schulwesen den Standard, der durch die Beschlußlage der Frankfurter Nationalversammlung im Herbst 1848 vorgegeben war. Eine protestantische Mehrheit vertrat im Vereinbarenden Landtag liberale schulpolitische Grundsätze und verhinderte gegen das Votum der katholischen Minderheit einen kulturpolitischen Rückschritt, weil sie die konfessionellen Argumente den politischen unterordnete. Mit dem Staatsgrundgesetz reklamierte die Politik die Schulaufsicht wieder für den Staat und schloß die Geistlichkeit aus, war aber aufgrund der sozialen und konfessionellen Verhältnisse im Lande zu

---

[228] GESETZBLATT, Bd. 12, S. 81ff., auch zum folg. (VI. Abschnitt: Von den Unterrichts= und Erziehungsanstalten).

schulpolitischen Konzessionen bereit, um die Kontinuität in der Schulverwaltung zu garantieren und die politische Integrität des Landes nicht zu schwächen. Dabei wurde das schulpolitische Monopol der katholischen Kirche gebrochen, aber die konfessionelle Gliederung des Schulwesens nicht ausdrücklich aufgehoben. Diese Frage war wie viele andere den Ausführungsgesetzen vorbehalten. Darin sah der südoldenburgische Katholizismus seine schulpolitische Chance, die es zu einem späteren Zeitpunkt wahrzunehmen galt. Er war innerlich auf die Reaktion vorbereitet.

Die Revision des Staatsgrundgesetzes im Jahre 1852 nahm die schulpolitischen Entscheidungen von 1849 zwar nicht grundsätzlich zurück, verzichtete allerdings auf die umstrittene Frankfurter Bestimmung, die die Geistlichkeit der Aufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen mit Ausnahme des Religionsunterrichts ausdrücklich enthoben und die katholischen Abgeordneten in Oldenburg politisch brüskiert hatte. Im revidierten Staatsgrundgesetz blieb es bei der knappen Formulierung:

> "Das Unterrichts= und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats."[229]

In den nachfolgenden Bestimmungen wurde das konfessionelle Schulwesen des Landes als Verfassungsnorm wieder restauriert und das Verhältnis zwischen Kirche und Schule als eine "nothwendige Verbindung" betrachtet:

> "Die nothwendige Verbindung zwischen Kirche und Schule wird, unter Berücksichtigung der konfessionellen Verhältnisse, durch das Gesetz geregelt. In die oberen und unteren Schulbehörden sollen auch Geistliche und Schulmänner berufen werden.
> Die oberen Schulbehörden des Herzogthums Oldenburg sollen für die evangelischen so wie für die katholischen Lehranstalten gesondert bestehen und so eingerichtet werden, daß der betheiligten Kirche die zur religiös=konfessionellen Bildung der Jugend erforderliche Einwirkung gesichert sei."

Damit war die Konfessionalität der oberen Schulverwaltung verfassungsrechtlich gesichert und die Liberalisierung von 1849 wieder zurückgenommen worden. Das katholische Südoldenburg sah darin einen großen Erfolg und bedrängte seine Abgeordneten im Vechtaer Sonntagsblatt, der vereinbarten Verfassungsrevision ihre Zustimmung nicht länger zu versagen. Die schulpolitischen Bestimmungen des revidierten Staatsgrundgesetzes stellten auch dem Verfassungsgeiste nach eine erhebliche Korrektur von 1848/49

---

[229] GESETZBLATT, Bd. 13, S. 167, auch zum folg. (V. Abschnitt: Von den Unterrichts= und Erziehungsanstalten, Art. 82).

dar. Analog zum Verhältnis zwischen Staat und Kirche wurden auch Schule und Kirche wieder enger zusammengerückt, um Staat und Gesellschaft in der nachrevolutionären Ära strukturell zu stützen. Der konstitutionelle Staat sah seine Legitimationsbedürfnisse in der revidierten Verfassungsurkunde besser geschützt als im liberalen Staatsgrundgesetz. Die Volksschulen blieben nach dem Wortlaut des revidierten Staatsgrundgesetzes Gemeindeanstalten, mit der politischen Maßgabe, "daß die Jugend in denselben eine allgemein menschliche und bürgerliche, so wie eine religiös=konfessionelle Bildung erhält." Auch die Anstalten für die Lehrerbildung in Oldenburg und Vechta waren so einzurichten, "daß dadurch die religiös=konfessionelle Bildung der heranzubildenden Lehrer gesichert ist."[230] Die schulpolitische Reaktion hatte in Oldenburg über die Errungenschaften des politischen Liberalismus der Jahre 1848/49 gesiegt.

Durch die Verfassungsrevision, die man in erster Linie Großherzog Paul Friedrich August zu verdanken glaubte, erfuhr der südoldenburgische Katholizismus eine erhebliche kulturpolitische Rehabilitierung, die nicht ohne Wirkung auf die Beziehung zwischen dem protestantischen Landesherrn und der katholischen Minorität im Lande bleiben konnte. Was die Revolution den Katholiken des Münsterlandes auf der Höhe des liberalen Zeitgeistes angeblich nehmen wollte, gestanden ihnen der Großherzog und nach langem Zögern auch der Landtag wieder zu und bestärkten sie in ihrer auch in revolutionären Tagen niemals in Frage gestellten Loyalität zum oldenburgischen Fürstenhaus. Diesem politischen Eindruck kam die Persönlichkeit des legitimistisch und dynastisch eingestellten Großherzogs Paul Friedrich August offensichtlich sehr entgegen. Wie die eindringlichen Warnungen Diedrich Klävemanns im Landtag zeigen, spielte der Monarch mit dem Gedanken, die neue Verfassung, das Staatsgrundgesetz, zu suspendieren. Diesen Plan hat er zwar schließlich aufgegeben, aber nach dem Einsetzen der Reaktion die politische Chance zur Verfassungsrevison aufgegriffen und sie zielstrebig "im Einvernehmen mit dem jetzt konzessionsbereiten Landtag" durchgeführt.[231]

Das Konfessionalitätsprinzip holte in der politischen Reaktion nach 1848 die Ansätze einer freien politischen Meinungs- und Willensbildung in Südoldenburg wieder ein. Auch beim Vechtaer Sonntagsblatt erhielten die aus der "cura religionis" fließenden Interessen der katholischen Kirche wieder absoluten

[230] GESETZBLATT, Bd. 13, S. 168f.: Art. 87, 89.
[231] FRIEDL, Handbuch, S. 555 (von Hans Friedl).

Vorrang vor den politischen Forderungen des Tages, die das Menetekel eines liberalen Schulwesens an die Wand gezeichnet hatten. Das Blatt zeigte sich äußerst kompromißbereit und wies mit Nachdruck darauf hin, "daß die nothwendige Verbindung zwischen Kirche und Schule unter Berücksichtigung der confessionellen Verhältnisse durch das Gesetz geregelt werden solle, daß für die katholischen Lehranstalten gesonderte, d. h. von den protestantischen getrennte, Schulbehörden errichtet werden sollen, so wie, daß in den obern und untern Schulbehörden Geistliche und Schulmänner gewählt werden sollen". Im Falle einer weiteren Verzögerung des Revisionsbeschlusses befürchtete es die unübersehbaren Folgen einer politischen Reaktion. Es stehe in der Macht der katholischen Abgeordneten, "ob in unserm Lande die für uns, wie in fast allen Ländern Deutschlands durch die Verhältnisse und den jetzigen Bundestag gebotene Revision der Märzverfassungen, in Frieden vor sich gehen, dem Lande eine, wenn auch in etwa geschmälerte Verfassung verbleiben" oder die Reaktion gänzlich über die Errungenschaften der Märzbewegung obsiegen sollte. Das entscheidende Kriterium für die Zustimmung zur Verfassungsrevision ist in den schulpolitischen Bestimmungen des Jahres 1852 zu sehen, die Kirche und Schule wieder in ihre historische Verbindung setzten. Neben den liberalen Fortschritten in der Beschränkung des "jus territoriale circa sacra" müsse man auch zur Kenntnis nehmen, daß das Staatsgrundgesetz die Geistlichkeit seinerzeit der Aufsicht des Unterrichts- und Erziehungswesens gänzlich enthoben und vorgesehen habe, "daß nur eine obere Schulbehörde gebildet werden solle, worin sich Mitglieder aus den verschiedenen Religionsgenossenschaften befinden sollten." [232] Der politische Katholizismus in Südoldenburg schlug sich 1852 in erster Linie aus schulpolitischen Motiven auf die Seite der Reaktion.

Die Annahme des Revisionsbeschlusses setzte das Konfessionalitätsprinzip in einen politischen Rang ein, der die "bona particularia" der katholischen Kirche wieder zu den entscheidenden Kriterien politischen Handelns erhob.[233] In der Reaktion Südoldenburgs siegte der politisch-religiöse Fun

---

[232] Sonntagsblatt vom 19.9.1852: "Ein offenes Sendschreiben an die Hrn. Abgeordneten **Crone** und **Lehmkuhl.**"

[233] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 63. Die aus der geoffenbarten übernatürlichen christlichen Religion fließenden Ansprüche und Interessen der katholischen Kirche bezeichnet Bökkenförde als "bona particularia". Sie machten den Kernbestand des "bonum commune" im deutschen Katholizismus aus, weil sie - selbst unmittelbar zu Gott - politisch nicht zur Disposition standen. Diese Auffassung erfuhr in der Neuscholastik, die "zwischen den übergeschichtlichen naturrechtlichen Grundsätzen der staatlichen Ordnung und den vom Naturrecht nicht abhängigen und daher dem geschichtlichen Wandel unterliegenden konkreten Staats- und Verfas-

damentalismus der katholischen Kirche über den politischen Liberalismus in Oldenburg, obwohl sich dieser stets kirchen- und religionsfreundlich gezeigt hatte. Die Folge war eine nachhaltige Schwächung des demokratischen Liberalismus im Lande, an dem Südoldenburg politisch ohnehin kaum partizipierte. Die Chancen für eine Liberalisierung des gesellschaftlichen wie des politischen Lebens im katholischen Milieu Südoldenburgs waren durch die Verfassungsrevision und die zurückgekehrte politische Ruhelage weiter geschwunden. Die gravierenden Konflikte zwischen dem konstitutionellen Staat und der katholischen Kirche wurden aber einer breiteren Öffentlichkeit vorenthalten. Die Ausblendung politischer Konfliktlagen war Bestandteil einer Herrschaftstechnik, auf die sich die Kontrahenten im Oldenburger Kirchenstreit stillschweigend verständigten. Über die Köpfe der katholischen Untertanen hinweg wurden die Konflikte zwischen Staat und Kirche ausgetragen, denn für einen "Kirchenkampf" eignete sich der Oldenburger Kirchenstreit nicht. Dazu fehlte es ihm an politischer Substanz und religiöser Symbolik. Die Existenz des katholischen Milieus in Südoldenburg stand im oldenburgischen Konstitutionalismus niemals auf dem Spiel, auch nicht in den Zeiten des preußischen "Kulturkampfes", der auf das Herzogtum nicht übertragen wurde.[234]

2.5. Landgemeindereform und Schulgesetzgebung

Mit dem Tode von Großherzog Paul Friedrich August im Jahre 1853 schloß die historische Ära von Revolution und Verfassungsrevision in Oldenburg. Unter seinem Nachfolger Nikolaus Friedrich Peter (1853 - 1900) kam es in der Mitte der 1850er Jahre zu einer Reformbewegung, die auf dem Sektor der kommunalen Selbstverwaltung und des Schulwesens Strukturen durchsetzte, die für die Entstehung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von Bedeutung waren. Die Reformen setzten im wesentlichen Bestimmungen des revidierten Staatsgrundgesetzes in konkrete landespolitische Entscheidungen um. Mit der Einrichtung konfessionell getrennter Oberschulkollegien wurde die Konfessionalität des Schulwesens in Oldenburg nachhaltig bestätigt.

---

sungsformen" grundsätzlich unterschied, ihren metaphysischen Grund. Darin sieht Böckenförde einen Grund für den bedingungslosen Einsatz, den der deutsche Katholizismus für die Interessen der katholischen Kirche immer wieder übte: "Vollen persönlichen Einsatz verdient im Grunde nur das, was von den naturrechtlichen Prinzipien unmittelbar gefordert ist."

[234] ZÜRLIK, Kulturkampfgesetze, S. 143-176.

Nach Carl Haase enthielt das Staatsgrundgesetz von 1849 eine "musterhafte Gemeindeordnung, eine Ordnung, die in ihren Grundzügen nahezu ein Jahrhundert Bestand haben konnte und nur in Anbetracht der sich wandelnden politischen Umwelt revidiert werden mußte".[235] Am 15. Juli 1849 legte die Staatsregierung einen Entwurf für die oldenburgische Gemeindeordnung vor, der sich zwar an außeroldenburgischen Vorbildern orientierte, aber den politischen Anspruch des Staatsgrundgesetzes erfüllte. Die Revision des Staatsgrundgesetzes führte aber auch in der Frage der kommunalen Selbstverwaltung zu einem politischen Kurswechsel. Am 9. Juli 1851 wurde eine neue Kommission berufen, die nach der großherzoglichen Instruktion zu arbeiten hatte, daß der vorgesetzten Staatsbehörde in Zukunft eine größere Zuständigkeit in den Gemeinden eingeräumt werde. Vor allem das unbeschränkte Wahlrecht aus dem Staatsgrundgesetz von 1849 sollte in den Städten und Gemeinden aufgehoben und durch einen Zensus eingeschränkt werden. Das bedeutete einen großen Rückschlag in der oldenburgischen Kommunalpolitik.

Aufgrund der Instruktion von 1851 legte die Kommission am 11. August 1854 einen neuen Entwurf vor, der nach wenigen Änderungen am 8. November 1854 an den Landtag überwiesen wurde. Die parlamentarische Debatte entzündete sich vor allem an der Frage des aktiven und passiven Wahlrechts in den Gemeinden und führte zu dem Ergebnis, daß in den Genuß des aktiven Wahlrechts kommen sollte, wer über Grundbesitz verfügte oder Armensteuer zahlte; beim passiven Wahlrecht wurde der Grundbesitz wie in der Gemeindeordnung von 1831 privilegiert. Nach weiteren Verhandlungen wurde die neue Gemeindeordnung am 1. Juli 1855 verkündet.[236]

Nach der Gemeindeordnung von 1855 war die Aufsichtsinstanz für die Gemeinde das Amt, das über die Gesetzmäßigkeit der Gemeindeverwaltung zu wachen hatte, und als Oberinstanz die Staatsregierung. Der Gemeindevorsteher wurde vom Gemeinderat gewählt und von der Regierung bestätigt; seine freie Wahl war also gesichert. Die Staatsaufsicht beschränkte sich im wesentlichen auf Kontrollaufgaben und die Intervention in Streitfällen. Grundlage der Gemeindeordnung war eine demokratische Repräsentativverfassung. Es gab keine Gemeindeversammlung mehr, sondern nur noch stimmberechtige Gemeindebürger, die ihr persönliches Stimmrecht ausübten. Ihre Aufgabe

[235] HAASE, Gemeindeordnung, S. 29ff., auch zum folg.
[236] Ebd., S. 35-40.

war die Wahl des Gemeinderates, der auf vier Jahre gewählt wurde. Der Gemeindevorsteher bildete die Exekutive des Gemeinderates und erhielt eine jährliche Vergütung aus der Gemeindekasse. Er war zugleich aber auch Staatsbeamter und fungierte somit als Bindeglied zwischen Gemeinde und Staat, kommunaler Selbstverwaltung und Staatsaufsicht. Für die Städte wurden einige gesonderte Bestimmungen erlassen. Die Städte erster Klasse, Oldenburg und Jever, unterstanden unmittelbar der Regierung. Für die Selbstverwaltung der Städte erster und zweiter Klasse war ein kollegialer Magistrat, bestehend aus dem Bürgermeister und zwei Magistratsmitgliedern, zuständig. Die Wahl der städtischen Magistratsmitglieder wurde gemeinsam durch den amtierenden Magistrat und den Gemeinderat vorgenommen; die Amtsdauer betrug zwölf Jahre.[237]

Carl Haase stellt fest, daß "das bescheidene Pflänzchen der Selbstverwaltung" auf kommunaler Ebene in Oldenburg eher von oben oktroyiert als von unten gewachsen war und im Grunde eine "recht bescheidene Ergänzung des Obrigkeitsstaates", aber doch einen Versuch, "den Bürger am Staat zu beteiligen", darstellte. Die Reform von 1855 konnte das politische Erbe der absoluten Monarchie nicht gänzlich aufheben.[238] Aber mit der Gemeindeordnung von 1855 wurde in Oldenburg zum erstenmal eine originär politische Kommunalverfassung installiert, die sich von den Strukturen der Kirchspielsverfassung wesentlich unterschied. Anhand der Neuwahl des Gemeinderates in Vechta vom 30. Oktober 1855 wird deutlich, wie ungleichgewichtig sich der Zensus auf das Wahlergebnis auswirkte. Zu wählen waren 12 Mitglieder und 6 Ersatzmänner, von denen 8 Haus- oder Grundbesitzer sein mußten (Gemeinderäte I. Klasse), die restlichen konnten aus der I. und II. Klasse gewählt werden. Während der I. Klasse der mindestens 5 Rt. Kontribution zahlenden Bürger nur knapp 50 Personen angehörten, zählte die II. Klasse, die lediglich ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder stellte, im Jahre 1855 218 Personen. Die II. Klasse bestand hauptsächlich aus selbständigen Handwerkern, die das wirtschaftliche Leben in Vechta bestimmten:

> "Trotz ihres herrschenden Einflusses auf Handel und Wandel in der Stadt waren sie in der Gemeindevertretung unterrepräsentiert. Die Geschicke Vechtas wurden im wesentlichen von der höheren Beamtenschaft, den Kaufleuten und Fabrikanten bestimmt."[239]

---

[237] Ebd., S. 40-43.
[238] Ebd., S. 4f.
[239] HARTMANN, Vechta, S. 119.

Die Gemeindeordnung von 1855 wurde 1873 novelliert und blieb in ihrer Struktur über 1918 hinaus bis 1935 in Kraft. Die Anzahl der Ämter, in denen der Amtshauptmann der "Wahrer und Wächter der staatlichen Autorität" war, schwankte erheblich.[240] Im Bereich des heutigen Landkreises Cloppenburg bestanden bis 1879 die Ämter Friesoythe, Cloppenburg und Löningen; das Amt Löningen wurde 1879 mit dem Amt Cloppenburg vereinigt.[241] 1814 wurde der heutige Landkreis Vechta in die Ämter Vechta, Damme, Steinfeld und "Herrlichkeit Dinklage" aufgeteilt. Aufgrund von Verordnungen aus dem Jahre 1827, die die Gliederung der Amts- und Obergerichtsbezirke betrafen, wurde Dinklage in das Amt Steinfeld eingegliedert. Durch das Gerichtsverfassungsgesetz von 1877 wurden auch die Ämter Damme und Steinfeld aufgehoben, und der gesamte Landkreis Vechta bildete seitdem einen Amtsverband.[242] 1855 wurden die Stadtgemeinde Cloppenburg und die Landgemeinde Krapendorf vereinigt, eine Verwaltungsreform, die in der Bürgerschaft der beiden in ihrer Struktur ganz gegensätzlichen Gemeinden nicht unumstritten war.[243] Durch das Ämtergesetz von 1857 blieben die Ämter Gerichts- und Verwaltungsbehörden erster Instanz. An ihre Spitze traten zwei Oberbeamte, der Amtmann als Verwaltungsbeamter und der Amtsrichter als Justizbeamter, die sich teilweise gegenseitig vertreten konnten; die Verwaltungsämter unterstanden unmittelbar der Regierung.[244]

Das zweite große Reformgesetz des Jahres 1855 betraf das Schulwesen des Landes. Durch das Schulgesetz vom 3. April 1855 wurden die Bestimmungen über die Unterrichts- und Erziehungsanstalten, die das revidierte Staatsgrundgesetz aus dem Jahre 1852 enthielt, realisiert. Das revidierte Staatsgrundgesetz hatte festgelegt, daß die Einwirkung der beteiligten Kirchen auf die religiös-konfessionelle Bildung der Jugend durch die Einrichtung von konfessionell geschiedenen oberen Schulbehörden für die evangelischen und katholischen Lehranstalten und durch die Beteiligung der Geistlichen bei den

---

[240] LÜBBING, Landesgeschichte, S. 178. Danach zählte die Landesverwaltung nach der sog. "Franzosenzeit" 25 Ämter, teilte die Verordnung von 1858 das Herzogtum in drei Städte erster Klasse (Oldenburg, Jever, Varel) und 19 Ämter ein, sah das Gesetz von 1879 12 Ämter vor, denen die Städte zweiter Klasse (Brake, Delmenhorst, Elsfleth, Friesoythe, Cloppenburg, Vechta und Wildeshausen) unterstanden.

[241] HEISE, Verwaltungsformen, S. 144.

[242] HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 212.

[243] NIEMANN, Paul: Wichtige Ereignisse Cloppenburgs im 19. Jahrhundert, IN: VuL 8/1935, S. 145f. Die Gegensätze zeigten sich u. a. bei der umstrittenen Bürgermeisterwahl im Jahre 1863.

[244] ECKHARDT, Staat, S. 352.

oberen und unteren Schulbehörden zu sichern sei.[245] Das Schulgesetz von 1855 etablierte ein evangelisches und ein katholisches Oberschulkollegium in Oldenburg und in Vechta unter staatlicher Oberaufsicht und übertrug ihnen die Leitung des gesamten Unterrichts- und Erziehungswesens einschließlich der konfessionell ebenfalls geschiedenen Schullehrerseminare. Den Oberschulkollegien gehörten jeweils das erste geistliche Mitglied des Evangelischen Oberkirchenrats und der vorsitzende Geistliche des Bischöflichen Offizialats als ständige Mitglieder an. Die vom Großherzog ernannten übrigen Mitglieder mußten die betreffende Konfession vertreten, unter ihnen sollte jeweils ein Geistlicher und ein Schulmann sein. Die Mehrheit der Mitglieder des katholischen Oberschulkollegiums konnte nur im Einverständnis mit dem Bischöflichen Offizial ernannt werden. In die Funktion des Vorsitzenden berief der Großherzog jeweils ein Mitglied des Oberschulkollegiums.[246] Im Katholischen Oberschulkollegium wurde dazu der Bischöfliche Offizial bestellt.

Am 1. August 1855 wurde das Katholische Oberschulkollegium (KOSK) in Vechta durch eine Bekanntmachung des Staatsministeriums eröffnet. Unter dem Vorsitz des neuen Bischöflichen Offizials Engelbert Reismann (1853 - 1872) bestand es aus dem "advocatus piarum causarum" Driver, dem Offizialatsassessor Schuling, dem Rektor Professor Nieberding und dem Landgerichtsassessor Bartel. Gleichzeitig gehörten Offizial Reismann, Rektor Nieberding und Offizialatsassessor Schuling auch dem gemeinsamen Direktorium von Gymnasium und Normalschule an.[247] So wurden die wichtigsten Funktionen in der oberen Schulaufsicht und Lehrerausbildung in Vechta weitgehend in Personalunion wahrgenommen.[248]

---

[245] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 120f.; GESETZBLATT, Bd. 13, S. 167-169 (V. Abschnitt: Von den Unterrichts= und Erziehungsanstalten).
[246] FIMMEN, Sammlung 1, S. 202-222 (Nr. 33).
[247] HINXLAGE, Offizialat, S. 37-41; FRIEDL, Handbuch, S. 589f. (von Willi Baumann u. Bernard Hachmöller). Nach dem Rücktritt Dr. Herolds im Jahre 1846 blieb das Bischöfliche Offizialat in Vechta bis 1853 unbesetzt. Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Oldenburg und Münster über strittige kirchen- und schulpolitische Bestimmungen des revidierten Staatsgrundgesetzes gab Großherzog Nikolaus Friedrich Peter im Herbst 1853 schließlich seine Zustimmung zur Ernennung des damals 45jährigen Pfarrdechanten Engelbert Reismann aus Kempen am Niederrhein. Reismann stand an der Spitze des Offizialats in der Zeit des Oldenburger Kirchenstreites (1854 - 1871). Er starb am 29. Februar 1872.
[248] WILLENBORG, Normalschule, S. 82-85.

Neben den Vorschriften für die obere Schulaufsicht enthielt das Schulgesetz von 1855 auch eine Reihe von Bestimmungen für die Wahrnehmung der unteren Schulaufsicht. Die Volksschulen, soweit sie Gemeindeschulen waren, wurden von Schulachten, die Gymmnasien vom Staat getragen. Die Schulachten waren Selbstverwaltungskörperschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit. An ihrer Spitze stand der von den Schulachtsmitgliedern gewählte Schulachtsausschuß und der Schulvorstand. Dem Schulvorstand gehörten als geborene Mitglieder der Leiter des Amtes (Amtshauptmann) bzw. der Stadtdirektor (Bürgermeister) der Städte I. Klasse als Vorsitzender ohne Rücksicht auf die Konfessionszugehörigkeit, der Pfarrer bzw. ein anderer Geistlicher des Kirchspiels und der erste Lehrer der Schule sowie zwei vom Schulachtsausschuß gewählte Mitglieder an. Während die äußere Verwaltung der von den Schulachten getragenen Schulen dem Schulachtsausschuß und -vorstand oblag, wurde die örtliche Schulaufsicht, die Dienst- wie die Fachaufsicht, einem neben dem Schulvorstand stehenden Lokalschulinspektor übertragen. Schulvorstand und Lokalschulinspektor bildeten also die untere Schulbehörde. Dadurch, daß die Funktion des Lokalschulinspektors durch Gesetz dem dem Schulvorstand angehörenden Geistlichen übertragen wurde, besaß dieser eine doppelte Funktion und stärkte damit den Einfluß des Klerus auf das Unterrichtswesen. Der Geistliche, in den katholischen Gemeinden in der Regel der örtliche Pfarrer, gehörte dem Schulvorstand als geborenes Mitglied an und nahm zugleich die Funktion des Lokalschulinspektors wahr.[249]

Das revidierte Staatsgrundgesetz sah weiterhin vor, daß die Anstalten für die Ausbildung von Volksschullehrern in der Weise zu gestalten seien, daß die religiös-konfessionelle Bildung der Lehrer gesichert werde. [250] Dieser Verfassungsauftrag für den Ausbau der Volksschullehrerbildung auf konfessioneller Grundlage wurde durch die Einrichtung des evangelischen und des katholischen Lehrerseminars ausgeführt. Die neue katholische Lehrerbildungsanstalt in Vechta nahm 1861 den Unterricht auf. Die Seminare unterlagen der Aufsicht des Evangelischen bzw. Katholischen Oberschulkollegiums, eine Regelung, die auf katholischer Seite dem Bischöflichen Offizial großen Einfluß auf die Lehrerausbildung sicherte. Aus historischer Perspektive kommt Josef Zürlik zu dem Ergebnis, daß das revidierte Staatsgrundgesetz

[249] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 121-123.
[250] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 120f.; GESETZBLATT, Bd. 13, S. 167-69 (V. Abschnitt: Von den Unterrichts= und Erziehungsanstalten).

und das Schulgesetz von 1855 "die Teilhabe der Kirche an der Aufsicht über die Schulen aus eigenem Recht" aufgehoben und "das gesamte Unterrichts- und Erziehungswesen der Alleinaufsicht des Staates als der Gesamtheit der an der Schule und über die Schule und andere Erziehungsanstalten bestehenden Rechte" unterworfen habe.[251] Aber in der schulpolitischen Wirklichkeit Südoldenburgs nahm die katholische Kirche im Schulwesen eine herausragende Führungsposition ein, die bis 1918 grundsätzlich nur von der Sozialdemokratie in Frage gestellt wurde.

Erstmals novelliert wurde das Schulgesetz von 1855 durch die Gesetzgebung vom 4. Februar 1910. Das Gesetz schrieb die allgemeine Schulpflicht vom 6. bis zum 14. Lebensjahr vor. Die Schulachten wurden aufgehoben und die Verwaltung der äußeren Volksschulangelegenheiten der bürgerlichen Gemeinde übertragen. Zuständig dafür war der Schulvorstand, der in einer Gemeinde mit gemischter Konfessionalität doppelt besetzt werden mußte.[252] Dem Schulvorstand in den Landgemeinden gehörten als geborene Mitglieder an der Gemeindevorsteher als Vorsitzender "ohne Rücksicht auf seine Konfession", der Pfarrer der Kirchengemeinde und der Hauptlehrer der Schule. Ergänzt wurde der Schulvorstand von "zwei bis vier von der Gemeindevertretung auf 6 Jahre zu wählenden Gemeindebürgern derselben Konfession, der die Schulen angehören."[253] Zu den Aufgaben des Schulvorstandes gehörten die Abgrenzung der Schulbezirke, die Einrichtung von neuen bzw. die Aufhebung von bestehenden Schulen und Hilfsschulen und die Trennung der Geschlechter in Schulen mit mehr als drei Klassen. Der Schulvorstand konnte die örtliche Schulaufsicht entweder an den Vorsitzenden oder das geistliche Mitglied gemeinsam oder an das geistliche Mitglied, also den Pfarrer der Kirchengemeinde, allein delegieren. Das geistliche Mitglied war außerdem verpflichtet, die Schulen regelmäßig zu visitieren.[254] Die Beaufsichtigung einer größeren Anzahl von Schulen und die Fachaufsicht über den Unterricht wurde Kreisschulinspektoren übertragen, welche nach einer vom Oberschulkollegium zu erlassenden Dienstanweisung

---

[251] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 123.

[252] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 418. Im § 16 hieß es: "Sind in einer Gemeinde Volksschulen beider Konfessionen, so wird für die Schulen jeder Konfession ein eigener Schulvorstand gebildet."

[253] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 419f. In den Stadtgemeinden gehören dem Schulvorstand als geborene Mitglieder der Bürgermeister, der Pfarrgeistliche der Kirchengemeinde, zu der die Schulen gehören, und die beiden dienstältesten Hauptlehrer an; ergänzt wird der Vorstand durch zwei bis vier von der Gemeindevertretung gewählte Bürger derselben Konfession, der die Schulen angehören. (§§ 17, 18)

[254] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 422f. (§§ 23, 24).

"aus der Zahl der praktisch geübten Schulmänner" zu entnehmen waren. Auch hier galt die Vorschrift, daß die Kreisschulinspektoren "der Konfession angehören müssen, deren Schulen von ihnen beaufsichtigt werden." Auf Wunsch waren die Kreisschulinspektoren mindestens einmal im Jahr zu einer Sitzung des Schulvorstandes einzuladen.[255]

Die Oberschulkollegien wurden nach dem Schulgesetz von 1910 strikt konfessionell organisiert, ihre Funktion aber blieb weitgehend unverändert. Als geborenes Mitglied gehörte dem katholischen Oberschulkollegium der jeweilige Bischöfliche Offizial in Vechta an. Das Staatsministerium wurde verpflichtet, vor der Ernennung der übrigen Mitglieder den Offizial zu konsultieren und etwaige Bedenken zu berücksichtigen.[256] Die oberen Kirchenbehörden wurden ausdrücklich befugt, "sich durch ihre Pfarrgeistlichen von dem Zustande der Schulen in Beziehung auf die religiös=konfessionelle Bildung der Schüler fortlaufend in Kenntnis zu halten" und die Ergebnisse der Prüfung dem Oberschulkollegium mitzuteilen.[257] Die Installierung von Kreisschulinspektoren stellte aber eine wesentliche Neuerung dar, weil sie den pädagogischen Charakter der staatlichen Schulaufsicht betonte und das Schulwesen unabhängiger von der Kirche stellte. Durch die Kreisschulinspektoren hatte der Staat - besonders nach der Aufhebung der Oberschulkollegien im Jahre 1932 - ein größeres politisches Aufsichtsrecht über die Schulen des Landes.

Das Schulgesetz von 1910 hielt weiterhin an der konfessionellen Gliederung des gesamten Schulwesens in Oldenburg fest und entsprach damit weitgehend den schulpolitischen Forderungen der katholischen Kirche. Große Teile der evangelischen Lehrerschaft hingegen waren mit der Reform nicht einverstanden: Sie hatten die Beseitigung des kirchlichen Einflusses auf die Schulbehörden und die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht gefordert und waren enttäuscht worden.[258] Während für die höheren Schulen, die laut Gesetz konfessionell nicht gebunden waren, ein Schulgeld erhoben wurde, waren die Volksschulen vom Schulgeld befreit. Als Schulträger wurden die bürgerlichen Gemeinden finanziell erheblich belastet, was sich besonders in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg auf die kommunalen Haushalte kritisch auswirkte. Der Staat verpflichtete sich gesetzlich, Kommunen mit einem ge

[255] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 424f.
[256] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 414 (§ 2).
[257] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 415 (§ 7).
[258] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 127-130.

ringen Steueraufkommen im Rahmen eines Finanzausgleichs durch Beihilfen zu unterstützen. Zu den nebendienstlichen Küster- und Organistendiensten wurden die Lehrer durch das Schulgesetz von 1910 ausdrücklich verpflichtet.[259] Für die solide Grundlage des konfessionell gegliederten Schulsystems in Oldenburg spricht die Tatsache, daß die grundsätzliche Debatte über den Aufbau des Schulwesens überhaupt erst 1919 wieder auf der politischen Tagesordnung erschien und in der verfassunggebenden Landesversammlung eröffnet wurde.

[259] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 437f.: Von den Nebengeschäften der Lehrer.

3. Staat und katholische Kirche in der Zeit des Oldenburger Kirchenstreites (1854 bis 1871)

3.1. Der Streit um die Wiederbesetzung des Bischöflichen Offizialats (1852)

Seinem Grunde nach handelte es sich beim Oldenburger Kirchenstreit, der bald nach dem Abschluß der Verfassungsrevision ausgelöst wurde, um eine "Institutionenrivalität", in der sich Staat und katholische Kirche in der Frage nach der Besetzung von vakant gewordenen Pfarrstellen um entsprechende Kompetenzen stritten.[260] Ausgangspunkt war die umstrittene Bestimmung des revidierten Staatsgrundgesetzes, wonach für die Wahl und Einsetzung kirchlicher Amtsträger wieder "die Gutheißung nach Maßgabe der Gesetze oder Verträge" erforderlich war. Der Wunsch der katholischen Kirche, durch Ausführungsgesetze zum Art. 78, 1 des revidierten Staatsgrundgesetzes das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche auf eine neue Grundlage zu stellen und dadurch das absolutistische Kirchenregiment aus der Zeit vor 1848 aufzuheben, erfüllte sich nicht. Oldenburg übernahm in dieser Auseinandersetzung, in dem es wie im "Kulturkampf" um "das Rangverhältnis zwischen Staat und Kirche und die daraus fließende Befugnis zur Abgrenzung der beiderseitigen Zuständigkeitsbereiche" ging, im Verhältnis zum Reich und den anderen deutschen Staaten eine gewisse Vorreiterfunktion, "indem die Grundsatzfrage des Verhältnisses des konstitutionellen Staates zur katholischen Kirche im 19. Jahrhundert mit einem zeitlichen Vorsprung von nahezu zwei Jahrzehnten aufgerollt wurde".[261]

Den Auftakt zum Oldenburger Kirchenstreit bildete die Auseinandersetzung um die Wiederbesetzung des Offizialats in Vechta, das seit dem Rücktritt Dr. Herolds am 29. August 1846 vakant war. Im Konflikt zwischen Staat und katholischer Kirche, in dem dem Offizialat eine Schlüsselfunktion zukam, rangen die beiden Gewalten grundsätzlich um die Trennung der politischen und kirchlichen Sphäre. Dabei stand dem Interesse Münsters, die Angelegenheiten der katholischen Kirche ausschließlich durch die Hand des Diözesanbischofs zu regulieren, die Absicht Oldenburgs entgegen, das Land politisch -

[260] Vgl. dazu KUROPKA, Kirche, S. 490ff.
[261] ZÜRLIK, Kirchen 1, S. 73.

die Wiederbesetzung des Offizialats war für Oldenburg ein solches Politikum - ohne die Intervention einer exterritorialen Macht zu regieren.

Die Fronten zwischen Oldenburg und Münster waren nicht neu. Der Bischof von Münster, Dr. Johann Georg Müller, erinnerte im Schreiben an die Staatsregierung in Oldenburg vom 24. Januar 1851 daran, "daß die Genehmigung des päpstlichen Stuhls in Betreff der Convention vom 5ten Januar 1830 wegen Regulirung der Diöcesan=Verhältnisse der katholischen Einwohner des Großherzogthums Oldenburg bis auf die bestätigte Stipulation zweier Oldenburgischer Ehrenkanonikate suspendirt geblieben, zugleich aber schon ausgesprochen worden ist, daß die Stellung des Offizials, sowie sie in der erwähnten Convention festgelegt worden, mit den kirchlichen Grundsätzen und der Natur des Mandats=Verhältnisses, in welchem derselbe zu dem Diöcesan=Bischofe - der ihm solches ertheilt - steht, nicht vereinbar sei". Aus der Tatsache, daß die Einrichtung des Bischöflichen Offizialats vom Vatikan bisher nicht anerkannt worden war, leitete Müller Konsequenzen für seine Wiederbesetzung ab. Nach dieser Interpretation war der Offizial Mandatsträger des Bischofs von Münster und kein politischer Funktionsträger Oldenburgs. Münster sah hingegen den Offizial als kirchlichen Mandatsträger des Diözesanbischofs an und erklärte an die Adresse Oldenburgs seine Bereitschaft, den Offizial so weit mit umfassenden Vollmachten auszustatten, "als es die Vorschriften der kanonischen Gesetze und der nothwendige, lebendige und wirksame Verband, worin der Diöcesan=Bischof zu seinen Diöcesanen stehen muß, nur immer gestatten". Wenn Oldenburg sich kompromißbereit zeigen würde, so der Bischof, könne im Lande kirchenpolitischer Frieden einkehren:

> "Wenn nun - wie ich mir zu bemerken erlaubte, das Offizialat künftig in einer, den Prinzipien der Kirche und den gemeinen Rechten conformen Weise besetzt und bei der Besetzung dieser Umstand in Berücksichtigung gezogen wird, so hat Eure Großherzogliche Staatsregierung auch für die Zukunft eine derartige Fatalität - wie sie jetzt zu lösen vorliegt - nicht weiter zu befürchten."[262]

[262] StAO 31 - 13 - 112 - 3II, Bl. 271f. Johann Georg Müller wurde am 1. Juli 1847 zum Bischof von Münster gewählt. Müller erläuterte seinen Standpunkt gegenüber Oldenburg: "Diese Entscheidung des römischen Stuhls, die zugleich in der Natur des Verhältnisses durchaus begründet ist, darf bei der Wiederbesetzung des Offizialats nicht umgangen werden. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß die eingetretenen Verlegenheiten bei der nothwendig gewordenen Entfernung des Dr. Herold, als Offizials, nicht, oder doch nicht in dem vorhandenen Maaße eingetreten sein würde, wenn die Bestimmungen der Convention in Beziehung auf diese Stelle sich strenger auf dem kirchenrechtlichen Boden gehalten hätten. Der dortige Offizial versieht die Stelle eines General=Vicars, er kann daher nur als der Mandatar des jeweiligen Diöce-

Ministerialrat Runde präzisierte im Vortrag vom 11. September 1851 die Standpunkte der beiden Parteien und empfahl seiner Regierung einen intransigenten Kurs gegenüber der katholischen Kirche. Dem kirchenpolitischen Vorgehen von Bischof Müller lagen seiner Meinung nach eindeutige Absichten zugrunde, die auf die Aufhebung der Konvention von 1830 und die Beseitigung des landesherrlichen "jus circa sacra" überhaupt zielten. Als Rechtsgrundlage solle Art. 73 des Staatsgrundgesetzes dienen, der die Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Religionsgesellschaften garantiere:

> "Die Besetzung des Offizialats bietet eine erwünschte Gelegenheit, um die Konvention vom 5. Jan. 1830 überhaupt zu Fall zu bringen und auf diese Art das ganze der kath. Kirche unangenehme jus circa sacra zu beseitigen. Dahin geht das ganze Streben [...]."

Runde drängte darauf, an der Konvention festzuhalten und auf die unveräußerlichen Hoheitsrechte über die katholische Kirche nicht zu verzichten. Die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, die von der katholischen Kirche reklamiert wurden, durften nach Ansicht Rundes nicht so ausgelegt werden, daß sich der rechtliche Status der katholischen Kirche wesentlich änderte:

> "Dies würde [...] schon der Fall sein, wenn die Staatsregierung sich auf ein Paktieren über die Rechte des Staates in Bezug auf die Kirche einlassen wollte; sieht man die Kirche in der Weise als gleichberechtigt an, daß man ihr die Befugnis einräumt, über die Rechte des Staates zu paktieren, so wird man [...] von der kath. Kirche [...] nichts erlangen, sondern nur verlieren."[263]

Runde lehnte es ab, Staat und katholische Kirche zu koordinieren und als gleichberechtigte Organe zu betrachten. Die Koordinationstheorie bestimmte immer noch die Verhandlungsposition Münsters gegenüber Oldenburg, weil nur sie geeignet zu sein schien, die Stellung der Kirche im Lande aufzuwerten.

Als am 18. Dezember 1852 die Verhandlungen zwischen der Staatsregierung und der katholischen Kirche aufgenommen wurden, war mit der Revision des Staatsgrundgesetzes in Oldenburg eine neue Rechtsgrundlage geschaffen worden. Sie hatten erklärtermaßen das Ziel, "einige Bestimmungen der Konvention vom 5. Januar 1830 mit den Vorschriften des oldenburgischen

---

san=Bischofes, der ihm das Mandat ertheilt, betrachtet werden, und deshalb kann ihm in dieser Eigenschaft keine unwiderrufliche Anstellung auf Lebenszeit ertheilt werden."

[263] StAO 31 - 13 - 112 - 3II, Bl. 379ff.

Staatsgrundgesetzes vom 22.11.1852 in Einklang zu bringen" und auf dieser Basis die Wiederbesetzung des Offizialats voranzutreiben. Das "Protokoll (über die Verhandlungen zwischen der großherzoglichen Staatsregierung und dem Bischof von Münster)" bestätigte diese Absicht und hob damit die Konvention in den Rang einer Verhandlungsgrundlage. Um "Zweifel über einzelne durch die Konvention vom 5. Januar 1830 berührte Punkte, welche inzwischen bereits anderweit reguliert sind, bzw. über gewisse Angelegenheiten, deren Ordnung nach Art. 78 Ziff. 1 des Staatsgrundgesetzes der katholischen Kirche selbst zusteht, zu heben", trafen Oldenburg und Münster eine Reihe von Vereinbarungen. Danach sollten die Amtsträger der katholischen Kirche fortan vom Bischof bzw. Offizial ernannt werden. Die Ernennung erforderte nach Art. 79 des revidierten Staatsgrundgesetzes lediglich die Gutheißung durch die Staatsgewalt.[264] Für die dem Offizial vom Bischof zu übertragende Amtsgewalt wurde anerkannt, daß "die Natur eines reinen Mandatsverhältnisses zwischen dem Offizialat und dem Bischof in keiner Hinsicht aufgehoben und die bischöfliche Amtsgewalt und Oberaufsicht des Oldenburgischen Bezirks der Diözese Münster nicht ausgeschlossen ist". Die gestärkte Position des Diözesanbischofs kam auch in dem ihm zugesprochenen Recht zum Ausdruck, "die Kirchen des Oldenburgischen Bezirks jederzeit zu visitieren". Die bischöflichen Kommissare gaben ihre Hoffnung zu Protokoll, "daß seitens der Großherzoglichen Staatsregierung bald tunlichst auf die Erlassung der hiernach notwendigen Gesetze resp. Ausführungsbestimmungen, wodurch namentlich das in Art. 78 § 1 des Staatsgrundgesetzes ausgesprochene Prinzip zur Geltung komme, Bedacht genommen werde".

Die katholische Kirche konnte in den Verhandlungen deutliche Punktgewinne verzeichnen und ihre Stellung gegenüber dem konstitutionellen Staat in Oldenburg erheblich verbessern. Es war ihr gelungen, sich in die Rolle eines gleichberechtigten Verhandlungspartners einzusetzen und mit dem Staat über die Rechte der Kirche zu "paktieren". Voraussetzung dafür war die faktische Anerkennung der Konvention, die zur Grundlage für die Verhandlungen zwischen Staat und katholischer Kirche geworden war. Auf der Basis des Protokolls wurde am 21. Oktober 1853 der neue Offizial Engelbert Reismann ernannt. Aber die im Protokoll angesprochenen Ausführungsgesetze wurden mit Ausnahme des Schulgesetzes vom 3. April 1855 nicht erlassen.

---

[264] WEHAGE, Kirche, S. 68-70: Abdruck des Protokolls. Der entsprechende 3. Abschnitt des Protokolls lautete: "[...] Alle hier erwähnten Beamten und Diener der katholischen Kirche ernennt der Bischof resp. der Offizial und erfordert die Ernennung nur die Gutheißungen von Seiten der Staatsgewalt." (S. 69)

Der Grund, weshalb die Ausführungsgesetze zum revidierten Staatsgrundgesetz nicht zustande kamen, ist in dem politischen Bestreben des oldenburgischen Staatsministeriums zu sehen, die Kirche - in Verfolgung der Subordinationstheorie - wie jede andere gesellschaftliche Korporation dem Staatswesen unterzuordnen und den kirchenpolitischen Rechtsstatus aus uneingeschränkter Souveränität zu bestimmen. In dieser diffizilen Grundsatzfrage war mit Münster kein politischer Konsens zu erzielen. Der Konflikt wurde deshalb von der rechtsnormativen auf die pragmatische Ebene verlagert und im Oldenburger Kirchenstreit ausgetragen. Aktueller Anlaß war der Streit über die Besetzung von Pfarr- und Kuratbenefizien, die Einführung in die Temporalien und die Anzeige kirchlicher Erlasse. Der Konflikt hatte zur Folge, daß die vakanten Pfarreien seitens des Offizialats mit Pfarrverwaltern besetzt wurden, wozu die Zustimmung des Staates laut Normativ von 1831 nicht erforderlich war.[265] Damit hatte der Oldenburger Kirchenstreit seinen Anfang genommen.

3.2. Politische Fronten im Oldenburger Kirchenstreit

Bischof Müller, ermutigt durch den Erfolg in den Verhandlungen mit Oldenburg, bestand auf dem Weg des gleichberechtigten 'Paktierens' und sah nur die Möglichkeit einer politischen Vereinbarung zwischen Staat und katholischer Kirche. Nachdem man sich bereits über ein Jahrzehnt auseinandergesetzt hatte, forderte er im Schreiben vom 12. März 1866 an die Staatsregierung erneut die im Protokoll in Aussicht gestellten Ausführungsgesetze zum Art. 78, 1 des revidierten Staatsgrundgesetzes und setzte Staat und katholische Kirche gleichwertig in den Rang von "Paciscenten" ein:

> "Selbstredend könnten diese Ausführungsbestimmungen nur in der Form und auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen. Um aber für beide Paciscenten das Paktierte sicherzustellen, würde eine vorhergehende Verständigung oder Vereinbarung doch kaum umgänglich sein. Es wäre gewiß aufs höchste zu bedauern, aber doch schwer zu vermeiden, wenn wegen mangelnder vorausgehender Vereinbarung die einseitig vorbereiteten Ausführungsverordnungen auch nur teilweise derartig ausfielen, daß sie von der pars catholica keine Zustimmung erhalten könnten."[266]

---

[265] WEHAGE, Kirche, S. 27f. Wehage erläutert die komplizierte Prozedur für die Besetzung der katholischen Pfarrstellen nach den widersprüchlichen Bestimmungen des Normativs und des revidierten Staatsgrundgesetzes.
[266] Zit. b. HINRICHSMEYER, Kirche, S. 94.

Oldenburg war nicht bereit, die von der katholischen Kirche gewünschten Ausführungsbestimmungen zum revidierten Staatsgrundgesetz mit dem Diözesanbischof von Münster zu 'vereinbaren' und sich dadurch seiner ungeteilten kirchenpolitischen Souveränität, seines "jus circa sacra", zu begeben. Weil die Parteien auf ihren Standpunkten beharrten, wurde eine politische Lösung des Kirchenstreites mit der Zeit immer unwahrscheinlicher. Damit scheiterten die Anstrengungen, die zahlreichen Konflikte zwischen Oldenburg und Münster auf vertraglichem Wege zu regulieren und für die Zukunft grundsätzlich zu klären. Der Tod von Bischof Müller am 19. Januar 1870 und der Ausbruch des preußischen "Kulturkampfes", der den neuen Bischof von Münster, Johann Bernhard Brinkmann (1870 - 1889), in stärkerem Maße forderte als der Oldenburger Kirchenstreit, schufen eine Situation, die es den Kontrahenten erlaubte, den Kirchenstreit ohne sichtbare Verluste an Ansehen und Prestige beizulegen. Dazu trug auch bei, daß der Konflikt weitgehend auf diplomatischer Ebene und nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde. Der Nachfolger von Bischof Müller lehnte eine Fortsetzung des kräftezehrenden Oldenburger Kirchenstreites ab. Damit wurden auch die übrigen Streitpunkte bezüglich der grundsätzlichen Stellung von Staat und Kirche 'ad acta' gelegt. Am 29. Februar 1872 starb Offizial Reismann, der den Kirchenstreit in Oldenburg von Anfang an ausgefochten hatte. Die Stellung der katholischen Kirche in Oldenburg behielt auch im konstitutionellen Zeitalter die Form, wie sie bereits 1830/31 durch Konvention und Normativ geregelt worden war.[267]

Als der eigentliche Sieger ging der Staat aus dem Oldenburger Kirchenstreit hervor. Bezeichnenderweise bestand die Staatsregierung weiter darauf, daß die kirchlichen Erlasse und Verfügungen, die vormals dem Plazet oder Visum unterworfen waren, "abschriftlich zur Wahrung etwaiger Gerechtsame der Staatsregierung" der Geistlichen Kommission zur Wahrnehmung des landesherrlichen "jus circa sacra" vorzulegen waren.[268] In einer Mitteilung vom 23. Juni 1854 unterrichtete die Geistliche Kommission die Staatsregierung davon, daß das Offizialat seit dem Dienstantritt von Offizial Reismann derartige Verfügungen, "namentlich das diesjährige Fasten=Mandat", nicht mehr vorgelegt habe. Unter Berufung auf das Staatsgrundgesetz weigerte sich das Bi

[267] WEHAGE, Kirche, S. 28.
[268] StAO 31 - 13 - 112 - 3II, Bl. 371. Diese Rechtsvorschrift ging auf eine Verfügung aus dem Jahre 1850 zurück.

schöfliche Offizialat, jener Verfügung Folge zu leisten, und ersuchte die Staatsregierung um eine juristische Lösung, die mit den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zu vereinbaren sei. Für die Überarbeitung des Normativs, wie sie die Geistliche Kommission im Zusammenhang mit der verfügten Bearbeitung des Regulativs vorgeschlagen hatte, sah die Regierung keinen Grund und befürchtete, daß sich der Bischof von Münster auch mit einem liberaleren Normativ nicht zufriedengeben würde.[269]

Die Regierung war skeptisch geworden, was die Loyalität der katholischen Kirche betraf, und riet deshalb, "die Angelegenheiten der katholischen Kirche wie bisher fortbehandeln und forttreiben zu lassen; man wird namentlich keine Verhandlung mit dem Bischofe eintreten lassen dürfen, wie der Landesherrliche Bevollmächtigte räth, wenn man nicht den bisher festgehaltenen Boden, daß das Normativ als staatliches Gesetz zu erlassen sei, aufgeben will [...]." Um das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staate nicht weiter zu belasten, empfahl die Regierung, einerseits auf Zwangsmaßnahmen zur Einhaltung der staatlichen Vorschriften durch die katholische Kirche zu verzichten, andererseits in Zukunft aber darauf zu achten, "daß man fortan ganz fest allen neuen Anforderungen und Wünschen der katholischen Kirche an den Staat [...] die gleiche Zurückhaltung entgegensetze, die sie den Anforderungen und Wünschen des Staates an die Kirche entgegensetzt".[270]

---

[269] StAO 31 - 13 - 112 - 3II, Bl. 501f. In einem Gutachten der Staatsregierung vom 24. Februar 1858 bekundete Oldenburg sein Desinteresse an einer Änderung des Normativs: "Nach der unmaßgeblichsten Auffassung der Regierung hat der Staat an der baldigen Umänderung des jetzigen Normativs kein großes Interesse, auch [...] blieb es immer sehr zweifelhaft, ob das zu erlassende Gesetz die Kirche befriedigen werde, der auf vollständig legalem Grunde beruhende Status quo führt, wie das auch der landesherrliche Bevollmächtigte ausspricht, für den Staat im Allgemeinen und im Uebrigen keine besonderen Nachtheile und keine weitere Störung in der geschäftlichen Behandlung der Angelegenheiten der Katholischen Kirche mit sich, und was speciell die Verfügungen des Großherzoglichen Staatsministeriums vom 19 Oktober und 28 Jan. 1856, betreffend die Einsendung der kirchlichen Erlasse und der Collationsurkunden angeht, die allerdings bis jetzt nicht zur Ausführung gekommen sind, so kann die Regierung nicht glauben, daß die katholische Kirche ohne Zwang oder andererseits Zugeständnisse den gleichen Bestimmungen des neuen Gesetzes eine größere Anerkennung werde zu Theil werden lassen, als den jetzigen Normen." Als landesherrlicher Bevollmächtigter fungierte der "advocatus piarum causarum", Oberschulrat Driver.

[270] StAO 31 - 13 - 112 - 3II, Bl. 502. Das bekannte Mißtrauen gegenüber der katholischen Kirche spricht auch aus einem Vortrag Rundes aus dem Jahre 1864, in dem er aus politischen Gründen vor einem nachgiebigen Kurs gegenüber der katholischen Kirche warnte: "Die katholische Kirche denkt divide et impera, allein dagegen muß man sich verstehen. Sind einmal in einem Punkt gewisse Konzessionen gemacht und ist die spezielle Sache damit erledigt, so wird

Weil die Bevölkerung Südoldenburgs über den Verlauf des Konflikts zwischen der Staatsregierung und der katholischen Kirche offiziell nicht informiert worden war, konnte sich nach dem Ende des Oldenburger Kirchenstreites in ihrem Bewußtsein der Eindruck einstellen, daß man in Oldenburg von dem "Kulturkampf", der mittlerweile 'draußen' im Reich tobe, verschont bleibe und die katholische Kirche ungehindert ihre Freiheit genieße. Diese Schonung habe man in erster Linie der religiösen Toleranz des regierenden Monarchen zu danken. Nach Auffassung von Josef Zürlik war die Haltung Oldenburgs aber ein Beweis dafür, "daß die Staatsregierung das bestehende landesrechtliche Aufsichtsinstrumentarium über die katholische Kirche auch im Hinblick auf die Vorgänge in Preußen und im Reich für ausreichend ansah", und nicht ein Zeugnis monarchischer Toleranz.[271] Als dieses verstand sie aber eine Massendeputation aus dem Dekanate Vechta-Neuenkirchen in Münster am 14. April 1874, an der nach Angaben der Vechtaer "Neuen Zeitung" 1 100 bis 1 200 Deputierte teilnahmen, "um ihrem Hochwürdigsten Bischof Johann Bernard ihre Liebe, Ergebenheit und Treue im katholischen Glauben zu bekunden, und demselben in der jetzt so bedrängten Zeit Trost zu spenden". Die Neuenkirchener "Deputation" hatte die Aufgabe, den Bischof von Münster in seiner unnachgiebigen Haltung gegen die preußischen Kulturkampfgesetze zu unterstützen.[272] Der Lohner Deputierte Dr. Höltermann würdigte die oldenburgischen Verhältnisse und fand große Worte der Anerkennung und des Lobes für den Großherzog:

> "Wenn wir Oldenburger persönlich noch nichts zu leiden haben, so verdanken wir dies der milden und wahrhaft väterlichen Regierung Sr. Königlichen Hoheit des Großherzogs von Oldenburg, der sein Volk wie ein liebevoller Vater seine Kinder liebt und regiert. Dieser erhabene Fürst hat es längst begriffen, daß das Volk nicht des Fürsten we

---

auch bei der 2., 3., usw. Nachgiebigkeit verlangt werden oder man läßt katholischerseits, da wo dies nicht zu erlangen ist, den status quo bestehen. Sind das dann die unbedeutenden Dinge, so wird das der katholischen Kirche am wenigsten unbequem. Soll sie dann aber deswegen vom Staate in gewisse Nachteile versetzt werden, so fällt das Odium allein auf die Staatsregierung. Faßt man alle Differenzpunkte nur zusammen auf und erlangt darin gemeinsame Erledigung, so hat man mehr Objekte des Tausches und außerdem ist, wie es scheint, die Zeit gekommen, wo die katholische Kirche geneigt scheint, zur Erledigung der Differenzen die Initiative zu ergreifen. Diese muß man nutzen." (ZÜRLIK, Kirchen 1, S. 77, Anm. 148)

[271] ZÜRLIK, Kulturkampfgesetze, S.174f.

[272] SCHRÖER, Bischöfe, S. 272-280. Auf dem Höhepunkt des "Kulturkampfes" wurde Bischof Johann Bernhard am 18. März 1875 von den preußischen Behörden verhaftet und im Gefängnis von Warendorf inhaftiert. Die Haft dauerte bis zum 27. April 1875. Im Herbst 1875 ging er freiwillig ins Exil nach Holland. Die Rückkehr von Bischof Johann Bernhard nach Münster am 11. Februar 1884 gestaltete sich zu einem feierlichen Triumphzug.

gen da ist, sondern daß die Fürsten des Volkes wegen von Gott zur Regierung berufen worden sind.
Unsere heilige Kirche ist stets von unserm hochverehrten Fürsten geachtet und geschützt worden, so daß selbst unsere Kirchenfürsten mit Orden und den höchsten Auszeichnungen von Sr. Königlichen Hoheit geschmückt worden sind. Wie lange dieses glückliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk noch dauern wird, ist Gott allein bekannt, und es ist leicht möglich in dieser sehr bewegten Zeit, daß durch einen unvorhergesehenen Anstoß von außen dieses schöne Verhältnis vernichtet wird, was Gott verhüten wolle."[273]

Unter diesen Umständen, die seit 1871 für den oldenburgischen Katholizismus um vieles günstiger erschienen als für den preußischen, lag die Absicht, den kirchenpolitischen Status zu liberalisieren, ferner denn je. Die Tatsache, daß Oldenburg aufgrund seiner bekannten kirchenpolitischen Prämissen im Deutschen Bundesrat den "Kulturkampf" unterstützte und sich mit den preußischen Gesetzesinitiativen weitgehend einverstanden erklärte, wurde in der politischen Öffentlichkeit Südoldenburgs kaum registriert, weil es sie nicht unmittelbar betraf.[274] Das Gegenteil war eher der Fall: Der Oldenburger Kirchenstreit wie der preußische "Kulturkampf" erzielten im katholischen Südoldenburg einen gegenteiligen Effekt und führten zu einem Erstarken konfessioneller Institutionen auf sozialem Sektor und im höheren Bildungswesen der Region.

Unabhängig von den Gemeinsamkeiten bestand zwischen dem Oldenburger Kirchenstreit und dem preußisch-deutschen "Kulturkampf" ein Unterschied, der für die Entstehung eines politischen Sozialmilieus in Südoldenburg von beträchtlicher Bedeutung war: Während die politische Öffentlichkeit Südol

[273] Neue Zeitung vom 21.4.1874; BECKERMANN, Münsterland, S. 44-47.
[274] ZÜRLIK, Kulturkampfgesetze, S. 156f. Auf den politischen Tatsachen beruhte diese positive Einschätzung nicht. Weil im Lande Oldenburg keine Niederlassungen des Jesuitenordens bestanden, konnten das Jesuiten- und Expatriierungsgesetz auch nicht zur Anwendung gelangen. Das Staatsministerium warnte das Bischöfliche Offizialat, daß es "stets bemüht gewesen ist, ein möglichst gutes Einvernehmen mit den katholischen Kirchenbehörden aufrecht zu erhalten", und bestand darauf, "daß die Angehörigen der gedachten Orden und Kongregationen dem Herzogtum Oldenburg auch künftig fern blieben oder wenigstens nicht den Versuch machten, in demselben Niederlassungen zu gründen, Missionen abzuhalten oder eine sonstige Tätigkeit in Kirche und Schule zu üben". Während sich in der Ordensfrage keine Probleme ergaben, gerieten Fastenpredigten in Vechta und Damme, die von fremden Ordensgeistlichen gehalten wurden, 1876 in den Brennpunkt des Konflikts zwischen Staat und Kirche. Die Staatsregierung unterband die Tätigkeit von fremden Ordensgeistlichen im Lande und verhinderte die Übersiedlung von geistlichen Orden, die in Preußen nach dem Ordensgesetz vom 31. Mai 1875 aufgehoben worden waren. Damit hielt sich Oldenburg im "Kulturkampf" an die von Preußen vorgegebene Linie.

denburgs zu keinem Zeitpunkt in den Oldenburger Kirchenstreit involviert war, erfuhr sie im "Kulturkampf" ihre erste umfassende politische Mobilisierung, die in ihrem Gedächtnis als eine große Zeit schwerer Prüfungen für die katholische Kirche haften blieb. Die Kulturkampferfahrung, die als gemeinsames historisches Erbe betrachtet wurde, erweiterte das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg um jene politische Dimension, die zu seiner vollen Reife nötig war. Erst die Kulturkampferfahrung verlieh dem katholischen Milieu in Südoldenburg die innere Konstitution, die erforderlich war, um die historischen Brüche, sozialen Umwälzungen und geistigen Befremdungen intakt zu überstehen. Während im Oldenburger Kirchenstreit weder die katholischen Landtagsabgeordneten noch die kirchlichen Vereine engagiert waren, mobilisierte der "Kulturkampf" den gesamten organisierten Katholizismus in Südoldenburg und faßte ihn politisch erstmalig - wie im Reich - in einer eigenen Partei zusammen. Daß dieses eine konfessionelle Partei war, erforderte nicht nur die Durchsetzung der "bona particularia" in den Auseinandersetzungen des "Kulturkampfes", sondern das Ringen um die Stellung der katholischen Kirche in der modernen Welt überhaupt.

3.3. Aufbau des katholischen Krankenhauswesens in Südoldenburg

Bezeichnenderweise fällt die Gründungsphase der südoldenburgischen Krankenhäuser in die Zeit des Oldenburger Kirchenstreites. Dadurch wird deutlich, daß die gesellschaftspolitische Funktionsfähigkeit des organisierten Katholizismus in Südoldenburg durch den Kirchenstreit keinesfalls belastet oder gar aufgehoben wurde. Neben dem Schul- war auch das Krankenhauswesen im katholischen Südoldenburg von Anfang an der geistlichen Leitung der katholischen Kirche anvertraut. Rechtliche Grundlage dafür war die Bestimmung des revidierten Staatsgrundgesetzes, wonach jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig ordnete und verwaltete, "unbeschadet der Rechte des Staates."[275] Die Gründungswelle der Krankenhäuser in Vechta (1851),[276] Dinklage (1852), Lohne (1856), Damme (1863), Cloppenburg (1863),[277] Löningen (1864) und schließlich Friesoythe (1867)[278] wurde

[275] GESETZBLATT, Bd.13, S. 165.
[276] Das Marienstift in Vechta wurde als erstes Krankenhaus im Oldenburger Münsterland von dem damaligen Vikar Dr. Johann Engelbert Wulf, dem späteren Pfarrer von Lastrup, errichtet. (STRICKMANN, Heinz: Vor 180 Jahren wurde der Lastruper Pastor Dr. Johann Engelbert Wulf geboren, IN: MT vom 12.3.1994)
[277] St.-Josefs-Hospital, 125 Jahre.

ausgelöst durch einen Erlaß von Bischof Johann Georg Müller vom 30. April 1850. In diesem Schreiben rief der Diözesanbischof die Katholiken im Offizialatsbezirk zur Unterstützung des geplanten Krankenhauses in Vechta auf. Gerichtet war das Schreiben an den Offizialatsverweser Dr. Schuling, mit dem Auftrag, es abschriftlich den Pfarrern zur Verlesung von der Kanzel zu überlassen. Das bischöfliche Verdikt betonte den geistlichen Führungsanspruch der katholischen Kirche in dem im Aufbau befindlichen Krankenhauswesen Südoldenburgs.

> "Mit großer Freude haben wir von dem Vorhaben, zu Vechta eine Kranken-Anstalt unter Leitung barmherziger Schwestern ins Leben zu rufen, Kunde erhalten. Fest überzeugt, daß nur durch solche Anstalten und Vereine, welche, im Geiste unserer heiligen Kirche gegründet, sich die Übung wohltätiger christlicher Liebe und Barmherzigkeit gegen Notleidende aller Art zur Aufgabe stellen, dem vielfältigen Elend an Leib und an Seele, worin so viele unserer Mitmenschen heutzutage versinken, Abhilfe gebracht werden könne, hegten wir schon längst den Wunsch, daß auch den Oldenburgischen Angehörigen unseres Bistums die reichen Segnungen zu Teil werden möchten, welche in so manchen Orten von Westfalen und Rheinland die Hospitäler der barmherzigen Schwestern verbreiten. Möchten recht viele von Euch sich bewogen finden, durch milde Beiträge dafür mitzuwirken, daß diese erste derartige Anstalt für Vechta und die zahlreichen umliegenden Kirchspiele recht bald in Wirklichkeit treten könne."[279]

Die Gründungsgeschichte des Krankenhauses in Friesoythe macht exemplarisch deutlich, daß der Aufbau des Krankenhauswesens in Südoldenburg durch die katholische Kirche, vertreten durch das Bischöfliche Offizialat, in Form von Kuratorien und Stiftungen getragen wurde.[280] Die Gründung des Krankenhauses in Friesoythe im Jahre 1867 ging auf die Initiative des Pfarrverwalters Oldenburg zurück, der bereits 1864 mit den Planungen begann. Die Statuten des Friesoyther Krankenhauses aus dem Jahre 1867 bezeichnen die Einrichtung als "eine katholische milde Stiftung, welche die Verpflegung und Heilung von Kranken und die Pflege altersschwacher Personen sowie hilfsbedürftiger Kinder aus dem Kirchspiel Friesoythe zur Aufgabe hat". Das Stift stand unter der Oberaufsicht des Bischöflichen Offizials bzw. des Diözesanbischofs, und die Verwaltung wurde von einem Kuratorium mit fünf Mitgliedern übernommen, "welche der katholischen Religion angehören müssen". Es setzte sich zusammen aus dem Pfarrer von Friesoythe als dem Vorsitzenden, dem Provisor der katholischen Kirche, dem Armenvater der

---

[278] St.-Marien-Stift, 125 Jahre.
[279] CLOPPENBURG, Ferdinand: 1867 - 1992: 125 Jahre Krankenhaus St.-Marien-Stift in Friesoythe, IN: VuL 132/1993, S. 4.
[280] Ebd., S. 4-11.

Stadt Friesoyhte, dem Vikar der Pfarrei Friesoythe und einem Mitglied aus dem Kirchspiel Friesoythe. Die Mitglieder des Kuratoriums wurden vom katholischen Pfarrer ernannt und bedurften "sämtlich jedesmal der Genehmigung des Bischöflichen Offizialats bzw. des Diözesan-Bischofs." Für die Aufnahme in das Krankenhaus war das religiöse Bekenntnis eines Kranken oder Hilfsbedürftigen nicht maßgebend. Während die Seelsorge "eines jeden in der Anstalt sich befindenden Hilfsbedürftigen, welcher Religion er auch angehören mag", frei und ungehindert war, verstand es sich von selbst, "daß die in dem Krankenhaus sich befindende Kapelle resp. Oratorium nur allein für die Abhaltung des katholischen Gottesdienstes bestimmt ist - und daß die Seelsorge und die Religionsübung für die anderen, welche sich in der Anstalt befinden, nicht störend sein darf". Die Verpflegung der Kranken wurde von Schwestern aus dem Franziskanerorden übernommen oder "mit Genehmigung des Bischöflichen Offizials resp. des Diözesan-Bischofs durch andere katholische Ordensschwestern" ausgeführt. Am 18. Februar 1868 verlieh das oldenburgische Staatsministerium dem St.-Marien-Stift in Friesoythe die Rechte einer juristischen Person und erhob es in den Rang einer Korporation.

Seit der Gründung des Krankenhauses wirkten Schwestern der Genossenschaft der Krankenschwestern des heiligen Franziskus in Friesoythe. Sie kamen in der Regel aus dem Mutterhaus St. Mauritz in Münster. Zwischen dem Kuratorium in Friesoythe und dem Mutterhaus der Franziskanerinnen in Münster wurde am 18. Dezember 1867 ein Schwestern-Gestellungsvertrag abgeschlossen, der die funktionale Beziehung zwischen Friesoythe und Münster und die erforderlichen Entgelte an den Orden regulierte. Die Mauritzer Franziskanerinnen - 1854 hatten die Schwestern ihr Mutterhaus von Telgte nach St. Mauritz verlegt - übernahmen neben Friesoythe auch die Pflege in den südoldenburgischen Krankenhäusern von Lohne, Dinklage, Damme und Cloppenburg.

Am 7. März 1862 erbat der Cloppenburger Pfarrer Niemöller für eine geplante Krankenanstalt in der Stadt Pflegerinnen aus den Reihen der Barmherzigen Schwestern von Mauritz und erhielt die Zusage für den Herbst 1863.[281] Auch das Cloppenburger Krankenhaus wurde dem Bischöflichen Offizialat in Vechta bzw. dem Diözesanbischof in Münster unterstellt und von einem Kuratorium geleitet, dessen geborener Vorsitzender der jeweilige Pfarrer von St. Andreas in Cloppenburg war. Die ursprüngliche Absicht von Pfarrer Nie

[281] St.-Josefs-Hospital, 125 Jahre, S. 17-29.

möller, den jeweiligen Bürgermeister von Cloppenburg und Gemeindevorsteher von Krapendorf zu geborenen Mitgliedern des Kuratoriums zu machen, wurde von der kirchlichen Oberbehörde verworfen. Im Kuratorium des Cloppenburger Krankenhauses waren außer den Pfarrgeistlichen bürgerliche Honoratioren der Stadt vertreten. Die weiteren Kuratoriumsmitglieder wurden vom jeweiligen Vorsitzenden, dem Pfarrer von St. Andreas, berufen und mußten vom Bischöflichen Offizialat bestätigt werden. 1894 berief der damalige Pfarrer Brust (1891 - 1926) Kaplan Zerhusen, Bürgermeister Feigel, Kaufmann Georg Leiber und Gemeindevorsteher Josef Meyer zu Hemmelsbühren und bat im Schreiben vom 29. November 1894 um ihre Bestätigung durch das Bischöfliche Offizialat. Die Bestätigung war alle drei Jahre fällig.[282]

Die Begründung des Krankenhauswesens in Südoldenburg ist ein unbestrittenes historisches Verdienst der katholischen Kirche und ihrer Orden, die trotz der Auseinandersetzungen im Oldenburger Kirchenstreit eine bedeutsame soziale Aufgabe übernahmen. Die Struktur des katholischen Krankenhauswesens in Südoldenburg wurde bis 1918 nicht wesentlich verändert. Die Weimarer Republik, "an deren Beginn die Verstaatlichung der gesamten Freien Wohlfahrtspflege und des umfangreichen freigemeinnützigen Anstaltswesens ernstlich drohte", konnte die kirchliche Trägerschaft der katholischen Krankenhäuser in Südoldenburg nicht gefährden und beschränkte sich auf die Regulierung weniger Fragen des Gesundheitswesens. Diese betrafen die Arbeitszeit in Krankenanstalten (1924), die Gesundheitsfürsorge in der Versichertenbevölkerung (1927 - 1929) und die Familienkrankenhilfe als Pflichtleistung der Reichsversicherungsordnung im Jahre 1930.[283] Eine Strukturreform des katholischen Krankenhauswesens in Südoldenburg blieb auch nach 1945 wie selbstverständlich aus. So stellt die Tradition des katholischen Krankenhauswesens in Südoldenburg von seinen Anfängen nach 1850 bis in die Gegenwart hinein ein hohes Maß an historischer Kontinuität dar. Es trug in der Vergangenheit wesentlich zur konfessionellen Durchdringung des katholischen Milieus in Südoldenburg bei. Die politischen Umbrüche in der modernen Geschichte Südoldenburgs konnten diesem Traditionsbestand nichts anhaben.

---

[282] Ebd. Neuberufungen erfolgten 1901 (Zeller Anton Bixschlag, Vahren, für Georg Leiber), 1906 (Kaplan Wittig für den als Pfarrer nach Damme versetzten Kaplan Zerhusen) und 1923 (Kaufmann Bernhard Sudendorf für Bürgermeister Feigel, Kaplan Landgraf für Kaplan Wittig und als weitere Berufung Vikar Kleinemann).
[283] St.-Josefs-Hospital, 125 Jahre, S. 33.

4. Die Struktur des katholischen Milieus in Südoldenburg vor der deutschen Reichsgründung (1871)

4.1. Das katholische Vereinswesen

Das konfessionelle Schulwesen, das mit gegenreformatorischem Eifer in oldenburgischer Zeit bewahrt und verteidigt wurde, die weitere kirchenrechtliche Zugehörigkeit der oldenburgischen Katholiken zur Diözese Münster und die Errichtung des Bischöflich Münsterschen Offizialates in Vechta im Jahre 1831, die Begründung der katholischen Lehrerbildung in Vechta im Jahre 1830 und die konfessionelle Trennung der oberen Schulverwaltung seit 1855 stellten wesentliche Fundamente des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs im 19. Jahrhundert dar. Das katholische Oberschulkollegium, dem der Bischöfliche Offizial als geborenes Mitglied angehörte, hatte seinen Sitz ebenfalls in Vechta. Durch diese Institutionen sicherte sich die katholische Kirche, vertreten durch den Bischof von Münster und 'seinen' Offizial in Vechta, erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten auf die katholische Bevölkerung in Südoldenburg. Eine enorme soziale Dichte erreichte das katholische Milieu durch den Aufbau und die flächendeckende Verbreitung katholischer Vereine. Mit der Gründung des katholischen Vereinswesens machte die katholische Amtskirche, die zur modernen Religionsgesellschaft geworden war, zu ihren Gunsten von der bürgerlichen Assoziationsfreiheit Gebrauch. Die Anfänge des katholischen Vereinswesens gehen in Südoldenburg auf den deutschen Vormärz zurück.

Der Konflikt zwischen dem römischen Zentralismus und den erstarkenden säkularisierten Territorialstaaten entzündete sich auf deutschem Boden im Vormärz unter anderem im Kampf um die Mischehe, die der katholischen Orthodoxie als Konkubinat galt, und in der nationalen Oppositionsbewegung des antirömischen "Deutschkatholizismus".[284] Im "Kölner Kirchenstreit" (1830 - 1841) vertrat Erzbischof Clemens August zu Droste-Vischering (1836 - 1845) eine kompromißlose Linie und wurde von den preußischen Behörden verhaftet.[285] Hans-Ulrich Wehler ist sogar der Auffassung, daß

[284] WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 472-477.
[285] SCHRÖER, Bischöfe, S. 258; GROßE KRACHT, Kirche, S. 126f.; HEITMANN, Clemens: Clemens August - Entwicklung eines Namens, IN: VuL Jg. 40, Nr. 99, 1978, S. 2f. Nach Auffassung Heitmanns zeigt das mutige Auftreten dieses Bischofs, den Papst Gregor XVI. sogar

man angesichts der öffentlichen Reaktionen von einem ersten preußischen "Kulturkampf" sprechen kann. Er sieht im Ergebnis der "Kölner Wirren", die durch den Amtsantritt des kirchenfreundlichen preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 entschärft wurden, einen Sieg der römischen Kurie. Sie setzte sich in allen wesentlichen Punkten durch: Der preußische Staat verzichtete auf jede Intervention in der Mischehenfrage, und im Kultusministerium wurde eine eigene Abteilung für katholische Angelegenheiten geschaffen. Mit gestärktem Selbstbewußtsein gingen der preußische Katholizismus und die Prinzipienpolitik von Papst Gregor XVI. aus den "Kölner Wirren" hervor.[286]

Der Kampf um die Mischehe in den "Kölner Wirren" bildete für den modernen Katholizismus in Deutschland eine Art politisches Erweckungserlebnis und blieb nicht ohne Folgen für seine weitere innere Entwicklung. Zum ersten Male seit der Säkularisation hatten sich Teile des deutschen Katholizismus spontan zu einer Opposition formiert, die die preußische Regierung zum Rückzug von den Traditionen absolutistischer Kirchenhoheit zwang. Der politische Schulterschluß vermittelte den Katholiken eine neue Erfahrung: Sie standen als Religionsgesellschaft in Opposition zu einem Staat, indem sie für ihre Kirche als Institution - nicht für den einzelnen Katholiken - Freiheiten forderten, die dieser Staat nicht geben wollte. Seit 1837/38 setzte sich die Haltung des "Ultramontanismus", der die Mitte des Katholizismus in Rom sah, unter den Katholiken in Deutschland zusehends durch. Zudem bedurfte die Kirche in Zukunft einer breiten Verwurzelung in der Bevölkerung, wenn sie ihre Forderungen und ihre Freiheiten gegen den modernen Staat durchsetzen wollte. Das war eine weitere Lehre, die aus den "Kölner Wirren" gezogen wurde. Um die öffentliche Meinung zu beeinflussen und die Katholiken zu mobilisieren, war ein verbessertes Instrumentarium notwendig, das auf der Grundlage des Assoziationsprinzips noch vor der Revolution von 1848 geschaffen wurde.[287] Hans Maier erkennt im "Kölner Kirchenstreit" einen Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Katholizismus im 19. Jahrhundert und in seinen Folgen eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Rolle, die er in der deutschen Politik seit der 48er-Bewegung spielte:

---

zum Kardinal erheben wollte, manche Gemeinsamkeiten mit dem späteren Wirken Graf von Galens, einem Verwandten des Freiherrn zu Droste-Vischering.

[286] WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, S. 473.

[287] DAMBER, Moderne, S. 78ff.

> "Jetzt, in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts, beginnt jene erstaunliche Neuorganisation des deutschen Katholizismus nach jahrelanger Lähmung durch Revolution und Säkularisierung, die gekennzeichnet ist durch Straffung der Führungsspitzen, stärkeren überregionalen Zusammenschluß und vor allem durch eine kaum übersehbare Fülle von Vereinsgründungen religiöser, sozialer und politischer Art, in denen das katholische Laienelement, oft von der Hierarchie noch mit einigem Mißtrauen bedacht, eine kräftige Aktivität entfaltet. [...] Die Katholiken sehen sich auf diesen Weg gedrängt, weil der Staat nicht mehr selbstverständlich für die Kirche und ihre Rechte einsteht, weil er neutral und vielfach feindlich geworden ist, weil er das Maß seines Entgegenkommens gegenüber katholischen Wünschen ausschließlich der gesellschaftlichen und politischen Präsenz der Katholiken in der Öffentlichkeit entnimmt."[288]

Die Tatsache, "daß sich eine erste punktuelle politische Mobilisierung der Katholiken am Konflikt um die konfessionelle Erziehung der Kinder entzündete", hatte für die Zukunft des politischen Katholizismus in Deutschland eine weitreichende Bedeutung, denn sie "berührte nicht nur das Problem der Kirchenfreiheit, sondern auch das Grundanliegen, ob und in welcher Weise religiöse Deutungsmuster tradiert werden sollten."[289] Der Tradierung und Verbreitung katholischer Deutungsmuster diente im 19. Jahrhundert auch ein vielfältig gegliedertes katholisches Vereinswesen, das seinen Anfang nach dem Höhepunkt des Kölner Kirchensteites in den Jahren 1836/37 mit der Bildung von Marianischen Kongregationen für die katholische männliche und weibliche Pfarrjugend nahm. Als die auf Lehrverkündigung und Sakramente ausgerichteten kirchlichen Freiheiten gesichert waren, was nach 1848 offensichtlich der Fall war, entstand im Laufe von weiteren sechzig Jahren ein soziales Umfeld, das weit in den gesellschaftlichen Raum hineinreichte und schließlich eine regelrechte Sondergesellschaft, das katholische Milieu, ausformte. Dieses katholische Milieu garantierte nach Auffassung von Wilhelm Damberg "eine auf Organisation und Kultur gestützte, weithin ganzheitliche Lebensform, die in gewisser Weise die ständisch geordnete, geschlossene Lebensform des Konfessionsstaates ersetzte".[290]

Träger des katholischen Milieus wurde neben der katholischen Presse vor allem das kirchliche Vereinswesen, das dem organisierten Katholizismus an der Basis zu einer enormen sozialen Dichte, kirchlichen Intensität und seelischen Intimität des religiösen Lebens verhalf. Die Intensivierung der Laien- und Öffentlichkeitsarbeit, die zum "Hauptträger der ‘Freiwilligentätigkeit’ im

[288] MAIER, Kirche, S. 164.
[289] KÖSTERS, Verbände, S. 41f.
[290] DAMBERG, Moderne, S. 89.

Kampf gegen die Entchristlichung und das 'Neuheidentum'" wurde, führte zu einer "Flut von Druckerzeugnissen von katholischer Denkart".[291] Die Vereine für religiöse und kirchliche Zwecke, die Berufs- und Standesvereine, die katholische Presse und seit dem Revolutionsjahr 1848 auch die Katholikentage als "Generalversammlungen der katholischen Vereine" organisierten in enger Kooperation mit dem späteren Zentrum den politischen Katholizismus in Deutschland und integrierten die katholischen Kleinwelten, die seit langer Zeit vor allem in ländlichen Agrargesellschaften existierten, zu einem fein gegliederten Organismus mit gegensätzlich wirkenden hierarchischen und liberalen, restaurativen und sozial-integrativen Energien, die zu keinem Zeitpunkt monolithisch harmonisiert werden konnten. Der Vereinskatholizismus gab dem Gläubigen in der modernen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts eine wichtige Orientierungshilfe und grenzte ihn gegen eine sich zunehmend pluralisierende moderne Gesellschaft ab:

> "Über gemeinsame Kultübung, Exerzitien und Belehrung, dann über Geselligkeit, sollten sie Religion und Moral der Traditionen sichern gegen alle Gefahren säkularer Desorientierung, und sie wollten katholische Geborgenheit und Heimat in einer feindlichen Welt bieten, pflegen und entfalten. [...] Die Kirche war mit diesen Vereinen in allen Lebensbereichen präsent, ihre Glieder überall aktiv; ja man kann - etwa im vergleichenden Blick auf den Protestantismus - sagen: Weil die katholische Kirche politisch entmachtet war, wurde der Katholizismus in der modernen Form der Vereine zu einer Macht. Das sicherte und integrierte die soziale Basis des Katholizismus zusätzlich. Und es grenzte ab. Das Leben in einer konfessions-pluralistischen Gesellschaft wurde konfessionell eingehegt, das war neu, darum sprechen wir von einer Subkultur."[292]

Die katholische Amtskirche förderte in Südoldenburg die Laienbewegung als Trägerin einer modernen 'Gegenreformation' und die Bildung des katholischen Vereinswesens, dessen Aufgabe darin bestand, auf die zunehmende Verunsicherung der Gläubigen in der modernen sozialen und politischen Wirklichkeit zu antworten. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang auch der agrarökonomische Strukturwandel in der Mitte des 19. Jahrhunderts, der sich in Südoldenburg im Niedergang des Heuerlingswesens und des bäuerlichen Nebengewerbes, in der Auswanderung und der fortschreitenden Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion abzeichnete. Aufgabe der Standesvereine war es angesichts dieser gravierenden Veränderungen auch, unter dem Lehr- und Wächteramt der katholischen Kirche im begrenzten Umfang einen sozialpolitischen Diskurs mit der Moderne zu führen und ihn

[291] AKA, Tot, S. 38.
[292] NIPPERDEY, Umbruch, S. 26.

zu kanalisieren. Mit dem Vereinswesen etablierte die katholische Kirche eine kirchlich-konfessionelle semidemokratische Sphäre, um sich die Wortführung in dem unvermeidbaren Dialog mit der säkularen Gesellschaft vorzubehalten und - vor allem, was die soziale Frage anging - im vorpolitischen Raum zu reservieren.

Die Errichtung der ersten Kongregation am Collegium Romanum im Jahre 1563 geht auf den flämischen Jesuiten Johannes Leunis zurück. Die Verbreitung der Kongregationen war an Jesuitenniederlassungen gebunden und erstreckte sich über ganz Europa. Im Zuge der Rekatholisierung und kirchlichen Erneuerung Westfalens waren auch in der Diözese Münster zahlreiche Marianische Kongregationen entstanden. Aber das päpstliche Verbot des Jesuitenordens im Jahre 1773 wirkte einem weiteren Aufschwung der Kongregationen entgegen. Die Wiederzulassung des Ordens und die dem Jesuitengeneral 1825 gewährte päpstliche Erlaubnis, auch jene Kongregationen, die nicht an eine Jesuitenniederlassung gebunden waren, der römischen "Congregatio primaria" anzugliedern, schufen die organisatorischen Voraussetzungen für den raschen Aufstieg der Marianischen Kongregationen und Marien-Sodalitäten im 19. Jahrhundert.[293] Papst Pius IX. hatte diese Organisationen 1847 offiziell gegründet und den katholischen Laien nachhaltig empfohlen.[294] Die freiwillige Mitgliedschaft im katholischen Standesverein wurde indirekt häufig zur moralischen Pflichterfüllung, die vom örtlichen Klerus observiert wurde.

Nachweislich entstanden die ersten Gliederungen des katholischen Vereinswesens in Südoldenburg in der Zeit des deutschen Vormärz.[295] Aus einem Zirkular des Bistumsverwesers Franz Arnold Melchers vom 30. August 1847, das der großherzoglichen "Commißion zur Wahrnehmung des Landesherrlichen Hoheitsrechtes über die Römisch Katholische Kirche" zur Erteilung des Visums vorgelegt werden mußte, geht die Existenz geistlicher Korporationen in Südoldenburg vor 1848 hervor. Das Anschreiben, das nicht nur an die Pfarrgeistlichen, sondern auch an die Schulrektoren und Klostervorstände der Diözese Münster gerichtet war, gibt Auskunft über den im katholischen Vereinswesen vorherrschenden Zentralismus, der die Laienbewegung von oben autoritativ dirigierte und eine persönliche Entfaltung des Katholi

[293] KÖSTERS, Verbände, S. 50ff. Bis zum Ersten Weltkrieg entstanden im Bistum Münster - ohne den Offizialatsbezirk Oldenburg - in 75 % der Pfarreien Marianische Jünglingskongregationen.
[294] AKA, Tot, S. 37.
[295] GELHAUS, Vereinswesen, S. 58-64.

ken in seinem Glaubensleben kaum ermöglichte. Da in dem Wortlaut des Textes namentlich von Lastrup die Rede ist, kann davon ausgegangen werden, daß die Errichtung von Sodalitäten und damit die Anfänge des katholischen Vereinswesens im Oldenburger Münsterland noch vor der Revolution von 1848 anzusetzen sind. Das kirchliche Anschreiben ging den Dienstweg aller Verlautbarungen der katholischen Kirche in der Zeit des oldenburgischen Staatskirchentums vor 1848 und konnte deshalb erst mit dem Sichtvermerk der Geistlichen Kommission vom 30. September 1847 in Südoldenburg verbreitet werden:

> "Um mehrfache an uns ergangene Anfragen zu beantworten und ferneren Ungewißheiten vorzubeugen, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß unser Hochseliger Bischof Caspar Maximilian auf Antrag des ebenfalls schon in Gott ruhenden Domkapitularen Kellermann über mehrfache Bedenken in Lastrup der Gültigkeit der hiesigen Marianischen Junggesellen=Sodalität und der übrigen in der Dioecese errichteten Sodalitäten, besonders rücksichtlich der von den Sodalen zu gewinnenden Abläße im vorigen Jahre eine Entscheidung des päpstlichen Stuhls nachgesucht hat. Demzufolge hat nach einem Rescripte der S. Congregatio Indulgentiarum wo mit 7. August 1846 der heil. Vater Pius IX. alle der hiesigen marianischen Junggesellen=Sodalität, welche unter dem Titel der Reinigung Mariä nach dem Vorbilde der Römischen Erz=Sodalität errichtet worden, verliehenen Abläße und Privilegien bestätigt und zugleich die übrigen unter demselben Titel in der Dioezese errichteten und von der Münsterschen Sodalität ausgegangenen einzelnen Sodalitäten für gesetzlich vollgültig und der Sodalitäts=Privilegien teilhaftig erklärt. Auch ist dem Bischofe von Münster die Vollmacht ertheilt für jede einzelne Sodalität nach seinem Gutbefinden einen Rector zu ernennen oder zu bestätigen. - Wir fügen noch die Bemerkung hinzu, daß nach dem Inhalte jenes Rescriptes sowohl als auch der frühern päpstlichen Constitutionen die Statuten der einzelnen Sodalitäten in allen wesentlichen Punkten mit den Statuten der ursprünglichen Sodalität übereinstimmen müssen, widrigenfalls eine Theilnahme an deren Abläßen und sonstigen Privilegien nicht stattfindet. Es müssen deshalb bei der Errichtung neuer Sodalitäten die entworfenen Statuten vorab der bischöflichen Behörde zur Genehmigung vorgelegt werden, bei welcher auch die Erneuerung resp. Bestätigung des erwählten Rectors oder Präses nachzusuchen ist. Insofern beides rücksichtlich der schon errichteten Sodalitäten noch nicht geschehen sein sollte, ist es nachzuholen. Damit eine Sodalität als von der hiesigen ausgegangenen betrachtet werden könne, bedarf es einer förmlichen Aggregation an dieselbe, welche durch Vermittlung des Präses derselben bewirkt wird. Die nicht aggregirten können nicht als rechtmäßig und gültig betrachtet werden, wenn sie nicht etwa direkt von Rom aus mit einer Genehmigung des Bischofs von Münster in die Römische Erzsodalität aufgenommen sein sollten."[296]

[296] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Das Bischöflich Münstersche Offizialat hatte das Anschreiben am 27.9.1847 der Geistlichen Kommission zugeleitet. Bischof Caspar Maximilian zu Droste-Vischering ernannte Franz Arnold Melchers 1826 zum Generalvikar und 1836 zum Weihbischof von Münster. Nach der kurzen Amtszeit von Bischof Bernhard Georg Kellermann, der am 13.12.1846 gewählt wurde und am 29.3.1847 starb, leitete Melchers bis zur Weihe des neuen

Aus dem bischöflichen Zirkular geht deutlich hervor, daß die Sodalitäten und damit große Teile des katholischen Vereinswesens - die nationalen Grenzen überschreitend - in den Zentralismus der römischen Kirche eingebunden waren, ein Umstand, der dem Katholizismus in Deutschland in politischen Spannungslagen wiederholt den Vorwurf des Ultramontanismus und nationaler Unzuverlässigkeit einbrachte. Die Vereine, die getragen wurden von katholischen Laien, waren Teil des römisch-katholischen Universalismus und unterlagen seiner Autorität und kirchenpolitischen Regie. Die Vereinsstatuten erlaubten den einzelnen Sodalitäten keinen spezifischen Handlungsspielraum, und der Präses, der in der Regel vom örtlichen Klerus gestellt wurde, bedurfte zur Wahrnehmung seines religiösen Patronats der Bestätigung durch die kirchliche Oberbehörde. Durch diese Auflagen wurde der demokratische Spielraum im katholischen Standesverein auf ein Minimum reduziert. Der Vereinskatholizismus war in seinem Wesen eine soziale und kulturelle Funktion des katholischen Milieus. Durch seine autoritären Strukturen trug er zur sozialen und kulturellen Stabilisierung katholischer Subkulturen bei und grenzte die katholische Lebenssphäre von der nicht-katholischen hermetisch ab. Diese Wirkung, die vom katholischen Vereinswesen ausging, läßt sich auch in Südoldenburg beobachten.

Die erste Marianische Jünglingen-Sodalität wurde noch im Jahre 1847 in Vechta errichtet. Als Reaktion auf die Volks- und Mäßigkeitsmissionen, die von Pater Ketterer (S. J.) in Südoldenburg durchgeführt wurden, bildeten sich viele Jünglingen-Sodalitäten, so 1855 in Friesoythe, Löningen und Dinklage und 1856 in Essen; in Dinklage wurde 1855 auch eine Jungfrauen-Sodalität errichtet.[297] Gefördert wurde die marianische Welle offensichtlich durch die Verkündigung des Dogmas von der Unbefleckten Empfängnis Mariens durch Pius IX. am 8. Dezember 1854. Das Ritual zur Gründung einer Sodalität läßt sich an einem Beispiel aus dem Jahre 1855, zur Zeit des Oldenburger Kir

---

Bischofs Johann Georg Müller am 22.12.1847 als Bistumsverweser die Amtsgeschäfte. (SCHRÖER, Bischöfe, S. 256ff.)

[297] BENKEN, Schützenverein, S. 153f.; VuL 36/1956, S. 5. In Essen wurden neben der Jünglingen-Sodalität auch eine Mäßigkeitsbruderschaft und der Hoffnungsverein für Kinder gegründet. Die Jünglingen-Sodalität wurde in Essen am Fest Mariä Geburt feierlich eröffnet; ihr traten zunächst 140 junge Männer bei, ihre Zahl stieg bald auf 200. Erster Präses der Jünglingen-Sodalität war Kaplan Imbusch. Als dieser 1861 nach Löningen versetzt wurde, trat Kaplan Tapke seine Nachfolge an. Er wurde in seiner Arbeit unterstützt durch den Präfekten, Kaufmann Lambertus Fresenborg, die Lehrer Josef Johannes (Assistent) und Lambert Bojert (Sekretär) und den Küster Ferdinand Meyer.

chenstreites (1854 - 1871), verdeutlichen. Der Pfarrverwalter von Friesoythe, Johannes Oldenburg, ersuchte das Bischöfliche Offizialat um die Genehmigung der Errichtung einer Jünglingen-Sodalität, die den Titel "Mariä Opferung" tragen sollte:

> "Hochwürdiges Bischöfliches Officialat wird gehorsamst gebeten:
> Die anliegende Verfassung und Statuten zu prüfen und zu approbiren, dann diese gebetene Jünglingen=Sodalität zu errichten resp. der Haupt= oder Erzsodalität einzuverleiben wie dem unterzeichneten Pfarrverwalter das Präsidium dieser zu errichtenden Jünglingen=Sodalität anzuvertrauen."[298]

Der Bischöfliche Offizial Reismann bestätigte die Statuten der Sodalität und ordnete zugleich an, "demselben (= Pfarrverwalter) das Diplom, wodurch die gedachte Sodalität der Römischen Erzsodalität aggregirt wird, sowie das Verzeichnis der Abläße und sonstigen Privilegien der Sodalität" zu übermitteln. Pfarrverwalter Oldenburg erhielt das Präsidium der neuen Sodalität in Friesoythe. Das Bischöfliche Offizialat drückte seine Hoffnung aus, "daß der Verein durch die Nacheiferung und Nachfolge der allerreinsten Jungfrau, durch fleißigen Gebrauch der Gnadenmittel, durch treue Einhaltung der Standespflichten" zur Ehre Gottes beitragen werde. Mit der Bestätigung des Offizialats war die Aufforderung verbunden, "daß der Verein duch die Verehrung und Nachfolge der allerseligsten Jungfrau segensreich wirken, der Tugend und Frömmigkeit durch Fleiß und würdigen Gebrauch der Gnaden=Mittel, treuer Beobachtung der Standes= Pflichten und gewissenhafte Meidung der Gelegenheiten zur Sünde teilhaftig werden" möge. Der Bischöfliche Offizial empfahl die "treue Beobachtung der Statuten" und erflehte Gottes Segen auf die Sodalität herab.[299] In der Verfassung der Friesoyther Jünglingen-Sodalität unter dem Titel "Mariä-Opferung", die mit denen der Jungfrauen-Sodalität unter dem Titel "Mariä=Himmelfahrt" weitgehend übereinstimmte, hieß es ergänzend über die Aufgabe der Sodalität:

> "Der Zweck dieser Sodalität ist:
> die Ehre Gottes zu befördern, und durch eine besondere Verehrung und Nachahmung der allerseligsten Jungfrau Maria, und daher auch durch einen besondren Schutz dieser gütigen Mutter und durch die wechselseitige Erbauung der Sodalen ein frommes und

---

[298] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Oldenburg fungierte als Pfarrverwalter, weil sich die staatlichen und kirchlichen Behörden über seine Bestallung als Pfarrer von Friesoythe nicht einigen konnten; der Grund waren die politischen Differenzen zwischen dem oldenburgischen Staatsministerium und der katholischen Kirche in der Zeit des Oldenburger Kirchenstreites (1854 - 1871).

[299] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I, auch zum folg.

> wahrhaft christliches Leben zu führen, und durch ein reines Leben sich zu ihrem künftigen Stande vorzubereiten."

Aus den wenigen, aber prägnanten Zeilen über den Zweck der Sodalität spricht ein organisch-religiöses Weltbild, das auf die konkrete soziale und kulturelle Gegenwart mit dem idealtypischen Bild einer ständischen Gesellschaftsordnung antwortete und ausgeprägte antirationalistische und antiliberale Züge trug. Der Stand, auf den die Sodalen sich vorbereiteten, konnte sowohl der Ehestand als auch der jungfräuliche Stand sein, denn nur zwischen diesen beiden Naturständen unterschied die kirchliche Lehre für die katholischen Laien. Der christliche Stand war zwar vom Menschen zu erwählen, aber die sozialen Normen für die Lebensführung hatten ihre Quelle in einer geoffenbarten übernatürlichen Lebensordnung, die zu verändern nach ständischem Recht nicht in die Freiheit des Menschen fiel. Der Vorstand der Friesoyther Sodalität bestand aus dem Pfarrer, der als Präses in der Funktion eines allgegenwärtigen "Spiritus rector" an die Spitze des Vereins trat, einem Präfekten, der aus der Mitte des Vereins für ein Jahr gewählt wurde, zwei Stellvertretern des Präfekten, Assistenten genannt, einem Schriftführer, einem Küster und sechs Räten, die vom Vorstand und nicht vom Verein gewählt wurden. Über die Aufgaben des Vorstandes und insbesondere des Präfekten hieß es in den Statuten:

> "Der Vorstand versammelt sich wenigstens ein Mal alle zwei Monate, und bespricht sich über die Beobachtung oder Übertretung der Regeln von Seiten der Sodalen, über die Versammlungen und besonderen Andachten der Sodalität während der folgenden zwei Monate, über die Aufzunehmenden, die Kranken und sonstigen die Sodalität betreffenden Gegenstände. Die Versammlung beginnt und beschließt mit Gebet in der Kirche.
> Der Präfekt mit den übrigen Mitgliedern des Vorstandes führt die Aufsicht über alle Mitglieder der Sodalität, wird daher auch über etwaige Fehler gegen die Regeln liebreich zurechtweisen. Dem Vorstand schuldet jeder Sodale Folgsamkeit."

Die katholischen Jünglinge und Jungfrauen konnten mit 16 Jahren nach einer halbjährigen Prüfung in die Sodalität eintreten; dabei galt der Grundsatz:

> "Den Unwürdigen nimmt man nicht auf."

Sie legten nach dem Glaubensbekenntnis gegenüber "der allerseligsten Jungfrau das ernstliche Versprechen" ab, "daß sie dieselbe als ihre Mutter und Beschützerin eifrig verehren, ihr als Pflegekinder in ihren erhabenen Tugenden nachfolgen und auch Andere durch Wort und Beispiel dazu ermuntern wollen". Dementsprechend restriktiv wurde der Verstoß gegen den rigiden

Sittenkodex der Sodalität sanktioniert und im schlimmsten Falle mit dem Ausschluß aus dem Verein geahndet, eine Maßnahme, von der man sich in erster Linie eine disziplinarische Wirkung auf die Sodalen erhoffte:

> "Ein Sodal, welcher sich eines öffentlichen Vergehens gegen die Sittlichkeit oder auch in anderer Beziehung eines ärgerlichen Lebens schuldig macht, oder seine Pflichten als Sodale bedeutend vernachlässigt und ungeachtet mehrerer Ermahnungen sich nicht bessert, wird aus der Sodalität ausgeschlossen. Der Beschluß der Ausscheidung wird vom Präses in Verbindung mit dem ganzen Vorstand gefaßt, dann auch öffentlich der Sodalität, nicht aber der Pfarrgemeinde bekannt gemacht."

In den gedruckten Statuten der "Marianische(n) Jungfrauen=Sodalität zu Friesoythe unter dem Titel Mariä=Himmelfahrt", die in der Mitte des 19. Jahrhunderts verfaßt wurden, ist mit protokollarischer Präzision das Reglement für das private und gesellschaftliche religiöse Leben der Sodalinnen festgehalten, das eine Unterscheidung zwischen der weltlichen und religiösen Lebenssphäre kaum erkennen läßt. Die vielfältigen Bestimmungen lassen sich in dem Kern zusammenfassen, daß sich die unverheirateten Frauen wie Männer in erster Linie dem Keuschheitsideal zu unterwerfen und ihr Leben zölibatär zu führen hatten. Die Mitglieder der Sodalitäten übernahmen in diesem Zusammenhang eine gewisse Vorbildfunktion, von der sich die Kirche eine Ausstrahlung auf die Gemeinde der Gläubigen erhoffte. Die rigide Sexualmoral, die der unverheirateten Mehrheit der katholischen Bevölkerung auferlegt wurde, hatte seelische Folgen für den gläubigen Katholiken, die heute kaum noch nachzuvollziehen sind und seine moralische Sonderstellung in der modernen Gesellschaft verfestigten. Im einzelnen verpflichteten sich die Sodalinnen:

> "I. ohne bestimmte Absicht und Aussicht auf baldige Heirath keine Bekanntschaft mit einer Person des andern Geschlechts einzugehen;
> II. auch bei einer solchen Absicht und Aussicht nur in Gegenwart der Eltern oder deren Stellvertreter mit derselben Unterhaltung zu pflegen, und Eheverlöbnisse zu schließen;
> III. an Tanzbelustigungen überhaupt keinen Antheil zu nehmen, oder nur höchst selten, - doch nie an Sonn= und Festtagen oder am Vorabende derselben. [...]
> IV. alle unanständigen und zweideutigen Reden zu vermeiden und keine schlechten Bücher, gefährlichen Romane oder derartige Schriften zu lesen; [...]
> V. Die Mitglieder der Sodalität verpflichten sich ferner, falls sie in den Dienst eines andern treten, nur an solchen Oertern und bei solchen Herren, wo sie die Pflichten ihrer heil. katholischen Religion gewissenhaft ausüben können, Dienst zu nehmen."

Neben der Verpflichtung zur asketischen und sittlichen Lebensführung, wonach sich die Sodalin "ganz vom Genusse des Branntweins" fernzuhalten hatte, beschreiben die Statuten ein regelrechtes Kalendarium für die religiö

sen Pflichten und Übungen: den Empfang der Sakramente, Besuch der Gottesdienste, die Verrichtung der täglichen Gebete und die Erlangung von Ablässen, die "den Seelen im Fegefeuer fürbittlich zugewendet werden" konnten. Ausdrücklich bestätigt wurde die "Einführung der Marianischen Jünglingen= und Jungfrauen=Sodalitäten" in Friesoythe im Jahre 1855 durch den Bericht von Pfarrverwalter Oldenburg an das Bischöfliche Offizialat vom 2. Januar 1856. Nach dem Schreiben des Pfarrverwalters wurden die Sodalitäten getrennt nach den Geschlechtern errichtet:

> "Indem dem hochwürdigen Bischöflich=Münsterschen Officialate der gehorsamst Unterzeichnete seinen schuldigen Dank für die Ermächtigung zur erwünschten Errichtung und Einführung der Marianischen Jünglingen= und Jungfrauen=Sodalität in hiesiger Pfarrkirche abstattet, erlaubt derselbe sich, dem hochwürdigen Bischöflich=Münsterschen Officialate die Anzeige zu machen, daß am 18. November, v. J., als am Feste Maria Opferung, die Sodalität für die Jünglinge, und am 8. December, v. J., als am Feste Maria=Empfängnis, die Sodalität für die Jungfrauen kanonisch errichtet und eingeführt seien.
> Die erstern zählt 38 Jünglinge,
> die letztern - 115 Jungfrauen.
> Zwar ist die Zahl derselben klein, besonders die der Jünglingen, aber um desto größer ist ihr frommer Sinn und ihr Bestreben nach wahrer Tugend, was allgemein anerkannt wird.
> Ein Jüngling, der nicht zu der Sodalität gehört, gab in Anerkennung des frommen Strebens der Sodalen und Sodalinnen zum Ankauf einer Sodalitätsfahne denselben 25 Thaler, - das Fehlende gab eine am gestrigen Tage stattgefundene Kirchencollecte. [...]
> Gott segne und vergelte dem Hochwürdigen Bischöflich=Münsterschen Officialate für Hochderselben Ermächtigung zur Errichtung und Einführung dieser Sodalitäten!"[300]

Offensichtlich waren die weiblichen Pfarrangehörigen eher als die männlichen bereit, sich der strengen Disziplin der Sodalität zu unterwerfen und sich in den Dienst der katholischen Kirche zu stellen. Verantwortlich dafür war auch die traditionelle Einbindung der Frau in den familiären und kirchlichen Bereich. Von der Öffentlichkeit außerhalb von Familie und Kirche, vor allem der politischen, war die Frau in der patriarchalischen Gesellschaftsordnung des katholischen Milieus im 19. Jahrhundert so gut wie ausgeschlossen.

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Sodalitäten für unverheiratete Männer und Frauen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts zum festen Bestand des ka

[300] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Ausdrücklich bestätigt wurde die Regelung, daß die Sodalitäten getrennt nach Geschlechtern eingerichtet wurden: "Hier werden die Jünglingen= und Jungfrauen=Sodalitäten immer getrennt errichtet, welches aus nahe liegenden Gründen auch dort nötig sein wird."

tholischen Vereinswesens in Südoldenburg gehörten und erheblich zur sozialen Disziplinierung der Gläubigen und zur inneren Konsolidierung des katholischen Milieus beitrugen, indem sie die moralische Kontrolle im Innern und die Abwehrhaltung nach außen gegen eine kulturell fremde Umgebung verstärkten. Die Umgebung Südoldenburgs war seit 1803 im Landes- wie im Reichsverband protestantisch geprägt. Belegt ist für die Zeit um die Jahrhundertwende auch die Existenz von christlichen Müttervereinen, die in Südoldenburg fast in jeder Pfarrei anzutreffen waren und in der natürlichen Ordnung des katholischen "cursus vitae" für die verheirateten Frauen - und das war immer noch eine Minderheit in der auf dem Anerbenrecht basierenden katholischen Agrargesellschaft Südoldenburgs - an die Stelle der Sodalität traten.[301] Damit schloß sich für die verheirateten Frauen der Lebenszyklus, der von der katholischen Kirche und ihren Standesvereinen von der Kindheit bis zum Alter begleitet wurde. Bei den Bestimmungen für die Ordination der katholischen Vereine handelte es sich keineswegs um bürokratische Formalitäten, sondern um ein Instrument kirchlicher Kontrolle und Einflußnahme auf die katholische Basis.[302]

Wie sehr der christliche Kosmos der mittelalterlichen Welt in die Gegenwart des 19. Jahrhunderts hineinragte und sich die katholische Binnenwelt von der modernen säkularen Umgebung des fortschrittlichen 19. Jahrhunderts unterschied, ergibt sich aus einem Erlebnisbericht aus Dinklage über die Einführung der Marianischen Junggesellensodalität im Jahre 1855. Der Bericht über die am 16. Dezember 1855 "stattgehabte Feier der kirchlichen Einführung der Marianischen Junggesellen=Sodalität", den Kooperator Kenkel für das Bischöfliche Offizialat in Vechta verfaßte, schildert die feierliche kirchliche Zeremonie, die zu Ehren der neuen Sodalität vollzogen wurde und in der das

---

[301] In dem Reskript an den Bischof in Münster vom 15. März 1900, in dem der Stand der Einsammlung eines Finanzbeitrages für den "Verein der christl. Mütter" protokolliert wird, sind die Namen von 36 Pfarreien aufgeführt, in denen christliche Müttervereine existieren (Offizialats-Archiv A - 3 - 73). In einer formellen Anfrage des Generalvikariats Münster aus dem Jahre 1910, die von allen Pfarrern zu beantworten war, sollte in Erfahrung gebracht werden, ob der "Verein der christlichen Mütter" bereits eingeführt sei oder nicht. Weil nur vom Mütterverein die Rede ist, kann davon ausgegangen werden, daß die Einführung dieses Vereins jüngeren Datums ist und noch nicht in der ganzen Diözese stattgefunden hatte, von der Kirche aber gewünscht wurde. (Offizialats-Archiv A - 3 - 73)

[302] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Das wird bei der "Gründung und Errichtung einer Jünglings- u. Jungfrauen-Congregation in Neuscharrel" deutlich. Die Eingabe des zuständigen Pfarrers wurde von Vechta mit der Aufforderung zurückgewiesen, die vorliegenden Statuten zu ändern. Welche Statuten im einzelnen geändert werden sollten, geht aus dem Schreiben nicht hervor.

Mysterium des katholischen Glaubens eingefangen war. 224 Sodalen hatten sich auf diesen Tag vorbereitet und wurden mit dem festlichen Geläute der Kirchenglocken begrüßt. In der kirchlichen Zeremonie in Dinklage spiegelt sich die hierarchische Gliederung der katholischen Lebens- und Gesellschaftsordnung wider, eine idealtypische Vorstellung, die in der katholischen Basis realisiert werden sollte und häufig verfehlt wurde. Im Mittelpunkt der erbaulichen Zeremonie stand die Verehrung der heiligen Jungfrau Maria, der größten christlichen Symbolfigur für Reinheit und Keuschheit, der die Sodalitäten und Kongregationen geweiht wurden. Die Zeremonie trug alle Zeichen eines kirchlichen Initiationsritus, durch den die heranwachsenden Jungen und Mädchen in die Gemeinde der Gläubigen aufgenommen wurden:

> "Unterdeß ging die Geistlichkeit mit den Lehrern und der gesamten Schuljugend zur Knabenschule, um die dort versammelten Jünglinge feierlich einzuführen. Vor der Schule wurde eine kurze Anrede gehalten, dann setzte sich der Zug unter Absingung des: Veni Creator, in Bewegung. Voran die Jugend mit den Kirchenfahnen, dann die Pfarrgeistlichen. Den Sodalen wurde eine schöne Muttergottesfahne vorangetragen. In ihren Reihen gingen zuerst nach dem Präses der Präfekt und 2 Assistenten, der Sekretair, 2 Custodes und 2 Consultoren oder Räthe; dann folgten 8 verschiedene Abtheilungen der Sodalen, jeder von einem Mitglied des Vorstandes geleitet in schönster Ordnung. Sie wurden eingeführt in die Kirche, die aufs Herrlichste erleuchtet und geschmückt war, wo sich besonders der Hauptaltar und der Altar mit dem Muttergottesbilde auszeichnete, indem die Sodalen alles ihnen zu Gebote Stehende zur würdigen Verzierung des Gotteshauses angewandt hatten.
> [...] Nach dem Credo trat der Präses mit dem Präfekten und dem ganzen Vorstande an die Kommunionbank und verlas vor der Gemeinde das Dekret des Hochwürdigen Officialates über die Errichtung der Sodalität, sodann die Verfassung und die Regeln derselben."

Dann legten die Sodalen, die auf der Männerseite Platz genommen hatten, das Glaubensbekenntnis ab und empfingen die Weihe an die Gottesmutter:

> "Darauf erinnerte der Präses an die Wichtigkeit dieses Augenblickes und forderte alle Anwesenden auf, zum Gebete niederzuknien; während des sprachen die Sodalen auf ihren Knien liegend, das Gesicht zur h. Mutter Gottes gewandt, laut und deutlich, wie mit Einer Stimme das Weihegebet an die Mutter Gottes, gelobten ihr zu dienen, und empfahlen sich ihrem Schutze für die ganze Zeit ihres Lebens. [...]
> Daran reihete sich eine ernstliche Ermahnung zum eifrigen Gebete und der Betrachtung, zum öfteren Empfang der h. Sakramente, zur Reinheit und Keuschheit, zur Liebe und Eintracht, und zum gegenseitigen Erbauen durch Wort und Beispiel, und auf den Gesichtern der Jünglinge war es zu lesen, wie freudig und bereitwillig sie das ihnen verkündete Wort aufnahmen."[303]

[303] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Bericht des Kooperators Kenkel vom 18. Dezember 1855.

Aus dem Dinklager Erlebnisbericht geht deutlich der katholische Geist der Bewahrung und Schonung hervor, der die geschlossene Lebenssphäre Südoldenburgs wie einen inneren Organismus gegen die Gefahren der modernen Welt, die allenthalben an den Grenzen des katholischen Milieus lauerten, abzuwehren und abzuschirmen versuchte. In der vom kindlichen Vertrauen in den Glauben und von treuer Anhänglichkeit an die katholische Kirche geprägten Schilderung ist aber auch zu spüren, wie der religiöse Kampf um die Seele des Menschen auch ein Kampf um die Herrschaft über den Menschen war. Vor dem Mysterium des Glaubens, das den Menschen erschütterte und vor dem er erschauerte, konnte der gläubige Katholik nur demütig die Knie beugen, anbeten und bekennen, wie die Sünde seit Adam und Eva sein ganzes irdisches Dasein überschattete. Rudolf Otto bezeichnet dieses Erlebnis des Irrationalen in der Idee des Göttlichen als "das Heilige", in dem das archaische ‘Grauen’ wiederkehrt "in der unendlich geadelten Form jenes tiefst innerlichen Erzitterns und Verstummens der Seele bis in ihre letzten Wurzeln hinein", und interpretiert es als einen subjektiven Reflex auf das ‘Kreaturgefühl’ des Menschen, "das als Kontrast zu dem objektiv gefühlten Übermächtigen als das Gefühl eigenen Versinkens, Zunichtewerdens, Erde-, Asche- und Nichts-Seins sich verdeutlicht und sozusagen der numinose Rohstoff ist für das Gefühl der religiösen ‘Demut’".[304]

Im Zentrum der überwältigenden moralischen Macht des katholischen Glaubens stand eine autoritäre Gott-Vater-Imago, die mit dem Fegefeuer und der ewigen Verdammnis in der Hölle die Sünder - und wer wollte sich von der Sünde, der Erbsünde gar, freisprechen? - bestrafte oder mit dem Himmel im ewigen Jenseits die Treue belohnte. Wer sich dem diesseitigen begrenzten irdischen Leben im hedonistischen Genuß hingab, dem war der Verlust des ewigen Lebens gewiß. Der religiöse Kultus, wie er aus Dinklage geschildert wird, erlebte im 19. Jahrhundert eine starke Renaissance und war geprägt von religiöser Sentimentalität. Seine soziale Funktion bestand in der Möglichkeit, "Religion und damit Sinndeutung nicht nur verbal und denkend zu begründen, sondern auch gefühlsmäßig zu erfahren." Insofern boten die religiösen Rituale "Halt und Sicherheit für das alltägliche Leben" und durch kodifizierte Formen auch "eine gewisse Veräußerlichung des religiösen Lebens".[305] Die Herz-Jesu-Verehrung, die symbolische Königsherrschaft Christi über die

[304] OTTO, Idee, S. 19, 23.
[305] AKA, Tot, S. 39.

Welt, die 1928 durch die Einführung des Christkönigsfestes ihren Höhepunkt erfuhr, und die Verehrung Mariens, die 1854 durch das Dogma von der "Unbefleckten Empfängnis" ("Immaculata Conceptio") gekrönt wurde, fanden besondere Förderung durch die katholische Amtskirche. Zur katholischen Volksfrömmigkeit gehörte auch eine zunehmende Heiligenverehrung, in der der heilige Joseph als Schutzpatron der Arbeit und als Fürsprecher für einen guten Tod einen besonderen Platz einnahm. Die Verehrung der heiligen Familie und des heiligen Joseph, die besonders von Leo XIII. initiiert wurde, war "zu einem großen Teil Ausdruck für die Verbundenheit der katholischen Kirche mit den alten mittelständischen Sozialschichten der Bauern und Handwerker" und vermittelte ein ständisch gegliedertes vorrevolutionäres Gesellschaftsbild.[306] Durch das Zusammenwirken dieser Kräfte in der katholischen Laien- und Öffentlichkeitsarbeit, der Massenreligiosität und des Frömmigkeitskultes konnte der Prozeß der Entchristlichung in ländlichen Regionen wie Südoldenburg "zumindest um einige Zeit" hinausgezögert werden. Der organisierte Katholizismus entwickelte eine moralische Subkultur, in der er sich gegen die moderne Welt verwahrte, und stellte eine gesellschaftliche Macht dar, indem "unerwünschte Wirklichkeitsdeutungen" von der Kirche ignoriert und verdrängt wurden. Für das Ansehen der katholischen Kirche in der nicht-katholischen Welt und Öffentlichkeit bedeutete diese Reaktion einen Tiefpunkt in der modernen Geschichte der katholischen Kirche.[307]

Von dem Dilemma der sittlichen Lebensführung, die den Mitgliedern der katholischen Standesvereine durch die Vereinsstatuten auferlegt wurde, berichtet ein Schreiben des Dammer Pfarrers Kleikamp vom 16. Januar 1856 an das Bischöfliche Offizialat. Angesichts der herrschenden Verhältnisse schlug der Pfarrer zur Regulierung des Tanzvergnügens vor, "höheren Ortes bezüglich der Satzung 5 anliegender Statuten eine Änderung zu beantragen", und zwar dahin, daß statt "spätestens bis 10 Uhr abends" gesetzt werde "spätestens bis Mitternacht". Der Pfarrer zeigte offensichtlich Verständnis für die Situation der Jugendlichen und zog in Erwägung, daß "höchstens drei Stunden (von 7 - 8 Uhr wird schwerlich getanzt werden) für den Tanzlustigen wirklich eine kurze Zeit" sind, und empfahl deshalb, "das Statut gem. so zu modifizieren, daß dessen Beachtung den nicht Böswilligen nicht zu schwierig sei, und das gewissenhaften Eltern u. Herrschaften ein strenges Hueten auf

[306] Ebd., S. 38-43.
[307] Ebd., S. 43.

dieselben nicht als hart erscheinen könne [...]".[308] Sein Hinweis auf Cloppenburg, wo die Statuten in der von ihm beantragten Fassung bestünden, macht deutlich, daß das System sozialer Normierung mit unterschiedlicher Strenge und Energie gehandhabt wurde.

In der Mäßigkeitsbewegung, die in Südoldenburg vom katholischen Klerus unterstützt wurde, versammelten sich 'halbkirchliche' Vereine, die in den Ämtern und Kirchspielen dieser Region überwiegend in den 1840er Jahren gegründet wurden und so das katholische Vereinswesen im Vormärz ergänzten.[309] Aus Vechta berichtete das "Sonntags=Blatt" vom Wirken von Kaplan Johann Mathias Seling, der sich besonders um die Mäßigkeitsbewegung verdient gemacht hatte.[310] Eine Eingabe "die Mäßigkeitssache betreffend", die am 21. Januar 1844 im Vechtaer "Sonntags=Blatt" veröffentlicht wurde, stellte Selings Wirken mit den Worten vor:

> "Der Eifer des Hrn. Kaplan Seling ist schon aus der Diöcese Osnabrück her bekannt, wo er gleichfalls in mehreren Kirchspielen Reden gehalten und Viele für die Ablegung des Mäßigkeits=Gelübdes gewonnen hat. Bekanntlich hat derselbe eigens eine Reise nach England gemacht und in London 14 Tage nach einander täglich den Reden des großen Mäßigkeits=Apostels Matthew beigewohnt und die großen Erfolge desselben kennen lernen. Daher können wir viel Gutes von demselben erwarten."[311]

Der Einsender begrüßte "die Nachricht, daß der Herr Kaplan Seling von der ihm ertheilten Erlaubnis, in den Kreisen Vechta und Cloppenburg Missionspredigten für den Mäßigkeits=Verein zu halten, Gebrauch machen wird". In einer Antwort vom 30. Dezember 1843 an den "Central=Vorstand der vereinigten Oldenburgischen Mäßigkeits=Gesellschaften zu Oldenburg" würdigte Offizial Herold das Wirken dieser Gesellschaft und wies darauf hin, daß "die Pfarrer des Oldenburgischen Theils der Diöcese Münster durch ein Circular des Bischöflichen Officialats zur Mitwirkung für das Vortreffliche jener Vereine eindringlich aufgefordert" worden seien. Herold sprach "seine Anerkennung des rühmlichen Bestrebens der Mäßigkeits=Vereine" aus und erteilte Kaplan Seling die Erlaubnis, "in den Kreisen Vechta und Cloppenburg Missionspredigten für den Mäßigkeits=Verein zu halten". Auch die Schullehrer wurden vom Offizial, ihrem Vorgesetzten, angewiesen, "im Unterrichte für

---

[308] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Ein Ergebnis liegt nicht vor.
[309] Vgl. dazu KUROPKA, Kirche, S. 509ff.
[310] STRAHLMANN, Fritz: Der Mäßigkeitsapostel Seling. Sein Leben, seine Persönlichkeit und die volkstümliche Art seiner Werbung, IN: VuL 6/1936, S. 86-89.
[311] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 124: Ausgabe vom 21.1.1844.

den Zweck gedachter Vereine mitzuwirken."[312] Nach einer "Namens=Liste der gegenwärtigen Mitglieder des Vechtaer Mäßigkeits=Vereins", der 1840 gegründet wurde, gehörten dem Verein 1842 69 Mitglieder an, dazu zählten auch die Angehörigen des Klerus.[313] Nach den Statuten war jedes Mitglied des Vereins verpflichtet, "des Genusses aller gebrannten Getränke [...] sich gänzlich zu enthalten [...]."[314] Für ein vorläufiges Ende der Mäßigkeitsbewegung sorgten die politischen Turbulenzen im Frühjahr 1848, die auch zu einer vorübergehenden Lockerung der öffentlichen Moral führten.

Der Vereinskatholizismus erwies sich als ein Bewahrungs- und Behütungskatholizismus, der die katholischen Subkulturen befestigte und soziale Öffnungen zur säkularen pluralistischen Gesellschaft nur in kontrollierter Form zuließ. In dieser Funktion trug er erheblich zu einer weltanschaulichen und sozialen Fraktionierung der deutschen Gesellschaft bei und verfestigte ihre Inhomogenität, die nach dem "Kulturkampf" im übersteigerten wilhelminischen Nationalismus kompensiert wurde.

4.2. Die katholische Presse

"Zum katholischen Milieu gehört die katholische Presse", stellt Thomas Nipperdey kategorisch fest und weist darauf hin, daß vor allem im Zusammenhang mit dem sog. "Kulturkampf" und der Bildung der Zentrumspartei eine weit verbreitete katholische Tagespresse entstand.[315] In den Organisationsformen des Vereinskatholizismus und unter der Wortführung der katholischen Presse formierte sich in einer dominierenden protestantischen Nationalkultur ein deutscher Minderheitskatholizismus, der defensive Strukturen einer konfessionellen Teilkultur entwickelte, die sich als Gegenkultur verstand.[316]

---

[312] Mit Schreiben vom 21.8. bzw. 2.9.1843 hatten die "Oldenburgischen Mäßigkeits=Gesellschaften" um die Erlaubnis nachgesucht, in den Kreisen Vechta und Cloppenburg wirken zu dürfen. Offizial Herold wies darauf hin, daß sich auch einige Geistliche des Kreises Vechta für die Mäßigkeitsbewegung eingesetzt hätten, und erwähnte in diesem Zusammenhang Pastor von dem Kampe in Lohne und Kaplan Schröder in Vechta. (THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 124: Ausgabe vom 21.1.1844)
[313] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 118: Ausgabe vom 2.1.1842.
[314] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 118f.: Ausgabe vom 27.12.1840.
[315] NIPPERDEY, Umbruch, S. 29.
[316] Ebd., S. 26.

Zur konfessionellen Einhegung der katholischen Eigenwelt in einer "konfessions-pluralistischen Gesellschaft" leistete die katholische Presse in Südoldenburg, die sich bis 1933 als Organ der Zentrumspartei verstand, einen großen Beitrag. Die "Münsterländische Tageszeitung" aus Cloppenburg und die "Oldenburgische Volkszeitung" aus Vechta, die beide als Zentrumsorgan firmierten, verbreiteten und verstärkten gesellschaftliche und politische Tendenzen, die sich in weltanschaulicher Konkordanz mit der katholischen Kirche befanden, und trugen wesentlich zur Konsolidierung des katholischen Milieus in Südoldenburg bei. Sie waren Funktionsträger des organisierten Katholizismus und halfen, einen verbindlichen weltanschaulichen Konsens zu stiften, der die politischen Umbrüche der Jahre 1918/19 und 1933 ohne größere Beschädigung überstand.

Die "immer weiter fortschreitende Einschaltung in die Auseinandersetzung der öffentlichen Meinung"[317] wurde in Südoldenburg durch das Erscheinen der ersten lokalen Zeitung in der Region gefördert. Bis in den Vormärz verfügte die Region, in der die Kanzel auch als politisches Publikationsorgan genutzt wurde, über kein lokal oder regional erscheinendes periodisches Presseerzeugnis. In der Pressegeschichte Südoldenburgs nimmt Vechta ebenfalls eine Vorreiterfunktion ein. 1834 erschien das Vechtaer "Sonntags= Blatt" mit seiner ersten Ausgabe und nannte sich im Untertitel "eine Wochenschrift für alle Stände."[318] Die "Wochenschrift für alle Stände" enthielt zunächst fast ausschließlich Unterhaltendes und Belehrendes. Im Frühjahr 1848 schaltete sich die Redaktion H. Hüner aber massiv in die politischen Auseinandersetzungen der Märzbewegung ein und schlug einen für die konservative Region Südoldenburg außergewöhnlichen liberalen Kurs ein. Bitter beklagte sich das Blatt über die politische Lethargie des Münsterlandes, bevor es sich im Zeichen der einsetzenden Reaktion wieder größere politische Zurückhaltung auferlegte. 1850 wurde Hüner seines Amtes als Redakteur des "Sonntags=Blattes" wieder enthoben.[319]

---

[317] LÖNNE, Katholizismus, S. 107.

[318] Sonntags=Blatt, 1. Jahrgang 1834; THEMANN, Sonntags=Blatt, o. S.: Vorwort.

[319] Hüner, über dessen Ausbildung und Herkunft nichts bekannt ist, war bis zu seiner Erennung zum Redaktuer als Hilfskraft im Verlag Fauvel tätig. Als mit der Aufhebung der Pressezensur ein verantwortlicher Schriftleiter für alle Presseerzeugnisse benannt werden mußte, fiel die Wahl 1848 auf Hüner. Dieser stürzte sich und sein Blatt in die für den damaligen Leser ungewohnte Politik und vertrat liberale Ansichten. 1850 sah sich der Verleger genötigt, Hüner als Redakteur wieder abzulösen. Dieser blieb noch einige Jahre im Verlag tätig und nahm von 1852 bis 1854 noch einmal die Aufgabe des Redakteurs wahr, erkrankte dann aber und starb 1868 an einem Gehirnleiden in Wehnen. (WEGMANN, Festschrift, S. 56)

Die Initiative zur Herausgabe des Blattes geht zurück auf den protestantischen Buchdrucker Carl Hermann Fauvel, der im März 1833 in Vechta eingebürgert wurde und am 5. April 1834 mit der ersten Ausgabe des "Sonntags=Blattes" an die kleine lokale Öffentlichkeit in Vechta trat.[320] Auf dem Weg zur Herausgabe der ersten periodischen Schrift im Oldenburger Münsterland hatte Fauvel manche Hindernisse zu überwinden. Der Rat der Stadt Vechta mußte der Eröffnung einer Druckerei zustimmen. Er zeigte sich dem ungewöhnlichen Antrag Fauvels geneigt, um das Ansehen der kleinen Amtsstadt als geistiges Zentrum des katholischen Münsterlandes zu fördern. Angesichts der bestehenden Zensur, die im oldenburgischen Vormärz herrschte, mußte die Druckerlaubnis der großherzoglichen Regierung eingeholt und die Prozedur der Zensur geklärt werden. Die Wahrnehmung dieser Zensur wurde dem Amt Vechta übertragen. Schließlich war ein geeigneter und anerkannter Redakteur zu gewinnen, den Fauvel in dem Vechtaer Amtsarzt, Kreisphysikus Dr. Heinrich Christian August Osthoff, ebenfalls evangelischen Bekenntnisses, ausfindig machte.[321] Selbstsicher trat Fauvel offensichtlich gegenüber den Behörden auf, wenn er sich am 23. Juli 1834 gegen die Kirche als politisches Publikationsorgan ereiferte und auf die wirtschaftliche Lage seines Blattes aufmerksam machte:

> "Das Anschlagen an den Kirchthürmen, welches den Unterthanen ohnehin schon viele Kosten verursacht, nimmt dem Blatte einen bedeutenden Theil seiner Interesse und Fortexistenz und läuft dadurch Gefahr zu Grunde zu gehen."[322]

Politisch vertraten die von Fauvel angeworbenen Redakteure des "Sonntags=Blattes" eine mehr liberale und weniger religiöse Linie, was schon 1842 die Gründung eines Konkurrenzblattes durch katholische Geistliche zur Folge hatte. Der Inititator dieses katholischen Kirchenblattes mit dem Titel "Der Hausfreund des katholischen Bürgers u. Landmanns, herausgegeben von mehren Geistlichen des Oldenburgischen Theils der Diöcese Münster", war der damalige Vechtaer Kaplan Clemens Schröder. Gedruckt wurde der "Hausfreund" ebenfalls im Verlag Fauvel. Die großherzogliche Regierung hatte gegen das Erscheinen der kirchlichen Zeitung nichts einzuwenden und beauftragte das Bischöfliche Offizialat mit der Wahrnehmung der Zensur.

---

[320] HASENKAMP, Fauvel, S. 163-165.
[321] STRAHLMANN, Fritz: Kreisarzt Dr. Osthoff, der erste Vechtaer Redakteur, IN: HBL 4/1935, S. 62f. Mit einer kurzen Unterbrechung war Dr. Osthoff als Redakteur des "Sonntags=Blattes" bis zum 22. März 1839 tätig.
[322] WEGMANN, Festschrift, S. 54.

Damit nahm das Offizialat eine weitere gesellschaftspolitische Funktion in Südoldenburg wahr. Offizial Herold begrüßte im Geist der Restauration das politische Einvernehmen zwischen Staat und katholischer Kirche, wenn er unter dem Datum vom 3. November 1842 die Regierung in Oldenburg seiner vollen Loyalität versicherte:

> "Auf das gefällige Schreiben Großherzoglicher höchstverordneter Commission zur Wahrnehmung des landesherrlichen juris circa sacra [...] betreffend die Censur der in Vechta erscheinenden Schulschriften, ermangelt das Bischöfliche Offizialat nicht, ergebenst zu erwidern, wie man auch den Antrag zur Censur des bei dem Buchdrucker Fauvel erscheinenden Blattes, betitelt: 'Der Hausfreund des katholischen Bürgers und Landmanns' gern übernehme. Auch von Seiten kirchlicher Aufsicht darf der Bischöfliche Offizial keine religiöse Schrift zur Lesung des Volkes gestatten, welche nicht erst als unschädlich von ihm selbst oder einem beauftragten Censor erkannt ist. Um so füglicher trifft im jetzigen Falle Staat und Kirche bei der Censur zusammen."[323]

Dem Antrag an die Regierung vom 11. Oktober 1842 auf Genehmigung des im Januar 1843 erstmalig erscheinenden Blattes hatte Fauvel einen "Prospectus" beigefügt, aus dem die Veranlassung zur Herausgabe des "Hausfreundes" hervorging:

> "Hat der Bürger und Landmann an Sonn= und Festtagen, wie es sich für einen jeden Christen geziemt, dem vor= und nachmittäglichen Gottesdienst andächtig beigewohnt, dann bleibt ihm immer noch ein bedeutender Theil des Tages des Herrn übrig. Womit soll er nun diese Zeit ausfüllen?"

Diese Lücke schloß der "Hausfreund", der "kleine Abhandlungen über passende Glaubens= und Sittenlehre; über die hl. Gebräuche unserer Kirche; über kirchliche Zeiten und Feste" und "über Erziehung und Bildung der Jugend" enthalten sollte. Zur religiösen Erbauung dienten "kurze Lebensbeschreibungen der Heiligen, insbesonders jener Heiligen, deren Namen hier gewöhnlich den Kindern bei der Taufe beigelegt werden".

Aufgrund der lokalen Konkurrenzsituation mußte die religiöse Erbauungsschrift 1852 ihr Erscheinen wieder einstellen. Schon 1854 wurde der Versuch wiederholt und mit dem "Religiösen und politischen Blatt" ein konfessionell ausgerichtetes Gegenstück zum "Sonntags=Blatt" aufgelegt, aber ohne Erfolg. Denn auf Dauer waren in der Kleinstadt Vechta zwei konkurrierende Zeitungen nicht zu unterhalten. Daraus zogen der mittlerweile zum Stadtpfarrer avancierte Schröder und Buchdrucker Fauvel 1858 die Konse

---

[323] WEGMANN, Festschrift, S. 57f., auch zum folg.

quenzen und einigten sich auf die Zusammenlegung ihrer Zeitungen. Daraus ging die "Neue Zeitung" mit dem Untertitel "Für den katholischen Teil Oldenburgs" hervor und wurde zunächst von Pastor Schröder redigiert. Nach ihm übernahmen weitere südoldenburgische Geistliche die Redaktion der "Neuen Zeitung", die der unmittelbare Vorgänger der "Oldenburgischen Volkszeitung" wurde. Als Vertreter der katholischen Geistlichkeit nach Pastor Schröder und Kaplan Gerhard Lüken (1866 - 1885) fungierten Vikar Johannes Berssenbrügge (ab 1896), Kaplan Julius Göttke (1897), Kaplan Georg Thole (1904) und Vikar Franz Morthorst (1925) als Chefredakteure der "Neuen Zeitung" bzw. "Vechtaer Zeitung" (ab 1882) und späteren "Oldenburgischen Volkszeitung" (ab 1895).[324] Pastor Schröder verstärkte den Einfluß der katholischen Kirche auf die Zeitung, indem er in Südoldenburg ein Mitarbeiternetz aus katholischen Geistlichen aufbaute und dadurch größere Bevölkerungskreise ansprach.

Die Fusion von 1858, die eine Kooperation zwischen dem protestantischen Pressemanager Fauvel und dem örtlichen Klerus, vertreten durch Pastor Schröder, herstellte, war von großer Bedeutung für die publizistische Erfassung Südoldenburgs durch die katholische Kirche. Mit ihr betrat der südoldenburgische Klerus als gebildeter Stand die Redaktionsstuben der neuen Zeitung und leitete eine wichtige Etappe in der Organisation des katholischen Milieus in Südoldenburg ein. Gut zwanzig Jahre nach ihrer Begründung war die ehemals unabhängige Vechtaer Presse zu einer gesellschaftspolitischen Funktion des organisierten Katholizismus in Südoldenburg geworden. Neben der völligen Durchdringung des Gemeindelebens und der gesellschaftlichen und politischen Repräsentation der Region erhielt die katholische Kirche in der Mitte des 19. Jahrhunderts auch zukunftweisenden Einfluß auf die Presse Südoldenburgs, nachdem ihre Versuche, eine eigene kirchliche Zeitung zu gründen, vorläufig gescheitert waren. Die Bemühungen, ein eigenes kirchliches Presseorgan ins Leben zu rufen, wurden nach dem Ersten Weltkrieg wieder aufgenommen. Weil das Fehlen religiöser Themen als Mangel empfunden wurde, begann Franz Morthorst Ende 1926 damit, als Wochenendbeilage der OV die "Heideblumen" herauszugeben. Hier fanden sich christliche Lesungstexte, religiöse Betrachtungen und Erbauungsliteratur, kirchliche Verlautbarungen, aber auch politisierende Auseinandersetzungen mit dem "Neuheidentum" wieder.[325] Daran läßt sich erkennen, daß die kultur

[324] Ebd., S. 4.
[325] SIEVE, Leben, S. 5.

konservative Auseinandersetzung des südoldenburgischen Katholizismus mit den modernen Zeitströmungen keineswegs auf das "Dritte Reich" beschränkt war, sondern in dieser Epoche den Höhepunkt in ihrer langen Geschichte erreichte.

Die Vechtaer "Neue Zeitung" mit dem programmatischen Untertitel "Für den katholischen Teil Oldenburgs" löste nach 25 Jahren das Vechtaer "Sonntags=Blatt" ab. Die "Neue Zeitung" war zwar keine kirchliche Zeitung, aber ihre Grundlinie blieb kirchlich-konfessionell ausgerichtet und reproduzierte die Grundpositionen des politischen Katholizismus in Deutschland. Die "Neue Zeitung für den katholischen Teil Oldenburgs" erschien seit dem 1. Januar 1859 zweimal wöchentlich, am Mittwoch und am Samstag. In der letzten Ausgabe des "Sonntags=Blattes" wurde die "Neue Zeitung" angekündigt und die Leserschaft mit der "Hauptaufgabe dieses Blattes" bekannt gemacht. Sie sollte darin bestehen, "mit Ausschluß des eigentlich Religiösen diejenigen politischen und kirchlichen Ereignisse, welche ein allgemeines Interesse darbieten, in möglichster Kürze, mit besonderer Berücksichtigung jedoch unserer Landesverhältnisse, streng wahrheitsgemäß dem Leser vorzuführen."[326] Mit diesen Worten hielt nicht nur eine politische Tendenz Einzug in die Vechtaer Zeitung, sondern änderte sich mit der Einführung eines Leitartikels auch der Aufbau des Blattes. Die Vorankündigung beschreibt die politische Position der "Neuen Zeitung" präzise, wenn sie betont:

> "Bei der Darstellung politischer und kirchlicher Verhältnisse wird, wie schon angedeutet, Wahrheit und Unparteilichkeit unser erster und wichtigster Grundsatz sein. Da es aber, wenn man eine Begebenheit auch noch so wahrheitsgetreu erzählt, immer ein großer Unterschied ist, in welchem Lichte oder von welchem Standpunkte aus man dieselbe betrachtet: so stehen wir nicht an, ganz unumwunden zu erklären, daß es dem Titel der Zeitschrift gemäß eben der katholische Standpunkt ist, welchen die Redaction einnehmen wird; und demgemäß werden wir allen unberechtigten Angriffen auf katholische Institute, Personen und Lebensäußerungen, allen Entstellungen und Unwahrheiten, welche von öffentlichen Blättern der verschiedensten Farbe nur zu oft als beliebte Waffe gegen den Katholizismus gehandhabt werden, so weit solche in unsern Bereich kommen, mit Entschiedenheit entgegentreten."[327]

Seit dem Erscheinen der "Neuen Zeitung" verfügte der organisierte Katholizismus Südoldenburgs über eine katholische Presse, die klare Positionen

---

[326] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 302: Ausgabe vom 25.12.1858. Verfaßt ist die Ankündigung "namens der Redaction" von Gymnasiallehrer I. Iseke.
[327] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 302: Ausgabe vom 25.12.1858; WEGMANN, Festschrift, S. 59; HANSCHMIDT, Münsterland, S. 11.

zu den kulturpolitischen Auseinandersetzungen der Zeit bezog. Dabei mögen auch die anhaltenden Auseinandersetzungen des Oldenburger Kirchenstreites (1854 - 1871) eine Rolle gespielt haben, obwohl dieser keinen publizistischen Niederschlag in der Presse fand. Schon vor der Gründung des oldenburgischen Zentrums bestand in Südoldenburg eine katholische Presse, die auf die Aufgaben eines zukünftigen Parteiorgans gut vorbereitet war. So fügte sich die südoldenburgische Presse seit 1859 in das katholische Milieu der Region ein und brachte in ihrer defensiven kulturpolitischen Mission die katholische Sonderkultur des Münsterlandes zum Ausdruck. Eine abwehrbereite Stimmungslage war besonders in den Zeiten des "Kulturkampfes", von dem Oldenburg nicht unmittelbar betroffen wurde, unverkennbar.[328]

4.3. Katholische Glaubens- und Sittenlehre

Makrokosmisch grundgelegt und vernetzt wurde der kirchlich-religiöse Traditionsbestand im katholischen Milieu Südoldenburgs durch den päpstlichen Autokratismus, der aus der Enzykliken-Epoche des 19. Jahrhunderts hervorgegangen war, und durch den Universalismus der römisch-katholischen Weltkirche, deren Charisma auf die nationalen katholischen Religionsgesellschaften ausstrahlte. Die Auseinandersetzung mit der Moderne versuchte die katholische Kirche weniger politisch als moralisch zu bewältigen und verlegte sich dabei auf dogmatische Positionen, deren Autorität und Ansehen vor allem im päpstlichen Charisma verwurzelt war. Der Aufstieg der römischen Bischofsherrschaft zu "einer weltweit befehlenden Autokratie" stellte die folgenschwerste Entwicklung in der katholischen Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts dar. In diesem Prozeß ist der Ausdruck einer politischen Restauration zu sehen, die sich liberalen Emanzipationsbestrebungen und modernen Lebensvollzügen kategorisch verschloß.[329]

---

[328] WEGMANN, Festschrift, S. 63: Neue Zeitung und Kulturkampf.

[329] WEHLER, Gesellschaftsgeschichte 2, S. 472: "Wie die Postulate einer nationalkirchlichen Autonomie und eines theologischen Rationalismus kompromißlos abgelehnt wurden, traf der päpstliche Bannstrahl auch den politischen und ökonomischen Liberalismus, den frühen Sozialismus und selbstredend das Urprinzip alles Bösen: die Revolution. Gregor XVI. und Pius IX. setzten ihr dezidiert, von Metternich nachdrücklich unterstützt, den heiligen Bund von Thron und Altar entgegen. Am gemeinsamen Bollwerk, das politische Restauration und katholische Diktatur errichteten, sollte fortab jeder Umsturzversuch scheitern."

Seinen sichtbarsten Vollzug fand der Absolutheitsanspruch der römischen Kurie in der weltweiten Veröffentlichung päpstlicher Rundschreiben und Enzykliken, die für den einzelnen Katholiken eine unwiderrufliche moralische Verbindlichkeit genossen. Den Höhepunkt in der autoritären Enzykliken-Epoche des 19. Jahrhunderts bildeteten das Dogma von der "Unbefleckten Empfängnis Mariens" ("Immaculata Conceptio") aus dem Jahre 1854, die Enzyklika "Quanta cura" mit dem in ihr enthaltenen "Syllabus errorum" (1864) und die Verabschiedung des Unfehlbarkeitsdogmas ("Pastor aeternus") auf dem Ersten Vatikanischen Konzil (1869/70).[330] Diese folgenreichen dogmatischen Entscheidungen stellten in ihrer Summe eine theologische Antwort der katholischen Kirche auf die von der fortschreitenden modernen Kulturkritik ausgehende Rationalisierung und Historisierung religiöser Glaubenswahrheiten und ethischer Normen, ihre Einordnung und Deutung als historische Phänomene in Raum und Zeit, dar, die das Ansehen der katholischen Orthodoxie zu mindern und die Autorität des katholischen Lehramtes herabzusetzen drohte. Sie wurden im Pontifikat von Pius IX. (1846 - 1878) getroffen, der den römischen Zentralismus sowie den ultramontanen Gedanken stärkte und die katholische Kirche gegen die antikirchlichen Kräfte der Aufklärung und des Staatskirchentums zu mobilisieren versuchte. Pius IX., der die bisher längste Regierungszeit in der Papstgeschichte aufwies, genoß bei den Gläubigen in Deutschland hohes Ansehen. Kein Papst des 19. Jahrhunderts hatte an der Basis einen solchen Rückhalt wie Pius IX., der als der große "Dulderpapst" verehrt wurde, erst recht, als er sich nach dem Verlust des Kirchenstaates 1870 im Vatikan einschloß. Die Gründung von Pius-Vereinen 1848 war auch Ausdruck der großen Beliebtheit, die Pius IX. in Deutschland genoß.[331]

---

[330] AKA, Tot, S. 31.

[331] FRANZEN, Papstgeschichte, S. 367; Kirche und Leben Nr. 36, 3.12.2000, S. 4. Pius IX. wurde zusammen mit Johannes XXIII. am 3. September 2000 in Rom seliggesprochen. Das Verfahren zur Seligsprechung war bereits 1907 eröffnet worden. Die Kirchenzeitung merkt zur Seligsprechung Pius' IX. nachdenklich an: "Man dürfe Pius IX., wie jede Gestalt der Vergangenheit, nicht nach den Kriterien der heutigen Zeit beurteilen, mahnen Historiker. Der Papst habe sich als Mann seiner Zeit in seinem Umfeld nach den Regeln seiner Zeit verhalten." Der "schroffe Umschwung" vom liberalen Reformpapst zum strengen, konservativen Kirchenführer sei auf seine Flucht nach Gaeta 1848 zurückzuführen. Als der Papst sich mit seinen Truppen nicht am italienischen Einigungskrieg habe beteiligen wollen, sei er als Verräter angesehen worden und habe fliehen müssen. Zwei Jahre später sei er mit Hilfe französischer Truppen nach Rom zurückgekehrt.

Die Enzyklika "Quanta cura" zählte zu den vom römischen Papst verurteilten Zeitirrtümern eine falsche Auffassung über Gewissens- und Religionsfreiheit, politische Ideologien des Sozialismus und Kommunismus ebenso wie abweichende Meinungen über die Leitungs- und Strafgewalt der Kirche und die Freiheit und Pflicht der Staatsgewalt. Der "Syllabus errorum" vom 8. Dezember 1864 stellte eine "Zusammenfassung der hauptsächlichen Irrtümer unserer Zeit, die in den Rundschreiben und anderen apostolischen Briefen Unseres heiligsten Herrn, des Papstes Pius IX., gebrandmarkt wurden", dar. Er enthielt 80 explizite Verurteilungen und gilt als der agitatorische Höhepunkt in der Antiliberalismus-Kampagne des Vatikan. Zu den "hauptsächlichen Irrtümer unserer Zeit" wurden im Syllabus ein "totaler Rationalismus" und aus ihm fließende pantheistische und naturalistische Strömungen gerechnet, religiöser Indifferentismus und Irrtümer über die Kirche und ihre Rechte, über die "weltliche Gesellschaft" und insbesondere über das Verhältnis von Staat und Kirche, über die christliche Sittenlehre und die christliche Ehe und über die "weltliche Herrschaft des Römischen Papstes".[332] In seiner gesamten Tendenz richtete sich der Syllabus gegen die Vorstellung, eine Gesellschaft könne ohne Rücksicht auf die christliche Religion organisiert werden, und verurteilte Volkssouveränität, Glaubens- und Kultusfreiheit, Pressefreiheit, Säkularisierung der gesellschaftlichen Institutionen ebenso wie die Trennung von Kirche und Staat als Ausdruck eines agnostischen Irrglaubens, der auf den Ideen von Aufklärung und Revolution beruhe. Er verwarf auch die Auffassung, daß es nicht mehr angebracht sei, den Katholizismus als einzige Religion des Staates anzusehen, und brachte damit katholische Politiker in Verlegenheit, "deren Hauptwaffe das liberale Prinzip religiöser Freiheit war und die sich vom demokratischen Wahlrecht gerade erst eine glorreiche Zukunft erhofft hatten".[333] Ein angesehener zeitgenössischer Kirchenhistoriker, Kardinal Joseph Hergenröther, bewertete das Wirken von Papst Pius IX. und insbesondere die Enzyklika "Quanta cura" aber äußerst positiv:

---

[332] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 9, Nr. 3, 8.2.1865, S.18-28: Enzyklika "Quanta cura" und Syllabus vom 8. Dezember 1864; REUTER, Summa, S. 469-480. Als Belege für die einzelnen Sätze führt der Syllabus in Anmerkungen päpstliche Rundschreiben, Ansprachen und Briefe aus dem Zeitraum von 1846 bis 1864 an.

[333] ANDERSON, Windthorst, S. 121. In dem entsprechenden Satz 77 hieß es: "In unserer Zeit geht es nicht mehr an, die katholische Religion als einzige Religion eines Staatswesens anzuerkennen, unter Ausschluß aller übrigen Arten von Gottesverehrung." (REUTER, Summa, S. 480)

"Ganz besonders glänzte dieses Pontifikat durch zahlreiche Entscheidungen kontroverser Fragen und durch Verurteilung der dem Glauben und den Sitten gefährlichen Lehren."[334]

Nach Auffassung von Roger Aubert verurteilten der Syllabus wie andere päpstliche Verlautbarungen des 19. Jahrhunderts den kritischen Rationalismus, der "die menschliche Vernunft in Fragen der Religion grundsätzlich zum obersten Kriterium" erhebe, "als ob Gott darüber nichts geoffenbart hätte." Was die Päpste verurteilt hätten, sei "der theoretische Relativismus und Indifferentismus, der die Rechte Gottes leugnete, weniger der praktische Indifferentismus, der sich damit begnügt, die Freiheit der Persönlichkeit zu achten".[335] Die öffentlichen Reaktionen auf die autoritativen päpstlichen Dokumente trafen diese diffizilen Unterscheidungen nicht immer.

Im Syllabus erkannte die nichtkatholische Welt den Beweis, daß sich der traditionelle katholische Glauben mit der modernen Welt nicht mehr vereinbaren ließ. Der Blick nach Rom führte in der katholischen Theologie zu einer klaren Ausrichtung auf die Neuscholastik und den Neuthomismus sowie vor allem zu einer Stärkung der katholischen Orthodoxie und des religiösen Traditionalismus. Danach sollte "der Kernbestand des Glaubens" nicht immer wieder neu reflektiert, sondern definitiv festgeschrieben werden. Die Gläubigen brauchten ihren Glauben nicht verstandesmäßig zu erfassen, sondern sollten sich nach den Glaubenssätzen und -geboten richten. Die Mittel der christlichen Mission galten somit auch dem Ziel, den Laien Gehorsam gegenüber der katholischen Kirche und ihrer Amtshierarchie einzuprägen.[336] Der Rückzug auf historisch überholte Positionen sollte das höchste Lehramt der katholischen Kirche den im europäischen Revolutionszeitalter widrigen Wechselfällen der Geschichte, den "temporalibus", entziehen, sie transzendieren und dadurch der römischen Weltkirche außerhalb der Geschichte einen Platz in den modernen europäischen Gesellschaften sichern. Dabei wirkten die "Intoleranz der im traditionellen Selbstverständnis verunsicherten und gerade darum funda

[334] HERGENRÖTHER, Handbuch, S. 506. Joseph Hergenröther (1824 - 1890) bekleidete von 1852 bis 1872 eine Professur an der Universität Würzburg. Er übernahm 1868 das Amt eines Konsultors des Ersten Vatikanischen Konzils (1869/70) und gehörte zu den Vorkämpfern der Infallibilität. Seit 1879 fungierte Hergenröther im Kardinalsrang als Präfekt des Vatikanischen Archivs. Die drei Bände seines "Handbuchs der allgemeinen Kirchengeschichte" erschienen zwischen 1876 und 1880. In seinen späteren Auflagen erschien das kirchenhistorische Standardwerk in vier Bänden, hg. von J. P. Kirsch.
[335] AUBERT, Syllabus, S. 24.
[336] AKA, Tot, S. 33.

mentalistisch am Buchstaben der Dogmen festhaltenden Masse der Gläubigen und der Kirchenleitung" und "immer rigidere Maßnahmen gegen eine 'modernistische' Irrlehre, die es in der vermuteten Geschlossenheit gar nicht gab [...], als Barrieren gegen eine aktive geistige Auseinandersetzung des Katholizismus mit den Problemen der 'modernen' Welt". Bestimmte "Sympathien für antiliberale autoritäre Ordnungskonzepte" verdichteten sich dabei zu "einem offensiv gegenrevolutionären Kurs" und kamen vor allem in traditionellen katholischen Sozialmilieus zur Geltung.[337] Der "Syllabus errorum" wies historisch zurück in die geschlossene vorrevolutionäre Gesellschaft und reagierte äußerst regressiv auf den Fortschritt der Moderne. Der Kirchenhistoriker Joseph Hergenröther hingegen machte dafür andere Gründe verantwortlich, die größtenteils nicht von der Kirche zu verantworten seien:

> "Wohl hat das Mißverständnis kirchlichen Sprachgebrauchs und theologischer Qualifikationen, noch mehr aber böser Wille diesen Syllabus zu einem wahren Zerrbilde gemacht, aber der Theologie der Kirche und der gesamten Gesellschaft ward eine große Wohltat erwiesen."[338]

Die katholische Kirche in Deutschland sah sich einem enormen Erklärungsbedarf und Rechtfertigungszang ausgesetzt. Das veranlaßte Bischof Johann Georg von Münster, seine "Absprache" im Fastenhirtenbrief des Jahres 1865 "auch auf jenen Gegenstand zu richten, welcher seit nicht vielen Wochen allenthalben in und außer der Kirche in so verschiedenartigem Sinne besprochen wird".[339] Die Verwerfung der Enzyklika mache deutlich, daß Pius IX. den Kern der "antichristlichen Systeme" getroffen habe:

> "Das sind alle jene Sätze, welche den Systemen des Pantheismus, Naturalismus und Rationalismus angehören; ferner alle jene, welche die Irrthümer über die natürliche und christliche Moral in sich begreifen; [...]."

In ausschweifenden Ausführungen relativierte Bischof Johann Georg die Verbindlichkeit der Enzyklika, die ohnehin an die Bischöfe und nicht an das gläubige Volk gerichtet sei, und präzisierte in diesem Zusammenhang Positionen der politischen Theologie, die für diese Zeit repräsentativ waren. Das

---

[337] LOTH, Katholiken, S. 21f.
[338] HERGENRÖTHER, Handbuch, S. 506.
[339] Die obligatorischen Fastenhirtenbriefe dienten den deutschen Bischöfen in diesem Zeitraum nicht nur zur religiösen Unterweisung und Ermahnung, sondern wurden auch dazu benutzt, zu gravierenden kirchenpolitischen Themen und kulturpolitischen Auseinandersetzungen der Zeit Stellung zu nehmen. Der Fastenhirtenbrief war in der Regel das einzige Schreiben, in dem der Diözesanbischof sich in der Funktion des "Oberhirten" ausführlich an seine Gläubigen wandte.

päpstliche Schreiben enthalte auch Standpunkte, die von Christen außerhalb der katholischen Kirche geteilt würden, ferner liege dem Papst die Auffassung fern, "daß die wie immer eingetretenen und zu geschichtlichem Bestande gelangten Abweichungen von der Einheit des christlichen Bekenntnisses gewaltsamer Hand müßten beseitigt werden, oder daß man die Rechte Andersgläubiger, welche im Verlaufe der Geschichte durch Verträge oder Gesetzgebung festgestellt worden sind, willkürlich antasten oder schmälern dürfe". Selbst "Christus, der Herr", könne "den nach der Ueberwindung des Judenthums und Heidenthums bei den christlich gewordenen Völkern eingetretenen Zustand, welcher in vielen Jahrhunderten eine vollkommene Einheit in dem religiösen Bekenntnisse zeigte, an und für sich nur als etwas Gutes und Gottgefälliges angesehen haben". Der Papst stehe deshalb dem "Gedanken der Religionsgleichgültigkeit, als ob es nämlich für das Wohl der Menschen und der Staaten von keinem Belang sei, ob sie zu diesem oder jenem Glauben sich bekennen", äußerst ablehnend gegenüber. Die Enzyklika korrigiere eine irreführende Auffasssung über die Gewissens- und Religionsfreiheit, als gebe es ein Recht "kirchlicher wie weltlicher Obrigkeit, allen von Gott gesetzten Autoritäten entgegen selbst die tollsten Ausgeburten einer zügellosen Phantasie und eines den frevelhaftesten Leidenschaften fröhnenden Herzens unter der Firma von Religionssätzen zu verkünden und für dieselben Anhänger zu gewinnen." Ebenso verhalte es sich mit dem Begriff der Politik. Pius IX. habe sich keineswegs zu "den berechtigtesten politischen Ideen und Grundsätzen der Neuzeit in einen unlösbaren Gegensatz und Widerspruch gesetzt und somit ein friedliches Verhalten der modernen Staaten, welche auf jenen Principien beruhen, mit dem päpstlichen Stuhle für die Folge unmöglich gemacht". Die Beziehung des Heiligen Stuhls zu den modernen Staaten sei nicht von der Regierungsform abhängig, "ob dieselbe monarchisch oder republikanisch sei, ob ihre Verfassung so oder anders sei", vielmehr erkenne er in der obrigkeitlichen Gewalt eines jeden Staates "eine von oben kommende Autorität, der man um Gottes willen in allen weltlichen Dingen gehorchen müsse", unabhängig davon, ob "die Träger dieser Autorität auf Grund des Erbrechtes oder auf Grund einer Wahl in den Besitz ihres Amtes gekommen" seien:

> "Papst Pius IX. hat gegen keine der Regierungsformen der Neuzeit protestirt, auch gegen die vom jüngsten Datum nicht. Er protestirt nur gegen Willkürherrschaft, die weder göttliche noch menschliche Rechte achtet, mag sie nun von oben im Namen eines Monarchen oder von unten im Namen des Volkes geübt werden."

Ausdrücklich bezog sich Bischof Johann Georg auf den 80. Satz des Syllabus, der die irrige Aufforderung enthalte, der römische Papst solle sich "mit dem Fortschritt, mit dem Liberalismus und mit der neuen Menschheitsbildung versöhnen und befreunden".[340] Wenn man aber "unter Freisinnigkeit oder Liberalismus jene Ungebundenheit und Zuchtlosigkeit der Gesinnung" verstehe, welche "weder göttliches noch menschliches Gesetz" mehr achte und, "statt Rechte und Freiheiten zu gewähren und zu erweitern", gerade jene mißachte und verletze, welche "auf göttlicher Anordnung und Verleihung oder auf historisch berechtigtem Besitz" beruhten, könne und dürfe sich die katholische Kirche und ihr Oberhaupt niemals mit dem Liberalismus aussöhnen, sondern habe stets streng "zwischen wahrer und falscher Civilisation" zu unterscheiden. Die kompromißlose Liberalismuskritik des Bischofs von Münster enthielt auch eine deutliche Absage an eine freie Staatsordnung auf der Basis des demokratischen Majoritätsprinzips. Auch Deutschland laufe schon Gefahr, "daß Majoritäten für diese oder jene Richtung in politischen Dingen oder sonstigen wichtigen Angelegenheiten künstlich erzeugt" würden. Deshalb sollten die Völker dem Papste dankbar sein, "auf daß sie sich vorsehen in Beziehung auf den Taumelkelch der Macht, den ein Geist der Verführung, der gegenwärtig durch die Welt zieht, darbietet, ihnen vorlügend, daß alles Recht und alles Gesetz durch die Massen bestimmt werden müsse und was so bestimmt sei, Geltung haben müsse, wenn es auch dem zuwider sei, was man bisher göttliches und menschliches Recht genannt habe".[341] Der päpstliche Bannstrahl traf jede Lebensäußerung und -anschauung, die nicht mit der katholischen Kirche und ihrer Lehre übereinstimmte. Nach eigener Überzeugung hatte die katholische Kirche aber "am meisten zu leiden durch die Verblendung derjenigen ihrer Glieder, die als l i b e r a l e Katholiken eine vermittelnde Stellung einzunehmen [...] suchten". Die Folgen seien hinlänglich bekannt: "Halbheit und Inkonsequenz" und eine "Verwirrung der Geister".[342]

Ostentativer öffentlicher Höhepunkt des Pontifikates von Papst Pius IX. war die Einberufung des Ersten Vatikanischen Konzils und die auch gegen erheblichen Widerstand der deutschen Bischöfe durchgesetzte Verabschiedung des umstrittenen sog. "Infallibilitätsdogmas". Seit dem Konzil von Trient (1545 - 1563) hatte die höchste Versammlung der katholischen Weltkirche

[340] REUTER, Summa, S. 480.
[341] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 9, Nr. 4, 18.2.1865.
[342] HERGENRÖTHER, Handbuch, S. 506.

nicht mehr getagt. Die Opposition gegen das Dogma von der päpstlichen Infallibilität befand sich in der Minderheit.[343] Die Dogmatisierung der sog. "Infallibilität" des Papstes im Epochenjahr 1870 markierte den Abschluß und Höhepunkt einer ultramontanen Entwicklung in der katholischen Theologie und Frömmigkeit, "die den in der Person des Stellvertreters Christi in Rom garantierten universalen Wahrheits- und Sendungsanspruch der Kirche in bisher nicht gekannter Form betonte".[344] Die Bedenken gegen die Verabschiedung des Dogmas wurden auf deutscher Seite vor allem getragen von Wilhelm Emmanuel von Ketteler, dem angesehenen Bischof von Mainz, Paulus Melchers, Erzbischof von Köln, und Johannes Beckmann, Bischof von Osnabrück.[345] Aus der Opposition, die sich im deutschen Katholizismus gegen das Unfehlbarkeitsdogma bildete, gingen unter der Führung des Münchner Kirchenhistorikers Ignaz Döllinger die sog. "Altkatholiken" hervor, die stets eine Minderheit blieben. Die Altkatholiken wurden in Preußen aber zu einem Politikum, als ihnen die kirchlichen Behörden die "Missio canonica" entzogen und in einigen Fällen sogar die Exkommunikation aussprachen. Als die katholische Kirche auch ihre Suspendierung durch die Staatsbehörden verlangte, sah sich die preußische Regierung in ihren Hoheitsrechten verletzt. Der Konflikt zwischen den politischen Interessen des Staates und denen der katholischen Kirche, die sich der Opposition altkatholischer Kirchendiener zu erwehren suchte, veranlaßte Bismarck, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf eine neue Grundlage zu stellen. Den ersten Höhepunkt in dieser Auseinandersetzung, die den Auftakt zum preußischen "Kul

---

[343] HUBER, Kirche 2, S. 420. Bei der Vorabstimmung über die dogmatische Konstitution "Pastor aeternus" am 13. Juli 1870 stimmten mit Ja ("placet") 451, mit bedingtem Ja ("placet juxta modum") 62, mit Nein ("non placet") 88 Teilnehmer. Vor der Endabstimmung am 18. Juli 1870 hatte ein großer Teil der Gegner die Versammlung bereits verlassen.

[344] DAMBERG, Moderne, S. 109.

[345] HUBER, Kirche 2, S. 420, Anm. 3; ANDERSON, Windthorst, S. 120f. Die deutschen Nein-Stimmen wurden abgegeben von den Erzbischöfen Fürst Schwarzenberg (Prag), Graf Fürstenberg (Olmütz), Scherr (München) und Deinlein (Bamberg), von den Fürstbischöfen Rauscher (Wien) und Foerster (Breslau), von den Bischöfen Ketteler (Mainz), Dinkel (Augsburg), Eberhard (Trier), Beckmann (Osnabrück), Krementz (Ermland) und Hefele (Rottenburg), vom preußischen Armeebischof Namszanowski (Berlin) und vom Apostolischen Vikar Forwerk (Dresden). Die Bischöfe Melchers und Beckmann gehörten zu den engeren Vertrauten von Ludwig Windthorst, der dem Dogma ebenfalls kritisch gegenüberstand. Bezeichnend ist die Haltung Melchers', der an die Unfehlbarkeit des Papstes "geglaubt zu haben scheint", aber ihre Dogmatisierung kritisch beurteilte, weil sie die Katholiken spalten würde. Auf dem Konzil stimmte Melchers mit bedingtem Ja ("placet juxta modum") und blieb dann mit der Minderheit der entscheidenden Sitzung am 18. Juli 1870 fern. Beckmann votierte "non placet" und reiste unter Protest vor dem 18. Juli 1870 ab.

turkampf" bildete, war die Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium und die Verabschiedung des Schulaufsichtsgesetzes.[346] Obwohl die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit in der nichtkatholischen Öffentlichkeit als "ein Frontalangriff auf die Grundlagen der modernen Welt" verstanden wurde, ließen auch die deutschen Bischöfe, die der Abstimmung in Rom ferngeblieben waren, keinen Zweifel an der Gültigkeit der Konzilsbeschlüsse und übten sich in kirchlicher Loyalität.[347]

Das Dogma "Pastor aeternus" beschrieb die Einsetzung, Fortdauer, Bedeutung und das Wesen des Primats des römischen Bischofs und die Kompetenz seines unfehlbaren Lehramts. Pius IX. setzte sich in Rom gegen den Episkopalismus und Gallikanismus durch und veranlaßte das Konzil zur Anerkennung des außerordentlichen Lehrsatzes, "daß die Gewalt des Papstes eine unmittelbare, höchste Jurisdiktionsgewalt über die Gesamtkirche in Fragen des Glaubens und der Sitte, der Disziplin und der Leitung der Kirche sei". Kathedraentscheidungen des Papstes in Fragen des Glaubens und der Sitte galten fortan als unfehlbar und bedurften nicht der Zustimmung der Universalkirche.[348] Der entscheidende Passus des Dogmas legt unwiderruflich fest:

> "daß der römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhle aus (ex cathedra) spricht, das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirt und Lehrer aller Christen, kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt, eine von der gesammten Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen, im heiligen Petrus ihm verheißenen Beistandes jene Unfehlbarkeit besitzt, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidung einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausgestattet wissen wollte, und daß daher solche Entscheidungen des römischen Papstes aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche,

---

[346] GEBHARDT, Handbuch 3, S. 268; LOTH, Kaiserreich, S. 54f. Die katholische Abteilung wurde mit der evangelischen Abteilung zu einer Abteilung für geistliche Angelegenheiten vereinigt. Das Schulaufsichtsgesetz beseitigte die geistliche Orts- und Kreisschulinspektion und unterstellte alle privaten und kommunalen Schulen der staatlichen Aufsicht. Neben dem Konflikt, der sich an der Frage altkatholischer Staatsdiener entzündet hatte, spielte für den Ausbruch des "Kulturkampfes" auch die Tatsache eine Rolle, daß die katholische Geistlichkeit in ihrer Funktion als Orts- und Kreisschulinspektoren in den polnischsprachigen Gebieten Preußens nicht die von Bismarck gewünschte Ausbreitung der deutschen Sprache, sondern den Unterricht in der polnischen Muttersprache förderte. Bismarck sah darin eine Begünstigung polnischer Nationalbestrebungen, die katholisch-konfessionelle Interessen mit nationalpolnischen verknüpften.

[347] DAMBERG, Moderne, S. 116ff.

[348] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 14, Nr. 6, 16.5.1870, S. 25-32. Die dogmatische Konstitution über den katholischen Glauben enthält im Anhang eine Auflistung von Lehr- und Glaubenssätzen, sog. "Canones", in denen neuere Auffassungen über den katholischen Glauben, die mit der Lehre der katholischen Kirche nicht übereinstimmen, mit dem Bann belegt werden.

unabänderlich sind. So aber Jemand dieser Unserer Entscheidung, was Gott verhüte, zu widersprechen wagen sollte: der sei im Banne."[349]

Das Dogma über die Unfehlbarkeit des Papstes in Fragen des Glaubens und der Moral, die sog. Infallibilität, stellte den Höhepunkt kirchlicher Restaurationspolitik in Europa seit der Französischen Revolution dar. Es verabsolutierte die Beschlußlage des Konzils von Trient, das an der extraordinären Stellung des Bischofs von Rom festgehalten hatte.[350] Aufklärung und Französische Revolution führten zu einem grundlegenden Struktur- und Bedeutungswandel der christlichen Kirchen, auf den die katholische Kirche besonders in Deutschland mit dem Konzept eines umfassenden Ultramontanismus reagierte. Er hatte eine aggressive Abgrenzung gegenüber der Moderne und eine autoritäre Defensive gegen die 'Verfallserscheinungen' des modernen Zeitgeistes im Liberalismus, Rationalismus und Atheismus zum Ziel. Hinter diesen Bestrebungen verbarg sich die Vorstellung, nur durch strukturelle und inhaltliche Zentralisierungs- und Uniformierungsprozesse die anhaltenden kirchenpolitischen Auseinandersetzungen, die im Kampf um die Erhaltung des Kirchenstaates für jeden Katholiken sichtbare Gestalt annahmen, bestehen und das System katholischer Volkskirchen erhalten zu können. Eine negative Folge der ultramontanen Konzentration war das Bewußtsein einer Inferiorität und einer geistigen Verarmung, welche die römische Kurie der katholischen Kirche, den Laien, der Theologie und dem ebenfalls zentralistisch organisierten Vereinskatholizismus auferlegte.[351]

Nach Auffassung von Eugen Drewermann stehen "Hirtenworte, Anweisungen, Bestimmungen, Enzykliken, Richtlinien - der administrative Aufwand und der lehramtliche Dirigismus" in direktem Verhältnis "zu dem Ausmaß des abstrakten Formalismus der offiziös vorgetragenen Lehre". Er betrachtet es als die entscheidende Tragödie der katholischen Kirche, "daß sie auf die geistigen Herausforderungen der Neuzeit immer wieder vornehmlich mit den Mitteln der Macht statt mit den Mitteln des Geistes, mit dem Versuch zur Disziplinierung und Homogenisierung des Denkens statt mit dem Vertrauen in die Überzeugungskraft ihrer Lehren, mit einem ausgeklügelten System von Zensur und Strafe statt mit dem Glauben an die Wahrheitsliebe und Wahr

[349] HUBER, Kirche 2, S. 427.
[350] BLASCHKE, Zeitalter, S. 59.
[351] LILL, Unfehlbarkeit, S. 294ff.; MALLMANN, Ultramontanismus, S. 77.

heitssuche ihrer eigenen Gläubigen geantwortet hat."[352] Diese Bestrebungen vertieften in den modernen Gesellschaften den Bruch zwischen der katholischen und der nichtkatholischen Welt. Rom wurde das moralische Zentrum der katholischen Kirche in Westeuropa. Die konziliaren bzw. päpstlichen Verlautbarungen erhoben einen moralischen Machtanspruch der katholischen Weltkirche gegenüber den sich in einem unumkehrbaren Prozeß entfaltenden modernen Industriegesellschaften und begaben sich mit ihrer dezidierten Ablehnung der Religions- und Glaubensfreiheit und ihrem Bekenntnis zum päpstlichen Autokratismus, der jede rationale Anfrage als Häresie zurückwies, in offenen Widerspruch zum aufgeklärten Liberalismus, der die Emanzipation des Einzelnen von politischen, sozialen und kirchlichen Autoritäten anstrebte.

Die katholische Kirche in Deutschland beantwortete die anhaltende Kritk an den Entscheidungen des Vatikanischen Konzils mit einer außergewöhnlichen Strenge, die zu den Streitfragen in keinem angemessenen Verhältnis mehr standen. Dabei vertrat Johann Bernhard, der Bischof von Münster, eine ultramontane Haltung, die keinem Zweifel unterlag. Auf die Annexion des Kirchenstaates reagierte er in einem Hirtenschreiben an die Geistlichen und die Gläubigen seiner Diözese mit der fundamentalen Feststellung:

> "Der Papst bleibt Papst, wenn ihm auch die Gewalt des irdischen Königthums über Rom genommen wird."

Bischof Johann Bernhard versicherte Pius IX. des ungeteilten Gehorsams gegenüber dem höchsten Lehramt und ließ am Primat des Bischofs von Rom keinen Zweifel aufkommen. Er beschwor das "sacrifcium intellectus", die Opferung des Verstandes, die um die Wahrheit willen zur Verhütung des Irrtums notwendig sei:

> "In der Mitte aller Völker stehend und dem eifersüchtigen Getreibe weltlicher Bestrebungen und Kämpfe enthoben, darf gegen den Anspruch, den der allgemeine Vater auf das Vertrauen und die kindliche Unterwürfigkeit Aller hat, auch nicht einmal der Verdacht aufkommen können, als wäre nicht Christi Lehre und Gesetz die einzige Richtschnur seiner höchsten Entscheidungen, Mahnungen und Anordnungen, sondern als ständen diese unter dem Drucke äußerer oder gar von Parteisucht geleiteter Einwirkung."[353]

---

[352] DREWERMANN, Kleriker, S. 154f.: Die Ersetzung argumentativer Überzeugung durch den Druck verwalteter Macht.

[353] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 14, 28.11.1870, Nr. 53, S. 96-99: Schreiben vom 25.11.1870. Johann Bernhard ordnete in allen Pfarr- und Klosterkirchen seiner Diözese "ein dreizehnstündiges

Anhaltende Spannungen zwischen dem Heiligen Stuhl und dem deutschen Episkopat hatten die Position der katholischen Kirche in den aktuellen kirchenpolitischen Auseinandersetzungen besonders in Preußen unerträglich belastet. Es bedurfte der versammelten höchsten Würdenträger der katholischen Kirche, um die Kritik autoritativ und geschlossen zurückzuweisen. Die deutschen Erzbischöfe und Bischöfe wandten sich im Mai 1871 in einem Anschreiben an den gesamten katholischen Klerus und instruierten ihn über die Sanktionen, die im Falle einer Ablehnung des Konzilsbeschlusses vorzunehmen seien. Ihnen war bewußt, daß "manche Geister" aufgrund der umstrittenen Beschlüsse des Vatikanischen Konzils "eine große Bewegung" ergriffen hatte. Sie unterschieden zwischen dem gläubigen Volk, das sich "überall mit freudiger Bereitwilligkeit den Entscheidungen der allgemeinen Kirchenversammlung" unterworfen habe, und jenen Kreisen in der Gesellschaft, "welche auf ein höheres Maß von Bildung Anspruch machen". Sie zeigten vielfach "Abneigung und Befremdung angesichts der verkündigten Concilsbeschlüsse, insbesondere über das unfehlbare Lehramt des Papstes". In diesem Lager habe sich "eine heftige und weit verbreitete Agitation" erhoben, "um die Kirche zu schmähen, zu verläumden, in Fesseln zu schlagen und selbst zu vernichten, wenn die Macht der Menschen vermöchte, was selbst den Pforten nimmer gelingen wird".[354] Aufgabe der katholischen Geistlichen sei es in dieser kritischen Lage, die Gläubigen widerstandslos auf den päpstlichen Primat zu verpflichten. Im einzelnen stellten die Oberhirten fest:

> "daß es heilige, zweifellose und unabweisbare Gewissenspflicht jedes Katholiken ist, sich den dogmatischen Entscheidungen des vaticanischen Concils mit vollem inneren Glauben und äußerem Bekenntnisse zu unterwerfen.
>
> daß jeder Katholik, welcher wissentlich und beharrlich den Glaubensentscheidungen des vaticanischen Concils widerspricht, eben dadurch sich der Häresie schuldig macht und dem von diesem Concil ausgesprochenen Anathem oder dem großen Kirchenbanne mit allen seinen kirchenrechtlichen Folgen verfallen ist; daß er somit von der Kirche und ihrer Gnadengemeinschaft sich selbst ausgeschlossen hat.
>
> daß aber zu einer rechtsgiltigen Auslegung des Sinnes und der Tragweite jener Entscheidungen, sofern es einer solchen bedürfte, Niemand befugt ist, als der Papst und die mit ihm in der Einheit stehenden Bischöfe, weil nur sie das göttlich bestellte Lehramt in der Kirche bilden.

Gebet vor dem ausgesetzten Hochwürdigsten Gute" und "mit Absingung oder Abbetung der Litanei von Allen Heiligen und der Ertheilung des sakramentalen Segens" für den Papst an.

[354] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 15, 27.5.1871, Nr. 23, S. 38-41: Unterzeichnet ist die Erklärung für die Diözese Münster von Bischof Johann Bernhard.

> daß es neben der kirchlichen auch eine bürgerliche Ordnung gibt, neben der geistlichen auch eine weltliche Gewalt, welche ihren Ursprung von Gott hat, welche in **ihrer Ordnung** die höchste ist, und welcher man in allen sittlich erlaubten Dingen dieser Ordnung um des Gewissens willen gehorchen muß."

Die Oberhirten unterstrichen in ihrer Anweisung an den Klerus die uneingeschränkte politische Loyalität der katholischen Kirche und ihrer Gläubigen, die sich gerade im letzten Krieg bewährt habe. Unter Bezugnahme auf die aktuellen Auseinandersetzungen im preußischen "Kulturkampf" stellten sie fest:

> "In Deutschland soll der Katholicismus unterdrückt werden, nachdem das katholische Volk in unerschütterlicher politischer Treue Gut und Blut für König und Vaterland hingegeben, während die zahllosen Wunden noch nicht vernarbt, die Thränen um die Tausende siegreich Gefallener noch nicht getrocknet, die Schlachtfelder noch nicht vergessen sind!"[355]

Damit war die kritische Situation aber nicht bewältigt, sondern sie eskalierte durch die Verbindung mit dem preußischen "Kulturkampf", der mit der Schließung der Katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium am 8. Juli 1871 eine erkennbare politische Gestalt annahm. In den Hirtenschreiben zum "Kulturkampf" vor allem im preußischen Teil seiner Diözese griff Bischof Johann Bernhard die Problematik des "Unfehlbarkeitsdogmas" offensiv wieder auf. Der Tod des intransigenten Papstes Pius IX. am 7. Februar 1878 trug zu einer Entspannung des Verhältnisses zwischen der katholischen Kirche und dem Deutschen Reich bei und befreite die Katholiken allmählich vom Stigma der "Reichsfeinde" und des "Ultramontanismus". Aber die Basis war in Bewegung geraten.

Der Ultramontanismus war die Antwort der katholischen Kirche in Deutschland auf die Moderne und die Mobilisierung der katholischen Bevölkerung im Zeitalter der industriellen Revolution. Er nahm nicht nur zeitweilig solche Formen an, daß die katholische Gesamtkirche mit dem Ultramontanismus schlechthin gleichgesetzt wurde.[356] Der Ultramontanismus bot die Möglichkeit, aus den sozialen und politischen Konfliktzonen der modernen Industrie

---

[355] Kirchliches Amtsblatt Jg. 15, 27.5.1871, Nr. 22, S. 31-38: Unterzeichnet ist das Anschreiben für die Diözese Münster von Bischof Johann Bernhard.

[356] WEBER, Ultramontanismus, S. 21. Die Identifizierung von ultramontaner Bewegung und Gesamtkirche galt besonders im Pontifikat Pius' IX. und erschien so für den Zeitraum von 1860 bis 1878 als plausibel.

gesellschaft zu emigrieren, sich in die Deckung eines unangefochtenen religiösen Fundamentalismus zu begeben und politische Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche als Verrat an der Freiheit von Religion und Kirche überhaupt zurückzuweisen.[357] Wichtiger als die autokratisch, in Enzykliken, Sendschreiben und Hirtenbriefen proklamierten Glaubensinhalte und -grundsätze war ihre Dogmatisierung, Kanonisierung und Sanktionierung, die mit einer Zentralisierung der kirchlichen Hierarchie, einer Disziplinierung des katholischen Klerus und einer Verkirchlichung des religiösen Bewußtseins besonders in ländlichen Sozialmilieus verbunden war.[358] Das war schon in den kirchlichen Vorschriften und Vorgaben zur Errichtung der ersten katholischen Vereine, der Kongregationen und Sodalitäten, zum Ausdruck gekommen, die allesamt in den katholischen Zentralismus integriert wurden, nach römischer Anweisung von der Kirchenleitung genehmigt werden mußten und unter geistliche Aufsicht gestellt wurden, die selbst wieder der Zustimmung der vorgesetzten Kirchenbehörde bedurfte. Den Höhepunkt im Prozeß der Ultramontanisierung der katholischen Glaubens- und Sittenlehre, der bereits am Anfang des europäischen Revolutionszeitalters einsetzte, stellte die Verabschiedung des Unfehlbarkeitsdogmas dar.[359]

Die zivilisationsskeptische, kulturkämpferische und mit gegenreformatorischem Eifer gepflegte Verteidigung des gesellschaftlichen Status quo widersetzte sich nicht nur emanzipatorischen gesellschaftlichen und politischen Prozessen, sondern favorisierte auch bonapartistische Lösungen politischer Konflikte und entwickelte eine strukturelle Demokratiefeindlichkeit mit weitreichenden historischen Folgen. Die katholische Religion stieg dabei in den Rang einer Legitimationsideologie auf, die mit ihren vorindustriellen und

---

[357] WEBER, Ultramontanismus, S. 21. Darauf weist Weber hin, wenn er feststellt: "Für die Polemik brachte diese radikale Vereinfachung momentan einen Gewinn: Man hatte auf der einen Seite nicht mehr die Mühe, im imparitätischen Staat die berechtigten Forderungen von Katholiken von unberechtigten Bestrebungen der Ultramontanen zu unterscheiden, diese hingegen hatten jetzt eine Handhabe, die minoritären Liberalen im Katholizismus endgültig herauszudrängen."

[358] BLESSING, Kirchenfromm, S. 96. Blessing betont, daß die Kirchenbindung mit dem Vordringen des Ultramontanismus seit den 1840er Jahren eine Intensität gewann, "die zur geistigen Ausschließlichkeit drängte".

[359] WEBER, Ultramontanismus, S. 20-45. Als entscheidende Kriterien, die den ultramontanen Katholizismus als katholischen Fundamentalismus ausweisen, führt Weber den kirchlichen Traditionalismus, den er als Patriarchalismus versteht, den römischen Autokratismus und religiösen Fanatismus, die Ablehnung der "modernen Wissenschaft" und den Ritualismus an, der sich gegen die "Entzauberung der Welt" im naturwissenschaftlich-technischen Zeitalter wehre. (S. 27-34)

vordemokratischen Mustern das öffentliche und private Leben im katholischen Milieu durchdrang und nur schwer einen kirchenfreien gesellschaftlichen Raum neben sich duldete. An einer scharfen Trennungslinie zwischen "in-group" und "out-group" schieden sich im katholischen Milieu Südoldenburgs die Geister nach dem Muster einer negativen Integration. Der emanzipatorische Liberalismus untergrub nach orthodox katholischer Auffassung die patriarchalischen Staats- und Gesellschaftsmodelle, der kritische Rationalismus bedrohte die Autorität der katholischen Orthodoxie, und der revolutionäre Sozialismus zeichnete sich durch eine offene Religions- und Kirchenfeindlichkeit aus. Allen diesen aus dem materialistischen Geist des Revolutionszeitalters geborenen Ideologien war ein Subjektivismus gemeinsam, der den Menschen im Zeichen der Aufklärung zum Herrn über die Schöpfung erhob und den Gedanken der Sühne, des Opfers und der Schuld aus dem modernen Bewußtsein verdrängte. Der emanzipierte moderne Mensch wollte sich aus eigener Kraft erlösen und machte in den materialisierten Heilslehren die irdische Glückseligkeit zum Sinn seines Daseins überhaupt.[360]

Die Institutionalisierung des katholischen Milieus sollte das Ende des religiösen Zeitalters auf eine ungewisse Zukunft verzögern, um die soziale Dynamik der Moderne zu bremsen und die Auswirkungen der pluralistischen Industriegesellschaft auf die Region ständeideologisch einzufrieren. Der metaphysischen Legitimation ständischer Ungleichheit kam die Funktion zu, egalitäre emanzipatorische Willensäußerungen und Anstrengungen als widernatürliche Bestrebungen zu diskreditieren und als Ausfluß eines materialistischen Zeitalters, das sich von Gott losgesagt hatte, zu verdächtigen. Nach dieser Weltanschauung trat die moderne Apostasie mit ihren Götzenbildern und -diensten in der politischen Öffentlichkeit genauso auf wie in der publizistischen und der wissenschaftlichen Welt. Der moderne Katholizismus antwortete darauf mit einer Zentralisierung und Bürokratisierung der kirchlichen

[360] MACKIE, Ethik, S. 11ff. Nach Darlegung von John Leslie Mackie bestreitet der ethische Subjektivismus oder Skeptizismus aus ontologischer Sicht die Objektivität moralischer Werte. Dabei bezieht sich der Satz "Es gibt keine objektiven Werte" nicht nur auf "moralische Gutheit", die mit dem sittlichen Wert gleichgesetzt wird, sondern auch auf "andere Dinge, die im weiteren Sinn als sittliche Werte oder Unwerte bezeichnet werden können - auf sittliche Richtigkeit bzw. Falschheit, auf Pflicht und Verpflichtung, auf Verwerflichkeit oder Niederträchtigkeit eines Verhaltens". Diese Erkenntnis verdeutlicht die metaphysische Dimension der Krise, in der sich die Dogmatik der katholischen Kirche befand, zumal der ethische Subjektivismus auch das Naturrecht, auf das sich die katholische Orthodoxie zur übernatürlichen religiösen Rechtfertigung ihrer Aussagen berief, als "eine Analogie zum Objektivismus in der Ethik" ablehnte. (S. 297)

Organisationsstrukturen und Verabsolutierung der römisch-katholischen Hierarchie, die die Gettoisierung der katholischen Milieus perpetuierte und selbst im überschäumenden Patriotismus der Wilhelminischen Ära nicht ganz überwunden werden konnte. Die katholische Reaktion erschöpfte ihre Energie in der defensiven Abwehrhaltung und konnte sich zu innovativen politischen Lösungen in Staat und Gesellschaft nur in Ansätzen durchringen.

Katholische Sozialmilieus wie Südoldenburg, die sich in der Ära von Reaktion und Reichsgründung herausbildeten, waren nach Auffassung von Wilfried Loth das Ergebnis zweier Prozesse, die sich wechselseitig bestärkten und zum Erfolg führten: auf der einen Seite der integrale Ultramontanismus in der katholischen Kirche und auf der anderen Seite das Aufbegehren katholischer Volksteile "gegen die Zumutungen des Modernisierungsprozesses, wie er sich mit der preußisch-kleindeutschen Reichsgründung vollzog". Aber das Beziehungsgeflecht war auch in Südoldenburg nicht so homogen und statisch, wie es das Wort vom "katholischen Milieu" gemeinhin suggeriert. Mit fortschreitender Industrialisierung, die Südoldenburg nach der Reichsgründungsära in Form der ersten agrarökonomischen Revolution erfaßte, differenzierte sich das "katholische Milieu" und erhielt neue Akzentsetzungen, die mit dem Nachlassen des "Kulturkampf"drucks deutlicher hervortraten.[361] So haftete dem Ultramontanismus von Anfang an eine antimoderne Stoßrichtung an. Der preußisch-deutsche "Kulturkampf" - "zusätzlich brisant durch seine Kongruenz mit den Subsistenzängsten der Gründerkrise" - wirkte wie ein Katalysator im ultramontanen Katholizismus in Deutschland und empfing von ihm seine entscheidenden Impulse und Richtungen.[362] Auseinandersetzungen mit Anhängern des Altkatholizismus sind in Südoldenburg nicht nachweisbar: Er wäre hier auch kaum denkbar gewesen.

[361] LOTH, Integration, S. 266.
[362] MALLMANN, Ultramontanismus, S. 82.

5. Die politische und soziale Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg im Deutschen Kaiserreich von 1871 bis 1914

5.1. Die Entscheidungen von 1866 und 1870/71

Die Bildung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg war ein Resultat der aus Revolution und Säkularisation hervorgegangenen politischen Ordnung in Deutschland an der Schwelle des 19. Jahrhunderts und eine historische Voraussetzung für das politische Überleben der katholischen Volkskirche im Zeitalter bürgerlicher Nationalstaaten. Sie ist eingebettet in die moderne Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland, die über weite Strecken eine Geschichte von gesellschaftlichen und politischen Niederlagen war. Zu diesen Niederlagen zählt die Bismarcksche Einigungspolitik, die die kleindeutsche Lösung politisch und militärisch durchsetzte und das katholische Österreich 1866 aus dem zukünftigen deutschen Nationalstaat verdrängte.

Mit der Schlacht bei Königgrätz und der Errichtung des Norddeutschen Bundes im Jahre 1866 wurde der deutsche Dualismus zugunsten der protestantischen Führungsmacht Preußen entschieden; damit war eine große historische Niederlage des politischen Katholizismus in Deutschland verbunden. Im kleinen Partikularstaat Oldenburg sahen Großherzog Nikolaus Friedrich Peter und der Landtag unter den gegebenen außenpolitischen Bedingungen keine Alternative zum Bündnisangebot Bismarcks und traten zögernd auf die Seite Preußens. Der Landtag wurde für den 27. Juni 1866 einberufen, um den preußisch-österreichischen Konflikt zu debattieren und die abgeschlossenen Verträge zu ratifizieren. Daß "eine thätige Parteinahme für Preußen das Resultat der Landtagsbeschlüsse" sein werde, daran zweifelte die katholische Zeitung in Vechta nicht mehr:

> "Ueber die Stellung, welche Oldenburg einzuschlagen hat, herrscht im ganzen Lande unter denjenigen, welche nur einigermaßen die gegebenen Verhältnisse verständig zu beurtheilen wissen, schwerlich eine Meinungsverschiedenheit, wie auch sonst die Ansichten über die zweckmäßigste politische Gestaltung Deutschlands auseinander gehen mögen."

Die oldenburgische Regierung habe ihren Gesandten beim Bundestag in Frankfurt zurückgezogen, meldete die Zeitung, und betrachte den Bestand des Deutschen Bundes als beendet, "nachdem die königl. preuß. Regierung

von dem Bunde sich losgesagt" habe.[363] Ein parlamentarisches Ringen zwischen Landtag und Regierung wie bei der Ratifikation des Berliner Bündnisses 1849/50 wiederholte sich 1866 nicht. Am 4. Juli 1866 stimmte der Landtag dem "Antrag der Staatsregierung betreffs der mit Preußen abgeschlossenen Uebereinkunft" bei vier Enthaltungen zu.[364] Die katholischen Abgeordneten schlossen sich dem Mehrheitsvotum an, meldeten allerdings Vorbehalte gegenüber der preußenfreundlichen oldenburgischen Außenpolitik an. Der katholische Abgeordnete Anton Russell, Amtsrichter in Damme, sprach offen von einer politischen Krise im Großherzogtum, die ihn veranlaßt habe, für das Bündnis mit Preußen zu stimmen. Nach seiner Meinung stand 1866 angesichts der expansiven preußischen Außenpolitik in Deutschland nicht weniger als die Existenz des nordwestdeutschen Kleinstaates überhaupt auf dem Spiel. In einer Rede vor dem Landtag, in der er die Schwere seiner Entscheidung und seine persönlichen Gewissenskonflikte vortrug, bekannte er, "daß er infolge des Notstandes, in welchem unser Land Preußen gegenüber sich befinde, sich gezwungen gesehen habe, dem Preußenbündnis seine Zustimmung zu erteilen; er sehe sich veranlaßt, seine Ansicht noch kurz zu motivieren, obschon er wohl wisse, daß bei dem Rauschen des hier herrschenden großpreußischen Geistes seine Stimme verhallen werde". Zu seiner politischen Motivation legte er am 4. Juli 1866, schon während des Deutschen Krieges, im Oldenburgischen Landtag im einzelnen dar:

> "Es sei ein Bruderkrieg geworden, der jedes Deutsche Herz aufs tiefste erschüttert, in dem die deutschen Brüder sich gegenseitig aufrieben, bis sie vielleicht abgemattet eine Beute fremder Nationen würden. Und was sei das Ziel dieses Krieges? Es solle das Großpreußentum zum Siege geführt, Österreich aus Deutschland hinausgedrängt werden. Wohl sei man gewohnt, in Norddeutschland Österreich als ein fremdes Reich anzusehen. [...] Wenn Redner dennoch für das Bündnis mit Preußen stimme, so tue er dies nur, weil ihn sein Eid, das Wohl des oldenburgischen Landes zu vertreten, hierzu zwinge. Nach langem Kampfe habe er sich überwunden, das Wohl des ganzen Landes über seine Anschauungen und Ideen zu setzen. Denn wenn Oldenburg nicht das Preußenbündnis annehme, so werde Preußen, wie wohl niemand nach den bisherigen Vorgängen bezweifele, unser Land sofort okkupieren, die Regierung vertreiben, die Kassen leeren, das Kriegsmaterial für sich nehmen, die oldenburgischen Truppen beim Widerstande wie die hannoverschen behandeln. Dies Unglück sei nur durch die Annahme des Bündnisses mit Preußen abzuwenden. Dabei hoffe er, daß die österreichischen Brüder bald in den Deutschen Bund aufgenommen werden und nicht dauernd aus demselben entfernt werden möchten. Das konsolidierte Klein-Deutschland werde seine nationalen Brüder nicht verlassen [...]. Und sonach und nur unter den angegebenen

[363] Neue Zeitung vom 22.6.1866.
[364] Neue Zeitung vom 6.7.1866.

Umständen habe er sich entschließen können, den Anträgen der Staatsregierung zuzustimmen."[365]

Russell attackierte im Landtag auch die Konzeption der Bismarckschen Einigungspolitik im Zeichen von "Blut und Eisen": "Er teile durchaus die Ansicht Bismarcks, aber nicht die, welche er jetzt mit Blut und Eisen verfechte."[366] Die großdeutsch ausgerichteten Hoffnungen des katholischen Parlamentariers Russell erfüllten sich in der Folgezeit nicht. Im zuständigen Landtagsausschuß, der sich nach kontroversen Debatten schließlich einstimmig für das Bündnis mit Preußen aussprach, hegte Russell noch die Erwartung, "daß die politische Lage Deutschlands die Aufnahme Oesterreichs in die Neugestaltung der staatlichen Organisation des deutschen Bundes gestattet", und wies darauf hin, er habe nur "in der zuversichtlichen Hoffnung, daß in Folge nationaler und socialer Nothwendigkeit unsere deutschen Brüder in Oesterreich schon bald die ihnen gebührende Stellung erhalten werden und dadurch jedes wahrhaft patriotische Bewußtsein Befriedigung erhält," dem Antrag der Staatsregierung zugestimmt, damit - "unter dem Drucke der Umstände" - Oldenburg nicht "der Occupation Preußens und dem damit verbundenen großen Unglücke, das jetzt schon über den Nachbarstaat Hannover gekommen, ausgesetzt werde". Es sei notwendig, "an dem bereits entbrannten Bruderkriege, der mit Blut in dem Schuldbuche derjenigen verzeichnet ist, die ihn veranlaßt haben, Theil zu nehmen", damit die politische Selbständigkeit Oldenburgs, die Preußen "jetzt wenigstens" zugesichert habe, erhalten bleibe.[367]

Der geborene Haselünner Anton Franz Johann Russell (1824 - 1878) trat nach seinem Jurastudium 1847 in den oldenburgischen Staatsdienst ein. 1850 wurde er Amtsauditor

---

[365] ECKHARDT, Landtagsreden, S. 21-23; BECKERMANN, Münsterland, S. 15: in Auszügen abgedruckt; RUSSELL, Russell, S. 450f.

[366] RUSSELL, Russell, S. 449f.; ECKHARDT, Landtagsreden, S. 20-23; BECKERMANN, Münsterland, S. 15: in Auszügen abgedruckt.

[367] Neue Zeitung vom 10.7.1866. Die Vechtaer Neue Zeitung zitierte den Abgeordneten Russell aus dem zuständigen Landtagsausschuß, in dem er die preußenfreundliche Politik Oldenburgs scharf attackierte, aber das Land - sicherlich auch im Interesse der katholischen Minderheit - zur politischen Geschlossenheit aufforderte. Der Ausschuß sprach Russell die Anerkennung für seine patriotische Erklärung aus: "Auch legt dieses Mitglied Gewicht darauf, daß wir in unserm Lande als gute Oldenburger in diesem Kriege, da er nicht mehr zu verhindern, und eine Neutralität nicht zu erlangen ist, treu zu einander halten und durch Uneinigkeit in eignem Lager die an sich schon trostlosen Zustände nicht noch erheblich verschlechtern.[...] (Diese warme, ächt patriotische Erklärung des Herrn Abgeordneten für Damme hat gewiß jeden, der nicht in den Vorurtheilen eines kleinlichen Parteistandes befangen ist, in hohem Grade befriedigt [...]. 'Das ganze Deutschland soll es sein.' Daran halten wir fest trotz der augenblicklichen Ungunst der Zeiten.)"

in Oldenburg und Sekretär der Geistlichen Kommission zur Wahrnehmung des landesherrlichen "jus cira sacra" und der Ablösungskommission. 1858 kam er als Amtsrichter nach Damme und erhielt 1865 den Titel Justizrat. 1877 avancierte Russell zum Mitglied des Oberappellationsgerichts, dem er bis zu seinem Tode angehörte. Von 1860 bis 1876 war er Mitglied des oldenburgischen Landtages, in dem er eine führende Rolle spielte. 1867 wurde Russell in den Norddeutschen Reichstag gewählt, und 1871 gehörte er der nach Versailles entsandten "Kaiserdeputation" des Parlaments an. Russell war als Zentrumsabgeordneter auch Mitglied des Deutschen Reichstages und legte 1874 sein Reichstagsmandat, 1876 sein Landtagsmandat nieder.[368]

Daß die Schlacht bei Königgrätz den politischen Katholizismus in einem zukünftigen Deutschen Reich unter der Führung der protestantischen Vormacht Preußen geschwächt hatte, darüber herrschte in der Vechtaer "Neuen Zeitung" kein Zweifel mehr.[369] Sie tröstete sich über die politische Niederlage durch einen moralisch-religiösen Selbstbehauptungswillen hinweg und richtete ihre Hoffnung auf die historische Erfahrung, daß das Reich Gottes nach biblischer Verheißung zwar in, aber nicht von dieser Welt sei. Die "alte Kirche" sei nicht untergegangen und werde nicht untergehen, weil sie auf anderen Fundamenten als auf ausschließlich politischen oder nationalen beruhe. Im Kommentar der Zeitung zum politischen Zeitgeschehen kündigte sich eine neue Standortbestimmung des deutschen Katholizismus an, die unter ultramontanen Vorzeichen den Blick stärker auf das römische Papsttum lenkte und sich auf die Universalität der katholischen Weltkirche besann. Die Vechtaer Zeitung wehrte sich gegen eine Pressestimme aus dem Norden des Herzogtums, die offen für das "Preußenbündnis" agitiere, und warnte vor der Gefahr, die von der politischen Überlegenheit des preußischen Protestantismus in Deutschland nach Königgrätz ausgehe. Dagegen stehe nur die Gewißheit, daß die katholische Kirche auf die Zusage Jesu Christi hin überdauern werde:

---

[368] RUSSELL, Russell, S. 346-55; FRIEDL, Handbuch, S. 626f. (von Bernard Hachmöller u. Enno Russell). Zum politischen Standort Anton Russells notiert Enno Russell: "Als Landtags- und zugleich als späterer Reichstagsabgeordneter vertrat er die Ziele der katholischen Zentrumspartei oft im Gegensatz zu Bismarck, der von Preußen aus im Sinne der allgemein erstrebten Reichseinigung die sogenannte kleindeutsche Richtung ohne Einbeziehung Österreichs vertrat, während Anton Russell als geborener Hannoveraner und Katholik die großdeutsche Vereinigung unter Einschluß Österreichs anstrebte." (RUSSELL, Russell, S. 349)

[369] Nach Aussage von Carl Bachem herrschte nach der Entscheidung von 1866 zugunsten Preußens eine Art "apokalyptischer Stimmung" im deutschen Katholizismus. Eine Signalwirkung ging hingegen vom Mainzer Bischof Ketteler aus, der sich in seiner Schrift "Deutschland nach dem Kriege von 1866" trotz grundsätzlicher Kritik an den liberalen Zeitströmungen und der preußischen Annexionspolitik schon im Dezember 1866 auf den Boden der neugeschaffenen Tatsachen stellte. (MORSEY, Windthorst, S. 159; ANDERSON, Windthorst, S. 137)

> "Wir wollen gar kein zu großes Gewicht darauf legen, daß die Oldenburger Zeitung den gegenwärtigen Krieg wieder zu einem Religionskrieg stempelt und dadurch konfessionelle Zwietracht wachruft, sondern wir wollen hier nur unsere Verwunderung über die Kühnheit, um nicht zu sagen Frechheit, aussprechen, mit der sie nebenher alle Oldenburger, also auch alle Katholiken für das Preußenbündnis zu begeistern sucht. Was heißt denn das in ihrem Munde anders, als an dem Sturze unserer Kirche arbeiten zu helfen? Dafür also sollen unsere katholischen Landeskinder Gut und Blut aufopfern, damit 'in direkter Kette der Kausalität' der Sturz ihrer eigenen Kirche herbeigeführt werde? [...]
> Haß gegen die katholische Kirche, das ist in manchen Kreisen des Pudels Kern bei der ganzen Geschichte. Das fühlt das katholische Volk wohl voraus. [...] Trotzdem sind wir als Katholiken doch getrost. Denn es ist auf den Schlachtfeldern von Sadowa (= Königgrätz) etwas ganz anderes unterlegen als die alte Kirche. Diese wird, so glauben wir zuversichtlich, [...] die Schlacht bei Sadowa noch lange überdauern."[370]

Mit der Entscheidung des deutschen Dualismus zugunsten Preußens und für die kleindeutsche Lösung hatte die katholisch-großdeutsche Reichsidee auch im katholischen Milieu Südoldenburgs ihre Anhängerschaft verloren. Sie begann sich dem realpolitischen Denken Bismarcks anzuschließen. Mit den Worten "Der Krieg ist erklärt" meldete die Vechtaer "Neue Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 19. Juli 1870 den Beginn des deutsch-französischen Krieges und sah Frankreich im nationalen Konsens in der Rolle des Aggressors. Das diplomatische Verhalten Frankreichs im europäischen Konflikt um die spanische Thronfolge wies sie als "eitel Schein und Täuschung" entrüstet zurück.[371] Zu den oldenburgischen Truppenkontingenten, die 1870/71 am deutsch-französischen Krieg teilnahmen, gehörten auch Soldaten aus Südoldenburg, die zum 91. Oldenburgischen Infanterieregiment zählten. Es bildeten sich zahlreiche Komitees, "um einerseits den verwundeten Soldaten Linderung, andererseits den im Felde stehenden Soldaten und den hilfsbedürftigen Familien Unterstützung zu verschaffen". In Südoldenburg standen die Krankenhäuser in Cloppenburg, Friesoythe, Löningen, Damme, Dinklage und Vechta zur Aufnahme Verwundeter bereit. Cloppenburg hatte nach dem Krieg zwischen Österreich und Preußen eine Garnison erhalten. Die 2. Eskadron des "Oldenburgischen Dragonerregiments Nr. 19" wurde am 8. Oktober 1867 nach Cloppenburg verlegt und nahm 1870/71 am deutsch-französischen Krieg teil.

---

[370] Neue Zeitung vom 27.7.1866. Das Blatt zitierte die Oldenburger Zeitung, die nach der Schlacht bei Königgrätz den "Fall des Kirchenstaates und der alten Kirche und die Teilung der neuen europäischen Hegemonie zwischen Frankreich und Deutschland" prophezeit habe. (BECKERMANN, Münsterland, S. 16)

[371] Neue Zeitung vom 19.7.1870; KATHE, Krieg, S. 6. Der französische König Napoleon III. hatte Preußen am 15. Juli 1870 den Krieg erklärt.

Die siegreiche Rückkehr der Dragoner in ihre Heimat löste eine große nationale Begeisterung in der Stadt aus. In den Jahren 1883/84 verließen die Dragoner wieder Cloppenburg und bezogen die erweiterten Kasernenanlagen in der Landeshauptstadt Oldenburg.[372]

Das Kriegsende wurde in Südoldenburg, dem von der Presse der Residenzstadt eine gewisse "franzosenfreundliche Stimmung" nachgesagt worden war, mit öffentlichen Friedensfeiern, kirchlichem Glockengeläut und Böllerschüssen gefeiert. Eine Volksversammlung auf dem Vechtaer Marktplatz sang zum Abschluß die "Wacht am Rhein" und ließ Kaiser und Großherzog hochleben.[373] Überlagert wurden die Nachrichten vom Kriegsgeschehen von den Schlagzeilen, die das Ende des Kirchenstaates betrafen und die katholische Bevölkerung Südoldenburgs stark bewegten. In politischen Adressen wandte sie sich sogar mit der Bitte an den Großherzog, sich für den persönlichen Schutz des Papstes einzusetzen.[374] Am 24. Januar 1871 veröffentlichte die "Neue Zeitung" die Grußadresse des preußischen Königs "An das deutsche Volk!", die die Nachricht von der Gründung des Deutschen Reiches durch einen Souveränitätsakt der Monarchen in Versailles enthielt:

> "Nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmüthigen Ruf an Uns gerichtet haben, mit Herstellung des deutschen Reiches die seit mehr denn sechszig Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorhergesehen sind, bekunden Wir hiermit, daß Wir es als Pflicht gegen das gesammte Vaterland betrachten, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Freien Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.
> Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger in der Krone Preußens fortan den Kaisertitel in allen Unseren Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem

[372] KATHE, Krieg, S. 19-22, Zitat: S. 21; HOCHGARTZ, Hans: Cloppenburg als Garnisonstadt, Dragoner bestimmten das Leben in der Stadt - Deutsch-französischer Krieg, IN: Münsterländische Tageszeitung. Jubiläumsausgabe zum einhundertjährigen Bestehen im Oktober 1981, Cloppenburg 1981. Andreas Kathe hat eine Liste von Gefallenen, Vermißten und Verwundeten aus Südoldenburg zusammengestellt, der vor allem die Nachrichten der Vechtaer Neuen Zeitung zugrunde liegen.

[373] KATHE, Krieg, S. 41. Nach den Erinnerungen eines Vechtaer Bürgers aus dem Jahre 1931 verwies Konrektor Iseke auf einer politischen Kundgebung darauf, daß durch den Krieg "altes Unrecht gesühnt sei". Er habe den Krieg mit den Worten gerechtfertigt: "Der frühere Raub sei im rechtmäßigen Kampfe wiedergewonnen als festes Bollwerk gegen abermalige Überwältigungsgelüste."

[374] KATHE, Krieg, S. 37.

> Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen. [...]"[375]

Überschattet wurde die Erinnerung an die Reichsgründung in den folgenden Jahren in Südoldenburg durch die Auswirkungen des preußisch-deutschen "Kulturkampfes", der zu einer kulturellen Entfremdung zwischen der katholischen Reichsbevölkerung und dem von Preußen dominierten deutschen Nationalstaat führte.[376] Zum Jahrestag des Sieges von Sedan am 2. September 1870, der zum Synonym des 'heroischen' Sieges über Frankreich wurde, regten Cloppenburger Bürger im Jahre 1872 an, diesen Tag mit einem Schützenfest zu feiern. Aber in der Zeitung "Der Münsterländer", einem Vorgänger der "Münsterländischen Tageszeitung", machte sich nationale Skepsis breit:

> "National- und Freudenfeste im Deutschen Reich zu begehen, dazu haben wir Katholiken in unseren Tagen keinen Grund. Die Katholiken werden auf die gehässigste Weise beschuldigt, daß sie Reichsfeinde Deutschlands seien und gegen die deutsche Einheit conspirierten. Der Kanzelparagraph, das Schulaufsichtsgesetz, das Jesuitengesetz, was sind diese Gesetze andere, als gegen das katholische Volk gerichtete Ausnahmeregelungen ..."[377]

Als Ergebnis des gemeinsam geführten Krieges gegen Frankreich 1870/71 erwartete die katholische Volksminderheit politische Gleichberechtigung im Kaiserreich und verfolgte damit ein Ziel, das nach Auffassung von Rudolf Morsey aufgrund der vorhandenen Kräfteverhältnisse nur "schwerlich kampflos" zu erreichen war. Aber unbeschadet der Opposition gegen die preußische Hegemonie und der Tatsache, daß die neugegründete Zentrumspartei gegen die Reichsverfassung gestimmt hatte, begannen sich die katholischen Staatsbürger mit dem Kaisertum abzufinden.[378]

---

[375] Neue Zeitung vom 24.1.1871.

[376] ANDERSON, Windthorst, S. 182. Die Isolierung der katholischen Bevölkerung vom "Rest der Gesellschaft" machte sich besonders an den nationalen Feiertagen bemerkbar. Diese Anlässe wurden zu "Demonstrationen der inneren Emigration der Katholiken" aus der neuen nationalen Gesellschaft. Am Sedanstag weigerten sich Katholiken, an den gemeinsamen Feierlichkeiten teilzunehmen. Sie behielten häufig ihre Kinder zu Hause, damit diese nicht an den örtlichen Paraden teilnehmen mußten.

[377] HOCHGARTZ, Hans: Cloppenburg zur Zeit des Kulturkampfes, Jesuitengesetz und Kanzelparagraph - Schulbauten - Erste Zeitungen - Religiöse Verhältnisse, IN: Münsterländische Tageszeitung. Jubiläumsausgabe zum einhundertjährigen Bestehen im Oktober 1981, Cloppenburg 1981. "Der Münsterländer" erschien wöchentlich zweimal in den Jahren von 1872 bis 1875.

[378] MORSEY, Windthorst, S. 159f.

5.2. Das Zentrum im dritten oldenburgischen Reichstagswahlkreis

Für die erste Reichstagswahl wurde Oldenburg in drei Wahlkreise eingeteilt. Zu dem dritten oldenburgischen Wahlkreis gehörten neben den Ämtern Cloppenburg, Vechta, Damme, Steinfeld, Löningen und Friesoythe auch die Ämter Berne, Delmenhorst und Wildeshausen, Gebiete mit mehrheitlich protestantischer Bevölkerung. Die katholische Bevölkerung stellte in diesem Wahlkreis nach der Volkszählung von 1875 einen Anteil von 62,7 %; bis 1907 war er bereits auf 59, 4% gesunken. Aufgrund der konfessionellen Gliederung dieses Wahlkreises war dem aus den südlichen Ämtern stammenden katholischen Kandidaten der Wahlerfolg in der Regel sicher.[379] Der dritte Reichstagswahlkreis wies 1875 mit 97 664 Einwohnern den geringsten Bevölkerungsstand der drei oldenburgischen Wahlkreise auf (Wahlkreis I: 120 734; Wahlkreis II: 100 916). Er verzeichnete von 1877 bis 1907 mit Zahlen zwischen 23,3 % und 22,4 % den höchsten Anteil an Wahlberechtigten aller oldenburgischen Wahlkreise.[380] In der katholischen Region, die relativ geschlossen für das Zentrum stimmte, war die Wahlbeteiligung erheblich höher als in den evangelischen Räumen, die überwiegend für eine liberale Partei stimmten. Gewählt wurde zwar nach einem allgemeinen und gleichen, aber indirekten Mehrheitswahlrecht. Erreichte in einem Wahlkreis kein Kandidat die absolute Mehrheit, fand eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern statt, die im ersten Durchgang die meisten Stimmen erhalten hatten. Das Wahlsystem begünstigte die Parteien, die ihre Wähler in bestimmten Regionen konzentriert hatten. Deshalb hatte das Zentrum im dritten Reichstagswahlkreis keine große Mühe, seinen Kandidaten regelmäßig durchzubringen. Dieser Wahlkreis wurde zum "Erbhof" des Gutsbesitzers Ferdinand Heribert Graf von Galen, der von 1871 bis 1903 Mitglied des Reichstags war und von 1872 bis 1878 dem oldenburgischen Landtag angehörte.[381]

---

[379] ECKHARDT, Staat, S. 385; SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 37.

[380] STEYER, Parteien, S. 29f.; ECKHARDT, Staat, S. 385: Reichstagswahlen: Bevölkerung, Wahlberechtigte und konfessionelle Gliederung. Zum I. Wahlkreis zählten das Fürstentum Lübeck, Birkenfeld, Stadt und Land Oldenburg und das Amt Rastede; zum II. Wahlkreis Stadt und Land Varel, Stadt und Land Jever und die Ämter Westerstede, Elsfleth, Brake, Ovelgönne, Stollhamm und Landwürden. Während der Anteil der Wahlberechtigten von 1877 auf 1907 absolut von 22 754 auf 29 320 anstieg, fiel er relativ von 1877 auf 1907 von 23,3 % auf 22,4 % zurück.

[381] HEHEMANN, Politik, S. 442f.

Bei der ersten Reichstagswahl kandidierte für den dritten oldenburgischen Wahlkreis nach reiflicher Überlegung Justizrat Russell, der bereits Abgeordneter des zweiten Norddeutschen Reichstages gewesen war. Die "Neue Zeitung" gab Russell, der für seine antipreußische Opposition bekannt war, auf einer "zu Vechta kürzlich abgehaltenen und von sämmtlichen Gemeinden dieses Amtes besuchten Versammlung" mit den Worten wieder:

> "Nur die Liebe zum Vaterlande und insbesondere auch zu unserm Münsterlande, das mir von allen Seiten so viel Vertrauen entgegenträgt, so wie die wichtigsten politischen Gründe, hervorgerufen durch die Neugestaltung des deutschen Reichs und die socialen Zustände, welche der Krieg im Gefolge hat, können mich veranlassen, meine Privatinteressen bei Seite zu setzen und nochmals wieder als Candidat für den Reichstag mich aufstellen zu lassen."[382]

Offensichtlich hatte Russell seine Skepsis gegenüber der preußischen Lösung der nationalen Frage noch nicht ganz überwunden. Die "Neue Zeitung" versicherte den Kandidaten der vorbehaltlosen Unterstützung des südoldenburgischen Katholizismus und forderte die "Leiter der Gemeinden und die Vorstände von Vereinen auf, für diese Candidatur nach Kräften wirken zu wollen." Russell bringe "ein großes Opfer", wenn er die Kandidatur für die Reichstagswahlen übernehme, und deshalb "dürfte es Jedem einleuchten, daß derselbe auch unsere Interessen und die des deutschen Volkes stets vertreten wird, indem er gegen übermäßige Forderungen des Militairs, den Feudalismus und den unerträglichen Steuerdruck ankämpft und für die bürgerlichen und religiösen Freiheiten eintritt."[383]

Bei der Kandidatur Russells für den ersten Deutschen Reichstag kristallisierten sich bereits Strukturen heraus, die für den Aktionsradius des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs in Zukunft bestimmend waren. Das Münsterland drang von Anfang an auf eine möglichst geschlossene politische Repräsentation, die durch eine katholische Partei wahrgenommen werden sollte, aber an der auch der organisierte Katholizismus in Südoldenburg nach Maßgabe seiner Kräfte und Möglichkeiten mitzuwirken hatte. Der Wahlaufruf der

---

[382] Neue Zeitung vom 7.2.1871.

[383] Neue Zeitung vom 7.2.1871. Neben der Unterstützung der Konfessionsschule und der Ablehnung der Zivilehe enthielten die Wahlprogramme der Katholiken auch die Forderung nach einer Verringerung der Militärausgaben. Darin kam die Abneigung gegen höhere Steuern zum Ausdruck, die der "preußische Kriegsruhm" erforderlich machte. 1867 hatten viele katholische Abgeordnete, unter ihnen auch Windthorst, Bismarcks Heeresbudget bekämpft. Ende 1870 sollte dieses Budget auslaufen, in Zukunft nicht nur verringert, sondern auch der parlamentarischen Kontrolle unterworfen werden. (ANDERSON, Windthorst, S. 136)

Partei, die sich noch provisorisch katholische "Verfassungspartei" nannte, enthielt als Kernforderung des politischen Katholizismus in der Reichsgründungsphase die Freiheit von Religion und Kirche, die in der Verfassung des Deutschen Reiches zu verankern sei. Für die bevorstehenden ersten Reichstagswahlen am 3. März 1871 hieß es dazu:

> "Mögen unsere Gesinnungsgenossen nach Kräften dahin wirken, daß ihr Ausfall dem Vaterlande zum Heile gereicht! Es wird dies nur dann der Fall sein, wenn aus der Wahlurne selbstlose, charakterfeste Männer hervorgehen, welchen das moralische und das materielle Wohl aller Volksklassen, wie aller das Deutsche Reich bildenden Stämme am Herzen liegt, welche die bestehenden Besonderheiten nur insoweit der Einheit geopfert sehen wollen, als dieselben nachweislich dem Ganzen zum Schaden gereichen, welche endlich - wie die politische - so auch die kirchliche Freiheit und das Recht der Religionsgesellschaften gegen mögliche Eingriffe der Gesetzgebung sowohl als gegen feindliche Parteibestrebungen entschieden gewahrt wissen wollen."[384]

Der Wahlaufruf führte den katholischen Abgeordneten die politischen und kulturellen Aufgaben vor Augen, die sie im künftigen Parlament des preußisch-deutschen Reiches gegen den Staat und in der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien zur Wahrung der katholischen Interessen zu erfüllen hatten und die sich aus der Minderheitenposition der Katholiken im deutschen Kaiserreich zwangsläufig ergaben. In den besorgten Worten des Aufrufs kam die weitverbreitete Befürchtung zum Ausdruck, als Minderheit im künftigen Parteienstreit zu unterliegen und in die politische Defensive gedrängt zu werden.

Angesichts der angespannten Lage im politischen Katholizismus mußte es seinen Repräsentanten darum gehen, daß die katholischen Wähler trotz der gescheiterten katholisch-großdeutschen Lösung politisch nicht abseits standen und sich geschlossen auf den verfassungspolitischen Boden des neuen Reiches begaben, um auf diese Weise auch dem Vorwurf des Ultramontanismus seine Berechtigung zu nehmen. Politisches Vertrauen in das neue Reich konnte durch eine geschlossene Teilnahme des katholischen Bevölkerungsteils an der ersten Reichstagswahl öffentlich dokumentiert werden und war nötig, um die eigene Position nicht zu schwächen. Jede Alternative hätte die kritische Lage im deutschen Katholizismus 1870/71 noch verschärft. Die "Neue Zeitung" in Vechta schloß sich der Agitation, die geltendes Wahlrecht zur moralischen Wahlpflicht erklärte, an und zitierte zu diesem Zweck aus

[384] Neue Zeitung vom 24.1.1871: Aufruf vom 11. Januar 1871.

dem "Deutschen Volksblatt", dem ältesten Organ der Katholiken in Württemberg:

> "Wir können diesen Standpunkt der Resignation und der Hoffnungslosigkeit durchaus nicht billigen und klug finden. Die Politik des Schmollens war immer nur verderblich und schädlich, und nützt nur den Gegnern. Nachdem der neue Staatsaufbau für Deutschland geschaffen und wir in denselben gern und ungern eingefügt sind, dürfen wir es nicht unsern Gegnern, ja unsern zum Theil verbissenen Feinden überlassen, den inneren Ausbau zu vollziehen. Wir müssen als Patrioten und als Katholiken es für eine heilige Pflicht ansehen, dabei nach Kräften mitzuwirken."[385]

Aus dem Aufruf sprach die Aufforderung, die territoriale und verfassungspolitische Wirklichkeit des Deutschen Reiches anzuerkennen und sich in ihr nach Maßgabe der politischen Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu arrangieren. Schon die katholischen Abgeordneten des Norddeutschen Reichstags hatten sich nicht in grundsätzlicher Opposition geübt, sondern sich zur Anerkennung der neuen politischen Tatsachen und zur konstruktiven Mitarbeit entschlossen.[386] In einem "Oberhirtlichen Erlaß in Betreff der Wahlen für den deutschen Reichstag" vom 30. Januar 1871 forderte Bischof Johann Bernhard von Münster die Gläubigen seiner Diözese auf, beim bevorstehenden Wahlgang zum ersten Deutschen Reichstag nicht nur ihrer "Aufgabe als Staatsbürger", sondern auch ihrer "Schuldigkeit gegen die Kirche" zu genügen:

> "Vergesset nicht, welche Verantwortung Ihr auf Euch ladet, wenn Ihr von der Wahl zurückbleibet und dadurch einem unglücklichen Ausfalle derselben Vorschub leistet."

Es komme darauf an, solche Kandidaten in den Reichstag zu entsenden, die als Christen "mit Einsicht, Biederkeit und Treue ihren Einfluß aufbieten werden, um nicht blos dem Kaiser, was des Kaisers, sondern auch Gott zu geben, was Gottes ist". Darunter verstand der Bischof von Münster die klassischen "bona particularia" der katholischen Kirche und ermahnte in diesem Sinne die künftigen Reichstagsabgeordenten des katholischen Volksteils, "den ihr [der kath. Kirche] gebührenden Einfluß auf die Ehe und die Schule zu wahren und mit allen erlaubten Mitteln gegen die Einführung der s. g. Civilehe und confessionsloser Schulen zu wirken". Ausdrücklich wurden die Pfarrgeistlichen in die Wahlkampfagitation miteinbezogen und aufgefordert, "in geeigneter Weise ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß diejenigen

---

[385] Neue Zeitung vom 24.1.1871.
[386] LÖNNE, Katholizismus, S. 151f.

Wahlberechtigten ihrer Gemeinde, welche sie als gutgesinnte Katholiken kennen, möglichst vollzählig an dem Wahlakte sich betheiligen".[387]

Für die zweite Reichstagswahl am 10. Januar 1874, die ganz im Zeichen des "Kulturkampfes" stand und dem Zentrum mit 27,9 % der Stimmen und 91 Mandaten (1871: 18,6 % = 63 Mandate) einen großen Wahlerfolg beschied, kandidierte im dritten Oldenburger Wahlkreis der Dinklager Ferdinand Graf von Galen, der Vater des späteren Bischofs Clemens August von Münster. Für diese Wahl war es bereits eine Selbstverständlichkeit, daß der Kandidat für Südoldenburg dem Zentrum angehörte und seinen politischen Ideen nahestand. Das wurde auf einer Wahlversammlung in Lohne am 16. Dezember 1873 deutlich zum Ausdruck gebracht:

> "In der zahlreich besuchten Reichstagswahlversammlung in Lohne am 16. des Monats sprachen sich alle Redner in der Debatte über die Wahl des neuen Abgeordneten für den Reichstag im 3. Wahlkreise für die Wahl des Grafen von Galen aus und hoben dabei besonders hervor, daß derselbe der Zentrumsfraktion beitreten würde und man im ganzen Münsterlande mit geringer Ausnahme nur einen Kandidaten wolle, welcher aus aller Überzeugung die Tendenzen jener Fraktion unterstütze."[388]

Im moralischen Pflicht- und Schuldgefühl, in dem kollektive Zugehörigkeit zum katholischen Milieu zum Ausdruck kam, wurde das politische Verhalten zum christlichen Tugendbeweis und zum sittlichen Maßstab. Im Wahlaufruf zu den Reichstagswahlen von 1877, die noch vom Kulturkampf-Szenarium beherrscht wurden, war von dieser Pflicht und Schuldigkeit ausführlich die Rede. Deutlich zeichnet sich in diesem Aufruf die konfessionelle Verengung in der Programmaussage des Zentrums ab, die vom "großen Principienkampfe" beherrscht wurde:

> "In dem großen Principienkampfe, der noch immer, und zwar mit erhöhter Leidenschaftlichkeit die Gegenwart beherrscht, haben alle Männer die Pflicht, ihre politische Stellung mit Muth und Entschiedenheit einzunehmen, und würde es von ihrer Seite nicht blos schimpfliche Feigheit, sondern auch ein schmähliches Preisgeben der heiligsten Güter bekunden, wenn sie passiv ihre Hände in den Schoß legen und den Dingen freien Lauf lassen wollten. Nicht Alle können in eigener Person auf der Arena erschei

---

[387] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 15, 6.2.1871, Nr. 2, S. 5f.

[388] Neue Zeitung vom 19.12.1873. Auf der Lohner Versammlung bedankten sich die Münsterländer abermals beim oldenburgischen Großherzog, dem sie den konfessionellen Frieden im Lande verdanken zu müssen glaubten, weil "der kirchliche Frieden bei uns erhalten sei, da die verschiedenen Konfessionen Oldenburgs sich achteten, liebten und in Frieden miteinander leben wollten. [...] Es wurde dann dem Großherzog, unserm teueren Landesvater, in der Versammlung ein dreifaches stürmisches Hoch gebracht, welches aus begeisterten Herzen drang."

> nen, wo die alten ewig wahren Grundsätze der Wahrheit, des Rechtes und der Freiheit gegen die beklagenswerthe Uebermacht des Liberalismus gewahrt und vertheidigt werden; dafür aber wählen Sie Einen, der aus ihrem Munde spricht, der ihre Rechte schützt, der an ihrer Statt den großen Geisterkampf mit auszukämpfen hilft.
> Katholische Wähler !!
> An Euch, an uns liegt es nun, an diesem großen heiligen Kampfe uns zu betheiligen dadurch, daß wir Alle ohne Ausnahme unserem Vertrauensmanne unsere Stimme geben. [...]
> Thun wir Alle unsere Schuldigkeit voll und ganz! Mit Gott für Wahrheit, Recht und Freiheit!"[389]

Dieser Wahlaufruf spiegelt eindringlich das geistige Spektrum des südoldenburgischen Katholizismus wider. Der politische Einsatz für die "heiligsten Güter" und die "ewig wahren Grundsätze" der katholischen Kirche war moralisch-religiöser Auftrag, der im "großen Geisterkampf" gegen die "beklagenswerte Uebermacht des Liberalismus" persönlich angeeignet und vollzogen werden wollte. Die liberale Übermacht hatte im "Kulturkampf" in Gestalt eines kirchenfeindlichen Staatsliberalismus ihr wahres politisches Gesicht gezeigt und gebot nun das geschlossene Votum Südoldenburgs für das katholische Zentrum. Nahtlos verschmelzen in diesem Aufruf die naturrechtlich gebundenen Interessen der katholischen Kirche mit den kulturpolitischen Anforderungen des Tages, die in der parlamentarischen Arena des Reichstages erfüllt werden mußten.

Die Zentrumspartei errang in Südoldenburg bereits in der Reichsgründungsphase eine Schlüsselposition und versuchte nach dem Muster einer "Volkspartei" die widersprüchlichen politischen Interessen innerhalb eines katholischen Sozialmilieus unter dem Primat des Konfessionellen zu integrieren. Sie mobilisierte die katholische Bevölkerung vor allem über das organisierte Vereinswesen als politischen Transmissionsriemen. Der konstante Rückhalt des oldenburgischen Zentrums in der katholischen Bevölkerung erklärt sich in Südoldenburg in erster Linie aus dem hohen Milieustandard der Region. In die Wahlkampfagitation für die Konfessionspartei schalteten sich die zahlreichen berufsständischen Zusammenschlüsse ein, die zentrumsorientierten landwirtschaftlichen Organisationen und viele Angehörige der Geistlichkeit, die in der lokalen Zentrumsorganisation ohnehin eine führende Rolle spielten. Die Vertreter der katholischen Kirche, die Geistlichen, nahmen die herausragende Rolle von politischen Autoritäten für die Katholiken ein; eine

[389] HBL 2/1978, S. 3. Verabschiedet wurde der Aufruf vom 30. Dezember 1876 vom "Central-Wahl-Comite" in Lohne.

ähnliche Position dürfte vielfach nur die Lehrerschaft gehabt haben. Der organisatorische Rückhalt des Zentrums in einem katholischen Milieu wie Südoldenburg entsprach dem ihres weltanschaulichen Opponenten, der SPD, die sich ebenfalls auf ein dichtes Netz gleichgerichteter Organisationen stützen konnte.[390]

Die politische Klientel des Zentrums, das in Oldenburg zunächst über keine Landesorganisation verfügte, sondern nur ein Reichstagswahlkomitee mit dem Sitz in Lohne unterhielt, verdankte ihre Geschlossenheit der verbindlichen Autorität der katholischen Amtskirche und dem konfessionellen Vereinswesen, das ab 1890 im "Volksverein für das katholische Deutschland" seinen zentralen Dachverband erhielt. Der "Volksverein" war "einer der erfolgreichsten deutschen Massenorganisationen außerhalb der Sozialdemokratie", aber kein "Gesamt- oder Überverein", denn neben ihm blieben die anderen katholische Vereine bestehen. Nach seiner Gründung kamen sogar noch neue Vereine hinzu, wie sie "eine sich differenzierende und komplizierende Gesellschaft" erforderlich machte, so daß "Neugründungen, Ausweitung, Mitgliederexpansion, neue Aufgaben: Volks- und Erwachsenenbildung" nach 1890 gerade das katholische Milieu noch einmal verdichtet haben.[391]

So wurde in der Reichsgründungsphase in Südoldenburg ein hohes Maß an politischer Identität gestiftet, die in der Kulturkampferfahrung ihr unverwechselbares Profil erhielt. Das katholische Milieu in Südoldenburg schloß sich 1870/71 der kulturpolitischen Opposition, die sich auf Reichsebene in der Deutschen Zentrumspartei formierte, an und verband sein politisches Schicksal fortan mit der Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland. Durch die historischen Entscheidungen in der nachrevolutionären Ära hatte sich die Situation der früheren geistlichen Ämter Vechta und Cloppenburg grundlegend gewandelt. Seit 1815, als die polititischen und territorialen Verhältnisse in Europa reorganisiert wurden, war das spätere Südoldenburg von nicht-katholischen Landesherrschaften umgeben, zunächst vom Königreich Hannover und von 1866 an ausschließlich vom preußischen Hegemonialstaat, der mit Ausnahme der Ämter Vechta und Cloppenburg die Nachfolge im ehemaligen Fürstbistum Münster angetreten hatte. Die Erfah

[390] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 39. Vor dem Ende des Ersten Weltkrieges zählt Seelhorst im Katholizismus des oldenburgischen Offizialatsbezirks über 20 berufsständische Zusammenschlüsse mit über 2 000 Mitgliedern; allein dem Katholischen Oldenburgischen Lehrer-Verein (KOLV) gehörten über 200 Mitglieder an.
[391] NIPPERDEY, Umbruch, S. 24.

rung des kulturell Fremdartigen im nordoldenburgischen Protestantismus und des protestantischen Monarchen, der in Personalunion auch Oberhaupt der evangelischen Landeskirche war, verstärkte unbewußt die zentripetalen Kräfte in der Region und vermehrte die religiös-kulturellen Anstrengungen, das katholische Milieu vor den Folgen der modernen Revolutionsgeschichte zu bewahren. Die Entscheidungen von 1866 hatten weitreichende Folgen, die auch vom südoldenburgischen Katholizismus aufmerksam wahrgenommen wurden. Der Ausschluß Österreichs stellte die politische Hegemonie Preußens sicher und halbierte die katholische Bevölkerung Deutschlands nahezu, indem die annähernd zahlenmäßige Parität der Katholiken in eine unterlegene Position verwandelt wurde. Die katholische Bevölkerung litt unter einer "Weltuntergangsstimmung", und es bedurfte der Erfahrung des "Kulturkampfes", um den politischen Katholizismus wieder zu mobilisieren.[392]

Zu seiner bisher größten inneren Geschlossenheit fand das katholische Milieu in Südoldenburg in der Kulturkampferfahrung, von der es in Zukunft noch lange zehren sollte. Das konnte nicht nur an den politischen Konflikten liegen, die im Rahmen des preußisch-deutschen "Kulturkampfes" ausgetragen wurden und von denen Südoldenburg so gut wie nicht betroffen war, sondern mußte auch einen Grund haben in der Lage der katholischen Kirche in der Reichsgründungsphase. Getragen wurde die Mobilisierung der katholischen Bevölkerung in Südoldenburg von der ‘neuen’ Zentrumspartei und den vielfältigen Institutionen, Vereinen und Kommunikationsorganen des katholischen Milieus in Südoldenburg. Die moderne Geschichte Südoldenburgs steht auch im Zeichen einer Kulturkampftradition, die erheblich zur historischen Kontinuität dieses Teilraums beitrug.

5.3. Die Kulturkampferfahrung

Der "Kulturkampf" hat die Geschichte des deutschen Katholizismus bis weit in das 20. Jahrhundert hinein außerordentlich tief geprägt, auch wenn er nicht überall die gleiche Intensität erreichte. Die katholische Identität, "die Selbstverortung von Kirche und Katholiken", blieb in dem neuen Staatswesen Jahrzehnte lang auf diese kollektive Erfahrung bezogen. In der Kulturkampferfahrung entstand ein soziales Programm des organisierten deutschen Katholizismus, das ein intensiviertes Sendungsbewußtsein mit der Forderung nach

[392] ANDERSON, Windthorst, S. 95f.

einem organisatorischen Zusammenschluß der Katholiken in der sich im industriellen Aufbruch befindenden Gesellschaft des Deutschen Reiches verband. Diese Programmatik hatte in der neueren Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland fast hundert Jahre Bestand. Auf der anderen Seite wurde das Verhältnis der Katholiken zum neugeschaffenen deutschen Nationalstaat noch lange von dem Trauma bestimmt, als konfessionelle Minderheit ausgegrenzt und diskriminiert zu werden. Auch nach dem Abbau der Kulturkampfgesetze und äußerer Normalisierung im Verhältnis zwischen Staat und Kirche "waren die aufgeworfenen Gräben so schnell nicht zuzuwerfen". Erst in der Wilhelminischen Ära bewegten sich katholische Gesellschaft und Nationalstaat in Deutschland aufeinander zu.[393] Die Entstehung des politisch-sozialen Milieus geht in Südoldenburg ebenfalls auf die Zeit des "Kulturkampfes" in der Bismarck-Ära zurück, in der auch das Zentrum als Partei der katholischen Bevölkerung im Kaiserreich sein eigentliches politisches Profil erhielt. Die militärischen Entscheidungen von 1866 bzw. 1870/71 hatten für den politischen Katholizismus in Deutschland eine entscheidende Bedeutung und wirkten sich in doppelter Hinsicht auf die Konstitution des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg aus:

a) Der militärische Sieg über Frankreich und die preußisch-deutsche Reichsgründung legten den Grundstein zu einer konservativ-nationalen Traditionsbildung, die sich in unpolitischer Loyalität gegenüber Staat und Nation übte. Sie gehörte von der Reichsgründungsphase 1870/71 bis 1933 zu den historischen Kontinuitäten im katholischen Milieu Südoldenburgs.

b) Die kulturpolitische Konfrontation im preußisch-deutschen "Kulturkampf" führte nach der Reichsgründung zu einer umfassenden Mobilisierung des deutschen Katholizismus unter der politischen Führung der Zentrumspartei, die ihre Schlüsselstellung unter den deutschen Parteien trotz erkennbarer Erosionserscheinungen bis zu ihrer Selbstauflösung 1933 behaupten konnte. Das Zentrum trug als konfessionelle Volkspartei wesentlich zur historischen Kontinuität und politischen Stabilität des katholischen Milieus in Südoldenburg bei.

Als am 13. Dezember 1870 in Besprechungen mit Mitgliedern des Preußischen Abgeordnetenhauses die Entscheidung fiel, eine neue politische Partei für die Katholiken zu gründen, das Zentrum, herrschte bei den Beteiligten die

[393] DAMBERG, Moderne, S. 142.

Überlegung vor, "wie man verfassungsmäßige Rechte und insbesondere die Freiheit der Kirche und ihrer Institutionen am besten durchsetzen könne". So wurde das Zentrum noch vor dem Ausbruch des "Kulturkampfes" gebildet, "als die Katholiken bei aller Beunruhigung doch noch die Hoffnung hegten, ihre Interessen würden im neuen Reich anerkannt".[394] Diese besorgte Zuversicht spricht auch aus Wahlaufrufen und Kommentaren, die in der Vechtaer "Neuen Zeitung" publiziert wurden und noch keine düsteren Prognosen über einen bevorstehenden "Kulturkampf" enthielten. Die Lage der katholischen Kirche in Deutschland, deren Ansehen unter den Auseinandersetzungen um "Syllabus" und Unfehlbarkeitsdogma in besonderer Weise litt, besorgniserregende Entwicklungen in der preußischen Innenpolitik und eine nationalistische Euphorie als Folge der Reichsgründung ließen es als opportun erscheinen, den deutschen Katholizismus auch politisch in einer Partei zu organisieren.

Sein eigentliches politisches Profil und seine politische Daseinsberechtigung erhielt das Zentrum im "Kulturkampf". Hier erwarb es sich seine historischen Meriten um den politischen Katholizismus in Deutschland und erbrachte den Nachweis, daß man auf es nicht verzichten konnte, sollte der politische Katholizismus in Deutschland überleben. Dabei galt die Regel: Je näher das Zentrum an seinem Gründungsauftrag war, desto erfolgreicher war es. Dabei verlieh ein Konsens durch Polarisierung dem katholischen Sozialmilieu eine gewisse Stabilität und Dauer. Seinen Durchbruch als entscheidende Kraft im politischen Katholizismus erfuhr das Zentrum in der kulturpolitischen Opposition gegen die preußische Kulturpolitik. In grundsätzlicher Opposition zum antiliberalen autoritären Obrigkeitsstaat hat das Zentrum im Kaiserreich von Anfang an nicht gestanden. Mit der katholischen "Verfassungspartei" stellte sich der deutsche Katholizismus 1870/71 auf den Boden des Deutschen Rei

[394] ANDERSON, Windthorst, S. 134f. Nach dem Beschluß zur Gründung des Zentrums trat mehr als die Hälfte der katholischen Abgeordneten anderen Fraktionen bei oder blieb parteilos, unterschrieben 48 sofort die vorgeschlagene Grundsatzerklärung. Ludwig Windthorst gehörte nicht zu den Initiatoren der neuen Partei, weil er das Konzept einer konfessionellen Partei ablehnte. Er forderte, "daß sie jedem offenstehe, der für Religionsfreiheit und Unabhängigkeit der Kirche eintrete, und daß alles getan werde, um den Eindruck einer antiprotestantischen Vereinigung zu verhindern." (S. 139) Um eine konfessionelle Partei zu rechtfertigen, hätten Katholiken das Zentrum später "zu ausschließlich als Verteidigungswaffe im (noch nicht existierenden) Kulturkampf" dargestellt. (S. 137) Die Einschätzung von Christoph Weber, der gemeinsame Nenner der neuen Partei sei "die bedingungslose Gefolgschaftstreue gegenüber dem Papst und zwar in dessen doppelter Eigenschaft als unfehlbarer Oberhirte und weltlicher Souverän", läßt sich in dieser Einseitigkeit sicherlich nicht halten. (WEBER, Phalanx, S. 12f.)

ches und setzte damit ein politisches Signal, indem er den Verdacht einer zu erwartenden nationalen Sezession von Anfang an zurückwies. Ohne diese Beteuerung nationaler Loyalität hätte das Zentrum die Herausforderungen des "Kulturkampfes" angesichts aggressiver ultramontaner Bezichtigungen und Unterstellungen nicht so erfolgreich bestehen können.

Am Anfang der Parteigründung standen im Zentrum nicht "gemeinsame soziale Interessen oder politisch-ideelle Ordnungsvorstellungen, sondern ein spezifisches katholisches Selbstbewußtsein" und mehr noch "der gemeinsam erlebte Doppelangriff aufklärerischer und obrigkeitsstaatlicher Kräfte auf traditionale Freiheiten und Machtpositionen der katholischen Kirche" im preußisch-deutschen "Kulturkampf". In diesem "säkularen Konflikt" kamen aber die sozialen Spannungen, die beispielsweise in der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufbrachen, politisch nicht zur Deckung und verschmolzen nicht zu einer einheitlichen Bewegung. Die "Integrationsklammer der gemeinsam erlebten Repression" verlor zu einem Zeitpunkt an Wirkung, als Bismarck sich aus realpolitischen Erwägungen des Macht- und Systemerhalts genötigt sah, die Kulturkampfgesetzgebung allmählich wieder abzubauen. Die im Abwehrkampf erlebten Gemeinsamkeiten und "die durch die Kulturkampferfahrung bekräftigte Gettomentalität" reichten nun nicht mehr aus, um ein offenes Auseinanderbrechen des politischen Katholizismus zu verhindern, ein zunehmendes Abbröckeln der Parteibindung an den Rändern der traditionellen katholischen Sozialmilieus und scharfe Spannungen zwischen den divergierenden sozialen und politischen Kräften zu vermeiden. Langfristig war die Summe von weltanschaulichen, sozialen und politischen Übereinstimmungen nach Auffassung von Wilfried Loth nicht groß genug, "um den aus der Industrialisierung resultierenden Problemdruck aufzufangen".[395] Die politische Konzeption der "negativen Integration" erwies sich als nur bedingt funktionsfähig, um die durch Modernisierungs- und Transformationsprozesse des Industriezeitalters ausgelösten sozialen Spannungen im politischen Katholizismus auszugleichen und zu binden, ohne die in der Kulturkampferfahrung erprobte Einheit und Geschlossenheit des politischen Katholizismus preiszugeben. Deshalb war die Perpetuierung der Kulturkampferfahrung von existentieller Bedeutung für den Überlebenskampf des politischen Katholizismus in Deutschland. Die historische Existenzsicherung war die soziale wie politische Funktion des katholischen Milieus und die oberste Maxime der sie

[395] LOTH, Katholiken, S. 17-19.

tragenden geistlichen Repräsentanten, kirchlichen Institutionen und politischen Eliten.

Die schul-, kirchen- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen, die sich im Rahmen des "Kulturkampfes" am Konflikt zwischen modernem Verfassungsstaat und katholischer Kirche entzündeten, wären allein nicht dazu in der Lage gewesen, eine solche enorme Mobilisierung der katholischen Massenbasis - auch außerhalb von Preußen - zu bewirken. Erst das historische Zusammentreffen und die politische Verbindung des "Kulturkampfes" mit der Verabschiedung des "Unfehlbarkeitsdogmas", das den Höhepunkt der Enzykliken-Epoche im Pontifikat Pius' IX. darstellte, stürzte die katholische Kirche in Deutschland in die größte Krise des 19. Jahrhunderts und machte die Mobilisierung aller Kräfte erforderlich, um diesen Konflikt zu überwinden. Mit der anhaltenden Kritik an den Entscheidungen des Ersten Vatikanischen Konzils (1869/70) stand in Deutschland nicht weniger als die Autorität nicht nur des Papsttums, sondern des katholischen Lehramtes überhaupt und damit die Stellung der katholischen Volkskirche auf dem Spiel. Weil der Supremat der katholischen Kirche in der modernen Welt von der vorbehaltlosen und ungeteilten Anerkennung der katholischen Orthodoxie abhängig war, vermochte der "Kulturkampf" die katholischen Massen - organisiert oder nicht organisiert - selbst dort zu mobilisieren, wo sie von den Auswirkungen der kirchen- und schulpolitischen Entscheidungen nicht unmittelbar betroffen waren, wie es in Südoldenburg der Fall war.

Mit der Verabschiedung des "Unfehlbarkeitsdogmas" hatte der Absolutheitsanspruch des katholischen Lehramtes eine äußerst kritische Phase erreicht, deren Form der Bewältigung die Zukunft der katholischen Kirche erheblich mitbestimmte. Der politische Kontext des "Kulturkampfes" machte deutlich, daß der Supremat der katholischen Kirche unter den politischen und sozialen Bedingungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft aufs äußerste bedroht war: Wer im "Kulturkampf" resignierte, mußte mit verheerenden Folgen für die Zukunft der katholischen Volkskirche in Deutschland rechnen. Deshalb wurde nicht nur die katholische Basis mit in den Abwehrkampf einbezogen, sondern fand der politische Katholizismus in Deutschland als einzige konfessionelle Bevölkerungsgruppe zu einer eigenen parteipolitischen Vertretung, die Bestand hatte. In der Geburt des Zentrums aus der Kulturkampferfahrung ist auch ein Grund zu sehen, weshalb diese Partei trotz erkennbaren Bemühens ihren konfessionellen Zuschnitt nicht ablegen konnte. Sie existierte unter verschiedenen konstitutionellen Rahmenbedingungen und historischen

Zeitabschnitten entscheidend aus der Kulturkampferfahrung, die den Bestand dieser "Volkspartei" erst ermöglichte. Der "Kulturkampf" wurde zur traumatischen Kernerfahrung des politischen Katholizismus in Deutschland und verlor erst allmählich an integrierender Kraft und Wirkung, als die Repressionen sukzessive gelockert wurden. Verlautbarungen aus dem deutschen Episkopat machten deutlich, daß die historische Entscheidungslage, die durch den Ausbruch des "Kulturkampfes" gegeben war, im politischen Katholizismus in Deutschland erkannt und der katholischen Basis vermittelt wurde. Deshalb wurde zugleich mit den aktuellen Konflikten zwischen Staat und katholischer Kirche das politische Erbe der Französischen Revolutionsgeschichte thematisiert und mit teilweise zynischer Überheblichkeit abgelehnt, weil es als der historische Ursprung des modernen Zeitalters mit seinen subjektivistischen Emanzipations- und Freiheitsbestrebungen, agnostischen philosophischen Systemen und Ideologien verstanden wurde. Auf dieser historischen Traditions- und Deutungslinie ist auch die äußerst scharfe Ablehnung des kritischen Rationalismus zu sehen, der sich immanent in vielfältigen Ideologien, wissenschaftlichen Begriffen und sozialen Ordnungsvorstellungen auf sich selbst berufe und von Gott losgesagt habe. Vor diesem Hintergrund wurden Gnostizismus und Agnostizismus als Ursachen des "Kulturkampfes" angesprochen, ohne daß sie seine überragende Bedeutung für die katholische Kirche im 19. Jahrhundert klären helfen konnten. Um in den zahlreichen kulturpolitischen Konflikten seit der deutschen Reichsgründung nicht zu unterliegen, verbot es sich für den deutschen Katholizismus von selbst, sich außerhalb des ‘neuen’ Reiches zu stellen. Diese Haltung hätte die Lage in einer Weise kompliziert, daß selbst ein Bruch - ein Schisma - im deutschen Katholizismus nicht mehr gänzlich ausgeschlossen gewesen wäre.

Bismarcks Versuch, den deutschen Katholizismus zu spalten und dadurch die katholische Kirche in einen modernen Nationalstaat einzuordnen, scheiterte. Auf dem Höhepunkt des "Kulturkampfes" wählten etwa 80 % der wahlberechtigten katholischen Männer, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges aber nur 60 % Zentrum. Rudolf Morsey spricht deshalb von einer "Schicksalskurve" des Zentrums, die von 27,9 % der Gesamtstimmen im Jahre 1874 auf 16,4 % im Jahre 1912 zurückfiel - ein Niedergangstrend, der durch das geltende Mehrheitswahlrecht lange verdeckt wurde.[396] Diese sichtbare Stagnation des Zentrums beunruhigte den südoldenburgischen Katholizismus jedoch nicht unmittelbar, zumal der Zentrumskandidat, der katholische Adlige Graf

[396] MORSEY, Katholiken, S. 272; WEHLER, Kaiserreich, S. 83.

von Galen, den dritten Wahlkreis in Oldenburg regelmäßig gegen seine liberale und sozialdemokratische Konkurrenz gewinnen konnte. Dadurch stellte sich in der parlamentarischen Repräsentation der Region auf nationaler Ebene eine große Kontinuität ein, die sich stabilisierend auf die politische Konstitution des katholischen Milieus in Südoldenburg auswirkte. Der seit 1876 "stagnierende Kulturkampf" brachte auch Bewegung in die festgefahrenen innenpolitischen Fronten.[397] Der Ausgleich zwischen der Zentrumsfraktion und Bismarck in der Schutzzollgesetzgebung und der Bruch Bismarcks mit den Nationalliberalen im Juli 1879 bedeuteten aber nicht das Ende und auch nicht den Wendepunkt im "Kulturkampf".[398] Das Zentrum wurde darüber nicht zur regierungstragenden Partei, wie seine Opposition gegen das Sozialistengesetz 1878 zeigte. Die gleiche Mehrheit aus Nationalliberalen, Konservativen und Freikonservativen, die die Gesetze gegen die Katholiken ermöglicht hatte, setzte ähnliche Repressionen gegen die Sozialdemokratie durch.[399]

Ein Ergebnis der umfassenden Mobilisierungskampagne im deutschen Katholizismus war die Entstehung eines katholischen Sozialmilieus, "das bei aller Buntscheckigkeit im Einzelnen klar von der übrigen Gesellschaft getrennt blieb".[400] So geht auch das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg aus der Kulturkampferfahrung hervor, die es mit großen Teilen des deutschen Katholizismus teilte und der es sich in seiner Geschichte bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnenderweise immer wieder vergewisserte.[401] Karl-Heinz Naßmacher faßt den "Begriff des politisch-sozialen Milieus als Bezeichnung für das verhaltensdeterminierende lokalbegrenzte Kollektiv" und geht von der Annahme aus, "politische Parteien seien wesentlich überregionale Dachverbände lokaler Kollektive, die regional ebenso durch gleichartige wie durch unterschiedliche Sozialstrukturen und Mentalitätsfaktoren geprägt sein können". In diesem Sinne diente die Wahlentscheidung in den katholischen Ämtern Südoldenburgs einerseits der pflichtgemäßen und religiös begründeten Selbstvergewisserung und Identitätsbezeugung des Gläubigen und enthielt ein absolutes politisches Bekenntnis zum katholischen Glauben und zur katholischen Kirche und setzte andererseits ein moralisches Zei

[397] HEITZER, Volksverein, S. 15f.
[398] ANDERSON, Windthorst, S. 239.
[399] ANDERSON, Windthorst, S. 220f.
[400] LOTH, Kaiserreich, S. 58.
[401] HEITZER, Volksverein, S. 15: "Die Hinwendung des deutschen Katholizismus zur Wirklichkeit des nationalen, sozialen und kulturellen Lebens erfolgte erst mit dem Kulturkampfe."

chen gegen die säkularisierte Welt und ihre politischen Träger, den weltanschaulichen Liberalismus und Sozialismus. Die säkularisierte Welt umfaßte alles, was nicht katholische Welt war. Den milieuverhafteten Kollektiven konnte "weder das politische System der parlamentarischen Demokratie noch das ökonomische System des industriellen Kapitalismus einen bewußtseinsmäßig (kulturell, sozial, moralisch) adäquaten (akzeptierten) Standort" zuweisen.[402] Diese politische Frustration äußerte sich im katholischen Milieu Südoldenburgs noch lange Jahrzehnte in einer fortgesetzten Kulturkampf-Mentalität, die unabhängig von den bestehenden politischen Systemen anzutreffen war und der Region eine erhöhte politische Wachsamkeit abforderte.

Die Bildung von politischen Milieus im deutschen Katholizismus war nicht Voraussetzung, sondern erst Ergebnis des "Kulturkampfes". Ein "kirchlicher Quietismus in politischen Fragen als Ausgleich für den Schutz der konfessionellen Interessen der Kirche" durch konservative Parteien oder Regierungen - etwa im Falle einer erfolgreichen Konkordatspolitik - hätte den Mobilisierungsschub vermissen lassen, der die Bildung politischer Milieus im deutschen Katholizismus förderte und zur Kontinuität der Zentrumspartei erheblich beitrug. "In einem Deutschland ohne Kulturkampf", stellt die amerikanische Windthorst-Biographin Margaret Lavinia Anderson fest, "hätte die damals heranwachsende Generation mehr unterschiedliche Vorstellungen über die katholischen und liberalen Interessen entwickelt, als sie in Wirklichkeit verfolgte."[403]

Der "Kulturkampf" verhalf einem demokratischen Bewußtsein im deutschen Katholizismus nicht zum Durchbruch: Er trieb die Zentrumsführung unter Windthorst zu einer "liberaleren" Politik an, machte sie aber nicht zum Vorkämpfer des Parlamentarismus.[404] Nach Auffassung von Rudolf Morsey voll

---

[402] NAßMACHER, Kontinuität, S. 238f.

[403] ANDERSON, Windthorst, S. 198f. Nach Auffassung Andersons war es Windthorst selbst, der die Möglichkeit katholisch-konservativer Zusammenarbeit z. B. in der Verfolgung ökonomischer Interessen vorsätzlich verhinderte, weil sie dem Zentrum keine Zukunft mehr eröffnet hätte. Auch die Hinwendung einer großen Anzahl von Katholiken zu den liberalen Parteien, "den dynamischen Parteien", hätte für eine breitere und differenziertere Basis dieser Parteien gesorgt: "Sie hätte in ihnen auf der Grundlage wohlverstandenen Eigeninteresses mehr Bereitschaft zur Demokratie gefördert und über diese Parteien die Bereitschaft und die Fähigkeit des Parlaments gefestigt, dem bürokratischen wie dem plebiszitären Autoritarismus zu widerstehen." (S. 199)

[404] Vgl. zu Ludwig Windthorst Kap. 5.6.: Ludwig Windthorst und die Gründung des "Volksvereins" (1890).

endete sich unter dem Druck des "Kulturkampfes" die 1848 begonnene politische Mobilisierung der deutschen Katholiken durch den Zusammenschluß in einer Partei, deren Gründung "eine Kampfansage an den Liberalismus, nicht aber an Staat oder Regierung" bedeutete.[405] Als eine Partei, die aufgrund des Minderheitenstatus der katholischen Bevölkerung im Kaiserreich niemals zur Regierungspartei aufsteigen würde, setzte das Zentrum sich nicht für eine Parlamentarisierung des konstitutionellen Systems ein. Es blieb verfassungspolitisch indifferent und übte sich in einem pragmatischen Konstitutionalismus, der die gegebenen verfassungspolitischen Grundlagen positiv anerkannte. Auch diese Erfahrung ging in den politischen Traditionsbestand des deutschen Katholizismus unter der Führung der Zentrumspartei ein.

5.4. Katholischer Ultramontanismus und politisch-soziale Milieubildung

Die Ultramontanen konnten sich in der Zeit des "Kulturkampfes" mit ihrer populistischen Parole durchsetzen, "der Feldzug des Fortschritts ziele auf eine Vernichtung der katholischen Religion", und die Masse der katholischen Basis entdeckte in der Verteidigung ihrer Religion "ein Ventil zum Protest gegen alles, was sie bedrückte". Das waren in erster Linie politische und soziale Umwälzungen der Moderne, die mit dem bisherigen geistigen Rüstzeug nicht bewältigt werden konnten.[406] Diese Erkenntnis konnte sich in den unmittelbaren politischen Stürmen des "Kulturkampfes" nicht durchsetzen.

Im Fastenhirtenbrief des Jahres 1872 bekräftigte Bischof Johann Bernhard von Münster die Haltung der katholischen Kirche in Fragen des "Kulturkampfes" und stellte eine ausdrückliche Beziehung zum "Unfehlbarkeitsdogma" her. Sein Versuch, die genuin politische Auseinandersetzung zu entpolitisieren, diente nicht nur dazu, den Konflikt zu entschärfen, sondern sollte auch den ungebrochenen moralischen Führungsanspruch der katholischen Kirche untermauern. In diesem Sinne bezeichnete Bischof Johann Bernhard den "Kulturkampf" als einen "geistigen Krieg", der nicht um "irdische, vergängliche Güter" geführt werde, sondern um "ewige, unvergängliche Güter, welche über das Grab hinausreichen, um die Güter, welche für den Menschen die höchsten und kostbarsten sind, nämlich um die Güter der Religion." Deshalb dulde die Bewältigung der Krise keinen Kompromiß:

---

[405] MORSEY, Windthorst, S. 161.
[406] LOTH, Kaiserreich, S. 58.

> "Es ist der Kampf des Antichristenthums gegen das Christentum, der Kampf des neuen Heidenthums gegen die Kirche Jesu Christi. [...] Wie das alte Heidenthum, so hat auch das neue dem Christenthum den Untergang geschworen und verfolgt den Plan, die Kirche Gottes von dem Erdboden zu vertilgen. An Stelle der Religion Jesu Christi soll eine neue Religion eingeführt werden, die von Gott und Christus, dem Erlöser, nichts weiß, welche die Menschen zu Göttern macht und als Sittengesetz die Herrschaft des Fleisches verkündet. Das ist die Religion, welche Satan, der Widersacher Gottes, unseren Stammeltern im Paradiese gepredigt hat."

Diese Interpretation des Konfliktes ging über die aktuelle politische Entscheidungssituation des "Kulturkampfes" weit hinaus und tangierte eine Dimension, die die Authentizität des christlichen Offenbarungsglaubens und die Autorität der katholischen Kirche überhaupt berührte. Ursache der gesellschaftlichen und politischen Misere war die Krise des christlichen Jenseitsglaubens, die die "Wahrhaftigkeit Christi, welche das Fundament des christlichen Glaubens ist," selbst leugne. Weil der Glaube aber "nicht theilbar" sei, dulde auch die Anerkennung der Entscheidungen des Vatikanischen Konzils keinen halbherzigen Aufschub, so der Bischof von Münster:

> "Dieses mögen diejenigen sich wohl zu Herzen nehmen, welche dem Ausspruche des vatikanischen Conzils zuwider das Dogma von dem unfehlbaren Lehramte des Papstes mit Hartnäckigkeit bestreiten. [...] Mit dem Dogma von der Unfehlbarkeit des Papstes verwerfen sie den ganzen christlichen Glauben. Ihr vermeintlicher Glaube ist höchstens ein natürlicher, menschlicher Glaube; einen übernatürlichen, göttlichen Glauben, welcher erfordert wird, um Mitglied der Kirche Christi zu sein, haben sie nicht, und darum sind sie ausgeschlossen von der Kirche und haben keinen Theil an Christus."

Unmißverständlich umschrieb Bischof Johann Bernhard das Fundamentalstatut des christlichen Glaubens in der katholischen Kirche:

> "Der ganze Mensch mit allen seinen Kräften, Vermögen und Fähigkeiten soll von demselben erfaßt und durchdrungen werden. Ein todter Glaube nutzt nichts zur Seligkeit."

Die Geschichte der Französischen Revolution enthalte viele Beispiele für die Folgen einer aufgeklärten Gesellschaft, welche Gott "das Opfer seines Verstandes" verweigert und "dem Urtheile eines armseligen Menschen den Vorzug gibt vor dem Ausspruche Gottes, der die höchste Wahrheit ist". Der "Ausrottung des Christenthums", wie sie die Feinde Gottes betrieben, entspreche auch ihr "Streben nach der Einführung confessionsloser Schulen und der Civilehe". Im universalen Makrokosmos des christlichen Glaubens, wie ihn Bischof Johann Bernhard entwarf, hatten selbst die konkreten Streitpunkte des "Kulturkampfes" ihren Platz und enthielten jede für sich ein

"summum bonum", für das es sich bis zur Selbstaufgabe zu streiten lohnte. Wie auch die jüngste militärische Niederlage Frankreichs zeige, habe der Untergang des Christentums unvorhersehbare Folgen für den inneren Bestand des Staates, für dessen Autorität die christliche Religion unverzichtbar sei:

> "Wer die christliche Religion aus dem Volksleben verdrängt, der arbeitet am Ruin der menschlichen Gesellschaft und des Staates. Er arbeitet der Revolution, der Internationale, dem gefährlichen Feinde, welcher uns gegenwärtig bedroht, in die Hände und vorbereitet den Umsturz der von Gott gesetzten Ordnung und Auctorität."[407]

Nach der Verabschiedung der sog. "Maigesetze" im preußischen Abgeordnetenhaus 1873, die die politischen Fronten im "Kulturkampf" wesentlich verhärteten, bekundeten die Oberhirten der katholischen Kirche in Preußen in einem Sendschreiben an den Klerus und die Gläubigen ihrer Diözesen im Februar 1874 mit den Worten "Nein, wir sind keine Rebellen" ostentativ ihre Loyalität.[408] Der Verlust dieser Loyalität hätte dem Kampf der katholischen Kirche in der kritischen politischen Öffentlichkeit den Boden entzogen. Deshalb verwahrten sich die Erzbischöfe und Bischöfe unter Aufbietung ihrer ganzen moralischen Autorität dagegen, daß sie "Revolutionäre, Rebellen gegen die weltliche Obrigkeit seien und dadurch herz= und gewissenlos die katholische Kirche in Deutschland, Clerus und Volk, in die gegenwärtigen Drangsale und Gefahren gebracht hätten". Eindeutig bekannten sich die Oberhirten zum Papsttum, dessen Supremat unbestritten sei, und erteilten allen nationalkirchlichen Bestrebungen eine klare Absage. Christus habe nicht "Nationalkirchen, sondern nur Eine Kirche für die ganze von ihm erlöste Menschheit gestiftet, um alle Menschen ohne Unterschied der Nation in Einem Glauben und in einer Liebe zu vereinigen". Der sog. Altkatholizismus sei "in seinem Ursprung und Wesen nichts anderes, als die grundsätzliche Leugnung des katholischen Glaubenssatzes von dem unfehlbaren Lehramt der Kirche," und deshalb "eine gänzliche Abirrung von den Grundsätzen der katholischen Religion" und "eine Lostrennung von der katholischen Kirche".[409] In demütiger Erwartung seines weiteren persönlichen Schicksals gab sich Bischof Johann Bernhard gegenüber seinen Diözesanen versöhnlicher.

---

[407] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 16, Nr. 1, 28.1.1872, , S. 1-9.

[408] Die sog. "Maigesetze" bildeten "den Kern der Gesetzgebung des preußischen Kulturkampfs" und verletzten "die Autonomie der Kirche". Dabei griff das erste Gesetz, das Vorbildung und Anstellung der Geistlichen regulierte, "am tiefsten in die inneren Belange der Kirche" ein. (ANDERSON, Windthorst, S.173ff.)

[409] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 18, Nr. 31, S. 51-56. Unterzeichnet wurde das Sendschreiben für die Diözese Münster im Februar 1874 (kein exaktes Datum) von Bischof Johann Bernhard.

Im Fastenhirtenbrief des Jahres 1874 bestritt er den Vorwurf, die katholische Kirche sei antimodern und trete "der wahren Bildung, dem nothwendigen Fortschritte der Nationen und dem modernen Staatswesen hindernd entgegen". Aber sie könne nicht dulden, daß "an Stelle der katholischen Kirche, überhaupt des positiven Christentums" nach dem Willen ihrer Kritiker "eine neue selbsterfundene Religion" treten solle: "Wie nur Ein Gott, Ein Herr, Ein Glaube, Eine Taufe ist, so ist auch nur Eine Kirche." Aber durch das Gesagte sei "keineswegs das Verdammungsurtheil" über diejenigen gesprochen, "welche von der römisch=katholischen Kirche äußerlich getrennt leben".[410]

Die Nachrichten aus Münster gaben schon bald zur großen Beunruhigung und Sorge Anlaß und unterstrichen nachdrücklich den Gegensatz zwischen der kirchenpolitischen Lage in Oldenburg und in Preußen. Der preußische "Kulturkampf" erreichte in Münster seinen Höhepunkt mit der Verhaftung von Bischof Johann Bernhard am 18. März 1875. Unmittelbar danach wurden die Gläubigen im "Kirchlichen Amtsblatt" über die politischen Vorgänge detailliert in Kenntnis gesetzt. Die vom Generalvikariat herausgegebene Erklärung sah Bischof Johann Bernhard als prominentes Opfer der preußischen Kirchenverfolgung und in der Nachfolge des Apostels Petrus, des ersten Bischofs von Rom. Von diesem Opfer sollte Segen über die ganze Diözese ausgehen, der das Gebet für ihren zu Unrecht verfolgten Oberhirten ans Herz gelegt wurde:

> "Möchte das Opfer der Freiheit, welches der Nachfolger des h. Ludgerus für die Sache unserer h. Kirche bringt, und der bittre Schmerz, den unser Bisthum ob dieser schweren Prüfung erfüllt, von Gott gnädig angesehen werden und insbesondere dazu dienen, uns bald wieder Ruhe und Frieden finden zu lassen.
> Wie aber einst, da der h. Petrus im Gefängnisse gehalten wurde, die Kirche ohne Unterlaß für ihn zu Gott betete, so wollen auch wir unsere Herzen und unsere Hände zum Himmel erheben, auf daß der Herr unseren gefangenen Oberhirten mit seinem mächtigen Schutze umgebe und mit seinem himmlischen Troste erfülle, und daß Er auch uns in unserer Trübsal stärke, bald den Oberhirten in unsere Mitte zurückführe und der gegenwärtigen Bedrängniß ein Ziel setze."[411]

---

[410] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 18, Nr. 30, S. 41-50: Fastenhirtenbrief vom 27. Januar 1874, unterzeichnet von Bischof Johann Bernhard.

[411] Bischof Johann Bernhard kehrte glücklich aus der Verbannung heim, IN: MT vom 13.8.1994; SCHRÖER, Bischöfe, S. 274-276. Der Erlaß vom 18. März 1875 war am Sonntag nach erhaltener Kenntnis von der Kanzel zu verlesen. Unterzeichnet wurde das Schreiben durch Dr. Giese vom Bischöflichen Generalvikariat. Der heilige Liudger (805 - 809) war der erste Bischof von Münster. Johann Bernhard hatte es abgelehnt, dem preußischen Oberpräsidenten erledigte Pfarrstellen und die für diese vorgesehenen Pfarrer zu melden, und die vakanten Pfarreien in gewohnter Weise wieder besetzt. Am 18. März 1875 wurde er verhaftet und in das Ge-

Südoldenburg schloß sich den populistischen Doktrinen des kämpferischen Ultramontanismus kritik- und vorbehaltlos an. Auf der Massendeputation des Dekanates Vechta-Neuenkirchen in Münster im Jahre 1874 führte der Sprecher der Kundgebung, Dr. Höltermann aus Lohne, über die moralisch-religiösen Ursachen des "Kulturkampfes" aus:

> "Wo liegt die Ursache? Ein großer Theil der Menschheit hat den Glauben verloren und sich dem Unglauben in die Arme geworfen. Daher ihr Toben gegen den Felsen Petri. Die Feinde der Kirche sind klug wie die Schlangen, deshalb geht ihr Hauptsturm gegen unsern heiligen Vater in Rom. Sie wissen recht gut, daß dort das Fundament unserer heiligen Kirche liegt, und wenn das Fundament zerstört ist, stürzt das übrige Gebäude von selbst ein.
> Ohne Einheit gibt es keine Ordnung und ohne Ordnung kann weder die physische noch moralische Welt Bestand haben. Ja die Einheit ist das Gesetz, worauf die Harmonie, alle Ordnung beruhen."[412]

Moralische Maximen einer politischen Theologie, die sich nicht analytisch-rationalen, sondern geoffenbarten übernatürlichen Wahrheiten verpflichtet fühlte, bestimmten weitgehend den pragmatischen Konstitutionalismus und verfassungspolitischen Indifferentismus der katholischen Kirche in Deutschland. Der politische Moralismus der Enzykliken-Epoche, der eine genuin politische Theorie nicht ersetzen konnte, prägte als eine historische Konstante auch die politische Kultur des südoldenburgischen Katholizismus im 19. Jahrhundert. Ein politischer Aufruf des Lohner "Central-Wahl-Comites", der von der "Neuen Zeitung" am 19. Juli 1878 veröffentlicht wurde, enthielt sowohl die "bona particularia" der katholischen Kirche als auch eine ideologische Kursbestimmung des Zentrums, wenn der Wahlkreisabgeordnete im Deutschen Reichstag, Graf von Galen, auf den politischen Kampf gegen Li

---

fängnis von Warendorf verbracht. Die Haft endete am 27. April 1875. Da es zu keiner Einigung zwischen Kirche und Staat kam, ging Bischof Johann Bernhard im Herbst 1875 ins Exil nach Holland (Roermond), aus dem er erst am 11. Februar 1884 zurückkehrte. Weil das Domkapitel sich weigerte, einen Bistumsverweser einzusetzen, und der Bischof und Generalvikar Dr. Joseph Giese das vorhandene Barvermögen und die wichtigsten Akten rechtzeitig im Offizialat in Vechta in Sicherheit gebracht hatten, wurden Bischof Johann Bernhard am 7. Dezember 1876 zu einem Jahr und Generalvikar Giese zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Rückkehr des Bischofs von Münster aus dem Exil gestaltete sich zu einem großen Freudenfest für das gesamte Bistum. Zum Empfang des Bischofs fuhren auch Katholiken aus dem Oldenburger Münsterland in die Diözesanhauptstadt. Die Inhaftierung des Oberhirten führte zu einer breiten Solidarisierungswelle in der gesamten Diözese und festigte die Verbundenheit zwischen Münster und dem oldenburgischen Bezirk der Diözese.

[412] Neue Zeitung vom 21.4.1874; BECKERMANN, Münsterland, S. 46.

beralismus und Sozialismus und für die Freiheit von Religion und Kirche verpflichtet wurde:

> "Ja unser Candidat muß ein Centrumsmann sein, die Centrumsfraction allein bekämpft kräftig die Ursachen des religiösen und sittlichen Verfalles in Deutschland, der sich sogar in fluchwürdigen Attentaten auf das Leben des Kaisers äußert; sie bekämpft die falschen Grundsätze der Socialdemokratie und des modernen Liberalismus, sie dringt auf Beendigung des unseligen, sogen. Culturkampfes, auf Beseitigung der Maigesetze, sie verlangt freie Wirksamkeit der christlichen Religion, durch welche allein das theure deutsche Vaterland vor dem gänzlichen Ruine und den Schrecknissen einer socialen Revolution bewahrt werden kann. Außerdem sucht sie die verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten zu sichern, die Abgaben zu vermindern und das Wohl Aller, namentlich des Mittel= und Arbeiterstandes zu heben.
> Christliche Wähler!
> Wem die Religion, das Vaterland, der eigene Herd am Herzen liegt, der wähle unsern bisherigen gewissenhaften Vertreter, den Herrn Grafen von Galen.
> Tretet Alle an die Urne, alle ohne Ausnahme. Langer Weg, ländl. Arbeiten etc., das sind keine Entschuldigungen in dieser verhängnisvollen Zeit, wenn die Pflicht uns ruft, unsere heiligsten Güter zu schützen. [...]"[413]

Dieser Wahlaufruf, plaziert in einem historischen Brennpunkt der innenpolitischen Entwicklung im Kaiserreich, verdeutlicht die metaphysisch-naturrechtliche Bindung der "heiligsten Güter", für die es in Wahlen Majoritäten zu gewinnen galt, und das gebrochene Verhältnis des deutschen Katholizismus zur Moderne des 19. Jahrhunderts, die mit den "Schrecknissen einer socialen Revolution" drohte. Katholische Religion, christliches Vaterland, der "eigene Herd" in der Heimat verschmolzen symbiotisch zu einer konservativ-organischen Einheit von Staat und Gesellschaft, die der im Zentrum organisierte deutsche Katholizismus gegen die soziale Brüchigkeit und moralische Heillosigkeit der modernen Industriegesellschaft setzte. Maßstab für die Analyse der politischen und gesellschaftlichen Krise war die Entfremdung des modernen Menschen von christlicher Religion und Sitte und die soziale und kulturelle Emigration der Massen aus der geschlossenen Welt der christlichen Volkskirchen. Der Wahlaufruf reflektiert eine katholische Abwehrhaltung, eine Haltung des "Bekämpfens", die sich mit der politischen und sozialen Realität der Moderne im 19. Jahrhundert nicht auszusöhnen vermochte, den politischen Katholizismus in Deutschland in der Organisationsform einer Verfassungspartei jedoch offiziell auf den Boden des deutschen Konstitutionalismus stellte. Die Vertretung der katholischen Interessen, die Wahrnehmung der "bona particularia", war von einem außerhalb von Geschichte

[413] Neue Zeitung vom 19.7.1878.

gelegenen transzendenten Ort in die politische Geschichte hineinzutragen und vollzog sich unabhängig von der historisch zugefallenen Staatsform. Diese Grundpositionen des Zentrums als der politischen Repräsentationsform des deutschen Katholizismus überdauerten den Umbruch von der Monarchie zur Republik ebenso wie den von der Republik zur Diktatur.

Die Grundlagen der politischen Theologie in der katholischen Kirche hat der "Kulturkampf" nicht geschaffen, aber er hat ihnen im Widerstreit mit dem säkularen Staatswesen ein politisches Profil und eine moralische Identität gegeben, die die historischen Umbrüche der modernen deutschen Geschichte überdauerte und zum Grundmuster des politischen Denkens im katholischen Milieu Südoldenburgs wurde. Die konfessionellen Fragen genossen stets einen höheren Rang als die Verfassungsdebatten und strukturierten die konkreten politischen Herausforderungen des Tages. Für die konfessionellen Glaubenssätze zu kämpfen und zu leiden war der organisierte Katholizismus in Deutschland immer wieder bereit, aber nicht für eine Staatsform, die nach seinem Glauben ohnehin dem historischen Wandel und damit dem Gesetz der Vorläufigkeit - und damit der Vergänglichkeit - unterworfen war.

Die Verlusterfahrungen im "Kulturkampf" förderten den Ultramontanismus auf katholischer Seite und verstärkten die Bindung des einzelnen Gläubigen an sein angestammtes katholisches Milieu. Die Ausführungen Höltermanns dokumentieren aber auch eine Tradition katholischer Deutungskultur, die im konfessionellen Milieu Südoldenburgs eine enorme historische Kontinuität gewann. Die Worte Höltermanns drückten eine unbestimmte regressive Sehnsucht im südoldenburgischen Katholizismus aus, der sich am Bild einer geschlossenen christlichen Gesellschaft als konservativem Gegenentwurf zur religiös-kulturellen Moderne ausrichtete und durch den politischen Liberalismus im Kern bedroht wußte. Die Relativierung der traditionellen christlichen Normen und Werte, die das moderne Denken immer stärker individualisierte und der Kontrolle von Thron und Altar enthob, untergrub die moralische Autorität der katholischen Orthodoxie und griff die Institution der katholischen Amtskirche in ihren Fundamenten an. Wie der "Kulturkampf" gezeigt hatte, konnte der Liberalismus jederzeit zu einer staatlichen Omnipotenz heranwachsen, die Freiheit der katholischen Kirche untergraben und ihre moralisch-religiöse Legitimation in weiten Kreisen einer aufgeklärten politischen Öffentlichkeit herabsetzen. Die angemessene Antwort auf die Herausforderung des preußisch-deutschen Staatsliberalismus konnte auf katholischer Seite nur ein enger Zusammenschluß im Mikrokosmos eines politisch-

sozialen Milieus sein, ein festes Organisationsstatut für den politischen Katholizismus in Deutschland und eine intensive Verbindung zwischen der katholischen Kirche und der römischen Kurie. Ob der politische Katholizismus in Deutschland mit dieser Abwehrhaltung, die unter dem geistigen Vorzeichen des Ultramontanismus stand, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einer sich differenzierenden und modernisierenden Industriegesellschaft bestehen würde, war zu diesem Zeitpunkt äußerst fraglich.

Eine Öffnung des deutschen Katholizismus für die drängenden sozialen Fragen der Zeit, die auch die katholische Arbeiterschaft bewegte, würde, so stand zu befürchten, die Position der katholischen Kirche schwächen. Hilfreiche Dienste im Kampf um die Selbstbehauptung des deutschen Katholizismus konnte nach den Vorstellungen Ludwig Windthorsts dennoch nicht ein zusätzlicher katholischer Abwehrverein leisten, sondern eine katholische Volksbewegung, die die Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie in der sozialpolitischen Frage suchte, ohne selbst Partei zu sein. Diese Rolle fiel weiterhin dem Zentrum zu, während für die sozialpolitische Aktivierung, Öffnung und Bildung 1890 der "Volksverein für das katholische Deutschland" gegründet wurde. Der Gegner, der nur auf seinem eigenen politischen Terrain erfolgreich geschlagen werden konnte, war die Sozialdemokratie, in der Windthorst "nicht nur den Vertreter einer materialistischen Weltanschauung, sondern auch die revolutionäre politische Organisation, die Staat und Gesellschaft gewaltsam verändern wollte", erkannte.[414]

5.5. Der Ausbau des katholischen höheren Schulwesens

Weder die Konvention noch das Normativ enthielten Vorschriften über die Zulassung und Tätigkeit von Orden und ordensähnlichen Gemeinschaften, insbesondere auch nicht über die Errichtung klösterlicher Niederlassungen. Daran änderte sich in Oldenburg auch nichts beim Übergang in das konstitutionelle Zeitalter. In diesem "gesetzesfreien Raum" bedurften klösterliche Genossenschaften keiner besonderen staatlichen Genehmigung, sie waren von der Übernahme eines Amtes in der Kirche des Offizialatsbezirks, insbesondere von geistlichen Handlungen in der Pfarrseelsorge, aber ausgeschlossen. Den staatlichen Behörden fehlte aus diesem Grunde auch jede Kenntnis

[414] HEITZER, Volksverein, S. 19.

von der Niederlassung und Tätigkeit katholischer Orden im Lande.[415] Von dieser großzügigen Regelung profitierte die katholische Kirche in Oldenburg in der Zeit des "Kulturkampfes", obwohl die Gesetzgebung des Reiches und die Rücksichtnahme auf Preußen zu Beschränkungen führte, die in abgeschwächter Form bis 1918 bestanden.[416] Der von Preußen gelenkte "Kulturkampf" führte in Südoldenburg zu einer breiten Solidarisierung der katholischen Bevölkerungsbasis mit der Kirchenleitung und aufgrund der weitgehend liberalen kirchenpolitischen Verhältnisse im Lande, deretwegen man den Landesherrn öffentlich rühmte, zu einem Erstarken der kirchlichen Institutionen. Von 1874 bis 1903 entstanden in Vechta ein Knabenkonvikt des Dominikanerordens mit sechs Professen und an sechs verschiedenen Orten in Südoldenburg zwölf "Häuser", Krankenhäuser und Schwesternniederlassungen, und zwei weibliche Kongregationen.[417] Für den Katholizismus des Münsterlandes wurde die Zeit des "Kulturkampfes" zu einer Blütezeit des Ordenslebens, von dem in erster Linie auf das höhere Schulwesen positive Impulse ausgingen.[418]

Die Entwicklung der Frauen- und Mädchenbildung in Südoldenburg ist eng verbunden mit der Geschichte der Schwestern-Kongregation "Unserer Lieben Frau" (ULF) in der Phase des "Kulturkampfes". Ordensschwestern "Unserer Lieben Frau" wurden zur Zeit des Oldenburger Kirchenstreites, im Jahre 1859, vom damaligen Bischöflichen Offizial Reismann unter Zustimmung von Bischof Johann Georg (1847 - 1870) von Coesfeld nach Vechta gerufen und erhielten den umfassenden Auftrag, eine gehobene Volksschule für Mädchen, ein Internat und eine Lehrerinnenbildungsanstalt zu gründen.[419] Offen

---

[415] ZÜRLIK, Geschichte, S. 109f.
[416] Ebd., S. 125.
[417] ZÜRLIK, Kulturkampfgesetze, S. 162.
[418] KUROPKA, Identität, S. 28. Auch den späteren Bischof von Münster, Hermann (Josef) Dingelstad (1889 - 1911), verschlugen die Kulturkampf-Wirren nach Südoldenburg. Dingelstad wurde am 2. März 1835 im niederrheinischen Bracht geboren. Nach seiner Priesterweihe am 22. Juni 1859 wurde er für den Schuldienst am "Collegium Augustinianum" in Gaesdonck bestimmt. Er nahm in Münster und Bonn das Studium der Philologie auf, das er 1865 mit dem Staatsexamen abschloß. Dingelstad promovierte und unterrichtete in Gaesdonck Deutsch, Französisch, Griechisch, Hebräisch und Mathematik. Als die Anstalt während des "Kulturkampfes" geschlossen wurde, übernahm er im Jahr 1876 eine Unterrichtstätigkeit am Gymnasium Antonianum in Vechta, weil Oldenburg vom "Kulturkampf" nicht betroffen war. Nach der Prüfung der Kandidatenliste wählte das Domkapitel Hermann (Josef) Dingelstad am 15. August 1889 zum Bischof von Münster. (SCHRÖER, Bischöfe, S. 282f.)
[419] SCHRÖER, Bischöfe, S. 277. "Unsere liebe Frau" ist ein Ehrentitel Mariens, der Mutter Jesu.

sichtlich regte sich in der Region Widerstand gegen die höhere Mädchenbildung und herrschte große Not unter den Schwestern, die das Mutterhaus zu der Anweisung veranlaßte, das Projekt in Vechta wieder aufzugeben. Diese Bestrebungen hatten jedoch keinen Erfolg. Als im preußischen "Kulturkampf" 1877 das Mutterhaus in Coesfeld aufgelöst wurde, siedelten die Schwestern mit ihren Präparandinnen nach Vechta über und fanden hier mit Unterstützung von Offizial Niehaus (1873 - 1887) eine gesicherte Wirkungsstätte. Bis zur Gründung des St. Josefsheims 1887 kamen die ersten Seminaristinnen mit ihrer Leiterin im Quatmannschen Haus unter.[420]

1881 wurde die Lehrerinnenbildungsanstalt aufgrund der steigenden Schülerzahlen nach Cloppenburg verlegt, wo die Schwestern "Unserer Lieben Frau" seit 1878 eine höhere Mädchenschule führten. 1906 wurde das Seminar wieder nach Vechta zurückverlegt, die Präparandie blieb bis 1922 in Cloppenburg. Von 1896 bis 1905 bestanden also zwei Seminare nebeneinander, in Vechta und in Cloppenburg. Das Cloppenburger Seminar wurde 1904 wieder aufgehoben und die Ausbildung der katholischen Lehrerinnen zentral in Vechta angesiedelt. Nach der Verstaatlichung der Lehrerausbildung in Preußen, das für alle außerhalb des Landes ausgebildeten Lehrkräfte eine Anstellungssperre erließ, wurde in Oldenburg eine eigene Prüfungskommission eingerichtet. Weil die oldenburgische Prüfung bis 1905 von Preußen nicht anerkannt wurde, mußten die Kandidaten ihr Examen in Münster ablegen. Danach setzte das Katholische Oberschulkollegium durch, daß die Prüfungen in Oldenburg auch in Preußen anerkannt wurden. Nach der Ausweisung der Schwestern aus Preußen übernahm das Haus an der Marienstraße in Vechta auch konkrete Aufgaben des Mutterhauses in Coesfeld, wozu die geistliche Schulung des Ordensnachwuchses in Deutschland zählte; die letzte Einkleidung und Profeß wurden am 20. Januar 1889 in Vechta vollzogen. Zählungen haben ergeben, daß in den Seminaren der Schwestern ULF über 1000 Volks

[420] MORTHORST, Wirken, S. 313f. Neben den Mädchenschulen in Vechta (1859) und Cloppenburg (1878) gründeten die Schwestern Unserer Lieben Frau in Südoldenburg 1871 eine höhere Mädchenschule in Lohne, 1886 ein Waisenhaus in Damme, 1887 die Sonderschule St. Vincenzhaus in Cloppenburg, 1897 eine höhere Mädchenschule in Damme, 1903 das Haushaltungspensionat "Marienhain" in Vechta, 1910 eine höhere Mädchenschule in Löningen und nach dem Ersten Weltkrieg (1919) eine solche Einrichtung in Friesoythe. Außerdem übernahmen sie 1895 die Haushaltsführung im neuen Antoniuskonvikt in Vechta. Alle Gründungen bestanden über 1933 hinaus bis 1939/40.

schullehrerinnen ausgebildet wurden. 1926 wurden die Lehrerinnenseminare im Zuge der Neuordnung des Lehrerbildungswesens geschlossen.[421]

Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wurde die höhere Mädchenbildung auch in Cloppenburg von Schwestern ULF aufgebaut. 1878 errichteten drei aus Preußen vertriebene Schwestern in Cloppenburg eine Privattöchterschule im Sinne einer gehobenen Volksschule, die um 1900 zur Höheren Töchterschule ausgebaut wurde.[422] Über die politischen Umstände, die zur Begründung der höheren Mädchenbildung führten, heißt es in der Chronik der Schule:

> "Die im Kulturkampf aus Preußen vertriebenen Schwestern [...] gewannen für ihre neue Aufgabe das Wohlwollen der Regierung des Landes Oldenburg. Obwohl Preußen dem Großherzog in Oldenburg nahegelegt hatte, keiner der vertriebenen Ordensfrauen Asyl zu gewähren, brachten die ersten Verhandlungen, die Kaplan Dr. Niemann mit der Oldenburgischen Regierung führte, die Erlaubnis des Ministeriums zur Gründung und zum Ausbau der Schwesternschule mit der Begründung: 'Wenn die Staatsregierung auch der Errichtung öffentlicher Schulen vor der Etablierung von Privatanstalten den Vorzug gibt, so muß sie doch alles, was dazu dient, den Schulunterricht zu heben, willkommen heißen. Der von Ihnen entwickelte Plan ist ohne Zweifel geeignet, einem wirklich vorhandenen Bedürfnis abzuhelfen.'"[423]

Als 1908 die Neuordnung des Mädchenschulwesens in Preußen das zehnklassige Lyzeum einführte und der Abschlußklasse Berechtigungen zuerkannte, wurde die "Höhere Mädchenschule" in Cloppenburg entsprechend ausgebaut.[424]

Die Entstehung des Gymnasiums der Dominikaner in Füchtel seit 1902 ist ebenfalls eine Spätfolge des "Kulturkampfes", da Schüler konfessioneller Auslandsschulen nicht ohne weiteres auf einem Gymnasium im Herzogtum Aufnahme finden konnten.[425] Die Gründung des St.-Josephs-Kollegs ging auf eine Anregung des Gymnasiums Antonianum zurück, in Vechta ein Konvikt für nichtoldenburgische Schüler der Oberstufe zu gründen, weil oldenburgischen Schülern bereits zwei Konvikte zur Verfügung standen. Unterstützung

---

[421] HÜSERS-KOOPS, Mädchenbildung, S. 40f.; SEEMANN, Lehrerbildung, S. 95f.; MORTHORST, Vechta, S. 179-183; MORTHORST, Cloppenburg, S. 274-280; 75 Jahre Schwestern U. L. Frau in Vechta, IN: HBL 11, 12, 13/1933, 1/1934.
[422] Liebfrauenschule, 100 Jahre, S. 10-13; MORTHORST, Cloppenburg, S. 274-278; HÜSERS-KOOPS, Mädchenbildung, S. 35-37.
[423] Liebfrauenschule, 100 Jahre, S. 10f.
[424] Liebfrauenschule, 100 Jahre, S. 16f.
[425] KUROPKA, Identität, S. 28, 75, Anm. 63.

fand dieser Gedanke erwartungsgemäß bei Offizial Grobmeyer und dem Pfarrer von Vechta, weil beide Geistliche von den Dominikanern unentgeltliche Seelsorgehilfe erwarteten, während die Bevölkerung Vechtas der Gründung eines dritten Konvikts in der Stadt skeptisch gegenüberstand. 1911 wurde die Ordens- und Missionsschule in Füchtel als Privatschule nach neunmonatigen Verhandlungen von der oldenburgischen Regierung anerkannt.[426]

Die Ordensniederlassungen und Schulgründungen verhalfen dem geistlichen höheren Schulwesen in Südoldenburg, das sich weitgehend in Vechta konzentrierte, zum Durchbruch und verliehen ihm eine enorme innere Geschlossenheit. Diese Entwicklung ist auf den Unterschied in der Anwendung der Kulturkampfgesetze in Preußen und in Oldenburg zurückzuführen. Während die Gesetze in Preußen rigoros zur Anwendung gelangten, versuchte Oldenburg, den kirchenpolitischen Frieden nicht zu stören, und verstand sich nicht nur auf eine Duldung der stillschweigend zugelassenen, in der Krankenpflege und im Erziehungswesen tätigen weiblichen Kongregationen, sondern verhinderte auch nicht, daß neue männliche Orden hinzutraten. Das Bischöflich Münstersche Offizialat und die oldenburgische Staatsregierung regulierten nachträglich die schulpolitische Konfliktsituation und fanden 1910 zu einer gütlichen Einigung, nach der der "ohne Vorwissen der Regierung eingetretene, gegenwärtige tatsächliche Zustand" als nun offiziell genehmigt betrachtet wurde. Die nachträgliche Konzession betraf auch die Franziskanerniederlassung in Mühlen und das Knabenkonvikt der Dominikaner in Füchtel. Vereinbart wurde lediglich eine Anzeigepflicht des Offizials gegenüber dem Staatsministerium.[427] Als die Dominikaner in Füchtel ihre Amtshandlungen eigenmächtig ausdehnten und geistliche Aufgaben in ländlichen Pfarrgemeinden übernahmen, legte das Staatsministerium 1912 beim Bischöflichen Offizial Protest ein und erinnerte an die Gültigkeit des in Konvention und Normativ verankerten Grundsatzes, "daß Fremde, d. h. Nichtoldenburger, vom Kirchendienst in der katholischen Kirche des Landes ausgeschlossen

[426] ECKERT, Dominikaner, S. 217-224. 1919 gründeten die Dominikaner in der kleinen Bauerschaft Schwichteler (Gemeinde Cappeln) eine Niederlassung, die der Ordensschule in Füchtel mit rund 100 Schülern als Wirtschaftshof diente. Die verkehrstechnische Verbindung zwischen Schwichteler und Vechta war durch die Kleinbahn Cloppenburg - Vechta sichergestellt. Die Klosterkirche wurde 1929 durch Pater Titus Horten geweiht. (WILLENBORG, Schwichteler, S. 138ff.; STRICKMANN, Heinz: Vor 75 Jahren kamen Dominikaner in die Bauerschaft Schwichteler, IN: MT vom 20.08.1994)

[427] ZÜRLIK, Kulturkampfgesetze, S. 163-165.

sind."[428] Konvention und Normativ stellten im Herzogtum aus der Sicht Oldenburgs auch 80 Jahre nach ihrem Inkrafttreten immer noch die wichtigste kirchenpolitische Grundlage für das Verhältnis des oldenburgischen Staates zur katholischen Kirche dar und sollten in kirchenpolitischen Fragen die territorialstaatliche Integrität des kleinen Landes garantieren. Danach konnte der Staat auch im Jahre 1912 noch nicht dulden, daß Ausländer, also Nichtoldenburger, reguläre geistliche Aufgaben in den Pfarrgemeinden des Landes übernahmen. An dieser Einstellung hatte sich auch in der Zeit des "Kulturkampfes" in Oldenburg nichts geändert.

5.6. Ludwig Windthorst und die Gründung des "Volksvereins" (1890)

Das Scheitern der Bismarckschen Innenpolitik, das zur Entlassung des deutschen Reichskanzlers erheblich beitrug, leitete in den Jahren 1889/90 einen Neuanfang in der Geschichte des katholischen Vereinswesens ein, der eng mit dem Namen des Zentrumsführers Ludwig Windthorst (1812 - 1891) verbunden ist. Der Fall des "Sozialistengesetzes" am 1. Oktober 1890, der vom Zentrum parlamentarisch mitgetragen wurde, und der trotz der staatlichen Repressionen zu verzeichnende Aufschwung der deutschen Sozialdemokratie stellten den deutschen Katholizismus vor die Frage, "wie der Sozialdemokratie ohne Verletzung des rechtsstaatlichen Prinzips wirksam entgegengetreten werden konnte". Die innenpolitischen Erfahrungen am Ende der Bismarck-Ära hatten gezeigt, daß die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit den autoritären Mitteln des Ausnahmegesetzes oder des Polizeistaates nicht zu leisten war.[429] Ludwig Windthorst zog daraus Konsequenzen, die im politischen Katholizismus seiner Zeit nicht unumstritten waren. Die Einschätzung, "daß das Zentrum unter Windthorsts Führung als liberale Partei fungierte", unterschätzt aber die orthodoxe katholische Religiosität eines Mannes wie Windthorst, der - wie das Zentrum - fest auf dem Boden der konstitutionellen Monarchie stand.[430] Im "legalistisch-statischen Rechtsdenken" sieht auch Rudolf Morsey die Grenzen des Zentrumsführers, der nach seiner Ansicht "das Ausmaß des fortschreitenden Säkularisierungsprozesses von Staat und

---

[428] Ebd., S. 167.
[429] HEITZER, Volksverein, S. 144f.; LOTH, Kaiserreich, S. 88. In den Reichstagswahlen 1890 gelang den Sozialdemokraten ein spektakulärer Durchbruch: Die Zahl ihrer Wähler verdoppelte sich fast (1887: 10,1 %; 1890: 19,7 %), und die Zahl der Mandate wuchs auf mehr als das Dreifache (1887: 11; 1890: 35).
[430] ANDERSON, Windthorst, S. 418.

Gesellschaft" und die Probleme des Industriezeitalters nur unzureichend wahrnahm. Sie waren mit den "überkommenen Möglichkeiten christlicher Caritas" nicht zu lösen.[431]

Der Zentrumsführer Ludwig Windthorst stieg im katholischen Milieu Südoldenburgs schon zu Lebzeiten zu einer nationalen Symbolfigur auf. Die Tatsache, daß die "Vechtaer Zeitung" die Reichstagsreden Windthorsts zur Beratung des Sozialistengesetzes vollständig abdruckte, macht deutlich, wie sehr man sich auch in Südoldenburg in den Worten des Zentrumsführers wiedererkannte. Die Vechtaer Zentrumspresse identifizierte sich in erster Linie mit den apologetischen und antisozialistischen Positionen des Zentrumsführers, der, geboren im Bistum Osnabrück, im ehemaligen Niederstift seinen Wahlkreis hatte.[432]

> Ludwig Windthorst wurde am 17. Januar 1812 in Ostercappeln bei Osnabrück geboren und ließ sich nach erfolgreichem Jurastudium in Osnabrück als Advokat nieder. Eine politische Karriere war Windthorst, der aus einer alten katholischen Familie stammte, zunächst verwehrt, weil in Osnabrück bis 1833 Katholiken nicht Mitglieder im städtischen Magistrat werden konnten. Während des hannoverschen Verfassungskonflikts im Jahre 1837 leistete der Advokat Windthorst den neuen Untertaneneid, der gegen die Verfassung von 1833 verstieß. Sein Versuch, 1848 in die deutsche Nationalversammlung gewählt zu werden, scheiterte. Ein Jahr später wurde er in die Zweite Kammer des Königreichs Hannover berufen und 1851 hannoverscher Justizminister. Seiner ersten Amtszeit, die bis 1853 dauerte, folgte eine zweite von 1862 bis 1865. Im Verfassungskonflikt 1855/56, der sog. "Budgetrevolte", trat Windthorst für eine nachgiebige Haltung gegenüber dem Monarchen ein.[433] Windthorst wird auch ein Verdienst um die

[431] MORSEY, Windthorst, S. 155f.

[432] Windthorst, Gedenkausstellung, S. 13f.: Einleitung von Hermann Meemken. Meemken beschreibt darin die Beziehung zwischen Ludwig Windthorst und der Stadt Meppen. Der Jurist Windthorst vertrat das Emsland fast 25 Jahre als Abgeordneter im Norddeutschen bzw. im Deutschen Reichstag: "Die konfessionellen Strukturen des Wahlkreises und die Persönlichkeit Windthorsts ließen politischen Gegnern bei den Wahlen keine Chance. Wenn er selbst das Emsland auch nur zweimal offiziell besuchte, so war doch insbesondere im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Deutschen Reichstag die Stadt Meppen - und damit das Emsland - untrennbar mit dem Namen Windthorst verbunden. Das belegt auch das folgende Zitat Bismarcks aus dem Jahre 1871: ‘Es bestand, ehe die Zentrumsfraktion sich bildete, eine Fraktion, die man als 'Fraktion Meppen' bezeichnete. Sie bestand, soviel ich mich erinnere, aus nur einem einzigen Abgeordneten ...’."

[433] ANDERSON, Windthorst, S. 73f. Anderson beschreibt das Verfassungsverständnis Windthorsts mit den Worten: "Windthorst war wie viele seiner Landsleute in einem Paradox befangen: Er nahm Partei sowohl für den Konstitutionalismus wie auch für einen Monarchismus, der fast absolut war. Das Paradox war unbewußt. Da er vom Staat als einem organischen Ganzen dachte, für den der Monarch nur das höchste Glied war, konnte er einen Konflikt zwischen der Verfassung und der Monarchie ebensowenig zur Kenntnis nehmen wie zwischen ei-

Wiedererrichtung des Bistums Osnabrück im Jahre 1857 zugesprochen.[434] 1867 wurde er im Wahlkreis Meppen-Lingen-Bentheim in den Preußischen Landtag und den Norddeutschen Reichstag gewählt, 1871 in den Deutschen Reichstag. Ludwig Windthorst stieg zum legendären Führer der "Fraktion Meppen" im Norddeutschen Reichstag und im Deutschen Reichstag auf. An der Gründung des Zentrums im Dezember 1870 war Windthorst nicht beteiligt, obwohl er immer wieder als die treibende Kraft der Konfessionspartei bezeichnet wird. Der Emsländer Windthorst wurde in der Bismarck-Ära ein anerkannter Wortführer des Zentrums, aber nicht sein Fraktions- oder Parteiführer.[435] Zur politischen Lebensaufgabe gestaltete sich ihm die Auseinandersetzung zwischen Staat und katholischer Kirche im "Kulturkampf". Er gilt auch als der "Vater des Volksvereins", der 1890 in Köln gegründet wurde und seinen Sitz in Mönchengladbach erhielt. Windthorst starb am 10. März 1891 in Berlin.[436]

Die kritiklose Akklamation Windthorsts förderte in Südoldenburg nicht das Bewußtsein dafür, daß die deutsche Gesellschaft im modernen Industriezeitalter sich bereits in einer fortgeschrittenen pluralisierten und religiös indifferenten Verfassung befand. Dafür sorgte auch die politische Stigmatisierung der deutschen Sozialdemokratie, die Windthorst bei der Beratung der Sozia

ner Blüte und ihrem Stamm. Die Verfassung war für ihn nicht der vorübergehende Ausdruck eines höheren ewigen Rechts außerhalb des Staates. Auch war sie kein rein mechanisches System, um die Macht zu kontrollieren und im Gleichgewicht zu halten. Die Verfassung des Landes war lediglich der Zustand des Landes - in kodifizierter Form." (S. 90) Im "Kulturkampf" änderte sich dieses Verfassungsverständnis radikal zugunsten "einer Politik, die sich auf Grundsätze berief, die sich auf die Massen gründete und die Vorrechte des Parlaments aggressiv behauptete". (S. 92)

[434] ASCHOFF, Windthorst, S. 8-14; ANDERSON, Windthorst, S. 76. Das Bistum Osnabrück hatte in der Säkularisation des Jahres 1803 seine Dotationsmittel eingebüßt. Für die Wiedererrichtung des Bistums bildete die Zirkumskriptionsbulle "Impensa Romanorum Pontificum" von 1824, die nach Verhandlungen zwischen der hannoverschen Regierung und der römischen Kurie zustande gekommen war, gute Voraussetzungen, weil sie vom Fortbestand der Diözese Osnabrück ausging. Der neue König Georg V., der 1851 die Regentschaft antrat, setzte sich für die Wiederbesetzung des Osnabrücker Bischofsstuhls ein. Er verband damit auch die innenpolitische Absicht, die katholische Bevölkerung enger an Dynastie und Regierung zu binden. Es gelang Windthorst, seinen Freund Beckmann zum Generalvikar von Hildesheim ernennen zu lassen, was auch das Amt des Suffraganbischofs von Osnabrück beinhaltete. Bischof der neuen Diözese wurde Paulus Melchers, der Windthorsts Vorstellungen nicht entsprach. Melchers war von 1852 bis zu seiner Ernennung 1857 Generalvikar in Münster. Er wurde 1866 zum Erzbischof von Köln ernannt und stieg im "Kulturkampf" zum Symbol des katholischen Widerstandes auf.

[435] ASCHOFF, Windthorst, S. 46. Aschoff notiert dazu: "Obwohl Windthorst nie ein offizielles Parteiamt, wie das des Fraktionsvorsitzenden, innehatte, wurde er nach Mallinckrodts Tod 1874 zum allseits anerkannten, unangefochtenen Führer des Zentrums. "

[436] HEITZER, Windthorst, S. 78-80; BECKER, Windthorst, S. 40-42: Kirche und Staat; ANDERSON, Windthorst, S. 38f.; ASCHOFF, Rechtsstaatlichkeit, S. 7-37; ASCHOFF, Windthorst, S. 9 (auch Anhang: Lebensdaten Ludwig Windthorsts); DEUERLEIN, Windthorst, S. 277-297; HAMACHER, Windthorst.

listengesetze betrieb. Er lehnte sie im Reichstag ab, weil er nicht mit zweierlei politischem Maß messen wollte und konnte:

> "Indeß, mit dem einen Arm die Socialdemocratie fassen und mit dem andern Arm die Kirchen knechten und alle ihre Bewegungen hemmen wollen, das ist nach meinem Dafürhalten das Unternehmen eines Wahnsinnigen. (Sehr richtig! im Centrum.)"[437]

Bei der zweiten Beratung des Sozialistengesetzes im Reichstag am 11. Oktober 1878 machte Windthorst für das Zentrum deutlich, daß er die Ursachen für die soziale und kulturelle Krise der Gegenwart in der moralisch und sittlichen Dekadenz und der Areligiosität der neuen Zeit und nicht im politischen System des Kaiserreiches sah. Das galt nach seinen Worten auch für die deutsche Sozialdemokratie, die zu den modernen Verfallserscheinungen der politischen Gegenwart zu rechnen und in ihrem Ursprung auf "derartige verderbliche Theorien" zurückzuführen sei, "die neben den materialistischen Anschauungen überhaupt auf unsern Schulen die weiteste Verbreitung" gefunden hätten. "In einer aktiven Sozialpolitik, aber auch in der Stärkung von Religion und Kirche" erkannte das Zentrum unter der Führung von Windthorst wichtige Mittel und Voraussetzungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.[438] Ludwig Windthorst wehrte sich nicht grundsätzlich gegen die Freiheit von Wissenschaft und Lehre, erkannte aber in ihrer religionskritischen und kirchenfeindlichen Tendenz eine Gefahr für die christlichen Traditionen. Anmerkungen Windthorsts wie die nachfolgenden, die den Abstand des katholischen Traditionalismus zu den modernen empirischen Wissenschaften deutlich machen, riefen im Plenum des Deutschen Reichstags Heiterkeit hervor:

> "Es ist bezeichnend für die Gesellschaft überhaupt, daß wir erlebt haben, wie in Paris die Arbeiter auseinander getrieben wurden - ich bin übrigens ganz damit zufrieden, daß sie auseinander getrieben sind - , wie aber gleichzeitig eine andere Versammlung tagte, in welcher der Vortrag eines deutschen Professors applaudirt wurde, der vor allem die Tendenz verfolgt, uns glauben zu machen, daß wir von den Affen abstammen. (Heiterkeit. Zuruf.) M. H., die Theorieen vernichten ganz gewiß den Boden, von dem aus die Religion aufrecht erhalten werden kann, vollständig. Für diese Theorien wird die Freiheit der Wissenschaft und die Lehrfreiheit in Anspruch genommen."[439]

Die moderne Sozialdemokratie wuchs und gedieh nach den Worten des Zentrumsführers zweifellos "auf dem nivellirten nihilistischen Boden der heuti

---

[437] Neue Zeitung vom 25.10.1878.
[438] ASCHOFF, Katholizismus, S. 39; ASCHOFF, Rechtsstaatlichkeit, S. 110.
[439] Neue Zeitung vom 22.10.1878.

gen Gesellschaft", die sich von den Fundamenten christlicher Religion und Kirche immer weiter entfernt habe. Für eine politische Erneuerung Deutschlands sei deshalb eine Rechristianisierung des öffentlichen wie des politischen Lebens unabdingbare Voraussetzung:

> "Einen der Hauptgründe, weshalb die Social=Demokratie florirt, ist, daß der Glaube an Gott, an ein ewiges Leben, an eine Vergeltung im ewigen Leben vollständig beseitigt wird. Haben Sie diese Grundlage fest und ganz in den Herzen der Menschen, dann wird eine Social=Demokratie niemals Erfolg haben. (Sehr richtig! im Centrum.) Jetzt hat sie Erfolg, weil es an dieser Basis in den Herzen der Menschen fehlt. Und warum fehlt sie darin? Weil die ganze Entwickelung des Universitätslebens und des Schulwesens wesentlich eine solche Färbung angenommen hat, daß diese Basis vernichtet werden muß. (Sehr richtig! im Centrum.)"[440]

Mit dem politischen Bekenntnis zu einer dringend notwendigen moralisch-religiösen Erneuerung der deutschen Gesellschaft und einer Rechristianisierung des öffentlichen Lebens beschrieb Windthorst eine Tradition katholischer Konfliktbewältigung, die sich im "Kulturkampf" noch bewährt hatte, in der politischen Wende der Jahre 1878/79 aber Zweifel aufkommen ließ. In seinem 1. Aufruf vom November 1890 begrüßte der "Volksverein für das katholische Deutschland" ausdrücklich den innenpolitischen Kurswechsel Wilhelms II.:

> "Wenn der deutsche Kaiser im Verein mit den deutschen Fürsten die Bahnen einer Politik verlassen hat, welche mit äußern polizeilichen Mitteln Ideen bekämpfen wollte, so geschah dies gewiß auch in dem festen Vertrauen, daß der christliche Geist im Volke noch stark genug sei, um die für Kirche und Staat gleich verderblichen Ideen in freiem Kampfe zu überwinden."[441]

Die eigentliche Gefahr für einen christlichen Staat und eine Gesellschaft des sozialen Ausgleichs blieb die Sozialdemokratie, der man aber nur "in freiem Kampfe", d. h. mit den Mitteln des freien politischen Wettbewerbs wirkungsvoll entgegentreten könne. In diesem großen Kampf reichte es - wie seine parlamentarischen Erfahrungen im "Kulturkampf" gezeigt hatten - nicht aus, "der Sozialdemokratie in den Parlamenten konsequent entgegenzutreten, sondern wirkungsvoll könne die Abwehr nur sein, wenn sie durch eine christliche Volksbewegung getragen werde". Ihre Aufgabe sei es, die katholische Öffentlichkeit zu mobilisieren, sie über die konkrete parlamentarische Arbeit der Zentrumspartei zu informieren und zur christlich-sozialen wie

---

[440] Ebd.
[441] HEITZER, Volksverein, S. 305: Anhang I, 3: "An das katholische deutsche Volk!"

staatsbürgerlichen Schulung der Katholiken beizutragen.[442] Das setzte voraus, daß der Volksverein die Parteienpluralität grundsätzlich anerkannte: Ein Staatswesen ohne Parteien sei nicht denkbar, und nur durch die Parteien sei es den Bürgern möglich, an der Gestaltung des öffentlichen politischen Lebens teilzunehmen.[443]

Die moralisch-religiöse, aber noch mehr sozialpolitische Auseinandersetzung mit der sozialistischen Bewegung übernahm der am 24. Oktober 1890 in Köln unter Führung von Ludwig Windthorst gegründete "Volksverein für das katholische Deutschland", der seine Zentrale in Mönchengladbach einrichtete und sich zu einer der größten Organisationen im Deutschen Kaiserreich entwickelte. Der Volksverein setzte die Tradition der katholischen Laienbewegung auf einem höheren Organisationsstandard und mit dem Willen zur politischen Öffnung des deutschen Katholizismus fort. So wurde er "zu einem wichtigen Anhängsel des Zentrums und lieferte der Partei die Unterstützung einer weltlichen Massenorganisation, die sie für den Eintritt in die Ära nach Bismarck und nach Windthorst benötigte." Denn Windthorst hatte schließlich erkannt, "daß das Zentrum gegenüber den Sozialisten eine stärkere Konkurrenz aufbieten mußte, als seine typischen Pfarrverbände bieten konnten".[444]

Die Gründung des "Volksvereins" hatte eine längere Vorgeschichte. 1838 war im Gefolge der "Kölner Wirren" bereits der "Clemens-August-Verein" gegründet worden, in Mainz 1848 ein Katholikenverein, der den Namen von Papst Pius IX. trug. Die Gründung des "Evangelischen Bundes zur Wahrung deutsch-protestantischer Interessen" 1886 provozierte auf katholischer Seite zunächst den Plan, als Antwort eine antievangelische Abwehrorganisation ins Leben zu rufen. Das sollte der "Leo-Verein für das deutsche Volk" sein, der bewußt an die Pius-Vereine von 1848 anknüpfte. Aus Einsicht in die veränderten sozialen und politischen Verhältnisse seiner Zeit, die von konfessio

---

[442] HEITZER, Volksverein, S. 146. Nach Auffassung von Hermann Josef Große Kracht avancierte im Volksverein sogar das "Diskurs- und Kritikprinzip der Aufklärung" zum Inhalt eigener staatsbürgerlicher Schulungsprogramme. Sozial- und wirtschaftspolitisch konnte sich nach seiner Meinung in den Reihen des Volksvereins "eine deutliche Distanzierung von sozialromantischen Mittelalter-Idealen und eine behutsame, wenn auch gebrochene Akzeptanz der kapitalistischen Produktionsweise" durchsetzen. (GROßE KRACHT, Kirche, S. 154ff.)

[443] HEITZER, Volksverein, S. 139f. Einen Grund für die negative Einstellung großer Bevölkerungskreise zu den Parteien erkannte der Volksverein im "permanenten Parteienstreit", in dem über die berechtigte Vertretung politischer Interessen einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen der Dienst am Gemeinwesen vernachlässigt werde.

[444] ANDERSON, Windthorst, S. 408f.

nellem Pluralismus gekennzeichnet waren, lehnte Ludwig Windthorst die erklärte antievangelische Zielsetzung des geplanten Vereins, die von integralistischen Kreisen unterstützt wurde, ab und setzte seine Konzeption eines katholischen Massenvereins durch. Damit versuchte er, eine weitere Diskriminierung des katholischen Volksteils zu verhindern und die Energie des politischen Katholizismus auf die Abwehr der Sozialdemokratie zu richten. Aus der Erfahrung des "Kulturkampfes" hatte Windthorst die politische Notwendigkeit erkannt, "die deutschen Katholiken mit dem protestantisch-preußischen Staat zu versöhnen und zur fruchtbaren und gleichberechtigten Mitarbeit in Staat und Gesellschaft zu führen." Ein in der Defensive stehender apologetischer Katholikenverein konnte zum konfessionellen Frieden in Deutschland nicht beitragen und den politischen Katholizismus nicht aus der Isolation der Kulturkampfzeit führen. So ist es der entschiedenen Haltung Windthorsts zu verdanken, daß sich der Einfluß des integralistischen Kreises nicht durchsetzen konnte und der Weg aus der Isolierung der Kulturkampfzeit offenblieb.[445] Ein traditioneller, allein auf Abwehr ausgerichteter "Katholikenverein" erschien Ludwig Windthorst 1890 als ein Anachronismus, der die Katholiken weiterhin mit dem "Ruch der ‘Reichsfeindschaft’ und des ‘Ultramontanismus’" belasten werde.[446]

Der Volksverein, in dem vor dem Ersten Weltkrieg über 800 000 katholische Männer und Frauen organisiert waren, galt als das große sozialpolitische Vermächtnis des Zentrumsführers Windthorst. Er ging von einer grundsätzlichen Anerkennung der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung aus und setzte sich für eine Beseitigung der sozialen Mißstände durch staatliche Sozialpolitik und die Hebung des Bildungs- und Lebensstandards der Arbeiter ein.[447] In seinem Gründungsjahrzehnt blieb die einzige Aufgabe des

---

[445] HEITZER, Volksverein, S. 21; HEITZER, Windthorst, S. 79; LOTH, Katholiken, S. 40; ANDERSON, Windthorst, S. 407ff.; ASCHOFF, Rechtsstaatlichkeit, S. 262ff.

[446] HEITZER, Volksverein, S. 145; ANDERSON, Windthorst, S. 120ff. Anderson weist darauf hin, daß Windthorst selbst zur Opposition gegen das "Unfehlbarkeitsdogma" gehörte. Mit Männern, "die einen großen Teil ihres Lebens für die Kirche unter dem abwertenden Etikett ‘ultramontan’ gekämpft hatten", organisierte er ein Treffen von katholischen Abgeordneten, die sich in den letzten Tagen des Zollparlaments unter dem Namen "Berliner Laienkonzil" versammelten. (S. 122) Die Opposition Windthorsts leitete nach Auffassung Andersons "keine weitsichtige Voraussage des künftigen Kulturkampfes", sondern "eher übertriebene, wenn auch verständliche Befürchtungen vor einem Schisma innerhalb des Katholizismus". Es gebe keinen Beweis dafür, "daß während des Frühjahrs 1870 der Bundeskanzler, der so damit beschäftigt war, Krieg gegen Frankreich zu planen, auch einen Angriff auf die katholische Kirche ausheckte". (S. 128)

[447] ASCHOFF, Windthorst, S. 64.

Volksvereins laut Vereinsstatuten "die Bekämpfung der Irrthümer und der Umsturz-Bestrebungen auf socialem Gebiete, sowie die Verteidigung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft".[448] In dem von Karl Trimborn und Ludwig Windthorst formulierten Sammlungsaufruf zur Gründung des Volksvereins vom 22. November 1890 kommen die antisozialistische Abwehrhaltung und die kulturkämpferische national-monarchistische Gesinnung der katholischen Laienbewegung zum Ausdruck:

> "Schwere Irrtümer und bedenkliche Umsturzpläne treten überall in die Erscheinung; die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung ist in ihrer Grundlage bedroht. Die Sozialdemokratie ist es vor allem, welche diese Irrlehren nicht nur verbreiten, sondern auch praktisch ins Leben einführen will. [...]
> Wohl denn! Treten wir dem neuen Feinde in geschlossenen Reihen entgegen. Sammeln wir uns zu einem großen, alle Gaue des Vaterlandes umfassenden Bunde. Dieser Bund soll unsere Kräfte organisieren, unsere Mittel mehren, unsere Thätigkeit in Presse, Flugschriften und Versammlungen planmäßig leiten und steigern, auf daß der Gegner auch das letzte Dorf gerüstet finde und überall im Lande der Irrlehre sofort die Wahrheit entgegentrete. [...]
> Drum sammle dich, katholisches Volk, erprobt in Opfersinn und Treue gegen Kirche und Vaterland! Sammle dich zur Verteidigung der christlichen Gesellschaft! Schütze Thron und Altar, Haus und Herd! Alle Stände, hoch und niedrig, Geistliche und Laien, Arbeitgeber und Arbeiter, sollen sich in dem einen Verein zusammenfinden, um dem einbrechenden Feinde zu wehren, die Irrenden zu belehren, die Schwankenden zu stützen und den Eifer der Treuen noch mehr zu erwärmen. So wird dem Volke der heilige Glaube erhalten, und das ist die wichtigste, die größte soziale That!"[449]

Über das Organisationsstatut und die systematische Arbeitsweise des "Volksvereins" gibt der Jahresbericht Auskunft, der auf der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Köln im Jahre 1903 erstattet wurde. Danach zählte der Volksverein im Juni 1903 rund 300 000 Mitglieder. "Ungefähr 10 000 Geschäftsführer und Vertrauensmänner, die wie eine wohldisziplinierte Werbetruppe in die einzelnen Straßen und Häuser der Städte und Dörfer eindringt", gewährleisteten die straffe Organisation des "Volksvereins". Die Aufgaben des Vertrauensmannes beschrieb der Jahresbericht mit den Worten:

> "Der Vertrauensmann soll mit den einzelnen katholischen Männern seines Bezirks persönliche Beziehungen anknüpfen, diejenigen, welche noch treu zur Fahne stehen, in ihrem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zum großen Ganzen stärken, ihr Interesse an den gemeinsamen Aufgaben lebendig halten, während er die lauen und gleich

---

[448] HEITZER, Volksverein, S. 299: Anhang I, 1: Statuten des Volksvereins für das katholische Deutschland von 1890.
[449] FENSKE, Wilhelm II., S. 26f.; HEITZER, Volksverein, S. 305f.: Anhang I, 3.

> gültigen Katholiken aufweckt und durch die Verteilung der Flugblätter von Haus zu Haus den Kampf führt, insbesondere gegen die sozialdemokratische Agitation. [...] Von der Zentrale von M.=Gladbach wird die gesamte Organisations= und Agitationsarbeit einheitlich geleitet."

Nach den Angaben des Jahresberichts nahm der Volksverein "auch unter den in Deutschland bestehenden nichtkatholischen Vereinigungen" eine exklusive Stellung ein, "wenn wir die Sozialdemokratie ausnehmen". Die in Köln bekanntgegebenen Zahlen ließen den Volksverein nach eigener Einschätzung "schon riesengroß emporwachsen über die übrigen kathol. Vereine".[450] In Oldenburg zählte er im Jahre 1911 6 273 Mitglieder, die aufgrund der konfessionellen Struktur des Landes überwiegend in Südoldenburg angesiedelt waren.[451]

Der Volksverein erkannte im Zentrum keine Klassenpartei, sondern eine Volkspartei. Als solche sei sie nicht nur die politische Vertretung der deutschen Katholiken, sondern auch eine staatstragende und staatsverteidigende Partei. Von exzellenter Bedeutung war der Volksverein für die Zentrumspartei in Wahlkampfzeiten, obwohl nach einem Beschluß des Gesamtvorstandes vom 1. September 1897 keine Gelder in den Zentrumswahlkampf flossen. Aber unverzichtbar war die politische Agitation des Volksvereins für das Zentrum, die vor allem an der Wahlbeteiligung in einzelnen Wahlkreisen nachgewiesen werden kann. "Ohne die propagandistische Initiative des Volksvereins", stellt Horstwalter Heitzer fest, "hätte das Zentrum in der Vorkriegszeit seinen politischen Einfluß und seine relativ konstanten Mandate nicht behaupten können".[452] Die Agitation des Volksvereins in agrarisch-mittelständischen katholischen Milieus wie in Südoldenburg hatte eine starke apologetische Tendenz, die besonders durch kirchenkritische Erklärungen auf dem Parteitag der SPD in Mainz im Jahre 1900 ausgelöst wurde. Durch die öffentlichen Angriffe auf Religion und Kirche erwuchs dem Volksverein um 1900 eine weitere Aufgabe: die Apologetik. Diese Herausforderung der katholischen Kirche beantwortete er durch die Errichtung einer "Apologetischen Abteilung" an der Zentralstelle in Mönchengladbach; diese hatte das Ziel, eine volkstümliche Apologie aufzubauen.[453]

---

[450] OV vom 29.8.1903.
[451] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 39.
[452] HEITZER, Volksverein, S. 152-158, Zitat: S. 158.
[453] HEITZER, Volksverein, S. 26f. Der Mainzer Parteitag der Sozialdemokraten hatte die Herausgabe einer "wissenschaftlichen Schrift über den katholischen Klerikalismus" gefordert. Diese Schrift wurde aber aus taktischen Gründen verworfen, weil der Parteitag befürchtete, daß sie

Erstmalig griff der Volksverein, der nach seinem Selbstverständnis kein politischer Verein sein wollte, 1901 bei den Auseinandersetzungen um den neuen Zolltarifentwurf in die öffentliche politische Debatte ein. Er machte es sich zu seiner Aufgabe, die Katholiken über die politischen Hintergründe der Wirtschafts- und Schutzzollpolitik zu informieren. Die agitatorischen Erfolge der Sozialdemokratie in der Schutzzollfrage, die auch in der christlichen Arbeiterschaft zu verzeichnen waren, veranlaßten die Zentrale in Mönchengladbach, die Zentrumspartei und die Christlichen Gewerkschaften durch vermehrte Versammlungstätigkeit und durch eine umfangreichere publizistische Agitation zu unterstützen. Die Verständigung zwischen dem Zentrum und der Reichsleitung in der Agrarzollgesetzgebung, die sozialdemokratische und linksliberale Schutzzollgegner mit allen Mitteln parlamentarischer Obstruktion bekämpft hatten, bildete auch den politischen Hintergrund für die enorme Ideologisierung des Reichstagswahlkampfes von 1903. Das Zentrum war durch die Zustimmung zur Regierungspolitik zu einer quasi regierungstragenden Partei geworden, die sich immer mehr mit dem konstitutionellen System, in dem es eine "parlamentarische Hegemonie" gewonnen hatte, identifizierte. Der Gegner dieses Systems fand sich in erster Linie in der Sozialdemokratie, die bei den letzten Reichstagswahlen an Stimmen hatte zulegen können.[454] Aber die Herausforderung durch die katholische Industriearbeiterschaft hatte die bürgerliche Zentrumsführung noch nicht bestanden, zumal sowohl katholische Arbeitervereine als auch der Volksverein patriarchalisch ausgerichtet waren. Auf die Mobilisierung der lohnabhängigen Zentrumsbasis, die sich im Zuge der 1895 einsetzenden Hochkonjunkturperiode erstmals unabhängig zu organisieren begann und nach der Jahrhundertwende an politischem Einfluß gewann, mußten Zentrum und Volksverein reagieren: "Die Arbeiter sollten wohl durch christliche Kultur, Bildung, vorsichtig dosierte Mitbestimmung, materielle Besserstellung und staatlichen Arbeiterschutz gegen die Verlockung der Sozialdemokratie immunisiert bzw. für den Gedanken einer christlichen Gesellschaftsordnung zurückgewonnen werden, jedoch nicht die Vertretung ihrer Interessen selbst in die Hand nehmen."[455] Daraus resultierte eine Ideologisierung der Zentrumsagitation, die die politische Brisanz in den sozialen Konflikten minimieren und auf eine

sich nicht zur Agitation eigne und die Gefühle der katholischen Arbeiter verletze. Der Volksverein befürchtete den Ausbruch eines neuen "Kulturkampfes". (S. 26f., Anm. 89)

[454] LOTH, Katholiken, S. 73f. Die Schlußabstimmung fand im Reichstag am 14. Dezember 1902 statt.

[455] LOTH, Katholiken, S. 82f.

moralische Ebene verlagern sollte. Hier fühlte sich der politische Katholizismus stärker als sein Gegner, die deutsche Sozialdemokratie.

Die politische Mobilisierung der Zentrumsbasis, lohnabhängiger Arbeiter sowie klein- und mittelständischer Bauern, charakterisierte die Lage des politischen Katholizismus in der Wilhelminischen Ära, wie der Reichstagswahlkampf des Jahres 1903 exemplarisch zeigte. Die Wahlagitation von 1903 machte außerdem deutlich, daß neben der sozialpolitischen Aufklärung auch eine staatsbürgerliche Erziehung notwendig war. Die neuen Aufgaben kamen in der veränderten Satzung des Volksvereins von 1906 zum Ausdruck. Sie löste den Verein aus der "satzungsmäßigen Defensivhaltung" und öffnete ihn für eine "offensive Vereinsstrategie". Die kämpferische Abwehrhaltung gegen die deutsche Sozialdemokratie blieb aber erhalten.[456]

Nach der Satzung des Volksvereins von 1906 war Zweck des Vereins "die Förderung der christlichen Ordnung in der Gesellschaft, insbesondere die Belehrung des deutschen Volkes über die aus der neuzeitlichen Entwicklung erwachsenen sozialen Aufgaben und die Schulung zur praktischen Mitarbeit an der geistigen und wirtschaftlichen Hebung aller Berufsstände. Der Verein will zugleich die Angriffe auf die religiösen Grundlagen der Gesellschaft zurückweisen und die Irrtümer und Umsturzbewegungen auf sozialem Gebiet bekämpfen." Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, von denen viele als Anhänger des Revisionismus den Glauben an "den großen kapitalistischen Zusammenbruch" bereits aufgegeben hätten, forderten führende Repräsentanten des politischen Katholizismus, die bestehende politische und gesellschaftliche Ordnung in ihrer Substanz zu schützen und sie gleichzeitig zu reformieren. Wichtigster Gegner dieser Zielsetzung blieb die Sozialdemokratie, die aufgrund ihrer Strategie des Alles-oder-Nichts für eine Reformpolitik der kleinen Schritte nicht zur Verfügung stand. Die Verwurzelung der Sozialdemokratie im marxistischen Materialismus und ihr Bestreben, Staat und Gesellschaft auf dieser Grundlage zu revolutionieren, versuchte der Volksverein durch seine Bildungs- und Schulungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit deutlich zu machen.[457]

---

[456] HEITZER, Volksverein, S. 27f.
[457] Ebd., S. 166ff.

5.7. Wahlversammlungen mit dem "Volksverein" in Südoldenburg

Beseitigt wurden die Risse im Zentrumsturm bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht, weil die einflußreichsten Repräsentanten in der Partei, im Episkopat, in den katholischen Vereinen und Verbänden sich einer Demokratisierung der patriarchalisch ausgerichteten katholischen Sozialmilieus widersetzten. Aus diesem Zusammenhang ist zu erklären, daß die Agitation von Zentrum und Volksverein nicht selten durch rhetorische Gesten einer katholischen Kanzelpredigt gekennzeichnet war, in der der weltliche Pfarrgeistliche in der Funktion des "Hirten" die Schar seiner gläubigen "Herde" religiös unterrichtete und moralisch ermahnte. Ein Wahlaufruf des Zentrums für die Reichstagswahlen am 16. Juni 1903, der in der in Vechta erscheinenden Oldenburgischen Volkszeitung (OV) veröffentlicht wurde, erinnerte an die beständige Treue zur Zentrumspartei und die christliche Pflicht, von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen:

> "Am **16. Juni** finden die Neuwahlen der Abgeordneten statt. Die Pflicht ruft jeden katholischen Mann an die Wahlurne.
> **Wähler!** Wir wissen, in welchem Sinne wir unsere Stimme abzugeben haben. Wir treten ein für jene Partei, welche bisher unser Vertrauen voll und ganz gerechtfertigt hat, für jene Fraktion, welche unbeachtet aller Anfeindungen die heiligen Rechte aller Staatsbürger und die Bestrebungen aller Berufsstände unter Innehaltung der goldenen Mittellinie im Widerstreite der Interessen mit unermüdlichem Eifer und glänzendem Erfolge verfochten hat. Treu stehen wir zum Zentrum, dem wir so vieles zu verdanken haben.
> Auf allen Seiten ist man bemüht, den Zentrumsturm zu sprengen. Der Feinde sind viele. Gelänge ihnen ihr Werk, so würde das zum Verderben sein für Kirche und Staat. Auch in unserem Wahlkreise suchen Anhänger anderer Parteien ihren Einfluß geltend zu machen gegen das Zentrum.
> Wähler! lasset Euch nicht betören. Unsere doppelte Pflicht ist es, einmütig vorzugehen und unsere Stimmen zu vereinigen auf den von der Vertrauensmännerversammlung aufgestellten Kandidaten.
> Wählen wir also den Herrn Oberlandesgerichtsrat Burlage in Oldenburg."[458]

Der Wahlaufruf war vehementer Ausdruck eines kollektiven WIR-Gefühls und als politischer Imperativ zu verstehen. In der moralischen Präjudizierung des "Sollens" und "Müssens" wurde die Stimmabgabe in Südoldenburg zu einem Akt kollektiven Sozialverhaltens, das eine geschlossene Formation zwischen den katholischen Wählern und ihrer politischen Partei, dem Zentrum, voraussetzte und das katholische Milieu maßgeblich festigte. Eine Versammlung des Volksvereins im Rahmen des Reichstagswahlkampfes 1903 im

[458] OV vom 16.6.1903.

saterländischen Scharrel macht die personalen und sozialen Strukturen transparent, die den politischen Kontext für die Agitation des Zentrums im katholischen Milieu Südoldenburgs prägten. Eröffnet wurde die Versammlung, zu der nach dem Bericht der Vechtaer OV über 450 Männer erschienen waren, durch den Vechtaer Kaplan Julius Göttke, der auch Redakteur der OV war. Zum Vorsitzenden wählte die Versammlung den örtlichen Pfarrer Dumster aus Scharrel. Am Ende der Versammlung brachte Lehrer Schraad, der als Geschäftsführer des "Volksvereins" in Scharrel fungierte, "mit begeisterten Worten ein Hoch auf die höchsten Gewalten Papst, Kaiser und Großherzog" aus. Der Dominikanerpater Simon dankte den Rednern "in sehr herzlichen und ergreifenden Worten" für "ihre vorzüglichen Ausführungen, für ihre Mühen und Anstrengungen" und wünschte "denselben dafür reichen Lohn hier und im Himmel". Kaplan Göttke brachte ein Hoch auf den "hochverehrten Präses der glänzenden Versammlung, Herrn Pfarrer Dumster", aus. Der Bericht der Vechtaer Zentrumspresse über die Versammlung in Scharrel schloß mit einem politischen Treuebekenntnis zur Zentrumspartei und einer verächtlichen Ablehnung des politischen Gegners, der Sozialdemokratie:

> "Dies Hoch muß man gehört haben, um zu ermessen, mit welcher Liebe Scharrel an seinem Hirten hängt, und mit welcher Begeisterung das Saterland seinen Seelsorgern zugetan ist. Das hat die Versammlung in Scharrel gezeigt: 'Noch gedeiht das Unkraut der Sozialdemokratie im katholischen Saterlande nicht.'"[459]

Der Aufbau und die Durchführung der Scharreler Versammlung machen deutlich, wie geschlossen der politische Kreislauf in Südoldenburg angelegt war und wie erfolgreich der politische Katholizismus hier operierte. In der unauflöslichen Durchdringung von politischer und geistlicher Sphäre, die im Personenstand der Versammlungsleitung und in den programmatischen Wortbeiträgen zum Ausdruck kommt, gewannen triviale politische Veranstaltungen wie die Scharreler Wahlversammlung den Schauer des "sursum corda" eines katholischen Gottesdienstes und wurde der bevorstehende Urnengang selbst zum Beweis katholischer Glaubens- und Kirchentreue, der wie die ritualisierte Erneuerung des kirchlichen Taufgelöbnisses die Menschen berührte. Die charismatische Verehrung der geistlichen Wortführer und der drei "höchsten Gewalten" auf Erden, die in der Trinität von Papst, Kaiser und Großherzog vereinigt wurden, spiegelt die patriarchalische Ordnung des Himmels auf Erden und ihre metaphysische Legitimierung wider, die von der aufstrebenden Sozialdemokratie politisch untergraben wurde. Aus dieser mo

[459] OV vom 13.6.1903, auch zum folg.

ralischen Haltung ergab sich eine heilige Pflicht, von dem Wahlrecht Gebrauch zu machen und gewissenhaft für das Zentrum zu stimmen.

Die Vechtaer OV forderte autoritativ, "daß es für jeden katholischen Mann, welcher 25 Jahre alt ist, nicht bloß Ehrensache, sondern hl. Pflicht ist, von seinem Wahlrechte Gebrauch zu machen und seine Stimme abzugeben für unsern Kandidaten, der für das Wohl aller Stände und die Erhaltung der Religion eintritt". Es ging nicht nur um eine politische Wahlentscheidung, sondern auch um einen religiös-kirchlichen Weltanschauungskampf, in dem das Zentrum in Südoldenburg unbeirrt in der festen politischen Schlachtordnung des organisierten Katholizismus in Deutschland stand. Das zeigt auch die Militarisierung des Sprachgebrauchs auf der "Volksvereins-Versammlung" in Scharrel, die die politische Bedeutung des Zentrums mit strategischen Formulierungen herausstellte:

> "Dieses Bollwerk, dieser Schutzwall, dieser Turm ist das Zentrum.
> Hoch das Zentrum! Das ist unsere Wahlparole, die wir in Scharrel wieder kennengelernt, für die wir uns dort erwärmt und begeistert haben.
> Auf der Versammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Scharrel sind die Waffen geschmiedet und geschärft worden, die wir gebrauchen müssen im Kampfe für die Wahrung und Verteidigung der Rechte und der Freiheit unserer hl. Kirche, im Kampfe für die Aufrechterhaltung des Bestandes, für die Förderung und Wohlfahrt der menschlichen Gesellschaft."

Die Vechtaer OV berichtete in ihrer Funktion als Zentrumsorgan äußerst tendenziell über die politische Agitation in Scharrel und grenzte den agrarisch-mittelständischen Kosmos des katholischen Milieus scharf gegen die marxistische Sozialdemokratie, "diese roten Brüder", ab:

> "In Scharrel haben wir gehört, was die Sozialdemokratie will und was das Zentrum und der Volksverein für das katholische Deutschland wollen. [...]
> Ein gesunder, ein kräftiger Mittelstand muß erhalten bleiben und wieder geschaffen werden und gestützt werden, wo er zu wanken und zu stürzen droht. Das Zentrum und der Volksverein wollen das; die Sozialdemokratie will es nicht. - Die Sozialdemokratie will, daß der Mittelstand je eher je lieber zu Grunde gehe, wie ihre Führer das ja gelegentlich mit deutlichen Worten ausplaudern. Die Sozialdemokratie will im Trüben fischen. Sie lebt vom Unfrieden, vom Radau, vom Umsturz.
> Klar wurde uns in Scharrel gezeigt, was die Sozialdemokratie denkt von dem Staate, von der Religion, von der Familie und Ehe. - Solche Leute, welche unsere heiligsten Güter, die wir haben, antasten wollen, die können wir nicht gebrauchen, die verabscheuen wir. Wir sind kaiser= und königstreu, darum fort mit der Sozialdemokratie! Wir stehen treu zu unserm Gotte und zu unserer hl. Religion. Fort mit der Sozialdemokratie, welche die Religion aus dem öffentlichen Leben verdrängen will, verdrängen aus der Kirche und Schule! Die Religion kann nimmer Privatsache sein, nein, sie ist

> dazu geboren, die ganze Menschheit, die Kirche, den Staat, das Bürgertum, die Schule, die Familie, die Fabrik, die Arbeitsstätte, die Geschäfte, das ganze öffentliche und private, äußere und innere Leben in der menschlichen Gesellschaft zu beherrschen. [...]
> Die Sozialdemokratie will das Heiligtum unserer Familie antasten, will unser Privateigentum nicht stehlen, sondern rauben. Wer da noch Ehrgefühl hat und Sinn für Gerechtigkeit, der verabscheut die Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie bekämpft das Zentrum. O diese Toren!"[460]

In Vechta und Lindern wurden 1903 ebenfalls Wahlkampfversammlungen abgehalten, zu denen der "Volksverein" einlud. Sie hatten ein Programm wie die Scharreler Versammlung. In Lindern sprachen der Geschäftsführer des Volksvereins für Oldenburg, Kaplan Göttke aus Vechta, und der Reichstagskandidat des Zentrums, Oberlandesgerichtsrat Eduard Burlage.[461] Die Vechtaer Versammlung wählte auf Vorschlag des Geschäftsführers Göttke Pfarrer Lüken zu ihrem Vorsitzenden, der Landgerichtsrat Hartong aus Oldenburg und den Reichstagskandidaten Burlage als prominente Sprecher begrüßte. Burlage ging nach dem Bericht der Vechtaer OV "besonders mit den Sozialdemokraten, die jetzt versuchen, auch in unser friedliches Münsterland einzudringen, ins Gericht und zeichnete an der Hand von Tatsachen deren religions= und staatsgefährlichen Ziele und Absichten so treffend und markant, daß die Zuhörer oftmals in laute Beifallsbezeugungen ausbrachen". Nach Göttkes Vortrag traten nach Meldung der OV zahlreiche Bürger in den Vechtaer "Volksverein" ein, so daß er zu diesem Zeitpunkt über 300 Mitglieder zählte. Die Versammlung schloß mit einem "begeistert angenommenen Hoch auf die höchsten kirchlichen und weltlichen Gewalten", das vom Vorsitzenden der "Volksvereins-Versammlung", Pfarrer Lüken, ausgebracht wurde.[462]

---

[460] OV vom 13.6.1903. Die sozialdemokratische Partei hatte auf dem Erfurter Parteitag 1891 zur konfessionellen Frage beschlossen: "Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen." Die SPD forderte in Erfurt auch eine in konfessioneller Hinsicht neutrale Schule: "Weltlichkeit der Schule." (SCHÖNBRUNN, Quellen, S. 883)

[461] OV vom 13.6.1903.

[462] OV vom 13.6.1903. Der Katholik Konrad Hartong (1861 - 1933) war von 1900 bis 1906 Richter am Landgericht Oldenburg und gehörte von 1911 bis 1924 als Zentrumsabgeordneter dem oldenburgischen Landtag an. Sein Sohn Konrad Ernst gen. Kurt (1894 - 1980) wurde später Oberkreisdirektor des Landkreises Cloppenburg, Mitbegründer der Oldenburg-Stiftung und Justitiar des Bischöflichen Offizialats in Vechta. (FRIEDL, Handbuch, S. 283f., von H. Friedl)

Heinrich Eduard Burlage (1857 - 1921) stammte gebürtig aus Huckelrieden bei Löningen. Nach dem Besuch des Gymnasiums Antonianum in Vechta studierte er Jura und trat 1884 als Auditor in den oldenburgischen Staatsdienst ein. 1887 wurde er zum Amtsrichter in Friesoythe ernannt. 1891 wurde er an das Amtsgericht in Oberstein und 1895 an das Amtsgericht in Jever versetzt. 1898 kam er als Landgerichtsrat nach Oldenburg und wurde 1903 zum Oberlandesgerichtsrat befördert. Burlage wurde 1907 zum Reichsgerichtsrat am Reichsgericht in Leipzig ernannt. Von 1896 bis 1907 gehörte er als Zentrumsabgeordneter dem oldenburgischen Landtag an, in dem er sich besonders für den Bau neuer Eisenbahnlinien zur Erschließung des Landes, besonders Südoldenburgs, einsetzte. 1903 wurde er als Nachfolger des Grafen Ferdinand Heribert von Galen in den Reichstag gewählt. Nach seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrat mußte er sein Landtags- und Reichstagsmandat niederlegen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Burlage in die Nationalversammlung von Weimar gewählt und gehörte dem Deutschen Reichstag bis zu seinem Tode am 19. August 1921 an. Er war stellvertretender Fraktionsvorsitzender des Zentrums und rechtspolitischer Sprecher seiner Partei, in deren Vorstand er ebenfalls vertreten war.[463] Burlage zählte zu den Zentrumspolitikern, die vor dem 9. November 1918 an eine Verfassungsänderung oder an eine Preisgabe des monarchischen Systems nicht gedacht hatten.[464]

Der weltanschauliche Konflikt zwischen dem politischen Katholizismus und der deutschen Sozialdemokratie ließ am Wahltag keine Kompromisse zu. Die Berichte der Vechtaer OV gaben inhaltlich wie stilistisch den fortgesetzten politischen Duktus des "Kulturkampfes" wieder und appellierten - ganz auf der Höhe der Zeit - an die loyale nationale Haltung des politischen Katholizismus gegenüber Kaiser und Reich. Die Vechtaer OV verstärkte angesichts der Wahlerfolge der SPD im Reich in ihrer Berichterstattung den antisozialistischen Affekt. In katholischem Licht besehen, erschien die SPD als Bedrohung der bürgerlich-christlichen Lebensgrundlagen überhaupt. Sie versuche, durch ihre Attacken auf die christlichen Institutionen Ehe, Familie und Schule das Ansehen des christlichen Staates, der bürgerlichen Gesellschaft und der katholischen Kirche öffentlich zu untergraben. Die politische Richtungsänderung in den deutschen Nationalstaat, die der deutsche Katholizismus in der Wilhelminischen Ära vollzog, wurde auf der 50. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Köln 1903 öffentlich dokumentiert. In den Kundgebungen des Kirchentages wurde eine zunehmende nationale Emotionalisierung und ein neues "Freund-Feind-Denken" erkennbar. Eine besondere Bedeutung für die

[463] FRIEDL, Handbuch, S. 110f. (von Hans Friedl); THOLE, Hermann: Zum 100. Geburtstag von Eduard Burlage, IN: HBL Nr. 1, 1958, S. 6-8.

[464] Burlage soll zu dieser Frage im Hauptausschuß des Reichstages erklärt haben, "er sei bis zum Ausbruch der Revolution bereit gewesen, sich für seine monarchistische Gesinnung den Schädel einschlagen zu lassen; nachdem er aber gesehen, wie feige die privilegierten Träger dieses Gedankens bei dem Umsturz sich gezeigt, sei er bewußter Republikaner geworden." (MORSEY, Zentrumspartei, S. 81f., Anm. 18)

nationale Einheit und die Stabilität der Monarchie maß die Generalversammlung der deutschen Katholiken dem Zentrum bei und rief seine wechselvolle Geschichte in Erinnerung, um für seine neue Rolle als staatstragende Partei zu werben. In der gegenwärtigen Lage deutscher Politik wurde dem Zentrum die Rolle eines Garanten von Thron und Altar zugewiesen:

> "Wie durch göttliche Fügung stehe es heute da als eine Macht gegen den Umsturz, der Thron und Altar bedrohe."[465]

Die Geschichte des deutschen Katholizismus wurde im Zeichen des "neuen Kurses" revidiert und in ihrer ausgeprägten antirevolutionären und antiliberalen Tendenz ins Bewußtsein gehoben. Aus der Erinnerung an die "Kölner Wirren" sprach ein neues nationales Selbst- und Politikverständnis des Katholizismus, das ihn wieder in sein altes historisches Recht setzen sollte. Dabei distanzierte er sich deutlich von 1848 und wandte sich der nationalen Tradition zu:

> "Von Köln sei im vorigen Jahrhundert der Funke der katholischen Bewegung in alle Welt ausgegangen. In der Schreckenszeit des vorigen Jahrhunderts, als die Throne erzitterten, seien die Katholiken auf ihrer Generalversammlung für die Autoritäten eingetreten. (Lebhafter Beifall.) Mit Freuden hätten sie für das Vaterland auf den Schlachtfeldern ihr Leben gelassen. Auf den Schlachtfeldern bleichten auch die Knochen der Priester und Ordensschwestern. (Lang anhaltender stürmischer Beifall.) Er erinnerte auch an das große Kölner Gefängnis, und doch hätten die Katholiken keine Revision ihrer monarchischen Gesinnung eintreten lassen. (Lebhafter Beifall.) Der Liberalismus sei allerdings jetzt in Liquidation. (Stürmischer Beifall.) An seine Stelle sei die Sozialdemokratie getreten, aber die Katholiken seien zum Kampf bereit, zum Kampfe für Staat und Kirche. (Lebhafter Beifall.) Es werde Zeit, daß der Staat einsehe, daß er der Kirche bedürfe. Statt dessen dauere der Kampf gegen die Kirche aber fort. Die Hoffnung müsse man auf den Kaiser setzen, der selbst unter dem Kreuze stehend das Volk aufrufe unter das Kreuz zu treten. (Stürmischer Beifall.)"[466]

Die politischen Kundgebungen schlossen in Köln traditionell mit einem Kaiserhoch.[467] Die politische Rehabilitierung des deutschen Katholizismus

---

[465] OV vom 29.8.1903: Rede von Justizrat Dr. Porsch. In Erinnerung an die Kulturkampfzeiten, in denen der Katholikentag "von dem Rechte der Abwehr" nur selten Gebrauch gemacht habe, stellte die Kölner Veranstaltung kategorisch fest: "Die Katholiken wollen keine Sonderrechte, sondern nur Gleichheit."

[466] OV vom 29.8.1903: Rede von Prälat Dr. Schädler.

[467] MORSEY, Windthorst, S. 160. Das Kaiserhoch gehörte zu den traditionellen Gesten der deutschen Katholikentage und war auch in den Jahren des "Kulturkampfes" ausgebracht worden. Als die Versammlung in Mainz 1871, wie üblich, den bedrängten Papst hochleben lassen wollte, ergänzte Ketteler diese Geste durch das Kaiserhoch und erklärte: "An Vaterlandsliebe wollen

im Kaiserreich konnte nach der Jahrhundertwende als vollzogen betrachtet werden. Mit der Idee der deutschen Nation, die der Systemerhaltung diente, gelang es dem Nationalismus in der Wilhelminischen Ära, die politischen und konfessionellen Brüche und Spannungen zu transzendieren und einen breiteren politischen Konsens über den Konfessionen herbeizuführen. Auf dem Weg in den deutschen Nationalstaat hatte der Katholizismus selbst einige Hindernisse beseitigt. Der Zentrumspolitiker Freiherr von Hertling, der am 1. November 1917 zum Reichskanzler berufen wurde, stellte auf der Generalversammlung eine Annäherung von katholischem und modernem Geist fest und begrüßte das wissenschaftliche Zeitalter mit den Worten:

> "Heute ständen wir mehr in einer rein wissenschaftlichen Epoche, und das sei gut, denn Gelehrte, welche hier Tüchtiges leisteten, wögen ganze Bände der Apologetik auf, weil sie den Wahn zerstörten, als ob die Wissenschaft sich nicht mit dem Katholizismus vertrüge. Not tue, daß sich die Zahl der katholischen Gelehrten vergrößere und zu einer geschlossenen Phalanx zusammenstände."[468]

Wenn sich die katholische Wissenschaft nach den Worten Hertlings langsam mit der Moderne versöhne, so hafte ihr jedoch weiterhin ein defensiver apologetischer Geist an, der mit der modernen Freiheit von Forschung und Lehre nur schwer auskomme. Daß das katholische Trauma kultureller Inferiorität und wirtschaftlicher Rückständigkeit, historischer Ungleichzeitigkeit und konfessioneller Verengung bei nüchterner Betrachtung durch das nationale Pathos der Wilhelminischen Ära nicht kompensiert werden konnte, zeigt die Rede des Abgeordneten Mayer (München) auf dem 59. Katholikentag in Aachen am 13. August 1912. Mayer forderte zwei Jahre vor dem Ausbruch des Weltkrieges mit realistischem Blick für das Machbare:

> "Und schließlich haben wir alle die Pflicht, das unserige dazu beizutragen, die Scharte der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Katholiken auszuwetzen und dafür zu sorgen, daß katholischer Nachwuchs mehr als bisher in Handel und Industrie und vor allem in dessen mittlere und obere Schichten hineinkommt. [...] Es wird Jahrzehnte dauern, bis das Ziel erreicht sein wird. An Kräften fehlt es uns nicht, und der Beistand des Himmels möge uns auf diesem Wege begleiten! Omnia ad majorem Dei gloriam! Auch der wirtschaftliche Kampf ist in unseren Tagen ein Stück Glaubenskampf geworden, in dem wir unseren Mann stellen müssen, eingedenk der Worte des heiligen Paulus: ‘Al

---

wir Katholiken wirklich keinem nachstehen." Der Katholikentag in Köln verabschiedete einen "Huldigungsgruß der diesjährigen Jubelversammlung" an Wilhelm II. und nahm die Adresse seiner Majestät, in der diese "für den Ausdruck treuer Ergebenheit allerhöchst ihren wärmsten Dank" aussprach, mit "stürmischer Begeisterung" entgegen. (OV vom 29.8.1903)

[468] OV vom 29.8.1903.

les ist euer, Ihr aber seid Christi.' (Stürmischer, langanhaltender, nicht endenwollender Beifall.)"[469]

Der Kölner Katholikentag wurde zu einem großen Triumph für den Volksverein, dessen Berechtigung und politische Notwendigkeit nicht mehr bestritten wurde. Der Kölner Kardinal, Erzbischof Antonius Fischer, zeichnete den Vorsitzenden des Volksvereins, den Industriellen Franz Brandts, mit einer päpstlichen Urkunde aus und rief dem Katholikentag zu:

"Ich wünsche, daß sich der Volksverein noch mehr ausdehne. Alle katholischen Männer im ganzen deutschen Vaterlande müssen dem Volksverein beitreten (Beifall) und dort lernen, wie man den kath. Glauben öffentlich frank und frei vertritt. Das ist namentlich jetzt notwendig, wo der Geist des Umsturzes einherwandelt und leider große Erfolge zu verzeichnen hat. Wir wünschen, daß der Volksverein immer weiter seine segensreiche Tätigkeit entfalte zum Wohl unserer heiligen Kirche und wie bisher im Anschluß an die kirchlichen Autoritäten, wie wir es hier im katholischen Deutschland Gott sei Dank gewohnt sind."

Ohne die öffentliche Tätigkeit des Volksvereins, darüber war man sich in Köln im klaren, hätte das Zentrum die letzten Reichstagswahlen nicht bestehen können. Carl Trimborn, 2. Vorsitzender des Volksvereins, faßte diese Auffassung in den Worten zusammen:

"Wenn bei den letzten Reichstagswahlen das Zentrum unversehrt aus der Kampagne hervorgegangen sei, habe das erste Verdienst der Volksverein und darum lege jeder Parlamentarier den größten Wert darauf, daß jeder seiner Wähler der Schutzarmee des Volksvereins angehöre."[470]

5.8. Die Erweiterung des katholischen Vereinswesens

Der Mobilisierungsschub an der Zentrumsbasis führte auch zu einer Erweiterung des katholischen Vereins- und Verbandswesens, die in erster Linie die katholische Arbeiterschaft ansprechen sollte. Führende Sozialpolitiker wie Brandt und Hitze konnten sich mit der Erkenntnis durchsetzen, daß die aktive Mitarbeit der Arbeiter an der Abwehr sozialdemokratischer Kräfte und der "sozialen Reform" nur zu gewinnen war, wenn man ihnen eigene Verantwortung zugestand. Die Förderung eines Standesbewußtseins in den katholischen Arbeitervereinen orientierte sich an "vagen ständestaatlichen kon

[469] FENSKE, Wilhelm II., S. 321f.
[470] OV vom 29.8.1903.

fliktfreien Idealvorstellungen" und erschwerte in der Praxis - wie das Beispiel Südoldenburg zeigt - die Ausbildung eines klassenbestimmten Selbstbewußtseins in der katholischen Arbeiterschaft. Tatsächlich blieben die katholischen Arbeitervereine im wesentlichen Arbeiterbetreuungsorganisationen: auf Bildungsarbeit und Geselligkeit hin orientiert, eher im kleingewerblichen Bereich als in den industriellen Zentren erfolgreich, mit außerordentlich starker Mitgliederfluktuation, nach dem Pfarrprinzip organisiert und von geistlichen Präsides geführt, ohne Möglichkeiten zu überörtlicher Willensbildung der Mitglieder und folglich außerstande, sich zu einer eigenständigen gesellschaftlichen Kraft zu entwickeln. Dieses Vakuum füllten die Christlichen Gewerkschaften. So gingen aus den Arbeitervereinen in den 1890er Jahren Impulse zur Politisierung der katholischen Arbeiterbewegung hervor, die 1894 zur ersten Gründungswelle von Christlichen Gewerkschaften führten. Die Zurückhaltung vieler Arbeiterpräsides in der umstrittenen Gewerkschaftsfrage führte dazu, daß die Gewerkschaftsgründungen im katholischen Raum ohne direkte Verbindung zum kirchlichen Apparat und zu den Zentrumsgremien erfolgten und den beteiligten Arbeitern Raum zu autonomer Gestaltung ihrer Verbandsarbeit boten. Die Delegiertentage in Köln und Ulm im Dezember 1898 verständigten sich parallel auf zentralisierte Industrieverbände als Organisationsprinzip, die Orientierung am Leitbild der Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit, auf die prinzipielle Anerkennung des Streiks als Kampfmittel und schließlich auf die Prinzipien der Interkonfessionalität und parteipolitischer Neutralität. Das bedeutete nicht weniger als die Unabhängigkeit von kirchlicher Leitung und Zentrumsführung. Die politische Zerreißprobe um den Zolltarif und die Depression der Jahre 1900 bis 1902 führten zu einer Stagnation in der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die in erster Linie durch die Unterstützung des Volksvereins überwunden werden konnte. Umgekehrt entdeckten die katholischen Arbeiter den Volksverein, den sie in einer kritischen Situation als Stütze empfunden hatten, als Artikulationsorgan und als Bundesgenossen in den eigenen Emanzipationsbestrebungen.[471]

Was die katholische Arbeiterbewegung in Gewerkschaften und Volksverein zusammenhielt, war nach Auffassung von Wilfried Loth "über das Festhalten

[471] LOTH, Katholiken, S. 83ff.; HEITZER, Volksverein, S. 25f. Mit der engagierten Unterstützung der christlichen Gewerkschaften überwand auch der Volksverein seine Stagnation und schnellten seine Mitgliederzahlen wieder in die Höhe. Mit der Wahrnehmung der Aufgabe, den Aufbau der christlichen Gewerkschaftsorganisationen zu fördern, hatte der Volksverein, der sich 1894 selbst mitten in der Aufbauphase befand, ein neues Betätigungsfeld gefunden.

an bestimmten identitätsstiftenden religiösen Traditionen hinaus ein elementares Verlangen nach Emanzipation: nach Befreiung von wirtschaftlicher Not, von kultureller 'Rückständigkeit' und vor allem von politischer Bevormundung". Dieses Verlangen blieb aber gerade in katholischen Milieus wie Südoldenburg in vage politische Formulierungen eingebunden, die noch weithin "den Residuen christlichen Universalismus" entsprachen.[472] Die Bestrebungen des Reformkatholizismus zeigten im agrarisch-mittelständischen Südoldenburg mäßige Erfolge und überschritten nicht die Grenzen eines ultramontanen Katholizismus, der aufgrund seiner zentralistischen Verfassung nicht bereit war, die katholische Arbeiterbewegung in ihre soziale oder politische Autonomie zu entlassen.

5.8.1. Die Enzyklika "Rerum novarum" Leos XIII. (1891)

Der entscheidende Anstoß zur Gründung von katholischen Arbeitervereinen, mit der die katholische Kirche der sozialen Frage und der religiösen Entwurzelung zu begegnen versuchte, ging von der Sozialenzyklika "Rerum Novarum" von Leo XIII. im Jahre 1891 aus. Die Enzyklika forderte den Staat zum verstärkten sozialpolitischen Engagement auf, um die revolutionäre Sprengkraft der sozialen Frage für die etablierten politischen und gesellschaftlichen Systeme, die von den christlichen Volkskirchen mitgetragen wurden, zu bannen, betonte aber in ihrer politischen Theorie den Indifferentismus der katholischen Kirche gegenüber den konkreten verfassungspolitischen Realitäten in Europa und sprach ihnen im Gegensatz zum Staat und seiner Idee keinen naturrechtlichen Rang zu. Für die katholische Kirche als eurozentrierte Volkskirche bot sich kaum eine andere Möglichkeit, um auf das Konzert der europäischen Mächte noch politischen Einfluß zu nehmen. Während die Verfassungen, wie die revolutionäre Tradition der Moderne gezeigt hatte, den Wechselfällen der Geschichte unterworfen waren, existierte der Staat als Idee in einer ahistorischen Sphäre und kam ihm die naturrechtliche Qualität einer absoluten Wahrheit zu. In "Rerum Novarum" hieß es dazu:

> "Unter Staatsgewalt verstehen Wir hier nicht die zufällige Regierungsform der einzelnen Länder, sondern die Staatsgewalt der Idee nach, wie sie durch die Natur und Vernunft gefordert wird, und wie sie sich nach den Grundsätzen der Offenbarung [...] darstellt. [...] Und da jede Autorität von Gott kommt, als ein Ausfluß der höchsten Autori

[472] LOTH, Katholiken, S. 90.

> tät, so ist auch die Regierung zu handhaben nach dem Vorbilde der göttlichen Regierung, die da mit gleicher väterlicher Liebe sowohl die Gesamtheit der Geschöpfe als die einzelnen Dinge leitet. Droht also der staatlichen Gesamtheit oder einzelnen Ständen ein Nachteil, dem anders nicht abzuhelfen ist, so ist es Sache des Staates, einzugreifen."

Unter "Staatsgewalt" verstand Leo XIII. nicht "die zufällige Regierungsform der einzelnen Länder", sondern "der Idee nach, wie sie durch die Natur und Vernunft gefordert wird, und wie sie sich nach den Grundsätzen der Offenbarung" darstellt. Nach dem Subsidiaritätsprinzip oblagen dem Staat zahlreiche Einzelpflichten, die sich im Sinne der "Beihilfe" auf "Ordnung, Zucht und Sitte, ein wohlgeordnetes Familienleben, Heilighaltung von Religion und Recht, mäßige Auflage und gleiche Verteilung der Lasten" bezogen.[473] Selbst die Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, die im Grundsatz anerkannt wurde, leitete Leo XIII. aus dem christlichen Naturrecht ab und wies den Staat diesbezüglich in seine Schranken:

> "Wenngleich nun diese privaten Gesellschaften innerhalb der staatlichen Gesellschaft bestehen und gewissermaßen einen Teil von ihr bilden, so besitzt der Staat nicht schlechthin die Vollmacht, ihr Dasein zu verbieten. Sie ruhen auf der Grundlage des Naturrechtes; das Naturrecht aber kann der Staat nicht vernichten, sein Beruf ist es vielmehr, dasselbe zu schützen. Verbietet ein Staat dennoch die Bildung solcher Genossenschaften, so handelt er gegen sein eigenes Prinzip, da er ja selbst, ganz ebenso wie die privaten Gesellschaften unter den Staatsangehörigen, einzig aus dem natürlichen Trieb des Menschen zu gegenseitiger Vereinigung entspringt."

Die Ablehnung des omnipotenten Staates war nicht vom jeweiligen System abhängig und galt generell. Mit dieser Festlegung intendierte Leo XIII. auch einen Schutz für die "mannigfachen Genossenschaften, Vereine und geistlichen Orden, welche auf dem Boden der Kirche entsprossen sind". Ihnen stehe, "auf dem Naturrecht gründend", ebenfalls "ein natürliches und unbestreitbares Recht des Bestandes" zu. Über die kirchlichen Vereine habe ausschließlich die Kirche zu verfügen und nicht der Staat, der "keinerlei Recht über sie" besitze. Mit dieser deutlichen Unterscheidung zog der Papst eine Lehre aus dem "Kulturkampf" in Deutschland, denn "in letzter Zeit" sei die staatliche Obrigkeit an vielen Orten gegen kirchliche Korporationen "mit ungerechten und verletzenden Maßregeln vorgegangen" und habe "die Freiheit derselben durch gehässige Gesetzesbestimmungen eingeschränkt".[474] Die naturrechtliche Legitimation des Staates setzte die Obrigkeit ohnehin nicht

[473] Rerum novarum, S. 16f.
[474] Ebd., S. 23f.

absolut, sondern verpflichtete sie auf das Wohl der Gesamtheit und die Rechte anderer, das Vorbild der göttlichen Weltregierung und auf das ebenfalls gottgebene Sittengesetz, das das Recht auf Privateigentum einschloß. Gleichzeitig sprach sich Leo XIII. zum Schutze der Bürger und Familien für eine Trennung von Staat und Gesellschaft aus:

> "Der Bürger und die Familie sollen allerdings nicht im Staate aufgehen, [...] und die Freiheit der Bewegung, soweit sie nicht dem öffentlichen Wohle oder dem Rechte anderer zuwider ist, muß ihnen gewahrt bleiben."

Über die Pflichten gegenüber dem Staat erheben sich nach dieser Lehre die "Pflichten gegen Gott", die es jeder Regierung verbieten, den Menschen "auf dem Wege christlicher Pflicht und Tugend, der ihn zum ewigen Leben im Himmel führen soll, zurück[zu]halten".[475] Weil "privater Besitz vollkommen eine Forderung der Natur ist", war nach den Worten von "Rerum novarum" unumstößlich "von der einmal gegebenen unveränderlichen Ordnung der Dinge auszugehen, wonach in der bürgerlichen Gesellschaft eine Gleichmachung von hoch und niedrig, von arm und reich schlechthin nicht möglich ist." Deshalb lehnte das höchste Lehramt der katholischen Kirche "das von den Sozialisten empfohlene Heilmittel der Gesellschaft" ab und verwies es in das Reich der Utopien:

> "Es mögen die Sozialisten solche Träume zu verwirklichen suchen, aber man kämpft umsonst gegen die Naturordnung an."[476]

Auf der paternalen Grundlage christlicher Staatsverfassungen blieb der Staat, der nach dem Zuständigkeitsprinzip zum sozialen Engagement verpflichtet war, aber Umsturz und Gewalttätigkeit energisch entgegentreten sollte, eine Idee der katholischen Naturrechtslehre und genoß "nach dem Vorbilde der göttlichen Regierung" höchstes Ansehen. Zwar stellte die Enzyklika "Rerum novarum" einen ersten Ansatz zur positiven Bewältigung der sozialen Frage als der zentralen politischen Herausforderung des 19. Jahrhunderts im industrialisierten Westeuropa dar, verharrte aber in fixierten Positionen des katholischen Traditionalismus und legte ihnen eine eigene Naturrechtslehre unter, die sich von der politischen Aufklärung fundamental unterschied. Durch das Subsidiaritätsprinzip grenzte sich die katholische Soziallehre, die zugleich auch katholische Staatslehre war, entschieden vom demokratischen Sozialstaatspostulat ab, das sich in der deutschen Sozialdemokratie pro

[475] Ebd., S. 17, 19.
[476] Ebd., S. 7, 10.

grammatisch immer mehr durchsetzte. Mit der Enzyklika "Rerum novarum" wurde eine wichtige sozial- und ordnungspolitische Weichenstellung für das Verhältnis zwischen dem organisierten politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie im Wilhelminischen Deutschland vorgenommen. Die katholische Kirche war bereit, mit dem Staat, der den "Kulturkampf" geführt hatte und ihn immer noch führte, Frieden zu schließen und zeigte sich gleichzeitig entschlossen zum ideologischen Kampf gegen die politische Linke, weil sie die etablierte bürgerliche Gesellschaftsordnung aufzulösen drohte. Von ihrem gesicherten Bestand machte die katholische Kirche ihre Zukunft abhängig.

Die naturrechtlichen Positionen waren bei Leo XIII. in einem breiten Kontext angelegt. Dazu gehörten vor allem seine päpstlichen Verlautbarungen unter dem Titel "Immortale Dei" von 1885 und "Libertas praestantissimum" von 1888, die gewissermaßen als Vorarbeiten zu "Rerum novarum" zu betrachten sind. In diesen Kundgebungen verwarf Leo XIII. wie seine Vorgänger prinzipiell die moderne Religionsfreiheit und konnte sie nur unter gewissen politischen Umständen - sprich demokratischen Umständen - dulden. In der Enzyklika "Immortale Dei", die sich mit der christlichen Staatsordnung auseinandersetzte, wurde der antiaufklärerische Effekt der päpstlichen Lehrtradition im 19. Jahrhundert erneut deutlich und die Ablehnung der Volkssouveränität, einer Schöpfung der politischen Aufklärung, theologisch exakt begründet:

> "Aus dieser Quelle (= der Aufklärung) stammen jene modernen Lehren von der zügellosen Freiheit, die in den gewaltigen Umwälzungen des vorigen Jahrhunderts ausgedacht und in aller Öffentlichkeit verkündet wurden; daher stammen auch die Leitsätze und Grundlehren des neuen Rechtes, das vordem unbekannt war und das nicht allein mit dem christlichen Recht, sondern auch mit dem Naturrecht in mehr als einer Beziehung im Widerspruche steht. - Der hauptsächlichste von diesen Grundsätzen besagt, daß alle Menschen, wie sie nach Gattung und Wesen einander ähnlich, so auch im praktischen Leben einander gleich seien [...]. Gestaltet sich die Gesellschaft nach diesen Lehren, dann ist die oberste Gewalt nichts anderes als der Wille des Volkes, das allein sein eigener Herr ist, wie es auch allein im Besitze der Macht über sich selbst ist. [...] Und da man behauptet, das Volk trage in sich selbst die Quelle allen Rechtes und aller Gewalt, so folgt daraus, daß der Staat in keiner Weise sich Gott gegenüber verpflichtet glaubt, daß er sich offiziell zu keiner Religion bekennt, daß er sich auch nicht verpflichtet fühlt, aus mehreren Religionen die allein wahre ausfindig zu machen, noch einer bestimmten Religion den Vorzug vor den anderen zu geben, noch irgend eine besonders zu begünstigen."[477]

[477] GNÄGI, Demokratie, S. 156f.

Als Ausweg aus diesem Dilemma erschien ein verfassungspolitischer Indifferentismus, jene unentschiedene Neutralität der katholischen Kirche gegenüber den modernen Staatsformen in Europa, die den Katholiken einen Weg in die bestehenden politischen und sozialen Systeme ermöglichen sollte. In der Bewältigung der modernen Revolutionsgeschichte ließ sich die katholische Kirche an der Seite der alten Mächte des Ancien régime, mit dem sie in der heiligen Allianz von "Imperium et sacerdotium" über Jahrhunderte verbunden gewesen war, auf die Abwehr der demokratischen und liberalen Bewegungen des 19. Jahrhunderts ein. Im Konflikt zwischen dem Prinzip der Volkssouveränität und dem naturrechtlichen Ursprung der Staatsgewalt fand Leo XIII. im vorangeschrittenen Stadium der nachrevolutionären Entwicklung in Europa eine Kompromißformel, in der der staatlichen Autorität weiterhin ein biblisch ausgewiesener göttlicher Ursprung zugeschrieben wurde und das Volk über die Designation eben dieser Staatsgewalt entscheiden konnte. Nach dieser Theorie konnte das Volk legitimerweise darüber befinden, wer als Staatsoberhaupt agieren sollte. Sobald der Inhaber der Staatsgewalt ‘designiert’ war, erhielt dieser sie unmittelbar von Gott. So gründeten Autorität und Souveränität der Staatsgewalt nach wie vor im Gottesgnadentum und nicht in einer "wie auch immer gearteten Beauftragung durch die Herrschaftsunterworfenen".[478] Ob ein Land monarchisch, konstitutionell oder demokratisch regiert wurde, hing danach vom jeweiligen Votum des Volkes ab, was die separate Größe der naturrechtlichen Staatsgewalt in keinem Falle berührte. Die katholische Kirche übernahm den christlichen Legitimismus nicht als offizielle Doktrin, aber sie näherte sich ihm in der Praxis durch "die zeitweise starke Betonung des heiligen Charakters der Autorität und der Gehorsamspflicht der Untertanen, das Nichterwähnen der scholastischen Volkssouveränitätslehre im allgemeinen und der darin umrissenen Rechte des Volkes im besonderen, und eine entsprechende, durch das ganze Mittelalter hindurch unbekannte Hervorhebung von Römer 13" sehr stark an.[479]

Der Mittelpunkt in der politischen Theologie blieb für Leo XIII. der Grundsatz, daß es sich bei der christlichen Kirche wie beim Staat um selbständige und gleichwertige "societates perfectae" handelte. Dabei galt der Grundsatz, daß der "höhere Rang des geistlichen, auf das ewige Heil der Menschen bezogenen Zwecks der Kirche die Überordnung ihrer potestas indirecta, soweit

[478] GROßE KRACHT, Kirche, S. 172f.
[479] STANGL, Staat, S. 35.

sie reicht, über die staatliche Gewalt rechtfertigt".[480] Die römische Kurie rang sich unter Leo XIII. nicht zu einer grundlegenden Revision der traditionellen politischen Glaubenssätze durch, sondern nahm für sich in weltlichen Fragen eine "potestas indirecta" in Anspruch. Diese brachte sich dem Staat gegenüber nicht mehr unmittelbar als politisch sichtbare "potestas" zur Geltung, sondern wandte sich als indirekte politische "Direktive" an die Staatenlenker, Parlamentarier und katholischen Untertanen.[481]

Diesem politischen Zweck, die politische "potestas indirecta" in vollem Umfang zur Geltung zu bringen, dienten in Deutschland vor allem die katholischen Vereine und Verbände sowie die parteipolitische Organisation der katholischen Wählerschaft im Zentrum. Praktikabel wurde diese Konzeption unter der zumeist uneingestandenen Voraussetzung, daß in die kirchliche Interpretation des natürlichen und göttlichen Gesetzes lebensnotwendige Kompromisse mit der real existierenden sozialen und politischen Wirklichkeit mit hineingenommen wurden. Das zeigte sich in der Enzyklika "Rerum novarum" auch an der prinzipiellen Anerkennung der Koalitionsfreiheit. Das Gemeinwohl, der Ausgleich der Interessen, wurde zur neuen Zielbestimmung politischen Handelns erklärt, das seine Maßstäbe aber immer noch aus einer geschichtslosen Quelle göttlicher Sittenlehre und transzendenter Weltordnung schöpfen sollte. Die politische Theologie der römischen Kurie unter Leo XIII. trug damit wesentlich zur Legitimation der konstitutionellen Regierungsgewalt in Deutschland bei und bildete eine Brücke für die Integration der Katholiken, insbesondere des katholischen Proletariats, in den bestehenden Obrigkeitsstaat. Hermann-Josef Große Kracht spricht in diesem Zusammenhang von einer "Entpolitisierung des sozialen Katholizismus", die den Katholiken "jede Einmischung in politisch-konstitutionelle Fragen" verbot.

---

[480] BÖCKENFÖRDE, Staat, S. 24. Ernst-Wolfgang Böckenförde erläutert diesen Grundsatz: "Zugleich wird der Staat nicht in seiner inzwischen erreichten und praktizierten Weltlichkeit zugrunde gelegt, sondern von vornherein in die christliche, aus Naturrecht und göttlichem Recht begründete Weltordnung hineingenommen. Es ist nicht der Staat, der im 19. Jahrhundert wirklich existiert, sondern der Staat des katholisch-naturrechtlichen Weltbildes vor Anerkennung der Religionsfreiheit, den Leo XIII. in Blick nimmt, aber kraft dessen naturrechtlich-allgemeingültiger Begründung für den Staat an sich erklärt. [...] Eine solche Theorie läßt die kirchliche potestas indirecta als Ausfluß einer ganz unpolitischen, nur am Sittlichen orientierten kirchlichen Lehrgewalt erscheinen."

[481] BÖCKENFÖRDE, Staat, S. 26. Böckenförde führt dazu aus: "Die Gläubigen werden - in ihrem Gewissen ermahnt, ermächtigt oder angewiesen - zum innerstaatlichen Vollstreckungsorgan der kirchlichen potestas indirecta, aber zum Vollstreckungsorgan, das auf eigenes Risiko handelt und handeln muß, ohne auf Schutz durch die Kirche rechnen zu können."

Die "Indifferenzerklärung der Kirche gegenüber den Staatsformen von Monarchie und Demokratie" gehöre zum "staatstheoretischen Paradox der katholischen Modernisierung", an dem der angestrebte Brückenschlag zur demokratischen Staatsform gescheitert sei.[482] Weil sie sich verfassungspolitisch nicht erklärte und als helfende christliche Bewegung für die Wohlfahrt des Volkes verstand, scheiterte auch die katholische Soziallehre, trotz ihrer fruchtbaren sozialen Impulse.

5.8.2. Katholische Arbeitervereine

Leo XIII. hatte bereits 1890, ein Jahr vor der Veröffentlichung der sog. Sozialenzyklika, in einem Schreiben an den Erzbischof von Köln die deutschen Bischöfe aufgefordert, sich nach christlichem Gebot an der Lösung der sozialen Frage zu beteiligen. Die Fuldaer Bischofskonferenz kam diesem Anliegen im Hirtenwort vom 23. August 1890 nach, das wesentliche sozial- und staatspolitische Positionen der römischen Kurie rekapitulierte. Die Verbesserung der sozialen Lage dürfe nur "durch rechtmäßige, vom christlichen und natürlichen Sittengesetze gebilligte Mittel, aber nie und nimmermehr durch Trug oder Gewalt" herbeigeführt werden:

> "Es gilt hier bezüglich des Eigenthums, des weltlichen Rechtsgebietes und der rechtmäßig bestehenden socialen Verhältnisse dasselbe, was bezüglich der bestehenden politischen Ordnung und der weltlichen Obrigkeit nach den klaren Aussprüchen Jesu Christi und seiner Apostel Geltung hat. Wie Christus und seine Apostel durch Wort und Beispiel gelehrt haben, die bestehenden weltlichen Obrigkeiten, als auf Gottes Ordnung und Vorsehung beruhend, zu achten und zu ehren, so haben sie auch Achtung der bestehenden Eigenthums= und Rechtsverhältnisse als Gewissenspflicht vorgeschrieben."

Ein "überaus wirksames Mittel zur Milderung und Hebung der socialen Uebel" sei in der "Hebung und Weiterbildung des christlichen Vereinslebens" zu sehen. Dabei könnten die katholischen Gesellen- und Lehrlingsvereine sowie die Arbeiterinnen- und Arbeitervereine "nicht überall, wie die, auch in bürgerlicher und socialer Beziehung nicht hoch genug zu schätzenden, alten Bruderschaften und Sodalitäten, ausschließlich und vorzugsweise der Pflege des religiösen Lebens oder besonderer kirchlicher Andachten gewidmet sein", aber sie sollten alle "die Religion, aufrichtiges und lebendiges Chri

[482] GROßE KRACHT, Kirche, 162ff.

stenthum zur Grundlage und das religiöse Sittengesetz zur Regel haben".[483] Bischof Hermann von Münster rief im Rundschreiben vom 22. November 1890 alle Seelsorgsgeistlichen seiner Diözese auf, dem weiteren Vordringen des Marxismus auch auf dem Lande entgegenzuwirken und die katholische Bevölkerung über die eigentlichen Ziele des Sozialismus aufzuklären.[484] Nachdem die Sozialdemokraten in den größeren Städten und industrialisierten Gesellschaften "von Jahr zu Jahr zahlreichere Anhänger um ihre Fahne gesammelt" hätten, sprächen sich ihre Führer in letzter Zeit verstärkt dafür aus, auch die ländliche Bevölkerung für ihre Sache zu gewinnen. Daraus erwachse dem "bei weitem zahlreichsten Theile unserer Diöcesan=Angehörigen" eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden dürfe:

> "Denn die Socialdemokraten erstreben nichts Geringeres, als die gänzliche Auflösung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, den Umsturz der Throne und die Ausrottung des Christenthums mit allen seinen Einrichtungen und Schöpfungen; sie fordern die Beseitigung der Ehe, die Aufhebung des Eigenthums und zwar jedes Einzel= und Privatbesitzes, - die Einführung der socialen Republik; - Gotteslläugnung und Unglaube sollen nach ihren Absichten zur allgemeinen und ganz durchgreifenden Herrschaft gebracht werden."

Obwohl Bischof Hermann seinen "biederen Landbewohnern das vollste Zutrauen" aussprach, "daß sie sich den auf solche Dinge hinzielenden Wühlereien gegenüber unerschütterlich fest bewähren werden wie ihre Eichbäume im Sturme", sah er es doch als seine "besondere Obliegenheit" an, die Seelsorger des Bistums "zu einer ganz ausnehmenden Wachsamkeit und zu ge

---

[483] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 24, Nr. 9, 1.10.1890, S.65-79, Zitat: S. 72f., 76f.: Hirtenbrief vom 23. August 1890, für die Diözese Münster unterzeichnet von Bischof Hermann.

[484] Zuvor hatte Leo XIII. in einem Rundschreiben an die Bischöfe, die Geistlichkeit und das Volk von Italien den Sozialismus aufs schärfste verurteilt. Dieses päpstliche Rundschreiben wurde in autorisierter Fassung im Kirchlichen Amtsblatt der Diözese Münster abgedruckt. Hintergrund der Verlautbarung waren die Bemühungen Leos XIII., zu einem Frieden mit dem Quirinal zu kommen und die Unabhängigkeit des Restkirchenstaates durchzusetzen. Aber eine Einigung zwischem dem Vatikan und der italienischen Regierung kam nicht zustande. So blieb es auch bei dem Verbot einer politischen Betätigung der Katholiken. Seit 1890 verschlechterte sich das Verhätlnis zwischen dem Papst und dem Quirinal zusehends. Der Papst warnte vor "den Wühlereien des ‘Socialismus’", welcher die gegenwärtige Gesellschaft "mit einer Auflösung von Grund auf" bedrohe: "Der bedrohliche Charakter dieser Bewegung, die große in ihrer Organisation liegende Macht, die Kühnheit ihrer Ziele legen allen erhaltenden Kräften die Nothwendigkeit auf, sich zu vereinigen, um gemeinsam die Fortschritte jener zu hemmen und ihren Sieg zu verhindern. Von diesen Kräften aber ist die vornehmste die Religion und die Kirche; [...]." (Kirchliches Amtsblatt Jg. 24, Nr. 11, 25.11.1890, S. 90f.)

steigerter Vorsicht zu ermahnen und aufzurufen".[485] Im Gegensatz zu Marxismus und Sozialismus erwartete die Enzyklika "Rerum novarum" eine Lösung der sozialen Frage nicht von der Abschaffung des Privateigentums, sondern von dessen Bindung an die sozialen Forderungen des göttlichen und menschlichen Naturrechts.

> "Das Privateigentum gründet sich [...] auf die natürliche Ordnung, und dieses Recht zu gebrauchen ist nicht bloß erlaubt, sondern es ist auch im gesellschaftlichen Dasein eine Notwendigkeit."[486]

Da der Mensch nach dem Wortlaut der Enzyklika das Recht zum Besitz von Privateigentum "von der Natur erhalten" hat, dieses Recht sogar das Fundament bildet, auf dem sich das Gebäude der bürgerlichen Gesellschaft erhebt, waren alle Formen des Aufruhrs und des Umsturzes aufs schärfste zu verurteilen. Zu diesen widernatürlichen und damit widerrechtlichen Formen der Auflehnung gehörten auch Massenstreiks, weil sie in die gleichsam vertraglich geordneten Eigentumsverhältnisse einzugreifen versuchten.[487] Nach der Konzeption von Leo XIII. kam den Arbeitervereinen unter der geistlichen Leitung eines Klerikers bei der Lösung der sozialen Frage eine große Bedeutung zu, aber als Organe der katholischen Kirche sollten sie nur eine bedingte Selbständigkeit erhalten. Der Papst würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine, die sich "nach den neuesten Verhältnissen" einzurichten hätten. Er ermahnte die Verantwortlichen in der Kirche, "Handwerker und Arbeiter in Vereinen zu organisieren und sie mit Rat und Tat zu unterstützen". Diese Aufgabe fiel vor allem den Bischöfen zu, die den Vereinen mit ihrer großen Autorität morali

---

[485] Kirchliches Amtsblatt Jg. 24, Nr. 11, 25.11.1890, S. 92f. Um die Gläubigen zu mobilisieren, wandte sich der Bischof an seine Pfarrgeistlichen und ordnete drei Maßnahmen an: 1. Die Geistlichen haben sich über "das sog. System oder das planmäßige Vorhaben der Socialisten und Sozialdemokraten", "die wahren Ziele ihrer Agitationen" und den "Widerstreit ihrer Forderungen mit den christlichen Glaubens= und Sittenlehren" gründlichst zu unterrichten. 2. "Um den Socialdemokraten mit ihren eigenen Waffen zu begegnen", werden die Geistlichen aufgefordert, für "die Verbreitung klargefaßter und gemeinverständlicher Flugschriften über denselben Gegenstand" zu sorgen. 3. Sollten in einer Pfarrgemeinde von "socialdemokratischen Sendboten" öffentliche Versammlungen angekündigt werden, werden die Geistlichen aufgefordert, diese Versammlungen zu besuchen und darauf hinzuwirken, "daß ein möglichst zahlreicher Besuch auch seitens der gutgesinnten Gemeinde=Eingesessenen und namentlich solcher stattfinde, die den Vorträgen der Anstifter in klaren Widerlegungen zu erwiedern vermögen".

[486] Rerum novarum, S. 13.

[487] Ebd., S. 6.

schen und religiösen Rückhalt bieten sollten. Leo XIII. hielt dabei strikt am Prinzip der geistlichen Leitung fest:

> "Im Namen der Bischöfe beteiligen sich Mitglieder des Welt- und Ordensklerus an der Leitung dieser Vereine nach ihrer geistigen Seite."

Der Papst hegte in seiner Enzyklika "die besten Hoffnungen für die Zukunft, wenn anders diese Vereine sich an Zahl vermehren, und wenn sie weise organisiert werden".[488] Obwohl das Sozialistengesetz faktisch kaum auf das soziale Vereinswesen in der katholischen Kirche angewandt worden war, hatte es doch die Bereitschaft der katholischen Arbeiter untergraben, sich zu organisieren. Unmittelbar vor und nach der Jahrhundertwende erlebten die katholischen Arbeitervereine einen rapiden Aufschwung, der sich bis zum Beginn des Krieges fortsetzte.[489]

Berufen konnten sich die katholischen Arbeitervereine in Deutschland auf das geistige Erbe von Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811 - 1877). Als Vorkämpfer für die politischen Interessen der katholischen Kirche und die Freiheit von Religion und Kirche hatte sich der 1811 in Münster geborene und dort 1844 zum Priester geweihte Wilhelm Emmanuel von Ketteler bereits in der Frankfurter Paulskirche erwiesen. Ketteler, der 1850 zum Bischof von Mainz ("Arbeiterbischof") gewählt wurde, erkannte frühzeitig, daß die soziale Frage das "depositum fidei", die Substanz des Glaubens, berührte und "nicht mehr allein durch die Ausspendung der Gnadenmittel (Sakramente) und die tätigen Werke der Nächstenliebe" hinreichend beantwortet werden konnte. Zu ihrer Lösung müßten "offensichtlich dem Naturrecht widersprechende sozioökonomische Unrechtsstrukturen" korrigiert werden. Aus dieser kritischen Einstellung zur sozialen Frage, die sich besonders von der des "Gesellenvaters" Adolph Kolping unterschied, erwuchsen für die katholischen Arbeitervereine weitreichende sozialpolitische Impulse, die aber trotz "der Kritik an einem individualistischen und kapitalistischen Liberalismus" nicht zur politischen Systemfrage vordrangen. Der sozialpolitische Eifer schloß ein kirchengebundenes, religiös ausgerichtetes Vereinsleben nicht aus, das stets eine Ablehnung der atheistischen sozialistischen Irrtümer enthielt.[490]

---

[488] Ebd., S. 24f.
[489] KÖSTERS, Verbände, S. 59f.
[490] KÖSTERS, Verbände, S. 60f. Aufgrund des "Kölner Ereignisses" war Ketteler aus dem juristischen Staatsdienst ausgetreten und hatte sich dem katholischen Theologiestudium zugewandt. Auf dem Ersten Vatikanischen Konzil (1869/70) gehörte er zu den gemäßigten Bischöfen. Sein sozialpolitisches Engagement und sein programmatisches Schrifttum hatten eine län-

Das sozialpolitische Engagement der katholischen Kirche in Südoldenburg war in der Vorkriegsphase eng verbunden mit dem Namen des Geistlichen Anton Stegemann, der zu den Vorkämpfern des christlich-sozialen Gedankens in Südoldenburg gehörte. Anton Stegemann wurde am 18. Oktober 1863 in Wildeshausen geboren und entstammte einer tiefreligiösen Familie. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Vechta studierte er in Münster und Innsbruck Theologie und wurde am 31. April 1890 in Münster von Bischof Hermann Dingelstad zum Priester geweiht. Stegemanns Studienzeit fiel in die ausgehende Bismarck-Ära, die "eine wachsende Stärkung des klassenkämpferischen Sozialismus als Widerpart des liberalen Kapitalismus und als Folge die Wandlung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat mit sich brachte". Stegemann war vertraut mit den großen Sozial- und Staatsenzykliken seiner Zeit und erfaßte die Bedeutung der sozialen Frage. Er sah darin nicht ausschließlich ein Phänomen der Großstadt, sondern erkannte, "daß die soziale Frage auf dem Lande, in Dorf und Kleinstadt nicht minder aktuell werden würde, daß sie weitgehend auch eine religiöse Frage sei und daß nur energisches, praktisches Handeln, und zwar vorbeugendes Handeln, die Menschen auf dem Lande davor bewahren könne, ihren Halt, ihre religiöse Lebensgrundlage, zu verlieren". Diese Grundsätze versuchte Stegemann in praktische Sozialarbeit umzusetzen, die er stets auch als christliche Seelsorge verstand. Als er 1898 nach Lohne kam, traf er auf Arbeitnehmer, die "zugleich Kleinlandwirte waren, also keine reinen Fabrikarbeiter im großstädtischen Sinne", aber einem eigenen Sozialmilieu angehörten. Fast 28 Jahre wirkte Stegemann in Lohne, 16 Jahre als Kaplan und 12 Jahre bis zu seinem Tod am 4. Januar 1931 als Pfarrer.[491]

Anton Stegemann wußte, daß ein Industriestandort wie Lohne nicht freigehalten werden konnte von fremden Einflüssen und Auffassungen, vor allem nicht in sozialer Hinsicht. Es war daher sein Bestreben, die gemeinsamen religiösen Grundlagen zu stärken und sie als Fundament des katholischen

---

gerfristige Wirkung und beeinflußten auch die päpstliche Sozialenzyklika "Rerum novarum" im Jahre 1891. Der "Hinterbänkler" Ferdinand Graf von Galen, der in Vertretung von Schorlemer-Alst am 17. März 1877 den ersten umfassenden sozialpolitischen Antrag zur Wiederherstellung einer "christlichen" Wirtschaftsordnung einbrachte, war ein Neffe Kettelers. (ANDERSON, Windthorst, S. 212)

[491] THOLE, Hermann: Pfarrer Anton Stegemann, der christlich-soziale Vorkämpfer des Oldenburger Landes, IN: HKL 1954, S. 167-169; FRIEDL, Handbuch, S. 696 (von Josef Sommer).

Volkslebens für die Zukunft zu sichern.[492] In Lohne handelte es sich nicht um ein atypisches Industriemilieu, weil die Fabrikanten wie die Arbeiter zum größten Teil aus dem Handwerk, der Landwirtschaft und dem Kreis der Heuerleute stammten und im katholischen Milieu verwurzelt blieben. Daß die aus den Kreisen der Heuerleute stammenden Arbeitnehmer zugleich Kleinlandwirte waren, also keine reinen Fabrikarbeiter im großstädtischen Sinn, wirkte sich beruhigend auf das soziale Klima aus.[493] Kurz nach der Jahrhundertwende legte der Lohner Gerhard Heinrich Kreymborg den Grundstein zur Schreibfederfabrik. Kreymborg besaß außerdem noch eine Klavier- und Zigarrenfabrik, in der zeitweilig 300 Mann arbeiteten. Ein weiterer bedeutender Industriezweig wurde die Korkenindustrie, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Lohner Fabrikanten Bramlage und Beckmann begründet wurde. 1861 begannen Johann Heinrich und Bernhard Krogmann aus Brockdorf bei Lohne mit der Herstellung von Bürsten und Pinseln.[494] Industrieansiedlungen waren im Amt Vechta im 19. Jahrhundert auch in Branchen anzutreffen, die der Landwirtschaft nachgeordnet waren. 1866 nahm die Firma Trenkamp in Lohne die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen auf. Die Belegschaft zählte vor dem Ersten Weltkrieg 50 bis 60 Arbeitnehmer. Der Gründer Clemens August Trenkamp war vor der Firmengründung 1866 25 Jahre lang in den USA tätig gewesen. Zur Industrie erhoben wurde auch die Torfgewinnung und -verarbeitung, die die natürlich Ressourcen des Raumes wirtschaftlich nutzte.[495]

---

[492] THOLE, Hermann: Pfarrer Anton Stegemann der christlich-soziale Vorkämpfer des Oldenburger Landes, IN: HKL 1954, S. 168.

[493] SCHMIDT, Oldenburg, S. 47. Heinrich Schmidt betont, daß die industrielle Entwicklung in Lohne seit 1800 "gewissermaßen von länger her" kam und sich "in kontinuierlicher Stetigkeit" entwickelte, "ohne darüber revolutionierende Ausmaße zu gewinnen, die Lohne aus seiner agrarischen Umwelt herausgerissen, mit fremden Zuwanderern überfüllt, zu einer Arbeitnehmer-Elend ballenden Industriestadt umgewandelt hätten".

[494] KRAMER, Industrie, S. 1-11, 27-31; Aus der Geschichte der Lohner Industrie, IN: HBL 1 und 3/1939; OSTENDORF, Krogmann, S. 75f. Im Jahr 1895 wurden in Lohne insgesamt 65 Unternehmen mit 661 Arbeitern registriert; monatlich wurden im gleichen Jahr auf der Lohner Bahnstation ca. 2 000 Frachtbriefe ausgestellt. Ostendorf gibt für das Jahr 1895 eine Übersicht über die Lohner Industrie: 8 Zigarrenfabriken, 4 Korkfabriken, 2 Pinselfabriken, 1 Weberei, 4 Branntweinbrennereien, 1 Gerberei, 1 Wurstfabrik, 6 Ziegeleien, 2 Fabriken landw. Maschinen, 3 Likörfabriken, 2 Schreibfederfabriken, 1 Siegellackfabrik.

[495] KRAMER, Industrie, S. 35f.; Industriebetriebe des Münsterlandes. Die Landmaschinenfabrik und Eisengießerei C. A. Trenkamp in Lohne, IN: HBL 9/1937, S. 140-142. Bei den Firmen Bergmann und Grashorn in Goldenstedt und der Firma Holthaus in Dinklage, die ebenfalls motorbetriebene "Drescher" herstellten, handelte es sich um weitere bedeutende landwirtschaftliche Maschinenfabriken in Südoldenburg. (Dinklage, Holthaus, S. 22)

Als Kaplan gründete Stegemann Ortsgruppen des "Volksvereins für das katholische Deutschland" und rief in Lohne 1904 den ersten katholischen Arbeiterverein in Südoldenburg ins Leben. 1910 wurde er zum ersten Bezirkspräses der katholischen Arbeitervereine berufen. Als 1912 ein vom Volksverein und oldenburgischen Bezirksverband der katholischen Arbeitervereine gemeinsam getragenes Landessekretariat ins Leben gerufen und Stegemann zum Landesgeschäftsführer bestellt wurde, zählte der Volksverein in Oldenburg bereits über 6 000 Mitglieder. Er setzte sich auch für die Bildung Christlicher Gewerkschaften ein. Als erste Christliche Gewerkschaft entstand in Lohne 1904 der Christliche Tabakarbeiterverband, dem bis 1910 die Christlichen Gewerkschaften der Holz-, Metall-, Textil-, Fabrik- und Lederarbeiter folgten.[496]

Den Standesvereinen für die katholischen Arbeitnehmer fiel in ihrer Gesamtheit die Aufgabe zu, die soziale Frage politisch zu entschärfen und das revolutionäre Konfliktpotential auf ein Minimum zu reduzieren. Dazu diente ihnen ein moralisch-religiöses Pflichtprogramm, das den einzelnen in den katholischen Kosmos einband und ihn damit fungibel machte. Die Statuten des katholischen Arbeitervereins in Essen, der am 5. März 1911 gegründet wurde, heben vor allem religiöse Aufgaben hervor und weniger die Wahrnehmung sozialpolitischer Interessen. Im einzelnen nennen die Statuten:

> "1. Wahrung und Förderung der Religiosität und Sittlichkeit seiner Mitglieder im festen Anschluß an die Kirche.
> 2. Belehrung und Aufklärung der Mitglieder über die Bestrebungen der christlichen Sozialreform und Bekämpfung der sozialistischen Irrtümer.
> 3. Schutz und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, besonders durch Erziehung zur praktischen Mitarbeit an den Bestrebungen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hebung ihres Standes. [...]
> 7. Pflege echter Kameradschaft, sowie veredelnder Unterhaltung und Geselligkeit. Politik ist ausgeschlossen."[497]

---

[496] KUROPKA, Identität, S. 76, Anm. 65. Kuropka berichtet, daß die Gründung der ersten christlichen Gewerkschaft von einem Lohner Bürger ausging, der die Gewerkschaftsbewegung in den USA kennengelernt hatte.

[497] Offizialats-Archiv A - 9 - 27. Als weitere Aufgaben nennen die Statuten des Essener Arbeitervereins, der sich "unter den Schutz des hl. Joseph" stellte und dem Bischof von Münster unterstand, u. a. die "Pflege der geistigen und gewerblichen Bildung", die "Förderung der Standestugenden und Hebung des Standesbewußtseins", die "Feier der gemeinschaftlichen hl. Kommunion" und "nach Möglichkeit [die] Veranstaltung eines apologetischen und sozialen Unterrichtskurses zwecks Schulung der Mitglieder". Aufgenommen werden konnte ein katholischer Arbeiter nach vollendetem 17. Lebensjahr, wobei "glaubenslose oder kirchenfeindliche Grundsätze, lasterhafte Gewohnheiten wie Trunksucht, Unsittlichkeit, Nachlässigkeit in Erfüllung

In diesem Sinne verstanden sich auch die katholischen Arbeitervereine als Standesvereine und trugen wesentlich zur Entpolitisierung der sozialen Frage bei. Stegemann fühlte sich dem Geist der christlich-sozialen Bewegung verpflichtet und "wußte, wo der Hebel zur erfolgreichen Lösung" der sozialen Frage, die für ihn auch in Kleinstädten auf dem Lande existierte, anzusetzen war. Fest auf dem Boden der katholischen Lehrmeinung, lehnte er jeden radikalen oder revolutionären Weg zur Befreiung des Proletariats ab.[498] Er war auch maßgeblich beteiligt an der Reorganisation des oldenburgischen Zentrums und an einer engeren Verknüpfung der Partei mit dem organisierten Katholizismus im Lande. Er setzte sich dafür ein, eine Landesorganisation des Zentrums zu schaffen. Während der Lohner Fabrikant Taphorn den Vorsitz im oldenburgischen Zentrum übernahm, wurde Stegemann Schriftführer und verwaltete dieses einflußreiche Amt ein Jahrzehnt. Der Kampf Stegemanns, den er "dem Heiland gleich" für die Landesorganisation des Zentrums führte, war den moralisch-religiösen Zielen des katholischen Fundamentalismus verpflichtet und stand ganz im Dienst von katholischem Glauben und katholischer Kirche im metaphysischen Weltanschauungskampf zwischen "Christentum und Antichristentum".[499]

---

kirchl. Pflichten" ein Hindernis für die Aufnahme bildeten. Eben diese Gründe konnten auch wieder zum Ausschluß aus dem Verein führen. Der monatliche Beitrag wurde auf 35 Pfennige festgesetzt. An der Spitze des Vereins stand ein geistlicher Präses, der "von der bischöflichen Behörde und dem Ortsgeistlichen" ernannt wurde. Die vorliegenden Statuten wurden am 26. April 1911 vom Bischöflichen Offizial Grobmeyer genehmigt.

[498] THOLE, Hermann: Pfarrer Anton Stegemann, der christlich-soziale Vorkämpfer des Oldenburger Landes, IN: HKL 1954, S. 167. Hermann Thole würdigt das antirevolutionäre soziale Engagement Stegemanns aus der Perspektive der katholischen Geschichtsschreibung in Südoldenburg nach dem Zweiten Weltkrieg mit den Worten: "Was viele auch damals um die Jahrhundertwende nicht erkannten, hatte er schon früh erkannt, daß aus christlichem Geist und religiöser Verantwortung ein Ausgleich unter den Ständen herbeigeführt werden müsse, und zwar ein Ausgleich auf dem Boden der Gleichberechtigung vor Gott und in der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung, sollte die christliche Grundlage des Volkslebens erhalten bleiben. [...] Und wo ein revolutionärer, religionsloser Geist versuchte, in das Volksleben seiner Oldenburger Heimat einzudringen, da kannte er keine Müdigkeit oder Nachgiebigkeit, da rief er zum Kampf und organisierte die Kräfte erfolgreichen Widerstandes."

[499] Ebd., S. 169. Im Stil des katholischen Fundamentalismus, der in den 50er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg eine Renaissance erfuhr, schildert Hermann Thole das politische Engagement Stegemanns für das oldenburgische Zentrum: "[...] es war fast eine Selbstverständlichkeit, daß Kaplan Anton Stegemann im Mittelpunkt dieses Kampfes stand, und es gab hier Situationen, in denen er, dem Heiland gleich, dem er mit Leib und Seele diente, sagen konnte: ‘Herr, vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun!’ Kaplan Anton Stegemann wich vor nichts zurück, er hielt stand; er wußte, daß das Recht und das wahre Interesse des katholischen Volkes auf sei-

Der Lohner Kaplan und spätere Pfarrer von Lohne verkörperte den idealen Typus des politischen Geistlichen und geistlichen Funktionärs in der Zentrumspartei. Er fühlte sich in der katholischen Arbeiterbewegung zu Hause und verstand sich in Oldenburg als christlich-sozialer Vorkämpfer. Die parlamentarische Repräsentation, die Christlichen Gewerkschaften und die katholische Arbeiterbewegung bildeten für Anton Stegemann eine funktionale Einheit, die zum Kampf für die Rechte und Interessen der katholischen Kirche und einer christlichen Gesellschaft genutzt werden mußte. Da auf sozialem Gebiet "die Bedrohung von außen am größten war, mußte auch hier zunächst der schützende Damm aufgerichtet werden".[500] Das persönliche Engagement Anton Stegemanns befand sich im Einklang mit der sozialpolitischen Interessenlage der römischen Kurie und des deutschen Episkopats. Im Geiste der päpstlichen Verlautbarungen, bischöflichen Weisungen und auf dem Boden der christlichen Soziallehre engagierte sich Anton Stegemann in der sozialen Frage im Oldenburger Land und hat dadurch besonders in Südoldenburg zur Integration der katholischen Arbeitnehmer in das einheimische Sozialmilieu einen großen Beitrag geleistet. Eine massive Auswanderung katholischer Arbeiter aus dem politisch-sozialen Milieu und eine dadurch bedingte Schwächung der katholischen Eigenwelt in Südoldenburg blieb aus.

Der katholische Arbeiterverein in Cloppenburg wurde im Jahre 1910 gegründet und zählte vor Kriegsbeginn etwa 150 Mitglieder. Für das Jahr 1920 liegen genauere Zahlen vor. Dem Verein gehörten zu diesem Zeitpunkt rund 200 Mitglieder an, vor allem Transport-, Eisenbahn-, Land- und Bauarbeiter, Post- und Gemeindeangestellte. Davon waren die meisten Arbeitnehmer Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften, ein knappes Dutzend war sozialdemokratisch orientiert, und etwa fünfzig Arbeiter gehörten keiner Organisation an.[501] Die Gründungsversammlung des katholischen Arbeitervereins in

---

ner Seite standen, und so ging er den geraden Weg der Pflicht, der freiwillig übernommenen Pflicht. [...] Kaplan Stegemann hat großen Einfluß genommen auf die politische Entwicklung im Oldenburger Lande, auf die Sicherung der katholischen bzw. der konfessionellen Schule und der konfessionellen Lehrerbildung. Er sah die Zeichen der Zeit und wußte, daß der Kampf zwischen dem Christentum und dem Antichristentum auf allen Gebieten begonnen hatte. Darum hatte seine Arbeit einzig das Ziel, alle Katholiken zu einigen, damit sie stark und unüberwindlich sein würden in diesem Kampf."

[500] Ebd., S. 168.

[501] Arbeiterverein, Protokolle, o.S.; GELHAUS, Hubert: "Gott segne die christliche Arbeit!" Wege und Irrwege der katholischen Arbeiterbewegung oder: Der rechte Glaube im Kampf um den Arbeiter, IN: MT vom 4.10.1986.

Cloppenburg im Jahre 1910 klärte die Mitglieder unter dem Motto "Gott segne die christliche Arbeit" satzungsgemäß auf über die Ziele des Standesvereins, die Förderung der Religiosität, der geistigen und gewerblichen Bildung und Weiterbildung, der katholischen Standestugenden und des katholischen Standesbewußtseins sowie über die Bestrebungen der christlichen Sozialreform und die Bekämpfung der sozialistischen Irrtümer. Offiziell blieb die Politik ausgeschlossen. Der Kampf um den katholischen Arbeiter sollte auf der moralisch-religiösen Ebene und unpolitisch geführt werden. Der Verbandssekretär enttarnte das sozialdemokratische Motto "Religion ist Privatsache" als einen geschickten politischen Schachzug. "Ist es sündhaft", so lautete die Gewissensfrage, "wenn ein katholischer Arbeiter der sozialdemokratischen Gewerkschaft beitritt?" Die diplomatisch verklausulierte Antwort des Verbandssekretärs traf eine pragmatische Unterscheidung:

> "Wenn der Arbeiter ein tätiges Mitglied in der sozialdemokratischen Gewerkschaft sei und dafür arbeite und strebe, so sei es sündhaft. Sei er aber gezwungen, sich einschreiben zu lassen, der Not gehorchend, weil er sonst keine Arbeit bekommen könnte, so sei es nicht sündhaft."[502]

Dieser pragmatische Standpunkt war mit der offiziellen Lehre der katholischen Kirche im Pontifikat Pius' X. vereinbar. Bei unbeirrbarer Prinzipientreue konzedierte sie pragmatische Kompromisse, die dem deutschen Katholizismus nur einen engen begrenzten Handlungsspielraum eröffneten. Die politischen und sozialen Trennungslinien begannen in der Vorkriegszeit unscharf zu werden und deuteten eine Dekatholisierung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg an, die latent vorhanden gewesen war und nunmehr von der zunehmenden sozialen Differenzierung befördert wurde. Sie trat von der sozialen Peripherie an das katholische Sozialmilieu heran, konnte sich aber aufgrund des großen Beharrungsvermögens und der politischen Integrationskraft des organisierten Katholizismus in Südoldenburg noch nicht durchsetzen. Im Ersten Weltkrieg unterstützte die Politik des "Burgfriedens" die zentripetalen Kräfte in den katholischen Provinzen. Es ist aber unverkennbar, daß die katholische Region Südoldenburg im Zeichen wirtschaftlicher Prosperität und gestiegenen Selbstbewußtseins eine Phase zögernder politischer und sozialer Mobilisierung erfuhr, die sich in der Nachkriegszeit fortsetzte und eine Phase anhaltender politischer und gesellschaftlicher Irritationen einleitete.

---

[502] Arbeiterverein, Protokolle, o. S.

5.8.3. Katholische Gesellenvereine

Wie die Bildung von katholischen Arbeitervereinen weist auch die Entstehung von Kolping-Vereinen auf die strukturelle Differenzierung im katholischen Sozialmilieu hin. Denn im Gegensatz zu den Kongregationen und Sodalitäten versuchte auch die Kolping-Bewegung nicht die gesamte Pfarrjugend zu erfassen, sondern "eine durch den Modernisierungsprozeß besonders gefährdete Berufsgruppe" zu erreichen und sie, die Handwerksgesellen, mit den Mitteln "einer differenzierten, berufs- und gruppenspezifischen Seelsorge" zu versehen. Kolpings Initiative und sein karitativ-moralisches Selbstverständnis, das primär am Seelenheil der Gesellen interessiert war und nicht an ihrer sozialen oder politischen Emanzipation, wurde zum Vorbild für das berufsständische Vereinswesen der katholischen Kirche im 19. Jahrhundert.[503] Es diente nicht nur als Ersatz für die durch Gewerbefreiheit und Industrialisierung aufgelösten Zünfte, sondern integrierte auch das Familienideal, ein wichtiges Merkmal bürgerlicher Gesellschaft, in das katholische Milieu. Der Gesellenverein verstand sich als Kolping-Familie. Diese war nicht nur Ort religiös-sittlicher Erziehung, sondern vermittelte auch berufliche Bildung und Weiterbildung und bereitete den Gesellen auf das spätere Familienleben vor.[504] So versuchte die Kolping-Bewegung, ihre Anhänger mit den modernen Mitteln der Vereinsorganisation vor den sittlichen und religiösen Gefährdungen der Moderne zu bewahren und die Emigration proletarisierter katholischer Gesellen aus dem katholischen Milieu zu verhindern und aufzuhalten.

In der Diözese Münster ging die Gründung katholischer Gesellenvereine auf die Generalversammlung des "Katholischen Vereins Deutschlands", den Katholikentag im Jahre 1852, zurück.[505] Auf dieser Veranstaltung warb Kolping selbst mit Erfolg für seine Ideen; noch im gleichen Jahr wurde in Münster ein Gesellenverein gegründet. Bischof Johann Georg Müller (1847 - 1870) forcierte die Entwicklung von Gesellenvereinen. In einem bischöfli

---

[503] Kolpingsfamilie, 40 Jahre, S. 30-33; KÖSTERS, Verbände, S. 55, Anm. 29. Der ehemalige Schuhmachergeselle Adolph Kolping (1813 - 1865), der 1845 zum Priester geweiht wurde und seit 1849 als Domvikar in Köln tätig war, leitete 1846 in Elberfeld, 1849 in Köln einen lokalen Gesellenverein, aus dem die katholischen Gesellenvereine hervorgingen. Sie schlossen sich zur "Deutschen Kolpingsfamilie" zusammen.
[504] KÖSTERS, Verbände, S. 54ff.
[505] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 28-30.

chen Rundschreiben von 1859 ernannte er den münsterschen Gesellenverein zum Zentralverein und seinen Präses, Kaplan Johannes Reinermann, zum ersten Diözesanpräses und ersuchte den Klerus der Diözese mit Nachdruck, die Bildung katholischer Gesellenvereine in die Wege zu leiten.[506] Bis 1873 gehörten dem Diözesanverband bereits 30 Vereine an, von denen nur der 1871 gegründete Gesellenverein in Damme nicht im Bereich der preußischen Gesetzgebung lag. In der Zeit des "Kulturkampfes" blieben die katholischen Gesellenvereine im Bistum Münster wegen ihrer "traditionellen Politikenthaltsamkeit im Vereinsleben oder wegen des Wohlwollens der Ortsbehörden" von staatlichen Zwangsmaßnahmen weitgehend verschont.[507] Nach Ermittlungen von Christoph Kösters gehörte 1907 etwa ein Drittel aller katholischen Gesellen in der Diözese Münster einem Gesellenverein an; dabei lag der Organisationsgrad im westfälischen Bistumsteil etwas höher als im niederrheinischen und oldenburgischen.[508] Im Offizialatsbezirk Oldenburg wurden in der Zeit von 1885 bis zum Ersten Weltkrieg Gesellenvereine gegründet in Oldenburg (1885), Wildeshausen (1885), Vechta (1886), Dinklage (1888), Löningen (1889), Lohne (1893) und Delmenhorst (1894).[509]

Nach Darstellung von Heiner Johannes Wirtz vollzog sich nach dem Ende des "Kulturkampfes", das im Bistum Münster mit der Rückkehr von Bischof Johann Bernhard Brinkmann aus dem selbstgewählten Exil in Holland im Jahre 1884 gleichzusetzen ist, eine "Schärfung des Vereinsprofils", die auf eine strikte Trennung von Arbeitern und Gesellen und ihren Standesvereinen großen Wert legte. Das Ersuchen von 26 Gesellen aus Visbek, einen eigenen Gesellenverein zu gründen, lehnte der neue Diözesanpräses der katholischen Gesellenvereine im Bistum Münster, Vikar Theodor Kochmeyer, 1898 ab, weil die meisten von ihnen nach Auskunft des Heimatpfarrers "nur arme Ta

---

[506] Kirchliches Amtsblatt Jg. 3, Nr. 1, 14.1.1859, S. 1. Nach dem Beschluß der Generalversammlung der geistlichen Vorsteher (Präsides) der katholischen Gesellenvereine am 8./9. September 1858 sollte in jeder Diözese ein "Diöcesan=Central=Verein" bestimmt werden und dem Präses dieses Vereins "die Fürsorge für sämmtliche Gesellen=Vereine des Bisthums und die Vermittlung ihrer Verbindung mit dem Central=Verein in Cöln aufgetragen werden". Johann Georg, der Bischof von Münster, genehmigte diese Anordnung und ernannte Kaplan Reinermann zum ersten Diözesan-Präses der katholischen Gesellenvereine im Bistum Münster. Damit wurde eine wichtige Voraussetzung zur Zentralisierung und Hierarchisierung der katholischen Gesellenvereine getan, die sich später auch auf die Vereine in Südoldenburg auswirkte.

[507] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 39ff.

[508] KÖSTERS, Verbände, S. 57ff. Im westfälischen Bistumsteil waren 1907 1186 von 3824 katholischen Gesellen organisiert, im niederrheinischen 2794 von 8850 und im oldenburgischen Anteil 386 von 1584. (S. 58, Anm. 50).

[509] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 66ff.

gelöhner" waren. Kochmeyer, der sein Amt 1894 übernahm, warb für die Einrichtung von "Fachabteilungen", die die berufliche Ausbildung der Gesellen fördern sollten. Auf diesem Wege gelang es den Gesellenvereinen, sich weitgehend dem Gewerkschaftsstreit zu entziehen, der in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg den politischen Katholizismus spaltete und auch lähmte. Die 1897 von Bischof Herman Dingelstad einberufene Diözesansynode betonte die starke Stellung der Präsides, die vor Vereinsaufführungen alle Deklamations- und Theatertexte auf ihre rechte Sittlichkeit überprüfen sollten. Von "Selbstbestimmung der Laien oder emanzipatorischer Wirkung im Kontext der Vereinsarbeit" war nach Ansicht von Wirtz auf der Diözesansynode in Münster nicht die Rede.[510]

27 Jahre nach der bedeutenden Gründung des Kölner Gesellenvereins wurde 1876 auf Initiative des 1871 gegründeten Dammer Vereins auch in Cloppenburg ein Gesellenverein ins Leben gerufen. Der Schuhmacher Anton Behrens aus Emstek und der Buchbinder Gerhard Brinker aus Lastrup, die von Damme nach Cloppenburg gezogen waren, waren die Gründungsväter der Cloppenburger Kolpingsfamilie, die 1876 24 Mitglieder zählte. In dem nach den Vorstellungen Kolpings dreigliedrigen Vorstand, dem ein Geistlicher, ein Lehrer und ein Handwerker angehörten, wählten die Mitglieder im Gründungsjahr Vikar August Zerhusen als Präses, Goldarbeiter Heinrich Lange als Senior und Rektor Heinrich Fortmann als Vertreter der Lehrerschaft. Von 1901 an fungierte der angesehene Pfarrer und Dechant Eduard Brust als Präses der Kolpingsfamilie und wurde 1912 von Vikar Josef Göttke abgelöst - renommierte Namen aus der Geschichte der Cloppenburger Geistlichkeit. Im Ersten Weltkrieg verlor der Cloppenburger Gesellenverein 35 Mitglieder. Das erste Kolpinghaus wurde in der ehemaligen Mädchenschule in unmittelbarer Nachbarschaft der St.-Andreas-Kirche errichtet.[511]

Wie aus den Statuten des katholischen Gesellenvereins in Löningen, der am 24. Februar 1889 gegründet wurde, hervorgeht, standen auch in diesen Vereinen, die "einen tüchtigen und ehrenwerten Meisterstand" heranbilden sollten, Grundsätze religiös-sittlicher Lebensführung im Mittelpunkt. Diese sollten erzielt werden durch "gewissenhafte Erfüllung der religiösen Pflichten und gegenseitige Hülfe in der Noth" und durch "gemeinschaftliche Versamm

[510] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 48-55. Bischof Johann Bernhard hielt sich von 1875 bis 1884 in Roermond (Holland) auf.
[511] STRICKMANN, Karktaorn, S. 31-35; STRICKMANN, Heinz: Kolpingfamilie Cloppenburg wurde vor 115 Jahren gegründet, IN: MT vom 3. und 10.8., 26.9.1991.

lungen, Vorträge, Unterricht, Lectüre, Gesang und gesellige Unterhaltung". Die Vereinsversammlungen fanden an allen Sonn- und Feiertagen abends im Vereinslokal statt, danach durfte "kein Mitglied noch weiter ein Wirtshaus oder Vergnügungslokal besuchen." Vorträge, soweit sie von Mitgliedern gehalten wurden, waren vorher dem Präses vorzulegen und von ihm genehmigen zu lassen. Das Amt des Präses übernahm ein katholischer Geistlicher, der vom Bischof ernannt wurde und "in allen Angelegenheiten des Vereins die Oberleitung" besaß. Er nahm auch im katholischen Gesellenverein die entscheidende Stellung ein:

> "Er ist der Vater des Vereins und ohne sein Wissen und ohne seine Zustimmung darf nichts den Verein Betreffendes ausgeführt werden."

Im Gesellenverein wie den anderen katholischen Vereinen kam der moralischen Kontrolle und sozialen Selbstbeschwichtigung eine bedeutende Rolle zu. Aufgenommen werden konnte in den Gesellenverein "in der Regel nur ein lediger, katholischer Handwerksgeselle", der "einen unbescholtenen Lebenswandel führt, oder zu führen entschlossen ist". Dagegen konnte "jedes öffentliche, den guten Ruf befleckende Vergehen" zum Ausschluß aus dem Verein führen.[512]

Unter diesen Bedingungen überschritten erkennbare Ansätze des Reformkatholizismus in Südoldenburg zu keinem Zeitpunkt die Grenzen der ultramontanen Bewegung und fügten sich in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg in die gewachsenen Strukturen des katholischen Sozialmilieus ein. Aus der Sicht ihrer Kirche blieben die katholischen Arbeiter "Objekte der Seelsorge" und sollten sich vorrangig in katholischen Arbeitervereinen sammeln, in denen der geistliche Präses den Mitgliedern die ihren religiösen Bedürfnissen

---

[512] Offizialats-Archiv A - 9 - 27. Die Statuten des katholischen Gesellenvereins in Löningen vom 24. Februar 1889 wurden vom Diözesanpräses der katholischen Gesellenvereine, Vikar Hollmann, genehmigt und dem Bischöflichen Offizialat zur Kenntnisnahme eingesandt. Das Mindestalter für die Aufnahme in den katholischen Gesellenverein betrug 17 Jahre und durfte das 26. Lebensjahr nicht überschreiten. Laut Statuten konnten Nichtkatholiken in den Gesellenverein aufgenommen werden - darüber hatte der Vorstand zu befinden -, sie konnten aber nicht dem Vorstand angehören. Der Ausschluß aus dem Verein wurde besonders jenen Mitgliedern angedroht, "welche der Trunksucht ergeben sind, leichtfertige Schulden machen, gefährlichen Umgang und Nachtschwärmerei nicht aufgeben wollen, oder ihre kirchlichen Pflichten in grober Weise vernachlässigen". Dem Ausschluß sollte "unter Umständen eine Ermahnung von Seiten des Vorstandes vorhergehen". Zu den kirchlichen Pflichten gehörte wie in den anderen Vereinen auch die Teilnahme an der gemeinschaftlichen Kommunion und an der Fronleichnamsprozession.

entsprechende Seelsorge angedeihen lassen konnte.[513] Zu dieser kontinuierlichen Entwicklung trug auch die konservative Haltung der Bischöfe von Münster bei, die im Zentrums- wie im Gewerkschaftsstreit keine fortschrittlichen Positionen einnahmen. Die Anfänge der katholischen Arbeiterbewegung in Südoldenburg mit der Gründung von Arbeitervereinen und Christlichen Gewerkschaften wurden indirekt beeinträchtigt von den langwierigen und kräftezehrenden Auseinanderstzungen mit der integralistischen Bewegung, die die Vorstände zu einer konzilianten Haltung gegenüber der katholischen Kirche nötigte. Dadurch sollten größere Brüche im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg vermieden werden. Um die Jahrhundertwende vollzog sich mit dem Abklingen des "Kulturkampfes" ein Stimmungswechsel in den katholischen Gesellenvereinen, der ihre politische Integration in den deutschen Nationalstaat nachhaltig förderte. Wilhelm II., der vom "Kulturkampf" unbelastet war, wurde zur überkonfessionellen Symbolfigur für den deutschen Katholizismus. Die Gesellenvereine enthielten sich zwar weiterhin jeglicher politischer Tätigkeit, stellten die Verbindung von Staat und Kirche aber immer deutlicher heraus.[514] Eine neue Einheit von Thron und Altar erschien am politischen Horizont. Eine "Symbiose von Gesellenvereinen und Zentrumspartei", die auf eine möglichst große Geschlossenheit ihrer politischen Klientel bedacht sein mußte, hat es nach Auffassung von Wirtz nicht gegeben. Die Organisation Adolph Kolpings war aufgrund ihres intern verhängten Politikverbots nach seiner Meinung 1870 schon zu etabliert, um sich aktiv im politischen Katholizismus zu engagieren.[515]

---

[513] NELL-BREUNING, Volksverein, S. 43; MALLMANN, Ultramontanismus, S. 76. Klaus-Michael Mallmann betont die ultramontane Ausrichtung der katholischen Arbeiterbewegung und den damit verbundenen "antimodernistisch, antiliberal und antisozialistisch akzentuierten sozialen Protest, der sich aus religiösen Deutungsschemata begründete und unter diesem Vorzeichen Arbeiter mobilisierte, die durch die sozialdemokratische Bewegung nicht integriert waren". Die Modernisierung habe gerade in den katholischen Unterschichten Ängste und Orientierungskrisen ausgelöst, die in erster Linie mit Hilfe der Religion bewältigt worden seien und nicht unmittelbar eine Entkirchlichung zur Folge gehabt hätten. Die Entkirchlichung der Arbeiterschaft bis zur Jahrhundertwende sei vorwiegend ein protestantisches Problem geblieben, der Katholizismus habe gerade in den proletarisierten Unterschichten eine neue Attraktivität erlebt. Diese Entwicklung wäre selbst in einer nur punktuell industrialisierten Region wie Südoldenburg ohne die Einwirkungsmöglichkeiten der katholischen Amtskirche im organisierten Vereinskatholizismus nicht denkbar gewesen.

[514] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 60ff.

[515] Ebd., S. 63.

5.8.4. Katholischer Lehrerverein

Von den traditionellen Berufsorganisationen gehörte vor allem der "Katholische Oldenburgische Lehrer-Verein" (KOLV) zu den erfolgreichen politischen Agenturen des südoldenburgischen Katholizismus. Der im Jahre 1876 gegründete Katholische Lehrerverein, der auf die Initiative des Oldenburger Lehrers Diekmann und des Cloppenburgers Heinrich Fortmann zurückgeht, verfolgte nicht nur konfessionelle, sondern auch materielle Interessen und setzte sich für die berufliche Fort- und Weiterbildung der katholischen Lehrerschaft ein. Der Katholische Lehrerverein verstand sich in dem Sinne als eine unpolitische Organisation, daß er sich nicht in parteipolitische Auseinandersetzungen einschaltete. 1889 trat der Katholische Lehrerverein in Oldenburg dem Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches (KLVdDR) bei; diesem gehörte er seit 1910 als Zweigverein an.[516] Er blieb in der langen Zeit seines Bestehens von 1876 bis 1933 eine konfessionelle Berufsvertretung katholischer Lehrer im Herzogtum bzw. Freistaat Oldenburg.[517]

Heinrich Joseph Fortmann wurde am 14. August 1842 in Vechta geboren und starb am 9. September 1926 in Cloppenburg. Er besuchte hier zwei Jahre die Normalschule und erhielt als Siebzehnjähriger seine erste Anstellung an der Volksschule in Peheim. 1860 wurde er Nebenlehrer an der katholischen Volksschule in Cloppenburg, deren Leitung er 1869 als Rektor übernahm. 1876 gehörte Fortmann, wie erwähnt, zu den Gründern des Katholischen

---

[516] TYMISTER, Berufsvereine, S. 129f. Der Katholische Lehrerverband wurde im Rahmen des Katholikentages in Bochum vom 25. bis 29. August 1889 gegründet. Bestrebungen zur Sammlung der katholischen Lehrer gingen vom Elberfelder Lehrer Carl Ommerborn aus, der im März 1889 in der "Katholischen Schulzeitung", dem Organ des Katholischen Erziehungsvereins in Bayern (Donauwörth), einen Satzungsentwurf ("Satzungen des Katholischen Lehrervereins zu X") vorlegte. Ommerborn unterstrich darin den konfessionellen Charakter katholischer Lehrervereine und verwarf aus diesem Grund ihren Anschluß an den Deutschen Lehrerverein. Er sah die wichtigste Aufgabe katholischer Lehrervereine darin, "die Auffassung des Lehrerberufes im katholischen Geist rege zu halten und zu fördern". Bei der ersten Zusammenkunft katholischer Lehrer auf dem Katholikentag am 26. August 1889 trug der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins in Bochum, Hermann Brück, den Gedanken vor, einen Verband katholischer Lehrer ins Leben zu rufen. Der Satzungsentwurf bezeichnete als Hauptaufgabe des neuen Verbandes, der am 28. August 1889 offiziell gegründet wurde, die "Hebung der Schule und des Lehrstandes im Geiste der kath. Kirche". (TYMISTER, Berufsvereine, S. 150ff.)

[517] Zur Geschichte des KOLV vgl. Katholische Schulzeitung Jg. 18, Nr. 10, 1.10.1926, S. 87-91 (Aufsatz von Lehrer Bockhorst, Ambühren, zum 50jährigen Bestehen des Katholischen Lehrervereins).

Lehrervereins, den er 39 Jahre als 1. Vorsitzender leitete. Um die Notlage unter- und unversorgter Lehrerfamilien und ihrer Hinterbliebenen zu lindern, rief Fortmann 1879 den "Overberg-Verein zu gegenseitiger Hilfe" ins Leben. Durch Petitionen des Lehrervereins konnte er in seiner langen Amtszeit eine Reihe von Verbesserungen für die Volksschullehrer durchsetzen.[518] Eine erste Petition katholischer Lehrer aus Südoldenburg, die von Fortmann bereits 1875 auf einer Versammlung in Lastrup eingebracht wurde, scheiterte jedoch an der mangelnden Zivilcourage der Versammlungsteilnehmer. Die Petition an den Landtag beschäftigte sich mit der "drückenden Notlage der Lehrerschaft" und hatte ihre Verbesserung zum Ziel. Aber im obrigkeitsstaatlichen Denken der Lehrerschaft stieß diese Petition auf Widerspruch. Die Chronik des Vereins zitiert den Vorsitzenden der Lastruper Versammlung mit dem Satz:

> "Ich will an der Sünde, die hier begangen wird, keinen Anteil haben!"[519]

Lehrer Fortmann erklärte sich bereit, im nächsten Jahre seine Petition ausführlich zu begründen. Daraus entwickelte sich die Gründungsversammlung des KOLV, die Fortmann mit dem Amt des Vorsitzenden betraute.[520] 1905 wurde Lehrer Julius Thöle in Cloppenburg mit der Hebung von regelmäßigen Beiträgen beauftragt. Die Landesregierung betrachtete die Bildung eines katholischen Lehrervereins, der das Motto "Treu dem Glauben, treu dem Vaterlande" in seinem Banner führte, in den Zeiten des "Kulturkampfes" skep

---

[518] Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 10, 1.10.1909, S. 73f.: Zum 50jährigen Dienstjubiläum des Hauptlehrers Herrn Heinrich Fortmann zu Cloppenburg am 11. Oktober 1909; HOCHGARTZ, Hans: Cloppenburg zur Zeit des Kulturkampfes, IN: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg 1981; FRIEDL, Handbuch, S. 199f. (von Hans Hochgartz).

[519] Lehrerverein, Festschrift, S. 9.

[520] Lehrerverein, Festschrift, S. 10f. Die Vereinschronik aus dem Jahre 1951 würdigt die Verdienste Fortmanns um den katholischen Lehrerverein: "Fortmann blieb die Seele des Vereins. Kirche, Volk und Vaterland schätzten diesen aus der Masse hervorragenden Menschen, den eisernen Mann, wie man ihn in Cloppenburg nannte. Der päpstliche Orden ‘Pro ecclesia et pontifice’, das Ehrenkreuz I. Kl., das Friedrich-August-Kreuz und das Ehrenkreuz der drei Oldenburger Kammern zierten seine Brust. Mit Stolz erzählte er oft, wie der Großherzog ihm, dem einfachen Volksschullehrer, bei der Verleihung des Ehrenkreuzes versichert habe: ‘Wir wollen gern etwas für Sie tun, wenn Sie uns von Ihrer Notlage Mitteilung machen!’ [...] Fortmann waltete autokratisch seines Amtes. Der Schriftführer trat bei ihm kaum in Erscheinung, Protokolle führte er nicht, denn ‘meine Petitionen sind meine Protokolle’, einen Kassierer brauchte er nicht, da er den Kollegen nicht mit leidigen Geldfragen den Besuch der Generalversammlungen, worauf sich die Vereinstätigkeit anfänglich beschränkte, vergällen wollte und die Leitung des Vereins keine nennenswerten Unkosten an Zeit und Geld verursachte."

tisch.[521] Die Nachfolge Fortmanns trat am 23. September 1915 der Cloppenburger Hauptlehrer Bernard Bellm an."[522]

Als einzige katholische Standesvertretung in Oldenburg gab der Katholische Lehrerverein seit 1909 eine eigene Zeitschrift, die "Katholische Schulzeitung für das Herzogtum Oldenburg", heraus. Die Gründung einer Schulzeitung wurde auf der Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins in Vechta am 5. Oktober 1908 beschlossen. In Übereinstimmung mit dem Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches sollte sich die Katholische Schulzeitung in Oldenburg für die konfessionelle Schule einsetzen und sich dabei von "politische(n) Bestrebungen jeder Art" fernhalten.[523] Die Katholische Schulzeitung berichtete über Arbeit, Initiativen und Stellungnahmen des Katholischen Lehrervereins, veröffentlichte pädagogische Beiträge und Referate, die auf den Generalversammlungen oder Bezirkskonferenzen des Lehrervereins gehalten wurden, und kommentierte die schulpolitische Entwicklung im Lande, ohne Partei zu ergreifen. Historische Ereignisse im Leben der katholischen Kirche wurden dabei hinreichend gewürdigt, aber die Nähe zum Zentrum wurde bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nicht thematisiert. Bereits im ersten Jahr seines Erscheinens hatte die Katholische Schulzeitung Schwierigkeiten, die redaktionelle Betreuung der Zeitschrift zu gewährleisten.[524] In einer schulpolitischen Lage, in der "die Schule der Kampfplatz und zugleich der Zankapfel der verschiedensten gesellschaftlichen Faktoren und der verschiedensten Geistesrichtungen geworden" war, hielt die Katholische

[521] Lehrerverein, Festschrift, S. 10.
[522] Ebd., S. 12.
[523] Der ersten regulären Ausgabe der Katholischen Schulzeitung am 1. Januar 1909 gingen drei Probenummern mit einer "Einladung zum Abonnement" voraus, die am 1. Oktober, 1. November und 1. Dezember des Jahres 1908 erschienen. Für die Redaktion war die Satzung des Katholischen Lehrervereins maßgebend, die im § 1 bestimmte: "Der Zweck des 'Katholischen Lehrerverbandes' ist die Hebung der Schule nach den Grundsätzen der kath. Kirche und die Förderung der Interessen des Lehrerstandes. Politische Bestrebungen jeder Art sind ausgeschlossen." Vereinsmitglieder erhielten die monatlich erscheinende Schulzeitung gratis; zu ihrer Finanzierung wurde der Jahresbeitrag auf 4 Mark festgesetzt. (Katholische Schulzeitung, 3. Probenummer, 1.12.1908, S. 1)
[524] Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 6, 1.6.1909, S. 45f. In eigener Sache wandte sich die Redaktion in einem Artikel unter der Überschrift "Interesse" an die Leser und warb um Mitarbeit an der Schulzeitung: "Es ist ja nicht nötig, lange Abhandlungen zu liefern, davor scheut mancher zurück, aber die kleinen Mitteilungen über Schulangelegenheiten dürften reichlicher fließen." Bei dieser Gelegenheit warb die Redaktion der Katholischen Schulzeitung auch für den Overberg-Verein, der sich "die Sorge für Unterstützung der Witwen und Waisen der kath. Lehrer zum Zwecke gesetzt" habe. Die Generalversammlung des Overberg-Vereins fand in der Regel am gleichen Termin vor der Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins statt.

Schulzeitung vorbehaltlos an der Verbindung von Schule und Kirche fest und grenzte sich in dieser Frage von liberalen Bestrebungen ab.[525] Ein Artikel unter dem Titel "Wem gehört die Schule?" enthielt programmatische Aussagen über die schulpolitischen Vorstellungen des Katholischen Lehrervereins:

> "In diesem Kampfe stoßen die klerikale Richtung mit der liberalen aufeinander; erstere will Schule und Kirche verbinden, letztere sie trennen. Nach dem Willen der Liberalen soll die Schule gänzlich vom Joche der Kirche befreit werden."

Das Erziehungsrecht komme dem Staate und der Kirche zu, der Kirche in einem noch umfassenderen Sinne als dem Staate, weil ihr Ziel über "das zeitliche Wohl der Untertanen" weit hinausreiche und auf "die Beglückung des Menschen für Zeit und Ewigkeit" ausgerichtet sei, besitze der Mensch doch "eine unsterbliche Seele, erschaffen für eine ewige Glückseligkeit". Der Staat dürfe "gute Untertanen verlangen" und habe deshalb ein legitimes Interesse, "solche Schulen zu verhindern, die dem Staatswohle entgegenarbeiten, z. B. Schulen der Sozialdemokratie, welche durch ihre revolutionären Ideen und Lehren am Sturze von Thron und Altar arbeiten". Im Gegensatz zum Staate gebe nicht ein irdisches, sondern "ein göttliches Recht an der Schule wegen der göttlichen Sendung nach den Worten des Heilandes: ‘Gehet hin in alle Welt und lehret alle Völker!’" der Kirche auch das Anrecht auf eine geistliche Schulaufsicht. Nur eine geistlich-kirchliche Schulaufsicht enthalte die Garantie, "daß die Schule unverfälscht christlich=katholisch bleibt". In dieser Frage distanzierte sich allerdings die Katholische Schulzeitung vorsichtig von "einer ganz besonderen Aufsicht" der Kirche über die Schule.[526] Wie die Beratungen zur Novellierung des oldenburgischen Schulgesetzes zeigten, hatte dieser kritische Einwurf einen aktuellen schulpolitischen Hintergrund.

Die gravierenden schulpolitischen Gegensätze zwischen dem Oldenburgischen Landes-Lehrerverein (OLLV) und dem Katholischen Schulverein wurden bei den Beratungen des oldenburgischen Schulgesetzes vom 4. Februar

---

[525] Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 4, 1.4.1909, S. 27-29: Die Stellung der Katholiken zu den pädagogischen Bestrebungen der Gegenwart, Vortrag von Hauptlehrer Gerken aus Cappeln, gehalten auf der Bezirkskonferenz in Cloppenburg am 10. März 1909.

[526] Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 11, 1.11.1909, S. 81f. In einer Anmerkung zu dem Artikel "Wem gehört die Schule?", dessen Autor nicht genannt wird, warnt die Schriftleitung davor, das konfessionelle Prinzip zu überziehen: "Wenn die Schule katholisch ist und der Lehrer katholisch lebt und wirkt - was ja als eine Selbstverständlichkeit zu fordern ist - dann ordnet er sich, wie jeder praktische Katholik, in kirchlich-religiöser Hinsicht der Kirche und ihren Organen unter. Es ist mindestens überflüssig, unter Umständen verletzend, wenn die Notwendigkeit einer ganz besonderen Aufsicht zu stark unterstrichen wird." (S. 82)

1910 besonders deutlich.[527] Die Katholische Schulzeitung begleitete ohne politische Parteinahme die Behandlung des Schulgesetzes in Landtag und Staatsministerium positiv und zeigte sich mit dem Ergebnis weitgehend einverstanden.[528] Die "radikalen Gegner", die den Gesetzesentwurf am liebsten "in den finstern Orkus wandern" lassen würden, waren ihrer Meinung nach in den Reihen des Oldenburgischen Lehrervereins zu suchen.[529]

Enttäuschung rief diese Schulreform im Oldenburgischen Lehrerverein hervor. Er war mit der Devise "Die geistliche Schulaufsicht in jeder Form muß fallen" in die schulpolitischen Auseinandersetzungen gegangen und hatte sein Ziel verfehlt.[530] Die Wahrnehmung der eigentlichen Fachaufsicht durch Kreisschulinspektoren, die pädagogische Fachleute sein sollten, ging ihm nicht weit genug. Schuld an den schulpolitischen Konflikten trage die Kirche, welche "noch immer ihre Hand über die Schule halten" wolle "wie in alten unmündigen Zeiten." Die geistliche Schulaufsicht sei "schon in sich zerfallen und ihrem Ende nah", werde aber durch das neue Schulgesetz "noch für eine Weile aufrepariert" und hinter einer veränderten Fassade wiederhergestellt:

---

[527] Nach den positiven Erfahrungen in der 48er Revoluton wurden mehrere Versuche unternommen, eine gemeinsame Organisation für die oldenburgischen Lehrer zu schaffen. Diese Bestrebungen führten 1850 zur Gründung des "Allgemeinen Oldenburgischen Lehrervereins", der 1859 durch einen neuen Zusammenschluß abgelöst wurde. Daraus ging der "Oldenburgische Landes-Lehrerverein" (OLLV) hervor, der sich auf die freien Lehrerkonferenzen stützte und sich bis 1933 behaupten konnte. 1883 trat er dem Deutschen Lehrerverein bei. Er führte auch das 1850 gegründete "Oldenburgische Schulblatt" weiter, welches das "Evangelische Kirchen- und Schulblatt" abgelöst hatte. (SCHÄFER, Kirchen, S. 814)

[528] Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 4, 1.4.1909, S. 26. Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag am 4. März 1909 stellte die Katholische Schulzeitung fest: "Die katholischen Lehrer sehen der Publikation mit Ruhe entgegen. In manchen Punkten enthält das Gesetz Vorteile und einen gesunden Fortschritt. Wenn auch nicht alle unsere Wünsche in ihm die gebührende Berücksichtigung fanden, wir werden uns auch mit dem Gesetze, so wie es ist, zurechtfinden." Nach dem Landtagsbeschluß vom 12. Mai 1909 mußte das Schulgesetz wegen der zwischen Landtag und Staatsregierung umstrittenen Belastungsbestimmungen, die die Höhe der staatlichen Zuschüsse an finanziell schwer belastete Gemeinden betrafen, dem Landtag wieder vorgelegt werden. An verschiedenen Orten seien "Aenderungen und Erweiterungen als notwendig anerkannt" worden, doch es geschehe nichts: "Alles wird verschoben bis zum ‘neuen Schulgesetz’ - zum Schaden der Schule." (Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 6, 1.6.1909, S. 45f.)

[529] Katholische Schulzeitung Jg. 1, Nr. 3, 1.3.1909, S. 17.

[530] RUSELER, Georg: Geistige Leibeigenschaft, IN: Oldenburgisches Schulblatt Jg. 33, Nr. 47, 20.11.1908, S. 363-365. Nach Ruseler handelte es sich bei der geistlichen Schulaufsicht um einen historischen Anachronismus: "Die geistliche Schulaufsicht mag am Platze gewesen sein, als es noch keine ordentlichen Seminare gab und die Invaliden des alten Fritz den Bakel schwangen; aber in unserer Zeit hat sie die innere Daseinsberechtigung verloren, da wird sie **zur geistigen Leibeigenschaft** der **Schule** und **ihrer Lehrer**."

> "Das alles geschieht unter dem mächtigen Einfluß der verschiedenen Kirchen, die die Schule noch in der Hand behalten und den Lehrer leiten wollen. Es ist alles vergebliche Liebesmüh. Der Geistliche steht in der Schule auf einem verlorenen Posten, auch in unserem Lande."

Die im Staatsgrundgesetz geschützte Einrichtung der konfessionell getrennten Oberschulkollegien sei trotz gegenteiliger Unterstellungen niemals angegriffen worden.[531] In den Diskussionen und Verhandlungen über eine demokratische Verfassung für den Freistaat Oldenburg nach dem Ersten Weltkrieg brachen die Gegensätze zwischen dem Oldenburgischen Lehrerverein und dem Katholischen Lehrerverein wieder auf und nahmen Einfluß auf das politische Ergebnis.

5.8.5. Katholischer Lehrerinnenverein

26 Jahre nach der Gründung des KOLV wurde 1902 in Oldenburg auch eine Organisation für katholische Lehrerinnen ins Leben gerufen. Der "Verein katholischer Lehrerinnen des Herzogtums Oldenburg" ging aus einer Konferenz hervor, zu der sich die wenigen katholischen Lehrerinnen in Oldenburg 1891 unter der Leitung von Elisabeth Burke aus Damme zusammengeschlossen hatten. 1912 trat der oldenburgische Lehrerinnenverein als Bezirksverband dem "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen" (VkdL) bei, der 1885 zunächst als "Verein katholischer Lehrerinnen für Rheinland, Hessen-Nassau und Westfalen" von Pauline Herber in Koblenz-Moselweiß gegründet worden war.[532] Einen entsprechenden Beschluß faßte der "Verein katholischer Lehrerinnen des Herzogtums Oldenburg" auf seiner Pfingsttagung des Jahres 1910. Gleichzeitig ersuchte er das Bischöfliche Offizialat in Vechta um einen geistlichen Beirat, für den er den Vechtaer Oberlehrer Kösters vorschlug. Mit dem Einverständnis der geistlichen Behörde übernahm Kösters das Amt.[533] Der VkdL verstand sich als ausgesprochen kirchlicher Verein und setzte sich

---

[531] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 35, Nr. 51, 23.12.1910, S. 441-443. Im Gegensatz zum Oldenburgischen Landeslehrerverein war der Katholische Schulverein auch nicht der Ansicht, "daß die ständige Zugehörigkeit des Pfarrers zum Vorstand und zur Ortskommission vom Uebel" sei. Sie könnten vieles dazu tun, um das Ansehen des Lehrerstandes zu heben, denn von vielen Seiten werde "in einer geradezu schmählichen Sprache über Schule und Lehrerstand ungehindert" gesprochen. (Katholische Schulzeitung Jg. 4, Nr. 5, 1.5.1912, S. 33)

[532] BAUMANN, Kirche, S. 342ff.

[533] Offizialats-Archiv A - 9 - 37: Schreiben des "Vereins katholischer Lehrerinnen des Herzogtums Oldenburg" an das Bischöfliche Offizialat vom 3.9.1910.

unter dem Wahlspruch "Gott das Herz - Treue dem Vaterland - die Kraft der Jugend" für eine katholische Erziehung und Bildung auf nationaler Grundlage ein. Bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hielt er am Ideal der Jungfräulichkeit für katholische Lehrerinnen fest. Wie der Klerus in seinem hohen pastoralen Amt sollten die katholischen Lehrerinnen ganz im pädagogischen Dienst an der weiblichen Jugend aufgehen. In den 1950er Jahren wurde diese Verpflichtung zusehends als unangemessen oder veraltet angesehen. Insofern bedeutete die Standesorganisation für die unverheiratete katholische Lehrerin etwas völlig anderes als für den katholischen Lehrer, weil für die Erziehung der Mädchen zu christlichen Frauen und Müttern andere, nämlich strengere Maßstäbe galten als für die männliche Schuljugend. Katholische Mädchen und junge Frauen waren in der modernen Gesellschaft größeren Gefahren ausgesetzt als die Jungen und die jungen Männer. Außerdem gingen aus der weiblichen Schuljugend die Frauen und Mütter hervor, die für die moralische und religiöse Erziehung der nachwachsenden Generationen zuständig und für die Überlieferung des katholischen Glaubens verantwortlich waren. Darin bestand eine wesentliche Voraussetzung für den dauerhaften Bestand katholischer Sozialmilieus wie Südoldenburg. Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund schien es notwendig, katholische Lehrer und Lehrerinnen in getrennten Organisationen zusammenzuschließen. Der VkdL sah die Grundlagen der christlichen Erziehung und des katholischen Schulwesens vor allem durch den materialistischen Zeitgeist gefährdet und grenzte sich deshalb deutlich von den Forderungen der liberalen und sozialistischen Frauenbewegung ab. Pauline Herber, die 1893 den Vorsitz im VkdL übernahm, stellte zum 25jährigen Jubiläum des Vereins im Jahre 1910 dazu fest:

> "Unser Jubilarkind ist nicht herangereift in frommem Dahindämmern, nicht, wie manche draußen glauben, in mittelalterlichem Sumpf und Nebel, sondern in reger Anteilnahme am Geistesleben der Gegenwart, an allem gesunden Fortschritt, in kräftiger Verteidigung unserer Standesehre und unserer Standesinteressen. Alles und jedes innerhalb der Richtlinie nach dem Ideal der christlichen Schule. Das haben wir auch dadurch bewiesen, daß wir Forderungen des Zeitgeistes, die dazu im Widerspruch stehen - wie die konfessionslose Schule, den ethischen und den pädagogischen Naturalismus u. a. - mit aller Entschiedenheit entgegengetreten sind."[534]

Pauline Herber wußte auch um das Befremden, auf das ihr Berufsstand in anderen gesellschaftlichen Kreisen treffen konnte. So stellte der "Verein katholischer Lehrerinnen des Herzogtums Oldenburg " im "Verein katholischer

[534] Zit. b. EMMERICH, VkdL, S. 18.

deutscher Lehrerinnen" eine wichtige Agentur für die religiöse Sozialisation der weiblichen Schuljugend und die aus ihr hervorgehenden Frauen und Mütter dar. Er hielt an seinen Standesidealen fest und erschwerte dadurch die Inkulturation der katholischen Frauen in die aufgeklärte moderne Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Das konnten die katholischen Lehrerinnen noch nicht ins Kalkül ziehen, denn sie verstanden ihre Organisationen in Übereinstimmung mit ihren männlichen Berufsgenossen als unpolitische Standesvereine.

5.9. Die Entwicklung der Zentrumspresse

Eine weitere Zäsur in der südoldenburgischen Pressegeschichte war das Jahr 1895. Unzufriedenheit mit der "Vechtaer Zeitung", wie sich die "Neue Zeitung" seit 1882 nannte, und die erklärte Absicht, in Südoldenburg ein eigenes Zentrumsorgan zu etablieren, führten am 4. September 1894 zur Gründung der VDV-GmbH (Vechtaer Druckerei und Verlag) und am 1. Januar 1895 zur Herausgabe der ersten Ausgabe der "Oldenburgischen Volkszeitung", nachdem Einigungsversuche mit Enno Fauvel, dem Verleger der "Vechtaer Zeitung", gescheitert waren. Der politische Wille, der zur Herausgabe der "Oldenburgischen Volkszeitung" als Zentrumsorgan führte, wurde getragen von einer klerikalen und bäuerlichen Elite, die den Vechtaer Buchhändler Johannes Terwelp, den größten Teilhaber des VDV, auf ihrer Gründungsverammlung zu ihrem ersten Geschäftsführer wählte. Rund 50 Namen, in der Mehrzahl südoldenburgische Honoratioren, vor allem Geistliche, Bauern und angesehene Vertreter der Kaufmannsschicht, verzeichnet das Protokoll zur Beurkundung des Gesellschaftsvertrages.[535] Neben der OV erschien zwar die "Vechtaer Zeitung" noch weiter, aber ihre Existenz war auf Dauer nicht mehr gesichert. Unter der Regie und maßgeblichen Finanzierungshilfe des Zellers Joseph Vaske zu Calveslage erwarb die "Vechtaer Druckerei und Verlag GmbH" 1896 den 62 Jahre alten Verlag Fauvel mit allen Maschinen und Rechten und beendete damit ein Kapitel südoldenburgischer Pressegeschichte. Durch den Ankauf gingen auch die Verlagsrechte der "Vechtaer Zeitung" auf die neue Gesellschaft über, die damit auf die Tradition von 1834 verweisen konnte und davon wiederholt Gebrauch machte. Seit 1897

[535] WEGMANN, Festschrift, S. 68.

führte die "Oldenburgische Volkszeitung" die ehemalige "Vechtaer Zeitung" in ihrem Untertitel.[536]

Die wirtschaftlich motivierte Entscheidung des Jahres 1896 bedeutete eine Konzentration in der südoldenburgischen Presselandschaft, zumal in Cloppenburg seit 1881 nur ein Wochenblatt existierte und erst seit 1906 eine Tageszeitung herausgegeben wurde. Die "Münsterländische Tageszeitung" bezeichnete sich seit dem 1. Oktober 1906 im Untertitel ausdrücklich als "Zentrums=Organ für das oldenburgische Münsterland".[537] Vorangegangen waren der ersten Cloppenburger Tageszeitung "Der Münsterländer" (1872 - 1875), der wöchentlich zweimal erschien, die "Cloppenburger Nachrichten" (1878 - 1882) und das "Wochenblatt für Stadt und Amt Cloppenburg" (1881 - 1906), das in Konkurrenz zu den "Cloppenburger Nachrichten" stand, die vier Jahre, von 1878 bis 1882, herausgegeben und dann vom Wochenblatt übernommen wurden.[538] Vom 1. April 1882 an war das vom Verleger J. Th. Haneklau herausgegebene Wochenblatt die einzige Zeitung im Amtsbezirk. 1886 erwarb Hermann Imsiecke die Druckrechte für das Wochenblatt, das seitdem im Familienbesitz geführt wird. Am 1. Oktober 1906 erhielt das Presseorgan, das sich zuletzt "Wochenblatt für die Amtsbezirke Cloppenburg und Friesoythe" genannt hatte, den Titel "Münsterländische Tageszeitung" und erschien täglich. Als Untertitel führte die erste Cloppenburger Tageszeitung das Motto "Heimatzeitung für das Oldenburger Münsterland", das der Verleger bis heute als "eine Reverenz an die jahrhundertelange Zugehörigkeit zum 1803 aufgelösten Fürstbistum Münster" versteht.[539]

Die "Oldenburgische Volkszeitung" war das erste politische Presseorgan der Region, das in der geistigen wie politischen Nähe der katholischen Kirche,

---

[536] Ebd., S. 71.

[537] HANSCHMIDT, Oldenburger Münsterland, S. 207-209: Die "Münsterländische Tageszeitung" und ihre Untertitel. Hanschmidt ergänzt und korrigiert in diesem Aufsatz seine Ergebnisse aus dem JOM 1989.

[538] IMSIECKE, Heinz Josef: Vom Flugblatt zum "Münsterländer". Eine regional-pressegeschichtliche Rückschau, Cloppenburgs erste Zeitung, IN: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg 1981; IMSIECKE, Heinz Josef: 1881 - 1981 - Hundert Jahre "Münsterländische Tageszeitung", IN: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg 1981; HOCHGARTZ, Hans: Cloppenburg zur Zeit des Kulturkampfes, Jesuitengesetz und Kanzelparagraphen - Schulbauten - Erste Zeitungen - Religiöse Verhältnisse, IN: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg 1981 (Stammtafel der Cloppenburger Zeitungen).

[539] IMSIECKE, Heinz Josef: Geschichtliches von der Münsterländischen Tageszeitung - Jahre und Daten zwischen 1881 und 1994, IN: Münsterländische Tageszeitung, Zeitungsproduktion im neuen Druckhaus, Sonderbeilage vom 7.11.1994, S. 2.

aber betriebswirtschaftlich unabhängig von ihr die Interessen des südoldenburgischen Katholizismus vertrat. Vor diesem Hintergrund kann ihre Gründung auch noch als Spätfolge des "Kulturkampfes" gesehen werden, der im Konflikt um die Rechte der katholischen Kirche die Notwendigkeit eines eigenen Publikationsorgans für die Zentrumspartei deutlich gemacht hatte. Die "Vechtaer Zeitung" bzw. "Neue Zeitung" hatte den Anforderungen eines politischen Kampfblattes offensichtlich nicht genügen können. Die Gründung der "Oldenburgischen Volkszeitung" in Form einer Verlags-GmbH läßt darüber hinaus eine Formierung der politischen Elite in Südoldenburg erkennen, die zur Wahrnehmung ihrer Interessen und der Rechte der katholischen Kirche auch moderne Kommunikationsmedien einsetzte. Die "Oldenburgische Volkszeitung" (OV) startete, die eigenen Kräfte überschätzend, am 1. Januar 1895 als "Centrumsorgan für Nordwestdeutschland", aber reduzierte ihren Anspruch schon Mitte des Jahres auf die Rolle eines "Zentrumsorgans für das Oldenburger Münsterland und die angrenzenden Kreise".[540]

Der große Einfluß, der einer eigenen katholischen Presse politisch beigemessen wurde, geht aus einem Bericht aus Löningen hervor, den die "Vechtaer Zeitung" im Jahre 1885 veröffentlichte. Hintergrund war der Umstand, daß die an der Landesgrenze erscheinenden nicht-katholischen Zeitungen das südliche Oldenburg in ihr Verbreitungsgebiet mit einbezogen hatten. Die Zuschrift beschäftigt sich mit den Lesegewohnheiten in der Gemeinde Löningen in der Mitte des 19. Jahrhunderts und schildert die Konkurrenzsituation zwischen oldenburgischen, westfälischen Blättern und der eigenen katholischen Presse in Vechta:

> "In früheren Jahren beherrschten hier zwei Blätter das Terrain: die Weser- und die Oldenburger Zeitung. Wer ein größeres Geschäft betrieb, wer auf Reputation hielt oder zu den Gebildeten gerechnet werden wollte, [...] der las die Weser-Zeitung, sei es allein, sei es mit anderen. [...] Wer nicht in der Lage war, auf eine theure Zeitung abonniren zu können und das Mitlesen scheute, der abonnirte auf die Oldenburger Zeitung; sie war wohl zu damaliger Zeit das verbreitetste Blatt in Löningen. [...] In den 50er Jahren fand man die Oldenburgerin auf den Tischen von Familien, die nichts weniger als laue Christen waren, die sich aber heute schämen würden, ein solches Blatt sich ins Haus bringen zu lassen [...]
> Zudem fehlte es an täglich erscheinenden billigen katholischen Zeitungen. Geistliche und einige wenige andere hielten die Kölnischen Blätter, jetzt Kölnische Volkszeitung. Nächst der Weser- und Oldenburger Zeitung hatte die Vechtaer, damals 'Neue Zeitung', die meisten Abonnenten. Sie fand sich zumeist in den Händen der Lehrer und solcher, die nach Vechta hin verwandt oder bekannt waren. Als Lokalzeitung war sie damals

[540] HANSCHMIDT, Münsterland, S. 14.

von geringem Wert. [...] Der Annoncenteil bot noch das Meiste aus der Metropole des Münsterlandes. Ein Weserzeitungsleser blickte stets mit Verachtung auf die Neue Zeitung herab [...]."[541]

Den Meldungen aus Löningen zufolge leiteten die außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1866 eine Wende ein, als der aufsteigende preußische Staatsliberalismus in Deutschland den Beginn des "Kulturkampfes" signalisierte, dem die protestantischen Zeitungen angeblich "willig und gern Heeresfolge" leisteten. Das bedeutete das Ende für die "Oldenburgerin" und die "Weserin" in Löningen, aber noch nicht den Aufstieg der Vechtaer Zeitung, weil sie "im lokalen Theil bis dahin nicht sehr viel geboten hat." So traten katholische Zeitungen aus dem münstersch-westfälischen Raum zunächst die Nachfolge der protestantischen Blätter an. Die Vechtaer Zeitung unter der Leitung von Kaplan Lüken baute das Netz von freien Mitarbeitern aus und bemühte sich, auf diesem Wege unter den herrschenden Verkehrsverhältnissen die lokale Berichterstattung zu verbessern.[542]

5.10. Krisen im politischen Katholizismus der Vorkriegszeit: Zentrumsstreit, Gewerkschaftsstreit, Modernismusstreit

In den Krisen, die den deutschen Katholizismus in der Vorkriegszeit erfaßten, ging es um die für die Zukunft entscheidende Frage, ob die katholische Kirche bereit war, ihren Gläubigen ein legitimes gesellschaftliches und politisches Handeln außerhalb direkter kirchlicher Leitung zuzugestehen, und ob dieses Recht auch für die katholische Arbeiterschaft gelten sollte.[543] "Zentrumsstreit" und "Gewerkschaftsstreit" waren deshalb Ausdruck "einer tiefgreifenden Modernisierungskrise, in die die katholische Kirche im Zeichen allgemeiner Säkularisierung und Industrialisierung geraten war". Die integralistische Bewegung selbst, die sich agitatorisch gegen die formal autonomen, nicht unter geistlicher Kuratel stehenden Organisationen im politischen Katholizismus richtete, die Zentrumspartei, den Volksverein und die interkonfessionellen Gewerkschaften, stellte eine ultrakonservative Reaktion dar, mit der eine Minderheit im deutschen Katholizismus die strukturverändernden Modernisierungs- und Transformationsprozesse im Deutschen Kaiser

[541] WEGMANN, Festschrift, S. 66; HANSCHMIDT, Münsterland, S. 19f., Anm. 26: teilweiser Abdruck.
[542] WEGMANN, Festschrift, S. 66.
[543] DAMBERG, Moderne, S. 189.

reich zu bewältigen suchte.[544] Auf politischer Ebene spitzte sich die Auseinandersetzung auf die Frage zu, ob die Zentrumspartei eine 'politische' oder eine 'katholische' Partei sein sollte. Diese Frage stellte sich für das Zentrum aufgrund seiner neuen Rolle als quasi regierungs- und staatstragende Partei in der Vorkriegszeit.[545] Die integralistische Stoßrichtung konnte sich zu keinem Zeitpunkt durchsetzen, trug wohl aber zu einer Verunsicherung, Desorientierung und Schwächung der katholischen Arbeiterbewegung und der fruchtbaren Impulse des Reformkatholizismus bei.[546] Die Sympathie, die die Berufung auf die katholische Weltanschauung zunächst auslöste, wich rasch einer Einsicht in den politischen Schaden, den eine fundamentalistische Betonung des konfessionellen Charakters der Zentrumspartei und die Unterordnung ihrer Organe unter kirchliche Autoritäten bewirken würden.[547] Der Integralis

[544] LOTH, Katholiken, S. 237. Zielscheibe der integralistischen Kritik war auch der Katholische Deutsche Frauenbund, der ebenfalls nicht einer geistlichen Leitung unterstand. In Südoldenburg existierte vor dem Ersten Weltkrieg keine Ortsgruppe des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDF). Im "Integralismus unseligen Andenkens" erreichte die "politische Theologie" nach Auffassung von Oswald von Nell-Breuning ihren Gipfel, auf den der Absturz folgte. (NELL-BREUNING, Theologie, S. 234)

[545] NELL-BREUNING, Volksverein, S. 41. Für Nell-Breuning ergeben sich aus der Antwort auf diese Frage erhebliche Konsequenzen für das Verhältnis des Katholiken zum Staat: Erblickt der Katholik im Staat "einen Dienstmann der Kirche", ihren "weltlichen Arm", dann können die Katholiken keine 'politische', sondern nur eine 'katholische' Partei bilden, d. h. "eine Partei, die sich von vornherein im grundsätzlichen Gegensatz zu diesem sich anders verstehenden Staat sieht und sich bei ihren Entscheidungen und Maßnahmen nicht von sachbezogenen 'politischen' Erwägungen, sondern ausschließlich von jeweils einschlägigen kirchlichen oder kirchenpolitischen Rücksichten leiten läßt".

[546] NELL-BREUNING, Volksverein, S. 46. Nach Nell-Breuning ist der "deutsche Gewerkschaftsstreit", d. h. die Frage, "ob katholische Arbeiter, die sich gegen den marxistischen Sozialismus stellten, zur Verteidigung ihrer Rechte sich in christlichen Gewerkschaften mit nichtkatholischen Christen zusammenschließen dürfen", eines der traurigsten Kapitel der deutschen Kirchengeschichte. Er habe der Kirche "einen Verlust an Anhängerschaft und an Vertrauen" eingetragen, der nicht wieder gutzumachen sei.

[547] LOTH, Katholiken, S. 232ff.; ASCHOFF, Katholizismus, S. 100; DEUERLEIN, Zentrumsstreit, S. 103-126. Im sog. "Zentrumsstreit", der 1906 durch einen Artikel von Julius Bachem mit dem bezeichnenden Titel "Wir müssen aus dem Turm heraus" in der Kölnischen Volkszeitung ausgelöst wurde, mußte sich die Konfessionspartei mit einer integralistischen Richtung in ihren Reihen auseinandersetzen, die die Überzeugung vertrat, daß alle Fragen des privaten und öffentlichen Lebens aus dem Glauben zu entscheiden seien, und die die Partei in mehrfacher Hinsicht als den weltlichen Arm der Kirche ansah. Julius Bachem wandte sich in seinem Aufruf gegen eine Überspannung des konfessionellen Prinzips und ermutigte das Zentrum zum Aufbruch aus dem Ghetto und zum Dialog mit der Welt. Ihm schwebte eine interkonfessionelle christliche Partei vor, die auch evangelische Wählerschichten ansprechen sollte. Durch die Niederlage des integralistischen Flügels konnte der "Zentrumsstreit" im Jahre 1909 beigelegt werden und die Eigenständigkeit der Partei in politischen Fragen vorerst gewahrt bleiben. Die Vor-

mus, der sich für eine strikte Rekatholisierung des politischen und gesellschaftlichen Handelns im deutschen Katholizismus ereiferte, eine Pluralisierung der religiösen Anschauung ablehnte und die Autonomie katholischer Organisationsformen nicht als eine notwendige Voraussetzung, sondern als eine Gefahr für die Einheit und damit für den Bestand des politischen Katholizismus in Deutschland begriff, verlor in den Jahren des Ersten Weltkrieges gänzlich an Bedeutung. An eine Renaissance war in der Weimarer Republik nicht zu denken.

Der "Gewerkschaftssstreit", der sich fast zeitgleich mit dem Zentrumsstreit entwickelte, stellte ein weiteres Glied in der Kette der Auseinandersetzungen des Integralismus mit den vielfältigen Erscheinungen und Formen eines 'modernen' Katholizismus dar. Er entzündete sich an der Frage, ob sich katholische Arbeiter mit nichtkatholischen Kollegen gewerkschaftlich organisieren durften. Während die Mehrheit des deutschen Episkopats, die westdeutschen Arbeitervereine, der Volksverein und die Zentrumsführung diese Frage bejahten und sich für konfessionell gemischte Christliche Gewerkschaften (Kölner oder Mönchengladbacher Richtung) einsetzten, traten eine Minderheit der deutschen Bischöfe, zu denen auch der Bischof von Münster zählte, und die von Berlin aus geleiteten Arbeitervereine Ostdeutschlands (Berlin-Breslauer-Richtung) für den Zusammenschluß katholischer Arbeiter in gewerkschaftlichen Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine ein, die unter kirchlicher Führung stehen und den Streik als Mittel im Arbeitskampf ablehnen sollten. Die Angriffe gegen die Christlichen Gewerkschaften stellten das Gewerkschaftsprinzip, das Recht auf eine freie Assoziation der Arbeitnehmer, überhaupt in Frage.[548] Die Angriffe der Integralen richteten sich ebenfalls gegen die "M. Gladbacher Richtung" und bekämpften die Autonomie des Volksvereins.[549] Obwohl die Leitung des Volksvereins in den

---

stände der Reichstagsfraktion, der Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses und die sonstigen Mitglieder des Landesausschusses der Preußischen Zentrumspartei verabschiedeten am 28./29. November 1909 eine Erklärung gegen die integralistischen Angriffe.

[548] NELL-BREUNING, Volksverein, S. 45f. Die Ablehnung des gewerkschaftlichen Prinzips war nicht der einzige Einwand, den die Integralisten gegen die Gewerkschaften vorbrachten. Die Aufnahme nichtkatholischer Christen in Christliche Gewerkschaften bedeutete eine Gefahr für "die Reinheit des christlichen Glaubens" und löste in der Amtskirche "seelsorgliche Bedenken" aus, die man merkwürdigerweise gegenüber anderen Verbänden, wie z. B. den christlichen Bauernvereinen, nicht hegte. Nell-Breuning vermutet dahinter die Absicht, daß der katholische Arbeiter so ohnmächtig bleiben sollte, wie er war.

[549] NELL-BREUNING, Volksverein, S. 40. Nell-Breuning erkennt im Integralismus den eigentlichen Gegner des Volksvereins: "Der große weltanschauliche Gegner war der 'Integralis-

Auseinandersetzungen Neutralität zu wahren und sich auf die Aufklärung über die Hintergründe der Konflikte zu beschränken versuchte, konnte sie die Krise nur mit Unterstützung im deutschen Episkopat, in der Zentrumspartei und in der römischen Kurie überstehen. In zwei Memoranden konnte Pius X. am 15. November 1910 die Notwendigkeit der Volksvereins- und Gewerkschaftsarbeit für den Bestand des politischen Katholizismus und die unabdingbare Voraussetzung politischer Zentrumsarbeit für die Freiheit und Rechtsstellung der katholischen Kirche in Deutschland verdeutlichen.[550] Die Initiative blieb nicht ohne Erfolg, aber die katholische Kirche reagierte zu zögernd und zu spät. So zog sich der Gewerkschaftsstreit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hin und begünstigte die Abwanderung katholischer Arbeiter zur SPD.

Eine augenscheinliche Mehrheit des deutschen Episkopats und der Vorstände in der katholischen Arbeiterbewegung drängten die Kurie, den Gewerkschaftsstreit durch eine autoritative Weisung zu beenden. In dem Rundschreiben "Singulari quadam" vom 24. September 1912 wandte Pius X. sich dann in dieser Frage an die deutschen Bischöfe und sprach sich "im Hinblick auf die besondere Lage des katholischen Lebens in Deutschland" zwar für die Duldung interkonfessioneller Gewerkschaften aus, ließ aber keinen Zweifel daran, daß er - ausdrücklich in katholischen Regionen wie Südoldenburg - katholischen Arbeitervereinen eindeutig den Vorzug vor gewerkschaftlichen Organisationsformen gab. Pius X. verteidigte den päpstlichen Primat gegen den Vorwurf, es handle sich bei sozialen Konflikten um ‘rein’ wirtschaftliche und nicht religiöse Fragen:

---

mus’, jene Irrlehre, die, um ‘integral katholisch’ zu sein, auch die weltlichen Sachbereiche als solche ‘katholisch’ machen wollte. Ihnen allen - insbesondere dem Staat, der Gesellschaft und der Wirtschaft - jeden Eigenstand, jeden Eigenwert und erst recht jede Eigengesetzlichkeit absprechend, wollte der Integralismus sie lediglich als Dienstwerte gelten lassen, insoweit sie für das durch die Kirche herbeizuführende ewige Heil irgendwie als Hilfsmittel zu gebrauchen seien. Folgerecht sollten alle diese Bereiche ‘aus dem Katholischen heraus’ entwickelt und gestaltet werden; sie alle sollten kirchlichem, d. h. kirchenamtlichem Einfluß unterliegen, und die in diesen Sachbereichen wirkenden Laien hätten nur im Einvernehmen mit den kirchlichen Instanzen zu handeln und sich ständig deren Einverständnisses mit ihren Maßnahmen zu vergewissern; tunlichst sollten an allen zu treffenden Entscheidungen Geistliche als Vertrauensleute des Episkopats beteiligt sein, [...]."

[550] ASCHOFF, Katholizismus, S. 99; LOTH, Katholiken, S. 241f.; HEITZER, Volksverein, S. 28f. Heitzer führt namentlich Kardinal Antonius Fischer von Köln, Erzbischof Thomas Nörber von Freiburg, die Bischöfe Karl Joseph Schulte von Paderborn und Adolf Johannes Bertram von Hildesheim an.

"Die soziale Frage und die in ihr enthaltenen Streitigkeiten über die Art und Dauer der Arbeit sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und daher nicht von jener Art, daß sie entschieden werden dürften ohne Rücksicht auf die kirchliche Autorität."

Dabei dürfe nichts geschehen, "was theoretisch oder praktisch mit den Lehren und Geboten der Kirche oder der gesetzlichen geistlichen Obrigkeit nicht übereinstimmt".[551] Die Enzyklika "Singulari quadam" sprach zwar kein Verbot der Christlichen Gewerkschaften aus, ließ den Gewerkschaften aber keine Gleichbehandlung zukommen und duldete lediglich die Zusammenarbeit von Katholiken und Nichtkatholiken in den Christlichen Gewerkschaften. Die Veröffentlichung der Enzyklika löste bei den katholischen Arbeiterführern Enttäuschung und Verbitterung aus, weil aus ihr ein deutliches Mißtrauen gegen die katholischen Arbeiter und ihre politischen Emanzipationsbestrebungen sprach. Die Fuldaer Bischofskonferenz unterstrich den seelsorglichen Impetus der Enzyklika, deren Ziel es sei, "von den Katholiken jene Gefahren fernzuhalten, die in unserer tiefbewegten Zeit für Glaubens= und Sittenlehre durch das Zusammengehen von Katholiken und Nichtkatholiken in Folge der Verschiedenheit der Ansichten entstehen oder entstehen können".[552] Es stand nicht mehr zu erwarten, daß sich die Gewerkschaften auf die Fürsprache von Bischöfen und Geistlichen würden berufen können. Die Gewerkschaftsbewegung wurde im politischen Katholizismus vor dem Ersten Weltkrieg durch die erbitterten Auseinandersetzungen mit den integralistischen Strömungen in die Defensive gedrängt und isoliert.[553]

---

[551] REUTER, Summa, S. 603-605. Was die Vereinigungen der Arbeiter angehe, seien "doch am meisten jene zu billigen und am meisten für geeignet zu halten", die "vorzüglich auf dem Boden der katholischen Religion gegründet sind und sich der Führung der Kirche unterstellen". Daraus sei zu folgern, daß "solche katholische konfessionellen Vereinigungen sicher in den katholischen Gegenden" gegründet und unterstützt werden sollten. Es sei niemals zu billigen, "wollte man in den soeben erwähnten Gegenden gemischte Vereinigungen begünstigen und verbreiten, das heißt solche, die sich aus katholischen und nichtkatholischen Mitgliedern zusammensetzen". Wenn sich aufgrund besonderer Umstände interkonfessionelle Vereinigungen nicht verhindern ließen, sei darauf zu achten, "daß die katholischen Arbeiter, welche Mitglieder dieser Gewerkschaften sind, zugleich auch den katholischen Arbeitervereinigungen angehören, welche Arbeitervereine heißen". Die moralische und religiöse Aufsichtspflicht der Bischöfe erstrecke sich auch auf die Gewerkschaften. Es sei ihre "heilige Pflicht", "eifrig über die Haltung dieser Vereinigungen zu wachen und zu verhüten, daß Katholiken durch ihre Mitgliedschaft bei ihnen Schaden erleiden".

[552] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 46, Nr. 15, 15.11.1912, S. 95f.: Schreiben vom 5. November 1912, für die Diözese Münster unterzeichnet von Bischof Felix von Hartmann.

[553] LOTH, Katholiken, S. 252ff.

Im Gegensatz zur Mehrheit im deutschen Episkopat und organisierten Katholizismus in Westdeutschland vertraten der Bischof von Münster, Hermann Dingelstad (1889 - 1911), und sein Generalvikar Felix von Hartmann im Gewerkschaftsstreit, der die Katholiken nach der Jahrhundertwende spaltete, die konfessionelle oder integralistische Linie (Berlin-Breslauer-Richtung). Diese Haltung Bischof Hermanns war bezeichnend für die konservative Position, die Münster in Fragen des Reformkatholizismus einnahm.[554] Auch im sog. "Modernismusstreit" stand für Bischof Hermann Dingelstad das Ringen um die Anerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas und damit die Frage des päpstlichen Primats im Mittelpunkt. Die als "Modernismus" bezeichneten Denkrichtungen unternahmen den Versuch, den Katholizismus ihrer Zeit mit den modernen Wissenschaften auszusöhnen und den Glauben vor den Fragen der Gegenwart verantwortet zu verkünden. Durch den Einfluß nicht-kirchlicher Wissenschaften nahm die Theologie eine Gestalt an, die sich deutlich von der neuscholastischen Tradition unterschied. Kernpunkt der neuscholastischen Theologie war das Dogma, dem ein naturrechtlicher Rang zukam, eine Gültigkeit außerhalb von historischer Zeit. Sollte es zu Konflikten zwischen dem Glaubensinhalt eines Dogmas und historischen Erkenntnissen kommen, war das Dogma aufrechtzuerhalten und die relative Vorläufigkeit historischer Erkenntnis anzunehmen. Der Mensch war der Adressat der geoffenbarten Glaubenswahrheiten, die in ihrer Gesamtheit einen metaphysischen Ordnungskatholizismus stifteten, der vorbehaltlosen Gehorsam erwarten durfte. Denker, die dem "Modernismus" nahestanden, betonten die Historizität der Dogmengeschichte und betrachteten sie als Hilfsmittel neuer Glaubenserfahrungen. Darin erkannte die Neuscholastik eine Aufhebung der Glaubensgrundlagen. Insofern war die Auseinandersetzung mit dem "Modernismus" auch Teil des Ringens um die Anerkennung des päpstlichen Primates.[555] Die Verpflichtung der Geistlichen auf den sog. "Antimodernisteneid" erzwang dem Inhalt nach kaum eine Umkehr, diente faktisch aber als Barriere gegen die Auseinandersetzung mit den Erscheinungsformen und Problemen der modernen Welt.[556] Nach Auffassung von Oswald von Nell-Breuning

[554] SCHRÖER, Bischöfe, S. 282-284; LOTH, Katholiken, S.247f. Zusammen mit dem Breslauer Kardinal Georg Kopp und dem Trierer Bischof Michael Felix Korum soll sich Felix von Hartmann im Januar 1912 für eine Verurteilung der christlichen Gewerkschaften durch Pius X. eingesetzt haben. Die deutsche Reichsleitung bekundete jedoch ihr Interesse am Erhalt der christlichen Gewerkschaften, und selbst Kardinal Kopp, der führende Vertreter der integralistischen Bewegung, sprach sich gegen ein Eingreifen des Papstes aus.

[555] NEUNER, Modernismus, S. 250f.

[556] LOTH, Katholiken, S. 159, Anm. 56; MAUSBACH, Modernismus, S. 75-79: Die Eidesformel des Motu proprio vom 1. September 1910 in lateinischer Sprache und deutscher Überset-

wog noch schwerer als "die Selbsteinsperrung im Ghetto" die Tatsache, "daß man den hohen ethischen Gehalt der außerkirchlichen und außerchristlichen Strömungen, denen es um die Menschenwürde, um den Kampf für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und gegen die Selbstentfremdung des Menschen ging, nicht erkannte, sondern nur die darin mitlaufenden Irrtümer und die damit verbundenen Gefahren sah und deswegen das Ganze als widergöttlich ablehnte."[557] Konkrete Erfolge integralistischer Strömungen sind in Südoldenburg aber nicht nachweisbar.

---

zung; SCHULTES, Antimodernisteneid, S. 2-72 (Zitate: S. 2, 72). Die Eidesformel des sog. "Antimodernisteneides" vom 1. September 1910 (päpstliche Verlautbarung über das "Sacrorum Antistitum") enthielt als Akt der päpstlichen Lehrautorität und der päpstlichen Jurisdiktion im 1. Abschnitt die Verpflichtung auf das päpstliche Lehramt: "Ich bekenne mich unerschütterlich zu allem und jedem einzelnen, was die Kirche durch ihr irrtumsloses Lehramt definiert, aufgestellt und erklärt hat, hauptsächlich zu jenen Lehrpunkten, die sich direkt gegen die Irrtümer dieser Zeit richten." Es folgen fünf Glaubenslehren über die Gotteserkenntnis, die Beweisbarkeit der Offenbarungstatsache, die göttliche Einsetzung der Kirche und des Papsttums, den übernatürlichen und unveränderlichen Charakter der kirchlichen Glaubenslehre und das Wesen des christlichen Glaubens. Weitere Abschnitte enthalten die Anerkennung der Enzyklika "Pascendi" und des Dekretes "Lamentabili", die Verurteilung von fünf "modernistischen Irrtümern", die Ablehnung eines modernistischen Grundprinzips und die Entgegenstellung der entgegengesetzten Glaubenslehre und schließlich die Schwurformel: "Endlich halte ich mich aufs unerschütterlichste - und werde es bis zum letzten Atemzuge tun - an den Glauben der Väter, dass die apostolische Sukzession des Episkopates das sichere Unterpfand und Kennzeichen (Charisma) der Wahrheit war, ist und immer sein wird (Iren. II, c. 26); nicht, dass das festgehalten werde, was der Kultur des jeweiligen Zeitalters mehr und besser zu entsprechen scheint, sondern, dass die von den Aposteln gepredigte absolute und unveränderliche Wahrheit niemals in einem andern Sinne geglaubt und aufgefasst werde." Auf diesen Eid wurden alle, die ein kirchliches Amt innehatten, und der zukünftige Klerus beim Empfang der höheren Weihen verpflichtet. Ausgenommen waren von Anfang an die Professoren der Theologie an den staatlichen Universitäten, sofern nicht ein Nebenamt in Betracht kam. Diese Regelung sorgte im Klerus für Mißstimmung (S. 78). Das Dekret "Lamentabili" erschien am 3. Juli 1907 und wurde als der "Neue Syllabus" oder der "Syllabus Pius' X." bezeichnet. Er enthielt in 65 Sätzen die Verurteilung der schwersten Irrtümer der neueren Zeit. Die Modernisten-Enzyklika "Pascendi dominici gregis" vom 8. September 1907 war als Kommentar zum Dekret "Lamentabili" gedacht. (EISLER, Modernismus, S. 22)

[557] NELL-BREUNING, Theologie, S. 237. Dadurch geriet die Kirche in eine Lage, in der sie "mit den Problemen, vor die sie sich durch die fortschreitende Demokratisierung des zunächst nur im engeren, später immer mehr auch im weiteren und weitesten Sinn verstandenen 'politischen' Bereichs und schließlich noch weit darüber hinaus gestellt sah, nur noch sehr schwer fertig werden konnte; sie geriet in Gefahr [...], sich mit dem Status quo zu solidarisieren, ja ihn zu sakralisieren". Daraus resultierte "ihr klägliches Versagen gegenüber der durch die aufkommende Industriewirtschaft des 19. Jahrhunderts brennend gewordenen Arbeiterfrage".

Auf der Grundlage der Modernismus-Enzyklika "Pascendi dominici gregis" vom 8. September 1907 wandte der Bischof von Münster sich zusammen mit seinen deutschen Amtsbrüdern an den Klerus seiner Diözese und ließ ihm eindeutige Instruktionen zur Durchsetzung des "Lehrprimates" zukommen.[558] Nur die "heilige Kirche" sei von Christus "mit seiner Lehrautorität umkleidet, von seinem Geist geleitet, von ihm mit dem Depositum fidei belehnt, von ihm auf den Felsen der Unvergänglichkeit, Unveränderlichkeit und Unfehlbarkeit gegründet". Anhänger eines "modernisierten Christentums" wollten "in die Organisation und Verwaltung der Kirche einen mit ihr unverträglichen Parlamentarismus und Demokratismus einführen" und der kirchlichen "Autorität die Autonomie des Denkens, Fühlens, Wollens und Handelns" entgegensetzen. Autoritativ forderten die deutschen Bischöfe von den einzelnen Klerikern, ihr moralisch-religiöses Aufsichtsrecht in vollem Umfang über den "lauen Christen" wahrzunehmen:

> "Das werdet ihr nicht als Glaubensgehorsam anerkennen, wenn man sich begnügen will und einer bloß äußerlichen Annahme der Kirchenlehre und der Entscheidungen des kirchlichen Lehramtes, mit bloßem Nichtwidersprechen, mit einem silentium obsequiosum, mit einer Unterwerfung aus Furcht und mit Widerwillen. Nein, Ihr werdet von jedem katholischen Christen erwarten, daß er mit seiner heiligen Kirche und ihrem Lehramt in allem einen aus tiefster Seele kommenden, willigen und herzensfreudigen Glauben und Gehorsam entgegenbringe, durchdrungen von Ehrfurcht vor dem hier

[558] REUTER, Summa, S. 594-597; NEUNER, Modernismus, S. 252-258. Die Enzyklika enthielt eine kompromißlose Verurteilung der öffentlichen Debatten, die unter dem Motto "Modernismus" kursierten. Sie bezeichnete den Modernismus als "eine Zusammenfassung aller Häresien", die ihre gemeinsame Ursache im Agnostizismus hätten. Die religiöse Erfahrung und das religiöse Gefühl, auf das die Modernisten ihr System aufbauten, wurde als "modernistische Immanenz" bezeichnet. Die Enzyklika wollte aufzeigen, "wie alle Wege des Modernismus zum Atheismus und zur Vernichtung aller Religion führen". Begonnen habe die 'Modernisierung' christlichen Glaubens und Begreifens mit dem Protestantismus: "Der Protestantismus war der erste Schritt; dann folgt der Modernismus; das Ende ist der Atheismus [...]." Der 3. Teil der Enzyklika enthielt umfassende Sanktionen gegen die Modernisten und erklärte erneut die Scholastik zur verbindlichen Grundlage der katholischen Religion: "Wer immer irgendwie vom Modernismus angesteckt ist, muß unbedingt von der Leitung und vom Lehramt ferngehalten [...] werden." Den Bischöfen wurde die Aufgabe zugewiesen, modernistisches Schriftgut in ihren Diözesen zu zensieren und Priesterversammlungen nur äußerst selten zu dulden. Sie hatten darauf zu achten, daß auf diesen Versammlungen "keine Anträge und Gesuche gestellt werden, die eine Usurpation kirchlicher Autorität bedeuten; daß alles, was nach Modernismus, Presbyterianismus oder Laizismus aussieht, von der Diskussion ausgeschlossen sei". Unterstützt wurden die Bischöfe in der Wahrnehmung ihrer umfassenden Kontrollrechte durch "amtliche Zensoren in genügender Zahl" und eine Aufsichtsbehörde, die "den Anzeichen und Spuren des Modernismus" in Büchern, Unterricht und Vorlesungen nachzuforschen hat. Die Bischöfe waren dem Papst zur Rechenschaft verpflichtet.

waltenden göttlichen Heiligen Geist, dem zu widersprechen und zu widerstehen Sünde sein würde."

Die deutschen Bischöfe untersagten dem Klerus jede Form der Selbstorganisation und ordneten eine eingehende Besprechung der päpstlichen Enzyklika auf den Dekanatskongregationen, die unter dem Vorsitz des Dechanten standen, an. Um der "geschlossenen Einheit" des Klerus willen sei es erforderlich, den kirchlich sanktionierten Diözesanverband mit dem Bischof als Lebensmittelpunkt und innerhalb dieses Verbandes die Dekanatsverbände aufrechtzuerhalten und zu stärken. Die Bischöfe seien entschlossen, "die Bildung von Priestervereinen nicht zuzulassen mit Ausnahme der religiösen Kongregationen". Mit diesem Rundschreiben ließen die deutschen Bischöfe keinen Zweifel an der Aufrechterhaltung des päpstlichen "Lehrprimates" aufkommen, setzten den Klerus verstärkt in seine Aufsichtsrechte und -pflichten ein, disziplinierten ihn organisatorisch und inhaltlich, indem sie ihn zum wiederholten Male auf "die Philosophie und Theologie der klassischen scholastischen Zeit, besonders des großen Aquinaten", festlegten.[559] Die Bischöfe von Münster nahmen in der Vorkriegszeit in der Gewerkschaftsfrage wie im Modernismusstreit eine konservative Position ein und lehnten jede Öffnung der katholischen Kirche ab. Den Bestrebungen des Reformkatholizismus standen sie feindlich gegenüber und waren - wie ihre Diözesanen - auf den politischen Systemwandel des Jahres 1918 in Deutschland nicht vorbereitet.

5.11. Soziale Normen, abweichendes Verhalten und seelische Konflikte

In heute nahezu unvorstellbarer Weise war das Leben im 19. Jahrhundert geprägt durch den überlieferten katholischen Glauben. In der Kirche fanden die Menschen zwar Orientierung und Trost, wurden aber auch "an der kurzen

[559] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 42, Nr. 2, 25.1.1908, S. 9-15: Rundschreiben vom 10. Dezember 1907, unterzeichnet für die Diözese Münster von Bischof Hermann. Im Hirtenbrief zum 50jährigen Priesterjubiläum von Papst Pius X. hatte die Fuldaer Bischofskonferenz bereits auf "den heiligen Thomas und seine Lehrgrundsätze" hingewiesen und "eindringlich vor dem Mißbrauch des Erkenntnistriebes" gewarnt. (Kirchliches Amtsblatt, Jg. 41, Nr. 11, 24.10.1907, S. 107-113). Papst Leo XIII. hatte in seiner Enzyklika "Aeterni Patris Filius" vom 4. August 1879 vor den Gefahren neuerer philosophischer Systeme gewarnt und dazu aufgefordert, die katholische Theologie "in der ernsten gründlichen Weise der Scholastiker zu behandeln, damit sie die Kraft der Offenbarung mit jener der Vernunft verbinde und so fortfahre, ein unbesiegbares Bollwerk des Glaubens [...] zu sein". Es komme darauf an, "zum Wachstum aller Wissenschaften die goldene Weisheit des heiligen Thomas wieder einzuführen, und so weit als möglich zu verbreiten". (REUTER, Summa, S. 504-509)

Leine gehalten" und oftmals unter Druck gesetzt. Das Sakrament der Beichte wurde häufig zu Zwecken der Repression eingesetzt. Der "strenge und strafende Gott" war Gegenstand eines religiösen Leitbildes, das eine ausgeprägte "Unterwürfigkeit gegenüber jedweder Obrigkeit" zur Folge hatte.[560] Doch es gab auch Ausnahmen. Das katholische Milieu in Südoldenburg wies in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einen hohen Organisationsstandard mit ausgeprägten moralischen Repressionsmechanismen auf. Durch die Genehmigung der Statuten und die Ernennung der Präsides, für die prinzipiell der Diözesanbischof zuständig war, die aber auch vom Bischöflichen Offizial vorgenommen wurde, sicherte sich die katholische Kirche die uneingeschränkte geistliche Leitung der Sodalitäten und Kongregationen.[561] Die kirchlichen Behörden wandten Mittel und Formen moderner Bürokratie zur Betreuung und Überwachung der kirchlichen Vereine an.[562] Die katholische Kirche ver

---

[560] VÖLLERING, Erinnerungen, S. 109, 133. Zu diesem Ergebnis kommt Georg Völlering, der 1921 im emsländischen Messingen geboren wurde. Völlering hat die Erinnerungen an seine Kindheit und Jugend in der 1 000 Seelen-Gemeinde Messingen in einem Band festgehalten, der quellengestützte Schilderungen über das dörfliche Leben in seiner Heimat vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil (1962 - 1965) enthält. Sein Eindruck von den kirchlichen und sozialen Verhältnissen im benachbarten Emsland, das kirchlich bis heute zur Diözese Osnabrück gehört, lassen sich aufgrund zahlreicher Parallelen auf das katholische Milieu in Südoldenburg übertragen. Messingen in der Niedergrafschaft Lingen, das jahrhundertelang zum Kirchspiel Thuine zählte, wurde zum Jahreswechsel 1806/07 eine selbständige Pfarrei. (STRICKMANN, Heinz: Kirche hielt die Gläubigen früher an der kurzen Leine. Beichte als Druckmittel keine Seltenheit, IN: MT vom 24.3.2001)

[561] Offizialats-Archiv A - 9 - 27. Das Bischöfliche Offizialat leitete z. B. mit Schreiben vom 12. August 1912 das Gesuch des Essener Kooperators Gottfried Engels, auf Wunsch des Pfarrers die Leitung des örtlichen Arbeitervereins zu übernehmen, an den zuständigen Diözesanbischof weiter, da dieses "der erste hiesige Fall" sei. Der Bischof entsprach mit Schreiben vom 20. August 1912 dem Gesuch Engels' und ernannte ihn zum Präses des Arbeitervereins. Mit Schreiben vom 23. Februar 1915 leitete der Bischöfliche Offizial Grobmeyer eine Eingabe des Pfarrers Clemens Kreymborg in Neuscharrel, die die "Gründung und Errichtung einer Jünglings- u. Jungfrauen-Congregation" betraf, weiter an den Bischof von Münster. Dieser ordnete mit Schreiben vom 21. März 1915 eine Änderung der Statuten in Neuscharrel an. Mit Schreiben vom 26. Februar 1915 teilte der Pfarrer von Mühlen dem Bischöflichen Offizialat mit, "dass die Marianische Kongregation nach voraufgegangenen Exercitien am Sonntag, dem 21. Februar 1915, an der Klosterkapelle zu Mühlen feierlich errichtet worden ist und dass hundert Jünglinge beigetreten sind." Weiterhin teilte Rembertus Wegener, Pater O. F. M., der als Präses unterzeichnete, dem Bischöflichen Offizial mit, daß die Statuten unter dem 11. Februar 1915 von Bischof Johannes genehmigt worden seien und der Pfarrer in Steinfeld "mit Freuden seine Zustimmung zur Gründung der Jünglings-Kongregation" gegeben habe. Der Status der Kongregation in Mühlen geht aus diesem Schreiben nicht eindeutig hervor. (Offizialats-Archiv A - 3 - 18I)

[562] Offizialats-Archiv A - 3 - 73. Das Generalvikariat in Münster bezog mit Schreiben vom 21. Februar 1910 sämtliche Pfarrer der Diözese in eine Fragebogenaktion ein, die sich nicht nur

suchte, den sichtbar werdenden Auflösungserscheinungen im katholischen Sozialmilieu durch eine verstärkte Popularisierung der verbindlichen Glaubenssätze, Reglementierung des öffentlichen Lebens und Sanktionierung von moralischen Abweichungen zu begegnen. Ein bewährtes Mittel war die Durchführung von Exerzitien, die insbesondere für katholische Vereine angeboten wurden und sich auch an Menschen richtete, die gezwungen waren, die vertraute Umgebung des angestammten katholischen Milieus vorübergehend zu verlassen. Sie waren aus der Sicht der katholischen Kirche besonders gefährdet. "Mehr noch als früher", hieß es in einem Aufruf des Bischöflichen Generalvikariats in Münster, "muß es heute eine ernste Sorge des Seelsorgers sein, die jungen Leute, welche zum Heeresdienst einberufen werden, gegen die ihnen drohenden religiösen und sittlichen Gefahren sicher zu stellen". Die Teilnehmer an den Exerzitien, die vielfach geschlossen für diese Gruppe durchgeführt würden, kämen fast ausschließlich aus den Arbeiter- und Gesellenvereinen. Die religiösen Übungen seien "aber allen, besonders auch jenen dringend anzuraten, die in der sorgsamen Obhut des Elternhauses bisher wenig mit den Gefahren der großen Welt" bekannt geworden seien. Um die jungen Leute für die Teilnahme an Exerzitien zu gewinnen, habe sich der Seelsorger persönlich mit ihnen und ihren Eltern in Verbindung zu setzen und die Leiter von Jünglings-Sodalitäten und anderen katholischen Vereinen anzusprechen.[563]

Im Advents-Hirtenbrief des Jahres 1908 griffen die deutschen Bischöfe brennende Fragen christlicher Ehe- und Sexualmoral wieder auf und stellten sie in einem systematischen Zusammenhang dar. Sie geißelten die "raffinierten

---

nach dem Bestehen eines "Vereins christlicher Mütter" in der jeweiligen Pfarrei erkundigte, sondern auch Auskunft über den Stand des religiösen Lebens im allgemeinen geben sollte. Der zuständige Pfarrgeistliche sollte berichten über die letzte Volksmission, über die sog. "Standesexercitien", die getrennt für Männer, Frauen, Jünglinge und Jungfrauen abzuhalten waren, und über die Durchführung der Herz-Jesu-Andacht gemäß dem bischöflichen Erlaß vom 12. Juni 1906. Auch sollte er Mitteilung darüber machen, ob die Kommunionbank in der Kirche stets mit einem Kommuniontuch versehen sei, damit "die Gläubigen auch an Werktagen ohne Umstände die heilige Kommunion empfangen" konnten. Im Falle einer negativen Antwort hatten die Pfarrgeistlichen auch über die vorliegenden Gründe Rechenschaft abzugeben: "Wenn nicht, aus welchen Gründen ist das unterblieben?" - "Wenn nicht - warum geschieht es nicht?" Aus einem anderen Bericht geht hervor, daß in zwölf Pfarreien oder Kapellengemeinden Südoldenburgs bis März 1915 Marianische Kongregationen errichtet wurden. Ob diese weibliche oder männliche Mitglieder erfaßten, geht aus dem Bericht nicht hervor. (Offizialats-Archiv A - 3-18I)

[563] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 42, Nr. 10, 3.8.1908, S. 80: Schreiben des Generalvikariats vom 20. Juli 1908.

Formen der Fleischeslust" und die "Unzucht in der heutigen Welt", die besonders in den Großstädten, in Arbeitermilieus, im Soldatenstand und unter Jugendlichen Verbreitung gefunden habe. Ein bedenklicher Geburtenrückgang in den letzten Jahren lasse erkennen, "daß die Pest bereits das Lebensmark des Volkes bedroht". Schuld daran seien negative Auswirkungen des Alkoholkonsums und "eine frühzeitige Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge", die vielfach als "Hauptpflicht der Erziehung" angesehen werde. Die Bischöfe appellierten nicht nur an den katholischen Klerus, sondern auch an die katholischen Lehrer, Vorgesetzten und Arbeitgeber, insbesondere sich der schulentlassenen Jugend anzunehmen, sie "in guten christlichen Vereinen" zu sammeln und dadurch vor der "Pest der Unzucht zu bewahren". Sie müßten "vor Vergnügungen, Schaustellungen, Kleidermoden, vor Bildern, Büchern und Zeitschriften, welche die christliche Schamhaftigkeit verletzen und der Unsittlichkeit Vorschub leisten", in Schutz genommen werden.[564] Das Bischöfliche Generalvikariat in Münster wies ausdrücklich darauf hin, daß der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe "über den Kampf gegen die Unsittlichkeit" in einer katholischen Verlagshandlung in Mönchengladbach erschienen sei, und ersuchte "den hochwürdigen Klerus und die Lehrerschaft, wie die kirchlichen und sozial=charitativen Vereine" mit der dringenden Bitte, "sich die Massenverbreitung des Hirtenbriefes angelegen sein zu lassen, da es unverkennbar den größten Segen stiften wird, wenn dieser eindringliche Mahnruf unserer Oberhirten den weitesten Kreisen zugänglich gemacht wird".[565]

Bischof Hermann instruierte die katholische Pfarrgeistlichkeit 1909 über die kirchlichen Vorschriften, die von katholischen Gläubigen vor dem Eintritt in den Ehestand zu beachten waren, und warnte in diesem Zusammenhang besonders vor sog. "Mischehen". Gemäß einer Verordnung aus dem Jahre 1895 verpflichtete der Bischof von Münster die Geistlichkeit, den Wortlaut dieser Vorschriften "nunmehr alljährlich am zweiten Sonntage nach Epiphanie durch Verlesung in allen Kirchen der Diözese" den Gläubigen bekanntzumachen. Die kirchlichen Vorschriften, die von katholischen Brautleuten zu beachten waren, stellen ein besonderes Beispiel für die rigide katholische Ehe- und Sexualmoral dar, die über ihre Bedeutung für die christliche Ehe hinaus wesentlich zur moralischen Einschüchterung der katholischen Bevöl

[564] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 42, Nr. 14, 24.11.1908, S. 105-110. Unterzeichnet wurde der gemeinsame Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz vom 12. August 1908 für die Diözese Münster von Bischof Hermann.
[565] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 42, Nr. 14, 24.11.1908, S. 118.

kerung beitrug.[566] Im Jahre 1910 erinnerte das Bischöfliche Generalvikariat an die Einhaltung eines Synodalstatuts aus dem Jahre 1897, das den Ablauf von Festlichkeiten in den katholischen Vereinen regulierte. Darin wurde folgende Anordnung wiederholt:

> "Tänze und Reigen sollen von Vereinen ferngehalten werden. Von szenischen Spielen, wenn sie aufgeführt werden sollten, soll ausgeschlossen werden alles Unziemliche und Unehrenhafte; Rollen, die von Frauen besetzt sind, sollen nicht zugelassen werden. Ebenfalls sollen nicht veröffentlicht werden Worte oder Anschläge, die das Schamgefühl verletzen könnten; die Leiter selbst sollen zwischen Liedern und szenischen Spielen eine Auswahl zu treffen sich nicht enthalten, und keinesfalls sollen sie diese Aufgabe allein den Vereinsmitgliedern anvertrauen."[567]

Felix von Hartmann, der Nachfolger von Bischof Hermann, nahm in den aktuellen Auseinandersetzungen im deutschen Katholizismus, die unter dem Begriff "Modernismusstreit" zu subsumieren sind, einen konservativen, ultramontanen Standpunkt ein. Im Fastenhirtenbrief des Jahres 1912 warnte der neue Bischof vor den Folgen von Unglauben und Sittenlosigkeit, die durch

---

[566] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 43, Nr. 11, 22.9.1909, S. 69-72: "Kirchliche Vorschriften, welche von denjenigen, die in den Ehestand zu treten beabsichtigen, sorgfältig zu beobachten sind" (Schreiben vom 1. April 1909). Wer als Katholik eine Mischehe eingehen wollte, hatte folgende "Bürgschaften und Versprechungen" abzugeben: "1. daß der nicht katholische Teil den katholischen Teil in seinem Glauben und in der Ausübung seiner religiösen Pflichten in keiner Weise hindern oder stören werde; 2. daß der katholische Teil es als seine stete Verbindlichkeit anerkenne, den nicht katholischen Teil nach Kräften für den katholischen Glauben zu gewinnen; 3. daß alle Kinder ohne Unterschied des Geschlechtes in der katholischen Religion erzogen werden; 4. daß die Brautleute weder vor noch nach der Trauung sich vor einem nicht katholischen Religionsdiener zur Eheschließung stellen." Wer diese Vorschriften nicht einhielt, beging "eine schwere Sünde". Das galt auch für Eltern, die ihrem Kinde eine gemischte Ehe ohne die Erfüllung dieser Bedingungen erlaubten. Katholiken, die vor einem nicht katholischen Priester die Ehe eingingen, verfielen "ohne weiteres der Strafe des Kirchenbannes". Ehen zwischen Getauften und Ungetauften, etwa zwischen Christen und Juden, waren "nicht bloß streng verboten, sondern ungültig", und die Katholiken, die eine solche Verbindung eingingen, schlossen sich "hierdurch selbst von dem Empfang der hl. Sakramente" aus. Vor der kirchlichen Trauung war es den Brautleuten verboten zusammenzuwohnen. In der sog. "geschlossenen Zeit", vom ersten Adventssonntag bis zum Fest "Erscheinung des Herrn" (6. Januar) und vom Aschermittwoch bis zum ersten Sonntag nach Ostern, sollte eine Eheschließung nicht stattfinden. Für die Hochzeitsfeier selbst war nicht der Samstag zu wählen, "damit nicht zur Vernachlässigung der Sonntagspflicht Anlaß gegeben werde". Aufgrund dieser strikten Vorschriften, aber vor allem aufgrund der konfessionellen Zusammensetzung der Bevölkerung war die sog. "Mischehe" in Südoldenburg mehr als eine Ausnahme. Von ihr gingen keine Impulse zur Auflockerung des katholischen Milieus aus.

[567] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 44, Nr. 6, 22.6.1910, S. 48: Schreiben des Generalvikariats vom 16. Juni 1910.

amoralische Bücher und Schriften verbreitet würden und den Boden für "den Umsturz der bestehenden staatlichen Ordnung" bereiteten.[568] Knapp ein Jahr vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wandte sich die Fuldaer Bischofskonferenz mit einem Hirtenbrief an die Katholiken des Deutschen Reiches, um vor einem weiteren Geburtenrückgang zu warnen. Dieser gefährde die Existenz der deutschen Nation und müsse nachhaltig bekämpft werden: "Ist die Familie krank, so ist das ganze Volk krank ..."[569] In ihrem Appell an die katholischen Frauen, sich nicht den Neuerungen der Mode hinzugeben, warnten die deutschen Bischöfe vor einer Erscheinung, die unter dem Begriff "Neuheidentum" bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf Ablehnung stieß.[570]

In Übereinstimmung mit der katholischen Kirche engagierte sich die katholische Lehrerschaft bereits vor dem Ersten Weltkrieg im Kampf gegen die sog. "Schmutzliteratur" und "die immermehr hervortretende Unsittlichkeit, welche die Volksgesundheit und Volkskraft zu untergraben" drohe. Diese "verhängnisvolle Krankheit" habe in stärkerem Maße als je zuvor "sogar das Mark der heranwachsenden Jugend ergriffen, die ja gerade den Nachwuchs, die ganze

---

[568] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 46, Nr. 4, 13.2.1912, S. 19-26 (Zitat: S. 21): Hirtenbrief vom 2. Februar 1912. Bischof Hermann Dingelstad starb am 6. März 1911. Felix von Hartmann, der erst am 6. Juni 1911 zum Bischof von Münster gewählt worden war, wurde bereits am 2. Dezember 1912 von Papst Pius X. nach Köln berufen. Als Erzbischof von Köln trat er am 25. Mai 1914 in das Kardinalskollegium in Rom ein.

[569] Kirchliches Amtsblatt Jg. 47, Nr. 19, 30.12.1913, S. 127-134: Hirtenschreiben vom 20.8.1913. "Die Hauptursache, der Hauptschuldige" sei "der böse Wille, der böswillige, lasterhafte Mißbrauch der Ehe", der wiederum nicht eine Folge der materiellen Not, sondern des um sich greifenden "Luxus" sei: "Wehe, wie tief sind wir gesunken!" Der "Hauptzweck der Ehe" bestehe darin, "Kindern das Leben zu schenken, die Fortpflanzung des Menschengeschlechtes, den Fortbestand der Kirche und des Staates zu sichern." Eine "schwere Sünde" sei es hingegen, "die Vermehrung der Kinderzahl dadurch verhüten zu wollen, daß man die Ehe zu bloßer Lust mißbraucht". Die Mahnung der Bischöfe war hemmungslos: "Da ziehen oftmals statt der Kinder, die man nicht wollte, finstere Mächte wie Rachegeister ein: körperliches Siechtum, Geistes= und Gemütskrankheit, eheliche Zerwürfnisse, die Qualen des bösen Gewissens, und auf dem ganzen Familienleben lastet schwer die schwarze Wolke des Fluches - des Fluches der Todsünde." Die Fuldaer Bischofskonferenz fügte ihrem Hirtenschreiben Beschlüsse über die sexuelle Aufklärung bei, die auf dem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 12. August 1908 beruhten, und warnte in diesem Zusammenhang aus Gründen der "Erziehung zur Schamhaftigkeit und Hochachtung der Keuschheit" vor gemeinsamen Turn-, Sport- und Schwimmübungen und "Wandervogel-Ausflügen" von Jungen und Mädchen.

[570] Kirchliches Amtsblatt Jg. 47, Nr. 19, 30.12.1913, S. 132f.: "Wenn die Zügellosigkeit und Lüsternheit des Neuheidentums, namentlich gewisser Weltstädte, derartige Moden erfindet, so ist das zu begreifen. Aber kaum zu begreifen ist es, daß eine christliche Frau sich derartige Moden aufdrängen läßt und sich zur Sklavin solcher Tyrannei erniedrigt."

Kraft und Hoffnung der Nationen bildet". Für den sittlichen Verfall der Jugend seien mehrere Ursachen verantwortlich:

> "Der materielle Zug unserer Zeit, der unser modernes Genußleben durchdringt, dann aber auch die durch den wirtschaftlichen Aufschwung herbeigeführten sozialen Verhältnisse, z. B. das Kostgänger= und Schlafstellenwesen, das Zusammenwohnen der Geschlechter in ungeräumigen Wohnungen u. m. andere [Ursachen] tragen sehr dazu bei."

Aufgabe auch der Lehrerschaft sei es, der "papiernen Pest" in der Schund- und Schmutzliteratur mit allen Mitteln entgegenzutreten.[571]

Dessen ungeachtet stellten sich Konflikte ein, die das Eindringen moderner Formen der Unterhaltung und Freizeitgestaltung mit sich brachten. In Löningen und Essen kam es vor dem Ersten Weltkrieg zu Auseinandersetzungen zwischen der Ortsgeistlichkeit und dem Schützenverein über das Sonntagstanzverbot. Mitgliedern der Marianischen Junggesellen-Sodalität war es laut Statuten aus dem Jahre 1855 verboten, an Sonn- oder Festtagen an Tanzbelustigungen teilzunehmen.[572] Der Löninger Schützenverein, der den Schützenfestball zuvor von Dienstag auf Sonntag verlegt hatte, befaßte sich auf seiner Generalversammlung am 14. September 1906 mit dieser kritischen Situation. Die Generalversammlung der Löninger Schützen verteidigte diesen Beschluß und ließ Pfarrer Bernhard Becker ein Schreiben zukommen, in dem sie ihren Standpunkt verdeutlichte:

> "Der oben angeführte Beschluß wird nicht von wenigen Mitgliedern des Schützenvereins vertreten, sondern er wurde gegen nur eine Stimme angenommen. Der Schützenverein hat es sich auch angelegen sein lassen, daß der von ihm veranstaltete Ball in seinem ganzen Verlaufe ein einer solchen Körperschaft würdiges Bild bot, er hat dafür gesorgt, daß Sitte, Anstand und Ordnung aufs beste gewahrt wurden, so daß bei diesen von der Kirche erlaubten, an anderen Orten in ähnlicher Weise selbst von kath. u. unter geistlicher Leitung stehenden Vereinen gepflogenen Tanzvergnügungen von einer Sonntagsentheiligung durchaus nicht die Rede sein kann.
> Der Schützenverein würde dankbar sein, wenn der zu großem Teile in der Sodalität vereinigten Jugend von Ew. Hochwürden die Erlaubnis gewährt würde, an den öffent

---

[571] Katholische Schulzeitung Jg. 2, Nr. 3, 1.3.1910, S. 20f.: Weshalb und wie soll die Schule die Schmutzliteratur bekämpfen?

[572] BENKEN, Schützenverein, S. 153. Die Löninger Junggesellen-Sodalität war nach einer Volksmission, die von Pater Ketterer aus dem Jesuitenorden (S. J.) durchgeführt worden war, am 12. November 1855 gegründet worden. Nach den Statuten der Marianischen Sodalität hatten sich die Mitglieder dazu verpflichtet, "an Tanzbelustigungen überhaupt keinen Antheil zu nehmen oder nur höchst selten (doch nie an Sonn= oder Festtagen oder am Vorabende derselben)".

lichen Volksfesten bis 12 Uhr Abends am Tanze teil zu nehmen. Sollten Sie diese Erlaubnis nicht geben können, so möchte der Schützenverein wenigstens das eine gewährt wissen, daß seinen Mitgliedern unter anderem nicht wieder der öffentliche Vorwurf gemacht wird, daß einige wenige von ihnen aus kleinlicher Gewinnsucht mit einer alten Gewohnheit gebrochen haben; er möchte auch bitten, daß nicht gerade zur Zeit des Schützenfestes, wie es in den letzten Jahren geschehen ist, die Tanzlustbarkeiten als verderblich und schlecht hingestellt werden, da einem folgerichtig denkenden nichts anderes übrig bleibt, als diese Worte auf die vom Schützenverein zu dieser Zeit veranstalteten Bälle zu beziehen. Gerade hier aber ist die Gewähr geboten, daß die Jugend das Tanzvergnügen ohne jeden Schaden genießt."[573]

Das Schreiben des Löninger Schützenvereins an den örtlichen Pfarrgeistlichen gibt Aufschluß über die Lage der südoldenburgischen Volkskultur vor dem Ersten Weltkrieg und die zahlreichen Konflikte zwischen dem katholischen Klerus und der Bevölkerung. Kaplan Augustin Albers und Rektor Hermann Bruns, Leiter der Höheren Bürgerschule in Löningen, unternahmen einen weiteren Versuch, das Sonntagstanzverbot durchzusetzen, wurden aber vom Schützenverein zurückgewiesen. Dieser hielt am Sonntagsball fest, und das Verhältnis zwischen dem Schützenverein und der Ortsgeistlichkeit blieb bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg gespannt. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in der Gemeinde Essen. Hier konnte sich die Geistlichkeit behaupten und wurde der Sonntagstanz 1856 für mehr als 70 Jahre verboten. Auch das Schützenfest für die Erwachsenen fand seit 1856 nicht mehr statt und wurde erst 1889 wieder ins Leben gerufen.[574]

Um einen Konflikt zwischen ökonomischen Interessen und den moralischen Ansprüchen der katholischen Kirche ging es in einer Beschwerde aus Holdorf, die ebenfalls das Sonntagstanzverbot zum Gegenstand hatte. Ein Gastwirt der Gemeinde gab am 5. November 1902 im Offizialat in Vechta zu Protokoll, daß er zweimal im Jahre, in den Monaten Mai und November, Gelegenheit zum Tanzen gebe, der Holdorfer Vikar aber am Feste Allerheiligen die Gläubigen aufgefordert habe, "ihn zu unterstützen, daß in Holdorf an Sonntagen nicht getanzt werde". Aus diesem Grunde hätten es die Bewohner Holdorfs nicht mehr gewagt, sein Haus zu betreten, so daß er und sein Schwiegersohn große Einbußen in der Gastwirtschaft und in ihrem Kolonialwarengeschäft erlitten hätten und "gezwungen sein könnten, ein anderes Geschäft anzufangen". Deshalb bitte

[573] BENKEN, Schützenverein, S. 153f. Pfarrer Becker starb im Jahre 1910.

[574] VuL 36/1956, S. 5. Im Jahre 1856 errichtete Pfarrer Heinrich Meyer eine Jünglingen-Sodalität und eine Mäßigkeitsbruderschaft in Essen. Auch bei der Mäßigkeitsbruderschaft handelte es sich in Essen um einen kirchlichen Verein: Sie wurde von der bischöflichen Behörde beurkundet und von Offizial Reismann genehmigt.

er das Offizialat, den Holdorfer Vikar zu veranlassen, "daß er von der Kanzel erkläre, er habe durch seine Aufforderung, ihn zu unterstützen, nicht beabsichtigt, die Leute überhaupt abzuhalten, mit N. Geschäfte zu machen, sondern es sei nur seine Absicht gewesen, daß sie sich an Sonntagstänzen nicht mehr beteiligten". Am 10. November 1902 setzten der Gastwirt und sein Schwiegersohn den Bischöflichen Offizial schriftlich über die Geschäftsschädigung in Kenntnis, die auf Kanzelerklärungen der Geistlichen in Holdorf zurückzuführen sei:

> "Es war vor einem Jahre, wie unser Herr Pastor auf der Kanzel predigte, das Tanzen auf den Sonntag solle nicht erlaubt werden. Da wir alle den guten Anordnungen, die unsere Herren Geistlichen uns predigen, nachkommen, wären wir auch dieser nachgekommen, wenn wir nicht zu viel Schaden dabei hätten. Wie nun im Monat Mai die Kirmes näher kam, habe ich mit unserem Herrn Pastor Rücksprache genommen, um Ihm klarzumachen, daß die Holdorfer sich an der Sonntagstänzerei wenig beteiligten und nur für die Auswärtigen der Ball sei bis höchstens 10 ½ Uhr [...]."

Der Pfarrer, so schrieb der Gastwirt weiter, habe abweisend reagiert und ihn fast aufgefordert, "seine Stube zu verlassen". Der Offizial selbst könne aber Erkundigungen darüber einziehen, ob sich "bisher nicht alles sittlich" zugetragen habe. Er hoffe, daß die Sache "bei der Geistlichen Obrigkeit einen guten Verlauf" nehme, sollte dieses nicht der Fall sein, sähen er und sein Schwiegersohn sich gezwungen, sich an die weltliche Obrigkeit zu wenden.[575] In seiner Stellungnahme vom 14. November 1902 führte der Holdorfer Vikar Friedrich Frilling aus, daß der Beschwerdeführer trotz des vom Pfarrer ausgesprochenen Tanzverbots am Sonntag, dem 2. November 1902, zu einem öffentlichen Ball eingeladen habe. Daraufhin habe er am Allerheiligenfeste - das Fest wird am 1. November gefeiert - die Gemeinde aufgefordert, sich der Tanzlustbarkeit zu enthalten. Dabei habe ihm nichts ferner gelegen, "als den Naberhaus beleidigen oder schädigen zu wollen". Er habe ihn lediglich veranlassen wollen, von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen, und deshalb wörtlich gesagt: "Ich bin sehr enttäuscht worden, daß die Sonntagstänzerei, nachdem sie abgeschafft, jetzt wieder eingeführt werden soll." Noch könne sie aber rückgängig gemacht werden, was die Geistlichkeit auch erwarte; der Vikar schloß seine Predigt mit den Worten:

> "Sollte ich mich darin wieder täuschen, so habe ich hier die Bitte zu wiederholen, welche unser Herr Pastor im vorigen Herbst an euch gerichtet hat: Keiner aus der kath. Gemeinde Holdorf möge morgen die Tanzlustbarkeit besuchen. Doch heute habe ich

[575] Offizialats-Archiv A - 2 - 13. Am Schluß des Briefes versicherte der Beschwerdeführer Naberhaus: "Was ich geschrieben [habe], ist die reine Wahrheit und keine Lügen."

> noch etwas hinzuzufügen: Unterstützet jetzt auch uns Geistliche dadurch, daß diejenigen, welche Einfluß haben, ein rechtes Wort zur rechten Zeit sprechen, daß die Sonntagstänzerei in Holdorf aufhört."

Am Tage darauf wiederholte der Holdorfer Pfarrer die Warnungen und schloß seine Predigt mit einem persönlichen Bekenntnis:

> "Ich werde für diese gute Sache kämpfen, solange ich noch einen Tropfen Blut in meinen Adern habe."

Gleichwohl, berichtet der Vikar weiter, habe der Beschwerdeführer "seinen Willen" durchgesetzt, aber nicht mit "der gut katholischen Gesinnung der braven Holdorfer" gerechnet, "denen das Wort des Pfarrers noch etwas gilt". Auch seien die Angaben des betreffenden Gastwirts falsch: Er lasse nicht "zweimal, sondern wenigstens fünfmal im Jahre tanzen". Der Beschluß des Offizialats vom 17. November 1902 unterstützte die Holdorfer Geistlichkeit in der Sache. Schließlich habe der Vikar nicht dazu aufgefordert, die geschäftlichen Beziehungen zum Hause des Beschwerdeführers abzubrechen, sondern lediglich die Gemeinde gebeten, ihre Geistlichen bei der Durchsetzung des Sonntagstanzverbotes zu unterstützen. Darin könne das Offizialat kein Vergehen erkennen. Der Beschwerdeführer zeigte sich mit dem Beschluß des Offizialats nicht einverstanden. Die Gemeinde habe die Worte des Vikars als Aufruf zum Boykott seines Geschäftes verstanden, außerdem seien Äußerungen gefallen wie die: Sein Schwiegersohn "müßte erschossen werden, was doch gräßlich anzuhören ist, es könnte ja wirklich, was wir nicht hoffen wollen, Mord und Totschlag von einer solchen Predigt kommen".[576] Damit wurde der Konflikt beendet: An die "weltliche Obrigkeit" wollte der Beschwerdeführer nicht mehr appellieren.

Zu Konflikten zwischen der örtlichen Pfarrgeistlichkeit und der katholischen Lehrerschaft kam es vor dem Ersten Weltkrieg in Steinfeld. Der Steinfelder Kaplan Franz Sommer, der für seinen kompromißlosen Einsatz für die Grundsätze des katholischen Glaubens bekannt war, griff in Predigten die ortsansässigen Lehrerinnen scharf an, weil ihre Kleidung nach seiner Meinung mit der Würde des Gotteshauses und Gottesdienstes nicht zu vereinbaren war. Die Lehrerschaft wehrte sich gegen den "Steinfelder Scharfrichter" mit einem Artikel in der Katholischen Schulzeitung, der mit "Einer für viele"

---

[576] Offizialats-Archiv A - 2 - 13. Gastwirt Naberhaus, der den Holdorfer Pfarrer Johanning nicht mitbeschuldigte, schloß seinen Brief mit den Worten: "Wenn nun Herr Vikar Frilling meint, daß Er recht gehandelt, so muß Er es selbst auf sein Gewissen nehmen."

unterzeichnet war. Sommers pädagogische Einstellungen wurden darin mit den Worten abqualifiziert, man dürfe ihm nicht einmal "Kälber zum Aufziehen geben, geschweige denn Kinder".[577] Sommer setzte seine Angriffe auch als Pfarrer von Bösel fort und nahm dabei eine strenge Einstellung zu Tanzlustbarkeiten ein, besonders wenn sie die Sonn- und Feiertagsruhe beeinträchtigten. Die Gemeinde wandte sich mit Beschwerden an das Bischöfliche Offizialat, das aber im Falle Sommer resignierte.[578]

Ein Mittel, um der fortschreitenden Säkularisierung vorzubeugen, war die Durchsetzung bestimmter Frömmigkeitsübungen. Eine dieser religiösen Übungen war das "Vierzigstündige Gebet", das in den drei Tagen vor Beginn der Fastenzeit am Aschermittwoch in allen Pfarrgemeinden abgehalten und spätestens um 1890 verbindlich eingeführt wurde. Diese religiösen Übungen forderten auch in Südoldenburg ihren Tribut, wie aus der Geschichte des Dammer Karnveals hervorgeht.[579] Die traditionelle Fastnacht, die drei Tage vor Aschermittwoch mit Umzug, Tanzen, Essen und Trinken begangen wurde, beschwor in Damme einen Konflikt mit der katholischen Kirche herauf, der schließlich in einer Kompromißformel beigelegt wurde. Weil die Fastnacht mit dem Vierzigstündigen Gebet kollidierte, wurde sie um eine Woche vorverlegt. Der Dammer Karneval, der die Nachfolge der Fastnacht antrat, wird bis heute eine Woche früher begangen als in den Karnevalshochburgen am Rhein. Verantwortlich für die "Fastnachtsdämmerung" und das gänzliche Aussterben der Fastnacht in Südoldenburg sind nach Auffassung von Aka die Anstrengungen der katholischen Amtskirche, einer weiteren Profanisierung des öffentlichen Lebens in der Region vorzubeugen. Nach der Einführung des Vierzigstündigen Gebets galt eine andere moralische Lebensform; sie sollte in Zukunft Richtschnur für den religiösen Alltag sein.[580]

---

[577] Katholische Schulzeitung Jg. 4, Nr. 6. 1.6.1912, S. 48.

[578] WILLENBORG, Sommer, S. 110-113. Franz Sommer wurde am 14. Oktober 1875 als Sohn eines Lehrers in Hagstedt bei Visbek geboren und legte am 21. August 1896 am Gymnasium Antonianum in Vechta als Konabiturient der Brüder Franz und Clemens August von Galen das Abitur ab. Er wurde am 1. Juni 1901 von Bischof Hermann Dingelstad zum Priester geweiht. Nach Kaplans- und Vikarsstellen in Welbergen, Hamm, Steinfeld und Löningen erhielt Sommer am 14. März 1918 die Pfarrstelle in Bösel. Dort starb er am 26. Dezember 1954. 1924 chrakterisierte das Bischöfliche Offizialat den streitbaren Pfarrer aus Bösel mit den Worten: "Es ist aber nicht leicht, den Pfarrer Sommer zum Stillschweigen zu bringen .. Sommer ist ein streitbarer Herr; er will Recht und das letzte Wort haben." (S. 112)

[579] AKA, Fastnacht, S. 572-575.

[580] AKA, Fastnacht, S. 574: "Noch heute wissen viele Südoldenburger davon zu berichten, daß ihnen während der Fastnachts- beziehungsweise Karnevalstage in der Kirche verdeutlicht wurde, daß sie wegen der Sünden der Trunkenheit und Maßlosigkeit, die in den Karnevalsregionen

Wie schwierig sich das Verhältnis zwischen den katholischen Gläubigen und den örtlichen Pfarrgeistlichen gestalten konnte, geht aus Beschwerden über das Verhalten von einzelnen Klerikern hervor, die beim Bischöflichen Offizialat in Vechta eingingen. Zwei katholische Väter aus Lutten beschwerten sich 1894 über den örtlichen Vikar, "weil derselbe ihre Kinder durch körperliche Züchtigung deshalb schwer bestrafe, weil dieselben nicht rechtzeitig zur Pfarrmesse können". Dem achtjährigen Jungen habe der Vikar "vor der Kirche einen so schweren Schlag an den Kopf versetzt, daß derselbe zu Boden gefallen sei und am Auge geblutet habe". Ein Mädchen habe der Geistliche so schwer am Rücken verletzt, daß dieses ebenfalls zu Boden gegangen sei: "Infolge dieser Züchtigungen wollten die Kinder, wenn die Eltern dieselben mal nicht zeitig genug fortschicken könnten, nicht mehr zur Schule gehen, aus Furcht, der Vikar möge sie strafen." In seiner Stellungnahme erklärte der Luttener Vikar Johannes Berssenbrügge gegenüber dem Bischöflichen Offizial Grobmeyer, daß er die Kinder vor seiner Wohnung einmal auf den Rükken geschlagen habe, weil er den Eindruck habe, daß sie seiner "Aufforderung, geschwinder zu gehen, nicht nachkommen, sondern einen gewissen anerzogenen Trotz entgegensetzten".[581] Mit dieser Erklärung des Geistlichen war der Vorgang abgeschlossen.

Ein Bürger aus der kleinen Bauerschaft Drantum bei Emstek beschwerte sich beim Bischöflichen Generalvikariat in Münster über den Vikar in Emstek. Dieser habe am Feste "Mariä Empfängnis", am 2. Dezember 1893, seinen Namen öffentlich auf der Kanzel ausgerufen und ihn beschuldigt, "schlechte Bücher aus Berlin" bezogen zu haben. Zu seiner Verteidigung wies der beschuldigte Vikar darauf hin, daß in Emstek "eine ziemliche Zahl nicht-katholischer Zeitschriften (Zeitungen u. Witzblätter)" bezogen würden und "zu unsittliche Schriften" vorhanden seien. Das habe er zur Veranlassung genommen, "in der Predigt gegen schlechte Schriften zu warnen". Wie Maria die Schlange mit Füßen trete, so müsse auch der Christ "die Schlange der Verführung, welche sich in schlechten Schriften verbirgt, mit Füßen treten." In

---

begangen wurden, zu beten hatten. Der Karneval beziehungsweise die Fastnacht wurde von kirchlicher Seite also als Fehlverhalten hingestellt. Die Auswirkungen dieser Einschätzung hatten bis in die jüngste Zeit starken Einfluß auf das Fastnachtsverständnis großer Teile der Südoldenburger Bevölkerung."

[581] Offizialats-Archiv A - 2 - 13. Das Protokoll über die Beschwerden von Johann Bernard Wegmann und Bernard Themann aus Lutten wurde am 17. Juni 1894 angefertigt. Die Antwort des Geistlichen Berssenbrügge trägt kein Datum.

diesem Zusammenhang habe er "eine Applikation mit Emstek gemacht, welche ‘ad verbum’ lautete: Und so etwas kommt auch in Emstek vor!" Dann habe er diese Verfehlungen als "Zeichen niedriger Gesinnung charakterisiert und den Ausdruck gebraucht: ‘Das ist lotterbubenmäßig, sich für theures Geld solche Schandbücher von Berlin oder sonstwoher kommen zu lassen.’" Das sei "die einzige als Andeutung auf Personen auffaßbare Stelle aus der Predigt" gewesen. Personen zu nennen habe ihm ferngelegen. Weiterhin teilte der Emsteker Vikar in seiner ausführlichen Stellungnahme vom 29. Dezember 1893 dem Bischöflichen Generalvikariat mit, er habe von einem "glaubwürdigen Manne", der aus "Rücksichten auf sein Gewissen und im Interesse der Familie L. und der ganzen Gemeinde" gehandelt habe, die Mitteilung erhalten, daß besagter Beschwerdeführer und der Knecht seiner Mutter, einer Zellerin in Drantum, "schlechte Bücher" gekauft hätten. Er habe sich dann an die Mutter mit dem Ersuchen gewandt, "dem Knechte u. dem Sohne ihre Sachen im Geheimen zu revidieren" und "kein Wort darüber zu sagen, auch nicht an die Betreffenden". Die Mutter habe ihrem Sohn und ihrem Knecht davon Mitteilung gemacht und dadurch sei "die Sache in die Öffentlichkeit gekommen". Auf die Beteuerung der Mutter, ihr Sohn habe keine "schlechten Bücher" bekommen, habe er sich bereit erklärt, den Schaden wiedergutzumachen. Wenn ihr Sohn jetzt als derjenige dastünde, der in der besagten Predigt gemeint gewesen sei, so bedauere er dies, aber "er [der Sohn] selbst habe dies verfälscht". Es könne gut sein, daß der Beschwerdeführer "unschuldig in den Verdacht gekommen" sei. In der Erwiderung des Bischöflichen Generalvikariats, die über das Bischöfliche Offizialat in Vechta an den Beschwerdeführer gelangte, wurde festgestellt, daß der Emsteker Vikar "öffentlich auf der Kanzel nicht in solcher Weise von dem Ankauf schlechter Bücher" gesprochen habe, daß seine Worte auf ihn bezogen werden müßten. Dessen ungeachtet werde der Geistliche es "selbstverständlich nicht unterlassen, den Schaden wieder gut zu machen."[582] Auch diese Affäre wurde beigelegt, ohne daß eine objektive Klärung des Sachverhalts herbeigeführt wurde.

Der Enkel eines Verstorbenen führte im Herbst 1906 beim Bischöflichen Offizialat Beschwerde darüber, daß der örtliche Pfarrer anläßlich des Begräbnisses seines Großvaters üble Nachrede geübt habe. Die Trunksucht seines

[582] Offizialats-Archiv A - 2 - 13. Mit Schreiben vom 20. Dezember 1893 führte Heinrich Lamping aus Drantum bei Emstek beim Bischöflichen Generalvikariat in Münster Beschwerde über das Verhalten des Emsteker Vikars Nieberding.

verstorbenen Großvaters, die er nicht bestreite, liege lange Zeit zurück und der landwirtschaftliche Hof, der dadurch ruiniert zu werden drohte, sei von seiner Mutter inzwischen wieder aufgebaut worden. Der Pfarrer von Holdorf habe den Verstorbenen "als einen öffentlichen Sünder hingestellt, dessen frühere böse Taten im schlechten Lichte vorgeführt, über Verhältnisse gesprochen, welche 30 - 50 Jahre zurückliegen u. welche vor der Welt längst verstummt waren u. zu einer Zeit vorgefallen sind, dessen sich nur die alte Generation noch erinnern kann." Er frage nachdrücklich:

> "Muß das nicht ein schmerzliches seelisches Empfinden hervorrufen für die Angehörigen? Muß das nicht einen niederschmetternden Eindruck machen auf meine liebe, gute Mutter, welche als leibliches Kind des Verstorbenen u. in Gegenwart der versammelten Gemeinde alle die traurigen und schmerzlichen Erinnerungen von früher wieder anhören mußte? Hatte dieselbe so etwas verdient? Mitnichten! Und wer ersetzt mir und meinen Geschwistern als Enkel des Verstorbenen die etwaigen Nachteile im späteren Leben, sei es an Ehre und Ansehen oder materiell, die entstanden sind, dadurch, daß die alten Fehltritte der Voreltern der jetzigen Generation wieder lebendig vor Augen geführt und somit wieder von uns Kindeskindern durchs Leben genommen werden müssen!"[583]

Unüberhörbar klingt aus diesen bitteren Anfragen die Klage über ein moralisches System sozialer Kontrolle und Deklassierung, in dem der katholische Klerus eine unumschränkte autoritäre Stellung genoß und die Gläubigen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kirchlicher Autokratie und religiöser Orthodoxie in einen Gehorsam zwang, der für eine individuelle selbstbestimmte Existenz kaum Raum ließ. Nur in der unbedingten Anpassung an die herrschenden moralischen Normen, die jede Abweichung unerbittlich sanktionierten, war ein unbehelligtes Leben in einem katholischen Milieu wie in Südoldenburg möglich. Das geht deutlich aus dem Bericht vom 11. Dezember 1906 hervor, den der Pfarrer von Holdorf an das Bischöfliche Offizialat richtete. Darin gab er seine Leichenpredigt vom 29. November 1906 zu Protokoll und verdeutlichte seine allgemeinen moralischen Intentionen mit folgenden Worten:

> "Im Anschluß an den Verssspruch: ‘Was der Mensch säet, das wird er auch ernten’, habe ich den Beruf des Christen mit dem eines Landmannes oder Bauern verglichen, oh

[583] Offizialats-Archiv A - 2 - 13. In einem Nachtrag wies der Beschwerdeführer Linnewerth aus Holdorf auf Nachteile hin, die aus dem Vorfall für die katholische Kirche entstehen könnten: "Zudem kann ich Euer Hochwürden die Versicherung geben, daß in bezug auf das Vorgefallene in unserer Gemeinde u. über deren Grenzen hinaus nur ein Ton von Entrüstung herrscht u. über die Person unseres Pfarrers in einer Art u. Weise gesprochen wird, welche unserm kath. Klerus wahrlich nicht zur Ehre gereicht."

ne in irgendeiner Weise auf den Verstorbenen Bezug zu nehmen. Am Schlusse sagte ich dann ungefähr wörtlich: 'Was nun den verstorbenen Mitbruder, dessen Leiche wir heute zu Grabe getragen haben, betrifft, ist derselbe 84 Jahre, 9 Monate und 3 Tage alt geworden. Er hat somit ein hohes Alter erreicht. Wie viel Gutes konnte er in dieser langen Zeit wirken, wie viel guten Samen für die Ernte in der Ewigkeit ausstreuen. Leider hat er aber die Zeit nicht immer gut benutzt, sondern in der Jugend und im Mannesalter manchmal statt des guten Samens Unkraut gesät. Er war nämlich, wie Euch allen wohl bekannt ist, früher der Leidenschaft des Trinkens ergeben und hat dadurch der Gemeinde Ärgernis gegeben und den Angehörigen viel Verdruß und Kummer bereitet. Da hat aber der liebe Gott seine übergroße Barmherzigkeit dem Verstorbenen gegenüber gezeigt. Um ihn von seiner Leidenschaft zu befreien, hat er es so gelenkt und geleitet, daß dem Verstorbenen die Verwaltung seiner irdischen Güter genommen wurde, und später hat er ihm auch den Gebrauch seiner Füße genommen, so daß der Verstorbene seiner Leidenschaft entsagen mußte. Wir wollen zu Gott hoffen, daß er auf auf diesem Weg der Leidenschaft entsagt hat und daß er in den vielen Jahren, in denen er ans Haus gefesselt war und Zeit hatte, über sein früheres Leben ruhig nachzudenken, seine früheren Vergehen herzlich bereut und aufrichtig gebeichtet hat sowie durch Gebet, geduldiges Ertragen seiner Leiden und durch andere gute Werke alles gesühnt hat. Sollte aber noch etwas im Fegefeuer abzubüßen sein, wollen wir für ihn beten, damit er bald von seinen Qualen befreit werde. Zum Schlusse bemerke ich noch, daß ich durch das, was ich über den Verstorbenen gesagt habe, in keiner Weise irgend jemand habe verletzen oder kränken wollen, sondern ich möchte Euch nur dadurch ermahnen, die böse Neigung zur Sünde doch gleich im Keime zu ersticken und sie nicht zur Leidenschaft heranwachsen zu lassen. Ihr dürft Euch nicht damit trösten, daß Ihr auch wie der Verstorbene ein hohes Alter erreichen werdet und dann im Alter Euch bessern könnt; denn die Erfahrung lehrt, daß gar viele Menschen, namentlich Trinker, plötzlich und oft in dem kräftigsten Mannesalter sterben. Darum sucht doch immer als gute Christen zu leben und immer, so lange ihr lebt, guten Samen auszustreuen, damit ihr einstens in der Ewigkeit eine reiche Ernte halten könnt. Amen."

In seiner Stellungnahme erklärte das Bischöfliche Offizialat gegenüber dem zuständigen Pfarrer, daß er richtiger gehandelt hätte, wenn er die Vergangenheit des Verstorbenen "nicht mehr gerügt" hätte, nachdem dieser sich schon so lange dem Trunke enthalten habe. Inhaltlich wurden die Auslassungen des Holdorfer Pfarrrers nicht bedacht oder problematisiert.[584]

Die Konflikte zwischen religiösem Anspruch und moralischer Wirklichkeit zeigten auch Auswirkungen auf die seelische Verfassung des Klerus in Südoldenburg.[585] Von dem tiefen seelischen Leiden an dem katholischen Ich-

[584] Offizialats-Archiv A - 2 - 13: Stellungnahme des Offizialats vom 28. Dezember 1906 zum Bericht des Holdorfer Pfarrers Karl Luesse vom 11. Dezember 1906.

[585] Eugen Drewermann spricht in diesem Zusammenhang von einer neurotischen "Aufspaltung von Pflicht und Neigung, Wollen und Sollen, Mögen und Müssen" und einer "erzwungenen Einsamkeit", in deren Schatten sich eine schleichende Lebensangst ausbreite. Im Kontrast zu dem eigenen Anspruch "auf die durch Christus und die Kirche verbürgte Wahrheit" rühre es an

Ideal zeugen die "Erfahrungen u. Gedanken" des Prälaten Anton Wempe, der zuletzt als Pfarrer in Emstek tätig war. Die Laufbahn des Geistlichen Wempe enthält Entwicklungslinien und Charakteristika, die für den südoldenburgischen Klerus im 19. Jahrhundert repräsentativ waren:

> Anton Wempe wurde 1847 als das vierte von fünf Kindern des Tischlermeisters und Kötters Clemens Wempe in Westerbakum geboren. Durch Vikar Clemens Johanning wurde er auf den Besuch des Gymnasiums Antonianum in Vechta vorbereitet. Hier legte er im Oktober 1869 das Abitur ab und nahm noch im selben Jahr das Studium der Theologie in Münster auf. Am 10. August 1873 wurde Wempe durch Bischof Johann Bernhard Brinkmann zum Priester geweiht. In Lindern trat er am 9. Oktober 1873 seine erste Stelle als Kooperator von Pfarrer Jacob Vössing an. Am 1. Oktober 1879 wechselte er nach Dinklage, um den alten Pfarrer Rabe und den kranken Kaplan Meistermann zu unterstützen. 1881 übernahm Wempe die Stelle des Pfarrers in der Gemeinde Markhausen, die zu den kleinsten Gemeinden in Südoldenburg zählte. Hier fühlte er sich offensichtlich nicht wohl und wechselte 1894 nach Emstek, wo er die Nachfolge des verstorbenen Pfarrers Franz Tappehorn antrat. Aus Anlaß seines goldenen Priesterjubiläums wurde Wempe zum päpstlichen Geheimkämmerer ernannt und durfte fortan den Titel Prälat führen. Er setzte sich, wie auch seine Tagebuchaufzeichnungen belegen, mit den Zeichen der neuen Zeit auseinander. 1895 war er maßgeblich an der Gründung der Raiffeisenbank in Emstek beteiligt. Am 13. Januar 1935 starb Pfarrer Anton Wempe in Emstek.[586]

Wempes Aufzeichnungen enthalten Ansätze zum Psychogramm des katholischen Klerus in Südoldenburg und zeugen von seinem Leiden an einer Pastoral, deren verabsolutierte moraltheologische Normen menschliches Vermögen überstiegen. "Mit dem sittlichen Zustand der Gemeinde Lindern", in der Anton Wempe nach seinem Theologiestudium in Münster 1873 seine erste Stelle antrat, zeigte sich der junge Geistliche noch zufrieden. "Die Leute gingen fleißig zur Kirche, empfingen die Sakramente regelmäßig", heißt es in seinen Aufzeichnungen.[587] Von Lindern wurde Wempe 1879 nach Dinklage versetzt und einem 85jährigen Pfarrer als Kooperator zur Seite gestellt. In seinen nachdenklichen Betrachtungen über seine neue Pfarrei stellt er einen beachtenswerten Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Lage und religiös-sittlicher Verfassung der Pfarrgemeinde her:

"die Fundamente des klerikalen Lebensentwurfes, mitansehen zu müssen, daß all die Inhalte, für die man sich womöglich auf Jahre hin mit aller Kraft eingesetzt hat, bei der Mehrheit der Bevölkerung wie in Vergessenheit geraten scheinen." (DREWERMANN, Kleriker, S. 257f.: "Bindungsangst" und Einsamkeit)

[586] Vor 150 Jahren wurde Prälat Anton Wempe geboren, IN: MT vom 5.7.1997.

[587] WEMPE, Erfahrungen, S. 31.

> "Der Charakter der Leute war ziemlich verschieden von dem der Leute in Lindern. Sie sind nicht so frei u. offen; jedoch bald gewinnt man auch ihr Zutrauen. Die sittlichen Zustände sind bei den großen Bauernhöfen u. dem besseren Boden auch nicht so gut, als in den hohen Sandgegenden. Aber Glauben und Eifer für die Kirche besitzen sie."[588]

Der Seelsorger registrierte sensibel das Doppelgesicht des technischen und ökonomischen Fortschritts. Obwohl er den Eisenbahnbau in der Mitte der 1870er Jahre für den wirtschaftlichen Fortschritt in der Region begrüßte, trugen die technischen Errungenschaften Unruhe und sittliche Gefährdungen in das Land:

> "Gegen die Trunksucht hatte die Mäßigkeitsbruderschaft sehr heilsam gewirkt, allein als der Eisenbahnbau in hiesiger Gegend losging, hörte sie fast ganz auf. Jetzt kamen die Leute so viel durcheinander, daß es für die Männer fast unmöglich wurde, das Versprechen zu halten."[589]

Dazu fügt sich, daß der Prälat sich an anderer Stelle mit dem sozialen Phänomen der Industrieansiedlungen auseinandersetzte und ihre Folgen für die moralische Integrität des katholischen Milieus in Südoldenburg bedachte:

> "In der letzten Zeit ist hier viel über industrielle Anlagen gesprochen. [...] Mich interessirt besonders die seelsorgliche Seite. Daß solche industrielle Unternehmungen für die Sittlichkeit nicht förderlich sind, und die alten einfachen Sitten verderben, ist sicher. Allein wenn einmal Fabriken sein müssen, sind sie noch besser auf dem Lande, als in den großen Städten. Darum kann ich mich weder für noch gegen dieselben aussprechen. Dann aber muß es gehen, wie Gott will."[590]

Ihre Fortsetzung findet Wempes Auseinandersetzung mit der Industrialisierung in seinen Betrachtungen über das Verhältnis von kritischer Wissenschaft und christlichem Glauben; für ihn stand eindeutig fest:

> "Daß die Idee der freien Forschung auch bisweilen auf Katholiken verderblich einwirkt, und zum Abfall von der Kirche führt, ist sicher. Überhaupt ist es sonderbar, daß so oft die Professoren an den Universitäten mit der Kirche in Conflikt kommen."[591]

Der Tod eines Amtsbruders stürzte Wempe in tiefe Nachdenklichkeit, in der die seelische Not des Katholiken um sein ewiges Seelenheil geistige Gestalt

---

[588] Ebd., S. 45.
[589] Ebd., S. 32.
[590] Ebd., S. 53.
[591] Ebd., S. 60.

annahm. Wempe schildert das Schicksal der katholischen Geistlichen, die aufgrund des Zölibats ohne Familienverband lebten und starben:

> "Für einen verstorbenen Geistlichen wird aber im allgemeinen nur wenig gebetet, wenn er nicht Sorge getroffen hat, daß Messen zelebriert werden. Für einen Vater oder eine Mutter, oder auch für ein erwachsenes Kind wird in dem Hause oft jahrelang gemeinsam gebetet und zu den Messen gehen die Angehörigen [...]. - Das Haus eines Geistlichen löset sich aber gewöhnlich bald auf, und die Verwandten sind fern, gewöhnlich auch nicht nahe verwandt, haben ihm oft auch nicht nahe gestanden, u. ihn daher bald vergessen.[...] Eine andere Folgerung, die man aus jener Thatsache ziehen möge, ist, daß ein guter Priester für seine eigene arme Seele sorgen möge, sowohl durch testamentarische Bestimmungen über Messen u. Gebete, als auch durch gute Verwendung seines Vermögens u. Abbüßung bei Lebzeiten."[592]

Wempe scheute sich, seine Überlegungen zu einem konsequenten Ende zu führen und Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Die Sorgen des Prälaten verdeutlichen nicht nur die seelische Not des geistlichen Standes unter dem Zölibat, sondern auch die Bedeutung des Familienverbandes für das traditionelle Sozialgefüge in Südoldenburg. Der individuierte Mensch, der Mensch ohne Familie, verlor den Schutz und die Begleitung, nicht nur im Leben, wie das Beispiel Wempes zeigt, sondern auch über den Tod hinaus; er gehörte nicht mehr dazu und wurde vergessen. Am Ende dieses Lebenslaufes standen häufig Verbitterung und Resignation. Am Jahreswechsel 1902/03 bedenkt Wempe seine Aufgabe, seine Grenzen und Möglichkeiten als Seelsorger und verdeutlicht die große Differenz zwischen moralischem Anspruch und religiöser Alltagswirklichkeit in Südoldenburg:

> "Es ist ein eigenthümliches Verhältniß, wir haben immer noch manche Pläne, u. wollen auch vieles, u. wissen nicht, ob wir noch einen Tag haben werden. Anderseits ist es nothwendig, daß wir handeln, als ob uns noch längere Zeit sicher wäre [...]. Darum gehe man nur ruhig ans Werk, sorge aber auch dafür, soweit man kann, daß ein anderer in unsere Stelle treten kann, wenn man plötzlich abgerufen würde. Anderseits ist der Wechsel des Jahres auch immer eine ernste Mahnung: 'Wirket solange der Tag ist; denn es kommt die Stunde, wo Niemand mehr wirken kann.'
> Ich stehe bereits im 30. Jahre der Seelsorge, wer weiß wie lange noch? Ich muß daher wirken, wenn ich noch was ausrichten will. Es kann auch meine Zeit bald abgelaufen sein. Aber wie kann ich noch wirken? Freilich ist man nicht für den Erfolg, sondern nur für seinen Fleiß und seine Tätigkeit verantwortlich; allein der Erfolg ist meistens ein Zeichen des Fleißes und der Tätigkeit, und ermuntert dazu.
> Äußerliche Wirkungen kann man bisweilen nicht hervorbringen, allein die Sünden verhindern; die wirkliche Frömmigkeit befördern ist oft recht schwer, und diese wächst

[592] Ebd., S. 37f.

> oft gar nicht. Ja wären die Menschen doch alle, nein die Katholiken, u. selbst die Priester nur so wie sie sein sollten!
> Eine Reformation mag nothwendig sein, sie muß aber bei uns selbst anfangen. Woran fehlt es?"[593]

Auch diese Gedanken führte Wempe nicht weiter. Gott war offensichtlich unerreichbar, er war entsetzlich fern. Resigniert machte Wempe nicht mehr den realen Erfolg zum Maßstab seiner seelsorgerischen Tätigkeit, sondern relativierte die Anforderungen an sich selbst. Nach 30 Jahren geistlichen Wirkens hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß das persönliche Werk unvollendet bleibt und die Anstrengungen, dem katholischen Ideal zu genügen, notwendig scheitern müssen.

5.12. Das Zentrum in der oldenburgischen Landespolitik

Während im ländlichen Norden Oldenburgs der Liberalismus traditionell dominierte und in den industrialisierten Städten Delmenhorst und Wilhelmshaven die Sozialdemokratie zur stärksten politischen Kraft aufstieg, übernahm im katholischen Süden des Landes die Zentrumspartei die unumstrittene politische Führungsrolle. Aufgrund der Wahlkreiseinteilung in Oldenburg waren der Linksliberalismus und die Sozialdemokratie im Gegensatz zum Zentrum benachteiligt. Bei der ersten Reichstagswahl 1871 entfielen auf den Zentrumskandidaten Anton Russell 80 % der Stimmen des dritten Wahlkreises. Das Zentrum erreichte im Großherzogtum insgesamt 47,8 % der Stimmen und errang neben den beiden nationalliberalen Abgeordneten aus dem ersten und zweiten Wahlkreis das dritte Reichstagsmandat. Bis 1884 einschließlich und dann wieder 1907 wies der dritte Wahlkreis die höchste Wahlbeteiligung auf (1884: 56,3 %; 1907: 86,0 %). Ferdinand von Galen, der seit 1874 dem Reichstag angehörte, wurde 1877, 1878, 1887, 1890, 1893, 1898 und Reichsgerichtsrat Eduard Burlage 1903 mit 80 % bzw. über 80 % der Stimmen gewählt, Galen 1881 und 1884 sogar mit über 90 % der Stimmen. Die schlechtesten Ergebnisse erzielte das Zentrum seit der Reichsgründung im Jahre 1874 (Galen) mit 72,9 %, 1907 (Burlage) mit 64,3 % und 1912 (Friedrich von Galen) mit 74,5 %.[594] Die Ergebnisse des Zentrums in

[593] Ebd., S. 50f.
[594] ECKHARDT, Staat, S. 395f.: Reichstagswahlen: Bevölkerung, Wahlberechtigte und konfessionelle Gliederung. Bei der Reichstagswahl am 17. Juni 1898 kandidierte Friedrich Ebert, der spätere Reichspräsident, im dritten oldenburgischen Wahlkreis für die SPD gegen Graf von Galen (Zentrum) und unterlag erwartungsgemäß mit 1 293 (SPD) gegenüber 11 918 Stimmen

den Reichstagswahlen der Wilhelminischen Ära pendelten sich im Großherzogtum Oldenburg auf einem Niveau von 22 % bis 25 % ein.[595] Dieses Resultat ist darauf zurückzuführen, daß in Südoldenburg trotz sozialer Konflikte und politischer Spannungen "Überzeugungen und Urteile durch alle soziale Schichten und Berufsgruppen eng in katholisch-kirchliche Überlieferungen und Interessen eingebunden" waren.[596]

Graf Ferdinand von Galen war für den südoldenburgischen Katholizismus im Kaiserreich das, was Burlage für ihn am Anfang der Weimarer Republik wurde. Der Jurist Eduard Burlage, ein gebürtiger Südoldenburger, wurde zweimal, 1903 und 1907, in den Deutschen Reichstag gewählt. Die Person des Kandidaten wurde dabei zu einem "wahlspezifischen Symbol emotionaler Ortsbezogenheit", und der Wahlerfolg hing im Kaiserreich entscheidend von der Fähigkeit des Kandidaten ab, "das örtliche Milieu zu symbolisieren."[597] Der gebürtig aus Westfalen stammende Ferdinand von Galen (1831 - 1906) war ein Neffe des Sozialpolitikers und Mainzer Bischofs Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Sein Name ist eng verbunden mit dem ersten sozialpolitischen Antrag im Reichstag, dem sog. "Antrag Galen", der am 19.

(Zentrum). Bei dieser Wahl erhielt Galen in der Stadt Vechta 359 von 391 abgegebenen Stimmen, Friedrich Ebert nur zwei. In Bakum, Steinfeld und Vestrup konnte das Zentrum alle Stimmen auf sich vereinigen. Der gebürtige Heidelberger Ebert war 1891 nach Bremen gezogen, wo er als Sattler, Redakteur und Gastwirt arbeitete. (DASENBROCK, Dirk: Wie Friedrich Ebert einmal im Oldenburgischen als Kandidat fürchterlich unter die Räder kam, IN: MT vom 8.6.2000)

[595] STEYER, Parteien, S. 36: zu den Reichstagswahlen im Großherzogtum von 1893 - 1912.

[596] SCHMIDT, Oldenburg, S. 40. Die Sonderstellung des Münsterlandes leitet Schmidt aus dem moralisch-religiösen Fundamentalismus der katholischen Region ab: "Und so erst recht die politischen Wertkategorien im katholischen Südoldenburg: hier hatten auch die bürgerlichen Liberalen gegen das absolut dominierende, von einer pflichtbewußten Wahlbeteiligung mitgetragene Zentrum nie eine Chance - von den als Religionsfeinden verschrienen Sozialdemokraten ganz zu schweigen. Zum 3. Oldenburger Reichstagswahlkreis, der das Oldenburger Münsterland ganz umfaßte, gehörten auch das protestantische Stedingerland, Delmenhorst und Wildeshausen, und es mag an den beachtlichen Stimmengewinnen des 'Fortschritts' in diesen Gebieten gelegen haben, daß sich liberaler Optimismus nach der Reichstagswahl von 1907, bei einem Stand von etwa 9 000 liberalen Stimmen gegen 16 000 für das Zentrum im gesamten Wahlkreis, hoffnungskühn ausrechnete, bei intensiver Aufklärungsarbeit könne mit der Zeit wohl die Vorherrschaft des Zentrums gebrochen werden. Zehn Jahre allerdings - so gestand man in den Oldenburger 'Nachrichten für Stadt und Land' vorsichtig zu - 'dürfte aller Voraussicht nach der 3. Oldenburgische Reichstagswahlkreis noch unbestrittener Besitz des Zentrums sein'. Glücklicher liberaler Fortschrittsglaube der Jahre um 1900 - zu messen an den Wahlergebnissen im Oldenburger Münsterland nicht zehn, sondern sechzig und fast siebzig Jahre später." (S. 57)

[597] NAßMACHER, Kontinuität, S. 250.

März 1877 eingebracht wurde. Urheber des Antrags war der westfälische Zentrumspolitiker Burghard von Schorlemer-Alst, der vom "Hinterbänkler" Graf von Galen vertreten wurde. Der Antrag hatte keine unmittelbaren praktischen Resultate, gilt aber als Beginn des sozialpolitischen Engagements des Zentrums. 1880 übernahm Galen die Verwaltung des Familienbesitzes in Dinklage. Drei Söhne des Grafen Ferdinand von Galen bestritten erfolgreiche Karrieren: Friedrich (1865 - 1918) gehörte für den dritten oldenburgischen Wahlkreis von 1907 bis 1912 dem Deutschen Reichstag an, Franz (1879 - 1961) war preußischer Landtagsabgeordneter, und Clemens August (1878 - 1946) wurde 1933 zum Bischof von Münster gewählt. Ferdinand von Galen starb am 5. Januar 1906 auf Burg Dinklage.[598]

Am geringsten war der Zuwachs der Sozialdemokratie erwartungsgemäß im dritten oldenburgischen Reichstagswahlkreis. Aber auch in diesem Wahlkreis hatte die SPD von 1887 mit 1,9 % auf 1912 mit 16,3 % einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen, der aber am wenigsten auf das politische Konto des katholischen Münsterlandes ging. 1903, meldete die Vechtaer OV triumphierend, seien "in unserm Münsterlande" nur "136 sozialdem. Stimmen nicht von Einheimischen, sondern von zugezogenen Gesellen und Fabrikarbeitern abgegeben" worden, und es sei "alle Arbeit der sozialdemokratischen Agitatoren vollständig vergebens gewesen".[599] Die katholischen Gemeinden Südoldenburgs unterschieden sich in ihrer politischen Mentalität, die eine Sache des Glaubens war, vor dem Ersten Weltkrieg deutlich von den übrigen Gemeinden des Herzogtums. Für den Katholizismus erlangte die SPD die Bedeutung einer Antimilieupartei und stärkte somit die politische Geschlossenheit des politischen Milieus in Südoldenburg. So erzielte das Zentrum in allen 30 Gemeinden der Kreise Cloppenburg und Vechta im ersten Wahlgang der Reichstagswahlen von 1903, 1907 und 1912 mehr als 65 % der gültigen Stimmen und konnte in allen drei Wahlen und allen 30 Gemeinden mehr als 40 % der Wahlberechtigten mobilisieren. 1912 waren es sogar über 85 % der gültigen Stimmen und über 45 % der Wahlberechtigten, 1907 über 55 % der Wahlberechtigten und in 26 Gemeinden über 90 % der gültigen Stimmen.[600] Die Ergebnisse der Reichstagswahlen lagen für das Zentrum in Oldenburg immer deutlich über dem Ergebnis auf Reichsebene.

---

[598] FRIEDL, Handbuch, S. 222f. (von Matthias Kuck); ASCHOFF, Rechtsstaatlichkeit, S. 98-106; ANDERSON, Windthorst, S. 212.
[599] OV vom 20.6.1903.
[600] NAßMACHER, Kontinuität, S. 229.

Tab. 2: Ergebnisse des Zentrums bei den Reichstagswahlen in Oldenburg und im Reich[601]

Reichstagswahlen	Großherzogtum	Reich
1871	47,8 %	18,6 %
1874	41,2 %	27,8 %
1877	35,5 %	24,9 %
1878	45,2 %	23,1 %
1881	37,8 %	23,2 %
1884	33,4 %	22,6 %
1887	24,7 %	22,1 %
1890	24,1 %	18,6 %
1893	24,7 %	19,0 %
1898	24,6 %	18,9 %
1903	25,2 %	19,7 %
1907	22,6 %	19,4 %
1912	22,1 %	16,4 %

Das Zentrum war in Oldenburg gegenüber dem Reich überdurchschnittlich repräsentiert, allerdings schwächte sich seine Position bei einem relativ gleichbleibenden Anteil von Katholiken prozentual stärker ab als im Reich, weil die oldenburgische Sozialdemokratie und der Freisinn in der Vorkriegszeit ihre Position erheblich ausbauen konnten. Von 1871 (47,8 %) auf 1912 (22,1 %) wurde der Anteil des Zentrums mehr als halbiert. Sein Ergebnis bei den Reichstagswahlen 1874 - im Gegensatz zum Reich verlor das Zentrum in Oldenburg - ist offensichtlich als ein politischer Reflex auf das Ende des Oldenburger Kirchenstreites im Jahre 1871 und den ausgebliebenen "Kulturkampf" zu sehen. Sobald die kulturpolitischen Spannungen im eigenen Lande nachließen, konnte das Zentrum seine Wählerschaft nicht mehr in vollem Umfang mobilisieren.

[601] ECKHARDT, Staat, S. 397.

Nach dem Tode von Nikolaus Friedrich Peter am 13. Juni 1900 wurden in Oldenburg die innenpolitischen Reformen fällig, die der Großherzog bisher konsequent abgelehnt hatte. Er hatte zeitlebens am revidierten Staatsgrundgesetz des Jahres 1852 festgehalten und jede Änderung abgelehnt, "die zu einer Ausweitung der parlamentarischen Mitarbeit oder zu einer Vergrößerung der Mitbestimmungsrechte des Volkes geführt hätte".[602] Im Frühjahr 1903 initiierten Vertreter der Freisinnigen Volkspartei (FrVP) und der SPD eine Wahlrechtsdiskussion, die im Jahre 1909 mit der Aufhebung des indirekten und der Einführung des direkten Wahlrechts zum erfolgreichen Abschluß gebracht wurde.[603] Begünstigt durch das indirekte Wahlverfahren und Wahlbeschränkungen blieb die traditionelle "Vorherrschaft der Agrarier" in den oldenburgischen Landtagen über die Jahrhundertwende erhalten.[604] Anstöße zur Demokratisierung des Wahlrechts gingen in Oldenburg von gravierenden

---

[602] FRIEDL, Handbuch, S. 525 (von H. Friedl).

[603] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlrechtsentwicklung, S. 125f. Die Initiative ging von dem freisinnigen Abgeordneten Ahlhorn-Osternburg aus, der dem Landtag am 20. Januar 1903 einen "Antrag, betreffend Einführung des direkten Wahlrechts" vorlegte. In den Landtagswahlen von 1902 hatte die "Rechte" aus Vertretern der Nationalliberalen Partei (NLP), des Bundes der Landwirte (BdL) und des Zentrums zwar ihre Mehrheit behaupten können, erkannte aber im Anwachsen der "Linken" aus Vertretern der Freisinnigen Volkspartei (FrVP) und der Sozialdemokratischen Partei (SPD) eine Gefahr für das Land. Die SPD, die 1899 erstmals einen Abgeordneten in den Landtag entsandt hatte, konnte 1902 die Zahl ihrer Mandate auf 6 erhöhen. Der Antrag Ahlhorn-Osternburg wurde mit 20:19 angenommen und an die Staatsregierung weitergeleitet, die die Entscheidung hinauszögerte und die Wahlrechtsfrage schließlich von einer Kommission beraten ließ. Nach der Landtagswahl im Jahre 1908 wurde am 4. Februar 1909 die parlamentarische Beratung des Wahlgesetzes aufgenommen.

[604] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlrechtsentwicklung, S. 123f. Die Wahl der Landtagsabgeordneten erfolgte von 1852 bis 1909 nach einem indirekten Wahlverfahren, welches eine Mediatisierung des unmittelbaren Wählerwillens zur Folge hatte, da zwischen Urwähler und Mandatsträger ein Wahlmännergremium trat, das an kein politisches Mandat gebunden war. Für je 300 Einwohner war ein Wahlmann und für je 6 000 Einwohner ein Abgeordneter zu wählen. Das Wahlgesetz von 1852 führte in Oldenburg das Dreiklassenwahlrecht ein. Die Wahlrechtsnovelle vom 21. Juli 1868 erhöhte die Relationen auf 500 Einwohner pro Wahlmann und auf 10 000 Einwohner pro Abgeordneter. Damit reagierten Staatsregierung und Landtag auf die steigenden Einwohnerzahlen in Oldenburg. Das Wahlgesetz von 1868 hob das Dreiklassenwahlrecht auf, tastete aber die Wahlkreiseinteilung nicht an. In Südoldenburg waren zwei Wahlkreise eingerichtet: Der 6. oldenburgische Wahlkreis umfaßte die Ämter Vechta, Steinfeld und Damme, der 7. die Ämter Cloppenburg, Löningen und Friesoythe. Das eigentliche konservative Element bestand in der Beschränkung des Wahlrechts, nach der Personen, die "ohne einen eigenen Herd bei andern in Kost und Lohn" standen, von der Wahl ausgeschlossen waren. (FIMMEN, Sammlung 1, S. 530.) Diese Bestimmung blieb bis 1909 in Kraft. Vor allem die Wahlrechtsbeschränkungen führten zur politischen Abstinenz der Bevölkerung, die sich besonders in den Landtagswahlen zeigte: Die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen überstieg bis 1908 nicht die Zwanzigprozentgrenze.

sozioökonomischen Veränderungen aus. Kritiker aus linksliberalen und sozialdemokratischen Kreisen drängten darauf, die Möglichkeiten zur Partizipation an der oldenburgischen Landespolitik zu erweitern und dadurch eine angemessene Repräsentation aller sozialen Gruppen im Landesparlament zu erreichen. Dafür war in erster Linie die Beseitigung des indirekten Wahlsystems erforderlich. Nach sechs Jahren wurden die Debatten um das oldenburgische Wahlrecht abgeschlossen.[605] Der Art. 113 hatte in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 17. April 1909 folgenden Wortlaut:

> "Der Landtag besteht aus Abgeordneten, welche durch allgemeine unmittelbare und geheime Wahlen berufen werden."[606]

Zur Enttäuschung der oldenburgischen Sozialdemokratie und der freisinnigen Abgeordneten enthielt das neue Wahlgesetz ein sogenanntes Pluralwahlrecht. Es räumte jedem Wahlberechtigten ab dem 40. Lebensjahr eine Zusatzstimme ein. In den Ausführungsbestimmungen des am 17. April 1909 veröffentlichten "Gesetzes für das Großherzogtum, betreffend die Wahl der Abgeordneten zum Landtage", hieß es:

> "§ 1. Die Wahl der Abgeordneten ist unmittelbar und geheim.
> § 2. Wahlberechtigt und wählbar ist jeder Deutsche männlichen Geschlechts, welcher zur Zeit der Wahl das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Jahren im Großherzogtum seinen Wohnsitz hat.
> § 3. Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme; eine weitere hat jeder Wahlberechtigte, der zur Zeit der Wahl das vierzigste Lebensjahr vollendet hat."[607]

Eine Minderheit aus SPD und FrVP lehnte die Zusatzstimme für über Vierzigjährige, die sie als "ein konservatives Regulativ" ansah, ab, konnte sich im

---

[605] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlrechtsentwicklung, S. 124.
[606] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 85; KNIEF, Staatsverfassung, S. 47. Der Art. 113 hatte im revidierten Staatsgrundgesetz von 1852 folgende Fassung: "§. 1. Der Landtag besteht aus Abgeordneten, welche durch Wahl ihrer Mitbürger berufen werden. §. 2. Die Wahl der Abgeordneten geschieht durch die im Wahlgesetz bezeichneten Personen." (GESETZBLATT, Bd. 13, S. 175)
[607] GESETZBLATT, Bd. 37, S. 89f.; MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlrechtsentwicklung, S. 130f. Aufgrund der angestiegenen Bevölkerungszahlen wurde im Wahlgesetz von 1909 auch eine neue Wahlkreiseinteilung vorgenommen. In Südoldenburg wurden sechs Wahlkreise eingerichtet: Der Nordbezirk des Amtes Vechta, der Südbezirk des Amtes Vechta, die Gemeinden Cloppenburg, Krapendorf, Emstek und Cappeln, die Gemeinden Molbergen, Lindern, Lastrup und Garrel, die Gemeinden Löningen und Essen und das Amt Friesoythe, das am dünnsten besiedelt war, bildeten jeweils einen Wahlkreis. (GESETZBLATT, Bd. 37, S. 91)

Landtag aber nicht durchsetzen.[608] In der Wahlrechtsdebatte hatte das Zentrum eine Wendung nach rechts vollzogen und war zusammen mit den Vertretern der NLP und des BdL für die Beschränkung des Gleichheitsprinzips eingetreten. Der Kampf für die Beibehaltung der Konfessionsschulen in Oldenburg hatte es nach rechts an die Seite von NLP und BdL geführt. Eine solche politische Konstellation, die auf kulturpolitische Motive zurückzuführen war, wiederholte sich in der Geschichte des Freistaates Oldenburg nach dem Ersten Weltkrieg. Mit der Einführung der Alterspluralität, die den Wählern über 40 Jahren eine zweite Stimme zubilligte, verband man die politische Erwartung, daß die Angehörigen dieser Altersgruppe gegen radikale Gesinnungen gefeit seien.

Die Wahlrechtsnovelle von 1909 löste im Zentrum Anstrengungen zur Reorganisation der Partei aus, die an der Basis ansetzten. Durch die Eintragung in Listen verpflichteten sich die Mitglieder, einen Jahresbeitrag von mindestens 30 Pfennigen in die Zentrumskasse zu zahlen, und erhielten das Recht, aus ihrer Mitte heraus einen Gemeindeausschuß zu wählen.[609] Zu den Aufgaben der Gemeindeausschüsse gehörte es, Kandidaten in Vorschlag zu bringen und Vertreter in die Landtagswahlausschüsse zu entsenden, die in jedem Wahlkreis eingerichtet wurden.[610] Mit der neuen Parteistruktur hatte das Zentrum einen ersten Schritt von der unbeweglichen Honoratioren- zur modernen Mitgliederpartei getan. Unter den demokratischen Verhältnissen der Nachkriegszeit profitierte das Zentrum von der Reorganisation der Parteibasis und konnte sich mühelos auf das geltende Verhältniswahlrecht umstellen. Erste Auswirkungen zeigte der neue Modus für die Nominierung der Landtagskandidaten bereits bei den Landtagswahlen im Jahre 1911.

Bei der Nominierung der Kandidaten für die Wahlen zum 32. Landtag kam es im Wahlkreis Vechta zu einem Aufstand der reorganisierten Parteibasis

---

[608] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlrechtsentwicklung, S. 130; FIMMEN, Sammlung 1, S. 139, 151. Das Wahlgesetz war nicht Teil des Staatsgrundgesetzes (Art. 118, 2) und bedurfte zu seiner Änderung auch nicht der im Staatsgrundgesetz vorgeschriebenen Dreiviertel-Mehrheit, sondern nur der einfachen Mehrheit (Art. 212, 2); es wurde als solches im Gesetzblatt publiziert (Gesetzblatt, Bd. 37, S. 89ff.: Gesetz für das Großherzogtum, betreffend die Wahl der Abgeordneten zum Landtage, vom 17. April 1909) Dagegen stellte die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts eine Verfassungsänderung dar. (Gesetzblatt, Bd. 37, S. 85-87: Gesetz für das Großherzogtum, betreffend Änderung des Staatsgrundgesetzes, vom 17. April 1909)

[609] Der geringe Jahresbeitrag von mindestens 30 Pfennigen stellte kein Hindernis dar, wenn sich jemand im Gemeindeausschuß aktiv an der Zentrumspolitik beteiligen wollte.

[610] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wandel, S. 144.

gegen die "Kaplanokratie" der Geistlichen Sommer, Stegemann und Thole.[611] Die Opposition war ausgelöst worden durch Angriffe des langjährigen Landtagsabgeordneten Heinrich Enneking, Brennereibesitzer in Damme (1855 - 1947), auf den Steinfelder Kaplan Franz Sommer, der dem Landtagswahlausschuß Vechta-Süd angehörte. In seinen Attacken auf Sommer versuchte Enneking, die Chancen zu nutzen, die die beginnende Demokratisierung des parteipolitischen Lebens im Zentrum mit sich führte, und die Position der grundbesitzenden bäuerlichen Schicht zu stärken.[612] Neben Kaplan Sommer gehörten dem "Trio" Kaplan Anton Stegemann aus Lohne an, der Mitglied des Landtagswahlausschusses Vechta-Nord, Schriftführer des Landesausschusses und Mitglied des neunköpfigen Vorstandes der oldenburgischen Zentrumspartei war, und Kaplan Georg Thole aus Vechta, der Schriftführer im Landtagswahlausschuß Vechta-Nord, Vorstandsmitglied des Windthorstbundes und verantwortlicher Redakteur der Oldenburgischen Volkszeitung war. Die von Enneking ausgelöste Kampagne macht deutlich, daß es im Zentrum eine innerparteiliche Opposition und eine politische Gegenströmung gegen die Vorherrschaft des katholischen Klerus gab. Sie hatte sich aber "keineswegs die Abkehr von den allgemeinen Prinzipien der Zentrumspartei" zum Ziel gesetzt. Aber auch 1911 blieb die Kandidatennominierung das politische Privileg der "geborenen" Mitglieder und Zentrumsfunktionäre Sommer, Stegemann und Thole:

> "Sie waren es, die ihre Stellung außerhalb der Zentrumspartei dazu benutzten, um innerhalb der Partei ihre Ziele verwirklichen zu können."[613]

Die parteipolitischen Konflikte im Vechtaer Zentrum hatten offensichtlich eine Parallele in der Dammer Kommunalpolitik. Brennereibesitzer Heinrich Enneking wurde am 29. August 1890 zum Bürgermeister von Damme gewählt und trat die Nachfolge des Kolonen August Osterhoff an, der am 30. November 1889 vom Landgericht Oldenburg "wegen Unterschlagung ihm amtlicherseits anvertrauter Gelder in sieben Fällen" verurteilt worden war.[614] Im Mai 1890 erfolgte seine Amtsenthebung. Ennekings Wahl stieß im Amt Vechta auf Skepsis. Im März 1905 trat er aufgrund beruflicher Belastungen vom Amt des Gemeindevorstehers zurück. Offene Machtkämpfe, in die Osterhoff wie Enneking verwickelt waren, bestimmten das kommunalpoliti

[611] Ebd., S. 146-150.
[612] HEHEMANN, Politik, S. 448-451.
[613] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wandel, S. 150.
[614] HEHEMANN, Politik, S. 449.

sche Klima in Damme bis in die Zeit der Weimarer Republik hinein. Persönliche Animositäten verbanden sich dabei mit partei- und gesellschaftspolitischen Motiven, denn die beginnende 'Demokratisierung' des Gemeindelebens brachte es mit sich, "daß die traditionellen Eliten, das hieß für Damme in der Regel die grundbesitzenden Bauern, sich immer mehr der Gestaltungsmöglichkeiten bewußt werden konnten, die in der kommunalen Selbstverwaltung lagen."[615]

Die Reorganisation des Zentrums infolge der Wahlrechtsänderung im Jahre 1909 verfolgte nicht das Ziel, die Möglichkeiten politischer Partizipation für die Parteibasis zu vergrößern, sondern angesichts der erstarkenden politischen Linken das Wählerreservoir in den bevorstehenden Wahlen möglichst vollständig auszuschöpfen und damit die eigenen Wahlaussichten zu erhöhen. Die neue Organisationsform des Zentrums war in erster Linie als "ein Mittel zur Stabilisierung der oligarchisch-autoritären Struktur der Partei" anzusehen und "keineswegs ein Tribut an den sich abzeichnenden gesellschaftlichen Wandel". Andere Ziele, die innerparteiliche Demokratisierung und Partizipation zum Inhalt hatten, verfolgte eher die Opposition um Enneking:

> "Männer um Enneking widmeten ihre Aufmerksamkeit weniger der Existenzfrage des Zentrums, ob mit der Öffnung der Partei für Protestanten der katholische Glaube als Bindemittel einer sozial heterogenen Wählerschaft seine Macht verlieren würde, ihnen ging es primär darum, wie das innerparteiliche Problem der Integration und der Demokratisierung gelöst werden könnte."[616]

Dank der Opposition von Enneking entzündete sich 1911 ein Wettstreit zwischen den "offiziellen" und den "inoffiziellen" Zentrumskandidaturen und entbrannte in der ansonsten eher passiven Region ein Wahlkampf, wie ihn Südoldenburg "noch nicht erlebt hatte".[617] Im "Zentrumsturm" wurden in der unmittelbaren Vorkriegszeit Risse sichtbar, die Ansätze einer politischen Mobilisierung im katholischen Milieu Südoldenburgs erkennen ließen. Gefördert wurde die bäuerliche Opposition gegen den dominierenden klerikalen Einfluß im Zentrum sicherlich auch durch die anhaltende Agrarkonjunktur, die das Selbstbewußtsein der 'zivilen' politischen Elite in der Region förderte.

Der Wahlrechtsnovelle von 1909 kam der Charakter einer politischen Weichenstellung zu. Der 32. oldenburgische Landtag wurde am 29. September

---

[615] Ebd., S. 446.
[616] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wandel, S. 177.
[617] Ebd., S. 150.

1911 als erster oldenburgischer Landtag nach dem direkten Wahlrecht gewählt.[618] Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen am 29. September 1911 war mit 70,7 % im Landesdurchschnitt die höchste, die jemals bei Landtagswahlen in Oldenburg erreicht wurde, und setzte damit "ein unübersehbares Zeichen für den politischen Wandel, der sich innerhalb von wenigen Jahren im Großherzogtum Oldenburg vollzogen hatte". In Südoldenburg trug die Opposition der "inoffiziellen" Zentrums-Kandidaten König (89,2 %) und Enneking (88,3 %) "zu einer Mobilisierung der Wähler bei, die nicht einmal die SPD in ihren Hochburgen Delmenhorst (87,5 %) und Rüstringen (84,6 %) zu erreichen vermochte".[619] Das Ergebnis der Wahl zeigte eine deutliche Verschiebung der parteipolitischen Konstellation und sicherte den fortschrittlichen Kräften, FrVP und SPD, erstmalig eine Mehrheit über das konservative Lager, bestehend aus den Nationalliberalen bzw. dem BdL und dem Zentrum. Die Mandate im neuen Landesparlament verteilten sich wie folgt:

Nationalliberale und/oder Bund der Landwirte	10 Mandate
Zentrumspartei	9 Mandate
Fortschrittliche Volkspartei	14 Mandate
Sozialdemokratische Partei	12 Mandate[620]

Die Wahlen, aus denen zum erstenmal eine linksliberal-sozialdemokratische Landtagsmehrheit hervorging, und die sie tragende Grundstimmung, die auf politische Vereinbarungen in Konfliktsituationen setzte, hatten einen großen Einfluß auf den gemäßigten Verlauf der Revolution von 1918/19. Eine weitgehende Synchronisierung der sozioökonomischen und politischen Entwicklung trug dazu bei, daß die Voraussetzungen für eine soziale Revolution in Oldenburg auf ein Minimum reduziert wurden und die historische Umbruchphase nach dem Ersten Weltkrieg ein hohes Maß an politischer Kontinuität aufwies. Der Landtag von 1911 blieb bis zu den Wahlen der verfassunggebenden Landesversammlung 1919 bestehen.[621]

Das Ergebnis der Landtagswahl vom 29. September 1911 enttäuschte das katholische Zentrum, weil es aus seiner neuen Minderheitenposition heraus in Zukunft nur einen geringeren Einfluß auf die Landespolitik nehmen konnte.

---

[618] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlrechtsentwicklung, S. 131.
[619] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wandel, S. 173. 1908 war aus Vechta mit 43 % der Urwähler die höchste Wahlbeteiligung gemeldet worden, dagegen waren in der Landeshauptstadt nur 32 % und in Varel nur 6 % zur Wahl gegangen.
[620] MOSEBACH-TEGTMEIER, Wandel, S. 174.
[621] Ebd., S. 179.

Noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vollzog sich so in Oldenburg eine gravierende Veränderung im Parteienspektrum, die die Einstellung des Zentrums zum demokratischen Neubeginn im Herbst 1918 erheblich beeinflußte. Durch den Eintritt in das Direktorium und die Weimarer Koalition sicherte es sich nach dem Ersten Weltkrieg unter vorübergehender Zurückstellung konfessioneller und weltanschaulicher Gegensätze einen erheblichen Einfluß auf die oldenburgische Landespolitik. Es kompensierte 1918/19 die politische Niederlage, die es in den Landtagswahlen 1911 erlitten hatte.

5.13. Bürgerlicher Vereinsnationalismus vor dem Ersten Weltkrieg

Noch innerhalb oder am Rande des katholischen Milieus etablierte sich in Cloppenburg ein bürgerliches Vereinswesen, das in der Vorkriegszeit neben den Kriegervereinen zum Träger von nationalistischem und imperialistischem Gedankengut wurde. Die Grenzen und Übergänge zwischen den konfessionellen Vereinen und den konfessionell nicht gebundenen Vereinen waren im katholischen Milieu Südoldenburgs fließend. Die Kriegervereine, die nach dem deutsch-französischen Krieg ins Leben gerufen wurden, verstanden sich als unpolitische militärische Traditionsverbände. Der Cloppenburger Kriegerverein, der 1877 gegründet wurde, setzte sich die Pflege des Nationalbewußtseins, der Vaterlandsliebe und der Kameradschaft zum Ziel und übte sich im innigen Bekenntnis zum religiösen Heimatgedanken. 1881 wurde das alljährliche Bundeskriegerfest des Oldenburger Kriegerbundes - ihm gehörten zu diesem Zeitpunkt erst 33 Vereine an - in Cloppenburg gefeiert; daran nahmen 80 Delegierte aus dem Oldenburger Land teil. Die Cloppenburger MT berichtete über die Veranstaltung mit den Worten:

> "Die kraftvolle Gestaltung des Heimatgedankens kam dabei nicht zu kurz, und tiefe Religiosität war die Wurzel und die Triebkraft aller hehren Bestrebungen."[622]

Damit charakterisierte sie das Selbstverständnis der Kriegervereine, in dem sich die Ideologeme Heimat, Religion und Vaterland zu einem diffusen nationalreligiösen Komplex vereinigten. Zum Höhepunkt in der Vereinsgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg wurde das 32. Bundeskriegerfest, das im Jahre 1904 in Anwesenheit von Großherzog Friedrich August in Cloppenburg veranstaltet wurde. Die symbolträchtigsten Veranstaltungen waren der

[622] Zit. b. STRICKMANN, Heinz: Kriegerverein Cloppenburg feierte 1881 erstes Bundesfest auf Hemmelsbühren, IN: MT vom 26.10.1991, auch zum folg.

Feldgottesdienst, der von Dechant Brust zelebriert wurde, und der militärische Festzug, in dem etwa 3 000 Männer an der Ehrentribüne des Großherzogs vorbeidefilierten. Diese Veranstaltungen waren publikumswirksame Rituale eines nationalkriegerischen Gemeinschaftsideals, das angesichts zunehmender sozialer Differenzierung und politischer Polarisierung durch die historische Reminiszenz an die militärische Reichsgründung einen Basiskonsens herstellen sollte. 1907 schlossen sich die Kriegervereine des Amtsbezirks Cloppenburg zum "Amtskriegerverband Cloppenburg" zusammen und feierten jährlich das Amtskriegerfest. Die Kriegervereine retteten ihre Tradition in die republikanische Gegenwart der Weimarer Republik hinüber und nahmen unter den vaterländischen Vereinen nach dem Ersten Weltkrieg einen festen Platz ein. Im Ruf "Mit Gott für Volk und Vaterland", dem Motto der Kriegervereine, schwang jenes nationalistische und militaristische Pathos mit, das seelisch in der christlichen Imagination des monarchischen Deutschland beheimatet war.

Zu den Trägern des nationalistischen Gedankengutes gehörten in Südoldenburg auch die Sänger-, Turn- und Schützenvereine, die nach der Erfahrung von Revolution und Reaktion in der Epoche der deutschen Reichsgründungsphase auf neuer Grundlage reorganisiert wurden.[623] Mit sichtlicher Genugtuung würdigt der Chronist in einer Festschrift, die zur 100jährigen Wiederkehr der Vereinigung Cloppenburgs mit dem Herzogtum Oldenburg vom Verlag Hermann Imsiecke herausgegegeben wurde, die nationalen Verdienste des bürgerlichen Vereinswesens in Cloppenburg:

> "Der Turnverein stärkt und kräftigt die Jugend, der Schützenverein ‘übt Aug' und Hand, fürs Vaterland’, 4 Gesangvereine ‘rühmen des Ewigen Ehre’, und dem im Jahre 1878 vom Gerichtsschreiber Deeken ins Leben gerufenen Kriegervereine ist im nächsten Jahre die Abhaltung des Bundesfestes der oldenburgischen Kriegervereine übertragen, ein Fest so großartig wie die Mauern Cloppenburgs es bislang noch nicht erlebt haben."[624]

---

[623] STRICKMANN, Karktaorn, S. 20-29: Cloppenburg-Krapendorfer Schützen, S. 41-47: Männer-Gesangverein Liederkranz ist Cloppenburgs ältester kulturtragender Verein.

[624] Cloppenburg, Festschrift, S. 25. Die Gründung des Cloppenburger Turnvereins im Jahre 1892 geht auf Schulrektor Fortmann zurück. Seit 1909 stand dem Verein die erste eigene Turnhalle an der Sevelter Straße zur Verfügung. Neben den genannten Vereinen werden in der Festschrift der landwirtschaftliche Verein mit 250 Mitgliedern, der Tierschauverein, "welcher im vorigen Jahre eine 50jährige Jubiläumstierschau begehen konnte", und der 1876 gegründete katholische Gesellenverein erwähnt, der "neben der vor einigen Jahren ins Leben gerufenen freiwilligen Innung Sorge für die Interessen des Handwerker= und Gesellenstandes" tragen sollte. Ebenfalls fand der "Klub"

Obwohl Südoldenburg im 19. Jahrhundert zahlenmäßig nur eine geringe kleinbürgerliche Schicht aufwies, die sich weitgehend in den Städten Vechta und Cloppenburg konzentrierte, hatte diese Region einen angemessenen Anteil an der bürgerlichen Nationalbewegung, die sich selbst als unpolitisch verstand. Die Gesangvereine rekrutierten sich aus dem kleinstädtischen Bildungs- und Besitzbürgertum, das sich standesbewußt nach unten abgrenzte. Es war ein schweigend angenommener Grundsatz im Cloppenburger Männergesangverein, der sich später als "Liederkranz" bezeichnete, "daß Gesellen und ähnliche Persönlichkeiten in den Verein nicht aufgenommen werden sollten".[625] Der Cloppenburger Männergesangverein wurde 1839 gegründet und war der älteste aktive Männerchor im oldenburgischen Raum. Der Berliner Komponist und Goethefreund Karl Friedrich Zelter hatte während der napoleonischen Besatzungszeit mit der Gründung seiner "Liedertafel" die stark politisch motivierte volksmusikalische Bewegung ins Leben gerufen, die dreißig Jahre später auch ins Oldenburgische vordrang. Als die nationale Frage in den folgenden Jahrzehnten zunehmend die Gemüter bewegte, entfaltete der Cloppenburger Männergesangverein "eine betont patriotische Note". 1847 feierte er auf Hemmelsbühren "zu Ehren des geliebten Großherzogs" dessen Geburtstag "mit Gesang und Illumination".[626] Das Sängerfest in Lohne im Jahre 1860, an dem auch der Cloppenburger Chor teilnahm, wurde als eine patriotische "Siegesfeier" gestaltet, die an den 45 Jahre zuvor errungenen Sieg über Napoleon bei Waterloo erinnern sollte.[627]

Der Oldenburger Sängerbund (OSB), der dem Deutschen Sängerbund angeschlossen war, wurde im Jahre 1910 gegründet und verfolgte nach seinen

---

Erwähnung, der von Obermedizinalrat Dr. Josef Bitter geleitet wurde. Ihm gehörten Cloppenburger Akademiker an.

[625] Liederkranz, 125 Jahre, S. 31. Der Chronist Hermann Bitter, Oberstudiendirektor a. D., zitiert an dieser Stelle aus einem Vereinsprotokoll zum Stiftungsfest des Jahres 1898. Hermann Bitter war der Sohn des Obermedizinalrats Dr. Josef Bitter, der im Männergesangverein das Amt des "Liedervaters" bekleidete, und übernahm 1924 die Leitung des Chores. Die Festschrift wurde anläßlich des Bundessängerfestes "Heimattreu" im Jahre 1964 herausgegeben. Standesgemäß gehörten mit Friedrich Wilhelm Pancratz und Ignaz Feigel bis zum Ersten Weltkrieg zwei Bürgermeister der Stadt Cloppenburg dem "Liederkranz" an. Advokat Pancratz war von 1857 bis 1862 und Kaufmann Feigel von 1885 bis 1917 Bürgermeister in Cloppenburg. Feigel fungierte von 1879 bis 1909 auch als Liedervater im Cloppenburger Männergesangverein. (SIEVERDING, Karl: Der Cloppenburger Liederkranz besteht 160 Jahre, IN: MT vom 6.2.1999)

[626] Liederkranz, 125 Jahre, S. 15f.

[627] WILLENBORG, Kulturleben, S. 189f.

Vereinssatzungen den Zweck, "das deutsche Lied zu hegen und zu pflegen und es mehr und mehr zum Gemeingut des Volks zu machen, um dadurch auch die Erhaltung deutscher Art und deutschen Geistes anzustreben und die Veredelung der Volkssitten zu fördern".[628] Die Mitgliedschaft im Oldenburger Sängerbund wurde ausdrücklich davon abhängig gemacht, daß der Männergesangverein "auf nationaler Grundlage" stand. Ausdruck "nationaler Grundlage" war die politische Erinnerung an die "mit Jubel begrüßte Wiedererrichtung des Deutschen Reiches, die die herrliche Errungenschaft des glorreichen Krieges von 1870/71 war, an dem auch die Oldenburger mit Begeisterung für die Sache des Vaterlandes hervorragenden Anteil nahmen".[629] Aus dem Münsterland gehörten neben dem "Cloppenburger Liederkranz" die Männergesangvereine aus Friesoythe, Goldenstedt und Löningen dem Oldenburger Sängerbund an.[630]

Sowohl die geistliche Elite als auch die bürgerlichen Vereine verstanden sich in Südoldenburg als Träger eines nationalen Ideals, für das sie mit missionarischem Eifer auf den zahlreichen Festen und Kundgebungen der Turn-, Sänger- und Schützenvereine warben. In diesem Sinne hielt auf dem 2. Oldenburger Sängerfest am 4. und 5. Juli 1914 in Cloppenburg der Cloppenburger Dechant Eduard Brust die Festansprache und brachte ein Hoch aus auf den Landesfürsten.[631] Der prominenteste Cloppenburger Geistliche bekannte sich in seiner Rede vorbehaltlos zu Monarchie und Gottesgnadentum. Das hohe Ansehen, das der Großherzog in Südoldenburg genoß, würdigte Brust in einem persönlichen Fürstenlob mit folgenden Worten:

---

[628] FESTBUCH, Bundessängerfest, S. 6. Dem im Jahre 1862 gegründeten Deutschen Sängerbund (DSB) gehörten bereits vor den Einigungskriegen ca. 60 000 aktive Sänger an. Nach einer Phase der Stagnation "von der Reichsgründung bis Ende der 1870er Jahre, die vor allem mit nationaler Saturiertheit und der Abspaltung katholischer und sozialdemokratischer Vereine zu tun hatte", verzeichnete der Sängerbund nach der Jahrhundertwende wieder eine ansteigende Mitgliederzahl und zählte am Vorabend des Ersten Weltkrieges über 200 000 aktive Mitglieder." (KLENKE, Gemeinschaftsideal, S. 210)

[629] FESTBUCH, Bundessängerfest, S. 22.

[630] Ebd., S. 7.

[631] GELHAUS, Hubert: "Grüß Gott mit hellem Klang, heil deutschem Wort und Sang!" Chronik des Chores aus historisch-politischer Sicht gelesen, IN: MT vom 13.5.1989. Dechant Brust rief vor den Sängern aus: "Vom Festausschuß bin ich ersucht worden, ein Hoch auf unseren Fürsten zu begründen. Diese Aufgabe ist mir besonders angenehm, weil ich ein waschechter Oldenburger bin. Deshalb freue ich mich von Herzen, das Hoch ausbringen zu dürfen. Wir sind unserem Großherzog zugetan und ehren ihn, weil Gott es will."

"Er ist Fürst von Gottes Gnaden, nicht von Volkes Gnaden. Und darum ist er uns ein Stellvertreter Gottes. Und hieraus wiederum entsteht ihm die Pflicht, für uns zu sorgen. Das tut er auch in reichem Maße. Und weil er das tut, deshalb verurteilen wir alle, die ihm nicht die schuldige Ehre erweisen. Wir lieben ihn aber auch als Landesvater. Das beweisen wir durch die Tat, indem wir für ihn beten. Wir schließen ihn ins Gebet der Kirche ein. Und weil wir ihn lieben, ist seine Freude unsere Freude, sein Kummer unser Kummer. [...] Ich möchte hier eine Erinnerung einflechten. Vor langen Jahren, da waren wir an 400 Pfarrer aus der Diözese vor der Kathedrale in Münster versammelt. Da kam der hochwürdige Herr Weihbischof von Galen an und fragte: Wer ist unter Ihnen Oldenburger? - Ich, sage ich darauf. Dann, sprach er, gehen Sie rasch in die Kathedrale und danken Sie Gott, daß er Ihrem Volke einen Erbprinzen geschenkt hat. Und voll Andacht und Liebe habe ich damals dieses Dankgebet geprochen. Aus dieser Liebe heraus aber lassen Sie uns in den Ruf einstimmen: S. K. Hoheit der Großherzog lebe hoch!"[632]

Der katholische Paternalismus des Himmels und der Erde, nach dem die Beziehungen zwischen den Untertanen und dem politischen Souverän, zwischen dem Familienvater und den Kindern wie die Beziehung des göttlichen Vaters zu seinen Söhnen und Töchtern zu verstehen waren, konnte sich das politische System nicht anders vorstellen als eine untrennbare Einheit von Thron und Altar.[633] In der Pflege des deutschen Liedes sollte das deutsche Wesen aufbewahrt werden. Vom deutschen Lied, so war in Cloppenburg zu hören, sei "reicher Segen ausgegangen, Segen der Begeisterung und Andacht", der dem deutschen Vaterland zugute komme.[634]

Das Sängerfest des Oldenburger Sängerbundes in Cloppenburg im Jahre 1914 wurde zur letzten Manifestation einer alten Welt, die im kommenden Krieg gegen die neue Welt verteidigt werden sollte. Noch einmal, vielleicht zum letzten Mal in der Geschichte, standen die "Ideen von 1789" für Deutschland und Europa wieder auf der politischen Tagesordnung. Dechant Brust beschwor die Einheit von Thron und Altar und glaubte den konfessionellen Hader von einst im deutschen Patriotismus überwunden. Das Liedgut, das auf dem Sängerfest in Cloppenburg im Jahre 1914 dargeboten wurde, war vom nationalreligiösen Pathos des Wilhelminischen Zeitalters geprägt und enthielt militaristische Züge. Unter Anspielung auf die deutsche Flottenrüstung hieß es unter dem Titel "Flagge heraus!" dazu:

---

[632] CHRONIK, Liederkranz, o. S.: Bericht der MT. Max. Gereon von Galen (1832 - 1908) wurde am 26. Juli 1856 von seinem Oheim, Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler, in Mainz zum Priester geweiht. 1884 wurde Galen Domkapitular und Geistlicher Rat am Generalvikariat in Münster und 1895 Weihbischof von Münster. (SCHRÖER, Bischöfe, S. 362)
[633] LINDGENS, Kirche, S. 269.
[634] CHRONIK, Liederkranz, o. S.: Bericht der MT.

"Flagge heraus, heraus!
Lasset sie wallen im Sturmgebraus, im Sturmgebraus!
Lockt der Feind zu Kampf und Streit,
Flagge flieg, wir sind bereit,
Flagge flieg, wir sind bereit!

Stünd auch einer gegen zehn,
Keinen sollst du wanken seh'n,
Stünd auch einer gegen zehn,
Keinen sollst du wanken seh'n!"[635]

Der Cloppenburger Liederkranz, der mit dem Verleger Hermann Imsiecke den 2. Vorsitzenden des Oldenburger Sängerbundes stellte, begrüßte seine Festgäste mit einer eigenen Dichtung, die den religiös unterlegten deutschen Nationalismus der Vorkriegszeit widerspiegelte:

"Das Vaterland mit seinen Gauen
Ist Heimstatt für das deutsche Lied,
Es schallt durch Fluren, Wald und Auen,
Die frohbewegt das Auge sieht.
[...]
Es kündet, daß mit Mut und Stärke
Das deutsche Volk geht seine Bahn
Und Gott vertraut bei jedem Werke,
Wie einst die Väter es getan!"[636]

Der konservative Deichbau gegen die Moderne in Kultur, Gesellschaft und Politik schloß die Reihen im glühenden Bekenntnis zu Heimat, Volk und Vaterland, in der Verteidigung absolutistischer Legitimität gegen die demokratische Volkssouveränität. Das Fest des Oldenburger Sängerbundes in Cloppenburg wurde wenige Tage vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges zu einem nationalen Bekenntnistag. Was den Menschen "heilig" war, ging in den Schützengräben und Materialschlachten des kommenden Krieges für immer verloren. Der Krieg wurde ein gerechter Krieg, weil er als ein notwendiger Krieg angesehen wurde, um die dekadente westliche Zivilisation zu reinigen und auf ihren natürlichen Ursprung zurückzuführen. Die Aufopferungsbereitschaft für das Vaterland erschien vor diesem Hintergrund als "geheiligte Tugend, die den Bürger über den Fürsten hinaushebt".[637] Die katholische Be

[635] FESTBUCH, Bundessängerfest, S. 55: in Auszügen.
[636] Ebd., S. 15: in Auszügen.
[637] KLENKE, Gemeinschaftsideal, S. 207.

völkerung Südoldenburgs brachte in den Jahren des Ersten Weltkrieges große materielle und persönliche Opfer, in der Erwartung, dafür nach dem Kriege politisch entschädigt zu werden. Diese Hoffnung, die einen politischen Wechsel auf die Zukunft enthielt, konnte die Weimarer Republik nicht erfüllen.

6. Zur Geschichte der Landwirtschaft Südoldenburgs im 19. Jahrhundert

6.1. Das ökonomische Nord-Südgefälle in der oldenburgischen Landwirtschaft

Vor dem Ersten Weltkrieg bestand das Staatsgebiet des Großherzogtums Oldenburg aus drei gesonderten Teilen: aus dem Herzogtum Oldenburg (5 384 qkm), dem von der preußischen Provinz Schleswig-Holstein umschlossenen Fürstentum Lübeck (541 qkm) und dem Fürstentum Birkenfeld (503 qkm), einer Enklave in der preußischen Rheinprovinz. Oldenburg hatte insgesamt eine Fläche von 6 428,34 qkm. Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 wurden im Gesamtgebiet des Großherzogtums 438 856 Personen als ortsanwesend ermittelt; es entfielen 68 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Nach der Volkszählung von 1905 verteilte sich die Religionszugehörigkeit der Einwohner wie folgt: evangelische Christen 77,4 %, katholische 21,9 %, Bekenner jüdischen Glaubens 0,4 % und Bekenner anderer Religionen oder Konfessionslose 0,3 %.[638]

Das oldenburgische Territorium war ein dünnbesiedeltes Gebiet. Ein Bild stärkerer Verdichtung zeigte sich, von der Landeshauptstadt abgesehen, in der Wesermarsch, gefolgt von dem südlichen Oldenburger Münsterland (höchste Dichte in den Gemeinden Dinklage, Steinfeld und Neuenkirchen) und dem Jeverland. Während in der Marsch im Norden des Herzogtums fast die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche als Grün- oder Ackerland verwandt wurde, dominierten noch um 1800 auf der oldenburgischen und münsterschen Geest mit mehr als 50 % der Gesamtfläche unkultivierte Moore und allenfalls extensiv genutzte Heideländereien. Der Roggenanbau, der als Indikator für eine extensive Wirtschaftsform betrachtet werden kann, dominierte auf den sandigen Böden der oldenburgischen und münsterschen Geest um

[638] KORDES, August: Oldenburger Münsterland: Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe Anno 1910, IN: VuL 135/1994 vom 6.9.1994, S. 3. Die Angaben sind dem von Rudolf Mosse herausgegebenen "Deutschen Reichs=Adreßbuch" aus dem Jahre 1910 entnommen, das das Adressenmaterial der Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe des Deutschen Reiches enthielt. Die Daten für Südoldenburg enthalten für jeden Ort Angaben über seine Lage, Einwohnerzahl, Eisenbahn-, Post-, Telegraphen-, Fernsprech- und Schiffahrtsverbindungen, Kirchen, Schulen sowie über seine Gerichtszuständigkeit, Industrie- und Handelszweige und Märkte im Jahre 1910. August Kordes gibt die Daten für die Gemeinden des Oldenburger Münsterlandes authentisch wieder. (S. 3-14)

1833 mit mehr als 50 % des Gesamtanbaus; besonders konzentriert, mit Werten um 50 % und mehr, wurde er im Raum Cloppenburg betrieben. Dabei diente der Anbau von Roggen auch um 1830 in erster Linie der Eigenwirtschaft, wie Ertragsberechnungen für die Kirchspiele Emstek und Cappeln zeigen: Etwa neun Zehntel des Ertrages flossen in den eigenen Betrieb als Brot- und Futtergetreide bzw. als Saatgut zurück, nur ein Zehntel war als Überschuß zu bezeichnen, der in der Regel in den Branntweinbrennereien - auf der Cloppenburg-Wildeshauser Geest gab es allein 78 Brennereien - verarbeitet wurde. Dagegen war der Ackerbau in der Marsch vor allem marktorientiert. Als Indikator für eine intensive Wirtschaftsform kann der Weizen gelten, der im Jahre 1833 mehr als 10 % des gesamten Anbauareals im Jeverland einnahm. Während die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in den Marschgebieten des Herzogtums schon vor 1700 eingeleitet worden war, blieb der Ackerbau auf der Münsterschen Geest bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein noch überwiegend traditionell.[639]

In der Entwicklung des Rindviehbestandes läßt sich bis zur Jahrhundertmitte ein gleichbleibendes Nord-Südgefälle feststellen, das zugleich den von Norden nach Süden abnehmenden Anteil an fruchtbarer landwirtschaftlicher Nutzfläche widerspiegelt. Den höchsten Wert in der marktorientierten Rinderhaltung im Norden des Herzogtums erreichte Butjadingen, den niedrigsten das Gebiet um Vechta und die Dammer Berge. Dagegen treffen wir im ehemaligen Niederstift Münster und dem alten hannoverschen Amt Wildeshausen den höchsten Besatz an Schafen an, die als Grundlage des Heidebauerntums unentbehrlich waren. Die Schafe lieferten auch den Rohstoff für eine dichte heimgewerbliche Strumpfstrickerei auf der Cloppenburger-Wildeshauser Geest. Die Schweinehaltung hatte einen regionalen Schwerpunkt im Süden des Landes, besonders in den Ämtern Vechta, Steinfeld und Damme.

Um 1820 gehörte in den Kreisen Vechta und Cloppenburg mehr als die Hälfte der Bevölkerung zu Heuerlingsfamilien, die grundbesitzlos waren, in den Ämtern Steinfeld und Damme waren es sogar zwei Drittel. Durch die Aufteilung der Marken verloren sie ihre Existenzgrundlage und verarmten. Im ungefähr gleichen Umfang wie die kleinbäuerlichen Betriebe anteilsmäßig

[639] SÜDBECK, Südoldenburg, S. 9ff.; HINRICHS, Wirtschaft, S. 19, 73, 102-113, auch zum folg. Die darstellenden Abschnitte enthalten Verweise auf das statistische Material. Hans Südbeck gibt eine informative Darstellung der vorindustriellen Agrarverfassung Südoldenburgs.

an der Gesamtstellenzahl abnahmen, vergrößerte sich die Zahl der großbäuerlichen Stellen. Repräsentativ für die Region blieb aber der klein- und mittelbäuerliche Betrieb. In der überseeischen Auswanderung ist ebenfalls ein profiliertes Nord-Südgefälle zu erkennen: Je näher die Kirchspiele zur südlichen Landesgrenze hin angesiedelt waren, desto höher war die Auswanderungsquote. Noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts, zwischen 1816 und 1828, hatte das Oldenburger Münsterland die höchste Bevölkerungszunahme im Herzogtum zu verzeichnen. Die Bevölkerung wuchs im Münsterland etwa doppelt so schnell wie in den Marschgebieten, um dann von 1830 an rapide abzusinken. Erst um die Jahrhundertwende konnten die durch die Aus- und Abwanderung entstandenen Bevölkerungsverluste Südoldenburgs wieder ausgeglichen werden. Die Kirchspiele waren von der Wanderungsbewegung allerdings ganz unterschiedlich betroffen. Die südlichen Kirchspiele Damme und Steinfeld verloren 25 % ihrer Bevölkerung, Holdorf mehr als ein Drittel und Neuenkirchen nahezu 40 %. Ihre Ursache finden die Bevölkerungsverluste fast ausschließlich in der überseeischen Auswanderung: Mehr als 50 % der 6 732 Auswanderer aus dem Herzogtum Oldenburg in den vierziger Jahren (1843 - 1850) kamen aus den Ämtern Vechta, Steinfeld und Damme, die in der Summe nur einen Anteil von 16,47 % an der Gesamtbevölkerung hatten. Addiert man noch die Ämter Löningen, Friesoythe und Cloppenburg hinzu, dann kamen nahezu 75 % der Amerika-Auswanderer aus den ehemals münsterschen bzw. osnabrückischen Gebieten. Das größte Auswandererkontingent stellten die Heuerlinge, die durch die Markenteilung, den schwindenden Hollandgang und vor allem durch den Zusammenbruch der osnabrückisch-tecklenburgischen Hausindustrie bei ausbleibenden industriellen Strukturveränderungen in der Heimat keine Möglichkeit mehr für eine dauerhafte Existenzsicherung sahen.[640]

Bei der Betrachtung der demographischen und soziographischen Daten kristallisiert sich im Herzogtum ein strukturelles Nord-Südgefälle heraus, das sich durch die Kriterien Siedlungsdichte, soziale Differenzierung (Heuerlingswesen), Bodennutzung, Viehhaltung und regionale Mobilität beschreiben läßt. Die Gemeinden im Süden des Kreises Vechta, Damme, Steinfeld, Holdorf und Neuenkirchen, die durch die Auswanderung am stärksten betroffen waren, wiesen eine relativ hohe Siedlungsdichte und einen hohen Besatz

[640] WOLTERMANN, Clemens: Das Ende des Heuerlingswesens im südoldenburgischen Münsterland, IN: VuL Jg. 18, Nr. 118, 1986, S. 6-10; OSTENDORF, Auswanderung, S. 164-297. Die Arbeit von Ostendorf enthält die ausführlichste Darstellung der Auswanderung aus Südoldenburg.

mit Heuerlingsstellen auf. Auf der anderen Seite ging von diesen Gemeinden auch ein starker Impuls zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in der Schweinehaltung aus, die aufgrund der Futtermittelzufuhr von Heuerlingen und Kleinbauern weitgehend unabhängig von der zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche und aufgrund des kurzfristigen Kapitalumsatzes mit einem geringen Investitionsaufwand erfolgreich betrieben werden konnte. Den Heuerlingen kommt eine Schlüsselfunktion im Strukturwandel der südoldenburgischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert zu. Die Kriterien für das Nord-Südgefälle sind zu ergänzen durch die Eigenbehörigkeit, eine Variante feudaler Abhängigkeit, die sich im Münsterland aus der westfälischen Kulturgeschichte des Raumes erhalten hatte und sich auf die südlichen Gemeinden der Region, im wesentlichen auf den damaligen Kreis Vechta, konzentrierte. Während im Norden des Herzogtums die Feudalität schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts historisch überwunden worden war, konnte sie sich im Niederstift noch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts halten. Neben vereinzelten Freien waren die Bauern entweder voll eigenbehörig oder hofhörig. Aus der persönlichen Eigenbehörigkeit genoß der Gutsherr Rechte wie Freikauf, Gesindezwangsdienst, Heiratskonsens und Sterbefall. Die Verpflichtungen aus der dinglichen Eigenbehörigkeit, denen auch die Hofhörigen unterstanden, bestanden in ungemessenen Leistungen wie Gewinn und Auffahrt, die bei jedem Erbwechsel eigens festgesetzt wurden. Herzog Peter Friedrich Ludwig ordnete 1806 die Aufhebung der Leibeigenschaft an und leitete damit das Kapitel der Bauernbefreiung im Herzogtum Oldenburg ein, das aber erst mit dem Revidierten Staatsgrundgesetz von 1852 abgeschlossen wurde. Nach der Verordnung von 1806 galt es zunächst zu ermitteln, welche Entschädigungen für die aufzuhebenden Rechte an den Grundherrn zu zahlen waren.[641] Die in der Zeit französischer Okkupation erlassene Verordnung zur Bauernbefreiung, die eine Aufhebung der Feudallasten ohne Entschädigung vorsah, wurde von Herzog Peter Friedrich Ludwig nach seiner Rückkehr aus dem russischen Exil wieder aufgehoben.

Die Eigentumsverhältnisse in der traditionellen Agrargesellschaft Südoldenburgs, die zur Ausbildung einer besitzenden bäuerlichen Ober- und Mittel- und einer besitzlosen Unterschicht führten, wurden konserviert durch das Anerbenrecht, das die Hofstelle auf einen Erben, in der Regel den ältesten Sohn, übertrug. Dadurch wurde der landwirtschaftliche Boden unter den Angehörigen des grundbesitzenden Bauerntums disponiert, und die unterständi

[641] TERHEYDEN, Otto: 150 Jahre Oldenburgisches Münsterland, IN: HKL 1954, S. 75.

schen bäuerlichen Schichten waren auf Generationen vom Eigentum an Grund und Boden ausgeschlossen und somit der Sicherung eigener Subsistenzmittel beraubt. Das durch Gesetz vom 19. April 1899 kodifizierte oldenburgische Grunderbrecht, das in dieser Form in Südoldenburg schon seit Generationen praktiziert wurde, war darauf bedacht, das bäuerliche Erbe in einer Hand zu konzentrieren, und setzte deshalb den männlichen Erben als Alleinerben ein, der "den Vorzug der älteren Geburt" genoß. Dieser war verpflichtet, den Miterben ihren Anteil vom schuldenfreien Wert der Grunderbstelle auszuzahlen.[642] Das Anerbenrecht, das nach 1803 aus münsterscher Zeit übernommen wurde, gab der traditionellen Agrargesellschaft Südoldenburgs den Charakter hoher sozialer Immobilität, die erst nach der Bauernbefreiung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die zunehmende Kapitalisierung und Modernisierung der Landwirtschaft gemildert werden konnte, aber weiterhin das soziale Bewußtsein und die politische Mentalität der Landbevölkerung im konservativen Sinne bestimmte.[643]

Die staatlich geförderte und gelenkte Siedlungspolitik trug erheblich zur Kultivierung von landwirtschaftlich bisher nicht genutzten Moor- und Heideflächen bei und schuf somit die Voraussetzung für kleinbäuerliche Existenzgründungen, die sich stabilisierend auf die soziale Verfassung der Region auswirkten. Das Bevölkerungswachstum, das in der Auswanderung ein Ventil gefunden hatte, der Niedergang des bäuerlichen Nebengewerbes aufgrund der industriellen Konkurrenz und die Markenteilungen, die die Existenzgrundlage der Heuerleute schmälerten, verschärften im deutschen Vormärz die Krise in der südoldenburgischen Landwirtschaft. Die rückständige Entwicklung in der Infra- und Kommunikationsstruktur im Herzogtum schloß eine schnelle Lösung der Krise durch die Ansiedlung von Industriebetrieben aus und leitete erst durch den Eisenbahnbau - 1875 wurde die Linie Oldenburg - Quakenbrück eröffnet, 1876 bis Osnabrück verlängert - einen nachhaltigen Strukturwandel in der Landwirtschaft ein, der zu einer ökonomischen Stabilisierung der Agrargesellschaft führte und einkommensträchtige Wachstumsphasen einleitete. Die südoldenburgische Landwirtschaft war vor der

---

[642] FIMMEN, Sammlung 2, Nr.182, S. 1126-1130.

[643] GARDEWIN, Frauen, S. 14-17. Danach blieb in Südoldenburg das Gütergemeinschaftsrecht nach der "Münsterschen Polizey- und Erbpachtsordnung von 1599 mit adjecta" bis 1609 in Kraft. Daraus resultierte das Vorrecht des männlichen vor dem weiblichen Nachkommen und "eine faktische Benachteiligung der Rechte am Ehegut für Frauen". (S. 17) Zur Illustration gibt Gardewin einen Auszug aus dem Testament eines Bauern in der Ortschaft Vahren aus dem Jahre 1897 wieder. (S. 16)

Herstellung der Bahnverbindungen durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

a) ein Mißverhältnis zwischen Bevölkerungszunahme und zur Verfügung stehender landwirtschaftlicher Nutzfläche;
b) langwierige Markenteilungen und einen Rückgang der Hollandgängerei;
c) die überseeische Auswanderung und eine mäßige Abwanderung in die erstarkenden Industriegebiete;
d) eine Viehhaltung, die in erster Linie der Düngerbeschaffung diente, um die Brotgetreideernte zu sichern;
e) Marktferne und das Fehlen geeigneter Transportmöglichkeiten.[644]

In den Jahrzehnten nach der Reichsgründung umfaßten agrarökonomische Transformations- und Modernisierungsprozesse die Region Südoldenburg, die nach ihrem eigenen Selbstverständnis noch einen integren Bauernstand beheimatete und sich als Hüterin der Tradition gegen die Moderne verstand, und unterwarfen sie in wenigen Jahrzehnten - in ein bis zwei Generationen - einem sozialen und ökonomischen Wandel, den sie in ihrer modernen Geschichte bisher noch nicht erlebt hatte. Als sich die ersten Erfolge dieses langwierigen Transformationsprozesses in agrarwirtschaftlichen Wachstumsphasen abzeichneten und in Südoldenburg einen ersten Abschnitt relativer Prosperität einleiteten, unterbrachen der Erste Weltkrieg und die ökonomischen Rückschläge in der Weimarer Republik die Konjunktur und führten zu einer weitverbreiteten politischen Frustration, die sich vor allem in der Landvolkbewegung konspirativ entlud und schließlich vom Nationalsozialismus absorbiert wurde. Die Heimatgeschichtsschreibung Südoldenburgs, die summarisch mit dem konstitutionellen Zeitalter schloß, hat die Erfahrungen historischer Brüche und Diskontinuitäten bisher weitgehend auszublenden versucht und ein in seinen Umrissen harmonisches Geschichtsbild überliefert. Die Ankunft des katholischen Milieus Südoldenburgs in der entfalteten Moderne des 20. Jahrhunderts bedeutete aber zugleich auch den Anfang vom Ende einer relativ geschlossenen Lebenswelt, die es so nur in den historischen Projektionen der Menschen von der "guten alten Zeit" - das war die Zeit vor 1918 - gegeben hatte.

[644] WINDHORST, Agrarwirtschaft, S. 27f.

6.2. Eigenbehörigkeit und "Bauernbefreiung" in Südoldenburg

Im Gegensatz zum geschlossenen Gutsbesitz in Preußen und den ostelbischen Regionen war im Süden des Herzogtums der gutsherrliche Streubesitz die Regel. Die abhängigen Höfe waren auf verschiedene Ortschaften verteilt, in denen wiederum verschiedene Grundherren präsent waren. So erstreckte sich der Einfluß des Gutes Füchtel mit Höfen in den Kirchspielen der Dammer Berge, in Lohne, Oythe, Bakum, Langförden, Cappeln und Lutten beinahe auf das gesamte Amt Vechta. Die Familie von Elmendorff trat als Grundherr selbst in Krapendorf auf. Zu diesem Adelsgut zählten insgesamt 27 eigenbehörige Bauern mit ihren Familien aus verschiedenen Kirchspielen und mehr als zehn Heuerleute, die als Pächter von Ländereien des Gutes ebenfalls abgabenpflichtig waren.[645] Insgesamt waren in den ehemals münsterschen Ämtern Vechta und Cloppenburg fast vierzig adelige Güter, die landtagsfähig waren und sich auf verschiedene Kirchspiele erstreckten; die Mehrheit davon, etwa 26, lagen im Amt Vechta. Nach einem Bericht von Amtmann Schmedes aus dem Jahre 1811 gab es im Amt Cloppenburg 8 adlige Güter, 17 herrschaftliche Eigenbehörige und 98 herrschaftliche und hofhörige Bauernhöfe.[646] Nicht selten waren mehrere Güter in einer Familie vereinigt. So besaß das Haus von Galen acht Güter im Amt Vechta, die Elmendorffsburg, die Häuser Welpe und Füchtel waren im Besitz der Familie von Elmendorff, die von Ascheberg waren Herren von Glomburg, der Häuser Ihorst und Bakum; im Kirchspiel Steinfeld waren neben dem Domkapitel noch weitere elf adlige Grundherren ansässig, die von Ascheberg und von Galen ebenso wie von Hammerstein, von Rochow und von Elmendorff.[647] Im Kirchspiel Steinfeld waren 1760 noch 43 % aller vorhandenen bäuerlichen Stellen einem Grundherren eigen.[648] Zu den bekanntesten Adelsgütern gehörte die Burg Dinklage, ein Gut der westfälischen Adelsfamilie von Galen, die lange den oldenburgischen Reichstagsabgeordneten für das Zentrum stellte und aus der die großen münsterschen Bischöfe Christoph Bernhard und Clemens August hervorgegangen sind.[649]

---

[645] REINDERS-DÜSELDER, Obrigkeit, S. 318.
[646] MÖLLER, Josef: "Bemerkungen über das Amt Cloppenburg". Landeskunde über administrative und wirtschaftliche Verhältnisse zur "Franzosenzeit" im Jahre 1811, IN: VuL Nr. 130, 1992, S. 9.
[647] REINDERS, Grundherren, S. 74.
[648] HINRICHS, Wirtschaft, S. 53.
[649] STRAHLMANN, Fritz: Neues über Dinklage und über die Herren von Dinklage, IN: VuL Nr. 7, 1936, S. 98-106.

Nach Clemens Pagenstert, einem der besten Kenner der Agrarstruktur Südoldenburgs in der vorindustriellen Zeit, bestand der Grundgedanke der mittelalterlichen Eigenbehörigkeit darin, daß der Bewohner des Hofes nicht Eigenherr, sondern an die Scholle gebunden war; dem Grundherrn war er zu Abgaben und Diensten verpflichtet.[650] Die Gutsherren vertraten die Interessen der Hintersassen im Hochstift Münster auf den Landtagen, im Domkapitel und in der Ritterschaft; so erwirkten die Vechtaer Burgmänner für ihre Eigenbehörigen besondere Vergünstigungen von ihrem Bischof. Erst im Laufe des 18. Jahrhunderts kam es im Hochstift zu einer Kodifizierung der feudalen Rechtsverhältnisse durch die Eigentumsordnung vom 25. April 1722 und die Erbpachtordnung vom 21. September 1783, im Hochstift Osnabrück durch die Eigentumsordnung vom 25. April 1722. Nach diesen Erlassen befanden sich auf den Höfen des Amtsdistrikts Vechta Eigenbehörige, Erbpächter, Hofhörige und Schutzhörige (Freie).[651] Nach der münsterschen Eigentumsordnung vom 10. Mai 1770 waren die Eigenbehörigen mit ihrer Person und ihrem zugehörigen Bauerngut dienst- und abgabenpflichtig, an das Bauerngut gebunden, hatten aber andererseits einen erblichen Anspruch auf die Bewirtschaftung ihrer Hofstelle. Die Abgaben wurden in Naturalien geleistet, die Dienste hingegen weitgehend mit Geld abgelöst. Ein Vergleich der im Amt Damme verlangten Forderungen der Grundherren mit grundherrlichen Belastungen der Bauern in anderen nordwestdeutschen Territorien zeigt, daß die den Bauern auferlegten Abgaben und Dienste in Südoldenburg beträchtlich höher waren. Bei der Erfüllung grundherrschaftlicher Forderungen ließen sich die Bauern häufig Zeit und beschworen damit konfliktträchtige Auseinandersetzungen und Prozesse zwischen Grundherren und Eigenbehörigen herauf. Holzdiebstähle, Fragen der Markennutzungen, Verschuldungen und unerlaubte Verpachtungen waren neben verweigerten Diensten und zu spät

[650] REINKE, Georg: Der Heimatschriftsteller Professor Dr. Pagenstert +, IN: HBL Nr. 1, 1933, S. 1-3; Professor Dr. Clemens Pagenstert ein Geschichtsschreiber des Oldenburger Münsterlandes, IN: VuL Nr. 3, 1937, S. 37f.; FRIEDL, Handbuch, S. 550f. (von Hans Friedl). Der Theologe (1886 in Brixen zum Priester geweiht) und promovierte klassische Philologe Clemens Pagenstert (1860 - 1932) kam nach seelsorglicher und schulischer Tätigkeit am Niederrhein, in Berlin und Münster 1896 als Hilfslehrer an das Gymnasium in Vechta; 1897 wurde er zum Oberlehrer, 1908 zum Professor ernannt. Seine historischen Forschungen konzentrierten sich auf die Hof- und Familiengeschichte des Münsterlandes und setzten sich ein für die "Wahrung der traditionellen Werte von Religion und Sitte", um dem Schwinden des bäuerlich-konservativen Gedankengutes in der modernen Zeit entgegenzuwirken.

[651] PAGENSTERT, Bauernhöfe, S. 22, 40f.

gelieferten Abgaben die häufigsten Streitfälle.[652] Aus diesen Konflikten ging aber keine "übergreifende, an die Wurzeln gehende bäuerliche Opposition gegen die Adeligen als dominierende Grundherrn" hervor, sondern die Streitfälle wurden innerhalb des herrschenden Regelsystems individuell gelöst.[653]

Beim Übergang vom feudalen in das bürgerliche Zeitalter gewann das aufgeklärte Staatswesen aus Gründen der Staatsräson in Oldenburg immer mehr Interesse am freien Bauern als Träger von Staat und Gesellschaft. Die individuelle Leistungsbereitschaft des Bauern, die in Südoldenburg durch seine Befreiung aus den Fesseln feudaler Abhängigkeit hergestellt wurde, sollte die Produktivität der einheimischen Landwirtschaft und damit das Wohl des Landes fördern. Die privilegierten Stände hatten ihre Ordnungsfunktion für den Staat verloren und wurden in ihrer staatstragenden Funktion von dem frei wirtschaftenden Bürger, der zunächst noch Untertan war, abgelöst. An die Stelle der feudalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich auf die ständisch-privilegierte Verfügungsgewalt über Grund und Boden gründete, trat ein privatkapitalistisches System und eine bürgerliche Gesellschaft frei wirtschaftender Individuen. In der ökonomischen und sozialen Entfaltung des einzelnen erkannte der moderne Staat den größten Gewinn für das Gemeinwesen und gründete darauf seinen Glauben an den sozialen und politischen Fortschritt. In den "Rahmen des bestehenden Herrschaftsverhältnisses" kollektiv eingebunden waren bis 1848 auch die breiten unterständischen Schichten der Heuerlinge, die sich teilweise in der unmittelbaren Abhängigkeit adliger Güter befanden. Die Regulierung der Konflikte zwischen dem grundbesitzenden Bauern und dem Heuerling wurden ebenfalls "im Rahmen eines individuellen Herrschaftsverhältnisses" vorgenommen, "ohne daß dieses selbst in Frage gestellt wurde".[654]

Die Liberalisierung der vorindustriellen Agrarverfassung Südoldenburgs, die noch feudale Züge trug, wurde von der Regierung nur sehr zögernd in Angriff genommen und schließlich in der 48er Bewegung zum Abschluß geführt. Es gelang dem regierenden Großherzog Paul Friedrich August (1829 - 1853) in seiner langen Regierungszeit nicht, das schon von seinem Vorgänger aufgenommene Reformwerk zu Ende zu führen und dadurch die traditio

---

[652] REINDERS, Grundherren, S. 73. In der Eingangsformel der Verordnung vom 10. Mai 1770 hieß es bezeichnenderweise: "Wir daher geruhen mögen, diesen Mangel und Abgang zu ersetzen, und denen daher entstandenen Unordnungen Fürst-Vätterlich abzuhelfen."
[653] REINDERS, Grundherren, S. 71ff.; REINDERS-DÜSELDER, Obrigkeit, S. 321-326.
[654] REINDERS-DÜSELDER, Obrigkeit, S. 326.

nelle Agrargesellschaft Südoldenburgs in das liberale Zeitalter zu geleiten. Die Bauernbefreiung in Südoldenburg ist nicht das Werk eines regierenden Monarchen, sondern gehört zu den revolutionären Errungenschaften der 48er Bewegung. Südoldenburg betrat im Verhältnis zum Norden des Landes mit großer zeitlicher Verspätung den Boden eines freien marktwirtschaftlichen Bauerntums. Die schon von Münster avisierte Reform der feudalen Agrarverfassung wurde nach 1803 vom oldenburgischen Herzog Peter Friedrich Ludwig wieder aufgegriffen und fortgesetzt. Die oldenburgische Revision der gutsherrlichen Rechte wurde eingeleitet durch das Reskript vom 7. Juni 1808, in dem der Herzog die Aufhebung der Leibeigenschaft ankündigte und seine Regierung um Aufklärung darüber bat, für welche aus der Leibeigenschaft unmittelbar fließenden gutsherrlichen Rechte eine Entschädigung zu leisten und wie die Summe zu ermitteln sei.[655] Nach dem Jahre 1803 war es nicht länger zu vertreten, das rechtliche Ungleichgewicht zwischen den freien Bauern im Norden des Landes und den Eigenbehörigen im hinzugewonnenen Süden aufrechtzuerhalten und dadurch die soziale wie politische Integration des Landes zu erschweren. Die Besetzung des Landes durch französische Truppen und die erzwungene russische Emigration des Herzogs in den Jahren 1811 bis 1813 unterbrachen die Arbeiten zur Ablösung der Eigenbehörigkeit. Was den Reformwillen des regierenden Herzogs anbetraf, sind erhebliche politische Vorbehalte anzumelden.

Im Dekret Napoleons vom 9. Dezember 1811 wurde das Feudalwesen in den Departements der Elb- und Weser-Mündungen und der Ober-Ems aufgehoben. Die Leibeigenschaft und alle aus ihr resultierenden Rechte wurden ohne Entschädigungen aufgekündigt, während andere Leistungen für ablösbar erklärt wurden. Während die Bauern aufgrund dieses Dekretes persönlich de jure frei waren und in den Genuß des Eigentumsrechts kamen, scheiterte die Durchführung des Dekretes am Widerstand des Adels und der Zurückhaltung der Bauern, die der französischen Intervention mißtrauten und sich nicht auf Prozesse mit den Gutsherren einlassen wollten.[656]

Nach seiner Rückkehr aus dem russischen Exil hob Peter Friedrich Ludwig mit der Verordnung vom 10. März 1814 das napoleonische Dekret von 1811 wieder auf und restituierte das Lehns- und Kolonatsverhältnis samt allen gutsherrlichen Rechten, Zehnten und Diensten. Die französische Verordnung

[655] ECKHARDT, Petitionen 2, S. 43f.
[656] Ebd., S. 44.

war Ausdruck einer politischen Fremdbestimmung, die von einer äußeren Macht ausgegangen war, und genoß deshalb in Oldenburg keinerlei Legitimität. Aufgehoben bleiben sollte jedoch die Eigenbehörigkeit (Leibeigenschaft) mit allen unmittelbar daraus fließenden Rechten und Pflichten; die Gutsherren sollten dafür entschädigt werden. Mit dieser Verordnung kehrte der Herzog zu seinem vorsichtigen Reformkurs, den er vor seiner Emigration eingeleitet hatte, zurück. Er mied jeden Anschein einer radikalen Lösung, wie ihn das revolutionäre Frankreich während der Besatzungszeit erweckt hatte, und versuchte, die Bauernbefreiung nach dem preußischen Vorbild einer kontrollierten "Revolution von oben" durchzuführen.

Der Ausbruch der französischen Julirevolution von 1830 führte im Herzogtum zu einer Verfassungsbewegung, die den Landesherrn veranlaßte, die Erfüllung des Artikels 13 der Wiener Bundesakte und damit den Erlaß einer landständischen Verfassung neu zu überdenken. Zur großen Lösung, zur Verkündigung einer Verfassung, konnte sich Großherzog Paul Friedrich August nicht durchringen und begnügte sich - als "Abschlagszahlung" auf ein zukünftiges Staatsgrundgesetz - mit der Verabschiedung der Gemeindeordnung vom 28. Dezember 1831, deren erster Entwurf bereits im Dezember 1830 von Regierungsrat Suden erstellt worden war.[657] Während das Münsterland an der Verfassungsbewegung des Jahres 1830 keinen Anteil nahm, zeigte es um so größeres Interesse an der Ablösung feudaler Abhängigkeiten, die durch die großherzogliche Verordnung vom 2. August 1830 in ein neues Stadium trat. Aus dem Jahre 1831 liegen zwei Petitionen eigenbehöriger Bauern aus dem Münsterland vor, denen in der Geschichte der südoldenburgischen Bauernbefreiung eine große Bedeutung zukommt. Beide Texte sehen von einer Verknüpfung der Agrarfrage mit der Verfassungsfrage ab und sichern dem Großherzog - der sich in der Ablösungsfrage soviel Zeit gelassen und als neutraler Sachwalter zu keinem Zeitpunkt Partei für die eigenbehörigen Bauern ergriffen hatte - die uneingeschränkte Loyalität der Petenten zu. Die erste Petition vom 25. Februar 1831, für die der Zeller Christopher Ferneding in Ihorst verantwortlich zeichnet, lief am 25. Februar 1831 im Kabinett ein und wurde von dort an den Oberappellationsrat Hayessen weitergeleitet. Beim Verfasser der zweiten Petition vom 28. Juli 1831 handelt es sich offensichtlich um den aus Wildeshausen stammenden Superintendentensohn Friedrich Christian Franz Hahne, der seit 1804 als Obergerichtsanwalt in Oldenburg

[657] GESETZBLATT, Bd.7, S. 3-84; ECKHARDT, Petitionen 2, S. 50.

tätig war.[658] Die Behörden holten ihrerseits Gutachten der Ämter ein, die die Feststellungen der Petenten weitgehend bestätigten.

Die Verzögerung der Arbeiten an einem Ablösungsgesetz veranlaßten die gutspflichtigen Bauern zu neuen Eingaben. Im Februar 1836 wiederholten Hörige aus den Kreisen Vechta und Cloppenburg ihre Forderung nach einem Ablösungsgesetz, im Juni 1836 erinnerten sie in einer vom Vechtaer Obergerichtsanwalt Tappehorn konzipierten Petition erneut an ihr Anliegen. Diese Petition trug 142 Unterschriften aus den Kirchspielen Holdorf, Dinklage, Damme, Bakum, Steinfeld und Langförden. Trotzdem reagierte der Großherzog erst im April 1837 auf den von der Entschädigungskommission vorgelegten Gesetzentwurf und setzte sich wiederum für eine freiwillige Vereinbarung der Ablösungen auf der Grundlage der Verordnung von 1830 ein; diese sollte in Gesprächen mit den bedeutendsten Gutsherren herbeigeführt werden. In diesen Besprechungen forderte das Haus von Galen auf der Seite der Gutsherren baldige Entschädigungszahlungen und lehnte ein Ablösungsgesetz kategorisch ab. Mit dem Beschluß des Großherzogs gegen eine Ablösungsgesetzgebung und für Modifikationen der Verordnung von 1830 war eine wichtige Vorentscheidung in der oldenburgischen Reformpolitik gefallen. Am 22. Februar 1840 wurde die alte Kommission, die nach Ansicht des Großherzogs ihre Kompetenzen überschritten hatte, aufgelöst und eine neue gebildet, der Hayessen und Nieberding weiterhin angehörten; neu hinzu kamen Adam Barthold Ludwig von Lützow, der Reisemarschall des Großherzogs, und Kammerassessor August Ch. Ferdinand Krell.[659] Die zögernde Haltung des Großherzogs in der Ablösungsfrage, die für Südoldenburg von zentraler Bedeutung war, hat diese Region länger als notwendig in den Fesseln feudaler Abhängigkeit gehalten und ihren Weg in das freie Bauerntum erschwert und verzögert. Seit 1842 vermehrte sich die Zahl der Ablösungskontrakte, die auf dem Wege freier Vereinbarung zustande kamen. Die entscheidende Wende in der "Bauernbefreiung" im Herzogtum Oldenburg wurde durch die Märzrevolution des Jahres 1848 eingeleitet, die - mit erheblich ver

[658] ECKHARDT, Petitionen 1, S. 96-115 (Textabdruck). Die erste Petition war unterzeichnet von Christopher Ferneding (Ihorst) und Johann Hinrich Thole (Cappeln) und trug Unterschriften von Petenten aus den Kirchspielen Damme, Holdorf, Steinfeld, Lohne, Dinklage, Bakum, Vestrup und Cappeln. Die zweite Petition wurde unterzeichnet von Christopher Ferneding und Berend zum Borgerding und führte die Namen von Petenten aus den Kirchspielen Dinklage, Bakum, Vestrup, Steinfeld, Langförden, Lohne, Lutten und Neuenkirchen auf - zwei Petenten unterzeichneten mit drei Kreuzen, weil ihre orthographischen Kenntnisse nicht ausreichten.

[659] ECKHARDT, Petitionen 2, S. 56f.

minderter Dynamik - auch den oldenburgischen Kleinstaat im Nordwesten Deutschlands erfaßte. Der Abgeordnete Christopher Ferneding aus Ihorst griff wiederholt in die Debatte des Vereinbarenden Landtags über die Ablösungsfrage im Oktober 1848 ein und trug wesentlich zum Erfolg bei. Das in Vechta erscheinende "Sonntags=Blatt" begrüßte die Entscheidung über die Ablösung der gutsherrlichen Rechte und hielt sich mit Kritik deutlich zurück.[660] Das am 18. Februar 1849 verabschiedete Staatsgrundgesetz hob die noch bestehende Gutsuntertänigkeit in Südoldenburg endgültig auf und sah im Artikel 59 im einzelnen folgende Ablösungen vor:

> "1. Jeder guts- und schutzherrliche sowie jeder Hörigkeits- und Untertänigkeits-Verband hört für immer auf und kann nicht wieder eingeführt werden. Die von diesem Verbande befreiten Stellen und Grundstücke gehen in das freie Eigentum desjenigen über, welchem zur Zeit der Verkündigung dieses Staatsgrundgesetzes das vererbliche Colonatrecht zusteht [...]
> 2. Ohne Entschädigung sind aufgehoben und können nicht wieder eingeführt werden: der Gesindezwangsdienst, Freikauf und Sterbefall und alle etwa sonst noch bestehende aus dem guts- und schutzherrlichen Verbande entspringende persönliche Abgaben und Leistungen [...]
> 3. Alle übrige [...] aus einem [...] guts- und schutzherrlichen Verbande fließende, auf dem Grundeigentum ruhende Dienste, Grundzinsen und Reallasten, so wie die Zehnten jeden Ursprungs, sind aufgehoben unter Vorbehalt der Entschädigung und unter den folgenden, so wie den sonstigen näheren Bestimmungen, welche ein dem nächsten außerordentlichen Landtage vorzulegendes Gesetz treffen wird: [...]
> - die Verpflichtung und Entschädigung haftet als Reallast auf den bisher pflichtigen Grundstücken;
> - die Entschädigung soll zu Capital ausgesetzt werden, und dieses auf keinen Fall den sechzehnfachen Betrag des Gelderwerbs des jährlichen Reinertrages übersteigen. [...]"[661]

Ein ausführlicher Beitrag im Vechtaer "Sonntags=Blatt" vom 22. Juli 1849 stellte eine Rechtsunsicherheit in der Ablösungs- und Entschädigungsfrage nach der Verabschiedung des Staatsgrundgesetzes fest, weil unklar sei, "ob

---

[660] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 200: Ausgabe vom 22. Oktober 1848. Die Zeitung führte dazu aus: "Die Entscheidung ist zwar nicht vollständig in unserem Sinne ausgefallen, sie ist aber auch denen, die sich noch immer nicht in die neue Zeit zurechtfinden können, nicht recht, weil sie immerhin einen guten Theil alter verrosteter Zustände vollständig beseitigt und dem nächsten Landtage freie Hand läßt, das zu verfassende Ablösungsgesetz dem Princip der wahren Freiheit möglichst anzupassen." Das "Sonntags=Blatt" vermißte besonders die Klärung der Frage, "welche Abgaben und Leistungen **persönliche** seien". Deshalb werde es viel Streit unter Juristen darüber geben, "ob die Hand= und Spanndienste Personallasten oder Reallasten seien". Fest stehe, "daß wenigstens in verschiedenen Gegenden Deutschlands diese Ansicht verschieden entschieden ist".

[661] GESETZBLATT, Bd. 12, S. 71-75; BECKERMANN, Münsterland, S. 8.

für das Jahr 1849 noch Zehnten zu geben seien oder nicht und ob die Verpflichteten berechtigt seien, den Zehnten in natura ziehen zu lassen oder dafür Entschädigung zu geben".[662] Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Regierung und Landtag wurden in Ausführung des Artikels 59 des Staatsgrundgesetzes am 14. Oktober 1849 das "Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der von einem guts- und schutzherrlichen Hörigkeits- oder Untertänigkeits-Verbande befreiten Stellen und die Entschädigung wegen der aufgehobenen gutsherrlichen und sonstigen Lasten", und am 11. Februar 1851 das "Gesetz, betr. die Ablösung der auf Grund und Boden haftenden Lasten", vom Großherzog unterzeichnet.[663] Damit hatten die Staatsregierung und der oldenburgische Landtag die politischen Voraussetzungen für die Ablösung der noch bestehenden Feudallasten in Südoldenburg geschaffen und ein wesentliches Kapitel südoldenburgischer Wirtschafts- und Sozialgeschichte abgeschlossen. Ohne wesentliche Änderungen wurde der Artikel 59 als Artikel 63 in das revidierte Staatsgrundgesetz vom 22. November 1852 aufgenommen.[664] Damit hatten jahrzehntelange Reformbemühungen zur Ablösung der guts- und schutzherrlichen Rechte ihr Ziel erreicht und die letzten feudalrechtlichen Hürden auf dem Weg zu einem freien privatwirtschaftlichen Bauerntum auf dem Boden des Großherzogtums beseitigt.

6.3. Die soziale Lage der "geringen Classe"

Das historische Bild des Pauperismus, wie es sich im südoldenburgischen Vormärz zeigt, spricht aus vielen schriftlichen Zeugnissen dieser Zeit. Seit Mitte der 1840er Jahre machte sich in der Landeshauptstadt offensichtlich ein Gefühl der Furcht vor einem sozialen Aufbegehren breit. Deshalb sahen sich höhere Beamte genötigt, auf die anwachsenden Spannungen unter den Amtseingesessenen hinzuweisen und Reformvorschläge zu unterbreiten. Der Oldenburger Hofrat Carl Heinrich Bulling legte eine kritische Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage der oldenburgischen Unterschichten vor

---

[662] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 190: Ausgabe vom 22.7.1849.
[663] FIMMEN, Sammlung 1, S. 70-107.
[664] ECKHARDT, Petitionen 2, S. 60; GESETZBLATT, Bd. 13, S. 158-161. Nach Josef Sommer durfte das Entschädigungskapital der aufgehobenen Dienste den 16fachen Betrag des jährlichen Reinertrages nicht überschreiten; der Reinertrag der Rechte und Pflichten und der Geldwert dieses Ertrages wurde gesetzlich festgelegt. Zur Veranschaulichung bietet Sommer eine Aufstellung der Geldbeträge für die Dienste und Abgaben an und versieht sie zum Vergleich mit den Preisen einiger landwirtschaftlicher Produkte. (SOMMER, Lasten, S. 153-156)

und veranlaßte die Regierung am 14. November 1845, eine Verfügung an alle Stadtmagistrate und Ämter zu erlassen, in der diese aufgefordert wurden, statistische Angaben über die Amtseingesessenen zusammenzutragen, ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu beschreiben und konstruktive Reformvorschläge zu unterbreiten. Die Berichte der Ämter Cloppenburg und Löningen, die auf das Reskript vom 14. November 1845 reagierten, entwerfen ein anschauliches Bild von der Pauperisierung der materiellen Lebensverhältnisse in Südoldenburg vor 1848. Sie dokumentieren nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen des Oldenburger Münsterlandes im deutschen Vormärz, sondern vor allem auch die große Not in den unterständischen Bevölkerungsschichten.[665]

Zur "geringen Classe" des Amtsdistriktes gehörten nach dem Bericht des Amtes Cloppenburg aus dem Jahre 1846 circa 380 Familien, die den sechsten Teil der Bevölkerung im Amt ausmachten. Davon waren etwa zwei Drittel in den ländlichen Kirchspielen Krapendorf (132) und Emstek (109) ansässig, während in der Stadt Cloppenburg einschließlich des Fleckens Krapendorf nur 25 Familien verzeichnet wurden, "kleine Anbauer und mittellose Cultivateure, die durch ihre Hand- und sonstigen Arbeiten sich ihre Existenz sichern müssen".[666] Als Nahrungs- und Erwerbsquellen der "geringen Classe" gibt der Bericht an:

> "a. in etwas Ackerbau und Gartenzucht zum eigenen Bedarfe, auch eigenthümlichen oder angeheuerten Grundstücken
> b. im Verdienste durch Tagelohn
> aa. im Auslande [Holland] durch Torf-Baggern und Grasmähen in der Sommerzeit
> c. im Verdienste durch Nebengewerbe, als
> aa. Strumpfstrickereien von hier producirter grober Wolle, hauptsächlich
> bb. Flachsspinnereien (unbedeutender)
> cc. Bienenzucht."

Während dem Bericht zufolge früher eine gewisse Wohlhabenheit in dieser Klasse geherrscht hatte, "ja mancher Heuerherr der Schuldner seines Heuermannes" gewesen war, stellte sich im Vormärz eine grassierende "Paupertät" besonders unter den Heuerleuten ein, für die das Amt 1846 eine lange Reihe von Gründen anführte:

---

[665] SCHAER, Lage, S. 157.
[666] SCHAER, Lage, S. 157-162, auch zum folg. Unterzeichnet ist der Bericht aus dem Jahre 1846 von den Amtmännern Bartel und Bothe.

"a. in den einige Jahre nach einander gefolgten Mißernten. Die Ursache jedoch ist, wills Gott, vorübergehend.
b. Mehr aber und hauptsächlich in dem Verfall der Nebengewerbe und besonders der Strumpfstrickereien und des Flachsgarnspinnens; jedoch anbelangend diesen Amtsdistrict besonders in dem Verfalle der Strumpfstrickerei.
Diese Strumpfstrickerei war früher die wahre Erwerbsquelle der geringen Classe; jedes Familienmitglied bis zum Kinde von 7 Jahre alt an nahm daran Antheil und Ende jeder Woche holte der Aufkäufer das Fabricat gegen baare Zahlung auf, so daß manche Familie wöchentlich 5 bis 8 Florin Holländisch baares Geld als Nebenverdienst einnahm. Diese Erwerbsquelle ist aber jetzt durch die Maschinerie beynahe gänzlich vernichtet, welches auch bey der Flachsgarnspinnerei der Fall ist.
c. in der immer zunehmenden Population veranlasset.
aa. durch die ohne alle Aussicht des Fortkommens und ohne alle Mittel eingehenden Ehen.
bb. der Ansiedlung geringer Leute in den wüsten sterilen Boden ohne alle Mittel und der damit in nothwendiger Verbindung stehenden Verheurathungen.
cc. in dem Armen-Wesens-Institute, worauf sich stützend solche Ehen leichtsinnig geschlossen werden. Die Einrichtung des Armenwesens ist gewiß in der Theorie eines der schönsten Institute, aber nicht in der Praxis.
d. in der Versplitterung der großen Höfe und Vertheilung unter vielen geringen Leuten, die von den [!] ihnen zufallenden kleinen Theile ihre Erwerbsquelle nicht entnehmen können.
e. in den ungeeigneten Theilungen der Marken, wodurch die geringe Classe ihrer Viehweide beraubt und zu Grunde gerichtet wird."

Der Bericht des Cloppenburger Amtes spricht auch religiös-moralische Ursachen für die Lage der "geringen Classe" an und verweist in diesem Zusammenhang auf die politische Gefahr der neuen kommunistischen Lehre. Die Ursachen für die wachsende "Paupertät" der unteren Klassen waren demnach auch zu sehen "in der zunehmenden Immoralität und Irreligiosität und daraus fließenden Arbeitsunlust". Grundsätzlich stellte der Bericht dazu fest:

"Ein Mensch, der von Religion und Moral bloß ist, weiß seinen gedrückten Zustand nicht mit Resignation zu tragen und für ihn ist der Communismus sehr ansprechend."

Der Verfasser spricht in diesen Worten einen politischen Komplex an, der in sozial und politisch bedrückenden Zeiten immer wieder konstruiert wurde und in Südoldenburg jeder Grundlage entbehrte. Das Gespenst des "Communismus", in den Berichten als politischer Topos stets wiederkehrend, erweckte bei der monarchischen Obrigkeit Mißtrauen und wurde unter völliger Verkennung der Lage im Süden des Landes als ein möglicher letzter Ausweg aus Elend und Hoffnungslosigkeit gefürchtet - mit welchem politischen Ernst, das ist aus den Schriftstücken nicht zu ermitteln. So gibt der Bericht des Amtes Cloppenburg aus dem Jahre 1846 eine authentische Bestandsauf

nahme der kritischen ökonomischen Lage der bäuerlichen Unterschichten in Südoldenburg.

Die Revolution von 1848, die die feudalen Abhängigkeiten im Oldenburger Münsterland endgültig überwand, enthielt keinen Beitrag zur Lösung der sozialen Frage auf dem Lande, die die unterständischen bäuerlichen Schichten auch nach 1848 in unverminderter Härte bedrückte. Nicht die besitzlosen Heuerleute oder die Kolonisten profitierten in Südoldenburg vorrangig von den agrarökonomischen Reformen, sondern das mittelständische freie Bauerntum. Nach dem politischen Scheitern der Revolution von 1848 verlegte sich die Bevölkerung verstärkt auf private Initiativen zur Hilfeleistung. Als nach Hagel- und Dürreschäden 1859 in der Gemeinde Molbergen ein allgemeiner Notstand eintrat, bildete sich in Cloppenburg ein Hilfskomitee, das im Schreiben vom 29. Dezember 1859 einen Aufruf zur privaten Hilfeleistung veröffentlichte. Dem Cloppenburger "Hilfs-Comite" gehörten mehrheitlich Honoratioren an, die zur gesellschaftlichen Elite der Stadt zählten, wie Oberjustizrat Schmedes, Dr. Wehage, Kaplan Bruns, Pfarrverweser Toel, Amtseinnehmer Westerhoff, Tierarzt Wewer und Kaufmann Ravensberg. Die Veröffentlichungen des Aufrufs in den "Oldenburgischen Anzeigen" waren außerdem von prominenten Persönlichkeiten aus der Landespolitik unterzeichnet: Obergerichtsassessor Bulling, Kaufmann Hüttemann, Regierungsrat Lambert Pancratz aus Friesoythe und Ministerialrat Wilhelm Selkmann aus Cloppenburg, dessen Vater Advokat war.[667] Wilhelm Selkmann (1818 - 1913) wurde später Geheimer Rat und oldenburgischer Bevollmächtigter beim Bundesrat in Berlin und bemühte sich 1860 dank seiner herausragenden Stellung darum, das Staatsministerium für weitere Hilfsmaßnahmen zu gewinnen.[668] In dem Aufruf, der am 26. Januar 1860 in den "Oldenburgischen Anzeigen" veröffentlicht wurde, hieß es zur Lage im Kirchspiel Molbergen:

> "Der ungünstige Ertrag der diesjährigen Erndte wird freilich in einem großen Theile des nördlichen Deutschlands manche Noth erzeugen; aber kaum eine andere Gegend kann davon so schwer betroffen sein, als einige Dörfer des Kirchspiels Molbergen. Mit der ganzen hiesigen Gegend den mangelhaften Ertrag der Kartoffeln und den fast

[667] FRIEDL, Handbuch, S. 552 (von Hans Friedl). Der gebürtige Friesoyther Lambert Pancratz (1800 - 1871) stammte aus einer Beamtenfamilie Südoldenburgs und trat nach dem Jurastudium 1823 in den oldenburgischen Staatsdienst ein. 1838 übernahm er die Verwaltung des Amtes Steinfeld, 1850 kam er als Rat zur Kammer in Oldenburg und wechselte 1857 im gleichen Rang zur Regierung in Oldenburg. Pancratz zählt zu den Parlamentariern der ersten Stunde, gehörte der 34er Versammlung und von 1848 bis 1860 mehreren Landtagen an.
[668] SCHIECKEL, Molbergen, S. 111f.

gänzlichen Verlust des Buchweizens theilend, haben diese Dörfer, namentlich Molbergen, sich kaum einer, auch nur sehr mäßigen Rokenerndte, der fast ausschließlichen Frucht des wenig ergiebigen Bodens, freuen können.
Vor 4 Jahren verhagelten die Früchte; vor 3 Jahren vernichtete ein Wurm einen großen Theil der Saaten; im verwichenen Jahre wieder zerstörte Hagel, und in diesem Hagel und Dürre die Hoffnungen des Feldes: also in 4 Jahren keine gewöhnliche Erndte! So ist ein, auf angestrengtestem Fleiße und äußerster Sparsamkeit gegründeter verhältnismäßiger Wohlstand der kleinen Grundbesitzer und Heuerleute mehr oder weniger gestört. Die geringen Vorräthe sind verzehrt; der Torf ist niedrig im Preise und bei dem großen Vorrath kaum verkäuflich; die gewohnte Quelle eines spärlichen Verdienstes mittels Strickens wollener Strümpfe ist fast versiegt, da der Strumpfhandel darnieder liegt, nur ein fleißiger und geübter Stricker kann es täglich zu 1 Groschen bringen; der in den verflossenen Jahren nothgedrungen benutzte Credit ist erschöpft. Hunger und Kummer also würden die ehrenhafte Scheu vor der Unterstützung aus Armenmitteln und vollends vor Betteln überwinden müssen, wenn nicht diese unverschuldete Noth durch die Mildthätigkeit der Glücklichern gemildert und so weit möglich gehoben würde!"[669]

Am 5. Februar 1860 erstattete das Amt Cloppenburg einen Bericht an die Regierung und unterrichtete die vorgesetzten Behörden über die wirtschaftliche Notlage im Amtsdistrikt. In Molbergen unterstützte das Hilfskomitee 35 Familien mit 131 Personen. Denn in diesem Kirchspiel, so Amtmann Bothe, sei der Mangel um so fühlbarer, als viele kleine Grundbesitzer und Heuerleute selbst in guten Jahren Schwierigkeiten hätten, ihre Familien von dem kargen Grundbesitz zu ernähren. Die Regierung, mit dem Bericht Bothes unzufrieden, entsandte Regierungsassessor Barnstedt nach Cloppenburg, um sich ein detaillierteres Bild von der Not zu verschaffen.[670] Barnstedt faßte das Ergebnis seiner Reise vom 13. Februar 1860 in den Worten zusammen:

"Die Gemeinde Molbergen kann wohl als eine arme bezeichnet werden. Unter ihren 1 752 Einwohnern, die 373 Haushaltungen ausmachen und in 361 Wohnhäusern wohnen, befinden sich nur wenige größere Grundbesitzer, nur einer, der zur klassificirten Einkommenssteuer hat eingeschätzt werden können. Die meisten besitzen nur wenige Scheffel Saat Landes und die große Mehrzahl ist, wie sich dies aus der Abschätzungsrolle von Molbergen, die ich mir erbat, ersehen ließ, und, zwar zum Theil so bedeutend, verschuldet, daß es sehr glaublich erscheint, daß sehr viele jetzt nur noch wenig oder gar keinen Credit mehr haben. Auch die Heuerleute bewirtschaften, wie die Steuerrolle ergab, regelmäßig noch kleinere Flächen, und sie wie die überwiegende Mehrzahl der Eigner können ohne Nebenerwerb nicht existieren. [...] und es sind in diesem Jahre aus den nicht verhagelten Districten, nach der Versicherung des Gemeindevorste

[669] Ebd., S. 112.
[670] Der gebürtige Birkenfelder August Barnstedt (1823 - 1914) war 1852 als Sekretär in den oldenburgischen Staatsdienst eingetreten. (Staatsdienerverzeichnis, S. 27f.)

hers Wesselmann keine vermehrten Ansprüche an die Armenkasse erhoben worden, obgleich das letzte Jahr nur eine halbe Roggen- und Kartoffelerndte, und nur 1/3 Hafer- und Buchweizenerndte gebracht haben soll, der Torf wegen des nicht strengen Winters um etwa 12 Groschen per Fuder billiger ist und die Strumpfstrickerei höchsten 1 Silbergroschen a Person und Tag abwirft. Anders würde es aber allerdings in den verhagelten Districten sich gestaltet haben, wenn nicht das Hülfscomitee in's Leben getreten wäre."[671]

Nach dem Bericht von Barnstedt machte sich im oldenburgischen Staatsministerium offensichtlich Erleichterung breit. Die Lage sei zwar ernst, aber dank des Hilfskomitees bestünde kein Notstand. Die private Initiative in den Jahren 1859/60 hat offensichtlich Schule gemacht. Um die Folgen einer Mißernte im Jahre 1867 zu lindern, bildete sich in Friesoythe wieder ein Hilfskomitee. Die erfolgreiche Tätigkeit des Cloppenburger Komitees wirkte sich bis in die jüngste Vergangenheit aus. Denn der Rest der Spendengelder, ergänzt durch eine Stiftung des Molberger Gemeinderates, wurde zum Grundstein einer Stiftung zur Unterstützung unbescholtener, unvermögender Eingesessener bei unverschuldeter Armut, die auf Antrag vom 14. November 1860 den Namen Nikolaus-Friedrich-Peter-Stiftung erhielt, da der Großherzog zur Unterstützung notleidender Untertanen in Molbergen 100 Taler zur Verfügung gestellt hatte. Noch 1948, im Jahre der westdeutschen Währungsreform, wies die Stiftung einen Bestand von 34 276 Reichsmark auf.[672]

Die Molberger Hagelkatastrophe und die Aktivitäten des Cloppenburger Hilfskomitees zeigen nicht nur die dürftige Lebensgrundlage der kleinbäuerlichen Existenzen, sondern auch die Abhängigkeit der vorindustriellen Landwirtschaft von der Witterungslage und vom Schädlingsbefall, denen der Mensch weitgehend machtlos gegenüberstand. Bei aller späteren Kritik am technologischen Fortschritt auch auf dem agrarökonomischen Sektor sollte nicht vergessen werden, daß gerade die Erfolge der chemischen Industrie in Düngung und Pflanzenschutz und die Mechanisierung der Produktion in der ersten agrarindustriellen Revolution die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß die Landwirtschaft Südoldenburgs ihre Bevölkerung ernähren und zur dauerhaften Existenzgrundlage dieses regionalen Wirtschaftsraumes werden konnte. Die Dokumentation der bitteren Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und ihrer hoffnungslosen "Paupertät" unterstreicht die historische Notwendigkeit einer Wendung zum Besseren, die im 19. Jahr

[671] SCHIECKEL, Molbergen, S. 114.
[672] Ebd., S. 118.

hundert nur in der radikalen Veränderung der agrarökonomischen Rahmenbedingungen und Produktionsfaktoren bestehen konnte.

6.4. Der Modernisierungsrückstand in der vorindustriellen Agrarverfassung Südoldenburgs

Die agrarökonomische Situation Südoldenburgs war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch einen erheblichen Modernisierungsrückstand gekennzeichnet, der den Übergang von der relativ geschlossenen Produktionsform der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft zur modernen Veredelungswirtschaft um Jahrzehnte verzögerte. Er meint eine lange Phase der Retardation in der Entwicklung der bäuerlichen Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Südoldenburg. Die Agrarverfassung Südoldenburgs wies in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eindeutige Merkmale einer ökonomischen Stagnation auf, die die Region nach der napoleonischen Ära aufgrund des Bevölkerungsdrucks und veränderter sozialer Rahmenbedingungen in eine schwere Krise stürzte. Diese konnte erst in der Agrarrevolution in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts progressiv bewältigt werden. In einem umfassenden Modernisierungsprozeß stellte sich die Landwirtschaft Südoldenburgs am Ende des Jahrhunderts von der traditionellen Subsistenzwirtschaft auf eine marktorientierte Produktion um und unterwarf sich damit den Wechselfällen des nationalen wie europäischen Agrarmarktes sowie den Wachstumsstörungen in einer entwickelten Industriegesellschaft, die vom modernen Interventionsstaat nicht aufgefangen werden konnten. Mitte der 1890er Jahre wurde die anhaltende Agrarkrise im Deutschen Reich wie im Herzogtum Oldenburg durch einen bisher unbekannten Konjunkturaufschwung abgelöst, der zu großen Teilen aus dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung in der Wilhelminischen Ära zu erklären ist. Der Aufschwung löste die lange Dauer der wirtschaftlichen Depression seit 1873 ab und hielt bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges an.[673]

Der Impuls zum strukturellen Wandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft ging vom Bevölkerungswachstum aus, das die tradierte bäuerliche Sozialordnung transformierte und den neuen Bedingungen der industrialisierten

[673] MÜTTER, Strukturwandel, S. 147-164; ders., Agrarmodernisierung, S. 651-673; ders., Landwirtschaft, S. 68-95; ders., Modernisierung, S. 106-127; ders., Reichsgründung, S. 361-390.

Agrarökonomie anpaßte. Als Katalysator erzwang das Bevölkerungswachstum die Bewältigung der Agrarkrise in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Bevölkerungsdichte und Auswanderungsverluste bilden einen einheitlichen demographischen Komplex und gelten als Faktoren, die auch im Oldenburger Münsterland ein ausgeprägtes Nord-Südgefälle beschreiben. Die strukturellen Merkmale Bevölkerungsdichte und Auswanderung konzentrierten sich auf den Süden der Region, den Kreis Vechta, mit den Schwerpunkten in den Ämtern Damme und Steinfeld, die historisch durch ihre Zugehörigkeit zum westfälischen Kulturraum bis in das 19. Jahrhundert geprägt wurden. Für die Ämter Vechta und Cloppenburg ergaben sich für den Zeitraum von 1816 bis 1919 folgende Einwohnerzahlen:

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung in den Ämtern Vechta und Cloppenburg zwischen 1816 und 1919 (in absoluten Zahlen)[674]

Jahr	Amt Vechta	Amt Cloppenburg
1816	32.250	26.964
1837	37.257 (+5.007)*	31.930 (+4976)
1855	33.191 (-4.066)	31.786 (-144)
1864	32.514 (-677)	32.093 (+307)
1875	31.100 (-1.414)	31.531 (-562)
1885	31.308 (+208)	32.257 (+726)
1895	32.733 (+1.425)	33.549 (+1.292)
1905	37.319 (+4.586)	38.864 (+5.315)
1910	39.949 (+2.630)	43.352 (+4.488)
1919	43.429 (+3.480)	49.610 (+6.358)

* durch Angliederung von Damme und Neuenkirchen

[674] TERHEYDEN, Otto: 150 Jahre Oldenburgisches Münsterland, IN: HKL 1954, S. 76.

Aus den Daten geht hervor, daß das Amt Vechta durch die Auswanderung zwischen 1837 und 1885 weitaus größere Bevölkerungsverluste zu erleiden hatte als das Amt Cloppenburg; um ein realistisches Bild von den Bevölkerungverlusten zu gewinnen, wären die jeweiligen Geburtenüberschüsse zu den notierten Daten zu addieren.[675] Dem Amt Vechta gelang es erst um die Jahrhundertwende, den Bevölkerungsstand von 1837 wieder zu erreichen, während das Amt Cloppenburg diesen Stand 1864 vorübergehend, aber schon 1885 endgültig einholte. Während die Einwohnerzahl des Amtes Vechta die des Amtes Cloppenburg 1837 noch deutlich überstieg - Vechta wies auch eine größere Siedlungsdichte auf als Cloppenburg - hatte Cloppenburg aufgrund der größeren Bevölkerungsverluste in Vechta das benachbarte Amt schon 1875 überrundet und wies im Bevölkerungszuwachs nach der Jahrhundertwende eine größere Dynamik auf. Das ist auf die enorme Siedlungstätigkeit auf den kultivierten Heide- und Moorflächen, die im Rahmen der Markenteilung privatisiert wurden, zurückzuführen. Durch den Anschluß von Cloppenburg und Umgebung an das Eisenbahnnetz 1875/76 wurden die Voraussetzungen für die Anlage von weiteren Neukulturen im Amt Cloppenburg erheblich verbessert. Mit 68 836 Einwohnern erreichte das Oldenburger Münsterland nach Georg Aka 1837 den höchsten Bevölkerungsstand, mit 62 511 im Jahre 1871 den niedrigsten; dabei wurde der Stand von 1837 erst gegen Ende des Jahrhunderts wieder erreicht und 1900 mit 70 722 überschritten.[676]

Die Auswanderungswelle setzte um 1830 in den dichter besiedelten südlichen Gemeinden des Kreises Vechta ein, die einen dichteren Besatz mit Heuerstellen aufwiesen, und erfaßte dann mit zunehmender Abschwächung und zeitlicher Verzögerung vom Süden bis Norden das ganze Oldenburger Münsterland. Während in den Gemeinden Neuenkirchen, Holdorf und Damme zwischen 1843 und 1850 mehr als 100 Auswanderer auf 1 000 Einwohner antreffen sind, kommen in Lohne, Steinfeld und Dinklage immerhin noch 80

[675] HINRICHS, Wirtschaft, S. 22f., 41 (Abb. 24) Die Autoren untersuchen diesen Zusammenhang am Beispiel des Leineweberortes Damme, der mit seinen münsterschen Einwohnern 1803, mit dem größten Teil seiner Osnabrücker Einwohner 1817 zu Oldenburg kam. Ab 1815 wurde hier ein deutlicher Geburtenüberschuß registriert, gegen Mitte des 19. Jahrhunderts sank der Bevölkerungsumsatz infolge der Amerika-Auswanderung wieder: "Man könnte das Beispiel Damme daher auch den oldenburgischen Beitrag zum ‘proto-industriellen’ Bevölkerungsgeschehen nennen, denn der Abschwungseffekt, der das Kurvenbild seit dem Ende der 20er Jahre prägt, ist typisch für all jene Orte, die aufgrund des Rückgangs der Hausindustrie in eine Krise gerieten und diese etwa durch die Auswanderung zu bewältigen suchten."

[676] AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 58f.

bis 99 Auswanderer auf 1 000 Einwohner; in den übrigen Gemeinden des Kreises Vechta und im Amt Cloppenburg sind es 60 bis 79 Auswanderer, im Amt Friesoythe nur 10 bis 19 Auswanderer auf 1 000 Einwohner.[677] Bockhorst hat für das Oldenburger Münsterland für die große Auswanderungswelle zwischen 1843 und 1860 eine Gesamtauswanderung von 13 332 Personen errechnet; von diesen entfallen auf das Amt Vechta 23,8 %, auf das Amt Cloppenburg 15 % und auf das Amt Friesoythe nur 2,43 %. In den Jahren zwischen 1885 und 1890 ist in allen Gemeinden des Amtes Cloppenburg ein geringer Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen, der aber noch nicht dem natürlichen Geburtenüberschuß entsprach. Das kann als Beleg dafür angesehen werden, daß die Auswanderung noch nicht ganz abgeklungen war. Erst im Jahre 1890 erreichte die Bevölkerung des Amtes Cloppenburg mit 22 236 Einwohnern wieder den Stand von 1821 (22 396). Im Kreise Vechta, dazu zählten die alten Ämter Vechta, Steinfeld und Damme, war um die Jahrhundertwende (36 263) noch nicht der Bevölkerungsstand von 1828 wieder erreicht (37 036). Ganz anders sehen die Zahlen für das Amt Friesoythe aus, das zwischen 1828 und 1875 einen Bevölkerungszuwachs von 39,6 % aufweist. Neben dem in den Ämtern unterschiedlichen Besatz mit Heuerstellen sieht Bockhorst einen weiteren Grund für das Nord-Südgefälle in der Auswanderung in der Kultivierung von Heide- und Moorflächen, die im Amt Vechta nicht in dem Umfang vorhanden waren wie in den Ämtern Cloppenburg und Friesoythe.[678] Georg Aka hat für den Zeitraum zwischen 1841 und 1864 folgende Zahlen ermittelt:

[677] HINRICHS, Wirtschaft, S. 75.

[678] BOCKHORST, H.: Auswanderung und Heuerleutenot, IN: HKL 1959, S. 101-105. Zu vergleichbaren Ergebnissen für den Zeitraum zwischen 1841 und 1864 kommt auch AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 64.

Tab. 4: Auswanderer aus den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe von 1841 bis 1864[679]

Amt	1841-1850	1851-1854	1855-1860	1861-1864
Vechta	3420	1399	1470	362
Cloppenburg	1484	474	510	236
Friesoythe	85	81	55	26
Münsterische Geest	6989	1894	2035	624

Überdurchschnittlich hoch fallen die Auswanderungsquoten für die Gemeinden Damme, Steinfeld und Holdorf aus. Johannes Ostendorf hat in seinem großen Aufsatz über die Geschichte der Auswanderung aus dem alten oldenburgischen Amt Damme von 1830 bis 1880 festgestellt, daß Motive für die Auswanderung in erster Linie ökonomische Faktoren waren und die unterbäuerlichen Schichten das Hauptkontingent unter den Auswanderern stellten.[680] Für den Untersuchungszeitraum zwischen 1831 und 1880 ermittelt Ostendorf 6 319 Auswanderer aus dem Amt Damme.[681] Angeführt wurde die Dammer Gruppe von Franz Joseph Stallo, der 1793 als fünftes von sieben Kindern in Sierhausen (Gemeinde Damme) geboren wurde. Sein Vater war der Heuermann und Lehrer Johann Bernard Stallo. Nach dem amtlichen Re

[679] AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 64.

[680] Zum Amt Damme, das nach den Grenzregulierungen zwischen Hannover und Oldenburg im Jahre 1817 gebildet worden war, gehörten die Gemeinden Damme und Neuenkirchen; von der räumlich großen Gemeinde Damme wurde Holdorf 1827 als eigener Verwaltungsbezirk abgetrennt. Das Gesetz vom 17. April 1871 vereinigte das Amt Steinfeld mit dem Amt Damme; durch Gesetz vom 1. Oktober 1879 wurde das Amt Damme mit dem Amt Vechta vereinigt. (OSTENDORF, Auswanderung, S. 165)

[681] OSTENDORF, Auswanderung, S. 195f. Der Autor ordnet diese Zahlen folgendermaßen zu: "In den 50 Jahren haben somit die Gemeinden Damme, Holdorf und Neuenkirchen 6 319 Einwohner hinausgeschickt. Das ergibt einen Jahresdurchschnitt von 126 Personen, mehr als der Weltkrieg jährlich an Opfer von ihnen verlangt hat. Nach 1880 hörte das Abfließen nicht auf; allein die Jahre 1881 - 1883 brachten weitere 519 Auswanderer. Der Strom stoppte erst in den Weltkriegsjahren, brach dann 1919 erneut wieder hervor und ist seit einigen Jahren zum Stillstand gekommen. Die Gesamtzahl der aus den drei Gemeinden überhaupt ausgewanderten Personen dürfte die Zahl von 8 000 erreichen, wenn nicht gar erheblich übersteigen." ERCHINGER, Hollandgänger, S. 344-347, MÜTTER, Reichsgründung, S. 366f. Diese Autoren geben ebenfalls eine Übersicht über die Auswanderung aus dem Amt Damme, die sich zum Teil auf Ostendorf stützt.

gister soll Stallo im Jahre 1830 ausgewandert sein, nachdem er vorher - bis 1815 - in Grandorf (Gemeinde Holdorf) einen Lehrerberuf ausgeübt und sich danach in Damme als Buchdrucker, -binder und -händler betätigt hatte. Eine Kolonie im amerikanischen Bundesstaat Cincinnati wurde nach Stallo "Stallotown" genannt. "Stallotown" behielt aber nicht den Namen seines Gründers und hieß später "Minster".[682] Der Hauptanteil der Auswanderer (92,7 %) nahm den Weg nach Nordamerika, die Auswanderer in europäische Staaten verschlug es vor allem auf den Balkan; die größte Siedlung der "Ungarnfahrer" ist Tscherman in der heutigen Slowakei.[683] Einigkeit besteht in der Literatur darüber, daß die Heuerleute die große Masse der Auswanderer stellten. Sie waren grundbesitzlos und lebten in der trostlosen Aussicht, es auf Generationen zu bleiben. Trotz harter Arbeit besaßen sie nur eine schmale wirtschaftliche Grundlage und waren stets auf eine gewinnbringende Nebenerwerbsquelle angewiesen, die sowohl im heimischen Nebenerwerb wie im Hollandgang bestand. Gerade für diese beiden Erwerbsquellen änderten sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die konjunkturellen Daten, die zu einer nachhaltigen Verschärfung der Existenzkrise in den unterbäuerlichen Schichten führten.

Die Daten, die das demographische Nord-Südgefälle in Südoldenburg markieren, korrespondieren in auffälliger Weise mit anderen sozialen Indikatoren der Bevölkerungsentwicklung in dieser Region. Neben der Bevölkerungsdichte, die im Süden des Kreises Vechta etwa dreimal so hoch war wie im Amt Friesoythe, sind auch der Besatz mit Heuerstellen und vor allem die Auswanderung signifikante Faktoren des demographischen Nord-Südgefälles.[684] 1825 war im Kreis Vechta ein Besatz mit Heuerstellen von 3,7 je

---

[682] OSTENDORF, Auswanderung, S. 166-171: Die Anfänge der Auswanderung und die Bedeutung von Franz Stallo als Pionier der Siedlung in Nordamerika.

[683] OSTENDORF, Auswanderung, S. 205f.; ERCHINGER, Hollandgänger, S. 349-352. Über die "Ungarnfahrer" aus dem Kreis Cloppenburg und ihre Siedlungen auf dem Balkan berichtet OSTENDORF, Johannes: Kreis Cloppenburger Ungarnfahrer, IN: VuL Nr. 33, Jg. 1955, S. 5-7; Fortsetzung in VuL Nr. 34, 1955, S. 10-12; RENKEN, Lindern, S. 405-407: Passagierliste des Auswanderer- und Postdampfschiffes "Weser" von 1867, die auch die Namen von zwei Auswanderern aus Lindern enthält; THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 255. Die Ausgabe der OV vom 4. Oktober 1856 gibt einen Bericht über das Auswanderungsland Brasilien wieder und Auswanderungswilligen den Rat, "sich dort anzusiedeln, wenn ihnen Garantien für ihr Fortkommen von Seiten des Staats oder der Bevölkerung geboten würden".

[684] HINRICHS, Wirtschaft, S. 35. Danach betrug die Siedlungsdichte in den Gemeinden Dinklage, Neuenkirchen, Steinfeld, Lutten und Vechta 1837 zwischen 60 und 74 Einwohner

Hof anzutreffen, während im Kreis Cloppenburg (ohne das Amt Friesoythe) ein Besatz von 0,9, im Amt Friesoythe sogar nur ein Besatz von 0,3 vorzufinden war. Im Kreis Vechta wies das Amt Damme mit 5,7 Heuerstellen pro Hof den höchsten Bestand auf, gefolgt vom Amt Steinfeld mit 4,7; den niedrigsten Bestand hatte das Amt Vechta mit 2,1. Während das Amt Cloppenburg nur 0,5 Heuerstellen pro Hof verzeichnete, kam das Amt Löningen auf einen Wert von 1,6, der aber immer noch unter den Werten der Ämter im Kreis Vechta lag. Die Phase des Bevölkerungsrückganges, der vor allem auf die um 1830 einsetzende überseeische Auswanderung zurückzuführen ist, ist auch die Zeit des Niedergangs im Heuerwesen, mit dem eine seit Jahrhunderten bestehende bäuerliche Tradition und eine ganze gesellschaftliche Unterschicht ausstarb.[685] Wenn man berücksichtigt, daß 1820 mehr als die Hälfte der Bevölkerung in den Kreisen Vechta und Cloppenburg zu den Heuerlingen gehörte, die Bevölkerung in den Ämtern Steinfeld und Damme sogar zu zwei Dritteln, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß das Heuerlingswesen als bäuerliche Unterschicht einen gewichtigen sozialen Faktor in der südoldenburgischen Agrargesellschaft darstellte. 1817 gehörten im Kirchspiel Damme - und das traf weitgehend auch auf Neuenkirchen und Steinfeld zu - 64,74 % der bäuerlichen Stellen Heuerlingen und 55,36 % der Menschen Heuerlingsfamilien an, die im Durchsschnitt aus 4,3 Mitgliedern (5,8 pro Feuerstelle) bestanden.[686] Begleitet wurde diese Entwicklung durch eine Vergrößerung der grundbesitzenden bäuerlichen Stellen in dem Zeitraum zwischen 1724 und 1856 überhaupt: In dem Maße etwa, in dem die kleinbäuerlichen Betriebe anteilmäßig an der Gesamtzahl abnahmen, nahmen die mittel- und großbäuerlichen Betriebe zu.[687] Die Heuerlinge selbst verfügten weder über Haus und Hof noch über Grund und Boden und standen in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den verschiedenen bäuerlichen Statusgruppen. Sie

---

pro qkm, in den Gemeinden Altenoythe, Scharrel, Markhausen nur bis zu 14 Einwohnern pro qkm.

[685] WINDHORST, Agrarwirtschaft, S. 25; RENKEN, Lindern, S. 402. Annette Renken gibt an, daß in Lindern am Ende des 19. Jahrhunderts 9 Bauerstellen ohne Heuerlinge und 45 Bauerstellen mit Heuerlingen registriert wurden (Lastrup: 34 mit, 70 Bauerstellen ohne Heuerlinge); von den 73 Heuerstellen waren in Lindern nur 4, in Lastrup von 101 nur 5 unbesetzt.

[686] REINDERS-DÜSELDER, Bevölkerungsentwicklung, S. 288-294: Tab. 3 (S. 290); HINRICHS, Wirtschaft, S. 67. Danach wies Steinfeld 1703 einen Besatz von 39,62 % Heuerstellen auf, 1749 eine Dichte von 54,27 %; Damme und Neunkirchen erreichten 1772 einen Besatz von 64,43 %, 1835 sogar einen Besatz von 71,05 %, Steinfeld 1815 eine Dichte von 63,78 %.

[687] HINRICHS, Wirtschaft, S. 113. In Steinfeld standen 1703 den 224 bäuerlichen Haushalten 198 Heuerlingshaushalte gegenüber, schon 1749 überwogen die Heuerlinge mit 54 %; 1772 waren es schon 65 % und 1835 mehr als 70 % (S. 53)

waren Kleinpächter, die im Heuervertrag ein Pacht- und Dienstverhältnis eingingen, das sie zur Führung eines eigenen Hausstandes (Feuerstelle) befähigte. Die Zahlung des Pachtpreises erfolgte dadurch, daß die Heuerlinge ihre Arbeitskraft im vereinbarten Umfang zur Verfügung stellten.[688]

Aufgrund ihrer schmalen Existenzgrundlage waren die besitzlosen Heuerleute auf die Nebenerwerbsquelle in der Leinenindustrie bzw. Hausweberei angewiesen, für die mit der industriellen Konkurrenz schwere Zeiten anbrachen. Die Verfertigung von Strümpfen, Socken und Handschuhen wurde zur existentiellen Notwendigkeit für die auf Nebenerwerb angewiesenen Heuerlinge. "Alles strickt hier, was nur Hände hat, Bauer und Bäuerin, Kinder, Knechte und Mägde, vom fünften Jahre des Lebens an bis ins höchste Alter", hatte schon Flensberg, der 1780 das Niederstift Münster bereiste, in einem Brief an Justus Möser geschrieben.[689] Als durch billigere Überseeimporte die Wollpreise in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ständig fielen, beschleunigte sich in Südoldenburg der Niedergang des bäuerlichen Nebengewerbes, und die Agrarkrise zeigte die Grenze des Nahrungsspielraumes auf. Zudem fielen die Preise für agrarische Erzeugnisse zwischen 1840 und 1870 sehr niedrig aus. Zu dieser Zeit arbeiteten noch 60 % bis 70 % der einheimischen Bevölkerung in der Landwirtschaft. Unmittelbar vor den Markenteilungen erreichte die ökonomische Misere der südoldenburgischen Agrarwirtschaft ihren Höhepunkt.[690] Als Folge der großen Auswanderungswelle, die vor allem den Süden des Kreises Vechta erfaßte, konnte sich das Angebot an Heuerstellen erholen und überstieg das Angebot wieder die Nachfrage. Während das Amt Vechta zwischen 1841 und 1850 noch 3 420 Heuerstellen aufwies, war die Zahl für den Zeitraum zwischen 1851 und 1854 mit 1 339 Stellen schon mehr als halbiert. Im Amt Cloppenburg sanken die Heuerstellen von 1 484 zwischen 1841 und 1850 auf 474 zwischen 1851 und 1854, im Amt Friesoythe nur um vier Stellen, dann von 55 (1855 - 1860) auf 26 (1861 - 1864). Diese Entwicklung ist auf den verspäteten Beginn der Auswanderung aus dem Amt Friesoythe zurückzuführen.[691] 1880 standen im Amt Vechta 2 174 (97 %) besetzte Heuerstellen 74 (3 %) unbesetzten gegenüber,

---

[688] REINDERS-DÜSELDER, Obrigkeit, S. 326-331; ERCHINGER, Hollandgänger, S. 339f. Die Autoren bezeichnen das Heuerlingswesen als eine besondere Form des Pacht-Arbeitshilfe-Verhältnisses; BECKERMANN, Münsterland, S. 37-39 (Lehrerheft). Die Autoren stellen einen Heuer-Kontrakt aus der Gemeinde Damme vor, der im Jahre 1897 abgeschlossen wurde.
[689] CLEMENS, Paul: Unsere Heimat zur Zeit des Heidebauerntums, IN: VuL Nr. 9, 1951, S. 10.
[690] RENZE, Heidelandschaft, S. 284f.
[691] BECKERMANN, Münsterland, S. 12 (Lehrerheft); WINDHORST, Phasen 1, S. 127f.

im Amt Cloppenburg waren im selben Jahr 1 166 (93 %) Heuerstellen besetzt und 88 (7 %) unbesetzt; für das Amt Friesoythe wurden keine Heuerstellen mehr registriert. Der Rückgang in der Besetzung der Heuerstellen vollzog sich in Südoldenburg vom Norden nach Süden.[692] Hans-Wilhelm Windhorst skizziert den Niedergang des Heuerlingswesens als Ergebnis des agrarökonomischen Strukturwandels.[693] Aus dem Rückgang der Heuerstellen infolge der überseeischen Auswanderung resultierte für den Zeitraum zwischen 1870 und 1890 ein Rückgang im Viehstapel, der die Kleinbetriebe sehr schnell an die Grenze ihrer Existenzfähigkeit brachte.

Tab. 5: Veränderung der Viehbestände in den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe von 1863 bis 1873[694]

Amt	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Vechta	-579	-870	-5022	-2794
Cloppenburg	-294	+203	-6026	-2152
Friesoythe	-189	-520	-7970	-1653
Summe	-1062	-1187	-19018	-6599

Der enorme Rückgang des Schaf- und Schweinebestandes dokumentiert einerseits das Ende des münsterländischen Heidebauerntums und andererseits den Niedergang des Heuerlingswesens. Die tiefgreifende Strukturkrise zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Markenteilungen, der Niedergang der hausindustriellen Textilproduktion und der Rückgang der Saisonarbeit in Holland entzogen den unterständischen bäuerlichen Schichten vielfach ihre Existenzgrundlage. Der Hollandgang, eine Form der saisonalen Abwanderung, die im 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt erreichte, hielt bis über die Mitte des 19.

[692] WINDHORST, Agrarwirtschaft, S. 25.
[693] WINDHORST, Phasen 1, S. 132f. Der Autor notiert dazu: "In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts setzte dann ein struktureller Wandel ein, der für die agrarwirtschaftliche Entwicklung von besonderer Bedeutung wurde. Bis zur Markenteilung war den Heuerlingen von den markenberechtigten Bauern die Nutzung der Marken zumeist gestattet worden. Die stetige Zunahme der Heuerstellen in Verbindung mit der Ansiedlung der Markkötter bewirkte eine Übernutzung, so daß die Marken ihren Wert verloren und eine Teilung angebracht erschien. Damit verloren die Heuerleute eine wichtige Grundlage ihrer Wirtschaft, weil sie nun nicht mehr in der Lage waren, ihren Viehbestand zu ernähren."
[694] AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 76.

Jahrhunderts an. Während 1806 im Amt Damme etwa 1 080 Hollandgänger verzeichnet wurden, waren es um 1860 aus dem Gebiet des Kreises Vechta immerhin noch etwa 1 000.[695] Die Kernregion der nordwestdeutschen Hollandgänger war das Osnabrücker Land. Die saisonale Abwanderung durch den Hollandgang erreichte im Süden des Oldenburger Münsterlandes größere Werte als in den nördlicher gelegenen Gemeinden.[696] Gemessen an der jeweiligen Bevölkerungszahl erreichte das Amt Steinfeld die höchste Abwanderungsquote im Herzogtum überhaupt, gefolgt von Brake an der Unterweser, Löningen und Berne. Zwischen 1833 und 1849 wurden im Register des Amtes Steinfeld 869 Namen von saisonalen Abwanderern geführt; den überwiegenden Teil davon stellten immer noch die Hollandgänger mit nahezu zwei Dritteln aller gemeldeten Abwanderer.[697] Der Heuerlingsbevölkerung entstammte die große Mehrheit der Hollandgänger.[698]

Dem Überangebot an Arbeitskräften im westfälischen Raum, zu dessen Einzugsgebiet auch das ehemalige Niederstift gehörte, stand ein Mangel an Arbeitskräften in Holland gegenüber. Zum Einsatz gelangten die Hollandgänger auf Handelsschiffen und im Walfang, in der Landwirtschaft beim Grasmähen und beim Torfgraben.[699] Friedrich-Wilhelm Schaer stellt fest, daß im Amt Steinfeld "die Schiffahrt als Nebenerwerb der Unterschicht" betrieben wurde. Im 18. Jahrhundert habe sich ein Teil der männlichen Bewohner am Walfang in der nördlichen Arktis, nach den Befreiungskriegen am Herings- und Kabeljaufang beteiligt. Diese Tatsache ruft seiner Meinung nach große Verwunderung hervor, weil bisher nicht geklärt werden konnte, "weshalb nun gerade die im südlichen Münsterland - weitab von der Nordsee - wohnenden Menschen seit dem 18. Jahrhundert die Fahrt zur See als Saisonarbeit betrieben".[700] Dagegen sei aber der Versuch, "im heutigen Südoldenburg ein Lehrinstitut für die örtliche Schifferjugend zu etablieren", in den 1830er Jahren gescheitert. Nur eine oldenburgische Schiffahrtsschule an der Unterweser

---

[695] ERCHINGER, Hollandgänger, S. 343. Grundlegend zum Themenkomplex Wanderarbeit (Hollandgang): BÖLSKER-SCHLICHT, Hollandgängerei; BÖLSKER-SCHLICHT, Vorfahren, S. 22-33. Der Autor gibt einen guten Überblick über die Motive für den Hollandgang, die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Fremde und für das Ende des Hollandgangs.
[696] BÖLSKER-SCHLICHT, Vorfahren, S. 33.
[697] HINRICHS, Wirtschaft, S. 70; ERCHINGER, Hollandgänger, S. 340-344.
[698] BÖLSKER-SCHLICHT, Vorfahren, S. 25.
[699] STEILEN, Diedrich: Aus den Tagen der Hollandgänger, IN: HKL 1954, S. 82f.
[700] SCHAER, Münsterländer, IN: JOM 1988, S. 65f.

habe auf Dauer überlebt.[701] Nach Auffassung von Franz Bölsker-Schlicht erreichte die maritime Hollandgängerei im 18. Jahrhundert ihren Höhepunkt und wurde durch den Ausbruch des Krieges zwischen England und den Niederlanden im Winter 1779/80 erheblich beeinträchtigt. Er gefährdete unmittelbar Freiheit und Leben der Hollandgänger, weil die überlegene englische Flotte sich nicht damit begnügte, die gegnerische Marine außer Gefecht zu setzen, sondern auch zivile Schiffe unter niederländischer Flagge kaperte. Bölsker-Schlicht legt eine Gefangenenliste mit 45 Namen vor, die Vechta im Herbst 1781 über diplomatische Kanäle erreichte. Nachdem die Kontinentalsperre die maritime Wanderarbeit gänzlich zum Erliegen gebracht hatte, erfuhr sie nach den Befreiungskriegen einen erneuten Aufschwung, bevor eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Südoldenburg seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das endgültige Verschwinden der Hollandgängerei bewirkte.[702]

In den Niederlanden kam es zu Beginn des 17. Jahrhunderts zu einem enormen Aufschwung in Handel und Industrie; die Niederlande entwickelten sich zur Welthandelsmacht. Der Aufschwung der Industrie führte zu einer Landflucht und entzog damit der Landwirtschaft die erforderlichen Arbeitskräfte. Dieser Bedarf wurde saisonal zum Teil durch die Hollandgänger gedeckt.[703] Als die holländische Wirtschaftsblüte infolge der britischen Konkurrenz und der napoleonischen Kriege zurückging, schwanden auch die Möglichkeiten des Hollandgangs. Aufgrund der negativen Auswirkungen auf die holländischen Manufakturen, auf Handel und Industrie konnten die einheimischen ländlichen Arbeitskräfte in den Städten kein Auskommen mehr finden, blieben auf dem Lande und verdrängten nach und nach die deutschen Wanderarbeiter. Staatliche Sanktionen sollten ein übriges tun und den holländischen

---

[701] SCHAER, Münsterländer, S. 67f. Die erste Seefahrtsschule des Oldenburger Landes wurde 1817 in Mühlen, 120 km von der Nordseeküste entfernt, errichtet. Hintergrund war die wirtschaftliche Not der unterständischen bäuerlichen Schichten. Auf der Suche nach einer Nebenerwerbsquelle wandten sich viele Arbeitskräfte neben dem Hollandgang auch der Seefahrt zu, insbesondere dem Heringsfang auf der Nordsee. Die Initiative zur Gründung der Seefahrtsschule in Mühlen ging von Nebenschullehrer Johan Henrich Rabe aus. Wegen ausbleibender Schüler wurde die nautische Schule in Mühlen Anfang der 1830er Jahre aufgelöst. Mit Schreiben vom 13. Juni 1832 wurde das Amt Steinfeld aufgefordert, die Instrumente und Bücher der ehemaligen Navigationsschule in Mühlen nach Oldenburg zu senden, da diese in der neu errichteten Seefahrtsschule in Elsfleth (gegr. 1832) benötigt würden. (TIMPHUS, Seefahrtsschule, S. 26-38)

[702] BÖLSKER-SCHLICHT, Kriegsgefangenschaft, IN: JOM 1987, S. 115-120.

[703] ERCHINGER, Hollandgänger, S. 340, 342; BÖLSLKER-SCHLICHT, Vorfahren, S. 28f.

Arbeitsmarkt gegen die ausländische Konkurrenz - die frühen Gastarbeiter - schützen. Betroffen davon waren auch die Hollandgänger aus dem Münsterland, die damit eine bedeutende Einnahmequelle verloren. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm der Wanderarbeitsstrom parallel zu den steigenden Auswanderungszahlen ab.

Wie schwer die Belastung der Hollandgänger war, geht aus der großen Zahl derer hervor, die an den Folgen der Überanstrengung und der ungesunden Lebensumstände erkrankten oder starben. Friedrich-Wilhelm Schaer hat eine Liste von insgesamt 145 Personen aus dem Münsterland zusammengestellt, die in den Niederlanden und in Belgien zwischen 1815 und 1870 verstorben sind. Dabei fällt seiner Meinung auf, daß viele Münsterländer als Seeleute oder auch in den niederländischen Kolonien umgekommen sind.[704] Über die Identität von verstorbenen Hollandgängern gab es häufig nur Mutmaßungen, weil "von den Sterbefällen der Arbeiter in Holland kein Register gehalten und es deswegen schwer sey, solche Todesfälle zu dokumentieren".[705] Neben Erkrankung und Tod zählten auch verbrecherische Überfälle auf die Hollandgänger zu den belastenden Begleiterscheinungen der saisonalen Wanderarbeit.[706] Am 4. August 1826 richtete der Cloppenburger Amtmann Schmedes an die Kirchspielvögte ein Schreiben, in dem er um Aufklärung über die Hollandgängerei bat.

Die großherzogliche Regierung sah in der Markenteilung offensichtlich eine Möglichkeit, die Auswanderungswelle aus den südlichen Ämtern zum Stillstand zu bringen. In einem Reskript vom 11. August 1859 forderte sie die unteren Behörden auf, Auskunft zu geben, "ob und was geschehen könne, um die Auswanderung zu vermindern". Weiter hieß es in dem Schreiben:

> "Da wohl auch vorzugsweise der Mangel an Gelegenheit zum Erwerb eines Grundeigentums viele zur Auswanderung veranlaßt, ob nicht durch die raschere Betreibung der Markenteilungen verfügbarer Grund und Boden gewonnen werden kann, und ob es sich nicht empfiehlt, die Eingesessenen auch auf die Gelegenheit zum Ausbau in den Moorkolonien aufmerksam zu machen."[707]

---

[704] SCHAER, Hollandgänger, IN: JOM 1987, S. 121-128.
[705] RENKEN, Lindern, S. 415.
[706] TEPE, Aloys: Opfer der Hollandgängerei aus dem Kirchspiel Neuenkirchen (Oldb), IN: HKL 1954, S. 84-87. Danach starben 49 Männer aus Neuenkirchen in Holland, 5 auf dem Rückweg in die Heimat und kurz nach der Rückkehr 11, insgesamt also 65 Personen. RENKEN, Lindern, S. 410-416. Die Autorin dokumentiert Todesfälle von Linderner Hollandgängern. EIYNCK, Krüppelfuhren, S. 60-71; REMLING, Überfälle, S. 80-91.
[707] OSTENDORF, Auswanderung, S. 215f.

Die Gemeinde Neuenkirchen antwortete auf das Reskript und kam zu dem Eindruck, "daß nach Ansicht des Gemeinderates wenig zur Verminderung der Auswanderung geschehen könne, weil die Markenteilung hier schon lange beendet ist, und überhaupt die Markenteilung würde die Auswanderungen nur noch vergrößern, weil dadurch die Markgenossen nur bevorteilt werden und die Auswanderer mehrst aus Heuerleuten bestehen und diesen durch die Markenteilung ihre Freiheit zum Viehweiden, Plaggenstechen und Torfgraben auf Markengrund, wo dieselben der Lage nach Erwerb ziehen können, genommen wird".[708] Der Lohner Gemeinheitskommissar Nieberding hatte schon 1819 in einem Beitrag für die "Oldenburgischen Blätter" auf die dramatische Zuspitzung der ökonomischen Lage in Südoldenburg aufmerksam gemacht und vor den Folgen der Markenteilungen, die für das Schicksal der Heuerleute von großer Bedeutung waren, gewarnt.[709]

Aus den Berichten der Ämter und Gemeinden, die aus dem Kreise Vechta in Oldenburg eintrafen, geht hervor, daß die Markenteilungen in den Gemeinden des Kreises Vechta um die Jahrhundertmitte weitgehend als abgeschlossen betrachtet werden konnten, während in den Gemeinden des Kreises Cloppenburg noch umfangreiche Markengründe auf ihre Teilung warteten. Die Markengründe im Amt Vechta waren nicht wesentlich größer als die des Amtes Friesoythe und 1880 bis auf einen Rest von etwas über 6 000 ha verteilt. Dagegen machte sich besonders im Amt Cloppenburg ein deutlicher Rückstand bemerkbar. Um 1880 hatte das Amt im Teilungsverfahren gerade die Hälfte der Wegstrecke zurückgelegt, - sicherlich auch ein Grund für den Rückstand im agrarökonomischen Modernisierungsprozeß gegenüber dem Kreis Vechta. Auch was die Markenteilung als Voraussetzung für die Intensi

---

[708] OSTENDORF, Auswanderung, S. 216. Ähnlich äußerte sich auch die Gemeinde Holdorf am 30. August 1859, wenn sie feststellte, "daß dieser Plan durchgeführt für die Gemeinde Holdorf ganz und gar diesen Zweck verfehlen würde". Weiter hieß es in dem Schreiben: "Zudem ist auch im Kirchspiel Holdorf nur noch die Mark der Bauerschaft Holdorf ungeteilt. Es stellt sich aber heraus, daß in Fladderlohausen und Ihorst, wo die Marken schon seit Jahren geteilt sind, die Vermögensverhältnisse des ‘kleinen Mannes’, der doch am meisten auswandert, nicht günstiger, wenn nicht noch schlimmer sich gestalten als in Holdorf. An Grund und Boden zum Ackerbau fehlt es hier weniger als an Dünger, dieser aber wird vorzüglich durch Plaggenstich aus der Gemeinheit gewonnen. Woher also sollten Heuerleute und kleine Grundeigentümer ihren großen Bedarf an Dünger nehmen, wenn ihnen der freie Plaggenstich benommen?" (S. 217)

[709] RIESENBECK, Bernhard: Die Verhältnisse der Heuerleute im Anfange des 19. Jahrhunderts, IN: VuL Nr. 6, 1935, S. 118.

vierung der landwirtschaftlichen Produktion betrifft, ist die Feststellung zu bestätigen, daß der Kreis Vechta dem Nachbarkeis Cloppenburg voranschritt und den agrarökonomischen Modernisierungsprozeß in größeren Schritten zurücklegte. Das verdeutlicht auch folgende Übersicht über den Umfang der Markenteilungen, die bis 1880 in den Ämtern Friesoythe, Vechta und Cloppenburg vorgenommen wurden.

Tab. 6: Übersicht über die bis 1880 in den Ämtern Friesoythe, Vechta und Cloppenburg vorgenommenen Markenteilungen[710]

Amt	Gesamtgröße in Hektar um 1800	Zahl der bis 1880 geteilten Marken	Interes-senten	Größe in Hektar	Wert in Mark
Friesoythe	36 534	29	1 739	22 134	1 763 327
Vechta	38 685	105	6 185	32 431	4 519 002
Cloppenburg	68 220	67	3 669	33 275	2 712 585
Summa	14 3440	201	11 593	87 890	8 994 914

Der Markenteilung kommt insgesamt der Charakter einer Bodenreform zu, die weitgehend zugunsten des grundbesitzenden bäuerlichen Mittelstandes ausfiel und das soziale Milieu in Südoldenburg stabilisierte. Für die politische Geschichte der Region bedeutet das Zeitalter der Markenteilungen einen großen Einschnitt. Denn mit den Markenteilungen schieden die unterständischen bäuerlichen Schichten, in erster Linie die Heuerleute, bis auf einen Restbestand aus dem sozialen Gefüge der südoldenburgischen Agrargesellschaft aus. Ein großer Teil wanderte aus, einem anderen gelang dank landwirtschaftlicher Intensivhaltung der Aufstieg in das freie Bauerntum, ein weiterer Teil wanderte ab oder fand ein Auskommen in einem der Landwirtschaft vor- oder nachgelagerten produzierenden Gewerbe. Damit ging die Geschichte eines Bauernstandes zu Ende, aus dem als einzigem Stand ein politisches Protestpotential hätte erwachsen können. Dazu kam es aber nicht.

Den durch die Markenteilungen hervorgerufenen Strukturwandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft belegen Daten zum jeweiligen Viehbe

[710] AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 75.

satz in den Jahren 1852 und 1892. An den Daten aus dem Jahre 1892, an der Schwelle zur südoldenburgischen Veredelungswirtschaft, ist abzulesen, daß die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im Kreis Vechta in der Mastschweinehaltung begann und das Zeitalter der agrarökonomischen Spezialisierung einleitete.

Tab. 7: Viehbesatz in den Kreisen Vechta und Cloppenburg im Vergleich zum Durchschnitt im Herzogtum Oldenburg (Zahlen bezogen auf 1 qkm)[711]

Zählbezirk		Kreis Vechta	Kreis Cloppenburg	Herzogtum Oldenburg
Pferde	**1852**	4,7	2,6	6,3
	1892	4,7	2,6	6,0
Rindvieh	**1852**	28,9	15,0	35,6
	1892	28,4	15,0	36,6
Milchkühe	**1852**	17,5	8,5	15,0
	1892	19,9	9,0	16,2
Schafe	**1852**	44,6	81,8	51,5
	1892	8,3	34,3	24,1
Schweine	**1852**	12,7	6,5	14,1
	1892	31,6	12,9	21,1
Ziegen	**1852**	1,1	0,6	1,3
	1892	1,9	1,3	5,0
Bienen	**1852**	7,3	8,8	8,3
	1892	3,2	3,2	3,5

Der Rückgang des Schaf- sowie der Anstieg des Schweinebestandes kündigten das Ende des "Heidebauertums" und den Übergang zur spezialisierten Veredelungswirtschaft in Südoldenburg an. Auf dem Wege in die agrarindustrielle Revolution ging der Kreis Vechta dem Kreis Cloppenburg zeitlich

[711] Vechta, 19. Jahrhundert, S. 31.

voran: Während die Entwicklung im Kreis Cloppenburg noch verharrende Momente aufwies - noch relativ ausgeprägte Schafhaltung im Jahre 1892, knappe Verdoppelung des Schweinebestandes -, bildete sich im Kreis Vechta mit der Mastschweinehaltung ein eindeutiger Schwerpunkt heraus.

6.5. Der Eisenbahnbau

Das zentrale Problem der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft vor der ersten agraindustriellen Revolution war der Transport von landwirtschaftlichen Gütern und Produkten. Auf dem Wege Südoldenburgs zu einer modernen Agrargesellschaft kam deshalb dem Eisenbahnbau eine zentrale Bedeutung zu. Ansätze punktueller Industrialisierung, z. B. in der Gemeinde Lohne, konnten die ökonomische Stagnation in Südoldenburg nicht kompensieren, sondern den einsetzenden Modernisierungsprozeß nur begleiten. Vor der eisenbahntechnischen Erschließung der Region hatte sich die Landesregierung gerade in dem unwirtlichen Gelände des Münsterlandes zwar erfolgreich um den Ausbau von Chausseen bemüht, aber dadurch einen grundlegenden infrastrukturellen Wandel nicht herbeiführen können. Das gelang erst durch den Eisenbahnanschluß, der den sozialen und ökonomischen Strukturwandel in Südoldenburg beschleunigte und in der ersten agrarökonomischen Revolution zu einem vorläufigen Abschluß brachte.[712]

Mit großer historischer Verspätung kamen das Oldenburger Land und vor allem die Region Südoldenburg in der politischen und sozioökonomischen Gegenwart des 19. Jahrhunderts an. Am sinnfälligsten kommt dieser Modernisierungsrückstand durch den verzögerten Bau der Eisenbahnen zum Ausdruck, der im Herzogtum politisch lange durch die angrenzenden Nachbarn Hannover und Preußen blockiert wurde und erst um die Jahrhundertwende das Oldenburger Münsterland auch binnenstrukturell erschloß. Im Jahre 1908 wurde die Bahnlinie Cloppenburg - Ocholt, die von großer Bedeutung für die Ämter Cloppenburg und Friesoythe war, als eine der letzten Linienführungen in Südoldenburg auf der ganzen Strecke eröffnet.[713] Der Eisenbahnbau ist als integrierter Faktor des agrarökonomischen Modernisierungsprozesses zu se

[712] CLEMENS, Heimatkunde, S. 30-35: Verkehrswege früher und heute, mit einer Karte zur Verkehrslage in Südoldenburg nach dem Zweiten Weltkrieg.
[713] REINKE, Georg: Zur Geschichte des oldenburgischen Eisenbahnwesens, IN: HBL 9/1933 bis 10/1934 (Fortsetzungen). Bei der Artikelfolge von Prof. Reinke handelt es sich um eine umfassende Darstellung des oldenburgischen Eisenbahnwesens.

hen, der die Subsistenzwirtschaft Südoldenburgs irreversibel in das System marktorientierter Agrarproduktion transformierte.[714]

Die eisenbahntechnische Erschließung des oldenburgischen Südterritoriums erwies sich als ein Nebenprodukt der Wahrnehmung der geopolitischen Interessen Preußens, um seine hegemoniale Stellung im zukünftigen Deutschen Reich auszubauen. Das politische Verdienst Oldenburgs bestand darin, seinen Standortvorteil an der Jade in den Verhandlungen mit Preußen selbstbewußt ausgenutzt und den ökonomisch ohnehin benachteiligten Süden des Landes verkehrstechnisch nicht weiter abgehängt zu haben. Damit erwies sich das Herzogtum auch selbst einen großen politischen Dienst, indem es einen weiteren Beitrag zur Integration des südlichen Landesteils leistete. Der Vertrag zwischen Oldenburg und Preußen vom 16. Februar 1864 klärte schließlich die Eisenbahnfrage und die Voraussetzungen für den Bau der Südstrecke. In dem Vertrag erhielt Preußen 100 ha Land an der Jade, um auf oldenburgischem Gebiet drei Außenwerke für den zukünftigen preußischen Kriegshafen anzulegen, und wurden die Eisenbahnstrecken Oldenburg - Bremen und Oldenburg - Heppens vereinbart. Falls Preußen innerhalb von zehn Jahren nicht mit dem Bau der Südbahn beginnen sollte, war eine "Strafmillion" als Entschädigungssumme an Oldenburg zu zahlen.[715] Grundlage der eisenbahnpolitischen Einigung zwischen Oldenburg und Preußen war der sog. "Jadevertrag" aus dem Jahre 1853.[716]

Am 15. Oktober 1875 wurde die Eisenbahnlinie bis Quakenbrück, ein Jahr später, am 14. November 1876, bis Osnabrück eröffnet. Mit dem Bau der Südbahn wurde ein großer Nachteil, der sich aus der Standortferne Südoldenburgs für seine im Entstehen begriffene Veredelungswirtschaft ergab, überwunden. Damit war die Basis für die weitere eisenbahntechnische Erschließung Südoldenburgs geschaffen, die nicht nur vom Staat, sondern in der Phase vor der Motorisierung des Straßenverkehrs privatwirtschaftlich durch die Errichtung von Kleinbahnen betrieben wurde. Die GOE (Großherzoglich Oldenburgische Eisenbahn) blieb bis zum Ende des Großherzogtums der staatliche Träger des oldenburgischen Eisenbahnwesens.

---

[714] MALIK, Jörn: Mit der Bahn Anschluß an die "Große Welt". Die Strecke Oldenburg - Osnabrück - Eisenbahn im Oldenburger Lande, IN: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg 1981.
[715] LAMPE, Oldenburg, S. 21-24; SCHMIDT, Eisenbahn, S. 86f.
[716] UPHOFF, Wilhelmshaven, S. 36-50: Der Jadevertrag 1850 - 1854.

Durch die Streckenführung der Südbahn, die über Ahlhorn die Ämter Cloppenburg und Quakenbrück berührte, war der Amtsverband Vechta, der auf Einspruch Preußens hin von der Südbahn unberührt bleiben mußte, noch ohne Eisenbahnanschluß. Der Ausbau der Nebenstrecken im Oldenburger Münsterland begann mit einer Verbindung von Ahlhorn nach Vechta. Am 1. Oktober 1885 wurde auf dieser Strecke der Betrieb aufgenommen, und am 1. September 1888 war die Weiterführung nach Lohne fertiggestellt. Die Staatsregierung bemühte sich weiterhin um eine systematische Komplettierung des vorhandenen Hauptbahnnetzes. Am 1. Mai 1898 traf von Delmenhorst über Wildeshausen eine weitere Strecke auf Vechta zu, die sog. "Schusterbahn", die in kurzen Abständen verlängert wurde: von Lohne - der Abschnitt Vechta - Lohne bestand ja schon seit 10 Jahren - nach Neuenkirchen (1. November 1899) und weiter nach Hesepe (1. Mai 1900), wo der Anschluß an die Südbahn nach Osnabrück erreicht war. Mit der Strecke von Delmenhorst nach Hesepe war entgegen den preußischen Plänen eine Parallelverbindung zur Paris - Hamburger Bahn und der Anschluß des Kreises Vechta an die Südverbindung entstanden. Die am 1. Mai 1900 eröffnete Stichbahn von Holdorf nach Damme wurde 1912 bis Bohmte verlängert und gewann dadurch einen Anschluß an die alte Strecke zwischen Bremen und Osnabrück.[717]

Unübersehbar war aber, daß nicht der Kreis Vechta, sondern der Kreis Cloppenburg aufgrund seiner günstigen Lage an der Nord-Süd-Verbindung zum Verkehrsknotenpunkt des Münsterlandes im eisenbahntechnischen Zeitalter wurde. Der Bahnhof Cloppenburg erhielt 1907 eine eigene Lokomotivstation.[718] Der direkte Anschluß an die Unterweserhäfen und die aufstrebenden rheinisch-westfälischen Industriereviere förderte die agrarökonomische Entwicklung dieses Teilraumes und trug wesentlich zur Bedeutung der Stadt Cloppenburg als südoldenburgisches Markt- und Handelszentrum bei. Der Verkehrsknotenpunkt Cloppenburg wurde zum Ausgangspunkt für die innere Erschließung der großflächigen und zum größten Teil noch unkultivierten Ämter Cloppenburg und vor allem Friesoythe. Die Staatsregierung entschloß sich für den Bau der Strecke Cloppenburg - Ocholt, obwohl sie keine Rendite erwarten ließ und allein landesökonomischen Zwecken diente. Die Strecke, die möglichst alle erreichbaren Gemeinden des Kreises berücksichtigen sollte, wurde in drei Abschnitten gebaut. Die Linie von Cloppenburg nach Frie

[717] GAIDA, Dampf, S. 51-59.
[718] SCHMIDT, Eisenbahn, S. 97; WELLIGE/MENSING/SCHWARTE: Von der Großherzoglich - Oldenburgischen Eisenbahn zur Deutschen Bundesbahn, IN: VuL 130/1992, S. 12-14.

soythe wurde am 1. Oktober 1906 eröffnet, ein Jahr später die Verlängerung nach Scharrel. Vom ammerländischen Ocholt aus erreichte die Bahn am 1. September 1908 die Gemeinde Scharrel und nahm somit auf der ganzen Linie den Betrieb auf.[719] Eine "denkwürdige Sitzung" nannte die Vechtaer OV jene Landtagsdebatte im Februar 1903, die den Ausbau der neuen Bahnstrecke Cloppenburg - Friesoythe - Saterland - Ocholt unter der Bedingung beschloß, daß "die von den beteiligten Gemeinden zu leistenden Zuschüsse von 10 Prozent zu den Baukosten und die Hergabe des Grund und Bodens nicht nur beschlossen und genehmigt, sondern auch mit Zinsen derart sicher gestellt ist, daß die Staatskasse niemals dadurch belastet werden kann".[720] Mit dem Bau dieser Strecke war die eisenbahntechnische Erschließung Südoldenburgs, soweit es sich um staatliche Einrichtungen der GOE handelte, abgeschlossen.

Die Hauptverkehrsverbindung im südoldenburgischen Eisenbahnnetz ist bis heute die Verbindung Oldenburg - Osnabrück geblieben, während viele Nebenstrecken in der Nachkriegszeit nach 1945 aufgrund mangelnder Rentabilität wieder stillgelegt wurden. Dazu gehören auch die Schmalspurbahn von Cloppenburg bis zur Landesgrenze nach Lindern, die am 1. Januar 1900 eröffnet wurde, und die Privatbahn von Cloppenburg nach Vechta, die am 8. Mai 1914 ihren Betrieb aufnahm. Auch diese Linienführungen, von Cloppenburg ausgehend, unterstreichen die Bedeutung dieser Stadt für die eisenbahntechnische Erschließung der Region. Der Bau der Schmalspurbahn Cloppenburg - Lindern/Landesgrenze ging auf ein vom Cloppenburger Amtshauptmann von Heimburg protegiertes Bahnprojekt zurück, von Cloppenburg aus eine Linie über Lastrup und Lindern nach Werlte zu führen. Dieser Plan scheiterte jedoch und kam nur verkürzt durch den Bau der Schmalspurbahn zur Durchführung, die vom Cloppenburger Kleinbahnverein getragen wurde. Am 1. Mai 1903 wurde die letzte Strecke zwischen Lindern und der Landesgrenze dem Betrieb übergeben, aber das "Werlter Loch", das bis 1952 die Reisenden von hüben und drüben zwang, die 2,5 km bahnlose Strecke zu Fuß zurückzulegen, blieb bis 1952 als Eisenbahnkuriosität bestehen. Am 15. April 1953 wurde die Kleinbahn, die im Volksmund "Pingel Anton" genannt wurde, stillgelegt.[721]

---

[719] GAIDA, Dampf, S. 59f.; WOLTERMANN, Clemens: Die Eisenbahnstrecke Cloppenburg - Friesoythe. Feierliche Eröffnung der Bahnlinie am 1. Oktober 1906, IN: VuL Jg. 39, Nr. 96, 1977, S. 15f.

[720] OV vom 28.2.1903.

[721] SCHMIDT, Schmalspurbahn, S. 101-110; RIEDEL, Kreisbahn, S. 8-14. Die schmalspurige Kleinbahn von Cloppenburg bis zur Landesgrenze in der kleinen Bauerschaft Auen (Gemeinde

Ein Beispiel für die kommunale Organisation des Eisenbahnbaus im Oldenburger Münsterland ist der Bau der Kleinbahn Vechta - Cloppenburg, die am 7. Juni 1914 in Betrieb genommen wurde. Getragen wurde der Bau dieser Nebenstrecke von einem Bahnverband, dem die Ämter Cloppenburg und Vechta sowie die Gemeinden Vechta, Bakum, Vestrup, Cappeln und Emstek angeschlossen waren. Bereits im August 1909 hatte der Amtsverband Vechta im oldenburgischen Innenministerium um die Erlaubnis für den Bau dieser Nebenstrecke nachgesucht, genehmigt wurde sie aber erst im Jahre 1912. 1952 wurde der Personenverkehr, 1965 der Güterverkehr auf dieser Strecke eingestellt, die damit ebenfalls der automobilen Gesellschaft zum Opfer fiel.[722] Einen wirtschaftlichen Aufschwung für die betroffenen Gemeinden bewirkte die 1888 von der Gemeinde Löningen mit staatlicher Unterstützung gebaute Bahnlinie Löningen - Essen, die 1907 durch den Bau der Strecke Löningen - Lewinghausen (Landesgrenze) Anschluß an die Meppen - Haselünner Eisenbahn nach Meppen fand. Die Privatbahn Löningen - Essen wurde 1895 von der GOE übernommen. Lewinghausen wurde der Verbindungsbahnhof (Umsteigebahnhof) zwischen der Linie Meppen - Haselünne und der Bahn Essen - Löningen. Die neue Streckenführung erfüllte jedoch nicht "die erwartete Bedeutung als Verbindungsstück zwischen der oldenburgischen und der früheren hannoverschen Westbahn".[723]

Die Ost-West-Verbindungen gestalteten sich aufgrund der geographischen Lage des Herzogtums Oldenburg weitaus schwieriger als die Nord-Süd-Verbindungen, die Oldenburg in einer Linienführung an die Weserhäfen und die Industriereviere an Rhein und Ruhr anschlossen. Mit welcher bürokratischen Akribie der Eisenbahnbau in Oldenburg geplant und organisiert wurde,

---

Lindern) war die einzige Eisenbahnlinie in Oldenburg, "die dem öffentlichen Verkehr diente und nicht vom Staat betrieben wurde." (S. 7) Kleinbahnen wie die Kreisbahn Cloppenburg - Landesgrenze sollten dazu dienen, die wirtschaftliche Struktur abgelegener Gebiete mit qualitativ minderwertigen Böden, die zumeist von Kleinbauern oder Neusiedlern bearbeitet wurden, zu fördern. Erst die Fertigstellung eines Verkehrsnetzes machte es möglich, mineralische Düngemittel, Phosphate, Thomasmehl, später auch Kalkstickstoffe, in die landwirtschaftlich bisher nicht nutzbaren Heide- und Moorgebiete zu transportieren. Der Weiterbau der Kreisbahn bis nach Werlte, der für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Lindern von großer Bedeutung war, scheiterte wahrscheinlich an wirtschaftlichen Erwägungen seitens der Hümmlinger Kreisbahn, für die sich der Transport von Kunstdünger und Grubenholz sehr rentabel gestaltete.

[722] OV vom 20.5.1989.

[723] GAIDA, Dampf , S. 63f.; BENKEN, Alfred: 1888 - 1988: 100 Jahre Bahnlinie Löningen - Essen. Eine Dokumentation, IN: VuL 124/1988, S. 2-10.

geht aus der Tatsache hervor, daß die Staatsregierung durch das Gesetz vom 7. Januar 1902 und durch die Kleinbahnordnung vom 25. Januar 1902 auch das Kleinbahnwesen im Herzogtum staatlichen Vorschriften unterwarf.[724]

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes veränderte das Verkehrssystem im Herzogtum Oldenburg und dadurch das Leben der ehemals weitgehend immobilen Gesellschaft grundlegend. Erst der Eisenbahnbau führte das Herzogtum aus seiner verkehrsgeographisch isolierten Randlage heraus und beschleunigte die Dynamik seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Er war auch Voraussetzung für den Aufbau eines modernen Postwesens in der Region.[725] Die neugewonnene Mobilität der Bevölkerung löste in vielen Bereichen ein Umdenken aus, das zum Konflikt mit bestehenden Traditionen führte und auch das katholische Milieu in Südoldenburg in Berührung mit der kulturellen Fremde brachte. Während die Region wirtschaftlich von der Überwindung der Isolation und von der Verflechtung mit den neuen Märkten profitierte, führte die kulturelle Verunsicherung zu einer stärkeren Binnensicht und Abgrenzung gegen die modernen Zeiten, die mit der Eisenbahn ihren Einzug gehalten hatten. Mit dem Eisenbahnbau wurde auch die Standortferne der relativ rückständigen Region Südoldenburg kompensiert und die Bodenmelioration sowie die Umstellung auf die Veredelungswirtschaft forciert.[726] Obwohl durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes die geopolitische Position Oldenburgs als zentraler Verkehrsknotenpunkt zwischen dem Nor

---

[724] GAIDA, Dampf, S. 65-67.

[725] Friesoythe, Post, S. 54ff. Am Beispiel der Bahnlinie Cloppenburg - Friesoythe - Ocholt erläutern die Herausgeber vom Postgeschichtlichen Museum in Friesoythe die Bedeutung des Eisenbahnbaus für den Aufbau eines modernen Postwesens. Mit der Eröffnung des ersten Teilstückes Cloppenburg - Friesoythe am 1. Oktober 1906 ging die Zeit der Postkutsche auf dieser Strecke zu Ende. Die Cloppenburger MT feierte dieses Ereignis in einem ausführlichen Bericht: "Der Abschied [der Postkutsche] in Friesoythe gestern abend war gleichfalls ein recht lebhafter, denn Friesoythe kommt doch mit dem heutigen Tage dem modernen Verkehrsleben ein gewaltiges Stück näher. Aus diesem Grunde war auch an der Rückseite des Wagens ein Plakat angebracht mit der Aufschrift: ‘Lebewohl auf Nimmerwiedersehn!’" (MT vom 1.10.1906)

[726] BERG, Zeiten, S. 23, 25; MÜTTER, Herzogtum, S. 29ff., 105ff. Nach Ansicht der Autoren Bernd Mütter und Robert Meyer gehört der Eisenbahnbau zu den wichtigsten exogenen wie endogenen Faktoren für die Agrarmodernisierung in Oldenburg. Es habe aber sowohl im Norden als auch im Süden des Herzogtums "erhebliche mentale Vorbehalte gegen eine durchgreifende Verkehrserschließung" gegeben. Die "subsistenzwirtschaftliche Tradition" habe in Südoldenburg in Zeiten des Bevölkerungswachstums zahlreiche Menschen zur Auswanderung gezwungen, aber auch "eine klare ökonomische Orientierung in überschaubaren Verhältnissen" vermittelt. Die ökonomische Wirkung des Eisenbahnbaus habe schließlich die Erwartungen der Staatsregierung bestätigt und das Marktgebiet für die oldenburgische Landwirtschaft ungemein vergrößert. (S. 105)

den und Süden des Herzogtums gestärkt wurde, blieb aufgrund der marktwirtschaftlichen und religiös-konfessionellen Verflechtung die Ausrichtung Südoldenburgs auf den katholischen Westen Deutschlands, das ehemalige stiftische Deutschland, sehr stark und beeinflußte die kulturelle Identität der Region wesentlich. Gefördert wurden diese Beziehungen durch eine gemeinsame Vergangenheit, in der Südoldenburg bis 1803 zum Niederstift Münster gehört hatte, und durch die Tatsache, daß der südoldenburgische Klerus seine Ausbildung in der Regel in Münster erhielt und dort auch vom amtierenden Diözesanbischof geweiht wurde. Die Fahrt in die Bischofsstadt Münster, die Sonderzüge zu den Katholikentagen in den katholischen Metropolen im Westen und Süden Deutschlands und sogar die Pilgerreise nach Rom wurden zu Eisenbahnerlebnissen. Der Südoldenburger fuhr als gläubiger Katholik nach Münster, Köln oder Trier, aber als Untertan des Großherzogs in die Residenzstadt Oldenburg.

6.6. Die erste agrarökonomische Revolution

Die Transportrevolution, die ganz im Zeichen des Eisenbahnbaus stand, leitete in Südoldenburg auch die erste agrarökonomische Revolution ein, die das traditionelle System bäuerlicher Subsistenzwirtschaft durch eine marktorientierte landwirtschaftliche Produktion ablöste. Das zentrale Problem der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft Südoldenburgs in der vorindustriellen Phase war der Transport von landwirtschaftlichen Gütern und Produkten. Mit dem Bau der Eisenbahnen und dem Anschluß der entlegenen Region an das reichsdeutsche Eisenbahnnetz wurde dieses Problem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gelöst. Deshalb steht die erste agrarindustrielle Revolution in Südoldenburg in einem historischen Kausalzusammenhang mit der Transportrevolution, die durch die Eisenbahn ausgelöst wurde. Die ökonomischen und sozialen Folgen ließen nicht lange auf sich warten.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts flachten die Auswanderungswellen in Südoldenburg ab. Die Intensivierung der agrarischen Produktion sowie der Landesausbau boten mehr Menschen als je zuvor die Möglichkeit, auch auf kleiner Nutzfläche ein existenzfähiges Einkommen zu erwirtschaften. Durch die zusätzliche Düngerbereitstellung (Stickstoff, Phosphat und Kalk) konnten nun auch Standorte geringerer Bodengüte bewirtschaftet werden, und die Intensivierung des Viehbestandes stellte größere Mengen an Naturdünger zur Verfügung. Damit wurde der durch das Heidebauerntum strukturell bedingte

enge Produktionsrahmen in der Landwirtschaft ausgedehnt, und das Produktionsvolumen der Veredelungswirtschaft expandierte stetig. Daraus ergaben sich neue Funktionalbeziehungen für die südoldenburgische Landwirtschaft. Die Schweine wurden vorwiegend mit aus Rußland über die Unterweserhäfen importierter Gerste und Dorschmehl gefüttert, die Nachfrage aus den aufstrebenden Industrierevieren im Westen Deutschlands führte zu hohen Markterlösen und einer deutlichen Einkommenssteigerung in der südoldenburgischen Landwirtschaft.[727] Der frühere Bahnanschluß des Amtes Cloppenburg setzte diesen Distrikt gegenüber den benachbarten Ämtern zunächst in einen Wettbewerbsvorteil, der sich an den Einfuhren von mineralischem Dünger und Getreide ablesen läßt. Dabei ist zu bedenken, daß die Gesamtwirtschaftsfläche des Kreises Cloppenburg im Jahre 1910 (138 569 ha) fast doppelt so groß war wie die des Kreises Vechta (75 973):[728]

Tab. 8: Einfuhr von Kunstdünger und Getreide nach Südoldenburg in den Jahren 1895 und 1913 (Angaben in t)[729]

	Kunstdünger		**Getreide**		**Gerste**	
Herzogtum/Amt	**1895**	**1913**	**1895**	**1913**	**1895**	**1913**
Herzogtum	27856	214486	53079	345638	26974	288857
Vechta	-	24434	-	72494	-	64868
Cloppenburg	8889	38285	3208	43347	744	37168
Friesoythe	-	16570	-	7482	-	6046

Die Einfuhren in das Amt Vechta setzten zwar später ein, übertrafen aber bei Getreide und Gerste die in das Amt Cloppenburg fast um das Doppelte und markierten damit einen Stand in der spezialisierten Veredelungswirtschaft, der im Amt Vechta bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine größere Intensität als im Amt Cloppenburg erreichte. Stärker als der Nachbarkreis war der Kreis Cloppenburg aufgrund der geringeren Bodenqualität und der Melioriationen auf die Einfuhr von mineralischem Dünger angewiesen. Aus den

[727] WINDHORST, Phasen 1, S. 139.
[728] Ebd., S. 138: Tab. 10.
[729] AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 80; WINDHORST, Phasen 1, S. 137: im Auszug.

engeren Räumen mit einem größeren Bevölkerungsdruck und einem dichteren Besatz mit Heuerstellen und den kleineren Betriebsgrößen im Süden des Kreises Vechta ging die landwirtschaftliche Intensivhaltung in Südoldenburg hervor und erfaßte von Süden nach Norden auch die nördlicheren Teilräume des Oldenburger Münsterlandes. Das Schlußlicht in der Agrarmodernisierung Südoldenburgs bildete das Amt Friesoythe, das im Ausgang des 19. Jahrhunderts erst am Anfang seiner wirtschaftlichen Entwicklung stand. Das agrarökonomische Nord-Südgefälle bestätigte sich also auch in der Phase des landwirtschaftlichen Modernisierungsprozesses seit der Reichsgründung. Die heterogene Entwicklung der beiden Landkreise Südoldenburgs zeigte sich besonders an den Schwerpunkten in der Viehhaltung. Der Kreis Cloppenburg zeichnete sich durch eine verstärkte Milchviehhaltung aus, die Schweinemast spielte hier eine geringere Rolle. Sie hatte ihren Schwerpunkt im Kreis Vechta und den angrenzenden Gemeinden Cappeln, Essen und Emstek. Diese unterschiedliche Entwicklung war das Ergebnis einer sukzessiven Ausbreitung der Großbestandshaltung von den Gemeinden Steinfeld und Damme nach Norden. Diese Innovation wurde vor allem in den südlichen Gemeinden des Kreises Cloppenburg positiv aufgenommen.[730]

Während im Kreis Vechta die Schweinehaltung, die aufgrund der Einfuhren von Futtergetreide weitgehend bodenunabhängig auch von den Heuerleuten betrieben werden konnte, zum Träger der Veredelungswirtschaft wurde, waren es im Kreis Cloppenburg der Rindvieh- und der Schweinebestand. Mit dem Strukturwandel einher ging ein enormer Rückgang in der Schafhaltung, der sich im Kreis Vechta wesentlich rapider als im Kreis Cloppenburg vollzog, und die Zunahme an Pferden:

[730] WINDHORST, Phasen 1, S. 138.

Tab. 9: Veränderung in der Nutzviehhaltung Südoldenburgs zwischen 1892 und 1912[731]

	Pferde		Rindvieh		Schafe		Schweine	
Kreis	**1892**	**1912**	**1892**	**1912**	**1892**	**1912**	**1892**	**1912**
Vechta	3521	5595	21104	29181	6188	945	23496	113368
Cloppenburg	3878	7083	21183	34295	48382	19305	18225	77180
Südoldenburg	7399	12678	42287	63476	54570	20250	41721	190548

Die Entwicklung der Rindviehbestände zeigt trotz des Wachstums in Südoldenburg dennoch einen großen Kontrast zwischen dem Norden und dem Süden des Herzogtums. Erst seit den 1890er Jahren begann im Amt Cloppenburg "die Ödlandkultivierung wirklich zu greifen" und stellte damit die Wiesen und Weiden zur Verfügung, auf denen nun eine flächenabhängige Rindviehzucht betrieben werden konnte. Obwohl sich der relative Anteil der Cloppenburger Rinder an der Gesamtzahl des Herzogtums von 8,2 % im Jahre 1873 auf 9,1 % im Jahre 1913 erhöhte, änderte sich an der relativen Gewichtung innerhalb des Herzogtums nur wenig: Mit 31,6 Rindern pro qkm lag das Amt Cloppenburg 1913 vor Friesoythe weiterhin auf dem vorletzten Platz. Aber die Voraussetzungen für eine moderne Milchwirtschaft waren trotz des Abstandes zu den Marschgebieten vor dem Ersten Weltkrieg auch in den südlichen Ämtern geschaffen.[732] Sobald die Eisenbahnlinien eröffnet waren, begann auch der Transport lebenden Schlachtviehs durch den Bahnversand. Das Amt Cloppenburg genoß dabei einen deutlichen Vorsprung vor dem Amt Vechta und dem Amt Friesoythe:

[731] WINDHORST, Phasen 1, S. 138; GERTKEN, Heinrich: Die Landwirtschaft im Landkreis Cloppenburg. Strukturwandel und ständiger Fortschritt der Veredelungswirtschaft, IN: 100 Jahre Münsterländische Tageszeitung, Cloppenburg 1981. Gertken gibt in diesem Artikel entsprechende Daten für den Landkreis Cloppenburg wieder.
[732] MÜTTER, Molkereiwirtschaft, S. 186.

Tab. 10: Bahnversand der Schweine in den Stichjahren 1892, 1895 und 1913[733]

Stationen	1892	1895	1913
Herzogtum Oldenburg	30782	67160	524429
Amt Cloppenburg	11284	18633	72000
Amt Vechta	-	-	141566
Amt Friesoythe	-	-	8166

Der durch den Eisenbahnanschluß eingeleitete Strukturwandel in der Agrarverfassung Südoldenburgs zeigte sich besonders im Verhältnis des kultivierten Bodens zum unkultivierten:

Tab. 11: Anlage von Neukulturen von 1866 bis 1913 (in %):[734]

Amt	Kultiviert 1866	Neukultur 1866 - 1889	Neukultur 1890 - 1913	Unkultiviert 1913
Vechta	50,0	6,7	32,3	20,0
Cloppenburg	38,8	10,0	25,8	25,4
Friesoythe	15,6	5,4	12,0	67,0

Die Intensivierung in der landwirtschaftlichen Produktion wirkte sich in der Zunahme von Acker- und Grünland und im allmählichen Rückgang der unkultivierten Moor- und Heideflächen aus.[735] "Die Rührigkeit der einzelnen Ämter in der Umwandlung des Ödlandes in Kulturland, in der Schaffung eines möglichst großen Wirtschaftsareals, in der Sorge für Handel und Verkehr" war dabei sehr unterschiedlich. Das Amt Cloppenburg konnte seinen Rückstand gegenüber Vechta erst in dem langen Zeitraum von 1875 bis 1925 weitgehend aufholen. Gewann Vechta in diesem Zeitabschnitt an landwirtschaftlich genutztem Boden und an Holzböden nur 23 043 ha (31,8 %) seiner

[733] AKA, Bevölkerungsvermehrung , S. 81.
[734] Ebd.
[735] WINDHORST, Phasen 1, S. 138: Tab. 10.

Gesamtfläche (72 565 ha) hinzu, konnte Cloppenburg im gleichen Zeitraum seinen Bestand an landwirtschaftlichem und forstwirtschaftlichem Kulturland um 35 580 ha (44,0 %) seiner Gesamtfläche (80 788 ha) ausweiten, so daß das 1925 vorhandene landwirtschaftliche Kulturland in Cloppenburg 228 %, in Vechta 156 % des Bestandes von 1875 betrug und der relative Vorsprung Vechtas in der Kultivierung des Ödlandes von 13 % im Jahre 1875 auf 1,2 % im Jahre 1925 zurückging.[736] Beschleunigt wurde der Wirtschaftsaufschwung in Südoldenburg durch eine Betriebsgrößenstruktur, die die Eigenbewirtschaftung förderte, da über zwei Drittel der Höfe auf Betriebe unter 20 ha entfielen.[737]

Im Resultat läßt sich feststellen, daß die Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion im Kreis Vechta vor dem Ersten Weltkrieg wesentlich weiter entwickelt war als im Kreis Cloppenburg, der in seiner Wirtschaftskraft vor allem durch den strukturschwachen Norden benachteiligt war, aber erkennbar früh auch zu einer Spezialisierung in der Schweinehaltung neigte, die auf lange Dauer zu einer monokulturellen Struktur des Teilraums führte. Von dem Fortschritt in der landwirtschaftlichen Veredelungswirtschaft gingen im Kreis Vechta Impulse für den Aufbau einer nachgeordneten Industrie aus, die der Landwirtschaft im beginnenden Zeitalter der Mechanisierung eine maschinelle Grundausstattung zur Verfügung stellte. Ein auf die beiden Ämter Vechta und Cloppenburg und ihre Amtshauptstädte beschränkter Vergleich fällt für das Amt und die Amtshauptstadt Cloppenburg jedoch wesentlich günstiger aus. In erster Linie "gestützt auf die Gunst der zentralen Lage im Münsterland" konnte "das Amt Cloppenburg in seinem Handels- und Wirtschaftsmittelpunkte, der Stadt Cloppenburg, einen stärkeren Anziehungspol für die Straßen als das verkehrswirtschaftlich weniger aktive Amt Vechta mit seinem mehr peripherisch gelegenen Amtssitz, der Stadt Vechta", ausüben. Der Ausbau von Handel und Verkehr, auf den Cloppenburg stärker bedacht war als Vechta, war ein Grund dafür, daß Cloppenburg nach dem Ersten Weltkrieg "die Handelsmetropole des Münsterlandes und darüber hinaus" wurde und durch die Marktentwicklung in Cloppenburg die Märkte in den beiden Nachbarämtern Vechta und Friesoythe nachhaltig geschwächt wurden.[738]

---

[736] KLEENE, Straßen, S. 132.
[737] AKA, Bevölkerungsvermehrung, S. 93f.
[738] KLEENE, Straßen, S. 132f. Der Landkreis Cloppenburg gliederte sich zu diesem Zeitpunkt in die Ämter Cloppenburg und Friesoythe, der Landkreis Vechta war identisch mit dem Amt Vechta.

Der agrarökonomische Modernisierungsprozeß im Zeitraum von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges weist in Südoldenburg ein spezifisches Profil auf, das ihn grundlegend von den Verhältnissen in den nördlichen Ämtern des Herzogtums unterscheidet. Die Aufgabe der Landwirtschaft in Südoldenburg bestand darin, "eine extensive agrarische Subsistenzwirtschaft mit dominierendem Getreideanbau und großen Ödlandflächen innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit in eine intensive, spezialisierte Marktproduktion von tierischen Erzeugnissen umzuwandeln". Die Modernisierung der Landwirtschaft auf Viehzuchtbasis war in Südoldenburg bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nicht abgeschlossen und setzte sich in der Weimarer Republik mit allen sie begleitenden ökonomischen, sozialen und politischen Spannungen fort.[739] Dabei konnte die südoldenburgische Geest von der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, der Verbreitung des Mineraldüngers und der Importmöglichkeit für preiswerte Futtermittel infolge ihrer bislang relativ nutzlosen Landreserve in Gestalt von Moor- und Heideflächen viel stärker profitieren als die nördlichen Marschgebiete. Die Unterschiede in der Agrarmodernisierung zwischen dem Norden und dem Süden des Herzogtums sind in erster Linie auf die geomorphologischen Strukturen der beiden Teilräume zurückzuführen. Die Entwicklung in Nordoldenburg erwies sich "problemlos als Fortsetzung schon existierender Verhältnisse", während es in der rückständigen Landwirtschaft auf der Geest "zu wahrlich strukturs prengenden Konsequenzen kam, zum radikalen Übergang von einer bisher ganz dominanten Subsistenzwirtschaft zu großräumig angelegter Marktorientierung". Zum ersten Mal gelang es, "die naturgegebenen Differenzen des Bodens auszugleichen. Von der praktisch unbegrenzten Verfügbarkeit von Mineraldünger und - zumindest bis zum Ersten Weltkrieg - von Futtergetreideimporten profitierte das arme Südoldenburg relativ mehr".[740] In dem Zeitraum zwischen der Reichsgründung und dem Ersten Weltkrieg fiel der Strukturwandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft wesentlich gravierender aus als in der nordoldenburgischen. Der Chausseen- und Eisenbahnbau erlaubte in Südoldenburg die massenhafte und preiswerte Einfuhr von Mineraldünger, mit dessen Hilfe die Moor- und Heideflächen unter Ein

[739] MÜTTER, Herzogtum, S. 68f.

[740] MÜTTER, Bernd/MEYER, Robert: "Auf den Großmärkten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets bildet das Oldenburger Schwein eine Klasse für sich ..." Ein Projekt zur Geschichte der Agrarmodernisierung in Oldenburg, IN: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft 89/1995, S. 19. Das Untersuchungsprojekt bezieht sich auf den Zeitraum von 1871 bis 1914/18.

satz neuerer Kultivierungstechniken nutzbar gemacht werden konnten. In diesem Zeitraum wurden in Südoldenburg die ersten Anfänge einer Rinder- und Milchwirtschaft gelegt, obwohl der Abstand zu Nordoldenburg bis 1914 nicht aufgeholt werden konnte. Die Agrarmodernisierung bevorzugte in Südoldenburg in erster Linie die Schweinemast auf Futterzukaufbasis, die weniger kapitalintensiv war als die Rinderzucht und vor allem auch von den Heuerlingen aufgebaut und ausgedehnt wurde. Die südoldenburgische Schweinemast erzielte "gewaltige Erfolge, die auch Nordoldenburg in den Schatten stellte".[741]

Die Entscheidung für eine intensive, weitgehend flächenunabhängige und auf massiven Futterimport angewiesene Schweinehaltung fiel so in erster Linie in den Geest- und Moorgebieten im Süden des Herzogtums. Die Kultivierung der Moor- und Ödlandflächen sowie die Erhöhung des Viehbestandes war auf die Steigerung der Düngergewinnung und auf die Verwendung des mineralischen Düngers zurückzuführen, der durch die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse transportabel geworden war. Für den Abbau des ökonomischen Nord-Südgefälles kam der Mineraldüngung eine Schlüsselrolle zu:

> "Nur mit ihrer Hilfe gelang es gerade in den 'rückständigen' Gebieten, den Vorsprung der nordoldenburgischen Marschregionen im Futtermittel- und Getreideanbau aufzuholen und eine landesweit relativ einheitliche tierische Veredelungswirtschaft zu schaffen, die in solcher flächendeckenden intensiven Ausprägung jenseits der oldenburgischen Grenzen nicht existierte. Der Staat war in doppelter Hinsicht Mitverursacher des hohen Kunstdüngerverbrauchs: Er finanzierte das oldenburgische Eisenbahn- und Straßennetz, das für Import und Verteilung des Mineraldüngers unerläßlich war; er unterstützte die Moorkolonisation, bei der ein extrem hoher Mineraldüngerverbrauch anfiel."[742]

Die Bedeutung der oldenburgischen Veredelungswirtschaft zeigte sich auch eindrucksvoll darin, daß zwischen 1890 und 1910 die relative Zunahme von Kultur- und die Abnahme von Ödland in keinem deutschen Staat größer war als in Oldenburg. Die Blütezeit des oldenburgischen Landesausbaus durch Melioration und Kultivierung begann 1898 mit der Bestellung des staatlichen Moorkultivierungsinspektors Robert Glaß, nach dem die Kolonie Böseler Feld benannt wurde.[743] Die rund 350 ha große Kolonie Glaßdorf in der Gemeinde Bösel war schon vor dem Ersten Weltkrieg geplant, konnte aber erst

[741] MÜTTER, Molkereiwirtschaft, S. 178.
[742] MÜTTER, Strukturwandel, S. 163.
[743] Ebd., S. 160.

1923 realisiert werden.[744] Daß Überschwemmungen und Mißernten zum Alltag der Landwirtschaft besonders im Amt Friesoythe gehörten, geht aus einer Petition vom 10. Dezember 1903 hervor, die von 24 Bauern aus Neuscharrel unterzeichnet wurde und das Großherzogliche Staatsministerium darum ersuchte, die überschwemmten Flächen aus der Besteuerung zu entlassen:

> "Sollte dem Landmann nicht das Herz bluten, wenn er so seine schöne Ernte vernichtet vor sich sehen muss? Wo bleibt hier das Vertrauen, das ein jeder Staatsbürger sonst zu dem wohlwollenden Ministerium haben muss?"[745]

Aus dem hohen Standard der Veredelungswirtschaft ergab sich für die oldenburgische Landwirtschaft allerdings auch eine andere politische Interessenlage als für die preußische, die sich in den ostelbischen Gebieten einseitig auf die Getreideproduktion und ihre Vermarktung konzentriert hatte und sich dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sah. Preußen verfolgte deshalb eine protektionistische Agrarpolitik, um auf dem internationalen Agrarmarkt bestehen zu können. Der Übergang zur Schutzzollpolitik im Deutschen Reich seit 1878 sollte in erster Linie die agrarpolitischen Interessen der preußischen Rittergutsbesitzer befriedigen. Langfristig konnten agrarpolitische Konflikte im Reich nicht ausbleiben. Oldenburg setzte trotz der deutschen Schutzzollpolitik konsequent auf das Konzept des freien Weltagrarmarktes und ging dabei mit der Arbeitsteilung ein hohes Risiko ein. Das betraf in besonderem Maße die intensive Veredelungswirtschaft, "da bei ihr der enggeschlossene Kreislauf der betriebseigenen Düngung, Futtererzeugung, Fütterung und Veredlungswirtschaft nicht nur - wie beim Getreideanbau - durch die Hereinnahme des Mineraldüngers, sondern auch durch die Entstehung eines Weltmarktes für Futtermittel gesprengt wurde".[746] Die Kehrseite des modernen Agrarkapitalismus war die Abhängigkeit vom Weltagrarmarkt.[747]

---

[744] Glaßdorf, 75 Jahre, S. 21ff.; Bösel, Gemeinde, S. 194. Die Chronik unterstreicht die Bedeutung der Bahnverbindung für die Gründung Glaßdorfs: "Die allgemeinen Siedlungsbedingungen waren für die Glaßdorfer [...] schon günstiger: Die Entwässerungsgräben waren gezogen und die Hauptwege schon gebaut. Außerdem rollte die Bahn das Dringlichste heran: Baumaterial und Kunstdünger direkt bis Bösel." Tiefgepflügt wurden die Ödlandflächen von der Firma Ottomeyer aus Bad Pyrmont. Auf einer "Lagebesprechung des 19. April 1923", die am Bahndamm am damaligen Böseler Feld durchgeführt wurde, wurden die Bewerber in ihre Kolonate eingewiesen. Sie kamen überwiegend aus dem südoldenburgischen Raum, es waren aber auch ostmärkische Rückwanderer, Vertriebene nach dem Ersten Weltkrieg, darunter.

[745] StAO 39 - 19 300.

[746] MÜTTER, Strukturwandel, S. 157.

[747] MÜTTER, Modernisierung, S. 114f. Bernd Mütter merkt dazu an: "Dieses Wagnis ist in einem Gebiet, das bisher sehr konservativ gewirtschaftet hatte, erstaunlich und wohl nur durch

Oldenburg nahm vor dem Ersten Weltkrieg innerhalb des nordwestdeutschen Raumes eine landwirtschaftliche Spitzenposition ein und wuchs in der ersten agrarökonomischen Revolution als Wirtschaftseinheit mit unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen näher zusammen:

> "In den Marschgebieten Nord-Oldenburgs mit ihren für die Weidewirtschaft geradezu prädestinierten mineralogischen und klimatischen Voraussetzungen gab es schon traditionell eine marktorientierte Rindviehzucht. Durch den Übergang der Geest- und Moorgebiete zur umfangreichen Schweinehaltung wurde also das Herzogtum eine verhältnismäßig einheitliche, durch intensive Viehzucht geprägte Wirtschaftsregion."[748]

Auch durch die beiden Weltkriege wurde die Spitzenstellung der oldenburgischen Viehwirtschaft nicht wieder rückgängig gemacht.[749] Zweifellos wurde der Aufschwung in der oldenburgischen Landwirtschaft auch getragen von dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturaufschwung, der im Reich nach dem Ende der großen Depression Mitte der 1890er Jahre einsetzte und mit Schwankungen bis zum Ersten Weltkrieg anhielt. Ohne diese Hochkonjunkturphase, von der vor allem auch die industrialisierten Regionen an Rhein und Ruhr profitierten, ist der Strukturwandel der oldenburgischen Landwirtschaft nicht denkbar.[750] Das Herzogtum erlebte flächendeckend nicht nur den Strukturwandel von der dominanten Subsistenzwirtschaft zur vorherrschenden Marktproduktion, sondern auch vom Getreideanbau zur Produktion tierischer Markterzeugnisse und Veredelungsprodukte.[751]

---

die Not zu erklären, die nicht anders als durch solch einen strukturtsprengenden Innovationsschub zu bewältigen war. Die Not führte im armen Südoldenburg nicht zum Kommunismus, wie die Cloppenburger Amtmänner 1846 befürchtet hatten, sondern sie lehrte dort das Beten - und die marktorientierte Aufstockung der Schweinemast. Das galt gerade und zuerst für die besonders bedrohten Heuerlinge, von denen diese Neuerung ausging."

[748] MÜTTER, Agrarmodernisierung, S. 660.

[749] MÜTTER, Strukturwandel, S. 149, 155.

[750] MÜTTER, Molkereiwirtschaft, S. 183. Der gesamtwirtschaftliche Konjunkturaufschwung, der Mitte der 1890er Jahre einsetzte und bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges im wesentlichen anhielt, war "die entscheidende Voraussetzung für den Strukturwandel der ganzen oldenburgischen Landwirtschaft". Aufgrund des konjunkturellen Aufschwungs stieg das Reallohnniveau der Berg- und Industriearbeiterschaft im Ruhrgebiet und in den linksrheinischen Städten, die aufgrund des Verkehrssystems vorrangig als Absatzmärkte für die südoldenburgische Landwirtschaft in Frage kamen. Der relative Mehrverdienst ließ nunmehr eine verstärkte Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu, die die moderne bäuerliche Veredelungswirtschaft zur Verfügung stellte. Diese waren in erster Linie Fleisch, Milch, Butter, Käse und Eier.

[751] MÜTTER, Agrarmodernisierung, S. 657f.

Eingebunden und gefördert wurde der agrarökonomische Strukturwandel in Oldenburg nicht nur durch strukturfördernde Maßnahmen des Staates, sondern auch durch das landwirtschaftliche Vereins-, Genossenschafts- und Schulwesen. Der Staat stand Pate bei der Gründung und beim Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften und des landwirtschaftlichen Genossenschafts-, Kredit- und Versuchswesens. Bereits 1818 wurde die Oldenburgische Landwirtschaftsgesellschaft gegründet, im Jahre 1900 die Landwirtschaftskammer. Der erfolgreich verlaufene Strukturwandel der oldenburgischen Landwirtschaft von der Selbstversorgung zur überregionalen Marktorientierung war ohne den Staat nicht denkbar.[752] Die Organisation landwirtschaftlicher Selbstverwaltungskörperschaften förderte auch den Beginn des allgemeinen Versicherungswesens auf dem Lande. 1857 teilte die "Oldenburger Versicherungs=Gesellschaft" nach "unlängst erfolgter Eröffnung unseres Feuerversicherungs=Geschäfts" die Namen der Bevollmächtigten für die einzelnen Kirchspiele mit.[753]

Der agrarökonomische Strukturwandel leitete weitere Schritte zur Selbstorganisation der oldenburgischen Landwirtschaft ein, die auch in Südoldenburg erfolgreich waren. Besonders gut zu beobachten ist diese Entwicklung in der Rinderzucht und Milchviehhaltung, landwirtschaftliche Erwerbszweige, die in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg neu ausgebaut und ausgedehnt wurden. Verbesserte Absatzmärkte und das Preisniveau der Zuchtergebnisse hatten schon in verschiedenen Regionen, unter anderem auch in der Wesermarsch, zur Gründung von Rinderzuchtverbänden geführt. In der vorindustriellen Landwirtschaft zählte nicht in erster Linie die Milch- und Fleischleistung des Rindviehs, sondern es wurde vor allem wegen des Düngers gehalten. Vorrangiges Ziel wurde in der Mitte des Jahrhunderts die Reinzucht, da man erkannt hatte, daß nur durch diese Züchtungen wertvolle Eigenschaften gesichert und vererbt werden konnten. Die Registrierung der Zuchtergebnisse, die Auswahl und die Prämierung auf den Tierschauen standen an erster Stelle. Angeregt durch die Entwicklung in der Wesermarsch, gründeten Landwirte im Amt Vechta wie im Amt Cloppenburg "Viehzüchtungsvereine". Das elf Artikel umfassende "Statut des Rinderzuchtvereins Cloppenburg" wurde am 9. März 1881 beschlossen. Gute Leistungen in der Rindviehzucht sollten erreicht werden durch die Führung eines öffentlichen

[752] Vgl. dazu BEHRENS, Weser-Ems, S. 29ff., MÜTTER, Herzogtum, S. 89ff.: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, S. 104ff.: Die Rolle des Staates.
[753] THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 266f.: Ausgabe vom 12.12.1857.

Stammregisters und die Körung der aufgetriebenen Tiere, den Ankauf von vorzüglichen Stieren und Quenen und eine rege Aufklärungstätigkeit, wie sie beispielsweise von den Landwirtschaftsgesellschaften organisiert wurde. 1880 wurde der Herdbuchverein für den Kreis Cloppenburg gegründet, der sich 1895 mit dem Herdbuchverein Vechta zusammenschloß und wesentlich dazu beitrug, eine bedeutende Rinderzucht zu entwickeln. Nach der Jahrhundertwende kam es zu Streitigkeiten zwischen den Schwarzbunt- und Rotbuntzüchtern, die 1902 den "Herdbuchverein der Rotbuntzüchter Südoldenburg" gründeten.[754] Die jährlichen Tierschauen, unmittelbar vor der Roggenernte im Monat Juli veranstaltet, wurden zu einer Institution im landwirtschaftlichen Kalender Südoldenburgs und gestalteten sich bald zu einem gesellschaftlichen Ereignis.[755] Die Auktionen und Märkte in Cloppenburg bildeten zentrale Umschlagplätze für die südoldenburgische Rindviehhaltung.[756] Cloppenburg stieg vor allem seit dem Bau der "Münsterlandhalle" im Jahre 1929 zum bedeutendsten Handels- und Umschlagplatz für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Südoldenburg auf. 1864 kam es zur Gründung der "Oldenburgisch-Münsterländischen Schweinezucht-Genossenschaft Löningen", die sich darum bemühte, die einheimische Landrasse zu veredeln.[757]

Bedeutsam war vor allem die Expansion der landwirtschaftlichen Vereinigungen einschließlich der Genossenschaften, die im Herzogtum Oldenburg

---

[754] SÜDBECK, Südoldenburg, S. 40ff.; ders., Rinderzucht, S. 110 - 116; BEHRENS, Weser-Ems, S. 13ff.; STRICKMANN, Heinz: Um die Mitte des 19. Jahrhunderts beginnt die organisierte Rinderzucht, IN: MT vom 14.10.1995. Der Artikel enthält im Faksimile jeweils die Titelseite der Extrabeilage zu Nr. 113 der Oldenburgischen Anzeigen vom 20.9.1853 und zu Nr. 70 vom 13.6.1854. Diese Extrabeilagen umfaßten Berichte über die erste und zweite Tierschau für den Kreis Cloppenburg und die Statuten des Tierschau-Vereins für den Kreis Cloppenburg aus dem Jahre 1853.

[755] SÜDBECK, Südoldenburg, S. 93ff.; SCHWERTER, Alfons: Vor 100 Jahren Tierschau auf dem Schützenplatz in Damme: Leistungsstand der Tierzucht im Jahr 1894, IN: HBL 5/1994, S. 42. Alfons Schwerter berichtet über den Verlauf einer Tierschau am Beispiel der Veranstaltung in Damme am 29. August 1894. THEMANN, Sonntags=Blatt, S. 223-247: Ausgaben vom 20.6.1852, 26.6.1853, 31.7.1853 (Extra-Beilage), 30.7.1854 (Beilage), 16.7.1854, 12.7.1856 (Beilage), 25.7.1857 (Beilage), 1858 (Beilage). Die Artikel enthalten u. a.: Programm der ersten Tierschau für den Kreis Vechta am 13. Juli 1852, Programm der Tierschau für den Kreis Vechta am 14. Juli 1853, Tierschau-Vereine für den Kreis Vechta in den Jahren 1853, 1854, 1856, 1857 und 1858. STRICKMANN, Heinz: Die erste Tierschau für den Kreis Cloppenburg vor 145 Jahren, IN: MT vom 27.8.1998. Die erste Tierschau fand in Cloppenburg am 5. September 1853 statt. Die Tierschau-Vereine, die von einem dreiköpfigen Direktorium geleitet wurden, legten ein Prämien- und Körungsverzeichnis der gemeldeten Tiere vor.

[756] SCHWEER, Aufwärtsentwicklung, S. 181.

[757] MÜTTER, Modernisierung, S. 113.

bis zum Jahre 1912 auf etwa 600 anwuchsen. Damit war in Oldenburg ein Netz von solcher Dichte geschaffen, wie man es anderswo in Deutschland nicht antraf. Den Genossenschaften kam ein außerordentlich großes Verdienst am Aufschwung der oldenburgischen Landwirtschaft zu, weil sie unter Förderung der Landwirtschaftsgesellschaft in der Zeit der Krise auftraten. Bereits in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten Bezugs- und Molkereigenossenschaften sowie die ersten Spar- und Darlehnskassen. Seit den 1890er Jahren wuchs ihre Zahl schnell und ständig, so daß es Anfang 1913 etwa 325 landwirtschaftliche Genossenschaften im Herzogtum Oldenburg gab.[758] Das bäuerliche Genossenschaftswesen diente der gemeinschaftlichen Lösung der zentralen Probleme einer Landwirtschaft, die sich im technologischen und ökonomischen Wandel befand: der Vermarktung der überschüssigen landwirtschaftlichen Produktion, in diesem Falle der Milch, der Requirierung von Kapital und der Bereitstellung von Krediten für die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Auch in Südoldenburg wurden die Molkereigenossenschaften und die sog. Raiffeisenbanken, die als Spar- und Darlehnskassen errichtet wurden, zu den wichtigsten Stützen des landwirtschaftlichen Selbsthilfe- und Genossenschaftswesens.[759] Zu ihrer

[758] MÜTTER, Agrarmodernisierung, S. 664; MÜTTER, Modernisierung, S. 121.

[759] MÜTTER, Molkereiwirtschaft, S. 193ff. Die 1877 in der Oldenburgischen Landwirtschafts-Gesellschaft gebildete "Sektion für Milchwirtschaft" setzte sich sehr stark für den Genossenschaftsgedanken ein, der sich in den kleineren Betrieben Südoldenburgs leichter als bei den auf ihre Unabhängigkeit bestehenden Marschbauern propagieren ließ. Bei der Zurückhaltung gegenüber den Molkereigenossenschaften dürfte auch der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß die Genossen in vielen Fällen mit ihrem gesamten Vermögen hafteten. 1884 entstanden in Cloppenburg und Schwede (Gemeinde Cappeln) die ersten Molkereigenossenschaften in Südoldenburg. 1912 bestanden im Herzogtum insgesamt 45 Genossenschaften mit über 12 000 Mitgliedern, davon entfielen 15 auf Südoldenburg. Sie wiesen wesentlich weniger Mitglieder als die Genossenschaften im Norden des Herzogtums auf: Lastrup erreichte mit 119 Genossen die höchste Anzahl in Südoldenburg, lag aber noch weit unter dem Durchschnitt von 272 Mitgliedern im Herzogtum. Die Cloppenburger Molkereigenossenschaft wurde am 27. Juli 1884 unter Leitung des Vorsitzenden der "Landwirtschaftlichen Abteilung", Landwirtschaftslehrer Georg Jaspers aus Schwichteler, gegründet. Ökonomierat Meyer-Hemmelsbühren gehörte dem Vorstand der Molkereigenossenschaft 49 Jahre, Bürgermeister Ignaz Feigel 38 Jahre an. Die Molkerei in Cloppenburg nahm im Januar 1885 ihren Betrieb auf und bestand 100 Jahre. (SÜDBECK, Molkerei, S. 8ff.; STRICKMANN, Heinz: Molkerei Cloppenburg e. G. hat 100 Jahre im Dienst an der Landwirtschaft gestanden, IN: MT vom 5.4.1997; ders., Cloppenburg einst und heute: Geschichte der Molkereigenossenschaft begann im Jahre 1884, IN: MT vom 26.12.1999) In der Gemeinde Lohne, in der Anfang der 1880er Jahre die erste genossenschaftliche Molkerei auf dem Gelände von Brennereibesitzer Tappehorn errichtet worden war, herrschte bis in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg ein Konkurrenzkampf zwischen privaten und genossenschaftlichen Molkereien. (KRAMER, Industrie, S. 50f.)

Gründung war die Zusammenarbeit der lokalen landwirtschaftlichen Vereine, der politischen Vertretung und häufig auch der Pfarrgeistlichkeit notwendig. Die Geistlichkeit hatte die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Genossenschaften offensichtlich erkannt und wollte deren Bildung aktiv fördern.[760] Laut Eintrag ins Genossenschaftsregister beim Amtsgericht Friesoythe verfolgte der "Spar- und Darlehnskassenverein eGmbH" in Bösel, der am 22. Mai 1898 durch Unterzeichnung der Statuten gegründet wurde, wie andernorts auch einen doppelten Zweck: Er diente "der Erleichterung der Geldanlage und Förderung des Sparsinnes" und "der Gewährung von Darlehen an die Genossen für ihren Wirtschaftsbetrieb".[761] In der Stadtgemeinde Cloppen

[760] DERENTHALL, Darlehnskassenverein, S. 188ff.; KRAMER, Industrie, S. 59. Zu den Mitbegründern der Spar- und Darlehnskassen gehörte häufig der örtliche Pfarrgeistliche, der auch in den Vorstand der neuen Bank eintrat. Noch vor der Verabschiedung eines reichseinheitlichen Genossenschaftsgesetzes am 1. Mai 1889 waren 1885 in Löningen und Steinfeld, 1886 in Essen und 1889 in Lohne Spar- und Darlehnskassenvereine nach preußischen Rechtsvorschriften gegründet worden. So kam es noch vor der Jahrhundertwende, als sich erste Erfolge eines Konjunkturaufschwungs abzeichneten, zu einer Gründungswelle von Spar- und Darlehnskassenvereinen: Cappeln, Emstek und Cloppenburg 1895, Barßel 1896; 1897 kamen weitere 6 Gründungen hinzu. Bis zur Jahrhundertwende bestanden in den Ämtern Friesoythe und Cloppenburg insgesamt 17 genossenschaftliche Kreditinstitute. In Cloppenburg trugen sich in die Liste der Genossen 57 Bürger ein, darunter befanden sich auch der Cloppenburger Pfarrer Eduard Brust, Vikar Heinrich Weiß und Bürgermeister Ignaz Feigel. Der Garreler Pfarrer Bernhard Kock gehörte zu den Initiatoren des "Landwirtschaftlichen Consumvereins" (1890), aus dem die Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft hervorging, der Abteilung der Oldenburgischen Landwirtschaftsgesellschaft, die 1891 errichtet wurde, und des Spar- und Darlehnskassenvereins, der 1895 ins Leben gerufen wurde. Pfarrer Kock übernahm auch eine Funktion und trat in den Aufsichtsrat der neuen Bank ein. Es trugen sich 108 Personen in die Liste der Genossen ein. (GARREL, Raiffeisenbank, S. 14ff.)

[761] Volksbank Bösel, 100 Jahre, S. 11ff. Zu den 116 Genossen, die die Gründungsurkunde unterzeichneten, gehörten der Böseler Pfarrer Joseph Götting, Vikar August Hackmann, der in den Aufsichtsrat der neuen Bank gewählt wurde, und die Lehrer Clemens Vornhusen und Heinrich Geese, der das Amt des ersten Rendanten übernahm. Zum Vorstandsvorsitzenden wurde Mühlenbesitzer Heinrich Aumüller gewählt, der dieses Amt von 1898 bis 1933 ausübte. Große Verdienste um die Gründung der Böseler Bank erwarb sich Vikar August Hackmann, der bereits bei der Bildung des Spar- und Darlehnskassenvereins in Garrel Erfahrungen gesammelt hatte. Nach dem Bericht des Wochenblatts für die Amtsbezirke Cloppenburg und Friesoythe vom 14.5.1899 verlor der Verein "durch die Versetzung des Herrn Kooperator Hackmann seine beste, kräftigste Stütze". Die Nachfolge des 1906 verstorbenen ersten Rendanten, Hauptlehrer Heinrich Geese, trat 1905 Lehrer Eduard Uptmoor an, der bereits 1906 von Landwirt August Aumüller abgelöst wurde. Nach der Einberufung von August Aumüller wurde die Bank kommissarisch von seiner Ehefrau Franziska Aumüller geleitet, die auf der Generalversammlung am 30. Mai 1915 zur Rendantin gewählt wurde. Sie hatte dieses Amt bis 1925 inne, zu ihrem Nachfolger wurde Heinrich Fennen gewählt.

burg spielte der Bürgermeister und langjährige Landtagsabgeordnete Ignaz Feigel beim Aufbau der Genossenschaften eine große Rolle.

> Ignaz Feigel wurde am 23. Januar 1855 in Cloppenburg geboren, besuchte hier die Volks- und Bürgerschule und dann das Gymnasium in Vechta. Dieses verließ er als Oberprimaner, um für seinen plötzlich verstorbenen Vater das Geschäft zu übernehmen. Seinen Wunsch, katholischer Priester zu werden, konnte er nicht mehr erfüllen. 1881 wurde der erst 26jährige Feigel zum Stadtverordneten gewählt und trat am 24. November 1885 die Nachfolge des verstorbenen langjährigen Bürgermeisters Gardewin an. Dieses Amt bekleidete Feigel 32 Jahre; nach seinem Rücktritt am 27. Dezember 1917 führte er die Amtsgeschäfte noch bis zum 1. Mai 1918 weiter. Dem Landtag in Oldenburg gehörte Ignaz Feigel von 1902 bis zu seinem Tode an, war Vorsitzender der Zentrumsfraktion und zeitweilig auch Vorsitzender des Finanzausschusses und Vizepräsident des Parlaments. In seiner politischen Laufbahn gehörte er zu den Mitbegründern und lange Zeit zum Vorstand der Molkereigenossenschaft und der Spar- und Darlehnskasse und setzte sich ein für den Bau einer städtischen Gasanstalt, von Chausseen, der Cloppenburger Kreisbahn und der Friesoyther Bahn. Außerdem engagierte er sich für die Gründung eines Gymnasiums in der Stadt. Im April 1914 konnte das Realprogymnasium eröffnet werden und 1917 ein neues repräsentatives Schulgebäude an der Bahnhofstraße beziehen. Ignaz Feigel starb am 26. Oktober 1922.[762]

Der Genossenschaftsgedanke, wie er vom Begründer des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818 - 1888), konzipiert wurde, entstammte christlich-sozialem Gedankengut, regte zur Förderung von lokalen bäuerlichen Genossenschaftsverbänden mit verschiedenen Funktionen an und sprengte nicht den Rahmen überschaubarer christlicher Lebenswelten, wie sie in katholischen Milieus noch vor dem Ersten Weltkrieg anzutreffen waren. Der Auf- und Ausbau des bäuerlichen Genossenschaftswesens stellte ein Instrument gezähmter Industrialisierung auf dem Lande dar.

Der technologische Wandel, modernere Anbau-, Produktions- und Vermarktungsmethoden machten auch eine Verbreiterung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Allgemein- und Fachkenntnisse notwendig. Dazu diente die Errichtung von Landwirtschaftsschulen, die in Südoldenburg aber zunächst nur auf geringes Interesse stießen. Die ersten Ackerbauschulen in Neuenburg, später Varel, und Cloppenburg waren schon in den Jahren 1862 und 1864 für Nord- bzw. Südoldenburg gegründet worden. Aber mit ihren geringen Schülerzahlen reichten sie nicht aus. Für die kleineren und weniger

[762] FRIEDL, Handbuch, S. 182 (von Hans Hochgartz); STRICKMANN, Heinz: Vor 75 Jahren verstarb der frühere Cloppenburger Bürgermeister Ignaz Feigel, IN: MT vom 25.9.1997. SIEVERDING, Karl: Der Cloppenburger Liederkranz besteht 160 Jahre, IN: MT vom 6.2.1999.

bemittelten Landwirte empfahlen sich deshalb zweisemestrige Winterschulen, die ihre Schüler im Sommer für die väterliche Landwirtschaft freistellten. Die erste zweisemestrige Landwirtschaftliche Winterschule, im Volksmund "Steckrübenschule" genannt, wurde 1893 in Zwischenahn gegründet, ein Jahr später erfolgte die Eröffnung der ersten Winterschule des Amtes Vechta in Dinklage.[763] Die Ackerbauschule in Cloppenburg, die 1864 als erste Landwirtschaftliche Lehranstalt in Südoldenburg errichtet wurde, wurde von Theodor Themann, dem "1. Landwirtschaftslehrer Südoldenburgs", geleitet. 1869 wechselte Themann nach Lüdinghausen und wurde dort Direktor der neuen Höheren Ackerbauschule. Direktor der Landwirtschaftlichen Winterschule in Dinklage wurde Wilhelm Lohaus. Er übte diese Tätigkeit von 1894 bis 1929 aus. Lohaus widmete sich besonders der Heide- und Moorkultivierung.[764] Der Ausbau der landwirtschaftlichen Winterschulen setzte sich bis zum Ersten Weltkrieg fort und stieß in der Bevölkerung auf größere Resonanz als die Wanderhaushaltungsschulen, wie sie zum Beispiel im Amtsbezirk Friesoythe für die heranwachsenden Landfrauen und Bäuerinnen eingerichtet wurden.[765]

Der Wandlungsprozeß eröffnete der Landwirtschaft in Südoldenburg große Chancen und war historisch notwendig, enthielt aber auch Risiken, die durch die Verflechtung des regionalen Produktionsgebietes mit überregionalen Märkten und die Futtermitteleinfuhr entstanden. Die marktorientierte Verede

---

[763] THEMANN, Themann, S. 31-49; MÜTTER, Modernisierung, S. 121.

[764] SCHWERTER, Alfons: Der erste Landwirtschaftslehrer, IN: HBL 78 Jg., Nr. 5, 9.10.1999, S. 44; STRICKMANN, Heinz: Ackerbauschule: 1864 wurde die Schule gegründet - 1964 erfolgte die Umbennung in Andreas-Hermes-Schule, IN: MT vom 8.1.2000. Der Volksökonom Georg Jaspers, der am 17.3.1852 in Schwichteler geboren wurde, erhielt 1880 eine Anstellung bei der Ackerbauschule in Cloppenburg. In dieser Zeit versuchte er, die Bauern für den Einsatz des Kunstdüngers zu gewinnen, dem angesichts eines Ödlandanteils um 60 % in den umliegenden Bauerschaften eine steigende Bedeutung zukam, und setzte sich für den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens ein. 1884 wurde er zum gemeinsamen Generalsekretär des "Landwirtschaftlichen Hauptvereins für das Fürstentum Osnabrück" und des "Landwirtschaftlichen Hauptvereins für das Herzogtum Arenberg-Meppen und die Grafschaften Bentheim und Lingen" bestellt und gab seine Tätigkeit in Cloppenburg auf. Jaspers verfaßte ein Buch mit dem Titel "Der Bauernhof", das 1890 im Parey-Verlag Berlin erschien. Es enthält Anleitungen für praktisches Bauen und Einrichten und ist vom Reprint-Verlag Leipzig wieder als Neuauflage herausgegeben worden. Georg Jaspers starb am 1.9.1898. (WILLENBORG, Clemens: Genossen auf den Kunstdünger gebracht. Erinnerungen an den Landwirtschaftslehrer und Volksökonomen Georg Jaspers, IN: MT vom 24.4.2001)

[765] CLOPPENBURG, Ferdinand: Wanderhaushaltungsschule im Amt Friesoythe, hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen von 1910 bis in die 30er Jahre, IN: VuL 129/1991, S. 10-12.

lungswirtschaft entwickelte mit zunehmender Spezialisierung und Intensivierung eine hohe Sensibilität für die konjunkturellen Schwankungen und gesamtwirtschaftlichen Wachstumsphasen. Mit dem Übergang von der Subsistenzwirtschaft mit einem relativ geschlossenen, binnenwirtschaftlichen Kreislauf zur spezialisierten Überschußproduktion für den überregionalen Markt waren erhebliche Risiken verknüpft, die die vorindustrielle Landwirtschaft in dem Umfang nicht kannte und die zu einer größeren sozialen Mobilisierung in der traditionellen Agrargesellschaft Südoldenburgs führten. Eine ökonomische Autarkie hat es in der traditionellen Agrargesellschaft Südoldenburgs vor der ersten Agrarrevolution nicht gegeben. Durch bäuerliches Nebengewerbe und Hollandgang war auch die entlegene Region Südoldenburg von konjunkturellen Kreisläufen, industriellen Wachstumsschüben und strukturellen Veränderungen abhängig. Aus gegenwärtiger Perspektive stellt sich der Strukturwandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft als ein irreversibler agrarökonomischer Modernisierungsprozeß dar, der mit der Überwindung feudaler Abhängigkeiten in der Bauernbefreiung seinen Ausgangspunkt nahm. Die Geschichte der modernen Landwirtschaft beginnt mit der Bauernbefreiung. Die Bauernbefreiung löste die Güter (Grund und Boden, Höfe) und die Personen (Bauer und seine Familie) aus dem grundherrlichen personenbezogenen Verband und versetzte sie in den Stand der Mobilität, der sie für eine neue wirtschaftliche Organisation der ländlichen Agrargesellschaften verfügbar machte; dazu war eine wesentliche Voraussetzung, daß Güter und Personen frei sind.

Die stetig fortschreitendende Industrialisierung der traditionellen Agrargesellschaften wandelte die vorindustrielle Familieneinheit, einen Generationen umfassenden organischen Verband mit patriarchalischem Charakter, von Grund auf und erforderte einen neuen modernen Typus von Menschen. Denn die Einführung neuer Maschinen und technischer Produktionsverfahren war nur ein Aspekt der angestrebten Modernisierung der ökonomischen Verhältnisse, die nur in einer neuen sozialen und kulturellen Umgebung funktionieren konnte und sich in Wirklichkeit als ein grundlegendes und sehr viel komplexeres Problem politischer, sozialer und kultureller Umwälzung erwies, als in der Regionalgeschichte Südoldenburgs bisher angenommen wurde. Nach einer vorübergehenden Phase der Stagnation entwickelte sich auch in der Landwirtschaft eine Dynamik, die die Verhältnisse des ländlichen Raumes einem marktwirtschaftlichen Strukturwandel unterzog. Dabei handelte es sich - in Analogie zur Industrie und Wirtschaft - um einen ökonomischen Prozeß zunehmender Spezialisierung, Konzentrierung und Kapitalisierung, der das

Bild der Landwirtschaft in Südoldenburg bis in unsere Gegenwart bestimmt. Die Umstrukturierung der Landwirtschaft begann in Südoldenburg vor dem Ersten Weltkrieg, setzte sich in der Zwischenkriegszeit, vor allem aber seit dem Ende der zweiten Nachkriegszeit "in atemberaubendem Tempo" fort. Heute stößt sie an ihre ökologischen und sozialverträglichen Grenzen.[766]

[766] MÜTTER, Herzogtum, S. 120f.

7. Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918

7.1. Einleitung

Im Ersten Weltkrieg stand für das Deutsche Reich nach Ansicht vieler Zeitgenossen nicht weniger als ein ganzes Jahrhundert deutscher und europäischer Geschichte auf dem Spiel. Er richtete sich gleichermaßen gegen äußere wie gegen innere Feinde, die im Kriege bezwungen werden sollten; dazu mußte es einen glücklichen Frieden geben. Dabei kam der äußere Feind aus dem Osten und aus dem Westen und zwang Deutschland einen Zweifrontenkrieg auf.[767] Die inneren Feinde der deutschen Nation waren demnach in der politischen Opposition ebenso zu suchen wie in den vielfältigen gesellschaftlichen Bestrebungen, die der Emanzipation breiter Volksschichten und Klassen dienten, mochten sie liberal, sozialistisch oder katholisch sein. Es waren Massen, Minderheiten und Einzelpersönlichkeiten, die sich um Aufklärung, Solidarität und Reformen bemühten. Nach den Gesetzen des Sozialdarwinismus sollte vom Krieg als dem Vater aller Dinge eine moralische Erneuerung des deutschen Volkes ausgehen, das seine historische Sendung in der (zu) langen Friedenszeit mit vermehrtem Wohlstand, nachlassendem Einsatzwillen und politischem Vorteilsdenken aus dem Blick verloren hatte. Das Zeitalter war materialistisch geworden. Der Krieg hingegen sollte Aufbruch, Flucht nach vorne sein. Darin bestanden die "Ideen von 1914".[768] Die Ziele der deutschen Kriegspolitik unterlagen in der ersten Jahren des Krieges der Zensur. Das änderte sich im dritten Kriegsjahr, das eine kritische Phase historischer Diskontinuität in der deutschen Geschichte einleitete, die aus der po

---

[767] Der Rechts-Publizist Arthur Moeller van den Bruck (Das dritte Reich, 1923) notierte 1916 dazu in einem Aufsatz: "Wir müssen wissen, daß uns der Westen mit demselben Niedergangsschicksal bedroht, das er durch sein Gefolge von Zweikindersystem, Rentnerideal und jeglicher öffentlicher und persönlicher Korruption, das hinter ihm herzieht, noch jedem Volke mit der Schnelligkeit und in dem Grade bereitet hat, wie es einst westliches Volk wurde. Vor diesem Schicksal können wir uns nur durch einen scharfen Strich und Schnitt bewahren, der uns von dem Westen geistig trennt." (A. Moeller van den Bruck: Die Abkehr vom Westen, IN: Der Tag vom 6.10.1916, zit. nach PROSS, Politik, S. 189)

[768] Hinter den "Ideen von 1914" verbarg sich ein besonders von der deutschen Professorenschaft getragenes nationalistisches Denken, das den Krieg mit einer "positiven Sinngebung" erfüllen sollte. Danach war der Krieg mehr als ein auferzwungener Verteidigungskampf und erhielt "eine höhere schicksalhafte Notwendigkeit, die in der Gegensätzlichkeit deutschen Geistes, deutscher Kultur und deutschen Staatslebens zu den entsprechenden Lebensformen des feindlichen Auslandes" - in West und Ost - begründet war. (FISCHER, Weltmacht, S. 185)

litischen Kontrolle zu geraten drohte. Ihr Ausgang war zu diesem Zeitpunkt noch ungewiß.[769]

Das Jahr 1917 brachte die Wende im Ersten Weltkrieg, sowohl in den äußeren wie in den inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches. Es war das Eingangstor in unsere Geschichte der Gegenwart bis zur Wende im Jahre 1989 und ist durch eine Reihe zum Teil weltpolitischer Ereignisse gekennzeichnet. Die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges und der Kriegseintritt der USA, die bolschewistische Revolution im zaristischen Rußland und der Separatfriede von Brest-Litowsk, die "Osterbotschaft" des Kaisers, die eine Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen in Aussicht stellte, die Verabschiedung der "Friedensresolution" unter Mitwirkung des Zentrums und der Sturz Bethmann Hollwegs leiteten einen nachhaltigen Kurswechsel in der deutschen Innenpolitik ein.[770] Nach Auffassung von Fritz Fischer war mit der Friedensresolution jedoch kein Verzicht auf deutsche Kriegsziele verbunden.[771] Die Erwartung, daß die Februarrevolution zum Ende des Krieges an der Ostfront führen würde, erfüllte sich nicht, da die bürgerliche Regierung Lwow den Krieg fortsetzte, aber die Wahlrechtsdebatte spitzte sich zu. Die Oktoberrevolution war die Geburtsstunde des ‘klassischen’ Antikommunismus in der deutschen Geschichte. Das Zentrum unter der Führung Matthias Erzbergers nahm in der Julikrise des Jahres 1917 im Reich wie in Preußen eine Richtungsänderung

---

[769] Das Thema "Erster Weltkrieg" ist wissenschaftlich für die Region Südoldenburg bisher nicht hinreichend aufgearbeitet worden. Was vorherrscht, ist eine Reihe von sog. "Heldengedenkbüchern", voluminöse Werke, in denen die Gefallenen einzelner Gemeinden, bestimmter Berufsgruppen oder einer Region dokumentiert sind. Dazu zählen die Kriegsausgaben des "Oldenburger Jahrbuchs" (Bände 1915, 1916/17 und 1918) unter dem Titel "Unsern Helden zum Gedächtnis", in denen Lebensbilder gefallener oldenburgischer Soldaten und Feldpostbriefe veröffentlicht sind.

[770] In der kaiserlichen Osterbotschaft vom 7. April 1917 stellte Wilhelm II. aufgrund der veränderten innen- und außenpolitische Lage des Deutschen Reiches die Aufhebung des preußischen Dreiklassenwahlrechts in Aussicht. Im Erlaß an Reichskanzler Bethmann-Hollweg hieß es dazu: "Mir liegt die Umbildung des preußischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage besonders am Herzen. Für die Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus sind auf meine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. [...] Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner die unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben." (Dokumente 2, S. 346) Die Osterbotschaft führte zu einer vorübergehenden Entschärfung des Wahlrechtsproblems und bedeutete für die Regierung Bethmann Hollweg einen Erfolg. (PATEMANN, Wahlreform, S. 58ff.: Entstehung der Osterbotschaft.)

[771] FISCHER, Weltmacht, S. 528.

vor, die Wilfried Loth als "die halbe Wende" bezeichnet.[772] Um das Gesetz des Handelns unter den veränderten außen- und innenpolitischen Verhältnissen nicht ganz zu verlieren, bildete es mit der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus den Interfraktionellen Ausschuß, distanzierte sich von der annexionistischen Kriegspolitik und kam der Linken in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform entgegen.[773] Mit diesem Linksruck riskierte das Zentrum einen Bruch mit den Konservativen und den Nationalliberalen, die in der Wahlrechtsfrage geteilter Meinung waren und sich in der Kriegszielfrage weiterhin expansionistisch gaben.[774] Erzbergers innenpolitisches Kalkül umschreibt Wilfried Loth mit den Worten: "Die Macht mit der Arbeiterbewegung zu teilen, schien ihm, nachdem die Hoffnung auf den bürgerlichen Staat offensichtlich zur Illusion geworden war, immer noch besser als sie ganz zu verlieren."[775]

---

[772] LOTH, Katholiken, S. 325f.

[773] Die deutsche Kriegszielpolitik beruhte auf dem sog. "Septemberprogramm" Bethmann Hollwegs vom 9. September 1914, dessen Kern die Mitteleuropa-Idee mit ihrem hegemonialen Anspruch Deutschlands bildete. Nur ein durch "Mitteleuropa" verstärktes Deutschland wäre in der Lage, sich zwischen den Weltmächten Großbritannien und USA einerseits und Rußland andererseits zu behaupten. Außerdem nahm Bethmann Hollweg den Plan eines "zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreiches" in sein Septemberprogramm auf. Nach Fritz Fischer wichen die Sozialdemokraten in der Reichstagssitzung am 4. August 1914 in der Kriegszielfrage zurück und ermöglichten dadurch erst die nationale Einheitsfront des "Burgfriedens" und ersparten Bethmann Hollweg, schon zu diesem Zeitpunkt in der Annexionsfrage Stellung beziehen zu müssen. Darin seien "alle künftigen Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie, die durch das Zusammenspiel des rechten Flügels mit dem Kanzler später zur offenen Spaltung führten," schon angelegt gewesen. (FISCHER, Weltmacht, S. 111f., 113ff.)

[774] Das preußische Wahlgesetz vom 30. Mai 1849 blieb mit nur geringen Veränderungen nahezu 70 Jahre in Kraft. Das Zentrum hatte im Antrag Windthorsts bereits 1873 im preußischen Abgeordnetenhaus die Einführung des gleichen Wahlrechts gefordert, um Vorteile daraus im Kampf gegen die liberalen Parteien, die die antiklerikale Politik der Regierung unterstützten, zu ziehen. Nach der Beilegung des "Kulturkampfes" und der Aussöhnung der Partei mit dem Staat hatte die Partei nichts mehr zur Durchführung des Antrags getan. Nach Bismarcks innenpolitischem Kurswechsel des Jahres 1878 mit dem Übergang zur Schutzzollpolitik und der Verfolgung der Sozialdemokratie durch das "Sozialistengesetz" garantierte das Dreiklassenwahlrecht den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus, die sich jeder Veränderung des Wahlrechts widersetzte; ihr war auch das Zentrum zuzurechnen. Als es über Fragen der Kolonialpolitik 1906 zum Konflikt zwischen Reichskanzler Fürst Bülow und dem Zentrum gekommen war, schied es als "Regierungspartei" aus und brauchte in der Wahlrechtsfrage keine Rücksicht mehr auf das rechte Lager und auf die Regierung zu nehmen. Zusammen mit dem Freisinn und unabhängig voneinander beantragte es 1907 das gleiche Wahlrecht in Preußen. (PATEMANN, Wahlrechtsreform, S. 9ff.)

[775] LOTH, Katholiken, S. 331.

In der Erkenntnis, daß Deutschland aufgrund der veränderten Kriegslage die Friedensbedingungen nicht mehr einseitig würde diktieren können, diente der Vorstoß Erzbergers vom 6. Juli 1917 dazu, durch einen Ausgleich mit der Linken den "Burgfrieden" auf höherem Niveau wiederherzustellen und so die innere Front aufrechtzuerhalten.[776] Das Zentrum wurde dadurch im Reichstag wieder zum 'ausschlaggebenden Faktor' zwischen dem rechten (Nationalliberale, Konservative) und linken politischen Lager (Fortschrittspartei, SPD). Die Spaltung der Sozialdemokratie, die bei der Abstimmung über die Kriegskredite am 21. Dezember 1916 offen zutage getreten war, machte eine zunehmende Polarisierung in der Arbeiterbewegung deutlich, die auch die Stellung des katholischen Arbeiters unter den Belastungen des Krieges tangierte. Es mußte sich noch erweisen, ob katholische Arbeitervereine und christliches Standesbewußtsein den katholischen Proletarier auch in Zukunft politisch immunisieren konnten. Durch seinen unerwarteten Vorstoß, der aus der pragmatischen Einsicht in die veränderten Verhältnisse entsprang, versuchte Erzberger der Zentrumspartei weiterhin eine Schlüsselrolle im parlamentarischen Kräftespiel zu sichern. Die neue Politik eines "Friedens der Verständigung" und des inneren "Ausgleichs" sollte die Konfrontation mit der Arbeiterbewegung abschwächen und so eine weitere Zuspitzung der inneren Krise vermeiden; für die Aufrechterhaltung der inneren Front war die SPD im Deutschen Reich unverzichtbar geworden.

Die politischen Verhältnisse gestalteten sich in Oldenburg ganz anders als in Preußen, weil ein klassenbewußtes Proletariat in diesem kleinen Flächenstaat nur zu geringen Anteilen vertreten war. So kam es in den beiden letzten Kriegsjahren auch nicht zu einer politischen Motion im Landtag. Im Unterschied zu Preußen gab es in Oldenburg seit 1868 kein Klassenwahlrecht mehr und seit 1909 ein direktes Wahlrecht, freilich ein Pluralwahlrecht. Die Landtagswahl im Jahre 1911 hatte einen politischen Umschwung bewirkt und zu ei

[776] Nach Fritz Fischer hat die Friedensresolution die in sie von der Reichsleitung gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt. Durch ihre scheinbare Zustimmung zur Friedensresolution bewahrte sich die Reichsregierung "freie Hand" für ihre Kriegsziele, zumindest für den Osten; das geschah im Einverständnis mit Erzberger. Dadurch wurde die Bewilligung der neuen Kriegskredite erleichtert und der Durchhaltewillen im Volk durch die Demonstration eigener Friedensbereitschaft von neuem gestärkt. Das Entstehen der Friedensresolution war somit weitgehend von taktischen Motiven in der Kriegszielfrage bestimmt: "Die Kräfte des alten Preußen waren noch nicht gewillt - weder innenpolitisch, noch außenpolitisch - das Steuer abzugeben." (FISCHER, Weltmacht, S. 529)

ner sozialdemokratisch-linksliberalen Mehrheit geführt.[777] Die Parlamentarisierung des monarchischen Systems würde also in Oldenburg keine grundlegende Änderung der bisherigen Parteienkonstellation nach sich gezogen haben. Die Einführung des gleichen Wahlrechts und eine Neueinteilung der Wahlkreise mußte für das Zentrum in Preußen hingegen bedeuten, "die traditionelle Rolle der Partei als 'ausschlaggebender Faktor' auf Kosten einer sozialistisch-linksliberalen Mehrheit zu verlieren".[778] Die konservative Führungsgruppe der Partei sträubte sich dagegen, "parteipolitischen Selbstmord zu begehen".[779] Aus diesem Dilemma ergab sich die innen- und außenpolitische Position des Zentrums im Deutschen Reich bis zur Julikrise 1917: Es stützte Bethmann Hollweg und die Kriegspolitik der Obersten Heeresleitung und verharrte parlamentarisch in einer Koalition mit den Konservativen und Nationalliberalen. "Die Generation der noch vom Kulturkampf geprägten Zentrumsführer", so Rudolf Morsey über die Führung der Partei vor der Bildung des Interfraktionellen Ausschusses, "erschrak vor der Aussicht, mit einer Einbuße der eigenen Parteistellung in Preußen die mühsam erkämpften politischen Errungenschaften und kirchlichen Freiheiten zu verlieren". Mit der parlamentarischen Majorität sozialistischer und liberaler Parteien sahen "die alten Zentrumsführer" und mit ihnen der preußische Episkopat wieder "das Gespenst eines Kulturkampfs heraufziehen".[780]

Die Initiative von Matthias Erzberger, die am 19. Juli 1917 zur Friedensresolution des Deutschen Reichstages führte, leitete eine Neuorientierung des Parteiensystems ein, die das bisherige innenpolitische Bündnis umkehrte und die Grundlage für die spätere Weimarer Koalition bildete. Der Rücktritt Bethmann Hollwegs war eine konsequente Folge davon; damit war seine "Politik der Diagonale" gescheitert.[781] Nach Auffassung Fritz Fischers war der Gedanke, daß

---

[777] HARTONG, Staatsrecht, S. 59f.; ECKHARDT, Staat, S. 389f. Das Dreiklassenwahlrecht beruhte auf dem Wahlgesetz vom 24. Januar 1852, das im Rahmen des revidierten Staatsgrundgesetzes verabschiedet worden war; es stellte eine große Annäherung an das preußische Wahlgesetz dar. In Oldenburg wurde 1909 mit dem direkten Wahlrecht ein sog. Pluralwahlrecht verabschiedet, das jedem Wahlbürger über 40 Jahre eine zweite Stimme zusprach.

[778] MORSEY, Zentrumspartei, S. 58. Das Zitat äußerte Karl Herold auf einer Sitzung des Reichsausschusses der Zentrumspartei am 27. September 1916 in Frankfurt a. M.

[779] MORSEY, Zentrumspartei, S. 58. Das Zitat äußerte der Vorsitzende des Preußischen Zentrums, Felix Porsch, in einem Briefwechsel mit Carl Bachem (Bachem an Porsch am 18. April 1917).

[780] MORSEY, Zentrumspartei, S. 59f.

[781] So nannte Bethmann Hollweg unter Anlehnung an Bülow sein politisches Konzept, das eine Linie zwischen zwei feindlichen politischen Lagern darstellte. Die "Diagonale" hinderte Bethmann Hollweg nach Wilfried Loth daran, seine Politik auf eine breitere parlamentarische Basis

Bethmann Hollweg sich auf Fortschritt und Sozialdemokratie hätte stützen können, um "als Kanzler des gleichen Wahlrechts und der Friedensresolution" gegen die OHL und die Krone zu bestehen, "nach der ganzen Struktur Preußen-Deutschlands undenkbar".[782] Das Zentrum bildete nunmehr die Mitte einer "großen Koalition", die gradlinig auf Weimar verwies, und trat aus dem Schatten der Nationalliberalen.[783] Diese "abrupte politische Kehrtwendung", die von der bisherigen Zentrumslinie abwich, blieb in der Partei bis zum Ende des Krieges jedoch umstritten.[784] Sie schwankte zwischen den politischen Notwendigkeiten, die sich aus der äußeren und inneren Lage des Deutschen Reiches ergaben, konservativen Interessenverbänden in mittelständisch-bäuerlichen Milieus und dem deutschen Episkopat, der Demokratisierungsbestrebungen im Deutschen Reich prinzipiell mit Skepsis begegnete. In Oldenburg löste der Linksruck des Zentrums eher große Sorgen über die zukünftige Kirchen- und Schulpolitik des Landes aus, das parlamentarisch schon jetzt von Sozialdemokratie und Linksliberalismus majorisiert wurde. Das oldenburgische Zentrum zeigte sich insgesamt homogener, aber auch konservativer als das Zentrum im Reich. Die "halbe Wende" des Jahres 1917 hatte Oldenburg schon in der Vorkriegszeit vollzogen.

Auf die neue innenpolitische Lage im Reich stellte sich der Landtag in Oldenburg ein, ohne größeres Aufsehen zu erregen. Sozialdemokratie, Linksliberalismus und Zentrum, lösten sich vorsichtig aus der Loyalität gegenüber dem Monarchen, aber zu einer interfraktionellen Verständigung wie im Reichstag kam es nicht. Was diese Entwicklung für die eigene Zukunft bedeuten konnte, mußte das Zentrum noch in den schulpolitischen Beratungen des Landtags vor dem Ende des Krieges erfahren, als es einer Majorität aus Sozialdemokratie und Linksliberalismus unterlag. Diese resultierte aus der Landtagswahl des Jah

---

zu stellen. Deshalb habe er 1914 dem Drängen nach einem deutschen Präventivkrieg nicht mehr standhalten können. (LOTH, Kaiserreich, S. 142)

[782] FISCHER, Weltmacht, S. 524. Selbst wenn Bethmann Hollweg noch das Zentrum für sich gewonnen und damit über eine Mehrheit im Reichstag verfügt hätte, wäre es für "den Kanzler des kaiserlichen Deutschlands ausgeschlossen gewesen, sich gegen die Konservativen und die mit ihnen verbündeten Kräfte der Armee, Bürokratie und Wirtschaft auch nur einen Tag zu behaupten".

[783] Dem Bündnis mit den Nationalliberalen verdankte das Zentrum im Frühjahr 1916 im Preußischen Abgeordnetenhaus die Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags, der das Schulwesen "auf der Grundlage der **Einheitlichkeit** und der **Weltlichkeit** sowie nach den Richtlinien einer zeitgemäßen Pädagogik" geregelt sehen wollte. (OV vom 6.3.1916)

[784] MORSEY, Zentrumspartei, S. 61ff.

res 1911 und blieb im Kriege bestehen.[785] Zu einer parlamentarischen Mehrheit, die für die politische Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung sein konnte, gelangte das Zentrum in Zukunft nur durch die Zusammenarbeit mit diesen beiden politischen Lagern. Diese realistische Erkenntnis wurde für die Zentrumspartei aber erst zum Maßstab des politischen Handelns, als sie am 11. November 1918 in das Direktorium und schließlich in die erste parlamentarische Regierung des Freistaates eintrat.

Der "Burgfrieden", der auch die Landespolitik in Oldenburg erfaßte, rief nicht nur zur Friedenspflicht unter den politischen Parteien, sondern auch unter den Konfessionen und sozialen Gruppierungen auf und trug so zu einer 'Entpolitisierung' im Landtag bei. Staatsministerium und Landtag verwalteten die Kriegswirtschaft und unternahmen alle Anstrengungen, um politischen Zwist unter den Parteien und Konfessionen in Oldenburg zu vermeiden. Dabei blieben die dominierenden landespolitischen Gegensätze der Vorkriegszeit, aus südoldenburgischer Sicht traditionell die Frage des konfessionellen Schulwesens, stets virulent und wurden auf die Zeit nach dem Kriege vertagt. Die Parlamentarisierung des Systems war für das katholische Milieu in Südoldenburg mit politischen Risiken verbunden, die noch nicht zu überschauen waren. Deshalb hielt sich das Zentrum im Landtag mit Kritik an den obwaltenden politischen Verhältnissen merklich zurück und wartete die Entwicklung im Lande sowie im Reich ab. Carl Bachem beschrieb im August

[785] Für die Landtagswahl am 13. Oktober 1916 wurde eine Vereinbarung unter den Parteien des Landtags getroffen, der sich drei große Wirtschaftsverbände des Landes, der Bund der Landwirte, der Hansabund und der Bund der Festbesoldeten, anschlossen. Gegenstand des Abkommens war die gegenseitige Verpflichtung, den "Burgfrieden" einzuhalten und den bestehenden Besitzstand aller Parteien und Verbände nicht anzutasten. Die Parteien stellten keine Gegenkandidaten auf, so daß kein zweiter Wahlgang notwendig wurde. (OV vom 23.8.1916) Obwohl ein offizieller Wahlkampf nicht stattfand, mahnte das oldenburgische Zentrum in einem Aufruf zur Geschlossenheit: "Jeder Parteihader soll ruhen, der Burgfriede unter Anerkennung und Wahrung des bisherigen Besitzstandes der Parteien überall gewahrt, jeglicher Unfriede aber auch im eigenen Lager nach Kräften verhütet werden. (OV vom 7.10.1916) Das Zentrum befürchtete "wegen der vielen im Felde stehenden Wähler" eine geringe Wahlbeteiligung und rief deshalb die Bevölkerung auf, zur Wahl zu gehen. (OV vom 12.10.1916) Das Interesse an der Wahl fiel erwartungsgemäß gering aus. In allen Wahlkreisen wurden die aufgestellten Kandidaten ohne Gegenkandidaten gewählt. Für Südoldenburg gehörten dem Landtag die Abgeordneten von Fricken, Berding, Enneking, Westendorf, Feigel, Dr. Driver, König und Griep an. (OV vom 14.10.1916) In der Stadt Oldenburg trat tom Dieck an die Stelle von Dursthoff, der nicht wieder aufgestellt worden war. (OV vom 14.10.1916) Zur erledigten Kandidatur Dursthoffs vgl. OV vom 21., 22.2., 24.3.1916.

1917 das Dilemma seiner Partei mit Worten, die sich ohne weiteres auf die Lage des oldenburgischen Zentrums übertragen lassen:

> "Mit einer [...] politisch-demokratischen Entwicklung könnte man ja wohl noch zurecht kommen. Aber unsere Demokratie ist nicht nur politisch-demokratisch, sondern auch in religiösen Dingen 'freisinnig' und 'sozial-demokratisch'."[786]

Die Einführung des gleichen Wahlrechts fand 1918 im Preußischen Abgeordnetenhaus in vier Lesungen keine Mehrheit, obwohl die Auflösung des Parlaments und seine Neuwahl von der Regierung nicht ausgeschlossen wurden.[787] Das Ergebnis des parlamentarischen Ringens war enttäuschend, Preußen erhielt bis zum Ende der Monarchie auf verfassungskonformem Wege kein gleiches Wahlrecht. Am 5. Juli 1918 verabschiedete das Abgeordnetenhaus in fünfter Lesung ein Pluralwahlrecht, das zwei Zusatzstimmen enthielt. Damit war die Gefahr einer radikalen Linksmehrheit in Preußen nicht mehr sehr groß.[788] Weitere Beratungen im Preußischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, die unter dem wachsenden außen- und innenpolitischen Druck doch noch auf ein gleiches Wahlrecht hinausliefen, zogen sich bis zum November 1918 hin und konnten keinen Einfluß mehr auf die revolutionäre Stimmung ausüben.[789] An der Verzögerung der Wahlrechtsreform in Preußen war das Zentrum nicht schuldlos, weil es seine Zustimmung bis zum Schluß von politischen Gegenleistungen in Form von kirchen- und schulpolitischen Garantien abhängig machte. Im demokratischen Umbruch, den die Debatte um die Wahlrechtsfrage in Preußen einleitete, zeigte sich das große Dilemma des Zentrums als Konfessionspartei in einer modernen Massengesellschaft, woran es zu zerbrechen drohte. Von einem politischen Umschwung versprach sich die katholische Kirche keine Verbesserung ihres Status quo, mit dem sie sich seit langem arrangiert hatte.[790] Deshalb warnte sie unablässig davor, die Zügel des konstitutionellen Systems zu lockern. Die Rechnung vieler Katholiken in Deutschland, nach dem Kriege im Staatsleben paritätisch vertreten zu sein und gleichberechtigt am sozialen Leben teilzuhaben, ging nicht auf. Die Aufhebung des "anrüchigen Jesuitengesetzes" am 19. April

---

[786] MORSEY, Zentrumspartei, S. 64: Bachem am 25. August 1917 an Reichsrat Franz von Buhl.
[787] OV vom 11, 14.5.1918.
[788] Die eine Zusatzstimme war eine Alters- und Familienstandsstimme, die andere eine Selbständigkeitsstimme. (PATEMANN, Wahlreform, S. 202.)
[789] PATEMANN, Wahlreform, S. 225ff.
[790] MORSEY, Windthorst, S. 179ff.: Die Anerkennung des status quo.

1917 zeigte zwar in diese Richtung, aber am Ende kam es schlimmer, als man erwartet hatte. Es war ein Fall ins Bodenlose.[791]

In den Landtagsverhandlungen wurden aber auch neue Risse sichtbar, die das Verhältnis von Stadt und Land und die Rolle des Bauernstandes betrafen. Dieser nahm nun mehr denn je für sich in Anspruch, vor allen anderen Ständen Träger des nationalen Gedankengutes und Erbes zu sein, weil er die Ernährung des deutschen Volkes in den schwierigen Zeiten des Krieges, als Deutschland an allen äußeren Grenzen von Rohstoffimporten abgeschnitten war, allein und aus eigener Kraft sicherte. Deshalb nahm er den besonderen Schutz des deutschen Staates für sich in Anspruch: Er definierte sich - über alle Parteiungen hinweg - unmittelbar zum Staat. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land, der das politische Denken auf dem Lande nach 1918 maßgeblich bestimmte, war keine bloße Fiktion, sondern auch auf die Widersprüche in der Kriegsbewirtschaftung zurückzuführen, die - nach Meinung der Bauern jedenfalls - Handel, Gewerbe und Industrie in den Städten von Kriegsgewinnen profitieren ließ und die Landwirtschaft über Gebühr benachteiligte. Nach dieser Anschauung waren die Opfer, die das Landvolk im Kriege erbrachte, einer patriotischen Haltung zu verdanken, welche die Städte, auf ihren eigenen Vorteil bedacht, in dieser Weise nicht für sich in Anspruch nehmen konnten. Das Land hielt sich für patriotischer und idealistischer als die urbane Gesellschaft, der es Materialismus und Mammonismus nachsagte.

Der Erste Weltkrieg führte in Oldenburg zu einer Verlagerung der politischen Prioritäten und zu einer Nationalisierung des katholischen Sozialmilieus, in dem die Münsterländer - ganz im Sinne der Burgfrieden-Mentalität - ihre vaterländische Pflicht fraglos erfüllten. Im nationalen Mythos von Religion, Heimat, Volk und Vaterland gelang es, die weiterbestehenden konfessionellen, sozialen und politischen Gegensätze zu verdrängen und in der patriotischen Gebärde zu kompensieren. Aus der Vorkriegszeit tradierten nationalen Symbolen wie "Heimat" und "Vaterland" haftete der ästhetische Schein des Religiösen und weniger des Politischen an, sie umgab eine Aura des Zeitlosen: ein imagi

[791] Die Aufhebung des Jesuitengesetzes bezeichnete die Vechtaer OV als "ein Gebot der Gerechtigkeit und eine Selbstverständlichkeit". In Reihen des "evangelischen Volksteils" sei die Aufhebung des Gesetzes im Reformationsjahr als ein Affront angesehen worden. Dabei komme es darauf an, "angesichts der großen Gefahren, die dem Christentum, nicht nur der evangelischen oder der katholischen Kirche drohen", die Gegensätze zwischen diesen beiden Bekenntnissen nicht noch zu vertiefen. (OV vom 15.6.1917)

närer Ort vor aller Revolution, vor aller Gesellschaft und moderner Historie. Einen solchen Fluchtpunkt enthielten viele "Kriegsgedenkbüchlein", die nach dem Ersten Weltkrieg erschienen und an diesen wie an eine untergegangene große Zeit erinnerten.[792] Die nationalistische Tradition fand darin ihre Fortsetzung.

Für die katholischen Bischöfe war der Krieg der Mittelmächte von Anfang an ein "gerechter Krieg", der als nationaler Verteidigungskrieg für die Rettung der christlichen Welt gegen ihre Feinde innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen ausgefochten werden mußte. Er sollte zur endgültigen Rehabilitation der deutschen Katholiken im Kaiserreich führen. Die traditionelle kirchliche Lehre vom "gerechten Krieg", an die sich die deutschen Bischöfe auch nach dem Waffenstillstand konsequent hielten, stützte sich auf Thomas von Aquin.[793] Die katholische Kirche stellte sich an die Seite des Staates, unterstützte moralisch die deutsche Kriegspolitik und richtete ihre Seelsorge konsequent auf die Anforderungen der neuen Situation aus. Sie feierte die militärischen Erfolge ebenso wie sie die Not mit den Gläubigen in der Heimat teilte. "Das erste war", so resümiert Heinrich Lutz die Geschichte des politischen Katholizismus im Ersten Weltkrieg, "daß die deutschen Katholiken einmütig den Krieg akzeptierten, von dessen Blutopfern sie ihre endgültige nationale Rehabilitation erhofften". Er begründet seine Einschätzung mit dem Traditionalismus der katholischen Kirche. Uneingeschränktes Vertrauen in die sittliche Gerechtigkeit der deutschen Sache habe das Verhalten der deutschen Katholiken zu Anfang des Krieges bestimmt.[794] Die Mehrheit der deutschen Bischöfe war von der

---

[792] Solche "Gedenkbüchlein" liegen u. a. vor aus den Gemeinden Essen (KRÖGER, Johanna: Essen im Weltkrieg. Ein Gedenkbuch aus großer Zeit, Cloppenburg 1930, Verlag Hermann Imsiecke) und Cappeln (Ein Kriegsgedenkbüchlein, von der dankbaren Gemeinde Cappeln, Bremen, o. J.) und vom Katholischen Lehrerverein (Unsern teuren Toten! Ein Kriegsgedenkbuch des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg, o. O., 1923). Im allgemeinen enthielten die "Kriegsgedenkbücher" heimatkundliches, patriotisches und kriegsverherrlichendes Vers- und Liedgut, Ehrungen der Gefallenen, meistens mit Porträts in Uniform, und eine kleine Geschichte des Kriegsalltags in der Heimatgemeinde.

[793] Thomas' Lehre vom "gerechten Krieg" sah drei Bedingungen vor: einen gerechten Grund (causa iusta), eine richtige Absicht (recta intentio) und - bezeichnenderweise - eine rechtmäßige Obrigkeit (legitima auctoritas), die den Krieg führte. Die Spätscholastiker des 16. Jahrhunderts fügten noch eine weitere Bedingung hinzu: die rechte Art der Kriegführung (debitus modus). (MAIER, Kirche, S. 303)

[794] LUTZ, Demokratie, S. 21, 43. Lutz fügt hinzu: "Sehr stark wirkte die Hoffnung auf politische Positionsgewinne. Ohne jede Übersicht über die europäischen Komplikationen, die mittelbar oder unmittelbar zum Kriegsausbruch geführt hatten, nahm man die Thesen der Regierung von dem Deutschland aufgedrängten Verteidigungskampf kritiklos und leidenschaftlich auf. [...]

Unschuld Deutschlands am Ausbruch des Krieges überzeugt und sah die Kriegserklärung als gerecht an; gleichzeitig ordnete sie das Kriegsgeschehen in "einen höheren Sinnzusammenhang" ein.[795] Damit wurden kritische Fragen nach der politischen Verantwortung für diesen Krieg und seine historische Einschätzung zum Tabu, dessen Verletzung als Sakrileg angesehen. Die Folge war ein nationalistischer Kriegs-Mythos, der sich nach 1918 auch in katholischen Sozialmilieus wie Südoldenburg ausbreitete.

Der deutsche Episkopat begriff seine Haltung zum Krieg jedoch nicht als politisches Bekenntnis - das nationale war in seinen Augen nicht eine politische Aussage, sondern eine religiöse - und deutete das Geschehen auf den Schlachtfeldern theologisch als Strafgericht Gottes, das zur Läuterung einer von Gott abgefallenen Welt und der Kirche untreu gewordenen sündhaften Gesellschaft geworden war. Daß er dieses Ergebnis nicht zeitigte, sondern in Revolution und Parlamentsherrschaft endete, gehörte zu den bitteren Enttäuschungen der deutschen Oberhirten und großen Teilen des deutschen Katholizismus: Das Strafgericht Gottes war vertagt. Der politische Katholizismus sah in den Kriegsjahren eine große Chance, noch bestehende Inferioritäts- und Minoritätskomplexe zu überwinden. Nach den diskriminierenden Erfahrungen des "Kulturkampfes" glaubte er sich durch seine Opfer, die er an der äußeren wie an der inneren Front brachte, national rehabilitiert und politisch gleichberechtigt: Das hat wesentlich zur Koalitionsfähigkeit des Zentrums beigetragen.

Die katholische Kirche war seit den ersten Kriegstagen bestrebt, ihre moralische Autorität unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und den hohen Organisationsstandard in den katholischen Sozialmilieus zu bewahren. Sie regulierte den religiösen und kirchlichen Alltag mit Erfolg und trug dadurch in katholischen Milieus wie Südoldenburg maßgeblich zu einer höheren Weihe des Krieges und zur Bewältigung der Leiden und Entbehrungen bei, die der Krieg auch über die Heimat brachte. Weil der Krieg auch eine religiöse Sendung enthielt, wurde der Kämpfer für das Vaterland zum Streiter Gottes und sein Tod für die gerechte Sache zum Glaubenszeugnis, zum Martyrium. Der Krieg hatte seinen festen Platz in der Heilsgeschichte Gottes mit den Menschen: Er lehrte die Menschen wieder beten. Vor diesem Hintergrund über

---

Verwurzelt in der alten Welt der monarchischen Ordnung, neigten die Katholiken dazu, in Deutschland und Österreich ‘die einzigen Vertreter der alten christlichen Kultur mit ihren sittlichen Forderungen’ zu sehen."

[795] SCHEIDGEN, Bischöfe, S. 70ff.

rascht es nicht, daß der Wallfahrtsort Bethen in den ersten Kriegsjahren zum Zentrum des südoldenburgischen Katholizismus aufstieg. Die Erinnerung an den Krieg, das Kriegsgedenken, wurde nach seinem Ende ein Teil des Krieges selbst. Erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die nüchterne Erkenntnis durch, daß der Erste Weltkrieg schicksalhaft in die Vorgeschichte von nationalsozialistischer Diktatur und Zweitem Weltkrieg verwoben war - in einer bestimmten Weise die "Urkatastrophe" der deutschen Geschichte.

In den letzten beiden Jahren des Krieges lehnten die deutsche Bischöfe Reformen zur Neuordnung der politischen Verhältnisse in Preußen und im Reich fast einhellig ab. Als am Ende des Krieges die schul- und kulturpolitischen Gegensätze der Vorkriegszeit wieder aufbrachen, sah sich die katholische Kirche in Deutschland in Erwartung eines neuerlichen "Kulturkampfes", der das Jahr 1803 und die Bismarck-Ära an Bedeutung noch weit überragen sollte, um den Lohn ihrer im Krieg geübten Loyalität, Solidarität und Opferbereitschaft gebracht. Parolen wie "ein Staat ohne Gott und Religion" und "eine Schule ohne Gott und Offenbarung" prägten die Fronten im neuen "Kulturkampf" gegen die "Feinde der Religion, die jetzt ihre Stunde gekommen glaubten".[796] Unausgesprochen, weil sie sich verfassungspolitisch traditionell nicht festlegten, waren die deutschen Bischöfe davon ausgegangen, daß die deutsche Politik nach dem Kriege auf die staatserhaltende und staatstragende Funktion der Kirche nicht verzichtete. Denn der Staat verdankte wie die Kirche seinen Ursprung nicht sich selbst, sondern göttlicher Stiftung. Die deutschen Bischöfe wollten den Frieden, aber nicht einen Frieden um jeden Preis. Einen erzwungenen Frieden, der das deutsche Volk demütigte und ein demokratisches Oktroi enthielt, lehnten sie bis zum Ende des Krieges ab. Er hätte unweigerlich negative innenpolitische Folgen gehabt und die Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule gefördert.

Während das Deutsche Kaiserreich und mit ihm die Monarchien in den deutschen Staaten am Ende des Ersten Weltkrieges untergingen, überlebte die katholische Kirche in Deutschland die Schrecken des Krieges als intakte und voll funktionsfähige Institution, sah sich durch ihre patriotische und aufopfernde Haltung in den Kriegsjahren nachhaltig bestätigt und hoffte auf einen ihr gemäßen Platz in der neuen politischen Ordnung. So erhob sie nach dem

[796] So die Erzbischöfe und Bischöfe Preußens in einem gemeinsamen Hirtenschreiben an die Gläubigen ihrer Diözesen im Hinblick auf die Schulpolitik des preußischen Kultusministers Hoffmann vom 20.12.1918, für die Diözese Münster gegeben am 23.12.1918 durch Bischof Johannes. (Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 19, 21.12.1918, S. 111ff.)

Ersten Weltkrieg aufs neue einen moralischen Führungsanspruch, der auch unter demokratischen Verhältnissen gelten sollte. Daraus erwuchsen offene Konflikte und Brüche mit der demokratischen Nachkriegsgesellschaft. Das Nationale hatte aus der Sicht der deutschen Bischöfe immer auch eine religiöse Dimension gehabt und war auch in Zukunft untrennbar an das Christliche gebunden. Anders konnten sie es sich nicht vorstellen: Die deutsche Nation war und blieb christlich oder es gab sie nicht mehr. Auch darüber sollte auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges entschieden werden, aber es kam anders. Die deutschen Bischöfe knüpften in ihrer rigorosen Kritik an den negativen Erscheinungsformen der modernen Zivilisation nahtlos an die Vorkriegszeit an. Das Staats- und Gesellschaftsbild des deutschen Episkopats blieb paternal und familial: Wie der Vater das Oberhaupt der Familie war die Regierung das Oberhaupt des Staates, der Familie im Großen und Ganzen. Die katholische Kirche glaubte sich in den langen Jahren des Ersten Weltkrieges in einem neuerlichen Kampf um ihre Selbstbehauptung, den sie emphatisch als ein gewaltiges Ringen interpretierte, und stellte sich politisch an die Seite der alten Kräfte. Der Erste Weltkrieg sollte darüber entscheiden, ob die christliche Statik des Ancien régime noch von Bestand war oder ob sich eine neue Ordnung Bahn brechen würde. Noch einmal, so schien es in der Julikrise 1914, konnte ein verloren geglaubtes Kapitel deutscher und europäischer Geschichte wieder aufgerollt werden, das in den verblichenen Ritualen von einst wieder mit Leben erfüllt wurde.

Das deutsche Schicksal war im Krieg von der äußeren wie von der inneren Front abhängig, die eine konnte nicht ohne die andere obsiegen. Die nationale Erbauung und die religiöse Verklärung des Kriegstodes standen ganz im Dienst der Heimatfront, die von der katholischen Kirche konsequent gestützt wurde. Obwohl die Landwirtschaft in den Jahren des Ersten Weltkrieges einen Rückschlag erlebte, der ihre Zukunft noch auf Jahrzehnte belastete, und soziale Gegensätze sichtbar wurden, bewahrte die Bevölkerung in Südoldenburg Ruhe und Ordnung und wehrte sich nicht gegen die Kriegsbewirtschaftung, die als vaterländische Pflicht angesehen und erfüllt wurde. Die moralische Legitimation des Ersten Weltkrieges stand niemals außer Frage. So wurde das Wachstum der Landwirtschaft in Südoldenburg durch den Krieg zwar in erhebliche Mitleidenschaft gezogen, aber die Bindung zwischen Staat und Agrarwirtschaft blieb intakt und wurde in den Jahren des Ersten Weltkrieges in Südoldenburg nicht in Frage gestellt; ein politischer Riß war nicht erkennbar. Eine Agraropposition wie in der ausgehenden Weimarer Republik hat es im konstitutionellen Zeitalter in Oldenburg nicht gegeben. Die Agrarfrage wurde nicht an

das politische System gerichtet, wie es später der Fall war. Bis zum Ende der Monarchie in Oldenburg war im katholischen Milieu Südoldenburgs kein Bruch zwischen Staat und Wirtschaft und Gesellschaft zu erkennen. Diese politische Homöostasie, die angeblich auch die Verhältnisse im Deutschen Reich auszeichnete, lebte im Gedächtnis der Menschen als Erinnerung an die "gute alte Zeit" fort. Sie gehörte zur unverzichtbaren Ideologie des deutschen Obrigkeitsstaates. Die konstitutionelle Ordnung des Deutschen Reiches wurde für ein "aeternum sacerdotium" gehalten, auch nach dem Untergang dieses Zeitalters. Dies ist vor allem auf die Leistung der politischen Agenturen zurückzuführen, die diese Ordnung mit einer Aura monarchischer Legitimität umgaben, die zur offiziellen Staatsdoktrin wurde. Der deutsche "Obrigkeitsstaat" war weder Partei noch Ideologie, weil er nach seinem Dafürhalten über jede Partei und jede Ideologie erhaben war. Der Krieg sollte ihm das beste Zeugnis für diesen Glauben ausstellen.

Trotz der politischen Niederlage konnte sich die katholische Kirche behaupten und wurde nicht in den Strudel des militärischen Zusammenbruchs und der Revolution gerissen: Sie fiel nicht aus der Geschichte. Dafür hatte sie eine Erklärung bereit, die das Schicksal der Kirche nicht an eine historische Zeit und an einen geographischen Raum gebunden wußte. Die universale geistige Mission der römischen Weltkirche ging in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges und auf den Barrikaden der Revolution nicht unter, sondern überlebte die politischen Turbulenzen der Nachkriegszeit. Daß sie dazu immer wieder imstande war, bezeugte ihre lange Geschichte seit 1789. Sie bestand auch die Bewährungsprobe des Ersten Weltkrieges, weil sie nach der Schrift nicht nur von dieser Welt war und sich deshalb in der Weltgeschichte niemals voll erschöpfte. Der Gang der deutschen Geschichte hatte sich nach dieser Deutung am Ende des Krieges zwar nicht dem menschlichen Willen gefügt, aber wohl dem unerforschlichen Ratschluß des göttlichen Staatenlenkers. Der große Krieg hatte das Wirken der göttlichen Vorsehung trotz allem widrigem Anschein wieder einmal in der Geschichte gezeigt und sich wider alles menschliche Wollen behauptet. Die Handschrift Gottes in der Geschichte des Krieges war aber erst auf den zweiten Blick zu lesen: Wie konnten Niederlage und Revolution als Ausfluß göttlichen Willens gedeutet werden und der Glauben Bestand haben, daß Gott in der Geschichte anwesend war, sich in ihr sogar offenbarte und aus ihr nicht hatte verdrängen lassen?

Der Beweis war noch zu erbringen, daß nicht der atheistische Materialismus, der Gott in Geschichte, Politik und Gesellschaft leugnete, im Kriege gesiegt,

sondern der christliche Gott, der Herr über Himmel und Erde, triumphiert hatte. Das konnte nur gelingen, wenn der Krieg als Gottesgericht und als Warnung zu Läuterung und Umkehr betrachtet und noch in seinem größten Leid als Ausfluß göttlicher Gnade gedeutet wurde. Deshalb war der Krieg für die katholische Kirche nicht allein politisch zu bewältigen, sondern vor allem moralisch unter Aufbietung aller religiösen Kräfte, die noch im Volke lebendig waren. Sie mußten gefördert werden, nicht zuletzt durch die katholische Kirche selbst. Sie war somit für die Erneuerung und den Wiederaufstieg Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg unverzichtbar. Die deutschen Bischöfe setzten auf historische Kontinuität, auf die Bewahrung von Ruhe und Ordnung und auf die Kraft ihrer Institutionen, als der Krieg schon längst verloren war. Dafür steht der Appell, den sie in ihrem ersten Hirtenbrief nach dem Krieg an die heimkehrenden Soldaten richteten:

> "Heimkehrende Krieger, Soldaten! Wenn irgend jemand, dann seid ihr es, die da wissen, wie verderblich alle Uneinigkeit und alle Unordnung ist, wie unentbehrlich nötig uns Menschen Einigkeit und Ordnung ist. Ohne sie kann keine Gesellschaft bestehen. So hat Gott es in unsere Natur hineingelegt, und darum ist es Gottes heiliges Gebot, untertan zu sein der Obrigkeit. Nehmt darum, Geliebte, mit dem Danke für alles, was ihr heldenhaft getan und gelitten habt, aus unserem Munde die treugemeinte Meinung und väterliche Bitte: Schauet euch um in der Heimat, wie es steht; tretet ein für Ordnung und Gesetz, ohne die es keine Freiheit geben kann; legt Hand ans Werk und helft mit am Wiederaufbau des Vaterlandes, namentlich durch ein echt=christkatholisches, religiöses Leben. Niemand ist mehr als ihr dazu berufen."[797]

7.2. Das katholische Milieu Südoldenburgs in der nationalen Front

7.2.1. Kriegsbegeisterung und Kriegsalltag

"Da litt es uns und die Beichtleute nicht mehr in der Kirche", als am Nachmittag des 1. August 1914, einem Samstag, "Hoch- und Hurrah-Rufe von außen gehört wurden, während zugleich das Lied ‘Deutschland, Deutschland über alles’ erscholl," berichtet der spätere Offizial Lambert Meyer, 1914 noch Pfarrer in Friesoythe, über den Beginn des Ersten Weltkrieges: "Dies war ein Zeichen, daß die Entscheidung eingetroffen war." Damit begann auch in Südoldenburg die Mobilmachung. Die Eisenbahnen übernahmen den Transport der Reservisten, die "täglich mit Musik vom Kriegerverein zum Bahnhof geleitet" wurden, "inmitten ihrer Angehörigen und vieler Bekann

[797] OV vom 5.12.1918.

ten". Am Abend des 3. August 1914 gab es in Friesoythe einen "pompösen Festzug" durch die Stadt mit Reden beim Kriegerdenkmal und beim Rathaus:

> "In der Kirche wurde für einen glücklichen Ausgang des Krieges und für die Einberufenen viel gebetet, Hochämter in diesem Sinne gehalten. An jedem Morgen stellten sich Einberufene zum Empfang der hh. Sakramente, bevor sie abreisten. Rosenkränze, Medaillen, Skapuliere wurden den Kriegern, die mit Mut und Begeisterung abzogen, mitgegeben."[798]

1914 reihte sich der südoldenburgische Katholizismus erwartungsvoll in die nationale Front ein und stimmte mit ein in die enthusiastische Kriegsstimmung. Lambert Meyer erkannte von Anfang an, daß das ein "Krieg der Völker, nicht nur der Heere" und die Heimatfront "so wichtig wie die Kriegsfront" war.[799] Die anfänglich allerorten zu beobachtende Kriegsbegeisterung wich aber bald einer nüchternen Routine, die den Alltag der Bevölkerung immer mehr bestimmte. Der siegesgewisse Patriotismus, der sich im geflügelten Wort "Weihnachten sind wir sicher zu Hause" kundtat, knüpfte dabei an eine Tradition an, die von den Befreiungskriegen bis zum deutsch-französischen Krieg reichte. Mit großem Jubel hatte Löningen am 9. März 1913 die "Feier der 100jährigen Wiederkehr der Befreiung Deutschlands aus dem Joche der Franzosen" noch begangen und dabei auch des "glorreichen Feldzug(es) von 1870/71" gedacht. Trotz erster Verluste auf dem Felde blieb die Grundstimmung zunächst positiv. Im Protokollbuch des Männergesangvereins in Löningen hieß es noch im Oktober 1914:

> "Wir rechnen bestimmt mit dem endgültigen Siege unserer allseits vorrückenden Heere, helle Begeisterung für die große Sache des von allen Seiten [...] umtosten Vaterlandes herrscht auch in unserem Verein."[800]

Das Cappelner "Kriegsgedenkbüchlein", das von Franz Ostendorf wahrscheinlich Anfang der 1920er Jahre verfaßt wurde, schildert diese Stimmung mit den Worten:

> "'Dreinhauen! und November, spätestens Weihnachten 1914 sind wir wieder bei Muttern!' so hieß es allgemein. Als aber der Feinde immer mehr wurden, als der Mar

---

[798] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 2f. Beim 13stündigen Gebet, das auf Anordnung des Bischofs am 9. August 1914, einem Samstag, stattfand, wurden in Friesoythe "365 h. Kommunionen" ausgeteilt.
[799] Ebd., S. 16.
[800] BÜSCHING, Löningen, S. 156f.

> ne=Rückzug kam, da schwante es manch einem, der Krieg könne sich doch wohl in die Länge ziehen. 'Durchhalten!' war jetzt die Devise."[801]

Ein Zeitgenosse aus Lohne, der als Fünfjähriger den Kriegsausbruch in seiner Heimatstadt miterlebte, erinnert sich an "ein einzigartiges Schauspiel", das kaum "ein Durchkommen" ermöglichte:

> "Es gab schulfrei, als in den ersten Tagen des Krieges Lüttich gefallen war, alle Kinder zum Kriegerdenkmal zogen, das Deutschlandlied sangen und mit lautem Hurra davonstürmten."[802]

"Es war Erntezeit", als die Mobilmachung des Heeres und der Marine befohlen worden sei, weiß ein Chronist aus Garrel zu berichten. Viele hätten sich freiwillig gemeldet, "doch keiner ging, ohne zuvor seine Rechnung mit dem Herrgott zu begleichen". Es habe "keine helle Begeisterung" geherrscht, "denn jeder gediente Soldat wußte, was Krieg bedeutet, aber sie gingen voll Zuversicht". Der Krieg habe aber bald das Gesicht der Heimat verändert.[803] Die Chronik auch der evangelischen Kirchengemeinde Cloppenburg berichtet darüber, wie die dramatischen Nachrichten über Mobilmachung und Kriegserklärung die Menschen erfaßten und sie aus ihrer bangen Erstarrung lösten:

> "Als die Nachricht von der Mobilmachung kam, bemächtigte sich der Bevölkerung auch hier eine große Aufregung. Die Leute eilten zusammen, um die Nachricht zu besprechen. Viele eilten zur Post, um weitere Nachrichten abzuwarten. Am folgenden Mittwoch, den 5. August, wurde, wie überall, so auch in der hiesigen evangelischen Kirche der Betgottesdienst abgehalten. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. [...] Die Orgel begann mit den Weisen des Liedes 'Wir treten zum Beten vor Gott, den Gerechten'. [...] Sobald nun die Weisen dieses Liedes von der Orgel her erklangen, stimmte die Gemeinde ein und sang das Lied mit. Es war ein erhebender Augenblick."[804]

Die ausrückenden Truppen wurden von der Bevölkerung verabschiedet, und den Bahnhof in Cloppenburg passierende Transportzüge mit "Liebesgaben, Butterbrot, Eier und Zigarren" begrüßt. Nachrichten vom Kriegsschauplatz

---

[801] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 161; Hauptlehrer a. D. Franz Ostendorf +, IN: VuL Jg. 13, Nr. 20, März 1953, S. 14. Franz Ostendorf wurde am 20.11.1883 in Dinklage geboren und starb am 14.2.1953 in Langförden. Als Hauptlehrer war er von 1913 bis 1927 in Sevelten tätig.
[802] Lohne, Berichte, S. 439f. Einberufene und Kriegsfreiwillige wurden mit der Musikkapelle zum Bahnhof begleitet.
[803] Garrel, Garrel, S. 368.
[804] CHRONIK, Kirchengemeinde, o. S.

wurden telegraphisch übermittelt und beim Rathaus angeschlagen, deutsche Siege mit patriotischen Umzügen und Kundgebungen gefeiert:

> "Und wenn Siegesnachrichten eintrafen, war die Freude und die Begeisterung groß. Dann wurde mit Böllern geschossen. Bei großen Erfolgen läuteten die Glocken. Man versuchte auch später, wie es anderswo geschah, auch in Cloppenburg bei der Nachricht von großen Siegen Umzüge zu veranstalten. Vielleicht spukte hinter dieser Veranstaltung schon der Gedanke, daß die Begeisterung beim Volke dadurch noch gehalten werden könne und auch müsse. Die Umzüge fanden aber doch nicht viel Anklang. Und manche gab es auch, welche vor dem übermäßigen Jubel und vor dem übermäßigen Böllern und Läuten warnten und meinten, man solle jetzt ernster und ruhiger bleiben und den Jubel auf die Zeit nach Beendigung des Krieges, wenn wirklich der Endsieg errungen sei, verschieben."[805]

Die Soldaten an den Frontlinien wurden mit Spenden und Erlösen aus Haussammlungen und Kollekten aus der Heimat unterstützt. Kritische Stimmen hatten es schwer, sich Gehör zu verschaffen. Der Chronist der evangelischen Kirchengemeinde weiß von einem katholischen Pfarrer in Langförden zu berichten, der "das Läuten bei Siegesnachrichten untersagt habe, aber mit der Begründung, daß die Deutschen die Neutralität Belgiens gebrochen hätten".[806] Das Vechtaer Gymnasium Antonianum beging 1914 das 200jährige Schuljubiläum. Im Jahresbericht erinnerte der Schulleiter, Professor Wilhelm Kotthoff, daran, wie die Julikrise 1914 in Vechta mit nationalem Selbstbewußtsein aufgenommen und politisch diskutiert wurde:

> "Da erschien am 13. Juli das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien, das mit nicht erwarteter Entschiedenheit darauf bestand, den Mord des Erzherzog-Thronfolgers und seiner Gemahlin in vollem Maße an den eigentlichen hoch gestellten Frevlern zu sühnen. Wie wird sich nun Serbien verhalten? Wird es sich der Forderung des mächtigen Nachbarn fügen oder sie im Vertrauen auf Rußlands Hilfe ablehnen? Serbiens Antwort am 27. Juli ließ erkennen, daß Rußland ihm den Rücken gesteift hatte. Aber Frankreich und England, werden sie Lust haben, gerade diesen Anlaß zum Kriege gegen die verbündeten Zentralmächte zu benutzen? Kaum zu glauben!"[807]

---

[805] CHRONIK, Kirchengemeinde, o. S. Lambert Meyer berichtet dazu in seiner Chronik über Friesoythe: "Große Siege lösten jedesmal Jubel aus, der sich hier allerdings nicht so laut äußerte wie anderswo, jedoch wurde nach großen Siegen auch einzeln geflaggt und geläutet." (MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 3)

[806] CHRONIK, Kirchengemeinde, o. S.

[807] Antonianum, Jahresbericht 1914/15, S. 13f. Der Kriegsausbruch selbst wurde am Vechtaer Gymnasium offensichtlich mit großer Begeisterung begrüßt: "Am Samstagnachmittag zeigte sich sofort die kriegerische Begeisterung auch bei unsern Schülern; mit der neuen Oberprimafahne an der Spitze durchzogen sie unter den Klängen unserer Kapelle die Stadt, wobei sich viele Bürger ihrem Zug anschlossen. Am folgenden Tage wurden sie in die Aula beschieden, wo sie

Das erste Schuljahr stand am Cloppenburger Realprogymnasium ganz im Zeichen der nationalen Erinnerung und Schulung. Am 28. April 1914 war diese Schule als die zweite staatliche höhere Lehranstalt in Südoldenburg durch den Bischöflichen Offizial Grobmeyer als Vorsitzenden des Katholischen Oberschulkollegiums eröffnet worden. Die Eröffnungsfeier war von der bekannten patriotischen Rhetorik der Vorkriegszeit geprägt gewesen.[808] Im Jahresbericht der Schule beschrieb Franz Teping, der erste Direktor der Schule, das Kalendarium nationaler Gedenktage, das gleich im ersten Schuljahr seinen Anfang nahm:

> "Das Geburtsfest Sr. Kgl. Hoheit des Grossherzogs am Montag, dem 16. November, wurde dem Ernste der Zeit entsprechend durch eine schlichte Schulfeier begangen, bei der der Unterzeichnete die Ansprache hielt. In derselben Weise wurde am Mittwoch, dem 27. Januar, das Geburtsfest S. M. des Kaisers gefeiert; die Rede hielt Herr W. H. Diebels. Bei der am 26. März veranstalteten Gedächtnisfeier der 100. Wiederkehr des Geburtstages des Fürsten von Bismarck hielt Dr. Ottenjann die Rede. Ausserdem wurde eine kurze Schulfeier veranstaltet am Freitag, dem 30. Oktober, in der letzten Vormittagsstunde aus Anlass der Verleihung des Eisernen Kreuzes an Herrn Oberlehrer Dr. Thomé, der seit Mitte Oktober als Verwundeter im hiesigen Lazarett weilte. [...]
> Am Mittwoch, dem 3. Februar, wurde ein Vaterländischer Abend veranstaltet, bestehend aus Vorträgen, Aufführung, Gesang und musikalischen Darbietungen. [...] Am 9. Februar wurden die Schüler aufgefordert, eine Goldsammlung zu veranstalten, um an der finanziellen Rüstung des deutschen Vaterlandes mitzuhelfen. Die Sammlung ergab die Summe von 11 000 Mark, das macht auf den Kopf der Schülerzahl 150 Mark. In Anerkennung des Sammeleifers wurden der Montag, der 15. Februar, Donnerstag, der 25. Februar und Dienstag, der 23. März schulfrei gegeben."[809]

---

der Direktor auf den Ernst der Zeit und auf ihre Verpflichtung gegen das Vaterland hinwies; dann entließ er sie."

[808] GELHAUS, Hubert/REINHARDT, Heinrich-Ferdinand: Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 1. Teil: Schulgründung, IN: MT vom 10.6.1989; Realprogymnasium Cloppenburg, Bericht über das Schuljahr 1914-1915, S. 15. Der Bischöfliche Offizial führte den neuen Direktor Franz Teping in sein Amt ein und schloß seine Ansprache mit dem Wunsch, "das Realprogymnasium zu Cloppenburg möge in friedlich freundlichem Wettstreit mit dem Gymnasium zu Vechta die geistigen und sittlichen Kräfte der münsterländischen Jugend wecken und heben helfen zum Heile für sie, zum Wohle der engeren und weiteren Heimat und zum Schutze des herrlichen uns alle umschliessenden deutschen Vaterlandes". Der zukünftige Schulleiter, Direktor Teping, beendete seine Rede mit dem pathetischen Wunsch: "So möge denn diese neue Schule [...] werden zu einer Pflanzstätte echt deutscher Art und Sitte, zu einem Arbeitsfelde, auf dem die Früchte rechter Gottesfurcht, rechter Pflichttreue und wahrer Vaterlandsliebe in reicher Fülle gedeihen."

[809] Realprogymnasium, Jahresbericht 1914/15, S. 17f. In ähnlicher Weise verliefen die Feierlichkeiten am "Großherzoglich Oldenburgischen Katholischen Gymnasium Antonianum zu Vechta". Die Festrede auf den Fürsten Bismarck hielt Prof. Dr. Reinke. (Antonianum, Jahresbericht 1914/15, S. 11)

Wurde die politische Rhetorik am Anfang des Krieges noch vom patriotischen Elan getragen, stellte sich während der nachfolgenden Kriegsjahre eine zunehmende Routine im politischen Gedenken ein, damit "die Schüler die große Zeit mit Verständnis durchleben und wertvolle Erinnerungen an die großen Ereignisse mit in ihr späteres Leben hinübernehmen". Die Schule verfolgte den Verlauf des Krieges und feierte in patriotischer Gesinnung die deutschen Siege - ihnen haftete nichts Ehrenrühriges an:

> "Wo sich im Unterricht passende Gelegenheit bot, wurde auf die Ruhmestaten der verbündeten Heere und auf die bedeutendsten durch den Krieg bedingten Maßnahmen Bezug genommen. In allen Klassen waren übersichtliche Karten von verschiedenen Kriegsschauplätzen angebracht, die zur Erläuterung der kriegerischen Ereignisse und zur Orientierung der Schüler dienten. [...] Nach dem Fall von Brest=Litowsk veranstalteten die Schüler am Abend des 26. August, als sie von den Klassenausflügen zu gleicher Zeit mit den Zügen zurückkehrten, einen Umzug durch die Stadt, der mit einer Huldigung des obersten Kriegsherrn auf dem Schulhof endete."[810]

Als die ersten Jahre des Krieges keine Entscheidung gebracht hatten und der Stellungskrieg zum Alltag an der Front geworden war, erschien es dringend notwendig, die Moral der Truppen und der Heimatfront gleichermaßen zu stärken. Dazu dienten handliche Publikationen wie das "Oldenburger Kriegs= u. Heimatbuch" von Dr. Anton Kohnen, das im Jahre 1916 in Vechta erschien. Charakteristisch für diese Ausgabe, die Großherzog Friedrich August gewidmet war, ist die zwanglose Verbindung von heimatkundlicher und kriegsverherrlichender Literatur, von Feldpostbriefen und belehrenden heimatgeschichtlichen Darstellungen. Eine besondere Stellung nahm das "Plattdeutsche" ein, das besonders dazu angetan sein mochte, "den Zusammenhang des Oldenburger Landes mit seinen Söhnen im Felde zu einem möglichst engen und innigen zu gestalten". Heimatliebe und Heimatgefühl sollten dazu dienen, die Kampfkraft der inneren wie äußeren Front moralisch zu stärken.[811] Die Vechtaer OV begrüßte das Erscheinen "dieses durchaus patriotischen und zeitgemäßen Buches" und die heimatkundlichen Verdienste des Autors, der in einem eigenen Beitrag die Leistungen der deutschen Ostfront,

---

[810] Realprogymnasium, Jahresbericht 1915/16, S. 10. Brest-Litowsk fiel am 25. August 1915. Der Friede von Brest-Litowsk wurde am 10. Februar 1918 unterzeichnet (OV vom 11.2.1918)

[811] KOHNEN, Kriegsbuch, o. S. (Vorwort). Der Autor, Dr. Anton Kohnen, hatte wenige Tage nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges seine akademische Lehramtsprüfung abgelegt. Kohnen meldete sich als Kriegsfreiwilliger und schied nach einer Verwundung 1916 aus dem Militärdienst aus. Dafür widmete er sich seinen schriftstellerischen Fähigkeiten, die er in den Dienst des Vaterlandes stellte. (BAUMANN, Kohnen, S. 75)

die der "gesunden, siegreichen Kraft echten Deutschtums" wieder zu Leben und Blüte verhelfe, würdigte.[812]

Als Nachrichten von den ersten Kriegsopfern die Heimat erreichten, wurden Rituale des Totengedenkens entwickelt, die bis zum Ende des Krieges eingehalten wurden. So versuchte man mit dem Schmerz und mit der Trauer fertigzuwerden. "Für die Gefallenen", berichtet Lambert Meyer, "wurde sofort nach Eintreffen der Nachricht ein Seelenamt gehalten, für die im Felde befindlichen wurden so viele h. Messen bestellt, daß dieselben nur zu einem geringen Teil hier gelesen werden konnten". Die Entbehrungen und Leiden wurden in Geduld ertragen, "weil wir siegen wollten und mußten". Der Krieg hinterließ in der Heimat seine Spuren. Die Bänke in der Kirche, so Lambert Meyer, waren an der Männerseite nur "schwach besetzt".[813] Zu Ehren eines gefallenen Obersekundaners wurde im Vechtaer Gymnasium eine Trauerfeier veranstaltet, an der sich die populäre Ästhetisierung des Heldentodes beobachten läßt:

> "Am 11. Dezember [1914] hielten wir für seine Seelenruhe ein feierliches Requiem ab, für das jedoch besondere Vorkehrungen getroffen wurden. Die Fahnen vor dem Gymnasium waren auf Halbmast gehißt; das ganze Gymnasium nebst den anwesenden verwundeten Kriegern zog unter den Klängen des Chopinschen Trauermarsches und unter dem Geläute aller Glocken zur Pfarrkirche, in der jede Flamme, jede Kerze brannte; nach dem Seelenamte, das in der feierlichsten Weise abgehalten wurde, blies die Kapelle, deren Mitglied der Gefallene gewesen war, ein Trauerlied, und dann ging es in geordnetem Zuge zum Gymnasium zurück."[814]

Die Bewältigung des Krieges in der Heimat hatte begonnen und wurde zelebriert. Im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg wurde deutlich, daß Staat und Kirche eine Einheit bildeten, die von der Bevölkerung über viele Gegensätze hinweg auch getragen und mit Leben erfüllt wurde, besonders in den ersten Jahren des Krieges. Dieser Konsens konnte auf demokratischer Grundlage nach 1918 nicht wieder hergestellt werden. Die katholische Kirche Deutsch

---

[812] OV vom 8.6.1916, KOHNEN, Kriegsbuch, S. 89: Eine geschichtliche Erinnerung. Noch 1919 nannte die OV das Werk "ein kulturhistorisches Beispiel von bleibendem Wert". (OV vom 14.6.1919)

[813] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 5. Im einzelnen führt der Chronist dazu aus: "Angst und Sorge für die Kämpfenden hielt die Angehörigen in steter Aufregung. Da gab es viel zu trösten, aufzumuntern und aufzurichten. Jedoch sah jeder ein, daß wir durchhalten und zu Opfern bereits sein müßten, weil wir siegen wollten und mußten. Die Einschränkungen in der Lebensweise ertrugen alle willig aus Pflichtgefühl. An dem Notwendigen war ja auch kein Mangel."

[814] Antonianum, Jahresbericht 1914/15, S. 14.

lands erkannte erst in der Bundesrepublik Jahrzehnte später, daß es gegen den demokratischen Staat und außerhalb der Republik keinen Platz mehr für sie gab.

7.2.2. Die Gründung von Jugendwehren

Nur wenige Monate nach dem Beginn der Kampfhandlungen wurden in den Gemeinden und fast allen größeren Bauerschaften in Südoldenburg Jugendwehren gegründet. Sie hatten laut Erlaß die Aufgabe, junge Männer von 16 bis 21 Jahren zusammenzufassen und durch vormilitärische Übungen körperlich und ideologisch auf den militärischen Hilfs- und Arbeitsdienst sowie auf den bevorstehenden Dienst in Heer und Marine vorzubereiten. Bei der Gründung der Jugendwehren arbeiteten die zivilen Behörden und die örtlichen Kirchen und Schulen nahtlos zusammen. Mögliche Konflikte, die vor allem den Sonntagsgottesdienst betrafen, wurden im Vorfeld ausgeräumt. Das Bischöfliche Generalvikariat publizierte am 10. November 1914 den Erlaß der Ministerien des Innern, des Kirchen- und Schulwesens vom 11. September 1914, der die Bildung von Jugendwehren vorsah, und erklärte, "daß sich auch unsere katholischen Jugendvereine an den Übungen der Jugendwehr beteiligen". Dem Erlaß könne unbedingt Folge geleistet werden, da die Ministerien die Zusicherung gegeben hätten, "daß durch die Jugendwehr der Bestand der vorhandenen Jugendvereinigungen nicht gefährdet werde". Bei der Durchführung der Übungen sei "auf den örtlichen Gottesdienst Rücksicht zu nehmen".[815] Damit war aus der Sicht der katholischen Kirche eine wichtige Voraussetzung für die Beteiligung ihrer männlichen Jugend an den Übungen der Jugendwehr erfüllt. Die Teilnahme war zunächst "eine mäßige", berichtet Lambert Meyer über Friesoythe, "es wurde aber immer wieder, auch von der Kanzel, auf die Bedeutung dieser Wehr hingewiesen, so daß die Beteiligung eine ziemlich gute wurde".[816]

---

[815] Kirchliches Amtsblatt Jg. 48, Nr. 16, 17.11.1914, S. 81: Schreiben des Bischöflichen Generalvikariats Münster vom 10. November 1914.

[816] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 5. Die Übungen fanden am Sonntagnachmittag statt, manchmal auch an Werktagen. In Friesoythe wurde ein "Trommler- und Pfeifer-Corps" gegründet, das beim Ein- und Ausmarsch der Jugendwehr aufspielte. An einer "Felddienstübung" im Jahre 1915 nahmen 1 300 "Jünglinge" aus dem Amt Cloppenburg und Friesoythe teil.

Im Amt Cloppenburg wurden die Gemeindevorsteher am 6. Oktober 1914 ins Amtshaus bestellt, um die Gründung von Jugendwehren vorzubereiten. Über ihre Notwendigkeit und die Pflicht der Jungen, daran teilzunehmen, gab es keine Meinungsverschiedenheiten: Es war das Gebot der Stunde und ein treuer Dienst am Vaterland. Die Militarisierung der Jugend erfaßte seit dem Herbst 1914 zunehmend auch das schulische Leben. Sie diente der ideologischen Aufrüstung der männlichen Jugend und zur Stärkung der Heimatfront. Wie das Beispiel Cappeln zeigt, waren in der Führung der örtlichen Jugendwehr die lokalen geistlichen wie politischen Honoratioren gleichermaßen vertreten. Dem Ausschuß zur Gründung der Jugendwehr in Cappeln, die ebenfalls auf die vom Amt Cloppenburg für den 6. Oktober 1914 einberufene Versammlung zurückging, gehörten an: Pfarrer Holzhaus, Cappeln, Gemeindevorsteher Timmen, Mintewede, Zimmermeister Bullermann, Tenstedt, Mühlenbesitzer Diek, Sevelten, Lehrer Moormann, Tenstedt, und Kaplan Menslage, Elsten. In der Gemeinde Cappeln wurden zwei Jugendwehren gegründet, eine für Cappeln und die Bauerschaften Tenstedt und Schwichteler und eine für die Bauerschaften Sevelten und Elsten, der auch "Jungmannen" aus Warnstedt beitraten. Der Vorsitzende der Jugendwehr Cappeln war Pfarrer August Holzhaus, der in Sevelten und Elsten Kaplan Heinrich Menslage. Auf dem Programm der Jugendwehren standen nicht nur vormilitärische Übungen, sondern auch Schulungsabende und "belehrende Vorträge" über Kriegserlebnisse und "die Lehren des jetzigen Weltkrieges". Auch dazu stellten sich in erster Linie die örtlichen Pfarrgeistlichen und Lehrer zur Verfügung.[817]

Die Initiative zur Gründung von Jugendwehren, das wird am Lohner Beispiel deutlich, ging auch häufig von Kriegervereinen aus, die auf den Ausbruch des Krieges mit Begeisterung reagierten.[818] Der Lohner Kriegerverein rief am 2. Oktober 1914 in der Heimatzeitung zur Gründung der Jugendwehr auf. Der

[817] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 182f. Die Vorträge wurden nicht selten durch Lichtbilder unterstützt.

[818] So berichtet Johanna Kröger aus der Gemeinde Essen: "Nach der stattgefundenen Kriegserklärung erschienen die Mitglieder und Freunde des Vereins am 3.8.1914 zu einer außerordentlichen Versammlung im Saale des Gastwirts H. Schwegmann. Es herrschte eine mächtige Begeisterung und zuversichtliche Stimmung unter den Kriegern. Postmeister Brackmann ergriff als Vorsitzender das Wort zu einer schwungvollen Rede, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. [...] Beratungen wurden gepflogen, Bestimmungen getroffen und Vaterlandslieder gesungen. Mit einem donnernden Hoch auf Volk und Vaterland reichten sich die Kameraden zum Abschiede die Hand, und wenige Tage später sahen sie manche hinausziehen auf Nimmerwiedersehen." (KRÖGER, Essen, S. 668)

Turnunterricht bildete die Grundlage für die Übungen zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend; dabei arbeiteten auch in Lohne Vertreter der örtlichen Schulen und der Kirche zusammen.[819] Regelmäßig wurden sog. "Vaterländische Abende" durchgeführt, die musikalisch begleitet wurden, ein Vortrag enthielt in Wort und Bild zumeist "eine anschauliche Schilderung vom Kampf und Sieg unserer Truppen".[820] Am Feste Peter und Paul (29. Juni des Jahres) führten die Jugendwehren des Amtsbezirks Vechta die Endkämpfe im Wehrturnen durch, zu denen die einzelnen Kompanien musikalisch begrüßt wurden; anschließend marschierten sie zum Übungsgelände. Professor Rieland richtete in Lohne 1917 einen eindringlichen Appell an die elf teilnehmenden Jugendwehren, "in zäher Ausdauer bis zum siegreichen Ende" auszuhalten, "wenn sie berufen würden, fürs Vaterland zu kämpfen".[821] Die Jugendwehren führten ihre Übungen bis zum Ende des Krieges fort, obwohl die Begeisterung in den "Kompanien" merklich nachließ.[822] Am 12. Mai 1918 wurde der Verband in Lohne aufgelöst, weil offensichtlich der "weitaus größte Teil der jüngeren Jahrgänge gegen die Fortführung der Uebungen" war.[823]

Das Cloppenburger Realprogymnasium wurde durch ministerielle Verfügung vom 27. September 1914 bereits auf den Einsatz für die "eiserne Zeit" verpflichtet, "die es verlangt, daß alle Kräfte in den Dienst unseres Vaterlandes gestellt werden", und aufgefordert, "die militärische Vorbereitung der heranwachsenden Jugend für die Dauer des Krieges in die Hand zu nehmen, um die jungen Leute für den militärischen Hilfs- und Arbeitsdienst und für den späteren Dienst in Heer und Marine so gut wie möglich heranzubilden". Die Mitgliedschaft in der Jugendwehr für die gesamte männliche Jugend galt "als Erfüllung einer Ehrenpflicht", der sich niemand entziehen sollte.[824] Die Cloppenburger Jugendwehr "zählte reichlich 200 Mitglieder" - davon gehörten 12 Schüler der neuen Schule an - und bildete die erste der neun Kompanien des Amtsbezirks Cloppenburg. Leitende Mitglieder des Jugend

---

[819] Die Lohner Jugendwehr 1914-18. Ein Beitrag aus der Kriegszeit, IN: HBL 9, 10, 11/1935.
[820] OV vom 21.2.1916.
[821] OV vom 2.7.1917.
[822] So nahm die Jugendwehr in Vechta ihre Übungen im Frühjahr 1918 erst "nach längerer Pause" wieder auf: "War auch der Zug nicht so lang, wie in den ersten Jahren, und fehlten auch manche der Kompanieführer - verschiedene sind zur Waffe oder zum Hilfsdienst eingezogen -, so herrschte doch eine gute Stimmung in der Wehr." Die Jugend war so stark vertreten, "daß einem um die Zukunft der Wehr nicht bange sein braucht." (OV vom 15.3.1918)
[823] HBL 11/1935, S. 173. 1935 war darüber in der Heimatzeitung zu lesen: "Die meisten Jungmannen wissen selbst nicht, warum sie gegen die Fortführung der Uebungen gestimmt haben."
[824] Realprogymnasium, Jahresbericht 1914/15, S. 10.

wehrausschusses für Cloppenburg-Krapendorf waren die Gymnasiallehrer Direktor Teping und Dr. Thomé.[825] Am 18. Oktober 1914, dem Gedenktag der Völkerschlacht bei Leipzig, konnte in Cloppenburg mit den militärischen Übungen begonnen werden. Die Jugendwehrübungen in Vechta begannen bereits am 8. Oktober 1914, acht Tage nach dem Empfang der behördlichen Aufforderung. Die Schulchronik unterstreicht die vormilitärische Zielsetzung der Jugendwehrübungen:

> "Und als die gesamte ortsanwesende Jugend zur Teilnahme aufgefordert war, tat das Gymnasium alles, was in seinen Kräften stand, um diese vaterländische Angelegenheit zu heben und zu fördern: es stellte seine Kapelle zur Verfügung, sorgte für Winterkarten, gab von seinen Kartenbeständen her und vor allem suchte es die ihm zugehörigen Mitglieder der Jugendwehr gründlicher auszubilden als dies bei denen der Fall war, die nur an den Sonntagsübungen teilnahmen."[826]

Mit der Leitung der Vechtaer Jugendwehr wurde Professor Rieland vom Gymnasium Antonianum betraut, die Gymnasiasten wurden von Turnlehrer Anneken ausgebildet. In der Mitgliederstärke wurde Vechta nur übertroffen von der Jugendwehr Friesoythe. Insgesamt hielten die Wehren in Südoldenburg in allen Zusammenstellungen die Spitze im Landesteil. Der Jugendwehr in Löningen gehörten Ende des Jahres 1914 bereits 200 Jugendliche an, der in Essen im Durchschnitt 50 bis 60, davon wurden bis zum 22. März 1916 53 Jungen der Armee zugeführt.[827] Die Garreler Jugendwehr hatte eine Stärke von 191 Mann und wurde geführt von Gendarmeriekommissar Léféber und Hauptlehrer Hans Meyer.[828] Die Verluste der einheimischen Jugendwehren durch Einberufungen wurden durch Rekrutierungen jüngerer Jahrgänge ausgeglichen. Das Regiment "Amt Cloppenburg" bestand aus neun Kompanien. Im Januar 1916 gründete die Kompanie Cloppenburg eine Jugendwehrkapelle, der acht Schüler vom Realprogymnasium beitraten und deren Leitung Postsekretär Decker übernahm. Die Essener Jugendwehr gründete 1917 aus den Erlösen einer Geldsammlung eine Musikkapelle, die bald "jeden Ein- und Ausmarsch mit Musik" begleitete.[829] Am 27. Januar 1916 erhielt das Re

---

[825] Realprogymnasium, Jahresbericht 1914/15, S. 18. Über ihre Aktivitäten heißt es im Jahresbericht der Schule: "Beide hielten je einen Vortrag, und Leutnant Dr. Thomé nahm wiederholt eine militärische Besichtigung der Jungmannschaft sowohl hier als auch in benachbarten Gemeinden des Amtes vor."
[826] Antonianum, Jahresbericht 1914/15, S. 15.
[827] BÜSCHING, Löningen, S. 158; KRÖGER, Essen, S. 658f.
[828] Garrel, Garrel, S. 372.
[829] KRÖGER, Essen, S. 659.

giment "Amt Cloppenburg" vom Großherzoglichen Amt eine Fahne verliehen, die festlich eingeweiht wurde:

> "Die damit verbundenen Feierlichkeiten gestalteten sich überaus glänzend. Nach der Fahnenweihe auf dem Rennplatze war Parademarsch und Besichtigung durch Herrn Oberstleutnant Dilthey, darauf Festmarsch durch die Stadt unter Vorantritt der Vechtaer Gymnasialkapelle und der Quakenbrücker Jugendwehrkapelle. Daran schloß sich ein vaterländischer Abend in den Sälen des Zentralhotels und der Walhalla an, eine herrliche, geradezu großartige patriotische Kundgebung."[830]

7.2.3. Die Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg

Die sichtbar werdenden Brüche und Risse im katholischen ORDO der Vorkriegszeit wurden durch die Auswirkungen des Krieges noch verstärkt. Konflikte in der geistlichen Leitung der katholischen Vereine und Verbände entzündeten sich auch im Kriege vor allem an der Frage, wie weit die katholische Kirche den gestiegenen modernen Freizeitbedürfnissen ihrer Gläubigen entgegenkommen sollte. Das war nicht nur eine Frage religiöser Moral, sondern auch eine der Glaubwürdigkeit der katholischen Kirche. In einem Schreiben des Bischöflichen Generalvikariats in Münster vom 14. Mai 1915 an das Offizialat in Vechta wird ein Dissens zwischen Bischof Johannes Poggenburg (1913 - 1933) und mehreren oldenburgischen Pfarrern deutlich.[831] Die Pfarrer drängten darauf, "dass in die Statuten der Marianischen Kongregationen für Jünglinge und Jungfrauen eine Bestimmung aufgenommen wird, die den Mitgliedern das Tanzen an Sonn- und Festtagen untersagt und es Ihnen zur Pflicht macht, den Mässigkeitsvereinen beizutreten". Dagegen meldete Münster große Bedenken an und war bemüht, die moralischen Anforderungen nicht zu überspannen. Der Bischof riet zu größerer Toleranz:

> "Der Hochwürdigste Herr Bischof hat dagegen grosse Bedenken. Einerseits wird diese Bestimmung manche Jünglinge und Jungfrauen von dem Eintritt in die Kongregation zurückhalten. Andererseits liegt überall die Gefahr der Uebertretung, namentlich der Uebertretung im Geheimen, vor. Aus diesem Grunde haben schon mehrere Pfarrer die Erlaubnis nachgesucht, diese Bestimmung aus den Statuten wieder zu entfernen. Der

---

[830] Realprogymnasium, Jahresbericht 1915/16, S. 11.

[831] Das Domkapitel in Münster wählte Johannes Poggenburg am 7. Mai 1913 zum Bischof von Münster und damit zum Nachfolger von Felix von Hartmann, der Erzbischof von Köln wurde. Poggenburg bekleidete dieses Amt bis zu seinem Tode am 5. Januar 1933. (SCHRÖER, Bischöfe, S. 292ff.) So verkörperte Bischof Johannes Poggenburg ein hohes Maß an Kontinuität in der Leitung der Diözese, die zwei Epochen deutscher Geschichte miteinander verknüpfte.

Hochwürdigste Herr Bischof ist der Ansicht, dass diese Bedenken auch für Oldenburg vorliegen. Ew. Hochwürden wollen gefälligst hierüber Ihre Meinung äussern."[832]

In seiner Antwort lehnte Offizial Grobmeyer eine Verquickung der Mäßigkeitsbewegung mit den Marianischen Kongregationen ab, sprach sich aber dafür aus, "auf Antrag der Pfarrer, die die besonderen Verhältnisse in ihrer Gemeinde kennen, das Verbot des Tanzens an Sonn= und Festtagen" in die Statuten aufzunehmen. In diesem Diskussionsstand zeigten sich Spannungen und Konflikte, die den deutschen Katholizismus auch in der Zeit der Weimarer Republik umtrieben.

Die nationalen Erfahrungen und Leiden des Krieges sollten nicht nur der äußeren, sondern auch der inneren Erneuerung des Volkes dienen und zur sittlichen Läuterung der Jugend beitragen. Sie zielten darauf ab, Deutschland von der wesensfremden Dekadenz westlicher Zivilisation zu befreien und die religiös-sittlichen Kräfte des Volkes zu erneuern. Deshalb forderte der Schulleiter die Eltern auf, "die gesamte häusliche Lektüre ihrer Kinder stets sorgfältig zu überwachen", denn "nichts ist geeigneter, unter der Jugend das schlimmste Unheil anzurichten, als schlechter oder minderwertiger Lesestoff", von dem es hieß: "Er ruiniert den Verstand, verdirbt den Geschmack, vergiftet die Phantasie und lenkt den Willen in falsche Bahnen." Zu den verderblichen Sitten gehörte auch der Nikotingenuß, die "sog. Zigarettenseuche", die das Denken, die Willenskraft und Energie der Jugend schwäche.[833] Nur ein an Leib und Seele gesundes Volk werde aus dem großen Ringen der Völker als Sieger hervorgehen und seine Herrschaft antreten. Nach diesem Glauben erneuerte sich im Krieg ein Volk, indem es sich auf seine von der kränkelnden Zivilisation ungebrochenen natürlichen Kräfte und von pazifistischen Strömungen unverdorbene politische Sendung besann. Es gehe nicht nur darum, "gegen die Feinde an den Grenzen unseres Reiches zu kämpfen", betonte die Vechtaer OV, sondern auch "gegen einen Feind, der im Innern unseres Vaterlandes wütet". Gegen den "Dämon Alkohol" hätten sich schon "Tausende einsichtiger Deutsche zusammengeschart". Die frühe Aufklärung der Kinder habe sich der Schutzengelbund zur Aufgabe gemacht, dem 1916 schon 180 000 Kinder angehörten.[834] In vielen Pfarreien wurde das Kreuzbündnis, "das Gelöbnis zur Enthaltung der geistigen Getränke", neu einge

[832] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I.
[833] Realprogymnasium, Jahresbericht 1915/16, S. 15.
[834] OV vom 19.6.1916.

führt oder erneuert.[835] Für den 20. August 1916 kündigte die Vechtaer OV mehrere Predigten des bekannten Franziskanerpaters Elpidius zur "Einführung des katholischen Kreuzbündnisses zur Bekämpfung des Alkoholismus" mit den Worten an:

> "Die Bekämpfung des Alkoholismus, der auch ein Todfeind unseres Volkes ist, wird zwar in immer weiteren Kreisen als notwendig erkannt, aber dieser Feind wird noch lange nicht auf der ganzen Linie bekämpft."[836]

Daß die Kritik an der moralischen Verfassung des deutschen Volkes auch einen eminent politischen Grund aufwies, ging aus einem "Heimatgruß" hervor, den der Vechtaer Gymnasialprofessor Themann im Frühjahr 1916 an die "Helden im Felde" adressierte und in der OV gleich publizierte. Die Zeit des deutschen Niedergangs habe in "den letzten Jahrzehnten des kränkelnden Friedens" begonnen, der gegenwärtige Krieg aber führe zu "tiefgehenden Umbildungen deutscher Art und deutschen Wesens". In diesem Zusammenhang nahm Themann auch die politischen und sozialen Verhältnisse der Vorkriegszeit in den Blick:

> "Die innere Einheit unseres Volkes, die doch ein Volk erst zum Volke macht, war **im wilden Kampfe der Parteien** aufgelöst. Die Gegensätze verschärften sich immer mehr, ihr vergiftender Einfluß drang in alle Lebensverhältnisse ein, die Arbeit an den Aufgaben des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens trennte die Volksgenossen, statt sie zusammenzuführen."[837]

Themann erinnerte an das Wort des Kaisers "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche." und schöpfte aus der "großen Lehre des Krieges" die Erkenntnis, "daß die Partei etwas Kleines, der Staat etwas Großes ist". Von "dem großen Erzieher Krieg" sei "eine Wende zum Besseren" zu erwarten, auch auf kulturellem Gebiet. Hier habe sich, in der Sprache, in der Mode der Frauen, "mancher fremdländische Unfug" ausgebreitet, den es zu reinigen gelte:

> "Wir müssen es als eine Schande empfinden, die Affen der Ausländer zu sein, wo sie ihre Söhne und Männer Leben und Gesundheit dafür in die Schanze schlagen sehen, um deutsches Wesen zu retten und zu erhalten."

---

[835] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 4. In Friesoythe traten dem Kreuzbund am 2. Februar 1914 60 Personen, 40 Männer und 20 Frauen, bei. Die Einführung hielt Kaplan Tertilt aus Münster: "Große Begeisterung herrschte nicht dafür."
[836] OV vom 15.8.1916.
[837] OV vom 29.3.1916, auch zum folg.

Auch das soziale und wirtschaftliche Leben müsse einen grundlegenden Wandel erfahren und Klassengegensätze und Standesvorurteile endlich überwinden. Den natürlichen Urtypus für eine konforme Gesellschaftsordnung erkannte Themann bereits in der Gemeinschaft des Schützengrabens:

> "Wie sie da draußen alle zusammenstehen, einer für alle und alle für einen, so soll es auch bei uns sein, jeder dem andern hilfreich, jeder den andern in seiner ehrlichen Arbeit anerkennend."

Die nationalistische Dimension war in der Kultur- und Zeitkritik Themanns nicht zu übersehen. Sie erkannte in der Liberalisierung der Vorkriegsgesellschaft, die in einem katholischen Sozialmilieu wie Südoldenburg doch recht moderat ausfiel, die Ursache für die Lage der deutschen Politik. Nach 1918 übertrug sie dieses Modell auf die Weimarer Verhältnisse.

Der Krieg wurde in der Heimat zum Anlaß genommen, Sühne und Buße zu leisten, die die katholischen Oberhirten regelmäßig anordneten. Friesoythe beging an drei aufeinander folgenden Tagen, vom 7. bis zum 9. Januar 1915, auf Weisung des Bischofs von Münster "ein feierliches eucharistisches Triduum zu Ehren des hh. Herzen Jesu". Die Absicht dieses Gottesdienstes bestand darin, "dem Heilande Sühne zu leisten wegen unserer Sünden, wodurch wir das Strafgericht des Krieges verdient hätten, und uns ihm zum Beweise unserer Besserung und Treue ganz und gar zu schenken und zu weihen".[838] Der Gott, der über das Schicksal des Erdkreises entschied, war ein strafender, richtender Gott, der an den Menschen wegen ihrer Verfehlungen Rache nahm: ein autoritärer Gott in einer autoritären patriarchalischen Gesellschaft, die im Krieg um ihr Überleben kämpfte. An der Schwelle des Jahres 1918 erinnerte die Vechtaer OV an das "Friedensahnen", das die Menschen im verflossenen Jahr erfüllt habe, aber dann doch wieder enttäuscht worden sei. Der Weltkrieg sei nicht nur "eine Strafe für die Treulosigkeit der Vergangenheit, sondern auch ein dringlicher Mahnruf zur Treue in der Zukunft, eine Zeit der Buße und der Sühne". Zu erwarten sei nach "dem Kampf mit den Waffen" ein "Kampf der Geister", der "leicht noch weit verheerender wirken kann". Resignation stellte sich aber bald ein. Die Zeitung ahnte, daß der Krieg nicht die Läuterung der Geister gebracht habe, die das christliche

---

[838] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 4. Ein weiteres "Triduum" fand 1916 vom 29. Juni bis zum 1. Juli statt: "Beteiligung gut. 1 631 h. Kommunionen." (S. 7f.)

Abendland von ihm erwartet hatte. Der Kampf der Weltanschauungen sei auf die Zukunft nach dem Kriege vertagt:

> "Die Kräfte, die heute der Menschheit Geschicke bestürmen wollen, haben nichts gemein mit dem heiligen Willen Gottes; sie wollen die Menschheit auf den Weg des **Materialismus** drängen, fernab von allen hohen, heiligen, himmlischen Zielen. Die Erde, die doch vom Blute der Erschlagenen dampft, soll unser Paradies, die Natur die Gottheit, der Mensch das allerhöchste Wesen sein. Täuschen wir uns nicht, auch der Krieg hat dem Wirken dieser Kräfte nicht Einhalt gebieten können. Die Verherrlichung der Gewalt, das hohe Lied der Kraft, der Triumph der Vernichtung haben dem materialistischen Trieb in der Menschheit vielfach neue Impulse gegeben. Ihnen gilt es, eine idealistische, auf Gott fußende und auf ihn sich berufende, auf ihn hinzielende Weltanschauung entgegenzustellen. **Hart wird der Kampf zwischen beiden** sein, aber er muß ausgefochten werden. Wir dürfen ihn nicht scheuen, denn es ist ein Kampf für unseren Glauben, für unsere Kirche und für Gott."[839]

Die Worte enthielten einen Abgesang auf die alte Zeit, der keine Ankunft in einer neuen Gegenwart beschieden war. Der "Kampf der Geister", den der Krieg entscheiden sollte, war nicht zu Ende und würde auch im Frieden noch nicht zu Ende gehen. Neue Erfahrungen in der modernen Kriegsführung und Kriegstechnik, die Mechanik des industriellen Krieges, hatten die Beobachter zunächst berauscht und dann ernüchtert. Der Erste Weltkrieg hatte den Materialismus, den Feind von Glauben und Kirche, nicht besiegt; er triumphierte immer noch im "Lärm der Waffen".

Die katholischen Vereine und Verbände bekannten sich zum Ersten Weltkrieg, übten sich in ungebrochener Loyalität gegenüber den regierenden Monarchen und stellten sich materiell und moralisch in den aufopfernden Dienst am Vaterland. Dabei hielten sie - der bewährten Tradition katholischer Standesvereine gemäß - unbeirrbar an ihrem unpolitischen Selbstverständnis fest und betrachteten ihre Kundgebungen und Verlautbarungen als nationale Treuebekenntnisse und Loyalitätsbeweise, die rein religiöser Natur waren. Ein hohes Maß an Routine bestimmte die Vereins- und Verbandsarbeit, die im Ersten Weltkrieg zwar behindert wurde, aber nicht zum Erliegen kam. Ihre Geschichte ist in den Jahren des Krieges von einem hohen Maß an Kontinuität gekennzeichnet: Ein Bruch zwischen katholischen Vereinen und Verbänden und den obwaltenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland ist trotz der Entbehrungen und Enttäuschungen, die der Krieg im Inneren wie im Äußeren mit sich brachte, nicht zu erkennen. Die Menschen setzten ihre Hoffnungen und ihre Anstrengungen auf einen günsti

[839] OV vom 31.12.1917. Der Autor dieses Textes ist leider nicht genannt.

gen Kriegsausgang, der dem Deutschen Reich nach außen eine vorteilhafte Ausgangsposition verschaffen und es nach innen stabilisieren sollte.

Nach Mitteilung von Kaplan Anton Stegemann aus Lohne auf der Bezirkskonferenz der katholischen Arbeitervereine des Herzogtums am 18. Juni 1916 in Ahlhorn gehörten in neun Bezirken 1 173 Arbeiter ihren jeweiligen Ortsvereinen an. Zum Militärdienst seien bis zum 1. Januar 1916 insgesamt 650 Mitglieder eingezogen worden, davon seien 49 gefallen. Die Arbeitervereine hätten sich im Kriege bewährt. "Liebesgaben" im Wert von 1 000 Mark seien "ins Feld gesandt" worden, die meisten Vereine hätten für ihre Mitglieder Kriegsversicherungen abgeschlossen. In einem Vortrag unter dem Titel "Durchhalten auch unter Schwierigkeiten - Heldentum in der Heimat" würdigte Bezirkssekretär Wilhelm Sante die Haltung des deutschen Volkes, das alle Entbehrungen auf sich nehme, "um den Aushungerungsplan unserer Feinde zuschande zu machen". Deshalb müsse das deutsche Volk im Kampfe ausharren, dürfe "das, was unser Schwert errungen hat, nicht selbst schwächen". Wenn es soweit käme, daß "wir einen Frieden schließen müssen, bei dem wir nicht mitzureden hätten", hätten die Feinde gesiegt. Das Vaterland verlange "das stille Heldentum der Entsagung, der Entbehrung" und "Helden der Heimat, denen keine Auszeichnungen winken, die aber getreulich ihre Pflicht erfüllen und nach ihren bescheidenen Kräften mitwirken an dem Siege über unsere Feinde".[840]

1917 hatte sich die Lage schon völlig verändert. Infolge von Mitgliederverlusten sah sich die Tagung der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, auf der auch die Diözese Münster vertreten war, am 26. August 1917 in Essen zu einer Entschließung veranlaßt, die zur "Zurückgewinnung und Festhaltung der Mitglieder durch Aufklärung, Einführung zu den christlichen Gewerkschaften, Bedeutung der selbständigen wirtschaftlichen Organisationen gegenüber den gelben Gewerkschaften" aufrief. Die Mitgliederzahl des Verbandes sei "zumeist infolge der Einwirkungen des Krieges" von 220 000 auf nunmehr 187 000 gesunken. Die katholischen Arbeiter betrachteten den Krieg weiterhin als einen "heiligen Verteidigungskampf des deutschen Volkes", lehnten jetzt aber "alle Eroberungsgelüste" ab: "Nur das Wohl des Volkes müsse beim Friedensschluß entscheiden, nicht das Interesse des Kapitals." Erörtert wurden in Essen auch Fragen nach der "Mitarbeiterschaft der katholischen Arbeiterschaft an der künftigen Gestaltung des Vaterlandes".

[840] OV vom 11.7.1916.

Die Tagung erinnerte an die durch die Osterbotschaft des Kaisers eingeleitete "Neugestaltung des Volkes", die auch Auswirkungen habe auf "das Leben der politischen Parteien".[841]

Einer Reform oder gar "einem völligen Umsturz unseres gesamten Schulwesens" erteilte die Kriegstagung der katholischen Lehrer und Lehrerinnen im Jahre 1916 eine deutliche Absage. "Um beizeiten zu diesen wichtigen Fragen Stellung nehmen zu können", hatten die betreffenden Verbände ihre Delegierten an Pfingsten zu einer Tagung eingeladen, die schulpolitische Weichen für die Nachkriegszeit stellen sollte. Sie waren sich mit dem Zentrum einig in der Ablehnung der "Einheitsschule", die zu einem politischen Schlagwort geworden sei und nichts anderes als den "Ausschluß des Religionsunterrichts" aus den Schulen meine. Das Zentrum verwerfe "das Streben nach einer reichsgesetzlichen Regelung des gesamten Schulwesens" ebenso wie das Verbot von Privatschulen und "die Gemeinschaftserziehung der Geschlechter". Die "Unentgeltlichkeit des gesamten Schulbetriebes für alle Schulen bis zur Universität" sei eine politische Utopie, die "nicht zu einer Auslese der Tüchtigen führen würde, sondern zu einem sogenannten Gelehrten=Proletariat". Die Delegierten des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches (KLVdDR) verabschiedeten folgende Entschließung:

> "1. einheitlicher Bildungsgedanke: auf **religiös=sittlicher Grundlage** tüchtige Staatsbürger zu erziehen;
> 2. organischer Auf= und Ausbau des Bildungswesens bei Wahrung der **konfessionellen Gestaltung**;
> 3. Einordnung der bisher abseitsstehenden **Volksschullehrerbildung** in das gesamte Bildungswesen. Kein Kind darf infolge Mittellosigkeit an der Ausbildung seiner Anlagen und Fähigkeiten gehindert werden, doch muß die **Hauptentscheidung** über Bildungsgang und Berufswahl der Kinder **der Familie verbleiben**."

Die Delegiertenversammlung des "Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen" (VkdL) schloß sich den Forderungen des KLVdDR im wesentlichen an und bekräftigte darüber hinaus eine Tradition, die nur den Stand der Lehrerinnen betraf:

> "Als besondere Ehre für den Lehrerinnenstand betonte man das **Festhalten** an der freiwilligen und auf religiösem Empfinden beruhenden **Jungfräulichkeit**, die gegenüber modernen Zeitströmungen mit Nachdruck zu verteidigen sich als nötig erweist."

---

[841] OV vom 31.8.1917.

Die Tagung begrüßte die Gründung einer "Katholischen Lehrervereinigung Mitteleuropas" als "eine weitere erfreuliche Erscheinung dieses Krieges" - die Vorarbeiten seien "im besten Gange".[842] Vorangegangen waren der Kriegstagung katholischer Lehrer und Lehrerinnen getrennte Mitglieder- und Delegiertenversammlungen des KLVdDR in Fulda und des VkdL in Bingen.[843] Der KLVdDR richtete aus Fulda eine Ergebenheitsadresse an Wilhelm II. und bekräftigte darin seine politische Loyalität:

> "Wie es unter Ew. Majestät langjähriger segensreicher Friedensregierung unsere liebste Pflicht war, ein gottesfürchtiges, kaisertreues, vaterlandliebendes Geschlecht heranzubilden, das nunmehr unter Ew. Majestät glorreicher Führung den uns aufgezwungenen Kampf heldenmütig zum Schrecken der Feinde führt, so geloben wir in der gegenwärtigen Schicksalsstunde Deutschlands, jede nötige Hilfe zu leisten und jedes mögliche Opfer zu bringen, bis das Gottesgericht an unsern Widersachern restlos erfüllt und ein siegreicher Friede erreicht ist, und werden auch fernerhin unablässig dahin streben, unsere Jugend im Geiste dieser großen Zeit fähig und willig zu machen, sich hingabefreudig in den Dienst der großen Zukunft zu stellen, die unserm Volke unter Ew. Majestät weisheitsvoller Regierung erblühen möge."[844]

Nach Darstellung der Vechtaer OV zählte der Volksverein für das katholische Deutschland zu Beginn des Krieges 805 909 Mitglieder. Den intensiven Anstrengungen der Geschäftsführer und Vertrauenspersonen sei es zu verdanken, daß dem Volksverein am Ende des Jahres 1915 noch 663 464 Mitglieder angehörten. Dazu habe auch beigetragen, daß "viele Familien der Krieger" die Mitgliedschaft ihrer Angehörigen aufrechterhalten hätten.[845] Eine Versammlung des Volksvereins in Steinfeld beschäftigte sich mit Aufgaben und Problemen der äußeren wie der inneren Mission. Nach einem Vortrag mit Lichtbildern über die katholische Missionstätigkeit in Indien von Vikar Joseph Bergmann berichtete Pfarrer Theodor Grabe aus der Reichshauptstadt über "die schwierige, zum Teil trostlose Lage" der Katholiken in Berlin: "Tausende würden dem katholischen Glauben entfremdet, weil es an Kirchen und an Priestern fehle, und jährlich gingen rund 2 000 katholisch getaufte Kinder der kathol. Kirche verloren, weil die errichteten Waisenhäuser wegen Platzmangels diese armen Kleinen abweisen müssen". Mit einer "Träne des

---

[842] OV vom 20.6.1916. Der Ort der gemeinsamen Tagung wird in der OV nicht genannt.
[843] OV vom 15., 19.6.1916.
[844] OV vom 15.6.1916.
[845] OV vom 19.2.1916.

Mitleids im Auge" dankten die Gläubigen den Rednern, und der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem "Hoch auf die höchsten Gewalten".[846]

In Friesoythe veranstaltete der Volksverein am 21. Mai 1916 einen vaterländischen Abend, an dem der Divisionspfarrer Heinrich Lampe, der Vikar in Garrel gewesen war, teilnahm und einen "interessanten Vortrag" über seine Erlebnisse an der Ost- und Westfront hielt.[847] Auf einer Volksvereinsversammlung in Vechta zog der Gastredner Dr. Heinrich Brauns aus Mönchengladbach eine Kriegsbilanz des Jahres 1917 und stellte eingangs fest: "Das entscheidende Ereignis dieses Kriegsjahres war die russische Revolution". Das habe Folgen für den weiteren Kriegsverlauf: Rußland scheide aus der Entente aus, die politische Einkreisung der Mittelmächte sei gescheitert, die deutsche Westfront werde um so stärker. Deshalb komme es darauf an, "die letzte entscheidende Periode des Weltkrieges , die uns den endgültigen Sieg bringen muß, mit Mut und Tatkraft durchzukämpfen". Den Lohn werde die Zukunft bringen:

> "Ein siegreiches Deutschland in diesem Weltkrieg wird die Opfer reichlich lohnen."

Die Vechtaer OV wies aber darauf hin, daß die Versammlung "verhältnismäßig schwach" besucht war: "Die Männer sind ja zum größten Teil abwesend, aber die Frauen, die bei anderen Gelegenheiten sich wohl zahlreich einfinden, waren nur in geringer Zahl vertreten."[848] Der organisierte Katholizismus in Südoldenburg erlebte in den Jahren des Ersten Weltkrieges an seiner Peripherie zwar leichte Erschütterungen, konnte seine Funktionsfähigkeit aufgrund der zentralistischen Struktur und der geistlichen Leitung des katholischen Vereinswesens aber aufrechterhalten; so ging er als eine relativ intakte Institution aus dem Krieg hervor. Die katholischen Vereine und Verbände blieben ultramontan ausgerichtet und fanden darin ihren stärksten Rückhalt.

Unter der Anleitung ihres Diözesanbischofs stellten sich die Pfarrgeistlichen sehr schnell auf die neue Situation ein und schalteten sich wirkungsvoll in die Bewältigung des Kriegsalltags ein. Die Interpretation des Krieges als "Gottesgericht" half ihnen dabei, den Krieg zu entpolitisieren. Die Ideologie des

---

[846] OV vom 12.7.1916. Die Versammlung wurde durch den Ortsgeschäftsführer, Vikar Franz Kruse, eröffnet, der die Leitung der Veranstaltung dann Pfarrverwalter Franz Sommer übertrug.
[847] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 7.
[848] OV vom 14.12.1917.

Verteidigungskrieges, in den Deutschland schuldlos verwickelt worden sei, geriet 1917 innen- wie außenpolitisch in eine ernste Krise, die selbst vor dem heiligen Offizium der katholischen Kirche nicht halt machte. Die Vechtaer OV erörterte in mehreren Folgen die Frage, "unter welchen Umständen nach der Lehre der Kirche ein Staat gegen einen anderen Krieg führen darf", und berief sich zur Verteidigung des "gerechten Krieges" auf die christlichen Kriegs- und Friedensprinzipien. Danach sei die Fortsetzung des Krieges erlaubt, wenn der Gegner sich weigere, einen "billigen Friedensvertrag" einzugehen. Nicht "die versagende Lehre der Kirche" sei schuldig am "schrecklichen Weltbrand", sondern der Umstand, "daß die erhabenen sittlichen Lehren und Forderungen nicht mehr beachtet wurden".[849] Die "letzten Ursachen des Krieges" seien "im britischen Neid auf das aufstrebende Wirtschaftsleben Deutschlands, in der Revanchelust Frankreichs und dem Eroberungsdrang Rußlands ausfindig zu machen".[850] So wurden populistische Schlagwörter von 1914 wieder bemüht, um die hohe moralische Integrität der christlichen Lehre vom gerechten Krieg aufrechtzuerhalten. Politisch zu Ende gedacht wurden diese Fragen zu diesem Zeitpunkt aber nicht, um die kritische Lage in der deutschen Zentrumspartei nicht zu verschärfen. Um ein Ende "dieses gewaltigen Völkerringens" herbeizuführen, fehle "immer noch die Brücke, über die die kriegführenden Völker wandeln könnten". Für ein solches Friedenswerk eigne sich hervorragend die "weltumspannende Gemeinschaft der katholischen Kirche" und der Papst, der "immer und immer wieder zum gütlichen Ausgleich und zur Verständigung gemahnt" habe: "Wir deutschen Katholiken sind dann jederzeit bereit."[851]

Die Meuterei der Matrosen in Kiel und Wilhelmshaven, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und die "doppelte Ausrufung" der Republik durch Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht am 9. November 1918 in Berlin erreichten das katholische Milieu in Südoldenburg zunächst nur als politische Schlagzeilen. "Jeder war jetzt Demokrat", notiert Lambert Meyer am Ende seiner Chronik über die politische Lage in Friesoythe denn auch, "wenngleich es nicht gefiel, daß die Sozialdemokraten die Regierung in Händen hatten". Die "Umwälzung" sei im allgemeinen "gleichgültig, vielfach aber mit Freuden hingenommen worden". Lambert Meyer kannte auch den Grund:

---

[849] OV vom 23.6.1917.
[850] OV vom 30.6.1917. Auch Lambert Meyer spricht in seiner Chronik davon, daß der "Neid Englands gegen Deutschland die Hauptkriegsursache" war. (MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 3)
[851] OV vom 7.7.1917.

"Die Militärpartei hatte das Volk auch zu sehr geknebelt und wegen der Kriegslage getäuscht und den schon länger vorausgesehenen Zusammenbruch verheimlicht."[852]

Auch ist die Äußerung einer katholischen Mutter überliefert, die 1918 zu bedenken gab, daß es nur gut sei, daß das deutsche Großmachtstreben "durch den Ausgang des Krieges eine Schlappe erlitten habe". Und einige andere Katholiken werden in der Chronik mit ihrer Ansicht wiedergegeben, daß es für die katholische Kirche vielleicht von Vorteil sei, wenn die Feinde die Oberhand behielten. Diese Stimmen wurden aber erst laut, als der Krieg zu Ende ging und die deutsche Kriegsniederlage unausweichlich schien. In den letzten Kriegswochen überschlugen sich die politischen Gerüchte, die Südoldenburg erreichten. In Lohne ging dabei offensichtlich die Angst vor einer Revolution um. "Die roten Matrosen kommen, die Spartakisten!" habe es in der Stadt geheißen, - doch sie kamen nicht nach Lohne.[853] Die Demobilisierung brachte Unruhe ins Land und löste die Disziplin auf. Pfarrer Meyer ermahnte am 8. Dezember 1918 auf einer Versammlung der Sodalinnen in Friesoythe wieder die Mädchen, "zurückhaltend den Soldaten gegenüber zu sein und ihre Ehre und Unschuld nicht preiszugeben". Die zurückkehrenden Soldaten veranstalteten Bälle und Theateraufführungen, wobei es "flott herging bis in die Morgenstunden".[854]

7.2.4. Die Wiederbelebung der Wallfahrtstradition in Bethen

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die Sorge um die im Felde stehenden Väter, Ehemänner und Söhne war der äußere Anlaß für die Wiederbelebung der Wallfahrten nach Bethen. Nach Ansicht von Paul Willenborg geht die Marienverehrung in Bethen auf die Zeit der Gegenreformation zurück und ist es Fürstbischof Christoph Bernhard aus dem Hause Galen zu verdanken, daß der kleine Wallfahrtsort in der Nähe von Cloppenburg zum Zentrum der Marienverehrung im deutschen Nordwesten überhaupt wurde. Christoph Bernhard kam am 10. August 1669 nach Cloppenburg und weihte hier zunächst die neue Kapelle im wiedererrichteten Rathaus, das im Dreißigjähri

[852] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 13.
[853] Lohne, Berichte, S. 440.
[854] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 14.

gen Krieg niedergebrannt war, und begab sich zwei Tage später nach Bethen, wo er die ebenfalls wiederaufgebaute Gnadenkapelle konsekrierte. Sowohl in Cloppenburg als auch in Bethen stiftete er den Altar.[855] Die Tradition der Bether Wallfahrten wurde am 4. Oktober 1914, am Rosenkranzfest, wieder eröffnet, als der Franziskanerbischof Amandus Bahlmann, der in Brasilien tätig war und in Südoldenburg auf Heimaturlaub weilte, und sein Bruder, der Jesuitenpater Bernhard Bahlmann, in Bethen eine große Pilgerschar um sich versammelten.[856] Die Cloppenburger MT erinnerte im Notjahr 1929 aus Anlaß der Einweihung der Wallfahrts- und Kriegergedächtniskirche an die Bether Wallfahrt am Rosenkranzfest 1914:

> "Die Gedanken schweifen zurück: In glücklichen Zeiten vergangener Jahrzehnte wurde es einsam um das Heiligtum in Bethen, aber der Himmel kann warten auf seine Zeit: Es kam die große Not des Jahres 1914. Oktober war's. Krieg überm Land, Tausende aus unserer Heimat lagen vor dem Feinde, jede Minute vom Tod bedroht, täglich wurde ihre Zahl größer, die Heimat gab immer mehr die Söhne und Väter her, Hunderte von braven Münsterländern schliefen bereits den ewigen Schlaf im Feindesland. Und da wurde, was längst vergessen schien, wieder lebendig: Das wundertätige Gnadenbild unserer Lieben Frau von Bethen, und am 4. Oktober 1914 zog die erste Wallfahrt von Cloppenburg aus, über 3.000 Menschen, hinaus nach Bethen. Und an die Wallfahrt schlossen sich unzählige an aus dem ganzen Lande. In den schweren Jahren bis heute und noch in der Zeit des Hassens und Wütens der Völker gegeneinander ward ein Plan ins Werk gesetzt: Der Gottesmutter in Bethen eine Wallfahrtskirche zu bauen, ihrer würdig, und damit zugleich im Andenken an die gefallenen Helden des Münsterlandes eine Kriegergedächtniskirche. Es war ein heiliger Gedanke, beides zu verbinden [...]."[857]

Im Jahre 1914 wurde auch die Emsteker Fußwallfahrt nach Bethen begründet, die älteste heute noch bestehende Fußwallfahrt in Südoldenburg. Der damalige Pfarrer Anton Wempe ordnete diese Wallfahrt für den 8. Oktober 1914 an. In dem 1925 erschienenen Buch "Emstek und der Weltkrieg" berichtet der Bührener Lehrer Johannes Ostendorf über die erste Emsteker Fußwallfahrt:

---

[855] BEERING, Bethen, S. 317; WILLENBORG, Christoph Bernhard, S. 209.
[856] STRICKMANN, Heinz: Vor 340 Jahren wurde in Cloppenburg eine Rosenkranz-Bruderschaft gegründet, IN: MT vom 12.9.1997. Der Monat Oktober gilt in der katholischen Kirche traditionell als der Monat des Rosenkranzgebetes. Diese Gebetsform fand seit dem 15. Jahrhundert durch den Dominikanerorden eine große Verbreitung. Papst Klemens XI. führte 1716 das Rosenkranzfest ein. Der Franziskanerpater Amandus Bahlmann bezeichnete die Jungfrau Maria am 4. Oktober 1914 in Bethen als "Beschützerin der Heimat und Zuflucht der Mütter".
[857] STRICKMANN, Bethen, S. 84.

> "Der Sammlung zum Gebet dienten sodann auch die Wallfahrten nach Bethen zur Mutter der Schmerzen. Erstmalig veranstalteten die Emsteker und Bührener am 8. Oktober 1914 eine Prozession. Betend und singend zogen lange Reihen Andächtiger über Halen und Höltinghausen zu ihren Füßen und legten ihrem milden und gütigen Herzen all die Kümmernisse vor. Die Emsteker haben ihre Prozession über die Kriegsjahre hinaus beibehalten und sie vom Jahre 1915 an meist in der zweiten Hälfte des Monats August gehalten."[858]

Die Belebung der Wallfahrtstradition war auch eine moralische Reaktion auf die Folgen des Ersten Weltkrieges und die Modernisierungskrise, die in der industrialisierten Kriegsführung zum Ausdruck kam. Das vermehrte Bedürfnis nach kollektiver Religiosität und öffentlichem Bekennen, das zur Wiederbelebung der Wallfahrtstradition in Bethen führte, war nach Thomas Nipperdey auch "eine Antwort auf Krisengefühle der Zeit, auf die Verunsicherung durch Modernisierungsverluste, auf die Zweifel an den etablierten Sicherheiten, auf die Gefährdung der Personalität und der Kultur der Autonomie durch die 'ehernen Gehäuse' der modernen Zivilisation". Im Gegensatz zum Protestantismus blieb diese religiöse Gestimmtheit auf der katholischen Seite aber innerhalb der kirchlichen Sphäre und wurde von ihr betreut und befördert, weil sich darin Lebensdeutung noch "am bisherigen religiösen Anspruch auf Universalität, auf überindividuelle Verpflichtung und feste Wertordnung" maß. Auch Bethen wurde zum Mittelpunkt einer "vagierenden Religiosität", die eine kollektive religiöse Reaktion auf die Entfremdungserfahrung des einzelnen Katholiken in der modernen Welt darstellte.[859]

Neue Formen der Religiosität und Übungen christlicher Volksfrömmigkeit breiteten sich unter den Gläubigen zu Beginn des Ersten Weltkrieges und in den ersten Jahren des Krieges aus. Die Kirche gab den kämpfenden Soldaten und der Heimat Stärke und Trost, die jungen Rekruten bereiteten sich auf den Militärdienst durch Exerzitien vor, und die Heimat begleitete die kämpfende Truppe mit ihren Gebeten und durch Andachten und Wallfahrten.[860] Die katholische Kirche nahm diese Entwicklung mit Genugtuung zur Kenntnis und ermunterte den Klerus, sich in seiner Seelsorge auf die Bedürfnisse der schweren Zeit einzustellen. Die Enttäuschung kam, so Pfarrer Lambert Meyer über die Situation in Friesoythe, mit dem Stellungskrieg im Westen, der einen Stimmungsumschwung einleitete. Noch im Herbst des ersten Kriegsjah

---

[858] STRICKMANN, Heinz: Vor 80 Jahren erste Fußwallfahrt von Emstek nach Bethen, IN: MT vom 20.8.1994.
[859] NIPPERDEY, Umbruch, S. 151f.
[860] Garrel, Garrel, S. 373.

res, am 3. November 1914, begab sich eine Wallfahrt aus dem Amt Friesoythe nach Bethen, an der 2 000 Personen teilnahmen, "um auch den Schutz und die Hülfe der Mutter Gottes im Kriege zu erflehen". Die Zahl der Kommunionen stieg in Friesoythe im Jahre 1914 (23 500) im Vergleich zum Vorjahr (18 300) merklich an.[861] Im Laufe des Krieges änderte sich die Lage und "der fromme, religiöse Zug, der zu Anfang des Krieges in Deutschland sich zeigte, verlor sich bei der Länge des Krieges zum Teil wieder". Auf dem Lande hielt sich "der fromme Zug" zwar besser als in der Stadt, "jedoch mußten auch hier die Mädchen gemahnt werden, den Wachtmannschaften gegenüber reservierter zu sein". Auch fehlte es bald an den materiellen Voraussetzungen. An der jährlichen Wallfahrt zum Feste Peter und Paul (29. Juni) konnten 1917 viele Pilger aus Friesoythe nicht teilnehmen, weil die Eisenbahnverwaltung wegen Kohlenmangels keinen Sonderzug zur Verfügung stellte: "Es sind jedoch noch manche mit dem fahrplanmäßigen Zuge gewallfahrtet."[862] Die Kleinbahn von Vechta nach Cloppenburg war in Betrieb und beförderte Pilger aus Bühren und Emstek nach Cloppenburg.[863]

Aus der bedrängenden Vorkriegs- und Kriegszeit war der Gedanke erwachsen, in Bethen eine neue Wallfahrtskirche zu bauen. Aloys Niemeyer, der die Nachfolge seines Vaters Heinrich als Chronist von Bethen angetreten hatte, charakterisierte 1931 in einem Beitrag für die MT in Cloppenburg die Zeit religiöser Entfremdung im Wilhelminischen Deutschland und die Wiederbelebung der Bether Wallfahrtstradition mit den Worten:

> "Der Wallfahrtsbegriff der früheren Jahrhunderte mit vielen Entbehrungen jeder Art war hier wie auch überall in der Praxis geschwunden. Die neue Generation, im Besitze der tausenderlei Bequemlichkeit bietenden Zeit, im angenehmen Gefühl des Friedens und des Wohlstandes, war der Opfer der alten Zeit nicht mehr fähig. Da kam der Weltkrieg. Wie ein Unwetter brach er über Deutschland herein. Da blieb auch keine Familie verschont."[864]

Am 16. Juli 1916 konstituierte sich in Bethen der Kirchenbauverein, der den höchsten Ortsgeistlichen, Dechant Eduard Brust, zum Vorsitzenden und den Bether Hauptlehrer Heinrich Niemeyer zu seinem Schrift- und Kassenführer

---

[861] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 4f. Nach Lambert Meyer hörte "das gesellige Leben" fast ganz auf, besonders der Wirtshausbesuch, wurden Festlichkeiten vom stellv. Generalkommando verboten.
[862] Ebd., S. 10.
[863] OV vom 30.6.1917.
[864] STRICKMANN, Bethen, S. 40.

wählte. Heinrich Niemeyer wurde auch der Chronist des Kirchenbauvereins und des Kirchenbaus in Bethen. Weiterhin gehörten dem Vorstand an Vikar Josef Göttke (Bethen), Kaplan Conrad Landgraf, Hauptlehrer Bernhard Bellm, Cloppenburg, Gutsbesitzer Wehage, Stedingsmühlen, und Zeller August Naber, Bethen. Gutsbesitzer Wehage schenkte dem Bauverein eine am Kapellenplatz angrenzende Wiese, der Entwurf für die Kirche stammte von Dombauarchitekt Wilhelm Sunder-Plaßmann aus Münster. Um eine fortlaufende Geldeinnahme zu sichern, wurde die Mitgliedschaft im Bauverein mit einem Jahresbeitrag von 4 Mark belegt, die dauernde Mitgliedschaft war durch einen Beitrag von 1 000 Mark zu erwerben. Hauptlehrer Niemeyer zitiert Dechant Brust auf der Gründungsversammlung des Kirchenbauvereins mit den Worten:

> "Der Krieg, der Schrecken aller Völker, hat auch das deutsche Volk mitten im tiefsten Frieden jäh in den blutigen Kampf gerissen. [...] In den Zeiten der größten Not haben die christlichen Völker sich hilfesuchend an Maria, die mächtige Fürbitterin am Throne Gottes, gewandt. Auch unsere oldenburgische Bevölkerung hat im vorigen Jahr am Rosenkranzfeste nach vielen Jahrzehnten der Entfremdung unseres Wallfahrtsortes den Weg zur Gnadenstätte wieder zurückgefunden. Seitdem habt ihr nicht aufgehört, Maria zu bestürmen."[865]

Auf einem Flugblatt zur Werbung von Mitgliedern "Zur Förderung der Wallfahrten zum Gnadenort Bethen und zum Bau einer Kriegergedächtniskirche" wandte sich Dechant Brust am 19. Januar 1917 an die Bevölkerung des Münsterlandes. Darin grenzte er das katholische Milieu in Südoldenburg entschieden gegen die säkulare Welt ab, die sich im Krieg auch ihrer moralischen Fesseln entledigt habe:

> "Zum ehrenden Gedächtnis unserer im Kriege Gefallenen wird ganz gewiß in nächster Zukunft etwas geschehen. Der Plan, ihnen zum Gedächtnis eine Wallfahrtskirche in Bethen zu erbauen, ist sicher jenem vorzuziehen, der die Errichtung von sog. Heldenhainen vorsieht, die in absehbarer Zeit doch leicht der Verwilderung anheimfallen dürften. [...] Da sollte keiner zurückstehen, wo es gilt, den kath. Helden unseres Landes ein dauerndes Denkmal zu errichten, zumal dadurch zugleich die durch den Krieg neubelebte Wallfahrt nach Bethen mächtig gefördert wird."[866]

Aufgrund der Wirren am Ende des Ersten Weltkrieges und der Inflation in den ersten Nachkriegsjahren der Weimarer Republik gerieten die Planungen für den Bau einer neuen Wallfahrtskirche in Bethen ins Stocken und konnten

---

[865] Ebd., S. 30.
[866] Ebd., S. 45.

nach Überwindung großer Schwierigkeiten erst im Notjahr 1929 vollendet werden.

7.2.5. Die Erinnerung an den Krieg

Konstitutiv für den Ersten Weltkrieg war die Erinnerung an den Krieg als eine Fiktion zur Hervorbringung eines kollektiven Gedächtnisses, das die "Ideen von 1914" über das Ende des Krieges hinaus aufbewahren sollte. Durch diese Tradition wurde die Vorstellung der deutschen Nation gerettet und befand sich fortan in mehr oder weniger großem Abstand zur Republik. Die Kriegsmythologie stand dabei ganz im Dienste an der fortgesetzten Selbsterschaffung der deutschen Nation durch Abgrenzung nach innen wie nach außen: ein politischer Oktroi, der stets wieder erzeugt werden mußte. Am Ende obsiegte ein völkischer Nationalismus über die Grundlagen der Republik, soweit sie sich der geltenden Verfassung gemäß als eine freie Staatsbürgergesellschaft verstand. Damit war das Projekt einer "offenen Republik" gescheitert.[867] Aus den Schützengräben des Ersten Weltkrieges stieg nach dem Ende der Kriegshandlungen als Reaktion auf Waffenstillstand, Niederlage und vor allem Versailles eine politische Gegenkultur zur Weimarer Republik auf, die in erster Linie von nationalen konservativen Strömungen getragen wurde. Sie vergewisserte sich ihrer historischen Sendung in der deutschen Geschichte und betrachtete sich als die eigentliche Hüterin des nationalen Erbes, das der Krieg den nachkommenden Generationen als moralisches Vermächtnis überlieferte. Facettenreich kultivierte sie Gegensätze zwischen Stadt und Land und reklamierte für die Landbevölkerung, den Bauernstand, gesundes moralisches (Volks)empfinden, in den Gläubigen verwurzelte Religiosität und tiefe Verbundenheit mit Heimat, Volk und Geschichte. Davon hatte sich die urbane Gesellschaft der Stadt - nicht ohne eigenes Verschulden - längst entfremdet. So zeigte sich im Stadt-Land-Gegensatz auch ein heimlicher Aufstand des Landes gegen die Zivilisation der Moderne, der die politische Kultur im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs weitgehend mitbestimmte.

---

[867] Nach Dieter Oberndörfer erhielt der Nationalismus in der europäischen Geschichte des 19. Jahrhunderts für die Nationalstaaten "die Funktion einer politischen Abgrenzungs- und Integrationsideologie". Seine "ideologischen Bausteine" waren Sprache, Volk, Religion und Geschichte, durch die sich "miteinander vernetzte Erfahrungs- und Kummunikationssysteme" als "Bindemittel des Zusammenhalts staatlicher Gemeinschaften" bildeten. (OBERNDÖRFER, Wahn, S. 16, 26)

Ein ehemaliger Pfarrgeistlicher von Cappeln erinnerte sich - vermutlich Anfang der 1920er Jahre - auch an die negativen Auswirkungen, die der Krieg auf die Heimat ausübte. Gemäß dem Sprichwort "Quotidiana vilescunt - das Alltägliche veraltet" habe man sich bald an den Krieg gewöhnt, als er sich "mehr und immer mehr in die Länge zog". Und als seine Gemeinde auch noch mit Kriegsgefangenen "überschwemmt" worden sei, seien Zustände eingetreten, "namentlich in sittlicher Beziehung", die er in seinem Bericht lieber übergehe. Er habe in ungefähr 40 Jahren seiner Tätigkeit als Seelsorger in der Gemeinde "nur ein einziges uneheliches Kind" getauft: "Und jetzt?"[868] "Von den gefangenen Franzosen", klagt der Friesoyther Pfarrer Lambert Meyer, müsse leider erwähnt werden, "daß sie gegen die Religion sehr gleichgültig waren". Sie nähmen nicht mehr am Sonntagsgottesdienst teil, verrichteten die Tischgebete nicht und empfingen nicht das Sakrament der Beichte.[869] Ein ehemaliger Lehrer wußte zu berichten, daß einige von den Kriegsgefangenen, "mit deren Hilfe die landwirtschaftlichen Betriebe in Gang gehalten werden mußten", ihr schweres Los standhaft getragen hätten und ihrer Arbeit "fleißig, treu und in sittsamer Zurückgezogenheit" nachgegangen seien. Aber "eine nicht geringe Anzahl" unter ihnen sei "innerlich angefault" gewesen und habe "das große, oft übergroße Vertrauen und die vorzügliche Lebenshaltung in Familie und Lagern mit Perfidie, besonders auf sittlichem Gebiete", vergolten. So sei die Jugend, insbesondere die Schuljugend, ständig "in eine größere Gefahrenzone" geraten. Auch unter den "Industriekindern", die der Schule zugewiesen worden seien, seien manche gewesen, welche "die einfache Landjugend ungünstig beeinflußten".[870] In der bitteren Situation des "Steckrübenwinters" 1916/17 hätten "mitleidige Herzen schulpflichtige Kinder jener Städte in Kost und Pflege" genommen, die unter den Entbehrungen fast den Hungertod gestorben wären. Überhaupt habe die Landbevölkerung und besonders der Bauernstand im Kriege seine vaterländische Pflicht voll erfüllt, wie es im "Kriegsgedenkbüchlein" einer Gemeinde in Südoldenburg heißt:

> "Deutsches Organisationstalent und arbeitsfreudiger, opferwilliger Bauerngeist reichten sich die Hand, ohne das erste, um das uns das gesamte Ausland beneidete, hätte es nicht gegangen, aber es war doch nur Deichsel und Schmiere, die Landwirtschaft aber war die Achse des deutschen Wagens."

---

[868] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 153.
[869] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 5.
[870] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 157.

Als der Krieg sich wider Erwarten in die Länge gezogen habe, habe man sich des Rückhalts der Landwirtschaft versichern können:

> "Das Schwert, das bislang allein regiert hatte, rief seinen Bruder, den Pflug, auf den Plan. Nun mußte es sich zeigen, ob die deutsche Landwirtschaft imstande war, Heer und Heimat zu ernähren. 'Unmöglich kann sie es', jubelten unsere Feinde, 'die Statistiken zeigen es ja zu deutlich'. 'Abwarten!' sagte das neutrale Ausland. 'Ich kann's!' sagte der deutsche Bauer."[871]

Auch der katholische Lehrerstand verwies nach dem Kriege stolz auf die Opfer, die er für Volk und Vaterland gebracht hatte. "Allein 63 kath. Lehrer und Seminaristen unseres engeren Heimatlandes Oldenburg" hätten den "Heldentod" erlitten: "63 von 263, das ist ein so hoher Prozentsatz, wie ihn wohl kaum ein Stand aufzuweisen hat."[872] "Den gefallenen Lehrern" widmete der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg 1923 ein Kriegsgedenkbuch, das kurze Biographien, persönliche Porträts und Feldpostbriefe von 65 Gefallenen enthielt.[873]

7.3. Die Lage der Landwirtschaft in Südoldenburg

Die britische Blockade der Nordsee wirkte sich im Frühjahr 1915 äußerst nachteilig auf die Lage der Veredelungswirtschaft in Südoldenburg aus, weil sie die Zufuhr von Futtermitteln nach den deutschen Häfen hinderte. Am 2. November 1914 hatte England die Blockade verschärft und die gesamte Nordsee zum Kriegsgebiet erklärt. Durch diese Maßnahme, die von deutscher Seite als ein Bruch des See- und Völkerrechts angesehen wurde, nahm die britische Blockade eine für die wirtschaftliche Versorgung des Deutschen Reiches ernste Wendung.[874] Auf die britische Handelsblockade antwortete die Reichsleitung mit der Eröffnung des U-Boot-Handelskrieges. Am 4. Februar 1915 erteilte der Kaiser seine Zustimmung zu dieser "Gegenmaßnahme gegen die völkerrechtswidrigen Maßnahmen zur Unterbindung des neutralen Seehandels mit Deutschland". Alle Gewässer um Großbritannien wurden zum Kriegsgebiet erklärt und über die englischen Küsten sowie über die Nord- und Westküsten Frankreichs eine Seeblockade verhängt. Aufgabe der

---

[871] Ebd., S 161f.
[872] Ebd., S. 156.
[873] Lehrerverein, Kriegsgedenkbuch, S. 368: Alphabetisches Verzeichnis der Gefallenen.
[874] Reichsarchiv, Weltkrieg, 6. Bd., S. 425f.

Kriegsrohstoffabteilung im Preußischen Kriegsministerium unter der Leitung von Major Koeth, der im Frühjahr 1915 die Nachfolge Walther Rathenaus antrat, war es nun, die behördliche Bewirtschaftung der kriegswichtigen Rohstoffe planmäßig auszubauen. Dabei nahm die Behörde eine strikte Scheidung zwischen den Bedürfnissen des Heeres und der Heimat vor und versuchte, den Bedarf der Bevölkerung auf das unbedingt notwendige Maß zu reduzieren. Die Erfassung der inländischen und der Vorräte in besetzten Gebieten, vor allem aber eine straff organisierte Verteilung der Rohstoffmengen nach dem Bedarf sollten dazu dienen, den steigenden Anforderungen zu genügen, die Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres stellten.[875] Im Lauf des Krieges entwickelte sich die Kriegsrohstoffabteilung zu einer der wichtigsten Instanzen in der Rohstoffwirtschaft. Sie zog aber nach Ansicht von Regina Roth keineswegs "alle zentralen Lenkungs- und Entscheidungsfunktionen" an sich und erfüllte ihre Funktion "in einem streng hierarchischen Sinne"; ihre Stellung glich vielmehr der eines "Primus inter Pares".[876]

Die zentrale Bewirtschaftung des Brotgetreides machte den Ernst der Lage deutlich und veranlaßte Maßnahmen, die alle Bevölkerungskreise erfaßten. Die Sperrung der Überseezufuhr bewirkte einen Mangel an Futtermitteln, vor allem der Gerste aus Rußland, und führte dazu, daß große Mengen von Brotgetreide und Kartoffeln an das Vieh verfüttert wurden. Als staatliche Fütterungsverbote nicht mehr ausreichten, ordnete die Reichsleitung Schweineschlachtungen in großem Umfange an, die bis in den Mai des Jahres 1915 andauerten. Diese wurden im Volksmund als "Schweinemord" bezeichnet. Der Mangel an Kartoffeln und Getreide hatte zur Folge, daß diese Produkte aufgekauft bzw. beschlagnahmt wurden.[877] Darüber hinaus waren weitere Eingriffe in das Wirtschaftsleben zu erwarten, um die Versorgung des Heeres und der Bevölkerung sicherzustellen. Eine weitere Verschärfung der Lage für das gesamte Wirtschaftsleben der Mittelmächte trat ein, als sich durch den Kriegseintritt Italiens "eine der wenigen, noch vorhandenen Einfuhrpforten schloß". Dieser Nachteil fiel schwer ins Gewicht, weil die wirtschaftliche La

[875] Reichsarchiv, Weltkrieg, 8. Bd., S. 12f.
[876] ROTH, Staat, S. 74f.
[877] Nach Darstellung von Regina Roth hing der Erfolg von Beschlagnahmen wesentlich von der Reaktion der Wirtschaft ab, die häufig in Ablehnung oder passivem Widerstand bestand. Beim Aufkauf von Produkten mußten Übernahmepreise ausgehandelt werden, für die entweder die Einstands- oder die Friedenspreise maßgeblich sein sollten. Bei der Beschlagnahme wie bei der Enteignung von Produkten führte die "doppelte Ausrichtung auf Bedarfssicherung und Preisbegrenzung zu erheblichen Konflikten". (ROTH, Staat, S. 180, 189)

ge Deutschlands bereits seit Monaten unter der britischen Seeblockade litt und durch die Eröffnung des deutschen Unterseeboots-Handelskrieges zusätzlich belastet wurde. Dadurch war die deutsche Volkswirtschaft "so gut wie ganz" auf eigene Erzeugnisse und vorhandene Vorräte angewiesen.[878] Es entstand in den Jahren des Ersten Weltkrieges ein großes Netz von Kriegsgesellschaften, die - zwischen Staat und Wirtschaft angesiedelt - als zentrale Instrumente der Behörden für die Lenkung des Wirtschaftsablaufs gedacht waren. Das Ziel ihrer Planung bestand darin, Marktmechanismen durch eine vorwiegend selbstverwaltete wirtschaftliche Reglementierung zu ersetzen. Die Kriegswirtschaft wies somit nicht jene zentrale Lenkung auf, die man erwarten könnte, sondern zeigte sich als "Konglomerat aus wirtschaftlicher Selbstverwaltung, traditioneller Einflußnahme und staatlicher Lenkung, die weder einheitlich noch planmäßig erfolgte", wie Regina Roth feststellt. So scheiterten weitgehend alle Versuche, Preise und Gewinne zu beschränken, und war zu Beginn des Krieges die Bereitschaft zu staatlichen Eingriffen gering; das änderte sich erst im Laufe des Krieges.[879]

Unvergessen blieb den Chronisten der sog. "Steckrübenwinter" 1916/17. Ein Zeitgenosse, der diese Katastrophe miterlebt hatte, berichtete über diese Zeit: "Kein Deutscher wird jemals den furchtbaren Kohlrübenwinter 1916/17 vergessen." Als seine Familie ihren Wohnsitz zum 1. November 1918 von Osnabrück nach Essen in Südoldenburg verlegt habe, sei er völlig überrascht gewesen: "In des Wortes wahrster Bedeutung kamen wir in das Schlaraffenland des Grimmschen Märchens."[880] "Immer schwerer fühlten wir im ganzen Land den schweren Druck der Blockade", erinnerte sich ein Lehrer aus der Gemeinde Cappeln an "das furchtbare Steckrübenjahr, das besonders die Industriestädte an den Rand des Hungertodes zwängte".[881] Wesentlich dramatischer gestalteten sich nach diesen Berichten Hunger und Not in der Stadt als auf dem Land. Die Selbstversorger auf dem Land hatten nicht so sehr unter dem Mangel an Lebensmitteln zu leiden wie die Nichtselbstversorger in den Industrierevieren. Die Hamsterer, die sich auf der Suche nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen nach Südoldenburg begaben, rekrutierten sich vor

[878] Reichsarchiv, Weltkrieg, 8. Bd., S. 13f.
[879] ROTH, Staat, S. 411ff.
[880] KLOPPENBURG, Zeitspiegel, S. 138.
[881] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 157.

allem aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.[882] Die einheimische Bevölkerung sprach von einer "Landplage".[883]

Auf die importabhängige Veredelungswirtschaft in Südoldenburg wirkte sich besonders negativ das Ausbleiben von Futtermitteln aus, das zu einer erheblichen Reduzierung der Viehbestände führte, und der Mangel an Düngemitteln (Stickstoff und Chilesalpeter), der eine Verschlechterung der Ertragslage und eine Stagnation in der Kultivierung von Öd- und Heideland zur Folge hatte. Der Aufschwung der südoldenburgischen Landwirtschaft nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern seit den deutschen Einigungskriegen hatte berechtigte Hoffnungen auf eine stetige Expansion der Veredelungswirtschaft genährt, die vom Weltkrieg bitter enttäuscht wurden. Das geht aus der Entwicklung der Viehbestände einer einzelnen Gemeinde in Südoldenburg deutlich hervor.

Tab. 12: Veränderungen der Tierbestände in der Gemeinde Cappeln in der Zeit von 1864 bis 1918[884]

Nutztiere	1864	1873	1883	1893	1903	1913	1918
Pferde	7 777	6 715	7 275	7 399	9 258	13 098	11 667
Rindvieh	43 383	42 196	39 407	42 287	50 661	67 545	62 958
Schafe	103 743	84 725	62 570	54 570	29 845	22 682	18 452
Schweine	26 042	19 343	34 819	41 721	70 678	257 825	37 982
Ziegen	2 011	2 396	3 379	4 250	5 546	5 094	4 020

Der Rückgang des Bestandes an Schafen markiert deutlich den Übergang von der expansiven Subsistenzwirtschaft zur marktorientierten Produktion nach dem Anschluß Südoldenburgs an das deutsche Eisenbahnnetz. Zur neuen Basis der intensiv betriebenen Veredelungswirtschaft wurde die Schweinemast, die in der Vorkriegszeit in Cappeln enorme Kapazitäten aufwies. Diese Produktionssteigerungen waren nicht mehr auf der Basis der einheimischen Landwirtschaft möglich, sondern resultierten aus dem Import von Futtermit

[882] KRÖGER, Essen, S. 643f.
[883] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 10.
[884] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 168.

teln, besonders der Gerste aus Rußland. Von diesem Import war Südoldenburg seit Beginn des Krieges so gut wie abgeschnitten. Nach der Schweinemast bildete die Haltung von Rindvieh, besonders von Milchkühen, die zweite Grundlage der südoldenburgischen Landwirtschaft, die so eine einseitige Ausrichtung vermied. "Die letzten Friedensjahrzehnte hatten der Schweinezucht eine ungesunde Entwicklung gebracht", berichtet der Chronist aus Cappeln weiter, "diesem ungewöhnlichen Aufstieg folgte ein ebenso jäher Sturz".[885]

Die Veränderungen in den Viehbeständen betrafen vor allem die Schweinehaltung, die in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende zur Basis der Veredelungswirtschaft in Südoldenburg geworden war. "Als bei Kriegsausbruch der Güterverkehr und damit die Futtermittelzufuhr völlig stockte, die Männer und Leiter der Höfe ins Feld rückten, stießen natürlich zunächst die großen Mastanstalten ihre Schweine ab, bald folgten auch die kleineren Betriebe", heißt es in einem Bericht nach dem Kriege dazu, "das ganze Bestreben" habe zum Ziel gehabt, "nur Spann=, Milch= und Zuchtvieh zu halten, alles andere abzustoßen". Die Folge sei ein Überschuß an Fleisch und ein rapider Preisverfall gewesen.[886] So zeigten sich in der Schweinehaltung die gravierendsten Veränderungen im Viehbestand Südoldenburgs überhaupt; sie konzentrierten sich besonders auf die Jahre 1914/15 und 1916/17.

Tab. 13: Bestand an Schweinen in den Ämtern Südoldenburgs und im Herzogtum von 1913 bis 1918[887]

Amt/Herzogtum	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Vechta	146 292	140 552	46 660	41 811	19 131	20 723
Cloppenburg	93 930	102 004	37 319	33 759	12 218	13 653
Friesoythe	17 603	20 323	7 692	7 771	3 413	3 552
Herzogtum	574 833	590 848	216 996	203 297	87 045	96 513

[885] Ebd., S. 170.
[886] Ebd., S. 162.
[887] Landwirtschaftskammer, Bericht, o. S. (Tab. 17). Die Angaben für das Deutsche Reich beziehen sich auf sein Gebiet ohne Elsaß-Lothringen, die Pfalz und Teile des besetzten Gebietes.

Die größten Einbußen im Schweinebestand von 1913 bis 1918 erlitt das Amt Vechta, das in der Vorkriegszeit auch über den größten Bestand in Südoldenburg verfügte, mit 85,8 %, dicht gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 85,5 % und dem Amt Friesoythe, das stets den geringsten Bestand aufwies, mit 79,8 %; die durchschnittlichen Verluste in diesem Zeitraum lagen im Herzogtum bei 83,2 %, im Deutschen Reich bei 60,7 %. Die Ergebnisse der Viehzählungen ergaben für die Gemeinde Essen den stärksten Einbruch bei Schweinen von 12 619 Tieren im Jahre 1914 auf 4 047 Tiere im Jahre 1915; bis zum Ende des Krieges 1918 verringerte sich die Zahl der Tiere auf nunmehr 1 977. Dieser Einbruch, von dem sich die Schweinemast in der Kriegszeit nicht mehr erholte, war auf die Beschlagnahme des Getreides und die völlig ausbleibende Gersteeinfuhr zurückzuführen. Man fütterte nicht mehr Tiere heran, als für den eigenen Haushalt notwendig waren.[888]

Wesentlich geringer hingegen fiel der Rückgang in der Rindviehhaltung aus, die im Süden des Herzogtums traditionell nicht so stark vertreten war wie auf den Marschgebieten im Norden.

Tab. 14: Bestand an Rindvieh in den Ämtern Südoldenburgs und im Herzogtum von 1913 bis 1918[889]

Amt/ Herzogtum	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Vechta	30 405	33 976	31 804	32 975	31 662	27 918
Cloppenburg	26 968	31 234	28 730	29 782	29 240	25 416
Friesoythe	10 172	11 923	11 249	11 080	10 759	9 624
Herzogtum	297 238	331 052	306 031	314 538	282 779	261 528

Die Verluste im Rindviehbestand von 1913 bis 1918 lagen in den südoldenburgischen Ämtern mit 8,2 % für das Amt Vechta, 5,8 % für das Amt Cloppenburg und 5,4 % für das Amt Friesoythe unter den Werten im Herzogtum (12,0 %) und im Deutschen Reich (17,9 %). Die größten Einbußen an Rindvieh verzeichneten die nördlichen Ämter Varel (24,9 %) und Jever (19,4 %).

[888] KRÖGER, Essen, S. 649.
[889] Landwirtschaftskammer, Bericht, o. S. (Tab. 15). Die Angaben für das Deutsche Reich beziehen sich auf sein Gebiet ohne Elsaß-Lothringen, die Pfalz und Teile des besetzten Gebietes.

Während der Rindviehbestand (1914: 3 674; 1918: 2 925) ebenfalls sank, nahm der Bestand an Pferden (1914: 580; 1918: 621) in Essen sogar leicht zu.[890] Der Verlust an Pferden erreichte von 1913 bis 1918 in den südoldenburgischen Ämtern Werte, die mit ca. 11 % unter denen im Herzogtum (16,7 %) und im Deutschen Reich (16,7 %) lagen.[891] Die Entwicklung der Viehbestände fiel in den einzelnen Gemeinden Südoldenburgs unterschiedlich aus. Für die Gemeinde Cappeln ergaben sich von 1913 bis 1919 folgende Veränderungen:

Tab. 15: Bestand der landwirtschaftlichen Nutztiere in der Gemeinde Cappeln von 1913 bis 1919[892]

Nutztiere	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Pferde	521	471	464	460	468	543	511
Rindvieh	3 143	3 434	3 135	3 250	3 092	2 600	2 593
Schafe	110	64	110	222	289	459	485
Schweine	9 955	9 132	4 693	3 483	1 086	1 275	1 694
Ziegen	31	35	30	33	20	27	32

Bezeichnend für die Veränderungen der Ernteerträge aufgrund der Bedingungen, die in der Kriegswirtschaft herrschten, ist die Entwicklung des Winterroggens, der in Südoldenburg die wichtigste und am weitesten verbreitete Getreideart darstellte.

[890] KRÖGER, Essen, S. 649.
[891] Landwirtschaftskammer, Bericht, o. S. (Tab. 14). Die Angaben für das Deutsche Reich beziehen sich auf sein Gebiet ohne Elsaß-Lothringen, die Pfalz und Teile des besetzten Gebietes.
[892] Cappeln, Gemeinde, S. 164; Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 168.

Tab. 16: Durchschnittliche Hektarerträge des Winterroggens in den Ämtern Südoldenburgs und im Herzogtum von 1913 bis 1918 (Dz/ha)[893]

Amt/Herzogtum	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Vechta	20,9	20,9	12,4	10,9	9,4	10,5
Cloppenburg	16,9	15,6	9,0	10,0	6,7	7,0
Friesoythe	17,4	14,0	6,1	7,3	5,5	7,0
Herzogtum	18,4	17,0	11,8	11,4	9,1	10,0

Die Veränderungen der Hektarerträge fielen beim Winterroggen je nach Bodengüte in den Ämtern unterschiedlich aus. Am größten waren die Verluste von 1913 bis 1918 in den Ämtern Friesoythe (59 %) und Cloppenburg (58 %), die beide nur über eine geringere Bodengüte und einen relativ hohen Anteil an kultivierter landwirtschaftlicher Nutzfläche mit einem großen Bedarf an mineralischem Dünger verfügten; im Amt Vechta hingegen, das mit besseren Böden ausgestattet ist und keine größeren Flächen an Ödland aufwies, fiel der Rückgang mit 49 % günstiger aus. In allen Ämtern lagen die Daten aber über denen im Herzogtum (- 45 %) und im Deutschen Reich (- 35 %). Aufgrund der fehlenden Düngemittel konnte der Boden nicht mehr die Erträge hervorbringen, die bereits in der Vorkriegszeit erzielt worden waren. Daten für die Gemeinde Essen belegen, daß der Einbruch der Erträge pro Hektar bei den Getreidesorten Winterroggen, Sommergerste und Hafer im Jahre 1917 - nach dem sog. "Steckrübenwinter" - am größten waren; sie gingen im Vergleich zu 1914 um die Hälfte oder mehr als die Hälfte zurück.[894]

Roggen und Hafer unterlagen der staatlichen Bewirtschaftung, d. h. jeder Landwirt durfte zur Selbstversorgung aus seiner Ernte das ihm und seiner Familie zustehende Brotgetreide und das benötigte Saatgut und vom Hafer eine festgesetzte Menge als Viehfutter behalten und mußte das überschüssige Getreide abliefern. Dabei entsprach der für Getreide infolge festgesetzter Höchstpreise ausgezahlte Betrag durchweg nicht den üblichen Handelssätzen

[893] Landwirtschaftskammer, Bericht, o. S.: Tab. 3.

[894] KRÖGER, Essen, S. 647: Winterroggen in Dz. = Doppelzentnern (1914: 17,0 Dz.; 1917: 9,0 Dz.); Sommergerste (1914: 23,0 Dz.; 1917: 11,3 Dz.); Hafer (1914: 27,0 Dz.; 1917: 9,0 Dz.). Die Hektarerträge reduzierten sich bei Kartoffeln nicht in dem Umfang (1914: 164,0 Dz.; 1917: 125,0 Dz.).

und bedeutete nach dem Dollarwert umgerechnet einen Preisrückgang. Auf dem Schwarzmarkt konnten durchaus höhere Erlöse erzielt werden.[895]

Aufgrund der starken Eingriffe, die die Kriegswirtschaft in Form der Beschlagnahme und Abgabepflicht des Getreides brachte, ging die Landwirtschaft in Südoldenburg vermehrt zum Kartoffelanbau über. Aber auch im Anbau von Kartoffeln ist ein Rückgang bei den Anbauflächen und beim Hektarertrag in den Jahren 1915 und 1916 zu beobachten. Im Amt Vechta sank die Anbaufläche von 2 619 ha im Jahre 1915 auf 2 029 ha im Jahre 1916, im Amt Cloppenburg von 2 298 (1915) auf 1 666 (1916) und im Amt Friesoythe nur geringfügig von 1 060 (1915) auf 943 (1916). Am stärksten ging der Hektarertrag im Amt Cloppenburg (1915:166,5 Dz/ha; 1916: 85,7 Dz/ha) zurück, gefolgt vom Amt Vechta (1915: 134,9 Dz/ha; 1916: 95,2 Dz/ha) und vom Amt Friesoythe (92,0 Dz/ha; 63,8 Dz/ha), wo die Erträge bisher schon aufgrund der mäßigen Bodenqualität gering ausfielen. 1916 lagen sie unter dem Wert für das Herzogtum (96,3 Dz/ha) und nur in Vechta über dem Wert für das Deutsche Reich (88,3 Dz/ha).[896]

Die aufgrund der Kriegswirtschaft einsetzende Verknappung des Angebots führte zu einer massiven Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Die Preise für Lebensmittel wie Fleisch und Brot und Bekleidungsstücke stiegen zum Teil um ein Vielfaches an. Artikel, die der Zwangsbewirtschaftung unterlagen, erhöhten die Preise gelinder als jene der freien Wirtschaft; im Hamsterhandel stiegen sie oft ins Unermeßliche. Dabei hielten die Löhne nicht Schritt mit der Preissteigerung, die sich bei Handelsgegenständen einstellte. Mit der Zeit wurde das Tauschgeschäft immer beliebter, nicht nur im Handwerk, sondern auch im Handel. Die Folge war eine Geldentwertung, die gegen Kriegsende stärker wurde und sich in den Jahren der Inflation nach dem Krieg rasant steigerte. Ein Gewinn dieser Entwicklung zeigte sich darin, daß viele Hypotheken gelöscht und alte Schuldbestände abgestoßen wurden.[897] Auf die staatlichen Zwangsmaßnahmen reagierte die Landwirtschaft, wie Zeitgenossen zu berichten wissen, häufig mit Ablehnung oder passivem Widerstand. So heißt es in einem Bericht über die Gemeinde Cappeln:

---

[895] Den Höchststand bei den abgelieferten Getreidemengen erzielte die Gemeinde Essen in den Jahren 1918/19 mit fast 1,7 Mio. Pfund; für einen Zentner wurden durchschnittlich 16,33 Mark bezahlt. (KRÖGER, Essen, S. 648)

[896] Landwirtschaftskammer, Bericht, o. S.: Tab. 7.

[897] KRÖGER, Essen, S. 650f.; Johanna Kröger legt für die Gemeinde Essen anschauliches Zahlenmaterial vor.

> "Der Gemeindevorsteher und seine Gehilfen, die Bezirksvorsteher, welche ja die Verbindung zwischen Behörde und Landwirten herstellten, waren geplagte Leute, dazu war ihr Posten ein undankbarer, waren sie doch die Blitzableiter, sowohl wenn von oben Druck kam als auch wenn unten bei der Bevölkerung eine schwüle Stimmung sich angehäuft hatte."[898]

"Not machte erfinderisch", heißt es über die Kriegszeit in Garrel. Als die Schrotmühlen plombiert worden seien, habe "die kleinste Mühle, die Kaffeemühle", als Ersatz gedient. Trotz aller Kontrollen, Verordnungen und Gesetze sei "weiter gemogelt" worden: "Wer alle seine Verfehlungen hätte absitzen müssen, der wäre wohl sein Leben lang nicht wieder aus dem Gefängnis herausgekommen."[899]

Die Jahre des Ersten Weltkrieges bedeuteten für die Landwirtschaft in Südoldenburg einen enormen Rückschlag, der in einigen Produktionszweigen nicht einmal bis zum Ende der Weimarer Republik eingeholt werden konnte.[900] Dieser Rückschlag wurde um so bitterer empfunden, als die konjunkturellen Daten der Vorkriegszeit große Erwartungen auf ein stetiges Wirtschaftswachstum geweckt hatten. Dabei war die ländliche Bevölkerung aufgrund des hohen Selbstversorgungsgrades wesentlich besser gestellt als die Konsumenten in den Städten. Das Interesse der Landwirtschaft an einem deutschen Sieg war eindeutig und durch die Auswirkungen der Seeblockade auf die einheimische Produktion bestimmt. Bereits im August 1916 fragte die Vechtaer OV kritisch an, wie es der Landwirtschaft in Zukunft ergehen sollte, "wenn es unseren Feinden gelänge, durch eine planmäßige Einengung und Abschnürung unser Wirtschaftsleben allmählich zum Ersticken zu bringen". Die Folgen eines negativen Kriegsausganges seien unübersehbar:

> "Diese Abschnürung vom Weltverkehr würde die Unterbindung einer unserer wichtigsten Lebensadern bedeuten, und insbesondere der Krieg hat es gezeigt, daß auch unsere Landwirtschaft die Möglichkeit haben muß, wichtige Hilfsmittel ihrer Produktion, wie z. B. Futter= und Düngemittel, aus ausländischen Quellen zu beziehen."[901]

---

[898] Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein, S. 167.
[899] Garrel, Garrel, S. 370f.
[900] KRÖGER, Essen, S. 649. Der Bestand an Rindvieh (1914: 3 674 Tiere) wurde in der Gemeinde Essen erstmalig 1929 (3 946) übertroffen, der Bestand an Schweinen (1914: 12 619) bis zum Ende der 1920er Jahre nicht wieder (1930: 10 151).
[901] OV vom 15.8.1916.

7.4. Die politische Lage in Oldenburg

7.4.1. Der Landtag zu Fragen der Kriegsbewirtschaftung

Die kriegspolitischen Maßnahmen trafen die Landwirtschaft in Oldenburg unmittelbar und stellten die Landespolitik vor große Aufgaben. In der Sitzung am 3. Dezember 1915 beschloß der Landtag die Errichtung einer Landesfuttermittelstelle für das Herzogtum Oldenburg und stattete sie mit einer Stammeinlage von 10 000 Mark aus. Aufgabe dieser zentralen Einrichtung war es, die Bestrebungen der Kommunal- und Amtsverbände zu koordinieren, mit dem Ziel, größere Kontingente an Futtermittel für die einheimische Landwirtschaft aus den von Reichsstellen beschlagnahmten oder diesen zur Verfügung stehenden Vorräten zu erlangen. Außerdem sollten sich ihre Anstrengungen auf die "Heranschaffung im Handel freier und auf die Herstellung und Bearbeitung neuer Futtermittel" richten.[902] In der Beratung des Antrages erklärte der Abgeordnete Theodor Tantzen/Heering (FVP), daß es "bei dem kolossalen Rückgang der Schweine" im Herzogtum notwendig sei, ein größeres Quantum Futtermittel zu bekommen. Nach Auskunft von Staatsminister Scheer im Landtag hatte sich nach der Zählung vom 1. Oktober 1915 die Zahl der Schweine halbiert. Der Grund dafür sei das Ausbleiben der Futtermittelimporte aus Rußland. Bei Kriegsausbruch habe niemand übersehen, daß der Kampf so lange dauern und solche Anforderungen an die Gesetzgebung stellen würde.[903] Der SPD-Abgeordnete Paul Hug warnte im Landtag vor einer Überteuerung der Lebensmittelpreise, die vor allem die städtische Bevölkerung und "am härtesten die Familien derer, die im Felde stehen", träfen. Die sich selbst versorgende Landbevölkerung genieße im Krieg einen Vorteil gegenüber den Städten. Die bedauerliche Folge sei, daß sich "Gegensätze zwischen Stadt und Land" ausbreiteten. Zur Verbesserung der Lage schlug Hug vor, "die Regelung der Versorgung nach dem Prinzip der Verteilung" zu gestalten und "nicht das Wirken von Angebot und Nachfrage zu erwarten". Hug erinnerte an "die durch Spekulation hervorgerufene Preissteigerung von Futtermitteln" und an "das gewaltsame Schweinesterben" im Frühjahr 1915. Es sei vorgekommen, daß "die Geistlichkeit öffentlich gegen den Wucher Front gemacht" habe. Seine Partei sei kein "Fanatiker des Höchstpreises" und stelle "keinen an den Pranger", aber der "ungesunde Zustand" werde durch "das Wirken von Angebot und Nachfrage" nicht besei

[902] XXXII. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 3.12.1915, Anlage 27, S. 1f.
[903] XXXII. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 3.12.1915, S. 4ff.

tigt: "Das ist möglich im Frieden, aber im Zustande des Krieges ist das unmöglich." Wiederholt wurde in der Landtagssitzung der "unglückliche Schweinemord" des Jahres 1915 angesprochen, der die Landwirte zur Vorsicht bei der Abgabe von eigenen Futtermitteln bewege. "Wir sind in der Lage, mit den großen Ueberschüssen dem Milch=, Fleisch= und Fettmangel abzuhelfen, sobald größere Mengen zum Verfüttern freigegeben werden", erklärte der Abgeordnete Heinrich Enneking, Brennereibesitzer aus Damme. Mißtrauen bei den Städten und Behörden gegenüber dem Bauernstand sei nicht angebracht, denn der Landwirt bringe "die meisten Opfer an Gut und Blut und Schweiß fürs Vaterland". Minister Scheer warnte vor einseitigen politischen Schuldzuweisungen und wiederholte seine Auffassung: Beim Ausbruch des Krieges habe "kein Mensch" daran gedacht, "daß der Krieg solche wirtschaftliche Folgen und eine solch' lange Dauer haben würde". Oldenburg habe Zurückhaltung gezeigt, aber die "Keulung der Schweine" nicht verhindern können, weil die Kartoffelerhebung völlig versagt habe.[904]

Viele Hoffnungen auf eine Verbesserung der ökonomischen Lage richteten sich auf einen günstigen Ausgang des Krieges. Auf die Eingabe des Verbandes katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, die bereits konkrete Pläne zur "Ueberleitung der Kriegs= in die Friedenswirtschaft" enthielt, antwortete der Oldenburger Bankdirektor Max tom Dieck (FVP) am 30. November 1916 im Landtag wörtlich:

> "Die ganze Beordnung aller dieser Fragen hängt natürlich davon ab, wie dieser ungeheure Krieg für Deutschland ausfällt. Erreichen wir das, was wir alle wünschen und erhoffen, daß wir auf eine gewaltige Kriegsentschädigung rechnen können, so werden viele von den vorgetragenen Wünschen glatt erledigt werden können. Aber andrerseits müssen wir manches davon, was wünschenswert, sogar notwendig sein könnte, glatt in den Schornstein stecken."[905]

Die Versorgung mit Futtermitteln beschäftigte den Landtag immer wieder und veranlaßte ihn, sich grundsätzlich mit der Lage der oldenburgischen Landwirtschaft auseinanderzusetzen. Dabei traten soziale Verwerfungen auf, die sich aus der unüberschaubaren Bürokratie der zentralen Kriegsbewirt

---

[904] XXXII. Lt., 5. Vers., 5. Sitzung, 10.12.1915, S. 68ff. Auch im Reichstag kam es zur Kritik an der Preis- und Gewinnpolitik der Militärbehörden, die sich in verschiedenen Denkschriften äußerte. Sie monierten, daß die Preiserhöhungen sich nicht an den Kosten orientierten, deren Steigerungen geringer ausfielen, sondern zu Gewinnen führten, die im Verhältnis zu Friedensgewinnen unzulässig hoch waren. Die Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle der Kriegswirtschaft waren jedoch gering. (ROTH, Staat, S. 311f., 367ff.)

[905] XXXIII. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 30.11.1916, S. 9f.

schaftung ergaben. Der Abgeordnete Diederich Lanje (NL), Gemeindevorsteher von Westerstede, erklärte dazu im Herbst 1916 vom "beschränkten Standpunkt eines ammerländischen Landwirts" aus:

> "Der deutsche Bauer ist patriotisch. Ich kenne keinen anderen Stand, der im Patriotismus höher steht als der Bauernstand. Aber wenn er sieht, daß andere Stände durch Kriegsgewinne mühelos reich werden, daß der Kaufmann, der mit Nahrungsmitteln handelt, ganz enorme Gewinne einstreicht, daß z. B. an einem Waggon mit Leder 60 000 *M* verdient worden sind, dann kann man es ihm nicht übelnehmen, wenn er versucht, von seinem Boden höhere Rente zu gewinnen."[906]

Der Delmenhorster Abgeordnete Johann Schmidt (SPD) widersprach Lanje energisch. Es sei "hier von verschiedenen Seiten wieder das Klagelied der Landwirtschaft gesungen worden". Er wolle die Aussage Lanjes, die Bauern seien "patriotisch bis auf die Knochen", gar nicht in Abrede stellen, aber darauf hinweisen, "daß dieser Patriotismus die Landwirte manchmal gar nicht hindert, für ihre Ware auf dem Markt Geld zu nehmen, was sie nur kriegen können". Nach seiner Ansicht habe die Landwirtschaft "noch am besten den Krieg überstanden". Das gelte vor allem für die großen und mittleren Betriebe, weniger für die kleinen, die bisher von der Schweinemast gelebt hätten. Diese habe "ganz kolossal eingeschränkt werden müssen" und sei kaum noch rentabel. Wenn die kleinen Bauern auch "ziemlich schlecht oder mäßig" gestellt seien, so schlecht wie "vielen Leuten in der Stadt" gehe es "den Landleuten doch noch nicht". Lanje erwiderte mit dem Hinweis, daß der Egoismus überall vertreten sei und "jeder Stand die Zeit pekuniär mehr ausnutzt, als er sollte". Die Landwirtschaft bleibe aber "das Rückgrat eines jeden Standes", das habe gerade der Krieg gezeigt: "Wo wären wir geblieben in diesem Kriege, wenn wir nicht einen so leistungsfähigen Bauernstand hätten." Nach Auffassung von Staatsminister Scheer genoß der "Selbstversorger große Vorteile vor den Versorgungsberechtigten", ein Grundsatz, der bei allen Verteilungen Beachtung finde. Der Abgeordnete Tantzen (Heering) warnte den Landtag vor politischer Zwietracht. In dieser Zeit dürfe "doch nicht der Geist des Egoismus und der Geist des Profits im wesentlichen die Produktion und die Verteilung der Produktion bestimmen". Tantzen, der selbst einen landwirtschaftlichen Betrieb führte, übte sich nicht in Zurückhaltung und erklärte im Landtag:

> "Es wäre doch durchaus falsch, wolle man nicht offen aussprechen, daß es einen Beruf in Deutschland gibt, die Landwirtschaft, die kräftiger ist als vorher, und daß daher die

[906] XXXIII. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 30.11.1916, S. 13ff., auch zum folg.

Landwirtschaft blüht. Natürlich mit Unterschied, die eine weniger, die andere mehr."[907]

Im Landtag kam auch der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft zur Sprache, der wiederholt zu einer Verzögerung der "Dreschkampagne" führte. Die Folge sei, so Diederich Lanje, daß viele Getreidearten zum gegenwärtigen Zeitpunkt - November 1916 - noch nicht abgedroschen seien und "überhaupt noch nicht der Versuch des Dreschens gemacht worden" sei: "Man hat beim Militär zu wenig Verständnis dafür." Der Birkenfelder Abgeordnete Philipp Henn beklagte die vermehrte Kinderarbeit, die Jungen und Mädchen zu "Krüppeln" mache. So "kräftige ausdauernde Soldaten", die "wir nach dem Kriege wohl auch noch nötig haben", seien dann nicht mehr zu erwarten.[908]

In den Landtagsdebatten kam es zu Kontroversen zwischen einzelnen Städten und Ämtern, die eine Benachteiligung bei der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln monierten. In der Debatte am 21. Dezember 1916 rügte der Zentrumsabgeordnete Eduard von Fricken aus der Gemeinde Langförden den benachbarten Amtsverband Cloppenburg, der es in besonderer Weise verstanden habe, "für sich zu sorgen". Das sei für den Amtsverband zwar erfreulich, gehe aber "auf Kosten der Allgemeinheit". Er habe für seine rechtzeitigen Ablieferungen Kunstdünger bekommen, "so viel er wollte und vielleicht noch mehr".[909] Der Zentrumsabgeordnete Ignaz Feigel aus Cloppenburg stellte in dieser Debatte die Fettversorgung der Bevölkerung als das entscheidende Problem dar. Wohl auf keinem Gebiet herrsche eine solche Not und Knappheit wie auf diesem. In dieser Frage habe Oldenburg seinen Beitrag zu leisten. Die Molkereien hätten ihre Schuldigkeit getan, ihre gesamte Butter sei zu einem Zeitpunkt beschlagnahmt worden, als noch preußische und andere Molkereien in der Lage gewesen seien, über 50 % ihrer Produktion frei zu verfügen. Feigel mahnte eine größere Kontrolle seitens der Behörden an, um in Zukunft zu verhindern, daß "große Quantitäten Fett nicht auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt sind".[910] Das Bekenntnis zur nationalen Verantwortung überragte die Debatten und verhinderte, daß ein politischer Dissens ausgetragen wurde. Was die Futtermittelversorgung anging, stellte das Ministerium im Landtagsabschied vom 22. August 1917 fest, daß

[907] XXXIII. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 30.11.1916, S. 18f.
[908] XXXIII. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 30.11.1916, S. 13f., 15.
[909] XXXIII Lt., 1. Vers., 8. Sitzung, 21.12.1916, S. 149.
[910] XXXIII Lt., 1. Vers., 8. Sitzung, 21.12.1916, S. 160f.

"wegen der Inanspruchnahme der Gerste und Ackerbohnen für die menschliche Ernährung eine auch einigermaßen genügende Versorgung" nicht möglich sei. Die Staatsregierung sei aber weiterhin bestrebt, eine "tunlichst gleichmäßige Versorgung" zu garantieren.[911]

In den Debatten im Landtag kam auch ein breites Mißtrauen gegenüber staatlichen Behörden zum Ausdruck, die das wirtschaftliche Leben effektiv regulieren und sozial gerecht gestalten sollten, aber doch auf der ganzen Linie versagten. Was man ihnen zugute halten konnte, waren die schweren Bedingungen der Kriegszeit. Zweifel wurden aber auch am Gesetz des Marktes geäußert, der wohl unter den Bedingungen des Friedens, aber nicht unter denen des Krieges funktionierte. Einen sozialen Ausgleich zwischen den wirtschaftenden Ständen konnte er nicht herbeiführen. Im Zeichen des "Burgfriedens" staute sich der Unmut, der nach einem gewonnenen Krieg befriedet werden könnte, wie viele hofften, aber sich in der Niederlage bitter rächen würde. So gut wie alle Probleme, die Stadt und Land gleichermaßen betrafen, wurden im Landtag angesprochen, der damit eine gewisse "Ventil-Funktion" erhielt. So gelang es trotz einer erheblichen materiellen Belastung der Bevölkerung, die durch die Kriegsbewirtschaftung hervorgerufen wurde, von 1914 bis 1918 ein hohes Maß an politischer Stabilität zu wahren und den Krieg gemeinsam zu tragen. Die langwierigen Debatten im Landtag über die Versorgungslage auf dem Lande und in den Städten, über die Situation in der Landwirtschaft und in der Industrie und über die staatliche Kriegsbewirtschaftung in Form von zahllosen bürokratischen Verordnungen, Auflagen und Kontrollen über Produktion, Verteilung und Lieferung spiegelten ökonomische Verteilungskämpfe und soziale Aufschichtungen wider, die das politische wie gesellschaftliche Leben auch in Friedenszeiten bestimmten, aber durch die anhaltende Kriegslage verschärft wurden. Diese Zwistigkeiten, die im Landtag offen artikuliert wurden, entsprachen nicht dem patriotischen Ideal eines im Kampf vereinten deutschen Vaterlandes. Das Pathos der vaterländischen Reden gehörte zum ideologischen Überbau des Ersten Weltkrieges, der in der Erinnerung nachhaltig verklärt wurde.

[911] GESETZBLATT, 39. Bd., S. 705f.

7.4.2. Der fortdauernde konfessionelle Dissens

Ein Kurswechsel in schulpolitischen Angelegenheiten kam für das Zentrum in der Zeit des Ersten Weltkrieges nicht in Frage. Fragen nach der Gestaltung des konfessionell gegliederten Schulwesens brachten Oldenburg immer wieder an den Rand eines "Schulkampfes". Damit hatte das Zentrum zuletzt in den Beratungen des oldenburgischen Schulgesetzes von 1910 gedroht.[912] Unter Hinweis auf Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus lehnte es eine "nationale Einheitsschule" strikt ab. Sie sei die "Einheitsschulschablone des Deutschen Lehrervereins und seines Führers Tews", somit eine "reine Staatsanstalt ohne jeden kirchlichen Einfluß".[913] Die Kämpfe gegen die konfessionelle Schule hätten bereits mitten im Krieg wieder eingesetzt, und Sozialdemokraten wie Linksliberale strebten nach der "Ueberwindung der Konfessionen, insbesondere nach Niederringung des Ultramontanismus (d. h. des Katholizismus)" die Einführung der Einheitsschule an:

> "Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß die **Konfessionsschule neuen schweren Stürmen** entgegengeht und daß der pädagogisch=politische Radikalismus schon jetzt alle Hebel in Bewegung setzt, um Schule und Kirche aus den Angeln zu heben."[914]

Unter dem Motto "Freie Bahn dem Tüchtigen!", das Reichskanzler Bethmann Hollweg zugeschrieben wurde, entfachte der Abgeordnete Karl Tappenbeck (FVP), Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, am Ende des Jahres

---

[912] Franz Driver kämpfe in diesen Debatten für die Beibehaltung der geistlichen Ortsschulaufsicht, "damit uns ein solcher Schulkampf für die Zukunft erspart bleibt und damit das Volksschulwesen [...] wieder in ruhige Bahnen geleitet wird". (XXXI. Lt., 1. Vers., 16. Sitzung, 10.2.1909, S. 328)

[913] OV vom 11.4.1916. Der Deutsche Lehrerverein (DLV) wurde 1871 in Berlin gegründet. Obwohl er an die Tradition von 1848 anknüpfte, entwickelte er sich zu "einem nahezu reinen Volksschullehrerverein". 1908 repräsentierte er mit 150 000 Mitgliedern rund drei Viertel aller männlichen Volksschullehrer aus allen Ländern des Deutschen Reiches. Sein Verbandsorgan war die 1872 begründete "Pädagogische Zeitung", die 1919 den Titel "Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" übernahm. In der Zeit des "Kulturkampfes" stand der DLV auf der Seite des Liberalismus. (BÖLLING, Lehrerorganisationen, S. 24) Johannes Tews war Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des DLV, vertrat ein berufsständisches Lehrerleitbild und entwickelte einen Organisationsplan, der eine sechsjährige Grundschule vorsah und die Mehrzahl der Schüler dann auf eine zweijährige "Bürgerschule" verpflichtete, mit dem Ziel des Übergangs in das gewerbliche und berufliche Leben. Dieser Entwurf büßte bis 1919 an Progressivität zwar ein, beflügelte aber die bürgerlich-demokratischen Reformansätze. Die katholischen Verbände lehnten diese Vorschläge ab. (HEINEMANN, Lehrerverein, S. 50f., CLOER, Schulpolitik, S. 160f.)

[914] OV vom 15.8.1916.

1916 eine schulpolitische Debatte, in die sich auch das Zentrum einschaltete. Tappenbeck forderte eine dringend notwendige Reform des Schulwesens, bei der sich mancher "von überlieferten Anschauungen" freizumachen habe; in diesem Zusammenhang sei auch der Begriff "Einheitsschule" neu zu erörtern. Ziel der Reform sei es, den Übergang nach der vierjährigen Volksschule auf das Gymnasium zu erleichtern und dadurch breiteren Volksschichten den Zugang zur höheren Bildung zu ermöglichen.[915] Der Abgeordnete Schmidt begrüßte die Reformvorschläge grundsätzlich, weil sie "auf den Aufstieg der Schüler aus der Volksschule" abzielten, forderte aber auch eine "Hebung der Volksschule selbst", die "etwa in der Richtung der Einheitsschule" liege. Diese Reform dürfe am Staatsgrundgesetz nicht scheitern. Der Abgeordnete Franz Driver lehnte für seine Fraktion, das Zentrum, die "Einheitsschule" kategorisch ab, wenn man darunter verstehe, "daß alle Schüler ohne soziale und konfessionelle Rücksicht durch **eine** Schule gehen sollen". Dann hebe man die Konfessionalität der Volksschule auf, "was in Widerspruch steht mit dem Schulgesetz und dem Staatsgrundgesetz". Driver gab sich kompromißlos:

> "Für diese Einheitsschule werden wir niemals zu haben sein, die lehnen ich und meine Freunde mit aller Entschiedenheit ab."

Staatsminister Ruhstrat versuchte von den schulpolitischen Gegensätzen, die im Landtag seit jeher geherrscht hatten, abzulenken und schlug unter dem Beifall des Hauses vor, die Entscheidung über eine Reform des Schulwesens auf die Zeit nach dem Kriege zu vertagen:

> "Ich kann mich kurz dahin zusammenfassen, daß ich glaube nach dem, was heute angeführt ist, daß wir nach dem Kriege ganz sicher zu einer befriedigenden Lösung dieser schweren Frage kommen werden."

Damit war der konfessionelle Frieden im Landtag aber nicht wiederhergestellt. Ein Jahr später flammten die bekannten Gegensätze wieder auf, als der Landtag einen selbständigen Antrag des Abgeordneten Ernst Tantzen/Stollhamm (FVP) diskutierte. Als Kern einer Schulreform sah der Antrag Tantzen die Einführung der Mittelschule vom fünften Schuljahr an mit einem eigenen Abschluß, dem "Einjährigen", nach dem neunten Schuljahr vor; der Besuch der Schule sollte vom Schulgeld befreit sein. Dazu mußte das oldenburgische Schulgesetz geändert werden. Tantzen vertrat im Landtag die Mehrheit des

[915] XXXIII Lt., 1. Vers., 5. Sitzung, 18.12.1916, S. 69-71, auch zum folg.

Verwaltungsausschusses, der Abgeordnete Franz Driver die Minderheitenposition.[916] Ernst Tantzen verteidigte die Einführung der Mittelschule mit dem Hinweis, daß es nicht "um eine andere Schule, sondern nur um eine Abteilung der Volksschule" gehe. Franz Driver, der Sprecher des Zentrums, lehnte eine weitere Differenzierung des Schulwesens ab. Von der neuen Mittelschule gehe sowohl eine Schädigung der Volksschule als auch eine Gefährdung für das humanistische Gymnasium aus. Der Zeitpunkt dieser Reform, die auch auf eine Verlängerung der Schulpflicht ziele, sei der "allerungeeignetste". Der Krieg habe "große Lücken gerissen in die Reihen unserer Arbeitskräfte", die nach dem Kriege wieder auszugleichen seien. Dann müsse auf "die Arbeitskräfte der Kinder zurückgegriffen werden", nicht nur in landwirtschaftlichen Betrieben. Bei den Eltern herrsche die Meinung vor: "Jetzt haben unsere Kinder bis zum 14. Jahre die Schule besucht, nun sollen sie doch lieber ins praktische Leben treten." Driver verwarf "solche Schulexperimente", die einen Kleinstaat wie Oldenburg völlig überforderten. Es gelte, die Entwicklung in Preußen abzuwarten.[917] Aber im Laufe der Debatte wurde der "Zentrumsführer" deutlicher und gab zu verstehen, daß er in dem Antrag Tantzen, der von der Sozialdemokratie unterstützt wurde, einen weiteren Schritt in Richtung "Einheitsschule" erkannte. Diese sei nichts anderes als eine "sozialdemokratische Gleichheitsschule", durch die alle Kinder "ohne Rücksicht des Standes und der Konfession" gehen sollten. Driver bekräftigte im Landtag die Position des Zentrums:

> "Diese Einheitsschule bekämpfen wir auf das Lebhafteste, denn sie führt von der Konfessionsschule zur Simultanschule, und von der Simultanschule ist nur ein Schritt zur religionslosen Schule. Diese Einheitsschule lehnen wir mit Entschiedenheit ab."[918]

Der Landtag folgte mit 22 gegen 19 Stimmen dem "Mittelschulantrag" des Abgeordneten Ernst Tantzen und fügte dem Zentrum damit eine empfindliche schulpolitische Niederlage zu.[919] Sie blieb ihm in Erinnerung und nährte seine Skepsis gegenüber einer Liberalisierung des konfessionellen Schulwesens in Oldenburg. Diese zielte aus der Sicht des politischen Katholizismus im Lande auch immer auf eine Entkonfessionalisierung der Schule überhaupt. Die Entscheidung des Landtages blieb ohne Folgen, weil es zu einer Novelle des Schulgesetzes vor dem Ende des Krieges nicht mehr kam, und Fragen der

---

[916] Die Vechtaer OV veröffentlichte den Bericht der Mehrheit (Tantzen) in der Ausgabe vom 11.12.1917, den der Minderheit (Driver) am 12.11.1917.
[917] XXXIII Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 13.12.1917, S. 24ff.
[918] XXXIII Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 13.12.1917, S. 37f.
[919] XXXIII Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 13.12.1917, S. 40.

Schulreform wurden somit auf die Nachkriegszeit vertagt. Das Problem der Einheitsschule werde, so die Vechtaer OV, nach dem Kriege "mit allem Nachdruck eine Lösung verlangen". Dann werde es "eine hochernste Pflicht des Katholizismus" sein, "wichtige neuzeitliche Forderungen von seinem Standpunkte aus zu prüfen". Für diesen Fall habe zu gelten:

> "Keinesfalls dürfen wir Katholiken abseits stehen und den Dingen ihren Lauf lassen."[920]

Vollends brachen die schulpolitischen Gegensätze auf, als der selbständige Antrag tom Dieck (FVP) die Zulassung von Simultanschulen und die Abschaffung der Oberschulkollegien in die Debatte einführte; an die Stelle der Oberschulkollegien sollte das Ministerium als einzige Oberschulbehörde treten. "Auch Oldenburg hat seinen Kampf um die Schule", empörte sich die Vechtaer OV über die "sogenannte liberale Richtung", die die Simultanschule nun "wenigstens" zulassen wolle.[921] Der Schulantrag tom Dieck wurde auf Landtagsbeschluß am 4. März 1918 beraten, obwohl der Abgeordnete vorher sein Landtagsmandat niedergelegt hatte.[922] Driver stützte sich auf eine Erklärung der Staatsregierung, die sich im Interesse des konfessionellen Friedens im Lande entschieden gegen den Antrag tom Dieck gestellt hatte, und erinnerte an die zahlreichen Eingaben, die nicht nur aus katholischen Gemeinden, sondern auch von evangelischer Seite gegen den Antrag an Staatsregierung und Landtag gerichtet worden seien. Die Antwort Drivers war keine Überraschung, aber aufschlußreich, wenn er den Antrag mit Blick auf seine Gefahren für die innere Einheit des Landes und den konfessionellen Frieden ohne Umschweife verwarf:

> "Wir leben in einer schweren, sehr schweren Zeit, sie fordert gebieterisch von uns, daß wir unter uns hier im Lande einig bleiben. Deshalb müssen wir alles tun, um den kon

---

[920] OV vom 1.12.1917, anläßlich eines Berichtes über einen Vortrag von Geheimrat Wilhelm Marx (Düsseldorf) vor der Vereinigung akademisch gebildeter Katholiken Kölns zur Pflege der christlichen Weltanschauung. Marx hielt eine Reihe von Vorträgen in westdeutschen Städten über die zukünftige Gestaltung der konfessionellen Schule. Darin dankte er dem Klerus für seine eindeutige Haltung in schulpolitischen Fragen und warnte davor, "den Zusammenhang zwischen Schule und Pfarrer" zu zerreißen. Es komme darauf an, daß "unsere Konfessionsschule keine Schädigung erleidet" und "die christliche Erziehung überhaupt" nicht gefährdet werde. Auf diesem Gebiet leiste die Einrichtung der katholischen Schulvereinigung, die Katholische Schulorganisation, große Arbeit. Die Einrichtung von Ortsausschüssen der Schulorganisation sei deshalb sehr zu empfehlen. (OV vom 2.2.1918) Nach dem Ende des Krieges wurden auch in Südoldenburg katholische Schulorganisationen gegründet.

[921] OV vom 6.2.1918.

[922] XXXIII. Lt., 2. Vers., 10. Sitzung, 4.3.1918, S. 167f., auch zum folg.

fessionellen Frieden zu wahren, und alles vermeiden, wodurch die konfessionellen Gegensätze in unserm Lande verschärft werden. Nach dem Kriege werden wir schweren Zeiten entgegengehen. [...] Wir werden mit einer enormen Schuldenlast rechnen müssen, an der wir lange abzutragen haben. Wir müssen dann alle unsere Kräfte auf den inneren Ausbau und die Heilung der Wunden verwenden, die der Krieg geschlagen hat. Dazu ist es unbedingt erforderlich, daß wir Einigkeit im Innern behalten und deshalb nichts unternehmen, was diese Einigkeit stören wird. Und dazu gehört, daß wir von der Aenderung des Staatsgrundgesetzes, soweit sie die Konfessionsschule betrifft, absehen. Ich möchte deshalb den Wunsch aussprechen, daß der Antrag tom Dieck, wenn der Landtag gleich beschließt, daß er als zurückgezogen anzusehen ist, nicht wieder seine Auferstehung feiert, sondern daß er endgültig begraben ist."

Der Landtag folgte dem Ansinnen des Zentrums. Der Abgeordnete Theodor Tantzen (Heering) wies bei seiner Begründung aber darauf hin, daß sich seine Partei vorbehalte, "diese Materie zu gegebener Zeit in veränderter, aber dann hoffentlich in weitgehenderer Form wieder aufzunehmen". Am Schluß der Debatte war der Landtag in der Nachkriegszeit angekommen. Die politische Lage hatte sich im Jahr zuvor grundlegend gewandelt.

Der Schulantrag tom Dieck stieß im katholischen Milieu Südoldenburgs auf breite Ablehnung. In einem Vortrag vor dem katholischen Arbeiterverein in Cloppenburg "geißelte" der Landtagsabgeordnete, Bürgermeister Feigel, die "Kulturkampfsgelüste der Mehrheitsparteien des Landtags mitten im Burgfrieden" mit "Worten flammender Entrüstung". Feigel schloß vor den katholischen Arbeitern mit der Mahnung, "allzeit treu zum Zentrum zu stehen, das eine wahre Volkspartei sei und die Interessen aller Stände vertrete, insbesondere darin seine vorzüglichste Aufgabe sehe, die heiligsten Güter des christlichen Volkes zu beschützen".[923] Die Ablehnung der Simultanschule, so die Vechtaer OV, werde auch von protestantischer Seite unterstützt.[924] Der Volksverein organisierte in Südoldenburg Protestversammlungen gegen die Schulanträge im Landtag, auf denen Kaplan Stegemann über den Wert der religiösen Erziehung referierte und als "Beweis Selbsterlebtes aus dem Schützengraben einflocht."[925] Selbst "aus dem Felde" wurden Stimmen gegen den Schulantrag tom Dieck in der Vechtaer OV wiedergegeben.[926] Nach dem

[923] OV vom 15.1.1918.
[924] OV vom 6., 7., 9., 13.2.1918.
[925] OV vom 6.,8., 13.2.1918: Berichte über Protestversammlungen in Holdorf, Barßel, Goldenstedt, Neuenkirchen und Scharrel.
[926] OV vom 15.2.1918. Im Brief eines anonymen Autors, dessen Identität nicht überprüft werden kann, kam die Enttäuschung darüber zum Ausdruck, angesichts der liberalen Schulanträge im Landtag um den verdienten Lohn des gerechten Kampfes gebracht zu werden: "Nun will man uns als Lohn die alten Schuleinrichtungen nehmen, in denen wir Krieger erzogen wurden.

Bericht der Vechtaer Zeitung fand in Delmenhorst eine Protestversammlung statt, an der sich 400 Personen beteiligten. Nach dem Beschluß des evangelischen Kirchenrats hätten die Organisatoren von einer Protestversammlung beider Konfessionen Abstand genommen.[927] Den Schulantrag tom Dieck würdigt der Friesoyther Pfarrer Lambert Meyer in seiner Chronik einer ausführlicheren Notiz. Ohne zur politischen Frage selbst Stellung zu beziehen, gibt Meyer den Verlauf der Landtagsverhandlung wieder.[928]

Zu einer weiteren schulpolitischen Kontroverse kam es im Frühjahr 1918 im Landtag, als der Abgeordnete Tantzen (Stollhamm) in einem selbständigen Antrag die Befreiung eines Kindes vom Religionsunterricht forderte, das keiner Religionsgemeinschaft angehörte oder einer solchen, für die Religionsunterricht nicht erteilt wurde; dazu war eine Änderung des Schulgesetzes nötig. Driver, der eine Minderheitenposition im Landtag vertrat, hielt die Befreiung der sog. "Dissidentenkinder" für bedenklich, weil das geltende Staatsgrundgesetz neben einer bürgerlichen auch eine religiös-konfessionelle Bildung vorschreibe; diesem Ansinnen komme der Antrag Tantzen nicht nach.[929]

7.4.3. Die Krise des oldenburgischen Konstitutionalismus

Das Großherzogtum Oldenburg ging mit einem enormen Reformstau in die politische Zukunft nach dem Ersten Weltkrieg. Die wichtigsten Reformimpulse gingen bis zum Ende des Krieges vom Linksliberalismus aus, nicht nur in schulpolitischen Fragen. Noch im Frühjahr 1918 debattierte der Landtag über den selbständigen Antrag Tappenbeck (FVP), der eine umfassende Ge

---

Man will uns allmählich dem Glauben entfremden, der uns den Krieg so viel leichter ertragen läßt. Mein lieber tom Dieck und Genossen, wir Münsterländer=Feldgrauen tun euch zu wissen kund, daß wir nicht allein für Thron und die Grenzen des Vaterlandes, sondern auch für dessen Einrichtungen kämpfen, somit nicht in letzter Linie auch für unseren Glauben."

[927] OV vom 13.2.1917.

[928] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 11: "Im Landtag war von der liberal-sozialdemokratischen Mehrheit ein Antrag eingebracht, der die Einführung der Simultanschule ermöglichen wollte und die Aufhebung der beiden Oberschulkollegien (katholisch und evangelisch) bestimmte. Hiergegen wurden überall im Münsterlande, z. Tl. auch im Norden, Protestversammlungen abgehalten und entsprechende Resolutionen beschlossen, die an die Regierung und den Landtag geschickt wurden. Der Antrag ist später von der Regierung für unannehmbar erklärt und dann zurückgezogen worden."

[929] OV vom 12.3.1918.

meindereform im Großherzogtum vorsah. Sie wies eine Reihe von progressiven Elementen auf, die auf eine Demokratisierung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften gerichtet waren. Dazu gehörten die Einführung der Verhältniswahl und des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen, die Aufhebung der Vorrechte der Grundbesitzer in den Gemeindevertretungen und des Ausschlusses der Lehrer vom passiven Wahlrecht. Die Verhältniswahl bedeutete eine erhebliche Politisierung der Kommunalverbände, da die Listenwahl durch die Wahl von Parteien ersetzt wurde. Die Staatsregierung lehnte eine Revision der Gemeindeordnung ab. Im Verwaltungsausschuß bildeten sich zwei Minderheits- und eine Mehrheitsposition heraus, die sich parteiübergreifend gestaltete. Eine Minderheit, in der auch der Zentrumsabgeordnete Driver vertreten war, lehnte das Frauenwahlrecht in den Gemeinden ab. Die "Haltung der Frauen in diesem Kriege" sei "über alles Lob erhaben", es werde aber mit Nachdruck bestritten, "daß daraus die Folgerung gezogen werden könne, daß nun auch den Frauen das Wahlrecht in der Gemeinde einzuräumen sei". Die Mehrzahl der Frauen in Oldenburg wünsche das Wahlrecht ohnehin nicht; deshalb bestehe kein Grund, "hier mit dieser 'Neuorientierung' in Deutschland voranzugehen".[930]

Der Landtag lavierte in Oldenburg nicht nur fruchtlos zwischen rechts und links, sondern wurde auch durch den konfessionellen Dissens blockiert, der bis zum Untergang der Monarchie nicht überwunden wurde. Die Parteien waren im Rahmen der konstitutionellen Monarchie nicht gezwungen, politische Verantwortung für das Land in einer Regierung zu übernehmen. In einem Rückblick auf die "Landtagstagung" setzte sich die Vechtaer OV vor allem mit den Liberalen auseinander. Simultanschulen und Beseitigung der Oberschulkollegien seien der Kern ihrer schulpolitischen Anträge gewesen, mit denen sie ein "Fiasko" erlitten hätten. Die Mehrheit für die Simultanschule sei zusammengebrochen, weil der Antrag den Sozialdemokraten, die eine völlige "Verweltlichung der Schule" anstrebten, nicht weit genug gegangen sei und in der Rechten und im Zentrum "aufs schärfste" zurückgewiesen worden sei:

> "Die Katholiken und ein großer Teil der Evangelischen können über diesen Verlauf nur eitel Freude empfinden."

---

[930] OV vom 12., 14.3.1918. Die Mehrheit im Verwaltungsausschuß, die fortschrittlich dominiert war, setzte sich durch. Danach sollten dem nächsten Landtag Gesetzentwürfe zur Änderung der Gemeindeordnung vorgelegt werden, die im wesentlichen auf dem selbständigen Antrag Tappenbeck beruhten.

Der Zeitpunkt für die Beratung von schulpolitischen Fragen mitten im Krieg sei ungünstig gewählt, weil noch gar nicht zu übersehen sei, "ob wir uns die Durchführung solcher umfassenden Schulreformen überhaupt leisten können". Die Abgeordneten im Landtag verträten mehrheitlich die Städte und Marschgebiete, "die die wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Geest teils überhaupt nicht genügend kennen, teils darüber einfach hinweggehen". Die OV schloß daraus: "Sonst ist ihr Drängen mit den Schulreformen nicht zu verstehen." Wie das Frauenwahlrecht lehnte die Zentrumspresse in Vechta auch die Verhältniswahl in den Gemeinden ab; dafür liege kein Bedürfnis vor.[931] Der Vechtaer OV lag daran, den politischen Status quo in Oldenburg zu wahren, jedenfalls bis zum Ende des Weltkrieges, und die Reformen, denen sie sich nicht grundsätzlich verschließen wollte, auf diese Zeit zu verschieben. Politische Priorität genoß aber weiterhin die Wahrung des konfessionellen Schulsystems, das sie auch im Krieg kompromißlos verteidigte.

Die zahlreichen Dissonanzen im Landtag machten über ihre faktische Bedeutung hinaus deutlich: Das System war obsolet geworden. Die Monarchie offenbarte in Oldenburg wie im Reich im Ersten Weltkrieg gravierende strukturelle Schwächen und funktionale Defizite. Aber seine Legitimation stand so lange außer Frage, wie nicht nach der Verantwortung für die desolaten politischen Verhältnisse und in Mißkredit geratenen öffentlichen Institutionen gefragt wurde. Diese Frage drängte sich aber um so stärker auf, je länger der Krieg dauerte. Dann reichte auch die stereotype Antwort von Staatsminister Scheer, man sei auf eine solche lange Dauer des Krieges und seine Herausforderungen nicht eingestellt gewesen, nicht mehr aus. Die Dysfunktion der konstitutionellen Monarchie war auf allen Ebenen sichtbar geworden: Der Großherzog repräsentierte als Staatsoberhaupt die Monarchie nach außen und innen, aber konnte die Lücke eines "Regierungschefs" nicht schließen; die Staatsminister erfüllten in ihrer Funktion als "beamtete" Sachwalter des Monarchen ihre politische Pflicht in der Regierung und im Landtag, sahen sich zu eigenverantwortlichem Handeln aber kaum imstande; der Landtag übte sich weniger als Parlament denn als politisches Diskussionsforum und fügte sich in die Kompetenzen, die ihm nach der Verfassung zustanden. Der Staat wurde in Oldenburg nicht mehr gestaltet, sondern verwaltet. Das Volk, das keine ungeteilte Souveränität genoß, erkannte dies und zog

[931] OV vom 23.3.1918.

sich weitgehend auf die Rolle eines politischen Beobachters am Rande des Geschehens zurück.

7.4.4. Kult des Monarchischen und Ideologisierung des Krieges

Verdeckt und verdrängt wurde die Krise des oldenburgischen Konstitutionalismus durch einen ideologischen Überbau, der bis zum Ende der Kriegshandlungen seine Funktion erfüllte. Die Einweihung des Schulneubaus für das Cloppenburger Realprogymnasium an der Bahnhofstraße am 24. Mai 1918 geriet "zu einer Huldigungsfeier für Seine Durchlaucht, Großherzog Friedrich August", und zu einer durch den Frieden von Brest-Litowsk und die deutsche Ardennenoffensive beflügelten nationalen Kundgebung, die noch Hoffnungen auf einen Siegfrieden aufkommen ließ.[932] In Anwesenheit des großherzoglichen Landesvaters, der von der Schulkapelle mit den Klängen der Oldenburgischen Hymne empfangen wurde und sichtlich erhöht auf einem Podium den Feierlichkeiten in der Aula der neuen Schule beiwohnte, nahm der Cloppenburger Dechant Eduard Brust, der höchste Geistliche in der Stadt, die kirchliche Weihe des neuen Schulhauses vor.[933] Diese Zeremonie demonstrierte vor dem Hintergrund der äußeren Bedrohung die althergebrachte Einheit von Thron und Altar in einer Weise, die im Frühjahr 1918 noch nicht erkennen ließ, daß ein Zeitalter zu Ende ging. Der Jahresbericht der Schule schildert pathetisch den Empfang des Großherzogs:

> "Um 9,40 Uhr traf S. Kgl. Hoheit in Begleitung Sr. Exzellenz des Herrn Justizministers Ruhstrat und des Flügeladjutanten v. Jordan im Auto vor dem Gymnasialgebäude ein und wurde von der Musikkapelle des Realprogymnasiums vom Balkon aus mit den Klängen der Oldenburgischen Landeshymne begrüßt. Am Portal des Schulhauses wurde S. Kgl. Hoheit, nachdem von 2 jungen Mädchen zum Willkommen ein Blumen

---

[932] GELHAUS, Hubert/REINHARDT, Heinrich-Ferdinand: Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 2. Teil: Schulneubau, IN: MT vom 16.6.1989; REINHARDT, Fred: 1917 bezog das "Großherzoglich Oldenburgische Realprogymnasium" sein neues Schulgebäude, IN: VuL Jg. 49, Nr. 121, 21.10.1987, S. 2-6.

[933] Welches Ansehen Eduard Brust, Geheimer Kirchenrat, Pfarrer und Landdechant, in Cloppenburg genoß, geht aus den Feierlichkeiten zu seinem goldenen Priesterjubiläum im Jahre 1918 hervor. In der feierlichen Prozession zur Kirche waren neben der Geistlichkeit, Chorknaben und zahlreichen Engelchen auch die Fahnen und Abordnungen der Jünglingssodalität, des Arbeitervereins, des Gesellenvereins und des Gymnasiums vertreten. Zahlreiche Glückwunschtelegramme von kirchlichen Würdenträgern, gesellschaftlichen Honoratioren und politischen Amtsträgern, u. a. auch vom Großherzog, gingen im Pfarrhause ein. Dabei hatte "der Gedanke an die vielen hundert Männer und Jünglinge der Gemeinde, die vor dem Feinde stehen", eine äußere Feier versagt. (OV vom 7.6.1918)

strauß überreicht war, von Sr. Exzellenz dem Herrn Minister Graepel, Herrn Geheimrat Freese und dem Direktor Teping empfangen und von letzterem zur Aula geführt. Als S. Kgl. Hoheit den Festsaal betreten hatte, spielte die Gymnasialkapelle unter Leitung des Gymnasiallehrers Kramer den Marsch 'Für Kaiser und Reich.' Sobald der Großherzog und sein Gefolge auf den für sie bestimmten Sesseln auf dem Podium Platz genommen hatten, sang ein dreistimmiger Knabenchor mit Klavierbegleitung den Choral 'Bis hierher hat uns Gott gebracht', und hierauf vollzog der hochwürdige Herr Dechant Brust unter Assistenz der Herren Vikar Berssenbrügge und Dr. Sieverding die kirchliche Weihe des Schulhauses, indem er nach Verrichtung der vorgeschriebenen kirchlichen Gebete den Festsaal mit Weihwasser besprengte und mit Weihrauch inzensierte."[934]

In seiner Weiherede entfaltete Dechant Brust die Erinnerung an das ewige Bündnis von Thron und Altar, wenn er mit der Deutung des von ihm gesprochenen lateinischen Weihegebetes die Wünsche verband, "daß in diesem neuen Schulhause ein tüchtiges, ein frommgläubiges, tugendhaftes Geschlecht herangebildet werde, das in eifriger und gewissenhafter Pflichterfüllung befähigt werde, Verdienstliches für Kirche, Staat und Gesellschaft zu leisten". Abgeschlossen wurde die kirchliche Feier mit dem Ambrosianischen Lobgesang, dem "Großer Gott, wir loben Dich", das "von der gesamten Festversammlung unter Begleitung der Musikkapelle gesungen wurde".[935] Den Gipfel chauvinistischer Rhetorik erreichte die Feier in einem von dem Oldenburger Thedering verfaßten Festgedicht, das der Quartaner Josef Thobe rezitierte. Im lyrischen Rhythmus und alldeutschen Gestus eines Kriegs- und Schlachtenliedes hob es mit den Worten an:

"Da draußen der Kampf; mit Donnerschall
Die Schlachtkanonen sprechen.
Doch muß der brandende Wogenprall
In machtloser Wut zerbrechen
An der Heimattreue ehernem Wall,
An deutschen Herzen, gepanzert mit Stahl.

O Du deutsches Heer, Alldeutschlands Stolz,
Nichts Großes gleicht Dir auf Erden!
Doch wir Jungen sind aus dem gleichen Holz,
Was Ihr seid, wollen wir werden.
Auch in unserem Herzen, kerndeutsch wie Gold,
Ist das Banner der Heimat blaurot entrollt."[936]

---

[934] Realprogymnasium, Jahresbericht 1918/19, o. S.
[935] Ebd.
[936] OV vom 27.5.1918; Realprogymnasium, Jahresbericht 1918/19, o. S. Das Festgedicht umfaßt insgesamt neun Strophen.

Aus der Hand von Justizminister Ruhstrat nahm der Bischöfliche Offizial Grobmeyer als Vorsitzender des Katholischen Oberschulkollegiums den Erlaß des Großherzogs über die Gründung des Realprogymnasiums entgegen und dankte dem Monarchen für seine "unausgesetzte Fürsorge für die Wohlfahrt des südlichen Herzogtums". Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und dem Lied "Deutschland, Deutschland über alles" schloß die "erhebende und für alle Teilnehmer unvergeßliche Feier".[937]

Das neue Schulgebäude an der Bahnhofstraße, das über eine ansehnliche Aula verfügte, wurde zum kulturellen Zentrum der südoldenburgischen Kleinstadt und blieb es weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus. Der Grundstein dafür wurde noch während des Ersten Weltkrieges gelegt. Am 31. Januar 1918 veröffentlichte die Cloppenburger MT einen von einflußreichen städtischen Honoratioren unterzeichneten Aufruf "zum Besuch von Aulaabenden im Realprogymnasium zu Cloppenburg". Unterzeichnet war der Aufruf von Dechant Brust, Baurat Borchers, Bürgermeister Dr. Heukamp, Studienrat Dr. Ottenjann und vom Leiter des Realprogymnasiums, Dr. Teping, der auch als der Initiator der Aulaabende anzusehen ist. Der Aufruf war von einem nationalistischen Pathos geprägt, das zum sich abzeichnenden politischen Schicksal Deutschlands im krassen Gegensatz stand und den religiösen Läuterungsgedanken des Krieges nachhaltig betonte:

> "Auch wir in unserem kleinen Cloppenburg wollen Schildwacht halten in deutscher Treue für deutsche Ewigkeitswerte. Wir wenden uns an die ganze Bevölkerung in Stadt und Land und rufen sie alle zusammen zur Wacht. Ihr Gebildeten aller Stände und Schichten, wir wollen euch einen Sammelpunkt geben in der Aula unseres neuen Realprogymnasiums. Dort sollen euch von Zeit zu Zeit Männer mit deutschen Christenherzen, Männer der deutschen Wissenschaft, Männer deutschen Könnens, Männer deutscher Tat, Männer deutschen Willens, Männer deutscher Kunst Vorträge halten über alles, was groß und schön und deutsch und heilig war und ist und bleiben wird vor dem Kriege, im Kriege und nach dem Kriege. Kommt wieder heraus aus euren kleinlichen, selbstsüchtigen Sorgen und Ängsten, legt alles ab, was Schlacke ist, und werdet wieder freie deutsche Männer und Frauen. Was wir euch bringen wollen durch die besten Männer und Frauen unseres Volkes, soll den Wahlspruch tragen: 'Treu deutsch und männlich fromm!'"[938]

Ein weiterer Aufruf, der in der Cloppenburger MT am 23. Februar 1918 erschien, verstärkte den national-religiösen Idealismus und erkannte im deutschen

---

[937] Realprogymnasium, Jahresbericht 1918/19, o. S.
[938] MT vom 31.1.1918; WILLENBORG, Kulturleben, S. 193.

Volk ein "Ringen nach Idealen, nach der Wahrheit und Schönheit als solcher". Den gegenwärtigen Krieg betrachtete er als einen "von ganz anders gearteten Völkern feindselig aufgezwungenen", den die Deutschen um ihrer nationalen Ehre willen gegen eine Koalition von Feinden führten, die "aus Mißgunst, Neid, Habgier und Rachsucht" einen Weltbrand entfacht hätten. In einer Verknüpfung des nationalen mit dem religiösen Gedanken stellte der Aufruf fest, "daß dem mit innigem religiösen Empfinden untrennbar verknüpften deutschen Idealismus eine befreiende, erlösende Kraft" innewohne. Der Artikel schloß mit dem markanten Zitat:

> "Am deutschen Wesen wird die Welt genesen."[939]

Mit Verzagtheit und Bitterkeit wurden die eintreffenden Nachrichten über Waffenstillstand und Revolution aufgenommen, als die Demobilisierung auch Südoldenburg berührte und die Menschen das "aufrichtige Bedürfnis" verspürten, "den tapferen Kriegern, die Jahre hindurch so Unsagbares für uns geduldet hatten, in der Heimat eine angenehme Unterkunft zu gewähren." Vom 23. November 1918 an wurden einige Räume des Schulhauses an der Bahnhofstraße mit Truppen belegt. Aber die nationalistische Weltkriegs-Rhetorik überdauerte die kommende Phase tiefer politischer wie wirtschaftlicher Irritationen und führte ein unruhiges Dasein auf den verdrängten Schattenseiten der Weimarer Republik. Der Cloppenburger Direktor Teping hatte anläßlich der Einweihungsfeierlichkeiten im Frühjahr 1918 noch aus Goethes "Iphigenie" zitiert und in der neoklassizistischen Architektur des neuen Schulhauses "ein Wahrzeichen der unverwüstlichen Kraft des deutschen Volkes", das "zu den Wolken emporrage", geschaut.[940] Die unpolitischen Leitbilder das klassischen Humanismus wurden in ihrer Zeitlosigkeit zum opportunen Vehikel politischer Tagesinteressen und zur Gloriole einer alten Welt stilisiert, von der sich viele nur in bitterer Scham und mit dem verletzten Gefühl verlorener Ehre verabschieden konnten.

---

[939] MT vom 23.2.1918; WILLENBORG, Kulturleben, S. 193.
[940] Realprogymnasium, Jahresbericht 1918/19, o. S.

7.5. Die Haltung der katholischen Kirche im Ersten Weltkrieg

7.5.1. Papst Benedikt XV.

Der Kriegsbeginn war in der römischen Weltkirche gekennzeichnet durch einen Wechsel im Pontifikat, der den politischen Kurs der Kurie aber nicht wesentlich veränderte. Pius X. starb am 20. August 1914, kurz nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges.[941] Zu seinem Nachfolger wurde am 3. September 1914 der Erzbischof von Bologna, Kardinal Giacomo della Chiesa, gewählt, der sich Benedikt XV. nannte.[942] Er bewahrte "in den Schrecken des Ersten Weltkrieges eine strikte Neutralität", den Krieg selbst bezeichnete er als "Selbstmord des gesitteten Europa".[943] In seinem ersten Sendschreiben "Ad universos orbis catholicos" vom 8. September 1914 setzte sich der neue Papst Benedikt XV. für den Frieden ein und forderte "aus ganzer Seele jene, welche die Geschicke der Völker leiten", dazu auf, "um des Wohles der menschlichen Gesellschaft willen die Zwietracht" zu beenden und zu bedenken, "daß schon zuviel Trauer und Elend vorhanden ist, um es noch zu vermehren, daß genug Ruinen geschaffen, genug des menschlichen Bluts geflossen ist".[944] Von diesem Geist, daß die Völker den Frieden verdient, die politischen Staatsoberhäupter ihn zu erfüllen hätten, waren auch die ernsthaften Friedensbemühungen von Papst Benedikt XV. beseelt, der durch den Kriegseintritt Italiens im

---

[941] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 48, Nr. 12, 20.8.1914, S. 63f.: Oberhirtlicher Erlaß in Betreff des Hinscheidens Sr. Heiligkeit des Papstes Pius X. vom 20.8.1914. In seinem Schreiben erinnerte der Bischof von Münster an den Wahlspruch des verstorbenen Papstes, "Alles in Christo erneuern", der ihn stets darin bestärkt habe, "die Herde Christi im wahren Glauben zu erhalten, im Glauben zu stärken, die Irrtümer der Zeit von ihr fern zu halten, ihr alle Gnadenschätze der Kirche in reichstem Maße zuzuwenden [...]". Aus Anlaß der bevorstehenden Papstwahl ordnete Bischof Johannes besondere heilige Messen, Andachten und Fürbitten an.

[942] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 48, Nr. 14, 3.9.1914, S. 69f.: Oberhirtlicher Erlaß betr. die Wahl des neuen Papstes Benedikt XV. vom 3.9.1914. In seinem Hirtenbrief unterstrich Bischof Johannes den Primat des Papstes mit Worten, denen eine exemplarische Bedeutung zukommt: "Der Papst ist der sichtbare Stellvertreter des unsichtbaren Oberhauptes der Kirche, der Stellvertreter Jesu Christi. Der Papst ist der oberste Lehrer der Kirche, der die göttliche Offenbarung mit untrüglicher Sicherheit uns verkündet. Sein Anspruch ist unfehlbar, wenn er in Sachen des Glaubens oder der Sitte eine Entscheidung trifft. Der Papst ist der Verwalter und Ausspender der himmlischen, von Christus uns verdienten Gnadenschätze. Er ist der höchste Hirt der Kirche, ihm steht es zu, die Gläubigen aller Länder und Zungen zu leiten, in seiner Hand liegt das Recht, für die ganze Kirche Gesetze zu geben, Anordnungen zu treffen, die für alle verbindlich sind. Der Papst besitzt die höchste Schlüsselgewalt, die der Heiland einst dem Petrus verlieh."

[943] FRANZEN, Papstgeschichte, S. 379.

[944] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 48, Nr. 15, 6.10.1914, S. 71f.: Sendschreiben Papst Benedikts XV. "an die Katholiken des Erdkreises zu Gunsten des Friedens".

Jahre 1915 selbst in eine schwierige Situation geriet.[945] In einem päpstlichen Erlaß (Motu Proprio) zum Fest der Heiligen Peter und Paul am 29. Juni 1918 bekräftigte Benedikt XV. jene theologische Deutung des Krieges, die für die katholische Kirche zur Richtschnur geworden war. Er sah den Sinn von Tod und Verderben darin, Gott selbst, "der erzürnt ist ob der Sünd= und Lasterhaftigkeit, die so weite Kreise gezogen hat", zu versöhnen und "Gottes beleidigte Majestät gnädig zu stimmen" durch Gebet und Opfer.[946] Auf Geheiß des Papstes ordnete der Bischof von Münster für das Fest Peter und Paul ein "Hochamt vor ausgesetztem Allerheiligsten Sakramente" mit sakramentalem Segen, eine "eigene Sakramentenandacht mit Allerheiligenlitanei" und Friedensgebete an.[947]

Der Papst wollte den Frieden, den nur die Lenker der Staaten geben konnten. In die Vorbereitung der Friedensnote Benedikts XV. vom 9. August 1917 war der Münchner Nuntius Eugenio Pacelli einbezogen, der Besprechungen mit der Reichsregierung über die belgische Frage aufnahm, jedoch ohne ein konkretes Ergebnis. Der deutsche Katholizismus wollte die Friedensofferten im Frühjahr 1917 nicht einseitig der politischen Linken überlassen.[948] Der Papst forderte in seinem Appell eine gleichzeitige und allseitige Abrüstung, einen Verzicht der kriegführenden Parteien auf territoriale und wirtschaftliche Kriegsziele, die Freiheit der Meere, einen Verzicht auf Reparationen und schließlich die Räumung besetzter französischer Gebiete und Belgiens sowie die Sicherung seiner Souveränität.[949] Diese Vorschläge hätten im Kern die Wiederherstellung des "status quo ante bellum" bedeutet und waren für die deutsche Seite nicht akzeptabel. In den Amtsblättern der Diözesen wurde die

---

[945] Wiederholt griff die Vechtaer OV die sog. "römische Frage" auf, die die italienische Regierung 1871 zu einer "inneren Angelegenheit" erklärt habe. Der Papst selber habe erkannt, daß sein Schicksal von Zivilbehörden abhängig sei und dem "heiligen Stuhle die volle zur Regierung der Kirche durchaus notwendige **Freiheit** fehle". Die römische Frage sei nicht eine "innere Frage Italiens", sondern "ihrem Wesen und ihrer Natur nach durchaus **international** und für den gesamten **katholischen Erdkreis vom höchsten Interesse**". Der Heilige Stuhl dürfe auf keinen Fall von einem eventuellen Friedenskongreß ausgeschlossen werden, weil er "die höchste moralische Autorität auf Erden" repräsentiere. (OV vom 6.3.1916)

[946] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 10, 14.6.1918, S. 53f.: Päpstlicher Erlaß am Fest der Himmelfahrt Christi vom 9.5.1918; OV vom 11.5., 27.6.1918. Aus Anlaß des päpstlichen Schreibens empfahl Bischof Johannes seinen Gläubigen die "am Peter= und Paulstage abzuhaltende Kollekte für den heiligen Vater", d. h. den "Peterspfennig", mit "besonderer Wärme".

[947] OV vom 27.6.1918: Bischöfliches Schreiben zum Feste Peter und Paul vom 15.6.1918.

[948] So Matthias Erzberger am 24. April 1917 an Lorenzo Schioppa von der Münchner Nuntiatur (SCHEIDGEN, Bischöfe, S. 328f.)

[949] OV vom 17., 18.8.1917.

Friedensnote nicht abgedruckt, auch in der Zentrumspresse war das Echo zurückhaltend.[950] Die Vechtaer OV begann mit der Information über dieses zentrale Dokument päpstlicher Friedenspolitik eine Woche nach seiner Veröffentlichung.[951] Die nationale Kriegszielpolitik, die das Deutsche Reich betrieb, war mit den Vorstellungen der Kurie nicht zu vereinbaren.

7.5.2. Die Einstellung des deutschen Episkopats zum Krieg

Die Erfahrung des "Kulturkampfes" mahnte zwar zur Vorsicht, aber in den Jahren des Weltkrieges reihte sich der deutsche Katholizismus ohne Vorbehalte in die nationale Front ein. Er zeigte sich politisch saturiert. Im Krieg erwies sich bis 1917 nachhaltig, "daß die deutschen Katholiken zu den 'tragfähigsten Pfeilern' des Reiches gehörten". Das Zentrum hatte seinen Frieden mit Reich und Staat gemacht und stellte im Krieg alle Vorbehalte gegenüber den Hohenzollern und Preußen zurück.[952] Die Teilnahme des Kaisers an einem katholischen Feldgottesdienst, den der Kölner Kardinal von Hartmann zelebrierte, nahm die Vechtaer OV zum Anlaß, nachhaltig den "vollen konfessionellen Frieden in unserm deutschen Vaterlande" einzufordern, der aus den Schützengräben erwachsen sollte, und erinnerte an die Zeit des "Kulturkampfes":

> "Als dieser Weltkrieg ausbrach und der Kaiser sein Volk zu den Waffen rief, da haben die deutschen Katholiken ganz selbstverständlich restlos ihre Pflicht getan [...]. Wir wünschen und hoffen, daß **nie** mehr die Zeit kommen möge, in der wir Anfechtungen von Stammesbrüdern gegenüber auf diese kaiserliche Anerkennung hinweisen müssen; [...] Wenn dieser Friede aus den blutdurchtränkten Schlachtfeldern, auf denen alle Deutsche ohne Unterschied des Glaubens gekämpft haben, erblühen sollte, dann dürften wir froh in die Zukunft sehen in dem Bewußtsein, daß Gott in diesem schweren Kampfe um unser Dasein mit uns war."[953]

---

[950] SCHEIDGEN, Bischöfe, S. 329ff.

[951] OV vom 16.8.1917 (Der Inhalt der Note nach Berichten.), 17.8.1917 (Der Inhalt des päpstlichen Schreibens.), 18.8.1917 (Der Wortlaut des päpstlichen Schreibens), 20.8.1917 (Kommentar zum "Friedensvorschlag des Papstes").

[952] MORSEY, Zentrumspartei, S. 53; SCHEIDGEN, Bischöfe, S. 20ff.

[953] OV vom 15.4.1916. Hartmann, der auch Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz war, unternahm vom 6. bis 13. April 1916 eine Reise an die Westfront und zelebrierte diesen Gottesdienst am 13. April 1916 im Großen Hauptquartier. (SCHEIDGEN, Bischöfe, S. 143ff., 340ff.) Unter dem Titel "Ein Treuegelöbnis" heißt es in der Vechtaer OV: "Es mag für alle Beteiligten ein erhebender Augenblick gewesen sein, als der katholische Bischof unter dem Donner der Geschütze in einer katholischen Kirche in Feindesland in die Hände des höchsten deutschen

In den Jahren des Ersten Weltkrieges hielt der Bischof der Diözese Münster, Johannes Poggenburg, engen Kontakt zu seinen Diözesanen. Bereits in seinem ersten Hirtenschreiben an die Geistlichkeit und die Gläubigen seiner Diözese vom 1. August 1914 stellte er sich auf die neue politische Lage ein und appellierte an die Gläubigen, sich bereitwillig in den Dienst für das Vaterland zu stellen. Offensichtlich war er auf diese Situation vorbereitet:

> "Der Krieg hat begonnen, ernste Zeiten sind angebrochen. Se. Majestät der Kaiser hat vor aller Welt bekundet, daß er der Gerechtigkeit unserer Sache sich bewußt und im Vertrauen auf den allmächtigen Gott, an dessen Segen alles gelegen ist, in den Kampf zieht. Er vertraut zugleich, daß sein Volk in diesen schweren Zeiten treu zu König und Vaterland stehen werde."

Bischof Johannes ordnete für den 5. August 1914 "ein solennes Hochamt de tempore belli" in allen Pfarrkirchen und eine Kirchenkollekte "für die zurückgebliebenen Angehörigen der ins Feld gerückten Truppen" an.[954] Diese Praxis in der Seelsorge behielt der Diözesanbischof in den Kriegsjahren bei. In einem umfangreichen Hirtenbrief vom 17. November 1914 bezeichnete er den Ersten Weltkrieg als eine "schwere Prüfungszeit" und forderte die Gläubigen auf, "die Heimsuchungen dieser ernsten Zeit in Geduld zu ertragen". Die erste Zeit des Krieges, "in der unter dem Donner der Geschütze überall in unserm deutschen Volke der Gottesglaube und das Gottvertrauen neu erwacht" seien, sei "ein einziger, ununterbrochener, ernst feierlicher Gottesdienst" gewesen. Im Anschluß an das Hirtenschreiben ordnete das Generalvikariat wöchentlich "zwei, höchstens drei sogenannte Kriegsandachten" mit Aussetzung des Allerheiligsten Altarssakramentes und Segen an.[955] Bischof Johannes befürwortete mit Schreiben vom 21. November 1914 die Anordnungen der staatlichen Behörden zur Regulierung der Lebensmittel- und Futtermittelversorgung, die der Bundesrat am 28. Oktober 1914 verabschiedet hatte. Er erklärte den Geistlichen die politische Absicht der Feinde, "durch Abschneidung der Getreidezufuhr allmählich Nahrungsmangel bei uns herbeizuführen und dadurch uns zum Abschluß eines ungünstigen Friedens zu zwingen". Es handle sich um "eine ernste patriotische Pflicht aller", äußerste Sparsamkeit anzuwenden und Sorglosigkeit im Umgang mit Lebensmitteln zu vermeiden. An den Klerus richtete er die eindringliche Mah

---

Kriegsherrn namens der katholischen Soldaten der Armee das **Gelöbnis** unentwegter Treue niederlegte."

[954] Kirchliches Amtsblatt Jg. 48, Nr. 9, 3.8.1914, S. 53f.

[955] Kirchliches Amtsblatt Jg. 48, Nr. 16, 17.11.1914, 77ff.

nung, sich mit dem Inhalt der Verordnungen bekanntzumachen, "die Gläubigen über die große Bedeutung derselben zu belehren und zur bereitwilligen und gewissenhaften Beachtung derselben anzuhalten". Das Generalvikariat lenkte im Interesse der nationalen Finanzwirtschaft "die Aufmerksamkeit des Seelsorgsklerus" auch auf das Auswechseln von Goldmünzen hin, "da gerade die ländliche Bevölkerung anscheinend beträchtliche Goldmengen noch besitzt". Zu den traurigen Obliegenheiten erklärte es die Eintragung verstorbener Soldaten in das Totenregister der Wohnsitzpfarrei. Für die Eintragung solcher Sterbefälle seien die entsprechenden kaiserlichen Verordnungen zu beachten. Der Wahrung christlicher Frömmigkeit galt auch die "Warnung vor abergläubischen Gebetszetteln", die "abergläubische Meinungen und Verheißungen" enthielten.[956] Auch diese Erklärungen betrachtete die katholische Kirche nicht als politische Interventionen, sondern als seelsorgerische Maßnahmen.

Noch vor Weihnachten 1914 sahen sich die deutschen Erzbischöfe und Bischöfe veranlaßt, in einem gemeinsamen Hirtenbrief das gegenwärtige Kriegsgeschehen theologisch zu deuten. Sie erklärten den Krieg zu einem von Gott selbst dem deutschen Volk auferlegten "Gottesgericht", einem Akt der Läuterung, der Buße und Sühne für die "schmachvolle, wegwerfende Behandlung, Entwertung, Verhöhnung" der Religion und den "Niedergang des religiösen und sittlichen Lebens", der in der Vorkriegszeit auch das deutsche Volk erfaßt habe. Er habe schließlich "die Ehe entweiht und um ihren Kindersegen gebracht". Unter dem Motto "Kriegszeit ist Bußzeit" führten die Oberhirten ihren Gläubigen in grellen Farben ein Bild des sittlichen Verfalls und religiösen Niedergangs in Deutschland vor Augen, Erscheinungen einer zügellosen Zeit, die den Zorn des obersten Weltenrichters über das deutsche Volk herabgerufen hätten:

> "Es hat sich gezeigt in diesem Kriege, daß eine Nation nicht furchtbarer geschädigt werden kann, als wenn man ihr die religiöse Lebensader unterbindet. Aber leider derartige Bestrebungen sind auch uns nicht ganz fremd geblieben. Unheimliche Kräfte arbeiteten auch bei uns auf eine Trennung von Staat und Kirche hin, auf möglichste Ausschaltung christlichen Geistes und christlicher Grundsätze aus der Jugenderziehung, aus dem öffentlichen und sozialen Leben; ihr Ideal ist ein Höchstmaß von Freiheit auch für die gefährlichsten Zeitströmungen, aber engste Einschränkung und Bevormundung der Kirche und der religiösen Lebensregungen. Unsere Schuld, unsere größte Schuld.

[956] Kirchliches Amtsblatt Jg. 48, Nr. 17, 4.12.1914, S. 87ff.: Verordnungen des Generalvikariats vom 21. und 28.11.1914.

> Der Krieg hat vor sein Gericht geladen die moderne, widerchristliche, religionslose Geisteskultur und hat ihren Unwert, ihre Hohlheit und Haltlosigkeit, ihre Schuldhaftigkeit aufgedeckt. Aber auch in unser Vaterland war diese Kultur schon bedenklich weit eingedrungen, eine ihrem ganzen Wesen nach unchristliche, undeutsche und ungesunde Ueberkultur mit ihrem äußeren Firnis und ihrer inneren Fäulnis, mit ihrer rohen Geldsucht und Genußsucht, mit ihrem ebenso anmaßenden wie lächerlichen Übermenschentum, mit ihrem ehrlosen Nachäffen einer fremdländischen verseuchten Literatur und Kunst und auch der schändlichsten Auswüchse der Frauenmode."[957]

Das ganze deutsche Volk leiste im Krieg tatkräftige Sühne, denn wahre Reue tilge zwar die Schuld, nicht aber auch jede Strafe. Die Weltgeschichte stehe an einem Wendepunkt, der über das Schicksal des Deutschen Reiches entscheide, ob es sich durch "gründliche Umkehr" christlich erneuern oder weiter von Gott abfallen werde. Die Kultur- und Zeitkritik der deutschen Bischöfe übte sich auch im ersten Kriegsjahr ganz in der bewährten Tradition des 19. Jahrhunderts und ließ mit ihrem Affront gegen eine "unchristliche, undeutsche und ungesunde Ueberkultur", der Verwerfung eines omnipotenten "Übermenschentums", das sich gegen Gott auflehnt und sich an seine Stelle zu setzen trachtet, und dem nationalistischen Bekenntnis zur deutschen Kultur keinen Zweifel, wie sie sich die deutsche Zukunft nach dem Ende des Krieges vorstellte. Die Bischöfe erteilten einer liberalen, offenen Gesellschaft eine eindeutige Absage und erwarteten eine politische Zukunft auf der Grundlage einer christlichen Erneuerung: "So gute Folgen erwarten wir für uns und das ganze Vaterland von den heiligen Uebungen, zu denen wir euch dringend einladen." An der bestehenden Verfassungsordnung brauchte sich zu diesem Zwecke nichts zu ändern. Unverkennbar zeigte sich im geflügelten Wort vom "Übermenschen" eine Anspielung auf Friedrich Nietzsches "Zarathustra". Die Erkenntnis "Gott ist tot" und ihre Folgen für die christliche Religion und abendländische Moralität stehen im Zeichen einer "Umkehrung aller Werte" im Mittelpunkt des "Zarathustra".[958] Nietzsche verstellte phi

---

[957] Kirchliches Amtsblatt Jg. 48, Nr. 19, 17.12.1914, o. S. und Datierung, auch zum folg. Der öffentliche Abdruck des Hirtenbriefes wurde erst seit dem 27.12.1914 gestattet.

[958] NIETZSCHE, Zarathustra, S. 549f. In der dritten Vorrede des "Zarathustra" preist Nietzsche die irdische Sendung des "Übermenschen" u. a. mit den Worten: "Der Übermensch ist der Sinn der Erde. Euer Wille sage: der Übermensch *sei* der Sinn der Erde! Ich beschwöre euch meine Brüder, *bleibt der Erde treu* und glaubt denen nicht, welche euch von überirdischen Hoffnungen reden! Giftmischer sind es, ob sie es wissen oder nicht. Verächter des Lebens sind es, Absterbende und selber Vergiftete, denen die Erde müde ist: so mögen sie dahinfahren! Einst war der Frevel an Gott der größte Frevel, aber Gott starb, und damit starben auch diese Frevelhaften. An der Erde zu freveln ist jetzt das Furchtbarste [...]." Die einzelnen Abschnitte des philosophischen Werkes "Also sprach Zarathustra" erschienen in den Jahren 1883 (1. und 2. Teil), 1884 (3. Teil) und 1885 (4. und letzter Teil); das Zitat ist dem ersten Teil entnommen. Nietzsche selbst deutete das Bedrängende

losophisch zu seiner Zeit jede Aussicht und jede Hoffnung, die Welt noch einmal wieder nach einem geschlossenen Glaubens- oder Wertsystem deuten zu können: Damit konnten und wollten sich die deutschen Bischöfe niemals abfinden.

Bischof Johannes von Münster setzte seine Bemühungen unentwegt fort, die staatlichen Organe und Behörden bei der Durchführung ihrer zahlreichen Verordnungen, Auflagen und Kontrollen zu unterstützen. Das Generalvikariat lokkerte das Sonn- und Feiertagsverbot für Arbeiten, die nach den Worten des Reichskanzlers vom 3. August 1914 "im Interesse der Mobilmachung des Heeres notwendig und für die Beschleunigung der Mobilmachung dienlich sind". Davon unabhängig bestehe weiterhin die Pflicht, jeden Sonntag eine heilige Messe zu hören. Im gleichen Amtsblatt publizierte es eine Verfügung der Militärbehörden vom 23. Januar 1915, die die Aushilfe durch Kriegsgefangene bei den ländlichen Arbeiten der Frühjahrsbestellung betraf, und bat die Geistlichen um Aufklärung in ihren Pfarreien. "Um eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen", sei es nach Mitteilung der Behörden außerdem notwendig, "daß im kommenden Frühjahr in erheblich größerem Maße, als es bis jetzt geschehen ist, Gemüse, Frühkartoffeln und schnell reifende Gewächse angepflanzt werden".[959] Das Bischöfliche Generalvikariat in Münster publizierte zahlreiche staatliche Verfügungen im "Kirchlichen Amtsblatt" und trug somit erheblich zu ihrer Verbreitung und Bekräftigung bei.

Im ersten Kriegshirtenbrief zur Fastenzeit des Jahres 1915 wiederholte Bischof Johannes von Münster die bereits bekannten Positionen zur theologi

---

und das Befreiende dieser kulturhistorischen Wende, die in ihrer Tragweite nur von wenigen "freien Geistern" erahnt werde: "Das größte neuere Ereignis - daß ‘Gott tot ist’, daß der Glaube an den christlichen Gott unglaubwürdig geworden ist - beginnt bereits seine ersten Schatten über Europa zu werfen. Für die wenigen wenigstens, deren Augen, deren Argwohn in den Augen stark und fein genug für dies Schauspiel ist, scheint eben irgendeine Sonne untergegangen, irgendein altes tiefes Vertrauen in Zweifel umgedreht: ihnen muß unsre alte Welt täglich abendlicher, mißtrauischer, fremder, ‘älter’ scheinen. In der Hauptsache aber darf man sagen; das Ereignis selbst ist viel zu groß, zu fern, zu abseits vom Fassungsvermögen vieler, als daß auch nur seine Kunde schon angelangt heißen dürfte; geschweige denn, daß viele bereits wüßten, was eigentlich sich damit begeben hat - und was alles, nachdem dieser Glaube untergraben ist, nunmehr einfallen muß, weil es auf ihm gebaut, an ihn gelehnt, in ihn hineingewachsen war: zum Beispiel unsere ganze europäische Moral." (NIETZSCHE, Wissenschaft, S. 489f.) Das 5. Buch der "Fröhlichen Wissenschaft" unter dem Titel "Wir Furchtlosen" wurde der zweiten Ausgabe 1887 des Werkes beigefügt. Die erste Ausgabe war 1882 erschienen.

[959] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 49, Nr. 4, 30.1.1915, S. 17f.: Mitteilungen des Bischöflichen Generalvikariats vom 28. und 29. Januar 1915.

schen Deutung des Kriegsgeschehens. Unter dem Motto "Leiden lehrt beten" beklagte er nachdrücklich, daß in den letzten Jahren des Friedens der "Geist der Gottentfremdung" und "eine schrankenlose, maßlose, ziellose Vergnügungssucht" alles beherrscht habe und Hoffnung nur aus "einer religiösen Erneuerung, einer geistigen Wiedergeburt" erwachsen könne:

> "Im Glück und Wohlgehen denkt mancher wenig an Gott, der ihn zu seinem Dienste erschaffen, an die letzten Dinge, an die Vergeltung nach dem Tode. Leichtsinn, Zerstreutheit, Vergnügungssucht, Gleichgültigkeit und Lauheit ist das Gepräge jenes Lebens."

In der Interpretation des Krieges als Heilsgeschichte starben die deutschen Soldaten einen gerechten Tod. Der Himmel, versicherte Bischof Johannes, werde den Gefallenen "jenen herrlichen Lohn" geben, "den die Erde ihnen niemals hätte bieten können". Im gleichen Amtsblatt folgte er dem Wunsch des Kaisers, "daß bei dem Gottesdienst am nächsten Sonntag der Befreiung Ostpreußens vom Feinde mit Dank gegen Gott gedacht werde", und ordnete für den 21. Februar 1915 in allen Pfarrkirchen zur Danksagung ein feierliches "Te Deum" im Anschluß an das Hochamt an.[960] Im Hirtenbrief vom 21. November 1915, der am ersten Adventssonntag verlesen werden sollte, rief er die Gläubigen seiner Diözese zum Dank gegen Gott auf, weil die Bevölkerung "im ganzen deutschen Vaterland" bisher "vor schweren Kriegsgeschikken, vor Verwüstung, Plünderung und Hungersnot" bewahrt geblieben sei. Sie sollten ihren Dank zum Ausdruck bringen durch "Mäßigkeit, Genügsamkeit, Sparsamkeit und Einfachheit", um so "dem Heiland immer ähnlicher zu werden".[961]

Der Kriegsalltag bestimmte weiterhin die Seelsorge der katholischen Kirche, die sich laut Verfügung des Kriegsministeriums vom 1. Oktober 1915 auch auf die Kriegsgefangenen erstrecken sollte. Das Generalvikariat machte nachdrücklich auf die Versorgung, Unterbringung und Adoption von katholischen Kriegerwaisen nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches

---

[960] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 49, Nr. 5, 7.2.1915, S. 19ff. Die Kundgebung des Bischofs über die "Befreiung Ostpreußens" bezog sich auf die Winterschlacht in Masuren im Februar 1915, die die 9. Armee unter dem Oberbefehl von Paul von Hindenburg für sich entscheiden konnte. In der Fasten-Verordnung für das Jahr 1915 erinnerte Bischof Johannes daran, daß in der sog. "geschlossenen Zeit" von Aschermittwoch bis zum ersten Sonntag nach Ostern (Weißer Sonntag) keine Hochzeiten stattfinden durften und die Gläubigen von "öffentlichen Lustbarkeiten, insbesondere von Tanzlustbarkeiten", Abstand zu nehmen hatten.

[961] Abgedr. bei SCHEIDGEN, Bischöfe, S. 378f.

aufmerksam und sah in diesen Aufgaben ein großes Betätigungsfeld katholischer Caritas. Trotz der Notlage im Krieg hielt Bischof Johannes am sog. "Peterspfennig", einer Kollekte für den Bischof von Rom, fest.[962] Seine Solidarität galt über politische Zwistigkeiten hinweg auch dem "katholischen Polen, das immer ein Bollwerk des Christentums gewesen ist und Jahrhunderte lang Europa gegen die wilden Horden der Tataren verteidigte, das immer eine treue Tochter der Kirche war" und nun "vollständig verwüstet und einem Elend preisgegeben" sei, "wie es die Welt vielleicht noch nie gesehen".[963] Die katholische Caritas wurde 1916 in Münster durch die Gründung eines Diözesan-Caritas-Verbandes neu organisiert, damit sie die überaus großen Anforderungen der Zeit auch erfüllen konnte. In seiner Ansprache zur Gründung des neuen Verbandes würdigte Bischof Johannes Poggenburg die Arbeit der Caritas, die in der Zeit des Krieges "herrliche Triumphe gefeiert" habe. Die Gründung des Diözesanverbandes solle "den Beweis bringen, daß die katholische Caritas in unserer heiligen Kirche [...] auch heute ihre volle Berechtigung hat." Auf dem Gebiete "der Pflege der werktätigen Nächstenliebe" gebe es viele Aufgaben, "die bei der konfessionellen Organisation sicher am besten aufgehoben sind und gelöst werden."[964]

Im Kriegsjahr 1916 veränderte sich die Lage, aber eine innenpolitische Wende blieb noch aus. Der Kampf um Verdun, dem vom Beginn des deutschen Angriffs am 21. Februar 1916 bis zur Offensive der Franzosen am 16. Dezember 1916 335 000 deutsche Soldaten zum Opfer fielen, und die Grausamkeit des Stellungskrieges und der Materialschlachten stellten das unermeßliche Leid des Krieges deutlich vor Augen. Im Fastenhirtenbrief des Jahres 1916 erflehte Bischof Johannes einen "ehrenvollen Frieden" für das deutsche Volk, "denn so reich an Segen und Ehren dieser gewaltige Völkerkrieg bis jetzt für unser teueres Vaterland gewesen ist, ebenso reich hat er sich auch erwiesen an Trauer und Tränen".[965] Das "bis jetzt" deutete einen Einschnitt in der Haltung des Bischofs von Münster zum Krieg an, die nunmehr von Realismus geprägt war. Die Frage nach der Schuld an diesem Krieg

---

[962] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 49, Nr. 17, 23.10.1915, S. 85ff. Der Vatikan bedankte sich im Schreiben von Kardinal Gaspari an den Bischof von Münster vom 20. Januar 1917 für die treue Anhänglichkeit der Diözese an Papst Benedikt XV., mit der diese, "der eigenen gegenwärtigen Bedürfnisse ganz und gar vergessend, zum Peterspfennig, der bei passender Gelegenheit übersandt werden soll, nach besten Kräften beigetragen" habe. (Kirchliches Amtsblatt Jg. 51, Nr. 15.2.1917, S.17f.)
[963] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 49, Nr. 18, 11.11.1915 (Titelseite).
[964] OV vom 28.7.1916.
[965] OV vom 13.3.1916.

wurde aber drängender, zumal die deutschen Bischöfe sie nicht als politische betrachteten. Die Fuldaer Bischofskonferenz unter dem Vorsitz des Kölner Kardinals Felix von Hartmann hielt in ihrem Pfingsthirtenbrief an der bewährten Antwort fest:

> "Gott schlägt die sündigen Völker, um sie zu heilen; durch die Geißel des Krieges will er sie zurückrufen von ihren Irrwegen. Unter dem ernsten Donnerrollen des Krieges brachen denn auch die Blüten der sittlichen Umkehr, der Buße und Sühne hoffnungsvoll hervor: ein Geist religiöser Erneuerung zog wie Frühlingswehen durch die deutschen Lande."[966]

Ein besonderes Anliegen war dem Bischof von Münster der "Schutz der Jugend vor Verwahrlosung während des Krieges", von der besonders die schulentlassenen Jungen und Mädchen betroffen seien. Um "die heranwachsende Jugend vor Verrohung und Verwahrlosung zu schützen und zu bewahren", forderte Bischof Johannes die Geistlichen auf, "durch eine erhöhte seelsorgliche Tätigkeit dem Übel wirksam" zu begegnen, und ordnete zu diesem Zwecke besondere Pastoralkonferenzen an.[967] Dem Oberhirten war daran gelegen, eine moralische Erosion katholischer Milieus zu verhindern und sie als intakte Sozialformen über den Krieg zu retten. Zu diesem Zweck rief er in den letzten Kriegsmonaten zur Gründung von ländlichen Arbeitsheimen für "sittlich gefährdete Frauen und Mädchen" auf; dazu bildete er eigens einen "Ausschuß zur Gründung ländlicher Arbeitsheime für Mädchen und Frauen", der den vergleichbaren Status eines katholischen Vereins genoß.[968]

Für die "kirchliche Feier am Geburtstage Seiner Majestät des Kaisers und Königs" ordnete der Bischof eine Kollekte für kranke und verwundete Krieger an, verbunden mit dem Gebet, "daß Gott unsern geliebten Kaiser, unser treues Vaterland, unser tapferes Heer und seine ruhmreichen Führer in seinen besonderen Schutz nehmen wolle."[969] Regelmäßig, so auch im Jahre 1918, forderte das Generalvikariat die Gläubigen über die Pfarrgeistlichen dazu auf, Kriegsanleihen zu zeichnen. Vor "Beginn der eigentlichen Werbearbeit" sei "eine über das ganze Reich sich erstreckende, alle Volkskreise erfassende

---

[966] OV vom 13.6.1916: Hirtenschreiben der deutschen Bischöfe der Fuldaer Konferenz vom 1. Juni 1916, für das Bistum Münster unterzeichnet von Johannes Poggenburg.
[967] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 50, Nr. 1, 18.1.1916, S. 1f.
[968] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 12, 6.8.1918, S. 71.
[969] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 50, Nr. 1, 18.1.1916, S. 1.

planmäßige Aufklärungsarbeit" zu entfalten, damit auch diese achte Kriegsanleihe "eine möglichst allgemeine und opferwillige Beteiligung finde".[970]

Im vierten Kriegshirtenbrief zur Fastenzeit beklagte Bischof Johannes erneut die Kriegsziele der Feinde, durch die endlose "Aushungerung des Volkes, durch die Not der Frauen und Kinder unser Vaterland zu einem schmählichen Frieden [zu] zwingen". Er verurteilte aufs schärfste "schmutzige Habsucht und hartherzige Selbstsucht", die sich in gewissenlosem Kriegswucher äußere und zu einer großen Kluft "zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft" geführt habe. Die Zeit des Krieges sei nicht die Stunde des Klassenhasses, sondern der Solidarität. Viele Kinder aus "großen Städten und dem Industriebezirke" hätten in den letzten Jahren auf dem Lande unentgeltlich gastliche Aufnahme gefunden. Zur notwendigen asketischen Lebensführung ermahnte der Bischof von Münster insbesondere die Frauen und Jungfrauen, "die größte Einfachheit in der Kleidung zu beobachten" und nicht "weiterhin einer Mode zu huldigen, die schon so viel Ärgernis erregt hat." Dieses Verhalten sei unverzeihlich:

> "In diesen Tagen der Not und Armut, wo unsere Soldaten für die Sünden des Volkes auf dem Schlachtfelde Entbehrungen aller Art leiden, bluten und sterben, wäre es unverantwortlich, durch einen übermäßigen Aufwand in der Kleidung, durch eine Ärgernis erregende Mode das Schuldmaß von neuem zu füllen."[971]

Als sich das Ende des Ersten Weltkriegs abzeichnete, galt die pastorale Sorge des Bischofs von Münster in erster Linie den heimkehrenden deutschen Kriegsgefangenen. Sie sollten in ihrer Heimatpfarrei wohlwollende Aufnahme und mildtätige Unterstützung erfahren und so wieder in die Gemeinschaft der Kirche aufgenommen werden.[972] Es sei wichtig, hieß es im September 1918, daß die deutschen Kriegsgefangenen "sogleich nach ihrer Rückkehr den Anschluß an das religiöse Leben der Heimat finden".[973] Angesichts der

---

[970] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 3, 5.2.1918, S. 19. Vgl. auch Kirchliches Amtsblatt, Jg. 49, Nr. 17, 23.10.1915, S. 89 (3. Kriegsanleihe).
[971] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 2, 28.1.1918, S. 6ff.; OV vom 15.2.1918.
[972] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 11, 18.7.1918, S. 63: Mitteilung des Generalvikariats vom 6.7.1918, unter Berufung auf die entsprechenden Abkommen mit Frankreich und England. Zur Unterstützung der Seelsorge empfahl das Generalvikariat sog. "Seelsorgerbriefe", die von der Kirchlichen Kriegshilfe in Paderborn herausgegeben wurden; sie enthielten unterschiedliche Ausgaben für Familienväter und Ledige.
[973] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 13, 13.9.1918, S. 77.

Notlage wurden auswärtige Priester zur Zelebration der heiligen Messe unter bestimmten Voraussetzungen in der Diözese zugelassen.[974]

7.6. Die Krise des Zentrums

7.6.1. Die "Aktion Erzbergers"

Die Debatte um die preußische Wahlrechtsreform tangierte den südoldenburgischen Katholizismus nicht unmittelbar, konfrontierte ihn aber nachhaltig mit den Fragen "Parlamentarisierung" und "Demokratisierung" in der deutschen Politik. Die Zentrumspresse in Vechta adaptierte den pragmatischen Erzberger-Kurs und sah darin eine Option für das Zentrum in Oldenburg, um wieder mehrheitsfähig zu werden und Politik gestalten zu können. Sie wollte aber die politische Entwicklung in Preußen von der im Deutschen Reich getrennt wissen und verbat sich - offensichtlich mit Blick auf die Verhältnisse in Oldenburg - jede Einmischung in das Verfassungsleben der einzelnen Staaten. Sie könnte über die Wahlrechtsfrage, die Oldenburg längst erledigt hatte, hinausgehen und die Frage der Parlamentarisierung berühren, die sich für die Vechtaer OV zu diesem Zeitpunkt nicht stellte. Der Grund für diese Befürchtungen waren politische Bestrebungen der Sozialdemokratie, die, so die Vechtaer Zeitung, dazu übergegangen war, "die Demokratisierung unseres Staatslebens [...] zum Grund= und Eckstein all ihrer Forderungen und ihrer gesamten Politik zu machen". Dieser politische Funke sollte nicht nach Oldenburg "überspringen". Dabei akzeptierte die Zentrumspresse die Haltung der SPD, die Zustimmung zu den Kriegskrediten mit Konzessionen in der Wahlrechtsfrage zu verknüpfen. Der Hauptausschuß des Reichstages werde dazu seine Vorschläge machen, um "mit Besonnenheit und allem Draufgängertum abgeneigt die in unserem Staatswesen nötigen Reformen einzuleiten". Was die "Einzellandtage" anging, erwartete die Vechtaer OV vom Reichstag äußerste Zurückhaltung, denn es bestehe kein Zweifel darüber, "daß eine Einmischung in das Verfassungsleben der Einzelstaaten von Reichstagswegen nur Verwirrung und berechtigte Unzufriedenheit hervorrufen würde", zumal auch in Preußen die Auffassung herrsche, "daß es auch ohne den Reichstag gelingen wird und gelingen muß, ein Landtagswahlrecht zu schaffen, das den in der Osterbotschaft des Königs gezeichneten Grundlinien und den berechtigten Erwartungen des Volkes entspricht". Ziel sei "eine

[974] Kirchliches Amtsblatt, Jg. 52, Nr. 13, 13.9.1918, S. 75f.

freiheitlichere und volkstümlichere Ausgestaltung unseres Verfassungslebens" in Preußen.[975]

Den entscheidenden politischen Hintergrund für die "Aktion Erzbergers" bildeten offensichtlich die "Aprilstreiks" des Jahres 1917, die mehr Streikende als das Jahr 1905, das Jahr der größten Streiks in der deutschen Geschichte, verzeichnete. Wie 1905 lösten 1917 die revolutionären Ereignisse in der russischen Februarrevolution einen Mobilisierungsschub aus, der durch die Osterbotschaft des Kaisers vom 7. April 1917 zusätzlich beflügelt wurde. Den unmittelbaren Anlaß zur Streikbewegung bildete eine geplante Kürzung der Brotrationen zum 15. April 1917. Die Forderungen der Streikenden richteten sich darüber hinaus auf die Aufhebung der Ausnahmegesetze, insbesondere des Hilfsdienstgesetzes, die Beendigung des Krieges ohne Annexionen und eine demokratische Wahlrechtsreform in Preußen. Die "Aprilstreiks" mit den Zentren in Leipzig und Berlin endeten zwar mit einer Niederlage, verschärften aber die innenpolitische Krise im Deutschen Reich und den Druck auf die Parteien des Reichstages.[976] Während die SPD sich mit den Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich in Gotha am 8. April 1917 als Partei konstituiert hatten, auseinanderzusetzen hatte, zeigten sich die Christlichen Gewerkschaften unzufrieden mit dem Zentrum und forderten eine Richtungsänderung ihrer Partei.[977] Die "Scheidung in der Sozialdemokratie"

---

[975] OV vom 4.7.1917.

[976] POHL, Gewerkschaften, S. 134ff. Das "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst", das am 2. Dezember 1916 verabschiedet wurde, gehörte zum politischen Kern des sog. "Hindenburgprogramms", das eine allgemeine Arbeitspflicht für die männliche Bevölkerung vorsah. Unter Aufhebung der Freizügigkeit wurden die Arbeiter zwischen 17 und 60 Jahren an kriegswichtige Betriebe und Behörden, zu denen auch die Landwirtschaft zählte, gebunden. In Schlichtungsausschüssen waren Unternehmerverbände und Gewerkschaften paritätisch vertreten. Das innenpolitische Programm der OHL, an deren Spitze seit dem 28. August 1916 Hindenburg und Ludendorff standen, sah ein umfassendes Aufrüstungsprogramm, das sog. "Hindenburg-Programm", die Einrichtung einer kriegswirtschaftlichen Lenkungszentrale, des Kriegsamtes, zum 1. November 1916 und die Sicherung der Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie durch das "Hilfsdienstgesetz" vor. Ludendorff und Hindenburg unterbreiteten dazu am 13. September 1916 Vorschläge für eine allgemeine Arbeitspflicht der gesamten nicht wehrpflichtigen Bevölkerung in der Kriegsindustrie. (S. 122ff.) Über die Abstimmung des "Hilfsdienstgesetzes", das als "Knebelgesetz" bezeichnet wurde, kam es zur Spaltung der SPD-Fraktion, als sich ein Drittel der Abgeordneten der Fraktionsdisziplin nicht beugte. Die Maßregelung der "Frondeure", so die Vechtaer OV, führte zur Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft. (OV vom 27.3.1916)

[977] Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, zu der sich die oppositionellen Reichstagsabgeordneten zusammengeschlossen hatten, wurde aus der Partei gedrängt und verabschiedete auf dem Gründungsparteitag in Gotha am 8. April 1917 ein eigenes "Manifest", in dem sich die

hatte eine Polarisierung der Arbeiterbewegung erkennen lassen, die auch katholische Arbeiter bewegte. Noch wiegelte die Vechtaer OV ab und warnte davor, "der jetzt vorgenommenen Scheidung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion übergroße Bedeutung beimessen zu wollen". Sie erkannte aber die Gefahr, daß sich die Zahl der "Disziplinbrecher" von nunmehr 20 Abgeordneten vergrößern und damit die Zukunft der Kriegsfinanzierung gefährdet sein könnte. Im Reichstag werde in Zukunft "ein abgrundtiefer Spalt zwischen den vaterländischen Parteien und dem Häuflein vaterlandsloser Gesellen klaffen."[978]

In großer Aufmachung und Ausführlichkeit berichtete das Zentrumsblatt dann über den Vorstoß Erzbergers in der Haushaltskommission des Reichstages zur Verabschiedung einer "Kriegszielerklärung" und zur Bildung eines Interfraktionellen Ausschusses.[979] Die Annahme der Erklärung würde die Lage allein nicht verändern, "da die Frage der Neuordnung, die ja eigentlich den Hauptpunkt der gegenwärtigen Krisis bildet, in sie nicht aufgenommen worden ist". In der Zentrumsfraktion, die mit "überwältigender Mehrheit" für die "Aktion Erzbergers" gestimmt habe, herrsche Einigkeit, "daß der bisherige Zustand nicht andauern kann". Deshalb hätten die "Führer der Aktion" darauf bestanden, daß "der Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Krisis und der Politik des Kanzlers in einem vollkommenen Systemwechsel" zum Ausdruck kommen müsse: "Jedenfalls wird die Forderung nach Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen und auf Parlamentarisierung unserer Verfassung erhoben werden." Die OV erläuterte umfassend die Gründe für den politischen Kurswechsel des Zentrums und verwies in diesem Zusammenhang auf die veränderte außen- und innenpolitische Situation:

> "Da mit einem schnellen Kriegsende nicht zu rechnen ist, so wird es zur gebieterischen Notwendigkeit, die innerpolitischen Reformen in Preußen schon jetzt in Angriff zu nehmen. [...] Deshalb wird **in Preußen** unverzüglich die Reform des Wahlrechts einzuleiten sein. Unter den gegebenen Verhältnissen kann nur das gleiche, geheime und

---

USPD gegen die MSPD ("Von den Regierungssozialisten ist nichts Durchgreifendes zu erwarten ..."), aber auch gegen die Generalkommission der Gewerkschaften unter Carl Legien abgrenzte und "einen Frieden durch Verständigung der Völker, ohne direkte oder versteckte Annexionen, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Nationen" forderte. Der Parteitag solidarisierte sich mit dem russischen Proletariat und begrüßte die Februarrevolution. (WEBER, Links, S. 128-130)

[978] OV vom 27.4.1916. Die Zeitung lehnte die Haltung der "Kreditverweigerer vom 21. Dezember" 1915 ab und begrüßte die "Scheidung der Geister" in der Sozialdemokratie.

[979] OV vom 10.7.1917, auch zum folg.

direkte Wahlrecht unter Anpassung an die preußischen Verhältnisse in Betracht kommen."

Damit war die bedeutendste politische Entscheidung des Zentrums in der Zeit des Weltkrieges gefallen, auch wenn die Durchführung dieses ehrgeizigen Projektes noch auf sich warten ließ: "Es ist eine große Tat zur rechten Zeit." Dieser Kurswechsel war notwendig geworden und bestimmte die Politik des Zentrums in der Gründungsphase der Weimarer Republik, als es sich zum Eintritt in die Weimarer Koalition entschloß. Als es Erzberger im Herbst 1916 gelang, den Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges um ein Jahr zu verzögern, konnte er eine Fraktionsspaltung noch verhindern. Dabei waren aber gravierende innerparteiliche Gegensätze, die das Ziel und das Tempo der Parlamentarisierung und sozialpolitische Fragen betrafen, deutlich geworden.[980] Mit der Resolution vom 7. Oktober 1916, die die politische Leitung des Krieges weitgehend der Obersten Heeresleitung unter Hindenburg übertrug, zahlte das Zentrum einen hohen Preis für die Fortsetzung der Burgfriedenspolitik. Erzberger hatte in der U-Boot-Frage vor "einer übermächtig gewordenen cäsaristischen Bewegung kapituliert" und durch seine Politik zur tendenziellen Entmachtung von Reichstag und Parteien beigetragen.[981] Sein Vorstoß vom 6. Juli 1917 diente auch dazu, nach außen wie nach innen wieder politischen Handlungsspielraum zu gewinnen, in dem seiner Partei eine ausschlaggebende Rolle zukam. Dabei ging es Erzberger auch 1917 noch darum, die innere Front aufrechtzuerhalten, für die - diese Erkenntnis war seine Leistung - eine Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie unverzichtbar geworden war. Ein Schlüsseldokument zum Verstehen seiner Motive ist die Erklärung, die Erzberger am Nachmittag des 6. Juli 1917 vor der Reichstagsfraktion seiner Partei abgab:

"Nach dreijährigem Schweigen muß der Reichstag zu der Friedensfrage selbst Stellung nehmen, zumal die Regierung völlig versagt hat. Dumpfe Verzweiflung beherrscht sonst unser Volk, zumal man ihm versprochen habe, daß bis August oder September

[980] MORSEY, Zentrumspartei, S. 55f.

[981] Laut Zentrumsresolution vom 7. Oktober 1916 hatte der Reichstag "keinen Grund, sein Einverständnis zu versagen", wenn sich die Oberste Heeresleitung für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg entscheiden sollte. Mit dieser Resolution, der sich alle Parteien bis auf die Sozialdemokratie anschlossen, wurde Reichskanzler Bethmann Hollweg in der U-Boot-Frage die parlamentarische Unterstützung entzogen und die politische Leitung des Krieges "tendenziell" zur Heeresleitung verschoben. So traten die Gegensätze in der U-Boot-Frage hinter das Vertrauen in die Autorität Hindenburgs zurück. Die Zentrumsresolution vom 7. Oktober 1917 bedeutete aber auch eine Ausweitung des Krieges zum "totalen" Krieg, der den Sieg um beinahe jeden Preis zu erzwingen suchte. (LOTH, Katholiken, S. 311ff.)

durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg der Frieden kommen muß. Das Volk erwartet vom Reichstag eine Aktion, bevor er die neuen Kredite bewilligt. Die Sozialdemokratie hat erklärt, daß sie die neuen Kredite nicht bewilligen könnte, wenn nicht Klarheit über die Kriegsziele geschaffen würde und gewisse Reformen sich durchsetzen. Es sei verkehrt, die Friedensbewegung ganz allein den Sozialdemokraten zu überlassen, da hierdurch Nachteile für Staat, Kirche, Bürgertum und Zentrumspartei entständen. Die Friedenssehnsucht der ganzen Welt sei ebenso wie die Angst vor dem neuen Kriegswinter sehr groß, daß man nur auf ein erlösendes Wort warte. Der Reichstag werde vor die Entscheidung gestellt, weil die Sozialdemokratie einen entsprechenden Antrag einbringen würde. Bei Ablehnung desselben lehne sie die Kriegskredite ab, was von großem Nachteil für uns sein würde (Eindruck im Ausland, Streiks im Innern). Dann gehe der Krieg doch verloren, da sei es richtiger und für die ganze Menschheit besser, wenn das Zentrum sich an die Spitze stelle und anstatt des negativen Programms der Sozialdemokratie für ein positives Friedensprogramm eine Mehrheit suche und dies der ganzen Welt unterbreite."[982]

Deshalb legte Erzberger nach Darstellung der Vechtaer OV großen Wert auf die Feststellung, daß er "niemals Zweifel in die Wirksamkeit des U=Bootkrieges setzen oder gar von einem Versagen des U=Bootkrieges sprechen wollte". Die Vechtaer OV unterstützte den Kurs Erzbergers und sah darin nur eine "Zweckmäßigkeitsfrage", keine grundsätzliche, wenn der Reichstag nunmehr seine Verantwortung unter den veränderten Verhältnissen wahrnehme. Für einen möglichen Frieden gelte nach wie vor der Grundsatz:

"Auch der Verständigungsfriede wird deshalb ebenso wie **jeder andere Friede** immer mehr oder weniger **von der wirtschaftlichen Lage** zu Wasser und zu Lande **abhängig** sein."[983]

Für einen "Verzichtsfrieden", wie ihn die deutsche Sozialdemokratie nach seiner Meinung bisher vertreten hatte, sprach sich das Zentrum in der Resolution der Mehrheitsparteien nicht aus.[984] Das Zentrum stützte weiterhin Reichskanzler Bethmann Hollweg und verurteilte "die Treibereien, die augenblicklich in einem Teil der Presse gegen den Kanzler im Werke sind". Im übrigen sei "noch alles in der Schwebe".[985] Im Reformerlaß vom 11. Juli

---

[982] LOTH, Kaiserreich, S. 201f.; LOTH, Katholiken, S. 327, Anm. 5 (laut einer Aufzeichnung Erzbergers vom 15. Juli 1917).
[983] OV vom 10.7.1917.
[984] Das galt auch für die Behandlung des russischen Friedensangebots, auf das der neue Reichskanzler Graf Hertling in seiner Regierungserklärung am 29. November 1917 eingegangen war. Der Zentrumsabgeordnete Trimborn nahm dazu im Reichstag mit den Worten Stellung: "Wir lehnen einen Vergewaltigungs= und Eroberungsfrieden, aber auch einen Verzichtsfrieden ab." (OV vom 30.11.1917)
[985] OV vom 11.7.1917.

1917 kündigte Wilhelm II. die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen ein. Der Kaiser verfügte, "daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf wegen Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist".[986] Mit diesem Vorstoß versuchte Bethmann Hollweg noch einmal, das ganze Fiasko seiner Politik abzuwenden. Auch über diesem Schritt lag nach Auffassung von Reinhard Patemann das "Zu wenig und zu spät".[987] Eine Lösung der Krise erwartete die katholische Presse von Bethmann Hollweg nicht mehr:

> "Schon sein bloßes Verbleiben im Amte wirkt auf die anderen wie ein Erfolg, ist ein ständiger psychologischer Anreiz gegen Verhandlungen mit ihm, gegen einen Frieden mit Deutschland."[988]

Der Rücktritt Bethmann Hollwegs am 14. Juli 1917 machte den tiefen innenpolitischen Einschnitt deutlich, den der parlamentarische Vorstoß Erzbergers vom 6. Juli 1917 bedeutete.[989] Nach neuen demokratischen Grundsätzen bewertete die Zentrumspresse die Abstimmung über die Friedensresolution im Reichstag am 19. Juli 1917 als eine "Meinungs- und Willensäußerung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes".[990]

---

[986] OV vom 12.7.1917. Seine Thronrede vom 13. Januar 1916 enthielt bereits eine Anspielung auf die Wahlreform: "Der Geist des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens wird auch im Frieden fortwirken in der gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staate. Er wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften." (OV vom 14.1.1916)

[987] PATEMANN, Wahlreform, S. 95f.

[988] OV vom 12.7.1917: Übernahme aus der "Kölnischen Volkszeitung" vom 11.7.1917.

[989] In einer Denkschrift des SPD-Vorstandes für Bethmann Hollweg hieß es über die innenpolitische Lage Ende Juni 1917: "Ein weiteres, die Stimmung verderbendes Moment liegt in dem Ausbleiben einer Neuordnung mehrerer innerpolitischer Verhältnisse auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle. [...] Die günstige Wirkung der kaiserlichen Osterbotschaft konnte deshalb auch nicht von Dauer sein." (PROSS, Politik, S. 207ff.)

[990] OV vom 21.7.1917. Die Friedensresolution hielt an der Ideologie des deutschen Verteidigungskrieges fest und erklärte zur Friedenspolitik der Mehrheitsparteien: "Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar. [...] Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigungen bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist." (PROSS, Politik, S. 220f.)

Der Vorstoß Erzbergers war notwendig und hatte Erfolg, er war ein "Markstein der deutschen Innenpolitik".[991] Den Unruhen in den Reihen der Arbeiterbewegung wurde die Spitze genommen, die Sozialdemokraten gewannen gegenüber der radikalen USPD an Boden und stimmten den Kriegskrediten zu, aber - was aus der Sicht des Zentrums die wichtigste Auswirkung der "Aktion Erzbergers" war - "der Auszug der Arbeiter aus den Reihen des politischen Katholizismus" wurde aufgehalten und die katholischen Arbeiterführer schöpften wieder neue Hoffnung, "ihr Reformprogramm doch noch im Rahmen der Zentrumspartei verwirklichen zu können".[992] Die Christlichen Gewerkschaften verzeichneten nach Informationen der Vechtaer OV 1917 einen Mitgliederzuwachs im Reich von 110 000 und damit "die stärkste Zunahme seit Bestehen der Christlichen Gewerkschaften überhaupt".[993] Der Zentralverband Deutscher Eisenbahner mit Sitz in Elberfeld, der den Christlichen Gewerkschaften angeschlossen war, betrieb 1917 eine umfassende Agitation zur gewerkschaftlichen Organisation der Eisenbahner. Auf Versammlungen in Vechta, Cloppenburg, Essen und Quakenbrück unterstrichen Gewerkschaftssekretär Wilhelm Sante und der Cloppenburger Rendant August Dobelmann die "Notwendigkeit des Zusammenschlusses" und wurden Ortsgruppen gegründet.[994] Die Neuorientierung der Partei gewann aber rasch auch eine kirchenpolitische Dimension, weil Kritiker "die Herrschaft einer 'sozialdemokratisch-linksliberalen Majorität' über das Reich hereinbrechen" und ein "Diktat der Sozialisten und Laizisten" heraufziehen sahen. Die Reaktionen blieben nicht aus.

---

[991] PATEMANN, Wahlreform, S. 82.

[992] LOTH, Katholiken, S. 338f. Der SPD-Parteitag in Würzburg vom 14. bis 20. Oktober 1917 bestätigte die Haltung der Reichstagsfraktion. Er bekräftigte das Prinzip "der Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit" und billigte die Kredite, die "dem Interesse der Landesverteidigung" dienten. Er forderte einen Frieden, "durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt wird", und die rasche "Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie". Der Parteitag hielt an der Politik des "Burgfriedens" von 1914 fest: "Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes, im besonderen der deutschen Arbeiterschaft, fernzuhalten." (WEBER, Links, S. 130f.)

[993] OV vom 15.4.1918.

[994] OV vom 30.11.1917.

7.6.2. Der Erzberger-Kurs in der Kritik

Hatte die "Aktion Erzbergers" zunächst wie ein Befreiungsschlag gewirkt, stellten sich im Laufe der Beratungen und öffentlichen Erörterungen auf katholischer Seite immer mehr Bedenken ein. Die Diskussion über die Möglichkeit eines Friedensschlusses verband sich mit der Frage nach der Notwendigkeit innenpolitischer Reformen. Die Julikrise des Jahres 1917 leitete eine Wende in der Haltung des deutschen Episkopats ein, der sich jetzt auch Zukunftsfragen deutscher Politik widmete. Seine Interventionen waren nicht Ausdruck einer Politisierung des Episkopats, sondern ergaben sich aus der "cura religionis" und der pastoralen Verantwortung des einzelnen Bischofs. Dabei knüpfte der Episkopat das Schicksal der katholischen Kirche an den innenpolitischen "status quo ante bellum" in Reich und Nation und begab sich damit in eine große Konfrontation mit dem Zentrum um Matthias Erzberger.

Über erste kritische Reaktionen berichtete die Vechtaer OV aus sog. "Schulkreisen". Für sie war zu befürchten, daß die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen "eine beträchtliche Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate im Abgeordnetenhause zur Folge haben" würde. Was "eine stark links gerichtete Mehrheit" auf schulpolitischem Sektor anstrebe, sei hinlänglich bekannt: die Einführung der Einheitsschule, zumindest eine Schule ohne Religionsunterricht. Diese Gefahr betreffe nicht nur die Zukunft der Schule in Preußen, so die Vechtaer OV, sondern "alle bekenntnistreuen Kreise unseres Volkes". Der Appell an das Zentrum war eindeutig:

> "Der katholische Volksteil darf von dem Zentrum erhoffen, daß es den Gefahren der Zukunft rechtzeitig begegnen und die christlichen Grundsätze und die Rechte der christlichen Familie treu verteidigen wird."[995]

Im Herbst 1917 geriet die Debatte um die preußische Wahlrechtsreform vollends in eine Krise. Im Vorfeld der Beratungen der Wahlreformvorlage im Preußischen Abgeordnetenhaus wies die Vechtaer OV auf die "Schattenseiten des gleichen Wahlrechts" hin, die nicht zu übersehen seien. Es sei davon auszugehen, daß in einem nach gleichem Wahlrecht gewählten Abgeordnetenhaus "eine liberal=sozialistische Mehrheit vorhanden" sein und daß "diese liberal=sozialistische Mehrheit antichristlich und antireligiös" sein werde:

---

[995] OV vom 27.8.1917.

> "An der Pforte des neuen Preußens wird also schon die **Gefahr** der **konfessionslosen Schule** und der **Trennung von Kirche** und **Staat** stehen [...]."

Es sei nicht damit zu rechnen, daß diese Majorität es sich "im Gefühle ihrer Macht versagen wird, der Minderheit zuliebe, zu der dann auch das Zentrum zählen wird, auf der Durchführung ihrer fundamentalistischen Forderungen zu bestehen". Die OV drohte mit "einer Rechnung über die vorgenommenen Säkularisationen", wenn es zu einer Trennung zwischen Staat und katholischer Seite kommen sollte. In der Schulpolitik gelte offensichtlich die Devise, "je schneller, um so besser die Forderung freier Schulen durchzusetzen, damit das staatliche Schulmonopol [...] den Katholiken und nicht minder auch den gläubigen Protestanten und Juden zum Verhängnis wird".[996]

Die Vechtaer Zentrumspresse trat der alliierten Auffassung, daß ein Frieden mit Deutschland nur auf der Grundlage eines Umsturzes der deutschen Verfassungsverhältnisse möglich sei, energisch entgegen. Sie nahm die Stockholmer Konferenz zum Anlaß, um sich gegen den von der Entente betriebenen "Demokratisierungswahn" auszusprechen. Die "überwiegende Mehrheit" des deutschen Volkes sei für eine "starke Monarchie" und könne nicht einsehen, wie "durch die sofortige Demokratisierung Deutschlands, selbst nach dem Muster unserer Gegner, der Weg zur Verständigung der Völker geebnet werden soll".[997] Einen sog. "Scheidemannfrieden" intendierte die Friedensresolution nach Auffassung der Zentrumspresse in Vechta nicht.

Adam Stegerwald, der zu den innerparteilichen Kritikern der Friedensresolution gehörte, strebte die Emanzipation der katholischen Arbeiterschaft auf dem Boden der Monarchie und der sie tragenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die Hebung ihres Standesbewußtseins an. Nicht Klassenkampf, sondern der Weg der Integration der christlichen Arbeiter schien ihm der geeignete Weg zur Lösung der sozialen Frage zu sein, die er nicht nur materiell, sondern auch ideell begriff.[998] Nach Rudolf Morsey zählte der Gewerkschaftsführer zu "jenen ‘saturierten’ katholischen Politikern" im Wil

---

[996] OV vom 10.9.1917 (gemeint: ... nicht zum Verhängnis wird.)
[997] OV vom 28.6.1917. Auf der "internationalen sozialistischen Konferenz" hatten Vertreter sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien Europas und Amerikas über "einen Frieden ohne Sieger", aber von großem Nutzen für das "internationale Proletariat" verhandelt. Die deutsche Sozialdemokratie war in Stockholm durch Philipp Scheidemann vertreten. (OV vom 21.6.1917)
[998] WEINACHT, Stegerwald, S. 18.

helminischen Deutschland, die sich auch mit dessen ‘Weltpolitik’ identifizierten.[999] Sein Ideal war ein "soziales Kaisertum", das den Vertretern der Arbeiterschaft zwar politische Mitwirkung zugestand, nicht aber Entscheidungsbefugnisse. In diesem Sinne sprach sich Stegerwald noch am 10. Juli 1918 im Preußischen Herrenhaus, dem er als erster Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter angehörte, gegen Parlamentarisierung und Demokratisierung in Deutschland aus. Sein Ziel war die Stärkung der Christlichen Gewerkschaften, die er als interkonfessionell begriff, und die interkonfessionelle Öffnung des Zentrums.[1000]

Die Christlichen Gewerkschaften, die sich im Gegensatz zu den Freien Gewerkschaften als "christlich" und "national" bezeichneten, hatten sich in der Julikrise des Jahres 1914 äußerst loyal verhalten und sich auf den Boden des 4. August 1914 gestellt. Sie gaben sich unter Stegerwald "monarchisch" und "antirepublikanisch" zugleich und setzten sich für das gleiche Wahlrecht ein, um eine stärkere politische Gleichberechtigung der katholischen Arbeiterschaft zu erwirken. Das führte innerhalb des Zentrums zu schweren Spannungen. Denn die katholischen Proletarier standen in einem eindeutigen Gegensatz zur Sozialdemokratie und waren traditionell an das Zentrum gebunden, das sich unter Erzberger den Sozialdemokraten annäherte. Daraus ergab sich die Position Adam Stegerwalds, der die Christlichen Gewerkschaften zum Kampf innerhalb des Zentrums aufforderte, aber nicht daran dachte, die Partei zu spalten. Nach Ansicht von Rudolf Morsey polemisierte Stegerwald massiv gegen Erzberger, "ohne das in der Öffentlichkeit hervortreten zu lassen".[1001] Die Vechtaer OV dokumentierte die Position Stegerwalds nur in wenigen Beiträgen, teilte sie aber nicht, sondern stützte den Erzberger-Kurs.

Dieser Kurs setzte im Kriege eine Trennung zwischen der Gewerkschaftsbewegung, die sich als Interessenvertretung der katholischen Arbeiter im Vorhof des Politischen verstand, und der politischen Führung des Zentrums voraus. Adam Stegerwald tolerierte die Annäherung an die Sozialdemokratie, in

---

[999] MORSEY, Stegerwald, S. 233f. Im "Gewerkschaftsstreit" rang Stegerwald erbittert um die Anerkennung der interkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften, die Papst Pius X. 1912 schließlich tolerierte. Er widersetzte sich damit dem Verdikt des Vatikans, "daß katholische Arbeitnehmer nur unter Anleitung eines Priesters [in Arbeitervereinen] sich organisieren dürften", und versuchte damit, die Repräsentanten des deutschen Katholizismus der "römischen ‘Fernsteuerung’" zu entziehen. (WEINACHT, Stegerwald, S. 17)
[1000] MORSEY, Stegerwald, S. 232ff.
[1001] MORSEY, Zentrumspartei, S. 397.

sofern sie für das gleiche Wahlrecht in Preußen unverzichtbar war, und grenzte sich gleichzeitig vor allem weltanschaulich scharf gegen sie ab, um die katholische Arbeiterbewegung zu mobilisieren. So versuchte der "Arbeiterführer" in einem politischen Spagat, die Einheit des Zentrums durch Polarisierung zu erhalten. Dieses Ziel war nur zu erreichen, wenn die Christlichen Gewerkschaften sich neben den Freien Gewerkschaften behaupten konnten und so ihre Selbständigkeit behielten.

Schon vor 1917 lehnte das Zentrum eine einheitliche Arbeiterorganisation, der auch die Christlichen Gewerkschaften angeschlossen werden sollten, für die Zeit nach dem Kriege ab. Ein entsprechender Vorschlag Carl Legiens, des Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften, ziele nur auf eine Stärkung der Sozialdemokratie. Von einer "einheitlichen, allgemeinen Arbeiterbewegung" erhofften sich "diese politischen Kreise, soweit die sozialdemokratischen Massen in Betracht kommen, eine Entradikalisierung und eine größere Geneigtheit derselben für ihre parteipolitischen Bestrebungen und ihre Ziele".[1002] Auf einer Vertrauensmänner-Konferenz der christlich-nationalen Arbeiterschaft Westdeutschlands bekannte sich der Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften, Adam Stegerwald, der seit Mai 1916 auch hauptamtliches Mitglied im Vorstand des Kriegsernährungsamtes in Berlin war, zur Eigenständigkeit der katholischen Arbeiterbewegung und lehnte das "parlamentarische Regime", das die Sozialdemokratie anstrebe, ab. Die Befürchtung, "daß die christlich=nationale Arbeiterschaft etwa ins Lager der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gedrängt werden könnte", sei haltlos, "auch an eine Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen denkt niemand".[1003] Stegerwald erklärte zur Gewerkschaftsfrage:

> "Die **christlich=nationalen** Arbeiter werden sich ihre Eigenart bewahren, sie stehen unbedingt auf dem Boden staatserhaltender Arbeit und sie werden sich durch nichts von diesem Programm abbringen lassen."

[1002] OV vom 15.8.1916: Übernahme aus der "Germania". Ein Kartellverhältnis zwischen Freien und Christlichen Gewerkschaften würde dann hinfällig, "wenn die christlichen Gewerkschaften unter Einfluß des Zentrums für Zölle und indirekte Steuern eintreten würden". Die Generalkommission unter Legien hatte in der Julikrise 1914 die "Burgfriedenspolitik" unterstützt und sich am 2. August 1914 auf den "Boden der ehernen Tatsache des Krieges" gestellt. (POHL, Gewerkschaften, S. 97ff.)

[1003] OV vom 17.4.1918, auch zum folg.

Ordnungspolitisch setzte sich Stegerwald aus Überzeugung für ein privatkapitalistisches System ein, das auf "staatlichen Zwang" im Sinne einer Reglementierung der Wirtschaft verzichte:

> "Der Staat kann nie aus der Volkswirtschaft das machen, was die Privatunternehmung leisten kann. Monopole sind nicht grundsätzlich anzustreben, sondern nur dort, wo es ein wirkliches staatliches und volkswirtschaftliches Interesse gebietet."

Die christlich-nationalen Arbeiter beurteilten auch die Kriegszielpolitik ganz anders als die "Gesamtsozialdemokratie", die sich auf die Formel "Verzichtfrieden und keine Kriegsentschädigung" festgelegt hätte:

> "Ein Frieden auf solcher Grundlage müßte die Arbeiterschaft selbst am schwersten treffen. Die deutsche Arbeiterschaft selbst hat das größte Interesse an einem Frieden durch Sieg, welcher erst die für die Zukunft erforderlichen Grundlagen schaffen kann. Eine Kriegsentschädigung in der einen oder anderen Form ist unerläßlich. [...] Die christlich-nationalen Arbeiter verlangen demgemäß auch einen durch ausreichende Mittel gesicherten Frieden, nicht etwa einen Frieden durch Vertrag. Die geographische Lage unseres Vaterlandes erheischt eine reale Sicherung, damit wir nicht wieder einem Ueberfalle wie 1914 ausgesetzt sind."

Stegerwald bekannte sich in wichtigen Fragen zur annexionistischen Kriegszielpolitik vor 1917 und verwies zu ihrer Begründung auf die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie, die auf die "Sicherung des Bezuges von Rohstoffen" angewiesen sei. Für die "künftige Neuorientierung" der deutschen Innenpolitik habe zu gelten: "Erst das Vaterland, dann die Parteien, erst das Vaterland, dann die Organisationen." Stegerwald hielt aus Gründen der Staatsräson an der Monarchie fest und lehnte eine "Parteiregierung" ab. In der Frage der Wahlrechtsreform wich er nach dem Bericht der Vechtaer OV einer Festlegung aus, betonte aber, daß "ein aus volkstümlichen Wahlen zusammengesetztes Abgeordnetenhaus" notwendig sei. Damit widersetzte sich Stegerwald sowohl den Zielen der "Friedensresolution" als auch einer konsequenten Durchführung der preußischen Wahlrechtsreform und der Parlamentarisierung des Deutschen Reiches. Die christlich-nationalen Arbeiter wollten nach seiner Meinung "keine Scheinmonarchie und keinen Monarchen, dessen Stellung etwa von dem jeweiligen Mehrheitswillen der Parteien abhängig wäre", wohl aber "eine enge Fühlung zwischen Regierung und Volksvertretung". Unüberbrückbar schienen ihm die Gegensätze zur Sozialdemokratie auch in der Bewertung "der ideellen und sittlichen Güter im Volksleben". Damit waren Kompromisse in kultur- und schulpolitischen Fragen so gut wie ausgeschlossen. In der Schicksalsstunde des Zentrums kam es darauf an, Interessengegensätze "im Zeichen der gemeinsamen weltan

schaulichen Grundeinstellung innerhalb der eigenen Reihen durchzukämpfen und auszugleichen".[1004] Neben dem Dilemma einer traditionellen Konfessionspartei, das das Zentrum nicht lösen konnte, zeigte sich an der Haltung der Christlichen Gewerkschaften auch der Zwiespalt einer konfessionellen Arbeiterbewegung, die ihre Eigenständigkeit nur um den Preis des sozialen und politischen Fortschritts wahren konnte. Zum Durchbruch gelangten die Vorstellungen Stegerwalds von einer interkonfessionellen Gewerkschaftsbewegung und einer interkonfessionellen Volkspartei, die er nach 1918 entwikkelte, in der Zeit der Weimarer Republik nicht mehr; das war erst nach 1945 der Fall.[1005]

Stegerwald vertrat einen politischen Kurs, der erkennbare Übereinstimmungen mit der Haltung der deutschen Bischöfe aufwies. "Was das Zentrum zusammenhielt", so Paul-Ludwig Weinacht, "war bis zuletzt das Kirchliche".[1006] Die Vechtaer Zentrumspresse schloß sich ihm nicht an, zumal die Gewerkschaftsfrage in Südoldenburg keine politische Brisanz hatte. Sie verteidigte Erzberger auch gegen die Angriffe des "Universitätsprofessors Martin Spahn". Durch Verdächtigungen, die nicht "faßbar" seien, werde ein "Fall Erzberger" konstruiert, der "einen ehrlichen Mann und einen in seiner vaterländischen Gesinnung unantastbaren Patrioten ohne Schatten eines Beweises weitesten Kreisen des deutschen Volkes verdächtig zu machen sucht". Ein solches Vorgehen könne "nicht scharf genug gemißbilligt" werden.[1007] Wie

---

[1004] MORSEY, Zentrumspartei, S. 71. Morsey gibt den Gedankengang einer Rede im August 1918 wieder, in der Stegerwald die Politik Erzbergers ebenfalls scharf attackierte. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 72, Anm. 36)

[1005] MORSEY, Stegerwald, S. 235. Adam Stegerwald, der 1902 zum hauptamtlichen Sekretär der Christlichen Gewerkschaften mit 84 600 Mitgliedern gewählt wurde, gehörte im November 1918 zu den Mitbegründern der "Zentralarbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände", die auf der Basis des Stinnes-Legien-Abkommens einen kontinuierlichen Übergang zur parlamentarischen Monarchie unterstützte und die Probleme der Demobilisierung zu lösen versuchte. Am 20. November 1918 rief Stegerwald den "Deutsch-Demokratischen Gewerkschaftsbund" ins Leben, dem 32 nichtsozialistische Gewerkschaften angeschlossen waren; daraus ging ein Jahr später der "Deutsche Gewerkschaftsbund" (DGB) hervor. Auf dem 10. Kongreß der Christlichen Gewerkschaften in Essen am 21. November 1920 sprach sich Stegerwald für eine Umbildung des deutschen Parteiensystems aus und schlug die Bildung einer neuen antisozialistischen interkonfessionellen Volkspartei unter dem Motto "deutsch, christlich, demokratisch, sozial" vor. (MORSEY, Stegerwald, S. 57-116: Deutsche Lebensfragen. Vortrag von Adam Stegerwald auf dem 10. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands am 21. November 1920 in Essen)

[1006] WEINACHT, Stegerwald, S. 19.

[1007] OV vom 20.4.1918: Prof. Martin Spahn contra Erzberger. Spahn hatte Erzberger Reisen ins neutrale Ausland vorgeworfen, wodurch er die Interessen des Deutschen Reiches geschädigt

derholt griff die Vechtaer OV den "Fall Erzberger" auf. Der auch aus Zentrumskreisen geübten Kritik an Erzberger gehe es nicht um die Person des Abgeordneten, sondern um die von ihm "verkörperte gedankliche Richtung, die parlamentarische Demokratie", die er konsequent verfolge.[1008] Darin wurde der politische Kern im "Fall Erzberger" deutlich: das Zerwürfnis zwischen Erzberger und Reichskanzler Hertling, der den Zentrumsabgeordneten zu neutralisieren versuchte.[1009] Den Gegnern der Friedensresolution gelang es jedoch nicht, das Bündnis der Zentrumspartei mit den Sozialdemokraten zu sprengen, sie nahmen der Politik Erzbergers aber viel von ihrer Durchschlagskraft. So war sie nicht kraftvoll genug, um sich gegen die Politik von OHL und Reichsleitung durchzusetzen, und enthielt für die Gestaltung der Reichspolitik nach dem Kriege zu viele Kompromißformeln. Das Zentrum war noch nicht "aus dem Turm heraus", und die Frage, wie es auf dem Boden eines modernen Verfassungsstaates als "eine konfessionell ausgerichtete parlamentarische Vertretung" eine politische Daseinsberechtigung und Bestand haben könnte, war damit noch nicht beantwortet.[1010]

In den letzten beiden Jahren des Krieges wurde die preußische Wahlrechtsreform das dominierende Thema der deutschen Innenpolitik. Im Kontext dieser Debatte wurde die ablehnende Haltung des deutschen Episkopats zu Liberalität und Parlamentarismus deutlich. Die Verurteilung der preußischen Wahlrechtsreform bedeutete im politischen Kern eine Absage an das ungeteilte Prinzip der Volkssouveränität, das die Bischöfe in vielen Kundgebungen in

---

habe. Belege konnte er dafür nicht nachweisen. Vgl. dazu OV vom 1.5.1918: Professor Dr. Spahn schweigt.

[1008] OV vom 7.5.1918: Zum Fall Erzberger. Dabei stellte sich der Fraktionsvorstand auf die Seite des Reichskanzlers, während Erzberger die überwiegende Mehrheit der Fraktion hinter sich wußte.

[1009] MORSEY, Zentrumspartei, S. 67f.

[1010] MORSEY, Zentrumspartei, S. 36f. Das Wort "Wir müssen aus dem Turm heraus." geht auf einen Artikel von Julius Bachem im Jahre 1906 zurück. Der Aufsatz war am 1. März 1906 in den "Historisch-politischen Blättern" erschienen: "Das Zentrum darf nicht unter der Einwirkung der Verschärfung der konfessionellen Gegensätze, an der so viele arbeiten, in eine splendid isolation geraten, welche die Erfüllung seiner Aufgabe für Reich und Volk aufs äußerste erschweren würde." (HUBER, Kirche 3, S. 258-261) In der Berliner Erklärung vom 28. November 1909 hatte sich das Zentrum "gegenüber den fortgesetzten Mißdeutungen des Charakters der Zentrumspartei" grundsätzlich als "eine politische nichtkonfessionelle Partei" auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung bezeichnet: "Mit diesem grundsätzlichen Charakter steht keineswegs in Widerspruch, daß die Zentrumspartei in den langen Jahren des Kulturkampfes die Abwehr der gegen den katholischen Volksteil gerichteten Maßnahmen [...] als erste und dringendste Aufgabe betrachten mußte, und daß es auch heute noch eine ihrer vornehmsten Pflichten ist, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der katholischen Minderheit zu wahren." (SCHÖNBRUNN, Quellen, S. 843f.)

der Tat verwarfen. Ohne die einzelnen Reformprojekte konkret anzusprechen - das lag außerhalb ihrer pastoralen Verantwortung -, zog sich eine deutliche Mehrheit der deutschen Bischöfe auf fundamentalistische Positionen zurück, die eine autoritative Wirkung hatten. Die Mahnungen zum Gehorsam gegenüber dem Staat und der in ihm waltenden Ordnung formulierten sie in strenger Anlehnung an Röm. 13. Fürstbischof Adolf Bertram (Breslau) rief nachdrücklich zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung und zur bedingungslosen Loyalität gegenüber der herrschenden Obrigkeit auf, die - nach katholischer Lehre eine rechtmäßige war, solange sie Bestand hatte - von Gott sei:

> "Das ist **Auflehnung** gegen die **Ordnung Gottes**. Denn auf Gottes Willen beruht die Ordnung in der menschlichen Gesellschaft. Wer sich der Obrigkeit widersetzt, widersetzt sich der Anordnung Gottes."

Bertram verurteilte jede Verweigerung in Form von Streiks, Unruhen oder Gewalttätigkeiten als "ein schweres Unrecht":

> "Es ist ein Verbrechen gegen das Vaterland. Gott verlangt von Dir, daß du dein Vaterland liebst und daß du Opfer für dein Vaterland und seine Ordnung bringst. Doppelt streng ist diese Pflicht in Zeiten der Gefahr und schweren Heimsuchung. Wer in solchen Zeiten Unruhe und Gewalttätigkeit stiftet, ladet eine unsagbar schwere Verantwortung auf sich vor Gottes Richterstuhl."[1011]

Über jeden sozialen Zwist und politischen Streit habe sich "die Liebe zum Vaterlande, die Liebe zur Ordnung in Staat und Gemeinde und die Einheit in der Kirche Jesu Christi" zu erheben. Die Fuldaer Bischofskonferenz lehnte die preußische Wahlrechtsreform aus umfassenden politischen Gründen nach außen geschlossen ab. Damit folgte sie dem Vorsitzenden der Konferenz, dem Kölner Kardinal Felix von Hartmann, der seit 1916 auch dem Preußischen Herrenhaus angehörte. Hartmann stellte sich an die Spitze der katholischen Reformgegner und versuchte, positive Stellungnahmen aus den Reihen der katholischen Arbeitervereine zu unterbinden. Er war davon überzeugt, daß die Wahlrechtsreform außerordentliche Gefahren für die katholische Kirche in Deutschland und insbesondere für das katholische Schulwesen mit sich bringen würde. Er befürchtete einen enormen Mandatszuwachs für die Sozialdemokratie und den demokratischen Liberalismus, politische Kräfte, die an den Fundamenten von Thron und Altar rüttelten. Mit seiner schroffen Ablehnung traf Hartmann jedoch nicht die Meinung der Mehrheit der Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus. Hartmanns deutschnationale Ge

[1011] OV vom 28.7.1917.

sinnung war nach Scheidgen der Grund für seine Zurückhaltung gegenüber dem Zentrum. In der Einschätzung der politischen Realitäten war er durch sein Staatsdenken offensichtlich befangen. Er unterstützte die Politik des Kaisers "im vollen Umfang" und galt als "Staatsbischof".[1012] Hartmann betrachtete das Hirtenschreiben der deutschen Oberhirten zum Fest Allerheiligen im Jahre 1917 als endgültige Ablehnung der preußischen Wahlrechtsreform:

> "In der Achtung vor der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit und im Gehorsam gegen ihre Gesetze werden wir gegen **niemand** zurückstehen. Aber **denen** können wir **nicht beitreten**, die den Staat als **den Urquell alles Rechtes** ansehen und ihm eine **unumschränkte** Machtvollkommenheit zusprechen. Ebensowenig stimmen wir **denen** zu, denen das Volk **in seiner Gesamtheit** als Urheber und Inhaber der staatlichen Gewalt, der Wille des Volkes als letzte Quelle des Rechts und der Macht gilt; **diese** erregen und betören dann die Massen mit den Schlagworten von der **Gleichberechtigung** aller, von der **Gleichheit aller Stände** und suchen **mit Gewalt** eine **Volksherrschaft** zu begründen, die doch nur zu neuen Formen von **Ungleichheit** und **Unfreiheit**, von **Vergewaltigung** und **Tyrannei** führen würde."[1013]

Die Debatte um das preußische Wahlrecht hatte Auswirkungen auf die Haltung des deutschen Episkopats und forderte ihn zu politischen Bekenntnissen auf, die konsequent an der Monarchie festhielten und die Kirche gleichberechtigt neben den Staat stellten:

> "Seiner ganzen Vergangenheit getreu, wird das **katholische** Volk alles zurückweisen, was auf einen Angriff gegen unsere Herrscherhäuser und unsere monarchische Staatsverfassung hinausläuft. Wir werden stets bereit sein, wie den Altar so auch den **Thron** zu schützen gegen äußere und innere Feinde, gegen Mächte des Umsturzes, die auf den Trümmern der bestehenden Gesellschaftsordnung einen erträumten Zukunftsstaat errichten wollen, [...]."

Dabei lehnten die Bischöfe eine Einmischung der Alliierten in die inneren Angelegenheiten des Deutschen Reiches entschieden ab:

[1012] SCHEIDGEN, S. 37ff., 337ff. Der Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, war nach Auffassung Scheidgens aus taktischen Gründen für die Zustimmung zur Wahlrechtsreform, die auch ohne das Zentrum erfolgen würde. Wenn die Zentrumsfraktion sich verschließen würde, würden sich viele katholische Arbeiter enttäuscht von der Partei abwenden und sozialdemokratisch wählen.

[1013] OV vom 27., 30.11.1917; HUBER, Kirche 3, S. 517-530, auch zum folg.: Hirtenbrief der Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands am Feste Allerheiligen (1. November 1917), unterzeichnet für das Bistum Münster von Bischof Johannes Poggenburg. Die Vechtaer OV veröffentlichte Hirtenbriefe häufig mit großer Verspätung. Vgl. dazu LOTH, Katholiken, S. 348.

> "Wir haben es als brennende Schmach empfunden, daß man es wagte, uns den Frieden anzubieten als Judaslohn für Treubruch und Verrat am Kaiser."[1014]

Nur die deutsche Monarchie, die hoffentlich einem günstigen Kriegsausgang entgegensehen konnte, war nach Auffassung der Bischöfe in der Lage, dem sittlichen Niedergang des Volkes Einhalt zu gebieten, die Einheit von Staat und Kirche aufrechtzuerhalten und auch die Gefahr einer "konfessionellen Verflachung, oder wie man zu sagen pflegt: des Interkonfessionalismus", die der Krieg über Deutschland gebracht habe, zu bannen:

> "Es ist der Lieblingstraum mancher Kreise, Katholiken und Protestanten möchten, wie sie im Kriege völlig einmütig Schulter an Schulter für das Vaterland kämpften und bluteten, opferten und litten, so allmählich sich auch im Glauben und in der Religionsausübung verschmelzen. Man könnte ja, meinen sie, die konfessionellen Ecken abschleifen, von beiden Seiten Zugeständnisse und Abstriche machen und so sich schließlich auf einer gemeinsamen Glaubensgrundlage zu einer deutschen Nationalkirche einigen. Das sind unsinnige Träumereien. Versuche, ein verschwommenes, interkonfessionelles Christentum zu erfinden, enden im völligen Unglauben, im religiösen Bankrott."

Die Bischöfe verwarfen jede Form der Trennung von Staat und Kirche und hielten am Grundsatz "Katholische Schulen für katholische Kinder" fest; er solle nicht nur für die Volksschulen, sondern auch für Mittelschulen und höhere Schulen gelten. Die Forderung nach voller Parität des katholischen Volksteils sei noch längst nicht erfüllt. Es widerspreche "dem Charakter des Staates als einer gottgewollten Einrichtung zum Heil des Volkes, daß er das höchste Gut des Volkes, seinen Glauben und seine Religion, unberücksichtigt läßt, daß er es ablehnt, Gott, von dem er selbst einzig und allein seine Autorität empfangen hat, zu achten und zu ehren". Die gegenwärtige Krise sei eine moralische. Der Krieg habe die Mahnungen der Bischöfe "zur Erhaltung der Fruchtbarkeit der Ehe und des Kindersegens der Familie" unerwartet

---

[1014] Gemeint waren damit die Reaktionen der Entente-Mächte auf die Friedensaktion Papst Benedikts XV., insbesondere die Antwortnote des amerikanischen Staatssekretärs des Auswärtigen, Lansing, an Papst Benedikt vom 27.8.1917. Die Vechtaer OV lehnte die Antwort Wilsons an den Papst ab und verbat sich jede Einmischung in die deutsche Innenpolitik: "Er [Wilson] will dem deutschen Volke zureden, es solle mit seiner Regierung aufräumen, ganz kraß ausgedrückt: es solle es auch einmal nach **russischen Rezepten** versuchen. [...] Wir denken gar nicht daran, unseren Feinden zuliebe, uns irgendwie umzumodeln, und wir werden uns nach wie vor jede Einmischung unserer Feinde in unsere inneren Angelegenheiten aufs **allerentschiedenste verbitten**." (OV vom 1.9.1917)

"blutig unterstrichen".[1015] Daraus erwüchsen der Obrigkeit unabdingbare Aufgaben, um den sittlichen Bestand der deutschen Nation zu sichern:

> "Möchte endlich die Obrigkeit jene entartete Kunst und verkommene Literatur in Schranken weisen, die in gemeingefährlicher Weise ihr Spiel und ihren Spott treibt mit dem, was die erste Lebensquelle und Lebenskraft des Staates ist, die das Laster verherrlicht, den Ehebruch in Schutz nimmt, die Würde der Frau schändet."

Die Kritik der Bischöfe am sittlichen Niedergang des Volkes und am Verfall religiöser Werte war kein Selbstzweck, sondern immer auch politisch intendiert. Sie diente der politischen Affirmation des deutschen Obrigkeitsstaates, der auf "den Herrschern von Gottes Gnaden" beruhte. Gegensätze zwischen den Klassen und Schichten, die der Episkopat nicht übersah, sollten durch "soziales Zusammenarbeiten" auf der Grundlage der katholischen Soziallehre gelöst werden. Die Begründung des gleichen Wahlrechts aus dem Postulat der Gleichheit aller Menschen war der christlichen Glaubenslehre völlig fremd. Der Versuch, es aus eben dieser Tradition ableiten zu wollen, hieße, es zu usurpieren.[1016] Die Oberhirten warnten aber auch vor einer Omnipotenz des modernen Staates, die zu einer Bedrohung der Kirche werden könnte. Dafür machten sie nicht die Monarchie selbst, sondern den politischen Ausnahmezustand im Krieg verantwortlich, der "zu einer Art von Staatssozialismus und Staatsallmacht" geführt habe. Diese Positionen, die von der Fuldaer Bischofskonferenz am 1. November 1917 niedergelegt wurden, gingen in den Traditionsbestand einer politischen Theologie ein, die das Verhältnis der katholischen Kirche zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen nach 1918 maßgeblich bestimmte.

Auch außenpolitisch geriet der Erzberger-Kurs im Frühjahr 1918 unter Druck. Die Zentrumspresse in Vechta würdigte den Friedensschluß als das Ende des "Zweifrontenkrieges" und schöpfte Hoffnung: "Die Hand, mit der

---

[1015] Dieser Abschnitt bezog sich auf den Fastenhirtenbrief des deutschen Episkopats vom 20. August 1913 über "Der Geburtenrückgang und die christliche Familie". (Kirchliches Amtsblatt Jg. 47, Nr. 19, 30.12.1913, S. 127ff.)

[1016] Einen solchen Versuch, Freiheit und Gleichheit, originäre Forderungen der Französischen Revolution von 1789, aus der christlichen Lehre abzuleiten, unternahm die Frankfurter Zeitung in einem Leitartikel unter dem bezeichnenden Titel "1789 und 1914" vom 24.12.1915. Sie kam zu dem Ergebnis, "daß Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit selbstverständlich gar nicht die Ideen von 1789, sondern mindestens einige tausend Jahre älter sind, da das Christentum und schon das klassische Altertum solche Gedanken ausgesprochen haben, und wenn man es ganz genau nimmt, sind sie so alt wie die Menschheit überhaupt, wenn sie sich auch ihrer nicht immer klar bewußt gewesen ist." (PROSS, Politik, S. 190f.)

wir die Ostmarken unseres Reiches schützen mußten, wird jetzt frei; Deutschlands Zukunft nach dem Osten ist gesichert."[1017] Obwohl der Vertrag von Brest-Litowsk "der Friedenspolitik der Mehrheitsparteien" nicht entspreche, habe das Zentrum ihn gebilligt; einer Revision dieser Politik, wie sie das fortschrittliche Lager anstrebe, bedürfe es aber nicht.[1018] Die Zeitung verteidigte im Frühjahr 1918 den Kurs Erzbergers. Erst die deutschen Friedensbemühungen im Jahre 1917 hätten es möglich gemacht, "die innere politische Front in ihrer Geschlossenheit" aufrechtzuerhalten:

> "Ohne sie wäre es nicht dazu gekommen, daß die alte Sozialdemokratie zum achten Male die Kriegskredite bewilligte."

Dadurch sei "die Trennung von den Unabhängigen noch weiter vertieft worden, was für unsere Politik von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist". Das Zentrum habe das "Streben nach Verständigung" niemals aus dem Auge verloren, so die Vechtaer OV zur Rechtfertigung der Friedenspolitik:

> "Aber **in der Politik** gibt es keine **Dogmen**, und eine Politik, der Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit mangelte, wäre überhaupt keine Politik."

Die Opfer, die der Krieg noch fordere, würden "ihren vollen Ausgleich im demnächstigen Frieden finden müssen, für den dann die künftige Kriegslage wesentlich mitbestimmend sei:

> "Dieser Sieg muß und wird die Tore des Friedens sprengen, und wir werden diesen **Frieden** so gestalten, daß er der Opfer würdig wird, die wir dafür zu bringen gezwungen sind, und man darf sicher sein, daß dieser Frieden auch von den Mehrheitsparteien des Reichstages ebenso gebilligt werden wird, wie sie den Friedensverträgen im Osten ihre Zustimmung erteilt haben."

Reichskanzler Michaelis versuchte, den politischen Vorstoß Erzbergers zu entschärfen, indem er drei katholische Politiker in hohe Staatsämter in Preußen und im Reich berief und damit den Forderungen des Zentrums nach pa

---

[1017] OV vom 5.3.1918.

[1018] OV vom 15.3.1918, auch zum folg. Lambert Meyer berichtet in seiner Chronik, daß der Friede mit Rußland und der Vorfriede mit Rumänien "ruhig hingenommen" wurden, "weil ersterer mit der dortigen Gewaltregierung (Bolschewismus, d. h. radikalste Umstürzler) geschlossen war und nicht als vollwertig angesehen wurde". In einem Nachtrag zu seiner Chronik, der "das Geschehen an den Fronten" wiedergibt, nennt Meyer den Frieden von Brest-Litowsk einen "Frieden der Gewalt seitens Deutschland" und den mit Rumänien einen "Gewaltfrieden". (MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 11)

ritätischer Vertretung in der staatlichen Administration entgegenkam. Mit großer Genugtuung nahm deshalb die Zentrumspresse die Berufung Peter Spahns zum preußischen Justizminister, von Dr. Kühlmann zum Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes und des Kölner Oberbürgermeisters Wallraff an die Spitze des Reichsamtes des Innern zur Kenntnis.[1019] Die Vechtaer OV ließ die Frage noch offen, "ob in dieser Tatsache ein gewolltes Entgegenkommen der Reichsleitung gegenüber der alten Forderung des Zentrums nach paritätischer Besetzung der Regierungsämter in ihren Spitzen und nachgeordneten Stellen zu erblicken" sei, und richtete an den neuen Reichskanzler Michaelis die eindringliche Forderung, es dabei nicht bewenden zu lassen. Es sei notwendig, "daß er auch in Zukunft bei der Besetzung von Staats= und Regierungsstellen der Forderung nach Gleichberechtigung der Katholiken mit den übrigen deutschen Staatsbürgern Rechnung trägt."[1020] Die "Paritätswünsche" des Zentrums waren nach Auffassung Erzbergers mit diesen drei Berufungen noch "in keiner Weise befriedigt". Eine "neue Zeit" sei schließlich angebrochen.[1021]

7.6.3. Politisches Junktim: Wahlrecht und "Sicherungsartikel"

Als sich Anfang des Jahres 1918 abzeichnete, daß die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts unumgänglich geworden war, stellte sich eine Majoriät der preußischen Bischöfe auf die neue Lage ein. Ihre Anstrengungen richteten sich nun darauf, im Zusammenhang mit der Wahlrechtsreform ausreichende Sicherungen für die bestehende Rechtsstellung von Kirche und Schule zu erwirken. Den Entwurf der Zentrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhaus vom Februar 1918 legte der Vorsitzende Felix Porsch dem Breslauer Fürstbischof Bertram vor, der daraufhin Kardinal von Hartmann, den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, konsultierte. Fürstbischof Bertram sprach Porsch gegenüber die Anerkennung der preußischen Bischöfe aus, "daß die katholischen Abgeordneten sogleich beim Beginn der einschlägigen Verhandlungen sich darauf festgelegt haben, daß eine Wahlvorlage nur dann annehmbar sei, wenn für Sicherstellung der vitalen Interessen des

[1019] OV vom 6.8.1917. Nach Ansicht von Rudolf Morsey verließ damit Erzbergers einflußreichster Gegner die Reichstagsfraktion, deren Zügel er schon fast verloren hatte. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 65)
[1020] OV vom 7.8.1917. Zur Paritätsfrage äußerte sich die Vechtaer OV grundsätzlich in der Ausgabe vom 18.8.1917.
[1021] OV vom 27.8.1917.

kirchlichen Lebens und der konfessionellen Schule genügende Gewähr geboten sei".[1022] Der Kölner Erzbischof Kardinal Hartmann, der sich immer mehr als "die treibende Kraft und der autoritative Mittelpunkt" konservativ-klerikaler Reformgegner erwies, bekräftigte in einem Briefwechsel mit dem "Verein katholischer Edelleute Deutschlands" das Festhalten des Episkopats an den dogmatischen Aussagen des Allerheiligen-Hirtenbriefes von 1917, wonach Volkssouveränität und Egalität "unvereinbar mit der christlichen Auffassung vom Ursprung, Zweck und Wesen der staatlichen Gewalt" seien.[1023]

Die Sicherungsartikel bezogen sich auf das Verhältnis des Staates zur Religion bzw. zur Kirche in Preußen und hatten die Aufgabe, "den tatsächlichen Zustand, wie er jetzt zwischen dem Staat und der katholischen Kirche besteht, verfassungsrechtlich" festzulegen. Danach sollten Anstalten, Stiftungen und Fonds im Besitz der katholischen Kirche bleiben und die konfessionellen Schulen gewährleistet sein. Dieser geltende Rechtszustand sollte unter den Schutz einer Zweidrittelmehrheit gestellt werden, "um die staatlichen Grundlagen von parlamentarischen Mehrheiten unabhängig zu machen". Dieses Ziel könne das Zentrum durch eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts nicht erreichen, wie der Abgeordnete Porsch im Preußischen Abgeordnetenhaus bekannte: Kein "Sondergeschäft" nach seiner Meinung.[1024] Die "Sicherungsartikel für Kirche und Schule" wurden in den ersten beiden Lesungen mit den Stimmen der Sozialdemokratie abgelehnt, die damit das gleiche Wahlrecht als "zu teuer bezahlt" betrachtete.[1025] Am 11. und 12. Juni 1918 wurden sowohl die "Zentrumssicherungen" als auch ein Pluralwahlrechtskompromiß mit einer breiten Mehrheit angenommen: "Das Entgegenkommen in der Frage der Sicherungen hatte sich bezahlt gemacht."[1026]

[1022] HUBER, Kirche 3, S. 534f.: Schreiben Fürstbischofs Bertram, Breslau, an den Zentrumspolitiker Porsch vom 1. März 1918.

[1023] HUBER, Kirche 3, S. 537f.: Pressemitteilung des Kardinals von Hartmann, Köln, vom Juni 1918. Hartmann beklagte sich über die "kühle Aufnahme", die der Hirtenbrief 1917 "in manchen einflußreichen katholischen Kreisen" gefunden habe, und unterstrich die Verbindlichkeit der darin enthaltenen Mahnungen für alle Katholiken: "Mögen die in dem Hirtenschreiben dargelegten katholischen Grundsätze mit Gottes Hilfe sich immer mehr Bahn brechen und die unverrückbaren Richtlinien bilden für das Verhalten aller Katholiken."

[1024] OV vom 7.5.1918.

[1025] PATEMANN, Wahlreform, S. 179f.

[1026] PATEMANN, Wahlreform, S. 189ff. Weil die gefaßten Beschlüsse nicht mit denen der dritten Lesung übereinstimmten, wurde nach Ablauf von 21 Tagen eine weitere Abstimmung erforderlich. Diese fand am 5. Juli 1918 statt.

Damit war aus katholischer Sicht der Weg frei für die abschließende Behandlung der Wahlreform. Anstelle des gleichen Wahlrechts verabschiedete das preußische Abgeordnetenhaus am 5. Juli 1918 ein Pluralwahlrecht mit zwei Zusatzstimmen, das den Mittelstand bevorzugte. Danach sollte Preußen ein Wahlsystem erhalten, das nachhaltig den Eindruck einer Ungleichheit und Bevorzugung hervorrief: "nach Osterbotschaft und Julierlaß, nach vier harten Kriegsjahren mit all ihren innerpolitischen Konsequenzen volkspsychologisch einfach unmöglich."[1027] Dem Zentrum war es nicht gelungen, die preußische Wahlrechtsfrage von konfessionellen Prärogativen zu lösen. Es ließ sich mehr von den sich rasch verändernden Verhältnissen der Zeit als von demokratischen Grundüberlegungen leiten. So verlor es den Wettlauf gegen die Revolution.

7.6.4. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen und der Wettlauf gegen die Revolution

Für die Einführung des gleichen Wahlrechts war in Preußen von Anfang an nicht mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit zu rechnen. Die Standpunkte waren geteilt. Die Freikonservativen verfolgten in der Wahlrechtsfrage eine Lösung, die den Forderungen der Linken entgegenkommen, das sozialistische Lager aber nicht an die Macht bringen sollte. Um einer weiteren Radikalisierung der inneren Lage vorzubeugen, favorisierten sie ein Pluralwahlrecht. Mit diesen Bestrebungen verfolgten sie das Ziel, die Stellung konservativer Kreise bürgerlicher oder feudaler Provenienz im Verhältnis zu den proletarischen Massen zu stärken.[1028] Das Zentrum hatte sich zwar zur Notwendigkeit einer Wahlreform bekannt, aber nicht zum gleichen Wahlrecht und sprach sich deshalb für ein Pluralwahlrecht aus. Auf Kritik stieß es damit bei den in den Christlichen Gewerkschaften organisierten katholischen Arbeitermassen, die auf innen- und sozialpolitische Reformen drängten, um der Agitation der Freien Gewerkschaften begegnen zu können; sie lehnten deshalb ein Pluralwahlrecht ab. Am 18. Juni 1917 legte der preußische Innenminister v. Loebell einen Pluralwahlrechtsentwurf vor, der eine Alters- und Fa

[1027] PATEMANN, Wahlreform, S. 202f.
[1028] Ebd., S. 65ff.

milienstands- und eine Steuerstimme als Zusatzstimmen vorsah.[1029] So war eine Mehrheit für die Einführung des gleichen Wahlrechts nicht in Sicht.

Für die Ablehnung des gleichen Wahlrechts im Preußischen Abgeordnetenhaus in der zweiten und dritten Lesung am 1. und 14. Mai 1918 war die Spaltung der Nationalliberalen verantwortlich, deren rechter Flügel mit den Konservativen stimmte. Die dritte Lesung bedeutete sogar einen Rückschlag, weil am Ende nicht nur die Zentrumssicherungen und das gleiche Wahlrecht abgelehnt wurden, sondern auch das bislang angenommene Pluralsystem. Nun war nicht nur den Reformgegnern, sondern auch den Konservativen durch den rechten Flügel der Nationalliberalen "das Konzept verdorben" worden; weitere Kompromißformeln wurden notwendig.[1030] Die politischen Debatten im Preußischen Abgeordnetenhaus wurden in der Vechtaer Zentrumspresse breit dokumentiert. Nach ihrer Ansicht war die Basis für eine Verständigung "zu schmal", deshalb seien die konservativen Beschlüsse zum Pluralwahlrecht und die Sicherungsanträge des Zentrums gescheitert. Ohne diese "Sicherungen", die vom Zentrum "aus vaterländischen und religiösen Gewissensbedenken heraus" verlangt, aber von den Konservativen abgelehnt würden, sei es der großen Mehrheit des Zentrums nicht möglich, für die Vorlage zu stimmen.[1031] Die Vechtaer Zentrumspresse bedauerte zwar das Scheitern der Wahlrechtsvorlage, machte aber - dem Stimmenverhältnis entsprechend - nicht das Zentrum dafür verantwortlich:

> "Das Ergebnis der Abstimmung [...] hat jedenfalls die Gewißheit gebracht, daß es nicht bei der Zentrumsfraktion liegt, wenn das gleiche Wahlrecht abgelehnt wurde."

Obwohl die Zersplitterung der Zentrumsfraktion äußerst bedauerlich sei, erfülle die Zentrumsanhänger aber die Tatsache mit Genugtuung, "daß das Schicksal des gleichen Wahlrechts nicht von den dissentierenden Mitgliedern der Landtagsfraktion abhängt". Der politische Tenor des Kommentars in der OV war eindeutig:

> "Dieser Beschluß wird zweifellos auf der großen Mehrheit des preußischen Volkes schwer lasten und sicherlich auch einen Widerhall auslösen, der allen Wahlrechtsgeg

---

[1029] Ebd., S. 79ff.
[1030] Ebd., S. 182ff. Die Sicherungsartikel wurden am 13. Mai 1918 abgelehnt.
[1031] OV vom 8., 13.5.1918. Die Vorlage wurde in der zweiten Lesung des Gesetzes mit 285 gegen 183 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt, in der dritten Lesung mit 236 gegen 185 Stimmen. In der zweiten Lesung stimmten 15 von insgesamt 103 Zentrumsabgeordneten gegen das Gesetz. (OV vom 2., 15.5.1918)

> nern im preußischen Abgeordnetenhause zu verstehen geben wird, daß sie **nicht dem Wunsch und dem Willen des Volkes entsprochen** haben, als sie ihre Stimme gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts abgeben zu sollen glaubten."[1032]

Dennoch schien ein Bruch der katholischen Arbeiterbewegung, insbesondere der Christlichen Gewerkschaften, mit der Zentrumspartei nach dem Scheitern der Wahlrechtsvorlage nicht mehr ausgeschlossen. Die Zeit drängte. Die "Januarstreiks" des Jahres 1918 im furchtbaren Hungerwinter 1917/18 wurden durch die Oktoberrevolution in Rußland zusätzlich beflügelt und führten zu einer weiteren Desillusionierung der Massen über die Kriegspolitik der OHL und der Reichsleitung.[1033] Die Vechtaer OV verurteilte die Streiks "nach russischem Vorbild" und die Unterstützung durch führende Sozialdemokraten aufs schärfste:

> "Das deutsche Volk ist in seiner erdrückenden Mehrheit durchaus nicht zu Experimenten nach russischem Vorbild aufgelegt, und die **deutsche Regierung** hat denn doch weit **festeren Boden unter den Füßen**, als der gestürzte Zarismus je gehabt hat."[1034]

Dem Friesoyther Pfarrer Lambert Meyer gingen im Frühjahr 1918 von heimkehrenden Soldaten Informationen zu, die über eine ungünstige Stimmung der Front berichteten. Diese habe ihren Grund in "der langen Dauer des Krieges", aber auch in "der gereizten Stimmung gegen die Offiziere, die ihre Stellung (das Vorgesetzten-Verhältnis) zu sehr hervorkehrten". "Supermilitarismus" notierte Meyer und machte eine bedenkliche politische Entwicklung aus:

> "Namentlich wurde von den Soldaten stets agitiert, keine Kriegsanleihe zu zeichnen, da es den Krieg verlängere. Man hörte auch, daß die Soldaten nicht mehr recht kämpfen wollten und daß die Disciplin sich lockerte."

Die Stimmung in der einheimischen Bevölkerung erreichte im Sommer 1918 ihren Tiefpunkt, als die Westfront den Rückzug antrat und das "im Frühjahr

---

[1032] OV vom 2.5.1918.
[1033] POHL, Gewerkschaften, S. 142f. Durch die Teilnahme der SPD-Führer Ebert und Scheidemann an der Streikbewegung im Januar 1918 geriet die Mitarbeit des Zentrums im Interfraktionellen Ausschuß in Gefahr. (LOTH, Katholiken, S. 354)
[1034] OV vom 6.2.1918.

Gewonnene" wieder aufgegeben werden mußte: "Die Kriegsmüdigkeit wurde immer größer."[1035]

Die Zukunft des Zentrums als Volkspartei entschied sich wesentlich im katholischen Proletariat, in den Christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereinen. Die "Kriegstagung der christl.=nationalen Bauarbeiter Deutschlands" in Hannover am 30. Mai 1918 wies die Hoffnung der Entente zurück, daß eine "innere Revolution zum baldigen Zusammenbruch Deutschlands führen würde", und sprach sich für die Durchführung "der neuen sozialpolitischen Aufgaben im neuen Deutschland" aus.[1036] Ein kontinuierlicher Übergang zur parlamentarischen Demokratie war zu diesem Zeitpunkt noch möglich, nicht wahrscheinlich, aber das Zurückschrecken agrarischer, bürgerlicher und klerikaler Kräfte vor den Konsequenzen eines Bündnisses mit der Sozialdemokratie, das sie selbst zu großen Teilen für unvermeidlich hielten, erklärt nicht nur, warum die Revolution schließlich doch noch ausbrach, sondern macht auch deutlich, "warum es der parlamentarischen Demokratie, die aus dieser Revolution hervorging, von Anfang an an einer stabilen gesellschaftlichen Grundlage mangelte".[1037] Der "Allgemeine Präsidestag der Kath. Arbeiter= und Arbeiterinnen=Vereine" sah noch im Mai 1918 im "alten Mainz" Chancen für einen friedlichen Demokratisierungsprozeß, verschwieg aber nicht die Hindernisse. In seinem Referat würdigte der Generaldirektor des Volksvereins, August Pieper, nachdrücklich, "daß die Mehrheit der Sozialdemokratie während des Krieges sich zur nationalen Gemeinschaftsarbeit bereit gefunden hat, die sie auch nach dem Kriege fortsetzen will", und unterstrich die "Staatsnotwendigkeit" der "Zurückgewinnung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für Staat, Gesellschaft und Kulturleben, insbesondere das religiöse Leben". Diesem Ausgleich stand nach den Worten von Diözesanpräses Vogt aus Stuttgart, einem Kleriker, die Spaltung der deutschen Arbeiterschaft "in zwei feindliche Heerlager, in das sozialdemokratische und das christliche", gegenüber, die ihren Grund in der Weltanschauung habe:

> "Die **Sozialdemokratie** ist eine Weltanschauung, aufbauend auf dem **Glauben** an eine naturnotwendige Entwickelung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnis

---

[1035] MEYER, Lambert: Die Stadt Friesoythe im Ersten Weltkrieg, IN: VuL Jg. 38, Nr. 93, 23.3.1976, S. 12. Lambert Meyer berichtet, daß im Herbst 1917 in Friesoythe eine Seuche ausbrach, vielfach verbunden mit Fieber: "Es gab fortwährend Versehgänge. Eine ganze Reihe ist daran gestorben."
[1036] OV vom 3.6.1918.
[1037] LOTH, Katholiken, S. 387.

> se im sozialistischen Sinne, auf der **Hoffnung** auf diese Zukunftsordnung und auf dem vom Klassenhaß getragenen Willen, diese Zukunftsordnung zu beschleunigen und zu erzwingen."

Die katholische Arbeiterbewegung beruhe auf der katholischen Soziallehre seit Leo XIII. und nicht auf einer Ideologie. Christentum und Sozialismus schienen aus den bekannten Gründen weiter unvereinbar. Das Zentrum stand als Folge der "Aktion Erzbergers" vor einer Spaltung, die nur noch durch einen Erfolg in der Wahlrechtsfrage aufgehalten werden konnte, den das klerikale Lager weiterhin von den "Sicherungsartikeln" abhängig machte. Am 23. Juni 1918 äußerte Arbeitersekretär Christian Kloft vor 1 000 Vertretern der Arbeiter-Zentrumswähler Westdeutschlands in Bochum die "Sorge um das Wohl der Partei" und rechnete scharf mit den Wahlrechtsgegnern ab. Die katholische Arbeiterschaft vermisse eine "zielklare Einstellung der Parteipolitik auf die großen Fragen der Gegenwart", z. B. Steuerfragen und die Siedlungs- und Wohnungsfrage. Eine "gewaltige Kapitalkonzentration und die Stärkung der Unternehmerverbände" lasse einen nachteiligen Einfluß auf die Gesetzgebung und "einen vermehrten Druck auf die Arbeiterverbände befürchten". Kloft forderte eine Reform der Parteiorganisation und einen Ausbau der Parteipresse. Die Kritik der Arbeiterschaft habe zum Ziel, "die Zustände in der Partei zu bessern". In einer Entschließung forderte die Versammlung erneut die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen und umschrieb die zukünftige Stellung der katholischen Arbeiterschaft im Zentrum:

> "Die **Arbeiter werden dem Zentrum**, das sich bisher als Volkspartei und soziale Partei bewährt hat, **auch fernerhin treu bleiben**, insbesondere für die Verwirklichung seiner überlieferten Ideale eintreten. Andererseits werden sie aber mit Nachdruck dahin wirken, daß die **gerechten Forderungen der Arbeiter** auf sozialem und staatsbürgerlichem Gebiete innerhalb der Partei **zur Geltung kommen**, besonders angesichts der hohen Zukunftsaufgaben, die der Krieg unserem Vaterlande stellt."

Die Delegierten drohten ihrer Partei in der Entschließung offen mit einem Wahlboykott: Den Abgeordneten, die in der wichtigen Wahlrechtsfrage versagt hätten, könnten die katholischen Arbeiter nicht mehr ihre Stimme geben.[1038]

Die rapide Verschlechterung der militärischen und außenpolitischen Lage beschleunigte die Wahlrechtsfrage. Im Wettlauf gegen die Revolution, die im

[1038] OV vom 27.6.1918.

Zeichen der militärischen Niederlage nicht mehr aufzuhalten war, verlangte der Interfraktionelle Ausschuß, an dem nun auch nationalliberale Vertreter teilnahmen, am 7. November 1918 die sofortige Lösung der Wahlrechtsfrage ohne Rücksicht auf verfassungsmäßige Fristen und die Einführung des Frauen- wie des Verhältniswahlrechts. Die kulturpolitischen "Sicherungen" seien nicht mehr zu halten. Darunter war die Klausel zu verstehen, die die "Sicherungsartikel" unter den Schutz einer verfassungsändernden Zweidrittel-Mehrheit stellen sollte. Die Vertreter des Zentrums erhoben Einspruch: Weil die von den Sozialdemokraten propagierte Frage der Kaiserabdankung die Massen beherrsche, sehe die Zentrumspartei keinen Anlaß mehr, auf seine Einwände und Wünsche in der Wahlrechtsfrage zu verzichten. Am 9. November 1918 stellte es seine Bedenken zurück und stimmte dem Kompromiß zu. So setzte erst die Revolution den Schlußstrich unter den Wahlrechtsstreit und das Taktieren des Zentrums, das die Behandlung des wichtigsten Reformgesetzes in den Jahren des Ersten Weltkrieges um kirchen- und schulpolitischer "Sicherungen" willen verzögerte: "Schon die heraufdämmernde Revolution hatte also innerhalb eines Monats von den Wahlrechtsgegnern mehr erreicht als über vier Jahre Wahlrechtsagitation."[1039] In Oldenburg flammte die Diskussion um einen besonderen Schutz der kulturpolitischen Belange nach der Revolution wieder auf, als das Zentrum die Schulartikel sogar von einer verfassungsändernden Dreiviertel-Mehrheit abhängig machen wollte. Es konnte sich auch in Oldenburg nicht durchsetzen.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts bedeutete nicht den Zusammenbruch der Monarchie, die Ursachen dafür sind viel komplexer, sie zeigte aber die Schwäche und Ohnmacht des monarchischen Systems, das eine solche Lösung zuließ. Durch ihre mangelnde Konzessionsbereitschaft haben die Gegner der Reform, die auch im konservativ-klerikalen Zentrum anzutreffen waren, zum Sturz der Monarchie in der Revolution beigetragen. Nur die Bejahung demokratischer Entscheidungsprozesse nach den Prinzipien von Majorität und Minorität auf der Grundlage ungeteilter Volkssouveränität hätte diesen Konflikt vor der Revolution noch lösen können. Das ging über die "Aktion Erzbergers" aber weit hinaus. Als die Gesetze zur preußischen Wahlrechtsreform am 5. Juli 1918 in fünfter Lesung verabschiedet wurden, konnten sie eine politische Wirkung kaum noch erzielen; dafür war es zu spät. Die Revolution auferlegte dem Zentrum schließlich das, wovor es lange Angst gehabt hatte, und nahm ihm gleichzeitig die bis dahin wichtigste Entschei

[1039] PATEMANN, Wahlreform, S. 228.

dung ab. Am 8. Februar 1919 trat es - unter Zurückstellung aller berechtigten weltanschaulichen, sozialen und politischen Bedenken - in die Weimarer Koalition ein.

Die "Sicherungsartikel", die das Preußische Abgeordnetenhaus am 12. Juni 1918 verabschiedet hatte, machten nachhaltig deutlich, welchen Konfliktstoff die Frage nach der öffentlichen Stellung der Kirche und dem konfessionellen Charakter der Schule enthielt. Am Ende mußten sich Klerus und Partei unter dem Druck der Verhältnisse mit dem gleichen Wahlrecht ohne "Sicherungen" abfinden und konnten auch im Artikel 138 der Weimarer Verfassung nur einen Teil ihrer Interessen durchsetzen. Der erbitterte Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen ließ erkennen, daß der politische Katholizismus auf die demokratische Umgestaltung und Erneuerung Deutschlands im Spätherbst 1918 nicht eingestellt war. Das hatte er mit großen Teilen des konservativen bürgerlichen Lagers gemeinsam. Die Revolution kam unerwartet.

Zur Homepage der Publikation

Das
politisch-soziale Milieu in Südoldenburg
von 1803 bis 1936

von

Hubert Gelhaus

2. Band:

Die Gründung und die Grundlagen der Weimarer Republik von 1918 bis 1928

Inhalt Seite

1.	**Vom Großherzogtum zum Freistaat Oldenburg: zwischen politischer Kontinuität und historischer Diskontinuität**	**1**
1.1.	Einleitung	1
1.2.	Die "importierte Revolution" in Oldenburg	9
1.2.1.	Kontinuität im politischen Systemwechsel: "Die bisherigen Staatseinrichtungen bleiben bestehen."	19
1.2.2.	Das Ende der politischen Rätebewegung im Freistaat Oldenburg: "Haben die Arbeiterräte als Klassenvertretung der Arbeiterschaft [...] ihre Berechtigung verloren."	26
1.3.	Die importierte Rätebewegung in Südoldenburg	29
1.3.1.	Das politische Scheitern der Rätebewegung: "Der kirchliche Einfluss dort ist natürlich sehr stark."	38
1.3.2.	Die Bildung von Einwohner- und Volkswehren: "Um für den Fall innerer Unruhen sogleich eingesetzt werden zu können."	46
1.3.3.	Die Entstehung der konservativen Gegenrevolution: "Ein rücksichtsloses Eingreifen unbedingt erforderlich"	52
1.4.	Die Stellung des oldenburgischen Zentrums in der Revolution von 1918/19	56
1.4.1.	Politische Vergangenheitsbewältigung: "Usurpierte Macht erträgt das neue befreite Deutschland nicht."	61
1.4.2.	Demokratische Kehrtwende: "An dem Zentrum soll es nicht fehlen."	64
1.4.3.	Katholische Neigung zu korporativen Führungssystemen: "Demokratie wird an sich nicht ohne weiteres verbürgt durch den Parlamentarismus."	67
1.5.	Die Politische Mobilisierung des Landvolks	77
1.5.1.	Spaltung des oldenburgischen Landvolks: "Im Süden Oldenburgs [...] wird der Zusammenschluß gesondert für sich gemacht."	83

1.5.2. Sozialpolitisches Konfliktpotential: "Eine Heuer erhöhen, weil der Heuermann etwas mehr verdient, ist eine Dummheit." 90

2. Die Stellung des Zentrums in der Gründungsgeschichte des Freistaates Oldenburg (1918/19) 97
2.1. Einleitung 97
2.2. Die Reorganisation der Deutschen Zentrumspartei (DZP) 100
2.2.1. Die Wiederherstellung der alten Kulturkampf-Formation: "Jetzt kommt der Kulturkampf von noch schlimmerer Art." 106
2.2.2. Das demokratische Frauenwahlrecht: "Die Wesensveranlagung der Frau deutet eigentlich auf andere Wege." 115
2.2.3. Unterscheidung nach dem Legalitätsprinzip: "Auf den durch die politische Umwälzung im Reich und Staate - zwar nicht rechtmäßig, aber tatsächlich – geschaffenen Boden" 127

2.3. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung 134
2.3.1. Das Ergebnis der Wahl vom 19. Januar 1919: "Unerschütterte Position des Zentrums" 142
2.3.2. Eintritt in die Weimarer Koalition: "Was für den Wahlkampf galt und gilt, braucht [...] nicht für die Zeit ernster parlamentarischer und gesetzgeberischer Arbeit [zu] gelten." 147

2.4. Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg 152
2.4.1. Das Ergebnis der Wahl vom 23. Februar 1919: "Volle Einigkeit muß wieder angestrebt werden." 160
2.4.2. Landtagsabgeordnete Maria Brand: "eine unheimlich starke Persönlichkeit" 163

3. Die Beratung einer demokratischen Verfassung für den Freistaat Oldenburg (1919) 166
3.1. Einleitung 166
3.2. Diskussionen um die politische Zukunft Oldenburgs 167
3.3. Politische Positionen Südoldenburgs in der Verfassungsfrage 170
3.3.1. Ablehnung der Revolution: "Es war nicht notwendig, zu diesem Zwecke die Staatsform zu wechseln." 174

3.3.2. Vorbehaltensrepublikanismus im katholischen Zentrum: "Eine absolut gerechte Vertretung wird es aber nie geben." 179

3.4. Die Regulierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat 188
3.5. Die Regulierung des Verhältnisses zwischen Schule und Staat 199
3.5.1. Schulpolitische Niederlagen: "In der Schulfrage kapitulieren wir niemals." 207
3.5.2. Kulturpolitische Polarisierungen: "Will man den Kampf, wir werden gerüstet sein." 222
3.5.3. Enttäuschung in Südoldenburg: "Die Kinder gehören zunächst dem Herrgott, dann den Eltern und dann erst der Republik." 227
3.5.4. Abrücken vom strikten Konfessionalitätsprinzip: "Mit dem konfessionellen Charakter der Volksschule an sich nichts zu tun." 230
3.5.5. Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat: "Die katholischen Kinder dürfen nichtkatholische, neutrale, gemischte Schulen [...] nicht besuchen." 236
3.5.6. Der Abbau der Lehrerseminare: "Nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten." 241

4. "Bellum justum" und der Friedensvertrag von Versailles 247
4.1. Einleitung 247
4.2. Der Kampf um den Friedensvertrag von Versailles 255
4.2.1. Religiöse Moralisierung der nationalen Frage: "Sklaverei, Hunger und Elend für uns und unsere Nachkommen" 259
4.2.2. Katholisches Rechristianisierungsprogramm: "Ich bin die Auferstehung und das Leben." 262
4.2.3. Politische Tabuisierung der Kriegsschuldfrage: "Edles Blut ist nicht vergebens geflossen." 270

4.3. Der Kampf gegen "Versailles" und gegen "Weimar" 273
4.3.1. Protest gegen die deutsche "Erfüllungspolitik": "Wir Deutsche haben nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland." 278

5. Das Zentrum in der politischen Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1925 283
5.1. Einleitung 283
5.2. Die Weimarer Koalition in der Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1923 285
5.2.1. Ministerpräsident Theodor Tantzen: "Volk und Regierung müssen eins sein." 290
5.2.2. Reaktionen auf den "Ruhreinbruch": "Deutschland soll nicht bloß bluten, es soll verbluten." 296
5.2.3. Die Ablehnung des Cuno-Begehrens: "Es könnte eine Gelegenheit gekommen sein, das jetzige Ministerium zu stürzen." 299
5.2.4. Die Bildung des ersten Beamtenkabinetts von Finckh (1923): "Daß sie der augenblicklichen politischen Situation in Oldenburg am meisten entspricht, ist unzweifelhaft." 304

5.3. Die Bildung des zweiten Beamtenkabinetts von Finckh (1925) 306
5.3.1. Gegen eine ‘politische’ Lösung der Regierungskrise: "Wir waren ein neben den Parteien stehendes unpolitisches Ministerium." 309
5.3.2. Rechtsruck des Zentrums: "An dem Scheitern sind wir nicht schuld." 320
5.3.3. Das Versagen der demokratischen Parteien: "Entartung des politischen Parteiwesens" 328
5.3.4. Verfassungspolitische Indifferenz: "Wer da führt, ist gleichgültig." 332

6. Die Stellung der katholischen Kirche im Freistaat Oldenburg 336
6.1. Einleitung 336
6.2. Verhandlungen über eine Revision des kirchenpolitischen Status quo 340
6.3. Die Kirchensteuergesetzgebung des Jahres 1924 346
6.3.1. Die Freiheit der Kirche: "Die Ueberreste des Staatskirchentums zum weitaus grössten Teile beseitigt." 348

7. Die Institutionalisierung der Heimatbewegung in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg 354
7.1. Einleitung 354
7.2. Heimat und Religion 358
7.3. Die Gründung des "Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland" 363
7.3.1. Cloppenburger Heimatverein: "Nun wird es aber endlich Zeit, daß wir uns aufraffen." 369
7.3.2. Das Heimatmuseum in Cloppenburg: "Die größte private Sammlung heimatlicher Kulturgüter" 372

8. Die Reorganisation des katholischen Vereinswesens in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg 374
8.1. Einleitung 374
8.2. Das ländliche Vereinswesen zwischen Öffnung und Tradition 376
8.3. Die Stellung der Juden zwischen Integration und Ausgrenzung 382
8.4. Entfremdung zwischen katholischer Kirche und moderner Gesellschaft 384
8.4.1. Moralischer Deichbau gegen die Moderne: "Gegen einen verheerenden Strom wirft man Dämme auf." 390
8.4.2. Der Kampf um die gefährdete Jugend auf dem Lande: "Kriege und Revolutionen zerbrechen die Schutzdämme christlicher Sitte." 397
8.4.3. Katholische Arbeiterbewegung: "Ein Konkordat der Arbeit, ein Konkordat der Volksgemeinschaft und ein Konkordat des Christentums" 406

8.5. Die katholische Frauenbewegung zwischen Aufbruch und Beharrung 422
8.5.1. Katholischer Frauenbund: "Der Frauenbund bewegt sich dabei auf dem Boden der kath. Kirche." 426
8.5.2. Katholisches Frauenideal: "Heldenmütter müssen wir haben, dann wird unser Volk gesunden." 434
8.6. Konfessioneller Dissens und religiöse Intoleranz 439

9. Zur Struktur des antidemokratischen Denkens im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs in der Weimarer Republik 445
9.1. Einleitung 445
9.2. Konservative Liberalismuskritik im politischen Katholizismus 450
9.3. Politischer Resonanzboden der konservativen Gegenrevolution 456
9.4. Erster Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg 462
9.4.1. Papst Benedikt XV.: "Der Stuhl Petri wankte nicht." 464
9.4.2. Bischof Johannes Poggenburg: "Gestern noch war Deutschland ein Reich der Macht, heute zertreten von seinen Feinden." 468
9.4.3. Religiöse Revolte: "Die sogenannte neue Zeit und wir Katholiken passen nicht zueinander." 471
9.4.4. Christliche Wertephilosophie: "Noch ist Deutschland nicht dem Atheismus verfallen, noch darf es sich christlich nennen." 480

9.5. Nationale Sendung, Volksmythos und Weltkriegserlebnis 485
9.5.1. Versäumte Geschichtsstunden: "Für die Werte der demokratischen Selbstbestimmung und sozialen Verantwortlichkeit Verständnis erwecken" 488
9.5.2. Der gerechte Krieg: "Zwar groß im Schmerz, aber noch größer in Ergebung und im Willen zur Opfertat" 496
9.5.3. Politik der Stärke: "Die Jugend dürstet nach Idealen." 500
9.5.4. Politischer Irrationalismus: "Deutschland ist krank, sterbenskrank." 505

9.6. Die Krise der christlichen Staats- und Reichsidee 507
9.6.1. Politische Willenskultur: "Wir wollen Männer werden, deutsch und frei." 509
9.6.2. Katholisches Reichsdenken: "Der Geist ist es, die Idee!" 517

9.6.3. Religiöser Volksmythos:
"Der Bauer hinterm Pfluge, der Hirt im Wiesental, die Mägdlein bei den Rocken" 519
9.6.4. Organische Weltsicht:
"Denn das Glied muß seiner Lebensgemeinschaft dienen." 525

9.7. Antirepublikanismus in den nationalen Verbänden 528
9.7.1. Der Kampf um den "Stahlhelm": "Der letztere sei übrigens politisch, der Kriegerverein nicht." 529
9.7.2. Politischer Mythos Albert Leo Schlageter:
"Die Saat ist gesät." 535

9.8. Einheit von Glauben und Politik 544
9.8.1. Katholische Sammlung:
"Kath. Männer, auf den Bergen rauchen die Flammenzeichen." 544
9.8.2. Kollektives Bekenntnis zum katholischen Glauben:
"Der Unglaube will herrschend werden in dieser Welt." 553
9.8.3. Katholische Jugendbewegung: "Oldenburg gehört Christus! Treu Heil!" 558
9.8.4. Religiöse Psychose des Weltanschauungskampfes:
"Von rechts und links kommen heute Propheten." 563

9.9. Positionen der politischen Theologie in der Weimarer Republik 565
9.9.1. Carl Schmitt: "Im Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht." 567
9.9.2. Deutsche Katholikentage:
"Hier liegt ein Geist über der Versammlung, der auf das Ewige geht." 569
9.9.3. Antimodernistische Ressentiments:
"Wenn es sein muß, auch gegen eine Parlamentsmehrheit." 584
9.9.4. Ideologische Verwerfungen:
"Heute greift man die Grundlage der gesamten christlichen Kultur an." 588
9.9.5. Die Erziehungsenzyklika Pius' XI.:
"Die Religion in Wahrheit die Grundlage und Krönung des ganzen Erziehungswerkes" 591

Die territoriale Gliederung des Freistaates
Oldenburg zur Zeit der Weimarer Republik

Zur Homepage der Publikation

"Fest soll mein Taufbund immer stehn,
Ich will die Kirche hören.
Sie soll mich allzeit gläubig sehn
Und folgsam ihren Lehren.
Dank sei dem Herrn, der mich aus Gnad,
In seine Kirch' berufen hat.
Nie will ich von ihr weichen!"

(Motto des "Bisch. Hirtenschreiben[s] gegen die Sozialdemokratie", Münster am 8. Januar 1919)[1]

"Die Kinder gehören zunächst dem Herrgott, dann den Eltern und dann erst der Republik."

(Wilhelm Sante, Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitervereine und Landessekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland, 1919 auf dem ersten Vertretertag der oldenburgischen Zentrumspartei nach der Verabschiedung der Verfassung für den Freistaat Oldenburg)[2]

1. Vom Großherzogtum zum Freistaat Oldenburg: zwischen politischer Kontinuität und historischer Diskontinuität

1.1. Einleitung

Der Untergang der "christlichen Staatsidee" in der Revolution von 1918/19 weckte im organisierten Katholizismus in Deutschland die Sehnsucht nach der politischen Wiedergeburt eines christlichen Staates aus den republikanischen Verhältnissen. Dieses Verlangen endete in den Illusionen und Verwirrungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, die sich die antirepublikanischen Ressentiments der konservativen Gegenrevolution zu

[1] OV vom 12.1.1919.
[2] OV vom 21.9.1919.

nutze machte. Dieser Prozeß läßt sich exemplarisch an der Geschichte Südoldenburgs zwischen 1918 und 1933 aufzeigen.

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Untergang der Monarchien in der Revolution des Jahres 1918 war im politischen Denken des katholischen Milieus in Südoldenburg nichts mehr so, wie es vorher seit 1803 gewesen war. Auf den revolutionären Systemwandel nach dem verlorenen Kriege reagierte der organisierte Katholizismus Südoldenburgs mit einem ausgesprochenen Rechristianisierungsprogramm und dem politischen Versuch, die historische Kontinuität unter den neuen republikanischen Verhältnissen unter allen Umständen zu wahren. Die Revolution im November 1918 ist die Geburtsstunde der konservativen Gegenrevolution im politischen Milieu Südoldenburgs, die von Anfang an auf einen autoritären Wandel des demokratischen Systems von Weimar bedacht war und im Frühjahr 1933 von der nationalsozialistischen Revolution absorbiert wurde.

Die demokratische Liberalisierung des politischen und öffentlichen Lebens in Deutschland nach 1918 bedeutete für den Bestand des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg die größte Herausforderung seit der Französischen Revolution und der Säkularisation. Die katholische Subkultur im Süden des neuen Freistaates, der seine Selbständigkeit auf dem Wege von der Monarchie zur Republik behaupten konnte, versuchte diese Krise mit dem politischen und soziokulturellen Instrumentarium der Vorkriegszeit zu bewältigen und scheiterte in dieser Anstrengung. Die Revolution von 1918/19 war in Oldenburg und in besonderer Weise in Südoldenburg eine Revolution wider Willen.

Der politische Katholizismus Südoldenburgs intervenierte auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene massiv, um die Interessen der katholischen Bevölkerung und der katholischen Kirche unter den neuen politischen Rahmenbedingungen wahrzunehmen. Der im Zentrum repräsentierte Katholizismus in Deutschland hielt an dem durch die Oktoberreformen des Jahres 1918 errungenen politischen Status der demokratischen Erneuerung des monarchischen Systems in Deutschland fest und fühlte sich durch die "Revolution von oben", die durch die drohende Kriegsniederlage ausgelöst wurde, politisch saturiert. Im Zeichen eines pragmatischen Konstitutionalismus setzte sich das Zentrum für schnelle Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung ein und stellte sich in Erwartung einer bürgerlichen Republik in Deutschland auf den Boden der neuen politischen Tatsachen.

Damit bewies es historische Kontinuität. Als "Verfassungspartei" hatte es 1871 den konstitutionellen Boden des Kaiserreiches betreten, als "Verfassungspartei" begab es sich 1918 auf den demokratischen Boden der Weimarer Republik: "Das bedeutete allerdings keine dogmatische Festlegung auf die Republik."[3] Ein solcher Schritt wäre mit der christlichen Grundlage der Partei, die sich in der leoninischen Tradition befand, nicht vereinbar. Nach der Lehre Leos XIII., die fortgesetzt Geltung hatte, verhielt sich die Kirche gegenüber den Staatsformen indifferent und gebot ihren Gläubigen, "nach einer Revolution oder einem Staatsstreich die neue Herrschaft und die damit oft verbundene neue Staatsform anzuerkennen, um mit Rücksicht auf das übergeordnete Gemeinwohl die Anarchie revolutionärer Tage so schnell wie möglich zu beenden". Da in einer Revolution "die Gewalt an sich" - der Staat - nicht angetastet wird, sondern nur "die ethisch wertneutrale Form" - die Verfassung - gibt es nach der katholischen Staatsrechtslehre keinen Grund, "im Interesse einer untergegangenen Verfassung Widerstand zu leisten und zur Gegenrevolution aufzurufen".[4]

Das Zentrum partizipierte im Reich wie in Oldenburg an der politischen Legislative und Exekutive in einem Umfang, wie er in der konstitutionellen Ära niemals gegeben war. Trotzdem fand der politische Katholizismus nicht zu einer inneren Bejahung des demokratischen Systems in Deutschland, dem er ein Maximum an politischer Partizipation verdankte, und vermied in den Tagen der Republik die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Verfassungsverständnis. Die verfassungspolitische Indifferenz war als politische Grundhaltung nicht stabil genug, um die Krisen am Ende der Republik zu bestehen. Die politischen Vorgänge am Ende des Ersten Weltkrieges führten nicht zu einem strukturellen Wandel in der traditionellen politischen und soziokulturellen Verfassung des katholischen Milieus in Südoldenburg, schärften aber nachhaltig ein Krisenbewußtsein, das in der Weimarer Republik nicht mehr zur Ruhe kam und in der Landvolkbewegung schon lange vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine erhebliche politische Erosion in der Region auslöste. Es spielte, den Blick stets nach rückwärts gewandt, von Anfang an insgeheim und dann immer offener mit einer autoritären Option für die Lösung der sozialen, politischen und vor allem geistig-moralischen Krise, die mit der politischen Erscheinungsform der Weimarer Republik schlechthin identifiziert wurde. Nach den enervierenden Umbrüchen, die

[3] JUNKER, Zentrumspartei, S. 142.
[4] Ebd., S. 137f.

durch die Revolution des Jahres 1918 herbeigeführt wurden, unterwarf der organisierte Katholizismus in Südoldenburg die politische Debatte rasch wieder den vertrauten Gesetzen des Kulturkampfes und trug durch die fortgesetzte Konfessionalisierung der brennenden Zeitfragen weiterhin zu einer Verengung des politischen Blickwinkels und Entscheidungsspielraumes bei, die sich in der Krise am Ende der Weimarer Republik verhängnisvoll auswirkte.

Obwohl sich das Zentrum im Reich wie in Oldenburg zur konstruktiven Mitarbeit auf dem Boden der Weimarer Verfassung durchringen konnte, wurde der Staat von Weimar nicht der Staat der deutschen Katholiken. Die demokratischen Kräfte in Deutschland, die sich 1917 im Interfraktionellen Ausschuß zusammengeschlossen hatten, verfügten nicht über die moralische Kraft und den politischen Willen, die Monarchie von innen her abzuschütteln. Der politische Konsens reichte im Herbst 1918 für eine "Revolution von oben", die in den Oktoberreformen die Monarchie in Deutschland demokratisch erneuerte, aber ihr Überleben nicht prinzipiell ausschloß. Die Militärdiktatur im Ersten Weltkrieg überließ den politischen Kräften der demokratischen Erneuerung die undankbare Aufgabe, die militärische und politische Katastrophe zu bewältigen und zu erklären. Angesichts der revolutionären Herausforderung, die in der deutschen Geschichte ohne Beispiel war, trat der politische Katholizismus in der Revolution vorübergehend zur Seite und wartete ihre Ergebnisse ab. Die Entscheidung des Zentrums, sich den neuen Verhältnissen nicht zu verweigern, sondern im Rahmen der neuen Verfassung konstruktiv mitzuarbeiten, beruhte nicht auf einer prinzipiellen Bejahung des demokratischen Systems, sondern auf der Überzeugung, aus der gouvernementalen und legislatorischen Praxis heraus den kulturpolitischen Abwehrkampf gegen den in Revolution und Republik entfesselten materialistischen und liberalistischen Zeitgeist erfolgreicher führen zu können und sich nicht wieder dem bitteren Vorwurf nationaler Illoyalität ausgesetzt zu sehen. Deshalb war die Entscheidung für die Republik widerrufbar und berührte das verfassungspolitische Selbstverständnis, die politische Imagination des Katholizismus, in seinen Grundüberzeugungen nicht. Er versuchte weiterhin, die Autorität des Staates als solche von seiner jeweiligen historisch bedingten verfassungspolitischen Wirklichkeit zu trennen. So scheiterte letztlich der politische Katholizismus in Deutschland auch an dem politischen Ideal seines christlich-nationalen Staatsbegriffes. Das "Ideal" einer über den Parteien stehenden Regierung, das das Zentrum teilte, kam in der oldenburgischen Verfassung im § 40 zum Ausdruck, der "die Unverein

barkeit von Minister- und Abgeordneteneigenschaft" zur politischen Norm erhob.[5] Verwirklicht sah eine breite konservative Öffentlichkeit dieses Verfassungsziel in den "unpolitischen" Beamtenkabinetten, die der liberalen politischen Ära in Oldenburg unter Ministerpräsident Theodor Tantzen (1919 - 1923) folgten. Die Gefahr, das parlamentarische System könnte durch diese Regierungsform Schaden nehmen, wurde nach Auffassung von Klaus Schaap "nicht erkannt oder bewußt in Kauf genommen". Besonders gilt das aus seiner Sicht für das Zentrum, "das spätestens ab 1925 seiner Schlüsselposition - und damit seiner Verantwortung - für die Bildung eines politischen Ministeriums nicht mehr gerecht zu werden vermochte". Für den Landtag bedeutete dies eine erhebliche Schwächung, die in der Ära der Beamtenkabinette von einer selbstauferlegten politischen Abstinenz begleitet war und sich negativ auf das Image des parlamentarischen Systems in Oldenburg auswirkte. Die politische Entwicklung in der Ära der Beamtenkabinette unter den Ministerpräsidenten Eugen von Finckh (1923 - 1930) und Friedrich Cassebohm (1930 - 1932) erschwerte die politische Identifikation der Bevölkerung mit dem parlamentarischen System, zumal die untergeordnete Rolle, die der Landtag in der Verfassung spielte, auch in der politischen Praxis zum Ausdruck kam.[6]

Mit dem Waffenstillstand und der Abdankung der monarchischen Souveräne im Reich wie in den deutschen Ländern schien der politische Widerstand, den sie bisher den demokratischen Kräften entgegensetzt hatten, zusammengebrochen zu sein. Das Gesetz des Handelns lag im Reich wie in der Provinz bei der politischen Linken, die sich in ihrer Einstellung zum Ersten Weltkrieg und wegen ihrer unterschiedlichen Vorstellungen über die Zukunftsgestaltung Deutschlands schon im Krieg entzweit hatte. Auch in Südoldenburg machte sich nach 1918 eine offen artikulierte Differenzierung schichten- und gruppenspezifischer Interessen bemerkbar, die die konfessionelle Geschlossenheit des Milieus vorübergehend zugunsten einer sozialen wie politischen Pluralisierung gefährdete. Es wurde deutlich bekundet, daß Bauerntum und Gewerbe, Arbeiter und Soldaten, Männer und Frauen unterschiedliche Interessen hatten und bereit waren, für sie einzustehen. Aber es gelang den geistlichen wie politischen Institutionen des katholischen Milieus in Südoldenburg,

---

[5] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 401. Im § 40 der oldenburgischen Verfassung hieß es: "Die Mitglieder des Staatsministeriums können nicht zugleich Abgeordnete sein. Wird ein Abgeordneter Staatsminister, so scheidet er während seiner Amtszeit aus dem Landtag aus, und der nach dem Wahlvorschlage zunächst berufene Bewerber tritt als Abgeordneter ein [...]."

[6] SCHAAP, Weg, S. 23, 25.

das sich nach einer kurzen Phase der Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit unerwartet rasch reorganisierte, den demokratischen Aufbruch und die Ansätze politischer und sozialer Selbstbestimmung in einem oktroyierten konfessionellen Gruppenkonsens zu zähmen, unter Verdrängung von Kriegsniederlage und Kriegsschuld in der Dolchstoßlegende unvermittelt an die weltanschaulichen Dispositonen der Vorkriegszeit anzuknüpfen und die Traditionen und Mentalitäten aus der Vorkriegszeit politisch mit Erfolg zu reaktivieren. Politisch ausgewiesen und legitimiert wurde die Restauration als ein Auftrag moralisch-religiöser Pflichterfüllung, die ihre Sendung aus dem katholischen Jenseitsglauben bezog.

Erwartungsgemäß wurde unter den neuen republikanischen Verhältnissen das Zentrum zum politischen Garanten für die historische Kontinuität und den Fortbestand des katholischen Milieus in Südoldenburg. Nach einem verheißungsvollen Auftakt in der Regierung Tantzen, die von den Parteien der Weimarer Koalition gebildet wurde, entzog sich das oldenburgische Zentrum seit dem Krisenjahr 1923 mehr und mehr seiner parlamentarischen Verantwortung, die ihm auch aufgrund seiner Schlüsselposition im Landtag zukam, und duldete fördernd den Übergang Oldenburgs in ein "Präsidialsystem", das die beamteten Fachkabinette von Finckh und Cassebohm gegen eine parlamentarische Kontrolle abschirmte. Mit der parlamentarischen Tolerierung der Fachkabinette seit 1925 reagierte das oldenburgische Zentrum auf die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und bewegte sich "mit einem Bein" vom Boden der parlamentarischen Demokratie im Freistaat weg, die mit dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl eine große politische Niederlage erlitten hatte.

Die erfolgreiche Reorganisation des katholischen Milieus in Südoldenburg nach 1918 öffnete die Region nicht für die soziale und kulturelle Wirklichkeit der Republik und die Dynamik des politischen Modernisierungsprozesses, der durch den Umbruch in Deutschland ausgelöst wurde. So vergrößerte sich die soziale und kulturelle Verspätung des katholischen Milieus, das seinen Gegensatz zum republikanischen Zeitgeist am Ende politisch nicht mehr vermitteln konnte. Insofern sind die Entscheidungen des Jahres 1933 auch als eine Flucht nach vorne anzusehen, weil die Krise am Ende der Weimarer Republik mit dem bisherigen Instrumentarium politischer Konfliktbewältigung nicht mehr gelöst und vor allem geistig nicht mehr bewältigt werden konnte. Erst nach dem Untergang des "Dritten Reiches" und dem Ende des Zweiten Weltkrieges trat das katholische Milieu in Südoldenburg

unter der Protektion der Siegermächte ohne Vorbehalte auf den Boden der parlamentarischen Demokratie; es gab keine Alternative mehr. So weit war der Weg Südoldenburgs in die politische Gegenwart europäischer Verfassungsstaaten, so lange verzögerte sich die Ankunft der katholischen Kirche in der Moderne.[7]

Unter dem Erwartungsdruck einer linken Mehrheit in den verfassunggebenden Versammlungen war das Zentrum zunächst um das Profil einer modernen Volkspartei bemüht, die die divergierenden Interessen der katholischen Klientel zu integrieren versuchte. Organisatorisch war ihm auch in Oldenburg an einer größeren Effizienz gelegen, wirtschaftspolitisch ließ es sich peripher sogar auf die Sozialisierungsdebatte mit der politischen Linken ein, ohne die ideologischen Trennungslinien zurückzunehmen. Vor allem ordnungspolitisch suchte es den überkonfessionellen Schulterschluß mit den bürgerlichen Parteien und begrüßte ihre Listenverbindungen, profilierte sich aber gleichzeitig als christliche Sammlungspartei. Die Bemühungen des Zentrums, als "Christliche Volkspartei" seine Attraktivität im protestantischen Norden des Freistaates zu erhöhen, waren ohne durchschlagenden Erfolg. Das oldenburgische Zentrum blieb weitgehend auf den katholischen Süden des Landes beschränkt und erreichte bald die Grenzen seiner politischen Ressourcen. In der Integration der divergierenden Interessen unter einem gemeinsamen ideologischen Konsens, dessen kulturkritische Risse immer deutlicher wurden, absorbierte das Zentrum einen großen Teil seiner politischen Energie und sah sich seit 1927/28 durch das Erstarken der christlich-nationalen Landvolkbewegung, die dem Zentrum in der Anfangsphase empfindliche Stimmeneinbußen beibrachte, ernsthaft herausgefordert. In Zeiten politischer und ökonomischer Instabilität schien die konfessionelle Klammer als Garantie für parteipolitische Gefolgschaft erstmalig zu versagen. Das zeigen auch die Ergebnisse der letzten halbwegs freien Wahlen vom 5. März 1933 in Südoldenburg, aus denen das Zentrum zwar eindeutig als Sieger hervorgehen konnte, in denen die NSDAP aber trotz kirchlicher Verbote und Warnungen einen Stimmenanteil errang, der politisch nicht unterschätzt werden darf. Der Begriff der politischen Resistenz Südoldenburgs gegen den erstarkenden Nationalsozialismus ist differenzierter als bisher zu betrachten und vor allem relativ zu bewerten. Im politischen Schicksal des Zentrums am Ende der

[7] GELHAUS, Hubert: Von der verspäteten Ankunft der Kirche in der modernen Welt, IN: MT vom 6.10.1989. Es handelt sich um die Besprechung eines Vortrages von Professor Peter Hünermann von der theologischen Fakultät der Universität Tübingen über das Thema "Schwierigkeiten der Kirche mit der Moderne" in der Heimvolkshochschule Stapelfeld.

Weimarer Republik zeigte sich die Identitätskrise des politischen Katholizismus in Deutschland, der sich über den Standpunkt verfassungspolitischer Indifferenz nicht zu einer eindeutigen demokratischen Überzeugung durchringen konnte.

Besonders für die demokratischen Lebensfragen innerer deutscher Politik entwickelte der Katholizismus nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges keine eigenständigen Kategorien, sondern betrachtete sie als elementare Bewährungsfelder der "res catholica". Die Herausforderungen, die aus ihr erwuchsen, waren als Postulate politischer Theologie von großer historischer Dauer. Dadurch wurde die politische Geschichte ihres prozessualen Charakters enthoben und der historische Fortbestand der katholischen Institutionen und der katholischen Lebenssphären garantiert. Der Primat und die Autonomie des Politischen wurden vom deutschen Katholizismus auch in der Weimarer Republik nicht anerkannt und bis zu ihrem Untergang durch politikfremde Kategorien, die traditionell dem christlichen Naturrecht entlehnt waren, ersetzt. Als moralisch-religiöse Maxime für das politische Handeln im deutschen Katholizismus galt weiterhin die "res catholica", in deren Verteidigung der katholische Pluralismus zu seiner Einheit und Geschlossenheit fand. Die "res catholica" war für die katholische Kirche nach 1918 politisch das "summum bonum". Das galt auch für das sich sozial und politisch immer mehr differenzierende katholische Milieu Südoldenburgs, das am Ende nur noch in der religiös motivierten Abwehrhaltung seine politische Homogenität wahren konnte.

Zahlreiche Faktoren sozialer, politischer und religiös-kultureller Kontinuität trugen zur Aufrechterhaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg in den kritischen Phasen historischer Diskontinuität nach dem Ersten Weltkrieg bei. Erst die zweite agrarindustrielle Revolution nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Diktatur löste so gravierende Entwicklungen aus, daß die "Lebenskurve" des organisierten Vereins- und Verbandskatholizismus zu sinken begann und ein umfassender Pluralisierungs- und Säkularisierungsprozeß in Südoldenburg einsetzte.[8] Dabei verloren die konfessionellen Gegensätze zusehends an Bedeutung: Das katholi

[8] In der "Lebenskurve" des Vereins- und Verbandskatholizismus im Bistum Münster unterscheidet Christoph Kösters für den Zeitraum seiner Untersuchung (1918 bis 1945) zwei Abschnitte: die Formierungsphase von 1830 bis 1914 und die Bewährungsphase von 1914 bis 1955. (KÖSTERS, Verbände, S. 573ff.)

sche Milieu in Südoldenburg assimilierte nach und nach die Lebensgesetze der Moderne, auch wenn es sich dessen nicht immer bewußt wurde.

1.2. Die "importierte Revolution" in Oldenburg

Der organisierte Katholizismus in Deutschland - das bestätigen auch die Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg im Oldenburger Münsterland - beteiligte sich nicht am revolutionären Umbruch im Herbst des Jahres 1918 und verharrte auf der politischen Zuschauerbühne, bis sich die Revolution gemäßigt und auf konstitutionelle Bahnen begeben hatte. Das bedeutendste Medium politischen Wirkens blieb für den südoldenburgischen Katholizismus der Landtag in Oldenburg, der - 1911 gewählt und bis zur Wahl der verfassunggebenden Landesversammlung am 23. Februar 1919 im Amt - zum wirkungsvollsten Garanten politischer Kontinuität wurde. Durch den Eintritt des Zentrumsabgeordneten Dr. Franz Driver in die revolutionäre Übergangsregierung, das Direktorium, das am 11. November 1918 aus der Mitte des Landtages gebildet wurde, und seine Berufung zum Minister für Finanzen und Handel im ersten Kabinett Tantzen erhielt Südoldenburg seit 1803 zum erstenmal einen Zugang zur höchsten politischen Administration des Landes.[9] Josef Zürlik bezeichnet die Wahl des Katholiken Driver zum Minister am 21. Juni 1919 als "eine Sensation für Oldenburg".[10] Die Vechtaer OV würdigte den Eintritt Drivers in die Regierung Tantzen anläßlich seines 70. Geburtstages am 4. Januar 1933 als eine historische Zäsur, "wenngleich die Erinnerung an jene Zeit und die Kämpfe, die damals um die volle Gleichberechtigung des katholischen Volkes geführt werden mußten, heute in manchen Kreisen allzuleicht vergessen worden" seien.[11] Aus der Sicht des Jahres 1933 hob sie besonders die Tatsache hervor, daß Driver "alteingesessenen und bekannten Familien des Münsterlandes" entstammte. Nach dem Urteil der Vechtaer Zeitung bestand Drivers Haupttätigkeit in "den Kulturfragen, Kirchenfragen und

---

[9] GÜNTHER, Freistaat, S. 124f.
[10] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 139.
[11] OV vom 3.1.1933. Die Vechtaer OV sah das historische Ereignis auch unter dem Blickwinkel politischer Benachteiligung, die Beamten aus Südoldenburg bisher widerfahren sei, und merkte in diesem Zusammenhang dazu an: "In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege, von früher ganz abgesehen, war es für einen überzeugungstreuen, katholischen Verwaltungsbeamten in Oldenburg, auch wenn er die allerbesten Qualitäten nachweisen konnte, fast unmöglich, bis in die Stelle eines vortragenden Rates (heute Ministerialrates) zu kommen, ganz unmöglich aber war es für ihn, etwa Regierungspräsident oder sogar Minister zu werden. Wir stellen das heute lediglich als historische Tatsache fest [...]."

dem Kampf um die volle Gleichberechtigung der hinter ihm stehenden Volkskräfte im Staatsleben", dem angesichts der 1911 gewählten liberal-sozialdemokratischen Mehrheit im Landtag insbesondere in schulpolitischen Fragen eine große Bedeutung zukam.[12] Was die politische Position Drivers betraf, stellen seine Zeitgenossen wiederholt seine antiliberale Einstellung und seinen unermüdlichen Einsatz für die Interessen der katholischen Kirche heraus. Für Hermann Bitter, Oberstudiendirektor a. D. in Cloppenburg, stand Franz Driver "in vorderster Front gegen den liberalistischen Geist in der Kulturpolitik" und trat er "mit aller Energie für die Erhaltung der christlichen Schule" ein. Driver habe sich bleibende Verdienste um die oldenburgische Landesverfassung erworben, weil es mit seiner Hilfe gelungen sei, "die christlichen Kulturgüter, die religiöse Freiheit, die christliche Schule und die rechtliche Stellung der Kirchen verfassungsmäßig zu sichern".[13] Außerordentlich wichtig wurde die Persönlichkeit Franz Drivers für die politische Identitätsbildung der katholischen Bevölkerung im Freistaat Oldenburg unter den neuen Verhältnissen des parlamentarischen Systems.

Franz Driver wurde am 4. Januar 1863 in Friesoythe geboren und besuchte bis 1881 das Gymnasium Antonianum in Vechta; sein Vater war lange Zeit Amtsrichter in Friesoythe. Nach dem Abschluß des Jurastudiums übernahm Driver am 1. Mai 1895 als Amtsauditor bei der Regierung in Eutin zum erstenmal ein Regierungsamt. Am 1. November 1900 wurde Driver zum Amtshauptmann in Varel ernannt und 1906 zum Oberverwaltungsgerichtsrat am neu errichteten Oberverwaltungsgericht in Oldenburg. An diesem Gericht wirkte er bis 1919, als er in die Regierung Tantzen eintrat, der er bis zu ihrem Ende am 28. März 1923 angehörte. In den beamteten Fachkabinetten von Finckh und Cassebohm war Driver von 1925 bis zur Regierungsübernahme Rövers am 16. Juni 1932 vertreten. Driver trat 1907 die Nachfolge des Abgeordneten Burlage an, der zum Reichsgerichtsrat ernannt worden war, und übernahm ein Mandat im oldenburgischen Landtag, das er bis zum Eintritt in das Staatsministerium ausübte. Nach dem Tode Finckhs im Juli 1930 war Driver der Kandidat des Zentrums für das Amt des Ministerpräsidenten, verzichtete jedoch aus verletztem Ehrgefühl auf diese Kandidatur, weil er im Landtag persönlich angegriffen worden war. Nach der Regierungs

[12] OV vom 3.1.1933. Wörtlich hieß es dazu: "In der Zeit vor dem Kriege war der Liberalismus, auch in Kulturfragen, im Landtag sehr stark vertreten, und dieser Kulturliberalismus versuchte im Bunde mit der Sozialdemokratie, eine Schulreform in seinem Sinne durchzuführen." Die als Beilage zur Oldenburgischen Volkszeitung in Vechta erscheinenden Heimatblätter (HBL) erinnerten 1933 ebenfalls an die Benachteiligung Südoldenburgs in der Zeit vor 1918: "Das Münsterland war damals im Staate nicht voll gleichberechtigt; gewisse wichtige und leitende Stellen waren Münsterländern verschlossen, und in kultureller Hinsicht bestand nicht die Freiheit, die notwendig war." (Ein Sohn des Münsterlandes. Staatsminister Dr. Driver. Würdigung zu seinem 70. Geburtstag, IN: HBL 1/1933, S. 3)

[13] BITTER, Driver, S. 136-138, Zitate: S. 137, 138. Zu Hermann Bitter vgl. Kap. 1.3.2.1. im vierten Band der Arbeit: Kulturpolitischer Pragmatismus: das Beispiel Hermann Bitter.

übernahme durch die Nationalsozialisten trat er in den Ruhestand und zog sich aus dem politischen Leben zurück. Franz Driver starb am 22. Juli 1943 in Oldenburg.[14]

Die Rätebewegung betrat im Reich wie im Großherzogtum - allerdings hier mit gewissen Einschränkungen - ein verfassungspolitisches Vakuum, das durch die revolutionäre Umwälzung von der Monarchie zur Republik herbeigeführt wurde. Ihr Versuch, kraft revolutionärer Energie politisches Recht von Dauer zu schaffen, scheiterte sowohl an der intakten Exekutive der Monarchien, die den politischen Umsturz bürokratisch überdauerten, als auch an ihren Legitimationsdefiziten, die gerade in bäuerlich-mittelständischen Milieus den Anschein von Anarchie und politischer Usurpation hervorriefen und defensive Abwehrhaltungen motivierten. Die Wahl der Konstituanten im Reich wie in den Ländern parlamentarisierte Revolution und Rätebewegung und führte ihr politisches Scheitern herbei, weil es den organisatorisch zersplitterten, ideologisch zerstrittenen und in ihren politischen Kompetenzen erheblich verunsicherten Räten nicht gelang, sich - wie seinerzeit der Dritte Stand in der Französischen Revolution von 1789 - als Revolutionsparlament zu etablieren und zu legitimieren. Obwohl die Rätebewegung das Land Oldenburg in einer politisch schwachen und ideologisch gemäßigten Wellenbewegung berührte, lassen sich historischer Verlauf und politische Struktur der Revolution in Oldenburg exemplarisch analysieren. Das gilt selbst für den katholischen Süden des Landes, der auch in der oldenburgischen Rätebewegung eine Sonderstellung einnahm. Daß die Rätebewegung das Herzogtum überhaupt erreichte, ist dem Marinestandort Wilhelmshaven, einer preußischen Enklave, zu verdanken, von dem die Bewegung durch Massenversammlungen von Soldaten und Arbeitern in den Jadestädten am 6. und 7. November 1918 ihren Ausgang nahm. Aufgrund dieser Tatsache hat sich für Oldenburg in der Literatur der Begriff der "importierten Revolution" eingebürgert.[15] Die revolutionäre Welle durchdrang im Herbst 1918 das Land von Norden nach Süden und war die erste revolutionäre Bewegung, die auch die katholische Bevölkerung des Herzogtums erfaßte. Aber die demokratische Erneuerung des Landes konnte die Revolution auf Dauer kaum fördern.[16]

---

[14] FRIEDL, Handbuch, S. 155-157 (von Hans Friedl). Nach der neuen Landesverfassung konnte ein Staatsminister nicht gleichzeitig ein Abgeordnetenmandat wahrnehmen.

[15] GÜNTHER, Revolution, S. 43.

[16] STANGE, Peter: Die Oldenburgischen November-Räte konnten Demokratisierung kaum fördern. Aus einer historischen Untersuchung zur Revolution 1918/19 in Oldenburg (Besprechung der Dissertation von Wolfgang Günther: Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg), IN: NWZ vom 3.2.1979.

Offensichtlich bestand im Großherzogtum im Herbst 1918 keine ausgeprägte politische Reformbereitschaft. Seit der Eröffnung des 33. Landtages durch Großherzog Friedrich August im Schloß am 5. November 1918 stand die Frage der Parlamentarisierung auf der politischen Tagesordnung des Landes. Sie wurde nach dem Rücktritt von Staatsminister Ruhstrat am 6. November 1918 von Großherzog und Kabinett konzediert.[17] Die im Reich durch die Gesetzgebung vom 28. Oktober 1918 abgeschlossene Verfassungsreform hatte auch im Großherzogtum eine politische Bewegung ausgelöst, die auf eine rasche Parlamentarisierung des konstitutionellen Regierungssystems drängte.[18] Der Oldenburger Landtag verlangte auf seiner Sitzung am 5. November 1918 die Parlamentarisierung der monarchischen Exekutive und erhob diese Forderung zu einem formellen Beschluß. Nach vorübergehendem Zögern stimmten der Großherzog und das Staatsministerium zu, aber zu einer förmlichen Änderung des geltenden Staatsgrundgesetzes kam es aufgrund der einsetzenden revolutionären Entwicklung in Oldenburg nicht mehr.[19]

Ein Blick in die Denkschrift des reformskeptischen Staatsministers Ruhstrat unter dem Titel "Zu den politischen Vorgängen in Oldenburg unmittelbar vor dem Umsturz" vom 8. März 1919 vermittelt einen Eindruck von der politischen Lage und der mangelnden Reformbereitschaft der großherzoglichen Administration. Angesichts der Vorgänge im Reich und in Bayern sowie in Sachsen bestanden in Oldenburg grundsätzliche Zweifel, "ob überhaupt irgend etwas zu tun nötig oder auch nur wünschenswert sei; man solle es dem Landtag überlassen, seinerseits Wünsche zu äußern, anstatt ihm vielleicht unnötigerweise etwas anzubieten, was er sonst gar nicht verlangt haben würde".[20] Der Großherzog trug sich offensichtlich mit dem Gedanken, in seiner Thronrede zur Eröffnung des Landtags die Bildung eines dauernden Landtagsausschusses vorzuschlagen, "um eine ständige Verbindung zwischen

---

[17] GÜNTHER, Revolution, S. 22-42: Zusammenfassung S. 41f.

[18] Im Gesetz zur Abänderung der Reichsverfassung vom 28. Oktober 1918 wurde der Art. 15 durch folgende Absätze ergänzt: "Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages. Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt. Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich." (Dokumente 2, S. 385)

[19] GÜNTHER, Freistaat, S. 403f.

[20] StAO 131 - 37, Bl. 258: Ruhstrat-Denkschrift. Die Denkschrift von Staatsminister Ruhstrat vom 8. März 1919 ist nach Mitteilung von Staatsminister Scheer "auf Veranlassung des vormaligen Landesherrn für das Archiv des Großh. Hauses" angefertigt worden. (StAO 131 - 37, Bl. 256: Scheer am 10. September 1919 an Ministerpräsident Tantzen)

Regierung und Landtag herbeizuführen". Auf Intervention von Minister Scheer wurden "im Eingang der Rede die Hinweise auf die Vorgänge im Reich und in den größeren Bundesstaaten und auf die notwendige 'Parlamentarisierung' gestrichen, da er gerade diese nicht wolle und jene Vorgänge für uns nicht vorbildlich sein sollten". Der Großherzog schien fest entschlossen, "daß eine parlamentarische Abhängigkeit der Minister, wenn sie etwa doch verlangt werden sollte, auf keinen Fall zuzugestehen sei".[21]

In seiner Erwiderung auf die Ruhstrat-Denkschrift nahm der ehemalige Minister Scheer, ein gemäßigter Konservativer, am 10. März 1919 Stellung zu dem Begriff "Parlamentarisierung" und stellte die abwartende Haltung des Großherzogs im Herbst 1918 dar. In den letzten Tagen des Oktober 1918, als die Verhandlungen über den Inhalt der Thronrede zur Eröffnung des Landtags begannen, "also in einer Zeit, als von einer revolutionären Bewegung noch nichts zu spüren war", schlug er aus taktischen Motiven vor, den Begriff der "Parlamentarisierung" in der Thronrede zu umgehen und kein unnötiges politisches Signal zu setzen. Denn durch die Parlamentarisierung werde "die Regierungsgewalt des Landesherrn zu einer leeren Form".[22] Nach seinen Worten nahm das Staatsministerium in den Verhandlungen über die Parlamentarisierung der Regierung große Rücksicht auf die Person des Großherzogs. In der Denkschrift Scheers heißt es dazu lapidar: "Es wurde nur das weite Entgegenkommen des Großherzogs betont."[23] Am 3. November 1918 einigte man sich nach Angaben Scheers in der "Parlamentarisierungsfrage" und verständigte sich darauf, daß "das vertrauensvolle Zusammenwirken von

---

[21] StAO 131 - 37, Bl. 259.

[22] StAO 131 - 37, Bl. 261: Scheer-Denkschrift. Im einzelnen führte Scheer dazu aus: "Ich hielt es damals nicht für ratsam, den Ausdruck 'Parlamentarisierung' direkt zu gebrauchen, weil es nach meiner Auffassung vermieden werden mußte, dem Landtag eine Regierungsform anzubieten, von der man nicht wußte, ob die Mehrheit des Landtages sie überall verlangen werde. Zwei liberale Abgeordnete aus der Stadt Oldenburg hatten es direkt verneint. 'Parlamentarisierung der Regierung' bedeutet die Aufnahme einer Bestimmung in die Verfassung, dass die Minister des Vertrauens des Landtags bedürfen, m. a. W., dass der Landesfürst diejenigen Persönlichkeiten ernennen muß, die der Landtag vorgeschlagen hat. Tatsächlich wird also durch Parlamentarisierung die Regierungsgewalt des Landesherrn zu einer leeren Form. Eine solche Massregel durfte m. E. eine monarchische Regierung ohne Not um so weniger vorschlagen, als ja beschlossen war, parlamentarische, d. h. vom Landtag gewählte Beisitzer mit Stimmrecht in das Staatsministerium aufzunehmen. Wie die Ministerialakte [...] ergibt, habe ich beantragt, in den Ruhstrat'schen Entwurf der Thronrede die Worte: 'nach dem Vorgang im Reich und in mehreren größeren Bundesstaaten' zu streichen, weil wir etwas ganz anderes wollen, als dort zugestanden ist."

[23] StAO 131 - 37, Bl. 261.

Regierung und Landtag", das bisher "im wesentlichen auf die Gesetzgebung und die Finanzwirtschaft" beschränkt gewesen sei, ausgedehnt werde "auf die Beschlußfassung über alle Staatsangelegenheiten" und zu diesem Zwecke "eine ständige Verbindung zwischen Regierung und Landtag" eingerichtet werden solle.[24]

Von Regierungskreisen nicht erwartet und mit Unwillen bedacht, stellte der Landtagspräsident im Namen aller Parteien am 6. November 1918 die Frage an die Staatsregierung, "wie sie sich zu einer Aenderung der Verfassung stellen würde, die dahin ginge, daß die Minister das Vertrauen des Landtags haben müßten". Der Abgeordnete Theodor Tantzen (FVP) forderte den Landtag auf, "bei seinem einmütigen Votum zu bleiben" und in die Debatte über den in der Thronrede angeregten Landtagsausschuß "nicht einzutreten", und beantragte, die beabsichtigte Verfassungsänderung umgehend zum Beschluß zu erheben. Während die Minister Graepel und Scheer in Übereinstimmung mit dem Großherzog bereit waren, "nunmehr den Vorschlag der Thronrede zurückzuziehen und die vom Landtage verlangte parlamentarische Abhängigkeit des Staatsministeriums zuzugestehen", trat Minister Ruhstrat aus "Empörung über die Nichtachtung der Thronrede" und in seiner Überzeugung, "daß es ein Unding sei, ein Staatsministerium, das nur aus Beamten bestand, abhängig zu machen vom Vertrauen des Landtags", noch am 6. November 1918 zurück. Eine Abdankung des Großherzogs lag nach seinem Dafürhalten "damals noch ganz außerhalb unseres Gedankenkreises".[25]

Die Verhandlungen zwischen Landtag und Staatsministerium wurden durch den Ausbruch der Revolution überholt und das vorläufige Ergebnis, das in der Thronrede als Ausdruck politischer Neuordnung beschrieben wurde, kassiert. Damit war der Versuch, den Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie in Oldenburg durch eine Vereinbarung zwischen Landtag und Regierung zu realisieren, gescheitert. Für die Gründungsphase des Freistaates bleibt aber die Tatsache von Bedeutung, daß dieser Versuch, den politischen Konflikt auf dem Wege der Reform zu lösen, von beiden Seiten ernsthaft gewollt und angestrebt wurde, um eine revolutionäre Lösung der politischen Krise zu umgehen. Er scheiterte

---

[24] StAO 131 - 37, Bl. 261. Persönlich schwebte Scheer dabei "die Schaffung eines ständigen Landtagsausschusses, bestehend aus einer beschränkten Zahl von Mitgliedern, die gemeinsam mit dem Gesamtministerium als einheitliche Behörde über diese Angelegenheiten zu beschließen haben würde", vor.

[25] StAO 131 - 37, Bl. 260.

schließlich am hinhaltenden Taktieren und an der mangelnden Reformbereitschaft des Großherzogs, dessen Widerstand durch den revolutionären Wilhelmshavener 21er-Rat unter Führung von Bernhard Kuhnt beseitigt wurde. Der Systemwechsel von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie wurde in Oldenburg wie in anderen deutschen Staaten und im Deutschen Reich durch die Revolution erzwungen. Diese Tatsache hatte Folgen für das Ansehen, das der demokratische "Freistaat" in mittelständisch-bäuerlichen Sozialmilieus wie Südoldenburg nur unter großen Schwierigkeiten erwerben konnte.

Die revolutionäre Bewegung in Oldenburg ging vom preußischen Marinestandort Wilhelmshaven aus, in dem nach der Unterdrückung der Matrosenmeuterei am 29. und 30. Oktober vor Schillig Reede die Soldaten und Werftarbeiter am 6. und 7. November 1918 demonstrierten und sich Arbeiter- und Soldatenräte bildeten. Aus dieser Bewegung ging der sogenannte 21er-Rat als Exekutivkomitee unter dem Präsidenten Bernhard Kuhnt hervor.

Bernhard Kuhnt wurde am 24. Februar 1876 in Leipzig geboren und erlernte nach der Volksschule den Beruf des Maschinenschlossers. Seinen Militärdienst leistete er von 1897-1899 in Wilhelmshaven bei der Marine ab. Nach verschiedenen Arbeitsverhältnissen in Hamburg und Berlin wurde er 1906 hauptamtlicher Sekretär des Metallarbeiter-Verbandes in Kiel und war für einige Jahre Stadtverordneter der SPD. 1911 wurde Kuhnt besoldeter Parteisekretär in Chemnitz, einer Hochburg der Sozialdemokratie. Zwischen Kuhnt, der zum linken Parteiflügel zählte, und dem Reichstagsabgeordneten Noske, der dem revisionistischen Flügel angehörte, entwickelten sich starke Konflikte.
Nach Ausbruch des Krieges kam Kuhnt 1914 als Reservist nach Wilhelmshaven. Am 6. November 1918 wurde er nach einer Ansprache an den Demonstrationszug der Flottenmannschaften in Wilhelmshaven/Rüstringen an die Spitze des 21er Rates, des Revolutionsorgans der Stadt, berufen. Am 9. November 1918 beschloß der 21er Rat unter Führung Kuhnts die Ausrufung der sozialistischen Republik Oldenburg-Ostfriesland und die Absetzung des Großherzogs. Um die revolutionäre Bewegung zu integrieren, wurde Bernhard Kuhnt in das Direktorium kooptiert und zu seinem Präsidenten berufen. Er residierte in Wilhelmshaven und kam seinen Amtsverpflichtungen in Oldenburg kaum nach, so daß die revolutionäre Basis immer schmaler und seine Position schwächer wurde. Zum Spitzenkandidaten der SPD für die Reichstagswahlen (Bezirk Weser-Ems) wurde nicht Bernhard Kuhnt, sondern der SPD-Vorsitzende und Rüstringer Landtagsabgeordnete Paul Hug gewählt, der sich in den Tagen der Revolution als gemäßigter Kontrahent von Kuhnt auf der politischen Linken profiliert hatte. Daraufhin kam es zur Spaltung zwischen der SPD und der USPD, zu deren Spitzenkandidaten Kuhnt gewählt wurde. Am 28. Februar 1919 wurde Bernhard Kuhnt nach dem Ausbruch weiterer Unruhen in Wilhelmshaven unter dem "Verdacht der Förderung von Spartakistenumtrieben" verhaftet und von Oldenburg nach Berlin gebracht. In den "Märzunruhen" 1919 wurde er von Aufständischen befreit und kehrte 1920 als Abgeordneter der USPD für den Wahlbezirk Chemnitz in den Reichstag zurück. Im

Reichstag machte er sich als Kritiker der reaktionären und antidemokratischen Tendenzen der Reichswehr unter der Führung Noskes einen Namen. Dem Reichstag gehörte Kuhnt bis 1933 an, 1922 kehrte er in die SPD zurück.
Bereits am 9. März 1933 wurde Kuhnt von den Nationalsozialisten verhaftet, und der "SA-Marinesturm" von Chemnitz setzte ihn in einen Kohlekarren, der von zwei sozialdemokratischen Abgeordneten durch die Stadt gezogen wurde. Die Photographien wurden zum Zweck politischer Abschreckung in der NS-Presse veröffentlicht.[26] Kuhnt war bis zum 20. Juli 1934 inhaftiert und lebte danach zurückgezogen in Berlin. Er starb am 22. Januar 1946 in Westensee bei Kiel. Noske, der radikal gegen die extreme politische Linke vorging, soll über ihn gesagt haben: "Ich sage, er war nicht einmal ein Blender, sondern nur ein Maul. Daß ein solcher Hohlkopf Führer werden konnte, zeigt, wes Geisteskind die Wilhelmshavener 'Revolutionäre' waren."[27]

Bereits am 8. November 1918 erschienen bewaffnete Matrosen im Schloß. Der 21er Rat rief am 9. November 1918 die "Republik Oldenburg - Ostfriesland" aus und erklärte den Großherzog für abgesetzt. Auf Widerspruch stieß diese Proklamation des 21er Rates nicht nur in Preußen, sondern auch im oldenburgischen Landtag. Auf die Absetzung des Großherzogs und die Ausrufung der "Republik Oldenburg-Ostfriesland" durch den 21er Rat in Wilhelmshaven reagierte das Staatsministerium nach Auskunft der Scheer-Denkschrift mit der Feststellung, "dass für die Beamten das Staatsgrundgesetz allein massgebend sei und dass Beschlüsse revolutionärer Marinemannschaften für das oldenburgische Land ohne Bedeutung seien." Nach Ansicht des Oldenburger Rathauses hatte "der hiesige Soldatenrat die Entfernung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs" nicht betrieben. Im Gegenteil: Die Zusammensetzung des Oldenburger Soldatenrates garantierte nach Aussagen des Bürgermeisters "die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" in der Landeshauptstadt. Am 10. November 1918 spitzte sich die politische Situation des Großherzogs offensichtlich dramatisch zu. Angesichts der Massendemonstration in den Jadestädten, die Gewalt gegen den Monarchen nicht mehr ausschloß, und des Thronverzichts fast sämtlicher deutscher Fürsten billigte die Marine ein mit dem Oldenburger Soldatenrat getroffenes Stillhalteabkommen nicht mehr und verlangte umgehend die Abdankung des Großherzogs. Nach dem Wortlaut der Scheer-Denkschrift drangen bewaffnete Matrosen aus Wilhelmshaven darauf, "den Großherzog

[26] SCHAAP, Weg, S. 195.
[27] FRIEDL, Handbuch, S. 399f. (von Wolfgang Günther); VAHLENKAMP, Werner: "Regierung" von Bernhard Kuhnt in Oldenburg blieb eine Episode. Tragik und Groteske - Noskes Urteil wurde revidiert, IN: Nordwest-Heimat, Beilage der NWZ vom 22.2.1992; ders., Die Episode mit Präsident Kuhnt, IN: Nordwest-Heimat, Beilage der NWZ vom 20.11.1993. W. Vahlenkamp hat die wichtigsten biographischen Daten zusammengestellt und bemüht sich um eine Korrektur der Kuhnt-Biographie.

gewaltsam zu entthronen", und gelang es dem Oldenburger Soldatenrat nur mit Mühe, einen Aufschub zu vereinbaren. Vor der Entthronung sollte nach dieser Vereinbarung zunächst der Landtag gehört werden. Scheer erkannte nach eigener Darstellung die kritische Lage und konsultierte den Großherzog in diesem Sinne.[28] Er entschloß sich, "Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog zu einem freiwilligen Verzicht zu raten".[29]

Nach einer Großkundgebung in den Jadestädten am sog. "Freiheitssonntag" folgten am 11. November 1918 der Thronverzicht Friedrich Augusts und die Beratung über die Bildung des Direktoriums, dem zunächst nur Repräsentanten der Oppositionsparteien, der SPD, der DDP und des Zentrums, sowie die parteilosen großherzoglichen Minister Graepel und Scheer angehören sollten.[30] Die politische Verlautbarung zum Thronverzicht des Großherzogs war an das Staatsministerium gerichtet.[31] Mit der Einrichtung des Direktoriums wurde das politische Gremium installiert, das der Monarch bereits in seiner Thronrede intendiert hatte. Es diente nach Scheer auch dazu, den politisch mäßigenden Einfluß des Landtages zu wahren und die revolutionäre Lage zu entschärfen.[32] Auf Drängen des 21er Rats, der sein ganzes militäri

---

[28] StAO 131 - 37, Bl. 262-264. Seine persönliche Reaktion beschrieb Scheer mit den Worten: "Ich begab mich sofort ins Palais, um Seiner Königlichen Hoheit Meldung zu erstatten. Der Großherzog erklärte in Gegenwart des Erbgroßherzogs, dass er, um einen Bürgerkrieg und Blutvergießen zu vermeiden, auf den Thron verzichten wolle, sofern der Landtag einverstanden sei."

[29] StAO 131 - 37, Bl. 262-264: Zu seiner persönlichen Rolle in der revolutionären Umbruchsituation notierte Scheer: "Ich erhielt den Befehl, durch eine öffentliche Bekanntmachung die Bevölkerung im Höchsten Auftrage zu bitten, sich in das Unabänderliche zu schicken und Ruhe zu bewahren."

[30] Für die SPD gehörten dem Direktorium die Landtagsabgeordneten Paul Hug, Karl Heitmann und Julius Meyer, für die DDP der Abgeordnete Theodor Tantzen und für das Zentrum der Abgeordnete Dr. Franz Driver an. (GÜNTHER, Revolution, S. 87)

[31] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 197. Sie hatte folgenden Wortlaut: "Um Unheil von den oldenburgischen Landen fernzuhalten, sehe ich mich durch die Umwälzungen der letzten Tage veranlaßt, die Regierung des Großherzogtums niederzulegen. Gleichzeitig erkläre ich, daß ebenfalls die nachfolgeberechtigten Angehörigen meines Hauses auf die Thronfolge im Großherzogtum verzichten. Das Staatsministerium habe ich ersucht, die Regierungsgeschäfte einstweilen weiterzuführen. Auch die übrigen staatlichen Beamten fordere ich dringend auf, unserer geliebten Heimat auch unter den neuen Verhältnissen zu dienen und auf ihrem Posten zu verharren."

[32] StAO 131 - 37, Bl. 262-264. Scheer berichtete über die politischen Vorgänge mit den Worten: "Ich riet zur Einsetzung eines Direktoriums mit engen Beziehungen zum Landtag. [...] Am Nachmittag desselben Tages fand eine vertrauliche Landtagsversammlung statt, in der ich über die Vorgänge der letzten Tage berichtete und den Höchsten Thronverzicht mitteilte. Im Anschluß daran brachte der Abgeordnete Hug die Einsetzung eines Direktoriums von 9 Mitgliedern und die Wahl der von ihm verlesenen Personen in Vorschlag. Die Landtagsabgeordneten

sches Gewicht zur Geltung brachte, wurde das Direktorium um zwei Mitglieder aus der Rätebewegung, den SPD-Abgeordneten August Jordan und den Präsidenten Bernhard Kuhnt, ergänzt. Kuhnt selber trat an die Spitze des Direktoriums, dem nunmehr sowohl parlamentarische Kräfte als auch Repräsentanten der Revolution angehörten. Der Landtag bestätigte auf einer für den Spätnachmittag des 11. November 1918 einberufenen Sitzung die Bildung und Zusammensetzung des Landesdirektoriums und erkannte den Marineangehörigen Kuhnt als den Präsidenten des Freistaates Oldenburg an. Nach Auffassung von Wolfgang Günther war am 11. November 1918 "der Übergang von der Staatsform der konstitutionellen Monarchie zur Republik, vom Großherzogtum zum Freistaat auf revolutionärem Wege, wenn auch unter Zustimmung des Landtages, der aber weder die Konstituierung der Republik noch die Regierungsbildung legitimieren konnte, vollzogen" und stand an der Spitze des neuen Freistaates mit dem Landesdirektorium "ein revolutionäres Organ, die Schöpfung der Revolution".[33] Mit den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung am 23. Februar 1919 begab sich die Revolution in Oldenburg in eine konstitutionelle Phase, die mit der Verabschiedung der neuen Verfassung für den Freistaat Oldenburg am 17. Juni 1919 abgeschlossen wurde.[34]

Die "importierte Revolution" kam in Oldenburg einer geordneten, kontrollierbaren Veränderung des politischen Systems, wie sie in den Verhandlungen über die Parlamentarisierung der monarchischen Exekutive avisiert wurde, zuvor. Der Ausgleich des Konflikts, der in seiner ganzen politischen Tragweite durch die Proklamation der Republik Oldenburg-Ostfriesland vom 9. November 1918 deutlich geworden war, wurde dadurch herbeigeführt, "daß der Exponent der Marinerevolutionäre als Präsident des neuen Freistaates und als Vorsitzender vom Landesdirektorium kooptiert und vom Landtag anerkannt" wurde. Die Republik Oldenburg-Ostfriesland hat faktisch niemals existiert. Mit der Ausrufung der sozialistischen Republik und der Absetzung des Großherzogs durch den 21er Rat am 10. November 1918 wurde der Übergang zum parlamentarischen Regierungssystem auf verfassungsmäßigem Wege hinfällig; die revolutionäre Welle hatte die Verfassungsreform überholt.[35] Aufgrund der Spaltung der Rätebewegung und des

stimmten debattelos zu. Minister Graepel und ich erklärten uns bis weiter bereit, den Wünschen des Landtags zu entsprechen."

[33] GÜNTHER, Revolution, S. 89.

[34] Ebd., S. 43-90.

[35] Ebd., S. 89f.

Kampfes um die politische Führung in der Arbeiterbewegung zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg ging das Direktorium gestärkt aus den anhaltenden Auseinandersetzungen hervor, zumal es seine Schlüsselposition durch den Besitz der Regierungsgewalt behaupten konnte. Das Direktorium wurde zum dominierenden politischen Faktor in der revolutionären Übergangsphase von der Monarchie zur Republik in Oldenburg und garantierte ein hohes Maß an politischer Stabilität und Kontinuität.[36]

1.2.1. Kontinuität im politischen Systemwechsel: "Die bisherigen Staatseinrichtungen bleiben bestehen."

Zu den wichtigsten Entscheidungen des Direktoriums gehörte auf der ersten Sitzung am 13. November 1918 die Verabschiedung politischer "Richtlinien" für den Freistaat. Die "Richtlinien" vom 14. November 1918, die auch von der Cloppenburger MT und Vechtaer OV veröffentlicht wurden, sahen vor, daß das Großherzogtum in den Freistaat Oldenburg umgewandelt wurde. Die Exekutive übernahm das Direktorium selbst und trat damit an die Stelle von Großherzog und Staatsministerium. Die "bisherigen Staatseinrichtungen", also der Landtag und die monarchische Bürokratie, blieben erhalten, die Minister erhielten ein Vetorecht in der Verabschiedung von Regierungserlassen oder Verwaltungsverfügungen.[37] Im einzelnen enthielten die "Richtlinien" folgende detaillierte Bestimmungen:

> "1. Das bisherige Großherzogtum Oldenburg ist in den Freistaat Oldenburg umgestaltet, dessen Teile die Bezeichnung führen: Provinz Oldenburg, Provinz Lübeck, Provinz Birkenfeld.
> 2. Die Regierung hat das Direktorium des Freistaats übernommen, das folgendermaßen zusammengesetzt ist: Bernhard Kuhnt als Präsident, Oberverwaltungsgerichtsrat Franz Driver, Minister Otto Graepel, Karl Heitmann, Paul Hug, August Jordan, Julius Meyer, Minister Hermann Scheer, Theodor Tantzen.
> 3. Die laufende Verwaltung wird vom Direktorium durch Abteilungen geführt, die folgende Bezeichnungen tragen: Direktorium, Abteilung des Innern, Direktorium, Abteilung des Aeußeren, Direktorium, Finanzabteilung, Direktorium, Abteilung der Kirchen und Schulen. Die Militärangelegenheiten werden der Abteilung des Innern zugeteilt.
> 4. Die bisherigen Staatseinrichtungen bleiben bestehen. Die Beamten bleiben im Amt und führen ihre Geschäfte weiter. In der Bezeichnung der Behörden fällt der Zusatz 'Großherzoglich' weg. Gegen eine Verfügung einer Abteilung findet die Beschwerde an das Direktorium statt, sofern es sich nicht um Verwaltungsstreitsachen handelt, die vor das Oberverwaltungsgericht gehören.

---

[36] Ebd., S. 166-168.
[37] MT vom 18.11.1918.

5. Die Gerichte haben Recht zu sprechen im Namen des Freistaats Oldenburg.
6. Regierungserlasse werden gezeichnet von dem Präsidenten oder seinem Vertreter und wenigstens einem der beiden Minister. Verwaltungsverfügungen werden von einem der Minister gezeichnet."[38]

Die "Richtlinien", die ein bedeutendes Dokument des Übergangs darstellen, blieben gültig bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung für den Freistaat Oldenburg und erhielten damit den Charakter einer vorläufigen Konstitution. Unklar blieb in Oldenburg wie in anderen Ländern des Deutschen Reiches die Kompetenzabgrenzung zwischen der Regierung, also dem Direktorium, und den Räten. Die Spaltung der Rätebewegung in einen radikalen und einen gemäßigten Flügel führte einen Machtkampf zwischen dem 21er Rat in Wilhelmshaven/Rüstringen und dem Oldenburger Soldatenrat herauf und verursachte eine Schwächung der Rätebewegung in Oldenburg überhaupt. Während dieser Zerreißprobe, die bereits die 1. Delegiertenkonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte Oldenburgs-Ostfrieslands am 28. November 1918 überschattete, gelang es dem Direktorium, seine Machtposition auszubauen, die durch die Bildung des Zentralrats für Oldenburg auf der 5. Delegiertenkonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte am 22. Januar 1919 nicht mehr erschüttert werden konnte. Am 21. Februar 1919 wurde nach einem kommunistischen Aufstand in den Jadestädten der 21er Rat aufgelöst und sein Präsident Kuhnt am 28. Februar 1919 verhaftet. Damit hatten sich die parlamentarischen Bestrebungen, die ein wesentliches Element politischer Kontinuität in Oldenburg bildeten, und die gemäßigten revolutionären Kräfte im Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat, der sich ostentativ hinter die Reichsregierung stellte, gegen die radikale Bewegung des 21er Rates durchsetzen können und den Weg für die Wahl der Konstituante frei gemacht. Die Ära Kuhnt blieb somit Episode in der politischen Gründungsgeschichte des Freistaats Oldenburg.[39]

Wesentlich mitgestaltet wurde der friedliche Übergang des Landes vom Großherzogtum zum Freistaat durch Paul Hug, den bedeutendsten Repräsentanten der oldenburgischen Sozialdemokratie in diesem Zeitraum. In seiner Person verkörpert sich ein Stück politischer Kontinuität in der Zeit des politischen Umschwungs in Oldenburg:

---

[38] MT vom 18.11.1918; OV vom 15.11.1918: unterzeichnet von den Direktoriumsmitgliedern Hug, Scheer und Graepel.
[39] VAHLENKAMP, Werner: Die Episode mit Präsident Kuhnt, IN: Nordwest-Heimat, Beilage der NWZ vom 20.11.1993.

Paul Hug wurde am 24. Juni 1857 als Sohn eines Gefängnisbeamten in Heilbronn geboren und starb am 10. Februar 1934 in München. Nach dem Besuch der Volksschule und einer Lateinschule absolvierte er in Heilbronn eine Schlosserlehre und begab sich 1876 als Geselle auf Wanderschaft. Wenige Tage nach dem Reichstagsbeschluß über das "Sozialistengesetz" trat Paul Hug am 28. Oktober 1878 in die SPD ein. Seine Wanderschaft hatte ihn inzwischen in die oldenburgische Gemeinde Bant verschlagen. Am 10. Oktober 1880 nahm er seine Arbeit als Maschinenschlosser auf der Kaiserlichen Werft im preußischen Wilhelmshaven auf. Die Mitgliedschaft in der SPD war den Werftarbeitern untersagt. Seit 1882 fungierte Paul Hug als Leiter des Gesangvereins "Frohsinn", einer Tarnorganisation der verbotenen Sozialdemokratie. 1887 wurde er wegen "sozialistischer Umtriebe" von der Werft entlassen und eröffnete in Bant die Gastwirtschaft "Die Arche", die einen Treffpunkt für Sozialdemokraten und ein Zentrum der SPD-Agitation darstellte. Von 1885 bis 1929 gehörte Hug der Kommunalvertretung von Bant an. Seit 1888 beteiligte er sich an der Gründung einer Druckerei und an der Herausgabe des "Norddeutschen Volksblattes" und der "Nordwacht"; beide Blätter gehörten zu den führenden sozialdemokratischen Organen Nordwestdeutschlands. Nach der Schließung der Gastwirtschaft übernahm er 1890 die Geschäftsführung der Druckerei und die Redaktion des "Norddeutschen Volksblattes", die er bis 1910 wahrnahm. Von 1899 bis 1931 gehörte Paul Hug dem oldenburgischen Landtag an - er war der erste SPD-Abgeordnete im Landtag - und von 1907 bis 1933 war er Vorsitzender des SPD-Bezirks Oldenburg-Ostfriesland. Er wurde dem gemäßigten Flügel in der Sozialdemokratie zugerechnet, ein Umstand, der ihn 1918/19 zur politischen Integrationsfigur werden ließ. Nach der Gründung der Stadt Rüstringen aus den Gemeinden Bant, Heppens und Neuende im Jahre 1911 wurde Hug Mitglied des Stadtmagistrats, dem er bis 1926 angehörte. In der Revolution von 1918/19 spielte Hug eine herausragende Rolle. Er bildete am 11. November 1918 das Direktorium und akzeptierte aufgrund der bewaffneten Macht in Wilhelmshaven die Kooptation des Vorsitzenden des 21er Rats, Bernhard Kuhnt, zum Präsidenten. Paul Hug galt als "inoffizieller" Ministerpräsident, zumal Bernhard Kuhnt seine Amtsgeschäfte nur unzureichend wahrnahm. Eine Spaltung der SPD in den Jadestädten im Januar 1919 konnte er nicht verhindern, bemühte sich aber konsequent um ihre Wiedervereinigung, die im Herbst 1922 gelang. Am 18. März 1926 wurde er zum Oberbürgermeister der Stadt Rüstringen gewählt. Nach 55 Jahren Parteiarbeit mußte Paul Hug nach der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 den SPD-Bezirk Oldenburg-Ostfriesland auflösen. Die NS-Regierung entzog ihm unter Hinweis auf das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" seine Pension, so daß er auf die Hilfe seiner Tochter in München angewiesen war. Nach wenigen Monaten starb Paul Hug am 10. Februar 1934 in München und wurde in Wilhelmshaven beigesetzt.[40]

[40] FRIEDL, Handbuch, S. 332-336 (von Wolfgang Günther). In einer Artikelserie, die vom 1. bis 8. Oktober 1920 in der Zeitung "Die Republik" - vormals "Norddeutsches Volksblatt" - erschien, berichtete Paul Hug, der der "August Bebel des Nordens" genannt wurde, anläßlich des 30. Jahrestages der Aufhebung des "Sozialistengesetzes" über die Verfolgung der oldenburgischen Sozialdemokratie in der Zeit von 1878 bis 1890. Werner Vahlenkamp hat den Bericht Paul Hugs 1980 wieder herausgegeben. (HUG, Sozialistengesetz)

Der oldenburgische Landtag, der nach der Wahlrechtsreform im Jahre 1909 aus allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgegangen war, erwies sich in den Tagen der Revolution als eine staatstragende politische Kraft und als Garant eines geordneten legalen Systemwechsels.[41] Das Direktorium selbst zeichnete sich seit seinem Amtsantritt durch eine rege Verordnungspraxis aus und strukturierte dadurch den politischen Umschwung in Oldenburg wesentlich mit. Durch Verordnung des Direktoriums vom 18. Dezember 1918 wurde "die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtags" bis zum 22. März 1919 verlängert und dadurch die Voraussetzung für seine politische Präsenz und Handlungsfähigkeit in den Tagen der Revolution geschaffen.[42] Mit Gesetz vom 29. Januar 1919 verkündete das Direktorium das Wahlgesetz für die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung und setzte sie auf den 23. Februar 1919 fest.[43] Am 18. Februar 1919 löste das Direktorium den 33. oldenburgischen Landtag auf, "nachdem in Veranlassung der politischen Umwälzung die Einberufung einer Verfassunggebenden Landesversammlung angeordnet ist, und die Wahlen zu dieser Versammlung ausgeschrieben sind."[44] Mit Verordnung vom 11. März 1919 berief das Direktorium die gewählte verfassunggebende Landesversammlung auf den 20. März 1919 ein.[45] Dadurch wurden wesentliche Schritte zur demokratischen Umgestaltung des Landes initiiert und vorbereitet.

Der erste ordentliche oldenburgische Landtag in der Zeit der Weimarer Republik ging nicht aus Wahlen hervor, sondern wurde durch Beschluß vom 18. Juni 1919 aus der verfassunggebenden Landesversammlung gebildet - ein Vorgang, der die Bedeutung des oldenburgischen Parlamentarismus als Brücke zwischen konstitutioneller Monarchie und bürgerlicher Republik deutlich hervorhebt. Die noch bis zum August des Jahres 1919 bestehenden Arbeiterräte wurden in Interessenvertretungen der Arbeitnehmer umgewandelt. Der Landesarbeiterrat, der aus dem Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte hervorgegangen war, bestand bis in den März 1933 hinein, als er von der NS-Regierung Röver aufgelöst wurde.[46] Sowohl die Verlängerung des

[41] GESETZBLATT, 37. Bd., Nr. 23, S. 85-87; Nr. 24, S. 89ff.: Wahl der Abgeordneten: "Die Wahl der Abgeordneten ist unmittelbar und geheim." (S. 89)
[42] GESETZBLATT, 40. Bd., Nr. 49, S. 206.
[43] GESETZBLATT, 40. Bd., Nr. 58, S. 225-231.
[44] GESETZBLATT, 40. Bd., Nr. 70, S. 328.
[45] GESETZBLATT, 40. Bd., Nr. 79, S. 340.
[46] GÜNTHER, Freistaat, S. 404-413; GÜNTHER, Landesarbeiterrat, S. 140-146. Danach war der Landesarbeiterrat keine "geschlossene Gesellschaft von Sozialdemokraten". Von Anfang an war die katholische Bevölkerung durch Delegierte vertreten, seit Juni 1921 gehörte der Vor-

Landtagsmandats als auch die Ausschreibung der Wahlen zur verfassunggebenden oldenburgischen Landesversammlung am 23. Februar 1919 wurden durch Verfügungen des Direktoriums bewirkt, das dadurch seine politische Handlungsfähigkeit demonstrieren und sich als Faktor politischer Stabilität positiv gegen die Rätebewegung abgrenzen konnte.[47] Die weitere Demokratisierung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften wurde ebenfalls durch Verordnungen des Direktoriums und durch die Neuwahlen aller Gemeindevertretungen am 6. April 1919 eingeleitet; auch auf kommunaler Ebene wurden das Wahlrecht für Frauen und das Verhältniswahlrecht eingeführt.[48]

In der allgemeinen Landesgesetzgebung wurde das Direktorium ebenfalls aktiv. Es änderte unter anderem das Schulgesetz und griff mit der Reform der Gesindeordnung von 1899 auch in die Sozialverfassung des Landes ein.[49] Nach der neuen Verfügung waren "Dienstbücher nicht mehr auszufertigen und zu führen" und galten für den Dienstvertrag die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches.[50] Das war ein wesentlicher Fortschritt in der Liberalisierung des patriarchalischen Dienstverhältnisses auf dem Lande, das auf Dauer zu einer Auflösung der traditionellen Sozialverfassung beitragen mußte.

So gestaltete das Direktorium durch eine vom Landtag gestützte Verordnungspolitik mit nachhaltender politischer Wirkung die Phase des Übergangs und trug durch eine Exekutive, die politische Fakten schaffte, zur Schwächung der revolutionären Rätebewegung bei, der - besonders was den 21er Rat Kuhnts anging - im Gegensatz zur parlamentarischen Ebene in der konservativen Öffentlichkeit bald das Stigma des Illegalen, des Zerstrittenen und Ungeordneten anhaftete. Diese Fragen politischer Legitimation und Akzeptanz spielten im bäuerlich-mittelständischen katholischen Milieu Südolden

---

sitzende des Sozialen Ausschusses und Zentrumsabgeordnete im Landtag, Wilhelm Sante, dem Arbeitsausschuß an. Durch die Aufhebung der Arbeiter- und Soldatenräte im August 1919 wurde dem Landesarbeiterrat jede soziale Basis entzogen. Durch Art. 165 der Reichsverfassung wurde das Fortbestehen des Landesarbeiterrats ermöglicht.

[47] GESETZBLATT, 40. Bd., Nr. 58, S. 225ff.

[48] GESETZBLATT, 40. Bd., Nr. 67, S. 323-25, Nr. 83, S. 347.

[49] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 277: Änderung des Schulgesetzes vom 4. Januar 1919. Sie verfolgte in erster Linie eine Liberalisierung des Religionsunterrichts und bestimmte: "Kinder von Eltern, die keiner Religion angehören, können gegen den Willen des Vaters oder sonstiger Erziehungsberechtigter zum Besuch des Religionsunterrichts nicht angehalten werden."

[50] MT vom 28.11.1918.

burgs eine große Rolle und erlangten in Zeiten des Umbruchs eine bemerkenswerte politische Relevanz, die sich zugunsten historischer und politischer Kontinuität auswirkte.

Der Übergang vom Großherzogtum zum Freistaat vollzog sich in Oldenburg wenig spektakulär. Der Thronverzicht des Großherzogs Friedrich August am 11. November 1918 hinterließ nur mit Einschränkung ein machtpolitisches Vakuum, weil der bis zum 18. Februar 1919 tagende letzte großherzogliche Landtag und das noch am 11. November 1918 von diesem gewählte und somit parlamentarisch legitimierte Direktorium eine große Kontinuität in der politischen Entwicklung des Landes garantierten. Der evolutionäre Charakter des Übergangs von der konstitutionellen Monarchie zur bürgerlichen Republik drückte sich auch personell in der Zusammensetzung des Direktoriums aus, das mit zwei ehemals großherzoglichen Ministern, Graepel und Scheer, und sechs Landtagsabgeordneten eine Art "Allparteien-Koalition" darstellte. Das Direktorium vereinigte nach dem Willen des Landtags nach der Abdankung des Landesherrn die Befugnisse des Monarchen und des Staatsministeriums in sich.[51] Der Landtag betonte den provisorischen Charakter des Direktoriums und insbesondere der Präsidentschaft Kuhnts, die von vornherein als notwendiger politischer Kompromiß angesehen wurde, um einer weiteren Radikalisierung vorzubeugen.

Das Landesdirektorium lehnte seine politische Unterordnung unter die Rätebewegung entschieden ab und stärkte damit erheblich seine Position in der Konkurrenz zum Wilhelmshavener 21er Rat und zum Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 22. Januar 1919 gebildet wurde. Der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat stellte nach einem Vermerk Scheers die Forderung, "dass der zu bildende Zentralrat, in den jeder Amts- und Stadtbezirk einen Delegierten entsenden solle, nicht unter oder neben, sondern über dem Direktorium stehen müsse, und dass alle Gesetze, Verordnungen und Erlasse allgemeiner Art vom Zentralrat mit zu unterzeichnen seien". Das Direktorium wies diese Forderung unter Hinweis auf die "Richtlinien" für die politische Umwälzung in Oldenburg vom 14. November 1918 entschieden zurück. Es war lediglich bereit, "den Zentralrat als Organ der gesamten A. und S. Räte des Landes anzuerkennen und mit ihm zusammenzuarbeiten".[52] Diese Entscheidung des Direktoriums gegen den Zentralrat bedeutete eine weitere

[51] OV vom 13.11.1918.
[52] StAO 136 - 2768.

Schwächung der Rätebewegung in Oldenburg und begünstigte die frühe Konstitutionalisierung der Revolution. Das Landesdirektorium etablierte sich als die entscheidende Instanz in der Phase der politischen Umgestaltung in Oldenburg, die unter Berücksichtigung und vorübergehender partieller Integration der revolutionären Kräfte durch die Wahl der oldenburgischen Konstituante und die schnelle Verabschiedung der Landesverfassung die Revolution beendete. Nach Ausschluß der USPD in der Person Kuhnts blieb die parteipolitische Konstellation des Direktoriums in der Regierung Tantzen, die nach dem Muster der Weimarer Koalition gebildet wurde, erhalten und konnte damit eine erhebliche Kontinuität im demokratischen Aufbau des Freistaates garantieren. Mit 86 % der abgegebenen Stimmen in den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung und 40 von insgesamt 48 Landtagsmandaten war das politische Mandat für die Parteien der Weimarer Koalition, die SPD (14 Mandate), die DDP (15) und das Zentrum (11), eindeutig. Oldenburg erlebte 1919 einen reibungslosen und gelungenen Start in die republikanische Zukunft des Landes.[53]

Die vom Direktorium am 14. November 1918 in den "Richtlinien" proklamierte "Umgestaltung des Großherzogtums in einen Freistaat" leitete den politischen Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik ein und garantierte Kontinuität in der inneren Entwicklung des Landes. Die Amtsenthebung des nach den spartakistischen Unruhen in den Jadestädten im Januar 1919 zeitweilig untergetauchten Kuhnt (USPD) setzte am 3. März 1919 den Schlußpunkt unter die oldenburgische Revolutionsgeschichte und schuf damit die politischen Voraussetzungen für eine beschleunigte Beratung der "Verfassung für den Freistaat Oldenburg", die am 17. Juni 1919 - fast zwei Monate vor der Weimarer Reichsverfassung - in Kraft trat, und die Regierungsbildung unter dem ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten Theodor Tantzen (DDP). Das Zentrum trat mit Dr. Driver als Finanz- und Handelsminister in die vierköpfige Regierung ein.[54] Die Vechtaer OV fällte anläßlich der Amtsenthebung Kuhnts ein vernichtendes Urteil über die Revolution überhaupt, wenn sie konstatierte:

> "Die Komödie ist mit seiner Absetzung zu Ende."[55]

---

[53] ROGGE, Quellen, S. XI-XIII.
[54] Ebd., S. XIV.
[55] OV vom 5.3.1919.

Mit hämischem Beifall, der die emotional aufgeladene Ablehnung von Revolution und Umsturz offen zum Ausdruck brachte, bedachte die Vechtaer OV die Verhaftung und Amtsenthebung Kuhnts und das sichtbare Ende der Revolution in Oldenburg. Sie würdigte gleichzeitig den Mut des Direktoriums zu einer politisch längst überfälligen Entscheidung in der politischen Personalfrage Bernhard Kuhnt, der nicht nur als "der Macher der Revolution in Wilhelmshaven" tituliert wurde, sondern auch als "Parteispalter in der Sozialdemokratie".[56] Dieser Kommentar ließ keinen Zweifel mehr daran, auf welche Seite sich der südoldenburgische Katholizismus in den Tagen des politischen Umschwungs stellte: auf die Seite von Recht und Ordnung, des legalen Übergangs und der politischen Tradition, die er seit der Abdankung des Großherzogs vor allem durch das Landesdirektorium verkörpert sah. Der politische Antipode war Bernhard Kuhnt, dessen Verhaftung aufgrund seiner Rolle bei den spartakistischen Unruhen allgemein begrüßt wurde.[57]

1.2.2. Das Ende der politischen Rätebewegung im Freistaat Oldenburg: "Haben die Arbeiterräte als Klassenvertretung der Arbeiterschaft [...] ihre Berechtigung verloren."

Im Schreiben des oldenburgischen Innenministeriums vom 28. Juni 1919 an die Ämter und Stadtmagistrate kündigte sich das politische Ende der Rätebewegung im Freistaat Oldenburg an. Theodor Tantzen (DDP), der neben seiner Funktion als Ministerpräsident auch die des Innenministers wahrnahm, resümierte die politische Entwicklung seit dem November 1918 und begründete das Ausscheiden der Räte mit dem erfolgreichen demokratischen Neuaufbau des Landes. Mit der Demokratisierung gesellschaftlicher Strukturen und des gesamten politischen Lebens hätten die Räte ihre historische Funktion erfüllt. In dem Rückblick reduzierte der liberale Tantzen die politische

[56] OV vom 5.3.1919. Wörtlich hieß es zur Person Kuhnts: "Endlich hat das Direktorium den Mut gefunden, die Maßnahmen durchzuführen, die das oldenburgische Volk schon seit langem erwartete. Wenn Kuhnt mit seinem Namen stets seit dem 9. November auch den Oldenburgs durch alle Welt führte, so geschah es stets in einem Sinne, womit keine Ehre einzulegen war. Es ist sonderbar, daß derartige ‘Präsidenten’ derart an ihren Posten kleben, daß sie freiwillig nie zurücktreten, auch wenn neun Zehntel des Volkes gegen sie sind. Die 'Verdienste' Kuhnts sind einzig, daß er zum ersten der Macher der Revolution in Wilhelmshaven war und zum zweiten, daß er der Parteispalter in der Sozialdemokratie wurde. Dem oldenburgischen Lande hat er nur Geld gekostet, ohne irgend etwas zu leisten."

[57] OV vom 5.3.1919: "Kuhnt wußte, daß gegen ihn ein Haftbefehl erlassen worden war, er hielt sich deshalb verborgen, glaubte sich aber in unserem Freistaat sicher, worin er sich täuschte."

Revolution auf einen "Zusammenschluß der Arbeiterschaft" und minderte damit ihre historische Dimension:

> "Die Novemberumwälzung 1918 hat in Ermangelung von bestehenden gesetzlich anerkannten Berufsorganisationen der Arbeiter die Bildung von Arbeiterräten zur Folge gehabt. Ein derartiger Zusammenschluß der Arbeiterschaft entsprang einmal dem Drang zur sofortigen Mitarbeit in den Vertretungskörperschaften der Kommunalverbände und des Staates, dann dem Willen, diese Mitarbeit auf dem Boden des gleichen Rechts für alle Bevölkerungsklassen für die Arbeiterschaft dauernd zu sichern. Inzwischen ist das berechtigte Streben hinzugekommen, das Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten der Arbeit zu verschieben."[58]

Aus der Sicht Tantzens kam der Bildung von Arbeiterräten die Aufgabe zu, die politische Emanzipation der organisierten Arbeiterschaft zu gestalten und voranzutreiben. Als Klassenvertretung repräsentierten sie allerdings nur einen Teilwillen der Bevölkerung und waren nicht als politischer Ausdruck eines umfassenden revolutionären Prozesses anzusehen, der die gesamte obrigkeitsstaatliche Gesellschaft sowie den politischen Monarchismus erfaßte und abschüttelte. Zum Abschluß kam dieser Prozeß im demokratischen Neuaufbau des Freistaates auf allen politischen Ebenen:

> "Nachdem die Verfassung für den Freistaat Oldenburg die Bildung des Staatsministeriums unter Erfüllung der Wünsche der Arbeiterschaft ermöglichte, und in allen Vertretungen der Gemeinden des ganzen Landes die Beteiligung aller Kreise der Bevölkerung auf Grund eines demokratischen Wahlrechts demnächst zur Durchführung gelangt sein wird, haben die Arbeiterräte als Klassenvertretung der Arbeiterschaft zur Ausübung politischer Aufgaben ihre Berechtigung verloren."

Besondere Rücksicht war auf die Landarbeiterschaft zu nehmen, da sie "eine für andere Berufsgruppen gesetzlich anerkannte in allen die betr. Berufe angehenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen zu hörende Organisation nicht besitzt". Das Staatsministerium legte nach den Worten seines Präsidenten für die Übergangszeit großen Wert darauf, "dass die Arbeiterräte und der Landesrat der Arbeiterräte solange bestehen bleiben, um in wirtschaftlichen und sozialen, die Arbeiterschaft besonders angehenden Fragen gehört zu werden, bis das Reich in der Verfassung die Grundlage für den Aufbau der Mitwirkung der Arbeiterschaft in diesen Fragen gesichert hat". Weil das voraussichtlich bis Mitte Juli geschehen sein werde, ging Tantzen davon aus, daß "vom 1. August ab damit die Berechtigung der Arbeiterräte,

[58] StAO 136 - 2768, auch zum folg.

ihre Tätigkeit auf finanz. Unterstützung des Staates und der Kommunalverbände aufzubauen, restlos hinfällig geworden ist".[59]

Damit war das politische Schicksal der Rätebewegung in Oldenburg im August 1919 besiegelt. Die Würdigung der Räte durch Tantzen enthält in ihrer Charakterisierung als Klassenvertretung eine erhebliche Reduktion ihrer politischen Bedeutung in der Revolution, die mehr als zur Emanzipation einer gesellschaftlichen Klasse zum Sturz eines autoritären Regimes beigetragen hatte. Tantzens Auskünfte und Erklärungen sind als ein Versuch bürgerlich-liberaler Geschichtsschreibung zu werten, der von der Absicht getragen wird, den revolutionären Ursprung der republikanischen Gegenwart zu relativieren und das revolutionäre Erbe der Weimarer Republik allmählich aus dem politischen Blickfeld zu verdrängen. Dabei geht es nicht nur um die historische Würdigung von deutscher Zeitgeschichte, sondern auch um den Umstand, daß hier Argumentationsmuster im Entstehen begriffen waren, die sich vorsichtig von der revolutionären Vergangenheit distanzierten und die Revolution im Licht eines "notwendigen Übels" erscheinen ließen. Nach der Annahme der Reichsverfassung am 31. Juli 1919 stellte Tantzen in der Verfügung vom 1. August 1919 in konsequenter Verfolgung seines innenpolitischen Kurses fest:

> "Damit ist für die politische Mitwirkung der Arbeiterräte in Staat und Gemeinde kein Raum mehr. Bei allen staatlichen Behörden hört von heute ab die etwa noch geübte Mitwirkung auf. Diese hat nur noch auf gesetzmässigem Wege über das demokratischste aller Wahlrechte zu erfolgen. Die bisher den Arbeiterräten bei Staatsbehörden vom Staat geleisteten finanziellen Beihülfen werden bis zum 15. August gezahlt.
> Den Amtsverbänden und Gemeinden wird anheimgegeben, bei der Regelung der Mitwirkung der Arbeiterräte in den Gemeinden und Amtsverbänden auch ihrerseits nach obigen Grundsätzen zu verfahren."[60]

Die erwartete Klärung "für den Aufbau der Mitwirkung der Arbeiterschaft" sah Tantzen im Artikel 162 der Reichsverfassung gegeben, der die "vorgesehenen Betriebs-, Bezirks- und Reichsarbeiterräte in den wirtschaftlichen und sozialen die Arbeiterschaft angehenden Fragen für dringend erwünscht hält."[61] Den politischen Vorgaben Tantzens entsprach in Oldenburg die Eta

---

[59] Tantzen kam zu dem politischen Schluß: "Nach Annahme der Verfassung für das deutsche Reich wird endgültig der Zeitpunkt der Entziehung der Zuschüsse aus Staatsmitteln festgesetzt und dann den Kommunalverbänden anheimgegeben werden, das gleiche zu tun."
[60] StAO 136 - 2768: Die Verfügung war an die Ämter und Stadtmagistrate I. Klasse gerichtet. Sie wurden aufgefordert, die Arbeiterräte von ihrem Inhalt in Kenntnis zu setzen.
[61] StAO 136 - 2768.

blierung des Landesarbeiterrates, der die Nachfolge des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte antrat und in den auch die Ämter Vechta und Cloppenburg Delegierte entsandten.[62] Bereits im März 1919 nach den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung und oldenburgischen Landesversammlung löste sich der Arbeiter- und Soldatenrat in Lohne auf; seine Amtszeit erstreckte sich auf die kurze Zeitspanne vom 15. November 1918 bis zum 17. März 1919.[63] Damit waren sie der Verfügung Tantzens vom 1. August 1919 zuvorgekommen.

1.3. Die importierte Rätebewegung in Südoldenburg

Während die Militärs schon im September 1918 von einer zunehmenden "Unsicherheit auf dem flachen Lande" sprachen und in der "Organisation der Selbsthilfe" das "einfachste und zweckmässigste Mittel zur Bekämpfung der Unsicherheit" sahen, konnte das Amt Cloppenburg eine solche Lage nicht erkennen und vermutete sie "wohl eher in der Nähe von Städten".[64] Ein ausführlicherer Bericht des Amtes Vechta führte die Unsicherheit auf dem flachen Lande in erster Linie auf die Hamsterei zurück, die in ländlichen Bezirken in großem Umfang betrieben wurde. Der Bericht vermittelt einen anschaulichen Eindruck von der Lage in Südoldenburg im anbrechenden Herbst 1918:

> "Unter den Hamsterern befinden sich die schlechtesten Elemente, welche die Hamsterei gewerblich betreiben und sie hauptsächlich auch nur deshalb ausüben, um dabei passende Gelegenheiten zum Stehlen und Einbrechen ausfindig zu machen. Hiergegen ist nicht viel zu machen, solange die Bauern und namentlich auch die Eisenbahn und Post mit den Hamsterern gemeinsame Sache machen. Die wenigen Gendarme sind wohl im Stande, die Hamsterei etwas einzuschränken; sie können sie aber nicht verhindern. [...] Übrigens kommen Diebstähle und Einbrüche fast ausschliesslich nur bei Bauern vor, welche mit Hamsterern Geschäfte machen und selbst so gut wie nichts abliefern. Es ist deshalb an sich nicht so schlimm, wenn diesen Leuten von ihrem unsauberen Verdienst wieder etwas abgenommen wird. Ja, im Gegenteil, die vorkommenden

---

[62] Auf der Vollversammlung des Landesarbeiterrates am 17. Juli 1921 wurde Vechta durch Dammann, Huismann und Vatterodt, Cloppenburg durch Otte, Ackmann und Böckmann vertreten; das Amt Friesoythe war nicht vertreten. In den Arbeitsausschuß wurde auf der Ersatzliste an fünfter Stelle Dammann aus Vechta gewählt. (StAO 136 - 2768)

[63] OV vom 27.3.1919.

[64] StAO 136 - 2820, Bl. 3, 4/5: Schreiben des Kommandierenden Generals an das Großherzogliche Staatsministerium vom 17. September 1918; Schreiben des Amts Cloppenburg an das Ministerium des Innern vom 24. September 1918 auf Verfügung vom 20. September 1918.

> Diebstähle und Einbrüche wirken sehr gut als Schreckmittel und halten manchen Landwirt ab, sich auf Hamsterei einzulassen."[65]

Von einer politischen Beunruhigung war in den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe in den letzten Wochen des Ersten Weltkrieges wenig zu spüren. Die Organisation der Räte vollzog sich hier nicht aus dem politischen Willen der Bevölkerung heraus, sondern wurde aus dem Norden des Herzogtums importiert. "Es besteht kein Zweifel daran", stellt Elsbeth Südbeck fest, "daß im Bewußtsein der Bevölkerung ein Traditionsbruch infolge der Revolution kaum stattfand. Die Südoldenburger überstanden die Revolution ohne einschneidende Änderung ihrer sozialen und politischen Grundstrukturen."[66] Tagebuchnotizen von Johannes Rogge, der von 1895 bis 1924 in Cloppenburg als evangelischer Pfarrer tätig war, vermitteln einen Eindruck vom friedlichen Klima, das den politischen Systemwandel in Südoldenburg im Herbst 1918 begleitete:

> "Im November 1918, als der Krieg dann zu Ende war, wurde es wieder still in Cloppenburg. Auch die Revolution ist hier ruhig verlaufen. Es hatten sich für den folgenden Sonntag Marinesoldaten aus Ahlhorn in Cloppenburg angemeldet. Sie sind auch gekommen, haben auch die rote Fahne auf dem Amtshause aufgezogen, aber verständige Bürger haben dann die Sache in die Hand genommen und sie in ruhige Bahnen gelenkt."[67]

Die Rätebewegung beschränkte sich in der südoldenburgischen Agrargesellschaft nicht auf die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten, sondern umfaßte auch Bauern- und Bürgerräte, die die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten eines partiellen Volkswillens ergänzen sollten. Die Räte etablierten sich in Südoldenburg neben den bestehenden kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften und nahmen mit ihnen vor allem organisatorische Aufgaben wahr, die mit der Demobilisierung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zusammenhingen. Die Rätebewegung in Südoldenburg war nicht expliziter Ausdruck eines politischen oder gar revolutionären Willens, sondern ein Akt der Anpassung an die revolutionäre Bewegung im Norden des Landes und trat vor allem auf die Impulse aus Wilhelmshaven hin in das politische Leben. Die Konstitutionalisierung der Revolution bedeutete

---

[65] StAO 136 - 2820, Bl. 4/4: Schreiben des Amts Vechta an das Ministerium des Innern vom 24. September 1918 auf Verfügung vom 20. September 1918.
[66] SÜDBECK, Freistaat, S. 9; SÜDBECK, Elsbeth: Vom Großherzogtum zum Freistaat: Oldenburger Münsterland zu Zeiten der Weimarer Republik, IN: VuL 116/1985, S. 12-17.
[67] ROGGE, Tagebuch, S. 10.

das Ende für die Räte im katholischen Milieu Südoldenburgs, das an einer Massenbewegung partizipierte, ohne zu ihr jemals eine erkennbare innere Beziehung zu gewinnen. Aufgrund der fortgeschrittenen historisch-politischen Integration war der katholische Süden trotz seiner milieuspezifischen Eigenartigkeit nicht länger aus der politischen Entwicklung des Landes auszublenden und konnte sich aus eigener Anstrengung nicht länger gegen den widrigen politischen Zeitgeist immunisieren. Trotz erkennbarer Ressentiments, die aus der lokalen Berichterstattung sprechen, beteiligte sich die Region an der 'Bewegung', die auf basisdemokratischer Grundlage eine zweite Ebene politischer Partizipation anbot. Trotz ideologisch-religiöser Bedenken, die aufgrund einer pragmatischen Grundhaltung offensichtlich zurückgestellt wurden, zeigte sich die Region zur politischen Kooperation mit den aus ihrer Sicht zwar faktisch, aber ohne ausreichende politische oder gar moralische Legitimation existierenden Räten bereit - in Erwartung einer politischen Zukunft, die die Räte abzuschütteln vermochte und wieder zur politischen Tagesordnung zurückkehrte.

Auf der Delegiertenversammlung des christlich-nationalen Eisenbahnverbandes am 10. November 1918 in Cloppenburg wurde in Anwesenheit von Bürgermeister a. D. Ignaz Feigel, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Zentrums in Cloppenburg, die Frage aufgeworfen, ob sich die christlichen Gewerkschafter Cloppenburgs an der noch am gleichen Tage zu erwartenden Bildung eines Arbeiterrats beteiligen sollten. Es sei nämlich bekannt geworden, "daß auch in Cloppenburg Matrosen aus Wilhelmshaven erscheinen, um hier einen Arbeiterrat zu begründen". Die Versammlung stimmte für die Teilnahme der Christlichen Gewerkschaften, und "man einigte sich daher über die für den Arbeiterrat vorzuschlagenden Personen und begab sich darauf zum Lokal des Gastwirts Mitze, wohin die Matrosen eine Versammlung einberufen hatten".[68] Mit dem positiven Beschluß der Christlichen Gewerkschaften war eine wichtige Vorentscheidung über die Zusammensetzung der Arbeiterräte in Cloppenburg und für ihren gemäßigten unpolitischen Kurs gefallen.

Auf der Versammlung im Gasthof Mitze wurde am Nachmittag des 10. November 1918 in Cloppenburg "durch Matrosen aus Wilhelmshaven ein Arbeiterrat eingeführt". Die regionale Berichterstattung über die Rätebewegung in Südoldenburg legt großen Wert auf die Feststellung, daß die Räte in Süd

[68] MT vom 11.11.1918; GELHAUS, 1933, S. 20f., auch zum folg.

oldenburg importiert wurden und der politischen Mentalität des Münsterländers fremd blieben. Aus Cloppenburg wurde namentlich von einem Oberheizer Fischer berichtet, "daß er von Wilhelmshaven beauftragt sei, auch hier in Cloppenburg einen Arbeiterrat ins Leben zu rufen. Wenn etwa beabsichtigt sei, ihm sowie seinen Kameraden in diesem Vorhaben durch Gewalt Widerstand zu leisten, so wolle er darauf hinweisen, daß innerhalb einer halben Stunde Maschinengewehre aus Ahlhorn ihn unterstützen würden." Rendant Dobelmann gab auf die Warnungen Fischers hin die Namen der Kandidaten für den Arbeiterrat bekannt, die die vorangegangene Gewerkschaftsversammlung nomininiert hatte. Die Versammlung wählte einstimmig die fünf Kandidaten und den Rendanten Dobelmann zum Vorsitzenden des Arbeiterrates, der sich somit aus Vertretern der Christlichen Gewerkschaften und zwei Bürgerlichen, Tischler Weber als Vertreter des Handwerks und Rendant Dobelmann als Vertreter für die Beamten und die übrige Bürgerschaft, zusammensetzte.[69] Der Vorsitzende Dobelmann stellte für die gewählten Arbeiterräte fest, daß sie sich als Zentrumsmitglieder im Falle einer Interessenkollision gegen den Arbeiterrat entscheiden würden und sich "das Recht vorbehielten, zurückzutreten, wenn sie wegen ihrer politischen Ueberzeugung glaubten, nicht mehr mitmachen zu können". Vielmehr solle der Arbeiterrat "in der Hauptsache gegen etwa bestehende Mißstände auftreten, Wünsche und Beschwerden aus der Bevölkerung entgegen nehmen, für restloses Erfassen aller Lebensmittel usw." zuständig sein.

Die Cloppenburger Versammlung zeigte sich mit diesem Konzept des Arbeiterrates, das seinen Repräsentanten kein politisches Mandat erteilte und sie bewußt im Vorhof der Macht beließ, einverstanden und erwartete von diesem Gremium nicht mehr als einen Beitrag zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung und zur Verbesserung der Versorgungslage. Nach der Versammlung im Gasthaus Mitze begaben sich dem Bericht der Cloppenburger MT zufolge der "Arbeiterrat und zwei Matrosen" zum Amtshaus, "begleitet von einigen Hundert Personen", und suchten beim Amtshauptmann Dr. Willers um politische Anerkennung nach.[70] Die MT berichtete über die Verhandlun

[69] Auf seiten der Arbeiterschaft wurden gewählt Eisenbahnvorarbeiter Meyer vom Eisenbahnerverband, Arbeiter Klüsener vom Transportarbeiterverband, Tischler Kaiser als Vertreter der Ahlhorner Arbeiter; für Kaiser wird keine Mitgliedschaft in der christlich-nationalen Gewerkschaft angegeben.

[70] Bernhard Willers war von 1912 bis zum Oktober 1919 Amtshauptmann in Cloppenburg. (FRIEDL, Handbuch, S. 796f., von Hans Friedl).

gen des Arbeiterrates beim Amtshauptmann, der keinerlei politisches Entgegenkommen signalisierte:

> "Während die Verhandlungen mit dem Herrn Reg.=Assessor Dr. Willers stattfanden, hatten die Soldaten eine rote Fahne auf dem Amtsgebäude angebracht. Der Herr Assessor erklärte, daß er den Arbeiterrat anerkenne [...] Bezüglich der Gegenzeichnung amtlicher Verfügungen usw. erklärte der Herr Assessor, daß dieses jedenfalls nicht durchführbar sein werde, da täglich etwa 400 - 500 Unterschriften zu vollziehen seien. Der Arbeiterrat erkannte an, daß aus technischen Gründen eine Gegenzeichnung nicht durchführbar sei, da keins seiner Mitglieder über die entsprechende Zeit verfügte; im übrigen sei es auch ausreichend, wenn der Arbeiterrat in den entsprechenden Kommissionen vertreten sei."

Die wartende Versammlung im Gasthaus Mitze erhob keinen Widerspruch gegen das Ergebnis der Verhandlungen beim Cloppenburger Amtshauptmann. Damit war der erste Arbeiterrat in Südoldenburg formal ins Leben gerufen. Auf die Mitteilung von Gewerkschaftssekretär Sante hin, "daß in Oldenburg auf den staatlichen Gebäuden die roten Fahnen zurückgezogen seien", wurde auch auf dem Cloppenburger Amtshaus die rote Fahne der Revolution wieder entfernt. Schon früh war in Cloppenburg die Absicht zu erkennen, den gewählten Arbeiterrat durch Repräsentanten bürgerlicher Berufsstände zu ergänzen und damit den politischen Schwerpunkt in konservative Richtung zu verlagern. Eine Aufforderung des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung von Bürgerräten vom 13. November 1918 sah die Aufgaben von Bürgerversammlungen und Bürgerräten in erster Linie darin, "die Bestrebungen der Reichsleitung zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung sowie des Wirtschaftslebens" und den Ruf nach einer "schleunige(n) Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grundlage eines gleichen und ungehinderten Wahlrechts aller Schichten der Bevölkerung" zu unterstützen. Die Mitarbeit des Bürgertums solle zum Ausdruck bringen, daß es sich "auf den Boden der vollzogenen Tatsachen" stelle.[71]

Der Cloppenburger Arbeiterrat griff diese Gedanken auf und schlug bereits auf einer Versammlung am 18. November 1918 vor, Bürgermeister Heukamp, Eisenwarenhändler Meyer und Gastwirt Mitze in den Arbeiterrat zu entsenden. Bürgermeister Heukamp wurde noch in derselben Versammlung zum Beirat des Arbeiterrates gewählt. Heukamp stellte eine allgemeine Bürgerversammlung in Aussicht, "um die gesamte Bürgerschaft über die Auf

[71] MICHAELIS, Ursachen 3, S. 13.

gaben der Zeit zu unterrichten und zur tätigen Mitwirkung anzuspornen".[72] Auf eben dieser Bürgerversammlung am 24. November 1918 regte er die Gründung eines Bürgervereins an, "der aus seiner Mitte einen den verschiedenen Ständegruppen angehörenden zwölfgliedrigen Ausschuß wähle, der zwei seiner Mitglieder in den Arbeiter= und Soldatenrat delegiere. Für den Fall, daß der Arbeiter= und Soldatenrat die ihm hierdurch zugedachte Erweiterung ablehne, solle der Bürger-Ausschuß selbständig tätig sein für das Wohl der gesamten Bürgerschaft". Der Bürgerverein, in den Vertreter der Kaufleute, Handwerker, Beamten, Landwirte, Arbeiter und freien Berufe gewählt wurden, war nach dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Bauernrat das dritte Cloppenburger Gremium, das die Interessen der Bevölkerung in der politischen Umbruchphase vertreten sollte. Rendant Dobelmann, der Vorsitzende des Cloppenburger Arbeiterrates, erklärte sich zur Zusammenarbeit mit dem Bürgerausschuß und dem Bauernrat bereit, obwohl "dieses nach den Bestimmungen für die Zusammensetzung des Arbeiter= und Soldatenrates nicht angängig" sei.[73]

Wie sehr sich der restaurative politische Einfluß des katholischen Milieus in der basisdemokratisch operierenden Rätebewegung durchsetzte, geht aus der Tatsache hervor, daß auf der anschließenden Volksversammlung Gewerkschaftssekretär Wilhelm Sante in seiner Eigenschaft als Sekretär des "Volksvereins für das katholische Deutschland" über die politische Lage und die Aufgaben des Arbeiter- und Soldatenrates referierte. Durch die faktische Ausdehnung der Rätebewegung auf die bäuerliche und bürgerliche Bevölkerung und durch die Bildung von Standesvertretungen wurde der politische Rätegedanke zurückgenommen und nach und nach außer Kraft gesetzt, um seine revolutionäre politische Zielsetzung zu hintertreiben. So gelang es den konservativen politischen Eliten im katholischen Milieu Südoldenburgs im Herbst 1918, selbst die revolutionäre Rätebewegung zu funktionalisieren und dem politischen Leben im Binnenraum des katholischen Milieus einzupassen. Die Sozialverfassung der konservativen südoldenburgischen Agrargesellschaft bot zu keinem Zeitpunkt der politischen Umgestaltung an der Jahreswende 1918/19 die Aussicht für einen politischen Erfolg der Rätebewegung.

Beim Cloppenburger Arbeiterrat handelte es sich "keineswegs um Revolutionäre", und aufgrund seiner bürgerlichen Zusammensetzung kristallisierten

[72] MT vom 19.11.1918.
[73] MT vom 25.11.1918.

sich auch keine politischen Fraktionen heraus. Die Rätebewegung blieb in Südoldenburg weitgehend unpolitisch, und ihr Wirken konzentrierte sich vor allem auf die Lösung der drängenden ökonomischen und sozialen Probleme der Nachkriegszeit.[74] Die Etablierung des Arbeiterrates in Cloppenburg war exemplarisch für die Rätebewegung in Südoldenburg überhaupt, der von der Bevölkerung jedes revolutionäre Mandat abgesprochen wurde und die nach dem Willen der Basis nicht in Konkurrenz, sondern in Ergänzung zu den bestehenden kommunalen und staatlichen Körperschaften treten sollte. Die Räte rekrutierten sich weitgehend aus Vertretern der christlich-nationalen Gewerkschaften und Repräsentanten des kleinstädtischen Bürgertums. In personeller Überschneidung gehörten sie vielfach dem Zentrum an oder sympathisierten politisch mit ihm. Das Zentrum war es auch, das in der Meinungsbildung Vorrang vor den Räten genoß und sich nach dem Zusammenbruch zur Wahrnehmung seines politischen Mandats ungehindert legitimiert sah. Angesichts dieser eindeutigen Klärung der politischen Fronten stellte die Rätebewegung in Südoldenburg niemals eine Gefahr für den parteipolitisch im Zentrum organisierten südoldenburgischen Katholizismus dar, sondern mußte sich mit ihrer vorübergehend geduldeten Existenz an der politischen Peripherie des katholischen Milieus begnügen. Mehr politische Einflußnahme durch die Räte war offensichtlich von der Bevölkerung nicht erwünscht und von außen in Südoldenburg ohnehin nicht durchsetzbar. Der politische Tenor im katholischen Milieu Südoldenburgs geht aus einer Notiz der Vechtaer OV hervor. Die Zeitung reagierte damit lakonisch auf die Drohung des Oldenburger Soldatenrates, nächstens in die Zentrumshochburg nach Cloppenburg zu gehen, und brachte damit zum Ausdruck, wo sie die Räte politisch ansiedelte:

> "Wir sind der Ansicht, daß es für den Augenblick wichtigere Aufgaben zu lösen gäbe, als in Zentrumswahlkreisen sozialdemokratische Vereine zu gründen und dann Soldatenräte zu bilden."[75]

Trotz der Warnung der OV ging die Welle zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Südoldenburg Mitte November 1918 weiter. Nach dem Informationsstand der Vechtaer Tageszeitung vom 18. November 1918 wurden Arbeiter- und Soldatenräte gegründet in Vechta, Lohne, Dinklage und Löningen. Dem Arbeiter- und Soldatenrat in Lohne gehörten zwei Arbeiter, zwei Soldaten, ein Handwerker, ein Fabrikant und ein Bauer an, dem Arbei

[74] SÜDBECK, Freistaat, S. 12.
[75] OV vom 15.11.1918.

terrat in Dinklage sechs Arbeiter, ein Heuermann, Maurer, Kaufmann, Landwirt, Lehrer und Soldat.[76] Die Gründung der Arbeiter- und Soldatenräte, ihre Zusammensetzung und ihre Forderungen wurden im amtlichen Anzeigenteil der OV veröffentlicht.

Die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte verlief in Südoldenburg nicht ohne Komplikationen. Am 26. November 1918 erschien in der Cloppenburger MT ein Aufruf zur Gründung des Arbeiter- und Soldatenrates für den Amtsbezirk Friesoythe, in den die einzelnen Gemeinden Delegierte entsenden sollten. Gleichzeitig annoncierte der Arbeiter- und Soldatenrat in Barßel und forderte seine Zuständigkeit für den gesamten Amtsbezirk Friesoythe. Am 4. Dezember 1918 berichtete die MT über die "Volksversammlung" zur Gründung des Arbeiterrates am 1. Dezember 1918 in Friesoythe, an der neben einem Vertreter des Arbeiterrates Barßel auch drei Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates aus Oldenburg teilnahmen. Nach einer Aussprache über die Rolle des Barßeler Arbeiter- und Soldatenrates, der kurz zuvor gegründet worden war und sich die Vertretung des Amtsbezirks anmaßte, trat nach dem Pressebericht der Vorsitzende des Barßeler Rates zurück und wurden sechs Vertreter in den Friesoyther Rat gewählt. Um die Kostenvergütung für den Vorsitzenden des Barßeler Arbeiterrates entzündete sich eine heftige Debatte.[77]

Am 3. Dezember 1918 meldete die Vechtaer OV die Gründung des Arbeiterrates in Steinfeld, dem zwei Arbeiter, ein Tischler, ein Heuermann, zwei Landwirte und ein Kaufmann angehörten.[78] Auf Versammlungen, die nach Mitteilung der OV gut besucht waren, sprachen Marineangehörige aus Wilhelmshaven und Gewerkschaftssekretär Wilhelm Sante aus Oldenburg, der im katholischen Süden des Landes eine dominierende Rolle spielte.

> Wilhelm Sante (1886 - 1961) entsprach dem Typus eines Multifunktionärs in der katholischen Arbeiterbewegung in Oldenburg in der Zeit der Weimarer Republik. Sante kam nach einer Bürolehre bei der Stadtverwaltung in Goslar und dem Besuch einer Fortbildungsschule in Mönchengladbach, dem Sitz des Volksvereins für das katholische Deutschland, im Jahre 1912 als Bezirkssekretär der Katholischen Arbeitervereine und Landessekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland nach Oldenburg. Von 1919 bis 1933 war er als Ministerialinspektor im oldenburgischen Staatsdienst tätig. Für das Zentrum gehörte Sante von 1919 bis 1933 dem Landtag in

[76] OV vom 18.11.1918.
[77] StAO 136 - 2767, Bl. 258, 259.
[78] OV vom 3.12.1918.

Oldenburg an. 1933 wurde er aus politischen Gründen entlassen und zeitweilig inhaftiert. Nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte er eine Wiedereinstellung in den Staatsdienst ab. Aus der Erkenntnis, daß die konfessionelle Spaltung der bürgerlichen Parteien sich politisch wieder negativ auswirken könnte, setzte sich Sante für die Gründung des CDU-Landesverbandes Oldenburg ein. Er engagierte sich besonders in den Sozialausschüssen der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Landesverband Oldenburg.[79]

Neben Vertretern der Arbeiterschaft gehörten den Räten in Südoldenburg auch Vertreter der übrigen Stände an. Für Vechta meldete die Tagespresse die Wahl eines Arbeiterrates am 13. November 1918. In den Arbeiterrat wurden drei Vertreter der Arbeiterschaft und je ein Vertreter der Soldaten, des Handwerks, der Beamten und der Landwirte entsandt. Auch hier war es Gewerkschaftssekretär Sante aus Oldenburg, der einen Appell an alle Bürger richtete, "Ruhe und Ordnung zu bewahren und alle Kräfte in den Dienst der schweren Aufgaben, die in der nächsten Zeit zu bewältigen sein werden, zu stellen". Als vordringliche Aufgaben führte er "die Sicherstellung der Ernährung, die Demobilisierung, die Wohnungsfrage usw." an, weitgehend unpolitische "Aufgaben, die die Kräfte des ganzen Volkes in Anspruch nehmen". Das Zentrumsorgan OV richtete an die Bevölkerung die dringende Bitte, "den Arbeiterrat in seiner schweren Arbeit zu unterstützen".[80] Neben dem Arbeiter- und Soldatenrat wurden in Vechta am 18. November 1918 auch ein Gemeinde- und ein Amtsbauernrat gewählt. Nach dem Protokoll der Versammlung in Schäfers Hotel am 18. November 1918 ging die Initiative zur Bildung des Amtsbauernrates vom Amtshauptmann in Vechta aus: "Auf Einladung des Amts waren auf heute geladen der Amtsvorstand, die Bürgermeister, Gemeindevorsteher und die Arbeiterräte von Vechta, Lohne und Dinklage." In den Gemeindebauernrat von Vechta wurden gewählt Bürgermeister Berding, Landmann Gramann, Arbeiter Scheele und Klempnermeister Schuhmacher, in den Amtsbauernrat Verwalter Pröbsting (Vorsitzender), Rechnungssteller Menke (Geschäftsführer) und als Mitglieder Schuhmachermeister Ostendorf (Dinklage), Ökonomierat Averdam (Stukenborg) und der Heuermann und Arbeiter Böckmann (Nordlohne).[81] Die Grenzen zwi

[79] FRIEDL, Handbuch, S. 630 (von Robert Meyer).
[80] OV vom 13.11.1918.
[81] StAO 262 - 11- 696, Bl. 3689. Der Vorsitzende des Amtsbauernrates, Pröbsting, wandte sich in einem Schreiben an Bürgermeister Berding mit der Beschwerde, die Wahl des Gemeindebauernrates am 18. November 1918 sei "nicht den Vorschriften gemäss vorgenommen" worden, und bat darum, auf einer Versammlung noch vor dem 27. Dezember 1918 die Gewählten neu zu wählen: "Am Sonnabend den 28. Dezember 1918 findet in Oldenburg eine Gesamtsitzung des Oldenburger Landesbauernrates statt und deshalb hat die Wahl des Gemeindebauernrats so

schen den einzelnen Räten, in die auch kommunale Verwaltungsbeamte entsandt wurden, waren fließend, so daß alle sozialen Schichten in den Vechtaer Räten repräsentiert wurden.

1.3.1. Das politische Scheitern der Rätebewegung: "Der kirchliche Einfluss dort ist natürlich sehr stark."

Das politische Modell der Rätebewegung war und blieb dem südoldenburgischen Katholizismus fremd und konnte in dem bäuerlich-mittelständischen Sozialmilieu nicht Fuß fassen. Es wurde in diese Region importiert und mit den Mitteln und unter den Voraussetzungen der relativ geschlossenen Lebenswelten in den südoldenburgischen Ämtern realisiert, weil es als das politische Gebot der Stunde verstanden wurde. Die Rätebewegung löste aber die sozialen und politischen Strukturen des katholischen Milieus in Südoldenburg keineswegs auf, sondern paßte sich ihnen an und begleitete den Übergang der Region in das demokratische Zeitalter. Sie distanzierte sich in der Regel nicht von der Autorität der katholischen Kirche und befreite sich nicht aus den tradierten Strukturen, die in dieser Region herrschten.[82] Die personelle Zusammensetzung der Räte, die sich auch aus bürgerlichen und bäuerlichen Honoratioren rekrutierten, zähmte ihre politische Kraft und entließ sie nicht aus der sozialen Kontrolle des katholischen Milieus. Das Vechtaer Beispiel zeigt aber auch, daß die bisher als unterständisch geltenden Bevölkerungsgruppen durch die Rätebewegung stärker am Prozeß der politischen Willens- und Meinungsbildung partizipierten und die basisdemokratisch angelegte Rätebewegung zu einer vorübergehenden Politisierung der Bevölkerung beitrug. Neben dem Arbeiter- und Bauernrat fungierte weiterhin der

---

grosse Eile und muss noch vor dem 27. ds. Mts. stattfinden, da an diesem Tage die Zusammenkunft des Gemeindebauernrats in Schäfers Hotel zu Vechta stattzufinden hat." (StAO 262 - 11 - 696, Bl. 4251)

[82] Der Arbeiter- und Soldatenrat in Vechta wies im Dezember 1918 den Maler und Grafiker Otto Pankok aus der Stadt aus, weil dieser in einem Holzschnitt den örtlichen Pfarrgeistlichen karikiert hatte. Eine besorgte Bemerkung des Pfarrers von der Kanzel in bezug auf eine Gruppe von Frauen, die mit Soldaten dem Zug in Vechta entstiegen waren, hatte den Künstler veranlaßt, eine Karikatur des Pfarrers in Umlauf zu bringen. Sie gab den Ausspruch des Geistlichen mit den Worten wieder: "O, auch FRAUENSPERSONEN sind dem Zug entstiegen! Wo sind sie geblieben? O, o!!" Eine erregte Menge soll den Arbeiter- und Soldatenrat aufgefordert haben, Otto Pankok aus der Stadt zu verweisen. Er hatte sich über ein Jahr in Vechta aufgehalten. (SCHOTT, Sonja: Der Künstler Otto Pankok 1893 - 1966 : Leben, Werk, Vechta-Visite ... Suche nach dem Wesen des Menschlichen, IN: MT vom 25.1.1997)

Vechtaer Stadtrat als Repräsentant der Bürgerschaft. Zu einer Konfrontation zwischen den einzelnen Gremien ist es offensichtlich nicht gekommen.[83]

Politisch aufschlußreich ist der Verlauf der Volksversammlung zur Gründung des Arbeiterrates in Friesoythe, der sich für den Amtsbezirk zuständig erklärte. Gewerkschaftssekretär Sante referierte auf dieser Versammlung über die Ziele und Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte und wies "dabei auch auf die Gefahren hin, die dem christlichen Volke durch die geplante Aufhebung der konfessionellen Schule und die Trennung von Kirche und Staat bevorstehen und forderte zum treuen Festhalten an den Grundsätzen des Zentrums als einer echt christlichen demokratischen Volkspartei auf".[84] Die Ausführungen Santes zeigen, daß der politische Kurs des Zentrums die Rätebewegung in Südoldenburg eindeutig dominierte und die Geschlossenheit des katholischen Milieus auch in der Zeit der großen Umwälzung keine politische Sezession zuließ. Selbst Versammlungen zur Gründung von Arbeiterräten wurden auf die traditionellen politischen Ziele des katholischen Milieus eingeschworen und somit für die zu erwartenden kulturpolitischen Auseinandersetzungen mobilisiert. Dadurch wurde der politische Spielraum der gewählten Räte soweit eingeengt, daß sie nur als Statisten agieren konnten. Die Funktionalisierung der Arbeiter-, Bauern- und Bürgerräte für die traditionellen politischen Ziele des katholischen Milieus garantierte Südoldenburg ein hohes Maß an politischer Kontinuität und Stabilität im Übergang der Region von der konstitutionellen Monarchie zur bürgerlichen Republik.

Aus historischer Sicht zeigte sich in der südoldenburgischen Rätebewegung ein demokratisches Potential, das ungenutzt geblieben ist. So leisteten die südoldenburgischen Räte, die angesichts der geringen Arbeiterschaft und der vorgegebenen konservativen Zielsetzung auch aus Angehörigen der traditionellen politischen Elite rekrutiert wurden, für die Demokratisierung der Region Südoldenburg so gut wie keinen Beitrag. Im politischen Kontext der Rätebewegung kristallisierte sich in Südoldenburg ein antirevolutionäres Syndrom von nachhaltiger Wirkung und eine bäuerlich-konservative Reaktion heraus, die in der politischen Alltagskultur in der Weimarer Republik offen zutage trat. Weil man die Revolution am Anfang der ersten Demokratie in Deutschland aus moralisch-religiösen Gründen verwarf, das demokratische

---

[83] HARTMANN, Vechta, S. 129.

[84] MT vom 4.12.1918. Widerstand gegen die "Zentrumsdiktatur" ist aus dem Amt Friesoythe, das einen relativ hohen evangelischen Bevölkerungsanteil aufwies, nicht bekannt.

Potential der Rätebewegung ungenutzt blieb und die politische Geschichte der Weimarer Republik nicht dazu angetan war, sich mit dem demokratischen Grundgedanken zu identifizieren, verhielt sich die katholische Basis in Südoldenburg in den entscheidenden politischen Konfliktsituationen indifferent. Das hatte Auswirkungen auf die historischen Brüche am Anfang und am Ende der Weimarer Republik.

Die geringe Effizienz der Arbeiter- und Soldatenräte, der Bürger- und Bauernräte und ihre politische Kurzlebigkeit waren entscheidend bedingt durch organisatorische Defizite und ungelöste Fragen nach ihrer politischen Kompetenz und Legitimation. In der Regel verfügten die neu gebildeten Räte über keine personellen und finanziellen Voraussetzungen, um die Probleme der Demobilisierung und der ökonomischen Misere nach dem Ersten Weltkrieg angemessen bewältigen zu können. Die Zeit war geprägt durch ein hohes Maß an Desorganisation auf der Versorgungsebene, das zur politischen Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten beitrug und den Wunsch nach Ruhe und Ordnung unterstützte. Diese Misere war dem Augenschein nach in Südoldenburg am erfolgreichsten von einer intakten großherzoglichen Bürokratie zu bewältigen, die weiterhin ein ungeschmälertes Ansehen bei der Bevölkerung genoß, weil sie sich - jeder parteipolitischen Tendenz unverdächtig - über die politischen Konflikte und Zerwürfnisse der Zeit erhob.

Der politische Standort der Räte im bestehenden Verwaltungsgefüge blieb offen, und ihre politische Zielsetzung konnte der konservativen Bevölkerung nicht überzeugend vermittelt werden, zumal die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem 21er Rat und dem Landesdirektorium - in beiden Gremien fungierte Kuhnt in Personalunion als Vorsitzender - nicht transparent gemacht werden konnte. Der 21er Rat brachte sich ganz um sein Ansehen, als er Ende Januar 1919 einen kommunistischen Putsch in den Jadestädten nicht verhindern konnte und als oberste militärische Befehlsinstanz versagte. Am 21. Februar 1919 wurde er aufgelöst, während die Arbeiterräte weiterbestanden.[85] Damit war die politische Machtfrage in der Revolution in Oldenburg entschieden. Für den politischen Umschwung im ehemaligen Herzogtum spielte der Zeitfaktor eine große Rolle, denn kaum ein Vierteljahr stand für die politische Durchsetzung der Rätebewegung und die Bildung eines demokratischen Spektrums zur Verfügung.

[85] GÜNTHER, Freistaat, S. 409-412.

Das politische Dilemma der Rätebewegung spiegelt sich vor allem in der Frage der Kostenvergütung wider. Am 23. November 1918 hatte das Direktorium Richtlinien verabschiedet, nach denen die Tätigkeit der Arbeiterräte zunächst als ehrenamtlich angesehen wurde und die Kosten von den Wahlorganisationen übernommen werden sollten. Sollten diese Mittel nicht ausreichen, müßten sie öffentlichen Fonds, den Staats- und Gemeindekassen, entnommen werden. Mitglieder der Arbeiterräte, die in größeren Betrieben beschäftigt seien, sollten eine Lohnfortzahlung erhalten; im übrigen trage diejenige Stelle, bei der das Mitglied tätig sei, die Kosten. Während das Direktorium sich weitgehend an diese Richtlinien hielt, versuchten zahlreiche Gemeinden, diese zu umgehen und die Position der Räte durch anhaltende Konflikte um die Kostenvergütung politisch zu diskreditieren.[86] Dieser Streit um die Bezahlung der Arbeiterräte, der für die Räte zu einem "Prüfstein für die veränderte Einstellung der Selbstverwaltungsorgane und -behörden", für die Gemeinden zu einem "Mittel, die politische Tätigkeit der Arbeiterräte einzuschränken", wurde, läßt sich an einigen Beispielen in Südoldenburg demonstrieren.[87]

Im Schreiben vom 11. November 1918 bestätigte das Amt Vechta "die Wahl des Arbeiterrats für den hiesigen Bezirk" und bat das Direktorium um Auskunft darüber, "aus welcher Kasse" die Kosten des Arbeiterrats zu bestreiten seien.[88] Unter Berufung auf die Verfügung vom 23. November 1918 stellte das Direktorium fest, daß die Tätigkeit der Arbeiterräte "an sich eine ehrenamtliche" sei, und fügte verklausuliert hinzu, daß die Organisationen, die sie gewählt hätten, "die Geschäftskosten zu tragen und den Mitgliedern, die notwendige Auslagen haben, eine angemessene Entschädigung aus ihren Mitteln zu gewähren" hätten. Auf eine Anfrage des Amts an den Vechtaer Stadtrat erklärte sich dieser bereit, ein Drittel "von den Kosten, die durch die Tätigkeit des hiesigen Arbeiterrats entstehen", auf die Stadtkasse zu übernehmen; die anderen Drittel sollen vom Staat bzw. vom Amt geleistet werden. Widerruflich wurde dem Arbeiterrat "ein für dienstliche Zwecke nicht benötigter Raum im Amtshause" zur Benutzung überlassen.[89] Im Schreiben vom 2. Januar 1919 überließen der Vechtaer Arbeiter- und Soldatenrat und Amtsbauernrat "dem verehrlichen Gemeindevorstand" eine Niederschrift über die Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte und der Bauernräte

[86] GÜNTHER, Revolution, S. 114.
[87] Ebd., S. 119.
[88] StAO 136 - 2767, Bl. 243.
[89] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 4710.

des Amtsbezirks vom 30. Dezember 1918 zur Kenntnisnahme und "mit dem Ersuchen, den Beschlüssen und Wünschen gemäß zu verfahren". Danach sollten Tagegelder und Reisekosten vergütet werden, und zwar für die Gemeindebauernräte von ihrer Gemeinde, für den Amtsbauernrat vom Amtsverband Vechta; von den Arbeiter- und Soldatenräten war an dieser Stelle nicht die Rede.[90] Im Schreiben vom 18. März 1919 bestätigte das Amt Vechta die Regelung, daß die durch die Tätigkeit des Arbeiterrats entstandenen Geschäftskosten "im Wege der Verständigung je zu 1/3 auf die Amtsgeschäftskasse, Amtsverbandskasse und Stadtkasse zu Vechta übernommen werden, da dem Arbeiterrat Mittel zur Begleichung dieser Kosten nicht zur Verfügung stehen".[91]

Konkurrierende Kompetenzen zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat und dem Landesdirektorium lassen sich vor allem auch in der Landeshauptstadt selbst feststellen. Das Direktorium und seine Abteilungen begegneten den Räten politisch offensichtlich sehr zurückhaltend. Der Arbeiter- und Soldatenrat Oldenburg teilte dem Direktorium den Beschluß seiner Versammlung vom 16. Dezember 1918 mit, in dem es angewiesen wurde:

> "Die Ämter müssen die sich etwa in den grösseren Orten ihres Bezirks bildenden Arbeiterräte anerkennen. Es empfiehlt sich, den betreffenden Räten Sitz und Stimme in dem am Amtssitze tätigen Arbeiterrat zu gewähren."[92]

Der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat sah sich zu dieser Klarstellung durch die Tatsache veranlaßt, "dass das Amt Cloppenburg den Arbeiterrat Löningen nicht anerkennen wollte". Die Arbeiter- und Soldatenräte fungierten gleichsam, wie das Cloppenburger Beispiel zeigt, als Untermieter im Hause der obrigkeitsstaatlichen oldenburgischen Verwaltung, die die politische Umwälzung unbeschadet überstand. Der Cloppenburger Arbeiterrat richtete im Amtsgebäude ein Büro ein, "um für die im Amtsbezirk vorhandenen Militär=Urlauber Nachurlaub zu erwirken. Ein Beauftragter des Arbei

---

[90] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 4466.

[91] StAO 136 - 27, Bl. 246. Das Amt bezifferte die Kosten für die Tätigkeit des Vechtaer Arbeiterrates in der Zeit vom 13. November bis 31. Dezember 1918 auf insgesamt 1273, 75 M. Kostenabrechungen für das laufende Jahr 1919 lagen von den Ämtern Vechta, Friesoythe und Cloppenburg vor sowie eine Übersicht über die "Kosten der Arbeiterräte seit November 1918". Datiert sind die Abrechnungen alle auf die zweite Hälfte des August 1919, so daß davon ausgegangen werden kann, daß die Tätigkeit der Arbeiterräte in der Mitte des Jahres 1919 eingestellt wurde. Die Rechnungen für die südoldenburgischen Ämter unterschieden sich nicht wesentlich von den nordoldenburgischen. (StAO 136 - 2767)

[92] StAO 136 - 2768.

terrates besorgt die schriftlichen Arbeiten". Wie Amtshauptmann Willers an das Oldenburger Direktorium berichtete, war für den Cloppenburger Arbeiterrat unklar, ob "die Tagegelder der Vertreter des Arbeiterrats, die an den Sitzungen des Amtsvorstandes in Lebensmittel- und Familienunterstützungsangelegenheiten teilnehmen, aus der Amtsgeschäftskasse zu zahlen sind". Das Direktorium erklärte sich mit einer Vergütung aus der Amtsgeschäftskasse einverstanden.[93] Zu einem Dissens zwischen dem Direktorium und dem Amt Cloppenburg kam es in der Frage der Anerkennung des Arbeiterrates Löningen durch das Amt Cloppenburg. Nach Auskunft des Amtes hatte der Löninger Arbeiterrat keinen Antrag auf Anerkennung gestellt. Bei dieser Gelegenheit machte das Amt darauf aufmerksam, "daß der Arbeiterrat Löningen wohl keine Vollzugsgewalt habe, da bereits der Arbeiterrat Cloppenburg für den ganzen Amtsbezirk eingesetzt sei". Die Koexistenz verschiedener Gremien und Organe in Löningen kam in einem Aufruf vom 3. Dezember 1918 zum Ausdruck, in dem die Bevölkerung zur "Abgabe von Waffen, Munition und Ausrüstungsstücken aller Art" aufgefordert und das Adventsblasen, eine alte Löninger Tradition, im geschlossenen Orte untersagt wurde, "da dieses zu schweren Belästigungen des Publikums geführt hat und gleichfalls bei den erfolgenden Einquartierungen zu unliebsamen Störungen Veranlassung geben könnte".[94]

Die auf Veranlassung des Präsidenten vom 21er Rat, Bernhard Kuhnt, erstellten und dem Landesdirektorium zur Stellungnahme vorgelegten Berichte des Ernährungskommissars Druschke kamen für den Arbeiter- und Soldatenrat in Friesoythe zu einem negativen Ergebnis. Druschke gab in seinem Bericht vom 4. Januar 1919 zu bedenken, daß der in dem zuständigen Amtsbezirk bestehende Arbeiter- und Soldatenrat nur "aus Landwirten und Interessenten" bestehe, "sodass er für uns garnicht in Frage kommt". Das Kleinbürgertum und der Mittelstand stehe durchaus auf der Seite der Räte, "wieder ein Grund, um dort den A.- und S. Rat zu unterstützen und zu halten", aber alle übrigen Behörden, vor allem der Amtshauptmann Haßkamp, arbeiteten den Räten entgegen. Über Haßkamp hieß es in dem Bericht:

---

[93] StAO 136 - 2767, Bl. 249: Schreiben des Amtes Cloppenburg an das Direktorium des Freistaats Oldenburg, Abteilung des Innern, vom 19. 11. 1918.

[94] StAO 136 - 2767, Bl. 251/252. Unterzeichnet wurde der Aufruf vom Ortsvorstand (Meyer), Arbeiterrat (Baumann), von der Gendarmerie (Sassen und Eilers), Bürgerwehr (Heye) und vom Bürgerrat (Lübken).

> "Dieser hat im Einvernehmen mit allen Behörden etlichen Mitgliedern des A.- und S. Rates gekündigt, sodass sie brotlos wurden; anderen z. B. Kleinbürgern durch persönliche Einwirkung jede Verdienstmöglichkeit genommen. Dieses durchaus unsoziale Verhalten steht in krassem Widerspruch zur Zeit und muss durch das Landesdirektorium gerügt werden."

Besonders kritisch setzte sich Druschke mit dem Einfluß der katholischen Kirche in Friesoythe auseinander und empörte sich über ihr eigenmächtiges Verhalten:

> "Der kirchliche Einfluss dort ist natürlich sehr stark; der Pfarrer benutzt die Kanzel, um Brandreden gegen uns zu schwingen. Sogar unser Transportfahrzeug wurde mit Weihwasser bespritzt. Eine derartige Handlungsweise ist in unserer Zeit nicht mehr zu verstehen, und müsste vom Landesdirektorium verboten werden. Ich bringe diese Vorgänge zur Kenntnis des 21er Rates, weil ich in meiner Eigenschaft als Einzelmitglied nicht befugt bin, einzugreifen. Es müssen irgendwie Wege und Mittel geschaffen werden, um Derartiges zu unterbinden."[95]

Auch zwischen dem 21er Rat und dem Landesdirektorium schienen die Kompetenzen in der Exekutivgewalt, wie der Bericht Druschkes zeigt, nicht geklärt zu sein, was zu einer erheblichen Verunsicherung an der Basis der Arbeiter- und Soldatenräte beitrug und ihre Legitimation schmälerte. In seiner Antwort an das Landesdirektorium vom 14. Februar 1919 wies der Friesoyther Amtshauptmann Haßkamp alle Vorwürfe Druschkes zurück und betonte, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Friesoythe "in Wirklichkeit aus Vertretern aller Bevölkerungsklassen, namentlich der unbemittelten", bestehe und "sich in anerkennenswerter Weise im Interesse der Allgemeinheit betätigt". Zu den Vorwürfen gegen die Kirche und die angebliche Segnung des Transportfahrzeuges stellte er lapidar fest: "Derartiger Unsinn wird hier nicht betrieben." In dem Bericht Druschkes erkannte Haßkamp vor allem die Absicht, "die Anerkennung des Arbeiter- und Soldatenrates in Barssel und die Zahlung der von letzterem geforderten Vergütung zu erreichen". Bestätigt wurden die Angaben Haßkamps durch den Bericht des Arbeiter- und Soldatenrates Friesoythe vom 17. Februar 1919, der in den Ausführungen Druschkes "viele Unwahrheiten und Uebertreibungen" erkannte, "gegen die wir

---

[95] StAO 136 - 2767, Bl. 255. Der gebürtige Friesoyther Josef Haßkamp (1874 - 1946) wurde am 1. Februar 1913 zum Amtshauptmann des Amtes Friesoythe ernannt und 1923 an das Amt Vechta versetzt. Von 1919 bis 1925 gehörte er als Zentrumsabgeordneter dem Landtag an. 1938 wurde er im Rahmen der nationalsozialistischen Personalpolitik veranlaßt, seine vorzeitige Pensionierung zu beantragen. (FRIEDL, Handbuch, S. 285f., von Hans Friedl; HASENKAMP, Haßkamp, S. 168-173; BITTER, Haßkamp, S. 127f.)

protestieren müssen".[96] Offensichtlich hatte der Druschke-Bericht die Verhältnisse in Friesoythe aus katholischer Sicht verzerrt dargestellt und die durchaus vorstellbare Opposition gegen die Rätebewegung in einem katholischen Milieu optisch weitgehend fingiert. Der Friesoyther Arbeiter- und Soldatenrat würdigte seine eigene Rolle weitaus positiver, wenn er feststellte:

> "Der Arbeiter- und Soldatenrat Friesoythe ist unter Teilnahme dreier Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats Oldenburg ordnungsgemäss gewählt worden, und zwar einstimmig und setzt sich aus Mitgliedern aller Bevölkerungskreise zusammen. Er hat stets die Interessen der Allgemeinheit, insbesondere der arbeitenden Klassen vertreten."[97]

Nach der Auflösung des Wilhelmshavener Soldatenrates und der Amtsenthebung Kuhnts am 28. Februar 1919 war "nach Bestimmung von Herrn Minister Scheer" die Debatte um den Friesoyther Arbeiterrat und den Bericht Druschkes als erledigt anzusehen.[98]

Die Konflikte um die Kostenvergütung der Arbeiter- und Soldatenräte veranschaulichen das Tauziehen um ihre politische Anerkennung und Durchsetzung. In diesen Auseinandersetzungen konnten die Räte in Südoldenburg nur partielle Erfolge erzielen und mußten sich mit einer zweitrangigen politischen Rolle zufriedengeben. Sie waren politische Erscheinungsformen des Übergangs und als solche provisorische Organe, die neben den bestehenden Staats- und Selbstverwaltungskörperschaften geduldet wurden und als Instrumente politischer Anpassung an die Vorgänge im Reich wie im Freistaat fungierten. Die Behörden versagten sich jedes Signal zur politischen Aufwertung der Räte, die besonders im mittelständisch-agrarisch strukturierten

---

[96] StAO 136 - 2767.

[97] Zu einer umstrittenen Verabredung zwischen Staat, Amtsverband und Gemeinde Barßel kam es bei der Vergütung für den Vorsitzenden des Arbeiterrates Barßel, Maurer Gustav Witte, der vor der Arbeitsniederlegung auf der Reichswerft in Wilhelmshaven beschäftigt war und Forderungen gegen die Friesoyther Amtskasse erhob. Der 21er Rat hatte den Arbeiter- und Soldatenrat Barßel mit Schreiben vom 6. Januar 1919 anerkannt und das Landesdirektorium gebeten, "die zuständige Amthauptmannschaft Friesoyhte anzuweisen, daß für die Mitglieder des dortigen A.u.S. Rates (fünf) die Auszahlung der Gebührnisse veranlaßt wird. Die Gebührnisse sind in Anlehnung an den bisherigen Verdienst der Leute zu regeln." Witte hatte bestritten, von der Wilhelmshavener Werft weitere Lohnzahlungen erhalten zu haben, und deshalb Forderungen gegen die Amtskasse erhoben. Während der 21er Rat Gustav Witte im Januar 1919 bestätigte, drängte das Landesdirektorium im März 1919, "das Amt wolle darauf hinwirken, daß der Arbeiterrat baldigst auf einen vollbeschäftigten Vorsitzenden verzichtet", weil dafür kein Bedarf bestehe. (StAO 136 - 2767)

[98] StAO 136 - 2767.

Südoldenburg Aufgaben wahrnahmen, "die als soziale und wirtschaftliche Interessenvertretungen der breiten Bevölkerungsschichten zu bezeichnen sind". Trotz ihrer politisch eingeschränkten Bedeutung gilt es aber festzuhalten, daß Südoldenburg an der Rätebewegung partizipierte und die Räte die Träger der politischen Revolution in Oldenburg waren, sie aber für "die Etablierung eines Rätesystems keine politische Basis" vorfanden.[99]

1.3.2. Die Bildung von Einwohner- und Volkswehren: "Um für den Fall innerer Unruhen sogleich eingesetzt werden zu können."

Im Frühjahr 1919 ging auch im Freistaat Oldenburg ein politisches "Gespenst" um, das Wolfgang Günther als die "zweite Revolution" bezeichnet. Sie hatte ihren Schwerpunkt wiederum in den Jadestädten. Aus Wilhelmshaven hieß es, es herrschten Unzufriedenheit und eine gedrückte Stimmung, welche die radikalen Elemente politisch auszunutzen versuchten. Erfolg in einem zweiten Akt der Revolution versprach sich die KPD vor allem von dem fortschreitenden Organisationsausbau der extremen Linken und von einer Verschlechterung der Ernährungslage in Deutschland. Für die Entwicklung, die in den Jadestädten zu beobachten war, gab es auch in anderen Regionen Anhaltspunkte. Aus militärischen Kreisen drangen Nachrichten über bevorstehende kommunistische Revolutionsumtriebe und Putschversuche, die auf den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und die Einführung der Räterepublik abzielten, an die Öffentlichkeit. Während es in Wilhelmshaven nicht zu einem Aufstand kam, fanden in Emden am 28. Mai 1919 kommunistische Straßenunruhen statt, die ein bewaffnetes Einschreiten der Einwohnerwehr und den Einsatz militärischer Hilfe notwendig machten. Obwohl es im Frühjahr 1919 nicht zu einer einheitlichen Umsturzbewegung im Freistaat gekommen ist und Probleme wie die Versailler Friedensverhandlungen und die zukünftige Reichsverfassung größere Bedeutung gewannen, waren die Folgen der "zweiten Revolution" für die politische Psychologie im Lande erheblich und riefen eine konservative Reaktion hervor.[100] Die "zweite Revolution" wurde zu einem politischen Schreckgespenst, das im Frühjahr 1919 auch in Südoldenburg zur Bildung von Einwohner- oder Volkswehren führte.

---

[99] GÜNTHER, Revolution, S. 119.
[100] Ebd., S. 189f.

Das Oldenburger Direktorium rief am 14. März 1919 aufgrund der "Vorgänge im Reich und Anzeichen, daß die Gefahr spartakistischer Gewalttätigkeiten auch unsere engere Heimat bedroht", in allen Gemeinden zur Bildung von Volkswehren auf. Das Reichsministerium des Innern forderte mit Schreiben vom 18. März 1919 zur Bildung von Einwohnerwehren auf, denn "die großen Gefahren, welche durch Einschleppung und Verbreitung bolschewistischer und spartakistischer Ideen und die damit im engsten Zusammenhang stehende Tätigkeit plündernder und raubender Banden insbesondere dem platten Lande und den kleinen Städten erwachsen", ließen es als notwendig erscheinen, "schleunigst Abwehrmaßregeln zu treffen." Weil dazu "die ordentliche Polizei einschließlich der Gendarmerie" nicht ausreiche, sei es "dringend erforderlich, Einwohnerwehren aus zuverlässigen Mitgliedern aller Schichten der Bevölkerung [...] zu schaffen, die nach Art der Feuerwehren zu regelmäßigen Übungen zusammentreten".[101]

Die Führung der Volkswehr übernahm ein "Landesausschuß für die Sicherheitswehr des Freistaats Oldenburg", der sich aus Vertrauensleuten des Landesarbeiterrats, des Landesbauernrats, des Bürgerrats und der Gewerkschaften zusammensetzte.[102] Vertreter aus Südoldenburg gehörten dem Landesausschuß nicht an; als Bevollmächtigter des Direktoriums nahm Regierungsassessor Ruhstrat an den Beratungen teil.[103] Aus den Richtlinien für die Sicherheitswehr geht hervor, daß die zivile Wehr keine politischen Aufgaben wahrnehmen und der "Unterstützung der am Orte vorhandenen Polizei" zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung dienen sollte. Die örtliche Leitung der Sicherheitswehr übernahm ein Ausschuß, "der möglichst aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammengesetzt sein muß" und dem "insbesondere die Vertreter der Arbeiterschaft, der Bürgerschaft, die Bauernräte usw. angehören" sollten; an die Spitze wählte der Ausschuß einen Obmann.[104]

Aus einer Übersicht vom November 1919 geht hervor, daß sich bis zum Herbst 1919 in allen Gemeinden in den südlichen Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe Sicherheits- oder Volkswehren gebildet haben, deren Stärke in den einzelnen Gemeinden mehrere Hundertschaften umfassen konnte; die Beteiligung der Bevölkerung war im Amtsbezirk Friesoythe am

---

[101] StAO 136 - 2820.
[102] StAO 136 - 2820, Bl. 9; OV vom 16.3.1919.
[103] StAO 136 - 2820, Bl. 12: Bekanntmachung über die Bildung des Landesausschusses vom 22. März 1919.
[104] StAO 136 - 2820: Richtlinien für die Sicherheitswehr des Freistaats Oldenburg.

geringsten.[105] Nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages und seiner umfangreichen Abrüstungsbestimmungen am 10. Januar 1920 befürchtete die Reichsregierung, daß die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung aufgrund "der durch die Friedensbedingungen vorgeschriebenen Bestandsverringerung" nicht mehr durch die Reichswehr garantiert werde. Insbesondere von den Freikorps war Widerstand zu erwarten. Deshalb sollten sich nach einer Verordnung des oldenburgischen Innenministeriums die Einwohnerwehren bereit halten, "um für den Fall innerer Unruhen sogleich eingesetzt werden zu können."[106] In einem Schreiben vom 10. Januar 1920 bat das Amt Cloppenburg die Regierung um die Genehmigung, in der Stadt Cloppenburg "einen nächtlichen Patrouillendienst durch Mannschaften der Ortswehr" einrichten zu dürfen und dadurch das zunehmende Hamsterunwesen zu unterbinden.[107] Die Regierung war mit der Cloppenburger Maßregel offensichtlich einverstanden und wies dem nächtlichen Patrouillendienst die Funktion von Polizeihilfsbeamten zu.[108]

In dieser Angelegenheit kam es im Frühjahr 1920 zu einer Kontroverse zwischen der Regierung und der Cloppenburger Einwohnerwehr, die sich weigerte, eine mit Verfügung des Ministeriums vom 1. April 1920 geforderte politische Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Mit dieser Verfügung versuchte die Regierung Tantzen offensichtlich, den demokratischen Rückhalt der Reichsregierung nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch zu stärken, der am 17. März 1920 zusammenbrach. In einer mündlichen Verhandlung vor dem Amt Cloppenburg mit den Führern der Einwohnerwehr versuchte Amtshauptmann Willers, die politischen Bedenken gegen diese Erklärung auszu

---

[105] StAO 136 - 2820, Bl. 22, 5. Das Amt Vechta meldete noch im Juni 1919, daß in allen Gemeinden des Amtes mit Ausnahmen der Stadt Vechta Volkswehren eingerichtet worden seien. Über Vechta hieß es lapidar: "Der Stadtrat hatte sich mit der Einrichtung einverstanden erklärt, der Stadtmagistrat hat aber davon absehen müssen, da die Bevölkerung sich ablehnend verhalten hat." (StAO 136-2820, Bl. 23/11: Schreiben des Amts Vechta an das Direktorium, Abteilung des Innern, vom 14. Juni 1919)

[106] StAO 136 - 2820, Bl. 41: Schreiben des Innenministeriums Oldenburg an sämtliche Ämter vom 24. September 1919.

[107] StAO 136 - 2820, Bl. 60. Über die beabsichtigten Aufgaben des nächtlichen Patrouillendienstes hieß es in der Anfrage des Amtes: "Aufgabe der Patrouillen wird es sein, Autos und sonstige Fahrzeuge anzuhalten und zu durchsuchen, sowie gegen gewerbsmäßige Hamsterer und gegen Einbrecher vorzugehen und diese Personen allenfalls vorläufig festzunehmen. Ferner wird den Patrouillen die Berechtigung zu gewähren sein, im Notfalle von der Waffe Gebrauch zu machen." (Schreiben des Amtes Cloppenburg vom 10. Januar 1920 an das Innenministerium in Oldenburg)

[108] StAO 136 - 2820: Schreiben des Amtes Cloppenburg vom 4. Februar 1920, betr. Ausweis.

räumen. Nach dem Wortlaut des Verhandlungsprotokolls bedauerte es Willers, "daß die Einwohnerwehr sich auf diesen Standpunkt gestellt habe". Er müsse es daher "ganz entschieden verurteilen, wenn die Ablehnung der Unterschriften aus politischen Gründen, die dabei völlig gleichgültig seien und außer dem Spiel bleiben müßten, erfolgt sei". Der Cloppenburger Amtshauptmann bekannte sich in den Verhandlungen offen zur politischen Loyalität der Einwohnerwehren:

> "Das Eintreten für die herrschenden Regierungen sei keine politische Forderung, sondern lediglich die Pflicht eines jeden Staatsbürgers, gleichviel welcher politischen Richtung er angehöre. Wenn die Regierung Waffen ausgebe, so könne und müsse sie sich in diesen erregten Zeiten auch Sicherheit verschaffen, daß von den Waffen nicht nur kein Gebrauch gegen sie gemacht werde, sondern auch mit denselben die erste staatsbürgerliche Pflicht erfüllt werde, nämlich die Autorität der Regierung und sie selbst vor Gewaltakten zu schützen, soweit sie dieses Schutzes bedürfe."[109]

Landtagsabgeordneter Feigel und Rendant Dobelmann schlossen sich dem Standpunkt von Willers an. Feigel stellte sich in seiner Erklärung ausdrücklich hinter die Reichsregierung. Rechtsanwalt Wichelmann und die Auktionatoren Baumbach und Reudink, kleinbürgerliche Honoratioren in der Amtshauptstadt, gaben eine völlig unpolitisch intendierte Einschätzung der Cloppenburger Einwohnerwehr zu Protokoll:

> "Wir fassen die Aufgaben der Einwohnerwehr der Stadt Cloppenburg nur dahin auf, daß diese lediglich das Eigentum der Bürger gegen nächtliche Diebstähle schützen soll."[110]

Unter der Unterzeichnung der Verpflichtungserklärung stellte sich die Cloppenburger Einwohnerwehr eine politische Anerkennung der amtierenden demokratischen Regierung vor, zu der sie sich nicht genötigt fühlen wollte. Nach längerer Beratung wurde in Cloppenburg die Auflösung der bestehen

---

[109] StAO 136 - 2820: Verhandlung vor dem Amt Cloppenburg am 17. April 1920 unter Beteiligung von Bürgermeister a. D. Feigel, Auktionator Baumbach, Auktionator Reudink, Rendant Dobelmann als Vertreter der Arbeiter und Rechtsanwalt Wichelmann als Vertreter der Einwohnerwehr (Schreiben des Amts Cloppenburg vom 19. April 1920 an das Innenministerium in Oldenburg, in der Anlage das Protokoll der Verhandlung vor dem Amt Cloppenburg). Der Wortlaut der Verpflichtungserklärung liegt leider nicht vor.

[110] StAO 136 - 2820. Landtagsabgeordneter Feigel erklärte: "Ich schließe mich in jeder Beziehung der Ansicht des Amtshauptmanns an und möchte die miterschienenen Herren ermahnen, dafür einzutreten, daß die Einwohnerwehr die Verpflichtung unterschreibt, andernfalls sie sich auflösen muß, um alsdann gegebenenfalls einer andern Einwohnerwehr Platz zu machen, die auf dem Boden der Verpflichtung steht."

den Einwohnerwehr und ihre Reorganisation beschlossen, die auf einer Versammlung sämtlicher Organisationen der städtischen Bürgerschaft durchgeführt werden sollte. In die neue Wehr aufgenommen werden sollten lediglich Personen, die die verlangte Unterschrift zu leisten bereit waren. Amtshauptmann Willers wies in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß die Cloppenburger Einwohnerwehr sich lediglich aus Bürgern zusammensetzte, "während die Arbeiter sich gänzlich davon abgesondert hielten." Das hatte seiner Ansicht nach Folgen für den inneren Zusammenhalt in der Stadt:

> "Das sei für das gute Einvernehmen der gesamten Bürgerschaft, zu der auch ebensogut die Arbeiter gehören, nicht gedeihlich. Es würden dadurch Gegensätze in Cloppenburg geschaffen [...], die früher nie vorhanden gewesen seien. Es müsse deshalb die Frage einer Neubildung einer Einwohnerwehr aufgeworfen werden, an der sich alle Schichten der Bürgerschaft der Stadt gleichmäßig beteiligten. Bei gutem Willen müsse es möglich sein, die Gegensätze auszugleichen, damit die sichtlich gestörte Zufriedenheit, insbesondere unter den Arbeitern wieder hergestellt werde."

Willers ging davon aus, daß die Angelegenheit in wenigen Wochen "in Ruhe und durch gütliches Zureden geordnet wird, was das Beste erscheint", und spielte die politische Bedeutung der Affäre mit der Bemerkung herunter, daß die Bedenken "meistens auf Gleichgültigkeit beruhen, (die Leute wollen Ruhe haben und mit nichts, was nach Zwang aussieht, belästigt werden)".[111] Wie das Cloppenburger Beispiel zeigt, ließen sich die Einwohnerwehren nur in begrenztem Umfang für den Schutz demokratischer Organe engagieren. Die bevorstehende Auflösung der Einheiten machte eine Neubildung in Cloppenburg überflüssig.

Im Frühjahr 1920 wurden die Einwohnerwehren durch eine Note der interalliierten Kontrollkommission zum 10. April 1920 aufgelöst. Die Reichsregierung erhob gegen diese Verordnung keinen Einspruch und ersuchte die Länder im Schreiben vom 8. April 1920, "die Ausführung des Verlangens alsbald in die Wege zu leiten" und "dort, wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, gleichzeitig für einen Ersatz durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen".[112] In der Stadt Oldenburg wurde die Einwohnerwehr in einen "Ortsschutz" umgewandelt.[113]

---

[111] StAO 136 - 2820.
[112] StAO 136 - 2820, Bl. 77: Schreiben des Reichsministers des Innern an die Regierungen sämtlicher Länder vom 8. April 1920.
[113] StAO 136 - 2820, Bl. 88.

Die Ämter Vechta und Friesoythe meldeten noch im April 1920 die Auflösung der Einwohner- bzw. Ortswehren.[114] Unter Berufung auf eine Verfügung vom 6. Juli 1920 wurde die Auflösung der Einwohnerwehren in den Landesteilen Oldenburg und Lübeck im Juni 1921 nochmals angemahnt.[115] Die Ämter Vechta, Cloppenburg und Friesoythe erklärten daraufhin, daß in ihren Distrikten keine Selbstschutzorganisationen mehr beständen, die im Besitz von Militärwaffen gewesen seien.[116]

Das weitverbreitete Mißverständnis, es handle sich bei den Einwohner- und Volkswehren um unpolitische Organisationen mit hilfspolizeilichen Funktionen, begleitete diese Einrichtung von Anfang an. Welche ideologischen Tendenzen die Bildung der Einwohnerwehren nach ihrem Selbstverständnis wirklich beherschten, geht aus einer Dokumentation der "Reichszentrale für Einwohnerwehren" vom Januar 1920 hervor. In der "Begründung ihrer Notwendigkeit" greift sie auf die "Dolchstoßlegende" zurück und führt dazu aus:

> "Die November-Revolution 1918 hatte das deutsche Heer zerschlagen; die nach Deutschland zurückkehrenden Trümmer waren nicht in der Lage, zur Aufrechterhaltung der Ordnung beizutragen; plötzlich von der Revolutionswelle ergriffen, gab es für die meisten Heeresangehörigen nur ein Ziel: Möglichst schnell nach Hause!"[117]

Danach war die Bildung der Einwohnerwehr ein Instrument der Selbsthilfe, die aus dem politischen Selbsterhaltungstrieb geboren wurde. Reichswehrminister Noske (SPD) sah in den örtlichen Vereinigungen "eine willkommene Hilfe für die wenigen Regierungstruppen bei der Unterdrückung der im Frühjahr 1919 einsetzenden politischen Unruhen" und förderte die Bildung solcher Vereinigungen. Nach seinem Verständnis handelte es sich bei den Einwohnerwehren um unpolitische Vereinigungen, die faktisch aber eine dezidierte politische Stellung gegen die extreme politische Linke einnahmen:

> "Die Einwohnerwehren sollen unpolitische Selbstschutzverbände sein, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und damit auch zur Stützung der vom Volke gewählten Regierung gegen gewaltsame Umsturzbestrebungen. Der Erlass des Reichswehrministers hatte die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der noch weiter links stehenden Parteien ausgeschlossen, da diese Parteien stets auf

---

[114] StAO 136 - 2820: Schreiben des Amts Vechta vom 14. April, des Amts Friesoythe vom 16. April 1920.
[115] StAO 136 - 2820: Bekanntmachung vom 8. Juni 1921.
[116] StAO 136 - 2820: Schreiben des Amts Vechta vom 27. Juni, des Amts Cloppenburg vom 29. Juni, des Amts Friesoythe vom 7. Juli 1921.
[117] StAO 136 - 2820: Einwohnerwehren, S. 1-3, auch zum folg.

> den gewaltsamen Sturz der Regierung bedacht sind. Die Folge war eine starke Bekämpfung der Einwohnerwehren von seiten der links stehenden Parteien."

Die politische Bedeutung der Einwohner- und Ortswehren liegt weniger in ihrer hilfspolizeilichen Funktion und ist vielmehr in ihrer psychologischen Natur zu sehen, die den Selbsthilfeorganisationen eine moralische Abwehrleistung gegen die radikale politische Linke in der Revolution zuwies:

> "Die einzige Möglichkeit, solches Unheil abzuwehren, sind die Einwohnerwehren. Ihre Stärke liegt weniger in der Bewaffnung als in ihrem Dasein. Der moralische Eindruck auf die radikalen Elemente ist ausschlaggebend. Deshalb sind die Einwohnerwehren eine Lebensnotwendigkeit für das deutsche Volk, ohne die die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf die Dauer nicht denkbar ist."

So galt die Bildung von Orts- und Einwohnerwehren weniger dem Einsatz für die Republik als dem Abwehrkampf gegen die drohende 'Anarchie', die sich in spartakistischen und kommunistischen Aufständen immer wieder zeigte. Darüber gab es in Südoldenburg keinen Dissens.

1.3.3. Die Entstehung der konservativen Gegenrevolution: "Ein rücksichtsloses Eingreifen unbedingt erforderlich"

Die katholische Presse in Südoldenburg reagierte auf die revolutionären Ereignisse in den Jadestädten und in der Landeshauptstadt äußerst zurückhaltend und sehr skeptisch. Die Cloppenburger MT unterrichtete ihre Leser erst mit großer zeitlicher Verspätung darüber, daß "der neue Freistaat Oldenburg-Ostfriesland" weder von Preußen noch vom oldenburgischen Landtag anerkannt worden sei.[118] Sie billigte äußerst zögernd die Zustimmung des oldenburgischen Landtags zur Präsidentschaft Kuhnts und verwies ihre Leser in dieser brisanten Frage auf die besonderen Zeitumstände: "Es galt Ruhe und Ordnung zu wahren, so gab man die Zustimmung."[119] Zur negativen

---

[118] MT vom 25.11.1918: "Der neue Freistaat Oldenburg-Ostfriesland ist vom preußischen Minister des Innern in Berlin als zu Recht bestehend, nicht anerkannt worden. Bekanntlich hatte eine Versammlung in Wilhelmshaven das Großherzogtum Oldenburg aufgehoben und Ostfriesland und Oldenburg zu einem Freistaat vereinigt. Unser Landtag hat die Verschmelzung mit Ostfriesland derzeit nicht anerkannt, sondern nur Oldenburg als Freistaat erklärt."

[119] MT vom 25.11.1918: "Trotz seiner schweren Bedenken gab der Landtag seine Zustimmung dazu, daß der in Wilhelmshaven gewählte Heizer Kuhnt Präsident des neuen Freistaates Oldenburg wurde. [...] Der jetzige Zustand gilt aber nur solange, als bis die Nationalversammlung über die neue Staatsform des Landes entschieden hat."

Symbolfigur der oldenburgischen Revolution wurde für den südoldenburgischen Katholizismus der Präsident des Landesdirektoriums und Führer des 21er Rats, Bernhard Kuhnt. Daß der Wilhelmshavener 21er Rat von vornherein auf Ablehnung in der konservativen ländlichen Bevölkerung stieß und sein revolutionäres Gebaren auch in der Landeshauptstadt als überzogen verstanden wurde, geht aus einer Notiz der Vechtaer OV über den Auftritt Kuhnts vor dem Oldenburger Soldatenrat am 14. November 1918 hervor:

> "Herr Präsident Kuhnt suchte sich in der Versammlung gegen den vielfach erhobenen Vorwurf zu verteidigen, daß man von Wilhelmshaven aus in Oldenburg zu stark eingegriffen habe. Man habe eben handeln müssen und die Genossen hätten ihren Kameraden von Wilhelmshaven nicht mißtrauen sollen. Es seien wichtige Aufgaben zu lösen."[120]

In einem bitteren Kommentar attackierte die Vechtaer OV den "Präsidenten der Regierung", Bernhard Kuhnt, der sich dem Oldenburger Soldatenrat als "armer Heizer" vorgestellt habe, und bekannte sich aus südoldenburgischer Sicht im Gegensatz zur sozialistischen Ideologie Kuhnts zur "wahren Demokratie", die als ordnungspolitisches Gegenbild zum demokratischen Liberalismus zum Topos in der antidemokratischen politischen Kultur Südoldenburgs wurde.[121] Die OV stigmatisierte Kuhnt als Anführer "dieser sozialistischen Bewegung", der "schon als junger Mann organisatorisch und agitatorisch für die sozialdemokratische Partei sowie für die Gewerkschaften und Genossenschaften tätig war", schloß aber eine konstruktive Mitarbeit für den Fall nicht aus, daß "Herr Kuhnt in seiner jetzigen Stellung erfolgreich für Ruhe und Ordnung, für Ernährung und geordnete Demobilisation eintritt".[122] Die politisch verzerrte Biographie Kuhnts diente vor allem auch der Entstellung seiner politischen Bedeutung und damit der Diskreditierung der politischen Linken im Lande überhaupt.

Wie die Entmachtung Kuhnts begrüßte die Cloppenburger MT auch mit bürgerlicher Selbstverständlichkeit die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die einem politischen Terrorakt zum Opfer fielen. Sie unterstützte den Rat der Volksbeauftragten in seinem Kampf gegen die Sparta

---

[120] OV vom 15.11.1918.
[121] OV vom 15.11.1918: "Auch für ein freies, demokratisches Deutschland sind wir schon vor der Revolution eingetreten und werden auch weiter dafür eintreten, aber wir wollen nur eine wahre Demokratie, wo wirklich die Mehrheit des Volkes die Entscheidung hat, nicht aber eine neue Klassenherrschaft."
[122] OV vom 15.11.1918.

kisten und Kommunisten, "die im Lande ihr gemeingefährliches Unwesen treiben", und hielt dafür, "daß ein rücksichtsloses Eingreifen unbedingt erforderlich ist". Im Stil einer unversöhnlichen politischen Abrechnung, die sich einer Analyse des rechten politischen Terrors vehement widersetzte, hieß es weiter:

> "Das Schicksal Liebknechts und Rosa Luxemburgs hat einen tiefen Eindruck auf viele der Anhänger derselben gemacht und manche von ihnen erkennen lassen, welche verderblichen Pläne es waren, die die Beiden mit ihren Gesinnungsgenossen gewaltsam zu verwirklichen trachteten. Andere dagegen brüten jetzt Rache und dürsten darnach, Vergeltung an denen zu üben, die dem Terror in Berlin ein Ende gemacht und so den Tod des Volksverhetzungspaares 'verschuldet' haben."[123]

Dieser inhumane politische Sprachgebrauch gab dem kommunistischen Feindbild die grellen Konturen, die es bis zum Jahre 1933 behielt, und stattete das weltanschaulich ohnehin verfestigte antikommunistische Ressentiment mit den politischen Parolen aus, die in der extremen Linken keinen politischen Gegner mehr erkennen ließen, sondern eine Verschwörung gegen die bürgerliche Zivilisation und den Staat - insbesondere den christlichen Staat - überhaupt. In der geistig-seelischen Ausstattung des intoleranten Antikommunismus lag eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die NS-Bewegung diesen propagandistisch operationalisieren konnte. Der mehr oder weniger offen vorgetragene Antikommunismus gehörte nicht nur zur politischen Kultur des deutschen Katholizismus in der Weimarer Republik, sondern war fester Bestandteil des politischen Denkens im deutschen Bürgertum. Die Gründungsphase der Weimarer Republik blieb für den südoldenburgischen Katholizismus ein unbewältigtes Kapitel deutscher Zeitgeschichte, das die Emotionen aufwühlte und die politische Mündigkeit des Bürgers desavouierte.

Die Cloppenburger MT begrüßte mit Blick auf die anstehenden Friedensverhandlungen in Versailles, daß die Arbeiter- und Soldatenräte als Verhandlungspartner für die Alliierten offensichtlich nicht in Frage kamen, und drängte vor dem Hintergrund des Berliner Rätekongresses, der am 16. Dezember 1918 eröffnet wurde, auf "eine Beschleunigung der Wahlen für die Nationalversammlung".[124] Auf einer Zentrumsversammlung am 4. Januar 1919 in Vechta wurde auf die Gefahren hingewiesen, "die unseren Kulturgütern drohen, wenn wir weiter eine Diktaturherrschaft behalten, wenn eine

[123] MT vom 18.1.1919.
[124] MT vom 16.12.1918.

sozialdemokratische Regierung am Ruder bleibt".[125] Eine notwendige Unterscheidung zwischen der SPD, die die Weimarer Republik trug, und der extremen Linken, die sie bekämpfte, wurde nicht vorgenommen.

Trotz formaldemokratischer Partizipation an der Rätebewegung hat der vom Zentrum geführte südoldenburgische Katholizismus die Revolution in Oldenburg weder mit getragen noch politisch gewollt. Sie blieb für das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg ein politisches Menetekel, das bald der Verdrängung anheimfallen sollte. Dagegen betonte die katholische Publizistik dieser Region fortgesetzt die politische Kontinuität, die den 'erzwungenen' Systemwechsel begleitet habe und um die sich das Zentrum bleibende Verdienste erworben habe.

Aus realpolitischer Einsicht in die historische Unumkehrbarkeit der Situation im Herbst 1918 war das Zentrum mit Rücksicht auf die Wahrnehmung seiner kulturpolitischen Interessen im neuen demokratischen Staatswesen zur partiellen politischen Kooperation mit dem weltanschaulichen Gegner im Liberalismus und in der Sozialdemokratie bereit, um die Revolution durch die Einberufung der verfassunggebenden Versammlungen zu konstitutionalisieren und dadurch schließlich zu überwinden. Die deutsche Sozialdemokratie war in der revolutionären Umbruchsituation 1918/19 der Faktor mit dem größten politischen Einfluß, der für das oldenburgische Zentrum vorübergehend - bis 1923 - als Bündnispartner auf Zeit in Frage kam. Die Wahl des kleineren Übels lag im November 1918 nahe, zumal sich in der Ablehnung der Revolution sowie in der Wahl verfassunggebender Versammlungen im Reich wie im Land ein politischer Konsens zwischen den ideologisch ungleichen Partnern SPD und Zentrum abzeichnete. Ein Verharren in verneinender Opposition im und gegenüber dem neuen Staat entsprach weder der politischen Theologie, wie sie das kirchliche Lehramt seit dem 19. Jahrhundert vertrat, noch der bitteren Kulturkampferfahrung

Die kategorische Ablehnung der Revolution durch den politischen Katholizismus resultierte nicht in erster Linie aus politischen, sondern vor allem aus moralischen und religiösen Motiven. Die Revolution zeigte in den Augen politisch engagierter Katholiken alle die negativen Eigenschaften, die zu der als positiv empfundenen Zeit vor dem November 1918 in diametralem Gegensatz standen. Die Revolution von 1918/19 ist in Südoldenburg als die Ge

[125] OV vom 5.1.1919.

burtsstunde eines konservativen Reflexes anzusehen, der ein betont antikommunistisches Feindbild in Umlauf brachte. Sie bedeutete eine erhebliche Belastung des demokratischen Bewußtseins in der jungen Weimarer Republik. Der Auszug aus der "res publica christiana", der in Deutschland 1803 vollzogen worden war, gelangte aus katholischer Sicht im revolutionären Herbst 1918 zu seinem historischen Durchbruch und setzte Religion und Kirche in eine Freiheit, die die katholische Kirche so gar nicht gewollt hatte. Im Gegenteil: Die Trennung von Kirche und Staat schien endgültig vollzogen. Der Staat, der sich von Staats wegen zu keinem Gott und keiner Religion mehr bekannte, entstand auch in Oldenburg weitgehend ohne die Unterstützung des katholischen Landesteils und konnte mit seinem vorbehaltlosen demokratischen Rückhalt in der politischen Bewährungsprobe nicht sicher rechnen. In der Revolution im November 1918 war der weltanschaulich neutrale Staat zur Verfassungsnorm geworden. Sein katholisches Gegenbild wurde die Floskel von der "wahren Demokratie" oder der "christlichen Demokratie".

1.4. Die Stellung des oldenburgischen Zentrums in der Revolution von 1918/19

Dem im 19. Jahrhundert in der politischen Theologie entwickelten und im "Kulturkampf" geübten christlichen Staatsverständnis würde es widersprechen, wenn das Zentrum der in der Revolution durchgesetzten neuen Staatsform, der Republik, in verneinender Opposition gegenübertreten würde. Aus der realistischen Einsicht, daß die politischen Ergebnisse der Revolution zunächst zu respektieren waren, betrat das Zentrum den Boden der ersten repräsentativen Demokratie in Deutschland und war zur konstruktiven Mitarbeit bereit. Das politische Engagement für den neuen Staat, das das Zentrum mit einer bürgerlichen Mehrheit im deutschen Protestantismus verband, galt insbesondere der Beendigung der Revolution und der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Die Revolution blieb "ein Unrecht, ja noch mehr, eine politische Torheit", wie das Mitglied der deutschen Nationalversammlung, der Breslauer Zentrumsabgeordnete Dr. Hans Herschel, es ein Jahr später in der Vechtaer OV unter dem Titel "Revolution und Zentrum" formulierte, weil sie den legalen Weg der Parlamentarisierung Deutschlands, wie er in den Oktoberreformen erfolgreich eingeschlagen worden war, verlassen hatte. Den politischen Charakter der Revolution reduzierte Herschel auf eine "Marine= und Militärrevolte", die "ohne den unglücklichen Krieg", ohne

"die Flucht des Kaisers, das Versagen militärischer Befehlshaber im Innern" nicht gekommen wäre - "natürlich nicht gekommen" wäre.[126] So erklärte sich auch das Verhältnis des Zentrums zur Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg aus den faktischen Gegebenheiten, die die Umwälzung mit sich gebracht hatte.

Mit dem Gastkommentar Herschels setzte die Vechtaer OV eine bewährte Praxis fort, durch Beiträge aus der Reichshauptstadt und aus den Zentren des deutschen Katholizismus ihre Leserschaft über die politische Entwicklung aus erster Hand zu informieren und die politische Meinungsbildung in der entlegenen Region mit den führenden Stimmen im deutschen Katholizismus zu harmonisieren. Der Beitrag Herschels faßt systematisch die Haltung des deutschen Zentrums zur politischen Revolution und zur jungen Republik zusammen. Aus seinem Artikel, der den Erwartungen rechter Zentrumskreise in Südoldenburg voll entsprach, spricht eine realpolitische Einschätzung der politischen Lage, der im November 1918 nichts anderes übrigblieb, als den politischen Status quo anzuerkennen und sich mit der parlamentarischen Demokratie zunächst abzufinden; eine andere Option würde für das Zentrum die Unterzeichnung seiner politischen Kapitulationsurkunde bedeutet haben.[127] Die Republik behielt aber den Charakter einer oktroyierten Verfassung, für die sich der politische Katholizismus innerlich nicht erwärmen konnte. Deshalb war in dieser historischen Stunde nicht politische Begeisterung angesagt, sondern moralische Pflichterfüllung im Dienst am Allgemeinwohl. Herschel faßte diesen Standpunkt in den Worten zusammen:

> "Das Zentrum hat die Revolution nicht gewollt und noch weniger gemacht. Es hatte aber keinerlei Macht, sie zu verhindern. Auch konnte und kann es sie nicht ungeschehen machen. In dieser Welt der Wirklichkeit mußte und muß es sich mit den nun einmal gewordenen Verhältnissen abzufinden versuchen. [...]
> Die Wiedereinführung der Monarchie hätte nach der Abdankung des Kaisers, auf die das Zentrum keinen Einfluß hatte, zum Bürgerkriege führen müssen. Auch jetzt noch wäre ihre gewaltsame Aufrichtung ohne solchen unmöglich, die parlamentarische durch Verfassungsänderung aber völlig aussichtslos. Deshalb mußte und muß das

[126] OV vom 13.11.1919.

[127] Hans Herschel gehörte zu den Zentrumspolitikern, die sich für eine "enge Verbundenheit von Partei und Kirche als Folge der radikalen Kulturpolitik der preußischen Regierung" einsetzten. Zusammen mit dem Breslauer Fürstbischof Bertram und dem Jesuitenpater Cohausz trat Herschel am 20. November 1919 in einer von annähernd 4 000 Personen besuchten Kundgebung der Breslauer Zentrumspartei auf. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 114, 134)

> Zentrum mit der Republik sich abfinden, da unsere ohnehin so schwere Lage weitere Erschütterungen nicht ertragen hätte und auch jetzt noch nicht ertragen könnte."[128]

Die Revolution erschien als moralisches Unrecht und als ein Akt der Usurpation von politischer Macht, den Händen derer entrissen, die vor dem 9. November 1918 noch legitim über sie verfügt, aber es in der Vergangenheit versäumt hatten, verantwortungsbewußt mit ihr umzugehen. Das Dilemma, in das sich das Zentrum durch politische Partizipation an dem neuen System begab, nötigte ihm später einen Verteidigungs- und Rechtfertigungszwang auf, der in Herschels Erklärung schon vorweggenommen wurde. Neben der Ablehnung der Revolution und der verfassungspolitisch indifferenten Haltung gegenüber der demokratischen Grundordnung bildete die politische Defensive einen dritten inhaltlichen Schwerpunkt im katholischen Konservatismus:

> "Die Partei darf keinen ächten, der Monarchist sein zu müssen glaubt. Hält er sich in seinen Bestrebungen an die Verfassung, so soll er zur gemeinschaftlichen Parteiarbeit für das Staatswohl willkommen sein. Dieses war auch entscheidend für die Bildung der Regierung mit den Mehrheitssozialdemokraten, von der uns eine Weltanschauung trennt. Es war und ist keine Ideen=, sondern eine Arbeitsgemeinschaft. Nach dem Zusammenbruch war ohne die Mehrheitssozialdemokratie keine Herstellung oder dauernde Gewährleistung der Ordnung möglich. Durch Beteiligung an der Regierung hinderte das Zentrum, soweit dies überhaupt möglich war, die Entwicklung weiterer breiter Massen zu den Unabhängigen und noch weiter links."

Das politische Programm des Zentrums konzentrierte sich in den Tagen der Revolution auf die treue Pflichterfüllung, die national und konfessionell motiviert war. Die nationale und die konfessionelle Ausrichtung bestimmten die politische Stellung der Zentrumspartei in der Weimarer Republik; darin lagen ihre Chancen und Risiken. Selbst nach einem Jahr konkreter politischer Arbeit am Aufbau der Republik disqualifizierte der Breslauer Zentrumsabgeordnete Herschel das Verhältnis seiner Partei zum 9. November 1918. Ihm schloß sich die Vechtaer OV an und distanzierte sich als Sprachrohr des oldenburgischen Zentrums von jenem historischen Tag, als der Revolution in Deutschland der politische Durchbruch gelang:

> "Der 9. November ist für uns ein Trauertag. Das Zentrum blickt aber an ihm auf ein Jahr treuer Pflichterfüllung zurück."

---

[128] OV vom 13.11.1919, auch zum folg.

Die in der OV publizierte Erklärung aus Berlin gab den politischen Tenor des konservativen Flügels im Zentrum wieder, der gerade für das oldenburgische Zentrum meinungsbildend wurde. Wie den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin lehnte das oldenburgische Zentrum auch den 21er Rat Bernhard Kuhnts ab und erkannte einzig in den Parlamenten, im Reichstag und im Landtag, die politisch legitimierten Kräfte der Stunde. Die Reaktion des politischen Katholizismus, die Bernd Seelhorst als "Anti-Chaos-Reflex" bezeichnet, war eine wesentliche Antriebskraft für das Zentrum, sich energisch in den Prozeß der Konstitutionalisierung der Revolution durch die Wahl von verfassunggebenden Versammlungen im Reich und in den Ländern einzuschalten.[129] Auf einem "Merkblatt für Versammlungs=Redner", das die Vechtaer OV Mitte Dezember 1918 abdruckte, wurde die rhetorische Frage gestellt: "Was hat uns die Revolution gebracht?" Die Antwort fiel erdrückend aus und wurde äußerst polemisch formuliert:

> "1. Ein wehrloses Deutschland. [...]
> 2. Eine auf angemaßter Gewalt beruhende sozialdemokratische Regierung ohne Berechtigung, eine gesetzlose Willkürherrschaft.
> 3. Eine Ausschaltung aller Andersdenkender, namentlich der christlichen Volkskreise.
> 4. Die Gefahr des Verlustes der Kulturgüter der früheren christlichen Staatseinrichtungen. Den Kulturkampf um den christlichen Glauben in schärfster Form.
> 5. Ein Darniederliegen aller Erwerbsstände [...].
> 6. Eine Verdoppelung des Beamtenheeres und damit der Staatsausgaben. [...]"[130]

1918 respektierte das Zentrum die Legitimität des Faktischen und betrat unter diesem Vorzeichen den Boden der neugeschaffenen Staatsordnung. Nicht die Weimarer Republik, wohl aber die Weimarer Reichsverfassung war auf legalem Wege zustande gekommen und verdiente Anerkennung. Diese Unterscheidung ist für die zwiespältige Einstellung des politischen Katholizismus zur Weimarer Republik von großer Bedeutung. Die legale Revolution war 1918/19 die Revolution, die durch die verfassunggebenden Versammlungen führte und mit der Verabschiedung einer politischen Konstitution abge

[129] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 70-72. Die Staatsexamensarbeit von Bernd Seelhorst untersucht die Stellung des oldenburgischen Zentrums in der Revolution und in den Verfassungsberatungen. Die vorliegende Dissertation geht über diese Staatsexamensarbeit hinaus, indem sie Bedeutung und Rolle des Zentrums in der Gründungsphase des Freistaates in die komplexen Strukturen des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg einordnet, die politischen Traditionsbildungen stärker berücksichtigt und die Untersuchung auf eine breitere Quellenbasis stellt. Was die Stellung des Zentrums in der Revolution angeht, decken sich die Ergebnisse von Seelhorst weitgehend mit den Resultaten der Dissertation.

[130] OV vom 13.12.1918. Ein Autor oder eine Quelle werden nicht angegeben, eine Praxis, die bei der Vechtaer OV nicht unüblich war.

schlossen wurde. So war die politische Lage für die Katholiken 1918/19 nicht weniger kritisch als für die Protestanten, die mit der Abdankung der Monarchen in der Revolution ihren Summepiskopat verloren hatten und eine neue Kirchenordnung etablieren mußten. Sarkastisch spricht die Chronik des Füchteler Knabenkonvikts der Dominikaner in Vechta vom "Segen der Revolution", der "sich wie überall in unserm Vaterlande [...] in immerwährenden Streiks" zeige.[131] Hans Maier beschreibt bildhaft die politische Rolle des Katholizismus im Übergang vom Kaiserreich in die Weimarer Republik. Im Kaiserreich hätten die Katholiken "gewissermaßen als Untermieter im Haus des nationalen Staates" gewohnt und sich zu spät, im Ersten Weltkrieg, um das gekümmert, "was in dem Hause geschah".[132] Die offene Ablehnung der Revolution, die mit der moralisch-religiösen Maxime politischer Legitimität prinzipiell unvereinbar war, und die vorbehaltliche Hinwendung zur Weimarer Republik gingen als fester Bestandteil in die politische Kultur Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik ein.

Vorbehalte gegenüber der Republik und Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie stießen im südoldenburgischen Katholizismus auf eine positive Resonanz und sprachen sich öffentlich unbekümmert aus. Der republikanische Widerruf begann im Freistaat Oldenburg mit dem durch den Sturz der Regierung Tantzen eingeleiteten vorzeitigen Ende der liberalen Ära im Jahre 1923 und der nach quälenden Regierungskrisen seit 1925 bis 1932 fortgesetzten Installation von beamteten Fachkabinetten. Die Republik blieb für den südoldenburgischen Katholizismus ein Provisorium und in ihrem kulturellen und geistigen Kontext fremd - Verhältnisse auf Zeit, auf die man sich nicht auf lange Dauer einzurichten gedachte. Der permanente Kulturkampf, so unentbehrlich er zur Selbstvergewisserung und Selbsterhaltung im katholischen Milieu Südoldenburgs bisher gewesen war, schwächte die demokratische Kondition und Tugend im deutschen Katholizismus in einem Maße, daß dieser schließlich der autoritären Lösung erlag.

---

[131] Chronik, St. Joseph, S. 93f.

[132] MAIER, Kirche, S. 157. Über den politischen Umbruch 1918/19 notiert Maier, durchaus im Bild bleibend: "Als dann der alte Hausbesitzer starb, das ganze Gebäude umgestaltet werden sollte und die einzelnen Parteien befragt wurden, welche Vorstellungen sie dann über die künftige Hausordnung hätten, saßen sie schmollend beiseite; denn einmal verstanden sie, an älteren Stilen hängend, zuwenig von der neuen, demokratischen Architektur, um eigene Vorschläge machen zu können; zum andern aber fühlten sie sich, an den alten feudalen Reichsbau gewöhnt, in ihrem kleindeutsch-kargen Haus noch immer fremd und waren wohl auch ein wenig verärgert darüber, daß sie seinerzeit, beim Bau, nicht zu Rate gezogen worden waren, während sie jetzt, wo das Fundament Risse zeigte, zu hauptberuflichen Mauerflickern ernannt wurden."

1.4.1. Politische Vergangenheitsbewältigung: "Usurpierte Macht erträgt das neue befreite Deutschland nicht."

Die katholische Presse Südoldenburgs bemühte sich seit dem 9. November 1918 offensichtlich, den politischen Anschluß nicht zu verlieren und sich auch theoretisch auf den Boden der durch die Revolution geschaffenen neuen Tatsachen zu stellen. In ersten Reaktionen auf die dramatischen Ereignisse in Berlin setzte die südoldenburgische Zentrumspresse mit der Forderung nach der Wahl zur Nationalversammlung eine eindeutige politische Priorität. Nur eine frei gewählte demokratische Repräsentation des deutschen Volkes war legitimiert, über die künftige politische Ordnung in Deutschland zu befinden, nicht eine Revolution, die über diese Legitimation zu keinem Zeitpunkt verfügte. Auf die Kanzlerschaft Friedrich Eberts anspielend, warnte die Cloppenburger MT vor einer weiteren Eskalation der politischen Unruhen mit den Worten:

> "In die Hand der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten, u. sie kann uns als Nation zerstören. [...] Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkriege bewahren durch eine verfassunggebende Nationalversammlung. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite Deutschland nicht."[133]

Stimmen des Zentrums in der Heimatpresse banden den Rücktritt des Kaisers stark an die Person Wilhelms II. und ordneten ihn nur sekundär in den außen- und innenpolitischen Kontext ein. "Das Ende des furchtbaren Weltkrieges ist zugleich dasjenige des deutschen Kaisers geworden!", hieß es in einem Bericht über den 9. November 1918, in dem die Cloppenburger MT ihrer Leserschaft "den Rücktritt des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen" mitteilte.[134] Durch diese starke Personalisierung wurde von den zentralen Fragen nach der politischen und moralischen Verantwortung der Hohenzollern-Monarchie in Deutschland abgelenkt, die sich angesichts des verlorenen Weltkrieges und der revolutionären Umwälzungen dringlicher denn je stellten.

Die politischenVorgänge im Reich lösten in der südoldenburgischen Presse ein skeptisches Echo aus, das in seinen Tendenzen der Enttäuschung führender Zentrumspolitiker über die Revolution entsprach. Die Heimatzeitung setzte ihre Leserschaft darüber in Kenntnis, daß sich in Berlin "nach dem völ

---

[133] MT vom 18.11.1918.
[134] MT vom 11.11.1918.

ligen Siege des Soldatenrates eine Umwandlung" vollziehe, "auf die man im Reiche umso weniger vorbereitet sein konnte, als der Reichskanzler [...] u. a. erklärte, er beabsichtige dem einzusetzenden Regenten die Ernennung des Abg. Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsmäßige deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen werde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes [...] endgültig festzustellen". Enttäuschung über den revolutionären Verlauf der Ereignisse im Reich, über die Haltung der Sozialdemokratie, die die "Selbstbestimmungsrechte des Volkes" sonst stets gewahrt habe, und den wachsenden Einfluß der Arbeiter- und Soldatenräte, die die "Neuordnung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse" erschwerten und gefährdeten, sprach aus diesem umfangreichen Pressebericht, der "die vielfach höchst beklagenswerten Vorgänge in den verflossenen wenigen Tagen der großen Umwälzung in unserem Staatsleben" zum Anlaß nahm, die Bevölkerung zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung aufzufordern.[135]

In einem Leitartikel vom 18. November 1918 über die Demobilisierung der Truppen und die schwierige Wirtschaftslage setzte sich die Cloppenburger MT in einer Weise mit der unmittelbaren politischen Vergangenheit auseinander, die in der gebotenen Zurückhaltung kritische Akzente setzte und Fragen stellte. Sie machte ausdrücklich die kaiserliche Politik für die deutsche Katastrophe mit verantwortlich:

> "Die gewaltige Katastrophe, die über Deutschland hereingebrochen, hat uns leider zu spät die Augen geöffnet und uns erkennen lassen, wie wir durch Kriegsspekulanten und verblendete Eroberungspolitiker solange belogen und betrogen worden sind, bis der allgemeine Zusammenbruch unvermeidlich war. Die Helfershelfer jener Spekulanten und Politiker haben unter dem Drucke des Belagerungszustandes mit Hilfe der Zensur, die die Presse knebelte und sie dazu zwang, dem deutschen Volke die Wahrheit zu verschweigen, das Verlangen nach einem rechtzeitigen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen erstickt und es auch den Einsichtigsten unmöglich gemacht, für den Abschluß des mörderischen Krieges tatkräftig zu wirken."[136]

Die Cloppenburger Presse rief dazu auf, sich schon jetzt auf die kommenden Wahlen vorzubereiten und Volksversammlungen einzuberufen, denn nur dann könnten "diejenigen Kräfte zur Geltung kommen, welcher wir für den neuen Aufbau Deutschlands auf demokratischer Grundlage bedürfen". Nach

---

[135] Ebd.
[136] MT vom 18.11.1918.

einem ersten Versuch der politischen Vergangenheitsbewältigung, der immer noch stark im Schatten von persönlichen und moralischen Erwägungen stand und noch nicht zum politischen Kern der Systemfrage vordrang, enthielt der Schluß des Artikels ein Bekenntnis zum demokratischen Neuaufbau Deutschlands durch die Wahlen zur Nationalversammlung und war der Wille zu erkennen, über den Status der Oktoberreformen und die demokratische Erneuerung der konstitutionellen Monarchie in Deutschland hinaus den Blick nach vorne auf die Zukunft einer parlamentarischen Demokratie zu richten. Dieser Fortschritt ist ohne den politischen Druck der Rätebewegung, die in gemäßigter Form auch den katholischen Süden erfaßte, nicht zu erklären. Der politische Kurswechsel kam besonders in der Anregung zum Ausdruck, die Rätebewegung zu ergänzen und "neben den Arbeiter=, Soldaten= und Bauernräte(n) allerorts auch Bürgerräte nach echtdemokratischen Grundsätzen zu bilden, die mit Hand ans Werk legen, damit wir aus dem irren und wirren Durcheinander herauskommen, in das uns die nun beseitigten Machthaber eines unheilvollen Systems, dessen Zusammenbruch erfolgt ist, in unverantwortlicher Weise hineingetrieben" haben.[137] Offensichtlich wurde zu diesem Zeitpunkt den Räten "nach echtdemokratischen Grundsätzen" noch die Aufgabe einer Vorschule der Demokratie zugewiesen, die als notwendig zur politischen Erneuerung Deutschlands unter demokratischem Vorzeichen angesehen wurde. Es ist auch ein Erfolg der Rätebewegung, daß sich der politische Katholizismus in Südoldenburg im November 1918 aus der Nähe des "unheilvollen Systems" verabschiedete und sich für die demokratische Zukunft öffnete.

Ende November 1918 schien der südoldenburgische Katholizismus eine Erklärung für den Zusammenbruch der Monarchie gefunden zu haben, die aber noch keine politische Ursachenanalyse darstellen konnte; dazu war der zeitliche und politische Abstand noch nicht groß genug. Auf einer Versammlung des "Volksvereins für das katholische Deutschland" in Löningen führte Landessekretär Sante Gründe für die Kriegsniederlage und den politischen Zusammenbruch an, die einige politische Fakten zutreffend benannten:

> "[...] nach außen: Die Isolierung Deutschlands durch den Abfall seiner Bundesgenossen und die dadurch bedingte militärische Überlegenheit seiner Gegner, besonders seit Amerikas Eingreifen, nach innen: Das Fehlen eines bedeutenden Staatsmannes und die daraus sich ergebende schwache, ziellose Politik, die Mißstände in Verwaltung und im Heere und die dadurch hervorgerufene Mißstimmung daheim und im Felde. Bei der

[137] Ebd.

> hereingebrochenen Katastrophe hätten Arbeiter= und Soldatenräte sich in den Besitz der Macht gesetzt. Deren Aufgabe sei die Sorge für Ruhe und Sicherheit ..."

Auf derselben Versammlung wurde dem Bericht der MT zufolge durch Pfarrer Gerhard Tepe die Bildung eines Ortsausschusses der "Vereinigung der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung und Förderung der christlichen Schule und Erziehung" angeregt. 100 Personen sollen spontan ihren Beitritt zur sog. "Katholischen Schulorganisation" erklärt haben.[138] Mit dem Untergang der Monarchien in Deutschland und dem Anbruch der demokratischen Epoche begann für den politischen Katholizismus wieder der Kampf um die katholische Bekenntnisschule, die man in der Vergangenheit trotz heftigen Widerspruchs von seiten der Sozialdemokratie und des demokratischen Liberalismus über die Zeit hatte retten können, die man aber jetzt, unter demokratischen Mehrheitsverhältnissen, ihrer härtesten Bewährungsprobe ausgesetzt sah.

1.4.2. Demokratische Kehrtwende: "An dem Zentrum soll es nicht fehlen."

Aufgrund der außenpolitischen Ereignisse, die sich auf den Abschluß eines Präliminarfriedens konzentrierten, und der wachsenden Radikalisierung im Reich bemühte sich die Cloppenburger MT um einen breiten Konsens in der Verfassungsfrage und bekannte sich zur repräsentativen Demokratie. Ein Leitartikel, der sich mit den Vorgängen im Reich beschäftigte, gab unter der Schlagzeile "Der furchtbare Ernst der gegenwärtigen Lage des deutschen Volkes" Ende November 1918 die politische Richtung vor:

> "Die weitere Aufrechterhaltung einer sozialistischen Diktatur ist hiernach ganz und gar ausgeschlossen. Das hat man denn auch in den letzten Tagen nicht nur in den Kreisen der Regierungssozialisten, sondern auch in denjenigen der Unabhängigen mehr und mehr erkannt und darum seitens der Letzteren den bisherigen Widerstand gegen die schnelle Einberufung der deutschen Nationalversammlung im allgemeinen aufgegeben. Nur die sog. Spartakusgruppe [...] ist darauf bedacht, in Deutschland russische Zustände mit Gewalt herbeizuführen und darum einen schreckenvollen Bürgerkrieg zu entfesseln. Zum Glück wollen unsere heimkehrenden Kämpfer in ihrer überwältigenden Mehrheit von einem solchen Plane nichts wissen, und da sich auch alle alten bürgerlichen Parteien - mit Ausnahme der Konservativen, die noch bei ihren unzeitgemäßen Grundsätzen beharren zu wollen scheinen - in ihren neugestalteten Programmen für

[138] MT vom 28.11.1918.

> den republikanischen Volksstaat erklären, so ist die Erzielung der geschlossenen Einheit des deutschen Volkes keine Unmöglichkeit mehr."[139]

Der Leitartikel enthält eine pragmatische Stellungnahme zur innenpolitischen Lage in Deutschland nach dem revolutionären Umbruch im November 1918. Er gab aber auch die politische Richtung vor: Die herrschende "sozialistische Diktatur" entsprach nicht den "echtdemokratischen Grunsätzen", die der Zentrumspresse in Südoldenburg vorschwebten. Sie schlossen einen zu großen Einfluß der politischen Linken auf die deutsche Politik aus. Damit waren die parteipolitischen Fronten geklärt.

Unter diesen politischen Prämissen, wie sie vorstehender Leitartikel formulierte, begab sich der südoldenburgische Katholizismus auf den Weg in die Weimarer Republik. Die MT gab den Zentrumskandidaten Burlage auf einer Wahlversammlung in Cloppenburg am 6. Januar 1919 mit der Feststellung wieder, "daß auch das Zentrum auf dem Boden der Republik, als einer auch von Gott gewollten Staatsform, stehe, aber die sozialistische Republik entschieden ablehne".[140] Das war der kleinste gemeinsame demokratische Nenner des politischen Zentrums in der Gründungsphase der Weimarer Republik. Die Einsicht in den unwiderruflichen Untergang der alten Ordnung und die Angst vor einer radikalen sozialistischen Lösung der deutschen Verfassungsfrage verhalfen dem Grundsatz im Zentrum wie im politischen Katholizismus zum Durchbruch, den Burlage in Cloppenburg auf die kurze Formel brachte: Die Republik ist auch eine gottgewollte Staatsform! Die Legitimation der demokratischen Staatsform war nicht politisch angelegt, sondern moralisch und religiös und erkannte in ihr eine mögliche von Gott gewollte Staatsform, die mit anderen politischen Systemen - die Monarchie eingeschlossen - konkurrierte. Die demokratische Grundordnung in Deutschland genoß in den Augen des politischen Katholizismus, wie ihn Burlage verstand, keine politische Priorität vor anderen Staatsformen, insonderheit den autoritären.

Die demokratische Kehrtwende im November 1918 ging in Südoldenburg in erster Linie auf die vernünftige Einsicht in die situationsbedingte Notwendigkeit einer demokratischen Erneuerung in Deutschland zurück und ließ im politischen Katholizismus demokratische Grundüberzeugungen, die zum

---

[139] MT vom 25.11.1918.

[140] MT vom 7.1.1919. Der zitierte Leitartikel der Cloppenburger MT war zur jungen Republik positiver eingestellt als Burlage.

geistig-sittlichen Fundament eines politischen Demokratiebegriffes hätten werden können, weiterhin vermissen. Zur demokratischen Neuordnung Deutschlands gab es im November 1918 keine politische Alternative. Der Weg des politischen Katholizismus in Deutschland in die parlamentarische Demokratie erwuchs vor allem aus dem politischen Geist einer moralisch-religiösen Abwehrhaltung gegen die "Aufrechterhaltung einer sozialistischen Diktatur", als die die Rätebewegung nicht nur in katholischen, sondern auch allgemein in bürgerlichen Kreisen angesehen wurde.[141] In einem Bericht der Vechtaer OV über eine Zentrumsversammlung in Jever am 5. Januar 1919 wurden dazu klärende Ausführungen gemacht. Die OV skizzierte zunächst den antisozialistischen Komplex, der die katholische Kirche von der politischen Linken in Deutschland trennte:

> "Was will nun die Sozialdemokratie. Bebel sagt es klar: Auf dem politischen Gebiete die Republik, auf dem wirtschaftlichen den Sozialismus, auf dem religiösen Gebiete den Atheismus. Darum, so sagt Bebel, stehen sich Sozialismus und Christentum gegenüber wie Feuer und Wasser. Der Sozialismus predigt den Klassenkampf. Ist er zur Macht gekommen, braucht er dieselbe rücksichtslos."[142]

"Wir sind auch für Fortentwicklung", resümierte die OV ihren Standpunkt, "aber ohne Revolution". Mit diesen Worten artikulierte sie nicht nur eine katholische, sondern auch eine bürgerliche Grundhaltung gegenüber dem November 1918. Auf derselben Versammlung betonte Dr. Anton Kohnen, der zum rechten Zentrum gehörte, die Bereitschaft seiner Partei, mit der DDP zusammenzuarbeiten, und rief zur Bildung eines Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie auf:

> "Dann kann es heißen: Hie Sozialdemokratie, hie Bürgertum. An dem Zentrum soll es nicht fehlen. Es ist gern bereit, mit allen bürgerlichen Parteien zusammenzustehen. Mit der Sozialdemokratie ist ein Zusammengehen nicht möglich. Wir lehnen sie glatt ab. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben."[143]

Die Stimmen des Zentrums unterschätzten die politische Brisanz der revolutionären Massenbewegung und ihren politischen Charakter, wenn sie sie zum Beförderer von Bolschewismus und Anarchie verkürzten und nicht die kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Gehalt des Rätegedankens suchten. Das geschah, wenn überhaupt, nur in den Reihen der SPD. Die Vermeidung der politischen Verfassungsdebatte im Herbst 1918 hatte Folgen

---

[141] MT vom 25.11.1918.
[142] OV vom 8.1.1919.
[143] Ebd.

und setzte das Zentrum und große Kreise des politischen Katholizismus außerstande, sich innerlich mit dem demokratischen Prinzip anzufreunden und es sich als eigenes geistiges Gut anzueignen. Das Zentrum glaubte auf diese Debatte verzichten zu können, weil die politische Theologie weiterhin die moralisch-religiösen Maximen seines tagespolitischen Handelns bestimmte und sie nicht aus den wechselnden Zeitläuften unterworfenen historisch-politischen Notwendigkeiten und Einsichten bezog. Die sittliche Pflichterfüllung bestand für den organisierten Katholizismus in Deutschland auch nach 1918 darin, ewige Wahrheiten der Glaubens- und Sittenlehre, die von der katholischen Kirche und ihrer Orthodoxie autoritativ verwaltet und ausgesagt wurden, politisch zu realisieren. Die traditionellen politischen Erprobungs- und Bewährungsfelder waren auch in der Weimarer Republik in erster Linie die Kultur-, Schul- und Familienpolitik.

1.4.3. Katholische Neigung zu korporativen Führungssystemen: "Demokratie wird an sich nicht ohne weiteres verbürgt durch den Parlamentarismus."

Angeregt wurde die Diskussion um eine Ständevertretung im Freistaat durch die "Denkschrift betreffend den Ausbau des parlamentarischen Systems durch Eingliederung einer berufsständischen Vertretung des Demobilmachungskommissars Prof. Dursthoff, Syndikus der Handelskammer Oldenburg, vom April 1919".[144] Im zwiespältigen publizistischen Umgang mit der Dursthoff-Denkschrift werden Vorbehalte des südoldenburgischen Katholizismus gegenüber dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität aus einer anderen Perspektive sichtbar. In konzeptioneller Opposition gegen "die Zahl der Köpfe" und das demokratische Majoritätsprinzip, wie es Südoldenburg im Rätegedanken in atypischer Form erlebt hatte, sympathisierten katholische Abgeordnete während der Verfassungsberatungen in Oldenburg mit dem Gedanken einer Ständevertretung als ordnungspolitisches Korrektiv.

Die in der Denkschrift behandelten Fragen wurden in den beteiligten Korporationen mehrfach erörtert, mit dem Ergebnis, daß die Hauptschrift von einflußreichen Verbänden getragen und namentlich u. a. unterzeichnet wurde: von Flach und Graeger für den Landesarbeiterrat, Dr. Hadeler von der Han

[144] StAO 39 - 15125: ohne exakte Datierung; FRIEDL, Handbuch, S. 162-164 (von Ulrich Suttka).

delskammer, Prof. Kaersten von der Handwerkskammer, Dr. Meyer von der Anwaltskammer, Prof. von Wenckstern für die Landwirtschaftskammer und Dr. Willers für die Ärztekammer. Nur der Oldenburgische Beamtenbund lehnte eine "verfassungsrechtliche berufsständische Vertretung in Oldenburg" ab und wehrte sich gegen die bei Dursthoff geäußerte Kritik an dem Parlamentarismus und an den Mehrheitsparteien. In seinem Minderheitsbericht wies der Beamtenbund auf die politische Funktion der parlamentarischen Opposition hin, "so daß die Schaffung irgend einer weiteren Kontrollinstanz überflüssig und schädlich erscheinen muß". Der Beamtenbund plädierte für auf gesetzlicher Grundlage beruhende Berufsvertretungen, lehnte aber eine "Doppelregierung" ab und äußerte sich unter der Überschrift "Was uns not tut" zur Kritik Dursthoffs am Beamtentum:

> "Man hört nicht selten klagen, daß die Revolution auf die Arbeit der Behörden keinen oder einen nur geringen Einfluß ausgeübt habe. Nach wie vor Bureaukratie, es drohe alles beim Alten zu bleiben."

In der Ursachenanalyse stellte Fritz Albers, der Autor des Minderheitsberichts, die kritische Frage, "ob jede in den Massen wogende Unzufriedenheit allein in spartakistischen Ursprüngen zu suchen ist, oder ob auch sonstwo Ursachen vorhanden sind", und kam zu dem Ergebnis, "daß diese z. T. in einem Mangel der Anpassung der oberen Bureaukratie an den neuen Geist zu suchen sind". Die Zukunft Oldenburgs hänge von der politischen Neugestaltung der Landesregierung ab, die die Aufgabe habe, "das jetzige Gemisch von altem Geist und neuer Zeit mit der notwendigen Intensität zu reinigen". Unter Hinweis auf die Ausschußverhandlungen in der verfassunggebenden Landesversammlung kam der Minderheitsbericht zu einer wegweisenden Empfehlung, die - wie der ganze Bericht - in der Öffentlichkeit keine angemessene Beachtung fand:

> "Demokratie verlangt politische Erziehung, nicht Stärkung der Ständeherrschaft. Die politischen Wahlen müssen die Grundlage des parlamentarischen Wollens und Geschehens sein. Die politischen Parteien müssen so arbeiten, daß es der Allgemeinheit zum Verständnis kommt, warum so und nicht anders gehandelt werden muß. Jeder im Volk muß sich beteiligt, mit verantwortlich fühlen an der Spitze des Staatswesens. [...] Die Weltanschauung, die politische Überzeugung muß ausschlaggebend sein. Darum muß die gesetzgeberische Entscheidung in Fragen, die nicht nur einzelne, sondern die Gesamtheit angehen, nur bei der Vertretung der Gesamtheit, dem aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Parlament liegen. Kein berufsständisches Parlament oder Nebenparlament irgendwelcher Art darf dabei mitsprechen. [...] Das freie Selbstbestim

> mungsrecht der Gesamtheit unseres Volkes darf durch keine Ständeherrschaft oder Mitherrschaft irgendwelcher Art beeinträchtigt werden."[145]

Die Debatte in der Vechtaer OV "zur Frage der Schaffung einer berufsständischen Vertretung" konzentrierte sich ausschließlich auf den Mehrheitsbericht Dursthoffs und klammerte den Minderheitsbericht, der nicht in ihrer politischen Tendenz lag, aus.[146] Die grundlegenden Ausführungen Dursthoffs, die auch im politischen Kontext der anhaltenden Unruhen und Aufstände zu beurteilen sind, leiteten die Notwendigkeit eines berufsständischen Parlaments davon ab, daß in der Revolution "die Arbeiterklasse in diesen Arbeiterräten zum erstenmal sich eine wirkliche Standesvertretung geschaffen hat, die andere Berufsstände schon lange besitzen, die man aber den Arbeitern bislang vorenthalten hat". Aber ebenso wie die Arbeiter müßten aufgrund des Gleichheitsprinzips "natürlich für die Beamten, wie für die kaufmännischen und technischen Angestellten Kammern geschaffen werden, wofür ja auch schon Entwürfe aufgestellt waren". Zur politischen Funktion einer berufsständischen Vertretung führte Dursthoff prinzipiell aus:

> "Mit der Beibehaltung der Arbeiterräte will man aber auch noch etwas anderes, und das liegt auf rein politischem Gebiet. Man will Sicherheiten gegen Auswüchse des schrankenlosen Parlamentarismus. Ein Beweis, daß man trotz des freiesten Wahlrechtes, das es irgendwo auf der Welt gibt, zu der neuen Republik, wie man sie sich bislang in den Kreisen der Parlamente dachte, nicht das volle Vertrauen besitzt. Das ist durchaus verständlich. Denn nicht die Republik und die Parlamentsherrschaft waren das Ziel der Revolution, sondern die Schaffung einer Demokratie, einer wahrhaften Volksherrschaft, wodurch allein der soziale Geist auf die Dauer verbürgt werden kann. Demokratie wird an sich nicht ohne weiteres verbürgt durch den Parlamentarismus."[147]

Nach dem Grundsatz "Demokratie beruht auf der Kontrolle" sah Dursthoff durch die konsequente Realisierung der Volkssouveränität das Prinzip der politischen Gewaltenteilung und damit ihre Kontrollfunktion aufgehoben. Daraus zog er eine Schlußfolgerung, die in konservativen Kreisen unter den Stichworten "Parteiendiktatur" oder "Parlamentsherrschaft" in den Bestand des antidemokratischen Denkens eingehen sollte:

> "Nicht das Volk wird über sein Schicksal entscheiden, sondern die führenden Männer der Mehrheitsparteien. Sie beherrschen das Parlament, sie bilden die Regierung, und sie wählen aus sich heraus ihren Ministerpräsidenten. Sie werden also das Volk viel souveräner beherrschen als je ein Fürst in der Vergangenheit; denn dieser wurde vom

---

[145] StAO 39 - 15125: Bericht, S. 16, 2, 6, 7.
[146] OV vom 24., 25.4.1919.
[147] StAO 39 - 15125: Bericht, S. 1ff., auch zum folg.

Parlament kontrolliert, und seine Regierung war abhängig von der Mehrheit des Parlaments, während jetzt diese Mehrheit die Regierung selbst ist."

Ebensowenig wie die Regierung werde im kommenden parlamentarischen System die Bürokratie kontrolliert. Dabei gelte es zu bedenken, daß Deutschland in der Vergangenheit, also in der Zeit vor der Revolution, "ein wenn auch bureaukratisches, so doch absolut unbestechliches, pflichtgetreues und von stark entwickeltem Ehrgefühl durchdrungenes Beamtentum" gehabt habe. Aber "mit der uneingeschränkten Parlamentsherrschaft und der bedingungslosen Abhängigkeit aller Beamten vom Parlament" scheine "die Käuflichkeit des Beamtentums und damit die Korruption im öffentlichen Leben unabwendbar verbunden zu sein". Auch diese Kritik Dursthoffs wurde zu einem Topos in der konservativen antirepublikanischen Publizistik der Weimarer Republik und setzte das Ansehen ihrer politischen Institutionen fahrlässig herab. In Südoldenburg bediente sich vor allem die christlich-nationale Landvolkbewegung dieser agitatorischen tendenziellen Beamtenkritik.

Eine berufsständische Vertretung, die in der Verfassung verankert werden und alle großen Erwerbsstände umfassen sollte, müßte in das parlamentarische System eingegliedert werden und dürfte "nichts weiter sein als ein Ausbau des parlamentarischen Systems". Dabei sei nicht daran gedacht, wie Dursthoff vorbeugend hinzufügte, "eine sogenannte Räte=Regierung einzuführen, sondern, daß wir unbedingt festhalten an der parlamentarischen Regierungsform". In der berufsständischen Vertretung regierten nach seinem Urteil der Sachverstand und die moralische Integrität der Abgeordneten, die gegen parteipolitischen Einfluß immun seien.[148] Letztlich diene die Berufskammer der inneren Aussöhnung der in Klassen und Interessengruppen organisierten liberalen Wettbewerbsgesellschaft und der Überwindung des Klassenkampfes, weil in der Standesvertretung "der freie geistige Arbeiter neben dem Landwirt, der Arbeiter neben dem Industriellen, der Beamte neben dem

[148] StAO 39 - 15125: Bericht, S. 4f.: "Die von uns vorgeschlagene Einrichtung würde gewissermaßen das öffentliche Gewissen des Volkes darstellen. Diese Korporation von sachverständigen Männern, die ohne Rücksicht auf parteipolitische, konfessionelle oder sonstige Rücksichten von ihren engeren Berufsgenossen für dieses höchste Ehrenamt gewählt werden, wird unzweifelhaft ein hohes moralisches Gewicht besitzen. [...] Und auch gegenüber der Allmacht der Bureaukratie würde ein solches sachverständiges Kollegium ein sehr gutes Gegengewicht bilden."

Handwerker und Angestellten sitzt".[149] Diese rückwärts gewandte Sozialutopie, die der politischen Theologie in der katholischen Kirche nicht fremd war, appellierte durch die Entpolitisierung der sozialen Konflikte im Ständeparlament an die Vision einer organischen Volksgemeinschaft, in der die sozialen Konflikte der pluralistischen Wettbewerbsgesellschaft auf höchster Ebene überwunden werden. Dursthoff thematisierte in seiner Denkschrift eine zentrale Frage im politischen Konservatismus der Weimarer Republik: Wie kann die "Anarchie" der kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft politisch gezügelt und harmonisiert werden und damit ihren Schrecken für die traditionellen geschlossenen Gesellschaften, die sich vor allem auf mittelständische Schichten zurückgezogen haben, verlieren? Die NS-Agitation wußte um diese Furcht im Mittelstand - auch im bäuerlichen Mittelstand - und instrumentalisierte sie für ihre politischen Zwecke.[150]

Die Gefahr der Dursthoff-Denkschrift, die politisch als Reaktion auf die Revolution zu lesen ist, lag weniger in ihrer fragwürdigen Konzeption und in ihrer unmittelbaren politischen Wirkung, sondern in dem Effekt, daß sie aus ihrem historisch-politischen Kontext isoliert werden und dem antidemokratischen Denken Argumentationshilfe leisten konnte. Ihre Kritik am jungen oldenburgischen Parlamentarismus nahmen die drei Wirtschaftskammern, die Industrie- und Handelskammer, die Landwirtschafts- und die Handwerkskammer, nach dem Sturz der Regierung Tantzen im Frühjahr 1923 wieder auf, indem sie sich nachhaltig für die Bildung des unpolitischen Fachministeriums von Finckh einsetzten. In ihren Resolutionen knüpften sie in der Krise des Freistaates 1931/1932 argumentativ und vor allem in der politischen Tendenz an die Dursthoff-Denkschrift des Jahres 1919 an.

In ihrer Einstellung zu einer zweiten Kammer aus berufsständischen Vertretern vollzog die Vechtaer OV im Frühjahr 1919 einen Meinungsumschwung. Noch im März 1919 ging sie davon aus, daß "doch wie bisher der Landtag die Regierung hinreichend kontrollieren" könne und eine weitere Instanz

---

[149] StAO 39 - 15125: Bericht, S. 8. Dursthoff erläutert darin im einzelnen die Gliederung einer Berufskammer und ihre Zusammensetzung, ihre Zuständigkeit und das Wahlverfahren (S. 9-16).

[150] In diesem Zusammenhang sprach Theodor Geiger schon 1930 von einer "Panik", die den Mittelstand erfaßt habe. Der Aufsatz "Panik im Mittelstand" von Theodor Geiger erschien zuerst in der Zeitschrift "Die Arbeit" 7/1930, S. 637-654.

nicht notwendig sei.[151] Einen Monat später, die Dursthoff-Denkschrift war gerade erschienen, hatte sich die Einstellung der katholischen Tageszeitung bereits geändert, und sie sah in einer berufsständischen Kammer durchaus die politische Möglichkeit, "den an sich gesunden Grundgedanken des Rätesystems in eine Form zu bringen, die allen Berufsständen gerecht wird". Grundsätzlich führte die OV zur politischen Funktion eines Ständeparlaments nunmehr aus:

> "Es muß vielmehr eine zweckmäßige Gliederung unseres Volkskörpers nach großen Wirtschaftsgruppen erfolgen. Der Gedanke hat sicherlich etwas für sich, daß in einem solchen Wirtschaftsparlamente die gesunden, bodenständigen, das direkte wirtschaftliche Interesse der Bevölkerung berücksichtigenden Volkskreise ein wichtiges Mitarbeitsrecht in der Politik erhalten. Es ist falsch, diesen Gedanken deshalb zurückzuweisen, weil er an die Forderung nach einem berufsständischen Parlament erinnert. Die berufsständische Gliederung unseres Volkskörpers ist an sich natürlich und zweckentsprechend."[152]

Auffallend ist die politische Semantik in diesem Kommentar, der mit Begriffen wie "Volkskörper" und "bodenständig" rechtskonservative Ideologeme benutzte und sie im politischen Sprachgebrauch der Weimarer Republik unreflektiert tradierte.[153] Der berufsständischen Repräsentation kam nach Meinung der Vechtaer OV durchaus die Funktion eines Korrektivs zu, indem "der politischen Demokratie die wirtschaftliche Demokratie an die Seite" gestellt werde. Die OV hatte angesichts anhaltender politischer Unruhen im Rahmen der "zweiten Revolution" ihre ablehnende Haltung, mit der sie bisher der berufsständischen Vertretung als Kontrollinstanz nach dem Modell Dursthoffs begegnet war, revidiert und konnte sich zu diesem Zeitpunkt ein berufsständisches Parlament als Ergänzung zum parlamentarischen System durchaus vorstellen. Getragen wurde die Trendwende der OV von der politischen Absicht, angesichts anhaltender Radikalisierung die Rätebewegung

---

[151] OV vom 19.3.1919: "Eine weitere Instanz zur Kontrolle scheint uns deshalb, soweit wir das im Augenblick beurteilen können, völlig überflüssig und verursacht nur neue Kosten. Die Anregung Dr. Dursthoffs zur Bildung eines Beirats scheint nur die Fortsetzung seines Bestrebens zu bilden, einen außerparlamentarischen Einfluß auf die Regierung zu gewinnen."

[152] OV vom 24.4.1919.

[153] Das Wort "gesund" - wie beispielsweise in der Formulierung "gesundes Volksempfinden" - antizipierte bereits nationalsozialistische Phraseologien. Diese Beobachtung bestätigt die philologische Analyse Victor Klemperers: "Das Dritte Reich hat die wenigsten Worte seiner Sprache selbstschöpferisch geprägt, vielleicht, wahrscheinlich sogar, überhaupt keines. [...] Aber sie ändert Wortwerte und Worthäufigkeiten, sie macht zum Allgemeingut, was früher einem einzelnen oder einer winzigen Gruppe gehörte, sie beschlagnahmt sie für die Partei ..." (KLEMPERER, LTI, S. 21f.)

zu parlamentarisieren und dadurch die politische Linke politisch zu neutralisieren. Daß dabei der basisdemokratische Grundgedanke der Rätebewegung umfunktioniert wurde, lag durchaus im politischen Interesse der Zeitung, die durch signalisierte Konzessionsbereitschaft den politischen Extremismus zu bändigen suchte.

Die Auseinandersetzung mit der Dursthoff-Denkschrift, die als "teilweise stark tendenziös" bezeichnet wurde, wurde von der Vechtaer OV kritisch geführt und benutzt, sich ihrer eigenen politischen Positionen zu vergewissern. Was die Revolution anging, so kam die Vechtaer OV zu einer ganz anderen Wertung als Dursthoff und stellte klar:

> "Ob die Schürer und Träger der Revolution als deren Ziel die Schaffung einer wahren Volksherrschaft ansahen, möchten wir doch sehr stark bezweifeln. Das wirkliche Ziel der Revolution war m. E. die Aufrichtung einer sozialistischen Klassendiktatur. Wenn die Verhältnisse jetzt einen anderen Weg gehen, wenn wir tatsächlich zur Schaffung eines demokratischen Volksstaates zu kommen scheinen, so gibt uns das noch nicht das Recht, das wirkliche Ziel der Revolution darin zu sehen. Einen demokratischen Volksstaat zu schaffen, wäre uns auch ohne Revolution möglich gewesen. Wir waren ja auf dem besten Wege dazu."[154]

Die parlamentarische Demokratie, das "demokratische Wahlsystem, das lediglich auf der Zahl beruht", betrachtete die OV mit einer Skepsis, die Dursthoffs Vorschläge für eine berufsständische Vertretung unterstützten.[155] Die berufsständischen Organisationen sollten in das parlamentarische System eingegliedert werden und das "Selbstbestimmungsrecht des Gesamtvolkes" unangetastet lassen. Mit der von Dursthoff vorgestellten Form der parlamentarischen Kontrollfunktion durch die Berufsstände konnte sich die OV mit Rücksicht auf das Zentrum aber nicht anfreunden. Denn "die Fraktionen der Parteien, die wahre Volksparteien sein wollen, wie z. B. unser Zentrum", stellten aus sich heraus "eine nach Lage der Dinge nur eben erreichbare gerechte Vertretung aller Stände" dar. Denn "die Verfechtung der politischen Ideale des Zentrums hat die Zentrumsfraktion in keiner Weise gehindert, die berechtigten Wünsche aller Stände energisch zu vertreten und in dieser Hin

---

[154] OV vom 25.4.1919.

[155] OV vom 25.4.1919. Dazu hieß es: "Auch wir können nicht sagen, daß wir das parlamentarische System als der politischen Weisheit letzten Schluß ansehen. Die größte der Schattenseiten dieses Systems ist, daß es die Berufsstände als solche in keiner Weise berücksichtigt und somit auch ihre Intelligenz, ihre Erfahrung, ihre Wünsche und Bedürfnisse mehr oder weniger außer acht läßt."

sicht anerkannt Erfolgreiches zu leisten".[156] Daraus spricht auch Angst vor politischer Konkurrenz, die weniger ideologisch operieren könnte. Noch im Mai 1919, während der laufenden Verfassungsberatungen in der oldenburgischen Landesversammlung, erschien dem Zentrum die Bildung einer Berufskammer, die als das "notwendige Gegengewicht gegen den Landtag zu schaffen ist", als eine politische Notwendigkeit, die durch die geplante Entparlamentarisierung des Ministeriums nicht ersetzt werden konnte.[157]

In einem kritischen Rückblick auf die verfassunggebende Landesversammlung bedauerte die Vechtaer OV, daß berufsständische Vertretungen aufgrund der ablehnenden Haltung der DDP Theodor Tantzens in der Verfassung keine Berücksichtigung gefunden hatten, und legte noch einmal ihre grundlegende Position zum Dursthoff-Papier dar, die sich durch die Verfassungsberatungen nicht geändert hatte:

> "Wir machen kein Hehl daraus, daß der Gedanke eines Berufsparlaments uns an sich sympathisch ist, wenn man auch über die Art seiner Verwirklichung streiten kann. Wir kommen um eine Verbindung des Politischen mit dem Sozialen in Zukunft nicht herum. Die wirtschaftliche Demokratie bildet das Korrektiv der politischen Demokratie."[158]

Ermuntert durch die Dursthoff-Denkschrift und bestätigt in ihrem wiedergewonnenen Selbstverständnis, das durch den Ausbruch der Revolution nachhaltig erschüttert worden war, sympathisierte der südoldenburgische Katholizismus im Frühjahr 1919 mit einer zweiten Kammer, die nach einer berufsständischen Gliederung zusammengesetzt sein sollte. Nach dem Abklingen der aufgewühlten revolutionären Stimmung, die durch die spartakistischen Unruhen noch einmal belebt worden war, kehrte wieder eine politische Ernüchterung und Rückbesinnung auf die alten Werte und Traditionen ein, die

---

[156] OV vom 25.4.1919.

[157] OV vom 20.5.1919. Sie notierte dazu: "Die vielleicht notwendige Korrektur des parlamentarischen Prinzips besteht eben nicht darin, daß man das parlamentarische Prinzip an sich beschneidet, sondern daß man dem voll ausgebauten parlamentarischen System die Berufskammer eingliedert. Wenn wir das parlamentarische Prinzip konsequent durchführen wollen, so führt uns das nach dem Beispiel sämtlicher deutschen Staaten zu der Forderung, daß die aus dem Landtage hervorgegangenen Minister Mitglieder des Landtags bleiben müssen." Mit dem Begriff der Entparlamentarisierung bezog sich die OV auf jene Bestimmungen des späteren § 40 der Verfassung für den Freistaat Oldenburg, der besagt: "Wird ein Angeordneter Staatsminister, so scheidet er während seiner Amtszeit aus dem Landtag aus, [...]." (SCHAAP, Weg, S. 25)

[158] OV vom 28.6.1919.

das katholische Lehrgebäude seit Jahrzehnten getragen hatten. Daß eine ausschließlich politische Lösung den gefährdeten inneren Frieden nicht garantieren konnte, hatten die Tage der Revolution hinreichend gezeigt. Der Wunsch nach einer zweiten berufsständischen Repräsentation entsprach dem Bedürfnis nach Schutz vor einer 'kalten' materialistischen Wettbewerbsgesellschaft, die große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert als weltanschauliche Bedrohung und kulturpolitische Herausforderung empfanden. Als Hypothek blieb die Sympathie für berufsständische Vertretungen, die als soziales Korrektiv im politischen System der parlamentarischen Demokratie strukturell für notwendig erachtet wurden, im politischen Bewußtsein des katholischen Milieus Südoldenburgs verhaftet und gelangte am Ende der Republik zu ihrer eigentlichen politischen Relevanz.

"Die berufsständische Ordnung", daran gilt es mit Blick auf das Ende der Weimarer Republik zu erinnern, "ist keine Alternative zur Demokratie, wie oft angenommen wird, weil sie gar nicht eine politische, sondern nur eine gesellschaftliche Ordnung sein will." Mit der in dieser Frage erforderlichen Kompromißlosigkeit stellt Albert Gnägi fest:

> "Die berufsständische Ordnung ist ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip, die Demokratie eine Staatsform."[159]

Deshalb verbarg sich hinter dem Ruf nach einem Ständeparlament mit einer Komplementärfunktion zum demokratischen Parlamentarismus ein subtiler antidemokratischer Vorbehalt, der letzten Endes gegen die republikanische Grundordnung gerichtet war. In der verfassunggebenden Landesversammlung setzte sich schließlich der Grundsatz der Entparlamentarisierung des Staatsministeriums gegen die Einrichtung eines berufsständischen Parlaments und damit eine politische Lösung durch. Für die Dursthoff-Denkschrift gab es in der Landesversammlung, in der eine sozial- und liberaldemokratische Mehrheit den Ausschlag gab, keine Aussicht auf Verwirklichung. Aber die Debatte, die in der Vechtaer OV um die Denkschrift geführt wurde, ist aufschlußreich für die Positionsbestimmung des politischen Konservatismus in Südoldenburg nach 1918. Eine gesellschaftliche Ordnung, die sich nach Ständen gliederte, blieb in der politischen Theologie der katholischen Kirche in der Weimarer Republik eine konstante Größe und wurde als sozialroman

[159] GNÄGI, Demokratie, S. 29.

tische Utopie mit einer religiösen Mitte gegen die ungezügelte kapitalistische Wettbewerbsgesellschaft der bürgerlichen Republik von Weimar geführt.

Daß eine Berufskammer "eine weitgehende Verständigung zwischen den einzelnen Berufsständen" fördern würde, wurde in der Vechtaer OV keineswegs bestritten, aber als verkürzte politische Standortbeschreibung aufgefaßt, die die geistigen und moralischen Ursachen der ökonomischen und sozialen Krise verkannte. Die fundamentale Forderung nach einer Rechristianisierung der zerstrittenen deutschen Nachkriegsgesellschaft wurde im Katholizismus Südoldenburgs zu einer Formel, die recht bald an die Stelle einer genuin politischen Analyse der politischen und sozialen Wirklichkeit trat. In politischer Abgrenzung gegen Dursthoff forderte deshalb die OV vor allem eine moralisch-religiöse Rückbesinnung auf christliche Werte:

> "Vor allem nötig ist, um den sozialen Frieden der menschlichen Gesellschaft wiederzugeben nach dem Zusammenbruch des schrankenlosen wirtschaftlichen Individualismus mit seiner Vergiftung des wirtschaftlichen Lebens, ein neuer Geist, die Rückkehr zum wahren Christentum. Der Gedanke des Klassenkampfes, des Hasses der einzelnen Stände ist ein den Menschen erniedrigendes Symptom. Gegenseitige Anerkennung dessen, was gerecht ist, und helfende, fördernde Nächstenliebe können die Stände aneinanderketten. [...] Deshalb ist auch einzig das Christentum die soziale Religion, die Religion der Arbeit, die Religion der Kultur. Solange aber dieser Geist sich nicht durchschlagend Bahn bricht, ist aus den Umwälzungen der letzten Zeit der soziale Friede nicht zu erhoffen."[160]

Aus diesen Worten spricht ein Konzept, mit dem katholische Kirche und Öffentlichkeit auf die politische und soziale Krise in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg reagierten. Der politische Diskurs hatte sich im katholischen Milieu Südoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg nicht durchsetzen können und blieb wie vor dem Ersten Weltkrieg engen politischen, sozialen und konfessionellen Schranken unterworfen. Das war ein deutliches Zeichen der Restauration des katholischen Milieus auf dem Gebiet der politischen Theoriebildung, die nach 1918 keine erkennbaren Fortschritte zeigte. Programmatisch exakt faßten die Ausführungen "die soziale Religion, die Religion der Arbeit" und umschrieben damit die sittlichen Impulse, die die katholische Theoriebildung in der Weimarer Republik zur Lösung der umfassenden Konfliktsituation nach 1918 bereit hielt. Damit bot sie ein ersatzpolitisches Konfliktbewältigungskonzept an, das noch ganz den moralischen Geist der Enzykliken-Epoche des 19. Jahrhunderts atmete und spätestens

[160] OV vom 25.4.1919.

1918 gescheitert war. Zu einer essentiellen Kurskorrektur in der sozial- und ordnungspolitischen Grundsatzdebatte war der politische Katholizismus in der Weimarer Republik nicht in der Lage und verlor deshalb zusehends an moralischer Glaubwürdigkeit und politischer Akzeptanz.

1.5. Politische Mobilisierung des Landvolks

Eine wesentliche Aufgabe der konservativen Agrargesellschaft Südoldenburgs bestand nach dem Ersten Weltkrieg darin, das aufgebrochene soziale und politische Konfliktpotential zu reduzieren und die abhängigen bäuerlichen Schichten, die Landarbeiterschaft und die Heuerlinge, in die traditionelle Agrarverfassung zu integrieren. Darin bestand eine wesentliche Voraussetzung für die Reorganisation des politisch-sozialen Milieus nach 1918. Sehr bald erreichte nach 1918 die Organisatons- und Vergewerkschaftungswelle auch den ländlichen Raum. Mit der Gründung von Landbünden wurden ‘standesübergeifende’ landwirtschaftliche Vereinigungen gebildet, die die ökonomischen Widersprüche in der kapitalisierten Agrargesellschaft Südoldenburgs ideologisch überbrücken und die Geschlossenheit des Bauernstandes garantieren sollten. Die Landbünde gingen aus Initiativen der Landarbeiter- und Bauernräte hervor, aber konterkarierten die politische Zielsetzung der Rätebewegung. Ihre Aufgabe bestand in der "Reintegration der ländlichen Gesellschaft, nach Möglichkeit in einer gegenüber den Vorkriegstraditionen effektivierten, lückenlosen Form".[161] Denn die gegen Kriegsende verschärfte Reglementierung der Ernährungswirtschaft hatte die politische Erregung und die Protestbereitschaft unter den Bauern erhöht, auch in den Schichten, die sich von den Verbänden bisher ferngehalten hatten. In Südoldenburg richtete sich der in erster Linie ökonomisch motivierte Unmut der Heuerleute und Kleinlandwirte auch gegen die bisherigen Funktionseliten. Zu ihnen zählte der Bauer Franz Meyer-Holte, der sich in den Landgemeinden Südoldenburgs an die Spitze der Landbund-Bewegung setzte, obwohl er zu den führenden Funktionsträgern in den christlichen Bauernvereinen zählte. Landwirtschaft und politischer Katholizismus blieben in Südoldenburg nach 1918 über weite Strecken noch Verbündete der agrarökonomischen Modernisierungsgeschichte. Dieses Bündnis zerfiel erst im Zuge der Auflösung des katholischen Sozialmilieus nach dem Zweiten Weltkrieg und gehört heute der Vergangenheit an. Die landwirtschaftlichen Orga

[161] FLEMMING, Landwirtschaft, S. 168.

nisationen gliederten sich in Oldenburg seit dem 19. Jahrhundert in drei Säulen: den auf gesetzlicher Grundlage beruhenden Landwirtschaftskammern, dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und den berufsständischen Verbänden.

Die Wahl der Vechtaer Gemeinde- und Amtsbauernräte im November 1918 folgte den Empfehlungen des vorläufigen Vorstandes des Oldenburger Landesbauernrates, wie sie die Bekanntmachung vom 18. November 1918 bereits enthielt. Der vorläufige Landesbauernrat wurde auf dem ersten Oldenburger Bauerntag auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer und des Verbandes Oldenburger Landwirtschaftlicher Genossenschaften im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat für das Land Oldenburg gebildet.[162] Der Oldenburger Landesbauernrat regte die Wahl von Gemeinde- und Amtsbauernräten an, aus denen der Landesbauernrat nach demokratischer Wahl hervorgehen sollte. Zu den Aufgaben der Bauernräte hieß es in der Bekanntmachung vom 18. November 1918:

> "Der Bauernrat vertritt die revolutionäre Ordnung auf dem Lande, arbeitet Hand in Hand mit den Arbeiter- und Soldatenräten und bildet eine Ueberwachungsstelle für die Verwaltungsbehörden, die mit der Erlassung, Verarbeitung und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse beauftragt sind."

Zu den konkreten Aufgaben gehörten die Sicherung der Volksernährung sowie der "Schutz des Lebens und des Eigentums der Landbevölkerung gegen jeden willkürlichen oder gar gewalttätigen Angriff" und die "Förderung und Erleichterung der Unterbringung heeresentlassener und beschäftigungsloser Arbeiter auf dem Lande".[163] Der Landesbauernrat ersuchte auf Veranlassung des Demobilisierungskommissars die Gemeindebauernräte, "dass die Landwirte möglichst umgehend ihren Bedarf an Arbeitern bei den einzelnen Arbeitsnachweisen anmelden."[164] Das Demobilmachungsamt in Berlin ordnete an, "dass die Gemeindeverwaltungen angewiesen werden sollen, die in den einzelnen Gemeinden gebildeten Bauernräte als beratende Organe der Gemeindeverwaltungen regelmässig bei allen die Demobilmachung betreffenden und die Landwirtschaft berührenden Angelegenheiten

---

[162] SCHAER, Kammern, S. 23-29: Die Gründung der Landwirtschaftskammer; NIESCHLAG, Landwirtschaft, S. 74f.: Die Gründung einer Landwirtschaftskammer. Die oldenburgische Landwirtschaftskammer ging auf die Oldenburgische Landwirtschaftsgesellschaft zurück und wurde im Jahre 1900 durch Landesgesetz begründet.
[163] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 3746.
[164] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 4079.

heranzuziehen".[165] Der Landwirtschaft kam aus politischer Sicht für die Demobilisierung nach dem Ersten Weltkriege und die Integration sowie Ernährung der entlassenen Truppenkontingente eine große Aufgabe zu, die auch mit der Hilfe von Bauernräten bewältigt werden sollte. Diese sollten dazu beitragen, die in ländlichen Agrargesellschaften verborgenen sozialen und ökonomischen Ressourcen für die Demobilisierung zu erschließen und kooperativ einzubringen. Wie Kooperation und staatlicher Dirigismus Hand in Hand gingen, zeigt folgendes Beispiel: Die Landesfettstelle im Direktorium, Abteilung des Innern, lud die Vorstände der landwirtschaftlichen Vereine, die Gemeindebauernräte und den Amtsbauernrat des Amtsbezirks Vechta für den 4. April 1919 zu einer Versammlung ein, um als einzigen Tagesordnungspunkt die "Aufrechterhaltung des Milchablieferungszwanges" zu besprechen.[166]

Eine Woche nach den Empfehlungen des Landesbauernrates in Oldenburg schalteten sich 14 landwirtschaftliche Organisationen, Verbände und Genossenschaften mit der Publikation von Richtlinien am 25. November 1918 in den Aufbau von Landarbeiter- und Bauernräten ein. Die Richtlinien sahen die Aufgaben der zu bildenden Bauernräte in erster Linie auf sozialem und nicht auf politischem Sektor: Mitwirkung bei der Erfassung der vorhandenen Lebensmittel und der Ablieferung an bezugsberechtigte Stellen zur Bekämpfung des Schleichhandels, Erhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe und Förderung der Erzeugung, Mitwirkung bei der Aufnahme der entlassenen Kriegsteilnehmer und der Beschaffung von Arbeit und Wohnungen und gegenseitige Hilfe beim Schutz von Personen und Eigentum. In jeder selbständigen Gemeinde sollte ein Bauern- und Landarbeiterrat gewählt werden, für die Bereiche der unteren Verwaltungsbehörde war ein Kreis- bzw. Bezirks-Bauern- und Landarbeiterrat zu bilden.[167] Die Veröffentlichung dieser Richtlinien macht deutlich, daß die landwirtschaftlichen Organisationen in ihrer

---

[165] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 4121.
[166] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 1610.
[167] MICHAELIS, Ursachen 3, S. 28f. Unterzeichnet waren die Richtlinien von folgenden Vereinen und Verbänden: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Deutscher Landwirtschaftsrat, Bund der Landwirte, Vereinigung der deutschen Bauernvereine, Deutscher Bauernbund, Deutscher Landarbeiterverband, Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, Allgemeiner Schweizerbund für Deutschland, Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften, Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Hauptverband der landwirtschaftlichen Güterbeamtenvereinigungen Deutschlands, Verband der preußischen Landkreise.

Mehrzahl, die selbständigen Landwirte und große Teile der Landarbeiterschaft zwei Wochen nach dem Ausbruch der Revolution die neuen politischen Verhältnisse in Deutschland anerkannten und sich in den Aufbau der neuen Ordnung einschalteten. "Die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erhaltung der Volkswirtschaft" schien ihnen die beste Gewähr dafür zu bieten, die Lage zu normalisieren und den politischen Einfluß der extremen Linken auf die zukünftige Neuordnung Deutschlands zu schwächen.[168]

Auf der Sitzung des Oldenburger Landesbauernrates am 28. Dezember 1918 waren mit Ausnahme von Rüstringen und Elsfleth alle oldenburgischen Ämter vertreten; dem Landesbauernrat gehörten 129 Bauernräte an. Über die Aufgaben der Bauernräte referierte Vorstandsmitglied Hennings und skizzierte dabei den konservativen und ganz und gar antirevolutionären politischen Standort der Bauernräte:

> "Die Bauernräte bekämpfen jeden Kommunismus, wie auch die Sozialisierung landwirtschaftlicher Betriebe. Es ist nicht möglich, die Uebergangswirtschaft zweckmäßig zu gestalten ohne die Bauernräte oder eine andere auf breiter demokratischer Grundlage geschaffene Einrichtung, denn Behörden gibt es in Wirklichkeit nicht mehr, sondern die bisherigen arbeiten nur freiwillig weiter. Diesen und den vernünftigen Führern der Sozialisten jetzt den Rücken zu stärken, ist dem Landwirt nötig."[169]

In einer politischen Entschließung sprach sich der Landesbauernrat dafür aus, "daß die ländliche Bevölkerung Oldenburgs fest auf dem Boden der Neuordnung steht und sich dem deutschen Reich als Glied eng verbunden fühlt, aber doch den Wunsch hegt, die wirtschaftliche Geschlossenheit der Oldenburger Volksgenossen durch Beibehaltung der Grenzen des bisherigen Herzogtums als einheitlichen Verwaltungsbezirk gewahrt zu sehen". Konkret forderte er "zur Wiedererstarkung des Reichs und seines Wirtschaftslebens die schnellste Einberufung der Nationalversammlung". Damit schloß sich der Landesbauernrat in der Umbruchphase der breiten Mehrheit im Lande an. Gesellschaftspolitisch verfolgte er angesichts der sich abzeichnenden sozialen und politischen Spannungen das Ziel, die landwirtschaftliche Arbeiterfrage zu lösen und die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Landwirtschaft nicht zu vergrößern, "sondern die Fäden gemeinschaftlicher Interessen aufzusuchen und fester zu verknüpfen". Der Landesbauernrat realisierte die Bestrebungen in der Landarbeiterschaft, in Zukunft "hinter

---

[168] MICHAELIS, Ursachen 3, S. 28.
[169] StAO 262 - 11 - 696: Mitteilungen des Oldenburger Landesbauernrats Nr. 5, 3. Januar 1919; OV vom 1.1.1919.

ihren Kollegen in der Stadt und in der Industrie nicht allzusehr zurückzustehen". Durch die zu erwartenden höheren Löhne würde die Produktion erheblich verteuert werden. Jetzt müßten die Arbeitsverhältnisse neu geregelt werden, "dabei sei aber zu vermeiden, daß zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern eine tiefe Kluft geschaffen werde". Weiterhin sollte der alte Grundsatz gelten: "Der Bauer müsse aber Herr im eigenen Hause sein und bleiben."[170] Ausführlich beschäftigte sich der Landesbauernrat mit der Zusammensetzung der Gemeinde- und Amtsbauernräte, die die differenzierte soziale Gruppierung der Landbevölkerung widerspiegeln und eine einheitliche Willensbildung herbeiführen sollten.[171] Zu diesem Zweck griff die Zusammensetzung der Bauernräte bewußt über den bäuerlichen Berufsstand hinaus und versuchte, die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung zu repräsentieren. Dabei stellte sich ein Stadt-Land-Gegensatz heraus, der wesentlich zur Integration der ländlichen Gesellschaft beitrug. Über den Kreis des geschäftsführenden Vorstandes hinaus wurde die Führung des Landesbauernrates durch Zuwahl ergänzt, um allen für das oldenburgische Landvolk bedeutsamen Berufsorganisationen eine Vertretung zu ermöglichen.[172]

Die Organisation der Bauernräte orientierte sich an den bestehenden Verwaltungskörperschaften des Landes und konnte für ihren Aufbau auf intakte

---

[170] Ebd.

[171] OV vom 1.1.1919. Der Gemeindebauernrat sollte aus sechs Personen bestehen, und zwar aus drei Landwirten, die größere, mittlere und kleinere Betriebe vertreten, einem ländlichen Arbeiter, einem Handwerker oder Gewerbetreibenden und einem Angehörigen sonstiger Berufe (Lehrer, Geistliche, Ärzte, etc.). Die Gesamtheit der Gemeindebauernräte wählte den Amtsbauernrat, der aus drei Landwirten bestehen sollte, und zwar je einem Vertreter der größeren, mittleren und kleineren Betriebe, einem ländlichen Arbeiter, einem Handwerker oder Gewerbetreibenden, einem Angehörigen sonstiger Berufe und einem Geschäftsführer. Die Gesamtheit der Amtsbauernräte bildete den Landesbauernrat, der den Gesamtvorstand und aus dessen Mitte den geschäftsführenden Vorstand wählte.

[172] OV vom 1.1.1919. Im Amt bestätigt wurde Prof. Dr. Wenckstern als Vorsitzender. Dem Gesamtvorstand gehörten an: Dannemann, von Fricken und Hennings (als Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitgeber), Baumüller (Vertreter der kleinen Landwirte, die weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer waren), Joh. Mönnich und Diedrich Kayser (Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer), Prof. Dr. Kaersten (Vertreter des Handwerks), Frau Büsing (Mansholt) und Haushaltslehrerin Schwalenberg (Vertreterinnen der Landfrauen), Verbandsanwalt Brenning (Vertreter des Verbandes Oldenburger Genossenschaften), Prof. Dr. Wenckstern (Vertreter der Landwirtschaftskammer) und Dr. Gabler als Geschäftsführer. Südoldenburg stellte mit dem derzeitigen Landtagsabgeordneten Heinrich von Fricken, Gutsbesitzer in Bomhof (Gemeinde Langförden), einen Vertreter im Vorstand und mit dem Abgeordneten der Oldenburger Landesversammlung Heinrich Fröhle, Landwirt aus Hammel bei Lastrup, einen Ersatzmann für den Beirat.

Strukturen zurückgreifen. Als geeignete Organisationsform für die Integration der ländlichen Gesellschaft regte der Landesbauernrat in Zukunft die Bildung eines "Landbundes" für die gesamte landarbeitende Bevölkerung in Oldenburg an. Er machte sich das berufsständische Postulat des Landesbauernrates zu eigen und strebte die Integration der ländlichen Gesellschaft nach den sozialen und ökonomischen Erschütterungen an, die mit dem politischen Systemwechsel in Deutschland verbunden waren. Am 3. April 1919 fand die erste Hauptversammlung des "Oldenburger Landbundes" statt, die zu einer "gewaltige(n) Kundgebung des Oldenburger Landvolkes" werden sollte. Sie rief zum spontanen Zusammenschluß in der oldenburgischen Landwirtschaft auf:

> "Notwendig ist vor allem, dass auch alle Gruppen: Grössere Landwirte, Kleinbauern und Kolonisten und Arbeitnehmer vertreten sind, weil die Bildung von Landesverbänden dieser Gruppen gleichzeitig geschehen soll."[173]

Ein weiteres Ergebnis der Bauernräte und ihrer zentralen Organisation im Landesbauernrat war die Einrichtung eines Landarbeiter-Ausschusses bei der Landwirtschaftskammer; bei der Wahl wirkten die Bauernräte ebenfalls mit.[174] Der Landarbeiter-Ausschuß sollte sich der "Bearbeitung von allen die Landarbeiter betreffenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen" zuwenden und vor allem "Fragen des Lohn- und Arbeitsvertrages, aber auch der Arbeitsvermittlung und der Frauenfürsorge" aufgreifen.[175] So trug die bäuerliche ‘Rätebewegung’, die auf der ganzen Linie national-konservativ ausgerichtet war, zu einer politischen Verstärkung und erheblichen Differenzierung der landwirtschaftlichen Interessenvertretung auf Verbandsebene bei und förderte durch die Bildung des Landbundes das bäuerliche Standesbewußtsein, das das latente Konfliktpotential in der abhängigen besitzlosen ländlichen Bevölkerung erheblich mindern half. Das war von großer Bedeutung für die politische und soziale Homogenität der südoldenburgischen Agrargesellschaft. Nach dem Bericht der Vechtaer OV mahnte der Oldenburger Landesbauernrat bereits Anfang Dezember 1918 zur Sammlung und warnte vor "echter deutscher Splitterreißerei", die nur dazu angetan sei, die bestehenden nützlichen Einrichtungen zu zerstören. Mit dem Blick auf Rußland sah der Landesbauernrat auch für Deutschland "die größte Gefahr, ei

[173] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 1621.
[174] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 6411.
[175] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 6412.

nem unentwirrbaren Durcheinander, ähnlich dem in Rußland, mit allen seinen Schrecken der Hungersnot, Unruhen und des Brudermordes zuzutreiben".[176]

Die politische Bewegung der Bauernräte, die die Revolution von 1918/19 in Südoldenburg begleitete, erwies sich auf verschiedenen Ebenen als ein antirevolutionäres und antikommunistisches politisches Steuerungselement, das sich auf der Grundlage einer über Grund und Boden verfügenden bäuerlichen Eigentumsgesellschaft für die Aufrechterhaltung der bestehenden privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung einsetzte und den Gedanken einer Bodenreform - gar im sozialistischen Sinne - erst gar nicht aufkommen ließ. Die Bauernräte waren keine revolutionäre, sondern eine restaurative Bewegung, die sich der Lösung der sozialen Frage auf dem Lande nur vorsichtig unter strikter Wahrung ihrer Eigentumsinteressen öffnete. Dem Bauernstand gelang es, noch relativ geschlossen aus der Zeit des politischen Umbruchs hervorzugehen. Dazu trug das Menetekel der Revolution, auf das der alte Mittelstand allergisch reagierte, erheblich bei. Diese Furcht konnte er bis zum Ende der Republik nicht überwinden. Wie im Ersten Weltkrieg fühlte sich der Bauernstand in der Ernährungs- und Versorgungskrise am Anfang der Weimarer Republik als Rückgrat der Nation und nahm für sich eine herausgehobene gesellschaftliche Stellung ein. Mit dem Bauernstand, der sich nach seinem Selbstverständnis als einziger Stand nach dem Selbsthilfeprinzip über Krieg und Revolution zu retten wußte, stand und fiel dem konservativen und vor allem dem rechten politischen Bekunden nach das Schicksal des deutschen Volkes. Das galt, mit dem entsprechenden konfessionellen Vorzeichen versehen, auch für die katholischen Bauernorganisationen.

1.5.1. Die Spaltung des oldenburgischen Landvolks: "Im Süden Oldenburgs [...] wird der Zusammenschluß gesondert für sich gemacht."

In der Frage des Oldenburgischen Landbundes, der den ganzen bäuerlichen Stand zusammenschließen sollte, zeigte sich der soziale Gegensatz zwischen dem Norden und Süden des Freistaates und hatte Folgen. Südoldenburg ging auch hier eigene Wege und rief den Südoldenburger Landbund ins Leben. Durch ihn wurde die südoldenburgische Agrargesellschaft auch auf dem wichtigen Sektor bäuerlicher Interessenvertretung aus der gesamtoldenburgischen Organisation ausgekoppelt und erhielt eine Sonderstellung, die sich

[176] OV vom 5.12.1918: Forderungen des Oldenburger Landesbauernrats.

zwar strukturbildend und identitätsfördernd auf das politische und soziale Milieu in Südoldenburg, aber auch nachteilig auf die Geschlossenheit der oldenburgischen Landbevölkerung auswirkte. Eine mögliche Spaltung des Landbundes wurde vom oldenburgischen Zentrum schon früh in Erwägung gezogen. Die Sitzung des Landesausschusses am 14. März 1919 in Cloppenburg beschäftigte sich mit der Bildung des Landbundes, der "keine einseitige parteipolitische Tätigkeit" ausüben dürfe und sich mit der Behandlung wirtschaftlicher Fragen begnügen müsse. Südoldenburg behalte es sich vor, sich gesondert zu organisieren und sich dem Norden in dem Fall anzuschließen, wenn es Verständnis für seine kulturellen Belange zeige. Sei dies nicht der Fall, käme auch ein Anschluß an den Westfälischen Bauernverein in Frage.[177] So bestritt Südoldenburg - im Gegensatz zum Norden des Freistaates - dem "Landbund" ein politisches Mandat.

Zum Plan eines eigenen südoldenburgischen Landbundes zitierte die OV im März 1919 eine selbstbewußte Stimme aus Friesoythe, die unter Bezugnahme auf strukturelle und landschaftliche Verwandtschaften offen mit dem Anschluß Südoldenburgs an den Westfälischen Bauernverein drohte:

> "Im Süden Oldenburgs (Aemter Vechta, Cloppenburg und Friesoythe) wird der Zusammenschluß gesondert für sich gemacht. Nur wenn die nötige Garantie für unsere Bestrebungen aus dem Norden des Landes uns gesichert erscheint, wird das Münsterland sich dem Norden anschließen. Im anderen Falle behält das Münsterland sich vor, mit dem Westfälischen Bauernverein in Verbindung zu treten. [...] Unsere wirtschaftlichen Fragen, wie z. B. Besitz- und Erbrecht (Anerbenrecht), Heuerlingswesen, Schutzzoll, Steuern und andere, werden daselbst verständnisvoll behandelt und energisch vertreten werden. Die Seele und das Wesen des Westfälischen Bauernvereins ist nach dieser Richtung auch vielen Südoldenburgern genügend bekannt, da mancher brave Landwirt des Münsterlandes schon lange dessen Mitglied ist."[178]

Noch im gleichen Monat begründete die Vechtaer OV ausführlicher die Gründung eines südoldenburgischen Landbundes, der nunmehr beschlossene Sache zu sein schien, und rechtfertigte seine Existenz neben dem oldenburgischen Landbund. Ausschlaggebend waren die spezifischen sozialen und ökonomischen Interessen der südoldenburgischen Landwirtschaft, die sich erheblich von denen der nordoldenburgischen unterschieden, und die Absicht, den Landbund "an der Basis in Dorfbunde mit Untergruppen, nämlich: Bauerngruppen, Kleinbauerngruppen, Arbeiter- und Dienstbotengruppen, Hand

[177] OV vom 16.3.1919.
[178] OV vom 23.3.1919.

werker und Körperschaftsgruppen zu zergliedern". Die Vechtaer OV warb um die ständisch-korporative Geschlossenheit des Landvolkes und setzte auf die einheitliche Organisation im Südoldenburger Landbund:

> "Wir sind der Ansicht, daß aus solcher Gliederung und Scheidung, die an sich auch einige Vorteile haben mag, auf die Dauer nicht allein Konkurrenz-, sondern Kampforganisationen hervorgehen werden, die den innigen Zusammenschluß der Landbevölkerung nicht allein lockern, sondern unter Umständen sehr stark gefährden könnten. Im Münsterland erstreben viele den Zusammenschluß aller landwirtschaftlichen Stände und den möglichsten Ausgleich an der Wurzel der Berufsgruppen."[179]

Die doppelte Organisation des Landbundes wurde für den Fall nicht als Nachteil angesehen, "wenn beide Bunde getrennt marschieren und vereint schlagen". Außerdem schien zu diesem Zeitpunkt die Frage nach der politischen Selbständigkeit des kleinen nordwestdeutschen Freistaates noch nicht geklärt. Sollte Oldenburg seine Selbständigkeit verlieren "oder aber der Norden des Freistaats sich mit Bremen zusammentun", stünde man in der Organisation des südoldenburgischen Landbundes weitaus unabhängiger als in einem gesamtoldenburgischen da. Priorität genoß aber die oldenburgische Lösung, die historisch gewachsen war, vorbehaltlich einer Klärung der kulturpolitischen Zeitfragen, die die sozialen und ökonomischen Erwägungen eindeutig dominierten:

> "Vorläufig aber halten wir an Oldenburg als dem Gegebenen und uns lieben fest, weil uns viele Fäden damit verbinden: vorausgesetzt, daß man uns in Kirchen- und Schulangelegenheiten nicht unerträglich knebeln will, sondern Garantien dagegen schafft. An sich möchten wir, wie gesagt, durchaus am liebsten Oldenburger bleiben. Aber wenn der Schemen der Preußenfaust auf unser Herz den Schatten wirft, oder aber, wenn man sich durchaus nicht im geringsten um unsere Wünsche kümmern mag und will - dann wirft die blonde Sachsenmaid den Kopf zurück und schlägt sich zum großen Westfälischen Bauernverein, weil es eben nicht anders geht. Etwas mehr Rücksicht und etwas anders geartete Rücksicht hätte sie schon lange von ihren nördlicheren Landsleuten erwartet. Ja, sie hat schon mehrmals darum gebeten."[180]

Aus den programmatischen Erörterungen der Vechtaer OV über die Organisation der bäuerlichen Selbstvertretung geht hervor, daß die Frage des Südoldenburger Landbundes in die komplexen politischen Auseinandersetzungen der Zeit eingebettet war und der soziale und ökonomische Gegensatz zwischen dem politisch weiterhin dominierenden Norden des Landes und der katholischen Minderheit im Süden auch nach 1918 sensibel gehandhabt wer

---

[179] OV vom 27.3.1919.
[180] Ebd.

den wollte. Das katholische Münsterland wollte seine politische Loyalität belohnt wissen mit verfassungsrechtlichen Garantien seiner kulturpolitischen Eigeninteressen im zukünftigen Freistaat. Darunter fielen in erster Linie die Aufrechterhaltung des konfessionellen Schulwesens einschließlich der Lehrerbildung und oberen Schulverwaltung und die Freiheit der katholischen Kirche. Die Gründung des Südoldenburger Landbundes ist somit auch als ein Ausdruck traditioneller südoldenburgischer Identität anzusehen, der eine allzu enge Anbindung des Landvolks an den Norden nicht gelegen kam. Die konfessionelle Frage, das wird vor allem an der Debatte über die politische Selbständigkeit Oldenburgs deutlich, bestimmte auch weiterhin die politischen Prioritäten. Das galt auch für die Verfassungsberatungen, die aus südoldenburgischer Perspektive weitgehend unter dem konfessionellen Primat geführt und von kirchen- und schulpolitischen Fragen geprägt wurden. Auf diesem Sektor wiederholte sich die politische Konstellation in den Verfassungsberatungen von 1848/49.

Bereits im Juni 1919 lagen die Satzungen für den "Süd-Oldenburger-Landbund" vor, nach denen umgehend die Wahl der Bauerschafts- und Gemeindebünde durchgeführt werden sollte. Die noch fungierenden Bauernräte wurden gebeten, die Werbung von Mitgliedern zu übernehmen.[181] Am 21. Juni 1919 wurden der Vorsitzende und der Amtsbundvorstand des Amts Vechta gewählt.[182] Auf unwillkommene Konkurrenz stieß der südoldenburgische Landbund vorübergehend in der Christlichen Gewerkschaft der Heuerleute, von der er zumindest "eine Erschwerung, wenn nicht Unmöglichmachung seiner Arbeit in sehr wichtigen Programmpunkten" erwartete. Die Vechtaer OV berichtete über die Entstehung des christlichen Gewerkschaftsbundes der Heuerleute, der der freigewerkschaftlichen Organisation der Heuerleute und damit einer Spaltung des im Zentrum repräsentierten politischen Katholizismus vorbeugen sollte. Die Christliche Gewerkschaft der Heuerleute wurde Anfang des Jahres 1919 gegründet, als "von Osnabrück her die Sozialdemokraten ihre Agitation in das Münsterland verlegten, und nicht ohne Erfolg, zumal der durch die Revolution und die Zeitverhältnisse in Deutschland zur Herrschaft gekommene neue Geist die Agitation förderte". Über die Motive, eine eigene Gewerkschaft für die christlichen Heuerleute zu gründen, hieß es in der OV weiter:

---

[181] StAO 262 - 11 - 696, Bl. 5887.

[182] OV vom 27.6.1919. Zum Vorsitzenden wurde Zeller und Gemeindevorsteher Bergmann aus Westerbakum gewählt, zu seinem Stellvertreter Landwirt Dammann aus Lutten.

"Da konnte und durfte man von christlicher Seite nicht mehr tatenlos bleiben und den Sozialdemokraten das Feld überlassen. Wir glauben wohl behaupten zu können, daß an eine Organisierung der Heuerleute von christlicher Seite, zumal nach Gründung des S.O.L. nicht so leicht herangegangen worden wäre, wenn nicht der von links drohenden Gefahr hätte vorgebeugt werden müssen. Wir glauben weiter behaupten zu können, daß es den Landwirten, wo es entweder sozialdemokratisch oder christlich heißt, lieber sein muß, einer christlich-nationalen Organisation gegenüberzustehen, als dem radikalen sozialdemokratischen Landarbeiterverband. [...] Man könnte einwenden, daß die Stellung des Heuermanns zum Landwirt nicht die gleiche wie die des Arbeiters zum Fabrikanten ist. Das ist in gewissem Sinne richtig. Nicht richtig ist aber, wenn gesagt wird, daß Heuermann und Industriearbeiter, wenn beide, wie es hier der Fall ist, auf christlichem Boden stehen, schroffe Gegensätze wären."[183]

Der Errichtung eines christlichen Gewerkschaftsbundes für Heuerleute lagen eindeutige politische Motive zugrunde, die den Einfluß der Sozialdemokratie auf dem Lande aufzuhalten versuchten. Bei der Gründung dieser Gewerkschaft dominierten konfessionelle Gesichtspunkte die Fragen gesellschaftlicher Interessenvertretung. Daß die Probleme einer gewerkschaftlichen Organisation der Heuerleute nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt thematisiert wurden, zeigt deutlich, daß sich eine erhebliche soziale Differenzierung in der überkommenen geschlossenen Agrargesellschaft Südoldenburgs abzeichnete und die wirtschaftlich abhängigen sozialen Schichten wie Heuerleute und Gesinde an sozialer Mobilität gewonnen hatten. Diese soziale wie politische Mobilisierung war auf die Revolution und eine vorsichtige Liberalisierung der Lebensverhältnisse zurückzuführen, die auch die beständige südoldenburgische Agrargesellschaft erfaßt hatte. Offensichtlich kam es den grundbesitzenden Eliten der katholischen Agrargesellschaft Südoldenburgs darauf an, diesen Mobilisierungsprozeß einzudämmen und die sozialen Spannungen soweit zu mindern, daß sie zu keiner existentiellen Gefahr für den Bestand des politisch-sozialen Milieus wurden. Dazu diente auch die Begründung eines eigenen Landbundes, der alle bäuerlichen Bevölkerungsgruppen umfassen und in einer sozialen Korporation vereinigen sollte. Über den divergierenden sozialen Interessen der grundbesitzenden und grundbesitzlosen Schichten erhob sich eine dritte Größe, die in ihrem Schatten die südoldenburgische Landbevölkerung einigen konnte: der Mythos Heimat. Dieser Mythos wurde vom Landbund kultiviert, dessen Wirken "die Unterstützung jedes Heimatfreundes und überhaupt eines jeden, der von der grundlegenden Bedeutung der Landwirtschaft für unser wirtschaftliches Leben überzeugt ist", moralisch verdient. Dem traditionsbewußten Heuermann

[183] OV vom 27.7.1919.

in Südoldenburg blieb auf Dauer keine wirkliche Wahl zwischen den Organisationen, wohl aber die Hoffnung, daß Gewerkschaft und Landbund "nicht gegeneinander, sondern neben- und miteinander für ein Ziel, das Wohl der Heimat", stritten.[184]

Die Skepsis des Zentrums gegenüber der Landbund-Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg resultierte aus parteipolitischen Besorgnissen der traditionellen Milieupartei. Die Dachorganisation der auf regionaler Basis gegründeten Landbünde, der Deutsche Landbund (DLB), fusionierte Ende 1920 mit dem Bund der Landwirte (BdL) zum Reichs-Landbund (RLB). Der RLB war bis zur Gründung der Landvolkpartei in den Jahren 1928 bis 1930 fast ausschließlich an die Deutsch-Nationale Volkspartei gebunden, die "je länger je eindeutiger an die Traditionen und Interessenschwerpunkte der agrarischen Deutsch-Konservativen Partei in der Wilhelminischen Ära anknüpfte".[185] Der DLB und seine Nachfolgeorganisation, der RLB, bildeten "Kernstücke jenes konservativen, militärisch-bürokratischen Blocks, der im Kaiserreich alle Demokratisierungs- und Partizipationsanstrengungen der Arbeiterschaft und des schwachen linksliberalen Bürgertums konterkarierte" und unter den veränderten Bedingungen seit der Gründung der Weimarer Republik "die liberalen und sozialstaatlichen Postulate der neuen Staatsverfassung zu unterlaufen" versuchte.[186] Das berührte unmittelbar die politische Interessenlage des Zentrums als katholische Milieupartei. Die Gefahr des Abdriftens der katholischen Bauern in das rechtskonservative Lager forderte die katholische Presse und die Vertreter des politischen Katholizismus in Südoldenburg heraus. Das Zentrum glaubte, seine politische Einflußnahme auf die katholische Landbevölkerung im Süden des Freistaates besser wahren zu können, wenn der oldenburgische Landbund in einen politischen Norden und Süden gespalten war, und es verwies darauf, auch landwirtschaftliche Interessen in den politischen Gremien zu vertreten. Eine angemessene Repräsentation der südoldenburgischen Landwirtschaft spielte bei den Zentrumskandidaturen für die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg eine große Rolle. Die Bildung einer eigenen Organisation des Landbundes war von zentraler Bedeutung für die Integration der katholischen Landbevölkerung und für die Reorganisation des politischen Milieus in Südoldenburg. Im Gegensatz zum Landbund waren die christlichen Bauernvereine, die in ka

[184] Ebd.
[185] FLEMMING, Landwirtschaft, S. 16.
[186] Ebd., S. 13.

tholischen Regionen wie im Westfälischen stärker vertreten waren, an die Zentrumspartei gebunden und hielten an ihr trotz ihres konfessionellen Primats, der ihren Handlungsspielraum als wirtschaftspolitische Interessenvertretung erheblich einschränkte, in den 1920er Jahren fest. Die christlichen Bauernvereine verstanden sich wie die Organisationen der katholischen Arbeiter und Mittelständler im genossenschaftlichen Sinne als Mittel zur Selbsthilfe und als Gliederungen des katholischen Vereinswesens.[187]

In erster Linie aufgrund seines bündischen Charakters und seiner eindeutigen politischen Ausrichtung, die ihn an die Seite der Rechtsparteien im Norden des Freistaates stellte, konnte sich der "Landbund" in Südoldenburg nicht behaupten und ging in den Bauernverein über. Als sich das Zentrum nach dem Ende der Revolution und der Verfassungsberatungen im Reich wie im Freistaat als Regierungspartei etablierte, gewannen die christlichen Bauernvereine in Südoldenburg an Einfluß; eine konfessionelle Brücke zum westfälischen Raum war ohnehin gegeben. So konnte sich nach dem Ersten Weltkrieg eine Konfessionalisierung der agrarpolitischen Selbstorganisation der südoldenburgischen Landwirtschaft durchsetzen und das politische Milieu in dieser Region nachhaltig stärken. Als "Geburtstag des Oldenburger Bauernvereins" galt somit der 10. Juli 1919, als sich der Südoldenburger Landbund konstituierte. In Südoldenburg sei die Organisation zunächst unter dem Namen "Südoldenburger Landbund" gegründet worden, weil das Wort "Bauer" im Gegensatz zum Wort "Heuermann" stehe und die tragende Idee des Bauernvereins, nämlich alle bäuerlichen Stände zu einigen, zu torpedieren drohe. "Kolon, Zeller, Kötter, Eigner und Heuermann, also alle Bauern, sollten mit dem ländlichen Handwerk und den Gewerbetreibenden und mit allen, die kulturell und wirtschaftlich mit der Scholle verwachsen" sind, "einen einheitlichen Zusammenschluß zur Wahrung der ideellen und materiellen Interessen des Landvolks bilden".[188] Da die Organisation als Interessenvertretung des gesamten Landvolkes gedacht war, wurde für jede Gemeinde ein Schlichtungsausschuß eingerichtet, der Konflikte beilegen sollte, die vor allem zwischen Bauer und Pächter bzw. Heuermann anfielen. Der konfessionelle Primat auferlegte dem Bauernverein eine politische Selbstbeschränkung, von der die Landvolkpartei, die sich als radikale politische Interessenvertretung der Bauern verstand, profitierte. Insgesamt wirkte der christliche Bauernverein in den letzten Jahren der Republik mäßigend auf die Agraropposition in Südoldenburg ein und trug so dazu

[187] WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 145ff.
[188] OV vom 14.7.1929: Artikel zum zehnjährigen Bestehen des Oldenburger Bauernvereins.

bei, daß die Region nicht auf der ganzen Linie von der Landvolkbewegung erfaßt und mitgerissen wurde. Er teilte mit dem deutschen Episkopat die Skepsis gegenüber dem politischen Extremismus auf der Linken wie auf der Rechten und verstand sich - wie das Zentrum - als Bewegung der Mitte: konservativ, national und christlich. Das konnte ihn freilich vor dem Schicksal der Gleichschaltung 1933 nicht bewahren.

1.5.2. Sozialpolitisches Konfliktpotential: "Eine Heuer erhöhen, weil der Heuermann etwas mehr verdient, ist eine Dummheit."

Die von den der Sozialdemokratie nahestehenden Freien Gewerkschaften angestrengten Bestrebungen, die grundbesitzlosen Heuerleute und das landwirtschaftliche Gesinde, das nunmehr den Status einer freien Landarbeiterschaft genoß, gewerkschaftlich zu organisieren, implizierten auch die Absicht, die politische und soziale Emanzipation der Landbevölkerung zu befördern und sie zu Trägern einer demokratisch verfaßten Gesellschaft zu machen.[189] Diese Versuche mißlangen in Südoldenburg frühzeitig: Weder der grundbesitzende Bauer noch der grundbesitzlose Heuermann oder Landarbeiter wurden in Südoldenburg in einer Interessenvertretung, einem Arbeitgeberverband und einer Gewerkschaft, erfaßt. Nach den Worten von Vertretern der agrarökonomischen Elite in Südoldenburg sollte die faktische Interessenkollision zwischen selbständigen und unselbständigen Landwirten nicht das sozialpolitische Handeln der beiden Gesellschaftsgruppen bestimmen, sondern sie sollte unter Berufung auf das berufsständische Ethos des Bauerntums, dem Bauer, Heuermann und Landarbeiter gleichermaßen angehörten, organisatorisch im Landbund überwunden werden. Ein Anschluß an die Christlichen Gewerkschaften kam aus diesem Grunde für das abhängige Bauerntum in Südoldenburg nicht in Frage.

Die Versammlung des Amtsbundausschusses Vechta am 28. Juli 1919 setzte sich energisch dafür ein, daß der münsterländische Heuermann dem Landbund beitrat, obwohl nicht zu übersehen war, daß aus der "gewerkschaftlichen Sache etwas wird und daß der Landbund damit rechnen muß". "Der Heuermann ist kein Arbeiter", erklärte Bauer Franz Meyer-Holte, und gehöre deshalb nicht in die Gewerkschaft, sondern in den Landbund, der nur dann zu einem Arbeitgeberverband werde, "wenn die Gewerkschaften einen Arbeit

[189] FLEMMING, Landwirtschaft, S. 12.

nehmerbund schaffen". Angesichts der drohenden sozialen und politischen Sezession der Heuerleute aus dem politisch-sozialen Milieu in Südoldenburg zeigte sich Meyer-Holte ihren sozialen und wirtschaftlichen Forderungen gegenüber konzessionsbereit und regte im Landbund die Einrichtung einer Kommission aus Heuerleuten an, "die in den einzelnen Gemeinden Fühlung nehmen und ihre Wünsche und Forderungen formulieren" sollte, unter einer Voraussetzung:

> "Sämtliche Forderungen sollen so weit berücksichtigt werden, als es nur irgend möglich ist. Vorbedingung ist, daß die christlichen Gewerkschaften die Agitation so lange unterbrechen, bis das Ergebnis der Verhandlungen zu ersehen ist. Wenn der Landbund dann den berechtigten Forderungen der Heuerleute nicht entspricht, kann die Gewerkschaft ihre Arbeit wieder aufnehmen."[190]

Meyer-Holte gab ausdrücklich zu verstehen, daß sich auch die südoldenburgischen Bauern auf dem neuen sozialpolitischen Boden der Nachkriegszeit befänden, und deutete an, welche Praktiken offensichtlich die Lage des Heuermanns bedrückten:

> "Daß wir die Heuerleute gut stellen müssen, ist selbstverständlich. [...] Eine Heuer erhöhen, weil der Heuermann etwas mehr verdient, ist eine Dummheit. Bei den Pächtern liegt die Sache anders. Wir wünschen nicht mit den christlichen Gewerkschaften Streit anzufangen. Für die Landwirte ist es ein Segen, daß sie das Koalitionsrecht erhalten haben. Wo rein Landarbeiter sind, sind auch die christl. Gewerkschaften gut, aber wo sie mehr Landwirte als Arbeiter sind, ist der Landbund die richtige Organisation."[191]

Franz Meyer-Holte gehörte in der Vorkriegszeit und in der Weimarer Republik zu den einflußreichsten politischen Repräsentanten des südoldenburgischen Bauerntums und nutzte seine Stellung, um eine soziale und politische Polarisierung in der Landbevölkerung zu verhindern.

> Franz Meyer zu Holte, der am 7. Mai 1882 in Holte bei Damme geboren wurde und daselbst am 19. Oktober 1945 starb, absolvierte nach dem Besuch des Realgymnasiums in Quakenbrück eine landwirtschaftliche Lehre im väterlichen Betrieb sowie auf dem Rittergut Lengefeld bei Korbach. Danach begann er ein Studium an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Halle, das er wegen des Todes seines Vaters abbrechen mußte. 1904 übernahm er den väterlichen Hof. Wie sein Vater engagierte sich Franz Meyer zu Holte in den katholischen Bauernorganisationen. Er war Vorstandsmitglied des Deutschen Christlichen Bauernvereins in Berlin, Vorsitzender des Oldenburgischen Bauernvereins und Mitglied der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer. Er betätigte sich in der Kommunalpolitik und gehörte als Zentrumsabgeordneter von 1923

[190] OV vom 31.7.1919.
[191] Ebd.

bis 1933 dem Landtag an, dessen Vizepräsident er von 1925 bis 1931 war.[192] Meyer-Holte gehörte nicht zu den Vorkämpfern in der Landvolkbewegung, führte den Oldenburger Bauernverein 1933 aber in die gleichgeschaltete Landesbauernschaft Oldenburg-Bremen.

Ökonomierat Lohaus aus Dinklage sah in den Christlichen Gewerkschaften keine große Gefahr und ging davon aus, daß sich das traditionelle Standesbewußtsein in Südoldenburg durchsetzen werde:

> "Der Heuermann ist ein Mensch so gut wie der Bauer, er muß mit Achtung behandelt werden. Lebens- und Wohnungsbedingungen müssen möglichst gute sein. Wir müssen die Zersplitterung in der Landwirtschaft vermeiden. Das ganze Land muß geschlossen bleiben. Wenn den Heuerleuten das klargelegt wird, so treten sie den Gewerkschaften nicht bei."[193]

Die soziale und politische Beruhigung des unterständischen Bauerntums im Zeichen eines berufsständischen Ethos war eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Reorganisation des politischen-sozialen Milieus in Südoldenburg. In diesem Prozeß wurde die Landbund-Bewegung funktionalisiert, um die Einheit der südoldenburgischen Landwirtschaft organisatorisch und sozialpolitisch zu wahren. Die in Bauernräten und Landbünden organisierte Landwirtschaft Südoldenburgs stellte sich im November 1918 auf den Boden der Republik, um ihre Interessen unter den veränderten politischen Rahmenbedingungen kontinuierlich wahrzunehmen und die Einheit des südoldenburgischen Bauerntums zu sichern. In diesem Bemühen kooperierte sie solange mit den protestantisch geführten Bauernräten im Norden des Landes, bis sie sich regeneriert hatte und vor allem im südoldenburgischen Landbund ihr eigenes Organisationswesen entfalten konnte. Der Prozeß der sozialen wie politischen Reintegration der katholischen Agrargesellschaft in Südoldenburg war an der Jahreswende 1919/20 weitgehend erfolgreich abgeschlossen. Dazu trug sicherlich auch die dezentrale Organisation der Landbünde bei, die gegenüber den katholischen Standesorganisationen, den christlichen Bauernvereinen, in der Krisenlage am Ende des Ersten Weltkrieges den Vorteil genossen, in den Gemeinde-, Amts- und Kreisverbänden präsent zu sein und unmittelbar vor Ort zu operieren. Als diese Aufgaben im Rahmen der Kriegsbewirtschaftung und Demobilisierung entfielen, sah sich der Landbund im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg mit politischen Legitimationsbedürfnissen konfrontiert, die er unmittelbar nicht befriedigen

---

[192] FRIEDL, Handbuch, S. 465 (von Hans Friedl).
[193] OV vom 31.7.1919.

konnte. Aber ihre soziale und politische Aufgabe der Reintegration der ländlichen Gesellschaft in der Umbruchphase 1918/19 haben die Landbünde in Südoldenburg erfüllt.

Die in der kapitalistischen Agrarverfassung herrschenden ökonomischen Widersprüche wurden in der Phase des Umbruchs und der Desorientierung nach dem Ersten Weltkrieg durchaus artikuliert, aber das politische Konfliktpotential reichte nicht aus, um aus dem angestammten Milieu zu exilieren und den Anschluß an den freigewerkschaftlichen Deutschen Landarbeiter-Verband (DLV) zu suchen. Dazu verstand sich der Heuermann in Südoldenburg zu wenig als Arbeiter. Für "die Integration der bäuerlichen Gefolgschaft" spielte die Landbundidee eine zentrale Rolle. Mit ihrer Hilfe gelang es, das gegen Kriegsende im unterständischen Kleinbauerntum aufbrechende Protestpotential zu kanalisieren und "dem gewerkschaftlichen Zugriff auf die Landarbeiterschaft einen Riegel vorzuschieben". Die sichtbar werdende Politisierung der Landarbeiterschaft und "die Heranführung des ländlichen Proletariats an den Rechtsstatus der Industriearbeiter" kündigten zwar eine neue Dimension in den Sozialbeziehungen auf dem Lande an, aber von der sich darin abzeichnenden Gewichtsverlagerung konnten die Gewerkschaften nicht profitieren. Der grundbesitzenden Klasse in Südoldenburg war nicht an einer sozialen oder politischen Emanzipation des Heuermannes und der abhängigen Landarbeiterschaft gelegen, sondern an ihrer Integration in die traditionelle patriarchalische Agrarverfassung der Region. Diese bot die beste Gewähr dafür, der Bewegung unter den Landarbeitern und Heuerleuten "den antikapitalistischen Stachel zu nehmen" und sie unter "Verschleierung der aus den Besitz- und Arbeitsverhältnissen erwachsenden Interessenantagonismen" politisch zu entschärfen. Trotz eines vorübergehenden taktischen Entgegenkommens und demonstrativer Wertschätzung des Heuermannes dominierten bei der grundbesitzenden Klasse in Südoldenburg von altersher "antigewerkschaftliche Mentalitäten und Verhaltensweisen, die sich einer Konkretisierung des kollektiven Arbeitsrechts widersetzten und die sozialstaatlichen Postulate der Weimarer Verfassung ablehnten".[194] Der Kampf gegen die

[194] FLEMMING, Landwirtschaft, S. 252f. Nach Art. 165 der WRV waren die Arbeiter und Angestellten "dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen werden anerkannt." Die Arbeiter und Angestellten sollten zur Wahrnehmung ihrer Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten sowie in einem Reichsarbeiterrat erhalten. (Verfassungen, S. 105f.)

Gewerkschaftsbewegung in Südoldenburg nach 1918 bedeutete auch eine Ablehnung der gesellschaftlichen Repräsentanten einer ungewollten und ungeliebten Verfassungsordnung. Damit scheiterten auch die Anstrengungen zur sozialen und politischen Emanzipation der Landbevölkerung und zur Demokratisierung des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg. Die Entpolitisierung der sozialen Frage auf dem Lande enthielt eine historische Kontinuität, die die familial-patriarchalischen Strukturen der Vorkriegszeit konservierte und auf die demokratische Austragung der Interessenkonflikte zugunsten der konfessionellen Doktrin verzichtete. Die Demokratisierung beschränkte sich nach 1918 in Oldenburg wie in anderen Staaten auf die Ebene der politischen Führung und Repräsentation, erfaßte die gesellschaftliche Basis aber nicht tiefgreifend genug. Darin ist sicherlich ein Grund für den mangelnden Rückhalt des Freistaates in der Landbevölkerung zu sehen, zumal auch das konfessionelle Schulwesen keinen grundlegenden Reformen unterzogen wurde. Es wurde zum politischen Tabu, dessen Verletzung einem Angriff auf das "summum bonum" selbst gleichkam.

Obwohl der Landbund und damit die Elite der südoldenburgischen Agrargesellschaft die soziale Mobilität der unterständischen bäuerlichen Schichten noch aufzuhalten versuchte, war doch eine bemerkenswerte Differenzierung und Dynamik an der sozialen Basis erkennbar. Aufgrund fortschreitender Liberalisierung und Demokratisierung des öffentlichen Lebens hatte der Heuermann den Mut gefunden, das Wort in seinem eigenen Interesse zu ergreifen und sich vorsichtig aus dem patriarchalischen Sozialverband mit dem Erbbauern zu lösen. Traditionelle konfessionelle Übereinstimmungen und die zunehmende Kultivierung und Moralisierung des Heimatbegriffes trugen erheblich zur Zähmung des sozialen Konfliktes und zur Tradierung der traditionellen Strukturen in der südoldenburgischen Agrargesellschaft bei, die somit als Fundament des politisch-sozialen Milieus über Weltkrieg und Revolution hinaus erhalten blieb. Die Treue und Gefolgschaft der Heuerleute und ihrer Familien war eine wichtige Voraussetzung für das soziale und politische Überleben des katholischen Milieus in Südoldenburg. Seinen gesellschaftlichen und politischen Agenturen ist es nach 1918 gelungen, sowohl die durch die Einführung des Wahlrechts politisch ermutigten Frauen als auch die durch die Aufbruchsstimmung selbstbewußter und mobiler gewordene Klasse der Heuerleute zu beschwichtigen und zu disziplinieren, weil die bestehenden ökonomischen Abhängigkeiten beiden Bevölkerungsschichten einen Ausweg in die ökonomische Selbständigkeit und die soziale Ungebundenheit verlegten. Dabei sollte es nach den Vorstellungen der gesellschaftli

chen und politischen Elite dieser Region auch bleiben. Die Grenzen des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs waren nicht nur durch die kirchliche Autorität, sondern vor allem auch durch den bäuerlichen Grundbesitz und die durch ihn vermittelten sozialen Abhängigkeiten gezogen. Erst die Verbürgerlichung und Urbanisierung der Lebensverhältnisse auf dem Lande in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg rüttelten an diesen fundamentalen Voraussetzungen des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg, weil immer weitere Bevölkerungskreise in den Status sozialer Mobilität und milieuunabhängiger Flexibilität gelangen konnten. Das hatte nachhaltige Auswirkungen auf die traditionellen bäuerlichen Familien und die Stellung der Frauen in der ländlichen Gesellschaft, die einen tiefgreifenden sozialen Wandel erfuhr. Die Lebensqualität wird seitdem mit anderen Maßstäben gemessen.

Wider Erwarten gehörten Pächter und Heuerleute aber nicht zu der bäuerlichen Klasse, die das größte politische Konfliktpotential enthielt und aus dem Milieu emigrierte. Träger der Protestbewegung im christlich-nationalen Landvolk waren grundbesitzende Bauern, die teilweise auch zur politischen Elite der Region zählten. In die traditionelle Agrargesellschaft Südoldenburgs war in der Zeit der Weimarer Republik Bewegung gekommen. In ihrer Enttäuschung über die starre Haltung des Zentrums als Konfessionspartei und in der Pflege illusionärer nationaler Zukunftserwartungen waren viele Bauern bereit, die konfessionellen kirchlichen Auflagen abzuschütteln und zur politischen Selbsthilfe in der christlich-nationalen Landvolkbewegung zu greifen. Dieser kam aufgrund ihrer regionalen Beschränkung und ihres partiellen Volkswillens die Funktion eines Katalysators zu, der den Protest sammelte, politisch kanalisierte und schließlich dem radikaleren Bündnispartner im Nationalsozialismus überlassen mußte. Voraussetzung dafür war der Umstand, daß die traditionelle bäuerliche Agrargesellschaft Südoldenburgs den gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der großen ökonomischen Krisen in der Weimarer Republik nicht gewachsen war. Sie suchte ihr politisches Überleben in der Aufsprengung eines konfessionell verengten sozialen Milieus, obwohl sie nur in der moralisch-religiösen Abwehrhaltung geübt und auf die geistige und politische Begegnung mit der Moderne nicht vorbereitet war. Das berufsständische Postulat war in der Weimarer Republik "eine populäre Formel, von der nicht wenige Grundbesitzer glaubten, sie

werde ihnen inmitten der Industriegesellschaft eine bequeme Idylle bewahren".[195]

Die Debatte um die Organisation der Heuerleute und unterständischen bäuerlichen Schichten im Sommer des Jahres 1919 verdeutlicht die geistig-seelische Genese eines traditionsbewußten Heimatbegriffes, der als ideologische Fiktion in Verbindung mit dem Patriarchat vergangener oder bedrohter bäuerlicher Kulturen gedacht wurde und eine moralische Verpflichtung zur sozialen wie politischen Selbsdisziplinierung enthielt. Seine Notwendigkeit ergab sich aus dem Spannungsfeld modernisierter Agrargesellschaften, die in der Treue zur Heimat eine letzte verbindliche moralische Qualität zu etablieren und ein Zeugnis von Tugend und Rechtschaffenheit - auch vom 'braven' Bauern ist häufiger die Rede - zu erkennen versuchten. Der traditionelle südoldenburgische Heimatbegriff hatte die revolutionären Umbrüche am Ende des Ersten Weltkrieges überstanden und konnte seine Funktion als ideologisch-moralische Klammer weiterhin voll ausfüllen. So wurde der Mythos von Heimat zum Vehikel sozialer Besänftigung und Kontrolle.

[195] FLEMMING, Landwirtschaft, S. 327.

2. Die Stellung des Zentrums in der Gründungsgeschichte des Freistaates Oldenburg (1918/19)

2.1. Einleitung

Die durch den Ausbruch der Revolution und den Thronverzicht Wilhelms II. völlig veränderte politische Lage in Deutschland stürzte das Zentrum zwar in große Verlegenheiten, weil es auf die Umwälzung weder von seiner politischen Psychologie her noch programmatisch-inhaltlich vorbereitet war, mobilisierte aber auch seine Energien, um den politischen Katholizismus in Deutschland zu sammeln und in den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung zur Durchsetzung der repräsentativen Demokratie gegen die sozialistische Lösung einzuschalten.[196] Das drängendste Problem bestand für das Zentrum darin, die sich immer weiter ausdifferenzierenden ökonomischen und sozialen Interessen seiner Klientel zu integrieren und in der Zentrumspartei eine einheitliche und geschlossene Vertretung der Katholiken zu erhalten. Im Wahlkampf zur Nationalversammlung an der Jahreswende 1918/19 gelang es dem politischen Katholizismus in Deutschland aufgrund seiner intakt gebliebenen Vereins- und Organisationsstrukturen, die kultur- und kirchenpolitischen Fronten aus der Vorkriegszeit wieder zu restaurieren. Am massiven Widerspruch gegen den preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann, der die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht forderte, entzündete sich im katholischen Volksteil eine neuerliche Kulturkampfstimmung, die auch wieder eine Kulturkampf-Formation errichtete. Ohne den einigenden Schulterschluß, den Hoffmanns "kulturpolitischer Husarenritt" hervorgerufen hatte, wäre die politische Integrationskraft des Zentrums in der Gründungsphase der Republik sicherlich noch einer stärkeren Belastungsprobe ausgesetzt worden. Die politischen Signale aus Berlin wurden "unisono" als Auftakt zu einem neuen Kulturkampf aufgefaßt, der das Verhältnis vieler Katholiken zur neuen Staatsform praktisch von ihrer Geburtsstunde an nachhaltig belastete.[197] Die Pläne Hoffmanns stellten auch für das oldenburgische Zentrum "einen willkommenen Anlaß dar, die politischen Freund-Feind-Kennungsmuster in Kulturkampfmanier wieder zu aktivieren", indem die Absichten der preußischen Regierung in der Zentrumsagitation "als widergöttlich" dargestellt wurden. Neben der äußeren Abgrenzung war der Zentrums

---

[196] MORSEY, Zentrumspartei, S. 79ff.; SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 58-67: Der Sturz der Throne.
[197] DAMBERG, Moderne, S. 202, 206.

führung auch an einer verstärkten Binnenintegration der vielfältigen sozialen Gruppen gelegen. Hatte der Milieukatholizismus vor 1914 in erster Linie auf den Volksverein zurückgreifen können, übernahmen nach 1918 auch andere katholische "Vorfeldorganisationen" diese Aufgabe und das Zentrum selbst, das seine Parteiorganisation ausbaute.[198] Aber unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, die nach dem Ersten Weltkrieg herrschten und auch auf dem Lande eine einsetzende Erosion an den Rändern und zunehmende Spannungen innerhalb der katholischen Sozialmilieus erkennen ließen, konnte das aus der Zeit des "Kulturkampfes" überkommene Selbstverständnis der Zentrumspartei, die politische Interessenvertretung aller Katholiken zu sein, nur noch mühsam aufrechterhalten werden.[199]

Die unmittelbare Nähe von Verfassungsreform und Revolution desillusionierte das Zentrum und große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland, die den Demokratisierungsprozeß nun als Auftakt zur unerwünschten Revolution sahen und ihn im nachhinein bedauerten. Eine zukünftige Verfassungsordnung in Deutschland, die nicht monarchisch repräsentiert wurde, war in breiten Zentrumskreisen zunächst nicht vorstellbar. Deutsch-nationale Loyalität und monarchische Legitimität blieben tragende Elemente im Verfassungsverständnis des Zentrums und noch bis zum unmittelbaren Ausbruch der Revolution wirksam. Auf "die Anfang Oktober ebenso überstürzt wie das Waffenstillstandsangebot unter dem Druck der Obersten Heeresleitung erzwungene Parlamentarisierung" war das Zentrum nach Auffassung von Rudolf Morsey politisch nicht vorbereitet. Morsey stellt nachdrücklich fest, daß "die Notwendigkeit, sich trotz des bisherigen programmatischen Bekenntnisses zur Monarchie und zum deutschen Konstitutionalismus der Vorkriegszeit und trotz innerer Vorbehalte gegen die Republik [...] entschlossen und konsequent auf den Boden der neugeschaffenen ‘vollendeten’ Tatsachen zu stellen", dem Zentrum große Schwierigkeiten bereitete. Als am 9. November 1918 aber politische Fakten geschaffen wurden, die historisch so leicht nicht wieder rückgängig gemacht werden konnten, "mußte die Zentrumspartei sofort Stellung nehmen, wollte sie nicht den Anschluß an die politische Entwicklung verpassen oder von den Ereignissen überrollt werden."[200] In der Entscheidung der Zentrumsfraktion im Reichstag, sich nicht in die Debatte um den Rücktritt des Kaisers einzuschalten, ist ebenfalls ein

---

[198] WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 84ff., Zitat: S. 90; MORSEY, Zentrumspartei, S. 110ff.: Adolf Hoffmann als Retter des Zentrums?; HAFFERT, Arbeitervereine, S. 117ff.
[199] DAMBERG, Moderne, S. 209f.
[200] MORSEY, Zentrumspartei, S. 73, 81, 83.

Beweis für die Unentschlossenheit des Zentrums und sein mangelndes politisches Selbstvertrauen zu sehen, das sich in die Bewältigung der Krise nicht gestaltend - nach eigenen Maßstäben und Zielsetzungen - einschaltete, sondern abwartete und den nächsten Schritt von der politischen Entwicklung abhängig machte.[201] Karl Anton Schulte räumte 1929 ein, daß das Zentrum von der Revolution überrascht worden sei "wie die meisten der anderen Parteien", aber es habe sich "nicht zu Boden treten und vernichten" lassen. Er betonte im politischen Rückblick besonders die nationale Verantwortungsbereitschaft seiner Partei in den Tagen der Revolution:

> "Weit davon entfernt, mit den Revolutionären gemeinsame Sache zu machen, war das Zentrum doch bereit, gerade in der Zeit der tiefsten Erniedrigung seinem Volk und Vaterland zu dienen."[202]

Je stärker von katholischer Seite der Ruf nach der Einberufung der verfassunggebenden Nationalverammlung erklang, desto dringlicher stellte sich die Frage nach der Reorganisation der Zentrumspartei und damit auch die Möglichkeit einer interkonfessionellen christlich-demokratischen Partei. "Der Schritt zur interkonfessionellen Sammelpartei wurde nicht gewagt", so Heinrich Lutz, "wobei wohl neben dem kulturpolitischen Abwehrinteresse des Episkopats auch die innere Unsicherheit zwischen Rechts- und Linksorientierung hemmend mitsprach". Der konfessionelle Primat enthob das Zentrum weiterhin der historischen wie politischen Notwendigkeit, seine Beziehung zur Weimarer Demokratie grundsätzlich zu klären. Auch das ‘neue’ Zentrum nannte sich weiterhin "Verfassungspartei" und betonte "die prinzipientreue Kontinuität zur monarchischen Vergangenheit". Nach der kulturkämpferischen Stimmung an der Jahreswende 1918/19 wies die Weimarer Nationalversammlung für das Zentrum und große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland "den eigentlichen Schritt in die Republik".[203] Auf diesem Weg bot eine indifferente verfassungspolitische Kompromißformel "dem Heimweh der offenen und heimlichen Monarchisten ebenso Raum wie den Republikanern".[204]

Es waren die spezifischen katholischen Werte und Interessen, die die Bildung einer christlichen Sammlungspartei nach dem Ersten Weltkrieg verhinderten

---

[201] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 62.
[202] SCHULTE, Zentrum, S. 29f.
[203] LUTZ, Demokratie, S. 71f.
[204] Ebd., S. 87.

und eine innere Öffnung des Zentrums für die protestantischen Wähler unglaubwürdig machten, und die grundsätzliche Frage, welchen Platz ein interkonfessionelles Zentrum im Parteienspektrum der Weimarer Republik einnehmen sollte. Eine neue Partei in der politischen Mitte der Republik, die sich als christlich verstand, hätte liberales, konservatives und rechtes Bürgertum beider Konfessionen integrieren müssen und darüber die katholische Arbeiterbewegung zu großen Teilen an die Sozialdemokratie verloren. Nach 1945 stellte sich die Situation für das Projekt einer christlich-demokratischen "Union" völlig anders dar, weil sowohl das Zentrum als auch die bürgerlichen Parteien im "Dritten Reich" untergegangen waren. Es war Platz für eine neue christliche Partei, die dem traditionellen Katholizismus und dem bürgerlichen Protestantismus eine gemeinsame Heimat geben konnte, ohne die katholische Arbeiterschaft ganz zu verlieren. Das Zentrum war nach seinem Selbstverständnis in der Weimarer Republik keine Partei wie die anderen Parteien, die auf diesseitsbezogene Weltanschauungen und materielle politische Interessen festgelegt waren, sondern unterschied sich von ihnen durch die moralische Verpflichtung gegenüber einer christlichen Jenseitsreligion, die vom souveränen Lehramt der katholischen Kirche authentisch interpretiert und autoritativ ausgelegt wurde - auch für das Zentrum als die 'amtliche' politische Parteiorganisation der Katholiken. Auch diese Verhältnisse hatten sich 1945 grundlegend geändert.

2.2. Die Reorganisation der Deutschen Zentrumspartei (DZP)

Mit der raschen Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung verband der politische Katholizismus die Hoffnung auf eine bürgerliche parlamentarische Mehrheit, der sich das Zentrum anzuschließen gedachte, und die Durchsetzung einer repräsentativen Demokratie, die aus der Sicht des Katholizismus die Freiheit von Kirche und Glauben und die bestehende privatkapitalistische Wirtschafts- und Sozialordnung bewahrte und gegen den Sozialismus verteidigte. Ein pragmatischer Konstitutionalismus, der bereits die Position des Zentrums im Kaiserreich bestimmt hatte, gab wieder den Ausschlag für die Mitarbeit in den politischen Organen der Republik auf Reichs- wie auf Landesebene. Zentrumschronist Carl Bachem drückte im November 1918 die Hoffnung seiner Partei auf "eine Solidarität der bürgerlichen Parteien" aus, "um dem Anprall der Mächte des Umsturzes begegnen zu können", und fügte in weltanschaulicher Abgrenzung gegen die anderen Parteien hinzu:

> "Denken dabei andere Parteien vielleicht mehr an den Fortbestand unserer materiellen Verhältnisse, so müssen die Anhänger des Zentrums dabei in erster Linie an die idealen und religiösen Interessen denken, deren Hut ihnen anvertraut ist, doch ohne der unentbehrlichen materiellen Interessen zu vergessen."[205]

Daß der Ernst der Stunde besondere politische Anstrengungen verlangte, wurde im ersten "Aufruf zur neuen Lage" deutlich, der auf den 14. November 1918 datiert und von den "in Berlin anwesenden Mitglieder[n] der Zentrumsfraktion des Reichstags", zu denen auch Matthias Erzberger gehörte, namentlich unterzeichnet war.[206] In dieser Erklärung, in der die Position der Deutschen Zentrumspartei in der politischen Revolution deutlich markiert wurde und sich diffuse Umrisse eines künftigen Parteiprogramms abzeichneten, riefen Zentrumsführer ihre Partei und ihre Anhänger offen zum legalen politischen Kampf gegen die Revolution auf und forderten die umgehende Einberufung einer Nationalversammlung, die die deutsche Verfassungsfrage endgültig zu klären hatte:

> "Wir reden die Sprache eines Volkes, und was wir denken und fordern, versteht jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau. Darum hört! **Berlin ist nicht Deutschland**; Berlin ist **nicht das deutsche Volk**. Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit sind Ideen, Ideen, die nicht in 43 Stunden sterben. Sie sind die urewigen Menschheitsideale, die verkörpert sind in dem Wahlspruch des Zentrums: Für Wahrheit, Freiheit und Recht.
> Das deutsche Volk verträgt **keine Diktatur**, keine Entrechtung, keine **Klassenherrschaft**; es bestimmt die Grundlagen seines staatlichen Lebens aus eigenem Recht. Alle Deutschen haben an dieser Selbstbestimmung den gleichen Anteil. [...]
> Die **Wahlen** zur Nationalversammlung **müssen sofort ausgeschrieben** werden. Bis dahin ist für uns vom Zentrum der **Reichstag** die gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes, gewählt nach dem bisher freiesten und demokratischsten der europäischen Wahlrechte ist er die unerschütterliche Basis unserer staatsbürgerlichen Rechte. [...]
> Offener Kampf der Anarchie! Nieder mit Willkür und Bolschewismus!"[207]

---

[205] BACHEM, Zentrumspartei, S. 12: Vorrede vom 20. November 1918.

[206] MORSEY, Zentrumspartei, S. 90ff. Morsey erläutert die Bildung der sog. "Berliner Gruppe", die sich nach dem 13. November wiederholt mit Kundgebungen an die politische Öffentlichkeit wandte. (S. 88-90)

[207] OV vom 15.11.1918. Sechs Mitglieder der letzten Reichstagsfraktion (Faßbender, Giesberts, Koßmann, Pfeiffer, Frhr. von Rechenberg und Schiffer) fanden sich am 12. November 1918 in Berlin zusammen, viele in dem Glauben, der Reichstag stelle weiterhin die einzige legitime Vertretung des deutschen Volkes dar. Seit dem 13. November 1918 wandte sich die Berliner Gruppe wiederholt mit Kundgebungen an die Öffentlichkeit, deren Entwürfe von Pfeiffer stammten. Die Leitung dieses Gremiums lag seit dem 14. November 1918 bei dem aus Compiégne zurückgekehrten Staatssekretär Erzberger. Am 14. November 1918 wurde aus diesem Gremium ein dreiköpfiger Aktionsausschuß gebildet und einen Tag später in Berlin ein Generalsekretariat des Zentrums errichtet, dessen Leitung der Reichstagsabgeordnete (seit 1907) und

Dieser "Aufruf zur neuen Lage" bekannte sich zu den alten Idealen des Zentrums und gab "keine Antwort auf die drängenden Probleme des Tages, unter denen die Fragen der künftigen Staatsform und Reichsgliederung zunächst vollständig ausgeklammert blieben".[208] Berlin war aber nicht der einzige Schauplatz, an dem innerparteiliche Diskussionen im Zentrum stattfanden. Beratungen im rheinisch-westfälischen Raum führten zur Verabschiedung des "Kölner Programmentwurfs" vom 19. November 1919. Nach Auffassung von Rudolf Morsey konnte nach dem Wortlaut auch dieser Erklärung von "tiefgreifenden Änderungen, geschweige denn von einem vollständigen Flaggenwechsel" nicht gesprochen werden. Er führt diesen Umstand darauf zurück, daß die Kölner Zentrumsvertreter "das Abwandern von Parteianhängern" in der Zeit des politischen Umschwungs verhindern wollten. Man befürchtete durch einen "Abbruch des Zentrumsturms den Verlust eines großen Teiles der bisherigen Stammwähler" und war aus diesen Motiven heraus auch gewillt, den Namen "Zentrum" beizubehalten und ihn eventuell durch die Formel "Freie deutsche Volkspartei" zu ergänzen.[209]

Aber nicht die Kölner, sondern die Berliner Beratungen setzten sich in der Zentrumspartei programmatisch durch, wohl auch aus dem Grunde, weil sie nur minimale Reformansätze enthielten. Im Verlauf der zahlreichen Debatten und Aktivitäten nach dem Ausbruch der Revolution in Berlin hatten sich die konservativen Kräfte der Partei immer stärker behaupten können. Sie warnten "vor einer Auflösung einzelner Landesorganisationen und der Zentrumseinheit, vor einem zu starken Zug nach links und vor einer zu raschen Preisgabe des Bekenntnisses zur monarchischen Staatsform".[210] An der Entstehung der "Berliner Leitsätze" waren nicht nur Führungsgruppen der Partei beteiligt, sondern auch Repräsentanten des politischen Katholizismus in Deutschland überhaupt: Zentrumsabgeordnete des ehemaligen Reichstages und des Preußischen Abgeordnetenhauses unter Führung von Erzberger und Pfeiffer, Vertreter der Zentrumspresse, der christlichen Arbeiterorganisa

---

langjährige Mitarbeiter Erzbergers, Maximilian Pfeiffer, übernahm. Dem Aktionsausschuß gehörten Pfeiffer für die Reichstagsfraktion, Prof. Wildermann für die Landtagsfraktion und Fortmann für die Zentrumspresse an. Der Ausschuß sollte die weiteren Schritte zur Reorganiation der Zentrumspartei auf Reichsebene koordinieren, vorbereiten und einleiten. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 88ff.; MT vom 18.11.1918)

[208] MORSEY, Zentrumspartei, S. 91.

[209] Ebd., S. 99-104, Zitate: S.102f.: Die Kölner Programm-Diskussion.

[210] Ebd., S. 107.

tionen, Mitglieder der christlichen Bauernvereine und Vertreterinnen katholischer Frauenvereine. So kann dieser Programmentwurf mit Einschränkung auch als Ausdruck politischer Meinungs- und Willensbildung im deutschen Katholizismus nach dem Ersten Weltkrieg überhaupt angesehen werden. Im "Aufruf", der den programmatischen "Berliner Leitsätzen" vorangestellt war, beschrieb das Zentrum am 20. November 1918 seine politische Position und warb für eine rasche Beendigung der Revolution:

> "Weltkrieg und Revolution haben das alte Deutschland zertrümmert. In Sturm und Drang wird ein neues geboren. Ein freier sozialer Volksstaat soll es werden, in dem sich alle deutschen Stämme, alle Klassen und Stände, alle Bürger ohne Unterschied des Glaubens und der Parteizugehörigkeit wohlfühlen können. Dieses neue Deutschland zu schaffen, ist Aufgabe des Gesamtvolkes, nicht einer Parteidiktatur. Alle Parteien wollen und müssen dabei sein. Dazu bedürfen aber die alten Parteien einer inneren und äußeren Erneuerung."

Mit der "Vereinigung der deutschen Stämme zu einem von starkem Nationalbewußtsein getragenen Volksreich" verband das Zentrum die Forderung nach "grundsätzlicher Erhaltung des Privateigentums auch in Produktionsmitteln" und Gewissensfreiheit im Sinne der "Freiheit der Religionsausübung" wie der "Freiheit der Kirchengesellschaften, der kirchlichen Genossenschaften und Vereine, der katholischen Orden und Kongregationen". Außerdem wurde jede "gewaltsame Änderung der staatlich=kirchlichen Rechtsverhältnisse" abgelehnt.[211] Aus dem "Wandel dieser Tage" werde ein "neues Zentrum" hervorgehen, das folgende "fundamentalen Grundsätze" zur politischen Ausgangsbasis "seiner Erneuerung als christlich=demokratische Volkspartei" erhob:

> "Rückhaltloses Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat, Bekämpfung jeder Klassenherrschaft, Ordnung in der Freiheit, offene Absage an den Mammonismus und Materialismus unserer Tage, Pflege der ideellen Werte, die Volk und Staat erst gesund machen."[212]

Die Veröffentlichung dieses "für die politische Um= und Neubildung vorläufig und vorbehaltlich" formulierten Programms in der südoldenburgischen Heimatpresse und der Blick auf die zahlreichen Gruppen im politischen Katholizismus, die an seiner Entstehung beteiligt waren, macht deutlich, daß sich das deutsche Zentrum schon Ende November 1918 in der Phase seiner politischen Reorganisation befand und der organisierte politische Katholi

[211] MT vom 25.11.1918.
[212] OV vom 25.11.1918.

zismus seine Handlungsfähigkeit zu diesem frühen Zeitpunkt schon wiedererlangt hatte.[213] Das geschah um den Preis, daß eine grundlegende programmatische Reform und weltanschauliche Neuorientierung des Zentrums nicht zustande kam und die konfessionellen parteipolitischen Grundlagen der Vorkriegszeit weitgehend erhalten blieben.

Die mit der Veröffentlichung der Kölner und mehr noch der Berliner Leitsätze am 19. bzw. 20. November 1918 einsetzende Diskussion um das künftige Programm der Deutschen Zentrumspartei gelangte vier Wochen später zu einem vorläufigen Abschluß. Die Generalsekretariate der Rheinischen, der Westfälischen und der Deutschen Zentrumspartei veröffentlichten den "Aufruf" und die "Leitsätze für die Politik des neuen Zentrums" am 20. Dezember 1918 unter dem Motto "Ruf zur Sammlung" als vorläufiges Parteiprogramm in der Presse. Der Name der Partei - ob "Deutsche Zentrumspartei" oder "Christliche Volkspartei" - war zu diesem Zeitpunkt offiziell noch nicht festgelegt.[214] Der Umstand, daß die neuen Berliner Leitsätze an die am 20. November 1918 publizierte Fassung anknüpften, macht in besonderer Weise deutlich, "daß zu diesem Zeitpunkt diejenigen Kräfte in der Partei unterlegen waren, die eine grundlegende Reform des Zentrums einschließlich einer Aufgabe des alten Namens anstrebten".[215] Besser als den anderen Gremien, die ebenfalls programmatische Ansätze und Entwürfe vorgelegt hatten, war es der Berliner Gruppe gelungen, durch rasches Handeln den eigenen Einfluß geltend zu machen und durchzusetzen. Am 30. Dezember 1918 wurden die Leitsätze vom Reichsausschuß der Zentrumspartei endgültig festgelegt und mit einem von Adolf Gröber unterzeichneten Aufruf veröffentlicht. In ihm

---

[213] MORSEY, Zentrumspartei, S. 104. Morsey bespricht die "Berliner Leitsätze" und arbeitet detailliert die Unterschiede zum "Kölner Entwurf" heraus, der aus voraufgegangenen und teilweise parallel geführten Beratungen hervorgegangen war. Er kommt zu dem Resultat: "Der Kölner Entwurf zielte von seinen Intentionen her auf Umgestaltung, die Berliner Fassung auf eine zeitgemäße Erneuerung des (alten) Zentrums." (S. 106)

[214] OV vom 21.12.1918. Die einzelnen Sekretariate befanden sich in Köln (Rheinische Zentrumspartei), Münster (Westfälische Zentrumspartei) und in Berlin (Deutsche Zentrumspartei). Die beiden Veröffentlichungen unterschieden sich programmatisch in einigen Punkten voneinander. Im Gegensatz zu den im November 1918 veröffentlichten Berliner Leitsätzen lauteten die wichtigsten neuen Forderungen in einem eigens eingefügten einleitenden Abschnitt "Verfassung": Wahrung der Einheit des Reiches und seiner bundesstaatlichen Ordnung, Stärkung des Reichsgedankens, Zuständigkeit der Bundesstaaten für die Regelung der kirchen- und schulpolitischen Fragen, Zusammenschluß mit allen "anschlußbereiten deutschen Stämmen", Einführung der Wahlpflicht und Mitbestimmung der Beamten in Form von selbstgewählten Ausschüssen und Kammern. (OV vom 21.12.1919; MORSEY, Zentrumspartei, S. 129f.)

[215] MORSEY, Zentrumspartei, S. 129.

war die Rede von einer "neuen Ordnung", die in eine "demokratische Republik" überführt werden müsse:

> "Durch gewaltsamen Umsturz ist die alte Ordnung Deutschlands zerstört, sind die bisherigen Träger der Staatsgewalt teils beseitigt, teils lahmgelegt worden. Eine neue Ordnung ist auf dem Boden der gegebenen Tatsachen zu schaffen, diese Ordnung darf nach dem Sturz der Monarchie nicht die Form der sozialistischen Republik erhalten, sondern muß eine demokratische Republik werden." [216]

Den zusätzlich angenommenen Namen "Christliche Volkspartei", unter dem die Zentrumspartei auch in Südoldenburg auftrat, ließ man nach den Wahlen zur Nationalversammlung wieder fallen. Damit war die Programmdiskussion in der reorganisierten Deutschen Zentrumspartei zu einem ersten Abschluß gekommen. Die drängende Frage nach einer möglichen Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland wurde sowohl in den Kölner wie in den Berliner Erklärungen ausgeklammert. Diese Tatsache stellte eine belastende Hypothek für die politische Zukunft des Zentrums in einem demokratischen Staatswesen dar.

Die Bereitschaft des Zentrums zur pragmatischen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus trotz weltanschaulicher Trennungslinien resultierte aus dem gemeinsamen Interesse, die Revolution zu beenden und die parlamentarische Demokratie politisch abzusichern, und aus nationalen Erwägungen, dieses neue Staatswesen durch politische Verweigerung nicht zur Kapitulation zu zwingen, mit allen daraus erwachsenden Folgen und Verantwortungen. Die Übernahme der "Diesseitsreligion des Materialismus" in der politischen Linken stellte aber das entscheidende Hindernis auf dem Weg zur Aussöhnung zwischen Christentum und Sozialismus in der Weimarer Republik dar.[217] Dieser Bruch kennzeichnete auch das Verhältnis zwischen den freien sozialdemokratisch orientierten und den Christlichen Gewerkschaften. In den Fragen von Ehe, Religion, Eigentum und Großstadtkultur stellten sich die entscheidenden Differenzen zwischen dem Katholizismus und dem sozialistischen Lager dar, die von beiden Seiten mit dem Anspruch auf Wahrheit verteidigt wurden und deshalb keine politischen Kompromisse zuließen. Zu ihnen zählten die von katholischer Seite immer massiv angeprangerten Diskussionen um die Reform der Ehescheidung, die Gleichstellung unehelicher Kinder, die Aufhebung oder Milderung des § 218

---

[216] MICHAELIS, Ursachen 3, S. 196ff.; MORSEY, Zentrumspartei, S. 132f.
[217] SCHNEIDER, Gewerkschaften, S. 536.

und die legale Verbreitung von sog. Schmutz- und Schundschriften.[218] In der politischen Agitation für die katholischen Grundwerte spielten Christliche Gewerkschaften und der "Volksverein für das katholische Deutschland" eine große Rolle. Die Übereinstimmung in ihren Aussagen reichte "von der Annahme, eine geistig-sittliche Wendung sei die wichtigste Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands, über die Hochschätzung von Arbeitsgemeinschaft und Berufsgedanken bis hin zur Vertretung von Führerkonzeptionen und (vorsichtig) nationalen Ideen sowie der Volksgemeinschaftsideologie". Auch die Umdeutung der Frontlinie zwischen Kapital und Arbeit zu einem Konflikt zwischen organischer und mechanistischer Weltanschauung, in dem Sozialdemokratie und Kapitalismus auf der einen Seite, Christentum und Volksgemeinschaft auf der anderen Seite standen, wurde vom Volksverein propagiert.[219] Der "Ruf der Sammlung" wurde am Ende der Weimarer Republik vom Zentrumsvorsitzenden Kaas wieder aufgegriffen.

Das politische System von Weimar wurde in den Reihen des Nachkriegskatholizismus als mechanistisch und starr denunziert, während man von irgendwelchen "organischen Lösungen träumte, die mit der sozialen und ökonomischen Realität der modernen Industriegesellschaft reichlich wenig gemein hatten".[220] Nicht Klassen, sondern Stände blieben nach 1918 konzeptionell die tragenden Säulen der katholischen Soziallehre, die die menschliche Arbeit als sittliche Pflicht im Dienste der Persönlichkeit und Gesellschaft begriff und sich gegen ihr einseitig materielles Verständnis wehrte. So bildete sich auch im Arbeitsbegriff der ideologische Konflikt von organologischer und mechanistischer Weltanschauung aus.

2.2.1. Die Wiederherstellung der alten Kulturkampf-Formation: "Jetzt kommt der Kulturkampf von noch schlimmerer Art."

Das politische Ziel der Zentrumspartei in den Wahlen zur Nationalversammlung bestand darin, eine sozialistische Mehrheit zu verhindern und zu diesem Zwecke das potentielle Wählerreservoir der Partei möglichst vollständig auszuschöpfen. Dazu bot das kulturpolitische Feindbild des preußischen Kultusministers Adolf Hoffmann eine willkommene Handhabe. Von

[218] KAUFMANN, Münster, S. 79f.
[219] SCHNEIDER, Gewerkschaften, S. 553.
[220] SONTHEIMER, Kultur, S. 462.

der Wiedererrichtung der Kulturkampf-Linie profitierte das Zentrum in seinem Bemühen, die Anhänger des politischen Katholizismus möglichst geschlossen zu sammeln und ihren Einfluß in den kommenden Verfassungsberatungen zu stärken, vor allem im Hinblick auf die zu erwartenden schul- und kulturpolitischen Auseinandersetzugen mit dem demokratischen Sozialismus, aber auch mit dem demokratischen Liberalismus. Durch diese Freund-Feind-Konstellation wurde das Verhältnis zwischen der politischen Linken und dem Katholizismus in der Weimarer Republik von Anfang an in einer Weise belastet, die die politische Zusammenarbeit dieser weltanschaulichen Kontrahenten in der Weimarer Koalition überschattete.

Die politische Öffentlichkeit im Freistaat wie im Reich erlebte unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und in den politischen Erschütterungen in den Tagen der Revolution die Restauration einer Kulturkampf-Formation, die schon in der Vorkriegszeit die parteipolitischen Trennungslinien mitbestimmt hatte. Das Startsignal zur Neuauflage des Kulturkampfes in Deutschland unter veränderten politischen Vorzeichen war gegeben, als das preußische Kultusministerium in zwei von Adolf Hoffmann unterzeichneten Erlassen vom 27. und 29. November 1918 die geistliche Schulaufsicht und den Religionsunterricht als Unterrichtsfach in Preußen aufhob.[221] Nach Rudolf Morsey bedeuteten diese Maßnahmen den Auftakt zur Entkonfessionalisierung des Schulwesens oder - wie sich die katholischen Bischöfe Preußens äußerten - zur Entchristlichung von Schule und Unterricht.[222] Diese Erlasse betrafen die schulpolitischen Verhältnisse in der Diözese Münster und konnten von Bischof Johannes Poggenburg nicht unwidersprochen bleiben. Mit den Gläubigen und der Kirchenleitung in der Diözese Münster, zu der auch der Offizialatsbezirk Oldenburg gehörte, solidarisierte sich die südoldenburgische Zentrumspresse, die sich der preußischen Schulpolitik heftig wider

[221] Laut Mitteilung der Vechtaer OV verfügte das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin am 27. November 1918: "1. Die geistliche Ortsschulaufsicht in Preußen ist von heute an aufgehoben. 2. Die Uebernahme durch die Kreisschulinspektoren ist unverzüglich in die Wege zu leiten und muß am 31. Dezember abgeschlossen sein" (OV vom 28.11.1918) Die Cloppenburger MT zitierte folgenden Passus aus dem Erlaß vom 29. November 1918: "Um jede Glaubens- und Gewissensvergewaltigung aus der Schule zu entfernen, ist es nötig, **jeden Zwang** zu religiösen Uebungen und Aeußerungen, auch zur stillschweigenden Beteiligung zu ihnen, zu beseitigen." Im einzelnen sei beabsichtigt, so die Cloppenburger Zentrumspresse, das Schulgebet zu beseitigen, den gemeinsamen Kirchgang der Kinder zu verbieten, im Fach Religion keine Hausaufgaben mehr zu geben und es als Prüfungsfach aufzuheben. (MT vom vom 10.12.1918)

[222] MORSEY, Zentrumspartei, S. 111.

setzte, obwohl sie von den umstrittenen Erlassen nicht betroffen war. Die Vechtaer OV kommentierte die Schulpolitik des preußischen Kultusministers mit Entsetzen und Empörung. Damit sei ein erster Schritt "im Sinne des sozialdemokratischen Schulprogrammes, das die religionslose Schule fordert", getan und weitere Schritte "zur völligen Trennung von Kirche und Schule" würden bald folgen, wenn nicht "das Volk in seiner Mehrheit sich gegen diese Vergewaltigung in der Erziehung ihrer Kinder zur Wehr setzt, indem es bei der demnächstigen Wahl zur Nationalversammlung mit dem Stimmzettel eine andere Entscheidung erzwingt". Die Zeitung erinnerte an das Schicksal katholischer Väter im Ersten Weltkrieg, die sich "bei ihrem Opfertode" gewiß gewesen seien, "daß die katholische Erziehung ihrer Kinder auch in Zukunft ebenso gesichert sei, wie sie es in der Vergangenheit gewesen war". Aber der preußische Minister Adolf Hoffmann habe "kein Gefühl der Parität für ihre Wünsche" gezeigt. Die OV warnte vor einer politischen Belastung der jungen Republik und der inneren Einheit des Volkes durch die preußische Schulpolitik:

> "Man hüte sich sehr, ausschlaggebenden Volksteilen schon jetzt die Freude an der **Freiheit der Demokratie und am neuen Vaterlande** zu verleiden."[223]

Unter dem Motto "Gegen die Trennung von Kirche und Staat" ließ der bekannte Kirchenhistoriker Professor Georg Schreiber, die politische "Führerfigur" des münsterischen Katholizismus, auf einer spontan einberufenen Zentrumsveranstaltung in der Universitätsstadt vehement die Erinnerung an den preußischen Kulturkampf aufleben und machte den Sozialismus für die Erniedrigung der katholischen Kirche verantwortlich. Erst die katholische Kirche habe "das alte Germanentum zu einem Kulturstaate gemacht" und "die Schulfrage in die Hand genommen".[224] In der Resolution der Kundgebung, die den kulturpolitischen Kurs Südoldenburgs mit beeinflußte, hieß es:

---

[223] OV vom 28.11.1918.

[224] OV vom 29.11.1918. Prälat Professor Georg Schreiber (1882 - 1963) gehörte zu den populärsten Zentrumspolitikern und katholischen Wissenschaftlern in der Weimarer Republik. Seit 1914 bekleidete er eine Professur in Regensburg und wurde 1917 Ordinarius für Kirchengeschichte an der Universität Münster. 1935 bis 1945 wurde er zwangsemiritiert und kehrte 1945 wieder nach Münster zurück. Von 1920 bis 1933 war er Zentrumsabgeordneter im Deutschen Reichstag; er vertrat den Wahlkreis Westfalen-Nord. Schreiber war Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Organisationen, Referent des Reichstages für den Etat des Reichsinnenministeriums, Gründer des Instituts für Auslandskunde in Münster und des vaterländischen "Deutschen Schutzbundes" und der führende Kulturpolitiker und Leiter des kulturpolitischen Ausschusses der Reichstagsfraktion, deren Vorstand er ebenfalls angehörte. Schreiber sprach auf allen großen Wahlkundgebungen des münsterischen Zentrums und referierte über die ak-

> "Die heutige Versammlung ist der übereinstimmenden Ueberzeugung, daß eine solche beabsichtigte Trennung von Kirche und Staat keineswegs nur zum Schaden der Kirche gereichte, sondern ebenso sehr zum größten Nachteil des Staates, indem sie unveräußerliche Kulturgüter des deutschen Volkes preisgibt, die seit Jahrhunderten ihren Segen erwiesen haben. In einer Zeit, da man allenthalben laut die Freiheit verkündet, verlangen wir einmütig und entschieden auch die Freiheit der Kirche innerhalb des Staatslebens und die sorgsamste Beobachtung der in der Verfassung niedergelegten Garantien."[225]

Auf der Versammlung in Münster wurde die kulturpolitische Frontstellung der Vorkriegszeit neu aufgelegt und wurden die politischen Maximen deutlich gemacht, die den Handlungsspielraum der zukünftigen Zentrumspolitik weitgehend bestimmten. Die Cloppenburger MT begann am 10. Dezember 1918 mit dem Abdruck einer Artikelserie, die sich unter dem programmatischen Titel "Eine freie Kirche im freien Staate." gegen die Trennung von Kirche und Staat aussprach und ausführlich aus dem Protestschreiben des preußischen Episkopats vom 2. Dezember 1918 gegen den Runderlaß Hoffmanns zitierte.[226] Darin wurde ausdrücklich betont, daß die sittlichen Maximen politischen Handelns für die katholischen Bischöfe auf dem christlichen Naturrecht beruhten und außerhalb der sich wandelnden Geschichte lägen:

> "Wir katholischen Bischöfe können unser Handeln nicht abhängig machen von den wandelbaren Meinungen der Menschen, sondern müssen uns leiten lassen von den unwandelbaren Prinzipien der ewigen Wahrheit. Wir werden dann auch stets bemüht bleiben, so viel an uns liegt, den Frieden zwischen Kirche und Staat aufrecht zu erhalten, anderseits aber auch unsere Pflicht tun gegen die unserer Hirtensorge anvertrauten

---

tuelle politische Lage: "Seine wichtige Position in der Zentrumspartei prädestinierte ihn ebenso wie seine Stellung als Geistlicher für die Rolle einer politischen Autorität in Münster." In der Endphase der Weimarer Republik lieferte Schreiber die programmatischen Begründungen des Zentrumskurses. In mehreren Schriften widmete er sich der kirchlichen Rechtsgeschichte des Mittelalters, der religiösen Volkskunde und der deutschen Wissenschafts- und Kulturpolitik. Zu den wichtigsten politischen Werken Georg Schreibers gehören: Deutsche Kulturpolitik und der Katholizismus (1922), Grundfragen der Zentrumspolitik (1924), Auslandsdeutschtum und Katholizismus (1927, 5. Aufl. 1930), Zentrum und Reichspolitik (1931), Brüning, Hitler, Schleicher (1932, 16. Aufl. 1932), Zur Demokratie und Diktatur, 1949. (KAUFMANN, Münster, S. 117)

[225] OV vom 29.11.1918.

[226] MT vom 10.12.1918. Ebenfalls am 10.12.1918 erschien ein Leitartikel unter dem Titel "Wohin geht der Weg? Adolf Hoffmann auf dem Kutscherbock der Kultur". Im zweiten Teil der Artikelserie, der am 12.12.1918 erschien, wurde das Schreiben vom 2.12.1918, das vom Kölner Kardinal und Erzbischof Felix von Hartmann "im Namen des preußischen Episkopats gegen den diktatorischen Erlaß Adolf Hoffmanns" verfaßt worden war, im Wortlaut abgedruckt. (MORSEY, Zentrumspartei, S.113f.)

> Gläubigen, insbesondere gegen die Kinder, welche Gott zu christlichem Unterricht und zu christlicher Erziehung in Haus und Schule der Kirche überwiesen hat "[227]

Angesichts ihrer Leistungen im Ersten Weltkrieg sah sich die katholische Kirche von der demokratischen Wende mit Undank gestraft und betonte ihre staatstragende Haltung, die sie auch in der konstitutionellen Ära geübt habe. Die Vechtaer OV druckte in ihrer Ausgabe vom 25. Dezember 1918 den Hirtenbrief der preußischen Erzbischöfe und Bischöfe gegen die Kulturpolitik Hoffmanns ab und betonte die loyale Haltung der katholischen Kirche in der Vergangenheit, die unabhängig von den herrschenden Systemen fraglos die Autorität des jeweiligen Staates gestützt habe:

> "Sie dient immerfort dem Gesamtwohle des Staates, indem sie den Kindern Gehorsam einschärft gegen Eltern und Vorgesetzte und den Eltern aufopfernde Liebe und Sorge befiehlt für die Kinder, indem sie den Bürgern jeglichen Standes treue, unentwegte Pflichterfüllung predigt und allen Gliedern des Volkes Frieden und Einigkeit untereinander. [...] Noch in diesem Kriege hat sie - dessen ist Freund und Feind allüberall Zeuge - unermeßliches Leid gestillt und vieler furchtbaren Not bei den Daheimgebliebenen und bei den Gefangenen in fernen Ländern vorgebeugt. Und der Dank dafür? [...] Ein **Staat** ohne Gott, ohne Religion! Wer soll den Bestand des Staates sichern, wer die Gewissenhaftigkeit und Treue seiner Bürger, die Wahrhaftigkeit in Handel und Wandel gewährleisten? [...] Und eine **Schule** ohne Gott und ohne Offenbarung! Ohne Christentum und Kirche!"

Scharf attackierten die preußischen Bischöfe, zu denen auch der Bischof von Münster zählte, den kulturpolitischen Kurs Hoffmanns als Frevel und "Beraubung der Kirche" und riefen zum Kampf gegen den "Staat ohne Gott, ohne Religion" auf. In diesen Worten zeichnete sich das politische Profil der im Vorfeld der Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung wieder entfesselten Kulturkampf-Mentalität ab:

> "Das Höchste und Heiligste, was wir haben, steht mit der Trennung von Staat und Kirche auf dem Spiel. Es geht ums Ganze, um die Ehre Gottes, um den Namen Jesu Christi, um Eure heilige Kirche, um Eure Gewissensfreiheit, um das Heil Eurer Seelen, und um das Heil der Seelen Eurer unschuldigen Kinder. [...] Jetzt kommt der Kulturkampf von noch schlimmerer Art. Schließt darum enger wieder Eure Reihen! Verteidigt Eure Rechte mit Unerschrockenheit und Ausdauer! Glaubet nicht, daß wir übertreiben. In der Zukunft droht Schreckliches. [...] Es sind die Feinde der Religion, die jetzt ihre Stunde gekommen glauben."[228]

---

[227] MT vom 12.12.1918.

[228] OV vom 25.12.1918; Kirchliches Amtsblatt Jg. 52, Nr. 19, 21.12.1918, S. 111-115. Unterzeichnet ist der Hirtenbrief vom 20. Dezember 1918 für die Diözese Münster von Bischof Johannes am 23. Dezember 1918.

Die Grundsätze der politischen Theologie des 19. Jahrhunderts behielten nach 1918 ihre volle Gültigkeit, weil sie dem Gesetz der Geschichte nicht unterworfen waren. Die katholische Kirche empfahl sich der Republik, wie sie sich der Monarchie empfohlen hatte, und sicherte beiden Systemen ihre staatsbejahende Haltung zu, ohne sich mit den jeweiligen Verfassungsnormen politisch zu identifizieren. In Preußen hatte die Protestwelle innerhalb kürzester Zeit Erfolg. Am 28. Dezember 1918 wurden die von Adolf Hoffmann zu verantwortenden Erlasse vom 27. und 29. November 1918 wieder aufgehoben. Das geschah nicht nur aus Rücksichtnahme auf die religiösen Gefühle der katholischen Bevölkerung und die aktuelle Wahlkampfsituation, sondern auch aus der Sorge um "das durch die Umwälzung des 9. November bedenklich gelockerte Staatsgefüge Preußens".[229]

Weltanschaulich präjudiziert wurde das Zentrum in der Wahrnehmung der "idealen und religiösen Interessen" durch die autoritativen Aussagen des katholischen Lehramts, wie sie besonders vom deutschen Episkopat auf seinen Vollversammlungen in Fulda, von deutschen Bischöfen oder von den Vorsitzenden der großen katholischen Organisationen vorgetragen wurden. Am 8. Januar 1919 schalteten sich die Oberhirten der niederrheinischen Kirchenprovinz in einem gemeinsamen "Bisch. Hirtenschreiben gegen die Sozialdemokratie" in den Wahlkampf für die verfassunggebende Nationalversammlung ein und trugen zu einer erheblichen Polarisierung der innenpolitischen Diskussion bei.[230] Diese Kundgebung war für die Oldenburger Katholiken vom münsterschen Bischof Johannes Poggenburg unterzeichnet, der noch vor dem Ersten Weltkrieg die Leitung der Diözese übernommen hatte.[231] Sie traf eindeutige Feststellungen über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus, die kaum noch interpretationsfähig waren und den Handlungsspielraum des Zentrums auf eine entideologisierte gouvernementale Regierungspraxis reduzierten:

---

[229] MORSEY, Zentrumspartei, S. 115ff., Zitat: S. 117.

[230] OV vom 12.1.1919; MORSEY, Zentrumspartei, S. 134ff. Als weitere Beispiele führt Morsey den Aufruf des Präses des Diözesanverbandes der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine und die Kundgebung des Breslauer Fürstbischofs Bertram vom 21. Januar 1919 an, der den Katholiken den "Anschluß" an die sozialistischen Parteien ausdrücklich verbot. (S. 134, Anm. 1 und 2).

[231] Das Bistum Münster gehörte zur niederrheinischen Kirchenprovinz, dessen Präsidium traditionsgemäß dem Kölner Erzbischof zustand. In Köln residierte seit 1920 Erzbischof Karl Joseph Schulte (1920 - 1941), dem ein Jahr später auch die Kardinalswürde übertragen wurde.

> "Man kann nicht überzeugter Anhänger des Sozialismus und gleichzeitig ein aufrichtiger katholischer Christ sein. Entweder - oder. Der Widerspruch und Kampf des Sozialismus gegen Christentum und Kirche ist unversöhnlich."[232]

Der Hirtenbrief, der über die bisherige Ablehnung der liberalen preußischen Kirchen- und Schulpolitik weit hinausging, legte bereits die Linie fest, "mit der der Episkopat und damit auch weite Teile des deutschen Katholizismus der Sozialdemokratie während der gesamten Weimarer Republik gegenübertraten".[233] Die Ursache für den unversöhnlichen Widerspruch zwischen Sozialismus und Christentum erkannten die Oberhirten in den materialistischen Wurzeln des politischen Sozialismus, der sich vom christlichen Jenseitsglauben abgewandt und den Atheismus zu seiner weltanschaulichen Maxime gemacht hatte:

> "Die verhängnisvolle Irrlehre des Sozialismus ist nämlich aufgebaut auf den sogenannten Materialismus; mit der materialistischen Weltanschauung ist sie innerlich und unzertrennlich verbunden. Danach gibt es überhaupt nichts Geistiges, nichts Ewiges, nichts Unveränderliches. Alles ist Stoff, alles ist zeitlich, alles ist mit dem Tode zu Ende, alles, was existiert, ist in fortwährendem, veränderlichem Fluß. Seht, geliebte Diözesanen, das ist das Grunddogma des Sozialismus. Ihr erkennet sofort, daß es dann keinen Gott geben kann, keine Unsterblichkeit. Dann gibt es keinen Gottmenschen Jesus Christus, kein Jenseits und kein Wiedersehen, keine ewige Hölle und keinen Himmel."[234]

Durch den weltanschaulichen Materialismus seien die ideellen Grundlagen des Christentums in ihrem Bestand gefährdet, zumal sie durch die ordnungs- und gesellschaftspolitischen Aussagen der Sozialdemokratie fortgesetzt bedroht würden. Nach dieser politischen Lehre sollte nicht nur der Staat ganz von der Kirche getrennt und "die katholische Sittenlehre und das katholische Sittenleben" in Ehe, Familie und Gesellschaft untergraben, sondern "das Privateigentum an den Produktionsmitteln" als Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft, mit der sich die katholische Kirche ordnungspolitisch identifizierte, aufgehoben werden. Damit traten die Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz im schwelenden Streit um die zukünftige Wirtschaftsverfassung in Deutschland für die privatkapitalistische Wettbewerbsgesellschaft ein und erteilten allen sozialistischen Modellen, wie sie in der Rätebewegung diskutiert wurden, eine kompromißlose Absage. Dem bürgerlichen Privateigentum

---

[232] OV vom 12.1.1919.
[233] HAFFERT, Arbeitervereine, S.118.
[234] OV vom 12.1.1919.

sprachen die Bischöfe eine quasi dogmatische Qualität zu, die naturrechtlich legitimiert wurde:

> "Und bedenket wohl! Der ganze Plan ist unchristlich und geht gegen Gottes Anordnung. Der Schöpfer hat dem Menschen das Recht des Privateigentums in und mit der menschlichen Natur gegeben. Und die gottgewollte Ordnung und Entwicklung in der menschlichen Gesellschaft fordert das Privateigentum ebenfalls gebieterisch."[235]

Durch diese Aussagen wurde das Zentrum nach rechts auf die Seite der konservativen bürgerlichen Parteien verwiesen und die sich anbahnende Zusammenarbeit von Zentrum und Sozialdemokratie desavouiert. Was den Kampf gegen den christlichen Staat und die christliche Gesellschaft betraf, erkannten die Oberhirten der niederrheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Bistümer in ihrem gemeinsamen "Hirtenschreiben gegen die Sozialdemokratie" zwischen den Unabhängigen Sozialisten und den Mehrheitssozialisten keinen wesentlichen Unterschied und erklärten mit der vollen Autorität ihres hohen Amtes:

> "Wer den Sozialismus unmittelbar oder mittelbar, durch eigenes Tun oder durch Nachlässigkeit oder durch Saumseligkeit unterstützt, versündigt sich an Christus und an seiner Kirche. Wer zu Christus und zu seiner Kirche hält, kann es nicht mit dem Sozialismus halten. [...] Geliebte Diözesanen! Ihr kennt jetzt Eure Pflicht, und stets vertrauen wir auf Eure katholische Treue. Jeder von Euch wiederhole in diesen entscheidungsreichen Tagen sein heiliges Taufgelübde:
>
> Fest soll mein Taufbund immer stehn,
> Ich will die Kirche hören.
> Sie soll mich allzeit gläubig sehn
> Und folgsam ihren Lehren.
> Dank sei dem Herrn, der mich aus Gnad,
> In seine Kirch' berufen hat.
> Nie will ich von ihr weichen!"[236]

---

[235] Ebd. In der Öffentlichkeit wurde der Hirtenbrief "nicht nur als Kampfansage an die Sozialdemokratie, sondern auch als Positionsnahme der Amtskirche zugunsten des Besitzes interpretiert. Die Unruhe in der katholischen Arbeiterschaft in Essen war offensichtlich so groß, daß der örtliche Klerus sich gezwungen sah, mit einem Artikel in dem Essener Kirchenblatt vom 26.1.1919 beschwichtigend auf die Basis einzuwirken. (HAFFERT, Arbeitervereine, S. 119)

[236] OV vom 12.1.1919. Das Hirtenschreiben ist unterzeichnet von den Erzbischöfen bzw. Bischöfen von Köln, Trier, Paderborn, Münster, Osnabrück und Hildesheim. Das Taufgelübde des Katholiken, das an entscheidenden Wendepunkten des Lebens erneuert wurde, zitierten die Oberhirten im Wortlaut.

Das politische Votum an der Wahlurne, das seiner Bedeutung nach bewußt in die Nähe des katholischen Taufgelöbnisses gerückt wurde, war Ausdruck höchster moralischer Pflichterfüllung und ein Zeichen treu ergebener Anhänglichkeit an die katholische Kirche. Der Hirtenbrief vom 8. Januar 1919, der durch die Kanzelverlesung in der Kirche und die Veröffentlichung in der Heimatzeitung eine enorme Resonanz erzielte, ist ein Schlüsseldokument für das politische Selbstverständnis des deutschen Katholizismus in der Gründungsphase der Weimarer Republik. Das Rundschreiben der Bischöfe der niederrheinischen Kirchenprovinz und der ihr angeschlossenen Diözesen war keine Ausnahme. Zahlreiche deutsche Bischöfe ermahnten ihre Gläubigen eindringlich, sich an der Wahl zu beteiligen und nur christlich gesinnte Abgeordnete zu wählen, und schalteten in die Agitation auch die Vorsitzenden und Vorstände der großen katholischen Organisationen ein.[237] Der Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs Kardinal Felix von Hartmann zum neuen Jahr 1919, den die Vechtaer OV abdruckte, schloß mit einem Appell, der das demokratische Wahlrecht für den Katholiken in den Rang einer 'heiligen' Wahlpflicht erhob und religiös maßlos sanktionierte:

> "Bleiben wir uns alle wohl bewußt, daß wir einst vor Gottes Richterstuhl darüber Rechenschaft werden ablegen müssen, wie wir unsere Wahlpflicht erfüllt haben. Wählen wir darum so, daß wir damit vor Gott bestehen können. Schließlich mache ich es noch den Herren Geistlichen zur Pflicht, in entsprechender Weise namentlich auch durch Heranziehung geeigneter Organisationen dahin zu wirken, daß dieselben Wahlberechtigten ihrer Gemeinde, welche sie als gutgesinnte Katholiken kennen, möglichst vollzählig an der Wahl sich beteiligen."[238]

---

[237] Ein Hirtenbrief des Bischofs von Fulda appellierte wenige Tage vor der Wahl zur Nationalversammlung eindringlich an das Gewissen der katholischen Wähler und versuchte, sie mit der Androhung von Höllenstrafen moralisch einzuschüchtern: "Welche Vorwürfe müßtet Ihr Euch Euer ganzes Leben und noch in der Todesstunde machen, wenn Ihr durch Unterlassenheit oder durch verkehrte Betätigung Euch zu Mitschuldigen machen würdet an einem unglücklichen Ausgang der Wahl." (WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 90) Der Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, nahm in seinem Wahlaufruf vom 3.1.1919 ausdrücklich Bezug auf die Mahnung, die die Gläubigen "aus dem letzten gemeinsamen Hirtenschreiben der Bischöfe Preußens vernommen" hätten. (MT vom 9.1.1919)

[238] OV vom 5.1.1919: Hirtenbrief vom 1.1.1919 zu den Wahlen am 19. und 26. Januar 1919. Zur politischen Lage in Preußen wie im Reich erklärte der Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann: "Von den Beschlüssen dieser Versammlungen hängt voraussichtlich das Wohl und Wehe unseres geliebten Vaterlandes und **die Zukunft unserer hl. katholischen Kirche in deutschen Landen** in hohem Grade ab. Ich halte es deshalb für eine gebieterische Pflicht meines Oberhirtenamtes, euch eindringlich an die Pflichten zu erinnern, die euch nicht bloß als Staatsbürgern, sondern auch als treuen Kindern der katholischen Kirche bei den bevorstehenden Wahlen obliegen."

Unterstützt wurde das Zentrum in seinen schul- und kulturpolitischen Anstrengungen nicht nur von der katholischen Kirche, sondern auch vom katholischen Vereinswesen. Eine Gründungswelle von Ortsausschüssen der Katholischen Schulvereinigung setzte nach Mitteilung der Vechtaer OV in Südoldenburg noch im November 1918 ein. Sie warb um Unterstützung für das konfessionelle Schulwesen. In Vechta fand "zu dem genannten Zwecke eine Versammlung gleich nach dem Hochamte im Gesellenhause am nächsten Sonntag" statt, "wozu alle, denen die Erhaltung und Förderung der christlichen Schule am Herzen liegt, eingeladen sind".[239] Auf einer politischen Versammlung in Löningen erklärten einem Zeitungsbericht zufolge 100 Anwesende spontan ihre Bereitschaft, der Katholischen Schulvereinigung beizutreten.[240] Auf einer Zentrumsversammlung in der Cloppenburger "Walhalla", die vom Dechanten, Prälat Eduard Brust, geleitete wurde, stellte der Dominikanerpater Laurentius Siemer, ein bekannter Ordensgeistlicher aus Südoldenburg, Mitte Dezember 1918 "die Notwendigkeit und die Zwekke und die Ziele der katholischen Schulorganisation" heraus und gab zu bedenken, "daß alles ganz anders gekommen sei, als wie es sich das deutsche Volk bei Ausbruch und im Verlaufe des gewaltigsten aller Kriege vorgestellt" habe.[241] Auch nach der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung stand die Zustimmung des deutschen Episkopats zur Republik unter politischen Vorbehalten, obwohl die Nationalversammlung in Weimar wichtige Forderungen der katholischen Kirche und der katholischen Bevölkerung in Deutschland erfüllte.

2.2.2. Das demokratische Frauenwahlrecht: "Die Wesensveranlagung der Frau deutet eigentlich auf andere Wege."

Der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts in der Weimarer Republik kommt eine epochale Bedeutung in der Geschichte der deutschen Frauenbewegung zu. In der Umbruchsituation am Ende des Ersten Weltkrie

---

[239] OV vom 28.11.1918. Über Wesen, Tätigkeit und Satzung der Katholischen Schulvereinigung berichtete nach Angaben der OV die Flugschrift "Die Vereinigung der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung", die von der Zentralstelle der Schulvereinigung in Düsseldorf zu beziehen war.
[240] MT vom 28.11.1918.
[241] MT vom 16.12.1918. Laurentius Siemer war zu dieser Zeit Marinepfarrer in Ahlhorn und unterrichtete am Knabenkonvikt in Füchtel.

ges wurde den Frauen durch den Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 das aktive und passive Wahlrecht gesetzlich zuerkannt:

> "Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens zwanzig Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. - Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht."[242]

In deutschen Gemeindevertretungen, Landtagen und im Deutschen Reichstag waren Frauen vor dem Ende der Monarchien als Abgeordnete nicht vertreten. Die Märzrevolution des Jahres 1848 hatte die Geschlechterbeziehung zwar in einem gewissen Maße politisiert, aber die Restauration der 1850er und 1860er Jahre, "mit der die Konservativen auf das massive öffentliche Auftreten der Frauen reagierten", verwies die Frau wieder auf die private Sphäre in Haus und Familie.[243] 1891 nahm die SPD auf dem Erfurter Parteitag die Forderung nach dem Frauenwahlrecht in ihr Grundsatzprogramm auf. Das Reichsvereinsgesetz von 1908 erlaubte Frauen zwar, sich politisch zu organisieren, aber für die Zusammensetzung der Parlamente hatte dieses Recht keine Folgen.[244] Wie das Beispiel Preußen zeigt, stellten rigide Vereinsgesetze eine große Bedrohung für die Frauenvereine dar, weniger für die bürgerlichen als für die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Aufgrund seines "anachronistischen Vereinsrechtes" unterdrückte Preußen mit polizeistaatlichen Mitteln die Arbeiterinnenorganisationen. Das hatte zur Folge, daß sich die "aktionsbereiten Arbeiterinnen" verstärkt der sozialdemokratischen Partei zuwandten. Eine weitere Bedrohung für die politischen und gewerkschaftlichen Frauenorganisationen stellte das Sozialistengesetz

---

[242] MICHAELIS, Ursachen 3, S. 12. In der Weimarer Verfassung hatte diese Bestimmung folgenden Wortlaut: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt." (Verfassungen, S. 81)

[243] LIPP, Geschlechterbeziehung, S. 113. Carola Lipp stellt fest, daß "das Ideal der politischen Gefährtin" den Frauen 1848 neue Möglichkeiten politischer Partizipation eröffnete: "Der Demokrat und seine ihm gleichgesonnene Geliebte" wurden zu Stereotypen der Revolution. Der Patriotismus des Jahres 1848 beruhte auf einer Allianz der Geschlechter, auf einer Analogie von Nationalstaat und Familie, die in die Tradition der politischen Romantik einging. Nach dem Ideal der deutschen Klassik verkörperte die Frau in der Öffentlichkeit "das bürgerliche Innenleben, bürgerliche Tugend und Sittsamkeit". (LIPP, Geschlechterbeziehung, S. 103ff.)

[244] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 137. Im Art. 1 ihres Erfurter Programms forderte die SPD: "Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen." (FENSKE, Wilhelm II., S. 33)

(1878 - 1890) dar, welches die "gemeingefährlichen Bestrebungen" der Sozialdemokratie unter Strafe stellte und alle Vereine und Verbindungen, welche solche Bestrebungen unterstützten. Dazu gehörten auch Arbeiterinnenvereine, die der Strafverfolgung aufgrund des Sozialistengesetzes ausgesetzt waren. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes blieben die vereinsrechtlichen Beschränkungen zwar in Kraft, aber es begann "eine neue 'klassenbewußte' Ära der Arbeiterinnenbewegung" unter der Führung Clara Zetkins.[245]

Die sozialdemokratischen und gewerkschaftlich orientierten Arbeiterinnenvereine hielten Distanz zur bürgerlichen Frauenbewegung, die nach ihrer Ansicht "Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen lediglich als Objekte von Sozialpolitik und -fürsorge" betrachtete und nicht "als Subjekt eigenständiger Interessenvertretung".[246] Die politischen und weltanschaulichen Gegensätze zwischen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegung wurden sichtbar, als 1894 der "Bund Deutscher Frauen" (BDF) als Zusammenschluß der bürgerlichen Frauenvereine gegründet wurde. Ihm waren sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich orientierte Arbeiterinnenvereine nicht angeschlossen.[247] Um die Einheit der Bewegung zu erhalten, klammerte sich die bürgerliche Frauenbewegung an ein politisches "Neutralitätspostulat", das sich

---

[245] TWELLMANN, Frauenbewegung, S. 171ff.; FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 134ff.; GREVEN-ASCHOFF, Frauenbewegung, S. 108f. 1893 bestanden im Deutschen Reich mindestens 33 lokale Arbeiterinnenvereine mit über 3 000 Mitgliedern. Sie wurden trotz ihres betont unpolitischen Charakters von der Polizei aufgelöst, gründeten sich aber später wieder neu, so daß es 1907 bereits 94 Bildungsvereine mit über 10 000 Mitgliedern gab. In den Jahren 1886/87 wurden die drei in Berlin bestehenden Arbeiterinnenvereine polizeilich geschlossen und ein Prozeß gegen sie angestrengt. Das Preußische Vereinsgesetz von 1850 diente als Handhabe zur Verfolgung von Arbeiterinnenorganisationen; es lautete im § 8: "Für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, gelten außer vorstehenden Bestimmungen nachstehende Beschränkungen: Sie dürfen keine Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen ... Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge dürfen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beiwohnen." Als "politische Gegenstände" wurden durch reichsgerichtliche Entscheidung vom 10.11.1887 definiert: "Unter politischen Gegenständen wird man alle Angelegenheiten zu verstehen haben, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatsbürgerlichen Rechte der Untertanen und die internationalen Beziehungen der Staaten in sich begreifen." (TWELLMANN, Frauenbewegung, S. 158, Anm. 64)

[246] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 134f.

[247] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 109ff. Dem BDF schlossen sich spontan 34 Frauenvereine an, 1914 zählte er bereits 46 Mitgliedsvereine mit mehr als 500 000 organisierten Frauen. Nach dem Mitgliederverzeichnis des BDF von 1913 gehörte dem größten Zusammenschluß deutscher Frauenvereine kein katholischer Frauenverein an.

negativ vor allem auf ihre Einstellung zur Frauenstimmrechtsbewegung auswirkte. Das Neutralitätsprinzip drückte eine Skepsis gegenüber jeder Form politischer Parteilichkeit aus und diente nach Auffassung von Barbara Greven-Aschoff als "Legitimations- und Absicherungsfunktion dem Liberalismus gegenüber, denn die emanzipatorischen Intentionen ließen sich partiell nur gegen und nicht mit ihm durchsetzen".[248] So blieb trotz mancher Berührungspunkte die "Klassenlinie" maßgebend für die weltanschauliche und politische Orientierung der beiden Frauenbewegungen. Auf dem Programm sozialdemokratisch orientierter Frauenvereine "standen nicht die Entthronung männlicher Herrschaft und die angemessene Beteiligung des 'weiblichen Elements' in Gesellschaft, Politik und Kultur, sondern in ihrer Linie die Befreiung der proletarischen Frauen von ihrer ökonomischen Unterdrückung im Kapitalismus".[249]

Heterogen wie der bürgerliche Liberalismus, besonders der Linksliberalismus, aus dem ihre führenden Repräsentanten hervorgingen, erwies sich auch die inhaltliche Programmatik der bürgerlichen Frauenvereine, die auch im BDF über keine einheitliche Konzeption konkreter Emanzipationsforderungen und - ziele verfügten. Das zeigte sich besonders in ihrer Einstellung gegenüber der Forderung nach dem politischen Wahlrecht für Frauen. Die zögernde Haltung führte dazu, daß der BDF die Forderung nach dem Frauenwahlrecht erst im Jahre 1907 in sein Programm mit aufnahm.[250] Als entscheidenden Nachteil der Frauenstimmrechtsbewegung, wie sie seit dem Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts in der bürgerlichen Frauenbewegung einsetzte, bezeichnet es Margrit Twellmann, daß die Informationsarbeit unter den Frauen "in dem bewußten Verzicht auf eine informierende politische Bildungsarbeit" geleistet wurde. Sie führt diesen Umstand auf die weibliche Sozialisation in Elternhaus und Schule zurück, die "derart 'unweibliche'

---

[248] GREVEN-ASCHOFF, Frauenbewegung, S. 125f.
[249] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 145.
[250] GREVEN-ASCHOFF, Frauenbewegung, S. 110. Der Gesamtvorstand des BDF - nicht die Generalversammlung - verabschiedete auf seiner Konferenz vom 13. bis 15. Mai 1907 in Jena "Grundsätze und Forderungen der Frauenbewegung", die "die Sicherung eines dem männlichen gleichwertigen weiblichen Einflusses auf die Kultur" forderten. Diese waren nach Ansicht des BDF an "folgende öffentliche Rechte gebunden: a) das unbeschränkte Vereins- und Versammlungsrecht; b) [...]; c) das aktive und passive kommunale Wahlrecht; d) das aktive und passive politische Wahlrecht". Ergänzend hieß es dazu: " ... so werden die Frauen doch niemals ihre Anschauungen voll zur Geltung bringen, wenn sie nicht durch Ausübung des politischen Wahlrechts auch eine reale Macht im nationalen Leben darstellen." (GREVEN-ASCHOFF, Frauenbewegung, S. 290)

Lehrgegenstände niemals in den Gesichtskreis der Mädchen" zog. Die "parteipolitische Färbung", ohne die eine politisch emanzipierte Bildung der Frauen nicht zu denken war, verletzte das Neutralitätsprinzip der bürgerlichen Frauenbewegung und führte unweigerlich dazu, daß "das Wohlwollen einflußreicher Kreise getrübt oder zerstört, die feindliche Öffentlichkeit noch mehr verärgert, andersdenkende Mitglieder abgeschreckt und die Gewinnung neuer in solchen Kreisen gefährdet" werden könnten.[251]

Der Erste Weltkrieg stellte einen wichtigen Einschnitt in der Entwicklung der Frauenbewegung dar. Der BDF wurde zum "Annex wohlfahrtsstaatlicher Institutionen" und stellte sich der politischen und militärischen Exekutive zur Verfügung. Die neue "gouvernementale Orientierung" des BDF war nicht nur durch die Kriegssituation bedingt, sondern entsprach auch dem politischen Bewußtsein der gemäßigten Frauenvereine, die sich nicht in die 'große Politik' involviert wissen wollten. Diese enge Bindung an das politische System setzte sich nach dem Weltkrieg unter veränderten politischen und kulturellen Rahmenbedingungen fort; von der feministischen Programmatik und den emanzipatorischen Bestrebungen blieb wenig übrig. Es drängten sich die Fragen in den Vordergrund, die ihre Berechtigung aus der aktuellen politischen Lage bezogen.[252] Als Wilhelm II. 1917 seine Absicht erklärt hatte, das preußische Dreiklassenwahlrecht aufzuheben, und der Bund Deutscher Frauen eine Denkschrift zur "Stellung der Frau in der politisch-sozialen Neugestaltung Deutschlands" veröffentlichte, in der das aktive und passive Wahl

---

[251] TWELLMANN, Frauenbewegung, S. 208ff.; FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 113-117. Seit dem Ende der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts hatte eine Entwicklung in der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung eingesetzt, die Margrit Twellmann als "Stadium der Information" bezeichnet. Auf der "Hauptlinie" widmeten sich sowohl der "Allgemeine deutsche Frauenverein", am 18. Oktober 1865 in Frankfurt gegründet, und der "Lette-Verein", am 27. Februar 1866 in Berlin gegründet, in ihrer Vereinsarbeit den Zielen: Wissensvermittlung, Erweiterung des Horizontes, Anregung und Förderung der Meinungsbildung.

[252] GREVEN-ASCHOFF, Frauenbewegung, S. 149f.: Die bürgerliche Frauenbewegung war aus innenpolitischen Motiven darum bemüht, "die Burgfriedenspolitik zu erhalten und auszubauen, um Klassen- und Parteikonflikte zu vermeiden, die sonst die nationale Mission gefährden könnten". (S. 155) Der Erste Weltkrieg, der vielfach als "Schrittmacher der Modernisierung in Deutschland" angesehen wird, trug durch die Ausdehnung der Frauenarbeit zur gesellschaftlichen Aufwertung der Frau bei: "Zugleich rühmte sich der BDF, für die Dauer des Krieges alle besonderen Frauenfragen und -forderungen zurückgestellt und den Burgfrieden zwischen den Geschlechtern im Interesse nationaler Pflichterfüllung bedingungslos unterzeichnet zu haben. An diese Loyalität knüpfte er aber auch Hoffnungen auf Gegenleistungen und Belohung." (FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 157f.)

recht für Frauen gefordert wurde, wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Frauen "sich dieses Zugeständnis nunmehr verdient hätten".[253]

Die katholischen Frauenvereine schied von den bürgerlichen und erst recht von den proletarischen Organisationen, die programmatisch und organisatorisch auf die SPD und die Freien Gewerkschaften ausgerichtet waren, in strikter Weise eine konfessionelle und kirchliche Trennungslinie, die weitgehend der politischen Abgrenzung katholischer Sozialmilieus gegen liberale und sozialdemokratische Lebenswelten entsprach. Als einziger katholischer Frauenverein fühlte sich der 1903 gegründete "Katholische Deutsche Frauenbund" (KDF) den Ideen und den Idealen der bürgerlichen Frauenbewegung verbunden. Der KDF entstand als "Interessenvertretung und Zusammenschluß aller katholischen Frauen(vereine)". Er lehnte das Prinzip religiöser Indifferenz, von dem die bürgerliche Frauenbewegung ausging, ab und hielt deshalb eine organisatorische Trennung von den konfessionell ungebundenen Frauenvereinen weiterhin für notwendig. Von anderen katholischen Vereinen, in denen Frauen organisiert waren, unterschied er sich dadurch, daß er auf eine geistliche Vereinsführung verzichtete. Die Frauenfrage sollte zwar im Geist der katholischen Weltanschauung gelöst werden, aber darüber hinaus bemühte sich der KDF um eine soziale und staatsbürgerliche Bildung, der sich die katholischen Frauen neben sozial-karitativen Aufgaben auch widmen sollten. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Differenzierung erschien es ihm notwendig, die sozialen Gegensätze durch einen auf nationaler Ebene organisierten Verein zu überbrücken und den Zusammenhalt der katholischen Frauenvereine zu fördern. Aber die vorsichtige Öffnung in der relativ geschlossenen katholischen Gesellschaft, die sie sich in der Gründung des KDF ankündigte, scheiterte an den etablierten ‘männlichen’ Strukturen des organisierten Katholizismus in Deutschland und an der politischen Überforderung der Frauen selbst in dem Bemühen, ihren "gesellschaftsrettenden Einfluß" zu stärken und mit ihrer Hilfe "den Untergang der Kultur" abzuwenden. Diese Zielsetzung verwies sie auf soziale und kulturelle Aufgaben zurück, die traditionell zu ihren Betätigungsfeldern gezählt hatten. Vor diesem Hintergrund erschien der besonders den Katholikinnen abverlangte Arbeitseinsatz als "eine aus der Frauennatur fließende selbstverständliche, unsichtbare, aber wirkungsvolle Tätigkeit".[254] Dazu trugen die politischen und

[253] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 157f.; GREVEN-ASCHOFF, Frauenbewegung, S. 153.
[254] KAUFMANN, Vaterland, S. 265ff.

gesellschaftlichen Agenturen des organisierten Katholizismus in Deutschland nach ihren spezifischen Möglichkeiten bei.

Daß die Forderung nach dem Frauenstimmrecht im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs vor dem Ersten Weltkrieg tabu war, zeigt ein Ausschnitt aus der Wahlrechtsdebatte im oldenburgischen Landtag im Jahre 1908, die sehr kontrovers geführt wurde. Sie war Teil einer Debatte über die Wahlrechtsreform, die vor den Wahlen zum 31. Landtag ein zentrales Wahlkampfthema bildete. Der SPD-Abgeordnete Voss aus Eutin hielt in der Landtagssitzung am 21. Februar 1908 ein engagiertes Plädoyer für die Einführung des Frauenwahlrechts, stieß mit seiner Forderung aber auf Bedenken und auf die Ablehnung der meisten anderen Parteien. Der Zentrumsabgeordnete Josef Schulte, Zeller aus der Bauerschaft Schwege in der Gemeinde Dinklage, hatte in der Sitzung lakonisch erklärt:

> "Über das Frauenstimmrecht will ich nicht reden, dazu gebe ich mich nicht her."[255]

In ihrer im Ersten Weltkrieg gehegten Hoffnung, der deutsche Obrigkeitsstaat könne die modernistischen Entwicklungen in der deutschen Gesellschaft und politischen Öffentlichkeit noch aufhalten, sah sich die katholische Kirche mit der Errichtung der Weimarer Republik getäuscht. Nach 1918 herrschte unabhängig von der staatlichen Gewalt eine offene Gesellschaft, in der die christlichen Volkskirchen mit anderen gesellschaftlichen Interessengruppen und weltanschaulichen Strömungen gleichgestellt waren und mit ihnen konkurrieren mußten. In dieser kritischen Lage, in der "sich das katholische Milieu auch deshalb in Auflösung befinde, weil es - zu sehr Männerkultur - seine äußere Gestaltung und Institutionalisierung vor die der ideellen Lebenswerte - Liebe und Opferbereitschaft - gestellt habe", war die Frau "kraft ihrer natürlichen und seelischen Eigenart, der Mütterlichkeit, in besonderer Weise befähigt, der christlichen Moral in Staat und Gesellschaft wieder Geltung zu verschaffen". Um diese Aufgabe in kirchlicher Solidarität mit ihrem christlichen Stand zu bewältigen, sollte sie sich den katholischen Standesvereinen und der marianischen Bewegung anschließen, die in Deutschland bereits lange vor Kriegsbeginn eingesetzt hatte.[256]

---

[255] ECKHARDT, Landtag, S. 53, 107; MOSEBACH-TEGTMEIER, Wahlentwicklung, S. 127-131. Josef Schulte gehörte dem oldenburgischen Landtag von 1896 bis 1908 an. Die Wahlrechtsreform wurde am 25. Februar 1909 verabschiedet.
[256] KAUFMANN, Münster, S. 80.

Angesichts der an der Basis des politisch-sozialen Milieus sichtbar werdenden sozialen Spannungen, die sich im politischen Kontext der Revolution als Risse im Binnenraum des Milieus abzeichneten, entbrannte der politische Kampf und wurde in der katholischen Region Südoldenburg mit den aus dem 19. Jahrhundert tradierten Instrumentarien des religiösen Autoritarismus geführt. In dem Bemühen, die Reihen der Partei fest zu schließen, konnte das Zentrum in intakten katholischen Sozialmilieus auf Strukturen einer organisierten Frauenbewegung zurückgreifen, die auch in Südoldenburg in Form von Jungfrauenvereinen, Marianischen Kongregationen, Müttervereinen und im Katholischen Deutschen Frauenbund große Teile der schulentlassenen weiblichen Bevölkerung erfaßte. In ländlichen Gesellschaften wie Südoldenburg fanden Frauen in diesen Vereinen, die die katholische Öffentlichkeit auf hohem Niveau organisierten, ein breites Betätigungsfeld, das von religiöser Praxis im engeren Sinne (Wallfahrten, Exerzitien) bis zu sozialer Arbeit und Fürsorge reichte. Aufgrund ihrer gewachsenen politischen Bedeutung wurden die katholischen Frauen aufgefordert, einer katholischen Frauenorganisation beizutreten und sich angesichts der kritischen Lage Deutschlands in Geduld und Opfer zu üben. Noch bevor das Frauenwahlrecht geltendes Gesetz war, wandte sich der Katholische Frauenbund Deutschlands in einem Aufruf an die katholischen Frauen Deutschlands und gab unumwunden zu verstehen:

> "Jede katholische Frau sollte deshalb einer katholischen Frauenorganisation angehören."

Die katholischen Frauenorganisatonen trügen sich mit der Absicht, "in Verbindung mit den Männern, die unsere Grundsätze bisher vertreten haben", verbindliche Richtlinien für die politische Betätigung der Frauen aufzustellen und ihnen "führend voranzuschreiten".[257] Die politische Pflichterfüllung der katholischen Frauen war insbesondere im Wahlakt zu bezeugen, der mit Blick auf die Wahlen zur Nationalversammlung durch den Kölner Erzbischof und Kardinal Felix von Hartmann zur Wahlpflicht erklärt wurde. Im Hirtenschreiben vom 1. Januar 1919 wandte sich Hartmann namentlich an die katholischen Frauen und ermahnte sie eindringlich, "bei den bevorstehenden Wahlen ihrer Pflicht als Katholiken eingedenk zu bleiben u. darum ohne Ausnahme gewissenhaft an dem Wahlakte sich zu beteiligen."[258] Die katholische Kirche wollte in der Frauenfrage kein politisches Risiko eingehen.

---

[257] OV vom 26.11.1918.

[258] OV vom 5.1.1919. Hartmann erinnerte an die zurückliegenden kirchen- und schulpolitischen Auseinandersetzungen in Preußen: "Vergeßt nicht, welche **Verantwortung** ihr auf euch ladet,

Führende Repräsentanten der Zentrumspartei konnten in dem Frauenwahlrecht zwar keinen Erfolg der Revolution erkennen, sahen es aber als eine vollendete politische Tatsache an, der sich die katholischen Frauen am besten würdig erweisen konnten, wenn sie sich - wie ihre Männer - politisch der traditionellen Milieupartei, dem katholischen Zentrum, anschlossen und auf jede politische Abweichung verzichteten. Darin lag das Programm moralisch-religiöser Pflichterfüllung begründet, mit dem die katholischen Frauen besonders vor den Wahlen zur Nationalversammlung konfrontiert wurden. Der Katholische Frauenbund stellte sich ganz in den Dienst der in der Reorganisation begriffenen Deutschen Zentrumspartei.[259] Der "Aufruf zur neuen Lage" vom 14. November 1918 griff bereits das neue Frauenwahlrecht auf und bezog die Frauen, die überraschend ein völlig neues Wählerpotential bildeten, in die politische Agitation der Zentrumspartei ein und appellierte an ihre Opferbereitschaft im kommenden Kampf für die Wiederherstellung der alten Ordnung. Die moralische Natur der Frauen, die sie dem Manne überlegen machte, und nicht eine politische Natur, die den Männern weiterhin vorbehalten war, war in dieser Stunde des politischen Umschwungs gefordert:

> "Euch **Frauen** gilt unsere besondere warme Bewunderung, die ihr in Friedenszeiten die Flagge des häuslichen Herdes gehütet, die Ihr während des Krieges klaglos Opfer ohne Zahl gebracht. Ihr seid berufen, unseren Männern, Brüdern und Söhnen, die aus dem Felde heimkehren, den **Weg zur Ordnung zu weisen**. Wirke jede von Euch an unseren Kriegern für Zucht und Sitte. Legt ab die Scheu, Euch in den Lärm des öffentlichen Kampfes zu stürzen. Die neue Zeit erfordert neue Kräfte. Starker Frauenwille wird über schwachen Männerwillen siegen. Ihr Frauen werdet für die Zentrumsideale kämpfen, dessen sind wir sicher. Männer und Frauen! **Die Herzen in die Höhe, der alte Gott lebt noch**."[260]

---

wenn ihr von der Wahl fern bleibt und dadurch einem unglücklichen Ausfalle derselben Vorschub leistet. Wählet dann solche Vertreter, die [...] mutig und unerschrocken einstehen für Religion und Sittlichkeit, mit aller Kraft und Entschiedenheit sich denen widersetzen, die die Religion aus den Staatseinrichtungen, aus den Schulen und Familien verdrängen wollen."

[259] Die Mitglieder des KDF betätigten sich als Wahlhelfer, in der politischen Schulung ihrer Anhänger, beförderten den Druck und die Verbreitung von Flugblättern und richteten einen Wahlfonds von 52 000 Mark ein, der aber nur einen Teil der gesamten Spenden ausmachte. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 140)

[260] OV vom 15.11.1918. Der Aufruf des Zentrums vom 30. Dezember 1918, der als vorläufiges Parteiprogramm galt, war weniger poetisch und sachlicher angelegt, mied aber auch eine Politisierung des Frauenwahlrechts. Er appellierte an die Frauen, sich der traditionellen Milieupartei der Katholiken anzuschließen und von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen: "Zum erstenmal treten diesmal auch die Frauen auf den politischen Kampfplatz: sie sind uns im Kampf für eine heilige Sache willkommen. Mögen auch sie an der Seite der Männer mit all ihrer Kraft eintreten für Wahrheit, Recht und Freiheit!" (MICHAELIS 3, S. 196)

Im Vorfeld dieser Wahlen führte der organisierte Katholizismus in Südoldenburg eine systematische politische Kampagne, um die katholischen Frauen auf dem Lande für den bevorstehenden Wahlgang zu mobilisieren. Er appellierte an das christliche Gewissen und die moralische Pflichterfüllung der Frau. Diese Strategie bot die beste Gewähr dafür, das erklärte Wahlziel - die volle Ausschöpfung des durch das Frauenwahlrecht erweiterten Wählerpotentials - zu erreichen. Aus katholischer Sicht trat die christliche Frau in die Rolle einer "Hüterin der Sitte und Religion", wenn sie "die Stimme Gottes in der Stimme der Zeit" hörte. Um einer politischen Irritation der katholischen Frauen vorzubeugen, warnte die Vechtaer OV die Sozialdemokratie davor, das Frauenwahlrecht politisch zu interpretieren und von ihm eine unmittelbare Stärkung ihrer atheistischen Position zu erwarten:

> "Es könnte auch anders sein! Die Wesensveranlagung der Frau deutet eigentlich auf andere Wege. Wird nicht die echte Frau sich vor allem für Erhaltung der Religion in der menschlichen Gemeinschaft einsetzen, für Religion, aus der die Grundkräfte wahren Lebens strömen, aus der heraus auch das natürliche Leben seine Weihe erhält, seine Gesundheit stärkt? Es mag in Wahrheit die Stimme der Zeit eine Stimme Gottes sein, welche gerade jetzt die Frauen ruft. Mögen sie dem Sozialismus gegenüber helfen, die Grundsätze des Christentums im Staate lebendig zu erhalten, und möge die Frau tapfer das neue Recht entgegennehmen mit dem ernsten Willen treuer Pflichterfüllung!"[261]

Dieser Kommentar und andere Verlautbarungen machen deutlich, wie das Frauenwahlrecht von der katholischen Tagespresse im ideologischen Kampf gegen den Sozialismus eingesetzt und im Bann "treuer Pflichterfüllung" politisch reguliert wurde. Die tendenzielle Entpolitisierung des Frauenwahlrechts brachte traditionelle moralisch-religiöse Kategorien in Anschlag und leitete die politische Aufgabe der Frau in Zeit und Geschichte aus ihren natürlichen Veranlagungen ab. Das katholische Vereinswesen, in deren einzelnen Gliederungen auch die Frauen organisiert waren, verstand sich traditionell als unpolitisch und verschleierte dadurch sein einseitiges parteipolitisches Engagement für das Zentrum und die "res catholica". Die moralische Richtschnur der "entpolitisierten Politik" trug in diesem Falle wesentlich zur politischen Zähmung der katholischen Frauenbewegung bei.[262] Damit beugte

---

[261] OV vom 16.11.1918.

[262] Die Tendenz zur Entpolitisierung der katholischen Vereine und Verbände bezeichnet Christoph Kösters als "entpolitisierte Politik". In der Weimarer Republik wurde "ein Schlußstrich unter die unpolitische, allein auf religiöse Selbstheiligung gerichtete Tradition" katholischer Jugendseelsorge gezogen, weil sich die Überzeugung verstärkte, "dem Streben nach einem neu-

die katholische Kirche der Gefahr vor, durch eine aufgrund des Frauenwahlrechts ausgelöste Politisierung der katholischen Frauenbewegung die traditionellen Strukturen der katholischen Milieus aufzuweichen und die Autorität katholischer Institutionen zu schwächen. Dem Frauenwahlrecht in Deutschland, einer großen Errungenschaft der Revolution, wurde im katholischen Sozialmilieu in Südoldoldenburg kein emanzipatorischer Gedanke abgewonnen. Es wurde bereits im Vorfeld politisch zurückgenommen, um die Frauen in die traditionellen Strukturen des organisierten Katholizismus in Deutschland einzupassen und in den Dienst an der Aufrechterhaltung der katholischen Milieus zu stellen. Dabei wurden den Frauen und Müttern 'von oben' vor allem sozial-karitative und pädagogisch-religiöse Aufgaben in der Familie und der katholischen Öffentlichkeit zugewiesen, die das traditionelle Rollenverständnis und die gesellschaftliche Unterprivilegierung der Frau im katholischen Patriarchat verfestigten. Auch für die Frauen, deren Selbstbewußtsein durch die Zuerkennung des politischen Stimmrechts gestiegen sein mochte, galt nicht so sehr das demokratische Recht politischer Selbstbestimmung, sondern das Gebot unerschütterlicher Pflichterfüllung in ihrer kollektiven Verantwortung gegenüber Gott und Kirche:

> "Das gilt auch für die Frauen! Und mag ihnen die politische Schule noch fehlen, wo es sich um Grundsätze menschlichen und staatlichen Lebens handelt, wo Ewigkeitsfragen in Betracht kommen, da muß jede Frau Stellung nehmen und nach eigener Ueberzeugung handeln können. Hüterin der Sitte wird die Frau genannt, eine besondere ethische und religiöse Kraft der Seele rühmt man an edler Weiblichkeit. Um so eher wird sie verstehen können, was heute ihre Pflicht ist. Hüterin der Sitte und Religion war sie bisher vor allem in der Familie. Jetzt ruft man sie auch in das öffentliche Leben zur Mitarbeit an den Gesetzen des Staates. Vox temporis vox Dei! Kann man den Lauf geschichtlichen Geschehens nicht aufhalten, so kann man doch aus jeder Zeit und ihren Verhältnissen heraus das Gute wirken, und das ist Pflicht, das ist die Stimme Gottes in der Stimme der Zeit."[263]

Nach Ansicht von Ute Frevert schlug sich diese tiefgreifende Mobilisierung der katholischen Frauenöffentlichkeit "unmittelbar in den Wahlerfolgen des Zentrums nieder, das seiner weiblichen Hausmacht sicher sein konnte, während auf katholische Männer weniger Verlaß war".[264] Das drückte sich in

---

en, christlichen Deutschland auch durch ein Wählervotum Ausdruck verleihen zu können". (KÖSTERS, Verbände, S. 218ff., Zitat: S. 222) Die "religiöse Selbstheiligung", von der Kösters in diesem Zusammenhang spricht, wurde vor allem von den Marianischen Kongregationen betrieben. (KÖSTERS, Verbände, S. 50ff.)

[263] OV vom 16.11.1918.

[264] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 168f.

Südoldenburg vor allem auch in der Wahlbeteiligung aus. Nach Ermittlungen Norbert Krümpelbecks nahmen im Kreise Vechta an der Wahl zur Nationalverammlung 88-90 % aller Frauen teil. Aber die Klagen waren nicht zu überhören, daß sich die Frauen am politischen Leben im Kommunalverband kaum beteiligten.[265] Nachdem die Weimarer Verfassung die Gleichberechtigung der Geschlechter als Grundrecht im Sinne einer Staatszielbestimung anerkannt hatte, war "das politische Mobilisierungspotential der Frauenbewegung nahezu erschöpft".[266]

Die katholische Frau wurde im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs auf ihre tradierte Rolle in der Familie und im kirchlichen Leben beschränkt und dadurch in die patriarchalische Verfassung der traditionellen katholischen Agrargesellschaft eingegliedert. Das politische und soziale Mandat der Frau wurde von vornherein - und von Männern - festgelegt und eröffnete ihr im öffentlichen Leben kaum einen selbstbestimmten Handlungsspielraum. So minderten die traditionelle Rollenfixierung im katholischen Sozialmilieu und die Entpolitisierung des Frauenstimmrechts in der katholischen Publizistik noch 1918 den emanzipatorischen Fortschritt, den das Frauenwahlrecht auch für die katholische Frau und die katholische Frauenbewegung in der Weimarer Republik hätte bedeuten können. Die Agenturen der katholischen Milieus entfalteten ihre spezifische Wirkung, um die katholische Frauenbewegung politisch zu kontrollieren und zu beschwichtigen. Der Katholizismus der Weimarer Republik versäumte die historische Chance, den Emanzipationsprozeß der katholischen Frau zu fördern und ihre politische Mündigkeit zu entwickeln. Es lag nicht in seinem Interesse. Die politische Schule, die die Frau im katholischen Milieu Südoldenburgs zwischen 1918 und 1933 erfuhr, zeichnete sich durch konservativ-restaurative Grundsätze aus und degradierte die katholische Frauenbewegung zu einer Hilfstruppe des politisch-sozialen Milieus, dessen patriarchalische Strukturen den Weltkrieg unbeschadet überdauert hatten. Die Konfrontation mit der Moderne, die in der Weimarer Republik auch für die katholische Frau unvermeidlich geworden war, wurde im männlich-klerikal geprägten katholischen Vereinswesen so kanalisiert, daß daraus keine Bedrohungen für den ungehinderten Fortbestand des katholischen Milieus erwachsen konnte. Diese verhinderte Emanzipation in der katholischen Frauenbewegung, die in der nationalsozialistischen Zeit einen

[265] KRÜMPELBECK, Zentrumspartei, S. 16-18. So ging man in einigen Gemeinden dazu über, "reine" Frauenversammlungen einzurichten, die nachmittags stattfanden und in der Regel gut besucht waren. Zu den Referenten zählten vor allem Frl. Stukenborg und Wilhelmine Janßen.
[266] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 163ff., Zitat: S. 166.

weiteren Rückschlag erfuhr, wurde erst in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg ins Bewußtsein gehoben. Schritte zur Emanzipation der katholischen Frau, die sich auch auf ihre Einstellung zur katholischen Kirche auswirkten, trugen in diesem Zeitraum wesentlich zur Erosion des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg bei. Die im katholischen Milieu strukturell benachteiligte katholische Frauenbewegung konnte von der frauenfeindlichen Ideologie des "Dritten Reiches" ohne große Anstrengungen gleichgeschaltet und in Verfolgung übergeordneter politischer und ökonomischer Zielsetzungen gegen die Frauen selbst gekehrt werden. Das war aber nicht nur in Südoldenburg der Fall.

2.2.3. Unterscheidung nach dem Legalitätsprinzip: "Auf den durch die politische Umwälzung im Reich und Staate - zwar nicht rechtmäßig, aber tatsächlich - geschaffenen Boden"

Mit der Installierung des Direktoriums, das der SPD-Landesvorsitzende Paul Hug nach dem Thronverzicht des Großherzogs im Landtag mit dem Fortschritt und dem Zentrum ausgehandelt hatte, wurde einerseits durch die Präsidentschaft Kuhnts dem Machtanspruch des revolutionären Wilhelmshavener 21er Rats Genüge getan und andererseits den führenden parlamentarischen Kräften politische Präsenz in der Exekutive des Landes eingeräumt. Im Gegensatz zum Reich verfügte das Zentrum in Oldenburg im Landtag wie im Direktorium über politisch hinreichend legitimierte Handlungsspielräume. Die politische Lage stellte sich im November 1918 in Oldenburg wesentlich anders dar als im Reich. Bezeichnend für die politische Stabilität in Oldenburg war die Bildung einer Regierung aus den Landtagsparteien und die Verlängerung des Landtagsmandats. Damit blieben dem Zentrum in Oldenburg politische Einflußmöglichkeiten erhalten, die es auf Reichsebene zu diesem Zeitpunkt nicht besaß. Mit Genugtuung stellte die Zentrumspresse in Vechta über die Landtagssitzung, die Paul Hug für den Nachmittag des 11. November 1918 einberufen hatte, fest, daß die Parteien die revolutionären Veränderungen einstimmig gebilligt hätten und ein Direktorium "die Befugnisse des Großherzogs und des Staatsministeriums" übernommen habe. Sie sah die kontinuierliche Entwicklung der politischen Veränderungen als gesichert an.[267] Das waren gute Voraussetzungen dafür, daß sich das Zentrum

[267] OV vom 13.11.1919; GÜNTHER, Revolution , S. 87ff.

rasch wieder formieren und seinen Platz im Freistaat Oldenburg einnehmen konnte.

Am 27. November 1918 stellte sich die oldenburgische Zentrumspartei auf der Sitzung ihres Landesausschusses in Vechta auch offiziell "unter Wahrung ihrer grundsätzlichen Ueberzeugungen und Forderungen auf den durch die politische Umwälzung im Reich und Staate - zwar nicht rechtmäßig, aber tatsächlich - geschaffenen Boden" und betonte mit Blick auf die politische Zukunft des Freistaates nachdrücklich:

> "Die Zentrumspartei hält unverrückbar fest an ihren alten Forderungen der Freiheit der Kirche und konfessionellen Volksschule."[268]

Der Landesausschuß anerkannte "die derzeitigen Inhaber der Regierung nur vorläufig und vorübergehend als Träger der Staatsgewalt" im Reich und forderte die Einberufung der Nationalversammlung zur Beratung der künftigen Staatsform. "Eine Diktatur irgendwelcher Partei oder Klasse" lehnte das oldenburgische Zentrum mit Blick auf die politische Revolution im Reich ab und trat dafür ein, "daß bis zur Wahl der Nationalversammlung der Reichstag als die berufene Vertretung des Volkes angesehen werde, da er auf Grund des demokratischsten Wahlrechts der Welt gewählt worden ist". Die Forderungen nach der Freiheit der Kirche und der konfessionellen Volksschule verstanden sich für den Landesausschuß des oldenburgischen Zentrums von selbst.[269]

Die politische Hochburg und geistige Zentrale des oldenburgischen Zentrums war Vechta. Die Wähler des Kreises Vechta stellten die treueste Klientel des Zentrums, die sich auch durch die Landvolkbewegung weit weniger abwerben ließ als im Nachbarkreis Cloppenburg. Diese unübertroffene Standfestigkeit im Wahlverhalten war sicherlich auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß Vechta mit Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke (Vorsitzender), Pastor August Hackmann (Schriftführer) und Bürgermeister Berding (Kassierer) seit 1919 drei wichtige Funktionsträger im Landesvorstand des Zentrums stellte. Der Vechtaer Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke blieb bis zur Auflösung der Partei im Jahre 1933 Vorsitzender des oldenburgischen Zentrums.[270]

---

[268] OV vom 28.11.1918.
[269] Ebd.
[270] KRÜMPELBECK, Zentrumspartei, S. 72-74, 169-174: biographische Angaben zu Reinke, Hackmann und Berding.

Die drei Brüder Prof. Joseph Reinke, Prof. Georg Reinke und Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke übten großen Einfluß auf das kulturelle und politische Leben in der Stadt Vechta und in Südoldenburg aus. Prof. Joseph Reinke war langjähriger Leiter des Lehrerseminars und der Aufbauschule in Vechta.[271] Alwin Reinke wurde am 8. Oktober 1877 in Rechterfeld geboren. Nach dem Abitur am Gymnasium Antonianum studierte er in Freiburg, Berlin und Kiel Rechtswissenschaften und promovierte an der Universität Rostock. Nach dem Assessorexamen ließ er sich 1907 zunächst in Oldenburg nieder. Hier übernahm er den Vorsitz des ebenfalls im Jahre 1907 in Oldenburg gegründeten Windthorst-Bundes. In dieser Funktion gehörte er dem Landesausschuß des Zentrums an. 1908 heiratete er Elisabeth Meyer-Hemmelsbühren, die bekannte und angesehene Heimatdichterin Elisabeth Reinke; sie verstarb im Jahre 1981.[272] Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg ließ sich Alwin Reinke in Vechta als Rechtsanwalt nieder. Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte er sich im Wahlkampf zur Nationalversammlung zusammen mit seinem Schwiegervater für das Zentrum und wurde 1919 Landesvorsitzender der Partei. Er behielt dieses Amt bis zur Auflösung der Partei im Jahre 1933 inne. Das besondere Anliegen Reinkes bestand darin, "die Einheit der Zentrumspartei auf dem weltanschaulichen Fundament des Christentums zu bewahren gegenüber dem sich in den wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik verstärkenden Einfluß von Interessengruppen". Gegen das am 28. Juli 1932 verhängte Zeitungsverbot, das das Erscheinen der Vechtaer OV für vier Tage untersagte, klagte Reinke vor dem Reichsgericht und siegte im Herbst 1933 in letzter Instanz.[273] 1933 zog er sich nach der Selbstauflösung der Zentrumspartei am 5. Juli 1933 aus der Politik zurück. Alwin Reinke starb am 1. April 1949.[274] Nach Auffassung von Kuropka regierte Reinke das oldenburgische Zentrum als "Parteipapst", "der nicht nur zu den aktuellen Fragen der nicht immer einfachen oldenburgischen Landespolitik der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre Stellung nahm und damit die 'Linie' der Partei wesentlich bestimmte, sondern mit Durchsetzungsvermögen und nicht zuletzt auch mit seiner Unentbehrlichkeit für Disziplin in der Partei sorgte". Reinke nutzte das Zentrum in erster Linie zur Wahrnehmung des politischen Einflusses Südoldenburgs im Freistaat.[275]

---

[271] MENKE, Reinke, S. 204-206; VARNHORST, Hans: Erinnerung an Professor Georg Reinke, IN: VuL Jg. 37, Nr. 91, 1975, S. 2-6. Zu Georg Reinke vgl. Kap. 7.3.: Die Gründung des "Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland".

[272] KLOSTERMANN, Reinke, S. 200-203.

[273] KUROPKA, Reinke, S. 199. Kuropka würdigt die politischen Verdienste Alwin Reinkes für die Stadt Vechta und Südoldenburg mit den Worten: "Durch die Person Alwin Reinkes wurde für über ein Jahrzehnt Vechta als kultureller Mittelpunkt des katholischen Oldenburger Münsterlandes auch politische Zentrale des katholischen Volksteils in Oldenburg."

[274] KUROPKA, Reinke, S. 197-199; FRIEDL, Handbuch, S. 586f. (von Raimund Hethey); VARNHORST, Hans: Erinnerungen an den Schriftsteller Alwin Reinke, IN: VuL Jg. 36, Nr. 89, 1974, S. 2-5.

[275] Kuropka notiert dazu: "Mit der 'Einheit' der Zentrumspartei wollte Reinke den politischen Einfluß seiner Heimat, des Oldenburger Münsterlandes, in der oldenburgischen Politik sichern und damit die Rechte des katholischen Volksteils zur Geltung bringen." (KUROPKA, Reinke, S. 199)

Für die organisatorische Vorbereitung der Wahl zur Nationalversammlung wurden Vorkehrungen getroffen, die in der Vorkriegszeit unbekannt waren. In Vechta wurde ein zentrales Wahlbüro errichtet, das von einem Geistlichen, Pastor Hackmann, geleitet wurde. Es hatte die Aufgabe, Redner für Wahlversammlungen zu vermitteln und Wahlbroschüren zu verbreiten, Agitationsschriften und Flugblätter zu versenden und den einzelnen Gemeindeausschüssen Auskunft zu erteilen. In Cloppenburg, Barßel, Delmenhorst, Oldenburg und Rüstringen wurden Nebenbüros errichtet. Diese Reformen der Parteiorganisation wurden auf der Sitzung des Landesausschusses der Zentrumspartei am 27. November 1918 in Vechta beschlossen. Der Landesausschuß drang darauf, die ausstehenden Beiträge einzusammeln und für "freiwillige Gaben" zu werben; denn "es wäre doch betrübend, wenn die Agitationsarbeit wegen Geldmangel die nötige Kraft nicht entfalten könnte".[276]

Das oldenburgische Zentrum brach angesichts der großen Bedeutung der bevorstehenden Wahl - zum erstenmal hatten die Frauen Stimmrecht, und das Verhältniswahlrecht hatte das absolute Mehrheitswahlrecht aus der Vorkriegszeit abgelöst - zum ersten modernen Wahlkampf in seiner Geschichte auf. Die Vechtaer OV bat in diesem Zusammenhang darum, die einzelnen Versammlungen anzumelden, damit sie besser koordiniert werden konnten. Im Vorfeld der Wahlen zur Nationalversammlung wurden in den Gemeinden Südoldenburgs sog. "Hauptversammlungen" abgehalten, die wiederum Ausschüsse bildeten. In diesen Ausschüssen wurde die Wahl der Kandidaten getroffen:

> "Ist das geschehen, muß sofort mit aller Kraft die eigentliche Agitation einsetzen: **Hinaus auf die Bauerschaften! Hinein in die Familie!** ist dann die Losung."

Beliebt waren nach Ansicht der Zeitung auch "eigene Frauenversammlungen". Weil "die Pflicht zu wählen" bestehe, sollten auch alle Frauen Gelegenheit haben, "die rechte Aufklärung und Belehrung" zu erhalten: "Das sind wir unsern Wählern und Wählerinnen schuldig."[277] Ein Zusammengehen mit anderen Parteien, das aufgrund des neuen politischen Systems erforderlich sein könnte, schloß der Landesausschuß der oldenburgischen Zentrumspartei

---

[276] OV vom 28.11.1918; KRÜMPELBECK, Zentrumspartei, S. 143-145. Das Wahlbüro der Zentrumspartei in Vechta nahm am 3. Dezember 1918 seine Arbeit auf und erhielt einen eigenen Telefonanschluß. (OV vom 25.12.1918)
[277] OV vom 25.12.1918.

grundsätzlich nicht aus.[278] Die OV in Vechta, die sich kategorisch weigerte, eine Anzeige des politischen Gegners aufzunehmen, wußte um den Einfluß der Zentrumspresse:

> "Die Presse ist eine Macht, benutzen wir sie für die Vertretung unserer christlichen Grundsätze im öffentlichen Leben, und wir leisten der Partei und dem Vaterlande einen Dienst."[279]

Auf einer vom örtlichen Zentrum einberufenen Soldatenversammlung erklärte der geistliche Redakteur der Vechtaer OV, Kaplan Georg Thole, für den heutigen Leser überraschend, "daß sich die 'O.V.' von Anfang an auf den Boden der provisorischen Regierung und A.S.R. gestellt habe, die uns zur Nationalversammlung und damit zu einer geordneten Regierung verhelfen solle, und daß sie nur die Auswüchse der A.S.R. bekämpfe. Die Soldatenräte seien bisher wohl noch nicht Gegenstand der Kritik gewesen." Der elastische Kurs der Zeitung in den Tagen der Revolution zahlte sich offenbar aus, wenn die OV politische Übereinstimmungen mit dem Soldatenrat feststellen konnte und seinem Votum bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung zuversichtlich entgegensah. Die besagte Soldatenversammlung wurde eröffnet durch Pfarrer Hackmann, das Hauptreferat hielt Gewerkschaftssekretär Sante "über die Lage und das Programm der christlichen Volkspartei".[280]

Die Bemühungen um die organisatorische und programmatische Erneuerung des Zentrums blieben in ihren Anfängen stecken und versickerten im Wahlkampf für die Wahlen zur Nationalversammlung. Der Erfolg des Zentrums in den ersten Wahlen nach dem Kriege ließ weitere Veränderungen der Parteistruktur und eine Überprüfung der Programminhalte überflüssig erscheinen, zumal die Wahlentscheidung in Südoldenburg nicht von Parteipräferenzen bestimmt wurde, sondern als moralische Pflichtübung angesehen wurde. In einem Rückblick auf den Wahlkampf und die Wahlen vom 19. Januar 1919 war nach Ansicht der Cloppenburger MT die neue Organisationsstruktur auch ein wesentlicher Grund für den großen Erfolg der Zentrumspartei in Südoldenburg.[281] Dem Versuch des Zentrums, sich als "Christliche Volkspar

---

[278] OV vom 28.11.1918.
[279] OV vom 27.9.1919.
[280] OV vom 10.1.1919.
[281] MT vom 29.1.1919. Dazu hieß es: "Die Einrichtung des Zentralwahlbüros in Vechta nebst seinen Nebenbüros in Oldenburg, Delmenhorst, Barßel, Rüstringen, Cloppenburg hat sich meines Erachtens glänzend bewährt. Ich habe einen Einblick in die Tätigkeit des Zentralbüros

tei" zu konstituieren, war allerdings kein Erfolg beschieden. In einem großformatigen Wahlaufruf an "Christliche Männer und Frauen!" betonte die "Christliche Volkspartei" zwar: "Das alte Zentrum baut sich auf neuer Grundlage auf", aber legte sich programmatisch ganz auf die bekannten Grundsätze des "alte(n) Zentrums" fest:

> "Vieles ist niedergebrochen. Auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet stehen wir vor unerhörten Umwälzungen, - auf geistigem Gebiet darf es keine Umwälzung geben: Ewige Wahrheiten bleiben unveränderlich im Flusse der Zeit."[282]

Diese Aussage war für nichtkatholische Wähler wenig attraktiv, weil sie sich mit der politischen Theologie der katholischen Kirche nicht identifizieren konnten. In einem letzten Aufruf vor der Wahl zur Nationalversammlung empfahl sich das oldenburgische Zentrum nachdrücklich als "christlich=demokratische" Sammelpartei, die sich "unter Duldung der verschiedenen Religionsgemeinschaften" zur "Vorherrschaft des Christentums im öffentlichen Leben" bekannte, wie es "durch die Geschichte und die tatsächlichen Verhältnisse" begründet war. An die Adresse eben dieser Religionsgemeinschaften gerichtet, hieß es - zur Überraschung des heutigen Lesers - in dem Aufruf wörtlich:

> "Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei.
> Wohlan, Ihr gläubigen Protestanten, wohlan Ihr gläubigen Juden, denen das Programm der Zentrumspartei aus der Seele geschrieben ist, tretet in hellen Scharen bei! Dann wird der Vorwurf konfessioneller Parteipolitik von selbst verstummen. [...]
> Hinweg mit den alten Vorurteilen!! Wählt die christliche Volkspartei, das Zentrum!"[283]

Der politische Appell an die "gläubigen Juden" überspannte freilich den Bogen, den das "christlich=demokratische Zentrum" über die Konfessionen hinweg als bürgerliche Volkspartei zu schlagen beabsichtigte. So überraschte es nicht, daß das Zentrum im ersten Wahlgang der Weimarer Republik seine Vorkriegsposition im wesentlichen bestätigte und auf seinen traditionellen Platz im deutschen Parteienspektrum verwiesen wurde. Das oldenburgische Zentrum wurde nach dem Weltkrieg keine moderne Mitgliederpartei, sondern blieb eine Wähler- und Honoratiorenpartei.[284] Deshalb fallen auch die Aus

---

getan. Ich muß gestehen, ich war erstaunt über den umfangreichen Betrieb. Da war ein Hauptgeschäftszimmer, [...]. Da war eine Kanzlei mit für Gotteslohn arbeitenden Damen und Herren, [...]." Der Artikel wurde unterzeichnet mit "H. ...".

[282] OV vom 5.1.1919.

[283] OV vom 17.1.1919.

[284] MORSEY, Katholizismus, S. 34.

sagen über die soziale Struktur des Zentrums in der Literatur äußerst dürftig aus. Es läßt sich aber sagen, daß sich die Basis des Zentrums im wesentlichen aus dem bäuerlichen und handwerklichen Mittelstand rekrutierte, während der katholische Klerus, die Lehrerschaft und Vertreter der freien Berufe die politische Elite stellten. Im Gemeindeausschuß der Zentrumspartei in Vechta waren 89 Mitglieder vertreten, und zwar 17 Frauen und 72 Männer. Von den Männern wurden 21 als Handwerksmeister geführt, acht als Landwirte, sechs als Pädagogen und drei als Vertreter des örtlichen Klerus; es gab so gut wie keinen Berufsstand, der im Gemeindeausschuß des Zentrums nicht vertreten war.[285] Damit konnte sich das Zentrum auch als Volkspartei empfehlen.

Nach dem Abschluß der Verfassungsberatungen und den Regierungsbildungen, die im Freistaat wie im Reich nach dem Modell der Weimarer Koalition vorgenommen wurden, bestand im katholischen Milieu Südoldenburgs offensichtlich ein großer Bedarf an Argumentationshilfe, um die schwankende politische Haltung des Zentrums in der Übergangsphase und vor allem seine Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie zu erklären. Bei den katholischen Arbeitern in Cloppenburg übernahm diese Aufgabe der ehemalige Bürgermeister Feigel, oldenburgischer Landtagsabgeordneter, auf einer Versammlung des Cloppenburger Arbeitervereins am 9. Mai 1920. Feigel verband seine Ausführungen mit einem dringenden Appell zu parteipolitischer Gefolgschaft. Die örtliche Zentrumspresse berichtete darüber in einer Weise, die die gouvernementale Praxis des Zentrums als Konfessionspartei in der Gründungsphase der Weimarer Republik noch einmal unterstrich:

> "In der Versammlung am genannten Datum hielt Bürgermeister Feigel a. D. einen interessanten Vortrag über die politische Lage der Vergangenheit bzw. Gegenwart und über die parlamentarischen Arbeiten im oldenburgischen Landtag. Den Weltkrieg, den größten aller Kriege, habe Deutschland wegen allzu großer Übermacht verloren. Dann sei die Revolution gefolgt. Hierdurch sei Deutschland sehr tief gesunken. Nur Arbeitskraft und Arbeitsliebe könne unser geliebtes Heimatland vor dem Zusammenbruch bewahren und wieder hochbringen.
> Besonders hervorgehoben wurde vom Redner die Politik des Zentrums während der letzten Jahre. Das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie, der stärksten Partei, sei unumgänglich notwendig gewesen. Er ermahnte die Mitglieder, bei der nächsten Wahl dem altbewährten Zentrum doch unter allen Umständen treu zu bleiben. Es sei ein Verrat am Zentrum, wenn einige Mitglieder zur Deutschen Volkspartei oder zur Sozialdemokratie übergehen sollten. Auch ermahnte er zur Einigkeit der Partei selbst. Im zweiten Teil gab der Redner einige Aufklärungen über die parlamentarischen Arbeiten des Zentrums im oldenburgischen Landtage. Er wies hin auf das Siedlungsgesetz,

[285] KRÜMPELBECK, Zentrumspartei, S. 15f.

Verreichlichung der Eisenbahn, und zum Schluß die Haltung der Parteien zur Schulfrage. Der Präses dankte dem Redner im Namen des Vereins für diesen so lehrreichen Vortrag."[286]

2.3. Die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung

Die Wahlen zu den verfassunggebenden Versammlungen im Reich wie im Freistaat stellten die erste Bewährungsprobe für den reorganisierten Vereinskatholizismus Südoldenburgs und seine politische Führung im Zentrum dar, das zum erstenmal unter den Bedingungen des Verhältniswahlrechts antrat. Wolfgang Günther mißt dem Wahlsystem grundsätzlich eine große Bedeutung für die Frage zu, "ob die politische Partizipation, die durch das Wahlrecht zwar formal garantiert wurde, in der praktischen Betätigung auch tatsächlich stattfand", und kommt zu dem Ergebnis, daß sich das reine Verhältniswahlrecht der Weimarer Republik auf diese politische Zielvorstellung positiver auswirkte als das absolute Mehrheitswahlrecht des Deutschen Kaiserreiches, weil das Verhältniswahlrecht jeder abgegebenen Stimme ihren Zählwert garantierte. Seine Berechnung zu den Auswirkungen der Wahlrechtsreform vom 1. Dezember 1918 ergeben, daß die Zahl der Wahlberechtigten im Landesteil Oldenburg sich durch die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen und die Senkung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre mehr als verdoppelte. Der Landesteil Oldenburg gehörte zum Reichstagswahlkreis Nr. 15, der außerdem die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück umfaßte.[287] Nach der Novelle des Reichstagswahlgesetzes vom 27. April 1920 gehörte der Landesteil Oldenburg zum Wahlkreis Nr. 16 (Weser-Ems), der den bisherigen Wahlkreis Nr. 15 und Bremen umfaßte. Josef Zürlik merkt zur Wahlrechtsreform von 1920 an, daß damit der schon seit einem halben Jahrhundert erprobte Reichsverwaltungsgedanke konsequent weiterentwickelt wurde und mit dem Reichstagswahlgesetz der Raum zum erstenmal die amtliche Bezeichnung Weser-Ems erhielt.[288]

Die nach dem neuen Verhältniswahlrecht zu wählende verfassunggebende Landesversammlung führte zur ersten großen politischen Mobilisierung des katholischen Südens und in der Kandidatenfrage für das Zentrum zugleich zu einer ersten Zerreißprobe, die die Inhomogenität der katholischen Basis of

[286] GELHAUS, 1933, S. 22.
[287] GÜNTHER, Wahlen, S. 114, 117.
[288] ZÜRLIK, Weser-Ems, S. 195; ECKHARDT, Niedersachsen, S. 493.

fenlegte und die Grenzen der konfessionellen Bindung im katholischen Milieu nach dem Ersten Weltkrieg aufzeigte. Neben den Frauen, die als Erstwähler an die Wahlurne gingen, wurden vor allem die sozialen Gruppen in die Pflicht genommen, die durch die Folgen des Ersten Weltkrieges, Demobilisierung und Revolution, politisch aus dem Milieu zu emigrieren drohten. Die schul- und kulturpolitische Offensive der Sozialdemokratie in Preußen sowie eine zunehmende Radikalisierung der Revolution im Januar 1919, die auch die Jadestädte ergriffen hatte, gaben dem Zentrum sein vertrautes Wahlkampfterrain zurück. Sein Plädoyer für die rasche Wahl der Nationalversammlung brachte es in den Ruf eines Wächters von Ruhe und Ordnung. In Oldenburg, wo die USPD bislang nicht vertreten war, vollzog erst in der zweiten Dezemberhälfte 1918 der Wilhelmshavener 21er Rat unter Führung von Bernhard Kuhnt mit einer zusehends radikaler operierenden Basis die Spaltung der oldenburgischen Sozialdemokratie. Seitdem standen den MSPD-Räten in der Landeshauptstadt, die für das Zentrum kooperabel waren, die USPD-Kräfte des 21er Rats in Wilhelmshaven gegenüber, gegen die sich das Zentrum vehement abgrenzte.[289] Der "nachgeholte April 1917 in Wilhelmshaven/Rüstringen" wurde durch die innenpolitischen Entwicklungen im Reich beeinflußt. Der 21er Rat mißbilligte in der zweiten Dezemberhälfte 1918 nicht nur die Politik der amtierenden Reichsregierung, sondern sprach auch dem Direktorium in Oldenburg ingesamt das Mißtrauen aus; davon war die Amtsführung Kuhnts nicht ausgenommen. Eine einflußreiche Gruppe im 21er Rat befürwortete offensichtlich eine Spaltung der Partei und die Begründung einer Parteiorganisation der USPD. Die Befürworter der Spaltung brandmarkten in dieser Debatte vor allem die Haltung der SPD in den Jahren des Weltkrieges, in denen sie die sozialistischen Ideale verraten habe.[290]

Schließlich führten die Kandidaturen für die Wahl zur Nationalversammlung, über die auf dem Parteitag der SPD für den Wahlkreis Weser-Ems am 29. Dezember 1918 zu entscheiden war, zur endgültigen Spaltung der oldenbur

[289] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 97-101; GÜNTHER, Revolution, S. 139-152.

[290] GÜNTHER, Revolution, S. 145: "Das Verbrechen der Rechtssozialisten, womit im wesentlichen die Kriegspolitik der SPD gemeint war, könne nicht vergeben und vergessen werden, dagegen erfordere das Festhalten an sozialistischen Grundsätzen den Eintritt in die USPD. Dem hielten die Spaltungsgegner entgegen, man habe zum einen sowohl den Wilhelmshavener Vorstand als auch den Oldenburger Landesvorstand auf seiner Seite, was heißen sollte, auf der Seite der impliziten USPD-Mitglieder, und zum anderen gehe es nur darum, die Partei von vor 1914 auf der Grundlage des Erfurter Programms wiederherzustellen, welches Ziel der Unabhängigen sei."

gischen SPD. Der Parteitag bestätigte Paul Hug, der eine überragende Stellung einnahm, im Landesvorsitz und lehnte Kuhnt auf dem ersten Platz der Nominierungsliste ab; daran entzündete sich der politische Konflikt. Die Debatte um die Nominierung Kuhnts führte im 21er Rat am 7. Januar 1919 schließlich zu dem Entschluß, eine eigene USPD-Liste aufzustellen und den Wahlkampf als USPD zu führen.[291] Der Parteispaltung folgte der Bruch in der Rätebewegung. In einem Aufruf vom 3. Januar 1919 stellte sich der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat in einen offenen Gegensatz zum 21er Rat, der im Telegramm vom 31. Dezember 1918 gegen die Politik der MSPD unter der Führung von Ebert und Scheidemann Protest erhoben hatte. Der Oldenburger Arbeiter- und Soldatenrat bekannte sich am 3. Januar 1919 demonstrativ zur Regierung und mahnte zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Damit war der Bruch auch in der Rätebewegung vollzogen.[292]

Der Kampf zwischen der MSPD und USPD und die dadurch angestrengte innenpolitische Polarisierung im Lande waren für das Zentrum insofern von Bedeutung, als es sich durch die Abgrenzung gegen den Linksextremismus in der bürgerlich-konservativen Mitte profilieren und sich unter Wahrung seiner weltanschaulichen Grundüberzeugungen stärker auf die gemäßigte SPD hin bewegen konnte, um mit ihr die antirevolutionären Kräfte zu stärken und die Revolution zu konstitutionalisieren. Der Weg in die Regierungsverantwortung setzte das Zentrum einem erheblichen Rechtfertigungszwang aus, dem es sich gerade im katholischen Münsterland wiederholt zu stellen hatte. Sympathie zeigte die Vechtaer OV in einem Kommentar für die Haltung der MSPD im dramatischen Konflikt um die Spaltung der politischen Arbeiterbewegung in Oldenburg. Bis zum Ausbruch der Revolution habe die oldenburgische Sozialdemokratie unter Führung des Abgeordneten Paul Hug "geschlossen hinter der alten sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion" gestanden. Die Revolution habe "die radikal-sozialistischen Genossen der Marine in führende Stellung" gebracht. Die bisherige sozialdemokratische Organisation in Rüstringen habe nur die Wahl gehabt, "entweder den Ruck nach links in der Partei mitzumachen oder die Politik der Mehrheit weiter zu verfolgen".

---

[291] GÜNTHER, Revolution, S. 151. Günther resümiert das politische Ergebnis des sozialdemokratischen Spaltungsprozesses in Oldenburg: "Kandidatenliste - Parteiorgan - Parteikonstituierung waren die Stationen des Spaltungsprozesses, der im 21er Rat unter dem Einfluß radikaler Mitglieder konzipiert und gesteuert worden war und den die Mehrheitssozialisten in Wilhelmshaven/Rüstringen auch durch weitgehende Zugeständnisse nicht hatten aufhalten können."

[292] GÜNTHER, Revolution, S. 152-154: Der Bruch in der Rätebewegung: Praktische Politik gegen politische Proklamation.

Dieser Weg habe schließlich in die Spaltung und zur Bildung einer extremen politischen Linken in Oldenburg geführt.[293] Das hatte Folgen für die innenpolitische Entwicklung im Lande. Die hektischen Auseinandersetzungen in den Jadestädten und zwischen den Räten machen deutlich, daß die Januarereignisse in Berlin den Wendepunkt in der Revolution von 1918/19 bildeten. Sie verkürzten die politische Debatte nicht nur auf "die Alternative sozialdemokratische Demokratie oder Diktatur einer sozialrevolutionären Minderheit", sondern begründeten in den Reihen der Mehrheitssozialisten eine antibolschewistische Abwehrhaltung, die "mit starken Argumenten aus der beobachteten und erfahrenen Wirklichkeit" untermauert wurde. Die "zweite Revolution" bestätigte das Zentrum in seinen traditionellen antikommunistischen Ressentiments und war auch ein Grund dafür, daß die katholische Konfessionspartei in ein defensives Bündnis an der Seite der SPD eintrat. Die Tatsache, daß es für einen aggressiven Antikommunismus in den ländlichen Regionen des kleinen nordwestdeutschen Flächenstaates kaum eine soziale Basis gab, zügelte das Temperament in den politischen Auseinandersetzungen nur wenig. Es war nicht mehr die Stunde der politischen Differenzierung und Relativierung, sondern es ging im politischen Kampf um das Ganze.[294]

Mitte Dezember 1918 entbrannte der Wahlkampf in voller Schärfe. Auf einer Zentrumsversammlung in der Cloppenburger "Walhalla" schaltete sich der örtliche Klerus massiv in die Wahlagitation ein. Nach der Begrüßung durch den Cloppenburger Prälaten Brust referierte Pater Laurentius Siemer aus Füchtel über die politische Lage und gedachte zunächst "mit höchster Anerkennung der staunenerregenden Leistungen unserer feldgrauen Helden, von denen leider so viele in der Verteidigung des geliebten Vaterlandes ihr Leben und Blut opferfreudig eingesetzt" hätten. Die außenpolitische Entwicklung habe im Innern des Reiches schließlich "zur Proklamierung der Republik und zur sozialistischen Diktatur" geführt.[295] Siemer gab damit die außen- und innenpolitischen Standards wieder, die die Wahlkampfagitation des Zentrums inhaltlich prägten und den politischen Kurs des Zentrums bestimmten.

Die Stellung des Zentrums im Parteienspektrum wurde primär von der kirchen- und schulpolitischen Position seiner Gegner bestimmt. Das Zentrum

---

[293] OV vom 2.3.1919.
[294] GÜNTHER, Revolution, S. 198f.
[295] MT vom 16.12.1918. Zu Laurentius Siemer vgl. Kap. 4.6.1. im vierten Band der Arbeit: Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel.

operierte aus der Defensive und mußte sich auf politische Rückschläge einstellen. Offen distanzierte sich das Cloppenburger Zentrum auch von der DDP, von der nicht zu erwarten sei, "daß sie gegen die Trennung von Staat und Kirche sein oder das Zentrum in seinen Bestrebungen hinsichtlich der Schule unterstützen werde".[296] Auf einer Versammlung der DDP in Cloppenburg, auf der Rendant August Dobelmann die Position des Zentrums erläuterte, wurden die schul- und kirchenpolitischen Gegensätze zwischen dem Zentrum und der DDP deutlich, die sich für eine "Trennung von Staat und Kirche unter den durch die Revolution völlig veränderten Verhältnissen" einsetze und in der liberalen Tradition für "eine freie Kirche im freien Staate" plädiere. Eine von Dobelmann vorbereitete kulturpolitische Resolution scheiterte am liberalen Einspruch der Partei Friedrich Naumanns.[297] Landtagsabgeordneter Feigel, der ehemalige Bürgermeister von Cloppenburg, erinnerte auf derselben Versammlung daran, daß "mitten in den Schrecken des furchtbaren Krieges der Hauptführer und Kandidat der jetzigen deutsch-demokratischen Partei, Herr Tantzen-Heering, mit seinen Gesinnungsgenossen den Antrag auf Einführung der Simultanschule eingebracht und dadurch eine ungeheure Erregung im münsterländischen Volke hervorgerufen habe".[298] Zur kirchen- und schulpolitischen Kontroverse beschloß eine Wahlversammlung in der Bauerschaft Hemmelte-Suhle eigens eine Resolution und übte damit eine Praxis, die zum Abschluß von politischen Veranstaltungen im Oldenburger Münsterland üblich wurde. Die Resolution richtete sich gegen die Trennung von Kirche und Staat in der zukünftigen Reichsverfassung:

> "Die zahlreich versammelten Eingesessenen des Wahlbezirks Hemmelte-Suhle i. Oldbg. erheben einmütig Protest gegen die vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung geplante Trennung von Kirche und Staat. Sie protestieren als christliche Eltern, als treue Katholiken und Deutsche gegen Maßnahmen, welche die gerade jetzt so notwendige Einheit des Vaterlandes zerstören und die Achtung vor den Staatsgesetzen völlig untergraben müssen. Sie erklären, daß sie diesen gesetzwidrigen Bestrebungen einer nur provisorischen Regierung mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln den äußersten Widerstand entgegensetzen werden."[299]

---

[296] MT vom 7.1.1919.
[297] Ebd.
[298] OV vom 10.1.1919; MT vom 7.1.1919. Zu den schulpolitischen Anträgen während der Kriegszeit vgl. Kap. 7.4.2. im ersten Band der Arbeit: Der fortdauernde konfessionelle Dissens. Offensichtlich unterlief Feigel im Landtag eine Verwechslung: Nicht Theodor Tantzen (Heering), sondern Ernst Tantzen (Stollhamm) stellte den sog. "Mittelschulantrag", der den Protest des Zentrums herausforderte. (Vgl. u. a. OV vom 11.12.1917)
[299] OV vom 9.1.1919.

Die Auseinandersetzungen mit der DDP dokumentieren exemplarisch die Grenzen im politischen Handlungsspielraum des Zentrums, die ihm aus dem Konfessionalitätsprinzip erwuchsen und den demokratischen Kompromiß in entscheidenden innenpolitischen Fragen unerträglich belasteten. In einer Zeitungsannonce in der Cloppenburger MT wehrte sich die oldenburgische DDP aus der Defensive heraus, in die sie im Münsterland vom Zentrum gedrängt wurde:

> "Wir bitten um ehrliche Führung des Wahlkampfes! Glaubt nicht, wie man Euch einzureden versucht, die Deutsche demokratische Partei wolle die Kirche schutzlos machen oder den Religionsunterricht beseitigen."[300]

Das oldenburgische Zentrum begrüßte allerdings Listenverbindungen, die zwischen ihm und anderen bürgerlichen Parteien vereinbart wurden, "um das Zustandekommen einer sozialdemokratischen Mehrheit zu verhindern". Mit Blick auf die DDP hieß es in der Cloppenburger Zentrumspresse weiterhin:

> "Infolge dieses Zusammengehens der bürgerlichen Parteien, einschließlich der Deutschen demokratischen Partei, die bisher kein Hehl daraus machte, daß ihre Zwecke und Ziele denjenigen der Sozialdemokratie in mancher Beziehung ähnlich oder gar gleich sind, wird wahrscheinlich der Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen nicht so groß sein, wie ihre Presse und ihre Redner es bis dahin prophezeiten. Gelingt es aber der Sozialdemokratie nicht, die Mehrheit in der Nationalversammlung zu erlangen, so wird die Verfassung für das neue Deutschland nach dem Wunsche und Willen der bürgerlichen Parteien gestaltet werden [...]."

Bürgerliche Listenverbindungen wurden im 15. Wahlkreis Osnabrück-Aurich-Oldenburg zwischen dem Zentrum, der DVP, der DNVP und der Deutsch-hannoverschen Partei vereinbart; das erklärt, weshalb zwischen diesen Parteien kein Wahlkampf geführt wurde. Am 2. Januar 1919 boten diese Parteien der DDP die Möglichkeit an, sich der bürgerlichen Liste unter der Bedingung anzuschließen, daß die DDP auf eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie verzichtete. Nachdem die DDP zunächst eine Verbindung mit der rechtsextremen DNVP und der Deutsch-hannoverschen Partei abgelehnt hatte, stimmte sie am 10. Januar 1919 einer Listenverbindung mit allen bürgerlichen Parteien zu und schloß eine solche mit der SPD aus. Am 12. Januar 1919 wurden die Wahlvorschläge aller fünf bürgerlichen Parteien beim Wahlkommissar eingereicht. Das oldenburgische Zentrum meldete offensichtlich keine Bedenken gegen die DNVP und die Deutsch-hannoversche Partei an, um ihr Wahlziel, die Verhinderung einer linken

[300] MT vom 15.1.1919, auch zum folg.

Majorität in der Nationalversammlung, nicht zu gefährden; ideologische Bedenken traten dabei in den Hintergrund. Auch in der Praxis der Listenverbindungen zeigte sich die ambivalente Haltung, die das Zentrum zur DDP einnahm: Auf der einen Seite pflegte es die ideologische Abgrenzung gegen die kulturpolitischen Gegner, die Sozialdemokratie und den demokratischen Liberalismus, während es auf der anderen Seite eine enge politische Kooperation mit den bürgerlichen Parteien einschließlich der DDP gegen die politische Linke anstrebte.

Um die Kandidatur von Reichsgerichtsrat Eduard Burlage für die Nationalversammlung kam es in Südoldenburg zu einer Kontroverse, die die politischen Differenzen in der Basis des Zentrums offenlegte. Auf einer Arbeiterversammlung in der Cloppenburger Walhalla mußte sich Dobelmann für die Kandidatur von Burlage einsetzen, die in der Arbeiterschaft auf wenig Sympathie gestoßen war. "Die schlechte Vertretung der Arbeiterinteressen" durch Burlage konnte offensichtlich erst durch die in der Cloppenburger MT veröffentlichten Nachforschungen des erfolgreichen Lohner Unternehmers und ehemaligen Landtagsabgeordneten Friedrich Taphorn widerlegt werden.[301] Erst Dobelmanns Appell an die katholische Solidarität konnte die Cloppenburger Arbeiter dann doch bewegen, die Kandidatur Burlages zu unterstützen.[302]

Auf gesonderten Wahlversammlungen sprach das Zentrum besonders die neue politische Zielgruppe der Frauen an.[303] Systematisch wurden die Bauerschaften in den Wahlkampf der Zentrumspartei einbezogen.[304] An die außer

---

[301] FRIEDL, Handbuch, S. 735f. (von Josef Sommer). Der gebürtige Cloppenburger Friedrich Taphorn (1848 - 1940) gehörte von 1901 bis 1908 als Zentrumsabgeordneter dem oldenburgischen Landtag an. Er war zunächst Teilhaber in der Lohner Fabrik seines Schwagers Franz Bramlage, die Schreibfedern, Siegellack, Zigarren und Flaschenkorken herstellte. 1890 ging die Fabrik in seinen alleinigen Besitz über. Taphorn baute die Korkenfabrikation aus, die allmählich die vorher in Lohne dominierende Herstellung von Schreibfedern und die Tabakverarbeitung ablöste. Er entwickelte seinen Betrieb zu einem der bedeutendsten Unternehmen der Branche und konnte die zeitbedingten wirtschaftlichen Rückschläge überwinden.

[302] MT vom 7.1.1919.

[303] In Steinfeld fand am 7. Januar 1919 eine Veranstaltung statt, auf der ausschließlich Angehörige des Klerus das Wort ergriffen. (OV vom 9.1.1919)

[304] Die zahlreichen Cloppenburger Bauerschaften wurden nach einem in den Tageszeitungen publizierten Plan zwischen dem 13. und 17. Januar 1919 mit Wahlkampfveranstaltungen bedacht, die zum Teil auch in privaten Häusern abgehalten werden sollten (OV vom 9.1.1919). Beispielhaft für die systematische Erfassung der Region ist die Wahlagitation des Zentrums in der kleinen

halb der Heimat sich aufhaltenden Südoldenburger ging der dringende Appell, dem Zentrum bei den bevorstehenden Wahlen die Treue zu halten.[305] Spenden für den Wahlfonds der Zentrumspartei wurden in der OV namentlich bekanntgegeben. Bischof Johannes Poggenburg von Münster äußerte sich politisch unmißverständlich zu den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung und charakterisierte in seinem Hirtenschreiben vom 3. Januar 1919 anschaulich die 'doppelte' Staatsbürgerschaft des Katholiken als Angehörigen der deutschen Nation und der römisch-katholischen Kirche. Auf "höchstbischöfliches" Geheiß wurde der örtliche Klerus ausdrücklich in die politische Auseinandersetzung der Zeit miteinbezogen:

> "Darum erachte ich es als eine besondere Obliegenheit meines Hirtenamtes, Euch zu ermahnen, daß Ihr alle bei den bevorstehenden Wahlen Eurer Pflicht als Staatsbürger und ebenso als Kinder der katholischen Kirche eingedenk seid und darnach handelt. Lasset Euch deshalb durch keine Rücksicht und durch keinerlei Beschwerde abhalten, gewissenhaft Eure Pflicht zu tun und an den Wahlen Euch zu beteiligen. Wählet nur solche Männer und Frauen, denen Ihr Eure höchsten und heiligsten Interessen mit ruhigem Gewissen anvertrauen könnt; wählet nur solche, die das wahre Interesse des Vaterlandes suchen, die aber ebenso mit Mut und Unerschrockenheit der beabsichtigten Unterdrückung unserer Kirche entgegentreten; wählet nur solche, die der Kirche den ihr gebührenden Einfluß auf die Schule zu wahren und mit aller Entschiedenheit gegen die Einführung der konfessionslosen Schule zu kämpfen bereit sind. Die Herren Geistlichen ersuche ich, in geeigneter Weise ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß alle gutgesinnten Katholiken vollzählig an der Wahl sich beteiligen."[306]

Das Cloppenburger Zentrum widmete sich im Wahlkampf auch der Frage nach der zukünftigen territorialen Gestaltung des Freistaats und liebäugelte für Südoldenburg aufgrund der konfessionellen Übereinstimmung mit der rheinisch-westfälischen Lösung. Der Spitzenkandidat Burlage erklärte dazu auf einer Zentrumsversammlung in Cloppenburg:

> "Eine Lostrennung vom Reiche sei ausgeschlossen, dagegen würde die erwähnte Umgestaltung erwogen, weil die katholische Bevölkerung Rheinlands und Westfalens

---

Gemeinde Bösel (Amtsbezirk Friesoythe), in der alle Bauerschaften zwischen dem 12. und dem 17. Januar 1919 mit jeweils einer Wahlversammlung erfaßt wurden. (OV vom 12.1.1919)

[305] OV vom 10.1.1919. Wörtlich hieß es in dem Aufruf der Vechtaer OV: "Dringende und eilige Bitte. Christliche Eltern! Wenn Kinder von Euch in der Fremde weilen, vielleicht als Soldaten in fernen Garnisonorten, so schreibt ihnen umgehend, daß sie ihre Stimme nur der christlichen Volkspartei (Zentrum) geben. Ihr seid es Gott und Euren Kindern schuldig. - Christliche Soldaten und Ihr alle, die Ihr in der Fremde weilt! Macht Euern Eltern die Freude, daß Ihr ihnen mitteilen könnt, Ihr hättet Euch der dortigen Zentrumsorganisation angeschlossen und trätet ein für die erhabenen Grundsätze der christlichen Volkspartei."

[306] OV vom 9.1.1919: Hirtenschreiben vom 3. Januar 1919.

nicht gewillt sei, sich von Berlin einen neuen und viel schlimmeren Kulturkampf, als der Bismarck=Falksche es war, aufzwingen zu lassen. Vorläufig könne indes noch keine positive Stellung in der hochbedeutsamen Frage genommen werden."[307]

Bei dieser Formel blieb es in der Oldenburg-Frage bis zum Wahlgang am 19. Januar 1919. Im Vorfeld der Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg am 23. Februar 1919 wurde diese Frage in der südoldenburgischen Presse erneut diskutiert. Trotz der politischen Aussichtslosigkeit fand in Cloppenburg nach dem Bericht der MT einen Tag vor dem Wahlgang eine Wahlversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie statt, die nach der Zeitungsmeldung auf unerwartet großes Interesse stieß. Auch diese Versammlung wurde in eine "Zentrumsagitation" umgewandelt, in der Rendant Dobelmann und Oberamtsrichter Dr. Cordes vor allem die schul- und kulturpolitischen Forderungen des Zentrums propagierten. Denn, so hieß es ironisch in dem Pressebericht, "ueber die sozialdemokratische Forderung der Trennung von Staat und Kirche sowie über die erstrebte Entchristlichung der Schule schwieg sich der Herr Referent ganz aus."[308]

2.3.1. Das Ergebnis der Wahl vom 19. Januar 1919: "Unerschütterte Position des Zentrums"

Der Wahlerfolg des oldenburgischen Zentrums in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 unterstrich die Führungsrolle dieser Partei in Südoldenburg, die sie gegen jede andere politische Formation behaupten konnte, und setzte das Zentrum wieder in die politische Position ein, die es vor der Revolution im katholischen Milieu Südoldenburgs für sich in Anspruch nehmen konnte. Bei einer Wahlbeteiligung von 84,9 % (Reich 83 %) im 15. Wahlkreis (Oldenburg-Osnabrück-Aurich) erlangte die Zentrumspartei im Landesteil Oldenburg mit 21,2 % (Reich 19,7 % incl. BVP) einen überdurchschnittlichen Wahlerfolg, während der Anteil der SPD - des eigentlichen politischen Gegners - mit 29,1 % (USPD 7,9 %) weit unter dem Ergebnis im Reich (37,9 %) lag. Die Liberalen - die DDP erhielt 30,2 % und die DVP 11,3 % - vereinigten insgesamt 41,5 % der Stimmen auf sich und behaupteten zusammen damit ihre traditionelle Stellung als stärkste politische Kraft in Oldenburg.[309] Mit 80,5 % der Stimmen konnten die Parteien der

[307] MT vom 7.1.1919; OV vom 10.1.1919.
[308] MT vom 18.1.1919.
[309] GÜNTHER, Wahlen, S. 122.

Weimarer Koalition die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung im Landesteil Oldenburg eindeutig für sich entscheiden.

Bei latenter Enttäuschung über die starke Stellung der Sozialdemokratie und des bürgerlich-liberalen Lagers herrschte in der Wahlkommentierung des Zentrums aber doch Zufriedenheit vor, zumal es für den Wahlkreis 15 zwei Abgeordnete, Eduard Burlage und Josef Hagemann, in die Nationalversammlung entsenden konnte. Im Vergleich zur letzten Reichstagswahl im Jahre 1912, stellte die Vechtaer OV fest, habe das Zentrum seine Stellung in Südoldenburg nicht nur "glänzend behauptet, sondern sogar noch Gewinne" zu verzeichnen; Südoldenburg habe "seine altbewährte Treue" bewiesen.[310] Die "unerschütterte Position des Zentrums" gab überhaupt zu keiner Kritik oder Sorge Anlaß.[311] Der Anteil des Zentrums lag in den einzelnen Gemeinden zwischen 79,5 % und 93,5 % - in der Gemeinde Vestrup erreichte es sogar 100 %.[312]

Im Vergleich zur letzten Reichstagswahl vor dem Kriege, die im Jahre 1912 stattfand, hatte das Zentrum im Landesteil Oldenburg aber 4,4 % (1912: 25,6 % - 1919: 21,2 %) verloren. Diesen Verlust konnte es bei den Wahlen zur Landesversammlung trotz eines Rückgangs in der Wahlbeteiligung mit 24,3 % weitgehend wieder ausgleichen.[313] So stellte sich im katholischen Milieu Südoldenburgs schon nach den Wahlen zur Nationalversammlung das Bewußtsein ein, das vorhandene Wählerpotential ausgeschöpft zu haben und auch unter vermehrten Anstrengungen unter den Gegebenheiten des Verhältniswahlrechts aus eigener Kraft keine Verbesserung des Ergebnisses mehr erzielen zu können. Verhältniswahlrecht und Wahlkreiseinteilung, die absolute Herrschaft der Zahl, hatten im Vergleich zum absoluten Mehrheitswahlrecht der Vorkriegszeit die Erfolgsaussichten des bürgerlich-liberalen und sozialdemokratischen Gegners erhöht und damit wesentlich zur Mobilisierung des nordoldenburgischen Wählerpotentials beigetragen. Zur Erklärung dieses Befundes stellt Wolfgang Günther für die Wahlen von 1912 und 1919 einen bemerkenswerten Unterschied in der Ausschöpfung des Wählerpotentials zwischen den evangelischen und katholischen Landesteilen fest und führt darauf die relativen Verluste des Zentrums zurück. Durch das ge

[310] OV vom 23.1.1919.
[311] OV vom 24.1.1919.
[312] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 111-113; OV vom 22.1.1919: Ergebnisse in absoluten Zahlen.
[313] GÜNTHER, Wahlen, S. 122.

änderte Wahlrecht habe die Wahlbeteiligung in den evangelischen Gemeinden überdurchschnittlich stärker zugenommen als in den katholischen. Zudem hätten die bürgerlichen Wähler, die bei der letzten Reichstagswahl vor dem Kriege aufgrund der Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen in der Konkurrenz mit der aufstrebenden Sozialdemokratie Wahlenthaltung geübt hätten, 1919 von ihrem Wahlrecht erstmalig in einem Maße Gebrauch gemacht, das ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprach. Aus dem Verhältniswahlrecht hätten besonders SPD-Anhänger in den katholischen Gemeinden Nutzen gezogen, und das Zentrum habe relativ am meisten Einbußen erfahren. Zwar habe es seine dominierende Stellung im katholischen Gebietsteil behaupten können, aber sein Stimmenanteil sei deutlich reduziert worden.[314] Die im Vergleich zu 1912 weitaus stärkere Ausschöpfung des Wählerpotentials durch die liberalen Parteien und die Sozialdemokratie war dafür verantwortlich, daß alle Parteien mit Ausnahme des Zentrums 1919 eine Steigerung ihres Stimmenanteils zu verzeichnen hatten. Weil das Zentrum 1912 besonders günstig abgeschnitten hatte, mußte es 1919 leichte Einbußen in Kauf nehmen. Günther betont, daß die soziostrukturellen Voraussetzungen für die Kontinuität der Parteipräferenzen und die Stabilität des Wahlverhaltens schon in der Vorkriegszeit gegeben waren und sich bis 1919 nur unmerklich verändert hatten. Die leichten Verschiebungen zwischen den Parteien hatten demnach ihren Grund in der politischen Konstellation, wie sie durch die Revolution geschaffen worden war.[315]

So erfuhr der südoldenburgische Katholizismus schon im ersten Wahlgang nach dem Kriege die Grenzen seiner politischen Kraft, eine Erfahrung, die auch von der kulturkämpferischen Rhetorik der eigenen Presse nicht übertönt werden konnte. Deshalb herrschten trotz aller Genugtuung in der Kommentierung des Wahlergebnisses auch zurückhaltende Skepsis und unterschwellige Ernüchterung vor: Für das Zentrum und den politischen Katholizismus, so die Einsicht, werde es in der Weimarer Republik schwer werden, seine spezifischen politischen Vorstellungen durchzusetzen, und in der Zukunft bestehe wenig Aussicht darauf, seine eigene Position über das Ergebnis von 1919 hinaus noch merklich zu verbessern. Im Gegenteil, es stand eher zu erwarten, daß der Abwärtstrend sich fortsetzte. Die politischen Kräfteverhältnisse, das wurde in den Wahlen vom 19. Januar 1919 deutlich, waren in der demokratischen Wirklichkeit der Weimarer Republik für das Zentrum wesentlich un

[314] Ebd., S. 119.
[315] Ebd., S. 129.

günstiger verteilt als in der konstitutionellen Monarchie, die in der Verfügungsgewalt über die Exekutive die 'revolutionäre' Sozialdemokratie und den politischen Liberalismus politisch gezähmt hatte. Der Versuch, sich als christliche Volkspartei zu etablieren und aus dem bürgerlich-protestantischen Wählerpotential zu schöpfen, war ebenso gescheitert wie die im Wahlkampf gehegte Absicht, durch die Bildung eines parteiübergreifenden Bürgerblocks die politische Linke in Deutschland neutralisieren zu können. Angesichts drohender parlamentarischer Majorisierung im demokratischen Parteienspektrum der Weimarer Republik ging das Zentrum den raschen Weg in die Regierungsbeteiligung, um auf dem Wege eines Koalitionskompromisses aus dem vorparlamentarischen Raum heraus den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Die demokratische Oppositionsrolle, ohne maßgeblichen Einfluß auf den Gang der politischen Entwicklung, bot dem Zentrum keine Alternative zur Regierungsverantwortung und hätte sein politisches Überleben schon früh erheblich gefährdet. Um sich in Oldenburg, wo zentrale kirchen- und schulpolitische Fragen zur Entscheidung anstanden, vor einer drohenden Majorisierung durch die liberal-sozialdemokratische Majorität in der Landesversammlung zu schützen, bestand das Zentrum auf einer verfassungsrechtlichen Verankerung seiner kulturpolitischen Forderungen, verbunden mit einer Klausel, die eine Dreiviertel-Mehrheit für Verfassungsänderungen vorsah. Das Zentrum war in Oldenburg auf der Suche nach "Sicherungen" für den schul- und kirchenpolitischen Status quo und ahmte damit das preußische Beispiel nach.

Nach dem ersten Wahlgang zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 und vor dem zweiten zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg am 23. Februar 1919 wurde das Privileg, aber auch das politische Dilemma des Zentrums als Konfessionspartei im parlamentarischen System offenbar. Der Zentrumswähler war in der Regel kein typischer Wechselwähler, sein Protest konnte sich auch niederschlagen in der Wahlenthaltung. Wie sehr sich der innerparteiliche Konsens nach dem Ersten Weltkrieg in der kulturkämpferischen Abgrenzung gegen die politische Linke in Deutschland herausgebildet und die politische Autorität der Partei moralisch untermauert hatte, zeigte der Wahlkampf zur verfassunggebenden Landesversammlung, der die Risse und Trennlinien in der südoldenburgischen Wählerschaft deutlicher denn je hervortreten ließ. Vehementer als derzeit bei der in der katholischen Arbeiterschaft umstrittenen Kandidatur Burlages meldete sich jetzt die Parteibasis zu Wort und griff in die Aufstellung der Kandidatenliste ein.

Der Erfolg bei den ersten Wahlen nach dem Ersten Weltkrieg bestätigte die historische Kontinuität in Südoldenburg, die politisch wesentlich vom Zentrum und dem von ihm geführten organisierten Katholizismus Südoldenburgs getragen wurde. Die moralische Maxime treuer Pflichterfüllung, die Verteidigung absoluter Glaubenswahrheiten gegen eine gottlose politische Welt über alle historischen Umbrüche und Zeitläufte hinweg, die Sammlungsbewegung aller katholischen Stände im Zentrum und die Reorganisation der Partei, die angesichts des neuen Verhältniswahlrechts alle politischen Ressourcen zu erschließen versuchte, hatten sich als erfolgreich erwiesen und ließen eine umfassende politische Neuorientierung des katholischen Milieus mehr als überflüssig erscheinen. Während die Reorganisation des politischen Milieus in Südoldenburg bereits im ersten Wahlgang nach dem Kriege zum Abschluß gekommen war, mußte der Versuch des Zentrums, sich als "christlich-demokratische" Volkspartei zu etablieren, als gescheitert betrachtet werden, weil ihm kein nennenswerter Einbruch in das protestantische Wählerreservoir in Nordoldenburg gelungen war, das weiterhin von den liberalen Parteien und der Sozialdemokratie vertreten wurde. Das oldenburgische Zentrum ging desillusioniert aus der Wahl vom 19. Januar 1919 hervor, und es stieg in seinen Reihen aus Gründen der Parteiräson die Bereitschaft, in eine Koalition mit der Sozialdemokratie zu treten und Regierungsverantwortung zu übernehmen. Die fast geschlossene Wahlentscheidung zugunsten des Zentrums war nicht in erster Linie "das Ergebnis rationaler politischer Überlegungen des Wählers" im katholischen Milieu Südoldenburgs, sondern in ihr wirkten "Herkunft und Umwelt, soziale und wirtschaftliche Stellung, religiöses Bekenntnis, landschaftliche Gebundenheit und viele andere Faktoren des Gemeinlebens" entscheidend mit.[316]

So dokumentierte Südoldenburg in der ersten Wahl nach dem Untergang der Monarchien in Deutschland seinen durch die Reorganisation des katholischen Milieus präformierten politischen Willen und trug damit wesentlich zur politischen Kontinuität dieser Region bei, die in ihrem sozialen und kulturellen Kontext als Heimat empfunden wurde. Die Auseinandersetzung in der Kandidatenfrage im Vorfeld der Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg am 23. Februar 1919 machte aber deutlich, daß der parteipolitische Grundkonsens autoritativ in der kulturkämpferischen Abwehrhaltung gegen die Sozialdemokratie und den materialistischen Zeitgeist

[316] MILATZ, Wahlen, S. 59.

erzwungen wurde und eine programmatische und strukturelle Erneuerung der traditionellen Konfessionspartei verhinderte. Die soziale Inhomogenität der Parteibasis und die politische Differenzierung im katholischen Milieu Südoldenburgs, die besonders von der Arbeiterschaft und den bäuerlichen Mittel- und Unterschichten ausging, konnten unter einem oktroyierten kulturpolitischen Primat gebannt werden, stürzten das Zentrum aber in eine latente Identitätskrise, die nicht im Sinne einer demokratischen Erneuerung gelöst und genutzt wurde. Der berufsständische Proporz, an dem sich die politischen Interessen in der Kandidatenfrage im Februar 1919 schieden, manifestierte die demokratischen Defizite in der Organisationsstruktur des Zentrums.

2.3.2. Eintritt in die Weimarer Koalition: "Was für den Wahlkampf galt und gilt, braucht [...] nicht für die Zeit ernster parlamentarischer und gesetzgeberischer Arbeit [zu] gelten."

Am Anfang der politischen Karriere des Zentrums in der Weimarer Republik stand der gefürchtete Parteien-Kompromiß mit dem traditionellen ideologischen Gegner, der erheblich zu Lasten der Glaubwürdigkeit der konfessionellen Partei ausfiel, die an absoluten übernatürlichen Glaubensgrundsätzen festhielt. Mit der Entscheidung für die Weimarer Koalition schlug die Zentrumspartei aber auch einen Weg ein, der ihr in der Republik einen Einfluß einräumte, der über ihrer numerischen Stärke lag und über die Macht der von ihr repräsentierten gesellschaftlichen Gruppen hinausging. Der erste sichtbare Ertrag der Hinwendung des Zentrums zum neuen Staat war der große Einfluß, den der politische Katholizismus auf die Ausgestaltung der Verfassung gewinnen konnte. Mit der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung am 31. Juli 1919 war die politische Integration der Zentrumspartei in die Weimarer Republik vollzogen. Da die Republik als Staatsform und das Prinzip der Volkssouveränität aber keine genuinen Bestandteile des Demokratiebegriffs dieser Partei waren, "entspann sich über diese beiden Verfassungsprinzipien ein heftiger Streit, der bis zum Untergang der Republik nie ganz zur Ruhe kam".[317] Unter Umkehrung der Wahlkampffronten - denn "was für

[317] RUPPERT, Staat, S. 29ff. Nach Ruppert versuchte das Zentrum, dieses Dilemma dadurch zu umgehen, "daß einerseits die Frage der Staatsform grundsätzlich offen gehalten, andererseits aber die geschichtliche Notwendigkeit der republikanischen Staatsform anerkannt wurde. Nur durch sie sei die Einheit des Reiches zu bewahren gewesen und ihre Anerkennung bleibe Voraussetzung für den äußeren Aufstieg wie die innere Konsolidierung." Das Zentrum habe sich

den Wahlkampf galt und gilt, braucht und kann häufig auch nicht für die Zeit ernster parlamentarischer und gesetzgeberischer Arbeit [zu] gelten" - signalisierte das Zentrum seinen politischen Willen zur Kooperation mit der SPD und der DDP, die in der Zentrumspresse im Wahlkampf ebenfalls scharf attackiert worden war. Für den "Wiederaufbau des Reichs" empfahl sich das Zentrum als "Partei positiver, fruchtbringender Arbeit" und knüpfte sein Angebot an die Bedingung, daß "kein neuer Kulturkampf im Reich geführt und auch den unitarischen und zentralistischen Bestrebungen" Einhalt geboten werde.[318] Mit diesen nationalen und konfessionellen Argumenten wurde der Eintritt der katholischen Konfessionspartei in die Weimarer Koalition in der südoldenburgischen Zentrumspresse psychologisch vorbereitet und begründet.

Bereits am 8. Februar 1919 sprach sich die Reichstagsfraktion in Weimar nach kontroversen innerparteilichen Debatten für den Eintritt des Zentrums in die Weimarer Koalition aus. Dabei gab offensichtlich die Überlegung den Ausschlag, "innerhalb der Regierung vielleicht nicht alle eigenen Wünsche durchsetzen, aber zumindest alle extremen Forderungen der Sozialdemokraten, vor allem im kirchen- und kulturpolitischen Bereich, abwehren zu können". Das Zentrum wußte - auch in Oldenburg - aus eigener Erfahrung, "wie eine Partei behandelt wird, die aus Regierung und Verwaltung augeschlossen blieb". Aus den gleichen Motiven entschloß sich auch einige Wochen später die Zentrumsfraktion der Preußischen Landesversammlung zum Eintritt in eine Koalitionsregierung mit der SPD und der DDP.[319] Angesichts dieser politischen Rahmenbedingungen im Reich und in Preußen überraschte es nicht mehr, daß sich auch das oldenburgische Zentrum für die Bildung einer Weimarer Koalition unter der Führung von Ministerpräsident Tantzen (DDP) entschied.

"als Repräsentant aller Schichten des katholischen Volkes" per se für eine demokratische Partei gehalten und "unter Demokratie vor allem die naturrechtlich gedeuteten Grund- und Menschenrechte, einen organisch gegliederten Aufbau der Gesellschaft wie die Form, in der diese die Teilhabe an der politischen Macht regelt", gehalten. (S. 29f.)

[318] OV vom 26.1.1919.

[319] MORSEY, Zentrumspartei, S. 169f. Während eine unverbindliche Ministerliste, die am 8. Februar kursierte, noch die Namen von vier Zentrumsabgeordneten (Erzberger, Müller-Fulda, Stegerwald und Bell) enthielt, traten in das Kabinett Scheidemann, das am 13. Februar 1919 gebildet wurde, mit Bell (Reichskolonialministerium), Giesberts (Reichspostministerium) und Erzberger (Minister ohne Portefeuille, der weiterhin alle Fragen des Waffenstillstands verantwortlich zu bearbeiten hatte) nur drei Zentrumsvertreter ein, ohne eines der politisch entscheidenden Ressorts zu übernehmen.

Der Entschluß der Zentrumspartei, in die Weimarer Koalition einzutreten und zusammen mit der SPD und der DDP Regierungsverantwortung zu übernehmen, traf die Wähler unvorbereitet, zumal ihnen "keine Frist des Übergangs und der Überlegung" blieb. Der Hinweis auf die Zwangslage des Zentrums überzeugte nicht alle kritischen Stimmen, die ihre Partei vor einer Mitschuld an einem möglichen politischen Desaster der Weimarer Republik bewahren wollten und besorgt waren, "daß die Teilnahme des Zentrums an einer Linkskoalition leicht als Deckung für manche revolutionären, der 'sozialistischen Diktatur' zugeschriebenen Ausschreitungen angesehen werden könnte". Einflußreiche Parteiorgane sahen sich deshalb veranlaßt, die Motive für den überraschenden Kurswechsel der Partei darzulegen und zu erläutern.[320] Die Wende des Zentrums nach den Wahlen vom 19. Januar 1919 minderte die politische Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der Partei. Es gab aber für sie keine andere Möglichkeit, sich politischen Einfluß in der Konstituante bei der Gestaltung der zukünftigen Verfassungssysteme in Deutschland zu sichern.

Nach dem Urteil von Rudolf Morsey wurde die Auffassung, "daß die Zentrumsfraktion in Weimar den richtigen Weg gegangen sei", im katholischen Lager keineswegs geteilt. Vor allem an Satz 2 in Art. 1 der WRV ("Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.") entzündete sich eine erbitterte langwierige Diskussion. Aus dem bis zum Untergang der Weimarer Republik ausgetragenen "Verfassungsstreit" resultierte seit dem Sommer 1919 eine Spaltung im politischen Katholizismus. Morsey erkennt in diesen Angriffen, die in erster Linie von "rechtsstehenden" Katholiken geführt wurden, zweifelsohne eine innere Ablehnung der Republik:

> "Die mit pseudotheologischen Argumentationen und integraler Tendenz vorgebrachten Angriffe gegen die Verfassung und deren Schöpfer erwiesen je länger je mehr, daß es ihren Trägern um eine innere Ablehnung der Verfassung ging, deren freiheitliche Errungenschaften man nicht sehen wollte oder verkleinerte, deren Zukunftsmöglichkeiten man verkannte, der man jeden nationalen Charakter absprach."

Die Kritiker verurteilten die neue Verfassung - ganz zu Unrecht - als Produkt der Revolution und lehnten sie "als Staatsform der Linken" ab.[321] Papst Leo XIII. (1878 - 1903) hatte in der Enzyklika "Rerum novarum" die Stellung des

---

[320] MORSEY, Zentrumspartei, S. 172f.
[321] Ebd., S. 236ff.

Staates auf der Basis der christlichen Naturrechtslehre begründet; diese Doktrin galt auch in der Weimarer Republik. Danach kam jede Autorität - im bürgerlichen Staat, in der katholischen Kirche und in der christlichen Familie - von Gott und war als solche "ein Ausfluß der höchsten Autorität" Gottes. Die Regierung selbst war "nach dem Vorbilde der göttlichen Regierung" auszuüben, die "mit gleicher väterlicher Liebe" ihres Amtes waltete.[322] Nach den Aussagen des katholischen Lehramtes gingen beide Gewalten, Staat und Kirche, aus dem Naturrecht hervor und bildeten geheimnisvolle Gemeinschaften autokratischer Provenienz. Das war die politische Antwort der katholischen Theorie auf die im Begriff der Volkssouveränität enthaltene demokratische Herausforderung der Moderne, die jenseits vom historischen Raum und von historischer Zeit alle aktuelle Geschichte transzendierte. Die metaphysische Legitimation von Staat und Kirche entzog die Träger dieser Gewalten einer rationalen Kritik und setzte auf den gläubigen Untertanen. Er hatte sich um seines ewigen Seelenheiles willen den obwaltenden Autoritäten in Staat und Kirche zu beugen.

Die sog. Designationstheorie, wonach alle politische Gewalt ihren Ursprung zwar in Gott hatte, aber im Wahlakt vom Volk ‘designiert’ werden konnte, bestimmte die Toleranzgrenze im politischen Denken der katholischen Kirche. Mit ihrem Eintritt in die Weimarer Koalition hatte die Deutsche Zentrumspartei Art. 1 der WRV faktisch anerkannt: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."[323] Die demokratische Entscheidung des Zentrums wirkte im politischen Katholizismus der Weimarer Republik polarisierend und stellte eine Belastung in der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern dar.[324] Bezeichnend für die Polarisierung in den Reihen des politischen Katholizismus war die Kontroverse zwischen dem Münchener Kardinal Faulhaber und dem Kölner Oberbürger Konrad Adenauer, der auf dem Katholikentag in München (1922) der Abwendung der "Gegenwartsrealität der Republik" durch Faulhaber nachdrücklich widersprach. Adenauer war Präsident des Münchener Katholikentages.[325]

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung und dem Eintritt des Zentrums in die Weimarer Koalition kehrte in Zentrumskreisen große Ernüchterung ein, die sich in ihrer Presse widerspiegelte. Es fehlte zwischen den Wahlen

[322] Rerum novarum, S. 18.
[323] Verfassungen, S. 77.
[324] KÖSTERS, Verbände, S. 151f.
[325] MORSEY, Windthorst, S. 197.

im Reich und den Wahlen in Oldenburg an den großen kulturkämpferischen Themen und Emotionen, die die Zentrumspresse vor dem Wahlgang am 19. Januar 1919 beherrscht hatten. Ansätze zur Manöverkritik wurden in der Vechtaer OV laut.[326] Der politische Ernst des Versuchs, sich als christliche Volkspartei zu etablieren, sollte durch die Ankündigung unterstrichen werden, für die bevorstehende Landtagswahl einen evangelischen Kandidaten in den Wahlvorschlag aufzunehmen. Die Vechtaer OV hatte das Problem politischer Glaubwürdigkeit erkannt und gab ihrer Hoffnung Ausdruck, daß das Zentrum sich zu einer "Christlichen Volkspartei" wandeln werde, "in der sich alle gläubigen Christen zusammen finden, um neben den materiellen auch ihre ideellen Wünsche zu vertreten". Die Zuversicht, die Zentrumspartei werde "die Zahl ihrer Mandate um ein Beträchtliches erhöhen können und damit auch ihre Macht und ihr Einfluß wachsen", glich einer politischen Illusion.

In diese politische Überzeugungsarbeit begab sich auch das oldenburgische Zentrum. Selbstkritisch äußerte sich die OV zur konfessionellen Frage und bestätigte zugleich den katholischen Gründungsauftrag und Führungsanspruch des Zentrums. Das politische Stigma einer Konfessionspartei habe das Zentrum niemals ablegen können:

> "Das alte Zentrum ist den Anwurf, es sei eine konfessionelle und keine politische Partei trotz aller Erklärungen und Beteuerungen von unserer Seite, niemals los geworden. Wohl einzig aus dem Grunde ist es dem Zentrum auch niemals gelungen, Andersgläubige in nennenswerter Zahl an seine Fahnen zu fesseln. In der Kulturkampfzeit der 70er Jahre zum Schutze des katholischen Glaubens und zur Niederkämpfung der Maigesetze in seiner jetzigen Gestaltung geboren und erstarkt, ist es begreiflich, daß die Nichtkatholiken uns als eine konfessionelle Partei betrachten. Die Verleumdung und die Verhetzung durch unsere politischen Gegner, namentlich der Linksparteien, haben auch ihr redlich Teil dazu beigetragen, daß wir von diesem Anwurfe nicht freikommen konnten. Jetzt ist es anders geworden."[327]

Der aus Gründen der Staats- und Parteiräson notwendige Eintritt in die Weimarer Koalition an der Seite der weltanschaulichen Kontrahenten SPD und DDP erlegte dem Zentrum in der Geschichte der Weimarer Republik einen erheblichen Rechtfertigungszwang auf, der politisch nach dem betont antiso

---

[326] OV vom 2.2.1919. Dazu hieß es: "Wir können zwar mit Befriedigung auf den Verlauf der Wahlen zurückblicken, dürfen es aber keineswegs unterlassen, zu prüfen, ob und welche Fehler wir begangen haben und wie wir uns bei den in Aussicht stehenden weiteren Wahlen verhalten müssen."

[327] Ebd.

zialdemokratisch geführten Wahlkampf an der Parteibasis nur schwer zu verstehen war und das oldenburgische Zentrum in tiefe Verlegenheit stürzte. Die rhetorisch offensiv angelegte und mit der schulpolitischen Grundsatzfrage verquickte Separatismusdebatte hatte auch die Aufgabe, die politischen Defizite des Zentrums zu kompensieren und die katholische Klientel im Zeichen eines oldenburgischen Kulturkampf-Szenariums zu disziplinieren. Die ökonomische, soziale und vor allem auch moralische Verfassung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg war in der Gründungsphase der Weimarer Republik noch solide genug, um den kulturpolitischen Primat zu tragen und die Führungsrolle des Zentrums prinzipiell nicht zu bestreiten. Das veränderte sich mit dem Versailler Vertrag, der das Zentrum wie zuvor in den Tagen der Revolution in eine zweite tiefe Depression stürzte.

2.4. Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg

Zu einer politischen Zerreißprobe geriet in Vechta die Kandidatenfrage für die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung. Die Konflikte um die Zentrumskandidaturen machten deutlich, daß das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg nach dem Weltkrieg eine größere soziale Differenzierung aufwies und verschiedene Berufs- und Interessengruppen in den Landtagskandidaturen vertreten sein wollten. Zu diesen gehörte auch die katholische Lehrerschaft, die an der Jahreswende 1918/19 ihre parteipolitische Zurückhaltung aufgab und mit einem Mandat in der kommenden Landesversammlung vertreten sein wollte. Der Katholische Lehrerverein betrat den Boden der Weimarer Republik in Oldenburg mit dem Wunsch nach demokratischer Partizipation, wurde aber vom Zentrum enttäuscht:

> "Die Zeit ist gekommen, bisher unerfüllt gebliebene, wohlberechtigte Wünsche und Forderungen zur Geltung zu bringen. Die vielfach geübte Zurückhaltung im öffentlichen und privaten Leben muß schwinden. In jedem Falle muß unsere Losung sein, dabei zu sein, wenn Interessen der Schule, des Volkes und des Vaterlandes auf dem Spiel stehen."

"Nicht die Zahl der Mitglieder unseres Standes" konnte nach den Worten der Katholischen Schulzeitung ein Mandat rechtfertigen, wohl aber "die Schulsache als Volkssache".[328] Der Katholische Lehrerverein war entschlossen, "bei

[328] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 1, 1.1.1919, S. 3: Zum neuen Jahre.

der jetzigen Landtagswahl an gesicherter Stelle einen Fachmann für Schul= und Bildungsfragen als Kandidaten aufzustellen", und entschied sich für seinen Vorsitzenden, Hauptlehrer Bernhard Bellm aus Cloppenburg. Der Lehrerverein wußte, daß die 'Lehrerkandidatur' Bellms mit der von Hauptlehrer Johannes Denis aus Vechta kollidierte, und wartete das Ergebnis der Beratungen im Zentrum ab. Kritik an ihrer wahlpolitischen Offensive erwartete die katholische Lehrerschaft in erster Linie von "größeren Landwirten". Besonders enttäuscht zeigte sie sich vor allem darüber, daß auch klerikale Kreise ihren "Bestrebungen gleichgültig, teils vollständig ablehnend gegenüberstanden". Trotz der Verärgerung hielt der Lehrerverein aber an den "christlichen, katholischen Idealen" und an der Zentrumsparole fest: "Für Wahrheit, Recht und Freiheit."[329] Den politischen Elan in den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg jedoch nicht erhalten und zog sich am Ende wieder auf konfessionelle Positionen zurück, die ihm in der Krise der Weimarer Republik ein Überleben in Aussicht stellen sollten.

Die landwirtschaftliche Klientel erhob gegen die auf der Landesausschußsitzung in Vechta am 31. Januar 1919 erstellte Liste der Zentrumskandidaten Protest, weil sie ihren Berufsstand durch keinen Kandidaten vertreten sah.[330] Der Protest der Landwirte richtete sich vor allem gegen die starke Berücksichtigung der Arbeiterschaft mit zwei Kandidaten und die Öffnung des Zentrums zum protestantischen Norden hin. In der offenen Kritik an der 'Lehrerkandidatur' Bellms machte sich auch die bäuerliche Aversion gegen eine einseitige Vereinnahmung der Partei bemerkbar. Die politische Konfliktsi

[329] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 3, 1.3.1919, S. 19f. Der Artikel wurde vor der Wahl verfaßt, aber erst nach der Landtagswahl am 23. Februar 1919 veröffentlicht. Zur Begründung und Verteidigung einer eigenen 'Lehrerkandidatur' heißt es in diesem Artikel: "Nicht einseitige Standesinteressen haben die Lehrerschaft bei diesen Bestrebungen geleitet, wer solche vertritt oder vertreten lassen will, zählt sich mit Unrecht zur Zentrumspartei; an dem Aufbau unseres gesamten Schul= und Bildungswesens positiv gestaltend mitzuwirken unter vollster Wahrung und Verteidigung der christlichen und katholischen Grundsätze, war ihr Ziel." Für die Nominierung Denis' war nach Ansicht des unbekannten Verfassers "wohl hauptsächlich [die] Verquikkung reiner ortspolitischer Strömungen mit der vermeintlichen 'Standes'-Forderung entscheidend". Denis kandidierte auf der Zentrumsliste an zehnter Stelle und konnte nur im günstigsten Falle mit einem Mandat rechnen.

[330] MT vom 1.2.1919; SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 115: Die Ausschußsitzung hatte nominiert: Dr. Driver (Oldenburg), Bürgermeister a. D. Feigel (Cloppenburg), Apotheker König (Löningen), Brennereibesitzer Enneking (Damme), Arbeitersekretär Sante (Oldenburg), Schlossermeister Raschke (Rüstringen) und Hauptlehrer Bellm (Cloppenburg); ein protestantischer Kandidat war noch nicht benannt worden.

tuation des Zentrums trat in der Kandidatenfrage deutlich hervor und zeigte die Strukturdefizite der katholischen Honoratiorenpartei auf. Vor allem das Prinzip der Vertretung aller Stände mußte es als geraten erscheinen lassen, immer einen möglichst engen Kontakt mit der Anhängerschaft zu suchen, um die verschiedensten Wünsche und Interessen zu sondieren und - soweit dies bei der Zusammensetzung der Partei überhaupt möglich war - zu berücksichtigen. Die katholische Sammlungsidee unter der Parole eines heraufziehenden neuen Kulturkampfes hatte bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 innerparteiliche Gegensätze überbrückt und Ansätze einer Parteireform im Keim erstickt.

Eine Cloppenburger Zentrumsversammlung erörterte ebenfalls die Kandidatenfrage und betonte, daß die Zentrumspartei als "Vertreterin sämtlicher Berufsklassen" auch Vertreter aller Stände in die Landesversammlung entsenden sollte. Unter den Cloppenburger Kandidaten Feigel, Bellm, Dobelmann und König seien keine Vertreter der Landwirtschaft, die deshalb im Amt Vechta nominiert werden müßten. Aufgrund der zu erwartenden schulpolitischen Auseinandersetzungen bei den Verfassungsberatungen unterstützte die Versammlung aber die Kandidatur von Hauptlehrer Bellm, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Katholischen Lehrervereins die Interessen des konfessionellen Volksschulwesens zu vertreten habe.[331] Der Landesausschuß bot weitere Optionen für die Listenplätze an, aber der Konflikt zwischen dem höchsten Parteigremium und der südoldenburgischen Parteibasis konnte dadurch nicht beigelegt werden. Vor allem die Landwirtschaft fürchtete in Südoldenburg unter den veränderten politischen Rahmenbedigungen an Einfluß in der Landespolitik zu verlieren.[332] So stand das Zentrum vor dem entscheidenden Vertretertag in Oldenburg am 5. Februar 1919 in der Kandidatenfrage vor einer politischen Zerreißprobe.

Der Vertretertag hielt bis auf die Lehrerkandidatur Denis' an den umstrittenen Nominierungen des Landesausschusses fest, die den Protest in den Zentrumsreihen verursacht hatten und auch jetzt nicht dem Anteil der Landwirte an den Zentrumsstimmen entsprachen.[333] Die Vechtaer OV berichtete ausführlich über das Ergebnis des Vertretertages in Oldenburg und machte in ihrem Bericht die soziale Konfliktlage des Zentrums als Volkspartei deutlich:

---

[331] OV vom 5.2.1919.
[332] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 121-125. Seelhorst berichtet ausführlich über den Verlauf der Auseinandersetzung.
[333] DENIS, Denis, S. 151-157.

"Im allgemeinen herrschte darüber Einmütigkeit, daß außer dem bisherigen Abg. Dr. Driver 4 Vertreter der Landwirtschaft und 4 Vertreter einzelner Stände aufzustellen seien. Über die Vertreter der Stände fand bald eine Einigung statt. Für den Kaufmannsstand wurde der jetzige Abg. Feigel-Cloppenburg, für die Handwerker Schlossermeister Arthur Raschke-Rüstringen, für die Arbeiter Sekretär Sante-Oldenburg vorgeschlagen. [...] Wegen der wichtigen Schulfrage, die demnächst sicher zur Verhandlung kommt, wurde von den Lehrern ein Vertreter gewünscht, damit dieser als Fachmann die katholischen Schulinteressen verteidige. Als ihren Vertreter wünschten sie, wie sie wiederholt betonten, den Vorsitzenden des kathol. Lehrervereins, Hauptlehrer Bellm-Cloppenburg. Da aber Vechta auch gern einen Vertreter wünschte - nach den bisherigen Abmachungen konnte der bisherige Vertreter keinen aussichtsreichen Platz mehr erhalten - so schlug ein Vertreter von Vechta den Hauptlehrer Denis als Vertreter der Lehrer vor. Die Mehrheit entschied sich, um Vechta entgegenzukommen, für diesen Vorschlag. Bezüglich der 4 Vertreter des Bauernstandes einigte man sich bald über die bisherigen Abgeordneten Enneking, König und Griep, da diese von den Vertretern des Bauernstandes, und besonders aus ihren bisherigen Wahlkreisen gewünscht wurden. Als Vertreter der Heuerlinge wurde an erster Stelle Heuermann Willenborg-Höne bei Dinklage vorgeschlagen und schließlich auch angenommen. Einige Schwierigkeiten entstanden bei Festsetzung der Rangordnung auf der Kandidatenliste, als der als weiterer Vertreter des Bauernstandes vorgeschlagene Berufslandwirt Fröhle-Hammel bei Lastrup nach einem Antrage an die 4. Stelle gerückt werden sollte. Wäre dieser Antrag durchgegangen, dann hätte, da die Bauern an ihren vier ersten Kandidaten würden festgehalten haben, ein Vertreter der anderen Stände an einen recht aussichtslosen Platz rücken müssen."[334]

Daß der Vertretertag in Oldenburg sich schließlich gegen den Vorsitzenden des Katholischen Lehrervereins entschied, löste in den Reihen der Cloppenburger Lehrerschaft große Enttäuschung aus.[335] Neun Sitze, so die OV, seien nach dem Ergebnis der Wahl zur Nationalversammlung sicher, "wenn das Zentrum einig bleibt", es bestehe aber auch die Möglichkeit, "daß auch der 10. Zentrumskandidat gewählt wird." Auf Platz 9 kandidierte schließlich Hauptlehrer Denis, auf Platz 10 Landwirt Fröhle aus Hammel bei Lastrup. Im einzelnen wurden nominiert:

1. Dr. Driver (Oldenburg),
2. Enneking (Damme),
3. Feigel (Cloppenburg),
4. Sante (Oldenburg),
5. Willenborg (Höne bei Dinklage),
6. Griep (Ramsloh),

[334] OV vom 7.2.1919. Der Landwirt Fröhle aus Hammel bei Lastrup war auf einer Protestversammlung in Lastrup am 2. Februar 1919 als zusätzlicher Kandidat der Landwirte nominiert worden. (SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 119)

[335] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 3, 1.3.1919, S. 19f.: Gedanken zur Landtagswahl.

7. König (Löningen),
8. Raschke (Rüstringen),
9. Denis (Vechta),
10. Fröhle (Hammel bei Lastrup),
11. Leffers (Delmenhorst),
12. Dobelmann (Cloppenburg),
13. Frau Brand (Essen),
14. Schulte (Friesoythe),
15. Hellemann (Oythe),
16. Fräulein Grave (Osternburg).[336]

Mit dem Vertretertag in Oldenburg war der Konflikt um die Kandidatenfrage im Zentrum aber noch nicht abgeschlossen, er begleitete die Partei bis in den Wahlgang hinein. Die Arbeitervertreter stellten auf einer Versammlung in Cloppenburg am 7. Februar 1919 eine "Gegenliste" auf; am 13. Februar 1919 kam es in Vechta zu "Einigungsverhandlungen". Im Laufe der Auseinandersetzungen trat der Cloppenburger Kandidat Dobelmann, der auf der Liste des Vertretertages als zweiter Arbeiterkandidat erst an zwölfter Stelle rangiert hatte und auf der "Gegenliste" in vorderster Position kandidierte, von seinen Ämtern zurück und gab seine politische Tätigkeit im Zentrum auf. Die Parteiführung setzte schließlich die Liste des Vertretertages durch und stellte nach außen den parteipolitischen Frieden wieder her. So zog das oldenburgische Zentrum mit der Liste des Vertretertags - lediglich die Kandidatur Dobelmanns wurde gestrichen - in die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung.[337]

Die Zerreißprobe in der Kandidatenfrage machte das Dilemma in der Organisationsstruktur des Zentrums deutlich, das nach dem politischen Umbruch im Herbst 1918 unzulänglich reorganisiert worden war und in der Fixierung auf die berufsständische Repräsentation in gewisser Weise vordemokratische Auswahlkriterien in das Nominierungsverfahren einbrachte, die an der Parteibasis zwangsläufig zu Reibungsverlusten führen mußten. Dabei suchte die traditionelle politische Elite im Zentrum, Parteifunktionäre und Honoratioren, ihre führende Position aus der Vorkriegszeit zu bestätigen, und nahm dafür vorübergehend sogar eine politische Schwächung der Partei in Kauf. Besonders die Arbeiterschaft und die bäuerlichen Mittel- und Unterschichten fühlten sich von der akademischen Honoratiorenpartei nicht mehr ausreichend - entsprechend ihrer Kopf- und Stimmenzahl - vertreten und muteten

[336] OV vom 7.2.1919.
[337] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 126-131.

ihr vor den Wahlen zur Oldenburger Landesversammlung eine erhebliche parteiinterne Zerreißprobe zu. Angesichts der sozialen Differenzierung und Pluralisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg, die auch politische Risse im Zentrumsturm zeitigte, wurde der traditionelle weltanschauliche Konsens brüchig und verlor - wie die Landvolkbewegung am Ende der Weimarer Republik zeigte - als Garant für die politische Geschlossenheit des katholischen Milieus unter der unumstrittenen Führung des Zentrums an Wirkung. Das Zentrum war in der politischen Debatte Südoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr tabu. Die Parteiführung verstand es im Februar 1919 noch einmal, ihre angeschlagene Autorität gegen die Rebellion der Parteibasis zu wahren und die parteiinternen Widersprüche zu schlichten. Damit verfehlte sie aber die Chance einer demokratischen Parteireform und einer programmatischen Erneuerung, die sie im Grunde politisch nicht wollte, weil es sie Macht und Einfluß gekostet hätte. Das Zentrum blieb eine berufsständische Honoratiorenpartei, die ihre Ziele aus absoluten Glaubenswahrheiten und ihre politische Energie aus einer fast permanenten Kulturkampf-Mentalität bezog. Damit hatte sie im konstitutionellen Zeitalter politisch noch erfolgreich sein können, weil die Parteien im Namen der Verfassung im Vorhof der Macht gehalten wurden, aber zum Überleben im modernen parlamentarischen System der Weimarer Republik reichte es am Ende nicht.

Zur politischen Geschlossenheit fand das katholische Milieu in Südoldenburg unter der Führung des Zentrums wieder zurück im Zeichen des kulturpolitischen Primats, der in der Separatismusdebatte zu Beginn des Jahres 1919 wirkungsvoll instrumentalisiert wurde. Das kulturkämpferische Szenarium wurde zwischen den Reichs- und Landtagswahlen in die innenpolitische Debatte verlagert, die um die territoriale Zukunftsgestaltung Oldenburgs geführt und für den südlichen Landesteil mit der konfessionellen Frage verknüpft wurde.[338] In der Separatismusdebatte erinnerte die Vechtaer OV daran, "daß die Katholiken aus der früheren Regierung systematisch ausgeschaltet wurden und daß Protektions= und Vetternwirtschaft in üppiger Blüte standen", und drohte:

> "Der Zustand würde allerdings nicht von langer Dauer mehr geblieben sein, und wenn die Umwälzung des November das alte System nicht gebrochen hätte, in der Zukunft würde die jahrzehntelang bewahrte münsterländische Gutmütigkeit uns nicht gehindert

[338] OV vom 24.1., 5.2., 7.2.1919.

haben, scharf und entschieden solange unser Recht zu fordern und zu verteidigen, bis es gewährt worden wäre."[339]

Im südlichen Landesteil wurde die Frage der zukünftigen territorialen Ausstattung Oldenburgs innenpolitisch umfunktionalisiert, indem sie abhängig gemacht wurde von verfassungspolitischen Garantien für den münsterländischen Katholizismus. Das Zentrum stellte nach den Worten der Vechtaer OV "seine weitere Teilnahme an der Regierung" ausdrücklich unter die Kautel einer Verfassungsänderung und verknüpfte damit seine Haltung in der Separatismusfrage:

"Bevor darüber entschieden wird, verlangt das Zentrum Sicherungen wegen jener Kulturgüter, die nur von der verfassunggebenden oldenb. Landesversammlung gegeben werden können, und Aufnahme derselben in die Verfassung. Eine Abänderung der Verfassung hinsichtlich dieser Sicherungen kann nur mit 3/4 Majorität sämtlicher Abgeordneten erfolgen. Unsere konfessionelle Schule muß uns unbedingt gesichert werden. In dieser Frage sind Kompromisse von vornherein ausgeschlossen."[340]

Um sein Ziel zu erreichen, führte der südoldenburgische Katholizismus sogar das demokratische Selbstbestimmungsrecht in die Debatte ein:

"Wenn also den freisinnigen Kreisen Oldenburgs - und auf diese kommt es an - an einem Weiterbestehen des bisherigen Oldenburg soviel gelegen ist, daß sie unseren Wünschen befriedigend Rechnung zu tragen gewillt sind, so mögen sie die Konsequenzen ziehn und uns das verbürgen. Im andern Falle gebietet uns die Sorge um die Erhaltung unserer christlichen Kultur, wenn auch zu unserm Bedauern, die Lösung der hundertjährigen Verbindung mit Altoldenburg."[341]

Das Zentrum, dem weniger an einer Separation von Oldenburg als an der Durchsetzung seiner kultur- und schulpolitischen Interessen gelegen war, verständigte sich darauf, das Ergebnis der anstehenden Debatte der verfassunggebenden Landesversammlung abzuwarten und dann unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht über die politische Zukunft des Münsterlandes zu entscheiden. Aus südoldenburgischer Perspektive kamen nur Lösungen in Betracht, die eine Verbindung der Region mit dem katholischen und wirtschaftlich dominierenden rheinisch-westfälischen Raum garantierten: die Verbindung des Landes Oldenburg mit dem Rheinland und Westfalen unter Einschluß der hannoverschen Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück oder die Loslösung des Oldenburger Münsterlandes von Oldenburg und seine

[339] OV vom 5.2.1919.
[340] OV vom 11.3.1919.
[341] OV vom 7.2.1919.

Verbindung mit dem Regierungsbezirk Osnabrück und den rheinisch-westfälischen Gebieten. In der Separatismusdebatte war eine doppelte Richtung zu erkennen. Die Überlegungen, die südlichen Gebiete von Oldenburg zu lösen, stellten nach außen eine Drohung an die in kulturpolitischen Fragen mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit bildenden Linksliberalen dar und übten nach innen auf das politische Milieu in Südoldenburg eine integrierende Wirkung aus. Die Drohung mit der Separation trug so dazu bei, den kulturpolitischen Konsens in der eigenen politischen Klientel zu sichern.[342] Das insgesamt positive schulpolitische Ergebnis der Beratungen über die oldenburgische Verfassung führte die Separatismusfrage im Oldenburger Münsterland zum Abschluß. Bezeichnenderweise gewann sie am Ende der Weimarer Republik wieder an Aktualität, als die schulpolitischen Garantien der Verfassung erneut zur Debatte standen.

Die mit der konfessionellen Frage zu einem politischen Junktim verknüpfte Separatismusdebatte war so dazu in der Lage, das in der Kandidatenfrage zerstrittene oldenburgische Zentrum politisch zu einigen und die politische Stabilität des katholischen Milieus zu stärken. Die Verknüpfung von kulturpolitischen Anliegen mit regionalem Sonderbewußtsein kam in den Aufrufen zur Geschlossenheit und Einigkeit des Münsterlandes zum Ausdruck, die die katholische Basis ihrer christlichen Heimat schuldig sei. In einem Appell der Cloppenburger MT wurde die Sorge um den Erhalt des katholischen Schulwesens mit dem "Wohl und Wehe der engeren Heimat" verbunden.[343] Und ein Aufruf der Vechtaer OV, der am Wahltag erschien, machte noch einmal eindringlich deutlich, worum es in der bevorstehenden Landtagswahl ging:

> "Heute müssen wir zum zweiten Male einen Sieg erringen. Wir müssen! Wichtiges hängt davon ab. Du weißt es. Unsers Landes wirtschaftliche und kulturelle Wohlfahrt."[344]

---

[342] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 132-139. Seelhorst gibt einen umfassenden Überblick über die Separatismusdebatte in Südoldenburg. Zu ihrer kulturpolitischen Bedeutung notiert er: "Die zur Abwehr der kulturpolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie um den Jahreswechsel propagierte Erwägung eines Anschlusses an eine rheinisch-westfälische Republik gewann ähnlich wie die Politik Hoffmanns an Bedeutung für den Zusammenhalt des Zentrums."

[343] MT vom 21.2.1919.

[344] OV vom 23.2.1919.

2.4.1. Das Ergebnis der Wahl vom 23. Februar 1919: "Volle Einigkeit muß wieder angestrebt werden."

Aber die Mobilisierung der Wählerschaft für die Wahlen zur oldenburgischen Landesversammlung blieb weit hinter dem Ergebnis vom 19. Januar 1919 zurück. Nur 67,2 % der stimmberechtigten Bevölkerung im Landesdurchschnitt, aber 79,1 % in den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe beteiligten sich am 23. Februar 1919 an dem Wahlgang. Für die geringere Wahlbeteiligung in Südoldenburg spielten sicherlich die parteiinternen Auseinandersetzungen im Zentrum eine große Rolle. Im Amt Cloppenburg, in dem sich die Konflikte um die Kandidatur Dobelmanns dramatisch zugespitzt hatten, betrug der Rückgang der Wahlbeteiligung 10,9 %, in Vechta 5,6 % und in Friesoythe 8,2 %. So dokumentierte sich der Protest vor allem in der Wahlenthaltung. Das Zentrum errang im Landesteil Oldenburg einen Stimmenanteil von 24,3 % und gewann damit im Vergleich zum 19. Januar 1919 (21,1 %) leicht hinzu. Mit diesem Resultat wurde das oldenburgische Zentrum hinter der SPD, die eine gemeinsame Liste mit der USPD gebildet und 31,2 % der Stimmen errungen hatte, und der DDP mit 30,5 %, aber vor der DVP mit 13,5 % und der DNVP mit 0,5 % die drittstärkste politische Kraft im Lande.[345] Das Zentrum konnte zwei Mandate hinzugewinnen und entsandte elf Abgeordnete in die verfassunggebende Landesverammlung. Das Wahlergebnis bedeutete keine Verschiebung in der oldenburgischen Parteienlandschaft, obwohl das Zentrum einsehen mußte, daß es trotz einer Erhöhung seiner Mandate gegenüber dem alten Landtag seine agrarisch-katholische Basis nicht restlos an sich binden konnte. Damit erhielten die Parteien der Weimarer Koalition in den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg eine überwältigende Mehrheit von 86,0 % (Reich 76,2 %) der Stimmen und 42 von 48 Mandaten.[346]

"Die Wahlbeteiligung war ja nicht so stark", kommentierte die Vechtaer OV das Ergebnis der Wahlen vom 23. Februar 1919 und betonte, daß der "Stimmenrückgang beim Zentrum noch ein mäßiger" gewesen sei: "Schlechtes Wetter, herrschende Grippe" seien "ohne Frage an der geringen Wahlbeteiligung mitschuldig".[347] Eine Woche später appellierte sie indirekt an die DDP,

---

[345] OV vom 14.3.1919: Wahlergebnisse vom 19. Januar und 23. Februar 1919 im Vergleich; GÜNTHER, Wahlen, S. 122.
[346] GÜNTHER, Parlament, S. 193; SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 139-141. Die USPD, die zwei Mandate gewonnen hatte, bildete mit der SPD eine Fraktionsgemeinschaft.
[347] OV vom 24.2.1919.

die im Vergleich zur Wahl der Nationalversammlung Stimmenverluste hatte hinnehmen müssen, ihren schulpolitischen Kurs zu überdenken und einer Wählerwanderung nach rechts vorzubeugen:

> "Keinen Augenblick würde ich mich wundern, wenn sie [= Mandatsträger] ihre **Stellungnahme zu den kulturellen** Fragen insbesondere der Schulfrage einer Revision unterziehen würden. Sollte nicht auch schon in dieser Wahl mancher früherer Anhänger zur deutschen Volkspartei abgeschwenkt sein? Läge darin nicht auch eine Erklärung des verhältnismäßig geringen Stimmenrückgangs der deutschen Volkspartei? [...] Die Rechte ist eine starke Minorität, und so leicht wird man es nicht wagen, sie zu ignorieren oder gar gegen sie zu regieren."[348]

Die Sympathien der Zentrumspresse für die DVP waren offenkundig. Wenn sich die DDP aus der Nähe der SPD lösen könnte, wären langfristig neue Koalitionen als Alternativen zur Weimarer Koalition denkbar. Mit sichtbarer Erleichterung kommentierte die "Katholische Schulzeitung" das positive Ergebnis der Landtagswahl, weil auch Hauptlehrer Denis noch in die oldenburgische Landesversammlung gewählt worden sei. Sie führte den Erfolg "wesentlich auf größere Wahlmüdigkeit und Unzufriedenheit in anderen Parteien" zurück, die sich im Verhältnis zur vorangegangenen Wahl zur Nationalversammlung besonders negativ auf das Ergebnis der DDP und der SPD ausgewirkt habe.[349] Aber ohne Konsequenzen auf die Behandlung der schulpolitischen Fragen in der verfassunggebenden Landesversammlung blieb das Wahlergebnis nicht. Die Erfolge der Sozialdemokratie in Südoldenburg, die als "schwere Enttäuschung" bezeichnet wurden, gingen nach Meinung der Vechtaer OV auf das Konto einquartierter Soldaten, "die den sozialistischen Ideen angesichts ihrer Jugendlichkeit und politischer Unerfahrenheit genügenden Widerstand nicht entgegensetzen konnten", und von Protestwählern, "die mit einem roten Stimmzettel ihrer Unzufriedenheit über die zerfahrene innere und äußere Lage Ausdruck geben zu müssen glaubten". Der Dank des Blattes galt den Christlichen Gewerkschaften. Ihr Verdienst sei es gewesen, daß in "Gemeinden mit stärkerer industrieller Tätigkeit, wie z. B. Lohne und Dinklage, die Sozialdemokratie keinen Boden gewonnen hat". Was das Ergebnis der Sozialdemokratie betraf, bestanden im Münsterland nach Meinung der Zentrumspresse große Unterschiede. Im einzelnen führte das Blatt folgende Ergebnisse an, die deutlich machen, daß das Zentrum in den Ämtern Friesoythe und Cloppenburg die meisten Stimmen an die SPD abgab:

---

[348] OV vom 1.3.1919.

[349] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 3, 1.3.1919, S. 20: Anmerkung der Schriftleitung.

Strücklingen	18 %
Cloppenburg, Barßel	je 16 %
Elisabethfehn	10 %
Essen	9 %
Vechta, Goldenstedt	je 6 %
Garrel, Bösel	je 5 %
Krapendorf	4 %
Dinklage, Emstek, Friesoythe, Altenoythe, Ramsloh	je 3 %
Neuscharrel	2 %
Damme, Neuenkirchen, Oythe, Cappeln, Lastrup, Scharrel	je 1 %
Vestrup, Langförden, Harkebrügge	je 0 %[350]

Als Ergebnis läßt sich nach den beiden Wahlgängen des Jahres 1919 festhalten, daß das Parteiensystem in Oldenburg durch die Revolution von 1918/19 keine tiefgreifende Umgestaltung erfahren hat. Die Kontinuität des politischen Spektrums, die auf traditionellen Einstellungen und auf soziostrukturellen Verhältnissen von langer Dauer beruhte, ist in Oldenburg durch den allmählichen Wandel in der Revolution nicht erheblich beeinträchtigt worden. Es wurden aber Signale sichtbar, die in Zukunft auf tiefgreifende Verschiebungen im oldenburgischen Parteiensystem hindeuteten. Dazu zählten nach Wolfgang Günther zwei Ereignisse: "die Spaltung der sozialistischen Arbeiterpartei, die zu ihrer Schwächung beitrug, und die Rechtsbewegung der bürgerlichen Wähler, welche zur Auflösung der liberalen Parteien führte, noch bevor die Weimarer Republik unterging". Diese politischen Strömungen waren nach seiner Meinung stärker als "die in der Tiefe wirkenden sozialen Veränderungen".[351] Deshalb galt für die Heimat des Zentrums in Zukunft um so mehr:

> "Volle Einigkeit muß wieder angestrebt werden."[352]

Der Zusammenbruch von 1918 und die gemäßigt verlaufene Revolution führten im katholischen Milieu Südoldenburgs "zur Besinnung auf die eigene politische und kulturelle Substanz", und das Zentrum konnte seine Vorkriegsposition weiterhin behaupten.[353] Nicht zu übersehen waren aber die politischen und kulturellen Defizite, die aufgrund der Gettosituation des katholischen Milieus einen enormen politischen Druck in der Bevölkerung auslö

[350] OV vom 14.3.1919: in Auszügen.
[351] GÜNTHER, Wahlen, S. 137.
[352] OV vom 1.3.1919.
[353] KUROPKA, Identität, S. 34.

sten. Die "Last der Tradition", die auch das oldenburgische Zentrum zu tragen hatte, erschwerte die Anpassung des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg an die offene demokratische Gesellschaft der Weimarer Republik.[354] So vergrößerte sich die historische Verspätung des katholischen Milieus in Südoldenburg, und die Region verstieg sich in einen sozialen und kulturellen Solipsismus, der in der republikanischen Gegenwart der Weimarer Demokratie nicht selten komische und humoreske Züge annahm. Die revolutionären Ereignisse vom November 1918 hatten im Vorfeld der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung zwar einen vorübergehenden Politisierungsschub auslösen können, aber die politischen und gesellschaftlichen Modernisierungsimpulse zeitigten im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs kaum eine Wirkung.

2.4.2. Landtagsabgeordnete Maria Brand: "eine unheimlich starke Persönlichkeit"

Unerwartet entsandte Südoldenburg die erste Frau in den ersten ordentlichen oldenburgischen Landtag, der nicht gewählt worden war, sondern aufgrund von § 98 der neuen Landesverfassung aus der verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen war.[355] Die Essenerin Maria Brand zog im Dezember 1919 als Nachfolgerin des Landtagsabgeordneten Wilhelm Griep aus Ramsloh als erste Parlamentarierin in den oldenburgischen Landtag ein.[356] Am 26. November 1919 teilte die Vechtaer OV lapidar mit:

> "Frau Joseph Brand ist anstelle des Abg. Griep in den LT eingetreten. Damit zieht zum ersten Male eine Frau in das oldenburgische Parlament und ist somit auch in dieser Hinsicht der neuen Zeit in etwa Genüge getan."[357]

---

[354] MORSEY, Zentrumspartei, S. 557.

[355] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 416. § 98 besagte: "Die verfassunggebende Landesversammlung ist befugt, für die Dauer der Wahlperiode oder einen Teil derselben sich als ordentlichen Landtag einzusetzen."

[356] ECKHARDT, Landtag, S. 95; Essen, 1000 Jahre, S. 143f. Kaufmann Wilhelm Griep (1884 - 1956), Gemeindevorsteher und später Gemeindedirektor in Ramsloh, hatte sein Landtagsmandat im Schreiben vom 4. November 1919 wegen Überlastung mit beruflicher und amtlicher Arbeit aufgegeben. Er gehörte dem Landtag von 1916 bis 1919 an. Am 20. November 1919 teilte Maria Brand Wahlkommissar Dugend mit, daß sie die Wahl annehme. Sie hatte auf der Zentrumsliste des Oldenburger Vertretertages auf dem 13. Platz kandidiert. (OV vom 7.2.1919)

[357] OV vom 26.11.1919.

Daß die Zeitung die neue Abgeordnete Maria Brand mit dem Vornamen ihres Ehemannes vorstellte, war Ausdruck eines männlichen Standesbewußtseins in der katholischen Öffentlichkeit Südoldenburgs, das eine lange Tradition hatte. Es beschränkte sich nicht auf die politische Nachricht, sondern galt auch für die öffentliche Anzeige z. B. von Todesfällen. Am 12. Dezember 1919 begrüßte Landtagspräsident Ernst Tantzen-Stollhamm die Landtagsabgeordnete mit den freundlichen Worten:

> "Meine Herren! Die Oldenburgische Landesvertretung erlebt heute einen historischen Tag. Zum ersten Male haben wir die Ehre, eine Dame unter uns als Abgeordnete zu begrüßen (Bravo!). Frau Brand ist in den Landtag eingetreten. Ich heiße Frau Brand willkommen mit dem Wunsche, daß ihr Wirken im Landtag ihr volle Befriedigung gewähren möge!"[358]

Am 20. April 1920 löste sich der erste Landtag auf und legte den Termin für seine Neuwahl auf den Tag der nächsten Reichstagswahl fest. Auf eine Kandidatur für den am 6. Juni 1920 zu wählenden zweiten Landtag verzichtete Maria Brand. So blieb es bei dem ermutigenden Signal, das sie mit ihrer kurzen politischen Laufbahn geben konnte - eine Nachfolgerin aus Südoldenburg hat sie freilich in den Tagen der Weimarer Republik nicht gefunden.

> Maria Brand wurde am 19. August 1877 in Cappeln geboren. Sie war eine Tochter des Zellers Hermann Renschen in Cappeln und seiner Frau Henriette geb. Peek. Maria Brand hatte zwei Brüder und eine Schwester. Ihr Bruder Josef (Renschen) wurde später Pfarrer in Dinklage und bekleidete das Amt eines Dechanten. Nach der Volksschule in Essen besuchte Maria Brand die Töchterschule in Vechta-Marienhain. Am 24. Oktober 1899 heiratete sie den Kaufmann Josef Brand in Essen, der - am 15. September 1859 in Essen geboren - am 5. Februar 1923 in Essen verstarb. Die Familie Brand stammte aus Scharrel (Saterland) und gründete 1765 in Essen ein Manufakturwarengeschäft, das sich als ländliches Kaufhaus zu einem bedeutenden Handelshaus entwickelte. Aus der Ehe von Josef und Maria Brand gingen acht Kinder hervor. Die spätere Landtagsabgeordnete heiratete offensichtlich in eine politische Familie hinein: Die Mutter ihres Ehemannes Josef Brand, Hedwigis Brand, war eine Tochter des Landtagsabgeordneten Gerhard Crone, Zeller in Ahausen bei Essen, der dem Landtag 1848 und von 1849 bis 1857 angehört hatte. Als Maria Brand in den Landtag eintrat, war sie 42 Jahre alt. Nach Aussage eines Zeitzeugen gehörte die Familie Brand zu den angesehensten und wohlhabendsten Familien in Essen und zeichnete sich durch ein ständisches Denken aus. Einen großen Teil ihres Vermögens verlor sie in der Inflation der Jahre 1922/23. Maria Brand, eine Bauerstochter, galt in Essen als tüchtige Kaufmannsfrau, die über feste Grundeinstellungen verfügte. In ihrer Umgebung wurde das politische Gespräch sehr gepflegt. Bezeichnend für das Interesse am politischen Zeit- und Tagesgeschehen,

[358] Essen, 1 000 Jahre, S. 143.

> das in der Famile Brand herrschte, waren ihre Kontakte zum Landtagsabgeordneten Dr. gr.[oße] Beilage. Maria Brand, "eine unheimlich starke Persönlichkeit", wahrte ihre Selbständigkeit auch gegenüber der katholischen Kirche. Sie verstand sich wie ihre Familie als tief religiös und besuchte jeden Morgen die Heilige Messe, war aber nicht "pastorenhörig". Die Übernahme eines Landtagsmandats, die durch das passive Frauenwahlrecht möglich geworden war, geht offensichtlich auf die Zivilcourage Maria Brands zurück, die in Essen eine selbständige und erfolgreiche Kaufmannsfrau war, den politischen Meinungsaustausch mit ihrer 'männlichen' Umgebung pflegte, sich dem katholischen Glauben verbunden fühlte und dem Zentrum angehörte, aber ihre persönliche Unabhängigkeit zu wahren versuchte. Maria Brand verstarb in Essen am 7. Mai 1956.[359]

Ein Akt politischer Emanzipation ist in der kurzen Zugehörigkeit Maria Brands zum oldenburgischen Landtag nicht zu sehen, vielmehr nur ein ungewöhnliches Zeichen der "neuen Zeit". So verstand es auch die Vechtaer OV.

[359] MdL-Kartei; Interview mit Carl Julius Thamann aus Nellinghof bei Neuenkirchen, einem Enkel von Maria Brand, geführt am 10. Juli 1998.

3. Die Beratung einer demokratischen Verfassung für den Freistaat Oldenburg (1919)

3.1. Einleitung

Unter ausdrücklicher Betonung der Kontinuität in der verfassungsrechtlichen Entwicklung gab es für das oldenburgische Zentrum keine verfassungslose Zeit in der Revolution. Kennzeichnend für die Haltung des Zentrums zur Revolution war, daß es sich in der Phase des Übergangs auf die politischen Garanten historischer Kontinuität konzentrierte. Diese bestanden im Direktorium, das nur schwer in den Verdacht eines revolutionären Organs geraten konnte und unbestritten auf dem Boden der Legalität stand, im oldenburgischen Landtag und im Staatsgrundgesetz, das aus der Sicht des Zentrums in der Revolution nicht außer Kraft gesetzt worden war und in den Verfassungsbeschlüssen des Jahres 1919 einer demokratischen Revision unterzogen werden sollte. Die Vechtaer OV kommentierte den bevorstehenden Übergang zum Parlamentarismus in diesem Sinne.[360] Die Verfassung für den Freistaat Oldenburg vom 17. Juni 1919 hob das Staatsgrundgesetz vom 22. November 1852 zwar auf, ließ aber die übrigen Landesgesetze in Kraft, "soweit sie nicht im Widerspruch mit dieser Verfassung stehen".[361]

Die demokratische Partizipation des Zentrums galt dem Staatswesen im allgemeinen zur Beförderung des Allgemeinwohls und nicht einer besonderen Staatsform, wie in diesem Falle der Republik. Auf dem Boden des verfassungspolitischen Status quo, wie er am Anfang des Jahres 1919 in Oldenburg anzutreffen war, galt die Aufmerksamkeit des Zentrums dem funktionalen Aufbau der Republik. In diesem Engagement konnte das Zentrum argumentativ durchaus demokratische Regularien vorschlagen, ohne sich mit den Grundprinzipien des demokratischen Gemeinwesens inhaltlich auseinanderzusetzen oder gar zu identifizieren. Trotz erheblicher Zweifel an der Legitimation der demokratischen Staatsgewalt auf der Grundlage der Volkssouveränität war das Zentrum im Reich wie in Oldenburg zur konstruktiven politischen Mitarbeit bereit und zog sich nicht auf eine Zuschauerrolle zurück, zumal die Wahrung seiner schul- und kulturpolitischen Interessen ihm 1919

---

[360] OV vom 19.3.1919. Sie stellte unmittelbar vor der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs durch das Direktorium fest: "In der Frage der Regierungsbildung wird der Entwurf zweifellos das parlamentarische Prinzip konsequent durchführen. Das würde ein Ausscheiden der bisher dem Direktorium angehörenden Fachminister bedeuten."

[361] GESETZBLATT, Bd. 40, S. 416.

keine andere Wahl als die Bereitschaft zur politischen Partizipation in Legislative und Exekutive ließ.

3.2. Diskussionen um die politische Zukunft Oldenburgs

Der Vechtaer Landespolitiker Dr. Alwin Reinke, der vom September 1919 an das oldenburgische Zentrum führte, bestritt in einem Beitrag für die Cloppenburger MT unter dem Titel "Programmatisches von der Oldenburger Zentrumspartei" im Februar 1919 ausdrücklich, daß die alte Verfassung jemals außer Kraft gesetzt worden sei, und unterstrich die historische Kontinuität in der verfassungsrechtlichen Entwicklung des Landes. Er stellte fest, daß die Landesversammlung als "der gegenwärtige Landtag" die Aufgabe zu bewältigen habe, "uns anstelle des durch die Revolution angeblich beseitigten Staatsgrundgesetzes eine neue Verfassung zu geben". Dem Direktorium komme dabei die Aufgabe zu, auf dem legalen Boden des gültigen Staatsgrundgesetzes den politischen Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik zu organisieren. So bleibe Oldenburg bis zum Inkrafttreten der neuen Verfassung eine konstitutionelle Monarchie, die - ganz nach dem Muster der Oktoberreformen - durch die verfassunggebende Landesversammlung als das dazu legitimierte politische Organ demokratisch revidiert werden sollte. Reinke sah es als vordringliche Aufgabe der Landesversammlung an, umgehend über die territoriale Zukunft Oldenburgs zu entscheiden und - im positiven Falle - eine neue Landesverfassung auszuarbeiten. Dabei erschien ihm ein eventueller Verlust der Landesteile Birkenfeld und Lübeck als durchaus tragbar. Reinke deutete an, daß das katholische Münsterland im oldenburgischen Staatsverband eine vorteilhaftere Zukunft zu erwarten habe als in einem größeren Staat, in dem es auf sein politisches Gewicht nicht mehr so sehr ankomme. Bedenken gegen einen oldenburgischen Staat ergäben sich vor allem "aus der künftigen Gefährdung unserer Kulturgüter auf dem Gebiete der Kirche und Schule". In dieser Frage sei das Zentrum in Zukunft allein auf sich gestellt, weil von den Mehrheitsparteien und der zukünftigen Regierung - im Gegensatz zur Toleranz des Großherzogs - keine Unterstützung zu erwarten sei. Die auf eine Trennung von Staat und Kirche drängende Sozialdemokratie und der demokratische Liberalismus würden den zukünftigen kulturpolitischen Kurs in Oldenburg bestimmen. Aus der Skepsis gegenüber dem parlamentarischen Majoritätsprinzip setzte Reinke auf die "Sicherungen für die Kulturgüter", die von der Konstituante einmalig zu schaffen und in der Verfassung zu verankern seien. Dabei for

derte er die Aufrechterhaltung des alten Verfassungsrechts aus dem StGG, um das konfessionelle Schulwesen in die demokratische Ära hinüberzuretten. Die Änderung bestehender Verfassungsbestimmungen wollte Reinke an die Zustimmung einer Dreiviertel-Mehrheit gebunden wissen, um die kirchen- und schulpolitischen Belange der katholischen Minorität nachhaltig zu schützen. Im negativen Falle behielt er sich immer noch die Separation des katholischen Münsterlandes vom oldenburgischen Staatsverband vor. In Hinsicht auf die innere Ausgestaltung des Freistaates plädierte Reinke für eine demokratische Verfassung und lehnte bürokratische Kabinette und Fachministerien zu diesem Zeitpunkt ab.[362] Auf die schul- und kulturpolitischen Erörterungen Reinkes kam das Zentrum in den Beratungen der verfassunggebenden Landesversammlung wieder zurück, ohne für sie eine Mehrheit gewinnen zu können.

Die staats- und verfassungstheoretischen Überlegungen des Vorsitzenden Reinke fanden in der Landespartei allerdings kaum eine Resonanz, weil die Diskussion an der Basis weiterhin vom kulturpolitischen Primat dominiert wurde. Wie im Wahlkampf wurde das Junktim zwischen den kulturpolitischen Forderungen des Zentrums und der Zukunft des Freistaats instrumentalisiert, um Druck auf die liberal-sozialdemokratische Mehrheit in der Landesversammlung auszuüben. Aus kulturpolitischen Erwägungen verwarf die Vechtaer OV den Zusammenschluß von Oldenburg und Bremen, der "das allergrößte Unglück bedeuten würde". Ende April 1919 griff die Zeitung die Frage nach dem Zusammenschluß von Oldenburg und Bremen auf, der aus münsterländischer Sicht die liberal-sozialdemokratische Mehrheit nur verstärken und die katholische Minderheit in eine aussichtslose politische Zuschauerposition drängen würde.[363] Ein Anschluß oder Zusammenschluß, "wo im neugebildeten Staate die Katholiken keine kleinere Minderheit bilden," komme nicht in Frage: "Vielmehr müssen wir darnach streben, das konfessionelle Verhältnis für uns günstiger zu gestalten." In scharfer kulturpolitischer und moralischer Abgrenzung gegen das protestantische sozialdemokratisch geführte politische Milieu in Bremen hieß es dann weiter:

> "In Bremen besteht schon lange die Trennung von Kirche und Schule. In den bremischen Volksschulen hat sich der Geist des radikalen Lehrervereins in Reinkultur bereits durchgesetzt. Die Religion ist in derselben längst abgeschafft. Die künftige Gestaltung

[362] MT vom 27.2.1919. Der Artikel Reinkes erschien in zwei Teilen in der Cloppenburger MT am 27.2. und 3.3.1919.
[363] OV vom 24.4.1919.

> des Schulwesens in Bremen läßt sich voraussehen, wenn man die sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit in der Bremer Landesversammlung und daneben die Pläne betrachtet, welche die Bremer radikalen Lehrer für ihre Ersatzreligion aufgestellt haben. [...] In Bremen-Oldenburg wäre Rot in Kulturfragen Trumpf, die Folge davon die Vernichtung unserer christlichen Schule. Deshalb würde der Anschluß an Bremen für uns das allergrößte Unglück bedeuten."[364]

Nach der Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs durch das Direktorium eröffnete die Zentrumspresse die kulturpolitische Debatte, die in ihrer Tendenz vor allem gegen die Sozialdemokratie gerichtet war. Daß die Drohung mit der Separation in der Landesversammlung letztlich zwar ohne Erfolg, aber nicht ohne Eindruck blieb, zeigte die Bemerkung des Abgeordneten Schmidt (USPD), der sich in der Landesversammlung durchaus kämpferisch mit dem Zentrum auseinanderzusetzen verstand. In der schulpolitischen Debatte vom 13. Juni 1919 griff er die Separatismusfrage auf und forderte das katholische Münsterland mit den Worten heraus:

> "Ich möchte noch etwas erwähnen. Es ist zu der ersten Lesung bei den Anträgen des Zentrums gesagt: Würde der Wunsch der Sicherheit nicht erfüllt, so könne es sein, daß sich ein Sturm der Entrüstung erhöbe, dessen Folgen man nicht unterschätzen solle. Meine Herren! Ich habe damals die Sache leicht genommen. Aber nachdem die Republik Rheinland zu gründen versucht worden ist in Deutschland, nehme ich diese Drohungen nicht mehr so einfach. Sie stärken jedenfalls nicht den Freistaat Oldenburg mit Ihrem Patriotismus, wohl aber die katholische Kirche. Sie drohen, daß in dem Falle, wo wir Ihnen keine Konzessionen machen, daß Sie das Münsterland einfach zu der kath. Republik Rheinland-Westfalen schlagen."[365]

Der Zentrumsabgeordnete Sante versuchte, die Bedenken Schmidts mit dem Hinweis zu zerstreuen, daß von einer "Zentrumsrepublik Rheinland" keine Rede sein könne und "daß das Zentrum mit der Republik Rheinland nichts zu tun hat".[366] Daß die schulpolitische Frage auch nach 1918 absolute Priorität im katholischen politischen Denken genoß, daran hatte der Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, in seinem Fastenhirtenbrief 1919 erinnert. Dieses bischöfliche Schreiben ist ein aufschlußreiches Zeitdokument, das das katholische Selbst- und Weltverständnis umfassend einfängt und sprachlich kohärent zum Ausdruck bringt. In einer kritischen Abrechnung mit dem atheistischen Zeitgeist, aus dem auch die Revolution hervorgegangen sei, schrieb der Bischof, der für die Katholiken des Freistaats Oldenburgs autorisiert war:

---

[364] OV vom 1.5.1919.
[365] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 195.
[366] Ebd.

> "Wir leben in einem Zeitalter weitverbreiteter Gottlosigkeit. Der Unglaube wird gepflegt von der sogenannten Wissenschaft, er wird vergöttert durch Kunst und Poesie, er redet zu den Menschen mit tausend Zungen in der Presse, in der Literatur und auf den Bühnen der Theater; er wird gelehrt in den Werkstätten und in den Fabriken; er ist heimisch geworden in den Hütten der Armen und in den Palästen der Reichen. Und wohin dieser Unglaube zuletzt führen kann, das haben wir erlebt in den letzten Wochen und Monaten. Verwirft man die himmlische Autorität, dann erkennt man auch keine irdische mehr an. Der Atheismus führt schließlich nur zu oft zum Anarchismus. Nur einen Damm gibt es, der dieser entsetzlichen Brandung Widerstand leistet, das ist die Religion, der Glaube an Gott und an sein heiliges Gebot."

Vor diesem geistigen Panorama der Zeit, das Johannes Poggenburg in grellen Farben entwarf, ermahnte der Bischof seine Diözesanen - wie ein Vater seine Kinder - zu treuem Gehorsam gegenüber der katholischen Kirche und ihrem kulturpolitischen Wollen:

> "Man will die Kirche von der Schule trennen, eine Schule schaffen ohne Gott, ohne Religionsunterricht, ohne Gebet. Erhebet wieder und wieder, einzeln und in Versammlungen, Einspruch dagegen, daß man Eure Kinder glaubenskalt und glaubensgleichgültig oder gar glaubenslos erziehen will. [...] Haltet darum in dieser Zeit besonders treu zu Euren Seelsorgern."[367]

3.3. Politische Positionen Südoldenburgs in der Verfassungsfrage

In der konstituierenden Sitzung der Landesversammlung am 20. März 1919 veröffentlichte das Direktorium seinen "Entwurf einer Verfassung für den Freistaat Oldenburg nebst kurzer Begründung"; die Landesversammlung überwies die Vorlage an den Verwaltungsausschuß. Am 22. Mai 1919 begann die erste Lesung des Verfassungsentwurfs. Er stellte den Fortbestand des konfessionellen Schulwesens einschließlich der Lehrerausbildung in Aussicht und gab damit der Verfassungsdebatte aus katholischer Sicht einen erheblichen Vertrauensvorschuß. Unter dem Titel "Kirche und Schule im Entwurf der neuen oldenburgischen Verfassung" veröffentlichte die Vechtaer OV den entscheidenden Art. 24 des Verfassungsentwurfs, in dem es hieß:

> "Die Einteilung der Volksschulen in evangelische und katholische bleibt bestehen. In den katholischen Schulen wird der Religionsunterricht von der Kirche überwacht. Die Lehrerbildung wird durch Gesetz getrennt nach Konfessionen geregelt."[368]

---

[367] OV vom 5.3.1919: Fastenhirtenbrief von Bischof Johannes, Münster, vom 12.2.1919.
[368] OV vom 21.3.1919.

So ging es in den anstehenden politischen Auseinandersetzungen darum, diesen schulpolitischen Standard, wie er im Entwurf des Direktoriums festgeschrieben war, zu halten und zu verteidigen. An der Selbständigkeit des Landes sollte nach Auskunft des Direktoriums "aus geschichtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen" festgehalten werden. Für die Regierungsbildung schlug der Entwurf die Einsetzung eines fünfköpfigen Ministeriums vor.[369]

Während sich die Zentrumspresse zu den originär verfassungspolitischen Fragen zurückhaltend äußerte, stand für sie die kirchen- und schulpolitische Debatte im Mittelpunkt. Im allgemeinen stellte die Vechtaer OV zwei Tage nach der Veröffentlichung der Verfassungsbestimmungen fest, "daß sie den Forderungen, die das christliche oldenburgische Volk gestellt hat, in bemerkenswerter Weise gerecht zu werden suchen", räumte aber ein, daß "durch sie unsere Wünsche durchaus nicht befriedigt sind". Besonders vermißte das Blatt in dem Entwurf "die Bestimmung, daß die obersten Schulbehörden uns in der bisherigen Form erhalten bleiben", und eröffnete die Debatte mit einer scharfen Attacke gegen die liberal-sozialdemokratische Mehrheit in der Landesversammlung:

> "Wenn die Mehrheit der oldenburgischen Landesversammlung nicht von vornherein das christliche Volk vergewaltigen will, so ist es ihre Pflicht, unsere Wünsche zu erfüllen, um uns ein Leben nach unseren Grundsätzen zu ermöglichen, was wir doch im Rahmen der Freiheit fordern können."[370]

Die Vechtaer OV wollte die Bestimmung über die staatliche Schulaufsicht, mit der sie prinzipiell einverstanden war, um einen Zusatz erweitert wissen, der das Weiterbestehen evangelischer und katholischer Oberschulkollegien verfassungsrechtlich vorschrieb. Ein Kommentar in der OV stellte wieder den Zusammenhang mit der Separatismusfrage her und drohte offen mit der "Loslösung von Oldenburg".[371] Die OV konnte sich auch vorstellen, daß die Kompetenzen des Oberschulkollegiums in Vechta sogar auf die Gymnasien in Vechta und Cloppenburg ausgedehnt und diese auch offiziell zu höheren

---

[369] OV vom 22.3.1919.
[370] Ebd.
[371] OV vom 1.4.1919: "Jedenfalls fordert das Münsterland Beibehaltung des Kath. Oberschulkollegiums zu Vechta, da es das Vertrauen hat, daß bei dieser Behörde seine Schulinteressen gut aufgehoben sind. Eine Aufhebung desselben würde, von der finanziellen Seite ganz abgesehen, unnötigerweise Beunruhigung ins Volk tragen und den Ruf nach Loslösung von Oldenburg nur noch verstärken."

Konfessionsschulen erklärt würden. Vor dem Hintergrund der kulturpolitischen Forderungen lehnte die Zentrumspresse die Bestimmung ab, daß "zur gültigen Beschlußfassung über Gesetze, durch welche die Verfassung ergänzt, erläutert oder abgeändert" wird, die Vorschrift gelten sollte, "daß wenigstens zwei Drittel sämtlicher Abgeordneten anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen".[372] Gegen diese Bestimmung, durch die das Zentrum leicht majorisiert werden konnte, legte die Vechtaer OV energischen Protest ein:

> "Diese Bestimmung ist für uns unannehmbar, denn was nützen uns entgegenkommende Bestimmungen in der Verfassung, wenn sie nach kurzer Zeit von einer liberal-sozialistischen Zweidrittelmehrheit - jetzt fehlt nur noch eine Stimme an dieser Mehrheit - beseitigt werden können. Wir fordern umgehend die Aufnahme einer Bestimmung dahin, daß eine Aenderung gewisser Paragraphen bezüglich Kirche und Schule nur mit einer Dreiviertel-Majorität sämtlicher Abgeordneten möglich ist."[373]

Am 27. März 1919 zitierte die Vechtaer OV aus nordoldenburgischen Zeitungen und wiederholte die kulturpolitische Attacke, die sie diesmal besonders scharf gegen die SPD richtete. Die christlichen Eltern hätten "dassselbe Recht wie die Sozialdemokraten, nach ihrer Ueberzeugung im Staate leben und sterben zu können", und seien zum erneuten "Kulturkampf" bereit.[374] In einem Aufruf unter dem Titel "Was fordert das katholische Volk Oldenburgs?" faßte die Zentrumspresse in Vechta im Mai 1919 ihre Forderungen zusammen. Sie bezogen sich "1. auf verfassungsmäßige Gewährleistung unseres katholischen Oberschulkollegiums und seine Belassung in Vechta" und "2. auf die Dreiviertel-Majorität bei Aenderung der Schul- und Kirchenbestimmungen der Verfassung".[375] Mit dieser Erklärung war der Aufruf zu einer breit angelegten Unterschriftenaktion verbunden, die als "Volksabstimmung im Münsterlande" tituliert und von 50 000 Bürgern gezeichnet wurde. Die Vechtaer OV berichtete über "Die Volksabstimmung im Mün

---

[372] OV vom 22.3.1919.

[373] OV vom 22.3.1919. Die Vechtaer OV bezifferte die Zweidrittel-Mehrheit im Landtag mit 32 von 48 Stimmen. DDP und SPD, mit der die USPD eine Fraktionsgemeinschaft bildete, verfügten über 31 Mandate. (SCHAAP, Weg, S. 206)

[374] OV vom 27.3.1919: "Wenn die Sozialdemokraten die Demokratie dahin auffassen, daß eine ihnen genehme Mehrheit die Minderheit vergewaltigen kann, dann haben wir es tatsächlich 'herrlich weit gebracht.' Das christliche oldenburgische Volk ist jedoch nicht gewillt, sich vergewaltigen zu lassen. Es erkennt den Ernst der Stunde. Es weiß, daß es diesen Kampf um die Erhaltung seiner christlichen Kulturgüter durchkämpfen muß. Wollen die Sozialdemokraten auch hier den Kulturkampf, gut, wir sind gerüstet. Wir möchten aber doch noch lieber hoffen, daß sie im Geiste wahrer Freiheit uns die Schule läßt, die wir ausnahmslos fordern müssen."

[375] OV vom 7.5.1919.

sterlande. Rund 50 000 Proteste!" und vermeldete mit Genugtuung, daß sich "auch zahlreiche gläubige evangelische Mitbürger" angeschlossen hätten. Sie benannte noch einmal detailliert die wichtigsten Forderungen des katholischen Volksteils, die sich insbesondere auf die Sicherung des konfessionellen Volksschulwesens und der konfessionellen Lehrerbildung und auf den Fortbestand des Katholischen Oberschulkollegiums bezogen. Der Artikel schloß mit dem drohenden Appell:

> "Will man aber uns nicht geben, worauf wir Anspruch haben, was wir einstimmig fordern als unser gutes Recht, will man den Kampf - Ihr könnt ihn haben!"[376]

Die schulpolitische Debatte wurde in der katholischen Publizistik Südoldenburgs erbittert und aggressiv geführt, weil die Bedeutung der katholischen Bekenntnisschule für den Bestand des politischen und sozialen Milieus außerordentlich hoch eingeschätzt wurde. Darin spiegelte sich die tiefe Verunsicherung und Desorientierung, aber auch das katholische Sendungsbewußtsein wider, daß es sich im Kampf für die Freiheit von Schule und Kirche nicht nur um eine ordinäre Auseinandersetzung in politischen Tagesfragen handelte, sondern um die Verteidigung von absoluten Werten und Grundüberzeugungen, die ihren Ursprung nicht in der wechselnden politischen Geschichte hatten, sondern in der Ewigkeit christkatholischer Glaubensgrundsätze. Das Synonym "christlich" anstelle von "katholisch" suchte die Tatsache zu verschleiern, daß es um die Wahrnehmung genuin katholischer Interessen ging, die mit denen der christlich-protestantischen Mehrheit in Oldenburg, die politisch ganz anders orientiert war, keineswegs identisch waren. Ein so großer moralisch-religiöser Elan und vehementer politischer Impetus waren notwendig, um die weltanschauliche und politische Geschlossenheit des katholischen Milieus in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg zu behaupten.

Auch in der Kirchenpolitik forderte der Katholizismus Südoldenburgs in Erinnerung an das Normativ von 1831 und die Konflikte zwischen Kirche und Staat "bündige Garantien" und stellte eine Reihe von offenen Fragen an

---

[376] OV vom 9.6.1919. Die Zeitung bestand darauf, "daß uns die konfessionelle Volksschule erhalten bleibt, daß der Religionsunterricht in den Schulen Haupt- und Pflichtfach bleibt, daß die Lehrerbildungsanstalten auf konfessioneller Grundlage bestehen bleiben, daß uns das Katholische Oberschulkollegium in Vechta als oberste Schulbehörde für die katholischen Schulen erhalten bleibt, daß alle diese Forderungen durch die Verfassung sicher gestellt werden und zwar so, daß die Verfassung insoweit nur von Dreiviertel aller Abgeordneten geändert werden kann."

die Landesversammlung, die vor allem die Besetzung der Pfarreien und die Verwaltung des kirchlichen Vermögens betrafen. Die politische Vergangenheit in der konstitutionellen Ära würdigte die Vechtaer OV in diesem Falle positiv und zog eine wohlwollende Bilanz des oldenburgischen Staatskirchentums. Sie räumte offen ein, daß "die großherzogliche Regierung von den Hoheitsrechten, die sie sich zumaß, gegenüber der katholischen Kirche im großen und ganzen einen verständigen Gebrauch gemacht hat". Für die Geschichte Südoldenburgs bis 1918 fügte sie hinzu:

> "Auf der anderen Seite haben die katholischen Staatsbürger, an die gewordenen Zustände gewöhnt und dem Streite abhold, in diesen Fragen große Zurückhaltung beobachtet. Das trifft unzweifelhaft auch in anderen Fragen zu, z. B. in der Paritätsfrage bei der Besetzung der Staatsämter, worin die Regierung den Katholiken zu keiner Zeit gerecht geworden ist. Von einem Kulturkampf in den 1870er Jahren blieb Oldenburg verschont, dank der edlen Gesinnung des Großherzogs Peter, der die preußische Kirchenverfolgung mißbilligte. Das haben ihm die Katholiken nicht vergessen, und so war in der Praxis das Verhältnis zwischen dem oldenburgischen Staat und der katholischen Kirche ein erträgliches."[377]

So wurde auch die eigene Geschichte in den politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1919 funktionalisiert und auf Argumente zur Unterstützung der eigenen Position recherchiert. Der politische Kampf für die katholische Schule und die Freiheit der katholischen Kirche war religiös-fundamentalistisch angelegt und zielte auf die Durchsetzung von Glaubenswahrheiten, deren moralische Maximen unter allen Umständen politisch durchgesetzt werden sollten.

3.3.1. Ablehnung der Revolution: "Es war nicht notwendig, zu diesem Zwecke die Staatsform zu wechseln."

Die Beratung des Verfassungsentwurfs in der ersten Lesung der Landesversammlung wurde zunächst von kontroversen Debatten überschattet, die sich mit den Folgen des politischen Umbruchs beschäftigten und exemplarisch die unterschiedlichen Positionen der Parteien zu Revolution und Demokratisierung zum Ausdruck brachten. Hier zeigte sich deutlich eine Trennungslinie in der verfassunggebenden Versammlung zwischen der SPD und der DDP auf der einen und dem Zentrum und der DVP auf der anderen Seite. Die DVP und das Zentrum beharrten auf ihrem Standpunkt, die Revolution sei histo

[377] OV vom 16.4.1919.

risch nicht notwendig gewesen, und bekundeten offen ihre Sympathien für eine monarchische Konstitution. Die Zentrumsabgeordneten stellten deutlich heraus, daß ihre Herzen für eine konstitutionelle Monarchie und nicht für eine Republik schlugen. Die Revolution und ihre Folgen betrachteten sie als ein politisches Ereignis, das - einmal eingetreten - unglücklicherweise nicht mehr rückgängig gemacht werden konnte. Deshalb hatte sich auch das oldenburgische Zentrum mit ihr politisch zu arrangieren.

Die Beratungen zu den Komplexen Staat, Regierung und Parlament führten in der verfassunggebenden Landesversammlung erwartungsgemäß zu einer Aussprache unter den Parteien über die Beurteilung der Revolution.[378] Dabei wurde deutlich, daß der südoldenburgische Katholizismus unter der Führung des Zentrums die Republik mitzutragen bereit war, sie aber politisch nicht gewollt und nichts dazu beigetragen hatte, sie durchzusetzen. Die gravierenden Unterschiede in der Beurteilung der Revolution kamen in den Ansprachen des Alterspräsidenten Bernhard König (Löningen)[379] für das Zentrum und des SPD-Vorsitzenden Paul Hug zum Ausdruck, mit denen die verfassunggebende Landesversammlung in Oldenburg am 20. März 1919 eröffnet wurde.[380] Ganz in der wertkonservativen Tradition des Zentrums appellierte König unter Meidung politischer Akzentuierungen an die Übung 'unpolitischer' Tugenden zum Aufbau des Landes, der in erster Linie der Wiederherstellung von Ordnung und Wohlfahrt dienen sollte:

> "Mit deutschem Fleiß und deutscher Zähigkeit muß ein neues Haus gezimmert werden, in dem kommende Geschlechter ruhig und zufrieden leben können. Wir überschauen noch nicht den Tiefstand unseres nationalen Unglücks, trotzdem dürfen wir nicht verzweifeln. Mit Ruhe und Ordnung im Inland kehrt das Vertrauen zu unserer Kraft zurück, und wie nach vulkanischen Ausbrüchen die verwüsteten Landstrecken sich bald neu befruchten, so wird auch Deutschland und unsere engere Heimat, trotz allem Vernichtungswillen der Feinde, hoffentlich gekräftigt, gesünder und besser aus dem Umsturz erstehen. Uns, meine Herren, bleibt die Pflicht der Arbeit! Möge die Tätigkeit der neuen Landesversammlung unserer Heimat zu dauerndem Segen gereichen!"[381]

---

[378] Die nachfolgenden Redebeiträge sind teilweise wiedergegeben bei ECKHARDT, Landtag, S. 66 - 79: aus der Debatte über die Folgen der Revolution und die neue Verfassung des Freistaats Oldenburg vom 22. Mai 1919.

[379] FRIEDL, Handbuch, S. 385f. (von Hans Friedl). Der Löninger Apotheker Bernhard König (1847 - 1926) gehörte von 1911 bis 1923 dem Landtag an. König förderte besonders die Heimatbewegung und überließ dem Cloppenburger Heimatmuseum eine umfangreiche kulturhistorische Sammlung, die den Grundstein zum Aufbau des Cloppenburger Museums unter Heinrich Ottenjann bildete.

[380] ECKHARDT, Landtagsreden, S. 32-36; OV vom 22.3.1919.

[381] ECKHARDT, Landtagsreden, S. 32.

Im Gegensatz zur ‘unpolitischen’ Rede Königs machte Paul Hug unter ausdrücklicher Zurückweisung einer deutschen Kriegsschuld den Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Weltkrieg für den Ausbruch der Revolution verantwortlich und bekannte sich zum "demokratischen Geist" in der zukünftigen Landesverfassung. Hug erklärte für seine Fraktion, die den politischen Umbruch maßgeblich mitbestimmt und mäßigend auf ihn eingewirkt hatte:

> "Die Umwälzung war die Folge des militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Deutschen Reiches infolge des Weltkrieges, in den es ohne seine Schuld gestürzt worden war. [...] Dieser demokratische Geist bürgt auch dafür, daß Oldenburg innerhalb der großen deutschen Republik ein Freistaat bleibt und die Monarchie nie mehr zurückkehrt."[382]

Die gemeinsame Grundlage für eine konstruktive Kooperation der beiden Parteien, des Zentrums und der SPD, bildeten die nationalen Fragen und der Boden der parlamentarischen Demokratie, den die Revolution als politisches Faktum geschaffen hatte. Solange die Republik Bestand hatte, bestimmte sie die Spielregeln der zukünftigen politischen Auseinandersetzungen zwischen den weltanschaulichen Gegnern in der oldenburgischen Sozialdemokratie, im demokratischen Liberalismus und im politischen Katholizismus des Landes. Bis 1923 war die Weimarer Koalition unter der Führung von Ministerpräsident Tantzen (DDP) die gemeinsame Klammer der staatstragenden Parteien, die in der verfassunggebenden Landesversammlung über eine Dreiviertel-Mehrheit (40 von 48 Mandaten) verfügten. Ihren großen Vorsprung verloren die Parteien der Weimarer Koalition bereits in der Landtagswahl vom 6. Juni 1920, aber mit 28 von 48 Mandaten verfügten sie immer noch über eine sichere absolute Mehrheit im Landtag.[383]

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der Cloppenburger Bürgermeister a. D. Ignaz Feigel, markierte in der Aussprache am 22. Mai 1919 unmißverständlich die prinzipielle Einstellung des Zentrums zur Republik. Darin artikulierte er die indifferente Haltung der katholischen Partei zur demokratischen Grundordnung und republikanische Vorbehalte, die trotz der Partizipation des Zentrums am demokratischen Leben erhebliche Zweifel an seiner republikanischen Zuverlässigkeit aufkommen lassen mußten. "Teils im eigenen Namen, teils im Namen meiner politischen Freunde" zog Feigel das

---

[382] ECKHARDT, Landtagsreden, S. 33, 35; OV vom 22.3.1919.

[383] SCHAAP, Weg, S. 206: Anlage VIII. SPD (14) und USPD (2) bildeten in der verfassunggebenden Landesversammlung eine gemeinsame Fraktion.

Modell einer parlamentarischen Monarchie als Alternative zu einer parlamentarischen Demokratie vor. Er unterstrich die Notwendigkeit, daß Deutschland "auf politischem Gebiet anders orientiert" werde, wehrte sich aber gegen die einseitige demokratische Vereinnahmung, "daß ich ohne weiteres die Republik und ihre Zustände als ideal ansehen kann". Für Feigel wäre auch ein anderer Weg - ein legaler Weg - in das "parlamentarische Regime" möglich gewesen, ohne die Staatsform grundlegend zu wechseln:

> "Ich bin vielmehr der Meinung, daß es möglich gewesen wäre, auch auf anderem Wege zu einem Ziele zu kommen, welches viele von uns und wohl die Mehrzahl zu befriedigen geeignet gewesen wäre. Schon seit längerem und besonders unter der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden ging ein Linkszug durch die ganze Politik und wurde dem parlamentarischen Regime immer mehr zugesteuert. Es war nicht notwendig, zu diesem Zwecke die Staatsform zu wechseln, auch unter monarchischem Szepter wäre eine gesunde Demokratie erreichbar gewesen. Aber es ist nun einmal geschehen und meine politischen Freunde und ich stellen uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Wir sind bereit, auf dieser Grundlage mitzuarbeiten zum Wohle unseres Vaterlandes, wenn wir auch innerhalb der Fraktion verschiedener Meinung darüber sein können, welcher Weg und welche Staatsform die geeignetste ist."[384]

In der Beurteilung der Revolution, die Feigel als nationales und politisches Unglück bezeichnete, stimmte er mit dem Abgeordneten Friedrich Lohse (DVP) überein und übernahm wie die nationalistische Rechte die Dolchstoßlegende.[385] Der DVP-Abgeordnete Lohse hatte erklärt, "daß die Revolution ein nationales Unglück" bedeute, und die durch die Revolution verursachte historische Diskontinuität unterstrichen:

> "Meine Freunde und ich bedauern diesen Gang der Ereignisse als einen Bruch mit der geschichtlichen Entwicklung. Der Oldenburger Staat war das Ergebnis seines Fürstenhauses [...]."

---

[384] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 69: Erste Lesung des Entwurfes einer Verfassung für den Freistaat Oldenburg.

[385] HAUPT, Parteien, S. 197ff.; FRIEDL, Handbuch, S. 422f. (von Peter Haupt). Der Oldenburger Rechtsanwalt Friedrich Lohse (1872 - 1931) war seit 1909 Mitglied der Nationalliberalen Partei gewesen und sorgte als Landesausschußvorsitzender nach dem Ersten Weltkrieg für den Anschluß dieser Partei an die Deutsche Volkspartei Gustav Stresemanns. 1920 wurde er Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der DVP und danach Vorsitzender des Landesverbandes Oldenburg. Von März 1919 bis zum Februar 1924 gehörte er dem oldenburgischen Landtag an und war Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Lohse war an der Ausarbeitung der Verfassung von 1919 beteiligt, blieb jedoch ein "Mußrepublikaner". 1923 trug er indirekt zum Rücktritt der Regierung Tantzen bei und begrüßte in Zukunft die Bildung unpolitischer Beamtenkabinette. Trotz der Bildung des "Landesblocks", einer von ihm angeregten Verbindung von DVP und DNVP, konnte Lohse den Zerfall der rechtsbürgerlichen Mitte in Oldenburg nicht aufhalten. 1931 legte er das Amt des DVP-Parteivorsitzenden nieder.

Mit Blick auf die kritische Gegenwart äußerte er große Skepsis, "ob es einer gewählten Regierung gelingen wird, für sich das Maß von Vertrauen im Innern und für den Staat nach außen hin das Ansehen und die Rücksichtnahme zu erwerben, die mit der Monarchie ohne weiteres verbunden waren". Lohse lehnte es ab, sich politisch von der Vergangenheit zu distanzieren:

> "Wir haben gar keinen Grund, uns der Vergangenheit zu schämen. Wir haben keinen Grund, alle Erinnerungen an die Großherzogliche Regierung abzuschütteln. Wir können uns nicht losmachen von der Vergangenheit, denn wir existieren als Staat nur dank dieser Vergangenheit. Wir können uns von unserer Geschichte nicht lösen."[386]

Als politische Bewegung, die die monarchische Staatsform liquidieren sollte, war die Revolution aus der Sicht Feigels überflüssig gewesen, aber der Lauf der Ereignisse habe es nun einmal so gefügt:

> "Eins aber muß ich aufs tiefste beklagen und bedauern, nämlich das Unglück der Revolution. Die Revolution hätte nicht zu kommen brauchen, sie hat uns gar nichts gebracht. [...] Wir haben keine Freiheit durch die Revolution bekommen, sondern das reine Gegenteil; niemals waren wir unfreier, als jetzt, niemals im alten Obrigkeitsstaat sind auch nur annähernd solche Mißbräuche vorgekommen, wie in der kurzen Zeit der Revolution. Nur eins hat die Revolution zu leisten vermocht: Unser stolzes deutsches Heer, welches eine ganze Welt von Feinden in vier Jahren nicht hat besiegen können, die Revolution hat es verstanden, in wenigen Tagen es zu einer Horde zu machen, es vollständig zu zertrümmern. Und so ist es gekommen, daß Deutschland ohnmächtig geworden ist und jetzt Friedensbedingungen annehmen soll, wie sie schmachvoller nicht hätten sein können. Das hätte vermieden werden können und müssen."[387]

Unterstützung fand Feigel bei seinem Wilhelmshavener Fraktionskollegen Arthur Raschke, der den staatstragenden Charakter des Zentrums trotz politischer Enttäuschungen auch in der untergegangenen konstitutionellen Ära unterstrich:

> "Wir vom Zentrum haben dem Staate gegenüber auch Wünsche gehabt, wir haben auch Beschwerden über das bestehende System oftmals mit aller Deutlichkeit zur Sprache gebracht. Aber wir haben trotzdem immer dem Staate gegeben, was des Staates war und niemals einer grundsätzlichen Verneinung gehuldigt. [...] Wir halten die Revolution nach wie vor für eine bedauerliche Erscheinung. Führte uns der Krieg ins Unglück, die Revolution brachte uns ins Elend hinein. Mit diesen Tatsachen finden wir uns ab und werden uns bemühen, an der Neuordnung im Staate mit all' unseren Kräften mitzuarbeiten. Die Vorteile und Errungenschaften der Revolution, von denen die

[386] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 65.
[387] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 69f.

Linke so begeistert spricht, vermag ich nicht zu erkennen, die müssen erst noch kommen."[388]

Feigel wie sein Fraktionskollege Raschke gaben der parlamentarischen Monarchie, die aus ihrer Sicht nicht notwendig zu einer Änderung der bestehenden Staatsform geführt hätte, aber durch die Revolution vereitelt wurde, den Vorzug vor der parlamentarischen Demokratie und bezogen damit eine Position, die pragmatisch auf dem Boden der Verfassung stand, aber ihre politische Notwendigkeit und moralische Legitimität bestritt.[389] Darin ist eine Hypothek des pragmatischen Konstitutionalismus und des verfassungspolitischen Indifferentismus zu erkennen, in den sich das Zentrum und mit ihm große Teile des deutschen Katholizismus in der Geschichte des 19. Jahrhunderts eingeübt hatten, weil sie in diesem Arrangement die einzige Möglichkeit sahen, im Zeichen des "Kulturkampfes" politisch zu überleben und die spezifischen Interessen der katholischen Kirche erfolgreich zu verteidigen. In die Außenseiterrolle des politischen Zuschauers oder gar politischer Negation wollte man nicht wieder gedrängt werden, sondern unter den Bedingungen des verfassungspolitischen Status quo seine Möglichkeiten ausschöpfen.

3.3.2. Vorbehaltensrepublikanismus im katholischen Zentrum: "Eine absolut gerechte Vertretung wird es aber nie geben."

In der Beratung der originär politischen Verfassungsfragen operierte das Zentrum systemimmanent und wollte die politischen Funktionen und Organe durchaus im demokratischen Sinne gestaltet wissen. Das wurde deutlich an der Beratung des § 3 des Verfassungsentwurfs, der die zentrale demokratische Bestimmung enthielt:

---

[388] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 71. In einer Erwiderung auf Hug äußerte sich Raschke zur politischen Lage am Ende des Krieges und deutete vorsichtig eine Alternative zur Revolution an: "Der Waffenstillstand war eingeleitet. Und da hätte es nichts anderes für uns Deutsche geben können, als mit Gewehr bei Fuß in fester Ordnung in den Frieden hinein!" (S. 72)

[389] FRIEDL, Handbuch, S. 583f. (von Robert Meyer). Dem oldenburgischen Landtag gehörte der Zentrumsabgeordnete Raschke von 1919 bis zum 23. September 1922 an, von August 1922 bis Mai 1924 dem Deutschen Reichstag. Nach 1945 zählte Raschke zu den Mitbegründern der oldenburgischen CDU, deren Kreisverbandsvorsitzender er in Wilhelmshaven wurde. Als gelernter Schlosser trat Raschke vor dem Ersten Weltkrieg dem katholischen Gesellenverein und der Christlichen Gewerkschaft bei. 1910 ließ er sich als selbständiger Schlossermeister in Wilhelmshaven nieder.

> "Die Staatsgewalt liegt beim Volke. Sie wird nach Maßgabe dieser Verfassung durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Einwohner ausgeübt."[390]

Die fünf Zentrumsvertreter im Verwaltungsausschuß, der den Verfassungsentwurf debattierte, sprachen sich für die Beibehaltung des ersten Satzes in der oldenburgischen Verfassung aus: "Die Staatsgewalt liegt beim Volke."[391] Damit umgingen die Zentrumsabgeordneten in Oldenburg bewußt eine prekäre Auseinandersetzung um die politische Herleitung der Staatsgewalt im demokratisch verfaßten Gemeinwesen, wie sie die WRV vor allem in den Reihen der katholischen Kirche auslöste. [392]

Im Hinblick auf die Legislative lehnte der Ausschuß das ausschließliche Gesetzgebungsrecht des Landtags ab und war um eine Stärkung des Staatsministeriums gegenüber dem Parlament bemüht. Wie die anderen Parteien befürwortete das Zentrum eine Gleichberechtigung von Parlament und Regierung in der Gesetzgebung und war ebenfalls mit dem Ausschuß der Meinung, daß bei Uneinigkeit von Staatsministerium und Landtag das Volk als der eigentliche Souverän zu befragen sei. Das Recht einer Volksabstimmung sollte beiden Seiten, dem Landtag wie dem Staatsministerium, offenstehen. Der § 33 des Verfassungsentwurfs lautete:

> "Die gesetzgebende Gewalt wird vom Volke entweder im Wege der Volksabstimmung oder mittelbar durch den Landtag ausgeübt. Gesetze bedürfen im Landtag einer zweimaligen Lesung."[393]

Nicht nur auf der Seite des Zentrums, sondern auch auf der der anderen demokratischen Parteien ist in dieser Phase der Verfassungsberatungen eine bewußt abwartende und vorsichtige politische Haltung zu beobachten. Die ruhig und sachlich verlaufende Debatte des ersten Abschnitts der Verfassungsvorlage im Verwaltungsausschuß zeigt, daß die oldenburgische Lan

---

[390] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 160.

[391] GESETZBLATT, Bd. 40, S. 392. In der gültigen Verfassung vom 17. Juni 1919 erhielt § 3 folgenden Wortlaut: "Die Staatsgewalt liegt beim Volke. Sie wird dieser Verfassung gemäß durch die Gesamtheit der stimmberechtigten Einwohner ausgeübt."

[392] Verfassungen, S. 77. Art. 1 der WRV lautete: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus."

[393] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 162, Anm. 58. Der Vorschlag des Ausschusses betonte hingegen stärker die Gleichwertigkeit von Parlament und Regierung, wenn er folgende Formulierung vorschlug: "Die gesetzgebende Gewalt wird vom Volke entweder unmittelbar im Wege der Volksabstimmung oder mittelbar durch den Landtag und das Staatsministerium ausgeübt. Sowohl dem Landtag als auch dem Staatsministerium steht das Vorschlagsrecht zu."

desversammlung der demokratischen Substanz in der Verfassungsfrage mit einer gewissen Zurückhaltung begegnete. Mit dieser Skepsis gegenüber einem 'schrankenlosen' Parlamentarismus, der zur 'Parteiendiktatur' und damit zur Herrschaft der liberal- und sozialdemokratischen Mehrheitsparteien degenerieren konnte, stand das Zentrum in Oldenburg - wie auch im Reich - also keineswegs allein. Bei der Einführung der Volksabstimmung in die oldenburgische Verfassung ging es nicht um die prinzipielle Anerkennung der plebiszitären Demokratie auf der Grundlage der Identitätstheorie, sondern um einen politischen Ausweg, der beschritten werden konnte und mußte, falls sich - wie der Ausschuß befürchtete - der Parlamentarismus selbst blockieren und seine Funktionsfähigkeit einbüßen sollte. Der § 35 der oldenburgischen Landesverfassung vom 17. Juni 1919 fand schließlich folgenden Wortlaut:

> "Wenn sich das Staatsministerium mit dem Landtag nicht einigt, so kann es diesen um eine wiederholte Beratung ersuchen. Wird auch dann keine Einigung erzielt, so kann der Landtag oder das Staatsministerium innerhalb einer Frist von zwei Wochen eine Volksabstimmung verlangen. Diese ist vom Staatsministerium sofort anzuordnen und innerhalb weiterer zweier Monate vorzunehmen."[394]

Diese ungeklärte Haltung zum plebiszitären Instrument moderner Demokratien, das den Anschein eines "politischen Umsturzes" erwecken konnte, belastete später die Handlungsfähigkeit des oldenburgischen Landtags und vor allem des Zentrums in der dramatischen Phase nach den Reichstagswahlen im November 1932, als die oldenburgische NS-Regierung ihre parlamentarische Mehrheit quasi verloren hatte. In dieser entscheidenden Situation versagte sich das Zentrum der Volksabstimmung als einem probaten politischen Instrument, um die Regierung Röver auf dem Wege zu stürzen, auf dem sie auch an die Macht gekommen war, nämlich durch Plebiszit und Landtagswahlen.

Mit einer skeptischen Distanz gegenüber den Parteien und dem Parlamentarismus, dem es die Fähigkeit abstritt, alle Schichten der Bevölkerung und ihre vielfältigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen

---

[394] GESETZBLATT, Bd. 40, S. 399f., 409f. Die Verfassung regelte im siebten Abschnitt über "Volksvorschlagsrecht und Volksabstimmung" die Prozedur des Plebiszits. Im einzelnen hieß es dort: "§ 65 Von 20 000 stimmberechtigten Landeseinwohnern kann das Vorschlagsrecht ausgeübt und die Volksabstimmung verlangt werden. [...] § 66 Das Vorschlagsrecht umfaßt das Verlangen nach Erlaß, Abänderung oder Aufhebung eines Gesetzes. [...] Wird dem Verlangen vom Landtage nicht entsprochen, so ist es zur Volksabstimmung zu bringen. Diese ist entscheidend."

zu repräsentieren, ging das oldenburgische Zentrum auch in die parlamentarische Debatte um eine Ständevertretung als politisches "Ersatzparlament". Zusammen mit der Ausschußmehrheit lehnte es ein Initiativ- und Anhörungsrecht von Wirtschafts- und Berufskammern beim Landtag und beim Staatsministerium ab, stand aber der Einrichtung von berufsständischen Vertretungen keinesfalls abweisend gegenüber. Die Debatte um das Dursthoff-Memorandum in der Zentrumspresse war ein Beleg dafür. Das Zentrum begrüßte die Ausdehnung der politischen zur wirtschaftlichen Demokratie, lehnte aber die einer solchen Einrichtung von Dursthoff zugeschriebene Kontrollfunktion des Parlamentes eindeutig ab. In der Vechtaer OV nahm es Stellung zur parlamentarischen Kontrollfunktion durch eine berufsständische Vertretung:

> "Es kann jedoch nur so geschehen, daß ein solches Parlament in das parlamentarische System eingegliedert wird, wie es auch die genannte Denkschrift fordert. Das Selbstbestimmungsrecht des Gesamtvolkes muß unangetastet bleiben. Die Denkschrift fordert diese berufsständische Vertretung als starke öffentliche Kontrolle im Interesse der Reinerhaltung unseres öffentlichen Lebens. [...] Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, inwieweit eine Kontrolle des Parlaments nötig oder möglich ist, [...] wie weit die Kontrolle durch ein berufsständisches Parlament gewährleistet wird. Nicht allein das auf Grund politischer Programme gewählte Parlament kann einer gewissen Einseitigkeit verfallen, sondern in ebendemselben Maße ein rein berufsständisches Parlament. Eine absolut gerechte Vertretung wird es aber nie geben."[395]

Im oldenburgischen Zentrum existierten weitreichende Vorstellungen über berufsständische Einrichtungen im zukünftigen demokratischen Staatswesen, die Zentrumsabgeordneten versagten der Verwirklichung dieser Konzepte in der verfassunggebenden Landesversammlung aber ihre Zustimmung. Diese Entscheidung ist auch auf den Charakter der traditionellen Konfessionspartei als Volkspartei zurückzuführen, weil das Zentrum die politische Wahrnehmung aller sozialen und wirtschaftlichen Interessen ihrer katholischen Wählerschaft für sich in Anspruch nahm. Ausschlaggebend für die Haltung des Zentrums in der Frage einer Einrichtung von berufsständischen Vertretungen war auch die pragmatische Absicht, sich beim Gesetzgebungsverfahren in Zukunft nicht auf politische Experimente einzulassen und es durch Einschaltung weiterer Institutionen unnötig zu belasten. Der Wunsch nach verfassungspolitischer Gleichberechtigung von Regierung und Parlament sowie die Entscheidung gegen die Einrichtung von berufsständischen Ver

[395] OV vom 25.4.1919. Vgl. dazu Kap. 1.4.3.: Katholische Neigung zu korporativen Führungssystemen.

tretungen weisen auf das Streben aller demokratischen Parteien in der Landesversammlung nach stabilen berechenbaren Verhältnissen bei der Gesetzgebung hin. Für das Zentrum zeichnete sich im Falle einer abweichenden Haltung in dieser Frage außerdem ein Bruch mit der Mehrheit in der Landesversammlung ab, der für die kulturpolitische Debatte ohnehin befürchtet wurde. Diese unnötige politische Komplikation galt es zu vermeiden.

Mit der sozialdemokratischen und linksliberalen Mehrheit übernahm es den ersten Abschnitt des Verfassungsentwurfs und unterstützte im weiteren Verlauf der Beratungen die geforderten Änderungen in der Gesetzgebung, die vor allem die Stärkung des Staatsministeriums gegenüber dem Landtag zum Ziel hatten. Mit seinem Votum für die weitere Zugehörigkeit der Minister zum Landtag drang das Zentrum nicht durch, so daß die Inkompatibilität von Ministeramt und Landtagsmandat in der oldenburgischen Verfassung festgeschrieben wurde. Eine Stimme in der Vechtaer OV befürchtete "Ministersessel als Sinecuren" und lehnte sie ab.[396] Prinzipiell trat das Zentrum - der Mehrheit folgend - für eine starke Position der Regierung und für ein Gleichgewicht von Exekutive und Legislative ein. Sein Ideal bestand in einer starken Regierung als Gegengewicht zum Parlament als der legitimen demokratischen Volksvertretung.

Im Vordergrund der politischen Debatten stand für das Zentrum die verfassungspolitische Absicherung seiner kulturpolitischen Forderungen. In den Beratungen über die Stellung des Landtages ging das Zentrum mit Unterstützung der DVP in die Offensive und verlangte, daß anstelle der Zweidrittel-Mehrheit bei der Änderung schul- und kulturpolitischer Verfassungsbestimmungen in Zukunft eine Dreiviertel-Mehrheit ausschlaggebend sein sollte. Denn aus seiner Sicht waren sämtliche schul- und kirchenpolitischen Bestimmungen in der zukünftigen Verfassung nur von Wert, wenn der entsprechende Schutz vor Verfassungsänderungen gegeben war. Solche Erschwernisse für eine Verfassungsänderung oder eine Ausnahmeregelung für die schul- und kirchenpolitischen Bestimmungen lehnte die Ausschußmehrheit von DDP und SPD entschieden ab, und es blieb bei der üblichen Zweidrittel-Regelung.[397]

---

[396] OV vom 27.5.1919.

[397] GESETZBLATT, Bd. 40, S. 407. Die Verfassung vom 17. Juni 1919 schrieb im § 60 vor: "Ein gültiger Beschluß über Gesetze, durch welche die Verfassung ergänzt, erläutert oder geändert werden soll, erfordert, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, daß: 1. wenigstens zwei Drittel sämtlicher Abgeordneten des Landtags zustimmen; [...]."

Die gegensätzlichen Standpunkte im Verwaltungsausschuß spiegelten die kulturpolitischen Differenzen der Parteien wider, die Frontstellung von SPD und DDP auf der einen und von DVP und Zentrum auf der anderen Seite. In diese Richtung zeigte auch die Forderung von Teilen der Zentrumspartei, über die Annahme der oldenburgischen Verfassung und die Dauer der Landesversammlung durch eine Volksabstimmung entscheiden zu lassen. Für den Vorsitzenden Reinke, der selbst nicht Mitglied der Landesversammlung war, war die Volksabstimmung ein "gangbarer Mittelweg", der die Oldenburger Bevölkerung in ihren Rechten schützen und der Konstituante ihre Berechtigung nicht absprechen würde.[398] Die Vertreter des Zentrums brachten diesen Vorschlag im Verwaltungsausschuß allerdings nicht ein. Bei der Beurteilung des Zentrums in der umstrittenen Frage des Plebiszits ist Vorsicht geboten. Die Befürwortung einer Volksabstimmung beweist im Kontext mit den kulturpolitischen Forderungen noch nicht die Vorliebe dieser Partei für Elemente einer direkten Demokratie; diese könnten eines Tages aber für spezifische Anliegen des katholischen Bevölkerungsteils in Anspruch genommen werden müssen. Daß es gelingen würde, den oldenburgischen Katholizismus im plebiszitären Wahlakt zur Durchsetzung seiner kulturpolitischen Forderungen umfassend zu mobilisieren, daran bestand auch aufgrund historischer Erfahrungen vor 1918 kein Zweifel.

Trotz der deutlich artikulierten Distanz zum neuen ungewollten, aber faktisch anerkannten demokratischen Staatswesen stellte sich das Zentrum auf den Boden der neuen Verfasssung und war bereit zur konstruktiven Mitarbeit im Freistaat. Es blieben aber demokratische Aversionen bestehen, die in die politische Kultur des oldenburgischen Katholizismus in der Weimarer Republik eingingen. Um die Gefahr eines 'Parlamentsabsolutismus' abzuwehren, konstruierte die oldenburgische Verfassung zwischen Parlament und Landesregierung ein Gleichgewicht, das einen kritischen Dualismus enthielt. Spätestens seit 1925 wurde deutlich, daß die Vermischung von parlamentarischem und präsidialem Regierungssystem eine Balance zwischen Parlament und Regierung verhinderte und sie zugunsten der Regierung entschied. Die Verkümmerung des oldenburgischen Parlamentarismus wurde auf der anderen Seite verstärkt durch die plebiszitären Elemente der Verfassung, die ein Gegengewicht gegen den demokratischen Parteienstaat bilden sollten. Diese Aufgabe konnten sie nicht erfüllen und trugen eher dazu bei, das Ansehen der

[398] OV vom 11.4.1919.

oldenburgischen Repräsentativverfassung in der konservativen politischen Öffentlichkeit des Landes herabzusetzen. Mit Hilfe des Plebiszits gelang es der NSDAP unter Führung Rövers im Frühjahr 1932, den Landtag zu übergehen und den Weg für Neuwahlen freizumachen, in denen die NSDAP bekanntlich die absolute Mehrheit der Mandate erzielte.

Wolfgang Günther merkt mit einem Blick in die Zukunft des Freistaates zum Verhältnis von Legislative und Exekutive kritisch an, daß die Verfassung das Gleichgewicht zwischen Legislative und Exekutive erheblich zugunsten der Exekutive verschob und damit für den Aufbau des Parlamentarismus in Oldenburg ungünstige Voraussetzungen schuf. Gerade in den Krisen förderten die strukturellen Schwächen der Verfassung die Transformation des parlamentarischen Regierungssystems in die Konstruktion autoritärer Fachministerien. Zu diesen Defiziten der oldenburgischen Verfassung zählten in erster Linie die autoritären Bestimmungen, die die Exekutive im Konfliktfall stärkten. Dazu gehörten das Instrument der Landtagsauflösung nach einem Mißtrauensvotum (§ 40), die Inkompatibilität von Ministeramt und Abgeordnetenmandat und die Vorschrift, wonach Gesetze nur in Übereinstimmung von Landtag und Regierung (§ 34) erlassen werden konnten.[399] Einen 'automatischen' Rücktritt der Regierung nach Ablauf der Legislaturperiode sah die oldenburgische Verfassung ebenfalls nicht vor. Im Konfliktfall, wenn der Landtag das begehrte Vertrauensvotum für die Regierung ablehnte, konnte das Staatsministerium den Landtag auflösen oder zurücktreten.[400] Nach

[399] GÜNTHER, Parlament, S. 202; GÜNTHER, Freistaat, S. 426.

[400] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 399, 401f. Die entsprechenden §§ 34 und 40 in der Verfassung für den Freistaat Oldenburg vom 17. Juni 1919 lauteten: "§ 34 Die gesetzgebende Gewalt wird vom Volke entweder unmittelbar im Wege der Volksabstimmung oder mittelbar durch den Landtag und das Staatsministerium ausgeübt. Sowohl dem Landtag wie dem Staatsministerium steht das Vorschlagsrecht zu. Gesetze können nur in Übereinstimmung von Landtag und Staatsministerium erlassen, aufgehoben, geändert oder entscheidend ausgelegt werden. Sie bedürfen im Landtage einer zweimaligen Lesung. Die Gesetze sind vom Staatsministerium zu verkünden. § 40 Der Landtag wählt den Ministerpräsidenten und auf dessen Vorschlag die übrigen Staatsminister. [...] Die Mitglieder des Staatsministeriums können nicht zugleich Abgeordnete sein. Wird ein Abgeordneter Staatsminister, so scheidet er während seiner Amtszeit aus dem Landtag aus, und der nach dem Wahlvorschlage zunächst berufene Bewerber tritt als Abgeordneter ein. [...] Die Mitglieder des Staatsministeriums bedürfen des Vertrauens des Landtages. Versagt der Landtag dem gesamten Staatsministerium das Vertrauen, so tritt es zurück oder löst den Landtag auf. Im Falle der Auflösung hat es unverzüglich eine Neuwahl zu veranlassen und den neuen Landtag so rechtzeitig einzuberufen, daß er spätestens vier Monate nach der Auflösung versammelt ist. Versagt auch der neue Landtag dem Staatsministerium das Vertrauen in der gleichen Angelegenheit, so hat es zurückzutreten, ohne daß ihm das Recht zur Auflösung des Landtags

Wolfgang Günther war das "Kernstück des Parlamentarismus, das Vertrauensvotum als Grundlage der Regierungstätigkeit, so gestaltet, daß es den zwangsläufigen Rücktritt der Regierung ausschloß - die klassische Regelung -, und die Regierung mit dem scharfen Instrument der Auflösung ausstattete". Zusammen mit der Bestimmung, wonach Gesetze nur in Übereinstimmung von Landtag und Regierung erlassen werden konnten (§ 34), sicherte § 40 die "starke Stellung der Regierung."[401] Zusammen mit § 37, der ein Notverordnungsrecht enthielt, räumten die §§ 34 und 35 der Regierung eine Machtfülle ein, wie sie keine andere der siebzehn Landesverfassungen in Deutschland kannte. "Im Grunde" genommen, so Klaus Schaap, "stand die Regierung wie zu Großherzogs Zeiten über den Parteien". So erschien es auch nur konsequent, daß die Regierungsmitglieder nach § 40 nicht gleichzeitig Landtagsabgeordnete sein durften.[402] Schaap rechnet diese 'obrigkeitsstaatlichen' Verfassungsbestimmungen, aus denen ein eindeutiges Mißtrauen gegen die Funktionsfähigkeit des demokratischen Parlamentarismus und der demokratischen Parteien sprach, zu den wesentlichen Voraussetzungen für die "oldenburgische Sonderentwicklung", die mit der Bildung der unpolitischen Beamtenkabinette seit 1923 einsetzte und mit der frühen Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Frühjahr 1932 ihren Abschluß fand.[403] Diese demokratischen Defizite verbanden sich mit politischen Fehlentwicklungen und ideologischen Strömungen, die eine staatliche Instanz über den Parteien und ihren partikularen Interessen favorisierten und im Konfliktfall das politische Gewicht einer 'überparteilichen' Exekutive zum Nachteil des demokratischen Parlamentarismus im Freistaat Oldenburg verstärkten.

Die staats- und verfassungspolitischen Beratungen standen in der oldenburgischen Landesversammlung im Schatten der kulturpolitischen Prioritäten, die für die politische Grundhaltung des Zentrums gegenüber dem Freistaat von ausschlaggebender Bedeutung waren. Die verfassungspolitischen Defizite

---

zusteht. Der Antrag, dem Staatsministerium das Vertrauen zu versagen, muß von mindestens einem Drittel der Abgeordneten gestellt [...] werden."

[401] GÜNTHER, Parlament, S. 193.

[402] Das Notverordnungsrecht (§ 37) lautete: "Anordnungen, die der Gesetzesform bedürfen, können, solange der Landtag nicht versammelt ist, durch eine Verordnung des Staatsministeriums getroffen werden, wenn außergewöhnliche Umstände ein sofortiges Eingreifen erfordern. Die Verordnung darf keine Änderung der Verfassung enthalten und muß von allen verfügbaren Mitgliedern des Staatsministeriums unterzeichnet sein; sie ist in der nächsten Versammlung des Landtags sofort zur Bestätigung vorzulegen und, wenn die Bestätigung versagt wird, unverzüglich wieder aufzuheben." (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 400)

[403] SCHAAP, Regierungsübernahme, S. 27f.

wurden zunehmend kompensiert durch eine kulturpolitische Auseinandersetzung, die besonders vom Zentrum mit großer Beharrlichkeit geführt wurde und kulturkämpferisches Format aufwies. So wurden die demokratischen Vorbehalte und politischen Gegensätze in der Gründungsphase des Freistaates als solche nicht hinreichend thematisiert und Zweifel an den verfassungspolitischen Grundhaltungen und -überzeugungen nicht ausgeräumt. Das oldenburgische Zentrum machte gemäß seinem Gründungsauftrag eine wirkliche Anerkennung des Freistaats von schul- und kulturpolitischen Vorbehalten abhängig, die es in der Weimarer Koalition nicht überwinden konnte. Deshalb ist im Hinblick auf das Verfassungsverständnis des oldenburgischen Zentrums zutreffend von einem "Vorbehaltensrepublikanismus" zu sprechen, der sich in seinen demokratischen Defiziten in Oldenburg schon sehr früh zu erkennen gab.[404] Die demokratischen Unterlassungen in der Gründungsphase der Republik sollten sich in der Geschichte des Freistaates rächen, obwohl die innenpolitische Entwicklung in Oldenburg nach dem Ende der liberalen Ära Tantzen im politischen Schatten der Beamtenkabinette zunächst den Anschein von Solidität und Stabilität erweckte.

Bereits beim Sturz der Regierung Tantzen im Jahre 1923 und in den nachfolgenden Fachkabinetten setzte sich in der Zentrumsfraktion die latente Bevorzugung autoritärer Verfassungspositionen durch. Sie wurden am besten realisiert durch die Installation einer vom Parlament weitgehend unabhängigen Exekutive und sollten politische Stabilität und Kontinuität garantieren. Getragen wurde diese innenpolitische Entwicklung seit 1925 vom Zentrum und dem Landesblock, zu dem sich die DVP und die DNVP zusammengeschlossen hatten, gegen die SPD und die DDP, die nach der Aufkündigung der Weimarer Koalition in der Minderheit waren. In diesem Konflikt spiegelte sich die parteipolitische Konstellation wider, die sich bereits in den kulturpolitischen Debatten der verfassunggebenden Landesversammlung herausgebildet hatte und deren Gegensätze in der von Tantzen geführten Weimarer Koalition von 1919 bis 1923 nur vorübergehend überbrückt werden konnten. Die Frustrationen über die demokratischen Prozeduren waren schließlich größer als das Vertrauen, das man der Republik in ihren Anfängen entgegenbrachte. Dabei spielten die Sonderstellung des südoldenburgischen Katholizismus und die Schlüsselrolle des Zentrums im parlamentarischen Kräftespiel eine große Rolle.

[404] SEELHORST, Verfassungsgebung, S. 219.

Vor allem das oldenburgische Zentrum zeigte nicht die politischen Nerven, um den in der Weimarer Koalition ausbalancierten sensiblen politischen Konsens zu tragen. Die trennenden weltanschaulichen Positionen erwiesen sich stärker als die politische Aufforderung zur demokratischen Kooperation und lösten schon sehr früh den verfassungspolitischen Konsens auf, der die demokratischen Parteien in der Landesversammlung noch verbunden hatte. Von den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung im Jahre 1919 (22, 0 %) bis zu den letzten Landtagswahlen im Jahre 1932 (15, 5 %) verlor das oldenburgische Zentrum prozentual mehr als ein Viertel seiner Wählerschaft. Wie ein Vergleich der Wahlbeteiligung von 1919 (66, 6 %) und 1932 (75, 6 %) zeigt, ging die Gefahr von einer zunehmenden politischen Mobilisierung aus, die vor allem protestantische Wählerschaften im Norden Oldenburgs erfaßte. Von den 11 Mandaten im Jahre 1919 verlor das Zentrum 4; 1932 errang es nur noch 7 Mandate.[405] Während das Zentrum an absoluten Stimmen kaum in augenfälligen Größenordnungen verlor, mußte es im Zuge zunehmender politischer Radikalisierung an Bedeutung einbüßen. Das oldenburgische Zentrum erkannte früh die politischen Zeichen der Zeit und zog spätestens 1925 mit dem Eintritt in das Fachkabinett von Finckh seine politischen Konsequenzen. Um einer drohenden politischen Erosion zu entkommen und nicht weitere Wählerschichten zu verlieren, hatte es schon 1923 der parlamentarischen Regierungsverantwortung seine Zustimmung versagt und sich auf die politische Zuschauerbühne zurückgezogen. Es legte in Zukunft immer weniger Wert darauf, noch mit der parlamentarischen Demokratie im Freistaat identifiziert und für sie verantwortlich gemacht zu werden.

3.4. Die Regulierung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat

Der katholischen Kirche ging es in den Verfassungsberatungen der Landesversammlung in der Kirchenfrage darum, die noch bestehenden Fesseln aus dem oldenburgischen Staatskirchentum abzuschütteln. Insofern kam den Beratungen im Frühjahr 1919 aus ihrer Sicht eine historische Bedeutung zu. Aus ihrer Zielsetzung heraus war sie mit dem Ergebnis unzufrieden und versuchte es - wie nach dem Erlaß des revidierten Staatsgrundgesetzes im Jahre 1852 - im nachhinein zu korrigieren. Ein solches Kontrollrecht erkannte die katholische Kirche vor allem im Hilfsfondsgesetz aus dem Jahre 1911.

---

[405] SCHAAP, Weg, S. 201, 206.

Mit dem Hilfsfondsgesetz vom 18. März 1911 hatte die katholische Kirche in Oldenburg zum erstenmal in ihrer Geschichte vom Staate das Recht erhalten, ihre Mitglieder mit einer Kirchensteuer zu belasten. Dem Bischöflichen Offizialat wurde eingeräumt, "zur Bildung eines kirchlichen Hilfsfonds für den Bezirk des Bischöflich Münsterschen Offizialats Vechta [...] alljährlich eine allgemeine Kirchensteuer, und zwar bis zu 4% der von den Mitgliedern der katholischen Kirchengemeinden des Bezirks zu zahlenden staatlichen Einkommensteuer", auszuschreiben und daraus "den Seelsorgsgeistlichen des Bezirks, soweit erforderlich, Zuschüsse zu ihrem Diensteinkommen zu gewähren".[406] In diesen Fonds sollte auch die jährliche Bauschsumme zugunsten der katholischen Kirche abgeführt werden. Die Steuer floß in einen Hilfsfonds, der vom Offizialat verwaltet und für den ein Voranschlag ausgefertigt wurde, der der Genehmigung des Ministeriums der Kirchen und Schulen bedurfte.[407] Das Hilfsfondsgesetz sah in jeder Richtung ein ausdrückliches Kontrollrecht des Staates vor, während es jede Mitwirkung der Steuerpflichtigen ausschloß. Dieses waren auch die Gründe, weshalb der Landtag dem Gesetz nur unter großen Bedenken zustimmte. Die katholische Kirche zog offensichtlich das Kontrollrecht des Staates einem nach demokratischem Muster zu regulierenden Mitwirkungsrecht der Steuerpflichtigen vor. Der Südoldenburger Joseph Wehage merkt zur Rolle der katholischen Kirche in der Steuerfrage selbstkritisch an:

> "Die Kirche ist aber mit der Fassung des Gesetzes einverstanden gewesen, da sie lieber ein Kontrollrecht des Staates dulden wollte, als ein dem hierarchischen Prinzip der katholischen Kirche direkt zuwiderlaufendes Mitwirkungsrecht der Steuerpflichtigen."[408]

---

[406] GESETZBLATT, 37. Bd., S. 829f.

[407] GESETZBLATT, 37. Bd, S. 830. Im einzelnen schrieb das Gesetz vor: "§ 3 Der Hilfsfonds wird vom Bischöflichen Offizialat verwaltet. Das Bischöfliche Offizialat stellt in jedem Jahre bis zum 1. Mai einen Voranschlag über die zu bewilligenden Zuschüsse und über den unter der Berücksichtigung der Einnahme aus der sogenannten Bauschsumme und etwaigen Kassebehalts aus dem Vorjahre erforderlichen Steuerbedarf auf. Der Voranschlag unterliegt der Genehmigung des Ministeriums der Kirchen und Schulen [...].
§ 5 Die Bewilligung der aus dem Hilfsfonds zu gewährenden Zuschüsse erfolgt durch das Bischöfliche Offizialat nach Maßgabe der von ihm darüber aufzustellenden allgemeinen Grundsätze, die der Genehmigung des Ministeriums der Kirchen und Schulen bedürfen.
§ 6 Das Bischöfliche Offizialat hat über die Verwaltung des Hilfsfonds jährlich eine Rechnung aufzustellen, die mit den erforderlichen Nachweisungen über die Einnahmen und über die Ausgaben dem Ministerium der Kirchen und Schulen bis zum 1. Februar zur Prüfung und Feststellung vorzulegen ist."

[408] WEHAGE, Kirche, S. 36.

Josef Zürlik unterstreicht, daß das Gesetz von 1911 in der Tat weitgehende Aufsichts- und Kontrollmaßnahmen des Staates enthielt, die die Selbständigkeit der katholischen Kirche erheblich einschränkten. Er fügt die aufschlußreiche Unterscheidung hinzu, daß die katholische Kirche in ihren inneren Angelegenheiten, also den eigentlichen Kultusfragen, von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machte, in ihren äußeren Angelegenheiten zwar normativ darauf bestand, aber faktisch weitgehend darauf verzichtete. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Bedeutung des landesherrlichen Patronats, das seiner Meinung nach im Kirchensteuergesetz des Jahres 1911 im vollen Umfang bestätigt wurde.[409] Aufgrund der Handlungsunfähigkeit der katholischen Kirche sprang der Staat mit dem Erlaß eines staatlichen Kirchensteuergesetzes "in die Bresche" und leitete aus dieser der Kirche erwiesenen "Wohltat" Aufsichts- und Kontrollrechte ab, die nach eingehenden Verhandlungen einvernehmlich vereinbart wurden und gegen die sich dann weder die kirchlichen Behörden noch die katholischen Abgeordneten zur Wehr setzten.[410] Die Auseinandersetzungen um das Kirchensteuerrecht und Hilfsfondsgesetz vor dem Ersten Weltkrieg hatten nach Ansicht von Zürlik deutlich gemacht, daß der oldenburgische Staat auch "100 Jahre nach dem Reichsdeputationshauptschluß noch kein ausgewogenes Verhältnis zu seiner katholischen Minderheit gefunden hatte". Zürlik macht in erster Linie das protestantische Selbstverständnis des oldenburgischen Staatswesens für diesen unbefriedigenden Umstand verantwortlich und zieht eine aus katholischer Sicht negative kirchenpolitische Bilanz.[411] Dem steht aber entgegen, daß der

---

[409] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 112f. Zürlik führt zu diesem Komplex im einzelnen aus: "Obzwar die katholische Kirche die Befugnis der Besteuerung ihrer Kirchenangehörigen als ein originäres, nicht vom Staat abgeleitetes Recht betrachtete, war ihr im allgemeinen eine ausgesprochene Abneigung gegenüber kirchlichen Abgaben kraft Kirchenrechts eigen; sie überließ die Regelung des Kirchensteuerrechts fast ganz dem Staat, so daß dessen Ordnung weniger aus dem Gesichtspunkt der Beaufsichtigung der Kirche als aus dem des Schutzrechts und im Einvernehmen, ja sogar auf Wunsch der Kirche geschah."

[410] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 117.

[411] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 119. Zürlik notiert dazu im einzelnen: "Er fühlte sich in erster Linie als ‘protestantischer Staat’ mit der evangelischen Kirche als ‘Landes- und Nationalkirche’ im modernen Sinne, während er sich berechtigt hielt, das Aufsichtsrecht über die katholische Kirche so zu üben, daß keine Verletzung oder Gefährdung der Staats- und Rechtsordnung von seiten der Kirche oder des Klerus geübt wurde (Jus inspiciendi et cavendi). Es ist dem Staat nicht gelungen, das Spannungsverhältnis zwischen kirchlicher Freiheit und Einfügung in die staatliche Gesamtordnung voll zu lösen. Dieses Selbstverständnis des Staates erklärt auch die Tatsache, daß in Oldenburg in den 70 Jahren der konstitutionellen Monarchie von 1849 bis 1918 mit präsidialem Regierungssystem [...] der Großherzog keinen Katholiken zum Mitglied des Staatsministeriums ernannte."

Status der katholischen Kirche in Oldenburg bis zum Ende des Ersten Weltkrieges durch die kirchenpolitische Praxis und liberale Verwaltungsmaßregeln zusehends zugunsten der katholischen Kirche verändert und ein Zustand geschaffen worden war, der 1919 verfassungsrechtlich überdacht und neu kodifiziert werden konnte. Wehage verweist in diesem Zusammenhang darauf, daß es schon "vor dem Kriege eine dringende Notwendigkeit war, das Staatskirchenrecht in Oldenburg, soweit die Rechtsstellung der katholischen Kirche in Frage kommt, neu zu fassen und klarzustellen, um eben allen Staatsbürgern das geltende Recht zur Kenntnis zu bringen". Um so dringender stelle sich diese Aufgabe nach dem Erlaß der neuen oldenburgischen Verfassung, insbesondere aber nach der Verabschiedung der Reichsverfassung mit ihren grundlegenden Bestimmungen über die Religionsgesellschaften.[412] In dieser Form stellte sich der kirchenrechtliche Status quo im Lande am Vorabend der Verfassungsberatungen in der Landesversammlung dar.

In der kirchenpolitischen Debatte griff Franz Driver, Mitglied des Direktoriums und Landtagsabgeordneter, im Mai 1919 die Auseinandersetzungen um das Hilfsfondsgesetz aus dem Jahre 1911 wieder auf und brachte das ungeklärte Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem oldenburgischen Staat in Erinnerung. Driver sah in dem Hilfsfondsgesetz ein weiteres Instrument des oldenburgischen Staatskirchentums und eine Zurücksetzung der katholischen Kirche gegenüber der evangelischen. Es stehe zu befürchten, daß das Gesetz der Parität der christlichen Konfessionen wiederum verletzt werde. In beiden Fällen erkannte er Relikte der monarchischen Vergangenheit, die es in der demokratischen Verfassung des Freistaates endgültig zu überwinden gelte. Mit Blick auf die laufenden Verfassungsberatungen merkte er zum Hilfsfondsgesetz kritisch an:

> "Aber nun sehe man sich dies Gesetz mal an, wie kleinlich da die Aufsicht des Staates wieder geübt wird. Das Offizialat muß in jedem Jahr einen Voranschlag aufstellen über die zu bewilligenden Zuschüsse an die Seelsorger und diesen Voranschlag der Staatsbehörde zur Genehmigung vorlegen. Also der Staat maßt sich an, darüber zu bestimmen, ob es auch richtig ist, daß die Kirchenbehörde einem Geistlichen einen Zuschuß aus diesem Fonds gibt. [...]
> M. H.! Ich glaube Ihnen damit genügend dargetan zu haben, daß von einer wirklichen Selbstbestimmung der katholischen Kirche in Bezug auf ihre Angelegenheiten nach diesem Rechtszustand tatsächlich nicht die Rede ist."[413]

---

[412] WEHAGE, Kirche, S. 37.
[413] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 78f.

Die Erfahrung der katholischen Kirche unter den Aufsichts- und Kontrollrechten des oldenburgischen Staatskirchentums, das bis 1918 in seiner Grundverfassung nicht angetastet worden war, belastete das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und protestantischem Staat in der Gründungsphase des Freistaates und trug zum traditionellen Mißtrauen der katholischen Minderheit gegenüber einem Staat bei, der neuerdings in der DDP und SPD auch von einer quasi evangelischen Landtagsmajorität geführt wurde. Mit erkennbarer Verbitterung referierten deshalb Stimmen aus dem südoldenburgischen Katholizismus zum Auftakt der Verfassungsberatungen die Geschichte der "Kirchenverfolgung", ohne die persönlichen Verdienste der jeweiligen Großherzöge schmälern zu wollen. Die Vechtaer OV erinnerte an diese unbewältigte Vergangenheit, die in der Übergangsphase nach dem Ersten Weltkrieg wieder voll aufgebrochen war. In diesem Zusammenhang führte die Zeitung ihren Lesern die Hoffnungen vor Augen, die mit dem Jahr 1848 verbunden gewesen waren, und die nachfolgende Enttäuschung in der Reaktionszeit, als sich die Staatsregierung "von dem vormärzlichen Standpunkt einer alles Kirchenwesen bevormundenden Bureaukratie nicht trennen" konnte. Zu Konflikten sei es vor allem in der Frage der Verleihung der Kirchenämter gekommen, weil - gemeint ist der Oldenburger Kirchenstreit - die Regierung auf der Grundlage des Normativs nicht nur verlangt habe, "daß vor der Besetzung der Pfarrstellen und anderen Benefizien die landesherrliche Approbation eingeholt werde, sondern es sollte auch die kirchliche Ernennungsurkunde von der staatlichen Immediatkommission mit einem Approbationsdekret ex mandato speciali Serenissimi versehen, darauf der Nominierte zur Ablegung des Untertaneneides vor die Kommission geladen und ihm die Verleihungsurkunde übergeben werden". Zu Recht habe der Bischof von Münster es abgelehnt, "dem Ansinnen der oldenburgischen Regierung stattzugeben". Es sei aber nicht zu verkennen, daß die großherzogliche Regierung "von den Hoheitsrechten, die sie sich zumaß, gegenüber der katholischen Kirche im großen und ganzen einen verständigen Gebrauch gemacht" habe.[414]

Die Debatte über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat konzentrierte sich in der Landesversammlung auf den Artikel 78 des Staatsgrundgesetzes, der wörtlich in die neue Verfassung übernommen werden sollte. Dieser lautete im Staatsgrundgesetz:

[414] OV vom 16. 4. 1919.

"Jede Religions=Genossenschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, unbeschadet der Rechte des Staats."[415]

Der katholische Widerspruch entzündete sich an der Klausel "unbeschadet der Rechte des Staats", weil er in ihr die Restauration des oldenburgischen Staatskirchentums erkannte. Gegenteilige politische Willensbekundungen aus dem Direktorium und einer breiten Mehrheit in der Landesversammlung konnten diese Bedenken nicht zerstreuen. Das katholische Direktoriumsmitglied Driver, Zentrumsabgeordneter in der Landesversammlung, betonte, daß diese Bestimmung kein taugliches politisches Instrument gewesen sei, um "Uebergriffe des Staats auf kirchlichem Gebiet zu verhindern", und versuchte diese Aussage durch einen umfangreichen Rekurs auf die Geschichte des Staatskirchentums in Oldenburg seit der Konvention von Oliva (1830) zu belegen. Mit einer Mehrheit des Verfassungsausschusses wollte er die Klausel aus dem Staatsgrundgesetz durch die Passage "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" ersetzt wissen. Er kam am Ende seiner langen Ausführungen zu dem Ergebnis, "daß von einer wirklichen Selbstbestimmung der katholischen Kirche in Bezug auf ihre Angelegenheiten nach diesem Rechtszustand tatsächlich nicht die Rede" sein könne und "die katholische Kirche im Geiste des alten Polizeistaates in der kleinlichsten Weise bevormundet" worden sei. Durch eine Änderung des Artikels 78 sollten das Normativ und seine restriktiven Bestimmungen und das Hilfsfondsgesetz aufgehoben werden.[416] In der Formulierung "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" wurde diese Passage auch im Entwurf für die Weimarer Reichsverfassung (WRV) diskutiert und schließlich auch angenommen.[417]

Der Vechtaer Abgeordnete Johannes Denis wandte sich gegen die "Rechte des Staates", wie sie ihm im vorgesehenen Artikel 17 der neuen Verfassung eingeräumt werden sollten. Seine Sicht war weitgehend durch die Vergangenheit des oldenburgischen Staatskirchentums bestimmt. Er brachte - wie 1848/49 bereits grundsätzlich debattiert - die vertragsrechtlichen Zweifel am Normativ ins Gespräch.[418] Im einzelnen wollte Denis, was das Normativ an

[415] KNIEF, Staatsverfassung, S. 35.
[416] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 77-79.
[417] Verfassungen, S. 100. Der Art. 137 der WRV bestimmte: "Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes."
[418] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 80. Denis erinnerte im Landtag daran: "Das Normativ wurde derzeit von der Kirche nicht anerkannt. Aber es ist danach gelebt worden und damit ist

ging, viele Fragen geklärt wissen, die seiner Meinung nach selbst im Kompromiß zwischen Staat und Kirche am Ende des Oldenburger Kirchenstreites nicht entschieden worden seien.[419] In der Frage der Kirchenbesteuerung wollte Driver mit der Mehrheit des Ausschusses die Rolle des Staates auf die Vollstreckung der Kirchenbesteuerung beschränken und diese von seiner Schutzfunktion abhängig machen, von der er nur dann Gebrauch machen sollte, "wenn er glaubt, daß das Offizialat zu hohe Steuern ausschreibt".[420] Der ehemalige großherzogliche Minister Otto Graepel, Mitglied des Direktoriums, erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß das Hilfsfondsgesetz seinerzeit auf Veranlassung der katholischen Kirche zustande gekommen sei.[421] Nach den Worten des Abgeordneten Wilhelm Stukenberg (DDP) hatte sich der Ausschuß "lediglich von dem Gedanken leiten lassen, daß unsere Verfassung nach Möglichkeit übereinstimmend sein solle mit der Reichsverfassung", und sei nicht den Bedenken des Zentrums gefolgt. Selbst für den Fall, daß der Verfassungsentwurf angenommen werden sollte, stellte er die Aufhebung der noch bestehenden staatlichen Hoheitsrechte für die katholische Kirche in Aussicht. An die Adresse Drivers erklärte Stukenberg ausdrücklich:

> "Die Klagen, die Herr Abg. Driver vorgetragen hat, sind allerdings sehr beachtenswert. Aber sie sind durch Gesetz und Vertrag entstanden, und die Gesetze kann man ändern."[422]

Über die Aufhebung des Normativs und der "die Selbstverwaltung der katholischen Kirche einschränkenden Bestimmungen" bestanden nach Auf

---

seine Rechtsgültigkeit wohl anerkannt worden. Außer dem Normativ wollen wir das Gesetz von 1911 beseitigen. Es genügt, daß die gegenseitigen Rechte zwischen Staat und Kirche durch die allgemeinen Bestimmungen abgegrenzt sind. [...] Uebergriffe der Staatsgewalt können also in keiner Weise in Frage kommen."

[419] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 80. Es ging im einzelnen um die Fragen: "1. Soll bei Besetzung der Pfarreien die Gutheißung der Regierung beibehalten bleiben? 2. Müssen die Pfarrer beim Amtsantritt den Untertaneneid ablegen? 3. Wird die Verwaltung der kirchlichen Vermögen in die Hände der kirchlichen Organe übergehen?"

[420] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 80.

[421] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 80. Graepel führte dazu aus: "Das Offizialat hatte etwas dagegen, seinerseits Steuern auszuschreiben. Und da hat der Staat sich bereit finden lassen, seinerseits kraft seiner Hoheit zu sagen: Die katholischen Untertanen sind verpflichtet, wenn die kirchliche Verwaltung es verlangt, bis zu 4 % zu dem und dem Zweck zu steuern. Also lediglich ein Dienst ist seitens des Staates dadurch der katholischen Kirche erwiesen worden. Wünscht sie diesen Dienst nicht mehr, so hat der Staat nicht das geringste Interesse, ihn ihr zu leisten."

[422] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 79.

fassung des Abgeordneten Theodor Tantzen (DDP) nach der politischen Wende keine Zweifel mehr. Die laufenden Verfassungsberatungen in Weimar hielt Tantzen für "derart vorläufige Beratungen, daß man gar nicht übersehen kann, wie die Fassung endgültig ausfällt".[423]

Mit seiner Positionsbeschreibung gab Tantzen den politischen Kurs für die Zeit nach den Verfassungsberatungen wieder und ermöglichte der DDP die Zustimmung zum Verfassungsentwurf. Gegen die SPD und die DDP konnte sich das Zentrum, das von der DVP unterstützt wurde, nicht durchsetzen, und so wurde das weitergehende Votum des Verfassungsausschusses zurückgewiesen. Es blieb beim Wortlaut des für das Verhältnis von katholischer Kirche und Staat wichtigsten Artikels 17 in der Verfassung für den Freistaat Oldenburg:

> "Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, unbeschadet der Rechte des Staates."[424]

Vor allem mit dieser prinzipiellen Bestimmung, die wörtlich aus dem Staatsgrundgesetz übernommen wurde, restaurierte die oldenburgische Verfassung aus der Sicht der katholischen Kirche den kirchenpolitischen Status der Vorkriegszeit. Die Landesversammlung konnte sich nach Joseph Wehage nicht entschließen, "der Kirche die volle Autonomie zu geben", und hielt gerade die Klausel bei, auf die die Regierung die Aufrechterhaltung des landesherrlichen "ius circa sacra" stützte und die seinerzeit den zwanzigjährigen Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem protestantischen Staat herbeigeführt hatte. Aber seitens der Regierung wurde unter Zustimmung der demokratischen Parteien in den Verfassungsberatungen betont, daß diese Klausel nicht dazu dienen sollte, "die im Normativ und anderen Gesetzen enthaltenen staatlichen Bevormundungen gegenüber der katholischen Kirche aufrecht zu erhalten."[425] Aus den Ausführungen Graepels sprach immer noch

---

[423] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 81. Für seine Fraktion kam Tantzen zu dem Schluß: "Wenn man das aber voraussetzt, so glaube ich, daß es richtig ist von unserm gemeinschaftlichen Standpunkt, wenn wir schon jetzt zu dem Ergebnis hier kommen, den § 17 in der Fassung des Entwurfs anzunehmen. Wenn dann die Reichsverfassung darüber hinausgeht, haben wir uns danach zu richten."

[424] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 395f. Im § 18 hieß es ergänzend dazu: "Die einzelnen Religionsgesellschaften können sich mit anderen zu größeren Gemeinschaften vereinigen. Ihr Verkehr mit ihren Oberen darf vom Staate nicht beschränkt werden."

[425] WEHAGE, Kirche, S. 38. Nach Auffassung von Wehage sollte diese Klausel "dem Staate nur die Möglichkeit geben, bei etwaigen Konflikten und Streitigkeiten darüber, wo die Grenzen

die wohlbekannte Skepsis, die das Verhalten der oldenburgischen Staatsregierung gegenüber der katholischen Minderheit im Lande in der Vergangenheit bestimmt hatte:

> "Es handelt sich vielmehr darum, das Grenzgebiet zwischen der Staatsverwaltung und der Kirchenverwaltung sicherzustellen. Sie wissen ja alle, daß ein jahrtausende langer Kampf zwischen den Staaten und Kirchengesellschaften besteht, ob auf diesem Grenzgebiete der eine oder der andere die Herrschaft haben soll. Und das ist mit wechselndem Erfolge bald so, bald so entschieden worden. Der Ausdruck, den die Regierungsvorlage wählt, wahrt dem Staate vollständig sein Recht. [...] Aber dessen sind wir uns doch wohl alle bewußt, daß keiner mit Sicherheit dafür eintreten kann, daß nicht der eine oder andere Uebergriff von kirchlicher Seite gemacht wird. [...] Er (= der Staat) hat ja alle Veranlassung und wir sind ja darin einig und der Entwurf selbst tritt dafür in aller Entschiedenheit ein: Man will den Kirchen ihre volle Selbstverwaltung geben."[426]

Nach Auskunft Graepels hatte der Staat kein Interesse daran, das Staatskirchentum und seine Institutionen aufrechtzuerhalten:

> "Der Staat hat nach der Auffassung des Direktoriums nicht das geringste Interesse daran, daß diese Einrichtung [...] bestehen bleibt. Darum handelt es sich nicht. Sie sind entstanden zu einer Zeit, wo man über diese Dinge anders dachte, im Jahre 1830, haben sie, wenn auch nicht die ausdrückliche so doch die stillschweigende Zustimmung der kirchlichen Verwaltung gefunden und sind, ohne daß ein Widerspruch erfolgt ist, bis zur jetzigen Zeit bestehen geblieben. Sind sie jetzt der Kirche unbequem, so steht absolut nichts im Wege, daß sie beseitigt werden."

Graepel erinnerte an die Konflikte zwischen katholischer Kirche und Staat, die "im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende Gegenstand der schwersten Kämpfe und Streitigkeiten" gewesen seien, und fügte mit Blick auf die uneingeschränkte Souveränität der Staatsgewalt hinzu:

> "Derartige Auseinandersetzungen können auch wieder vorkommen. Und da muß der Staat in der Lage sein, seine Rechte zu wahren, er darf nicht darauf verzichten und sich in der Weise binden, daß er anerkennt: Nur wenn erst die Staatsverfassung geändert wird, bin ich in der Lage, ein Gesetz zu machen, das hier derartige Uebergriffe der Religionsgesellschaften verhindert. Dazu hat der Staat absolut keine Veranlassung. Er kann sich des Rechts der uneingeschränkten Gesetzgebung nicht begeben und verletzt hiermit durchaus nicht die Rechte der Kirche."[427]

---

der kirchlichen Angelegenheiten seien (res mixtae), seine Rechte zu wahren und Uebergriffe der Kirche in staatliche Angelegenheiten abzuwehren".

[426] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 77.

[427] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 79.

Diese weitreichenden Erklärungen boten der katholischen Kirche aber keine ausreichende Garantie, daß die umstrittene Klausel nicht dazu benutzt wurde, den alten Rechtszustand aufrechtzuerhalten. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem protestantischen Staat mußte sie darin in demokratischen Zeiten einen Ausdruck des für überwunden gehaltenen Staatskirchentums erkennen und - wie seinerzeit nach der Revision des Staatsgrundgesetzes - alles daran setzen, um den alten Rechtszustand politisch zu überwinden. Die Initiative ging vom Bischof in Münster, Johannes Poggenburg, aus, der willkommene Rechts- und Argumentationshilfe aus der neuen Reichsverfassung und der Formulierung "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" schöpfte. Durch die Reichsverfassung, deren politische Umsetzung den einzelnen Ländern oblag, sah die katholische Kirche in Oldenburg ihren politischen Handlungsspielraum erweitert und sich aufgefordert, die kirchenpolitische Debatte neu zu beleben und die Fesseln des oldenburgischen Staatskirchentums endgültig abzuwerfen. Als politisches Instrument dazu diente die Kirchensteuergesetzgebung des Jahres 1924.

Nach dem Wortlaut der Verfassung genossen die Religionsgesellschaften der evangelischen und der katholischen Kirche sowie der jüdischen Kultusgemeinde die Rechte einer öffentlichen Körperschaft, "soweit sie solche bisher besessen haben". Abgaben und Leistungen wurden von den Religionsgesellschaften selbst bestimmt und "mit Hilfe des Staates eingezogen, wenn dieser die Grundsätze genehmigt hat, nach denen sie aufgebracht und verteilt werden sollen". Die Seelsorge an den staatlichen Anstalten blieb bestehen, wobei jeder Zwang zu vermeiden war.[428] Die Vorschrift, daß die Wahl, Ernennung und Einsetzung der Beamten der Religionsgesellschaften an die Zustimmung der Staatsgewalt gebunden ist, wurde nicht in die neue Verfassung übernommen. Daraus war zu schließen, daß die Zustimmung des Staates in Zukunft wegfallen sollte.

Die kirchenpolitischen Beratungen in der Landesversammlung zeigten eine politische Frontstellung, die auch die folgenden schulpolitischen Kontroversen entscheiden sollte. Auf der einen Seite standen DDP und SPD, auf der anderen das Zentrum und die rechtskonservative DVP. Damit war in Oldenburg der tiefe Riß zwischen den Mehrheitsparteien, die das erste Kabinett Tantzen bildeten, offenkundig. Der Landtagsabgeordnete Lohse war zwar für die DVP auch mit der Fassung des Entwurfs einverstanden, sah aber keine

[428] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 396: §§ 20, 21.

Veranlassung, "noch päpstlicher zu sein als der Papst". Er plädierte wie die Zentrumsfraktion für die weitergehende Lösung der WRV und hielt es für geboten, "daß man sich an die einstimmigen Beschlüsse des Verfassungsausschusses in Weimar anschließt, weil ich nicht einsehen kann, daß aus der Fassung unseres Entwurfs mehr herausgeholt werden kann".[429] Dabei ging das Zentrum auf der Basis der traditionellen Koordinationstheorie noch immer von der gleichberechtigten Stellung von Kirche und Staat aus, während die Opposition die Kirche vom Staat getrennt in die Subordination verwiesen wissen wollte.

Formal erlitt das Zentrum in der kirchenpolitischen Frage in den Verfassungsberatungen eine politische Niederlage: Die Kirchen wurden vom Staat getrennt und durch die Formel "unbeschadet der Rechte des Staates" dem Staat subordiniert. Diese Niederlage konnte auch durch den späteren Erfolg in der Kirchensteuergesetzgebung nicht kompensiert werden. Über die kulturpolitische Enttäuschung in der Zentrumsfraktion tröstete die Bildung der ersten demokratischen Regierung im Freistaat am 21. Juni 1919, der das ehemalige Direktoriumsmitglied Driver als erster katholischer Minister angehörte, nicht hinweg. Es blieb bei einem zwiespältigen Gefühl, das sich aus der Besonderheit des Regierungsbündnisses mit der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus, zwei gegnerischen weltanschaulichen und politischen Lagern, nährte. Das Zentrum war nicht nur an der Sozialdemokratie gescheitert, auf die es ohnehin keine politischen Hoffnungen gesetzt hatte, sondern vor allem auch am bürgerlichen Liberalismus. An seiner Niederlage war es selbst aber nicht ganz schuldlos: Der traditionelle Antiliberalismus des politischen Katholizismus in Südoldenburg, den das Zentrum im Wahlkampf zur verfassunggebenden Landesversammlung offen artikuliert hatte, zeigte in den Verfassungsberatungen über die Stellung der katholischen Kirche im Staat und die Zukunft des konfessionellen Schulwesens seinen harten politischen Kern und zeitigte die bitteren Früchte einer politischen Partnerschaft, die weltanschaulich-religiöse Vorbehalte und Berührungsängste seit Jahrzehnten verhindert hatten. 1848 hatte sich der südoldenburgische Katholizismus auf den Boden des konstitutionellen Staatswesens gestellt, ohne den Geist des politischen Liberalismus zu teilen, und war ihm fremd geworden, als er in schulpolitischen Fragen in der Konstituante unterlag. Die politische Isolation des oldenburgischen Zentrums nach 1918, die es nur unter Leugnung seiner historischen Identität mindern konnte, lag in der Logik

[429] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 81.

seiner Geschichte. Der Eintritt in das demokratische Zeitalter nach 1918 kompromittierte die Konfessionspartei und setzte sie einem politischen Dilemma aus, aus dem sie sich aus eigener Kraft kaum noch befreien konnte. Die Wurzeln für diesen politischen Solipsismus sind im 19. Jahrhundert zu suchen.

3.5. Die Regulierung des Verhältnisses zwischen Schule und Staat

Die konstitutionelle Monarchie hatte mit dem revidierten Staatsgrundgesetz von 1852 und dem Schulgesetz von 1855 den Bestand des für den politischen Katholizismus so wichtigen konfessionellen Schulwesens im Lande garantiert. Der Grundsatz der "religiös-konfessionellen Bildung" galt für die Volksschulen und die Ausbildung der Volksschullehrer, die nach Konfessionen getrennt eingerichtet waren. Durch die Errichtung der evangelischen und katholischen Oberschulbehörde hatte die katholische Kirche dank der überragenden Stellung des Bischöflichen Offizials auch Einfluß auf die obere Schulaufsicht gewonnen, während die niedere Weltgeistlichkeit in der Funktion des Lokalschulinspektors zu großen Teilen die untere Schulaufsicht ausübte. Trotz der konfessionellen Scheidung waren die Schulvorstände, denen der Amtmann bzw. Bürgermeister angehörte, und die Oberschulkollegien, denen auch Angehörige einer anderen Konfession angehören konnten, nicht konfessionell, sondern gemischt konfessionell organisiert.[430]

Das änderte sich mit der Novelle des Schulgesetzes von 1855, die am 4. Februar 1910 in Kraft trat und vor allem auf die wiederholte Initiative des liberalen Abgeordneten Ernst Tantzen-Stollhamm in den Jahren 1904 und 1907 zurückzuführen ist.[431] Die Oberschulkollegien blieben in ihrer Zusammensetzung und in ihren Kompetenzen unverändert, allerdings wurden sie durchgehend konfessionell organisiert: Die Mitglieder mußten der Konfession angehören, deren Schulwesen das Oberschulkollegium leitete. Zur Ernennung der Mitglieder stand dem Bischöflichen Offizial ein Anhörungsrecht zu. Dem Schulvorstand gehörten der Bürgermeister (Gemeindevorsteher) ohne Rücksicht auf die Konfessionszugehörigkeit als Vorsitzender und der Pfarrer oder ein anderer Geistlicher der Kirchengemeinde als geborene

[430] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 121-127; SCHÄFER, Kirchen, S. 812.
[431] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 127, Anm. 233. Der von der Staatsregierung 1908 vorlegte Entwurf wurde wegen des von der Regierung aus finanziellen Gründen erhobenen Widerspruchs erst im zweiten Anlauf im Jahre 1910 verabschiedet.

Mitglieder an. Die Verwaltung der äußeren Volksschulangelegenheiten wurde auf die bürgerliche Gemeinde übertragen, und der Schulvorstand war weiterhin gemischt organisiert. Die lokale Schulaufsicht oblag dem Schulvorstand, der sie auf den Bürgermeister und das geistliche Mitglied gemeinsam oder auf das geistliche Mitglied allein übertragen konnte.[432] Josef Zürlik betont, daß das oldenburgische Schulgesetz von 1910 strikt an der konfessionellen Trennung im Volksschulwesen festhielt, und erkennt darin eine wirkungsvolle schulpolitische Tradition des Landes.[433]

Die erste deutsche Republik hatte für die oldenburgischen Volksschullehrer 1918 mit einer erfolgreichen "Extrarevolution" begonnen. Auf einer Vollversammlung aller oldenburgischen Lehrer am 17. November 1918 in der "Union", die vom Oldenburger Soldatenrat einberufen worden war, stimmte das Direktorium der Abberufung des für die Volksschulen zuständigen Mitglieds des Evangelischen Oberschulkollegiums, Pfarrer Hermann Goens, und von Kreisschulinspektor Glander zu, der für Delmenhorst und die Wesermarsch zuständig war.[434] Spektakuläre Erfolge wie in der Personalpolitik konnte der Oldenburgische Landeslehrerverein allerdings in schul- und besoldungspolitischen Fragen nicht erringen. Ein vom Landeslehrerverein angeregter "Ausschuß für Schulreform", dem alle Lehrergruppen einschließlich des Philolo

---

[432] GESETZBLATT, 37. Bd., S. 413-452; ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 127-130; SCHÄFER, Kirchen, S. 816f.

[433] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 130. Zürlik führt dazu aus: "Das Schulgesetz von 1910 hält durch seine Bestimmungen auch weiterhin an dem konfessionellen Aufbau des gesamten Schulwesens im Herzogtum Oldenburg ohne Unterschied der Trägerschaft, auch des privaten, fest. Dieser Aufbau blieb auch während der Zeit der demokratischen Republik (1919 - 1932/33) unangefochten und wurde erst vom nationalsozialistischen Staat, teilweise in rechtswidriger Weise, eingeschränkt."

[434] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 43, Nr. 23, 18.11.1918, S. 112. Die Rede des Vorsitzenden des Oldenburgischen Landeslehrervereins, Wilhelm Schwecke, auf der stürmisch verlaufenden Versammlung in der "Union" gab das Oldenburgische Schulblatt mit den Worten wieder: "Und nun griff Schwecke ein. Er redete von dem Leiden der vergangenen Tage: an der Spitze des Volksschulwesens ein Mann, kein Lehrer, sondern ein Geistlicher, immer den Blick auf die Kirche gerichtet, ein Mann, der nicht das geringste Vertrauen bei den Lehrern sucht und findet - wie sollte das möglich sein bei engherzigem Pultschnüffelgeist! - ein Mann, dem es gelingt, durch einen kleinlichen Schildknappen den Lehrern alle Freude an ihrem Berufe zu nehmen. Weg mit Oberschulrat Goens! Weg mit Glander! erscholl es aus der Versammlung. Mit elementarer Wucht brach los, was sich durch lange Jahre hindurch aufgestaut hatte." Hermann Goens (1863 - 1946) aus Jade trat nach dem Abschluß seines Theologiestudiums seine erste Stelle in der evangelischen Diasporagemeinde Cloppenburg an. 1895 berief ihn das Staatsministerium als schulfachliches Mitglied für Volksschulen in das Evangelische Oberschulkollegium in Oldenburg. (FRIEDL, Handbuch, S. 240f., von Hilke Günther-Arndt)

genvereins angehörten und der noch im Sommer 1919 ein Programm zur Modernisierung und Demokratisierung des oldenburgischen Schulwesens vorlegte, blieb angesichts der seit Mitte des Jahres 1920 veränderten machtpolitischen Verhältnisse und der desolaten Wirtschaftslage ohne konkrete Wirkung. Die überraschenden Erfolge des Oldenburgischen Landeslehrervereins (OLLV), der in der politischen Öffentlichkeit traditionell den liberalen Parteien zugeordnet wurde, förderten in der Revolution 1918 die Identifikation der oldenburgischen Volksschullehrer mit den neuen politischen Verhältnissen und ließen in ihren Reihen am Beginn der Weimarer Republik einen gewissen schulpolitischen Optimismus aufkommen.[435] Er wurde besonders in der nachliberalen Ära der beamteten Fachkabinette von Finckh und Cassebohm, die das oldenburgische Schulwesen mehr verwalteten als gestalteten, gründlich enttäuscht.

Der Katholische Lehrerverein und der Oldenburgische Landeslehrerverein (OLLV) vertraten vor der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg gegensätzliche schulpolitische Auffassungen. Während der Katholizismus Südoldenburgs mit dem Schulgesetz von 1910 seine elementaren Interessen befriedigt sah, forderte die evangelische Lehrerschaft immer lauter die Beseitigung des Einflusses der Kirche und des Kirchenregiments auf die Schulbehörden und die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht. Der Katholische Lehrerverein, der nach der Revolution bisher ungewohnte schulpolitische Aktivitäten entfaltete, griff seine Forderungen aus der Vorkriegszeit wieder auf, schrieb sie fort und erhob sie mit einigen

[435] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 19f.; Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 12, 1.12.1919, S. 65f. Der "Ausschuß für Schulreform" setzte sich zusammen aus Vertretern des Philologenvereins, des Oldenburgischen Landeslehrervereins und Lehrerinnenvereins, der Katholischen Lehrervereins und Lehrerinnenvereins und des Vereins der Fortbildungsschullehrer. Unter Zurückstellung konfessioneller Fragen plädierte der Ausschuß, der sich als Gremium von pädagogischen Fachleuten verstand, u. a. für eine vierstufige Grundschule, an die sich der Besuch der Volksschule oder einer höheren Schule anschließen sollte, einen Übergang von der Volksschule zur höheren Schule, die Einführung eines 9. Schuljahres, die Auflösung der einklassigen Bauerschaftsschulen, die "ein großes Hemmnis jeder durchgreifenden Schulreform" darstellten, und diskutierte Pläne "zur Durchführung der Einheitsschule auf dem Lande", für die in Oldenburg Schulzweckverbände eingerichtet werden sollten. Das Problem der Einheitsschule behandelte die Katholische Schulzeitung ausführlich in einer Besprechung des sog. "Mannheimer Schulsystems", das wie kein anderes die Leistungsfähigkeit der Schüler berücksichtige und zu diesem Zwecke in Haupt-, Förder- und Hilfsklassen gegliedert sei. Diese Schulorganisation verdiene es, in Großstädten, die sie als "konfessionelles System" einführen könnten, erprobt zu werden. (Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 3, 1.3.1919, S. 22f.: Trennung der Schüler nach ihrer Leistungsfähigkeit im Mannheimer Schulsystem)

Ergänzungen auf der außerordentlichen Lehrerversammlung am 18. Dezember 1918 in Cloppenburg zum Beschluß. Seine Erwartungen richteten sich grundsätzlich auf die Erhaltung des konfessionellen Schulwesens, "dessen Grundlage die konfessionelle Volksschule" sei. Die wichtigsten Forderungen der organisierten katholischen Lehrerschaft lauteten:

Das verfassungsmäßig garantierte "**Recht der Eltern**, über Erziehung und Unterricht ihrer Kinder selbst zu bestimmen", muß gewahrt werden.
Herabsetzung der Höchstschülerzahl in Volksschulklassen von 70 auf 40.
Die Volksschule ist als "**Grundschule für alle weiterführenden Schulen**" zu betrachten; die Vorschulen sind zu beseitigen.
Dem Religionsunterricht ist "seine bedeutsame und zentrale Stellung" zu belassen.
Eine Trennung der Geschlechter ist nur in den oberen Klassen zulässig.
Die obere Schulbehörde bleibt konfessionell organisiert.
Die "**staatliche Aufsicht** für alle Schulen bis zu den höchsten Stellen" besteht aus einer Fachaufsicht; für Volksschulen sollen dafür "unter Fortfall besonderer Prüfungen" im Dienst bewährte Lehrer bestellt werden.
Das Recht der Kirche auf Erteilung und Leitung des Religionsunterrichts ist sicherzustellen, ihr Einfluß auf die sittlich-religiöse Erziehung des Kindes zu gewährleisten.
Die Schulleitung sollte kollegial so gestaltet werden, "daß ein freudiges und gedeihliches Zusammenwirken von Schulleitern und Lehrern gesichert ist".
Hebung der Lehrerbildung: wissenschaftliche Ausbildung auf der höheren Lehranstalt, Berufsbildung auf einer konfessionellen Fachschule, Öffnung der Universitäten für Lehrer.
Volle staatsbürgerliche und wirtschaftliche Freiheit der Lehrer.
Beseitigung der Pflicht zur Übernahme von Diensten als Kirchenbeamte.
Einrichtung von Lehrerausschüssen (Lehrerkammern), die der vorgesetzten Behörde für alle schulpolitischen Fragen beratend und begutachtend zur Seite stehen.
Angemessene Vertretung in allen Körperschaften in Staat und Gemeinde.[436]

[436] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 1, 1.1.1919, S. 1f. Vorausgegangen war der Lehrerversammlung am 18. Dezember 1918 eine Vorstandssitzung des Katholischen Lehrervereins am 4. Dezember 1918, auf der der Forderungskatalog ausgearbeitet wurde. Unter der vollen staatsbürgerlichen Freiheit verstand der Katholische Lehrerverein auch die Ausübung des passiven Wahlrechts für Lehrer. Diese Forderung wurde vom Oldenburgischen Lehrerverein unterstützt. Nach Art. 121 der geltenden Staatsverfassung bedurften zu Abgeordneten gewählte Beamte des Zivil- oder Militärdienstes und Schullehrer des dienstlichen Urlaubs und hatten "zu dem Zwekke ihre Wahl sofort den Vorgesetzten anzuzeigen und die Erteilung des Urlaubs zu erwarten". Der Urlaub konnte unter der Bedingung versagt werden, "wenn der Landtag mit der Staatsregierung darin einverstanden ist, daß dem Eintritte des Gewählten in den Landtag erhebliche Rücksichten des Dienstes entgegenstehen". (KNIEF, Staatsverfassung, S. 49) Die beiden Lehrervereine sahen darin eine politische Diskriminierung und drangen auf eine Aufhebung dieser Vorschrift. Die Frage der Lehrerbildung griff die Katholische Schulzeitung in einer ihrer nächsten Ausgaben wieder auf. (Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 46)

Der Katholische Lehrerverein begrüßte es, daß die "Organisation der Katholiken Deutschlands zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung", die Katholische Schulorganisation, die Bemühungen der katholischen Lehrerschaft in Oldenburg um die Erhaltung der konfessionellen Volksschule unterstützte. In den Bundesausschuß dieser Erzieherorganisation, der für jedes Land im Deutschen Reich vorgesehen war, wurden für Oldenburg folgende Lehrer gewählt: Bellm (Lehrerverein), Grote (Lehrerseminar), Kalvelage (Jever), Denis (Vechta) und Wingbermühle (Damme).[437] Mit der Katholischen Schulorganisation stand den katholischen Erziehungsberechtigten in Oldenburg auch auf schulpolitischem Gebiet ein eigener Verband zur Verfügung. Der Katholische Lehrerverein wahrte allerdings Distanz zur Katholischen Schulorganisation, die unter dem Vorsitz von Wilhelm Marx als "schulpolitische Waffenschmiede" der katholischen Parteien galt.[438] Zur Durchsetzung ihrer schulpolitischen Vorstellungen wollte der Katholische Lehrerverein bei der bevorstehenden Landtagswahl mit einem eigenen Kandidaten auf der Zentrumsliste vertreten sein. Dieser Kandidat sollte der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins, der Cloppenburger Hauptlehrer Bernard Bellm, sein.[439]

---

[437] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 1, 1.1.1919, S. 1. Die Katholische Schulorganisation setzte sich in erster Linie für "die Aufrechterhaltung des christlichen Charakters der Volksschule auf konfessioneller Grundlage" ein. Die Generalversammlung äußerte die Zuversicht, "daß die Organisation ihre Ziele ganz besonders zu erreichen strebe durch **Hebung unserer Volksschule und weitgehende Unterstützung unserer Bestrebungen im Interesse von Schule und Lehrerstand**", fügte aber hinzu: "Sie darf unseren Standesorganisationen keinerlei Hindernisse in den Weg legen und den Standesschulen keinen Vorschub leisten."

[438] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 23-25. Die Katholische Schulorganisation war am 7. August 1911 auf dem Katholikentag in Mainz aufgrund einer Anregung des Zentrumspolitikers Oberlandesgerichtsrat Wilhelm Marx gegründet worden. Seit 1906 - so die Katholische Schulzeitung 1931 in einem Artikel zum 20jährigen Bestehen der Katholischen Schulorganisation - sei "aus Kreisen der katholischen Lehrerschaft wie sonstiger Katholischer Führer immer wieder der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden, es müsse in Deutschland eine eigene Institution geschaffen werden, deren Hauptaufgabe Schutz und Förderung der kathol. Schule und Erziehung sein müßten". Nach mehrjährigen Vorbereitungen, an denen sich katholische Lehrerorganisationen, der Volksverein, eine Reihe von Standesvereinen, Vertreter des Episkopats und Beauftragte des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands beteiligt hätten, sei die Katholische Schulorganisation 1911 gegründet worden und werde seitdem vom ehemaligen Reichskanzler Wilhelm Marx geführt. (Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 8, 1.8.1931, S. 101) Die neue Vereinigung konnte sich nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Organisationsgefüge des Volksvereins lösen und bewährte sich in den 1920er Jahren als "wohlerprobte Kampftruppe zur Abwehr sozialistischer und liberalistischer Angriffe auf das konfessionelle Schulwesen". Ihr gelang die organisatorische Zusammenfassung der katholischen Erziehungsberechtigten; sie war mit dem Katholischen Lehrerverband in Form einer Arbeitsgemeinschaft verbunden.

[439] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 3, 1.3.1919, S. 19.

Der Oldenburgische Landeslehrerverein verabschiedete auf der Vorstandssitzung vom 16. November 1918 seine schulpolitischen Forderungen und wandte sich mit einer Erklärung an seine Mitglieder. Darin griff er den Tenor der schulpolitischen Auseinandersetzungen in der Vorkriegszeit wieder auf und lehnte eine geistliche Schulaufsicht weiterhin kategorisch ab. Sein Programm ging im einzelnen über die Forderungen aus der Vorkriegszeit hinaus:

> "Trennung der Schule von der Kirche, daher Beseitigung des kirchlichen Einflusses in allen Schulbehörden. Beseitigung der Ortsschulaufsicht und der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch den Pastoren. Durchführung der Fachaufsicht bis in die oberste Instanz (der oberste technische Leiter des Volksschulwesens in der Behörde muß ein Schulmann sein, der in der Volksschule gearbeitet hat und das Vertrauen der Lehrerschaft besitzt)."

In Übereinstimmung mit der katholischen Lehrerschaft forderte der Oldenburgische Landeslehrerverein auch eine Beteiligung der Gesamtlehrerschaft an der Schulverwaltung, die Herabsetzung der zulässigen Klassenstärke von 70 auf 40, die Befreiung der Lehrer von kirchlichen Nebendiensten, die Vorbildung der Lehrer auf höheren Lehranstalten, ihre berufliche Ausbildung auf pädagogischen Fachschulen, die Öffnung der Universitäten für die Volksschullehrer und die "Aufhebung der bestehenden Beschränkungen der staatlichen Rechte der Lehrer".[440] Die Gegensätze zwischen der evangelischen und katholischen Lehrerschaft lagen weniger in fachspezifischen oder pädagogischen Fragen, sondern in konfessionellen. In dieser Hinsicht zeigte sich auch der Oldenburgische Landeslehrerverein kompromißlos. Die außerordentliche Landeslehrerversammlung in Oldenburg teilte Ministerpräsident Tantzen noch am 7. Februar 1920 mit, "daß die Lehrer nach wie vor der Überzeugung seien, daß eine restlose Beseitigung der Geistlichen aus der Schulverwaltung wohl möglich sei".[441] Im Kampf für die Erhaltung des konfessionellen Schulwesens in der Weimarer Republik gab es Stimmen im oldenburgischen Katholizismus, die die Diskussion um das oldenburgische Schulgesetz vor dem Ersten Weltkrieg verfälscht wiedergaben und politisch zu funktionalisieren suchten.[442] Der politische Katholizismus in Südoldenburg griff diese Ausein

---

[440] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 43, Nr. 23, 18.11.1918, S. 111f.

[441] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 1920, 12.2.1920, abgedr. in: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 66.

[442] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 127, Anm. 233. Zürlik weist in diesem Zusammenhang auf einen Irrtum hin. Nach seiner Ansicht wurde im Jahre 1912 die Änderung des oldenburgischen Schulgesetzes nicht erörtert und forderte der Abg. Ernst Tantzen-Stollhamm - ein Bruder des späteren Ministerpräsidenten Theodor Tantzen, der dem Landtag erst seit 1911 angehörte - keineswegs

andersetzung nach dem Kriege auf und setzte sich in diesem Zusammenhang besonders kritisch mit der Rolle der DDP auseinander. Der ehemalige Cloppenburger Bürgermeister Feigel warnte auf einer Zentrumsversammlung am 7. Januar 1919 in Cloppenburg vor übertriebenen Erwartungen:

> "Von der deutsch-demokratischen Partei sei sonach nicht zu erwarten, daß sie gegen die Trennung von Staat und Kirche sei oder das Zentrum in seinen Bestrebungen hinsichtlich der Schule unterstützen werde [...]."

Von der DDP versprach sich Feigel keine Unterstützung in der Schulfrage, "zumal ja auch der liberale Landeslehrerverein keine Gelegenheit unbenützt lasse, um für Verweltlichung der Schule bzw. die Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts aus derselben Stimmung zu machen".[443] Im Rückblick auf das enttäuschende schulpolitische Ergebnis der Beratungen in der verfassunggebenden Landesversammlung erinnerte die Vechtaer OV an das Jahr 1910, als "ein freisinniger Antrag" auf Aufhebung der Oberschulkollegien angenommen, aber von der Regierung nicht berücksichtigt worden sei. Dieser Antrag sei Weihnachten 1917 von dem Abgeordneten Max tom Dieck, dem ehemaligen Oldenburger Oberbürgermeister, wiederholt worden. Aus diesem Grunde müsse sich die katholische Bevölkerung fragen:

> "Können wir zu den Demokraten von 1919 mehr Vertrauen haben wie zu denen von 1910 und 1917? Man muß uns recht geben, wenn wir das bezweifeln."[444]

Der Zentrumsabgeordnete König erinnerte ebenfalls an den Antrag tom Dieck, der eine Welle von "Massenpetitionen" ausgelöst habe.[445] In ihrem

---

die Einführung der Simultanschule. Ernst Tantzen habe im Landtag 1907 darauf verwiesen, daß "die entsprechenden Bestimmungen des StGG in Kraft bleiben" sollten. Nach Zürlik war die Aufhebung der Oberschulkollegien weder Gegenstand der Anträge von Ernst Tantzen im Jahre 1907 noch wurde sie im Anschluß daran im Landtag gefordert. Als Beleg für die verfehlte Wiedergabe der Diskussion zitiert Zürlik den Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, mit seinem Schreiben an den Apostolischen Nuntius in Berlin vom 26. Juli 1928 mit den Worten: "Schon im Jahre 1910 und wiederholt 1912 haben im Landtag die Liberalen - unter ihnen auch der spätere Ministerpräsident und jetzige Reichstagsabgeordnete Tantzen - den Antrag gestellt, die Errichtung von Simultanschulen zuzulassen, die Oberschulkollegien aufzuheben und das Ministerium zur einzigen Oberschulbehörde zu machen."

[443] OV vom 10.1.1919.

[444] OV vom 19.6.1919.

[445] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 193. Zu den schulpolitischen Anträgen und zum Antrag tom Dieck während der Kriegszeit vgl. Kap. 7.4.2. im ersten Band der Arbeit: Der fortdauernde konfessionelle Dissens.

Bericht über einen außerordentlichen Vertretertag des Landeslehrervereins am 1. März 1919 in Oldenburg entwarf die Vechtaer OV ein grelles Bild von den schulpolitischen Bestrebungen des oldenburgischen Protestantismus:

> "Es genügt, einige Punkte der Aussprache mitzuteilen. Erstens wurde erneut die gänzliche Aufhebung jeder geistlichen Schulaufsicht gefordert. Da jedoch die kathol. Lehrer den Geistlichen in der Schule behalten wollten, müßten in dieser Frage vielleicht zweierlei Bestimmungen getroffen werden. Der liberale Lehrerverein stellt an die Spitze aller seiner Forderungen die restlose Ausschaltung des Geistlichen aus Schule und Schulverwaltung. Wer christlich denkt und fühlt, muß diese Forderung ganz entschieden ablehnen."[446]

In den Verfassungsberatungen des Jahres 1919 sah die DDP zusammen mit der Sozialdemokratie die historische Chance, die Konfessionalität des Schulwesens in Oldenburg zwar nicht aufzuheben, aber doch erheblich einzuschränken. Für die verfassungsrechtliche Garantie der Oberschulbehörden und die ausschließliche Konfessionalität der Lehrerausbildung fand das Zentrum keine parlamentarische Mehrheit mehr und mußte empfindliche Abstimmungsniederlagen in der Schulfrage hinnehmen. Diese ließen den katholischen Volksteil das landesherrliche Patronat der konstitutionellen Ära in Oldenburg schmerzlich vermissen und förderten seine politische Skepsis gegenüber dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip erheblich. Das Großherzogtum hatte bis 1918 die schulpolitischen Forderungen Südoldenburgs weitgehend erfüllt, die vom Freistaat schon in seiner Gründungsphase bitter enttäuscht wurden. Daß den demokratischen Verhältnissen im Freistaat und dem gesellschaftlichen Fortschritt Rechnung zu tragen sei, galt in der politischen Öffentlichkeit Südoldenburgs nicht als ein überzeugendes Argument: Es war atypisch für das katholische Milieu.

Mit seiner prinzipiellen Haltung, die auf eine Fortsetzung und Weiterentwicklung des konfessionellen Schulwesens ausgerichtet war, befand sich der Katholische Lehrerverein in Oldenburg in weitgehender Übereinstimmung mit dem Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches, der auf einer Vertreterversammlung vom 11. bis 13. Juni 1919 in Hildesheim am bewährten Konzept beruflicher Standesorganisationen festhielt und sich "auch unter den neuen Verhältnissen im Reich und seinen Gliedstaaten" zur konfessionellen Gestaltung des öffentlichen Schulwesens bekannte. Er wies alle Bestrebungen zurück, die auf eine "Entchristlichung des Schulwesens" zielten, und setzte sich für "die Erhaltung des christlichen Geistes in der Lehrerbil

[446] OV vom 5.3.1919.

dung" ein, die weiterhin auf konfessioneller Grundlage zu gestalten sei. Auf einer Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes sprach der Bischof von Hildesheim, Dr. Joseph Ernst, dem Lehrerverband im Namen des deutschen Episkopats "sein volles Vertrauen" aus und gab seiner Hoffnung Ausdruck, "daß dieser Verband wie bislang so auch in Zukunft die Rechte der Kirche auf die Schule, die Rechte der Kirche auf die Erziehung unserer katholischen Kinder vertreten wird".[447] Die katholische Kirche sowie die katholischen Lehrerverbände und -vereine setzten 1918/19 in erster Linie auf schulpolitische Kontinuität und lehnten eine "Verweltlichung" des konfessionellen Schulwesens ab. Davon wurden Fragen der Schulverwaltung und Ansätze zu didaktischen und methodischen Reformen nicht berührt. Der politische Kampf um die katholische Schule wurde nach dem Ersten Weltkrieg auch in Oldenburg wieder aufgenommen und in und auch außerhalb der verfassunggebenden Landesversammlung ausgetragen.

3.5.1. Schulpolitische Niederlagen: "In der Schulfrage kapitulieren wir niemals."

Der Zentrumsabgeordnete Franz Driver, der auch dem Direktorium angehörte, verknüpfte die schulpolitischen Forderungen seiner Fraktion mit der demokratischen Skepsis der katholischen Bevölkerungsminderheit, im parlamentarischen Wechselspiel der Kräfte in Zukunft zu unterliegen. Zum Schutz der kulturpolitischen Interessen der Katholiken setzte er sich in der verfassunggebenden Landesversammlung vehement dafür ein, für Verfassungsänderungen eine Dreiviertel-Mehrheit vorzuschreiben. Dabei stellte er sich "auf den Standpunkt des bestehenden Staatsgrundgesetzes", nach dem ein Viertel der einberufenen Abgeordneten eine Abänderung des geltenden Rechtszustandes verhindern konnte. Eine Zweidrittel-Mehrheit biete keine ausreichende verfassungsrechtliche Garantie für die elementaren kulturpolitischen Belange der katholischen Minderheit, denn den Mehrheitsparteien, den Sozialdemokraten und den Demokraten, fehlten nur zwei Stimmen an der Zweidrittel-Mehrheit im Landtag. Diese zwei Stimmen könnten sie leicht bei der nächsten Wahl hinzugewinnen:

[447] OV vom 19.6.1919.

"Dann würden Sie also jederzeit die Minderheit majorisieren und das Staatsgrundgesetz ändern können. Wir würden also dann gar keine Sicherheit haben für die Kulturparagraphen."[448]

Der Antrag, für Verfassungsänderungen eine Dreiviertel-Mehrheit festzusetzen, wurde von den Rechtsparteien, DVP und DNVP, unterstützt, aber von den Mehrheitsparteien, SPD und DDP, abgelehnt. Dafür verantwortlich machte die Zentrumsfraktion in erster Linie die DDP, die nach den Worten Drivers "über die Forderungen der konfessionellen Minderheit überall mit einem Federstrich hinweggegangen" sei.[449] Absicht der liberal- und sozialdemokratischen Mehrheit in der Landesversammlung, die das Zentrum als antikatholische Koalition empfand, war die Durchführung einer langfristigen Schulreform in Oldenburg, die die Einführung der Simultanschule zum Ziel hatte. Dafür sollte die Verfassung offen gehalten und nicht durch eine Klausel geschlossen werden, die eine Dreiviertel-Mehrheit für Verfassungsänderungen festschrieb. Zu einem schulpolitischen Konsens fanden sich die Parteien der Weimarer Koalition nicht bereit. Der Thronverzicht des Großherzogs hatte für die katholische Minorität eine große politische Lücke hinterlassen, weil in der Person des Monarchen und dem von ihm abhängigen Staatsministerium die politischen Grundlagen für ein landesherrliches kulturpolitisches Patronat historisch überwunden worden waren.

Bedroht sah der südoldenburgische Katholizismus seine schulpolitischen Grundsätze von einer parlamentarischen Majorität, die aus ‘freisinnigen’ Demokraten und ‘christentumsfeindlichen’ Sozialdemokraten bestand. Die SPD ließ in den Verfassungsberatungen an ihrer Position keinen Zweifel und brachte die fortschrittlichsten Forderungen in die Debatte ein. Nach den Ausführungen ihres Abgeordneten Behrens strebte sie grundsätzlich "die Verweltlichung der Schule" als eine "vollständig konfessionslose Schule" an. In konfessioneller Hinsicht habe sich die Schule neutral zu verhalten: "Religion soll jedem bleiben." Dieser "konsequente Standpunkt" sei der eigentliche Unterschied, so Behrens, zwischen den Sozialdemokraten auf der einen und den Demokraten und dem Zentrum auf der anderen Seite. Während seine Partei es für möglich halte, sich mit den Demokraten, den Nachfolgern "un

[448] VLV, 12. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 217f. SPD (14) und DDP (15) verfügten in der verfassunggebenden Landesversammlung über 29 von 48 Stimmen, zusammen mit der USPD (2), die eine Fraktionsgemeinschaft mit der SPD bildete, über 31 Stimmen. Driver ging von einer Zweidrittel-Mehrheit von 33 Stimmen (von 48) aus.
[449] VLV, 12. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 217.

sere[r] Altvorfahren" von 1848, auf Kompromisse zu verständigen, komme dafür das Zentrum kaum in Frage.[450] Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im Landtag bestand für die SPD allerdings wenig Aussicht, ihre eigenen schulpolitischen Vorstellungen konsequent durchzusetzen, zumal die demokratische Fraktion (DDP) dem Zentrum aus landespolitischen Motiven weitgehende Konzessionen machte. Aus Enttäuschung über den Zentrumsabgeordneten Driver, der die Kompromißbereitschaft der DDP ernsthaft bestritten hatte, erinnerte der DDP-Abgeordnete Gustav Ehlermann in der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs an die schulpolitischen Konzessionen seiner Partei:

> "Wir haben der katholischen Minderheit die konfessionelle Volksschule zugestanden. Wir haben die geistliche Schulaufsicht über den Religionsunterricht zugestanden, und ihr [= der katholischen Minderheit] ist die konfessionelle Lehrerbildung zugestanden. Das alles sind Zugeständnisse, wie ich sie bisher in keiner anderen deutschen Verfassung gesehen habe. Und ich glaube auch nicht, daß irgend eine andere deutsche Verfassung soweit geht"

Die demokratische Fraktion sei bei der Beratung der neuen Verfassung "von vornherein von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß man starke konfessionelle Minderheiten in ihren Gefühlen und Anschauungen schonen soll und man ihnen irgendmöglich entgegenkommen soll". Ehlermann betonte, daß dies "gerade mit Rücksicht auf den konfessionellen inneren Frieden" im Lande "in einem außerordentlich weiten Maße" geschehen, vom Zentrum aber nicht angemessen gewürdigt worden sei.[451]

In den Beratungen über den allgemeinen Bildungsauftrag der Schule wurde die politische Trennungslinie im Landtag deutlich. Die DVP unterstützte die schulpolitischen Forderungen des Zentrums aus national-konservativer Grundhaltung, die dem ideologischen und gesellschaftlichen Ordnungsfaktor Religion und Kirche für die staatsbürgerliche Sozialisation eine zentrale Bedeutung beimaß. Eine weitgehende Übereinstimmung zwischen DVP und Zentrum hatte es bereits in der Haltung zur Revolution und zur parlamentarischen Demokratie gegeben, sie fand über konfessionelle Gegensätze hinweg ihre Fortsetzung in schulpolitischen Fragen. Der Abgeordnete Lohse (DVP) setzte sich in der ersten Lesung des Verfassungsentwurfes, den das Direktorium vorgelegt hatte, dafür ein, "daß in den die Regel bildenden christlichen Schulen eine christliche Bildung vermittelt wird", und fügte aus nationaler Grundhaltung hinzu:

---

[450] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 204f.
[451] VLV, 12. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 218f.

> "Wir können uns ruhig zu der Forderung bekennen, daß wir eine deutsche Bildung wollen. Und das sagt alles, was zu sagen ist. Wir wollen den Kindern nicht nur eine allgemein menschliche Bildung vermitteln, vermöge der sie gerade so gut Franzosen und Engländer sein könnnten, sondern wir wollen sie zu Deutschen erziehen."[452]

In der zweiten Lesung präzisierte Lohse den Begriff der "religiös=sittlichen" Bildung, die er nur als eine "christliche Bildung" begreifen wollte:

> "Wenn man das nicht will, wenn man will, daß auch andere religiöse Ueberzeugungen mit darunter verstanden werden, dann wird der christliche Charakter der Schule dadurch verwässert."[453]

Eine "deutsche Bildung" und eine "christliche Bildung" stellten für Lohse eine pädagogische Einheit dar. Dabei wollte er nicht "irgend einer politischen, nationalistischen oder chauvinistischen Richtung das Wort reden". Die weitgehende Übereinstimmung zwischen der DVP und dem Zentrum ergab sich nicht aus konfessionellen, sondern vor allem aus konservativen schulpolitischen Grundsätzen, die auf die Verbindung einer deutschen mit einer christlichen Erziehung ausgerichtet waren.[454] In anderen Fragen blieben sie indifferent. So nahm die DVP nach den Worten Lohses zur Lehrerbildungsfrage "eine ziemlich neutrale Haltung" ein: Die Bestimmung, daß die Lehrerbildung getrennt nach Konfessionen vorgenommen werden solle, schließe weder aus, "daß ein einzelner Lehrer mit Universitätsbildung Volksschullehrer wird", noch ein, "daß die durch Gesetz zu treffende Regelung die Ausbildung zum Teil auf die Universitäten verlegt". Aber auch mit dem Zusatz "soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt", lege die Verfassung "der Forderung einer konfessionellen Ausbildung nichts in den Weg". Damit wandte sich die DVP-Fraktion gegen den Verbesserungsantrag Drivers, der den Zusatz wieder aufheben und eine universitäre Ausbildung für Volksschullehrer generell ausschließen sollte, und trug somit zum Scheitern der katholischen Anträge bei. Diese Vorgänge machen deutlich, daß in

---

[452] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 100.
[453] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 203f., auch zum folg.
[454] Der Antrag des Zentrums, in die Verfassung die Formulierung "In den öffentlichen Schulen soll die Jugend eine deutsche und christliche Bildung erhalten." aufzunehmen, scheiterte in den Verfassungsberatungen. Der entsprechende Art. § 23 hatte in der neuen Verfassung den Wortlaut: "Das Unterrichts= und Erziehungswesen ist so zu regeln, daß die Jugend eine allgemein=menschliche, bürgerliche und religiös=sittliche Bildung erhält, doch können Kinder nicht gegen den Willen der Eltern zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden. (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 397)

der Landesversammlung über die einzelnen Artikel der zukünftigen Landesverfassung mit wechselnden Mehrheiten abgestimmt und entschieden wurde. Die Weimarer Koalition war im Landtag keine konstante Größe.

In der verfassungsrechtlichen Möglichkeit, die Ausbildung zum Volksschullehrer auch auf einer Universität vornehmen zu können, erkannte die Zentrumsfraktion eine Bestimmung, die ihrer Meinung nach das Prinzip der konfessionellen Lehrerausbildung einschränkte oder gar desavouierte. Driver honorierte in der ersten Lesung des Verfassungsentwurfes für seine Fraktion, daß der Landtag der katholischen Minderheit "sehr weit entgegengekommen sei, indem man die Einteilung der Volksschulen in evangelische und katholische bestehen lasse, indem man die Ueberwachung des Religionsunterrichts der Kirche zugestehe und die Bestimmung, daß die Lehrerausbildung durch Gesetz getrennt nach Konfessionen geregelt werde, aufrecht erhalte". Aber durch die umstrittene Zusatzbestimmung für die zukünftige Lehrerbildung würden diese schulpolitischen Zugeständnisse wieder zurückgenommen.[455] In den politischen Blickpunkt der Debatte rückte - wie bei den Verfassungsberatungen 1848/49 - die Frage nach der pädagogischen Qualität der Ausbildung an den Lehrerseminaren und der berechtigte Zweifel, ob die Seminare mit dem bisher geltenden sechsjährigen Kurssystem den gestiegenen Anforderungen an die Lehrerausbildung noch gerecht werden konnten. Diese kritischen Anfragen wurden vor allem von der DDP und SPD in die Debatte eingebracht, weniger vom Zentrum, das stärker konfessionelle Grundsätze in der Lehrerbildung verfolgte. Wenn die Ausbildung der Lehrer in Zukunft auf Universitäten erfolgen sollte, war damit für Driver "die konfessionelle Lehrerausbildung doch einfach beseitigt, denn die Universitäten sind nicht konfessionell und sollen es auch nicht sein". Driver bestritt den Grundsatz, daß die Ausbildung der Volksschullehrer überhaupt universitär angelegt sein müsse, und gab eine mögliche Entfremdung des universitär ausgebildeten Volksschullehrers von seinem angestammten Sozialmilieu zu bedenken:

> "Wir können die Lehrerbildung sehr gut in unsern Lehrerbildungsanstalten vornehmen. Wir brauchen nicht alle Lehrer auf die Universität zu schicken. Ein Bedürfnis liegt dafür gar nicht vor. Aber es hat auch Schattenseiten für das Volksschulwesen selbst. Wenn die Lehrer auf der Universität gewesen sind, dann bezweifle ich, wenn sie auf entlegene Dörfer geschickt werden, ob sie sich dort noch wohl fühlen werden."

[455] VLV, 7. Sitzung, 23. Mai 1919, S. 98ff., auch zum folg.

In dieser Argumentation wurde Driver unterstützt durch seinen Fraktionskollegen Denis, der sich weiterhin für die Seminarausbildung der Volksschullehrer einsetzte:

> "Ich weiß auch nicht, ob ein Akademiker sich in der Dorfschule vor kleinen Knaben am rechten Platze fühlt. M. E. muß die Lehrerausbildung mit der Seminarausbildung abgeschlossen sein. Es muß natürlich dem Lehrer freistehen, sich auf der Universität weiterzubilden."

Driver legte damit den Grundstein für einen politischen Topos in der Diskussion um die universitäre Lehrerausbildung, der in den Tagen des Freistaates immer wieder gegen die pädagogische Öffnung der Lehrerausbildung ins Feld geführt wurde. Zum Optimismus bestand nach Lage der Dinge für Driver und die katholische Minorität angesichts der Mehrheitsverhältnisse in der Landesversammlung wenig Anlaß; deshalb schloß er mit der skeptischen Prognose:

> "Erträgliche Zeiten hoffen wir alle noch zu bekommen, aber glückliche Zeiten werden für uns nicht wiederkehren, glücklichere, das wollen wir noch hoffen. Vor allem bleibt das grundsätzliche Bedenken gegen den Antrag 52, wenn die Worte in dem letzten Absatz: 'soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt', bestehen bleibt, daß dann einmal die konfessionelle Lehrerausbildung verschwinden kann. Sie ist aber so wichtig für uns, und ihr entspricht auch die Einteilung der Schulen in evangelische und katholische, daß wir niemals darauf verzichten können. Ich möchte Sie deshalb dringend bitten, meine Herren von der demokratischen Partei, diesen letzten Satz zum Antrag 52, zumal er doch nur Zukunftsträume enthält, fallen zu lassen."

Und das "Niemals" aus dem Munde Drivers blieb ein "Niemals", weil sich der politische Katholizismus Südoldenburgs mit den schulpolitischen Niederlagen und Enttäuschungen in den Verfassungsberatungen nicht abfinden konnte. Wie ein Trauma belasteten sie die innere Einstellung der katholischen Minderheit zum Freistaat und führten zu ersten politischen Brüchen und Überwerfungen mit der Republik. Während die kirchen- und schulpolitische Befriedung des katholischen Volksteils in Oldenburg trotz aller Konflikte und unbewältigter Grundsatzfragen mit wachsendem zeitlichen Abstand mit dem monarchischen Regime der Großherzöge identifiziert wurde, stieg der demokratische Freistaat in den Rang eines ungeliebten und unzuverlässigen politischen Bundesgenossen auf, der sich zur toleranten Haltung gegenüber den Katholiken nicht durchringen konnte. Dem Abgeordneten Denis war es in der Landesversammlung vorbehalten, den Disput um die konfessionelle Lehrerausbildung auf seinen eigentlichen Kern zurückzufüh

ren, der seiner Meinung nach in der kulturellen und sozialen Disparität des evangelischen und katholischen Landesteils begründet lag:

> "Im allgemeinen, wenn man sich hier streitet um die konfessionelle christliche Schule, so ist das ein Streit der Weltanschauungen. Wir haben eben verschiedene Lebensauffassungen, eine verschiedene Weltanschauung. Und die Weltanschauung gibt immer die Richtung für die Schulpolitik. Wir stehen natürlich auf dem Standpunkt der konfessionellen Schule. [...] Wir treten auch deswegen für die christliche konfessionelle Schule ein, weil wir dem gesamten Volke die Religion erhalten wollen."

Denis wehrte sich entschieden gegen die Aufforderung an das Zentrum, eine schulpolitische Kurskorrektur vorzunehmen, die den veränderten politischen und sozialen Verhältnissen Rechnung tragen würde, und "nicht für alle Ewigkeit verankern" zu wollen, "daß es nur katholische und evangelische Schulen geben darf, und vor allem nicht, daß die Lehrerausbildung getrennt nach Konfessionen durch die Verfassung aufrecht erhalten werden kann". In diesem Sinne äußerte sich der SPD-Abgeordnete Julius Meyer, Mitglied des Direktoriums. Sein Appell an das Zentrum, sich schulpolitisch zu bewegen, machte deutlich, daß die Sozialdemokratie nur wenig von der glaubensbegründeten katholischen Grundhaltung verstand, die in schulpolitischen Fragen keinen Opportunismus duldete. In den kulturpolitischen Auseinandersetzungen des Tages wurden übergeschichtliche Wahrheiten transparent, die aus der christlichen Religion und nicht aus einer säkularen Weltanschauung erwachsen waren. Deshalb waren weder die politische Ideologie der Sozialdemokratie, des Sozialismus, Kommunismus oder Bolschewismus, noch das aufgeklärte Weltbild des politischen Liberalismus mit der geistigen Grundlage des politischen Katholizismus zu vergleichen, die sakraler Natur und in ihrem Kern theologisch war. In seiner ganzen Tiefe konnte das freilich nur ein Katholik verstehen. Die parlamentarische Replik des Abgeordneten Denis bekräftigte diese religiöse Mission und markierte damit zugleich das Dilemma des Zentrums als Konfessionspartei, die in kulturpolitischen Fragen aufgrund ihrer konfessionellen Bindung und moralischen Sendung in ihrer Kooperationsfähigkeit mit den anderen demokratischen Parteien erheblich blokkiert war. Damit ist ein Umstand beschrieben, durch den das Zentrum in zunehmenden Widerspruch zur Republik selbst geriet. Denis machte seinen weltanschaulichen Gegner auf seinen politischen Irrtum aufmerksam und korrigierte ihn mit den Worten:

> "Wenn nun Herr Abg. Meyer darauf hinweist, daß unsere Stellung sich ändern könnte bezüglich dieser Frage, so glaube ich, daß er im Irrtum ist. Das Zentrum steht auf dem Standpunkte, daß die konfessionelle Schule erhalten bleiben muß. Es genügt uns nicht,

daß nur Religionsunterricht in der Schule gegeben wird. Der ganze Geist in der Schule muß konform gestaltet werden."

In der Debatte über die Stellung von Privatschulen, an denen das Zentrum grundsätzlich festhielt, warb Driver für den Standpunkt seiner Fraktion und gab zu bedenken, daß Zeiten kommen könnten, "in denen es den Familienvätern Gewissensbedenken verursacht, ihre Kinder in die staatlichen Schulen hineinzuschicken". Mit einer solchen Möglichkeit sei "immerhin zu rechnen". Ein Verbot von Privatschulen sei weder freiheitlich noch demokratisch. Driver appellierte an den Landtag, "solche unfreiheitlichen Grundsätze, die konfessionelle Minderheiten vergewaltigen und die Unterrichtsfreiheit totschlagen", nicht aufkommen zu lassen. "Gerade in der Jetztzeit" sei es deshalb dringend notwendig, alles zu vermeiden, was das Land trenne:

"Lassen Sie jeden nach seiner Fasson selig werden! Lassen Sie jeden Privatschulen gründen, wenn er es für absolut notwendig hält!"[456]

Der Zentrumsabgeordnete Raschke konnte in den Gründen, "die gegen die Möglichkeit der Errichtung von Privatschulen vorgebracht werden", nur eine "Bemäntelung der Bestrebungen" erkennen, "die darauf hinausgehen, die Staatszwangschule einzurichten und dem Problem der Einheitsschule mit vollständig konfessionsloser Grundlage vorzuarbeiten". Im Namen der katholischen Bevölkerung erklärte er im Landtag:

"Wir unsererseits sträuben uns mit Händen und Füßen dagegen. Wir sind der Ueberzeugung, daß das Christentum ein historisches Recht auf die Schule hat. Wir wollen die Erziehung der Kinder so gestalten, wie wir es wünschen. Die Omnipotenz des Staates auf diesem Gebiet lehnen wir ab. Den Auftrag: 'Gehet hin und lehret alle Völker!' haben die Apostel bekommen, und der ist auf ihre Nachfolger übergegangen. Deshalb wollen wir auch einen christlichen Unterricht erhalten wissen. Können wir das in der Staatsschule nicht erreichen, dann wollen wir die Freiheit behalten, uns eigene Schulen zu errichten, in denen ein solcher Geist herrscht, wie wir ihn wünschen. Und von diesem Standpunkt werden wir nicht abgehen. In der Schulfrage kapitulieren wir niemals."[457]

---

[456] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 195f.

[457] Der Abgeordnete Denis bestätigte die Ausführungen Raschkes und wies auf die besondere Bedeutung der Kirche in der bedrückenden Gegenwart hin: "Heute gerade, wo wir einen so moralischen Tiefstand haben, sollte man einen solchen Machtfaktor, wie die Kirche ist, für die sittliche Ausbildung der Kinder nicht ausschalten, sondern voll zur Entfaltung kommen lassen." (VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 206).

Raschke erinnerte in diesem Zusammenhang an die Zeit des "Kulturkampfes", als "deutsche Eltern ihre Kinder nach Holland und Belgien schickten und dort erziehen ließen". Obwohl "derartige Bestrebungen" in Zukunft nicht wiederkehren sollten, müsse "auf alle Fälle die Möglichkeit gewahrt" bleiben, "daß jeder deutsche Vater seine Kinder so unterrichten lassen kann in Deutschland, wie er es für richtig und gut befindet". Die DDP-Abgeordneten Stukenberg und Tantzen wiesen die Befürchtungen Raschkes zurück. Stukenberg versicherte:

> "Wir sind diejenigen, die keinen Kulturkampf wollen."[458]

Während die konfessionelle Gliederung des Volksschulwesens in Oldenburg Verfassungsrecht blieb, fanden die weitergehenden Anträge der Zentrumsfraktion, die den Fortbestand der konfessionell getrennten Oberschulkollegien sowie der ausschließlichen konfessionellen Lehrerbildung ebenfalls in der Verfassung verankert wissen wollten, in der Landesversammlung keine Mehrheit.[459] Die katholische Lehrerbildung in Vechta wurde durch die vorgesehene Klausel "soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt" erheblich in Frage gestellt. Driver bemühte sich in der zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs noch einmal beharrlich um eine Verständigung zwischen den Fraktionen in der umstrittenen Lehrerbildungsfrage. Dabei wiederholte er Argumente, die er in der ersten Lesung bereits vorgebracht hatte. Er bedauerte noch einmal nachdrücklich, daß das Entgegenkommen des Zentrums in anderen schulpolitischen Fragen vom Landtag, insbesondere von der demokratischen Fraktion, nicht angemessen honoriert worden sei:

> "Wir haben die konfessionelle Lehrerbildung gefordert, aber man hat sie uns nicht restlos gegeben, sondern verbittert durch den Zusatz: ‘soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf den Universitäten erfolgt.’"[460]

Die konfessionelle Lehrerbildung, so Driver, sei "ja schließlich nur die Konsequenz der Einteilung der Schulen in evangelische und katholische" und solle aus diesem Grunde auch beibehalten werden. Weil die Universitäten

---

[458] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 198f. Tantzen fügte hinzu: "Von Kulturkampf kann nicht geredet werden. Wenn Sie ihn an die Wand malen wollen, so ist das Ihnen zu überlassen."

[459] Der entsprechende § 23 lautete: "Die Einteilung der Volksschulen in evangelische und katholische bleibt bestehen [...]. Die Lehrerbildung wird durch Gesetz nach Konfessionen geregelt, soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt." (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 397)

[460] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 201f.

nicht konfessionell seien, durchbreche die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten das Prinzip der konfessionellen Lehrerbildung:

> "Die Ausbildung der gesamten Lehrerschaft auf Universitäten ist m. E. ein reines Phantom."

In der Akademisierung der Lehrerausbildung erkannte Driver eine "reine Standesfrage", auf die der Landtag in den Verfassungsberatungen keine Rücksicht nehmen dürfe. Driver warnte vor einem möglichen Standesdünkel des universitär vorgebildeten Volksschullehrers auf dem Lande:

> "Der Volksschullehrer, der auf der Universität gewesen ist, paßt wirklich auch in viele Verhältnisse nicht mehr hinein. Er wird sich nicht mehr wohlfühlen, wenn er auf der Dorfschule unterrichten soll."[461]

Unterstützt wurde der Verbesserungsantrag Drivers, der auf die umstrittene Klausel verzichtete, durch das Direktoriumsmitglied Graepel, vormals Minister im großherzoglichen Kabinett. Der umstrittene Zusatz enthielt nach Auffassung Graepels "praktisch gar nicht viel, wenigstens nichts Wesentliches" und war "vielmehr der Ausdruck einer Stimmung, die sich zur Geltung bringen möchte, als die Erstrebung eines greifbaren, praktischen Zieles". Zurückgewiesen wurden die massiven Vorwürfe Drivers im Namen der DDP-Fraktion vom Abgeordneten Blohm. Er führte drei schulpolitische Komplexe an, bei denen die DDP Kompromisse eingegangen sei, und stellte die landespolitischen Motive seiner Fraktion noch einmal deutlich heraus:

> "Wir sind für die Einführung der Simultanschule und sind doch für die konfessionelle Volksschule eingetreten. Dann sind wir nicht für die Lehrerausbildung nach Konfessionen, sondern ebenfalls für simultane Lehrerausbildung. Auch da sind wir entgegengekommen. Und dann die Frage: Die kirchliche Ueberwachung des Religionsunterrichts. Das ist ebenfalls eine grundsätzliche Frage, in der wir ein großes Zugeständnis gemacht haben. Ich bin der Meinung, wenn irgendeine Partei weit entgegengekommen ist, dann ist es unsere Partei gewesen, und wenn jemand einen Verständigungsweg beschritten hat, dann haben wir es getan in Rücksicht auf den Frieden, den wir haben wollen im Lande, und in Rücksicht auf die Regierungsbildung, die wir anstreben müssen. Also nicht das Zentrum ist es, was am meisten preisgegeben hat, sondern gerade meine Partei."[462]

---

[461] Driver richtete einen dringenden Appell an die Abgeordneten, "den Weg der Verständigung" einzuschlagen: "Beschreiten Sie ihn! Es wäre zur allseitigen Befriedigung und im Interesse unseres Landes." (VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 206)

[462] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 207f. Der entsprechende § 24 lautete: "Der Religionsunterricht in den katholischen Schulen wird von der katholischen Kirche überwacht. Für den evangelischen Religionsunterricht ist ein Zusammenwirken von Kirche und Schule durch einen

Die Zentrumsfraktion resignierte aber nicht und setzte den Kampf für das katholische Schulwesen in der zweiten Lesung der Verfassungsberatungen fort, ohne der Debatte durch eine veränderte Argumentationslage eine neue Richtung weisen zu können. In den Beratungen in der verfassunggebenden Landesversammlung vom 13. Juni 1919 plädierte der Löninger Zentrumsabgeordnete Bernhard König erneut für "die Verankerung der konfessionellen Schulbehörden in der Verfassung, damit durch ein Gesetz nicht so leicht Aenderung geschaffen werden kann". Nur geltendes Verfassungsrecht würde die oberen Schulbehörden politisch noch sichern, wenn sich die parlamentarischen Mehrheiten eines Tages ändern sollten:

> "In dem alten Staatsgrundgesetz waren sie aufgenommen. Zweimal hat aber schon der Landtag versucht, sie aufzuheben. Jedesmal hat sich die Regierung dagegen gewehrt. Ein Gesetz läßt sich leicht durch jede Landesversammlung aufheben, auch durch einen Zufallslandtag. Das Staatsgrundgesetz läßt sich aber doch nicht so leicht ändern."[463]

König forderte die Landesversammlung zu schulpolitischem Entgegenkommen auf und erinnerte leidenschaftlich an die Benachteiligung des Münsterlandes in der Vergangenheit:

> "Die frühere Regierung hat es niemals verstanden, sich das volle Vertrauen der Münsterländer zu gewinnen, weil sie nie sich Mühe gab, die Volkssprache kennenzulernen. Von der Regierung war das Münsterland so gut wie ausgeschlossen. In den 150 Jahren ist kein Minister aus dem Münsterland gekommen. Unter den vortragenden Räten war der Münsterländer ein weißer Rabe. In den ganzen 150 Jahren sind vielleicht vier oder fünf dagewesen. Die Beamten, die man schickte, wenn sie nicht gerade Münsterländer waren, kamen und gingen sehr häufig mit Vorurteilen. Ein gedeihliches Zusammenwirken war gar nicht möglich. Selbstredend war niemals der Beamte schuld, sondern der klotzige, rückständige Münsterländer. Meine Herren, ändern Sie doch diese Politik, gewinnen Sie das Vertrauen der katholischen Bevölkerung, zeigen Sie Entgegenkommen, und Sie werden sehen, wie leicht es sich mit meinen Landsleuten regieren läßt."

Der Zentrumsabgeordnete appellierte mit Nachdruck an die Parteien in der verfassunggebenden Landesversammlung, die Politik gegenüber dem Münsterland, einem "in sich abgeschlossenen Teil des Freistaates Oldenburg", entschieden zu korrigieren. Er machte im Falle eines erneuten und damit endgültigen parlamentarischen Scheiterns unverhohlen auf mögliche politi

---

Ausschuß sicherzustellen, an dem evangelische Geistliche beteiligt sind." (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 397)

[463] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 193ff.; OV vom 15.6.1919: mit dem stenographischen Bericht über die 11. Sitzung der verfassunggebenden Landesversammlung, auch zum folg.

sche Folgen aufmerksam, die sich sehr nachteilig auf die demokratische Zukunft des Freistaats auswirken könnten:

> "Also Grund genug zu großem Mißtrauen. Will die neue Regierung, will die verfassunggebende Landesversammlung sich das Vertrauen und die Zuneigung des katholischen Teiles des Freistaates Oldenburg erwerben und gewinnen, so sichern Sie den Münsterländern ihre kulturellen Güter. Es ist das nicht eine Forderung aus Halsstarrigkeit oder Rückständigkeit. Es ist das eine Forderung, entstanden aus religiöser Ueberzeugung."

In diesem Zusammenhang war König bereit, sogar eine schulpolitische Sonderstellung Südoldenburgs in Kauf zu nehmen und damit die Einheit des Freistaates zu gefährden:

> "Wollen Sie die beiden Oberschulbehörden nicht bestehen lassen, so lassen Sie wenigstens die katholische Oberschulbehörde in Vechta bestehen."

Unterstützt wurde König von seinem Fraktionskollegen Johannes Denis aus Vechta, der den Vorwurf entschieden zurückwies, durch die angestrebte Verankerung der Oberschulkollegien in der Verfassung solle eine grundlegende Schulreform in Oldenburg verhindert werden. Denis erinnerte an das konstitutionelle Zeitalter, das den konfessionellen Belangen des katholischen Bevölkerungsteils stets Rechnung getragen habe, und sah die konfessionellen Interessen Südoldenburgs erst in "neuester Zeit" gefährdet:

> "Dank dieser freiheitlichen Gestaltung der alten Verfassung, meine Herren, haben unsere Väter wie auch wir stets im besten Frieden miteinander gelebt. Und erst als unsere konfessionellen Güter in neuester Zeit gefährdet wurden, erinnerte man sich im Süden, daß man eines anderen Stammes sei als im Norden, daß man früher zum alten Niederstift gehört hatte."

Der Abgeordnete Denis gab vor dem Landtag zu bedenken, daß sich "rund 50 000 katholische gläubige Männer und Frauen" durch ihre Unterschrift dafür eingesetzt hätten, "daß die konfessionelle Volksschule erhalten bleibt, daß der Religionsunterricht in den Schulen Haupt= und Pflichtfach bleibt, daß die Lehrerbildungsanstalten auf konfessioneller Grundlage bestehen bleiben, daß uns das katholische Oberschulkollegium in Vechta als obere Schulbehörde für die katholischen Schulen erhalten bleibt und daß alle diese Forderungen durch die Verfassung sichergestellt werden, und zwar so, daß die Verfassung insoweit nur von dreiviertel aller Abgeordneten geändert werden kann". Diese Petitionsbewegung komme einer "Volksabstimmung im Münsterland" gleich und verlange nicht mehr, "als was uns bisher gewährt

worden ist".[464] Denis schloß seine Ausführungen zur Unterschriftenaktion in Südoldenburg mit einer Bemerkung, die die SPD-Fraktion zu einer Replik herausforderte:

> "Wir wollen ruhig und unbehelligt leben können und wir wollen diese Sicherungen des konfessionellen Friedens für uns und unsere Kinder festgelegt haben. Das ist Volksstimme. Volksstimme, sagt man wohl, ist Gottesstimme."[465]

Als politische Gegner des Zentrums offen die moralische Integrität des südoldenburgischen Katholizismus bestritten, erhielt die schulpolitische Debatte neuen Zündstoff. Unter Anspielung auf die Unterschriftenaktion und die Petitionswelle aus Südoldenburg deutete der Abgeordnete Adolf Schmidt (USPD) aus Bockhorn in einer Erwiderung auf den Zentrumsabgeordneten Denis die Möglichkeit der Manipulation an; es sei davon auszugehen, daß zwei Drittel der Unterschriften gefälscht seien:

> "Bei aller Hochachtung vor den Herren vom Zentrum muß ich bitten: Sehen Sie sich mal die Namen und die Schrift an! Man braucht kein Professor zu sein, um festzustellen, daß auch dort fast alle Namen pro Familie von einer Hand geschrieben sind. Daß da jede einzelne Stimme so in die Wagschale fällt, wie hier betont ist, kann ich nicht behaupten. [...] Ich möchte Sie bitten, soweit Sie objektiv dieser Sache gegenüberstehen, legen Sie dieser ganzen Petition aus dem Münsterlande sowohl wie der Petition mit den 98 000 Unterschriften keinen Wert bei. Ebenfalls möchte ich bitten, daß die Vorrechte, welche die kath. Kirche sich sichern will, nicht eingeführt werden. Keine Vorrechte besitzen, das ist christlich."[466]

Für den Fall, daß ihre Forderungen in der Landesversammlung nicht erfüllt würden, drohten die Katholiken im Münsterland damit, Oldenburg zu verlassen und sich "einfach zu der kathol. Republik Rheinland-Westfalen [zu] schlagen". Diese Haltung stelle eine politische Erpressung dar, für die Schmidt in erster Linie die katholische Kirche verantwortlich machte. Er

---

[464] In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Zentrumsabgeordnete Wilhelm Sante, Gewerkschaftssekretär und Landessekretär des Volksvereins. Mit Blick auf die Verhältnisse vor 1918 betonte Sante: " [...] wir wollen nur das Recht behalten, das wir bislang gehabt haben. (Zuruf: Das ist ein Vorrecht.) Das kann ich als Vorrecht nicht auffassen. Das ist nach unserer Meinung unser uraltes Recht. Diese alten Freiheiten haben wir gehabt, und die wollen wir auch behalten." (VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 195)

[465] Der Zentrumsabgeordnete König sprach von 55 Petitionen, unterschrieben von 39 000 Einwohnern des Münsterlandes. (VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 193)

[466] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 194f. SPD und USPD hatten bei den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung auf einer gemeinsamen Liste kandidiert und bildeten eine Fraktionsgemeinschaft.

warnte die Abgeordneten aus dem Münsterland vor den Konsequenzen ihrer Politik:

> "Sie stärken jedenfalls nicht den Freistaat Oldenburg mit ihrem Patriotismus, wohl aber die katholische Kirche."[467]

Zur Unterstützung der schulpolitischen Forderungen in der verfassunggebenden Landesversammlung mobilisierten die katholischen Vereine und Verbände Südoldenburgs im Frühjahr 1919 einen Proteststurm der Bevölkerung gegen die geplanten Bestimmungen, die die Verankerung der Oberschulkollegien in der Landesverfassung nicht mehr vorsahen. Der Erhalt des Katholischen Oberschulkollegiums in Vechta war für den Bestand des katholischen Milieus in Südoldenburg von zentraler Bedeutung, weil die oberste Schulbehörde satzungsgemäß vom Bischöflichen Offizial als ihrem Vorsitzenden geführt wurde. Das war bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1932 der Fall.[468] Nicht selten erhielt in diesem Zusammenhang der untergegangene Obrigkeitsstaat in der politischen Sympathie der Bevölkerung den Vorzug vor dem demokratischen Freistaat.

"Im Namen der kath. Schulorganisation Dinklage" erhob Hauptlehrer Arens Protest und zeigte sich bitter enttäuscht, "daß der freie Volksstaat uns das vorenthalten will, was der Obrigkeitsstaat uns gesichert hatte".[469] Der "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen Oldenburgs" forderte die Beibehaltung des Katholischen Oberschulkollegiums und machte darauf aufmerksam, daß das Wohl des Staates auch unter den neuen demokratischen Verhältnissen "die Hebung und Pflege der sittlichen Kräfte des gesamten Volkes verlangt" und die Religiosität dazu einen erheblichen Beitrag leiste.[470] Der Zweigverein Vechta im Katholischen Frauenbund Deutschlands, dem nach eigenen Angaben 650 Mitglieder angehörten, griff mit neuem Selbstbewußtsein im demokratischen "Volksstaat, in dem man auch den Frauen politische Rechte gegeben hat", in die öffentliche Debatte ein. Die Vechtaer Frauen bestanden darauf, "daß ihre Stimmen nicht überhört werden, wenn sie for

---

[467] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 195. Sante wies diesen Vorwurf umgehend zurück und bestritt, "daß die katholische Bevölkerung für die zu gründende Republik Rheinland eintrete", und erklärte, "daß das Zentrum mit der Republik Rheinland nichts zu tun hat".
[468] StAO 134 - 1201, Bl. 228.
[469] StAO 131 - 37, , Bl. 189: Schreiben vom 15. Mai 1919 an das Direktorium des Freistaates Oldenburg.
[470] StAO 131 - 37, Bl. 194: Schreiben vom 15. Mai 1919 an die verfassunggebende Landesversammlung, unterzeichnet von Lehrerin E. Burke.

dern, daß in der Verfassung die Garantien gegeben werden, welche sie für die religiöse Erziehung der Jugend und damit auch für die Weckung und Pflege der sittlichen Kräfte für notwendig erachten".[471] Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg appellierte an die verfassunggebende Landesversammlung, das Münsterland nicht zu enttäuschen, weil im "Volksstaat" auch der "Volkswille maßgebend sein" müsse.[472] In einer gemeinsamen Erklärung wandten sich der Vechtaer Magistrat, der Stadtrat und der Schulvorstand an das Direktorium und forderten - vor allem auch mit Blick auf die betroffene Stadt Vechta - in einem Verhandlungsprotokoll vom 9. Mai 1919, "dass in der Verfassung für den Freistaat Oldenburg ausser den im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen noch folgende weitere Punkte verankert werden:

> 1. Für das katholische Schulwesen der Provinz Oldenburg besteht eine besondere obere Schulbehörde, die ihren Sitz in Vechta hat und deren Mitglieder dem katholischen Bekenntnis angehören.
> 2. Wenn es sich um die Bestimmungen der Verfassung über die konfessionelle Schule und die rechtliche Stellung der katholischen Kirche handelt, so ist zu einer Beschlußfassung nach § 59 Satz 3 die Anwesenheit von mindestens 3/4 sämtlicher Abgeordneten und die Zustimmung von mindestens 3/4 der Anwesenden erforderlich."[473]

---

[471] StAO 131 - 37, Bl. 237: Schreiben vom 16. Mai 1919 an die verfassunggebende Landesversammlung in Oldenburg, unterzeichnet von der Vorsitzenden des KFD, Frau J. Woter, und der Schriftführerin, Klara Kreutzmann.

[472] StAO 131 - 37, Bl. 223: Schreiben vom 9. Mai 1919 an die verfassunggebende Landesversammlung, unterzeichnet von Hauptlehrer Bernard Bellm, dem Vorsitzenden des Katholischen Lehrervereins. Der Wortlaut der Resolution an die verfassunggebende Landesversammlung wurde in der Katholischen Schulzeitung veröffentlicht: "Die Verfassung von 1852 schuf für jede Konfession eine eigene Oberschulbehörde. Der fast ausschließlich von Katholiken bewohnte Süden des Freistaates Oldenburg erhielt in Vechta, dem geographischen Mittelpunkte, seine konfessionelle Schulverwaltung, das Oberschulkollegium. Seit seiner Einrichtung genießt das Oberschulkollegium das Vertrauen der gesamten katholischen Lehrerschaft und des ganzen katholischen Volkes. Eine Aenderung der Einrichtung würde eine erhebliche Mehrausgabe zur Folge haben, da die Mitglieder des Oberschulkollegiums bekanntlich nebenamtlich tätig sind. Im Volksstaat muß der Volkswille maßgebend sein. Darum fordert die gesamte katholische Lehrerschaft unseres Landes nach wie vor die Beibehaltung des Katholischen Oberschulkollegiums mit dem Sitz in Vechta, sie fordert mit derselben Entschiedenheit: Aufnahme der Erhaltung in die Verfassung. Nur dann wird das Mißtrauen, das sich zum Schaden unseres Landes festgesetzt hat, auch den schönsten Versprechungen gegenüber schwinden, [...]." (Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 6, 1.6.1919, S. 38)

[473] StAO 131 - 37, Bl. 191: Protokoll vom 9. Mai 1919, unterzeichnet von Bürgermeister Berding.

Trotz der massiven Proteste aus Südoldenburg blieben verfassungsrechtliche Garantien für das Katholische Oberschulkollegium und die katholische Lehrerausbildung in Vechta aus. Beide Einrichtungen standen in der Zukunft zur politischen Disposition. Deutlich wurde an der Petitionsbewegung im Frühjahr 1919 die Struktur der außerparlamentarischen Opposition des südoldenburgischen Katholizismus, der im katholischen Vereins- und Verbandswesen seine organisatorischen Träger vorfand. Sie konnten für die kultur- und schulpolitischen Ziele der katholischen Kirche auf deren Geheiß hin rasch und weitgehend geschlossen mobilisiert werden. Dabei stellte sich eine Ritualisierung der politischen Konfliktbewältigung ein, die bereits in den Kulturkämpfen des 19. Jahrhunderts an Profil gewonnen hatte und in der Weimarer Republik zur politischen Normalität heranwuchs: Auf der einen Seite stand die geschlossene Front des institutionalisierten südoldenburgischen Katholizismus, der als Träger des plebiszitären Protestes fungierte, und auf der anderen Seite der oldenburgische Staat, an den appelliert wurde - in diesem Falle vergeblich. Zum Ritual des permanenten Kulturkampfes mit dem religiös indifferenten Staatswesen in der Weimarer Republik gehörte der Umstand, daß sich die katholischen Amts- und Würdenträger auf die "potestas indirecta" beschränkten und sich nicht öffentlich in die weltanschaulichen und politischen Konflikte einschalteten.

Der politische Kampf um das Katholische Oberschulkollegium in Vechta hatte Tradition: Selbst nach 1945 rang der südoldenburgische Katholizismus noch einmal vergeblich um die Wiedererrichtung des Katholischen Oberschulkollegiums; es war inzwischen ein historischer Anachronismus geworden. Die Diskussion um die politische Zukunft der Oberschulkollegien löste in Südoldenburg aber wieder eine breite Petitionsbewegung aus.

3.5.2. Kulturpolitische Polarisierungen: "Will man den Kampf, wir werden gerüstet sein."

Das Ergebnis der oldenburgischen Verfassungsberatungen führte im südoldenburgischen Katholizismus zu einer ersten politischen Frustration und belastete sein Verhältnis zum jungen demokratischen Staatswesen erheblich. Was die katholische Welt in der parlamentarischen Demokratie von Anfang an bitter vermißte, war das auf monarchischer Souveränität und Legitimität beruhende großherzogliche Patronat, das in der Vergangenheit den südoldenburgischen Katholizismus vor den politischen Folgen parlamentarischer

Majorisierung geschützt hatte. Der Konflikt um die verfassungsrechtliche Aufrechterhaltung der Oberschulkollegien brach seit 1928 wieder auf und motivierte am Ende des Freistaates wiederholt katholische Abwehrreaktionen, wie er es am Anfang getan hatte. Wieder waren es die Vereine und Verbände des organisierten Katholizismus im Offizialatsbezirk, die sich unter dem Protektorat der katholischen Kirche mit Petitionen und Kundgebungen in den politischen Konflikt einschalteten und durch mahnende Appelle an die Exekutive das parlamentarische Mehrheitsvotum außer Kraft zu setzen suchten. Die beamteten Fachkabinette von Finckh und Cassebohm - 'unpolitische' autoritäre Regierungen, die in größerer Unabhängigkeit vom Parlament agierten - schienen für den Schutz der katholischen Minderheit bessere politische Voraussetzungen mitzubringen als ein von einer liberal-sozialdemokratischen Mehrheit beherrschter Landtag, der aus seinem ordnungspolitischen Verständnis heraus den separierten Wünschen der katholischen Kirche nicht geneigt schien. Auch die Weimarer Koalition konnte diese Gegensätze nicht ausgleichen. In der Ausgabe vom 17. Juni 1919 veröffentlichte die Vechtaer OV die schulpolitischen Bestimmungen der neuen Landesverfassung und setzte damit ein Signal für den Abschluß der verfassungspolitischen Beratungen über das Verhältnis von Staat und katholischer Schule.[474] Ein Ende des Kampfes für das konfessionelle Schulwesen in Oldenburg, von dem die Erhaltung der katholischen Schule abhing, war aber noch nicht abzusehen.

Die öffentlichen Reaktionen auf das Ergebnis der schulpolitischen Beratungen in der verfassunggebenden Landesversammlung ließen deutliche Polarisierungen in der Landespolitik erkennen. Unmittelbar nach der Verabschiedung der "Verfassung für den Freistaat Oldenburg" am 17. Juni 1919 zog die Vechtaer OV eine äußerst kritische Bilanz der schulpolitischen Beschlüsse. Angesichts der verabschiedeten "Schulparagraphen" müsse sie "mit Bedauern feststellen, daß die demokratisch-sozialdemokratische Mehrheit es für richtig hielt, über die Forderungen, die das katholische oldenburgische Volk in geschlossener Einheit erhoben hat, zur Tagesordnung überzugehen". Die berechtigten Hoffnungen des katholischen Volksteils, in einer Zeit, "die demokratisch und freiheitlich sein will," wenigstens die alten Rechte wahren zu können, sei "zuschanden geworden." Das Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder sei beschränkt worden "zugunsten des Staates, der nicht mehr

[474] OV vom 17. Juni 1919; GESETZBLATT, 40. Bd., S. 397. Die verfassunggebende Landesversammlung verabschiedete die Verfassung für den Freistaat Oldenburg am 17. Juni 1919. (VLV, 13. Sitzung, 17. Juni 1919, S.244ff.)

christlich sein will". Die Sicherungen, die die Mehrheitsparteien konzediert hätten, reichten nicht aus, weil eine Zweidrittel-Mehrheit im Landtag sie wieder aufheben könne:

> "Die bisherige Verordnung, die uns die religiöse Erziehung der Kinder nach unserer religiösen Ueberzeugung sicherte, ist zum Spielball einer gegnerischen Mehrheit geworden."

Die Mehrheitsparteien verfolgten das Ziel einer umfassenden "'Schulreform', wie man es nennt, in der die konfessionelle Schule keinen Platz mehr haben wird, in der von einer kirchlichen Aufsicht über den Religionsunterricht und von konfessioneller Lehrerbildung schon gar nicht die Rede sein wird." Es drohe eine "Radikalisierung unserer christlichen Schule", auf die die katholische Bevölkerung gefaßt sein müsse:

> "**Will man den Kampf**, wir werden gerüstet sein."[475]

In diesem Kommentar der Vechtaer OV wurden die Grundlagen einer politischen Theorie sichtbar, nach der es sich bei den kulturpolitischen Forderungen der katholischen Kirche um geoffenbarte und deshalb absolute Glaubenswahrheiten und sittliche Grundüberzeugungen handelte, die alle politischen Prioritäten dominierten und nicht einmal aus schwerwiegenden politischen Gründen der Republik 'geopfert' werden durften.

Die Enttäuschungen über die schulpolitischen Niederlagen in der verfassunggebenden Landesversammlung mußten in der katholischen Öffentlichkeit in Südoldenburg aufgearbeitet und bewältigt werden. Dazu waren politische Informationen und Interpretationen notwendig, wie sie Hauptlehrer Johannes Denis aus Vechta leistete. Nach dem Abschluß der parlamentarischen Beratungen über den zwischen den Parteien umstrittenen § 23 in der zukünftigen oldenburgischen Landesverfassung warb der Landtagsabgeordnete in einem ausführlichen Artikel in der Katholischen Schulzeitung für die Position des Zentrums, die zu Kompromissen mit der DDP bereit gewesen sei, um die SPD politisch zu isolieren. Denis erklärte den Verlauf der parlamentarischen Beratungen in der Landesversammlung und räumte ein, daß die konfessionelle Schule seitens der demokratischen Fraktion "auf Grund der politischen Verhältnisse, insbesondere, um die katholische Bevölkerung zu beruhigen", zugestanden worden sei. Im Gegenzug habe das Zentrum in der Frage des

---

[475] OV vom 19.6.1919.

schulischen Erziehungsauftrages Kompromisse machen müssen. Dadurch sei der Begriff der "deutschen und christlichen Bildung", der von der Volkspartei und vom Zentrum vorgeschlagen worden sei, durch den Begriff der "religiös-sittlichen Bildung" ersetzt worden. Gegen die demokratische Fraktion, die den Zusatz "jedoch können Kinder gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zum Religionsunterricht angehalten werden" eingebracht habe, hätten Zentrum und Volkspartei wiederum den pflichtgemäßen Besuch des Religionsunterrichts durchsetzen können.[476] Für die Frage der Lehrerbildung in ihrer praktischen Gestalt seien aus der Regelung, wie sie die neue Verfassung nun vorsehe, für den katholischen Volksteil ernste Konsequenzen zu ziehen. An die Adresse der katholischen Lehrerschaft gerichtet, warnte Denis in der Schulzeitung vor einem Nachgeben in dieser Frage:

> "Auch in Lehrerkreisen dürfte darüber wohl Einstimmigkeit herrschen, daß die konfessionelle pädagogische Fachausbildung Voraussetzung sein muß für die Erziehungs= und Unterrichtstätigkeit in der konfessionellen Schule. Die Universitäten sind nicht konfessionell und werden auch wohl nicht konfessionell gestaltet."

Wie die Lehrerseminare in Zukunft zu gestalten seien und "ob man den weitgehenden Forderungen mancher Kreise auf Schaffung eines einheitlichen Lehrerstandes, der denselben Bildungsgang durchgehen muß, wie jeder andere akademisch Gebildete", nachgebe, hänge von Faktoren ab, deren Einwirkung auf die Schulverhältnisse sich noch nicht bestimmen lasse, "namentlich auch von finanzieller Leistungsfähigkeit". Denis warnte vor schulpolitischen Illusionen, die häufig "nach unglücklichen Kriegen" aufträten, und mahnte mit einem Wort Friedrich Wilhelms III. zur Besonnenheit: "Was wir an physischer Kraft verloren haben, müssen wir an geistiger Kraft wiederzugewinnen suchen." Von der Sozialdemokratie habe das Zentrum keine Unterstützung im Kampf für seine schulpolitischen Forderungen erfahren; von ihr sei sie auch am wenigsten zu erwarten gewesen. Sie verfolge vielmehr die

---

[476] DENIS, Johannes: Paragraph 23 der Verfassung und die politischen Parteien des Landtags, IN: Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 45f. Der § 24 - später § 23 - des Verfassungsentwurfs lautete: "Die öffentlichen Volksschulen sind so einzurichten, daß die Jugend eine allgemein menschliche, bürgerliche und christliche Bildung erhält [...]." Der Abänderungsantrag der DDP habe das Wort "christlich" durch das Wort "religiös=sittlich" ersetzt. Dadurch habe die demokratische Fraktion "nicht einer unchristlichen Erziehung das Wort reden" wollen, doch dieser Begriff sei ihr "umfassender und allen Bekenntnissen, auch der jüdischen gegenüber, am neutralsten" erschienen. Auch in der Frage der Lehrerbildung habe sich das Zentrum kompromißbereit gezeigt, sei aber schließlich unterlegen gewesen. In den Debatten über den Zusatzantrag sei es "noch nicht um die Lehrerbildung in ihrer praktischen Gestaltung, sondern um die Grundfrage der Durchführung der Konfessionalität der Lehrerbildung" gegangen.

"Schaffung eines Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Weltlichung und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens" und lehne die konfessionelle Schule, die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch die Kirche und die konfessionelle Lehrerbildung aus ideologischen Gründen, die nach dem Erfurter Programm (1891) auf eine Trennung von Kirche und Staat und von Kirche und Schule zielten, grundsätzlich ab.[477]

Enttäuschung herrschte nicht nur in den Kreisen des politischen Katholizismus in Südoldenburg, sondern auch in der Umgebung der sozialdemokratischen Fraktion. Ihre Erwartungen hatten sich ebenfalls nicht erfüllt. Diese Enttäuschung barg bereits in den ersten Jahren der Weimarer Republik die Gefahr einer Polarisierung auf der politischen Linken in sich, die sich in der Landesversammlung noch zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengefunden hatte. Aber bereits in der Landtagswahl vom 6. Juni 1920 trat die USPD mit einer eigenen Liste an und konnte 5 Mandate (1919: 2 Mandate) erringen. Neben den Verlusten der DDP (1919: 15 Mandate; 1920: 7 Mandate) trug der Erfolg der USPD wesentlich zur Schwächung der Weimarer Koalition in Oldenburg bei.[478] In der Landtagssitzung vom 13. Juni 1919 faßte der Vorkämpfer der oldenburgischen Sozialdemokratie, der Landtagsabgeordnete Paul Hug, das Resultat von Revolution und Verfassungsgebung aus der Sicht seiner Partei zusammen:

> "Das Ergebnis der Revolution auf politischer Seite ist über die Ergebnisse von 1848 weit hinausgegangen. Das Ergebnis der Revolution in den kulturellen Fragen, die schon mehr als ein Menschenalter das deutsche Volk bewegt und große Kämpfe gezeitigt hat, ist gleich Null. Ueber das Ergebnis von 1848 sind wir darin um nichts hinausgekommen."

Ein wesentlicher Grund dafür ist in der Haltung des Zentrums zu sehen, das darauf bedacht war, bestehendes Recht aus vordemokratischer Zeit zu erhalten oder noch auszudehnen, und sich nicht in der Lage sah, neues, fortschrittliches Recht zu verhandeln und auf es einzugehen. Paul Hug, der auch Direktoriumsmitglied war, hatte recht, als er im Landtag dazu erklärte: "Die Herren vom Zentrum sind gar nichts entgegengekommen." Die "weltliche" Schule blieb das Ziel sozialdemokratischer Schulpolitik in Oldenburg, wie Hug es für seine Partei verbindlich formulierte:

---

[477] DENIS, Johannes: Paragraph 23 der Verfassung und die politischen Parteien des Landtags, IN: Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 45f.
[478] SCHAAP, Weg, S. 206: Anlage VIII.

> "Wir bedauern, daß nicht ein größerer Schritt zur Verweltlichung der Schule getan worden ist, daß man sich mit diesem Stückwerk begnügen muß. Es bleibt nur die Hoffnung, daß es nicht mehr allzulange dauert, daß auch auf diesem Gebiete die Welt und auch unsere kleine Welt fortschreitet."[479]

Die Sozialdemokratie und die DDP verfolgten in Oldenburg zweifelsohne modernere, fortschrittlichere schulpolitische Konzeptionen, aber für das Zentrum war die "Verweltlichung der Schule" nicht tragbar und konnte niemals zum politischen Verhandlungsgegenstand werden. Dieser Standpunkt galt bis zum Ende der Weimarer Republik und noch lange darüber hinaus. Er konnte die katholische Bevölkerung Südoldenburgs in den ersten Jahren des Freistaates gegen parlamentarische Majoritäten im Landtag ebenso mobilisieren wie seit 1932/33 gegen "Schulreformen" der nationalsozialistischen Minister Spangemacher und Pauly.

3.5.3. Enttäuschung in Südoldenburg: "Die Kinder gehören zunächst dem Herrgott, dann den Eltern und dann erst der Republik."

Aus den schulpolitischen Debatten in der Landesversammlung ging deutlich hervor, daß das Zentrum und der größte Teil des südoldenburgischen Katholizismus die Republik nur dann in vollem Umfang anzuerkennen bereit waren, wenn sie die kultur- und schulpolitischen Belange der vom Zentrum vertretenen katholischen Minderheit angemessen berücksichtigte. Da die Zentrumspartei die neuen politischen Verhältnisse akzeptiert hatte, weil die durch die Revolution herbeigeführte Situation wieder in eine staatliche Ordnung zu überführen war, in deren Rahmen gerade auch die als gefährdet betrachteten kulturpolitischen Forderungen der katholischen Bevölkerung zu sichern waren, mußte die Akzeptanz des neuen demokratischen Systems davon abhängen, ob es mit der kulturpolitischen Mission des Zentrums zu vereinbaren war. Denn unter kulturpolitischen Vorzeichen war es dem Zentrum im November 1918 überhaupt gelungen, nach dem Zusammenbruch des alten Systems die politische Bühne wieder zu betreten und seine Reihen zu schließen.

Ob der als Elternrecht deklarierte Anspruch auf die katholische Erziehung der katholischen Kinder in einer katholischen Volksschule im Freistaat Oldenburg in vollem Umfang realisiert wurde oder nicht, davon machte das

[479] VLV, 11. Sitzung, 13. Juni 1919, S. 208f.

Zentrum auch seine politische Zustimmung zum demokratischen Gemeinwesen grundsätzlich abhängig. Zum katholischen Schulwesen gehörten nach seinem Verständnis nicht nur die katholischen Volksschulen des Landes, sondern auch die verfassungsmäßigen Garantien der katholischen Lehrerausbildung und der oberen Schulverwaltung, die beide ihren Sitz in Vechta hatten. Die Hoffnung, den schulpolitischen Status quo nach 1918 unbeschadet restaurieren zu können, hatten die Beratungen der Landesversammlung nicht erfüllt, die damit als demokratische Institution an Glaubwürdigkeit in der katholischen Basis eingebüßt hatte. Nachdem zentrale Forderungen der katholischen Minderheit in den Verfassungsberatungen gescheitert waren, hing das Verhältnis des politischen Katholizismus zum demokratischen Gemeinwesen in Zukunft wesentlich davon ab, ob es noch gelingen konnte, für den Erhalt der umstrittenen Institutionen, das Katholische Oberschulkollegium und das katholische Lehrerseminar, im Landtag Mehrheiten zu gewinnen und sie so auf dem Wege der einfachen Gesetzgebung zu sichern. Auch in dieser Frage stellten sich bald erhebliche Zweifel ein.

Wie es von Bedeutung wurde, in welchem politischen System der oldenburgische Katholizismus diese Niederlagen erfuhr, so war es ebenfalls von Belang, von welchen parlamentarischen Kräften diese Überstimmung ausging. Die politische Kluft zwischen der SPD und der DDP auf der einen und dem Zentrum auf der anderen Seite, genährt aus den ohnehin anhaltenden ideologischen Gegensätzen zwischen dem Katholizismus und den weltanschaulichen Strömungen im Sozialismus und Liberalismus, verfestigte sich im Laufe der Verfassungsberatungen und konnte immer weniger politisch überbrückt werden. Die Sublimierung der ideologischen Gegensätze in der Weimarer Koalition erwies sich für die politische Zukunft des oldenburgischen Zentrums als eine nicht tragfähige Lösung, die bereits 1923 zerbrach.

Der südoldenburgische Katholizismus mußte 1919 in den schulpolitischen Fragen resignieren. Am Ende stand die Enttäuschung, in der historischen Stunde am Anfang des Freistaats im parlamentarischen Spiel unterlegen zu sein. Die OV kommentierte mit einer gewissen Bedrückung die schulpolitischen Bestimmungen der neuen Verfassung:

> "In der Verfassung wollte man uns unser katholisches Oberschulkollegium nicht sichern, wir werden also in Zukunft um seine Erhaltung kämpfen müssen, und wir werden das mit Entschiedenheit und Ausdauer tun. [...] Wir müssen anerkennen, daß wir bei der deutschen Volkspartei in der Verteidigung der christlichen Schule weitgehende Unterstützung fanden, weniger dagegen bei den Demokraten, während die Sozialde

> mokraten ihrem alten christentumsfeindlichen Programm treu geblieben sind. Wir lehnen sowohl die Simultanschule der Demokraten wie die konfessionslose Schule der Sozialdemokraten ab. Beide Wege sind für das christliche Volk ungangbar, beiden gilt unser schärfster Kampf, für den wir alle unsere Kräfte jetzt und in Zukunft einsetzen werden. Das Parlament ist der Kampfplatz [...]."[480]

Aus den parlamentarischen Niederlagen von 1919 erwuchsen die politischen Zukunftsaufgaben für das oldenburgische Zentrum. Auf dem ersten Vertretertag der oldenburgischen Zentrumspartei nach den Verfassungsberatungen im September 1919 in Cloppenburg gestand der Abgeordnete Wilhelm Sante, der als Gewerkschaftssekretär des Katholischen Arbeitervereins und Landessekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland in Südoldenburg bekannt war, die Niederlagen seiner Partei in der Frage des Oberschulkollegiums und der gewünschten Dreiviertel-Majorität ein und klagte:

> "Es hat alles nichts genützt. Wir wollten nur unser Recht haben, und kein Vorrecht, wir haben unser Recht verteidigt mit ganzer Kraft; es war vergebens, denn unsere Stimmen und die der Rechten wiegen nicht so schwer als die der liberal-sozialdemokratischen Mehrheit."

Wilhelm Sante formulierte das Motto, das mit wenigen Worten das Wesen der religiösen Sendung in der katholischen Schulpolitik umfaßte:

> "Die Kinder gehören zunächst dem Herrgott, dann den Eltern und dann erst der Republik."[481]

An diesem Satz hatten sich schließlich die Geister in der verfassunggebenden Landesversammlung geschieden, die in der politischen Gegenwart des 20. Jahrhunderts offensichtlich nicht mehr bereit waren, sich den kulturpolitischen Überzeugungen des südoldenburgischen Katholizismus anzuschließen, in der Ablehnung der Zentrumsanträge den Primat des Politischen vor dem Konfessionellen zu bewahren suchten und sich in der politischen Debatte nicht länger das Prinzip der Konfessionalität oktroyieren lassen wollten. Das war eine wichtige historische Entscheidung, die Oldenburg vor einem weiteren schulpolitischen Rückschritt bewahrte. Dadurch konnte sich die Landesversammlung ihre politische Handlungsfähigkeit zwar sichern, aber auf Dauer "die Zuneigung des katholischen Teiles" zum demokratischen Gemeinwesen in Oldenburg nicht gewinnen. Das Dilemma der Regierungsbildungen

---

[480] OV vom 28.6.1919.
[481] OV vom 21.9.1919.

nach dem Ende der Regierung Tantzen und die umstrittene Rolle des Zentrums machen das nachhaltig deutlich.

Die Niederlagen des Zentrums in den schulpolitischen Debatten der Landesversammlung stärkten im Katholizismus die traditionelle Neigung zu autoritären Systemen, von denen Südoldenburg einen stärkeren Schutz seiner kulturpolitischen Interessen erwartete. Das Zentrum verweigerte sich in der unnachgiebigen Haltung nicht nur einer politischen Lösung entscheidender kulturpolitischer Fragen, sondern auch einem gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß, der die strukturellen Voraussetzungen des katholischen Milieus weiter untergraben hätte. Die Impulse dazu gingen ohne Frage auch in Oldenburg vom demokratischen Liberalismus und von der Sozialdemokratie aus. Das wurde in den Verfassungsberatungen vor allem in der Frage der universitären Lehrerbildung deutlich, mit der sich nach den Vorstellungen von DDP und SPD bildungspolitische Fortschritte eröffneten. Dieser progressive Ansatz, der sich dem wissenschaftlichen Fortschritt unter den politischen Bedingungen eines deutschen Kleinstaates nach 1918 nicht versagte und das bürgerliche Allgemeinwohl über das separate Interesse einer religiösen Minderheit im Lande setzte, war der konservativ-organischen Vorstellungswelt des südoldenburgischen Katholizismus, der jahrzehntelang Gefühle kultureller und sozialer Inferiorität genährt hatte, fremd und Ausdruck eines politischen Freisinns, der in der geschlossenen katholischen Welt besorgt und nachdenklich stimmte. Eine treffende Bezeichnung für den schul- und kulturpolitischen Konservatismus Südoldenburgs war das Wort von den "bodenständigen Volksschullehrern". Es meinte faktisch den konfessionell ausgebildeten und ausgerichteten Pädagogen, der nicht an einer Universität studiert hatte. Die einer großen parlamentarischen Mehrheit fragwürdig gewordene Institution des katholischen Oberschulkollegiums, die avisierte universitäre Lehrerausbildung und das im Abbau begriffene katholische Lehrerseminar in Vechta waren deutliche Anzeichen für die institutionelle Erosion des katholischen Milieus in Südoldenburg.

3.5.4. Abrücken vom strikten Konfessionalitätsprinzip: "Mit dem konfessionellen Charakter der Volksschule an sich nichts zu tun."

Die schulpolitischen Verhandlungen und Entscheidungen in Oldenburg, die vom Zentrum im Rahmen der Weimarer Koalition hingenommen werden mußten, hatten auch in der katholischen Lehrerschaft dazu geführt, daß das

strikte Konfessionalitätsprinzip vergangener Zeiten überdacht und einer zaghaften Revision unterzogen wurde. Zum Vereinsleben der katholischen Lehrerschaft gehörte auch weiterhin die Pflege religiöser Bildung und kirchlicher Traditionen, aber neue Aktivitäten traten in der katholischen Schulbewegung in den Vordergrund.[482] Zur Überwindung von konfessionellen Berührungsängsten trugen die Kooperation mit dem Oldenburgischen Landeslehrerverein in wirtschaftlichen Standesfragen und gemeinsame Anstrengungen mit dem Ziel einer pädagogischen Schulreform bei. Daß eine die konfessionellen Grenzen überschreitende Zusammenarbeit zwischen den katholischen und evangelischen Lehrern in standespolitischen Fragen möglich war, zeigt eine allgemeine Lehrerversammlung in Oldenburg am 14. Juli 1920, an der Vertreter beider Organisationen teilnahmen und Besoldungsfragen berieten.[483] Der interkonfessionell besetzte "Ausschuß für Schulreform", dem Vertreter beider Lehrervereine angehörten, legte bereits 1919 ein Konzept zur Umgestaltung des oldenburgischen Schulwesens vor, das nicht verwirklicht wurde.[484] Der Katholische Lehrerverein öffnete sich aus fachlichen und pädagogischen Motiven, die konfessionelle Komplexe nicht unmittelbar berührten, für Schulreformen und für die Revision bestehender Lehrpläne.[485] Auch in Fragen der Lehrerfortbildung zeichneten sich Reformen ab, die "die Gesamtheit des Lehrerstandes auf ein höheres Bildungsniveau zu bringen" versuchten und in der Aus- und Fortbildung der Lehrer auf Hochschulen ein neues "Bildungsideal" erkannten; diesem gelte es "nach wie vor unentwegt" zuzustreben. Die Katholische Schulzeitung signalisierte in den ersten Jahren in der Weimarer Republik eine optimistische Aufbruchstimmung:

---

[482] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 47. Zu diesen Traditionen zählten traditionell vom Lehrerverein angebotene Exerzitien und auch Wallfahrten nach Bethen. An der Wallfahrt des Katholischen Lehrerinnenvereins nach Bethen im Sommer 1919 nahmen 54 Lehrerinnen teil.

[483] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 1920, 22.7.1920, abgedr. in: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 66. Geleitet wurde die allgemeine Versammlung in der "Union" von Bernard Bellm, dem Vorsitzenden des Katholischen Lehrervereins. Sie verabschiedete eine Resolution, in der die evangelischen und katholischen Lehrer gemeinsam gegen den Besoldungsgesetzentwurf der Regierung protestierten und den Landtag aufforderten, sich für eine Verbesserung der Regierungsvorlage einzusetzen.

[484] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 12, 1.12.1919, S. 65f.

[485] Wiederholt setzte sich die Katholische Schulzeitung mit "neuzeitlichen Schulfragen" auseinander, die in erster Linie die Revision des Geschichtsunterrichts und die Einführung von Elternräten betrafen. (Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 6, 1.6.1919, S. 37-39: Katholische Schulorganisation - Elternräte - Elternabende; Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 46: Neuzeitliche Schulfragen; Jg. 13, Nr. 6, 1.6.1921, S. 45f.: Neuzeitliche Geschichtsauffassungen; Jg. 14, Nr. 1, 1.1.1922, S. 1f.: Stoffauswahl im Geschichtsunterricht)

> "Aber wenn wir rund um uns schauen, sei es nun hier zu unsern evg. Berufsgenossen im eigenen Heimatlande, sei es dort drüben zu denen jenseits der blau=roten Grenzpfähle, so müssen wir uns doch sagen: Was jene können und konnten, das darf auch für uns nicht unmöglich sein."

Gerade die nach vorwärts strebende Haltung der Junglehrer mache deutlich, "daß trotz aller der Jahre geistigen Hungerns und Darbens während des langen Weltkrieges" in der Lehrerschaft "der Sinn für Geistesnahrung" noch nicht verlorengegangen sei.[486] So trug auch die sog. "Junglehrerbewegung", die bereits vor dem Ersten Weltkrieg entstanden war, zu einer Auflockerung des strikten Konfessionalitätsprinzips bei. Auf einer vom Katholischen Lehrerverein durchgeführten "Jugendlehrerversammlung" in Ahlhorn am 18. Juli 1919 wurde betont, daß die Junglehrerbewegung "aus der drückenden materiellen und geistigen Lage" der Junglehrer entstanden sei und das Prinzip der Selbsthilfe verfolge. Die katholischen Lehrervereine hätten bereits "den Verlust tausender kath. junger Lehrer zu beklagen, die sich dem interkonfessionellen Verein angeschlossen haben". Daraufhin sei der Katholische Junglehrerbund gegründet worden, der schulpolitisch auf dem Boden des Katholischen Lehrerverbandes stehe. Die wirtschaftliche Lage der Junglehrer werde zu einer politischen Gefahr, weil - wie die Entwicklung in Preußen zeige - ein Lehrerstand entstehen könnte, "welcher der sozialdemokratischen Regierung würdig wäre". Die Versammlung in Ahlhorn verabschiedete eine Resolution, die in erster Linie Forderungen nach einer wirtschaftlichen Besserstellung der Junglehrer enthielt, und bildete drei Kommissionen, die sich mit Fragen der fachlichen Weiterbildung beschäftigen sollten. Enttäuscht zeigte sich die Versammlung über die Erwartungen, die im Kriege besonders in der Junglehrerschaft geweckt worden seien und nun nicht erfüllt würden:

---

[486] Katholische Schulzeitung Jg. 12, Nr. 10, 1.10.1920, S. 50. Nach dem Beispiel Preußens organisierten sich auch in Vechta die sog. "Kriegsseminaristen" in der "Vereinigung der Kriegsseminaristen". Diese Organisation umfaßte "sämtliche Kriegsseminaristen bis zur festen Anstellung" und sollte zu einem Junglehrerverein ausgebaut werden. Er sollte "Hand in Hand" mit dem Lehrerverein die Interessen der jungen angehenden Lehrer vertreten. In einem 11-Punkte-Programm erhob die Vereinigung vor allem wirtschaftliche Forderungen, die die durch den Krieg bedingte Benachteiligung der Junglehrer ausgleichen sollten, verlangte eine feste Anstellung nach Vollendung der Seminarlaufbahn und die "grundsätzliche Bevorzugung der Kriegsseminaristen". Der Katholische Lehrerverein versagte seine Unterstützung nicht, warnte aber vor möglichen Interessenkollisionen: "Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die nächste Zeit unserm Stande schwere wirtschaftliche Kämpfe auflegen." (Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 6, 1.6.1919, S. 39)

"Man glaubte auch den vielen Versprechungen, den Worten über den Dank des Vaterlandes. Und nun kam man aus dem großen Zusammenbruch, jeder mit wundem Herzen, mancher auch mit siechem Körper."[487]

Der Oldenburgische Landeslehrerverein bildete Anfang des Jahres 1919 ebenfalls eine eigene Organisation für Junglehrer, die "Vereinigung jüngerer Lehrer" (VjL), der alle Mitglieder des Lehrervereins angehören konnten, "die die Interessen der jüngeren Lehrer und insbesondere der Kriegsteilnehmer teilen". So wurde in der Junglehrerbewegung in Oldenburg die konfessionelle Trennungslinie vorerst organisatorisch gewahrt, aber die elementaren wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der jungen Lehrer überschritten die konfessionellen Grenzen.[488]

Die Forderung, daß die künftigen Volksschullehrer ihre schulische Vorbildung auf einer höheren Schule erhalten und die Universitäten für Lehrer geöffnet werden sollten, tangierte das Konfessionalitätsprinzip und stieß bei der Landbevölkerung auf Unverständnis. Die Akademisierung des Volksschullehrers durch eine Hebung seiner fachlichen und beruflichen Qualifikation löste Befürchtungen aus, daß der Lehrerstand seine Bodenständigkeit verlieren und seinem Herkommen entfremdet werden könnte.[489]

---

[487] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 9, 1.9.1919, S. 49-51; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 7, 18f. Der Katholische Junglehrerbund (KJB) war die Nachwuchsorganisation des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches, der am 28. August 1889 auf dem Katholikentag in Bochum ins Leben gerufen worden war. Der KJB wurde am 30. Dezember 1918 auf Initiative von Johannes Brockmann und Bernhard Bergmann gegründet und strebte "die innere und äußere Gestaltung des Schulwesens entsprechend den Grundsätzen und Forderungen der katholischen Kirche" an. Der KJB wahrte aber ein hohes Maß an organisatorischer Selbständigkeit gegenüber dem Stammverband, dem Katholischen Lehrerverband.

[488] KLATTENHOFF, Dokumente, S. 75: Auszüge aus dem Oldenburgischen Schulblatt, Jg. 1919, S. 32, 135. In einer Resolution, die auf einer Versammlung der Vereinigung jüngerer Lehrer (VjL) am 7. August 1919 verabschiedet wurde, hieß es: "Dies für heutige Verhältnisse lächerlich geringe Einkommen läßt die jüngeren Lehrer immer mehr in Armut und Verschuldung versinken, macht sie zu Proletariern. [...] Es besteht die Gefahr, daß die wachsende Verbitterung in der jüngeren Lehrerschaft in geistiger und politischer Hinsicht die Volksschule und das öffentliche Leben schwer schädigen kann."

[489] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 47. Zur Lehrerbildungsfrage gab die Katholische Schulzeitung zu bedenken: "Warum soll der zukünftige Lehrer nicht dort seine allgemeine Vorbildung empfangen, wo auch die andern studierten Berufe sie bekommen? Eigentlich sollte das doch selbstverständlich sein. Aber es ist geschichtlich anders geworden und dann dabei so geblieben."

Aufgrund dieser Entwicklungen, die Tendenzen zur Politisierung des Lehrerstandes erkennen ließen, sah sich der Katholische Lehrerverein genötigt, sich gegen den Vorwurf, er rücke von der konfessionellen Schule ab und favorisiere neuerdings die Simultanschule, zu wehren und seine schulpolitischen Grundsätze zu verdeutlichen. In diesem Zusammenhang setzte sich die Katholische Schulzeitung im Frühjahr 1919 in einem ausführlichen Artikel unter dem programmatischen Titel "Kirche und Schule. Einige grundsätzliche Bemerkungen." mit der neuen schulpolitischen Lage auseinander und bekannte sich zur katholischen Bekenntnisschule. Adressiert war dieser Artikel namentlich an den katholischen Klerus, den die Schulzeitung in erster Linie für die Kritik am schulpolitischen Kurs des Katholischen Lehrervereins verantwortlich machte. An ihn erging die Bitte, den Bestrebungen der katholischen Lehrerschaft "ohne Mißtrauen" zu begegnen und "gegenseitiges Verständnis und Verstehen" zu bekunden. Die Schulzeitung stellte klar, daß der konfessionellen Schule "aus religiösen und pädagogischen Gründen im allgemeinen" der Vorzug vor der Simultanschule zu geben sei:

> "Die kath. Lehrerschaft unseres weiteren und engeren Vaterlandes hat sich deswegen auch stets einhellig zur Konfessionsschule bekannt; sie ist aus inneren und geschichtlichen Gründen auch der festen Überzeugung, daß durch die Konfessionsschule leichter und sicherer der konfessionelle Friede innerhalb unserer Nation gewahrt bleibt. Und gerade in jetziger Zeit können wir insbesondere auf die konfessionelle Volksschule nicht verzichten. Jedem Einsichtigen wird es doch klar sein, daß der Zusammenbruch unseres Volkes in seinem tieferen Grund ein sittlich=religiöser ist; Rechts= und Sittlichkeitsbegriffe schwanken. In dieser Hinsicht muß ein neues Fundament geschaffen werden." [490]

Das Bekenntnis zur konfessionellen Schule fiel allerdings halbherzig aus. Befangenheiten gegenüber einem interkonfessionellen Schulsystem, das mit dem Begriff "Simultanschule" umschrieben wurde, waren den Ausführungen nicht mehr zu entnehmen. Sie betonten in ihrem weiteren Verlauf die historischen Voraussetzungen des konfessionellen Schulsystems und bestritten dadurch indirekt seine naturrechtliche Legitimation, die die katholische Kirche weiterhin vertrat:

> "Im übrigen ist zum Teil die Stellung der kathol. Kirche zur Schule ein Produkt der geschichtlichen Entwickelung. In einer Hinsicht ist dieser Entwickelungsgang dadurch charakterisiert, daß die öffentliche Schule aus einer mehr oder weniger rein kirchlichen Einrichtung zu einer staatlichen geworden ist."

---

[490] Katholische Schulzeitung Jg. 12, Nr. 3, 1.3.1920, S. 9-11 (Verfasser unbekannt), auch zum folg.

Die katholische Kirche habe sich bisher zwar "nicht offiziell über die Einzelheiten zur Wahrung des notwendigen kirchlichen Interesses hinsichtlich der konfessionellen Schule" erklärt, die bekannten schulpolitischen Forderungen "dürften sich aber notwendig aus der Lehre der Kirche und der der katholischen Kirche eigenen Lehrverfassung ergeben". Deshalb sei anzunehmen, daß die katholische Lehrerschaft in Oldenburg "folgerichtig wohl ausnahmslos" den Rechten der Kirche an Schule und Erziehung zustimmen dürfte. Aber Fragen fachlicher und dienstlicher Schulaufsicht und pädagogische Bestrebungen hätten "mit dem konfessionellen Charakter der Volksschule an sich nichts zu tun, wenn sie sich auch teils gegen Stellungen und Aemter richteten, die vordem der Geistliche ohne weiteres im Schulleben inne hatte". Aus diesen Gründen sei es "zur Wahrung des konfessionellen Charakters der Volksschule" nicht unbedingt notwendig, dürfte "zur vollen Wahrung des konfessionellen Charakters" aber weiterhin zu verlangen sein, "daß die oberen Schulbehörden nach Konfessionen getrennt organisiert sind, daß die staatlichen Schulaufsichtsbeamten der Konfession der ihr unterstellten Schulen angehören, daß die Mitglieder der örtlichen Schulvorstände - abgesehen von dem offiziellen Vertreter der Kommune - sich zu der betreffenden Konfession bekennen, daß weiterhin die rein berufliche Vorbildung der Lehrer auf konfessioneller Grundlage erfolge". Ebenso sei die Vorkehrung, "daß auch offizielle Vertreter der Kirche als solche ohne weiteres der oberen Schulbehörde und den örtlichen Schulvorständen angehören", durchaus wünschenswert, "sowohl vom kirchlichen, als vom pädagogischen Standpunkt aus", gehöre aber "nicht notwendig zum konfessionellen Charakter der Schule". Die diffizile Unterscheidung zwischen "notwendigen" und "wünschenswerten" Einrichtungen ließ Risse in der streng konfessionell ausgerichteten Argumentationslinie erkennen, die rhetorisch auch nicht mehr verdeckt werden konnten. Die neuen politischen Verhältnisse in Deutschland waren nach Auffassung der katholischen Lehrer auch bei der Beurteilung der schulpolitischen Lage zu bedenken:

> "Dem demokratischen Staatsprinzip würde es gewiß entsprechen, wenn die Erziehungsberechtigten der betreffenden Konfession die örtlichen Schulvorstände wählen; auch durch eine solche Wahl dürfte in der Regel die Wahl wenigstens eines Ortsgeistlichen gesichert erscheinen."

3.5.5. Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat: "Die katholischen Kinder dürfen nichtkatholische, neutrale, gemischte Schulen [...] nicht besuchen."

Eine neue Situation war für den oldenburgischen Katholizismus gegeben, als der deutsche Episkopat in seiner Denkschrift vom 20. November 1920 seine schulpolitischen Grundsätze veröffentlichte. Das Dokument enthielt die traditionellen schulpolitischen Forderungen der katholischen Kirche und entsprach der Rechtsauffassung des Hl. Stuhls, die dieser zuletzt zu Pfingsten 1917 im "Codex juris canonici" bekräftigt hatte. Darin hatte es geheißen:

> "Die katholischen Kinder dürfen nichtkatholische, neutrale, gemischte Schulen, die auch Nichtkatholiken offen stehen, nicht besuchen. Es ist allein Sache des Diözesanbischofs, nach Norm der vom Apostolischen Stuhl gegebenen Instruktionen zu entscheiden, unter welchen Verhältnissen und unter Beachtung welcher Vorsichtsmaßregeln, damit die Gefahr der Verführung vermieden wird, der Besuch derartiger Schulen geduldet werden kann."[491]

Die Denkschrift der deutschen Bischöfe setzte das katholische Erziehungsprogramm in schulpolitische Einzelforderungen um, die für den politischen Katholizismus in der Weimarer Republik verbindlich sein sollten. Diese bezogen sich im wesentlichen auf:

a) die Gleichberechtigung der konfessionellen Volksschule als beste Erziehungsschule für katholische Kinder mit den anderen Schularten,
b) die Absicherung des Elternrechts in der Wahl der Schulart,
c) die Aufrechterhaltung eines "geordneten Schulbetriebs" in einklassigen Schulen, so daß daraus kein Hindernis für die Einrichtung konfessioneller Schulen erwachsen konnte,
d) die Einrichtung von öffentlichen und privaten konfessionellen Volksschulen auf Initiative der Eltern,
e) die Anstellung kirchlich gläubiger katholischer Lehrer und Lehrerinnen an katholischen Schulen,
f) die konfessionelle Lehrerbildung
g) und die Prüfung aller Lehrbücher - besonders in den sog. Gesinnungsfächern - auf ihre religiöse Unbedenklichkeit hin.[492]

Die Denkschrift der deutschen Bischöfe leitete im Zentrum und in den katholischen Lehrervereinen eine Rückbesinnung auf die überlieferten konfessionellen Positionen in der Schul- und Bildungspolitik ein. Sie war begleitet

---

[491] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 21.
[492] Ebd., S. 21-23.

von einer Distanzierung der katholischen Lehrerschaft von den demokratischen Organen und Institutionen der Weimarer Republik, die nunmehr grundsätzlich als im Widerspruch zu den schulpolitischen Forderungen der katholischen Kirche stehend betrachtet wurden. Genährt wurde dieser demokratische Vorbehalt auch durch die politischen Enttäuschungen des Jahres 1920: durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch und den Ausgang der Reichs- und Landtagswahlen, die für die Parteien der Weimarer Koalition in einem Desaster endeten. Ministerpräsident Tantzen hatte nach dem Putsch vom 13. März 1920 äußerst spektakuläre Maßnahmen zur Sicherung der Republik in Oldenburg ergriffen, um den "Rebellen und Staatsverbrechern" Kapp und Lüttwitz entgegenzutreten. Am Abend des Putsches trat der Oldenburger Landtag zusammen und lehnte die Kapp-Regierung einmütig ab. Tantzen selbst wurde auf sein Ersuchen am 17. März 1920 zum Reichskommissar für den Freistaat Oldenburg und am 24. April 1920 zum Regierungskommissar für den Bezirk Oldenburg und das Festungsgebiet Wilhelmshaven ernannt. Unter seiner Verantwortung wurden 600 Marineoffiziere verhaftet und politisch indifferenten Reichswehroffizieren die Verhaftung angedroht. Für sein rigoroses Vorgehen wurde Tantzen nach dem Zusammenbruch des Putsches heftig kritisiert, vor allem vom Landbund, der sich selbst als Vorhut gegenrevolutionärer Bewegungen verstand und sich offen zu den wirtschaftspolitischen Zielen der Regierung Kapp bekannt hatte. "Die außerordentliche Wehrhaftigkeit des Republikaners Tantzen während der Kapp-Tage" führte nach Auffassung von Martina Neumann "zur massiven Befehdung seiner Person nicht nur von seiten des Landbundes, dessen erklärter Gegner der Agrarpolitiker Tantzen ohnehin war." Für den entschlossenen Liberalen Tantzen ging es im Kapp-Putsch nach eigenen Worten darum, "das parlamentarische System zu stürzen".[493] Diesem Versuch trat er nach eigenem politischen Selbstverständnis konsequent entgegen, schmälerte dadurch aber die Wahlaussichten seiner Koalitionsregierung.

Die DDP und die SPD verloren bei den Land- und Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 erheblich an Stimmen. Bei den Landtagswahlen in Oldenburg erhielt die SPD 18,4 % (1919: 31,2 %), die DDP 15,9 % (1919: 30,5 %) und das Zentrum 22,9 % (1919: 24,3 %). Die SPD gab vor allem Stimmen an die USPD (12,1 %) ab, die 1919 nicht mit einer eigenen Liste angetreten war. Bei den gleichzeitigen Reichstagswahlen ergab sich ein ähnliches Ergebnis: SPD 19,0 % (1919: 29,9 %), DDP 16,2 % (30,2 %), Zentrum 23,0 % (1919:

[493] NEUMANN, Tantzen, S. 59-63.

21,1 %) und USPD 12,4 % (1919: 7,9 %). Die Weimarer Koalition verfügte im Oldenburger Landtag mit 57,2 % zwar noch über eine klare absolute Mehrheit, aber die Rechts- und Linksopposition hatte an Mandaten gewonnen. Die Regierungsbildung gestaltete sich in Oldenburg schwierig, weil eine Ursache für die Verluste der eigenen Partei jeweils in ihrer nachgiebigen Haltung in den zurückliegenden Verfassungsberatungen gesucht wurde. Ein stärkeres parteipolitisches Profil sollte Abhilfe schaffen. Während SPD und DDP an der bisherigen Koalition festhielten, bemühte sich das Zentrum, die DVP an der Regierung zu beteiligen. Die DVP brachte bereits eine andere Variante ins Spiel, die Berufung eines sog. "Fach- oder Arbeitsministeriums". Die Bildung einer Großen Koalition scheiterte, weil die DVP es ablehnte, sich eindeutig auf den Boden der demokratischen Verfassung zu stellen. Daraufhin trat das Zentrum in die bisherige Koalition ein, war aber weiterhin darum bemüht, die DVP in die Koalition einzubeziehen. Die Bemühungen des Zentrums um die DVP waren in erster Linie schul- und kulturpolitisch motiviert: Es glaubte, mit dieser Partei seine eigenen Erwartungen in dieser Hinsicht besser durchsetzen zu können.[494]

Diese Entwicklung löste im Zentrum ein Umdenken aus, das sich im Reich besonders negativ auf die Beratungen des Reichsschulgesetzes auswirkte. Im deutschen Episkopat wie in führenden katholischen Kreisen setzte sich der Gedanke durch, daß sich die Lage der katholischen Bekenntnisschule durch die Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes nur verschlechtern konnte. Dabei verfolgten die kulturpolitischen Gegner des Zentrums mit der Einführung der Einheitsschule die Absicht, die Stellung der katholischen Kirche als "konkurrierende Erziehungsmacht" zu schwächen. So blieb die Schule bis in die letzten Jahre der Weimarer Republik "ein Feld weltanschaulicher Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, die dem öffentlichen Schulwesen entweder keine Autonomie zustanden oder diese Autonomie selbst wieder für gesellschaftspolitische Ziele beanspruchten".[495] Nach Ansicht von Heinrich Küppers "vollzog sich in auffälliger Parallele zum Zerfallsprozeß der parlamentarisch-demokratischen Substanz bis zum Jahre 1920 ein ähnlicher Vorgang im Bereich der Schule" und unternahm das Zentrum eine "kulturpolitische Neuorientierung, deren Maßstäbe durch die November-Denkschrift des deutschen Episkopats gesetzt wurden". Mit seiner Zustimmung zur Erklärung des deutschen Episkopats am 28. Mai 1921 be

[494] GÜNTHER, Freistaat, S. 415, 420f.
[495] ILGNER, Handbuch, S. 198-201.

reitete der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches im Einklang mit den katholischen Organisationen den schulpolitischen Umschwung im Zentrum vor. Dieser Prozeß wurde begleitet von "einer ‘inneren’ Abwendung von demokratischen Ordnungsprinzipien", die sich in katholischen Lehrerzeitungen - auch in Oldenburg - "in pessimistisch gehaltenen Lagebeurteilungen äußerte, wobei als Grund für die Kulturkrisis fast immer die Dysfunktionalität des Weimarer Regierungssystems gesehen wurde".[496] In einer pädagogischen Betrachtung über "neuzeitliche Geschichtsauffassungen" stellte die Katholische Schulzeitung in Oldenburg 1921 "die Idee des deutschen Volkstums" in den Mittelpunkt eines reformierten Geschichtsunterrichts, klagte aber mit Blick auf die politische und soziale Gegenwart der Weimarer Republik:

> "Manchem mag es schwer sein, an die sittlichen Kräfte des deutschen Volkstums heute zu glauben; aber die Geschichte beweist doch, daß diese Kräfte vorhanden sind und daß wir nach tiefstem Niedergang doch immer wieder emporgestiegen sind. Heute ist es eine der vornehmsten Aufgaben aller Jugenderziehung, die Idee des deutschen Wesens in das Herz der Jugend hineinzutragen und sie dort sorgsam zu pflegen; nur der Glaube an diese Idee befähigt uns, das Schwerste zu tragen und uns einst wieder aufzurichten."[497]

Der Rückzug aus der demokratischen Grundordnung der Weimarer Republik drückte sich in einer Hinwendung zu organologischen Geschichtsmythen, irrationalen politischen Klischees und nationalen Bekenntnissen aus, die eindeutig antirepublikanische Tendenzen enthielten. Antiliberalismus und Antiintellektualismus traten besonders in Beiträgen hervor, die das Wesen der deutschen Geschichte reflektierten. In ihr sahen die Autoren in erster Linie nationale und volksstaatliche Traditionen wirksam und weniger politische, die leicht ins Parteipolitische abzugleiten drohten:

> "Ein geschichtlich einigermaßen geschulter Mensch wird sich nie mit Parteischlagworten zufrieden geben, sondern die einzelnen wirkenden Kräfte zu erkennen und abzuwägen suchen. Er wird die Berechtigung des gegnerischen Standpunktes in seiner Art erkennen, anerkennen; und damit wäre dem politischen Kampfe das widerlich Hetzerische genommen: ein großer Schritt vorwärts zur Volksgemeinschaft! Dazu ist nötig, daß man im Geschichtsunterricht gelernt hat, das Einzelereignis hineinzustellen in die Flut des Geschehens."[498]

---

[496] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 43ff.
[497] Katholische Schulzeitung Jg. 13, Nr. 6, 1.6.1921, S. 46.
[498] Katholische Schulzeitung Jg. 15, Nr. 1, 1.1.1923, S. 2.

Auch das oldenburgische Zentrum zog sich aus der schulpolitischen Reformdebatte der Jahre 1918/19 zurück und verharrte wieder auf den konfessionellen Positionen, die in der Vorkriegszeit Gültigkeit gehabt hatten. Bereits 1920 begann in Oldenburg die Zeit der schulpolitischen Stagnation, die darauf ausgerichtet war, den Status quo im konfessionellen Volksschulwesen des Landes zu halten und zu verteidigen. Nicht einmal dieses Ziel konnte am Ende erreicht werden, als das Schulwesen in Oldenburg vor dem Hintergrund der Wirtschafts-, Staats- und Verfassungskrise seit 1930 durch die Brüningsche Notverordnungspolitik und die oldenburgische Politik des Schulabbaus systematisch demontiert wurde. Unter diesen Bedingungen war der katholische Volksschullehrer für den Weimarer Verfassungsstaat nicht mehr zurückzugewinnen, zumal sich das Zentrum selbst durch die Stützung der autoritären Präsidialkabinette aus ihm schon verabschiedet hatte.

Die schulpolitischen Aktivitäten der evangelischen wie der katholischen Lehrerschaft waren nach der Revolution von dem Bemühen gekennzeichnet, das oldenburgische Volksschulwesen nach liberaleren Grundsätzen zu reformieren, dadurch eine größere Chancengleichheit zu garantieren und die ökonomische und soziale Lage der Volksschullehrer zu verbessern. Die schulpolitischen Aktivitäten fielen in den beiden Lehrervereinen, dem Oldenburgischen Landeslehrerverein und dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg, unterschiedlich aus, erlaubten aber gemeinsame Anstrengungen und führten zu Formen der Kooperation, die bisher nicht üblich gewesen waren. Hauptkontrahenten in den schulpolitischen Debatten, die zu keinem Ausgleich führten, waren auf der einen Seite die Parteien und Organisationen des Liberalismus und des Sozialismus und auf der anderen Seite die Parteien, Verbände und Organisationen des politischen Katholizismus und des rechtskonservativen Spektrums.[499] Dabei war der Aktionsradius des Katholischen Lehrervereins besonders durch das erneute Anklammern an das Konfessionalitätsprinzip erheblich eingeschränkt. Die katholische Lehrerschaft versuchte, sich anfangs vorsichtig von ihm zu distanzieren, konnte sich aber unter dem maßgeblichen Einfluß der katholischen Kirche nicht von ihm lösen. Das wäre notwendig gewesen, um den schulpolitischen Handlungsspielraum zu vergrößern. Unter konfessionellen Prämissen war an die Verwirklichung einer durchgreifenden Schulreform mit der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus in Oldenburg nicht zu denken.

[499] KÜPPERS, Schulpolitik, S. 44.

In der Mitte der 1920er Jahre - exakt mit dem Ende der liberalen Ära des Ministeriums Tantzen (DDP) am 28. März 1923 - zeichnete sich auf allen Gebieten ein Ende der vielversprechenden Reformansätze ab und stellte sich eine schulpolitische Stagnation ein, die in katholischen Lehrerkreisen von einem Grundton politischer und beruflicher Resignation begleitet war. Die beamteten Fachkabinette von Finckh und Cassebohm verfügten über kein schulpolitisches Programm und sahen sich als Verwalter des schulpolitischen Status quo. Nach Ansicht von Hilke Günther-Arndt wurde in Oldenburg "der nachlassende politische Gestaltungswille angesichts schwindender Mehrheiten für die Parteien der Weimarer Koalition und der kompromißlosen Haltung des Zentrums hinsichtlich der Konfessionsschulen durch die Beamtenregierungen von 1923 bis 1932 verstärkt". Wesentliche Verantwortung für den Stillstand in der oldenburgischen Schulpolitik kam dabei dem Zentrum zu, das im Landtag über eine Sperrminorität verfügte.[500] Denn diejenigen Parteien, die SPD und die DDP, die sich für schulpolitische Reformen grundsätzlich offen zeigten, konnten nur zusammen mit dem Zentrum regieren. Diese Verhältnisse waren nicht nur in Oldenburg so.[501] Die Hoffnung auf schulpolitische Erfolge unter den bestehenden demokratischen Verhältnissen hatte bereits großen Schaden genommen.

3.5.6. Der Abbau der Lehrerseminare: "Nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten."

Vorerst blieb es aber im oldenburgischen Volksschulwesen beim alten. Die Einteilung der Volksschulen nach Konfessionen war verfassungsmäßig garantiert, die Lehrerbildung durch geltendes Gesetz nach Konfessionen getrennt, der Religionsunterricht in den katholischen Schulen wurde von der katholischen Kirche überwacht und die bestehenden Oberschulkollegien führten ihre Amtsgeschäfte weiter.[502] Das Ergebnis der Verfassungsberatungen schrieb das Schulgesetz von 1910 im Zeichen eines äußerst gemäßigten kulturpolitischen Liberalismus fort und widersprach in seinen Grundaussagen nicht den Anforderungen der Weimarer Reichsverfassung. Aus der Bestimmung für die Lehrerbildung, die "nach den Grundsätzen, die

[500] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 20f.: "Der bestehende Zustand wurde verwaltet, Änderungen waren wegen der Sperrminorität des eher konservativen oldenburgischen Zentrums nicht durchführbar."
[501] BÖLLING, Volksschullehrer, S. 190.
[502] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 132-134.

für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln" war, ergaben sich für die noch bestehenden Lehrerseminare in Oldenburg aber Konsequenzen.[503] Der Begriff "höhere Bildung" wurde inhaltlich zwar nicht geklärt, aber es war darunter allgemein ein Hochschulstudium nach erfolgreichem Abschluß einer höheren Lehranstalt als Voraussetzung für die Ausübung des Lehrerberufes zu verstehen. Ein entscheidender Grund für das Scheitern des Lehrerbildungsgesetzes Anfang des Jahres 1923 bestand in den finanzwirtschaftlichen Konsequenzen, die eine reichsgesetzliche Neuordnung für die Besoldung akademisch gebildeter Volksschullehrer haben mußte. Diese Belastungen hatten die Länder zu tragen, die dazu nicht bereit waren; das galt auch für Oldenburg.[504]

Somit gestaltete sich neben der ungeklärten Zukunft der Oberschulkollegien in Oldenburg vor allem die Frage der Lehrerbildung schwierig, weil die schulpolitische Norm der WRV auch den kleinen nordwestdeutschen Freistaat zum Handeln aufforderte. Von diesem Passus der WRV, der bewußt auf eine Reform der traditionellen Lehrerbildung setzte, ging eine existentielle Gefahr für die katholische Lehrerbildung im Lande aus. Diese Bedrohung wurde von Südoldenburg früh als Ausdruck eines kulturpolitischen Liberalismus wahrgenommen und bekämpft. Die Umsetzung der schulpolitischen

---

[503] Verfassungen, S. 101-103. Art. 143, Abs. 2 lautete: "Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln." Die WRV stellte das gesamte Schulwesen unter die Aufsicht des Staates, der die Gemeinden daran beteiligen konnte. Die Schulaufsicht sollte künftig "durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte ausgeübt" werden (Art. 144). Konfessionelle Schulen wurden von der Verfassung zwar nicht ausgeschlossen, aber eher als Ausnahmen gesehen, wenn es im Art. 146 hieß: "Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb [...] nicht beeinträchtigt wird." Private Schulen bedurften der Genehmigung des Staates und unterstanden den Landesgesetzen (Art. 147). Der Religionsunterricht blieb ordentliches Lehrfach und sollte "in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt werden." (Art. 149)

[504] BÖLLING, Volksschullehrer, S. 178f. Am 14. Februar 1923 fand im Reichsministerium des Innern eine Tagung von Vertretern der Länder statt, die zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Lehrerbildungsfrage bereit waren. Dazu zählten Sachsen, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Braunschweig, Anhalt, Bremen und Lippe, aber nicht Oldenburg. Die Konferenz einigte sich auf folgende Grundsätze: Trennung von Allgemein- und Berufsbildung, Erwerb der Allgemeinbildung auf einer zur Hochschule führenden Bildungsanstalt, mindestens zweijährige Berufsausbildung, Absolvierung der wissenschaftlichen Ausbildung auf einer Hochschule, der praktischen an einem mit der Hochschule verbundenen pädagogischen Institut. Die beteiligten Länder sollten ihre Zustimmung zu den Vereinbarungen schriftlich niederlegen, waren bis auf Hessen dazu aber nicht bereit.

Bestimmungen aus der WRV, die den einzelnen Ländern überlassen wurde, hätte im Zuge einer Akademisierung der Lehrerbildung das Ende der konfessionell getrennten oldenburgischen Lehrerseminare und somit auch die Auflösung des katholischen Seminars in Vechta zur Folge gehabt, wo katholische Volksschullehrer in zuletzt sechsjährigen Lehrgängen ausgebildet wurden.[505] Den Angehörigen des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg stand eine neue Bewährungsprobe bevor.

Aufgrund seiner begrenzten Finanzausstattung war es dem oldenburgischen Kleinstaat nicht möglich, eine landeseigene konfessionell getrennte Lehrerbildung einzurichten, die dem in der Reichsverfassung angestrebten höheren Niveau und den vergleichbaren Verhältnissen im benachbarten Preußen entsprach. Denn die hochschulpolitische Entwicklung in Oldenburg war ohne Berücksichtigung der Vorgänge in Preußen kaum zu diskutieren. Auf der Suche nach Auswegen aus diesem Dilemma wurden in den 1920er Jahren verschiedene Möglichkeiten diskutiert. Während das Ministerium der Kirchen und Schulen eine einheitliche Lehrerbildungsanstalt mit konfessionell getrennten Abteilungen in den Weltanschauungsfächern vorschlug, setzte sich der Katholische Lehrerverein für die Ausbildung auf Universitäten ein und dachte dabei in erster Linie an Münster. Von diesem Hochschulstandort versprach er sich eine größere konfessionelle Einbindung der Lehrerbildung. In der Übergangsphase entschloß sich Oldenburg 1922, die bestehenden Lehrerseminare bis 1927 abzubauen. Gleichzeitig sollte in Oldenburg und in Vechta je eine Aufbauschule errichtet werden. In Vechta wurde Ostern 1922 eine Aufbauschule eingerichtet, die Volksschüler nach sechs Schuljahren zur Reifeprüfung führte und damit für ein Hochschulstudium qualifizierte. Bei der Schulform der Aufbauschule handelte es sich um eine Ersatz- und Übergangslösung.

Die beabsichtigte Schließung der preußischen Lehrerseminare seit dem Jahre 1922 hatte Oldenburg in Zugzwang gesetzt. Das Staatsministerium leitete am 16. Dezember 1921 dem Landtag des Freistaates eine Beschlußvorlage zu, "nach der die staatlichen Seminare in Oldenburg, Varel und Vechta von Ostern 1922 ab klassenweise von unten abgebaut werden" und Aufbauschulen "in der Art der deutschen Oberschule" an ihre Stelle treten sollten.[506]

---

[505] MENKE, Aufbauschule, S. 139.

[506] Katholische Schulzeitung Jg. 14, Nr. 2, 1.2.1922, S. 6. Die Schulzeitung gab den Antrag des Staatsministeriums an den Landtag vom 16. Dezember 1921 im Wortlaut wieder.

Auf die Frage nach der Konfessionalität der Aufbauschulen antwortete die Regierung diplomatisch ausweichend, "daß das Gesetz konfessionelle höhere Schulen nicht kenne; doch sei es Brauch, die höheren Schulen als konfessionell eingerichtet anzusehen. Das gelte jedoch nur für die Zusammenstellung des Lehrkörpers. Der Besuch der Schule stehe Schülern aller Bekenntnisse offen. Dasselbe gelte für die Aufbauschulen". In der Standortfrage entschied sich der Gesetzgeber aus Kostengründen gegen Friesoythe - man hatte mit Friesoythe eine bessere Verteilung der höheren Lehranstalten angestrebt - und für Vechta; für diesen Standort hatte sich besonders der Vechtaer Abgeordnete Johannes Denis eingesetzt.[507] Der Katholische Lehrerverein hatte die im Zusatzantrag erwogene Absicht, die Errichtung der Aufbauschule in den südlichen Bezirken des Landes um ein Jahr zu verschieben, in einer Entschließung an die Zentrumsfraktion zurückgewiesen.[508] Am 24. April 1922 begann das erste Schuljahr an der Aufbauschule in Vechta, die 1944 mit der letzten Reifeprüfung schloß. Die Aufbauschule, die neben dem Antonianum, der Liebfrauenschule und dem Internatsgymnasium St. Joseph in Füchtel die vierte höhere Lehranstalt in Vechta war, bot jedem 14jährigen Volksschüler die Möglichkeit, nach sechsjähriger Schulzeit das Abiturzeugnis zu erlangen.[509]

Der Abbau von Lehrerseminaren und die Einrichtung von Aufbauschulen lag auf der schulpolitischen Linie des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg. In ihrer Argumentation stützte sich die Katholische Schulzeitung auf die Bestimmung, die die Reichsverfassung für die Lehrerbildung enthielt. Danach bestehe kein Zweifel daran, daß "als erste Vorbedingung zu jeder höheren Bildung der erfolgreiche Besuch einer zur Hochschulreife

---

[507] DENIS, Johannes: Aus dem Landtage. Abbau der Seminare und Errichtung von Aufbauschulen, IN: Katholische Schulzeitung Jg. 14, Nr. 4, 1.4.1922, S. 22. Zusatzanträge zur Regierungsvorlage, die eine Verzögerung der Errichtung einer Aufbauschule im Süden des Landes um ein Jahr und die Prüfung, ob Friesoythe als Standort für diese Schule in Frage komme, vorsahen, wurden auf der entscheidenden Landtagssitzung am 9. März 1922 vom Zentrum abgelehnt. Der Vechtaer Landtagsabgeordnete Denis sprach sich entschieden gegen diese Vorlage aus, weil er als Vertreter der Stadt Vechta auch "der Stimmung der hiesigen Bevölkerung hinsichtlich der Ortsfrage Ausdruck geben" müsse.

[508] Katholische Schulzeitung Jg. 14, Nr. 4, 1.4.1922, S. 21. Das Gesuch des Vorstandes des Katholischen Lehrervereins vom 7. März 1922 hatte folgenden Wortlaut: "Der Kathol. Lehrerverein ersucht auf Grund seiner auf allen Hauptversammlungen angenommenen Forderung, daß die Lehrerbildung entsprechend Art. 143 der Reichsverfassung durchgeführt wird, die Zentrumsfraktion wolle dafür eintreten, daß schon **Ostern d. Js.** mit dem Abbau der Seminare begonnen und die Aufbauschule errichtet wird."

[509] MENKE, Aufbauschule, S. 139f.

führenden allgemein bildenden Lehranstalt" gehöre. Dieser Grundsatz solle nach der Reichsverfassung auch für die Volksschule gelten. Bei allen Verdiensten, die sich die bestehenden Seminare erworben hätten, habe sich "je länger je dringlicher" das Bedürfnis geltend gemacht, "die Lehrerbildung so umzuformen, daß die Allgemeinbildung von der Berufsbildung getrennt würde." Eine ausreichende Allgemeinbildung könne aber nur auf einer höheren Schule erworben werden. Zugleich mit dem Abbau der Lehrerseminare müsse in Oldenburg garantiert sein, "daß durch die Zulassung von Aufbauschulen als vollberechtigte höhere Lehranstalten ein genügender und geeigneter Nachwuchs an Volksschullehrern gesichert sei".[510] Mehrkosten würden durch die eingeleiteten Reformen der Lehrerbildung und die Errichtung von Aufbauschulen nicht entstehen.

Als Preußen durch die Errichtung Pädagogischer Akademien seit 1926 kulturpolitische Fakten schuf, richtete Oldenburg als "Not- und Übergangsmaßnahme" 1926 in Oldenburg und 1928 in Vechta auf dem Erlaßwege zwei konfessionell getrennte Pädagogische Lehrgänge ein und unterstellte diese unter Umgehung der Oberschulkollegien unmittelbar dem Ministerium der Kirchen und Schulen. Auch für die Zulassung der Bewerber waren die Oberschulkollegien nicht mehr zuständig. Es blieb ihnen vorbehalten, die Absolventen der Lehrgänge anzustellen. Die Weichen für die Einrichtung von Pädagogischen Lehrgängen wurden durch den Landtagsbeschluß vom 27. August 1925 gestellt, als mit einer Mehrheit von Zentrum und Landesblock (DVP/DNVP) beschlossen wurde, ab 1928 "den Ersatz an bodenständigen Volksschullehrern" sicherzustellen, wobei man unter "bodenständiger" Ausbildung generell die Ausbildung an einem Lehrerseminar und nicht an einer Universität verstand.

Nach Josef Zürliks Auffassung entkleideten "diese im Erlaßwege verfügten, dem Sinn des Schulgesetzes widersprechenden Maßnahmen" die Oberschul

[510] Katholische Schulzeitung Jg. 14, Nr. 2, 1.2.1922, S. 6. Ausführlich erläuterte die Katholische Schulzeitung die Aufbauschule. Unter dieser Schulform verstehe man eine verkürzte höhere Schule, die auf die Volksschule aufbaue und in 6jährigem Lehrgange zur Hochschulreife führe. Sie verfolge "das Ziel einer neuen Art höherer Schule, der sogenannten deutschen Oberschule", die im Gegensatz zu den bestehenden höheren Schulen nicht eine Fremdsprache, sondern "Deutschkunde" in den Mittelpunkt des Unterrichts stelle und sich somit "eng an das Bildungsgut und Bildungsziel der Volksschule" anschließe. Die Aufbauschulen dienten "in viel umfassenderer und vollkommenerer Weise als die Seminare dem Aufstieg fähiger Kinder aus den unteren Volksschichten", indem sie einen geraden Weg zur Hochschule und zu jeder Art höherer Bildung eröffneten.

kollegien ihrer wichtigsten Aufgabe in einem konfessionell gegliederten Schulsystem, nämlich der Auswahl und der Ausbildung der Volksschullehrer, und übertrugen diese Zuständigkeit auf die politische Zentralbehörde des Freistaates. Diese Entwicklung bewirkte "eine Aushöhlung der Zuständigkeiten der Oberschulkollegien" und "stellte den ersten Schritt auf dem Wege zur vollständigen Beseitigung dieser Behörden und zur Übertragung der gesamten Zuständigkeiten derselben auf das Ministerium dar".[511] Die schulpolitischen Befürchtungen des südoldenburgischen Katholizismus, die dieser seinerzeit in den Verfassungsberatungen artikuliert hatte, stellten sich in der oldenburgischen Verwaltungspraxis nach und nach ein. Der auf dem Verwaltungswege exekutierte schulpolitische Verfassungswandel wurde von den Fachministerien von Finckh und Cassebohm, denen seit 1925 auch der renommierte Zentrumspolitiker Dr. Franz Driver angehörte, mitgetragen. Angesichts der Reaktionen aus dem südoldenburgischen Katholizismus in der Gründungs- und Endphase des Freistaates Oldenburg überrascht es, daß die katholische Kirche diese Entwicklung duldete und nicht bekämpfte. Der Widerspruch blieb noch aus.

In der Beschlußfassung über die Einrichtung eines Pädagogischen Lehrgangs in Vechta traten die grundsätzlichen schulpolitischen Positionen der Parteien, auf der einen Seite der SPD und der DDP, auf der anderen Seite des Zentrums und des Landesblocks, wieder deutlich hervor. 1929 führte der Beschluß des Landtags, die bestehenden Pädagogischen Lehrgänge in eine ‘simultane’ Akademie zu überführen, dann doch zu einem erbitterten Schulkampf in Südoldenburg.

[511] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 134.

4. "Bellum justum" und der Friedensvertrag von Versailles

4.1. Einleitung

Die Idee der deutschen Nation entstand nicht urtümlich oder naturwüchsig aus der deutschen Geschichte und 'wuchs' nicht organisch-evolutionär in die politische Gegenwart der Weimarer Republik hinein, sondern war ein politisches Konzept, das als Antwort auf die Diskontinuitäten moderner deutscher Geschichte im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert gedacht war: auf die Strukturen einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft, die sich im permanenten sozioökonomischen Wandel befindet, auf die Phänomene moderner Massenkultur, die gebrochen hat mit dem vormodernen - und in gewisser Hinsicht ahistorischen - ORDO-Denken und einer hierarchisch geordneten Gesellschaft mit einem von Sinn erfüllten Ablauf der Zeit; dieser Sinn war zumeist ein religiöser Sinn gewesen. Als solche transferierten die konservativen Klassen und Eliten des untergegangenen Bismarck-Reiches die Idee der deutschen Nation in die politischen Kämpfe der Weimarer Republik und nahmen den Abnutzungseffekt, den das demokratische Selbstbewußtsein mit den Jahren dadurch zusehends erlitt, billigend oder gar fördernd in Kauf. Diese Haltung politischer Desintegration zu Lasten demokratischer Systeme mit Hilfe des Begriffs der "Nation" darf im vorliegenden historischen Kontext als Nationalismus verstanden werden.[512] An diesem deutschen Nationa

[512] Der historische Übergang der europäischen Agrargesellschaft in das Zeitalter des Industrialismus ist auch von der Entstehung nationalistischen Denkens begleitet. Ernest Gellner betont, daß "der Nationalismus tatsächlich auf die industrielle Organisation der Gesellschaft zurückgeht", in ihm aber "doch nicht die einzige Auswirkung der Einführung dieser neuen Gesellschaftsform" zu sehen ist. Über den Zusammenhang zwischen Nationalismus und Moderne stellt er fest, daß der Nationalismus "keine sehr tiefen Wurzeln in der menschlichen Psyche" hat und seine Entstehungsbedingungen "in den charakteristischen strukturellen Anforderungen der Industriegesellschaft" zu suchen sind: "Diese Bewegung ist weder ein Produkt ideologischer Verwirrungen noch eine Frucht emotionaler Exzesse. Obwohl ihre Anhänger im allgemeinen - ja fast ausnahmslos - nicht verstehen, was sie tun, ist der Nationalismus nichtsdestoweniger die äußere Manifestation einer tiefgreifenden Anpassung im Verhältnis zwischen Staatswesen und Kultur, die ziemlich unvermeidlich ist." Eine "historisch kontingente" Vorstellung von der Nation erkennt in Nationen "Artefakte menschlicher Überzeugungen, Loyalitäten und Solidaritätsbeziehungen", eine bestimmte Kategorie von Personen, die durch die wechselseitige Anerkennung von Rechten und Pflichten, "die sie ihrer gemeinsamen Mitgliedschaft verdanken", zur Nation werden. Nationalismus ist aus dieser theoretischen Sicht "in Wirklichkeit die Konsequenz einer neuen Form der sozialen Organisation" und nicht "das Erwachen einer uralten, latenten, schlafenden Kraft, wenn er sich auch gerne so darstellt". Er bedeutet "im Gegenteil die Kristallisierung neuer Einheiten, die für die nun vorherrschenden Verhältnisse geeignet sind, wenn dabei auch zugegebenermaßen als Rohstoff das kulturelle, historische und andere Erbe

lismus hatte der politische Katholizismus zwischen 1918 und 1933 seinen spezifischen Anteil, insofern er die "Reaktion einer von gesellschaftlichem Normverlust weniger erfaßten Bevölkerungsminderheit auf den Herrschaftsanspruch des aggressiv auftretenden Liberalismus" darstellte.[513] In den kritischen Prozessen politischer Desintegration in den Jahren der Weimarer Republik erlangte die Nation als politisches Modell eine außergewöhnliche Anziehungskraft. Sie trat als eine "vorgestellte politische Gemeinschaft" auf, "weil sie, unabhängig von realer Ungleichheit und Ausbeutung, als 'kameradschaftlicher' Verbund von Gleichen" verstanden wurde, als eine "Brüderlichkeit, die es in den letzten zwei Jahrhunderten möglich gemacht hat, daß Millionen von Menschen für so begrenzte Vorstellungen weniger getötet haben als vielmehr bereitwillig gestorben sind".[514] Nicht in erster Linie der historische Nationalstaat des 19. Jahrhunderts, wohl aber die politische Chimäre der deutschen Nation beflügelte das antidemokratische Denken in der Weimarer Republik. Sie entstand in Westeuropa im 18. Jahrhundert aus dem Verlust metaphysischer Gewißheiten, der aufgrund ökonomischer Veränderungen, sozialer Brüche und naturwissenschaftlicher Fortschritte und der Entwicklung neuer Kommunikationssysteme "einen Keil zwischen Kosmologie und Geschichte" trieb. Damit hatte "die Suche nach einer neuen Möglichkeit, Sinn, Macht und Zeit sinnvoll miteinander zu verbinden", begonnen.[515]

---

der vornationalistischen Welt benutzt wird". Gellner definiert den Begriff der Nation mit der kurzen Formel: "Der Mensch macht die Nation." (GELLNER, Nationalismus, S. 16f., 57f., 64f., 76f.)

[513] SCHULZE, Nationalstaat, S. 55.

[514] ANDERSON, Nation, S. 17. Benedict Anderson spricht von einer politischen "Erfindung der Nation" und nennt sie "eine vorgestellte politische Gemeinschaft - vorgestellt als begrenzt und souverän". Als "vorgestellt" bezeichnet er sie deswegen, "weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation die meisten anderen niemals kennen, ihnen begegnen oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines jeden die Vorstellung einer Gemeinschaft existiert". Als "begrenzt vorgestellt" betrachtet er die Nation aus dem Grunde, "weil selbst die größte von ihnen mit vielleicht einer Milliarde Menschen in genau bestimmten, wenn auch variablen Grenzen lebt, jenseits derer andere Nationen liegen", und als souverän denkt er sie, "weil ihr Begriff in einer Zeit geboren wurde, als Aufklärung und Revolution die Legitimität der als von Gottes Gnaden gedachten hierarchisch-dynastischen Reiche zerstörten". Anderson sieht die Reife des Begriffs "Nation" in jenem "historischen Moment, als selbst die frommsten Anhänger jeglicher Universalreligion mit dem lebendigen Pluralismus solcher Religionen und dem Auseinandertreten von ontologischen Ansprüchen jeden Glaubens konfrontiert waren. Deshalb träumen Nationen davon, frei zu sein und dies unmittelbar - wenn auch unter Gott. Maßstab und Symbol dieser Freiheit ist der souveräne Staat." (ANDERSON, Nation, S. 15ff.)

[515] ANDERSON, Nation, S. 42f. Anderson datiert den Aufstieg des Nationalismus in Westeuropa auf das 18. Jahrhundert, als "die Abenddämmerung religiöser Denkweisen" einsetzte: "Das Jahrhundert der Aufklärung, des rationalistischen Säkularismus, brachte auch seine eigene,

Diese Suche war in der Geschichte des Deutschen Kaiserreiches nicht zur Ruhe gekommen und wurde nach 1918 in vollem Umfang wieder aufgenommen.

Erst infolge der Revolution setzte in Deutschland eine Diskussion über die Verantwortung kaiserlicher Politiker und Militärs am Ausbruch und an der Führung des Ersten Weltkrieges ein. Die Impulse, die zur Klärung dieser Frage von den revolutionären bzw. republikanischen Kräften ausgingen, blieben jedoch schwach und wurden durch die unmittelbar nach Ausbruch der Revolution einsetzende Dolchstoßagitation der extremen Rechten überschattet. Die Aufarbeitung der Kriegsverantwortung mit den Mitteln der politischen Justiz gehörte, soweit sie von demokratischen Kräften ausging, nicht zu den Grundproblemen im Herbst 1918, sondern stellte "die Antwort der neuen republikanischen Machtträger auf das ‘Dolchstoßtreiben’ all

---

moderne Dunkelheit mit sich. Mit dem Verfall der Religiosität verschwand das Leid, in das der Glaube eine Ordnung gebracht hatte, keineswegs. Der Zusammenbruch des Paradieses macht den Tod willkürlich und überführt jeden Erlösungsgedanken der Absurdität. Notwendig wurde somit eine Umwandlung des Unausweichlichen in Kontinuität, der Kontingenz zu Sinn." Dazu seien nur wenige Dinge "geeigneter als die Idee der Nation", die "immer aus unvordenklicher Vergangenheit" komme und - "noch wichtiger" - in "eine grenzenlose Zukunft" schreite. (ANDERSON, Nation, S. 20) Wie die politische Idee der Nation entstand auch der historische Nationalstaat aus dem Wandel von der Agrargesellschaft zur modernen Massenzivilisation seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. Der "gesamte europäische Transformationsprozeß von der ständisch-agrarischen Gesellschaft Alt-Europas zur modernen Massendemokratie des 20. Jahrhunderts", der nicht kontinuierlich verlief, führte zu revolutionären Krisen, "in denen die Reibungen und Widersprüche der säkularen Umwälzung Europas gipfelten". Keine staatliche Ordnung war "auf die Dauer imstande, mit der in unterschiedliche Glaubens- und Weltanschauungsgemeinschaften zerfallenen Gesellschaft in Frieden zu leben, wenn sie sich nicht als fähig erwies, eine Vielzahl auch gegensätzlicher Ideologien einzubinden". Dem Nationalstaat fiel die historische Aufagbe zu, "die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen der Nation möglichst total zu erfassen" und ein staatliches Gewaltmonopol durchzusetzen. Die europäischen Umwälzungen wurden auch als Legitimationskrisen empfunden, die von Prozessen der Dechristianisierung großer Teile Westeuropas seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts begleitet waren. (SCHULZE, Nationalstaat, S. 53ff.) Der Nationalstaat konnte unter den historischen Bedingungen des 19. Jahrhunderts mit der Idee der Nation vorübergehend neue politische Loyalitäten und gesellschaftliche Kontingenz-Modelle stiften. Bismarck notierte in der Denkschrift vom 10. November 1887, die für eine Unterredung des Kaisers mit dem russischen Zaren bestimmt war: "In der Politik haben wir ebensosehr mit den Parteien wie mit den Nationen zu rechnen. Der Kampf geht heute nicht so sehr zwischen Russen, Deutschen, Italienern, Franzosen wie zwischen der Revolution und der Monarchie. Die Revolution hat Frankreich erobert, England berührt; sie ist stark in Italien und Spanien. Nur die drei Kaiserreiche vermögen ihr Widerstand zu leisten. Das republikanische Frankreich bedroht in erster Linie Deutschland. Wenn es siegreich wäre, würde sein Sieg die demokratische und republikanische Partei in Deutschland stärken." (GÖRTEMAKER, Deutschland, S. 266f.)

deutsch-nationalistischer Kreise" dar.[516] Diese Situation änderte sich grundlegend im Frühjahr 1919. Die am 7. Mai 1919 übergebenen alliierten Friedensbedingungen, in denen die Kriegsverantwortung Deutschlands vertraglich festgeschrieben wurde, veränderten diese Ausgangslage radikal. Eine von der "Reichszentrale für Heimatdienst" in Zusammenarbeit mit verschiedenen Reichsministerien gesteuerte Kampagne schürte die öffentliche Erregung "durch eine gezielt emotionalisierende Herausstellung der alliierten Kriegsschuldanklagen". Mit der offiziell verkündeten Parole des "Unerfüllbar" suggerierte die Agitation in der deutschen Bevölkerung "einen Entscheidungsspielraum in bezug auf die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages, der in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden war".[517] Einen weiteren Anstoß erhielt die öffentliche Entrüstung über "die alliierte Kriegsschuldanklage, die in Deutschland als Rechtsbasis des Friedens empfunden wurde", durch die Veröffentlichung der Reparationslasten im Januar 1921. Dadurch rückte die Debatte um die Kriegsschuldfrage erneut "von der Peripherie des politischen Interesses in das Zentrum der offiziellen und offiziösen Äußerungen".[518] Aus der Sicht der Siegermächte nahm die Behandlung der Kriegsschuldfrage durch Parteien, Regierung und politische Öffentlichkeit im Deutschen Reich im Frühjahr 1919 immer stärker den Charakter einer ‘Probe aufs Exempel’ für die innere Wandlung Deutschlands an.[519]

Damit waren die außenpolitischen Voraussetzungen für die regierungsamtlich initiierte und geförderte Exkulpierung der wilhelminischen Machteliten und für die Konstituierung einer "Revisionsbewegung" geschaffen, die "das Verständnis für das Recht Deutschlands auf eine grundlegende Revision des Versailler Vertrages weltweit herbeizwingen" sollte.[520] Die Wiederlegung der im Friedensvertrag enthaltenen alliierten Kriegsschuldthese "sollte nach innen wie nach außen die moralisch-sittliche Berechtigung deutscher Revisionspolitik deutlich" machen. Rückblickend trug die "Unschuldskampagne" und "die Verteidigung der Bismarckschen Lösung" auch maßgeblich "zur Überhöhung und Überbewertung des Deutschen Kaiserreiches bei, während sie das ohnehin nicht sehr stark ausgebildete politische Selbstbewußtsein der Republik, daher auch den Weimarer Staat selber, zusätzlich erschütterte".[521]

---

[516] HEINEMANN, Niederlage, S. 28.
[517] Ebd., S. 37ff., Zitate: S. 37, 43.
[518] Ebd., S. 62f.
[519] Ebd., S. 37.
[520] Ebd., S. 255.
[521] JÄGER, Forschung, S. 44f.

Die These, nach der die deutsche Kriegsschuld- wie die Revisionspropaganda aus einem "gleichsam naturwüchsigen Bestreben aller innenpolitischen Richtungen erwuchs", der Befreiung Deutschlands zum Siege zu verhelfen, stellt sich als "eine von interessierter Seite verbreitete Legende" heraus.[522] Um den revisionspolitischen Zielen der deutschen Außenpolitik Nachdruck zu verleihen, waren die Träger der deutschen Außenpolitik aus durchaus rationalen Motiven darum bemüht, die Anti-Versailles Stimmung des Jahres 1919 aufrechtzuerhalten und sie unter Umständen politisch zu mobilisieren.[523] Dieser Aufgabe nahm sich besonders der "Arbeitsausschuß Deutscher Verbände" (ADV) an, der im April 1921 unter der Regie des Auswärtigen Amtes gegründet wurde. Er entwickelte sich in den 1920er Jahren zur eigentlichen "Frontorganisation" der deutschen Kriegsschuld- und Revisionspropaganda im In- und Ausland. Das agitatorische Stereotyp der 'Überparteilichkeit' änderte nichts "an den einseitig apologetischen Propagandainhalten und der stark rechtslastigen Organisationsstruktur" der Organisation.[524]

Die deutsche Kriegsschuldfrage und die mit ihr einhergehende Tabuisierung der deutschen Vorkriegspolitik stellten "eine der Geschäftsbedingungen für den neuen Herrschaftskompromiß" dar, "der sich um die Jahreswende 1918/19 zwischen den alten Machtträgern in Militär, Wirtschaft und Verwaltung und den gemäßigt republikanischen Kräften herauskristallisierte". Daraus erwuchs das Interesse jeder beteiligten Gruppe an der Aufrechterhaltung der Legende vom Verteidigungskrieg des Reiches im Sommer 1914.[525] Daß die Dolchstoßthese der nationalistischen Rechten seit 1924 an Propagandawirkung verlor, ist weniger auf den Erfolg wissenschaftlicher, juristischer oder politischer Aufklärungsbemühungen zurückzuführen als vielmehr auf die innere und äußere Konsolidierung der Weimarer Republik. Aber selbst in Zeiten innenpolitischer Normalisierungen brachen alte Frontstellungen in unvermittelter Härte wieder auf. Dabei wurde der Sozialdemokratie "die Verantwortung für den Ausbruch der Revolution und damit für die Weltkriegsniederlage angelastet, da sie ihre Anhänger nicht besser unter

---

[522] HEINEMANN, Niederlage, S. 71.
[523] Ebd., S. 238.
[524] HEINEMANN, Niederlage, S. 139. Von 1918 bis 1937 führte das Auswärtige Amt "eine breit angelegte Propagandaoffensive gegen den Versailler 'Schmachfrieden'", mit der vor allem das Kriegsschuldreferat betraut wurde. (JÄGER, Forschung, S. 46ff.)
[525] HEINEMANN, Niederlage, S. 47.

Kontrolle gehalten und im nationalen Sinn geführt habe".[526] Daß der Versuch, die nationale Entrüstung über den Friedensvertrag von staatlicher Seite zu konservieren, schließlich der "Nationalen Opposition" in die Hände spielte, war zwar nicht beabsichtigt, ergab sich aber fast zwangsläufig aus der spezifischen Vergangenheitsorientierung des deutschen Revisionismus.[527] Die lautstarke Anti-Versailles-Kampagne, die auch der Besänftigung und Beruhigung der Rechtsparteien dienen sollte, scheiterte und wurde zum national akzeptierten Alibi für den Kampf der nationalen Rechten "gegen die bestehende demokratische Ordnung und den Weimarer Staat, der es angeblich versäumte, die Deutschen vom dem 'Schmachfrieden' zu befreien". Aus diesem Grunde bildete "die psychische Abwehrhaltung, die innere Verweigerung des Friedensvertrages durch nahezu alle Deutschen eine Wurzel für den Aufstieg des Nationalsozialismus beziehungsweise für das Scheitern der Republik".[528]

Die Haltung der demokratischen Parteien zum deutschen Kriegsschuldsyndrom war unterschiedlich. Während die deutsche Sozialdemokratie auf den ersten Blick einen größeren Abstand zur Kriegsschuldfrage als die anderen demokratischen Parteien wahrte, gab es im Zentrum vereinzelte Stimmen, "die auf die Gefahren hinwiesen, die der republikanischen Ordnung durch eine überzogene Kriegsschuldagitation erwachsen konnten". Aber in den Grundströmungen des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik hielt sich hartnäckig das Bewußtsein, Opfer eines eklatanten politischen Unrechts geworden zu sein.[529] Im Nationalsozialismus verschmolzen der politische Irrationalismus der Kriegsschuld- und Revisionspropaganda und "zweckrationale innenpolitische Instrumentalisierungsabsichten" zu einer untrennbaren Einheit. Vertreter des Neokonservatismus und des Nationalsozialismus verweigerten sich "jeglicher auch nur annähernd rationalen Beschäftigung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit". In der deutschen "Flucht in den Mythos" manifestierten sich auch existentielle Bedürfnisse und Sehnsüchte, die "das Dilemma autoritärer Menschen in einer für sie

[526] Ebd., S. 190f.
[527] Ebd., S. 227.
[528] JÄGER, Forschung, S. 63.
[529] HEINEMANN, Niederlage, S. 243. Zur Haltung der deutschen Sozialdemokratie merkt Heinemann kritisch an, daß angesichts der "nationalistischen Psychose", die in der Endphase der Republik auch bei vielen sozialdemokratischen Führern und im Umkreis der Freien Gewerkschaften Platz gegriffen hatte, "an eine nüchtern-kritische Behandlung des Kriegsschuldproblems nicht mehr zu denken" war. (S. 248)

autoritätslosen Zeit" anschaulich zum Ausdruck brachten. Die Realitätsverleugnung wurde nicht nur zu "einem der tragenden politischen Prinzipien des neokonservativ-nationalsozialistischen Spektrums", sondern behauptete sich auch hartnäckig in konservativ-nationalen Gruppierungen, die um ihrer inneren Einheit und Geschlossenheit willen in der Kriegsniederlage nichts anderes sehen wollten als die demütigende Zerstörung berechtigter nationaler Hoffnungen. An der Anti-Versailles-Kampagne hatten die Zentrumspartei und die überwiegende Mehrheit des politischen Katholizismus in Deutschland ihren eigenen Anteil.[530]

Es bestand nach Rudolf Morsey kein Zweifel daran, daß die Zentrumspartei aufgrund ihrer konstruktiven Stellungnahme zur Friedensfrage von den Rechtsparteien scharf angegriffen würde. Eine Brücke zur Annahme des Friedensvertrages bildete überhaupt nur eine durch Vermittlung von Zentrumsabgeordneten zustande gekommene Erklärung der Rechtsparteien, die "vaterländischen Gründe" der Abgeordneten anzuerkennen, die sich für die Annahme des Vertrages aussprachen. Als die Nationalversammlung am 23. Juni 1919 mit großer Mehrheit das Kabinett Bauer ermächtigte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, befand sich unter der Minderheit, die den Vertrag ablehnte, etwa die Hälfte der Zentrumsabgeordneten. In der Debatte über die Ratifizierung des Vertrages am 9. Juli 1919 erklärte der Zentrumsabgeordnete Peter Spahn, "die Zustimmung seiner Fraktion geschehe nicht aus freiem Willen und innerer Überzeugung, sondern lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es keinen anderen Weg gäbe, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren".[531] Der Spagat der Zentrumsfraktion in der Behandlung des Versailler Vertrages, die Annahme des Friedensvertrages bei gleichzeitiger Verurteilung des Gewaltfriedens aus nationalen Beweggründen, zahlte sich für das Zentrum politisch nicht aus. Seine Abgeordneten nahmen für sich in Anspruch, eine nationale Pflicht erfüllt und die Einheit des Reiches gewahrt zu haben. Diese Hoffnungen erwiesen sich bald als illusorisch, nicht nur aus außenpolitischen Gründen und Umständen. Daraus ergaben sich Forderungen nach einer dringenden Revision des Vertrages und seine pauschale Verurteilung als "Gewalt-" und "Schmachfrieden", dem in späteren Jahren "die Schuld für das deutsche Elend der Gegenwart" zugeschrieben wurde. Aus dieser Einstellung heraus fühlten sich die Vertreter des

[530] HEINEMANN, Niederlage, S. 251.
[531] MORSEY, Zentrumspartei, S. 187ff.

politischen Katholizismus in Deutschland "innerlich nicht an den Vertrag gebunden".[532] Auch im oldenburgischen Katholizismus überwog bald die Verurteilung des "Gewaltfriedens" und verstellte den Blick für die in ihm enthaltenen Gestaltungsmöglichkeiten deutscher Außenpolitik. Die nationalistische Kampagne gegen "Versailles", die in den 1920er Jahren weitgehend auch die Zentrumsagitation bestimmte, geriet zu einer enervierenden Debatte um die deutsche Kriegsschuldfrage und führte zu einer "nationalen Eintrübung" der politischen Kultur in der Weimarer Republik. Der Kampf gegen "Versailles" gehörte zur Normalität der politischen Kultur in der Weimarer Republik und stand im Dienst nationaler Traditionsbewahrung, die der nationalistischen, bald auch der nationalsozialistischen Agitation fruchtbaren Boden bereitete.[533] Diese Kampagnen wurden vom politischen Katholizismus in Deutschland weitgehend mitgetragen. Die Tendenzen stimmten überein.

Die Nachrichten von den Pariser Vorortverhandlungen trafen im deutschen Katholizismus auf ein nationales Selbstverständnis, das - wie die Kundgebungen der katholischen Bischöfe zeigten - für die politischen Fragen nach der deutschen Kriegsschuld und -verantwortung keine Sensibilität entwickelt hatte und offen war für die nationale Legendenbildung. Die Tabuisierung der Kriegsschuldfrage lähmte in den gemäßigten Parteien die Debatte über die politischen Ursachen für den Kriegsausbruch und überließ den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages der antirepublikanischen Agitation der nationalen Rechten und später der politischen Technokratie der NS-Bewegung. Heinrich-August Winkler ordnet die Auseinandersetzung über den Versailler Vertrag in die Geschichte des deutschen Nachkriegsnationalismus ein und relativiert damit die politische Bedeutung des "Schmachfriedens" für den Niedergang der Weimarer Republik. Die Radikalisierung des deutschen Nationalismus nach dem Ersten Weltkrieg lasse sich nicht einfach aus der militärischen Niederlage und der Härte des Vertrags von Versailles erklären. Entscheidend sei gewesen, "daß sowohl die deutsche Verantwortung für die Auslösung des Krieges als auch die Politik Deutschlands während des Krie

[532] Ebd., S. 192ff.

[533] JÄGER, Forschung, S. 68. Den "Traditionskritikern" war eine wesentlich geringere Resonanz beschieden, denn "weder von Historikern, die nach Alternativen zu den damals vorherrschenden Formen der Geschichtsschreibung suchten, noch von den pazifistischen Gegnern der 'Unschuldskampagne' ging damals eine größere Wirkung auf das historisch-politische Denken ihrer Zeit und Umgebung aus". Das politische Klima nationaler Entrüstung war so emotionalisiert, daß beide Gruppierungen "durch ihre Kritik am wilhelminischen Deutschland und ihre - wenn auch sehr unterschiedlich ausgeprägten - Schuldthesen notgedrungen in die politische und gesellschaftliche Isolierung" gerieten. (S. 104f.)

ges nicht kritisch aufgearbeitet, sondern aus dem Bewußtsein verdrängt wurden". Diese "kollektive Verdrängung" habe den Nährboden für das rasche Erstarken einer militanten Revanchestimmung gegeben. Der radikale Nationalismus habe aber auch innere Funktionen erfüllt, vor allem im "Kampf gegen die marxistische Linke", der die nationale Rechte aller Schattierungen seit 1918 die Schuld an der Kriegsniederlage zugewiesen habe. Der Nationalismus sei in der Weimarer Republik "der kleinste gemeinsame Nenner" gewesen, "auf den sich die sozialpsychologischen Bedürfnisse der von den Nationalsozialisten umworbenen Schichten bringen ließen".[534]

In augenfälliger Analogie zu den innenpolitischen Kontinuitäten erfolgte in der außenpolitischen Konzeption nach 1918 kein "scharfer Bruch mit den Anschauungen der Vergangenheit" und "ermangelte es weitgehend", wie Peter Grupp formuliert, "einer ernsthaften geistigen Auseinandersetzung mit der zu Ende gegangenen Epoche", was sich besonders in der Debatte der Kriegsschuldfrage zeigte.[535] Maßgebend für die deutsche Außenpolitik nach 1918 blieben die Kategorien nationalstaatlichen Denkens, wie sie unter den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen des 19. Jahrhunderts entwikkelt worden waren. Grupp stellt vor diesem Hintergrund für 1919 einen umfassenden Prozeß politischer Desillusionierung fest, der auch in Südoldenburg zu beobachten war. Das Jahr 1919 habe sich als eine harte "Schule der Realitäten" erwiesen. Nach und nach sei deutlich geworden, "wie gravierend der Sturz im Herbst 1918 tatsächlich gewesen war. Ein Jahr hatte es gedauert, bis alle Illusionen zerstoben waren." Zum eigentlichen Schaden für die Zukunft habe sich aber ausgewirkt, "daß die deutsche politische Führung zu keiner rechtzeitigen realistischen Analyse der wirklichen Lage fähig gewesen ist, daß Illusionen und übersteigerte Erwartungen in der Bevölkerung geweckt worden sind".[536]

4.2. Der Kampf um den Friedensvertrag von Versailles

Der "Willkommensgruß" der deutschen Erzbischöfe und Bischöfe, der am ersten Adventssonntag 1918 in allen Kirchen verlesen wurde, sprach den "heimkehrenden katholischen Kriegern" eine generelle politische Amnestie

[534] WINKLER, Nationalismus, S. 13.
[535] GRUPP, Waffenstillstand, S. 288.
[536] GRUPP, Waffenstillstand, S. 302.

aus und leistete dem Mythos des im Felde unbesiegten deutschen Soldaten Vorschub, wenn er im ungebrochenen nationalen Pathos erklärte:

> "Ihr kehrt heim. Nicht als Besiegte! Mehr als vier Jahre hindurch, auf hundert Schlachtfeldern und in tausend Kämpfen habt ihr euere Treue gegen das Vaterland und euere Tapferkeit gegenüber einer Welt von Feinden glorreich bewiesen. Ihr mußtet der Uebermacht weichen. Das ist für euch keine Schande und keine Ehre für die, die euch durch ihre vielfache Ueberzahl zum Rückzug zwangen. Euer Heldenschild ist blank, euere Ehre unversehrt; kommende Geschlechter werden euere Taten und euere Tapferkeit verherrlichen."

Die deutschen Bischöfe räumten ein, daß sich die Hoffnungen des deutschen Volkes und seiner Soldaten nicht erfüllt hätten und Gott es "in seinem unerforschlichen Ratschlusse" anders beschlossen habe. Mit dem Wort vom aufgezwungenen deutschen Verteidigungskrieg strebten sie eine moralische Apologie des Krieges an und leisteten keinen Beitrag zur politischen Bewältigung der jüngsten deutschen Vergangenheit. Als Verteidigungskrieg erhielt der Erste Weltkrieg nachträglich den moralischen Rang eines "bellum iustum" und wurde damit zum Werkzeug einer historischen Theodizee deklariert, die sich in der politischen Zukunft erfüllen sollte:

> "Ihr kehrt heim. Nicht so, wie wir alle gehofft, als ihr hochgemut auszoget zu dem blutigen Werke der Verteidigung des Vaterlandes. Unsere Hoffnungen haben sich nicht verwirklicht. Gott hat es anders beschlossen in seinem unerforschlichen Ratschlusse. [...] Beugen wir unser Haupt vor dem ewigen Lenker aller Geschicke. Er bleibt unsere Zuflucht und unser Helfer; er wird uns herausführen aus der Trübsal zur rechten Zeit, wenn wir ihm treu bleiben."[537]

Der große Krieg wurde in der politischen Kundgebung der deutschen Bischöfe nationalistisch verklärt und moralisch vor Gott verantwortet, dessen Ratschluß der Mensch erst im nachhinein entschlüsseln kann, und nicht politisch vor der deutschen Öffentlichkeit. So verhielt es sich auch in der katholischen Provinz. Der Katholische Lehrerverein, der im Weltkrieg 53 Gefallene zu beklagen hatte, hieß die heimkehrenden Soldaten zu Beginn des neuen Jahres 1919 wieder in seinen Reihen willkommen und sah sie als Opfer eines "tragischen Schicksals":

> "Ein tragisches Schicksal hat unsere braven Soldaten nach einem in der Weltgeschichte nie geschehenen Siegeslauf um alle Früchte ihrer glänzenden Waffentaten gebracht. Schweres ist über unser Vaterland hereingebrochen, eine Zeit tiefer wirtschaft

[537] OV vom 5.12.1918: Für Münster ist der Aufruf unterzeichnet von Bischof Johannes Poggenburg.

licher und sozialer Not. [...] Tieferschüttert treten wir beim Jahres= und Kriegsende im Geiste an das Heldengrab so mancher wackeren Lehrer und Lehrersöhne, die im jugendlichen Alter ihre glühende Vaterlandsliebe mit ihrem Herzblute besiegelten und von denen die meisten in fremder Erde zur ewigen Ruhe gebettet sind. Auch übers Grab hinaus gilt ihnen unser Gruß und Dank. Schlaft wohl, Ihr lieben Kollegen und Ihr Heldenjünglinge! Auf Wiedersehn in einer andern, bessern Welt."[538]

Als die Alliierten am 7. Mai 1919 in Versailles die Friedensbedingungen an die deutsche Delegation übergaben, erschien die nächste Ausgabe der "Katholischen Schulzeitung" mit einer Titelseite, die "wegen der Teilung und Not Deutschlands" einen Trauerrand trug. Unter dem Titel "Deutschlands Dämmerung" gab sie jenen politischen Tenor vor, der die Auseinandersetzung mit dem Vertragswerk auch in Südoldenburg beherrschen sollte:

"Nun kommt sie heran, unsere Schicksalsstunde. Wir haben unser Urteil vernommen, den Hohn auf alle Gerechtigkeit, Treu und Glauben. Von höllischen Geistern gehetzt, überschritten wir die Schwelle dieses Jahres, jetzt sehen wir uns vor einem Zeitabschnitt der Geschichte, der eine Deutschland=Dämmerung einleitet. Das Heidentum wird furchtbar übertrumpft. Ein ganzes Volk soll gekreuzigt werden.
Die Geschichte hat hart geurteilt. Auch gerecht? Ein tränenloses Weinen geht durch die großen Reihen der Unschuldigen, die willig alles an Gut, Mut und Blut zur Rettung des Vaterlandes opferten, denen sein Unglück das Herz bricht. Des Volkes Geschichte ist leider auch ihre Geschichte. Sie versinken in der Gemeinschaft. Und unsere Feinde - waren sie wirklich des Sieges würdiger als wir? Niemals!! Aber auch uns kann niemand davon freisprechen, daß wir unsere Ideale selbst vernichtet haben. Nur in den Gluten der Trübsal können wir von allen Schlacken gereinigt werden."[539]

Welche historischen Aufgaben dem deutschen Volke aus dieser politischen Vergangenheit, die als Teil einer chiffrierten religiösen Heilsgeschichte gedacht wurde, noch erwachsen würden, war in das Dunkel der Zukunft gehüllt. Diese Offenbarung zu lesen und zu deuten überforderte die politische Ge

---

[538] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 1, 1.1.1919, S. 1. In der Jubiläumsausgabe zum 50jährigen Bestehen des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg veröffentlichte die Katholische Schulzeitung eine "Ehrentafel", die die Namen der gefallenen Lehrer und Seminaristen und weitere Angaben zu ihrer letzten Anstellung, zu ihren militärischen Rängen und Ehrenzeichen enthielt. (Katholische Schulzeitung Jg. 18, Nr. 10, 1.10.1926, S. 92f.)

[539] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 6, 1.6.1919, S. 37. In einer Eingabe an die Reichsregierung sprach sich der Katholische Lehrerverein gegen die "Abtrennung deutscher Gebiete vom Vaterlande" aus und erhob "Protest gegen den Gewaltfrieden". Weitere Eingaben richteten sich an die Nationalversammlung wegen der Kürzung der Kriegsrenten und der "Stellung der Religion im deutschen Schul= und Erziehungswesen", an die preußische Regierung zwecks Erfüllung der "Schul= und Standesforderungen", an das Auswärtige Amt und den Hl. Vater "wegen der Ausnahmestellung und Entrechtung der deutschen Missionare", deren Tätigkeit in den deutschen Kolonien aufgrund des Versailler Vertrages gefährdet sei.

genwart und war kommenden Geschlechtern vorbehalten. Die Aufgabe der katholischen Lehrerschaft in der kritischen innen- und außenpolitischen Lage des Deutschen Reiches umschrieb der Aufruf in der Schulzeitung mit den Worten:

> "**Wir müssen kämpfen um die deutsche Seele.** Furchtbar wird der Ruf des getäuschten Volkes zu hören sein, wenn es wirklich unterginge und nachher seine berufenen Erzieher anklagte: 'Ihr habt uns versinken lassen.' Das klänge wie in den Sümpfen von Tannenberg. Das Rad in der Geschichte dreht sich nicht zurück. Gott redet in der Geschichte. Man kann besser sagen: 'Gott schweigt in den Tatsachen.' Gott hält keine Reden. Dieses Schweigen zu hören, ist unsere Pflicht. Ein unwiderbringliches Wort, all der tiefsten Schmerzen voll, heißt: 'Zu spät!'"[540]

Damit wurde das historische Erbe politisch zur Disposition gestellt, und es konnte sich zum Erbverwalter deutscher Geschichte erklären, wer sich so dazu berufen fühlte wie die nationale Rechte. Der politische Irrationalismus, der den Krieg wie in Nebel hüllte, war die Basis für den militanten Geist der Revanche, der den Aufstieg des Nationalsozialismus beflügelte. Aus der unbewältigten Vergangenheit schöpfte die NS-Ideologie die moralischen Energien für die Bewältigung der deutschen Zukunft, die nicht aus dem Bann des Ersten Weltkrieges entlassen werden durfte.

Die sich wie von selbst verstehende Entrüstung über dieses Vertragswerk, das als unverdientes Strafgericht der Geschichte aufgefaßt wurde, diente dem nationalen Konsens und überschritt politische, konfessionelle und soziale Grenzen. Der herrschende Irrationalismus, der die politische Analyse durch moralisch-religiöse Floskeln ersetzte, erfüllte auch die kirchlichen Zeremonien und öffentlichen Rituale zur Einweihung der zahlreichen Kriegerdenkmäler, die nach dem Weltkrieg in Südoldenburg errichtet wurden. Hier wuchs der katholischen Weltgeistlichkeit eine besondere politische Aufgabe zu, nämlich den verlorenen Krieg in eine moralisch-religiöse Folie zu kleiden und ihn gegen jeden politischen Vorwurf als "bellum iustum", als einen vor Gott gerechtfertigten Krieg, zu verteidigen. An den Kriegerdenkmälern war zu beobachten, daß Rhetorik die Ratio beherrschte und die in der Zeit zwischen Waffenstillstand und Versailler Vertrag aufgenommene politische Hypothek "der verhängnisvollen außenpolitischen Wende in der Spätphase der Weimarer Republik den geistigen Boden" bereitete.[541] Wie stark die "Rhetorik die Ratio dominiert(e)", zeigt die ungehemmte emotionale Reak

---

[540] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 6, 1.6.1919, S. 37.
[541] GRUPP, Waffenstillstand, S. 302.

tion des politischen Katholizismus auf die Bekanntgabe der endgültigen Friedensbedingungen am 7. Mai 1919, die eine tiefe nationale Depression auslösten. Nach der Annahme des Friedensvertrages durch die deutsche Nationalversammlung am 23. Juni 1919 und seine Unterzeichnung am 28. Juni 1919 in Versailles kehrte eine realistische Ernüchterung in die deutsche Nachkriegspolitik ein, die der Enttäuschung über das Scheitern einer rückwärtsgewandten, im nationalstaatlichen Denken des 19. Jahrhunderts befangenen außenpolitischen Illusion Platz machte. Zur konstruktiven politischen Bewältigung der europäischen Zeitenwende fehlte es auch in den katholischen Bevölkerungsschichten an der notwendigen Energie und Tapferkeit.

4.2.1. Religiöse Moralisierung der nationalen Frage: "Sklaverei, Hunger und Elend für uns und unsere Nachkommen"

Unmittelbar nach der Übergabe der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation am 7. Mai 1919 und ihrer Veröffentlichung setzte auch im katholischen Milieu Südoldenburgs eine Reaktion ein, die als kollektive Verdrängung auftrat und das Vertragswerk gegen die politische Linke in der Weimarer Republik instrumentalisierte. "Die Menschheit steht in einer Schicksalsstunde", hieß es in einem ersten Kommentar der Vechtaer OV nach der Veröffentlichung des Verhandlungsergebnisses, und "die Katholiken der ganzen Welt" wurden aufgerufen, "jetzt ihre Pflicht [zu] tun" und das "himmelschreiende Verbrechen" in letzter Minute noch abzuwenden.[542] Von Anfang an wurde das politische Ergebnis moralisch denunziert. Auf einer "Protestkundgebung gegen die Friedensbedingungen" am 18. Mai 1919 in Vechta, zu der das oldenburgische Zentrum aufgerufen hatte, stellte Reichsgerichtsrat Burlage in moderater Form die einzelnen Bestimmungen des Friedensvertrages vor und markierte den offenen Widerspruch zu den 14 Punkten Wilsons, auf die sich die deutsche Öffentlichkeit - allerdings zu spät - fixiert hatte. In der Frage nach der Kriegsschuld suchte Burlage einen Ausweg in der Trennung des deutschen Volkes von der deutschen Führung:

> "Warum sollten wir diese grausamen Bedingungen auf uns nehmen? Der Feind sage, das deutsche Volk habe die Schuld am Kriege. Aber das deutsche Volk habe den Krieg nicht gewollt, und Wilson habe doch gesagt, man müsse unterscheiden zwischen dem deutschen Volk und seinen Machthabern."

[542] OV vom 13.5.1919.

Die Versammlung in Vechta verabschiedete eine Resolution an die Reichsregierung und den Präsidenten der Nationalversammlung, die die Haltung des südoldenburgischen Katholizismus zu den Versailler Friedensbedingungen in prägnanter Weise zusammenfaßte:

> "Viele Hundert Frauen und Männer aus Stadt und Amt Vechta im Freistaat Oldenburg, heute zu einer machtvollen Kundgebung zusammen, erheben feierlichen Protest gegen die unerhörten Friedensbedingungen der Feinde. Im Vertrauen auf die 14 Punkte Wilsons, die uns einen Rechtsfrieden gewährleisteten, haben wir die Waffen niedergelegt. Jetzt will man uns den grausamen Gewaltfrieden aufzwingen, der uns Sklaverei, Hunger und Elend für uns und unsere Nachkommen bringt. Deutschlands Ehre ist das höchste und letzte Gut, das wir haben, dies wollen wir wahren! Deshalb protestieren wir gegen den Gewaltfrieden, der den Keim zu neuen Kriegen in sich birgt, und verlangen einmütig und entschlossen einen Frieden des Rechts und der Versöhnung, der unserem deutschen Vaterlande die Möglichkeit eines ehrenvollen Bestandes, uns und unseren Nachkommen ein erträgliches Dasein ermöglicht. In diesem Sinne stellen wir uns geschlossen hinter die Regierung und sagen: Die Bedingungen des Friedensvertragsentwurfs sind unerträglich, unerfüllbar und deshalb unannehmbar."[543]

Bei der Vechtaer Resolution, die nicht ohne Mitwirkung von Zentrumskreisen zustande gekommen sein dürfte, handelte es sich um eine maßvolle Kundgebung, die sich noch ganz in der außenpolitischen Emblematik der Vorkriegszeit bewegte und angesichts der Verantwortung des Zentrums in der Reichsregierung keine neuen innenpolitischen Gräben aufreißen wollte. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages am 28. Juni 1919 kehrte eine Resignation ein, die in der Weltkatastrophe des verlorenen Krieges und in dem Vertragswerk Gottes Willen und Fügung zu erkennen suchte. Die religiöse Interpretation sollte einen Ausweg aus der politischen Depression weisen und einer höheren Gerechtigkeit als der politischen, die sich im langen Atem der Geschichte offenbarte, das letzte Wort überlassen. Im Bewußtsein, daß Deutschland am Kriegsausbruch nicht schuld sei, erinnerte die Vechtaer OV an die Juli-Krise des Jahres 1914:

> "Denken wir zurück an die Zeit vor fünf Jahren, als die Würfel rollten, die über den Ausbruch des Weltbrandes entscheiden sollten. Dachte damals unser deutsches Volk an die Erweiterung seiner Macht, lebte in ihm Begehrlichkeit nach fremdem Hab und Gut, flammte in ihm Haß gegen irgend ein anderes Volk, nagte an ihm der Neid um den Wohlstand und das Glück irgend eines anderen Volkes? War nicht vielmehr die einzige Frage, die damals auf allen Lippen lag, nur die, ob Recht und Gerechtigkeit das

[543] OV vom 20.5.1919.

> Zusammenleben der Völker bestimmen, oder ob eine Blutmoral im Völkerleben zu Recht bestehen sollte?"[544]

Die moralisierende, auf verzweifelte Selbstrechtfertigung bedachte Rhetorik der Vechtaer OV lenkte von den realpolitischen Fakten der deutschen Vorkriegs- und Kriegsgeschichte bewußt ab und trug zur Bildung eines politischen Traumas bei, das in apokalyptischer Vision die Zukunft des deutschen Volkes vom guten Willen des "obersten Lenkers der Völker" abhängig machte. Die Regierungen der Staaten wurden als seine Werkzeuge angesehen, auch wenn ihnen ihre transzendente Bestimmung nicht bewußt war oder sie sie willentlich nicht befolgten. Die affirmative Rezeption jüngster deutscher Vergangenheit, die die Auseinandersetzung um die Kriegsschuldfrage entpolitisierte und ihr eine moralisch-religiöse Dimension verlieh, gipfelte in dem emphatischen Appell an das Einsehen göttlicher Vorsehung und zelebrierte einen pathetisch-religiösen Kult, der die Herzen wieder heben sollte:

> "Wir haben gewiß auch viel gefehlt, wir sind unseren ernsten Entschlüssen nicht immer treu geblieben, aber das Bewußtsein lebt in uns, daß wir das Recht auf unser Leben und unsere nationale Zukunft nicht verwirkt haben. So tief unser Fall auch ist, so hilflos und schwach und innerlich zerrissen und äußerlich gedemütigt wir auch sind, wir vertrauen auf unseren Gott und mit seiner Hilfe werden wir aus unserer Bedrängnis und Schmach wieder aufsteigen und dahin wirken, daß nicht die Gewalt die Welt regiert, sondern das Recht und die Gerechtigkeit."[545]

In der religiösen Allegorie, deren Nähe zum biblischen Auferstehungsglauben unverkennbar ist, fand der südoldenburgische Katholizismus seine Antwort auf die außenpolitische Herausforderung des Versailler Vertrages. Dabei wurde das genuin politische Ereignis "Krieg" religiös transzendiert, in den Rang einer moralischen Frage erhoben und damit einer rationalen realpolitischen Debatte entzogen. Die rhetorisch-theatralische Inszenierung des gerechten Verteidigungskrieges und des ungerechten "Schmachfriedens" stellte die eigentlichen politischen Fragen zur parteipolitischen Disposition und überließ sie schließlich der nationalen Opposition, die sie mit Erfolg gegen den Friedenswillen der Weimarer Republik zu instrumentalisieren verstand. Die Entpolitisierung der Fragen nach Kriegsschuld und -verantwortung und die Moralisierung des Versailler Friedensvertrages haben dem katholischen Milieu in Südoldenburg folgenschwere außenpolitische Irritationen erspart und zu seiner historischen Kontinuität erheblich beigetragen. Die

---

[544] OV vom 1.7.1919.
[545] Ebd.

moralisch-religiöse Interpretation deutscher Vergangenheit, wie sie die katholische Kirche überzeugend zur Verfügung stellte, half über die außenpolitische Aussichtslosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg hinweg. Solange die Geschichte in Gottes Hand ruhte, brauchte man an der Vergangenheit und seiner eigenen politischen Mission in Gegenwart und Zukunft nicht zu zweifeln. Die Antwort auf den verlorenen Krieg, der die große Abrechnung mit dem modernen Zeitgeist hatte sein sollen, war die Rechristianisierung der alten europäischen Welt, die der katholischen Kirche zu neuem Ansehen verhelfen und ihre Autorität in einer offenen Gesellschaft retten sollte.

Der Versailler Vertrag verletzte den deutschen Katholizismus in seiner nationalen Grundüberzeugung, einer gerechten Sache angehangen und in einem gerechten Krieg gekämpft zu haben. Die Bestimmungen des Vertrages im einzelnen, allen voran der Kriegsschuldartikel, erklärten ihrem moralischen Duktus nach den Krieg zu einem ungerechten Krieg, vom deutschen Militarismus ‘vom Zaun gebrochen’ und von einem imperialistischen Regime mit dem preußischen Monarchen an der Spitze unverantwortlich lange geführt. Damit konnten und wollten sich große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland nicht abfinden, weil sie sich zu Unrecht in ihrer nationalen Ehre gekränkt und gedemütigt sahen, und verlangten Wiedergutmachung. Dieses Verlangen wurde vielfach ins kollektive Unterbewußtsein abgedrängt und blieb unausgesprochen, verlor dadurch aber nicht an politischer Wirkung, die zunächst noch latent blieb.

4.2.2. Katholisches Rechristianisierungsprogramm: "Ich bin die Auferstehung und das Leben."

So sehr sich auch die Vechtaer OV nach der Ratifizierung des Vertrages am 23. Juni 1919 gegen die "alldeutschen Stimmen" wandte, "die es sich zur Aufgabe gemacht zu haben scheinen, den Friedenswillen des neuen Deutschland zu diskreditieren", und die Position von Außenminister Hermann Müller (SPD) unterstützte, so wenig konnte sie die Dynamik, die die unbewältigte Vergangenheit in sich barg, politisch kanalisieren und der nationalen Opposition als politische Speerspitze gegen die Weimarer Republik entreißen. Ein Schlüsseldokument in der Auseinandersetzung des politischen Katholizismus in Deutschland mit der Kriegsschuldfrage und dem Versailler Friedensvertrag ist das Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz vom 22. August 1919, das zu einem Zeitpunkt publiziert wurde, als die zentralen politischen

Entscheidungen über Annahme oder Ablehnung des Vertrages längst gefallen waren.

"Wir haben aufgehört, eine Großmacht zu sein, und müssen uns bescheiden in die untergeordnete Weltbedeutung finden, die dieser Friede uns zuweist", hieß es leitmotivisch in dem Hirtenbrief, der sich geistig ganz in der historischen Tradition des Wilhelminischen Zeitalters bewegte und dem deutschen Bild des ungerecht verlorenen, aber gerecht geführten Krieges uneingeschränkte Anerkennung zollte. Im verlorenen Krieg und dem ihm folgenden "Verarmungsfrieden" war nach den Worten der deutschen Bischöfe das Gericht Gottes zu erkennen, das der "Mammonsdienst" der materialistischen deutschen Vorkriegsgesellschaft auf sich herabgerufen hatte:

> "Wir waren so reich geworden und rühmten uns unseres nationalen Wohlstandes, unserer hochentwickelten Industrie, unseres ausgedehnten Welthandels, - aber glücklich sind wir dadurch nicht geworden. Der Ueberfluß hat unser Volk in Uebermut, der Reichtum es in Mammonsdienst hineingelockt. Die Kluft zwischen Reich und Arm hatte sich unheimlich vertieft. Der verfluchte Hunger nach Gold und Geld erstickte die Sorge für das Heil der Seele, wurde zu einer bösen Krankheit und zu einem Herd vieler anderer Krankheiten."[546]

Mit diesen Worten setzten die deutschen Bischöfe zur religiösen Deutung der politischen Weltkriegsgeschichte an und benutzten sie zur Rechtfertigung ihrer eigenen Position, die ihre moralische Überlegenheit in der deutschen Geschichte spät, aber nicht zu spät gezeigt hatte; noch war es Zeit, die Zeichen der Vorsehung zu erkennen und politisch umzukehren. Was sich in der unruhigen Gegenwart des Jahres 1919 ereignete, ließ allerdings große Zweifel daran aufkommen, ob man diesmal - unter demokratischen Verhältnissen - die Zeichen der Zeit richtig verstehen würde.

Der Hirtenbrief ordnete Weltkrieg und "Schmachfrieden" in die konservative kulturskeptische Tradition des deutschen Katholizismus ein, indem er die Ursachen für die nationale Malaise in der moralisch-sittlichen Dekadenz der modernen westeuropäischen Zivilisation suchte. Die Krise des demokratischen Gedankens wurde in der Nachkriegszeit von der konservativen Intelligenz vornehmlich unter kulturphilosophischen Gesichtspunkten betrachtet und als Kulturkrise angesehen.[547] Aus dieser Erkenntnis erwuchsen auch die

---

[546] OV vom 23.9.1919.

[547] STEINLE, Konservatismus, S. 65ff. Die Kulturskepsis oder der Kulturpessimismus war "ursprünglich kein genuin politisches Denken, sondern mündete erst in der Folge darin ein und

Aufgaben und Notwendigkeiten für die politische Zukunft, "aus dem Einzelleben, dem Familienleben und Volksleben alles das auszuscheiden, was schmählich ist in sich und selbst vor der Welt verächtlich macht, alles was unchristlich ist und undeutsch, was nach Sodoma und Gomorrha riecht: schandbare Vergnügungen, gemeine Theaterspiele und Kinovorstellungen, niederträchtige Nachäffung und Einschleppung sittenloser Modetorheiten und frivoler Bilder und Bücher, kurz, alle die Fäulnis, die unser Volksleben so entsetzlich verpestet und dem Zusammenbruch vorgearbeitet hat".[548] Der verlorene Weltkrieg verkörperte den Niedergang der unchristlichen und undeutschen Welt, die durch die Katharsis des Leidens und des Todes gehen mußte, um daraus zu neuem Leben wieder aufzuerstehen. Wann das sein würde, blieb politisch ungewiß. Die zweite Antwort auf die Kriegsniederlage war die Forderung nach einer Nationalisierung der deutschen Politik, nach einer moralischen Rückbesinnung auf die deutschen Werte und Traditionen. Die "Verdeutschung" der deutschen Politik nach 1918 sollte das Reich weiterhin aus dem politischen Standard Westeuropas auskoppeln und würde es folgenschwer isolieren. Der politische Traum von einer Renationalisierung der deutschen Geschichte auf der ideologischen Grundlage der christlichen Religion ruhte auf dem Grunde der konservativen Gegenrevolution. Sie war "gegen die Ideen der Französischen Revolution gerichtet und an der Wiedergewinnung einer neuen ‘Deutschheit’ interessiert".[549] Der Umbruch des Jahres 1918 hatte die politischen Weichen allerdings in eine andere Richtung gestellt. Die Forderungen nach einer Rechristianisierung der offenen deutschen Nachkriegsgesellschaft und einer Renationalisierung der deutschen Politik zur Überwindung der großen Krisen waren der politische Ausdruck einer konservativen Reaktion auf den demokratischen und liberalen Um

---

nahm tatsächlich antidemokratische Züge an". Statt der Möglichkeit eines Neubeginns betonten konservative Denker sehr stark "nur die Möglichkeit des Untergangs", und es blieben entschiedene Antworten auf die Kulturkrise aus.

[548] OV vom 23.9.1919; KÖSTERS, Verbände, S. 151ff. Der Abschnitt trägt als Parole den bezeichnenden Titel "‘Contra torrentem’: Katholischer Kampf gegen die Zeitirrtümer". Kösters zitiert aus einem Hirtenschreiben von Bischof Johannes Poggenburg aus dem Jahre 1928, in dem es hieß: "‘Contra torrentem, gegen den Strom!’ Dieses Wort muß auch die Losung sein, die heute alle treuen Katholiken gegenüber den genannten Zeitschäden zu befolgen haben." (S. 153)

[549] STEINLE, Konservatismus, S. 11f. Die tragende Idee dieser neuen "Deutschheit" war nicht ein "staatlich orientierter Nationalismus, vielmehr die Idee des Reiches, dessen Träger allerdings die deutsche Nation sein sollte". Der Reichsgedanke stellte das "Gegenstück des nationalen Staatsgedankens der Französischen Revolution" dar und sollte "eine Symbiose des Deutschen mit dem Christlichen" sein. Die politische Theologie griff "primär auf das mittelalterliche Reich und das damit verbundene ordo-Denken zurück: das Reich galt als ein Organismus, der die göttlichen Ordnungsprinzipien widerspiegle". (S. 52)

schwung nach dem Ersten Weltkrieg und Zeichen einer politischen Verlegenheit, die sich als solche nicht zu erkennen geben wollte.

Die in Fulda versammelten deutschen Bischöfe interpretierten den Krieg und seine Folgen als politische Theodizee und funktionalisierten ihn zur geistigen Abrechnung mit der modernen säkularisierten Gesellschaft um, die sich in der demokratischen Verfassung der Weimarer Republik und ihrem Anspruch auf ungeteilte Volkssouveränität gerade von Gott losgesagt hatte. Die Weimarer Reichsverfassung wies bekanntlich keinen Gottesbezug auf. So verbarg sich hinter der pastoralen Diktion des Hirtenschreibens ein religiöser Fundamentalismus, der den Katholiken in den inneren Fragen des Reiches in einen tiefen Gegensatz zur politischen Wirklichkeit der Weimarer Republik brachte. Der Hirtenbrief verharrte unter Umgehung der Existenzfragen deutscher Nachkriegspolitik in einer diffusen moralisch-religiösen Sphäre und appellierte an den christlichen Auferstehungsglauben, nach dem das deutsche Volk einem natürlichen historischen Gesetz zufolge aus dem Leiden von Krieg und Nachkriegszeit zu neuem politischen Leben erweckt werden sollte:

> "Auch wenn das Schlimmste wahr wäre, was man diesem Frieden nachsagt, daß er nämlich für uns ein Vernichtungsfriede, ein Todes= und Grabesfriede zu werden drohe, auch dann wäre kein Grund zum Verzagen und Verzweifeln. Denn keine Macht der Welt kann uns hindern, aus ihm einen Auferstehungsfrieden, einen Frieden neuen Lebens zu machen, in der Kraft und in der Gnade dessen, der gesprochen hat und allein sprechen konnte: Ich bin die Auferstehung und das Leben; wer an mich glaubt, wird leben, ob er auch stirbt (Joh. 11, 25). In Ihm kann und muß alles erneuert werden (Eph. 1, 10), auch dieser Friede."

Die politische Instrumentalisierung, die das bischöfliche Pastoralschreiben vornahm, zeigte sich am deutlichsten an den Forderungen, die die deutschen Bischöfe an das 'auferstandene' Deutschland stellten. Es waren originär katholische Forderungen, die sie in Erinnerung riefen und energisch gegen eine Trennung von Staat und Kirche im liberalen Zeitgeist einwandten. Die Trennung des Staates von der Kirche war eine Gefahr für die nationale Einheit Deutschlands, die ohne das Mitwirken der christlichen Kirchen nicht wieder errungen werden konnte:

> "Je mehr wir es bedauern, daß gerade jetzt, wo größte Einigung und Zusammenfassung aller Lebenskräfte geboten ist, die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt werden soll, um so eifriger werden wir darauf bedacht sein und dazu mitwirken, daß der Religion und der Kirche ihr heiligender und heilsamer Einfluß auf das Familienleben und Volksleben, ganz besonders auch auf die Schule und Jugenderziehung gewahrt bleibe. [...] An uns alle ergeht der Ruf unseres Heilandes: Es ist der Wille Eures himmlischen

Vaters, daß keines von diesen Kleinen verloren gehe. (Mt. 18, 14). Treten wir also mutig ein für die Erhaltung unserer katholischen Schulen und unseres katholischen Lehrerstandes!"[550]

Das zukünftige Deutschland, das aus den Leiden des Krieges und den Folgen des Friedensvertrages auferstehen sollte, war dazu berufen, die alte Einheit von Thron und Altar wiederherzustellen und somit den historischen Irrtum der Moderne zu revidieren. Das richtete sich gegen den demokratischen Geist einer freien Republik. Das Hirtenschreiben der Fuldaer Bischofskonferenz zum Versailler Vertrag erweist sich in seiner politischen Summe als Reaktion der katholischen Kirche in Deutschland auf die historische Zeitenwende des Jahres 1918 und rekonstruiert einen theologisch ausgewiesenen und belegten - augenfällig die häufige Verwendung biblischer Schriftstellen in einem politischen Kontext - politischen Nationalismus, der in seinem Grundgehalt antidemokratisches Gedankengut der konservativen Gegenrevolution präfigurierte. Die katholischen Oberhirten suchten nicht die innere Aussöhnung ihrer Kirche mit der Moderne, sondern nahmen Zuflucht zu einer politischen Regression, zu der Staat und Gesellschaft von Weimar im latenten Widerspruch standen. Jahre später, im Frühjahr 1933, erahnte die katholische Reaktion, die sich zwischen 1918 und 1933 aus politischer Rücksichtnahme auf das Zentrum wesentlich moderater als die politische Rechte in Deutschland artikuliert hatte, eine verhängnisvolle Aussicht auf Befriedung, die zu einer Wiederkehr der alten Einheit von Thron und Altar nach Maßgabe der christlichen Staatsidee führen könnte.

Die große politische Krise, die durch den verlorenen Krieg ausgelöst worden war, führte zur Restauration von kollektiven Deutungsmustern, die auf die traditionellen moralisch-religiösen Schemata zurückgriffen. Die Absurdität des "Völkerringens" steigerte das Legitimationsbedürfnis, das nicht mehr allein politisch befriedigt werden konnte, in einen religiösen Wahn, der die plausible politische Realität aus den Augen verlor und den Krieg zu einem heiligen Dienst am Vaterlande stilisierte. Er wurde nachträglich mit einem politischen Sinn ausgestattet, indem von ihm eine moralische Läuterung der europäischen Gesellschaft von der kulturellen Dekadenz der Moderne erwartet wurde. Diese ersehnte Katharsis begrüßten die katholischen Bischöfe im Wort vom "Auferstehungsfrieden" von ganzem Herzen und erhofften sich von ihr als einer existentiellen Erfahrung des Menschen im Krieg die Rückbesinnung auf die fundamentalen nationalen und christlichen Tugenden, die

[550] OV vom 24.9.1919.

für den inneren Zusammenhalt eines Volkes unverzichtbar seien. Nicht der demokratische Gemeinsinn sollte nach 1918 die innere Einheit der politisch zerstrittenen deutschen Nation garantieren, sondern ein nationaler "common sense", wie er aus der Vorkriegszeit in die Weimarer Republik hinüberragte. Der Nationalstaat, ein historisch gewordenes politisches Ordnungsmodell neben anderen, sollte in der deutschen Geschichte nach 1918 wieder das Hauptgerüst kollektiver Identitäten bilden. In dieser Vorstellungswelt bestanden Nation und Republik in Deutschland nebeneinander. Die religiöse Ästhetisierung des Grauens sowie die Katharsisfunktion des Leidens und Sterbens beherrschten die zeremonialen Erinnerungen an den Krieg, wie sie an Volkstrauer- und Kriegergedächtnistagen immer wieder ritualisiert wurden. Der Krieg wurde zum religiösen Kultus, einer christlichen Imago gleich, und zur Allegorie der Verwandlung zum neuen Leben, das wie der Frühling aus dem Absterben des überlebten Lebens emporsteigt. Das Verhältnis des Menschen zum ästhetisierten Krieg war das des unbewußten Affektes, gleichermaßen Tremendum wie Faszinosum, wobei sich das eine wie das andere an der großen Erschütterung in Ekstase und Liebe entzündete. Der Krieg wurde zur natürlichen Quelle für die Wiedergeburt der Völker, die sich im ewigen Kreislauf vollzog.

Folgenschwer an der romantisch-religiösen Ästhetisierung des Krieges war ihre nachhaltige Wirkung, daß die politischen und militärisch-industriellen Komplexe und Mechanismen moderner Kriegsführung sinnbildlich sublimiert wurden, um sie ertragen zu können. Damit wurden die zentralen Probleme im Umkreis von Krieg und Frieden als 'unpolitische' Fragen der politischen Aufklärung entzogen. Der moderne Krieg wurde zum politischen Tabu. Die NS-Rhetorik übertraf die religiös-romantische Ästhetisierung des Ersten Weltkrieges in ihrem 'unpolitischen' Affekt um ein Vielfaches, indem sie das Ritual der moralischen Läuterung und nationalen Wiedergeburt verfeinerte und es mit dem notwendigen politischen Ernst ausstattete. Was gesagt und zur Empfindung gebracht wurde, war mehr als politische Rhetorik, es war die Sprache ernstgemeinter Politik. Deshalb nahm die NS-Bewegung die Tradition der Kriegsromantisierung und -ästhetisierung als willkommenes Erbe des politischen Nationalismus aus dem 19. Jahrhundert auf, um es für ihre machtpolitischen Ziele zu instrumentalisieren. Hinter der theatralischen Kulisse politischer Restauration, die in unverfänglichen romantischen Natur- und Heimatmotiven schwelgte, verbarg sich im NS-Staat die Maske einer modernen Diktatur, die zynisch auf das politische Versagen des deutschen Konservatismus herab- und schließlich zurückblickte.

Der erste Oldenburger Katholikentag vom 25. bis 27. September 1920 in Cloppenburg heiligte den Dienst im Felde wie die Arbeit im Frieden gleichermaßen und machte keinen Unterschied. In seinem Willkommensgruß würdigte er beide Formen als Gottesdienst:

> "Der Landmann streut die körnerschweren Saaten
> Ins Erdreich, das noch warm vom Blute raucht.
> Wie fühlt er sich nach rauhen Kriegestaten
> Vom Friedensodem frühlingslind umhaucht!
> Die Schwielenhand führt wieder Pflug und Spaten,
> Die tief den Stahl in Feindes Herz getaucht.
> Daß Gottes Huld der teuren Heimatscholle
> Fruchtbringendes Gedeihen schenken wolle."[551]

So stand für den ersten Oldenburger Katholikentag im September 1920 in Cloppenburg nach dem Deutungsmuster der "Dolchstoßlegende" fest, daß der Feind "von innen heraus kam" und "Zwietracht säte unter die deutschen Brüder".[552] Das "Höllendokument von Versailles"[553] habe das Reich nach dem Ersten Weltkrieg zerstört und der Friedensvertrag, "der eigentlich weder 'Friede' noch 'Vertrag' ist", "eine Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln" heraufbeschworen, der aber "aus demselben Geiste" entsprungen sei.[554] Mit dem Namen "Versailles" war unmittelbar der Name des "Völkerbundes" verbunden, dem der Katholikentag als einer politischen Agentur der Westmächte eine radikale Absage erteilte. Die Chiffren der inneren und äußeren republikanischen Gegenwart schienen zu politischen Reizwörtern geworden zu sein, die selbst zu antisemitischen Akzenten reizten, um sich aus der deutschen Verlegenheit nach 1918 zu befreien:

> "In Völkerbund, Republik, Demokratie und Sozialismus kann man den Inhalt unserer heutigen Zeit zusammenfassen. Der Name 'Völkerbund' hat auf unser idealistisches deutsches Volk mit dem Gefühl der Erlösung aus allem Uebel gewirkt, bis es eines anderen belehrt wurde. Die den Namen Völkerbund gleichzeitig gepredigt und verhunzt haben, die Freimaurer und Juden Wilson und Clemenceau, haben ihn zu einem Gläubigerausschuß des bis aufs Blut ausgesogenen deutschen Volkes werden lassen. Wir als größtes Kulturvolk der Erde haben weder Sitz noch Stimme in diesem Bunde; der

---

[551] OTTENJANN, Festbuch, S. 22. Es handelt sich um die 5. Strophe einer Versdichtung unter dem Titel "Zum ersten Oldenburger Katholikentag". Der Verfasser zeichnete mit dem Kürzel "Th.".
[552] OTTENJANN, Festbuch, S. 51.
[553] Ebd., S. 48.
[554] Ebd., S. 131.

> Schandvertrag von Versailles ist von ihm gutgeheißen, ein Vertrag, der keiner ist, von dem die Feinde genau wissen, daß wir ihn nicht halten können. Im § 438 dieses Vertrages hat man das Unerhörte fertig gebracht, nach welchem kein deutscher Missionar in fremden Landen mehr den armen Heiden das Evangelium verkünden darf. [...] Wir verlangen feierlichst vor der ganzen Welt, daß unsere katholischen Priester und Missionare ihre heilige und menschenfreundliche Tätigkeit in aller Welt unbeschränkt ausüben können."[555]

So wurde das fulminante Leitwort "Omnia instaurare in Christo", unter das Pius X. sein Pontifikat (1903 - 1914) gestellt hatte, zum entscheidenden Impuls des katholischen Rechristianisierungsprogramms nach dem Ersten Weltkrieg. Es war konzipiert "als Reaktion gegen die fortschreitenden Desintegrationserscheinungen des Katholizismus" und galt als "das Programm einer sämtliche Bereiche des Lebens umfassenden christlichen Erneuerung".[556] Der Zeitpunkt seiner Realisierung war nunmehr gekommen.

Der Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg war die größte katholische Glaubens- und politische Willenskundgebung des Oldenburger Landes zwischen 1918 und 1933. Regionale Katholikentage waren vielerorts an die Stelle der nationalen Katholikentage getreten, die aufgrund der politischen Unruhen in den ersten Jahren der Weimarer Republik noch nicht wieder durchgeführt werden konnten. Bürgermeister a. D. Feigel, der Vorsitzende des Cloppenburger Lokalkomitees zur Vorbereitung des Katholikentages, erwähnte in seiner Begrüßungsansprache an Bischof Johannes Poggenburg diesen Umstand. Seit dem Jahre 1848 sei es "Gepflogenheit der deutschen Katholiken, alljährlich zu einer großen Heerschau zusammenzukommen". Der "unglückselige Weltkrieg" habe diese Tradition unterbrochen und die Zeit nach dem Kriege sei noch "nicht darnach angetan, große, das ganze Deutschland umfassende Versammlungen abzuhalten". Deshalb hätten "edeldenkende Männer" die Initiative ergriffen und die nationalen Katholikentage durch regionale Veranstaltungen ersetzt. Auch diese hätten, wie allgemein bekannt sei, "die schönsten Erfolge" aufzuweisen.[557] In den ersten Vorgesprächen in der Cloppenburger "Walhalla" wurde der Entschluß gefaßt, in Cloppenburg einen zentralen Oldenburger Katholikentag durchzuführen.

---

[555] Ebd., S. 83f.

[556] KÖSTERS, Verbände, S. 154ff.: "Das römische Gegenbild: Omnia instaurare in Christo - Alles in Christus erneuern."

[557] OTTENJANN, Festbuch, S. 26f. Das von dem Studienrat und späteren Museumsleiter in Cloppenburg, Heinrich Ottenjann, herausgegebene Festbuch enthält wichtiges Quellenmaterial für das antidemokratische Denken im katholischen Milieu Südoldenburgs, das in dieser Form als glaubhaft überliefert angesehen werden darf.

Daraufhin wurde ein Lokalkomitee gebildet, das Prälat Eduard Brust zu seinem Ehrenvorsitzenden wählte. Dem Vorstand selbst gehörten der ehemalige Bürgermeister von Cloppenburg, Landtagsabgeordneter Ignaz Feigel, als Vorsitzender, Bürgermeister Heukamp und Gemeindevorsteher Meyer-Hemmelsbühren als Beisitzer und Hauptlehrer Bellm und Kaplan Landgraf als Schriftführer an. Zur Vorbereitung der kirchlichen Großveranstaltung, an der auch Diözesanbischof Johannes Poggenburg aus Münster teilnahm, konstituierten sich verschiedene Kommissionen. Zum Präsidenten des Katholikentages wurde auf der Begrüßungsfeier in der "Walhalla" am Samstag, dem 25. September 1920, der gebürtige Löninger Eduard Burlage gewählt, der Südoldenburg im Reichstag vertrat.[558]

4.2.3. Politische Tabuisierung der Kriegsschuldfrage: "Edles Blut ist nicht vergebens geflossen."

Bei der Einweihung von Kriegerdenkmälern und an Volkstrauertagen, die ihrem politischen Geiste nach Heldengedenktage waren, wurde der Kult des aufgezwungenen "bellum iustum" und des im Felde unbesiegten deutschen Soldaten in einer nicht unterscheidbaren Mischung aus irdisch-nationalen und kirchlich-religiösen Elementen zelebriert. Dem politischen Duktus der Trauerreden nach war es in dem "Völkerringen" des Ersten Weltkrieges um den Verteidigungskampf der alten "res publica christiana" gegen die säkulare moderne Zivilisation gegangen, die seit den Tagen der Französischen Revolution den politischen Zeitgeist allenthalben beherrschte, ob im westlichen Liberalismus oder im östlichen Bolschewismus. Geführt worden sei der gerechte Verteidigungskrieg vor allem von den christlichen Monarchien der Mittelmächte, Deutschland und Österreich-Ungarn, gegen die westeuropäischen Demokratien und dann auch gegen den russischen Bolschewismus. Der Einsatz habe der verzweifelten Rettung der deutschen Heimat, der christlichen Familie und des christlichen Volkes in den bestehenden Konstitutionen gegen die bodenlose Säkularisierung, Materialisierung und widernatürliche Kollektivierung der Welt gegolten. Eine Schlacht war verloren worden, aber nicht der Krieg. Die Gedanken an den Krieg hörten nicht auf und enthielten den Wunsch nach Rache. Für die politische Deklamation auf der nationalen

---

[558] STRICKMANN, Heinz: Vor 70 Jahren fand in Cloppenburg der erste Oldenburger Katholikentag statt, IN: MT vom 15. und 22.9.1990; ders., Zeugnis des Glaubens nach Kriegsschrekken, IN: MT vom 7.10.2000.

Rechten in der Weimarer Republik gilt in Ansätzen, was Alice Miller über die politische Suggestion in der NS-Rhetorik eines Adolf Hitler feststellt:

> "Was er dann sagen mag, spielt keine Rolle. Wichtig ist, wie er redet."[559]

Bei der feierlichen Einweihung des Kriegerehrenmals in Cloppenburg am 29. August 1926 fanden katholische Kirche und kleinstädtische Bürgerschaft in einem politischen Willen zusammen. Die Hauptredner gehörten bei solchen Anlässen häufig dem örtlichen Klerus an. Vertreten waren bei der Einweihung des Cloppenburger Kriegerdenkmals der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium, die Schulen und ihre Lehrer, die vaterländischen Vereine und die katholischen Verbände mit ihren Abordnungen und Fahnenbannern. Neben den Repräsentanten der Stadt Cloppenburg mit Bürgermeister Heukamp an der Spitze und den Vertretern der Gemeinde Krapendorf unter Führung des Gemeindevorstehers, Ökonomierat Meyer-Hemmelsbühren, waren am Denkmal versammelt die Schüler des Realgymnasiums, die Jungen der Volksschulen mit ihren Lehrern, die Kriegervereine, die Stahlhelmortsgruppen aus Cloppenburg und Umgebung, der Verein der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen, der Turnverein, der Schützenverein, der Katholische Gesellenverein und Arbeiterverein und der Männergesangverein "Liederkranz". Die Initiative zur Errichtung des Ehrenmals war vom Cloppenburger Kriegerverein ausgegangen.[560]

Pfarrer Hackmann verglich in seiner Weiherede die Erfahrung des Ersten Weltkrieges mit der nationalen Erhebung in der Zeit der Befreiungskriege, die ihre politische Rehabilitation in der deutschen Geschichte mit großer zeitlicher Verzögerung erfahren habe. Die Cloppenburger MT gab die Rede von Pfarrer Hackmann am neuen Ehrenmal an der Bahnhofstraße mit folgenden Worten wieder:

> "Mit Begeisterung weckenden Worten schilderte der Redner dann all das Schöne, Edle und Große, das wir in den Jahren 1914 - 1918 bei unseren Truppen da draußen, bei unserem Volke daheim erlebt haben, die edle Begeisterung, den Mut der ausziehenden Feldgrauen, die Opfergesinnung und Teilnahme der Heimgebliebenen. Wahrlich eine Zeit, die an die Zeit der Befreiungskriege erinnerte. [...] Wenn die Glocken die Siegeskunde durch die Lande trugen, reichten sich Heimat und Front die Hand in Dank

[559] MILLER, Erziehung, S. 93.
[560] MT vom 30.8.1926.

> barkeit und Treue für Gott und Vaterland. Trotz des unglücklichen Endes wird der Weltkrieg ewig ein Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes bleiben."[561]

Am Kriegerdenkmal herrschte wieder der Geist des "Burgfriedens", wie er das deutsche Volk im Krieg über Parteien und Konfessionen hinweg geeint zu haben schien. Wie Pfarrer Hackmann unterstrich auch der evangelische Pastor Kreye in seiner Ansprache die moralische Katharsisfunktion des Krieges, der das deutsche Wesen von kulturfremden Einflüssen reinigen sollte. Die Worte von Pastor Kreye vermitteln einen Eindruck von dem tiefen Wunsch nach einer Renationalisierung der deutschen Politik und moralischen Idealisierung deutscher Gesinnung, zu der der Krieg die nachfolgenden Generationen verpflichte. Der Kampf habe dem Materialismus in allen seinen Schattierungen zu gelten:

> "So schauen und ehren wir die deutsche Art in den Taten von Deutschlands Söhnen und Töchtern. Wir wehren uns zum Schutze dieser Art gegen die Gemeinschaft niederer Gesinnung, die die schmutzige Selbstsucht auf den Thron erheben möchte. Wir pflegen die deutsche Art in der Familie durch Einfachheit, Treue, Pflichtbewußtsein, tiefgründige christliche Frömmigkeit. Wir erziehen zur deutschen Art das heranwachsende Geschlecht, daß sie sich weiter forterbe von Geschlecht zu Geschlecht. Und wenn der deutsche Jüngling sich sein Ideal sucht, dem er nachstrebt, dann wird am hellsten leuchten das Beispiel derer, die getreu waren bis zum Tod.
> In der ersten Zeit der kämpfenden christl. Kirche war das Blut der christlichen Märtyrer der Samen für die Kirche. Nicht minder wird in einem Volk das Höchste und Edelste genährt und bewahrt durch das Beispiel derer, die ihr Leben zu opfern bereit waren. Edles Blut ist nicht vergebens geflossen."

Den Märtyrertod zu sterben war für den Katholiken das größte Zeichen göttlicher Vorsehung und ein Zeugnis seiner Erwählung. In den glorreichen Rang dieser Blutzeugen hob die Zeremonie am Cloppenburger Kriegerdenkmal die Gefallenen des Ersten Weltkrieges, die für Deutschlands Zukunft und die Zukunft des Christentums gestorben waren und ihr Blut auf dem "Altar des Vaterlandes" vergossen hatten. Das deutsche Vaterland selbst wurde in der religiösen Symbolik, die aus den Worten der beiden Geistlichen sprach, zum inneren Raum der christlichen Kirche erhoben, in der die Soldaten zum Gottesdienst angetreten waren und ihr Blut auf dem Altar vergossen hatten. Selbst Staatsminister Willers konnte sich der nationalen Sogwirkung nicht entziehen und wollte im vergangenen Krieg vor allem auch das Tal der Tränen und des Leidens erkennen, aus dem Leben in geläuterter Form zu neuer Blüte erstehe:

---

[561] MT vom 30.8.1926, auch zum folg.

> "Beim Anblick des Denkmals wollen wir der Begeisterung des Jahres 1914 eingedenk sein und uns erinnern, daß es eine Zeit gab, in der das deutsche Volk in seiner Liebe zum Vaterland keine Grenzen kannte. Kein Land noch hat sich emporgearbeitet, ohne durch das reinigende Feuer des Leidens gegangen zu sein, und keine Macht der Erde vermag den Fortschritt eines friedlichen, entschlossenen und guten Volkes aufzuhalten. Durch Nacht zum Licht! So hat sich in der deutschen Geschichte wiederholt das Schicksal unseres Vaterlandes vollzogen. So sei es auch dieses Mal!"

Die bei der Einweihung des Cloppenburger Kriegerdenkmals bezeugte politische Geschlossenheit fand ihre ausdrückliche Bestätigung und heroische Fortsetzung im Kampf gegen Versailles. Der Protest gegen die "Kriegsschuldlüge" hatte in den Jahren der Weimarer Republik politische Tradition - wie die vaterländische Erinnerung an den Ersten Weltkrieg selbst.

4.3. Der Kampf gegen "Versailles" und gegen "Weimar"

Ein eindrucksvolles Beispiel für den hochgradig ideologisierten Umgang mit der deutschen Vergangenheit liefert die Urkunde zur Grundsteinlegung der Volksschule in Elsten aus dem Jahre 1923, die ganz im Zeichen des Krisenjahres stand und keine Hoffnung für die Zukunft enthielt. Die Urkunde schätzt die politische Lage der Weimarer Republik vor dem aktuellen Hintergrund sehr kritisch ein und verdeutlicht die psychologische Grundverfassung im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs, die unruhige Nervosität, die der parlamentarischen Demokratie nur wenige Sympathien entgegenbringen konnte. Nach einem Blick auf die bittere Gegenwart suchte der Autor nach Gründen für das deutsche Dilemma und fand sie in der unseligen Vergangenheit, die wie ein Schatten auf der politischen Gegenwart liege. Er bestätigte das Bild vom Verteidigungskrieg, der Deutschland gegen eine Übermacht von Feinden aufgezwungen worden sei:

> "In schwerer Zeit ist diese Schule erbaut. Unser Vaterland ist innerlich und parteipolitisch zerrissen. Im gesamten Volk gärt es, nirgends findet man Ruhe und Frieden. Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg weckte insbesondere den Neid Englands, das mit Hilfe des revanchedurstenden Frankreich und des panslavistisch geleiteten Rußland viele Jahre hindurch die Einkreisung Deutschlands mit Erfolg betrieb. Deutschlands und Österreichs Staatsmänner hielten ihn jedenfalls für unabwendbar, und verblendet durch frühere Erfolge glaubten sie, durch rasches Handeln den steten Druck beenden zu können.
> In unserer Notwehr erfolgte der Einbruch in Belgien, was von England als willkommener Casus belli aufgenommen wurde. Überall wurden wir verleumdet. Die unglaublichsten Kriegsgreuel gingen als Propaganda um die Welt, gegen die wir uns nicht vertei

> digen konnten. Zu dieser moralischen Blockade kam die der Ernährung, so daß durch die steigende Not, die Zermürbung von Volk und Heer der Zusammenbruch kam und damit die Katastrophen in der betäubenden Eile: Waffenstillstand mit Entwaffnung, Besetzung des Rheins, zuletzt der 'Friedensvertrag' von Versailles mit seinen furchtbaren Bestimmungen, wie sie noch nie einem Volk auferlegt wurden, solange man allgemeine Menschlichkeit und Kultur nach dem Christentum orientiert, als Richtprinzip anerkannt."[562]

Das deutsche Vaterland ist parteipolitisch zerrissen, die deutsche Gesellschaft kommt nicht zur Ruhe, der Krieg ist dem Neid und Revanchegedanken der deutschen Nachbarn entsprungen und war ein auferzwungener Verteidigungskampf, der gegen eine Übermacht verloren wurde, der Friedensvertrag von Versailles ist kein Friedensvertrag, sondern reizt auf zu neuem Völkerhaß. In diesen Anschauungen fand das politische Grundgefühl des deutschen Konservatismus zu einem nationalen Konsens, der auch von der überwiegenden Mehrheit des politischen Katholizismus in Deutschland geteilt wurde. So konnte er nicht zur Ruhe kommen und seinen Frieden nicht finden, wie die Urkunde aus Elsten aufrichtig bezeugt. Aus eigener Kraft konnte sich der Katholizismus in Deutschland nach 1918 mit der politischen und gesellschaftlichen Gegenwart der inneren und äußeren Weimarer Republik nicht aussöhnen und verharrte am Ende im politischen Wartestand.

Bei der generellen Abrechnung mit der französischen Besatzungsmacht an Rhein und Ruhr ging es in Wirklichkeit um die moralische Abrechnung mit der politischen Aufklärung und dem historischen Vermächtnis der Französischen Revolution, das Deutschland durch die Gründung der ersten Republik mit großer Verspätung antrat. Mit beißender Ironie wurden die Parolen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit konterkariert und damit der liberale Politikbegriff desavouiert:

> "So wird die Ursache des Krieges: Lüge und Habsucht schonungslos und erbarmungslos fortgesetzt, selbstverständlich unter den Phrasen und Floskeln von: Gerechtigkeit, Menschlichkeit. Jede Woche hält Poincaré (französischer Ministerpräsident) derartige Reden in der Öffentlichkeit gelegentlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals etc. Sein General Degontte, ein blutrünstiger Wüterich, führt die Pläne P. rücksichtslos aus. Die arme Bevölkerung leidet furchtbar unter diesem Blutregiment. Besonders werden die Eisenbahnbeamten und Zechenbeamten verfolgt. So sieht das Volk der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit aus."

[562] MT vom 3.4.1985; GELHAUS, 1933, S. 27f., auch zum folg.

Ein frankophobischer Affront ist in dieser Urkunde unüberhörbar. Bezeichnenderweise schließt der Urkundentext mit dem patriarchalischen Motto der "Treue gegen Volk und Vaterland" und bekennt sich somit zur konservativen Reaktion als dem deutschen Gegenpol zur Französischen Revolution:

> "Noch ein Gruß, liebe Jugend, dir und deinen Eltern! Lerne Gehorsam gegen Gott, Liebe zu den Nächsten, Treue gegen Volk und Vaterland!"

Die Gedenkfeiern zum 10. Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages im Jahre 1929 beispielsweise boten vielfältige Möglichkeiten, sich im nationalen Konsens zu üben. Während sich die Regierung der Großen Koalition in Berlin dazu entschlossen hatte, zum Jahrestag eine Protesterklärung zu veröffentlichen und auf weitere politische Kundgebungen zu verzichten, erhob die Publizistik der nationalen Rechten gegen "dieses Übermaß an Zurückhaltung", das "dem Empfinden des Volkes" widerspreche, schärfsten Protest und bedauerte, "daß die Republik mit ihrem Ausweichen vor dem Tage von Versailles eine große Gelegenheit versäumt habe". In ihrem Rundschreiben vom 11. Juni 1929 hatte die Regierung für den 28. Juni 1929 eine gemeinsame "amtliche Kundgebung" der Reichsregierung und des Reichspräsidenten angekündigt und "von weiteren Kundgebungen und Maßnahmen aus Anlaß dieses Tages" abgesehen. In der "amtlichen Kundgebung" vom 28. Juni 1929, die vom Reichspräsidenten Hindenburg und den Mitgliedern der Reichsregierung unterzeichnet wurde, hieß es unter dem Titel "Gegen die Kriegsschuldlüge" in einem maßvollen Protest:

> "Deutschland hat den Vertrag unterzeichnet, ohne damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Kriegs sei. Dieser Vorwurf läßt unser Volk nicht zur Ruhe kommen und stört das Vertrauen unter den Nationen. Wir wissen uns eins mit allen Deutschen in der Zurückweisung der Behauptung der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege und in der festen Zuversicht, daß dem Gedanken eines wahren Friedens, der nicht auf Diktaten, sondern nur auf der übereinstimmenden und ehrlichen Überzeugung freier und gleichberechtigter Völker beruhen kann, die Zukunft gehört."[563]

Zum Verhalten der Behörden und der einzelnen Verbände am Gedenktag äußerte sich die Kundgebung zurückhaltend und wollte nicht den Anschein eines einseitigen politischen Engagements erwecken:

---

[563] LV vom 29.6.1929.

> "Eine Beteiligung amtlicher Dienststellen und amtlicher Persönlichkeiten an den von den Verbänden geplanten Kundgebungen soll nicht stattfinden. Amtliche Mittel sollen für die Veranstaltungen der Verbände nicht gewährt werden."[564]

Der Deutsche Städtetag schloß sich der Position der Reichsregierung an und ging davon aus, daß die kommunalen Stellen "in dieser allgemeinen politischen Frage keine andere Haltung einnehmen können, als die Behörden des Reiches und der Länder".[565] Der Erlaß der Reichsregierung, der die Rolle des Staates aus außen- und innenpolitischer Rücksichtnahme zu neutralisieren versuchte, legte die Verantwortung und die Trägerschaft für die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag von Versailles in die Hände von Vereinen und Verbänden, die sich zu Kundgebungen entschließen konnten. In Vechta waren das die vaterländischen Vereine, die Turn- und Sportvereine und die katholischen Vereine der Männer. Am 21. Juni 1929 rief Bürgermeister Berding 15 Vechtaer Vereine zu einer Vorbesprechung "über die Veranstaltung einer öffentlichen Kundgebung am 28. Juni 1929 gegen die Kriegsschuldlüge" auf und vereinbarte mit ihnen den Ablauf der Veranstaltung.[566] Der nationale Protest gegen Versailles und die Kriegsschuldlüge einte die Bürgerschaft unterhalb der politischen Ebene. In einem Kommentar des "Landvolks", dem Presseorgan der sich im Aufstieg befindenden christlich-nationalen Landvolkbewegung in Südoldenburg, zur Protestkundgebung in Cloppenburg und Krapendorf am 28. Juni 1929 kam der militant-revanchistische Tenor der Kriegsschuldpropaganda der nationalen Rechten sinnbildhaft zum Ausdruck:

> "Deshalb dürfen wir nicht ruhen und rasten, bis dieser Makel von der Ehre des deutschen Volkes weggenommen wird. Denn das deutsche Volk lehnt ohne Unterschied der Parteien das in Artikel 231 enthaltene Kriegsschuldurteil einmütig ab. Wir bekennen uns zu unserem ehrwürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg, der am 18. September 1927 am Tannenbergdenkmal erklärt hat:
>
> > ‘Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück. Nicht Neid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste mit den schwersten Opfern des gan

---

[564] LV vom 29.6.1929.

[565] StAO 262 - 11 - 755: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 18.6.1929.

[566] StAO 262 - 11 - 755: Im einzelnen wurden eingeladen (mit ihren Vorsitzenden bzw. Leitern): Kriegerverein (Matlage), 91er Verein (Buschmann), Stahlhelm (Eilers), Kriegsbeschädigten-Verein und Gemischter Chor (Brand), 19te Dragoner (Hanking), Kriegsgräberfürsorge (Niermann), Gymnasial-Kapelle (Dr. Uhlmann), Instrumentalverein (Paul), Turnverein (Backhaus), Gesellenverein (Vikar Morthorst), kath. Arbeiterverein (Kaplan Luttmann), Deutsche Jugendkraft (Bünger), Kolpingverein (Evers), Eisenbahnverein (Gerken) und Männergesangverein (Gerhardi).

> zen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Heer das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteiischen Richtern nachzuweisen.'"[567]

Das "Landvolk" formulierte mit dem entsprechenden politischen Pathos den nationalen Konsens, der sich angesichts der Kriegsschuldfrage einstellte und von der politischen Mitte aus weit nach rechts und links hineinreichte. Der Protest gegen Versailles und vor allem gegen die Kriegsschuldlüge einte die deutsche Nation mehr als die politische Norm der Weimarer Reichsverfassung oder die deutsche Republik. Das Amtsverbandskriegerfest in Dinklage am 29. Juni 1929 stand ganz im Zeichen des 10. Jahrestages von Versailles und verabschiedete eine Entschließung gegen die "Kriegsschuldlüge", in der "feierlichst Verwahrung" eingelegt wurde "gegen das uns aufgezwungene Bekenntnis der Schuld am Kriege". Kaplan Hermes erinnerte daran, daß sich im Weltkrieg die deutsche Schicksalsgemeinschaft bewährt habe, und mahnte, daß die vaterländische Treue auch dem jetzigen Deutschland gelte:

> "Denn nicht die Frage ist entscheidend: ob Monarchie, ob Demokratie, ob Republik, sondern ob deutsch oder nicht deutsch, ob heimattreu oder nicht, ob vaterlandliebend oder nicht."[568]

Träger der nationalen Idee, die im Protest gegen die "Kriegsschuldlüge" ihre sichtbarste Gestalt annahm, waren im katholischen Milieu Südoldenburgs vor allem die vaterländischen Vereine und die Kriegervereine, die bei den wechselnden Anlässen unterstützt wurden von der katholischen Kirche und den katholischen Vereinen, soweit in ihnen Männer organisiert waren. Frauen blieben in dieser Frage ausgeschlossen, sie waren nicht angesehen als Bannerträger deutscher Nation. Die Männer, das lag in der Natur der Sache, blieben unter sich, wenn es um die Erinnerung an den Krieg und den Kampf gegen Versailles ging. Offensichtlich ging es beim Protest gegen die "Kriegsschuldlüge", die schon zum amtlichen Sprachgebrauch geworden war, an der Basis nicht um ein Politikum, das die Bürgerschaft spalten und die Parteien entzweien könnte, sondern um eine moralische Pflichtübung im Dienst am Vaterland, der die beiden christlichen Konfessionen am Ehrenmal für die Gefallenen vereinte und keinen Unterschied zwischen den Ständen aufkommen ließ. Versailles war ein äußerer wie innerer Fluchtpunkt deutscher Politik. Im

---

[567] LV vom 29.6.1929.
[568] OV vom 2.7.1929.

Protest gegen die "Kriegsschuldlüge" fand die Volksgemeinschaft aus eigener Kraft zu sich selbst und sprach mit einer Stimme. Der Kampf der nationalen Rechten gegen den Friedensvertrag von Versailles zielte im innenpolitischen Kern auf die Ablehnung der Weimarer Republik. Er war ein Teil der antirepublikanischen Agitation.

So wurde der Kampf gegen "Versailles" auch ein Kampf gegen "Weimar". Das geht auch deutlich aus Erinnerungen hervor, die der Volksschullehrer und spätere Schulrat Friedrich Wübbolt in Cloppenburg verfaßt hat. Wübbolt reflektiert diese Zusammenhänge und betont, man habe die "Grundursache" für die zunehmende Radikalisierung am Ende der Weimarer Republik nicht "in den verheerenden Folgen des Versailler Diktats" gesehen, "sondern griff die Regierung an". Er habe seinen Schulkindern die wirtschaftlichen Einbußen, die der "unglückselige Versailler Vertrag" verursacht habe, durch das Bild von der Pendeluhr anschaulich vorgestellt:

> "Wenn eine Standuhr ein Perpendikel von 1 Meter Länge hat, dauert jede Schwingung genau eine Sekunde. Und in jeder Sekunde mußte Deutschland damals 63,45 Mark zahlen, also bei jedem Tick und bei jedem Tack. Und das bei Tag und Nacht das ganze Jahr hindurch, so kommt die riesige Summe von 2 Milliarden heraus! Das Beispiel hat die Kinder beeindruckt. Sie stöhnten auf."[569]

4.3.1. Protest gegen die deutsche "Erfüllungspolitik": "Wir Deutsche haben nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland!"

Einen besonderen Anteil an der Radikalisierung der öffentlichen Meinung am Ende der Weimarer Republik hatten die Kriegervereine, die - nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 ins Leben gerufen - auf eine lange Tradition zurückblicken konnten und sich in ihrem nationalen Selbstverständnis durch die Erfahrung von Revolution und Demokratie in politischer Hinsicht nach 1918 besonders herausgefordert fühlten. Das "Bundesblatt der Vereine des Oldenburger Landes-Kriegerverbandes", dem auch die südoldenburgischen

---

[569] WÜBBOLT, Erinnerungen, S. 187. Auf zwei Milliarden beziffert Wübbolt die jährlichen Reparationszahlungen, die auch "noch zehn Jahre nach Kriegsende" zu leisten waren. Friedrich Wübbolt wurde am 3. Oktober 1903 in Neuenkirchen geboren. Nach dem Besuch des Lehrerseminars in Vechta trat er seit 1924 Lehrerstellen in Hagstedt, Höltinghausen, Dinklage und Visbek an. Von 1933 bis 1955 war Wübbolt als Hauptlehrer in Nikolausdorf tätig. Danach wurde er zum Schulrat für den Aufsichtsbezirk Cloppenburg berufen. Insgesamt erfüllte er 50 Jahre seine Pflicht im Schuldienst. Friedrich Wübbolt starb im Jahre 1994.

Kriegervereine angeschlossen waren, drückte in seinen Berichten eine unverhohlene Aggressivität gegen den demokratischen Parlamentarismus der Weimarer Republik aus. Der Kampf des "Bundesblattes" galt den "Erfüllungspolitikern", die den Versailler Vertrag und insbesondere die "Kriegsschuldlüge" zu verantworten hatten, und den demokratischen Organen der Weimarer Republik. Der "Oldenburger Landes-Kriegerverband" trug durch das von ihm herausgegebene "Bundesblatt" in Wort und Bild zu einer Verherrlichung des deutschen Militarismus bei, die den demokratischen Grundgedanken nur noch als Zerrbild deutscher Politik erscheinen ließ. In Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches vor 60 Jahren protestierte das "Bundesblatt" 1931 gegen "die Knechtung unter den ungeheuerlichsten Schandvertrag der Weltgeschichte", aber - "Gott sei Dank" - sei das Nationalgefühl der Deutschen "unter dem titanenhaften Druck der Kriegsjahre" zu einem "stolzen Nationalbewußtsein" gehärtet worden. Der militante Nationalismus, der in den Kriegervereinen gepflegt wurde, war aus der Vorkriegszeit übernommen und enthielt eine deutliche Absage an die Weimarer Republik:

> "Wir Deutsche haben nur **ein** Vaterland, und das heißt **Deutschland!** Wir dürfen nur **eine** Partei kennen, und die heißt: **die deutsche Nation!** Unsere Gemeinschaft habe ein gemeinsames Ziel, das erhabenste Licht, das uns scheint, es heißt **Freiheit!** Ziel der **Freiheit**, leuchte in jeder deutschen Seele!"[570]

Das "Bundesblatt" begrüßte das Verbot des Remarque-Films "Im Westen nichts Neues", der eine "rohe Verzerrung [des Krieges] ins gewollt Niedrige" darstelle.[571] Der Krieg habe "auch sittliche Werte hervorgebracht, deren Erhaltung für das Leben der Nation eine Notwendigkeit" sei:

---

[570] Bundesblatt vom 1.1.1931. Der Jahrgang 1931 des "Bundesblattes" wurde vom Realgymnasium in Cloppenburg bezogen und in der Lehrerbibliothek archiviert. Die Kriegervereine in Südoldenburg gaben in dem "Bundesblatt" auch ihre Vereinsnachrichten bekannt. Es erschien monatlich, enthielt die Mitteilungen des Oldenburger Landes-Kriegerverbandes und diente gleichzeitig als Verbandsorgan der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der Landesgruppe Oldenburg des Deutschen Reichskriegerbundes "Kyffhäuser". Die Geschäftsstelle befand sich in Oldenburg, als Hauptschriftleiter fungierte Oberstleutlant a. D. W. Gürtler, Oldenburg. Zum demokratischen Parteienstaat der Weimarer Republik hieß es weiter in dem Gedenkartikel "60 Jahre Deutsches Reich": "Hinweg darum mit dem persönlichen Eigennutz, dem zermürbenden Parteihader, die uns vom deutschen Einigungsgedanken immer mehr entfernen. Frei und aufrecht wollen wir **gemeinsam** daran gehen, unsere Ketten zu sprengen. Es **gibt** kein höheres Gut als die Freiheit. Jeder Tag müßte uns das immer wieder einhämmern."

[571] OSNABRÜCK, Exil, S. 362-375. Der Anti-Kriegsroman "Im Westen nichts Neues" des gebürtigen Osnabrückers Erich Maria Remarque wurde 1929 veröffentlicht und daraufhin in den USA verfilmt. Die Agitation der politischen Rechten gegen die Aufführung des Films hatte Erfolg: Am 11. Dezember 1930 verbot die Filmoberprüfstelle in Berlin den Remarque-Film. Er

> "Die Überwindung des Individualismus in der Hingabe an die Idee der Gesamtheit und die Kameradschaft der Front sind die Grundlagen einer Volksgemeinschaft, die wir heute mehr denn je zu pflegen haben."[572]

Der Krieg sei "für Deutschland ein aufgezwungener" gewesen, aber die deutschen Soldaten hätten es für ihre "heilige Pflicht" gehalten, "ihn mitzukämpfen". Aus diesem Glauben habe man nach dem Zusammenbruch "nicht die falsche Frontstellung des Pazifismus oder des Internationalismus bezogen". Es sei "einfach Pflicht der Führerschaft" im Kyffhäuserverband, "sich mit klarer Meinung schützend vor das kulturelle, vor das geistige und seelische Erbgut, vor das unveräußerliche Nationaleigentum des deutschen Volkes zu stellen und dreiste Zugriffe, Unterschiebungen gefälschten Volkstums, kurz alle Versuche zur Trübung des deutschen Nationalbewußtseins abzuwehren." Der Film "Im Westen nichts Neues" diene nicht "der inneren Wiederaufrichtung unseres Volkes und der Gesundung unseres nationalen Bewußtseins", sondern stelle "eine einzige Verhöhnung und Beschimpfung des deutschen Frontsoldaten" dar.[573] Der pazifistische Film nach dem Remarque-

---

sei "nicht ein Film des Krieges, sondern der deutschen Niederlage", hieß es in dem Urteil. Die Fimoberprüfstelle, vor der auch Vertreter des Reichswehrministeriums als Sachverständige aussagten, sah "die Gefährdung des deutschen Ansehens durch den Film" als gegeben an. 1931 verließ Remarque Deutschland und übersiedelte in die Schweiz. Seine Werke fielen am 10. Mai 1933 der Bücherverbrennung zum Opfer.

[572] Bundesblatt vom 1.1.1931. Der Artikel "Remarque=Film und nationaler Gedanke" wurde als "Nachwort eines Frontsoldaten zum Filmverbot" angezeigt. Wie die politische Rechte gegen den Remarque-Film agitierte, geht aus einem Bericht des "Landvolks", des Presseorgans der "Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei" in Südoldenburg, hervor. Darin hieß es unter dem Titel "Deutsche Kulturschande": "Der Film [...] übertrifft das Buch an Gemeinheiten und Niederträchtigkeiten ganz erheblich. Der amerikanische Regisseur hat hier mit einer zynischen Wollust gearbeitet und die deutschen grauen Frontkämpfer durch niedrigstes amerikanisches Menschenmaterial ersetzt, daß jedem Deutschen der einfache Gedanke, daß ein derartiger Film gedreht werden dürfte, die Scham und Schmach ins Gesicht treiben muß. Daß sich aber sogar ein deutsches Lichtspieltheater für die Vorführung hergibt, ist ein Zeichen innerster Roheit und Verworfenheit, für die es keine Ausdrücke und Bezeichnungen gibt." (LV vom 13.12.1930)

[573] Bundesblatt vom 1.1.1931. Der Oldenburger Kriegerbund gehörte neben dem Stahlhelm, Kreisgruppe Oldenburg, dem Deutschen Offiziersbund, Landesgruppe Oldenburg, der NSDAP, Gau Weser-Ems, dem Nationalverband deutscher Offiziere, Ortsgruppe Oldenburg, und der DNVP, Kreisverein Oldenburg, zu den Verantwortlichen einer Eingabe an das oldenburgische Innenministerium, in der es ersucht wurde, die Vorführung des Films "aus polizeilichen Gründen" zu verbieten, "damit Ruhe und Ordnung nicht gefährdet werden". Der Film stelle "einen außerordentlich schweren Angriff gegen die Ehre und gegen das Ansehen der deutschen Armee im In- und Auslande" dar. (MEYER, Macht, S. 20: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 7. August 1931)

Roman "Im Westen nichts Neues" bedeutete eine Provokation der nationalen Gesellschaft, die sich in ihren quasi religiösen Idealen verletzt fühlte. Die nationalistischen Attacken des rechten politischen Lagers waren defensiv. Sie galten einer freien, nach innen und außen friedfertigen Gesellschaft, die human und konsensfähig ist. Das entscheidende Mittel im nationalen deutschen Wiederaufbau war nach Ansicht des "Bundesblattes" aber der "Wehrgedanke" und die "Wehrhaftigkeit". Die Welt fürchte den "deutschen Wehrgeist" und "schon der Wille zur Wehrhaftigkeit" sei eine "Waffe für uns, die im Ringen um Deutschlands Zukunft gar nicht hoch genug zu bewerten ist."[574] Der Kampf um das "Wiedererwachen deutscher Größe und Einheit" müsse vor allem gegen den "Kultur=Bolschewismus", zu dessen Trägern und Sympathisanten auch die politische Linke in Deutschland gezählt wurde, geführt werden. Diesen Konflikt könnten die demokratischen Kräfte allein nicht bestehen, sondern nur die nationalen:

> "Wir stehen heute in einem schwachen Staat. Die Spreng= und Teilungskräfte setzen sich immer mehr durch. Aber nichts ist verloren, wenn wir nicht die Kraft verloren haben, der Freiheit und Gerechtigkeit, der Reinheit und Ehrlichkeit zu leben. Gelöst kann diese deutsche Not ja nur werden, wenn all die verhöhnten und beiseitegestellten ewigen Werte des Deutschtums wieder als Grundlagen eingesetzt werden. Es muß gelingen, uns den undeutschen Einflüssen zu entwinden."[575]

Die Parteien und mit ihnen die Republik konnten diesen Kampf um Deutschlands Zukunft nicht gewinnen, weil sie einen "schwachen Staat" vertraten, der nicht auf nationalen Werten beruhte. Das "Bundesblatt" beschloß das Jahr 1931 mit einem Aufruf unter dem Titel "Volk und Führer" und einem Bekenntnis zur großen Persönlichkeit, zum "machtvollen Führer", der in der deutschen Geschichte erwartet wurde:

> "Der Ruf nach einem machtvollen Führer, der unser Vaterland aus der Drangsal und dem Wirrwarr der Gegenwart wieder emporhebt zu der lichtvollen Höhe nationaler Selbstsicherheit und politischer Unabhängigkeit, schallt laut durch das Land. [...] Die Forderungen, die Volk und Vaterland über den Lärm des Tages und die Parlaments= und Parteienknobelei hinaus erhoben, bewirken immer weiter die Abkehr von den alten Parteien und die Abneigung gegen den neudeutschen Parlamentarismus. [...] Immer deutlicher tritt die Abkehr vom Staate, soweit er durch die Parteien dargestellt wird, in Erscheinung. [...] Der Parlamentarismus kennt nur eine Verantwortlichkeit der Massen. **Alles wahrhaft Große aber geht stets von einer großen Persönlichkeit aus.** Kom

[574] Bundesblatt vom 1.2.1931.
[575] Bundesblatt vom 1.4.1931.

men wird ein solcher Mann! Er braucht kein Sohn der Revolution zu sein, kein Napoleon. Auf parteipolitischem Boden dürfen wir ihn nicht suchen."[576]

In diesem Sinne diente der nationale Protest gegen "Versailles" auch dem Kampf gegen die politische Linke in Deutschland und sollte den Parlamentarismus in der Weimarer Republik überhaupt schwächen. Diese Zielsetzung war in den politischen Attacken jedoch nicht immer zu erkennen, weil sie demonstrativ die angebliche Sorge um das moralische Überleben der deutschen Nachkriegsgesellschaft in den Vordergrund rückten. In seiner Eigenschaft als Landesjugendleiter hielt der Vechtaer Studienrat Dr. Kohnen auf dem 51. Oldenburger Bundeskriegerfest in Westerstede am 6. und 7. Juni 1931 vor der Kyffhäuser-Jugend die Festansprache und bekräftigte den Willen der "großen vaterländischen Bewegung Deutschlands", auch weiterhin "auf national=politischer Grundlage gegen die weitere Zersetzung des deutschen Volkes, gegen die Kriegsschuldlüge, gegen den Kulturbolschewismus, für den Gedanken der Vaterlandsliebe und Kameradschaft über alle Schranken und Gegensätze hinweg, für den Gedanken der Wehrhaftigkeit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes" zu kämpfen, nach dem Motto:

"Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen!"[577]

---

[576] Bundesblatt vom 1.12.1931.

[577] Bundesblatt vom 1.7.1931. Der Vers "**Deutschland muß leben, und (nicht: auch) wenn wir sterben müssen!**", der zu einem politischen Slogan der nationalen Rechten in der Weimarer Republik wurde, stammt aus dem Gedicht "Soldatenabschied", das Heinrich Lersch (1889 - 1936) 1914 verfaßte. Erste Anerkennung als Schriftsteller fand Lersch, der Sohn eines Kesselschmieds in Mönchengladbach, beim Volksverein für das katholische Deutschland und bei den Christlichen Gewerkschaften in Wien. In seinem "Soldatenlied" artikulierte er die Kriegsbegeisterung der um gesellschaftliche Anerkennung ringenden katholischen Arbeiter. Im Literaturbetrieb der Weimarer Republik blieb Heinrich Lersch aufgrund seiner nationalen und den Klassenkampf ablehnenden Haltung ein Außenseiter. Den von ihm propagierten Kameradschaftsbegriff glaubte er in dem Scheinkollektivismus der Nationalsozialisten zu finden. Versuche, Heinrich Lersch nach 1945 wieder ins Gespräch zu bringen, scheiterten an seinem Engagement für den Nationalsozialismus. (KILLY, Literaturlexikon 7, S. 239)

5. Das Zentrum in der politischen Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1925

5.1. Einleitung

"Das Zentrum ist eine Macht, an der man nicht vorbeigehen wird."[578] Mit diesen Worten eröffnete die Vechtaer OV im März nach den Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung die Diskussion um die bevorstehende Regierungsbildung. Obwohl die hohen kulturpolitischen Erwartungen des südoldenburgischen Katholizismus sich nicht erfüllten, trat das Zentrum in die erste frei gewählte Regierung in Oldenburg ein. In der Frage der kulturpolitischen Sicherungen hatte es vor allem auf die Kompromißbereitschaft der DDP gesetzt und optimistisch gehofft, daß die im Staatsgrundgesetz bestehenden schulpolitischen Bestimmungen erhalten blieben. Das Ergebnis der Verfassungsberatungen war für das Zentrum enttäuschend: Weder die Dreiviertel-Majorität konnte in seinem Sinne durchgesetzt noch das Katholische Oberschulkollegium verfassungsrechtlich abgesichert werden. Die katholische Lehrerbildung in Vechta galt als gefährdet. Ein tiefer politischer Riß verlief quer durch die Weimarer Koalition. Das hatte Folgen.

Durch die endgültige Entscheidung des Zentrums für die Bildung der Koalition mit dem Landesblock und den Eintritt in das Beamtenministerium von Finckh im Jahre 1925 wurde das die parlamentarische Demokratie in Oldenburg tragende politische Lager im wesentlichen auf die DDP und SPD reduziert, wobei der politische Einfluß der SPD erheblich durch ihre Zweifel an der Selbständigkeit Oldenburgs geschwächt wurde. Die politische Wende zeigte nicht nur die Strukturkrise des Zentrums, die es zwei Jahre ziellos zwischen den politischen Fronten manövrieren ließ, sondern auch die Führungsschwäche einer Partei, die keine Konfessionspartei mehr sein wollte, aber in die politischen Kompetenzen einer modernen demokratischen Volkspartei noch nicht hineingewachsen war. Die politischen Optionen des Zentrums erwuchsen zwischen 1923 und 1925 nicht aus demokratischen Grundhaltungen, die eine Kooperation mit dem antirepublikanischen Landesblock ausgeschlossen hätten, sondern aus einem konstitutionellen Pragmatismus, der sich aus Gründen vermeintlicher Parteiräson der neuen politischen Lage anpaßte und die politische Herausforderung als neutrale Sach- und Handlungszwänge interpretierte. Wie im November 1918 stellte sich das Zentrum

[578] OV vom 11.3.1919.

auch nach 1925 auf den Boden der neuen Tatsachen und betrat den vorparlamentarischen Raum der Fachministerien, die das Land nicht politisch regierten, sondern es bürokratisch verwalteten. An der Seite des rechtskonservativen Lagers im Landesblock sah sich das Zentrum besser aufgehoben als im Bunde mit den weltanschaulichen Gegnern in der kirchenfeindlichen Sozialdemokratie und dem 'freisinnigen' Linksliberalismus.

In der Haltung des Zentrums, die die Parteiführung mit veränderten politischen Sachzwängen erklärte, verbarg sich ein politischer Kurswechsel, der das Ergebnis eines gewandelten Meinungs- und Willensbildungsprozesses war, den das Zentrum erst nach zähem Ringen im nationalen Fahrwasser der Reichspräsidentenwahl öffentlich zu bekennen wagte. Die gegenteiligen Beteuerungen des Zentrums, seinen Platz in der politischen Mitte nicht verlassen zu haben, änderten daran wenig. Mit der Entscheidung des Zentrums gegen die Weimarer Koalition und für den Landesblock wurde die politische Mitte in Oldenburg nachhaltig geschwächt und schon Mitte der 1920er Jahre im kleinen Freistaat eine politische Polarisierung herbeigeführt, die zu einer tiefgreifenden Entfremdung und Sprachlosigkeit zwischen den Parteien beitrug. Die Deklassierung der Weimarer Koalition als Arbeitsgemeinschaft, die jederzeit kündbar war, zeigte an, daß das Zentrum die konstitutive Rolle dieses demokratischen Bündnisses unterschätzte und sich von Anfang an mit der gouvernementalen Praxis im parlamentarischen System zu bescheiden bereit war. Das konnte die notwendige demokratische Überzeugungsarbeit aber nicht ersetzen. Dazu war das oldenburgische Zentrum aufgrund seiner politischen Geschichte, organisatorischen Struktur und gravierenden Defizite in der politischen Theoriebildung nicht in der Lage.

Die Installation der Fachministerien bot dem Zentrum den politischen Ausweg, sich vorsichtig taktierend aus dem parlamentarischen System zu verabschieden, ohne in der politischen Öffentlichkeit demokratischer Illoyalität oder gar Verantwortungslosigkeit bezichtigt zu werden. Nur so ist es zu erklären, daß das konstante Wählervotum für das Zentrum auch heute noch vorbehaltlos als ein Beleg für das demokratische Bewußtsein des südoldenburgischen Katholizismus angesehen wird. Die moralischen Beteuerungen des Zentrums, mit seiner Entscheidung im Jahre 1925 die politische Stagnation überwunden und damit aus der Krise geführt zu haben, können nicht von seiner politischen Mitverantwortung für den demokratischen Niedergang des Freistaats ablenken. Mit seiner Flucht in die präsidiale Regierungspraxis und der Beschränkung seiner demokratischen Verantwortung auf die Partizipation

am formal-demokratischen Regelmechanismus trug das Zentrum in Oldenburg erheblich dazu bei, den Staat von den Parteien zu distanzieren, und schwächte damit die öffentliche Reputation der Republik. Zu ihr gab es angeblich eine Alternative: Diese Schlußfolgerung war ein politischer Trugschluß, wie sich bald herausstellen sollte. Mit dem Scheitern der Weimarer Koalition im Jahre 1923 und dem Eintritt in die Politik der parteilosen Beamtenkabinette eilte Oldenburg der politischen Entwicklung im Deutschen Reich um sieben Jahre voraus. Mit diesem Kurswechsel begab sich der Freistaat auf einen oldenburgischen Sonderweg, an dessen Ende 1932 die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten stand - gut ein halbes Jahr vor der "Machtergreifung" im Deutschen Reich. Diese Entwicklung konnten die politischen Akteure des 1925 noch nicht überblicken, als Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der "Held von Tannenberg", zum Reichspräsidenten gewählt wurde; sie war zu diesem Zeitpunkt von ihnen politisch auch nicht intendiert. Diese Feststellung mindert aber nicht die Verantwortung der Parteien und Fraktionen für die innen- und verfassungspolitische Entwicklung in Oldenburg nach 1923.

5.2. Die Weimarer Koalition in der Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1919 bis 1923

In einem Kommentar anläßlich der konstituierenden Sitzung der verfassunggebenden Landesversammlung ging die Vechtaer OV davon aus, daß der Verfassungsentwurf des Direktoriums das parlamentarische Prinzip der Regierungsbildung konsequent umsetzen würde, und erwartete das Ausscheiden der bisher dem Direktorium angehörenden Fachminister. Die Zeitung spekulierte über die Zusammensetzung der künftigen oldenburgischen Regierung und hielt ein Kabinett aus zwei Fachministern und drei Parlamentariern für unwahrscheinlich. Im Amt des Ministerpräsidenten erwartete sie ein bürgerliches Mitglied des Landtags. Der südoldenburgische Katholizismus stellte sich ausdrücklich "mit beiden Füßen auf den Boden der neu geschaffenen Tatsachen", aus dem Grund, "weil wir mitraten und mittaten wollen und in der Arbeit für das Volkswohl uns von niemandem übertreffen lassen".[579]

Der Verfassungsentwurf des Direktoriums ging von einem fünfköpfigen Ministerium aus und machte für die Mitglieder der Regierung nicht zur Be

[579] OV vom 19.3.1919.

dingung, daß sie als Abgeordnete dem Landtag angehörten. Darin sah das Zentrum seine Auffassung bestätigt, daß der Verfassungsentwurf das parlamentarische System nicht voll zur Geltung bringe.[580] Es wurde in diesem Bestreben unterstützt von der Sozialdemokratie und sah in der Position der oldenburgischen DDP unter der Führung Tantzens eine "Entparlamentarisierung des Ministeriums" mit dem Ziel, "das Dursthoffsche Projekt einer berufsständischen Vertretung zu töten". Die Vechtaer OV rekapitulierte die politische Erfahrung mit dem parlamentarischen System seit den Oktoberreformen 1918 und klärte ihre Position in der Frage der Regierungsbildung und zum Parlamentarismus überhaupt:

> "Wenn wir das parlamentarische System anerkennen und konsequent durchführen wollen, so muß die Angelegenheit in dem von uns vertretenen Sinne geregelt werden. In dem auch von uns weitgehend unterstützten Bestreben, eine freiere und selbständigere Stellung der Regierung herbeizuführen, muß es eine Grenze geben, wenn wir nicht zu vornovembrigen Regierungsverhältnissen zurückkehren wollen. Nicht die Regierung muß das letzte Wort haben, sondern der Landtag, in dem die Volkssouveränität sich verkörpert. Wir wollen hier die schon im Oktober 1918, also schon vor der Revolution, im Reiche begonnene Parlamentarisierung nicht wieder rückwärtsrevidieren. Wir haben uns auf den Boden der damals eingeleiteten politischen Entwicklung gestellt und die Uebertragung auf die Einzelstaaten damit akzeptiert. Die Revolution hat daran nicht viel geändert. Auch ohne sie hätten wir das parlamentarische System bekommen."[581]

Aufgrund seiner Schlüsselposition im Landtag plädierte das Zentrum in der Frage der Regierungsbildung vorbehaltlos für das parlamentarische System, weil es sich von ihm eine größere politische Einflußnahme erhoffte. Von einem Minister in der Regierung, der zugleich der Landtagsfraktion angehörte, versprach es sich eine wirkungsvolle Vertretung der katholischen Sonderinteressen. Vier Tage nach der Verabschiedung der "Verfassung für den Freistaat Oldenburg" am 17. Juni 1919, in der die politischen Forderungen des Zentrums auch in der Regierungsfrage nicht erfüllt waren, wurden die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD, DDP und Zentrum abgeschlossen. Am 21. Juni 1919 wurde die erste Regierung Tantzen gewählt, und die verfassunggebende Landesversammlung konstituierte sich als erster ordentlicher oldenburgischer Landtag. Der Regierung gehörten für die DDP Theodor

---

[580] OV vom 22.3.1919. In ihrem Kommentar merkte die Zentrumspresse in Vechta zu dieser Frage kritisch an: "Der Entwurf führt das parlamentarische System nicht konsequent durch, denn in § 9 Abs. 2 heißt es nur ‘die Mitglieder des Staatsministeriums können zugleich Abgeordnete sein.’"

[581] OV vom 20.5.1919.

Tantzen (Ministerpräsident), das Zentrum Franz Driver (Finanzen und Handel), die SPD Julius Meyer (Soziale Fürsorge) und der parteilose Justizminister Otto Graepel an. Der neue Ministerpräsident erklärte nach seiner Wahl, er werde in seinem neuen Amt "geleitet von der Pflicht, die erwachsen ist als Konsequenz der politischen Forderung der Einführung des parlamentarischen Systems, eine Forderung, die weite Kreise des Volkes und starke politische Parteien seit langem erhoben haben". Aber seine Regierung, der auch ein bewährter Fachminister angehöre, sei parteipolitisch nicht fixiert. Tantzen warnte vor einem 'Parteienstaat' mit den Worten:

> "Eine Parteiregierung wird an die Spitze des Staates treten. Das soll und wird in keinem Falle heißen 'parteiisch regieren'. Die Wahrheit ist: Wer nie Partei gewesen, vermag zwar außerhalb des Parteistreites, aber niemals über den Parteien zu stehen."

Nicht "die Wiederherstellung der Welt vor dem 4. August 1914" sei das Ziel der oldenburgischen Politik. Wer glaube, "die gegenwärtigen Ereignisse wären nur vorübergehende Erschütterungen, nach ihnen würde alles wieder, wie es vor dem 4. August 1914 gewesen ist", der verkenne die neuen Zeitverhältnisse völlig. Tantzen erinnerte daran, daß zur gleichen Stunde in Weimar über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages entschieden werde, und legte vor der Landesversammlung ein eindeutiges nationales Bekenntnis ab:

> "Es gibt Augenblicke im Leben der Menschen wie der Nationen, wo das Gefühl für Würde mehr wert ist als alle Überlegung. Wir sind Deutsche und wollen Deutsche bleiben, was auch immer kommen mag. In diesem Bekenntnis fühlen wir uns einig. Helfen wir nun alle, vorwärts zu kommen, hinweg über Hindernisse und Beschwerden in eine glücklichere Zeit!"[582]

In der nationalen Grundhaltung stimmte das älteste Mitglied der Landesversammlung, der Löninger Zentrumsabgeordnete Bernhard König, mit Ministerpräsident Tantzen überein. König schloß die Beratungen des verfassunggebenden Parlaments in Oldenburg mit Worten, die an die demütigende Realität des Friedensvertrages erinnerten:

> "Was uns die Zukunft bringt, wir wissen es nicht, aber im letzten Augenblick unseres Zusammenseins lassen Sie uns geloben, Treue dem deutschen Vaterland, Treue dem deutschen Volk. Wer sein Volk in dieser Zeit der Not verläßt, nicht die Treue dem Reich und seinem Volke hält, ist nichts anderes wert, als Lohnsklave herrschender

[582] VLV, 15. Sitzung, 21.6.1919, S. 290-292.

> Völker zu sein. Bleibt das deutsche Volk sich nur selbst treu, geht auch diese schwere Stunde größter Schmach vorüber."[583]

Die Vechtaer OV begrüßte den verfassungskonformen Wechsel von der "Revolutionsregierung" zum ersten parlamentarischen Ministerium in Oldenburg, das von den Mehrheitsparteien getragen werde:

> "Vom Vertrauen der regierenden Mehrheitsparteien berufen, tritt das erste parlamentarische Ministerium sein Amt als Regierung des Freistaates Oldenburg an. Damit ist die Revolutionsregierung, deren Zusammensetzung den Verhältnissen, wie sie durch die Wahlen geschaffen wurden, nicht mehr entsprach, durch eine verfassungsmäßige ersetzt."

Die Zeitung würdigte den historischen Tag und erinnerte daran, daß mit dem Zentrumsabgeordneten Driver zum erstenmal seit 115 Jahren ein Katholik in die Regierung eingetreten sei, bedauerte aber zugleich, daß die Minister aufgrund der Verfassung keine Abgeordneten bleiben konnten und Driver aus der Zentrumsfraktion ausscheiden mußte.[584] In einem Rückblick auf die Arbeit der verfassunggebenden Landesversammlung kam die Vechtaer OV zu dem Ergebnis, daß sich das Zentrum in den Beratungen nicht durchsetzen konnte und auch die Bildung der Regierung nicht "ganz dem parlamentarischen Prinzip" entsprach.[585] Sie betonte aber zugleich die Kontinuität der politischen Entwicklung in Oldenburg, die vor allem durch die Arbeitsgemeinschaft der Mehrheitsparteien in der Revolutionsregierung wie in der ersten parlamentarischen Regierung garantiert werde.[586] Der Eintritt Drivers in die neue Regierung war nach Ansicht der Vechtaer OV ein gutes Omen für eine "Wendung zum Besseren". In seiner Person wurde eine Tradition südoldenburgischer Regierungsbeteiligung im Freistaat begründet, die sichtbaren Einfluß auf das politische Schicksal dieses kleinen Landes nahm. Mit pragmatischen Erwägungen begründete der Zentrumsabgeordnete Heinrich Fröhle, Zeller in Hammel bei Lastrup, die Aussetzung der fälligen Landtagswahlen, zudem sei es ungewiß, ob das Zentrum bei den nächsten Landtagswahlen wieder seine Stärke von elf Mandaten erringen könnte.[587] Fröhle sah die Zukunft seiner Partei durchaus realistisch.

---

[583] Ebd., S. 293f.
[584] OV vom 22.6.1919.
[585] OV vom 28.6.1919.
[586] OV vom 27.6.1919.
[587] OV vom 26.6.1919.

Der erste Vertretertag der oldenburgischen Zentrumspartei nach dem Abschluß der Verfassungsberatungen und der Regierungsbildung im September 1919 in Cloppenburg verlegte sich bereits auf eine politische Verteidigungslinie. Er schwächte die Regierungsbeteiligung des Zentrums ab und titulierte das Kabinett der Weimarer Koalition aufgrund der weltanschaulichen Gegensätze als politische Arbeitsgemeinschaft. Der Abgeordnete Fröhle charakterisierte sie mit wenigen Worten:

> "Kein Grundsatz ist von uns aufgegeben worden. Wir haben wiederhergestellt eine Gemeinschaft der Arbeit, aber keine Gemeinschaft der Gesinnung. Auf kulturellem und auf wirtschaftlichem Gebiet trennt uns eine tiefe Kluft von den Sozialdemokraten."[588]

Fröhle verteidigte die Anzahl der Minister, die auf Vereinbarung beruhe, mit einem politischen Kalkül und erinnerte an das Ergebnis der Verfassungsberatungen, die diese Frage offengelassen hatten:

> "Wenn wir dafür gestimmt hätten, daß die Zahl auf drei festgesetzt werden solle, so hätten wir keinen Minister bekommen, was doch wohl unser alter Wunsch, der Wunsch des ganzen Münsterlandes ist. Wir mußten an der Regierung teilnehmen, wir wollten an entscheidender Stelle Einfluß haben, den wir früher nicht gehabt haben. Damit ist ein alter berechtigter Wunsch des Münsterlandes in Erfüllung gegangen."[589]

In einem Rückblick auf die politische Gründungsphase im Freistaat wie im Reich, die vom Zentrum trotz erheblicher innen- und außenpolitischer Krisen verdienstvoll und im demokratischen Sinne mitgestaltet wurde, äußerte sich die Vechtaer OV im September 1919 noch einmal grundsätzlich zum parlamentarischen Regierungssystem, das den "Willen zur Uebernahme von Verantwortung" bedeute und ohne diesen Willen nicht denkbar sei. Die politische Überlegenheit der repräsentativen Demokratie leitete der Kommentar aber nicht prinzipiell ab, sondern aus der Partizipation des Volkes am politischen Leben, die im parlamentarischen größer als im konstitutionellen System sei:

> "Wenn man das parlamentarische System als eine höhere, vorgeschrittene Form des staatlichen Lebens bezeichnen will, kann die Berechtigung hierzu nur aus dem Umstande hergeleitet werden, daß das Volk in weit höherem Maße als im konstitutionellen oder gar monarchischen System an der Gestaltung seines Schicksals selbst beteiligt ist

---

[588] OV vom 21.9.1919.

[589] OV vom 21.9.1919. § 39 lautete: "Das Staatsministerium besteht aus dem Ministerpräsidenten und einer durch Gesetz zu bestimmenden Zahl von Staatsministern." (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 401)

> und darum auch in höherem Maße der politischen Reife und des politischen Verantwortungsgefühls bedarf. Die Scheu vor der Verantwortung ist eigentlich unvereinbar mit dem Willen zur parlamentarischen Regierung, und wo sie sich zeigt, tritt entweder ein Verkennen der Wesensart des parlamentarischen Systems oder die Angst vor der eigenen Courage zutage."[590]

Diese Worte der Vechtaer OV enthalten jenen demokratischen Impuls, der dem politischen Katholizismus spätestens in der Krise des Jahres 1923 verloren ging. Wie in der Gründungsphase des Freistaates spielte das Zentrum auch beim Übergang von der parlamentarischen Regierung Tantzen zum autoritären System der Fachministerien von Finckh und Cassebohm eine Schlüsselrolle. Die "selbstverschuldete Ohnmacht des Oldenburger Landtags", von der Elsbeth Südbeck in zutreffender Weise spricht, ist ohne die unbewegliche Haltung des Zentrums nicht zu erklären.[591]

5.2.1. Ministerpräsident Theodor Tantzen: "Volk und Regierung müssen eins sein."

Der Sturz der Regierung Tantzen am 28. März 1923 leitete das vorzeitige Ende der liberalen Ära und des parlamentarischen Regierungssystems vier Jahre nach der Verabschiedung der demokratischen Landesverfassung in Oldenburg ein. Friedrich Wissmann würdigt Theodor Tantzens "Mut zur Demokratie" und sein Bestreben, personalpolitische Entscheidungen auch als "Faktor der republikanischen Erneuerung" in Oldenburg einzusetzen.[592] Tantzen setzte auf politische Kontinuität, ökonomische Stabilität und auf einen breit angelegten demokratischen Konsens in der Bevölkerung, um den Bestand der neuen Verfassungsordnung dauerhaft zu sichern. Das Jahr 1923 war eine Bewährungsprobe, die die politischen Parteien im Landtag offensichtlich leichtfertig verspielten. In diesem Zusammenhang hielt Tantzen die Reaktion von Monarchisten und Nationalisten für eine größere politische Gefahr als den Kommunismus, der nicht aufgrund seiner Ideologie, sondern durch Not und Elend im Volke an Einfluß gewinnen könnte. Besondere Verantwortung für die politische Neugestaltung des Landes kam der Beamtenschaft und der Lehrerschaft zu, der Tantzen nicht nur eine loyale, sondern eine demokratische Überzeugung abverlangte.

---

[590] OV vom 28.9.1919.
[591] SÜDBECK, Freistaat, S. 13.
[592] WISSMANN, Personalpolitik, S. 113-128.

Theodor Johann Tantzen, nach seinem Geburts- und Wohnort Heering bei Abbehausen auch Tantzen-Heering genannt, entstammte einem altangesehenen Bauerngeschlecht. Sein Bruder Ernst Ortgies Tantzen-Stollhamm, von 1899 bis 1925 Gemeindevorsteher der Gemeinde Stollhamm, gehörte von 1896 bis 1925 dem oldenburgischen Landtag an und war Präsident der verfassunggebenden Landesversammlung. Als Präsident des ersten Oldenburger Landtags vereidigte er 1919 seinen jüngsten Bruder zum ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Oldenburg. Ein Vetter von Theodor Tantzen, Hergen Robert Tantzen-Rodenkirchen, war Mitglied des Oldenburger Landtags von 1911 bis 1919. So waren 1919 drei Tantzen, Ernst, Theodor und Robert Tantzen, im Landtag vertreten. Dadurch wird die überragende Rolle der liberalen Dynastie Tantzen in Oldenburg deutlich, die sich seit dem Beginn des oldenburgischen Parlamentarismus im Jahre 1848 auf kommunal-, landes- und verbandspolitischer Ebene etablierte.
Theodor Tantzen wurde am 14. Juni 1877 als jüngstes von acht Kindern geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Abbehausen wechselte er auf die Oberrealschule Oldenburg, die er Ostern 1892 mit dem Einjährigenzeugnis in der Obersekunda verließ. Während der Oldenburger Schulzeit lebte er im politisch wie gesellschaftlich aufgeschlossenen Hause seiner 15 Jahre älteren Schwester Henriette und deren Mann Carl Jaspers, des Vaters des Philosophen Karl Jaspers. Nach einjährigem Militärdienst übernahm Tantzen als selbständiger Landwirt 1898 den Hof Heering. Gleichzeitig mit der Hofübernahme gründete er gemeinsam mit seinem Schwager Theodor Heddewig einen Zuchtviehexporthandel, der bald florierte. Am 10. September 1901 heiratete Theodor Tantzen im ostfriesischen Westerbur die Pastorentochter Ottilie Margarete Fischer. Tantzen, der sich als Bauer und Politiker verstand, gehörte dem Oldenburger Landtag zuerst ab 1911 für die Fortschrittliche Volkspartei an und seit 1918 für die Deutsche Demokratische Partei. In seiner Funktion als Ministerpräsident, der die Weimarer Koalition von 1919 bis 1923 führte, erntete er heftige Kritik von den im Landbund organisierten Bauern und Grundbesitzern und ihren parlamentarischen Vertretungen, DVP und DNVP, die seine auf sozialen Ausgleich bedachte Steuer- und Agrarpolitik ablehnten. Sein energisches Eintreten für den Schutz der Republik beim Kapp-Putsch, für die Demokratisierung der staatlichen Verwaltung sowie sein unnachgiebiges Vorgehen gegen die "Hakenkreuzler", die Tantzen kompromißlos bekämpfte, blieben in Oldenburg politisch umstritten. Theodor Tantzen gehörte 1919 der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar an und errang 1928 für die DDP ein Reichstagsmandat in Schleswig-Holstein, das er bis zu seinem Austritt aus der Partei am 4. Mai 1930 wahrnahm. 1930 rief er vor dem Hintergund von Agrar- und Wirtschaftskrise eine eigene Organisation ins Leben, den "Wirtschaftsverband für bäuerliche Veredelungswirtschaft", der sich mit aktuellen agrar- und schutzzollpolitischen Fragen der Brüning-Ära beschäftigte. Er warnte weiterhin vor der bedrohlich anwachsenden NSDAP und appellierte an die demokratische Gesinnung der Bürger. Mit Beginn der NS-Diktatur ließ die Gestapo alsbald Tantzens Post- und Telefonverkehr kontrollieren, verhörte ihn und führte Hausdurchsuchungen durch, ohne Ergebnisse. Bis zu seiner ersten Verhaftung hielt der ehemalige Ministerpräsident Kontakt mit gleichgesinnten Freunden in Berlin, Bayern und in der Schweiz. Vom 1. bis 23. September 1939 saß Tantzen im Gerichtsgefängnis Nordenham und im Zuchthaus Vechta mit der Begründung ein, er habe auf seinem Hof vorübergehend eine ehemalige Schreibkraft der DDP-Reichstagsfraktion beherbergt. Er wurde erst entlassen, nachdem sein Sohn für einen ungewöhnlich hohen Geldbetrag einen Berliner Rechtsanwalt mit "besten" Kontakten verpflichtet hatte. Unmittelbar nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 nahm die Gestapo Tantzen zum zweiten Mal fest und inhaftierte ihn in Bremen

und in Berlin-Moabit bis zum 11. Dezember 1944. Daß Tantzen in die Freiheit entlassen wurde, verdankte er seiner Beharrlichkeit, aber auch persönlichen Beziehungen, dem Einsatz seines Sohnes Theodor und des Gauleiters Weser-Ems, Paul Wegener. Ein drittes Mal nahm die Gestapo Tantzen vom 20. bis zum 25. April 1945 fest, eine Verhaftung mit erpresserischen Absichten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der couragierte Oldenburger Liberale auf Anordnung der britischen Militärregierung am 16. Mai 1945 zum zweiten Mal zum Ministerpräsidenten des Oldenburger Landes bestellt. Seit dem 6. April 1946 gehörte er für Oldenburg dem Zonenbeirat für die britische Zone an. Seine letzte politische Aufgabe war die des Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, das am 1. November 1946 gegen seinen erklärten Willen gebildet worden war. Thedor Tantzen starb am 11. Januar 1947 in seinem Dienstzimmer im Oldenburger Staatsministerium.[593]

In einem Schreiben an das Ministerium der Kirchen und Schulen, das vom ehemaligen großherzoglichen Minister Graepel geleitet wurde, beschrieb Tantzen am 8. September 1919 insbesondere die Aufgaben der Lehrer in einem demokratischen Staat, der legitim aus der "Novemberumwälzung" und den folgenden Wahlen hervorgegangen sei.[594] Eine Gefahr für das demokratische Gemeinwesen gehe von "2 Strömungen im deutschen Volke" aus, "welche alle von der Demokratie geschaffenen Einrichtungen wieder beseitigen wollen, also die Republik als Staatsform, das parlamentarische System als Regierungseinrichtung, die Demokratie als Grundlage für den Aufbau aller Selbstverwaltungseinrichtungen und den Ausdruck des Volkswillens". Dabei galt es nach Tantzen aber zwischen der Gefahr von links und der von rechts genau zu unterscheiden:

---

[593] NEUMANN, Tantzen, S. 31ff., 36ff. Eine Rezension der Tantzen-Teilbiographie von Martina Neumann, verfaßt von Peter Haupt, findet sich im Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft Nr. 100/1998, S. 24f.

[594] StAO 270 - 27, Nr. 41, Bl. 15I, S. 1-4; WISSMANN, Personalpolitik, S. 114f. (in Auszügen), auch zum folg. Das Schreiben Tantzens an den Minister der Kirchen und Schulen wurde durch Mitteilungen veranlaßt, "wonach Lehrer der höheren Schulen in Oldenburg während des Unterrichts die Verherrlichung der Monarchie, die Absetzung der heutigen Reichsregierung Ebert-Bauer-Erzberger fordern". Es sei ihm zugetragen worden, "dass Lehrer sowohl am Gymnasium wie an der Oberrealschule in Oldenburg politische Vereine der Schüler dulden, deutschnationale Vereine, die im Anschluss an die deutsch-nationale Partei bekanntlich offen den Sturz der jetzigen Regierung, die Beseitigung der Staatsform und Staatseinrichtungen von heute anstreben". Namentlich sei ihm Professor Minderlich, "ein bekannter alldeutscher Agitator von früher", von der Oberrealschule genannt worden. Da der Direktor der Schule Demokrat sei, herrsche unter den Schülern offen der Wunsch, "diesen zu beseitigen". Daß mit den "alldeutsch-nationalistisch-monarchistischen Bestrebungen" eine "antisemitische Aktion" einher gehe, sei "in heutiger Zeit begreiflich, wird doch von rechts ebenso wie von links alles versucht, was die Menschen aufpeitschen und für ihre Zwecke geeignet machen könnte." Tantzen wies Minister Graepel an, durch die Direktoren der Schulen sämtliche Lehrer "auf ihre Pflicht zu verweisen und Pflichtverletzungen zu ahnden". Der Fall Minderlich sollte überprüft werden.

> "Auf der äussersten Linken kommunistische Bestrebungen, welche in der Erkenntnis, eine Mehrheit des Volkes nicht gewinnen zu können, also auf dem Boden der Demokratie nicht zur Herrschaft gelangen zu können, mit Gewalt die Diktatur einer Minderheit [...] der Mehrheit des Volkes aufzuzwingen versuchen. [...] Gefährlich für die jetzige Regierung kann der Kommunismus werden, wenn wirtschaftliche Not die Massen zur Verzweiflung treibt. Dauernd kann eine kommunistische Regierung und ein kommunistisch organisiertes Wirtschaftsleben im Kreise kapitalistisch organisierter Weltstaaten sich in Deutschland nicht behaupten. Daher wird die Gefahr, so von Schrecken erfüllt eine vorübergehende Herrschaft des Kommunismus auch sein würde, niemals eine dauernde. Trotzdem sind alle auf Sturz der demokratischen Regierungen gerichteten Bestrebungen mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterdrücken.

Nachdrücklicher warnte der Ministerpräsident vor dem antirepublikanischen Einfluß der alten obrigkeitsstaatlichen Institutionen. "Das Gefährlichste für die Zukunft" gehe für das neue republikanische Staatswesen von den "Reaktionsbestrebungen als natürliche Folge jeder verbindungslosen Fortentwicklung der Staatseinrichtungen" aus, "welche auf die Wiedereinführung der alten Staats- und Regierungsform und die Beseitigung der Demokratie hinauslaufen". Zur Begründung führte Tantzen vor allem das obrigkeitsstaatliche Denken an, das nur nach und nach abgebaut werden könne:

> "Einmal haben die Männer und Parteien, welche die Wiedereinführung des alten Systems betreiben, das Regieren in der Vergangenheit gelernt. Haben sie also die Macht in der Hand, so wird das nicht vorübergehend, sondern eine längere Periode sein. In vielen Menschen steckt [...] soviel Verbindung mit der Vergangenheit, Anerkennung ihrer Einrichtungen, Verehrung für Fürstentum, dass es vielen dieser Menschen nicht möglich sein wird, innerlich die neue Zeit anzuerkennen. Im Gegenteil werden sie rasch einer Bewegung folgen, die, Anhang gewinnend, das Alte lobt, das heute verurteilt wird, dies umso mehr, als die heutigen Zustände für jeden niederdrückend und tief bedauerlich sind, aber nicht als Ursache der Aenderung der Staatsform, Staatseinrichtungen und Aufrichtung der Demokratie, sondern als Folge des Krieges. Im Gegenteil, Staatsform, Staatseinrichtungen und Demokratie nur können die Folgen des Krieges mindern, den Wiederaufbau durch Auslösung und Mitwirkung aller Kräfte erleichtern helfen. Aufgabe der demokratischen Regierung ist es, scharf zu beobachten, ob die dieser Regierung dienenden Beamten und Lehrer sich an dem Kampf gegen die heute verfassungsmäßig festgelegten Grundlagen des Staats beteiligen."

Tantzen glaubte an die Kraft des Wortes, des Arguments, an die politische Aufklärung und die demokratische Überzeugungsarbeit und warnte vor der Gewalt, die in einen Bürgerkrieg ausarten könnte. Auf der "Kundgebung für die Deutsche Republik" im Rahmen einer Trauerfeier für den ermordeten Reichsminister Walter Rathenau am 27. Juni 1922 vor dem Staatsministerium

rief Tantzen dazu auf, unter den Parteien einen nationalen Konsens zur Verteidigung der Republik zu finden:

> "Volk und Regierung müssen eins sein. Wir können nur kraftvoll unsern Willen durchsetzen, wenn wir wissen, dass wir die Masse des Volkes hinter uns haben. [...] All unser Tun dient nicht einer bestimmten Partei. Wir lehnen auch ab, dass jede Partei ihr Vaterland haben will, sondern wir sagen: Es gibt für uns alle nur eine Heimat, nur ein Vaterland, und das ist Deutschland. Und dies Deutschland lieben wir alle."[595]

Dieses politische Konzept scheiterte. Tantzen appellierte auf dieser Kundgebung erneut an die Loyalität der Beamten, "daß sie ungeachtet ihrer eigenen Einstellung der Republik und ihren Einrichtungen dienen und am Aufbau mitarbeiten. (Zuruf: Das tun sie nicht.)". Er bezeichnete die Beamten als "Diener der Republik" und erwartete von ihnen, "daß sie jedem Befehl folgen, wenn es heißt: Antreten zum Schutze der Republik! (Bravo)." Die Schulen und die Jugend forderte Tantzen auf, "allen zu zeigen, wie das Volk eins ist in dem Willen des Schutzes der deutschen Republik". Er fügte hinzu: "Wir haben die Hoffnung, daß diese Einheit nicht nur äusserlich ist."[596]

Der jüdische Industrielle Walther Rathenau (DDP), der sich im Ersten Weltkrieg um die deutsche Rohstoffversorgung verdient gemacht hatte, trat am 28. Mai 1921 in das Kabinett Wirth (Zentrum) ein, der als "Linksliberaler" galt und sich aus demokratischer Überzeugung für die Republik einsetzte. Reichskanzler Joseph Wirth und Außenminister Rathenau waren bei den Rechten als "Erfüllungspolitiker" verhaßt. Walther Rathenau wurde am 24. Juni 1922 von der "Organisation Consul", die im politischen Untergrund aktiv war, ermordet. Reichskanzler Wirth erklärte im Reichstag:

> "Da steht (nach rechts) der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. - Da steht der Feind - und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. - Große langandauernde Bewegung.)"[597]

---

[595] StAO 270 - 27, Nr. 5, Bl. 19.

[596] Ebd. Zur Trauerfeier hatte Tantzen alle Gymnasiasten, Lehrer, Landesbeamte und Polizisten der Stadt vor das Staatsministerium beordert. Die Schüler der oberen Klassen weigerten sich jedoch, zum Gedenken an den deutschen Staatsbürger jüdischen Bekenntnisses Walter Rathenau und zum "Hoch" auf die Republik ihre Schülermützen abzunehmen. Tantzen reagierte ungehalten und zitierte die Oberschüler separat zu einer zweiten Ansprache. Dabei ließ er sich zu lautstarken Äußerungen hinreißen, die im Landtag einer Richtigstellung bedurften. (NEUMANN, Tantzen, S. 83)

[597] MICHALKA, Republik, S. 87.

Die Reichsregierung reagierte auf die Ermordung Rathenaus mit der Notverordnung vom 24. Juni 1922, die Strafbestimmungen zum Schutz der Republik und die Errichtung eines Staatsgerichtshofes enthielt. Das "Gesetz zum Schutz der Republik" (Republikschutzgesetz) vom 21. Juli 1922, dem auch die DVP unter der Führung Gustav Stresemanns zustimmte, verbot Vereinigungen, die es unternahmen, Regierungsmitglieder zu töten oder die republikanische Grundordnung zu beseitigen; sie wurden mit schwerer Strafe bedroht: ein "Pyrrhussieg" der Republik, wie Rudolf Morsey kritisch feststellt.[598] Das Republikschutzgesetz konnte seine Aufgabe, die demokratische Grundordnung vor ihren Feinden zu schützen, nicht erfüllen.

Politische Unstimmigkeiten, die nur durch die starke Persönlichkeit Theodor Tantzens überbrückt werden konnten, wurden in der Weimarer Koalition schon früh sichtbar. Als Minister Graepel am 1. Juni 1921 wegen Erreichung des Pensionsalters zurücktrat, übernahm Tantzen die einstweilige Vertretung seines Ressorts. Am 31. Mai 1922 brachte die SPD-Fraktion erfolgreich einen Antrag im Landtag zur Abstimmung, der vorsah, das Ministerium der Kirchen und Schulen in Zukunft in Personalunion mit dem Ministerpräsidentenamt zu verwalten, denn "die Verhandlungen zwischen den Parteien (Fraktionen) über die Besetzung der freigewordenen Stelle eines Ministers für Kirchen und Schulen und der Justiz" hätten zu keinem Erfolg geführt.[599] Nach den Worten von Wolfgang Günther präsidierte Tantzen "einer Regierung, die von den Parteien der Weimarer Koalition getragen wurde, von denen sich das Zentrum allerdings zunehmend distanzierte und eine Verbreiterung der Koalition nach rechts anstrebte".[600] Dabei entsprach eine Erweiterung der demokratischen Basis im Freistaat durchaus der auf einen breiten politischen Konsens bedachten Konzeption des Ministerpräsidenten. Die DVP, die er in der politischen Abhängigkeit des Landbundes sah, hielt

---

[598] MORSEY, Zentrumspartei, S. 466; HEIBER, Republik, S. 94f., 112f. Die deutschnationale Hetze, als deren Wortführer sich besonders der Vorsitzende der DNVP, Karl Helfferich, hervortat, gipfelte in einem Lied, das offen zum Mord an Wirth und Rathenau aufrief:

"Wenn einst der Kaiser kommen wird,
schlagen wir zum Krüppel den Wirth,
knallen die Gewehre, tack, tack, tack,
aufs schwarze und aufs rote Pack.
[...]
Knallt ab den Walther Rathenau,
die gottverfluchte Judensau."

[599] WISSMANN, Personalpolitik, S. 118.

[600] FRIEDL, Handbuch, S. 731 (von Wolfgang Günther).

Tantzen aber nur für bedingt koalitionsfähig.[601] Die Agrarpolitik Tantzens war auch in Südoldenburg heftig umstritten.[602] Aber in seiner Kritik am Zentrum, das er für den demokratischen Neuaufbau des Landes für unverzichtbar hielt, zeigte der Ministerpräsident eine wesentlich größere Zurückhaltung als im politischen Umgang mit der DVP. Es gelang Tantzen 1923 weder, das Zentrum auf Dauer in die Weimarer Koalition einzubinden, noch die DVP für einen breiten demokratischen Konsens zu gewinnen. Mit seinem Rücktritt am 28. März 1923 zog er die Konsequenzen aus seiner politischen Niederlage. Die aggressive Haltung des Landbundes und der parlamentarischen Rechtsopposition von DVP und DNVP, die sich einer konstruktiven Lösung der Krise verweigerte, trug dazu wesentlich bei. Das Zentrum nahm diese Entwicklung billigend in Kauf.

5.2.2. Reaktionen auf den "Ruhreinbruch": "Deutschland soll nicht bloß bluten, es soll verbluten."

Die politische Reaktion auf die bewegenden Ereignisse im Ruhrgebiet 1923 blieb im Freistaat nicht aus und führte zu einer verstärkten Polarisierung im Parteienspektrum des Landes, dem sich das Zentrum nicht entziehen konnte. Die durch die Ruhrbesetzung ausgelöste Stimmung, die auch das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg erfaßte, geht aus einem Bericht der Vechtaer OV über eine Volksversammlung in Friesoythe hervor, an der etwa 800 Personen teilnahmen und "gegen die Vergewaltigung der Bevölkerung des Ruhrgebiets Protest" einlegten. Der Zeitungsbericht spiegelt den nationalen Elan im Sturm der Entrüstung über die Ruhrbesetzung wider, der die politische Rechte zu bestärken schien:

---

[601] Gegen die Interessen des Landbundes hatte Tantzen 1921 in Oldenburg eine Kartoffelumlage durchgesetzt und 1922 für die Ausdehnung der Getreideumlage auf Kartoffeln im Deutschen Reich plädiert. Die Milchverbilligung hatte der im Landbund organisierten nordoldenburgischen Landwirtschaft ebenfalls erhebliche Einbußen gebracht und der Plan zur Einführung einer Roggensteuer den massiven Protest des Landbundes hervorgerufen. (NEUMANN, Tantzen, S. 85)

[602] Der Landbund agitierte in Südoldenburg mit dem Ziel, die katholische Landbevölkerung politisch zu spalten. Eine "Landbundversammlung" in Löningen am 18. April 1921 sprach sich für einen Wandel in der oldenburgischen Landwirtschaftspolitik aus und lehnte die geplante Kartoffelsteuer, "welche gerade wieder den Süden besonders belaste", rigoros ab. Kritik übte die Versammlung auch an der Landwirtschaftskammer in Oldenburg, die für den Süden "nichts Gutes getan" hätte. Nach dem Bericht der Vechtaer OV fiel in der Aussprache sogar das Wort "Los von Oldenburg". (OV vom 20.4.1921)

> "Nach einleitenden Worten des Versammlungsleiters, Amtshauptmann Haskamp, führte Landtagsabgeordneter Denis aus Vechta der Versammlung in anschaulicher und fesselnder Weise mit Hilfe von Lichtbildern das Ruhrgebiet, seine wirtschaftliche Bedeutung und den rechtswidrigen Einbruch der Franzosen und Belgier vor. Nachdem Pfarrer Küstermeyer dann mit lebhafter Zustimmung der Versammlung gegen den Rechtsbruch und die Gewalttätigkeiten der Feinde im Ruhrgebiet feierlich Protest erhoben und zur Unterstützung der Ruhrkämpfer durch Spenden zur Ruhrhilfe und zur Aufnahme von Kindern aus dem Ruhrgebiet aufgefordert hatte, sangen die Versammlungsteilnehmer mit Begeisterung das Lied 'Deutschland, Deutschland über alles'. Die Veranstaltung brachte einen Ertrag von 110 000 Mark für die Ruhrhilfe."[603]

Auf einem "Deutschen Abend" in Lastrup hielt der Landtagsabgeordnete Fröhle "eine kurze, packende Ansprache, in der er das schamlose Auftreten belgischer und französischer Horden gegen die wehrlose, friedfertige Ruhrbevölkerung gebührend geißelte und zu kräftiger Unterstützung der Ruhrbevölkerung aufforderte".[604] Nach dem Jahre 1919, als sie ihre maßlose Enttäuschung über die harten Friedensbedingungen offen zum Ausdruck gebracht hatte, erschien die Katholische Schulzeitung im Februar 1923 zum zweitenmal mit einem Trauerrand und bekundete ihre Empörung über die nationale Deklassierung Deutschlands:

> "3 ½ Jahre haben wir geduldet, gearbeitet, gehofft, gekämpft. Friedenssterne wollten sich am dämmernden Horizont erheben, aber Frankreichs haßerfüllte Faust schlug sie nieder. [...]
> Jetzt schlägt der gallische Hahn seine Krallen ins industrielle Herz Deutschlands, unverblümt tritt sein Plan hervor: Die wirtschaftliche Vernichtung und die Auflösung Deutschlands. Deutschland soll nicht bloß bluten, es soll verbluten. [...]
> Deutschlands Trauerstunde, aber auch Deutschlands Schicksalsstunde ist da. Um so zäher, um so kräftiger, um so zielsicherer werde der Wille eingestellt. Keine Auflösung! Nein, jetzt ist die Zeit günstig, schließen wir die Reihen, helfen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die Einigkeit fördern. 'Seid einig, einig, einig!'"[605]

Der "Ruhrkampf" betraf auch die Industrie Südoldenburgs, die vor allem in Lohne konzentriert war, und führte zu großen Verunsicherungen in den Reihen der Christlichen Gewerkschaften. Ursache war eine Krise der mittelständischen Betriebe, die zu Entlassungen führte. Das Ortskartell des Christlichen Gewerkschaftsbundes stellte im März 1923 fest, daß von den 114 Arbeitern im Lohner Tabakgewerbe nur 15 in ihrem Beruf tätig seien. In der Strohhülsenindustrie und in den Maschinenfabriken sei 120 Arbeitern gekün

---

[603] OV vom 30.3.1923.
[604] OV vom 6.4.1923.
[605] Katholische Schulzeitung Jg. 15, Nr. 2, 1.2.1923, S. 9: Deutschlands Schicksalsstunde.

digt worden, "weil der vom Schlichtungsausschuß und Demobilmachungskommissar festgesetzte Lohn zu hoch sein soll". In der Spinnerei, Leder- und Kartonagenfabrik wurde die Beschäftigungslage noch als gut angesehen, zumal auch hier keine Lohnstreitigkeiten bestanden. In der Korkindustrie hingegen, in der noch 160 Arbeiter beschäftigt waren, sei mit einer größeren Entlassungswelle zu rechnen, "weil die Läger voll und fast kein Absatz vorhanden ist".[606]

Die Ruhrkrise, die zur Bildung der Großen Koalition und zur Erklärung des militärischen Ausnahmezustandes durch ein Ermächtigungsgesetz führte, trug im Reich - darüber war man sich auch in Zentrumskreisen im klaren - "zur freiwilligen Selbstabdankung des Parlamentarismus" bei. Die Zentrumsfraktion begrüßte die Demission des Kabinetts Cuno am 12. August 1923, "dem man allzu große Passivität insbesondere in der Finanz- und Steuerpolitik vorwarf", und plädierte zur Lösung des Ruhrkonflikts für eine Verbreiterung der parlamentarischen Regierungsbasis.[607] Diesem politischen Willen entsprach die Bildung der Großen Koalition unter Gustav Stresemann. In der Diskussion über die Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 13. Oktober 1923, die eine Regierungskrise ausgelöst hatte, wurde Kritik am parlamentarischen System überhaupt laut, auch in den Reihen des Zentrums. Der Abgeordnete Johannes Bell sah sich genötigt, diese Kritik namens seiner Fraktion am 8. Oktober 1923 zurückzuweisen. Rudolf Morsey resümiert die Folgen der innen- wie verfassungspolitischen Krise, die durch den Ruhrkonflikt

---

[606] OV vom 30.3.1923.

[607] Nachdem eine Parteiengruppierung, die nach dem Muster der Großen Koalition von der DVP bis zur SPD reichte, durch ein verfassungsänderndes Gesetz die Amtszeit des Reichspräsidenten angesichts der Krise bis Mitte 1925 verlängert hatte, drang Ebert selbst auf die Bildung einer Großen Koalition, die zunächst an der Sozialdemokratie scheiterte. Daraufhin erfolgte die Demission des Kabinetts Wirth und die Bildung des ersten "Geschäftsministeriums" in der Weimarer Republik, das aus sog. Fachleuten unter dem HAPAG-Generaldirektor Cuno gebildet wurde. Der Katholik Wilhelm Cuno gehörte nach seinem Austritt aus der DVP im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch keiner Partei mehr an. In der Zentrumspartei bestanden keine Vorurteile gegen ihn, aber auch "keine sonderlichen Sympathien" für ihn. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 499) Helmut Heiber ordnet das Kabinett Cuno in den zeit- und verfassungspolitischen Kontext der Weimarer Republik ein: "Die alten obrigkeitsstaatlichen Illusionen von einer ‘überparteilichen’ Regierung fähiger Fachleute, die im Innern vorurteilslos und väterlich jedem sein Recht gewährte, nach außen aber fest, entschlossen und mit nationaler Würde auftrat und dafür mit entsprechenden Erfolgen honoriert wurde, gelangten hier in dem parteiparlamentarischen Intermezzo zwischen Kaiserreich und Brüning zu einem Zwischenerfolg." Das "Geschäftsministerium" Cuno sei "ein warnendes Zeichen" dafür gewesen, "daß die Konstruktion dieses Staatswesens so, wie sie gedacht gewesen war, nicht mehr richtig funktionierte". (HEIBER, Reepublik, S. 116f.)

ausgelöst wurde, mit der bündigen Formel: "Der Ruf nach einer Diktatur verstummte nicht."[608] Die Parteien verfuhren in Oldenburg 1923 in einer gewissen Analogie zu Entwicklungen im Deutschen Reich.

5.2.3. Die Ablehnung des Cuno-Begehrens: "Es könnte eine Gelegenheit gekommen sein, das jetzige Ministerium zu stürzen."

Angesichts der aussichtslos scheinenden politischen Krisensituation Anfang des Jahres 1923 bat Reichskanzler Cuno im Schreiben vom 1. März 1923 die Regierung Tantzen, die bevorstehende Landtagswahl "im Interesse der Geschlossenheit des Abwehrkampfes gegen den Einbruch Frankreichs in das Ruhrgebiet" zu verschieben.[609] Das Gesuch von Ministerpräsident Tantzen, aufgrund des nationalen Notstandes der Bitte des Reichskanzlers nachzukommen und das Mandat des Landtages um sechs Monate, bis zum 6. Dezember 1923, zu verlängern, fand im Landtag nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit. In der Debatte über die Regierungsvorlage kam es zu einer Spaltung des Zentrums: Während die Mehrheit der zehnköpfigen Fraktion dem Antrag zustimmte, enthielten sich drei Abgeordnete, Fröhle, Leffers und Meyer, der Stimme.[610] Ministerpräsident Tantzen, der an die Verlängerung der laufenden Legislaturperiode sein politisches Schicksal geknüpft hatte, mahnte den Landtag zur Geschlossenheit und benutzte zu diesem Zwecke das Bild von der "Einheitsfront":

> "Jedes Parteiinteresse hat vaterländischen Interessen gegenüber zurückzutreten, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten muß dieses geschehen. Eine Zersplitterung der Kräfte, wann und wo und in welchem Ausmaße sie erfolgt, kann nur dem Feinde nützen und unsere innere Einigkeit stören. [...] Deshalb ist in der allerkritischsten der Situationen, in der wir uns befinden, notwendig, daß wir die Einheitsfront erhalten und anerkennen, daß heute nicht das Wort gilt von der Linken aus: 'Der Feind steht rechts' und von der Rechten aus: 'Der Feind steht links', sondern daß heute das Wort gilt: 'Der Feind steht draußen!' (Bravo) [...] In solcher Situation ist es notwendig, daß dem Lande, dem Volke deutlich sichtbar gemacht wird, wer die in heutiger Zeit notwendige Einheitsfront durch seine Stellungnahme in Gefahr bringen will und ihr damit gefährliche Risse versetzen wird."[611]

---

[608] MORSEY, Zentrumspartei, S. 509ff., Zitate: S. 515, 530.
[609] SCHAAP, Endphase, S. 19, Anm. 2.
[610] II. Lt., 8. Vers., 9. Sitzung, 28.3.1923, S. 167; OV vom 30.3.1923. Es handelte sich um die Abgeordneten Franz Meyer, Landwirt aus Holte bei Damme, Heinrich Leffers, Kaufmann aus Delmenhorst, und Heinrich Fröhle, Zeller aus Hammel bei Lastrup.
[611] II. Lt., 8. Vers., 9. Sitzung, 28.3.1923, S. 165.

Der Zentrumsabgeordnete König sprach in seiner Erklärung in der Landtagssitzung vom 28. März 1923 von einer politischen Rücksichtnahme, die es verbiete, die Verlegung der Wahl gegen eine zu erwartende große Landtagsmehrheit zu beschließen, und erklärte zur zwiespältigen Haltung seiner Fraktion:

> "Die Zentrumsfraktion ist sich einig, daß mit Rücksicht auf die Erhaltung der Einheitsfront unseres Volkes eine Landtagsneuwahl mit den zu befürchtenden Schärfen des Wahlkampfes vermieden werden muß. Unsere frühere Stellungnahme geht aber von der Voraussetzung aus, daß die Verschiebung der Wahl nicht gegen eine große Mehrheit des Landtags erfolgen kann. An dieser Auffassung hält ein Teil der Fraktion fest und enthält sich aus diesen Gründen der Abstimmung. Ein anderer Teil der Fraktion hält mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse im besetzten Gebiet die Vornahme der Wahl in Birkenfeld nicht für möglich, eine unterschiedliche Behandlung der Landesteile in Bezug auf die Vornahme der Wahl aber für äußerst bedenklich und glaubt deshalb der Regierungsvorlage zustimmen zu müssen."[612]

Der angestrebten "Einheitsfront" versagten nicht nur drei Zentrumsabgeordnete, sondern vor allem auch die DVP ihre Zustimmung. Der Abgeordnete Friedrich Lohse (DVP) räumte zwar ein, "daß ein Wahlkampf ein Kampf ist", erklärte aber für seine Partei die Bereitschaft, im kommenden Wahlkampf jedes "Parteigezänk zu vermeiden und den Wahlkampf in einer Weise zu führen, die diese Bezeichnung nicht verdient". Die DVP halte den Landtag nicht für berechtigt, "in der Situation, in der wir uns im Landesteil Oldenburg und im Landesteil Lübeck befinden, den Wählern ihr verfassungsmäßiges Recht zu beschränken". Lohse unterstrich die grundsätzliche Haltung seiner Fraktion, einer Verfassungsänderung nicht zuzustimmen:

> "Es ist das nicht eine so gleichgültige Sache, ob man einmal ein bißchen die Verfassung ändert, sondern man muß grundsätzlich davor zurückschrecken, zumal in einem so wichtigen Punkt, wo es sich um die Abgrenzung der Machtbefugnisse des Landtages und der Wählerschaft handelt. [...] Wir wissen ganz gut, daß wir damit eine große

---

[612] II. Lt., 8. Vers., 9. Sitzung, 28.3.1923, S. 166; OV vom 30.3.1923: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 28. März 1923. Seit 1922 verstärkte sich der französische Druck auf die besetzten Rheinlande, und 1923 marschierten französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die französische Besatzungsmacht entfernte in Birkenfeld führende politische Persönlichkeiten aus ihren Ämtern und löste durch ihre Aktionen eine neue Welle des Separatismus (Rheinische Republik) aus, der schon nach dem Ersten Weltkrieg versucht hatte, Birkenfeld von Oldenburg und vom Deutschen Reich zu trennen. Anfang 1924 ließ der starke Druck auf die Bevölkerung nach, und viele ausgewiesene Bürger durften wieder in ihre Heimat zurückkehren. Die Besatzungszeit endete in Birkenfeld aber erst 1930. (BRANDT, Birkenfeld, S. 625f.)

> Verantwortung übernehmen. Wir haben uns reiflich überlegt, ob sie zu tragen sei, und sind der Meinung, daß sie getragen werden muß, daß die Verantwortung für die Verfassung in diesem Falle voranstehen muß."[613]

"Zwingende Gründe", die Landtagswahl in den Landesteilen Oldenburg und Lübeck zu verschieben, lagen nach Auffassung der DVP nicht vor. Eine "Einheitsfront" kam im Landtag vor allem deshalb nicht zustande, weil sich die Abgeordneten der DVP "in der Rolle der Verfassungsbeschützer" übten, wie Paul Hug (SPD) ihr Verhalten ironisch kommentierte, um ihr wirkliches politisches Ziel, den Sturz der Regierung Tantzen, zu verschleiern. Hug bezeichnete diese Haltung im Namen der "demokratischen Republikaner" als eine "Infamie" und äußerte erhebliche Zweifel an der demokratischen Überzeugung der Antragsgegner auf der politischen Rechten im Landtag. Er warf seine ganze persönliche Autorität in die Waagschale und warnte insbesondere die DVP vor den politischen Folgen ihres Abstimmungsverhaltens:

> "Ich bin der Ansicht, daß dieselben Leute sich keinen Augenblick besinnen würden, die demokratisch=republikanische Verfassung in die konstitutionell=monarchische wieder umzumodeln, wenn die Gelegenheit dazu da wäre. (Zuruf links: Sehr richtig!) Meine Herren, es kommt nichts anderes zum Ausdruck, offen oder versteckt, daß man sich freut, es könnte eine Gelegenheit gekommen sein, das jetzige Ministerium zu stürzen und den Haß besonders gegen den Ministerpräsidenten zu befriedigen. Meine Herren, ich bin der Ansicht, bei dieser Situation im Lande müssen im Interesse des notwendigen Zusammenschlusses gegen außen alle parteipolitischen und parteitaktischen Nützlichkeitserwägungen schweigen. Wenn der Antrag abgelehnt wird, dann - wiederhole ich - tragen diejenigen Abgeordneten vor dem deutschen Volke die Verantwortung, die gegen den Antrag stimmen."[614]

Zu dem Eindruck, daß es der DVP in erster Linie um den Sturz der Regierung Tantzen ging, kam auch die Vechtaer OV in einem Rückblick auf die Landtagswahl. Nach Ansicht der Zeitung ging auch die Regierung davon aus, "daß der eigentliche Zweck der ablehnenden Haltung der Deutschen Volkspartei in Oldenburg ein anderer sein müsse als die Wahrung der Volksrechte, weil z. B. in Preußen und Anhalt die Deutsche Volkspartei ohne jedes Bedenken einer Verlängerung der Wahlperiode zugestimmt hat".[615] Die Abstimmung verfehlte die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit um vier Stimmen, und die Regierung Tantzen, die ihre politische Zukunft in einem Junktim an eine positive Entscheidung über die Regierungsvorlage gebunden hatte, trat

---

[613] II. Lt., 8. Vers., 9. Sitzung, 28.3.1923, S. 166.
[614] II. Lt., 8. Vers., 9. Sitzung, 28.3.1923, S. 166f.; OV vom 30.3.1923.
[615] OV vom 1.4.1923.

daraufhin zurück und machte einer Übergangsregierung Platz, die aus den parteilosen Ministerialräten von Finckh, Weber und Stein gebildet wurde. Ministerpräsident Tantzen begründete die Demission seines Kabinetts damit, daß die Regierung nicht bereit sei, die politische Verantwortung für die zu befürchtenden scharfen Auseinandersetzungen im Wahlkampf zu übernehmen, und weigerte sich, die Wahlen auszuschreiben:

> "Alle Kräfte zusammenfassen zur Abwehr außerpolitischer Not fordert die Reichsregierung mit der oldenburgischen Regierung, den Regierungsparteien des Landtags und dem ganzen deutschen Volk. Wer die Hinausschiebung der Wahlen verhindert, schädigt deutsche Interessen, nützt dem Feind und muß die Verantwortung für das weitere Geschehen übernehmen. Die jetzige Regierung wird die Wahlen nicht ausschreiben. Das Staatsministerium erklärt hiermit geschlossen auf Grund des § 40 der Verfassung für den Freistaat Oldenburg dem Landtag seinen Rücktritt."[616]

Den Hintergrund dieses politischen Eklats bildeten die erbittert ausgetragenen persönlichen Kontroversen zwischen der Volkspartei bzw. ihrem Führer Friedrich Lohse und Ministerpräsident Tantzen. In einem Manuskript, das Tantzen noch am 28. März 1923 anfertigte, machte er persönlich die DVP für das Scheitern seiner Politik verantwortlich. Sie habe in ihrer eigenen Fraktion "Parteizwang" ausgeübt, auch maßgeblichen Einfluß auf das Zentrum, denn ohne sie wären die drei Zentrumsabgeordneten "nicht fahnenflüchtig" geworden. Tantzen machte für den harten, "ohne Rücksicht auf die grossen vaterländischen Interessen" geführten Konfrontationskurs der Volkspartei "die einflußreichen Kreise im Landbund und die unentwegten Monarchisten, die offenbar dominierenden Einfluß bekommen wollen, dieselben Kreise, welche früher im Bund der Landwirte eine einseitige Interessen- und Klassenpolitik betrieben", für die "Verfolgung, der der Ministerpräsident ausgesetzt ist", verantwortlich. Weil die Volkspartei es ablehnen werde, "die Konsequenzen aus ihrer Haltung zu ziehen, die Regierung zu übernehmen", gebe es keine andere Möglichkeit, "als daß die Koalitionsparteien ein Beamtenkabinett einsetzen".[617]

---

[616] II. Lt., 8. Vers., 9. Sitzung, 28.3.1923, S. 168; SCHAAP, Weg, S. 27: Rücktrittserklärung Tantzens vom 28. März 1923.

[617] StAO 270 - 27, Nr. 5, Bl. 10, S. 1-4. Das Manuskript des Ministerpräsidenten "Zum Rücktritt des Ministeriums Tantzen." enthielt einleitend die Leserbrief-Formel "Von unparteiischer Seite wird uns geschrieben" und wurde am 31.3.1923 in der demokratischen Oldenburgischen Landeszeitung veröffentlicht. Der Ministerpräsident verteidigte seine Politik mit dem Hinweis, daß er sich "unter Anerkennung der notwendigen Belange der Landwirtschaft" stets für "einen Ausgleich auf steuerlichem und ernährungspolitischem Gebiete" eingesetzt habe, "der einzig und allein die breite Masse des Volkes vor völliger Vernichtung retten und das politische Chaos

Die Vechtaer OV versuchte, von der Verantwortung für die durch das Abstimmungsverhalten von drei Zentrumsabgeordneten mit herbeigeführte politische Entwicklung im Freistaat abzulenken, indem sie betonte, "daß die Stimmenthaltung von drei Zentrumsabgeordneten in Konsequenz der bisherigen Haltung der Zentrumsfraktion in dieser Frage für die Entscheidung, ob Annahme oder Ablehnung des Entwurfs, von keinerlei Einfluß gewesen ist". In dieser Annahme berief sie sich auf die Autorität des gescheiterten Ministerpräsidenten:

> "Das hat selbst Ministerpräsident Tantzen ausdrücklich betont. Auch wenn die drei Abgeordneten für den Entwurf gestimmt hätten, wäre er abgelehnt worden. Die Regierungsparteien verfügen eben nicht über die Zweidrittelmehrheit, die verfassungsmäßig notwendig war."[618]

Die Oldenburger "Nachrichten für Stadt und Land" erkannten den politischen Stimmungswandel und sahen in dem Abstimmungsergebnis einen Sieg der Rechtsparteien, "der naturgemäß durch die Landtagswahlen hätte entschieden werden müssen", und einen unerwartet frühen Sieg der Volkspartei. Der Sache angemessen kommentierten sie unter dem Titel "Sturz der Regierung" das Ereignis und ordneten es zutreffend in die politische Entwicklung des Freistaates ein.[619] Zur Bildung eines interimistischen Kabinetts unter Beteiligung der DVP, das die Vechtaer OV als Konsequenz aus dem Abstimmungsergebnis erwartete, kam es nicht.[620] Die beginnenden Koalitionsverhandlungen zwischen der DVP und den bisherigen Regierungsparteien, für die ein achtköpfiger Landtagsausschuß gebildet wurde, begleitete die OV bereits mit dem Wunsch nach der Einrichtung eines provisorischen ‘unpolitischen’ Beamtenkabinetts:

---

verhindern kann." Das hätten "die Kreise des ‘Landbundes’" nicht "vertragen" können: "Sie wollen die bevorrechtigte Stellung des Grundbesitzes auch steuerlich festlegen."

[618] OV vom 1.4.1923.

[619] SCHAAP, Weg, S. 28; OV vom 1.4.1923. In der unkommentierten Wiedergabe aus den "Nachrichten" hieß es dazu: "Die einschneidende Aenderung der politischen Machtverhältnisse in Oldenburg ist schneller gekommen, als man erwarten konnte. Sie setzt diejenigen Kräfte außer Betrieb, die in schwerer, wirrer Zeit die Zügel der Regierung mit fester Hand aufgriffen und die übernommenen Pflichten mit Hingebung, großer Arbeitskraft, mit Treue und unter persönlichen Opfern mancher Art für die Allgemeinheit geleistet haben."

[620] OV vom 1.4.1923. Auch die "Nachrichten" setzten sich für die rasche Bildung eines Übergangsministeriums ein, auf das sich die DVP und die bisherige Regierungskoalition verständigen sollten. (OV vom 4.4.1923: unkommentierte Wiedergabe aus den "Nachrichten")

"Wir hoffen, daß der Landtag einstimmig für die Zeit bis zur Wahl ein neutrales Kabinett einsetzt."[621]

Im Landtagsausschuß sprach sich die DVP gegen "die Bildung eines unpolitischen Beamtenkabinetts für die Übergangszeit" und für ein "politisches Kabinett" aus. Die bisherigen Koalitionsparteien ließen sich auf diese Debatte nicht mehr ein und schlugen ein "provisorisches Beamtenkabinett" vor, das von Oberregierungsrat von Finckh geleitet werden sollte.[622] Die Entparlamentarisierung der Exekutive erschien den Parteien der demokratischen Mitte unter den gegebenen politischen Umständen der geeignete Weg zur Überwindung der Krise - eine Entscheidung, die aus ihrer Sicht provisorischen Charakter haben sollte und jederzeit politisch widerrufen werden konnte. Mit den Stimmen der bisherigen Koalitionsparteien wurde das erste Oldenburger Beamtenkabinett von Finckh am 17. April 1923 gewählt.[623]

5.2.4. Die Bildung des ersten Beamtenkabinetts von Finckh (1923): "Daß sie der augenblicklichen politischen Situation in Oldenburg am meisten entspricht, ist unzweifelhaft."

Die Verhältnisse und Umstände, die zum Sturz der Regierung Tantzen und zum Ausscheiden des Zentrums aus der Weimarer Koalition in Oldenburg führten, sind in einem Rechtsruck des Zentrums zu sehen, der sich seit längerem abzeichnete und im Krisenjahr 1923 politisch virulent wurde.[624] Dem neuen Ministerpräsidenten von Finckh sagt Friedl eine "prinzipielle Abneigung der SPD sowie der DDP" nach. Er erklärt die Tatsache, daß sich in Oldenburg eine Beamtenregierung über neun Jahre im Amt halten konnte, nicht nur aus landespolitischen Erwägungen, sondern auch mit dem Nachwirken einer spezifisch "deutschen Ideologie", "die in der Beamtenschaft gleichsam den allgemeinen Stand sah, der über den partikularen Interessen der Gesellschaft und der Parteien stand und lediglich dem ‘Staatswohl’ verpflichtet war, das nach der bekannten Formulierung Gustav Radbruchs ‘die Lebenslüge des deutschen Obrigkeitsstaates’ darstellte".[625]

---

[621] OV vom 11.4.1923.
[622] OV vom 12.4.1923.
[623] II. Lt., 8. Vers., 10. Sitzung, 17.4.1923, S. 174; OV vom 18.4.1923. Für Finckh wurden 29 Stimmen abgegeben, 15 Abgeordnete enthielten sich der Stimme (ein Stimmzettel ungültig). Dem Landtag gehörten 48 Abgeordnete an.
[624] SCHAAP, Endphase, S. 19ff.; NEUMANN, Tantzen, S. 83ff.
[625] Ebd., S. 186f. (von Hans Friedl).

Die Hauptaufgabe der neuen Regierung, die sich als Übergangsministerium betrachtete, bestand darin, den Landtag aufzulösen und die Geschäfte bis zur Neuwahl der Regierung nach den Landtagswahlen zu führen. Ministerpräsident von Finckh betonte nach seiner Wahl aber ausdrücklich die vom Landtag weitgehend unabhängige Stellung des Ministeriums, die in der Verfassung vorgesehen sei. Das von ihm geführte Beamtenkabinett stehe einer parlamentarischen Regierung an politischen Rechten und Pflichten nicht nach:

> "Wir werden die Landesregierung so lange führen, als der neuzuwählende Landtag ein neues Ministerium gebildet hat. Wir erklären schon jetzt aus eigenem Antriebe, nicht etwa auf vorheriges Drängen von seiten des Landtages, daß wir sofort nach Einberufung des neuen Landtages wieder zurücktreten werden; [...]. Werden wir hiernach nur kurze Zeit die Regierung zu führen haben, so liegt es auf der Hand, daß wir kein besonderes Programm aufstellen können, wie Sie auch in dieser Beziehung keine Bedingung an uns gestellt haben. Wie wir dem Lande und dem Landtage gegenüber die volle verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen haben, so stehen uns selbstverständlich auch alle in der Verfassung und in den Gesetzen der Staatsregierung übertragenen Befugnisse zu, im übrigen sind wir frei und unabhängig, auch dem bisherigen Ministerium gegenüber; ich halte es nicht für überflüssig, dieses ausdrücklich hervorzuheben."[626]

Die Vechtaer OV stellte sich spontan hinter die neue Regierung und begrüßte die Wahl des Fachministeriums von Finckh, indem sie besonders seine weitreichende Unabhängigkeit von den politischen Parteien betonte:

> "Die Regierung betrachtet sich als ein völlig unabhängiges Kabinett, so daß es u. A. noch bedauerlich ist, daß der Landtag nicht einmütig diese provisorische Lösung für die geeignetste hält. Daß sie der augenblicklichen politischen Situation in Oldenburg am meisten entspricht, ist unzweifelhaft."[627]

Die politische Kehrtwende, die das Blatt in dem Ministerium von Finckh erblickte, wurde in einer beiläufigen Bemerkung deutlich, mit der die Vechtaer OV die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten kommentierte:

> "Besonders anerkennen wollen wir, daß der Herr Ministerpräsident auch desjenigen gedachte, in dem alles Recht, auch das staatliche, seinen Ursprung hat, nämlich Gottes. Der Ministerpräsident sprach den Wunsch aus, daß es 'mit Gottes Hilfe gelingen möge,

---

[626] II. Lt., 8. Vers., 10. Sitzung, 17.4.1923; OV vom 18.4.1923: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 17.4.1923.
[627] OV vom 19.4.1923.

die Regierung zum Wohle des Landes zu führen', eine Wendung, die leider heute in den Erklärungen deutscher Regierungen selten geworden ist."[628]

Die OV erkannte im Regierungswechsel nicht nur einen veränderten politischen Stil in Oldenburg, sondern auch eine begrüßenswerte Besinnung auf die christlichen Grundwerte von Staat und Gesellschaft, die es in der liberalen Ära Tantzen so nicht gegeben habe. Der kritischen Aufmerksamkeit im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs war dieser politische Klimawechsel nicht entgangen.

5.3. Die Bildung des zweiten Beamtenkabinetts von Finckh (1925)

Aus den Landtagswahlen am 10. Juni 1923 - in Birkenfeld wurde aufgrund der von Separatisten ausgelösten Krise erst am 4. Mai 1924 gewählt - ging die DDP des ehemaligen Ministerpräsidenten Tantzen als Sieger hervor und konnte ihre rapide Talfahrt seit 1920 bremsen.[629] Sie erhöhte die Zahl ihrer Mandate gegenüber 1920 um 2 auf 9. Das Zentrum konnte sein Ergebnis von 1920 stabilisieren; es stellte weiterhin 10 Abgeordnete im Landtag. Verlierer der Wahl war der Gewinner der Landtagswahl vom 6. Juni 1920, die DVP, die am stärksten gegen die Regierungsvorlage Tantzens agitiert hatte. Sie verlor 2 Mandate und stellte im künftigen Landtag 11 Abgeordnete (1920: 13). Die SPD konnte ein Mandat hinzugewinnen (1920: 11; 1923: 12), aber die politische Linke verlor in Oldenburg insgesamt einen Sitz. Während SPD und USPD 1920 zusammen 16 Mandate errungen hatten, zogen 1923 für die SPD 12 und für die KPD, die als Nachfolgeorganisation der USPD zum erstenmal kandidiert hatte, 3 Abgeordnete in den Landtag ein. Die DNVP gewann 2 Mandate (1920: 1; 1923: 3) hinzu.[630] Die Landtagswahlen am 10. Juni 1923 honorierten die Parteien, die für die Regierungsvorlage Tantzens gestimmt hatten, und waren nicht als ein Signal für das politische Ende der Weimarer Koalition in Oldenburg zu interpretieren, die gegenüber 1920

[628] OV vom 19.4.1923.
[629] Am 24. Oktober 1923 hielten Vertreter der "Rheinischen Republik" ihren Einzug in Birkenfeld und besetzten am 11. November 1923 das Rathaus der Stadt Idar. Die aufgebrachte Idarer Bevölkerung stürmte das Rathaus und vertrieb die Separatisten. Dabei gab es Tote und Verletzte auf beiden Seiten. Trotz aller Repressionen gelang es den Separatisten und ihren Schutzherren, den Franzosen, nicht, ihre Ziele durchzusetzen und auf Dauer die Macht zu übernehmen. Im Frühjahr 1924 hatte sich die Lage in Birkenfeld wieder so beruhigt, daß die Landtagswahlen nachgeholt werden konnten. (BRANDT, Birkenfeld, S. 626)
[630] SCHAAP, Weg, S. 206.

(zusammen 28 Mandate von insgesamt 48 Landtagssitzen) mit einer gestärkten Mehrheit von sieben Sitzen (zusammen 31 Mandate von insgesamt 48 Landtagssitzen) aus den Wahlen hervorging. Das Ergebnis der Landtagswahl von 1923 war politisch als ein eindrucksvoller Wählerauftrag an die Parteien der Weimarer Koalition zu werten. Doch diese entzogen sich ihrer politischen Verantwortung, auch das oldenburgische Zentrum.

Der ehemalige Ministerpräsident sah seine Politik durch den Erfolg der Demokratischen Partei nachträglich bestätigt. Ihm schwebte für die Regierungsbildung keine andere Option vor als "eine demokratisch gerichtete Koalitionsregierung". Eine mögliche Zusammenarbeit mit der DVP, die er nicht grundsätzlich ablehnte, machte Tantzen davon abhängig, daß "die Volkspartei einen klaren Trennungsstrich gegen rechts zieht" und auf "den Boden der demokratischen Republik" trat. Das Wahlergebnis zeige, "dass die große Mehrheit der Bevölkerung den Kurs nicht weiter rechts gesteuert haben will". Die Niederlage der DVP habe in finanz- und agrarpolitischer Hinsicht deutlich gemacht, daß eine große Mehrheit des Volkes in der kritischen Situation des Jahres 1923 einen "Schutz der Sachwertbesitzer", die durch die Entwertung des Geldes zudem in den Besitz des mobilen Kapitals gelangt seien, und die "Förderung der Entwicklung des Grossbetriebes in Industrie und Landwirtschaft" ablehne, weil es "das Gegenteil einer sozial notwendigen Entwicklung" bedeute.[631] Diese Warnung war an die Adresse des Landbundes gerichtet, dessen Interessen von den Rechtsparteien DVP und DNVP vertreten wurden. Sie hatten zum Sturz Tantzens maßgeblich beigetragen.

Die Neuauflage der Weimarer Koalition in Oldenburg scheiterte auch am Zentrum, das schon durch sein Abstimmungsverhalten am 28. März 1923 die Koalition mit der SPD und der DDP faktisch aufgekündigt hatte und jetzt eine große Koalition von der SPD bis zur DVP anstrebte. Offensichtlich wollte das Zentrum die politische Verbindung mit der DVP, die schon in den Beratungen der verfassunggebenden Landesversammlung seine kulturpolitischen Forderungen unterstützt hatte, nicht aufgeben und so den Einfluß der kirchenkritischen SPD und DDP neutralisieren. Der Erfolg der DVP in den Landtagswahlen von 1920, in denen sie die Zahl ihrer Mandate (1919: 5; 1920: 13; 1923: 11) mehr als verdoppeln konnte, hatte zudem einen Recht

[631] StAO 270 - 27, Nr. 5, Bl. 6, S. 1-6: Schreiben von Ministerpräsident a. D. Theodor Tantzen an den Presseverlag Dr. Dammert in Berlin vom 22. Juni 1923. Euphorisch gab sich Tantzen politischen Illusionen hin, wenn er in Zukunft erwartete: "Bei jeder kommenden Wahl wird der demokratische Gedanke sich weiter durchsetzen, die demokratische Partei gewinnen."

strend in Oldenburg signalisiert, der politische Zukunft versprach und dem man sich nicht verschließen wollte. Auf der anderen Seite blieben die Berührungsängste der Konfessionspartei vor allem gegenüber der SPD, die in der "Arbeitsgemeinschaft" der Weimarer Koalition nicht ausgeräumt werden konnten.

Für ein Kabinett der Großen Koalition beanspruchte das Zentrum das Amt des Ministerpräsidenten. An dieser Forderung scheiterten schließlich die Koalitionsverhandlungen, nachdem sich die Flügelparteien SPD und DVP schon grundsätzlich mit der Bildung einer Großen Koalition einverstanden erklärt hatten. Vorläufig mußte die Frage offen bleiben, ob das Zentrum diese Koalition politisch wirklich wollte oder mit ihr taktierte, um sie schließlich an der Ministerpräsidentenfrage scheitern zu lassen. Aus heutiger Sicht der politischen Lage in Oldenburg nach der Landtagswahl von 1923 kann gesagt werden, daß das Zentrum das Scheitern einer Koalitionsregierung, die als einzige Alternative zum Fortbestand des parteilosen Beamtenkabinetts von Finckh in Frage kam, billigend in Kauf nahm und sich in seiner politischen Kompromißbereitschaft sehr stark zurücknahm. Das Zentrum entschied sich faktisch für die 'unpolitische' Lösung und damit für die Wahrung des politischen Status quo, obwohl das Ergebnis der Landtagswahl parlamentarische Konsequenzen für die Regierungsbildung nahelegte. So amtierte das erste Beamtenministerium von Finckh bis zu seinem Rücktritt nach der Landtagswahl am 24. Mai 1925 ungehindert weiter. Die Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien der Weimarer Koalition und der DVP zogen sich bis zum Februar 1925 ergebnislos hin und ließen bei den beteiligten Parteien schon zu diesem Zeitpunkt einen erheblichen Abnutzungseffekt erkennen.[632]

Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende Paul Hug kommentierte in einem beachtenswerten Beitrag für die "Nachrichten" im Juli 1924 die politische Lage im Freistaat und die immer noch schwebende Regierungsfrage. Hug warnte vor den politischen Folgen des ersten Beamtenkabinetts von Finckh für den oldenburgischen Parlamentarismus und kam zu einem negativen Ergebnis, was die demokratische Konstitution des Landes betraf:

> "Meines Wissens ist Oldenburg zurzeit das einzige deutsche Land, das eine Beamtenregierung hat. Man kann nicht sagen, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse darunter offensichtlichen Schaden gelitten hätten. [...] Schaden gelitten hat aber die Idee des parlamentarischen Systems, Schaden gelitten hat der demokratisch-

[632] SCHAAP, Endphase, S. 19f.

> republikanische Tätigkeitstrieb. Das fühlen die Parteien des Landes und die Fraktionen des Landtages, die treu und fest auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Verfassung stehen, sehr schmerzlich. Doch ist keine dieser Parteien ganz unschuldig an dem unbefriedigenden Zustand, der dem Geist der Verfassung nicht entspricht. Zufrieden mit der Beamtenregierung sind nur die rechtsstehenden Parteien, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei. Die vorsichtige Zurückhaltung des Ministeriums legen sie als Hinneigung zu ihrer konservativ oder rückläufig gerichteten Politik aus. Sie ist aus der Zusammensetzung des Landtags gegeben."

Gegenüber dem Zentrum nahm Paul Hug eine vorsichtig taktierende Haltung ein, die den ehemaligen Koalitionspartner nicht unnötig brüskieren sollte: "Bestrebungen, die, an der Verfassung gemessen, als politisch rückläufig bezeichnet werden müßten", würden "auf den Widerstand der Demokraten, der Sozialdemokraten, eines Teils des Zentrums, auch wohl des ganzen Zentrums und der beiden Kommunisten" stoßen. Deshalb könne sich das Beamtenkabinett im Landtag nicht auf eine sichere Mehrheit stützen.[633]

5.3.1. Gegen eine 'politische' Lösung der Regierungskrise: "Wir waren ein neben den Parteien stehendes unpolitisches Ministerium."

Am 19. März 1925 einigten sich das Zentrum und die DDP auf ein von der SPD toleriertes Minderheitskabinett, das von Ministerpräsident von Finckh entschieden abgelehnt wurde.[634] Das Minderheitskabinett stellte aus der Sicht des Zentrums die einzige Alternative zur Großen Koalition dar, weil sie die SPD - auf dem rechten Flügel zwangsläufig auch die DVP - von der Regierungsmacht fernhielt und gleichzeitig auf die Tolerierung des Minderheitskabinetts festlegte. Mit dieser Konstellation konnte das Zentrum zwei wichtige politische Zielsetzungen erreichen. Auf der einen Seite wurde die SPD aus dem politischen Ministerium entfernt und garantierte durch ihre Tolerierung

---

[633] SCHAAP, Weg, S. 29f.: unkommentierte Wiedergabe aus den "Nachrichten".

[634] SCHAAP, Weg, S. 31: unkommentierte Wiedergabe aus den "Nachrichten". Die "Nachrichten" besprachen am 21. März 1925 die Initiative von Zentrum und DDP zur Regierungsbildung und merkten dazu ironisch an: "Von zwei Parteien, den Demokraten und dem Zentrum, die 9 und 10, also nur 19 von 48 Sitzen des Landtages innehaben, wurde das Ministerium von Finckh aufgefordert, zurückzutreten, wobei die Überbringer des Ersuchens aber den Namen des zukünftigen Kabinetts nicht nennen konnten. Man wird es dem Kabinett wahrhaftig nicht übelnehmen, wenn es dieser etwas seltsamen Aufforderung nicht nachkam, indessen zur Beendigung seines unhaltbaren Schwebezustandes den Weg über den Landtag wählte ... Warum machte die Sozialdemokratie bei dem Versuche des Ministersturzes nicht mit? Mit ihren 12 Stimmen hätte die Opposition 31 von 48 Stimmen gehabt ... Entzieht sich auf diese Weise das Zentrum dem Vorwurf seiner ländlichen Wähler, mit der Sozialdemokratie gegangen zu sein?"

das parlamentarische Überleben des Minderheitskabinetts, ohne auf den politischen Meinungsbildungsprozeß in der Regierung Einfluß nehmen zu können. Auf der anderen Seite trat das Zentrum mit der DDP in das Kabinett ein und konnte damit für den positiven Fall seine demokratische Kooperationsfähigkeit bezeugen, bei negativem Ausgang sich damit rechtfertigen, daß es alle Möglichkeiten von der Großen Koalition bis zum Minderheitskabinett ausgeschöpft habe, um in Oldenburg die parlamentarische Regierungsform zu retten. In dieser Konstellation hätte die SPD ihre politische Funktion, die sie während der Ära Brüning im Reich ausübte, in Oldenburg vorweggenommen. Die ablehnende Haltung des amtierenden Ministerpräsidenten stand im Widerspruch zu der bisher bekundeten Grundhaltung, der parlamentarischen Lösung konsequent den Vorzug vor der autoritären zu geben. Dazu hatte sich von Finckh bereits in der ersten Regierungserklärung vom 17. April 1923 vor dem Landtag verbindlich erklärt. Diesen Standpunkt hatte der Ministerpräsident in einem Schreiben an die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen vom 2. Juli 1924 und in einer Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden am 14. Juli 1924 ausführlich dargelegt. Die Unterredungen mit den im Landtag vertretenen Parteien machten jedoch deutlich, daß Ministerpräsident von Finckh seine nur für eine "Uebergangszeit berechnete einschränkende Erklärung" vom 17. April 1923 revidiert hatte. Er betrachtete sein Staatsministerium inzwischen als ein ‘reguläres’ Kabinett und "demnach als eine n u r den Bestimmungen der Verfassung unterworfene Regierung des Landes".[635]

Die Bildung eines Minderheitskabinetts sah Finckh offensichtlich nicht als eine parlamentarische Lösung an, die die Qualität einer Alternative zu dem von ihm geführten Beamtenkabinett für sich beanspruchen durfte. Klaus

[635] In der Landtagssitzung vom 25. März 1925 zitierte Finckh aus seinem Schreiben an die Landtagsfraktionen vom 2. Juli 1924 folgenden Passus: "Als der Landtag im Juli v. Js. die Wahlen der Minister des jetzigen Staatsministeriums vornahm, ging er davon aus, daß in nicht allzulanger Zeit ein politisches Ministerium an dessen Stelle treten würde. Diese Voraussetzung hat sich bislang nicht erfüllt, und auch die Verhandlungen des letzten Landtags haben zu keinem Ergebnis geführt. Infolgedessen hat auch die von mir bei der Uebernahme der Geschäfte namens des Staatsministeriums abgegebene und nur für die Uebergangszeit berechnete einschränkende Erklärung ihre Bedeutung verloren. Das Staatsministerium betrachtet sich demnach als eine n u r den Bestimmungen der Verfassung unterworfene Regierung des Landes." Über die Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden vom 14. Juli 1924, bei der mit Ausnahme der DVP alle Parteien vertreten waren, war eine "amtliche Darstellung" angefertigt und veröffentlicht worden, aus der Ministerpräsident von Finckh im Landtag ebenfalls ausführlich zitierte. (III. Lt., 5. Vers., 3. Sitzung, 25.3.1925, S. 20ff.)

Schaap macht in seiner Analyse der politischen Lage in Oldenburg auf das Ungleichgewicht zwischen Landtag und Regierung aufmerksam, das am Ende in der fortgesetzten politischen Zerreißprobe zwischen den Parteien und dem Staatsministerium den Ausschlag geben konnte. "Ungeachtet der Tatsache, daß er selbst über keine feste Mehrheit im Parlament verfügte", habe der regierende Ministerpräsident bewußt "einen Machtkampf mit dem Landtag" herbeigeführt, "der bei den unterschiedlichen Gewichten, die die Verfassung beiden Staatsorganen zuwies, nur mit einem Sieg der Regierung enden konnte". In einem Minderheitskabinett habe er nicht "die Voraussetzung für eine erfolgreiche Regierungsarbeit und damit auch nicht für sein Rücktrittsversprechen" erkennen können.[636] Diese Ausführungen lassen die Mitverantwortung von Finckhs an der negativen Entwicklung des oldenburgischen Parlamentarismus in den Jahren von 1923 bis 1925 deutlich erkennen.

Das Ungleichgewicht zwischen Parlament und Regierung sollte dem Landtag in der Auseinandersetzung mit dem Staatsministerium bald eine empfindliche Niederlage beifügen. Ministerpräsident von Finckh lehnte in der Landtagssitzung vom 25. März 1925 entgegen seinen bisherigen Zusagen den Rücktritt seines Ministeriums ab, weil bestimmte politische Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Es sei weder festgestellt, daß die Regierung "aus der allgemeinen politischen Lage heraus das Vertrauen des Landtages" nicht mehr genieße, noch liege der Fall vor, daß "der Landtag in seiner Mehrheit bestimmten anderen Personen größeres Vertrauen" entgegenbringe. Das gelte auch für die Koalitionsabsprache, die von Zentrum und DDP getroffen worden sei:

> "Da das Ersuchen vom 19. d. Mts. nur von zwei, eine Minderheit des Landtags bildenden Parteien an uns herangetragen ist, ist auch diese Voraussetzung nicht erfüllt."[637]

Aus diesen Gründen bleibe es dahingestellt, ob die "nur für eine gewisse Uebergangszeit" gemeinten Erklärungen "überhaupt noch Wirksamkeit beanspruchen" könnten. Dabei dürfe das amtierende Staatsministerium, dessen "Verfassungsmäßigkeit außer Zweifel" stehe, "als ein formell endgültiges alle der Staatsregierung nach der Verfassung zustehenden Rechte in Anspruch nehmen". Wer den Rücktritt der Regierung durchsetzen wolle, müsse den in der Verfassung dafür bestimmten Weg über die "Stellung der Vertrauensfrage" gehen:

---

[636] SCHAAP, Endphase, S. 20.
[637] III. Lt., 5. Vers., 3. Sitzung, 25.3.1925, S. 22ff., auch zum folg.

> "Da nach dem vorhin Erörterten weder eine Mehrheit von Parteien an das Staatsministerium herangetreten war noch das Ministerium davon Kenntnis hatte, daß es das Vertrauen des Landtags nicht mehr besäße, so lag irgend ein Anlaß zum vorzeitigen Rücktritt nach Auffassung des Staatsministeriums nicht vor, umsoweniger, als nicht einmal die Namen der künftigen Minister auf Befragen mitgeteilt wurden."

Auch seinem Ministerium, erklärte von Finckh, liege daran, "dem Schwebezustand endlich ein Ende zu machen" und "unter allen Umständen" Klarheit herbeizuführen. Deshalb habe es sich entschlossen, die Vertrauensfrage zu stellen. Der DDP-Abgeordnete Schmidt erinnerte für seine Fraktion an die Zusagen des Beamtenkabinetts von Finckh, seinen Rücktritt zu erklären, "sobald ein politisches Ministerium in Sicht sei". Dieser Zeitpunkt sei nunmehr eingetreten, da es gelungen sei, die seit 1923 bestehenden Schwierigkeiten auf dem Wege zu einer parlamentarischen Regierungsbildung zu überwinden. Zwar sei eine "große Koalition mit Einschluß sowohl der Sozialdemokratie und der Volkspartei", die die demokratische Fraktion "aufrichtig und nachhaltig" angestrebt habe und auch jetzt noch "als die beste Grundlage für eine stetige Landespolitik" betrachte, an der starren Haltung der DVP gescheitert, aber Zentrum und DDP seien "auf Grund von Vereinbarungen mit den Sozialdemokraten in der Lage, eine politische Regierung ihres Vertrauens zu bilden, und entschlossen, ihren Willen in die Tat umzusetzen". Schmidt bestritt unter Hinweis auf § 40 der Landesverfassung, daß das regierende Beamtenkabinett von Finckh mit geltendem Landesrecht übereinstimme:

> "Diesem System entspricht das derzeitige Beamtenministerium nicht."[638]

Das Staatsministerium sei vereinbarungsgemäß verpflichtet, "seinen Rücktritt spätestens dann zu erklären, wenn sein heutiger Antrag von der Mehrheit des Landtages abgelehnt wird". Warnend fügte Schmidt hinzu:

> "Es geht das Gerücht, daß das Staatsministerium nicht zurücktreten, sondern den Landtag auflösen wird. Die demokratische Fraktion bestreitet, daß die rechtlichen Voraussetzungen für eine Auflösung des Landtages durch Ablehnung des Antrages der Staatsregierung auf Vertrauenserklärung geschaffen werden kann [= können]."

Die "extra=ordinäre Stellung des oldenburgischen Staatsministeriums" in der geltenden Landesverfassung, die als "einzige im neuen deutschen Freistaat"

---

[638] Ebd., S. 23f. Der entsprechende § 40, Abs. 6 lautete: "Versagt der Landtag dem gesamten Staatsministerium das Vertrauen, so tritt es zurück oder es löst den Landtag auf." (GESETZBLATT, Bd. 40, S. 402)

der Regierung das Recht einräume, "den Landtag allein aufzulösen", gebiete "eine scharfe, strenge Auslegung der Verfassung". Wenn der Landtag "eine Schmälerung seiner Rechte für alle Zukunft verhindern" wolle, dürfe er sich gerade in der Frage der Landtagsauflösung "nicht präjudizieren lassen". Der Zentrumsabgeordnete Haßkamp begründete die Ablehnung der Vertrauensfrage mit der grundsätzlichen Einstellung seiner Partei, die bei der Wahl dieses Landtages "stets die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums" angestrebt habe, in dem auch der Zentrumspartei "eine angemessene Vertretung" garantiert werde. Jede andere Lösung betrachte sie als ein "Provisorium". Seine Partei werde "in der weiteren Fortführung des von uns beschrittenen Weges" alles daran setzen, "um zu einer parlamentarischen Regierung, in der auch das Zentrum eine ihr [= ihm] zustehende angemessene Vertretung erhält, zu gelangen". Haßkamp warnte aber davor, diese grundsätzliche Haltung politisch überzubewerten:

> "Das ist ohne Nebenabsicht ein rein sachlicher Beweggrund, dem sich kein vorurteilsfrei Denkender entziehen kann."

In der Frage der Landtagsauflösung schloß sich Haßkamp der demokratischen Fraktion an und betonte, "daß eine Auflösung des Landtages nicht zulässig ist, wenn der Landtag die heute gestellte Vertrauensfrage ablehnt". Dieser Schritt sei mit § 40 der Landesverfassung nicht vereinbar. Der Landtagsabgeordnete Franz Hartong erklärte für die DVP, die aufgrund ihrer unnachgiebigen Haltung in den Koalitionsverhandlungen besonders von der DDP und vom Zentrum kritisiert wurde, daß nur eine Beamtenregierung in der Lage sei, die Geschäfte des Landes zu führen, solange "eine tragfähige Regierung im Sinne des parlamentarischen Systems" nicht bestehe. Im Gegensatz zur demokratischen Fraktion und zum Zentrum hege die DVP keine Zweifel "an der Richtigkeit und Schlüssigkeit der Darlegungen der Regierung". Hartong verteidigte nachdrücklich die dominierende Stellung des Staatsministeriums gegenüber dem Landtag, die verfassungsrechtlich verankert sei. Sie könne und dürfe in vollem Umfang auch vom amtierenden Beamtenkabinett von Finckh in Anspruch genommen werden:

> "Wir sind der Auffassung, daß die Regierung dem Landtage gegenüber freie Hand hat und daß sie die vollen verfassungsmäßigen Rechte hat. Sie ist vom Parlament gewählt und ist damit eine parlamentarische Regierung."

Die DNVP redete unumwunden einer autoritären Regierungsform das Wort und würdigte "unbeschadet sachlicher Kritik an einzelnen Handlungen oder

Unterlassungen" die politischen Verdienste des Ministeriums von Finckh. Es habe Staat und Volk "in schweren Jahren unschätzbare Dienste erwiesen", weil "es in Selbstbescheidung, rein sachlich eingestellt, ohne Parteilichkeit Ruhe und Ordnung hielt, die heimatliche Wirtschaft förderte, besonderen ihr drohenden Gefahren begegnete und den Staat nach außen hin würdig vertrat". Die DNVP, so ihr Sprecher Wilhelm Bortfeldt, Studiendirektor aus Oldenburg, halte "das Gesamtwohl des Volkes zur Zeit in den Händen des Beamtenministeriums für besser verwahrt als in den Händen eines vom jetzigen Landtag gewählten politischen Ministeriums". Die Redebeiträge in der Landtagsdebatte vom 25. März 1925, die sich mit der Vertrauensfrage des Ministeriums von Finckh auseinandersetzten, verdeutlichten die Lage des oldenburgischen Parlamentarismus, der im Frühjahr 1925 zu einer parlamentarischen Regierungsbildung nicht in der Lage war; im Vergleich zum Jahre 1923 gestalteten sich die politischen Verhältnisse nur noch komplizierter. Die Bildung eines politischen Kabinetts scheiterte vor allem an der Haltung der DVP und des Zentrums: Die DVP war nicht bereit, in eine Große Koalition unter Beteiligung der SPD einzutreten, das Zentrum lehnte eine Neuauflage der Weimarer Koalition unter Einschluß der SPD ab, weil sie nicht über ein politisches Gegengewicht auf der Rechten verfügte. Eine Minderheitsregierung, auf die sich Zentrum und DDP bereits geeinigt hatten, scheiterte an der kompromißlosen Haltung des Ministeriums von Finckh, das sich erfolgreich im Amt behaupten konnte und sich dabei auch über verfassungspolitische Bedenken hinwegsetzte. Die DNVP zeigte in der Landtagssitzung den Weg auf, den Oldenburg nach den innenpolitischen Auseinandersetzungen im Jahre 1925 gehen sollte, und betrieb die Selbstausschaltung des Landtages zugunsten eines autoritären Beamtenkabinetts, dessen größten Vorteil sie in seinem vermeintlich unpolitischen Charakter erblickte. Mit der Konstruktion der ‘unpolitischen’ Beamtenkabinette konnte Oldenburg die Krise seines parlamentarischen Systems nicht überwinden; das war auch nicht die Aufgabe des Ministeriums von Finckh. Daß es sich dabei keineswegs um ein ‘unpolitisches’ Kabinett handelte, zeigte die Unterstützung, die Ministerpräsident von Finckh im Landtag genoß. Sein Ministerium wurde parlamentarisch von den Rechtsparteien und Teilen des Zentrums zumindest toleriert oder getragen und entsprach somit ihrem politischen Willen. Das war die politische Grundlage der ‘unpolitischen’ Beamtenkabinette in Oldenburg, und dafür trugen die sie stützenden Parteien auch die politische Verantwortung - eine Verantwortung, die unter Begriffen wie "unpolitisch" oder "parteilos" verborgen wurde.

Die Vertrauensfrage des Ministeriums von Finckh wurde im Landtag erwartungsgemäß mit 14 gegen 33 Stimmen der SPD, der DDP und des Zentrums - also der negativen Mehrheit der Weimarer Koalition - abgelehnt. Daraufhin löste Ministerpräsident von Finckh am 25. März 1925 aufgrund des § 40 der oldenburgischen Verfassung den Landtag auf und lehnte die andere Möglichkeit, den Rücktritt seiner Regierung, ab. Zur Begründung der Landtagsauflösung beschrieb von Finckh noch einmal "die Parteiverhältnisse" im Landtag. Danach hatte das Zentrum einerseits mit den Rechtsparteien die gleiche Anzahl an Stimmen wie die Linksparteien und andererseits mit den Linksparteien die überwiegende Mehrheit im Landtag. Angesichts dieser Sachlage könne "eine Klärung der augenblicklichen Verhältnisse" nur vom Volke selbst ausgehen: "Das Volk selbst mag und muß entscheiden, und das einzige Mittel dazu sind Neuwahlen." Zur Stellung seines Ministeriums "neben den Parteien" gab von Finckh eine Erklärung ab, die aufschlußreich für sein politisches Selbst- und Amtsverständnis ist:

> "Daß wir Minister uns am Wahlkampf nicht beteiligen, ist selbstverständlich. Wir waren ein neben den Parteien stehendes unpolitisches Ministerium und wollen es bis zum Schluß bleiben. Den Wahlkampf überlassen wir lediglich den politischen Parteien."[639]

Trotz der Auflösungsorder tagte der Landtag als Rumpfparlament unter Beteiligung der SPD, der DDP und des Zentrums weiter und beschloß in der umstrittenen Verfassungsfrage den Staatsgerichtshof anzurufen.[640] Am 21. April 1925 erklärte dieser die Landtagsauflösung für rechtmäßig und beendete damit den Verfassungskonflikt in Oldenburg.[641]

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im zweiten Wahlgang am 26. April 1925 übte auf die demokratischen Wählerschichten in Oldenburg eine deprimierende Wirkung aus, die sich besonders in der schwachen Beteiligung

---

[639] III. Lt., 5. Vers., 3. Sitzung, 25.3.1925, S. 29f. Die Entschließung über die Auflösung des Landtags hatte folgenden Wortlaut: "Der Landtag des Freistaats Oldenburg wird auf Grund des § 40 Abs. 6 der Verfassung für den Freistaat Oldenburg vom 17. Juni 1919 hierdurch aufgelöst."

[640] III. Lt., 5. Vers., 3. Sitzung, 25.3.1925, S. 30. "Im Namen der in Betracht kommenden Parteien" reichte der ehemalige Ministerpräsident Tantzen folgenden Antrag ein: "Der Landtag beschließt auf Grund des § 75 der oldenburgischen Verfassung, den Präsidenten zu beauftragen, den Staatsgerichtshof um Entscheidung darüber zu ersuchen, ob die Auflösung des Landtages durch das Staatsministerium nach Ablehnung des von der Regierung gestellten Vertrauensvotums verfassungsrechtlich zulässig ist." Der Antrag wurde "genügend unterstützt".

[641] Die Vechtaer OV druckte das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 21. April 1925 in drei Fortsetzungen erst am 18., 19. und 20. Juni 1925 in vollem Wortlaut unkommentiert ab.

an der Landtagswahl vom 24. Mai 1925 bemerkbar machte. Während die Rechtsparteien die Kandidatur Hindenburgs unterstützten, hatten sich die Parteien der Weimarer Koalition erst für den zweiten Wahlgang auf den Zentrumskandidaten Dr. Wilhelm Marx geeinigt.[642] Der Vorsitzende des Zentrums empfahl sich seinen Wählern nach dem moralischen Leitbild des politischen Katholizismus "als der selbstlose und pflichtbewußte Kandidat, für den die Reichspräsidentschaft ein Opfer sei, das er aus Vaterlandsliebe bringe".[643] Als größte Schwierigkeit erwies sich für die Wahlkampfagitation der Zentrumspartei der Hindenburg-Mythos, der der politischen Auseinandersetzung mit der Person Hindenburgs in Zentrumskreisen enge Grenzen setzte.[644] Das Scheitern von Marx bedeutete für das Selbstverständnis der Zentrumspartei, daß ihr die 'verdiente' republikanische Reputation versagt geblieben und dem politischen Katholizismus nicht die Chance gegeben worden war, "endgültig und ostentativ sein nationales Inferioritätsgefühl zu überwinden". Nach einer "kurzen Blüte republikanischen Solidaritätsgefühls" setzte sich im Zentrum die Erkenntnis durch, "daß es zum Kampf mit mächtigen politischen Kräften zu schwach war" und sich ihm nur ein Zugang zur Macht "in der Form einer Kompromißlösung, als Lückenbüßer oder als Ko

---

[642] RUPPERT, Staat, S. 112. Für die KPD kandidierte Ernst Thälmann. Der Reichsparteiausschuß des Zentrums sprach sich am 12. März 1925 für die Kandidatur von Marx aus, obwohl kein Bündnispartner zur Verfügung stand. Selbst die bayerische Schwesterpartei, die BVP, hatte ihre Unterstützung versagt und mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held einen eigenen Kandidaten nominiert. Es herrschte unter den demokratischen Parteien allgemein die Überzeugung, daß die Entscheidung über den neuen Reichspräsidenten erst im zweiten Wahlgang fallen würde.

[643] RUPPERT, Staat, S. 113. Zu den innenpolitischen Aussagen von Marx im Wahlkampf um das Amt des Reichsprädienten notiert Ruppert weiter: "Hauptaufgabe des Reichspräsidenten sei, im Sinne der Volksgemeinschaft die soziale und politische Zerrissenheit in Deutschland zu überwinden. Er empfand es nicht als Bruch, den Zweiflern an seinem Verbrüderungsprogamm den Burgfrieden von 1914 als Ideal entgegenzuhalten. [...] Die Weimarer Demokratie pries er als organische Fortsetzung einer verklärten 'großen Vergangenheit' und der 'Heldenleistung' des Krieges. Die zwiespältige Verteidigung der Republik wurde ergänzt durch eine vom katholischen Ständedenken geprägte Rechtfertigung der Gesellschaftshierarchie unter gleichzeitiger Hervorhebung der aus der Menschenwürde fließenden sozialen Konsequenzen. Die Durchdringung dieser Gesellschaft mit christlichem Geist stellte Marx als einen vorrangigen Programmpunkt heraus, nicht ohne die Pflicht zur Toleranz gegenüber anderen Weltanschauungen zu betonen."

[644] RUPPERT, Staat, S. 122. Marx glaubte, "den ehemaligen kaiserlichen Feldmarschall nicht nur schonen zu müssen, sondern hat ihm auch noch seine Verehrung und Dankbarkeit bezeugt. Für ihn war Hindenburg immer der Weltkriegsheld und das Vorbild nationaler Pflichterfüllung geblieben. [...] Die nationalen Denkmuster haben bei ihm die politischen Gegensätze völlig überlagert."

alitionspartner" eröffnete. Diese republikanische Ernüchterung führte dazu, daß das preußische Zentrum bei der Stabilisierung der Regierung Braun (SPD) nach der Reichspräsidentenwahl wieder "eine aktive Rolle" übernahm.[645] In Oldenburg entschied sich das Zentrum anders: Es votierte für das unpolitische Beamtenkabinett von Finck und damit für ein 'Regierungssystem', für das sich sein Parteivorsitzender Marx nach den Land- bzw. Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 sowohl in Preußen[646] als auch im Reich bereits erfolglos engagiert hatte.[647]

Aus dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 26. April 1925 war zu schließen, daß die Weimarer Koalition im Landesteil Oldenburg nur noch über einen knappen Vorsprung von 1,6 % der Stimmen vor den Rechtspatei

---

[645] RUPPERT, Staat, S. 128f.

[646] RUPPERT, Staat, S. 101-108, 115f. Nach den Landtagswahlen vom 7. Dezember 1924 hatte Marx in Preußen ein "Pseudofachmänner-Kabinett" aus Vertretern der Weimarer Koalition gebildet und war damit gescheitert. Auch sein zweiter Versuch, mit einem "Beamtenkabinett der Volksgemeinschaft" das Amt des Ministerpräsidenten in Preußen zu übernehmen, mißlang: Marx wurde zwar am 10. März 1925 zum Ministerpräsidenten gewählt, aber seine Nominierung zum Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten zwei Tage später nahm die Rechte zum Anlaß, alle weiteren Verhandlungen abzubrechen. Nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl sicherte sich das Zentrum die sozialdemokratische Unterstützung für Marx durch das Versprechen, Braun zum Preußischen Ministerpräsidenten zu wählen. Die preußische Landtagsfraktion machte am 3. April 1925 den Weg frei für eine "Volksblock-Kandidatur" des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Dr. Wilhelm Marx. Das Votum des Landesausschusses der BVP vom 7. April 1925 für Hindenburg, der einen Tag später als Kandidat des Reichsblocks (DNVP, DVP, BVP, WP und Völkische) nominiert wurde, war ein wesentlicher Grund für die Niederlage von Marx. Es stellte "einen Tiefpunkt in der Beziehung der beiden Parteien des politischen Katholizismus" in der Geschichte der Weimarer Republik dar. (S. 116)

[647] RUPPERT, Staat, S. 131-139. In den Beratungen und Verhandlungen zur Regierungsbildung nach den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 griff Reichskanzler Marx "die Idee eines Kabinetts der 'Persönlichkeiten'" als "den schon traditionellen letzten Rettungsanker Weimarer Koalitionsaporien" auf und unterbreitete am 8. Januar 1925 den Vorschlag, eine Regierung aus Fachbeamten zu bilden, die sich parlamentarisch allein auf das Zentrum und die DDP stützen sollte. Aufgrund der in der kommenden Legislaturperiode anstehenden Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes hatte sich das Zentrum von der SPD distanziert und war auf eine Regierungsbildung ohne die Sozialdemokratie eingestellt. Nachdem eine Rechtskoaliton bereits am Widerstand der DVP und DNVP gescheitert war, sah Marx nach der Ablehnung eines Fachkabinetts keine Möglichkeit mehr zur Regierungsbildung und gab am 9. Januar 1925 auf. Seinem Nachfolger, dem parteilosen Dr. Hans Luther, gelang schließlich die Bildung einer Rechtskoaliton, die nach außen nicht als Parteienkabinett erscheinen sollte. "So wurde" nach Auffassung von Karsten Ruppert "der Rechtscharakter nach außen verborgen, um sowohl dem Zentrum den Weg zur Beteiligung zu ebnen als auch um den Demokraten die Tolerierung zu ermöglichen". Für das Zentrum war die Regierung Luther eine große Ernüchterung, denn "die Mitte hatte abgedankt". (Zitate: S. 135f.)

en verfügte. Das Münsterland stimmte mit einer überwältigenden Mehrheit für Marx (Amt Cloppenburg 87,7 %; Vechta 88,9 %; Friesoythe 83,1 %), der auch die Wahl im Landesteil Oldenburg mit 49,9 % (Hindenburg 48,3 %, Thälmann 1,8 %) für sich entscheiden konnte; in Nordoldenburg hingegen gewann Hindenburg (59,2 %) vor Marx (38,5 %).[648]

Das Zentrum führte den Landtagswahlkampf in Oldenburg mit dem klaren Bekenntnis zum parlamentarischen Regierungssystem, das "dem Geiste der Verfassung entspreche", und verurteilte die Auflösung des Landtags als "ungerechtfertigt und unverantwortlich". Es sah sich weiterhin als Partei der politischen Mitte:

> "Das Zentrum war und bleibt die Partei der Mitte, des gerechten Ausgleichs zwischen allen Ständen und Berufen auf der Grundlage der gemeinsamen christlichen Weltanschauung. Das Zentrum ist weder eine Rechts= noch eine Linkspartei. Es wird unentwegt seinen Weg der Mitte weitergehen. Das Zentrum schließt mit anderen Parteien wohl Arbeitsgemeinschaften, aber niemals eine Gesinnungsgemeinschaft."

Das oldenburgische Zentrum blieb aber unentschlossen und grenzte sich mit Blick auf die kurze politische Vergangenheit in der Weimarer Koalition in einem Wahlaufruf energisch gegen die SPD ab:

> "Wähler und Wählerinnen, laßt euch nicht irremachen durch das Schlagwort: 'Das Zentrum ist eine Linkspartei geworden!' **Das ist unwahr! Wir haben bei der Zusammenarbeit mit den Linksparteien nicht ein Jota unserer Grundsätze aufgegeben.** Wir haben unsern Charakter als Partei der Mitte allezeit treu bewahrt. [...] Das ist die Wahrheit! Nun wißt ihr, was von dieser Art politischer Brunnenvergiftung zu halten ist."[649]

Enttäuscht zeigte sich im Vorfeld der Landtagswahl abermals der Katholische Lehrerverein, weil ihm eine eigene Lehrerkandidatur auf einem aussichtsreichen Listenplatz wiederum versagt wurde.[650] Die Landtagswahlen

---

[648] SCHAAP, Weg, S. 205; OV vom 28.4.1925: Ergebnisse in absoluten Zahlen.

[649] OV vom 23.5.1925. Unterzeichnet wurde der Wahlaufruf von Dr. Reinke (Vorsitzender), Pastor Hackmann (Schriftführer) und Bürgermeister Berding (Kassenführer des Zentrums).

[650] Katholische Schulzeitung Jg. 17, Nr. 5, 1.5.1925, S. 37. Der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins, der Cloppenburger Rektor Bernard Lange, sei zwei Tage vor Beginn der Beratungen durch Zuwahl in den Vorstand der Zentrumspartei aufgenommen worden und habe an allen Beratungen teilgenommen. Es sei ihm aber nicht gelungen, die Forderung der "Vereinigung der Festbesoldeten" nach der Kandidatur des bisherigen Landtagsabgeordneten Rektor Johannes Denis aus Vechta auf einem sicheren Listenplatz durchzusetzen: "Das Wort 'Beamter' oder 'Festbesoldeter' wirke bei vielen wie ein rotes Tuch beim Stier!" Den Vertretern der land-

vom 24. Mai 1925 standen angesichts der großen politischen Probleme der ehemaligen Koalitionsparteien, die im Verfassungskonflikt noch ihre Geschlossenheit bewahrt hatten, unter einem ungünstigen Zeichen und erzielten mit 55,2 % die geringste Wahlbeteiligung bei Reichs- oder Landtagswahlen im Freistaat Oldenburg überhaupt.[651] DVP und DNVP, die sich im politischen Auftrieb der Reichspräsidentenwahl zum Landesblock zusammengeschlossen hatten, konnten bei der Landtagswahl - und das bei einer Senkung der Landtagssitze von 48 auf 40 - ihren Stimmenanteil von 1923 (15 Mandate) ebenso halten wie das Zentrum (10 Mandate), während die SPD 3 (1923: 12; 1925: 9) und die DDP 4 Mandate (1923: 9; 1925: 5) verloren. Die Völkischen errangen zum erstenmal ein Mandat in Oldenburg.[652]

Die "Nachrichten" analysierten das Ergebnis der Oldenburger Landtagswahl realistisch und stellten einen eindeutigen politischen Rechtsruck im Lande fest.[653] Die Vechtaer OV erkannte in dem Ergebnis der Landtagswahlen ebenfalls eine schleichende Radikalisierung des politischen Spektrums und richtete eine befremdende Warnung an die Verantwortlichen in Parteien und Regierung:

> "Wir glauben, daß das Ergebnis der Wahl des 24. Mai für Parlament und Regierung eine Warnung ist, nicht wieder leichtfertig Wahlen zu inszenieren. Das Volk regiert darauf mit dem radikalen Mittel, es schlägt sich zu einem großen Teile zur Partei der Nichtwähler."[654]

---

wirtschaftlichen und gewerblichen Berufsorganisationen sei eine sichere Kandidatur eingeräumt worden, der Kandidat der Festbesoldeten habe aber nur den aussichtslosen 11. Platz erhalten. Nach Auffassung des Landesausschusses und des Vertretertages hätten die Lehrer und die Beamten ihren Vertreter im geistlichen Studienrat Wempe zu sehen. Heinrich Wempe gehörte seit 1923 dem Landtag an. Die vom Katholischen Lehrerverein ausgehenden Bemühungen um den Zusammenschluß aller auf dem Boden des Zentrums stehenden Beamten hatte 1924 zur Bildung der "Vereinigung der Festbesoldeten" geführt, die von Hauptlehrer Hoyng aus Rüstringen, dem 2. Vorsitzenden des Katholischen Lehrervereins, geführt wurde. Rektor Bernard Lange war auf der Vollversammlung des Katholischen Lehrervereins am 28. September 1922 zum Vorsitzenden des Vereins gewählt worden. (Katholische Schulzeitung Jg. 16, Nr. 10, 1.10.1924, S. 59; Jg. 14, Nr. 10, 1.10.1922, S. 51)

[651] SCHAAP, Weg, S. 201.

[652] SCHAAP, Weg, S. 206; OV vom 26.5.1925: Wahlergebnisse im Oldenburger Münsterland in absoluten Zahlen.

[653] OV vom 27.5.1925. In einer unkommentierten Wiedergabe aus den "Nachrichten" hieß es dazu: "Nach der unzweifelhaft rechts orientierten Hindenburg=Wahl glaubte man, den Rechtsruck für unsere Landtagswahl in solcher Stärke nicht erwarten zu dürfen. Und dennoch ist er eingetreten, und das ist das Charakteristische der gestrigen Wahl."

[654] OV vom 26.5.1925, auch zum folg.

Die politische Konstellation hatte sich aus der Sicht der OV nach den Landtagswahlen in Oldenburg grundlegend geändert:

> "Rein zahlenmäßig gewertet, endet der Wahlkampf mit einem erheblichen Verlust der Linksparteien, Demokraten und Sozialdemokraten. Sie verfügten bisher mit den Kommunisten über die Hälfte der Sitze. Sie werden in Zukunft diese in mancherlei Beziehung für sie günstige Position nicht mehr haben. Zentrum und Rechtsparteien verfügen, rein zahlenmäßig gesehen, über eine Mehrheit im neuen Landtage. Noch größer ist die Mehrheit, die die bei der Ablehnung des Vertrauensvotums für das Kabinett v. Finckh zusammen auftretenden Parteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, haben. Wir führen diese Konstellationen nur vergleichsweise an, nicht im Hinblick auf irgendwelche Möglichkeiten des Zusammenwirkens im neuen Landtage."

Die OV erwartete den Rücktritt des Ministeriums von Finckh als politische Konsequenz aus dem Wahlergebnis und sah im Zentrum einen "ausschlaggebende(n) Faktor" für die bevorstehende Regierungsbildung, die sich nach rechts und nach links an "staatspolitischen Notwendigkeiten" orientieren und nicht am "Partei=Egoismus" scheitern sollte.

Das Wahlergebnis konfrontierte das Zentrum in Oldenburg mit einer politischen Möglichkeit, die es in dieser Konstellation bisher nicht gegeben hatte. Zum erstenmal war unter Einschluß des Zentrums ein stabiles Rechtsbündnis möglich, das über 25 der 40 Sitze im Landtag verfügte; aber ebenso war die Bildung der Weimarer Koalition (24 Sitze) noch möglich. Während an eine Große Koalition nach dem Zusammenschluß der beiden großen Rechtsparteien nicht mehr zu denken war, stand das Zentrum am politischen Scheideweg zwischen einem Links- oder Rechtsbündnis. Es entschied sich für das Rechtsbündnis, dem aufgrund der Wahlerfolge die politische Zukunft in der Weimarer Republik zu gehören schien, und kehrte der Weimarer Koalition, die der Vergangenheit angehörte und dem Angriff der neuen Kräfte in der rechten Opposition nicht gewachsen war, endgültig den Rücken.

5.3.2. Rechtsruck des Zentrums: "An dem Scheitern sind wir nicht schuld."

Noch Anfang Juni 1925 stand das oldenburgische Zentrum unschlüssig zwischen einem parlamentarischen Links- oder Rechtsbündnis und machte seine Prioritäten von den personellen Konzessionen abhängig, die es vom jeweiligen Koalitionspartner erwartete. Als überraschende Alternative brachte das

amtierende Staatsministerium von Finckh den Vorschlag in die Debatte ein, eine "Regierung der Volksgemeinschaft" nach dem Modell einer Allparteienregierung zu bilden. In der Vechtaer OV, dem politischen Sprachrohr des Zentrums, wurden die Koalitionsmöglichkeiten in aller Öffentlichkeit diskutiert; über die Position des Zentrums hieß es in dem Blatt:

> "Wie es im vorigen Landtage mit aller Kraft die große Koalition anstrebte, so wird es im gegenwärtigen Landtage ebenso energisch ein Ministerium der Volksgemeinschaft verlangen, also eine Regierung, die sich auf Landesblock, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten stützt. [...] Allerdings kann das Zentrum im neuen Landtag zur Not auch eine Regierung allein mit der Rechten bilden (was im früheren Landtage bekanntlich nicht möglich war). Aber eine solche Möglichkeit kommt, wie gesagt, erst in zweiter Linie in Betracht. [...] denn zu einem bedeutungslosen Anhängsel des Landesblocks wird sich das Zentrum unter keinen Umständen herabdrücken lassen. Dann wird es vorziehen, trotz des Mißgeschicks, das die Demokraten und Sozialdemokraten bei der Landtagswahl betroffen hat, die kleine Koalition wieder aufleben zu lassen, natürlich mit einem Ministerpräsidenten aus den eigenen Reihen."

Damit rückte das Zentrum die Frage nach einem Ministerpräsidenten aus dem katholischen Zentrum wieder in den Mittelpunkt der Debatte und damit eine Lösung, die von den anderen Parteien strikt abgelehnt wurde. Wie die Lösung der Regierungsfrage auch ausfallen sollte, für die OV stand im Juni 1925 fest:

> "Das Ministerium von Finckh kehrt nicht wieder; es ist endgültig erledigt."[655]

Der Rücktritt des Ministeriums von Finckh am 16. Juni 1925 führte zu einer völlig veränderten Sachlage und bereitete dem Koalitionspoker in Oldenburg ein Ende. Ministerpräsident von Finckh begründete seine Entscheidung mit den sich verzögernden Koalitionsverhandlungen. "Bei dieser Sachlage" habe sich das Ministerium zum Rücktritt entschlossen, obwohl es dazu nach der Verfassung nicht genötigt sei. Es habe sich stets bemüht, "die Geschäfte der Regierung zu führen ohne Unterschied der Partei" und "nur aus sachlichen Gesichtspunkten". In einer Erklärung wies die Zentrumsfraktion jede Verantwortung für die politisch verfahrene Situation zurück. "Um in der Oeffentlichkeit kein falsches Bild aufkommen zu lassen", sah sich Driver im Namen seiner Fraktion zu folgender Klarstellung veranlaßt:

> "Seit mehreren Tagen haben wir Versuche gemacht, eine neue Regierung zustande zu bringen. Es sind uns aber Schwierigkeiten von allen Seiten gemacht geworden. Wir sind noch nicht zu einer Entscheidung gelangt, hoffen sie aber in den nächsten Tagen

[655] OV vom 6.6.1925.

herbeiführen zu können. Unsere Schuld ist es nicht, daß wir bisher nicht zu einem Ergebnis gekommen sind; an unserem redlichen Bemühen hat es nicht gefehlt."[656]

Daraufhin ergriff das Zentrum die Initiative und verließ die Aktionsgemeinschaft mit der SPD und DDP, die in der Reichspräsidentenwahl, Ablehnung der Vertrauensfrage und Klage beim Staatsgerichtshof noch funktioniert hatte, aber scheiterte, als sie zum konstruktiven Kompromiß und zur positiven Übernahme der Regierungsverantwortung in Oldenburg führen sollte. Weil der Landesblock sich im Wahlkampf für die Fortsetzung des Beamtenministeriums ausgesprochen hatte, kam ein politisches Ministerium unter Beteiligung der Rechtsparteien nicht mehr in Frage. Eine Woche nach seinem Rücktritt wurde das zweite Beamtenministerium von Finckh, das sich personell gewandelt hatte, am 23. Juni 1925 mit den Stimmen des Landesblocks und des Zentrums bei Stimmenthaltung von DDP und SPD gewählt.[657] Der Landesblock nominierte Ministerpräsident von Finckh und Ministerialrat Dr. Willers, der dem südoldenburgischen Katholizismus aus seiner Zeit als Amtshauptmann in Cloppenburg vertraut war. Das Zentrum selbst nominierte seinen Fraktionsvorsitzenden Dr. Driver, der in seiner Person - Driver hatte der "Revolutionsregierung" des Direktoriums und danach der Regierung Tantzen angehört - sowohl die funktionale Kontinuität als auch den politischen Pragmatismus des Zentrums verkörperte.

Neben Eugen von Finckh (parteilos) und Franz Driver (Zentrum) gehörte dem ersten Beamtenkabinett von Finckh auch Dr. Bernhard Willers an. Bernhard Willers (1881 - 1941) war von 1912 bis 1919 Amtshauptmann in Cloppenburg, dann wurde er nach Jever versetzt. Bereits im Januar 1920 kehrte er nach Cloppenburg zurück und gründete den Elektrizitätsverband; er übernahm auch den Vorsitz im Aufsichtsrat. Willers stand politisch den Deutschnationalen nahe und wurde 1925 bei der Umbildung des zweiten Beamtenministeriums von Finckh als Kandidat der im Landesblock zusammengeschlossenen Parteien DNVP und DVP zum Minister der Finanzen und sozialen Fürsorge ernannt. Hans Friedl weist darauf hin, daß Willers nach der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten im Juni 1932 als einziger Minister nicht in den Ruhestand trat, sondern zum Staatskommissar bei den staatlichen Finanzanstalten ernannt wurde; im Mai 1933 wurde er Mitglied der NSDAP. Diese außergewöhnliche Karriere von Willers sei auch

[656] IV. Lt., 1. Vers., 1. Sitzung, 16.6.1925, S. 4; OV vom 18.6.1925: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 16.6.1925.
[657] SCHAAP, Endphase, S. 20f.

darauf zurückzuführen, "daß er bei den neuen Machthabern als ein politisch rechts stehender Beamter galt, der sich in der Vergangenheit 'loyal' gegenüber der NSDAP verhalten habe".[658]

Aufgrund der Persönlichkeit Drivers war auch keine stärkere politische oder parteipolitische Profilierung des Ministeriums zu erwarten, zumal der Landesblock die Nominierung des erfahrenen Zentrumspolitikers vor allem deswegen akzeptiert hatte, weil dieser ebenso wie seine Kabinettskollegen Beamter war. Seinem Selbstverständnis zufolge war das neue Ministerium von Finckh ein unpolitisches Fachkabinett, das nicht auf einer Koalitionsvereinbarung beruhte.[659] In der Landtagssitzung am 23. Juni 1925 verwahrte sich das Zentrum in einer Erklärung des Abgeordneten Fröhle abermals gegen jede Schuldzuweisung an dem schleichenden Verfassungswandel in Oldenburg:

> "Wir haben zuvor ehrlich versucht, ein Ministerium, bestehend aus Vertretern möglichst aller Parteien des Landtages, zustande zu bringen. Leider ist das infolge vieler Schwierigkeiten nicht möglich gewesen. An dem Scheitern sind wir nicht schuld. Deshalb wäre es nicht recht, uns wegen des Ausganges der Verhandlungen einen Vorwurf machen zu wollen. Wir haben zu diesem Ministerium das Vertrauen, daß es sich in gleicher Weise die Interessen aller Volkskreise und insbesondere der wirtschaftlich Schwächeren angelegen sein läßt. Unsere Politik wird auch in Zukunft die gleiche bleiben. [...] Auch in und dem neuen Ministerium gegenüber werden wir unsere Grundsätze auf religiösem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete, unsere Politik der mittleren Linie, niemals verleugnen."[660]

In einer Presseerklärung begründete das Zentrum am 3. Juli 1925 seinen Eintritt in das 'unpolitische' Ministerium von Finckh vor allem mit der Notwendigkeit, daß "endlich einmal anstelle des ewigen Verhandelns ein entschiedenes Handeln" hätte treten müssen, und räumte ein, "daß in der Fraktion gegen ein solches Ministerium auch lebhafte Bedenken geltend gemacht wurden". Schließlich habe die Zusammensetzung des Fachministeriums von Finckh den Ausschlag für die Zustimmung des Zentrums gegeben. Neben Dr. Willers, der "in kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen von der Auffassung des Zentrums nicht allzuweit entfernt sein dürfte", sei mit Dr. Driver "einer der Veteranen der Partei, der frühere Minister und jetzige Vorsitzende der Landtagsfraktion", in die Regierung eingetreten und habe das

---

[658] FRIEDL, Handbuch, S. 796f. (von Hans Friedl).
[659] Ebd., S. 22.
[660] IV. Lt., 1. Vers., 2. Sitzung, 23.6.1925, S. 11f.; OV vom 25.6.1925: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 23.6.1925.

einflußreiche Ressort des Innern übernommen, zu dem auch die Landwirtschaft gehöre.[661]

Der neue und alte Ministerpräsident erklärte nach seiner Wahl, daß von ihm "keine Programmrede" zu erwarten sei und es ihm um sachliche Arbeit zum Wohle des Landes gehe. Er betonte in seiner Regierungserklärung, daß es sich bei seiner Regierung um ein 'unpolitisches' Fachkabinett handle, das nicht als Exekutivorgan einer Koalitionsvereinbarung fungiere. Deshalb ging es nach den Worten von Finckhs nicht um die Durchführung eines politischen Programms als Ergebnis von Koalitionsverhandlungen, sondern um die überparteiliche Arbeit zum Wohle des Volkes. Zum Konzept seines 'unpolitischen' Fachkabinetts hieß es in der Regierungserklärung:

> "Wir werden uns bemühen, sachliche Arbeit zu leisten, und wir glauben, dadurch die Bedürfnisse des Landes am ehesten zu befriedigen und dem Wohle des Volkes am besten zu dienen. Das Volk verlangt jetzt, wo die Hitze des Wahlkampfes vorüber ist, ruhige, stetige, aufbauende Arbeit zu Gunsten aller Stände, namentlich in bezug auf Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen, und zu diesem Zwecke Sammlung aller Kräfte. Dies zu fördern wird unser aufrichtiges Bestreben sein. [...] Wir wollen uns bemühen, nicht zu reden, sondern zu handeln (Bravo!) und bitten dazu um Ihre Unterstützung."[662]

Die 'unpolitische' Qualität des Ministeriums von Finckh lag seinem Selbstverständnis nach darin begründet, daß es in der Funktion eines Staatsorgans über den Parteien stand und sich von ihnen als unabhängig begriff. Die Konstruktion des Fachministeriums war, wie das Oldenburger Beispiel zeigt, nicht das notwendige Resultat einer politischen Situation, die eine parlamentarische Lösung nicht mehr ermöglichte, sondern der Ausdruck eines politischen Willens, der die Parteien aus der parlamentarischen Verantwortung für die Exekutive bewußt zurücknehmen sollte und tendenziell auf eine Entparlamentarisierung der parlamentarischen Demokratie im Freistaat gerichtet war. Die offizielle Tolerierung des Ministeriums von Finckh durch das Zentrum sollte von dessen erkennbarer Rechtsorientierung in der Mitte der 1920er Jahre ablenken.

Originäres politisches Motiv für das Verhalten des Zentrums zwischen 1923 und 1925 war ein antisozialistisches Ressentiment, das schon in der Krise des Jahres 1923 zu einer politischen Richtschnur geworden war. Nach der Auf

---

[661] SCHAAP, Weg, S. 35.
[662] IV. Lt., 1. Vers., 2. Sitzung, 23.6.1925, S. 11; OV vom 25.6.1925.

kündigung der "Arbeitsgemeinschaft" mit der Sozialdemokratie durch die Ablehnung der Regierungsvorlage Tantzens im März 1923 und den gescheiterten Plänen einer Großen Koalition sowie eines von der SPD tolerierten Minderheitskabinetts bot sich dem Zentrum objektiv keine andere Möglichkeit mehr als das Fachministerium von Finckh, um den politischen Einfluß der SPD in der Exekutive zu eliminieren. Außerdem erhöhte die Handlungsfähigkeit und die kirchenfreundliche Position, die Ministerpräsident von Finckh in der Kirchensteuergesetzgebung gezeigt hatte, die Akzeptanz der entparlamentarisierten staatsbürokratischen Exekutive. Die Ablehnung der SPD wurde in den offiziellen Parteigremien sehr vorsichtig artikuliert, aber in der politischen Öffentlichkeit wählerwirksam eingesetzt, um die weltanschauliche Geschlossenheit des oldenburgischen Katholizismus zu demonstrieren. Diese "Doppelmoral" reduzierte die Glaubwürdigkeit des Zentrums in der nichtkatholischen politischen Öffentlichkeit und nährte in der katholischen Konfessionspartei die Neigung zu einem autoritären Beamtenkabinett, von dem es sich eine Entschärfung der kulturpolitischen Konflikte und eine Neutralisierung des demokratischen Parteienstaates versprach. Nun stand die Regierung ‘über den Parteien’ - und war auch in dieser Konstruktion politisch von ihnen abhängig.

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten erhöhte die Akzeptanz der Rechtsparteien in der Weimarer Republik und dokumentierte einen Rechtsruck in der politischen Öffentlichkeit, an dem das Zentrum in Oldenburg in vollem Umfang partizipierte. Der Mythos Hindenburg erreichte das katholische Milieu im Freistaat in einer Phase anhaltender politischer Verunsicherung und Umorientierung und wirkte wie ein Katalysator im innerparteilichen Meinungsbildungsprozeß. Zudem hatte die Reichspräsidentenwahl gezeigt, daß die Weimarer Koalition im Reich - im Gegensatz zum Freistaat - über keine demokratische Mehrheit mehr verfügte. Der Nimbus des unpolitischen, autoritären Hindenburg bot dem katholischen Zentrum - analog zur Nationalisierung des politischen Katholizismus in Deutschland in der Wilhelminischen Ära - ein nationales Identifikationspotential an, mit dem sich große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland anfreunden und in dessen Schatten sie ihre programmatischen und strukturellen Defizite kompensieren konnten. Der deutsche Konservatismus hatte über alle sozialen, konfessionellen und politischen Schranken hinweg in Hindenburg seine nationale Leit- und Integrationsfigur gefunden. Die Vechtaer OV führte den Wahlerfolg Hindenburgs vor allem auf die Agitation der nationalen Rechten zurück, der es im zweiten Wahlgang gelungen sei, die größere Wählermobilisierung für

Hindenburg zu nutzen. Resignierend kommentierte die OV die Niederlage der Weimarer Koalition:

> "Mit Tatsachen muß man sich abfinden, auch in der Politik."

Die politische Zukunft Oldenburgs beurteilte das Blatt skeptisch und machte eine erfolgreiche Regierungspolitik davon abhängig, ob sich die Parteien zur Disziplin durchringen konnten - andernfalls drohe eine Diktatur:

> "Es wird nun mit verdoppelter Kraft das Versäumnis der letzten Wochen eingeholt werden müssen. Wenn aber schon vor den Wahlen parteipolitische Schwierigkeiten in ungeheurer Anhäufung vorlagen, die nicht zu überwinden waren, so werden jetzt, nachdem die Parteien erst recht wieder durch den Wahlkampf auseinandergebracht sind, diese Hemmungen sich nur noch vergrößern.
> Es wird der ganzen Disziplin gerade der siegenden Parteien bedürfen, um so zu taktieren, daß nicht die ohnehin schon reichlich bestehenden Spannungen zu Explosionen führen können. Denn die Parteien müssen zusammenarbeiten, sie müssen einen Weg der Verständigung finden, wenn nicht das Chaos kommen soll, das dann im letzten Augenblick vielleicht nur dadurch verhütet werden könnte, daß ein Diktator die Zügel ergreift."[663]

Das Oldenburger Zentrum zog vorher die Konsequenzen und paßte sich mit seinem Anschluß an den Landesblock den neuen politischen Tatsachen an. Mit dem erneuten Amtsantritt des Fachkabinetts von Finckh waren das Zentrum und die anderen koalitionsfähigen demokratischen Parteien der Notwendigkeit politischer Kooperation und Konsensbildung enthoben und dokumentierten ihre Unfähigkeit, die politische Verantwortung für die Exekutive und ihre parlamentarische Kontrolle im Freistaat zu übernehmen. Die Delegation dieser politischen Verantwortung an ein 'überparteiliches unpolitisches' Fachministerium kam einer Kapitulation der gemäßigten demokratischen Parteien der Weimarer Koalition in Oldenburg gleich, die im vollen Besitz einer Landtagsmehrheit auf die Übernahme der Regierungsverantwortung verzichteten. Daran trug das Zentrum trotz gegensätzlicher Beteuerungen durch sein zermürbendes Taktieren und seine überzogenen personellen Forderungen ein hohes Maß an politischer Mitverantwortung, der es sich nicht stellte. Politisch wurden in der oldenburgischen Verfassungskrise latente antirepublikanische Vorbehalte gegenüber dem ‘Parteienstaat’ virulent, der durch das ergebnislose Taktieren der Parteien in der öffentlichen Meinung erheblich diskreditiert wurde. Das entsprach der politischen Absicht der erstarkten Rechtsparteien, hätte aber von den staatstragenden demokratischen

[663] OV vom 29.4.1925.

Kräften nicht wehrlos hingenommen werden dürfen. Indirekt - und gewiß auch ungewollt - unterstützte das Zentrum durch seine Entscheidung für das Rechtsbündnis den politischen Versuch des Landesblocks, die demokratische Grundordnung des Freistaates durch die Entparlamentarisierung der Exekutive zu unterlaufen und damit zu schwächen. Mit der Wiederwahl von Finckhs war auch die unfruchtbare Debatte um eine 'politische' oder 'unpolitische' Regierungsbildung in der Zentrumspresse beendet - eine Debatte, die aus heutiger Sicht als politisches Scheingefecht anzusehen ist: Es gibt keine unpolitische Regierung. Man richtete sich im südoldenburgischen Katholizismus auf längere Dauer auf die Existenz beamteter Fachministerien in Oldenburg ein, die erst durch die NS-Regierung Röver abgelöst und wieder parlamentarisiert wurden: ein Paradox der oldenburgischen Geschichte in der Weimarer Republik.

Klaus Schaap macht darauf aufmerksam, daß oldenburgische Wirtschaftsverbände auf die Meinungsbildung der Parteien und Fraktionen zwischen 1923 und 1925 erheblichen Einfluß zu nehmen versuchten. Im Gegensatz zum politischen Ministerium Tantzen unter Beteiligung der Sozialdemokratie versprachen sich die Wirtschaftsverbände von einem 'unpolitischen' Fachministerium eine größere Zurückhaltung in der Sozialpolitik und eine entideologisierte Finanz- und Wirtschaftspolitik, die den Interessen der Verbände stärker entgegenkam.[664] Die oldenburgische Finanz- und Wirtschaftspolitik in der Zeit der Beamtenkabinette, die als treue neutrale Sachwalter von Arbeit, Wirtschaft und Finanzen auftreten sollten, war weitgehend angebotsorientiert und befriedigte somit in erster Linie die Interessen des oldenburgischen Handels und der Wirtschaft. In einer Resolution der drei Wirtschaftskammern, der IHK, LWK und HWK, die am 28. November 1923 im Landtag verlesen wurde, stellte die Landwirtschaftskammer in eigener Verantwortung fest:

> "Nach zuverlässigen Nachrichten sind im Landtage Bestrebungen im Gange, die jetzige Fachministerregierung zu beseitigen und dafür eine parlamentarische Regierung einzusetzen. In einer Zeit, wo es unter allen Umständen erforderlich ist, nach innen und außen absolute Ruhe zu bewahren, hält die Landwirtschaftskammer derartige Bestrebungen für außerordentlich gefährlich. Die politischen Ministerien im Reiche haben durchweg ihre Unfähigkeit bewiesen, das Deutsche Reich wieder einigermaßen gesund zu machen, [...]. Die Landwirtschaftskammer warnt daher dringend, unter den heutigen Verhältnissen das bewährte Fachministerium des Landes zu beseitigen und durch ein politisches zu ersetzen, dem keinesfalls von allen Seiten des Landes das nötige Ver

[664] SCHAAP, Endphase, S. 23.

> trauen entgegengebracht werden würde. Der Landtag wird daher dringend gebeten, vorläufig von einer neuen Regierungsbildung abzusehen ..."[665]

Die Resolution ließ eine Abkehr der oldenburgischen Wirtschaftskammern vom parlamentarischen System erkennen und antizipierte innenpolitische Positionen, die in der Auseinandersetzung mit den demokratischen Parteien am Ende der Weimarer Republik auch von den Nationalsozialisten eingenommen wurden. Die Industrie- und Handelskammer begrüßte die Wahl des Fachministeriums von Finckh in einer Erklärung vom 24. Juni 1925 und unterstützte damit die Regierung in ihrem Bemühen, "unsere engere Heimat nach den schweren Wirtschaftsnöten und den innerpolitischen Wirren, die seit der Revolution auf ihr lasteten, zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Wieder-Aufstieg zu führen".[666] Besonders am Ende der Weimarer Republik, so Klaus Schaap, fügten sich die Parteien in Oldenburg "in die ihnen von der Verfassung auferlegte Rolle der Unmündigkeit: Auch ohne ihre Mitarbeit wurde ja weiterregiert, sie brauchten sogar für Fehlentscheidungen der Regierung nicht geradezustehen."[667]

5.3.3. Das Versagen der demokratischen Parteien: "Entartung des politischen Parteiwesens "

Nach der Abstimmung über die Regierungsvorlage zur Mandatsverlängerung des Landtags am 28. März 1923 war in der Vechtaer OV ein Artikel erschienen, der sich mit der "Entartung des politischen Parteiwesens" beschäftigte und die Ursache der Regierungskrise in dem Umstand sah, daß "die meisten Deutschen die Ehrfurcht vor dem Staate und vor der Volksgemeinschaft verloren haben". Als Alternative zum mechanischen ‘Parteienstaat’ der Weimarer Republik entwickelte der Artikel ein konservativ-organisches Weltbild mit romantischen Reminiszenzen an die Vergangenheit, die vor dem Hintergrund der politischen Lage im Reich wie im Freistaat nachdenklich stimmen und die politischen Grundströmungen im südoldenburgischen Katholizismus erahnen lassen:

> "Was unsern Vorfahren in den Zeiten gesunden Staatslebens die vom Schöpfer stammende Lebensgemeinschaft war, ist heute den Vielzuvielen nur eine politische Interessengemeinschaft. [...] Die alten politischen, staatlichen und nationalen, selbst christli

[665] SCHAAP, Weg, S. 33.
[666] Ebd., S. 34.
[667] SCHAAP, Regierungsübernahme, S. 29.

chen Ideale, welche die bei der Reichsgründung sich bildenden Parteien aufgerichtet hatten, finden immer weniger Achtung und Schätzung, gehen oft im Streite und Lärm der Interessen= und Geschäftspolitik unter.
Es ist hohe Zeit, daß diejenigen Bürger aller politischen Parteien, denen die Ehrfurcht vor dem Staate noch im Herzen lebt, ihre(r) Auffassung von der echten staatlichen Politik wieder Geltung verschaffen. Dazu ist vor allem der die Geistesarbeit leistende Mittelstand, die noch am wenigsten angekränkelte Volksgruppe, berufen. Er sündigt am Volke und untergräbt seine eigene Zukunft, wenn er nicht in diesem Sinne sich an der Politik beteiligt; bisher zog er sich zu sehr davon zurück."

Zur weiteren analytischen Begründung der Regierungskrise, die als Schwäche und Versagen der Weimarer Parteiendemokratie überhaupt ausgelegt wurde, hieß es in dem beachtenswerten Artikel der OV:

"Dabei sind dann der Staat, das Volk, das Gemeinwohl die Leidtragenden und Geschädigten; der Staat wird langsam ausgeplündert. Die zum Geschäft gewordene Politik verfällt aber zuerst bei denen, die nicht starke Geschäftsinteressen in ihr zu vertreten haben, dann aber auch bei den Interessenten der Geringschätzung oder gar der Verachtung. Diesem Zustande sind wir heute nahegekommen. Wir haben seit der Revolution im Klassen= und Interessenkampfe die Wirtschaft immer mehr zugrunde gerichtet, daneben aber auch den Staat aufs äußerste geschwächt. Die Hauptschuld daran liegt bei jenen Wählern, die aus Mammonsgeist keine Ehrfurcht mehr vor dem Staate und der Volksgemeinschaft haben, deshalb als selbstsüchtige Ichmenschen die Politik als Geschäft behandeln. Die Parteien, Abgeordnete und Parteipresse werden der Reihe nach von der wachsenden Masse der solcherart gesinnten Wähler immer mehr vergewaltigt."[668]

Mit Idiomen wie "Entartung des politischen Parteiwesens", "gesundes Staatsleben" und "keine Ehrfurcht mehr vor dem Staate und der Volksgemeinschaft" artikulierte die Vechtaer Zentrumspresse bereits im Frühjahr 1923 politische Einstellungen, die nicht mit dem demokratischen Politikbegriff der Weimarer Verfassung zu vereinbaren waren, sondern dem autoritären Staats- und Verfassungsbegriff der national-konservativen Schule entsprachen. Die Krise des Jahres 1923 aktivierte offensichtlich auch im katholischen Milieu Südoldenburgs, das sich wieder auf eine passive Zuschauerrolle zurückzuziehen gedachte, einen politischen Irrationalismus, der seit dem 19. Jahrhundert als Reaktion auf das moderne Revolutionszeitalter und den liberalen Fortschrittsglauben einen festen Platz im Denken des politischen Katholizismus hatte. Im romantisierten Leiden am demokratischen Ungenügen der Republik und an der pluralistischen Gesellschaft von Weimar nahm er Zuflucht zum religiösen Mythos eines autoritären Staates ‘über den Parteien’

[668] OV vom 6.4.1923.

und einer organischen Volksgemeinschaft und emigrierte so aus der politischen Gegenwart nach dem Ersten Weltkrieg. Die vermeintliche Dekadenz der modernen politischen Gesellschaft wurde moralisch-religiös interpretiert und auf den grassierenden Verlust nationaler Tugenden, gesellschaftlicher Ideale und christlicher Grundhaltungen zurückgeführt, der im Zeichen des Materialismus und eines intellektuellen Relativismus zu einer "Entartung des politischen Parteiwesens" geführt habe. Das politische Denken des südoldenburgischen Katholizismus nahm schon früh diese antirepublikanischen Strömungen auf, die unter der Decke des politischen Alltagsgeschäfts virulent blieben und in der Krise ihre ganze politische Brisanz entfalteten. Der politische Blick ging wieder nach rückwärts und stellte das organische Bild einer christlichen Reichs- und Staatsidee vor Augen, das mit der republikanischen Gegenwart und der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik nicht zu vereinbaren war.

Im Gegensatz zu diesem politischen Idealbild erweckten die Parteien des Jahres 1923 den Eindruck selbstsüchtiger Zerstrittenheit, weil sie sich nicht als "Diener am Staate und am Gemeinwohle der Volksfamilie" orientierten, sondern ihren parteipolitischen Interessen frönten. Wenn sie sich aber "nach der organischen Auffassung des staatsbürgerlichen Gemeinschaftslebens" als "Glieder des Staatsvolkes" verstünden, würden sie "ihren Wettbewerb untereinander darum sich drehen lassen, welche von ihnen das Beste für die Gesamtheit leistet, nicht aber darum, welche bei bloßer Rechthaberei das letzte Wort behält oder ihren Eigenwillen mit Macht durchzusetzen vermag". Der Kommentar der Vechtaer OV unter dem bezeichnenden Titel "Der Sinn des politischen Parteiwesens" schloß mit dem dringenden Appell an die gemäßigten demokratischen Parteien:

> "Nicht gegeneinander, sondern nebeneinander und recht oft miteinander sollen die verschiedenen Parteien arbeiten. Nur dann sind sie fähig, staatspolitisch, staatsmännisch, national zu denken und zu handeln"[669]

Die Republik von Weimar transzendierte Staat und Gesellschaft nicht mehr in der Art und Weise, daß sich der einzelne dem organischen "Großen und Ganzen" libidinös hingeben und das staatliche Mysterium erleben konnte. Die republikanische Gegenwart der Weimarer Republik war unvereinbar mit der deutschen Ideologie eines überparteilichen, interesselosen und ideologiefernen Staates, der in den 'unpolitischen' Beamtenkabinetten in Oldenburg

[669] OV vom 4.4.1923.

in Miniatur wieder restauriert wurde. Diese politische Erfahrung war eine bittere Enttäuschung, die sich bereits 1923 angesichts von Ruhrkrise und Inflation im Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten, auch im ländlich-bäuerlichen Mittelstand, ausbreitete. Die ideologische Reaktion auf den politischen Intellektualismus und Rationalismus des 19. Jahrhunderts, der geistig schließlich zu Weimar geführt hatte, war das illusionäre Leitbild der Volksgemeinschaft als einer Lebensgemeinschaft, die sinnlich erfahrbar war, weil sie als umfassendes "Lebensgeheimnis" unmittelbar aus dem Schöpfer floß. Eine Kultur ohne echte Lebensgemeinschaften in Staat, Gesellschaft und Familie, wie sie scheinbar durch die Revolution von 1918 heraufbeschworen worden war, wurde von konservativen Lagern als "eine Zeit der Zerrissenheit" gewertet, die ihre Identität verloren hatte.[670] Das konservative Geistesleben begab sich auf "mythisch-irrationale Fluchtwege" und forcierte die "pessimistischen, zivilisationsfeindlichen Tendenzen" in der nervösen politischen Gegenwart der Weimarer Republik:

> "Deren politisches System wurde als mechanistisch stark denunziert, während man von irgendwelchen völkischen Ganzheiten und blutvoll organischen Lösungen träumte, die mit der sozialen und ökonomischen Realität der modernen Industriegesellschaft reichlich wenig gemein hatten."[671]

Die Rechtsorientierung des oldenburgischen Zentrums, die durch das Ergebnis der Reichspräsidentenwahl nach den quälenden und zermürbenden Versuchen des "Parlamentarisierens" nachhaltigen Auftrieb erhielt, konnte nicht ohne parteiinterne Auseinandersetzungen vonstatten gehen. Sie hatten bereits 1923 in der Beratung der Regierungsvorlage zur Verschiebung der Landtagswahlen zu einer Spaltung der Fraktion geführt. Durch eine dramatische Personalisierung der Kontroverse, die sich ganz auf die Person Drivers konzentrierte, gelang es schließlich, die Einheit der Partei zu wahren. Die Vechtaer OV meldete vom 5. oldenburgischen Zentrumsparteitag in Friesoythe am 8. November 1925, "daß gegen manche politischen Entschei

---

[670] STEINLE, Konservatismus, S. 48ff.: Organismus und Gemeinschaft im ordo-Denken. Gegenüber der als zerrissen empfundenen Nachkriegsgesellschaft betonte der Konservatismus die Idee des Organischen; erst in der Besinnung auf das organisch Gewachsene sah er die Überwindung der Kulturkrise. Die organische Gemeinschaft galt als wurzelhaft vorgeprägt, die Menschen konnten ihre Realisierung aber verfehlen. In der Kultur stellte sich "die Bindung zur Wurzel des Organismus" ein. Danach bedeutete ein Verlust der Kultur zugleich auch den Verlust der Eigenart und der Identität, "so daß sich der Einzelne nicht mehr seines Standes in der Welt sicher sein könne". Der Gegenbegriff zur "Kultur" bestand im Begriff der "Zivilisation", die durch Zerrissenheit und Atomisierung gekennzeichnet war.

[671] SONTHEIMER, Kultur, S. 462.

dungen des letzten Jahres in einem Teil der Wählerschaft noch gefühlsmäßige Bedenken bestehen". Dieser Nachricht muß in der parteikonformen Vechtaer Zentrumspresse eine große Bedeutung beigemessen werden. Dem Cloppenburger geistlichen Studienrat Heinrich Wempe, Mitglied des Landtages, fiel die Aufgabe zu, die Kritik an der Regierungsbildung zu zerstreuen. Er bekräftigte den Willen des Zentrums, nach der Landtagswahl "die Zusammenfassung aller staatsbejahenden Kräfte in einer Regierung der großen Koalition" anzustrengen. Denn "unüberwindliche Schwierigkeiten in Personal= und Ressortfragen" hätten das Zentrum von einer Linkskoalition Abstand nehmen lassen und es dazu geführt, "den aussichtsreicheren Weg einzuschlagen und die Verhandlungen mit dem Landesblock allein zu führen". Die Akzeptanz der Rechtskoalition sei vor allem durch die beiden Minister Driver und Willers erhöht worden, auch letzterer verdiene "auf Grund seiner langjährigen verdienstvollen Tätigkeit als Amtshauptmann von Cloppenburg unser volles Vertrauen". Wenn Ministerpräsident von Finckh auch das "Odium der Landtagsauflösung" anhafte, so sei er doch bisher stets bestrebt gewesen, "den berechtigten Forderungen des Münsterlandes und des katholischen Volksteils Rechnung zu tragen".[672] Damit lenkte der Geistliche Heinrich Wempe bewußt den Blick auf den erfolgreichen Abschluß der Kirchensteuergesetzgebung, die in vollem Einvernehmen mit der katholischen Kirche erzielt werden konnte.[673]

5.3.4. Verfassungspolitische Indifferenz: "Wer da führt, ist gleichgültig."

Das oldenburgische Zentrum sprach sich in der Gründungsphase des Freistaates für den demokratischen Staat aus, verhielt sich aber indifferent gegenüber der Staatsform. Auf dem 5. oldenburgischen Zentrumsparteitag am 8. November 1925 in Friesoythe, der außenpolitisch ganz im Zeichen von Locarno und landespolitisch noch unter dem Eindruck der Regierungskrise des zweiten Ministeriums von Finckh stand, bestimmte der Gastredner, Generalsekretär Brand aus Münster, die Beziehung des Zentrums zur Republik - und auch zur Monarchie - und beschrieb den verfassungspolitischen Spagat seiner Partei in geradezu klassischer Manier:

---

[672] OV vom 11.11.1925.
[673] Vgl. dazu Kap. 6.3.: Die Kirchensteuergesetzgebung des Jahres 1924.

> "Die Zentrumspartei kann sich niemals grundsätzlich auf den Boden der Republik stellen, wie sie auch grundsätzlich niemals auf den Boden der Monarchie treten kann. Wir haben früher die Monarchie anerkannt, weil sie die in der Verfassung niedergelegte Staatsform war. [...] Wenn wir eine Staatsform, also heute die Republik, grundsätzlich anerkennen würden, d. h. wenn sich die Partei grundsätzlich zur Republik bekennen würde, was würde das bedeuten? Das würde praktisch bedeuten, daß wir die Hoffnung aufgeben, die dazu führen könnte, wieder einmal die Einheitsfront der deutschen Katholiken zu schaffen. [...] Der katholische Volksteil hat in Deutschland eine Sendung zu erfüllen."[674]

Mit der Formel der "Einheitsfront der deutschen Katholiken" nahm Brand jenen Begriff der nationalen "Sammlung" vorweg, der den innenpolitischen Kurs des Zentrums in den Jahren von 1930 bis 1933 bestimmte. Die "Sammlung" des katholischen Volksteils stand im Dienste einer übernatürlichen "Sendung", die der deutsche Katholizismus unter der Führung des Zentrums auch dann zu erfüllen hatte, als der politische Extremismus auf der Rechten wie auf der Linken die politische Mitte auszuzehren drohte. Brand umging eine politische Analyse und interpretierte den Zeitgeist der Weimarer Republik im moralischen Sinne als Krankheit dessen, "was man die Seele des Volkes nennt". Mit Blick auf die Vorkriegszeit lehnte er die moderne Zivilisation aufgrund ihrer dekadenten Zeiterscheinungen kategorisch ab:

> "Waren wir nicht schon in der Vorkriegszeit krank? Wir hatten keine Kultur, wir hatten eine Zivilisation, an der noch alle Völker zu Grunde gegangen sind. Der Wiederaufbau der deutschen Seele und der deutschen Kultur, sie lassen sich nicht durch Geld schaffen."

Die politische Erneuerung Deutschlands dachte Brand abhängig von einer Rückbesinnung auf die christlichen Grundwerte. Im Rechristianisierungsprogramm ging es ihm um "den Aufbau der christlichen, sozialen Seele" und damit um die Verwirklichung von Zielen, "die über die jeweilige Staatsform hinausgehen". Deshalb werde das Zentrum niemals in der Lage sein, die Republik anzuerkennen. Brand brachte in Friesoythe den verfassungspolitischen Indifferentismus seiner Partei in der rhetorischen Frage zum Ausdruck:

> "Was ist Staatsform? Gar nichts. Es kommt auf den Geist, auf den Inhalt an. [...] Der Staatsinhalt ist alles. Es kommt darauf an, daß wir gut regiert werden, daß die Spitze ein Volk zielklar und zielsicher führt. Wer da führt, ist gleichgültig. Hauptsache ist, daß das Volk stark und gesund dabei wird."

---

[674] OV vom 10.11.1925, auch zum folg.

Die letzten Schlußfolgerungen des Generalsekretärs lassen den diametralen Widerspruch erkennen, in dem sich die katholische politische Theorie zum aufgeklärten Staats- und Politikverständnis seit der Französischen Revolution befand, die erstmalig in der Geschichte den Staat durch die Staatsform, die Verfassung, konstituiert und legitimiert hatte.[675] Dabei hatte sie die Idee der Nation unauflöslich an das Prinzip der Konstitution gebunden. Dieser politische Konnex war in der deutschen Geschichte in der 48er Revolution zerbrochen, als der preußische König Friedrich Wilhelm IV. die deutscher Kaiserkrone und damit das Verfassungswerk der Paulskirche ablehnte: Die konstitutionelle Frage war disponibel geworden. Brand belegte in Friesoythe eindrucksvoll die Gültigkeit des verfassungspolitischen Indifferentismus im katholischen Denken des 19. Jahrhunderts für die politische Gegenwart des 20. Jahrhunderts und bestätigte damit, daß die katholische politische Theorie beim Übergang von der Monarchie zur Republik keiner grundsätzlichen Revision unterzogen worden war und nach 1918 noch immer in den fundamentalen Prinzipien der großen päpstlichen Enzykliken befangen war. Danach ließ die naturrechtliche Mission der katholischen Kirche und des politischen Katholizismus in Deutschland kein genuin politisches Bekenntnis zur Weimarer Republik zu.

Die Erklärung Brands macht deutlich, wie sehr die katholische politische Doktrin, die ganz auf der konservativen Höhe der Zeit die Ursachen für die politische Krise von Staat und Gesellschaft in der moralisch-religiösen Dekadenz des materialistischen Zeitgeistes erfühlte, in einem politischen Irrationalismus "der deutschen Seele" und Antiintellektualismus "der deutschen Kultur" als Reaktion auf den demokratischen Pluralismus befangen war. Als es im Frühjahr 1933 um die scheinbare Alternative zwischen dem Staat als solchem und der politisch zur Disposition gestellten republikanischen Staatsform ging, entschied sich das Zentrum für den Staat als solchen und opferte die Staatsform, weil es die historische Lektion der politischen Aufklärung über die Legitimation des Staates durch die demokratische Staatsform nicht rezipiert hatte. Es hatte das politische Erbe der Französischen Revolution nicht angetreten - nicht antreten können, aus Gründen, die es selbst nicht einmal zur Gänze zu verantworten hatte. Aus diesen grundsätzlichen Erwä

[675] GRAB, Dokumentation, S. 39. In der "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" vom 26. August 1789 heißt es im Art.16: "Eine Gesellschaft, in der die Verbürgung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung."

gungen leitete Brand in Friesoythe auch die Kriterien für die jeweilige Koalitionsentscheidung des Zentrums als einer Partei der Mitte ab:

> "Entweder ist die Mitte nur Taktik, oder sie ist nur Grundsatz. Die Mitte ist uns aber Grundsatz und Programm. Ob wir mit rechts oder mit links koalieren, das ist das Ergebnis einer ganz einfachen Prüfung des jeweiligen Wahlergebnisses. Das Entscheidende ist, daß die Leute, die von rechts oder von links mit uns gehen, daß sie auf den Boden unserer Politik treten."[676]

Überzeugender als in den Worten von Brand konnte das vom Zentrum mechanisch gehandhabte Prinzip demokratischer Willensbildung nach dem Mehrheitsprinzip unter Preisgabe weltanschaulicher Positionen und traditioneller Haltungen nicht artikuliert und in seinem moralischen und politischen Dilemma, das sich politischem Opportunismus und Pragmatismus öffnete, bezeichnet werden. Aus dieser politischen Maxime heraus war die entscheidende Prüfung am Ende der Weimarer Republik nicht zu bestehen, zumal diese Maxime kein Privileg des Zentrums war, wie es in der Friesoyther Erklärung von Brand den Anschein hatte. Die politischen Ereignisse im Freistaat Oldenburg bieten zwischen 1923 und 1925 für die Realisierung dieser parteiamtlichen Doktrin reiches Anschauungsmaterial. Daran wird deutlich, daß die Krisen des demokratischen Verfassungsstaates nur mit taktischen Überlegungen nicht zu bewältigen waren.

[676] OV vom 10.11.1925.

6. Die Stellung der katholischen Kirche im Freistaat Oldenburg

6.1. Einleitung

Bis zum Untergang der Monarchien in Deutschland waren die einzelnen Bundesstaaten für die Kirchenangelegenheiten allein zuständig. Bei der Ausarbeitung der Reichsverfassung wurde das politische Bestreben sichtbar, dem Reich die bisher fehlende kirchenpolitische Kompetenz beizulegen und die Stellung der Kirche im Staat in der Verfassung zu verankern. Dabei nahm das Reich eine politische Grundsatzkompetenz wahr und klärte die grundrechtliche Stellung des einzelnen Bürgers und die staatsrechtliche Stellung der Religionsgesellschaften. Mit der Formel "Es besteht keine Staatskirche." schloß die Weimarer Verfassung formal die lange Geschichte der Einheit von "imperium et sacerdotium" in Deutschland ab.[677] Die Religionsgesellschaften erhielten im Art. 137 der WRV den Status von "Körperschaften des öffentlichen Rechtes" und das Recht freier Selbstverwaltung.[678] Diese Bestimmung der WRV ging in dem Bestreben, "die Macht, den Einfluß des Staates gegenüber der Kirche zu beschränken", wesentlich weiter als die umstrittene oldenburgische Klausel "unbeschadet der Rechte des Staates" und löste in der katholischen Kirche in Oldenburg eine weitere Neuauflage der kirchenpolitischen Debatte aus. Eine Überprüfung des kirchenpolitischen Status quo nach der Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung hatte Tantzen für die DDP schon in der ersten Lesung der oldenburgischen Verfassung gegenüber dem Zentrum konzediert.[679]

In der Reichsverfassung waren die Religionsgesellschaften Körperschaften des öffentlichen Rechts geworden und hatten als solche die Befugnis erhalten, nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben. Die Korporationsrechte gehörten den Religionsgesellschaften nicht mehr wie bisher durch Landesrecht, sondern durch Reichsverfassungsrecht an, und sie konnten ihnen nicht mehr durch die einzelnen Länder entzogen

---

[677] Verfassungen, S. 100. Art. 137 WRV stellte wörtlich dazu fest: "Es besteht keine Staatskirche. Die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgesellschaften wird gewährleistet. Der Zusammenschluß von Religionsgesellschaften innerhalb des Reichsgebiets unterliegt keinen Beschränkungen."

[678] Verfassungen, S. 100: "Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde."

[679] VLV, 6. Sitzung, 22. Mai 1919, S. 81.

werden.[680] Gegen die Stimmen des sozialdemokratischen Koalitionspartners gelang es dem Zentrum, den Status der Kirchen als Körperschaften öffentlichen Rechts in der Verfassung durchzusetzen. Nach Auffassung von Rudolf Morsey waren die von der Zentrumsfraktion im Zusammenwirken mit den Rechtsparteien durchgesetzten Rechte und Freiheiten der Kirchen "zweifelsohne das Maximum dessen, was unter den gegebenen politisch-parlamentarischen Machtverhältnissen auf der Grundlage der Glaubens- und Gewissensfreiheit" überhaupt zu realisieren war. Für diese Leistung hätten die Zentrumspolitiker "keineswegs den einhelligen Dank des katholischen, geschweige denn des christlichen Volksteils" geerntet.[681] Diese Beurteilung der kirchenpolitischen Lage nach der Verabschiedung der Reichsverfassung läßt sich in Oldenburg bestätigen.

Die Ausformung der nationalen Verfassungsnormen durch die Parteien der Weimarer Koalition stellte sich in Oldenburg aufgrund der weltanschaulichen Widersprüche der politischen Verhandlungspartner als schwieriger politischer Kompromiß heraus. Joseph Wehage leitete in seiner kirchenrechtlichen Dissertation im Jahre 1928 aus der Klausel "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" die überzogene Feststellung ab, "daß man inhaltlich die Bestimmungen der Reichsverfassung als eine Fortbildung der Staatskirchenhoheit ansehen muß."[682] Diese Einschätzung entsprach der herrschenden Lesart der katholischen Kirche in den späten 1920er Jahren. Positiv über die kirchenpolitischen Bestimmungen der Reichsverfassung äußerte sich hingegen Reichsgerichtsrat Eduard Burlage, der oldenburgische Zentrumsabgeordnete in der Nationalversammlung, auf dem ersten Vertretertag der oldenburgischen Zentrumspartei am 18. September 1919. Geradezu euphorisch bekannte er:

> "Auf dem Gebiete der Kirche ist Großes erreicht worden. In Zukunft sind unsere Orden und Genossenschaften völlig frei, sie können sich vereinigen auf dem Boden des bürgerlichen Rechtes. Frei ist die katholische Kirche. Der bittere Geschmack der Revolution wird erheblich dadurch gemildert, daß wir endlich erreicht haben, was wir nie in Preußen erreichen konnten, die Freiheit der Kirche. Gott hat seine Kirche so glücklich

---

[680] Verfassungen, S. 100. Im Art. 137 stellte die WRV dazu wörtlich fest: "Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes. [...] Die Religionsgesellschaften, welche Körperschaften des öffentlichen Rechtes sind, sind berechtigt, auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen Steuern zu erheben."
[681] MORSEY, Zentrumspartei, S. 219f.
[682] WEHAGE, Kirche, S. 40.

> ausgestattet, daß sie in Freiheit bestehen kann. Jetzt kann sie in Wetteifer mit den andern Konfessionen treten, und ich hoffe, daß sie bestehen kann."[683]

Den Beifall Burlages für die neue Reichsverfassung teilte der deutsche Episkopat freilich nicht. Die Fuldaer Bischofskonferenz anerkannte in ihrer Erklärung vom November 1919 zwar, "daß die neue Reichsverfassung auf einzelnen Gebieten für das Wirken der katholischen Kirche zum Wohle unseres hartgeprüften Volkes größere Freiheit mit sich bringt", lehnte aber solche Bestimmungen ab, "die einen Eingriff in die unveräußerlichen Rechte" der Kirche bedeuteten. Damit war die Stellung der Religionsgesellschaften in der WRV gemeint. Aus der Erklärung ging deutlich hervor, daß die katholische Kirche weiterhin die Koordinationstheorie vertrat und darauf bestand, "daß Staat und Kirche zwei verschiedene von Gott gewollte, jede auf ihrem Gebiet selbständige und darum gleichberechtigte Gewalten sind".[684] Dabei würde der Kirche im Kollisionsfall die höhere Autorität zukommen, weil sie nicht nur - wie der Staat - als von Gott gewollt, sondern auch als von Gott unmittelbar institutionell begründet angesehen wurde :

> "Die katholische Kirche ist eine Institution, die durch Jesus Christus auf göttlicher Einsetzung beruht und deren Rechten, wie solche ihr vom göttlichen Stifter verliehen sind und aus ihrer göttlichen Stiftung sich ergeben, keine weltliche Gesetzgebung Grenzen und Schranken zu setzen befugt ist."[685]

Unter Berufung auf den absoluten Status der katholischen Kirche lehnte die Bischofskonferenz jede Einmischung des Staates "mit einem für alle geltenden Gesetze in die Angelegenheiten der Kirche und seien es die innersten und wesentlichsten" und damit den Artikel 137 über die Stellung der Religionsgesellschaften in der WRV ab. Den Widerspruch der deutschen Bischöfe zogen auch die schulpolitischen Bestimmungen (Art. 143-149) der WRV auf sich, die die Einrichtung von Konfessionsschulen nur auf Antrag der Erziehungsberechtigten innerhalb einer Gemeinde vorsahen.[686] Die Bischofs

---

[683] OV vom 21.9.1919.

[684] OV vom 11.11.1919. Der Fuldaer Bischofskonferenz gehörten die Erzbischöfe und Bischöfe des Deutschen Reiches ausschließlich des bayerischen Episkopats an, der eine eigene Bischofskonferenz in Freising unterhielt; für Münster ist die Erklärung unterzeichnet von Bischof Johannes Poggenburg.

[685] OV vom 11.11.1919.

[686] MORSEY, Zentrumspartei, S. 214ff. Nach Morsey bildete "das damit verfassungsmäßig anerkannte, wenngleich gegenüber der früheren Fassung abgeschwächte elterliche Antragsrecht" eine Grundlage für die christliche Erziehung. Der Einsatz des Zentrums für die Konfessionsschule sei "mit der Gefährdung der Existenz bzw. Geschlossenheit der Partei" verbunden

konferenz "legt(e) dagegen feierliche Verwahrung ein". Die Sonderstellung des deutschen Katholizismus in der demokratischen Verfassungswirklichkeit der Nachkriegszeit wurde auch sichtbar in der Interpretation der Eidesleistung, wie sie die Verfassung vorschrieb. Die Bischofskonferenz erklärte verbindlich dazu:

> "Was den auf die Verfassung zu leistenden Eid angeht, so werden Katholiken durch ihn selbstverständlich zu nichts verpflichtet werden können, was einem göttlichen oder kirchlichen Gesetze und damit ihrem Gewissen widerstreitet."[687]

Durch die Bestimmungen der Reichsverfassung war die grundsätzliche Stellung der Kirchen in und zum Staate festgelegt und oblag es der Landesgesetzgebung, diese Rechtsvorschriften auszuführen, insbesondere auf dem Gebiete des Kirchensteuerrechts. Über das Kirchensteuerrecht, bei dem es sich um öffentliches Recht handelte, konnte der Staat großen Einfluß auf die innere Organisationsstruktur der Kirchen nehmen.[688] Der oldenburgische Staat bestritt keineswegs die Verbindlichkeit der kirchenpolitischen Vorgaben aus der Reichsverfassung und ging auf die Offerten der katholischen Kirche bereitwillig ein, nutzte aber auch die Chance der Kirchensteuergesetzgebung, um auf die Selbstverwaltung der katholischen Kirche erheblichen Einfluß auszuüben.

---

gewesen. Nach der Annahme der Reichsverfassung wurde im katholischen Deutschland scharfe Kritik an der Haltung des Zentrums geübt, dem vorgeworfen wurde, unverzichtbare christliche Belange und bewährte programmatische Forderungen preisgegeben zu haben. Nur ganz allmählich setzte sich die Einsicht durch, "daß die Weimarer Lösung das 'Höchstmaß des Erreichbaren' auch für die kirchlichen Interessen und katholischen Schulforderungen bedeutete". Morsey faßt die Auswirkungen der schulpolitischen Auseinandersetzungen zusammen: "In der von nun an nicht mehr abreißenden Diskussion um die Schulfrage zeigte sich am frühesten die Überschätzung des politischen Einflusses der katholischen Parlamentarier, deren Minderheiten-Position immer wieder in Vergessenheit geriet. Auf der anderen Seite bildete die für die Zentrumspartei unbefriedigende Regelung der Schulfrage in Zukunft die Möglichkeit, um bei jeder Gelegenheit die 'heiligsten Güter' und ihre Gefährdung in das Bewußtsein des katholischen Volkes zu rücken und die auf religiöser Gemeinsamkeit basierende Geschlossenheit in der Schulfrage als eine der wenigen politischen Klammern der Parteieinheit zu benutzen."

[687] OV vom 11.11.1919. Nach Art. 176 wurden alle öffentlichen Beamten und Angehörigen der Reichswehr auf die Verfassung vereidigt. Dabei konnte nach Art. 177 auf die religiöse Eidesformel verzichtet werden (Verfassungen, S. 108).

[688] WEHAGE, Kirche, S. 39-41.

6.2. Verhandlungen über eine Revision des kirchenpolitischen Status quo

Sollte im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Freistaat eine Klärung herbeigeführt und sollten die kirchenpolitischen Vorgaben der Reichsverfassung zur Geltung gebracht werden, mußte die Landesgesetzgebung in Oldenburg tätig werden. Der Bischof von Münster bzw. der Bischöfliche Offizial in Vechta traten im September 1919 an die oldenburgische Regierung heran und erklärten sich unter den gegebenen Umständen bereit, zunächst auf dem Verwaltungswege einen "modus vivendi" zu finden. 1923, als gesetzliche Klärungen auch in anderen deutschen Ländern - vor allem in Preußen - noch auf sich warten ließen, ergriff das Offizialat die Initiative und forderte, "der Kirche die durch die Reichsverfassung gewährleistete Autonomie und das allgemeine Steuerrecht im vollen Umfange zu ermöglichen". Unter dem Ministerpräsidenten und Minister der Kirchen und Schulen, Eugen von Finckh, wurde das oldenburgische Kirchensteuerrecht dann in Angriff genommen und 1924 zum Abschluß gebracht.[689] Nach Josef Zürlik war die Staatsregierung zur Aufhebung des Hilfsfondsgesetzes und des Normativs bereit und anerkannte die neue Verfassungslage, beharrte aber "weiterhin klar auf dem Grundsatz der durch die WRV allerdings abgeschwächten Staatskirchenhoheit".[690]

Nach Inkrafttreten der Reichsverfassung und ihrer kirchenpolitischen Bestimmungen am 11. August 1919 schlug der Bischof von Münster dem oldenburgischen Staatsministerium vor, das Verhältnis zwischen dem Freistaat und der katholischen Kirche auf dem Wege der Landesgesetzgebung "im Einvernehmen mit der Kirche" auszugestalten, und bat das Staatsministerium um vorherige Konsultation.[691] Der Bischof verband mit seiner Initiative die Absicht, die aus der Konvention, dem Normativ und Regulativ noch bestehenden Instrumente und Organe der staatlichen Aufsicht über die katholische Kirche außer Kraft zu setzen und auf dem Gesetzgebungswege die Niederlagen zu kompensieren, die das Zentrum in den Verfassungsberatungen vor allem in der Debatte über die Klausel "unbeschadet der Rechte des Staates" im Art. 17 der oldenburgischen Verfassung hatte hinnehmen müssen.[692] Da

---

[689] WEHAGE, Kirche, S. 42; ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 141-143.
[690] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 143.
[691] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischofs Johannes von Münster an das oldenburgische Staatsministerium vom 24.9.1919 (abschriftlich an Offizial Grobmeyer).
[692] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 395.

bei betonte der Bischof von Münster ausdrücklich seine Bereitschaft zur Kooperation mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung.

Das Staatsministerium war mit der Initiative des Bischofs einverstanden, der seinerseits in seinem Schreiben vom 27. November 1919 einen Katalog von Forderungen unterbreitete, damit "jedem der beiden Teile, dem Staate und der Kirche, die volle und ungehinderte Selbständigkeit ihrer Rechtsgebiete gewahrt bleibt".[693] Ausgerechnet der Weimarer Republik war es in Oldenburg vorbehalten, die Koordinationstheorie über das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem oldenburgischen Staat in den Regierungsgeschäften zur Geltung zu bringen. Bischof Johannes Poggenburg drängte im Schreiben vom 27. November 1919 auf die Aufhebung der "Sondergesetze über die Ordnung und Verwaltung" der katholischen Kirche in Oldenburg und erklärte dazu:

> "Die bisherigen, aus dem s. g. jus circa sacra abgeleiteten, mit der verfassungsmässig gewährleisteten Selbständigkeit der Kirchen unvereinbaren Gesetze und Einrichtungen sind nicht mehr aufrechtzuerhalten."

Dazu zählte der Bischof in erster Linie die Besetzung der kirchlichen Ämter, die nach dem Wortlaut der Reichsverfassung "ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde" zu erfolgen hatte. "Demnach", erklärte der Bischof weiter, "entfällt die - in der neuen Verfassung für den Freistaat Oldenburg auch nicht mehr vorgesehene - Gutheissung von Seiten der Staatsgewalt bei der Besetzung der Pfarrstellen und anderen Kuratbenefizien, wie auch bei der Ernennung des Offizials, der Beisitzer und des Sekretärs des Offizialates zu Vechta, der Landdechanten und etwaiger sonstigen kirchlichen Funktionäre". Die Unabhängigkeit der katholischen Kirche erstreckte sich nach Ansicht des Oberhirten auch auf die Verwaltung des kirchlichen Vermögens, die "eine unmittelbare, positive Beteiligung staatlicher Organe [...] wie sie bisher durch den Amtshauptmann als Vorsitzenden, den Gemeindevorsteher als Mitglied des Kirchenvorstandes und bei der Führung von Rechtsstreitigkeiten, der Bestellung der Provisoren [...] durch den vom Staate bestellten Anwalt der geistlichen Güter bezw. landesherrlichen Bevollmächtigten ausgeübt wurde", nicht mehr zulasse. Einverstanden zeigte sich der Bischof hingegen mit der Bestimmung der neuen Landesverfassung, wonach "für die katholischen Kirchengemeinden Abgaben und Leistungen mit Hilfe des Staates eingezogen" werden, "wenn dieser die Grundsätze ge

[693] Offizialats-Archiv A - 8 - 29.

nehmigt hat, nach denen sie aufgebracht und verteilt werden sollen". Auch setzte sich der Bischof für die Beibehaltung des nach dem Gesetz vom 18. März 1911 gebildeten kirchlichen Hilfsfonds ein und schlug vor, ihn angesichts der wachsenden Verpflichtungen der katholischen Kirche weiter auszubauen. Bischof Johannes Poggenburg betonte zum Abschluß seines programmatischen Schreibens ausdrücklich, daß seine Forderungen "durchaus in verträglichem Geiste abgefasst" seien und "dem Ziel gegenseitiger Annäherung und Verständigung" dienen sollten. In Anbetracht der emotionalisierten Stimmung im Lande im politischen Kontext der Verfassungsberatungen in Oldenburg fügte er an die Adresse des Ministeriums für Kirchen und Schulen hinzu:

> "Zur Beruhigung der Gemüter bei den Katholiken des Landes wird es wesentlich beitragen, wenn sie sehen und gewiss sein können, dass sie auch bei der von Grund aus veränderten Sach- und Zeitlage die volle Freiheit des Gewissens, des Glaubens, des Kultus und des gesamten religiösen und kirchlichen Lebens geniessen, und dass die kirchlichen Einrichtungen des notwendigen Schutzes nicht entbehren. Sie leben mit der festen Ueberzeugung, dass die Selbständigkeit der katholischen Kirche und die freie ungehemmte Entfaltung ihrer Kräfte, weit entfernt das Wohl des Landes und seiner Einwohner, die öffentliche Ordnung und den inneren Frieden, zu schädigen und zu gefährden, vielmehr die beste Gewähr bietet und das sicherste Mittel ist, sie zu stützen und zu fördern."[694]

In seiner Antwort an Münster riet Otto Graepel, Minister der Kirchen und Schulen im Kabinett Tantzen, davon ab, "schon jetzt den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten", und schlug statt dessen vor, "im Verwaltungswege die Angelegenheiten, die dringlich sind, vorläufig zu ordnen" und die politischen Klärungen in größeren deutschen Staaten, namentlich Preußen, abzuwarten. Zu den dringlichen Angelegenheiten zählte der Minister "die praktische Beseitigung verschiedener Bestimmungen der Konvention und des Regulativs, die nicht mehr zeitgemäss" und "vor langer Zeit und unter z. T. abgekommenen Verhältnissen erlassen sind". Die Geistliche Kommission und das Bischöfliche Offizialat sollten dafür "in gemeinsamer Beratung einen Vorschlag" ausarbeiten. Schon jetzt, so Graepel weiter, sei das Staatsministerium bereit, "auf die Ausübung des Rechts der Gutheissung der Ernennung der Kirchenbeamten und Geistlichen sowie auf die Ableistung des Hommagialeides zu verzichten, wenn Euer Hochwürden es übernehmen, dass die Ernennungen dem Ministerium der Kirchen und Schulen oder der von ihr bezeichneten Stelle angezeigt werden". Auf Antrag des Cloppenburger Zentrumsab

[694] Offizialats-Archiv A - 8 - 29.

geordneten Feigel sollte der Prozentsatz der nach dem Hilfsfondsgesetz zulässigen Besteuerung der Kirchengemeinden von 4 % auf 10 % erhöht werden, ohne eine Änderung des Gesetzes vorzunehmen.[695]

Der Bischof erklärte sich mit dem Vorschlag aus Oldenburg durchaus einverstanden, "im Verwaltungswege eine Praxis zu schaffen, die der Freiheit und Selbständigkeit der Kirche Rechnung trägt", und abzuwarten, "welche Stellung in dieser Materie vom Reich und den grösseren Staaten eingenommen wird bezw. welche Vereinbarungen zwischen ihnen und dem Apostolischen Stuhl getroffen werden". Offenkundig ging Johannes Poggenburg in der Gründungsphase der Weimarer Republik von der Möglichkeit eines Konkordats zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich bzw. einzelnen Ländern aus; diese Aussicht sollte sich später für Preußen, aber nicht für das Reich erfüllen. Der Bischof begrüßte die Ankündigung Graepels, auf die staatliche Gutheißung der Ernennung von Geistlichen und Kirchenbeamten sowie auf die Ableistung des Hommagialeides zu verzichten, und sah darin eine Entscheidung, in der "zugleich ein lebhaft empfundener und öfters geäusserter Wunsch der Oldenburgischen Katholiken seine Erfüllung findet". Im Gegenzug erklärte sich der Bischof zur Anzeige der ernannten Kirchenbeamten bereit, obwohl der Staat darauf keinen Rechtsanspruch habe. Diese Konzession der katholischen Kirche sei darauf zurückzuführen, daß sie "auf die Erhaltung und Pflege guter Beziehungen zwischen der Kirche und den Staatsbehörden den grössten Wert" lege.[696]

Im Schreiben vom 14. Oktober 1920 an das Ministerium der Kirchen und Schulen legte Johannes Poggenburg einen differenzierten Forderungskatalog vor, der sich auf die Beseitigung verschiedener Bestimmungen der Konvention, des Normativs und des Regulativs bezog, soweit sie noch nicht durch die Verwaltungspraxis außer Kraft gesetzt worden waren.[697] Im Mittelpunkt stand dabei das "Normativ für die Wahrnehmung des landesherrlichen Hoheitsrechtes (jus circa sacra)", auf das die Behörden zur Wahrnehmung der Kirchenhoheit, vor allem die Geistliche Kommission und der Anwalt der geistlichen Güter, zurückgingen. Unter Berufung auf die neuen Verfassungs

---

[695] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben Graepels vom 21.7.1920 an den Bischof von Münster.
[696] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischofs von Münster vom 25. September 1920 an das Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg.
[697] Offizialats-Archiv A - 8 - 29, auch zum folg.: Schreiben des Bischofs von Münster vom 14. Oktober 1920 an das Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg.

bestimmungen wollte der Bischof die Verwaltung der katholischen Kirche ausschließlich in der Hand kirchlicher Vertreter wissen und den staatlichen Behörden, die bisher das landesherrliche Hoheitsrecht über die römisch-katholische Kirche ausübten, ihre Rechte entziehen. Damit wäre das Normativ endgültig außer Kraft gesetzt worden. Zur Begründung führte der Bischof vor allem die Bestimmungen der Reichsverfassung an:

> "Es braucht hier nicht betont zu werden, dass die Kirche ein staatliches Hoheitsrecht, wie es in dem Normativ seinen Ausdruck gefunden hat, grundsätzlich niemals anerkennen kann. Nach den Vorschriften der neuen Reichsverfassung kann auch seitens des Staates das Normativ nicht mehr aufrechterhalten werden, was auch die Abgeordneten bei der Beratung der Landesverfassung [...] hervorgehoben haben. Da die Aufhebung im Wege des Gesetzes aber einstweilen zurückgestellt ist, wird um so mehr darauf zu dringen sein, dass verschiedene Bestimmungen alsbald im Verwaltungswege ausser Anwendung gesetzt werden."

Zu diesen Bestimmungen zählte der Bischof nunmehr die Beseitigung des staatlichen Bevollmächtigten und Anwalts der geistlichen Güter sowie die Entfernung des Amtshauptmanns und des Gemeindevorstehers aus dem katholischen Kirchenvorstande. Für die Reorganisation der Kirchengemeinden schlug Johannes Poggenburg einen ganzen Katalog von Bestimmungen vor, die die Beteiligung des Staates am Kirchenausschuß und -vorstand aufhoben und das Regulativ im wesentlichen ersetzten. Der Kirchenausschuß, der hauptsächlich über die Aufbringung und Verteilung der Kirchensteuer zu entscheiden hatte, sollte von den steuerzahlenden Gemeindemitgliedern gewählt werden. Dabei war es nach den Worten des Bischofs "bei den gegenwärtigen Zeitverhältnissen wohl angezeigt, den Kreis der Wahlberechtigten [...] weiter zu ziehen". Besonders dringlich erschien ihm bei der Änderung des Regulativs "die schon erwähnte anderweitige Zusammensetzung des Kirchenvorstandes und sodann die Bildung eigener Kirchengemeindeausschüsse, deren Mitglieder von den Katholiken gewählt werden".

Das oldenburgische Staatsministerium lenkte ein und war zu kirchenpolitischen Konzessionen gegenüber Münster bereit. Im Schreiben vom 6. Oktober 1921 an den Bischöflichen Offizial begrüßte Poggenburg "die Bildung eigener Kirchenausschüsse und das Ausscheiden des Gemeindevorstehers (Bürgermeisters) aus dem Kirchenvorstande" - die Kommission hatte diese Entscheidung am 27. April 1921 bekanntgegeben - und bestand weiter darauf, "dass auch der staatliche Beamte, der Amtshauptmann, aus dem Kirchenvorstand ausscheidet und der Vorsitz an den Pfarrer übergeht". Er räumte zwar ein, "dass die Abwicklung kirchlicher Verwaltungsgeschäfte

unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns unter Umständen leichter von statten ging", erinnerte aber an die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Kirche:

> "Das Entscheidende aber ist, dass die Leitung der Geschäfte durch einen staatlichen Beamten mit der verfassungsmässig gewährleisteten Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Kirche sich nicht vereinbaren lässt. Die staatliche Bevormundung der Katholiken und ihre Zurücksetzung gegenüber den Evangelischen und den Juden, wie sie in dem bisherigen Zustand sich kundtut, ist offensichtlich für die Katholiken verletzend und durch nichts gerechtfertigt."[698]

Die Revision der großen kirchenrechtlichen Bestimmungen aus dem 19. Jahrhundert zog sich in die Länge. Im Schreiben vom 4. April 1923 an die "Kommission zur Wahrnehmung der staatlichen Rechte hinsichtlich der katholischen Kirche" in Oldenburg mahnte der neue Bischöfliche Offizial Meyer[699] die Aufhebung eben dieser staatlichen Aufsichtsbehörde an. Zu einer endgültigen Regelung sei es noch nicht gekommen, obwohl "im Verwaltungswege verschiedene dringliche Wünsche der Kirche befriedigt worden" seien. Offizial Meyer drang vor allem auf die Beseitigung der staatlichen Aufsichtsbehörden. Damit meinte er die Geistliche Kommission, den Anwalt der geistlichen Güter und die Funktion des Amtshauptmanns als Vorsitzenden des Kirchenvorstandes. Zur Begründung seiner Forderung wies er auf die historische Sonderstellung der katholischen Kirche im Lande hin:

> "Durch die Mitwirkung dieser staatlichen Organe in den Angelegenheiten der katholischen Kirche ist für letztere eine Ausnahmestellung gegenüber den anderen Religionsgesellschaften geschaffen, welche der Reichsverfassung widerspricht und sich auch aus der Landesverfassung nicht rechtfertigen lässt. Diese Ausnahmestellung ist auch stets bei der katholischen Bevölkerung ein Stein des Anstosses gewesen und immer wieder gefragt, weshalb ist der Amtshauptmann im katholischen Kirchenvorstand und nicht auch im evangelischen. Die darin liegende staatliche Bevormundung der Katholiken und ihre Zurücksetzung gegenüber den anderen Religionsgesellschaften, bei denen eine solche Bevormundung allüberall nicht stattfindet, ist doch offensichtlich für die Katholiken verletzend und nicht gerechtfertigt."

---

[698] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischofs von Münster vom 6.10.1921 an den Bischöflichen Offizial Grobmeyer.

[699] HINXLAGE, Münstersches Offizialat, S. 415-418; HINXLAGE, Offizialat, S. 50-54. Der Friesoyther Pfarrer Lambert Meyer wurde am 30. Juni 1922 von Bischof Johannes Poggenburg zum Bischöflichen Offizial ernannt und damit zum Nachfolger von Offizial Gerhard Tepe (1922), der sein Amt nur zehn Tage verwaltete, und Offizial Grobmeyer (1890 - 1922) bestellt. Offizial Meyer starb am 2. Februar 1933, drei Tage nach der "Machtergreifung" Adolf Hitlers (HBL 2/1933, Titelblatt; MT vom 3.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 97). Sein Nachfolger wurde Franz Vorwerk (1933 - 1940), der Offizial des "Kreuzkampfes".

Zwar räumte auch Offizial Meyer Verbesserungen in der kirchlichen Verwaltungspraxis in der Vergangenheit ein, stellte aber die Kernfrage heraus, "dass es heute mit dem Wesen einer Religionsgesellschaft unvereinbar ist und ihren Angehörigen unerträglich sein muss, wenn ihre Angelegenheiten von staatlichen oder kommunalen Organen verwaltet werden oder solche Organe dabei entscheidend mitwirken. Der Staat als solcher dürfte, ganz abgesehen von der durch die Reichsverfassung geschaffenen Rechtslage, an der weiteren Aufrechterhaltung des bisherigen tatsächlichen Zustandes des Jus circa sacra kein Interesse mehr haben." Der neue Bischöfliche Offizial wollte keine Gesetzesvorlage zur Aufhebung der staatlichen Aufsichtsbehörden, sondern lediglich eine "Verwaltungsmassregel" initiieren und bat die Kommission, "die grundsätzliche Zustimmung des Ministeriums zu der vorgeschlagenen Regelung zu erwirken".[700]

6.3. Die Kirchensteuergesetzgebung des Jahres 1924

Die endgültige Regulierung des Verhältnisses zwischen der katholischen Kirche und dem Freistaat verzögerte sich aufgrund der Regierungskrise in Oldenburg und beschäftigte nunmehr das erste Fachministerium von Finckh. Verknüpft wurde die Frage des oldenburgischen Staatskirchentums mit der Gesetzesinitiative für ein neues Kirchensteuerrecht, das die kirchliche Selbstverwaltung entscheidend befördern sollte. In einem handschriftlichen Bericht teilte der ehemalige Staatsminister Driver, nunmehr Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Zentrumsfraktion, dem Offizial am 15. Februar 1924 mit, daß nach Auskunft von Ministerpräsident von Finckh die Gesetzesvorlage für die Aufhebung des Normativs und ein neues Kirchensteuerrecht fertiggestellt sei und dem Landtag vorgelegt werde. In diesem Brief an den Bischöflichen Offizial referierte Driver die liberalen kirchenpolitischen Vorstellungen von Finckhs und die Bedenken der katholischen Kirche gegen eine Demokratisierung des Kirchensteuerrechts:

> "v. Finckh hat mich gestern zur Besprechung einiger Sachen zu sich gebeten. Unter Anderem teilte er mir mit, daß die Vorlage betr. Aufhebung des Normativs, Besteuerungsrecht u.s.w. fertig gestellt sei und dem Landtag nunmehr zugehen werde. Gramberg sei vor einigen Tagen nochmals in Vechta gewesen, und es sei völliges Einverständnis mit dem Bischöfl. Offizialat erzielt. Hr. v. Finckh sei grundsätzlich für

[700] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischöflichen Offizials Meyer vom 4. April 1923 an die Kommission zur Wahrnehmung der staatlichen Rechte hinsichtlich der katholischen Kirche in Oldenburg.

völlige Gleichstellung der evang. u. kath. Kirche hinsichtlich der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten. Dieser seiner Einstellung widerspreche es an sich, daß in dem Gesetzentwurf die Zustimmung des Staates zur Ausschreibung der Steuern seitens des Bisch. Offizialats vorgesehen sei, die staatliche Zustimmung sei wegen Fehlens einer Synode oder eines ähnlichen Organs, das bei der Besteuerung mitwirke, für erforderlich erachtet, das Bisch. Offizialat sei hiermit einverstanden.
Ich erwiderte v. Finckh, daß ich bisher immer den Standpunkt vertreten habe, daß eine kirchliche Anzeige über die beabsichtigte Ausübung des Besteuerungsrechtes an die Staatsbehörde zu erstatten sei, also die Einsendung des Voranschlags zur Kenntnis, nicht zur Genehmigung erfolgen müsse, damit die Staatsbehörde prüfen könne, ob sie die Beitreibung der Steuern zulassen wolle. v. Finckh erklärte, darüber lasse sich reden. Vielleicht ist dem Offizialat wegen Fehlens einer über die Steuerausschreibung beschließenden aus kath. Eingesessenen zusammengesetzten Organs, das der Bischof nicht gewollt hat, die staatliche Zustimmung ganz genehm. Es wäre mir lieb, von Ihnen hierüber eine private Mitteilung zu erhalten."[701]

Aufgrund von Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Offizialat legte die kirchliche Behörde einen von Oberamtsrichter Dr. Zerhusen, dem bisherigen landesherrlichen Bevollmächtigten und Anwalt der geistlichen Güter, ausgearbeiteten Entwurf vor, der mit geringfügigen Änderungen am 28. April 1924 als Gesetz verabschiedet wurde. In der Begründung des Gesetzentwurfes betonte die Regierung, die bei den Beratungen immer wieder den Anspruch des Staates auf die Kirchenhoheit hervorgehoben hatte, die Bedeutung pragmatischer Gesichtspunkte, die eine grundsätzliche Klärung der Streitfragen als wenig opportun und nützlich erscheinen ließen:

"Die Staatsregierung hat sich dabei von der Erwägung leiten lassen, daß der Kleinstaat es möglichst zu vermeiden habe, eine Erörterung und Austragung der großen und schwierigen kirchenpolitischen Fragen über das Verhältnis von Staat und Kirche, die auch durch die Reichsverfassung nicht zweifelsfrei und schlüssig geregelt sind, zu versuchen, daß sie vielmehr das Ziel in der einfachen praktischen Ordnung der einzelnen tatsächlichen Berührungspunkte von Staat und Kirche unter Wahrung der neuen verfassungsrechtlichen Vorschriften zu suchen habe. Sie kann deshalb darauf verzichten, besonders zu betonen, daß sie grundsätzlich eine Auffassung nicht teilt, die seitens der katholischen Kirche verschiedentlich hervorgehoben ist, daß nämlich die Kirchenhoheit des Staates durch die Reichsverfassung beseitigt sei. Andererseits war nach Ansicht der Staatsregierung nicht zu verkennen, daß durch die in Art. 137, Abs. 3 erneut festgelegte [...] Freiheit der Religionsgesellschaften in der selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten [...] eine veränderte Lage entstanden ist, die die Einräumung voller Bewegungsfreiheit seitens des Staates auch zugunsten der katholischen Kirche als nötig erscheinen läßt [...]."[702]

---

[701] Offizialats-Archiv A - 8 - 29.
[702] WEHAGE, Kirche, S. 44: 3. Landtag des Freistaates Oldenburg, Anlage 18.

Damit blieben die kirchenpolitischen Differenzen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat in den Grundzügen, wie sie bereits im 19. Jahrhundert bestanden und nicht geklärt werden konnten, auch im Freistaat bestehen und wurden zugunsten eines pragmatischen Miteinanders nicht grundsätzlich debattiert, um den brüchigen Frieden zwischen der katholischen Kirche und dem demokratischen Staatswesen in beiderseitigem Interesse nicht zu gefährden. Die Erklärung der Regierung von Finckh zeigt, daß die grundlegenden ordnungspolitischen Differenzen zwischen der katholischen Kirche und dem Staate in Oldenburg auch in der Weimarer Republik nicht ausgeräumt werden konnten.

6.3.1. Die Freiheit der Kirche: "Die Ueberreste des Staatskirchentums zum weitaus grössten Teile beseitigt."

Dem "Gesetz für den Landesteil Oldenburg betr. die Berechtigung der katholischen Kirche zur Erhebung von Steuern" vom 28. April 1924 zufolge erhielten die katholische Kirche und ihre örtlichen Kirchengemeinden den Status eines Rechtssubjekts im Sinne von "Körperschaften des öffentlichen Rechts". Sie ordneten und verwalteten ihre Angelegenheiten "selbständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes nach den Vorschriften des kirchlichen Rechts und dieses Gesetzes".[703] Durch das Kirchensteuergesetz und die zu seinem Vollzuge erlassenen Steuerordnungen wurden fast hundert geltende Bestimmungen des oldenburgischen Staatskirchenrechts aufgehoben und die Vorschriften der Reichsverfassung in Oldenburg Gesetzeswirklichkeit.[704] Im einzelnen wurden durch das Gesetz das "ius circa sacra" der landesherrlichen Verordnung vom 5. April 1831 (Normativ) aufgehoben. Damit entfielen die "Kommission zur Wahrnehmung der staatlichen Rechte hinsichtlich der katholischen Kirche" (Geistliche Kommission), der landesherrliche Bevollmächtigte (Prokurator) und Anwalt der geistlichen Güter (advocatus piarum causarum), die Stellung des Amtshauptmanns bzw. des Bürgermeisters im Kirchenvorstand und die Aufsicht des Staates über die Kirchengemeinden und die kirchliche Vermögensverwaltung. Das Regulativ aus dem Jahre 1833 und das Hilfsfondsgesetz aus dem Jahre 1911 wurden außer Kraft gesetzt.[705]

---

[703] ZÜRLIK, Gesetze, S. 71.
[704] WEHAGE, Kirche, S. 44-60. Wehage bespricht das Kirchensteuergesetz in allen Details.
[705] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 142-147.

Das Gesetz sah die Bildung von Kirchengemeinden vor, wobei die Feststellung der ihnen zu übertragenden Rechte und Pflichten durch Anordnung des Bischöflichen Offizials unter Zustimmung der Kirchenausschüsse der beteiligten Kirchengemeinden erfolgte. Die Kirchengemeinden waren berechtigt, für ihre Bedürfnisse Steuern und Abgaben, sogenannte Ortskirchensteuern, zu erheben. Deshalb behielt sich der Staat ein Mitbestimmungsrecht bei der Errichtung und Veränderung der Grenzen von Kirchengemeinden vor, um die Bildung von leistungsfähigen Kirchengemeinden zu fördern. Die katholische Kirche und die Kirchengemeinden blieben Körperschaften des öffentlichen Rechts und ordneten und verwalteten ihre Angelegenheiten selbständig. Für Joseph Wehage kommt dieser Bestimmung eine zentrale Bedeutung in der Geschichte der katholischen Kirche in Oldenburg zu, weil mit ihr "auch landesrechtlich der Kirche die Auswirkung der Autonomie im vollen Umfange gewährt und damit für die katholische Kirche ein Zustand geschaffen" sei, wie er seit dem Jahre 1803, der Säkularisation der ehemals münsterschen Ämter Vechta und Cloppenburg, angestrebt worden sei. Diese Bestimmung gehe noch weiter, indem nach ihr "das gesamte geltende Kirchenrecht [...] auch für den Staat geltendes und verbindliches Recht" sei, "allerdings innerhalb des für alle geltenden Gesetzes". Darin sei "die wichtigste Bestimmung des ganzen Gesetzes" zu sehen, "wenn man von der Stellung der Kirche in und zum Staate ausgeht".[706]

Der Kirchenprovisor, der vom Bischöflichen Offizial ernannt und entlassen wurde, verwaltete das Ortskirchenvermögen zum Unterhalt der Kirche, der Geistlichen oder der kirchlichen Gebäude. Grundlegend geklärt wurden die Vorschriften, die der Kirche die Ausübung des Steuerrechts ermöglichten. Die vom Offizialat erlassene Steuerordnung bedurfte der Genehmigung des Ministeriums der Kirchen und Schulen; die Voraussetzung dafür war, daß der Staat seine Hilfe bei der Einziehung der Steuern zur Verfügung stellte. Wehage betont das Interesse des Staates an einer soliden Finanzausstattung und Haushaltsführung der katholischen Kirchengemeinden, verwirft aber das Aufsichtsrecht, das der Staat für sich daraus ableitete.[707] Steuerträger waren

[706] WEHAGE, Kirche, S. 47.

[707] WEHAGE, Kirche, S. 49. Im einzelnen führt er dazu aus: "Soweit es sich um die weitere Durchführung dieses Steuerrechts der Kirche handelt, konnte und kann der Staat daran nur insoweit ein Interesse haben, daß die Steuerkraft und finanzielle Leistungsfähigkeit nicht geschädigt wird. Nach dieser Richtung hin mußte also vom Standpunkte des Staates aus eine

die katholische Kirche und die einzelnen Kirchengemeinden. Der Kirchenausschuß, der die Kirchengemeinde in steuerlicher Hinsicht vertrat, war als ein Selbstverwaltungsorgan der Steuerpflichtigen anzusehen. In der Wahlordnung des Kirchenausschusses blieb es im wesentlichen bei den geltenden Bestimmungen. Der Kirchenvorstand, der Organ der Kirche und Organ der Kirchengemeinde war, bestand aus dem Pfarrer als dem geborenen Vorsitzenden, der auch Vorsitzender des Kirchenausschusses war, dem Kirchenprovisor und zwei vom Kirchenausschuß zu wählenden Mitgliedern; die Wahl bedurfte der Bestätigung durch den Bischöflichen Offizial. Die Kirchensteuer wurde sowohl als Steuer der einzelnen Kirchengemeinden (Ortskirchensteuer) und des Offizialats (Offizialatskirchensteuer) erhoben; die Ortskirchensteuer wurde vom Kirchenausschuß beschlossen. Dabei sollte der Grundsatz gelten, daß alle Ausgaben und Bedürfnisse der Kirchengemeinden durch Steuern und Abgaben gedeckt werden. Die Kirchengemeinden genossen also hinsichtlich der Steuern und Abgaben volles Selbstbestimmungsrecht, weil durch den Kirchenausschuß als Vertretung der Steuerpflichtigen eine ausreichende Kontrolle gegeben war; zudem konnte gegen die Veranlagung zur Kirchensteuer Rechtsbeschwerde eingelegt werden.

Das Selbstbestimmungsrecht, das in den Kirchengemeinden bestand, wollte der Staat auch der katholischen Kirche unter der Bedingung zugestehen, daß eine Vertretung der Steuerpflichtigen (Landeskirchenausschuß) gebildet würde, die dieselbe Stellung wie der Kirchenausschuß in den Kirchengemeinden einnehmen sollte. Die katholische Kirche lehnte diesen Plan ab, "da ein Landeskirchenausschuß der hierarchischen Verfassung der Kirche nicht entspräche", und zog eine begrenzte staatliche Kontrolle der kirchlichen Selbstverwaltung vor. Deshalb war die Veranlagung zur Kirchensteuer und ihre Verteilung auf die einzelnen Kirchengemeinden durch das Ministerium der Kirchen und Schulen zu genehmigen. Wehage räumt ein, "daß diese Regelung die staatliche Mitwirkung und Kontrolle bei der Offizialatssteuer auf das Mindestmaß beschränkt hat, insbesondere wenn man diese Regelung mit dem früheren Hilfsfondsgesetz vergleicht, und nur dort eine Beschränkung des Steuerrechts der Kirche zuläßt, wo die Steuerkraft und finanzielle Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen es erfordert".[708]

Kontrolle in irgend einer Form gegeben sein. Diese Kontrolle kann nun mehr oder weniger scharf und einschränkend sein und das Steuerrecht der Kirche stark beeinträchtigen."

[708] WEHAGE, Kirche, S. 59f.

Für den zuständigen Bischof von Münster war die Gesetzesinitiative offensichtlich ein großer Erfolg, "wenn gleich nicht alle Wünsche und Hoffnungen erfüllt werden".[709] Die Verabschiedung des oldenburgischen Kirchensteuergesetzes kommentierte Johannes Poggenburg am 27. Mai 1924 außerordentlich positiv:

> "Durch das Gesetz für den Landesteil Oldenburg vom 28. April 1924 betreffend die Berechtigung der katholischen Kirche zur Erhebung von Steuern werden die Ueberreste des Staatskirchentums zum weitaus grössten Teile beseitigt und zugleich wichtige Grundsätze des kirchlichen Rechts zur Anerkennug gebracht. Ich brauche nicht zu versichern, wie ich dieses günstige Ergebnis mit lebhafter Genugtuung und aufrichtiger Freude begrüsst habe."

Optimistisch sah der Oberhirte auch dem vorgelegten Entwurf der Kirchengemeindeordnung entgegen, den er als "eine sehr brauchbare Grundlage" bezeichnete.[710] Das oldenburgische Kirchensteuergesetz aus dem Jahre 1924 war ein großer landespolitischer Fortschritt. Es erfüllte nicht nur § 17 der geltenden Landesverfassung und die umstrittene Klausel "unbeschadet der Rechte des Staates" mit Leben, sondern auch den Art. 137 der WRV, der durch den Zusatz "innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes" die Freiheit der Kirche im Staate - und nicht außerhalb des Staates - verankerte. Die Furcht der katholischen Kirche vor einer strikten Trennung von Staat und Kirche hat sich durch Verfassung und Gesetz weder im Landesteil Oldenburg noch im Reich bewahrheitet. Mit dem Kirchensteuergesetz aus dem Jahre 1924 wurden die noch bestehenden Reste des oldenburgischen Staatskirchentums aufgehoben und die Forderungen der katholischen Kirche in einem Umfang erfüllt, der unter dem monarchischen Regime vor 1918 politisch kaum vorstellbar gewesen war. Die Liberalisierung des oldenburgischen Kirchenrechts ist somit auch eine Frucht der Revolution und der Demokratisierung des Landes. Der jungen Republik kam dieser Umstand freilich kaum zugute.

Das Kirchensteuergesetz vom 28. April 1924 blieb bis in die Nachkriegszeit gültig und wurde, soweit das Gesetz die Kirchensteuer betraf, erst 1972

---

[709] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischofs von Münster vom 4. März 1924 an das Bischöfliche Offizialat.

[710] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischofs von Münster vom 27. Mai 1924 an den Bischöflichen Offizial. Aus seinen Anmerkungen zum Entwurf geht hervor, daß er keinen Grund sah, "das passive Wahlrecht der Staatsbeamten und Lehrer einzuschränken", und sich prinzipiell nicht gegen die Öffentlichkeit der Sitzungen des Kirchenausschusses aussprach.

durch das niedersächsische Kirchensteuerrahmengesetz aufgehoben.[711] Der Bischöfliche Offizial Pohlschneider ging in einem Schreiben vom November 1948 an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks davon aus, "daß das verfassungsmäßig garantierte kirchliche Selbstverwaltungsrecht und die Freiheit der Ämterbesetzung für die katholische Kirche" im Kirchensteuergesetz von 1924 durchgeführt und im Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 bestätigt worden sei. Das nationalsozialistische Regime habe keine Änderungen der Gesetze vorgenommen, "sondern sich nur über sie hinweggesetzt, wo es ihm paßte". Auch die gewaltsame Vertreibung des Bischöflichen Offizials Pohlschneider aus der dem Staate gehörenden Dienstwohnung in Vechta im Jahre 1940 sei ein Rechtsbruch gewesen und "damit bemäntelt" worden, daß das Regime behauptet habe, die katholische Kirche habe die Konvention gebrochen, weil sie zur Ernennung des neuen Offizials nicht die Zustimmung der Regierung eingeholt habe. Auf den Protest des damaligen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, hätten Landesregierung und das Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten anerkennen müssen, daß bei der Ernennung des Offizials der Staat kein Recht auf Mitwirkung mehr gehabt habe.[712] Diese Vorgänge unterstreichen, daß es sich bei dem Kirchensteuergesetz von 1924 um eine der wenigen gelungenen Reformen des Freistaates Oldenburg zwischen 1918 und 1932 handelt.

So ging die katholische Kirche in Oldenburg nach 1945 von einer kirchenrechtlichen Kontinuität aus, die nach eigenem Bekunden durch das nationalsozialistische Regime nicht außer Kraft gesetzt worden war und das Reichskonkordat ausdrücklich mit einschloß. Dabei kam der Kirchensteuergesetzgebung von 1924 eine zentrale Bedeutung zu. Josef Zürlik kommt in der Beurteilung dieser Reform zu einem positiven Ergebnis, weil durch sie "die überholten Bestimmungen staatlicher Bevormundung beseitigt und neue, moderner Auffassung über das Verhältnis von Staat und Kirche entsprechende Regelungen getroffen" worden seien.[713] Von der katholischen Kirche und der katholischen Bevölkerung sei das Gesetz mit großer Befriedigung aufgenommen worden. Zürlik sieht aber auch die Gefahr einer verklärenden Darstellung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, wie sie seit dem nicht stattgefundenen "Kulturkampf" in Oldenburg bestand. Um die kirchenpoliti

[711] ZÜRLIK, Gesetze, S. 70, Anm. 1.
[712] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischöflichen Offizials Pohlschneider an den Präsidenten des Nieders. Verwaltungsbezirks Oldenburg vom 9.11.1948; HINXLAGE, Offizial, S. 65ff.
[713] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 146.

schen Erfolge nicht zu gefährden, lehnte der südoldenburgische Katholizismus die vom Kölner Provinzialkonzil unter Teilnahme der Bischöfe von Münster und Osnabrück am 22. Februar 1927 angeregte Abtretung des Oldenburger Diözesanteils an Osnabrück ab.[714] Gefährdet wurde die kirchenpolitische Harmonie des Jahres 1924 schließlich durch die Schulfrage, die 1929 mit der Debatte über die Überführung der Pädagogischen Lehrgänge in eine Akademie in eine neue entscheidende Phase trat. Trotz des Erfolges, der im Jahre 1924 erzielt wurde, hält Zürlik an seiner kritischen Beurteilung der oldenburgischen Kirchenpolitik gegenüber der katholischen Kirche auch in der kurzen Ära des Freistaates fest und beugt damit einer Euphorie vor. Er betont aus historischer Kenntnis der Materie, "daß Oldenburg auch unter der Herrschaft der WRV stets an dem Prinzip der Staatskirchenhoheit und damit an seiner Befugnis" festgehalten habe, "aufgrund der ‘unbedingten Souveränität der staatlichen Gesetzgebung gegenüber der Kirche’ die Grenzen der staatlichen und kirchlichen Betätigung zu bestimmen als notwendiges Korrelat der den Kirchen staatlicherseits gewährten öffentlich-rechtlich gehobenen Stellung".[715]

[714] Ebd., S. 147-149.
[715] Ebd., S. 132.

7. Die Institutionalisierung der Heimatbewegung in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg

7.1. Einleitung

Die wichtige kulturhistorische Epoche nach dem Ersten Weltkrieg war im katholischen Milieu Südoldenburgs gekennzeichnet durch die Institutionalisierung der Heimatbewegung, die sich auf lokaler Ebene in der Gründung von Heimatvereinen äußerte und auf regionaler Basis im "Heimatbund für das Oldenburger Münsterland" zusammenfand, und eine tendenzielle Liberalisierung des gesellschaftlichen Lebens, das sich in einigen Sektoren vorsichtig vom autoritativen Einfluß der katholischen Kirche zu distanzieren versuchte. Die Heimatbewegung stand an der Schnittstelle zwischen Politik und Kultur und verstand sich als eine Bewegung über den Parteien. Sie gab sich national und christlich und diente der kollektiven Selbstvergewisserung in einer Zeit, die tiefe religiöse Umbrüche, soziale Risse und kulturelle Überfremdungen erkennen ließ. Daß sie nach dem Ersten Weltkrieg in Südoldenburg ihre erste Blüte erlebte, ist nicht auf ihre urwüchsige Kraft aus der Geschichte zurückzuführen, sondern aus der dringenden Notwendigkeit, die verunsicherte Nachkriegsgesellschaft auf dem Lande zu integrieren und die modernen Zeitströmungen hinter Symbolen des Archaischen und Organischen zu verbergen. Das Konzept der Heimatbewegung bestand darin, den Boden der Geschichte zu verlassen und eine neue Identität außerhalb von Raum und Zeit zu stiften. Ihr Name hieß "Heimat", ihr Element war ein unaufhörlicher Appell an das menschliche Gemüt, sich in alter und hergebrachter Sitte geborgen zu wissen.

Die Gründung von Heimatvereinen ging nach 1918 auf den konservativen Gedanken der Sammlung zurück, zu dem die Not in einer historischen Epoche aufforderte, die ausdrücklich als Zeiten- und Schicksalswende begriffen wurde. Es war nichts mehr so, wie es vorher gewesen war. Das Bekenntnis zur Not stand demnach auch am Anfang des Aufrufs, den die Vechtaer OV im November 1919 veröffentlichte, um die Gründung von Heimatvereinen zu initiieren:

> "Schwer lastet die Not der Zeit auf Volk und Land. Not von außen, Not von innen, Not hinter uns, Not vor uns. - Wieviel ist geblieben? - Die Abrechnung mag die ver

> schiedensten Ergebnisse aufweisen: einen Posten finden wir bei dem, was uns blieb trotz Not, Tod und Tränen in allen Rechnungen: die Heimat."[716]

Die Not treibe die Menschen wieder zusammen, "so daß selbst solche, die sich fremd oder gar feind geworden sind, sich zur Zeit der Not die Hand reichen zu Schutz und Hilfe". Denn die Menschen wüßten, "daß in der Heimat, im bodenständigen Volkstum die starken Kräfte schlummern", die "unser Volk wieder gesund, wieder stark, wieder frei und froh machen können". Ursächlich verantwortlich für den Niedergang war die Herrschaft des Materialismus, der sich im Egoismus der Menschen auslebe und dadurch Volk und Gemeinschaft zerstreue:

> "Der Schein trügt. Wie steht es heute mit dem alten biederen Geiste, der in unserem Volke lebte? Haben Gewinnsucht, Eigennutz, Genußsucht nicht arg an ihm gezehrt? Ist unsere alte Art, unsere Sitte, unser altes Platt, unsere Weltanschauung nicht auf dem Wege abwärts? Droht uns nicht eine Verödung und Verflachung, wie sie die Städte so trostlos langweilig macht? Werden alle diese Fährnisse nicht von Tag zu Tag schlimmer? Werden sie uns nicht ganz unterkriegen, wenn wir ihnen nicht tatkräftig Widerstand entgegensetzen? Wird eine christliche, deutsche, bodenständige Bildung und Erziehung unsere Jugend stark machen, wenn ihre Väter sie nicht mit lauter Stimme fordern?"

Die Appelle an die Bevölkerung, sich der Heimatbewegung anzuschließen, entwarfen das Bild einer archaischen Stammesgemeinschaft, das sie positiv gegen das Zerrbild entfremdeter Zivilisation abgrenzten. In der Zerrissenheit der urbanen Welten vermochte der einzelne nur wenig gegen die moralischen Auswüchse der Moderne und die zunehmende Atomisierung des Menschen auszurichten. Ganz anders stellten sich diese Fragen auf dem Lande, "im bodenständigen Volkstum" der Heimat, in der der einzelne noch eine Beziehung zu den Wurzeln seines Herkommens verspürte und den Kampf gegen den sittlich-religiösen Verfall des Menschen bestehen konnte. In den Städten schien dieser Kampf schon verloren.

Die konservative Antwort auf die moralische Dekadenz war eine religiöse Metaphysik der "Heimat", die in einer vaterlos gewordenen Gesellschaft nach den alten patriarchalischen Autoritäten Ausschau hielt und sich von einer Rückbesinnung auf die christlichen deutschen Werte die nationale Wiedergeburt des Vaterlandes versprach. Das war konkrete politische Wirklichkeit und meinte durchaus auch eine "christliche, deutsche, bodenständige

[716] OV vom 22.11.1919, auch zum folg.

Bildung", von der das Zentrum in den schulpolitischen Beratungen der verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg sprach. Die Vereinzelung des Menschen, seine Individuation, wurde nicht als ein Schritt zu seiner persönlichen Emanzipation angesehen, sondern überließ ihn allein seinem Schicksal und zerstörte seine organischen Lebensgrundlagen im Volk und in der Nation. Die materialistischen Weltanschauungen hatten die natürliche Ordnung des Menschen auf den Kopf gestellt. So lag es an der Zukunft und den nachfolgenden Generationen, diesen Organismus des Lebens auf seinen verschiedenen Ebenen, in der Familie, im Staat und in der Gesellschaft, wiederherzustellen. Das konnte nicht die Überordnung des einzelnen Menschen über Volk und Nation meinen, sondern seine Unterordnung, die der Erhaltung von Volkstum und Volksgemeinschaft diente, und ein neues Bewußtsein von der Wahrheit des christlichen Naturrechts. Der Kampf galt "der von Unkultur und Ueberkultur bedrohten Heimat", die nicht im kosmopolitischen Denken zu finden war, sondern auf Heimatliebe und Heimatfreude beruhte, die nur "wurzelechte Oldenburger und nicht verwaschene Weltbürger" empfinden konnten, "echte Söhne ihrer Väter". Dem Heimatgedanken inhärent war eine patriarchalische Gesellschafts- und Staatsordnung, die sich im Archetypus der Vater-Imago zur väterlichen Autorität bekannte und ihre zentrale religiöse Bezugsgröße dachte. Dieses politische und gesellschaftliche Streben, das dem Heimatgedanken unausgesprochen innewohnte, war mit den Grundprinzipien einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Gemeinwesens unvereinbar. Es war ein unreflektierter politischer Impetus der konservativen Gegenrevolution.

In den heimatgeschichtlichen Bestrebungen spiegelte sich in Südoldenburg eine als tiefe Verunsicherung empfundene gesellschaftliche Gegenwart wider, die als ungenügend realisiert wurde und zu der der Katholizismus der ländlichen Region keine Vertrauensbasis finden konnte. Martin Greiffenhagen weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Heimat nur durch "die wachsende Mobilität der modernen Industriegesellschaft" ein konservativer Wertbegriff werden konnte. Für ihn wie für alle konservativen Werte galt, daß sie "in dem Augenblick, in dem sie formulierbar werden, gerade nicht mit den vergangenen oder vergehenden Inhalten identisch sind, auf die sie sich beziehen". So sei es auch dem konservativen Heimatbegriff ergangen. Nach seiner Romantisierung habe er "die Gestalt einer problematischen politischen For

derung eingenommen, die einen anderen konservativen Wert, Skepsis und Nüchternheit politischer Beurteilung, gefährde".[717]

Der Übergang von Heimat zum konservativen Heimatbegriff vor dem Hintergrund der agrarökonomischen Modernisierung und politischen Mobilisierung läßt sich in der Geschichte der südoldenburgischen Agrargesellschaft exemplarisch aufspüren. Seinen Höhepunkt erreichte der Mobilisierungsprozeß, der bereits in der Vorkriegszeit angelegt war, in dem politischen Umbruch im Herbst 1918. Noch nie zuvor in seiner langen Geschichte war das katholische Milieu in Südoldenburg von einem radikaleren Umbruch erfaßt und mit einer gründlicheren Debatte über seine Zukunft befaßt worden als im Herbst 1918. Mit der Abdankung der Monarchen in Deutschland, die mit dem Thronverzicht des Großherzogs die eigene Heimat unmittelbar betraf, fand nicht nur ein politisches Herrschaftssystem sein unwiderrufliches Ende, sondern schien alles mit in den Abgrund gerissen, woran man seit Generationen gehangen hatte: eine irrationale Vorstellungswelt, die mit den Chiffren Glaube, Sitte, Heimat und Vaterland in ihrem organischen Lebensganzen nur unzulänglich beschrieben ist. Lothar Kettenacker charakterisiert diesen Übergang wie einen Fall ins Nichts:

> "Nach der unfaßbaren Niederlage und dem plötzlichen Wegsinken der Monarchie im Reich wie in den Einzelstaaten hatten die in Jahrhunderten gewachsenen dynastischen Bindungen und sozialpsychologischen Dispositionen mit einem Mal ihren zentralen Bezugspunkt verloren. [...] Die Wertvorstellungen und Bewußtseinsstrukturen konnten sich dem Wandel der Verhältnisse nicht anpassen."[718]

Für die Verteidigung dieser untergegangenen Welt war man in den Krieg gezogen, für die ideelle Renaissance dieser Welt unter den widrigen sozialen und politischen Voraussetzungen der Weimarer Republik stritt und focht die Heimatbewegung. In der Stunde tiefer seelisch-geistiger Entwurzelung und beängstigender Furcht vor der wider Willen errungenen Freiheit, vor dem Unbehaustsein des modernen Menschen in der Welt, suchte die ländliche Region Südoldenburg Rückhalt und moralische Stärke im bewährten Bündnis mit den alten Eliten in Kirche und Gesellschaft und demonstrativer Treue zu den traditionellen Moralismen und religiösen Grundsätzen des katholischen Milieus. Es traute sich nicht zu, das Ferment des Innovativen und Zukunftsträchtigen für sich und seine Zukunft zu nutzen. Statt dessen richtete sich sein

---

[717] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 156f.
[718] KETTENACKER, Aspekte, S. 115.

Blick in regressiver Sehnsucht zurück in die Vergangenheit, die vor dem Anbruch der modernen Zeit im Zeichen von Industrialisierung und Liberalisierung und exakt bis 1918 gedacht wurde. Die dem Zeitgeist abgerungene, aber stets gefährdete konfessionelle Schule, die Reorganisation des katholischen Vereinswesens und des Zentrums als Konfessionspartei und die Heimatbewegung selbst wurden zu institutionalisierten Trägern des katholischen Sozialmilieus, das um die Bewahrung seiner gesellschaftlichen Homogenität und moralischen Integrität vor dem dekadenten liberalen Zeitgeist kämpfte und den überbordenden politischen Mobilisierungsschub aufzuhalten versuchte. Der Heimatbund für das Oldenburger Münsterland hatte die Aufgabe, zusätzliche kulturelle Ressourcen für das Überleben des katholischen Milieus in Südoldenburg zu erschließen und die eigene Geschichte konservativ zu läutern. Das "Dritte Reich" assimilierte die uneingestandene regressive Sehnsucht nach der konservativen Restauration einer politischen und sozialen Ordnung, die vor dem politischen "Umsturz" den Bestand des Milieus ausgemacht hatte. In der zeitgeschichtlichen Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit wurden nicht die katastrophalen Fehler der Reichspolitik im Zeichen des preußischen Militarismus und wilhelminischen Weltmachtstrebens für den Krieg und die deutsche Katastrophe verantwortlich gemacht, sondern die 'ausufernde' Demokratisierung und 'grenzenlose' Liberalisierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft seit dem November 1918 - eine andere Variante der "Dolchstoßlegende".

Die Rede von Heimat, Volkstum und Landschaft gehörte in Südoldenburg zur politischen Emblematik einer konservativen Gegenrevolution, die die aufgeklärte politische Kultur der Weimarer Republik ablehnte und ihren antirepublikanischen Affront in politischen Irrationalismen verbarg. So konnte sie ihren Anschein des Unpolitischen wahren und blieb für viele in ihrem antidemokratischen Gebaren undurchsichtig. Nicht das politische Geschäft, das im Konservatismus der Weimarer Republik ohnehin in Mißkredit stand, sondern die Rettung von Heimat und Glauben gab die Heimatbewegung als ihr eigentliches Anliegen aus.

7.2. Heimat und Religion

Der "locus amoenus" des modernen Heimatbegriffes waren das dörfliche Ambiente im Gegensatz zur urbanisierten Szene, die weite Landschaft und das einfache bäuerliche Leben, das im Widerspruch zur künstlichen Zivilisa

tion ganz aus der Natur und damit unmittelbar aus Gott lebte. Untrennbar verbunden mit dem Heimatbegriff war ein antiaufklärerischer Affekt, der im ästhetischen Topos einer trivialen Idylle begriffen wurde und Geschichte in 'ewige' Dauer und historischen Fortschritt in stetige Beharrung verwandelte. Ein Gedicht, das 1933 in der Cloppenburger MT zu lesen war, siedelt den "locus amoenus" des traditionellen Heimatbegriffes außerhalb vom historischen Ort und von der historischen Zeit an. Die Verse - offensichtlich nicht in Südoldenburg entstanden - weisen Stilfiguren auf, die das Gedicht als Beispiel für den romantischen Kitsch und seine Verwendung in der Heimatliteratur erscheinen lassen:

"Heimat

O Heimatliebe, Heimatlust,
du Born der Sehnsucht, unergründet,
du frommer Strahl, in jeder Brust
vom Himmel selber angezündet!
Gefühl, das wie der Tod so stark,
uns eingesenkt ward bis ins Mark,
das uns das Tal, da wir geboren,
mit tausendfarb'gem Schimmer schmückt,
und wär's im Steppensand verloren,
und wär's vom ew'gen Schnee bedeckt."[719]

Heimat als Ort von Gemeinschaft existierte sowohl außerhalb von Gesellschaft und Zivilisation als auch außerhalb von historischer Zeit. Gerade deshalb konnte sie nach 1918 willkommene Spannungsminderung und Konfliktvermeidung suggerieren. Nur die Vergangenheit, die in dem verengten 'unpolitischen' Blickwinkel der Heimatgeschichte von ihren sozialen Konflikten und politischen Brüchen entsorgt wurde, garantierte die Konjunktur von nostalgischen Genres, die die Entfaltung rationaler Analyse verhinderte und die Frage nach dem Ort von Verantwortung in der eigenen Geschichte ausblendete. Das Medium der Heimatgeschichte war die erzählte Erinnerung, die ständige Wiederkehr des Gleichen, die ästhetisierte Reproduktion einer vergangenen Welt, die immer wieder auf ihre historische Inszenierung wartete. Diese Welt war mit Ende des Ersten Weltkrieges endgültig untergegangen und hatte mit der Gegenwart nur noch wenig zu tun. Nur deshalb konnte sie zum Gegenstand der Heimatgeschichte werden, die sich kaum über das Jahr 1918 hinauswagte; heute sind neue Ansätze erkennbar. In der Heimatgeschichte erstand aus den Mythen, Ritualen und Legenden des Kulturkreises

[719] GELHAUS, 1933, S. 92.

eine Identität Südoldenburgs, die jede politische Anfrage als Kränkung zurückwies und der historischen Legitimation des politischen und gesellschaftlichen Status quo diente. Es war eine Geschichtsschreibung, die den aufgeklärten Glauben an die Veränderung der Geschichte durch den Menschen und an den Menschen als das historische Subjekt geflissentlich unterschlug, historische Legende im unbefragten Dienste an der Tradition.

Die Heimat als "ein heiliges Erbe" und "eine Verpflichtung, das christliche Fundament unseres heimatlichen Lebens und unserer Kultur zu bewahren und auch zu verteidigen", blieb der Grundgedanke des "Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland", der die Umbrüche des "Dritten Reiches" unbeschadet überstand und noch zu Beginn der 1960er Jahre "das Oldenburger Münsterland als eine politische, wirtschaftliche und geistig-kulturelle Einheit in christlichem Sinne" verstand.[720] So wurde der münsterländische Heimatbegriff ein ideologisches Konglomerat aus christkatholischem Treuebekenntnis, historischer Selbstvergewisserung und moralischer Transzendierung des politischen Alltags, der in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg in der Konjunktur des Heimatbegriffs seine zentrale ersatzpolitische Größe fand. Die spirituelle Symbiose von Religion und Heimat suggerierte ein organisches Begreifen von Mensch und Welt, das von einer hochgradigen Irrationalität gekennzeichnet war. Sie wies auf eine hintergründige als die eigentliche Wirklichkeit hin und bezeichnete damit auch den eigentlichen, nämlich den transzendenten Sinn von Geschichte, die zur christlichen Heilsgeschichte stilisiert wurde, immer auf der Suche nach der verlorenen Zeit. Diese hatte mit empirischer Geschichte und rationaler Politik nur noch wenig zu tun. Die symbolische Denkweise barg die Gefahr in sich, der ratio einen minderen Rang in der Erkenntnis zuzuerkennen, wenn sie nicht gar ganz auszulöschen. An die Stelle des exakten Begriffes und des politischen Terminus trat das Symbol, häufig archaischer Natur oder christlicher Überlieferung entnommen.[721] Der südoldenburgischen Heimatbewegung lag wenig daran, die Bedingungen des Lebens zu ergründen, die historischen sowie die sozialen und die politischen, sondern sie rückte in das Zentrum des Interesses den unaufhörlichen Kreislauf des Lebens, das sich wie die Jahreszeiten naturwüchsig aus sich selbst erneuerte. Das Gesetz des Lebens herrschte auch in der menschlichen Geschichte, die durch Politisches ihrem eigentlichen Wesen entfremdet wurde. Diese organisch-symbolische Sicht- und Denkweise

[720] THOLE, Hermann: 40 Jahre Heimatbund, IN: HKL 1960, S. 133, 136.
[721] STEINLE, Konservatismus, S. 60ff.

lag auch der didaktischen und methodischen Konzeption der "Heimatkunde" zugrunde, wie sie in Schulen unterrichtet wurde.[722] Die Katholische Schulzeitung befaßte sich wiederholt mit dem Schulfach Heimatkunde und betonte, daß die Schule in diesem Unterricht besonders auf die Geschichte und Verhältnisse in Südoldenburg einzugehen habe. Der Lehrer könne "mit viel größerem Erfolge Vorkämpfer in allen idealen Sachen sein", wenn er sich auch der Pflege der Heimatkunde widme. Dadurch erhalte er sich auch das Vertrauen der Landbevölkerung, die ihm sonst nicht "die genügende Wertschätzung" entgegenbringe.[723] Besonderes Gewicht sollte im Schulfach Heimatkunde auf die Pflege und Förderung der sog. "plattdeutschen" Sprache gelegt werden:

> "**Plattdeutsch**, unsere eigentliche Muttersprache, ist leider aus unseren Schulen, den höheren und niederen, mehr oder weniger verdrängt wroden. Das berührt einen eigentümlich, und man denkt unwillkürlich an jenes 'vornehm' gewordene Kind, das seine Mutter nicht mehr kennen will, weil sie alt und plattdeutsch ist. Ist es nicht tief zu bedauern, daß unsere plattdeutsche Jugend nicht einmal in der Muttersprache lesen lernt! Daß nicht ein einziges der vielen und schönen Stücke der plattdeutschen Literatur, dieser Stücke mit dem tiefen Gemüt, dem goldenen Humor und der herzigen Wärme, Aufnahme in unsere Lesebücher gefunden hat."[724]

Die sprachgeschichtlich unreflektierte Beziehung zum "Plattdeutschen" enthielt ein breites Spektrum an didaktischen Intentionen, die mit dem Unterrichtsfach Heimatkunde in erster Linie in der Volksschule verbunden waren. Als sozialpsychologische Antwort auf den unaufhaltsamen sozialen Wandel mit spürbaren kulturellen Diskontinutitäten, die den Menschen aus seinen traditionellen Bindungen und Lebenszusammenhängen rissen und forttrugen, kam der heimatkundlichen Unterweisung die Aufgabe zu, einen historisch-politischen Schon- oder Freiraum zu kreieren, in dem die Gesetze der politischen Geschichte außer Kraft gesetzt waren und sich die soziale Interaktion von Mensch und Natur, von Mensch und Mitmensch organisch-familial voll

---

[722] Eine Didaktik der Heimatkunde aus dem Jahre 1920, die zum Bestand der Lehrerbibliothek des Realprogymnasiums in Cloppenburg gehörte, äußert sich zur Methodik dieses Faches in diesem organologischen Sinne: "Das Ganze müssen wir unsere Kinder zunächst schauen lassen; die Teile finden sie selber allein nicht allzuschwer. Dieses Ganze ist hier die Idee einer Gemeinschaft [...]." Und zu den unpolitischen Lernzielen heißt es in demselben didaktischen Kompendium: "Eine Heimat haben, heißt ruhen, sich sicher und geborgen fühlen in der Gewißheit der Überzeugung: Du stehst nicht allein; so viele andere gehören dir zu und du zu ihnen. Heimischkeit ist ein Stück Erlösung vom Ich [...]." (HAUPTMANN, Heimatkunde, S. 16ff.)

[723] Vgl. Katholische Schulzeitung Jg. 12, Nr. 10, 1.8.1920, S. 52f.: Die Landwirtschaft und wir.

[724] Katholische Schulzeitung Jg. 13, Nr. 6, 1.6.1921, S. 46: Gedanken und Anregungen zur Heimatkunde, nach einem Vortrag von Lehrer Lückmann.

zog - im Gegensatz zu den fingierten 'unnatürlichen' Sozialbeziehungen in der modernen bürgerlichen Industriekultur. Heimatgeschichte wurde zur "Gefühlsrichtung" erklärt:

> "Endlich: der **Heimatsinn** des Kindes muß auf alle Weise gepflegt und mit geschichtlichem Geiste getränkt werden. Wie kann dies besser geschehen, als wenn die alten Germanen auf dem jetzigen Spielgelände des Kindes den Auerochs zerlegen und das Elentier jagen? Wie kann dieser Zeitabstand und die Entwicklung deutlicher werden, als wenn die Volksversammlung im heimatlichen Gehölz stattfindet? Deutlicher kann dem Sohn des Industriearbeiters die industrielle Entwicklung des Vaterlandes nicht werden, als wenn er auf dem Boden der Fabrik, wo jetzt der Vater arbeitet, den Bauer in seiner Arbeit oder das stille Kleinstadtidyll der Vergangenheit schaut. Sein kleiner Geist wird staunend das Anderssein fühlen."[725]

Die entpolitisierten Lernziele des Faches Heimatkunde bestanden darin, die eigene Lebenswelt nicht als "eine geschichtliche Erscheinung und als solche dem Wandel, der Veränderung ausgesetzt" erscheinen zu lassen, sondern sie als einen isolierten Wert an sich zu sehen, der der "Wechselbeziehung zu den Bewegungen und Tendenzen der allgemeinen Geschichte" enthoben ist.[726] Die Transzendierung des historisch-politischen Gegenstandes bestimmte die Heimat in einem ahistorischen Koordinatensystem unmittelbar zu Natur, Familie und Lebensraum, organischen Geschichtseinheiten, die der Mensch aus der Hand Gottes entgegennehmen durfte.[727]

Am Bekenntnis zur Heimat schieden sich im Münsterland die Geister: "Wer keine Heimat auf Erden, der hat auch keine Heimat im Himmel."[728] Dieser moralische Habitus des münsterländischen Heimatbegriffes trug erheblich zur politischen und gesellschaftlichen Disziplinierung einer traditionellen katholischen Agrargesellschaft bei. Sie sollte die seit 1918 forcierte politische Mobilisierung der Region aufhalten und die sozialen Spannungen auf ein erträgliches Maß mindern helfen, damit der Bestand des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs in seinen Fundamenten nicht über Gebühr

---

[725] Katholische Schulzeitung Jg. 15, Nr. 1, 1.1.1923, S. 3 (Elentier = Elch).
[726] SCHAAP, Weg, S. 6: Vorwort von Heinrich Schmidt.
[727] KNOCH, Heimat, S. 31. Die zeitgenössische Unterrichtstheorie sieht in Übereinstimmung mit der fortgeschrittenen historischen Theoriebildung die Möglichkeit, den Heimatbegriff politisch zu manipulieren, vor allem in seinem 'unpolitischen' Selbstzeugnis begründet: "Die politische Manipulierbarkeit resultiert aus dem Unpolitischen des Heimat-Verständnisses [...], aus der politischen Positions- und Entscheidungslosigkeit, dem programmatischen Rückzug aus der Welt des Politischen, der Grundstimmung, daß sie etwas Fremdes, Bedrohendes, wenn nicht gar etwas schlechthin Böses sei."
[728] HBL 1/1930, S. 2.

gefährdet wurde. So wurden der Heimatbegriff und die Heimatbewegung in Südoldenburg zu einem moralisch-religiösen Vehikel politischer und gesellschaftlicher Restauration, die die Emanzipation breiter gesellschaftlicher Schichten und Gruppen im katholischen Milieu unter ein strenges moralisches Verdikt stellte. Dadurch wurde ein soziales Aufbegehren breiter Randgruppen, der Frauen, der Heuerleute und der Kleinlandwirte, kollektiv sanktioniert und die Herrschaft der traditionellen politischen und geistlichen Eliten, die sich bereits im Kaiserreich formiert hatten, auch unter den neuen demokratischen Verhältnissen behauptet. So wandten sich Heimatbegriff und Heimatbewegung in ihrem politischen Effekt gegen die Demokratisierung und Liberalisierung der konservativen Region Südoldenburg und förderten eine umfassende Restauration in diesem Teilraum, an der die katholische Kirche ein essentielles Interesse hatte. Dafür stellte sie bereitwillig Personal, moralischen Einfluß und institutionalisierte Macht zur Verfügung. Letztlich mußte sogar die christ-katholische Jenseitsreligion die ideologische Folie für die konservative Restauration hergeben und sie moralisch legitimieren. Neben der katholischen Kirche, dem katholischen Schul- und Vereinswesen sowie dem katholischen Zentrum und seiner Presse wurde die Heimatbewegung zu einer einflußreichen Agentur in der Reorganisation des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg.

7.3. Die Gründung des "Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland"

Auf der Gründungsversammlung des "Heimatbundes für das oldenburgische Münsterland" am 8. Dezember 1919 in Vechta ordnete Pastor Hackmann, der im Auftrag des Gründungskomitees zunächst den Vorsitz führte, die Kulturarbeit des Bundes in den nationalen Kontext ein und wertete sie als Beitrag zur Aufbauarbeit am deutschen Vaterland:

> "Der Heimatbund soll ein Baustein sein zum Aufbau des großen Vaterlandes. Im engeren Kreise müssen wir das zu üben lernen, was wir gegen das größere Vaterland schuldig sind. Unsere münsterländischen Eigenarten müssen wir zu wahren suchen. Allen Firlefanz, der sich einzuschleichen droht, müssen wir wieder über die Grenze schikken."[729]

[729] OV vom 11.12.1919.

Dr. Anton Kohnen, Oberlehrer am Lehrerseminar in Vechta, unterstrich die nationale Aufbauarbeit des Heimatbundes in einer Zeit, in der das vaterländische Empfinden geschwunden sei und die Begriffe Heimat und Tradition an Bedeutung verloren hätten. Der gemeinsame Boden, auf den sich alle Heimatfreunde stellen könnten, sei das Nationalbewußtsein. Die Arbeit des Heimatbundes hatte nach den Worten Kohnens in erster Linie der Heimatgeschichte, der Herausgabe einer Heimatschrift, der Errichtung einer Volkshochschule und den "Sammlungen heimatkundlicher Art" zu gelten. Die bekannteste unter diesen Sammlungen sei die des Apothekers König aus Löningen, die in wenigen Jahren nach der Gründung des Heimatbundes den Anfangsbestand des Heimatmuseums in Cloppenburg bildete. Um die Arbeit des Heimatbundes zu optimieren, wurden verschiedene Ausschüsse eingerichtet. In den ersten Vorstand des Heimatbundes wurden Ökonomierat Heinrich Averdam (1. Vorsitzender), Dr. Kohnen (2. Vorsitzender) und Malermeister Hermann Baro (Kassierer) gewählt.[730] Heinrich Averdam leitete den Heimatbund bis 1936, ein Jahr vor seinem Tode.[731] Ökonomierat Heinrich Averdam (1860 - 1937) in Stukenborg förderte nach den Worten der "Heimatblätter" aus dem Jahre 1935 die Heimatbewegung, "die durch das Kriegserlebnis so kräftige Impulse erhielt", und erkannte früh "deren Bedeutung für die Erhaltung und Festigung des Volkstums". Für seine Erfolge auf landwirtschaftlichem Sektor und die ehrenamtliche Bekleidung vieler öffentlicher Ämter ehrte ihn der Großherzog von Oldenburg durch die Verleihung des Verdienstkreuzes und ernannte ihn 1918 zum Ökonomierat.[732]

So manifestiert sich in der Persönlichkeit Heinrich Averdams eine Kontinuität in der südoldenburgischen Heimatbewegung, die sich von 1919, dem Gründungsjahr der Weimarer Republik, bis in die Mitte der 1930er Jahre erstreckte und das Jahr 1933 als politische Zäsur nicht hinreichend wahrnahm. Heinrich Averdam besuchte das Gymnasium Antonianum und anschließend das Lehrerseminar in Vechta. Über acht Jahre war er als Lehrer tätig und übernahm 1888 den elterlichen Hof in Stukenborg, als sein ältester

---

[730] OV vom 11.12.1919; HELLBERND, Baro, S. 125-130. Der Kirchenmaler Hermann Baro (1865 - 1948), der 1911 seinen Wohnsitz von Löningen nach Vechta verlegt hatte, war von 1919 bis 1928 Kassierer des Heimatbundes. Von 1928 bis 1934 war er Obermeister der Malerinnung.

[731] DÖPKE, Averdam, S. 116-118.

[732] Oekonomierat Averdam 75 Jahre alt, IN: HBL 11/1935, S. 171; Oekon.=Rat Averdam als Künstler. Würdigung anläßlich des Todes von Ökonomierat Averdam am 5. Februar 1937, IN: HBL 7/1937, o. S.

Bruder gestorben war. "Seine Leidenschaft für die Belange der Öffentlichkeit, seine Passion für die Pflanzenzucht und für die Pferdezucht" machten deutlich, daß Heinrich Averdam "seiner Zeit sicher in vielerlei Hinsicht voraus" war.[733]

Seit der Gründung des Heimatbundes verfügte die katholische Region Südoldenburg über eine weitere Organisation, die sich aktiv in die kulturpolitischen Auseinandersetzungen der Zeit einschaltete und für die kulturellen Interessen der Region engagierte. Gerade sein unpolitischer Charakter machte ihn der Verfolgung einer politischen Intention unverdächtig und erhöhte damit seine moralische Glaubwürdigkeit. Der Heimatbund wurde in seiner Geschichte zum Instrument konservativer Kulturpolitik, die vor allem in der Heimatgeschichtsschreibung um ein harmonisches Bild von der eigenen Vergangenheit bemüht war. Dazu dienten in erster Linie das periodische Schrifttum des Heimatbundes, aber auch die Publikationen in der Heimatpresse.

Seit 1920 gab die Vechtaer OV die "Heimatblätter" (HBL) als offizielle Zeitschrift des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland heraus, die seitdem in zwangloser Folge als Beilage der Vechtaer Zeitung erscheinen.[734] Schriftleiter der "Heimatblätter" war von 1920 bis zum 1. November 1934 Domkapitular Dechant Dr. Ludwig Averdam (1858 - 1946), der aufgrund der nationalsozialistischen Pressepolitik vom Chefredakteur der OV, Hermann Thole, abgelöst wurde.[735] Pfarrer Ludwig Averdam gehörte wie sein Bruder Heinrich Averdam zu den Mitbegründern des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland. Die Brüder Heinrich und Ludwig Averdam wandten sich mit großer Leidenschaft der Heimatdichtung zu. Ludwig Averdam wurde 1858 in Stukenborg bei Vechta geboren und starb 1946 in Oythe. Nach dem

---

[733] DÖPKE, Averdam, S. 118.

[734] KRAMER, Heimatbund, S. 15f.

[735] Hermann Thole (1893 - 1968) trat 1913 als Hilfskraft in die Redaktion der "Oldenburgischen Volkszeitung" ein. In den 1920er Jahren stieg Thole zum politischen Redakteur der Zeitung auf und übernahm 1933 die Leitung der Redaktion, als Kaplan Morthorst von den Nationalsozialisten suspendiert wurde. Als die Zeitung nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1949 wieder erschien, wurde Hermann Thole Chefredakteur. Aus dieser Funktion zog er sich 1963 aus gesundheitlichen Gründen zurück, blieb der Redaktion der OV aber weiter verbunden. Hermann Thole gehörte zu den Gründungsvätern des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland (1919) und betätigte sich als Heimatschriftsteller. (WEGMANN, Thole, S. 237-239; KUPER, Werner: "Heimatpastor" Franz Morthorst. Zum 100. Geburtstag eines aufrechten Südoldenburgers, IN: HBL 6/1994, S. 52f.)

Besuch des Gymnasiums Antonianum studierte er in Rom Theologie und promovierte. 1884 wurde er zum Priester geweiht. Nach seiner Rückkehr aus Rom war er in verschiedenen Orten Südoldenburgs als Seelsorger tätig. 1911 berief ihn der Bischof von Münster zum Pfarrer in Oythe, 1920 wurde er Dechant des Dekanats Vechta und 1926 Ehrendomherr in Münster.[736]

In ihrer ersten Ausgabe am 29. Juli 1920 erinnerten die "Heimatblätter" an die Aufgaben des Heimatbundes und charakterisierten sie als unpolitischen überparteilichen Beitrag zum nationalen Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes:

> "Hier haben wir alle ein gemeinsames Arbeitsfeld. Hier trennen uns nicht politische Meinungsverschiedenheiten, hier trennen uns nicht konfessionelle Anschauungen, hier spielen Standesunterschiede keine Rolle, hier ruht Hader und Zwietracht, das einigende Band der Liebe zur schönen Heimaterde hält alle umschlungen. Hier ist keine Zerrissenheit, wie sonst in unserm Vaterlande. Das große deutsche Vaterland ist geschlagen, es liegt geknechtet und geknebelt am Boden. Wir müssen und wollen es wieder aufbauen. Der Heimatbund will helfen, indem er die Liebe zur engeren Heimat wieder tief in die Herzen pflanzt und mit ihr wieder wahre, echte Vaterlandsliebe weckt und stärkt. Das ist ein Ziel, so hoch und edel und rein, daß es die Anerkennung aller verdient und findet."[737]

Die konservative Kulturskepsis der "Heimatblätter" wandte sich explizit gegen die "moderne Zeit", die den "Geschmack verdorben" habe, und gegen "so manche häßliche und sittlich nicht einwandfreie, moderne Moden und Gewohnheiten". Das kulturelle und moralische Engagement galt der Pflege von alten Gesängen und Liedern, den traditionellen Sitten und Gebräuchen und der Verbreitung nationaler Tugenden, die mit christlichen Wertbegriffen symbiotisch verschmolzen. Über allem erhob sich das glühende Bekenntnis zum "Oldenburger Münsterland":

> "Liebe und Anhänglichkeit an unsere Heimat, Sorge und Treue gegen unser Volk, das sollen die Leitsterne unseres Bundes sein und bleiben. 'Wer keine Heimat auf Erden, der hat auch keine Heimat im Himmel.' Unser Münsterland, das ist unsere Heimat auf Erden, wir wollen es lieben, wir wollen es nur besser kennen lernen, wir wollen es verschönern helfen, wir wollen ehren und zu bewahren suchen, was es auszeichnete: Biederkeit, Einfachheit, Arbeitsamkeit, Frömmigkeit, wir wollen fernhalten und ausrotten, was ihm fremd war und es entehrt, und was sich einzunisten drohte: Vergnügungs

[736] REINKE, Georg: Dechant Averdam und die Heimatblätter, IN: HBL 12/1934, o. S.: Titelgeschichte anläßlich des goldenen Priesterjubiläums von Averdam im Jahre 1934; KRAMER, Averdam, S. 119-124.
[737] HBL 1/1920, S. 1.

> sucht, Selbstsucht, Nachäffen erbärmlicher Stadtunsitten in Handel und Wandel, in Kleidung und Trachten. Wir wollen zu stolz und zu selbstbewußt dafür sein.
>
> ‘Wer die Heimat nicht liebt und die Heimat nicht ehrt,
> Der ist ein Lump und des Glückes der Heimat nicht wert.’
>
> Unsere Feinde haben uns viel genommen, aber eines müssen sie uns lassen, unsere Heimat, und eines können sie uns nicht rauben, die Wertschätzung unserer Heimaterde."[738]

Die Transzendierung der 'heimatlosen' Gegenwart nach dem Ersten Weltkrieg führte im Heimatgedanken einen pseudoreligiösen Kult herauf, der sich aufgrund seiner irrationalen Elemente leicht in den agitatorischen Dienst der heraufziehenden NS-Gesellschaft nehmen ließ. Der Heimatbegriff appellierte unaufhörlich an eine geistig-seelische Disposition, die auf ihre politische Erlösung in der Volksgemeinschaft wartete und sich aus der sozialpsychologischen Erfahrung des Ungenügens und des Leidens an der intellektualisierten Gegenwart der Weimarer Republik nährte. Dieses Leiden an der Rationalität moderner Zivilisation, die das religiöse Lebensgeheimnis entweiht hatte, richtete sich in seinem politischen Gehalt gegen den demokratischen Parteienstaat und bezog seine Inspiration aus einem romantisch-religiösen Begriff von Volksgemeinschaft und Volkstum, der als visionärer Gegenentwurf zur bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft gegen die Weimarer Republik selbst geführt wurde. So wurde die Volksgemeinschaft auf dem Weg von der Weimarer Republik in das "Dritte Reich" wie selbstverständlich "das täglich praktizierte, beglückende Gemeinschaftserlebnis einer sich fremd gewordenen bzw. unter zunehmender Entfremdung leidenden Gesellschaft" und war weniger Ausdruck einer bestimmten Ideologie als der Traditionsbestand einer politischen Mentalität, die auch im agrarisch-mittelständischen katholischen Milieu Südoldenburgs zu Hause war.[739] Die Erkundungen zum Heimatbegriff in der Weimarer Republik machen deutlich, daß es sich bei der irrationalen Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft um eine innere Erwartungshaltung handelte, die sich in der Zeitenwende von 1918/19 negativ bestätigt sah. Sie ist nicht unmittelbar als politische Meinungsbildung anzusehen, aber als eine "ernstzunehmende Willensäußerung, nicht bloß plebiszitäre Akklamation", die politisch etwas anderes wollte als die Weimarer Republik.[740]

---

[738] Ebd., S. 2.
[739] KETTENACKER, Aspekte, S. 111.
[740] Ebd., S. 115.

Auf der Generalversammlung am 28. August 1920 wurde der Vorstand des Heimatbundes neu zusammengesetzt und die organisatorische Grundlage durch die Wahl von Vertrauensleuten in den einzelnen Gemeinden der Ämter Vechta, Cloppenburg und Friesoythe ausgedehnt. In den Vorstand wurden gewählt Dr. Heinrich Averdam (1. Vorsitzender), Pastor Hackmann (2. Vorsitzender), Dr. Kohnen (1. Schriftführer), Lehrer Nemeding (2. Schriftführer), Kunstmaler Baro (1. Schatzmeister) und Obersekretär Backhaus (2. Schatzmeister). Im Anschluß an die Generalversammlung konstituierte sich eine Ortsgruppe des Heimatbundes für Cloppenburg, der Kaufmann Roter, Baurat Fischer, Lehrer von Garrel, Studienreferendar Bitter, Tischlermeister Wingbermühle und Schneidermeister Henke angehörten. Das nächste Heimatfest sollte nach dem Willen der Generalversammlung "auf der Grundlage der Friesoyther oder Saterländer Vergangenheit" in Friesoythe gefeiert werden.[741]

Offensichtlich befand sich der Heimatbund schon zwei Jahre nach seiner Gründung in einer Krise. In einem Aufruf, der im Februar 1921 in den "Heimatblättern" veröffentlicht wurde, warb die Schriftleitung um Mitarbeiter, insbesondere für die "Heimatblätter", weil "fast immer Ebbe in der Redaktionsmappe herrscht". Die Beiträge sollten nur "mit der Elle der Heimat" gemessen und "ohne Ansehn der Person oder der Konfession" ausgewählt werden.[742] Anläßlich des zehnten Jahrestages der Gründung des Heimatbundes im Jahre 1929 zog Dr. Georg Reinke eine kritische Bilanz. Er erinnerte an die Gründung von Kommissionen vor zehn Jahren und gab zu bedenken, "ob auch nur einer dieser zahlreichen Ausschüsse jemals zusammengetreten ist; jedenfalls hat kein einziger wertvolle Arbeit geleistet".[743] Deshalb schlug Reinke eine Reorganisation der Vereinsstruktur vor und regte die Herausgabe eines "Jahrbuches des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland" an, weil die "Heimatblätter" auf die Veröffentlichung von größeren Aufsätzen nicht eingerichtet seien.[744] Das "Jahrbuch des Oldenburger Geschichts= und

[741] HBL 3/1920, S. 17.
[742] HBL 2/1921, S. 15.
[743] HBL 10/1930, S. 146.
[744] Aber erst seit 1952 erschien der "Heimatkalender für das Oldenburger Münsterland", der von 1969 an als das "Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland" fortgeführt und erweitert wurde. Neben natur- und landschaftskundlichen Themen widmet sich dieses Schrifttum auch der Heimatpoesie und der Heimatgeschichte, die in Geschichtsanekdoten, aber auch in geschlossenen Aufsätzen behandelt wird. Grundtendenz blieb eine weitgehend entpolitisierte Geschichtsschreibung mit ausgeprägtem regional-familialen und affirmativen Charakter, die bis in die 1970er Jahre hinein die Schwelle zum 20. Jahrhundert kaum überschritt. Die Herausgabe

Altertumsvereins" könne für eine eigene Publikation des Heimatbundes keinen Ersatz bieten, weil der Oldenburger Verein "auf unser Münsterland (z. B. bei seinen Ausflügen) herzlich wenig Rücksicht nimmt".[745]

Georg Reinke (1874 - 1955), der Bruder des Zentrumsvorsitzenden Dr. Alwin Reinke, legte im Jahre 1896 am Antonianum in Vechta die Reifeprüfung ab und studierte anschließend an den Universitäten in München, Freiburg und Münster Geschichte, Philosophie und Germanistik. Er promovierte im Jahre 1900 und bestand 1901 das Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen. Das Seminarjahr und das Probejahr legte Dr. Georg Reinke an Schulen in Düsseldorf, Trier und Krefeld ab. 1903 kehrte er als Oberlehrer an seine alte Schule, das Antonianum in Vechta, zurück und war dort 30 Jahre lang tätig. 1904 erhielt er den Titel Professor. Von 1928 bis 1931 unterrichtete er nebenamtlich als Dozent für Geschichte und Heimatkunde am Pädagogischen Lehrgang in Vechta. 1934 wurde Reinke von der nationalsozialistischen Regierung vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Georg Reinke war freier Mitarbeiter der "Heimatblätter" und wurde durch seine heimatkundlichen Arbeiten einem größeren Publikum bekannt. Sein Haupt- und Lebenswerk sind seine "Wanderungen durch das Oldenburger Münsterland", die zwischen 1920 und 1931 in sieben Bänden erschienen.[746]

Die Führung der Heimatbewegung teilten sich nach dem Ersten Weltkrieg mit den alteingesessenen Vechtaer Familien Averdam und Reinke Angehörige der politischen wie der geistlichen Elite Südoldenburgs, die eine personelle Kontinuität in der Geschichte dieser Region vom Kaiserreich bis in das "Dritte Reich" verkörperte und erheblich dazu beitrug, die moralische Konstitution des katholischen Milieus in Südoldenburg zu konsolidieren.

7.3.1. Cloppenburger Heimatverein: "Nun wird es aber endlich Zeit, daß wir uns aufraffen."

Das nationale Desaster im Ersten Weltkrieg förderte nach Auffassung von Paul Willenborg auch in Cloppenburg "wohl den Drang, sich auf die eigenen Wurzeln und Kräfte zu besinnen". Seitdem werde der Heimatbewegung die "Vorspiegelung einer heilen Welt, die doch längst tiefe Risse aufweist", nicht ganz zu Unrecht nachgesagt.[747] Als am 8. Dezember 1919 der Heimatbund für das Oldenburger Münsterland ins Leben gerufen wurde, waren in Clop

der Jahrbücher bedeutete eine Erweiterung des Themenkreises und des historisch-politischen Blickwinkels.

[745] HBL 10/1930, S. 147.

[746] MENKE, Reinke, S. 204-206; THOLE, Hermann: Prof. Dr. Georg Reinke +, IN: HKL 1956, S. 139-141.

[747] WILLENBORG, Kulturleben, S. 204f.

penburg auch Initiativen zur Gründung eines lokalen Heimatvereins zu verzeichnen. Im Anschluß an die Generalversammlung des Heimatbundes am 28. August 1920 wurde eine Ortsgruppe Cloppenburg gegründet. Ein Aufruf in der MT machte darauf aufmerksam, daß Cloppenburg einen gewissen Rückstand in der Heimatbewegung aufzuholen habe, und forderte die Bürger zur aktiven Unterstützung des Heimatvereins auf:

> "Während in allen Teilen des Münsterlandes die Ortsgruppen bereits blühen und teilweise auch ersprießliche Arbeit leisten, hat es sich hier in Cloppenburg noch nicht ermöglichen lassen, eine Ortsgruppe zu gründen. Nun wird es aber endlich Zeit, daß wir uns aufraffen und auch hier in Cloppenburg zeigen, daß wir den Bestrebungen des Heimatbundes nicht nur Verständnis entgegenbringen, sondern auch bereit sind, diese Bestrebungen durch tatkräftige Unterstützung zu fördern."[748]

Auf der Generalversammlung in der Cloppenburger "Walhalla" wurde der amtierende Vorstand des Heimatbundes bestätigt. Dr. Castelle und Karl Wagenfeld aus Münster hielten "in plattdeutscher Sprache Vorträge über die Heimatbewegung und deren Bedeutung, wobei u. a. besonders hingewiesen wurde auf die notwendige Erhaltung der Baudenkmäler, die Sammlung von alten Möbeln, Kunstgegenständen, Bildern etc. sowie auf diejenige von alten Volksliedern, Sprüchen, etc.". Mit diesen Worten formulierten die Gastredner auf der Cloppenburger Versammlung des Heimatbundes die dinglichen Voraussetzungen für die Gründung eines Heimatmuseums in Südoldenburg. Der Vechtaer Studienrat Dr. Kohnen sprach über die pädagogische Bedeutung von Volkshochschulkursen und Volksbildungsheimen und gab damit die Anregung für "die Einrichtung eines Volksbildungsheimes auf konfessioneller Grundlage" in Damme. Die Heimatbewegung war in Südoldenburg auch eine konfessionelle Bewegung. Im Anschluß an die Versammlung des Heimatbundes wurde die Ortsgruppe Cloppenburg gegründet. Dem ersten Vorstand gehörten angesehene Vertreter des städtischen Kleinbürgertums an: Kaufmann Anton Roter (1. Vorsitzender), Regierungsbaumeister Fischer (stellvertretender Vorsitzender), Lehrer von Garrel (1. Schriftführer), Studienreferendar Bitter (Stellvertreter), Tischlermeister Wingbermühle (1. Kassierer) und Schmiedemeister Henke (Stellvertreter).[749] Gleichlautend berichteten auch die "Heimatblätter" über die Gründung der Cloppenburger Ortsgruppe.[750]

---

[748] MT vom 27.8.1920; Heimatverein, 75 Jahre, S. 8.
[749] MT vom 30.8.1920; Heimatverein, 75 Jahre, S. 15f.
[750] HBL 3/1920 vom 25.9.1920; Heimatverein, 75 Jahre, S. 21f. In dem Artikel heißt es u. a.: "Die Generalversammlung des Heimatbundes am 28. August 1920 in Cloppenburg war verhält-

Auf der Generalversammlung des Heimatbundes am 28. August 1920 in der Cloppenburger "Walhalla" wurden auch die Vertrauensleute des Heimatbundes für das Amt Cloppenburg benannt: Kaufmann Roter (Cloppenburg), Lehrer Gerken (Cappeln), Kaufmann Schute (Emstek), Lehrer Meyer (Nikolausdorf/Garrel), Vikar August Meyer (Molbergen), Hauptlehrer Wilhelm Kohnen (Auen/Lindern), Hauptlehrer a. D. Diekgers (Lastrup), Hauptlehrer a. D. Funke (Essen), Vikar Otto Beckmann (Löningen) und Kaplan August Heuer (Hemmelte).[751] Aus den Personenstandsverzeichnissen des Heimatbundes und der einzelnen Ortsgruppen geht deutlich hervor, daß sich die Führungsgremien in den einzelnen Organisationen zu großen Teilen aus der einheimischen Lehrerschaft, der katholischen Geistlichkeit und dem gewerblichen Mittelstand rekrutierten. Als einzelne Persönlichkeit nahm später der jeweilige Leiter des Museumsdorfes in Cloppenburg eine herausragende Stellung in der institutionalisierten Heimatbewegung Südoldenburgs ein.[752] Zusammen mit den politischen Instanzen und den kirchlichen Institutionen trug die organisierte Heimatbewegung wesentlich zur Ausprägung des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg bei.

Noch im Jahre 1920 nahm in Cloppenburg auch die "Spälkoppel" ihre Spieltätigkeit auf. Unter der Leitung von Studienreferendar Hermann Bitter, der von Dr. Hubert Burwinkel unterstützt wurde, wurden plattdeutsche Theaterstücke in Szene gesetzt. Im Anschluß an die feierliche Eröffnung des Heimatmuseums am 29. Juni 1926 fand im Cloppenburger Central-Hotel eine weitere Generalversammlung des Heimatbundes statt. Nach dieser Versammlung wurde eine Zusammenkunft der Cloppenburger Ortsgruppe einberufen, auf der folgender Vorstand gewählt wurde: Dr. Hubert Burwinkel (Vorsitzender), Kaplan Landgraf (Stellvertreter), Sparkassenrendant Dobelmann (Kassierer), Lehrer Dehlwisch (Schriftführer) und Ökonomierat Meyer-Hemmelsbühren (Beisitzer).[753]

---

nismäßig gut besucht. Der Vorsitzende, Herr Ökonomierat Averdam, konnte auch eine Reihe auswärtiger Gäste begrüßen [...] In Cloppenburg hat sich im Anschluß an die Generalversammlung ebenfalls eine Ortsgruppe des Heimatbundes gebildet."

[751] HBL 3/1920 vom 25.9.1920; Heimatverein, 75 Jahre, S. 21f. Die Bezirksgruppe des Heimatbundes für das Amt Cloppenburg war auf einer öffentlichen Versammlung des Heimatbundes am 28. April 1920 gegründet worden. Als einziger Berichterstatter auf dieser Versammlung wurde Studienrat Dr. Kohnen angekündigt. (Heimatverein, 75 Jahre, S. 7)

[752] Heimatverein, 75 Jahre, S. 16, 18-20, 22, 26, 33f., 37: Personenangaben zu den Vorständen im Heimatbund für das Oldenburger Münsterland und im Heimatverein Cloppenburg.

[753] Heimatverein, 75 Jahre, S. 16-18; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 15.

7.3.2. Das Heimatmuseum in Cloppenburg: "Die größte private Sammlung heimatlicher Kulturgüter"

"Die münsterländische Heimatbewegung war von Vechta ausgegangen", heißt es zutreffend im Rückblick des Jahres 1944 bei Heinrich Ottenjann, aber mit der Sammlung des Löninger Apothekers Bernard König "bestand damals die größte private Sammlung heimatlicher Kulturgüter" im äußersten Südwesten des Amtsbezirks Cloppenburg.[754] In Gesprächen zwischen Ottenjann und König soll der spätere Museumsleiter schon 1911 dem Cloppenburger Amtsrat die Gründung eines Heimatmuseums nahegelegt haben. Nach dem Willen Königs, der seine Sammlung einem Heimatmuseum zur Verfügung zu stellen bereit war, kam nur Cloppenburg als Sitz dieses Museums in Frage. Damit war eine wichtige Vorentscheidung gefallen. Der Cloppenburger Amtshauptmann Dr. Willers förderte die Museumspläne Ottenjanns. Auf einer Sitzung am 12. Dezember 1921 in Cloppenburg wurde die Gründung eines Museumsvereins beschlossen, dessen Vorsitz Dr. Willers selbst übernahm. Vor der offiziellen Gründung des Heimatmuseums mußte aber eine Einigung mit Vechta herbeigeführt werden, zumal im Vechtaer Gymnasium schon im Oktober 1921 eine Ausstellung heimatlichen Kulturgutes stattgefunden hatte. Nach wiederholten Verhandlungen wurde auf der Generalversammlung des Heimatbundes am 5. März 1922 eine Einigung erzielt und die Gründung eines "Heimatmuseums für das Oldenburger Münsterland" mit dem Sitz in Cloppenburg beschlossen. Die Dauerausstellungen dieses Museums fanden im Cloppenburger Realgymnasium, das dafür ausreichenden Platz zur Verfügung stellen konnte, eine erste Heimstatt. Mit der Entscheidung des Heimatbundes, das Heimatmuseum in Cloppenburg anzusiedeln, wurde eine bedeutende kulturpolitische Weichenstellung für den Standort Cloppenburg vorgenommen. Ohne das Cloppenburger Realgymnasium, aus dessen Lehrerkollegium der erste Leiter des Heimatmuseums hervorging, wäre die Entscheidung des Heimatbundes, der immer noch in Vechta seinen organisatorischen und geistigen Schwerpunkt hatte, mehr als fragwürdig gewesen.

Auf der Generalversammlung des Heimatbundes am 29. Juni 1926 wurde das Heimatmuseum mit einem Festakt in der Aula des Cloppenburger Realgym

[754] OTTENJANN, Museumsdorf, S. 13.

nasiums feierlich eröffnet; damit wurden seine reichhaltigen Sammlungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. In der Feierstunde wurde vor allem des ebenfalls 1926 verstorbenen langjährigen Landtagsabgeordneten Bernard König aus Löningen gedacht, "der sich ganz außerordentliche Verdienste um die Pflege der Heimatkunde und Heimatliebe sowie um die Begründung des Museums, dem er seine reichhaltigen Sammlungen übergab, erworben" habe. Studienrat Dr. Ottenjann, der Leiter des Heimatmuseums, und Ökonomierat Averdam, der Vorsitzende des Heimatbundes, sprachen schon 1926 den Wunsch aus, "daß dem Museum in nicht allzu ferner Zeit das ersehnte und notwendige eigene Heim errichtet werden möchte".[755] Das Staatliche Realgymnasium entwickelte sich damit zur kulturellen Keimzelle der Amtshauptstadt, die immer noch im Schatten Vechtas stand. "Die Eröffnungsfeier vom 29. Juni 1926 und die Zehnjahrfeier vom 6. März 1932 waren zwei Marksteine in der Geschichte des 'Heimatmuseums für das Oldenburger Münsterland'", notierte Heinrich Ottenjann rückblickend und wies darauf hin, daß beide Feiern in der Aula des Cloppenburger Realgymnasiums stattfanden.[756]

Auf den revolutionären Wandel vom Herbst 1918 antwortete die katholische Region Südoldenburg mit einer nach innen gekehrten familialen Selbstvergewisserung und Selbstbegrenzung, die zu einer forcierten Kultivierung des Heimatbegriffes führte und ihren institutionellen Arbeitsrahmen durch die Gründung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland am 8. Dezember 1919 erhielt.[757] Basis des Heimatbundes, der in Südoldenburg als Dachverband die vielfältigen heimatkundlichen Interessen und Neigungen organisieren sollte, waren lokale Heimatvereine, die - vielfach auf Anregung des Heimatbundes - nach dem Ersten Weltkrieg gegründet wurden. Damit wurden Pläne verwirklicht, die schon vor dem Ersten Weltkrieg diskutiert worden waren, und soziokulturelle Voraussetzungen und Bedingungen der südoldenburgischen Heimatbewegung sichtbar, die im Kontext des sich um die Jahrhundertwende durchsetzenden agrarökonomischen Modernisierungsprozesses zu sehen sind.

---

[755] MT vom 30.6.1926.
[756] OTTENJANN, Museumsdorf, S. 17. Die "Zehnjahrfeier" erinnerte an die Generalversammlung des Heimatbundes im Jahre 1922, auf der die Entscheidung für die Gründung eines Heimatmuseums gefallen war.
[757] THOLE, Hermann: 40 Jahre Heimatbund, IN: HKL 1960, S. 133-136.

8. Die Reorganisation des katholischen Vereinswesens in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg

8.1. Einleitung

Der katholische Klerus bemühte sich in der Gründungsphase der Weimarer Republik verstärkt darum, das katholische Vereinswesen insgesamt zu reaktivieren und in seiner Effizienz zu stärken. Dadurch sollten gesellschaftliche Gruppen, die immer stärker an der sozialen Peripherie angesiedelt waren, für den organisierten Katholizismus engagiert werden. Dazu zählten vor allem die Frauen, die ländlichen Arbeiter und unterständische Bevölkerungsgruppen, Heuerleute und Gesinde, die in der Agrargesellschaft Südoldenburgs bisher nicht die soziale Achtung genossen wie die grundbesitzenden bäuerlichen Großfamilien. Auf die sich abzeichnende soziale und politische Binnendifferenzierung antworteten die geistlichen Eliten mit verstärkten Anstrengungen zur Rekatholisierung des Milieus, die eine reglementierte Auseinandersetzung mit der Moderne, wie sie katholische Standesvereine aufnahmen, konzeptionell nicht ganz ausschlossen. Berufliche und religiöse Weiterbildungs- und Schulungskurse standen von nun an auch auf dem Programm des katholischen Vereinswesens. Es gehörte über die Jahrhundertmitte hinaus zu den wichtigsten Kulturträgern in der katholischen Agrargesellschaft Südoldenburgs und hat auf diesem Sektor auch seine unbestreitbaren Verdienste erworben.

Von der Gesamtbevölkerung im Landesteil Oldenburg gehörten nach dem Ersten Weltkrieg etwa zwei Drittel dem protestantischen und ein Drittel - also eine Minderheit - dem katholischen Glauben an. Von den etwas über 1 000 Juden, die im Landesteil Oldenburg nach der Volkszählung von 1925 lebten, waren nur 56 in Südoldenburg angesiedelt, das somit sozioökonomisch wie religiös-kulturell immer noch eine homogene gesellschaftliche Einheit bildete. Von den gut 100 000 Einwohnern in den Ämtern Cloppenburg, Vechta und Friesoythe gehörte noch nicht einmal ein Zehntel einem anderen als dem katholischen Glauben an. Den größten Anteil an protestantischer Bevölkerung, etwa ein Drittel, hatte aufgrund der eingeleiteten Kultivierungs- und Siedlungsmaßnahmen der bevölkerungsärmste Amtsbezirk des Münsterlandes, das Amt Friesoythe. Dieser Anteil überwog noch den des Amtes Vechta, das aufgrund der Staadt Vechta mit ihren zahlreichen Behörden traditionell eine größere protestantische Bevölkerungszahl aufwies als

der Amtsbezirk Cloppenburg. In Cloppenburg und Friesoythe hingegen lebten etwa doppelt so viele Juden wie im Amtsbezirk Vechta.

Tab. 1: Konfessionelle Gliederung (1925)[758]

Bezirke	Protestanten	Katholiken	Juden	Sonstige
Nordoldenburg	317 213	18 895	959	3 503
Oldenburger Münsterland	8 965	92 366	56	72
Amt Vechta	3 001	43 174	18	12
Amt Cloppenburg	1 305	35 650	34	13
Amt Friesoythe	4 659	13 542	4	47
Landesteil Oldenburg	326 178	111 261	1015	3 575

Trotz einer relativen gesellschaftlichen und kulturellen Mobilisierung nach dem Ersten Weltkrieg gehörte das katholische Vereinswesen weiterhin zu den zuverlässigsten sozialen Konstituenten des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg. Diese Kontinutität, die den Blick auf die historischen Umbrüche in der jüngsten Zeitgeschichte nicht verstellen sollte, verdankte die Region auch der Tatsache, daß die Massenkommunikationsmittel unserer Tage noch nicht das gesellschaftliche Leben auf dem Lande beherrschten und deshalb die dörflichen Vereine willkommene Gelegenheiten für zwischenmenschliche Begegnungen boten. In den Vereinen war die Möglichkeit gegeben, Meinungen und Gedanken auszutauschen und sich von der Monotonie des ländlichen Alltags zu erholen. Die Cinematographie hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg ihren Einzug in Südoldenburg gehalten. Am 4. November 1899 wurde im Anzeigenteil der Vechtaer OV für die erste Vorführung "lebender Photographien" im Saal Melchers in Vechta geworben.[759] 1904 war

[758] WILLENBORG, Schule, S. 12: nach der Volkszählung von 1925. Werner Teuber korrigiert die Zahlen geringfügig. Danach lebten 1925 insgesamt 54 Juden in Südoldenburg, 32 in Cloppenburg, 19 in Vechta und drei in Friesoythe. Der Anteil der Juden an der Bevölkerung machte in Südoldenburg 0,053 % aus. Während 1837 in Vechta mit 58 Juden die größte Gemeinde bestand, nahm ihre Zahl bis 1925 von 39 auf 19 ab, während sich die Anzahl der jüdischen Bürger in Cloppenburg im gleichen Zeitraum von 24 auf 32 erhöhte. (TEUBER, Juden, S. 112f.)

[759] OV vom 4.11.1899. Im Programm wurden Bilder vom Verkehr auf Straßen und Schienen, vom Stapellauf eines Schiffes und von den Wogen des Meeres angekündigt.

der Schausteller Hensel mit seinem Kinozelt auf dem Stoppelmarkt zu sehen. 1910 wurde in Dinklage durch einen reisenden Unternehmer ein Passionsfilm gezeigt, der allerdings keinen großen Zuspruch fand, weil sich solche Vorführungen häuften. Das erste ständige Filmtheater wurde am Ostermontag des Jahres 1913 in Schäfers Saal in Vechta eröffnet. Seinen Durchbruch erlebte das Kino nach dem Ersten Weltkrieg: Feste Kinounternehmen entstanden in Lohne, Damme, Dinklage und Cloppenburg. In Vechta wurde 1928 bereits das zweite Lichtspieltheater eröffnet, das 1931 seinen Spielbetrieb wieder einstellen mußte. 1933 gab es in Südoldenburg zwei feste Kinozweckbauten: das "Capitol" in Cloppenburg und die "Schauburg" im Besitz von Josef Schäfer in Vechta. Der steigende Kinobesuch rief die örtlichen Sittenwächter auf den Plan, die vor der Verderblichkeit der Filme warnten. Stein des Anstoßes war für die Vechtaer OV 1921 der Film "Arme kleine Eva", der "Laster und Vebrechen dem Publikum in der anschaulichsten Weise vor Augen führte". Der katholische Gesellenverein und Arbeiterverein und das Ortskartell der Christlichen Gewerkschaften erwarben in Lohne das örtliche Filmtheater, "um auswärtige Kinos mit ihren meist nicht einwandfreien Bildern fernzuhalten und nur gute Sachen, welche der Belehrung, Bildung und wirklich guter Unterhaltung dienen, aufzuführen".[760] Die Machthaber des "Dritten Reiches" wußten das Kino für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Sie förderten den deutschen Film und mißbrauchten ihn im Sinne ihrer propagandistischen Zielsetzungen.[761]

8.2. Das ländliche Vereinswesen zwischen Öffnung und Tradition

Das Vereinswesen auf dem Lande öffnete sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik und zeigte dadurch eine Tendenz, die sich besonders auf die Entwicklung kirchlich unabhängiger Vereine belebend auswirkte. Träger des dörflichen wie kleinstädtischen kulturellen Lebens waren nach 1918 mehrheitlich immer noch die konfessionellen, aber auch eine kleinere Anzahl von kirchlich ungebundenen Vereinen wie zum Beispiel die örtlichen Schützenvereine. Der Massensport erlebte als moderne Freizeitbeschäftigung in den

[760] OV vom 20.11.1921; WIESE, Kino-Notizen, S. 65f.

[761] WIESE, Kino-Notizen, S. 62ff.; WIESE, Hans-Jürgen: "Kino ist das Größte" - Ein Bummel durch die hiesigen Kinos einst und jetzt, IN: HBL Jg. 77, Nr. 6, 12.12.1998, S. 50-52. Der antisemitische Film "Jud Süß" lief mehrmals in Lohne und Vechta und wurde von der örtlichen OV mit wohlwollenden Besprechungen begleitet. Die ländlichen Gemeinden wurden in dieser Zeit durch Wanderkinos oder durch die Gaufilmstelle Oldenburg bespielt.

Jahren der Weimarer Republik einen großen Aufschwung. Er konzentrierte sich zunächst auf die industrialisierten Regionen, erfaßte nach und nach aber auch die ländliche Bevölkerung. Vor dem Hintergrund der sich ausbreitenden Massenkultur kam es für die Verantwortlichen in der katholischen Kirche darauf an, "den Anschluß an die gestiegene Bedeutung der Freizeit und hier besonders des Sportes nicht zu verlieren".[762] Die Bedeutung, die die Sportorganisationen für die Integration der katholischen Jugend in die angestammten Sozialmilieus hatten, wurde vom organisierten Verbandskatholizismus schnell erkannt. Motiviert durch die Konkurrenz im bürgerlich-liberalen Milieu und im sozialistischen Arbeitermilieu, nutzte die katholische Kirche den Sport als "Mobilisierungsinstrument". Sie warnte besonders vor der sittlichen Gefährdung der katholischen Jugend in den 'weltlichen' Turn- und Sportvereinen, vor der Verletzung des Keuschheitsgebots und vor der Wekkung des sexuellen Begehrens.[763] Die Konfessionalisierung des Sports und "die Kontrolle seiner Ausübung im Rahmen dezidiert katholischer Sportvereine bot die Möglichkeit, mit modernen Mitteln dieser Bedrohung des katholischen Milieus entgegenzuwirken".[764] In Südoldenburg setzte sich auf sportlichem Sektor die katholische Organisationsform der DJK (Deutsche Jugendkraft) mit dem "Reichsverband der Deutschen Jugendkraft" durch, der sich am Ende der 1920er Jahre immer mehr örtliche Fußballvereine anschlossen. Die katholische Sportbewegung ging aus den Gesellen- und Jünglingsvereinen hervor, die als erste sportliche Aktivitäten in ihr Programm mit aufnahmen. Sie hatte in Südoldenburg eine gewisse Verspätung gegenüber den industrialisierten katholischen Regionen zu verzeichnen.[765]

Nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich die Frage, ob und in welchem Umfang Sport betreibenden Vereinen - das waren auf dem Lande in erster Linie

---

[762] WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 156.

[763] In den 1920er Jahren nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in den südoldenburgischen Kleinstädten auch die ersten Freibäder, in denen getrennt nach Geschlechtern gebadet wurde. (OV vom 26.4.1925: Bericht über den Bau der Badeanstalt in Friesoythe). In Cloppenburg gab es schon seit der Jahrhundertwende eine Badeanstalt, die nach dem Kriege ausgebaut wurde. Der Cloppenburger Schwimmverein (CSV), ein kirchlich nicht gebundener Verein, wurde im Inflationsjahr 1923 gegründet. (WILLENBORG, Kulturleben, S. 212)

[764] KÖSTERS, Verbände, S. 119.

[765] Die neun katholischen Gesellenvereine im Offizialatsbezirk Oldenburg führten im Jahr 1913 als einzige in der Diözese Münster keine Turnabteilungen. Führend in der Diözese Münster waren in dieser Hinsicht das Rheinische Industriegebiet, die Region Niederrhein und das westfälische Industriegebiet. (KÖSTERS, Verbände, S. 120) Die Turner in Cloppenburg waren im "Turnverein Cloppenburg" (TVC) organisiert; er wurde 1892 gegründet und war kein kirchlicher Verein. (WILLENBORG, Kulturleben, S. 210f.)

Fußballvereine - eine Eigenständigkeit zugestanden werden sollte ober ob sie in die kirchlichen Vereinsstrukturen eingegliedert und damit auch überregional zusammengeschlossen werden sollten. Die geistlichen Präsides der Gesellen- und Jünglingsvereine hatten sich bereits auf ihren Generalversammlungen vor dem Krieg für die letztgenannte Variante ausgesprochen. Die Debatten um die Stellung der Sportvereine wurden mit der Gründung der "Deutschen Jugendkraft, Verband für Leibesübungen in katholischen Vereinen" (DJK) im September 1920 in Würzburg abgeschlossen; eine Trennung zwischen den katholischen Standesvereinen und den katholischen Sportvereinen, die einen Bruch im katholischen Sozialmilieu bedeutet hätte, wurde dadurch verhindert. Die Organisationsform der DJK "verband die sportlichen Vereinsaktivitäten mit einem dezidiert christlichen Anspruch, um die aufkommende Sportkultur in ihre Weltanschauung zu integrieren".[766] Die Vorkehrungen für die organisatorische Vereinheitlichung der Sportvereine im Bistum Münster schuf der münsterische "Fußballkaplan" Augustin Roter auf zahlreichen Konferenzen. Der neue Sportverband DJK behob ein erkennbares Defizit in der konfessionellen Erfassung der katholischen Jugend, bei der der Sport, besonders der Mannschaftssport, zunehmend an Popularität gewann. Gegen die Konkurrenz der ‘gottlosen’ und simultanen Sportvereine, die "Deutsche Turnerschaft" und die Vereine der Arbeitersportbewegung, galt es sich nicht nur organisatorisch, sondern auch programmatisch abzugrenzen und eine katholische Sportidentität aufzubauen; sie sollte sich auszeichnen durch eine maßvolle, ganzheitliche und patriotische Gesinnung.[767] Die münsterische Diözesansynode warnte 1924 in erster Linie vor den moralischen Gefahren, die der katholischen sporttreibenden Jugend drohten:

> "Gegen jene moderne Sportbewegung, die den Sport als Selbstzweck hinstellt und zu übertriebener Körperpflege, zu maßlosem Persönlichkeitskult, zur Vernachlässigung der Berufspflichten, zur Entheiligung des Sonntags und zu gefährlichem Verkehr der Geschlechter untereinander führt, ist die Deutsche Jugendkraft (Verband für Leibesübungen in katholischen Vereinen) gegründet worden. Ihr Ziel, das gesamte Gebiet der Leibesübungen im Sinne des katholischen Erziehungsideals zu beeinflussen, so daß ihre Mitglieder in erster Linie ihre beruflichen und religiösen Pflichten erfüllen und die Leibesübungen so pflegen, daß dabei Förderung der Gesundheit, Stärkung des Charakters und eine edle Erholung wirklich erreicht wird."[768]

---

[766] WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 158.
[767] KÖSTERS, Verbände, S. 122ff.
[768] KÖSTERS, Verbände, S. 129. Das "Consilium a vigilantia" der Diözese München und Freising wies in einem Schreiben an das bischöfliche Generalvikariat Fulda vom 25. Mai 1929 ebenfalls auf die von der Sportkultur ausgehenden Gefahren für das religiöse Leben hin.

Trotz dieser kirchlichen Anstrengungen hegte der Klerus eine Skepsis gegen den Sport und erkannte in ihm auch eine Erscheinungsform der dekadenten modernen Massenkultur, die sich immer mehr diesem gesellschaftlichen 'Kult' hingab. Auf dem Bezirkstreffen der DJK in Friesoythe im Jahre 1929 erklärte der Dinklager Kaplan Josef Hermes "während des Hochamtes in der Festpredigt in tiefschürfenden und eingehenden Ausführungen die Stellung der Kirche zum Sport". Sie sei durch die deutschen Bischöfe festgelegt worden und sehe im Sport "nicht etwa einen Auswuchs des modernen Zeitgeistes, sondern geradezu eine Zeitnotwendigkeit". Selbst dem Fußball gewann der Pressebericht über das DJK-Treffen eine idealistische Seite ab, wenn er ihn nicht nur als Spiel, sondern auch als "Schulung des Körpers und nicht zuletzt auch des Geistes" betrachtete.[769] Politisch verband sich in den Vereinen der DJK eine jungkatholische Aufbruchsstimmung mit politischem Engagement für das Zentrum und gegen die das katholische Milieu bedrohenden modernen Zeitströmungen, zu denen seit den September-Wahlen des Jahres 1930 auch die Nationalsozialisten als neue Erscheinungsform des politischen Extremismus gehörten. Die Erziehung der männlichen Jugend zur Wehrhaftigkeit und Mannhaftigkeit sollte einen Beitrag zum Aufbau des neuen Deutschland leisten, indem sie dem sittlichen Verfall in der kulturellen Moderne entgegenwirkte. Kaplan Hermes richtete einen dringenden moralischen Appell an die in Friesoythe versammelte organisierte katholische Sportjugend, den Kampf aufzunehmen und zu bestehen gegen die um sich greifende "Lebensermattung", die "Lässigkeit und Unlust" und gegen die "Selbstsucht", in der "das eigene Ich hervorgekehrt" werde. Nur in diesem Geiste und in diesem Wollen könne Deutschland wieder aufgebaut werden und zur alten Größe erstehen.[770]

Die Auseinandersetzung um den Status der Sportvereine nach dem Ersten Weltkrieg wirft auch ein Licht auf die Strukturen eines katholischen Milieus

---

(WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 157) Wilhelm Damberg sieht in der Diözesansynode des Jahres 1924 einen positiven Beitrag der Kirche in Münster, auf den gesellschaftlichen Wandel zu reagieren und die Seelsorge neu zu orientieren. Sie habe erkannt, daß das katholische Vereinswesen nicht allein der Schlüssel zum Erfolg sei, und eine liturgische Bewegung eingeleitet, die in der als krisenhaft erfahrenen Gegenwart zur Erneuerung der Identität der Katholiken und ihrer Kirche beitragen sollte. (DAMBERG, Moderne, S. 213ff.)

[769] OV vom 16.8.1929. Hermes bezog sich auf die von der Fuldaer Bischofskonferenz im Jahre 1925 verabschiedeten "Leitsätze und Weisungen zu modernen Sittlichkeitsfragen", auf die sich die DJK verpflichtete. (KÖSTERS, Verbände, S. 130f.)

[770] OV vom 16.8.1929.

wie Südoldenburg in der Zeit der Weimarer Republik und verdeutlicht die enormen Schwierigkeiten der katholischen Kirche, ihre Autorität und Identität in einer Zeit des gesellschaftlichen Auf- und Umbruchs auf dem Lande zu wahren. Es gelang nicht überall, eine katholische Sportidentität aufzubauen, weil Sport und katholische Konfession eigentlich nur in der nationalen Mission und in der katholischen Apologie eine Verbindung eingehen konnten. Für das gesamte katholische Vereinswesen sollte nach dem Ersten Weltkrieg die religiös-konfessionelle Ausrichtung maßgebend sein, denn allein durch sie konnten sich die katholischen Vereine von allen übrigen Vereinen positiv abgrenzen. Darin lag ihre Existenzberechtigung, die Papst Leo XIII. bereits in seiner Sozialenzyklika "Rerum novarum" (1891) beschrieben hatte.[771] In der Umgebung der katholischen Sportvereine zeichneten sich in der Zeit der Weimarer Republik erste Risse und Brüche in der historischen Verfassung des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg ab. Am Beispiel der katholischen Sportorganisationen wird deutlich, "daß der gewissermaßen natürliche Zyklus der Vereinsmitgliedschaften für einen männlichen Katholiken durch die erhöhte und nur schwer religiös zu befrachtende Bedeutung des Sportes unterbrochen werden konnte". Eine zu beobachtende gewisse Hypertrophie des Jugendvereinslebens wirkte sich häufig kontraproduktiv aus.[772]

Die Anfänge der katholischen Sportbewegung in Südoldenburg liegen in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Am 8. Dezember 1927 erfolgte die Bildung eines DJK-Bezirkes "Südliches Oldenburg" in Vechta, dem sich unter der Führung von Kaplan Hermes zwölf Sportabteilungen anschlossen. Aufgrund der rapiden Entwicklung in der DJK-Bewegung teilte sich der DJK-Bezirk bereits am 8. März 1928 in den Bezirk Südoldenburg oder Vechta, dem unter dem Vorsitz von Hermes und der Leitung von Studienrat Bünger zwölf Abteilungen mit 500 Mitgliedern angehörten, und in den DJK-Bezirk Nordoldenburg oder Friesoythe mit 10 Abteilungen. Der DJK-Bezirk Friesoythe wurde geleitet von Vikar Franz Niehaus und Lehrer Kleimann. Schon im September 1928 fand das erste Bezirkssportfest in Vechta auf einem Gelände in der Nähe des Dominika

---

[771] Rerum novarum, S. 25. Dazu hieß es in der Enzyklika, die fortgesetzt gültig war: "Das religiöse Element muß dem Verein zu einer Grundlage seiner Einrichtungen werden. Die Religiosität der Mitglieder soll das wichtigste Ziel sein, und darum muß der christliche Glaube die ganze Organisation durchdringen. Andernfalls würde der Verein in Bälde sein ursprüngliches Gepräge einbüßen; er würde nicht viel besser sein als jene Bünde, die auf Religion keine Rücksicht zu nehmen pflegen."

[772] WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 158.

nerklosters in Füchtel statt. 1929 schlossen sich die beiden Bezirke Vechta und Friesoythe dem DJK-Gau Oldenburg an und traten dem DJK-Kreis Niedersachsen bei. Da die Gliederung der DJK nicht den Bistumsgrenzen, sondern den Erfordernissen des Sportbetriebs entsprach, wurde der Offizialatsbezirk Oldenburg hinsichtlich der DJK aus der Diözese Münster ausgegrenzt. Seit 1930 teilte sich der DJK-Gau Oldenburg in drei Bezirke, in die Bezirke Vechta und Friesoythe und den neuen Bezirk Cloppenburg. 1930 bestanden in fast allen Gemeinden des Offizialatsbezirks Oldenburg DJK-Abteilungen in den katholischen Standesvereinen. Nach schweren Auseinandersetzungen innerhalb des Verbandes beteiligte sich die DJK seit 1932 auch am Wehrsport, der als ein Beitrag zur allgemeinen Wehrertüchtigung angesehen wurde. Die Entscheidung für den Wehrsport wurde politisch aber nicht honoriert. Ein Jahr nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland wurden 1934 auch die DJK-Verbände aufgelöst. Nach Ansicht von Willy Schulze war das "das Ende einer stolzen Entwicklung des Sportes in den katholischen Vereinen im Offizialatsbezirk Oldenburg".[773] Der Reichsführer der "Deutschen Jugendkraft", Adalbert Probst, gehörte zu den Opfern des sog. "Röhm-Putsches" vom 30. Juni 1934. Weil es sich dabei um "eine rein politische Angelegenheit" handelte, sah sich die katholische Kirche nicht zu einer Stellungnahme zu dem Verbrechen veranlaßt.[774]

Die Gründe dafür, daß sich in Südoldenburg im Gegensatz zum "Norddeutschen Fußballbund" im protestantischen Norden des Landes die DJK-Bewegung durchsetzte, sieht Hubert Dwertmann vor allem in der Konfessionalität der DJK-Vereine. Die konfessionelle Bindung ermöglichte ein Anknüpfen an die katholische Kirche, und die Geschicke des Vereins leitete in der DJK vor allem der Präses, der der örtlichen Geistlichkeit angehörte. In einem Referat über die Bedeutung der freien Jugendvereine ließ Pater Laurentius Siemer, Leiter des Füchteler Knabenkonvikts, 1921 verlauten:

> "Meidet die sogen. freien Sportsvereine."[775]

Die kirchliche Einflußnahme kam dem Sport, der als moderne Freizeitkultur im katholischen Milieu Südoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg seinen Einzug hielt, durchaus zugute, denn den Sportvereinen wurde in der bäuer

---

[773] SCHULZE, Jugendkraft, S. 173-182, Zitat: S. 181.
[774] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 261; NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 175.
[775] Chronik, St. Joseph, S. 124. Zu Laurentius Siemer vgl. Kap. 4.6.1. im vierten Band der Arbeit: Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel.

lich-klerikalen Dorfkultur "von oben, Bauern und Pfarrern, mit Vorbehalten und Behinderungen" begegnet.[776] Dwertmann beschreibt die Beziehung von Sport und katholischer Kirche, wie sie sich in der DJK darstellte, als funktionale Einheit der Dorfkultur:

> "Zunächst bedeutet die Existenz der DJK eine offizielle kirchliche Anerkennung des Sports. Die Einflußnahme der Kirche hat für die Fußballer Südoldenburgs Vorteile, denn so kann den reichlich vorhandenen Vorbehalten in der Dorfbevölkerung die kirchliche Parteinahme für den Sport entgegengehalten werden. Zu der offiziellen Anerkennung kommt die konkrete Unterstützung des ortsansässigen Pfarrers, der nicht nur über die Funktion des Präses in den Verein eingebunden ist, sondern auch auf andere Weise den Verein unterstützen kann, indem er [...] die Spiele sonntags von der Kanzel ansagt. Der Versuch, die einzelnen Pfarrer über die Funktion des Präses in den jeweiligen Verein einzubinden, um damit wiederum dem Sport den kirchlichen Stempel aufzudrücken, gelingt aber nicht an allen Orten der Region."[777]

8.3. Die Stellung der Juden zwischen Integration und Ausgrenzung

Eine kulturelle Blüte zeigte sich in den südoldenburgischen Kleinstädten auch in der Mitgliedschaft von Juden im bürgerlichen Vereinswesen. In den 1920er Jahren waren die Juden in Vechta wie in Cloppenburg assimiliert und bekleideten bürgerliche Stellungen in der Wirtschaft, beteiligten sich aber auch gleichberechtigt am kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Gefördert wurde diese Entwicklung durch die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden in der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 und durch die Tatsache, daß die jüdischen Bürger in Südoldenburg aufgrund ihrer geringen Anzahl nicht in Ghettos wohnten, sondern "mitten unter den Christen". Werner Teuber spricht von einer Blüte des Kulturlebens und von einer Integration und Assimilation der jüdischen Bevölkerung in den 1920er Jahren. Zum Beleg weist er auf die Teilnahme von Juden am bürgerlichen Vereinswesen hin:

> "In diesen wenigen Jahren bis zur Machtübernahme durch die Nationalsozialisten konnte man von einer völligen Integration der Juden im Oldenburger Münsterland sprechen. Diese Verbundenheit umfaßte alle sozialen Schichtungen und erstreckte sich auf alle Gebiete des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in den Städten und Gemeinden. Ein Beweis für die Integration der Juden in das gesellschaftliche Leben im

---

[776] DWERTMANN, Sportalltag, S. 89; STRICKMANN, Heinz: Hubert Dwertmann: Sportalltag und Dorfkultur am Beispiel Cappeln; Besprechung der Arbeit von Dwertmann, IN: MT vom 29.8. 1992.
[777] DWERTMANN, Sportalltag, S. 88.

> Oldenburger Münsterland war die Mitwirkung in den verschiedenen Vereinen. Es war gelegentlich fast unglaublicher Eifer, mit dem von jüdischer Seite nach der rechtlichen Emanzipation auch die gesellschaftliche Integration angestrebt wurde."[778]

Allerdings gibt Teuber auch zu bedenken, daß es in Südoldenburg wie in anderen Regionen und Territorien bereits vor 1933 zu antisemitischen Aktionen gekommen ist.[779] Südoldenburger Juden gehörten - als verstehe es sich von selbst - der örtlichen Feuerwehr, dem "Obst- und Gartenbauverein", dem "Deutschen Gelehrtenclub", dem "Vaterländischen Frauenverein vom Roten Kreuz" und dem Ballspielverein in Cloppenburg bzw. Vechta an.[780] Die jüdische Bevölkerung Südoldenburgs verteilte sich nach 1918 auf die drei Städte Vechta (19), Cloppenburg (32) und Friesoythe (3).[781] Obwohl die Juden nach dem Ersten Weltkrieg, in den sie auch als Freiwillige gezogen waren, volle Gleichberechtigung genossen, verstärkte sich "in der unruhigen politischen Atmosphäre dieser Jahre auch der rassisch begründete Antisemitismus".[782] So duldeten z. B. der "Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten" und die Deutschnationale Volkspartei keine Juden als Mitglieder in ihren Reihen. Die Juden dominierten in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht einmal in einem wichtigen Wirtschaftszweig, dem Viehhandel: Von den 15 aufgeführten Viehhändlern im Adreßbuch der Stadt aus dem Jahre 1931 sind nur vier Juden.[783] Nach Ermittlungen Teubers wurden 1920 in Cloppenburg 12 jüdi

---

[778] TEUBER, Unterthanen, S. 96.

[779] TEUBER, Juden, S. 112. Dazu zählten Ausschreitungen anläßlich der am Gründonnerstag durchgeführten Prozessionen nach Bethen. Im Anschluß daran warfen jugendliche Teilnehmer vor die Türen der Juden in Cloppenburg und Krapendorf große Mengen von Kieselsteinen. Streitigkeiten gab es auch wegen des Sabbatgebotes, das mit dem Sonntagsgebot der Katholiken kollidierte.

[780] TEUBER, Unterthanen, S. 97-101; GELHAUS, Hubert: Es fehlt nicht viel, und man befindet sich mitten unter ihnen - Besprechung der Ausstellung "Geschichte der Juden in Cloppenburg", IN: MT vom 5.12.1987.

[781] TEUBER, Unterthanen, S. 20; TEUBER, Juden, S. 113.

[782] DENIS, Juden, S. 6. Walter Denis merkt zu diesem Problemkreis an: "Wie sich diese antisemitische Einstellung in Cloppenburg auf das Verhältnis zu den Juden ausgewirkt hat, ist noch nicht erforscht. Möglicherweise hat die für Januar 1924 gemeldete Schändung der Synagoge in Cloppenburg darin ihre Ursache."

[783] DENIS, Walter: Zur Geschichte der Juden in Cloppenburg, IN: VuL 126/1989, S. 4; HINRICHS, Ulrike: "Haut 'se aus unserem Vaterland heraus - Haut 'se beide Beine ab ...", IN: VuL 116/1985, S. 17-19; HINRICHS, Gemeinde, S. 358-362. Nach Auffassung Teubers geriet der Viehhandel "überwiegend in jüdische Hände und war der am stärksten vertretene Erwerbszweig außerhalb der Städte". Nach seinen Ermittlungen stieg die Zahl der jüdischen Viehhändler im Oldenburger Land von 1882 bis 1920 von vier auf 67 an. (TEUBER, Juden, S. 112)

sche Bürger zur Einkommensteuer veranlagt.[784] Das Verhältnis zwischen den Juden und der katholischen Bevölkerung in der Stadt Vechta scheint bis 1933 "ein relativ harmonisches Miteinander" gewesen zu sein.[785]

Im Gegensatz zum herrschenden Eindruck entfaltete sich nach dem Ersten Weltkrieg in der liberalen Verfassung der Weimarer Republik auch im katholischen Milieu Südoldenburgs ein kulturelles Leben, das es vorher in der obrigkeitsstaatlichen Gesellschaft des konstitutionellen Zeitalters nicht gegeben hatte. Diese freie Entfaltung des Kulturlebens, die sich vor allem in einem vielfältigen Vereinswesen abzeichnete, endete jäh mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten.[786] Mit Blick auf die Wahlergebnisse zwischen 1930 und 1933 stellt Werner Teuber aber fest, "daß das NSDAP-Wählerpotential im Oldenburger Münsterland keine Tendenzen für einen antisemitischen Nährboden gebildet hat".[787]

8.4. Entfremdung zwischen katholischer Kirche und moderner Gesellschaft

Kein Geringerer als der Apostolische Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII. (1939 - 1958), erkannte die Zeichen der Zeit und die wachsende Entfremdung zwischen der katholischen Kirche und der modernen Gesellschaft; diese Entwicklung führte er auf den Einfluß des Liberalismus

---

[784] TEUBER, Juden, S. 112. Davon übten fünf den Beruf des Viehhändlers aus, drei waren Kaufleute, zwei Schlachter und zwei Schneider. In Vechta lebten drei Viehhändler und zwei Kaufleute.

[785] SIEVE, Juden, S. 110. Peter Sieve fügt aber nachfragend hinzu: "Zwar kannte man die üblen Vorurteile vom unehrlichen und profitgierigen Juden und die bigotten Vorbehalte gegen die 'Christusmörder' - dennoch waren die ortsansässigen Juden allgemein geachtet und anerkannt. Um so härter muß sie der Umschwung von 1933 getroffen haben." Nach Ermittlungen Sieves zählte die Synagogengemeinde in Vechta Anfang des Jahres 1933 17 Mitglieder, von denen 16 in der Stadt Vechta selbst lebten. (S. 108)

[786] Das "Adreßbuch der Stadt Cloppenburg" aus dem Jahre 1931 verzeichnete in Cloppenburg-Krapendorf 8 Berufsvereine, 5 vaterländische Vereine, 6 Gesangvereine (darunter 3 Kirchenchöre), 6 Turn- und Sportvereine, 4 "gemeinnützigen Zwecken dienende Vereine", 7 landwirtschaftliche Vereine und 3 Bildungsvereine. Unter der protektoralen Leitung eines Präses, der vom örtlichen Klerus gestellt wurde, befanden sich der Arbeiter- und Gesellenverein, der "Kreuzbund" und der "Jünglingsverein". (WINTER, Adreßbuch, S. 124f.; GELHAUS, 1933, S. 51f.)

[787] TEUBER, Juden, S. 114.

zurück.[788] Der internationale Kongreß der katholischen Arbeitervereine in Köln im Jahre 1928 setzte sich für die Rechristianisierung der modernen Welt ein, die der Sozialismus und der Kommunismus "von der Kirche abtrünnig gemacht und in ihre internationalen sozialistischen und kommunistischen Organisationen gezogen" hätten. Dieses Programm sei allerdings ohne die Mitwirkung der Laien nicht zu bewerkstelligen:

> "Diese Wiedereroberungs= und Umgestaltungsarbeit wird nie Erfolg haben ohne die Hilfe der Laien, das heißt jedoch: der Laien, die ganz und gar katholisch sind und aus ihrem Glauben heraus ihr Leben gestalten. [...] Die größte Bedeutung des Standesvereins sehen wir darin, daß er die geeignete Schule für die Heranbildung zielklarer, verantwortungsbewußter, echt christlicher Menschen ist, die nach ihrer Weltanschauung leben und auf allen Gebieten katholischen Einfluß geltend zu machen wissen."[789]

Die Ursache für die Entfremdung sei im Liberalismus zu sehen, "der auf politischem Gebiet stark abgewirtschaftet hat, aber als ökonomisches System noch vorherrscht" und alle Bereiche des öffentlichen Lebens durchdringe. Auch der Katholizismus in der Weimarer Republik litt noch am Gefühl gesellschaftlicher und kultureller Inferiorität, wenn es in Köln hieß:

> "Universitäten, Weltpresse, höhere Schulen, Volksschulen, Kino, Theater, Bankwesen, diese mächtigen Einflußzentren, sind der Mehrzahl nach von einem, wenn nicht antichristlichen, so doch a=christlichen Geiste erfüllt."[790]

Das Motto des 71. Katholikentages in der Ruhrmetropole Essen im Jahre 1932 lautete nicht ohne Grund "Christus in der Großstadt". Es war aus dem katholischen Denken des 19. Jahrhunderts erwachsen und zeigte leitmotivisch die Teilung der Welt in Gut und Böse, in das Reich des Lichtes und das Reich der Finsternis. In einem Gedicht von Ernst Thrasolt unter dem Titel "Christus in der großen Stadt" heißt es unter expressionistischen Anklängen, aber im unverkennbaren katholischen Duktus:

> "Sie sitzen, weinen bleich und krank zu Haus,
> sie schauen, fragen um auf Markt und Gassen,
> und schreien laut nach einem Retter aus,
> und alle sind so arm, so müd, so hungrig und

---

[788] Über den Trierer Prälaten Ludwig Kaas, der bereits seit 1920 als kirchenrechtlicher und politischer Berater von Nuntius Pacelli fungierte und am 8. Dezember 1928 zum Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei gewählt wurde, hatte die Partei direkten und einflußreichen Zugang zum Vatikan. (RUPPERT, Staat, S. 352f.)
[789] OV vom 18.7.1928.
[790] Ebd.

so wund und gottverlassen.
Und du, du kommst wie einst wieder daher
und keiner ruft Dir Miserere zu vom Straßenrand;
du kommst zur Stadt, es kennt Dich keiner mehr,
keiner faßt hilfesuchend mehr an dein Gewand,
[...]
Der geht, Christus, mit dir durch deiner großen Stadt
steinerne Flur,
und der sieht nur, Menschen in ihrer Not,
sieht sie ohne Brot und Gott, ohne Gott und Brot,
sieht nicht in ihnen wildes Tier, nicht wüstes Tier
in Trieb und Gier;
der hört ihre Verzweiflung lachen, schreien, johlen,
fluchen,
sieht sie umher
nur gehn und suchen
wer
von allen, die sich selbst anpreisen mit Geschrei,
der Christus, der Messias sei.
Sieht sie umsonst klopfen an den Asphalt
der Straßen und an Lehrstuhl und hohes Gericht
und an Fabrik und an Kaserne,
sieht sie ausschaun nach altem Zeichen, dem und jenem Sterne:
Sie finden Stern und Haus heut des Messias nicht."[791]

Die tiefe Sehnsucht nach einer Errettung der Welt durch den Geist Christi und die religiöse Beheimatung des Menschen war die katholische Antwort auf die politische und soziale Krise der Moderne am Ausgang der Weimarer Republik. Auf dem Essener Katholikentag im Jahre 1932 fand sie ihren Ausdruck im Gebet der Kinder:

"Heiland der Welt!
Wir Kinder von Essen sind zu dir gekommen.
Dich, unsern Freund, wollen wir heute grüßen,
Dir weihen wir uns.
Dir schenken wir unser Kinderherz.
Für alle Kinder bitten wir dich.

[791] FESTBLATT, Nr. 1, o. S. Ernst Thrasolt (1878 - 1945), Sohn eines saarländischen Bauern und Winzers, war nach der Priesterweihe in Trier (1904) Pfarrer in mehreren Gemeinden, bevor er Geistlicher in einem Berliner Kinderheim wurde. Thrasolts "psalmodierende Gedichte" schwanken zwischen Pessimismus und Gottvertrauen, Leidenschaft und mystischer Naturbetrachtung. Im Ersten Weltkrieg zeigte er Vertrauen auf Gott und das deutsche Heer. Mit der katholischen Zeitschrift "Das Heilige Feuer" (1913) wandte er sich besonders an die Jugend. (KILLY, Literaturlexikon 11, S. 351) Uwe Puschner bezeichnet Ernst Thrasolt als "völkischen Publizisten", der die Wiedergeburt Deutschlands von Volkstum und Heimat abhängig machte. (PUSCHNER, Heimat, S. 25)

Den Frieden gib unserm Vaterland.
Den Frieden gib der ganzen Welt.
Laß Einigkeit und Liebe unter allen Menschen sein.
Wir Kinder tragen dein Banner voran!
Mit deiner Gnade und deinem Segen
zieh mit uns durch unser Kinderland!"[792]

Daraus ergab sich eine deutliche Warnung vor einer selbst im katholischen Milieu grassierenden Haltung des Laizismus. Bei der Papstfeier in Vechta, die anläßlich des 50jährigen Priesterjubiläums von Pius XI. am 27. Oktober 1929 veranstaltet wurde, forderte Domprediger Pater Romanus zum Kampf gegen den Laizismus auf, den er als "Verweltlichung unseres ganzen Staatenlebens" charakterisierte. In seiner Papstrede mahnte er die Katholiken im Münsterland:

> "Die Laien sollen mithelfen, die Christianisierung der Welt ins Auge zu fassen, damit nicht die Verweltlichung der Staaten weitere Fortschritte macht. [...] Wo die Politik den Altar berührt, da ist Papst Pius XI. energisch dagegen aufgetreten, und darum ruft der Papst auch Euch auf, gegen die Verweltlichung der Gesellschaft aufzutreten."[793]

Von Bestand sei in diesen schweren Zeiten, so Pater Romanus in Vechta weiter, nur das hohe Gut des Glaubens, weil es auf Offenbarung beruhe und vom höchsten kirchlichen Lehramt unbeirrbar behütet werde. Sein Fundament sei das Papsttum, das auf göttliche Stiftung zurückgehe:

> "Du bist Petrus, und auf diesem Felsen will ich meine Kirche bauen, und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen."

Pius XI., der im Unterschied zu seinem Vorgänger Leo XIII. weniger auf die Überzeugungskraft rationaler Argumente als auf die Symbolkraft barocker Hoheitsinszenierungen setzte, führte mit der Enzyklika "Quas primas" vom 11. Dezember 1925 das Fest "Christus König" (Christkönigsfest) in den Zyklus des Kirchenjahres ein, um "unseres Heilandes Oberherrschaft" über die Einzelmenschen und die Staaten feierlich zu vergegenwärtigen: "Möchten

---

[792] FESTBLATT, Nr. 1, o. S.

[793] OV vom 30.10.1929. Konkret sprach Pater Romanus in Vechta das umstrittene Ehe- und Abtreibungsrecht an und forderte seine Zuhörer dazu auf: "Verinnerlicht das kath. Leben, lebt nach dem Glauben, haltet die kath. Ehe heilig. Bekämpft die Bestrebungen, die die §§ 218 bis 220 zum Schutze des keimenden Lebens herausreißen will aus der deutschen Gesetzgebung, die die uneheliche Mutter auf dieselbe Stufe stellen wollen, wie die eheliche Mutter, die die Ehescheidung erleichtern wollen. Haltet die katholische Ehe, dieses Kleinod der katholischen Kirche, hoch."

darum die Lenker und Leiter der Nationen sich nicht dagegen sträuben, der Oberherrschaft Christi öffentlich die schuldige Ehrfurcht und Folgsamkeit persönlich zu erweisen und durch ihr Volk erweisen zu lassen ..."[794] Mit diesen Worten beschrieb Pius XI., der sein Pontifikat unter das Motto "Pax Christi in regno Christi" gestellt hatte, den weltanschaulichen Konflikt zwischen den "Omnipotenzansprüchen von integralistischer Kirche" und dem religiös-indifferenten säkularen Staatswesen, der sich im heidnisch-totalitären Staat voll entlud.[795] Das "Christkönigsfest" wurde nach den Worten von Pater Romanus "hier im Münsterlande mit reichem Flaggenschmuck" gefeiert. In diesem Sinne schloß er in Vechta seine Papstrede mit dem "Appell an die Gläubigen, dem Führer Pius XI. zu folgen".[796] Christus, der König, wurde zum eschatologischen Hoffnungsträger und zur heroischen Symbolfigur für die Herrschaft des Gottessohnes über Kirche und Welt. Das sollte erst recht im "Dritten Reich" gelten, als Christus, der Weltenherrscher, der alleinige Adressat von katholischen Treue- und Gehorsamsgelöbnissen war. Er stand für die kirchliche Heilsgeschichte und konnte Verehrung und Hingabe für sich beanspruchen, während der weltlichen Obrigkeit nur der Gehorsam aufgrund ihrer politischen Macht blieb.[797] Sie war 'nur' von dieser Welt.

Geistiger Hintergrund des katholischen Vereins- und Gemeindelebens blieb auch nach dem Zusammenbruch des Jahres 1918 ein katholischer Jenseitsglaube, der am Jüngsten Gericht festhielt und dem rein irdischen Glück des Menschen als Ausdruck einer völlig diesseitsbezogenen Einstellung zur Welt feindlich gegenüberstand. In einem katholischen Katechismus für die Diözese Münster waren im Jahre 1925 folgende Glaubenssätze zu lesen:

---

[794] Zit. b. GROßE KRACHT, Kirche, S. 187f. In der Enzyklika "Ubi arcano" vom 23. Dezember 1922 hatte es dazu bereits geheißen: "Christus herrscht im Staate, wenn in ihm Gottes Oberhoheit in höchsten Ehren steht, wenn er von Gott Ursprung und Inhalt seiner Autorität ableitet, so daß die Norm des Befehlens und Pflicht und Würde des Gehorsams gesichert sind."

[795] Nach Auffassung von Hermann-Josef Große Kracht trafen mit dem Siegeszug Mussolinis, der 1922 in Italien an die Macht gekommen war und aufgrund der Anerkennung des Katholizismus als privilegierte Religion und seiner feindlichen Haltung gegenüber Kommunismus, Sozialismus und Liberalismus in der Kurie durchaus Sympathien gefunden hatte, nun "zwei integrale Herrschafts- und Ordnungsmodelle, das katholische und das faschistische, unversöhnlich" aufeinander. Dieser Konflikt, der auch das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland maßgeblich bestimmte, endete im 20. Jahrhundert "mit einer allmählichen Rücknahme der machtpolitisch ohnehin nicht mehr durchsetzbaren kirchlichen Suprematieansprüche". (GROßE KRACHT, Kirche, S. 188)

[796] OV vom 30.10.1929.

[797] FREITAG, Führermythos, S. 47.

"Wohin kommt die Seele sofort nach dem Tode des Menschen?
Sofort nach dem Tode kommt die Seele vor Gottes Gericht; dort muß sie Rechenschaft geben über alle Gedanken, Worte und Werke und über die Unterlassung des Guten.
Wie werden die Leiber der Auferstandenen beschaffen sein?
Die Leiber der Bösen werden häßlich, die Leiber der Guten aber herrlich und dem verklärten Leibe Christi ähnlich sein.
Wie wird das Urteil des göttlichen Richters lauten?
Zu den Guten wird der göttliche Richter sprechen: 'Kommet, ihr Gesegneten meines Vaters! Nehmet in Besitz das Reich, das euch bereitet ist seit Erschaffung der Welt!' Zu den Bösen aber: 'Weichet von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das dem Teufel und seinen Engeln bereitet ist!' (Matth. 25, 34.41.)
Wem wird der Himmel zuteil?
Der Himmel wird jedem Menschen zuteil, der in der Gnade Gottes gestorben ist und von allen Sündenstrafen frei ist.
Wer kommt in die Hölle?
In die Hölle kommen alle, die im Zustande der Todsünde sterben.
Welche Qualen leiden die Verdammten in der Hölle?
Die Verdammten in der Hölle leiden mehr als ein Mensch sagen kann:
1. sie können Gott niemals schauen und sind auf ewig von ihm verstoßen;
2. sie leiden die Qualen des Feuers, werden immerfort von ihrem bösen Gewissen gepeinigt und wohnen in der Gesellschaft der Teufel.
Tod, Gericht, Himmel und Hölle heißen 'die vier letzten Dinge'. Amen."

Im Geleitwort zum Katechismus vom 25. Januar 1925, das von Bischof Johannes Poggenburg verfaßt und als eine oberhirtliche Unterweisung an die Schuljugend adressiert war, hieß es zur väterlichen Mahnung und Wegweisung:

"Liebe Kinder! Euer Bischof, den Gott aufgestellt hat als Lehrer der himmlischen Wahrheit, gibt euch dieses Büchlein in die Hände. In ihm findet ihr alle die heiligen Lehren kurz beisammen, die unsere heilige katholische Kirche euch in Gottes Auftrag und Namen zu verkünden hat.
Darum achtet es hoch, lernt fleißig daraus und merket gut auf, wenn euere Religionslehrer es euch erklären!
Kein anderes euerer Schulbücher ist so wertvoll und wichtig wie dieses kleine Buch; es lehrt euch ja die erhabensten und notwendigsten Wahrheiten; es zeigt euch den Weg zu euerem wahren Glück, zur Himmelherrlichkeit.
Dieses Büchlein soll euch daher nicht nur ein Schulbuch sein, sondern ein Lebensbuch werden, ein Führer und Wegweiser für euere ganze Erdenwanderschaft."[798]

[798] Münster, Katechismus, S. 32-35: in Auszügen. Diese Glaubensregeln galten offensichtlich auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg. Auszugsweise und fast wörtlich übernommen wurden sie im "Kleinen Katholischen Katechismus für das Bistum Münster" aus dem Jahre 1954, der in der Ära von Bischof Michael Keller herausgegeben wurde. Die Kontinuität in der katholischen Orthodoxie wird dadurch besonders unterstrichen, daß der "Kleine Katholische Katechismus" des Jahres 1954 mit einem Geleit von Bischof Johannes vom 1. Januar 1929 erschien. Es liegt der Schluß nahe, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die Ausgabe von 1929 einfach übernommen

Ein Blick in die katholische Glaubenslehre dieser Zeit vermittelt den Eindruck, als habe die katholische Kirche in Deutschland den historischen Zusammenbruch von 1918/19 überstanden. Die Dogmatik hatte sich nicht verändert: Sie beruhte auf der Lehre von der Erbsünde, von der die Seele des Kindes nur im Sakrament der Taufe reingewaschen werden konnte, war auf das Jenseits, den Himmel, als das eigentliche Ziel des irdischen Lebenswandels ausgerichtet und machte das Seelenheil des Menschen weiterhin von der sakramentalen Vermittlungsfunktion der katholischen Kirche abhängig, die absolut unverzichtbar war: Sie war die allein seligmachende Kirche, ohne sie gab es keinen Weg zum Heil. Die Hölle war der Ort ewiger Verdammnis, die den Christen erwartete, der im Stande der Todsünde starb. Angst und Schrecken konnten von dieser Lehre, die eine Lehre der Erlösung war, ausgehen. Sie beschränkte sich nicht nur auf das religiöse Leben des gläubigen Katholiken, sondern erhob nach bewährter scholastischer Tradition auch den Anspruch, Sein und Geschichte des Menschen universal zu deuten und ihren Weisungen zu unterwerfen. Damit waren die Widersprüche zwischen Kirche und Staat, Glauben und Wissen, Leib und Seele, Tradition und Fortschritt vorprogrammiert, die die Geschichte des politischen Katholizismus nachhaltig prägten. Der Kampf um die Seele des Menschen war auch ein Kampf um die Herrschaft über den Menschen. Die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg seit 1803 ist ein anschauliches Beispiel dafür. Was lag angesichts der vielfältigen Gefahren für Glauben und Kirche näher, als sich vor ihnen zu schützen und sich gegen sie zu wappnen. Im Kampf zwischen Gott und Teufel, Leib und Seele ging viel an Freiheit verloren.

8.4.1. Moralischer Deichbau gegen die Moderne: "Gegen einen verheerenden Strom wirft man Dämme auf."

Die Fuldaer Bischofskonferenz im Januar 1925 sah sich in einer Zeit, die sich zusehends von den traditionellen Autoritäten in Kirche, Staat und Gesellschaft distanzierte, veranlaßt, strikte Trennungslinien zwischen der katholischen Lebenswelt und der sie umgebenden "heidnischen Moderne" zu ziehen. Sie verabschiedete "Katholische Leitsätze und Weisungen zu ver

---

wurde. Genehmigt für den Gebrauch in Schulen wurde der "Kleine Katechismus" durch das Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen am 21. Januar 1952. (Münster, Katholischer Katechismus)

schiedenen modernen Sittlichkeitsfragen", die vom Kölner Kardinal Erzbischof Karl Joseph Schulte mit initiiert worden waren, und veröffentlichte sie in einem gemeinsamen Hirtenbrief. Sie sollten darauf aufmerksam machen, "daß die bedeutsamsten Erscheinungsformen der in unseren 'Leitsätzen und Weisungen' verurteilten einseitigen Körperkultur in unlösbarem Zusammenhang mit philosophierenden bzw. weltanschaulichen Theorien stehen, und daß man solche Erscheinungsformen nicht hinnehmen kann, ohne zugleich den hinter ihnen stehenden Grundsätzen zum Siege zu verhelfen, die nicht nur zur erprobten christlichen Sitte, sondern auch zum christlichen Glauben überhaupt in unüberbrückbarem Gegensatz sich befinden". Schulte war der Auffassung, daß "noch viel Aufklärungsarbeit in unseren katholischen führenden Kreisen not tun" werde.[799]

Die "Katholischen Leitsätze und Weisungen" appellierten in erster Linie an die Leiter von katholischen Jugendvereinen, die sich der "schweren Verantwortung vor Gott, die die Behütung von Schamhaftigkeit und Sittlichkeit ihnen auferlegt, in einer Zeit sittlichen Verfalls wie heute besonders bewußt sein" sollten. Im einzelnen schrieben die Leitsätze folgende praktische Regeln für die katholische Jugendarbeit vor:

> das Turnen getrennt nach Geschlechtern, Trennung der Geschlechter beim Baden und Schwimmen;
> ein Eintrittsverbot für rhythmische Schulen, die in ihren "Grundsätzen auf pantheistische, materalistische oder rein ästhetisierende Ideen" zurückgehen;
> die Ablehnung der modernen Tänze, Ausschweifungen und Schlemmereien jeglicher Art, die "die Sittsamkeit und Schamhaftigkeit bedrohen";
> die Bekämpfung der "modernen Schmutzliteratur, die auf Verhöhnung der christlichen Moral, auf die Entwürdigung der Frau und auf die Verführung der Jugend direkt oder indirekt hinwirkt", und von "sittlich anstößigen Darbietungen in Kino und Theater";
> die Bekämpfung der "gegenwärtig herrschenden Modeunsitten mit ihrer tendenziösen Entblößung oder Herausstellung des Körpers", die einer "zynischen heidnischen Lebensauffassung ihren Ursprung" verdankt;

---

[799] GALEN, Laizismus, S. 58-64: Text der Fuldaer Erklärung sowie das Begleitschreiben Schultes, auch zum folg. Clemens August Graf von Galen identifizierte sich mit den "Katholischen Leitsätzen und Weisungen" und der Position Schultes und veröffentlichte den Text der Fuldaer Erklärung und das Begleitschreiben des Kölner Kardinals im Anhang seiner 1932 erschienenen Kampfschrift "Die ‘Pest des Laizismus’ und ihre Erscheinungsformen. Erwägungen und Besorgnisse eines Seelsorgers über die religiös=sittliche Lage der deutschen Katholiken". Die negative sittliche Bestandsaufnahme der Fuldaer Bischofskonferenz hatte für Galen über das Jahr 1925 hinaus Gültigkeit. Zu Clemens August Graf von Galen, Bischof von Münster, vgl. Kap. 3.2. im vierten Band der Arbeit: Kirchenpolitische Grundlagen im Offizialatsbezirk Oldenburg.

die Beaufsichtigung der "heranwachsenden Töchter und Söhne bei Geselligkeiten, besonders bei Tanzkursen oder bei sich anbahnenden Bekanntschaften";
die Wahrnehmung der katholischen Belange durch die katholischen Mitglieder der Volksvertretungen und die katholische Presse.

Die Ursache für den sittlichen Verfall sahen die katholischen Bischöfe in der Leugnung der Erbsünde, die die Harmonie zwischen Leib und Seele im Menschen zerstört habe; wie die Seele sei auch der Leib von Gott geschaffen und heilig. Moderne, aus der europäischen Aufklärung fließende Bestrebungen, "die offen oder versteckt sich auf den Standpunkt stellen, diese Harmonie sei bereits von Haus aus im Menschen vorhanden, leugnen die Erbsünde, sind also mit der Lehre der katholischen Kirche unvereinbar". Aus diesen religiösen Grundannahmen ergab sich für die Bischöfe eine zwingende kulturpolitische Konsequenz:

"Heidentum und Christentum stehen sich hier in ihren Anschauungen über das Verhältnis von Leib und Seele unversöhnlich gegenüber."

Weil die Harmonie zwischen Leib und Seele als Folge der Erbsünde zerstört sei und im Menschen deshalb eine "Neigung zur bösen Lust" ruhe, "die durch Sittengesetz und Gewissen gezogene Schranken als lästige Fesseln zu durchbrechen pflegt", sei es Aufgabe des Menschen, "in lebenslänglichem sittlichen Kampfe [...] mit Hilfe der göttlichen Gnade über diese Neigung Herr zu werden und jene Harmonie wiederzuerstreben".

Die "Katholischen Leitsätze und Weisungen" faßten mit höchster Autorität zusammen, was die katholische Kirche in der Weimarer Republik der modernen und politischen Gegenwart von Anfang an entgegensetzte. Der Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, der 1913 auf dem Höhepunkt des deutschen Nationalismus in der Wilhelminischen Ära sein Amt übernommen hatte, war ein beredter Zeuge für eine katholische Grundhaltung, die ihre unverrückbaren Grundsätze tief aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts schöpfte. Sein Fastenhirtenbrief im Jahre 1919 enthielt eine eindringliche Warnung an die Katholiken, sich modernen Lebensäußerungen des säkularen gottesfernen Zeitgeistes zu enthalten. Aus wohlverstandener pastoraler Sorge verurteilte Johannes Poggenburg die geistige Diesseitskultur im modernen Materialismus, der nach dem Ersten Weltkrieg auch in Deutschland triumphiere:

"Gegen einen verheerenden Strom wirft man Dämme auf. In einer Flut glaubens- und kirchenfeindlicher Zeitungen und Schriften naht sich Euch der Feind, sucht bis in die

> kleinsten Dörfer zu dringen, um seine Grundsätze in allen Schichten der Bevölkerung zu verbreiten. Wehret den Feind ab! Als Bischof Eurer Seelen warne ich Euch vor schlechter Lektüre. Wenn Ihr Euren Glauben und Eure Kirche liebt, dann muß es Eure Ehrensache, eine Pflicht der Selbstachtung sein, die kirchen- und glaubensfeindliche Presse nicht mit Geld zu unterstützen, nicht zu lesen. [...]
> Die Feinde der Kirche treten heute so offen und entschieden auf; sie bekennen und verbreiten in Wort und Schrift und Beispiel den Unglauben, leugnen offen das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit der Seele, die Vergeltung im Jenseits."[800]

Welche ideologischen Differenzen die katholische Kirche vom politischen Hauptvertreter des Materialismus, der deutschen Sozialdemokratie, trennten und eine politische Zusammenarbeit unerträglich belasteten, geht aus einem Schriftwechsel zwischen dem Bischof von Münster und dem Bischöflichen Offizial in Vechta hervor. Während der parlamentarischen Beratung des Kirchensteuergesetzes warf der Bischof von Münster, Johannes Poggenburg, in einer an den Bischöflichen Offizial in Vechta adressierten Stellungnahme vom 4. März 1924 die Frage auf, "ob jeder Sozialdemokrat als solcher vom Wahlrecht bzw. vom Kirchenvorstand ausgeschlossen sei". Zur Beantwortung dieser kritischen Frage überließ Johannes Poggenburg dem Offizial "zur vertraulichen Kenntnisnahme" ein Schreiben des Breslauer Kardinals Bertram "mit dem Anheimgeben, eintretendenfalls in gleichem Sinne Stellung zu nehmen".[801] Das ausführliche Schreiben Bertrams ging auf die Anfrage eines Ministerialbeamten zurück, der den Kardinal "um gefällige Aeusserung" gebeten hatte, was er in einem solchen Falle "nach kirchlicher Auffassung antworten" müsse, "ohne das Gesetz zu gefährden". Nach einer ersten ausweichenden Antwort fand sich Bertram schließlich zu einer grundsätzlichen Stellungnahme bereit und führte dazu umfassend aus:

> "Es handelt sich bei der Sozialdemokratie nicht um eine rein weltliche, rein politische Weltanschauungsfrage oder Partei, sondern um eine direkte Leugnung und Bekämpfung der gesamten übernatürlichen Ordnung, der Göttlichkeit, der Stiftung der katholischen Kirche, der Grundfragen der sittlichen Ordnung und wichtigsten religiösen Einrichtungen. Die vom Episkopate gegen die Sozialdemokratie erlassenen Hirtenbriefe und die Verurteilung seitens der höchsten kirchlichen Autorität ist Ihnen bekannt. Würde der Episkopat rundweg den bewussten Anhängern dieser Richtung den Sitz im

[800] OV vom 5.3.1919: Fastenhirtenbrief von Bischof Johannes Poggenburg, Münster, vom 12.2.1919.
[801] Offizialats-Archiv A - 8 - 29: Schreiben des Bischofs von Münster an den Bischöflichen Offizial in Vechta vom 4.3.1924.

> Kirchenvorstande zuerkennen, so würden die aus solcher Zuerkennung gezogenen Folgerungen nicht nur verwirrend, sondern grundstürzend sein."[802]

Bertram lehnte auch im Einzelfalle eine Entscheidung zugunsten der Sozialdemokratie "aus zeitweiligen Opportunitätsrücksichten" ab, weil diese "vom Volke als ein Aufgeben ihrer [= der Kirche] Prinzipien" gedeutet werden könnte. Denn es galt nach seiner Auffassung keinen Unterschied zu machen, "ob zeitweilig ein wenig urteilsfähiger Mitläufer der Sozialdemokratie oder der Anhänger einer milden Richtung in pastoraler Hinsicht weniger scharf zu behandeln ist". Bertram schloß mit einer unentschiedenen pastoralen Bemerkung, die die fundamentalen Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und dem Katholizismus deutlich herausstellte:

> "Ich lehne im Bewusstsein der absoluten Notwendigkeit voller Klarheit in prinzipiellen Fragen Zustimmung ab zu der grundsätzlichen Aufstellung: ein Sozialdemokrat kann nicht deshalb, weil er das ist, ausgeschlossen werden."[803]

Die Verurteilung der Sozialdemokratie wurde von Bertram, einem der führenden Repräsentanten des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, weniger aus politischen denn aus religiös-sittlichen Motiven "in pastoraler Hinsicht" vorgenommen und nahm darin unter umgekehrten politischen Vorzeichen bemerkenswerte strukturelle Analogien zur Verurteilung des Nationalsozialismus zwischen 1930 und 1933 vorweg. Das macht die beklemmende Situation des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik zwischen der politischen Linken und der politischen Rechten deutlich und erklärt die Einschränkung seiner politischen Handlungsfähigkeit vor allem in der kritischen Phase am Ende der Weimarer Republik, als keine politische Theorie und demokratische Tradition zur Verfügung stand, um die konfessionelle Verengung zu überwinden und zu einem politischen Brückenschlag beizutragen. Die nationale Sammlungsbewegung, die vom Zentrum

---

[802] Offizialats-Archiv A - 8 - 29. Aus dem Schreiben geht keine exakte Datierung hervor. In der ersten Antwort des Kardinals hatte es noch geheißen: "Zu der Frage, ob jeder Sozialdemokrat vom Wahlrechte bzw. vom Kirchenvorstande ausgeschlossen sein soll, kann nicht gut vorher Stellung genommen werden. Die gleiche Frage könnte sonst erhoben werden bezüglich Kommunisten, bzw. Freimaurern auch bez. Frauen, die in Mischehe die katholische Kindererziehung nicht durchsetzen usw. Das gäbe eine Casuistik, auf die wir uns nicht einlassen können. Die Erklärung, dass alle Sozialdemokraten oder besondere Gruppen der Partei Mitglieder des Kirchenvorstandes werden können, kann unmöglich ein Bischof abgeben. In der parlamentarischen Beratung würde es wohl genügen, auf die Untunlichkeit solcher detaillierten kasuistischen Fragen aus dem im Vorstehenden angedeuteten Grunde hinzuweisen."

[803] Offizialats-Archiv A - 8 - 29.

initiiert wurde, erschien aufgrund des tiefen Zwiespalts zwischen dem Katholizismus und dem Sozialismus bzw. Liberalismus als ein politisches Manöver, das angesichts der ideologischen Gräben über das katholische Lager hinaus kaum Glaubwürdigkeit erlangen konnte.

Die katholische Abwehrhaltung galt neben dem Liberalismus und dem Sozialismus vor allem auch dem diesseitsbezogenen Hedonismus, der der gottlosen Welt des geistigen Materialismus zugerechnet wurde. Universitätsprofessor Georg Schreiber aus der Bischofsstadt Münster, ein prominenter Zentrumspolitiker, deutete im September 1920 auf dem Cloppenburger Marktplatz anläßlich des Ersten Oldenburger Katholikentages den tiefen Gegensatz zwischen dem katholischen Glauben und dem Materialismus, der jede religiöse Transzendenz des Menschen leugne und sich in einer deterministischen amoralischen Diesseitskultur erschöpfe, als Krankheit, die Staat und Volk befallen habe:

> "Die zweite Krankheit unserer Tage, mit der uns ebenfalls nicht geholfen werden kann, ist der Materialismus, der nur Stoff und Kraft gelten läßt, den Geist aber ausschaltet und den freien Willen nebst sittlich freier Tat leugnet. Dann wären wir Menschen ja schlimmer daran als das Tier, das blind seinem Naturtrieb folgt, während wir den lähmenden Zwang, der auf uns lastet, kennen. Grauenhaft sind die Folgen des Materialismus gerade in unserer Zeit, wo Millionen nur dem Sinnengenuß leben, Ehe und Familie zertrümmert sind. Ja, der Materialismus führt uns niederwärts in Nacht und Grauen."[804]

Eine Tagung katholischer Jugendvereine am 4. September 1921 in Hude warnte die jungen Menschen vor den moralischen Gefahren der modernen Kultur. Pater Laurentius Siemer, Rektor der Füchteler Missionsschule in Vechta, hielt auf dieser Tagung ein Referat über die Bedeutung der katholischen Jugendvereine. Die Vechtaer OV, die sich nach eigenem Bekunden bemühte, "auch nur annähernd die Worte des gefeierten Redners wiederzugeben", notierte aus der denkwürdigen Rede Siemers jene Passagen, die sich auf die moderne Sinnenkultur bezogen:

> "Das Streben des Jünglings ist auf Freiheit und Freude gerichtet. In der Brust des Jünglings sucht aber ein böser Feind nach Beute, das ist die eigene böse Lust. Sie umkettet die Freiheit. Zerreißt diese Kette, nehmet den Kampf auf mit der bösen Lust, die sich mit dem Alkohol verbrüdert hat. [...] Suchet die Freude in der Reinheit des Gewissens, in Gottes herrlicher Natur, in der Familie und im katholischen Jugendverein. [...] Der deutsche Jüngling arbeitet, nur Arbeit kann uns retten. Der deutsche Jüngling de

[804] OTTENJANN, Festbuch, S. 67f.

> monstriert nicht, er liebt sein Vaterland. Der aber liebt nicht sein Vaterland, der meuchlings die Pistole erhebt. - Im kath. Jugendverein sind Geistes= und Handarbeiter gleich geachtet. Ob Fabrikarbeiter oder Kaufmann, ob Handwerker oder Student, alle müssen dem Jugendverein angehören, denn alle sind Arbeiter im Weinberge Gottes. Nicht als Stand müssen wir uns betrachten, nein, wir müssen alle beseelt sein von einem echten Gemeinschaftsgeist. Als Deutsche, als Menschen müssen wir uns betrachten. [...] Das Höchste im Jugendverein ist die Religion. In ihm weht religiöse Lust. [...] Unter euch weilt der geistliche Präses. Glücklich die Jugend, die einen solchen Schutz genießt."[805]

Die Worte von Laurentius Siemer entwerfen idealtypisch ein katholisches Jugendprogramm, das neben den bekannten konfessionellen Grundsätzen auch irrationale Momente enthielt, die politisch leicht gelenkt und mißbraucht werden konnten. Latent schürten sie auch antidemokratische Stimmungen und forderten die Jugendlichen auf, dem katholischen Milieu treu zu bleiben und sich der kulturellen Fremde zu verschließen. Der katholische Lehrerverein, der in der Weimarer Republik zu den einflußreichsten Standesvertretungen Südoldenburgs zählte, zog in der Debatte über die Anwendung der Arbeitsschule im Religionsunterricht auf der Generalversammlung am 30. September 1929 in der Cloppenburger "Walhalla" eine scharfe konfessionelle Trennungslinie. Für den Vechtaer Pädagogen Dr. Zumegen hatte die pädagogische Absicht der religiösen Arbeitsschulidee, "Selbstdenken und Selbsttun" methodisch miteinander zu verknüpfen, in der katholischen Bekenntnisschule Grenzen, die sich aus dem Wesen der christlichen Offenbarungsreligion ergaben:

> "Nach den verschiedenen Konfessionen wird sich also die Auswertung einstellen müssen. Die katholische Religion ist Offenbarungsreligion. Pflicht eines jeden ist das gläubige Hinnehmen der Wahrheit um der Autorität willen. Daher müssen wir als katholische Pädagogen unter Bejahung guter Seiten der freien Selbsttätigkeit ein doppeltes Nein entgegensetzen. Ausgeschlossen ist ein freigewähltes Ziel (ob die Wahrheit angenommen werden soll oder nicht), ausgeschlossen ist ferner das Selbstfinden der Wahrheit, weil es sich ja zum Teil um Mysterien handelt. [...] Die Bischöfe stellen als erste Bedingung die Beibehaltung des religiösen Offenbarungsgutes."[806]

Einen Erziehungsauftrag, der emanzipatorisch angelegt war, konnte die konfessionelle Schule im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik nicht akzeptieren oder dulden, weil sie die Bestre

---

[805] Chronik, St. Joseph, S. 124f. Zu Laurentius Siemer vgl. Kap. 4.6.1. im vierten Band der Arbeit: Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel.

[806] OV vom 3.10.1929. Vorsitzender des Katholischen Lehrervereins war der Cloppenburger Rektor Lange.

bungen der katholischen Hierarchie, die überlieferten Grundanschauungen der katholischen Orthodoxie und die Zielvorstellungen katholischer Sozialisation völlig konterkarierten. Vorstellungen religiöser Emanzipation waren mit der herrschenden katholischen Lehr- und Amtstradition nicht zu vereinbaren. Erst das Zweite Vatikanische Konzil (1962 - 1965) leitete mit der Pastoralkonstitution über den Wert der Religionsfreiheit einen Sinneswandel ein, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. So weit ist der Weg des römischen Katholizismus in die moderne Gegenwart des westeuropäischen 20. Jahrhunderts.

8.4.2. Der Kampf um die gefährdete Jugend auf dem Lande: "Kriege und Revolutionen zerbrechen die Schutzdämme christlicher Sitte."

Nach der Jahrhundertwende, in einer Zeit relativen Wirtschaftsaufschwungs, hatten sich im katholischen Milieu Südoldenburgs bereits Auflösungstendenzen bemerkbar gemacht, die an den Strukturen des katholischen Vereinswesens rüttelten. Die neuen Herausforderungen erwuchsen zwar aus den sozialen Erfahrungen der Vorkriegszeit, wurden aber durch den Krieg und den Kriegsausgang potenziert. Nicht nur klerikale, sondern auch pädagogische Kreise sorgten sich um die sittliche und moralische Verfassung der Jugend, die durch den Krieg sehr gelitten habe. Noch vor dem Ende des Krieges widmete die Katholische Schulzeitung einen mehrere Seiten umfassenden Beitrag unter dem Titel "Die Verwilderung der Schuljugend im Weltkriege; ihre Gründe und ihre Bekämpfung" den Licht- und Schattenseiten des Krieges:

> "Der Krieg ist der wirksamste Lehrmeister. Er lehrt so eindringlich, anschaulich und überzeugend, wie kein Erzieher sonst zu anderer Zeit es vermag, die opferwillige Vaterlandsliebe, die todesmutige Pflichttreue. Er stellt uns Vorbilder deutschen Heldentums vor Augen, und nicht zuletzt zeigt er uns die Notwendigkeit und den Wert eines jeden wirtschaftlichen Standes. Neben den Lichtseiten zeigen sich aber auch immer mehr und mehr die Schattenseiten des Weltkrieges. Zu den hemmenden Einflüssen desselben auf die Schule gehört an erster Stelle die Verwilderung der Schuljugend, die mit der langen Dauer des Weltbrandes immer stärker auftritt."

Erschreckende Zeichen der "Verwilderung der Schuljugend", die sich nicht auf die Städte beschränke, seien "Frechheiten gegen Erwachsene", Diebstähle und Einbrüche und eine Vernachlässigung des Kirchenbesuchs. Eine Ursache für "die Verwahrlosung der Jugend" stelle die "unzulängliche Obhut" durch die Abwesenheit des Vaters dar, an zweiter Stelle stehe der gestörte oder

gekürzte Unterrichtsbesuch, der notwendigerweise "eine Verweichlichung der Schulzucht" zur Folge habe. Die Katholische Schulzeitung warnte angesichts dieser Zustände eindringlich vor den Einflüssen moderner Ideologien auf die Jugend und betonte die Bedeutung eines christlichen "Moralsystems" für die katholische Schule überhaupt:

> "Weder den Relativismus des Franzosen Comte noch den Empirismus können wir brauchen, weder den Autonomismus, den selbstherrlichen, noch den bequemen Heteronomismus. Wir entscheiden uns für den ethischen Realismus. Das Sittengesetz ist dem Gewissen eingegraben, aber dies natürliche Gesetz ist durch das Gesetz Gottes zu ergänzen, da das Gewissen irren kann."[807]

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Eintritt in die Weimarer Republik standen der katholischen Lehrerschaft wieder die nationalen pädagogischen Ziele vor Augen, die sie auch vor dem Kriege vertreten hatte. Im Sinne einer 'Opfer-Pädagogik', die im Krieg ihren größten Lehrmeister gefunden hatte, rief die Katholische Schulzeitung ihre Leser im Frühjahr 1919 auf, die Hoffnung nicht zu verlieren:

> "Wir wollen unsere Kinder die Größe des deutschen Opfers recht erkennen lassen, das verschwiegene Dulden der Verwundeten und Sterbenden, der mißhandelten Gefangenen im fernen Lande, alle Tapferkeit und Treue bis in den Tod, Schmerzen, zu groß für Tränen, Begeisterung, stärker als alle Not. Stilles Märtyrertum, heiligster Opfermut schlugen hoch zum Himmel. Dieses alte und wahre Deutschland soll uns kein Feind von innen und außen rauben."[808]

Die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins in Cloppenburg am 1. Oktober 1924 beschäftigte sich mit der Anstellung von Lehrerinnen, der sog. "Lehrerinnenfrage", und behandelte in diesem Zusammenhang auch Probleme der Schulzucht. Der Vorstand des Lehrervereins wies das Argument zurück, Lehrerinnen "könnten die Disziplin in der Schule ebenso gut aufrecht erhalten wie der Lehrer", und verwies auf die zurückliegende Kriegszeit:

---

[807] Katholische Schulzeitung Jg. 10, Nr. 10, 1.10.1918, S. 59ff. Es handelte sich um den Bericht über einen Vortrag, den Dr. Göttler in einem Kurs des "Vereins für christliche Erziehungswissenschaft" in Köln über die Bedeutung der Ethik in der christlichen Erziehung gehalten hatte. Der Bericht schloß mit den Worten: "Das ist es, was wir Katholiken fordern, und dadurch fördern wir nicht nur das Heil des jungen Menschen, sondern auch das Wohl des Staates, der Kirche und der menschlichen Gesellschaft."

[808] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 3, 1.3.1919, S. 18: Unsere Jugend - unsere Hoffnung.

"Die Kriegszeit hat **nicht** bewiesen, daß Lehrerinnen in der Kriegszeit überall Disziplin halten konnten. Weil eben die kräftige Hand des Vaters und Lehrers fehlte, entstand eine zuchtlose Jugend."[809]

Neben anderen pädagogischen Maßnahmen, "der weiteren Verwahrlosung der Schuljugend entgegen zu steuern", sei auch "ein gediegener Religionsunterricht" ein wirksames erzieherisches Mittel. In ihm würden die katholischen Glaubens- und Sittenlehren nicht nur erklärt, sondern auch "mit inniger Wärme und Selbstüberzeugung die Schönheit derjenigen Tugenden" vorgestellt, "welche durch die jetzige Zeit in den Staub getreten werden: Keuschheit, Wahrhaftigkeit und Redlichkeit."[810] Noch sechs Jahre nach dem Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung propagierte der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches den Wiederaufbau Deutschlands im Geiste der Vorkriegszeit. In seinem Aufruf zum 21. Verbandstag 1925 in Frankfurt am Main, dem ersten Verbandstag seit dem Jahre 1914, betrachtete er es als Aufgabe der katholischen Lehrer, die "Jugend zu gottesfürchtigen, deutschen Menschen zu erziehen und dadurch mitzuarbeiten an Deutschlands Auferstehung". Der Katholische Lehrerverband wandte sich energisch gegen moderne Bestrebungen, die "eine Kultur ohne Gott" und "ein neues Leben in vollausgeschöpftem Diesseitsgenuß" zum Ziele hätten: "Eine Erziehung zum Vollmenschentum ohne jegliche Jenseitshoffnung ist das neue Ideal." Davon distanzierte sich der Katholische Lehrerverband, dem auch der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg angeschlossen war, in eindeutiger Weise und bekannte sich mit den Worten "Der alte Geist lebt noch im Ka

[809] Katholische Schulzeitung Jg. 16, Nr. 10, 1.10.1924, S. 60. Fragen der Schulzucht wurden auf dieser Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins im Rahmen der Debatte über einen vom Ministerium vorgelegten Referentenentwurf zur Änderung des Schulgesetzes aus dem Jahre 1910 aufgeworfen. Nach diesem Entwurf sollte die Anstellung von Lehrerinnen im Schuldienst verbessert und der § 76 des geltenden Schulgesetzes aufgehoben werden. Der § 76 enthielt eine Reihe von Benachteiligungen für Lehrerinnen an den Volksschulen: Der Unterricht von Lehrerinnen in Mädchenklassen und gemischten Klassen war auf die ersten vier Jahrgänge beschränkt, in den mittleren und höheren Klassen konnten Lehrerinnen nur in einzelnen Fächern unterrichten, die Stelle eines Hauptlehrers konnte nur an Mädchenschulen mit einer Lehrerin besetzt werden. (GESETZBLATT, 37. Bd., S. 438-440: Von den Lehrerinnen an den Volksschulen)

[810] Katholische Schulzeitung Jg. 10, Nr. 10, 1.10.1918, S. 59-63. Die Schulzeitung erläuterte den Erziehungsauftrag des Religionsunterrichts mit den Worten: "In sexueller Hinsicht muß der natürliche Wächter der geschlechtlichen Sittlichkeit, das Scham= und Ehrgefühl gepflegt werden. Vor allen Dingen muß der Wille des Kindes gefestigt werden durch eine tiefe Ehrfurcht vor den Geboten Gottes und durch den Gedanken an die Verantwortung, die es vor Gott und den Menschen hat, sowie durch die stärkenden Gnadenmittel, Gebet und Sakramente." (S. 62)

tholischen Lehrerverbande" weiterhin zu den traditionellen Grundsätzen katholischer Erziehung:

> "Auch der Katholische Lehrerverband, fest verankert im katholischen Kultur= und Lebensideal, ersehnt Erneuerung, die Erneuerung aller in Christo auf dem Boden seiner heiligen Kirche. Staaten stürzten, Christi Kirche steht. Die Größe ihrer Weltanschauung der Jugend ins Herz senken, auf daß diese durch wahres katholisches Menschentum, durch das Christentum der Tat, Zeugnis ablege für die ewige Wahrheit und Schönheit der göttlichen Heilsanstalt, das ist das neue und doch so altbewährte Erziehungsideal, das wir hochhalten. [...]
> Kriege und Revolutionen zerbrechen die Schutzdämme christlicher Sitte. Der neue 'Lebensstil' zeigt erschreckende Formen heidnischer Schamlosigkeit, und leider folgt die erzieherische Körperkultur schon seinen Bahnen. Dank gebührt unsern kirchlichen Oberhirten für ihren apostolischen Ruf: Haltet heilig den Tempel des heiligen Geistes! [...]
> Nur der sittlich gesunde Mensch ist vollwertiger Staatsbürger, und nur solche kann unser armes Reich gebrauchen."[811]

Der tiefgreifendste Umbruch in der religiösen Vorstellungs- und Anschauungswelt seit dem Anbruch der Moderne rückte nach dem Ersten Weltkrieg in das politische Bewußtsein der katholischen Kirche und forderte sie erneut zum Handeln heraus. Auf der Bezirkskonferenz der Jungfrauen-Sodalitäten des Dekanates Vechta am 7. Juli 1919 konnte der Bezirkspräses, der Lohner Kaplan Anton Stegemann, mitteilen, daß im Dekanate 16 Sodalitäten mit insgesamt 4 300 Mitgliedern bestünden; nur in einigen wenigen Gemeinden bestehe noch kein Verein. Der Diözesanpräses der weiblichen Jugendvereine, Domprediger Surmann aus Münster, setzte sich auf dieser Konferenz für eine Intensivierung und einen Ausbau der katholischen Jugendarbeit ein und legte der Versammlung Überlegungen vor, die die beginnende soziale Differenzierung auf dem Lande und ihre Auswirkungen auf die katholische Familie sowie die Abwanderung aus den ländlichen Regionen durchaus reflektierten:

> "Das Familienproblem müsse auch behandelt werden, das Elternhaus, die Familie, in der man lebt, die Familie, die man gründen will, die körperliche, geistige und übernatürliche Mutterschaft etc. Hauswirtschaftliche Kurse müssen gefordert werden. Da in Zukunft vom Staate die Organisation vieler Berufe verlangt werden wird, zwecks Abschließung von Tarifverträgen, so müsse man wissen, welche Organisationen für die Mitglieder der Kongregationen in Frage kommen. [...] Da die Schulpflicht demnächst wohl allgemein bis zum 18. Jahre ausgedehnt werde (vom 14.-18. Jahre Fortbildungs

[811] Katholische Schulzeitung Jg. 17, Nr. 5, 1.5.1925, S. 35f.: Aufruf vom 30. März 1925, unterzeichnet vom Verbandsvorsitzenden Rheinländer und von Geschäftsführer Weber. Der 21. Verbandstag des Katholischen Lehrerverbandes wurde zu Pfingsten 1925 nach Frankfurt am Main einberufen.

pflicht), so müßten wir gerüstet sein, daß wir konfessionelle Fortbildungsschulen bekommen und auf ihre Ausgestaltung Einfluß gewinnen. Das seien einige der Aufgaben, die die Kongregationen zu erfüllen hätten."[812]

In einem Schreiben vom 14. November 1922 an alle Pfarrer des Offizialatsbezirks äußerte der Bischöfliche Offizial Lambert Meyer seine Sorge über den Stand der Jugendpflege und mahnte, "daß die beste und nachhaltigste Erziehung unserer Jugend nur auf dem Boden und mit Hülfe der Religion erfolgen kann". Daraus leitete er die Verpflichtung ab:

"Darum gilt es, alle religiösen Mittel heranzuziehen, die geeignet sind, erziehlich auf die Heranwachsenden einzuwirken. Vor allem ist es angebracht, dass die Sodalitäten und Kongregationen eifrig und rege im Sinn ihres Programms sich betätigen, bzw. daß dort, wo noch keine solche bestehen, neue eingerichtet werden."[813]

Zur Besprechung und Organisation der in den Sodalitäten zu erfüllenden Arbeit wurden für den 22. November 1922 die Präsides und Vorstände der Sodalitäten bzw. Kongregationen im Offizialatsbezirk zu einer Versammlung in das Caritasheim in Ahlhorn eingeladen. Im Protokoll der "Präsides= und Vorstandstagung zu Ahlhorn", die von Diözesanpräses Meyer geleitet wurde, wurde die Bedeutung der religiösen Jugendarbeit in den Sodalitäten und Kongregationen nachdrücklich betont und eine Aktivierung der katholischen Vereinsarbeit angestrebt. Zu Zwecken der Selbstheiligung sollte "die monatliche gemeinschaftliche hl. Kommunion, die sich in den meisten Sodalitäten und Vereinen des Diözesanverbandes bereits eingebürgert hat", auch im oldenburgischen Teil eingeführt werden; die Kommunionfeier selbst lasse sich durch Gesang und eine kurze Ansprache feierlich gestalten. Die Sodalitäten und Vereine wurden aufgefordert, außer den eigentlichen Vorstandsmitgliedern auch noch Bezirksvorsteher zu bestimmen, die die Mitglieder ihres Bezirkes betreuen, neue Mitglieder, z. B. junge Knechte, zu gewinnen suchen oder deren Überweisung im Falle eines Stellenwechsels besorgen sollten. Es sei an der Zeit, "die Mitglieder auch einen entsprechenden Beitrag zahlen zu lassen", der von den Bezirksvorstehern einzuholen und für "Sodalitäts= oder Vereinszwecke" zu verwenden sei, z. B. für die Ausschmückung des Muttergottesaltares oder -bildes am Patronatsfeste oder für die Anschaffung einer Vereinsfahne. Die Versammlung der Präsides zusammen mit den Vorstandsmitgliedern sollte in Zukunft neben den Konferenzen der Präsides regelmäßig ein- oder zweimal im Jahr stattfinden. Als eine vorsichtige Öff

[812] OV vom 10.7.1919.
[813] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I.

nung zur modernen Gesellschaft hin ist eine Absprache zu verstehen, daß neben Predigt und religiöser Ansprache ein "außerkirchliche(r) Vortrag" durch den Präses gehalten werden sollte, um die katholische Erziehungsarbeit von weltlicher Seite her zu unterstützen. Dazu hieß es im Protokoll:

> "Jeder Präses hat heutzutage den Mitgliedern auch noch vieles zu sagen, für das nicht die Predigt oder die religiöse Ansprache, sondern der außerkirchliche Vortrag in Frage kommt. Die Mitglieder hören überall von Zeit zu Zeit einen solchen Vortrag gerne an, zumal wenn die Vortragenden wechseln, sich mit den Nachbarorten austauschen und so einander aushelfen."[814]

Das 'außerkirchliche' Programm, das auf der Ahlhorner Konferenz entwickelt wurde, wurde trotz anfänglicher Schwierigkeiten neben der religiösen Erbauung und Unterweisung allmählich zu einem weiteren Standbein des katholischen Vereinslebens, das als Laienbewegung in engerem Kontakt mit der sozialen Lebenswirklichkeit stand als die Geistlichkeit selbst. Darin war auch durchaus das Bemühen erkennbar, das soziale Blickfeld zu öffnen und auf die zunehmende Politisierung der katholischen Basis zu antworten. Die Ahlhorner Versammlung nahm den dringenden Wunsch des Bischofs zur Kenntnis, überall dort, wo noch keine Sodalitäten oder Kongregationen bestünden, solche möglichst bald einzurichten.[815]

Die Tagung in Ahlhorn hatte unmittelbare Wirkung auf die katholische Vereinsarbeit. Auf Aufforderung des Bischöflichen Offizialats hin berichteten die Pfarrer des Bezirks im Jahre 1924 über den Stand des katholischen Vereinswesens in ihren Pfarreien. Danach bestanden in 23 Pfarreien bzw. Kapellengemeinden Marianische Jungfrauen-Kongregationen bzw. Sodalitäten mit 5 577 Mitgliedern und 19 katholische Müttervereine mit 4 636 Mitgliedern.[816] Die Aktivitäten dieser Vereine beschränkten sich auf den kirchli

---

[814] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Dazu sollten Bezirkspräses Kaplan Bitter in Oldenburg und Konrektor Hermes in Essen baldigst Mitteilung erhalten, welchen Vortrag man an mehreren Orten halten könne und wolle, damit ein reger Austausch bewerkstelligt werde. Bitter und Hermes waren zuvor zu Landespräsides der Jünglingssodalitäten und Jugendvereine im Offizialatsbezirk Oldenburg ernannt worden. Für den Fall ihrer Bestätigung ersuchte Diözesanpräses Meyer den Bischöflichen Offizial in Vechta um seine "autoritative Unterstützung" der neuen Landespräsides, bis sie sich bald "schon besser zu helfen" wüßten. (Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben von Diözesanpräses Meyer an den Bischöflichen Offizial in Vechta vom 15. Dezember 1922)

[815] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I.

[816] BAUMANN, Kirche, S. 329. Der Titel des katholischen Müttervereins lautete "Verein der christlichen Mütter". Dieser Verein wurde 1860 von Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler in Mainz ins Leben gerufen. Neben seinen religiösen und karitativen Aufgaben sollte sich der

chen und karitativen Sektor. Die Versammlungen, in denen der örtliche Pfarrer in seiner Funktion als Präses des Vereins häufig eine religiöse Ansprache hielt, fanden fast ausschließlich in der Kirche statt, die Teilnahme an den gemeinsamen Kommunionen war Pflicht, Exerzitien und Wallfahrten standen ganz im Dienst religiöser Übung und Selbstheiligung, nur wenige Unterrichtskurse beschäftigten sich mit Fragen der Haushaltung und Handarbeit. Mitglieder der Vereine in Mühlen, Bevern und Essen betätigten sich außerdem im Paramenten-Verein; eine Vereinszeitschrift hielten nur wenige Kongregationen bzw. Sodalitäten.[817] Ein ausführlicher Bericht über die "Jungfrauen=Sodalität zu Lastrup", der offiziell 345 Frauen angehörten, vermittelt einen anschaulichen Eindruck von dem religiösen Leben in der Sodalität. Während in der Pfarrkirche selbst sechs Versammlungen im Jahre stattfanden, hatten sich Zusammenkünfte außerhalb der Kirche noch nicht eingebürgert. Weiter hieß es in dem Bericht von Pfarrer Heinrich Götting, der Präses der Lastruper Jungfrauen-Sodalität war, über das religiöse Leben in diesem kirchlichen Verein:

> "Nach der Nachmittagsandacht findet an jedem Kommuniontage eine Ansprache vom Präses von 20 Minuten mit einer kleinen Andacht statt, woran die Mitglieder recht zahlreich teilnehmen. In der Kommunionmesse werden von der Präfektin die Gebete für die gemeinschaftliche Kommunion aus dem Buche: 'Die gute Kongreganistin' vorgebetet und vor wie nach der Wandlung werden unter Orgelbegleitung einige Lieder gesungen, ebenso nach Schluß der Kommuniongebete, d. h. nach der Messe werden ein paar Strophen von einem Marienliede gesungen ohne Orgel. Die Jungfrauen warten solange, bis die übrigen communiciert haben, und gehen dann bankweise zur Communionbank. Die Beteiligung an der hl. Kommunion ist stets recht gut. Theater, Familienabende, Unterrichtskurse werden nicht abgehalten. An den geschlossenen Exercitien im Pensionat zu Cloppenburg nahmen 20 Mitglieder teil."[818]

---

katholische Mütterverein insbesondere für die christliche Erziehung der Kinder und ein christliches Familienleben einsetzen. 1904 bestanden Vereine der christlichen Mütter in Südoldenburg bereits in Essen, Harkebrügge, Ramsloh und Strücklingen (Dekanat Cloppenburg) und in Neuenkirchen und Vechta (Dekanat Vechta). Ihre Zahl wuchs im Offizialatsbezirk bis 1918 auf 12 an.

[817] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Zu den sog. "Paramenten" zählen in der katholischen Kirche die liturgischen Gewänder, die Altar- und Kelchtücher und die Kanzel-, Ambo- und Taufsteinbekleidung. Diese Textilien und Ausstattungsgegenstände wurden häufig in eigens zu diesem Zwecke gegründeten "Paramenten-Vereinen" angefertigt, denen in der Regel unverheiratete katholische Frauen, sog. "Sodalinnen", angehörten. Die Essener Kongregation setzte sich auch für den Bonifatiusverein ein, der sich besonders die Diasporaseelsorge zur Aufgabe gemacht hatte. Er wurde auf dem 3. Katholikentag in Regensburg am 4. Oktober 1849 als katholischer Missionsverein ins Leben gerufen. (BAUMANN, Handbuch, S. 171)

[818] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Das Pensionat in Cloppenburg wurde von den Ordensschwestern "Unserer Lieben Frau" geleitet.

Zur religiösen Erbauung und Erziehung bezog die Lastruper Jungfrauen-Sodalität die Zeitschrift "Christliche Jungfrau" und widmete sich karitativen Aufgaben. Aus Vechta wurde über das Bestehen einer Jugendabteilung des Katholischen Frauenbundes berichtet, in der Pfarrer August Hackmann die Funktion eines geistlichen Beirates ausübte; ihr Vereinsleben entsprach weitgehend dem einer Jungfrauen-Kongregation. Im Schreiben vom 25. November 1924 unterrichtete die Vorsitzende das Bischöfliche Offizialat über die Notwendigkeit einer Jugendabteilung des Katholischen Frauenbundes in Vechta und wies in diesem Zusammenhang auf eine zunehmende Verbürgerlichung in dieser Stadt hin, die aufgrund ihrer zahlreichen Bildungs- und Verwaltungseinrichtungen einen relativ hohen Anteil an Akademikern und Beamten aufwies:

> "Für die weibliche Jugend besteht in Vechta leider kein eigentlicher Verein. Die Jugendabteilung des Kath. Frauenbundes kann und soll keine Kongregation ersetzen, sondern soll mehr Jugendbewegung sein. An manchen Orten nimmt die Jugendabteilung nur junge Mädchen mit Lyzeumsausbildung auf. Hier nehmen wir alle auf. 1919 begannen wir mit mehr als 150 Mitgliedern. Die Beteiligung ist immer schwächer geworden infolge des starken Klassengeistes. Den gebildeten jungen Mädchen genügen Kränzchen, etc. Augenblicklich haben wir einen Haushaltungskursus der Wanderhaushaltungsschule. Verschiedene Anmeldungen wurden zurückgezogen, weil junge Mädchen aus Arbeiterkreisen auch teilnehmen. Vielfach liegt die Schuld bei den Müttern, besonders auch bei den Frauen der Akademiker, denen es oft an sozialem Empfinden mangelt."[819]

Wesentlich stärker nach außen orientiert als die katholischen Standesvereine für Frauen waren die für Männer, die Arbeiter- und Gesellenvereine.[820] Die

---

[819] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I.

[820] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Weniger repräsentativ sind die Angaben dieser Fragebogenaktion für die katholischen Vereine, denen Männer angehörten. Das Bestehen eines Männer- bzw. Jünglingsapostolats mit insgesamt über 1 500 Mitgliedern wurde aus den Gemeinden Visbek, Dinklage, Markhausen und Goldenstedt gemeldet. Auch sie pflegten die gemeinsame monatliche Kommunion, bei der der örtliche Pfarrgeistliche in der Regel eine Ansprache hielt. Jünglingen-Sodalitäten wurden aus Lohne (600 Mitglieder), Damme (150) und Lastrup gemeldet. Das Amt des Präses übernahm in diesen Vereinen in der Regel der örtliche Vikar oder Kaplan. Das galt auch für die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine, die ebenfalls an gemeinsamen Kommunionen, Exerzitien und religiösen Vorträgen teilnahmen, deren Versammlungen aber außerhalb der Kirche, z. B. in einem Vereinslokal, stattfanden. Neben der Durchführung von Familienabenden und Theateraufführungen bildete sich der Gesellenverein in Dinklage auch in der deutschen Rechtschreibung, in der Buchführung und Staatsbürgerkunde weiter, informierte sich der Gesellenverein in Vechta über Fragen der Allgemeinbildung; das waren aber Ausnahmen. In Verbindung mit dem Gesellenverein Lohne plante der Gesellenver-

strikte Hierarchisierung und Zentralisierung des katholischen Vereinswesens führte nicht selten zu Unklarkeiten über die einzelnen organisatorischen Zuständigkeiten und geistlichen Vollmachten. Der örtliche Klerus legte in der Regel großen Wert darauf, das Reglement zur Errichtung der einzelnen Vereine einzuhalten, und achtete darauf, daß sie ihre Kompetenzen nicht überschritten.[821]

In einem Schreiben des Bischöflichen Offizials wurden alle Pfarrer und Präsides der Frauen- und Jungfrauenvereine zu einer Konferenz am 21. August 1929 nach Vechta eingeladen. Auf dieser Tagung sollten Domkapitular Surmann und Luise Floss vom "Verband der kath. Mädchenschutzvereine im Bistum Münster" über die katholische Mädchenschutzarbeit im Offizialatsbezirk Oldenburg sprechen. Unmittelbar vor den großen politischen Ereignissen am Ende der Weimarer Republik klang im Wortlaut der Einladung noch einmal die pastorale Sorge der Kirche um den Stand der weiblichen Jugendseelsorge und die Notwendigkeit des Mädchenschutzes an:

> "Es geraten so viele Mädchen aus Unerfahrenheit auf Reisen beim Suchen einer Stelle oder zum Antritt einer Stelle in der Stadt schlechten Personen in die Hände, die sie in Unglück und Schande bringen. Die Mädchenschutzfrage ist darum eine überaus wichtige Frage."[822]

Daß es durchaus zu Differenzen zwischen dem Offizialat und dem örtlichen Pfarrer über die Bestellung des Präsiden in der Jungfrauen-Kongregation kommen konnte, zeigt das Essener Beispiel aus dem Jahre 1929. Als der bisherige Präses, Direktor Bernhard Menke, wegen seiner Berufsarbeiten das

---

ein in Dinklage einen Vorbereitungskurs für den christlichen Ehestand. Häufiger als die Vereine für Frauen bezogen die katholischen Standesvereine für Männer eine Vereinszeitschrift: die katholischen Arbeitervereine die "Westdeutsche Arbeiterzeitung", die Gesellenvereine das "Kolpingsblatt". Das Männerapostolat sollte die ihm angeschlossenen katholischen Männer durch den monatlichen Empfang der Kommunion und durch die Pflege der Herz-Jesu-Verehrung zu einem christlichen Leben und zu apostolischer Gesinnung anleiten. (LTHK, 6, Sp. 1361f.)

[821] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I. Mit Schreiben vom 22. September 1924 ernannte Bischof Johannes Poggenburg Pfarrer Bernhard Wehmhoff in Markhausen zum Präses des Müttervereins, Jünglingsvereins und der Jungfrauenkongregation. Wie aus der Antwort des Bischöflichen Offizials Meyer an Kaplan Engels in Wachtum vom 18. September 1922 hervorgeht, konnte "die Aufnahme in die betr. Kongregationen mit Anrecht auf die Ablässe und Privilegien" nur dann zu Recht erfolgen, wenn die Kongregationen kirchlich aufgerichtet worden waren. Sollte dies in Wachtum nicht der Fall sein, teilte Offizial Meyer weiter mit, konnte Engels die Vollmacht zur Aufnahme nur erteilt werden, wenn die Sodalitäten in Wachtum "Unterabteilungen" der Sodalitäten in Löningen wären.

[822] Offizialats-Archiv A - 3 - 73.

Amt niederlegen wollte und dem Offizialat Kaplan Wilhelm Niermann als seinen Nachfolger vorschlug, wurde ihm von Vechta abwegig beschieden. Das Schreiben von Offizial Meyer an den zuständigen Essener Pfarrer Georg Hegger ließ auch die seelischen Nöte des katholischen Klerus auf dem Lande anklingen, die ihm aus dem Zölibat erwuchsen:

> "Das Offizialat trägt Bedenken, diesem Vorschlage zu folgen, da der Kaplan durch seine Berufsarbeiten zu stark in Anspruch genommen ist und es allgemein Sitte ist, dass ein älterer Geistlicher die Leitung der Jungfrauenkongregationen hat. Das Offizialat wird deshalb Sie als Präses vorschlagen; Sie wollen umgehend berichten, ob Sie begründete Bedenken dagegen zu machen haben."

"Begründete(n) Bedenken", falls Menke solche noch vorbrachte, überzeugten in Vechta offensichtlich nicht. Direktor Menke leitete weiterhin die Jungfrauen-Kongregation in Essen und sollte in seinem Amt von Pfarrer Hegger unterstützt werden. [823]

8.4.3. Katholische Arbeiterbewegung: "Ein Konkordat der Arbeit, ein Konkordat der Volksgemeinschaft und ein Konkordat des Christentums"

Trotz seiner reformerischen Tendenzen blieb der Sozialkatholizismus des 20. Jahrhunderts auf der Grundlage von "Rerum novarum" (1891) antiliberal und vor allem antisozialistisch und wagte sich nur vorsichtig in die Gegenwart des demokratischen Pluralismus in der Weimarer Republik vor. In der Enzyklika "Quadragesimo anno", die am 15. Mai 1931 zum 40. Jahrestag von "Rerum novarum" erschien, bekräftigte Pius XI. im wesentlichen die sozialpolitischen Grundsätze seines Vorgängers. Er würdigte "die segensreichen Wirkungen von ‘Rerum novarum’" und bezeichnete das kirchliche Rundschreiben Leos XIII. als "die Magna Charta christlicher Sozialarbeit". Die katholische Kirche sei im Besitz der "höchsten Autorität des Richteramtes über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen", zwar nicht "in Fragen technischer Art", wohl aber "in allem, was auf das Sittengesetz Bezug hat". Zur Lösung der sozialen Frage, die auch in Zukunft in der "Entproletarisierung des Proletariats" bestehe, seien Kapital und Arbeit "wechselseitig aufeinander angewiesen". Gesellschaftspolitisches Ziel sei die "Erneuerung einer ständischen Ordnung", zu der auch die segensreich wirkenden

[823] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I.

Vereinigungen "im Sinne christlicher Gesellschaftslehre" beitrügen. Pius XI. anerkannte ausdrücklich Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände als notwendige "Glieder des Sozialorganismus", hielt aber grundsätzlich an der berufsständischen Ordnung fest. Dem Sozialismus liege, so Pius XI., eine Gesellschaftsordnung zugrunde, die "mit der echten christlichen Auffassung" in Widerspruch stehe. Das gelte auch in kulturpolitischen Fragen:

> "Am Anfang dieses Kultursozialismus steht der Kulturliberalismus; an seinem Ende steht der Kulturbolschewismus."

Katholiken, die sich "im Lager des Sozialismus" verirrt hatten, forderte der Papst "mit aller Inständigkeit" auf, in den "mütterlichen Schoß der Kirche" heimzukehren. Das Hauptübel der sozialen Frage bestehe weiterhin im "Verderben der Seelen", das nur durch "die ersehnte durchgreifende Erneuerung der menschlichen Gesellschaft in Christus" beseitigt werden könne.[824]

Im Bekenntnis Pius' XI. zum Subsidiaritätsgrundsatz erkennt Hermann-Josef Große Kracht einen theoretischen Fortschritt, weil dadurch der Primat des gesellschaftlichen Bereichs gegenüber dem Staat prinzipiell anerkannt worden sei. In "Quadragesimo anno" habe der Papst das Leitbild einer Sozialstruktur entworfen, die nicht mehr "paternalistisch von den Staatsoberhäuptern her zu ordnen und zu regulieren" sei, sondern sich von der gesellschaftlichen Basis aufzubauen und zu erneuern habe. Das kirchliche Subsidiaritätsprinzip versuche freilich, "das liberale Interesse an der Begrenzung staatlicher Machtansprüche noch im Rahmen eines durch und durch vormodernen Ordnungsmodells zu begründen". Mit dem Rückgriff auf das mittelalterliche ORDO-Denken habe Pius XI. das kirchliche Lehramt in "eine ebenso ungleichzeitige wie hilflose Pauschalverurteilung der modernen Gesellschaft" manövriert. Der Untertitel der Enzyklika "Über gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft" enthalte einen "unproduktiven Anachronismus", der die "neuzeitliche Entwicklungsdynamik" moderner Gesellschaften, getragen von Menschen als autonomen politischen Subjekten, nicht hinreichend respektiere.[825]

---

[824] Rerum novarum, S. 29-64; WELTY, Sozialenzyklika, S. 9-39. Eberhard Welty stellt die Tradition der katholischen Soziallehre in den Enzykliken "Rerum novarum" (1891) und "Quadragesimo anno" (1931) dar.
[825] GROßE KRACHT, Kirche, S. 189ff.

Die Anstrengungen des Reformkatholizismus fielen im konservativen katholischen Milieu Südoldenburgs bescheiden aus. Die Vermittlung zwischen dem katholischen Traditionalismus und dem demokratischen Liberalismus, der dem Staat den traditionellen Auftrag weltanschaulicher, eben christlicher Sinnstiftung durch Politik bestritt, gelang nur in verhaltenen Ansätzen. Immanente Reformansätze waren in Südoldenburg vor allem mit dem Namen des Lohner Geistlichen Anton Stegemann verbunden. Stegemann (1863 - 1931), der 1898 als Kaplan nach Lohne kam und hier 1919 zum Pfarrer berufen wurde, befaßte sich "unter dem Einfluß der katholischen Soziallehre" mit der bedrückenden Lage der Heuerleute, Handwerker und Arbeiter auf dem Lande. Er gründete in Lohne, dem einzigen Industriestandort in Südoldenburg, im Jahre 1904 den ersten katholischen Arbeiterverein im Oldenburger Lande und wurde 1910 zum Bezirkspräses berufen; dieses Amt hatte er bis 1926 inne. Anton Stegemann setzte sich in der Vorkriegszeit auch für die Bildung Christlicher Gewerkschaften in Südoldenburg ein und war langjähriges Vorstandsmitglied der oldenburgischen Zentrumspartei.[826]

Ziel katholischer Soziallehre blieb auch nach dem Ersten Weltkrieg unter dramatisch veränderten Wirtschafts- und Sozialstrukturen in den europäischen Industrieländern die Entpolitisierung der sozialen Frage und die moralische Hebung des Arbeiterstandes, die schließlich zu seiner Entproletarisierung führen sollte. Die Standesorganisationen der Arbeiter, die katholischen Arbeitervereine, sahen die Ursache für den Zusammenbruch Deutschlands vor allem im moralisch-religiösen Verfall, der nicht nur zur Niederlage im Ersten Weltkrieg, sondern auch zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft in der Revolution von 1918 geführt habe. Auf einer Versammlung des Katholischen Arbeitervereins in Cloppenburg am 7. September 1919 sprach sich Gewerkschaftssekretär Wilhelm Sante sowohl gegen die politische Agitation der nationalen Rechten wie der politischen Linken aus:

> "Die gewöhnliche Bevölkerung habe nach der Revolution mehr Rechte und deshalb auch mehr Pflichten erhalten. Aus diesem Grunde sei auch das Volk für alles mitverantwortlich. Aber zu verwerfen seien die wilden Streiks ohne vorherige Verständigung. Man sollte stets bemüht sein, durch politische Aufklärungen und gegenseitige Aussprache zur Verständigung zu kommen. Als sehr verwerflich bezeichnete er die von den Alldeutschen angezettelten Angriffe gegen den Reichsfinanzminister Erzberger, derselbe sei ein Mann durchgreifender Arbeit und einen solchen könnten wir nicht entbehren.

---

[826] FRIEDL, Handbuch, S. 696 (von Josef Sommer); THOLE, Hermann: Pfarrer Anton Stegemann, der christlich-soziale Vorkämpfer des Oldenburger Landes, IN: HKL 1954, S. 166-169.

> Auf kulturellem Gebiete sollten wir ständig wach sein, unsere Religion stets hoch halten, unsere katholische Kirche zu verteidigen suchen, wo sie von Gefahren bedroht wird. Stets das Grundgebot, 'Liebe deinen Nächsten wie dich selbst', in Ehren halten, und wo es gilt, auch danach zu handeln."[827]

Wilhelm Sante sprach in Cloppenburg offen die Hetzkampagne der Deutschnationalen unter der Führung ihres Vorsitzenden Karl Helfferich ("Fort mit Erzberger!") an, die Matthias Erzberger mit einer Beleidigungsklage auszuräumen versuchte. Am 26. Januar 1919 wurde auf ihn ein Attentat verübt. Obwohl Helfferich am 12. März 1920 vor Gericht unterlag und zu einer Geldstrafe verurteilt wurde, trat Erzberger als Finanzminister zurück und bemühte sich fortan um seine politische Rehabilitierung. Nach Ansicht von Helmut Heiber hatte im Erzberger-Prozeß zum erstenmal "das Ancien régime mit dem neuen Staat" offen "die Klingen gekreuzt".[828] Am 26. August 1921 wurde Matthias Erzberger ermordet. Das Ende der politischen Karriere des großen Zentrumsmannes war nach Ansicht von Rudolf Morsey nicht nur ein Triumph der Reaktion, sondern löste auch in seiner eigenen Partei Erleichterung aus: Das Zentrum hatte für Erzberger "keinen Finger gerührt".[829]

Eine Sonderstellung im katholischen Vereinswesen nahmen die berufsständischen Organisationen der Arbeitervereine ein. Die katholischen Arbeitervereine waren im politischen System der Weimarer Republik sowohl Angehörige der gespaltenen Arbeiterbewegung in Deutschland als auch kirchliche Vereine und gleichsam 'Parteigliederungen' des Zentrums. Daraus waren bereits in der Vergangenheit zahlreiche Konflikte entstanden, die sich vor allem an der Frage des politischen Mandats der Arbeitervereine entzündet hatten. Neue Antworten waren nötig, um Stimmenverlusten des Zentrums und einer zunehmenden Abwanderung von Proletariern aus dem katholischen Milieu vorzubeugen. Die Verluste waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg

---

[827] GELHAUS, 1933, S. 21f.
[828] HEIBER, Republik, S. 70.
[829] MORSEY, Zentrumspartei, S. 300f. Matthias Erzberger war seit seinem Vorstoß in der Juli-Krise des Jahres 1917, der zur Verabschiedung der "Friedensresolution" durch den Deutschen Reichstag und das Zentrum im Interfraktionellen Ausschuß an die Seite der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei geführt hatte, von seinen innerparteilichen Gegnern immer heftiger attackiert worden, weil er nachdrücklich für eine Öffnung des Zentrums und für die Zusammenarbeit mit der SPD eintrat. Nach seinem Sturz wurden in der Zentrumspartei die Stimmen lauter, die an eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts oder bereits an die Errichtung eines "Geschäftsministeriums" dachten. Morsey sieht darin "ein frühes Unbehagen am Parteienstaat und Parlamentarismus Weimarer Prägung, das sich im Laufe der Jahre weiter vertiefte".

erheblich gewesen, vor allem in städtisch-industriellen Milieus, wo das Zentrum Wähler an die Sozialdemokratie verlor. Die einseitige "Bewahrungspolitik" konnte die Abwanderung gewerblicher Arbeiter aus dem angestammten politischen Milieu offensichtlich nicht aufhalten.[830] Von dieser Entwicklung war Südoldenburg aufgrund seiner Sozialstruktur jedoch so gut wie nicht betroffen.

Die katholische Amtskirche war auch nach dem Ersten Weltkrieg nicht bereit, "die Arbeitervereine aus der kirchlichen Kontrolle zu entlassen" und "den Führungsanspruch der Geistlichen in den katholischen Arbeitervereinen nachhaltig in Frage zu stellen".[831] Die Anerkennung eines politischen Mandats, das in einzelnen Organisationen des politischen Katholizismus in Deutschland im Sommer 1918 noch heftig diskutiert worden war, hätte das Ende der katholischen Arbeiterbewegung bedeutet und die Existenz des katholischen Vereins- und Verbandswesens überhaupt gefährdet. Mit massiver Unterstützung des deutschen Episkopats überstanden die geistlichen Präsides die Irritationen der Nachkriegszeit und nutzten ihren Einfluß "zu einer nachhaltigen Entpolitisierung des Vereinslebens". Politische Themen standen in der Folge nur noch dann auf der Tagesordnung, wenn der Arbeitersekretär des Bezirksverbandes die Versammlung besuchte und über aktuelle gesellschaftliche und politische Themen referierte. Der Besetzung der Sekretärsposten, die von der Verbandsleitung gesteuert wurde, kam für die Stellung der katholischen Arbeitervereine im gesellschaftlichen und politischen Leben eine große Bedeutung zu. Durch den Aufbau der zentralistischen Organisation in der katholischen Arbeiterbewegung nach dem Kriege wurden die Entfaltungsmöglichkeiten der angeschlossenen Arbeitervereine erheblich eingeschränkt und das geistliche Patronat der katholischen Kirche wirkungsvoll eingesetzt.[832]

Die katholische, nach eigenem Bekunden unpolitische Arbeiterbewegung sah sich in unmittelbarer Konkurrenz zur politischen Arbeiterbewegung, die sich in den Freien Gewerkschaften organisiert hatte und mehrheitlich die SPD unterstützte. Diese Konfrontation bestimmte die gesellschaftspolitische Debatte in den katholischen Arbeitervereinen. Das kirchlich-konfessionell eingeforderte Votum für das Zentrum, das sich als Partei der Mitte verstand,

---

[830] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 50f.
[831] Ebd., S. 67.
[832] Ebd., S. 68ff.

darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der berufsständische Vereinskatholizismus in der Weimarer Republik zu großen Teilen dem konservativ-nationalen Spektrum zuzurechnen ist, das schon früh die Idee der Volksgemeinschaft in seinen als unpolitisch deklarierten Sprachgebrauch aufnahm.

In den katholischen Gesellenvereinen machten sich nach dem Ersten Weltkrieg Krisenerscheinungen bemerkbar, weil "ein einfaches Wiederanknüpfen an die Vorkriegszeit mit leichter Modifizierung allein nicht reichte." Nach Auffassung von Heiner Johannes Wirtz war nicht "die Idee des Gesellenvereins an sich" in eine Krise geraten, wohl aber "seine Formen und die Vermittlung seiner Inhalte". [833] Die neue Gesellschaftsform sollte nun zur Grundlage der Vereinsarbeit werden und führte zu einer kalkulierten Demokratisierung der alten Verbandsstrukturen. Ohne demokratische Partizipationsmöglichkeiten schien die Zukunft der Gesellenvereine in der Weimarer Republik nicht mehr gesichert. Die 1. Generalversammlung nach dem Ersten Weltkrieg am 26./27. Juli 1921 öffnete die Gesellenvereine für die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und stellte sich auf den Boden der neuen Ordnung:

> "Der katholische Gesellenverein knüpft bei seinem sozialen Programm an die neuzeitliche Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse an und erstrebt eine durchgreifende Reform derselben."[834]

Der Aufbruch der katholischen Gesellenvereine vollzog sich im bestehenden Rahmen des deutschen Verbandskatholizismus und hielt an der traditionellen Abgrenzung gegen Sozialismus und Marxismus fest. Als Therapie für die Probleme der neuen Zeit empfahl die Kölner Zentrale in Übereinstimmung mit den Ideen Adolph Kolpings weiterhin die Erneuerung der christlichen Familie, die als Keimzelle einer reformierten christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung angesehen wurde. Das Verhältnis des Katholischen Gesellenverbandes (KGV) zur parlamentarischen Demokratie von Weimar blieb jedoch ambivalent, auf sie hat er sich nicht festgelegt. Die Reform der Gesellenvereine führte zu einer Politisierung des Vereinslebens, die in dieser Form im organisierten Katholizismus neu war. Die berufsständischen Vereine hatten sich ihrer Veranlagung nach nicht nur mit dem politischen Liberalismus, sondern auch mit dem marxistischen Sozialismus auseinanderzusetzen, der

[833] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 80, 88.
[834] Ebd., S. 85.

im katholischen Verbandsjargon "als legitimes Kind des Liberalismus" apostrophiert wurde.[835]

Die Landestagung der katholischen Arbeitervereine Oldenburgs in Delmenhorst im Juni 1929 bekannte sich zum religiösen Ausgangspunkt der katholischen Arbeiterbewegung, die sich als Standesbewegung von jeder politischen Arbeiterbewegung unterscheide. Schriftleiter Groß unterstrich in seiner Festrede in Delmenhorst die Jenseitsbestimmung der katholischen Lehre, die für die katholischen Arbeitervereine weiterhin maßgebend bleibe:

> "Das Katholische ist uns aber nicht nur Ausgangspunkt, es ist uns auch Richtlinie, Wegweisung. Vom Religiösen wird auch unser Endziel bestimmt. Wir sind keine ausschließliche Diesseitsbewegung. Wir haben neben Diesseitsaufgaben Jenseitsziele."[836]

Die ideologischen 'Grabenkämpfe' wurden nicht auf einer politischen, sondern auf einer moralisch-religiösen Ebene ausgetragen, die die politischen Unterschiede um so deutlicher hervortreten ließ:

> "Was uns vom Sozialismus weltenweit trennt, das ist unsere andere, **katholische** Grundanschauung, das ist unsere andere Auffassung vom **Sinn u. Zweck**, vom **Weg und Ziel** aller Arbeit an der Hebung der Arbeiterschaft. Dem sozialistischen **Klassenkampf** stellen wir den **Standesgedanken** gegenüber, dem **Klassenhaß** des Sozialismus unsern **Willen zur Zusammenarbeit** mit allen Ständen und Schichten. **Der klassenlosen Gesellschaft** des Sozialismus steht das Ziel [einer] **ständisch gegliederten Volksordnung** der kath. Arbeiterschaft, der **Gottlosigkeit** der sozialistischen Arbeiterschaft die **Gottverbundenheit** des kath. Arbeiters entgegen. Wir sehen nicht nur die Klasse, wollen nicht im engen Klassendenken stecken bleiben, sondern über den Arbeiterstand hinaus zum **Ganzen**, zum **Volk**, wollen aus echter **Standesgemeinschaft zur Volksgemeinschaft**. Diese Aufgabe wird die kath. Arbeiterbewegung immer **gemeinsam mit den christlichen Gewerkschaften** ehrlich und treu erfüllen. [...] So will unsere Arbeiterstandsbewegung sich eingliedern in die **Volksbewegung**."

Die Argumentationslinie, die diesen Erklärungen zugrunde lag, war nicht neu, sondern wurde aus den gesellschafts- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts übernommen. Zur katholischen Arbeiterbewegung zählten in der Weimarer Republik auch die Christlichen Gewerkschaften: Das war neu im Vergleich zur Vorkriegszeit, als der politische Katholizismus vom sog. "Gewerkschaftsstreit" erschüttert worden war, und ein sozialpolitischer Fortschritt. Die katholische Arbeiterbewegung lebte aber weiterhin aus dem christlichen korporativen "Willen zur Selbsthilfe, aus dem

---

[835] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 89.
[836] OV vom 25.6.1929, auch zum folg.

Geiste echter Bruderliebe, aus einem starken Standes= und Berufsethos", das jeden Klassenkonflikt ausschloß.[837] Sie mied den politischen und sozialkritischen Diskurs, weil der Nachkriegskatholizismus in diesen Bereichen immer noch große theoretische und analytische Defizite aufzuweisen hatte und sich auf religiöse Ersatzformeln zurückzog. Konsequent wandte sich Groß in Delmenhorst gegen die "Vermassung" des Menschen in der modernen Zivilisation und setzte damit einen bemerkenswerten kulturkritischen Akzent, der im Katholizismus in Übereinstimmung mit anderen konservativen gesellschaftlichen Gruppen in der Weimarer Republik bedacht und gepflegt wurde:

> "Der Sozialismus will den Massenmenschen. Wir müssen etwas anderes wollen. [...] Wo Masse ist, wo der Einzelmensch im Massendenken und Massenhandeln aufgeht, wo er sein ureigenst Persönliches verliert, da kann nie wahre Gemeinschaft werden. Der Sozialismus wird uns keine bessere Ordnung schaffen und bringen können. Er nivelliert, er züchtet und vermehrt nur den egoistischen im Klassenmäßigen sich erschöpfenden Massenmenschen."

Während die katholische Arbeiterbewegung die "freie, sittliche Persönlichkeit" als ideelles Ziel ihrer Bildungsarbeit anstrebte, verkehrte die NS-Ideologie in ihrer aggressiven Agitation für die "Volksgemeinschaft" dieses Ziel in sein Gegenteil, die bedingungslose Unterordnung des einzelnen Menschen, des ehemaligen Bürgers, in der politisch uniformierten NS-Gesellschaft. An diesem Beispiel läßt sich verdeutlichen, inwiefern der diffuse Begriff der "Volksgemeinschaft" und seine ideologischen Analogien günstige Voraussetzungen für ihre Manipulation in der NS-Rhetorik mit sich brachten und welcher politischen Zielsetzung dieser für unpolitisch gehaltene Sprachgebrauch diente. Auch auf diesem Sektor waren große Konflikte vorprogrammiert.

Auf der Delegiertentagung der katholischen Arbeitervereine der Diözese Münster betonte Diözesanpräses Dr. August Konermann im Juli 1929, daß die katholische Arbeiterschaft "im Staat eine Schickung, aber auch eine Seg

---

[837] OV vom 25.6.1929. Zum Abschluß seiner Rede über das "Werden und Wollen der kath. Arbeitervereine" zitierte Groß in Delmenhorst folgende Verse vom katholischen Arbeiterdichter Heinrich Lersch, die den korporativen Geist in den katholischen Arbeitervereinen besonders zum Ausdruck bringen sollten:

"Hammerschlag, Werkertag:
Jeder Tag ist Schöpfungstag!
Brüder, in der Liebe Namen,
singt gewaltig unser Amen!
Werkertag, Hammerschlag!
Daß es Gott gefallen mag."

nung Gottes" sehe. Konermann plädierte angesichts der Not der einzelnen Berufsstände im übertragenen Sinne für "ein Konkordat der Arbeit, ein Konkordat der Volksgemeinschaft und ein Konkordat des Christentums" als Antwort auf das "Konkordat der Leiden".[838] In der Ideenwelt des deutschen Sozialkatholizismus in der Zeit der Weimarer Republik hatte "die Aufgabe der Gesinnungsreform auch weiterhin Vorrang vor der Forderung nach einer Zuständereform", die im Vorhof der ökonomischen Systemfrage aufgehalten wurde. "Formelle Rechte allein, das hätten die materiellen Erfolge der Arbeiterbewegung im Kaiserreich gezeigt, brächten dem Arbeiter keine innere Befriedigung"; diese hänge allein von einer sittlichen Wirtschaftsordnung ab, die weder sozialistisch noch kapitalistisch sei, sondern einen dritten Weg beschreite. Das diffuse Konzept einer Arbeits- und Ertragsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter war nach Claus Haffert "Ausdruck einer im Katholizismus weit verbreiteten Sozialromantik, die den vorindustriellen Handwerksbetrieb idealisierte und als Vorbild für die industriellen Arbeitsbeziehungen hinstellte".[839] Diese wurden weiterhin in unpolitischer und 'unökonomischer' Sichtweise als berufsständisch gegliedert und patriarchalisch aufeinander bezogen betrachtet.

Die katholischen Arbeitervereine in Südoldenburg blieben den unpolitischen moralischen Strukturen des katholischen Milieus verhaftet. Der Cloppenburger Präses, der angesehene Prälat Eduard Brust, ermahnte 1920 die Mitglieder eindringlich, "möglichst dahin zu wirken, die Kinder doch vor allem nicht in die Großstadt zu schicken", und warnte besonders vor gemischten Ehen.[840] Auf einer Versammlung des Cloppenburger Arbeitervereins am 8. Januar 1922 beschäftigte sich der Referent mit der Frage "Wie kommen wir zu einer neuen Volksgemeinschaft?" und würdigte in diesem Zusammenhang den Beitrag von Religion und Kirche für den Wiederaufbau Deutschlands, der auch in den Kreisen der katholischen Arbeiter in berufsständischen Ordnungsmodellen und im Begriff von "Berufsarbeit als Gottesdienst" reflektiert wurde. Im Protokoll der Versammlung hieß es dazu:

> "Nachdem dann im zweiten Teil an einigen Beispielen gezeigt worden war, daß das deutsche Volk heute von einer Volksgemeinschaft weit entfernt ist, kamen im dritten Teil der Rede einige Mittel zur Sprache, die zu einer Volksgemeinschaft verhelfen könnten. An erster Stelle nannte der Redner die Weckung des echten Berufsbe

[838] OV vom 10.7.1929.
[839] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 90ff.
[840] GELHAUS, 1933, S. 22: Protokoll über die Versammlung des katholischen Arbeitervereins vom 29. August 1920.

> wußtseins. [...] Eine noch höhere Berufsauffassung könnten wir aus der Religion schöpfen, welche die Berufsarbeit als Gottesdienst ansehe. [...]
> Als letztes wichtiges Mittel forderte der Redner freie Führer innerhalb einer Berufsorganisation, die auf die berechtigten Lebensinteressen des anderen Berufsstandes mit Nachdruck hinzuweisen den Mut hätten. Nachdem er dann noch die unersetzliche Kraft der katholischen Kirche bei der Schaffung der Volksgemeinschaft geschildert hatte, schloß er seine mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen mit dem Dichterwort: 'Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.'"[841]

Diese Worte ließen keinen Zweifel daran, was als letzte Instanz des Guten zu werten war: der christliche Gott, der sich im deutschen Volk bezeugte, und die katholische Volkskirche, die für die Gesundung der deutschen "Volksgemeinschaft" unverzichtbar war. Im Gegensatz zur "Masse", die das Bild der modernen Kultur beherrschte, war die Volksgemeinschaft "etwas organisch Gewachsenes", die, als Kollektivperson begriffen, zu einer erlebbaren Realität werden konnte. Die metaphysische Qualität des Volksbegriffes konnte der moderne Staat mit seinen demokratischen Organen und Institutionen nicht für sich in Anspruch nehmen.[842] Mit Hilfe der symbolischen Wertbegriffe "Volk" und "Volksgemeinschaft", die politische Ersatzwelten stifteten, versuchte der politische Konservatismus, die jüngste deutsche Vergangenheit zu bewältigen, und kompensierte seine Niederlagen in Krieg und Revolution. Das Wort von "freien Führern", das Brust in seiner Rede verwandte, diente als "Gegenbild zum Funktionär", wie er im parlamentarischen System auftrat, und enthielt große Sympathien für eine starke Persönlichkeit, die die verworrenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse der Gegenwart ordnen sollte. Der Führer legitimierte sich durch seine Fähigkeiten und Begabungen, sein Genie, nicht durch seine Wahl.[843] Wie schwer es der geistlichen Führung der katholischen Arbeiterbewegung fiel, eine katholische Identität der Arbeit zu finden, geht aus den Worten von Dechant Brust ebenfalls hervor. Die "Berufsarbeit als Gottesdienst" zu betrachten stellte eine Überforderung des religiösen Gemüts dar und offenbarte den Realitätsverlust und den theoretischen Rückstand, den die katholische Soziallehre in der Weimarer Republik verzeichnete.

---

[841] GELHAUS, 1933, S. 23.
[842] STEINLE, Konservatismus, S. 57ff. Nach dieser Auffassung hatte sich der deutsche Staat im Krieg als schwach erwiesen, das Volk aber als "unbesiegt und als Träger wahrer Stärke". Das Volk wurde "zu einer Ersatz-Größe für die verlorene Staatsherrlichkeit". (S. 58) Die Vorstellung des unbesiegten Volkes kehrte auch im Begriff des im Felde unbesiegten deutschen Soldaten wieder.
[843] STEINLE, Konservatismus, S. 54ff.

Aus der Sicht der katholischen Standesorganisation der Arbeiter war die soziale Frage eine religiös-sittliche Frage, wie auch die Bildung der Volksgemeinschaft in erster Linie eine Angelegenheit der sittlichen Leistung eines Volkes war, die durch Religion und Kirche positiv befördert werden konnte. Die Vision der Volksgemeinschaft verband die katholischen Standesvereine mit dem konfessionell ungebundenen Vereinswesen im katholischen Milieu Südoldenburgs: Zusammen trugen sie die national-konservative Alltagskultur, wie sie auf Heimatabenden oder am Kriegerdenkmal ritualisiert wurde. In den politischen Festumzügen war der katholische Arbeiterverein immer dabei. Was ihn mit den Gesang- und Turnvereinen, mit den Schützen- und vaterländischen Vereinen, mit Krieger- und Musikvereinen verband, war die unpolitische Grundhaltung der ausschließlich männlichen Mitglieder und das ungebrochene nationale Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft. Im männlichen Vereinswesen herrschte das Patriarchat, das seinen durch Weltkrieg, Revolution und Frauenwahlrecht in Mitleidenschaft gezogenen Ruf zu rehabilitieren versuchte und vom katholischen Klerus treuherzig gegen die Moderne in Schutz genommen wurde.

Die Restauration des Patriarchats lag im gesellschaftlichen Wollen des katholischen Milieus in Südoldenburg nach dem verlorenen Weltkrieg. Auf der Delegiertenversammlung der katholischen Arbeitervereine auf dem Ersten Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg wurde die sittliche Pflicht eines jeden katholischen Arbeiters betont. Zu den geistig-sittlichen Aufgaben der Arbeitervereine gehörten ebenbürtig die Pflege des Familiensinnes und die "Erziehung zur Volksgemeinschaft" sowie ein "feierliches Bekenntnis zur Kirche Gottes". Die einmütig angenommene Resolution der Versammlung betonte, daß ausschließlich katholische Arbeitervereine und Christliche Gewerkschaften als berufsständische Organisationen für die katholischen Arbeiter in Frage kämen. Sie seien die Grundpfeiler der katholischen Arbeiterbewegung, die ihrem Auftrag gemäß nicht eine politische Strömung sein dürfe:

> "Der Delegiertentag hält es für dringend notwendig, daß mindestens in allen Orten, in denen Gruppen der christlichen Gewerkschaften bestehen, auch kath. Arbeitervereine gegründet werden. Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften gehören eng zusammen, sie ergänzen sich gegenseitig in ihrer Tätigkeit."[844]

[844] OTTENJANN, Festbuch, S. 99ff.; OV vom 30.9.1920, auch zum folg.

Zu wenigen Konzessionen an die enormen Politisierungsimpulse der jüngsten Vergangenheit fand sich der Katholikentag bereit. Denn nicht mehr rückgängig zu machen war auch nach seiner Ansicht die Notwendigkeit, daß "die Vereine sich auch mit der Politik befassen", da im Zuge des sozialen Fortschritts "das Tätigkeitsfeld der Arbeitervereine auf das politische Gebiet ausgedehnt ist". Das "politische Gebiet" erstreckte sich aber nicht auf parteipolitische Fragen und Auseinandersetzungen, die in den katholischen Standesvereinen keinen Platz hatten, und erwies sich damit in seinem Kern als unpolitisch. Es blieb dabei, daß Politik mit christlichem Standesdenken unvereinbar war. Diese Grundgedanken unterschieden sich nicht wesentlich von den Prinzipien, die auf der Versammlung der katholischen Gesellenvereine behandelt wurden. Auch den Gesellenvereinen kam nach dem Zusammenbruch eine große Aufgabe für den nationalen Wiederaufbau zu, der von der katholischen Kirche eng mit der religiösen Erneuerung verbunden wurde:

> "Heutzutage hat ein Suchen nach Religion und religiöser Betätigung weite Kreise erfaßt. Die Gesellenvereinsarbeit kommt diesem Suchen entgegen. Religion und Tugend sind von Anfang an die ersten Pfeiler, auf denen das Kolpingswerk ruht. Schon Kolping wußte, daß ohne Religion sittliche Erneuerung und Festigung nicht möglich ist."

Der Erste Oldenburger Katholikentag entwarf 1920 in der christlichen Ständeordnung ein romantisch-visionäres Gegenbild zur offenen Gesellschaft der Weimarer Republik. Ideologische Grundlage berufsständischer Auffassungen war eine organische Staatstheorie, die im Gegensatz zum "mechanistischen" und "atomistischen" Staatsbegriff des politischen Liberalismus stand. Das ständestaatliche Modell war gegen das demokratische Gleichheitsprinzip gerichtet, das als Egalitarismus diskreditiert wurde. An dessen Stelle trat das Prinzip der Hierarchie, die nach katholischer Glaubensvorstellung auf göttliche Stiftung zurückging. Der Stand war ein organisches Gebilde, das als solches "in einem großen Ganzen" aufgehen sollte.[845] Auf der Delegiertenversammlung der katholischen Arbeitervereine skizzierte Bischof Amandus Bahlmann mit wenigen Worten die naturrechtlichen Grundsätze katholischer Soziallehre und christlicher Ständeordnung:

> "Selbiger ermahnte in seiner Ansprache zur Zufriedenheit mit dem Stande, in den Gott einen jeden gesetzt hat. Standesunterschiede sind von Gott gewollt. Vollkommene Gleichheit ist auf Erden unmöglich, wird aber in der Ewigkeit herrschen."[846]

---

[845] STEINLE, Konservatismus, S. 68ff.
[846] OTTENJANN, Festbuch, S. 98.

Die christliche Ständeordnung stellte der mit äußerster Skepsis betrachteten Vorstellung permanenter Veränderung in der modernen Gesellschaft ein moralisch-religiöses Konzept entgegen, das die Geschichte anhalten und wieder an eine metaphysische Ordnungsinstanz binden sollte, die nicht anders als im christlichen Gott gedacht werden konnte. Sie sollte dem Menschen die Verantwortung für seine Geschichte wieder abnehmen, zu der der politische Rationalismus ihn gerade erst berufen hatte, und die modernen Errungenschaften der jüngsten deutschen Geschichte revidieren: die Demokratisierung des politischen und die Pluralisierung des gesellschaftlichen Lebens ebenso wie die Rationalisierung des kollektiven Bewußtseins, das die Vernunft zur entscheidenden Größe menschlichen Begreifens, Planens und Handelns machte. Mit den Kategorien politischer und gesellschaftlicher Rationalität war die christliche Ständeordnung nicht vereinbar.

Aus der moralisch-religiös motivierten Kultur- und Gesellschaftskritik aus den Reihen der katholischen Arbeiterbewegung ergaben sich Ordnungs- und Deutungsmuster, die gegen den politischen wie gesellschaftlichen Kollektivismus gerichtet waren und in diesem Sinne auch gegen Weimar instrumentalisiert werden konnten. Die öffentlichen Angriffe auf den Liberalismus und den Sozialismus dienten nicht nur der sozialen und politischen Integration des katholischen Arbeitermilieus, sondern schlossen zusehends auch "eine allgemeine Parlamentarismus- und Demokratiekritik" mit ein. Als dringend notwendig erschienen institutionelle Korrekturen des demokratischen Systems und die Ablösung der bestehenden formal-mechanistischen Staatsordnung durch ein konservatives Modell, das von einer starken Regierung und von autoritären Stützen der Macht getragen sein sollte. Die Präsidialkabinette Heinrich Brünings kamen dieser politischen Konzeption ihrer Richtung nach sehr nahe, eine Option für eine nationalsozialistische Lösung enthielten sie jedoch nicht.[847] Für das Schicksal der Weimarer Republik war die politische Polarisierung in der deutschen Arbeiterbewegung verhängnisvoll. Die katholische Arbeiterbewegung suchte nicht nach Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der sozialistischen im Dienste der Republik, sondern betonte unermüdlich die Unvereinbarkeit der weltanschaulichen Positionen. Auch von der deutschen Sozialdemokratie gingen solche Offerten nicht aus. Das hatte schwerwiegende Folgen für die Zerstörung der politischen Kultur besonders in den letzten Jahren der Republik.

[847] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 89.

Aufgrund der interkonfessionellen Zusammensetzung der Christlichen Gewerkschaften war es der katholischen Kirche nicht möglich, ein kirchliches Mitspracherecht zu institutionalisieren, wie es in den katholischen Arbeitervereinen durch das Prinzip der geistlichen Führung noch geleistet werden konnte. Gewerkschaftlichen Einfluß konnte die Kirche nur über die den Christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Arbeitervereine ausüben. Aus katholischer Sicht war es Aufgabe der Christlichen Gewerkschaften, "das endgültige Ausscheren der katholischen Gewerkschaftsmitglieder" zu verhindern, indem sie die materiellen Interessen ihrer Mitglieder über eine schlagkräftige Organisation und Tarifforderungen wirkungsvoll vertraten. Über die Gewährleistung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder sollten sie verhindern, daß katholische Arbeiter ein anderes ideelles Interesse übernahmen.[848] Daraus ergab sich ein doppeltes Interesse der katholischen Kirche: an einer Mitgliedschaft der Gewerkschaftsmitglieder in den katholischen Arbeitervereinen und an einer Mitgliedschaft des im Arbeiterverein organisierten katholischen Arbeiters in den Christlichen Gewerkschaften.

Den Arbeitervereinen und den Christlichen Gewerkschaften gemeinsam war eine antisozialistische Ausrichtung, die aus der Zeit des Auf- und Ausbaus der Christlichen Gewerkschaften um die Jahrhundertwende datierte. Dieser Antisozialismus trat am deutlichsten in dem Verbot von Doppelmitgliedschaften in den Freien und den Christlichen Gewerkschaften oder den Arbeitervereinen hervor, das von der Fuldaer Bischofskonferenz im sog. "Gewerkschaftserlaß" ausgesprochen wurde. Die "Winke betr. Aufgaben der Seelsorge gegenüber glaubensfeindlichen Organisationen" vom August 1921 blieben während der Zeit der Weimarer Republik die seelsorgerische Grundlage für die Behandlung katholischer Arbeiter, die in der SPD bzw. KPD und in einer Freien Gewerkschaft organisiert waren. Die Mitgliedschaft in den Freien Gewerkschaften sanktionierten die Bischöfe mit den Worten:

> "Einer besonderen Schwierigkeit begegnet der Seelsorger nicht selten da, wo es sich um Zugehörigkeit zu einer Organisation handelt, die an sich nur wirtschaftliche Interessen verfolgt, tatsächlich aber der wirksamste Vorspann für eine christentumsfeindliche Richtung ist, mit der sie nach Entstehung, Zielen und Arbeitsweise eng verbunden ist. Als Beispiel seien genannt die sogenannten freien Gewerkschaften, die unleugbar die wirksamsten Schrittmacher des christentumsfeindlichen Sozialismus sind, gefährlich auch deshalb, weil sie die Mitglieder allmählich mit sozialistischen Anschauungen

[848] WEICHLEIN, Sozialmilieus, S. 131f.

erfüllen. Das ist Grund genug, um die Zugehörigkeit zu ihnen für unerlaubt und den Austritt zur Pflicht zu erklären."[849]

Der "Gewerkschaftserlaß" erwies sich im allgemeinen als ein untaugliches Mittel im Kampf um das Seelenheil des katholischen Arbeiters, zumal er fast nur in kleinen geschlossenen katholischen Gemeinden anwendbar war. Claus Haffert betont, daß katholische Arbeitervereine und Christliche Gewerkschaften trotz ihrer gemeinsamen Zugehörigkeit zur konfessionellen Arbeiterbewegung in einem "permanenten Konkurrenzverhältnis" zueinander standen und sich ihr gemeinsames Handeln auf wenige Ausnahmefälle beschränkte. Unter den neuen politischen Bedingungen der Republik agierten die Gewerkschaften mit wachsendem Selbstbewußtsein und größerem Erfolg als die Arbeitervereine, die dadurch in eine Identitäts- und Organisationskrise gestürzt wurden. In einer sich über materielle Interessen und Konflikte definierenden Gesellschaft hatten die Verbandsfunktionäre wachsende Schwierigkeiten, den katholischen Arbeiter von der Notwendigkeit eines katholischen Standesvereins zu überzeugen.[850] Die Gewerkschaften waren das zukunftsträchtigere Modell gesellschaftlicher Interessenvertretung, weil sie den Strukturen pluralistischer Massen- und kapitalistischer Wettbewerbsgesellschaften entsprachen. Das galt unter dem bekannten konfessionellen Vorbehalt auch für die Christlichen Gewerkschaften. Sie waren ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu interkonfessionellen Gewerkschaften, wie sie nach 1945 entstanden. Deshalb wurden sie von der katholischen Kirche immer noch mit Skepsis betrachtet.

Die Christlichen Gewerkschaften schlossen im agrarökonomisch strukturierten Südoldenburg offensichtlich eine Lücke in dem Organisationsgefüge der katholischen Arbeiterbewegung. In dem Prozeß politischer Beschwichtigung und sozialer Integration kam es nach dem Ende des Krieges darauf an, bisher noch nicht organisierte Randgruppen zu erfassen, im Umfeld des Zentrums zu organisieren und in den Dienst an der Aufrechterhaltung des katholischen Milieus zu stellen. Im "Aufruf des christlichen Fabrik= und Transportarbeiter=Verbandes Cloppenburg und Umgegend an die gesamte noch nicht organisierte Arbeiterschaft" leitete der Vorstand der Ortsgruppe Cloppenburg aus der großen Umwälzung die Notwendigkeit ab, "den engsten Zusammenschluß der christlichen Arbeiter" herbeizuführen. Der Beitritt erwachse aus

[849] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 124.
[850] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 155ff.

einer moralischen Verpflichtung, die dem einzelnen autoritativ angetragen wurde:

> "Darum ist es jetzt die heiligste Pflicht jedes christlichen Arbeiters, sich der seinen Zwecken und Zielen dienenden Berufsorganisation anzuschließen. Wir haben den christlichen Fabrik= und Transport=Arbeiterverband für Cloppenburg und Umgegend begründet, und ihr alle, die ihr unsere Werkgenossen seid und wißt, daß unsere Grundsätze die eurigen sind, dürft nicht länger damit zögern, euch mit uns zu vereinigen."[851]

Die Christlichen Gewerkschaften als soziale Interessenvertretung des katholischen Arbeiters hatten aufgrund ihrer Gliederung nach Branchen und Industrieverbänden nicht die intime Nähe zum katholischen Milieu wie die Arbeitervereine, für die die Geschlossenheit des Zentrums "absolute Priorität" genoß.[852] Eine katholische Identität der Arbeit und der sozialen Ordnung der Arbeit stellte sich in ihren Reihen nicht in dem Maße ein wie in den katholischen Arbeitervereinen und lief ihren tarifpolitischen Aufgaben und Zielen zuwider. Die katholische Wertvorstellung von der "Berufsarbeit als Gottesdienst", von der der Cloppenburger Dechant Eduard Brust 1922 vor Cloppenburger Arbeitern sprach, war mit der ökonomischen Realität der Maschinenarbeit und der sozialen Konflikt- und Interessenlage in der modernen Industriegesellschaft nicht mehr zu vereinbaren und verlor zusehends an Glaubwürdigkeit. Die Geschichte der katholischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik zeigt, daß die katholische Soziallehre den Anschluß an die moderne Industriekultur verloren hatte und nur noch durch die konfessionelle Geschlossenheit aufrechterhalten werden konnte. Aus diesem Grunde sahen sich der höhere wie der niedere Klerus permanent genötigt, mit eindringlichen moralischen Appellen an die katholische Bevölkerung heranzutreten und sie zur bedingungslosen Erfüllung ihrer religiösen Glaubens- und Gewissensüberzeugungen zu ermahnen. In der Krise am Ende der Weimarer Republik nahm der Vollzug dieses als Seelsorge verstandenen katholischen Wächteramtes traumatisierende Formen an. Das war auch in Südoldenburg zu beobachten. Der katholische Klerus hatte dieses Problem erkannt und versagte deshalb der katholischen Arbeiterbewegung ein politisches Mandat, das die gesellschaftspolitische Restauration der katholischen Sozialmilieus nach dem Kriege außerordentlich erschwert oder sogar in Frage gestellt hätte.

---

[851] MT vom 23.11.1918. Die OV wiederholte den Aufruf für Vechta im redaktionellen Teil der Zeitung am 26.11.1918.
[852] HAFFERT, Arbeitervereine, S. 160.

8.5. Die katholische Frauenbewegung zwischen Aufbruch und Beharrung

Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg führte im katholischen Milieu Südoldenburgs zu einer verstärkten gesellschaftlichen und politischen Mobilisierung. Damit setzte sich eine Tendenz fort, die sich schon in der Vorkriegszeit abzeichnete, als die Überwindung der agrarökonomischen Stagnation für eine soziale und kulturelle Aufbruchsstimmung sorgte, die durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrochen wurde. Die Einführung des Frauenwahlrechts war ein politisches Signal und ermutigte die katholischen Frauen in Südoldenburg, vorsichtig aus der familiären und kirchlichen Sphäre herauszutreten und - freilich weiterhin in erster Linie organisiert und kontrolliert im katholischen Vereinswesen - am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Auf die Öffnung in der katholischen Frauenbewegung, die als gesellschaftspolitischer Fortschritt zu werten ist, antworteten die kirchlichen Autoritäten mit dem Bemühen, die Frauen verstärkt in das katholische Vereinswesen einzugliedern und sie dadurch in das katholische Sozialmilieu zu integrieren. Neben dem Mann, der durch die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges und der politischen Umwälzung in seinem politischen Selbstverständnis verunsichert war, sollte die Frau mit ihren geschlechtsspezifischen Aufgaben im sozial-karitativen und sittlich-religiösen Bereich als neue Trägerin der katholischen Lebensordnung auftreten und gesellschaftlich wirken. Die Bestandssicherung des politisch-sozialen Milieus blieb das oberste Gebot.

Die kirchlich betreute vorsichtige Öffnung der katholischen Frauenbewegung wurde bewußt gegen die zunehmende Politisierung und Liberalisierung der Gesellschaft in der Weimarer Republik geführt und war ein weiterer Versuch, den Modernisierungsprozeß zu verzögern und die sozialen Konflikte im vorpolitischen Raum zu entschärfen. Im Zuge der sozialen Differenzierung der bäuerlichen Agrargesellschaft, die durch die fortschreitende Mechanisierung in der Landwirtschaft begleitet wurde, standen der Frau im tertiären Wirtschaftssektor, im sozial-karitativen Bereich wie im Dienstleistungsgewerbe, neuerdings im begrenzten Umfange berufliche Laufbahnen offen, die ihre persönliche Unabhängigkeit und ihr Selbstwertgefühl förderten, ohne ihre traditionellen Bindungen an Religion und Kirche, Familie und Mutterschaft gänzlich aufzulösen. Noch wenige Wochen vor dem Ende des Ersten Weltkrieges warnte die Katholische Schulzeitung vor der Emanzipation der

Frau, die durch neue ökonomische und soziale Anforderungen und Kompetenzen in den zurückliegenden Kriegsjahren großen Auftrieb erfahren habe und sich in Zukunft fortsetzen werde. Der Krieg hatte offensichtlich auch in der traditionellen Ordnung der Geschlechter Verwirrung gestiftet; die Unterordnung der Frau unter den Mann schien in Zweifel gezogen. Im Rahmen eines Berichtes über einen Kursus des "Vereins für christliche Erziehungswissenschaft" in Köln faßte die Schulzeitung einen Vortrag über "Frauenbildung der Gegenwart" mit folgenden Worten zusammen:

> "Der Krieg hat die Frauen in stark vermehrter Zahl in Berufe gebracht, die außerhalb des Haushalts liegen, und in der Zukunft wird kein Stillstand kommen. Auch werden an die Qualität der Frauenarbeit erhöhte Anforderungen gestellt werden. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß manche Frauen versagt haben; sie kamen zu jugendlich, zu unvorbereitet und unerfahren und zu wenig gefestigt in die neuartige Stellung. Schwere Gefahren bringt die Oeffentlichkeit für eine junge Frauenseele. Daher ist großes Gewicht zu legen auf gründliche berufliche Schulung, jedoch nicht weniger auf Selbsterziehung, Selbstlosigkeit und Selbstüberwindung. Eine Frau darf nie den festen Boden der Gottes= und Nächstenliebe verlassen. Mütterlichkeit ist und bleibt ihre Wesenart. Gar zu viele können sich nicht in eine wirkliche Berufsauffassung hineinleben; sie kranken an der Auffassung, sie befänden sich dauernd in einem Uebergangsstadium."[853]

Die "Katholischen Leitsätze und Weisungen" machten deutlich, in welchem prinzipiellen Gegensatz sich der deutsche Katholizismus vor allem in kulturellen und geistig-weltanschaulichen Fragen zur liberalen Gegenwart in der Weimarer Republik befand. Benachteiligt waren insbesondere die Frauen, die von der männlichen katholischen Hierarchie als "verlorene Töchter Evas" herabgesetzt wurden. Im Herbst 1925 wandte sich Johannes Poggenburg, der Bischof von Münster, noch einmal und in besonderer Weise an die katholischen Frauen und rekapitulierte in diesem Zusammenhang Passagen aus der Fuldaer Erklärung vom Januar des gleichen Jahres.[854] Der Bischof ermahnte die katholischen Frauen aufs strengste, sich gegen die "gegenwärtig herrschenden Modeunsitten mit ihrer tendenziösen Entblößung oder Herausstellung des Körpers" zu wenden, "weil sie letzten Endes einer zynischen heidnischen Lebensauffassung ihren Ursprung verdanken und auf Reizung geschlechtlicher Sinnlichkeit berechnet sind". Für die Kleidung der katholi

---

[853] Katholische Schulzeitung Jg. 10, Nr. 10, 1.10.1918, S. 57f. Es handelte sich um einen Vortrag von Fräulein Dr. Amelie Lauer, der Leiterin der städtischen Wohlfahrtsschule in Köln. "Vermöge ihrer amtlichen Tätigkeit", heißt es in der Schulzeitung, war sie, “die einzige Dame unter den Dozenten", besonders geeignet, über dieses Thema zu sprechen. Von den Feststellungen ausgenommen war nur die katholische Lehrerin, die in nach Jungen und Mädchen getrennten Volksschulklassen unverzichtbar war: "Nur der Lehrerinnenstand macht eine Ausnahme."
[854] GELHAUS, Vereinswesen, S. 65f.

schen Frauen, denen in der Kirche der Zutritt zum Altarraum - in die unmittelbare Nähe des Allerheiligsten - ohnehin untersagt war, traf der Bischof exakte Anordnungen. Danach sollte das Kleid "bis zum Halse geschlossen sein, bis unter die Knie hinabreichen und die Arme bis über die Ellbogen hinaus bedecken". Der Bischof appellierte an die Frauen, ihrer Vorbildfunktion in der katholischen Kirche auch in der Kleidung gerecht zu werden:

> "Im Anschluß an diese Anordnung bezüglich der Frauenkleidung in der Kirche ermahne ich die katholischen Frauen und Jungfrauen nochmals ernstlich und nachdrücklich, auch den Kampf gegen die unschamhafte Mode, wie sie sich außerhalb der Kirche zeigt, mutig und mit aller Entschiedenheit durchzuführen. Nur zu lange schon hat sich der Leichtsinn und die Lüsternheit damit entschuldigt, daß selbst Frauen und Mädchen, die es sonst mit der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten ernst nehmen wollen, die gleiche Kleidung tragen. Die katholischen weiblichen Vereinigungen haben diesen Kampf an manchen Orten nicht ohne Erfolg unternommen."[855]

So bezog die katholische Kirche die katholischen Frauen in den Abwehrkampf gegen den Niedergang der christlichen Familie und die Zerrüttung der bürgerlichen Gesellschaft in ganz besonderer Weise ein, weil sie als christliche Mütter traditionell zu Hüterinnen des christlichen Famlienlebens bestellt waren. Die Aussagen des katholischen Lehramtes zu Fragen christlicher Sexual- und Ehemoral trugen aufgrund ihrer radikalen Ablehnung von sexueller Aufklärung und Emanzipation zur gesellschaftlichen Isolierung der katholischen Frauenbewegung bei und erwiesen sich als eine moralische Fessel im Kampf der katholischen Frau für sexuelle Selbstbestimmung und Befreiung. Die Bedingungen, unter denen die katholische Frau in einem katholischen Sozialmilieu wie Südoldenburg lebte, erschwerten diesen Prozeß zusätzlich und machten ihn so gut wie unmöglich.

Einen Höhepunkt in der katholischen Frauenpastoral nach dem Ersten Weltkrieg stellte zweifelsohne die päpstliche Enzyklika "Casti connubii" (Über die christliche Ehe) vom 31. Dezember 1930 dar. Sie setzte Abtreibung mit Mord gleich und verbot die Geburtenverhütung als Verbrechen gegen Gott und Natur. Pius XI. sprach in seinem Rundschreiben von der "Zerrüttung der Ehe in neuerer Zeit" und beklagte die "Irrtümer über den Ursprung der Ehe". Die "Hauptwurzel" dieses Übels liege in der Behauptung, "die Ehe sei weder

---

[855] OV 15.10.1925. In der Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz vom Januar 1925 hatte es dazu geheißen: "Daß Frauen und Mädchen im Heiligtum des Gotteshauses und gar am Tische des Herrn sich anders als in durchweg ernster und ehrbarer Kleidung einzufinden wagen, muß in Zukunft ausgeschlossen sein schon durch das Beispiel und die Stellungnahme der katholischen Frauenwelt selber." (GALEN, Laizismus, S. 63)

vom Schöpfer der Natur eingesetzt noch von Christus, dem Herrn, zur Würde eines wahren Sakramentes erhoben worden", sondern "vielmehr eine 'Erfindung der Menschen'". Nicht mehr nur "im Geheimen und im Dunkeln, sondern vor aller Öffentlichkeit, ohne jedes Schamgefühl, in Wort und Schrift, in Schauspielen jeder Art, in Romanen, in leidenschaftlichen und schlüpfrigen Erzählungen, in Kinodarstellungen, in Rundfunkvorträgen, kurz, mit allen Erfindungen der Neuzeit" werde "die Heiligkeit der Ehe in den Staub gezogen oder der Lächerlichkeit preisgegeben". Zu den großen Irrtümern des "modernen Geistes" zähle auch die Auffassung, der Geschlechtstrieb "erstrecke sich über die Ehe hinaus" und "könne darum innerhalb und außerhalb der Ehegemeinschaft, auch ohne Rücksicht auf die Ehezwecke, betätigt werden, gerade als ob die schimpfliche Ausschweifung der Dirne fast gleichberechtigt wäre mit der keuschen Mutterschaft der rechtmäßigen Gattin". Eine "verbrecherische Freiheit" nähmen jene in Anspruch, welche "aus Widerwillen gegen den Kindersegen die Last vermeiden, aber trotzdem die Lust genießen" wollten. Pius XI. verurteilte Abtreibungen und Indikationen, ob medizinische, soziale oder eugenische, weil sie "töricht und dem Gebote Gottes zuwider" seien, ebenso die "Sterilisation von erblich Belasteten". Er mahnte zu ehelicher Treue, die auch "die ehrenvolle Unterordnung der Frau unter den Mann" gebiete, und lehnte jede Form der Emanzipation und Gleichberechtigung der Frau als "keine wirkliche Befreiung der Frau" ab. Sie sei "eine Schändung des weiblichen Empfindens und der Mutterwürde, eine Umkehrung der ganzen Familienordnung, so daß der Gatte der Gattin, die Kinder der Mutter, und die ganze Familie und Hausgemeinschaft der stets wachsamen Hüterin und Wächterin beraubt werden". Die katholischen Geistlichen rief der Papst zu strenger Wachsamkeit auf: "Sollte aber ein Beichtvater oder Seelsorger, was Gott verhüte, selber die ihm anvertrauten Gläubigen in solche Irrtümer führen oder durch seine Zustimmung oder durch böswilliges Schweigen sie darin bestärken, so möge er wissen, daß er dereinst Gott, dem höchsten Richter, ernste Rechenschaft über den Mißbrauch seines Amtes wird ablegen müssen."[856]

Aus der pastoralen Sorge und angesichts der Gefahren für das Seelenheil, die aus der Enthemmung der kulturellen Moderne insbesondere für die katholische Frau erwuchsen und sie in ihrem Wächteramt als Hüterin des Glaubens und der christlichen Familie herausforderten, kam es aus der Sicht der katholischen Kirche um so mehr darauf an, sich zusammenzuschließen und mit den

[856] REUTER, Summa 2, S. 645-651.

traditionellen Aufgaben unter den veränderten Zeit- und Lebensbedingungen vertraut zu machen. Eine neue Qualität, offener und weltläufiger, brachte der Katholische Frauenbund in den organisatorisch wie moralisch erstarrten Vereinskatholizismus des vergangenen Jahrhunderts, der den Weltkrieg unverändert überlebt hatte. Als Reaktion auf die emanzipatorische Herausforderung der republikanischen Gegenwart versuchte er zwar die katholische Frau auf ihre traditionelle Rolle als treu sorgende Hausfrau und christliche Mutter festzulegen, betonte aber ihre durch das Frauenwahlrecht gestiegene Verantwortung für das öffentliche Leben und das politische Gemeinwohl; das waren neue Töne in der katholischen Frauenbewegung.

8.5.1. Katholischer Frauenbund: "Der Frauenbund bewegt sich dabei auf dem Boden der kath. Kirche."

Im Bericht über die Gründung des Katholischen Frauenbundes in Vechta im Februar 1919 betonte die lokale Presse, daß der neue Verein für Frauen die traditionellen katholischen Standesvereine keineswegs zu ersetzen gedachte:

> "Da eine gedeihliche Arbeit für die kath. Frauen nur dann möglich sei, wenn sie sich gründe auf dem sicheren Fundament des Glaubens, so komme für diese der Zusammenschluß im katholischen Frauenbund allein in Frage. Der kathol. Frauenbund mache die übrigen Frauenvereine, auch die katholischen Frauen=Standesvereine, nicht überflüssig, sondern wolle sie alle zusammenfassen und zu erfolgreicher Tätigkeit anspornen."[857]

Ein Memorial, das anläßlich des 30jährigen Bestehens des Katholischen Frauenbundes in Cloppenburg im Jahre 1949 verfaßt wurde, erinnerte an die Gründung dieses Vereins im Jahre 1919. Auf die Frage "Wie kam es eigentlich zur Gründung des kath. Frauenbundes?" heißt es dort, auch auf die politischen Zeitumstände anspielend:

> "Als im Revolutionsjahr 18/19 den Frauen das Wahlrecht gegeben wurde, ergriff die Frauenbewegung weite Volkskreise. Auch in Cloppenburg wurde eine große Frauenversammlung einberufen, ein kleiner Personenkreis wollte den Vaterländischen Frauenverein gründen. Unsere Seniorin, Frau Willenbrink, erfuhr von der Angelegenheit. Sie sprach mit Frau Meyer-Holzgräfe über die Sache und meinte: ‘Wir müssen im (katholischen) Cloppenburg den kath. Frauenbund gründen. Wir müssen die Sache in die Hand nehmen.’ Als die Versammlung stattfand, trat Frau Holzgräfe auf den Plan und mutig erklärte sie: ‘Wir brauchen hier keinen Vaterländischen Frauenverein, wir

[857] OV vom 1.3.1919.

> wollen den Kath. deutschen Frauenbund.' Allgemeine Zustimmung folgte ihren Worten, die Gründung des Vaterländischen Frauenbundes unterblieb." [858]

Mit dem Verzicht der Cloppenburger Frauen auf die Gründung eines "Vaterländischen Frauenvereins" war der Versuch gescheitert, die katholische Frauenbewegung zu politisieren und sie für die nationale Rechte in der Weimarer Republik zu engagieren. Auf einer Versammlung im Februar 1919, die von den Frauen Holzgräfe, Willenbrink und Elisabeth Reinke vorbereitet worden war, referierte Wilhelmine Janßen aus Lohne (Krimpenfort) über die Aufgaben des katholischen Frauenbundes und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller katholischen Frauen. Wilhelmine Janßen, die in der Presse als Medizinstudentin bezeichnet wird, entfaltete in der Gründungsphase der Weimarer Republik offensichtlich eine rege politische Öffentlichkeitsarbeit und sprach auf verschiedenen Zentrumsversammlungen für Frauen im Landesteil Oldenburg. Einen Tag vor der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg am 23. Februar 1919 wandte sie sich unter dem Titel "In entscheidender Stunde!" an alle Frauen Oldenburgs und rief sie eindringlich zur Wahl auf:

> "Rafft euch auf, begreift den Ernst der Zeit, deutsche Frauen, Oldenburger Frauen, und wählt am 23. Februar für die Landesversammlung, in der über das Wohl und Wehe unserer engen Heimat Oldenburg beschlossen werden wird. [...] Wie einst unsere Vorfahren, die germanischen Frauen, hinter den Schlachtreihen ihre Männer zum Kampf anfeuerten, so wollen wir auch unsere Männerwelt an ihre Pflicht erinnern, wollen sie begeistern, wollen sie mit hinreißen zur Mitarbeit an hohen und heiligen Aufgaben."[859]

Aus dem ihnen zugestandenen gleichen politischen Recht erwuchsen den Frauen nach Auffassung von Wilhelmine Janßen auch gleiche politische Pflichten. Der Aufruf schloß mit der Aufforderung:

> "Wählt alle das Zentrum, die christliche Volkspartei! Denn das ist die Partei, die sich unseren Interessen wirksam und mit Wärme angenommen hat und in Zukunft annehmen wird."[860]

---

[858] Chronik, Frauenbund, o. S.
[859] OV vom 22.2.1919.
[860] OV vom 22.2.1919. Eine vordringliche Aufgabe der Zeit sah sie im "Wiederaufbau eines geistig und körperlich gesunden Deutschlands", eine Aufgabe, die alle Christen beider Konfessionen vereinen sollte: "Wir alle nennen den 'lieben Gott' unsern Vater, wir haben alle Leid und Sorge des Lebens zu tragen [...]."

Das Engagement Wilhelmine Janßens zeigte eine vorsichtige Öffnung der katholischen Frauenbewegung auf christlicher Grundlage, die sich in Südoldenburg aber rasch an den konfessionellen und politischen Grenzen des katholischen Milieus brach. Bezeichnenderweise scheiterte auch der Versuch des Zentrums, sich als "christliche Volkspartei" zu etablieren und protestantische Wähler an sich zu binden. Es wurde in den Wahlen des Jahres 1919 wieder auf die katholische Klientel im Süden des Landes zurückgeworfen. Ein weiterer Schritt zur Gründung des Frauenbundes in Cloppenburg erfolgte auf einer Versammlung im Pensionat der Schwestern ULF:

> "Diese besonders interessierten Frauen wurden zu einer Zusammenkunft im Pensionat eingeladen. Hier wurden nun im Beisein einer Nonne von der Zentrale des kath. deutschen Frauenbundes in Köln, der engere und der erweiterte Vorstand, der geistliche Beirat und die Vertrauensfrauen vorgeschlagen. Gleichzeitig gründete man die einzelnen Abteilungen des kath. deutschen Frauenbundes. Die Hausfrauen=, die Jugend=, die kulturelle, die politische und die caritative Abteilung. In einem Schulungskurs wurde der engere Vorstand in seine Arbeit eingeführt. Die Vorstände der verschiedenen Abteilungen wurden mit ihrer Arbeit vertraut gemacht. Nachdem so alles gut vorbereitet war, wurde die eigentliche Gründungsversammlung einberufen. Dies war im März 1919." [861]

Die Einrichtung einer kulturellen und sogar politischen Abteilung ließ eine Liberalisierung in der katholischen Frauenbewegung erkennen, die sich unter Wahrung ihres moralisch-religiösen Standpunktes gesellschaftlichen und politischen Fragen vorsichtig öffnete und auf sie in katholischer Grundüberzeugung zu antworten versuchte. Das war ein Fortschritt in der katholischen Frauenbewegung, die sich in ihrer Entscheidung gegen den "Vaterländischen Frauenverein" in den Dienst des katholischen Milieus stellte und sich damit seinen tradierten Strukturen anpaßte. Im Gegensatz zu den Frauen bewegten sich die Männer politisch unabhängiger und waren eher bereit, die engen konfessionellen Grenzen der katholischen Lebenswelt zu überschreiten. Dabei spielte das Kriegserlebnis, das in den vaterländischen Vereinen als Identifikationspotential überlebte und kultiviert wurde, eine große Rolle. Das Adreßbuch der Stadt Cloppenburg zählte 1931 fünf vaterländische Vereine. Dazu gehörten der Kriegerverein, der 1877 gegründet worden war, der Stahlhelm, der Marineverein, der Verein ehemaliger Kriegsgefangener und der Verein der Kriegsbeschädigten. An spezifischen Frauenvereinen, dem nur Frauen angehörten, wurden im Adreßbuch der Frauenchor (Leitung Studien

[861] Chronik, Frauenbund, o. S.

rat Bitter) und der Kath. Frauenverein (Frauenbund) unter dem Vorsitz von Frau Meyer-Holzgräfe angeführt.[862]

Nach Elisabeth Reinke, die den Cloppenburger Frauenbund nur wenige Monate führte, übernahm Frau Meyer-Holzgräfe dieses Amt. Über die langjährige Vorsitzende wurde rückblickend gesagt, daß sie "das religiöse, geistige und soziale Rüstzeug" besessen habe, einen solch großen Zweigverein zu leiten. Ein Novum war die Tatsache, daß der Cloppenburger Frauenbund mit Oberstudienrat Heinrich Wempe zwar einen geistlichen Beirat wählte, aber keinen Vertreter aus dem örtlichen Klerus. Die Biographie der Schriftstellerin Elisabeth Reinke ist ein Beispiel für die Stellung der Frau in der südoldenburgischen Frauen- und Heimatbewegung, die sich als unpolitisch verstand, und für die Möglichkeiten, die sich einer engagierten Frau unter den historischen Bedingungen des katholischen Milieus in Südoldenburg boten.

Elisabeth Reinke wurde am 11. August 1882 als Tochter des Ökonomierats und Gemeindevorstehers von Krapendorf, Josef Meyer-Hemmelsbühren, geboren; ihr Vater starb 1933. Sie besuchte die höhere Töchterschule in Cloppenburg, ein katholisches Pensionat in Nymwegen (Niederlande) und ergänzte ihre Ausbildung als "Haustochter" auf dem väterlichen Hof. 1908 heiratete sie den aus Rechterfeld stammenden Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke in Oldenburg, der nach dem Ersten Weltkrieg Vorsitzender des oldenburgischen Zentrums wurde. Als ihr Mann zum Kriegsdienst einberufen wurde, kehrte Elisabeth Reinke auf den väterlichen Hof in Hemmelsbühren bei Cloppenburg zurück. Ihre erste bekannte Veröffentlichung war die Erzählung "Jungheit", die autobiographische Züge trägt und in Südoldenburg spielt. Im Jahre 1919 war Elisabeth Reinke Mitbegründerin und Vorstandsmitglied des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland. Sie setzte sich besonders für die Pflege und Förderung der plattdeutschen Sprache ein und gehörte zu den Mitbegründern des "Spieker - Bund Oldenburger Heimatvereine", der 1947 auf Anregung des "Ollnborger Kring" einen Neuanfang in der oldenburgischen Kultur- und Heimatpflege setzte.[863] Elisabeth Reinke war Mitarbeiterin am Niedersächsischen Wörterbuch in Göttingen, am Westfälischen Archiv für Landes- und Volkskunde in Münster und im "Oldenburger Schrieverkring", einer für plattdeutsche Literatur zuständigen Abteilung des "Spiekers". 1958 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz und 1968 die Goldene Anton-Günther-Gedenkmünze der Olden

[862] WINTER, Adreßbuch, S. 124f.; GELHAUS, 1933, S. 51f.: Faksimile.

[863] MT vom 9.4.1997: nach den "Oldenburgischen Anzeigen - Amtliche Nachrichten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg" vom 2.7.1948. Nach der Auflösung des Landes Oldenburg 1946 machte es sich der "Spieker" zur Aufgabe, "die ihm angeschlossenen Vereine unbeschadet ihrer Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit in ihrer Arbeit, der Pflege niederdeutscher Sprache, Sitte und Art, zu fördern." Ausdrücklich sollte der "Spieker" der Allgemeinheit dienen und keine "parteipolitischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Sonderziele" verfolgen. Hintergrund für diese Aktivitäten war die Befürchtung, Oldenburg könnte nach seinem Anschluß an das Land Niedersachsen seine historische und kulturelle Identität verlieren.

burg-Stiftung. Im Jahre 1962 erschien die "Geschichte des Hofes Hemmelsbühren". Neben ihrer schriftstellerischen Tätigkeit war Elisabeth Reinke auch politisch aktiv. Von 1946 bis 1948 gehörte sie für die CDU dem Stadt- und Kreistag in Vechta an. Sie starb am 26. März 1981 in Vechta.[864]

Ein Blick in die Alltagswelt des Vereins, wie ihn das "Memorial" aus dem Jahre 1949 ermöglicht, spiegelt den Wandel in der katholischen Frauenbewegung wider. Die sozial-karitativen Aufgaben, denen angesichts der immer noch bedrückenden sozialen Lage der Frauen in der bäuerlichen Agrargesellschaft Südoldenburgs große Bedeutung zukam, standen im Vordergrund der Vereinsarbeit. Aus dem Spendenaufkommen des Vereins wurden zum Beispiel 12 Babykörbe zum Ausleihen angeschafft, und den "abgearbeiteten Müttern aus den Elendsvierteln der Großstädte" verschaffte der Frauenbund durch seine Mitglieder Erholung auf dem Lande: "Wahrlich, ein weites Gebiet tätiger Nächstenliebe!" Ausführlich berichtet die Chronik über den großen Basar, der 1932 in der Walhalla, dem größten Saal Cloppenburgs, stattfand:

"Viele Frauen aus Stadt und Land hatten zu dem Basar reichlich gestiftet und die ganze Bevölkerung war dazu eingeladen. Es war ja stets Sitte im Frauenbund, zu allen Veranstaltungen auch Nichtmitglieder herzlichst einzuladen. Der klingende Erfolg dieses Abends war ein Betrag von 3 000 M, den Frau Meyer-Holzgräfe, die nachts um 3 Uhr als Letzte mit Frau Lange den Saal verließ, unter Bewachung von 2 Herren nach Hause brachte. Dieses wohlgelungene Fest, von dem noch lange gesprochen wurde, war unsere letzte Veranstaltung großen Stils." [865]

Neben dem Rosenkranzgebet, der Gemeinschaftsmesse und den Wallfahrten nach Bethen pflegte der Frauenbund auch die Zusammenarbeit mit dem Paramentenverein. Während des Weltkrieges wurden 14 Meßkoffer für Feldgeistliche ausgestattet. "Unsere unermüdliche Frau Bremerkamp", heißt es in der Chronik, "hat alle 14 Koffer genäht, der Frauenbund hat für Gold, Silber und Geld gesorgt, und der Paramentenverein hat unter Anleitung von Frau Rektor Lange alle Gegenstände, die zur Darbringung des H. Meßopfers und zur Spendung der H. Sakramente erforderlich sind, beschafft und genäht".[866] Neben den karitativen und religiösen Aufgaben spielte auch das kulturelle

[864] FRIEDL, Handbuch, S. 587f. (von Raimund Hethey); KLOSTERMANN, Reinke, S. 200-203; STRICKMANN, Heinz: De Spieker - Heimatbund für niederdeutsche Kultur - feiert sein 50jähriges Bestehen, IN: MT vom 9.4.1997.
[865] Chronik, Frauenbund, o. S.
[866] An dieser Stelle enthält die Chronik offensichtlich einen Fehler: Der Frauenbund wurde in Cloppenburg nach dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1919 gegründet; er kann als Organisation nicht schon im Ersten Weltkrieg tätig gewesen sein. Gemeint ist wohl der Paramentenverein.

Leben im Frauenbund eine größere Rolle als in den anderen katholischen Standesvereinen. Über das kulturelle Vereinsleben, das besonders in den Sommermonaten gepflegt wurde, berichtet die Chronik und deutet bei dieser Gelegenheit den bürgerlichen Charakter des Frauenbundes an, der gut beraten war, auf die Landfrauen Rücksicht zu nehmen:

> "Entweder machten wir eine größere Wallfahrt oder einen größeren Ausflug. Wir waren u. a. in Münster, Osnabrück, Holdorf, Damme, Sögel. Zu den Freiluftspielen in Tecklenburg waren wir sogar 2 Tage unterwegs. Es wurde Wilhelm Tell aufgeführt. [...] Abends fuhren wir nach Osnabrück zurück u. übernachteten dort, am andern Tag wurde die Stadt besichtigt. Es nahmen 80 Personen an dem Ausflug teil [...]. In den Sommermonaten fanden auch die schon erwähnten Kurse statt, gewöhnlich im Mai oder zwischen der Heu= und Roggenernte, um auch den Landfrauen Gelegenheit zu geben, an den Kursen teilzunehmen. Frau Meyer=Holzgräfe legte großen Wert darauf, auch den Landfrauen die Teilnahme an den Veranstaltungen zu ermöglichen. Die Winterveranstaltungen waren immer in mondheller Zeit. Das Hauptgewicht legte der Frauenbund auf die religiöse Vertiefung. Durch religiöse Vorträge, Exerzitien und Einkehrtage sollte dieses erreicht werden." [867]

Aber die Fixierung der katholischen Frau auf ihre Rolle als Mutter, Ehe- und Hausfrau blieb auch im Katholischen Frauenbund ungebrochen. Der Cloppenburger Dechant, Prälat Eduard Brust, beschrieb auf einer Versammlung des Cloppenburger Frauenbundes in einem "spannenden Vortrag" das katholische Frauenbild und die Aufgaben der Frau als christliche Gattin und Mutter:

> "Als Gattin soll sie die Freudenspenderin und verständnisvolle Gefährtin des Mannes sein, als Mutter muß sie ihre Kinder durch Belehrung und Beispiel heranziehen zu guten Christen und brauchbaren Gliedern der menschlichen Gesellschaft, zu Sittsamkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Nächstenliebe und als Hausfrau muß sie ihren Stolz darein setzen, allen Familienmitgliedern die Häuslichkeit angenehm zu machen durch Sauberkeit, Ordnungsliebe und vor allem durch gute sorgsame Vorbereitung des Essens."[868]

Dankbar bestätigt wurde die Entpolitisierung der katholischen Frauenbewegung durch die Amtskirche anläßlich des 25jährigen Bestehens des Zweigvereins Münster im Jahre 1929. In seiner Ansprache an den Katholischen Frauenbund Münster charakterisierte Bischof Johannes Poggenburg die tra

---

[867] Chronik, Frauenbund, o. S.

[868] OV vom 24.4.1919. Auf dieser Versammlung erstattete Wilhelmine Janßen einen Bericht über die Tagung des Zentralausschusses des Katholischen Frauenbundes (KFD) in Gelsenkirchen, an der auch zwei Mitglieder des Cloppenburger Zweigvereins, Frau Oberlehrer Thöle und Fräulein Ida Fortmann, teilnahmen.

ditionelle Stellung der katholischen Frau in der modernen Gesellschaft und begrüßte die Haltung, die der Frauenbund in dieser Frage eingenommen habe:

> "Der Frauenbund bewegt sich dabei auf dem Boden der kath. Kirche. Er will die Frauen bewahren, jene uferlosen Irrfahrten mitzumachen, die ihrem Geschlechte und der Gesellschaft zum Verderben gereichen müssen. Wir kennen die Gefahren, die heute der Frauenwelt drohen, die gefährlichen Lehren, die modernen heidnischen Anschauungen, die die christliche Familie in ihren Grundfesten erschüttern. Auch viele Frauen sind mitschuldig an dem religiös=sittlichen Niedergange unseres Volkes. [...] Gegenüber der rings um uns herrschenden Glaubens= und Sittenlosigkeit, gegenüber dem Umsichgreifen des widerlichsten Körperkultus will der Kathol. Frauenbund die kathol. Glaubens= und Sittenlehre durch Wort und Beispiel verteidigen, wahre Seelenpflege üben und so mit Hand anlegen, unser Volk vor dem Untergange zu retten."

Im Einsatz für die christliche Familie und gegen den modernen Körperkult erkannte der Bischof einen wichtigen Beitrag der katholischen Frauenbewegug für den Wiederaufbau Deutschlands und dankte dem Zweigverein Münster "vor allem für das, was er geleistet hat im Kampfe um die Würde der Frauen und Jungfrauen". Poggenburg forderte mit heroischen Worten "eine Kerntruppe kath. Frauen, in denen der Heldengeist der ersten Christen wieder lebendig wird".[869]

In der tradierten Ständeordnung, die in der katholischen Soziallehre noch bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts idealtypisch als soziale Gegenwelt zur modernen pluralistischen Gesellschaft begriffen wurde, war die Ungleichheit zwischen Mann und Frau historisch festgeschrieben und konnte die katholische Frau nicht gleichberechtigt mit dem katholischen Mann am kirchlichen Vereinsleben teilnehmen. Von einer Gleichberechtigung im Patriarchat der katholischen Kirche war die Frau in der Weimarer Republik noch weit entfernt. Stärker noch als im katholischen Standesverein, in dem die Funktion der geistlichen Leitung vom männlichen Klerus wahrgenommen wurde, kam die Unterdrückung der Frau in der diskriminierenden Praxis der kirchlichen Aussegnung der katholischen Mutter zum Ausdruck, die bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geübt wurde.[870] Aus dem öffentlichen Wirken Jesu Christi und seiner Beziehung zu den biblischen Frauengestalten war keine Rechtfertigung für das katholische Patriarchat abzuleiten, das seine Wurzeln

---

[869] OV vom 16.10.1929.

[870] St. Andreas, Benedictio. Der Segen hatte den Titel: Benedictio mulieris post partum et infantis. Unter "Aussegnung" ist die kirchliche Segnung der Mutter beim ersten Kirchgang nach der Geburt eines Kindes zu verstehen.

weniger in der Offenbarung als in der Geschichte des katholischen Dogmas hat.

Der Fortschritt in der katholischen Frauenbewegung, wie er im Katholischen Frauenbund zu beobachten ist, trug seiner Anlage nach keinen emanzipatorischen politischen Charakter, sondern diente dazu, die Frau in Abgrenzung gegen die bürgerliche und sozialistische Frauenbewegung an das katholische Sozialmilieu zu binden und in ihrem unterprivilegierten Status in der katholischen Gesellschaft zu halten. Dadurch sollte sie aus der Dynamik des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses herausgenommen werden. So wurde der Rückstand der katholischen Frauenbewegung in der Weimarer Republik noch vergrößert. Die Folgen einer verhinderten Emanzipation der katholischen Frauen zeigten sich in Südoldenburg vor allem nach 1945, als sie nach den Verunsicherungen in der nationalsozialistischen Gesellschaft ihren Platz im angestammten katholischen Sozialmilieu wieder einnahmen. Auf die großen Umbrüche in den 1960er Jahren waren sie nicht vorbereitet, zumal sie im "Dritten Reich" von Impulsen der katholischen Frauenbewegung in der Weimarer Republik völlig abgeschnitten waren.

Für die innere Stablität des katholischen Milieus kam den katholischen Standesvereinen für Frauen eine große Aufgabe zu. In der Funktion eines kollektiven moralischen Über-Ich übten sie eine soziale Kontrollfunktion aus und leiteten die Frau dazu an, ihre unterprivilegierte gesellschaftliche Stellung im Plan einer übernatürlichen-gottgewollten ständischen Ordnung anzuerkennen. Dieser geringere Status hatte unübersehbare Folgen für das Selbstverständnis der katholischen Frauen und ihre Stellung in Ehe, Familie und Gesellschaft. Dazu trug eine rigide Sexualmoral bei, die die katholische Frau noch stärker als den katholischen Mann diskriminierte und in ihrer Würde herabsetzte. Die Sexualerziehung selbst, soweit sie überhaupt vom katholischen Elternhaus oder im katholischen Religionsunterricht in der Schule wahrgenommen wurde, war durch die Existenz einer Sprachbarriere belastet, die aus der Angst vor der Sexualität an sich resultierte.

Dabei ist zu bedenken, daß es sich bei der Region Südoldenburg bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg um eine Mangelgesellschaft handelte. In der Mitte des 19. Jahrhundets beschränkte sich die landwirtschaftliche Produktion weitgehend auf die Selbstversorgung der Bevölkerung. Nur etwa ein Drittel der Fläche war kultiviert und diente der landwirtschaftlichen Nutzung, breite bäuerliche Unterschichten standen im Heuerlingswesen in der Abhän

gigkeit des Erbbauern, im Gegensatz zum Norden Oldenburgs überwogen die mittleren und kleineren Betriebe, die zwar die Möglichkeit einer Existenzgründung durch Heirat einräumten, aber sie nur notdürftig sichern konnten. Wenn eine Mißernte drohte, erklang das "Näher, mein Gott, zu Dir, ..." aus den Kirchenschiffen Südoldenburgs. Der vorgestellte Gott war kein liebender Gott, sondern ein strafender Gott, der die Menschen für ihre Sünden züchtigte, wie ein guter katholischer Haus- und Familienvater seine Kinder für ihre Verfehlungen strafte. Auf dem Seelengrunde des katholischen Milieus ruhten die Angst und ein bitteres Gefühl des Ungenügens und des Versagens, das eine Seele zerknirschen konnte.

Die Heirat und damit die Gründung einer Familie war in dieser bäuerlichen Mangelgesellschaft, die im 19. Jahrhundert unter einem enormen Bevölkerungsdruck litt, an eine Hofstelle gebunden. Daraus ergab sich, daß die Mehrheit der erwachsenen männlichen und weiblichen Bevölkerung nicht heiraten konnte. Die Frauen waren darauf angewiesen, als Tante auf dem Familienbesitz zu arbeiten oder sich als Magd zu verdingen - ein bitteres Schicksal. Der Moralkodex der katholischen Standesvereine verpflichtete die unverheirateten Männer und Frauen zu einem quasi zölibatären Lebenswandel und unterwarf sie in ihrer Lebensführung rigorosen sittlichen Normen, die besonders drastisch ausfielen, was die gegengeschlechtliche Beziehung betraf.

8.5.2. Katholisches Frauenideal: "Heldenmütter müssen wir haben, dann wird unser Volk gesunden."

Die christ-katholische Familie schien als sozialer Archetypus die Antwort auf den atomistischen Zerfall und die rigorose Individuation in der Moderne zu sein. Der Erste Oldenburger Katholikentag vom 25. bis 27. September 1920 in Cloppenburg machte nicht nur deutlich, welche Haltung der oldenburgische Katholizismus zur neuen demokratischen Ordnung in Deutschland einnahm, sondern auch, welche Stellung er dabei der in den Vereinen organisierten katholischen Frauenbewegung zusprach.[871] Für die Frauenvereine wurden gesonderte Veranstaltungen durchgeführt, die die katholischen Frauen auf ihre traditionelle Rolle und ihre Zukunftsaufgaben verpflichteten. Auf den Tagungen der Elisabeth- und Müttervereine im Central-Hotel, des

[871] GELHAUS, Vereinswesen, S. 68f.

Frauenbundes in der Aula des Realgymnasiums und der Jungfrauen-Kongregationen im Gesellenhause am 27. September 1920 wurde die katholische Frau in erster Linie auf ihre gesellschaftliche Rolle als christliche Mutter und als Bewahrerin von christlicher Ehe und Familie festgelegt. Dabei wurde sie weitgehend auf die Privatsphäre beschränkt, aus der heraus sie gesellschaftlich wirken sollte. Auf der Versammlung der Elisabeth- und Müttervereine faßte Pastor Hermann Lange aus Bremen, der den Hauptvortrag übernommen hatte, diese Aufgaben für die Frauen zusammen:

> "Er schilderte die Gefahren, die der Familie drohen durch die gemischten Ehen, die erschreckend überhand nehmen, durch den Mißbrauch der Ehe seitens der Ehegatten, durch den Geburtenrückgang usw. Das Nachlassen der sittlichen Kraft, Verweichlichung, Scheu vor Opfern usw. ist Schuld daran. Die christliche Mutter ist berufen, heilend, vorbeugend, erziehend hier einzuwirken, Heldenmütter müssen wir haben, dann wird unser Volk gesunden, Mutterseelsorge und Mutterbildung sind zwei Faktoren, die uns christliche Mütter bilden. Das ist Aufgabe des Müttervereins. Das Frauenherz ist zum Wohltun geneigt. Diese caritative Tätigkeit üben hauptsächlich die Elisabethvereine, die den Müttervereinen sehr verwandt sind."[872]

Hedwig Dransfeld, die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes, referierte auf dem Katholikentag über "Wesen, Ziel und Aufgaben des katholischen Frauenbundes" und setzte sich kritisch mit dem sozialen Wandel auseinander, der durch die Industrialisierung verursacht worden sei. Sie grenzte die katholische Frauenbewegung vehement gegen die freie sozialdemokratische ab, vor allem was die Frage des Schwangerschaftsabbruchs betraf:

> "Die sozialdemokratischen Frauen wollen die Frau ‘frei’ machen, unabhängig vom Mann, und das bedeutet Ungebundenheit nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in sittlicher Beziehung. Uns aber bedeutet die Gebundenheit der Frau in Ehe und Familie das höchste sittliche Ideal. Jene wollen durch Einschränkung des § 218 des Strafgesetzbuches den Eingriff in das keimende Leben erlaubt machen; uns aber ist und bleibt die Mutterschaft das Heiligste und Unantastbarste, und das will der katholische Frauenbund mit aller Kraft schützen."[873]

Mit Hedwig Dransfeld (Köln) hatte der Katholikentag in Cloppenburg eine prominente Politikerin des Nachkriegs-Zentrums als Redner gewonnen; davon gab es nicht sehr viele. Hedwig Dransfeld wurde als einzige Frau auf dem 1. Reichsparteitag des Zentrums vom 19. bis 21. Januar 1920 in Berlin

---

[872] OTTENJANN, Festbuch, S. 120f.; HESSE, Lehrerin, Anhang, o. S.: Tabelle der wichtigsten sozialen und karitativen Vereine Deutschlands, zit. b. GELHAUS, Vereinswesen, S. 56-58: Faksimile.
[873] OTTENJANN, Festbuch, S. 125f.

in der Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden in den Parteivorstand gewählt. Der Parteivorstand bestand aus dem Vorsitzenden, Karl Trimborn, vier Ehrenvorsitzenden und vier stellvertretenden Vorsitzenden. Der Einfluß von Hedwig Dransfeld, die der Reichstagsfraktion ihrer Partei erst seit 1919 angehörte, darf also nicht überschätzt werden.[874]

Eine vom Reichstagsabgeordneten Professor Schreiber aus Münster eingebrachte Resolution gegen "die Versuche, im Wege der Gesetzgebung den bislang durch das Gesetz gewährten Schutz des keimenden Lebens hinwegzuräumen", wurde auf der Versammlung des Katholischen Frauenbundes einstimmig angenommen.[875] Wie der Katholikentag in Cloppenburg zeigte, schreckten die Diskussionen um das Abtreibungsrecht und radikale Forderungen kommunistischer und sozialdemokratischer Frauen, von Sexualreformern und Feministinnen, die sich auf der Basis einer sog. "Neuen Ethik" für eine liberale Einstellung zur Sexualität, die Erleichterung von Ehescheidungen, die Streichung des § 218 und die rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Kinder einsetzten, die katholische Frauenbewegung ab und drängten sie in die Defensive. Dabei wurde "die behauptete Inferiorität katholischer Frauen und der Vorwurf, daß die katholische Frauenbewegung hinter dem allgemeinen Frauenaufbruch hinterherhinke", in deren eigentliche Stärke umgedeutet: Das Christentum werde nicht nach modernen Grundsätzen gemessen, sondern die moderne Kultur müsse an christlichen Grundsätzen überprüft werden.[876]

---

[874] MORSEY, Zentrumspartei, S. 292f.

[875] OTTENJANN, Festbuch, S. 126. Zur Begründung hieß es in der Resolution weiter: "Sie (= die kath. Frauen) sehen in solchen Versuchen einen Angriff gegen die Familie als sittliche Lebensgemeinschaft und ebenso einen Angriff gegen die Würde der Frau. Die auf dem Katholikentag versammelten Frauen rufen darum alle katholischen Frauen Deutschlands auf zum Schutze ihrer heiligsten Güter und insbesondere zum Schutze des Kindes und der christlichen und deutschen Familie." Abtreibungen standen in der Weimarer Republik nach wie vor unter Strafe. 1927 wandelte der Reichstag auf Druck der SPD die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe um, bei der "mildernde Umstände" berücksichtigt werden konnten. Die Forderung der KPD, den § 218 ersatzlos zu streichen, wurde vor allem von den bürgerlichen und konfessionellen Parteien abgelehnt, die eine Revision des Abtreibungsstrafrechts grundsätzlich ablehnten. (FREVERT, Frauengeschichte, S. 182)

[876] SCHERZBERG, Frauenbewegung, S. 153ff. Im Rahmen der radikalen Frauenbewegung war es erst möglich, "Themen wie die sexuellen Bedürfnisse von Frauen oder weibliche Sinnlichkeit überhaupt anzusprechen", weil hier "das Thema Sexualität nicht tabuisiert, d. h. entweder verschwiegen oder quasi-wissenschaftlich rationalisiert wurde". (S. 153)

Vor allem in der katholischen Sexual- und Ehemoral wurden die öffentlichen Diskussionen um progressive Sexualreformen nicht nur als unsittlich beurteilt und abgelehnt, sondern auch in einen Zusammenhang mit sinkenden Geburtenraten, steigenden Scheidungs- und Abtreibungsziffern, einem wachsenden Anteil unehelicher Geburten und zunehmenden Erwerbsquoten verheirateter Frauen gebracht, mit Phänomenen also, die für eine zunehmende Entchristlichung der modernen Gesellschaft verantwortlich gemacht wurden, die in der urbanen Umwelt schon weiter vorangeschritten war und größere moralische Schäden verursacht hatte als auf dem flachen Lande. Hedwig Dransfeld schilderte die "großen sozialen Umwälzungen und Umschichtungen, welche die gewaltigen Standesbewegungen (der Arbeiter, des Mittelstandes usw.) zur Folge hatten," und zeigte ihre Auswirkungen auf die katholische Frau und die katholische Frauenbewegung auf. Die zunehmende Industrialisierung habe die Frau ins "öffentliche Erwerbsleben" abgedrängt und sie gezwungen, auch am geistigen und gesellschaftlichen Leben in steigendem Maße Anteil zu nehmen. Der katholische Frauenbund habe daraus die Konsequenzen gezogen: Er wolle "eine Gemeinschaft aller Frauen schaffen ohne Unterschied der Stellung, des Berufes und des Alters", und er wolle vor allem "die Frauen bilden und aufklären zu nutzbringender Teilnahme am öffentlichen Leben." Diese Teilnahme sei notwendiger denn je, "um dem großen katholischen Gemeinschaftsgedanken in der Frauenwelt zum Siege zu verhelfen". Der Frauenbund habe dazu beizutragen, "daß die katholische Frau Deutschlands Rettung werde".[877]

Vorstandsmitglieder von 38 Jungfrauen-Kongregationen aus den damaligen Dekanaten Cloppenburg und Vechta nahmen auf dem Katholikentag in Cloppenburg an der Versammlung im Central-Hotel teil, beklagten den Geist der "gerade jetzt vorherrschenden Veräußerlichung und Oberflächlichkeit" und setzten ihm die "echte Innerlichkeit durch Anleitung zu einer einheitlichen übernatürlichen Lebensauffassung und zur Wertschätzung des christlichen Tugendlebens" entgegen. Mit Blick auf den liberalen Zeitgeist erörterte Generalsekretär Klens vom Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereinigungen Deutschlands mit Sitz in Bochum vor den in Cloppenburg versammelten Kongregationisten das katholische Frauenideal, das in der Marienverehrung seinen höchsten Ausdruck finde:

> "Gegenüber dem ungestümen Drang nach Freiheit und Sichausleben erziehen sie ihre Mitglieder zu ernster Selbstzucht, Charakterstärke und selbstloser Opfergesinnung und

[877] OTTENJANN, Festbuch, S. 125f.

führen sie zur wahren, inneren Freiheit. Dabei stehen ihnen in den Gnadenmitteln der Religion und besonders in der Marienverehrung die vorzüglichsten und wirksamsten Erziehungsmittel zur Verfügung. Das Ziel all dieser Erziehungsarbeit ist die Pflege der Mütterlichkeit. So werden unsere Jungfrauen fähig, sich selbst ein wahres Lebensglück zu schaffen auch dann, wenn sie nicht zum Stande der heiligen Ehe kommen. Sie werden so aber auch fähig sein, wenn ihnen diese Aufgabe beschieden ist. Ist aber das Familienleben gesund, dann wird auch das Volksleben wieder gesunden. Doch auch jetzt sollen unsere Jungfrauenvereine an der Schaffung wahrer Volkskultur mitarbeiten durch den Kampf gegen eine würde= und sittenlose Mode sowie gegen Schund und Schmutz in Wort und Bild, duch mutiges Eintreten für Frauenwürde und echte Sitte."[878]

Besprochen wurden auf der Versammlung der Jungfrauenvereine auch die Gefahren der Mischehe und die Folgen, die mit der Abwanderung der Bevölkerung vom Lande in die Stadt verbunden waren, in der den Katholiken eine religionsfeindliche Kultur erwartete. Während die Jünglings-, Arbeiter- und Gesellenvereine mit den übrigen kirchlichen Repräsentanten am großen Festzug teilnahmen, war den katholischen Frauen und ihren Standesvereinen der Weg in die Öffentlichkeit untersagt. Der Festumzug auf dem Katholikentag in Cloppenburg am 26. September 1920 dokumentierte so ein schweigendes Einvernehmen zwischen dem männlichen Klerus und den männlichen Standes- und Berufsvereinen.[879] Der Katholizismus Südoldenburgs, das wird auf seiner wichtigsten und größten Versammlung in der Weimarer Republik deutlich, hielt fest an einer patriarchalischen Gesellschaftsordnung und wies den Frauen in der katholischen Frauenbewegung eine fest umrissene soziale Aufgabe zu. Diese hatte den Anschein einer gesellschaftlichen Aufwertung, schloß die Frauen aber von der Emanzipationsbewegung der 1920er Jahre, die auf volle Gleichberechtigung von Mann und Frau drängte, weiterhin aus. Die katholische Frauenbewegung blieb ständisch und in ihrem Impetus antiemanzipatorisch.

Seine Bestätigung fand das Frauenbild, das auf dem Ersten Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg nach dem Ersten Weltkrieg entworfen wurde, am Ende der Weimarer Republik in einer kulturpolitischen Betrachtung aus der Feder von Landwirtschaftsrat Heinrich Schulte aus Friesoythe, der die gesellschaftliche Rolle und die spezifische Aufgabe der Frau in der sich wandelnden Agrargesellschaft und im Zeichen der neuen Zeit, die durch eine zuneh

[878] Ebd., S. 127.
[879] OTTENJANN, Festbuch, S. 17: "P S. An dem Festzuge nehmen nur Männer und Jünglinge teil."

mende Liberalisierung der Lebensverhältnisse gekennzeichnet war, klassisch formulierte:

> "Aus der bisherigen Erfahrung heraus muß man schließen, daß die Zukunft stets weitere Aufgaben an die Frau stellen wird, die den Wirkungskreis noch erweitern werden. Da ist zu erwähnen der Zug vom Lande zur Stadt. Es ist zu beobachten, daß die Liebe zum Landleben schwindet und dafür das Stadtleben ständig höher geschätzt wird. Nach dieser Hinsicht fällt der Frau eine erzieherische Aufgabe zu. Dürfen wir doch die Landfrau als Hüterin der guten Sitten, die Pflegerin aller Tugenden und als die Erzieherin im Hause und in der Gemeinde preisen. Ja, die Landfrau ist berufen, die altbewährten Tugenden und Sitten zu erhalten, ferner die Liebe zur Religion und Heimat sowie zum Vaterlande zu pflegen."[880]

Die endgültige Entscheidung darüber, ob das christliche Abendland seinen alten Idealen treu bleiben oder den materialistischen Irrlehren des immer mehr um sich greifenden "Neuheidentums" verfallen würde, stand noch aus. Im Kampf für die christliche Staatsidee und eine christliche Gesellschaftsordnung mobilisierte die katholische Kirche nach 1918 auch die katholische Frauenbewegung, um sie dann 1933 im Rahmen der Konkordatspolitik ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. In der Uniformität der nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" wurde der kleine Fortschritt, den sich die katholischen Frauen vor allem in der Weimarer Republik erkämpft hatten, politisch wieder zurückgenommen und auch die katholische Frau um die wenigen Rechte freier Selbstbestimmung gebracht. Von größeren Hoffnungen war sie in Südoldenburg auch in den Tagen der Weimarer Republik weit entfernt gewesen.

8.6. Konfessioneller Dissens und religiöse Intoleranz

1919 erhielten die Katholiken die verfassungsmäßig verbrieften Rechte, um die sie seit 1848 mit wechselndem Erfolg gekämpft hatten, die Kirche war "frei im freien Staat, und zwar durch ihre gesellschaftliche Repräsentation in den Organisationen des politischen und sozialen Katholizismus".[881] Aber die

---

[880] CLOPPENBURG, Ferdinand: Wanderhaushaltungsschule im Amt Friesoythe. Hauswirtschaftliche Ausbildung der Mädchen von 1910 bis in die 30er Jahre, IN: VuL 129/1991, S. 11. Das Zitat ist einem Bericht Schultes über die Geschichte der Wanderhaushaltungsschule im Amt Friesoythe von der Gründung im Jahre 1910 bis 1930 entnommen. Schulte war Direktor der Friesoyther Landwirtschaftsschule und unterrichtete auch an der Wanderhaushaltungsschule.

[881] MAIER, Kirche, S. 183.

Gettomentalität des Katholizismus, wie sie in Südoldenburg exemplarisch zu beobachten ist, verhinderte nach dem Ersten Weltkrieg eine vorurteilsfreie geistige Auseinandersetzung mit der Moderne und den Anschluß an den nationalen Kulturstandard. Eine unverändert starre Abwehr- und Verteidigungshaltung prägte weiterhin die politische Mentalität im katholischen Milieu Südoldenburgs. Der Vechtaer Strafanstaltspfarrer Hackmann als Vorsitzender des Landesausschusses des Ersten Oldenburger Katholikentages charakterisierte sie in einer Weise, die einen enormen Spannungszustand und ein pulsierendes Angstpotential in der äußerst verunsicherten katholischen Welt nach dem Ersten Weltkrieg vermuten läßt. In seiner Eröffnungsrede auf dem Katholikentag bekannte er:

> "Wir im Münsterlande sind stolz auf unsern Glauben und wehe dem, der uns da zu nahe tritt. Unser Glaube ist unser Heiligtum. Drum die Fahnen entrollt am morgigen Tage!"[882]

Der äußeren Abwehrhaltung des politischen Katholizismus gegen die in der Weimarer Republik enthemmte und entfesselte pluralistische Moderne entsprach eine Wachsamkeit im Inneren des katholischen Milieus, die sich den Anfängen und Einflüssen der säkularen Gesellschaft standhaft zu widersetzen versuchte. Vorurteile bestanden in Südoldenburg nicht nur gegenüber jüdischen Bürgern, sondern auch gegenüber der evangelischen Minderheit in der Bevölkerung. Nach dem Anschluß der Ämter Vechta und Cloppenburg an das lutherische Herzogtum Oldenburg im Jahre 1803 wurde die Verwaltung des Landes durch evangelische Beamte wahrgenommen. So lebte bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als der Flüchtlingsstrom die überkommenen konfessionellen Verhältnisse in der Region zum ersten Mal in ihrer Geschichte strukturell veränderte, eine evangelische Minderheit in einer fast rein katholischen Bevölkerung und stand als Außenseiter in einer geschlossenen katholischen Agrargesellschaft. Evangelische Siedlungen entstanden in erster Linie durch die Kultivierung der Moore im Amt Friesoythe, denn viele Kolonisten kamen aus Ostriesland oder dem Norden des Oldenburger Landes. Das Zusammenleben zwischen den Katholiken und Protestanten gestaltete sich problematisch, Freundschaften und Bekanntschaften zwischen den Angehörigen verschiedener Konfessionen wurden von der katholischen Bevölkerungsmehrheit sanktioniert, das Bekenntnis zum evangelischen Glauben wurde von der katholischen Kirche als Ehehindernis (Mischehe) angesehen. Ein besonderer Ansatzpunkt der Kritik von katholischer Seite war der sonn

[882] OTTENJANN, Festbuch, S. 30f.

tägliche Kirchgang, der für Protestanten nicht obligat war. Eine evangelische Kirche gab es bis zur Jahrhundertwende nur in Cloppenburg, Vechta und in Elisabethfehn. In Friesoythe fand der Gottesdienst im Amtsgericht statt, ab 1909 in der evangelischen Schule. Die Einweihung einer Kapelle im Jahre 1912 war ein großer Festtag für die ganze Gemeinde und ermöglichte im Amtsdistrikt regelmäßige Gottesdienste im Abstand von zwei Wochen. Aufgrund der großen Entfernungen konnte das Angebot aber nicht von allen genutzt werden. Der Zusammenhalt in der evangelischen Gemeinde wurde durch gemeinschaftliche Aktivitäten gefördert.[883]

Die innere Abwehrhaltung des katholischen Milieus wurde vor allem deutlich an dem kompromißlosen Ernst, mit dem die katholische Kirche über die Einhaltung der Sonntagsruhe wachte und im Konfliktfall an das Staatsministerium appellierte. Im Schreiben vom 22. September 1928 schaltete sich der Cloppenburger Amtshauptmann Brand ein und reklamierte in Oldenburg für die katholische Minderheit im Süden des Landes den juristisch verbrieften Schutz des Staates. Anlaß war die Feststellung, "dass Turn- und Sportvereine an Sonn- und Festtagen während des Hauptgottesdienstes auf öffentlichen Plätzen Schau- und Wetturnen veranstaltet haben". Der Amtshauptmann erbat vom Ministerium eine Verfügung, die zu entscheiden habe, "ob derartige Schau- und Wetturnen, insbesondere, wenn zu ihnen das Publikum allgemein Zutritt hat, als durch die Sonn- und Festtagsordnung verboten anzusehen sind".[884] Die Versammlung der katholischen Geistlichen Oldenburgs griff im Oktober 1928 diesen Konflikt wieder auf. Sie ersuchte das Bischöfliche Offizialat in Vechta um eine "Entscheidung über die Erlaubtheit derartiger öffentlicher Schaustellungen während des Hochamtes" und bat es förmlich, "die Gründe, die von katholischem Standpunkte massgebend sind, entsprechend zu würdigen". Offizial Meyer sah offensichtlich das oldenburgische Landesgesetz verletzt, das "Störungen jeglicher Art für den Hauptgottesdienst verhindern" wollte. Aus der Stellungnahme des Bischöflichen Offizials spricht eine ernste pastorale Sorge:

> "Dazu kommt, dass der Aufmarsch zu einer solchen Veranstaltung dem Gottesdienst abträglich ist, da Neugierde Kinder und junge Leute leicht veranlassen wird, dem Gottesdienste fern zu bleiben oder ihn vorzeitig zu verlassen; Auswärtige können dadurch leicht verleitet werden, den Gottesdienst, dem sie in der Heimat nicht anwohnen können, auch an dem fremden Orte zu versäumen. Voraussichtlich werden derartige Dar

[883] Cloppenburg, Frauen, S. 59-63: Die evangelische Bevölkerung.
[884] StAO 136 - 18247: Schreiben des Amtes Cloppenburg vom 22.9.1928 an das Innenministerium.

bietungen während des Hochamtes in Zukunft öfter erfolgen, und da wäre es für das Münsterland von grosser Bedeutung, wenn dies nicht geschehen dürfte."[885]

Das oldenburgische Ministerium verhielt sich abwartend und lehnte im August 1932 die Herausgabe einer Verfügung schließlich ganz ab. Dem Ministerium Röver stand die "Bedeutung, die das Turnen und der Sport in der heutigen Zeit für die Heranbildung eines gesunden Nachwuchses haben", vor Augen, und es überließ die Entscheidung im Einzelfalle dem zuständigen Amt.[886] Die Zeiten hatten sich in Oldenburg geändert, und die politische Stellung der katholischen Kirche im Lande war im Umschwung begriffen. Die Regierung Röver machte die politischen Interessen des religiös gleichgültigen NS-Regimes, das in Südoldenburg auf eine Entkonfessionalisierung des politischen Lebens drang, massiver gegen die katholische Minderheit im Lande geltend, als es die Landesregierungen vor 1932 getan hatten.

Der Konflikt zwischen den Interessen der katholischen Kirche und den politischen Prioritäten des säkularen Staates, wie er sich selbst am Problem der Sonntagsruhe an katholischen Festtagen zeigte, gehört zu den historischen Kontinuitäten in Südoldenburg und ist ausschnitthaft ablesbar an der katholischen Alltags- und Festkultur dieser Region in der Weimarer Republik. Die Auseinandersetzungen des südoldenburgischen Katholizismus, der sich in seinen gesetzlich geschützten Minderheitsrechten verletzt sah, mit dem oldenburgischen Staatsministerium, das sich diesem Konflikt wohlweislich zu entziehen versuchte, liefern dafür reiches Anschauungsmaterial. Die Toleranz, die die katholische Minderheit vom Andersdenkenden wie selbstverständlich einforderte, war sie gegenüber dem evangelischen Christen, der in Südoldenburg in der Minderheit lebte, zu üben nicht immer bereit oder geneigt. Der Evangelisch-lutherische Oberkirchenrat mahnte im Schreiben vom 26. Januar 1927 beim Ministerium der Kirchen und Schulen einen ganzen Katalog von Verstößen gegen die Feiertagsruhe am Buß- und Bettage im Saterland an. Den Grund sah die evangelische Kirche darin, daß die katholische Kirche "unbeschadet der staatlichen Bestimmungen" für Buß- und Bettag eine neue Ordnung in Kraft gesetzt habe. Der Oberkirchenrat zitierte in diesem Zusammenhang aus einer evangelischen Kirchenzeitung:

"Zweierlei ist an dieser Neuordnung bedeutsam: einmal, daß man den kirchlichen Feiertag nicht mehr mit den Evangelischen zusammenfeiern will und den Bußtag deshalb

[885] StAO 136 - 18247: Schreiben vom 9.10.1928.
[886] StAO 136 - 18247: Schreiben vom 4. bzw. 6. August 1932.

> seines Festtagscharakters entkleidet: der Katholik braucht an diesem Tage keine Sonntagsruhe zu halten und keine Messe zu besuchen; sodann, daß man es für nötig hält, neben dem allgemeinen Gedenktag für die im Weltkriege Gefallenen einen eigenen Gedenktag einzurichten, weil der mit dem ganzen Volk gemeinsam gefeierte Gedenktag 'katholischem Empfinden nicht genügt'."[887]

An die Stelle des Buß- und Bettages trat für das katholische Volk der Kriegergedächtnistag (Kriegergedenktag), denn "einmal im Jahre, am Kriegergedächtnistag, versammelt es sich beim feierlichen Seelenamt am Ehrenmal seiner gefallenen Krieger zu inbrünstigem Gebet für die Seelenruhe der Lieben".[888] Dem deutschen Katholizismus ging es bei der Neuordnung des Buß- und Bettages ganz offensichtlich um eine konfessionelle Abgrenzung und um einen demonstrativen Beweis vaterländischer Gesinnung. Die Neuordnung war im Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster vom 3. November 1926 unter dem Titel "Requiem für die Opfer des Weltkrieges am früheren Feste Mariä Opferung (Buss= und Bettag)" bekanntgegeben worden. Eine "blosse Gedenkfeier" allein genügte "dem katholischen Empfinden" nicht mehr, so daß der "sogenannte Buss= und Bettag" von der katholischen Kirche als "liturgischer Gedenktag" gewählt wurde. Für den Katholiken entfiel damit für den Buß- und Bettag die allgemeine Sonntagspflicht:

> "Eine Verpflichtung, an diesem Tage der hl. Messe beizuwohnen, besteht nun nicht mehr, wie auch eine kirchliche Pflicht der Enthaltung von Arbeit in Wegfall kommt, unbeschadet der staatlichen Bestimmungen. Doch darf erwartet werden, dass die Gläubigen um so eifriger dem Requiem für die Opfer des Weltkrieges beiwohnen werden, eingedenk der Dankbarkeit, die jeder Christ denen schuldet, die Blut und Leben für Volk und Vaterland geopfert haben, - eingedenk auch der Teilnahme, die jeder den Familien schuldet, deren Väter und Brüder den Heldentod erlitten haben."[889]

So war Südoldenburg in der Weimarer Republik von einem konfessionellen Frieden weit entfernt und stand die katholische Minorität des Landes in der herrschenden protestantischen Landeskultur immer noch im Verdacht staatlicher Unzuverlässigkeit und Separation. Das katholische Südoldenburg entzog sich erfolgreich einer gesellschaftlichen und kulturellen Nivellierung und richtete sich wiederum wie ein "Staat im Staate" ein. Keine Bereitschaft zum Dialog oder gar zur Selbstkritik läßt die Einlassung des Bischöflichen Offizi

---

[887] StAO 136 - 18247: Schreiben vom 26.1.1927.

[888] MT vom 18.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 424. 1933 fiel der Kriegergedenktag auf Mittwoch, den 22. November, und wurde am Landesdenkmal im Wallfahrtsort Bethen feierlich begangen.

[889] StAO 136 - 18247: Schreiben vom 26.1.1927 betr. Verordnung des Bischofs Johannes von Münster vom 30.10.1926 als Anlage.

als Meyer erkennen, der die Gegenseite für die Störung des konfessionellen Friedens verantwortlich machte:

> "Der in dem Schreiben des Evangelischen Oberkirchenrats enthaltene Vorwurf gegen die katholische Kirchenbehörde muss demnach vom Offizialat entschieden zurückgewiesen werden. Dass durch das Vorgehen des Evangelischen Oberkirchenrats der dringend notwendige konfessionelle Friede gefördert würde, wird wohl nicht behauptet werden können. Jedenfalls kann dadurch das Offizialat nicht veranlasst werden, Beschwerden über die Störung der Sonntagsruhe durch Evangelische am katholischen Fronleichnamsfeste, das für das Münsterland auch staatlicher Feiertag ist, beim Ministerium vorzubringen oder gar noch den Oberkirchenrat dafür verantwortlich zu machen."[890]

Der konfessionelle Dissens bestimmte nicht nur das kulturelle, gesellschaftliche und politische Verhältnis zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, sondern führte im katholischen Milieu Südoldenburgs in der strikten Abgrenzung gegen die protestantische Minderheit zu einer kulturellen Selbstvergewisserung, auf die die Region offensichtlich nicht verzichten zu können glaubte. Anders ist die ausgeprägte Sensibilität gegenüber der kulturellen Fremde, die dem Katholiken nach 1918 zunehmend auch in seiner eigenen Lebenswelt begegnete, nicht zu erklären. Aus den enormen Anteilen abgelenkter Emotionen und ungelebten Lebens, das durch den moralisch-religiösen Rigorismus hervorgerufen und nur am Rande des sozialen Milieus toleriert wurde, resultierte eine Flucht ins Autoritäre und Destruktive, die bereits vor 1918 als gehemmtes Aggressionspotential latent vorhanden war. Dietrich Bonhoeffer hat das Scheitern des ethischen Fanatismus mit folgenden Worten beschrieben:

> "Erschütternder ist das Scheitern alles ethischen Fanatismus. Mit der Reinheit eines Prinzips meint der Fanatiker der Macht des Bösen entgegentreten zu können. Aber wie der Stier stößt er auf das rote Tuch statt auf dessen Träger, ermüdet und unterliegt. Er verfängt sich im Unwesentlichen und geht dem Klügeren in die Falle."[891]

---

[890] StAO 136 - 18247: Schreiben des Bischöflichen Offizials vom 23.2.1927 an das Innenministerium.
[891] BONHOEFFER, Widerstand, S. 10f.

9. Zur Struktur des antidemokratischen Denkens im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs in der Weimarer Republik

9.1. Einleitung

Unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkrieges begab sich das katholische Milieu in Südoldenburg wieder auf die Suche nach der verlorenen Transzendenz in der historischen Zeit. Es fand sie weniger in den demokratischen Verfassungen der Nachkriegszeit als in der moralisch-religiösen Rückbesinnung auf die christlich-nationalen Mythen von Volk und Volkstum, Staat und Reich, Tradition und Heimat und wartete ungeduldig auf die Verwirklichung seiner politischen Ideale. So bewegte sich der politische Katholizismus in der Weimarer Republik in eine doppelte Frontstellung gegen den politischen Sozialismus und Liberalismus und manövrierte sich am Ende in ein auswegloses Dilemma, das seinen Niedergang und schließlich die Auflösung der Zentrumspartei zur Folge hatte. Nach Auffassung von Ulrich von Hehl wurde das Zentrum, weil es eine "echte Volkspartei war, die alle Schichten der (katholischen) Bevölkerung gleichermaßen umfaßte", zum Spiegelbild der vielfältigen Transformationsprozesse, die mit dem Übergang zur modernen Industriegesellschaft verbunden waren. Daran änderte sich 1918 "nichts Wesentliches", aber der historische Bruch fiel deutlicher aus als je zuvor.[892] In der Kontroverse mit dem klassischen Liberalismus, der geistig die politische Kultur der Weimarer Republik trug, schloß sich der deutsche Katholizismus nach 1918 der Tradition des politischen Konservatismus an und machte sich seine Liberalismuskritik über weite Strecken zu eigen. Der politische Gehalt des antidemokratischen Denkens im deutschen Katholizismus ist in semantischen Strukturen verborgen, die einem Korpus gleichen und vom Begriff der Republik wesentlich verschieden sind. Deshalb ist die Analyse der Kontext-Determinanten unverzichtbar für die Erschließung des politischen Denkens in katholischen Milieus und seine historische Einordnung. Dabei ist zu beobachten, daß sich eine überwiegende Mehrheit im katholischen Milieu Südoldenburgs dem politischen Ethos einer bekennenden Demokratie nicht verpflichtet fühlte. Sie begegnete der Weimarer Republik mit Vorbehalten und zeigte eine Demokratieferne, die stets einen gewissen Abstand zum ‘Parteienstaat’ wahrte. So war ein politischer Rückzug niemals ganz ausgeschlossen.

[892] HEHL, Katholizismus, S. 242.

Zu allen Zeiten seit der Französischen Revolution war es darum gegangen, die absolute Autorität "ewiger Wahrheiten" in katholischer Religion und Kirche gegen die Relativität und Pluralität historisch bedingter Ideologien und Tagesmeinungen im Weltanschauungskampf zu verteidigen und für diesen Kampf alle menschlichen Ressourcen zu mobilisieren. Eine Hinwendung zum modernen Pluralismus und demokratischen Ethos hätte die katholische Kirche zum historischen Prozeß der Säkularisation und dem demokratischen Erbe der Französischen Revolution in ein positives Verhältnis gesetzt und eine kirchengeschichtliche Wende eingeleitet. Dazu war sie nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer Tradition und aus Angst um ihr Überleben als christliche Volkskirche noch nicht in der Lage und noch nicht bereit. Die "Pluralität konkurrierender Wahrheiten", die sich wechselseitig relativieren, und der Verlust von absoluten Sittengesetzen wirkten offenbar so beängstigend auf traditionelle katholische Milieus, daß sie mehr oder weniger strikt am äußerlichen Wertekonsens des konfessionellen Zeitalters festhielten. Rüdiger Safranski sieht in dieser Angst vor der Freiheit auch einen Grund für die "Anfälligkeit für die totalitäre Versuchung" in modernen Massengesellschaften.[893]

Der aufgeklärte Zeitgenosse erlebte nach dem Ersten Weltkrieg eine ganz andere seelische Befangenheit und Not als in den vorangegangenen Epochen deutscher Geschichte. Wie in einem ungeschützten Haus konnte er die Bedingungen seiner Existenz, Geburt, Krankheit und Tod, aber auch Armut, Ungleichheit und Macht, Schichten, Klassen, Interessen und ihre egoistischen Kämpfe sowie Ehe, Sitte und Moral, Zeit und Lebenszeit nicht mehr religiös-metaphysisch als Schicksal deuten und hinnehmen, sondern war ganz auf sich selbst gestellt und mußte die ‘alten’ Fragen aus eigener Kraft beantworten. Gegen diese existentiellen Strukturbedingungen der Moderne rebellierten konservative Kulturträger und eine intellektuelle Avantgarde ebenso wie politische Klassen und christliche Volkskirchen, die um ihre Existenz bangten. Ihr Aufbegehren richtete sich auf den ersten Blick gegen die Phänomenologie der Zeit, meinte aber in seinem Grunde die Republik von Weimar, die mit allen negativen Erscheinungsformen identifiziert und vor allem für sie verantwortlich gemacht wurde, die industriekapitalistischer Wettbewerb,

[893] SAFRANSKI, Wahrheit, S. 198. Deshalb ist das europäische 20. Jahrhundert seiner Meinung nach "zum Zeitalter der Ideologien, des Totalitarismus, des Nationalismus und des Fundamentalismus" geworden, denn die Freiheit löst aus "selbstverständlichen, Geborgenheit gewährenden Bindungen und belastet einen mit der Aufgabe, solche Bindungen selbsttätig herzustellen". (S. 196)

Leistungsdruck und eine neue Nervosität hervorbringen.[894] Deshalb erfaßte die Identitätskrise der Weimarer Republik die geistigen und materiellen Wurzeln moderner Gesellschaften überhaupt. Traditionelle katholische Milieus wie Südoldenburg fühlten sich von lauter Modernität umgeben und versuchten sich ihres Einflusses tapfer zu erwehren, aber auf Dauer erfolglos. Der kalkulierte Antimodernismus der nationalsozialistischen Bewegung hat darum gewußt und auf die Ängste und Stimmungen einer verunsicherten Zivilisation für ihre politischen Zwecke spekuliert. Ihr Leitbild war nicht eine vorindustrielle Gesellschaft, wie ihre Propaganda gerade in ländlichen Räumen wie Südoldenburg glauben machen wollte, sondern eine moderne Diktatur, die den um seine materielle wie ideelle Existenz bangenden Menschen in politische Unfreiheit schlug. Die NS-Gesellschaft, die sich seit 1933 auch im katholischen Milieu Südoldenburgs etablieren konnte, war eine Erscheinungsform moderner Massengesellschaften auf einem hohen industriellen, technischen, wissenschaftlichen und ökonomischen Niveau. Der typische Antimodernismus klassischer katholischer Sozialmilieus kam ihr entgegen, löste sich aber nicht zur Gänze in ihr auf. Es gab Räume der Resistenz, die antimodern im Sinne traditioneller christlicher Religion und katholischer Volkskirchlichkeit blieben. Parallel zum Niedergang der bürgerlichen Parteien zwischen 1930 und 1933 vollzog sich der Aufstieg des Nationalsozialismus unter der Führung Adolf Hitlers. Davon ging eine politische Suggestivkraft aus, der sich der organisierte Katholizismus in Deutschland unter dem moralischen Patronat des deutschen Episkopats bis zum Frühjahr 1933 relativ erfolgreich entziehen konnte. Das katholische Milieu war der

[894] Alfred Adler zum Beispiel führt in seiner 1912 erstmalig erschienenen Studie "Über den nervösen Charakter" die Neurosen seiner Zeit auf ein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl und Geltungsstreben des modernen Menschen zurück: "Diese Antwort, recht eigentlich *die Art, das Leben zu nehmen*, ist nach allen Erfahrungen, die wir gewonnen haben, identisch mit dem Versuch, der Unsicherheit des Lebens, dem Chaos der Eindrücke und Empfindungen ein Ende zu machen, die *Griffe anzusetzen, um die Schwierigkeiten zu überwinden*. Schon die Überlegung, Beobachtung, das Denken und Vorausdenken selbst, Aufmerksamkeit, Einschätzung und Wertung werden durch die Sicherungstendenz hervorgetrieben. Und da die Empfindung der eigenen Minderwertigkeit ein abstraktes Maß für Ungleichheit unter den Menschen abgibt, wird der Größere, der Stärkere und sein Maß zum fiktiven Endziel gemacht, um dann vor Unsicherheit, vor dem 'Gruseln' geborgen zu sein. So kommt es in der Seele des Kindes zur Bildung einer Leitlinie, die auf *Erhöhung des Persönlichkeitsgefühls* drängt, um der Unsicherheit zu entgehen, unter heftigerem Drängen beim Nervösen, der die Minderwertigkeit schärfer empfunden hat." Adler faßt seine Analyse des nervösen Charakters in dem Satz zusammen: "Der Endzweck bleibt immer die Beherrschung anderer, die als männlicher Triumph empfunden und gewertet wird." (ADLER, Charakter, S. 88, 91) Das Werk erschien 1919 in der zweiten Auflage.

entscheidende Rückhalt von Zentrum und BVP, "die bei allem autonom-politischen Anspruch doch nur der parlamentarische Arm des (organisierten) Katholizismus geblieben waren".[895] Die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in der Zeit der Weimarer Republik dokumentiert hinlänglich den Abwehrkampf des südoldenburgischen Katholizismus gegen die als wesensfremd empfundenen areligiösen Impulse, die als ein neues "Heidentum" verstanden wurden.

Einen "dritten" typischen deutschen Weg zwischen dem westlichen und östlichen Politikmodell, an den große Teile des nationalen konservativen Bürgertums beider Konfessionen vor 1933 noch glaubten, hat es ernsthaft für die deutsche Geschichte zu keinem Zeitpunkt gegeben. Dieser Irrtum, dessen Ursachen und Folgen aus heutiger Sicht kaum überschätzt werden können, wurde zuletzt mit dem "Dritten Reich" teuer bezahlt. Die Bundesrepublik Deutschland, entstanden unter dem Protektorat der westlichen Besatzungsmächte, ist dieser Entscheidung nicht mehr ausgewichen, sie hatte dazu auch nicht mehr die politische Möglichkeit. Der Begriff vom "deutsche Sonderweg" verknüpft als eine zentrale Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins Interpretationen der Vergangenheit mit gegenwartsbezogenen Orientierungen und Ansprüchen. Das Sonderwegsbewußtsein bildete sich in der Reichsgründungsphase und verhalf im bürgerlichen Bewußtsein "einer Denkungsart zum Durchbruch, die die Unterschiedlichkeit der verschiedenen nationalen Entwicklungen stark betonte und die Wirkungsmächtigkeit realpolitischer Faktoren in Geschichte und Gegenwart hervorhob". Geradezu als konzeptionell galt für die Geschichte des deutschen Kaiserreiches das "Abweichen der deutschen Entwicklung von der westeuropäischen". Es betonte nachdrücklich den organisch-evolutionären Charakter der preußisch-deutschen Nationalgeschichte und erhielt damit eine "antirevolutinäre Stoßrichtung". Nach dem Ersten Weltkrieg verwandelte sich das "deutsche Sonderwegsbewußtsein" in eine "Anti-Ideologie zu Weimar" und entfaltete mehr oder weniger offen eine antirepublikanische Stoßrichtung. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, das als "Sinnzentrum der Sonderwegsideologie" gegolten hatte, geriet die Vorstellung eines ursprünglichen deutschen Weges in eine Identitätskrise. Getragen wurde das deutsche Sonderwegsbewußtsein als "Anti-Ideologie zu Weimar" in erster Linie von konservativen, nationalliberalen und reaktionären Gruppierungen, die die Republik - nicht nur die Weimarer Republik - als westlichen "Import" betrachteten und

[895] HEHL, Katholizismus, S. 252.

"den deutschen Weg der Vergangenheit" gegen sie ausspielten.[896] Der deutsche Katholizismus hatte an der Sonderwegsideologie seinen spezifischen Anteil und brachte sie, mit seinem eigenen konfessionellen Vorzeichen versehen, gegen die Republik vor.

Das Bekenntnis zum deutschen Sonderweg kam im politischen Katholizismus konzeptionell vor allem in dem Begriff der "politischen Theologie" zum Ausdruck, wie er vom rechtskonservativen Staatsrechtler Carl Schmitt entwickelt wurde. Denn "überall, wo die katholische Philosophie des 19. Jahrhunderts sich in geistiger Aktualität äußert, hat sie den Gedanken ausgesprochen, daß eine große Alternative sich aufdrängt, die keine Vermittlung mehr zuläßt".[897] Auf die dualistischen Prinzipien des Gut oder Böse oder des Entweder-Oder, von denen eine dezisionistische politische Wirkung ausging, auf antirationales Denken und unaufgeklärte Autoritätshörigkeit griff der südoldenburgische Katholizismus nach dem Ersten Weltkrieg bereitwillig wieder zurück und blieb ihnen bis zum Untergang der Weimarer Republik verbunden.

Für den konservativen katholischen Staatsrechtler Carl Schmitt war die Weimarer Demokratie auch ein Problem der Repräsentation, weil es ihr nach seiner Meinung an der „repräsentativen Persönlichkeit“ in der Gestalt eines charismatischen Führers fehlte. Eine solche Führungsgestalt sah er an der Spitze des römischen Katholizismus in der Person des Papstes. Sie verkörperte in ihrer „ganzen Reinheit“ die Überlegenheit der katholischen Kirche über „ein Zeitalter des ökonomischen Denkens“, die wahre „civitas huma

[896] FAULENBACH, Sonderweg, S. 4-16, Zitate: S. 6,9. Als "Wendemarke der deutschen Geschichtsschreibung" in der Nachkriegszeit betrachtet Faulenbach in disem Zusammenhang Fritz Fischers "Der Griff nach der Weltmacht" aus dem Jahre 1961. Für den deutschen Vormärz konstatiert der Autor eine weitgehende Übereinstimmung der deutschen Entwicklung mit dem (west)europäischen Prozeß, die nach dem Scheitern der 48er Revolution zunehmend zurückgedrängt wurde.

[897] SCHMITT, Theologie, S. 59. Mit der Formel der "politischen Theologie" bezeichnet Carl Schmitt die historische Projektion einer deutschen Besonderheit und Absonderung von der westeuropäischen Geschichte, die sich als Reaktion auf die Französische Revolution in der romantischen Schule herausgebildet hatte und nach 1918 als Staatsphilosophie der konservativen Gegenrevolution den politischen Rationalismus der Weimarer ständig provozierte. Wie kein anderes politisches Modell begleitete die politische Theologie den sogenannten "Sonderweg" der deutschen Geschichte, auf dem sich auch der moderne Katholizismus in Deutschland in einem ihm spezifischen Rhythmus bewegte.

na“.[898] Weil politische Einheit erst durch Repräsentation verwirklicht werde, müßten „neue Formen der nationalen Repräsentation“ gefunden werden, die im modernen Parlamentarismus nicht vorhanden seien. Das Parlament sei „zu einem Exponenten der Interessen und Stimmungen von Wählermassen“ geworden und nicht dazu in der Lage, „eine unmittelbar vom Vertrauen der Massen getragene politische Führung und Leitung“ hervorzubringen.[899] Deshalb müsse die Politik im demokratischen Zeitalter neue Wege gehen, um wieder Führung zu stiften. Die Sehnsucht nach barocker Repräsentation gehörte zum Wesen des konservativen südoldenburgischen Katholizismus und sprach sich in der Berichterstattung über große kirchliche Feierlichkeiten, Wallfahrten und Prozessionen, Kundgebungen und Versammlungen, öffentlich aus. Politische Ereignisse befriedigten nur dieses Gefühl, wenn sie das Publikum erheben und erbauen konnten, wie es im katholischen Gottesdienst geschah. Die politische Rede mußte Verkündigung sein. Eine Ausnahme unter den politischen Führungsfiguren der Weimarer Republik bildete offensichtlich Reichspräsident Hindenburg, weil er in seiner herausgehobenen Stellung den profanen Niederungen des politischen Alltagsgeschäftes enthoben, in gewisser Weise ‘entrückt’ war. In seiner Person lag Entscheidung und Kraft. Hindenburg kam dem politischen Identitätsprinzip, das Carl Schmitt vorschwebte, am nächsten. Das Defizit an Repräsentation in der Weimarer Republik war nicht dem demokratischen Zeitalter zur Last zu legen, sondern beruhte auf einer aristokratisch-klerikalen Vorstellung von Politik, die vordemokratischen Ursprungs war. Das ist auch in der politischen Kultur Südoldenburgs in der Weimarer Republik zu spüren.

9.2. Konservative Liberalismuskritik im politischen Katholizismus

Dem explosiven revolutionären Willen, der sich in der Französischen Revolution abrupt entladen hatte, und dem politischen Dogma der Schreckensherrschaft stellte Georg Friedrich Wilhelm Hegel, der prominenteste Repräsentant des politischen Idealismus in Deutschland, den evolutionären Aufstieg des menschlichen Geistes entgegen, der zu immer vollkommeneren politischen Gemeinwesen führte. Das war die Antwort des spekulativen Geistes auf die französischen Ideale "liberté" und "egalité", die politisch durchaus

[898] SCHMITT, Katholizismus, S. 24, 31f. Der Titel „Römischer Katholizismus und politische Form“ von Carl Schmitt erschien erstmalig 1923.
[899] Zit. bei GROßE KRACHT, Kirche, S. 83, Anm. 103 (aus Schmitts „Verfassungslehre“ von 1928).

materiell gemeint gewesen waren. Die Abkehr von der politischen Empirie, die den Aufstieg zur historischen Metaphysik begleitete, prägte das konservative Denken und richtete es gegen den politischen Liberalismus aus.

Hegels Teleologie der politischen Vernunft, die ihren Blick vor allem auf die preußische Geschichte richtete und in ihr die Inkarnation des sich selbst vollendenden historischen Geistes erkennen wollte, begründete eine historische Schule, die sich erklärtermaßen gegen den politischen Liberalismus westlicher Prägung wandte - ihrer Anlage nach sogar wenden mußte. Sie wurde rezipiert von aufgeklärten geistigen Strömungen im deutschen Katholizismus und, mit konfessionellem Vorzeichen versehen und dadurch fast unkenntlich gemacht, gegen das demokratische System Weimarer Prägung geführt. So waren die strukturelle Demokratieferne und die konfessionelle Liberalismuskritik des politischen Katholizismus ursprünglich mit den Wurzeln des Konservatismus in Deutschland verbunden, degenerierten am Ende der Weimarer Republik aber nicht zum politischen Extremismus, dem der protestantische Liberalismus zu großen Teilen zum Opfer fiel. Der politische Katholizismus setze sich in einer anderen Weise mit dem Nationalsozialismus auseinander, ohne sich schließlich gegen ihn behaupten zu können. Am Ende stand der Niedergang beider christlichen Konfessionen und die Unfreiheit ihrer Volkskirchen.

Hegel präfigurierte in seinen Vorlesungen über "Philosophie der Geschichte", die er in den Jahren 1822 bis 1831 in Berlin gehalten hat, jene konservative Kritik am Liberalismus, die der Weimarer Republik zum Verhängnis werden sollte:

> "Nicht zufrieden, daß vernünftige Rechte, Freiheit der Person und des Eigentums gelten, daß eine Organisation des Staates und in ihr Kreise des bürgerlichen Lebens sind, welche selbst Geschäfte auszuführen haben, daß die Verständigen Einfluß haben im Volke und Zutrauen in demselben herrscht; setzt der Liberalismus allem diesen das Prinzip der Atome, der Einzelwillen entgegen: Alles soll durch ihre ausdrückliche Macht und ausdrückliche Einwilligung geschehen. Mit diesem Formellen der Freiheit, mit dieser Abstraktion lassen sie nichts Festes von Organisation aufkommen. Den besonderen Verfügungen der Regierung stellt sich sogleich die Freiheit entgegen, denn sie sind besonderer Wille, also Willkür. Der Wille der Vielen stürzt das Ministerium, und die bisherige Opposition tritt nunmehr ein; aber diese, insofern sie jetzt Regierung ist, hat wieder die Vielen gegen sich. So geht die Bewegung und Unruhe fort. Diese Kollision, dieser Knoten, dieses Problem ist es, an dem die Geschichte steht, und den sie in künftigen Zeiten zu lösen hat."[900]

[900] Zit. b. PÖLS, Lesebuch, S. 66.

Nach den Darlegungen Hegels sind liberaler Staat und liberale Gesellschaft aus der Sicht konservativer Liberalismuskritik an den emanzipierten Willen des einzelnen gebunden und können dadurch "nichts Festes von Organisation aufkommen" lassen. In der entfalteten liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung der Weimarer Republik geriet der Wille der Vielen zu einer "Diktatur des Volkes" oder "Diktatur der Massen", wie die Chiffren des antidemokratischen Denkens auch im einzelnen lauteten. Weil die Verfügung der Regierung nicht mehr als ein "besonderer Wille, also Willkür" war, hatte sie den Willen der Vielen, der unruhigen Massen gegen sich. Die Folge davon war aus konservativer Sicht eine Instabilität des politischen und gesellschaftlichen Lebens, das permanent in "Bewegung und Unruhe" war. Weil die Ursache "das Prinzip der Atome, der Einzelwillen" war, konnte diese politische Instabilität nur durch die Einschränkung des Einzelwillens zugunsten des im Staat a priori verkörperten objektiven "Allgemeinwillens" überwunden werden. Die konservative Liberalismuskritik setzte die bürgerliche Freiheit - eine andere war nicht gemeint - dem Verdacht des "Formellen" und der politischen "Abstraktion" aus, der dem organischen Charakter des Staats- und Gesellschafslebens - das sein Gesetz aus sich selber schöpfte - von Natur aus widersprach.

Die Ausweglosigkeit des politischen Konservatismus in der Weimarer Republik radikalisierte die Liberalismuskritik Hegels, die in der konstitutionellen Monarchie die Grenzen ihrer demokratischen Kompromißbereitschaft erkannt hatte, und stellte dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität, dem Egalitarismus, die Autorität eines "starken Staates" und eines vitalen deutschen Volkstums entgegen. Die Synthese konservativer Liberalismuskritik, wie sie Hegel idealtypisch entwarf, revidierte in der Subordination des Einzelwillens unter einen autoritären Staat, der als Inkarnation des "objektiven Geistes" begriffen wurde, den bürgerlichen Egalitarismus und verwarf damit die republikanische Ordnungsidee überhaupt. Diesen politischen "Knoten, dieses Problem", von dem Hegel spricht, löste der Nationalsozialismus Adolf Hitlers und zerstörte damit eine Tradition liberalen politischen Denkens, die seit der Französischen Revolution den politischen und gesellschaftlichen Fortschritt bestimmt hatte, aber schon im deutschen Frühkonservatismus auf vehementen Widerstand gestoßen war. Mit der Niederlage des politischen Konservatismus in Deutschland am Ende der Weimarer Republik ging auch der politische Katholizismus seinem Untergang entgegen, weil er den einzigen politischen Bündnispartner in der nationalen Sammlung verlo

ren hatte und sich zwischen den extremen Lagern auf der politischen Rechten und Linken aufrieb.

So oberflächlich und ritualisiert sich die konservative Liberalismuskritik im katholischen Milieu Südoldenburgs auch gab, so haftete ihr von Anfang an ein genuin antidemokratisches Nachdenken an, weil sie auf der Grundlage verfassungspolitischer Indifferenz in der Atomisierung des Volks- und Staatslebens die Ursache für die Regierungs-, Verfassungs- und Staatskrisen der Weimarer Republik erkannte. In der geistigen Nachfolge Hegels versuchte sie die gesellschaftspolitische Dynamik der liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung aufzuhalten und der Emanzipation des Einzelwillens autoritäre Schranken entgegenzusetzen, die sich dem "Wille(n) der Vielen" entzogen. Das war der gemeinsame Nenner des protestantischen wie des katholischen Konservatismus in der Weimarer Republik, der zur Lösung der Systemkrise am Ende nur noch eine autoritäre Option zu denken vermochte, den politischen Ausnahmezustand. Dieser war nicht mit Hitler itentisch. Ursächlich verantwortlich für die Katastrophe wurde der politische Liberalismus gemacht, der das Grundprinzip der Freiheit angeblich zur Willkür erhoben hatte und aus sich heraus keine dauerhafte Ordnung zu stiften imstande war. Am Ende dieser ‘falschen’ Aufklärung stand die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Nach Karl Jaspers geht der "Kampf gegen die Aufklärung" von folgendem Vorurteil aus:

> "Sie [= die Aufklärung] zerstöre die Überlieferung, auf der alles Leben ruhe; sie löse den Glauben auf und führe zum Nihilismus; sie gebe jedem Menschen die Freiheit seiner Willkür, werde daher Ausgang der Unordnung und Anarchie; sie mache den Menschen unselig, weil bodenlos."[901]

Nicht nur aus historischer Sicht, sondern auch aus den strukturellen Voraussetzungen der konservativen Liberalismuskritik heraus war die Weimarer Republik eine Übergangslösung und ein Provisorium, bei dem es sich aufgrund seiner liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung um eine artifizielle Konstruktion und nicht um eine Ordnung handelte, die der Natur, dem Wesen des deutschen Volkes und der Idee des christlichen Staates angemessen war. Die Synthese Hegels stellte die geistige Verbindung her zwischen dem protestantischen und katholischen Konservatismus. Beide weltanschaulichen Gruppierungen gingen bis zum "Dritten Reich" getrennte Wege und fanden erst nach dem Zweiten Weltkrieg in der interkonfessionellen "Christlich-

[901] JASPERS, Philosophie, S. 68f.

Demokratischen Union" zusammen. In dieser parteipolitischen Konstellation bekannte sich der katholische Konservatismus nach 1945 zum ersten Mal vorbehaltlos zur demokratischen Grundordnung, versuchte aber die Dynamik des politischen Liberalismus und die Emanzipation des Einzelwillens durch die kollektive Identität einer christlichen Wertegemeinschaft zu bändigen. Die nach rückwärts gewandte Rechristianisierung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft signalisierte nicht nur eine Krise des politischen Liberalismus im Zeichen der Restauration, sondern auch die Angst des Konservatismus vor dem "Prinzip der Atome, der Einzelwillen", das aufgrund seiner permanenten "Bewegung und Unruhe" dem Verdacht ausgesetzt wurde, den Aufstieg des "Dritten Reiches" wider besseres Wissen gefördert zu haben.

Die konservative Liberalismuskritik revidierte in ihrer Tiefenwirkung den politischen Rationalismus der Aufklärung und den politischen Emanzipationsbegriff der Französischen Revolution. Erst nach 1945 fand der deutsche Konservatismus, wie er sich unter den traditionellen konfessionellen Vorzeichen auch im katholischen Milieu Südoldenburgs seit dem 19. Jahrhundert formiert hatte, Anschluß an die westeuropäische Tradition demokratischer politischer Kultur. An die Stelle des politisch emanzipierten Staates und der freien Gesellschaft, die wider die menschliche Natur abstrakt und mechanisch gedacht wurde, wünschte die konservative Liberalismuskritik nach 1918 eine organische Staats- und Gesellschaftsordnung, die autoritativ den Einzelwillen zähmen und damit die Gefahr der Atomisierung, der alle demokratisch verfaßten Staatsordnungen ausgesetzt sind, bannen sollte. Der politische Irrationalismus, der in seinen antidemokratischen Strukturen nur als Ganzes einer wissenschaftlichen Kritik unterzogen werden kann, wurde aufgrund seiner visionären Energie wirksam popularisiert und erwies sich als ein attraktives Gegenbild zur modernen politischen Kultur der Weimarer Republik. Die NS-Rhetorik verstand es, die konservative Liberalismuskritik erfolgreich zu funktionalisieren und als ideologischen Katalysator für ihre politischen Zielsetzungen zu benutzen; der Konservatismus konnte dieser politischen Überformung aus innerer Kraft nicht widerstehen. Die Opposition des katholischen Milieus gegen das "Dritte Reich" nährte sich nicht aus der konservativ-nationalen Grundhaltung der Bevölkerung, sondern aus ihrer fundamentalen Katholizität heraus: Diese beiden Pole, das Prinzip der Nationalität und der Konfessionalität, bezeichneten seit dem Frühjahr 1933 die Konfliktsituation im politischen Bewußtsein des deutschen Katholizismus.

Die konservative Kritik an der Weimarer Republik, deren geistige Wurzeln tief in der Geschichte des konstitutionellen 19. Jahrhunderts liegen, zielte nur graduell auf die politische Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg und prinzipiell auf den Geist der modernen Geschichte überhaupt, weil dieser den einzelnen politisch in Freiheit und Gleichheit zu emanzipieren gedachte. Darin liegt die Kontinuität der konservativen Liberalismuskritik begründet, die sich in ihrer Agitation gegen die Weimarer Republik voll entfaltete, sich aber keineswegs - wie ihre Geschichte nach 1945 zeigt - auf die demokratische Ära nach 1918 beschränkte. Die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen erwuchs nur bei wenigen Konservativen aus der Überzeugung, daß auf der Freiheit des einzelnen die Existenz einer freien Gesellschaft beruht, sondern aus dem inneren Gesetz der jüngsten deutschen Geschichte, das alle autoritären Optionen als historisch widerlegt betrachtete. Die katholische Kirche opferte 1933 die liberale Rechts- und Verfassungsordnung in der irrigen politischen Annahme, in einem informellen Bündnis von weltlicher und geistlicher Autorität die Freiheit von Religion und Kirche retten zu können. Daß diese an verfaßte politische Grundrechte geknüpft sein mußte, wenn sie von dauerhaftem Bestand sein sollte, diese Überzeugung fand erst in der konziliaren Epoche Anfang der 1960er Jahre die ihr gebührende Achtung. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß die Anerkennung der Religions- und Glaubensfreiheit im "Aggiornamento" des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 - 1965) noch durchaus einen defensiven Charakter trug, der aus der Geschichte des europäischen Katholizismus in der Moderne zu erklären ist.

Wie das Beispiel Südoldenburg zeigt, war "die konservative Strömung des Irrationalismus, trotz aller Scheinbeweise des Gegenteils, die wir den gängigen Kulturgeschichten Weimars entnehmen, die ganz bestimmende Macht der Republik, die ihren Untergang vorbereitete und beschleunigte". Politische Zielscheibe "dieser machtvollen Geistesströmung, welche die Nachkriegszeit mehr und überschwemmte und sowohl ihrer schwierigen Politik wie ihrer reich differenzierten Kultur schließlich das Ende bereitete", war nach Aussage von Kurt Sontheimer die Idee der praktischen Vernunft. Die Krise der praktischen Vernunft hatte ihre Ursache seiner Meinung nach in einem weitverbreiteten antimodernistischen Affekt:

> "Ihr [= der Vernunft] und ihrer politischen Tochter, dem Liberalismus, galt der Haß und die Verachtung der vielen, die nach Ganzheit, Gemeinschaft und Tiefe dürsteten. Ursache dieses diffusen Verlangens nach Ganzheit und nach Seele, in dem die mächtigste Strömung des Weimarer Geisteslebens und das Begehren des unsicher ge

wordenen Bürgertums nach einer neuen Ordnung jenseits von Demokratie und Toleranz ihr gemeinsames, alle Vernunft überschwemmendes Bett fanden, war eine diffuse Angst vor der Modernität. Sie war im Ursprung der Jugendbewegung, sie steckte hinter der romantisch inspirierten Verteufelung der Großstädte, sie bestimmte den oberflächlich geführten Kampf gegen Materialismus und Kapitalismus."

Aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie zu lernen verlangt nach Kurt Sontheimer, darauf zu achten, "daß die politische Kultur der Demokratie stark und wirksam sein muß, um das Leben der Politik im demokratischen Geist zu prägen und auf der rechten Bahn zu halten".[902]

9.3. Politischer Resonanzboden der konservativen Gegenrevolution

Die Liberalismuskritik, wie sie Hegel authentisch formulierte, blieb in dieser Transparenz in der konservativen Mentalität nicht erhalten, sondern zog sich in ein Ressentiment zurück, das seinen geistigen Ursprung unter sich begrub. Max Scheler faßt in seiner Abhandlung "Das Ressentiment im Aufbau der Moralen", die erstmalig im Kriegsjahr 1915 erschien, dieses Gefühl als ein "Grollen" auf, das auf dem Bodensatz des politischen Bewußtseins - oder sollte man nicht treffender vom politischen Unbewußten sprechen - liegt und das Ziel seines Zürnens nicht aus dem Auge verliert. Scheler leitet das Ressentiment etymologisch aus seinem französischen Ursprung ab und kommt dabei zu einem Ergebnis, das den antidemokratischen Einspruch im politischen Konservatismus zutreffend charakterisiert:

"In der natürlichen französischen Wortbedeutung finde ich zwei Elemente: Einmal dies, daß es sich im Ressentiment um das wiederholte Durch- und Nachdenken einer bestimmten emotionalen Antwortsreaktion gegen einen anderen handelt, durch die jene Emotion eine gesteigerte Vertiefung und Einsenkung in das Zentrum der Persönlichkeit sowie eine damit einhergehende Entfernung von der Ausdrucks- und Handlungszone der Person erhält. Dieses Immer-wieder-Durch-und-Nachdenken der Emotion ist hierbei von einer bloß intellektualen Erinnerung an sie und die Vorgänge, auf die sie 'antwortete', sehr verschieden. Es ist ein Wiedererleben der Emotion selbst - ein Nachfühlen, ein Wiederfühlen. Sodann enthält das Wort, daß die Qualität dieser Emotion eine negative ist, d. h. eine Bewegung der Feindlichkeit enthält. Vielleicht wäre das deutsche Wort 'Groll' noch am ehesten geeignet, einen Grundtatbestandteil der Bedeutung zu decken. Das 'Grollen' ist ja solch dunkel durch die Seele wandelndes, verhaltenes und von der Aktivität des Ich unabhängiges Zürnen, das durch wiederholtes Durchleben von Haßintentionen oder anderen feindseligen Emotionen schließlich sich

[902] SONTHEIMER, Kultur, S. 463f.

bildet und noch keine bestimmte feindliche Absicht enthält, wohl aber alle möglichen Absichten solcher Art in seinem Blute nährt."[903]

Das politische Denken im katholischen Milieu kultivierte das antidemokratische Ressentiment vor allem durch "das wiederholte Durch- und Nachdenken" des Weltkriegserlebnisses. Es plante nicht explizit eine konservative Gegenreaktion und artikulierte nicht offen seine Ziele, nährte aber "alle möglichen Absichten" in seinem "Grollen", mit dem es auf die fremde soziale und politische Kultur der Weimarer Republik reagierte und das zweifelsohne "eine Bewegung der Feindlichkeit" enthielt. Sie war als ein "dunkel durch die Seele wandelndes, verhaltenes ... Zürnen" tief in der konservativen Mentalität angelegt und der rationalen Aufklärung um so schwerer zugänglich, je unabhängiger es "von der Aktivität des Ich" existierte. Dieses latente "Grollen" und "Zürnen" ist in der gemäßigten politischen Rhetorik des katholischen Milieus in Südoldenburg noch heute nachzuerleben und hat tiefe Spuren in der modernen Geschichte der Region hinterlassen. Konstitutiv für das moralische Ressentiment ist nach Max Scheler ein Racheimpuls, der durch zwei Merkmale gekennzeichnet ist: durch "eine mindestens momentane oder eine bestimmte Zeit währende Hemmung und Zurückhaltung des sich unmittelbar einstellenden Gegenimpulses" und eine damit verbundene "Verschiebung dieser Gegenreaktion auf eine andere Zeit und eine geeignetere Situation". Diese Hemmung wird begleitet "durch eine vorblickende Überlegung, daß man bei unmittelbarer Gegenreaktion unterliegen werde, und ein mit dieser Überlegung verbundenes ausgeprägtes Gefühl des 'Nichtkönnens', der 'Ohnmacht'". Die Rache selbst bezeichnet Scheler als "ein Erlebnis, das sich auf ein Ohmachtserlebnis aufbaut", und als "Sache der in irgendeinem Punkte 'Schwachen'". Die gehemmten "Zorn- und Wutregungen", die im antimodernistischen Ressentiment im katholischen Milieu Südoldenburgs gegenwärtig und wirksam waren, konnten insofern sogar "objektlos" werden, "als sie kein bestimmtes Objekt, sondern die ganze Umgebung, wo die Verletzung geschehen, [...] ja die ganze Welt als die 'Andersheit' überhaupt umfaßt".[904]

---

[903] SCHELER, Ressentiment, S. 2f.

[904] SCHELER, Ressentiment, S. 5f., Anm. 1. Der Kern des Racheimpulses ist nach Scheler nicht unbedingt "an die Verletzung oder Eigenwertminderung durch ein anderes Individuum gebunden", sondern scheint auch "durch eine Eigenwertminderung (oder sympathisch mitgefühlte Fremdwertminderung) durch uns selbst hervorgerufen werden zu können." Gerade die zweite Form der Eigenwertminderung, die vom einzelnen oder kollektiven Subjekt selbst ausgeht, scheint im katholischen Milieu Südoldenburgs für ein "ausgeprägtes Gefühl des 'Nichtkönnens', der 'Ohnmacht'," verantwortlich gewesen zu sein. Im Gegensatz zu Friedrich Nietz-

Rache- und Haßimpulse, genährt von Neid, Eifersucht und Konkurrenzstreben, erfüllen die Seele des Ressentimentmenschen in seiner Tiefe, "abgelöst von bestimmten Objekten", und sind zu festen Einstellungen geworden, "die schon die triebhafte Aufmerksamkeit - die von der Sphäre der Willkür unabhängig ist - auf solche Erscheinungen der Umwelt lenken, die den ty*pischen Formen* des Ablaufs dieser Affekte Stoff zu geben vermögen". Das Ressentiment richtet sich in seiner Tiefe "gegen Sein und Wesen des anderen selbst, nicht gegen vergängliche Eigenschaften und Handlungen".[905] Daß das andere überhaupt ist, ist schon Grund genug, es zu hassen, es seinem Besitzer zu neiden. Wie der Racheimpuls ist auch die Hemmung in der politischen Kultur Südoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg zu beobachten, die sich nicht in Form eines "sich unmittelbar einstellenden Gegenimpulses" entlud, sondern auf "eine geeignetere Situation" wartete. Das Gesetz politischer Klugheit legte es nahe, die Gegenreaktion auf einen unbestimmten, geeigneteren Zeitpunkt zu verschieben, um eine vorzeitige Niederlage und ein vorzeitiges Scheitern des politischen Ressentiments zu vermeiden. Als diese reifere Situation darf das Frühjahr 1933 betrachtet werden.

Das politische Denken im katholischen Milieu Südoldenburgs zwischen 1918 und 1933 ist nicht nur an seinen eigenen Werten und Traditionen, den national-konservativen und religiös-fundamentalen, zu messen, sondern vor allem an demokratischen und liberalen Kategorien, die heute unbestritten die geistigen Grundlagen eines freien Gemeinwesens und seiner demokratischen Verfassung bilden. Das gilt nicht nur, weil die Werteordnung des politischen Konservatismus in der Weimarer Republik historisch gescheitert ist, sondern weil mit dem Blick auf die politische Gegenwart die demokratischen Defizite sichtbar gemacht werden müssen, die dieses historische Scheitern herbeigeführt haben. Insofern ist diese Geschichte auf die Gegenwart zu beziehen. Deshalb behält die Mahnung Kurt Sontheimers unumschränkte Gültigkeit, besonders mit Blick auf eine traditionell konservative Regionalgeschichte, die das Geschichtsbewußtsein in Südoldenburg heute noch weitgehend bestimmt:

---

sche, der in der christlichen Moral prinzipiell moralische Ressentiments aufgehoben sah und in diesem Sinne "die Idee der christlichen Liebe als die feinste Blüte des Ressentiment" bezeichnete, kann Max Scheler in der Einheit der christlichen Gottes-, Selbst- und Nächstenliebe kein moralisches Ressentiment oder altruistisches Denken erkennen, wohl aber im Kern der bürgerlichen Moral. (SCHELER, Ressentiment, S. 36ff.)

[905] SCHELER, Ressentiment, S. 31f.

> "Von dieser politischen Sicht der Dinge her wird man es vermeiden müssen, die verschiedenen Vertreter antidemokratischen Denkens in ihrer historischen und auch moralischen Bedeutung an ihrer spezifischen Einstellung zur NSDAP allein messen zu wollen, wie das heute mehr oder weniger Brauch ist. Die Ablehnung Adolf Hitlers und seiner Partei ist noch lange kein Prüfstein demokratischer Gesinnung."[906]

Sontheimer stellt damit die zentrale historische Frage, ob die Ablehnung Hitlers und die moralisch bewährte Treue zum Zentrum als Ausweis demokratischer Gesinnung gewertet werden darf. Dieser Zweifel ist für die politische Geschichte Südoldenburgs zwischen 1918 und 1933 angebracht. Die moralische Verwerfung der Revolution und die Angst vor dem Bolschewismus, der Kampf gegen Versailles und die traditionelle Neigung zu autoritären politischen und gesellschaftlichen Systemen hinderten den deutschen Katholizismus daran, sich mit der ersten deutschen Republik zu identifizieren; ihre Gründung fand ohne ihn statt. Das schloß die treue Anhänglichkeit an das Zentrum nicht aus, weil die konfessionelle Frage die politische überlagerte. Aus dem Wählervotum für das Zentrum zwischen 1930 und 1933 ist somit noch kein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie auf der Weimarer Verfassungsgrundlage abzuleiten. Damit rückt die Frage nach dem antidemokratischen Denken im katholischen Milieu Südoldenburgs, das dem Gleichschaltungsprozeß des Jahres 1933 Vorschub leistete, in den Mittelpunkt des historischen Erkenntnisinteresses.

Neben dem politisch-religiösen Fundamentalismus, der den Kern des historischen Traditionsbestandes bildete und dem sich die Gegenwart als historisches Erbe verpflichtet wußte, etablierte sich nach dem Ersten Weltkrieg in Südoldenburg ein moderater Rechtskonservatismus, der die Alltagskultur wesentlich mitprägte und vor allem vom kirchlich unabhängigen Vereinswesen getragen wurde. Aufgrund seines unpolitischen Selbstverständnisses vollzog das 'weltliche' Vereinswesen die Übernahme des Führerprinzips und den politischen Anschluß an die Bewegung, der nicht selten unter religiös-moralischen Vorbehalten ausgesprochen wurde. Es plädierte dafür, sich auf den Boden der neuen politischen Tatsachen zu stellen. Dieses Engagement für den neuen Staat wurde als ein moralisches Zeugnis nationaler Loyalität angesehen und politisch honoriert. Mit der erklärten Bereitschaft, sich der Arbeit am nationalen Wiederaufbau nicht zu verschließen, war nicht selten die Erwartung verbunden, die Zukunft politisch mitgestalten zu können und

[906] SONTHEIMER, Denken, S. 283.

im Ernstfall geschont zu werden. Basis für diese Entscheidungslage war eine als überparteilich begriffenene nationale Grundhaltung und eine geistig-seelische Disposition, die sich aus der demokratischen Unruhe der Gegenwart durch die konkrete Vision einer politischen Volksgemeinschaft erlöst wissen wollte. Gemeinsam war den vielfältigen Formen des Vereinswesens auf dem Lande ein undifferenziertes und unreflektiertes Potential antidemokratischen Denkens, das in organisch-bündischen Gegenentwürfen zur formaldemokratischen Realität der Republik dachte und ungeduldig auf die Lösung der schmerzhaften Konfliktsituation wartete. Nach Martin Greiffenhagen trug der deutsche Konservatismus "dieses Moment des revolutionären Kopfsprungs von Anfang an" in sich. Es war in ihm als Möglichkeit stets gegenwärtig und wartete nervös auf seine politische Erweckung.[907]

Zu den Trägern des antidemokratischen Denkens gehörten im katholischen Milieu Südoldenburgs vor allem die Krieger- und Kameradschaftsvereine, die sich als vaterländische Vereine verstanden, und die Turn- und Gesangvereine, die sich im deutschen Vormärz gebildet hatten und als Träger des nationalen Gedankens auftraten. Sie waren keine konfessionellen oder kirchlichen Formationen, prägten aber nachhaltig das antidemokratische Denken im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg. Vor dem politischen Hintergrund der deutschen Einigung "von oben" hatten sie eine national-konservative Mentalität ausgebildet. Sie alle bezogen ihren politischen Irrationalismus nach 1918 vor allem aus dem unbewältigten Kriegserlebnis. In der "Schützengrabengemeinschaft" sahen viele Kriegsteilnehmer jene Soldatenkameradschaft, in der jeder "zum dienenden Glied der Gemeinschaft" geworden war; dieses Ideal galt es in der Weimarer Republik wieder zu festigen. Das Kriegserlebnis wurde "zur Legitimations- und Ausweisformel" des neuen deutschen Nationalismus in der Zeit der Weimarer Republik.[908] Gemeinsam war diesen vielfältigen Strömungen und Bewegungen an der Basis der Gesellschaft, daß ihr nationales Bekenntnis und ihre Treue zur Heimat unvereinbar schienen mit der politischen Kultur und der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik. Was das bürgerliche mit dem katholischen Vereinswesen verband, war eine 'unpolitisch' verstandene konservative Mentalität auf nationalstaatlicher Grundlage. Auch die Abgrenzung katholischer Vereine gegen den 'politischen' Stahlhelm, die auf Geheiß der Bischöfe erfolgte, wurde aus dieser Grundhaltung des vermeintlich Unpoliti

[907] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 244.
[908] STEINLE, Konservatismus, S. 63ff.

schen heraus vorgenommen. Der politische Spielraum des einzelnen in der national-konservativen Opposition gegen Weimar wurde dabei sowohl vom jeweiligen biographischen wie sozialen Kontext als auch von individuellen Neigungen und Lebenslinien bestimmt. Der moderne Irrationalismus als "unvernünftige Gegenbewegung" zum politischen Rationalismus enthielt einen "emphatische(n) Verzicht" auf das Denken, der auch dem Antiintellektualismus in der "Konservativen Revolution" zu eigen wurde.[909] So nahm der Irrationalismus im antidemokratischen Denken politische Gestalt an und entzog sich mehr und mehr einem aufgeklärten geistigen Diskurs. "Mit der Aufgabe der Führungsrolle des Geistes, der gewiß nicht als dürre ratio verstanden werden muß", wurde die Unvernunft nach Sontheimer "zum Handlanger der Politik, und der unpolitischste Denker schuf mit an der Gestaltung eines politischen Klimas, in dem auch nur der Anruf der regulativen Funktion der Vernunft eine Blasphemie zu sein schien".[910] Dieses Urteil Kurt Sontheimers erklärt die ewige Wiederkehr des Gleichen, die der heutige Beobachter in der politischen Publizistik zwischen 1918 und 1933 auch in Südoldenburg beobachtet und die strukturell nur mit dem 'unpolitischen' Ansatz des antidemokratischen Denkens zu erklären ist. Weil aber in allem Geistigen das Politische latent enthalten ist, kann auch für die Weimarer Republik die Ausrede des Unpolitischen aus der politischen Verantwortung nicht als Entschuldigung gelten.[911]

Um sich auf die politische Debatte im demokratischen Staat von Weimar nicht einzulassen und nicht unnötig in sie verwickelt zu werden, bewegte sich die konservative Gegenrevolution im Vorraum des Politischen wie des Parlamentarischen. So konnten Volkstrauer- und Kriegergedenktage, Deutsche Abende und Heimatabende, Einweihung von Kriegerehrenmalen und öffent

---

[909] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 248-250.
[910] SONTHEIMER, Denken, S. 55.
[911] Eine Ursache für die breite Resonanz der "Konservativen Revolution" sieht Harry Pross in der scheinbaren Vereinbarkeit der politischen Gegenbegriffe "konservativ" und "revolutionär", die in der Formel von der "Konservativen Revolution" aufgehoben schienen: "Die ‘völlige Umkehrung’ hatte weder den Konservativen noch den Revolutionären etwas zu sagen, aber sie versprach, zu den Quellen zurückzugehen und die wenig bewußten Volksströmungen zu erschließen. Das war genau, was die vielen plebiszitären Gruppen bürgerlicher Herkunft suchten, die, nicht dazu erzogen, Partei zu ergreifen, sich in der Verfassungsordnung der Demokratie nicht zurechtfanden oder nicht einrichten wollten. Ihnen versprach die Kombination von revolutionär und konservativ, so durchsichtig sie war, und so wenig sie über die zahllosen antagonistischen Wortverbindungen in der deutschen Parteiengeschichte hinausragte, gerade deswegen viel, weil sie die beiden Extreme - angeblich - in sich vereinigte." (PROSS, Politik, S. 315)

lichen Gebäuden, Versammlungen von Vereinen und Berufsständen, Sport- und Sängerfeste zu Foren der konservativen Gegenrevolution werden, der sich in Südoldenburg die heimatkundliche Publizistik bereitwillig anschloß. Die geistige Grundlage dieser politischen Alltagskultur, in der zwischen dem weltlichen und dem kirchlich-religiösen Bereich definitiv nicht zu unterscheiden war, bestand in einer affirmativen Rezeption nationaler deutscher Geschichte, besonders deutscher Weltkriegsgeschichte. Im antidemokratischen Potential, dem Repräsentanten der Weimarer Republik in der Publizistik Südoldenburgs kaum etwas entgegenzusetzen hatten, zeigte sich die politische Krise des Konservatismus, der weder den Weg in die noch den Weg aus der Republik finden konnte und in dieser politischen Unentschiedenheit auf das Jahr 1933 zusteuerte. Aus dem Dilemma des politischen Konservatismus in Deutschland zeigte der NS-Staat am Ende der Weimarer Republik jedenfalls einen Weg, wenn auch nicht den Weg, dem alle Konservativen spontan zustimmen konnten. Die Reaktion des politischen Katholizismus in Deutschland auf den 30. Januar 1933 ist von nachdenklichem Zaudern, taktischem Zögern und enttäuschter Ratlosigkeit gekennzeichnet.

Die im Gegensatz zum monarchischen Konstitutionalismus als un- und widernatürlich wahrgenommene Ordnung der politischen Verhältnisse nach 1918 begründete eine vielfältige rechtskonservative Opposition, die es ablehnte, "den Parteien [...] überhaupt eine Chance zu geben". Die konservative Gegenrevolution kultivierte die aus dem Kaiserreich adaptierte politische Lebenslüge eines Staates über den Parteien und unterstützte damit den Wunsch nach einer autoritären Verfassungsrevision, dem sich auch große Teile des politischen Katholizismus anschlossen. Pross bringt das politische Desaster der konservativen Revolutionäre auf die kurze Formel:

> "Da die Parteifeindlichkeit ihr Ausgangspunkt war, von dem sie nicht ließen, war er auch schon ihr Ende."[912]

9.4. Erster Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg

Mit Befremden nimmt der heutige Leser ein öffentliches politisches Zeugnis zur Kenntnis, das auf dem ersten Oldenburger Katholikentag vom 25. bis 27. September 1920 in Cloppenburg unwidersprochen blieb. Die größte kirchliche Versammlung, die der oldenburgische Katholizismus in der Weimarer

[912] PROSS, Politik, S. 317.

Republik erlebte, demonstrierte in besonderer Weise die Geschlossenheit des katholischen Milieus in Südoldenburg und verkündete ein Glaubensbekenntnis, das eindeutige gesellschaftliche Vorgaben enthielt und klare politische Signale nach innen und außen setzen sollte. Der Oldenburger Katholikentag diente zur Orientierung in schwieriger Zeit.[913] Er war bereits von der Enttäuschung über die junge Republik gekennzeichnet, die durch den Kapp-Lüttwitz-Putsch ernsthaft bedroht wurde, und zeigte die tiefen Spuren, die die großen Verluste der in Oldenburg wie im Reich regierenden Parteien der Weimarer Koalition bei den Reichstags- und Landtagswahlen am 6. Juni 1920 hinterlassen hatten. Antidemokratische Stimmungen hatten erheblichen Auftrieb erhalten, auch im katholischen Lager: "Die Schicksalskurve der Zentrumspartei verlief weiterhin gleichmäßig abwärts."[914] Der politische Kontext des Katholikentages ist aufschlußreich.

Für Rudolf Morsey steht fest, daß mit der Niederlage der Weimarer Koalition, die sich fortan nicht mehr auf eine tragfähige Mehrheit im Reichstag stützen konnte, bereits "der kaum begonnene Versuch des staatspolitischen Parteienkompromisses" gescheitert war.[915] Auch im Zentrum gab es große Bedenken. Es reagierte auf den Rechtsruck, indem es über Alternativen zur Weimarer Koalition nachdachte, zumal sich die SPD ebenfalls von ihr distanzierte, um in der Auseinandersetzung mit der USPD nicht weiter an Boden zu verlieren. Diese "Flucht aus der Verantwortung" bedeutete faktisch das Ende der alten Koalition.[916] Die politische Polarisierung setzte in der Gründungsphase der Republik ein. Das Zentrum strebte eine Erweiterung der Koalitionsbasis nach rechts an und erwog bereits den Ausstieg aus der parlamentarischen Regierungspraxis in Form eines "Geschäftsministeriums", das

---

[913] Zur Vorbereitung des Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg vgl. Kap. 4.2.2.: Katholisches Rechristianisierungsprogramm. Die Darstellung des Katholikentages ist thematisch gegliedert und verteilt sich auf mehrere Kapitel. In diesem Abschnitt finden sich vor allem seine Aussagen über die demokratische Verfassung der Weimarer Republik.

[914] MORSEY, Zentrumspartei, S. 324. Nach Morsey wurde der Wahlausgang von einigen "Rechtskatholiken" begrüßt, während andere darin schon "den Bankrott der Parteipolitik" erblickten. Das Zentrum hatte insgesamt 1,5 % (1919: 15,1 % ohne BVP; 1920: 13,6 %) verloren, obwohl es von den Regierungsparteien noch am besten abschnitt. Die DVP (1919: 4,4 %; 1920: 13,9 %) und DNVP (1919: 10,3 %; 1920: 15,0 %) waren die Gewinner der Reichstagswahl auf der politischen Rechten, die USPD (1919: 7,6 %; 1920: 17,8 %) auf der politischen Linken. SPD (1919: 37,9 %; 1920: 21,7 %) und DDP (1919: 18,5 %; 1920: 8,2 %) erlitten die größten Verluste. (HEIBER, Republik, S. 394) Zu den Ergebnissen der Landtagswahl vom 6. Juni 1920 vgl. Kap. 3.5.5.: Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat.

[915] MORSEY, Zentrumspartei, S. 320.

[916] Ebd., S. 331.

sich aus parteilosen Fachleuten, politischen 'Spezialisten', zusammensetzen sollte.[917] Wie der Katholikentag in Cloppenburg zeigte, waren große Teile der katholischen Basis des politischen Koalierens und Kompromittierens schon überdrüssig und begaben sich auf den Weg in die politische Sezession. Sie redeten vermehr einer Verchristlichung der deutschen Politik das Wort.

Das Verhältnis des politischen Katholizismus zur jungen Demokratie von Weimar, das seit der Revolution angespannt war, wurde bereits in den ersten Jahren der Republik harten Belastungsproben ausgesetzt. Das hatte Konsequenzen, die auf dem Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg zu beobachten waren: So grundsätzlich seine Aussagen über die erschütterte demokratische Verfassung der jungen Republik auch ausfielen, wirkte er auch wie ein politisches Stimmungsbarometer, an dem die beunruhigende Lage im katholischen Milieu Südoldenburgs im Spätsommer 1920 abzulesen ist. Im Freistaat Oldenburg wurde drei Jahre später das Regierungsmodell realisiert, das in Zentrumskreisen unter dem Titel "Geschäftsministerium" bereits nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch in Erwägung gezogen wurde.

9.4.1. Papst Benedikt XV.: "Der Stuhl Petri wankte nicht."

Das politische Denken im deutschen Katholizismus stand nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend im Schatten des 19. Jahrhunderts, das die katholische Kirche politisch entmachtet und den Primat des römischen Papsttums moralisch gestärkt hatte. Der Ultramontanismus war im Ersten Weltkrieg nicht erschüttert worden, sondern ging in seinen Warnungen und Weisungen bestätigt aus ihm hervor. Dazu trug vor allem die außergewöhnliche Autorität

[917] In Oldenburg scheiterten Koalitionsverhandlungen zwischen den Parteien der Weimarer Koalition und der DVP nach den Landtagswahlen vom 6. Juni 1920, so daß das Ministerium Tantzen im Amt bleiben konnte. Im Deutschen Reich näherte sich das Zentrum den Rechtsparteien DVP und DNVP an, die gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen waren. So kam es nach schwierigen Verhandlungen zur Bildung einer bürgerlichen Koalitionsregierung aus DDP, Zentrum und DVP, die von Reichskanzler Konstantin Fehrenbach (Zentrum) geführt wurde. Als Minderheitskabinett war sie von der Tolerierung durch die SPD abhängig. Ein "Geschäftsministerium" wurde vor allem von Karl Trimborn und Adam Stegerwald für den Fall ins Auge gefaßt, daß der Versuch scheitern sollte, die DDP zum Eintritt in eine Koaliton mit der DVP zu bewegen. Die Zentrumsfraktion lehnte eine Koalition mit der DNVP "zu diesem Zeitpunkt" zwar noch konsequent ab, aber die Fühlungnahme mit der DNVP wurde von einigen Abgeordneten im Hinblick auf künftige Koalitionsbildungen bereits als ein "positiver Schritt" gewertet. (MORSEY, Zentrumspartei, S. 329ff.)

Benedikts XV. (1914 - 1922) bei, die das Verhältnis des deutschen Katholizismus zu Rom nachhaltig bestimmte. Die Friedensbotschaft, die der Vatikan am 1. August 1917 an die Oberhäupter der kriegführenden Völker richtete, hatte den römischen Primat gefestigt und zur ungebrochenen Kontinuität der katholischen Glaubens- und Lehrtradition beigetragen.[918] Das wurde nach dem Ende des Krieges auch in Südoldenburg sichtbar. Bürgermeister a. D. Ignaz Feigel, Mitglied des oldenburgischen Landtags, erinnerte in seiner Ansprache zur Eröffnung des Ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg an das denkwürdige und aus katholischer Sicht nach der Französischen Revolution bitterste Schicksal des Papstes, die "Usurpation" des Kirchenstaates durch die italienische Regierung im Jahre 1870:

> "Vor wenigen Tagen sind 50 Jahre ins Land gegangen, daß die italienische Regierung sich vermaß, den Kirchenstaat usurpatorisch mit Waffengewalt an sich zu reißen und dem Papste seinen weltlichen Besitz zu nehmen. Seitdem ist der Papst seines Erbes beraubt und seiner weltlichen Macht entblößt. Unzählige Protestkundgebungen sind seitdem aus allen Teilen der Welt gegen diese Usurpation erfolgt, leider ohne Erfolg. Wenn aber auch die weltliche Macht des Papsttums gebrochen ist, als geistiger Vater steht der Papst höher da, denn je. Millionen und abermals Millionen gläubiger Katholiken aus allen Teilen der Welt sehen mit Verehrung und Liebe zum Stellvertreter Christi auf Erden empor, beherzigen und befolgen seine Lehren, unterstützen ihn in kindlicher Liebe und Verehrung zugetan. So wollen auch wir es machen; und die heutige Tagung soll es bekräftigen: Von keinem wollen wir Oldenburger Katholiken uns in der Anhänglichkeit an den Statthalter Christi auf Erden übertreffen lassen. Liebe zum Vaterlande, Gehorsam der weltlichen Obrigkeit; aber auch Treue, innige Liebe und Gehorsam unserm hl. Vater, dem Papste Benedikt XV.!"[919]

Vorbildhaft beschrieb Feigel in seiner Funktion als Vorsitzender des Cloppenburger Lokalkomitees die geistig-moralische Binnenstruktur der römisch-katholischen Weltkirche und ihren universalen Anspruch auf die sittliche und weltanschauliche Führung der Gläubigen. Der letzte Satz Feigels, der den doppelten Gehorsam des Katholiken gegenüber Staat und Kirche einfordert, enthält in klassischer Präzision das Programm des politischen Katholizismus in Deutschland, das am Ende der Weimarer Republik seine schicksalhafte Bewährung erfuhr und historisch scheiterte. In der Stunde großer politischer und sozialer Verunsicherung, wie sie der revolutionäre Übergang vom monarchischen Obrigkeitsstaat zur Republik für die Katholiken bedeutete, war der Ruf nach Führung außerordentlich groß. Dieses Begehren richtete sich an die deutschen Bischöfe, aber auch an den Papst als den charismatischen

[918] REUTER, Summa 2, S. 611-613.
[919] OTTENJANN, Festbuch, S. 28.

"Führer" der römisch-katholischen Weltkirche. Für die Oldenburger Katholiken brachte der Präsident des Katholikentages, Reichstagsabgeordneter Eduard Burlage, diese Erwartungshaltung in seiner Papstrede treffend zum Ausdruck:

> "Wir Oldenburger, wir deutschen Katholiken stellen uns zuversichtlich und freudig unter die Führung des Papstes und unserer Bischöfe. Der furchtbare Krieg, ein Weltereignis von nie gesehener Schrecklichkeit, wird große Folgen nach sich ziehen. Wir ahnen eine Umwälzung, eine Weltenwende; an der Eingangspforte einer neuen Zeit stehen wir bangend und zaudernd. Schweres düsteres Gewölk hängt über unserm Vaterlande."

Auch in der konkreten politischen Auseinandersetzung um den Versailler Vertrag wandte sich Burlage in "kindlicher Treue" an den hl. Vater und hoffte in gläubiger Unschuld auf seinen Beistand:

> "Er kann den Haß=Frieden von Versailles nicht billigen, der zu dem vom Papste gewollten Frieden in einem furchtbaren Gegensatze steht. [...] Wir Deutschen sind eines anderen Friedens würdig. Heiliger Vater, wir deutschen Katholiken sind es nicht gewesen, die sich gegen dein trostvolles Friedensangebot in Krieges Angst und Not stolz und eigenwillig aufgelehnt hätten. Wir haben das trostvolle Gebet in täglicher Treue verrichtet. Nun wirst auch du, Heiliger Vater, uns treu bleiben."[920]

In Analogie zur unmündigen Gottes-Kindschaft des einzelnen Gläubigen stand der Katholik in irdischen Fragen in einer autoritären Vater-Sohn-Beziehung zum "Pontifex maximus", dem legitimen Stellvertreter Christi auf Erden und Oberhaupt der katholischen Weltkirche. Der Katholikentag in Cloppenburg entbot Papst Benedikt XV. zum Zeichen der Unterwerfung und der Hoffnung in einem Huldigungstelegramm seinen untertänigsten Gruß. Das Schreiben manifestiert eindrucksvoll die patriarchalische Vater-Kind-Beziehung in der katholischen Kirche Südoldenburgs, die den Gläubigen im Stande unmündiger Gotteskindschaft hielt:

> "Se. Heiligkeit Papst Benedikt XV., Rom.
> Heiligster Vater!
> Tausende katholischer Männer, Frauen, Jünglinge und Jungfrauen, vereint auf dem unter dem besonderen Schutz des hl. Joseph, des Patrons der Kirche Gottes, gestellten ersten Oldenburger Katholikentage zu Cloppenburg zum Bekenntnis ihres hl. Glaubens und ihrer Liebe und Treue zur Kirche Jesu Christi, erflehen dem Heiligen Vater, Papst Benedikt XV., mit Beteuerung kindlicher Ergebenheit Trost, Kraft und Stärke in dieser

[920] Ebd., S. 61.

sturmdurchtobten Zeit und die Fülle göttlichen Segens und erbitten demütig den Apostolischen Segen."[921]

Das auf dem Katholikentag gesungene Papstlied unterstrich im anschaulichen Bild vom "Wettersturm der Zeiten" und "dornenreichen Land" die historische Sendung der katholischen Kirche im Kampf gegen die widerwärtige Zeitkultur:

"Heil'ger Vater, Hort der Liebe,
Gott dich schütze für und für
In dem Wettersturm der Zeiten
Unter Christi Kreuzpanier!
Seine Gnade, Kraft und Stärke
Sei mit dir in Rat und Tat;
Führ' uns durch die Nacht zum Lichte
Auf der Wahrheit hehrem Pfad!

Heil'ger Vater, Lieb' und Treue
Einen uns mit starkem Band,
Und wir folgen dir hienieden
In dem dornenreichen Land.
Gott dich schütze und erhalte,
Sei mit dir in Rat und Tat,
Führ' uns durch die Nacht zum Lichte
Auf der Wahrheit hehrem Pfad."[922]

Burlage unterstrich in seiner Papstrede das gebrochene Verhältnis des deutschen Katholizismus zur modernen Welt, das besonders in der Ablehnung der europäischen Aufklärung und der protestantisch angeführten preußisch-deutschen Nationalkultur zum Ausdruck kam:

"2000 Jahre! Wo gibt es einen Thron, einen Sitz der Macht, der damals bestanden hätte und jetzt noch bestände? Nur der Stuhl des hl. Petrus, der päpstliche Thron stand in den Stürmen der Zeit. Nicht Nero und Diokletian oder Julian konnten ihn stürzen; die Fluten und Wogen der Völkerwanderung haben ihn nicht verschlungen; die Reformation des 16. Jahrhunderts erwies sich als machtlos; 'Aufklärung' und Unglaube des 18./19. Jahrhunderts wichen zurück. Revolutionen durchtobten die Welt. Der Stuhl Petri wankte nicht."[923]

---

[921] OTTENJANN, Festbuch, S. 39f. Unterzeichnet ist das Telegramm von Ignaz Feigel, dem Vorsitzenden des Lokalkomitees zur Vorbereitung des Ersten Oldenburger Katholikentages.
[922] OTTENJANN, Festbuch, S. 40.
[923] Ebd., S. 56f.

Die katholische Weltkirche, die die innere Verfassung des deutschen Katholizismus nach ihrem Bilde formte, berührte als höchste moralische Institution auch die Region Südoldenburg und ihre katholischen Standesvereine, die zu Trägern dieser moralischen Macht werden sollten und denen zu diesem Zweck ein fester Platz in der kirchlichen Gesellschaft zugewiesen wurde. Nach Reformation und Revolution, Säkularisation und dem Ende des Kirchenstaates standen dem Papst keine politischen Mittel mehr zur Verfügung, keine Legionen mehr unter seinem Befehl, um die Interessen der römischen Kurie durchzusetzen, kein Thron stellte sich mehr schützend hinter ihn, sondern er mußte sich mit den neuen europäischen Staaten und gesellschaftlichen Systemen arrangieren, ohne daß er ihre politische Geschichte noch beeinflussen konnte. Seine Autorität als "pontifex maximus" war eine "potestas indirecta" geworden. Auf den politischen Status quo nach dem Ersten Weltkrieg stellte sich die katholische Hierarchie unter Benedikt XV. realistisch und flexibel ein, ohne ihre universale Sendung und moralische Zuständigkeit für das christliche Leben in Staat und Gesellschaft aus dem Auge zu verlieren.

9.4.2. Bischof Johannes Poggenburg: "Gestern noch war Deutschland ein Reich der Macht, heute zertreten von seinen Feinden."

Zu den Höhepunkten des Ersten Oldenburger Katholikentages zählte der Besuch von Bischof Johannes Poggenburg in Cloppenburg. Der Diözesanbischof wurde am 25. September 1920 auf dem Bahnhof begrüßt und von den politischen Repräsentanten der Stadt Cloppenburg und der Gemeinde Krapendorf, Bürgermeister Dr. Heukamp und Gemeindevorsteher Meyer-Hemmelsbühren, empfangen. Bürgermeister Heukamp wandte sich mit einer kurzen Rede an den Bischof und sprach bereits die aktuellen Themen an, die den Katholikentag in Cloppenburg beherrschen sollten:

> "Alle Herzen schlagen Ihnen, hochwürdigster Herr, voller Begeisterung, in Verehrung, Dankbarkeit und Liebe entgegen und das gesamte katholische Volk des Freistaates Oldenburg wünscht nichts sehnlicher in dieser Zeit harter Bedrängnis, als daß der Erste Oldenburger Katholikentag eine Quelle der Belehrung, der seelischen Erhebung und der kraftvollen Erneuerung eines wahrhaft religiös=sittlichen Lebens in allen Kreisen des Volkes werde. Möge dieser Wunsch sich erfüllen und von dem Ersten Oldenburger Katholikentage reicher Segen ausgehen zum Wohle der hl. Kirche, des Volkes und des Vaterlandes."[924]

[924] OTTENJANN, Festbuch, S. 24; OV vom 27.9.1930.

Bischof Johannes Poggenburg beschloß seine Ansprache auf der anschließenden Begrüßungsfeier in der Cloppenburger "Walhalla", in der der Katholikentag auch offiziell eröffnet wurde, mit einem Bekenntnis zum katholischen Glauben, das sein seelsorgerisches Wirken auf dem Katholikentag auch in den nächsten Tagen bestimmte:

> "Wir sind katholisch, das ist unsere größte Gnade; wir wollen katholisch leben, das ist die höchste Weisheit. Gebe Gott, daß wir auch katholisch sterben, das wäre unser höchstes Glück." [925]

Am Sonntag, dem 26. September 1920, zelebrierte der Bischof in der Cloppenburger Pfarrkirche St. Andreas ein Pontifikalamt und sprach am Nachmittag auf der Kundgebung auf dem Marktplatz vor annähernd 25 000 Gläubigen. Im weiteren Verlauf des Katholikentages besuchte er mehrere Versammlungen, die von katholischen Standes- und Berufsvereinen organisiert worden waren. Auf einer außerordentlichen Festversammlung in der "Walhalla", an der am 27. September 1920 über 400 katholische Lehrer und Lehrerinnen teilnahmen, hielt Johannes Poggenburg eine programmatische Rede und äußerte sich auch zur allgemeinen politischen Lage in Deutschland. In Anwesenheit von Staatsminister Dr. Driver, Seminardirektor Dr. Reinke, der auch die obere Schulbehörde vertrat, Kreisschulinspektor Rehling und den Vertretern der Stadt Cloppenburg, Prälat Brust und Bürgermeister Dr. Heukamp, begrüßte der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins, Hauptlehrer Bellm, den Bischof "mit dem Versprechen treuester Pflichterfüllung gegenüber Schule, Kirche und Staat" und erneuerte "das Gelöbnis, die Kinder für den erziehen zu wollen, der von sich gesagt hat: ‘Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben.’".[926] In seiner Ansprache zeichnete Bischof Johannes Poggenburg ein außerordentlich negatives Bild von der politischen und gesellschaftlichen Gegenwart der jungen Republik, das zur Zeit vor dem Weltkrieg in scharfem Kontrast stand:

> "Noch herrscht ein Chaos auf kulturellem, sozialem und industriellem Gebiete. Falsche Sterne sind aufgegangen und führen die Menschen in die Irre. Grundstürzende Umwälzungen geschahen über Nacht: Gestern noch war Deutschland ein Reich der Macht, heute zertreten von seinen Feinden, gestern noch hatte es eine weltgebietende Heeresmacht, heute wird es zeitweilig beherrscht von einer Handvoll Verbrecher, gestern noch lachte es in blühendem Wohlstande, heute weint es in Hungersnot und Elend. Das ist unser armes Vaterland."

---

[925] OTTENJANN, Festbuch, S. 34; OV vom 27.9.1930.
[926] Katholische Schulzeitung Jg. 12, Nr. 10, 1.10.1920, S. 50; OV vom 30.9.1920.

In "allen diesen Wirren und Drangsalen" habe sich die katholische Kirche bewährt. Sie stehe "als weitstrahlender Leuchtturm inmitten dieses Chaos" und zeige "den Weg aus all diesen unentwirrbaren Rätseln unserer traurigen Zeit". Johannes Poggenburg grenzte sich in Cloppenburg scharf gegen die nichtkatholische Gesellschaft ab:

> "Außerhalb der Kirche sehen wir wankende Erde, quälende Probleme, aber innerhalb der Kirche Festigkeit, Klarheit und Wahrheit. Freuen wir uns, daß wir Kinder dieser hl. Kath. Kirche sind. Freuen wir uns, daß wir katholisch sind."

Aus dieser Lage erwachse der katholischen Kirche, insbesondere den katholischen Eltern und Lehrern, eine besondere Aufgabe im Kampf für die konfessionelle Schule. Es stehe "ein neuer Sturm" bevor, der entbrennen werde um "die christliche, um die konfessionelle Volksschule". Der Religionsunterricht dürfe nicht durch "einen verwaschenen, öden Moralunterricht" ersetzt oder zu einem Nebenfach herabgewürdigt werden. Auch der Einsatz für den Aufbau Deutschlands bedeute nicht "in erster Linie Arbeit der Technik und der Hand, sondern Seelenarbeit". Deshalb habe auch in Zukunft zu gelten:

> "Religion ist notwendig, kath. Lehrer und Lehrerinnen sind notwendig. Schulen ohne Gott sind Schulen gegen Gott, deshalb halten wir fest an der konfessionellen Schule. Neben dem konfessionellen Elternhause die konfessionelle Schule."[927]

So klar und unmißverständlich umriß Bischof Johannes Poggenburg auf dem Katholikentag in Cloppenburg das schulpolitische Programm der katholischen Kirche, dem sich auch der Katholische Lehrerverein in Oldenburg verpflichtet fühlte. Ein Wiederaufstieg des deutschen Volkes war aus der Sicht des Bischofs nicht nur eine materielle Frage, sondern erforderte eine nachhaltige Rechristianisierung der deutschen Gesellschaft, insbesondere der Jugend. Dazu sollte das gläubige Volk in der katholischen Kirche seinen Beitrag leisten. Darin ruhe die wahre Freude des Katholiken in bedrängter Zeit. Sein Wirken auf dem Ersten Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg begriff Johannes Poggenburg zu jeder Zeit als ein seelsorgerisches und

---

[927] Katholische Schulzeitung Jg. 12, Nr. 10, 1.10.1920, S. 50-52; OTTENJANN, Festbuch, S. 103; OV vom 30.9.1920. Das Festbuch des Katholikentages und die Vechtaer OV geben die Ansprache des Bischofs verkürzt wieder. Bekräftigt wurden die Worte des Bischofs durch Reichsgerichtsrat Burlage, den Präsidenten des Katholikentages. Er richtete an die Festversammlung den Appell: "Die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes geht nicht ohne die Kirche; die treuesten Stützen aber der Kirche müssen Sie sein. Ohne Sie können wir den Marsch nicht antreten, Sie müssen mit uns. [...] Sie sind die Pioniere der Kultur, besonders auf dem platten Lande, Sie müssen uns die Führer geben für unsere kath. große Bewegung."

nicht als ein politisches. Er war als katholischer Oberhirte nach Cloppenburg gekommen und hielt es für seine Pflicht, die Gläubigen als katholischer Seelsorger zu ermahnen und zu ermutigen. Am Ende des Katholikentages faßte Eduard Burlage, der Präsident der Versammlung, die Mission des katholischen Volkes in den Worten zusammen:

> "Wir müssen einig bleiben, koste es, was es wolle. Wir müssen geschlossen bleiben, sonst können wir in dem großen Kampfe, in dem wir stehen, nicht siegen. Und so schließe ich diese schöne Tagung mit den Worten: Seid einig, einig, einig!"[928]

9.4.3. Religiöse Revolte: "Die sogenannte neue Zeit und wir Katholiken passen nicht zueinander."

"Im alten Deutschland war manches unvollkommen, aber es ließ sich darin leben", hieß es definitiv auf dem Katholikentag in Cloppenburg. Solche Reden enthielten Programmatisches. In der Aula des Realgymnasiums entwarf Studienrat Dr. Rosenberg aus Düsseldorf ein Bild vom autoritären Staatsverständnis, das den verfassungspolitischen Indifferentismus der katholischen Theorie bestätigte und nur einem "Staatsbürger mit christlicher Weltanschauung" eine staatstragende Rolle zuerkennen mochte. Das politische Denken im deutschen Katholizismus nahm in seinen obrigkeitsstaatlichen und antirevolutionären Anlagen weiterhin seinen Ausgang von Röm. 13. Auf dem Katholikentag in Cloppenburg deutete Studienrat Dr. Rosenberg aus Düsseldorf, der als Gastredner in der Aula des Realgymnasiums auftrat, diese Position unmißverständlich, wenn er erklärte:

> "Gegen die jetzige Staatsform, die Republik, hat die Kirche ein Urteil nie gefällt, trotzdem kann man von keinem Menschen verlangen, daß er in ihr das Heil Deutschlands erblicken soll. Wir stehen auf dem Standpunkt: untertänig dem Staate, wir geben Gott, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist. Für uns in Anspruch nehmen wir, daß wir früher und jetzt stets die wahren Stützen des Staates gewesen sind, die Links= und Rechtsradikalen waren es nicht, wahre Stützen des Staates können nur Staatsbürger mit christlicher Weltanschauung sein. [...] Wir bleiben Untertanen um des Gewissens willen, aber Feinde jeden Umsturzes, möge er auf Throne oder Republiken gemünzt sein."[929]

Deutlicher als in diesen Worten konnte die ordnungspolitische Gleichgültigkeit gegenüber der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines autori

---

[928] OTTENJANN, Festbuch, S. 137f.
[929] OTTENJANN, Festbuch, S. 84; GELHAUS, 1933, S. 25.

tären Staatsbegriffs kaum formuliert werden. Die Einschränkung der demokratischen Staatsbürgerschaft auf "Staatsbürger mit christlicher Weltanschauung" verstieß elementar gegen das demokratische Gleichheitsprinzip und hatte keinen Anteil am politischen Fortschritt, den die Novemberrevolution durch die Bildung des ersten demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates in der deutschen Geschichte erkämpfte. Der demokratische Staat, gegen den "die Kirche ein Urteil nie gefällt" hatte, wurde in erster Linie als gegebener politischer Rahmen akzeptiert, in dem die anfallenden kirchen- und kulturpolitischen Konflikte ausgetragen werden mußten. Am Ende dieser politischen Logik stand die christliche Staatsidee, die nur von einem "Staatsbürger mit christlicher Weltanschauung" getragen werden konnte, und die traditionelle Abwehrstellung gegen eine nichtchristliche Gesellschaft, die ihre Zügellosigkeit nach dem Ersten Weltkrieg besonders in der mondänen Großstadtkultur ostentativ zur Schau stellte. Die Metropole Berlin, die Hauptstadt des Deutschen Reiches, war ein Beispiel dafür. Mit der ideologisch-religiösen Trennungslinie war auch die politische Grenze zwischen dem Katholizismus auf der einen und der Sozialdemokratie bzw. dem demokratischen Liberalismus auf der anderen Seite gezogen. Aus katholischer Sicht wurden breite gesellschaftliche Gruppierungen und Schichten, die zur politischen Mehrheitsbildung in der Weimarer Republik notwendig waren, aus der staatstragenden Rolle ausgegliedert. Damit wurde ein tragfähiger demokratischer Konsens aufgekündigt und die Weimarer Republik denen überlassen, gegen die man sich auch in Cloppenburg so vehement verteidigte: den Rechts- und Linksradikalen, die sich nicht wie die Katholiken für "Untertanen um des Gewissens willen" und "Feinde jeden Umsturzes" hielten. Die Proklamation einer christlichen Staatsbürgerschaft kam aus der Tradition des deutschen Obrigkeitsstaates, der sich als sittlich-religiöse Autorität verstanden hatte, und richtete in der parlamentarischen Demokratie nach 1918 großen Schaden an. Der latente oder offene Antirepublikanismus irritierte die liberale Gesellschaft und führte zu einer wachsenden Entfremdung zwischen der katholischen und der nichtkatholischen Welt. Die Folge war die Isolation des politischen Katholizismus in Deutschland. Er konnte sich in der großen Krise zwischen 1930 und 1933 aus den engen politischen Vorgaben, die ihm traditionell aus dem Konfessionalitätsprinzip erwuchsen, nicht befreien und seinen autoritären Schatten, der weit in die Vergangenheit zurückreichte, nicht überspringen.

Der Katholikentag in Cloppenburg tauschte Grüße mit dem zweiten sächsischen Katholikentag in Leipzig aus und sandte Adressen an den Präsidenten

des Zentralkomitees der deutschen Katholikenversammlungen, Fürst Alois Löwenstein, an Bischof Berning von Osnabrück, aus dessen Diözese viele Gläubige an der Cloppenburger Veranstaltung teilnahmen, und an Papst Benedikt XV. In diesen Adressen zeigte die Cloppenburger Versammlung ihre nationale und universale Verbundenheit mit der römisch-katholischen Weltkirche.[930] Die Cloppenburger Kundgebung markierte in ihrer politischen Aussage deutlich den Übergang von der Monarchie zur Republik, der als ein unvorhergesehener Bruch zwischen der alten und der neuen Zeit schlechthin verstanden wurde. Das galt vor allem in politischer Hinsicht:

> "Die sogenannte neue Zeit und wir Katholiken passen nicht zueinander, wir tragen in uns das Gefühl, als wenn eine große Umwandlung mit uns vorgegangen wäre. Um Herr dieser Zeiten zu werden, müssen wir prüfen, welche Anforderungen die Gegenwart und Zukunft an uns stellen, auf welche Dinge dieser Zeit wir unser Augenmerk richten müssen. [...] Wir sind von jeher Feinde jeden Umsturzes gewesen, die jetzige Staatsform ist auf den Umsturz aufgebaut und weil sie die Kirche bekämpft, haben wir begründetes Mißtrauen gegen sie. Sie will den weggefegten Thronen die Altäre nachwerfen, was von uns als das Heiligste angesehen wird, soll durch sie ausgerottet werden. Das sozialistische System verwerfen wir, als bolschewistisches Versuchskaninchen lassen wir uns nicht gebrauchen, für die Russifizierung bedanken wir uns. [...] Sitte und Moral ist bei der früheren Staatsform in anderer Weise hochgehalten worden als heute, die Zustände in den Großstädten spotten stellenweise jeder Beschreibung; die Unzucht feiert wahre Orgien. Unser Heer von katholischen Männern und Frauen ist nicht gewillt, ihre Knie vor der modernen Unzucht zu beugen."[931]

Dieses ungewöhnlich offene Wort aus dem Jahre 1920 vereinigte bereits die zeitpolitischen und kulturskeptischen Elemente eines religiös ausgewiesenen antidemokratischen Bekenntnisses in sich, das wieder den Charakter einer religiösen Glaubensformel annahm. Der politische Umschwung, der Untergang der christlichen Monarchien, dem der Untergang der christlichen Kirchen folgen sollte, die Angst vor dem Bolschewismus und die ausgemachte moralische Dekadenz der Nachkriegszeit begründeten das Mißtrauen des südoldenburgischen Katholizismus gegen die politische Gegenwart. Mit der Abdankung der Monarchen in Deutschland fand nicht nur ein politisches System seinen Niedergang, das - für jedermann sichtbar - ein bedrückendes Erbe hinterlassen hatte, sondern schien alles mit in den Abgrund gerissen zu haben, woran man seit Generationen gehangen hatte und wofür man schließ

---

[930] OTTENJANN, Festbuch, S. 39-42.

[931] OTTENJANN, Festbuch, S. 83-85. Die Rede, der das Zitat entnommen ist, wurde gehalten von Studienrat Dr. Rosenberg, Düsseldorf. Auf den regionalen Kundgebungen im Oldenburger Münsterland zwischen 1918 und 1933 traten häufig erfahrene Gastredner auf, die den politischen Kurs vorgaben.

lich in das "Völkerringen" des Ersten Weltkrieges gezogen war: Glaube, Sitte, Heimat, Volk und Vaterland. Den vulgarisierenden Grundbegriffen von Volk, Nation und Reich war gemeinsam, daß sie als "Gegenbild fast immer zur Kennzeichnung der bestehenden sozialen und politischen Situation in der Weimarer Republik" dienten und als Instrumente gegen die politische Nachkriegswirklichkeit in Deutschland funktionalisiert wurden. Die Polarisierung in der politischen Wirklichkeit begann mit der Polarität des politischen Denkens, das sich in der vermeintlichen Staatskunst des Freund-Feind-Denkens zu bewähren suchte.[932]

In der Stunde tiefster Verunsicherung und Angst suchte man eher Halt und Geborgenheit in demonstrativer Treue zu den alten christlichen Grundwerten und Traditionen, als sich im mutigen Zuspruch zum Wandel und im Vertrauen auf die eigene Kraft zu einer neuen politischen Identität durchzuringen. Noch ganz im Zeichen von aus- und überstandener Revolution und Kapp-Putsch, der die Schwäche der jungen Demokratie in Deutschland demonstriert hatte, bekannte auf einer Versammlung in der Turnhalle an der Sevelter Straße der Redner, Ökonomierat Pennemann (MdR), am 26. September 1920 für die in Cloppenburg versammelten Katholiken:

> "Wir leben in einer neuen Zeit. Die alte Zeit hat ihren Abschluß gefunden mit dem Weltkriege. Wir stehen an der neuen Zeitenwende. Die neue Zeit ist heraufgezogen mit der Revolution. Wir Katholiken machen keine Revolution. Wir stehen mit beiden Füßen auf dem Boden der gesetzmäßigen Verhältnisse. Wir haben aber nicht die Macht, irgend eine gewaltsame Revolution ungeschehen zu machen. Und um es gleich klar und deutlich vorweg zu sagen, damit keine Mißverständnisse entstehen, möchte ich betonen: Nachdem wir eine Verfassung haben durch die ordnungsgemäße Wahl zur Nationalversammlung, haben wir weder nach rechts oder nach links zu sehen, sondern uns abzufinden mit den gesetzmäßigen Zuständen, die wieder eingetreten sind."[933]

Weder der Kapp-Putsch noch die kommunistischen Aufstände im Ruhrgebiet fanden als Ausdruck von revolutionären Bewegungen die Zustimmung des

---

[932] SONTHEIMER, Denken, S. 256f. Kurt Sontheimer skizziert die politischen Folgen, die sich aus der geistigen Polarität ableiteten: "Überzeugt davon, daß es im Grunde nur zwei verschiedene Weltanschauungen gebe, die organisch-konservative und die mechanisch-liberale, schied man die Welt in Böcke und Schafe. Der schwärzeste Bock aber war die Weimarer Republik, weil sie die unzeitgemäße mechanistische Weltanschauung sich zu eigen gemacht hatte, die zudem dem deutschen Wesen und seiner Geschichte fremd war, während man sich auf antidemokratischer Seite im Bewußtsein der Vollkommenheit einer organischen Weltanschauung wiegte, die alle Probleme des Jahrhunderts gründlich und zum Wohle des Volkes wie der Volksgenossen lösen würde."

[933] OV vom 28.9.1920; OTTENJANN, Festbuch, S. 72.

Redners, und er konnte in der Zeit "von dem denkwürdigen 9. November bis zur Einberufung der Nationalversammlung" nur die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie und die moderne Christenverfolgung durch den preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann erkennen, "dessen Vorgehen klar und deutlich die Absicht ausdrückte, der kath. Weltanschauung den Garaus zu machen".[934] Revolution, Aufstand und Putsch rüttelten an den Fundamenten des katholischen Glaubens, wie er beim ersten Oldenburger Katholikentag auf dem Cloppenburger Marktplatz in aller Öffentlichkeit als WIR-Bekenntnis bezeugt wurde. Für das politische Handeln des Katholiken schrieb er aber die strikte Einhaltung des Legalitäts- und Loyalitätsprinzips vor. Diese ambivalente Einstellung gegenüber der parlamentarischen Demokratie und einer freien Gesellschaft hat die Position des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik auf lange Zeit bestimmt:

> "Wir haben uns den bestehenden Staatsgewalten unterzuordnen und dürfen eine Abänderung der neuen Verfassung nur auf gesetzmäßigem Wege erstreben. Nur durch eine solche Politik wird es möglich sein, den Radikalismus niederzuhalten und die Freiheit der Kirche sowie die konfessionelle Erziehung der Jugend sicher zu stellen."[935]

Aus diesen Worten sprach ein unentschiedener und leichtfertiger Umgang mit der eben erst geschaffenen demokratischen Verfassung. Der politische Extremismus auf der Rechten wie auf der Linken wurde prinzipiell als illegale politische Handlungsweise angesehen und kategorisch abgelehnt. Die Revolution, ihrem Wesen nach widernatürlich und unchristlich, konnte auch nur zu einer in sich widernatürlichen und unchristlichen Gesellschafts- und Staatsordnung führen, die sich von Gott losgesagt und in menschlicher Überhebung alles dem politischen Wollen der Straße überantwortete:

> "Die dunklen Triebkräfte des Umsturzes erstreben keine Wiederauswiegung des empfindlich gestörten Gleichgewichts der natürlichen Gesellschaftsordnung, sondern eben ihren völligen, widernatürlichen und widerchristlichen Umsturz. Demgegenüber fordern wir christliche Politik, freie Bahn für eine wahre, christliche Demokratie, lebendiges ebenbürtiges Zusammenarbeiten am Kunstwerk des Staates."[936]

Die katholische Antwort auf den drohenden Umsturz von rechts und links war eine "wahre, christliche Demokratie", die, so unbestimmt der Begriff auch war, die religiöse Indifferenz der Demokratie von Weimar aufheben und der Republik christlichen Geist angedeihen lassen sollte. Dann wäre das Volk

---

[934] OTTENJANN, Festbuch, S. 72.
[935] Ebd., S. 47.
[936] Ebd., S. 132.

freilich nicht mehr der unbestrittene Souverän gewesen, sondern hätte sich von vornherein einem weltanschaulichen Oktroi beugen müssen, der nicht zur Wahl stand. So enthielt das Wort von der "wahre(n), christliche(n) Demokratie" einen indirekten antidemokratischen Affront und führte aus der Republik von Weimar. Jede Politik, die weltimmanent ihre Gesetze und Ziele aus sich selbst nimmt und sich nicht den christlichen Grundsätzen als natürlichen Kategorien verpflichtet weiß, erfuhr auf dem Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg eine scharfe Absage. Christliches Naturrecht beruhte auf dem geoffenbarten Wort Gottes als Geheimnis des Glaubens, das naturrechtliche Denken der Aufklärung im Kantschen Sinne auf der moralischen Leistung des vernunftbegabten Wesens Mensch, der sich auf seine Freiheit und Würde besinnt. Diese Gegensätze waren kaum zu überbrücken. Dabei übersah die katholische Kritik, daß die Weimarer Verfassung und die in ihr enthaltenen rechtsstaatlichen Grundsätze auch auf christliches Gedankengut zurückgehen. Das gilt z. B. für die Stellung der Frau, die in der Weimarer Verfassungsurkunde größere Achtung genoß als in der katholischen Hierarchie.[937] Selbst nach dem Untergang der Monarchie in Deutschland konnte sich die Kundgebung nicht mit der Idee politischer Selbstbestimmung, wie sie im demokratischen Prinzip der Volkssouveränität enthalten ist, aussöhnen. Ein Grund dafür war nach 1918 die Tatsache, daß diese Republik ihre Entstehung einer für illegal gehaltenen Revolution verdankte, die nicht zum Ursprung legitimer Staatsordnung werden konnte.

Das Festbuch des Katholikentages zitiert einen weiteren Gastredner mit einer kategorischen Feststellung, die sich auf kein Bekenntnis zum Prinzip der Volkssouveränität einließ und damit das große Dilemma der politischen Theologie im deutschen Katholizismus nach 1918 sichtbar machte. Die Unterscheidung zwischen der Demokratie und der "wahren Demokratie", wie sie aus den Tagen der Revolution bekannt war, charakterisiert den doppelten Boden, den der politische Katholizismus in Deutschland in der Gründungsphase der Weimarer Republik betrat - den Boden der real existierenden Demokratie und den Boden der ersehnten "wahre(n) Demokratie", in der nicht 'nur' Parteien auf der Grundlage des Majoritätsprinzips den Staat ‘machten’ und die für viele Katholiken bald zum Fluchtpunkt ihres politischen Nachdenkens wurde:

[937] Im Artikel 109 der WRV heißt es zur Gleichheit von Mann und Frau: "Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten." (Verfassungen, S. 96)

> "Aus der Zeit der Nationalversammlung ist das wichtigste Ereignis die Herausgabe der Verfassungsurkunde. Unsere neue Verfassung ist eine demokratische. Die Demokratie ist kein absolutes Gut, aber auch nicht unbedingt zu verwerfen. In der Kirche haben wir keine demokratische Verfassung, sondern die hierarchische. Wenn wir aber tiefer in die Struktur der Kirche hineinblicken, dann sehen wir in manchen Punkten die Erfüllung dessen, was uns die Demokratie verspricht. [...] Das ist wahre Demokratie. Wenn aber lediglich physische Kraft oder die Zahl der Köpfe den Ausschlag geben soll, dann ist das keine Demokratie, der wir zustimmen können. [...] Der erste Artikel besagt, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Darüber ist viel gestritten worden. Unser Standpunkt ist kurz der, daß wir die Verfassung anerkennen, die auf legalem Wege zustande gekommen ist."[938]

Die Behauptung, die innere hierarchische Ordnung der katholischen Kirche enthalte die "wahre Demokratie", kommt einer Pervertierung des modernen Demokratiebegriffs überhaupt gleich. Im Zentrum katholischer Kritik stand der Artikel 1 der Weimarer Reichsverfassung "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" und damit das politische Fundament der Republik überhaupt.[939] Das Wort von der "wahren Demokratie" trug Züge einer politischen Verschleierung und Reaktion; es meinte in seiner Substanz eine autoritär durch einen starken Staat gezähmte und gezügelte Demokratie, die keine Demokratie mehr war, weil sie politisch das teilte, was nicht zu teilen ist: die Staatsgewalt, die vom Volke ausgeht und von ihm in freier Selbstbestimmung ausgeübt wird. Darin lag auch der tiefe Graben zwischen der demokratischen und der christlichen Staatsidee, die den Staat noch als tragendes Element gottgewollter Ordnung begriff und nur seine politische Repräsentation den Wechselfällen der Geschichte und schwankenden Mehrheiten überlassen wollte. Die naturrechtliche Bestimmung des Staates, an der die politische Theologie der katholischen Kirche auch nach 1918 festhielt, wurde in der Weimarer Reichsverfassung endgültig aufgehoben und damit der letzte Schritt auf dem politischen Weg aus dem christlichen Zeitalter getan. Diese epochale historische Erfahrung, die in ihrer Wirkung die von 1803 noch weit übertraf, wurde auch auf dem Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg ins politische Bewußtsein gehoben. In der Aula des Realgymnasiums sprach Studienrat Dr. Rosenberg aus Düsseldorf offen die Enttäuschung im deutschen Katholizismus über das Ergebnis der Revolution aus und stellte ironisch die revolutionäre Tradition in der neueren europäischen Geschichte überhaupt in Frage, indem er mit tragischem Pathos an die Zerstörung von Thron und Altar in der Französischen Revolution erinnerte:

---

[938] OTTENJANN, Festbuch, S. 73.
[939] Verfassungen, S. 77.

> "Wo sind sie, die Schätze, die uns versprochen: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wo seid ihr zu finden? Die Cäsaren der deutschen Revolution haben sich als falsche Propheten erwiesen, die überaus traurige Gegenwart wird zum drohendsten Ankläger der Umsturzbewegung. Man rüttelt an dem Fundament des Christentums. Throne hat man weggeworfen und möchte diesen am liebsten die Altäre nachwerfen."[940]

Der Redner schloß mit dem kämpferischen Appell, den Kampf für das Kreuz Christi vor allem gegen Sozialismus und Kommunismus aufzunehmen und den ewigen Bestand der römisch-katholischen Kirche durch alle Irrungen und Wirrungen der Geschichte hindurch zu bezeugen, wie es einst die Märtyrer im Angesicht der römischen Cäsaren getan hatten. Die Ziele der Räterevolution waren ein historischer und politischer Irrtum, der nicht nur die christliche Staatsidee negierte, sondern der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt den Kampf ansagte:

> "Die Verwirklichung des Sozialismus, die Beseitigung der Klassenunterschiede und die Ersetzung des Privateigentums durch das Gemeineigentum, hat sich bei uns als eine Utopie erwiesen. [...] So soll unser Kreuz Christi stehen, es wird stehen und wenn die Welt sich in Krämpfen windet, wenn wir im Blutsumpf, im Bolschewismus und Kommunismus zu ersticken drohen und wenn die Sterne vom Himmel fallen, das Kreuz wird stehen. Wir wollen das Kreuz des Erlösers mit hinüberretten in eine bessere Zeit, damit dereinst unsere Kinder auf unsern Gräbern noch beten werden: Heil und Segen dem starken Geschlecht von 1920, wir danken euch, daß ihr durch alle Stürme eurer Zeit gerettet habt unsere in Christi Blut erkaufte unsterbliche Seele."[941]

Unter diesen Vorzeichen erklärte sich der Katholikentag zwar "mit der Demokratie als Staatsform unter Staatsformen einverstanden", bejahte aber nicht, wie Albert Gnägi fordert, "auch die dem modernen pluralistischen Verfassungsstaat zugrunde liegende staatsethische Auffassung als positiven Wert".[942] Das reichte für einen demokratischen Grundkonsens, der dauerhaften Bestand haben sollte, nicht aus. "Es gab", stellt Heinrich Lutz fest, "unter den deutschen Katholiken keine republikanische Überlieferung im politischen Sinne des Wortes, und - was vielleicht noch folgenschwerer war - auch der Verlauf der revolutionären Ereignisse hat keine geschaffen".[943] Die poli

---

[940] OTTENJANN, Festbuch, S. 82f.
[941] Ebd., S. 87.
[942] GNÄGI, Demokratie, S. 30.
[943] LUTZ, Demokratie, S. 67f. Lutz führt im einzelnen dazu aus: "Zunächst war die Haltung der Katholiken betäubt und passiv. Sie waren weder handelnd noch widerstehend an dem Umsturz beteiligt. Das Provisorium der Republik wurde zunächst ohne sie begründet; es beruhte bekanntlich auf dem Bündnis der Sozialdemokratie unter Ebert und Scheidemann mit der alten Armee, an deren Spitze zunächst Hindenburg und Groener blieben. Diesem Bündnis lag unter

tischen Kundgebungen auf dem Ersten Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg stellen ein beredtes historisches Zeugnis für diese Aussage dar. Das Selbstbewußtsein des Katholizismus richtete sich wieder auf an kulturpolitischen Fragen der Zeit, wie sie vom preußischen Kultusminister Adolf Hoffmann provozierend gestellt wurden; an ihnen konnte sich die Kulturkampf-Formation wieder reiben und den Katholizismus zu seiner alten Geschlossenheit zurückführen.

Aus dem revolutionären Charakter der Rätebewegung erwuchs im mittelständischen Katholizismus Südoldenburgs eine nachhaltige Ablehnung der politischen Linken in Deutschland überhaupt, die auf dem Cloppenburger Katholikentag in einer ungewöhnlichen Schärfe vorgetragen wurde. Unwidersprochen blieben allem Anschein nach die Bemerkungen von Dr. Rosenberg, Düsseldorf, über die "Männer der heutigen Sozialdemokratie". Die Auslassungen sind von einer bedrückenden Immoralität gekennzeichnet und enthalten einen antisemitischen Akzent:

> "Jetzt, wo sie auf dem Throne sitzen, pfeifen sie auf demokratische Grundsätze, sie wollen letzten Endes nichts anderes, als die Diktatur des Proletariats, gleichbedeutend mit der Gewaltherrschaft einer Räuberbande. Der Abschaum der menschlichen Gesellschaft sammelt sich unter ihren Fahnen und bringt es nicht selten fertig, in leitende Stellen hinein zu kommen; Zuhälter, Schieber und Zuchthäusler, alles mögliche haben uns diese Demokraten schon präsentiert. Ist es vielleicht demokratisch, wenn man der Berliner Bevölkerung einen Unabhängigen und Juden als Stadtschulrat aufdiktiert?"[944]

Die legitime politische Partizipation linker Parteien und Fraktionen wurde fortgesetzt als "Diktatur des Proletariats" popularisiert und diskreditiert - eine agitatorische Strategie, die die politische Auseinandersetzung mit der Linken in Deutschland ersetzen sollte. Dabei erstreckte sich der Begriff "links" von der Sozialdemokratie über die Freien Gewerkschaften, die zu großen Teilen mit der SPD sympathisierten, bis hin zum Kommunismus, der aus weltanschaulich-religiösen Gründen zu verwerfen war. Die Kritik aus Zentrumskreisen an der Weimarer Koalition galt einer "Linkskoalition", die nach der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 zur DVP hin geöffnet werden sollte, um ihr

---

anderem auch die Tatsache zugrunde, daß die neuen Berliner Machthaber zunächst nicht an die Koalition von 1917 mit Katholiken und Liberalen anknüpfen wollten, sondern um der Aufrechterhaltung der Fiktion einer ‘sozialistischen Revolution’ willen eine Koalition von Rechts- und Linkssozialisten versuchten."

[944] OTTENJANN, Festbuch, S. 85.

wieder politisches Gleichgewicht zu verleihen. Das Zentrum wollte auch in der Krise noch die Partei der politischen Mitte bleiben.[945]

9.4.4. Christliche Wertephilosophie: "Noch ist Deutschland nicht dem Atheismus verfallen, noch darf es sich christlich nennen."

Die konservative christliche Wertephilosophie orientierte sich wesentlich an der Frage, ob eine moralische Maxime oder religiöse Einstellung gesellschaftlicher Stabilität diente oder nicht und wandte sich kritisch gegen subjektive Tendenzen und hedonistische Glücksvorstellungen. Im Wertekanon stimmte der Konservatismus fast nahtlos mit dem katholischen Moralkodex überein. Auf dem Ersten Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg sah Bischof Johannes Poggenburg keine andere Lösung der gegenwärtigen Krise außer in Christus. In seiner Begrüßungsansprache in der "Walhalla" erkannte er im christlichen Glauben und in der Institution der christlichen Kirchen das uneingeschränkte Gesetz der abendländischen Geschichte und die einzigen Garanten für neue historische Kontinuität in einer zerrissenen Zeit:

> "In den wirren Wandlungen und Kämpfen dieser Zeit wollen die Oldenburger Katholiken Zeugnis ablegen für die Unwandelbarkeit ihres hl. Glaubens; sie wollen ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben, daß es eine Rettung aus diesen Wirren nicht gebe außer durch Christus und seine Kirche. Auch die soziale Frage unserer Tage könne nur gelöst werden mit der Kirche, nicht ohne sie, am wenigsten gegen sie."[946]

Zuvor hatte sich Strafanstaltspfarrer August Hackmann aus Vechta an den Bischof gewandt und einer einseitig politischen Lösung der deutschen Zukunft eine klare Absage erteilt. Den Grund für die Krise der Zeit erkannte er ebenfalls in der modernen Apostasie, die nur durch eine religiös-sittliche Erneuerung des Volkes überwunden werden könnte:

> "Noch ist Deutschland nicht dem Atheismus verfallen, noch darf es sich christlich nennen, aber es wird höchste Zeit, daß alle gläubigen Elemente sich zusammenschließen, um den Triumph des Unglaubens zu verhindern. [...] Die Kräfte der Besserung schlummern in unserm Volk. Helfen wir diese Kräfte wecken und beleben! Das Volk selbst muß andere Wege gehen, soll es ein Weg werden aus der Dunkelheit zum Lichte, alle andern Verordnungen und Reformvorschläge sind ein Schlag ins Wasser, wenn das Volk selbst sich nicht auf sich selbst besinnt. Glauben und Religion, Gehor

[945] MORSEY, Zentrumspartei, S. 330.
[946] OTTENJANN, Festbuch, S. 33.

> sam und Achtung vor der Autorität, Opfersinn und Nächstenliebe, das sind die Pfeiler des Gesellschaftslebens. Unsere Kirche will diese Pfeiler stützen und halten."[947]

Aus den Worten Poggenburgs und Hackmanns spricht ein Programm, das in der Rechristianisierung der deutschen Gesellschaft die zentrale Herausforderung in der politischen Zukunft Deutschlands erkannte. Die Durchführung dieses Konzepts war aus der Sicht der katholischen Kirche nur auf christlichem Fundament und im politischen Bunde mit den christlichen Kirchen möglich. Die geistig-seelische Verwandtschaft der politischen Theologie der katholischen Kirche mit dem Erneuerungsprogramm des deutschen Konservatismus zwischen 1918 und 1933 wird an diesem Zusammenhang evident. Frau Dittmer aus der Nachbardiözese Osnabrück sprach auf dem Cloppenburger Katholikentag von der "tödlichen Krankheit", die Deutschland befallen habe, und faßte in ihrem Vortrag über "Die christliche Familie" die Forderung nach der moralisch-religiösen Erneuerung des Volkes in Worten zusammen, die eine klare Absage an den politischen Liberalismus und seine "Allerwelts=Moral" enthielten:

> "Religion ist nicht Privatsache. Religion ist notwendig zur Orientierung des Massengewissens, sie setzt dem schrankenlosen Individualismus Grenzen, sie überbrückt den bitter geführten Klassenkampf. Sie kann nicht ersetzt werden durch eine Allerwelts=Moral - durch eine seichte Humanitätsduselei."[948]

Nach diesen Worten war nur der verbindliche Moralkodex des Christentums in der Lage, die soziale und politische Inhomogenität der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu überwinden und die Nation unter Umgehung einer genuin politischen Konfliktlösung zu einigen. Nicht der demokratische Konsens und die parlamentarischen Integrationsmechanismen wurden als die politischen Instrumentarien zur Bildung der nationalen Einheit in der gesellschaftlichen Vielfalt angesehen, sondern die irrationale Erinnerung und beseelte Vergegenwärtigung der großen Kontinuitäten in der deutschen Geschichte, getragen vom Christentum und den christlichen Kirchen. Der moderne Staat sollte eine christliche Sinn- und Wertegemeinschaft darstellen und einen religiös-sittlichen Organismus abbilden, der zum strukturellen Pluralismus der deutschen Nachkriegsgesellschaft in unauflösbarem Widerspruch stand.

---

[947] Ebd., S. 31f.
[948] Ebd., S. 48f.

Im Mittelpunkt dieses politischen Weltbildes stand nicht das vernunftbegabte autonome Subjekt, sondern der Dienst an der Volksgemeinschaft, an der Institution des Staates und der Tradition in christlicher Religion und Kirche, die der Geschichte einen metaphysischen Grund und der Politik eine religiöse Transzendenz verlieh. Diese konservativen Grundeinstellungen fanden ihren deklamatorischen Niederschlag auf dem Ersten Oldenburger Katholikentag, der dem aufgeklärten Freiheitsbegriff der Moderne eine pauschale Absage erteilte. Auf der Versammlung der Jünglinge in der Turnhalle an der Sevelter Straße setzte sich Rektor Langenberg, Referent im preußischen Kultusministerium, unter dem Thema "Der Jüngling daheim und draußen" mit den modernen Zeitläuften und ihren morbiden Wertvorstellungen auseinander. Er rief die männliche Jugend auf, ihre "Sittlichkeit und Reinheit" zu bewahren und ihren "religiösen Pflichten, zunächst des Sonntagsgottesdienstes", nachzukommen, keine "unsittlichen Bücher" zu lesen und keine "unreinen Reden" zu halten, sich nicht den "niederen Begierden" hinzugeben und der "Ueberschätzung des Mammons" entgegenzutreten, schließlich das Vaterland durch "wahres Heldentum" zu retten. Seine besondere Kritik galt einem falschen Begriff von Freiheit, der Freiheit in Unfreiheit umkehre, weil er sich von der christlichen Idee des Opfers losgesagt habe:

> "Wahre Freiheit ist nicht Ungebundenheit, wahre Freiheit ist Selbstzucht, Gehorsam, Unterwerfung. Die Anhänger des neuen Evangeliums werden lachen, diese Helden sind selbst die Unfreiesten. Gehorsam ist nicht Feigheit, nein, ist Königtum, ist Heldentum. Das Kreuz, an dem Gottes Sohn seinen Gehorsam vollendet hat, wird uns Kraft geben, in der Unterwerfung den Sieg der Freiheit zu gewinnen. Wohin ist die deutsche Pflichttreue, die deutsche Opferfreudigkeit?"

Dieser irreführende Begriff von angeblicher Freiheit, der die Massen anziehe, fördere den Untergang Deutschlands. Seinen Ausgang nahm der sittliche Verfall der deutschen Gesellschaft bekanntlich in urbanen Milieus, wo sich die traditionellen katholischen Lebenswelten immer mehr auflösten und das Zentrum als Konfessionspartei zusehends an Rückhalt verlor. So hatte die katholische Kulturkritik auch politische Hintergründe. Langenberg entwarf in Cloppenburg ein düsteres Bild moderner Massenkultur:

> "Wenn man durch die Straßen der Großstädte geht, sich dort umsieht und umhört, glaubt man, die Totenglocke Deutschlands zu hören."[949]

[949] Ebd., S. 52.

Rettung war nur von einer Rückkehr zu Gott zu erwarten. Wie nahe sich in dieser Frage der politische Konservatismus und die katholische "Politologie" in Südoldenburg waren, wird ebenfalls deutlich auf dem ersten Oldenburger Katholikentag. Hedwig Dransfeld aus Werl, Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes und Mitglied des Reichstages, machte insbesondere den liberalen Individualismus für die Spaltung des Volkes verantwortlich:

> "Die Volksseele ist krank. Wir sind ein im Tiefsten seelisch gespaltenes Volk. Die letzten Jahrhunderte haben diese Spaltung in unser Volk hinausgetragen. Dieser Individualismus, der in politischer Hinsicht vertreten wird im Liberalismus, predigte die übertriebene Pflege des Ich, die Loslösung vom ewigen Gottesgesetz, die Vergöttlichung des Ich. [...] Auf staatspolitischem Gebiet löste der Individualismus das Wohl des Staates vom Gottesgesetz."[950]

Der Paderborner Dr. Paffrath aus dem Dominikanerorden äußerte in Cloppenburg ebenfalls Kritik an der "Entchristlichung und Entweihung von Familie, Schule, Theater, Kino, Kunst, Literatur, Presse und öffentlichem Leben", der Ursache für die Krise in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in der "die Kultur in bewußten und gewollten Gegensatz zur Religion getreten sei".[951] Die Tagung der Vereine katholischer Lehrer und Lehrerinnen beherrschte eine kulturpessimistische Klage, die nach neuer autoritativer Führung verlangte. Unter dem Motto "Die Welt hat keine Seele, hat kein Deutschland mehr!" wurde der Ruf nach Führung ebenfalls deutlich artikuliert:

> "Diese Klage geht heute durch alle Lande. Und doch lebt die deutsche Seele, sie wird leben, wenn der christliche Gedanke zur Herrschaft kommt, so wie er sich zeigt auf unserem Katholikentage. Daß der deutsche Geist, die deutsche Seele wieder lebendig werde, dazu sollen Lehrer und Lehrerinnen mithelfen, sie sind dazu berufen. [...] Das Volk ist ein großes Kind, es schreit nach Führern! Führer sollen ihm aber auch aus unseren Reihen erstehen."[952]

In bedrängter Zeit erwachte der Ruf nach dem "Führer", der nicht politischem Durchsetzungswillen entsprang, sondern Ausdruck von Ratlosigkeit war. Zugrunde lag der Führer-Erwartung das Eingeständnis politischer Unmündigkeit und die Ohnmacht, den eigenen politischen Willen wirksam zu operationalisieren und erfolgversprechend in demokratischen Organen und Institutionen umzusetzen. Auf die Verhältnisse der Weimarer Republik über

---

[950] Ebd., S. 79.
[951] Ebd., S. 87.
[952] Ebd., S. 104.

tragen, verbarg sich hinter dem eingeklagten politischen Führertum ein Ersatz für das untergegangene monarchische Regiment. Gerade die als defizitär empfundene politische Gegenwart der Weimarer Republik ließ im deutschen Konservatismus in revolutionärer Pose den Ruf nach dem "Führer" erwachen. Die Konsequenz aus diesem kulturskeptischen Befund war die Forderung nach einer religiösen Erneuerung des Volkes, in der Religion nicht als Privatsache, sondern als gesellschaftliches Gemeingut fungierte. Professor Schreiber, der bekannte Moraltheologe aus Münster, faßte diese Forderung auf dem Cloppenburger Katholikentag in den beredten Worten zusammen:

> "Nur das Christentum kann die Welt retten. [...] Religion ist nicht Privatsache, sondern auch eine öffentliche Sache, eine große Kulturtatsache. Das Christentum ist nicht eine zeitgeschichtliche Erscheinung, sondern unvergängliche Gottestat. Religion ist endlich sittliche Tat, Anwendung der Grundsätze des Christentums auf das sittliche Leben."[953]

Nur diese transhistorische Mission christlicher Religion und Kirche war anscheinend in der Lage, historisch-politische Kontinuitäten in der deutschen Geschichte durch die ewige Dauer christlicher Wert- und Traditionsbegriffe zu stiften. Dazu war die Politik selbst nicht in der Lage, weil sie im wechselvollen Strom der Geschichte dem ständigen Wandel der Konstitutionen und - im parlamentarischen System - sich stets verändernden Mehrheitsverhältnissen unterworfen war und sich historisch immer wieder neu orientieren mußte; sie konnte dem konservativen Denker keinen Halt geben. Für ihn konnte es zwar auch keine Welt ohne Politik mehr geben, aber diese Politik schöpfte nicht nur aus ihren eigenen Kategorien, sondern baute auf das moralische Fundament des Christentums und durfte sich in der Zeit nicht verlieren. Ihr war eine Dimension des Sakralen zu eigen. Der moralisch-religiöse Komplex, mit dem der deutsche Konservatismus und mit ihm große Teile des politischen Katholizismus auf den demokratischen Systemwandel im Jahre 1918 reagierten, traf den verfassungspolitischen Kern der Weimarer Republik, weil er die Autonomie des politischen Denkens und damit die essentielle politische Idee der Volkssouveränität bestritt. Für den politischen Moralisten war das Volk in der Verfassung nicht frei, sondern an das christliche Gebot als ein ewiges Sittengesetz gebunden. Dieses Sittengesetz durfte auch der freie Bürger der Weimarer Republik nicht antasten, wollte er nicht ganz aus der Geschichte fallen. Die politische Theologie überforderte den christlichen Offenbarungsglauben maßlos.

---

[953] Ebd., S. 68f.

9.5. Nationale Sendung, Volksmythos und Weltkriegserlebnis

In der affirmativen unpolitischen Rezeption deutscher Geschichte vom frühen Germanentum bis zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde eine politische Tendenz gegen die Weimarer Republik sichtbar, nach der sich die deutsche Geschichte seit 1918 untreu geworden und in eine ihrer Natur zuwiderlaufende Verfassung eingetreten zu sein schien. In diesem Zusammenhang erlangte der emotional aufgeladene deutsche Begriff der "Treue" eine enorme politische Suggestivkraft und stand gegen den artifiziellen Charakter der parlamentarischen Demokratie von Weimar. Aus dem nationalen Geschichtsbewußtsein war vor 1918 ein spezifisch deutsches Sendungsbewußtsein erwachsen, das dem unruhigen Volk in der Mitte Europas eine andere Aufgabe zuwies als den westeuropäischen Demokratien. Diese politische Aufgabe, die den Charakter einer religiösen Mission hatte, war 1918 verraten worden. Die christliche Staatsidee, die europäische "res publica christiana", im Wettlauf mit der modernen Zivilisation zu retten und das politische Erbe der Französischen Revolution historisch zu überwinden war im nationalen Denken nur möglich in einer Einheit von Volk, Staat und Nation, im verschworenen Bund einer Volksgemeinschaft, die in politischer Hinsicht autoritär geführt und gesellschaftlich nach patriarchalischen Ordnungsbegriffen ausgerichtet werden mußte. Nach Dieter Oberndörfer enthielt der völkische Nationalismus, den sich die nationale Rechte nach 1918 zu eigen machte, die "Vorstellung einer seit Beginn der Geschichte immer irgendwie vorhandenen, unsichtbaren, ewigen Gemeinschaft des Volkes" und äußerte sich als eine "säkularisierte Form christlicher Heilsgeschichte". In der deutschen Romantik geboren und in der Reichsgründung ideologisch ausstaffiert, wurde die völkische Nation zur "Staatsideologie der Deutschen" und lieferte den "ideologischen Sprengsatz für die Zerstörung der Weimarer Republik" durch die Nationalsozialisten. Unvereinbar mit dieser historischen Mission, die über die politische Zukunft des deutschen Volkes entscheiden sollte, war der demokratische Pluralismus der Weimarer Republik, weil durch sie die in allen modernen Gesellschaften enthaltene "kulturelle Vielfalt und Dynamik" ausdrücklich verfassungsrechtlich geschützt ist.[954] Im moralischen Räsonieren auf die Restauration der christlichen Staatsidee kam die politische Ausweglosigkeit und das Dilemma zum Ausdruck, das "im Verzweiflungsstadium der Konservativen Revolution" am Ende der Weimarer Republik

[954] OBERNDÖRFER, Wahn, S. 34, 49.

offenbar wurde.[955] Die Idee der Republik, die sich seit den Tagen der Französischen Revolution auf die rechtliche und politische Gleichheit der Menschen richtete, wurde von der nationalen Opposition gegen Weimar unaufhörlich als "westliches und artfremdes, nichtdeutsches Gedankengut" diffamiert.[956]

Die politische Kultur Südoldenburgs hatte nach 1918 erkennbaren Anteil an dem Dilemma des deutschen Konservatismus und schweifte in eine mythisch-religiöse Ersatzwelt ab. Zu ihrem festen Bestandteil gehörte ein jährlich wiederkehrender Turnus von Vereins- und Verbandsfesten, die mit einer Mischung aus Heimat- und Brauchtum, nationalistischem Pathos und heroisierenden Weltkriegs-Reminiszenzen die affirmative Rezeption deutscher Geschichte erlebnishaft vertieften und antidemokratische Affekte schürten, die rational nicht aufgelöst werden konnten und sich in ihrer politischen Tendenz gegen den Geist von Weimar stellten. Der deutsche Konstitutionalismus, der die emanzipatorischen demokratischen Kräfte politisch gezügelt hatte, war bis 1918 die Antwort auf die europäische Revolutionsgeschichte gewesen; aber seit dem November 1918 war dieser antirevolutionäre Damm gebrochen.

Der nationale Volksmythos und die Abwehrhaltung gegen den politischen Materialismus verboten eine Aussöhnung oder gar innere Bejahung der Weimarer Demokratie. Der politische Materialismus, der aus katholischer Sicht zuerst von der politischen Linken, dann auch von der politischen Rechten getragen wurde, mußte nach dem Glauben des Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg nicht nur politisch, sondern auch durch eine sittlich-religiöse Erneuerungsbewegung bekämpft werden:

---

[955] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 280f. Im einzelnen führt der Autor dazu aus: "In dem Maße, wie durch Inflation und Arbeitslosigkeit das soziale und ökonomische System Deutschlands von Zusammenbruch bedroht war und weder von der Homogenität des Volkes noch von der Kraft irgendeiner Religion etwas zu spüren war, versuchte die Konservative Revolution, ein ganzheitliches Gefüge der politisch-religiösen Wirklichkeit wiederzugewinnen. Hier wird das Dilemma des Konservatismus unübersehbar. In dem Augenblick, in dem die geschichtliche Lage prekär wird, appelliert man an den Mut zum Mythos als dem schlechthin Ungeschichtlichen. [...] Die Mythosbesessenheit der Konservativen Revolution trägt alle Zeichen einer Religion des Als-ob. Hielt der Konservatismus im 19. Jahrhundert die Notwendigkeit des Glaubens für wichtiger als Inhalte, die man glauben solle, so will auch der konservative Revolutionär den Nihilismus durch Glaubensneuschöpfungen überwinden."

[956] OBERNDÖRFER, Wahn, S. 42.

> "Da dürfen wir nicht allein vom politischen Kampfe das Heil erwarten; die Bekämpfung des Sozialismus bringt den Materialismus nicht zu Fall. Durch die Mittel des parteipolitischen Kampfes kann man vor allem nicht denen beikommen, die aus Mangel an Kenntnis und Vorbildung der Sozialdemokratie nachlaufen. Wir müssen also zunächst die Volksseele in ihren Tiefen mit unseren Ideen erfassen und umbilden."[957]

Der politische Konservatismus existierte in Südoldenburg innerhalb der Parteien, d. h. überwiegend in den Reihen des Zentrums, und jenseits der Parteien in zahlreichen Vereinen und Verbänden. Gut ein halbes Jahr vor der Machtübernahme Hitlers, im Juni 1932, ergriff der örtliche Vikar Johannes Hillen in Emstek auf dem Sängerfest des Sängerbundes "Heimattreu" anläßlich der obligatorischen Gefallenenehrung das Wort zu einer Rede, die als exemplarisch für die emphatische Verdrängung der bitteren Kriegsniederlage und der unpolitischen Bewältigung der jüngsten Zeitgeschichte gesehen werden kann. Der heroische Blick zurück in die deutsche Vergangenheit wurde verbunden mit einem bitteren Vorwurf gegen die bedrückende politische Gegenwart und dem Bekenntnis zur nationalen Verantwortung, das die Gefallenen von den Überlebenden als Erfüllung ihres Schicksals einforderten:

> "Es sei nicht mehr als recht und billig, an dem heutigen Jubeltage der im Weltkrieg Gefallenen zu gedenken. In dieser Stunde stehen sie mitten unter uns und sie rufen uns zu: Vergeßt uns nicht. Das deutsche Volk darf seine Toten nicht vergessen. Ein Volk, das dieselben vergißt, ist nicht wert, daß es existiert. Viel haben sie gelitten. Sie sind hinausgezogen auf ein Wiedersehen in der Heimat. Dieses Glück ist ihnen versagt. Sie fanden den Tod für die Heimat, für unser Volk, für unsere deutsche Jugend. Die Soldaten sahen das Grausen des Krieges und doch gaben sie ihr Leben. Sie haben gekämpft wie die Löwen und gelitten wie die Märtyrer. Mit ihrem Leben haben sie den Feind von der Heimat ferngehalten. Und wie dankt das deutsche Volk? Das Vaterland, für das sie gestritten, wird verhöhnt und verspottet. Wenn es nichts gäbe, was uns das Vaterland lieb und wert machen könnte, dann doch der Gedanke, daß es das Land ist, für das unsere Brüder und Väter starben. Vergessen darf das deutsche Volk nicht, was jene Helden litten. Sie erwarten kein Mitleid. Ihnen geht es besser, aber eine Bitte haben sie, die Bitte um ein Gedenken. Sie haben gekämpft, damit wir glücklich werden. Ihnen ist die Schmach und Niederlage des Vaterlandes erspart geblieben."[958]

Der Mythos des Volkes gehörte zu den metaphysischen Grundkategorien des antidemokratischen Denkens und erlebte in der Weimarer Republik eine so große Resonanz, "weil die Zerrissenheit des Volkes in Parteien und Klassen in ihr bedrückender erschien als je zuvor".[959] In positiver Abgrenzung gegen

---

[957] OTTENJANN, Festbuch, S. 135.
[958] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT.
[959] SONTHEIMER, Denken, S. 245.

die politischen Teilkulturen der Weimarer Republik erwuchs im Volksmythos eine romantisch-illusionäre Kreation, die organisch-familial die Totalität des Lebens und den in ihr anwesenden "Volksgeist" umfaßte. Gegen die religiöse Transzendierung von Volk, Staat und Nation in der historischen deutschen Mission verblaßte in enttäuschender Weise die demokratische Realität der sich im Kampf der Ideen und Interessen zerreibenden Weimarer Republik, deren politische und gesellschaftliche Strukturen als artifiziell empfunden wurden und in ihrem rational-analytischen Charakter wenig dazu angetan waren, den Bürger politisch zu beheimaten und national zu beseelen. Am Ende flüchtete er sich in die Vergangenheit der christlichen Reichsidee und tröstete sich in der nationalen Emblematik deutscher Geschichtsgröße über die als ungenügend wahrgenomme politische Gegenwart hinweg. Der Ruf an den Ehrenmalen der Gefallenen war eine politische Fiktion zur Hervorbringung einer kollektiven Erinnerung, die beim Anbruch des "Dritten Reichs" unmittelbare politische Wirkung zeitigte. Dabei wurden Geschichtsklitterungen, -verzerrungen und -mythen zum "Gemeingut der staatsbürgerlichen Bildung" und entfachten in der Weimarer Republik seit Versailles einen ‘unseligen’ Streit über die deutsche (Allein)kriegsschuld.[960]

9.5.1. Versäumte Geschichtsstunden: "Für die Werte der demokratischen Selbstbestimmung und sozialen Verantwortlichkeit Verständnis erwecken"

Die Revolution von 1918/19 hatte in Oldenburg keine unmittelbaren Auswirkungen auf Inhalte und Methoden des Geschichtsunterrichts gehabt, der weniger an den Volksschulen als viel mehr an den höheren Schulen des Landes in den ersten Kriegsjahren "eine Politisierung im nationalistischen, teilweise chauvinistischen Sinne" erfahren hatte.[961] Dabei hatte Ministerpräsident Theodor Tantzen die Bedeutung der Schule im allgemeinen und des Geschichtsunterrichts im besonderen für die politische Sozialisation des modernen Staatsbürgers und für den Bestand der jungen parlamentarischen Demokratie durchaus erkannt. Mit inhaltlichen Anregungen zur "Staatsbürgerkunde" schaltete er sich persönlich in die Debatte ein und warnte nachdrücklich vor den politischen Folgen einer verfehlten Neuorientierung der Schule "für die Festigung der verfassungsmässigen Einrichtungen". Tantzen wußte um

[960] OBERNDÖRFER, Wahn, S. 39.
[961] GÜNTHER-ARNDT, Geschichtsunterricht, S. 129.

die Gefahr der politischen Reaktion in der Schule. Für die Zukunft sollte es nach seiner Meinung selbstverständlich sein, "dass die Verherrlichung der Monarchie und aller in der Vergangenheit mit ihr verbundenen Kräfte" aus den Lehrbüchern zu beseitigen und "dagegen Neues zu setzen" sei, "was Republik und Demokratie verständlich macht und das heranwachsende Geschlecht innerlich damit verbindet". Dabei komme es besonders auf neue historische Leitbilder und einen demokratischen Lehrertypus an:

> "Nicht nationale Hassgesänge, Kriegsherrlichkeit, organisierter Massenmord, sondern Menschheitsverständigung über die nationalen Grenzen hinaus ist deutsche Zukunftspolitik. Die Lehrer, als Menschen herausgewachsen aus den alten Verhältnissen, unvermittelt hineingestellt in die neuen, sind ebensowenig imstande wie manche andere Beamte, der Jugend an Stelle der alten neue Ideale einzupflanzen, ganz besonders solche Lehrer, welche in der vorrevolutionären Zeit sich alldeutsch-nationalistisch betätigten und nun vor dem Zusammenbruch aller ihrer Ideale und Hoffnungen stehen, und noch dazu die Ueberzeugung haben müssen, dass sie mit Gleichgesinnten anderer Kreise der Bevölkerung die wesentlichste Schuld an dem Zusammenbruch Deutschlands tragen."[962]

Der Ministerpräsident berichtete am 10. Dezember 1921 dem Reichsminister des Innern über den Stand der staatsbürgerlichen Bildung, die nach Art. 148, Abs. 1 und 3 der Weimarer Reichsverfassung zu erfolgen hatte.[963] Der Bericht Tantzens stellte eine Reaktion auf das Rundschreiben des Reichsministers vom 3. November 1921 dar, in dem dieser auf die Notwendigkeit einer demokratischen Volkserziehung zur Bestandssicherung der Republik hingewiesen hatte. Tantzen bedauerte die wenigen Fortschritte, die auf diesem Gebiet in Oldenburg zu verzeichnen seien, und setzte sich für eine Reform des Geschichtsunterrichts, seine wissenschaftliche Grundlegung und Befreiung vom bisherigen "Gedächtnisballast" ein. Das sollte geschehen, um den zukünftigen Staatsbürger in seiner politischen Willensbildungs- und Urteilskraft zu stärken und ihn aus dem Zirkel "nationaler Engherzigkeit" herauszuführen.[964] In dem Schreiben, das ein überzeugendes Bekenntnis Tantzens zur Notwendigkeit einer demokratischen Bildung in der Weimarer Republik darstellt, heißt es im einzelnen:

---

[962] StAO 270 - 27, Nr. 41, Bl. 15I. Schreiben Tantzens an das Ministerium der Kirchen und Schulen vom 8.9.1919.

[963] Die entsprechenden Artikel lauteten: "In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben. Staatsbürgerkunde und Arbeitsunterricht sind Lehrfächer der Schulen. Jeder Schüler erhält bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung." (Verfassungen, S. 102)

[964] GÜNTHER-ARNDT, Geschichtsunterricht, S. 136f.

> "Um die Schüler aller Volks- und höheren Schulen in Oldenburg mit den Grundlagen der deutschen Republik vertraut zu machen und zum Verständnis ihrer Grundgedanken zu erziehen, hat leider bisher sehr wenig geschehen können.
> [...] Die Geschichte muss viel mehr als bisher anhand der Kulturentwicklung gesehen werden und nicht an dem bisher allein als wichtig erachteten roten Faden der kriegerischen Ereignisse. Die wirtschaftlichen Bedingungen ganzer Zeitalter werden mit wenigen Worten abgetan und die kulturgeschichtlichen Zusammenhänge in kurze abstrakt gefaßte Zwischenparagraphen zusammengedrängt, während man die Kriegsgeschichte mit allen im Ergebnis doch genügend zur Geltung kommenden Einzelereignissen ausführlich schildert. Im Grund sind die Kriege doch nur die leider allzuhäufigen Unterbrechungen der Kulturentwicklung der Menschheit. Ohne eine breitere, zugleich verständnisvolle, wie kritische Schilderung der wirtschaftlichen und sozialgeschichtlichen Entwicklung und zugleich verständnisvolle wie kritische Schilderung der sozialen Idee ist die neue Wendung unserer Geschichte nicht zu begreifen. [...]
> Das Ministerium stimmt der Auffassung des Reichsministeriums vollkommen bei, daß wissenschaftliche Grundlagen und geschichtliche Objektivität bei der Erteilung des staatsbürgerlichen- und des Geschichtsunterrichts nicht verlassen werden dürfen, daß aber die Republik nicht darauf verzichten kann, duch die Volkserziehung die inneren Voraussetzungen ihres Bestandes zu sichern. Sie muß für die Werte der demokratischen Selbstbestimmung und sozialen Verantwortlichkeit Verständnis erwecken und daher eine völlige Umgestaltung ihrer geschichtlichen Lehr- und deutschen Lesebücher verlangen."[965]

Es bestand an vielen Stellen in Oldenburg Einsicht in die Notwendigkeit von Reformen, sie wurden aber nur zögernd in Angriff genommen, weil man auf reichseinheitliche oder wenigstens preußische Vorgaben wartete und Alleingänge scheute. Auch katholische Lehrerkreise erkannten die Dringlichkeit, sich nach den politischen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg mit neuen Methoden und Inhalten des Geschichtsunterrichts auseinanderzusetzen, scheuten aus nationalen Motiven aber vor grundlegenden Reformen zurück. Natürlich sei "die Pflege der Geschichte, Lokalgeschichte, Landesgeschichte, deutschen Geschichte, Weltgeschichte besonders zu berücksichtigen", aber neben den allgemeinen Aufgaben des Geschichtsunterrichts sei "besonders Gewicht zu legen auf die Bedeutung des Wertes einer historisch begründeten Eigenart deutschen Wesens und echter Manneseigenart", betonte die Katholische Schulzeitung im Jahre 1919.[966] Neben dem Religionsunterricht sei kein anderes Fach mehr "in den Streit der Parteien gezogen worden" als der Geschichtsunterricht:

---

[965] Zit. b. GÜNTHER-ARNDT, Geschichtsunterricht, S. 247f.: Dokument Nr. 11.
[966] Katholische Schulzeitung Jg. 11, Nr. 8, 1.8.1919, S. 46.

> "Dieser Unterricht soll umkehren, heißt es; er soll das dynastische Element ganz ausscheiden, er soll von der **Kriegsverherrlichung** lassen, er soll in der **Kulturgeschichte** und **Staatsbürgerkunde** sein wichtigstes Arbeitsgebiet suchen, er soll die 'Übersteigerung des nationalen Gedankens' aufgeben und zur Gesinnung des **Weltbürgers** erziehen."

Durch die Realisierung dieser Bestrebungen würde in den Schulen "eine bedauerliche Geschichtslosigkeit Allgemeingut werden", denn "wenn wir aufhören wollten, die Taten derer zu schildern und zu preisen, die bei Leipzig und St. Privat, bei Langemarck und in Masuren sich für die Idee unseres Volkstums geopfert haben, so wären wir nicht nur undankbar, sondern auch töricht, auf einen so starkströmenden Quell sittlicher Hebung zu verzichten". Von einer Personalisierung im Geschichtsunterricht wollte der Katholische Lehrerverein nicht Abstand nehmen. Denn am stärksten könne die Geschichte auf die Jugend einwirken, wenn sie ihr "große Persönlichkeiten - Friedrich d. Gr., Görres, Blücher, Bismarck, Bischof v. Ketteler - als Beispiele und Vorbilder so eindrucksvoll wie möglich vor die Seele" stelle.[967] Wie der Weltkrieg gezeigt habe, sei "die äußere Politik und die Diplomatie nicht zu unterschätzen", aber sein Ausgang habe wieder bewußt gemacht, "daß die Macht des Staates nicht nur in seinem Heer und seiner Flotte bestehe, daß die vielgenannte 'innere Front' ebenso wichtig ist wie die äußere". Deshalb sei auch an den zukünftigen Geschichtsunterricht die "Kardinalforderung" zu stellen, daß alles "vom vaterländischen und natürlich vom christlichen Standpunkte aus gewürdigt werden" müsse. Nur so könne der Geschichtsunterricht auch in Zukunft seine Hauptaufgabe erfüllen: "mitzuwirken am Wiederaufbau unseres armen Vaterlandes und an der Stärkung seines gesunden Volks= und Nationalbewußtseins".[968] So fielen die Versuche des Katholischen Lehrervereins, sich zeitgeschichtlichen Fragen zu öffnen, halbherzig aus und waren deshalb fruchtlos. Sie blieben dem national-konservativen Geschichtsverständnis der Vorkriegszeit verhaftet, als die Schule sich besonders in den sog. "Gesinnungsfächern" in "das Wesen des deutschen Menschen" vertiefen sollte. Dazu stellte die Schulzeitung fest:

---

[967] Katholische Schulzeitung Jg. 13, Nr. 6, 1.6.1921, S. 45f. In einer anderen Ausgabe der Katholischen Schulzeitung hieß es zu diesem Thema: "Wir werden also Geschichtliches in Persönliches auflösen. Dann erst haben wir den Boden für das Verständnis geschichtlichen Geschehens überhaupt vorbereitet. Die paar Angaben des Geschichtsbuches reichen da wohl nie aus. 'Der Lehrer muß Dichter sein und reiche Phantasie besitzen.'" (Katholische Schulzeitung Jg. 15. Nr. 1, 1.1.1923, S. 3: Gedanken über den Geschichtsunterricht)

[968] Katholische Schulzeitung Jg. 14, Nr. 1, 1.1.1922, S. 1f.

> "Auf unsere Schulerziehung angewandt heißt das: im Mittelpunkt der kommenden deutschen Schule muß die Beschäftigung mit deutschem Sein und Werden stehen."[969]

Die Auseinandersetzung mit den neuen politischen Anforderungen an den Geschichtsunterricht in der Weimarer Republik, wie sie in der Katholischen Schulzeitung exemplarisch geführt wurde, macht deutlich, daß die Reflexion von Inhalten und Methoden keine didaktische oder 'politische' Wende im Geschichtsunterricht einleitete und seine national-konservativen Deutungsmuster nicht revidiert wurden. Eine wirkliche Reform des Geschichtsunterrichts scheiterte an den politischen Prämissen, unter denen diese Reform in der Weimarer Republik diskutiert wurde. Der Geschichtsunterricht sollte - wie vor dem Weltkrieg - eine nationale Gegenkraft gegen die Moderne bilden, die für "die Seelenlosigkeit, die geistige und sittliche Verpöbelung, die über unser Volk gekommen ist", insgesamt verantwortlich gemacht wurde.[970] Von einer demokratischen Perspektive war der Geschichtsunterricht in der Weimarer Republik noch weit entfernt.

Die Reform des Geschichtsunterrichts selbst konnte in der Gründungsphase des Freistaates keine politische Priorität für sich beanspruchen, "teils, weil die politisch Verantwortlichen der Meinung waren, daß die Lehrer den politischen und gesellschaftlichen Wandel im Unterricht wohl angemessen berücksichtigen würden, teils, weil sie die politische Funktion des Geschichtsunterrichts gerade in der Umbruchsituation der ersten Nachkriegsjahre nicht wahrnahmen". So blieb es lange bei den eingeübten national-konservativen Curricula der Vorkriegszeit, für die entsprechende Lehrbücher und Stoffverteilungspläne bereits eingeführt waren, und "lag die Entscheidung über die Gestaltung des Geschichtsunterrichts im wesentlichen bei den Lehrern, die diesen Freiraum je nach ihrer politischen Orientierung unterschiedlich nutzten oder infolge eigener Unsicherheit und Unkenntnis ihren jahrelang, vielleicht jahrzehntelang eingespielten Geschichtsunterricht ohne wesentliche Änderungen fortsetzten".[971]

Im Freistaat bemühte sich Ministerpräsident Tantzen zwar, den demokratischen Erziehungsauftrag der Schule durchzusetzen, aber in der Praxis gelang es immer weniger, die in den ministeriellen Vorgaben enthaltenen didaktischen Intentionen zu realisieren. Obwohl die Zunahme sozial- und verfas

---

[969] Katholische Schulzeitung Jg. 15, Nr. 1, 1.1.1923, S. 2f.
[970] Katholische Schulzeitung Jg. 13, Nr. 6, 1.6.1921, S. 46.
[971] GÜNTHER-ARNDT, Geschichtsunterricht, S. 149f.

sungsgeschichtlicher Themen auf eine stärkere Berücksichtigung des demokratischen Lernziels schließen läßt, dominierten doch weiterhin nationalistische Aspekte, die Konzentration auf den Versailler Vertrag, die deutsche Kolonialfrage und die Kriegsschuldproblematik, national-konservative Leitfiguren in der preußischen Geschichte, denen ein wichtiger Vorbildcharakter für das politische Handeln in der Gegenwart zugesprochen wurde, sowie die Pflege des personalisierenden Geschichtsbildes, das vor allem in Bismarck eine Symbolfigur mit hohem Identifikationspotential erkannte.[972] Karl Sieverding stellt eine Auswahl von Klassenaufsatzthemen und Reifeprüfungsaufgaben im Fach Geschichte am Cloppenburger Realgymnasium vor, die einen affirmativen Schwerpunkt in der nationalistischen Argumentation ("Braucht Deutschland Kolonien?", "Der Kampf um den Rhein einst und jetzt"), im national-konservativen Standpunkt ("Durch welche Vorhaltungen suchten die Dichter der Befreiungskriege das deutsche Volk zum Kampfe aufzurufen?") und in der personalisierenden Geschichtsbetrachtung ("Welche Persönlichkeit der deutschen Geschichte hat auf mich den tiefsten Eindruck gemacht?") erkennen lassen. Die wenigen Aufsätze mit demokratisch ausgerichteten Themen konzentrierten sich auf die deutsche Verfassungsgeschichte ("Die Grundgedanken der Verfassung von 1871 und 1919").[973] Für den Geschichtsunterricht am katholisch ausgerichteten Cloppenburger Realgymnasium nach 1918 kommt Sieverding zu dem Ergebnis:

> "Die amtlichen Stellen waren zwar bestrebt, schulische Erziehung im Sinne der Verfassung zu organisieren, doch blieb die Unterrichtspraxis weitgehend hinter den staatlichen Erwartungen zurück; die Wirklichkeit vor Ort war weniger von demokratisch-republikanischen Bemühungen als von fortlebenden Zügen des kaiserzeitlichen Geschichtsbildes geprägt."[974]

Zum lebensprägenden Motiv der Generation, die in der wilhelminischen Welt der Vorkriegs- und Kriegszeit ihre Kindheit und Jugend erlebt hatte, wurde das Kriegserlebnis, das ihr Denken und Fühlen bestimmte und ihre demokratische Sozialisation in der Weimarer Repubik belastete. Großen Teilen dieser Generation gelang es nicht, das Kriegserlebnis zum Frieden hin aufzuarbeiten, sondern der Krieg wurde ihr zum männlichen Initiationsritus. Die Materialschlacht wurde zum "inneren Erlebnis" im Sinne Ernst Jüngers stilisiert, in dem der neue, von der modernen Zivilisation noch nicht angekränkelte Mensch seine Feuertaufe erhalten hatte. Aus der Heroisierung des Krieges

---

[972] SIEVERDING, Geschichte, S. 99-102.
[973] Ebd., S. 101f.
[974] Ebd., S. 102f.

entstanden, häufig im Gewande eines pseudowissenschaftlichen Sozialdarwinismus, zwei populäre Legenden: die romantische Vorstellung von der Volksgemeinschaft über den Parteien und Klassen, die aus der Kameradschaft der Schützengräben erwachsen war, und die Sehnsucht nach dem "Führer", der dieser Gemeinschaft Sinn und Ziel geben sollte. Auf dem realen Hintergrund der Weimarer Republik führten diese Haltungen zur inneren Abkehr vom demokratisch verfaßten Parteienstaat und zur Absage an die Demokratie, die in dem Ruf stand, aufgrund ihrer mechanischen Willensbildung nach dem Mehrheitsprinzip zur Gestaltung nationaler deutscher Politik nicht fähig zu sein. In der Ausweglosigkeit am Ende der Weimarer Republik führte die konservative Gegenrevolution in die offene Feindschaft gegenüber den gemäßigten demokratischen Parteien, denen der verschworene Bund der Kriegsteilnehmer gegenübergestellt wurde. Nach dem Kriege hatte dieser Bund seine Heimat in den zahlreichen vaterländischen Vereinen und nationalen Verbänden gefunden, in denen das Kriegserlebnis konserviert und kultiviert wurde. Ihre geistige Verwurzelung hatten die vaterländischen Vereine in einem pseudophilosophischen Irrationalismus und Antiintellektualismus, mit dem sie hilflos auf den politischen Rationalismus und liberalen Fortschrittsglauben der Moderne reagierten. In den Mythos der Volksgemeinschaft und des Deutschtums, das sich auf die Stimme des Blutes berief und die Volksgenossen untereinander verband, mischten sich auch antisemitische Töne, die im politischen Schlagabtausch untergingen.

"Als Geburtsstunde des neuen Nationalismus", so formuliert Kurt Sontheimer, "nimmt das Kriegserlebnis im antidemokratischen Denken der Weimarer Republik eine zentrale Stellung ein".[975] Damit gibt der Historiker das politische Motto vor, unter dem die nachfolgenden Quellen zum Weltkriegs- und Fronterlebnis zu lesen sind, die in ihrer erlebenden Vergegenwärtigung von Vergangenheit die Vision einer neuen Politik projizierten und sie in ihrer antidemokratischen Grundrichtung gegen die Republik führten. Das Kriegserlebnis ließ es weiten Teilen der nationalen Rechten unmöglich erscheinen, die Revolution und die aus ihr hervorgegangene Republik zu bejahen. Die Kameradschaft wurde als "eine Vorform der Volksgemeinschaft erlebt, die alle Klassenunterschiede aus sich heraus überwindet und in der allein die Leistung und Verläßlichkeit des Kameraden den Ausschlag gibt". Dieses Modell der "Volksgemeinschaft", das aus dem Fronterlebnis erwachsen war, schloß einen großen Teil der Kräfte im zukünftigen Volksstaat aus, "und

[975] SONTHEIMER, Denken, S. 93.

zwar jene ‘defätistischen’ Gruppen, die sich beim Zusammenbruch des Staates der Regierung bemächtigten".[976] Dadurch entstand ein tiefer Riß in der politischen Gesellschaft der Weimarer Republik zwischen der nationalen Opposition auf der Rechten und den staatstragenden demokratischen Kräften im demokratischen Liberalismus und in der Sozialdemokratie. Das Zentrum bezog politisch eine Position der Mitte zwischen den politischen Extremen, bewegte sich ideologisch aber auf großer Distanz zum Liberalismus und zur Sozialdemokratie. Der nationale Gedanke wie der Wehrgedanke, die politische Vorstellungswelt einer Befehlshierarchie und der Wille zum politischen Überleben um jeden Preis gingen aus dem Kriegserlebnis hervor und legitimierten einen aggressiven Nationalismus, der auch im Frieden "die Fortsetzung des Krieges als einen nationalen Auftrag" proklamierte.[977] Der nationalistische Aufstand, der "sich mitten im Frieden den Krieg zum Vater erkor",[978] richtete sich gegen einen Menschentyp, der auf den politischen Ausgleich bedacht war, und gegen ein System, das den inneren und äußeren Frieden zu seinen großen immanenten Anliegen zählte. Das Ressentiment auf der nationalen Rechten kam nicht eher zur Ruhe, als es sich befriedet sah und das Kameradschaftserlebnis in der "Volksgemeinschaft" zur neuen politischen Wirklichkeit in Deutschland geworden zu sein schien. So ist das Kriegserlebnis auf seinem seelischen Grund auch als politische Reaktion gegen den pazifistischen Geist der Weimarer Demokratie zu betrachten. Obwohl sich die nationalistischen Töne in der südoldenburgischen Region moderat gaben, waren die antidemokratischen Vorurteile in ihnen enthalten und wurden zum Bestandteil einer konservativen Gegenrevolution, die auf ein anderes politisches Modell als die parlamentarische Demokratie von Weimar wartete.

Die mythologisierende Verdrängung der Kriegsniederlage in der "Dolchstoßlegende" und die Identifikation mit dem moralischen Sieg der deutschen Schicksalsgemeinschaft verhinderte die Trauerarbeit, die zu einer politischen und sozialen Selbstvergewisserung und Neuorientierung nach 1918 hätte führen können. Die religiöse Apotheose der in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges erlebten Einheit von Staat, Volk und Nation stiftete historische Schlagzeilen und Mythen, die dem Sprachgebrauch des politischen Irrationalismus angehörten und einen Fluchtweg aus den moralischen Niede

[976] Ebd., S. 98f.
[977] Ebd., S. 105.
[978] Ebd., S. 102.

rungen der areligiösen politischen und sozialen Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft der Weimarer Republik wiesen. Im geflügelten Wort vom "Mammonismus" wurde über sie das vernichtende Urteil gesprochen. Die politische Gefahr dieses Denkens lag nicht so sehr in seiner unmittelbaren Wirkung, dazu waren diese Gruppen zu schwach, zerstritten und zu elitär, sondern in dem beständigen publizistischen Trommelfeuer gegen die Republik, ihre demokratischen Organe, Institutionen und Repräsentanten, das in der Krisenzeit zur vollen Wirkung kam. Kriegerfeste, vaterländische Abende und Volkstrauertage hatten einen festen Platz im Kalendarium der nationalen Ehrentage. Mit der Errichtung des Schlageterdenkmals auf dem Lohner Kreuzberg im Jahre 1924 wurde früh ein unübersehbares nationalistisches Zeichen gesetzt. Die konservative Gegenrevolution hatte Anhänger und Mitläufer bis weit in die politische Mitte des Zentrums hinein. Dazu stand die Tatsache nicht im Widerspruch, daß viele Anhänger nach 1933 desillusioniert wurden und den Nationalsozialismus ablehnten, andere sogar zum Widerspruch aus Glaubensgründen vorstießen. Diese scheinbaren Gegensätze in den einzelnen Biographien sind in der politischen Mischkultur Südoldenburgs, die sich nach 1933 zwischen Anpassung und Widerspruch bewegte, zu beobachten und stellen sich bei näherem Hinsehen als ein einheitliches politisches Verhalten heraus.

9.5.2. Der gerechte Krieg: "Zwar groß im Schmerz, aber noch größer in Ergebung und im Willen zur Opfertat"

Zum durchdringenden Schauer und zur seelischen Erschütterung, wie sie nur von unbegreiflichen Naturgewalten hervorgebracht werden können, wurde der Weltkrieg stilisiert bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Bösel, das aus einem zentnerschweren Findling aus der Eiszeit bestand und im März 1925 errichtet wurde. Verantwortlich für die Errichtung eines Kriegerdenkmals war der örtliche Kriegerverein. Aus der Feder des in Bösel unvergessenen Pfarrers Franz Sommer entstammt eine Widmung, die in die Urkundenrolle des ersten Denkmalgrundsteines eingefügt wurde. Vorsitzender des Kriegervereins war Heinrich Oltmann, Kassierer Hermann Gelhaus. Die Baukommission stand unter der Leitung des Postangestellten Josef Rolfs. Der Kriegerverein zählte rund 100 Mitglieder, die Gemeinde Bösel 1925 rund 1 500 Einwohner. Sie unterhielt nach dem Bericht Sommers, der heute ein wichtiges Zeitzeugnis darstellt, fünf Volksschulklassen, vier am Orte und eine in Petersdorf. Von vier Lehrern und einer Lehrerin wurden rund 300

Kinder unterrichtet. Gemeindevorsteher war der Bauer Heinrich Lübben aus der Bauerschaft Osterloh. Ausführlich schildert Sommer die Anlage der Kolonie Glaßdorf, die Kultivierung des sog. "Schwarzen Moores", und die Not der Bevölkerung als Folge der Inflation, da sich die Landwirtschaft, der Haupterwerbszweig, wegen der schlechten Preisentwicklung nicht mehr rentierte. Die Kosten für das Kriegerdenkmal in einer Höhe von 3 000 Goldmark übernahm die "Bevölkerung der ganzen Gemeinde durch Zeichnung freiwilliger Beträge als Zeichen ihrer Dankesschuld".[979] Sommer schildert ausführlich den Transport und die Errichtung des Findlings auf einem Grundstück in der Dorfmitte, das von der Kirchengemeinde zur Verfügung gestellt wurde. Künstlerisch gestaltet wurde das Denkmal von Bildhauer Fritz Ewertz aus Münster. Unter der politischen Parole "Es lebe Deutschland!" schließt Sommer seine Widmung mit dem dringenden Wunsch:

> "Möge Gott das geknechtete und verarmte Deutschland in einem langen Frieden bald zu Freiheit und neuer Blüte führen. Nochmals: Es lebe Deutschland!"

Die Vechtaer OV berichtete ausführlich über die Errichtung des Kriegerdenkmals in Bösel, das offensichtlich großes Aufsehen erregte.[980] Die Deutung des Böseler Denkmals durch die Vechtaer OV zeigt die Grundstrukturen in der Ästhetisierung des Weltkrieges, wie sie in der national-konservativen Alltagskultur der Weimarer Republik gepflegt wurde, um den Krieg als politisches Ereignis zu neutralisieren. Der Krieg wurde in der Gestaltung des Böseler Kriegerdenkmals als Urerlebnis interpretiert, wie es nur das allmächtige göttliche Walten in der Natur hervorbringt. Der Bericht vergleicht die Schöpfungserfahrung des Künstlers mit dem biblischen Schöpfungsmythos, der zum Ausdruck brachte, was der Mensch innerlich erschaute und was ihn erschütterte:

> "Er schaut vielleicht sogar wie in einer Vision die urgewaltigen Auswirkungen des großen Schöpferwillens an den ersten Werktagen des Vaters aller Dinge und er schaut auch den von der Wissenschaft noch so umstrittenen grandiosen ersten Werdeprozeß unseres Riesensteines und seine Geschichte im Laufe der Jahrtausende und Jahrmillio

---

[979] Bösel, Gemeinde, S. 456-460: Faksimile der Urkunde vom 25. März 1925, auch zum folg. Die Urkunde trägt 16 Unterschriften, ist beglaubigt von Franz Küther und gezeichnet von Pfarrer Sommer.

[980] OV vom 30.4.1925, auch zum folg. Das Gewicht des Findlings wurde mit 400 Zentner angegeben. 30 Mann vom örtlichen Kriegerverein und der Gemeinde Bösel unter der Leitung von Schachtmeister Walter von der Thülsfelder Talsperre besorgten den Transport und die Aufstellung des Findlings auf dem Denkmalsplatz. Hier dient er als Kriegerdenkmal noch heute dem Gedenken an die Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges.

nen in all dem großen Geschehen in und auf der Urerde, und sieht daraus ganz klar sich ablösen das vor ihm ragende Gebilde in seinen herrlichen Gliedmaßen als genau auf den Weltkrieg hin fixierte Zwecksetzung des ewigen Weltenschöpfers. So hat der Künstler sein volles Erlebnis, seine feierliche Weihestunde. Das Volk ist nüchterner, viel nüchterner eingestellt. Gewiß bevorzugt auch das Volk ein Findlingsdenkmal vor manchem modernen, zusammengeflickten, spießigen Gebilde. Der kompakte, massive Findling kündet auch ihm viel eindringlicher, wuchtiger und ungezwungener die Urgewalt des Kriegsgeschehens und das Heroische der Kriegsopfer; wenigstens hier in der Gemeinde hat das Volk keinen Sinn für das Zwergenhafte in Material und Arbeit bei so manchen neuzeitlichen Kriegerdenkmälern, und es hat darum einmütig und mit geradezu elementarer Begeisterung diesen Riesenfindling gewählt, geholt und aufgestellt; in der Tat ein Denkmal, würdig der Idee für alle Zeiten."

Die mythologische Betrachtung über das Böseler Kriegerdenkmal wurde zum Anlaß genommen, einen suggestiven volkstümlich-nationalen Kunstbegriff zu popularisieren und ihn gegen die kulturelle Avantgarde in der Moderne abzugrenzen, wie sie in Deutschland beispielsweise von Ernst Barlach vertreten wurde. Dieser banale volkshaft-germanische Kunstbegriff war in besonderer Weise geeignet, von der politisierenden NS-Ästhetik überformt zu werden. Die elementare Wucht in der blutigen Urgewalt des Krieges und die Erfahrung des Absoluten im Kriegstod standen gegen die moderne westeuropäische Zivilisation, die zwischen 1914 und 1918 nicht niedergerungen werden konnte und die nun sogar den politischen Standard der Weimarer Republik ausmachte. Wirkliche, elementare Kunst konnte aber nur aus dem Volk kommen und zu dem Volk sprechen und war so auch immer natürlicher Ausdruck des "gesunden Volksempfindens", wie es auf dem Lande im Gegensatz zur Stadt noch anzutreffen war:

"So denkt auch das gesunde, noch nicht degenerierte Landvolk; und noch ist es immer wahr gewesen, daß echte, ganze Kunst aus dem Volke, dem naiv denkenden und fühlenden Volke wie von selbst herauswächst. Leider sind manche Städte und sogar Städtchen in diesem Punkte anders geführt und eingestellt. [...] So will das Volk wohl Reflexion und Innenschau, aber es will mehr Sinnenschau, mehr Bildhaftigkeit, mehr Anregung zum Denken und Grübeln, mehr Klarheit und Bestimmtheit in der Symbolik, mehr Unmittelbarkeit im Reiche der Empfindungswelt und der Ergriffenheit, also bei einem Kriegerdenkmal mehr Tragik und Pathos."

Der Heroisierung des Krieges diente vor allem die Gestalt des gemeißelten Kriegers, der als Relief auf dem riesigen Findling aus grauer Vorzeit in Bösel zu erkennen ist. Die in Stein geschlagene Gestalt des einfachen Feldsoldaten trägt keine Heldenpose und vermittelt kein dramatisches Kriegspathos, sondern läßt den Krieg als Fügung göttlicher Vorsehung erscheinen, die es anzunehmen gilt. Im Relief ist ein verwundeter Krieger zu erkennen, "vor dem

Altare stehend, im Hintergrunde ein Kriegergrab, auf dem Altartisch hinten ein Kreuz, in der Mitte ein Helm und an der Front das Monogramm von Christus, die griechischen Buchstaben Ch und R, die aussehen wie ein großes lateinisches X, mit verschlungenem lateinischen P, soll heißen: mit Christus in Kampf und Tod für die Lieben daheim, fürs ganze Volk, mit Christus auf dem Opferaltar für alle, mit Christus zur Auferstehung von den Toten glorreich am Ende der Tage. Und wer die Buchstaben lateinisch nehmen will, liest Pax heraus: Friede, d. h. aus grausem Kriegertod werde beglückender voller Friede! Friede in der Heimat dient dem Volke und dem toten Krieger in der ewigen Heimat." Der gemeißelte Krieger symbolisiert das Heldentum des einfachen Feldsoldaten, seine Bereitschaft zum Opfer, und wurde so zum Bild für die Ablehnung pazifistischer Kriegsbewältigung:

> "Der gemeißelte Krieger soll nicht eine weichliche weinerliche Figur in zerfließender Trauer, sondern eine Heldenerscheinung sein, zwar groß im Schmerz, aber noch größer in Ergebung und im Willen zur Opfertat in dem, was die unerbittliche Notwendigkeit fordert. Nicht Rührseligkeit, sondern verklärte Ergriffenheit, gleichsam Erhabenheit über den Schmerz um Gottes und der Liebe willen ist das hier berechtigte Pathos und wahrer und würdigster Ausdruck der tragischen Gesamtsituation."

Die großen Tugenden, die Krieger zu Helden machten, waren ihre Opferbereitschaft und ihr Gehorsam, "um Gottes und der Liebe willen" ihr Leben einzusetzen. Diese religiöse Legitimation des Krieges erhob den Weltkrieg als "bellum iustum" über jeden politischen Zweifel und gab sein Vermächtnis als moralische Verpflichtung über alle Parteien und politischen Systeme hinweg an die neue Nation weiter, die nicht aus Parlamenten und demokratischen Majoritäten erstehen konnte, sondern aus dem geschlossenen Wollen eines Volkes, das jetzt ohne die Führung eines monarchischen Souveräns unter erschwerten politischen Verhältnissen wieder Nation und Volksgemeinschaft werden mußte. Das Wachsen dieser Volksgemeinschaft, die sich im Krieg tapfer bewährt hatte, war politisch kaum in den demokratischen Organen und Institutionen der Republik zu denken, die doch immer nur Partei war, sondern eher gegen sie, in der irrationalen Beschwörung deutscher Vergangenheit. Im Krieg, in der großen deutschen Geschichte, konnte der Mensch noch die Stimme Gottes hören, wie sie sonst nur aus der Natur zu ihm sprach. In den kalten politischen Regularien des demokratisierten Staatsapparates war die Stimme Gottes zum Verstummen gebracht worden.

Das Böseler Denkmal war keine Ausnahme: In vielen Gemeinden wurde ein Findling aus der Eiszeit zum Mittelpunkt eines Kriegerdenkmals, das bekann

teste Beispiel befindet sich in der kleinen Bauerschaft Ambühren, in der Soesteniederung gelegen. Wie das Beispiel Vechta zeigt, fanden sich in den örtlichen Denkmalsausschüssen die politische Leitung der Kommune, die Lehrerschaft, die Pfarrgeistlichkeit und der Kriegerverein zu einer harmonischen Aktionseinheit zusammen. Dem Denkmalsausschuß in Vechta, der im Juni 1922 mit der Einweihung des Kriegerdenkmals seine Aufgabe erfüllt hatte, gehörten Bürgermeister Berding, Hauptlehrer Brand, Ratsherr Gerhardi, Oberlehrer Dr. Kohnen, Obersekretär Matlage, Kaplan Thole, der auch die Redaktion der OV leitete, und Professor Pagenstert an. Dr. Kohnen gehörte ein Jahr später zu den Exponenten in der Schlageter-Frage[981] und zu den Mitbegründern der Stahlhelmortsgruppe Vechta im Jahre 1921. Die Erinnerung an den Krieg war parteiübergreifend.

9.5.3. Politik der Stärke: "Die Jugend dürstet nach Idealen."

Die Hochschätzung des Krieges im deutschen Konservatismus war jedoch nicht nur "zeitbedingtes Ergebnis der besonderen Erfahrungen einer Kriegsgeneration, sondern beruht auf einer positiven Bewertung des Krieges", die den Krieg zum Urgesetz des Lebens erhob. Bei der Betrachtung des Böseler Ehrenmals wird deutlich, daß der Krieg "aus der Sphäre moralischer Entscheidung und Verantwortung" herausgenommen und "in die Nähe kosmischer Gesetze" gerückt wurde.[982] Das Glück des Friedens verwöhnte und verweichlichte den Menschen und machte ihn schließlich für den Krieg, der doch der Vater aller Dinge war, unbrauchbar. So hatte der deutsche Episkopat auch die Vorkriegszeit gedeutet. Deshalb wandte sich die konservative Theorie des Krieges energisch gegen den politischen Pazifismus und den ewigen Frieden, weil ihm dadurch der Krieg als "Jungbrunnen der Nation" verschlossen blieb:

> "Im Horizont der konservativen Organismustheorie erscheint der Krieg als Mittel, das Volk vor dem Verfaulen und Verwildern zu schützen. [...] Der Friede als die Zeit der Sicherheit und Ruhe lehrt die Menschen den Sinn für Besitz, Bequemlichkeit, Muße und fördert den Egoismus, die Antriebskraft des Handels."[983]

Gegen Pazifismus und Internationalismus, auch den europäischen Gedanken, sprach sich der Oldenburger Kriegerbund auf seinem 49. Bundeskriegerfest

---

[981] KUROPKA, Schlageter, S. 95f.
[982] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 258.
[983] Ebd., S. 261f.

im Juni 1928 in Cloppenburg aus und erkannte in diesen Phänomenen negative Folgen eines materialistischen Zeitalters. Der Frieden war nicht das Leitbild jener politischen Haltung. Die Jugend forderte er auf, sich auf neue Ideale zu besinnen, die im Grunde doch die alten waren, und aus der Vergangenheit neuen Mut zu schöpfen:

> "Die ruhmreiche Vergangenheit ist der Boden, aus dem wir unsere Kräfte schöpfen, Opferwilligkeit, Pflichttreue und Vaterlandsliebe müssen wir die Jugend wieder lehren. Wir müssen das Erbübel, die Uneinigkeit, zu überwinden versuchen. Die Jugend muß stolz darauf sein, deutsch zu sein, sie muß Sinn für Heimat, Volk und Vaterland haben. Internationalismus und Pazifismus sind Busenfreunde des Materialismus. Die Jugend dürstet nach Idealen. Geben wir ihr, was sie braucht. Wir müssen sie wieder von der Gasse holen, und zurückführen zu deutschem Stolz und deutscher Würde. Der Kyffhäusergeist muß der Geist unserer Zukunft sein."

Auf demselben Fest unterstrich Studienrat Dr. Anton Kohnen, der zweite Vorsitzende des Oldenburger Kriegerbundes, die parteipolitische Neutralität der Kriegervereine und bekannte sich vor dem Hintergrund des nationalen Flaggenstreites zur Tradition der schwarz-weiß-roten Flagge des preußisch-deutschen Kaiserreiches. Kohnen würdigte mit Nachdruck die Bedeutung der Kriegervereine als politische Truppen der "vaterländischen Bewegung":

> "Die Kriegervereine gehören zur vaterländischen Bewegung, und sie bilden im öffentlichen Leben Deutschlands eine Macht. Wer innerlich meint, er gehört nicht zu uns, der soll die Konsequenzen ziehen. [...] Eine Flaggenfrage gibt es für die Kriegervereine nicht. Unsere Vereinsfahne ist stets schwarz=weiß=rot gewesen, und soll es auch bleiben. In wirtschaftlicher, politischer und konfessioneller Hinsicht sind wir völlig neutral."[984]

Auf dem Kriegerfest des Amtsverbandes Vechta in Dinklage im Juni 1929 zeigte sich Dr. Kohnen angesichts der Überalterung der Vereine erfreut darüber, "daß die übrigen Jugendvereinigungen, Turnvereine etc. der Kyffhäuserjugend einen Teil ihrer Mitglieder überwiesen haben", und betonte die ausgleichende Rolle der Kriegervereine im Staat. Die Kriegervereine bildeten den eigentlichen Staat, weil sie keinen parteipolitischen Extremen nachhingen:

> "Die Kriegervereine wollen das ausgleichende Element im Staate bilden. Sie jagen keinen Extremen nach, sondern haben sich erreichbare Ziele gesetzt."[985]

---

[984] OV vom 12.6.1928.
[985] OV vom 2.7.1929, auch zum folg.

Kaplan Hermes charakterisierte in seiner Dinklager Festrede die Schicksalsgemeinschaft als das zentrale Fronterlebnis und schilderte es in exemplarischer Weise. Obwohl die Erinnerungen durch "bittere Erfahrungen, durch Dinge, die nicht dahingehörten", getrübt waren, kam Hermes aus menschlicher Sicht zu einer positiven Bilanz des Krieges. Die nationale Idealisierung des Krieges sprach aus den Worten:

> "Aber im allgemeinen, Kameraden, können wir uns mit Stolz und mit Freuden dieser Zeiten erinnern. Denn sie dienten einer großen Idee, einem Ideal: dem Vaterlande. Wir brachten Opfer für das Vaterland, leisteten etwas für das Vaterland und erzielten Erfolge beispiellos, wie sie noch nach Jahrhunderten in der Geschichte der Völker leben werden."

Die Heroisierung des Krieges, wie sie Kaplan Hermes vornahm, erinnert an die suggestiven Heldenepen seiner Zeit, die in der deutschen Diktatur seit 1933 politisch instrumentalisiert wurden:

> "In den roten Quellen von Blut, die aus Menschenherzen und den Todeswunden rieselten, und zusammenströmten zu einem Meer, in das die edelsten Herzblutströme aller deutschen Stämme einmündeten, in ihnen rauscht es wie von Heldenliedern von der Tapferkeit der Männer, der Jünglinge, der halben Knaben, die mit zerschmetterten Gliedern noch die Waffe umspannten, die mit zerschossenem Munde noch einander zum Vorwärtsstürmen anfeuerten; da klingt ein Lied von der Seelengröße, mit der dem Tod entgegen gesehen und der Tod erlitten wurde für Weib und Kind, die Heimat, die Ehre des Vaterlandes - der einsame Tod des hoffungslosen Sichverblutens und der Menschenreihen mähende Massentod, der Tod auf der Erde und unter der Erde, in den Lüften und auf dem Meeresgrunde, der eiserne Tod, der Flammentod und der Gastod ... ach, wer wollte sich vermessen, diesem Heldentum ein würdiges Lob zu sagen."

Dem Opfer an sich wurde im heroisierten Kriegserlebnis ein hoher moralischer Wert zugesprochen, der von der Frage nach dem "Warum?" und "Wozu?" hermetisch abgetrennt wurde. "Aus der Heiligkeit des Opfers, nicht dessen, wofür man sich opfert", charakterisiert Greiffenhagen die Haltung des konservativen Revolutionärs dem Krieg gegenüber, "erwartet er die Geburt einer Wertwelt, der gegenüber er dann seine Funktion, zu bewahren, zu erhalten und zu schützen, wieder ausüben kann".[986] Der Krieg wurde damit selbst im Opfer des einzelnen wie des ganzen Volkes zum Schöpfer neuer Wertordnungen, die sinnstiftend aus dem Kampf hervorgingen und erst nach dem Kriege sichtbar werden konnten. Aus der Schicksalsgemeinschaft des Ersten Weltkrieges erwuchsen die Aufgaben für die vaterländischen Vereine, die die politische Gegenwart auf eine neue Zukunft hin transzendierten:

---

[986] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 266.

> "Wir nennen uns einen vaterländischen Verein und darum muß unser Fest [...] ein wirklich vaterländisches Fest werden, das uns nicht über die Gegenwart wegtäuscht, sondern uns daran erinnert, daß das ganze deutsche Volk eine Schicksalsgemeinschaft geworden ist, die auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden ist und nur dann wieder hochkommen kann, wenn sie zusammenhält. Und darum, Kameraden, erneuern wir am heutigen Tage unsern Treueschwur, den wir einstmals leisteten, bekennen uns laut zur deutschen Einigkeit, und geloben dem deutschen Volke, der deutschen Heimat unsere Treue."[987]

Im Kriege und nicht im politischen Frieden zeigte sich das Volk als handelndes Subjekt, als Subjekt der Tat, und als Einheit, zu deren Integration es nur durch die Freund-Feind-Konfrontation im militärischen Ringen, im Soldatentum, geführt werden konnte. Am Ende der vom politischen Konservatismus ersehnten "Kombination von Integration und Dynamik" stand der totale Staat, der eines "totalen Feindes" bedurfte, "wenn die totale Integration eines in politische Bewegung geratenen Volkes gelingen soll".[988]

Das Wort von der deutschen Schicksalsgemeinschaft war geeignet, die politischen Gegensätze und gesellschaftlichen Widersprüche zu überwinden und der Volksgemeinsachaft unterzuordnen, die - und das zeigt sich hier ganz deutlich - keine politische Kategorie war, sondern eine psychologische und moralische Größe, die aus dem persönlichen Opfer hervorging und unabhängig von Parteien und Staatsform seit altersher im Volke existent war. Sie konnte ihre Mission politisch erfüllen oder verfehlen, aber als nationale Essenz konnte sie in der deutschen Geschichte niemals untergehen. Dieser Begriff der Volksgemeinschaft als einer zeitlosen historischen Größe kam besonders in der Entschließung des Amtsverbandskriegerfestes gegen die "Kriegsschuldlüge" zum Ausdruck, die bezeichnenderweise an Reichspräsident Hindenburg, die politische Symbolfigur der vaterländischen Bewegung, gerichtet war:

> "Die Behauptung von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges ist eine Lüge, von den Feinden dazu erdacht, um die furchtbaren Friedensbedingungen zu begründen. Nicht eher wird das deutsche Volk zur Ruhe kommen, bis dieser unsinnige Vorwurf von uns genommen und unsere Ehre wieder hergestellt ist."

Emotionalisierte nationale Komplexe wie Schicksals- und Volksgemeinschaft erfüllten eine ideologische Brückenfunktion und ebneten 1933 katholischen

---

[987] OV vom 2.7.1929.
[988] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 263f.

Bevölkerungsschichten, die bisher aufgrund der moralisch-religiösen Vorbehalte ihrer Kirche abseits gestanden hatten, den Weg in die sich formierende NS-Gesellschaft des "Dritten Reiches". Südoldenburg ist dafür ein überzeugendes Beispiel. Es war der politische Konservatismus, der das katholische Milieu Südoldenburgs in das "Dritte Reich" drängte. Nach der Festrede wies Dr. Kohnen in Dinklage den politischen Weg, den die unpolitischen Kriegervereine in eine neue Zukunft gehen wollten und 1933 auch zu großen Teilen gingen - in den autoritären NS-Staat hinein:

> "Die Mitglieder der Kriegervereine wollen im Staate und für den Staat arbeiten, sie wollen hinein in den Staat und nicht abseits stehen, sie wollen das Vaterland wieder aufbauen, dazu bedürfen die Kriegervereine auch der Jugend."[989]

Volkstum und Vaterland, Schicksals- und Volksgemeinschaft waren mehr als ideologische Vehikel, sie waren politische Chiffren für antidemokratische Mentalitäten, die sich innerlich mit der liberalen Verfassung der Weimarer Republik nicht aussöhnen konnten und den ‘Parteienstaat’ wie die sozialen Klassengegensätze in einer dritten unpolitischen Größe, der Volksgemeinschaft, überwinden wollten. Als lebendiger erinnerter Erfahrungshorizont diente das Kriegserlebnis, das zugleich Quelle und Ziel dieses nationalen Wollens war und zeigte, daß die Idee der Gemeinschaft, wie sie einst im militärischen Kampf erstrahlt war, im politischen Kampf wieder Wirklichkeit werden konnte. Erforderlich war zu diesem Zweck ein geschlossener Wille, den der Konservatismus in der politischen Zerrissenheit der Weimarer Republik nicht lokalisieren konnte, und eine Kultur des Willens, die nur von autoritären politischen Systemen gestiftet werden konnte. Wie die Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft so war auch das Verlangen nach einer Willenskultur existent und wartete auf seine Erlösung aus 'unnatürlichen' politischen Verhältnissen, die den Willen zur Tat in der Weimarer Republik hatten degenerieren lassen. Die Phase des Niedergangs nationaler Tugenden und Ideale würde eines Tages zu Ende gehen, darin waren sich die vaterländischen Vereine einig. Im Tode des einzelnen triumphierten die deutsche Art, das deutsche Volk und die deutsche Volksgemeinschaft, so hatte es der Krieg gelehrt. In diesem Glauben - nicht in einem rationalen politischen Gedanken - erkannte der politische Konservatismus in der Weimarer Republik ein ungeschriebenes Gesetz, das die Republik nicht außer Kraft setzen konnte.

---

[989] OV vom 2.7.1929.

9.5.4. Politischer Irrationalismus: "Deutschland ist krank, sterbenskrank."

Tief auf dem Boden der deutschen Geschichte ruhte nach konservativem Weltbild ein unbesiegbarer Glauben an das deutsche Volk und das Vaterland, der durch die nationalen Demütigungen und politischen Niederungen der Weimarer Republik zwar verdrängt, aber niemals überwunden werden konnte. Auf dem Kriegerbundesfest im Juni 1923 in Hemmelte, das ganz im Zeichen des Krisenjahres stand, wurde dieser Glaube als moralische Gegenmacht gegen das politische Weimar kultiviert. In seiner Festrede charakterisierte Kaplan August Heuer aus Hemmelte die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Jahres 1923 als einen kranken Organismus und richtete den Blick auf eine Zukunft, in der Deutschland zu neuer Größe wieder auferstehen würde:

> "Deutschland ist krank, sterbenskrank, und es ist vorläufig noch gar nicht abzusehen, wann es besser wird. Aber Deutschland ist noch nicht tot, es lebt noch, in seinen Adern rollt noch lebensfähiges Blut, es ist nur erforderlich, daß es, um wieder gesund zu werden, die richtige Diät beobachtet, mit anderen Worten, daß es jene gesellschaftlichen Tugenden pflegt und übt, ohne welche kein Land und kein Volk glücklich werden kann. Das heißt nichts anderes, als daß es die sprichwörtliche deutsche Treue bewahre: 1. seinem Gotte, 2. seinem Vaterlande, 3. seinem Nebenmenschen."[990]

Sekundäre Tugendbegriffe wie Ehre, Pflicht, Treue und Gehorsam beschrieben das Paradigma der konservativen Moralphilosophie, die in der deutschen Geschichte eine ungebrochene Kontinuität kollektiver Lebensinhalte, Werte und Normen verbürgen sollte, die - weil auf das Ewige gerichtet - nicht anders als christlichen Ursprungs gedacht werden konnten.[991] Die Rede von Kaplan Heuer auf dem Kriegerbundesfest in Hemmelte 1923 gehört zu den wenigen öffentlichen Bekundungen in der Weimarer Republik, die konkret auf die aktuelle politische Entwicklung eingingen und konstruktive Anzeichen zur Bewältigung der großen Konflikte erkennen ließen. In diesem Sinne

---

[990] OV vom 14.6.1923.

[991] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 161. Der Autor notiert im einzelnen dazu: "Während sich die konservative Tugend des Dienstes nicht nur auf Personen, sondern fast mehr noch auf Institutionen bezieht, bewährt sich die Tugend der Treue nur als personale Beziehung. Die Treue hat eine ähnliche Struktur wie der Dienst. In ihr lege ich mich fest, unbeschadet wechselnder Umstände, die ich für die Zukunft gewärtigen muß. Treue ist ihrem Wesen nach ewige Treue. Unverbrüchliche Dauer ist es, die der Konservative durch die Tugenden der Ehre, des Dienstes und der Treue in ethischer Hinsicht verbürgen will. Voraussetzung ist die ewige Geltung eines traditionstiftenden Aktes oder Seins, eine Autorität, die Ewigkeit verbürgt."

würdigte Heuer die Verhandlungen in Genua, die zum Abschluß des deutsch-russischen Vertrages führten, als hoffnungsvolles Zeichen. Er warnte aber vor Streiks und dem Streit zwischen den Parteien und sah in der deutschen Einigkeit, wie sie 1914 "ein Schauspiel war für die ganze Welt und wo diese Einigkeit so Großes geleistet hat", den eigentlichen Schlüssel zum politischen Überleben Deutschlands:

> "Krank ist Deutschland, aber diese Krankheit ist nicht hoffnungslos."[992]

Die politische Analyse der Zeit verlor sich in der vaterländischen Bewegung ganz im moralisch-religiösen Komplex, der auf dem Bundeskriegerfest in Cloppenburg im Juni 1928 noch einmal deutlich zum Ausdruck gebracht wurde. Die Festpredigt von Dechant Hackmann gewinnt in diesem Sinne exemplarische Qualität, weil sie das religiöse Programm der Vergangenheitsbewältigung in den Worten konzentriert:

> "Unser Volk ist krank. Es gibt nur ein Heilmittel: Fürchtet Gott und haltet seine Gebote. Das ist Kern und Stern und Inhalt des ganzen Menschenlebens. Zurück zu Gottes Gebot, das muß unsere Losung sein. Groß ist die soziale und wirtschaftliche Not, groß ist aber auch die religiöse Not. In der Abkehr von Gott liegt die Grundursache aller Schäden unserer Zeit, in der Rückkehr zu Gottes Gebot allein Heil und Rettung."[993]

Der Konservatismus versuchte, eine unmittelbare Verbindung zwischen dem Verfall der Religion im säkularen Zeitalter und der revolutionären Veränderung des politischen Lebens herzustellen, und neigte deshalb dazu, "für die Ursache politischer Veränderungen nach religiösen Motivationen zu suchen". Der historische Umbruch von der Monarchie zur parlamentarischen Demokratie im November 1918 spielte dabei die zentrale Rolle:

> "So wird der 'Verfall' des politischen Lebens von der Monarchie zur Demokratie als ein im Grunde religiöser Verfall angesehen. Die verlorene religiöse Substanz muß man wiedergewinnen, will man zur politischen Form des Königtums, die den Konservativen vielfach als die ursprüngliche politische Herrschaftsform gilt, zurückkehren."[994]

Angesichts dieser Grundannahmen waren die modernen politischen Irrtümer ihrem Wesen nach durchweg religiös-sittlicher Natur und fanden zusammen

---

[992] OV vom 14.6.1923. Als Motto für das Kriegerbundesfest in Hemmelte hatte Kaplan Heuer die Losung ausgegeben: "Gläubig aufwärts sei darum unsere Parole, mutig vorwärts! unser Feldgeschrei."
[993] OV vom 12.6.1928.
[994] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 97.

in der willentlichen Negation der christlichen Schöpfungsordnung in Staat und Gesellschaft - in der Negation des christ-katholischen ORDO-Ideals. Im Zentrum des konservativen Interesses stand dabei der gesellschaftliche Integrationswert von Religion, den sie allerdings nur erfüllen konnte, wenn sie nicht auf Privatreligion beschränkt wurde, sondern sinnstiftend die öffentliche Ordnung einer Sozietät und vor allem ihre rechtliche Gestaltung durchdrang und der kollektiven Moral in der Autorität des christlichen Gottes eine transzendente Bezugsgröße gab. Im Umbruch vom konstitutionellen zum demokratischen Zeitalter in der deutschen Geschichte des Jahres 1918 kam der christlichen Religion der Väter "als Traditionsquelle und Vermittlerin geschichtlichen Herkunftsbewußtseins" eine historische Brückenfunktion zu:

> "Durch die Religion werden gesellschaftlich relevante Werte weitergereicht und in ihrer Dauer verbürgt. Diese erhaltende und tradierende Funktion der Religion ist dem Konservativen außerordentlich wichtig. Der christliche Glaube scheint solchermaßen das stärkste Bindeglied zu sein, das die Moderne mit früheren Zeiten verknüpft, in welchen das ‘alte Wahre' noch Gegenwart war."[995]

9.6. Die Krise der christlichen Staats- und Reichsidee

Die Ursache für den zunehmenden Verfall des modernen Staates und der modernen Gesellschaft bestand nach herrschender katholischer Auffassung in der schweren Krise der christlichen Staats- und Reichsidee, die auf die Säkularisierung der westeuropäischen Nationen im Zeitalter der Aufklärung und Revolutionen zurückzuführen war. Die Rettung Deutschlands war deshalb auch nur von einer Rückkehr zu Gott zu erwarten und von einer Renaissance der christlichen Volksreligionen und Volkskirchen. Eine ausschließlich politische oder soziale Erneuerung blieb oberflächlich und erfaßte nicht den historischen Organismus des deutschen Volkes. Die Rückkehr zu Gott bedeutete für den Cloppenburger Dechant Hackmann auf dem Kriegerfest 1928 die Rückkehr zu den alten Autoritäten in Familie, Kirche und im Staat. Die Anerkennung dieser Autoritäten leitete er aus dem Dekalog ab und gab ihnen somit eine metaphysische Legitimation:

> "Wo ist die elterliche Autorität? Kinder erheben heute drohend die Hand gegen die Eltern. O, ihr Jungmannen, Euch gilt meine Mahnung. Habt Achtung und folgt euren Eltern. Darauf ruht auch heute Gottes Segen. Achtet alle die Autorität in Familie, Kirche und Staat. Fort mit Haß, Neid und Zwietracht, wir sind ein Volk. [...] Wir wollen

[995] Ebd., S. 102.

> mit Gott und seinen Geboten den Kampf kämpfen für die Rettung unseres lieben deutschen Vaterlandes. Der Kampf ist hart, aber der Heldenmut der Kriegszeit muß uns beseelen."

Auf dem Festkommers des Kriegerfestes interpretierte Hackmann das Deutschlandlied in national-konservativer Lesart. Im Wort von der "deutschen Treue" faßte er sein religiös vorgebildetes Verständnis deutscher Sendung in der Weltgeschichte in einem ganz und gar unpolitischen Wesensbegriff zusammen:

> "Deutsche Treue! Treue, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit sind Vorzüge des deutschen Volkes. Treue gegen das Volk ist Treue gegen Gott. Religion darf uns nicht eine äußere Formel sein. Religion muß wieder werden ein Lebens= und Treueverhältnis zum Herrgott, den wir bei aller unserer Arbeit suchen, dessen Wille uns maßgebend sein muß im Beruf, in unseren Pflichten, in unserer ganzen Lebensauffassung."[996]

Aus dem Wortlaut dieser nationalen Reden, wie sie auf vielen Versammlungen gehalten und von der Presse in Vechta und Cloppenburg ausführlich, zum Teil sogar wortgetreu wiedergegeben wurden, wird deutlich, wie sich das katholische Milieu Südoldenburgs in dieser konservativen Rhetorik wiederfand und geborgen fühlte. In der politischen Wende des Jahres 1933 spielte der konservative Moralbegriff dem Nationalsozialismus und seinem menschenfeindlichen "Sittenkodex" zu und leistete durch seinen moralischen Rigorismus der Verschärfung der politischen Zeitkrise Vorschub.

Der moralische und der politische Radikalismus waren am Ende der Weimarer Republik nicht mehr zu trennen und beförderten sich wechselseitig. Auf milieuverhaftete konservative Mentalitäten und Traditionen, die im Jahr 1933 ihren revolutionären Umschwung und damit ihr politisches Ende erfuhren, ist es auch zurückzuführen, daß der Systemwandel im Übergang von der präsidialen Demokratie zur Diktatur in Südoldenburg nicht als historische Zäsur ersten Ranges - vergleichbar dem Umschwung von 1918/19 - wahrgenommen wurde und das katholische Milieu der NS-Diktatur politisch nur wenig entgegenzusetzen hatte. Es fehlte ihm der politische Wille und eine demokratische Willenskultur, aus der die Zeitgenossen hätten schöpfen können. An politischem Willen, am Willen zur Macht, war ihm der ideologische Feind in der NSDAP weit überlegen.

---

[996] OV vom 14.6.1928.

9.6.1. Politische Willenskultur: "Wir wollen Männer werden, deutsch und frei."

Besonders die Gemeinschaftsarbeit in den Jugendbünden der Weimarer Zeit war geprägt durch eine moralische Radikalität, die auf die politische Ebene übertragen und gegen den als dauernde Belastung empfundenen Parteien-Kompromiß des demokratischen Systems gekehrt wurde. Dem politischen Ausgleich des demokratischen Urteils stellte das antidemokratische Denken das Entweder-Oder gegenüber und gelangte damit zu metahistorischer Kraft "politischer Religionen, in denen die Entschiedenheit des religiösen Glaubens, zu der die säkularisierten Massen nicht mehr durchdringen konnten, auf die Ebene diesseitiger politischer Weltanschauungen mit eschatologischem Charakter verlagert wurde". Die dezisionistische Strömung stellte das Gegenteil von dem dar, was sie zu sein vorgab: Als Vorstufe zu der bedingungslosen Entscheidung für die Unterwerfung unter die Volks- oder Reichsideologie und einen autoritären Führer-Staat bedeutete sie eine Flucht vor der geistigen und politischen Entscheidungskultur in einen intoleranten moralischen Radikalismus. Darin bestand ihre Reaktion "auf den weltanschaulichen Relativismus, auf das Phänomen der Weltanschauungskonkurrenz", der sie sich im Grunde verweigerte.[997] Unreflektiert blieben die politischen Grenzen des moralischen Erneuerungswillens, der schließlich an sich selber brach.

Auf dem ersten Bezirkstreffen der Deutschen Jugendkraft im Bezirk Friesoythe war es wieder Kaplan Hermes aus Dinklage, der die positive Einstellung der katholischen Kirche zum Sport zum Ausdruck brachte und in ihm einen Beitrag zur Erneuerung Deutschlands erkennen konnte. Die pädagogische Leistung des Sports, die ihn auch national wertvoll mache, bestehe in seinem Beitrag zur moralischen Ausbildung einer politischen Willenskultur, die auf den "Wiederaufstieg und auf des deutschen Volkes Willen zum Leben" hin erziehe. "In rechten Leibesübungen, wie wir sie mit unserer Jugend pflegen", betonte Hermes, "liegt ein großer Wille, der, wenn er ausgewertet wird, starke sittliche Kräfte erzeugt", die in jeden einzelnen und durch ihn "hinein in unser Volk" gelegt werden. Die moralische Kraft, die aus der geistig-körperlichen Überwindung des menschlichen Ego in den Leibesübungen gewonnen werde, könne in eine politische Kraft, in einen politischen Willen, trans

[997] SONTHEIMER, Denken, S. 260.

formiert werden, der sich bewußt in den Dienst der Gemeinschaft des Volkes stelle.[998]

Für Kaplan Hermes umfaßte die moralische Willenskultur fünf Ebenen, den Willen zum Leben, zur Tat, zur Mannhaftigkeit, zur Zucht und vor allem zur Gemeinschaft. Der Wille "bleibt unrein", formulierte Hermes, "wenn er sich nur auf das eigene Ich bezieht; darum muß er hinauswachsen zum Gemeinschaftswillen". Die Bedeutung des Gemeinschaftswillens, wie er in den Turn- und Sportvereinen eingeübt werde, erwachse aus seinem Verhältnis zum Staat und trage zum Wiederaufbau Deutschlands bei. Hermes faßte den politischen Auftrag einer neuen moralischen Willenskultur in einem Bekenntnis zu "Heimat, Volk und Staat" zusammen:

> "Wenn dieser fünffache Wille in unserer Deutschen Jugendkraft sich betätigt, dann wird sie außerordentlich wertvolle Arbeit leisten für den Einzelnen und das Volk, so wie es im Bekenntnis der kathol. Jugend Deutschlands heißt: Wir wollen Männer werden, deutsch und frei, darum stehen wir opferbereit im Dienste von Heimat, Volk und Staat. So geben es auch die einzelnen Namen unseres Verbandes an: Deutsch sein, jugendfroh sein, kraftvoll sein."[999]

Geradezu sinnlich zu greifen ist in dieser Diktion ein formales "ästhetizistisches Moment", das dem dezisionistischen Denken innewohnte.[1000] Die zeittypischen markigen Worte von Kaplan Hermes bezeichneten einen aggressiven Charakter im deutschen Konservatismus, der nicht "einer Erbanlage des ‘deutschen Menschen’, sondern dem geschichtlichen Umstand, daß die tiefste bis dahin erlebte politische Demütigung Deutschlands, die große Katastrophe von 1803 - 1812, diesen Nationalismus plötzlich hervorbrachte, wie es überhaupt Kriegserlebnisse waren, die dem deutschen Volk zu politischem Selbstbewußtsein, dem deutschen Nationalbewußtsein gleichzeitig aber zu einem militanten Zug verhalfen".[1001] Deshalb erinnerten die

---

[998] OV vom 16.8.1929.
[999] OV vom 16.8.1929.
[1000] SONTHEIMER, Denken, S. 263. Der Autor charakterisiert es und deutet seine gesellschaftspolitische Aussage an: "Es findet Gefallen an einer Ordnung, die widerspruchslos von oben nach unten durchkonstruiert ist, und kann einen Zustand, in welchem sich viele verschiedene Kräfte um Anteil an der Macht bemühen, nur als unschönes Durcheinander begreifen, das sich keiner eindeutigen und übersichtlichen Struktur mehr fügt. Im Dezisionismus steckt darum ein Protest gegen eine Gesellschaftsordnung, die in ihrer freiheitlich-pluralistischen Struktur und ihrer kaum mehr überschaubaren Verteilung der Machtkompetenzen und Einflußkanäle übermäßig kompliziert erscheint, weshalb man sie durch klare, von der Kraft der Dezision gesteuerte und geordnete Verhältnisse zu ersetzen trachtet."
[1001] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 289.

Festredner immer wieder an den Selbstbehauptungskampf des deutschen Volkes in den Befreiungskriegen gegen Napoleon und die Begründung der Körperertüchtigung durch Turnvater Jahn. Bei der Einweihung der neuen Turnhalle der Ordensschule in Füchtel gedachte Studienrat Kraemer dieser Epoche und erkannte in ihr die Geburtsstunde der deutschen Nation:

> "Seitdem Jahn 1810 in Berlin seinen ersten Turnplatz eröffnete, ist das Turnen Volkssache geworden. Soweit die deutsche Zunge klingt, klingt auch die Turnerdevise: Frisch, fromm, fröhlich, frei. In allen Schulen ist heute das Turnen Pflichtfach."[1002]

Oberstudiendirektor Georg Reinke unterstrich im Namen des Katholischen Oberschulkollegiums "den Wert der Leibesübungen für Körper und Geist". "Richtig verstandene Körperpflege", so Reinke, "sei von großem Wert auch für die Sittlichkeit des Menschen, sie führe zur Unterordnung, Pünktlichkeit, zum Gehorsam, sie bedeute Willenskultur". Pater Laurentius Siemer, der Leiter der Ordensschule, betonte die positive Einstellung von Orden und katholischer Kirche gegenüber dem Sport, dem die Leitung "wie einer sittlichen Pflicht" gegenüberstehe.[1003]

Die innere Beziehung zwischen der Sportkultur, wie sie von der Deutschen Jugendkraft (DJK) gepflegt wurde, und den paramilitärischen Übungen in Schule und Freizeit, die in den Jahren des Ersten Weltkrieges bereits in den Jugendwehren gepflegt worden waren, wurde in diesen Worten vorgezeichnet. Auf beiden Ebenen ging es darum, den Gemeinschaftswillen einzuüben, der nur die Oberhand gewinnen und behalten konnte, wenn "von keinem in Selbstsucht das eigene Ich hervorgekehrt wird" und "jeder nur den einen Zielgedanken hat, die Mannschaft zum Siege zu führen".[1004] Was die Mannschaft im Sport war, war auf politischer Ebene die Volksgemeinschaft. Vor diesem Hintergrund eröffnet sich für den heutigen Betrachter eine historische Kontinuität nicht nur der ideologischen Begriffe, sondern konservativer Mentalitäten, die den Gemeinschaftsgeist reflektierten und in ihm ihre politische Welt begriffen. Dabei richteten sich die Hoffnungen angesichts einer enttäuschenden politischen Gegenwart, die unter dem vermeintlichen Zerfall in Gruppen- und Klassenegoismen litt, auf eine Zukunft, von der man immer schon ahnte, daß sie eines Tages anbrechen, von der man aber noch nicht wußte, wie sie aussehen würde. Der Turnverein Dinklage würdigte anläßlich

---

[1002] OV vom 8.10.1929.
[1003] OV vom 8.10.1929. Zu Laurentius Siemer vgl. Kap. 4.6.1. im vierten Band der Arbeit: Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel.
[1004] OV vom 16.8.1929.

seines 25jährigen Bestehens in programmatischer Ausführlichkeit die nationale Bedeutung des Sports. Am Kriegerdenkmal ergriff Konrektor Wilhelm Kohnen, ein Bruder von Dr. Anton Kohnen, zur Ehre der Gefallenen, die dem Dinklager Turnverein angehört hatten, das Wort:

> "Im Turnverein ihren Körper geübt und gestählt, ihren Geist im vaterländischen Sinne gebildet, voll Mut und Kraft, keine Gefahr scheuend, gehörten sie zu den allerbesten. [...] Manchen Kampf hatten sie im Verein gekämpft, manchen Sieg errungen. Und so trugen sie auch jetzt die lebendige Hoffnung in sich, aus dem größten, gewaltigsten, bedeutendsten aller Kämpfe einst als Sieger hervorzukehren. Ihre Zukunftsträume von Sieg und Glück zerstörte jählings das mörderische Blei."

Turn- und Sportlehrer Kurt Samerski vom Cloppenburger Realgymnasium, der Vorsitzende des Turnverbandes Südoldenburg, erläuterte in seiner Festrede die seelisch-geistige Bedeutung des Turnsports und seine ideelle Leistung für das sittliche Wohl des Volkes:

> "Nein, es ist auch mehr als nur das Körper und Geist Stählende, es ist das Seelische, das innere Empfinden, Erleben, das Irrationale, das in einer Uebung steckt, in jedem Turnabend, das ist es, was uns immer wieder zum Turnboden lockt. [...] Turner sein, liebe Turnbrüder, bedeutet nicht nur Turnen, es bedeutet vielmehr: sich hingeben durch eine turnerische Betätigung und in echter vaterländischer Gesinnung für das Wohl des Volkes arbeiten. Diese Gesinnung hat ihren Kernpunkt darin, daß sie die einheitliche vaterländische und echt volkstümliche Gesinnung ist."[1005]

Die neue Freiheit, von der Samerski in Dinklage begeistert schwärmte, erfüllte sich "im Aufgehen des Einzelnen im Ganzen, sie will die Unterordnung und Einordnung in das Ganze" und nicht die Gestaltung personaler Autonomie, die dem Menschen die Last der Freiheit aufbürdet, die er nicht tragen will.[1006] In der Gegenüberstellung von Ordnung und Freiheit, die sich in der Ordnung erfüllt, gewann der neue Freiheitsbegriff seine Bestimmung, die ihn in preußischer Tradition als Freiheit zum Volk und zum Staat erscheinen ließ. Im Gegensatz zum liberalen Freiheitsbegriff, der traditionelle Strukturen und althergebrachte Traditionen auflöste, vom notorischen Zweifel als geistiger Grundhaltung ausging und deshalb fortwährend beunruhigte, löste der konservative Freiheitsbegriff nicht auf, sondern hielt am Althergebrachten fest und ordnete das einzelne auf das Ganze hin und dem Ganzen unter, wie den Einzelwillen der Volksgemeinschaft. Für die Gegenwart der Weimarer Republik galt, was für die Zeit des Turnvaters Jahn gegolten hatte, als das deut

---

[1005] OV vom 18.10.1929.
[1006] SONTHEIMER, Denken, S. 269.

sche Vaterland in viele kleine Staaten zerfallen war: Das einige deutsche Reich war "nur die Sehnsucht der Besten". In seinem Rückblick kam Samerski in Dinklage denn auch zu einem historischen Zwischenergebnis, das von den politischen Verdiensten der Weimarer Republik bewußt abstrahierte:

> "Dann kam das große Reich unseres Volkes, das 1871 gegründet wurde, aber auch das Bismarckreich ist mit all seiner Kraft und Herrlichkeit dahingegangen. Ist unsere Zeit heute nicht ähnlich wie damals, zu Jahns Zeiten? Wenn uns das Deutsche Reich erhalten ist, dann ist das die Tat des Volkes selbst. Das deutsche Volk hat seine Feuerprobe bestanden, nicht (nur) durch die Tat im Kriege, sondern auch in den großen Leistungen der Nachkriegszeit. [...] Das Reich der Gegenwart ist ganz gestellt auf den inneren Zusammenhang des Volkes."[1007]

Der Wille zum politischen Überleben wie zur politischen Tat ruhte nach Samerskis Worten in der Seele des Volkes und hatte alle Umbrüche der Zeiten überstanden. Mit dem politisierenden Geist der Weimarer Republik konnte sich die moralische Willenskultur nicht anfreunden und versuchte fortgesetzt, ihn zu diskreditieren. Nur eine grundlegende Zeitenwende, die Umwertung aller neuen Werte, konnte sie aus ihrem kulturpolitischen Abseits befreien und ihre moralische Kraft wieder für die Gestaltung von deutscher Politik einsetzen. Aufgrund ihres anscheinend unpolitischen Charakters reklamierte sie für sich einen zeitlosen Bestand in der deutschen Geschichte und eine historische Kontinuität, die sie unabhängig vom dauernden Wechsel von Staatsformen und Regierungssystemen gegen die Zukunft behauptete.

Nach den Worten von Studienrat Hermann Bitter, dem Chormeister des Cloppenburger Männergesangvereins "Liederkranz", waren es vor allem die Leibesübungen und der Gesang, die die bindenden Ideen des um seinen Wiederaufstieg ringenden deutschen Volkes verkörperten, weil sie "neben ihren eigentlichen Zwecken noch eine hehre vaterländische Aufgabe" erfüllten, indem "sie versöhnen und einigen, was das Leben zerreißt und zersplittert". Den einzelnen zur Einübung in die Gemeinschaftstugenden anzuhalten, dazu vor allem war das Vereinswesen berufen:

> "Hier im Verein treffen sich wie auf neutralem Boden alle Berufe, Stände und Konfessionen, hier sitzt der Beamte friedlich mit dem Handwerker zusammen [...] und ebenso Landwirte und Kaufleute, Handarbeiter und Kopfarbeiter, und nicht nur friedlich sitzen sie zusammen, fröhlich und gesellig. Wo sind gleiche Kräfte, die in gleicher Weise

[1007] OV vom 18.10.1929.

bindend und einigend die Konfessionen, Berufe und Stände einander nahe bringen?"[1008]

In politischer Hinsicht aktueller denn je war die nationale Mission der Sangesbewegung im Jahre 1932. Auf dem Sängerfest des münsterländischen Sängerbundes "Heimattreu" im Juni 1932 charakterisierte der Dirigent des Emsteker Gesangvereins, Emke, die nationale Aufgabe so:

"In unserer schicksalsschweren und durch Parteikämpfe zerrütteten Zeit ist es an dem heutigen Tage wohl angebracht, uns auf den ersten Punkt der Satzungen des deutschen Sängerbundes zu besinnen, der da sagt, daß die Pflege des deutschen Liedes Dienst am Vaterlande sein soll. [...] Der heutige Tag des Liedes ist ein Tag für uns alle; denn unser höchstes Volksgut will alle Volksgenossen zu einem einigen Volke zusammenführen. Das deutsche Volkslied ist wie wir aus dem Heimatboden entsprungen. Sie alle rufen uns zu: 'Heimat, Heimat, ewig liebe!' [...] Grüßen wir das deutsche Vaterland mit dem Jubelgruß: Das geliebte deutsche Vaterland, soweit das deutsche Lied erschallt, es lebe hoch!"[1009]

Der Vorsitzende des Sängerbundes, Lehrer Heinrich Kalvelage aus Garrel, verglich in biblischer Analogie die nationale Lage des deutschen Volkes mit der babylonischen Gefangenschaft der Israeliten. In seiner Festrede äußerte er sich aufschlußreich zum unpolitischen Selbstverständnis des Sängerbundes:

"Auf dem düstern Leidenswege des Wiederaufstiegs unseres Vaterlandes, auf dem wir keuchend verzagen unter dem schier unerträglichen Druck von Krieg, Inflation und Notzeit, hält uns aufrecht der unbeugsame deutsche Wille, der sich emporringen will zum Licht und zur Freiheit. Damit dieser Wille nicht erlahmt, muß er stets neuen Antrieb erhalten. Diesen gibt ihm unter anderem besonders das deutsche Lied. [...] Wir sind kein vaterländischer Verein. Aber gerade dadurch, daß wir uns fernhalten vom politischen Tagesgezänk, wirken wir vaterländisch. Wir steigen herab zu den tiefsten Kraftquellen der deutschen Seele, heben die köstlichsten Schätze des deutschen Gemütes, prägen sie im Liede und geben durch diese wertvolle Münze dem deutschen Willen stets neue Kräfte. Solange darum deutsche Lieder klingen, wird deutsche Kraft auch stets aufs neue zum Licht sich ringen."

Die Klage über die seelischen Bedrückungen in der gegenwärtigen politischen Lage und die tiefe Hoffnung auf das Wiedererwachen Deutschlands beherrschten die öffentliche Meinung auf den Sängerfesten, die seit der Vor

---

[1008] Chronik, Liederkranz, o. S., Bericht der Cloppenburger MT: Studienrat Bitter in einer humorvollen Festrede mit ernstem Gehalt auf dem 52. Stiftungsfest des Cloppenburger Männergesangvereins "Liederkranz" am 6.1.1925.

[1009] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT, auch zum folg.

kriegszeit auf dem jährlichen Festkalender standen und in ihrer unpolitischen Geste die politische Kultur Südoldenburgs wirkungsvoll prägten. Auf dem dritten Bundesfest des Oldenburgischen Sängerbundes im Mai 1921 in Cloppenburg eröffnete Sanitätsrat Dr. Josef Bitter, der Liedervater des Cloppenburger Gesangvereins (1909 - 1923), den festlichen Kommers. Er freue sich, so Bitter, daß Cloppenburg die Tradition der Bundessängerfeste nach dem Ersten Weltkrieg fortsetzen dürfe. Die Zweifel und Hoffnungslosigkeit der Gegenwart beschied er mit einer positiven Antwort:

> "Aber, werden Sie vielleicht fragen, ist denn diese Zeit so beschaffen, daß wir singen dürfen? In der Tat fällt es manchmal schwer zu singen, da zum Singen ein leichtes Herz und fröhliches Herz gehört, aber dennoch glaube ich die Frage dahin beantworten zu müssen, daß wir nicht nur singen dürfen, sondern singen müssen. Ja, alle müssen singen, um nicht unter dem Drucke der Zeit der Mutlosigkeit oder gar der Verzweiflung anheimzufallen; wir müssen singen von allem Hehren, Edlen und Schönen, was das Herz erhebt und uns über schwierige Zeiten hinweghebt; wir müssen singen von verloren gegangenen Kulturgütern, von Treue, Glauben, Vaterlandsliebe, Fleiß, Sparsamkeit usw., um sie in das Herz des Volkes hineinzusingen. Wir müssen singen, wie unsere Väter sangen vor hundert Jahren, als Deutschland aus der Schmach der Knechtschaft zu erwachen begann, und besonders die jungen Leute müssen, wie damals, mit Begeisterung singen: Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte."

Der Vorsitzende des Oldenburger Sängerbundes, Rektor Fissen, unterstrich diesen Gedanken in Cloppenburg, indem er der gefallenen Sänger gedachte und den Toten mit Blick auf die trostlose Gegenwart in geradezu zynischer Weise einen "Vorzug" vor den Lebenden abgewinnen konnte:

> "Doch einen Vorzug haben sie vor uns Lebenden: Sie haben den jetzigen Zustand und den Jammer unseres Vaterlandes nicht erfahren. Unsere Aufgabe ist es nun, alles zu tun und alles zu opfern, damit das Vaterland sich wieder erhebe aus seiner Ohnmacht und Knechtschaft. Das wollen wir tun, indem wir in unsern Liedern deutsche Sitte und Art preisen und deutsche Treue und deutsche Redlichkeit in das Herz unserer Hörer pflanzen. Wie wir als Sänger dem Taktstock des Dirigenten streng folgen und uns ihm unterordnen, so soll jeder Deutsche sich seiner Pflicht und seinem Amte unterordnen, ohne Unterordnung gibt es keine Ordnung."

Der Vorsitzende des Sängerbundes "Heimattreu", zu dem sich 1921 viele südoldenburgische Gesangvereine zusammengeschlossen hatten, Verleger Hermann Imsiecke aus Cloppenburg, sah im Bekenntnis zum deutschen Idealismus und zur deutschen Tugend einen Weg zur Überwindung der gegenwärtigen Krise. Auf dem zweiten Sängerbundesfest im Krisenjahr 1923

bekannte er sich in Schneiderkrug zur Heimat- und Vaterlandsliebe als den natürlichen Quellen, aus denen Deutschland wieder emporsteigen werde:

> "Sie alle wissen es, was das deutsche Volk seit Jahren leidet, wie Not und Elend in unserm geliebten Vaterlande herrschen und was unsere Brüder und Schwestern an Rhein, Ruhr und Saar und in Schlesien für Folterqualen leiden um ihrer Treue zum Vaterlande willen. [...] Denn uns drängt es, zu schöpfen aus dem Jungbrunnen deutscher Volks- und Heimatliebe, um zu trösten, aufzurichten und zu stärken durch die Pflege der edlen Sangeskunst. [...] Schönen, aus dem Herzen kommenden und zum Herzen gehenden Liederweisen werden wir hier lauschen und dann die Überzeugung von neuem mit uns nach Hause nehmen, daß das deutsche Volk nicht zu Grunde gerichtet werden kann, solang ihm der wahre Idealismus, der Sinn für das ewig Gute und Schöne erhalten bleibt."[1010]

Zwei Jahre vor der Machtübernahme Hitlers, in der großen Staatskrise der Ära Brüning, nahm der Vorsitzende des Sängerbundes "Heimattreu", der Cloppenburger Heimatdichter Dr. Hubert Burwinkel, für die Sangesbewegung immer noch in Anspruch, das deutsche Volk wieder zur nationalen Einheit zu führen:

> "In den Gesangvereinen verwischen sich alle Gegensätze von Stand und Beruf, da verstummt die Zwietracht der Parteien, dort erfüllt das deutsche Lied seine höchste Mission: Einiger des Volkes zu sein."[1011]

Wer für Nation, Volk und Volksgemeinschaft war und sein Bekenntnis im Turnen oder Singen zum Ausdruck brachte, konnte nicht auch für Weimar sein. Neben dem politisch-religiösen Fundamentalismus prägte eine nationalkonservative Alltagskultur, die die schicksalhafte Gemeinschaftserfahrung im Ersten Weltkrieg konservierte und unruhig auf die politische Selbstbefreiung des deutschen Volkes in der Wiedergeburt der Volksgemeinschaft wartete, die geistig-seelische Disposition des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg und konnte aufgrund ihres unpolitischen Selbstverständnisses zur politischen Agentur der konservativen Gegenrevolution werden. Wie tief die

---

[1010] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT. Das Sängerbundesfest fand am 27. Juni 1923 in Schneiderkrug statt. Der Vorsitzende des Sängerbundes "Heimattreu", der Begründer und Verleger der Cloppenburger MT, Hermann Imsiecke, starb am 9. Januar 1924. Im Nachruf der Zeitung hieß es: "Leider war es ihm nicht vergönnt, den Wiederaufstieg unseres Volkes, an dem er vollen Anteil nahm, zu erleben." Imsiecke war auch 2. Vorsitzender des Oldenburger Sängerbundes.

[1011] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT. Dr. Hubert Burwinkel übernahm 1932 das Amt des Liedervaters im Cloppenburger "Liederkranz" und übte es bis 1950 aus. 1933 wurde er Vorsitzender des Sängerbundes “Heimattreu", das Amt hatte er bis 1959 inne.

Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft auch das katholische Milieu erfaßt hatte, zeigte die Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg, eine wirtschaftliche Vereinigung, zu der sich 1924 mehrere Verbände zusammengeschlossen hatten. Auf ihrer ersten Tagung im Oktober 1924 erklärte sie zum nationalen Anliegen ihrer Arbeit, "daß der Gedanke der Volksgemeinschaft und der Schicksalsgemeinschaft immer mehr Gemeingut wird".[1012] Zur Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg zählten die einflußreichsten Wirtschaftsverbände der Region; der Bauernverein, der Eignerbund, der Bund landwirtschaftlicher Kleinbetriebe und die Amtshandwerkerbünde Südoldenburgs.

9.6.2. Katholisches Reichsdenken: "Der Geist ist es, die Idee!"

Die Vision eines neuen christlichen Reiches "war die vielleicht wirksamste Antithese gegen den Staat von Weimar, weil in ihr sich die verschiedenartigsten Gruppen wie unter einem Dach zusammenfinden konnten".[1013] Sontheimer bringt in dieser Formel die Faszination der christlichen Reichsidee zum Ausdruck, die auch in Südoldenburg unermüdlich kultiviert und mit großer Inbrunst deklamiert wurde. Die antidemokratische Qualität des katholischen Reichsgedankens lag darin, daß eine politische Vision, die tief aus der Geschichte des christlichen Abendlandes genährt wurde, gegen die staatliche Wirklichkeit der Weimarer Republik gelenkt wurde und eine neue politische Metaphysik begründete. Im Reichsgedanken, der die Tradition deutscher Reichsgeschichte bewahrte und schützte, war das Sendungsbewußtsein des deutschen Volkes aufgehoben und verband sich "die Sehnsucht nach einem mächtigen deutschen Staat und einer das Versailler System überwindenden europäischen Staatenordnung unter deutscher Führung mit dem gewiß nicht unberechtigten Verlangen nach innerer Neugestaltung Deutschlands".[1014] Das katholische Reichsdenken zeigte nicht die imperialistischen Attitüden, wie sie auf der nationalen Rechten anzutreffen waren, sondern gipfelte in der ungenauen Vorstellung eines ‘Dritten Reiches', das - weder Monarchie noch Republik - die Tradition des christlichen Mittelalters fortsetzen und das Deutsche mit dem Christlichen in der Einheit eines neuen Gottesreiches verschmelzen sollte.[1015] Die Reichsidee eröffnete einer irrationalen Innerlichkeit und einer unpolitischen Beseelung großen Raum, die

[1012] OV vom 9.10.1924.
[1013] SONTHEIMER, Denken, S. 223.
[1014] Ebd., S. 243.
[1015] Ebd., S. 224-226.

aufgrund ihrer Unentschiedenheit politisch leicht manipuliert werden konnte. Auf dem 52. Stiftungsfest des Cloppenburger "Liederkranz" im Januar 1925 hielt Chormeister Studienrat Bitter die Festrede und bekannte sich zur deutschen Reichsidee als der geschichtsgestaltenden Kraft in der Vergangenheit und leitete aus ihr revisionistische Bestrebungen ab:

> "Nicht Menschen, Persönlichkeiten sind es, die eine Gemeinschaft zusammenhalten, sondern der Gedanke, der Geist ist es, die Idee! Was hat das Deutsche Reich in seinem Bestehen immer wieder zusammengehalten, so oft es zersplittert schien, was hat die deutschen Bruderstämme immer wieder zusammengeführt? Der Gedanke war es: Wir Deutsche gehören zusammen. Was hat die Ost- und Westdeutschen an uns gekettet, als Fremdherrschaft und fremde Söldnerscharen trennend zwischen uns und sie traten? Der Zusammengehörigkeitsgedanke. Was verbindet uns noch heute mit Deutsch=Oesterreich, dem geknechteten Deutsch=Tirol, den entrissenen Ostmarken? Die nationale Idee, der deutsche Gedanke."[1016]

Studienrat Bitter vom Cloppenburger Realgymnasium kleidete die deutsche Reichsidee in ein romantisches Emblem, das über den politischen Charakter der deutschen Sendung hinwegtäuschen mochte. Die nationale Mission des Deutschen Sängerbundes faßte er im natürlichen Ursymbol der deutschen Eiche:

> "Wiederum steigt vor mir ein Bild auf, der Baum, das Sinnbild deutscher Kraft, die deutsche Eiche, wenn ich an den Sängerbund denke, der seine Aeste ausreckt über alle deutschen Lande, unter seinen schattigen Zweigen Brüder aller deutschen Stämme vereinigt, der festgewurzelt steht im heimatlichen Boden, aus dem er die Kräfte und Säfte saugt, die notwendig sind zum Wiedererblühen deutscher Kraft aus der Einigkeit, die notwendig sind, damit unser heißester Herzenswunsch Wahrheit werde:
>
> Einigkeit und Recht und Freiheit
> Sind des Glückes Unterpfand,
> Blüh' im Glanze dieses Glückes,
> Blühe, deutsches Vaterland!"

Die nationale Sendung des deutschen Volkes wurde in diesen Worten wie in einem archaischen Mythos begriffen, der den in der Verfassungsurkunde von 1919 herrschenden Geist des Liberalismus vollends negierte. Die Eiche symbolisierte den ewigen Bestand der deutschen Geschichte und des deutschen Volkes und sollte in ihrer langen Lebensdauer und ungebrochenen Kraft über alle politischen Umbrüche hinweg historische Kontinuität und die Gewißheit von der Dauer des "Gewachsenen" in Staat und Volk verkörpern, das die

---

[1016] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT, auch zum folg.

Welt des "Gemachten" in den politischen Zeitströmungen und Systemen am Ende doch überlebte. Von dieser Gewißheit konnte man ausgehen.

9.6.3. Religiöser Volksmythos: "Der Bauer hinterm Pfluge, der Hirt im Wiesental, die Mägdlein bei den Rocken"

In einer programmatischen Rede auf dem Bundesfest des Sängerbundes "Heimattreu" in der kleinen Bauerschaft Tweel (Gemeinde Garrel) im Juni 1931 beschwor der Cloppenburger Studienrat Dr. Hubert Burwinkel in seiner Funktion als 2. Vorsitzender des Sängerbundes noch einmal das Ziel der sittlichen Erneuerung Deutschlands, das seine Kraft aus den niemals versiegenden Quellen der deutschen Geschichte, aus der Heimat- und Vaterlandsliebe, aus der Treue zu Staat, Volk und Gott schöpfte. Burwinkel erinnerte vor dem kritischen ökonomischen und politischen Hintergrund des Jahres 1931 mit bewegenden Worten an die ideellen Aufgaben der Gesangvereine:

> "Das Sängerfest steht im Zeichen des nimmermüden deutschen Geistes. Der läßt sich auf die Dauer nicht unterkriegen. Mögen Deutschlands Feinde uns noch so sehr knechten, mag der Haß gegen deutsche Kraft und Größe uns auch deutsches Land rauben, eins kann er uns nie und nimmer nehmen, das ist der deutsche Geist, der auch und ganz besonders aus unsern Liedern spricht. Groß ist die Not unseres Vaterlandes, unerhört die politische Niederhaltung durch mißgünstige Nachbarvölker, unerhört groß der wirtschaftliche Niedergang und das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Aber umso zäher wollen wir an unsern Idealen festhalten, umso liebevoller die heiligsten Güter unserer Nation hüten und pflegen, umso freudiger die Werte des Geistes erhalten. Wenn wir das tun, dann dürfen wir getrost auf einen Wiederaufstieg unseres Vaterlandes hoffen. Ein Volk, das von Liebe und Treue singt, von Heimat, Natur und Vaterland und von unserm Herrgott, ein Volk, das noch begeistert besingt alles Zarte, Schöne, was die Brust bewegt, alles göttlich Hohe, das zum Himmel trägt, solch ein Volk kann nicht untergehen, solch ein Volk darf noch an eine Zukunft glauben."[1017]

Der nationale Mythos verankerte den Begriff des "Volkes" im Göttlichen und im ursprünglichen Urgeschichtlichen und knüpfte damit an den politischen Irrationalismus der deutschen Romantik an. Im konservativen Idealismus verflüchtigte sich der Volksbegriff zur Seelengröße und verlor damit seine Beziehung zum historisch-politischen Kontext. In dieser diffusen Qualität wurde er disponibel und stand schließlich der politischen Indoktrination zur Verfügung, weil der Konservatismus wegen seiner revolutionären Veranla

[1017] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT.

gung nicht ewig auf seine Erfüllung, die zugleich Erlösung wäre, warten konnte. In den Worten Burwinkels manifestierte sich die politische Sehnsucht, die gegenwärtige Zeitgeschichte zu überhöhen, sie in den Ideen von Heimat, Volk und Vaterland moralisch und im Bekenntnis zu "unserm Herrgott" auch religiös zu transzendieren. Der rhetorisch einfühlsam vorgetragene Idealismus Burwinkels und sein sittlich-religiöser Appell zur Erneuerung Deutschlands machen deutlich, daß in dem unpolitischen Charakter dieser konservativ-nationalen Traditions- und Bewußtseinsbildung die Ursache für seine politische Manipulation und Ausbeutung lag. Die in Tweel offen bekundete Aversion der südoldenburgischen Sangesbewegung gegen die moderne Zeitkultur wurde von der NS-Agitation dankbar aufgegriffen und politisch beantwortet. Die scheinbare Bewahrung und Verteidigung konservativer Werte und Traditionen, deutscher Tugenden schlechthin, verschleierte den modernen Charakter der NS-Revolution, die Macht um ihrer selbst willen gewinnen und erhalten wollte. Burwinkel erinnerte in romantischen Reminiszenzen an die Vorkriegszeit, als sich das deutsche Liedgut wie das Deutsche Reich noch im natürlichen, integren Zustand befunden hätten:

"'Der Bauer hinterm Pfluge,
der Hirt im Wiesental,
die Mägdlein bei den Rocken,
sie sangen allzumal.

Und wo die Kinder spielten,
da lenkte ein Lied die Lust,
und wo die Burschen zogen,
da klangs aus voller Brust.'

Vor dem Kriege wohnte das Volkslied in Hütten und Palästen, heute hat es so manchen Platz räumen müssen in Haus und Feld und Werkstatt. Das deutsche Lied, das Kunstlied, besonders aber das Volkslied kämpft mit den Gassenhauern um seine Existenz. Das Volk läßt sich oft von einer minderwertigen Musik begeistern, von einem Gezeter, das letzten Endes von den Wilden aus Afrika stammt. Unter den sogenannten Schlagern mögen einige etwas Volksliedhaftes an sich haben, in der Mehrzahl sind sie Gassenhauer ohne Gemütsinhalt. Demgegenüber haben die Gesangvereine die hohe Aufgabe, das zu singen, was der tiefsten Seele je Erquickung beut, das alles Große, Edle in uns weckt, das ist das deutsche Lied, das ist besonders das deutsche Volkslied. Die Schulen haben ja dieselbe schöne Aufgabe. Aber wie schnell läßt sich auch die Jugend, sobald sie aus der Schule entlassen ist, von fremdländischen Weisen betören. Ihr Jungen u. Mädel, seid doch stolz auf das, was deutsche Dichter und Komponisten geleistet haben, es ist unendlich viel besser."[1018]

[1018] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT.

Die Worte Burwinkels enthalten in ihrer Abwertung fremder Kultur rassistische Elemente und nahmen die Vorstellung einer "entarteten Kunst" vorweg, die in der Ablehnung des Jazz offen zum Ausdruck kam. Die Besinnung auf das Ursprüngliche in der deutschen Geschichte wie in der deutschen Volksseele, das in seinem Wesen rational nicht erfaßt, sondern poetisch im gewachsenen deutschen Volkslied nur erahnt werden konnte, war vor allem in der traditionellen Bodenständigkeit auf dem Lande anzutreffen und nicht in der überfremdeten Welt der Industrie und der Stadt. Die Tweeler Rede Burwinkels machte die Grenzen einer konservativen politischen Alltagskultur deutlich, die sich in der geistigen Reaktion auf die Moderne erschöpfte und nicht darüber hinausdenken konnte. Unter den Bedrängnissen des Jahres 1931 rief Burwinkel am Ende seiner Rede nach "Führern", die einen Ausweg aus dem unüberschaubaren Dilemma weisen sollten, und erkannte sie in den Männern des Deutschen Sängerbundes, dem ausschließlich Männergesangvereine - keine Frauenchöre - angehörten:

> "Wir aber, liebe Sangesbrüder, wir brauchen Führer auf diesem Wege. Und das kann kein anderer sein als der Deutsche Sängerbund. [...] Der Deutsche Sängerbund hat aber auch die Führer, die berufen und befähigt sind, das Wertvolle in der Musik zu erkennen und festzuhalten. Das ist unbedingt notwendig gegenüber dem Kitsch, dem Gassenhauer, der sich allerwärts breitmacht. Wir wollen nicht murren, Sangesbrüder, wenn wir dem Deutschen Sängerbund als dem berufenen Hüter des deutschen Liedes, einen kleinen Beitrag zollen. Nein, aus Liebe zum Deutschen Lied wollen wir ihm die Treue halten."[1019]

Um die nationale Sendung und das moralische Selbstverständnis des Deutschen Sängerbundes deutlich zu machen, zitierte Burwinkel aus dessen Satzungen. Diese nannten "die Ausbreitung und Veredelung des deutschen Männergesanges und die Förderung deutschen Sinnes" als die vordringlichen Aufgaben des Sängerbundes und bezeichneten seine kulturpolitische Mission mit den Worten:

> "Durch die einigende Kraft des deutschen Liedes will er das deutsche Volksbewußtsein und das Gefühl der Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme erhalten und stärken."

Im Gegensatz zur morbiden modernen Kultur, wie sie in der Stadt zu Hause sei, sei es gerade die Aufgabe der ländlichen Gesangvereine, "das Lied wieder ins Volk zu tragen", weil "sie am Quell des Volkstums, eben auf dem Lande singen". Die konservative kulturkritische Abgrenzung gegen die Mo

[1019] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT, auch zum folg.

derne, der natürliche Gegensatz zwischen Stadt und Land und die nationale Identität des deutschen Volkes in seiner Geschichte richteten sich gegen den zerrissenen demokratischen Parteienstaat von Weimar und beschrieben die national-konservative Grundhaltung der deutschen Sangesbewegung, die sich 1933 ohne erkennbaren Widerstand zum Medium politischer Indoktrination umfunktionieren ließ. Der Weg vom "Quell des Volkstums" zum Bekenntnis zur "Volksgemeinschaft" war im Jahre 1931 nicht mehr weit.

Wie das profane deutsche Lied die Menschen vor der nationalen Größe, so vereinigte das Kirchenlied, das ebenfalls von den Chören gepflegt wurde, die Deutschen vor der Majestät Gottes. Diese Analogie ruhte im übernatürlichen Wesen von Nation und Gott, wie es in der christlichen Reichsidee vorgedacht worden war. Die konservativ-nationale Kulturkritik sprach sich vornehmlich in irrationalen Utopien aus, die mittelalterliche Reichsideen leitmotivisch restaurierten und eine romantisch idealisierende Anziehungskraft ausübten. Der Lehrer Heinrich Kalvelage aus Garrel entwickelte in Emstek beredt eine Vision, in der die mittelalterliche Einheit von Thron und Altar wieder im alten Glanz erstrahlte. Anlaß seiner Rede war das 50jährige Jubiläum des Emsteker Gesangvereins im Jahre 1928, dessen Gast auch der Sängerbund "Heimattreu" war:

> "Mit unsern herrlichen Kirchenliedern auf den Lippen, die von keinem Zeitalter, keiner Alters=, keiner Bildungsstufe ihr Gepräge erhielten, die singen und sagen, was tief in der Seele des Volkes schlummert, was darin lebt als gläubige Zuversicht, demütige Lobpreisung, inbrünstiges Verlangen, reuige Zerknirschtheit, in denen alle sozialen Unterschiede versinken, in denen das Ursprüngliche, Göttliche im Menschen vor den König der Könige tritt, kniete er mit der Christenschar allsonntäglich im Staube vor Gottes Majestät."[1020]

Der gemeinsame Quell von Volk und Religion war die Seele des Volkes, jener tiefe Grund, der vor aller Geschichte war und durch die Geschichte lebte, der symbolisch in der Sprache der Dichtung und Musik erahnt wurde, der zelebriert wurde in der vaterländischen Gesinnung, wie das Mysterium des Glaubens im katholischen Hochamt, der geschaut, gefühlt, erlebt werden konnte, aber sich der Ratio verschloß, wenn sie sich ihrer zu vergewissern suchte. Der stilistisch mit einem beeindruckenden Reichtum an archaischen Bildern und Mythen ausgestattete politische Irrationalismus war deutungs- und interpretationsfähig und verlangte in seinem unruhigen Wartestand nach

[1020] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT.

einer Befriedung, die nicht von der Weimarer Parteiendemokratie, sondern nur von einem starken, persönlich geführten Staatswesen zu erwarten war, das vor allem die Trennung zwischen Religion und Kirche auf der einen und Volk und Reich auf der anderen Seite zu überwinden trachtete - und sei es nur zum Scheine. In die Feier dieses auferstandenen Mythos einer neuen "res publica christiana" stimmte 1933 nach verhaltenem Zögern auch die katholische Kirche mit ein, weil sie glaubte, daß in der nationalen Bewegung des "Deutschland erwache!" die Seele des Volkes wieder atmete - und der Odem Gottes wieder die Geschichte erfüllte. Deutsche Nation und Sendung, in der Geschichte bezeugt, wurde als Inkarnation eben dieses Gottes gedacht und nachempfunden.

Im Willkommensgruß zum Bundessängerfest in Vechta im Juni 1928 wurde "unser Herrgott" als der ewige Sängervater begrüßt und die Aufgabe der Männergesangvereine vor allem in der Pflege der Heimat- und Vaterlandsliebe gesehen, die wie konzentrische Kreise organisch miteinander verbunden waren. Der entschlossene Wille zum "Kampf gegen das Undeutsche" beflügelte die nationalistischen Temperamente:

> "Seine Heimat im Liede zu preisen, ist des Sängers zweite Aufgabe und diese Heimat umfaßt gleicherweise die engere Heimat und das große deutsche Vaterland. Heute, wo wir als Nachwirkungen eines Umsturzes auf allen Gebieten Kräfte entfesselt sehen, die das Heilige und Edle im deutschen Volke vernichten wollen, hat das deutsche Lied die Aufgabe, die guten und edlen Gefühle wachzurufen und zu stärken, die Heimat= und Vaterlandsliebe; es hat den Kampf gegen das Undeutsche, gegen das Niedrige und Gemeine, das durch 'Schlager' und Gassenhauer die Volksseele zu vergiften droht, zu führen; es hat zu singen von 'Einigkeit und Recht und Freiheit', von Frauen= und Männerwürde, von Volkstum und Vätersitte."[1021]

Die Begriffe von Reich, Volk und Gemeinschaft wurden in der Weimarer Republik zu politischen Chiffren eines antidemokratischen Denkens, deren Attraktivität auf ihrer transzendentalen Größe und ihrer religiösen Metaphysik beruhte. Vor dem metaphysischen Volksbegriff, aus dem viele assoziierte Ideen bis an die Grenze der Rassentheorie hervorgingen, erschien die moderne nationalstaatliche Ordnung als rückständig und reaktionär und konnte nur vom geschichtlichen Willen des Volksgeistes, "der aus dem System der industriellen Gesellschaft, das auf dem Willen einzelner basierte, ein neues staatliches Gebilde formt", in der Totalität des Volkes selbst überwunden wer

[1021] OV vom 20.6.1928.

den.[1022] Beliebte Disziplinen der antiwestlichen Volkstumsideologie waren die Volks- und Heimatkunde, deren Aufgabe darin bestand, das eigene Volkstum vor der Überfremdung zu bewahren. Das konnte das politische Wechselspiel der parlamentarischen Demokratie mit ständigen Wahlgängen und Regierungswechseln offensichtlich nicht im ausreichenden Maße garantieren.

Wie das geeinte Volk auf die organische Ganzheit hindrängte, so fand der Gemeinschaftsgedanke seine letzte Erfüllung in der Volksgemeinschaft. Der antidemokratische Gehalt dieser irrationalen Ideen lag nach Sontheimer darin, daß sie "das diktatorische Gerüst des antiliberalen Staates" und "das nackte Diktaturschema des nachliberalen Staates zu verschleiern" suchten, zumal ihre positiven Werte kaum bestritten werden konnten.[1023] Die Faszination des Gemeinschaftsgedankens beruhte auf der Einheit, Stärke und Macht sowie inneren Geschlossenheit, die dem in der offenen Nachkriegsgesellschaft zum Massenpartikel gewordenen Einzelmenschen wieder Beheimatung und Geborgenheit versprach - ein Lebensgefühl, das die bäuerliche Gemeinschaft auf dem Lande im Gegensatz zur urbanisierten Zivilisation für sich reklamierte und als gesellschaftlichen Gegenentwurf kultivierte.

Der Weltanschauungskampf, der das politische Ringen in der Weimarer Republik prägte und es in eine verhängnisvolle Freund-Feind-Konfrontation stürzte, konnte aus katholischer Sicht nicht nur in Parteien und Parlamenten geführt werden, weil er einen Kompromiß mit dem weltanschaulichen Gegner von vornherein ausschloß. In der rigorosen Grundhaltung des "Alles oder nichts", der dem politisch-religiösen Fundamentalismus zu eigen war, galt dieser Weltanschauungskampf dem Wiederaufstieg des deutschen Volkes und seiner Befreiung von einer in Klassenkampf, Interessenegoismus und Standesdünkel befangenen Gesellschaft, die noch nicht wieder Nation geworden war. Sie hatte eine unglückliche Revolution zerstört. So reproduzierte der politische Konservatismus im katholischen Milieu Südoldenburgs einen nationalen Moral- und Tugendkodex und führte ihn politisch gegen den Weimarer ‘Parteienstaat’, der aus seiner Sicht nur die politische Attrappe der zerrissenen und gespaltenen Nachkriegsgesellschaft bildete und die drängende nationale Frage in das politische Schattendasein abzudrängen versuchte. Nur die Renaissance der zeitlosen deutschen Ideale und Werte, die an die

[1022] SONTHEIMER, Denken, S. 250.
[1023] Ebd., S. 252.

historische Kontinuität und Identität der christlichen deutschen Reichsidee anknüpften, konnte wieder deutsche Nation stiften und den Geist der Nicht-Nation, für den die Republik verantwortlich gemacht wurde, überwinden. Der formale Mechanismus der parlamentarischen Praxis war denkbar ungeeignet, um die Volksseele anzusprechen und die nationalen Organismen in Familie und Staat wieder zu beleben. Im konservativen Weltbild war der Staat nichts anderes als eine große Familie, ein lebendiger Organismus, in dem sich die Teile zum Wohle des Ganzen harmonisch unterordnen und ausgleichen. Die Verselbständigung von Teilen, wie sie sich in Parteien und Fraktionen vollzog, konnte diesem politischen Gleichnis zufolge den Untergang eines ganzen Volkes nach sich ziehen. In Deutschland war diese Gefahr noch nicht gebannt.

9.6.4. Organische Weltsicht: "Denn das Glied muß seiner Lebensgemeinschaft dienen."

Die Idee der Nation war im antidemokratischen Denken unmittelbar verbunden mit der Idee der politischen Einheit und hatte zu ihrer Verwirklichung die Überwindung des "die Nation zerreißenden parlamentarischen Regimes und seine Ersetzung durch einen vom Vertrauen des Volkes getragenen Führer- bzw. Obrigkeitsstaat" nötig.[1024] Nationale Einheit und Führung erforderten die Stellung des Staates über den Parteien. Die nationale Einheit, die Nation, war nicht mit dem demokratischen Konsens identisch, wurde nicht durch ihn verbürgt. Die 'Bewegungen' der nationalen Rechten sprachen den staatstragenden Parteien der Mitte das moralische Recht ab, das ganze deutsche Wollen zu verkörpern und zu vertreten, und bezichtigten sie, Partikularinteressen über die Interessen von Staat und Nation zu stellen. Das katholische Zentrum unterlag in dieser Frage einem politischen Zielkonflikt und nahm eine doppelte Rolle ein: Es verstand sich als Partei der nationalen Sammlung und trug doch Verantwortung in der parlamentarischen Demokratie. Seine nationale Loyalität machte es seinen konservativen Anhängern schwer, in der Existenz von demokratischen Parteien einen Ausdruck der deutschen Nation zu sehen. Denn das bedeutete, sich mit dem Umstand, Teil (= pars) zu sein, zu bescheiden, und schloß die Repräsentation des Ganzen durch eine einzige politische Gruppierung aus. Die NSDAP nahm wie keine andere Partei die moralische Repräsentation der deutschen Nation für sich in

[1024] Ebd., S. 255.

Anspruch und verstand sich nicht nur als Partei, sondern auch als Bewegung. In diesem maßlosen antidemokratischen Anspruch unterschied sie sich von den demokratischen Parteien und gewann in der Krise, als das Schicksal der ganzen Nation auf dem Spiel stand, zunehmend an Popularität. Einen Ausweg aus dem Dilemma der Weimarer Parteiendemokratie schien am Ende nur noch ein zukünftiger Staat "über den Parteien" zu bieten. Am Ende war eine Partei, die NSDAP, der Staat.

Die organische Staatsvorstellung, wie sie von der konservativen Theorie gepflegt wurde, bediente sich gerne des Bildes vom "kranken Volk" oder "kranken Staat". Dabei war stets "das Ganze von Gesellschaft und Staat betroffen" und somit "eine erneuernde Gesundung an Haupt und Gliedern" erforderlich. Die Ursachen waren in einem Verhängnis zu sehen, das die kranke Staatsgesellschaft epidemisch heimgesucht hatte.[1025] Die konservative Pathologie erkannte zweifellos im politischen Liberalismus und in der modernen Zivilisation die Ursachen für die zahlreichen Krankheitsherde der Zeit und plädierte für eine Umkehr: weg von der Denkart des "Machens" und hin zur Qualität des "Wachsens". Deshalb stand im Bunde mit der konservativen Kapitalismuskritik auch die konservative Kulturkritik.

Der politische Katholizismus Südoldenburgs fühlte sich dem konservativen Staatsmythos sehr verbunden, weil er sich nur mit seiner Hilfe der als "Parlamentsabsolutismus" etikettierten Egalität der Weimarer Repräsentativverfassung, von der kein Schutz seiner konfessionellen Sonderinteressen zu erwarten war, politisch erwehren konnte. In der schweren Krise des Jahres 1923 erschien in der Vechtaer OV ein Artikel, der sich mit dem "Sinn des politischen Parteiwesens" beschäftigte und in klassischer Manier den deutschen Staatsmythos entwickelte, als dessen ideelle Kerngrößen sich Staat und Familie herauskristallisierten. Mit dem durch die innen- und außenpolitischen Enttäuschungen desillusionierten Blick auf die politische Gegenwart hieß es in dem Blatt:

> "Gesunde Völker, die einen starken, an Wohlfahrt fruchtbaren Staat fertigbrachten, hatten eine tiefe Ehrfurcht vor demselben; sie sahen im Staate die Verkörperung ihrer Volksfamilie. Diese war ihnen ebenso heilig wie die häusliche Familie. Die Gottheit hatte beide zum Wohle der Menschen gestiftet, ihnen ihre unverbrüchlichen Gesetze gegeben. Sie strafte jeden, der dagegen frevelte. So dachten schon die heidnischen Völker. Der Tod für Staat und Volk galt als ehrwürdig, war im Falle der Not Gebot. Ebenso war Gebot, daß der Bürger im Frieden dem Staate und damit dem Gemeinwohl

[1025] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 212f.

> aller Volksgenossen diene; denn das Glied muß seiner Lebensgemeinschaft dienen. So standen Staat und Gemeinwohl ebenso wie die häusliche Familie und deren Wohl, also etwas Überpersönliches, über allen einzelnen. Auf diesem Dienste lag Segen, denn die Lebensgemeinschaft bringt allen Gliedern Lebenserhöhung."[1026]

Die Opposition gegen die Republik von Weimar entzündete sich an der Stellung der Parteien, die für den konservativ-organologischen Staatsmythos als Träger von Volk und Staat nicht in Frage kamen, weil sie keine Harmonie des Ganzen stifteten, sondern sie strukturell verhinderten. Gemeinschafts- und Volksgedanke drängten im konservativen Staatsbegriff zusammen und verbanden sich mit dem Begriff der Nation, der im antidemokratischen Denken mit der Existenz von Parteien nicht zu vereinbaren war:

> "Die Parteiensituation in der Weimarer Republik, ja der Parteienstaat als solcher zeigten nur an, daß Deutschland noch keine Nation geworden, daß das Volk in seinem politischen Wollen gebrochen und amorph war. Erst die große nationale, gegen den Parteienstaat gerichtete Bewegung ließ die Hoffnung aufkommen, daß das Volk jetzt auf dem Wege sei, sich zur Nation zu formieren."[1027]

Archetypisch enthielt dieser Mythos eine romantische Verklärung des Staates, der als religiöses Mysterium empfunden wurde. In dieser Eigenschaft transzendierte er nach katholischem Naturrecht die politische Geschichte und forderte den einzelnen zur Unterordung unter das im Staat versammelte Kollektiv auf, das als heilige Familie deutsche Nation und mehr als bürgerliche Gesellschaft war. Diese Welt, die hier im politischen Imperativ beschworen wurde, war im Ersten Weltkrieg historisch zu Grabe getragen worden, aber der Glauben an ihre Auferstehung aus der Seele eines gesunden Volkes überstrahlte die Misere der politischen Gegenwart nach 1918 und wartete auf den Tag der Befreiung: Dieser wird kommen, weil sich das unsterbliche Wesen der deutschen Geschichte nicht auslöschen läßt. Der Leitartikel der Vechtaer OV ist ein Beispiel für die sittlich-religiöse Transzendierung der politischen Gegenwart, die 1923 einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht hatte. Das aufgeklärte politische Denken verflüchtigte sich früh in die romantischen Chiffren eines deutschen Staats- und Geschichtsmythos, der den einzelnen eher zu beheimaten und zu beseelen vermochte als die trostlose Perspektive des Jahres 1923. Die politische Kultur einer modernen historischen Epoche bildet sich nicht ausschließlich aus ihren sozialen und ökonomischen Paradigmen, sondern auch aus ihren Legenden und Mythen, die die Geschichte transzen

---

[1026] OV vom 4.4.1923.
[1027] SONTHEIMER, Denken, S. 254.

dieren und dadurch politisch wirksam werden. Der politische Zweifel und die aufgeklärte Skepsis gegenüber der eigenen Position und Deutung der politischen Lage waren dem konservativ-organischen Denken und Begreifen im Gegensatz zum Liberalismus fremd und gerieten zu Attitüden des republikanischen Bewußtseins, das den Bürger fortwährend beunruhigte und irritierte. Mit Blick auf die zerstrittene Republik bekannte Dr. Anton Kohnen 1928 auf dem Bundeskriegerfest am Cloppenburger Kriegerdenkmal, das vor wenigen Jahren errichtet worden war:

> "Diese 300 Gefallenen sagen uns: Wir haben unser Leben hingegeben für Deutschland, wir haben nicht für Sonderinteressen gekämpft, sondern für das Vaterland. In diesem Geiste müssen auch wir, jeder an seiner Stelle, arbeiten."[1028]

Der konservative Staatsmythos manifestierte sich für viele unkritische Bürger im politischen Katholizismus nach 1925 zusehends in der nationalen Vater-Figur des Reichspräsidenten, der nach obrigkeitsstaatlichem Glauben dem täglichen Parteienstreit enthoben war, seine plebiszitäre Legitimation unmittelbar aus der Hand der Nation erlangte und sakrosankt über den Parteien stand. Hindenburg war die Inkarnation des Staates "über den Parteien" und wies die Hypertrophie des Weimarer ‘Parteienstaates’ in ihre Grenzen. Der greise Feldmarschall wurde auch in den Augen des politischen Katholizismus zum Träger eines deutschen Geschichtsmythos, der aus einer politischen Zukunftsvision lebte und die aufreibende demokratische Gegenwart der Weimarer Republik im Namen eben dieser deutschen Geschichte fortlaufend diskreditierte.

9.7. Antirepublikanismus in den nationalen Verbänden

Obwohl der Stahlhelm und die völkisch-nationale Bewegung in Südoldenburg bis zum Frühjahr 1933 keine Breitenwirkung entfalten konnten, bildeten sie aber doch einen untrennbaren Bestandteil der politischen Kultur in dieser Region und prägten den nationalen Konservatismus Südoldenburgs wesentlich mit. Aber nicht das Schlageter-Denkmal auf dem Kreuzberg zwischen Lohne und Vechta wurde zum Symbol und zur zentralen Kultstätte des südoldenburgischen Konservatismus, sondern die Krypta in der neuen Wallfahrtskirche in Bethen. Die "Revolution des Nihilismus", die sich auf Albert Leo Schlageter berief, war nicht das besondere Kennzeichen der politischen

[1028] OV vom 12.6.1928.

Mentalität in Südoldenburg, sondern die Sehnsucht nach einem Staat "über den Parteien" und die Bereitschaft, ihn unabhängig von der jeweiligen Staatsform zu tragen. Die Trennungslinie zwischen dem verkirchlichten Katholizismus und den Gruppen und Organisationen der völkisch-nationalen Bewegung verlief in Südoldenburg bis 1933 unscharf am Rande des katholischen Milieus. Nach der "Machtergreifung" wurde dieser Umstand von der nationalsozialistischen Propaganda als Erfahrung der "Kampfzeit" dargestellt.[1029]

9.7.1. Der Kampf um den "Stahlhelm": "Der letztere sei übrigens politisch, der Kriegerverein nicht."[1030]

Der vorgebliche Charakter des Unpolitischen unterschied die "vaterländische Bewegung" der Kriegervereine vom politischen Stahlhelm, dem im November 1918 von Franz Seldte gegründeten "Bund der Frontsoldaten".[1031] Das Verhältnis zwischen den Kriegervereinen und dem Stahlhelm gestaltete sich durchaus wechselvoll. Die Beziehungen des Kriegerbundes zum Stahlhelm waren in Vechta nach dem Bericht der OV aus dem Jahre 1928 "im letzten Jahre durchaus gute gewesen", aber in der Jugendarbeit distanzierten sich die Kriegervereine deutlich vom Stahlhelm. Der Grund war ein Konkurrenzverhältnis, das trotz der geistigen Nachbarschaft in der politischen Zielsetzung zu Spannungen führte. Die Kriegervereine litten an Überalterung und appellierten deshalb an ihre Mitglieder:

> "Vielfach wird betont, daß es überall möglich sein müsse, Jugendgruppen zu gründen, wenn nur die Mitglieder ihre Söhne hinschicken wollten. Sie gehören in die Jugendgruppe des Kriegervereins, nicht in den Stahlhelm. Der letztere sei übrigens politisch, der Kriegerverein nicht."[1032]

[1029] KUROPKA, Schlageter, S. 95.
[1030] Mit "der letztere" war der "Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten" gemeint.
[1031] BERGHAHN, Stahlhelm, S. 13ff. Dem "Dutzend seiner einstigen Kameraden", die sich am 13. November 1918 in Magdeburg um den Hauptmann der Reserve Franz Seldte sammelten, ging es darum, möglichst schnell wieder Ruhe und Ordnung herzustellen und den revolutionären Kräften entgegenzutreten: "Gegen die Spartakisten mußte gehandelt und nicht geredet werden." Aber 1918/19 gab es nach Auffassung von Berghahn noch keine Anzeichen dafür, daß diese neue Organisation einmal "zum Kern- und Orientierungspunkt der konservativ-nationalistischen Wehrverbände" in der Weimarer Republik werden sollte.
[1032] OV vom 12.6.1928.

Die Gründung einer Jungstahlhelmgruppe in Vechta führte zu einer heftigen Kontroverse in den Leserbriefspalten der örtlichen Presse. Die bestehenden katholischen Jugendverbände vermuteten hinter der paramilitärisch zur Schau getragenen vaterländischen Gesinnung des Stahlhelm eine politische Tendenz, die die katholische Jugend ihrem Elternhaus entfremden könnte:

> "Die bestehenden Vereine erfüllen voll ihren Zweck in musterhafter Weise. Will man die Jugend dem Elternhause ganz entfremden? Gesellenvereine, Jugendvereine und Windthorstbund haben seit Jahren bewiesen, daß die Jugend in ihnen erzogen und ertüchtigt wird. In ihnen wird praktische Arbeit für Körper und Geist geleistet, wenn auch ohne Klimbim, ohne Abzeichen, ohne Uniform und Holzgewehr. Etwas anderes ist es mit dem Stahlhelm. Er hat den Beweis bis heute nicht erbracht, ob er und seine Mitglieder befähigt sind, unsere Jugend zu erziehen!"[1033]

Grundlage dieser politischen Differenzen war die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der völkisch-nationalen Bewegung. Seit 1924 warnte die Fuldaer Bischofskonferenz vor den Wehrverbänden, nicht wegen deren antirepublikanischen und antidemokratischen Bestrebungen, sondern aus seelsorgerischen Motiven. Auf der anderen Seite bemühten sich die nationalen Kampfverbände intensiv, aber am Ende vergeblich um die Aufhebung dieser Warnungen. Als seelsorgerische Motive wurden in diesem Zusammenhang die Furcht des deutschen Episkopats vor interkonfessionellen Einflüssen und die Sorge um den Erhalt der katholischen Jugendorganisationen angesprochen. Die katholische Kirche sah in den straff organisierten vaterländischen Verbänden eine ernste Konkurrenz für ihre Jugendorganisationen und lehnte sie in erster Linie aus diesen Gründen ab.[1034]

[1033] OV vom 11.9.1924; KUROPKA, Schlageter, S. 90. Der nach dem Zentrumspolitiker Ludwig Windthorst benannte "Windthorstbund" war die Nachwuchsorganisation des Zentrums, die in Vechta eine Ortsgruppe unterhielt.

[1034] KUROPKA, Schlageter, S. 89. Kuropka charakterisiert das Verhältnis zwischen den nationalen Kampfverbänden und den katholischen Jugendorganisationen folgendermaßen: "Der Stahlhelm begann, sich in weiteren Schichten auszubreiten. Mochte es noch angehen, die Ehefrauen der Stahlhelmer in einer Stahlhelm-Frauenschaft zu organisieren, so wurde doch auch eifrig für den Jungstahlhelm geworben, der damit in Konkurrenz zu den bestehenden, meist konfessionellen Jugendgruppen trat. Die pikante Seite dieser Konkurrenz lag darin, daß dem Stahlhelm die Befürwortung durch die deutschen Bischöfe, um die er nachgesucht hatte, versagt worden war. Die völkische Richtung im Stahlhelm hatte durch antikirchlichen Fanatismus den Anstoß zu heftigen Auseinandersetzungen gegeben, in deren Verlauf die Verbandstagung der katholischen Jugend- und Jungmännervereine im Juni 1924 in Fulda sich deutlich gegen die sogenannten vaterländischen Verbände artikuliert hatte. Die im August tagende Bischofskonferenz sprach aus dem gleichen Grund keine Empfehlung für den Stahlhelm aus."

Im katholischen Sozialmilieu Südoldenburgs herrschte kirchlicherseits eine religiös motivierte Skepsis gegen "einzelne sogenannte" Wehrverbände wie den Stahlhelm und den Jungdeutschen Orden. Bereits im Oktober des Jahres 1924 erläuterte der Präses des Katholischen Arbeitervereins, Dechant Eduard Brust, die Erklärung der deutschen Bischöfe zu dieser Frage. Der Geistliche verstand den Episkopat so, "daß derselbe den Katholiken den Eintritt in Organisationen, wie 'Stahlhelm', 'Jungdeutscher Orden' usw. nicht empfehlen könne", und fügte seinerseits hinzu, "es sei zu bedauern, wenn studierte Katholiken, die berufen seien, Führer des Volkes zu sein, sich entgegen dieser Erklärung der hochw. Herren Bischöfe an die Spitze von Vereinigungen stellten, welche die Oberhirten den Katholiken nicht empfehlen könnten". Es habe der Grundsatz "sentire cum ecclesia" zu gelten. Das "Denken und Fühlen mit der Kirche müsse für jeden Katholiken die Losung sein."[1035]

Im Jahre 1925 wurde in der katholischen Presse Südoldenburgs die Frage nach der Einstellung des Katholiken zum Stahlhelm erneut aufgeworfen, und die Vechtaer OV sah sich zur Klarstellung genötigt, "daß ein Verbot nicht bestehe und ein Gewissenskonflikt infolgedessen nicht in Frage komme." Sie gab aber warnend zu bedenken:

> "Was aber wirklich besteht, das ist eine offenbare Ablehnung dieser Verbände und noch etwas mehr, nämlich eine ausgesprochene Warnung vor der Mitgliedschaft, und zwar gingen diese Ablehnung und Warnung aus von einer Stelle mit hoher Kompetenz, nämlich vom gesamten Episkopat."[1036]

Die OV unterstrich die Verbindlichkeit der kirchlichen Warnungen, die der moralisch-sittlichen Verurteilung der NSDAP zwischen 1930 und 1933 vorausgingen und eine geistige Traditionslinie in der Haltung des deutschen Episkopats gegenüber völkischen und rassistischen Bewegungen und Ideologien erkennen ließen. In der glaubensbegründeten Ablehnung des politischen Extremismus blieb sich die katholische Kirche bis 1933 treu. Dabei fielen die Warnungen gegen den Linksextremismus stets deutlicher aus als gegen den Rechtsextremismus und erhielten in der Krise ein entscheidendes politisches Gewicht. Weil die katholische Kirche keine definitive politische Stellungnahme gegenüber den vielfältigen völkisch-nationalen Gruppierungen abgab, war die katholische Basis verunsichert. Die Vechtaer OV kleidete ihre aus

---

[1035] OV vom 9.10.1924.
[1036] OV vom 11.11.1925, auch zum folg.

weichende Antwort diplomatisch in eine rhetorische Frage, die ihre moralische Wirkung nicht verfehlt haben dürfte:

> "Was wäre zu halten von einem Kinde, das seine Auffassung vom vierten Gebote etwa so abgrenzen würde: Die Eltern haben zwar etwas gewünscht, etwas abgeraten, haben mich auch gewarnt, aber sie haben keinen strengen Befehl gegeben; darum könnte ich ja folgsam sein, wenn ich es gut mit den Eltern meinte, aber wenn ich es nicht tue, kann auch niemand mich tadeln? Das Verhalten des guten Katholiken zur kirchlichen Obrigkeit wird doch immer wieder verglichen mit dem Verhalten des guten Kindes gegen Vater und Mutter."

Mit "dem Verhalten des guten Kindes gegen Vater und Mutter" umschrieb die Vechtaer OV im Stil einer entwaffnenden Ehrlichkeit eine politische Abhängigkeit, in der die katholische Kirche ihre Gläubigen seit Generationen an sich zu binden versuchte. Die kirchliche "potestas indirecta" betraf auch das gespannte Verhältnis des gläubigen Katholiken zur nationalen Rechten in Deutschland. Die Zentrumspresse in Vechta kam in dieser Frage zu dem negativen Ergebnis, daß ein guter Katholik den vom Episkopat angesprochenen Verbänden nicht angehören könne, "ohne die rechte kirchliche Haltung zu verletzen".

Trotz der kirchlichen Vorbehalte kam es auch in Südoldenburg zur Gründung von Stahlhelmortsgruppen, die 1924 bereits in acht Gemeinden existierten. Die Delegiertenversammlung des Amtskriegerverbandes Vechta beschloß im Januar 1924, eine Arbeitsgemeinschaft aus den Kriegervereinen und dem Stahlhelm zu gründen.[1037] Zum ersten Vorsitzenden dieser Arbeitsgemeinschaft wurde Rektor Johannes Denis, Landtagsabgeordneter des Zentrums, zum 2. Vorsitzenden Studienrat Dr. Kohnen, DVP-Landtagsabgeordneter, gewählt. Ein gutes halbes Jahr später kündigten die Kriegervereine die Zusammenarbeit mit dem Stahlhelm wieder auf.[1038] Den Anstoß zum Aufkündigungsbeschluß hatte offensichtlich der Stahlhelmtag in Schneiderkrug im Juli 1924 gegeben, dessen nationalistische Symbolik und pseudoreligiöser Kult in der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs Befremden ausgelöst hatten.[1039]

In politischer Nähe zum Stahlhelm stand in Südoldenburg erwartungsgemäß die christlich-nationale Landvolkpartei. In ihrer eigenen Presse kommentierte

---

[1037] OV vom 19.1.1924.
[1038] OV vom 30.7.1924.
[1039] KUROPKA, Schlageter, S. 87ff.

sie den Verlauf des Bundeskriegerfestes in Cloppenburg im Juni 1928, das insgesamt "als wohlgelungen bezeichnet und abgeschlossen werden" könne, bedauerte aber die Abgrenzung, die die "vaterländische Bewegung" gegen den Stahlhelm vornahm. Unter Anspielung auf die Vechtaer Zentrumspresse hieß es im "Landvolk":

> "Es ist traurig, wenn z. B. im Oldenburgischen vorkommen kann, daß eine katholische Zeitung es ablehnt, für ein Heldengrab Schlageters auf dem Wege Lohne - Vechta ihre Stimme abzugeben, und schreibt, 'sie könne es mit ihrem Gewissen und ihren Grundsätzen nicht vereinbaren usw.'. Gerade diese Leute sind unsere Verräter, die wir auf das Schärfste bekämpfen und ausrotten müssen. Wenn eine Zeitung es ablehnt mit einem Schlageterdenkmal zu sympathisieren und sogar noch dagegen schreibt, so ist sie nicht wert, von einem Deutschen angesehen zu werden."[1040]

Aber auch der Stahlhelm wurde von der politischen Entwicklung im Frühjahr 1933 eingeholt und überholt. Anfang Mai 1933 sah sich der Cloppenburger Stahlhelm angesichts der sich abzeichnenden politischen Gleichschaltung genötigt, in der örtlichen Presse seine Eigenständigkeit zu betonen:

> "Der Stahlhelm ist nach wie vor eine selbständige Organisation unter diktatorischer Führung des Reichsarbeitsministers Seldte, unserm Bundesführer. Der Stahlhelm hat sich der Person des Herrn Reichskanzlers Adolf Hitler unterstellt, der diese Ehrung mit Dank angenommen hat und dieses Bündnis mit der N.S.D.A.P., das unerschütterlich sein werde, einen dauernden Garanten für den Bestand der nationalen Revolution nennt. Im gegenseitigen Einverständnis wird an der bewährten organisatorischen Scheidung beider Wehrverbände [Stahlhelm und SA] festgehalten. Deshalb ist eine tatsächliche Doppelmitgliedschaft im einzelnen nicht zulässig. Lediglich der Führer des Stahlhelm ist als Bundesführer zugleich Mitglied der N.S.D.A.P. [...] Der Stahlhelm ist also in seiner bisherigen Form vollkommen gleichgeschaltet."[1041]

Die kurze Geschichte des Stahlhelm zwischen 1918 und 1933 zeigt, daß es in Südoldenburg ohne Rücksicht auf die konfessionellen und sozialen Strukturen des katholischen Milieus nur schwer möglich war, in Konkurrenz zum traditionellen organisierten Katholizismus eine neue politische Kraft auf dem

---

[1040] LV vom 12.6.1928.

[1041] MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 184. Nach Auffassung von Volker R. Berghahn beherrschte "politische Naivität" und ein "in antirepublikanischen Kategorien fixiertes Denken" die Einstellung breiter Kreise im Stahlhelm gegenüber dem Nationalsozialismus: "Für sie zählte, daß auch der 'Führer' die Republik zerstören wollte." Aufgrund dieser gemeinsamen negativen Zielvorgabe wurde die Frage nicht hinreichend erörtert, auf welche Basis eine mögliche Zusammenarbeit gestellt werden sollte: "Kurzum, man stellte sich blind, wenn es darum ging, den wahren Charakter des Nationalsozialismus zu erkennen, und diese Blindheit zerstörte, abgesehen von einer guten Portion Opportunismus, schließlich auch den Stahlhelm." (BERGHAHN, Stahlhelm, S. 125)

rechten Parteienspektrum zu etablieren. Es gab den Stahlhelm in Südoldenburg, aber er blieb eine vom katholischen Milieu gemäß den moralischen Weisungen des deutschen Episkopats geduldete politische Minderheit. Im Zuge der "Machtergreifung" erhielt der Stahlhelm Auftrieb und sogar unerwarteten politischen Zulauf. Angesichts der politischen Entwicklung entschlossen sich viele für den raschen Eintritt in den Stahlhelm, um der politischen Nötigung zum Eintritt in die NSDAP oder eine ihrer Organisationen zuvorzukommen. Aber auch diese politische Minimallösung wurde um ihren gewünschten Erfolg gebracht, als der Wehrstahlhelm (bis 35 Jahre) noch 1933 in die SA eingegliedert, der Kernstahlhelm 1934 als "Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund" gleichgeschaltet und ein Jahr später aufgelöst wurde.[1042] Auf einer politischen Lagebesprechung zwischen dem Reichskanzler, Reichsarbeitsminister Seldte, dem Reichswehrminister und Vizekanzler von Papen am 21. Juni 1933 wurde die "restlose Eingliederung" des Stahlhelm beschlossen:

> "Zur Sicherung der Schlagkraft der nationalsozialistischen Revolution gliedert sich der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in die nationalsozialistische Bewegung in folgender Weise ein:
> a) Der Kernstahlhelm bleibt wie zuvor der Führung des Bundesführers unterstellt.
> b) Der Bundesführer verbietet von jetzt ab den Mitgliedern des Kernstahlhelm jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP.
> c) Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, gibt so die Mitgliedschaft des Stahlhelm zur NSDAP frei.
> d) Der Jungstahlhelm tritt neben SA. und SS. und wird dem obersten SA.-Führer unterstellt. Der 'Scharnhorst' wird in die Hitlerjugend eingegliedert. [...]"[1043]

Einer Meldung der Cloppenburger MT zufolge wurde die Cloppenburger "Jungkameradschaft des Stahlhelms" im September 1933 in das Deutsche Jungvolk in der Hitler-Jugend eingegliedert.[1044] So wurde der Stahlhelm von den Nationalsozialisten okkupiert und stand seit Ende 1933 unter der Beobachtung der Geheimen Staatspolizei.[1045] Die politische Illusion, sich durch den Umweg über den Stahlhelm der Gleichschaltung persönlich zu entziehen, war zerbrochen.

[1042] MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 257f.
[1043] MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 258. Stahlhelmführer Seldte erließ folgenden Aufruf: "Darum befehle ich entsprechend meinen Fehrbelliner Ausführungen gegen jede Reaktion: Der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler und in der Front der nationalsozialistischen Revolution." Beim "Scharnhorst", Bund dt. Jungmannen e. V., handelte es sich um eine weitere rechte Organisation.
[1044] MT vom 20.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 372.
[1045] KUROPKA, Schlageter, S. 96.

9.7.2. Politischer Mythos Albert Leo Schlageter: "Die Saat ist gesät."

Mit der Einweihung eines Schlageter-Denkmals auf dem Lohner Kreuzberg am 5. Oktober 1924 erreichte die zahlenmäßig geringe völkisch-nationale Bewegung Südoldenburgs vor 1933 ihren Höhepunkt. Albert Leo Schlageter wurde am 26. Mai 1923 auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen, nachdem ihn ein französisches Kriegsgericht zum Tode verurteilt hatte. Schlageter, der sich 1914 als Kriegsfreiwilliger gemeldet und nach dem Ersten Weltkrieg einem Freikorps angeschlosssen hatte, wurde verdächtigt, während des Ruhrkampfes an einem Sabotageakt beteiligt gewesen zu sein. Während die Reichsregierung den passiven Widerstand ausrief, wurde aktiver Widerstand nach dem Besatzungsrecht mit dem Tode bestraft. Zahlreiche Proteste gegen die Hinrichtung bereiteten den Boden dafür, Schlageter zum Nationalhelden zu erheben. Die Schlageter-Verehrung begann bereits am Tag nach seiner Beisetzung: Die Überführung seiner Leiche von Düsseldorf nach Schönau (Kreis Lörrach), dem Heimatort Schlageters, war von einer Reihe von Kundgebungen begleitet. Der Gedanke, für Schlageter ein Denkmal zu errichten, wurde von den Parteien der nationalen Oppostion lebhaft begrüßt. Der Katholik Schlageter, der in Freiburg i. Br. kurze Zeit Volkswirtschaft studiert hatte, gehörte der CV-Verbindung Falkenstein und dem Jungdeutschen Orden an. Dieser Umstand erhöhte in katholischen Kreisen die Sympathie für ihn. Mit dem Tod Albert Leo Schlageters hatte die völkisch-nationale Bewegung ihren Helden gefunden - und die Bewegung ihren Märtyrer. Der Fall Schlageter dokumentiert, wie das persönliche Schicksal eines Menschen politisch verfügbar gemacht und funktionalisiert werden konnte. Schlageters Leben und Tod wurden in das Licht einer politischen Legende getaucht, und sein "Vermächtnis" stand politisch zur Disposition, weil der Bürger Schlageter "sich zu eindeutig bestimmbaren politischen Prinzipien weder bekannt hatte, noch mehr bekennen konnte und seine Beteiligung an den Freikorpskämpfen dem bindungslosen Aktionismus einer verlorenen Generation entsprang". Der Umstand, daß Schlageter sowohl von den Kommunisten als auch von den Nationalsozialisten vereinnahmt werden konnte, liegt nach Kuropka "in seiner Tat begründet, die sich nicht in ein politisches Programm einordnete, sondern einen Terrorakt darstellt, dessen Folgen zu Lasten Unbeteiligter gehen mußten".[1046]

[1046] Ebd., S. 85-98, Zitate: S. 95.

Ausführlich berichtete die Vechtaer Zentrumspresse über den Deutschen Tag in Vechta und Lohne im Oktober 1924, gab allerdings dabei zu erkennen, daß es sich bei dem Artikel nicht um einen Eigenbericht der Zeitung handelte: eine milde Form der Distanzierung.[1047] In Stahlhelmkreisen Südoldenburgs wurde der Plan eines Schlageterdenkmals noch im Jahre 1923 aufgegriffen. Auf dem Stahlhelmtag in Schneiderkrug im Juli 1924 wurde beschlossen, für Albert Leo Schlageter auf dem Kreuzberg bei Lohne ein Denkmal zu errichten. Am 5. Oktober 1924 wurde das Schlageter-Denkmal im Rahmen eines "Deutschen Tages" eingeweiht. Während der Stahlhelm sich zur Tat Schlageters bekannte, lehnte die Redaktion der Vechtaer OV Sabotage als politisches Mittel ab, "das auch durch einen guten Zweck nicht zu rechtfertigen sei". Außerdem wurde bemängelt, daß Schlageter zu Südoldenburg in keinerlei Beziehung stehe. Der Plan, auf ein Schlageter-Denkmal zu verzichten und statt dessen "den Helden des Weltkrieges und des Ruhrkampfes" ein nationales Denkmal zu errichten, wurde vom Stahlhelm abgelehnt.[1048]

Der "Deutsche Tag" in Vechta wurde mit militärischer Disziplin organisiert und durchgeführt. Die Stadt Vechta, so berichtet die OV, empfing die Gäste "im Festkleide". Am Festmarsch, der sich um die Mittagsstunde am Bremer Tor formierte, nahmen die Reitervereine aus Dinklage, Lohne und Langförden, Stahlhelmortsgruppen aus dem Bezirk Südoldenburg und aus den Gauen Verden, Bremen, Osnabrück, Münster und Oldenburg-Ostfriesland, Baltikumkämpfer, Jungdeutscher Orden, Kriegervereine und Abordnungen der Studentenkorporationen CV "in Wichs" teil.[1049] Ein Übergewicht der Stahlhelmgruppen aus den protestantischen nordoldenburgischen Bezirken war unverkennbar. Die Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal in Vechta schloß dem Zeitungsbericht zufolge mit der Mahnung:

> "Die Saat ist gesät [...] möge sie hier überall aufwachsen und gedeihen, damit sie Früchte trägt."

[1047] OV vom 7.10.1924: "Ueber den Verlauf des Tages geht uns folgender Bericht zu."
[1048] KUROPKA, Schlageter, S. 90-93.
[1049] OV vom 7.10.1924, auch zum folg. Aus dem Gau Oldenburg-Ostfriesland waren Stahlhelmortsgruppen aus den Bezirken Ammerland, Brake, Butjadingen, Delmenhorst, Jeverland, Leer, Oldenburg, Emden, Varel, Wilhelmshaven-Rüstringen, Wildeshausen und Wittmund in Vechta vertreten.

Die Vechtaer OV schätzte die Teilnehmerzahl auf ungefähr 2 600 Mann und 50 Reiter mit etwa 85 Fahnen und 14 Musikkapellen und schilderte den eindrucksvollen Festzug der Uniformierten und Chargierten von Vechta nach Lohne:

> "Ein gewaltiger Zug, wie ihn Vechta selten sieht, bewegte sich durch die Hauptstraßen in Richtung Lohne ... ein bunter Zug war es, all die vielen Fahnen, feldgrauen Jacken und Mützen, die Abzeichen der einzelnen Orden."

Zu den Ehrengästen, die den Parademarsch abnahmen, zählte neben Vertretern des Adels auch der oldenburgische Erbgroßherzog. Bei der Zeremonie zur Einweihung des Schlageter-Denkmals, das als "Ring mächtiger Hünensteine" auf dem Kreuzberg zwischen Vechta und Lohne errichtet worden war, dankte Dr. Kohnen - 1924 noch Mitglied der DVP - den Gästen, "die deutschen Gedanken durch ihr Erscheinen Ausdruck gaben". Admiral Heinrich erinnerte an das Vermächtnis des 1923 "gefallenen" Albert Leo Schlageter, des ersten Märtyrers der nationalen Bewegung:

> "Hoffnung zuckt durchs deutsche Land, wenn in den Tagen, wo unter dem Druck des Hasses, unter der Knechtschaft jener, die Versöhnung heucheln, ein Mann echter Vaterlandsliebe aufsteht: Schlageter. Sein Geist ist Inbegriff alles echt Deutschen, wie es der Franzose fürchtet. Und daß er widerrechtlich den Schuß auf diesen Mann feuerte, das sei in alle Welt geklagt, das mög' ihn ruhlos wandern lassen. Schlageter ist Nationalheld, das beweisen die vielen Gedenksteine und =feiern im weiten Deutschland. Der Erinnerung dieses Helden gibt das Dokument, das Südoldenburger Stahlhelmleute aussannen und ausführten, wunderbaren Ausdruck. Mögen die Weststürme, die von hier tief ins Land wehen, von Freiheit singen, vom deutschen Mann erzählen, der für das Land starb; möge der Wanderer hier ein Gebet für Deutschlands alte Einheit weihen; die Mädel und Knaben wissen, daß einer Mutter Trauer der Stolz auf ihren Sohn getröstet. In diesem Sinne soll das Denkmal dem Schlageter geweiht sein. Das walte Gott."

Die Worte Admiral Heinrichs am neuen Schlageter-Denkmal auf dem Lohner Kreuzberg machen deutlich, daß die Rhetorik der nationalen Rechten mit der Vorstellung eines christlichen Gottes sympathisierte, in dem der Grund der deutschen Geschichte gewähnt wurde und der Deutschland aus seiner inneren und äußeren Knechtschaft herausführen sollte. Gauleiter Klein vom Gau Oldenburg-Ostfriesland nahm die Weihe der Banner der Stahlhelmortsgruppen aus Vechta, Cloppenburg, Ahlhorn, Hasbergen, Langförden und Ahlhorn vor und bezeichnete die Fahnen als Ausdruck derer, "die dahinter stehen, auch der 10 000 Mann, die nur mit Herz und Geist der heutigen Feier beiwohnen können". Klein fuhr in seiner Rede fort:

> "Keinen besseren Platz hätten die Vereine für die Bannerweihe finden können als dort, wo dem Mann der Tat der Augenblick gehört, wo einger Männer fester Wille dies Werk geschaffen, wo der Geist der ehemaligen Frontkämpfer um sie wehe. Den Willen zum Erfolg mögen die Gruppen mit hinausnehmen, dann muß dem deutschen Vaterland bald der Himmel blauen [...] Unter den Klängen des deutschen Flaggenliedes 'Stolz weht die Flagge schwarzweißrot' fielen die Hüllen."

Freiherr von Lüninck überbrachte die Grüße von Stahlhelmführer Seldte, der an den "Geist von 1914" appellierte, und zitierte ihn mit den Worten:

> "Wir fragen nicht nach Würde, Rang und Titel ... Das ist der Geist der Front, der einst die Reihen einte. Und nur 3 Monate den Geist von 1914 und der Spuk am Rhein ist fort ..."

Einen Ehrenplatz nahm Albert Leo Schlageter in den Verbänden der katholischen Studenten- und Philisterzirkel ein. Während seines Studiums in Freiburg i. Br. war er der CV-Verbindung Falkenstein beigetreten und hatte sich dem Kampfbund "Jungdeutscher Orden" angeschlossen.[1050] Wie der "Stahl

---

[1050] Der "Jungdeutsche Orden" wurde im März 1920 von Artur Mahraun gegründet und war dem Deutschen Ritterorden nachgebildet. (HORNUNG, Orden, S. 11-22: Zu Leben und Wirken Artur Mahrauns) Zeitlich fiel die Gründung des Ordens mit dem Scheitern des Kapp-Putsches zusammen. Mahraun wählte jedoch nicht den Weg des Staatsstreiches, sondern versuchte wie der andere politische Frontsoldaten-Verband und langjährige Rivale des Ordens, der "Stahlhelm", seine Stellung auf dem Boden der Verfassungstreue, zumindest der Legalität, zu festigen. Der Jungdeutsche Orden vertrat sozialromantische Ziele und bekämpfte zunächst den sog. "Parteiismus". Im "Programm", das Mahraun zur Gründung seiner politischen Gesinnungs-, Erziehungs- und Aktionsgemeinschaft vorlegte, hieß es: "Der Jungdeutsche Orden will durch die ordensartige Zusammenfassung aller gut deutsch denkenden Frontsoldaten und der in ihrem Geiste heranwachsenden Jugend eine Gemeinschaft herstellen, die fest entschlossen ist, den Wiederaufbau des geliebten Vaterlandes zu schützen und für die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes zu kämpfen. Sein Kampf gilt der sittlichen Entartung, dem Schiebertum, der Bestechlichkeit, die unseres Staates Grundfesten unterwühlen, Wiederaufbau und Wiedergeburt unmöglich machen. [...] In Partei und Staat will der Orden nur einen Unterschied pflegen: Schwarz oder weiß - Für oder wider des Vaterlandes Wohl und die ihm unentbehrlichen Tugenden seiner Bürger." (HORNUNG, Orden, S. 28) Nach der Ermordung Walther Rathenaus am 24. Juni 1922 wurde der Orden zum erstenmal verboten. Das Scheitern des Volksbegehrens gegen den Young-Plan veranlaßte Mahraun zur Gründung einer Parteiorganisation, die als "Volksnationale Reichsvereinigung" am 5. April 1930 ins Leben gerufen wurde. Sie schloß sich dem 'volksnationalen' Sammlungsversuch der Deutschen Staatspartei an. Die Verbindung zwischen der DDP und den Jungdeutschen war aber von Anfang an problematisch, obwohl der Jungdeutsche Orden im Laufe der Zeit eine positivere Haltung zur Weimarer Republik eingenommen hatte. (HORNUNG, Orden, S. 97ff.; SCHAAP, Endphase, S. 109f.) Die nationalsozialistische "Machtergreifung" führte zum Ende des Jungdeutschen Ordens, das Mahraun Anfang Juni 1933 bekanntgab. Die Jungdeutschen hatten sich nach Auffassung von Klaus Hornung bis zuletzt als Glied jener bündischen Front des 'dritten Weges' verstanden, die sich

helm" stieß auch der Jungdeutsche Orden vor allem seit dem Fehlschlag des Hitler-Putsches in München 1923 in katholischen Kreisen auf Vorbehalte und Ablehnung.[1051] Im Namen der südoldenburgischen Kriegervereine bedankte sich der Emsteker Verein auf dem "Deutschen Tag" in Vechta für die Einladung und erklärte:

> "Gern fanden sie sich zu dieser Weihe ein, haben doch Stahlhelm und Kriegerverein vieles gemeinsam ... Und dann Hand in Hand; denn 'Einigkeit macht stark'."

Das Schlageter-Denkmal wurde dem staatlichen Denkmalschutz, der Landgemeinde Lohne und den Besitzern des Grundstücks zur Pflege anvertraut. Der Bericht in der Vechtaer OV schloß mit einem Bild, dem zweifellos die Wirkung eines politischen Appells zukam:

> "Deutscher Tag, der in vielen Herzen neue Glut und neue Flammen schürte. Armes Deutschland, wann bricht wie Morgenröte Flammen Freiheit in dein Land?
>
> Deutschland, Deutschland über alles
> Und im Unglück nun erst recht.
> Erst im Unglück läßt sich sagen,
> Ob die Liebe frei und echt.
> Und so soll es weiter klingen
> Von Geschlecht zu Geschlecht:
> Deutschland, Deutschland über alles
> Und im Unglück nun erst recht."

---

aus dem Aufbruch der Jugendbewegung um die Jahrhundertwende und aus dem "Fronterlebnis" des Ersten Weltkrieges geformt hatte. (HORNUNG, S. 133ff.)

[1051] Die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag wies auf den völkischen Einschlag bei den Jungdeutschen und ihre Verbindung mit den Münchener Gruppen hin und lehnte den deutschnationalen Antrag, das Verbot des Ordens aufzuheben, ab. Katholische Geistliche wie der Jesuitenpater Friedrich Muckermann wandten sich gegen den Interkonfessionalismus des Ordens, der insbesondere die katholische Jugendarbeit bedrohe. (HORNUNG, Orden, S. 53) Muckermann gehörte zu den wenigen katholischen Geistlichen, die offen vor dem heraufziehenden Nationalsozialismus warnten, so im Kölner Vortrag über das Thema "Christentum und Diktatur", der in der Vechtaer OV wiedergegeben wurde (OV vom 15.10.1932). Nach dem Röhm-Putsch verließ er Deutschland und gab im holländischen Exil bis 1940 die Zeitschrift "Der Deutsche Weg" heraus. (GRUBER, Muckermann, S. 243, 262ff.) Den Grund für den Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland sah Muckermann im "rein religiöse[n] Katholizismus", im sog. "Sakristeichristentum", das seiner Meinung nach eine "innerkirchliche Irrlehre" darstellte und "der außerkirchlichen Bewegung gegen den Katholizismus im öffentlichen Leben" den Weg bereitete. (So Muckermann in einem Zeitschriftenaufsatz vom 23.12.1934, IN: MICHAELIS, Ursachen 2, S. 556) Vor diesem Hintergrund ist auch seine öffentliche Kritik am Jungdeutschen Orden zu sehen.

Eine tragische wie militant-aggressive Weltauffassung spricht aus dieser Umformung des Deutschland-Liedes wie aus der moralischen Ästhetik der Weihestunde, die die Welt als politische Vorstellung begriff. Die Einweihung des Schlageter-Denkmals auf dem Lohner Kreuzberg war in dieser beeindruckenden Form ohne die deutliche Unterstützung auswärtiger Verbände nicht denkbar, wurde aber im wesentlichen von den südoldenburgischen Ortsgruppen und vaterländischen Vereinen getragen. Die Weihestunde am Schlageter-Denkmal auf dem Lohner Kreuzberg adaptierte national-konservative Wertbegriffe und umgab sie mit einem völkisch-nationalen Nimbus. Die Grenzen zwischen der vaterländischen Bewegung der Kriegervereine und den völkischen Verbänden waren offensichtlich fließend, wie der "Deutsche Tag" in Vechta erkennen läßt. Eine Ursache liegt im gemeinsamen korporativen Freiheitsbegriff, der "bis zum Ende des Konservativismus in Deutschland prinzipiell antidemokratisch" blieb, und in der romantischen Neigung zum Nihilismus, der zwar auf Zerstörung des politischen Status quo aus war, aber keine Auskunft darüber zu geben vermochte, was er an die Stelle des Bestehenden setzen wollte.[1052] Aus den Worten am Schlageter-Denkmal sprach die Sympathie für den politischen Abgrund als die Voraussetzung für die Schaffung neuen Lebens.

Der "Deutsche Tag" in Vechta und die Einweihung des Schlageter-Denkmals in Lohne machen deutlich, daß der politische Konservatismus im katholischen Milieu Südoldenburgs den uniformierten Verbänden der nationalen Rechten zwar mit Zurückhaltung begegnete, aber zwischen beiden politischen Lagern im religiös verbrämten Bekenntnis zur nationalen Wiedergeburt Deutschlands und zum korporativen Freiheitsbegriff Gemeinsamkeiten herrschten, die sich in derartigen Aktionseinheiten zeigten. Albert Leo Schlageter fand in der nationalsozialistischen Zeit auch Eingang in das kulturelle Leben Südoldenburgs. Am 2. Dezember 1933 gastierte das Oldenburger Landestheater im Cloppenburger Central-Hotel mit dem Schauspiel "Schlageter" von Hanns Johst, einem nationalsozialistischen Schriftsteller. Die Cloppenburger MT besprach die Aufführung mit den wohlwollenden Worten:

> "Es zog jene Zeit wieder herauf, in der Deutschlands Schmach und Not den Höhepunkt errreicht hatte. Es erstand jene seelische Lage, in der sich die alten Frontkämpfer befanden, die sich als ‘Die Geächteten’ in der Republik vorkamen, wie Ernst Salomon es in seinem Roman schildert, jene Frontsoldaten, die im republikanischen Deutschland

[1052] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 198.

keine Heimat fanden, deren einzige Heimat die im Felde geschmiedete Kameradschaft war."[1053]

Die Schlageter-Gedächtnisfeiern wurden in Südoldenburg fortan zur Tradition.[1054] Am 24. Juli 1932 fand die erste große SA-Kundgebung Südoldenburgs am Schlageter-Denkmal in Lohne statt.[1055] Während die nationale Grundhaltung den Stahlhelm mit der "vaterländischen Bewegung" in Südoldenburg verband, isolierte ihn von der katholischen Umgebung ein politischer Radikalismus, der auch bei den deutschen Bischöfen auf Ablehnung stieß. Das war ein Grund, weshalb die katholischen Oberhirten dem Wehrverband ihr Plazet versagten und die lokalen katholischen Vereine sich von den Schlageter-Feiern in Vechta und Lohne distanzierten. Für sie gab es keine Sinnesverwandtschaft mit der völkisch-nationalen Bewegung - ganz im Sinne der bischöflichen Warnungen und Empfehlungen. So vermieden sie es, die mit ihnen konkurrierenden Verbände noch aufzuwerten und zu unterstützen. Deshalb konnte auch der Katholik Albert Leo Schlageter nicht zur nationalen Symbolfigur Südoldenburgs aufsteigen, obwohl der Oldenburger Stahlhelm versuchte, mit der Errichtung des Schlageter-Denkmals in Lohne und der imposanten Kulisse bei der Einweihungszeremonie in Südoldenburg Fuß zu fassen. Obgleich "der als Theologiestudent ausgegebene Katholik Schlageter ein durchaus geeignetes Symbol" war, "um auch in der katholischen Bevölkerung Aufmerksamkeit zu erregen", gelang es in Südoldenburg nicht, "den Stahlhelm akzeptabel werden zu lassen und seine antirepublikanischen Ideen zu popularisieren".[1056] Der Versuch politischer Infiltration scheiterte an der konsequenten Abwehrhaltung des noch relativ geschlossenen katholischen Milieus in Südoldenburg.

Für viele war der Stahlhelm in der Endphase der Weimarer Republik eine scheinbare Alternative zur NSDAP, die sich aber bald als Zwischenstation auf dem Wege in den Nationalsozialismus herausstellte.[1057] Mitte des Jahres

---

[1053] MT vom 4.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 435f.
[1054] HBL 2/1929. Belegt im Bild ist u. a. die Schlageter-Gedächtnisfeier am 26. Mai 1929 auf dem Kreuzberg bei Lohne.
[1055] NSDAP, 3. Kreistag, S. 14.
[1056] KUROPKA, Schlageter, S. 95.
[1057] MEYER, Macht, S. 75-77. Enno Meyer hat einige Dokumente zur Gleichschaltung des Stahlhelm in Oldenburg in der ersten Hälfte des Jahres 1933 zusammengestellt. Nach seiner Darstellung gehörte der Stahlhelm bis zum Sommer 1933 in Oldenburg zu den zahlenmäßig stärksten politischen Organisationen. Er fühlte sich 1933 als "Mitsieger" und pochte auf seine Verdienste um die "Nationale Revolution".

1933 verzeichnete Südoldenburg 20 Ortsgruppen des Stahlhelm, und weitere wurden umgehend gegründet. Neben dem Stahlhelm und dem Jungstahlhelm wurde in Cloppenburg Ende April 1933 auch eine Stahlhelm-Frauenschaft ins Leben gerufen, der nach dem Bericht der MT spontan 65 Frauen beitraten. Zur Vorsitzenden der Frauengruppe wurde Frau Peuss gewählt, die Leitung der Jungmädchengruppe übernahm Fräulein Kassen.[1058] Mit der NS-Frauenschaft, die am 3. Mai 1933 gegründet wurde, und der Stahlhelm-Frauenschaft bestanden 1933 in Cloppenburg zwei politische Organisationen für Frauen. Nach dem Bericht der MT traten 200 Frauen der Cloppenburger NS-Frauenschaft bei.[1059] Weitere Gründungen von Stahlhelm-Ortsgruppen meldete die Cloppenburger MT selbst aus kleineren Gemeinden wie Essen und Bösel, wo über 20 Personen ihren Beitritt erklärten.[1060] Die Initiative zur Gründung des Vereins in Bösel ging vom Friesoyther Stahlhelm unter der Leitung von Gruppenführer Hinrichs aus, und die Führung des Böseler Stahlhelm übernahm Hauptlehrer Josef Hachmöller, der Bösel später verlassen mußte.[1061] Sogar in kleinen Bauerschaften wie Höltinghausen und Warnstedt wurde eine Stahlhelm-Ortsgruppe ins Leben gerufen.[1062]

Der Umweg über den Stahlhelm erwies sich als politischer Irrtum, über den auch die mit großem Aufwand inszenierte Schlageterfeier vom 23. Mai 1933 in Vechta nicht hinwegtäuschen konnte. An dieser Feier nahmen 3 600 Stahlhelm- und 1 200 SA-Männer aus dem Oldenburger Land teil und zogen mit Fahnen und Bannern durch die geschmückte Stadt zum Schlageter-Denkmal auf dem Lohner Kreuzberg. Hier waren die Repräsentanten der Behörden ebenso versammelt wie etwa 100 Chargierte der CV-Korporation Falkenstein-Freiburg, der Schlageter angehört hatte. Am Vorabend der Gedenkfeier wurde das Schauspiel "Schlageter" in Schäfers Hotel aufgeführt, das am Sonntag im Rahmen eines Deutschen Abends noch einmal gespielt wurde.[1063] Stahlhelmkreisführer Dehlwisch aus Cloppenburg begrüßte besonders die Kameraden von der NSDAP und die Abteilungen der SA, "weil hierin vor aller Welt - was gerade in Südoldenburg besonders notwendig erscheine - dokumentiert werde, daß die braunen und feldgrauen Bataillone des neuen Deutschlands zusammen marschierten". Dehlwisch hieß insbesondere eine

[1058] MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 181.
[1059] MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 186.
[1060] MT vom 9.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 191.
[1061] MT vom 10.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 192.
[1062] MT vom 20., 29.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 204, 212.
[1063] KUROPKA, Schlageter, S. 85.

Abordnung des Philisterverbandes des CV-Falkenstein willkommen, zu der so prominente Persönlichkeiten wie der Cloppenburger Amtshauptmann Brand, Bürgermeister Brandis aus Vechta, Oberstudiendirektor Thomé und Bürgermeister Heukamp aus Cloppenburg zählten. Der Cloppenburger Studienrat Heinrich Ottenjann, der Leiter des Heimatmuseums, erklärte in seiner Funktion als Vorsitzender des Oldenburger CV:

> "Wie einst, als dieses Denkmal geweiht wurde, sind wir auch heute freudig und gern erschienen, um an dieser Feier teilzunehmen. Gilt es doch einen Mann zu ehren, der aus unseren Reihen hervorging, einen Mann, der in Farben seiner geliebten Verbindung das Bekenntnis zu den Prinzipien unseres Verbandes offen zur Schau trug, unsern lieben Albert Leo Schageter. Es scheint kein Zufall zu sein, daß Schlageter unter den mehr als 100 Korporationen Falkenstein-Freiburg als Mutter sich erkor; denn der Wahlspruch dieser Verbindung lautet: Deutsch und treu! Deutsch und treu! aber war der Grundzug im Wesen Schlageters."[1064]

Das politische Vermächtnis Schlageters faßte Heinrich Ottenjann in Worte, die sich in die völkische Rhetorik des Opfers und der Treue einschwangen. Er führte über die Beziehung des Münsterlandes zu Albert Leo Schlageter aus:

> "Er liebte sein deutsches Vaterland nicht schlechthin, wie alle die in dem gigantischen Ringen Deutschlands gegen eine Welt von Feinden draußen gestanden, gelitten und gestritten, geblutet und gefallen. Nein, er liebte sein Vaterland mit einer Leidenschaft ohnegleichen, mit einer Inbrunst, die nur ein Hauptziel des Lebens sein konnte; selbstlose und restlose Hingabe ans Vaterland. Wie sein Deutschtum greift uns ans Herz seine vorbildiche Treue, die er seinem Volk und Vaterland bewahrte bis in den Tod, die Treue, die ihn noch im Angesicht des Todes auch all seiner Cartellbrüder, denen er einst geschworen, im Leben Freund und Bruder zu sein, [...] gedenken ließ. Wir Oldenburger CVer aber freuen uns, daß auch hier im schönen Münsterland, unserem Kernland, ein Schlageter=Denkmal errichtet ward, wofür dem Stahlhelm in erster Linie Dank gebührt."[1065]

Nach 1933 wurde die Auseinandersetzung um das Schlageter-Denkmal einer politischen Revision unterzogen und die Einweihung des Denkmals im Oktober 1924 zum Höhepunkt der "Kampfzeit" erklärt. In einem Beitrag "Zur Geschichte der nationalen Bewegung im Oldenburger Münsterlande" erinnerte Dr. Anton Kohnen anläßlich des 3. Kreistages der NSDAP in Vechta 1936 an die Einweihung des Schlageter-Denkmals und den "Deutschen Tag"

[1064] MT vom 29.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 214.
[1065] MT vom 29.5.1933.

in Vechta im Jahre 1924 und korrigierte die Geschichte Südoldenburgs eindeutig im nationalsozialistischen Sinne:

> "Seit diesem ersten 'Deutschen Tag' im Münsterlande war die nationale Bewegung nicht mehr zu überwinden."[1066]

9.8. Einheit von Glauben und Politik

Das geistige Fundament des katholischen Milieus in Südoldenburg war eine Symbiose aus katholischer Religion und Politik, in der die Politik durch die Religion ersetzt wurde und aus ihr ihre unpolitischen Denkfiguren schöpfte. Sie wurden montiert zu einem diffusen religiös-moralischen Komplex, der als politische Tugend- und Pflichtübung autoritativ an den einzelnen Gläubigen herangetragen wurde. Zur Sühne und Vergebung war die sakramentale Vermittlungsfunktion der katholischen Kirche erforderlich, die sich damit unverzichtbar und durch keine Instanz auf Erden ersetzbar in den Heilsweg des Menschen einschaltete. Dieser moralische Komplex von Schuld und Sühne beschränkte sich nicht auf die religiöse Existenz des Menschen. Er holte das gesellschaftliche und sogar das politische Leben ein und stellte es in seinen Schatten. Zu seinem symbolischen Fluchtpunkt wurde in Südoldenburg der Wallfahrtsort Bethen.

9.8.1. Katholische Sammlung: "Kath. Männer, auf den Bergen rauchen die Flammenzeichen."

Politik ist Glauben, und Glauben ist Politik, und Glauben ist Gnade nach dem Bekenntnis einer verabsolutierten christlichen Religion, die im katholischen Milieu Südoldenburgs fundamentalistische Züge trug. Das Leid und die Ent

---

[1066] NSDAP, 3. Kreistag, S. 12: Kohnen erinnerte an das 'Kampfjahr' 1924, den Anfang der Bewegung in Südoldenburg: "Den Höhepunkt des Kampfes brachte das Jahr 1924. Aus Anlaß der Errichtung des Schlageterdenkmals auf dem Kreuzberge kam es zu schwersten Auseinandersetzungen in der Presse Nord- und Südoldenburgs. Im Zentrum ging man soweit, daß die Erschießung Schlageters durch die Franzosen als berechtigt hingestellt und die Errichtung eines Denkmals für Schlageter als eine 'Schande für das Oldenburger Münsterland' bezeichnet wurde! Ein Sturm der Entrüstung in ganz Oldenburg war die Folge. Auch im übrigen Deutschland wurde man auf die Vorgänge in Vechta aufmerksam. So kam es, daß die Beteiligung an der Einweihung des Schlageterdenkmals am 5. Oktober 1924 gewaltig wurde." Die Äußerungen, die Kohnen dem Zentrum zuschrieb, sind nicht belegt und erweisen sich als politische Propaganda.

behrungen des Ersten Weltkrieges forderten zur religiös-sittlichen Erneuerung und moralischen Besinnung auf die christlichen Traditionen und Werte auf, die bereits durch die wirtschaftliche Konjunktur in der Vorkriegszeit und den "Wilhelminismus", dem sich auch die Katholiken nicht hatten entziehen können, ins Wanken geraten waren. Der Krieg brachte Leid und Entbehrung in viele Familien des Münsterlandes, das sich in der Not besonders am Wallfahrtsort Bethen wieder seiner religiösen Wurzeln versichern wollte. In den Tagen des Weltkrieges wurde der Grundstein gelegt für den Wiederaufstieg des Wallfahrtsortes Bethen und die gläubige Marienverehrung, die besonders vom späteren Bischof Clemens August gepflegt wurde.[1067] Die Bedeutung Bethens, des nördlichsten deutschen Wallfahrtsortes, unterstreicht eine Reihe von "Wallfahrtsbüchlein", die während und nach dem Ersten Weltkrieg veröffentlicht wurden.[1068]

"Und da soll unser oldenburgisches Münsterland nicht national sein", heißt es in einem Erlebnisbericht über den Wallfahrtsort Bethen, der 1924 in der Vechtaer OV erschien, "es soll ultramontan sein, d. h. über die Alpen zum Papste schauen". Dieses weitverbreitete Mißverständnis versuchte ein persönlicher Erlebnisbericht in der Vechtaer Zentrumspresse aufzuklären und auszuräumen:

> "Wenn unsere katholische Religion mit ihrer herrlichen alten Liturgie und Kunst die Nationaldenkmäler wie Sonnenlicht vergoldet, dann sind sie erst recht national aus dem Herzen. Was war das doch in diesem Sommer für eine wunderbare Wallfahrt aus den Kirchen des Amts Friesoythe mit ihren tausenden Betern und Fahnen und Gesängen. Aus den dunklen Pfaden der Kirchenwälder [in] Varrelbusch kamen sie gewandert wie ein überirdisches Bild im Sonnenlichte und zogen wie ein Kriegsheer zur Kriegergedächtnisstätte, und viele Tränen wurden dort geweint um Söhne, die einsam in West und Ost und Süd unter der Erde in Heldengräbern ruhen. Ob sie an Preußen und Hohenzollern und Wiederaufbau Deutschlands und Versailles gedacht haben, weiß ich nicht, daß sie aber tief national dachten, weiß ich sicher."[1069]

[1067] BEERING, Bethen, S. 317-325; STRICKMANN, Bethen; SCHLÖMER, Bethen, S. 172-174; STRICKMANN, Heinz: Die Literatur Bethens - Deutschlands nördlichster Wallfahrtsort, IN: MT vom 6.9.1991; ders., Wallfahrtsort Bethen gedenkt der ersten urkundlichen Erwähnung vor 550 Jahren, IN: MT vom 20.6.1998.

[1068] LANDGRAF, Wallfahrtsbüchlein; LANDGRAF, Bethen. Der Reinertrag aus dem Verkauf des 95 Seiten umfassenden Buches war für die Anschaffung des Hochaltars in der Wallfahrtskirche bestimmt, gewidmet war das Werk "dem hochwürdigen Herrn Eduard Brust, Pfarrer in Cloppenburg-Krapendorf, Geheimer Kirchenrat, Päpstlicher Geheimkämmerer, Ehrendomherr, Landdechant, Ehrenbürger der Stadt Cloppenburg, gestorben am 3. Februar 1926".

[1069] OV vom 9.10.1924, auch zum folg.

Der Autor des Berichtes entwirft dann das Bild eines anderen nationalen Denkmals "monumentaler Art", das von den Dammer Bergen aus das Münsterland überragte. Das "Herz=Jesudenkmal" sollte als Ergänzung zum "Nationalgedächtnismal Bethens" treten und die romantisch-religiöse Vision von einem Deutschland tragen, in dem Volk und Christentum wieder versöhnt waren und in dem Thron und Altar wieder eine Einheit bildeten. Diese Vision stieg aus den Gräbern des Ersten Weltkrieges empor:

> "Jesus und Maria - unsere höchsten Ideale! Irgendwo im lieben Münsterlande stelle ich es mir schon im Geiste vor [...], auf den Dammer Bergen oben in blühender Heide! Maria bewacht und beweint mit den Heldenmüttern ihre Toten zu Bethen unter der Krypta, welche die Heldengräber repräsentiert. Jesus streckt seine siegreiche, segnende Hand aus über unser Vaterland."

Die Aufforderung an die umliegenden Bauerschaften und Dörfer, weiterhin den Ausbau der kirchlichen und nationalen Weihestätte in den Dammer Bergen zu unterstützen und bereitwillig zu spenden, erhielt eine religiös-romantische Aura, die eine ganz und gar irdische Dimension und ein politisches Anliegen hatte:

> "Wollt Ihr Eure Kinder vor neuen Kriegen bewahren, Euer Haus und Hof vor der roten Internationale schützen, die segnende Hand Jesu über Euer Anwesen haben - moderne Heiden und Halbchristen mögen dies belächeln - gebt in Fülle für das neue Herz=Jesu=Denkmal unserer teuren Heimat!"

Die Wallfahrtskirche in Bethen ist seit alters her der Jungfrau und Gottesmutter Maria geweiht. Zu einem außerordentlichen Ereignis geriet die Krönungsfeier des Gnadenbildes in Bethen am 12. Juli 1925, als die gestohlene Krone in feierlicher Weise in Verbindung mit einer Sühneprozession zurückgebracht wurde.[1070] Die Vechtaer OV erinnerte aus diesem Anlaß an die

---

[1070] STRICKMANN, Bethen, S. 64f.; ders., Diebe vergruben Marias Krone im Garten, IN: MT vom 7.9.2000. Im November des Jahres 1920 war die Krone des Gnadenbildes von Bethen gestohlen und vergraben worden. Hinweise aus der Bevölkerung führten 1924 zur Entdeckung der Krone, die anschließend durch den Juwelier Willen in Cloppenburg vergoldet wurde. Am Sonntag, dem 12. Juli 1925, fand die feierliche Krönung des Bether Gnadenbildes statt. Aus Anlaß der Prozession der Pfarrgemeinden St. Andreas und St. Josef nach Bethen waren die Häuser der Stadt festlich geschmückt. Der lange Zug wurde vom Musikverein der St. Josefskirche, von der Kapelle des Katholischen Arbeitervereins und der "Harmonie" Stapelfeld begleitet. Dechant Brust benedizierte die Krone und weihte sie der Gottesmutter. Die Vechtaer OV würdigte diese Wallfahrt als ein herausragendes Ereignis des religiösen Lebens in Südoldenburg: "Eine solche Wallfahrt sah der altehrwürdige Gnadenort Bethen noch nie, wie am gestrigen Sonntag. Es galt, das alte Gnadenbild, das seit vielen Jahrhunderten der Kern und Stern unseres Gnadenortes, ein religiöser Mittelpunkt

religiöse Vorbildfunktion der Gottesmutter für den gläubigen Katholiken und referierte die Predigt, die der Kapuzinerpater Andreas aus Clemenswerth beim Feldgottesdienst auf einer "an einem dicken uralten Baumstamm befestigte(n) Kanzel" hielt. Bei dieser Gelegenheit rief der Geistliche die Gläubigen dazu auf, den Bau der neuen Wallfahrtskirche weiterhin durch Spenden zu unterstützen:

> "Ausgehend von dem Wort der hl. Schrift: 'Ehre deine Mutter alle Tage deines Lebens', schilderte er die hohen Vorzüge der Muttergottes vor allen Menschen und die Macht ihrer Fürbitte, lobte die Bewohner des Münsterlandes wegen ihrer Liebe zu Maria, die sie zeigen durch den Bau des herrlichen Mariendomes an dieser uralten ehrwürdigen Gnadenstätte, und ermahnte ernst und feierlich, nicht zu erlahmen im Opfern und Spenden, bis der Bau im Innern und Aeußern vollendet und ausgestattet da steht. Zum Schluß rief er den Segen der Muttergottes herab auf die Anwesenden; die Kinder, die Jünglinge und Jungfrauen, die Eltern, die Kranken. Denn auch Kranke waren da. Die Bether hatten auf vier Wagen alle Kranken, die transportfähig waren, aus dem Cloppenburger Krankenhause zu dieser seltenen Feier herbeigeholt."[1071]

In Bethen verdichtete sich symbolisch die moralisch-religiöse Identität des Oldenburger Münsterlandes, die in einer Symbiose von christkatholischem und nationalem Geist der modernen Welt trotzte und sich ihres Ursprungs und ihrer Bestimmung immer wieder versichern mußte: alles zu tun, um den christlichen Glauben und die katholische Kirche zu bewahren und zu beschützen, das Erbe der Väter zu erfüllen und an dem geistigen Ort zu verharren, wo Gott den Menschen nach dem unergründlichen Plan seiner Vorsehung hingestellt hatte. Dafür wurden in Bethen Kirche und Krypta zum Gedächtnis an die katholischen Gefallenen des Oldenburger Landes errichtet, damit niemals vergessen werden konnte, wofür katholische Männer ihr Leben gelassen hatten: für ihren Glauben und ihre Kirche, für ihre Heimat und für ihr deutsches Vaterland. An dieser zeitlosen historischen Mission hatten alle Umbrüche der Geschichte nichts geändert. Der Kapellenbauverein unter Führung des Dechanten Eduard Brust erkannte im Ersten Weltkrieg seine historische Stunde und Aufgabe. Er setzte den Plan zum Bau einer Wallfahrtskirche zielstrebig in die Tat um, um dem katholischen Südoldenburg in

---

unseres katholischen Volkes gewesen ist, vor dem so viele Menschen Jahrhunderte gekniet und gebetet, Trost und Hilfe empfangen haben, feierlich zu krönen. Wie hatte sich alles auf diesen Tag gefreut! Die Bewohner von Bethen hatten schier alles Mögliche aufgeboten, den Tag ihrer Gnadenmutter zu verschönern. Viele hundert Meter Guirlanden aus zartem Tannengrün hatten sie gewunden, den Kapellengang damit zu umsäumen und zu verzieren, den Baldachin über dem Altar zu schmücken." (OV vom 13.7.1925)

[1071] OV vom 13.7.1925; STRICKMANN, Bethen, S. 73-77.

Bethen ein unübersehbares und in die Pflicht nehmendes Symbol zu setzen. So trug die wiederbelebte Wallfahrtstradition in Bethen erheblich zur sozialen und kulturellen Verdichtung des katholischen Milieus in Südoldenburg bei und wurde in Zeiten historischer Umbrüche und Entwurzelungen in Erinnerung gerufen. In Bethen erlebte der südoldenburgische Katholizismus immer wieder seine historische Mission und seine moralische Kraft, mit der er sich im Kampf für die Rechte der katholischen Kirche rüstete. In Bethen stand das Münsterland unmittelbar zu Gott und bat um Auftrag und Sendung in der historischen Zeit.

Die Planungen für den Bau einer neuen Wallfahrtskirche in Bethen, die auf die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückgehen, gerieten zu Beginn der Weimarer Republik ins Stocken. Von 1920 an ruhte aufgrund der Inflation die Buchung der Vereinsbeiträge. 1921 wurde auf Vorschlag von Vikar Göttke die Einführung von Anteilscheinen, lautend auf 1 000 Mark, beschlossen. Um der Inflation vorzubeugen, begann der Kapellenbauverein Sachwerte statt Papiergeld zu sammeln. Dazu zählten vor allem Kartoffel- und Eiersammlungen.[1072] Durch die anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise, die auch die Agrarwirtschaft betraf, geriet der Bau der Wallfahrtskirche immer mehr in Gefahr. Deshalb rief die Vechtaer OV zu weiteren Spenden auf und erinnerte an die "heilige Pflicht", dem Bau dieser Kirche zur Vollendung zu verhelfen. "Müßten wir Münsterländer uns nicht schämen", fragte die Zeitung fordernd an, "wenn wir dieses Opfer nicht bringen wollten?" Bei dieser Gelegenheit unterstrich sie die Sonderstellung Südoldenburgs in der modernen nichtkatholischen Welt und beschrieb in idealtypischer Weise die Lage der Heimat im Jahre 1923:

> "Klagen wir nicht über Nichtkönnen, über Not und Teuerung. Wir Münsterländer wohnen in einer der glücklichsten Gegenden unseres lieben deutschen Vaterlandes. Wir verspüren hier wenig die Not und das Elend der Großstädte. Unsere Fluren und Felder hat seit Jahrhunderten kein Feind mehr verwüstet. Wo unsere Brüder und Schwestern am Rhein und an der Ruhr für uns die größten Qualen dulden und Opfer bringen, können wir noch friedlich unserer Tagesarbeit nachgehen. Uns hat der liebe Gott die ganzen Kriegs= und Nachkriegsjahre hindurch Gelegenheit gegeben, durch fromme Liebeswerke so manche in Not geweinte Träne zu trocknen."[1073]

[1072] STRICKMANN, Heinz: Vor 75 Jahren wurde der Kirchenbauverein Bethen gegründet, IN: MT vom 6.9.1991.

[1073] OV vom 30.3.1923. Die Zeitung führte Beispiele an, wie die Bevölkerung für den Bau der Wallfahrtskirche "trotz der Ungunst der Zeit" spenden konnte: "Wenn jeder Bauer im Old. Münsterland mal soviel Eier geben würde, wie seine Hühner an einem Tage legen, oder eine entsprechende Geldsumme, welche ungeheure Summe würde das insgesamt geben? Wenn jeder

Das Münsterland war den Bau der Kirche "nicht nur unserem Gotte schuldig, der uns vor so mancher Not bewahrt hat", sondern auch "unsern Kindern und Kindeskindern" und "vor allem auch unseren gefallenen Söhnen und Brüdern". Ihnen gegenüber wurde das Versprechen erneuert:

> "Freilich, wir werden sie nie vergessen, sie, die für uns starben, aber auch unsere Kinder und Kindeskinder sollen sie nicht vergessen, darum bauen wir ihnen ein Denkmal. Und was für ein Denkmal? Ein Gotteshaus, eine Wohnung für den, der sie aus diesem Leben rief, als die todbringende Kugel sie traf."

Der Bau der Kirche gelangte zur Vollendung. Seit dem ersten Adventssonntag 1927 fanden bereits Gottesdienste in der Wallfahrtskirche statt, bevor sie am 14. September 1929 durch Bischof Johannes Poggenburg konsekriert wurde. Die Namen der katholischen Gefallenen aus dem Oldenburger Lande wurden in der Krypta der Wallfahrtskirche verzeichnet. Am 18. November 1931 wurde die Gedächtniskapelle geweiht und erlebte Bethen die erste große Trauerfeier "für jene unserer 3 646 Brüder", deren Namen auf den Tafeln verewigt wurden.[1074] Damit begann eine Tradition von Kriegergedenktagen, die 1933 von den neuen Machthabern in Heldengedenktage umfunktioniert wurden. Bethen war wieder zum Mittelpunkt des religiösen Lebens im Münsterland geworden und wurde als solcher in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft auch zum Ort der glaubensbegründeten Opposition vieler Katholiken in Südoldenburg.

Die Absicht, "der Gottesmutter in Bethen eine Wallfahrtskirche zu bauen, ihrer würdig, und damit zugleich im Andenken an die gefallenen Helden des Münsterlandes eine Kriegergedächtniskirche", bezeichnete die Vechtaer Zentrumspresse am Tag der feierlichen Konsekration als "heiligen Gedanken". Sie würdigte in einer religiös verklärten Sicht das große Ereignis und empfand Genugtuung darüber, daß das katholische Südoldenburg durch den Bau von Wallfahrtskirche und Krypta in dem kleinen Ort Bethen einen religiösen Mittelpunkt erhielt. Von ihm sollte Segen ausgehen:

> "Münsterland, hier ist heute und wird einst noch mehr sein ein Mittelpunkt deines religiösen Lebens. Möge ein Segen von ihm ausgehen in alle deine Städte und Dörfer, in

---

Bürger u. Bauer so nach Kräften gibt, dann ist der Bau der Kirche nur mehr eine Frage der Zeit und keine Geldfrage mehr."

[1074] STRICKMANN, Bethen, S. 101.

> alle deine Familien, in alle Herzen, die Trost und Frieden suchen in der Unruhe und dem Hasten der heutigen Zeit, die Kraft und Stärke suchen in Leid und Not.[1075]

Zwei Tage vor der Einweihung der Kriegergedächtniskapelle am 18. November 1931 unterstrich die Vechtaer OV die untrennbare Einheit von Glauben und Politik in der katholischen Vorstellungswelt Südoldenburgs. In der Krypta, einer "unterirdische(n) Halle", seien wie in einer Unterwelt die Namen von 3 646 katholischen Gefallenen aus dem Oldenburger Land verzeichnet, die mit Christus auf ihre Auferstehung am Jüngsten Tag warteten und aus dem Gedächtnis der Menschen nicht auszulöschen seien:

> "Wie festgebannt bleibt jeder, der vor diese Tafeln tritt, stehen, studiert die Namen, findet immer neue Bekannte, Freunde, Verwandte. Lebendig wird's, die Toten stehen wieder auf, ein ganzes Regiment wackerer Glaubensbrüder, viele Tausende braver Landsleute, die ihre Liebe zum Vaterlande mit dem Tode besiegelten. [...] Mögen anderorts ihre Namen verwittert und verblichen sein, das Landesdenkmal der Wallfahrts- und Kriegergedächtniskirche zu Bethen wird fernsten Geschlechtern von den furchtbaren Todesopfern des blutigen Weltkrieges Kunde geben. Gleichzeitig aber wird dieses Denkmal mit Ruhm und Stolz von dem Opfergeist und der Dankbarkeit des oldenburgischen Volkes erzählen, das seine im Kampf gefallenen Söhne so würdig ehrte."[1076]

Nur die religiöse Auferstehungsallegorie vermochte auszudrücken, worin das politische Vermächtnis der Gefallenen bestand und was es für die nachkommenden Generationen bedeutete: eine Pflicht zur Erinnerung und Erfüllung. Ein geheimnisvolles Walten und der Atem Gottes verbargen sich nach christkatholischem Glauben in der Geschichte, die sich wie im Rhythmus von Tod und Auferstehung immer wiederholte. In der religiösen Weltsicht, die in Bethen ihre höchste Integrität und tiefste Symbolik erfuhr, waren Gott und Welt, Mensch und Natur, Kultur und Gesellschaft nach dem Entwurf des göttlichen Schöpfungswillens noch nicht durch Menschenhand getrennt, sondern existierten in ihrer organischen Ganzheit aus der Gnade des Urbildes durch alle Zeiten hindurch.

Die untrennbare Symbiose des Religiösen und des Profanen gelangte leitbildhaft zur sinnlichen Anschauung im kleinen Wallfahrtsort Bethen, der in der Weimarer Republik durch den Bau der Wallfahrtskirche und des oldenburgischen Landesdenkmals zum religiösen Mittelpunkt des katholischen

---

[1075] OV vom 14.9.1929; STRICKMANN, Bethen, S. 83-85: Wiedergabe der MT. Die Artikel in der OV und in der MT stimmen überein und sind offensichtlich vom gleichen Autor verfaßt.
[1076] OV vom 16.11.1931: Gedenkblatt; STRICKMANN, Bethen, S. 103f.

Milieus in Südoldenburg wurde. Als nationale Kultstätte des südoldenburgischen Patriotismus wurde für die verlorene Weltkriegsgeneration ein Landesdenkmal errichtet, das bis heute in der Krypta der Wallfahrtskirche zu Hause ist. Die Einweihung der Gedächtniskapelle am großen Kriegergedenktag am 18. November 1931 schilderte die Cloppenburger MT als einen ewigen Totensonntag, an dem Natur und Landschaft die Trauer der Menschen teilten. Niemand war allein. In synästhetischer Sicht, wie sie der romantischen Chiffre eigen ist, verschmolzen Mensch und Natur im Tode zu einer Einheit, die von Gott ausgegangen war und zu Gott zurückgefunden hatte:

> "Trüb und nebelschwer schaut der Morgen des 18. November ins Land. Ringsum Totenstille. Nur aus den kahlen Baumkronen fällt hin und wieder ein schwerer Wassertropfen, einer Träne gleich, ins verwelkte Laub, das den Rasen deckt. Schweigend beugt sich die Natur vor dem allgewaltigen Sterben. Und tiefer und immer tiefer duckt sich das letzte Hälmchen vor dem unabänderlichen Naturgesetz."[1077]

Stilistisch zeigt der Pressebericht eine Reihe von Merkmalen, die ihn als patriotischen Kitsch ausweisen. Er enthält viele Voraussetzungen für die politische Manipulation des religiösen Todesrituals in der nationalsozialistischen Zeit. Der Krieg wird aus seinem historisch-politischen Kontext herausgenommen und zum dämonischen Naturereignis stilisiert. So unvermeidbar wie das Sterben in der Natur im Rhythmus der Jahreszeiten, so unvermeidbar war das Sterben des Menschen im Krieg. Nach diesem Naturgesetz folgte dem Sterben Deutschlands im verlorenen Krieg die Auferstehung der deutschen Nation zu neuem Glanz und Ruhm, ihre politische Wiedergeburt, die im November 1931 noch in das geheimnisvolle Dunkel der Geschichte gehüllt war. Der Krieg wurde wieder zur Allegorie des politischen Lebens. Pfarrer Alwin Siemer aus Cappeln hob in seiner Trauerrede in Bethen besonders das Gemeinschaftserlebnis als die zentrale Erfahrung des Ersten Weltkrieges hervor, die sich an moralischer Größe weit über die politischen Niederungen der Weimarer Parteiendemokratie erhob:

> "Zu opfern, zu entbehren war ihr Kriegsleben, zu kämpfen für den Frieden der Heimat war ihre Aufgabe, zu sterben in Gottergebung war ihr letztes Los. Nun sind sie in Gott oder harren noch der Erlösungsstunde aus dem Reinigungsorte. Für unser eigenes Leben mahnen sie uns: Seid opferbereit für die Notleidenden eurer lebenden Brüder und

[1077] STRICKMANN, Bethen, S. 105: Wiedergabe aus der MT.

Schwestern! Dient dem Frieden des Vaterlandes und laßt ab von dem gegenseitigen Kampf in Parteien und Klassen! Habt Vertrauen zu Eurem Gott!"[1078]

Zur politischen Perversion gelangte der autoritäre Charakter in der Opferideologie, die "die Selbstaufopferung als höchste Tugend preist und durch seinen idealistischen Anstrich auf viele Menschen Eindruck macht". Der Psychoanalytiker Erich Fromm unterscheidet zwischen dem unausweichlichen Tod, der zur tragischen Existenz des Menschen gehört und "nie süß" ist, "auch dann nicht, wenn man ihn für das höchste Ideal erleidet", und dem Opfer, das der Faschismus ausgerechnet mit religiösen Formeln zelebrierte. Hier stellen sich überraschende geistige Verwandtschaften zwischen der Opferideologie des Nationalsozialismus und des Christentums ein: Beide Antworten richten sich auf die tragische Existenz des Menschen und versuchen, die Gegenwart des Todes zu verdrängen. "Das Christentum", so umschreibt Fromm diese Art der Verdrängung, "machte den Tod zu etwas Unrealistischem und versuchte die Unglücklichen mit der Verheißung eines Lebens nach dem Tode zu trösten". Die Verdrängung blendet das Bewußtsein aus, "daß wir leiden und sterben müssen", und kann den Tod deshalb nicht "zu einem der stärksten Antriebe für das Leben, zur Grundlage für die menschliche Solidarität" machen.[1079] Die nationalsozialistische Ideologie bediente sich einerseits der Analogie des christlichen Opfertodes und grenzte sich andererseits strikt gegen sie ab, um die Übertragung der lebensverneinenden Impulse auf das emotionale Klima in der deutschen Diktatur zu unterbinden.

Es ist kein historischer Zufall, daß der kleine Ort Bethen nach dem Bau der Wallfahrtskirche mit der Krypta für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges zum religiösen Zentrum des Münsterlandes am Ende der Weimarer Republik wurde.[1080] Die feierliche Konsekration durch Bischof Johannes Poggenburg wurde zu einem Triumph des katholischen Glaubens über den areligiösen

---

[1078] STRICKMANN, Bethen, S. 106f.: Wiedergabe aus der MT. Mit dem "Reinigungsorte" war im katholischen Glauben das Fegefeuer gemeint, in dem die Seele von den Sünden - Todsünden ausgenommen - gereinigt wurde. Wer im Stande der Todsünde starb, war dem ewigen Verderben in der Hölle verfallen.

[1079] FROMM, Freiheit, S. 213. Der Autor erkennt in der Haltung des Opfers einen masochistischen Hang und charakterisiert ihn mit den Worten: "Dieses masochistische Opfer sieht die Erfüllung des Lebens in dessen Negierung, in der Auslöschung des Selbst. Diese Art des Opfers ist nur höchster Ausdruck dessen, was der Faschismus in allen seinen Abarten erreichen möchte - die Vernichtung des individuellen Selbst und seine völlige Unterordnung unter eine höhere Macht."

[1080] BEERING, Bethen, S. 323; STRICKMANN, Bethen, S. 69.

Zeitgeist und zu einem Höhepunkt in der Geschichte des religiösen Lebens in Südoldenburg. Untrennbar verbunden mit dem Bau der Wallfahrtskirche und dem Aufstieg Bethens zum religiösen Zentrum Südoldenburgs ist der Name von Prälat Eduard Brust, Pfarrer von St. Andreas in Cloppenburg-Krapendorf, der seit dem Jahre 1900 Dechant des Dekanats Cloppenburg war. Brust wurde seinerzeit vom Offizial nicht wie üblich auf die Dauer von fünf Jahren, sondern auf Lebenszeit zum Dechant ernannt. Am 22. Januar 1925 feierte Brust sein 25jähriges Dechantenjubiläum, zu dessen Ehren in der Andreaskirche unter Teilnahme des Bischöflichen Offizials Meyer ein Levitenamt gelesen und ein Fackelzug unter Begleitung von Liederkranz, Musikkapellen und katholischen Standesvereinen veranstaltet wurde.[1081] Pfarrer Eduard Brust, der im Jahre 1926 starb, hat die Einweihung der Wallfahrtskirche in Bethen nicht mehr erlebt. Mit Recht ist von einer "Ära Brust" (1891 bis 1926) zu sprechen, weil sich in der Person des hochangesehenen Geistlichen eine ausgeprägte Kontinuität in der Kirchengeschichte Cloppenburgs verkörpert.[1082]

9.8.2. Kollektives Bekenntnis zum katholischen Glauben: "Der Unglaube will herrschend werden in dieser Welt."

Einen Tag nach der Konsekration der Wallfahrtskirche am Samstag, dem 14. September 1929, wurde die große Tradition der Bether Wallfahrten mit der Männerwallfahrt am 15. September 1929 fortgesetzt. Sie versammelte "die größte Menschenmenge, die der Wallfahrtsort Bethen je gesehen hat". Bezeichnenderweise wurden die Wallfahrten nach Bethen nach Geschlechtern und Ständen getrennt durchgeführt. Die Chronik verzeichnet Wallfahrten für Jungfrauen und Jünglinge, Männer und Frauen (Mütter) und Wallfahrten für Arbeiter. Die Gliederung nach christlichen Ständen galt in derselben Weise auch bei den kirchlichen Prozessionen und der Sonntagskommunion.[1083]

Wenige Wochen vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wurde die Predigt von Bischof Johannes Poggenburg vor 8 000 Männern aus Südoldenburg zu einer triumphalen Beschwörung des katholischen ORDO in einer widrigen Zeit, die nach katholischem Empfinden von gottlosem Materialismus und

---

[1081] Chronik, Liederkranz, o. S.: Bericht der Cloppenburger MT.
[1082] St. Josefs-Hospital, 125 Jahre, S. 29.
[1083] STRICKMANN, Bethen, S. 63.

moralischer Dekadenz beherrscht wurde. Der Glauben sollte das ganze Dasein des Katholiken durchdringen und ihm Sendung und Auftrag für das politische und gesellschaftliche Leben sein. Obwohl Bischof Johannes Poggenburg jede direkte politische Anspielung vermied - ein typisches Beispiel für die unpolitische Rhetorik in der katholischen Öffentlichkeit - kam seiner Predigt eine herausragende gesellschaftliche und politische Wirkung zu. Den ersten Teil seiner Ansprache widmete Bischof Johannes der Zeitbetrachtung, und er erhob eine scharfe moralische Anklage gegen die Erscheinungsformen des modernen Zeitgeistes sowohl in der industriellen Arbeitswelt als auch in Kunst, Kultur und Wissenschaft:

> "Ein großer Teil der menschlichen Gesellschaft ist heute gleichgültig geworden gegen Gott und den hl. Glauben. Viele sind gottentfremdet und ungläubig geworden. Der Unglaube will herrschend werden in dieser Welt. Er wird gepflegt von einer sogen. ungläubigen Wissenschaft; er wird vergöttert in der Kunst und Poesie; er redet zu den Menschen mit tausend Zungen in der Presse und Literatur; er wird gelehrt in den Werkstätten und Fabriken; er ist heimisch geworden in den Hütten der Armen, und in den Palästen der Reichen."[1084]

Die Ursache für die politische und soziale Krise der Gegenwart sah der Oberhirte - ganz in der Tradition des 19. Jahrhunderts - in der modernen Apostasie und in der Verneinung ewiger religiöser Wahrheiten und Werte:

> "Wohin dieser Unglaube führt, das haben wir erlebt in den vergangenen Jahren, wir erleben es alle Tage. Verwirft man die himmlische Autorität, dann schwindet auch die irdische. Der Atheismus führt zum Anarchismus. Nur einen Damm gibt es, der dieser entsetzlichen Brandung Widerstand leistet: das ist der Glaube an Gott und sein Gebot."

Denn der christliche Glaube, den die katholische Kirche unmittelbar aus der Hand Gottes empfangen hatte und kraft ihres Lehramtes autoritativ verkündete, war nicht zu vergleichen mit den herrschenden modernen Ideologien, die von Menschen ins Leben gerufen worden und von historischer Vorläufigkeit und Vergänglichkeit waren. Dem katholischen Bekenntnis kam eine absolute Verbindlichkeit zu, die jede Geschichte transzendierte und den Katholiken auch in seiner politischen Verantwortung unmittelbar dem Gericht Gottes unterstellte. Aus der Treue zum Glauben ergab sich zwingend die Treue zur katholischen Kirche, die das Mysterium des Glaubens im Auftrag Jesu Christi verwaltete und als alleinseligmachende Kirche den Weg zum ewigen Heil wies. Der Bischof mahnte die katholischen Männer in Bethen zur reumütigen Umkehr:

[1084] OV vom 17.9.1929, auch zum folg.

> "Treu zum Glauben, treu zur kath. Kirche! Was die Kirche lehrt, das sind nicht Meinungen, nicht Vermutungen, das sind Wahrheiten, ewige Wahrheiten. Hinter jedem Worte, das die Kirche lehrt, steht auch heute noch der allwissende Gott, der nicht irren und nicht in Irrtum führen kann. [...] Notwendig ist aber auch das Bekenntnis des Glaubens. Die Feinde des Glaubens treten heute offen und entschieden auf. Sie bekennen Ihren Unglauben in Wort und Schrift und Beispiel. Sie leugnen offen das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit der Seele, die Vergeltung im Jenseits."

Das Bekenntnis des Glaubens war nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der katholischen Kirche in einer sozialen und kulturellen Umwelt gefordert, die sich vom Christentum immer stärker entfremdete. Der Oberhirte ermahnte die Männer, die Oberhäupter der katholischen Familien und der katholischen Gesellschaft in Südoldenburg, dem neuheidnischen Unglauben keine Tür zu öffnen:

> "Bewahret den hl. Glauben, kath. Männer, und tragt Sorge, daß der Strom des Unglaubens Eure Familie, Eure Kinder nicht erfasse! Haltet heilig die Schwelle Eures Hauses! Lasset nichts hinüber, keine Zeitung, kein Buch, keine Person, die Eurem Glauben oder dem Glauben Eurer Kinder gefährlich werden könnten!"

Es war offensichtlich eine letzte Schlacht, die noch geschlagen werden und über die Zukunft der katholischen Kirche und des christlichen Glaubens entscheiden mußte, wenn der Bischof zum Bild des Kampfes griff, um die Bedeutung der historischen Stunde zu charakterisieren. Mit diesem Bild appellierte der Oberhirte in der Rolle eines geistlichen Lehnsherrn an seine geistlichen Lehnsmänner und ermahnte die katholischen Männer zum "heiligen Krieg". Weil der Erste Weltkrieg das Schicksal Europas noch nicht entschieden hatte, stand jetzt ein neues, ein geistiges Ringen bevor, das auch politisch ausgetragen werden wollte:

> "Niemand kann sich heute berufen fühlen, im großen Weltanschauungskampfe die Schlachten Gottes zu schlagen, der nicht auch in der Erfüllung seiner religiösen Pflichten Treue und Pünktlichkeit beweist. Der Glaube soll das ganze Leben beherrschen, verklären und veredeln; er muß ausschlaggebend sein bei Festsetzung jeder Tages= und Lebensordnung."

Religionslehrer Reinhold Friedrichs aus Münster bekräftigte in der nachmittäglichen Schlußandacht in Bethen die Worte seines Bischofs und ermahnte die Gläubigen:

> "Ihr kath. Männer, ihr habt eine gewaltige Aufgabe, ihr sollt Beispiel geben der kommenden Generation, an Euch soll sich die Jugend aufrichten. An eurem Beispiel soll

> sie sich Mut und Stärke holen für den Lebenskampf. Katholische Männer, ihr stellt Euch schützend vor das Portal der Kirche, als Schützer unseres Glaubens. [...] Das hl. Brot soll das Brot der Starken sein im 20. Jahrhundert, das Brot, das Helden erzeugt hier in diesem Lande. Kath. Männer, auf den Bergen rauchen die Flammenzeichen. Der Unglaube sammelt seine Scharen zum Angriff. Wenn diese Flammenzeichen rauchen, dann braucht die Stunde Männer, und nur am Kreuze wachsen sie, unter dem Kreuz, wo Maria gestanden. [...] Dann mag der Krieg entfacht werden gegen das Kreuz und gegen die Kirche; dann stehen wir unter dem Mantel Mariens, dann sind wir gestärkt und gerüstet zum Kampfe für unsere heil. Ideale."

Die geistige Mission des südoldenburgischen Katholizismus hatte sich vor allem im schulpolitischen Kampf zu erfüllen. An dieser Stelle dankte der Oberhirte den katholischen Männern für ihr Engagement zur Erhaltung des katholischen Oberschulkollegiums, das 1929 in einem ersten Versuch aufgehoben werden sollte:

> "Die Feinde der Kirche wollen heute die Schule von der Kirche trennen. Man möchte eine Schule gründen ohne Gott, ohne Religionsunterricht, ohne Gebet, ohne Sakramentenempfang. Erhebt einzeln und in Versammlungen Einspruch dagegen, daß man Eure Kinder glaubenskalt, glaubensgleichgültig, glaubenslos und glaubensfeindlich erziehen will. Bei dieser Gelegenheit danke ich Euch, daß Ihr so mutig eingetreten seid für die Erhaltung Eures kath. Oberschulkollegiums."[1085]

An der Kinderwallfahrt nach Bethen, die am 6. September 1931 stattfand, beteiligten sich insgesamt 26 Schulen aus der Stadt Cloppenburg und den umliegenden Gemeinden des Amtsdistrikts mit ca. 1 800 Kindern. Die Cloppenburger MT zeichnete in ihrem obligatorischen Bericht ein anschauliches Bild von diesem imposanten geschlossenen Bekenntnis katholischen Glaubens:

> "Drei Musikkapellen hatten sich auf den Zug verteilt und begleiteten die Lieder. Im Zuge waren außer den Kirchenfahnen und den verschiedenen Wimpeln noch die Vereinsfahne vom Arbeiterverein und von der Jünglingskongregation zu sehen. Die Straßen der Stadt waren beflaggt. In Bethen war von der Stadtgrenze bis zur Wallfahrtskirche der ganze Weg mit blau-weißen Fähnchen geschmückt. Auf dem Kapellenplatz war außerdem noch am vorigen Tage bei strömendem Regen schöner Blumenschmuck aufgebaut worden."[1086]

[1085] Religionslehrer Friedrichs faßte den kirchlichen Dank in den Worten zusammen: "Noch in den letzten Wochen hat Oldenburg gezeigt, daß es nicht tasten läßt an seine katholische Schule." (OV vom 17.9.1929)

[1086] STRICKMANN, Heinz: Vor 65 Jahren beteiligten sich 26 Schulen an der großen Kinderwallfahrt nach Bethen, IN: MT vom 6.6.1996. Eingeladen zur Kinderwallfahrt hatte der Pfarrer der Cloppenburger St. Andreaskirche, Dechant Hackmann, auf einer Bekanntmachung unter dem Titel "Kinderwallfahrt nach Bethen für Cloppenburg und Umgegend am 6. September

Das feierliche Levitenhochamt wurde vom Cloppenburger Dechanten August Hackmann zelebriert, der in seiner Predigt den Kindern die große Bedeutung ihres katholischen Glaubens auseinandersetzte. Nach der Rückkehr der Prozession erklang in der Cloppenburger Pfarrkirche St. Andreas "in jubelnder Begeisterung" das Lied "Großer Gott, wir loben dich", das von den Musikkapellen und "der brausenden Orgel" begleitet wurde. In dieser oder ähnlicher Form verliefen die Wallfahrten nach Bethen, an denen die katholische Bevölkerung Südoldenburgs in den letzten Jahren der Weimarer Republik regen Anteil nahm. Bei der Mariä-Geburts-Prozession des Jahres 1931, zu der mit der Eisenbahn sogar katholische Gläubige aus Varel, Delmenhorst, Wilhelmshaven-Rüstringen und Jever - aus der "Diaspora des Nordens" - angereist waren, wurde die imponierende Zahl von 5 000 Pilgern registriert. Die Cloppenburger MT berichtete mit bewegenden Worten über das große kirchliche Ereignis:

> "Mariä Geburt! Das Fest, an dem das ganze katholische Oldenburger Land und dessen nähere Umgebung den Blick auf seine ruhmreiche Gnadenstätte in Bethen richtet: Jahrhundertelange Tradition verbindet die große Mariä-Geburts-Prozession mit der Bevölkerung des ganzen Landes. Durch Päpste besonders ausgezeichnet, wurde sie gleichzeitig das volkstümlichste kirchliche Fest der ganzen Gegend. Der Glanz der alten Zeit hat sich bis in unsere Tage erhalten. Auch jetzt und heute hat es sich aufs Neue bewiesen, welch großes Vertrauen man der altehrwürdigen Gnadenstätte in Bethen entgegenbringt. Pilger aus der Diaspora des Nordens, Pilger aus dem Süden des Münsterlandes standen mit den Wallfahrern der näheren Umgebung Cloppenburgs Kopf an Kopf unter den alten hohen Buchen des Kapellenplatzes."[1087]

Gestiftet worden war die Mariä-Geburts-Prozession im Jahre 1668 von Bischof Christoph Bernhard von Galen (1650 - 1678), der der Stadt zugleich auch die Durchführung von zwei Märkten mit den im Fürstbistum üblichen Freiheiten gestattete. Ein Jahr später weihte Christoph Bernhard die Bether

---

1931". Für die Durchführung der Prozession sollten die beteiligten Schulen getrennt nach Geschlechtern Aufstellung nehmen. Die Wallfahrt absolvierte ein umfangreiches Programm:

9 Uhr: Beginn bei der St. Andreas=Pfarrkirche in Cloppenburg.
10 Uhr: Levitenhochamt in Bethen mit Predigt.
11 ¼ Uhr: Rückweg.
12 Uhr: Segen in der Pfarrkirche.

[1087] MT vom 6.6.1996; STRICKMANN, Heinz: Vor 65 Jahren beteiligten sich 26 Schulen an der großen Kinderwallfahrt nach Bethen, IN: MT vom 13.9.1996. Begleitet wurde die Mariä-Geburts-Prozession 1931 von fünf Musikkapellen. In ihrem Bericht führt die Cloppenburger MT die Stapelfelder Musikkapelle, die des Cloppenburger Realgymnasiums, die Feuerwehrkapelle, die Kapelle des Arbeitervereins und die Delmenhorster Musikkapelle an.

Gnadenkapelle wieder ein, die durch den Dreißigjährigen Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden war und sich seit 1652 im Wiederaufbau befand.[1088] Deshalb erkannte die Cloppenburger MT in der traditionellen Mariä-Geburts-Prozession nicht nur ein Glaubensbekenntnis der Katholiken im Oldenburger Land, sondern auch ein lebendiges Zeugnis historischer Tradition und eine Verbindungslinie zum "Glanz der alten Zeit". Die Gegenwart erschien ihr offensichtlich düsterer als die Epoche Christoph Bernhard von Galens, der sich nach der Rückkehr des Niederstifts Münster zum katholischen Glauben auch besonders um die Belebung der Wallfahrten nach Bethen bemüht hatte, um die wiederrungenen religiösen Güter im Volk zu verankern und lebendig werden zu lassen. Die Zeit schien wieder reif für eine Erneuerung im christlichen Geiste, für eine Rechristianisierung, um den drohenden Herausforderungen in Politik und Gesellschaft an ihren Wurzeln zu begegnen.

9.8.3. Katholische Jugendbewegung: "Oldenburg gehört Christus! Treu Heil!"

In die Mobilisierungskampagne für den Weltanschauungskampf, der besonders in den letzten Jahren der Weimarer Republik in katholischen Sozialmilieus den Charakter eines religiösen Aufbegehrens annahm, wurde zusehends auch die katholische Jugend einbezogen. Die katholischen Schüler- und Jugendorganisationen waren im Katholischen Jungmännerverband (KJMV) zusammengeschlossen, dem Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren angehörten. Der Jungmännerverband bemühte sich vor allem um den Ausbau und die Verfestigung "traditioneller kirchlicher Jugendpflegestrukturen". Die aufkommende katholische Jugendbewegung, die vom Klerus zunächst skeptisch betrachtet wurde, gewann besonders in den letzten Jahren der Weimarer Republik an Bedeutung, weil die traditionellen Marianischen Jünglingskongregationen an Attraktivität verloren. Die katholischen Schüler- und Jugendvereine wurden beim Übergang von der Weimarer Republik zur nationalsozialistischen Diktatur zu einem wichtigen Träger der religiösen Glaubenserneuerung.[1089] Nach dem "Trierer Grundgesetz" des Katholischen Jungmän

[1088] WILLENBORG, Christoph Bernhard, S. 204, 207f. Die von Christoph Bernhard gestifteten Märkte, der Juni-Markt und der Mariä-Geburtsmarkt, werden in Cloppenburg bis heute durchgeführt. Am Mariä-Geburtsmarkt findet eine Prozession zur Gottesmutter Maria nach Bethen statt.
[1089] KÖSTERS, Verbände, S. 186.

nerverbandes aus dem Jahre 1931 sollte "die katholische 'Weltanschauung' als tiefer Lebenssinn und letztes Lebensziel im einzelnen verankert werden" und ein "katholisches Zielbewußtsein" die ganze Lebensauffassung und -gestaltung der Jugendlichen durchdringen und prägen. Dabei stellte "die aus der erlebten liturgischen Gemeinschaft erwachsene lebendige Christusbeziehung" die religiöse Mitte der katholischen Jugendbewegung dar, die in den Schüler- und Jugendgruppen ihre prägende pädagogische Gemeinschaft erfuhr.[1090]

Die oberhirtlichen Vorbehalte und Warnungen waren in der Auseinandersetzung der katholischen Jugendbewegung mit dem Nationalsozialismus stets präsent; sie bildeten eine willkommene Wahlhilfe für das Zentrum. Auf einer zentralen Kundgebung der katholischen Jugend Oldenburgs Ende März 1931 in Cloppenburg, die als "Abwehrkundgebung" gedacht war, grenzte der preußische Landtagsabgeordnete Franz von Galen den Katholizismus gegen "die beiden radikalen Strömungen, die über Deutschland hereingebrochen sind", ab und erklärte, daß sich der Marxismus mit der katholischen Kirche wie "Feuer und Wasser" vertrage. Zum Nationalsozialismus und insbesondere zur nationalsozialistischen Parole vom "positiven Christentum" äußerte er sich ebenfalls eindeutig:

> "Der Nationalsozialismus sei aus der Verzweiflung geboren. Er wolle eine Diktatur der Rasse aufrichten. Auf religiösem Gebiete ist der nationale Sozialismus vielfach noch ein ungeklärtes Gebilde. Er predige eine Religion der Zukunft, eine deutsche Religion, und bekämpfe die römisch=katholische Kirche, die er auch nicht anerkenne. [...] Das Programm der Nationalsozialisten ist unchristlich und die katholischen Bischöfe haben eindeutig dagegen Stellung genommen. Positives Christentum könne für uns Katholiken nur unsere eigene Religion sein. Kein Katholik könne Nationalsozialist sein."

Die katholische Jugendkundgebung sprach sich gegen "Hakenkreuz und Sowjetstern" und für "Vaterland und Kirche" aus und rief zur politischen Idee der katholischen Sammlung auf.[1091] Der Vorsitzende der Deutschen Jugendkraft (DJK), Jugendführer Prälat Ludwig Wolker, sah die katholische Kirche im doppelten Kampf gegen die "Partei des Sowjetsternes" und die "Partei des Hakenkreuzes", die in Deutschland eine "neue Religion" aufrichten wolle. Wolker beklagte, daß das Vaterland ein "hehrer Begriff, sozusagen ein Götzenbild," geworden sei und vielen Menschen keine Heimat mehr biete. Aus der "Mitte des Katholizismus" seien dem deutschen Volke immer

---

[1090] Ebd., S. 192f.
[1091] LV vom 25.3.1931.

wieder "Führer" erwachsen, "wenn die Not am größten war." So sei es auch gegenwärtig. An die katholische Jugend Oldenburgs appellierte er, "ihren einmal gefaßten Grundsätzen" und "ihren Führern" treu zu bleiben. Dem politischen Extremismus auf der nationalen Rechten sprach Wolker in Cloppenburg das Verdienst zu, "eine nationale Welle" in das deutsche Volk getragen zu haben, aber "die Rettung des Vaterlandes" könne von ihm "unter keinen Umständen" erwartet werden. Sie müsse vom katholischen Volk, dessen nationale Zuverlässigkeit außer Frage stehe, und vor allem von der katholischen Jugend ausgehen:

> "Die deutsche Jugend ist gegen Parlamentarismus und Bürokratismus. Sie will auch nicht ein bürgerliches Wohlfahrtschristentum, sondern ein Christentum, welches aufgebaut ist auf Gerechtigkeit und Bruderliebe. Wenn man uns Katholiken heute vorwirft, wir hätten im Kriege uns nicht vaterländisch benommen, so müssen wir diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Immer waren die Katholiken in der vordersten Reihe [...] Immer haben die Katholiken ihren Mann gestellt und werden es auch in Zukunft tun. Wir wollen als Katholiken gemeinsam Schulter an Schulter zusammenstehen zur Rettung des Vaterlandes und zum Kampfe gegen die christentumsfeindlichen radikalen Parteien von rechts und von links."[1092]

Die Gleichsetzung von Kommunismus bzw. 'Bolschewismus' und Nationalsozialismus gehörte zu den politischen Standardformeln in der Auseinandersetzung des Katholizismus mit der erstarkenden NS-Bewegung und trug nachhaltig dazu bei, die fundamentalen Gegensätze zwischen diesen politischen Extremismen zu verschleiern. Die öffentliche Reaktion auf den Aufstieg der NSDAP zeigte in Südoldenburg, wie undeutlich und verschwommen die politischen Profile des Links- und Rechtsextremismus in der Weimarer Republik wahrgenommen und wie leicht die Seiten verkehrt wurden.

Die religiöse Bewegung der katholischen Jugendverbände kam in sog. "Sturmtagen" zum Ausdruck. Mit den "Sturmtagen" des Jahres 1932, die ein "wuchtiges Bekenntnis" zur katholischen Aktion ablegten, war in Südoldenburg eine Reihe von Veranstaltungen und Kundgebungen verbunden, die in Vechta eröffnet und bis in die kleinste Pfarrei getragen wurden. Nach dem Bericht der Vechtaer OV waren es nicht "Materialismus und persönlicher Egoismus", die eine solche Bewegung zustande brachten, sondern "die christliche Weltanschauung, die zu einem solchen Wirken die Antriebskräfte hergeben kann". Der Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes, "der geistige Führer der kath. Jungmänner" Ludwig Wolker, habe "in alle

[1092] LV vom 24.3.1931.

deutschen Gaue" hinein aufgerufen "zum Sturme, für Christus, für die Eroberung der gesamten Welt, für das Reich Gottes!". Im Oldenburger Land seien Tausende junger Männer "unter dem Christusbanner" marschiert:

> "Christus, dem König der Menschen, wurde eine gewaltige Huldigung gezollt, ein öffentliches Bekenntnis der Treue zur kath. Kirche wurde vor aller Welt abgegeben und das Samenkorn gelegt für die zielklare und unbeirrte Arbeit an dem Bau einer neuen Weltordnung auf dem Fundament der Lehren unserer kath. Kirche. Kath. Jugend, von einem sprühenden Leben erfüllt, legte in den Sturmtagen davon Zeugnis ab, daß sie gewillt ist, ihre ganze Kraft für diesen Kampf zur Verfügung zu stellen. Eine einige und fast die gesamte Jugend umfassende Front hat sich allenthalben, von diesem Gedanken erfüllt, bei den Kundgebungen gezeigt."[1093]

Der Aufbruch der katholischen Jugend erreichte seinen Höhepunkt vor der nationalsozialistischen Machtübernahme mit dem Bekenntnistag der katholischen Jungmänner Oldenburgs in Bethen am 19. Juni 1932, der nach Zeitungsberichten 8 000 Teilnehmer aufwies. Die Kundgebung stand unter dem Motto "Für Christi Reich und ein neues Deutschland" und sollte nach den Worten von Offizial Lambert Meyer ein Bet- und Bekenntnistag sein, "an dem die katholische Jugend Oldenburgs auch nach außen hin bekennt, daß sie treu zu ihrem Glauben steht und bereit ist, sich einzureihen in die jungkatholische Front, deren Parole ist: Christus Herr der neuen Zeit". Gewidmet war die Wallfahrt der heiligen Maria, "der Mutter der Jugend", und Christus, "ihrem König und Führer". Der Festredner Pater Ignatius Hoffmann S. C. J. forderte die jungen Männer in Bethen auf, "trotz der Not treu katholisch" zu bleiben und "einzig und allein Christus" als ihren Führer anzuerkennen. Matthias Op de Hipt, Diözesanleiter des katholischen Jungmännerverbandes in Münster, appellierte an die jungen Wallfahrer, an der Tradition und Überlieferung der katholischen Kirche festzuhalten und "das Reich Gottes auf Erden in den Menschenherzen und in der Gemeinschaft zu bauen". So könne sich die Jugend den "Ritterschlag" verdienen:

> "Jetzt geht zum Kampfe, wollen sehen, wieweit die andern, die soviel vom Christentum reden, mittun. Oldenburg gehört Christus! Treu Heil!"

Das Leben der katholischen Jugendvereine, so der Diözesanleiter weiter, müsse in der Gegenwart des Jahres 1932 "anders, vielgestaltiger, umfassender" angelegt sein als vor dem Ersten Weltkrieg. Der Bekenntnistag der katholischen Jungmänner Oldenburgs erteilte dem Radikalismus von rechts wie

---

[1093] OV vom 12.12.1932.

von links eine klare Absage und bekannte sich einmütig zu Christus als dem "Herrn der neuen Zeit".[1094]

Seit 1933 wuchs den katholischen Schüler- und Jugendorganisationen im Katholischen Jungmännerverband in der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbänden, dem Jungvolk und der Hitlerjugend, eine neue Konkurrenz und eine neue Aufgabe in der Verteidigung der katholischen Seelsorge und der katholischen Weltanschauung zu. Der Kampf für Christus und das Reich Gottes ging unter neuen politischen Voraussetzungen und Bedingungen weiter. Daß Politik und Religion im Bewußtsein der katholischen Bevölkerung in Südoldenburg am Ende der Weimarer Republik zu einer unauflösbaren Symbiose verschmolzen waren, darauf macht ein kleines Firmungsbild aufmerksam, das 1932 von der Cloppenburger St.-Andreas-Kirche an die Firmlinge ausgegeben wurde. Es gibt ein Gebet wieder, das einem militärischen Appell gleichkommt und die Stilfiguren der Kriegsrhetorik aus der Vorkriegszeit wieder aufnimmt:

> "Zeiget, daß ihr Helden seid!
>
> Durch die hl. Firmung seid ihr junge Helden geworden, die nun Tag für Tag für den lieben Heiland in den Kampf ziehen müssen. In diesem Kampf kommt es nicht auf die Körperstärke an; der feste Wille ist die Hauptsache, der die Fehler und bösen Gewohnheiten niederzwingt, welche sich als Feinde in euer Herz einschleichen wollen, und der alles besiegt, was böse und feindlich ist. Ihr seid gefirmt und deshalb müßt ihr alle Heldenknaben und Heldenmädchen sein. [...] Heldenknaben und Heldenmädchen lassen sich auch nicht von ihren eigenen Fehlern und Schwächen niederwerfen, sie kämpfen mutig wie tapfere Soldaten, um überall zu siegen. Der Soldat muß stets seine Waffen blank und sauber halten. Wohlan, halte auch du deine Seele frei von Rost und Schmutz und Flecken der Sünde. Mit freiem Mute kämpfe für deinen heiligen Glauben, wie Bayerns edler König, der in öffentlicher Versammlung am 28. August 1910 freimütig erklärte: 'Ich danke dem lieben Gott, daß ich von katholischen Eltern abstamme und in der katholischen Religion erzogen worden bin.' Wer dem höchsten König dient, darf kein Feigling sein! [...]."[1095]

[1094] Zit. b. ZUMHOLZ, Protest, S. 208f. Außerdem sprachen auf dem Bekenntnistag der Osnabrücker Diözesanleiter Heinrich Wellenbrock und der Sturmscharführer Bernhard Brengelmann aus Essen/O.

[1095] Andenken an die hl. Firmung, gespendet in der Pfarrkirche St. Andreas zu Cloppenburg am 6. September 1932 (Privatbesitz). Es war Brauch in der katholischen Kirche, dem Firmling nach dem Empfang des Sakramentes ein Heiligenbild mit einem religiösen Text, der in der Regel ein Gebet war, als Erinnerung an diesen Tag zu überreichen. Zum Beleg zitiert das besagte Firmungsbild aus einem Paulusbrief an die Epheser, in dem es heißt: "Ziehet an die Rüstung Gottes; vor allem ergreifet den Schild des Glaubens, und nehmet den Helm des Heiles und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes."

Die Überwindung des äußeren Feindes in Politik und Gesellschaft setzte die Überwindung des 'inneren Feindes', die im täglichen Kampf mit dem Bösen errungen werden mußte, voraus. Nur "Heldenknaben und Heldenmädchen", die sich selbst überwunden hatten, konnten auch die Welt überwinden und den Kampf gegen das äußere Übel der Zeit bestehen. Dazu sollten Gebets- und Frömmigkeitsübungen und auch die Sakramente der katholischen Kirche die Jungen und Mädchen rüsten. Das Firmungsbild macht auch deutlich, daß die Mädchen in den letzten Jahren der Weimarer Republik in die geistige Militarisierung der katholischen Schuljugend mit einbezogen wurden. Sie standen mit den Jungen in einer 'Front' zur Verteidigung des katholischen Glaubens gegen ein heraufziehendes neues Heidentum.

9.8.4. Religiöse Psychose des Weltanschauungskampfes: "Von rechts und links kommen heute Propheten."

In der Psychose des Weltanschauungskampfes am Ende der Weimarer Republik wurde ein Teilaspekt, Glaube, Sitte, Religion, zum politischen Ganzen erhoben, um das es sich zu kämpfen und anscheinend auch zu leben wie zu sterben lohnte. Dieser Kampf beflügelte den politischen Katholizismus zwischen 1930 und 1933 und lähmte ihn politisch zugleich. Er weckte in ihm die Erwartung, daß der apokalyptische Weltanschauungskampf zwischen dem Christentum und dem modernen Heidentum nur in einem starken Staat - und nicht von Parteien - zugunsten der katholischen Kirche entschieden werden konnte. Aber für den anderen Fall, in der Fortsetzung des pluralistisch-demokratischen Systems Weimarer Prägung, mußte diese mit weiteren und entscheidenden Niederlagen rechnen. Es stand politisch für die katholische Kirche wieder so viel auf dem Spiel, wie einst bei der Säkularisation in Deutschland auf dem Spiel gestanden hatte, und noch mehr. Dabei war der radikale Moralismus dem Mißbrauch durch das totalitäre Regime hilflos ausgeliefert, weil er nicht dazu in der Lage und nicht einmal willens war, "die politischen Zwecke zu sehen, die der Machthaber hinter seinem moralischen Appell versteckt".[1096] Die Sehnsucht nach einer geschlossenen christlichen Ordnung in Staat und Gesellschaft, die Überwindung des geistigen Nihilismus in der modernen Kultur durch die Unterwerfung des einzelnen unter einen normativen Konsens und der Ruf nach religiöser Führung in bedrängter

[1096] BUCHHEIM, Herrschaft, S. 102f.

Zeit, der eine eminent politische Qualität besaß, waren die dominierenden Strömungen und Tendenzen im politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik. Ohne ein übernatürliches Sittengesetz konnte der Mensch, allein auf sich, seine Freiheit und Vernunft gestellt, nicht überleben. Diese Trennungslinie, die den tiefen Graben zwischen dem Katholizismus und der europäischen Aufklärung deutlich machte, bestimmte die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der modernen Massengesellschaft seit dem europäischen Revolutionszeitalter. Am Ende der Weimarer Republik erlangte sie eine enorme gesellschaftliche und politische Sprengkraft.

Im Zeichen einer zunehmenden Radikalisierung nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 wurde von Bethen aus der moralische und religiöse Kampf gegen den politischen Extremismus auf der politischen Linken und Rechten gesucht und vom organisierten Katholizismus Südoldenburgs geführt. In Bethen zeigte sich das Dilemma des politischen Katholizismus, der sich aufgrund seiner moralisch-religiösen Weltdeutung politisch isoliert hatte. Diözesanpräses Konermann brachte dieses Problem auf der Arbeiterwallfahrt am 10. Mai 1931 in Bethen unumwunden zum Ausdruck, wenn er feststellte:

> "Von rechts und links kommen heute Propheten, die den Glauben aus dem Herzen nehmen wollen. Wir katholischen Arbeiter gehören aber zu den Männern, die klar und bestimmt ihren Weg weitergehen, ohne nach rechts und links zu schauen. Wir bedauern die armen Menschen, die heute dem Sowjetstern oder Hitlerkreuz folgen, wir folgen unserer katholischen Ueberzeugung."[1097]

Weil die kirchliche Lehre in der sozialen Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts in der nichtkatholischen Welt immer weniger Beachtung fand, führte die Geschichte aus katholischer Sicht "in Weltkrieg und Revolution, darum steht auch der Stern von Moskau vor uns". Als das gemeinsame ideologische Band zwischen dem Bolschewismus und dem erstarkenden Nationalsozialismus wurde der "Haß gegen jede geoffenbarte Religion, gegen das alte Testament, gegen Rom" angesehen. Hitlers Kampf gelte darüber hinaus vor allem der konfessionellen Schule. Konermann rief deshalb zum kompromißlosen Einsatz in dieser Kernfrage auf:

> "Kampf dagegen bis zum letzten, besonders auch als kath. Arbeiter, denn auch als Arbeiter haben wir nichts davon zu erwarten. Der Nationalsozialismus hat längst seinen Frieden mit dem Kapitalismus gemacht. Vom Hakenkreuz kann für uns nur das Wort

[1097] OV vom 12.5.1931.

gelten: Brecht dem Kreuz die Haken aus, macht ein Christenkreuz daraus. (Bravo.) 65 000 kath. Arbeiter unserer Diözese sind hingewallfahret zur Gottesmutter, sie kennen keinen Rassenhaß und Klassenhaß, sie wollen dafür kämpfen, daß der Arbeiterstand als gleichberechtigtes Glied eingeführt wird in den Gesamtorganismus des Staates und der Wirtschaft."[1098]

Die konfessionelle Arbeiterbewegung Südoldenburgs zeigte sich 1930 in Bethen noch einmal als konservative politische Kraft, die sich jedem revolutionären Klassenkampfgedanken widersetzte und nicht mehr als "gleichberechtigtes Glied" in einem "Gesamtorganismus des Staates und der Wirtschaft" sein wollte. In der zweiten Hälfte der Weimarer Republik erfuhr die Tradition der großen katholischen Glaubenskundgebungen in Bethen, die in der konjunkturellen Aufschwungs- und Modernisierungsphase in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg erlahmt war, eine große Renaissance und durch die Errichtung der Wallfahrtskirche in Bethen ihren spirituellen Mittelpunkt. Die Wallfahrten und Glaubenskundgebungen in Bethen versammelten das gläubige Volk Südoldenburgs getrennt nach Ständen und Geschlechtern und standen tief in der historischen Tradition des südoldenburgischen Katholizismus, aus dem sie ihre Kraft zum moralischen Protest gegen den jeweiligen Zeitgeist schöpften: gegen die offene Blasphemie der Weimarer Republik und den politischen Materialismus der Zeit ebenso wie gegen die neuheidnische Irrlehre in der nationalsozialistischen Rassenideologie.[1099]

9.9. Positionen der politischen Theologie in der Weimarer Republik

Papst Benedikt XV. hatte im Ersten Weltkrieg eine strikte Neutralität gewahrt und unter Einsatz seines moralischen Wächteramtes versucht, den Völkern "die Ideale der Liebe, des Friedens und der Versöhnung" zum Bewußtsein zu bringen.[1100] In seiner Note vom 1. August 1917 legte er den beteiligten Regierungen einen detaillierten Friedensplan vor, wurde von den kriegführenden Seiten aber der Parteilichkeit bezichtigt. In Deutschland wies der Evangelische Bund den "Papstfrieden" ab, weil er im Falle seiner Verwirklichung eine Stärkung der römischen Macht befürchtete. Der Papst machte wiederholt darauf aufmerksam, daß der Vertrag von Versailles von

[1098] OV vom 12.5.1931. Konermann bezog sich mit diesen Angaben auf die großen Wallfahrten nach Kevelaer, Neviges und Werl.
[1099] KUROPKA, Cloppenburg, S. 42ff.; GELHAUS/REINHARDT: Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 6. Teil, IN: MT vom 14.7.1984.
[1100] FRANZEN, Papstgeschichte, S. 379.

einem wahren Frieden unter den Völkern weit entfernt sei. Benedikt XV. betonte die Notwendigkeit eines christlichen Dauerfriedens und die religiöse Erneuerung als Grundlage für Frieden und Versöhnung. Er beglückwünschte den Sozialdemokraten Friedrich Ebert zur Wahl zum ersten deutschen Reichspräsidenten, und 1920 richtete das Deutsche Reich eine Botschaft beim Hl. Stuhl ein. Nach der Novemberrevolution verfolgte Rom die Absicht, seinen Einfluß in Deutschland zu verstärken und das Bischofswahlrecht der deutschen Domkapitel sowie die Einflußnahme des Staates nicht weiter anzuerkennen, konnte sich aber nicht durchsetzen. Rechtsgrundlage blieben die Bestimmungen der Bulle "De salute animarum" aus dem Jahre 1821, die die Wahl des Bischofs durch das Domkapitel und unter Mitwirkung eines königlichen Wahlkommissars festlegten.[1101] Ein besonderes Verdienst bei der Wahrung des alten Rechts kam dabei Fürstbischof Bertram von Breslau zu, dessen bereits 1916 ausgesprochene Berufung ins Kardinalskollegium erst im Dezember 1919 bekanntgegeben wurde. Im Konsistorium vom 7. März 1921 berief Benedikt XV. die Erzbischöfe Faulhaber von München und Schulte von Köln ebenfalls zu Kardinälen. Der Osnabrücker Bischof Berning wurde zum Apostolischen Vikar der Nordischen Mission ernannt.[1102] Die mit der Kardinalswürde ausgestatteten Erzbischöfe Bertram, der 1919 auch den Vorsitz der Fuldaer Bischofskonferenz übernahm, Faulhaber und Schulte gehörten zu den einflußreichsten Repräsentanten der katholischen Kirche in Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik und gestalteten den Übergang von der Republik zur nationalsozialistischen Diktatur wesentlich mit.

Die Katholikentage in der Weimarer Republik standen ganz im Zeichen einer christlichen Eschatologie und religiösen Endzeitstimmung, in der der Weltanschauungskampf der vergangenen Epochen und Generationen kulminierte und sich apokalyptisch zu einem letzten Gefecht, einem Weltengericht, zuspitzte. Die Zentrumspresse in Südoldenburg berichtete sehr ausführlich über den Verlauf und die Beratungen der Katholikentage, popularisierte die katholischen Leitsätze und trug die apologetische Stimmung dieser großen Kirchenversammlungen in die katholische Provinz hinein. Dabei kam den Katholikentagen am Ende der Weimarer Republik eine besondere Bedeutung zu, weil sie den politischen Standort des deutschen Katholizismus maßgeblich mitbestimmten. Die Verzweiflung des kulturpessimistischen Irrationalismus verstellte katholischen Kreisen den rationalen Blick für die politischen

[1101] FRANZEN, Papstgeschichte, S. 344.
[1102] Ebd., S. 378-382.

Maßstäbe und Dimensionen der Staats- und Verfassungskrise. Das enervierende Gefühl politischer Ohnmacht und Ausweglosigkeit sollte 1933 durch eine spontane "Flucht nach vorne" überwunden werden. In dieser Fluchtbewegung fanden sich große Teile des politischen Katholizismus im Frühjahr 1933 - für manche sicherlich unversehens - schließlich in der politischen Front der "Nationalen Revolution" wieder. Der "entschlossene Griff nach dem Steuerrad des Staates", von dem Prälat Kaas in Freiburg 1929 noch gesprochen hatte, scheiterte in den Verhandlungen mit der NSDAP am totalitären "Alles oder nichts"-Prinzip Adolf Hitlers und war eher dazu angetan, die Glaubwürdigkeit des Zentrums im politischen Katholizismus zu schmälern als zu befördern.[1103]

9.9.1. Carl Schmitt: "Im Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht"

Die politische Theologie, die im südoldenburgischen Katholizismus nach 1918 verbreitet wurde, enthielt latente und offene konservativ-gegenrevolutionäre Tendenzen und Impulse, die das Ansehen der Republik herabsetzten und sie schließlich um den Glauben an ihre politische Funktionsfähigkeit brachten. Die Freiheit als der eigentliche Sinn einer republikanischen Staatsform wurde nicht hinreichend erkannt und gegen ihre politischen Gegner zwischen 1930 und 1933 nicht verteidigt. Das lag in der Struktur der "politischen Theologie" selbst begründet, wie sie der katholische Staatsrechtler Carl Schmitt in den 1920er Jahren beschrieben hatte. Danach mangelte es der bürgerlichen Gesellschaft an jener Kraft des politischen Willens, die die "politische Theologie" für unverzichtbar hielt. Eine moderne Klasse wie die Bourgeoisie, "die alle politische Aktivität ins Reden verlegt, in Presse und Parlament", war einer Zeit großer sozialer und politischer Kämpfe nicht gewachsen, weil sie "der Entscheidung ausweichen" wollte.[1104] Für Carl Schmitt lag die aktuelle Bedeutung der gegenrevolutionären Staatsphilosophen in der Weimarer Republik "in der Konsequenz, mit der sie sich entscheiden". Mit der "Reduzierung des Staates auf das Moment der Entscheidung, konsequent auf eine reine, nicht räsonierende und nicht diskutierende,

---

[1103] OV vom 3.9.1929.

[1104] SCHMITT, Theologie, S. 63f. Die Schrift "Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität" erschien 1922 in der 1. Auflage, 1933 in der zweiten Ausgabe, die der ersten glich. Carl schmitt im Vorwort: "Heute, nach zwölf Jahren, wird man beurteilen können, wie weit die im März 1922 erschienene Schrift standgehalten hat. Auch die Auseinandersetzung mit dem liberalen Normativismus und seiner Art ‘Rechtsstaat’ ist Wort für Wort geblieben." (S. 7)

sich nicht rechtfertigende, also aus dem Nichts geschaffene absolute Entscheidung" provozierte die konservative Gegenrevolution den politischen Rationalismus der Weimarer Republik, enervierte ihn ständig und stürzte ihn in eine Krise, aus der er sich aus eigener Kraft nicht mehr erholen konnte. In dieser Phase wurde "das Moment der Dezision so stark, daß es schließlich den Gedanken der Legitimität [...] aufhebt."[1105] Das war am Ende der Weimarer Republik der Fall, als sich das politische Denken in weiten Kreisen des deutschen Katholizismus zu apokalyptischen Endzeit-Visionen verstieg, sich von Fragen nach der politischen Legitimität bestehender Herrschaftsformen zunehmend distanzierte und vom aufgeklärten politischen Diskurs enttäuscht und verbittert abwandte. In der Vorstellungswelt dieser romantischen politischen Schule genoß ausschließlich der Staat den Status politischer Souveränität und Legitimität, weil er angeblich aus sich heraus unabhängig von Parteien und gesellschaftlichen Formationen existierte:

> "Alle sind sich darüber einig, daß, wenn innerhalb eines Staates Gegensätze auftreten, jede Partei natürlich nur das allgemeine Beste will - darin besteht ja das bellum omnium contra omnes - , daß aber die Souveränität, und damit der Staat selbst, darin besteht, diesen Streit zu entscheiden, also definitiv zu bestimmen, was öffentliche Ordnung und Sicherheit ist, wann sie gestört wird usw. "[1106]

Nach diesen Begriffen war nur der autoritäre Staat in der Lage, den politischen und gesellschaftlichen Kampf, der die Moderne als "bellum omnium contra omnes" kennzeichnete, zu bestehen und politisch schließlich vollständig zu überwinden; das war letztlich nur in einem totalitären Staat möglich. Aus diesem abstrakten Staatsbegriff ergab sich für den modernen Staat eine rechtsfreie Sphäre, in der "der Staat bestehen bleibt, während das Recht zurücktritt", und "eine zweifellose Überlegenheit über die Geltung der Rechtsnorm" entfaltet. Carl Schmitt antizipierte den Fall einer möglichen "Machtergreifung" in Deutschland, wenn er den politischen Ausnahmezustand als eine Offenbarung der staatlichen Autorität und als einen zwingenden Beweis staatlicher Souveränität vorstellte:

> "Im Ausnahmefall suspendiert der Staat das Recht, kraft eines Selbsterhaltungsrechts, wie man sagt. [...] Hier sondert sich die Entscheidung von der Rechtsnorm, und (um es paradox zu formulieren) die Autorität beweist, daß sie, um Recht zu schaffen, nicht Recht zu haben braucht."[1107]

[1105] Ebd., S. 69.
[1106] Ebd., S. 16.
[1107] Ebd., S.18f.

Mit dem unübersehbaren Systemwandel in Deutschland verbanden auch große Teile des politischen Katholizismus die Hoffnung, daß sich der deutsche Staat auf seine ihm wesenseigene Autorität und Souveränität besinne, sich dabei über die Parteien hinwegsetze und sich in der Wahrnehmung seiner Verantwortung nicht von juristischen Bedenken aufhalten lasse. Denn es galt der Grundsatz, daß vorzugsweise im Ausnahmezustand "die Kraft des wirklichen Lebens die Kruste einer in Wiederholung erstarrten Mechanik" durchbricht und das politische Recht sich in diesem Falle selber suspendiert.[1108] In der Entscheidungslage des anhaltenden politischen Ausnahmezustandes in Deutschland zwischen 1930 und 1933 wurden diese Intentionen der politischen Theologie von einflußreichen Kreisen im deutschen Katholizismus übernommen und variiert und trugen so zur geistigen Eskalation der Krise bei. Am "Ermächtigungsgesetz" freilich schieden sich die Geister: Während die Zentrumsfraktion gespalten war und gewissenhaft um eine Entscheidung rang, bezeichnete Carl Schmitt das "Ermächtigungsgesetz" als ein vorläufiges Verfassungsgesetz des neuen Deutschland und Höhepunkt einer legalen deutschen Revolution.[1109] Diese Bewertung lag auf seiner bisher vertretenen staatsrechtlichen Linie. "Hüten wir uns davor", so Carl Schmitt in einem Kommentar zum "Ermächtigungsgesetz", "mit der Sophistik des alten Parteienstaates die Rechtsgrundlagen des neuen Staates zu untergraben".[1110] Der Jurist Schmitt ignorierte den katholischen Vorbehalt, der für das Zentrum von existentieller Bedeutung war. Danach sollte die Verfassung nach Möglichkeit, solange es die Verhältnisse zuließen, eingehalten werden. Am 23. März 1933 war es dafür offensichtlich zu spät.

9.9.2. Deutsche Katholikentage: "Hier liegt ein Geist über der Versammlung, der auf das Ewige geht."

Überraschend offen in seiner politischen Diktion nahm der Freiburger Katholikentag im September des Jahres 1929, über den in der südoldenburgi

---

[1108] Ebd., S. 21.

[1109] HOFER, Dokumente, S. 57f. Für Carl Schmitt bedeutete das "Ermächtigungsgesetz" einen "Wendepunkt von verfassungsgeschichtlicher Bedeutung" und einen "Ausdruck des Sieges der nationalen *Revolution*".

[1110] MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 91f. Die Zustimmung des Staatsrechtlers ist in seiner Parlamentarismuskritik begründet, mit der Schmitt dem System von Weimar vorher begegnete. Mit dem "Ermächtigungsgesetz" war "der überlieferte Gesetzesbegriff des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates, für welchen die Mitwirkung der Volksvertretung zum Begriff des Gesetzes gehörte, überwunden".

schen Tagespresse ausführlich berichtet wurde, eine ernste politische Standortbestimmung des deutschen Katholizismus in der Weimarer Republik vor und beschrieb das Dilemma, in dem sich der politisch-religiöse Fundamentalismus zwischen 1918 und 1933 grundsätzlich befand. Die kulturpessimistische Zeitkritik des Katholikentages hatte nicht nur die Gegenwart der Weimarer Republik im Auge, sondern bündelte wie in einem Prisma das katholische Lehrgebäude des 19. Jahrhunderts, das vom klassischen Antirationalismus und Antiliberalismus geprägt war. Die Ursache für die Gettosituation des Katholizismus in der modernen Welt lag nach katholischer Lehrmeinung in der materialistisch-hedonistischen Diesseitskultur der Neuzeit, gegen die die katholische Kirche ihre religiöse Jenseitskultur mit aller Macht zu behaupten versuchte. Den verrückbaren, weil den historischen Zeitläuften unterworfenen Wahrheiten stellte der Freiburger Katholikentag die "ewigen Wahrheiten" im Mysterium des katholischen Glaubens entgegen, die vom traditionellen kirchlichen Lehramt mit absoluter Autorität gegen jeden rationalen Zweifel und kritischen Einwurf verteidigt wurden. Über das Verhältnis von christlicher Jenseits- und materialistischer Diesseitskultur in der Moderne hieß es in Freiburg:

> "Ganz gewiß liegen der Mittelpunkt unseres religiösen Lebens, die eigentlichen Triebkräfte unseres Glaubens nicht im Natürlichen, sondern im Übernatürlichen, nicht unmittelbar in der Schaffung von Diesseitskultur und sozialem Wohl, sondern in der Neugeburt des Menschen aus Gott und für ein ewiges Leben. Diese Wertordnung bleibt das Alpha und Omega unserer Weltanschauung."[1111]

Der historische Schauplatz, auf dem der Weltanschauungskampf entschieden werden sollte und auf dem der politische Katholizismus seine transhistorische Mission zu erfüllen hatte, war vor allem das kultur- und gesellschaftspolitische Szenarium der Weimarer Republik, die zusehends vom modernen "Neuheidentum" heimgesucht werde und die bürgerlichen Ordnungsstrukturen in christlicher Ehe und Familie zu zerstören drohe. Der Freiburger Katholikentag, der sich besonders mit der Zerrüttung des christlichen Ehe- und Familienlebens auseinandersetzte, stand ganz im Zeichen der traditionellen katholischen Abwehrhaltung:

> "Die Gefahr der Vernichtung der christlichen Auffassung von Ehe und Familie wächst mit unheimlicher Macht. Es ist höchste Zeit, daß das ganze Volk das begreift, daß das ganze christliche, katholische Volk sich rüstet zur Abwehr. Das soll der Zweck des diesjährigen Katholikentages sein."

[1111] OV vom 3.9.1929, auch zum folg.

Oberstudiendirektor Schnippenkötter charakterisierte in Freiburg unumwunden das Leiden der Katholiken an der politischen und sozialen Gegenwart und bekannte offen:

> "Man bejammert die Not der Zeit. Man beklagt den Wechsel ihrer Art. Man erleidet oft seelisch=physischen Schmerz bei den neuen Formen und Farbklängen des kulturellen Lebens der Gegenwart."

Die Ursache für dieses Leiden an der gesellschaftlichen Gegenwart erkannte er im Geist des Rationalismus und aufgeklärten Subjektivismus. Damit schrieb er die katholische Kultur- und Zivilisationskritik des 19. Jahrhunderts auf die deutsche Gegenwart in der Weimarer Republik fort:

> "Die Gegenwart ist zunächst rationalistisch=aufklärerisch. Die Gegenwart ist berechnend, ist überlegend, ist ausgeklügelt. Sie ist es trotz des Ringens um seelenvolle Form. Sie ist es trotz der religiösen Sprudelquellen, die noch lebendig sind und die auch immer wieder erneut aufbrechen. Es ist eben der Schritt vom Wissen der Neuzeit zur Weisheit der Neuzeit noch nicht getan. Die Gegenwart ist zweitens individualistisch orientiert. Der Mensch steht im Mittelpunkt alles Denkens und Handelns. Der individualistische, subjektive, autonome, auf sich gestellte Mensch."

Was der Katholizismus in der politischen Gegenwart der Weimarer Republik vermißte, war eine religiöse Transzendenz, die in der modernen Geschichte noch den Heilsweg Gottes mit dem Menschen und seinem Volk sichtbar machen sollte. Ausdruck dieser verlorenen Transzendenz war die Sehnsucht nach einem gottgewollten christlichen Staat und einem "wahre(n) Gemeinschaftsbegriff", der zwar "vom Sozialismus als Reaktion instinktiv richtig ersehnt, aber falsch gesucht worden ist". In welche Tragödie das Verlangen nach einem gottgewollten Staat eines Tages führen könnte, davon hatte der Freiburger Katholikentag 1929 noch kein Wissen - und konnte es auch nicht haben. So bekannte sich der Apostolische Nuntius Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., in Freiburg offen zur christlichen Staatsidee, die den göttlichen Ursprung von Kirche und Staat mit einschloß, und bekräftigte damit die leoninische Lehrtradition:

> "'Der Staat ist für uns gottgewollt. Die übernatürliche Liebe zur Kirche und die natürliche Liebe zum Vaterlande entspringen als Zwillingsschwestern demselben ewigen Urquell, nämlich Gott, der beider Vater und Urheber ist' - das ist die klassische Formel, in die Leo XIII. die christliche Lehre vom göttlichen Ursprung des Staates gefaßt hat. Deshalb ist den Katholiken Dienst am Volke und Dienst am Staate ein heiliges und unverbrüchliches Gebot Gottes. Die katholische Auffassung vom Staat umschließt zwei fundamentale Lebenselemente. Das erste: die Staatsautorität wird in Gott veran

> kert, und dieser Ankergrund ist unverrückbares Felsgestein. Das zweite: die Staatsautorität besagt für ihre Träger nichts anderes als Verantwortung für das Volk. Die Bekenner anderer Weltanschauungen sollten uns Katholiken dankbar sein für die Festigung, Sicherung und Stetigkeit, die wir durch unsere Sinngebung des Staates in dessen Leben und Wirken hineintragen. Die katholische Lebensauffassung bejaht nicht nur den Staat. Sie erhält auch die Wurzel gesund, aus der der Staat heraus wächst: die Familie."

Aus der Krise des gegenwärtigen Staates war nach den Worten von Prälat Ludwig Kaas, dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, für den deutschen Katholizismus nur eine Konsequenz zu ziehen: kein politischer Rückzug, sondern ein "entschlossener Griff nach dem Steuerrad des Staates", weil der Katholizismus über einen wahren Staatsbegriff verfüge, der organisch im Volksganzen verwurzelt sei, und ihn nicht zwischen gesellschaftlichen Fronten und Teilkulturen zerreißen lassen wolle.[1112] Der "Griff nach dem Steuerrad des Staates" erwuchs aus der religiös-kulturellen Sendung des gläubigen Katholiken in der Welt und war damit weniger politisch als moralisch motiviert:

> "Der Kampf zwischen heidnischer Unkultur und christlicher Lebensgestaltung, der unser Volk durchtobt, ist mit rein seelsorgerlichen Mitteln nicht aussichtsvoll zu führen, wenn von staatlicher Seite aus dem öffentlichen Leben Normen gegeben werden, welche die segensvollen Kräfte des Christentums binden und hemmen, dagegen die zersetzenden Kräfte antichristlicher Tendenz entfesseln und begünstigen. Darum unser entschlossener Griff nach dem Steuerrad des Staates. Wir ringen um die Seele unseres Staatswesens, um die Seele unseres Volkes zu retten. Wir wollen einen Staat, der Gott gibt, was Gottes ist, und dem Volk, was des Volkes ist."

Der konservativ-organologische Staatsbegriff, wie ihn Pacelli und Kaas auf dem Freiburger Katholikentag 1929 entwickelten, enthielt eine gefährliche politische Brisanz, die sich wenige Jahre später in der verhängnisvollen Beziehung zwischen Zentrum und NSDAP entfalten sollte. Gefordert wurde schon in Freiburg die "katholische Tat" zum sittlichen Wohle des Volksganzen, das man nur von einem autoritären Staat verwirklicht sehen konnte. Keimzelle des Staatswesens war der Idee nach die christliche Familie, die auch das Leitbild für die politische Volksgemeinschaft enthielt. Für die Rechristianisierung der modernen Gesellschaft war die Aktivierung der Laien, das sog. Laienapostolat, eine unmittelbare Voraussetzung, die besonders von Papst Pius XI. nachhaltig gefordert wurde. Denn "im Aufgang und Nie

---

[1112] Prälat Ludwig Kaas war am 8. Dezember 1928 zum Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei gewählt worden.

dergang des religiösen Lebens der christlichen Laien spiegelt sich Aufstieg und Niedergang der Gesamtkirche, das Schicksal des Leibes Christi".[1113]

Die Generalversammlung der Katholischen Schulorganisation bekannte sich auf dem Freiburger Katholikentag demonstrativ zur Bekenntnisschule als dem "Schulideal der deutschen Katholiken" und identifizierte sich weitgehend mit den schulpolitischen Forderungen der deutschen Bischöfe in Deutschland, wie sie in Freiburg erneut zum Ausdruck gebracht wurden. Sie trat grundsätzlich für eine katholische Lehrerbildung ein und verteidigte "angesichts der gesteigerten Bestrebungen zur Verstaatlichung und Sozialisierung der Erziehung" nachhaltig "das natürliche Erziehungsrecht und die gottgewollte Erziehungspflicht der Familie", die von einer "fortschreitenden Verweltlichung auf allen Lebensgebieten" bedroht werde. "Das weltliche Schulideal des Sozialismus und auch die liberalistische Zwangsgemeinschaftsschule" stellten einen "Angriff auf die Rechte und die Freiheit der katholischen Familie, eine Bedrohung ihres Lebenskerns und eine Gefährdung unserer christlich=deutschen Volkskultur in ihren Wurzeln" dar. In der Schule führe "die steigende Verbreitung der sozialistischen kinderfreien Bewegung" ganz zielbewußt einen "Kampf um die Seele des Kindes" und betreibe "planmäßig den Aufbau einer reinen Diesseitskultur". Die katholische Elternschaft - die Katholische Schulorganisation war ein Zusammenschluß katholischer Eltern - sorge sich "in der tiefen Erziehungsnot der Gegenwart" um "eine lebendige religionssittliche Erziehung", besonders "in der für die Lebensentwicklung unserer Jugend so entscheidenden Berufs= und Fortbildungsschule".[1114]

Die deutschen Katholikentage setzten politische Signale, denen für die katholische Provinz eine maßgebliche Leitbildfunktion zukam. Sie waren der Ort öffentlich bekundeter katholischer Identität und behandelten nach ihrem Selbstverständnis nicht nur rein religiöse Probleme, sondern im katholischen Sinne stets auch Fragen moderner Staats- und Gesellschaftsordnungen. Ihre Antworten erschöpften sich in der kritischen Endphase der Weimarer Republik in einer konsequenten Absage an den politischen Extremismus auf beiden Seiten und konnten dem deutschen Katholizismus keine zukunftsweisenden Orientierungen mehr geben. Die Katholikentage ersetzten Politik durch Religion und Moral, zogen sich aus der konkreten politischen Verantwortung

[1113] OV vom 1.9.1929.
[1114] LV vom 7.9.1929.

zurück und versagten gegenüber dem Anspruch, den sie sich selbst stellten: Orientierung in politisch und gesellschaftlich bewegten Zeiten zu geben. Der 69. Katholikentag, der am 4. September 1930 - 10 Tage vor der Reichstagswahl am 14. September 1930 - im westfälischen Münster eröffnet wurde, beschäftigte sich schwerpunktmäßig mit Fragen katholischer Schulerziehung und Jugendbildung. Die Zentrumspresse in Südoldenburg berichtete mit besonders großem Eifer über den Katholikentag in der nicht weit entfernten Diözesanhauptstadt. Johannes Poggenburg, der Bischof von Münster, erinnerte an die traditionellen "bona particularia" der katholischen Kirche, die ihre Gültigkeit in der Gegenwart nicht eingebüßt hätten, und beschwor die von Gott gestiftete Autorität des Staates:

> "Ernst sind die Zeiten. **Wir stehen im Kampfe um wichtige Stellungen im religiös=sittlichen Leben**.[...] Soll das Vaterland, soll die menschliche Gesellschaft bestehen und gedeihen, dann ist Autorität, Gerechtigkeit und Liebe notwendig. Nur in unseren christlichen, konfessionellen Schulen werden die Kinder zu diesen Grundtugenden erzogen, weil nur dort die zehn Gebote Gottes das ganze Leben der Jugend formen. **Ohne himmlische keine irdische Autorität**. Entweder - oder. Entweder **gelten** die 10 Gebote, und auf deren Autorität baut sich bürgerliche und staatliche Gesetzgebung auf. - Oder die 10 Gebote **gelten nicht** und bilden diese Grundlage nicht; dann ist alles nur Menschensatzung, nur bindend durch die Gewalt, dann aber auch nur ein Spielball der Laune und Gewalt."[1115]

Der Katholikentag in Münster erinnerte an den 1500. Todestag des großen Kirchenlehrers Augustinus. Dessen Wirken hatte der Papst in einer eigenen Enzyklika "Ad salutem humani generis" vom 20. April 1930 gewürdigt und dabei vor den Folgen eines besonders im 18. Jahrhundert "weit verbreiteten, verhängnisvollen Irrtums" gewarnt, "wonach alle natürlichen Willensneigungen gut wären und daher nicht gefürchtet noch gebändigt zu werden brauchen". Diese irrende Auffassung vom Wesen des Menschen, die in der katholischen Kirchenlehre als "Rousseauismus" bekannt war, habe sich negativ auf Erziehung und Gehorsam der Jugend ausgewirkt und zum sittlichen Verfall der modernen Gesellschaft beigetragen.[1116]

[1115] OV vom 6.9.1930. Anläßlich des Katholikentages in Münster wurde Bischof Johannes Poggenburg vom Hl. Stuhl der persönliche Titel eines Erzbischofs von Nicopsis verliehen. (Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 2, 1.2.1933, S. 9)

[1116] REUTER, Summa 2, S. 643. Die daraus abgeleiteten falschen Erziehungsmethoden liefen darauf hinaus, "den Geschlechtsunterschied unbeachtet zu lassen und gegen die erwachenden Triebe der Kinder und der heranwachsenden Jugend keine Vorsichtsmaßnahmen zu treffen". Daraus resultiere auch "jene Zügellosigkeit in Literatur und Lektüre, in der Veranstaltung und im Besuch von Schauspielen, die der Unschuld und dem Schamgefühl nicht nur zur verlockenden Gefahr werden, sondern sie auch tatsächlich zu Fall bringen", und auch "die unanständige

Auf der Festversammlung der katholischen Lehrer und Lehrerinnen anläßlich des Katholikentages in Münster würdigte Bischof Johannes Poggenburg den Einsatz der katholischen Erzieher und erinnerte an Fürstenberg und Overberg, "fromme, charaktervolle Männer", die vor 100 Jahren "die Grundsätze katholischer Pädagogik verkündet und verwirklicht" hätten. In der gegenwärtigen kulturellen und sozialen Lage des modernen Menschen erkannte Poggenburg das "große Ringen der Geister" und den "Kampf des Kreuzes mit den Mächten der Finsternis", der "zu einem Kampfe um das heiligste Gut unseres Volkes, seine Jugend, die Hoffnung der Kirche und des Vaterlandes, geworden" sei. An das Plenum der versammelten katholischen Lehrer richtete er den ernsten moralischen Appell, sich als "Führer und Führerin" aktiv "im Kampf gegen die Entchristlichung unserer Jugend" zu engagieren. Die Vorsitzende des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, Oberlehrerin Maria Schmitz, signalisierte in Münster die Bereitschaft ihres Verbandes, persönliche Benachteiligungen der katholischen Lehrerin zurückzustellen, wenn es zu schulpolitischen Grundsatzentscheidungen kommen sollte. Daß diese kommen würden, daran bestand ihrer Meinung nach kein Zweifel:

> "Aber es können Konflikte kommen, und es kommen Konflikte. Und da fragt es sich, wie wir zu ihnen stehen. Und da möchte ich laut und deutlich sagen, daß die Jugenderziehung im katholischen Geiste unser erster und alles überragender Zweck ist, und daß wir bereit sind, diesem Zwecke, wenn es nottut, unsere besonderen Interessen zu opfern. Dies möge das Bekenntnis sein, das wir vor dem katholischen Volke anläßlich des Katholikentages ablegen!" [1117]

Der Katholikentag in Münster dokumentierte im Zeichen der eskalierenden Wirtschaftskrise nachdrücklich, daß sich die politische Lage des Katholizismus in Deutschland dramatisch zuspitzte. Er machte deutlich, worauf es in dieser kritischen Stunde politisch ankam: den politischen und gesellschaftlichen Liberalismus in seine Schranken zu weisen, den demokratischen 'Parteienstaat' von Weimar autoritär umzugestalten und den anwachsenden politischen Extremismen nachhaltig zu begegnen. Der historische Rückblick von Kardinal Faulhaber thematisierte die Verlusterfahrungen der katholi

---

Kleidermode, an deren Ausrottung die christlich gesinnten Frauen nie ernsthaft genug arbeiten können". Das sei der "Zustand des gefallenen Menschen".

[1117] Katholische Schulzeitung Jg. 22, Nr. 10, 1.10.1930, S. 105f. Organisiert wurde die Festversammlung in der Stadthalle in Münster am 5. September 1930 vom Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches, vom Verein katholischer deutscher Lehrerinnen und vom Deutschen Institut für wissenschaftliche Pädagogik.

schen Kirche in der Moderne und bekannte sich offen zur Sonderstellung des politischen Katholizismus in der deutschen Politik. Faulhaber erinnerte an die verlorene Einheit von Kirche und Volk in der Zeit des lateinischen Mittelalters und begründete gerade in der Wesensverschiedenheit von Kirche und Volk ihre funktionale Einheit, zu deren Rettung das christliche Abendland alle verfügbaren Kräfte aufbieten sollte:

> "Unsere Kirche und unser Volk! Unsere Kirche, das Himmelreich, im innersten Wesen der Seelenpflege, dem Ueberweltlichen und Ueberzeitlichen, dem Ewigen und Göttlichen zugewandt - unser Volk, der Pflege der irdischen Wohlfahrt, der Diesseitskultur und Gegenwartskultur zugewandt. [...] Unsere Kirche mit der Verheißung, niemals überwältigt zu werden - unser Volk, dem geschichtlichen Auf und Ab von Blütezeit und Niedergang unterworfen. Wie war es, als diese beiden Größen sich geschichtlich begegneten?"[1118]

Die Rettung dieser verlorenen Einheit konnte nach Auffassung Faulhabers nicht von liberal-demokratischen Elementen getragen werden, sondern mußte von den konservativ-nationalen Traditionen und den autoritären Stützen der Gesellschaft ausgehen, zu denen die kirchlichen Institutionen zu zählen waren. In den historischen Mythen der Vergangenheit wurden die geistigen Quellen vermutet, die dem Untergang des christlichen Abendlandes im Zeichen von Demokratismus, Liberalismus und Marxismus Einhalt gebieten konnten. Als politische Vision war in der modernen Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland das mittelalterliche "sacrum imperium" lebendig geblieben und wurde wieder als Antithese gegen den westlichen Liberalismus gedacht. Nach der Blütezeit des lateinischen Mittelalters, als Staat und Kirche in der Einheit von Thron und Altar erstrahlten, war die Zeit der Reformation und der Glaubenskriege gekommen und "die Einigkeit unseres Volkes in den Grundfragen des christlichen Lebens zerstört" worden. Übertroffen wurde die Reformation in ihrer destruktiven Wirkung noch durch die Folgen der Säkularisation. Kardinal Faulhaber erklärte dazu auf dem Kirchentag in Münster:

> "Die Entfremdung zwischen Kirche und Volk tat einen großen Schritt weiter, als 1801 von deutscher Seite das linke Rheinufer an Frankreich abgetreten, und zwei Jahre später durch die sogenannte Säkularisation die geistlichen Fürstentümer rechts des Rheins, darunter auch Münster, den weltlichen Fürsten zugeteilt wurden. Seitdem ruht der Fluch enteigneten Kirchengutes auf unserem Volke, und die Weltgeschichte wurde zum Weltgericht."

[1118] OV vom 9.9.1930, auch zum folg.

Kardinal Faulhaber bezeichnete in Münster die katholische Kirche als "die höchste sittliche Macht der Weltgeschichte", die als "eine objektive, unwandelbare, auf die Gebote Gottes von Sinai aufgerichtete Ordnung" zu verstehen und respektieren sei. Als solche sei sie "der Willkür der einzelnen entrückt" und könne "auch von den Parlamenten der Völker nicht umgestoßen" werden. In der Gegenwart gehe es um einen geistigen, nicht um einen politischen Kampf; ihm habe sich die katholische Kirche zu stellen:

> "Wirtschaftlicher Aufstieg und vaterländischer Geist werden aber nicht kommen ohne sittliche Wiedergeburt unseres Volkes. Viel notwendiger als die fortschreitende Amerikanisierung wäre also die Christianisierung unseres Volkes."

Die sog. Amerikanisierung mit ihren vielfältigen Strömungen, der Anpassung an den Zeitgeist und den hyperdemokratischen Tendenzen, den akonfessionellen und interkonfessionellen Bestrebungen, war bereits in der Vorkriegszeit im Modernismus-Streit auf scharfe Ablehnung gestoßen.[1119] Faulhaber wiederholte und bekräftigte in Münster den in der katholischen Lehrtradition immer noch geltenden verfassungspolitischen Indifferentismus, übertrug ihn auf die politische Gegenwart des Jahres 1930 und gab damit eine entscheidende politische Richtung vor:

> "Ob wir zu dem heutigen Kurs unseres Volkes Ja oder Nein sagen, wir haben als Katholiken aus unserer Weltauffassung heraus die heilige Pflicht, für unsern Teil uns für die Rettung unseres Volkes einzusetzen, den Mächten der Finsternis und des Todes zu wehren, den guten Geistern die Tore aufzutun."

An dieser Frage des "Ja oder Nein" entschied sich das politische Schicksal des deutschen Katholizismus im Jahre 1933. Faulhaber wich dieser Frage in Münster aus und ließ sie damit offen. Der verfassungspolitische Indifferentismus, der im deutschen Katholizismus eine lange Tradition aufweist, wurde von nationalsozialistischer Seite eher als ein Ja denn als ein Nein interpretiert. Aus der politischen Öffentlichkeit Südoldenburgs ist ein solches Nein zwischen 1930 und 1933 nicht bekannt: Die Frage war eine andere. Am Ende der Weimarer Republik, das hoffte der Katholikentag in Münster, bot sich noch einmal, vielleicht ein letztes Mal, die historische Aussicht, den verfehlten Gang der Weltgeschichte zu korrigieren und das "Weltgericht", das längst eröffnet war, endgültig für das christliche Abendland zu entscheiden:

[1119] EISLER, Modernismus, S. 154-222.

> "Wollen wir die moderne Zeit sehen unter dem Gesichtspunkt der fortschreitenden Entchristlichung, so müssen wir das Zeitalter vorher sehen als wesentlich unter der Herrschaft des christlichen Gedankens stehend. Die jetzige Zeitepoche vollendet in furchtbarster Deutlichkeit, was mit der Renaissance seinen Anfang genommen: beginnender Bruch, sich ankündender Zerfall. Dieser ewige große Kampf um das Gleichgewicht der Pole unserer Menschheitsgeschichte, um das rechte Gott= und Menschheitsverhältnis!"[1120]

Die Ursache für die Entchristlichung der Welt wurde in der materialistischen Umkehrung des traditionellen christlichen Welt- und Geschichtsbildes gesehen. Der mittelalterliche ORDO des Himmels und der Erde war zerstört, die Folgen waren unübersehbar. An die Stelle des theozentrischen Weltbildes im lateinischen Mittelalter war das anthropozentrische Denken der Moderne getreten, das durch Renaissance und Reformation seinen Einzug in das christliche Europa gehalten hatte und historisch in der Französischen Revolution zum Durchbruch gekommen war. Der Mensch hatte sich zum Schöpfer seiner eigenen Geschichte erklärt. Über die Ablehnung des modernen Weltbildes, das den Menschen von Gott getrennt und die christliche Heilslehre materialisiert hatte, herrschte auf dem Katholikentag in Münster ein breiter Konsens:

> "Ist Gott das Zentrum, dann wird das Leben groß in seinem Ziel, sittlich stark in seiner Entfaltung, wahr in seinem Denken, gerecht in seinen Werken, umfassend in seiner Liebe. Rückt aber der Mensch sich in den Mittelpunkt, dann wird eine Umwertung heiligster menschlicher Begriffe immer mehr Platz greifen. Das Göttliche wird vermenschlicht und das Menschliche vergöttert, vor allem das eigene Ich."[1121]

Der Katholikentag in Münster wurde zu einem großen Triumph für Reichskanzler Heinrich Brüning. Mit der Schlagzeile "Das kath. Volk geschlossen hinter Dr. Brüning" feierte auch die Vechtaer OV das Auftreten des bedeutenden Zentrumsführers, der in Münster zu Hause war. Brüning, der als Reichskanzler seit dem 28. März 1930 das erste Präsidialkabinett in Deutschland führte, erklärte in Münster "mitten im heißen Wahlkampf" für die unmittelbar bevorstehende Reichstagswahl am 14. September 1930:

> "Alles, was den Tageskampf bedeutet, findet hier keinen Widerhall und schwindet aus den Beratungen, aus den Reden und Ueberlegungen. Aber hier ist etwas anderes: Hier liegt ein Geist über der Versammlung, der auf das Ewige geht, der auf die Ordnung aller Dinge nach ewigen Grundsätzen hinausgeht. [...] Wir haben einen gewissen Einfluß in der Politik des deutschen Volkes. Wir haben diesen Einfluß nicht, weil wir um die Macht kämpfen und darum Politik machen, sondern wir haben diesen Einfluß, weil wir

---

[1120] OV vom 7.9.1930.
[1121] Ebd.

> durch unsern Glauben und unsere Weltanschauung gezwungen sind, unter uns den Ausgleich der Gegensätze zu finden, daran zu denken, daß wir immer zur Verfügung stehen müssen, auch wenn es noch so hart ist, wenn das Vaterland uns ruft, daß wir immer zur Verfügung stehen müssen, arbeitend, kämpfend, handelnd [...]."[1122]

Wie der Zentrumspolitiker und praktizierende Katholik Heinrich Brüning schwankten große Teile des politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik zwischen Politik und Religion und konnten diesen Konflikt nicht lösen. Das ideologische Dilemma, in dem sich der Katholikentag in Münster verfing, zeigt nicht nur das Fehlen einer politischen Theorie, das durch ersatzpolitische Glaubenskämpfe kompensiert werden sollte, sondern auch die Folgen einer jahrzehntelangen Konfessionalisierung des politischen Denkens. Am Ende war es zu geistigen Differenzierungen nicht mehr in der Lage, sondierte das ideologische Terrain ausschließlich nach moralisch-religiösen "Freund-Feind-Kategorien" und duldete keine aufgeklärte Haltung mehr. Der Katholikentag dokumentierte den verengten Handlungsspielraum des politischen Katholizismus und reflektierte das Desaster des Zentrums, das politisch nach den Septemberwahlen endgültig ‘zwischen den Stühlen’ stand und den Preis für seine wachsende politische Isolierung zu zahlen hatte. In diese Lage hatten es ideologische Berührungsängste, katholische Loyalitäten und moralisch-religiöse Abwehrkomplexe geführt, von denen sich das Zentrum unter der Führung von Prälat Kaas nicht mehr befreien konnte. Der religiöse Fundamentalismus, wie er auf den Katholikentagen am Ende der Weimarer Republik deklamiert wurde, war nicht mehrheitsfähig und offenbarte aufgrund von "ideologischen Nachbarschaften" eine politische Anfälligkeit für den Totalitarismus, weil dieser in jedem Falle auf eine vollständige kollektive Erfassung, Gliederung und Kontrolle des gesamten öffentlichen Lebens drang.[1123]

Der Abschied des Zentrums vom parlamentarischen Regierungssystem hatte während des Katholikentags in Münster im September 1930 schon begonnen. Die Verfassungsfrage, die das Zentrum nach 1918 politisch nicht beantwortet hatte, wurde in Münster - in der Stunde der offenen Verfassungskrise - nicht

---

[1122] OV vom 9.9.1930.

[1123] DIRKS, Schriften 6, S. 33. Der liberale katholische Publizist Walter Dirks rechnet zu den "ideologischen Nachbarschaften" zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus eine ganze Reihe von Übereinstimmungen wie "ein hierarchisches Denken von oben nach unten, den Antibolschewismus, den Antiliberalismus, der ja bei den konservativen Katholiken immer eine große Rolle gespielt hatte." (LEMHÖFER, Widerstand, S. 18: Walter Dirks am 2.11.1980 im WDR)

gestellt und durch einen Weltanschauungskampf ersetzt, der unter dem ideologischen Vergrößerungsglas jedes politische Wort daraufhin maß, ob es mit den katholischen Grundsätzen übereinstimmte oder nicht. Die Ablehnung der nationalsozialistischen "Heilslehre", die seit den "Erbitterungswahlen" vom 14. September 1930 in einem Zuge mit der Ablehnung des Kommunismus immer wieder betont wurde, resultierte fast ausschließlich aus religiösen, sittlichen und kulturpolitischen Gründen, nicht aus staatspolitischen.[1124] Die Reaktion der katholischen Kirche auf die sich abzeichnende nationalsozialistische Diktatur beschränkte sich staatstheoretisch auf eine indifferente Haltung gegenüber den modernen Staatsformen. Das war in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu wenig. Der Niedergang der parlamentarischen Demokratie brauchte die politische Theologie der katholischen Kirche in ihrem Kernbestand nicht zu berühren.

Der Geist von Münster erreichte umgehend das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg und hier besonders das katholische Schulwesen, das seinen religiösen Mittelpunkt immer noch in Vechta hatte. Auf dem zweiten Stiftungsfest der Studentenverbindung "Dersa", das am 14. September 1930 im Pädagogischen Lehrgang in Vechta feierlich begangen wurde, nahm der Leiter des Lehrgangs, Dr. Nieske, das gerade veröffentlichte vorläufige Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zum ernsten Anlaß für folgende Warnungen:

> "Immer klarer seien die unserer christlichen Kultur drohenden Gefahren zu erkennen. Die Mächte des Niederganges breiteten sich mehr und mehr aus. Jeder wahre Christ müsse sich mit ganzer Bereitwilligkeit in den Dienst der Abwehr stellen. Die christliche Lehrerschaft, als Trägerin gesunder Kultur so lange erprobt und so oftmals bewährt, müsse die dringlichen Aufgaben der Zeit klar ins Auge fassen und sich bewußt

---

[1124] LÖNNE, Katholizismus, S. 234f. Karl-Egon Lönne ordnet diese Haltung im deutschen Episkopat in die Geschichte der katholischen Kirche seit 1918 ein: "Das Schweigen der Bischöfe zu staatspolitischen Gesichtspunkten entsprach der Tatsache, daß die katholische Kirche in Deutschland zwar bereit gewesen war, die demokratisch-parlamentarische Republik zu akzeptieren, daß sie damit aber lediglich ein Faktum hingenommen hatte, das dem Katholizismus günstige Entfaltungsbedingungen bot. Indifferenz gegenüber den Staatsformen war das Höchste, was sich die Kirche bei dem schwierigen Abschied von dem traditionellen Bündnis von Thron und Altar in der Auseinandersetzung mit der modernen Welt abzuringen vermochte. [...] Nicht wenige führende kirchliche Repräsentanten des Katholizismus standen der Republik persönlich fremd oder sogar ablehnend gegenüber. Ein rückhaltloses einheitliches Eintreten für die politische Ordnung der Weimarer Republik lag dem Episkopat schon aus diesen Gründen fern. [...] Diese Abwehr konnte jedoch nur solange durchgehalten werden, wie sie durch die Kirchenleitung massiv gestützt wurde."

bleiben, daß sie in diesem Streit um die wertvollsten Güter der Kultur in vorderster Linie zu stehen habe."[1125]

Die in den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommene veränderte politische Stimmungslage in Deutschland erfaßte auch die katholische Provinz. Vertreter der politischen und geistlichen Elite Südoldenburgs forderten in dieser kritischen Situation die Bevölkerung dazu auf, sich auf das gemeinsame Fundament des katholischen Glaubens zu besinnen und im Zentrum wieder zur politischen Geschlossenheit und Stärke zurückzufinden. Nur das Bekenntnis zum katholischen Glauben konnte nach ihrer Ansicht Schutz vor den im Aufstieg begriffenen politischen Extremismen gewähren. Am Ende sah sich der Katholizismus einer Welt von Feinden gegenüber, die als revolutionäre materialistische Strömungen von links wie von rechts den Bestand der katholischen Kirche und des christlichen Glaubens bedrohten, und versuchte, sich ihrer im Bunde mit dem erstarkenden Nationalsozialismus zu erwehren. Weil er sich ideologisch mit den demokratischen Kräften in der deutschen Sozialdemokratie und im Linksliberalismus überworfen und sich nicht rechtzeitig gemäßigter politischer Bundesgenossen versichert hatte, blieben dem Katholizismus in der Verfassungs- und Staatskrise zwischen 1930 und 1933 nur der Griff zu den Präsidialkabinetten und verzweifelte politische Offerten an die NSDAP übrig.

Zwei Jahre später, auf dem Katholikentag in der Ruhrmetropole Essen im Jahre 1932, verdichteten sich die moralisch-religiösen Rigorismen und transzendierten die profane Geschichte in den kultischen Leitbildern von christlicher Familie, religiöser Heimat und deutschem Volkstum, die zu einem romantischen Mysterium verwoben wurden. Der Münsteraner Prälat Professor Georg Schreiber, einer der führenden Kulturpolitiker der Zentrumsfraktion im Reichstag, grenzte in einem Vortrag unter dem Titel "Großstadt, Volkstum und Nation" das organologische Wahrnehmen und Empfinden gegen die urbane Industriekultur ab:

"Die Großstadt weist bereits viel erschüttertes und verschüttetes Volkstum auf. Volkstum ist seinem Wesen nach etwas Organisches, etwas Gewachsenes, das die Volksgenossen miteinander verbindet. Dagegen ist in der Industriestadt das Unorganische und

[1125] Katholische Schulzeitung Jg. 22, Nr. 10, 1.10.1930, S. 115. Die Studentenverbindung "Dersa" war benannt nach dem Dersigau, der in sächsischer Zeit neben dem Hasegau und dem Lerigau große Teile des späteren Südoldenburg erfaßte. Zentrum des nördlichen Dersigaus war Lohne, das des südlichen Damme. Vechta und Cloppenburg gehörten zum Lerigau. (BROCKMANN, Christianisierung, S. 14f.)

> Disharmonische Ereignis geworden. [...] Inmitten des Gegensatzes von Besitz und Armut erwuchs der Klassenkampf, formte sich der Masseninstinkt, wurde der Mensch zur Massenware, und zersprang der Gemeinschaftsgedanke wie spröd gewordenes Glas. [...]
> Volkstum ist ferner Bejahung der Heimat in Heimatliedern und Heimatgebräuchen, in Mundart und Stammessitte. [...] Die Familie ist die wachstumsfreudige Zelle, der geheimnisvolle Brunnen und das große Mysterium der deutschen Volkskraft. [...]
> Deutsches Volkstum ist in der tiefsten Wurzel und in der großartigsten Erscheinung die sittlich disziplinierte und opferbereite Haltung der deutschen Seele, die ihren kerndeutschen Lebenswert bejaht, die weder von Karl Marx noch von Lenin sich gefangensetzen läßt, die sich ebensowenig an eine Vergottung der Nation ausliefert. Volkstum ohne Religion wird leer und schal. Volkskraft ohne Religion wird haltlos und brüchig. Volkstum dagegen, das aus religiösen Quellen trinkt, wird inhaltreich, wird familienstark, wird lebensfroh. Was die Kirche bei Taufe, Hochzeit, bei Familienfesten und beim Tod, bei Volksandachten und beim gemeinsamen Kirchenbesuch, bei Prozessionen und Wallfahrten, was sie im Kirchenlied, im Heiligenkult, im Anna-Selbdritt-Bild der Mütterlichkeit der eindrucksvollen Volksseele zu geben hat, ist ein so großer Anschauungsunterricht von wahrhaft großem Deutschtum in der Landschaft und im Familiengeschehen, in Musik und in Kunst, in feierlich schöner Bewegung und in der Ausdrucksform der Seele, daß hier mehr, weit mehr für das Deutschtum geleistet wird, als es jenen anspruchsvollen Rassetheoretikern vergönnt ist, die das Deutschtum auf den Standpunkt der Rassenzüchtung und der Rassenherrschaft herabdrücken, entseelen und entgeistigen."[1126]

Schreibers programmatische Rede auf dem Essener Katholikentag faßte jene seelisch-geistigen Kräfte und Strömungen zusammen, die auch die organische Einheit der politischen Kultur im katholischen Milieu Südoldenburgs am Ende der Weimarer Republik ausmachten, und grenzte sie gegen den völkisch-nationalen Rassismus ab. Zwischen dem organologischen Denken im politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus gab es 1932 noch eine scharfe Trennungslinie. Die katholische Kirche sah ihre Aufgabe darin, die profane Wirklichkeit der deutschen Geschichte religiös zu transzendieren und in geistig-seelischen Sphären aufzulösen, die vom analytischen politischen Geist nicht mehr zu kategorisieren waren. Die religiöse Transzendierung der historisch-politischen Gegenwart hatte die Wirkung, daß die Weimarer Republik im Lichte dieser politischen Vision als seelenloser demokratischer Mechanismus erschien und ihr öffentliches Ansehen endgültig herabgesetzt wurde. Die Thematisierung des Stadt-Land-Gegensatzes konnte im ländlichen Milieu Südoldenburgs auf große Resonanz rechnen und trug dazu bei, die kulturelle Avantgarde der Weimarer Republik als volkstumslose

[1126] FESTBLATT, Nr. 4; GELHAUS, 1933, S. 40f. "Anna-Selbdritt" bezeichnet die Darstellung der Gottesmutter Maria mit dem Jesus-Knaben und der hl. Anna, der Mutter Mariens.

Großstadtkultur zu diffamieren und als schleichende Bedrohung von christlicher Sitte und Moral zu deklarieren.

Die rhetorische Ästhetik der Katholikentage war in den letzten Jahren der Weimarer Republik erfüllt von konservativen Regressionen und Traditionen, die auch pseudoliterarische Formen annehmen konnten. Walter Müller-Seidel erkennt in diesem Phänomen aus literarischer Sicht "zahlreiche Regressionen" und begreift diese als "Rückwendungen zu einer vormodernen Ästhetik mit Annäherungen an Konservatismus und Tradition". Dabei ergeben sich ästhetische Nachbarschaften zur völkischen Literatur.[1127] Das Mysterium des politischen Glaubens, das die Ideen von Volkstum und Volksgemeinschaft am geistigen Horizont erscheinen ließ, sollte das Leiden an der politischen Gegenwart kompensieren und erträglich gestalten, aufzuhalten war es so nicht. Aufgrund ihres irrationalen Charakters war die katholische Obsession vom wahren deutschen Volkstum und wahrer deutscher Demokratie empirisch-analytisch nicht faßbar und glich einer politischen Ersatzreligion, deren antiaufklärerischer Effekt unverkennbar war. Ganz auf der offiziellen Linie des deutschen Episkopats, verwahrte sich Schreiber in seiner Essener Rede gegen die nationalsozialistische Rassenideologie, mied allerdings eine politische Auseinandersetzung mit der aufsteigenden NSDAP. So blieben die Mysterien von Familie, Heimat und Volkstum der ungeschützten politischen Manipulation durch die NS-Rhetorik ausgesetzt. Die konservativen Ideen Heimat, Volk und Reich fanden ab 1933 im nationalsozialistischen Begriff der "Volksgemeinschaft" eine neue politische Heimat - und die Trennungslinie von 1932 gehörte damit der Vergangenheit an.

Die politische Rhetorik der Katholikentage am Ende der Weimarer Republik verrät konservative Romantizismen, die eine konkrete Verbindung zur politischen Wirklichkeit der Weimarer Republik verloren hatten und sich für einen totalitären Machtanspruch anfällig zeigten. In der radikalen moralischen Entrüstung, wie sie sich auf den Kirchenversammlungen und in der katholischen Publizistik aussprach, war die unterschwellige Bereitschaft verborgen, den Sprung auf die andere politische Seite zu wagen und ihn zu tun, wenn die Zeit reif dafür schien. Aus der demokratischen Zumutung, für die die Weimarer Republik immer gehalten worden war, war eine seelische Kränkung ge

[1127] MÜLLER-SEIDEL, Moderne, S. 435: "Was man als völkisches Schrifttum bezeichnet, die Verklärungen ländlichen Lebens und einer idyllischen Natur in betont stilkonservativer Schreibweise, ist eine dieser Spielarten."

worden, die nicht mehr heilen wollte. Das realpolitische voraussetzungs- und bedingungslose "Wollen" des politischen Katholizismus spielte mit einer Wendung ins Totale des Religiösen wie Politischen und verdeckte diese seine Neigung in einem moralisch-religiösen Tabu, das nach seinem politischen Impuls nicht befragt werden wollte. Aus dieser Haltung erklären sich viele Konflikte zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus. Ein "Kirchenkampf" war auf Dauer unvermeidbar.

9.9.3. Antimodernistische Ressentiments: "Wenn es sein muß, auch gegen eine Parlamentsmehrheit."

Die katholische Kirche war in der Weimarer Republik nicht in der Lage, sich von ihren antimodernistischen Ressentiments zu trennen und den weltanschaulichen Relativismus und Pluralismus der Moderne zu akzeptieren. Sie hielt immer wieder Ausschau nach kollektiven Wertsystemen und Prinzipien, die sie ausschließlich in der Lehrtradition des europäischen Christentums erkennen konnte und beim Lehramt der katholischen Kirche am reinsten aufbewahrt sah. Dieser Umstand ist auch darauf zurückzuführen, daß die katholische Kirche in ihrer Geschichte "zum größten Teil durch einen theoretischen Monismus und praktischen Monolithismus" geprägt war und historisch dem sehr nahe stand, "was wir als Feudalismus, Absolutismus, Restauration und Reaktion" begreifen.[1128] Deshalb überrascht es nicht, daß die katholischen Protagonisten in der politischen Endzeitstimmung am Ende der Weimarer Republik an den Anfang der Tragödie erinnerten und daraus ihre historische Mission in der politischen Gegenwart der Weimarer Republik ableiteten. Ein gebürtiger Südoldenburger, Ministerialrat August Wegmann, oldenburgischer Zentrumsabgeordneter im Deutschen Reichstag, wurde 1930 in Münster zu einem der drei Vizepräsidenten des Katholikentages gewählt.

Der gebürtige Dinklager August Wegmann (1888 - 1976) trat nach dem Jurastudium 1920 in den oldenburgischen Staatsdienst ein. 1923 übernahm er im Range eines Ministerialrats die Leitung der Haushaltsabteilung im oldenburgischen Finanzministerium. Von 1924 bis zum November 1933 gehörte Wegmann als Zentrumsabgeordneter dem Deutschen Reichstag an. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Freistaat wie im Reich beendete vorläufig Wegmanns politische Karriere. Am 1. August 1933 wurde er aus dem Staatsdienst entlassen und nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftet. Nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" beriefen die britischen Militärbehörden August Wegmann zum kommissarischen Landrat des Kreises

[1128] LINDGENS, Kirche, S. 9.

> Oldenburg. Im April 1945 wurde er Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident in der oldenburgischen Landesregierung unter Theodor Tantzen. Während Tantzen sich für die Bildung eines Landes Weser-Ems einsetzte, plädierte Wegmann unnachgiebig für die weitere Selbständigkeit des Landes Oldenburg. August Wegmann wurde am 19. Dezember 1946 zum Präsidenten des neugeschaffenen Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg ernannt, den er bis zum 31. Oktober 1953 leitete. 1955 trat Wegmann als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident in die von CDU, DP (Deutsche Partei), FDP (Freie Demokratische Partei) und BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) gebildete Regierung Heinrich Hellwege ein, nach der Bildung der Großen Koalition übernahm er von 1957 bis 1959 das Finanzministerium. Von 1955 bis 1967 gehörte Wegmann dem niedersächsischen Landtag an.[1129]

August Wegmann, der politische Kontinuität in der Geschichte Südoldenburgs von der Weimarer Republik bis weit in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg verkörperte, verteidigte in Münster das absolute übernatürliche Sittengesetz der katholischen Kirche, das auch den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß bestimmen sollte, und bekannte sich nachhaltig zum entschlossenen Kampf für die Erhaltung der katholischen Schule im Freistaat Oldenburg. In Münster erklärte Wegmann nach seiner Wahl zum Vizepräsidenten des Katholikentages:

> "Der christentumsfeindlichen Gesetzgebung des Staates gegenüber muß das katholische Volk hinter uns stehen, denn der Staat macht schon nicht mehr Halt vor dem Naturrecht und dem Sittengesetz. Gebieterischer denn je ergeht heute der Ruf, den Staat in seine Schranken zurückzuweisen und das Naturrecht zu verteidigen, wenn es sein muß, auch gegen eine Parlamentsmehrheit. (Bravo!) [...] Sie alle kennen die überragende Bedeutung der Schule in der Erziehung, Sie kennen auch den Kampf, der um die christliche Schule geführt wird. Unser Kampfwille ist ungebrochen, aber doch kennen wir die Gefahr, daß diese Frage eines Tages gegen uns entschieden sei. Wenn Presse, Theater, Kino und eine Pseudokunst die Seelen der Kinder vergiften, wie kann dann eine sittlich gesunde neue Generation heranwachsen? Ich nehme die Wahl auch als eine Ehrung der Katholiken Oldenburgs, die durch eine jahrhundertelange Tradition mit dem Bistum Münster verbunden sind, an u. danke daher auch im Namen meiner oldenburgischen katholischen Landsleute für die Wahl."[1130]

[1129] ECKHARDT, Niedersachsen, S. 272-274; FRIEDL, Handbuch, S. 784-786 (von H. Friedl). Friedl charakterisiert das Wirken des Verwaltungspräsidenten Wegmann mit den Worten: "Er führte dieses Amt wie ein oldenburgischer Ministerpräsident und bemühte sich, die Rechte des ehemaligen Landes Oldenburg gegenüber Hannover zu verteidigen und die Anpassung des oldenburgischen Schulwesens an das niedersächsische Schulrecht zu verhindern." Nach Friedl ist es auch "dem Einsatz des praktizierenden und überzeugten Katholiken W. zuzuschreiben, daß die Konfessionsschule bis 1969 erhalten blieb". (S. 785)

[1130] OV vom 6.9.1930. Neben Wegmann wurden der Reichstagsabgeordnete und Gewerkschaftssekretär Bernhard Letterhaus aus Köln und Ministerialrat Helene Weber, Mitglied des Reichstages

In der Rede Wegmanns klingen sowohl der traditionelle katholische Kulturpessimismus als auch die Skepsis gegenüber den demokratischen Repräsentativverfassungen an, nach deren Reglement der Katholizismus in seinem Kampf für das konfessionelle Schulwesen unterlegen war. Welche politischen Konsequenzen daraus zu ziehen waren, wurde 1930 in Münster noch nicht ausgesprochen und der Zeit überlassen. Wenige Tage vor den Reichstagswahlen am 14. September 1930, die nach dem Bruch der Großen Koalition und dem Scheitern von Brünings Notverordnungen die politische Krise zu einer Entscheidung führen sollten, warnte der Katholikentag in Münster vor dem Extremismus auf der politischen Rechten wie auf der Linken und rief zur nationalen Sammlung des christlichen Volkes auf. Die politische Diktion des Katholikentages, wie sie beispielsweise auf der zentralen Jugendkundgebung gepflegt wurde, enthielt rhetorische Formeln und Gebärden, die Analogien zum nationalen Pathos der NS-Rhetorik aufwiesen:

> "Neues Volk wächst nur aus dem Boden christlicher Kultur. Wir übernehmen das schwere Erbe, christliche Kultur zu erneuern, christliche Kultur zu schützen gegen die Angriffe des Antichristen, gegen die Auswüchse der Zivilisation, gegen die Ueberwucherung durch die Unkultur auf allen Gebieten des Lebens. Wir wollen die Quelle rein halten, aus der in Jahrhunderten christlich deutsche Kultur entsprang: Unser Christentum und unser Deutschtum. Neuer Volksstaat wächst nur aus der verantwortungsbewußten und opfervollen Zusammenarbeit aller Berufsgenossen."[1131]

Die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland in Münster sah den politischen Katholizismus in der Mitte zwischen Links- und Rechtsextremismus, ohne einen plausiblen Ausweg aufzuzeigen, wie dieser Position zwischen den völlig erstarrten innenpolitischen Fronten in Deutschland zum Durchbruch verholfen werden könnte:

> "Was den linksradikalen revolutionären Bewegungen der im Osten aufgehende Sowjetstern, ist den rechtsradikalen revolutionären Richtungen das vom Kreis umgebene Hakenkreuz des nordischen Menschen. [...]
> So treffen sich im Kampf gegen Christus und seine Kirche die revolutionären materialistischen Strömungen von links und die revolutionären pantheistischen Strömungen von rechts. [...]
> Extreme berühren sich. Dies alte Wort bewahrheitet sich auch auf diesem Gebiet. Wie die linksrevolutionären Strömungen, so suchen auch die revolutionären Bewegungen von rechts das Christentum durch eine heidnische Weltanschauung und den christli

---

und des Preußischen Landtages, zu Vizepräsidenten gewählt. Das Amt des Präsidenten des Katholikentages bekleidete Alfred Graf Neipperg aus Schwaigern bei Heilbronn (Württemberg).

[1131] OV vom 9.9.1930.

chen Staat durch einen atheistischen zu ersetzen. Im linksradikalen Bolschewismus tritt unter dem Symbol des Sowjetsternes der Geist der asiatischen Seele Rußlands und der kulturlosen Steppe zutage, in den rechtsradikalen Geistesströmungen unter dem Symbol des Hakenkreuzes der Geist des arischen Heidentums und der kulturlosen Urwälder Germaniens. Beide lehnen sich gegen den Geist Christi und suchen die christliche Kultur zu zertreten, auf beiden Seiten der unsägliche Haß gegen Christus und sein Wort. Zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz ragt das Kreuz Christi empor, ernste Mahnung zur Einigkeit."[1132]

Beide, der Links- wie der Rechtsextremismus, entsprangen nach katholischer Lehrmeinung einer gemeinsamen Quelle, dem geistigen Materialismus, der im Zeichen des Sowjetsternes und des Hakenkreuzes das christliche Abendland bedrohte. Eine moralische Verengung der Perspektive sah "im Totalitarismus und Liberalismus zwei Spielarten des Abfalls von Gott und des Verlustes des Glaubens" und verkannte damit das Wesen beider politischer 'Systeme'.[1133] Diese Feststellung ist von elementarer Bedeutung für die Bewertung der glaubensbegründeten Opposition in Südoldenburg gegen die nationalsozialistische Schul- und Kulturpolitik, da sie sie in den politischen Kontext einordnet und ihre historische Singularität relativiert. Der "Kreuzkampf" im Herbst 1936 war der Höhepunkt einer kulturpolitischen Kontinuität in der langen konfliktreichen Auseinandersetzung Südoldenburgs mit dem zeitlebens als heidnisch angesehenen materialistischen Zeitgeist der Moderne. Der permanente "Kulturkampf" galt vor 1933 dem politischen Liberalismus wie dem Sozialismus, der Moderne überhaupt, wie er nach 1933 den herrschenden Nationalsozialismus in die Schranken weisen wollte. In beiden Fällen handelte es sich um eine objektive Machtanmaßung des Staates und seiner politischen Repräsentanten. Omnipotent zeigte sich ein Staat, ein konstitutioneller, demokratischer oder totalitärer, immer dann, wenn er sich über die Kirche erhob und die natürliche, gottgegebene Rangordnung von Staat und Kirche zu seinen Gunsten zu verändern versuchte. Es

[1132] OV vom 9.9.1930.

[1133] BUCHHEIM, Herrschaft, S. 88. Im Gegensatz zum Totalitarismus darf der Liberalismus in diesem Zusammenhang nicht als politisches System verstanden werden. Das liberalen Grundanschauungen und Leitbildern entsprechende politische System ist die Republik. Dabei ist die Wahl politischer Ziele auch eine Frage der "Moral im weiten Sinn", weil sie "in Beziehung zu den Auffassungen vom guten Leben für den Menschen" steht. Aber "da es immer Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des guten Lebens und immer mehrere bevorzugte Lebensformen zugleich geben wird, muß eine wohlgeordnete Gesellschaft irgendwie liberal sein, sie muß die Möglichkeit offenhalten, daß verschiedene Lebensformen gewählt werden können". Auf Konkurrenz und Konflikt, die wie Zusammenarbeit unerläßlich sind, sollte "eine wohlgeordnete Gesellschaft" ausgleichend und regulierend wirken, ohne den Anschein zu erwecken, sie jemals gänzlich ausräumen zu können. (MACKIE, Ethik, S. 301f.)

ging in diesem Konflikt zentral um die Vorherrschaft in Fragen der Weltdeutung, die die katholische Kirche aufgrund ihrer göttlichen Stiftung, ihres unfehlbaren Lehramtes und ihrer sakramentalen Vermittlungsfunktion weiterhin für sich beanspruchte. So existierte das Phänomen des ‘allmächtigen’ Staates unabhängig von der jeweiligen Staatsform, zu der sich der politische Katholizismus nicht definitiv erklärte. Darunter zu verstehen waren ‘Auswüchse’ des politischen Systems, die diesem selbst nicht wesentlich zu eigen waren. Diese Sicht der politischen Verhältnisse stellte für den Katholizismus auch ein Hindernis dar, politische Systeme und Verfassungsnormen nach ihrem Wesen zu unterscheiden und schließlich demokratische Präferenzen zu setzen. Die historische Einordnung des "Kreuzkampfes" lenkt den Blick über das singuläre Ereignis hinaus auf die politischen Strukturen des katholischen Milieus in Südoldenburg, die diesen "Kreuzkampf" erst ermöglicht haben.

9.9.4. Ideologische Verwerfungen: "Heute greift man die Grundlage der gesamten christlichen Kultur an."

Antiliberale und antidemokratische Strömungen, eine notorische antimarxistische Abwehrhaltung und der Ruf nach Ruhe und Ordnung, Führung und Kampf waren in der katholischen Publizistik Südoldenburgs unüberhörbar und befanden sich im Einklang mit den nationalen und regionalen Kirchenversammlungen. Sie bereiteten den Weg in die geistige Emigration des deutschen Katholizismus aus der politischen Gegenwart der Weimarer Republik. Zum Jahreswechsel 1929/30 rief die Vechtaer OV zum modernen Kulturkampf wie zum letzten Gefecht auf, mit eindeutiger Frontstellung gegen den "Kulturbolschewismus". Um die Einheit der katholischen Welt zu bewahren, war es ihrer Meinung nach erforderlich, die parteipolitische Zersplitterung zu überwinden und die katholische Abwehrhaltung zu stärken:

> "Heute greift man die Grundlage der gesamten christlichen Kultur an, heute zerreißt man die Familien und sucht durch ‘moderne’ Anschauungen über die Ehe die christliche Ehe an der Wurzel zu treffen, heute wälzt ein verderbtes Großstadtliteratentum eine Schlammflut von seichter und unsittlicher Literatur in das Land hinein und sucht die Volkssittlichkeit zu untergraben, eine den christlichen und katholischen Begriffen feindliche Mode ist hierbei treueste Helferin, heute versucht ein Neuheidentum mit seinen Schlagworten die Religiosität des Landvolkes zu zerstören, den Bauern von seinem Herrgott loszureißen, die Autorität der Kirche und ihrer Geistlichen zu untergraben. [...] Ist nicht bereits teilweise eine innere Umwandlung des Lebens im Sinne dieses verderblichen Kulturbolschewismus erfolgt? Mögen alle Katholiken, die heute auf dem Lande Führer sind oder sein wollen, sich der großen Verantwortung bewußt sein, die sie in diesem Kampf um die Seele unseres Volkes haben. Vor dem, worum es in

diesem Kampfe geht, sind wirtschaftliche und Standesinteressen, sind parteipolitische Gegensätze etwas Sekundäres."[1134]

Der katholische Glauben verstieg sich so zu einem religiösen Fundamentalismus, der das Recht auf Wahrheit in Staat und Gesellschaft beanspruchte. Gemessen an diesem Weltanschauungskampf war die parteipolitische Auseinandersetzung am Ende der Weimarer Republik ein sekundärer Schauplatz, ein notwendiger Appendix, dem eine den weltanschaulichen Fragen nachgeordnete Stellung zukam. Der Kanon absoluter Wahrheiten, in deren Besitz die katholische Kirche sich wähnte, implizierte auch die Aufforderung, diese Wahrheiten als objektive Werte gesellschaftlich wie politisch durchzusetzen. Dabei wurde die Austragung von Interessenkonflikten, die in einer offenen Gesellschaft politische Realitäten und als solche unvermeidlich sind, auf beiden Seiten durch Furcht und Mißtrauen überlagert. Diese Verhaltensweisen erzeugten ein Klima der Angst, das der Gegenseite wiederum "Anlaß zu Furcht und Mißtrauen" gab.[1135] In dieser Situation schien im politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik keine Möglichkeit mehr gegeben, diese Eskalation zu steuern oder gar noch umzukehren, die künstlich erzeugten Spannungen abzubauen und auf die real existierende politische Interessenkollision zu reduzieren. Die zum religiösen Fundamentalismus verabsolutierten Teilwahrheiten, die auf den großen Kirchenversammlungen rhetorisch wirkungsvoll vorgestellt wurden, erwiesen sich in ihrem Kern als falsch, weil sie politische Entscheidungs- und Handlungsspielräume nicht eröffneten oder erweiterten, sondern zusehends mehr verengten. Die Zielsetzungen des moralisch-religiösen Radikalismus waren auf letzte Zwecke gerichtet und enthielten eine Anleitung zum kollektiven Handeln auf einen utopischen Endpunkt hin, der jenseits von Geschichte lag. Um ihn zu erreichen, war mehr als Politik vonnöten. Unter diesen Bedingungen degenerierte christliche Religion als normatives Glaubenssystem zur politischen Ideologie und trat in Wettstreit mit anderen Systemen. Nachdem sich der politische Liberalismus, der besonders in protestantischen Milieus beheimatet war, in Wahlen aufgerieben hatte, stand der deutsche Katholizismus zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus: Ein Weg zurück in die Republik von gestern war nicht mehr realistisch.

In welche politische Sackgasse die ideologischen Verwerfungen der Moderne den politischen Katholizismus führten, wird auf einer Tagung der Katholi

[1134] OV vom 1.1.1930.
[1135] MACKIE, Ethik, S. 302-304.

schen Arbeiterbewegung im Cloppenburger Vincenzhaus am 21. Dezember 1930 deutlich. Unter dem Eindruck des ersten großen nationalsozialistischen Wahlerfolges stellte der Diözesanpräses für die katholischen Arbeitervereine fest:

> "Auf der Arbeiterseite sollen wir energisch Stellung nehmen gegen den Kommunismus und Sozialismus, (ihr) Leitziel (ist) der Sowjetstaat. Wir sollen verurteilen den Kommunismus, den Sozialismus und auch den Nationalsozialismus. Letzterer bekämpft sowohl den Staat als auch die katholische Kirche. Wir verurteilen das kapitalistische Wirtschaftssystem von heute, aber auch das sozialistische Wirtschaftssystem, das ohne Gott."[1136]

Die summarischen Verwerfungen von Kommunismus, Sozialismus und Nationalsozialismus, die rigorose Verurteilung des kapitalistischen wie sozialistischen Wirtschaftssystems und ein rückwärtsgewandter Kulturpessimismus, der in den vielfältigen Phänomenen der Moderne nur Zeichen des Untergangs und Verfalls erkennen konnte, aber auf der ganzen Linie keinen Fortschritt in der bürgerlichen Gesellschaft wahrnahm, führten den politischen Katholizismus in eine Krise, die ihm ausweglos erschien.[1137] Dabei wurde ein politischer Nihilismus erkennbar, den man überall eher als in der katholischen Welt vermutet und gesucht hätte, ein kompromißloses Nein, das in allem Wissen, Glauben und Meinen der Moderne nichts anderes als Unglauben erkennen wollte: eine verbitterte geistige Verwandtschaft zwischen dem religiösen Fundamentalismus und politischem Nihilismus. Dieser diffuse Komplex aus politischen Ressentiments und ideologischen Vorurteilen nahm dem politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik den erforderlichen Handlungsspielraum, um deutsche Politik noch konzeptionell - und auf Dauer vor allem noch demokratisch und rechtsstaatlich - mitgestalten zu können. Einen Ausweg bot zunächst die politische Abstinenz der Präsidialkabinette, bevor Adolf Hitler den politischen Katholizismus in Deutschland vor die schwerste Entscheidung in seiner Geschichte stellte. Für eine Position in der Mitte war im Frühjahr 1933 kein Platz mehr.

Der katholische Antiliberalismus verkannte den fundamentalen Unterschied zwischen dem Totalitarismus und dem Liberalismus und konnte am Ende zu

---

[1136] GELHAUS, Hubert: "Gott segne die christliche Arbeit!" Wege und Irrwege der katholischen Arbeiterbewegung oder: Der rechte Glaube im Kampf um den Arbeiter, IN: MT vom 4.10.1986.

[1137] BUCHHEIM, Herrschaft, S. 88. Hans Buchheim warnt in diesem Zusammenhang vor der Gleichsetzung dieser völlig gegensätzlichen Lebenswelten, die "die grundlegenden politischen Unterschiede zwischen unserer freien Welt und dem totalitären Machtbereich" nicht realisiert.

keinem Wort der Verteidigung für die offene politische Gesellschaft der Weimarer Republik mehr finden, die den christlichen Religionsgesellschaften die größten Freiheiten in ihrer langen Geschichte eingeräumt hatte. Diese politische Ignoranz gehört auch zur Tragödie der katholischen Kirche in Deutschland zwischen 1918 und 1933.

9.9.5. Die Erziehungsenzyklika Pius' XI.: "Die Religion in Wahrheit die Grundlage und Krönung des ganzen Erziehungswerkes"

Bischof Johannes Poggenburg wandte sich auf dem Katholikentag in Münster mit einer grundsätzlichen Erklärung an die katholischen Eltern, die auch für die Katholiken Oldenburgs im Kampf für die katholische Lehrerausbildung und Schulverwaltung (Oberschulkollegium) von Bedeutung war. Den Hintergrund seiner Rede bildeten die politischen Auseinandersetzungen des Jahres 1929 um die Aufhebung der bestehenden und von der Landesverfassung nicht geschützten Oberschulkollegien im Freistaat Oldenburg. Der Bischof bekannte sich zu den Katholischen Schulorganisationen, die den Kampf um die katholische Bekenntnisschule vorbehaltlos unterstützten:

> "Wir wollen keine weltlichen, keine simultanen Schulen. Nur zu groß und schmerzlich sind die Wunden, die solche Schulen der Kirche bereits geschlagen. Die katholische Kirche kennt nur ein Familienideal, das ist die katholische Familie, nur ein Schulideal, das ist die katholische Schule. [...] Darum begrüßen wir unsere katholische Schulorganisation für ihre gottgesegnete Arbeit im Dienste der katholischen Schule, des katholischen Volkes [...] Wir stehen geschlossen hinter der Schulorganisation, wollen sie als lebensspendenden Baum in jede katholische Gemeinde hineinpflanzen."[1138]

Die Ausführungen Poggenburgs über aktuelle Schul- und Erziehungsfragen auf dem Katholikentag in Münster basierten auf der Enzyklika "Divini illius Magistri", die Papst Pius XI. am 31. Dezember 1929 verkündet hatte. Darin lehnte das Oberhaupt der katholischen Kirche jede Form der interkonfessionellen Schule kompromißlos ab. Sie stehe zu "fundamentalen Erziehungsgrundsätzen" der katholischen Kirche in offenem Widerspruch. Vielmehr sei es notwendig, "daß der ganze Unterricht und Aufbau der Schule: Lehrer, Schulordnung und Schulbücher, in allen Fächern unter Leitung und mütterlicher Aufsicht der Kirche von christlichem Geiste beherrscht sind, so daß die Religion in Wahrheit die Grundlage und Krönung des ganzen Erziehungs

[1138] OV vom 7.9.1930. Zur Aufhebung der Oberschulkollegien vgl. Kap. 2.2. im dritten Band der Arbeit: Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien.

werkes in allen seinen Abstufungen darstellt, nicht bloß in den Elementar-, sondern auch in den Mittel- und Hochschulen". Ausnahmen davon wurden in der Enzyklika nur "mit Rücksicht auf bestimmte örtliche und zeitliche Verhältnisse unter besonderen Sicherungen geduldet", über die einzig dem Oberhirten die Entscheidung zustehe. Die Kirche habe "das unabhängige Recht", Mittel und Einrichtungen der Erziehung daraufhin zu beurteilen, inwieweit sie "der christlichen Erziehung nützlich oder schädlich" seien:

> "Dies deshalb, weil die Kirche als vollkommene Gesellschaft ein vollkommenes Recht auf die Mittel zu ihrem Ziele hat, und weil jede Lehrtätigkeit gleichwie alles menschliche Tun in einem notwendigen Abhängigkeitsverhältnis zum letzten Ziel des Menschen steht und sich darum den Normen des göttlichen Gesetzes nicht entziehen darf, dessen Hüterin, Auslegerin und unfehlbare Leiterin die Kirche ist."

Dieses Recht erhob die Kirche nach den Worten der Enzyklika auch über die staatliche Instanz, weil es letzterer "nicht wie der Kirche und Familie auf Grund einer Vaterschaft verliehen worden [ist], sondern kraft der ihr zustehenden Gewalt der Förderung des diesseitigen Gemeinwohls, das ja gerade ihr Endziel darstellt". Daraus ergebe sich, daß "der staatlichen Gemeinschaft die Erziehung nicht in derselben Weise wie der Kirche und der Familie zustehen" [könne], sondern "in anderer, ihrem Eigenzweck entsprechender Art".[1139]

Durch die Enzyklika erhielten die aktuellen schulpolitischen Forderungen des katholischen Volksteils in Oldenburg moralische Unterstützung, denn sie verwarf nicht nur die Koedukation sowie die Überbewertung der sexuellen Aufklärung in Elternhaus und Schule, sondern bestritt auch in grundsätzlicher Weise das Erziehungs- und Schulmonopol des modernen Staates. Katholiken war der Besuch von nichtkatholischen, neutralen oder gemischten Schulen untersagt und nur in Ausnahmefällen gestattet. Unmittelbar nach dem Erscheinen der neuen Enzyklika informierte die Vechtaer OV ihre Leser über die kurialen Lehrmeinungen und Grundsätze, die in der katholischen Erziehung und Bildung ausnahmslos zu gelten hatten.[1140] In einem mehrseitigen Artikel in der Katholischen Schulzeitung für den Freistaat Oldenburg besprach Kaplan Dr. Pohlschneider, der 1940 zum Bischöflichen Offizial ernannt wurde, das päpstliche Rundschreiben und stellte seine wichtigsten Grundsätze in der christlichen Jugenderziehung deutlich heraus:

[1139] REUTER, Summa 2, S. 641f.
[1140] OV vom 14.1.1930, 16.1.1930.

Erziehungsberechtigte Gemeinschaften sind die Familie, der Staat und die Kirche; dabei entsprechen die Familie und der Staat einer natürlichen Ordnung, die Kirche aber einer übernatürlichen.
In der natürlichen Ordnung hat nur die Familie ein unmittelbares Recht auf die Erziehung des Kindes. In der Familie steht nach den Worten von Thomas von Aquin nur dem leiblichen Vater ein unumschränktes Erziehungsrecht zu: "Der Vater ist der Ursprung der Zeugung und Erziehung und Zucht und alles dessen, was zur Vervollkommnung des menschlichen Lebens gehört." Die Kirche hat das Naturrecht der Eltern auf die Erziehung der Kinder stets verteidigt.
Die katholische Kirche lehnt aufgrund seiner naturrechtlichen Unzulässigkeit jedes Erziehungs- und Schulmonopol des Staates ab und fordert freie Entwicklungsmöglichkeiten für Privatschulen. Auch der Besuch von Simultanschulen, die Katholiken und Nichtkatholiken offenstehen, ist dem Katholiken prinzipiell untersagt und kann nur unter besonderen Umständen vom zuständigen Diözesanbischof gestattet werden.
Der Papst fordert für Katholiken katholische Universitäten und lehnt die Simultaneität der bestehenden Hochschulen ab, weil sie nicht einheitlich auf katholischer Weltanschauung, katholischer Glaubenslehre und katholischer Ethik aufbauen.
Die katholische Kirche nimmt als Erziehungsfaktor der übernatürlichen Ordnung für sich in Anspruch, nicht nur den katholischen Religionsunterricht, sondern den gesamten Unterricht unter religiösen Gesichtspunkten zu überwachen.
Der Papst warnt nachhaltig vor einem pädagogischen Naturalismus und einer sog. "sexuellen Erziehung"; er lehnt das Prinzip der Koedukation grundsätzlich ab und fordert eine Trennung der Geschlechter im Unterricht, besonders während der entscheidenden Entwicklungs- und Reifephase, sofern diese mit den schulischen Verhältnissen vor Ort zu vereinbaren ist.[1141]

Die Enzyklika engte den Spielraum für eine katholische Schulpolitik autoritativ ein und erwies sich in der Praxis als ein Hindernis auf dem Wege zu tragfähigen schulpolitischen Kompromissen. Daß sich zumindest der Katholische Lehrerverein ihren Grundsätzen verpflichtet fühlte, geht aus einer Anmerkung der Redaktion der Katholischen Schulzeitung zur Veröffentlichung des Artikels von Kaplan Pohlschneider hervor.[1142] In der päpstlichen

[1141] POHLSCHNEIDER, Johannes: Die wichtigsten Grundsätze in der Jugenderziehung nach dem Rundschreiben Pius' XI., IN: Katholische Schulzeitung Jg. 22, Nr. 8, 1.8.1930, S. 83-87. Johannes Pohlschneider wurde 1940 Bischöflicher Offizial in Vechta und trat damit die Nachfolge des ausgewiesenen Offizials Franz Vorwerk an. 1948 wurde er zum Generalvikar in Münster ernannt und 1954 zum Bischof von Aachen gewählt. 1978 veröffentlichte er eine Darstellung über die Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche in Oldenburg in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft: Der nationalsozialistische Kirchenkampf in Oldenburg. Erinnerungen und Dokumente, Kevelaer 1978. (FRIEDL, Handbuch, S. 564f., von B. Hachmöller u. H. Klostermann; BRECHER, Bischof, S. 24ff.) Zu Pohlschneider vgl. Kap. 2.2. im dritten Band der Arbeit: Kirchenpolitische Grundlagen im Offizialatsbezirk Oldenburg.

[1142] POHLSCHNEIDER, Johannes: Die wichtigsten Grundsätze in der Jugenderziehung nach dem Rundschreiben Pius' XI., IN: Katholische Schulzeitung Jg. 22, Nr. 8, 1.8.1930, S. 87. Daß sich ein Vertreter des katholischen Klerus in so umfassender Weise in der Katholischen Schul-

Enzyklika manifestierten sich noch einmal die weltanschaulichen Grundsätze des katholischen ORDO-Ideals, das in den absoluten und unteilbaren Werten der christlichen Ehe, Familie und Erziehung gründete, und wurde in Anlehnung an Leo XIII. eine Trennungslinie zwischen Staat und Kirche gezogen, die für das politische Denken im deutschen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert richtungweisend gewesen war und am Ende der Weimarer Republik politisch außerordentlich virulent wurde. Die Vechtaer OV zitierte aus der Enzyklika wörtlich die Passage:

> "Alles, was bei den menschlichen Dingen sich auf das Heil der Seelen bezieht, gehört zur Zuständigkeit der Kirche, alles, was zur bürgerlichen und politischen Ordnung gehört, untersteht der Zuständigkeit des Staates, da Jesus Christus befohlen hat, dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist."[1143]

Dabei lehnte die katholische Kirche eine Trennung von Staat und Kirche weiterhin ab. Die Widersprüche waren groß und dogmatisch nicht zu bereinigen. Dies wäre die Aufgabe der Politik gewesen.

---

zeitung äußerte, war sehr ungewöhnlich und weist auf eine zunehmende Klerikalisierung katholischer Schulpolitik in Oldenburg hin. Die Redaktion der Katholischen Schulzeitung, für die Konrektor Heinrich Bockhorst aus Oldenburg verantwortlich zeichnete, stellte die Notwendigkeit heraus, "daß sich die kath. Lehrerschaft mit dem Erziehungsprogramm des Hl. Vaters beschäftigt", und sprach die Hoffnung aus, daß "folgender Aufsatz, den der Verfasser unserer Schulzeitung in liebenswürdiger Weise zur Verfügung stellt, gewiß viel Interesse finden wird".

[1143] OV vom 16.1.1930.

Zur Homepage der Publikation

Das
politisch-soziale Milieu in Südoldenburg
von 1803 bis 1936

von

Hubert Gelhaus

3. Band:

Die Endphase
der Weimarer Republik
von 1928 bis 1932/33

Inhalt Seite

1.	**Zur politischen Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1928 bis 1932/33**	**1**
1.1.	Einleitung	1
1.2.	Die politische Polarisierung in den Landtags- und Reichstagswahlen von 1928 bis 1932/33	5
1.2.1.	Keine parlamentarische Regierungsbildung: "Abneigung [...] gegen die tätige Mitwirkung der Sozialdemokratie"	10
1.2.2.	Die Agitation gegen den Young-Plan: "Die Partei des Herrn Röver wird in erster Linie den Vorteil davon haben."	17
1.2.3.	Konfessioneller Dissens: "Alle diese Weltanschauungen lassen sich mit der katholischen nicht auf eine Linie bringen."	27
1.2.4.	Vertagung der politischen Krise: "Man möge es ruhig bis zum Mai lassen, wie es jetzt ist."	30
1.2.5.	Die "Erbitterungs-Wahlen" vom 14. September 1930: "Mit Abstimmungen und mit der Gesetzgebungsmaschinerie schaffen wir es nicht."	34
1.2.6.	Die Wahl Cassebohms: "Das ist die Sterbestunde der Weimarer Koalition."	39
1.3.	Politische Großkundgebungen in Cloppenburg	44
1.3.1.	Zentrums-Kundgebungen in Vechta und Lohne: "Das Christentum der Nationalsozialisten ist niemals das Christentum Christi."	44
1.3.2.	Reichskanzler Heinrich Brüning: "Da gibt es kein Schielen nach rechts oder links."	47
1.3.3.	Parteiführer Adolf Hitler: "Und der soll Deutschland retten?!"	48
1.3.4.	Helene Weber: "Unerbittliche Frauenworte für sichtlich ergriffene Frauenherzen"	54

1.4. Destabilisierung des parlamentarischen Systems 56
1.4.1. Mißtrauensantrag der NSDAP:
"Wir haben keine Angst vor der Neuwahl, da sieht der Landtag anders aus." 57
1.4.2. NSDAP-Antrag auf Landtagsauflösung:
"Wir haben an der Regierung kein Interesse." 62
1.4.3. Verschärfung der Agraropposition:
"Stärkste Geschlossenheit und eiserne Disziplin" 68
1.4.4. Konfrontation zwischen NSDAP und Zentrum:
"Die Schuld an dem Scheitern tragen also die Nationalsozialisten selbst." 70
1.4.5. Wiederwahl von Reichspräsident Hindenburg:
"Hindenburg kennt keine Parteien, er kennt nur Deutschland." 78

1.5. Die Bildung der NS-Regierung Röver in Oldenburg 81
1.5.1. Durchbruch der NSDAP in der Landtagswahl vom 29. Mai 1932:
"Die Mehrheit des oldenburgischen Volks hat so entschieden." 83
1.5.2. Bekenntnis zur "legalen Revolution":
"Was können wir dafür, daß sich die Demokratie mit ihren eigenen Waffen geschlagen hat!" 90
1.5.3. Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932:
"Wenn Rettung kommen soll, so kann sie nur vom Reich ausgehen." 99
1.5.4. Die Regierung Röver in der Krise:
"Neger bleibt Neger, wie der Jude Jude bleibt." 107

1.6. Der politische Rückschlag der NSDAP 113
1.6.1. Das Zentrum in der Opposition:
"Widerstand unter Anwendung aller erlaubten Mittel" 118
1.6.2. Die Entscheidung vom 30. Januar 1933:
"Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt." 126
1.6.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933:
"Das ist Versündigung am Geiste der Volksgemeinschaft." 131
1.6.4. Konfessionelle Trennungslinie:
"Wir können nur wünschen, daß das Landvolk an dem Glauben der Väter treu festhält." 136

2. Der Kampf um den konfessionellen Einfluß in der Schulverwaltung und Lehrerbildung 140
2.1. Einleitung 140
2.2. Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien 144
2.2.1. Vor einem neuen Schulkampf in Südoldenburg: "Entschlossener Widerstand gegen die kulturpolitischen Bestrebungen der Linken" 148

2.3. Das Ringen um die katholische Lehrerbildung 157
2.3.1. Parteienstreit über die Pädagogische Akademie: "Hier Katholizismus, hier Protestantismus; das gibt es nicht." 166

3. Ökonomische und soziale Verfassung Südoldenburgs in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik 175
3.1. Einleitung 175
3.2. Der Strukturwandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft 177
3.2.1. Staatliche Maßnahmen zum Landesausbau: "Katastrophale Ueberschwemmungen der Ländereien an den Wasserläufen der Marka, Ohe, Sater Ems und Soeste" 183
3.2.2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen: "Die Soeste ist bisher vollkommen unreguliert." 185
3.2.3. Die Siedlungsidee: "Die Zeit der Hochmoore ist gekommen!" 189
3.2.4. Der Kampf um die Abschottung des Binnenmarktes: "Sollen nun noch polnische Schweine dazu eingeführt werden?" 191
3.2.5. Die Verschuldung der Landwirtschaft und ihre Folgen: "Ein großer Teil selbst der ländlichen Bevölkerung arbeitet zwangsläufig mit Wechseln." 194

3.3. Die Bildung der "Grünen Front" und das Scheitern der deutschen Agrarpolitik 202
3.3.1. Protest und Revolte: "Man muß trotz aller Not stets die Nüchternheit bewahren." 208

4. Militante Landvolkbewegung und politischer Extremismus in Südoldenburg von 1928 bis 1932/33 215

4.1. Einleitung 215
4.2. Berufsständische Verbände als Träger der Protestbewegung 217
4.2.1. Die Bildung der "Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg": "Vor dem Kriege lebten wir glücklicher." 220

4.3. Der Aufbruch der Protestbewegung in Oldenburg 223
4.3.1. Präzedenzfall Schleswig-Holstein: "Es gibt nur eins, [...] daß man seine Mitarbeit darauf einstellt, dieses System zu beseitigen." 224
4.3.2. Die große "Notkundgebung des Landvolkes" auf dem Oldenburger Pferdemarkt: "Noch sind die Organisationen in die Bewegung eingeschaltet!" 228
4.3.3. Das Scheitern der agrarpolitischen Verhandlungen: "Daß mit ernsten Verwickelungen und Unruhen zu rechnen ist." 233
4.3.4. Von der "Notbewegung" zur "Wahlbewegung": "Wenn die Notbewegung Wahlbewegung wird, ist sie kaputt." 235

4.4. Der Ausbruch der konservativen Gegenrevolution 240
4.4.1. Unter der Führung der "Landvolkpartei": "Daher heiße es: ‘Selbst ist der Mann!’" 241
4.4.2. Boykottbewegung und Steuerstreik: "Im allgemeinen stellt sich daher die hiesige Landwirtschaft auf den Standpunkt, keine Steuern mehr zu zahlen." 246
4.4.3. Der "Fall Götting": "Landvolk erscheine in Massen!!" 252

4.5. Der Ausbruch der Eberborg-Affäre 255
4.5.1. Reaktionen auf die Eberborg-Affäre: "Der Weg zur Freiheit der Höfe geht durch die Gefängnisse." 258
4.5.2. Konspirative Methoden: "Einer fürchtet den anderen." 264
4.5.3. Der Eberborg-Prozeß: "Das junge Leben in seiner neuen Gestaltung setzt sich durch." 267
4.5.4. Zwischen Wahrheit und Lüge: "... die volle Wahrheit wurde unterdrückt." 270

4.6. Die Fortsetzung des Kampfes 275
4.6.1. Die Bildung der "Notgemeinschaft": "Das Vertrauen der Bevölkerung in einen Rechtsstaat gründlich zerstört" 276
4.6.2. Abmahnung und Verbot des "Landvolks": "Mit vereinten Kräften diesem System das Genick brechen." 282
4.6.3. Auf dem Boden der Illegalität: "Wer sich an einer Zwangsversteigerung beteiligt, ist ein Feind des Volkes." 290
4.6.4. Attacken auf den ‘Beamten-Staat’: "So wie bisher geht es nicht weiter." 295

4.7. Die Krise der Landvolkbewegung und ihr Scheitern am konfessionellen Dissens 298
4.7.1. Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat: "Wir als bodenständige Landwirte können niemals den Umsturz billigen." 302
4.7.2. Der politische Machtwechsel in Oldenburg: "Das ist der erste große Streich." 308

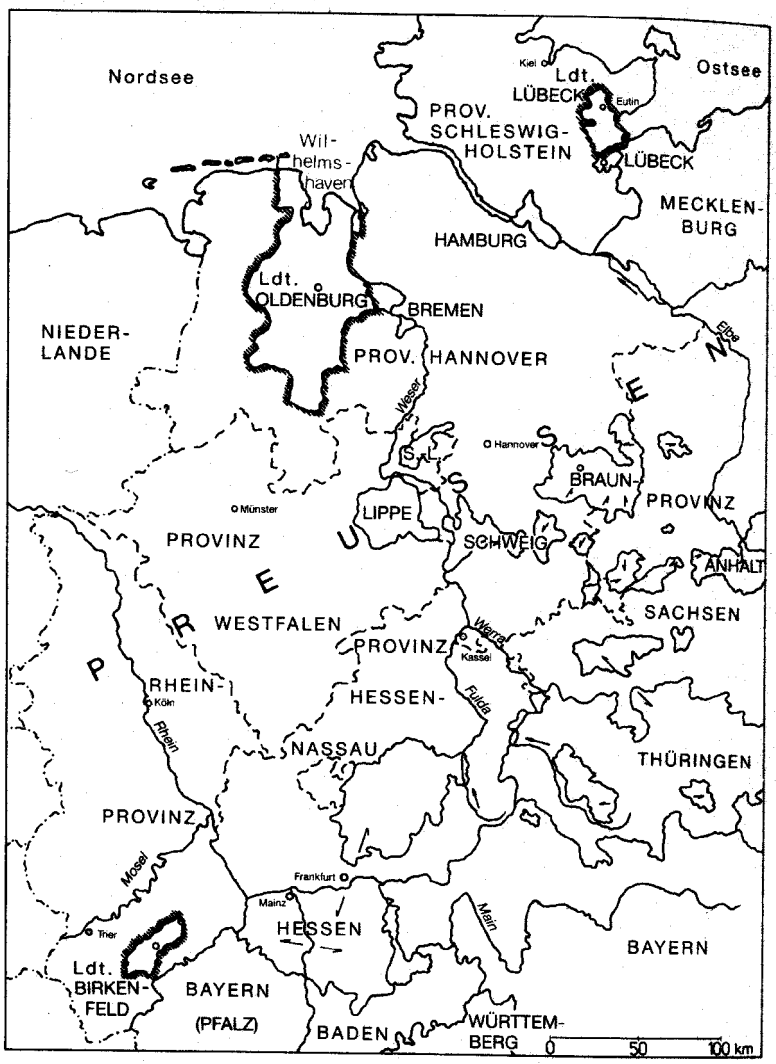
4.8. Die politische "Bewegung" des Landvolks 314
4.8.1. Radikale Systemkritik: "Das bisherige System hat glänzend versagt." 315
4.8.2. Abkehr vom parlamentarischen System: "Damit aber kommt man im Staatsleben auf die Dauer nicht vorwärts." 318
4.8.3. Biographische Profile und katholische Warnrufe: "Nach den 25 Punkten bekommt Ihr einen großen Krach mit der Religion." 325

4.9. Die politische Radikalisierung des alten Mittelstandes 333
4.9.1. Gleichgültiger Staatsvoluntarismus: "Abkehr des Staates von allen staatssozialistischen Experimenten" 335
4.9.2. Die Systemfrage in der politischen Reaktion des Landvolks: "Die Gewalt geht nicht mehr vom Volke, sie geht von den Parteien aus." 339

4.9.3. NS-Agitation im Landtag:
"Dann muß man die Menschen hängen, die so etwas verschulden." 343
4.9.4. Bauer und Staat, Scholle und Reich:
"Der Acker, den wir lieben und bestellen, heißt Deutschland." 349
4.9.5. Bekenntnis der NSDAP zum kapitalistischen Privateigentum:
"Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an." 354
4.9.6. Die Ausschaltung der "Grünen Front":
"Extrem staatsfeindliche Oppositionshaltung, die langfristig nur der NSDAP zugute kommen konnte." 360

5. Schulabbau und Lehrernot 364
5.1. Einleitung 364
5.2. Die Politik des Schul- und Gehaltsabbaus 365
5.2.1. Die Haltung des Katholischen Lehrervereins:
"Die Lehrerschaft ist nervös bis in die Fingerspitzen." 374
5.2.2. Die Haltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins:
"Alle Mann an Deck! Unsere Schule ist in Gefahr!" 383
5.2.3. Die Junglehrernot:
"Die wirtschaftliche Notlage der oldenburgischen Junglehrer ist die denkbar schlechteste." 387

6. Politischer Extremismus in Südoldenburg am Ende der Weimarer Republik: KPD und NSDAP 393
6.1. Der politische Extremismus der KPD 393
6.2. Der politische Extremismus der NSDAP 399
6.2.1. Minderheitenposition der NSDAP 406
6.2.2. Lokale "Hitler-Versammlungen":
"Zu uns kommen alle, die nicht mehr in Not und Knechtschaft leben wollen." 412



Vorlage: E. Ambrosius u. K. Frenzel, Das Bild der Erde, S. 11/12, Bielefeld und Leipzig 1930 R. Moed

Zur Homepage der Publikation

"Die Ablehnung Hitlers und seiner Partei ist noch lange kein Prüfstein demokratischer Gesinnung."

(Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken)[1]

1. Zur politischen Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1928 bis 1932/33

1.1. Einleitung

Der Komplex antidemokratischer Ressentiments, der dem katholischen Milieu in Südoldenburg in der Zeit der Weimarer Republik durchaus anhaftete, zeigt sich von seiner problematischen Seite, wenn es um die Analyse der politischen Lage in Südoldenburg in der Endphase der Republik geht. In diesem Zusammenhang gilt es zu festzuhalten: Für eine überwältigende Mehrheit des protestantischen Bürgertums war die Demokratie in der Weimarer Republik noch weniger verbindlich als für das Zentrum und den politischen Katholizismus. Der Handlunsspielraum des Zentrums war in vielfacher Weise eingeengt. Er wurde - gerade in kritischen Situationen - weitgehend bestimmt durch übergeordnete kirchengeleitete Interessen, die nur wenig Bereitschaft zur gesellschaftlichen und politischen Öffnung erkennen ließen, und durch ein spezifisch konfessionelles, stark integralistisches und vormodern imprägniertes Milieu, das sich während der katholischen Erneuerungsbewegung im 19. Jahrhundert ausgebildet hatte. Dazu mußte sich das Zentrum stets in ein positives Verhältnis setzen, um als Partei zu überleben. In Oldenburg fand es sich schließlich nicht mehr zur politischen Zusammenarbeit mit seinem größten weltanschaulichen Gegner, der Sozialdemokratie, bereit. Wie die turbulenten Auseinandersetzungen um die Ministerpräsidentenkandidatur Drivers im November 1930 - die Weimarer Koalition hatte in Oldenburg noch eine Mehrheit - zeigen, steuerte auch die Sozialdemokratie einen intran

[1] SONTHEIMER, Denken, S. 283.

sigenten Kurs, ebenfalls vor allem aus weltanschaulichen Gründen. Am Ende blieben beide Fraktionen, die mit 15 (SPD) bzw. neun (Zentrum) Abgeordneten die Hälfte des Landtages (48) stellten, der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten fern und leisteten keinen Beitrag mehr zu einer konstruktiven Lösung der anhaltenden Regierungskrise. Den Vorteil zogen daraus die extremen Parteien, die sich im Frühjahr 1932 im 'braun-roten' Volksentscheid schließlich zum 'Sturm' auf den Freistaat zusammenschlossen. Wie im Reich war es auch in Oldenburg das Versagen der großen demokratischen Parteien, das zum Niedergang der Republik führte. Insofern war die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg ein gelungener 'Probelauf' für das Reich.

Trotz einer strukturellen Demokratieferne traditioneller katholischer Milieus wie Südoldenburg enthielt der politische Katholizismus in Deutschland vor 1933 keine Option für eine nationalsozialistische Lösung der Staats- und Verfassungskrise. Obwohl das Zentrum, wie das Beispiel Südoldenburg zeigt, seine Wähler auch am Ende der Republik noch größtenteils halten und dadurch vor einer Radikalisierung bewahren konnte, verfügte es nicht mehr über die demokratische Substanz, um die Weimarer Demokratie erfolgreich zu verteidigen. Diese Defizite sind in der Geschichte des politischen Katholizismus begründet und lassen sich am Beispiel des katholischen Milieus in Südoldenburg anschaulich nachweisen. Das politische Phänomen des sog. "Vorbehaltensrepublikanismus" ist dabei wesentlich schwieriger zu ergründen als die offene Opposition und Agitation der nationalen Rechten, deren Feindschaft gegen die Republik offenkundig und unbestritten war.

Bei den Reichs- und Landtagswahlen im Landesteil Oldenburg waren die für die Weimarer Republik klassischen Ausprägungen der Links- und Rechtsradikalisierung zu beobachten, aber auch Abweichungen von der Entwicklung im Reich, was besonders den Aufstieg des politischen Rechtsextremismus im Lande betraf. Im Vergleich zum Reich vollzog sich der Aufstieg der NSDAP bei den Reichstagswahlen im Landesteil Oldenburg früher und rasanter. Bei der Reichstagswahl 1928 gewann sie 9,4 %, steigerte sich auf 27,6 % im Jahre 1930 und auf 45,2 % bei den Juli-Wahlen des Jahres 1932. Um so deutlicher setzte allerdings auch der Rückgang bis zur Novemberwahl 1932 ein, der mit fast 8 % doppelt so hoch wie im Reich ausfiel. Wie im Reich hatte das Zentrum bei den Reichstagswahlen auch in Oldenburg seinen Höhepunkt am Anfang der Weimarer Republik und konnte 1924 sogar 23,8 % erreichen, um bis 1933 auf 16,4 % abzusinken. Für die Regierungsbildung gilt, daß die Weimarer Koaliti

on in Oldenburg theoretisch bis zum Jahr 1931 über eine Mehrheit verfügte. Das Zentrum konnte seine politische Position im Lande relativ gut behaupten, weil die steigende Zahl der Wahlberechtigten weitgehend ohne Wirkung auf das Ergebnis blieb. Es verlor von 1919 (11 Mandate) bis 1931 (9 Mandate) zwei Mandate und 4,4 % an Stimmen (1919: 22,0 %; 1931: 17,6 %). Das läßt darauf schließen, daß das Zentrum sein Wählerpotential schon früh mobilisieren und dann nicht mehr ausdehnen konnte, weil der katholische Bevölkerungsanteil relativ konstant blieb. 1928 erlebte das Zentrum seinen größten Einbruch und mußte fast 10 % an die rechten Protestparteien abgeben. Während es in der Landtagswahl des Jahres 1925 noch ein Rekordergebnis von 27,2 % erzielte, fiel es 1928 auf 19,0 % zurück und erreichte seinen Tiefstand mit 17,4 % in der Landtagswahl des Jahres 1932.[2] Dabei fiel der Einbruch des Zentrums im Amt Vechta (über 10 %) wesentlich geringer aus als im Amt Cloppenburg, wo das Zentrum über 20 % seiner Wähler verlor, eine Folge der unterschiedlichen Stärke und Anhängerschaft der Landvolkbewegung in den beiden Ämtern. Die Landvolkpartei vermochte "die konfessionellen Bindungen an das Zentrum, die Partei des deutschen Katholizismus, im Amt Vechta nur bedingt aufzubrechen", und damit hielt sich die Radikalisierung der Wählerschaft in weitaus engeren Grenzen als im Amt Cloppenburg.[3]

Südoldenburg galt den Nationalsozialisten gemeinhin als politisches "Notstandsgebiet".[4] Die Wahlerfolge der NSDAP fielen in Südoldenburg wesentlich bescheidener aus als in Nordoldenburg und konnten die dominierende Stellung des Zentrums in den katholischen Ämtern nachhaltig nicht gefährden. Während das Zentrum vom Aufstieg der NSDAP in Oldenburg in der ersten Phase von 1928 bis 1931 kaum berührt wurde, war es in der zweiten Phase, die in den Jahren 1931/32 ein schwächeres Wachstum der NSDAP "auf nun schon hohem Mobilisierungssockel" aufwies, mit rund 13 % am nationalsozialistischen Wahlerfolg beteiligt.[5] In der letzten Reichstagswahl, die am 5. März 1933 bereits unter den Bedingungen eines politischen Ausnahmezustandes durchgeführt wurde, erreichte die NSDAP mit 28,2 % im Amt Cloppenburg und sogar 36,9 % im Amt Friesoythe ihr bisher bestes Ergebnis in Südoldenburg. Damit gelang ihr ein erheblicher Einbruch in die

---

[2] SCHAAP, Weg, S. 201: Anlage III, 206: Anlage VIII.
[3] KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 56.
[4] SCHLÖMER, Hans: Oldenburgs Weg ins Dritte Reich. Vortrag über die Entwicklung des Nationalsozialismus im Freistaat Oldenburg von Klaus Schaap, IN: MT vom 11.12.1982.
[5] GÜNTHER, Freistaat, S. 417-421: mit Tabellen zu den Ergebnissen der Landtags- und Reichstagswahlen im Landesteil Oldenburg von 1919 bis 1933.

Zentrumswählerschaft. In Molbergen und Garrel, strukturell benachteiligten Gemeinden mit einem hohen Anteil an Moorflächen und Ödland, erreichte die NSDAP am 5. März 1933 mit 36,9 % und 42,7 % Ergebnisse, die nicht weit unter dem Reichsdurchschnitt von 43,9 % lagen.[6] Joachim Kuropka kommt deshalb zu dem Ergebnis, "daß die katholische Konfession in der Weimarer Zeit zwar einen Resistenzfaktor gegen das Aufsteigen des Nationalsozialismus darstellt, der jedoch nur bei einer ökonomisch halbwegs noch erträglichen Lage wirksam blieb".[7]

Für den Wandel der Wahlentscheidungskriterien spielte die Landvolkbewegung eine große Rolle, die für eine substantielle Lockerung in den konfessionellen Bindungen der Wähler an das Zentrum sorgte und in Südoldenburg zu dem bis dahin unbekannten Phänomen der Wechselwähler führte.[8] Im Vorfeld der Reichs- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 erlebte Südoldenburg eine beeindruckende bäuerliche Protestbewegung mit zahlreichen Kundgebungen und Versammlungen, die größtenteils von der Landvolkpartei organisiert wurden und im oldenburgischen Staatsministerium politische Besorgnis hervorriefen. In der einsetzenden Agrarkrise, die an der Jahreswende 1927/28 offenkundig wurde, wirkte es sich negativ auf das Zentrum aus, daß die traditionelle katholische Konfessionspartei nicht mehr als die kompetente Vertreterin der spezifischen landwirtschaftlichen Interessen angesehen wurde. Das war eine wesentliche politische Voraussetzung für die Entstehung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, die mit der Landvolkzeitung sogar über ein eigenes Presseorgan verfügte.

Die bäuerlichen Protestversammlungen, bei denen es sich in der Regel um Wahlkampfveranstaltungen handelte, fanden in der lokalen Presse, der Landvolkzeitung, die sich scharf gegen die Zentrumspresse in Vechta und Cloppenburg abgrenzte, und in den Berichten der Gendarmerie und der Amtshauptmänner ihren Niederschlag. In der Presse finden sich unter anderem Berichte über eine öffentliche Versammlung in Cloppenburg[9] und politische Versammlungen

---

[6] KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 66-70.

[7] KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 70. Danach galt die Regel: "Sank das wirtschaftliche Niveau unter gewisse Mindestgrenzen, wurde die Konfession sekundäres Wahlentscheidungskriterium. Unter der Voraussetzung, daß die Anbindung an die katholisch-konfessionelle Zentrumspartei einmal instabil geworden war, konnte die NSDAP dann auch in katholischen Gebieten solche Resonanz gewinnen, daß ihr ein Anstieg in den Reichstagswahlen vom März 1933 bis zu den Reichsdurchschnittswerten möglich wurde."

[8] KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 69f.

[9] LV vom 7., 8.5.1928.

in Vechta, Essen, Garrel und Lohne.[10] Unterstützt wurde die Landvolkbewegung von den Bauernvereinen, solange sich der Protest "in gesetzlichen Bahnen" bewegte. Diplomlandwirt Alois Brendebach, Generalsekretär des Oldenburgischer Bauernvereins in Vechta, appellierte in einem Gastkommentar in der Vechtaer OV "an die geschlossene und entschlossene Disziplin der Mitglieder" und hielt Unruhen für unvermeidbar, "wenn der derzeitige Druck noch weiter anhält".[11] Eine vorsichtige Distanzierung vom konfessionellen Prinzip ermöglichte eine Konzentration der Protestbewegung des oldenburgischen Landvolks und war für den Umstand verantwortlich, "daß der Norden und Süden sich vereinigt und beide Gruppen nun geschlossen marschieren".[12] Der Versuch, die politische Spaltung des Landvolks durch das Medium einer Interessenpartei zu überwinden, wurde durch den konfessionellen Gegensatz überschattet. Die christliche Weltanschauung als "das vornehmste Bindeglied" wurde traditionell vom Zentrum glaubwürdiger vertreten als von der aufrührerischen Landvolkpartei.[13] Nach Auffassung von Joachim Kuropka wandten sich die Wähler der neuen Interessenparteien, der Landvolkpartei wie der Wirtschaftspartei, von diesen zu großen Teilen wieder ab, nachdem sich keine kurzfristige Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage gezeigt hatte, und sahen im Nationalsozialismus eine Alternative, was durch "eine gewisse Affinität der Landvolkbewegung zum Nationalsozialismus" erleichtert wurde: "Die Wähler waren Wechselwähler geworden, die im weiteren auf das neue Angebot des Nationalsozialismus positiv reagierten."[14]

1.2. Die politische Polarisierung in den Landtags- und Reichstagswahlen von 1928 bis 1932/33

In gegenläufiger Tendenz zum Reich begann die Phase der Radikalisierung im Freistaat Oldenburg bereits in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik und schlug sich eindeutig in den Erfolgen der Rechtsparteien in der Landtagswahl vom 20. Mai 1928 nieder. Während die Wahlen auf Reichsebene einen "Ruck nach links" brachten und die Vechtaer OV enttäuscht fragen ließ "Wo blieb die politische Vernunft?", stellten NSDAP und Landvolkpartei bereits je drei Ab

[10] LV vom 15., 16.5.1928.
[11] OV vom 13.1.1928. Brendebach gehörte von 1928 bis 1933 dem Landtag an.
[12] LV vom 5.5.1928.
[13] LV vom 8.5.1928.
[14] KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 69f.

geordnete im oldenburgischen Landtag.[15] Am besten schnitt die NSDAP in den neun evangelischen Ämtern ab, die bei der Landtagswahl 63,5 % aller NSDAP-Wähler im Landesteil Oldenburg stellten. Die Mandate im oldenburgischen Landtag verteilten sich von 1925 bis 1932 wie folgt:

Tab. 1: Zusammensetzung des oldenburgischen Landtags von 1925 bis 1932[16]

Parteien	**1925**	**1928**	**1931**	**1932**
Sozialdemokraten	9	15	11	9
Kommunisten	-	1	3	2
Wirtschaftspartei	-	2	-	-
Nationalsozialisten	-	3	19	24
Demokraten	5	5	1	1
Landesblock	15	9	DNVP: 2	DNVP: 2
			DVP: 2	DVP: -
Völkische	1	1	-	-
Landvolkpartei	-	3	1	1
Zentrum	10	9	9	7
Sitze	40	48	48	46

Bei der gleichzeitig stattfindenden Reichstagswahl wurde Oldenburg mit 8,2 % (Deutsches Reich: 2,6 %) hinsichtlich des NS-Stimmenanteils Spitzenreiter unter allen Ländern des Reiches.[17] Mit dem Landtagswahlergebnis von 1928 hatte die seit 1925 bestehende Rechtskoalition aus dem Landesblock und dem Zentrum ihre Mehrheit verloren und war eine parlamentarische Mehrheitsbildung in der Mitte ohne die SPD nicht mehr möglich. Zur Bildung der Weimarer Koalition bestand aber mit 29 von 48 Mandaten noch eine deutliche Mehrheit.

[15] OV vom 22.5.1928.
[16] SCHAAP, Weg, S. 206: Anlage VIII.
[17] SCHAAP, Endphase, S. 54; SCHAAP, Regierungsübernahme, S. 36; SCHAAP, Weg, S. 201: Anlage III.

Der oldenburgische Parlamentarismus nahm diese Chance bekanntlich nicht wahr und installierte wieder ein Beamtenministerium unter Ministerpräsident von Finckh. Damit war auch das katholische Zentrum erneut der politischen Notwendigkeit enthoben, in einer ungewollten Koalition mit der SPD die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Aus dem Oldenburger Wahlergebnis von 1928 ragt die "Zertrümmerung des Landesblocks" heraus, die "katastrophale Niederlage jenes Parteigebildes, das mit dem Zentrum während der letzten Zeit die Regierungskoalition bildete", heißt es in einer Wahlnachlese von Dr. Alwin Reinke, dem Vorsitzenden der oldenburgischen Zentrumspartei. Dieser "unseligen Zersplitterung des Bürgertums" konnte nach den Worten Reinkes nur das Zentrum widerstehen. Der Landesblock war nach seinen Worten dem Ansturm der rechten Splitterparteien, zu denen seit 1928 Landvolkpartei und NSDAP mit jeweils drei, die Wirtschaftspartei mit zwei Landtagsmandaten und die Völkischen mit einem Mandat zählten, politisch nicht gewachsen. Mit Genugtuung stellte Reinke das Scheitern von Dr. Kohnen (DVP) aus Vechta fest, der "im Münsterlande nur noch einige hundert Stimmen von evangelischen Beamten zu retten" vermochte. Für die Regierungsbildung kamen nach seinen Worten in Oldenburg zwei Möglichkeiten in Frage: die Wiederbelebung der "Weimarer Koalition" oder die Fortsetzung der "gegenwärtigen Regierung, die ja insoweit keine Parteiregierung ist, als der Landesblock keine ausgesprochenen Parteiminister in sie entsandt hatte".[18]

Die Vechtaer OV sollte mit ihrer Warnung recht behalten, daß es im Landtag mit der "sachlichen Ruhe" zunächst vorbei und "das Plenum in Zukunft des öfteren der Ort heftigster Auseinandersetzungen" sein werde, wofür "wohl allein die Anwesenheit von Vertretern der extremsten Gruppen" bürge. Sie führte den Wahlerfolg der Nationalsozialisten zutreffend auf die Radikalisierung im Zeichen der bäuerlichen Protestbewegung zurück, wenn sie notierte:

> "Die erschreckende Radikalisierung zeigt sich vor allem an dem unbestreitbaren Erfolg der Nationalsozialisten [...]. Die Nationalsozialisten sind die eigentlichen Nutznießer der sogen. Protestbewegung, aber wohl kein vernünftiger Mensch wird annehmen, daß ihre Politik dem Landvolk irgend einen Nutzen bringen wird. Das wird sich schon bald zeigen. Die christlich=nationale Bauern= und Landvolkpartei als zweiter Nutznießer der Protestbewegung bleibt hinter den Nationalsozialisten erheblich zurück, weil die ersteren noch radikaler waren, haben sie das Rennen gemacht. Der Leidtragende ist in beiden Fällen das Landvolk. Die Orientierung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten

[18] OV vom 22.5.1928.

> hat weiter die Wirtschaftspartei entstehen lassen, die mit ihren zwei Mandaten auch nur einen geringen Einfluß auszuüben imstande ist. Nehmen wir dann noch die Völkischen und die Kommunisten, dann haben wir 5 kleine Gruppen mit 10 Mandaten, die an sich innerhalb der großen Parteien ihren richtigen Platz hätten."[19]

Ihren größten Wahlerfolg in Oldenburg erzielte die erst wenige Wochen vor der Landtagswahl gegründete "Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei".[20] Konnte sie 1928 drei Abgeordnete in den oldenburgischen Landtag entsenden, stand ihr nach den Landtagswahlen von 1931 und 1932 nur noch ein Mandat zu.[21] Parallel zum Rückgang der Landvolkpartei konnte die NSDAP ihre Stimmenanteile auch in Südoldenburg kontinuierlich erhöhen. Ein Vergleich der Landtagswahlergebnisse von 1928 und 1932 macht das deutlich:

Tab. 2: Ergebnisse der Landtagswahlen von 1928 und 1932 in den Amtsbezirken Südoldenburgs[22]

	Zentrum		LVP		NSDAP	
Verwaltungsbezirk	**1928**	**1932**	**1928**	**1932**	**1928**	**1932**
Cloppenburg	63,9	62,0	24,9	16,1	2,8	18,8
Vechta	76,4	77,2	10,8	9,5	0,8	9,4
Friesoythe	59,8	52,9	18,7	7,0	4,0	31,0
Land Oldenburg	19,0	17,4	7,6	2,7	8,0	46,9
Freistaat Oldenburg	17,0	15,5	6,2	2,2	7,5	48,4

Die Gewinne der NSDAP in den Amtsbezirken Südoldenburgs waren in erster Linie auf die Verluste der Landvolkpartei und in den Ämtern Friesoythe und Cloppenburg auch auf Einbußen des Zentrums zurückzuführen, das in Vechta zwar noch 0,8 % zulegen konnte, aber im Amtsbezirk Friesoythe erheblich (6,9 %) verlor. Der großräumige Amtsbezirk Friesoythe wurde im Gegensatz zu den beiden Ämtern Vechta und Cloppenburg bereits in der ersten Phase von der politischen Radikalisierungswelle erfaßt und schöpfte das extremistische Wählerpotential in diesem Zeitraum schon weitgehend aus. Der große Wahlerfolg der NSDAP im Amtsbezirk Friesoythe ist vor allem auf die gemischte Sozial

[19] OV vom 23.5.1928.
[20] LV vom 22.5.1928.
[21] SCHAAP, Weg, S. 206: Anlage VIII.
[22] SCHAAP, Weg, S. 203: Anlage V.

verfassung dieses strukturschwachen Distrikts zurückzuführen, der stärker von der Wirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen wurde als die anderen Ämter. Die wirtschaftlichen Interessen hatten die traditionelle konfessionelle Präferenz zugunsten des Zentrums nachhaltig relativiert. Differenzen innerhalb Südoldenburgs ergaben sich auch aus der konfessionellen Gliederung. Mit einem Stand von 25,5 % lag der Anteil von Protestanten nach dem Ergebnis der Volks- und Berufszählung von 1925 im Amtsbezirk Friesoythe weit über dem der Ämter Vechta (6,5 %) und Cloppenburg (3,5 %). Während die Zahl der Arbeiter mit 22,7 % über den Werten von Vechta (16,5 %) und vor allem Cloppenburg (14,7 %) lag, war die Zahl der Selbständigen im Amt Friesoythe (37,8 %) geringer als im Amt Vechta (41,3 %) und im Amt Cloppenburg (43,1 %).[23] Zudem handelte es sich bei den landwirtschaftlichen Betrieben im Amtsbezirk Friesoythe in der Mehrzahl um kleinere und höchstens mittlere Betriebsgrößen, die aus Kultivierung und Siedlung nach dem Eisenbahnanschluß hervorgegangen waren. Eine führende Elite bäuerlicher Honoratioren, wie sie sich im Süden des Münsterlandes seit Generationen ausgebildet hatte, konnte sich im Amtsbezirk Friesoythe nicht etablieren, der ohnehin von den politischen und kulturellen Zentren in Vechta und Cloppenburg weit entfernt war.[24]

Neben den Stimmenwanderungen zwischen den einzelnen Parteien war der Wahlerfolg der NSDAP im Amt Friesoythe auch auf die größere Wahlbeteiligung zurückzuführen. Während die Wahlbeteiligung im Amt Cloppenburg (1928: 85,4 % -1932: 79,7 %) leicht zurückging, stieg sie im Amt Vechta (1928: 83,2 % - 1932: 83,3 %) unerheblich, im Amtsbezirk Friesoythe (1928: 67,7 % - 1932: 75,7 %) aber maßgeblich an; sie erreichte 1932 den Durchschnitt des Landes Oldenburg (1928: 70,3 % - 1932: 75,7 %). Offensichtlich war es also der NSDAP im Zeichen des 'braun-roten' Volksentscheides gelungen, die Bevölkerung im Amtsbezirk Friesoythe in einem Maße zu mobilisieren, wie es dem Zentrum vorher nicht gelungen war. Aufgrund der größeren Distanz zu den Zentren Vechta und Cloppenburg und der kommunikationspolitischen Struktur Südoldenburgs war das Amt Friesoythe für das Zentrum schwieriger zu mobilisieren als die südlichen Ämter Vechta und Cloppenburg. Auch die KPD erreichte im Amtsbezirk Friesoythe (1928: 1,4 % - 1932: 5,7 %) einen höheren Wert als in den Ämtern Vechta (1928: 0,7 % - 1932: 1,5 %) und

[23] SCHAAP, Weg, S. 200: Anlage II; KUROPKA, Kreuz, S. 410: Konfessionelle Gliederung nach der Volkszählung von 1925, S. 411: Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung im Landesteil Oldenburg - Stand 1933 - mit Einwohnerzahlen.

[24] KUROPKA, Kreuz, S. 409: Das Oldenburger Münsterland nach der "Schulkarte für den Landesteil Oldenburg" von 1934.

Cloppenburg (1928: 0,7 % - 1932: 1,2 %) und lag damit über dem Landesdurchschnitt (1928: 3,0 % - 1932: 5,1 %).[25]

Die Radikalisierung der bäuerlich-mittelständischen Schichten begünstigte den Wahlausgang zugunsten der NSDAP. Im Amt Cloppenburg, das den Schwerpunkt der Protest- und Boykottbewegung des Landvolks bildete, erreichte die NSDAP bei der Landtagswahl 1932 mit 18,8 % fast doppelt so viele Stimmen wie im Amt Vechta mit 9,4 %. Verlierer dieser Wahl war die Landvolkpartei, die im Amt Cloppenburg immerhin noch 16,1 % der Stimmen für sich verbuchen konnte, im Amt Vechta nur 9,5 % und im Amt Friesoythe 7,0 %.[26] Das rechtsextremistische Lager aus NSDAP und Landvolkpartei steuerte 1932 im Amt Cloppenburg mit insgesamt 34,9 % doppelt so stark zum Machtwechsel in Oldenburg bei wie das Amt Vechta mit 18,9 %; das Amt Friesoythe erreichte mit 38 % einen Wert, der noch über dem Wert des Amtsbezirks Cloppenburg lag. Die Demontage des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates, die die Landvolkbewegung vor allem im Amtsbezirk Cloppenburg betrieb, war ein Grund dafür, daß sich über ein Drittel seiner Wähler für eine rechtsradikale Partei entschied und damit Gauleiter Carl Röver in Oldenburg erheblich mit zur Macht verhalf. Der Vergleich der Wahlergebnisse von 1928 und 1932 liefert Indizien dafür, daß die Ergebnisse der Rechtsparteien 1932 in Südoldenburg zwar weit unter dem Landesdurchschnitt lagen, aber die beharrende katholische Region ebenfalls von der politischen Radikalisierung erfaßt wurde und mit rund einem Viertel der Stimmen für die NSDAP und die Landvolkpartei trotz traditioneller Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber jeglichem politischen Extremismus zur Machtübernahme Carl Rövers im Freistaat beitrug.

1.2.1. Keine parlamentarische Regierungsbildung: "Abneigung [...] gegen die tätige Mitwirkung der Sozialdemokratie"

Nach der Landtagswahl vom 20. Mai 1928 blieb die Regierung von Ministerpräsident von Finckh im Amt, "obwohl sie selbst als Beamtenregierung keine Mehrheit im Landtag mehr hatte, und setzte damit das schon zur Tradition gewordene Fachministerium fort".[27] Die Tatsache, daß sich in Oldenburg im Unterschied zu allen anderen Ländern des Deutschen Reiches ein Beamtenmi

[25] SCHAAP, Weg, S. 203: Anlage V.
[26] Ebd.
[27] GÜNTHER, Parlament, S. 202.

nisterium über mehrere Legislaturperioden im Amt halten konnte, führt Klaus Schaap neben der grundsätzlichen Befürwortung eines ‘unpolitischen’ Ministeriums durch die Parteien des Landesblocks, DVP und DNVP, und der Parteienkonstellation, die seit 1925 die Bildung einer Großen Koalition ausschloß, vor allem auf die mangelnde Kompromißbereitschaft des Zentrums und die oldenburgische Verfassung zurück, die einen ‘automatischen’ Rücktritt des Staatsministeriums nach Ablauf der Legislaturperiode nicht vorsah.[28] Die Weigerung des Zentrums, in die Weimarer Koalition einzutreten, und ihr Festhalten an einer imaginären Großen Koalition hatten schwerwiegende politische Folgen für den Freistaat. Das Zentrum nahm bei der Regierungsbildung in Oldenburg traditionell eine Schlüsselstellung zwischen der politischen Rechten und Linken ein. "Zwischen rechts und links steht das Zentrum", notierte die Vechtaer OV eine Woche nach der Wahl 1928, "es soll sich wieder entscheiden für die eine oder die andere Seite".[29] Das Zentrum ergriff aber keine Initiative und stellte der Linken die Möglichkeit des Mißtrauensvotums anheim, um die amtierende Regierung zu stürzen.[30] Es verhielt sich abwartend und fragte sich in aller Öffentlichkeit, "warum sollen auch wir nicht einmal zusehen können, wie die anderen, die mit großer Agitation die Stimmen des Volkes gewonnen haben, sich vergebens mühen, aus Deutschland ein Paradies zu machen".[31] Die Landvolkzeitung warnte das Zentrum offen davor, eine Koaltition mit den Sozialdemokraten einzugehen, weil ihm in diesem Falle "ein großer Teil d. katholischen Wähler, die national eingestellt sind, untreu werden", und zog bereits Neuwahlen in Betracht, von denen sie sich eine weitere Schwächung der demokratischen Parteien versprach.[32]

Auf der konstituierenden Sitzung des V. oldenburgischen Landtags am 19. Juni 1928 nahm Ministerpräsident von Finckh in einer Regierungserklärung zum Wahlergebnis vom 20. Mai 1928 Stellung. Er räumte ein, daß der Wahlausgang "im Vergleich zum vorigen Landtag eine veränderte Zusammensetzung des Landtages" bewirkt habe und daß insbesondere die Parteien, die die jetzige Staatsregierung gewählt hätten, so geschwächt seien, daß sie nicht mehr über die Mehrheit im Landtag verfügten. Verfassungsrechtlich bestehe aber für die Staatsregierung "nur deshalb, weil neue Wahlen stattgefunden haben", keine Verpflichtung zurückzutreten. Die "Gesamtinteressen des ganzen Landes und

[28] SCHAAP, Endphase, S. 60.
[29] OV vom 26.5.1928.
[30] LV vom 26.5.1928.
[31] OV vom 3.6.1928.
[32] LV vom 16.6.1928.

aller Stände und Berufs= und Wirtschaftszweige" würden "nicht gefördert, im Gegenteil, nach Auffassung der Staatsregierung empfindlich gestört werden, wenn die Staatsregierung zurückträte, bevor eine sichere Gewähr für das Gelingen der Bildung einer neuen Regierung gegeben ist". Aus diesem Grunde wolle sein Ministerium "die Geschäfte bis zum Antritt einer neuen Regierung verfassungsmäßig weiterführen", aber nur mehr "als provisorische Regierung" gelten. Sie erkläre sich zum sofortigen Rücktritt bereit, wenn der Landtag sich über die Bildung eines neuen Kabinetts geeinigt habe.[33]

Die Sozialdemokratie hatte ihre Madatszahl in den Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 von 9 (1925) auf 15 erhöht, so daß eine parlamentarische Regierungsbildung in Oldenburg ohne sie nicht mehr denkbar war. Das ermutigte die SPD, im Landtag neue Schritte zur Ablösung des Beamtenministeriums von Finckh zu unternehmen und einen Mißtrauensantrag zu stellen. Ihr Ziel bestand darin, das regierende Beamtenkabinett durch eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der eigenen Partei zu ersetzen und damit zum parlamentarischen Regierungssystem zurückzukehren. Der Ausgang der Landtagswahl - die Parteien der Weimarer Koalition verfügten mit 29 von 48 Mandaten über eine solide absolute Mehrheit im neuen Landtag - hätte diese Entwicklung durchaus begünstigen können, wenn die demokratischen Mehrheitsparteien den entschlossenen Willen zur Übernahme politischer Regierungsverantwortung in einem parlamentarischen System gehabt hätten. Daran fehlte es offensichtlich wieder.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frerichs begründete den Mißtrauensantrag seiner Partei mit der Feststellung, "daß bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Landtage die Möglichkeit der Bildung eines parlamentarischen Ministeriums durchaus gegeben ist, wenn die dafür in Betracht kommenden Parteien ernstlich dazu gewillt sind". Seine Fraktion halte "die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums grundsätzlich für richtig und notwendig". Die Gewähr dafür, daß die Führung der Staatsgeschäfte in Zukunft "unter Berücksichtigung der durch die Landtagswahl vom 20. Mai erfolgten Meinungsäußerung großer Teile der Bevölkerung erfolgen wird", biete nur die Neubildung des Staatsministeriums auf parlamentarischer Grundlage. Allerdings habe eine Verständigung unter den Parteien über eine mögliche Koalition noch nicht erzielt werden können.[34] Das

[33] V. Lt., 1. Vers., 1. Sitzung, 19.6.1928, S. 5f.
[34] V. Lt., 1. Vers., 2. Sitzung, 20.6.1928, S. 8f.; OV vom 22.6.1928: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 20. Juni 1928.

Zentrum konnte ebenfalls keine tragfähige Regierungsmehrheit im Landtag ausmachen und lehnte das Mißtrauensvotum ab. Sein Fraktionsvorsitzender Wempe wies darauf hin, daß das Ergebnis der Landtagswahl "die bisherige parlamentarische Grundlage der Staatsregierung erschüttert und weiterhin die politische Lage unklar und verworren gemacht" habe. Deshalb betrachte sich das Zentrum auch "nicht mehr im bisherigen Sinne als Koalitions= und Regierungspartei". Auf der anderen Seite hätten "die bisher außerhalb der Koalition stehenden Parteien nicht einen derartigen Kräftezuwachs erhalten, daß sie in der Lage wären, von sich aus eine Umgestaltung der Staatsregierung herbeizuführen". Das Zentrum zog sich damit wieder auf die ‘neutrale’ Rolle einer "Verfassungspartei" zurück, war aber nach den Worten seines Vorsitzenden Wempe "auch angesichts der veränderten Lage bereit und gewillt, unter Berücksichtigung seiner Stellung im Landtage an den parlamentarischen Aufgaben verantwortlich mitzuarbeiten".[35]

> Der geistliche Oberstudienrat Heinrich Wempe aus Cloppenburg gehörte zu den führenden südoldenburgischen Parlamentariern in der Geschichte der Weimarer Republik und setzte sich kämpferisch mit dem politischen Radikalismus im "Landvolk" und in der NSDAP auseinander. Heinrich Wempe wurde am 21. Januar 1880 in Bühren geboren und starb am 17. Mai 1969 in Vechta. Er wurde 1904 zum Priester geweiht und legte 1908 das erste Staatsexamen in den Fächern Religion, Latein, Griechisch und Hebräisch ab. Seit 1915 unterrichtete er am neuen Realprogymnasium in Cloppenburg, wurde aber bald als Militärkrankenwärter und Militärpfarrer zum Kriegsdienst eingezogen. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nahm Wempe seine Unterrichtstätigkeit in Cloppenburg als Studienrat wieder auf und wurde 1926 zum Oberstudienrat befördert. Wempe übernahm 1923 ein Mandat im oldenburgischen Landtag und war von 1925 bis 1933 Vorsitzender der Zentrumsfraktion. Wegen seines politischen Kampfes gegen die Nationalsozialisten wurde er im Zuge der repressiven Personalpolitik der NS-Regierung in Oldenburg 1934 an das Antonianum nach Vechta versetzt und im Rahmen der Säuberungswelle "Aktion Gewitter" nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 verhaftet. Es gelang dem Bischöflichen Offizial Pohlschneider, die Freiheit Wempes nach zehn Tagen Haft zu erwirken. Eine Wiederbegründung des Zentrums nach dem Zweiten Weltkrieg lehnte Wempe ab. Er gehörte 1945 zu den Mitbegründern der CDU im Kreis Vechta. 1947 trat er in den Ruhestand und wurde 1964 durch Papst Paul VI. zum Päpstlichen Geheimkämmerer (Prälat) ernannt.[36]

Das parlamentarische Debüt Carl Rövers führte in der Landtagssitzung vom 20. Juni 1928 zu einem ersten Eklat. Röver, der den Fraktionsvorsitz in seiner

---

[35] V. Lt., 1. Vers., 2. Sitzung, 20.6.1928, S. 9.

[36] FRIEDL, Handbuch, S. 787f. (von Bernard Hachmöller u. Hermann Klostermann); MENKE, Wempe, S. 242-244.

Partei übernommen hatte, lehnte das sozialdemokratische Mißtrauensvotum mit einem eindeutigen antirepublikanischen Bekenntnis ab:

> "Wir Nationalsozialisten stimmen grundsätzlich gegen das parlamentarische System. (Zwischenrufe) [...] Wir gehen in das Parlament, um nur für das Volk praktische Arbeit zu leisten. [...] Wir können es uns nicht erlauben, eine neue Regierung zu wählen, weil in Oldenburg nicht die große Außenpolitik gemacht wird, sondern Politik für unser oldenburgisches Ländchen. Es hat keine Außenpolitik zu leisten und auch keine große Innenpolitik. Hier handelt es sich um das Wohl und Wehe des Volkes. Wenn man dabei ist, eine neue Regierung auf dem Wege des parlamentarischen Systems zu bilden, so muß man sich fragen: Was heißt das? Das parlamentarische System von heute ist doch nur die Masse, und Masse ist immer Unsinn. Die alte Regierung, die wir bisher gehabt haben, ist keine Parteiregierung, sie war ein Beamtenministerium. Es hat den obwaltenden Umständen nach schlecht und recht gearbeitet. Das wollen wir gerne anerkennen. Wir haben kein Interesse daran, diese Leute nach Hause zu schicken und andere an ihre Stelle zu setzen. Das können wir uns nicht erlauben. Wenn wir eine neue Regierung wählen, kostet das Geld. Diejenigen, die heute abgebaut werden, sind Beamte, die pensioniert werden müssen mit 28 000 - 30 000 M. und noch mehr. Dann kommen drei neue von links, und was dann kommt, das haben wir zur Genüge gesehen. In allen Ländern, wo die Linke regiert, werden mit dem nötigen Parteibuch in die Ressorts welche nachgezogen, wieder abgebaut usw. [...] Das können wir uns heute nicht erlauben. Wir lehnen daher den Antrag ab, weil wir uns ebenfalls dafür bedanken, international regiert zu werden."

Die Abgeordneten der Zentrumsfraktion attackierte Röver in einer Schärfe, die im Landtag bisher nicht üblich gewesen war, und warf ihnen "Charakterlosigkeit" vor:

> "Die Herren lassen einfach ihren Minister fallen, sie machen es wie im Reich, jetzt, wo der Rutsch nach links gegangen ist, versucht man, den Fischfang mitzumachen. Wir lehnen diese Charakterlosigkeit ab und werden die Gelegenheit wahrnehmen, um dem Volke die Wahrheit zu sagen. (Beifall im Zuhörerraum.)"[37]

Damit legte Röver die doppelte Richtung des nationalsozialistischen Kampfes fest: Er wandte sich nicht nur gegen die Sozialdemokratie als den wichtigsten Träger des Rechts- und Verfassungsstaates von Weimar, sondern auch gegen das Zentrum, das in der oldenburgischen Landespolitik wie im Reich eine Schlüsselstellung einnahm. Der Cloppenburger Abgeordnete Wempe wies für seine Fraktion die Angriffe Rövers zurück und bedauerte die parlamentarische Entgleisung des Nationalsozialisten, der den Landtag offensichtlich schon zum parlamentarischen Kampfplatz erklärt hatte:

---

[37] V. Lt., 1. Vers., 2. Sitzung, 20.6.1928, S 10; LV vom 23.6.1928.

> "Die Töne, wie sie von der Seite erklungen sind, sind wir bisher im Landtage auch bei den schärfsten Debatten nicht gewöhnt gewesen. Ich bedaure, daß diese neuen Herren ihr erstes Auftreten dazu benutzen zu müssen glauben, um Beschimpfungen gegen eine Partei auszusprechen, die etwas länger als sie verantwortungsbewußt und auch sachlich sich an der politischen Arbeit beteiligt hat."[38]

In seiner Erwiderung hielt Carl Röver den Vorwurf der "Charakterlosigkeit" aufrecht, erklärte aber, daß "eine Beschimpfung des Zentrums" nicht seine Absicht gewesen sei:

> "Wenn Sie einmal mit links arbeiten, das andere Mal mit rechts, so ist doch das charakterlos."

Vor der Abstimmung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag in der Landtagssitzung am 23. Juni 1928 lehnte der SPD-Fraktionsvorsitzende Frerichs, der aufgrund der Landtagsdebatte ein Scheitern seines Antrages erwartete, "die Verantwortung für die in Zukunft sich für das Staatsministerium und die Arbeiten des Landtages ergebenden Schwierigkeiten" ab. Seine Partei sei bereit gewesen, "trotz der voraussichtlich ungünstigen Entwicklung der Finanzen des Staates verantwortlich in der Regierung mitzuarbeiten" und damit dem Wählervotum zu entsprechen. Die Ursache für das Scheitern einer neuen Regierungsbildung sah Frerichs bei den "für die Regierungsbildung in Betracht kommenden Parteien des Landtages, die nicht gewillt waren, das Ergebnis der Landtagswahlen vom 20. Mai entsprechend zu berücksichtigen". Auch das Zentrum habe "aus der gegebenen Sachlage" nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Offen artikulierte Frerichs die politischen Vorbehalte, die im Landtag gegenüber der Sozialdemokratie herrschten:

> "Deutlich klang aus verschiedenen Ausführungen im Hause die Abneigung und vielleicht auch Besorgnis gegen die tätige Mitwirkung der Sozialdemokratie an den Regierungsgeschäften hervor. Wir können dieses ertragen [...]."[39]

Somit bestand in der Ablehnung einer Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, die in Oldenburg gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen war, eine weitgehende Übereinstimmung, die im Landtag vom Zentrum bis zur äußersten politischen Rechten reichte. Dabei wurde das Zentrum, das sich mehr an Fragen der Parteiräson als an Geboten der 'Systemräson' orientierte, "den Interessen des Landes, die nach einer starken und vom Parlament getragenen Regierung

---

[38] V. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 23.6.1928, S. 11.
[39] V. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 23.6.1928, S. 16.

verlangten", in Oldenburg nicht gerecht.[40] Die NSDAP nutzte dieses politische Dilemma agitatorisch bedenkenlos aus und deklarierte es wahlkämpferisch als einen unübersehbaren Beleg für die mangelhafte Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems. Binnen weniger Tage hatte Carl Röver im Landtag zum zweitenmal Gelegenheit, das parlamentarische Tauziehen um die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten als politisches "Theater" zu diskreditieren und das Versagen der demokratischen Parteien schonungslos anzuprangern:

> "Wir National=Sozialisten sind überzeugt, daß bei dem heutigen parlamentarischen System weder eine Linksregierung das Volk retten wird noch eine Rechtsregierung. [...] Wir lehnen es ab, Parteipolitik zu treiben. Uns liegt ganz alleine das Wohl und Wehe des Volkes am Herzen."[41]

Zustimmung fand die NSDAP im Landtag bei der Wirtschaftspartei, die in erster Linie mittelständische Interessen vertrat. Nach den Worten ihres Abgeordneten Röder war die Politik des Ministeriums von Finckh zwar nicht immer "im Interesse der von uns vertretenen Wählerschaft des Mittelstandes" gewesen, aber bei einer neuen Regierung, "in der in hervorragendem Maße auf Grund der Fraktionsstärke die Sozialdemokraten ihren Einfluß ausüben würden, wo wir doch vom gewerblichen und überhaupt vom Mittelstand in wirtschaftlichen Fragen eine andere Auffassung und eine andere Weltanschauung haben", würde sich daran nichts ändern.[42] Röver versuchte seinerseits, Einfluß auf die oldenburgische Wirtschaft zu gewinnen, und machte ihr unverblümt eine politische Offerte. Er sei bereit, einen Weg aufzuzeigen, "der gangbar ist, um aus dem Schlamassel herauszukommen". Erwartungsgemäß wurde das sozialdemokratische Mißtrauenvotum mit 27 Stimmen der Rechtsparteien und des Zentrums gegen 20 Stimmen von SPD und DDP abgelehnt. Damit blieb das 'unpolitische' Fachministerium von Finckh vorerst im Amt.[43]

> Carl Röver (1889 - 1942) war aus dem Ersten Weltkrieg mit der Überzeugung zurückgekehrt, daß die "Roten" und die "Juden" die Niederlage Deutschlands verschuldet hatten. Er leitete das väterliche Manufakturgeschäft in der Heiligengeiststraße in Oldenburg. Die Gründungsurkunde der NSDAP vom 6. April 1925 weist Röver als Führer der Ortsgruppe Oldenburg aus, die aus 21 Mitgliedern bestand. 1924 wurde er erstmalig in den Oldenburger Stadtrat gewählt. Seit 1928 war Röver Mitglied des ol

---

[40] SCHAAP, Endphase, S. 57ff.
[41] V. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 23.6.1928, S. 16.
[42] V. Lt., 1. Vers., 2. Sitzung, 20.6.1928, S 11. Die Wirtschaftspartei war im Landtag erstmalig mit zwei Abgeordneten vertreten.
[43] V. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 23.6.1928, S. 18; OV vom 26.6.1928; LV vom 27.6.1928. Der KPD-Abgeordnete Müller fehlte in der Landtagssitzung.

denburgischen Landtages und Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Am 26. Juni 1932 wurde er zum Ministerpräsidenten gewählt. Er kandidierte auf Befehl Hitlers, weil er selbst sich der Aufgabe nicht gewachsen fühlte. Im Zuge der Gleichschaltung der Länder wurde Röver am 5. Mai 1933 zum Reichsstatthalter von Oldenburg und Bremen ernannt. Das Amt des Ministerpräsidenten übernahm Georg Joel. Die Erfolge Rövers hielten sich in Grenzen. Die Affäre um den "Negerpastor" Kwami im Herbst 1932, dessen Auftreten in Oldenburg Röver als Schändung der weißen Rasse empfand, ist ein Beipiel für seine maßlose Demagogie. Im sog. "Kreuzkampf" im Jahre 1936 erlitt Röver eine empfindliche Niederlage in der konfliktreichen Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche. An dem Pogrom gegen die Oldenburger Juden am 9./10. November 1938 war Röver insoweit beteiligt, als er die von Böhmcker aus München erteilten Befehle an den Oldenburger Kreisleiter weitergab und ihre Übermittlung an andere Kreisleiter im Gau Weser-Ems anordnete. Die Zukunft der Partei beurteilte Röver, der sich als "alter Kämpfer" verstand, am Ende seines Lebens skeptisch, weil die neuen Parteibürokraten die Herrschaft übernommen hätten. Er starb nach langer Krankheit am 15. Mai 1942 unter immer noch ungeklärten Umständen in der Charité in Berlin.[44]

1.2.2. Die Agitation gegen den Young-Plan: "Die Partei des Herrn Röver wird in erster Linie den Vorteil davon haben."

Das Volksbegehren zur Ablehnung des Young-Plans wurde von einer antirepublikanischen Front getragen, für die der Stahlhelm auch die Rechtsparteien, die NSDAP und DNVP, gewinnen konnte, und stellte ein politisches Projekt dar, dem große Popularität gesichert war.[45] Wortlaut und Begründung des Volksbe

[44] FRIEDL, Handbuch, S. 611-613 (von W. Günther). Wolfgang Günther beurteilt die politische Persönlichkeit Carl Röver zurückhaltend: "R.s politisches Weltbild war primitiv und beschränkt, seine Gegner und Feinde standen unverrückbar fest, er verfolgte sie mit dauerhaftem Haß. Seine kulturellen Bedürfnisse scheinen geringfügig gewesen zu sein. Die Methoden seines politischen Kampfes waren, selbst an den Maßstäben der damaligen Zeit gemessen, brutal und abstoßend. Dem Urteil, die politischen Verhältnisse hätten ihn zu einer Stellung emporgespült, für die er nicht geeignet war und in der er sehr viel Schaden und wenig Nutzen stiftete [...], ist nichts hinzuzufügen." Der Tod Rövers am 15. Mai 1942 in der Berliner Charité wird bis heute von "Legenden und Gerüchten umrankt, die darauf hinauslaufen, daß sein Sterben keine natürlichen Ursachen hatte". Keine Untersuchung hat jedoch nach Auffassung von Ingo Harms bisher "Hinweise oder gar Beweise für die Richtigkeit solcher Gerüchte" geliefert. (HARMS, Ingo: Der plötzliche Tod des Oldenburger Gauleiters Carl Röver, IN: Mitteilungsblatt der Oldenburgischen Landschaft Nr. 102/1999, S. 1-8)

[45] Wie der Dawes-Plan wies auch der Young-Plan zahlreiche Verbesserungen auf. Bis 1988 sollte Deutschland Reparationen zahlen, bis 1966 jährlich rund zwei Milliarden Reichsmark, also 500 Millionen Reichsmark weniger als noch im Dawes-Plan vorgesehen. Die letzten 22 Annuitäten sollten nur noch zur Abdeckung der interalliierten Schulden dienen, jede Reduzierung sollte an Deutschland weitergegeben werden. Am 12. März 1930 nahm der Reichstag den Young-Plan an. Nach Gerd Meyer entwickelte sich im Anti-Young-Plan-Referendum nicht nur "der Kampf um einen Reparationsplan, sondern um das System von Weimar überhaupt". Es

gehrens wandten sich nicht nur gegen die Ausführung des Young-Plans, sondern auch gegen "den Vorwurf, Deutschland sei allein schuld am Weltkriege gewesen".[46] In der rechten Publizistik wurde die Annahme des Volksbegehrens mit der Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands gleichgesetzt und als nationaler Verrat stigmatisiert. Die politische Kampagne richtete sich gegen Versailles und damit gegen die außenpolitischen Grundlagen der Weimarer Republik und zielte auf die Errichtung einer nationalistischen Front unter Führung des Stahlhelm und unter Einschluß der Rechtsparteien. Die Kampagne gegen den Young-Plan erreichte ihr erstes Ziel und konnte im Volksbegehren die erforderliche Anzahl an Unterschriften sammeln. Der Volksentscheid selbst wurde auf den 22. Dezember 1929 festgesetzt und scheiterte: Von 42,1 Millionen Stimmberechtigten gaben nur 5,8 Millionen ihre Stimme ab. Die antirepublikanische Front, die sich zur Durchführung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan gebildet hatte, hatte eine empfindliche Niederlage hinnehmen müssen und zerfiel nach dem Scheitern dieses Projektes wieder.[47] Damit war

---

blieb die Frage offen, wie über den deutschen Außenhandel ein Überschuß von jährlich zwei Milliarden Reichsmark erwirtschaftet werden konnte. (MEYER, Reparationspolitik, S. 339f.) Dieses reparationspolitische Problem präjudizierte auch die agrar- und zollpolitische Haltung Brünings, die für die oldenburgische Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung war.

[46] LV vom 14.9.1929. Nach dem Wortlaut des Volksbegehrens, das als "Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes" deklariert war, sollte die Reichsregierung die auswärtigen Mächte davon unterrichten, "daß das erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist". Die Reichsregierung sollte darauf hinwirken, daß der Kriegsschuldartikel (Art. 231) außer Kraft gesetzt wird und "die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden". Auswärtigen Mächten gegenüber waren keine neuen Lasten und Verpflichtungen einzugehen, die auf dem Kriegsschuldartikel beruhten. Darunter fielen auch die Bestimmungen des sog. Young-Plans, die in den Pariser Vertragsentwürfen über die Neuregelung der Tributlasten niedergelegt waren. Zu den "deutschen Lebensnotwendigkeiten" gehörten "die Herstellung der vollen Souveränität im **Rheinland** und im **Saargebiet**, ferner der in Versailles vorgesehene **Rüstungsausgleich** zwischen dem entwaffneten Deutschland und den übrigen europäischen Mächten". So hieß es in der Begründung des Volksbegehrens.

[47] BERGHAHN, Stahlhelm, S. 120-122, 128ff. Zugunsten des Volksbegehrens gegen den Young-Plan stellte der Stahlhelm ein eigenes Volksbegehren zurück, das auf eine Verfassungsänderung zielte. Es forderte die Abschaffung des Artikels 54 der Weimarer Verfassung (Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Reichstag) und eine Änderung der Immunitätsrechte des Artikels 37. Beide Vorschläge sollten die Stellung des Reichspräsidenten stärken. Es gelang dem Stahlhelm nicht, für dieses Volksbegehren eine nationalistische Front unter Beteiligung der DVP und DNVP zu bilden. Damit scheiterte das eigentliche Ziel, das mit dem Stahlhelm-Volksbegehren verknüpft war. Die politischen und organisatorischen Vorbereitungen zur Durchführung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan übernahm ein Reichsausschuß,

die Bildung einer nationalistischen Front gegen die Weimarer Republik unter Führung des Stahlhelm gescheitert. In der Bildung der "Harzburger Front" erlebte sie am 11. Oktober 1931 eine Neuauflage, aber unter Führung der NSDAP.

Im September 1929 begann die von der völkisch-nationalen Rechten unter der Führung der NSDAP angestrengte politische Agitation gegen den Young-Plan, die vom südoldenburgischen "Landvolk" nach Maßgabe seiner Kräfte unterstützt wurde. Eine im "Landvolk" wiedergegebene Erklärung des von den Rechtsparteien gebildeten Reichsausschusses für das angestrebte Volksbegehren funktionierte das Volksbegehren in eine Volksabstimmung über die deutsche Kriegsschuldfrage um:

> "Die Befreiung Deutschlands von dem Vorwurf der Kriegsschuld müsse die Grundlage der deutschen Außenpolitik sein."[48]

Von diesem Projekt ging der enorme politische Mobilisierungsschub, den das Volksbegehren auslösen konnte, aus; auf der Verquickung der Reparationsfrage mit der Kriegsschuldfrage beruhte seine Popularität. Auf diesem Wege wurde aus der politischen Normalität des Volksbegehrens ein "Freiheitskampf", zu dem die Bundesführung des Stahlhelm ihre Mitglieder und Anhänger am 2. Oktober 1929 aufrief.[49]

Das Ziel des heftigen politischen Schlagabtauschs, der von Anfang an als Kampfboden gegen die Weimarer Republik ausgelegt war, bestand darin, den Young-Plan im beabsichtigten Volksbegehren und Volksentscheid zum Scheitern zu bringen und die demokratischen Kräfte, die auf außenpolitischen Ausgleich bedacht waren, innenpolitisch zu schwächen. Während das oldenburgische Zentrum aufgrund seiner traditionellen Skepsis gegenüber plebiszitären Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen und politischen Polarisierungsbestrebungen das Volksbegehren ablehnte, wurde es von der Landvolkpartei, dem Stahlhelm und der NSDAP unterstützt. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei erklärten sich zwar solidarisch im "geistigen und politischen Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und für den friedlichen Aufstieg

---

dessen Präsidium unter dem Vorsitz von Seldte auch Duesterberg, Hugenberg und Hitler angehörten.

[48] LV vom 14.9.1929.

[49] LV vom 9.10.1929. Der Aufruf trug den Titel "Heraus zum Freiheitskampf" und war unterzeichnet von Seldte und Duesterberg.

Deutschlands zu nationaler Freiheit und internationaler Gleichberechtigung", befürchteten aber "in dem Volksbegehren, vor allem in seiner verhetzend zugespitzten Formulierung, einen verhängnisvollen Schritt zur weiteren Zerreißung des deutschen Volkes im Innern und eine verurteilenswerte Ausnutzung des deutschen Freiheitswillens für die Zwecke einseitiger Parteiagitation".[50] Die bürgerlichen Parteien lehnten bis auf die Deutsche Staatspartei ein politisches Bündnis mit der SPD gegen die Agitation der nationalen Rechten ab.[51]

In Übereinstimmung mit dem Zentrum sprach sich auch die katholische Kirche gegen das Volksbegehren aus. Die Erklärung des Breslauer Kardinals Bertram enthielt "eine ernste Warnung vor der Teilnahme an solchen Vereinigungen und Bestrebungen", die "eine ruhige und gesunde, langsame Festigung des inneren und äußeren Friedens des deutschen Volkes bedrohen", und wandte sich gegen die von der politischen Rechten angestrebte Polarisierung, zu der die Agitation für das Volksbegehren beitragen sollte. Sie schloß mit einer diplomatischen Empfehlung, die den parteipolitischen Konfliktstoff mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit nationaler Verantwortung zu neutralisieren versuchte:

> "Da diese Angelegenheit nicht eigentlich eine parteipolitische, sondern eine allgemein vaterländische ist, so sei es dem hochw. Klerus anheimgegeben, in außerkirchlicher Weise dahin zu wirken, daß die Diözesanen diesem Volksbegehren fernbleiben."[52]

Die Kundgebung Bertrams, der seit 1919 die Fuldaer Bischofskonferenz leitete und im deutschen Katholizismus hohes Ansehen genoß, präfigurierte ein knappes Jahr vor dem ersten großen Wahlerfolg der NSDAP die Haltung des deutschen Episkopats zu den Rechtsparteien, vor allem zu den Nationalsozialisten. Denn nicht "parteipolitische Stellungnahme oder Voreingenommenheit", so Bertram in seiner Erklärung, bestimmten das Motiv für die Einstellung der katholischen Kirche zum Volksbegehren, sondern die moralisch-sittliche Verantwortung für den "Wiederaufbau des Vaterlandes".[53] Die nationale Verantwortung, die die katholische Kirche in der Weimarer Republik parteipolitisch unabhängig begriff, prägte die Haltung des deutschen Episkopats zu Staat und Gesellschaft in der Weimarer Republik.

---

[50] OV vom 17.10.1929: Erklärungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gegen das Volksbegehren vom 14. Oktober 1929.
[51] GÜNTHER, Freistaat, S. 433, 435.
[52] OV vom 16.10.1929: Kundgebung des Füstbischofs Kardinal Bertram gegen das Volksbegehren.
[53] OV vom 16.10.1929.

Die Vechtaer OV begrüßte in einem Kommentar den Umstand, daß sich die deutschen Bischöfe "vollkommen über alle Parteien gestellt" und "eine bestimmte Gesinnung dem Staate gegenüber" eingenommen hätten. Die klassische Abstraktion der deutschen Staatsidee von der ernüchternden Realität der Weimarer Republik hatte im politischen Katholizismus eine große Tradition. Sie trug zur Neutralisierung des im Volksbegehren enthaltenen politischen Konfliktes bei und nahm die bevorstehende Entscheidung unzulässigerweise aus der parteipolitischen Konkurrenz heraus, in die sie die Initiatoren des Volksbegehrens auf der nationalen Rechten gerade plazieren wollten. Auch für den südoldenburgischen Katholizismus schien das Volksbegehren ein willkommener Anlaß zu sein, seine loyale Haltung gegenüber Volk und Vaterland zu unterstreichen. Die Vechtaer OV verwahrte sich gegen jeden Verdacht nationaler Unzuverlässigkeit und nahm die deutschen Bischöfe gegen den Vorwurf des Ultramontanismus in Schutz:

> "Es sollten aber jene Kreise sich das merken, die sich sonst nicht genug darin gefallen können, jede vaterländische Meinungsäußerung der Bischöfe als **ultramontanen Eingriff** zu bezeichnen."[54]

Der parteilose oldenburgische Ministerpräsident von Finckh enthielt sich wie seine Minister Driver und Willers einer politischen Stellungnahme zum Volksbegehren und nahm - wie es dem Charakter des 'unpolitischen' Fachkabinetts entsprach - auf den Parteienstreit keinen Einfluß.[55] Allerdings weigerte sich von Finckh, einem Gesuch von Reichsinnenminister Severing (SPD) zu folgen und einen Aufruf gegen das Volksbegehren zu unterzeichnen. Zur Organisation des Kampfes für das Volksbegehren, das für die Zeit vom 16. bis 29. Oktober 1929 anberaumt war, wurden auf Landes- und Kommunalebene Ausschüsse gebildet. Dem Landesausschuß Oldenburg - Ostfriesland gehörten neben dem Stahlhelm und der DNVP auch die Landvolkpartei und der Landbund an, nicht aber die NSDAP. Nach langen Auseinandersetzungen, die zu einer Zerreißprobe führten, empfahl eine Mitgliederversammlung der DVP ihren Wählern, "das Volksbegehren nicht zu unterstützen".[56] In einer Artikelserie wandte sich Ministerialrat Wegmann gegen die Umfunktionierung der Abstimmung über den Young-Plan in ein Plebiszit über die deutsche Kriegsschuld.[57] Die Landvolkpartei organisierte nach Darstellung ihres eigenen Presseorgans mehrere öffentliche

---

[54] OV vom 25.10.1929.
[55] OV vom 17.10.1929: Erklärung von Ministerpräsident von Finckh vom 15. Oktober 1929.
[56] SCHAAP, Endphase, S. 103f.
[57] OV vom 22., 23.10.1929.

Veranstaltungen "gegen den Young-Plan für das deutsche Volksbegehren".[58] Entscheidende Bedeutung kam aber der Haltung des Reichspräsidenten Hindenburg zu, der sich in einer mit Spannung erwarteten Erklärung gegen das Volksbegehren aussprach.[59]

"Wenn seine Bischöfe sprechen, dann hat das katholische Volk die Pflicht, diese Stimme seiner Hirten zu hören", hatte es in der Vechtaer OV vor dem Volksbegehren zur Kundgebung der Bischöfe geheißen, offensichtlich mit großem Erfolg.[60] Dem Volksbegehren verweigerten die Katholiken Südoldenburgs ihre Zustimmung und folgten damit auch dem Aufruf der Zentrumspartei, die sich auf der Landesvorstandssitzung in Vechta am 19. Oktober 1929 "gegen das unsinnige und verbrecherische Volksbegehren" ausgesprochen hatte.[61] Nur 4,6 % der Wahlberechtigten trugen sich in Südoldenburg in die Listen ein, während das Amt Oldenburg 32 %, Jever 31 % und Wildeshausen 30 % vermeldeten. Im Münsterland lag das Amt Cloppenburg, in dem die Landvolkpartei am stärksten vertreten war, mit 1 841 Eintragungen an der Spitze, gefolgt von den Ämtern Vechta (496) und Friesoythe (260).[62] Im Landesteil Oldenburg hatte das Volksbegehren mit 17,6 % Erfolg und wurde auch im Reich mit 10,02 % knapp angenommen.[63] Nur 800 Stimmen hatten im Reich den Ausschlag gegeben und den Volksentscheid über den Young-Plan ermöglicht.[64] Die Vechtaer OV kommentierte das Ergebnis in Südoldenburg zutreffend, wenn sie auf die Verdienste der katholischen Kirche in diesem politischen Konflikt aufmerksam machte:

> "Daß im Gegensatz zum Norden im Süden die Reichstagswähler der genannten Parteien, trotz aller Agitation, in ihrer großen Mehrheit der Parteiparole nicht gefolgt sind, dürfte vor allem auf die Mahnung der deutschen Bischöfe, dem Volksbegehren fernzubleiben, zurückzuführen sein. Wir freuen uns darüber, daß diese Mahnung im katholischen Volke Gehör gefunden hat, denn wie berechtigt diese Mahnung war und ist, das werden wir sehr bald in voller Deutlichkeit erkennen können."[65]

---

[58] LV vom 23.10.1929: Versammlungen in Cloppenburg und Friesoythe.
[59] OV vom 22.10.1929.
[60] OV vom 25.10.1929.
[61] OV vom 22.10.1929.
[62] OV vom 31.10.1929.
[63] OV vom 1.11.1929: Ergebnis ohne das Amt Elsfleth.
[64] OV vom 27.11.1929.
[65] OV vom 5.11.1929.

Der Volksentscheid über das "Freiheitsgesetz" scheiterte am 22. Dezember 1929 mit 13,8 % der Wahlberechtigten.[66] In Südoldenburg stimmten nur 8,24 % der Wahlberechtigten für den Volksentscheid. Von den 4 878 Ja-Stimmen stammte über die Hälfte (2 865 Stimmen = 59 %) aus dem Amt Cloppenburg, während im Amt Vechta nur 1 150 Wahlberechtigte und im dünnbesiedelten Amt Friesoythe 863 Wahlberechtigte mit Ja stimmten. Die politischen Strukturen im katholischen Milieu Südoldenburgs wie im Land Oldenburg am Ende der Weimarer Republik zeichneten sich in den Abstimmungen über das Volksbegehren und den Volksentscheid im Jahre 1929 ab. Ein Indikator ist die Beteiligung am Volksentscheid: Im Amt Cloppenburg waren 13,2 %, im Amt Vechta 4,3 % und im Amt Friesoythe 8,1 % der Wahlberechtigten dem Aufruf zum Volksentscheid gefolgt. Ein größerer Zuspruch als "die als natürlich erwartete Zunahme in fast allen Gemeinden" war dem Aufruf in Südoldenburg nicht beschieden.[67] Der Gegensatz zwischen dem evangelischen Norden und dem katholischen Süden, der sich in der Abstimmung über das Volksbegehren abgezeichnet hatte, wurde im Volksentscheid bestätigt: Im Norden stimmten 29,1 % mit Ja, im Süden nur 8,3 %.[68] Die erforderliche 10 %-Quote beim Volksbegehren wurde in Oldenburg mit 18,2 % deutlich überschritten, und das Ergebnis vom Volksentscheid übertraf mit 25,4 % der Stimmberechtigten das Resultat im Reich mit 13,8 % um fast das Doppelte.[69]

Der Landesteil Oldenburg bildete im Volksbegehren wie im Volksentscheid nach Auffassung von Klaus Schaap eine "unrühmliche Ausnahme", denn die Zahl der Wähler, die im Jahre 1928 den im Landesblock vereinigten Rechtsparteien DVP und DNVP und der NSDAP ihre Stimme gegeben hatten, war im Zuge des Anti-Young-Plan-Referendums absolut von 46 436 im Jahre 1928 auf 70 648 (+ 52,1 %) gestiegen. Von diesem Erfolg profitierten in erster Linie die Nationalsozialisten, die den größten Teil der Rechtsopposition gegen den Young-Plan mobilisiert hatten. Bedingt durch die Krisenstimmung im bürgerlichen wie bäuerlichen Mittelstand war es ihnen gelungen, ihre Position in den ländlichen evangelischen Regionen auszubauen und auch bürgerliche Mittelschichten in den Städten zu erfassen.[70] Jürgen W. Falter sieht im "Anti-Young-Plan-Referendum" von 1929 nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 in diesem Sinne "eine Art Kristallisationspunkt der

[66] OV vom 24.12.1929.
[67] OV vom 24.12.1929.
[68] SCHAAP, Weg, S. 205: Anlage VII, Anm. 9.
[69] GÜNTHER, Freistaat, S. 433.
[70] SCHAAP, Endphase, S. 106f.

gegen das parlamentarische System von Weimar gerichteten Kräfte" und eine weitere "Mobilisierungsetappe auf dem Weg breiterer Wählerschichten zum Nationalsozialismus". In den sieben Jahren zwischen der Reichspräsidentenwahl 1925 und den Reichstagswahlen 1932 habe "ein kompletter Wähleraustausch" stattgefunden, der zur Basis für den Aufstieg Hitlers geworden sei.[71] Eine relative Ausnahme von dieser Entwicklung, die in den nächsten Jahren die Landespolitik beherrschte, bildeten die katholischen Ämter im Süden des Freistaates. Die eigene Konfession bewahrte die katholische Bevölkerung in diesem politischen Milieu auf Geheiß ihrer Kirche vor der Agitation gegen den Young-Plan, die den Eindruck eines politischen Aufstandes von unten erweckte. Damit konnte sich der politische Katholizismus in Deutschland nicht einverstanden erklären.

Die Vechtaer OV erkannte die landespolitischen Signale, die in den Abstimmungen über den Young-Plan deutlich geworden waren. Am Heiligabend des Jahres 1929 setzte sie sich mit der politischen Rolle der Nationalsozialisten "in Theorie und Praxis" auseinander. Aufgrund der Erfahrungen mit dem gescheiterten Volksentscheid gegen den Young-Plan warnte die Zeitung die anderen Rechtsparteien vor den Nationalsozialisten, die "die ausschließlichen Nutznießer der gemeinsamen Unternehmung" gewesen seien. Die NSDAP sei "ihrem ganzen Wesen nach darauf eingestellt, durch Zersetzung der anderen Parteien die eigenen Reihen zu stärken". Ihr Programm sei, "soweit man von einem solchen überhaupt sprechen kann", auf den "Kampf gegen alle und alles eingestellt". Die Vechtaer OV bestritt der NSDAP jeglichen "nationalen" Anspruch. Die Nationalsozialisten seien nicht national, sondern, "wie schon ihr Name besagt, sozialistisch".[72] Dieses Mißverständnis gehörte zur politischen Alltagskultur im katholischen Milieu Südoldenburgs. Zum Jahreswechsel 1929/30 warnte die Vechtaer Zentrumspresse im "Wochenspiegel" vor einem weiteren Anwachsen des Rechtsextremismus im eigenen Lande:

> "Die Partei des Herrn Röver wird in erster Linie den Vorteil davon haben, wenn die Dinge so weitergehen. Gegen den Radikalismus der Nationalsozialisten können

---

[71] FALTER, Wähler, S. 123. Falter führt diesen Zusammenhang weiter aus: "Tatsächlich ist wohl die Reichspräsidentenwahl von 1925 als eine erste erfolgreiche Mobilisierung der konservativen und völkischen, überwiegend verfassungsoppositionell oder sogar republikfeindlich eingestellten Kräfte zu interpretieren, die beim Anti-Young-Plan-Referendum von 1929, wenn auch deutlich weniger erfolgreich, einen neuerlichen Kristallisationspunkt suchten und wenig später unter dem katalytischen Einfluß der Weltwirtschaftskrise ihre politische Heimat in der nationalsozialistischen Sammlungsbewegung fanden." (S. 125)

[72] OV vom 24.12.1929.

> Deutschnationale, Landvolk und Völkische bei weitem nicht an. Wenn diese Entwicklung sich einmal in Stimmen und Mandaten auswirkt, dann wird es für manche Kreise ein sehr unangenehmes Erwachen geben. Schon heute haben eine Reihe derjenigen, die im Mai 1928 von den 'alten' Parteien sich lossagten und sich einer der neuen berufsständischen Parteien angeschlossen haben, den Schritt weiter zu den Nationalsozialisten hin getan."

Die OV stellte völlig zu Recht eine "weit fortgeschrittene politische Radikalisierung" in weiten Kreisen Nordoldenburgs fest, die auch den Landbund, "der angeblich bisher parteipolitisch neutral sein wollte", erfaßt habe: "Er ist vollständig in das Fahrwasser des Radikalismus geraten." Vor allem Landwirte seien dem Glauben verfallen, im politischen Radikalismus "Hilfe und Rettung zu finden", würden aber daraus nur Schaden ziehen. Reichs-Landbundführer Martin Schiele (DNVP) habe noch unlängst erklärt, "daß sich eine erfolgreiche Politik der praktischen Hilfe für die Landwirtschaft nicht durchführen läßt mit der einseitigen Negation aller politischen Möglichkeiten im heutigen Regierungssystem", und sich zu einer neuen Agrarpolitik bekannt.

> "Der deutsche Bauer müsse der unausweichlichen Notwendigkeit immer mehr Rechnung tragen, durch Zusammenarbeit mit allen dazu willigen staatsbürgerlichen Gruppen die Voraussetzung für eine praktische Agrarpolitik zu schaffen."[73]

Die Bewegung drohte außer Kontrolle zu geraten. Dennoch schöpfte die katholische Presse aus den Worten Schieles trügerische Hoffnungen auf eine verfassungskonforme Lösung der politischen Krise. Die nächsten Wahlgänge im Reich und im Freistaat bestätigten eher ihre Furcht vor einer anwachsenden Radikalisierung, der weitere Rechtsparteien zum Opfer fielen. Die politische Stabilitätsphase der Weimarer Republik neigte sich ihrem Ende zu, als der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die europäischen Volkswirtschaften erneut erschütterte. Die Vechtaer OV meldete mit der Verspätung von einer Woche den "Newyorker Börsenkrach" und nannte ihn einen "Vorgang, wie er noch niemals in der Börsengeschichte der ganzen Welt vorgekommen ist". Die Folgen seien unübersehbar.[74] Der spätere Cloppenburger Schulrat Friedrich Wübbolt schildert den "Schwarzen Freitag" und die Hoffnungen, die mit ihm zerstoben, recht anschaulich. Er bedenkt vor allem auch die Folgen für die Landwirtschaft:

---

[73] OV vom 29.12.1929.

[74] OV vom 1.11.1929. Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise wird datiert auf den sog. "Schwarzen Freitag" am 25. Oktober 1929, als die Börse in New York zusammenbrach.

> "Die hiesige Landwirtschaft hatte sich damals in größerem Maße auf die Schweinemast konzentriert. Jetzt fehlten in den Industriestädten die Käufer, die Preise fielen, aber die Steuern blieben, es gab Protestversammlungen, es bildeten sich neue, sehr radikale Parteien [...]."[75]

Mit dem Scheitern des "Freiheitsgesetzes" kurz vor dem Jahreswechsel 1929/30 waren die erbitterten Kontroversen, die sich am Young-Plan entzündet, aber die Republik und ihre demokratischen Kräfte gemeint hatten, noch nicht beendet. Sie hatten im oldenburgischen Landtag noch ein parlamentarisches Nachspiel, als Gauleiter Carl Röver zur politischen Offensive überging. Er benutzte die Debatte über die Bereitstellung von Mitteln für den Wohnungsbau am 6. August 1930 zu einer erneuten Attacke gegen die demokratischen Parteien und erklärte "klipp und klar", "daß für die Annahme der Younggesetze in allererster Linie die SPD und das Zentrum verantwortlich ist und bleibt, daß diese Annahme Arbeitslosigkeit bedeutet, Knebelung der Wirtschaft und Zusammenbruch, Untergang auf der ganzen Linie".[76] Die polemischen Erklärungen Rövers lieferten ein Musterbeispiel dafür, wie es der NSDAP in Oldenburg gelang, eine parlamentarische Sachdebatte in eine Generalabrechnung mit dem politischen Gegner, den sog. 'Systemparteien', und mit dem politischen System selbst umzufunktionieren. An die Adresse der SPD und der Zentrumspartei gewandt, beschloß Röver seine Landtagsrede mit der offenen Drohung:

> "Meine Herren! Wir werden Ihnen draußen die Masken so herunterreißen, wie es notwendig ist, verlassen Sie sich darauf. Wir wollen Ihnen heute Ihr Gedächtnis mal auffrischen. Was haben Sie dem Volke alles versprochen 1918: Friede, Freiheit und Brot. Heute haben wir 4 Millionen Arbeitslose, die nicht wissen, wo sie ihr müdes Haupt hinlegen können. [...] Sie sind die Alleinschuldigen zusammen mit den Herren vom Zentrum, mit denen sind Sie durch Dick und Dünn gegangen. Das werden wir auch den Leuten im Münsterlande schon sagen."

In gleicher Schärfe galten die schonungslosen Angriffe Rövers der parlamentarischen Demokratie, die schleunigst überwunden werden müsse. Für die Repu

---

[75] WÜBBOLT, Erinnerungen, S. 188. Der Verfasser betont, daß sich die deutsche Wirtschaft nach der Währungsreform des Jahres 1923 erholt hatte und nun wieder in eine tiefe Krise gestürzt wurde. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erklärt Wübbolt mit Hilfe des Bildes vom organischen Körper: "Da kam der Schicksalsschlag an der Börse, der Kurssturz der Aktien. Es war [...] der sog. 'Schwarze Freitag'. Die Folgen waren: Viele deutsche Unternehmer sollten plötzlich ihre geliehenen Kapitalien zurückzahlen, machten darum bankrott und entließen ihre Arbeiter. Die Zahl der Arbeitslosen schwoll an auf fast drei Millionen. Das Geld ist das Blut der Wirtschaft. Nun war es genau so, als wenn man den Körper durch einen großen Blutverlust in Lebensgefahr bringt."

[76] V. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 6.8.1930, S. 11f.; ECKHARDT, Landtag, S. 79f., auch zum folg.

blik sei in erster Linie die Sozialdemokratie verantwortlich, die das politische Schicksal des deutschen Volkes verraten habe:

> "Es muß ein Systemwechsel eintreten. Die Demokratie verfault am lebendigen Leibe. [...] Das ist kein Staat, mit dem Sie Staat machen können. Ein Staat hat die Aufgabe, uns satt zu machen. Da haben Sie die Antwort, meine Herren von links in erster Linie. Sie sind die Schuldigen, daß es dem deutschen Volke so dreckig geht. [...] Verlassen Sie sich darauf, wir werden den Wahlkampf aufnehmen und das tun, was notwendig ist, die S.P.D. als das hinzustellen, was sie ist, als die Verräterpartei am deutschen Volke."

Carl Röver zwang die demokratischen Parteien in die Defensive, aus der sie sich aus eigener Kraft kaum noch befreien konnten. Das zeigten auch die Auseinandersetzungen um den Young-Plan und ihre negativen politischen Folgen in Oldenburg.

1.2.3. Konfessioneller Dissens: "Alle diese Weltanschauungen lassen sich mit der katholischen nicht auf eine Linie bringen."

Der unüberbrückbar scheinende Dissens in kultur- und schulpolitischen Fragen zwischen dem Zentrum auf der einen und der Sozialdemokratie auf der anderen Seite ließ eine parlamentarische Regierungsbildung in Oldenburg als aussichtslos erscheinen. Dadurch wurde die Handlungsfähigkeit des Landtags erheblich eingeschränkt. Die erdrückende Priorität der kultur- und schulpolitischen Komplexe verstärkte die Isolation des Zentrums und plazierte den südoldenburgischen Katholizismus zwischen den Stühlen auf der politischen Rechten und Linken. Auf einem "Zentrumssonntag" in Lastrup wies Fraktionsführer Wempe im Januar 1930 darauf hin, daß seine Partei 1925 mit der politischen Rechten eine Regierung gebildet habe, diese Koalition aber durch die Bildung der neuen Parteien zerschlagen worden sei. Ministerialrat Wegmann erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die Rechtsparteien, die DNVP, die Landvolkpartei und die NSDAP, gegen das Konkordat in Preußen gestimmt hätten und somit als Koalitionspartner für das Zentrum nicht mehr in Frage kämen. Die oldenburgische Landvolkpartei stellte zum Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten im preußischen Landtag fest, daß die "Deutsche Fraktion", zu der auch die Abgeordneten der Landvolkpartei zählten, die Abstimmung freigegeben hätte und die katholischen Abgeordneten für das Konkordat gestimmt hätten.[77] Auch spielte die aktuelle politische Diskussion um die Aufhe

[77] Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 7.2.1930.

bung der Oberschulkollegien im fruchtlosen Parteienstreit in Oldenburg eine große Rolle. Das Zentrum wandte kritisch gegen die Landvolkpartei ein, "daß der erste Antrag in dieser Richtung vom Abg. Addicks gestellt worden sei". Von der Sozialdemokratie trenne die Zentrumspartei, so verlautete der "Sprechtag" in Lastrup weiter, ohnehin "eine Kluft, die nicht zu überbrücken" sei.[78] Die Landvolkpartei bestritt hingegen energisch, "daß der Urantrag der Aufhebung der Oberschulkollegien vom Abg. Addicks gestellt wurde", und bekräftigte erneut, er sei "von den politischen Freunden des Zentrums, nämlich den Sozialdemokraten, die heute in Preußen den neuen Kultusminister Grimme stellen", ausgegangen. Vielmehr sei von der LVP "im Interesse des konfessionellen Charakters der Schule" der bekannte Verbesserungsantrag gestellt worden.[79] Zum bedauernswerten konfessionellen Dissens, der auch das Münsterland zu spalten drohte, äußerte sich die Friesoyther Tageszeitung und appellierte an die Bevölkerung, im katholischen Glauben wieder den fundamentalen Konsens zu finden, der das ganze Leben der Menschen bestimme. Die Religion sollte wieder an die Stelle der Politik treten:

> "Unser Glaube zeigt uns, wie wir das Leben in seiner Gesamtheit und in allen seinen Teilen anzuschauen, wie wir es zu bewerten haben. Er gibt uns die Richtlinien unseres Handelns. Von ihm erhalten wir die Grundsätze unseres Staats- und Gesellschaftslebens, unserer Wirtschaftsgestaltung, unseres Kulturprogramms. Und ein Katholik handelt nicht konsequent, wenn er z. B. einer Partei seine Stimme gibt, die einem liberalen Kulturprogramm anhängt, oder eine Partei unterstützt, die die marxistische (national oder international) Wirtschaftsauffassung auf ihre Fahne geschrieben hat, oder für eine Partei schwärmt, die sich zur bolschewistischen Staats= und Gesellschaftsform bekennt. Alle diese Weltanschauungen lassen sich mit der katholischen nicht auf eine Linie bringen. Es muß einem jeden Katholiken Unbehagen bereiten, wenn er einer Partei seine Stimme gibt, die nicht die katholische Weltanschauung, die nicht die katholische Auffassung für alle Teile des menschlichen Lebens vertritt."[80]

Die in diesem Kommentar zum Ausdruck gebrachte Katholizität, die selbst als weltanschaulicher Konsens in Südoldenburg politisch brüchig geworden war und die Einheit des katholischen Milieus kaum noch zu garantieren vermochte, drängte den politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik in eine bedrohliche Isolation und setzte das Zentrum schließlich außerstande, noch in staatspolitisch notwendige Kompromisse einzuwilligen. Nach den Worten von Diözesanpräses Konermann hatte Papst Pius XI. die katholischen Arbeiter nicht nur vor dem "liberalen Kapitalismus", sondern vor allem vor dem Sozialismus

---

[78] OV vom 29., 30.1.1930.
[79] Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 7.2.1930.
[80] Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 15.2.1930: Nochmals Sprechtag in Lastrup.

und Kommunismus gewarnt. Vor diesem Hintergrund stellte Konermann fest, es sei ein Irrtum "zu glauben, man könne gleichzeitig guter Katholik und Sozialist sein, oder mit den Sozialisten sympathisieren". Der Diözesanpräses der katholischen Arbeitervereine wußte um die politische Brisanz dieser Feststellung, weil das Zentrum seit Jahren Koalitionen mit der deutschen Sozialdemokratie bildete, und half sich mit einem fadenscheinigen Argument aus diesem politischen Dilemma:

> "Daß aber eine politische Koalition noch kein 'Sympathisieren' mit der anderen Partei bedeutet, sondern nur eine politische Notwendigkeit, weiß jedes politische Kind."[81]

Gravierender stellte sich die weltanschauliche Frage im Verhältnis der Katholiken zu den Freien Gewerkschaften. Hier war nach den Worten Konermanns die politische Trennungslinie allein ausschlaggebend: wer sie überschritt, exkommunizierte sich gleichsam selbst:

> "Katholische Arbeiter, die durch Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaften die sozialistische Bewegung unterstützen, streichen sich selber nach den Worten des Hl. Vaters als 'gute Katholiken' aus und stehen in dauerndem sündhaften Widerspruch zu ihrer christlichen Weltanschauung."[82]

Damit war der Konflikt aber nicht gelöst. Die konfessionelle Verengung der politischen Perspektive beschwor am Ende eine politische Befangenheit zwischen den staatstragenden Parteien herauf, die die parlamentarische Demokratie im Freistaat einer enormen Bewährungsprobe aussetzte und sie schließlich scheitern ließ. Das Zentrum, das im Reich wie in Oldenburg eine Schlüsselstellung einnahm, verlegte sich im Freistaat auf die passive Rolle eines Zuschauers und ließ sich auf die Erwartung ein, daß sich die politische Entwicklung so, wie sie sich vollzog, auch ohne sein Zutun vollziehen würde. Dieses politische Alibi darf aus heutiger Sicht nicht verfangen. Es beschreibt nur die halbe Wahrheit und auch nur die Hälfte der Verantwortung, die das Zentrum trug, weil unausgesprochen blieb, was es hätte tun können, um die Existenz des Freistaates zu sichern und die NSDAP von der Macht fernzuhalten. Daß eine solche drohende Gefahr bestand, war selbst in der Zentrumspresse nachzulesen. In der Krise des Jahres 1930 spekulierte Dr. Reinke, der Vorsitzende des oldenburgischen Zentrums, in der Vechtaer OV über eine Änderung des Wahlrechts, wodurch das Verhältniswahlrecht, das für die Zer

---

[81] OV vom 20.2.1930.
[82] Ebd.

splitterung der politischen Kräfte verantwortlich gemacht wurde, eingeschränkt werden sollte.[83] Zu Ende gedacht bzw. politisch debattiert wurden die Pläne nicht.

So wurde die politische Krise in Oldenburg unter erheblicher Mitverantwortung des katholischen Zentrums verschleppt, verdrängt und vertagt, bis sie zur radikalen Lösung heranreifte und die NSDAP an die Macht brachte. Selbst die Chance, diese Entwicklung wieder umzukehren, wurde vom Zentrum nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 nicht mit dem erforderlichen politischen Ernst betrieben und scheiterte schließlich an einem positivistischen Politik- und Staatsbegriff, der sich jedem revolutionär anmutenden politischen Mittel versagte.

1.2.4. Vertagung der politischen Krise: "Man möge es ruhig bis zum Mai lassen, wie es jetzt ist."

Am 27. März 1930 trat die Reichsregierung unter Kanzler Hermann Müller (SPD) zurück. Mit dem Scheitern der Großen Koaltion ging die Phase parlamentarischer Regierungsbildungen in Deutschland zu Ende. Hindenburg beauftragte den Zentrumsführer Heinrich Brüning mit der Bildung einer Regierung, in der die Sozialdemokraten nicht mehr vertreten waren. Den Vollzug der Regierungsgewalt in Deutschland mit dem Artikel 48 hielt auch die einheimische Zentrumspresse nicht mehr für ausgeschlossen. Sollte sich keine Mehrheit finden, so die Vechtaer OV, "bliebe nach Auffasssung parlamentarischer Kreise die Möglichkeit des Artikels 48 der Reichsverfassung, um die dringenden Finanzfragen so schnell wie möglich zu erledigen".[84] Die Landvolkpresse, deren Spekulationen zur Verfassungsrevision im ersten Stadium schon in Erfüllung zu gehen schienen, schloß sich der Zentrumspresse mit der deutlichen politischen Forderung an:

> "Es bleibt also nur übrig, einer neuen Regierung Vollmachten gegen das Parlament zu geben."[85]

Die Entwicklung im Reich trug nicht zu einer Konsolidierung der politischen Lage im Freistaat bei, die durch das Bombenattentat auf das Landesfinanzamt

[83] OV vom 26., 27.1.1930.
[84] OV vom 29.3.1930.
[85] LV vom 30.3.1930.

am 3. Juni 1929 überschattet wurde.[86] Der Austritt Tantzens aus der DDP am 24. April 1930 und die Rückgabe seines Reichstagsmandats warfen ein unübersehbares Zeichen auf die desolate Lage des demokratischen Liberalismus in Oldenburg, für den der ehemalige Ministerpräsident die politische Leitfigur darstellte.[87] Theodor Tantzen war 1928 als Kandidat des Wahlkreises 13 Schleswig-Holstein wieder in den Reichstag gewählt worden. In der DDP-Fraktion kämpfte er für eine Agrarpolitik des von ihm mitbestimmten DDP-Programms von 1927, das die bäuerlichen Familienbetriebe fördern sollte. Tantzen geriet immer stärker in den Gegensatz zu Ernährungsminister Hermann Dietrich (DDP), der eine Politik des differenzierten Zollschutzes vertrat und damit den bäuerlichen Großgrundbesitz förderte. Als Dietrich nach dem Bruch der Großen Koalition als Wirtschaftsminister in das Präsidialkabinett Brüning eintrat, verließ Tantzen die DDP und legte sein Reichstagsmandat nieder. Er stand der Präsidialregierung Brüning skeptisch gegenüber und trat für eine vereinigte liberale Mittelpartei von "Treviranus bis Lemmer" ein. Die Parteiaustritte Tantzens und Hellpachs lösten in der DDP eine ernsthafte Krise aus. Eine Konsequenz daraus war, daß sich die DDP Ende Juli 1930 mit dem Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei (DStP) zusammenschloß.[88]

Der Tod von Ministerpräsident von Finckh am 13. Juli 1930 riß den oldenburgischen Landtag aus seiner Lähmung. Er mußte nun seine politische Abstinenz aufgeben und einen neuen Ministerpräsidenten wählen. Zum entschlossenen parlamentarischen Handeln war aber offensichtlich immer noch kein zwingender Grund vorhanden. Die Regierungsgeschäfte wurden von den in ihren Ämtern verbliebenen Ministern Driver, der auch die Geschäfte des Ministerpräsidenten wahrnahm, und Willers weitergeführt. In Oldenburg regierte ein 'unpolitisches' beamtetes Rumpfkabinett weiter und sorgte für politische Kontinuität.

Eine Neuauflage der Weimarer Koalition, die im Landtag mit 29 von 48 Sitzen immer noch über eine absolute Mehrheit verfügte, war aufgrund der gewachsenen politischen Entfremdung zwischen der SPD und dem Zentrum ohne Aussicht auf Erfolg. Auf der anderen Seite hatte die regierende Rechtskoalition aus Landesblock (DVP/DNVP) und Zentrum in den Wahlen von 1928 ihre Mehrheit verloren. Für die Neuwahl des Ministerpräsidenten hatte das Zentrum seinen verdienten Fraktionsvorsitzenden Dr. Franz Driver und der Landesblock

[86] LV vom 6.6.1929; GÜNTHER, Parlament, S. 201f.
[87] OV vom 30.4.1930.
[88] FRIEDL, Handbuch, S. 732f. (von W. Günther).

den Regierungspräsidenten von Eutin, den parteilosen Friedrich Cassebohm, vorgeschlagen. Damit blockierten sich Landesblock und Zentrum gegenseitig. Mit beiden Kandidaten verbanden die Parteien aber nicht die Absicht, ein parlamentarisches Ministerium zu bilden, das nur von der SPD und der DDP favorisiert wurde. Da sich die Sozialdemokratie und die DDP der Stimme enthielten, fanden weder Driver noch Cassebohm in zwei ergebnislosen Wahlgängen eine Mehrheit. Die politischen Fronten waren aus der Erstarrung nicht zu lösen.

Die Wahl des Ministerpräsidenten stand am 5. und 6. August 1930 auf der Tagesordnung des Landtages und blieb jeweils ohne Erfolg. Angesichts der unveränderten politischen Fronten im Landtag war auch kein Ergebnis zu erwarten.[89] Daraufhin wurde die Ministerpräsidentenwahl auf die Zeit nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 vertagt.[90] Die Nationalsozialisten taktierten und setzten kühl kalkulierend auf Zeit. Beschwichtigend erklärte Röver vor dem Landtag:

> "Wir Nationalsozialisten stehen auf dem einfachen Standpunkt, man möge es ruhig bis zum Mai lassen, wie es jetzt ist; das werden die beiden Herren allein schon machen können bis zum Mai. Der Landtag wird im Frühjahr noch mal zusammenkommen; dann kommen die Neuwahlen, und dann allerdings muß ja schon die Stellungnahme des Landtages zum Ausdruck kommen. Dann wird sich ergeben, ob wir zu einem politischen Ministerium übergehen. Wir haben gar kein Interesse daran, hier im letzten Vierteljahr noch große Aenderungen vorzunehmen. Lassen Sie es solange beim Alten."[91]

---

[89] V. Lt., 5. Vers., 1. Sitzung, 5.8.1930, S. 4; V. Lt., 5. Vers., 3. Sitzung, 6.8.1930, S. 22; OV vom 7., 8.8.1930; LV vom 7., 8.8.1930. Auf Driver entfielen am 5. August 1930 9, auf Cassebohm 13 Stimmen; 26 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Für Driver stimmte das Zentrum (9), für Cassebohm votierten Landesblock (9), Wirtschaftspartei (2), Völkische (1) und Abgeordneter Addicks von der Landvolkpartei, während sich Sozialdemokraten (15), Demokraten (5), NSDAP (3), die Abgeordneten gr.[oße] Beilage und Langemeyer von der Landvolkpartei und der KPD-Abgeordnete Müller der Stimme enthielten. Im Wahlgang am 6. August 1930, der ohne Aussprache durchgeführt wurde, entfielen auf Cassebohm 16, Driver 9 Stimmen; 23 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Für Cassebohm votierten in diesem Wahlgang vermutlich auch die drei Abgeordneten der NSDAP.

[90] V. Lt., 5. Vers., 3. Sitzung, 6.8.1930, S. 22. Der Landtag faßte den Beschluß, die Wahl eines Ministerpräsidenten bis zum 15. Oktober 1930 zu vertagen. Die beiden Minister Driver und Willers blieben geschäftsführend im Amt.

[91] V. Lt., 5. Vers., 1. Sitzung, 5.8.1930, S. 3f.; LV vom 3.8.1930. Nach dem Ablauf der 5. Legislaturperiode waren die nächsten Landtagswahlen für den Monat Mai 1931 zu erwarten.

Das Zentrum sah sich in der Erwartung bestätigt, daß man einen Katholiken im Amt des Ministerpräsidenten in Oldenburg nicht wollte, und zog daraus das enttäuschende Fazit:

> "Das Zentrum blieb allein, das ist bezeichnend. Wir Katholiken danken ihm, daß es durch seine Haltung für die volle Gleichberechtigung der Katholiken bei der Besetzung des höchsten oldenburgischen staatlichen Amtes sich einsetzte."[92]

Daß es sich bei einem Beamtenkabinett keineswegs um ein 'unpolitisches' Ministerium im vermeintlichen Gegensatz zu einem 'politischen' handelte, brachte der DDP-Fraktionsvorsitzende Diedrich Schmidt am 5. August 1930 im Landtag besonders zum Ausdruck, als er die Abgeordneten aufforderte, "der Verfassung gemäß eine parlamentarische Regierung zu bilden". Eine politische Regierung stelle die eine wie die andere Lösung dar:

> "Eine politische Regierung haben wir auch heute. Wenn auch dem Namen nach ein Beamtenministerium an der Spitze des Staates steht, so hat doch die Praxis erwiesen, daß das jetzige Ministerium ein durchaus politisches Ministerium ist."

Vielmehr gehe es in der momentanen Lage darum, die Verfassung des Freistaates zu erfüllen und den Wählerwillen im demokratischen Sinne zu respektieren. Dieser lasse in jedem Falle erwarten, "daß diejenigen Richtungen im Landtage, die weite Kreise des Landes vertreten, daß diese Stimmung in weiten Kreisen des Landes mit im Staatsministerium zur Geltung kommen".[93] Diese nachdenklichen demokratischen Stimmen drohten in den zunehmenden politischen Turbulenzen der Landespolitik unterzugehen.

Inzwischen waren die Parteien in den Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 14. September 1930 eingetreten und verbreiteten ein gereiztes politisches Klima. Das Ergebnis dieser Wahlen, bei denen die Nationalsozialisten einen spektakulären Durchbruch erzielen konnten, führte in Oldenburg zu einer weiteren Polarisierung der politischen Kräfte, die die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten fast aussichtslos erscheinen ließ. Daß sie dennoch zustande kam, ist eher der zunehmenden Zermürbung der Parteien zuzuschreiben als ihrem politischen Willen, im Landtag Einheit und Geschlossenheit zu demonstrieren.

---

[92] OV vom 10.8.1930.
[93] V. Lt., 5. Vers., 1. Sitzung, 5.8.1930, S. 2f.

1.2.5. Die "Erbitterungs-Wahlen" vom 14. September 1930: "Mit Abstimmungen und mit der Gesetzgebungsmaschinerie schaffen wir es nicht."

Die Frankfurter Zeitung bezeichnete in einem Leitartikel die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 als "Erbitterungs-Wahlen [...], in denen eine aus vielen Quellen gespeiste Stimmung, durch eine wilde Verhetzung aufgewühlt, sich in radikalen Stimmzetteln entlud".[94] Mit diesen Worten erfaßte sie die Protesthaltung breiter Kreise vor allem im deutschen Konservatismus. Das parlamentarische Scheitern von Brünings Reformplänen hatte zur vorzeitigen Auflösung des Reichstages und zur Ausschreibung von Neuwahlen geführt. Der bevorstehenden Reichstagswahl wurde in der Zentrumspresse eine schicksalhafte Bedeutung beigemessen. Auf einer Zentrumskundgebung in Cloppenburg am 17. August 1930, an der mehr als 4 000 Zuhörer teilnahmen, rechtfertigte Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald, der zum rechten Zentrum zählte, den politischen Kurswechsel seiner Partei vom demokratischen Regierungssystem zum autoritären Präsidialkabinett mit dem Hinweis auf "die im Staate zusammengefaßte Volksgemeinschaft", der sich Parteien und Parlamente zu fügen hätten:

> "Die deutschen Reichstagswähler müssen lernen, daß nicht die Interessengruppen, nicht die politischen Parteien, sondern der Staat, die im Staate zusammengefaßte Volksgemeinschaft, Ausgangs- und Mittelpunkt auch für das Wohlergehen des einzelnen ist."[95]

Stegerwalds Rede in Cloppenburg dokumentierte einen verfassungspolitischen Kurswechsel in der Führung des Zentrums, der den politischen Willen zur Abkehr vom parlamentarischen Regierungssystem offen zum Ausdruck brachte. In der Auseinandersetzung mit der politischen Rechten, in Südoldenburg vor allem mit der Landvolkpartei, spielte die Koalitionspolitik des Zentrums in den zurückliegenden Jahren eine große Rolle und entwickelte sich für die Partei zum politischen Trauma. Das Zentrum galt aus der Sicht der Landvolkpartei nicht mehr als ausreichende Garantie dafür, daß die Sozialdemokratie auch in Zukunft von der Macht ferngehalten würde.[96] Die Vechtaer OV verteidigte die Haltung des Zentrums mit seiner politischen Position im Weimarer Parteiensystem. Dieser habe man aus Gründen der Staatsräson stets Rechnung tragen müssen:

---

[94] Frankfurter Zeitung vom 15.9.1930, zit. b. CONZE, Nationalsozialismus, S. 42.
[95] OV vom 19.8.1930.
[96] LV vom 20., 30.8.1930.

> "Es ist eine geschichtliche Lüge, zu behaupten, das Zentrum habe leichtfertig und unüberlegt die wiederholten Koalitionen mit der Sozialdemokratie eingegangen." [97]

Für das Zentrum griff der Reichstagsabgeordnete Prälat Schreiber, Theologieprofessor an der Universität Münster, in Vechta am 28. August 1930 in den oldenburgischen Wahlkampf ein und distanzierte sich deutlich vom Parlamentarismus Weimarer Prägung:

> "Wir stehen vor einer Schicksalswende, in einer gewaltigen Krisis. [...] Die Gründe aber liegen tiefer. Es hat sich gezeigt, daß in unserem Volke starke Gruppen sind, die in einer sog. Formeldemokratie stecken bleiben. Damit helfen wir dem Volke nicht weiter. **Mit Abstimmungen und mit der Gesetzgebungsmaschinerie schaffen wir es nicht. Was wir brauchen und was wir nötig haben, das ist der entschlossene Führerwille, eine Regierung, die den Mut hat, zu regieren, und diesen Mut hat die Regierung Brüning.**"[98]

Die katholische Geistlichkeit Oldenburgs rief auf einer Versammlung am 28. August 1930 in Ahlhorn die Bevölkerung zur Wahl des Zentrums auf, "weil die politische Sammlung des katholischen Volksteils zu gemeinsamem Schutz der kathol. Interessen das Gebot der Stunde ist". An der Konferenz nahmen die Reichstagsabgeordneten Prälat Schreiber und Wegmann, Domkapitular Krapp und der Vorsitzende der oldenburgischen Zentrumsfraktion, Oberstudienrat Wempe, teil. Die Ahlhorner Konferenz verabschiedete eine Resolution, die im Gedanken der Sammlung die politische Antwort des oldenburgischen Katholizismus auf die gegenwärtige Verfassungskrise erkannte:

> "**Die Versammlung der kathol. Seelsorgsgeistlichen Oldenburgs erkennt die ungeheure Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen für die Sicherung von Ruhe und Ordnung im deutschen Volke und für die Geltung der christlichen Weltanschauung im öffentlichen Leben. Sie ist überzeugt, daß die politische Sammlung des katholischen Volksteils zu gemeinsamem Schutz der kathol. Interessen das Gebot der Stunde ist. Sie erblickt im Zentrum diejenige Partei, die ihrem Wesen nach der gegebene Rahmen für eine kraftvolle und erfolgreiche Verteidigung katholischer Grundsätze ist. Sie bittet das katholische Volk, treu und unbeirrt am Zentrum festzuhalten.**"[99]

---

[97] OV vom 24.8.1930. Sie zitierte in diesem Zusammenhang General von Seeckt mit den Worten: "Es ist schwer, gegen soviele Millionen von Arbeitern zu regieren."
[98] OV vom 30., 31.8.1930.
[99] OV vom 31.8.1930.

In der Stunde großer politischer Not ging es den in Ahlhorn versammelten Geistlichen in erster Linie um die Verteidigung der katholischen Sonderinteressen, der "bona particularia", und um die Erneuerung des christlichen Glaubens, von der man ernsthaft eine Lösung der enormen politischen Konflikte nicht erwarten konnte. Im Sinne der Ahlhorner Konferenz äußerte sich auch Bischof Johannes Poggenburg in einem Hirtenschreiben zur Reichstagswahl.[100] Zu einer klaren Trennung zwischen Rechts- und Linksextremismus war die politische Öffentlichkeit in Südoldenburg vor 1930 nicht in der Lage. In der Landvolkzeitung war immer noch die Meinung zu lesen, "daß der Nationalsozialismus verkappter Bolschewismus ist".[101] Diesem Irrtum schloß sich die Vechtaer Zeitung mit der politischen Überlegung an:

> "Wer nationalsozialistisch wählt, erreicht im Grunde dasselbe, wie wenn er kommunistisch wählt. Er unterstützt den radikalen Bolschewismus, der durch eine blutige Revolution das deutsche Bürgertum vernichten und Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln will."[102]

Die wirtschaftliche Not und der erbitterte Protest, die Vertrauenskrise der parlamentarischen Demokratie und die ideologische Verwirrung der politischen Geister führten dazu, daß die NSDAP Adolf Hitlers im Reich ihren größten Wahlerfolg in ihrer bisherigen kurzen Geschichte erringen konnte.[103] Im Freistaat Oldenburg, der mit 80,1 % die höchste Wahlbeteiligung seit 1919 verzeichnete, wurden die Nationalsozialisten mit 27,3 % stärkste Partei vor der SPD (23,7 %) und dem Zentrum (17,1 %), das sein Ergebnis aus der Landtagswahl 1928 halten konnte.[104] In Südoldenburg behauptete sich das Zentrum mit 76 % der Stimmen, konnten KPD und NSDAP zusammen nur 5,6 % der Stimmen auf sich vereinigen. Die Landvolkpartei hatte mit 4,6 % gegenüber den Landtagswahlen von 1928 (6,2 %) leichte Verluste zu verzeichnen.[105] Dem positiven Ergebnis Südoldenburgs stellte die Vechtaer OV das Ergebnis von Nordoldenburg gegenüber, wo die Nationalsozialisten nach ihren Angaben mehr als ein Drittel der Stimmen (1928: 12 %) erhielten. Neben einer großen Wahlbeteiligung führte sie diese Gewinne vor allem auf die Verluste der beiden bürgerlichen Parteien, der DVP und der DStP (vormals DDP), sowie auf das

---

[100] OV vom 3.9.1930.
[101] LV vom 9.9.1930.
[102] OV vom 10.9.1930.
[103] OV vom 16.9.1930.
[104] SCHAAP, Weg, S. 201: Anlage III; OV vom 16.9.1930.
[105] OV vom 20.9.1930; SCHAAP, Weg, S. 201: Anlage III.

"völlige Fiasko" der Landvolkpartei und der Wirtschaftspartei zurück.[106] Für den Landesteil Oldenburg bestätigte sich das beim Anti-Young-Plan-Referendum gewonnene Bild: Die evangelischen Städte und Ämter stellten mit 34,4 % das größte Wählerreservoir der NSDAP, während diese Partei in den drei katholischen Ämtern mit durchschnittlich 4,3 % gegenüber dem Landes- und selbst dem Reichsdurchschnitt auch weiterhin deutlich unterrepräsentiert blieb. Im Landesteil Oldenburg errang die NSDAP einen Stimmenanteil von 27,6 %. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 14. September 1930 erhärtete nach Auffassung von Klaus Schaap auch "die Hypothese von der Anfälligkeit der in der Landwirtschaft Tätigen, insbesondere der um ihre Existenz bangenden Hofbesitzer, für die Parolen der Nationalsozialisten".[107] Diese Feststellung ist für Südoldenburg aus konfessionellen Gründen einzuschränken.

Einen entscheidenden Grund für die Absage an den politischen Extremismus in Südoldenburg am 14. September 1930 erkannte die Vechtaer OV in der Tatsache, "daß Nationalsozialismus und Kommunismus weltanschaulich katholikenfeindlich sind" und im Münsterland im Gegensatz zum Norden auf erbitterten Widerstand stießen.[108] Die Reichstagswahl von 1930 bestätigte den politischen Trend, der sich zwei Jahre zuvor in Oldenburg abgezeichnet hatte. Die Erfolgskurve der NSDAP setzte sich fort und sicherte dem Freistaat Oldenburg mit 27,3 % (Deutsches Reich: 18,3 %) den Spitzenplatz unter allen siebzehn Ländern des Reiches.[109] Die Hauptmasse der NSDAP-Wähler stellten die evangelischen Ämter und Städte im nördlichen Landesteil (durchschnittlich 34,4 %), an der Spitze die Ämter Westerstede, Varel und Oldenburg, in denen die NSDAP mehr als 50 % der Stimmen erhielt. Zum anderen gelang der NSDAP zum erstenmal ein Einbruch in die Arbeiterschaft.[110] Aufgrund der herausragenden Bedeutung des selbständigen alten Mittelstandes für den Aufstieg der NSDAP in Oldenburg gilt nach Darstellung von Klaus Schaap für das Wahlverhalten folgende Regel: "Je größer die Gruppe der Selbständigen und je kleiner die Gruppe der Arbeiter, desto höher der Anteil der NSDAP-Stimmen."[111] Diese Beobachtung gilt nur bedingt für die politischen Verhältnisse in Südol

[106] OV vom 19.9.1930. Das Ergebnis der NSDAP in den evangelischen nordoldenburgischen Ämtern bezifferte die Vechtaer OV auf 35 %.
[107] SCHAAP, Endphase, S. 117f.
[108] OV vom 20.9.1930.
[109] SCHAAP, Regierungsübernahme, S. 36.
[110] So GÜNTHER, Freistaat, S. 435.
[111] SCHAAP, Endphase, S. 118.

denburg, weil sie die konfessionellen Verhältnisse nicht berücksichtigt. Diese waren von ausschlaggebender Bedeutung.

Der Wahlsieg der ehemaligen Splitterpartei NSDAP in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 war eine wichtige Stufe auf der Leiter zu ihrem politischen Durchbruch im Freistaat und beflügelte den politischen Elan der NSDAP. Am 2. November 1930 fand nicht ohne Grund in Oldenburg der erste Parteitag der Nationalsozialisten im Gau Weser-Ems statt, an dem auch Adolf Hitler teilnahm. Die Cloppenburger Landvolkzeitung zitierte ihn mit der politischen Vision:

> "Unser Kampf ist erst dann zu Ende, wenn es keine Parteien mehr gibt."

Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 war ein großer Schritt auf diesem Wege, der im Freistaat Oldenburg 1932 zum erklärten Ziel führte. Hitler hatte 1930 in Oldenburg schon die Devise ausgegeben:

> "Wir haben keine Doktrin über den Weg, der zu unserem Ziele führt, sondern nur über das Ziel selbst."[112]

Bei der Kommunalwahl in Oldenburg am 9. November 1930 legten die Nationalsozialisten einen weiteren Grundstein für ihren Durchbruch bei der Landtagswahl am 29. Mai 1932. Die NSDAP errang im Oldenburger Stadtrat 17 Mandate und stellte damit auf Anhieb die stärkste Fraktion. Zusammen mit der DNVP (3) und dem Landvolk (1) verfügte sie sogar über die absolute Mehrheit der Mandate. Auch die Erfolge der NSDAP in anderen Stadtparlamenten im Norden Oldenburgs waren beachtlich: Varel (9), Rüstringen (8), Delmenhorst (6) und Jever (6).[113] Die Stadtratswahlen in Vechta wie in Cloppenburg, die nicht nach Parteien, sondern noch nach Listen durchgeführt wurden, brachten bis auf eine Ausnahme keine Überraschungen. Die Hitlerbewegung, deren Liste in Cloppenburg nicht anerkannt worden war, hatte mit Erfolg das Oberverwaltungsgericht angerufen und die Wiederholung der Wahlen erzwungen.[114] Diese fand Anfang Mai 1930 statt, und die Liste "Koll" (NSDAP) zog mit drei Mandaten in den Stadtrat ein.[115]

---

[112] LV vom 4.11.1930.
[113] OV vom 11.11.1930.
[114] OV vom 12., 25.11.1930; OV vom 19.11.1930.
[115] OV vom 5.5.1930.

1.2.6. Die Wahl Cassebohms: "Das ist die Sterbestunde der Weimarer Koalition."

Am 12. November 1930 stand die Wahl des Ministerpräsidenten erneut auf der Tagesordnung des Landtags. Ein juristisches Gutachten hatte inzwischen bestätigt, daß der herrschende Zustand der Exekutive in Oldenburg nicht mit der Verfassung übereinstimmte. Das Zentrum hatte sich diesem Urteil angeschlossen, hielt aber weiterhin an der Kandidatur Drivers fest. Sein Fraktionsvorsitzender Wempe erklärte, daß man die Wahl Drivers "nach wie vor für die nächstliegende und auch für die beste" halte und daß man es bis zur Neuwahl des Landtages bei zwei Ministern bewenden lassen könne. Der DVP-Abgeordnete Hartong lehnte diese Lösung ab: Er sehe keine "Möglichkeit" für die Kandidatur Drivers und halte die Wahl von nur zwei Ministern nicht für verfassungskonform. Deshalb unterstütze er die erneute Wahl Cassebohms. Nach dem ersten ergebnislosen Wahlgang zog Driver enttäuscht seine Kandidatur zurück, und das Zentrum entschloß sich, sich an der Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr zu beteiligen.[116]

Die Zentrumsfraktion hielt nach den Worten ihres Vorsitzenden Wempe an der Kandidatur Drivers ausdrücklich fest. Sie wies in der Landtagssitzung vom 13. November 1930 den vom DVP-Abgeordneten Hartong erhobenen Vorwurf, daß Zentrum stelle "Parteiwohl über Landeswohl", entschieden zurück. Wempe betonte, daß "das Festhalten an Herrn Innenminister Driver, der über 10 Jahre lang auf verschiedenen verantwortungsvollen Posten Mitglied der Staatsregierung gewesen" sei, für seine Partei "zu einer Ehrensache" geworden sei. Die Schwierigkeiten Drivers führte Wempe darauf zurück, daß der Kandidat des Zentrums "als Katholik manchen Kreisen nicht genehm sei". Der Abgeordnete Hartong hatte die Zentrumsfraktion zuvor mit der Bemerkung provoziert:

> "Die bisherigen Abstimmungen haben ergeben, daß schon seit langem durchaus eine Möglichkeit gegeben gewesen wäre, Herrn Cassebohm zum Ministerpräsidenten zu wählen, wenn das Zentrum nicht auch in diesem Falle lediglich Parteipolitik getrieben hätte und Parteipolitik vor Landespolitik gestellt hätte. (Unruhe im Zentrum.) (Zwi

[116] V. Lt., 6. Vers., 2. Sitzung, 12.11.1930, S. 12; OV vom 14.11.1930: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 12.11.1930. Von 47 abgegebenen Stimmen entfielen auf Driver 9, auf Cassebohm 18, 20 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

> schenruf Abg. Dannemann: Das ist die Sterbestunde der Weimarer Koalition; in der Sterbestunde raffen sie sich noch einmal auf.)"[117]

Die Vechtaer OV sprach entrüstet von einem "brüsken Angriff" des DVP-Abgeordneten Hartong auf das Zentrum und die Person Drivers.[118] In seiner scharfen Erwiderung auf die Erklärung Wempes bestritt Hartong, "daß irgendwie die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche irgend jemanden [...] im Hause beeinflußt". Er fügte hinzu:

> "Meine Worte richteten sich gegen das Zentrum und nicht gegen den Katholiken."

Es sei vom Fraktionsvorsitzenden "klipp und klar und eindeutig" zum Ausdruck gebracht worden, daß für das Zentrum ausschließlich Driver als Ministerpräsident zur Debatte stehe, "niemand sonst, einerlei, ob auf diese Weise die Wahl eines Ministerpräsidenten zustande komme oder nicht". Dieses Verhalten nenne er "Parteiinteresse über Landesinteresse stellen".[119] Zu Beginn der Nachmittagssitzung teilte Driver den Abgeordneten mit, "daß er angesichts des Verlaufs der heutigen Plenarsitzung des Landtags über die Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr in der Lage sei, seine Wahl anzunehmen". Der Fraktionsvorsitzende Wempe schloß sich Driver mit der Erklärung an, daß sich das Zentrum "nach den Vorgängen des heutigen Vormittags" an der Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr beteiligen werde. Friedrich Frerichs, der Vorsitzende der SPD-Fraktion, lehnte für seine Partei eine weitere Beteiligung an der Wahl des Ministerpräsidenten ebenfalls ab. Die SPD halte "die Bildung eines politisch=parlamentarischen Ministeriums" zwar für notwendig, sehe aber "nach dem bisherigen Verlauf der Dinge hierfür keine Aussicht". Der Wahl Cassebohms könne sie "aus allgemein politischen Gründen und auch aus staatspolitischen Gründen" nicht zustimmen. Im zweiten Wahlgang verfehlte Cassebohm, für den nun auch die Demokraten stimmten, die absolute Mehrheit um eine Stimme.[120] In der Landtagssitzung vom 14. November 1930 wurde Regie

---

[117] V. Lt., 6. Vers., 3. Sitzung, 13.11.1930, S. 20; OV vom 15.11.1930: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 13.11.1930. Der Abgeordnete Dannemann gehörte dem Landesblock/DNVP an.

[118] OV vom 15.11.1930.

[119] V. Lt., 6. Vers., 3. Sitzung, 13.11.1930, S. 21ff., auch zum folg.

[120] V. Lt., 6. Vers., 3. Sitzung, 13.11.1930, S. 23; OV vom 15.11.1930. Von 37 abgegebenen Stimmen entfielen 18 auf Cassebohm, ein Stimmzettel war ungültig (KPD-Abgeordneter Müller). Die absolute Mehrheit betrug 19 Stimmen. Für Cassebohm stimmten Landesblock, Demokraten, Wirtschaftspartei und Abg. Addicks von der Landvolkpartei (zusammen 18), der Stimme enthielten sich Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, die beiden Landvolkabgeordneten gr.[oße] Beilage und Langemeyer (zusammen 19). Das Zentrum beteiligte sich nicht an der Wahl.

rungspräsident Friedrich Cassebohm schließlich nach vier Monaten und insgesamt vier vergeblichen Wahlgängen mit der absoluten Mehrheit von 22 Stimmen zum oldenburgischen Ministerpräsidenten gewählt. Das Zentrum hatte sich auch diesmal an der Wahl des Ministerpräsidenten nicht beteiligt.[121] In einem Wahlgang wurden daraufhin auch die beiden Staatsminister Dr. Franz Driver (Minister des Innern, Handels und Verkehrs) und Dr. Bernhard Willers (Minister der Finanzen und sozialen Fürsorge) gewählt.[122] Mit seinem unpolitischen Beharren auf dem "Ehrenstandpunkt" fügte das Zentrum wie der ebensowenig zum Kompromiß bereite Landesblock dem Parlament und der parlamentarischen Demokratie in Oldenburg überhaupt schweren Schaden zu.[123]

So gelang es dem oldenburgischen Landtag erst 30 Monate nach der Landtagswahl vom 20. Mai 1928, eine neue Regierung zu bilden. Mit der Wahl des Ministerpräsidenten ging Oldenburg in schwierigen Zeiten einer unsicheren politischen Zukunft entgegen, zumal das Vertrauen der Bevölkerung in die Funktions- und Leistungsfähigkeit des demokratischen Systems durch das Taktieren der Parteien bei der Ministerpräsidentenwahl erheblich gelitten hatte. Neben strukturellen Schwächen der oldenburgischen Verfassung und ideologischen Vorlieben für eine 'unpolitische' Regierung, die über den Parteien und partikularen Interessen stand, wurden auch politische Momente beim Niedergang des parlamentarischen Regierungssystems in Oldenburg wirksam, die die

---

[121] V. Lt., 6. Vers., 4. Sitzung, 14.11.1930, S. 26f.; OV vom 16.11.1930: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 14. November 1930; LV vom 18.11.1930; OV vom 19.11.1930. Nur 35 Abgeordnete beteiligten sich noch an der Wahl des Ministerpräsidenten. Davon enthielten sich 13 Abgeordnete der Stimme, während 22 für Cassebohm votierten. Die absolute Mehrheit betrug 18 Stimmen. Für Cassebohm stimmten neben dem Landesblock auch die DDP, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und drei Abgeordnete entweder von der NSDAP oder der SPD. Nach Meinung der Vechtaer OV sprach allerdings viel für die NSDAP, weil die SPD ihre Position der Stimmenthaltung in allen Wahlgängen beibehalten habe. Die NSDAP hingegen bezichtigte die SPD des politischen "Umfalls." Röver erklärte nach der Wahl Cassebohms an die Adresse der Sozialdemokraten: "Ich möchte nur feststellen, daß wir vorhin bei der Wahl weiße Zettel abgegeben haben, und damit stellen wir fest, daß auf der Linken ein Umfall erfolgt ist, weil man fürchtet, zu Neuwahlen zu schreiten, um der Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen."

[122] V. Lt., 6. Vers., 4. Sitzung, 14.11.1930, S. 26f.; OV vom 16.11.1930. An der Wahl der Minister beteiligten sich 42 Abgeordnete, die absolute Mehrheit betrug 22 Stimmen. Driver erhielt 22, Willers 24 Stimmen; 18 Abgeordete enthielten sich der Stimme. Dem Landtag gehörten insgesamt 48 Abgeordnete an.

[123] SCHAAP, Endphase, S. 131: "Wenn nicht schon im August, so doch spätestens im November hätten die beiden Fraktionen des Zentrums und des Landesblocks, zumindest aber die der DVP angehörenden Abgeordneten des Landesblocks, unter dem Eindruck der Wahlerfolge der NSDAP mehr Kompromißbereitschaft zeigen müssen und nicht durch kleinliche Kontroversen die Funktionsfähigkeit des Parlaments aufs Spiel setzen dürfen."

Rolle des Zentrums erheblich tangierten.[124] Das beamtete Fachkabinett Cassebohm stützte sich auf eine heterogene parlamentarische Mehrheit, die ernsten politischen Bewährungsproben nicht gewachsen war. Cassebohm würdigte nach seiner Wahl die Verdienste seines Amtsvorgängers, Ministerpräsident von Finckh, "dessen Objektivität und Sachlichkeit der Ordnung und dem Wohle des Landes gedient" hätten. Die Regierung trete ihr Amt "in einer Zeit der schwersten Not auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wie des privaten Lebens" an und könne "Gedeihliches" nur leisten "in sachlicher Mitarbeit des Landtages". Darum bitte er die Abgeordneten.[125]

Die Verweigerungskoalition der demokratischen Parteien hatte es zu verantworten, daß die "Vorgänge, wie sie sich in den letzten Tagen im Landtage abgespielt haben, als 'Theater'" betrachtet und von äußerst negativen Schlagzeilen begleitet wurden, wie es beispielsweise in der Vechtaer OV der Fall war.[126] Die Weigerung des Zentrums, sich nach dem Rückzug Drivers weiterhin an der Wahl des Ministerpräsidenten zu beteiligen, die Stimmenthaltung von Sozialdemokraten und DDP, die schließlich ihre Abstinenz aufgab und die Wahl Cassebohms ermöglichte, vereinigten die einflußreichsten staatstragenden Kräfte in Oldenburg in einer negativen Koalition der Verweigerung und trugen zur Selbstentmachtung des Landtags bei. Aus katholischer Perspektive war die Ministerpräsidentenwahl letztlich am konfessionellen Dissens, für den die Zentrumspartei dieses Mal keine Verantwortung trug, gescheitert. Das Zentrum zog aber keine Lehren aus den beklemmenden Prozeduren der oldenburgischen Ministerpräsidentenwahl und zeigte sich außerstande zu einer selbstkritischen Analyse. Vielmehr verteidigte es seine Politik der Verweigerung, zu der es sich durch die "bekannten Auslassungen" im Recht fühlte, und konstatierte mit Genugtuung den neu gewonnenen politischen Spielraum:

> "Die Zentrumsfraktion ist in Zukunft in ihrer Haltung und in ihren Entschlüssen vollkommen frei."[127]

---

[124] GÜNTHER, Parlament, S. 202: "Daß aus der starken, unabhängigen Regierung ein Beamtenministerium auf Dauer wurde, lag an der mangelnden Kompromiß- und Koalitionsbereitschaft der Parteien, besonders des Zentrums und der DVP, die zu einem funktionierenden parlamentarischen Regierungssystem gehören. Wenn die Kandidatur eines Zentrumsministers statt einer politischen Angelegenheit zu einer 'Ehrensache' oder Glaubenssache wird, bricht der Parlamentarismus zusammen."
[125] V. Lt., 6. Vers., 4. Sitzung, 14.11.1930, S. 27.
[126] OV vom 15.11.1930.
[127] OV vom 19.11.1930.

So täuschte es sich über die wirkliche Lage des Landes und seine politische Verantwortung für den oldenburgischen Parlamentarismus hinweg. Dieser war nach der Wahl Cassebohms zwar schon stark beschädigt, aber politisch noch nicht liquidiert.

Der mangelnde politische Konsens, der nach dem Tod von Ministerpräsident von Finckh im Landtag offen demonstriert wurde, ging auf Kosten der durch die Installation von beamteten Fachministerien ohnehin beschädigten parlamentarischen Demokratie und führte in Zeiten ökonomischer und sozialer Instabilität zu einer verstärkten Radikalisierung im Lande. Von dieser Entwicklung profitierte in erster Linie die NSDAP, die die Krise des oldenburgischen Parlamentarismus für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen versuchte. Das wurde im Herbst 1930 besonders durch ihr destruktives Verhalten bei der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten und ihren Antrag auf vorzeitige Landtagsauflösung deutlich. Unterstützt wurde der "selbständige Antrag des Abgeordneten Röver und Gen.[ossen], betr. Auflösung des Landtags und Ausschreibung von Neuwahlen" von den Abgeordneten Addicks (Landvolkpartei), Eichler (NSDAP), Lehmkuhl (Völkisch-Nationaler Block) und Röder (Wirtschaftspartei). Gauleiter Röver begründete das politische Unterfangen, das zunächst auf eine Destabilisierung des parlamentarischen Systems in Oldenburg ausgerichtet war, in der Landtagssitzung am 12. November 1930 - die Wahl des Ministerpräsidenten war zum drittenmal ergebnislos verlaufen - mit einem politischen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung, der in der Reichstagswahl vom 14. September 1930 zum Ausdruck gekommen sei und dem der Landtag nun Rechnung zu tragen habe. Insbesondere an die "Herren von links" gerichtet, erläuterte Röver seine politische Strategie vor den Abgeordneten:

> "Die Mehrheit [des Volkes] hat sich entschieden, daß der Landtag anders aussehen soll, zur Wahl eines Ministerpräsidenten ist es nicht gekommen, ein latenter Zustand, auch nicht gut. Beweisen Sie, daß Sie auf dem Boden der Verfassung stehen wie wir. (Lachen links.) Denn jetzt müssen wir noch ihre Verfassung schützen."

Sollte der Landtag den Antrag ablehnen, bestehe immer noch die Möglichkeit eines Volksbegehrens; auch dazu gebe die Verfassung das Recht. Röver scheiterte im Landtag und reagierte auf die Entscheidung des Parlaments mit einem Zwischenruf, der sein weiteres politisches Kalkül andeutete: "Die Quittung

bekommen Sie durch das Volk."[128] Die Vechtaer OV griff das Stichwort "Volksbegehren" auf und erinnerte daran, "daß im Volksentscheid auch zwei Drittel der Wahlberechtigten für die Auflösung stimmen müßten". Unter dieser Voraussetzung habe ein Plebiszit zur Landtagsauflösung keine Aussicht auf Erfolg. Für den Landtag bestehe ohnehin "keinerlei Veranlassung, auf Grund des Ergebnisses einer Reichstagswahl sich aufzulösen."[129] Diesen Schutz gewährte die Verfassung aber ohne weiteres nicht. Nach Ablauf der Legislaturperiode wurde der Landtag 1931 regulär gewählt.

1.3. Politische Großkundgebungen in Südoldenburg

Den Höhepunkt des Wahlkampfes für die Landtagswahl am 17. Mai 1931 bildete in Südoldenburg eine Kundgebung mit Reichskanzler Brüning am 10. Mai und Adolf Hitler am 14. Mai 1931, am Tag Christi Himmelfahrt. Im Mai 1931 kamen weitere prominente Zentrumsführer nach Südoldenburg: Joseph Joos nach Vechta, Wilhelm Marx nach Lohne und Helene Weber nach Cloppenburg. Sie dokumentierten mit ihrer Präsenz, welches Gewicht der Landtagswahl in Oldenburg auf Reichsebene beigemessen wurde.

1.3.1. Zentrums-Kundgebungen in Vechta und Lohne: "Das Christentum der Nationalsozialisten ist niemals das Christentum Christi."

Auf der Versammlung mit "Zentrumsführer Joos" am 1. Mai 1931 im Schäferschen Saale in Vechta konnte Dr. Reinke, der Vorsitzende des oldenburgischen Zentrums, auch den Bischöflichen Offizial Meyer begrüßen. Eröffnet wurde die Wahlkundgebung durch Vikar Morthorst, der die "Hitler-Partei" scharf angriff und die Kundgebungen deutscher Bischöfe gegen den Nationalsozialismus bekräftigte. Morthorst vertrat in Vechta einen betont nationalen Standpunkt, der sich entgegen kritischen Stimmen mit der christlichen Ethik ohne weiteres vereinbaren lasse: "Christlich ist es vielmehr, die nationale Idee und die Menschheitsidee in ein Verhältnis zu bringen, das sowohl der Nation wie auch der Menschheit gerecht würde." Reichstagsabgeordneter Joos verwahrte sich in Vechta gegen jede Form des politischen Radikalismus, der die "Volksseele"

[128] V. Lt., 6. Vers., 2. Sitzung, 12.11.1930, S. 12ff.; OV vom 14.11.1930. Für die Annahme des Antrages war nach § 55 der oldenburgischen Verfassung eine Zweidrittel-Mehrheit des Landtages erforderlich. Nur 11 Abgeordnete stimmten aber für den Auflösungsantrag Rövers.
[129] OV vom 14.11.1930.

vergifte, und rief die Versammlung zur Unterstützung für Reichskanzler Brüning auf:

> "**Unser Dr. Brüning**, ein Sohn der westfälischen Erde, ist **ein Mann ohne Phrase, der keine Ehrsucht kennt**, der keine Rolle spielen will, **der nur einer Aufgabe dient: der Rettung des Vaterlandes**. Während unsere Radikalen links und rechts ihn beschimpfen, spricht das ganze Ausland mit Ehrfurcht und Hochachtung von ihm. [...] Der Kanzler, von dem wir mit Stolz sagen, daß er von uns herkommt, **wäre als zweiter Bismarck gefeiert worden, wenn er nicht Zentrumsmann, nicht 'Schwarzer' gewesen wäre."**

Joos bekannte sich in Vechta - wie wenige Tage später Brüning in Cloppenburg - zum "Heroismus einer zähen, stillen Arbeit", zu der sich besonders der katholische Volksteil verpflichtet fühle: "Gäbe es diese gesunde Volkskraft nicht mehr, dann wären wir längst in anarchischen Zuständen." Ohne das Zentrum, das "unzerstörbar" sei, werde "keine Entscheidung großen Stils" möglich sein.[130]

Der ehemalige Reichskanzler Wilhelm Marx betonte am 10. Mai 1931 im Haskampschen Saale in Lohne ebenfalls die "echt nationale Gesinnung des Zentrums", die auch durch den "Sturm der Revolution" nicht erschüttert worden sei. Seine Partei stehe voll auf dem Boden christlicher Weltanschauung. Das Auftreten der Nationalsozialisten bezeichnete Marx als "Fiebererscheinung, die Anhänger als ein Volk, das fieberkrank ist". Er erinnerte ebenfalls an die Haltung der katholischen Bischöfe gegen den Nationalsozialismus und stellte dem "Grundsatz des Zentrums bezgl. Staat, Kirche und Elternschaft" die unchristlichen Parolen der Nationalsozialisten entgegen:

> "**Der Staat ist Gott, ihm ist alles unterworfen. Der Staat ist alles. Nur eine deutsche Kirche ohne römischen Einschlag wird anerkannt**. Das Christentum der Nationalsozialisten ist niemals das Christentum Christi."

Das gelte auch für die Landtagswahl am 17. Mai 1931 in Oldenburg: "Es stehen sich scharfe Gegensätze gegenüber: Christentum und Nichtchristentum." Marx warb für Brüning, der als "der Beste seit Bismarck" bezeichnet werde, und rief die Versammlung auf, seiner Politik geduldig zu folgen.[131]

---

[130] OV vom 2.5.1931.
[131] OV vom 11.5.1931.

Die großen Kundgebungen mit Joos und Marx in Vechta und Lohne machten die neue Position der Zentrumsführung deutlich. Sie bekannte sich nachdrücklich zum nationalen Standpunkt und wies damit den Vorwurf des Ultramontanismus entschieden zurück; das war deutlich gegen die Vorhaltungen der nationalen Rechten gerichtet. Beide Zentrumsredner stellten das Prinzip der geistlichen Führung deutlich heraus und sahen im Nationalsozialismus in Übereinstimmung mit den deutschen Bischöfen vor allem auch eine Bedrohung des Christentums. Im Verhältnis zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus standen sich somit Christentum und Nichtchristentum gegenüber. Damit wurden bereits die großen Themen und Konflikte angesprochen, die die Stellung der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland bestimmten. Einher mit der Forderung nach einer Entideologisierung des politischen Handelns, das im christlichen Arbeitsethos und nicht in parteipolitischen Programmen begründet sein sollte, ging die Forderung nach einem missionarischen Führer, als der - im Gegensatz zum Parteiführer Adolf Hitler - ausschließlich der regierende Reichskanzler, der Katholik Heinrich Brüning, wahrgenommen und apostrophiert wurde, der selbstlos hinter seine ungeheuren Aufgaben zurücktrete und durch sein asketisches Erscheinungsbild zu beeindrucken verstehe. Das Ziel bestand darin, den politischen Katholizismus in Deutschland zu einer neuen Geschlossenheit zu führen und ihn dadurch für die harten Auseinandersetzungen mit dem politischen Radikalismus zu rüsten. Diese Appelle waren keine politischen Floskeln. Dazu war ein Konsens mit dem deutschen Episkopat und der katholischen Basis unverzichtbar; es war Aufgabe des Zentrums, diesen Ausgleich politisch herbeizuführen. Voraussetzung für den Erfolg der deutschen Politik in den brennenden innen- und außenpolitischen Fragen, die in der Brüningschen Konzeption untrennbar miteinander verbunden waren, war ein ‘gewisser’ freiwilliger Verzicht auf den Parteienstreit und die einsichtige Unterordnung unter einen gesellschaftlichen Konsens, der nur vom Christentum ausgehen konnte. Zur Führung dieser Sammlungsbewegung war das Zentrum unter Reichskanzler Brüning berufen und als Volkspartei in der Lage. Vom demokratischen Engagement früherer Jahre war in Vechta und Lohne nichts mehr zu spüren, im Gegenteil, das Zentrum sah sich immer mehr genötigt, angesichts massiver Vorhaltungen aus dem rechten Lager die Zusammenarbeit mit der deutschen Sozialdemokratie durch eine positive Bilanz dieser Regierungspolitik zu rechtfertigen.

1.3.2. Reichskanzler Heinrich Brüning: "Da gibt es kein Schielen nach rechts oder links."

Nach dem Bericht der Vechtaer OV nahmen über 12 000 Menschen an der Brüning-Kundgebung teil.[132] Die NSDAP versuchte, den Marktplatz vor der Markthalle zu pachten, "um die Versammlung zu stören - wie sicher nicht zu unrecht vermutet wurde, denn der Zustrom zur Brüningversammlung war so groß, daß längst nicht alle Interessenten in der Halle Platz fanden".[133] In einer über weite Strecken eher unpolitischen, aber von tiefem christlichem Glauben und großer moralischer Verantwortung geprägten Rede verteidigte der Reichskanzler den realpolitischen Kurs seines überparteilichen Kabinetts. Es müsse eine Regierung geben, "die gewillt ist, diese Dinge vom sachlichen Standpunkt aus zu betrachten, da gibt es kein Schielen nach rechts oder links, ob man sich die Kritik dieser oder jener Organisation zuzieht, da heißt es, den steinigen, schweren und bitteren Weg aufwärts weiter zu gehen, nicht nach der Seite zu schauen, sondern immer nur die Augen vorwärts auf ein klares Ziel zu richten".[134] Brüning erteilte politischen Illusionen, als die er politische Ideologien begriff, vor allem nach rechts eine klare Absage und sah sich einem realpolitischen Kurs verpflichtet, der "unter systematischer Berechnung der Politik" das Notwendige leistet und sich nicht im politischen Defätismus verliert. Moralische Schlüsselbegriffe seiner Cloppenburger Rede waren Opfer, Standhaftigkeit und Demut, Inhalte eines konservativen Tugendbegriffes, der das Volk in überparteilicher moralischer Aufrichtigkeit und Arbeitshaltung vereinen sollte, weil es politisch im Inneren schon zu zerstritten war. Ein politischer Kompromiß zwischen den demokratischen Parteien war in weite Ferne gerückt. Jede versäumte Stunde arbeitete nach den Worten Brünings den Radikalen zu:

> "**Alles andere sind Experimente und diejenigen, die heute hetzen bis zum äußersten, die das Volk radikalisieren, würden**, wenn sie eines Tages in die Verantwortung treten sollten, **sehr bald Offiziere ohne Soldaten sein.**"

Die Kraft der moralischen Anstrengung und standhaften Arbeitsmoral, die den politischen Diskurs mied und sich auf einen Parteienstreit nicht einlassen wollte, sollte einen politisch neutralen dritten Weg aus der Krise weisen und jenseits der zerstrittenen Parteien die gemäßigten Bürger an einem Ort sammeln, wo jeder Deutsche guten Willens seine politische Aufgabe finden konnte. Die

---

[132] OV vom 11.5.1931.
[133] KUROPKA, Übergang, S. 153.
[134] OV vom 11.5.1931, auch zum folg.

Entideologisierung der politischen Debatte war die moralische Antwort Brünings auf die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftskrise und die politische Herausforderung des Nationalsozialismus:

> "**Die Politik fängt erst an, wo die Agitation, wo die Phrase aufhört und darauf wird sich das deutsche Volk, möge eine Regierung sein, wie sie will, unbedingt einstellen müssen.**"

Die Hoffnung Brünings auf eine Lösung der großen Staatskrise durch ihre politische Entzerrung, durch ein Programm der Entideologisierung, das im Präsidialsystem bereits ungeschriebene Verfassungsnorm geworden war, und durch moralische Rückbesinnung im christlichen Sinne hat sich nicht erfüllt, weil sie der hemmungslosen Agitation, der Phrase auf der Rechten wie auf der Linken, keinen Einhalt gebieten konnte. Am Rande erscheint bemerkenswert, daß sich weder Brüning noch Hitler in ihren Cloppenburger Kundgebungen auf den eigentlichen politischen Anlaß, die bevorstehende Landtagswahl am 17. Mai 1931 in Oldenburg, thematisch näher einließen. Im Vordergrund stand bei Brüning wie bei Hitler das politische Bekenntnis, nicht die Analyse. Was von der Brüning-Kundgebung bleiben würde, war nach Auffassung des Zentrumsvorsitzenden Reinke die Erinnerung daran, den katholischen deutschen Staatsmann gesehen zu haben, "den unser Herr Reichspräsident v. Hindenburg in des deutschen Volkes schwerster Notzeit in das verantwortungsvollste Amt berufen hat".

1.3.3. Parteiführer Adolf Hitler: "Und der soll Deutschland retten?!"

Der spätere Schulrat Friedrich Wübbolt, 1931 katholischer Volksschullehrer in Dinklage, erlebte den ersten Auftritt des Parteiführers Adolf Hitler in Cloppenburg am 14. Mai 1931 mit zwei Kollegen in seinen Erinnerungen folgendermaßen:

> "'Hitler in Cloppenburg'. Diese Ankündigung brachte am 14. Mai 1931 eine von dem Gauleiter der Nationalsozialisten, Karl Röver, zusammen getrommelte Wahlversammlung in der Markthalle zustande. Der Norden Oldenburgs und die Wesermarsch hatten ihnen schon einen beachtlichen Zuwachs gebracht. Das sog. 'Schwarze Münsterland' sollte jetzt durch Hitler selbst den Sieg für die kommende Landtagswahl bringen. Lange hatte man vergeblich versucht, hier die Vorherrschaft des 'Zentrums' zu erschüttern. Das war die Partei der vorwiegend katholischen Bevölkerung. Die 'Christliche Landvolkpartei' zog jetzt mit für Hitlers braune Kolonne. Die 'SA', die Sturmabteilung der Nazis, holte man aus der Wesermarsch herüber. Meine Kollegen und ich waren gespannt und sagten uns: 'Laßt uns doch mal hinfahren!' Es war ein warmer Maientag.

> Als wir ankamen, war die Markthalle schon voll. Wir hörten Hitlers Stimme aus dem Lautsprecher und legten uns ins hohe Gras. Was er sagte, das hatten seine jungen Sendboten bei anderen Versammlungen alles schon gesagt: Kampf gegen Versailles, Wir brechen die Ketten - Keine Reparationen mehr, Entschuldung für die Bauern, Arbeit für die Erwerbslosen, Brot für alle - Allen wurde alles versprochen! Nur ein Utopist kann so reden! Uns konnte nichts davon beeindrucken - es war richtige Rattenfängermusik! Dann hörte man vor der Tür einen Wortwechsel: Zwei dieser SA-Männer zerrten einen Mann heraus und schubsten ihn nach draußen. Es war Herr Burlage, Sohn des Reichsgerichtsrates Burlage. Er wehrte sich und rief: 'Was wollt ihr denn? Man kann doch wohl einen Zwischenruf machen!' - 'Wollen wir gar nicht hören. Heraus mit dir!' - Wir merkten uns: So sieht die freie Meinungsäußerung der Nazis aus. Ein klares Zeichen ihrer Schwäche! - Nicht lange danach: Ein Geschrei, ein Gepolter: Die SA verfolgt mit Fußtritten und Schlägen einen Mann und hetzen ihn wie einen räudigen Hund über den ganzen Platz! Es war ein Handelsjude aus Quakenbrück. Juden haben hier keinen Platz. Dabei hatte die Stadt die Markthalle nur unter der Bedingung hergegeben, daß jedermann freien Zutritt habe. Wir merkten uns: Die Juden haben unter Hitler zu leiden. Aber daß es ein Auschwitz geben würde, [...] das hätte man doch nicht geglaubt. [...] Das Horst Wessel - Lied wurde gesungen, die Versammlung war zu Ende. Kommandos wurden gebrüllt, die SA formierte sich, und ich sehe ihn heute noch: Da kommt ein kleines schmächtiges Männchen im hellen Sommermantel, sieht aus wie ein Handlungsreisender, ein bleiches Gesicht, aber ein Zug darin voll eitler Freude über die Menschen, die ihn sehen. Und sein steil hoch gereckter Arm! Ich konnte es nicht lassen, so vor mich hin zu sagen: 'Und der soll Deutschland retten?!'"[135]

In der vergegenwärtigenden Erinnerung schildert Wübbolt den ersten Auftritt des NSDAP-Führers als eine organisierte politische Kampfveranstaltung, die im katholischen Südoldenburg nur Befremden hervorrufen konnte. Aus Wübbolts Sicht war die politische Welt des Jahres 1931 in seiner katholischen Heimat streng geteilt: Die Katholiken waren von den Nationalsozialisten getrennt wie der evangelische Norden vom katholischen Süden des Freistaates, das Zentrum verbürgte Recht und Ordnung, vor allem auch politisches Recht, von dem Juden nicht ausgenommen waren, und die NSDAP verkörperte in sich den Tumult, allen voran der "Parteiführer" Adolf Hitler, ein "Handlungsreisender" in Sachen deutscher Politik: "Hitler ist ein eitler, aber gefährlicher Dilettant." Diese politische Welt, die sich in völliger Übereinstimmung mit der ablehnenden Haltung des deutschen Episkopats gegenüber dem Nationalsozialismus befand, geriet aus den Fugen, als Hitler ein Jahr später wieder nach Cloppenburg kam und die "Nazis" die Landtagswahlen in Oldenburg gewannen:

> "Was wir erlebt hatten, das sollte bald bittere Wahrheit werden. Man sollte es nicht glauben: Bei der Landtagswahl gewannen die Nazis mit den Stimmen des Landvolks

[135] WÜBBOLT, Erinnerungen, S. 191-193: Deutschland unter dem Ansturm der Radikalen.

und anderer Mitläufer. Oldenburg war als erstes deutsches Bundesland von den Nazis erobert worden."

Der rückblickende Erlebnisbericht Wübbolts zeigt 1931 noch eine gewisse Verlegenheit im Umgang mit dem politischen "Phänomen" Adolf Hitler und eine trügerische Selbstsicherheit, mit dem Zentrum dem "Ansturm der Radikalen" von rechts und links widerstehen zu können. Aber so eindeutig, wie Wübbolt in der Rückschau die politischen Verhältnisse in Südoldenburg zwischen 1930 und 1933 erlebt, waren sie in der Realität längst nicht mehr.

Der für den 14. Mai 1931 angekündigte Auftritt Hitlers in der Cloppenburger Markthalle warf in der Cloppenburger Stadtratssitzung, die über die "Überlassung der Markthalle an die NSDAP" zu entscheiden hatte, seinen politischen Schatten voraus. Für den 14. Mai 1931 hatten sowohl das Zentrum, für das Frau Ministerialrat Helene Weber sprechen sollte, als auch die NSDAP die Überlassung der Halle beantragt. Die NSDAP wollte die Halle von 11.30 Uhr bis 14.30 Uhr nutzen, ab 16 Uhr war sie bereits an das Zentrum vergeben worden. Die NSDAP hatte sich bereit erklärt, eine höhere Miete zu zahlen, für anfallende Schäden aufzukommen und den Zusatz "Juden haben keinen Zutritt" auf dem Werbeplakat fallenzulassen. Der Stadtrat ersuchte mit einer knappen Mehrheit das Amt, "die Genehmigung zu 2 großen politischen Versammlungen an ein und demselben Tage wegen der damit verbundenen Gefahr von Zusammenstößen nicht zu erteilen". Die Weigerung des Stadtmagistrats Scheider, "einer Partei, die im Widerspruch zu der Weltanschauung der überwiegenden Mehrheit der Stadtbevölkerung und der Umgegend stehe, städtischerseits die Möglichkeit zu geben, ihre Ideen zu entwickeln", war nicht mehrheitsfähig.[136] Die Verhinderung von Zusammenstößen, so argumentierte der Stadtrat, sei schließlich Sache der Polizei, und man bedauerte, daß die Parteipolitik auf diesem Wege in die Kommunalvertretung hineingetragen wurde.[137] Das Cloppenburger Amt entschied sich für beide Veranstaltungen, und zwar in der Reihenfolge: zunächst Hitler für die NSDAP, dann Frau Ministerialrat Weber für das Zentrum.[138]

Nach dem Bericht der Cloppenburger MT fand vor der Kundgebung in der Markthalle ein Umzug durch die Straßen der Stadt statt, an dem nach Augen

---

[136] OV vom 1.5.1931.
[137] KUROPKA, Übergang, S. 153f. Die Mitglieder des Stadtrats wurden bisher nach Listen und nicht nach Parteien gewählt.
[138] MT vom 15.5.1931; OV vom 16.5.1931.

zeugenberichten ca. 550 Uniformierte teilnahmen. Gauleiter Röver, der die Zentrumspresse des Münsterlandes der "Verlogenheit" bezichtigte, stellte am Schluß der Veranstaltung fest, "daß 10 000 deutsche Männer und Frauen an der Kundgebung teilgenommen hätten". Die MT schätzte die versammelte Menge auf 7 000 und hielt auch diese Zahl noch für übertrieben. Die Reaktion der regionalen Zentrumspresse auf die Hitler-Rede vom Himmelfahrtstag 1931 in der Cloppenburger Münsterlandhalle war von menschlicher Enttäuschung und politischer Ablehnung geprägt. Die Cloppenburger MT zitierte einen Teilnehmer an der Kundgebung mit den Worten:

> "Häi hew nich vull seggt. Wenn ick dat wüßt har, wör ick gaor nicht kaomen."[139]

Ein anderer Besucher habe geäußert, "daß, wenn Hitler in 14 Tagen hier nochmals sprechen würde, keine 25 Proz. der Leute wiederkommen würden". Die MT konnte in der NSDAP keine Alternative zum Zentrum unter Brüning erkennen. Über den Auftritt Hitlers und seine mäßige rhetorische Leistung berichtete sie mit den Worten:

> "Wir urteilen als nordische Menschen. Wir hatten das Gefühl, daß kein Mann vor uns stand, der echten, lauteren, kernigen, deutschen Wesens ist. Hitler beeindruckte uns nicht wie eine deutsche Eiche. Bevor er an das Mikrophon trat, strich er sich das Haar zurecht. Und wenn die Haare während seiner Rede durch heftige Kopfbewegung in Strähnen über die Stirn fielen - was uns als beabsichtigt erschien - so schob die Hand sie des öfteren langsam über die Stirn zurück. Das ist keines deutschen Mannes Art. Und dann die Augen, mit denen Hitler in die Versammlung schaute. Das Aeußere Hitlers mußte ein norddeutsches Gemüt abstoßen. Sein ganzes Gebaren war milde ausgedrückt unangenehm. Das Wesen, das der Führer der N.S.D.A.P. offenbarte, hat einen starken slawischen Einschlag, was wir damit erklären, daß die Mutter Hitlers eine Tschechin, also eine Slawin war. Das Wesen Hitlers ist im allgemeinen sich verlierend, schwärmerisch, slawisch=gefühlvoll, daß wir als Norddeutsche den allerdings etwas groben Ausdruck: schmalzig anwenden müssen. Aufgefallen ist uns weiter, daß Hitler in seinem Charakter nach nordischer Auffassung nicht harmonisch, nicht abgestimmt, nicht beherrscht, nicht vornehm ist. Der Gehalt desselben, die Größe seines Geistes ist geringer als die äußere Kundgebung."

Der Bericht des Cloppenburger Zentrumsorgans kolportierte rassistische Vorstellungsmuster, die in dieser Zeitung sonst nicht üblich waren. Es versuchte offensichtlich, den Parteiführer der NSDAP an dem Maß zu messen, das er selbst verkörperte, und verriet damit auch eine gewisse Verlegenheit im Umgang mit der Person Hitlers, der das katholische Südoldenburg für seine Partei zu erobern suchte. Der 'Österreicher' Adolf Hitler entsprach also keineswegs

[139] MT vom 15.5.1931; GELHAUS, 1933, S. 43f., auch zum folg.

dem von seiner Partei unaufhaltsam propagierten Rassen-Ideal. Seine körperliche Haltung, seine Gebärdensprache und sein Charakter ließen sich nicht mit dem Bild von der Führungsfigur Adolf Hitler vereinbaren, das die Bevölkerung aus der Presse gewonnen hatte. Dieser Eindruck lasse sich auch erklären, da Hitler, soweit die Zeitung informiert sei, noch nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitze. Nicht als Zentrumsblatt lehne man Hitler ab, sondern "weil wir Deutsche sind und wir um Deutschland bangen wegen Adolf Hitler". Die Cloppenburger MT maß Hitler am rechtskonservativen nationalen Weltbild und konnte in ihm nicht die politische Persönlichkeit erkennen, die "die Sanierung des deutschen Wesens, des deutschen Geistes" ins Werk setzen könnte:

> "Diese kann aber niemand vornehmen, der deutschen Geist und deutsches Wesen nicht selbst in Reinkultur besitzt. Adolf Hitler schlägt sich auch mit seiner eigenen Rassetheorie. Und im Interesse des deutschen Volkes hat er abzutreten."

Die Cloppenburger MT versuchte, den Parteiführer an seinen eigenen ideologischen Maßstäben zu messen, und verlor sich dabei unversehens in vulgären rassistischen Vorurteilen, die als moralische Surrogate an die Stelle einer profunden politischen Auseinandersetzung traten. Was an Hitler in Cloppenburg interessierte, war die politische Sensation, die offensichtlich ausgeblieben war, und der handfeste Skandal, für den er sonst doch immer gut zu sein schien. Zum Gegenstand einer ernsthaften politischen Abgrenzung, die nur im Namen der parlamentarischen Demokratie hätte vorgenommen werden können, schien Hitlers NSDAP im Mai 1931 immer noch nicht seriös oder stark genug zu sein. Adolf Hitler verkörperte einen politischen Typus, der nicht in das auf Ausgleich und Ordnung bedachte friedliche Weltbild der katholischen Bevölkerung in Südoldenburg paßte.

Die Vechtaer OV vermißte vor allem eine konkrete Auseinandersetzung mit Brünings Notverordnungspolitik, die durch die "Phrasen und allgemeinen Redewendungen" Hitlers nicht ersetzt werden konnte. Sie befürchtete, daß auf die Radikalisierung von rechts eine Radikalisierung von links folgen würde, und erkannte in dieser Bewegung einen inneren politischen Zusammenhang:

> "Vorläufig fühlt sich unsere Reichsregierung noch stark genug, um auch ohne die gütige Unterstützung der Nationalsozialisten den Kommunismus in Schach zu halten. Und wer garantiert denn dafür, daß die Hitlerleute später einmal an diesem Abwehrkampfe mit großen Scharen Mitstreiter sein könnten? **Vorläufig besteht ihr Haupterfolg in der Radikalisierung breiter Volksschichten.** Aber wenn diese eines Tages einsehen, daß auch der Nationalsozialismus sie nicht den versprochenen besseren Zeiten entgegenführen kann, werden sie dann noch zu halten sein? **Oder wird die Abwanderung von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten, die schon jetzt eingesetzt hat,**

> **dann ein Ausmaß annehmen, das erschreckend wirken müßte?** [...] Dann Gnade uns Gott!"

Die mangelnde Differenzierung zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus hatte vor allem den politischen Extremismus als solchen im Blick, der die beiden Ideologien miteinander verband, und unterschlug weitgehend ihre ordnungs- und verfassungspolitischen Gegensätze, die sie nach rechts und links trennten. Im Frühjahr 1933 wurde der programmatische Antikommunismus verstärkt zu einem Gütezeichen für den Nationalsozialismus, das seine Akzeptanz in der katholischen Hierarchie und Öffentlichkeit erheblich steigerte. Eine Alternative zur "Hitlerpartei" sah die Vechtaer OV ausschließlich in Zentrumsführer Brüning, der am 10. Mai 1931 wenige Tage vor Hitler in Cloppenburg gesprochen hatte. Sie erinnerte an die Brüning-Kundgebung mit dem dringenden Appell:

> "Vorwärts auf dem Wege, den Dr. Brüning uns wies: durch Arbeit und Opferbereitschaft zu einer glücklichern Zukunft und zu deutscher Freiheit."[140]

Daß es politische Führung geben mußte, stand für die Vechtaer OV in diesen bedrängten Zeiten außer Frage. Den eklatanten Unterschied zwischen Brünings Zentrum und Hitlers NSDAP hob auch die Cloppenburger MT hervor. Was sich bei Brüning als "das Programm der Wahrheit entfaltete, worauf sich das Zentrum verpflichtet" habe, entpuppe sich bei Hitler als "eine Jünglingsparade ziehenden Volkes, das Staffage bilden soll für die Sehenswürdigkeiten der beiden großen Kanonen, die da heißen Adolf Hitler und Frick".[141] In die Selbstdarstellung der NSDAP aus dem Jahre 1936 ging die "Kampfrede" Adolf Hitlers in Cloppenburg am 14. Mai 1931 als großer Tag der Bewegung ein, an den die südoldenburgische NSDAP "mit ganz besonderer Ehrfurcht" zurückdenke.[142] Die NSDAP fand über die Hitler-Auftritte in Cloppenburg zu einer eigenen Geschichte, die sie nunmehr mit Südoldenburg verband, konnte daraus aber kaum mehr als einen propagandistischen Vorteil schlagen.

Zwei Tage nach der Hitler-Kundgebung veröffentlichte die Vechtaer OV die "Verurteilung des Nationalsozialismus durch unsern hochw. Herrn Bischof" Johannes Poggenburg, der die Warnung der Bischöfe der rheinischen Kirchen

---

[140] OV vom 15.5.1931.
[141] MT vom 15.5.1931.
[142] NSDAP, 3. Kreistag, S. 17.

provinz für das Bistum Münster unterzeichnet hatte.[143] Damit war die politische Devise für das Verhalten des südoldenburgischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus vorgegeben und kein Zweifel mehr an der Haltung der katholischen Kirche gegenüber der NSDAP erlaubt. Der Hitler-Auftritt blieb im südoldenburgischen Landtagswahlkampf vorerst ein singuläres Ereignis.

1.3.4. Helene Weber: "Unerbittliche Frauenworte für sichtlich ergriffene Frauenherzen"

Nach Adolf Hitler sprach Frau Ministerialrat Helene Weber, Mitglied des Reichstags und des preußischen Landtags, am Himmelfahrtstag des Jahres 1931 in der Cloppenburger Markthalle und knüpfte bewußt an die Brüning-Kundgebung an. Weber gehörte zu den wenigen prominenten Frauen, die im Zentrum in höhere Positionen aufgerückt waren.[144] Im Laufe ihrer Rede wurde, so die Cloppenburger MT, "Brünings Geist" wieder lebendig." Sein "gewaltiger Geist" war wieder da, "als Frau Ministerialrat Weber mit der ungemachten Wärme ihres politischen Herzens die Herzen der Tausenden für ihre Politik gewann; als sie die tauben Nüsse hohler Versprechungen zwischen dem Finger unerbittlicher Wahrheit entfaltete, worauf sich das Zentrum verpflichtet, als sie brennende Kulturfragen in ihrer Gefährdung und in ihrer Sicherung aufreihte; als sie die Nörgler, die Besserwisser und die Saumseligen belehrte und wachrüttelte, unerbittliche Frauenworte für sichtlich ergriffene Frauenherzen". Dieses politische Ideal, das Helene Weber beschwor, verkörperte der katholische Asket, Heinrich Brüning, die "hoch aufrechte Gestalt des erhaben ernsten Kanzlers", der seine Zuhörer noch vor wenigen Tagen am gleichen Orte in der Cloppenburger Markthalle erschüttert hatte. Oberstudienrat Wempe, der Vorsitzende der Zentrumsfraktion im oldenburgischen Landtag, deutete auf der Kundgebung den vom politischen Gegner "entstellten Sinn der Zentrumspolitik" und ermahnte die Zuhörer, Reichskanzler Brüning die Treue zu halten: Das sei "Geist von Brünings Geist".[145]

---

[143] OV vom 16.5.1931.

[144] Für die Reichstagswahl 1928 waren Frauen nur in drei Wahlkreisen aussichtsreich plaziert worden, darunter Helene Weber für den Wahlkreis Düsseldorf-Ost. (RUPPERT, Staat, S. 316, Anm. 5)

[145] MT vom 15.5.1931.

Die Bilanz der großen Kundgebungen, die im Vorfeld der bedeutenden Landtagswahl in Oldenburg am 17. Mai 1931 stattfanden, war eindeutig und fiel positiv für das Zentrum aus. Joachim Kuropka kommt rückblickend zu dem Ergebnis, daß es der NSDAP mit solchen politischen Großveranstaltungen gelang, "das Ignorieren der Partei durch die Lokalpresse in Cloppenburg und Vechta zu durchbrechen", aber von ihnen nur "Signale mit geringer Wirkung" ausgingen. Den Grund sieht er in der "Dichte der katholisch geprägten Lebenswelt".[146] Was im Gedächtnis der Zeitgenossen, die Wähler waren, haften bleiben sollte, war die Erfahrung des Unterschieds zwischen dem öffentlichen Erscheinungsbild der NSDAP und des Zentrums. Sie wurde wählerwirksam ins Gedächtnis gerufen. Auf der einen Seite "Trommelwirbel, Kommandorufe, Autohupen, Motorradknattern, Lärm", auf der anderen Seite "ernstfeierliche Stunden ohne Klimbim und ohne Trara, aus denen man heimging, belehrt und beruhigt mit dem Entschlusse, fester als je zu stehen zu dem Echten, dem Wahren, dem Großen und Guten der Zentrumspartei".[147] Die politische Kundgebung war zum religiös anmutenden Ritual geworden. Sie beruhigte, beschwichtigte oder - wie im Falle des Parteiführers Adolf Hitler - entflammte, entsetzte und entzweite. Brüning versuchte, sein Publikum vor dem Ungeist des Politischen, der die Hitler-Kundgebungen zu theatralischen politischen Manövern machte, zu bewahren. Sein Auftritt war Andacht und Predigt zugleich, mit dem Ziel, in der Stunde der äußersten Not noch einmal Zuflucht und Rettung im Gebet zu suchen, Bewahrung und Schonung vor der großen Heimsuchung:

> "Der Kanzlertag in Cloppenburg wird im Münsterlande unvergessen bleiben."[148]

Heinrich Brüning wurde in Cloppenburg wie ein politischer Kult gefeiert, der deshalb noch an Wirkung gewann, weil er in Hitler seinen modernen Antichristen gefunden hatte. Die politische und gesellschaftliche Polarisierung hatte im katholischen Milieu Südoldenburgs den Gegensatz Brüning - Hitler fixiert: Der eine war Hoffnungs- und Sympathieträger, der andere der falsche Prophet des drohenden Untergangs.

---

[146] KUROPKA, Hitler, S. 51f. Joachim Kuropka hat den beiden Hitler-Kundgebungen in Cloppenburg am 14. Mai 1931 und 26. Mai 1932 einen eigenen Beitrag gewidmet, der inzwischen gedruckt vorliegt. (KUROPKA, Hitler, 1999)
[147] MT vom 15.5.1931.
[148] OV vom 11.5.1931.

1.4. Destabilisierung des parlamentarischen Systems

Nach der Landtagswahl vom 17. Mai 1931 trat der Freistaat Oldenburg in eine Phase der Destabilisierung des parlamentarischen Systems ein, die für die politische Zukunft des Landes von entscheidender Bedeutung war. Während sich die demokratischen Parteien auf die Rolle des passiven Beobachters zurückzogen und der politischen Verantwortung aus dem Wege gingen, war dieser destruktive Prozeß vor allem von der NSDAP, die sich durch das Wahlergebnis ermutigt fühlte, politisch gewollt und wurde von ihr aktiv betrieben. So wurde das letzte Kapitel im Niedergang des Freistaates eingeleitet. Der Wahlsieg der NSDAP, die jetzt die mit Abstand größte Fraktion im Landtag stellte, führte nicht zu einer geschlossenen Abwehrfront der demokratischen Parteien gegen die Nationalsozialisten, sondern zu einer weiteren Lähmung in der Landespolitik. Die politischen Initiativen gingen von der NSDAP-Fraktion im oldenburgischen Landtag aus, der nicht mehr zur Ruhe kam. Somit trug das Ergebnis der Landtagswahl vom 17. Mai 1931 der "fortgeschrittenen Radikalisierung durch die Wirtschaftskrise Rechnung", obwohl der NSDAP ein vollständiger Sieg noch einmal versagt geblieben war.[149]

In der Landtagswahl am 17. Mai 1931 konnten die extremen Parteien ihre Positionen weiter ausbauen. Dieser Umstand ist besonders auf die hohe Wahlbeteiligung (91 %) und auf den Niedergang der bürgerlichen Mitte zurückzuführen. Die KPD erhöhte die Zahl ihrer Sitze gegenüber der Landtagswahl von 1928 von 1 auf 3, die NSDAP von 3 auf 19. Somit kassierten KPD und NSDAP zusammen 22 von 48 Mandaten und fanden wenig später im 'braunroten' Volksentscheid in einem destruktiven Bündnis zusammen, das sich die vorzeitige Landtagsauflösung und einen weiteren, für den Freistaat äußerst strapaziösen Wahlgang zum Ziel setzte. Trotz erheblicher Stimmengewinne und eines aufwendigen Wahlkampfes gelang es der NSDAP in Südoldenburg nicht, ein Landtagsmandat zu erringen. Aber sie konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Reichstagswahl vom 14. September 1930 (2 219 bzw. 4,3 %) mehr als verdoppeln (4 437 bzw. 8,8 %) und mit der Landvolkpartei (4 863) fast gleichziehen, die von Wahl zu Wahl Stimmen einbüßte. Gegenüber der Landtagswahl von 1928 verlor sie mehr als 3 000 Stimmen, die zweifelsohne der NSDAP (1928 nur 926 Stimmen) zugute kamen.[150] Den höchsten Stimmenanteil er

---

[149] GÜNTHER, Freistaat, S. 435f.

[150] OV vom 18.5.1931. Die NSDAP errang in Südoldenburg insgesamt 4 437 Stimmen (Landtagswahl vom 20.5.1928: 926 Stimmen; Reichstagswahl vom 14.9.1930: 2 219 Stimmen) und lag

reichten NSDAP und Landvolkpartei weiterhin im Amt Cloppenburg (NSDAP: 1 761, Landvolkpartei: 2 885).[151] So zeigt das Wahlergebnis in Südoldenburg "doch ein, wenn auch vergleichsweise geringes Eindringen der rechtsradikalen Partei in die katholische Wählerschaft".[152] Das Zentrum konnte seine Position wahren und wieder mit neun Abgeordneten in den Landtag einziehen. Zu den Verlierern der Landtagswahl zählten wiederum die Parteien des ehemaligen Landesblocks (1928: 9 Mandate), die jede für sich - DVP und DNVP - nur zwei Sitze erringen konnten, und die SPD, die vier Mandate (1928: 15 Mandate) verlor.[153] Sie war zum erstenmal seit 1919 nur zweitstärkste Kraft im Landtag.

1.4.1. Mißtrauensantrag der NSDAP: "Wir haben keine Angst vor der Neuwahl, da sieht der Landtag anders aus."

Die Vechtaer OV schätzte das Ergebnis der Landtagswahl richtig ein, wenn sie feststellte, "daß der politische Radikalismus in Deutschland noch nicht zum Stillstande gekommen ist". Aber in ihrer Illusion, "trotz der 19 Mandate dürfte es mit der ‘nationalsozialistischen Hochburg’ noch gute Weile haben", wurde sie bald eines Besseren belehrt.[154] Die politische Lage hatte sich durch den Wahlausgang wesentlich verschlechtert, denn die Weimarer Koalition hatte mit 21 von 48 Mandaten zum erstenmal in der Geschichte des Freistaates ihre absolute Mehrheit eingebüßt. Nach wie vor nahm das katholische Zentrum eine Schlüsselstellung ein, weil es jetzt auch mit der NSDAP (28 von 48 Mandaten) eine sichere Regierungsmehrheit bilden konnte. Nach der Toleranzerklärung Rövers vom 10. Juni 1931 nahm die NSDAP einen Tag später eine politische Kehrtwendung im Landtag vor.[155] Zum Sturz der amtierenden Regierung Cassebohm brachten die Nationalsozialisten in einer turbulenten Landtagssitzung am 11. Juni 1931 einen Mißtrauensantrag ein. Äußerer Anlaß dafür war die Forderung der Nationalsozialisten, die Notverordnung des Reichspräsidenten "zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 5. Juni 1931 in Oldenburg

---

damit nur knapp unter dem Ergebnis der Landvolkpartei mit 4 863 Stimmen (LTW vom 20.5.1928: 7 982; RTW vom 14.9.1930: 5 294).

[151] OV vom 18.5.1931.

[152] SCHAAP, Endphase, S. 149.

[153] OV vom 18.5.1931.

[154] Ebd.

[155] SCHAAP, Weg, S. 93.

aufzuheben.[156] "Von einem Tag auf den anderen" hatte die NSDAP ihre Einstellung zur Regierung grundlegend revidiert.[157] Die Vechtaer OV verurteilte den Mißtrauensantrag der NSDAP und sah darin ganz zutreffend einen Akt politischer Obstruktion:

> "Sie wollen offenbar eine Oppositionsstellung beziehen und darin die Zeit abwarten, die ihnen die erhoffte Mehrheit bringt."[158]

Die als "selbständiger Antrag des Abg. Böhmcker und 18 Genossen" formulierte Eingabe "betr. Mißtrauenserklärung gegen das Staatsministerium" wurde in der Landtagssitzung am 16. Juni 1931 verhandelt. Dr. gr.[oße] Beilage kündigte die Ablehnung der Landvolkpartei an und plädierte dafür, nach dem Wahlausgang vom 17. Mai 1931 "das Ministerium nach rechts weiter zu entwickeln". Die NSDAP müsse sich imstande sehen, "dahin Schritte zu unternehmen, dass das Staatsministerium weiter nach rechts entwickelt wird".[159]

> Heinrich gr.[oße] Beilage (1885 - 1955), der Sohn des Hofbesitzers Georg Benninghaus aus dem Kreis Bersenbrück, studierte Jura und schloß das Studium 1912 mit der ersten Staatsprüfung ab. 1913 schied er aus dem Justizdienst aus und widmete sich

---

[156] OV vom 12.6.1931; SCHAAP, Weg, S. 94, Anm. 1: Mißtrauensantrag des Abgeordneten Böhmcker, NSDAP, vom 11. Juni 1931. Die Notverordnung vom 5. Juni 1931 sah eine weitere Gehaltskürzung im öffentlichen Dienst vor, auferlegte den Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen eine Krisensteuer, durch die das Defizit bei der Krisenfürsorge abgedeckt werden sollte, und kürzte die Höhe und die Dauer der Arbeitslosenunterstützung, eine Maßnahme, die besonders das Baugewerbe traf. Mit dieser Notverordnung griff das Reich, das vor allem auf den Ausgleich des eigenen Etats bedacht war, auch massiv in den bisher noch weitgehend autonom geregelten Finanzausgleich zwischen den Ländern und den Gemeinden ein. (SCHAAP, Endphase, S. 159f.)

[157] SCHAAP, Endphase, S. 155f. Der DVP-Abgeordnete Hartong sprach in der Landtagssitzung vom 16. Juni 1931 davon, daß die NSDAP eine "Interpellation" eingebracht habe, die "lediglich eine Reichsangelegenheit" betreffe, "so sehr auch alle Volkskreise davon betroffen" würden. Die Regierung habe dazu erklärt, "dass sie an dieser Reichsverordnung, für die allein die Reichsregierung verantwortlich sei, nicht mitgewirkt hätte, dass den Ländern der Inhalt der Notverordnung lediglich mitgeteilt sei, dass in dieser Länderkonferenz erhebliche Bedenken gegen die Notverordnung geäussert worden seien, dass die Reichsregierung diesen Bedenken aber nicht habe Rechnung tragen wollen, da sie die jetzige Notverordnung für richtig halte; die Regierung wäre bereit, falls der Landtag das beschlösse, bei der Reichsregierung wegen der Aufhebung der Notverordnung vorstellig zu werden". Er, Hartong, frage sich, wie diese Erklärung, "die m. E. zutreffend ist, nun plötzlich den Anlaß geben kann, dieser Regierung ein Misstrauensvotum zu erteilen". Man stehe "in einer ausserordentlich schwierigen Zeit" und gehe "Wochen entgegen, die ausserordentlich schwierig sein werden". In einer solchen Lage sei es notwendig, "eine objektive Beamtenregierung zu stützen". (StAO 39 - 20558: VI. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 16.6.1931, S. 35)

[158] OV vom 12., 15.6.1931.

[159] StAO 39 - 20558: VI. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 16.6.1931, S. 30-32.

ganz der Landwirtschaft. Im Juli 1914 promovierte er und leistete anschließend Kriegsdienst an der Ostfront. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges heiratete er die Hofbesitzerin Berta große Beilage in Osteressen und nahm auch ihren Namen an, da der Hoferbe gefallen war. Mit dem Einsetzen der Agrarkrise 1927 fand er in der Landvolkbewegung eine Plattform für sein politisches Wirken. Indem er die Bevölkerung des Amtes Cloppenburg zum Steuerboykott aufrief, verließ gr.[oße] Beilage den Boden politischer Legalität. Als Abgeordneter der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei gehörte er von 1928 bis 1932 dem oldenburgischen Landtag an. Eine Enttäuschung über die zunehmende nationalsozialistische Unterwanderung der Landvolkbewegung spielte bei seinem Rücktritt vom Landtagsmandat eine entscheidende Rolle. Weil er am Geburtstag seines Schwiegervaters anstelle der Hakenkreuzfahne demonstrativ die schwarz-weiß-rote Fahne aufgezogen hatte, mußte er 1933 vor seinem Rückzug in das Privatleben eine mehrmonatige Gefängnisstrafe verbüßen.[160]

Die antirepublikanische Abwehrstellung und politische Kurzsichtigkeit des Zentrums verdeutlichte eine knappe, aber präzise politische Erklärung, die der Fraktionsvorsitzende Heinrich Wempe im Landtag abgab:

"Unsere Stellung zur gegenwärtigen Staatsregierung dürfte nach der Art und Weise ihres Zustandekommens im November vorigen Jahres klar sein. Wir haben es wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass wir der Staatsregierung objektiv und sachlich gegenüberstehen. Wenn aber andererseits von einer Seite des Hauses, die überzeugt ist, nunmehr massgebend und verantwortlich die Geschicke Oldenburgs in die Hand nehmen zu müssen, der Versuch gemacht wird, die jetzige Regierung zu stürzen, um dann eine ihnen genehmere an deren Stelle zu setzen, dann müssen wir es ablehnen, allein in Zukunft als Regierungspartei beschimpft zu werden. Daraus ergibt sich für uns, daß wir heute sagen, lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende. Wir enthalten uns der Stimme. (Abg. Hartong: Das heisst Parteipolitik über Landesinteressen stellen.) (Unruhe). Herr Hartong, das Urteil darüber haben Sie sich schon längst verwirkt; so engstirnige Politik wie Sie hat noch keiner hier betrieben."[161]

Wempe wies den Vorwurf, daß das Zentrum "Parteiinteressen über Landeswohl stelle", erneut zurück und kritisierte die Haltung von Hartong und gr.[oße] Beilage scharf:

"Die Herren scheuen sich natürlich, die Herostratenpolitik der Nationalsozialisten in diesem Falle mitzumachen, es ist uns aber hinreichend bekannt, dass sie bei sonstiger Gelegenheit, passender und unpassender, es nicht unterlassen, recht verliebte Blicke nach der äussersten Rechten hinüberzuwerfen. (Abg. Hartong: Dann müssen Sie schon geschielt haben.) Auch diesen Herren möchte ich in diesem Augenblick sagen, dass ihnen eine solche Schaukelpolitik auf die Dauer gar nichts nützen wird, entweder müs

[160] FRIEDL, Handbuch, S. 61f. (von Peter Haupt).
[161] StAO 39 - 20558: VI. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 16.6.1931, S. 37; OV vom 17.6.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 16. Juni 1931. Der Abgeordnete Hartong gehörte der DVP an, die gegen den Mißtrauensantrag stimmte.

> sen sie das Opfer des Intellektes bis zum letzten Ende bringen oder sie geraten in unheilbaren Zwiespalt mit den Herren. Das möchte ich dazu nur gesagt haben."[162]

Das Zentrum wollte mit der angekündigten Stimmenthaltung einen Trend in der öffentlichen Meinung befördern, der die Nationalsozialisten mit dem von ihnen zu verantwortenden Sturz der Regierung diskreditierte und sie nötigte, aus der parlamentarischen Opposition selbst in die politische Verantwortung zu gehen. Carl Röver lehnte für seine Fraktion die "Katastrophenpolitik" Brünings ab, weil sie das deutsche Volk "restlos zu Grunde richten" werde. Aus diesem Grunde weise sie auch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 zurück und verlange, "dass die Regierung, einer nunmehr anderen Zusammensetzung des Landtages entsprechend, handelt". Das habe sie nicht getan. An die Adresse des Zentrums gewandt, ging Röver zum offenen Angriff über und wies ihm zusammen mit der Sozialdemokratie die Schuld für "das Elend der 5 Millionen Arbeitslosen" und für den "Zusammenbruch auf der ganzen Linie" zu:

> "Sie haben das Volk seit 12 Jahren vollkommen zerstört, und heut sind sie zu feige, die Verantwortung weiter zu tragen und regieren mit Artikel 48, einer gemeinen, brutalen Diktatur und schalten das Parlament aus. Uns haben Sie Feigheit vorgeworfen, wir wollten nicht in das Parlament hineingehen, in den Reichstag, jetzt, wo wir fordern, der Reichstag soll zusammentreten, wo Ihr Herren von der schwarzen und roten Internationale Farbe bekennen sollt, jetzt wollt Ihr nicht, weil Ihr wisst, Ihr bekommt die Quittung und müsst abtreten. Und aus diesem Grunde verlangen wir auch hier die konsequente Politik. Sie sollen auch hier Farbe bekennen. Wir haben keine Angst vor der Neuwahl, da sieht der Landtag anders aus."[163]

Carl Röver beschuldigte das Zentrum, durch die Bildung des Präsidialkabinetts Brüning den Reichstag ausgeschaltet zu haben, und erkannte darin in demagogischer Weise ein Versagen des demokratischen Systems. Dadurch drängte er die Zentrumspartei in die Defensive und lenkte von seinen eigenen politischen Absichten ab. Der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen das Ministerium Cassebohm wurde mit 24 Stimmen von NSDAP, DNVP und KPD angenommen. Dagegen stimmten Volkspartei, Staatspartei und Landvolkpartei mit zusammen vier Stimmen, während sich das Zentrum und die Sozialdemokratie (zusammen 20 Mandate) der Stimme enthielten. Daraufhin erklärte Ministerpräsident Cassebohm im Namen der Staatsregierung seinen Rücktritt, löste aber nicht den Landtag auf.[164] So blieb sein Ministerium als "Geschäftsministerium"

---

[162] StAO 39 - 20558: VI. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 16.6.1931, S. 43.
[163] Ebd., S. 58f.
[164] StAO 39 - 20558: VI. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 16.6.1931, S. 76f.; OV vom 17.6.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 16. Juni 1931; SCHAAP, Weg, S. 94.

weiter im Amt. Eine Regierungsneubildung schloß Cassebohm unter den gegebenen Mehrheiten und politischen Verhältnissen so gut wie aus. Damit lag die Initiative für die Regierungsbildung bei der NSDAP und der DNVP. Das lag im Interesse des Zentrums, das der NSDAP die Möglichkeit nehmen wollte, sich nach einem etwaigen Scheitern des Mißtrauensantrages wieder in die Opposition zurückzuziehen. Durch den NSDAP-Antrag wurde die befürchtete Stoßrichtung gegen Dr. Driver als den zuständigen Ressortchef des Innern in eine gegen das gesamte Kabinett geändert; eine Abwahl des Innenministers war nach der Annahme des Antrages nicht mehr möglich. So verband das Zentrum mit seinem Votum die Hoffnung auf ein Weiterregieren des Ministeriums Cassebohm, wenn dies auch nur in der Stellung und mit den Rechten einer geschäftsführenden Regierung geschehen konnte.[165]

Das politische "Zähmungskonzept" des oldenburgischen Zentrums ging nicht auf. Im Bündnis der Enthaltung, das seit der Ministerpräsidentenwahl von Zentrum und SPD im Landtag betrieben wurde, trugen die beiden noch verbliebenen großen demokratischen Parteien fahrlässig dazu bei, die politische Lage in Oldenburg weiter zu destabilisieren und die parlamentarische Demokratie im Ansehen der Bevölkerung gänzlich herabzusetzen. Darüber konnte auch die politische Spekulation des Zentrums unter der Führung des geistlichen Oberstudienrats Heinrich Wempe nicht hinwegtäuschen. Danach sollte die amtierende Regierung Cassebohm im Amt bleiben, wenn es den Nationalsozialisten nicht gelingen sollte, ein neues Beamtenkabinett - an ein politisches Kabinett war gar nicht mehr zu denken - zu bilden.[166] Weder vom Zentrum noch von der SPD wurde ein Versuch unternommen, für eine Mehrheit gegen den nationalsozialistischen Mißtrauensantrag zu werben und die politische Überzeugungsarbeit zu leisten, die für das Überleben des parlamentarischen Systems in Oldenburg dringend notwendig gewesen wäre. Die Aussichten auf Erfolg waren angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Landtag und der herrschenden Polemik in den Debatten sicherlich gering, aber engagierte Bekundungen und eindeutige politische Haltungen hätten die Bereitschaft der beiden größten demokratischen

---

Ministerpräsident Cassebohm erklärte im Landtag: "Im Namen des Staatsministeriums habe ich die Erklärung abzugeben, dass das Staatsministerium zurücktritt. Das Staatsministerium geht davon aus, dass der Landtag es sich angelegen sein lässt, sofort ein neues Ministerium zu bilden. Der Landtag kann von dem Staatsministerium nach dem Ausfall der Abstimmung nicht verlangen, dass das Staatsministerium auf längere Zeit die Verantwortung als Geschäftsministerium weiter trägt."

[165] SCHAAP, Endphase, S. 156.

[166] OV vom 17.6.1931.

Parteien erkennen lassen, für die Zukunft des Freistaates ernsthaft zu kämpfen und sie nicht defätistisch dem abzusehenden Lauf der Dinge zu überlassen.

1.4.2. NSDAP-Antrag auf Landtagsauflösung: "Wir haben an der Regierung kein Interesse."

Mit dem Rücktritt der Regierung Cassebohm und dem Ausbleiben einer neuen Regierungsbildung erreichte die Verfassungskrise in Oldenburg in der Mitte des Jahres 1931 ihren Zenit. Als auf der Landtagssitzung am 23. Juni 1931 die "Bildung eines neuen Ministeriums" zur Beratung anstand, erklärte Böhmcker überraschend, daß die NSDAP weder für ein politisches Ministerium noch für ein Beamtenministerium Vorschläge machen könne. Vielmehr stelle sie nunmehr den Antrag, den Landtag aufzulösen. Über die destruktive Haltung der Nationalsozialisten entbrannte im Landtag ein heftiger Schlagabtausch unter den Parteien. Heinrich Wempe nahm die NSDAP umgehend in die politische Verantwortung und erklärte für die Zentrumsfraktion:

> "Ich muß feststellen, daß in einer kurzsichtigeren und gewissenloseren Weise über das Schicksal einer Regierung und eines Landes noch nicht hier geredet und gehandelt worden ist, wie das jetzt der Fall gewesen ist. Diejenigen Politiker und Parteien, die den Antrag stellen und durchbringen, einer Staatsregierung das Mißtrauen auszusprechen, haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, dafür zu sorgen, daß an die Stelle der gestürzten Regierung eine andere gesetzt wird. So leichten Kaufes können wir die Angelegenheit nicht erledigen; das muß jedenfalls vertagt werden."[167]

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frerichs stimmte mit Wempe darin überein, "daß die ganze Angelegenheit bisher recht dilettantenhaft aufgezogen und durchgeführt worden ist". Nach seiner Auffassung könne der Landtag "die Dinge nicht so beregeln, daß wir den Landtag auflösen und nach Hause gehen, ohne den Versuch unternommen zu haben, eine Regierung zu bilden". An die Adresse der NSDAP gerichtet, fügte Frerichs hinzu:

> "Die bisherige Regierung war unsere Regierung bestimmt nicht, aber der Zustand, der jetzt herbeigeführt ist durch Ihre Schuld, der scheint mir am Ende nichtswürdig und für das Land nicht förderlich zu sein."[168]

---

[167] StAO 39 20560: VI., Lt., 1. Vers., 5. Sitzung, 23.6.1931, S. 174; OV vom 24.6.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 23. Juni 1931.
[168] StAO 39 20560: VI., Lt., 1. Vers., 5. Sitzung, 23.6.1931, S. 176.

Der NSDAP-Abgeordnete Herzog, SA-Brigadeführer im Gau Weser-Ems, wies die Kritik Wempes scharf zurück und beschuldigte das Zentrum, durch seine Stimmenthaltung zum Sturz der Regierung beigetragen zu haben.[169] Zur Frage der Regierungsbildung erklärte er:

> "Wir haben an der Regierung kein Interesse, und an Ihnen hätte es gelegen, ob Sie die Regierung halten wollten, und jetzt wollen Sie, daß das, was Sie gemacht haben, auf uns zurückfällt. (Andauernde Unruhe links und in der Mitte.) Sie haben Ihren eigenen Minister fallengelassen. (Zwischenruf Abg. Röver: Herr Wempe weiß genau, daß das alte Ministerium bestehen bleibt, und Herr Wempe kümmert sich einen Dreck darum, ob das ein Ministerium des Geschäfts ist. Das ist ihm gleichgültig.)."[170]

Der Abgeordnete Ehlermann von der Deutschen Staatspartei schloß sich der SPD und dem Zentrum an und wies "mit allem Ernst" darauf hin, "daß allmählich dieser Landtag ein Landtag der Arbeitsunfähigkeit und Hilflosigkeit wird, wie man wirklich noch kein Parlament erlebt hat". Ehlermann führte, von Zwischenrufen der NSDAP immer wieder unterbrochen, weiter aus:

> "Ich stelle fest, daß dieser Landtag 14 Tage tagt und durch diese politischen Kindereien und Spielereien in den 14 Tagen noch nicht soviel für das Land gearbeitet hat, und jetzt wollen diese Herren noch wieder mit Hilfe dieses Antrages den Landtag 5 Tage hinziehen. Das muß in der Öffentlichkeit festgestellt werden. (Unruhe rechts. Abg. Herzog ruft: Sie wollen das nicht; Sie haben Angst, daß Sie in diesen Landtag nicht wieder hineinkommen.) In diesen Landtag wieder hineinzukommen, darauf lege ich keinen Wert. (Andauernde Unruhe. Abg. Röver ruft: Es gibt noch andere Wege.)"[171]

Die Vechtaer OV sprach von einer "Nazi=Pleite im Oldenburger Landtag" und nannte das parlamentarische Manöver der NSDAP ein "verantwortungsloses Spiel mit den Landesinteressen".[172] Der große politische Irrtum Wempes bestand darin, daß er die NSDAP mit den Maßen der Weimarer Parteien maß und ihren revolutionären Antiparlamentarismus unterschätzte. Das machten vor

---

[169] FRIEDL, Handbuch, S. 308f. (von Werner Vahlenkamp). Otto Herzog (1900 - 1945 für verschollen erklärt), gebürtig aus der Pfalz, nahm am Hitler-Putsch in München am 9. November 1923 teil. Seit 1927 lebte er in Oldenburg und gehörte von 1930 bis 1933 dem Oldenburger Stadtrat, von 1931 bis 1933 dem Landtag (Vorsitzender der NSDAP-Fraktion) und von 1932 bis 1945 dem Reichstag an. Nach dem Röhm-Putsch übernahm er die Führung der SA-Gruppe Schlesien und wurde nach weiteren Stufen auf der Karriereleiter 1944 zum Richter am Volksgerichtshof berufen, weil man von ihm besondere Härte erwartete.

[170] StAO 39 20560: VI., Lt., 1. Vers., 5. Sitzung, 23.6.1931, S. 177; OV vom 24.6.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landttagssitzung am 23. Juni 1931.

[171] Ebd., S. 179.

[172] OV vom 24.6.1931.

allem auch die Zwischenrufe aus den Reihen der NSDAP deutlich. Das Zentrum stellte die Nationalsozialisten den Weimarer Parteien gleich und erkannte in der NSDAP nicht die politische Bewegung, die sie von Anfang an sein wollte. Diese Fehleinschätzung der NSDAP - mit der Wempe nicht allein stand - ist darauf zurückzuführen, daß ihre antiparlamentarischen Attacken außerhalb und innerhalb des Parlaments als politische Rhetorik unterschätzt und inhaltlich nicht ernstgenommen wurden. Die politischen Konflikte und ihre parlamentarische Behandlung im kleinen nordwestdeutschen Freistaat in den Jahren 1931/32 liefern dafür zahlreiches Anschauungsmaterial. Mit tragischer Ironie und in verantwortungslos zynischer Haltung gegenüber der politischen Zukunft des Landes und seiner Bevölkerung entzogen sich die Parteien ihrer Verantwortung - die einen aus Überzeugung, die anderen aus Gleichgültigkeit - und gaben aus freien Stücken das Gesetz des Handelns aus der Hand. Niemand wollte am Ende mehr Rede und Antwort stehen, niemand wollte mehr Verantwortung übernehmen. Dadurch wurde eine Eskalation der politischen Krise gefördert, die zwangsläufig den radikalen Strömungen im Lande weitere Nahrung geben mußte. Sehenden Auges beobachteten SPD und Zentrum den Niedergang der parlamentarischen Demokratie in Oldenburg und schauten ihm tatenlos zu. Nicht im objektiv ausgebliebenen Erfolg, der sich - wie die Dinge nun einmal standen - nur schwer einstellen konnte, sondern im Unterlassen der politischen Anstrengung, das Ende der Republik durch konkrete Überzeugungsarbeit aufzuhalten, liegt das Versagen der demokratischen Parteien. Nachhaltig verschärft wurde die Krise in Oldenburg durch die Auswirkungen einer Politik, die nicht der Freistaat zu verantworten hatte. Die Deflationspolitik Brünings, die die Haushalte der Länder und Kommunen erheblich in Mitleidenschaft zog, und eine Agrarpolitik, die an der einseitigen Bevorzugung des Getreideanbaus festhielt, führten zu einer weiteren Verbitterung im Lande. Mit ihren Agitationsanträgen zur Notverordnung vom 5. Juni 1931 versuchten die extremen Rechts- und Linksparteien, weitere Sympathien in der Bevölkerung zu gewinnen, die von den Maßnahmen durchweg betroffen war.[173]

Der Landtag war in der Frage zerstritten, ob der Auflösungsantrag, der einer Zweidrittel-Mehrheit bedurfte, laut Geschäftsordnung fünf Tage vor der Abstimmung auf die Tagesordnung zu setzen sei. Nach Ansicht der Vechtaer OV wollten die Nationalsozialisten sofort abstimmen, "um aus der peinlichen Situation herauszukommen". Die Landtagsmehrheit entschied, daß am folgenden

[173] BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 204ff.; SCHAAP, Endphase, S. 159. Zur Sparpolitik Brünings vgl. Kap. 5.2.: Die Politik des Schul- und Gehaltsabbaus.

Tage der Ältestenrat des Landtages zusammentreten und diese Frage klären sollte. Die Abstimmung über den Auflösungsantrag der NSDAP wurde auf den 30. Juni 1931 festgesetzt.[174]

In der Landtagssitzung am 30. Juni 1931 wurde die skandalöse Chronik des politischen Niedergangs in Oldenburg fortgesetzt, als der Landtagsauflösungsantrag der NSDAP zur Abstimmung stand. In der "Erklärung der Nationalsozialisten zum Antrag auf Auflösung des Landtages", die Röver verlas, wehrte sich die NSDAP propagandistisch gegen die "Sanierungs- und Tributpolitik der Regierung Brüning", eine "Verzicht- und Erfüllungspolitik ‘um jeden Preis’", deren Folge "der restlose Untergang des Volkes im Bolschewismus" sein werde. Kompromißlos verurteilte Röver die parlamentarische Demokratie:

> "Das parlamentarisch - demokratische System des 9. November 1918 offenbart sich in diesem Hause in seiner ganzen Unfähigkeit, Sinnlosigkeit und Erbärmlichkeit. Das deutsche Volk ist an den Bettelstab gebracht. Wir erachten es deshalb als unsere Pflicht, unserm Volk gegenüber mit allen Mitteln, die uns die Verfassung in die Hand gegeben, für eine grundsätzliche Änderung des jetzigen Zustandes zu kämpfen."[175]

Der größte Abschnitt der Erklärung beschäftigte sich mit einer möglichen Regierungsbeteiligung des Zentrums. Die NSDAP sei sich "von vornherein darüber klar" gewesen, daß eine Regierungsbildung ohne das Zentrum nicht möglich sei. Auf der anderen Seite dächten die Nationalsozialisten nicht daran, ihre Grundsätze aufzugeben, "um mit dem Zentrum zusammenzugehen bzw. eine Regierung zu belassen, um nur eine Regierung zu haben". Dabei sei es "in diesem Falle ja auch völlig gleichgültig, ob ein Geschäftsministerium oder ein Ministerium mit wechselnden Mehrheiten die Geschäfte des Landes besorgt". Zusammen mit den Sozialdemokraten trage die Zentrumspartei die Verantwortung für die gegenwärtige Lage, nicht die NSDAP:

> "Weil wir ferner wissen, dass dieser Landtag unfähig ist, erspriessliche Arbeit für das Wohl des Volkes zu leisten, müssen wir Nationalsozialisten es auf das schärfste zurückweisen, uns für die irrsinnigen Auswüchse des parlamentarisch - demokratischen Systems, das SPD und Zentrum geschaffen haben, verantwortlich zu machen. Wir müssen es ferner zurückweisen, dass uns der Vorwurf eines unverantwortlichen Handelns gemacht wird, weil wir jetzt keine Vorschläge zur Regierungsbildung machen.

---

[174] StAO 39 20560: VI., Lt., 1. Vers., 5. Sitzung, 23.6.1931, S. 188; OV vom 24.6.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landttagssitzung am 23. Juni 1931; SCHAAP, Endphase, S. 156f.

[175] StAO 39 - 20561: VI. Lt., 1. Vers., 6. Sitzung, 30.6.1931, S. 4-7; OV vom 1.7.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 30.6.1931, auch zum folg.

> Genau so wenig, wie Sozialdemokraten und Zentrum eine nationalsozialistische Regierung dulden würden, genau so wenig dulden die Nationalsozialisten eine schwarz-rote Regierung."

Röver polemisierte gegen das Zentrum, dessen Verhalten nicht von politischen Grundsätzen, sondern von taktischen Überlegungen bestimmt sei, und attakkierte besonders scharf die katholischen Bischöfe. Der Grund waren ihre oberhirtlichen Weisungen und Warnungen vor dem Nationalsozialismus:

> "Statt die gottlosen Marxisten zu bekämpfen, wie das Zentrum als Partei, die vorgibt, den Religionsschutz gepachtet zu haben, es tun müsste, paktiert es im Reich, in Preussen, Baden usw. mit ihnen und terrorisiert, wo es kann, die deutsche Freiheitsbewegung. [...] Im übrigen sieht das Zentrum im ganzen Reiche mit ruhigem Gewissen zu, wie Rotmord und Reichsbanner die Nationalsozialisten niederschlagen und morden. (Widerspruch links und in der Mitte.) Wir können den Versuch des Zentrums, durch seine Parteibischöfe den tatsächlichen Bekämpfern der gottlosen Marxisten in den Rücken zu fallen, nur als Dolchstossarbeit am christlichen nationalen Deutschland bezeichnen. (Laute Pfuirufe in der Mitte.) Wir wissen, dass das Zentrum in Oldenburg seine jetzige Stellung zum Marxismus sofort aufgeben würde, wenn es mit der Sozialdemokratie eine gemeinsame Regierung bilden könnte. In dem Augenblick wäre beim Zentrum die Religion nicht mehr in Gefahr, und es würde mit dem grössten Kirchenfeinde, wie überall sonst, auch hier gemeinsame Sache machen."

Die Vechtaer Zentrumspresse erregte sich besonders über die Ausfälle des Abgeordneten Röver gegen die katholische Kirche und wies die "Schimpfereien gegen das Zentrum" entschieden zurück. Nach Rövers Ansicht hätten die deutschen Bischöfe aufgrund ihrer ultramontanen Ausrichtung eine "schwarze Internationale" errichtet. Die Zentrumspresse werde auch in Zukunft aufzeigen, "in welch gewissenloser Weise diejenigen reden und handeln, die das 'national' für sich in Erbpacht genommen haben und das katholische Volk zu Staatsbürgern 2. Klasse wieder degradieren möchten". Die Angriffe im Landtag dienten nur dazu, die "vollendete Blamage" der Nationalsozialisten zu vertuschen.[176] Damit war der politische Kurs des Zentrums im oldenburgischen Landtag bestimmt.

In seiner Erwiderung hielt der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Heinrich Wempe, der NSDAP vor, daß ihr "mit soviel Tamtam angekündigter Eroberungsfeldzug im Münsterland so kläglich gescheitert ist". Mit Gelassenheit nehme seine Partei zur Kenntnis, "dass der Führer der nationalsozialistischen Fraktion erklärt, es fiele ihnen gar nicht ein, mit dem Zentrum irgendeine

[176] OV vom 2.7.1931.

Regierung zu bilden".[177] Der Abgeordnete Ehlermann von der Staatspartei sprach offen vom "Missbrauch des parlamentarischen Systems", der in den letzten drei Wochen von "den Gegnern des parlamentarisch-demokratischen Systems" ausgegangen sei. Es habe sich nicht die "Unfähigkeit des Parlamentarismus" geoffenbart, sondern "die Unfähigkeit von Menschen, die geglaubt haben, so einfach mit Spielerei Politik treiben zu können".[178] Nach einem erbitterten Schlagabtausch, der beispielhaft den Niedergang einer politischen Kultur deutlich machte, schritt das Haus zur Abstimmung und lehnte den Antrag auf Auflösung des Landtages ab. Für den Antrag stimmten die NSDAP, KPD, DNVP und der Landvolkabgeordnete gr.[oße] Beilage. Da nur 25 Abgeordnete für den Antrag votierten, für seine Annahme aber die verfassungsändernde Zweidrittel-Mehrheit von 32 Stimmen erforderlich war, galt der Antrag als abgelehnt. Damit war das Ministerium Cassebohm "fürs erste gerettet" und konnte die Regierungsgeschäfte weiterhin führen. Es verdankte seine Existenz der Unentschlossenheit der Parteien, die sich weder darauf einigten, eine Regierung zu bilden, noch dazu entschlossen waren, den Landtag aufzulösen, gegebenenfalls durch eine Volksabstimmung, um das Ministerium Cassebohm zu ersetzen.[179] Auf diesem Wege amtierte das Ministerium Cassebohm weiter, büßte aber an Autorität bei der Bevölkerung und den Reichsinstanzen ein. Dabei hätte es nach Auffassung von Wolfgang Günther "des ungebrochenen Ansehens der Regierung und der Zusammenarbeit der gemäßigten politischen Kräfte bedurft, um die sich verschlimmernde Krise zu meistern".[180]

Die Vechtaer OV sprach von einem politischen "Anschauungsunterricht, den das oldenburgische Volk in den letzten drei Wochen erhalten hat", und blickte besorgt in die Zukunft.[181] Sie führte nicht zur gewünschten Beruhigung der Lage, sondern zur weiteren Polarisierung der maßgeblichen politischen Kräfte im Lande. Am Ende gab der Landtag seine Handlungsfähigkeit auf und appellierte im Plebiszit an das Volk, selber über sein politisches Schicksal und die Zukunft Oldenburgs zu entscheiden. Die Delegation der politischen Verantwor

---

[177] StAO 39 - 20561: VI. Lt., 1. Vers., 6. Sitzung, 30.6.1931, S. 12-14.
[178] Ebd., S. 20-22.
[179] SCHAAP, Endphase, S. 157. Im § 55 hieß es in der oldenburgischen Verfassung: "Der Landtag ist [...] vom Staatsministerium aufzulösen, wenn er es mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Stimmenmehrheit selbst beschließt oder wenn eine Volksabstimmung es verlangt." (GESETZBLATT, Bd. 41, S. 406)
[180] GÜNTHER, Freistaat, S. 437.
[181] OV vom 2.7.1931.

tung vom Parlament an die Wähler zeigte unmißverständlich die Kapitulation der oldenburgischen Parteien und den Verfall der demokratischen Repräsentativverfassung. Daß der Bürger sich der politischen Entscheidung nicht verweigerte und die Verantwortung der inzwischen zur größten politischen Kraft im Lande erstarkten Rechtspartei anvertraute, durfte angesichts dieses Desasters nicht mehr überraschen. Die oldenburgische Staatskrise resultierte nicht nur aus den Unzulänglichkeiten der Verfassung, die zweifellos ein autoritäres Übergewicht aufwies, sondern war politisch von den handelnden Funktions- und Mandatsträgern zu verantworten. Die demokratischen Parteien konnten das Volk, an das sie appellierten, nicht davon überzeugen, daß es den Weg, den die NSDAP einschlug, um keinen Preis mitgehen durfte. Ihre Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner bewegten sich immer noch im Rahmen eines funktionierenden parlamentarischen Systems, das in Oldenburg nur noch eingeschränkt existierte, und hatten sich auf die neuen politischen Verhältnisse, die auf die Überwindung des Parlamentarismus durch eine Rechtsdiktatur abzielten, noch nicht eingestellt. Die Strategie des Zentrums, die NSDAP nach demokratischem Muster in die politische Verantwortung zu nötigen und zu 'verschleißen', ist dafür ein prägnantes Beispiel. Sie dokumentiert die Hilflosigkeit der demokratischen Parteien gegenüber der radikalen politischen Herausforderung und ihre abwartende Unentschlossenheit im Kampfe für die parlamentarische Demokratie. Sie ist in Oldenburg wie im Reich gescheitert, ohne daß von zuständiger Seite ernsthaft für sie gekämpft wurde. Das oldenburgische Zentrum war für diesen Kampf weder von seiner Geschichte noch von seiner geistigen Verfassung und personellen Besetzung der Landtagsfraktion her in der Lage. Ihm fehlte es an der demokratischen Glaubwürdigkeit, die dringend geboten war, um diesen Kampf authentisch zu führen.

1.4.3. Verschärfung der Agraropposition: "Stärkste Geschlossenheit und eiserne Disziplin"

Die politische Führung der Agraropposition hatte in Oldenburg im Jahre 1931 bereits die NSDAP von der Landvolkbewegung übernommen; sie baute sie bis zu den entscheidenden Landtagswahlen am 29. Mai 1932 weiter aus. Der Landbund Oldenburg-Bremen reagierte auf die ökonomische Krisensituation in der Landwirtschaft mit einer Verschärfung des "Kampfes" auf dem Lande. Am 30. November 1931 erließ er sogar interne Richtlinien für die Durchführung von sog. Selbsthilfeaktionen. Darunter war die Bildung von Notgemeinschaften zu verstehen, die mit Hilfe von Schutzwehren die Existenz der bäuerlichen

Betriebe retten sollten, die Verhinderung von Zwangsversteigerungen und die Selbstverpflichtung der Bauern zur Steuersabotage. Der politische Gegner des Landvolks wurde in den "Richtlinien" eindeutig benannt:

> "Um dem Schlimmsten, dem Bolschewismus, zu wehren, die Betriebe in Gang zu halten und den Gläubigern das Kapital zu retten, muß zur Selbsthilfe gegriffen werden, die zum Erfolge führen wird, wenn stärkste Geschlossenheit und eiserne Disziplin in unseren Reihen herrscht."[182]

Boykottbewegung und Steuersabotage stellten in ihren Auswirkungen eine politische Herausforderung ersten Ranges dar, die auch die Frage der weiteren Selbständigkeit des Freistaates berührte. Trotz dieser kritischen Lage scheiterte der Versuch von Finanzminister Dr. Willers, in einer gemeinsamen Initiative mit der NSDAP das Ende der Steuersabotage herbeizuführen. Die Krise verschärfte sich und führte zu einem weiteren Autoritätsverlust der geschäftsführenden Regierung Cassebohm, als sich die Industrie- und Handelskammer (IHK) mit Forderungen nach Steuersenkungen an die Regierung wandte und ihr jede weitere Unterstützung entzog, als keine positiven Zusagen eintrafen. Otto Hoyer (DVP), der Präsident der IHK, befürwortete in einer Unterredung mit Finanzminister Willers am 3. Februar 1932 den von der oldenburgischen Wirtschaft gewünschten Rücktritt der Regierung Cassebohm. Sie "habe keinen genügenden Rückhalt in der Bevölkerung mehr, um der Notgemeinschaft mit Erfolg entgegentreten zu können". Aus diesem Grunde "müsse die Regierung in die Hände gelegt werden, die Rückhalt gerade diesem letzten Teil der Bevölkerung gegeben hätten". Hoyer kündigte zu diesem Zweck einen entsprechenden Aufruf der Wirtschaft an die Parteien und die Bevölkerung zur Bildung einer neuen Regierung an. Nur mit Mühe gelang es der Regierung, den IHK-Präsidenten von diesem Schritt in die Öffentlichkeit abzuhalten: "Wenn die Bevölkerung aus dem Aufruf ersehe, daß die ganze Wirtschaft eine neue politische Regierung wolle, so würde sie mit der Bezahlung von Steuern und Pachten solange warten, bis die neue Regierung gebildet sei, denn gerade diese Teile der Bevölkerung erhofften von der neuen politischen Regierung wesentliche Erleichterungen auf allen Gebieten."[183]

Professor Wilhelm Dursthoff, der Syndikus der Industrie- und Handelskammer in Oldenburg, setzte sich in einem Schreiben vom 29. März 1932 an Dr. Otto

---

[182] SCHAAP, Weg, S. 45.
[183] SCHAAP, Weg, S. 106f.; SCHAAP, Endphase, S. 171: Vermerk von Dr. Willers vom 3. Februar 1932.

Wagener, den Reichsleiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, für eine Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Oldenburg ein. Wenn Deutschland "aus der Reihe der großen Kultur- und Wirtschaftsmächte" nicht auf Generationen ausscheiden solle, müßten die Nationalsozialisten in Koalitionsregierungen eintreten, denn "der Grundsatz: Alles oder nichts" sei "sicher nirgends so verkehrt, wie gerade in der Politik". Der Nationalsozialismus hätte in verschiedenen Ländern "längst einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung gewinnen" und damit vieles zum Besseren wenden können. Insbesondere in Oldenburg hätte er "vermöge der ganz besonderen Verhältnisse" im Lande "geradezu ein Schulbeispiel liefern können, wie man finanziell, kulturell und wirtschaftlich ein Land regieren muß". Statt dessen erschöpfe sich die nationalsozialistische Opposition "in unfruchtbarem Parteikampf", schalte sich von der Macht aus und stürze das Volk "von einem Wahlfeldzug in den andern" mit dem voraussichtlichen Erfolg, "daß die nationalsozialistische Welle nicht mehr vorangeht, sondern zurückgeht". Die oldenburgischen Berufskammern für die Landwirtschaft, für die Industrie und für das Handwerk seien inzwischen der Überzeugung, "daß mit dem jetzigen System gebrochen werden muß, wenn wir nicht ganz vor die Hunde gehen sollen". Obwohl ein Drittel der Bevölkerung katholisch sei und das Land nur wenige Industrie- und Hafenstädte aufweise, habe der Nationalsozialismus in Oldenburg "so außergewöhnlich stark Boden gefaßt".[184]

1.4.4. Konfrontation zwischen NSDAP und Zentrum: "Die Schuld an dem Scheitern tragen also die Nationalsozialisten selbst."

Der "Sturm im Landtage", der Verhandlungen zeitweilig unmöglich machte, ging im Herbst 1931 unvermindert weiter. Er entzündete sich an Anträgen und Anfragen, die politisch durchaus brisant waren, aber auf der parlamentarischen Bühne nur als Anlaß für tumultuöse Auseinandersetzungen benutzt wurden. Auf der Tagesordnung der Landtagsdebatten standen so wichtige Themen wie die kritische Finanzlage des Freistaates, die sich aufgrund der prekären Situation im Reich und als Folge der Brüningschen Deflationspolitik noch verschlechtert hatte, der Schulabbau, der auf die katastrophale Finanzlage der

[184] SCHAAP, Weg, S. 107f. Dursthoff schrieb Wagener als "ein alter Nationalsozialer und Freund von Naumann" und betonte, daß er sich "schon sehr frühzeitig den Hitlerschen Ideen zugewandt" habe. Auf Initiative von Hoyer und Dursthoff hatte der Wirtschaftsbund Niedersachsen-Kassel Dr. Wagener am 2. März 1932 zu einem Vortrag nach Hannover eingeladen. Dursthoff kam in seinem Brief an Wagener auf dessen Vortrag in Hannover zurück.

Kommunen zurückzuführen war, und die Erwerbslosenfrage.[185] Anlaß der nationalsozialistischen Angriffe auf den Freistaat war die oldenburgische Notverordnungspolitik, die weitere Gehaltskürzungen für die Beamten und Angestellten und Haushaltskürzungen vorsah.[186] Zutreffend kommentierte die Vechtaer OV im Oktober 1931 den Zustand des oldenburgischen Parlamentarismus mit den Worten:

> "Es ist beschämend, Szenen zu erleben, wie sie heute der Landtag bot; Lärmszenen und ein Durcheinander, das jede Verhandlung glatt unmöglich machte und demgegenüber der Präsident resignierte."

Vorsichtig fragte sie nach den politischen Motiven und ließ es bei der Vermutung bewenden, daß "diese Tumultszenen vom Zaune gebrochen werden, um das Parlament zu diskreditieren".[187] Die Fronten waren verhärtet. In der Landtagssitzung am 4. November 1931 erreichten die "Zusammenstöße zwischen rechts und links" auf der einen und den Nationalsozialisten und dem Zentrum auf der anderen Seite ihren Höhepunkt. Die Vechtaer OV schilderte in einem "Stimmungsbild" die Vorgänge und machte deutlich, wie die hemmungslosen Streitereien im Landtag in Südoldenburg wahrgenommen wurden. Unter dem Titel "Nationalsozialistische Angriffe gegen den Vatikan und die katholische Kirche" wies sie die Angriffe des NSDAP-Abgeordneten Böhmcker entschieden zurück. Er habe die Debatte zu "unsachlichen, gehässigen Angriffen gegen ‘Rom’ und ‘Vatikan’ benutzt" und sei dabei "dem Trick der liberalen Kulturkämpfer früherer Jahrzehnte" verfallen, "den Vatikan in einen religiösen und einen politischen zu teilen und zu versichern, gegen die katholische Kirche habe man nichts, man wolle nur die Politik des Vatikans bekämpfen". Böhmcker wolle die "schwarze Pest" ausrotten. In der Wandelhalle des Landtags kam es zu einem "skandalösen Zwischenfall", als der NSDAP-Abgeordnete Herzog den Zentrumsabgeordneten Brendebach tätlich angriff. Der Vorfall wurde durch eine persönliche Aussprache zwischen den betroffenen Abgeordneten erledigt. Diese Konfrontationen bela

---

[185] OV vom 31.10., 4.11., 5.11.1931.

[186] SCHAAP, Endphase, S. 165ff. Durch die Notverordnung vom 24. September 1931 wurden gestaffelte Gehaltskürzungen von 4 % bis 7 % eingeführt und die Bezüge der weiblichen Beamten und Lehrerinnen aller Schularten um 10 % gesenkt. Die Notverordnung vom 17. Oktober 1931 sah eine Kürzung der Spitzengehälter bis zu 15 % vor, erhebliche Einschränkungen auf dem Schulsektor, die im Landesteil Oldenburg zum Abbau von über 100 Junglehrern führten, und ein "Notopfer zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden" in Form einer Wohnungs- und Bürgersteuer. Zur Politik des Gehaltsabbaus vgl. im einzelnen Kap. 5.2.: Die Politik des Schul- und Gehaltsabbaus.

[187] OV vom 31.10.1931.

steten das Verhältnis zwischen der NSDAP und dem Zentrum und überschatteten eine etwaige Annäherung zwischen diesen beiden Fraktionen in der Ministerpräsidentenfrage, denn in den Ausfällen Böhmckers oder Rövers sah die katholische Presse Südoldenburgs einen fortgesetzten "Kampf gegen die katholische Kirche".[188] Trotzdem war das Zentrum zu einer politischen Offerte an die Nationalsozialisten bereit.

Nach dem großen Eklat in der Sitzung des Landtages am 4. November 1931 standen nur einen Tag später, am 5. November 1931, die Anträge der NSDAP zur Regierungsbildung und Auflösung des Landtages auf der Tagesordnung. Die Nationalsozialisten hatten die anderen Fraktionen mit konkreten Absichten zur Regierungsübernahme überrascht und eine fertige Kabinettsliste vorgelegt. Danach sollten der Abgeordnete Heinrich Böhmcker zum Ministerpräsidenten sowie Oberschulrat Heering und Rechtsanwalt Dr. Hollje zu Staatsministern gewählt werden.[189] Auffallend an der Kabinettsliste war die Tatsache, daß der Fraktionsvorsitzende der NSDAP und Gebietsführer über Oldenburg und Ostfriesland, Gauleiter Carl Röver, auf ihr nicht verzeichnet war. Statt Röver hatte Böhmcker den Spitzenplatz eingenommen. Wolfgang Günther vermutet, daß sich Röver der Aufgabe nicht gewachsen sah und seine Glaubwürdigkeit als einfacher "NS-Kämpfer" ohne Karriereambitionen nicht einbüßen wollte.[190] Das oldenburgische Zentrum fühlte sich brüskiert und monierte, daß die Zusammensetzung des Kabinetts "die völlige Ausschaltung des katholischen Volksteils aus der Regierung" erwarten lasse.[191] Die NSDAP lehnte konkrete Verhandlungen mit dem Zentrum über eine Tolerierung oder Mitbeteiligung an der Regierung ab und schlug damit Vermittlungsversuche der Deutschnationalen aus. Das Zentrum war unter Zusicherung bestimmter politischer Zugeständnisse im Herbst 1931 bereit, eine NSDAP-Regierung in Oldenburg zumindest zu tolerieren oder sich - falls das Verhandlungsergebnis es erlauben sollte - an einer von der NSDAP geführten Regierung zu beteiligen. Die dafür erforderliche Mehrheit war im Landtag vorhanden. Zu diesem Zweck hätte die Zentrumsfraktion auch direkte Verhandlungen mit der NSDAP aufgenommen, wie Heinrich Wempe in der Landtagssitzung am 5. November 1931 erklärte:

---

[188] OV vom 5.11.1931.

[189] Heinrich Böhmcker (1896 - 1944), Rechtsanwalt in Eutin, war 1925 in die SA eingetreten und wurde 1931 in den oldenburgischen Landtag gewählt. Am 15. Juli 1932 übernahm er das Amt des Regierungspräsidenten in Eutin und wurde 1937 Oberbürgermeister in Bremen. Er übte verschiedene Leitungsfunktionen in der SA aus. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 183)

[190] FRIEDL, Handbuch, S. 612 (von W. Günther); SCHAAP, Endphase, S. 176ff.

[191] OV vom 5.11.1931.

> "Man ist vor einigen Tagen an uns herangetreten mit der Bitte um Fühlungnahme zwecks Bildung eines neuen Ministeriums. Ich erkenne an, daß die Deutsch-Nationale Partei in durchaus offener und loyaler Weise diese Fühlungnahme aufgenommen hat. Es ist uns dann aber zuverlässig mitgeteilt worden, daß die nationalsozialistische Fraktion es abgelehnt hat, mit dem Zentrum irgendwie in Beziehung zu treten. Da dieser Zustand unseres Wissens noch fortbesteht, so müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß die nationalsozialistische Fraktion unsere Beihilfe in irgendeiner Form zur Bildung eines neuen Ministeriums nicht wünscht und ziehen daraus selbstverständlich die Folgerung, daß wir weiße Zettel abgeben."[192]

Um eine politische Separation in der unliebsamen Oppositionsrolle zu vermeiden, setzte sich das Zentrum in Oldenburg über die Warnungen katholischer Bischöfe vor dem Nationalsozialismus, die primär allerdings nicht partei- oder staatspolitisch begründet waren, hinweg und verlor in der Öffentlichkeit an Glaubwürdigkeit. Die Zentrumsfraktion lehnte sowohl die Wahl einer NS-Regierung Böhmcker als auch die Auflösung des Landtages ab. Heinrich Wempe begründete die Ablehnung der Landtagsauflösung mit dem Hinweis auf die schwere wirtschaftliche Not in dieser Zeit:

> "Sie wissen, daß wir an sich vor einem Wahlkampf in unserer Wählerschaft nicht bange sind. Herr Niehaus wird mir das bestätigen. Aber, meine Herren, in diesem Winter allerfürchterlichster Not (Zuruf von rechts: Die Sie verschuldet haben.) das Volk auch noch in einen Wahlkampf hineinzuhetzen, halten wir für ein Verbrechen am Volke."[193]

So scheiterte der Versuch der NSDAP, das neue Staatsministerium ihrem Vorschlag gemäß zu bilden, ebenso wie ihr Antrag, den Landtag vorzeitig aufzulösen. Damit waren ihre parlamentarischen Möglichkeiten erschöpft, und sie begab sich zur Durchsetzung ihrer politischen Strategie, an der sie konsequent festhielt, umgehend in den außerparlamentarischen Raum. Nach ihren Abstimmungsniederlagen kündigte sie überraschend ein Plebiszit zur Landtagsauflösung an.[194] Der Kampf der NSDAP gegen den Freistaat verriet System. Für das Referendum fand sie in der KPD einen Bundesgenossen, der unter entgegengesetztem politischem Vorzeichen den Freistaat bekämpfte.

---

[192] StAO 39 - 20672: VI. Lt., 2. Vers., 6. Sitzung, 5.11.1931, S. 129; OV vom 6.11.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landttagssitzung am 5. November 1931. "Weiße Stimmzettel" bedeuteten Stimmenthaltung.

[193] StAO 39 - 20672: VI. Lt., 2. Vers., 6. Sitzung, 5.11.1931, S. 149. Der Maler Leonhard Niehaus aus Cloppenburg gehörte als NSDAP-Abgeordneter dem Landtag von 1931 bis 1933 an. Zur politischen Laufbahn von Niehaus vgl. Kap. 6.2.1.: Minderheitenposition der NSDAP.

[194] OV vom 6.11.1931; SCHAAP, Weg, S. 96f.

Die politische Verwantwortung für das Scheitern der Regierungsbildung trug ausschließlich die NSDAP, denn das Zentrum hatte seine Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung im Landtag deutlich signalisiert.[195] Die Schuldzuweisung der Vechtaer Zentrumspresse fiel deshalb auch eindeutig aus:

> "Die Schuld an dem Scheitern tragen also die Nationalsozialisten selbst. Wenn sie, was wir bezweifeln, den ehrlichen Willen hatten, an die Regierung zu kommen, dann mußten sie den einzig möglichen Weg dazu gehen, nämlich in Fühlung zu treten mit dem Zentrum. Sie haben es abgelehnt, diesen Weg zu gehen, der Ausgang konnte nicht anders sein, als er ist."[196]

Auffällig sind die zeitlich versetzten Parallelen zwischen der politischen Einstellung und dem Taktieren des Zentrums in Oldenburg und im Reich, wo es nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 ebenfalls bereit war, sich an einer Regierung mit der NSDAP zu beteiligen. Offensichtlich scheiterte ein Bündnis in Oldenburg wie in Berlin jeweils nicht am Zentrum, sondern an der NSDAP, die sich mit der 'halben' Macht nicht begnügen wollte. Der Zentrumspresse in Südoldenburg war die öffentliche Brisanz dieser Vorgänge 1931 noch nicht ganz bewußt. Der politische Tenor der Kommentare blieb gleichlautend. Die Vechtaer OV betonte stets, daß eine Regierungsbildung daran gescheitert sei, "daß die Nationalsozialisten die Mitwirkung zum mindesten des Zentrums durch ihr Verhalten abgelehnt haben". Weiter hieß es in dem Bericht dazu:

> "Wer von einer Partei in irgend einer Form Hilfe erwartet, brüskiert diese Partei nicht in solcher Weise, wie es hier geschehen ist."

Das Zentrum habe "von den vorgeschlagenen Persönlichkeiten, ferner von den unqualifizierten Angriffen des Ministerpräsidenten=Kandidaten gegen den Vatikan und die katholische Kirche etc." sogar abgesehen und treffe deshalb kein Vorwurf:

> "Die Verantwortung für alles, was aus solchen Aktionen erwächst, tragen jene, die nur ihr Machtstreben und nichts anderes kennen."

Die Nationalsozialisten hätten "jede Besprechung glatt abgelehnt", obwohl sich das Zentrum "zu einer direkten Fühlungnahme" bereit erklärt habe.[197]

---

[195] SCHAAP, Endphase, S. 176f.
[196] OV vom 6.11.1931.
[197] OV vom 11.11.1931.

Nach dem Debakel im Landtag eröffneten die Nationalsozialisten mit der angekündigten Volksabstimmung zur Landtagsauflösung eine neue politische Offensive. Sie ließen den Freistaat nicht mehr zur Ruhe kommen. In einem Schreiben vom 1. Dezember 1931 an die Parteizentrale in München erläuterte Röver seine neue politische Strategie, über einen Volksentscheid in Oldenburg an die Macht zu kommen, und bat die Parteiführung um ihre Zustimmung. Die Reichsleitung erklärte in ihrer Antwort vom 17. Dezember 1931 ihr Einverständnis und gab damit den Weg für das Referendum frei. Aufgrund des wochenlangen Zögerns der NSDAP ergriff die oldenburgische KPD die politische Initiative und löste einen "Wettlauf um den 'braun-roten' Volksentscheid" im Freistaat aus.[198]

Die oldenburgische KPD kam der NSDAP mit ihrem Beschluß vom 17. November 1931 zuvor, "über die Auflösung des oldenburgischen Landtages eine Volksabstimmung herbeizuführen".[199] Beflügelt durch den Erfolg bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer im November 1931 - die NSDAP stellte nun die Mehrheit der Vertreter in der Kammer -, schlossen sich Gauleitung und Landtagsfraktion dem förmlichen Auflösungsantrag der Kommunisten an, "wobei es selbstverständlich sei", wie Röver auf einer NSDAP-Versammlung am 8. Dezember 1931 im Oldenburger "Lindenhof" erklärte, "daß diese Unterstützung nur ein taktisches Mittel sei".[200] Die Erklärung, die Röver im Namen der nationalsozialistischen Gauleitung Weser-Ems und der Landtagsfraktion verlas, hatte nach dem Bericht der Vechtaer OV folgenden Wortlaut:

> "In der letzten Landtagssitzung kündigten wir ein Volksbegehren auf Landtagsauflösung an. Durch die Neuwahl zum Landtage wollen wir die Grundlage für eine Regierungsneubildung schaffen. Dem jetzigen unhaltbaren Zustande in der Leitung der Geschicke des Freistaates Oldenburg muß ein Ende gemacht werden. Wir müssen im Freistaat Oldenburg zur Bildung einer Regierung kommen, die unabhängig von den Mittelparteien bis zu den Kommunisten gegen den Notverordnungskurs der Brüningregierung scharf Front macht. Die katastrophalen Verhältnisse auf allen Gebieten unseres Lebens zwingen uns zu diesem Schritt. Da die KPD. den Antrag auf Landtagsauflösung schon eingebracht hat, haben wir uns entschlossen, durch unsere Unterstützung diesen Antrag durchzubringen. Es kommt jetzt darauf an, durch die Eintragung in die Listen für das Volksbegehren den Willen der Bevölkerung auf Landtagsauflösung zu bekunden. Die Eintragungen müssen in einem derartigen Maße erfolgen, daß der

[198] SCHAAP, Weg, S. 99ff.
[199] SCHAAP, Weg, S. 100.
[200] OV vom 9.12.1931. Die Unterstützung der NSDAP für den "Volksantrag der Kommunisten" sei ebenso ein "taktisches Mittel" wie "die **Harzburger Front**, die den scharfen nationalen Widerstand gegen Brüning vortragen solle". Die Nationalsozialisten wüßten wohl, "daß der Starke noch immer am mächtigsten allein sei, daß es außerdem beim Endkampf Hitler oder Moskau heiße, und daß selbstverständlich eine Idee keine Kompromisse dulde".

Landtag sich gezwungen sieht, sich selbst aufzulösen. Dadurch würde der dem Volksbehren folgende Volksentscheid überflüssig werden."[201]

Offiziell strebte die NSDAP die Bildung einer handlungsfähigen Rechtsregierung an, die sich energischer als das Kabinett Cassebohm gegen die Notverordnungspolitik Brünings zur Wehr setzen sollte. Diese Regierung konnte nur von der NSDAP geführt werden. Die KPD, die für das Volksbegehren den 6. Januar 1932 in Aussicht genommen hatte, wurde von der NSDAP überholt, die den Termin auf den 19. Dezember 1931 vorzog, weil die Lage des Freistaates "eine baldmöglichste Änderung in der Landtagszusammensetzung" erforderlich mache. Der Reichspräsident hatte durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zur "Wahrung des Weihnachtsfriedens" alle öffentlichen politischen Veranstaltungen und Aufzüge untersagt. Dadurch sah die KPD den Erfolg des Plebiszits gefährdet.[202] Innenminister Driver gab "die Einleitung des Verfahrens auf Volksabstimmung über die Auflösung des Landtags des Freistaats Oldenburg" auf Antrag der NSDAP am 12. Dezember 1931 offiziell bekannt und setzte den Beginn der Eintragungsfrist auf den 19. Dezember 1931 fest.[203]

Das Volksbegehren konnte mit insgesamt über 80 000 Eintragungen die notwendige Zahl von 20 000 Eintragungen weit übertreffen und schaffte damit die Voraussetzung für den Volksentscheid, der auf den 17. April 1932 angesetzt wurde.[204] Nach der oldenburgischen Landesverfassung konnte von 20 000 stimmberechtigten Landeseinwohnern das Vorschlagsrecht ausgeübt und die Volksabstimmung verlangt werden.[205] Auch bei den Eintragungen zum Volks

---

[201] OV vom 9.12.1931; SCHAAP, Weg, S. 101. Den Schluß der "Erklärung der Nationalsozialisten zur Frage der Auflösung des Landtags für den Freistaat Oldenburg" druckte die OV nicht ab. Er enthielt folgenden Appell: "Wir fordern unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen und alle nationalsozialistischen Wähler auf, möglichst schon am ersten Tage der Auslegung der Listen in den Gemeindebüros die Eintragung vorzunehmen. Wir wollen der Öffentlichkeit beweisen, daß auch im Freistaat Oldenburg unsere Bewegung immer weiter schreitet und unserem Führer in seinem schweren Kampfe ein festes Bollwerk zur Verfügung stellen. Auf zum Kampfe und Sieg." Unterzeichnet ist die Erklärung von der "Gauleitung Weser Ems der NSDAP" und der "Landtagsfraktion der NSDAP (Oldenburg)".

[202] SCHAAP, Weg, S. 101f.: Erklärung der Gauleitung Weser-Ems vom 16. Dezember 1931. Die Bezirksleitung Nordwest der KPD drückte in einem Schreiben an alle Ortsgruppen, Stadtteile und Unterbezirke vom 18. Dezember 1931 die Befürchtung aus, daß die Nationalsozialisten "auf Grund der Burgfriedens-Politik und der Terrormassnahmen der Brüning-Regierung eine breite Massenagitation der Partei verhindern" wollten.

[203] Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 293, 15.12.1931, S. 1241.

[204] SCHAAP, Weg, S. 104f.: "Mitteilung des Wahlkommissars über das Ergebnis des Antrags=(Eintragungs=)Verfahrens."

[205] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 409 (§ 65).

begehren zeigte sich der notorische Nord-Süd-Gegensatz. Während der evangelische Norden dem Volksbegehren zum Durchbruch verhalf, wurde es in Südoldenburg zu einem politischen Fiasko und konnte hier nur 1 770 Wahlberechtigte mobilisieren. Dieses Ergebnis stand in großem Gegensatz zur letzten Landtagswahl am 17. Mai 1931, als die das Volksbegehren unterstützenden Parteien, die NSDAP, KPD, DNVP und die Landvolkpartei, in Südoldenburg insgesamt 10 869 Stimmen aufweisen konnten.[206]

Die oldenburgische SPD und das Zentrum forderten ihre Mitglieder und Anhänger auf, sich nicht an der Volksabstimmung zu beteiligen.[207] In einem am 14. April 1932 vom Vorsitzenden Reinke und Generalsekretär Brendebach unterzeichneten Aufruf wies das Zentrum noch einmal jede Verantwortung dafür zurück, "daß der am 31. Mai 1931 gewählte Landtag sich als arbeitsunfähig erwiesen hat".[208] Die katholische Presse Südoldenburgs war mit dem Problem des Volksentscheides wohl vertraut. Das Volksbegehren des preußischen Stahlhelm, das ebenfalls die Auflösung des Landtags zum Ziel hatte, wurde zum Probelauf für den 'braun-roten' Volksentscheid in Oldenburg. Während das preußische Zentrum das Volksbegehren kategorisch ablehnte, wurde es von der Landvolkpartei unterstützt. Die Kontroverse zwischen dem Zentrum und der Landvolkpartei in Preußen füllte die Schlagzeilen der in Cloppenburg erscheinenden Landvolkzeitung.[209] In der südoldenburgischen Presse entbrannte vor der Abstimmung in Oldenburg eine Diskussion darüber, welche Mehrheit für die Annahme des Antrages im Volksentscheid erforderlich sei. Die Verfassung gebe keine eindeutige Auskunft darüber, ob die einfache Mehrheit oder eine Zweidrittel-Mehrheit der Abstimmenden den Ausschlag gebe.[210] In die Debatte griff auch der Vorsitzende des oldenburgischen Zentrums, Dr. Reinke, ein und plädierte für eine Zweidrittel-Mehrheit.[211] Zu offenkundig war der

---

[206] OV vom 16.1.1932.
[207] OV vom 15.4.1932; SCHAAP, Weg, S. 104f.
[208] OV vom 15.4.1932; SCHAAP, Weg, S. 105: Faksimile der OV vom 15.4.1932. Der Landtag wurde am 17. Mai 1932 gewählt.
[209] LV vom 8., 14., 17.4.1931.
[210] Der entsprechende § 60, 4, der auf die Volksabstimmung übertragen werden sollte, lautete: "Ein gültiger Beschluß über Gesetze, durch welche die Verfassung ergänzt, erläutert oder geändert werden soll, erfordert, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist, daß 1. wenigstens zwei Drittel sämtlicher Abgeordneten des Landtags zustimmen; [...]". Im § 68 hieß es: "Bei Gesetzen, durch welche die Verfassung ergänzt, erläutert oder abgeändert werden soll, finden die Vorschriften des § 60 Abs. 4 entsprechende Anwendung, sonst entscheidet die einfache Mehrheit." (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 407, 409f.)
[211] StAO 131 - 37; OV vom 23., 27., 29.1.1932, 4.2.1932.

Versuch des Zentrums, einem möglichen Erfolg der Volksabstimmung noch ein konstruiertes Hindernis in den Weg zu legen. Zunächst aber stand die Wiederwahl Hindenburgs zum deutschen Reichspräsidenten auf der politischen Tagesordnung.

1.4.5. Wiederwahl von Reichspräsident Hindenburg: "Hindenburg kennt keine Parteien, er kennt nur Deutschland."

Die politischen Ereignisse und Wahlentscheidungen im Jahre 1932 führten zu einer bisher kaum gekannten Erregung und zehrten an den Nerven der Wahlberechtigten. Die Agitation für den Volksentscheid in Oldenburg am 17. April 1932 wurde unterbrochen und überschattet durch die Wahl des Reichspräsidenten am 13. März 1932 (erster Wahlgang). Die Wahl galt weniger einem hohen politischen Funktionsträger als dem Bekenntnis zum Mythos des überparteilichen Führers und der Inkarnation des im Krieg bezeugten Deutschtums. Das Zentrum unterstützte vorbehaltlos die Kandidatur Hindenburgs. Auf dem Vertretertag des oldenburgischen Zentrums am 8. Januar 1932 hatte Prälat Kaas bereits davor gewarnt, die Reichspräsidentenwahl "in die Gegensätzlichkeiten rein parteipolitischer Betrachtungsweise" zu verwickeln, und zur Person Hindenburgs erklärt:

> "**Der Sieger von Tannenberg gehöre dem ganzen deutschen Volke** und stehe zu hoch, als daß man ihn in eine solche Debatte hineinziehen könne. Sein Verbleiben ist ein solcher **Aktivposten für die aussichtsreiche und organische Weiterentwicklung** sowohl der innen= und außenpolitischen Verhältnisse als auch der außenpolitischen Auseinandersetzungen, daß das deutsche Volk ungestraft sich dieses wertvollen Rückhalts nicht entäußern würde. Hindenburg als getreuer Eckart des deutschen Volkes an der historischen Wende der Nachkriegszeit müsse über und jenseits parteipolitischer Betrachtungsweise stehen."[212]

Auf einer großen "Hindenburg-Kundgebung" in Vechta zwei Tage vor dem ersten Wahlgang titulierte der Vechtaer Bürgermeister Dr. Robert Brandis Hindenburg mit der römischen Formel "Vater des Vaterlandes":

> "Der Vater des Vaterlandes, unser Hindenburg, hat sich dem deutschen Volke wieder zur Verfügung gestellt. Hindenburg hat Deutschland, unser Vaterland, nicht verlassen in seiner Not, und auch wir wollen unseren Hindenburg nicht verlassen, sondern treu zu ihm stehen. Hindenburg kennt keine Parteien, er kennt nur Deutschland."[213]

---

[212] OV vom 9.1.1932.
[213] OV vom 12.3.1932, auch zum folg.

Der Mythos Hindenburg erfüllte besonders in der kritischen Phase am Ende der Weimarer Republik das politische Bedürfnis nach einer patriarchalischen Führerfigur, deren Beziehung zum Volk nicht politisch oder gar parteipolitisch vermittelt wurde, sondern auf dem moralisch-religiösen Fundament von Treu und Glauben bestand. Im vor- und überparlamentarischen Raum angesiedelt, war es die Aufgabe des Reichspräsidenten, mehr als jede andere Institution in der Weimarer Republik Identität zu stiften und vom zermürbenden Streit der Parteien abzulenken. In der Ära Hindenburg, die von einem irrationalen politischen Nimbus umgeben war, und angesichts der bedrohlichen politischen Polarisierung wurde dieser Effekt noch potenziert. Das politische Identitätsmodell, das zeigte das Plebiszit für Hindenburg, war dem Konkurrenzmodell der Weimarer Republik bei weitem überlegen, weil es mehr als der zerstrittene Parlamentarismus die Idee vom deutschen Reich und deutscher Sendung zu personalisieren verstand. Hindenburg war nach den Worten des Grafen Franz von Galen, der Mitglied des preußischen Landtags war, Werkzeug göttlicher Vorsehung und Zeugnis göttlicher Gnade, um die man beten mußte und politisch nicht streiten durfte. Auf der Vechtaer Kundgebung erklärte Galen:

> "Wehe dem deutschen Volke, wehe uns, wenn wir Gottes Hand, die sich uns so sichtbar entgegenstreckt, zurückweisen. [...] **Beten Sie und vertrauen Sie auf Gott. Größer und furchtbarer wie im Weltkriege ist heute die Not. Heute mehr denn je brauchen wir einen eisernen Hindenburg. Daher wollen wir am 13. März unsere Stimme abgeben für Hindenburg, gleichsam einen Nagel einschlagen für Deutschlands Glück, und drei Hammerschläge sollen hell erklingen, der erste: unser Vertrauen auf Gott, der zweite: unsere Liebe zum Vaterland, und der dritte: unsere Treue zu Hindenburg. Und so wollen wir uns einen eisernen Hindenburg schaffen als Führer und Symbol eines freien, starken und einigen Vaterlandes. Deutschland, Deutschland über alles!** (Nicht endenwollender, stürmischer Beifall.)"

Das eigentliche Politische im deutschen Konservatismus, dem sich auch der Katholizismus bei der Wiederwahl Hindenburgs vorbehaltlos hingeben konnte, war immer noch das Unpolitische, das wie das Religiöse nicht rational begriffen, sondern nur seelisch ergriffen und erlebt werden konnte. Das war der irrationale Seelengrund eines Deutschtums, das Paul von Hindenburg, ein Herzens-Monarchist, scheinbar makellos repräsentierte und das mit den Parteien der Weimarer Demokratie nicht in Berührung kommen durfte. Hindenburg verkörperte den Staat, also das politische 'Ganze', während Parteien nur das Partikulare, also einen Teilwillen zum Ausdruck brachten. Darin hatte die Faszination, die von der Vaterfigur des greisen Reichspräsidenten ausging, sogar ihre politi

sche Ursache, daß er über den Parteien stand und in den Parlamentarismus der Weimarer Republik nicht verstrickt war. Die Wiederwahl des zum unpolitischen "Vater des Vaterlandes" stilisierten Hindenburg gehörte zu den größten Täuschungen und Lebenslügen der Weimarer Republik, denen auch der politische Katholizismus erlag. Franz von Galen griff in geradezu defätistischer Manier auf der Vechtaer Kundgebung zur religiösen Beschwörungsformel:

> "Und dieser allmächtige und barmherzige Gott hat uns allen die allerletzte Chance gegeben in Hindenburg und seinem Brüning."

Das Ergebnis des ersten Wahlganges am 13. März 1932 war in Oldenburg keine Überraschung. Hindenburg gewann die Wahl mit 45 % der Stimmen. Im Landesteil Oldenburg lag er mit rund 20 000 Stimmen vor seinem größten Konkurrenten Adolf Hitler, in Südoldenburg war sein Vorsprung erheblich größer.[214] Das beste Ergebnis in Südoldenburg erzielte Hindenburg im Amt Vechta (88,5 %), gefolgt vom Amt Cloppenburg (72,5 %) und vom Amt Friesoythe (62,2 %). In Südoldenburg vermeldete die meisten Stimmen für Hitler das Amt Friesoythe (29,1 %), gefolgt vom Amt Cloppenburg (21,1 %) und Vechta (7,5 %). Überdurchschnittliche Stimmengewinne konnte Hitler in den Ämtern Westerstede (69,3 %), Varel (66,0 %), Oldenburg (64,1 %) und in Elsfleth, Wildeshausen und Jever mit je einem Anteil von über 50 % erzielen.[215] Die zwischen dem Norden und Süden des Landesteils erkennbaren politischen Trennungslinien bestimmten auch den ersten Wahlgang in der deutschen Reichspräsidentenwahl. Für den zweiten Wahlgang am 10. April 1932 blieben die politischen Fronten unverändert. Im Landesteil Oldenburg lag Hindenburg mit 50,5 % vor Hitler (45,1 %) und konnte die Wahl für sich entscheiden. Eklatant war wieder der Gegensatz zwischen Nord- und Südoldenburg: Hindenburg gewann in Südoldenburg mit 80,8 % (Nordoldenburg 42,2 %), dagegen erreichte Hitler in Südoldenburg nur 17,2 % und in Nordoldenburg 52,7 %.[216] Ein Omen für die weitere politische Entwicklung in Oldenburg war auch dieses Mal aus dem Ergebnis der Reichspräsidentenwahl direkt nicht abzuleiten.

Wenige Wochen nach seiner Wiederwahl brach Hindenburg den politischen Bund mit "seinem Brüning", dem er nicht zuletzt den Sieg über Hitler zu verdanken hatte. In der Entlassung des Reichskanzlers am 30. Mai 1932 kam ein

---

[214] OV vom 14.3.1932.
[215] OV vom 16.3.1932.
[216] SCHAAP, Weg, S. 205: Anlage VII, Anm. 8.

Rechtsruck in der deutschen Politik zum Ausdruck, der auf den politischen Katholizismus nicht ohne Wirkung bleiben konnte. Die politische Mitte, die das Zentrum stets für sich reklamierte, hatte weiteren politischen Rückhalt verloren. Die folgenden Wahlen im Reich und in Oldenburg sollten diese Entwicklung nachhaltig bestätigen. Die Prognose, die die Vechtaer OV aufgrund des Wahlergebnisses vom 13. März 1932 für die politische Zukunft Oldenburgs machte, erwies sich als zu voreilig:

> "**Der Traum der Nationalsozialisten von der Erringung der absoluten Mehrheit im Oldenburgischen Landtage wird ausgeträumt sein.** Wenn nicht alles trügt, ist die nationalsozialistische Welle im Lande Oldenburg zum Stehen gekommen."[217]

1.5. Die Bildung der NS-Regierung Röver in Oldenburg

Der Volksentscheid in Oldenburg, der die Landtagsauflösung zum Ziel hatte, führte am 17. April 1932 mit rund 35 % Ja- bei 1,6 % Neinstimmen zum Erfolg. Ein Grund ist vor allem darin zu sehen, daß die Gegner des Volksentscheides - in erster Linie das Zentrum und die Sozialdemokratie - nicht zum Nein, sondern zur Wahlenthaltung aufgerufen hatten.[218] Deshalb fielen die Nein-Stimmen vor allem in Südoldenburg so gering aus, daß einige Gemeinden keine einzige Nein-Stimme vermeldeten. Nur als eine Fehleinschätzung der politischen Lage ist es zu verstehen, daß die Vechtaer OV die Stimmenthaltung der Gegner des Volksbegehrens wie einen Erfolg feierte und darauf aufmerksam machte, daß im gesamten Münsterland nur rund 11 % mit Ja gestimmt hätten, im Amt Vechta sogar nur 4,5 %.[219] Was sie unausgesprochen ließ, war die Tatsache, daß begründete Aussichten bestanden hatten, den Volksentscheid zur folgenschweren Landtagsauflösung mit vereinten demokratischen Kräften abzuwehren. Die Abstinenz von SPD und Zentrum hatte sich in Oldenburg nun im wiederholten Falle als das schlechteste politische Mittel zur Bewältigung der Krise erwiesen. Die durch den Volksentscheid erzwungene Landtagswahl wurde auf den 29. Mai 1932 festgelegt. Es sollte die letzte Landtagswahl im Freistaat Oldenburg werden.

Die Landtagswahl in Preußen am 24. April 1932, in der die Nationalsozialisten mit 162 Mandaten (1928: 9 Mandate) einen enormen Wahlerfolg errangen und

---

[217] OV vom 14.3.1932.
[218] GÜNTHER, Freistaat, S. 438.
[219] OV vom 18.4.1932.

damit den Grundstein für den Sturz der seit 1925 regierenden "Weimarer Koalition" unter Otto Braun (SPD) legten, warf ihre Schatten auch in Oldenburg voraus. Nach Ansicht von Karl Dietrich Bracher hatte sich in Preußen aus SPD, Zentrum und DDP eine Regierungskonstellation gebildet, die sich als "Bollwerk der 'Weimarer Koaliton' überhaupt, also des tragenden Gründungsbundes der demokratischen Parteien von 1918/19 behauptete".[220] Die Weimarer Koalition verlor in Preußen mit 162 von 422 Mandaten eindeutig ihre Mehrheit (1928: 230 von 450 Mandaten). Die SPD fiel von 137 Mandaten (1928) auf 93 zurück, die DNVP von 71 (1928) auf 31 Sitze und die Staatspartei von 22 (1928) auf zwei; das Zentrum verlor trotz eines leichten Zuwachses an absoluten Stimmen vier Mandate (1928: 71; 1932: 67). Die Vechtaer OV stellte angesichts des preußischen Wahlergebnisses fest, daß seit 1928 "eine wohl beispiellose Umschichtung der Wählerschaft vor sich gegangen" sei, zeigte aber auch Genugtuung darüber, daß eine Regierungsbildung ohne das Zentrum nicht möglich war:

> "Das 'System' Braun=Severing ist, wie nicht anders zu erwarten war, aus der Gleichgewichtslage gehoben - aber auch das Ziel der Hitler=Hugenberg ist nicht erreicht. [...] Ohne das Zentrum ist also nichts zu machen! [...] Die Zukunft wird lehren, ob H i t l e r [...] einen Weg zum Zentrum findet - oder nicht! Wenn auch in Preußen die Nationalsozialisten 'niemals mit dem Zentrum eine Regierung bilden' wollen, dann wird das der Zentrumspartei nichts verschlagen. Das Zentrum bleibt auch jetzt - und so oder so - in Preußen der Angelpunkt."[221]

Die Auflösung des Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen für den 29. Mai 1932 waren unmittelbare Folgen des politischen Taktierens der Parteien vor dem Hintergrund ideologischer und konfessioneller Grabenkämpfe. Sie lieferten ein negatives Beispiel dafür, wie eine parlamentarische Demokratie am mangelnden Willen zum demokratischen Konsens und der fehlenden Bereitschaft zum politischen Kompromiß zugrunde gehen konnte und die demokratischen Funktions- und Mandatsträger dem Verfall des demokratischen Systems tatenlos zuschauten, ihn gar durch eine Kette von politischen Fehlentscheidungen noch förderten und beschleunigten. Das Ende des Freistaates Oldenburg ist ein Lehrbeispiel für das Scheitern einer demokratischen Grundordnung, weil diese von ihren parlamentarischen Trägern nicht als das höhere politische Gut angesehen wurde, das es zu erhalten galt, und zwischen den ideologischen Komplexen und konfessionellen Befangenheiten der Parteien zerrieben wurde. An dem Scheitern des Freistaates Oldenburg war das katholische Zentrum - wie

---

[220] BRACHER, Preußen, S. 541.
[221] OV vom 25.4.1932. Carl Severing (SPD) war Innenminister in der Regierung Braun.

andere Parteien auch - in einem erheblichen Maße beteiligt und konnte sich dieser politischen Verantwortung nicht entziehen.

1.5.1. Durchbruch der NSDAP in der Landtagswahl vom 29. Mai 1932: "Die Mehrheit des oldenburgischen Volks hat so entschieden."

Massiv eröffnete Röver den "Kampf gegen das Zentrum im südlichen Oldenburg" und forderte die Ortsgruppen in Nordoldenburg auf, diesen Kampf im Münsterland finanziell zu fördern.[222] Das Zentrum wurde im Wahlkampf in gewohnter Weise von der katholischen Kirche unterstützt. Ein "Erlaß des Bischöflichen Offizialates zur Wahl am 29. Mai" erinnerte an "die Warnung der Bischöfe vor gewissen Parteien, die Euch bekannt sind," und mahnte:

> "Schöpft Eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern."[223]

Parteiführer Adolf Hitler kam zum zweitenmal nach Cloppenburg und sprach am 26. Mai 1932, am Fronleichnamstag, einem hohen katholischen Feiertag, in der Münsterlandhalle. Die Landvolkzeitung kündigte ihn mit den Worten an:

> "**Hitler spricht in Cloppenburg** am Donnerstag, dem 26. Mai (Fronleichnam), nachm. um 5 Uhr in der Markthalle."[224]

Damit griff Hitler drei Tage vor der entscheidenden Landtagswahl, die zur ersten Regierungsbildung durch die NSDAP in Deutschland führte, in den Wahlkampf in Oldenburg ein und wiederholte seinen Auftritt vom Vorjahr, als er am Himmelfahrtstag des Jahres 1931 - ebenfalls drei Tage vor dem Wahlgang - in Cloppenburg gesprochen hatte. Die Kundgebung wurde der Cloppenburger MT zufolge von ca. 5 000 Teilnehmern besucht. So gehörte auch die zweite "Hitlerversammlung" in Cloppenburg zu den größten politischen Veranstaltungen in Südoldenburg in der Endphase der Weimarer Republik. Die politische Lage in Oldenburg war 1932 aber eine völlig andere als 1931, weil sich inzwischen die Frage nach der Macht im Freistaat stellte. Deshalb nahm die

---

[222] KUROPKA, Wahrheit, S. 26: Schreiben des Gauleiters Röver an alle Ortsgruppen-, Bezirks-, Kreis- und Propagandaleiter im Gau Weser-Ems vom 23.4.1932.

[223] OV vom 23.5.1932; SCHAAP, Weg, S. 116: Erlaß vom 10. Mai 1932. Zur Publikation des kirchlichen Rundschreibens verfügte der Bischöfliche Offizial Meyer: "Dieser Erlaß ist an den beiden Sonntagen - 22. und 29. Mai d. J. - in der Frühmesse und im Hochamt von den Kanzeln zu verlesen und in den Kirchenblättern zeitig vor der Wahl bekannt zu geben."

[224] LV vom 14.5.1932; StAO 136 - 2871.

Zentrumspresse in Südoldenburg den zweiten Auftritt Adolf Hitlers in Cloppenburg ernst - ernster als noch ein Jahr zuvor - und setzte sich programmatisch mit dem Parteiführer auseinander. Zunächst richtete die Cloppenburger MT die Aufmerksamkeit ihrer Leser in gewohnter Weise auf das äußere Erscheinungsbild der Veranstaltung und schilderte in ihrem lokalen Teil in knapper Form den äußeren Verlauf der Kundgebung:

> "**Hitlerversammlung.** Gestern wurde in der Markthalle eine Versammlung der N.S.D.A.P. abgehalten, in der der Führer der Partei, Adolf Hitler, sprach. Die Versammlung war von auswärts stark besucht. Sogar aus den preußischen Nachbargebieten war man in Scharen gekommen. Die Besucherzahl wird uns von verschiedenen Seiten mit ca. 5 000 angegeben. Hitler sprach 1½ Stunden vor allem über die nationalsozialistische Bewegung."[225]

Nachdrücklich habe Hitler seine "Alles oder nichts"-Position bekräftigt, die offensichtlich - wie die Entwicklung in Oldenburg zeige - auf der ganzen politischen Linie gelte, und seine radikale Absage an das "System" erneuert:

> "Zur Frage einer Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten mit anderen Parteien erklärte Hitler, daß sie dann eine Position irgendwo im Reich einnehmen würden, wenn sie hierdurch ihren Kampf für das ganze Volk weitertreiben könnten, wenn sie das System aber fortsetzen sollten, das sie bisher geschlagen haben, so lehnen sie das ab. Lieber würden sie, wenn das notwendig werde, 10 Jahre weiter kämpfen."

In einem ausführlichen Kommentar setzte sich die Cloppenburger MT mit dem Auftritt Hitlers im südoldenburgischen Landtagswahlkampf auseinander und zeigte sich abermals politisch enttäuscht. Hitler verfüge weder über ein innen- noch über ein außenpolitisches Programm, sondern vertrete einen unverbindlichen Opportunismus und werbewirksamen Populismus:

> "**Hitler will alles, was alle wollen,** mögen die Willensrichtungen der einzelnen auch noch so konträr sein. Er vertritt bei gewissen Gelegenheiten alle Forderungen der **Arbeiter** und nimmt sich gleichzeitig auch aller Forderungen der **Kapitalisten und Industriellen** liebevoll an. Er will den Achtstundentag und will den Zehnstundentag, er setzt sich für die **Gewerkschaften** ein, und will sie, wenn er gerade seine Versprechungen vor Industriellen abgibt, auch zerschlagen. In diesen Kreisen verkündet er die sieghafte Idee der freien **Privatwirtschaft**, und anderswo vertritt er die Forderung eines **weitgehenden Sozialismus**. Er ist für die entschädigungslose **Enteignung** und erklärt den Großgrundbesitzern, die ihn trotz der landwirtschaftlichen Notlage mitfinanzieren, daß das beileibe nicht ernst gemeint sei. [...] Hitler bekennt sich jeweils zu dem, was die Volksgruppe fordert, zu der er gerade spricht."

---

[225] MT vom 27.5.1932, auch zum folg.

Außenpolitisch habe der Nationalsozialismus seine maßlosen Zielsetzungen, "den Versailler Vertrag samt allen ihm nachfolgenden Vertragswerken in Stükke zu zerreißen, die deutsche Schuldknechtschaft zu beseitigen und die deutsche Wehrmacht wieder aufzurichten", weitgehend zurückgenommen. Dadurch sei von den "nationalsozialistischen Verheißungen" weniger übriggeblieben als das, "was die republikanischen Regierungen immer wieder gefordert und vertreten haben". Damit sei Hitler "praktisch in die Reihe der sogenannten Erfüllungspolitiker" getreten. Diesen Kurswechsel führte die Cloppenburger MT auf den Erfolg von Brünings Finanzpolitik zurück:

> "Das geschah fast in dem Zeitpunkte, als die geschmähte 'Erfüllungspolitik' vor aller Welt die Unmöglichkeit der uns auferlegten Lasten dargetan und sie praktisch von unseren Schultern weggenommen hatte."

Die Cloppenburger MT kam zu dem Schluß, daß die NSDAP Adolf Hitlers keine Alternative zum Zentrum darstelle, und empfahl dem Wähler in Südoldenburg, "an der konsequenten Politik unseres Reichskanzlers Brüning" festzuhalten, "weil er hier weiß, wie er dran ist".

Einen Tag vor der angekündigten Wahlkampfveranstaltung mit Adolf Hitler - am Mittwochabend vor Fronleichnam - fand in Cloppenburg eine große Zentrumsversammlung statt. In der Cloppenburger "Walhalla" sprachen die Reichstagsabgeordneten Joseph Joos und Christine Teusch und der Landtagsabgeordnete Bernhard Sieverding aus Bakum. Diese Veranstaltung bot der lokalen Presse wieder eine willkommene Gelegenheit zum Vergleich der beiden politischen Lager, der wie 1931 erwartungsgemäß zugunsten der Zentrumspartei ausfiel. Die Cloppenburger MT veröffentlichte unmittelbar vor dem Wahltag ein pathetisches "Stimmungsbild", das von einem Teilnehmer der Zentrumsversammlung verfaßt worden war, und wies darin die Störversuche der mehrheitlich von außen angereisten "Nazijünger" entschieden zurück:

> "Man sieht sich die Radaubrüder etwas näher an. Sind es Cloppenburger Mitbürger? Bei Leibe nicht, es sind junge Burschen aus Oldenburg und Bremen und sonst woher, unter Führung eines Cloppenburgers vielleicht, den man zur Genüge kennt. Wenn das die wohldisziplinierte Jugend des Nationalsozialismus sein soll, dann armes Deutschland."[226]

---

[226] MT vom 28.5.1932, auch zum folg. Die südoldenburgische Zentrumspresse berichtete am Samstag, einen Tag vor der Wahl, ausführlich über die Zentrumskundgebung in der "Walhalla". Die Vechtaer OV sprach von einem "Häuflein Nazis, die, in der Hauptsache Auswärtige aus Osnabrück, sich bemühten, die Versammlung auf die Stufe einer Radauversammlung herabzudrücken". Nach Angaben der OV war der Saal bis auf den letzten Platz besetzt, dauerte die

Christine Teusch beschwor auf der Kundgebung das Idealbild der christlichen Frau, der christlichen Ehe und Familie und erntete "sehr zum Aerger der Nazijünglinge" großen Beifall. Im "Stimmungsbild" der Cloppenburger MT wurde der Auftritt der Reichstagsabgeordneten geradezu zelebriert:

> "Lautlos wird es im Saale, wie sie mit tiefem Ernste von der christlichen Familie spricht und von den nicht genug zu verurteilenden Angriffen auf die Einheit und Unlösbarkeit der Ehe und auf die Würde der Frau und Mutter. Glänzende Ausführungen. Und das Urteil der großen Versammlung über die ausgezeichneten Reden? Man wird begeistert, man spendet spontan Beifall, sehr zum Aerger der Nazijünglinge. Sie fühlen es, sie sind geschlagen."

Die Gegner des Zentrums, "ein Nazi, ein Kommunist, ein Landvölkler", erhielten auf der Zentrumsversammlung das Wort, aber ihre Versuche, die Kundgebung politisch aufzuwiegeln, schlugen völlig fehl. Die Reden von Joos und Sieverding wurden dem Bericht zufolge nicht mehr gestört. Sie bezeichneten übereinstimmend "alle Radikalisierung nach rechts und links" als ein nationales Unglück und lehnten "die längst bekannten Phrasen und Beschimpfungen" der Nationalsozialisten ab:

> "Mit Radikalisierung des Volkes, insbesondere des Bauernstandes und des Mittelstandes, ist es nicht getan, in der Verhetzung des Stadt= und Landvolkes liegt die Rettung wahrlich nicht. Eine gewaltige Verantwortung laden die auf sich, die den inneren Zwist schüren. Nur eine echte Schicksalsgemeinschaft kann uns aus dem Elend befreien. Brausender Beifall. [...] **Sonntag wählt Cloppenburg=Krapendorf die Zentrumsliste."**

Nach dem Bericht der Vechtaer OV, die die Reden auf der Kundgebung auszugsweise wiedergab, würdigte Joos in erster Linie die politische Leistung von Reichskanzler Heinrich Brüning:

> "Wir kennen das Wort des Reichskanzlers von **den 100 Metern vor dem Ziel!** Was hat Dr. Brüning damit gemeint? Welches ist sein Ziel? Sein Ziel ist **politische Freiheit und wirtschaftliche Errettung.**"[227]

Versammlung vier Stunden und wurde erst nach Mitternacht geschlossen. Den politischen Gegnern wurde eine Redezeit von 10 Minuten eingeräumt. Als Vertreter der Landvolkpartei war Dr. Böckelmann, der auch der Redaktion der Landvolkzeitung angehörte, auf der Versammlung vertreten. (OV vom 28.5.1932)

[227] OV vom 28.5.1932.

Doch das Brüning-Echo fiel 1932 - wenige Tage vor der Entlassung des Reichskanzlers - wesentlich verhaltener aus als noch ein Jahr zuvor; die großen Hoffnungen waren verflogen. Wie ein Schock lähmte das Ergebnis der oldenburgischen Landtagswahl vom 29. Mai 1932 das Zentrum und riß es aus allen politischen Hoffnungen, zu denen es sich selbst immer wieder ermuntert hatte. Die Nationalsozialisten errangen im Freistaat mit 24 von insgesamt 46 Mandaten die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag und konnten allein regieren. Das Zentrum, das 15,5 % erzielte, verlor 8,9 % seiner Wähler aus der Landtagswahl von 1931 (17,6 %). Es war mit einem Schlage Oppositionspartei geworden. Ebenso wie die SPD, die 7,1 % ihrer Wähler von 1931 verloren hatte, büßte die Zentrumspartei zwei Mandate ein und stellte im Landtag nur noch sieben Abgeordnete.[228] In Südoldenburg konnten die Nationalsozialisten am 29. Mai 1932 ihren Stimmenanteil gegenüber den Landtagswahlen vom 17. Mai 1931 fast verdoppeln: Dieses Mal jedoch nicht weiter auf Kosten der Landvolkpartei, die ihren Abwärtstrend anhalten und sogar noch 1 000 Stimmen gewinnen konnte, sondern vor allem auf Kosten des Zentrums, das fast 4 000 Stimmen verlor und zu großen Teilen an die NSDAP (1931: 4 437; 1932: 8 411) abgab. Die Verluste des Zentrums kamen in erster Linie der NSDAP zugute, die in Südoldenburg 16,6 % (1931: 8,8 %) der Stimmen erzielte.

Es gelang der NSDAP in Oldenburg bei der Landtagswahl am 29. Mai 1932, ihre schwache Position im katholischen Bevölkerungsteil auszubauen. In Südoldenburg konnte sie ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Im Amt Vechta erhielt die NSDAP 9,4 %, im Amt Cloppenburg 18,8 % und im Amt Friesoythe sogar 31,0 %. Das Zentrum erzielte sein bestes Ergebnis im Amt Vechta mit 77,2 %, gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 62,0 % und vom Amt Friesoythe mit 52,9 %. Die oldenburgische Landvolkpartei schnitt am besten ab im Amt Cloppenburg mit 16,1 %, gefolgt vom Amt Vechta mit 9,5 % und Friesoythe mit 7,0 %.[229] Die Wahlbeteiligung lag in allen südoldenburgischen Ämtern über dem Landesdurchschnitt. Die höchste Wahlbeteiligung verzeichnete das Amt Vechta mit 83,3 %, gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 79,7 % und vom Amt Friesoythe mit 75,7 %. Die Wahlbeteiligung betrug im Freistaat bei den Landtagswahlen 1932 75,6 % und lag damit über dem Ergebnis von 1931 mit 74,9 %.[230] Trotz einer erfolgreichen Mobilisierung der Wähler mußte das Zentrum, die traditionelle konfessionelle Milieupartei Südoldenburgs, zwei Man

[228] MT vom 30.5.1932.
[229] SCHAAP, Weg, S. 203.
[230] SCHAAP, Weg,. S. 201: Anlage III.

date an die NSDAP abgeben. Nach Meinung der Cloppenburger MT war dieser Mißerfolg "neben dem Verlust an Wählern auf die erhöhte Wahlbeteiligung zurückzuführen".[231] Damit war den Nationalsozialisten ein Einbruch in den "Zentrumsturm" gelungen, wie die Vechtaer OV zutreffend feststellte.[232] Die Landtagswahl am 29. Mai 1932 hatte gezeigt, daß die politischen Ressourcen des katholischen Milieus in Südoldenburg so gut wie erschöpft waren. Ihre größte Klientel hatte die NSDAP aber weiterhin in der evangelischen Landbevölkerung, die zu 65,7 % (1931: 56,0 %) für sie votierte. Trotz der Verluste konnten sich die Arbeiterparteien und das Zentrum bei dieser Wahl im Vergleich zum bürgerlichen Lager noch relativ gut behaupten.[233] Mit dem Cloppenburger Maler Leonhard Niehaus und dem Landwirt Heinrich Vorwerk aus Westeremstek, dem ehemaligen Landvolkführer, zogen die ersten südoldenburgischen Abgeordneten für die NSDAP in den oldenburgischen Landtag ein. Für die Landvolkpartei erhielt der Kaufmann und Gemeindevorsteher Johannes Meyer aus Goldenstedt ein Mandat. Das Zentrum verlor zwei Mandate und stellte nunmehr nur sieben Abgeordnete im neuen oldenburgischen Landtag.[234]

Die Cloppenburger MT war sich über die politischen Konsequenzen des Wahlausgangs völlig im klaren und notierte in realistischer Einschätzung der Lage:

> "Die Nationalsozialisten werden die Regierung stellen und sie können regieren, wie sie es für gut befinden. Keine Partei kann ihnen dazwischenreden. Oldenburg ist damit das erste Land im Deutschen Reich, das eine rein nationalsozialistische Regierung hat. Über Koalitionsmöglichkeiten braucht man sich nicht den Kopf zerbrechen."[235]

Mit Blick auf diese für den katholischen Volksteil ernüchternde Feststellung forderte die katholische Zeitung in Cloppenburg die Loyalität ihrer Leser ge

---

[231] MT vom 30.5.1932.
[232] OV vom 30.5.1932.
[233] SCHAAP, Endphase, S. 188f.
[234] OV vom 30.,31.5.1931; MT vom 31.5.1932.
[235] MT vom 30.5.1932; GELHAUS, 1933, S. 43, auch zum folg. Politisch nicht so entschieden wie die MT äußerte sich auch die Vechtaer OV und bedauerte den Ausgang der Wahl: "Wenngleich wir dieses Ergebnis als bedauerlich und nicht im Interesse des Landes Oldenburg ansehen, so ist **die Situation insofern eindeutig klar, daß die Nationalsozialisten gezwungen sein werden, die volle Verantwortung für alle Maßnahmen und Beschlüsse zu übernehmen.** Sie haben die Macht, aber auch die Verantwortung. Wie sie diese Macht gebrauchen werden, bleibt abzuwarten; gebrauchen sie ihre Macht im Sinne einer einseitigen Parteiherrschaft, dann wird die zukünftige Entwicklung nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten bleiben." (OV vom 30.5.1932)

genüber der neuen Regierung in Oldenburg ein und verwies auf die demokratische Legalität, die sie ins Amt gebracht habe:

> "Die Mehrheit des oldenburgischen Volks hat so entschieden und nach den Regeln der Demokratie - übrigens kommt in diesem Falle diese Staatsform ihren eigenen Gegnern zugute - entscheidet der Wille der Mehrheit. Eine Regierung der Nationalsozialisten mag manchem nicht passen, es kommt nicht darauf an. Die kommende Regierung des Oldenburger Landes, die eine nationalsozialistische sein wird, ist als Regierung wie jede andere anzuerkennen. Sie hat wie jede andere Staatsautorität und dieser ist wie jeder andern Gehorsam zu leisten. Das ist Pflicht eines jeden oldenburgischen Staatsbürgers, auch wenn er lieber eine andere Regierung sähe. [...] Sollten die Rechte der Katholiken auf das schwerste verletzt werden, so werden diese sich zu wehren wissen und man kann die sichere Ueberzeugung haben, daß auch diejenigen Katholiken, die jetzt nationalsozialistisch gewählt haben, sich dann in die katholische Front stellen werden."

Die Cloppenburger MT äußerte eine deutliche Kritik an der demokratischen Staatsform, weil sie "ihren eigenen Gegnern zugute" komme. Sie schätzte die politische Entwicklung nach dem 29. Mai 1932 richtig ein und erinnerte an die fortdauernde Gültigkeit der politischen Maximen, die das Verhalten und Handeln des südoldenburgischen Katholizismus im konstitutionellen Zeitalter, aber auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bestimmt hatten und auch jetzt, in der landespolitischen Umbruchsituation im Mai 1932, maßgeblich waren: Loyalität gegenüber der Staatsgewalt, von wem sie auch immer getragen wurde, und uneingeschränkte Treue zur katholischen Kirche, die in der christlichen Tradition Südoldenburgs verwurzelt war. Im Zielkonflikt um die Treue gegenüber dem Staat oder der katholischen Kirche - davon ging die Cloppenburger MT aus - würden politische Prioritäten, die bei der Wahlentscheidung für die NSDAP am 29. Mai 1932 wirksam geworden waren, wieder zugunsten des Konfessionalitätsprinzips zurückgenommen. Dieses stellte die einzige Garantie für die Geschlossenheit des katholischen Milieus in Südoldenburg dar. Die politische Konstellation, die die Cloppenburger MT für die Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft avisierte, war nicht neu und in der Vergangenheit in zahlreichen Kulturkampfsituationen eingeübt worden.

Daß die Einbußen des Zentrums nicht dramatischer ausfielen, ist in erster Linie auf den Faktor katholische Konfession zurückzuführen, der in katholischen Milieus eine größere Bedetung genoß als die soziale und ökonomische Komponente, die sich vor allem in der politischen Radikalisierung des alten Mittelstandes äußerte. Am stärksten öffneten sich bei den Landtagswahlen der Jahre 1931 und 1932 in Südoldenburg die Gemeinden des Amtes Friesoythe der NSDAP, das eine geringere konfessionelle und soziale Homogenität als die

Ämter Cloppenburg und Vechta aufwies. Nach der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 betrug der Anteil der protestantischen Bevölkerung im Amt Friesoythe 25,5 % (Cloppenburg: 3,5 %; Vechta: 6,5 %). Der Anteil der Arbeiter erreichte im Amt Friesoythe mit 22,7 % (Cloppenburg: 14,7 %; Vechta: 16,5 %) den höchsten Wert in Südoldenburg, der der Selbständigen in der Landwirtschaft, im Handwerk und im Handel, die den alten Mittelstand bildeten, mit 37,8 % (Cloppenburg: 43,1 %; Vechta: 41,3 %) den geringsten Wert.[236] Außerdem verlor die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei im Amt Friesoythe von den Landtagswahlen des Jahres 1928 (18,7 %) bis 1932 (7,0 %) anteilmäßig mehr Stimmen als im Amt Cloppenburg (1928: 24,95 %; 1932: 16,1 %) und im Amt Vechta (1928: 10,8 %; 1932: 9,5 %). Landvolkpartei und NSDAP erzielten bei der Landtagswahl am 29. Mai 1932 in Südoldenburg mit 38,0 % die meisten Stimmen im Amt Friesoythe, gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 34,9 % und vom Amt Vechta mit 18,9 %. Im Amt Vechta erzielte das Zentrum traditionell seine besten Werte und konnte bei den Landtagswahlen von 1928 (76,4 %) bis 1932 (77,2 %) sogar noch 0,8 % gewinnen.[237] Dieses Ergebnis ist offensichtlich auf die Nähe der leitenden kirchlichen Institutionen zurückzuführen, die in Vechta konzentriert angesiedelt waren.

1.5.2. Bekenntnis zur "legalen Revolution": "Was können wir dafür, daß sich die Demokratie mit ihren eigenen Waffen geschlagen hat!"

Der neue Ministerpräsident des Freistaates Oldenburg, Carl Röver, wurde in der Landtagssitzung am 16. Juni 1932 nicht nur mit den Stimmen der NSDAP, sondern auch mit den beiden Stimmen der DNVP und der Stimme des Landvolkabgeordneten Johannes Meyer (Goldenstedt) gewählt.[238] Mit dem neuen Ministerpräsidenten Röver traten die Minister Pauly (Minister der Finanzen und der sozialen Fürsorge) und Spangemacher (Minister der Justiz und der Kirchen und Schulen) ihr Amt an.[239]

> Der gebürtige Birkenfelder Julius Pauly (1901 - 1988) trat 1927 nach dem juristischen Staatsexamen in den oldenburgischen Staatsdienst ein und war bei den Amtsgerichten in Brake und Oldenburg tätig. Am 1. Oktober 1931 wurde Pauly Mitglied der NSDAP und bereits ein Jahr später Ortsgruppenleiter in Oldenburg. Im Frühjahr 1932 wurde er in den Landtag gewählt und trat im Juni 1932 in die erste nationalsozialistische Regie

[236] SCHAAP, Weg, S. 200: Anlage II.
[237] SCHAAP, Weg, S. 203: Anlage V.
[238] GÜNTHER, Freistaat, S. 441.
[239] OV vom 17.6.1932; SCHAAP, Weg, S. 123.

rung Röver als Minister für Finanzen und soziale Fürsorge ein. Nach der Ernennung Rövers zum Reichsstatthalter erhielt Pauly im Zuge einer Kabinettsverkleinerung (nur noch zwei Minister) im Juni 1933 die Ministerien für Finanzen, Justiz sowie für Kirchen und Schulen. Er versuchte, vor allem in den Schulen die nationalsozialistische Ideologie durchzusetzen und löste durch den "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 in Südoldenburg den sog. "Kreuzkampf" aus, der mit der Rücknahme des Erlasses auf einer Großveranstaltung in der Cloppenburger Münsterlandhalle am 25. November 1936 endete. Bei der Einführung der deutschen Gemeinschaftsschule kam es 1938 zu weiteren Schulkämpfen in Südoldenburg. Ende 1942 wurde Pauly Soldat und kam nach der Kriegsgefangenschaft im Herbst 1946 nach Oldenburg zurück. Im Entnazifizierungsverfahren wurde er 1950 in die Kategorie III (Minderbelasteter, der aber den Nationalsozialismus "wesentlich gefördert" hat) eingestuft. In den Staatsdienst kehrte er nicht wieder zurück. [240]

Zum Landtagspräsidenten war zuvor der Oldenburger Georg Joel (NSDAP) gewählt worden.[241]

Der gebürtige Wilhelmshavener Georg Karl Joel (1898 - 1981) begann nach der Realschule eine Lehre bei der Staatseisenbahn. Nach dem Kriegsdienst kehrte er in seinen Beruf zurück und schloß sich wie viele andere Frontsoldaten völkischen Gruppen an. Bereits 1925 trat er der NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg bei und wirkte an ihrem organisatorischen Aufbau entscheidend mit. Seit November 1930 gehörte er dem Oldenburger Stadtrat und von 1931 bis 1933 auch dem Landtag an, der ihn im Juni 1932 zu seinem Präsidenten wählte. Nach der Gleichschaltung der Länder wurde Joel von Reichsstatthalter Röver zum oldenburgischen Ministerpräsidenten ernannt und übernahm nach Kabinettsbeschluß vom 15. Mai 1933 zusätzlich das Innenministerium. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Joel im ehemaligen KZ Esterwegen interniert und 1949 von einem Bielefelder Schwurgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er übernahm den Landesvorsitz der rechtsextremen Deutschen Reichspartei und gehörte für sie von 1955 bis 1959 dem niedersächsischen Landtag bzw. 1956 dem Oldenburger Stadtrat an. Joel, der später der NPD nahestand, "gehörte zu den hartnäkkigen und uneinsichtigen Parteifunktionären und suchte noch gegen Ende seines Lebens den verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes zu leugnen".[242]

Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten erklärte Röver gegenüber dem Landtag, daß er sein Amt "auf Befehl des Führers" übernommen habe. Auf Zwischenrufe, daß mit Pauly und Spangemacher "2 Parteibuch-Beamte" in die neue Regierung eintreten sollten, reagierte Röver ungehalten und wies die Kritik scharf zurück:

---

[240] FRIEDL, Handbuch, S. 556f. (von Werner Vahlenkamp).
[241] OV vom 17.6.1932; SCHAAP, Weg, S. 123.
[242] FRIEDL, Handbuch, S. 356f. (von Peter Haupt).

> "Meine Herren! In 24 Monaten werde ich mich an dieser Stelle verantworten, und dann können Sie meine Taten richten."[243]

Zuvor hatte Röver die Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Frerichs mit den Worten "Sie müssen sich daran gewöhnen, daß Sie hier nichts mehr zu sagen haben." unterbrochen. Diesem Zwischenruf kam eine geradezu programmatische Bedeutung zu. Frerichs fuhr fort:

> "Wir werden nach wie vor alles das sagen, was wir zu sagen notwendig halten, und wenn Sie glauben, mit Gewalt Ihr Ziel erreichen zu können ... (Abg. Röver: Wir werden unsere Macht brutal ausnutzen.) An Ihrer Brutalität habe ich noch nie gezweifelt, aber ob Brutalität gerecht und auf die Dauer haltbar ist, das ist eine andere Frage. Wenn Sie durchführen, was Sie in Aussicht gestellt haben, gut, dann sind wir zufrieden, aber so lange wir hier sind, werden wir das sagen, was uns notwendig erscheint." [244]

So bewies die NSDAP bereits in der konstituierenden Sitzung des Landtags, daß sie von ihren neuen politischen Möglichkeiten ohne Rücksicht auf parlamentarische Pflichten und Rechte Gebrauch machen wollte.[245] In Oldenburg herrschten nach dem 16. Juni 1932 wieder klare politische Verhältnisse, wie man sie hier seit dem Tode von Ministerpräsident von Finckh am 13. Juli 1930 nicht mehr angetroffen hatte. Die Wahl des Katholiken Spangemacher zum Minister für Kirchen und Kirchen empfand der evangelische Oberkirchenrat als eine politische Brüskierung. Sein Präsident, Dr. Heinrich Tilemann, legte dagegen Protest ein und forderte auch weiterhin die "Besetzung des Ministeriums der Kirchen und Schulen durch einen dem evangelischen Bekenntnis angehörenden Minister" - ein Beleg für "die zur damaligen Zeit noch bestehende tiefe Kluft der Entfremdung und des Mißtrauens zwischen den beiden Kirchen" und die Angst der evangelischen Kirche, ihren gewohnten Einfluß auf das politische Leben in Oldenburg zu verlieren. Allerdings verriet der Protest auch, daß der Oberkirchenrat die weitreichende Bedeutung der politischen Vorgänge in Deutschland noch nicht erfaßt und noch nicht realisiert hatte, "daß das Reich am Vorabend eines das Christentum in seiner Existenz bedrohenden Kirchen

---

[243] StAO 39 - 21184: VII. Lt., 1. Vers., 1. Sitzung, 16.6.1932, S. 41; OV vom 17.6.1932: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung am 16. Juni 1932. Gleichzeitig kündigte Röver an, daß die Minister für den Monat Juni auf ein Gehalt verzichten würden und - "da wir an sich laut Gesetz nicht darauf verzichten können und dürfen" - diese Gelder einem sozialen Zweck zugeführt werden sollten. Der Zwischenruf stammte von dem SPD-Abgeordneten Emil Zimmermann.

[244] StAO 39 - 21184: VII. Lt., 1. Vers., 1. Sitzung, 16.6.1932, S. 31.

[245] SCHAAP, Endphase, S. 192f.

kampfes stand, der ein Jahr später auch in Oldenburg mit der reichsgesetzlich angeordneten Wahl zur Landessynode am 23. Juli 1933 [...] begann."[246]

> Der gebürtige Westfale Heinrich (Heinz) Spangemacher (1885 - 1958) war Lehrersohn und studierte klassische Philologie und Geschichte in München. 1912 zog er als Privatlehrer nach Oldenburg. Nach dem Kriegsdienst schloß sich Spangemacher 1921 der Brigade Ehrhardt an und trat noch im gleichen Jahr der NSDAP bei. Als Parteiredner stieg er zum stellvertretenden Gauleiter auf. 1929 übernahm er die Schriftleitung des Parteiorgans "Der Nordwestdeutsche Freiheitskämpfer" und wurde 1930 in den Reichstag und in den Oldenburger Stadtrat gewählt. Am 16. Juni 1932 trat der Katholik Spangemacher als Minister für Kirchen, Schulen und Jusitz in die Regierung Röver ein. Durch Einschüchterung der Lehrer und eine rücksichtslose Versetzungspolitik versuchte er die Schulen des Landes im nationalsozialistischen Sinne umzugestalten. Dazu gehörte auch die Aufhebung der konfessionell getrennten Oberschulkollegien. Trotz stürmischer Proteste gegen Spangemacher blieb der "alte Kämpfer" bis zum 5. Mai 1933 im Amt und übernahm nach seinem Abschied aus dem ersten nationalsozialistischen Kabinett in Oldenburg das Amt des niedersächsischen Landesführers der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung; als solcher gehörte er auch der NSDAP-Gauleitung an. Als Abgeordneter des Wahlkreises Leipzig bzw. Südhannover-Braunschweig hatte Spangemacher zwischen 1934 und 1945 auch einen Sitz im Reichstag. Er verstarb am 14. August 1958 in Münster.[247]

Die Regierungserklärung Rövers am 1. Juli 1932 eröffnete keine konkreten politischen Perspektiven und zeichnete bewußt ein düsteres Bild der politischen Lage in Oldenburg. Einzige Richtschnur für die Regierungspartei NSDAP blieb die Stärkung ihrer eigenen Position. Die "Rettung des Freistaates" könne, so Röver in der Regierungserklärung, nur von Berlin ausgehen, würde aber scheitern, "wenn nicht in kürzester Zeit vom Reich eine Politik auf allen Gebieten des Lebens in nationalsozialistischem Sinne einsetzt". Mit diesem Hinweis versuchte Röver, die Bevölkerung auf die bevorstehende Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 einzustimmen und sich gleichzeitig ein Alibi für eventuelle Mißerfolge zu verschaffen.[248] In kulturpolitischen Fragen zeigte sich der neue Ministerpräsident zunächst konziliant und versuchte zu beschwichtigen, wenn er zu dem Wort vom "positiven Christentum" lapidar ankündigte:

> "Daneben wird das Staatsministerium auf kulturpolitischem Gebiet im nationalen und christlichen Sinne Aufbauarbeit leisten."[249]

---

[246] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 139f.
[247] FRIEDL, Handbuch, S. 678f. (von Hilke Günther-Arndt); RADEMACHER, Weser-Ems, S. 368.
[248] SCHAAP, Endphase, S. 196f.
[249] ECKHARDT, Landtagsreden, S. 42.

Politische Festlegungen wollte der neue Minsterpräsident erkennbar vermeiden und verlor sich so in allgemeinen Absichtserklärungen. Da sich die Parteiführung dieser Problematik bewußt war, verhinderte sie im Landtag eine Aussprache über die Regierungserklärung Rövers.[250] Neben ihrer grundsätzlichen Haltung, der Ignorierung des Parlaments und der Ausschaltung der parlamentarischen Opposition, stand hinter dieser Maßnahme auch die Absicht der NSDAP, den gegnerischen Parteien im Wahlkampf für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 jede Kritik an der Regierung im Landtag unmöglich zu machen.[251] Die nachhaltige demokratische Mahnung Wempes, daß "das Volk, auch die nationalsozialistische Wählerschaft," ein Recht darauf habe, "daß es unterrichtet wird über das, was die verantwortlichen Organe der oldenburgischen Regierung und Gesetzgebung tun", beantwortete der NSDAP-Abgeordnete Herzog mit dem Zwischenruf:

> "Die warten schon lange darauf, daß diese Quasselbude geschlossen wird, die bloß Geld kostet."[252]

Am 6. Juli 1932 wurde der oldenburgische Landtag auf Antrag der NSDAP-Fraktion auf "unbestimmte Zeit" vertagt. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Heinrich Wempe, bezeichnete es "auch jetzt noch, wo eine absolute Mehrheit einer Partei im Oldenburger Landtag vorhanden ist", als die Aufgabe des Parlaments, "die Anliegen und Sorgen und Nöte der gesamten Oldenburger Bevölkerung verantwortungsbewußt hier zu verhandeln und zu einer bestmöglichen Entscheidung zu bringen". Er bedauerte die Vertagung des Landtags, weil "das Volk, auch die nationalsozialistische Wählerschaft," ein Recht darauf habe, "daß es unterrichtet wird über das, was die verantwortlichen Organe der oldenburgischen Regierung und Gesetzgebung tun". Wempe kämpfte für die Fortdauer des Parlamentarismus und den Erhalt des Freistaates, in dem die schul- und kulturpolitischen Interessen des katholischen Bevölkerungsteils noch am besten vertreten werden konnten, zumal die NSDAP seine Partei von der Regierung ferngehalten hatte und keine Richtungsänderung erkennen ließ. So rückte der Landtag wieder in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Wempe nahm die NSDAP in die politische Verantwortung und warnte die Regierung Röver vor den Folgen der Ausschaltung des Parlaments:

---

[250] SCHAAP, Endphase, S. 197; SCHAAP, Weg, S. 126f. Die beiden Abgeordneten der DNVP verließen vor der Abstimmung über den entsprechenden Antrag den Plenarsaal. Gemeindevorsteher Johannes Meyer aus Goldenstedt (LVP), der bisher die NSDAP unterstützt hatte, stimmte mit Nein.
[251] SCHAAP, Endphase, S. 198.
[252] SCHAAP, Weg, S. 127.

> "Sie mögen heute die Vertagung des Landtages beschließen, Sie mögen den Landtag auf unbestimmte Zeit vertagen, aber diese Regierungsarbeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit hinter den Kulissen werden Sie nicht lange fortsetzen. Dann lehnt sich auch Ihre Wählerschaft dagegen auf."

Der SPD-Fraktionsvorsitende Frerichs schloß sich der Erklärung Wempes an: "Jeder vernünftige Mensch im Lande" könne "sich aus diesen Dingen seinen Vers machen". Wer "eine ordentliche Sache" zu vertreten habe, brauche "das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen".[253] In diesem Sinne äußerte sich auch der DStP-Abgeordnete Ehlermann und lehnte den Antrag ab. Mit der NSDAP stimmten die beiden DNVP-Abgeordneten für die Vertagung des Landtags, der erst gegen Ende des Jahres wieder zusammentrat.[254]

Mit der vorläufigen Ausschaltung des Parlaments hatte Röver zwar "das Forum politischer Debatte und Auseinandersetzung beseitigt, mußte dafür aber in Kauf nehmen, daß sich die Kritik um so heftiger in der Presse äußerte".[255] Die Verweigerungshaltung der NSDAP erwies sich als taktischer Fehler, wie sich umgehend zeigte. Wegen der Verhinderung einer parlamentarischen Aussprache über die Regierungserklärung Rövers im Landtag veröffentlichte der Landvolkabgeordnete Johannes Meyer aus Goldenstedt, der Röver mitgewählt hatte, eine politische Stellungnahme, die am 7. Juli 1932 in Form eines offenen Briefes unter dem Titel "Entspricht die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Oldenburgischen Landtage den Erwartungen des Volkes?" in den "Nachrichten für Stadt und Land" erschien. Meyer kam darin zu einem negativen Urteil. Noch war die Presse frei. In seiner öffentlichen Erklärung, mit der er seine Distanzierung von der NSDAP einleitete, vermißte der Landvolkabgeordnete in der Regierungserklärung Rövers "konkrete Vorschläge" und ein "fertiges Programm", das einen grundlegenden politischen Kurswechsel zum Ziele haben sollte. Meyer kündigte seine politische Unterstützung für die Regierung Röver auf, weil sie sich nicht radikal von der "Parteipolitik" alten Stils absetzte und eine "Änderung des ‘Systems’" von ihr nicht zu erwarten sei:

> "Die Regierungserklärung ist ganz allgemein gehalten und nur im Sinne der **Nationalsozialistischen Partei** abgegeben. Das geht schon daraus hervor, daß der Ministerpräsident erklärte, das Staatsministerium würde die Leitung der Geschäfte im nationalsozialistischen Geist ausüben. [...]

---

[253] StAO 131 - 96: VII. Lt., 1. Vers., 3. Sitzung, 6.7.1932, S. 10, 32f., 38.
[254] SCHAAP, Weg, S. 127f.
[255] GÜNTHER, Freistaat, S. 442.

> Die nationalsozialistische Regierung appelliert an die **gesamte** Bevölkerung um tatkräftige Unterstützung und macht Stadt und Land auf die Pflichten dem Staate und den Gemeinden gegenüber aufmerksam. Sie erwähnt aber bereits, daß sie **nur** in nationalsozialistischem Sinne regieren will, und erwähnt nichts von den Pflichten, die der Staat gegenüber den Steuerzahlern und Bürgern hat. Die Erklärung, daß die Bevölkerung selbst unter den größten Opfern den Staat finanziell erhalten soll, hat auch jede frühere Regierung abgegeben. Es geht daraus hervor, daß die neue Regierung bereits im alten Fahrwasser angelangt ist und gar nicht mehr an eine Änderung des 'Systems' denkt. [...]
> Als ich seinerzeit als Vertreter der Landvolkpartei dem Ministerium meine Stimme gab, habe ich erwartet, daß von nun an Staatspolitik und nicht Parteipolitik betrieben würde ... Jetzt muß ich also feststellen, daß ich der jetzigen Regierung nicht mein Vertrauen schenken kann, da der alte Kurs unter einer anderen Firma weitergeht ..."[256]

Meyer brach nicht mit der NSDAP, weil er ihren Antiparlamentarismus nicht billigte, sondern weil sie die angekündigte politische 'Wende' nur halbherzig vollzog. Dabei waren seine Erwartungen, die er an eine "Staatspolitk" stellte, die nicht "Parteipolitik" war, in sich widersprüchlich und stimmten mit der politischen Realität in Oldenburg nicht überein. Auf einer "Regierungs=Kundgebung vor den Vertretern der oldenburgischen Verwaltung und Wirtschaft" am 8. Juli 1932 in der Oldenburger "Union" griff Ministerpräsident Röver den "Artikel des Herrn Gemeindevorstehers Meyer in Goldenstedt" auf. Der Gemeindevorstand von Goldenstedt hatte eine Teilnahme an der Kundgebung mit der Begründung abgelehnt, daß eine Debatte im Anschluß an die Erklärung Rövers nicht vorgesehen sei und man den Verlauf der Veranstaltung auch der Presse entnehmen könne. Röver attackierte Meyer maßlos:

> "Volk, Staat, Landtag, Regierung sind ein einheitlicher Block, das müssen Sie nun anerkennen, ob Sie wollen oder nicht. Deshalb ist es notwendig, daß wir uns befassen mit einem Artikel, so lang er ist, grundsätzlich ist in allen seinen Teilen: der Artikel des **Herrn Gemeindevorstehers Meyer in Goldenstedt** ... Dieser Herr schickte mir einen Brief, der typisch ist für einen Menschen, der glaubt, er könne sich loslösen aus dem großen Rahmen eines allgemeinen Wollens und Willens ..."[257]

---

[256] SCHAAP, Weg, S. 128f.: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 7.7.1932. Meyer begründete sein Vorgehen mit dem Hinweis: "Da es von den Nationalsozialisten nicht geduldet wurde, in eine Aussprache über die Regierungserklärung einzutreten, so bin ich gezwungen, mich in der Presse zu äußern."

[257] SCHAAP, Endphase, S. 198f.; SCHAAP, Weg, S. 130f.: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 9.7.1932. In der Einladung an die Interessenverbände der Wirtschaft, die drei Kammern und die Verwaltungsspitzen aus Ämtern, Städten und Gemeinden zu der "großen Kundgebung aller aufbauwilligen Kräfte" - die Arbeitnehmervertretungen fehlten bezeichnenderweise - hieß es zum Schluß: "Eine Debatte ist nicht vorgesehen."

In Zukunft sollte kein Zweifel mehr daran bestehen, welchen Weg Oldenburg unter der NS-Regierung gehen und wie dieser Weg legitimiert werden sollte, nämlich mit der geschriebenen demokratischen Verfassung des Freistaates. Angesichts des bereits erheblich geschwächten liberalen Verfassungsstaates fiel der Regierung Röver "die Liquidierung des demokratischen Parlamentarismus indessen nicht allzu schwer", weil es an der erforderlichen Geschlossenheit der demokratischen Parteien fehlte.[258] Die Nationalsozialisten beseitigten in Oldenburg ein politisches System, das sich schon fast zehn Jahre in einem Zustand der Lähmung befand und einen qualvollen Weg des Niederganges zurückgelegt hatte. Die NSDAP gebärdete sich in der Rolle einer 'Staatspartei' maßlos autoritär, wie die in der "Union" öffentlich vorgetragenen Angriffe Rövers gegen den Landtagsabgeordneten Meyer in aller Deutlichkeit zeigten:

> "Die Regierung sei **einseitig** im nationalsozialistischen Sinne: sie ist nicht einseitig, sondern der Nationalsozialismus ist hier ja Staat und Volk, also kann von Einseitigkeit keine Rede sein ... Er spricht weiter von der **Opposition**. Ich weise auf die Methoden der anderen, der Koalitionen im Reichstag hin, von denen wir das gelernt haben. (Sehr richtig) Nicht aus Böswilligkeit tun wir das, sondern aus der einfachen Erkenntnis, daß uns der demokratische Kampf die absolute Mehrheit gegeben hat, so daß wir auf der Grundlage der Demokratie die anderen nicht mehr gebrauchen. Was können wir dafür, daß sich die Demokratie mit **ihren eigenen Waffen geschlagen hat**! (Sehr gut) Es gibt keine Opposition mehr in Oldenburg, weil der Mehrheitswähler entschieden hat ... Nun, ich stelle fest: SPD und Zentrum sind politisch geschlagen, sie beide, die durch ihre Reichspolitik die Schuldigen sind an dem Elend der deutschen Nation (Sehr richtig) und haben sich nun damit abzufinden ..., weil die Demokratie gesprochen hat, und weil wir jetzt für uns den **Schutz der Weimarer Verfassung in Anspruch nehmen ... Der Landtag ist jetzt nach Hause geschickt, und wolle Gott, daß er nicht eher wieder zusammentritt, bis zum mindesten die Beschlüsse der Regierung klipp und klar ausgearbeitet sind im Etat, damit dann der Landtag nur zusammenzukommen braucht zwecks Kenntnisnahme der Entscheidungen der Regierung ..."**[259]

Mit diesen Worten proklamierte Röver vor den Repräsentanten der oldenburgischen Verwaltung und Wirtschaft sein revolutionäres Programm, für das er in zynischer Weise "den Schutz der Weimarer Verfassung in Anspruch nehmen" konnte. Scharfzüngiger und hämischer konnte man die politische Strategie der "legalen Revolution" in Oldenburg nicht umschreiben und ihren wahren Charakter, die Demontage des Freistaates, nicht dokumentieren.

---

[258] GÜNTHER, Parlament, S. 188; SCHAAP, Endphase, S. 199f.
[259] SCHAAP, Weg, S. 130f.: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 9.7.1932.

Die Parallelen zwischen der politischen Entwicklung in Oldenburg in der ersten Hälfte des Jahres 1932 und der "Machtergreifung" im Reich gut ein halbes Jahr später sind unverkennbar: Die Schuldzuweisung an die demokratischen ‘Systemparteien’ SPD und Zentrum, die politische Strategie der "legalen Revolution", die Ausschaltung der Opposition, die Ausübung der Legislative mit dem Notstandsartikel und die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie waren Kernpunkte eines übereinstimmenden politischen Konzepts, weniger eines Programms.

Die erste politische Bewährungsprobe stand schon sechs Wochen nach der Wahl Carl Rövers zum oldenburgischen Ministerpräsidenten bevor und warf wenig Licht auf die NS-Regierung in Oldenburg. Die Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 hatten aus der Sicht der Regierung Röver den Charakter einer Testwahl. Dessen ungeachtet galten für die Haltung des politischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus unbefragt die Grundsätze, die auch vorher schon gegolten hatten. Sobald die nationalsozialistische Bewegung Staatsautorität genoß und sich sogar verfassungskonform gerierte, war sie politisch legitimiert und durfte Gehorsam erwarten. Diese loyale Haltung entsprang im katholischen Milieu nicht allein tagespolitischen Überlegungen, die aus opportunistischem Geiste heraus ein Arrangement mit den neuen Machthabern nahelegten, sondern auch aus Mentalitäten und Traditionen, die seit dem 19. Jahrhundert tief im politischen Katholizismus verwurzelt waren und in kritischen Phasen - so auch 1918 - in vollem Umfang zur Geltung gebracht wurden. Vor diesem historischen Hintergrund überrascht die Reaktion Südoldenburgs auf die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg ebensowenig wie die des politischen Katholizismus in Deutschland auf die "Machtergreifung" im Reiche. In beiden Situationen fehlte es am notwendigen Begreifen des revolutionären Wandels, der durch die nationalsozialistische Machtübernahme eingeleitet wurde und aufgrund seiner formalen Legalität den faktischen Machtwechsel verschleierte. Nur aus der entschlossenen demokratischen Perspektive heraus, die keine autoritären Optionen duldete, wäre diese revolutionäre Umbruchsituation, die auch das Zentrum nicht wollte, politisch zu bewältigen gewesen. Aus der oldenburgischen Geschichte seit 1931/1932 hätte die deutsche Öffentlichkeit bis zur politischen Wende am 30. Januar 1933 etwas erfahren können, nicht nur über den politischen Habitus der Nationalsozialisten, sondern auch über ihr Verhältnis zur Macht, die formal immer noch demokratisch legitimiert war. Sie erweckte offensichtlich nicht den Anschein von ‘Aufstand’ oder ‘Umsturz’.

1.5.3. Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932: "Wenn Rettung kommen soll, so kann sie nur vom Reich ausgehen."

Nach der Regierungsübernahme richtete sich die ganze politische Kraft des neuen Ministeriums auf die bevorstehende Reichstagswahl am 31. Juli 1932, die ein Stimmungsbarometer für die Regierung Röver darstellte. Sie warf in jedem Falle die Frage auf, ob Röver nach dem auf den Landtag umgerechneten Ergebnis der Reichstagswahl noch über eine parlamentarische Mehrheit verfügte. Unverkennbar war die Nervosität, in der Röver auch eine Reihe polemischer Entgleisungen unterlief. Sein besonderes Interesse galt dem katholischen Südoldenburg, dessen politisches Reservoir er vom Zentrum zu trennen und für die NSDAP zu mobilisieren gedachte. Im Wahlkampf für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 kam es auf einer SA-Kundgebung in Vechta am 24. Juli 1932 zu einem Zwischenfall, der politische Folgen hatte. Ministerpräsident Röver hatte Vikar Morthorst, den Hauptschriftleiter der "Oldenburgischen Volkszeitung", und das oldenburgische Zentrum in ungewohnter Schärfe attackiert. Morthorst antwortete mit einem "Offenen Brief an Herrn Ministerpräsidenten Röver" vom 27. Juli 1932. Darin wies er jede politische Beleidigung zurück und lehnte eine Belehrung in nationalen Fragen durch die Nationalsozialisten ab:

> "Sie sind unsere rechtmäßige Obrigkeit und können von jedem Untertanen Respekt verlangen. Sie können aber von keinem verlangen, daß er sich von Ihnen stillschweigend verunglimpfen läßt. Ich übe nur ein ganz elementares Recht aus, wenn ich gegen die von Ihnen gegen mich begangene Ehrenkränkung in aller Form Verwahrung einlege. [...]
> Das Münsterland mit seinem Zentrumsvolk hat es absolut nicht nötig, von Jüngern Adolf Hitlers in nationaler oder gar religiöser Hinsicht aufgerüttelt zu werden. Wenn man unter nationaler Gesinnung vaterländischen Idealismus versteht, dann lehnen wir es mit aller Entschiedenheit ab, den Bezirken mit Nazi=Majoritäten irgend eine Ueberlegenheit in nationaler Beziehung zuzubilligen! - Die immer von neuem auftretende Behauptung, der Nationalsozialismus sei ‘das letzte Aufgebot gegen den Bolschewismus’, betrachten wir als einen ganz willkürlichen Ausspruch der Hitlerleute. Sie mögen ja glauben, daß der Bolschewismus in den Zentrumsbezirken wie Münsterland, Westfalen, Rheinland leichter Fuß fassen könnte als etwa im Ammerlande, in Schleswig=Holstein oder Pommern; wir glauben es nicht, und die Bolschewisten glauben es auch nicht."[260]

[260] OV vom 28.7.1932; KUROPKA, Wahrheit, S. 29: "Offener Brief an Herrn Ministerpräsident Röver" vom 27. Juli 1932. Im übrigen erkannte Morthorst die kontraproduktive Funktion der Röver-Attacken, die "vorwiegend zu Nutzen des Zentrums" ausfielen: "Das war nicht Ihre Absicht; es war aber doch das tatsächliche Ergebnis."

Röver revanchierte sich umgehend auf einer Wahlkampfveranstaltung in Emstek und griff die Vechtaer OV und ihren Redakteur Morthorst persönlich sowie das Zentrum erneut scharf an. Der Bericht der OV über die "Naziversammlung" in Emstek stützte sich auf Notizen, die "von zuverlässiger Seite" gemacht und der Zeitung zur Verfügung gestellt worden seien. Danach beschimpfte Röver Franz Morthorst als "Lump" und "Schuft". Die Zeitung zitierte den oldenburgischen Ministerpräsidenten mit den Worten:

> "Diese Burschen müssen gehängt werden. Diese Schweinehunde kommen an den Ast, wo die Krähen sie fressen mögen."[261]

Nach diesen "Notizen", die als zentrumsfreundlicher Zeugenbericht zu verstehen sind, attackierte Röver in beleidigender Form die Vechtaer OV und ihren Redakteur Morthorst sowie den Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, Heinrich Wempe:

> "Unerhört, was sich das Zentrum mit seinen Lügen- und Schmutzzeitungen gegen uns erlaubt. Da sitzt so ein Bursche von Morthorst an der Oldenburgischen Volkszeitung, dieser Lump, dieser Schuft, aber warte, nur noch kurze Zeit, nicht Monate, sondern nur noch Wochen, dann werde ich ihm seine Setzmaschine zerschlagen, dann kann er sie als altes Eisen verkaufen; ich werde ihm die ganze Bude schließen, und zwar nicht mit Gewalt, sondern Kraft Gesetz. [...] Christentumsfeindlich sind die Bischöfe mit ihrem Erlaß, der nicht nach dem Willen des hl. Vaters ist. Alles ist erlogen und erstunken. [...] Dieser schwarze Studienrat Wempe, wie hat er Gift und Galle gespuckt, als wir den Landtag nach Hause schickten. [...] Diese Sauludergesellschaft von Zentrum hat in den 13 Jahren Verrat am Vaterland geübt [...]."[262]

Der Schlagabtausch blieb nicht ohne Folgen, zumal das Staatsministerium im Wahlkampf polizeistaatliche Methoden anwandte. Aufgrund der kritischen Berichterstattung über den Wahlkampf Rövers und des inkriminierten Artikels von Vikar Morthorst wurde die Oldenburgische Volkszeitung auf Initiative des NSDAP-Ortsgruppenführers von Vechta, Studienrat Dr. Kohnen, unmittelbar vor der Wahl am 29. Juli 1932 für vier Tage verboten.[263] Das war ein politischer Skandal. Auf Wahlplakaten fragte das Zentrum "Was ist in OIdenburg los?" und gab den schlimmsten Befürchtungen Ausdruck, indem es in den

---

[261] OV vom 29.7.1932; KUROPKA, Wahrheit, S. 30.
[262] KUROPKA, Wahrheit, S. 27.
[263] KUROPKA, Für Wahrheit, S. 31; SCHAAP, Weg, S. 135f.; SCHAAP, Endphase, S. 206f. Dr. Kohnen hatte sich am 27. Juli 1932 mit der Bitte an den Ministerpräsidenten gewandt, gegen das Zentrumsorgan einzuschreiten, da es Lügen über Röver verbreite.

Wahlreden von Ministerpräsident Röver "eine glatte Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen katholische Zeitungen" sah:

> "Das ist die nackte Vorbereitung eines nationalsozialistischen Putsches und einer Abwürgung der Verfassung."[264]

Die vom Vechtaer Verlag (VDV) herausgegebenen Flugblätter "Oldenburgische Volkszeitung verboten!" sowie "Freiheit in Gefahr! Was ist in Oldenburg los?" wurden vom Amt Vechta beschlagnahmt.[265] Am 24. September 1932 hob das Verwaltungsgericht Vechta die Beschlagnahme nachträglich in vollem Umfang auf.[266] Vikar Morthorst erwies sich in seiner Funktion als Hauptschriftleiter der Vechtaer OV in der politischen Affäre mit dem oldenburgischen Ministerpräsidenten Röver als loyal und national und bot den Nationalsozialisten keine weitere Handhabe gegen ihn. Er verteidigte die Interessen seiner Person, seiner katholischen Zeitung und die des oldenburgischen Zentrums mit den Mitteln, die ihm der Rechtsstaat noch zur Verfügung stellte, und lehnte einen langwierigen Rechtsstreit gegen den "immunen Reichstagsabgeordneten" Röver wohlweislich ab.[267]

Der Vechtaer Vikar Franz Morthorst agierte in seiner Funktion als Redakteur der "Oldenburgischen Volkszeitung" als unerbittlicher Gegenspieler Rövers. Der Ministerpräsident ließ sich im Gegenzug auf eine persönliche Auseinandersetzung mit Morthorst ein und demonstrierte offenen Antiklerikalismus.

> Franz Morthorst, der spätere populäre "Heimatpastor", wurde am 13. Dezember 1894 in Goldenstedt geboren und besuchte das Antonianum in Vechta. 1913 nahm er ein Theologiestudium auf, das durch den Kriegsdienst unterbrochen wurde. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schloß Morthorst sein Studium ab und wurde am 18. Dezember 1920 in Münster zum Priester geweiht. Er war Vikar in Ellenstedt, Delmenhorst und seit 1925 in Vechta, wo er als Nachfolger von Kaplan Georg Thole Hauptschriftleiter der Oldenburgischen Volkszeitung wurde. Seit 1926 gab Morthorst die "Heideblumen" als Wochenendbeilage der OV heraus. Die Auseinandersetzungen Morthorsts mit dem Nationalsozialismus spitzten sich 1932 zu, als die Oldenburgische Volkszeitung für vier Tage verboten wurde. Am 30. Juni 1933 mußte er die Schriftleitung der Zeitung an Hermann Thole, der 1913 als Hilfskraft in die Redaktion eingetreten war, abgeben, weil ein Geistlicher nicht mehr Chefredakteur einer Tageszeitung bleiben konnte. Morthorst behielt einstweilen die Herausgabe der "Heideblumen" bei,

---

[264] KUROPKA, Wahrheit, S. 32; SCHAAP, Weg, S. 137.
[265] KUROPKA, Wahrheit, S. 31f.
[266] OV vom 26.9.1932.
[267] OV vom 28.7.1932; KUROPKA, Wahrheit, S. 29: "Offener Brief an Herrn Ministerpräsident Röver" vom 27. Juli 1932.

die religiöse Betrachtungen, Lesungstexte, Nachrichten aus der Weltkirche und kirchliche Verlautbarungen enthielten. Als er 1935 nationalsozialistische Plakate vom Vechtaer Kolpinghaus entfernte, wurde er für drei Wochen inhaftiert. Franz Morthorst wurde 1936 nach Visbek versetzt, wo er den Kampf gegen den Nationalsozialismus fortsetzte. Von Pastor Frilling und Vikar Morthorst ging der Plan zum Bau eines Pfarrheimes aus, das zum Modell für ähnliche Einrichtungen in anderen Pfarrgemeinden Südoldenburgs wurde. Im "Kreuzkampf" ergriffen sie Partei für die katholische Bekenntnisschule. Kritische Schulfragen waren auch Gegenstand einer Großkundgebung der NSDAP mit Gauleiter und Reichsstatthalter Röver am 26. Januar 1937 in Visbek. Dazu wurde eine sog. Punktation entworfen, die Röver auf der Veranstaltung überreicht wurde; sie verlangte die Wiederherstellung des alten Schulrechts. Als Morthorst sich im Verlaufe des Goldenstedter Schulstreiks für die verhafteten Männer einsetzte, wurde er von der Gestapo als "Hauptunruhestifter im katholischen Münsterland" bezeichnet und am 7. Juli 1938 aus Oldenburg ausgewiesen. Er erhielt in Warendorf eine Seelsorgerstelle und kehrte nach dem Zweiten Weltkrieg 1946 als Kaplan nach Cloppenburg zurück. Hier engagierte sich Morthorst besonders in der katholischen Arbeiterbewegung und in den Kolpingfamilien. Der populäre Geistliche war auch in der Heimatbewegung tätig, verfaßte plattdeutsche Werke und wurde durch plattdeutsche Morgenansprachen im Rundfunk bekannt. Franz Morthorst starb am 6. Juli 1970 in Cloppenburg.[268]

Trotz aller Kritik am politischen Umgang, wie ihn Röver mit dem südoldenburgischen Zentrum pflegte, bekannte Morthorst in einem offenen Brief an "Herrn Ministerpräsident Röver" vom 27. Juli 1932 seine vorbehaltlose nationale Loyalität.[269] Damit verwies er im Namen des südoldenburgischen Katholizismus bereits auf jene Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem NS-Regime, wie sie nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in der Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 Gestalt annahm.

---

[268] FRIEDL, Handbuch, S. 479 (von Franz Hellbernd); KOOPMEINERS, Kreuz, S. 153-164; SIEVE, Leben. S. 5; KUROPKA, Kreuz, S. 487: Visbeker Forderungen vom 26. Januar 1937 (im Faksimile). Die Punktation forderte die Beibehaltung der Bekenntnisschulen, die Wiedereinführung der geistlichen Aufsicht über den Schulunterricht, die Erhöhung der Zahl der Religionsstunden, die konfessionelle Vorbildung der Volksschullehrer und die Einsetzung von Schulräten, "die das Vertrauen der katholischen Bevölkerung unzweideutig geniessen". Die Fragen wurden "im Geiste der Bereitwilligkeit" gestellt, "an der Wiederaufrichtung des Reiches tatkräftig mitzuarbeiten". Franz Morthorst verfaßte auch ein Spottgedicht über den "Kreuzkampf" des Jahres 1936, das den Erfolg Südoldenburgs verherrlichte. Die "Kreuz-Geschichte" ("Dr. Pauli fest entschlossen ...") enthält insgesamt elf Strophen und formuliert in der letzten Strophe eine politische Moral:

"Und es singt die Schar der Streiter:
All ihr Führer, all ihr Leiter,
nehmt es sorgsam euch ins Ohr:
stürzt ihr euch auf unsern Glauben,
wollet ihr das Kreuz uns rauben,
setzen wir ein ‘P’ davor."

[269] OV vom 28.7.1932.

Die Attacken Rövers gegen die Oldenburgische Volkszeitung, die Geistlichen und die katholische Kirche erwiesen nach Einschätzung der OV "der Sache des Katholizismus und des Zentrums mit seinem Auftreten einen Dienst", der sicherlich nicht in seiner Absicht lag.[270]

In der ersten Reichstagswahl nach dem Regierungsantritt Rövers, die mit 84,9 % die bisher höchste Wahlbeteiligung im Freistaat verzeichnete, büßte die NSDAP in Oldenburg mit 46,3 % und - auf Landtagsmandate umgerechnet - mit 24 von 48 Mandaten ihre absolute Mehrheit der Sitze ein.[271] Während die NSDAP am 31. Juli 1932 im Vergleich zur vorangegangenen Landtagswahl vom 29. Mai 1932 2,1 % verlor, gewannen SPD (+1,3 %) und Zentrum (+1,8 %) geringfügig hinzu. Der politische Nord-Südgegensatz blieb auch bei diesem Wahlgang bestehen. Während die Nationalsozialisten in Nordoldenburg einen Anteil von 53,7 % erringen konnten, kamen sie in den südlichen Ämtern auf einen Wert von 14,3 %. Zu den Verlierern der Wahl gehörte auch die Landvolkpartei, die im Gegensatz zu den Landtagswahlen von 1932 (2,2 %) in den Reichstagswahlen nur noch 0,6 % erringen konnte. Die Verluste der Landvolkpartei kamen wieder dem Zentrum zugute. In den drei münsterländischen Ämtern mußte die NSDAP im Vergleich zur Landtagswahl vom 17. Mai 1931 einen relativen Verlust (1932: 14,3 %; 1931: 16,5 %) und einen absoluten Verlust (-8,1 %) an Wählern hinnehmen, während das Zentrum einen absoluten Gewinn von 18,7 % (+6 395 Stimmen) verzeichnen konnte; dabei übernahm es 3 158 Stimmen von der Landvolkpartei.[272] Im Reichstag verfügten die beiden radikalen Parteien zusammen jetzt über eine absolute Mehrheit. Die KPD erzielte 14,5 % (1930: 13,1 %) und die NSDAP 37,3 % (1930: 18,3 %). Für die Regierung von Papen bedeutete der Wahlausgang ein politisches Fiasko, denn die NSDAP war nun weniger denn je bereit, sie zu unterstützen.[273]

Auf die Sitzverteilung im Landtag umgerechnet, ergab sich von 1931 bis 1932 folgende Verschiebung: NSDAP 24 (1931: 24), SPD 10 (9), Zentrum 8 (7), DNVP 3 (2), KPD 3 (2), Staatspartei 0 (1), Landvolkpartei 0 (1). Danach gehörte die NSDAP zu den Verlierern der Wahl und hätte, da die Zahl der Mandate von 46 auf 48 gestiegen war, ihre absolute Mehrheit im Landtag eingebüßt: ein Warnzeichen für die Regierung Röver. Für die Vechtaer Zentrumspresse stand denn auch fest, daß die Nationalsozialisten nach den Juli-Wahlen

[270] OV vom 29.7.1932.
[271] SCHAAP, Weg, S. 201: Anlage III, S. 206: Anlage VIII.
[272] OV vom 4., 5.8.1932; SCHAAP, Weg, S. 201: Anlage III; SCHAAP, Endphase, S. 213.
[273] SCHAAP, Endphase, S. 209f.

1932 im Freistaat über keine Mehrheit mehr verfügten.[274] Für sie blieb die NS-Regierung in Oldenburg eine politische Einrichtung auf Zeit. In demokratischen Wahlen, soviel schien für sie festzustehen, würde sich die oldenburgische NSDAP nicht wieder behaupten können. Ihr Schicksal war in der Tat nach den Reichstagswahlen im November 1932 mehr denn je von der Entwicklung im Reich abhängig. Aus eigener politischer Kraft konnte sich die Regierung Röver in Oldenburg nicht mehr im Amt halten. Aber der "Kampf der NSDAP um die Erhaltung ihrer Machtposition" in Oldenburg hatte begonnen, wie die Vechtaer OV knapp zwei Monate nach der Reichstagswahl feststellte.[275]

Die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis von SPD und Zentrum legen es nach Auffassung von Klaus Schaap nahe, in Oldenburg von einer Sonderentwicklung zu sprechen. Die neben der KPD von der Regierung am heftigsten bekämpften Parteien, SPD und Zentrum, profitierten von den massiven Behinderungen im Wahlkampf. So formierte sich in der Arbeiterschaft und in der katholischen Bevölkerung eine Opposition gegen die einseitige Parteiherrschaft der Nationalsozialisten.[276] Ihre demokratischen Gegner, vor allem SPD und Zentrum, beschränkten sich aber auf die Möglichkeiten der parlamentarischen Opposition und konnten sich mit diesen Mitteln gegen die NSDAP nicht mehr durchsetzen. Die demokratische Opposition in Oldenburg hat die erste NS-Regierung im Deutschen Reich nicht aus eigener Kraft abgeschüttelt und fiel schließlich der politischen Gleichschaltung zum Opfer.

Der Oldenburger "Probelauf" für die Machtübernahme im Reich schien im Spätsommer 1932 bereits an der öffentlichen Kritik und am Wählervotum gescheitert zu sein. Der Wahlausgang vom 31. Juli 1932 bedeutete für die oldenburgische NSDAP eine doppelte Enttäuschung, weil die Machtübernahme im Reich gescheitert und die politische Niederlage in Oldenburg offensichtlich war.[277] Von einer Beruhigung der politischen Lage oder einem Stillstand des nationalsozialistischen Vormarsches in Deutschland konnte allerdings keine Rede sein. Die Regierung Röver antwortete auf den Wahlausgang mit verstärktem Aktionismus, mit dem sie ihre politische Inkompetenz und Konzeptionslosigkeit zu kaschieren versuchte. Nach der Enttäuschung über das Wahlergebnis war eine konstruktive Ernüchterung und ein Umschwung in der Haltung der Regierung unverkennbar. In einem Artikel in den "Nachrichten für Stadt und

[274] OV vom 4.8.1932; SCHAAP, Weg, S. 141.
[275] OV vom 22.9.1932.
[276] SCHAAP, Endphase, S. 212.
[277] GÜNTHER, Freistaat, S. 443.

Land" vom 9. September 1932 schwenkte Pauly wieder auf den Legalitätskurs ein und verwies zugleich auf die politische Abhängigkeit der oldenburgischen NS-Regierung vom Reich:

> "Wenn Rettung kommen soll, so kann sie nur vom Reich ausgehen. Solange das Reich die erforderlichen Maßnahmen nicht ergreift, ist das Staatsministerium einfach gezwungen, in dem von ihm bekämpften 'System' und mit Mitteln dieses 'Systems' zu arbeiten. Das ist ein Zwang, dem man nicht entgehen kann."

Wenige Tage später erklärte Röver zur gleichen Problematik in den "Nachrichten":

> "Man wollte uns nicht an die Macht kommen lassen, und deshalb bin ich gar nicht in der Lage, das ganze Programm durchzuführen ... Wenn ich das tun würde, käme der Staatskommissar als der Diktator des Kabinetts von Papen."[278]

Damit spielte der Ministerpräsident auf die Reichsexekution gegen Preußen vom 20. Juli 1932 an. Durch "eine ungerechtfertigte Notverordnung Hindenburg - Papen", so Karl Dietrich Bracher, wurde die preußische Regierung Braun-Severing (Weimarer Koalition), die in den den Landtagswahlen vom 24. April 1932 ihre Mehrheit verloren hatte und nur noch als geschäftsführende Minderheitsregierung im Amt war, von der Reichsregierung von Papen abgesetzt. Sie reichte gegen die Reichsexekution Klage beim Staatsgerichtshof ein. Zum Reichskommissar für Preußen, das durch diesen Akt mit "den autoritär-antidemokratischen Entwicklungen im Reich" gleichgeschaltet wurde, wurde Reichskanzler von Papen eingesetzt. Bracher bezeichnet die Reichsexekution gegen Preußen als "die schwarze Stunde, die hinfort alles überschattete". Nach seiner Auffassung bedeutete der "Preußenschlag" vom 20. Juli 1932 "die Sterbestunde Preußens und zugleich der ersten deutschen Demokratie". Zurückzuführen sei sie auf ein "Machtvakuum im demokratischen Raum", das zum Gewaltstreich und zur Überwindung der Republik und ihrer "vielfach durchlöcherten Verfassung" geradezu herausgefordert habe.[279] Das Schicksal Preußens wirkte offensichtlich abschreckend auf kleinere Länder wie Oldenburg, die nach einem Ausweg suchten, um ihre politische Eigenständigkeit zu erhalten. Die "Papen-Lösung" war für die NSDAP in Oldenburg keine Alternative zur Erhaltung ihrer Macht aus eigener Kraft. Im

---

[278] SCHAAP, Weg, S. 145; SCHAAP, Endphase, S. 221: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 17.9.1932.
[279] BRACHER, Preußen, S. 540ff.

Gegenteil: Der Sturz Papens sollte für die NSDAP im Reich den Weg zur Macht freimachen.

Trotz der Krise, in die parteipolitische Willkürherrschaft und weit verbreiteter Dilettantismus die Regierung Röver bereits im Herbst 1932 stürzten, ordnete die Zentrumspresse Südoldenburgs ihre Beziehung zur Regierung konstruktiv und bescheinigte ihr "den guten Willen". Verantwortlich für die Vertrauenskrise, die sich auch im Wählervotum gezeigt habe, machte die Vechtaer OV die große Kluft "zwischen den Erwartungen, die diese Wählerkreise auf Grund der Stellungnahme der NSDAP in der Opposition an eine Machtübernahme knüpften, und dem, was die Regierung seit der Machtübernahme im Sinne jener Erwartungen getan hat oder tun konnte". Die Lage der Regierung war aus ihrer Sicht durch die Tatsache charakterisiert, daß ihre Politik "von Anfang an völlig abhängig gemacht war von der Machtübernahme der NSDAP. im Reiche bzw. diese Machtübernahme als Voraussetzung für den Erfolg der Politik in Oldenburg betonte". Mit einer überraschenden Klarheit strukturierte die Zentrumspresse die unsicheren Grundlagen der oldenburgischen Landespolitik und stellte im September 1932 zur politischen Lage in Oldenburg mit Blick auf Berlin fest:

> "Diese Machtübernahme erfolgte aber nicht, und die erwartete Hilfe vom Reiche, d. h. von einem nationalsozialistisch maßgebend regierten Reiche, blieb aus. So wurde man in die Notwendigkeit versetzt, ‘mit allen Mitteln des Systems zu regieren’, wie der Finanzminister erklärte, also staatspolitischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, die mit den Hoffnungen weiter Wählerkreise der NSDAP. in lebhaftem Gegensatz stehen. In diesem Dilemma befindet sich die Regierung heute."[280]

So wie sich die Regierung gezwungen sah, "mit allen Mitteln des Systems zu regieren", antwortete auch die Opposition des Zentrums auf diese Politik "mit allen Mitteln des Systems" und verfing sich in einem parlamentarischen Kreuzfeuer, das keine Aussicht auf eine politische Klärung eröffnete und schließlich von der Entwicklung im Reich überholt wurde. Das Ergebnis war eine weitere politische Frustration, von der die demokratische Opposition aber nicht profitierte. So zeigte die politische Lage in Oldenburg im Herbst 1932 die Krise der ersten NS-Landesregierung im Reich. Diese enttäuschte ihre Wählerschaft, die entschlossen für eine radikale Wende im Sinne einer prinzipiellen Abkehr vom parlamentarischen System votiert hatte. Die Quittung dafür war das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November 1932, die im parlamentarischen Regel

[280] OV vom 22.9.1932.

fall das Ende der NS-Regierung Röver in Oldenburg eingeleitet hätten. Aber die Demontage des demokratischen Systems ging in Oldenburg im Herbst 1932 weiter. Die Phase politischer Unentschiedenheit wurde durch die "Machtergreifung" im Reich beendet und zugunsten des politischen Status quo in Oldenburg entschieden. Damit war das endgültige Urteil über die Zukunft des Freistaates gesprochen.

1.5.4. Die Regierung Röver in der Krise: "Neger bleibt Neger, wie der Jude Jude bleibt."

Der historische Zeitraum von den Juli-Wahlen des Jahres 1932 bis zur "Machtergreifung" am 30. Januar 1933 ist in Oldenburg gekennzeichnet durch das Ringen um die politische Macht auf dem noch 'halbwegs' demokratischen Boden des Freistaates - eine Zeit des Übergangs, die im Ergebnis offen war. Die Personalpolitik der neuen Regierung Röver verfolgte die Absicht, die Funktionsträger aus der liberalen Ära des Freistaates, der Ära Tantzen von 1919 bis 1923, durch rechtskonservative bzw. nationalsozialistische Kräfte zu ersetzen. Nach der unbefristeten Vertagung des Landtages am 6. Juli 1932 verlagerte sich die Opposition zunächst in die Presse, die auch in Südoldenburg zur kritischen Beobachterin der Landespolitik wurde. Aufgrund der Vertagung des Landtags machte die Regierung Röver wie keine Regierung zuvor von dem in der Landesverfassung verankerten Notverordnungsrecht Gebrauch. Der zuständige § 37 der oldenburgischen Landesverfassung lautete:

> "Anordnungen, die der Gesetzesform bedürfen, können, solange der Landtag nicht versammelt ist, durch eine Verordnung des Staatsministeriums getroffen werden, wenn außergewöhnliche Umstände ein sofortiges Eingreifen erfordern. Die Verordnung darf keine Änderung der Verfassung enthalten und muß von allen verfügbaren Mitgliedern des Staatsministeriums unterzeichnet sein; sie ist der nächsten Versammlung des Landtags sofort zur Bestätigung vorzulegen und, wenn die Bestätigung versagt wird, unverzüglich wieder aufzuheben."[281]

Wie im Reich konnten die Notverordnungen auch in Oldenburg durch das Parlament, den Landtag, wieder aufgehoben werden. Verfassungsänderungen waren vom Notverordnungsrecht ausgenommen. Die oldenburgische Notverordnungspraxis dieser Periode wurde außerhalb der Landesverfassung mit der Verordnung des Reichspräsidenten zur "Sicherung der Haushalte von Ländern

[281] GESETZBLATT 40. Bd., S. 400.

und Gemeinden" vom 24. August 1931 begründet. Damit beruhte die Gesetzgebung nach der Vertagung des Landtages insgesamt auf dem Notverordnungsrecht und wurde parlamentarisch nicht kontrolliert. Die Regierung Röver wandte exakt die Notverordnungspraxis an, die sie vor ihrer Amtsübernahme scharf attackiert hatte.

Die Aufhebung der konfessionell getrennten Oberschulkollegien,[282] die eingeleitete Gleichschaltung der Beamtenschaft,[283] die Amtsenthebung der Schulräte Stukenberg und Schlüter,[284] die Absetzung des früheren Finanzministers Willers als Staatskommissar bei den staatlichen Finanzanstalten, die Ablösung des Oberfinanzrats Dr. Rabeling (Stahlhelm) und die Berufung von Rechtsanwalt Böhmcker (NSDAP) zum Regierungspräsidenten von Eutin,[285] die Amtsenthebung des Regierungspräsidenten Dörr (früher MdL-DDP) von Birkenfeld wegen angeblichen Landesverrats,[286] die Beleidigungsklage des evangelischen Oberkirchenrates gegen Ministerpräsident Röver in der Kwami-Affäre[287] waren politische Streiflichter, die die oldenburgische Presse im Herbst 1932 beherrschten und die Regierung Röver trotz ihrer Aktivitäten in der Defensive sahen. Außerdem operierte die NS-Regierung in der kritischen Finanz- und Wirtschaftslage des Landes mit den Mitteln des Notverordnungsrechtes, durch das auch der Etat 1932/33 in Kraft gesetzt wurde.[288] Gehaltskürzungen[289] und

---

[282] OV vom 23.9., 3.10.1932; MT vom 3.10.1932.
[283] OV vom 26.9.1932.
[284] OV vom 23.9.1932. SCHAAP, Endphase, S. 226. Die suspendierten Schulräte Stukenberg (DStP) und Schlüter wurden durch die Studienräte Dr. Wulf (NSDAP) und Dr. Osterloh (MdL-DNVP, ab Januar 1933 NSDAP) ersetzt, die eine reibungslose Durchführung der nationalsozialistischen Schulpolitik garantierten. Stukenberg hatte dem Landtag von 1919 bis 1925 als DDP-Abgeordneter angehört. Begründet wurde diese höchst umstrittene Maßnahme in den "Nachrichten" vom 2.10.1932 mit dem Hinweis der Regierung, daß "sie nach ihrer Weltanschauung die Schulaufsicht nicht im Sinne und Geiste des Ministeriums führen können". Staatsminister Spangemacher verteidigte die Suspendierung von Schlüter und Stukenberg auf einer NSDAP-Versammlung im Oldenburger "Ziegelhof" mit den Worten: "In diesem Kampfe entständen Widerstände, hauptsächlich in der Schulleitung. Seien diese nicht zu beseitigen, so würden die Personen beseitigt, die diesen Widerstand schürten. Er habe sich bereits gezwungen gesehen, dieses zu tun." (Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 22) Nachdem seine Rehabilitierung nicht erfolgt war, beging Schlüter im Mai 1933 Selbstmord.
[285] OV vom 6.10.1932.
[286] OV vom 7., 10.10.1932. SCHAAP, Endphase, S. 227ff. Dörr wurde ersetzt durch den Kaufmann Wild aus Idar, MdL-NSDAP.
[287] OV vom 23.9.1932: Briefwechsel zwischen Röver und Pastor Hoyer; OV vom 10.10.1932; SCHAAP, Weg, S. 159-164; SCHAAP, Endphase, S. 230ff.
[288] GESETZBLATT, 47. Bd., Nr. 225, S. 953-981.
[289] GESETZBLATT, 47. Bd., Nr. 239, S. 1009-1012.

die Einführung der Schlachtsteuer[290] stellten einen Bruch von Wahlversprechen dar.[291] Der Versuch, die Finanzkrise Oldenburgs über politisch wie juristisch umstrittene Kreditschöpfungspläne zu lösen, scheiterte schließlich und brachte der Regierung den Ruf einer unsoliden Finanzpolitik ein.[292]

Die einzelnen Maßnahmen der nationalsozialistischen Landesregierung waren von zahlreichen Protesten der betroffenen Berufsverbände und Organisationen begleitet. In einer Erklärung wandte sich der "Oldenburger Beamtenbund" gegen die aggressive Personalpolitik der neuen Regierung:

> "Einige Kollegen, die der nationalsozialistischen Partei angehören, sind nun ihrer Standesorganisation in den Rücken gefallen. Diese wollen die Beamten in den Strudel parteipolitischer Kämpfe hineinziehen und damit das Berufsbeamtentum gefährden. Hiergegen wehrt sich die Beamtenschaft nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse des Staates. Denn in der Arbeit am Staate und im Staate darf und soll sich der Beamte nicht von seiner parteipolitischen Einstellung leiten lassen."[293]

Der Oldenburgische Landeslehrerverein protestierte in einer Entschließung gegen die Amtsenthebung der Kreisschulräte Stukenberg und Schlüter.[294] Regierungspräsident Dörr wies in einem offenen Brief die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück. Das Staatsministerium leitete daraufhin ein Disziplinarverfahren gegen den Regierungspräsidenten ein. Ende Oktober 1932 sah sich Pauly aufgrund des politischen Drucks veranlaßt, "die von mir veranlaßten Pressenotizen zu bedauern und zurückzunehmen".[295] Die Gauleitung Weser-Ems legte Protest gegen das Auftreten des "Negerpastors Kwami" in der Oldenburger Lambertikirche ein und forderte das Ministerium mit Schreiben vom 14. September 1932 auf, "eine derartige Kulturschande und Herausforderung des nationalsozialistischen oldenburgischen Ministeriums sofort zu unterbinden".[296] In einer Rede im Oldenburger Ziegelhof äußerte sich Röver laut "Nachrichten" vom 17. September 1932 mit folgenden Worten zur Affäre:

---

[290] GESETZBLATT, 47. Bd. Nr. 221, S. 914-950.
[291] OV vom 25.8.1932.
[292] SCHAAP, Weg, S. 142-149.
[293] OV vom 26.9.1932.
[294] MT vom 8.5.1933; SCHAAP, Weg, S. 151. Der Landeslehrerverein protestierte im Oldenburgischen Schulblatt heftig gegen die Entlassung von Stukenberg und Schlüter und erkannte darin einen Akt politischer Willkür. (Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 21f.)
[295] SCHAAP, Weg, S. 153f.
[296] Ebd., S. 159.

> "Neger bleibt Neger, wie der Jude Jude bleibt. Aufs religiöse Gebiet lasse er die Dinge nicht schieben, daran hindere ihn seine tiefe religiöse Einstellung zu Gott. Mit den Leuten, die es wagen, den Neger mit den Weißen auf eine Stufe zu stellen, werde man im Dritten Reich sehr deutlich Fraktur reden, und es kommt der Tag, an dem man von dem Tag, wo der Neger in Oldenburg sprach, als von einem Tag tiefster Schmach sprechen werde."[297]

Der Oldenburger Oberkirchenpräsident erkannte in einem Presseartikel im "Evangelischen Deutschland" im Kampf der oldenburgischen Kirche um ihre Unabhängigkeit auch einen Einsatz für die persönliche Freiheit des Bürgers und sah darin die unverwechselbare Eigenart christlicher Verkündigung:

> "Sie tut es, indem sie unabhängig von wechselnden politischen Konstellationen den Gewissensdruck abwehrt, die persönliche Freiheit schützt, der Mißachtung der Rechtsnormen entgegentritt und den Staat in seine Grenzen weist: Ein Dienst, den so wie die Kirche niemand dem Staate leisten kann."[298]

Die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst in Oldenburg erregten vollends überregionales Aufsehen.[299] Als Mitte September 1932 neue Verordnungen bekannt wurden, kam es schließlich zum Bruch zwischen der Regierung Röver und dem Oldenburger Beamtenbund. In einer öffentlichen Erklärung des Beamtenbundes hieß es dazu:

> "Aus den Besprechungen mit dem Herrn Finanzminister ist den Vertretern der Beamtenschaft von Anfang an klar geworden, daß von dieser Seite der Wille nicht vorhanden war, mit den Organisationen die Beamtenangelegenheit vor Erlaß der seitens der Regierung beabsichtigten Maßnahmen zu verhandeln. Bis vor kurzem konnte jedoch dies von dem Herrn Ministerpräsidenten nicht gesagt werden. Stets war dieser bereit, mit den Organisationen alle Wünsche und Sorgen der Beamtenschaft zu beraten."[300]

---

[297] Ebd., S. 160.
[298] Ebd., S. 163.
[299] WILLENBORG, Schule, S. 15f. So kritisierte etwa die "Bayrische Lehrerzeitung" am 29. September 1932 die Gehaltskürzungen in Oldenburg: "Diese Kürzung kommt um so überraschender, als der oldenburgische Ministerpräsident sich bisher sowohl bei öffentlichen Gelegenheiten als auch anläßlich mehrfacher Besprechungen mit Vertretern des Oldenburger Beamtenbundes stets mit größter Entschiedenheit gegen weitere Gehaltskürzungen der Beamten ausgesprochen hat mit der Begründung, daß solche Kürzungen nur geeignet seien, die Kaufkraft weiter zu schwächen und damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur noch zu vermehren." Kritisch-ironisch kommentierte auch die "Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung" am 17. und 24. September 1932 die innenpolitische Lage in Oldenburg.
[300] OV vom 26.9.1932.

Ein Dossier des früheren Finanzministers Willers vom September 1932, das offensichtlich für eine Presseveröffentlichung vorgesehen war, enthält eine nüchterne Bestandsaufnahme der "Finanz- und Kassenlage in Oldenburg" und eine kritische Auseinandersetzung mit der Finanzpolitik der Regierung Röver.[301] Willers merkte dabei kritisch an, "daß die Schlachtsteuer die so dringend notwendige Entwicklung der Viehpreise nach oben hemmt und damit der oldenb. Landwirtschaft die letzte Hoffnung genommen wird".[302]

Massiven Protest erhoben katholische Kirche, katholische Bevölkerung und Zentrumspartei erwartungsgemäß gegen die Aufhebung der Oberschulkollegien.[303] Als Reaktion auf die Proteste, die auch von den Lehrerorganisationen unterstützt wurden, hob das Staatsministerium die Verordnung vom 19. September 1932 wieder auf und richtete zum 1. November 1932 eine Evangelische und eine Katholische Abteilung im Ministerium der Kirchen und Schulen als obere Schulbehörden ein - "eine im wesentlichen nur formale Änderung des bis zum 19. September bestehenden Zustandes".[304]

Ein Kommentar der "Nachrichten" vom 6. Oktober 1932 beurteilte denn auch die politische Zukunft der Regierung Röver äußerst skeptisch und schloß einen Volksentscheid zu ihrer Ablösung nicht mehr aus:

> "So mußte die Entwicklung naturnotwendig zu einem Punkt kommen, den wir als Krise der Parteiherrschaft der NSDAP in Oldenburg bezeichnen möchten. Diese Krise ist da. Daran werden die Führer der Mehrheitspartei selbst nicht zweifeln, denn eine Reihe ihrer Maßnahmen beweist es. [...] Wenn die nächsten Wochen nicht eine Änderung der Entwicklung bringen, wenn konkret gesprochen, der Kurs und die Methoden der jetzt Regierenden keine deutliche Änderung erfahren, dann kommt der Volksentscheid und sein Erfolg ist sicher nicht unwahrscheinlich."[305]

Für eine gewachsene kritische Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung und das Maß der Verunsicherung in der oldenburgischen Bevölkerung spricht auch die Tatsache, daß die Deutschnationalen sich Anfang Oktober 1932 von der Regierung Röver distanzierten und in die Opposition gingen. "Bei einem entsprechenden Ausfall der bevorstehenden Reichstagswahl" brachten

---

[301] SCHAAP, Weg, S. 148f.
[302] SCHAAP, Weg, S. 149.
[303] OV vom 3., 5.10.1932: Jahrestagung der katholischen Geistlichen Oldenburgs in Vechta am 4. Oktober 1932; OV vom 13.10.1932: Landesvorstandssitzung der oldenburgischen Zentrumspartei am 12. Oktober 1932 in Oldenburg; SCHAAP, Weg, S. 156-158.
[304] SCHAAP, Weg, S. 157, Anm. 1.
[305] Zit. b. SCHAAP, Weg, S. 155.

sie ebenfalls einen Volksentscheid zur Landtagsauflösung und damit zum Sturz der Regierung Röver in Vorschlag.[306] Die Vechtaer Zentrumspresse verfolgte die politische und juristische Kontroverse über die Reichsexekution in Preußen vom 20. Juli 1932, die zur Amtsenthebung der geschäftsführenden preußischen Regierung und zur Einsetzung eines Reichskommissars geführt hatte, und zog einen solchen Schritt auch gegen Oldenburg ernsthaft in Erwägung, wo die Regierung ebenfalls nicht mehr über eine parlamentarische Mehrheit verfüge. Einen Unterschied zwischen Preußen und Oldenburg wollte das Blatt nicht gelten lassen und wandte sich damit gegen Carl Schmitt, der der Auffassung widersprochen hatte, "daß ein gleiches Recht auf Exekution bestehe, und daß das Reich gegen andere Länder, wo die gleichen Voraussetzungen vorliegen, ebenso hätte einschreiten müssen wie gegen Preußen, andernfalls das Einschreiten gegen Preußen rechtswidrig sei".[307] Die Vechtaer OV wollte das preußische Exempel auf Oldenburg übertragen und sah darin eine Schutzfunktion, die das Reich einem Land angedeihen lassen mußte, und in keiner Weise einen Verstoß gegen den Geist der Weimarer Reichsverfassung und Artikel 48:

> "Ob ein großes oder kleines Land, **die Bürger haben in beiden Fällen Anspruch auf den gleichen Schutz.** Wenn die Auffassung des Prof. Schmitt auch die Auffassung der Reichsregierung ist, dann möchten wir einmal hören, **was in einem kleinen Lande alles passieren kann oder was alles passieren muß, ehe das Reich einschreiten würde**. [...] Dann können die Machthaber der kleinen Länder sich ev. allerlei leisten und die Bürger der kleinen Länder müßten sich ev. noch viel mehr von ihnen gefallen lassen, als in einem großen Lande, ehe sie Schutz erhalten. Daß sowas nach dem formalen Recht möglich ist, mag sein, **der gesunde Menschenverstand begreift es allerdings nicht**."[308]

Im Gegensatz zum Volksentscheid plädierte die Zentrumspresse für eine Lösung "von oben", die in Form einer Reichsexekution Platz greifen könnte. Der plebiszitäre Weg über ein Volksbegehren und einen Volksentscheid, der Röver an die Macht gebracht hatte und verfassungskonform war, fand nicht die Zustimmung der katholischen Presse, weil er das Zentrum auf eine Stufe mit dem politischen Extremismus gestellt hätte. Der ‘braun-rote’ Volksentscheid war der beste Beleg dafür.

---

[306] OV vom 7.10.1932.
[307] OV vom 15.10.1932.
[308] Ebd.

1.6. Der politische Rückschlag der NSDAP

Aufgrund der politischen Entwicklung im Lande war die NSDAP auf eine Niederlage bei den Reichstagswahlen am 6. November 1932 gefaßt. Die Krisenstimmung, wie sie in den "Nachrichten" und in der Vechtaer OV zum Ausdruck kam, überschattete in Oldenburg den Wahlkampf. Ihren Höhepunkt erlebte die Wahlagitation der NSDAP mit dem Auftritt Adolf Hitlers im Oldenburger Ziegelhof am 29. Oktober 1932. Sein moralischer Appell an die Treue zur Bewegung hatte seinen Grund sicherlich in der Sorge um die politische Zukunft der NS-Regierung in Oldenburg:

> "Die Bewegung ist nicht nur ein Reservoir etwaigen verstandesmäßigen Denkens grübelnder Menschen, sondern es sind treue Menschen, die auch Fehlschläge oder Mißerfolge aushalten, eine Organisation, so gesund, daß sie selbst alles überdauert, wie ein gesunder Menschenkörper, der auch einmal eine Krankheit bekommen kann, aber sie überwindet."[309]

Die Reichstagswahl am 6. November 1932 führte zu dem vom Zentrum schon lange erhofften Rückschlag in der Erfolgskurve der NSDAP, die eine schwere Niederlage hinnehmen mußte. Im Freistaat verlor sie bei einer Wahlbeteiligung, die mit 81,8 % immerhin 3,1 % unter der der letzten Reichstagswahl lag, erheblich. Hatte sie bei der Landtagswahl 1932 noch 48,4 %, bei der Reichstagswahl im Juli 1932 46,3 % der Stimmen erzielen können, so fiel sie am 6. November 1932 mit 38,6 % fast auf den Wert der Landtagswahl von 1931 mit 37,2 % zurück.[310] In Landtagsmandate umgerechnet, erhielt die NSDAP anstatt ihrer in der Landtagswahl 1932 errungenen 24 Mandate (von 46) nur 19 (von 47). Der NSDAP in Oldenburg gelang es erst in der letzten Reichstagswahl am 5. März 1933 mit 46,5 % der Stimmen und umgerechnet 24 Mandaten (von 48) ihre Position vom Juli 1932 wieder einzunehmen.[311]

In Südoldenburg konnte die NSDAP ihren größten Erfolg wieder im Amt Friesoythe mit 32,85 % verbuchen, gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 28,35 % und vom Amt Vechta mit 13 3 % der Wählerstimmen. Diese Ergebnisse lagen nicht nur unter dem Reichsdurchschnitt mit 33,0 %, sondern gehörten zu den niedrigsten im Deutschen Reich überhaupt.[312] Der stetige Abwärtstrend der NSDAP seit der Landtagswahl im Mai 1932 bis zur letzten Reichstagswahl am 5. März

---

[309] SCHAAP, Weg, S. 165.
[310] Ebd., S. 201: Anlage III.
[311] Ebd., S. 201: Anlage III, S. 206: Anlage VIII.
[312] KUROPKA, Volk, S. 41.

1933 ergab sich aus dem Widerspruch zwischen der radikalen Systemkritik aus den "Kampfzeiten" und der konkreten politischen Praxis seit der Regierungsübernahme. Zudem entzogen sich die Arbeiterschaft und der katholische Volksteil trotz partieller Erfolge dem Einfluß der NSDAP, während der protestantische bürgerliche und bäuerliche Mittelstand im Norden des Landes fast ganz dem Nationalsozialismus anheimfiel.[313] Der Rückschlag der NSDAP in Oldenburg war dabei weniger in der wirtschaftlichen Situation und deren sozialpsychologischen Folgen begründet als in der fünfmonatigen Regierungszeit Rövers, Paulys und Spangemachers, die im Zeichen einer einseitigen Parteiherrschaft Willkür und Rechtsunsicherheit ausgelöst und in der Bevölkerung politischen Überdruß bewirkt hatte.[314] Das Ende der Regierung wäre abzusehen gewesen, wenn die politische Entwicklung im Reich einen anderen Verlauf genommen hätte: Der Wiederaufstieg der NSDAP in Oldenburg war nur möglich durch die "Machtübernahme" im Reich.

Nach der verlorenen Reichstagswahl wuchs die innerparteiliche Kritik an der oldenburgischen NS-Regierung. Im Schreiben vom 5. Dezember 1932 an die Mitglieder der NSDAP-Landtagsfraktion reflektierten Kreisleiter und Amtswalter der Cloppenburger NSDAP die politische Lage im Lande und forderten umgehend Konsequenzen:

> "Die Sorge um den Bestand unseres Heimatlandes Oldenburg sowie unseres gesamten Vaterlandes geben uns Veranlassung zu folgenden Ausführungen: Die letzten Reichstagswahlen haben überall eine deutliche Abnahme der nationalsozialistischen Stimmen gezeigt. Über dem Reichsdurchschnitt ist die Abnahme im Landesteil Oldenburg. Bei eventuellen Neuwahlen wird die nat.soz. Mehrheit nicht mehr vorhanden sein. Vor dieser bedauerlichen Tatsache die Augen zu verschließen und den Gründen dafür nicht nachzugehen, hieße, den Ernst der Stunde total verkennen."[315]

Die Absender aus Südoldenburg führten das politische Tief in der NS-Bewegung darauf zurück, daß in Ländern mit nationalsozialistischen Mehrheiten "von den dortigen Regierungen noch keine durchgreifenden Maßnahmen zur Besserung der Lage erfolgt sind. Es ist nunmehr höchste Zeit, daß endlich Taten geschehen!" Wenn die "25 Punkte" des NS-Programms durchgeführt würden, wäre es nach Meinung der Cloppenburger Parteifunktionäre "tatsächlich möglich, einen Musterstaat aufzubauen". Sie setzten sich kritisch mit der oldenburgischen Beamtenpolitik auseinander und forderten die Regierung auf,

---

[313] GÜNTHER, Freistaat, S. 448.
[314] SCHAAP, Endphase, S. 240ff.
[315] StAO 39 - 21182; SCHAAP, Weg, S. 166f. (mit Auslassungen), auch zum folg.

die Beamten, "die nach 1918 ohne die nötige Vorbildung, lediglich auf Grund ihres Parteibuches eingestellt wurden, sofort ohne Pension" zu entlassen und bei der Besetzung der auf diesem Wege frei gewordenen Stellen neben der Qualifikation vor allem auch die Parteizugehörigkeit zu berücksichtigen:

> "Wir halten es aber für selbstverständlich, daß, wenn eine Stelle frei wird, diese nur von einem Pg besetzt wird, solange geeignete Pg's vorhanden sind. Das hat mit Parteibonzentum nichts zu tun. Auch wir lehnen jede Schiebung ab und treten für das Berufsbeamtentum ein! Bei dem Reich, an dem wir bauen, wird das Gerüst eine saubere und ehrliche Beamtenschaft sein; und es heißt Totengräber an diesem Reich zu sein, wenn heute nationalsozialistische Beamte von einer positiven Mitarbeit bewusst abgedrängt werden, zumal, wenn man bedenkt, dass bei einer Gewaltlösung der Regierungsapparat in der Hand der Führer sein muss!"

Enttäuscht zeigten sich die Funktionäre auch von der oldenburgischen Schulpolitik, wie sie in der Frage der Oberschulkollegiums deutlich geworden sei. Der Kompromiß vom 22. Oktober 1932 hatte ihrer Meinung nach dem Zentrum einen unverantwortlichen politischen Vorteil gebracht. Rückhaltlos fiel in der Frage des konfessionellen Schulwesens die Kritik an der NS-Regierung aus:

> "Trotz dauernder Warnungen ist das gesamte Schulwesen in Südoldenburg dem größten Feind des Nat. Soz. ausgeliefert worden! Glauben denn die Minister vielleicht, dass über Nacht aus schwarzen Säcken weiße Engel werden? Es ist ein Verbrechen am Volk, dem Zentrum das Schulwesen auszuliefern! Wir haben Personenvorschläge gemacht, aber nicht einmal eine Antwort erhalten! Wie kann man die Erziehung der Jugend, den besten Teil unseres Volkes, Leuten anvertrauen, die durch ihr Zusammengehen mit den Sozialdemokraten unser Volk tausendmal verraten haben? Das wird sich einmal bitter rächen!"

Die Cloppenburger NSDAP-Funktionäre wiesen auf den "zähen und verbissenen Kampf gegen das Zentrum" hin und beklagten bitter, "dass wir in unserem aufopfernden Kampf so wenig Unterstützung durch unsere Regierung finden". Trotz aller Kritik bekannten sie sich am Ende des Schreibens zum nationalsozialistischen Führerprinzip:

> "Wir anerkennen restlos das Führerprinzip, und wir wissen, daß unser großer Führer Adolf Hitler deshalb unseren Pg. Röver mit der Übernahme der Regierung in Oldenburg betraut hat, weil die Person unseres Pg. Röver die Gewähr für eine restlose Durchführung des nat.soz. Programms bietet. Damit das erreicht werden kann, ist zunächst zu fordern, daß unseren Ministern Mitarbeiter an die Seite gestellt werden, die den nationalsozialistischen Geist in sich haben. Wir können nicht tatenlos zusehen, daß eine unter verschiedenen Regierungen tätig gewesene Ministerialbürokratie das ehrliche Wollen unserer Minister sabotiert!"

Nach dem politischen Grundtenor dieses Schreibens zu urteilen war die halbherzige nationalsozialistische Revolution, die in Oldenburg an einer nachgiebigen Personal- und Beamtenpolitik scheiterte, die eigentliche Ursache für das Desaster bei der letzten Reichstagswahl - Politik nach dem 'alten' System, die auch schon den Landvolkabgeordneten Meyer aus Goldenstedt bewogen hatte, sich von der NS-Regierung zu distanzieren. Wie das Schreiben Cloppenburger Funktionäre deutlich machte, richtete sich die Sorge der Nationalsozialisten nicht in erster Linie auf eine Verbesserung der Lage, sondern auf das Vorantreiben der "Bewegung": Diese war am ehesten aus einer Opposition bar jeder politischen Verantwortung möglich und schloß nach dem Schock des 6. November 1932 auch eine "Gewaltlösung" nicht mehr aus.[316]

Trotz aller Kritik war ein politischer Kurswechsel in der Regierung Röver nicht erkennbar. Administrativer Dilettantismus und eine politische Arroganz der Macht, die man in Oldenburg bisher nicht gewohnt gewesen war, führten weiterhin Regie. Im November 1932 wurde der Oldenburger Oberbürgermeister Dr. Goerlitz (vormals DDP) auf Antrag des von der NSDAP geführten Stadtrats zur Disposition gestellt und Bürgermeister Dr. Stoffregen (DNVP) von Eutin amtsenthoben und durch Regierungspräsident Böhmcker ersetzt.[317] Die Nachfolge von Dr. Goerlitz als Oberbürgermeister von Oldenburg trat im Januar 1933 Dr. Rabeling (Stahlhelm) an - ein Zugeständnis der NSDAP an den Stahlhelm, um sich in der Krise der weiteren Unterstützung des alten Kampfbundes zu vergewissern.[318]

Die Regierung Röver war gehalten, "sich dem Urteil des gesamten Volkes zu stellen", konstatiert Joachim Kuropka zur politischen Situation fünf Monate nach der Machtübernahme der NSDAP und kommentiert das für die regierende NSDAP enttäuschende Wahlergebnis mit dem Satz: "Das Urteil glich einer Katastrophe."[319] Im Januar 1933 erreichte die politische Lage in Oldenburg ihren kritischen Höhepunkt. In einem "Notruf" wandte sich die oldenburgische Beamtenschaft an die Bevölkerung des Landes und versuchte, über "die einzelnen Verordnungen der oldenburgischen Regierung und deren unheilvolle Auswirkung auf die oldenburgischen Beamten" aufzuklären.[320] Ebenfalls in einem

[316] SCHAAP, Endphase, S. 244f.
[317] SCHAAP, Weg, S. 151.
[318] MT vom 13.1.1933; SCHAAP, Weg, S. 170.
[319] KUROPKA, Kreuz, S. 60.
[320] MT vom 3.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 69.

"Notruf" stellte die Oldenburgische Landwirtschaftskammer den Zusammenbruch der Landwirtschaft fest und ließ durch ihre Pressestelle erklären:

> "Wir befinden uns im Zusammenbruch der Landwirtschaft. Der Ausdruck ist gerechtfertigt, denn ein großer Teil der Oldenburger Betriebe ist bereits zusammengebrochen. Sie liegen still und sind heute dem Zugreifen der Gläubiger, insbesondere der Banken, rettungslos ausgesetzt. Die Schuldzinsen können nicht mehr aufgebracht werden, und die armen Schuldner werden durch die andauernden Mahnungen und Zahlungsaufforderungen sowie Drohungen mit Zwangsversteigerungen zur Verzweiflung gebracht."[321]

Kritisch fragte die Vechtaer OV nach der Reichstagswahl, wie dem in den Wahlen geäußerten politischen Willen in Oldenburg Geltung verschafft werden könnte, und stellte fest, daß der Kampf um die Macht am 6. November 1932 für die NSDAP in Oldenburg verlorengegangen sei. Sie erwog nunmehr drei Möglichkeiten, "um dem Volkswillen Rechnung zu tragen": die Selbstauflösung des Landtags mit Hilfe der NSDAP, die Auflösung des Landtags "im Wege des Volksbegehrens und Volksentscheids" oder die Erweiterung der Regierungsbasis, indem die NSDAP "den Versuch machen könnte, einer oder zwei Parteien, die bisher ihre Gegner waren und zu den 61 Pzt. gehören, die Regierungsbeteiligung anzubieten und sie dadurch aus dem Rahmen der 61prozentigen Regierungsgegner zu lösen".[322] Das Zentrum verband mit der dritten Lösung offensichtlich die Hoffnung, aus der ungewohnten und ungewollten Oppositionsrolle herauszutreten und zusammen mit der NSDAP wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Diese Lösung kam für die Regierungspartei nicht in Frage. Wollte das Zentrum politisch nach den Novemberwahlen etwas gegen die NSDAP bewegen, blieb nur die unbeliebte plebiszitäre Lösung offen. Diesen verwarf es bekanntlich und richtete alle Anstrengungen auf kommende Landtagsverhandlungen.

---

[321] MT vom 11., 20.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 79.

[322] OV vom 11.11.1932; SCHAAP, Weg, S. 166. Mit "61 Pzt." bezifferte die Vechtaer OV die Summe der Stimmen, die alle im Landtag vertretenen Parteien außer der NSDAP gewonnen hatten. Wempe sprach einen Monat später im Landtag von 38 % (NSDAP) und 62 % (alle anderen Parteien).

1.6.1. Das Zentrum in der Opposition: "Widerstand unter Anwendung aller erlaubten Mittel"

Das oldenburgische Zentrum verfolgte aus unerklärlichen Gründen die Idee eines Volksentscheides, der auch von der DNVP angeregt worden war, nicht weiter und verharrte abwartend in der parlamentarischen Opposition. Zur Herrschaftspraxis des oldenburgischen Staatsministeriums unter Röver gehörten vor allem der Abbruch der Landtagsverhandlungen und die Vertagung des Landtages, die mit der bestehenden Mehrheit der NSDAP-Abgeordneten erzwungen werden konnte. Die Opposition von Zentrum und Sozialdemokraten konzentrierte sich in der zweiten Novemberhälfte 1932 wieder auf die parlamentarische Ebene und verfolgte die Absicht, die Regierung Röver in die politische Verantwortung zu nehmen. Dazu war Röver aus einleuchtenden Gründen nicht bereit. Das oldenburgische Zentrum beantragte nach einer Besprechung der politischen Lage am 23. November 1932 in Vechta die Einberufung des Landtags und forderte die Regierung auf, ihre landespolitische Notverordnungspraxis zu rechtfertigen:

> "Wir halten es für notwendig, daß die Staatsregierung der Volksvertretung über die Finanz- und Kassenlage des Landes und über die Lage der Gemeindefinanzen Aufklärung gibt, ferner daß die von der Staatsregierung auf Grund des § 37 der Verfassung erlassenen Verordnungen der Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden."[323]

Der Landesvorstand des Zentrums beschäftigte sich außerdem im Dezember 1932 mit der beabsichtigten Verwaltungsreform und verlangte die Einschaltung des Parlaments, um die Interessen der betroffenen Bevölkerung besser zur Geltung zu bringen:

> "Eine solche Berücksichtigung ist nur möglich, wenn die berufene Volksvertretung in gehöriger Form mitwirkt. Eine Verwaltungsreform auf dem Verordnungswege vom grünen Tisch her wird unseren schärfsten Widerstand unter Anwendung aller erlaubten Mittel finden."[324]

Nach der Vertagung des Landtags auf unbefristete Zeit am 6. Juli 1932 trat das oldenburgische Parlament erst am 10. Dezember 1932 auf Antrag der beiden Oppositionsparteien Zentrum und SPD wieder zusammen. Völlig unzufrieden zeigte sich die Zentrumsfraktion mit den Regierungserklärungen der Staatsminister Spangemacher und Pauly, die nach Meinung der Vechtaer OV eine

---

[323] OV vom 26.11.1932.
[324] OV vom 12.12.1932.

völlige Abkehr von der "Illusionspolitik der Oppositionsjahre" deutlich machten.[325] Staatsminister Spangemacher zog eine nüchterne politische Zwischenbilanz. Seit der letzten Tagung des Landtages habe sich "die Not in Deutschland auf allen Gebieten verschärft", das Land Oldenburg sei "von der Wirtschaftskrise ganz besonders hart betroffen". Entgegen der "Schönfärberei, die von manchen Schichten und Parteien betrieben wird", sei eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nicht abzusehen. Die oldenburgische Landespolitik müsse sich "unter allen Umständen im Rahmen der Reichsgesetze bewegen". Das Beispiel Preußen vor Augen, erklärte Spangemacher:

> "Offener Widerstand in dieser oder jener Lebensfrage des Volkes würde der Bevölkerung nichts nützen, sondern nur zu leicht die Einsetzung eines Reichskommissars zur Folge haben."

Es sei "trotz aller Not und allem Elend" im Reiche nicht gelungen, "zu einer aktiven gradlinigen Wirtschaftspolitik zu gelangen", weil "das Beharrungsvermögen einiger Parteien und Bevölkerungsschichten" immer noch zu groß sei, "als daß sie sich von den überlieferten Anschauungen lösen könnten". So müsse "einstweilen damit gerechnet werden, daß auch die jetzige Reichsregierung die erforderlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht treffen wird". Die Staatsregierung, die unter allen Umständen die Selbständigkeit des Landes erhalten wolle, sehe sich zur "Sparsamkeit in allen öffentlichen Verwaltungen" gezwungen. Sie erkenne ihre Aufgabe nicht "in kleinlicher Parteipolitik, sondern in sachlicher Arbeit", die allen Bevölkerungsschichten - "gleich welcher Parteiangehörigkeit" - gerecht werden solle. Die Aussprache über die Regierungserklärung, die Spangemacher "im Namen der oldenburgischen Staatsregierung und in Stellvertretung des Herrn Ministerpräsidenten" abgegeben hatte, wurde auf Antrag des Zentrumsfraktionsvorsitzenden Wempe auf die nächste Landtagssitzung vertagt.[326]

Die Landtagssitzung am 13. Dezember 1932 wurde mit einer Regierungserklärung von Staatsminister Pauly zur finanzpolitischen Lage des Freistaates eingeleitet. Pauly wandte sich besonders scharf gegen die säumigen Steuerzahler und forderte sie auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Für die Frage der Arbeitsbeschaffung sei in erster Linie das Reich zuständig.[327] Der Fraktionsvor

---

[325] OV vom 14.12.1932.
[326] StAO 39 - 21187: VII. Lt., 1. Vers., 4. Sitzung, 10.12.1932, S. 13ff. Röver weilte nach Auskunft Spangemachers auf einer Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin.
[327] OV vom 14.12.1932.

sitzende Wempe attackierte in der Aussprache über die Regierungserklärungen - ein halbes Jahr nach dem Machtwechsel in Oldenburg war eine solche wieder möglich geworden - vor allem die Beamten- und Personalpolitik seit dem Regierungsantritt Rövers, die einseitig nach parteipolitischen Gesichtspunkten geführt werde, und kam dann auf die politische Lage nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 zu sprechen, die die NSDAP in Oldenburg "auf etwa 38 %" zurückgeworfen hätten. Er wies die Regierung darauf hin, "daß 62 % des oldenburgischen Volkes [...] nicht zu dieser Partei gehören", und leitete daraus die Berechtigung ab, daß "die 62 % des oldenburgischen Volkes, die nicht zu dieser Partei gehören und dementsprechend nicht hinter der jetzigen Regierung stehen, auch einmal zu Worte kommen". Das sei der Sinn der einberufenen Landtagssitzung. Die Darlegungen von Finanzminister Pauly hätten sich nicht wesentlich unterschieden "von den Reden, die wir von derselben Stelle aus unter dem früheren System gehört haben". Daraus dürfe man den Schluß ziehen, "daß die frühere Regierungsweise doch nicht so 100 % verdammenswert gewesen ist, wie man es in gewissen Zeiten von der oldenburgischen Politik auf Ihrer Seite zu behaupten beliebt hat". Wempe glaubte, eine Rückkehr zur politischen Normalität feststellen zu können, und äußerte darüber seine Genugtuung. Das Zentrum stehe "selbstverständlich mit allen Kräften hinter den Bestrebungen der Staatsregierung", die Arbeits- und Erwerbslosenfrage mit den im Lande zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu lösen. Von einer fundamentalen Opposition gegen die Regierung Röver war das Zentrum in Oldenburg weit entfernt, sah die NSDAP aber nach den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 in einer ernsthaften Legitimationskrise:

> "In diesem Zusammenhang muß ich es als einen unerfreulichen Zustand bezeichnen, daß heute weniger als 38 % des Volkes die Macht in Händen haben, wie sie sagen, und - wie auch einmal von höchster Stelle aus gesagt worden ist - einen brutalen Gebrauch davon machen wollen. Wie soll man dann erwarten, daß die übrigen 62 % des Volkes vertrauensvoll und hingebend mitwirken für das Wohl des oldenburgischen Volkes?"[328]

Die Vorhaltungen Wempes an die Adresse der regierenden NSDAP verfehlten ihre Wirkung und trafen eine Regierung, die sich im politischen Wartestand befand. Die weiteren Landtagsverhandlungen erschöpften sich in Anträgen und Anfragen der Parteien zu den politischen Entscheidungen der letzten Monate, die die NSDAP in die politische Defensive drängten, so daß sie schließlich den

---

[328] StAO 39 - 21188: VII. Lt., 1. Vers., 5. Sitzung, 13.12.1932, S. 19-25. ECKHARDT, Landtagsreden, S. 46-49; OV vom 14.12.1932: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 13. Dezember 1932.

Abbruch der Debatte durchsetzte. Die Zentrumsanträge hatten unter anderem die Senkung der Gewerbesteuer, Aufhebung der Schlachtsteuer, parlamentarische Beratung der Verwaltungsreform, Reorganisation der staatlichen Finanzanstalten und vor allem den Aufbau der SA als Hilfspolizei zum Gegenstand.[329]

Im neuen Jahr 1933 nahm der oldenburgische Landtag seine Plenarsitzungen wieder auf. Zu einer ausgedehnten Debatte kam es in der Sitzung am 17. Januar 1933 über den Aufbau der SA-Hilfspolizei in Oldenburg. Fraktionsvorsitzender Wempe erkannte die politische Gefahr und erblickte wie viele Bevölkerungskreise "in dieser Maßnahme der Staatsregierung einen Versuch, die Polizei, die Schutzpolizei mit Parteigenossen zu durchsetzen und auf diese Weise zu politisieren und so die Organe der öffentlichen Sicherheit zur Schutztruppe einer Partei zu machen". Dazu bestehe in Oldenburg kein Anlaß:

> "Wir wissen es ja doch auch alle, die paar Kommunisten im oldenburgischen Volke, die da als Ruhestörer in Frage kommen könnten, sind so harmlose Zeitgenossen (Heiterkeit), daß man ihretwegen ganz gewiß einen solchen Apparat nicht hätte aufziehen brauchen."[330]

Für die NSDAP begründete der Abgeordnete Böhmcker den Aufbau der SA-Hilfspolizei mit der Gefahr, die immer noch von den Kommunisten ausgehe. Für den Fall eines Wahlsieges der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 hätten sie erklärt: "[...] wenn Hitler an die Macht kommt, dann schlagen wir los." Die Maßnahmen der Staatsregierung seien "lediglich vorbeugender Natur" gewesen, die den "Zweck, etwas zu verhindern", gehabt hätten.[331] In der Landtagssitzung am 18. Januar 1933 gewann die politische Auseinandersetzung an Schärfe und rückte die Personalpolitik der Regierung Röver noch einmal in das Zentrum der Debatten. Staatsminister Spangemacher bestritt der Opposition zwar nicht "das Recht der Kritik", wollte "diese Arbeiten hier im Hause" aber nicht für so wertvoll halten, "daß man es dem Volke gegenüber verantworten könne, daß wir jeden Tag in dieser nutzlosen Kritik verharren (Sehr richtig! Rechts) und daß wir dem Volke jeden Tag an Diäten rund 600, --

---

[329] OV vom 16.12.1932.

[330] StAO 39 - 21190: VII. Lt., 1. Vers., 7. Sitzung, 17.1.1933, S. 28f.; MT vom 18.1.1933: mit dem stenographischen Bericht über die Sitzung des Landtages vom 17. Januar 1933; OV vom 18.1.1933: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 17. Januar 1933.

[331] StAO 39 - 21190: VII. Lt., 1. Vers., 7. Sitzung, 17.1.1933, S. 50ff.; MT vom 18.1.1933. Die Kritik des Zentrums richtete sich auch gegen die parteipolitische Einflußnahme der NSDAP auf das Arbeitsdienstlager in Ahlhorn.

DM aus der Tasche locken". Wenn man aber "die Art der Kritik" ansehe, so müsse man "da schon vielfach von öden Agitationsreden sprechen". Man wolle "den Zeitungen mal wieder für einige Wochen billiges Agitationsmaterial verschaffen".[332] Spangemacher verteidigte die Personalpolitik der Regierung Röver und wies insbesondere die Kritik an der Amtsenthebung der Schulräte Schlüter und Stukenberg in aller Schärfe zurück:

> "Es ist, wenn Sie sich die Geschichte Deutschlands und der deutschen Staaten ansehen, immer noch so gewesen, daß die Minister das Recht hatten, jene Leute, die ihnen nicht paßten, durch andere zu ersetzen, und dieses selbe Recht, das die Sozialdemokratie, das Zentrum und alle die anderen für sich in Anspruch genommen haben, dasselbe Recht nehmen auch wir in Anspruch. Wenn ich die Schulräte, um die es sich handelt, ersetzen will durch andere Männer, so brauchen Sie nach dem Grunde gar nicht zu fragen. Den Grund habe ich Ihnen gesagt: Die Herren passen mir nicht. Es ist so, daß ich nicht den Eindruck gewonnen habe, daß sie das, was ich will, weitergeben an die ihnen untergeordneten Schulen, und wenn sie das nicht tun, wenn sie sich dem Willen der Regierung, des verantwortlichen Ministers entgegenstellen, wenn auch nur ein sogenannter passiver Widerstand besteht ... (Abg. Jacobs: Dafür ist doch gar kein Beweis da.) brauchen Sie auch nicht zu haben; es genügt, wenn ich ihn habe ... dann entferne ich diese Herren aus der Stelle und ersetze sie, nicht durch Hinz oder Kunz, sondern durch Schulfachleute meines Denkens, von denen ich die Gewißheit habe, daß sie dort, wo sie stehen, das Wollen des Ministeriums in die ihnen untergeordneten Schulen weitertragen. Das ist der Grund gewesen. Diesen Eindruck habe ich von den beiden Herren nicht gehabt; darum habe ich sie durch andere ersetzt."[333]

Bei der Kritik aus den Reihen der Opposition handle es sich um "viel Geschrei und wenig Wolle". Spangemacher erklärte sich "zu jeder sachlichen Zusammenarbeit" bereit, aber außerstande, "an dem höchsten Ziel, das jeder im Herzen deutsche Mensch sich gesetzt haben muß", vorbeizugehen, "nämlich die deutsche Jugend zu erziehen zum Volke und zu erziehen zum Herrgott". Von diesem Ziel werde ihn "keiner aus der Opposition" abbringen können:

> "Es kann sein, daß einmal die Stunde kommt, in der Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen, aber ich möchte Ihnen nur eins wünschen, daß im Interesse des oldenburgischen Volkes und im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes wiederum ein Mensch dahin käme, der nicht international, pazifistisch, demokratisch, liberalistisch

---

[332] StAO 39 - 21191: VII. Lt., 1. Vers., 8. Sitzung, 17.1.1933, S. 108-114; MT vom 19.1.1933: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 18. Januar 1933, auch zum folg.

[333] Der Landtagsabgeordnete Wilhelm Jacobs gehörte der SPD-Fraktion an. Das Oldenburgische Schulblatt zitierte Spangemacher nach dem "Freiheitskämpfer" vom 19.1.1933 mit den Worten: "Die Minister haben immer und überall das Recht gehabt, Leute zu entlassen, die ihnen nicht passen. Das war beim Zentrum und der SPD. immer so. Wer sich dem Willen der Regierung entgegensetzt, der wird entfernt." (Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 22)

eingestellt wäre, sondern ein Mensch sei, der sich an zwei Dinge hält, an Volk und Gott, und aus diesen beiden Grundidealen heraus einmal ein starkes Deutschland bauen wird, das dem letzten Menschen wieder Gerechtigkeit gibt. (Bravo! Rechts.)"[334]

Der Fraktionsvorsitzende Wempe zeigte sich in der Landtagsdebatte inhaltlich und im parlamentarischen Umgangston äußerst konziliant. Die politische Beunruhigung der Opposition, "die nunmehr durch die Taktik der Staatsregierung sich ergeben mußte", würde sich vielfach als überflüssig erwiesen haben, "wenn die Arbeit der Staatsregierung sich etwas mehr in der Öffentlichkeit statt hinter verschlossenen Türen abgespielt hätte". Damit sprach Heinrich Wempe, der sich große Rededuelle mit den Ministern Pauly und Spangemacher lieferte, in erster Linie die anhaltenden Konflikte um die oldenburgische Verwaltungsreform an. Er faßte die Standpunkte des Zentrums in einer Erklärung zusammen, die aus katholischer Sicht auch als Schlußwort zur Geschichte des oldenburgischen Parlamentarismus gelesen werden konnte:

"Wie wir immer wieder betont haben, ist das, daß wir an der Spitze des oldenburgischen Staates nicht eine Parteiregierung, sondern eine Volksregierung zu sehen wünschen, d. h. eine Regierung, deren Regierungsgrundsätze und Regierungstaten so geartet sind, daß auch diejenigen Kreise der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen zu ihr gewinnen können, die nicht ihrer politischen Färbung sind, und daran, meine Damen und Herren, hat es bisher gefehlt. Es ist dann gesagt worden von dem Herrn Minister, daß es sein Ziel sei, völkische Gesinnung im Volke und insbesondere in der Jugend heranzuziehen. Meine Damen und Herren, ich muß schon sagen, daß wir in Zukunft wie bisher einfach gute Deutsche sein und bleiben werden (Abg. Herzog: Aber nicht völkisch?) Das Wort völkisch haben wir dabei gar nicht nötig. (Abg. Herzog: Aha, die leugnen Sie ab, die Grundlage.) Deutsch wollen wir sein. Wir sind überzeugt, daß insbesondere unsere Schulen - ich spreche da zunächst natürlich für den Kreis der Schulen, die mir nahestehen - schon bisher, vor wie nach dem Kriege, eine durchaus einwandfreie, eine durchaus treue und lautere deutsche Volks= und Staatsgesinnung unserer Jugend beigebracht haben, und hieran kann keine auch nur irgendwie geartete Regierung auch nur irgendetwas ändern. Ich glaube auch nicht, daß der Herr Minister praktisch daran denkt und die Absicht hätte, Änderungen etwa im nationalsozialistischen Sinne herbeizuführen."[335]

Aus der zeitgenössischen Perspektive des Jahres 1933 entwickelte Heinrich Wempe keinen Blick für den politischen Umbruch, der sich vor seinen eigenen

[334] Spangemacher hatte bereits einleitend erklärt: "Man hat nämlich Angst davor, daß eine gewisse völkische Anschauung hineingetragen würde in Kreise, die die Parteien der Opposition gern für sich erfaßt hätten. (Oho-Rufe links. Sehr richtig! rechts.) Man kann es uns wirklich nicht zumuten, daß wir in den Arbeitslagern, in Schulen und ähnlichen Einrichtungen junge Sozialdemokraten heranziehen."

[335] StAO 39 - 21191: VII. Lt., 1. Vers., 8. Sitzung, 17.1.1933, S. 115-117.

Augen vollzog. Der Begriff des politischen "Umsturzes" blieb für ihn jedoch mit dem Herbst des Jahres 1918 verbunden. Für das politische Bewußtsein des katholischen Milieus in Südoldenburg war das - und nicht der Januar 1933 - die einschneidende Zäsur seiner Geschichte. "In der gärenden Zeit nach der Revolution" habe "der ganze Bestand des Staates auf dem Spiel" gestanden und für ein personelles Revirement "vielleicht eine viel größere Berechtigung" vorgelegen als "im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo doch die Verhältnisse sich konsolidiert" hätten. Er gehe nicht davon aus, "daß die Beamten- und Beamtenbesetzungspolitik, die wir in den letzten Monaten verschiedentlich haben erleben müssen", in Zukunft fortgesetzt werde, denn auch die Staatsregierung habe "auf die Dauer das Vertrauen der gesamten Beamtenschaft nötig, das Vertrauen, dass über ihr eine Regierung steht, die ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit nur die Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit des Einzelnen ins Auge faßt". Noch zweimal trat der oldenburgische Landtag im Februar 1933 zusammen, fand aber zu einer politischen Handlungsfähigkeit nicht mehr zurück.[336] Das wurde vor allem in der politischen Behandlung der Verwaltungsreform deutlich. Ihre Bekanntgabe wurde so lange hinausgezögert, daß eine parlamentarische Beratung obsolet wurde. In der Verfügung vom 10. Februar 1933 verbot die Staatsregierung den staatlichen Beamten und Angestellten sogar jede außerdienstliche Äußerung über das geplante Reformwerk.[337] Die Parteien rüsteten längst für den letzten halbwegs freien Wahlgang in Deutschland am 5. März 1933.

Die parlamentarische Offensive des Zentrums, so gut sie politisch auch gemeint war, scheiterte an eben den Möglichkeiten, die sie zur Anwendung brachte, und wurde mit den parlamentarischen Spielregeln ausgespielt, die sie nach demokratischem Selbstverständnis eingehalten wissen wollte. Das Zentrum hatte noch nicht hinreichend realisiert, daß sich der Parlamentarismus in Deutschland wie in Oldenburg politisch schon in Liquidation befand und seine politischen Spielregeln im Kampf um die Macht von der NSDAP schonungslos ausgenutzt wurden. Vielleicht blieb ihm die politische Wirklichkeit im Niedergang der parlamentarischen Demokratie im Reich wie im Freistaat nur deshalb verborgen, weil es noch an seine politischen Chancen glaubte. Dabei ging es von der fortgesetzten Gültigkeit der bestehenden Verfassungsordnung aus. Die realistische Einsicht in die wirkliche politische Lage Deutschlands wurde nach außen

[336] MT vom 4., 8.2.1933. Am 3. und 6. Februar 1933 trat der Landtag wieder zu einer Plenarsitzung zusammen.
[337] MT vom 11.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 102. Zur Verwaltungsreform vgl. Kap. 1.1.2. im vierten Band der Arbeit: Die oldenburgische Verwaltungsrefom.

unter einem Schleier von moralischem Pathos und religiöser Kampf- und Opfermentalität verborgen und lenkte den Blick des politischen Katholizismus nicht nach innen und in die eigene geistige Verfassung. Die Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Wirklichkeit wehrte das Zentrum ab, weil es sich ihr in der Stunde der Not nicht gewachsen fühlte und sie in Zeiten des inneren Friedens nicht bewußt genug geführt hatte. Deshalb ist dem Urteil von Elsbeth Südbeck zuzustimmen, wenn sie über die politische Lage in Oldenburg nach dem Ausgang der November-Wahlen 1932 und die zögernde Haltung der demokratischen Opposition einschließlich des Zentrums feststellt:

> "Doch die demokratischen Parteien nutzten die Gunst der letzten Stunde nicht: ein Volksentscheid findet nicht statt, der Landtag wird nicht aufgelöst - ein folgenschweres Versäumnis der demokratischen Parteien. Tatsache bleibt: Im November 1932, als die Wähler in Oldenburg das Dritte Reich quittierten, hätte eine 'Anti-Nazi-Koalition' die erste Landesregierung im Reich aus den Angeln heben können. Die Oldenburger jedoch haben ihre große Stunde und einmalige Chance in der deutschen Geschichte nicht wahrnehmen können; dazu fehlte es an politischer Weitsicht und demokratischem Selbstverständnis. Dieser Verantwortung kann sich auch das Oldenburger Münsterland nicht entziehen."[338]

Freilich waren für den frühen Regierungsantritt Rövers in Oldenburg auch langfristige Traditionen und Mentalitäten verantwortlich, die den Erfolg der NSDAP und schließlich das Überleben der Regierung Röver begünstigten, weil sie an politische Tugenden appellierten, die mit dem Begriff der "legalen Revolution" durchaus vereinbar waren. Im Norden Oldenburgs waren "jene Bevölkerungskreise überdurchschnittlich repräsentiert, die sich für die nationalsozialistischen Parolen besonders empfänglich zeigten, die Landbevölkerung, insbesondere die Selbständigen in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe". Hinzu kam "der überwiegend evangelische Charakter des nördlichen Landesteiles". Im Norden wie im katholischen Süden herrschte jedoch gleichermaßen ein antimodernistisches Beharrungs- und Abwehrvermögen, das in "Heimatgefühl, Traditionsbewußtsein, Autoritätsgläubigkeit und Mißtrauen gegenüber sozialem Wandel" stark verwurzelt war.[339] Es war nur konfessionell verschieden.

---

[338] SÜDBECK, Freistaat, S. 23; SÜDBECK, Elsbeth: Vom Großherzogtum zum Freistaat: Oldenburger Münsterland zu Zeiten der Weimarer Republik, IN: VuL 116/1985, S. 17.
[339] GREBING, Niedersachsen, S. 220.

1.6.2. Die Entscheidung vom 30. Januar 1933: "Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt."

Ausgerechnet in einer Zeit, in der sie von Krisen geschüttelt wurde und einen merklichen Abschwung in der Wählergunst erlebte, gelangte die NSDAP an ihr politisches Ziel. Am 30. Januar 1933 meldete die Münsterländische Tageszeitung in Cloppenburg in einer Eilmeldung die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

> "Der Reichspräsident empfing heute vormittag Adolf Hitler und den Reichskanzler a. D. von Papen zu einer längeren Besprechung. Der Reichspräsident hat Hitler zum Reichskanzler ernannt [...] Reichskanzler Hitler wird noch heute Verhandlungen mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen."[340]

Die benachbarte Vechtaer OV bedauerte die Hakenkreuzfahne auf dem Cloppenburger Amtsgebäude, die anläßlich der Ernennung Adolf Hitlers aufgezogen wurde. Dabei war nicht zu klären, ob die Fahne auf Initiative der örtlichen NSDAP oder auf ministerielle Anordnung angebracht worden war. Man beschäftigte sich noch mit politischen Marginalien. Die Zeitung unterstrich die bisherige Zurückhaltung der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs gegenüber dem Nationalsozialismus und zeigte sich enttäuscht über die aktuelle politische Entwicklung:

> "Wir müssen unserem **lebhaften Bedauern** darüber Ausdruck geben, daß man in Bezirken, wo die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung den Nationalsozialismus ablehnt, staatlicherseits die Beflaggung staatlicher Gebäude mit der Hakenkreuzfahne, also einer **reinen Parteifahne**, anordnet oder genehmigt, wenn der Antrag von einer kleinen Gruppe in diesen Bezirken gestellt wird. Das erscheint uns nicht der richtige Weg, einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen. Von einer oldenburgischen Staatsregierung, selbst wenn sie nationalsozialistisch ist, muß erwartet werden, daß sie auf die Auffassung der Bevölkerung in jenen Gebieten Rücksicht nimmt, die mit überwältigender Mehrheit die Hakenkreuzfahne als das Symbol einer Partei ablehnen."[341]

Die Opposition der Zentrumspresse ging noch vom demokratischen Parteienstaat Weimarer Prägung aus. Aus diesem Grunde lehnte sie die Hakenkreuzfahne als "reine Parteifahne" auf dem Cloppenburger Amtsgebäude ab. Sie reagierte in den politischen Denkmustern des 'alten' Weimarer Systems, die in

---

[340] MT vom 30.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 87. Auf der Kabinettsliste, die die MT veröffentlichte, war das Justizministerium noch nicht besetzt.
[341] OV vom 2.2.1933; SCHAAP, Weg, S. 173.

der Übergangszeit auch von der NSDAP benutzt wurden, und realisierte nicht, welcher grundlegende politische Wandel mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in Deutschland eingetreten war und welche Folgen sich daraus für den Freistaat ergaben. Am 1. Februar 1933 wurde der deutsche Reichstag aufgelöst und zum letzten demokratischen Gefecht um die politische Zukunft Deutschlands am 5. März 1933 aufgerufen. Die Cloppenburger MT fragte nach dem politischen "Warum?" und erkannte in den Vorgängen die politische "Kampfansage", als die sie gemeint waren:

> "Immer deutlicher wird so die Kampfansage, immer deutlicher der Wille zur Ausschaltung von Parteien, die eine Mehrheit schaffen können und wünschen, solange annehmbare, verfassungsrechtliche und nicht abenteuerliche Wege beschritten werden."[342]

Daß eine solche Mehrheit noch gefunden werden könnte, war allerdings eine politische Illusion, die immer noch auf die von Prälat Kaas beflügelte Idee der "Sammlung" aller demokratischen Kräfte der untergehenden Republik setzte. Politische Partner, die für diese "Sammlung" in Frage kommen könnten, standen aber kaum noch zur Verfügung: Das protestantische bürgerliche Lager war zu großen Teilen von der NSDAP aufgerieben, von der Sozialdemokratie trennte das Zentrum ein tiefer politischer Graben. Seine ehrgeizige Tuchfühlung mit Hitlers NSDAP, mit dem erklärten Ziel, in einer Rechtsregierung wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen, machte deutlich, daß es dem Zentrum nicht mehr um eine demokratische Opposition gegen den Nationalsozialismus ging. Es setzte nun alles daran, den Systemwechsel in Deutschland politisch zu überleben; im günstigsten Falle könnte es ihn noch mitgestalten. Dazu mußte die Zentrumspartei gestärkt aus den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 hervorgehen: Noch schien für den politischen Katholizismus in Deutschland nicht alles verloren.

Ein autoritärer Wandel des politischen Systems von Weimar wurde Anfang Februar 1933 auch in Zentrumskreisen nicht mehr übersehen, allerdings auf die Kabinette Papen, Schleicher und Hitler begrenzt; die Ära Brüning wurde davon ausgenommen. Die Tagung des Landesvorstandes der oldenburgischen Zentrumspartei verabschiedete einen "Aufruf an das Zentrumsvolk in Stadt und Land!" und sprach von einem "neuen System", dem nur noch eine entschlossene "Not= und Schicksalsgemeinchaft" entgegentreten könne. Das Zentrum hielt an seinen bewährten Forderungen fest:

---

[342] MT vom 2.2.1933.

> "**Das katholische Volk, die 'katholischen Parteien' verurteilen den drohenden Volkskampf**, einen Kampf, in dem der Deutsche im Deutschen nur noch seinen Feind sieht, auf das allerschärfste. **Unser Volksteil ist aber entschlossen, für unsere Weltanschauung, für unsere Gleichberechtigung im Vaterlande und für eine nach christlichen Grundsätzen orientierte Wirtschaftsordnung alles einzusetzen**."

Die oldenburgische Zentrumsführung bekräftigte, daß die 'katholischen Parteien' bei der Bildung des Kabinetts Hitler-Papen "bewußt ausgeschaltet" worden seien und eine "Aufklärung über das sachliche Arbeitsprogramm" der neuen Regierung ausgeblieben sei. Die "moralische Verantwortung" für die Reichstagsauflösung lag nach den Worten des Oldenburger Reichstagsabgeordneten Wegmann nicht beim Zentrum, wie aus dem Briefwechsel Hitler-Kaas deutlich hervorgehe, sondern bei der Reichsregierung. "Nach sachlicher Information des Reichspräsidenten erfolgte die Reichstagsauflösung", hieß es lapidar im Aufruf des oldenburgischen Zentrums zur bevorstehenden Reichstagswahl. Deutschland habe "in der Zeit der autoritären Staatsführung, also seit 8 Monaten, drei neue Regierungen" erlebt, erklärte Wegmann, ohne daß diese durch das Parlament gestürzt worden seien.[343]

So ging das Zentrum in den letzten Wahlkampf, als seien die parlamentarischen Spielregeln in Deutschland noch in Kraft und als ginge es immer noch um einen fairen Wettbewerb zwischen den politischen Gegnern. Daß die "Reichstagsbrandverordnung" diesen am 28. Februar 1933 außer Kraft setzte und bereits der Ausnahmezustand galt, erschien im Bewußtsein des politischen Katholizismus in Deutschland nicht als höchst bedenkliche und äußerst fragwürdige Realität, traf die Ausschaltung doch zunächst den Gegner auf der politischen Linken und fühlte man sich mit seiner Verfolgung doch insgeheim einverstanden. Deshalb erhob sich auch im südoldenburgischen Katholizismus kaum ein Wort des demokratischen Protestes, als die bürgerlichen Grundrechte und die verbrieften Garantien des Rechtsstaates außer Kraft gesetzt wurden und die Freiheit in Deutschland wieder teilbar wurde. In einem Kommentar zum Reichstagsbrand und zur "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" bezweifelte die Cloppenburger MT zwar, "daß mit starken polizeilichen Mitteln alles getan sei", begrüßte aber die einsetzende Verfolgung von Kommunisten als ganz in ihrem Sinne. Sie forderte zu einer starken geistigen Abwehrfront gegen den Kommunismus auf, in die auch der katholische Volksteil unter der Führung des Zentrums einbezogen werden sollte:

---

[343] OV vom 6.2.1933; SCHAAP, Weg, S. 174.

> "Noch niemals ist eine Irrlehre allein mit polizeilichen Mitteln niedergehalten worden. Es kommt darauf an, daß wir in Deutschland klar die Gefahr, die uns von dieser Seite droht, erkennen und an der geistigen Ueberwindung des Bolschewismus arbeiten. Immer, wenn Deutschland bisher in Gefahr war, hat es die Einigkeit wiedergefunden, um Angriffe abzuwehren. Wir sind des festen Glaubens, daß im Kampf gegen den Kommunismus sich eine breite und starke Front in Deutschland bilden wird, in die sich alle Deutsche, gleich welcher Partei sie angehören, eingliedern werden."[344]

Die Kommunisten waren ohnehin von der politischen "Volks-Sammlung" ausgeschlossen, in der das Zentrum die gemäßigten Deutschen gegen Hitler zusammenführen wollte. Bei der Bildung des Kabinetts Hitler-Papen fühlte es sich übergangen, und der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März 1933 machte seine politischen Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung vollends zunichte. Seit der Entlassung Brünings sah sich das Zentrum im Vorhof der politischen Macht in Deutschland und stand in Wartestellung, doch vergebens. Aus Zentrumskreisen verlautete, daß die Verhandlungen mit der NSDAP im November 1932 und bei der Bildung des Kabinetts Schleicher am "indiskutablen Nein" des politischen Gegners gescheitert seien. Obwohl man auch bei der Bildung der Regierung Hitler-Papen erst in Kenntnis gesetzt worden sei, "als die Geburtsstunde des neuen Kabinetts schon geschlagen hatte", betonte Kaas noch Mitte Februar, "daß man über Dinge mit sich reden ließe, die zu verantworten seien". Auf einer nichtöffentlichen Delegiertenversammlung der niederschlesischen Zentrumspartei wies Prälat Kaas den Vorwurf zurück, daß Zentrum habe sich "der großen nationalen Konzentration" versagt. Brüning erklärte auf dieser Versammlung, es sei dann nicht "von einer Schuld des Parlamentarismus zu sprechen", wenn eine Regierung wie das Kabinett Schleicher sich nicht dem Reichstag stelle, sondern vom Reichspräsidenten die Auflösungsorder verlange.[345] Zentrum wie Bayerische Volkspartei bemühten sich im Vorfeld der Reichstagswahl um ein nationales Image. In einer Unterredung mit dem Reichspräsidenten führte Staatsrat Schäffer in seiner Funktion als "Führer der Bayerischen Volkspartei" Beschwerde darüber, daß in Aufrufen und Verlautbarungen der Reichsregierung "immer noch von ‘nationalen Parteien’ gesprochen werde, wodurch in der bayerischen Oeffentlichkeit der Eindruck entstanden sei, als ob diejenigen Parteien, die nicht die derzeitige Reichsregierung stützten, nicht zu den nationalen Parteien gezählt würden". Schäffer habe zum Ausdruck gebracht, "daß der Volkswille unter allen Umständen berücksichtigt werden

[344] MT vom 1.3.1933.
[345] MT vom 18.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 104.

müsse", falls die gegenwärtigen Regierungsparteien nicht die Mehrheit auf sich vereinigten.[346]

Die katholische Sammlungsidee öffnete sich weit nach rechts, verschloß sich aber strikt gegen die politische Linke. Die bürgerliche Mitte kam als politischer Bundesgenosse in einer Anti-Hitler-Koalition nicht mehr in Frage, weil sie in den Wahlen zuvor bereits untergegangen war. Die unvoreingenommene Analyse dieses Balanceaktes vermittelt einen Einblick in die politische Verfassung des Zentrums am Ende der Weimarer Republik. Es suchte unter ideologischen Vorbehalten, die vorübergehend zurückgestellt wurden, die Beteiligung an der Macht in einer Rechtskoalititon, um aus der ungeliebten Oppositionsrolle herauszutreten, und wurde von der NSDAP wiederholt abgewiesen. Das Gefühl, im nationalen Abseits zu stehen, und sei es aus noch so guten demokratischen Gründen, war für das Zentrum unerträglich und motivierte auch wesentlich seine Entscheidung vom 23. März 1933, als es zum letztenmal den Eindruck gewann, für den nationalen Aufbau im parlamentarischen Kräftespiel gebraucht zu werden. Kern der katholischen Sammlung waren bürgerliches Ordnungsdenken und eine politische "virtus", die als moralische Kategorie nur diesseits der extremistischen Lager zu finden war. Diese betont anti-plebejische Haltung erschwerte zwar einen Brückenschlag zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, schloß ihn aber nicht gänzlich aus. Dafür sprachen auf katholischer Seite gewichtige politische Argumente. Prälat Kaas, der Vorsitzende des Zentrums, umschrieb diese politischen Verhaltensmuster im offiziellen Aufruf seiner Partei zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 mit den Worten:

> "In festem Vertrauen auf unsere Kerntruppen gehen wir in diesen Kampf. Als starker Ordnungsblock der Mitte, der zwischen den Fronten von Links und Rechts seinen Platz behauptet und erweitert, der durch seine aufbauende, versöhnende und schlichte Politik zerstörerischer Zwietracht und politischem Hazardspiel den Weg zu parteidiktatorischer Alleinherrschaft verriegelt."[347]

Als ein letzter moralischer Appell liest sich auch der Aufruf, mit dem die katholischen Bischöfe das Zentrum und die Bayerische Volkspartei in der bevorstehenden Reichstagswahl unterstützten. In der Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz hieß es zur Bedeutung der Reichstagswahl:

---

[346] Ebd.
[347] MT vom 13.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 103.

> "Die überaus große Bedeutung, welche die bevorstehenden Wahlen zum Reichstage, zum Landtag und zu Verwaltungskörperschaften nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch wegen des Einflusses auf Schutz und Förderung der religiösen und sittlichen Güter des ganzen Volkes und auf die Stellung der Kirche im öffentlichen Leben haben, gibt uns Anlaß, in entscheidender Stunde ernst und eindringlich alle katholischen Christen an die vaterländische Pflicht zu erinnen, von ihrem Wahlrechte so Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des treuen Staatsbürgers und treuen katholischen Christen entspricht."

Die Bischöfe wiederholten ihre Warnung "vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind".[348] Einen Tag vor der Wahl stellte die Cloppenburger MT noch einmal mit allem Nachdruck fest, "daß die ergangenen Stellungnahmen und Richtlinien der Bischöfe zur Wahl und ebenso auch die Stellungnahmen und Warnungen der Bischöfe gegenüber dem Nationalsozialismus auch heute noch unverändert Geltung haben".[349]

1.6.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933: "Das ist Versündigung am Geiste der Volksgemeinschaft."

Ein demokratischer Wahlkampf mit einer Chancengleichheit für alle Parteien wurde von der Landesregierung in Oldenburg von vornherein erschwert. Während die Opposition in ihren Entfaltungsmöglichkeiten systematisch behindert wurde, unterlagen die Nationalsozialisten keinerlei Beschränkung und nutzten die polizeilichen Aufsichts- und Kontrollmöglichkeiten voll aus. Der Wahlkampf der NSDAP richtete sich in erster Linie gegen die SPD und das Zentrum, in deren bisher noch relativ intakten Wählerstamm sie einzudringen versuchte. Im Unterschied zum vorangegangenen Reichstagswahlkampf, der stark von landespolitischen Fragen geprägt gewesen war, beherrschte jetzt die Reichspolitik die Szene. Ein aktuelles landespolitisches Thema war die geplante Verwaltungsreform, die in der Bevölkerung eine Welle von Protesten ausgelöst hatte, zumal die Regierung Röver der Öffentlichkeit ihre konkreten Pläne und Absichten vorenthielt.[350]

---

[348] MT vom 18.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 105: Abdruck aus dem "Kirchlichen Amtsblatt der Diözese Osnabrück" Nr. 6 vom 15. Februar 1933. Gleichzeitig mit den Wahlen zum Reichstag wurde auch der preußische Landtag gewählt.
[349] MT vom 4.3.1933.
[350] SCHAAP, Endphase, S. 253f.

In der Landtagssitzung vom 10. Februar 1933 forderte Wempe namens der Zentrumsfraktion die Regierung auf, dem Landtag "über die geplanten Reformen wenigstens in großen Zügen" Auskunft zu geben, weil "die nun schon seit Monaten in der Luft schwebende Verwaltungsreform, um die sich allmählich bereits ein ganzer Sagenkranz gesponnen hat, eine sehr starke Beunruhigung in die Bevölkerung hineingebracht hat, weil niemand weiß, was nun eigentlich geplant ist und wessen er sich zu versehen hat". Eine Beruhigung der Wähler liege schließlich auch im Interesse "der Rechten".[351] Minister Spangemacher wies Wempe brüsk zurück und versicherte, daß die Regierung bei der Durchführung ihres Reformvorhabens "alle agitatorischen Mätzchen" beiseite stelle. Es handle sich "weiß Gott um wichtigere Dinge" und nicht darum, "ob ein gewissenloser Agitator sagt, jetzt soll dieses Amt das 5. Rad am Wagen werden". Es gehe auch nicht darum, "ob einige Gemeinden sterben sollen, ob man sie mit anderen zusammenschließt, um sie mit Hilfe der anderen wieder zum Leben zu bringen, nicht darum, ob man eine Dienststelle niederlegt, sondern letzten Endes darum, daß man dem oldenburgischen Volke wieder eine Möglichkeit zum Leben gibt. (Sehr richtig! Rechts.)". Die Unruhe trage nicht die Verwaltungsreform in die Bevölkerung hinein, sondern "jene verantwortungslosen Partei-Agitatoren, die das Ding aufs andere Ende setzen wollen, und die aus dem Durcheinander, aus diesem Chaos im Volke für ihre Partei Nutzen schlagen wollen, weiter gar nichts".[352]

Eine Verfügung des Innenministeriums vom 28. Februar 1933 legte den Polizeibehörden nahe, "auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SA., SS. und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden" und "dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten".[353] Besonders hart betroffen von den staatlichen Repressionen war die KPD. Den Höhepunkt der politischen Verfolgung bildete die Ermordung des Oldenburger KPD-Landtagsabgeordneten Johann Gerdes (Ofenerdiek), der am 3. März 1933 Opfer eines Anschlags wurde und am 6. März 1933

---

[351] StAO 39 - 21193: VII. Lt., 1. Vers., 10. Sitzung, 10.2.1933, S. 47f. Wempe verwies auf das Amt Wildeshausen, das zur Disposition stand und seine Haltung in einer Protestversammlung und Resolution zum Ausdruck gebracht hatte. Es habe sich in seinem "Notschrei" ausdrücklich darauf berufen, "daß der Bezirk Wildeshausen der gegenwärtigen Staatsregierung zu einem großen Teile zu ihrer Macht und ihrem Amt verholfen habe". Daraus leite es "die Berechtigung her, nun den Bezirk Wildeshausen erhalten zu sehen".

[352] StAO 39 - 21193: VII. Lt., 1. Vers., 10. Sitzung, 10.2.1933, S. 51-53. Zur Verwaltungsreform vgl. Kap. 1.1.2. im vierten Band der Arbeit: Die oldenburgische Verwaltungsreform.

[353] SCHAAP, Weg, S. 178.

seinen Verletzungen erlag. Das Staatsministerium gewährte den Tätern nach der Wahl politische Amnestie, "da die Tat im Kampfe für die nationale Erhebung und in der Erregung über die niederträchtigen Terrorakte und Terrorpläne der KPD begangen ist".[354]

Die polizeistaatlichen Maßnahmen, die den Bewegungsspielraum der demokratischen Parteien im Wahlkampf begrenzen sollten, trafen auch das Zentrum und seine Presse. Aufgrund der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar 1933, das die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränkte, wurde die "Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe" durch das oldenburgische Staatsministerium vom 9. bis zum 14. Februar 1933 verboten.[355] Das Verbot wurde mit dem Abdruck eines Aufrufs der oldenburgischen Zentrumspartei zur Reichstagswahl begründet.[356] Die Cloppenburger MT veröffentlichte den Aufruf in ihrer Ausgabe vom 6. Februar 1933. Darin attackierte das oldenburgische Zentrum in ungewöhnlich scharfer Form die neue Reichsregierung:

> "Die Harzburger Front der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und des Stahlhelm ist zusammengekommen. Selbst für die gemäßigte Rechte ist kein Platz in dieser 'nationalen Konzentration'. Die **'katholischen Parteien'** wurden bewußt ausgeschaltet. Die vom Zentrum verlangte **Aufklärung über das sachliche Arbeitsprogramm blieb aus.** Nach falscher Informierung des Reichspräsidenten erfolgte die **Reichstagsauflösung**. Wahlen statt Taten! [...] Hier in Oldenburg haben wir ja schon den Unterschied zwischen nationalsozialistischen Verheißungen und Taten kennengelernt! - Toren, die jetzt noch auf Wunder warten. [...] Schon wird allen die Existenzberechtigung abgesprochen, welche nicht in dieser Harzburger Front stehen. Das ist Versündigung am Geiste der Volksgemeinschaft."[357]

Ein Aufruf der katholischen Verbände zur Reichstagswahl, der vor dem politischen Extremismus warnte, veranlaßte das preußische Innenministerium zu der Absicht, die gesamte katholische Presse zu verbieten. Nach Verhandlungen mit dem ehemaligen Reichskanzler Marx, dem Vorsitzenden der katholischen Verbände, und Bokel, dem Generalsekretär des Zentrums, erklärte sich Göring bereit, das dreitägige Verbot wieder zurückzunehmen.[358] Die entscheidende

---

[354] MT vom 3., 4., 7., 8.3.1933; SCHAAP, Weg, S. 180f.
[355] MT vom 7.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 100.
[356] MT vom 9.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 102.
[357] MT vom 6.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 98.
[358] MT vom 20.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 106. In der Begründung zur Aufhebung des Verbots, die der preußische Pressedient veröffentlichte, wies Göring in seiner Funktion als Reichskommissar für das preußische Innenministerium den Verdacht, "daß durch dieses Verbot ein Kampf gegen den

Auseinandersetzung mit dem politischen Katholizismus stand noch bevor. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte nicht nur der amtierenden Reichsregierung eine Mehrheit, sondern korrigierte auch die politischen Machtverhältnisse in Oldenburg zugunsten der NSDAP und rettete damit die Regierung Röver. Wie im Reich verfügte die NSDAP (24 Mandate) in Oldenburg allerdings nur zusammen mit der DNVP (5 Mandate) mit insgesamt 29 von 48 Mandaten über eine absolute Mehrheit. Im Landesteil Oldenburg errang die NSDAP 45,2 % (RTW vom 6.11.1932: 32,9 %; RTW vom 31.7.1932: 45,0 %) und lag damit nur knapp unter dem Resultat der letzten Landtagswahl vom Mai 1932 (46,9 %). Das Zentrum verlor. Es konnte mit 16,4 % (RTW vom 6.11.1932: 18,4 %; RTW vom 31.7.1932: 19,4 %) sein Ergebnis aus der Landtagswahl vom Mai 1932 (19,0 %) nicht wieder erreichen.[359] Im Durchschnitt entschieden sich im Münsterland bei den letzten halbwegs freien Wahlen am 5. März 1933 66,2 % für das Zentrum und 21,9 % für die NSDAP.[360] Im Vergleich zur Reichstagswahl vom 6. November 1932 konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil in Südoldenburg mehr als verdoppeln.[361] Dabei erreichten die Gemeinden Elisabethfehn, Markhausen und Neuscharrel, allesamt im Amtsbezirk Friesoythe gelegen, Werte, die über dem Reichsdurchschnitt von 43,9 % lagen. Ergebnisse für die NSDAP unter der 10 %-Marke verzeichneten die Gemeinden Bakum, Dinklage, Lohne, Lutten und Steinfeld, die alle zum Amtsbezirk Vechta gehörten. Einen Anteil von über 80 % der Stimmen erzielte das Zentrum ausschließlich in Gemeinden des Amtes Vechta, und zwar in Bakum, Damme, Lohne, Lutten, Oythe, Steinfeld und Vestrup. Der Amtsbezirk Cloppenburg nahm in seinen Ergebnissen für das Zentrum wie für die NSDAP eine mittlere Position zwischen dem Amt Friesoythe und Vechta ein.[362]

In der Reichstagswahl vom 5. März 1933 gelang es Röver im Freistaat Oldenburg nicht, das Ergebnis der Juli-Wahlen wesentlich zu überschreiten oder gar an das Landtagswahlergebnis von 1932 anzuknüpfen. Nach der Umrechnung der Sitzverteilung im Landtag gewann die NSDAP zwar fünf Mandate, hätte mit 24 von 48 Sitzen aber immer noch nicht wieder über die absolute Mehrheit im Parlament verfügt. Die Anwendung des "Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. Mai 1933, das die Sitzverteilung

---

katholischen deutschen Volksteil beginne", als "eine böswillige und unwahre Unterstellung" zurück.

[359] MT vom 6.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 124ff.

[360] WILLENBORG, Schule, S. 29.

[361] MT vom 6.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 125f.

[362] KUROPKA, Kreuz, S. 412.

in den Landesparlamenten auf der Basis des Reichstagswahlergebnisses in den einzelnen Ländern anstrebte, hätte in Oldenburg zu einer Verschlechterung der parlamentarischen Situation der Regierung Röver geführt. Diese wurde durch die ersatzlose Streichung der KPD-Mandate und durch die Herabsetzung der Mandatszahl auf 34 verhindert. So blieb es in Oldenburg bei der absoluten Mehrheit der NSDAP. Dabei spielte der Landtag keine wesentliche politische Rolle mehr und trat nach dem Wahlgang vom 5. März 1933 nur noch einmal, am 23. Mai 1933, zusammen. Er war zur demokratischen Fassade eines politischen Regimes geworden, da ihm die Legislative, die durch die Notverordnungspraxis ersetzt wurde, faktisch und die Kontrolle der Regierung de jure genommen war.[363]

Mit der Gleichschaltung der Länder, deren sichtbarster Ausdruck die Einsetzung von Reichsstatthaltern durch das zweite Gleichschaltungsgesetz vom 7. April 1933 war, fand die politische Sonderentwicklung ein Ende, die die Geschichte des Freistaates Oldenburg in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik insofern geprägt hatte, "als das Land der politischen Entwicklung im Reich jeweils um einen Schritt vorausgeeilt war". Dies hatte sich nach Auffassung von Klaus Schaap "nicht nur an der frühzeitigen Hinwendung eines Großteils der oldenburgischen Wähler zum Nationalsozialismus gezeigt, sondern auch an der Regierungszusammensetzung und damit am Regierungssystem". So gingen die Beamtenkabinette von Finckh den Präsidialregierungen des Reiches vorauf, die nationalsozialistische Regierung Röver der seines "Führers" Adolf Hitler. Die oldenburgische Sonderentwicklung zeigte sich aber auch darin, daß sich die Bevölkerung aufgrund ihrer enttäuschenden Erfahrungen mit der Regierung Röver von der NSDAP schnell wieder abzuwenden begann; das zeigten besonders die Verluste bei der Novemberwahl 1932.[364] Nur durch den Machtantritt Hitlers am 30. Januar 1933 blieb die Krise der Regierung Röver im Freistaat Oldenburg faktisch ohne konkrete politische Folgen für ihre Zukunft und verhinderte den sich abzeichnenden Zusammenbruch der NS-Regierung in Oldenburg. Genuin politische Ursache für den Aufstieg der NSDAP und die Parteiherrschaft Rövers war der Niedergang des parlamentarischen Systems, für den die demokratischen Parteien und insbesondere das Zentrum aufgrund ihrer fehlenden Kompromißbereitschaft verantwortlich zeichneten. Dabei blieb im katholischen Milieu Südoldenburgs trotz Agrar- und Wirtschaftskrise, Landvolkbewegung und nationalsozialistischer Agitation der konfessionelle Primat

[363] SCHAAP, Endphase, S. 263f.
[364] Ebd., S. 265.

für das politische Verhalten der Bevölkerung ausschlaggebend.[365] In stärker verschuldeten Regionen, zu denen auch Oldenburg zählte, hatte es die NSDAP grundsätzlich "etwas leichter".[366] Nach einem Bericht der Landwirtschaftskammer hatte die oldenburgische Landwirtschaft besonders unter der Zinslast zu leiden. Dabei bestehe zwischen Schuldzinsen und den Preisen für landwirtschaftliche Produkte "ein ungeheures Mißverhältnis". So sei es nicht übertrieben, vom "Zusammenbruch der Landwirtschaft" zu sprechen:

> "Die Gefahr, als Bettler von der ererbten Scholle vertrieben zu werden, hängt ständig wie ein Damoklesschwert über ihnen (= den Bauern), ihre Schaffenskraft und Schaffensfreude lähmend."[367]

Trotzdem kam der Verschuldung in Landwirtschaft und Gewerbe für die Wahlentscheidung zwischen Zentrum und NSDAP nur eine untergeordnete Rolle zu und prägte der konfessionelle Primat im Sinne einer politischen Norm über aktuelle Fragen, Konflikte und Brüche hinweg nachhaltig das politische Bewußtsein im katholischen Milieu Südoldenburgs.

1.6.4. Konfessionelle Trennungslinie: "Wir können nur wünschen, daß das Landvolk an dem Glauben der Väter treu festhält."

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 markierte in Oldenburg den Endpunkt einer Serie von Wahlen, die seit 1928 in relativ kurzen Abständen erfolgten. In diesem Zeitraum läßt sich eine massive Verschiebung von breiten Wählerschichten zugunsten der NSDAP beobachten. Dabei schloß sich der größte Anteil der ehemaligen Wähler der liberalen und der Interessenparteien den beiden Rechtsparteien, vor allem der NSDAP, an. Die Radikalisierung des alten Mittelstandes, der Bauern, Handwerker und Einzelhändler, fiel dabei aber ganz unterschiedlich aus. Die Resultate des Anti-Young-Plan-Referendum im Jahre

---

[365] Vgl. SCHAAP, Endphase, S. 288: Anlage VIII, S. 290: Anlage X. In den angegebenen Graphiken stellt Klaus Schaap den prozentualen Stimmenanteil der NSDAP bei den Reichs- und Landtagswahlen von 1928 bis 1933 dar und vergleicht dabei die protestantischen und katholischen Ämter des Landesteils Oldenburg. Seine Analyse bestätigt das Ergebnis, daß die konfessionellen Verhältnisse für die unterschiedlichen Stimmenanteile der NSDAP in Nord- und Südoldenburg verantwortlich waren.

[366] FALTER, Wähler, S. 317f. Falter stellt dazu fest: "Wo die Verschuldung der Höfe relativ hoch ist, schneidet die NSDAP leicht überdurchschnittlich ab, und wo die landwirtschaftliche Verschuldung relativ niedrig ist, liegt auch der NSDAP-Anteil im Schnitt recht niedrig."

[367] MT vom 11.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 79.

1929 und der Reichspräsidentenwahl des Jahres 1932, der Reichstags- und Landtagswahlen von 1928 bis 1933 im Landesteil Oldenburg sowie in den katholischen Ämtern Südoldenburgs bestätigen die überragende Bedeutung des konfessionellen Faktors für das Wahlverhalten katholischer Sozialmilieus. Die konfessionelle Trennungslinie war in erster Linie auch für das unterschiedliche Wahlverhalten der Bevölkerung im evangelischen Norden und im katholischen Süden Oldenburgs verantwortlich. Die wissenschaftiche Wahlforschung von Jürgen W. Falter bestätigt dieses Ergebnis. Danach bedeutet die starke negative Korrelation zwischen dem Prozentsatz der Katholiken und dem NSDAP-Stimmenanteil, "daß die Nationalsozialisten im Schnitt prozentual um so weniger Stimmen erhielten, je höher der Katholikenanteil eines Kreises war". So konnten sie in den stark protestantischen Regionen des Reiches im allgemeinen "weit überdurchschnittliche Wahlerfolge" erzielen.[368] Zu diesen Regionen zählten auch die nördlichen Ämter und Städte in Oldenburg.

Jürgen W. Falter spricht im Falle der Konfessionszugehörigkeit von einem "'genuinen', von anderen Größen weitestgehend unabhängigen Einflußfaktor", der für das Wahlverhalten gegenüber der NSDAP bis ins Jahr 1933 von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sei. Dabei setzt das soziale Milieu, um Wahlverhalten so nachhaltig beeinflussen zu können, wie dies in der katholischen Region Südoldenburg geschehen ist, nicht nur eine für alle Milieuangehörigen verbindliche Wahlnorm voraus, sondern auch das Vorhandensein eines dichten Geflechtes sozialer Kontakte und moralischer Kontrolle unter den Milieumitgliedern. Das war im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg zweifelsohne der Fall. Aufgrund der strukturellen Verwandtschaft zwischen Nationalsozialismus und Zentrum als Volksbewegungen mit dem Ziel, alle Soziallagen zu durchdringen, war das Zentrum "der berufene und entscheidende Widerpart der NSDAP". Daher ist es nach Auffassung von Theodor Geiger erklärlich, "daß der tödliche Haß gegen 'das System' sich mit doppelter Heftigkeit gegen das Zentrum richtet, das in den mittleren Lagen allein erfolgreichen Widerstand leistet und ungebrochen bleibt".[369] Nach Ansicht von Jürgen W. Falter erwiesen sich lediglich die Anhänger der beiden katholischen Parteien

---

[368] FALTER, Volkspartei, S. 34.

[369] GEIGER, Schichtung, S. 112. Geiger machte in seiner 1932 erschienenen Arbeit mit dem Titel "Die soziale Schichtung des deutschen Volkes" für die Resistenz der katholischen Bevölkerung in erster Linie die katholische Mentalität verantwortlich: "Praktischer Katholizismus ist keine Konfession - er ist eine Haltung." Der "traditionsärmere und gemütskühlere Protestantismus" verleihe "den Seinen nicht entfernt jenes Maß psychischer und moralischer Wappnung gegen neue Radikalismen" wie der Katholizismus. (S. 118)

und der Kommunisten gegenüber "der nationalsozialistischen Ansteckung als relativ immun".[370]

In diesem Zusammenhang ist eine wichtige Unterscheidung zu treffen: Die Zugehörigkeit zum katholischen Milieu war nicht generell ein Resistenzfaktor, sondern erst die Befolgung der katholischen Wahlnorm, die durch die Amtskirche und die verschiedenen Agenturen und Institutionen des katholischen Sozialmilieus gesetzt wurde, machte eigentlich resistent. Daß die NSDAP in den katholischen Ämtern des Freistaates keinen größeren politischen Erfolg erzielte, ist auf die moralisch-religiösen Bedenken der katholischen Kirche gegen den Nationalsozialismus zurückzuführen. Diese Erkenntnis belegen auch die Erfolge der Landvolkbewegung in Südoldenburg. Zwischen der NSDAP-Anfälligkeit der so definierten "Restkatholiken" und der Protestanten erkennt Jürgen W. Falter keinen nennenswerten Unterschied. Innerhalb des katholischen Sozialmilieus war eine positive, das Zentrum begünstigende, und eine negative, gegen die Wahl der NSDAP gerichtete Verhaltensnorm wirksam, von der selbst "auf Wähler, die sich der positiven Wahlnorm des katholischen Milieus nicht (mehr) verpflichtet fühlten, eine gewisse Ausstrahlung ausgegangen zu sein scheint". Sie hat in Südoldenburg maßgeblich dazu beigetragen, daß die Erfolge der rechtsextremen Parteien, Landvolkpartei und NSDAP, hinter denen im evangelischen Norden des Landes zurückblieben. Dabei wurde die negative Wahlnorm wesentlich durch die Haltung des deutschen Episkopats geprägt, der die NSDAP bis zu den März-Wahlen des Jahres 1933 primär aus weltanschaulich-religiösen und weniger aus politischen Motiven ablehnte.[371] Die überdurchschnittliche Anfälligkeit gegenüber dem Nationalsozialismus in Regionen, die durch bäuerliche Familienbetriebe geprägt waren, ist stärker in evangelischen als in katholischen Bezirken anzutreffen. Das belegen die Daten über die Wahlausgänge in Oldenburg von 1930 bis 1933. So kristallisiert sich die Konfessionsstruktur in Oldenburg als der wichtigste Bestimmungsfaktor für die

[370] FALTER, Volkspartei, S. 33. Falter bezeichnet die NSDAP als eine "Volkspartei des Protests" und hält sie nicht nur für eine Mittelstandspartei. Nach seiner Ansicht war die NSDAP von der parteipolitischen Herkunft ihrer Anhänger her gesehen erheblich heterogener zusammengesetzt als die meisten anderen Parteien der Weimarer Republik. Die Ergebnisse der wahlhistorischen Forschung sprechen nach seiner Meinung recht eindeutig für die Volksparteikonzeption der NSDAP und damit für eine Struktur, "der auch die soziale Zusammensetzung der Parteimitglieder, die breite Mitgliederwerbung und die alle Sozialgruppen adressierende Wahlpropaganda der Nationalsozialisten sowie schließlich das Selbstbild zumindest einiger ihrer Führer entsprachen." (FALTER, Volkspartei, S. 43)

[371] FALTER, Wähler, S. 186ff.

nationalsozialistischen Wahlerfolge heraus, durch den alle anderen Einflüsse modifiziert wurden.[372]

Im evangelischen Milieu im Norden des Freistaates war diese konfessionelle Hemmschwelle nicht vorhanden. Insofern war der konfessionelle Faktor für den Aufstieg der NSDAP von entscheidender Bedeutung und stellte der katholische Glauben einen politischen Resistenzfaktor ersten Ranges gegenüber dem Nationalsozialismus dar. Nicht die Ökonomie, sondern die Konfession bestimmte trotz partieller Einbrüche des katholischen Wählerreservoires in der Phase von 1930 bis 1933 die politischen Normen und Grundhaltungen der klein- und mittelständischen Agrargesellschaft in Südoldenburg. Anders verhielt sich das katholische Milieu gegenüber der Landvolkpartei, die sich nicht nur - wie der Nationalsozialismus - als national verstand, sondern auch als christlich. Eine Landvolkversammlung in Vechta im Februar 1930 setzte sich besonders für "die christliche Erziehung in Schule und Haus" ein und warnte vor den antichristlichen Einflüssen in der modernen Gesellschaft:

> "Diese Erziehung ist in der heutigen Zeit sehr gefährdet. Wir können nur wünschen, daß das Landvolk an dem Glauben der Väter treu festhält und nach dem alten Spruche lebt: Bete und arbeite!"[373]

Dessen ungeachtet verband sie mit der nationalsozialistischen Bewegung die Abkehr von Weimar und das Ziel der Überwindung des demokratischen Verfassungsstaates. Aber im Gegensatz zum Nationalsozialismus verhielt sich die Landvolkbewegung als Organisationsform politischer Selbsthilfe, weil der demokratische Staat offenkundig versagte, im politischen Bewußtsein der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs relativ milieukonform und fiel die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei nicht unter das weltanschauliche oder religiöse Verdikt der katholischen Kirche. Ihr Wohlwollen erzielte sie freilich auch nicht: Das galt aus politischer Überzeugung bis zum 5. März 1933 der Zentrumspartei.

---

[372] Ebd., S. 256ff.
[373] LV vom 12.2.1930.

2. Der Kampf um den konfessionellen Einfluß in der Schulverwaltung und Lehrerbildung

2.1. Einleitung

Die Anfänge zur institutionellen Schwächung des katholischen Milieus in Südoldenburg gehen auf die kurze Epoche des demokratischen Freistaates zurück und setzen nicht erst ein mit der nationalsozialistischen Machtübernahme am 16. Juni 1932. Getragen wurde die Liberalisierung der Kultur- und Schulpolitik in der Gründungsphase des Freistaates von einer liberal-sozialdemokratischen nicht-katholischen Majorität im oldenburgischen Landtag. Das katholische Zentrum sah sich in seinen klassischen kultur- und schulpolitischen Forderungen im parlamentarischen Kräftespiel unterlegen und mußte sich trotz massiver Reaktionen der katholischen Kirche und Bevölkerung Südoldenburgs wiederholt mit einem negativen kulturpolitischen Bescheid aus dem Landtag abfinden. Daraus resultierte die traditionelle Vorliebe des Zentrums für eine von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten unabhängige Landeshoheit, wie sie vor 1918 in der Monarchie bestanden hatte und seit 1923 faktisch wieder in der Konstruktion der beamteten Fachkabinette von Finckh und Cassebohm gegeben und vom Zentrum politisch gewollt war. Von der Unterstützung der Beamtenkabinette, die seit 1925 auch offiziell von einer "Rechtskoalition" aus Landesblock und Zentrum getragen wurden, versprach sich die katholische Fraktion einen restriktiven Regierungskurs gegen das Landesparlament und im Falle von Majoritätsbildungen, die gegen das Zentrum ausfielen, eine Exekutivgewalt, die den Parlamentswillen zwar nicht ignorierte, aber seine Exekution im Interesse des katholischen Südens verzögerte oder aussetzte. In dieser Rolle sollten die Beamtenkabinette als ersatzmonarchische Landeshoheit fungieren und das im katholischen Milieu hoch angesehene gouvernementale Patronat des Großherzogs über den südoldenburgischen Katholizismus unter demokratischen Vorzeichen fortsetzen. Die politisch gewollte Entfremdung zwischen dem Landtag und dem beamteten Staatsministerium zielte aus katholischer Perspektive auf eine Schwächung des oldenburgischen Parlamentarismus, um die katholischen Interessen exekutorisch erfolgreicher vermitteln zu können.

In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre standen zentrale institutionelle Fundamente des katholischen Milieus in Südoldenburg wie das katholische Lehrerseminar und das Oberschulkollegium in Vechta zur Disposition und waren in ihrem Bestand politisch gefährdet. Die Sammlung in der katholischen Abwehr

front, die inzwischen zu einem politischen Ritual erstarrt war, wurde in Südoldenburg seit 1927/28 erschwert durch die Konkurrenz der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, die das politische Meinungs- und Führungsmonopol des Zentrums bestritt und sich als erste von der katholischen Kirche unabhängige Rechtspartei in Südoldenburg etablierte. Die Konkurrenz zwischen Zentrum und Landvolkpartei schwächte in der ersten Phase von 1927/28 bis 1932 die politische Geschlossenheit des südoldenburgischen Katholizismus. Die katholische Sammlung im Zeichen der traditionellen "Kulturkampf"-Frontstellung gegen die politische Gesellschaft der Weimarer Republik gehört zu den historischen Kontinuitäten des katholischen Milieus in Südoldenburg vom 19. Jahrhundert bis in die Zeit nach dem Untergang des "Dritten Reiches". Diese defensiven politischen Verhaltensmuster wurden am Anfang und noch mehr am Ende des Freistaates in Oldenburg reaktiviert und im "Dritten Reich" nicht außer Kraft gesetzt, sondern eindrucksvoll bestätigt. Der sogenannte "Kreuzkampf" ist deshalb neben seiner politischen Singularität auch ein Symbol für die historische Kontinuität eines fortgesetzten "Kulturkampfes", dem das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg seine Dauer und sein Beharrungsvermögen verdankte.

Eine umfassende demokratische Bildungs- und Schulreform ist in Oldenburg nach 1918 ausgeblieben. Daß eine solche Reform im Freistaat wie in anderen deutschen Staaten nicht auf den Weg gebracht wurde, gehört zu den großen politischen Defiziten des demokratischen Verfassungsstaates und überließ die Schulen der national-konservativen Pädagogik des ehemaligen deutschen Obrigkeitsstaates. Dieses Versäumnis ist nicht nur auf politische Sachzwänge und eingeschränkte Kompetenzen, die für den kleinen Freistaat sicherlich nicht zu unterschätzen sind, zurückzuführen, sondern hat seinen Grund vor allem in der mangelnden Bereitschaft der staatstragenden politischen Kräfte zur Demokratisierung des Bildungs- und Schulwesens und in den weltanschaulichen Differenzen, die einen Konsens zwischen der Sozialdemokratie, dem demokratischen Liberalismus und dem politischen Katholizismus erheblich belasteten. Aufgrund seiner konfessionellen Bindungen hielt das Zentrum kompromißlos am katholischen Schulwesen fest und verweigerte sich strikt seiner notwendigen Liberalisierung.

Das Schulwesen im katholischen Milieu Südoldenburgs nahm in der Zeit der Weimarer Republik seinen politischen Erziehungsauftrag nicht hinreichend wahr. Die katholische Kirche, besorgt um ihre moralische Autorität und das Ansehen ihrer Institution, setzte vieles daran, eine Reform der katholischen

Volksschulbildung zu verhindern und sie in der geistigen Abhängigkeit von der katholischen Kirche zu belassen. Der südoldenburgische Katholizismus und die katholische Kirche glaubten, ohne den Fortbestand des katholischen Schulwesens politisch nicht überleben zu können, und leiteten das Elternrecht auf eine katholische Schulbildung aus einem überkommenen religiösen Naturrechtsbegriff ab, der aus heutiger Sicht als überzogen anzusehen ist. Unterstützt wurde das Zentrum in diesen Bestrebungen tendenziell von den Rechtsparteien, die ihre konservativen bildungspolitischen Positionen durch eine liberale Schulreform gefährdet sahen. Sie erkannten im konfessionellen Schulwesen einen unverzichtbaren Beitrag zur nationalen und 'bodenständigen' politischen Bildung der Jugend, die den Staat nicht als demokratischen Parteienstaat, sondern als Staat über den Parteien begriff und autoritativ seine Anerkennung einforderte. Die konfessionelle Verengung der bildungspolitischen Debatte, die in Südoldenburg in einer großen historischen Tradition stand, verschloß dem Zentrum den Weg zu einer Bildungs- und Schulreform, die den politischen Erfordernissen der Zeit entsprochen hätte. Darin ist ein wesentliches Motiv für seine Bereitschaft zu sehen, sich 1923 aus der Weimarer Koalition mit den Liberal- und Sozialdemokraten zu lösen und sich 1925 schließlich den im Landesblock vereinigten Rechtsparteien anzuschließen. Ausgerechnet die Nationalsozialisten versuchten, ausgehend von ihren politischen Prämissen, durch eine Entkonfessionalisierung des konfessionellen Schulwesens die katholische Volksschule aufzulösen und dadurch das traditionelle politische Milieu in Südoldenburg nachhaltig zu beschädigen. Im Ergebnis setzten sie das Ziel durch, das linksliberale und sozialdemokratische Reformen langfristig angestrebt hatten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Pläne wieder zurückgenommen. Damit begannen in Südoldenburg neue Kämpfe um das konfessionelle Schulwesen.

Dem Freistaat Oldenburg ist es nach 1918 nicht gelungen, die rückständige bildungs- und schulpolitische Lage des Landes auf demokratischer Grundlage zu reformieren und ein aufgeklärten Zeiterfordernissen angemessenes politisches Schulwesen zu etablieren. Diese Misere ist auch auf den politischen und moralischen Widerstand des katholischen Milieus in Südoldenburg zurückzuführen, das sich mit Rücksicht auf seine konfessionellen Sonderinteressen einer grundlegenden Schulreform strikt verweigerte. So überließ der Freistaat der nationalsozialistischen Regierung Röver auf dem Gebiet der höheren Schulverwaltung und der Lehrerausbildung ungeklärte Fragen und offene Konflikte, die diese für die Ziele ihrer politischen Gleichschaltung instrumentalisierte, ohne den geistig-moralischen Kern des religiösen Fundamentalismus im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs auflösen zu können. Obwohl sich die

Enttäuschungen am Ende der Weimarer Republik objektiv im erträglichen Rahmen hielten, war die schulpolitische Entwicklung des Landes nicht dazu angetan, den Katholizismus Südoldenburgs für den demokratischen Verfassungsgedanken zu gewinnen. Daß das konfessionelle Schulwesen in seinem Bestand nicht weiter untergraben wurde, war aus der Sicht Südoldenburgs nicht den Weimarer Parteien zu danken, sondern den gouvernementalen Kräften in der oldenburgischen Repräsentativverfassung, die vor allem in der langen Ära von Finckh aus politischer Rücksichtnahme die Sonderstellung des südoldenburgischen Katholizismus tolerierten. Dadurch wurden die politische Entwicklung des Landes und sein liberaler Fortschritt aufgehalten und historisch aufgeschoben. Die Fachministerien von Finckh und Cassebohm fühlten sich - gefördert durch ihr Amts- und Selbstverständnis als 'unpolitische' Beamtenkabinette - der Einheit des Landes stärker verpflichtet als seinem politischen Fortschritt. Ihre Versuche, den schulpolitischen Status quo auch gegen den Willen des Landtags aufrechtzuerhalten, standen im Dienste einer restaurativen Bildungspolitik und trugen zur Schwächung des oldenburgischen Parlamentarismus bei. Dadurch wurde die historische Verspätung des katholischen Milieus in Südoldenburg noch ausgedehnt, ein Phänomen, das in seiner ganzen Tragweite erst in den 1950er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg sichtbar wurde.

Für den südoldenburgischen Katholizismus stand deshalb am Ende der Weimarer Republik das elementare Interesse im Vordergrund, den Abbau des konfessionellen Schulwesens unter allen Umständen abzuwehren und seine Liberalisierung soweit zu verhindern, wie sie nicht durch die Verfassung des Freistaates geschützt war. Der Abwehrkampf des katholischen Milieus konzentrierte sich dabei auf die Einrichtung der Oberschulkollegien und die konfessionelle Lehrerbildung, deren Bestandssicherung in der Landesverfassung nach dem Ersten Weltkrieg gegen die Mehrheit von Sozialdemokratie und demokratischem Liberalismus nicht mehr durchgesetzt worden war. Der vor allem um schulpolitische Fragen geführte Kampf zwischen der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg und dem politischen Katholizismus im Süden des Landes nach der "Machtergreifung" im Reich warf 1929/30 seine Schatten voraus: Die Konturen zeichneten sich bereits ab.

2.2. Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien

Die parlamentarische Debatte über die Aufhebung der Oberschulkollegien wurde am 4. Juni 1929 mit dem Antrag des nordoldenburgischen Landvolkabgeordneten Addicks eröffnet. Der Antrag lautete in seiner erweiterten Fassung:

> "Die Staatsregierung wolle dem nächsten Landtage eine Vorlage, betreffend die Aufhebung der Oberschulkollegien, zugehen lassen, wobei die Interessen der evangelischen und katholischen Kirche unbedingt in bisherigem Umfange und wie sie im § 24 der Verfassung für den Freistaat Oldenburg sichergestellt sind, gewahrt bleiben."[374]

Der Antrag von Addicks hatte in seiner ursprünglichen Fassung die Ergänzung " ... wobei die Interessen der evangelischen und katholischen Kirche unbedingt in bisherigem Umfange und wie sie im § 24 der Verfassung für den Freistaat Oldenburg sichergestellt sind, gewahrt bleiben" nicht enthalten. Diese Formulierung hatte Addicks auf Betreiben seiner katholischen Fraktionskollegen aus Südoldenburg in den Antrag aufgenommen. In der Landtagssitzung verwahrte er sich aber dagegen, ein Gesetz, das der "Vereinfachung des Verwaltungsapparates" diene, einseitig nach konfessionellen Gesichtspunkten zu beurteilen und schließlich zu verwerfen:

> "Es ist abwegig, wenn man hier einen Religionskampf heraufbeschwören will. Diese Trennung nach Konfessionen wird künstlich hineingetragen. (Zwischenrufe.) Dieser Gesichtspunkt des Kulturkampfes scheidet aus."

Die mit der Gesetzesinitiative verbundene politische Absicht bestand nach Auffassung des Antragstellers ausschließlich darin, eine bürokratische Zwischeninstanz abzubauen, die "nur Leerlauf" bedeute. Weil die Belange der beiden Konfessionen in der Verfassung verankert seien, liege "kein Anlaß vor, in diesem Punkte irgendwelche Bedenken zu haben". In einem kleinen Land wie Oldenburg, wo "übersichtliche Verhältnisse" herrschten, müsse es möglich sein, "die Verwaltung zu vereinfachen und das Schulwesen dem Ministerium zu unterstellen, selbstverständlich mit einem Referenten für das evangelische und einem Referenten für das katholische Schulwesen".

---

[374] V. Lt., 3. Vers., 11. Sitzung, 4.6.1929, S. 296ff., auch zum folg. § 24 der oldenburgischen Verfassung vom 17. Juni 1919 enthielt die Bestimmung: "Der Religionsunterricht in den katholischen Schulen wird von der katholischen Kirche überwacht." (GESETZBLATT, 40. Bd., S. 397)

In der Landtagsdebatte vom 4. Juni 1929 bestritt Ministerpräsident von Finckh zwar, "daß man nach Aufhebung der Oberschulkollegien die Grundlage unseres oldenburgischen Schulgesetzes ändern und antasten würde", warnte aber vor der Annahme des Antrages aus Sorge um die politische Einheit des Landes und die konfessionellen Interessen des Münsterlandes. Er gab nachdrücklich zu bedenken, "daß durch die Aufhebung der Oberschulkollegien, wenigstens durch die Aufhebung des katholischen Oberschulkollegiums, für eine ganz große Minderheit, nämlich im wesentlichen für die ganze katholische Bevölkerung, eine Neuerung eintritt, die absolut gegen ihren Willen ist". Außerdem stelle der Antrag keine Vereinfachung der Verwaltung oder eine Kostenersparnis dar. Der Ministerpräsident beschwor den Landtag eindringlich, "den Antrag abzulehnen", um nicht eine neuerliche Aufregung in der katholischen Bevölkerung zu verursachen:

> "Ich glaube, wir haben wahrhaftig Ruhe nötig. Nun aber bei diesem Anlaß sozusagen nebenbei einen neuen Zündstoff hineinzuwerfen in die Bevölkerung und eine außerordentliche, andauernde Beunruhigung hervorzurufen, das glaube ich, darf der Landtag nicht auf sich nehmen. Ich kann nur ganz dringend warnen vor der Annahme des Antrages. Es ist keine Vereinfachung, es werden keine Ersparnisse gemacht, es ist eine ganz außerordentliche Verteuerung und ist eine ganz außerordentliche Beunruhigung, die Sie schaffen."

Die Opposition Wempes, der die Zentrumsfraktion führte, gipfelte in dem Vorwurf des "Kulturliberalismus" und erklärte die politische Unverzichtbarkeit der Oberschulkollegien, die "von jeher nicht nur das äußere Symbol, sondern auch die Spitze dieser ganzen konfessionellen Gliederung und Verwaltung" darstellten. Er befürchtete, "daß die Absichten und Ziele weiter gehen", für den Fall, daß "jemand den Antrag stellt, diese Spitze abzubauen". Das katholische Volk sah nach den Worten Wempes in dem katholischen Oberschulkollegium "eine Sicherung dafür, daß der konfessionelle Charakter unserer Volksschule auch in Zukunft erhalten bleibt". Ihm und den Katholiken gehe es "nicht bloß und in erster Linie um eine wirtschaftliche Frage, sondern um seelische Werte, die Sie vielleicht nicht beurteilen können". Auch Wempe machte auf die kritische Lage Oldenburgs "in der gegenwärtigen Zeit politischer Spannungen und wirtschaftlicher Not" aufmerksam, zog aber einen umgekehrten Schluß daraus. Er hielt es nicht für angebracht, "auch noch diese Beunruhigung ins Volk hineinzutragen über eine Angelegenheit, die, ich kann das gar nicht genug betonen, für uns wenigstens heilige Herzenssache ist".[375]

---

[375] V. Lt., 3.Vers., 11. Sitzung, 4.6.1929, S. 297f.

Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums griff die Landvolkpartei scharf an und nahm für seine Partei in Anspruch, auch im Namen der Bevölkerungskreise zu sprechen, "die die Herren Langemeyer und gr.[oße] Beilage gewählt haben". Er erinnerte daran, daß gerade die Tatsache, "daß wir bei uns in Oldenburg die Konfessionen räumlich und auch verwaltungsmäßig so scharf voneinander getrennt haben", dazu beigetragen habe, "daß der konfessionelle Frieden in so musterhafter Weise erhalten geblieben ist". Wempe appellierte an den Landtag, dem Antrag Addicks seine Zustimmung zu versagen und keine unnötigen Befürchtungen in der katholischen Bevölkerung auszulösen:

> "Sie kommen nicht daran vorbei, ich betone das nochmals, wenn Sie anfangen, hier abzubröckeln, dann erwecken Sie bei den Katholiken den Eindruck, als ob dieser Schritt nicht der letzte sei. Das eben möchte ich verhindern. Das Münsterland führt nun einmal infolge der geschichtlichen Entwicklung kulturell sein Eigenleben, und das äußere Zeichen dieses Eigenlebens ist auch die eigene katholische oberste Schulbehörde. Ich bitte Sie, lassen Sie diesen Zustand bestehen, Sie dienen so dem Allgemeinwohl zweifellos am besten."[376]

Zu einer ungewöhnlich scharfen Attacke gegen das Zentrum holte Gauleiter Carl Röver aus. Er mied die Auseinandersetzung in der Sache und suchte statt dessen den ideologischen Schlagabtausch, wenn er erklärte, daß die Zusammenlegung der Oberschulkollegien "mit der Religion nichts zu tun" habe. Dem politischen Katholizismus prophezeite er seinen Niedergang für den Fall, daß "der Standpunkt der Nationalsozialisten" an Einfluß gewinnen würde:

> "Ich stelle fest, es wird ein Tag kommen, wo dem deutschen Volke auch die Religion nichts mehr nützen wird, wenn der Weg des Klassenkampfes weiter fortgeschritten wird, und wenn das deutsche Volk nicht mehr da ist, können Sie auch mit der Religion nichts mehr anfangen. Erst in dem Augenblick, wo Sie Brücken schlagen und die konfessionellen Unterschiede zurückstellen, und das Kind in der Schule nicht schon weiß, daß es einen Unterschied gibt, in dem Augenblick, wo wir empfinden, daß wir alle, die wir deutschen Blutes, von einer deutschen Mutter sind, wird die Gesundung eintreten, und nur ein gesundes Volk kann eine gesunde Religion haben. Das ist der Standpunkt der Nationalsozialisten."[377]

Die dramatischen Warnungen von Ministerpräsident von Finckh und der moralische Appell des Fraktionsvorsitzenden Wempe blieben ohne politische Wirkung. In namentlicher Abstimmung nahm der Landtag am 4. Juni 1929 mit der

---

[376] Ebd., S. 302f.
[377] V. Lt., 3.Vers., 11. Sitzung, 4.6.1929, S. 301.

knappen Mehrheit von 21:18 den Antrag von Addicks an.[378] Er sah die Aufhebung der Oberschulkollegien vor, machte sie aber laut Antrag von der Wahrung der "Interessen der evangelischen und katholischen Kirche unbedingt in bisherigem Umfange" abhängig. Nur die demokratischen Kräfte in der Sozialdemokratie und der DDP setzten sich für eine weitergehende Reform der oberen Schulverwaltung ein. In der Entscheidung des Landtages wurde deutlich, daß die Rechtskoalition aus Landesblock und Zentrum in der Landtagswahl von 1928 ihre parlamentarische Mehrheit verloren hatte. Das Staatsministerium ignorierte jedoch den Beschluß des Landtags und brachte keinen entsprechenden Antrag ein. In der Funktion eines Garanten für die kulturpolitischen Interessen der katholischen Kirche zeigte die oldenburgische Exekutive eine größere Verläßlichkeit als die Legislative, die politische Prioritäten zu setzen versuchte und damit den kirchen- und schulpolitischen Status quo im Lande tangierte. So konnte die Existenz der oldenburgischen Oberschulkollegien bis zum Antritt der nationalsozialistischen Regierung Röver im Juni 1932 gerettet werden.

Der Antrag von Addicks kompromittierte - besonders in seiner ersten Fassung - politisch nicht nur die südoldenburgische Landvolkpartei, sondern brachte das katholische Milieu an den Rand eines "Schulkampfes", der die politische Beziehung seiner Bevölkerung zum oldenburgischen Parlamentarismus strapazierte. Addicks wies Vorwürfe gegen seine Person und seine Partei in der Landvolkpresse zurück und warf den "landvolkgegnerischen Zeitungen" eine "irreführende Berichterstattung" vor. Als Motive für seinen Antrag stellte er die "Vereinfachung der Verwaltung" und den Willen zur Sparsamkeit heraus, der von den "alten Parteien" noch nicht honoriert würde. Es gehe darum, "eine sehr unnütze und kostspielige Zwischeninstanz abzubauen", ohne den konfessionellen Charakter des Schulwesens zu beeinträchtigen.[379] Die Auseinandersetzungen um die Aufhebung der Oberschulkollegien im Landtag bedeuteten eine Belastung für die Geschlossenheit der Landvolkbewegung in Oldenburg und legten den Keim für ihr späteres Scheitern am konfessionellen Dissens. Die konfessionellen Gegensätze zwischen der evangelischen Bevölkerungsmehrheit

[378] Ebd., S. 303. Auf Antrag des Abgeordneten Dannemann (Landesblock/DNVP) wurde die Abstimmung aufgrund der geltenden Geschäftsordnung am folgenden Tage wiederholt, ohne daß das Ergebnis korrigiert wurde. In der Landtagssitzung am 5. Juni 1929 wurde der Antrag mit 21:19 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten in der ersten Abstimmung am 4. Juni 1929 die SPD, DDP, KPD, gegen den Antrag das Zentrum und der Landesblock, die übrigen Parteien, auch die NSDAP und die Landvolkpartei, enthielten sich der Stimme.

[379] LV 9.6.1929: Um die Aufhebung der Oberschulkollegien. Mangelnder Sparsamkeitswille der alten Parteien. Irreführende Berichterstattung der landvolkgegnerischen Zeitungen, vom Abg. Addicks, Oldenbrok.

im Norden und der katholischen Minderheit im Süden des Landes waren auch angesichts von Not, Enttäuschung und Protest im ganzen Lande nicht zu überbrücken. Das oldenburgische Landvolk blieb gespalten.

2.2.1. Vor einem neuen Schulkampf in Südoldenburg: "Entschlossener Widerstand gegen die kulturpolitischen Bestrebungen der Linken"

Angeleitet durch ihre Geistlichkeit, formierte sich die katholische Bevölkerung Südoldenburgs zu einer Protestbewegung gegen den Landtagsbeschluß, weil damit die konfessionelle Schule des Landes überhaupt in Gefahr geraten war.[380] Dagegen waren gerade 1929 die lang gehegten kirchenpolitischen Wünsche der katholischen Kirche in Preußen mit dem Abschluß eines Konkordats mit dem Vatikan in Erfüllung gegangen. Den erfolgreichen Abschluß der Konkordatsverhandlungen in Preußen begrüßte die Vechtaer OV als historischen Durchbruch und richtete dabei einen besonderen Dank an den Apostolischen Nuntius Pacelli, der die Verhandlungen geführt hatte:

> "Der preußische Staat hat diese rückhaltlos loyale und freundliche Haltung der Kirche gegenüber eingenommen, entgegen seinen bisherigen jahrhundertealten Hemmungen in diesen Dingen, trotzdem die Katholiken in ihm eine Minderheit darstellen, trotz des weiteste Kreise seiner nichtkatholischen Bevölkerung beherrschenden Widerwillens gerade gegen ein Konkordat, ohne der sicher nicht berechtigten, aber hartnäckig geltend gemachten Forderung auf gleichzeitige Verträge mit den protestantischen Landeskirchen nachzugeben. Damit steht das Ereignis vom Dienstag als ganz eigenartige Tatsache da in der Geschichte der katholischen Kirche in Preußen."[381]

Die von der Kirche gelenkte katholische Abwehrfront bildete sich in Südoldenburg nach dem bekannten Muster und mobilisierte die Bevölkerung vor allem gegen die Sozialdemokraten, "die den Beschluß des Landtages als einen Fortschritt im Sinne ihrer Kulturpolitik betrachten" und mit Volksentscheid und Landtagsauflösung drohten, "wenn die Regierung im nächsten Jahre die gefor

---

[380] KUROPKA, Schulkampf, S. 131-133; ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 149-151.

[381] OV vom 14.7.1929. Weitere Berichte in der OV vom 5., 7. und 11.7.1929 und im LV vom 11.7.1929. Der preußische Landtag verabschiedete den Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Preußen und der römischen Kurie mit 243 gegen 172 Stimmen am 9. Juli 1929. Die Landvolkzeitung zitierte den preußischen Landtagsabgeordneten Heß (Zentrum) mit den Worten: "Der neue Staat habe mit dem Konkordat den Katholiken in Preußen gegenüber eine große Manifestation im Sinne des guten Willens gegeben. Seine Fraktion freue sich, daß endlich einmal mit den Zeiten gebrochen sei, in denen in Preußen die Katholiken als Menschen minderen Rechtes angesehen werden." (LV vom 11.7.1929)

derte Vorlage nicht bringt". Die Vechtaer OV forderte die katholische Bevölkerung in Südoldenburg zur Bildung einer geschlossenen Abwehrhaltung auf:

> "Daß die Sozialdemokraten sich in der oben gekennzeichneten Weise einstellen, sollte dem ganzen katholischen Volke die Augen darüber öffnen, wie sehr die Sozialdemokraten sich freuen, endlich eine Bresche in den konfessionellen Aufbau unserer Schulverwaltung geschlagen zu haben und wie dringend notwendig es daher ist, daß das katholische Volk zu geschlossener Abwehr sich aufrafft, um den sicher kommenden Kampf um seine Rechte zu bestehen."[382]

Der Beschluß des Landtags über die Aufhebung der Oberschulkollegien und die Übertragung ihrer Aufgaben auf das Ministerium der Kirchen und Schulen verschärfte die Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem Freistaat Oldenburg. Beispielhaft für den Protest in Südoldenburg ist die Versammlung des "Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe" in Auen (Lindern). Die versammelten Kleinbauern appellierten an die Landesregierung, "alles daran zu setzen, daß das Oberschulkollegium der katholischen Bevölkerung erhalten bleibt".[383] Der Bischöfliche Offizial in Vechta, Lambert Meyer, wandte sich in Kanzelerklärungen gegen die Aufhebung der Oberschulkollegien und die Verlegung des Pädagogischen Lehrgangs von Vechta nach Oldenburg, wo der katholische und evangelische Lehrgang zusammengelegt werden sollten. Lambert Meyer rief die katholische Bevölkerung des Offizialatsbezirks dazu auf, sich in Unterschriftenlisten zum Schutze der konfessionellen Schule einzutragen. Initiiert und gefördert vom Bischöflichen Offizial Meyer, kursierten in den Haushalten der katholischen Familien in Südoldenburg Listen, in denen die Unterzeichneten ihren politischen Willen mit den Worten zum Ausdruck brachten:

> "Wir, die unterzeichneten Wahlberechtigten, fordern mit aller Entschiedenheit von Regierung und Landtag, daß sie keinerlei Maßnahmen billigen oder unterstützen, durch die der geltende Zustand auf dem Gebiete der Schule geändert wird; vor allem fordern wir
> 1. Erhaltung der konfessionellen Schule,
> 2. Erhaltung der konfessionellen Lehrerbildung, insbesondere deshalb auch die Erhaltung des katholischen Oberschulkollegiums in Vechta."[384]

Unterstützt wurde der Offizial durch die Zentrumspresse in Südoldenburg, die moralischen Druck auf die Bevölkerung ausübte. Die Vechtaer OV forderte die

---

[382] OV vom 7.7.1929.
[383] OV vom 7.7.1929; StAO 134 - 1201, Bl. 3. Die Versammlung fand am 30. Juni 1929 statt.
[384] StAO 134 - 1201, Bl. 7: Nachrichten für Stadt und Land vom 27.8.1929.

wahlberechtigte katholische Bevölkerung in Oldenburg auf, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen und dadurch zu bekunden, "daß es in diesen grundlegenden Fragen im katholischen Volk nur eine Auffassung gibt und geben kann: Hände weg von unseren konfessionellen Schulen, von der konfessionellen Schulverwaltung, von unserer konfessionellen Lehrerbildung!" Unterschiede zwischen den christlichen Ständen könne und dürfe es zu diesem Zeitpunkt nicht geben, denn für alle Katholiken gelte gleichermaßen:

> "Im Notwendigen die Einheit, die Einmütigkeit. Katholische Männer und Frauen, Jünglinge und Jungfrauen, alle wahlberechtigten Katholiken über 20 Jahre alt müssen **durch ihre Namensunterschrift der Kundgebung unserer kirchlichen Oberbehörde Nachdruck verleihen.**"[385]

Als der eigentliche Gegner der konfessionellen Schule in Oldenburg erschien der Zentrumspresse die Sozialdemokratie, deren Kampf sich "nicht nur gegen jeden Einfluß der Kirche auf die Schule, sondern gegen die Grundlagen der konfessionellen Schule selbst" richte. "Der Sozialismus wie die Linke überhaupt" erstrebe "mit allen Mitteln eine Versimultanisierung und Verweltlichung unserer gesamten Schulgesetzgebung". Mit der Aufhebung der Oberschulkollegien, die verfassungsrechtlich nicht geschützt seien, sowie "mit der Simultanisierung der Lehrerbildung" solle diese Entwicklung eingeleitet werden. Darin sei auch die politische Bedeutung der jüngsten Landtagsbeschlüsse zu sehen, wie die Vechtaer OV betonte:

> "Wer der Meinung gewesen ist, es ging lediglich um Ersparnisse etc., der sollte [...] die ernste Lehre ziehen, daß es sich tatsächlich um einen Frontalangriff gegen die Konfessionalität der Schule und Schulverwaltung überhaupt handelte. Für alle diejenigen, die die Interessen des christlichen, des katholischen Volkes vertreten wollen, kann es angesichts dieser Sachlage nur eine Stellungnahme geben: **entschlossener Widerstand gegen die kulturpolitischen Bestrebungen der Linken**."[386]

Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei in Südoldenburg unterstützte den Aufruf von Offizial Meyer, weil sie sich kulturpolitisch nicht isolie

---

[385] OV vom 20.9.1929. Die OV kommentierte den Aufruf von Offizial Meyer mit den Worten: "Dieser Appell unserer kirchlichen Behörde ist veranlaßt durch die Beschlüsse des letzten Landtages, einmal die Lehrerausbildung simultan zu gestalten, zum andern die Oberschulkollegien aufzuheben. Mit tiefem Ernst weist die Kundgebung unserer kirchlichen Oberbehörde auf die Gefahren hin, die aus einer Realisierung der Beschlüsse des Landtages für unsere konfessionelle Schule und unsere konfessionelle Schulverwaltung, die der Kirche seit jeher als Recht garantiert war, entstehen würden."

[386] OV vom 3.10.1929.

ren wollte, und instrumentalisierte die Protestbewegung gegen die Aufhebung des Katholischen Oberschulkollegiums für ihre politischen Zwecke. Finanzpolitische Erwägungen, die in der Agitation der Landvolkpartei sonst Priorität genossen, hätten zurückzustehen, da "es sich bei dem Aufruf des Herrn Offizials um eine Kundgebung des ganzen katholischen Volksteils" handle. Deshalb sollte "unbedingt vollste Einmütigkeit [...] ohne Unterschied der Parteien herrschen". Angeblich richtete sich der Kampf der 'christlichen' Landvolkbewegung auch gegen die "Freidenkerjugend", die kürzlich "große Fahnen und Transparente ungestraft durch die Straßen Oldenburgs [...] mit Aufschriften wie: 'Religion ist Opium für das Volk!'" getragen habe. "Wenn schon solche Beleidigungen des christlichen Bevölkerungsteils" möglich seien, dann heiße es "mit Recht in dem Aufrufe des Herrn Offizials: Hände weg von unsern konfessionellen Schulen".[387]

Die katholische Kirche lehnte gleichzeitig die Forderung nach der Aufhebung der Oberschulkollegien und der Zusammenlegung der beiden Pädagogischen Lehrgänge ab.[388] Am 2. Oktober 1929 übersandte das Bischöfliche Offizialat dem Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg eine Sammlung von 53 747 Unterschriften, durch die nach Angaben des Offizialats ungefähr 95 % der wahlberechtigten Katholiken aus allen Gemeinden des Offizialatsbezirks "gegen die vom Landtage angeregte Aufhebung des Katholischen Oberschulkollegiums und die Vereinigung der beiden bestehenden pädagogischen Lehrgänge zu einer Akademie" protestierten.[389] Ausdrücklich wurde an den Schulkampf von vor zehn Jahren erinnert, als im Sommer 1919 50 000 Katholiken Südoldenburgs durch ihre Unterschrift für die Wahrung ihrer kulturellen Interessen eingetreten waren. Die Landvolkpartei in Südoldenburg, die um ihr kulturpolitisches Profil besorgt war, unterstützte die Unterschriftenaktion, bei der sich "in den letzten Tagen eine gewisse Zurückhaltung bei der Unterschriftsleistung für den Aufruf des Herrn Offizial in Vechta zum Schutze der konfessionellen Schule bemerkbar" gemacht habe.[390]

---

[387] LV vom 7.9.1929.
[388] OV vom 6.2.1930. Im Aufruf des Offizalats hieß es: "Das Offizialat bittet Regierung und Landtag dringend, diese Kundgebung zu beachten, zu würdigen und ernstlich zu berücksichtigen als eine einmütige scharfe Protesterhebung der gesamten katholischen Bevölkerung unseres Freistaates gegen jegliche Aenderung unseres Schulgesetzes auf konfessionellem Gebiete."
[389] StAO 39 - 20032, 134 - 1201, Bl. 88-90; OV vom 6.2.1930.
[390] LV vom 7.9.1929; StAO 134 - 1201, Bl. 9: Nachrichten für Stadt und Land vom 30.9.1929.

Dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg fiel es 1929 schwerer als noch vor zehn Jahren, eine einheitliche Position in der Frage der Oberschulkollegien zu beziehen. Auf der Generalversammlung des Lehrervereins am 30. September 1929 wurden Stimmen laut, die auf eine differenzierte Behandlung dieser Frage drangen und Kritik am Katholischen Oberschulkollegium übten, das sie auch als eine Kontroll- und Restriktionsbehörde empfanden. Der Katholische Lehrerverein erhob zwar offiziell Protest gegen die Auflösung des Katholischen Oberschulkollegiums, strebte aber "eine Reform dieser Behörde in zeitgemäßer Weise" an. Die Verabschiedung einer Resolution wurde auf die nächste Versammlung vertagt.[391] Der Katholische Lehrerverein verknüpfte die Frage nach dem Fortbestehen der Oberschulkollegien mit Initiativen zu schulpolitischen Reformen. Die vom Lehrerverein angestrebten Maßnahmen, die vorher von zahlreichen Bezirks- und Schulkonferenzen beraten worden waren, zielten auf eine Verbesserung der Stellenbesetzung, die Einrichtung einer Lehrerkammer auf gesetzlicher Grundlage, die Veränderung der Klassengliederung und Förderung der Lehrmittel sowie auf eine Neufestsetzung der Schulgrenzen und den Ausbau der Schulen. Dieser Forderungskatalog sollte die Grundlage für Verhandlungen mit dem Katholischen Oberschulkollegium in Vechta sein, an dessen Fortbestehen die katholische Lehrerschaft grundsätzlich festhielt. Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins am 3. Januar 1930 in der Cloppenburger "Walhalla" wurden diese Forderungen und Vorschläge in einer Resolution zusammengestellt, die nunmehr einstimmig angenommen wurde.[392] Reformvorschläge betrafen auch die Struktur der oberen Schulbehörde.[393]

---

[391] OV vom 3.10.1929; Katholische Schulzeitung Jg. 21, Nr. 11, 1.11.1929, S. 109f.

[392] OV vom 8.1.1930; Katholische Schulzeitung Jg. 22, Nr. 1, 1.1.1930, S. 1f.

[393] Der Vorstand des Katholischen Lehrervereins diskutierte am 17. April 1931 in Cloppenburg die sog. "Hamburger Richtlinien", die auf dem Vertretertag des Reichsverbandes 1924 verabschiedet worden waren. Sie enthielten auch Bestimmungen zur Einrichtung einer "Lehrerkammer", die als "amtliche Vertretung der Volksschullehrer bei der oberen Schulbehörde auszubauen" war. Der Vorstand plädierte außerdem für eine kollegiale Schulleitung. Als ihre wichtigsten Aufgaben betrachtete er die Mitwirkung der Lehrerschaft an der Besetzung der Leiterstellen an sechs- und mehrklassigen Schulen und die Erweiterung und Festlegung der Aufgaben des Lehrerkollegiums. Darin hieß es u. a.: "Die Wiedereinführung des autoritativen Rektorats widerspricht dem demokratischen Staate, [...] ist der berufsfreudigen Schularbeit abträglich und wird deshalb abgelehnt. Dagegen gewährleistet die restlose Durchführung der kollegialen Schulleitung bei ihrer innigen Wechselbeziehung der Schularbeit erhöhte Erfolge, andererseits kann nur auf diesem Wege Schulfrieden wieder hergestellt werden." (Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 5, 1.5.1931, S. 53, 57f.)

In einem umfangreichen Gutachten vom 24. September 1929 nahmen der Bischöfliche Offizial Meyer als Vorsitzender und Oberamtsrichter Zerhusen als Mitglied des Katholischen Oberschulkollegiums in Vechta auf ministerielle Verfügung Stellung zur geplanten Aufhebung der oberen Schulbehörden und setzten sich vor allem mit der Frage der "Vereinfachung des Geschäftsganges und der Verwaltung" und der "Ersparung von Kosten" auseinander. Während die Vereinfachung der Verwaltung im Falle einer Aufhebung der Oberschulkollegien durchaus eingestanden wurde, ging das Gutachten davon aus, daß der Wegfall der Ausgaben für das Oberschulkollegium durch erhöhte Aufwendungen für das Ministerium kompensiert würde und keine grundlegende Einsparung bewirke. Die Aufhebung des Oberschulkollegiums stelle einen strukturellen Eingriff in das katholische Schulwesen des Landes dar, weil durch die Übertragung der Geschäfte auf das Ministerium "die Garantie der Interessen der katholischen Kirche, die nach dem Landtagsbeschluss unbedingt in ihrem bisherigen Umfange gewahrt bleiben sollen, wohl restlos ausgeschaltet" werde. Wenn das Ministerium an die Stelle des Oberschulkollegiums trete, wäre die Wahrung der katholischen Interessen für die Zukunft nicht mehr garantiert:

> "Dann steht an Stelle des konfessionell zusammengesetzten Kollegiums allein der Minister, der nur einer Konfession und vielleicht auch keiner angehören oder vielleicht auch ein Feind jeder Konfession oder der kirchlichen Interessen sein kann. Letzten Endes ist immer seine Meinung ausschlaggebend, die durch ganz ausserhalb liegende Interessen oder Rücksichten bedingt sein kann."

Diese Garantien könnten auch durch die Einrichtung von besonderen Abteilungen im Ministerium nicht gewahrt werden, weil "es nicht möglich ist, die Interessen der katholischen Kirche in ihrem bisherigen Umfange durch Einrichtung einer besonderen Schulabteilung zu sichern". Nur das Oberschulkollegium in seiner bisherigen Funktion sei dazu in der Lage, das Aufsichtsrecht der katholischen Kirche über das katholische Schulwesen in vollem Umfange wahrzunehmen:

> "Soweit die Interessen der katholischen Kirche bislang durch die Zusammensetzung des Oberschulkollegiums (nur katholische Mitglieder, der Offizial geborenes Mitglied, Mitwirkung des Offizials bei der Ernennung der übrigen Mitglieder) gewährleistet sind, würde dies auch bei einer besonderen Schulabteilung im Ministerium wegfallen. Die Abteilung würde Mitglieder beider Konfessionen umfassen, der Offizial kann wegen seines Wohnsitzes nicht Mitglied sein. [...] Die dagegen vorgebrachten Bedenken sollen zeigen, dass es nicht möglich ist, die Interessen der katholischen Kirche in ihrem

bisherigen Umfange durch Einrichtung einer besonderen Schulabteilung zu sichern."[394]

Der im Ministerium der Kirchen und Schulen für die katholischen Volksschulen im Bezirk des Katholischen Oberschulkollegiums Vechta zuständige Ministerialrat Teping machte in seinem Gutachten vom 15. November 1929 erhebliche Bedenken gegen die geplante Aufhebung der oberen Schulbehörden geltend und unterstützte dabei wesentliche konfessionelle Positionen der katholischen Kirche.

Der Vechtaer Franz Teping (1880 - 1956) studierte Philologie (Germanistik, Französisch, Englisch) und wechselte 1911 von einem Gymnasium in Mülheim/Ruhr an das Gymnasium Antonianum in Vechta. 1914 wurde er zum Leiter des neu gegründeten Realprogymnasiums in Cloppenburg berufen, das er in den folgenden Jahren zu einer Vollanstalt ausbaute. 1923 wurde Teping zum Ministerialrat im Ministerium für Kirchen und Schulen ernannt und arbeitete eng mit seinem Amtskollegen Weßner zusammen. Nachdem seine Bemühungen um eine Universitätsausbildung der Volksschullehrer an der Landtagsmehrheit sowie an den finanziellen Möglichkeiten des Freistaates gescheitert waren, wurde am 1. Mai 1928 in Vechta anstelle des Lehrerseminars ein zweijähriger pädagogischer Lehrgang für katholische Lehramtsbewerber eingerichtet. Nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten war Teping schwerem politischen Druck ausgesetzt. Er wandte sich gegen die "Entchristlichung und Radikalisierung des öffentlichen Lebens", die besonders durch die HJ in die Schulen getragen wurde. Im Auftrage der nationalsozialistischen Regierung, von der er zunächst übernommen wurde, verfaßte Teping einen exakten Bericht über die Inthronisation des neuen Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, am 28. Oktober 1933. Schließlich wurde er 1934 als Leiter an die Aufbauschule in Vechta strafversetzt. Aufgrund des Lehrermangels wurde ihm 1939 auch die Leitung des zur "Deutschen Oberschule" umgewandelten Gymnasiums "Antonianum" übertragen. 1946 nahm Teping seine Tätigkeit im Ministerium wieder auf und blieb dort bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Jahre 1948. 1949 veröffentlichte er in Münster eine Untersuchung über den "Kampf um die konfessionelle Schule in Oldenburg während der Herrschaft der NS-Regierung".[395]

Teping stimmte den Bedenken der beiden Oberschulkollegien, die sie gutachtlich vorgetragen hatten, zu und lehnte ihre Aufhebung ab. Die Gefahren für den Bestand des konfessionellen Schulwesens im Lande würden nicht hinreichend kompensiert werden durch Einsparungen und durch die Vereinfachung der

[394] StAO 134 - 1201, Bl. 36-39.
[395] HELLBERND, Teping, S. 231f.; TERHEYDEN, Otto: Ministerialrat a. D. Franz Teping, IN: HKL 1957, S. 137-139; FRIEDL, Handbuch, S. 741f. (von Franz Hellbernd); ECKHARDT, Teping, S. 93-96; TEPING, Kampf.

Verwaltungsvorgänge. Der Stellungnahme des Katholischen Oberschulkollegiums schloß sich Teping vorbehaltlos an:

> "Die übrigen Bedenken aber, die gegen die Aufhebung ins Feld geführt werden, so hinsichtlich der Gefährdung der Konfessionalität des Schulwesens und des konfessionellen Friedens, hinsichtlich der politischen Folgewirkungen und hinsichtlich der Unmöglichkeit der Wahrung der kirchlichen Belange, sind nach meinem Dafürhalten so folgerichtig begründet und so schwerwiegend, daß es sich erübrigen dürfte, diese Bedenken noch weiter zu begründen oder noch zu unterstreichen."

Der Südoldenburger Katholik Franz Teping, mit den Verhältnissen und Erwartungshaltungen seiner Heimat gut vertraut, wußte um die Härte der zu erwartenden schulpolitischen Konfrontation und ihre Gefahr für die Einheit des Landes; er faßte darum das politische Ergebnis seiner Stellungnahme mit den Worten zusammen:

> "Ich kann mich daher nur dahin aussprechen, an der bewährten Einrichtung, die nahezu 80 Jahre zum Segen unserer katholischen und evangelischen Bevölkerung bestanden hat und die in unserem gesamten Staatsorganismus fest verwurzelt ist, nicht zu rütteln und nicht die unheilvollen Kämpfe heraufzubeschwören, die eine Aufhebung und die damit in unmittelbarem Zusammenhang stehende Umarbeitung des Schulgesetzes im Gefolge haben würde."[396]

Als die Debatte um die Aufhebung der beiden Oberschulkollegien in Oldenburg noch erbittert geführt wurde, beherrschten schon andere Themen wie die Diskussion um den Young-Plan und der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise die politische Szene im Reich und drängten die klassischen landespolitischen Fragen in den Hintergrund. Das Staatsministerium teilte dem Landtag am 25. Januar 1930 mit, "daß es nicht in der Lage sei, dem Landtage eine Vorlage über die Aufhebung der Oberschulkollegien zugehen zu lassen", und begründete die Ablehnung mit der konfessionellen Klausel, "daß der Beschluß infolge des Zusatzes, daß die Interessen der Kirchen im bisherigen Umfange gewahrt bleiben sollen, nicht durchführbar sei". In der Antwort der Staatsregierung an den Landtag hieß es wörtlich:

> "Werden die Oberschulkollegien aufgehoben, so ist eine solche Berücksichtigung der kirchlichen Interessen nicht mehr möglich, da die Leitung des Schulwesens auf das Ministerium der Kirchen und Schulen übergehen müßte und dieses Ministerium nicht konfessionell zusammengesetzt ist. Wenn nun der bisherige Zustand zu Gunsten der Kirche unbedingt gewahrt werden soll, so ergibt sich, **daß die Durchführung des Landtagsbeschlusses nicht möglich ist.** Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die kath.

[396] StAO 134 - 1201, Bl. 59.

> Bevölkerung sich fast einmütig gegen die Aufhebung des Oberschulkollegiums erklärt hat. Es liegt hiernach klar zu Tage, daß die Aufhebung den schwersten politischen Bedenken begegnen würde."[397]

Das 'unpolitische' Fachministerium von Finckh hatte den südoldenburgischen Katholizismus vor der Durchführung des Landtagsbeschlusses bewahrt. Mit dieser Entscheidung wurden die beiden Oberschulkollegien noch einmal gerettet, hatte die Regierung aber auch vor den konfessionellen Sonderinteressen, die nach dem bewährten Muster des "Kulturkampfes" vor allem vom organisierten Katholizismus Südoldenburgs vorgetragen wurden, kapituliert. Die Exekutive dokumentierte in dieser Auseinandersetzung ein hohes Maß an politischer Führungsschwäche und eine konfessionelle Befangenheit, die den schulpolitischen Fortschritt im Freistaat lähmte und das Ansehen der parlamentarischen Demokratie weiter herabsetzte. Der Regierung Röver war es im Herbst 1932 vorbehalten, die Aufhebung der beiden Oberschulkollegien mit autoritären Mitteln aus eben den Gründen durchzusetzen, die 1929 nicht zur vollen politischen Wirkung gebracht werden konnten: aus Ersparungs- und Vereinfachungsgründen. Am 19. September 1932 wurden das Evangelische Oberschulkollegium in Oldenburg und das Katholische Oberschulkollegium in Vechta aufgelöst. Aufgrund der kirchlichen Proteste sah die Verfügung vom 22. Oktober 1932 die Errichtung von zwei konfessionellen Abteilungen im Ministerium der Kirchen und Schulen zum 1. November 1932 vor. So begann für große Teile des südoldenburgischen Katholizismus bereits im Herbst 1932 der nationalsozialistische Kampf gegen die katholische Kirche. Die Konfrontation des Jahres 1929 fand 1932 unter anderen politischen Vorzeichen ihre Fortsetzung. So kristallisierten sich in diesem Zeitraum bereits die Fronten für den Kampf zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus in der Geschichte des "Dritten Reiches" in Oldenburg heraus.

Die Kontroverse um die Aufhebung der Oberschulkollegien im Jahre 1929 zeigte in ihrer kulturkämpferischen Anlage ein typisches politisches Profil und markierte in aller Deutlichkeit eine Verengung des innenpolitischen Handlungsspielraums, der durch die wieder zunehmende Konfessionalisierung der politischen Fragen verursacht wurde und in Oldenburg am Anfang wie am Ende des Freistaates zu einer erheblichen Belastung für die Demokratie heranwuchs. Das gilt insbesondere für den südoldenburgischen Katholizismus, der sich zu keinem Kompromiß aus politischen Motiven und in politischen Absichten durch

[397] StAO 134 - 1201, Bl. 200; OV vom 12.2.1930.

ringen konnte und in starren konfessionellen Denkmustern befangen blieb. Die Debatte um die Aufhebung der Oberschulkollegien demonstrierte auf der katholischen Seite eine bedrückende politische Reformunfähigkeit, die die demokratischen Kräfte des Landes blockierte und die Handlungsunfähigkeit des Freistaates in aller Öffentlichkeit erkennbar werden ließ.

So wurde die Konfessionalisierung der politischen Perspektive und Willensbildung für das Phänomen mit verantwortlich, das am Ende der Weimarer Republik von rechtskonservativer Seite beklagt wurde und mit dazu beigetragen hat, das Ansehen der Republik und ihrer Institutionen zu demontieren: das Bild eines Staates, der sich im parlamentarischen Kräftespiel verliert und sich zu einem geschlossenen politischen Willen und Handeln nicht mehr durchringen kann. Auf diesen Umstand ist zurückzuführen, daß sich der oldenburgische Landtag lange vor der politischen Wende im Reich entmachtete und der Staatsbürokratie in Gestalt von parlamentarisch gestützten Fachkabinetten die Regierung des Landes überließ. Auf der anderen Seite trugen die Konflikte um die Aufhebung des Katholischen Oberschulkollegiums wie um die konfessionelle Lehrerbildung zur Konsolidierung des politischen Milieus in Südoldenburg bei, indem sie es wieder stärker konfessionalisierten und dadurch entpolitisierten.

2.3. Das Ringen um die katholische Lehrerbildung

Der Artikel 23 der oldenburgischen Verfassung vom 17. Juni 1919 schrieb die konfessionelle Gliederung des Volksschulwesens eindeutig fest und sah eine konfessionelle Lehrerbildung vor, "soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt".[398] Die Staatsregierung erwartete für die Neuregelung der Lehrerbildung eine einheitliche reichsgesetzliche Lösung.[399] Da diese aber ausblieb, sahen sich die Länder gezwungen, in der Lehrerbildung eigene Wege zu gehen. Dieser Prozeß gestaltete sich in Oldenburg aufgrund der kleinstaatlichen Verhältnisse äußerst kompliziert. Grundsätzlich

[398] GESETZBLATT, 40. Bd., S. 397. Der vollständige § 23 lautete: "Die Lehrerbildung wird durch Gesetz nach Konfessionen getrennt geregelt, soweit nicht die Ausbildung der Lehrer auf Universitäten erfolgt."

[399] Verfassungen, S. 101. Ausgangspunkt der Bestrebungen, die Lehrerbildung zu reformieren, war Art. 143, Abs. 2 der Reichsverfassung vom 11. August 1919, der besagte: "Die Lehrerbildung ist nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten, für das Reich einheitlich zu regeln."

wurden in dieser Frage drei Möglichkeiten erwogen und mit den zuständigen Schulbehörden erörtert:

a) Universitätsausbildung oldenburgischer Lehramtsanwärter in Hamburg, Leipzig oder Jena;
b) Vereinbarung mit Preußen über die Ausbildung oldenburgischer Lehramtsanwärter auf den zu erwartenden preußischen Instituten;
c) Gründung einer eigenen oldenburgischen Lehrerbildungsanstalt nach preußischem Muster in Oldenburg.[400]

Bereits am 3. Dezember 1920 legte das liberale Ministerium Tantzen "Richtlinien zur Frage des Abbaus der Lehrerseminare" vor, die eine grundlegende Reform der Lehrerbildung ebenso vertagten wie die Gründung von Aufbauschulen. Eine Regierungsvorlage vom 16. Dezember 1921 sah den klassenweisen Abbau der Lehrerseminare vor, so daß sie 1927 ausliefen, und regte die Einrichtung von Aufbauschulen an, insofern genügend Anmeldungen vorlagen. Am 9. März 1922 beschloß der Landtag, die staatlichen Seminare in Oldenburg, Varel und Vechta von Ostern 1922 ab klassenweise von unten abzubauen. Danach sollten das Seminar in Varel bereits Ostern 1926 und die Seminare in Oldenburg und Vechta Ostern 1927 ihre Ausbildungstätigkeit ganz einstellen. Nach kontroversen Diskussionen über den Standort der neuen Aufbauschule für Südoldenburg wurde diese in Vechta eingerichtet und nahm Ostern 1922 ihre Tätigkeit auf.[401]

In der "Denkschrift über die Neugestaltung der Lehrerbildung", die das Ministerium von Finckh am 21. Februar 1925 dem Landtag vorlegte, wurde grundsätzlich der Aufbau von Lehrerbildungsanstalten nach preußischem Vorbild in Aussicht genommen, aber zugleich auf den politischen Widerspruch aufmerksam gemacht, der sich in Oldenburg an der Einrichtung von zwei konfessionell getrennten Anstalten entzünden würde. Denn dieser Lösung standen erhebliche finanzielle und personelle Schwierigkeiten im Wege. Statt dessen schlug die Denkschrift als Übergangslösung ein- oder zweijährige Pädagogische Lehrgänge in Oldenburg und Vechta zur Vorbereitung von Abiturienten auf den Volksschullehrerberuf vor. Sie ging von der Notwendigkeit aus, daß man zu Ostern 1926 mit einer Form der neuen Lehrerbildung beginnen müsse,

---

[400] FREEDEN, Lehrgang, S. 25-32.
[401] KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 183-187; KUROPKA, Schulkampf, S. 127. Zum Abbau der Lehrerseminare vgl. Kap. 3.5.6. im zweiten Band der Arbet: Abbau der Lehrerseminare.

damit keine Einstellungslücke entstehe. Eine Einstellung nicht-oldenburgischer Lehrer kam prinzipiell nicht in Frage, weil der Volksschule in Oldenburg unter dem Gesichtspunkt der Bodenständigkeit ein Lehrerstand zur Verfügung stehen sollte, der mit Land und Leuten vertraut war. Die Pädagogischen Lehrgänge konnten organisatorisch an die Lehrerseminare anknüpfen und riefen keine unüberwindbaren personellen und finanziellen Schwierigkeiten hervor. Unter den schulpolitischen Prämissen der Bodenständigkeit und angesichts der Forderung, in zwei Jahren neuen Lehrernachwuchs heranzubilden, schied die Möglichkeit der Universitätsausbildung der Volksschullehrer in Oldenburg bereits aus, zugleich wurde eine Vereinbarung mit Preußen immer unwahrscheinlicher.[402] Dieses Dilemma, das eindeutig von konservativen schulpolitischen Prärogativen bestimmt war, kennzeichnete den Stand der Lehrerausbildung in Oldenburg am Ende der Weimarer Republik.

Ein Grund für das Scheitern der oldenburgischen Schulpolitik in der umstrittenen Frage der Lehrerbildung war das politische Schlagwort von der "Bodenständigkeit", das sich auch im katholischen Zentrum großer Beliebtheit erfreute. In der Landtagsdebatte am 27. August 1925 standen sich die Forderungen der SPD nach der "Universitätsbildung" und der Landtagsmehrheit aus Landesblock und Zentrum nach der "Bodenständigkeit" der Lehrerausbildung, die einmütig von den Südoldenburger Abgeordneten Wempe (Zentrum) und Dr. Kohnen (DVP) unterstützt wurde, unvereinbar gegenüber. Von der rechtskonservativen Mehrheit aus Zentrum und Landesblock wurde die Regierung aufgefordert:

> "1. alles zu tun, um bei der Neugestaltung der Lehrerbildung die Bodenständigkeit der zukünftigen Oldenburger Volksschullehrer sicherzustellen,
> 2. Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, bereits Ostern 1928 den Ersatz an bodenständigen Volksschullehrern zu sichern,
> 3. die endgültige Neuregelung der Lehrerbildungsfrage möglichst der preußischen anzugleichen."[403]

Mit diesem Landtagsbeschluß waren "die Weichen für die Lehrerbildungsfrage für die nächsten Jahre gestellt". Mit dem Begriff der "Bodenständigkeit" kamen ideologische Implikationen zum Tragen, "die im Augenblick noch niemand übersah".[404] Überraschenderweise hielt Preußen an der Errich

---

[402] KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 188-191; FREEDEN, Lehrgang, S. 36f.
[403] KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 192f.; FREEDEN, Lehrgang, S. 40.
[404] KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 193; HAVEKOST, Nationalsozialisten, S. 130. Das Prinzip der Bodenständigkeit meinte in seiner strikten Auslegung nicht nur, daß die Lehrer aus

tung von Pädagogischen Akademien, die nicht in einer organischen Verbindung mit einer Universität oder Technischen Hochschule standen, auf konfessioneller Grundlage fest. In Preußen war es nur mit Mühe gelungen, das Simultanprinzip, das neben der SPD auch von der DDP und der DVP befürwortet wurde, zunächst abzuwehren.[405] Diese bildungspolitische Entwicklung, die für Preußen "eine akademische, doch keine universitäre Form der Volksschullehrerausbildung" auf konfessioneller Basis begründete, konnte ein Vorbild für Oldenburg darstellen und kam den konservativen Vorstellungen des oldenburgischen Zentrums sehr nahe.[406] Vor diesem Hintergrund ist die Zustimmung des Zentrums zur Reform der Lehrerausbildung in Oldenburg zu sehen, die auch vom Katholischen Lehrerverein geteilt wurde.

Nach dem Landtagsbeschluß vom 30. März 1928, der von Zentrum und Landesblock getragen wurde, wurde der erste zweijährige Pädagogische Lehrgang in Vechta am 1. Mai 1928 eröffnet. In Oldenburg hatte der Pädagogische Lehrgang bereits 1926 seine Arbeit aufgenommen.[407] Es war ein politischer Versuch, "nach dem Abbau der Lehrerseminare in Vechta mit einem Pädagogischen Lehrgang eine Art Miniaturausführung einer Pädagogischen Akademie zu errichten und bei Wahrung einer eigenen Institution Anschluß an die modernen bildungspolitischen Konzeptionen zu gewinnen".[408] Heinrich van Freeden bezeichnet den Pädagogischen Lehrgang "als Form der Lehrerbildung mit hochschulmäßigem Charakter".[409] Damit hatten sich die grundsätzlichen Posi

---

Oldenburg stammten, sondern auch, daß sie in Oldenburg ausgebildet wurden und sich dem oldenburgischen Volkstum nicht entfremdeten. Es enthielt aber auch antiwissenschaftliche und antiakademische Tendenzen, die es in die Nähe der nationalsozialistischen Vorstellung von intellektueller Bildung brachten. Wilma Havekost führt "das Ressentiment führender Nationalsozialisten gegen geistige Bildung und ihre Vertreter" auf Gefühle von sozialer Minderwertigkeit und geistiger Unterlegenheit zurück, die in vielen Fällen "von mangelhaften Ausbildungswegen und einer oft mit Mühe überstandenen Schulzeit herrührten". Der oldenburgische Kultus- und Justizminister Spangemacher erklärte auf einer Wahlveranstaltung im September 1932 zur nationalsozialistischen Schulpolitik: "Ich will, daß die Schule völkisch, d. h. deutsch und christlich sei. Darum müssen es auch die Lehrer sein. Ich werde dafür sorgen, daß die, welche es noch nicht sind, es werden." Spangemacher berief sich bei seiner Forderung nach einer christlichen Schule auf den Artikel 24 des NS-Parteiprogramms von 1920, in dem sich die Nationalsozialisten zum "positiven Christentum" bekannten.

[405] OV vom 19., 20.9.1925: Gastkommentar von Prof. Lauscher, MdR, unter dem Titel: "Der Kampf um die Schule beginnt!"

[406] KUROPKA, Schulkampf, S. 127.

[407] KUROPKA, Lehrerausbilung, S. 194f., 209; KUROPKA, Schulkampf, S. 127; SCHÄFER, Kirchen, S. 827.

[408] So KUROPKA, Identität, S. 35.

[409] FREEDEN, Lehrgang, S. 45ff.

tionen der Parteien zwar nicht verschoben, die schulpolitischen Forderungen Südoldenburgs aber waren zunächst erfüllt.

Die Sozialdemokraten strebten dagegen eine unitarische Lösung an, weil sie an eine langfristige Selbständigkeit Oldenburgs nicht glaubten. Zusammen mit der DDP waren sie der Meinung, daß die Lehrerausbildung in Oldenburg und Vechta qualitativ mit der in Preußen nicht Schritt halten konnte. Die Einrichtung der beiden Pädagogischen Lehrgänge in Oldenburg und Vechta wurde von Regierung, Landtag und Lehrerschaft als Übergangslösung betrachtet.[410] Die politische Zerreißprobe um die Zukunft der akademischen Lehrerausbildung in Oldenburg war damit nicht beendet, zumal die Rechtskoalition aus Zentrum und Landesblock in den Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 ihre absolute Mehrheit verlor und der bisherigen politischen Weichenstellung in der Lehrerbildungsfrage damit der parlamentarische Rückhalt entzogen war.

Am 27. März 1929 stimmte der Landtag einer Regierungsvorlage, die die Tätigkeit der beiden Lehrgänge um ein Jahr verlängerte, mit einer knappen Mehrheit zu, unterstützte aber gleichzeitig den Zusatzantrag des Abgeordneten Wilhelm Schröder (Landesblock/DVP), der das Ministerium aufforderte, "die Überführung der bestehenden Pädagogischen Lehrgänge in eine Akademie zu beschleunigen". Ausschließlich das Zentrum und die Landvolkpartei stimmten dagegen, weil man erkannt hatte, "daß dieser Antrag die Gründung einer Simultanakademie im Sinne hatte". In diesem Zusammenhang wurde das Wort "simultan" in seiner politischen Tendenz "gleichbedeutend mit antichristlich und atheistisch angesehen".[411] Der Abgeordnete Wempe wehrte sich energisch gegen die Verschmelzung der beiden Lehrgänge zu einer simultanen Akademie, die auch nach Auffassung von Ministerpräsident von Finckh für die katholische Bevölkerungsgruppe unannehmbar war. Wempe erklärte im Landtag:

> "Wenn im Hintergrunde dieses Antrages der Gedanke steht, eine mehr oder weniger interkonfessionelle Anstalt in Oldenburg einzurichten, dann kann ich keinen Zweifel darüber lassen, daß wir uns einem solchen Bestreben mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, die uns die Verfassung an die Hand gibt, entgegensetzen müssen. Es dürfte den Herren bekannt sein, welche Stellung wir zu der Frage der konfessionellen Schule und Lehrerbildung einnehmen."[412]

---

[410] KUROPKA, Schulkampf, S. 128.
[411] FREEDEN, Lehrgang, S. 105.
[412] KUROPKA, Schulkampf, S. 129; ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 149-151; KUROPKA, Schulkampf, S. 129.

Aus diesem Beschluß erwuchs für die Regierung erneut die Notwendigkeit, sich politisch einzuschalten, zumal sie es nach katholischer Lesart nicht würde "wagen können, die katholischen Lehrerstudenten zum Besuche einer simultanen Akademie zu verpflichten".[413] Die Vechtaer OV nannte den Landtagsbeschluß ein "Attentat auf die Bekenntnisschule" und sah in dem "unerhörten kulturkämpferischen Vorstoß" das Werk einer "kulturellen Einheitsfront von den Kommunisten bis zu den Nationalsozialisten". Sie schloß ihren Kommentar mit der rhetorischen Frage:

> "Will man dem katholischen Volke einen Schulkampf aufzwingen?"[414]

Ministerpräsident von Finckh ersuchte das evangelische und das katholische Oberschulkollegium um eine Stellungnahme zu der Frage, ob der Landtagsbeschluß mit der oldenburgischen Verfassung übereinstimme oder im Widerspruch zu ihr stehe. In seiner Antwort vom 9. August 1929 erklärte das katholische Oberschulkollegium in Vechta kategorisch:

> "Die Akademie, die durch die Zusammenlegung der in Oldenburg und Vechta bestehenden Kurse gebildet werden soll, lehnt das Oberschulkollegium für die katholischen Lehramtskandidaten ganz entschieden ab."[415]

Damit war eine wichtige Vorentscheidung gegen die Durchführung des Landtagsbeschlusses gefallen. In der prekären politischen Situation des Jahres 1929, "als die Selbständigkeit Oldenburgs durch Änderungen in der Steuergesetzgebung des Reiches und die Vereinbarung wirtschaftlicher Kooperation zwischen Preußen und Bremen akut bedroht war", konnte dem oldenburgischen Staatsministerium nicht an schulpolitischen Konflikten gelegen sein, "die zusätzlich noch zentrifugale Kräfte im Lande mobilisieren mußten, und das hieß konkret, daß sich der Blick der Münsterländer auf Westfalen und Preußen richten würde".[416] Aus dieser komplizierten politischen Situation erwuchs das Interesse des Freistaates und des Ministeriums von Finckh an einer Verlängerung des schulpolitischen Friedens, ein Ziel, das den Handlungsspielraum der Landesregierung erheblich einschränkte und von dem die konservativen schulpolitischen Forderungen des südoldenburgischen Katholizismus profitierten. Ministerpräsident von Finckh behielt in den aufreibenden schulpolitischen

---

[413] Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 4.1.1930.
[414] OV vom 9.4.1929; KUROPKA, Schulkampf, S. 129f.
[415] FREEDEN, Lehrgang, S. 114.
[416] So KUROPKA, Schulkampf, S. 131.

Auseinandersetzungen übergeordnete landespolitische Interessen im Auge und beugte damit einer weiteren Polarisierung im Landtag vor.

Der Abgeordnete Dr. Osterloh (Landesblock/DNVP) eröffnete in den "Nachrichten für Stadt und Land" gleich am Anfang des Jahres 1930 wieder die schulpolitische Debatte mit dem Vorschlag, daß die evangelischen Lehrer ihre Ausbildung auf einer neu zu gründenden Akademie in der Landeshauptstadt Oldenburg erhalten sollten und die katholischen Lehrer aufgrund ihrer Minderzahl auf der in Münster bzw. Osnabrück geplanten preußischen Akademie ausgebildet werden sollten. Südoldenburg sah im Katholischen Oberschulkollegium wie in der katholischen Lehrerausbildung "eine Vorbedingung für die Erhaltung der konfessionellen Schule überhaupt" und befürchtete, daß "die Lösung der Frage heiße Kämpfe mit sich bringen wird", zumal der Abgeordnete Röver mit einer Feststellung zitiert wurde, wonach "die Lehrerbildungsfrage nichts mit Religion zu tun habe".[417] Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg unterstützte auf einer außerordentlichen Generalversammlung am 3. Januar 1930 die Forderung nach einer gleichwertigen konfessionellen Lehrerausbildung, die dafür Sorge zu tragen habe, daß die katholischen Lehrer, die sich bekanntlich im Minderheitenstatus im Lande befänden, "gegenüber den benachbarten preußischen und besonders auch gegenüber den ev. Lehrern des Landes nicht ins Hintertreffen geraten". Die Generalversammlung der katholischen Lehrer in der Cloppenburger "Walhalla" machte aber auch deutlich, daß das Konfessionalitätsprinzip wieder an Einfluß gewonnen hatte. Der Vorsitzende Bernard Lange berichtete am Ende der Versammlung über eine Vorstandstagung des Katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reiches in Berlin. Der Verbandsvorstand habe "an die Lehrer aller Zweigverbände, besonders die Lehrer der größeren Städte", appelliert, "mitzuarbeiten an der Sorge für die schulentlassene Jugend, um so einen Damm zu schaffen gegen die Bestrebungen nichtchristlicher Vereinigungen".[418] Moralische Unterstützung erhielten die Forderungen des katholischen Volksteils durch die Enzyklika "Divini illius Magistri" vom 31. Dezember 1929, in der Pius XI. das Erziehungs- und Schulmonopol des modernen Staates nachhaltig bestritt und Katholiken den Besuch von nichtkatholischen oder weltanschaulich neutralen Gemeinschaftsschulen untersagte.[419]

---

[417] Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 4.1.1930: Wiedergabe aus den "Nachrichten".
[418] OV vom 8.1.1930.
[419] Zur Enzyklika Pius' XI. vom 31. Dezember 1929 vgl. Kap. 9.9.5. im zweiten Band der Arbeit: Die Erziehungsenzyklika Pius' XI.

Unzweifelhaft gehörte für die katholische Kirche die christliche Erziehung der Jugend zu den existentiellen Fragen, die sich auf das ewige Seelenheil bezogen und das volle politische und gesellschaftliche Engagement der Katholiken in der modernen Welt erforderten. Die für die Lehrerbildung in Oldenburg in Vorschlag gebrachten Alternativen wurden in der regionalen Presse vor der Wiederaufnahme der Landtagsverhandlungen unter staatlichen, konfessionellen und finanziellen Gesichtspunkten ausführlich erörtert. Die Vechtaer OV betrachtete die Lehrerbildung in Oldenburg als einen unverzichtbaren Bestandteil staatlicher Souveränität und lehnte die Ausbildung der oldenburgischen Volksschullehrer in einem anderen deutschen Staat, z. B. Preußen, ab, weil "die Dynastie als zusammenfassende Klammer" auch in Oldenburg nicht mehr existiere. Die Zeitung warnte den Landtag davor, die bestehende konfessionelle Trennung der Lehrerbildung anzutasten und zu diesem Zwecke gar - was durchaus möglich wäre - die Landesverfassung mit einer Zweidrittel-Mehrheit zu ändern. Ein solcher parlamentarischer Vorstoß würde nicht nur "eine Blamage der Abgeordneten vor der oldenburgischen Landesgeschichte" darstellen, sondern auch "aufreizend und einheitszerstörend" wirken und "den sehr entschiedenen Widerstand der katholischen Bevölkerung gegen den als Kulturkampf anzusehenden Angriff auf ein hohes Gewissensgut wachrufen". Selbst "zu Bismarcks Zeiten" sei der konfessionelle Friede in Oldenburg gewahrt geblieben. Die Vechtaer OV beteuerte ihren katholischen Standpunkt:

> "Der Katholik wird stets auf der Grundlage der leoninischen und thomistischen Staatslehre für die Erhaltung des Staates eintreten, er erwartet aber auch, daß der Staat und dessen Volksvertreter seine Gewissensfreiheit achten. In der Lehrerbildungsfrage ist also jene Lösung die beste, die einen Konflikt zwischen staatlichen und konfessionellen Belangen vermeidet. Deshalb lehnt der Katholik eine simultane Akademie ab. [...] Es muß eine andere Form der Lehrervorbildung gefunden werden, die sowohl dem staatlichen als auch dem konfessionellen Gedanken gerecht wird."[420]

[420] OV vom 22.1.1930. Unter einer simultanen Akademie verstand die OV eine Lehranstalt, "in der sämtliche Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften, ausgenommen Religion, von Katholiken und Protestanten besucht werden". Als "Lehrervorbildung" wurde auch die eigentliche Ausbildung des Volksschullehrers und seine Vorbereitung auf die erste Lehrerprüfung für das Lehramt an Volksschulen verstanden, während die Vorbereitung auf die 2. Lehrerprüfung (Hauptprüfung) auch als "Lehrerfortbildung" bezeichnet wurde. Die Vorbereitung auf diese Prüfung wurde in Arbeitsgemeinschaften, Kursen und Lehrgängen absolviert und größtenteils von den Lehrervereinen organisiert; die Hauptprüfung erfolgte nach dreijähriger Anstellung im Schuldienst. Das Bestehen der zweiten Prüfung war Voraussetzung für die unwiderrufliche Anstellung des Volksschullehrers nach insgesamt fünf Dienstjahren. (Katholische Schulzeitung Jg. 22, Nr. 10, 1.10.1930, S. 118f.: Änderung der Hauptprüfung für Volksschullehrer.)

Aus diesen Gründen sei eine "gemeinschaftliche Akademie", gegen die sich auch der Katholische Lehrerverein ausgesprochen habe, abzulehnen. Der Katholik stehe "auf dem Standpunkte, daß nicht nur in der Religionsstunde, sondern auch in den übrigen Fächern der Geist des Bekenntnisses zum Ausdruck kommen" müsse.[421] Die Zustimmung zu einer Reform der Lehrerbildung in Oldenburg machte die OV von verfassungsmäßig verankerten Zusicherungen "bezüglich der katholischen Belange" abhängig: Die Zahl der katholischen Dozenten sollte festgelegt werden, die Berufung des Leiters der katholischen Abteilung und der katholischen Religionsdozenten im Einvernehmen zwischen dem oldenburgischen Staatsministerium und dem Bischof von Münster erfolgen, und es sollte sichergestellt sein, daß alle katholischen Kandidaten eine Abschlußprüfung in der Religionsmethodik vorlegen, zu der ein stimmberechtigter Vertreter des Bischofs eingeladen werde. Durch diese Maßnahmen dürften sich die Protestanten nicht benachteiligt fühlen, da es sich "um eine interne Angelegenheit der Katholiken" handle.[422] Ein Vergleich der finanzwirtschaftlichen Grundlagen der einzelnen vorgeschlagenen Modelle zur Lösung der Lehrerbildungsfrage in Oldenburg, den die Vechtaer OV ausführlich unterbreitete, bringe keine Klarheit, "welchen von all diesen Wegen die Lehrervorbildung am besten gehen" könne. Für die Katholiken habe "eine eigene, vollwertige, konfessionelle, oldenburgische Akademie" Priorität, sollte diese an finanziellen Problemen scheitern, würden die Abgeordneten "vor schwierigen Gewissensentscheidungen stehen".[423]

Mit Zustimmung des Landtages leitete noch Ministerpräsident von Finckh, "der für die Erhaltung des christlichen Geistes in unserem Volke sich verantwortlich fühlte", die Verhandlungen mit Preußen über die Errichtung der evangelischen Akademie in Oldenburg ein. Dabei galt es die Bestimmung der Verfassung zu berücksichtigen, nach der "die Lehrerbildung konfessionell zu gestalten"

---

[421] OV vom 22.1.1930. Die "gemeinschaftliche Akademie" dürfe nicht mit einer simultanen verwechselt werden. Eine "gemeinschaftliche Akadamie" bedeute zunächst nicht mehr als: "ein Gebäude, eine Bibliothek und ein psychologisches Laboratorium für Protestanten und Katholiken". Dagegen sei prinzipiell nichts einzuwenden, die Unterschiede begännen aber "bei der Frage nach der Gemeinschaft der Lehrfächer". Seit Leo XIII. könne eine Verbindung von Fächern an einer "gemeinschaftlichen Akademie" höchstens in Fächern zugestanden werden, die konfessionell neutral seien; dazu seien Rechnen, Raumlehre, Zeichnen und Gesundheitslehre zu zählen. In allen anderen Disziplinen müßten Katholiken katholische Dozenten erhalten, auch in Fächern wie Erdkunde, Turnen und Musik, "über die man vielleicht im Zweifel sein könnte".

[422] OV vom 22.1.1930.

[423] OV vom 23.1.1930.

war.[424] Sein Nachfolger, Ministerpräsident Cassebohm, führte die Verhandlungen weiter und ließ dem Landtag im April 1931 den Gesetzentwurf für eine "Oldenburgisch-Preußische Pädagogische Akademie" zukommen. Die Katholische Schulzeitung sah im Gesetzentwurf zur Errichtung einer Pädagogischen Akademie in Oldenburg bereits ein schulpolitisches Faktum und rechnete damit, "daß demnächst die oldenb. Kath. Lehrer auf preußischen Akademien ausgebildet werden".[425] Das wäre für den katholischen Lehrernachwuchs eine bedauerliche Entwicklung gewesen. Der Zeitpunkt für die Landtagsdebatte war denkbar ungünstig, denn Ministerpräsident Eugen von Finckh war am 13. Juli 1930 gestorben und Friedrich Cassebohm erst im November 1930 nach einem langen parteipolitischen Ringen zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Die turnusmäßige Landtagswahl stand am 17. Mai 1931 bevor, so daß der Wahlkampf auch in den Landtag verlagert wurde.[426]

2.3.1. Parteienstreit über die Pädagogische Akademie: "Hier Katholizismus, hier Protestantismus; das gibt es nicht."

Die Landtagsdebatte über die "evangelische Akademie" fand am 8. Mai 1931 statt und stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Landtagswahl am 17. Mai 1931.[427] In den Beratungen kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der NSDAP und dem Zentrum, die die politischen Sachfragen völlig überschatteten. Prinzipiell sprach sich Röver gegen eine Akademie aus, "die einen rein evangelischen Charakter tragen soll" und einen "Trennungsstrich zwischen katholischen Volksgenossen und evangelischen" zieht. Er provozierte den Protest des Zentrums, wenn er im Landtag seine nationalen Erziehungsgrundsätze formulierte:

> "Die Klüfte in Deutschland sind gerade groß genug, und wir lehnen es ab, daß auch auf dem Gebiete der Religion immer wieder die Klüfte hineingetragen werden in das Volk, daß bei den Kindern schon hineingetragen wird, hier Katholizismus, hier Protestantismus; das gibt es nicht. Es gibt auch keine Universität in Deutschland, die nur evangelische oder katholische [Studenten] hat. Genau so soll es sein in der Kindererziehung. Das hat mit der Religion an sich nichts zu tun. (Abg. Wempe: Hört! Hört!). [...] Auch wir sagen, die Religion ist die Grundlage für ein gesundes Volk, die Religion ist die Voraussetzung, wenn ein Volk eine Kultur haben will. Das hat mit der Lehrerausbildung nichts zu tun. Wir wollen die Trennung nicht im oldenburgischen Staat; wir wol

[424] OV vom 9.5.1931.
[425] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 5, 1.5.1931.
[426] KUROPKA, Schulkampf, S. 135.
[427] OV vom 9.5.1931.

len nicht, daß zwischen Katholischen und Evangelischen die Klüfte weiter aufgerissen werden sollen."[428]

Röver plädierte dafür, die beiden Lehrerbildungsanstalten zusammenzulegen und dadurch Kosten zu sparen, sonst werde das Elend "noch immer weiter steigen". Er stelle fest, "daß die Roten und die Schwarzen zusammengehen" und "zusammen die Akademie bewilligen" würden, aber die Stadt Oldenburg - die Rechtsparteien DNVP und NSDAP verfügten seit der Kommunalwahl am 9. November 1930 im Stadtrat über eine absolute Mehrheit - werde ihnen für den Bau einer Akademie "den Grund und Boden nicht zur Verfügung stellen". Für das finanzielle Desaster des Landes, das durch die Akademiepläne noch vergrößert würde, seien ausschließlich SPD und Zentrum verantwortlich zu machen:

"Durch Ihre Schuld, durch Ihre rote Politik, durch Ihre schwarze Politik haben Sie dem Volke alles genommen, und der Fluch des Deutschen Volkes wird über Euch kommen, und wir werden die Richter sein und dann gnade Euch Gott, daß Ihr dann dort oben einen gnädigen Richter findet, Euch wird dann von uns nichts geschenkt. (Große Unruhe.)"

Carl Röver erklärte sich im Landtag äußerst ausfallend und versicherte, daß die NSDAP den Vertrag nach dem 17. Mai 1931 - dem Tag der nächsten Landtagswahl - aus politischen und ideologischen Gründen ohnehin nicht anerkennen werde:

"Wir verzichten darauf, eine Akademie hier zu haben, wo das rote Preußen, wo die roten Marxisten, die Atheisten und Gottesleugner, hier Einfluß haben sollen in der Ausbildung der Lehrer für den Freistaat Oldenburg. Meine Herren, das kommt nicht in Frage. Es kommt deshalb nicht in Frage ... (andauernde Zurufe von links) Reden Sie nachher doch, es ist doch nur die Wut bei Euch roten Herrschaften. Ihr pfeift doch längst aus dem letzten Loch, sonst würden wir Euch nicht so hoch bringen, Ihr Herrschaften. (Lachen links.)"

Auf die Bemerkung Wempes, "daß Herr Abg. Röver überhaupt nicht weiß, was eigentlich Religion ist", reagierte dieser nach dem Bericht der Vechtaer OV mit einer aggressiven Pöbelei:

"Der Vikar Morthorst ist der größte Verleumder von der Kanzel!"[429]

---

[428] StAO 39 - 20503: V. Lt., 7. Vers., 8. Sitzung, 8.5.1931, S. 16f.; OV vom 9.5.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Sitzung des Landtages am 8.5.1931, auch zum folg. Der Landtagspräsident ermahnte Röver, "Versammlungsreden und Versammlungston möglichst außerhalb des Hauses zu lassen". (S. 17)

Morthorst ließ die Attacke Rövers auf seine Person nicht auf sich beruhen und nahm in ‘seiner’ Zeitung dazu Stellung. Röver wies im Landtag die Vorhaltung Wempes mit einem ungewöhnlich scharfen Angriff auf das Zentrum zurück. Er verurteilte, "was Herr Wempe sagte, ich verstände nichts von Religion", und redete den katholischen Abgeordneten ins Gewissen:

> "Sie haben schon Angst, wenn ein Katholik und Protestant unter einem Dache leben, daß der Katholik Schaden nimmt, nur weil er den Protestanten sieht. [...] aber heute sollten wir einmal soweit kommen, um diese Dinge zu begraben, und zeigen, daß es möglich ist, daß Protestanten und Katholiken in einer Schulerziehung zusammenstehen können, wo sie beide auf der christlichen Grundlage ihre Erziehung bekommen. Und wenn Sie sich dagegen auflehnen, so sagen wir, das heutige System lebt keine 2 Jahre mehr, dann wird die Schulfrage eine grundlegende Änderung erfahren, auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt, und wir werden dann dafür sorgen, daß das Zentrum auch keine extra Wurst gebraten bekommt und daß keine Akademie gebaut wird."

Der geistliche Oberstudienrat Wempe erkannte in den Landtagsreden Rövers einen "Vorgeschmack" auf die Kulturpolitik, die die Katholiken "in seinem dritten Reich zu erwarten" hätten. Das Zentrum entschloß sich aus taktischen Überlegungen für die Zustimmung zur evangelischen Akademie, weil es durch ihre Errichtung nach dem Grundsatz der Parität auch die katholische Lehrerbildung als gesichert ansah:

> "Was nun die uns beschäftigende Vorlage angeht, so will sie endgültig eine evangelische Akademie schaffen. Ich lege den Ton auf das Wort "evangelisch". Sie wissen, m. H., wir verlangen grundsätzlich, wie auch in der Verfassung steht, die konfessionelle Ausbildung unserer Lehrer, die eine selbstverständliche Konsequenz der konfessionellen Gestaltung unserer Volksschulen ist."[430]

Wempe wies die Forderung Hartongs (DVP), der das Zentrum von der Abstimmung ausgeschlossen wissen möchte, weil es in der Sache nicht beteiligt sei, mit den Worten zurück:

> "Wir fordern nicht nur eine katholische konfessionelle, sondern wir fordern auch eine evangelische konfessionelle Lehrerausbildung. Dazu haben wir das volle Recht, ja, wir haben die Pflicht dazu, und nach dem, was wir eben gehört haben, müssen wir umso

---

[429] OV vom 9.5.1931. Dieser Zwischenruf ist im amtlichen stenographischen Bericht über die Landtagssitzung nicht enthalten. Der Sitzungsbericht gibt Röver mit den Worten wieder: "Das wissen Sie allein; Sie haben die [Religion] ja auch gepachtet." (StAO 39 - 20503: V. Lt., 7. Vers., 8. Sitzung, 8.5.1931, S. 21)

[430] StAO 39 - 20503: V. Lt., 7. Vers., 8. Sitzung, 8.5.1931, S. 21f.; OV vom 9.5.1931, auch zum folg.

> mehr ein Interesse daran haben, jetzt eine evangelische Akademie zu schaffen. Was wir unter der Herrschaft des Herrn Röver zu erwarten haben, das hat er uns mit dürren Worten gesagt (Abg. Röver: Sehr richtig.) und er bestätigt es durch sein 'sehr richtig!'."

Für die Landvolkpartei erklärte der südoldenburgische Abgeordnete gr.[oße] Beilage, daß seine Fraktion nicht mehr gegen den Vertrag votieren, sondern sich nach dem Beitrag Rövers der Stimme enthalten werde:

> "Die Ausführungen des Abg. Röver haben mich aber sehr bedenklich gestimmt. Ich muss erklären, dass ich die zukünftigen Mehrheits-Verhältnisse, wie sie vielleicht der demnächstige Landtag haben wird, jedenfalls so beurteile, dass noch etwas Schlechteres sowohl für die evangelische als auch für die katholische Konfession herauskommen kann."[431]

Auf die Angriffe Carl Rövers antwotete Vikar Franz Morthorst, der Redakteur der Oldenburgischen Volkszeitung in Vechta, mit einem "Offenen Brief an Herrn Abgeordneten Röver" vom 15. Mai 1931. Darin wies er den Vorwurf, die Kanzel zu politischen Erklärungen zu mißbrauchen, energisch zurück. Verleumdungen und Lügen seien "eine gänzlich überflüssige Waffe", um dem Nationalsozialismus politisch zu begegnen, dafür stehe ihm "ein völlig ausreichendes Tatsachenmaterial zur Verfügung". Der Redakteur der Vechtaer OV hielt strikt an dem Recht des katholischen Geistlichen fest, sich auf der Kanzel mit der nationalsozialistischen Weltanschauung auseinanderzusetzen, und wandte sich mit einer kompromißlosen Warnung an Röver, sich im politischen Katholizismus nicht zu täuschen:

> "Glauben Sie, durch ihre groben Beleidigungen einen katholischen Geistlichen einschüchtern zu können? Bitte, keine Illusionen! Mögen Sie, gesichert durch den Windschutz der Immunität, noch so heldenhaft gegen den Mißbrauch der Kanzel Ihre Stimme erheben, nicht der jüngste Neupriester wird den Kurs seiner Predigt irgendwie deswegen ändern.-"[432]

So trugen die von der oldenburgischen NSDAP im Landtag vorgebrachten Angriffe gegen das Zentrum dazu bei, die Geschlossenheit des südoldenburgischen Katholizismus zu fördern, die konfessionelle Ausrichtung der Landvolkpartei zu stärken und die parteipolitischen Differenzen im katholischen

---

[431] StAO 39 - 20503: V. Lt., 7. Vers., 8. Sitzung, 8.5.1931, S. 31; OV vom 9.5.1931.

[432] OV vom 15.5.1931. Morthorst schloß seinen offenen Brief mit einer persönlichen Anrede: "Im Lügen und Brüllen sind Sie mir über. Ich werde auch gar keinen Versuch machen, Ihren Vorsprung einzuholen; die Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens steht für mich von vornherein fest."

Milieu Südoldenburgs zu überwinden. Die Regierungsvorlage wurde in erster Lesung am 8. Mai 1931 mit 30 gegen 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.[433] In der letzten Sitzung vor der Landtagswahl am 17. Mai 1931 wurde der Staatsvertrag mit Preußen über die evangelische Pädagogische Akademie am 15. Mai 1931 ohne Aussprache endgültig beschlossen. Zur Unterstützung der Vorlage hatten sich noch einmal die Parteien der Weimarer Koalition zusammengefunden, die auch für die Verfassungsbestimmung über die Konfessionsschule aus dem Jahre 1919 verantwortlich gezeichnet hatten.[434] Das Präsidium des Landtages war offensichtlich bemüht, die Tagesordnung "möglichst ohne Debatte" zu erledigen und damit den extremistischen Parteien keine weiteren Gelegenheiten zur Agitation im Parlament zu geben.[435] Es schien in Oldenburg inzwischen ein Risiko für den Parlamentarismus geworden zu sein, das Wort zur Aussprache freizugeben.

Die Errichtung der oldenburgisch-preußischen Akademie scheiterte nicht an den Nationalsozialisten, sondern am konfessionellen Dissens und mangelnder politischer Entschlossenheit in Oldenburg und nicht zuletzt an der Finanznot der Länder.[436] Preußen zog sich im Januar 1932 aus finanziellen Gründen aus dem Projekt zurück, das der preußische Landtag noch nicht ratifiziert hatte. Bereits 1932 wurden in Oldenburg wie in Vechta - nach dem Grundsatz der Parität - keine Lehramtsanwärter mehr aufgenommen. Die Katholische Schulzeitung hatte diese Entwicklung befürchtet und setzte sich vergeblich dafür ein, "den Lehrgang mit seinen bewährten Dozenten dem kath. Volksteil Oldenburgs zu erhalten".[437] Sie vermutete, daß die Aufhebung beider Lehrgänge "zu einer gemeinsamen simultanen Akademie" überleiten solle, "wie sie ja von gewisser

---

[433] Ebd., S. 43; OV vom 9.5.1931. Gegen den Vertrag stimmten die Nationalsozialisten und der Landesblock mit Ausnahme des Abgeordneten Wilhelm Schröder (DVP).
[434] KUROPKA, Schulkampf, S. 136.
[435] OV vom 16.5.1931.
[436] FREEDEN, Lehrgang, S. 118. In einem Briefwechsel mit dem preußischen Verhandlungspartner erklärte Ministerpräsident Cassebohm unumwunden die oldenburgische Position: "Die Oldenburgische Staatsregierung sieht damit das Ersuchen vom 20.5.1931 betr. Vollziehung des Staatsvertrages als erledigt an."
[437] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 1, 1.1.1932, S. 18. Die Schulzeitung war sich über die Folgen der Schließung der Pädagogischen Lehrgänge im klaren: "Andere Ausbildungsmöglichkeiten, wie wir sie wünschen, werden den jungen Lehrerstudenten auf Jahre hinaus nicht offen stehen." In einer Besprechung bei Ministerprädident Cassebohm, an der auch die Ministerialräte Teping und Christians teilnahmen, setzte sich der Vorstand des Katholischen Lehrervereins erneut für das "Fortbestehen des Päd. Lehrgangs in seinem jetzigen Aufbau" ein. (Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 3, 1.3.1932, S. 35)

Seite schon mehrmals propagiert worden" sei: "Dann heißt es, doppelt auf der Hut sein!"[438]

Das Ende der Pädagogischen Lehrgänge in Oldenburg war also bereits vor der Regierungsübernahme der NSDAP unter Röver am 16. Juni 1932 eingeleitet.[439] Die Aufnahmesperre und einstweilige Schließung der beiden Lehrgänge ist nicht auf eine kirchenfeindliche nationalsozialistische Schul- und Bildungspolitik zurückzuführen, sondern auf die Finanznot des Staates und einen Überschuß an unversorgten Junglehrern.[440] Von einer dramatischen Überalterung der Lehrer an den katholischen Volksschulen in Oldenburg konnte trotz Personal- und Schulabbau, der angesichts der Wirtschaftskrise angestrengt wurde, in den Jahren zwischen 1930 und 1933 nicht die Rede sein.[441]

Nach dem Machtwechsel in Oldenburg paßte sich der Pädagogische Lehrgang in Vechta rasch den neuen politischen Verhältnissen an. Die Grundsätze, mit denen er auf die politische Wende reagierte, waren die alten. Auf einem Festkommers der Studentenverbindung "Dersa" in Vechta am 9. August 1932 äußerte sich der Direktor des Lehrgangs, Dr. Nieske, über "die Einstellung des Katholiken zum Staate und zur Politik". Er faßte seine Ausführungen in drei Punkten zusammen:

---

[438] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 3, 1.3.1932, S. 36. Als offizieller Grund für die Schließung der Lehrgänge werde angegeben, daß Lehreranwärter in ausreichender Zahl für mehrere Jahre zur Verfügung stünden. Der Artikel in der Schulzeitung trug den bezeichnenden Titel "Gefahren für die konfessionelle Schule in Oldenburg?" und machte deutlich, daß sich der Katholische Lehrerverein in diesem Zeitraum zusehends wieder auf enge konfessionelle Positionen zurückzog.

[439] KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 218-222.

[440] FREEDEN, Lehrgang, S. 118f. Heinrich van Freeden führt dazu aus: "Damit waren beide Versuche, statt des Pädagogischen Lehrgangs eine Pädagogische Akademie in Oldenburg zu erhalten, gescheitert. Die Überführung der beiden Lehrgänge in Oldenburg und Vechta in eine Akademie gemäß dem Antrag Schröder scheiterte am Widerstand der katholischen Kreise, die Gründung einer oldenburgisch-preußischen Akademie scheiterte an der Finanzkatastrophe im Reich und in den Ländern. Der Pädagogische Lehrgang blieb also noch bestehen, doch auch er ging seinem unvermeidlichen Ende entgegen. Ostern 1932 wurden keine neuen Bewerber aufgenommen."

[441] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 6, 1.6.1932, S. 62. Von den 270 Volksschullehrern, die 1932 in den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe unterrichteten, gehörten 219 Altersstufen von 26 bis 50 Jahren an. Im einzelnen ergab sich folgendes Bild: 16 Lehrer 21 bis 25 Jahre alt, 70: 26 bis 30, 56: 31 bis 35, 39: 36 bis 40, 24: 41 bis 45. 30: 46 bis 50 und 35: 51 Jahre und älter. Das Durchschnittsalter der Volksschullehrer betrug im Amt Cloppenburg (99 Lehrer) 38, im Amt Vechta (126) 39 und im Amt Friesoythe 45 Jahre.

"1. Das "bonum commune" steht höher als das Privatinteresse. Der Staat muß Verkörperung des ganzen Volkes sein.
2. Man soll stets die Meinung Andersdenkender achten und beim Gegner stets auch das Gute zu sehen sich bemühen.
3. Für die christliche Einstellung zum Staate ist das Wort des hl. Paulus wichtig: 'Es gibt keine Gewalt außer der von Gott, und die, welche besteht, ist von Gott angeordnet', ferner Christi Wort: 'Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.'"[442]

Aus diesen Grundsätzen, mit denen der Pädagogische Lehrgang in Vechta sich bereits im August 1932 von der Weimarer Republik verabschiedete, ergebe sich die Bejahung jeder bestehenden Staatsgewalt als einer von Gott autorisierten aus Gewissensgründen. Damit betrat der Pädagogische Lehrgang den Boden der neuen politischen Verhältnisse in Oldenburg. Der Übergang hatte Modellcharakter.

Im Dezember 1934 griff Pauly die Akademie-Pläne wieder auf und fand angesichts des inzwischen eingetretenen Lehrermangels in Berlin Resonanz. Auf der Grundlage einer notariell beglaubigten Vereinbarung der Staatsministerien in Berlin und Oldenburg vom 22. Juni 1936 wurde die "Hochschule für Lehrerbildung in Oldenburg" ins Leben gerufen. An der simultanen Akademie waren lediglich evangelische und katholische Religion noch getrennte Lehrfächer für Religionslehrer.[443] Bereits 1939 entschied das Reichserziehungsministerium die Auflösung der Hochschulen für Lehrerbildung; an ihre Stelle traten mit Wirkung vom 1. April 1941 offiziell die nationalsozialistischen Lehrerbildungsanstalten.[444] Unter diesen politischen Voraussetzungen wurde 1940 in der ehema

[442] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 9, 1.9.1932, S. 82. Die Studentenverbindung "Dersa" hatte den Wahlspruch: "Für Gott, Volk, Staat!"

[443] KUROPKA, Schulkampf, S. 138f.; KELLE, Hochschule, S. 145ff. Am 6. Oktober 1936 wurde der Staatsvertrag zur Gründung einer Hochschule für Lehrerbildung rechtswirksam geschlossen. Im Wintersemester 1936/37 nahmen 105 Studenten das Studium auf, nachdem sie sich einer Aufnahmeprüfung unterzogen hatten. An der "Hochschule für Lehrerbildung" sollten nicht nur Volksschullehrer, sondern auch Lehrer an höheren Schulen und an Fachschulen ausgebildet werden. Leitgedanke war dabei die Ausrichtung der gesamten Lehrerschaft auf ein einheitliches weltanschauliches Ziel. Die Hochschule war konfessionell nicht gebunden; sie vergab die Fakultas für den evangelischen und katholischen Religionsunterricht. Das Fach "Katholische Religionslehre" erteilte Kaplan Niehaus, der spätere Direktor der Pädagogischen Hochschule Vechta.

[444] KELLE, Hochschule, S. 161. Mit Erlaß vom 8.3.1940 sollten die Hochschulen für Lehrerbildung in Oldenburg, Elbing und Trier wieder eröffnet und Studenten und Studentinnen für das Lehramt an Volksschulen und als Hauswirtschafts- und Turnlehrerinnen ausgebildet wer-

ligen Ordens- und Missionsschule der Dominikaner in Füchtel bei Vechta, deren Gebäude nach der Schließung des Dominikaner-Kollegs von der oldenburgischen Staatsregierung angemietet worden waren, für das Land Oldenburg ein "Ausbildungslehrgang zur Vorbereitung auf das Studium an Hochschulen für Lehrerbildung" eingerichtet, aus dem ein Jahr später die "Oldenburgische Lehrerbildungsanstalt" (LBA) in Vechta hervorging.[445] Eine oldenburgische Lehrerinnenbildungsanstalt wurde 1941 in Dötlingen eröffnet. Als die Räumlichkeiten in Dötlingen nicht mehr ausreichten, wurde die Anstalt 1942 nach Dreibergen am Zwischenahner Meer verlegt. 1943 wurde schließlich eine zweite Lehrerinnenbildungsanstalt für Mädchen in Oldenburg errichtet.[446] Bei der Lehrerbildungsanstalt handelte es sich um "eine von Staat und Partei kontrollierte Einrichtung, die in ihrer Struktur von der Hitler-Jugend beeinflußt und auf das Berufsziel des Volksschullehrers festgelegt war".[447]

Besonders nach den Erfahrungen des "Dritten Reiches" bleibt der Eindruck haften, daß der Freistaat wie vor ihm das Großherzogtum um eine "tolerante Kulturpolitik" und trotz aller Polemik um einen Interessenausgleich zwischen dem Norden und Süden des Landes bemüht war, "der die kulturelle und speziell konfessionelle Eigenart des Münsterlandes respektierte".[448] Näher an das demokratische Fundament des Freistaates heranführen konnte diese Politik in

---

den. Die Zahl der Einschreibungsanträge war allerdings so gering, daß das Reichserziehungsministerium von diesem Plan Abstand nahm.

[445] HOLMER, Lehrerbildungsanstalt; S. 211ff. 58 Jungen, zumeist Absolventen der Volksschule, bildeten den ersten Jahrgang des Aufbaulehrgangs; bis zum Ende des Lehrgangs erhöhte sich die Schülerzahl auf 64. In der Heimerziehung sah der NS-Staat die größte Möglichkeit, die Leitideen des Nationalsozialismus durchzusetzen. Am 27. Januar 1945 fand mit der Beschlagnahme der LBA Vechta durch die Deutsche Wehrmacht die nationalsozialistische Lehrerausbildung für Jungen in Oldenburg ihr Ende. Die Räumlichkeiten wurden als Lazarett benutzt. (S. 227ff.)

[446] HAVEKOST, Lehrerbildungsanstalt, S. 185ff. Für den ersten Lehrgang in einem Schullandheim in Dötlingen wurden 15 Mittelschülerinnen und 30 Volksschülerinnen ausgewählt. Mit 109 Schülerinnen (vier Klassen) zog die Anstalt in das ehemalige Kurhaus in Dreibergen um. Im November 1943 hatten die Anstalten in Dreibergen und Oldenburg zusammen 163, im Schuljahr 1944/45 etwa 230 Schülerinnen. Der Anzahl der Katholiken unter den Schülerinnen betrug etwa 10 % gegenüber einem katholischen Bevölkerungsanteil im Land Oldenburg von 25,2 % (S. 188, Anm. 39) Der sog. "Führerbefehl" vom 18. März 1945, nach dem die Invasionsgebiete von der Bevölkerung zu räumen und alle militärischen Anlagen, Verkehrs- und Versorgungsanlagen sowie "Sachwerte innerhalb der Reichsgebiete" zu zerstören waren, leitete das Ende der Lehrerinnenbildungsanstalten in Dreibergen ein. Die Stadt Oldenburg wurde am 3. Mai 1945 ohne Gegenwehr übergeben. (S. 204ff.)

[447] HAVEKOST, Lehrerbildungsanstalt, S. 164.

[448] KUROPKA, Schulkampf, S. 138.

Oldenburg den Katholizismus im Süden des Landes aber nicht. Im Gegenteil: Die kulturpolitischen Auseinandersetzungen, die um das Katholische Oberschulkollegium und die katholische Lehrerbildung im Landtag so erbittert geführt und von den Nationalsozialisten in Oldenburg für ihre parteipolitischen Zwecke instrumentalisiert wurden, förderten die Rekonfessionalisierung des politischen Sozialmilieus in Südoldenburg und verhalfen dem Zentrum in dieser von brisanten agrar- und steuerpolitischen Konflikten aufgewühlten Region wieder zu der dominierenden Stellung, die es vor dem Beginn der Schulkämpfe hatte. Unter der politischen Führung des oldenburgischen Zentrums begab sich Südoldenburg am Ende der Weimarer Republik in eine ungewisse politische Zukunft.

3. Ökonomische und soziale Verfassung Südoldenburgs in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik

3.1. Einleitung

Mit der Herstellung der Bahnverbindungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende hatte ein dynamischer Aufschwung in der oldenburgischen Landwirtschaft begonnen, der durch den Ersten Weltkrieg und die innen- und außenpolitische Instabilität der Nachkriegszeit unterbrochen wurde.[449] Mit der Möglichkeit, Futter und Mineraldünger in großen Mengen einzuführen und die landwirtschaftlichen Produkte, in Südoldenburg in erster Linie Schlachtschweine, den industriellen Ballungszentren an Rhein und Ruhr zuzuführen, war die Entscheidung über die dominierende landwirtschaftliche Betriebsform gefallen. Marktorientierte Produktion auf Zukauffutterbasis bestimmte die Veredelungswirtschaft in Südoldenburg seit der ersten Agrarrevolution, die durch die konjunkturellen Wachstumsraten in der Wilhelminischen Ära eine besondere Dynamik gewann und den Optimismus in den unaufhaltsamen Aufschwung in der Landwirtschaft vor dem Ersten Weltkrieg nährte. Diese Hoffnungen wurden in den Jahren des Ersten Weltkrieges bitter enttäuscht, als die Landwirtschaft einen wirtschaftlichen Rückstand erlebte, der in der Zeit der Weimarer Republik erst wieder aufgeholt werden mußte. Während der wirtschaftliche Fortschritt mit dem Monarchismus im wilhelminischen Deutschland identifiziert wurde, setzten wirtschaftliche Stagnation und Depression und am Ende unmittelbare Existenznot das politische Ansehen der Weimarer Republik im alten Mittelstand auf ein Minimum herab und trugen zu ihrem Ende bei. Dabei ignorierten die Bauern die strukturellen Schwächen, denen die marktorientierte Veredelungswirtschaft auf Zukauffutterbasis ausgesetzt war, unterschätzten die konjunkturellen Schwankungen, die nicht ausschließlich von der Politik zu verantworten waren, und stigmatisierten dadurch die sich verschärfende Agrarkrise zum politischen Menetekel der Weimarer Demokratie.

---

[449] Inzwischen ist zur Lage der Landwirtschaft in Südoldenburg im Zeitraum von 1919 bis 1933 von Otto Böckmann eine zusammenhängende Darstellung erschienen, die Untersuchungen zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation in dieser Zeit und zahlreiches statistisches Material enthält. Der Autor weist darauf hin, daß die Landwirtschaft nach Beendigung des Ersten Weltkrieges weiterhin den Gesetzen der Kriegswirtschaft unterlag, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, und die Agrarproduktion erst allmählich wieder den Stand der Vorkriegszeit erreichte. (BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 10)

Die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung macht deutlich, daß der südoldenburgische Katholizismus in Oldenburg eine Minderheit war und der Anteil an protestantischer Bevölkerung im Amt Friesoythe am höchsten war. Das hatte unmittelbare Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Bevölkerung im nördlichsten Amtsbezirk, vor allem in den letzten Jahren der Weimarer Republik.

Tab. 3: Konfessionelle Gliederung im Deutschen Reich, im Land Oldenburg und in Südoldenburg 1925 (in %)[450]

Konfession	Deutsches Reich	Land Oldenburg	Amt Vechta	Amt Cloppenburg	Amt Friesoythe
Protestanten	64,1	73,8	6,5	3,5	25,5
Katholiken	32,4	25,2	93,4	96,3	74,2

Die Wirtschafts- und Sozialstruktur wies Südoldenburg in der Mitte der Weimarer Republik als einen außerordentlich agrarisch-mittelständisch geprägten Raum aus, in der die Arbeiterschaft und der neue Mittelstand, Angestellte und Beamte, völlig unterrepräsentiert waren. Weit mehr als zwei Drittel der Bevölkerung waren in der Landwirtschaft beschäftigt, darunter befanden sich viele mithelfende Familienangehörige. Dadurch wurde die traditionelle Sozialstruktur in Südoldenburg weiterhin gefestigt.

[450] SCHAAP, Weg, S. 200: nach der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925.

Tab. 4: Wirtschafts- und Sozialstruktur im Deutschen Reich, im Land Oldenburg und in Südoldenburg 1925 (in %)[451]

Wirtschaftssektoren	Deutsches Reich	Land Oldenburg	Amt Vechta	Amt Cloppenburg	Amt Friesoythe
Selbständige	20,9	27,7	41,3	43,1	37,8
Mithelfende Familienangehörige	8,9	15,9	28,7	31,4	30,9
Angestellte und Beamte	16,3	13,2	6,8	6,0	5,4
Arbeiter	42,6	34,1	16,5	14,7	22,7
Land- und Forstwirtschaft	30,5	48,4	72,9	77,2	72,1
Industrie und Handwerk	41,4	24,5	13,8	10,7	17,6
Handel und Verkehr	16,5	13,1	5,8	6,0	6,2

3.2. Der Strukturwandel in der südoldenburgischen Landwirtschaft

Das Bevölkerungswachstum setzte sich in Südoldenburg in dem Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1933 fort. Mit 1,87 % jährlich erreichte der Anstieg auf der Münsterländischen Geest von 1905 (76 183 Einwohner) bis 1910 (83 301) die höchste Wachstumsrate, blieb mit diesem Wert aber noch unter dem Durchschnitt (2,12 %) im Land Oldenburg (1905: 353 789; 1910: 391 246). Zwischen 1910 und 1933 verlangsamte sich aufgrund der Kriegseinwirkungen das Bevölkerungswachstum Oldenburgs in allen Regionen. Die Werte für Südoldenburg übertrafen in diesem Zeitraum aber den Landesdurchschnitt: Die Münsterländische Geest verzeichnete von 1910 bis 1925 (101 459 Einwohner) ein jährliches Wachstum von 1, 45 % (Oldenburg: 0,87 %) und von 1925 bis 1933 (111 385) eine Zunahme von 1,22 % (Oldenburg: 0,71 %). Das Land Oldenburg zählte 1933 467 103 Einwohner (1925: 442 029). Die Werte für Südoldenburg, die von 1910 bis 1933 noch ein relativ stabiles Niveau

[451] SCHAAP, Weg, S. 200: nach der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925.

aufweisen, sind in erster Linie auf eine markante Steigerung der Geburten zurückzuführen, die bereits am Ausgang des 19. Jahrhunderts einsetzte.[452]

Von der Jahrhundertwende bis zum Jahre 1925 fand eine erhebliche Verschiebung zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren in Südoldenburg statt, die in erster Linie auf eine Abwanderung aus der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Arbeiteten 1895 noch 75,7 % (1861: 80,6 %) der erwerbstätigen Bevölkerung Südoldenburgs in der Landwirtschaft, so waren es 1907 70,2 % und 1925 66,9 %. Gleichzeitig stieg die Zahl der Erwerbstätigen in Gewerbe und Industrie von 1895 (13,2 %) bis 1925 (15,7 %) und in Handel und Verkehr im selben Zeitraum von 5,6 % (1895) auf 8,0 % im Jahre 1925. In diesen Zahlen zeichnet sich allerdings noch kein struktureller Wandel ab, wie er sich in der Nachkriegszeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Südoldenburg durchsetzte, denn immerhin waren 1925 noch zwei Drittel der erwerbstätigen Bevölkerung Südoldenburgs in der Landwirtschaft beschäftigt, nur ein Drittel verteilte sich auf andere Berufsstände. Die Entwicklung des Reiches vom Agrarstaat zum Industriestaat, die den Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten durchschnittlich auf 23 % hatte sinken lassen, blieb auch in Südoldenburg nicht ohne Einfluß, obwohl der strukturelle Wandel in dieser Region stagnierte und mit größerer zeitlicher Verzögerung eintraf.[453] Den größten Anteil an Gewerbe, Industrie und Handel, zu dem im Münsterland 4 361 Betriebe mit insgesamt 13 251 Beschäftigten zählten, wies das Amt Vechta mit 2 001 Betrieben (6 298 Beschäftigte) auf, mit weitem Abstand gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 1 587 Betrieben (3 845 Beschäftigte) und vom Amt Friesoythe mit 773 Betrieben (3 108 Beschäftigte). Der Vorsprung im Amt Vechta gegenüber den anderen Ämtern war in erster Linie auf die Lohner Industrie und den landwirtschaftlichen Maschinenbau zurückzuführen. Im Amt Friesoythe umfaßte die Torfgräberei mit 1 451 Erwerbstätigen fast die Hälfte aller gewerblich Erwerbstätigen.[454]

Nach der Betriebszählung vom 16. Juni 1925 lag der Schwerpunkt der münsterländischen Landwirtschaft in den mittleren und größeren bäuerlichen Betrieben mit 10 ha und mehr. Diese umfaßten 70 % der Gesamtfläche. Ein Vergleich

---

[452] HINRICHS, Bevölkerungsgeschichte, S. 699.

[453] OV vom 24.6.1928. Die Berechnungen der Oldenburgischen Volkszeitung beruhen auf Angaben des Statistischen Landesamtes.

[454] OV vom 26.6.1928. Von den 773 Betrieben im Amtsbezirk Friesoythe mit 3 108 Beschäftigten gehörten 1925 allein 63 Betriebe mit 1 451 Beschäftigten der Torfindustrie an. (OV vom 8.7.1928)

zwischen den einzelnen Amtsbezirken zeigt, daß die Kleinbetriebe unter 10 ha im Amt Vechta verhältnismäßig stärker vertreten waren als im Amt Cloppenburg, während sich das Verhältnis bei den Betrieben über 10 ha genau umgekehrt gestaltete. Im Amtsbezirk Vechta waren 75 % aller Betriebe solche unter 10 ha, im Amt Cloppenburg 63 %. Die Betriebe unter 10 ha nahmen im Amt Vechta 25,2 %, im Amt Cloppenburg 17,5 % der Gesamtfläche aller Betriebe ein.[455]

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hatte im Amt Vechta zwischen 1907 und 1925 um 408 Betriebe, die landwirtschaftliche Nutzfläche um 3 024 ha zugenommen. Von den 6 677 landwirtschaftlichen Betrieben zählten 1925 noch etwa zwei Drittel (4 119) zu der Klasse mit einer Betriebsgröße unter 5 ha (1907: 3 994), und ein weiteres Drittel (1 854) wies eine Betriebsgröße zwischen 5 und 20 ha auf; nur 458 Betriebe bewirtschafteten mehr als 20 ha. Im Amt Friesoythe hatte aufgrund der Siedlungstätigkeit die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit weniger als 5 ha von 1907 (1 678) bis 1925 (1 978) erheblich zugenommen, während sich die Zahl der Betriebe mit 5 bis 20 ha von 1907 (631) bis 1925 (742) nicht in diesem Umfang vergrößert hatte.[456] Die Zahl der Arbeiter entfiel im Amt Vechta fast zur Hälfte (2 450) auf die Landwirtschaft, die der mithelfenden Familienangehörigen fast völlig (11 589).[457] Was die Zahl der selbständigen Handwerker und der beschäftigten Gesellen und Lehrlinge betrifft, lag das Amt Vechta nach einer Zählung der Handwerkskammer im Jahre 1928 mit 1 101 Betrieben (541 Gesellen, 564 Lehrlingen) hinter der Stadt Oldenburg an zweiter Stelle, gefolgt vom Amt Cloppenburg mit 856 Betrieben (370 Gesellen, 346 Lehrlinge), während das Amt Friesoythe mit 336 Betrieben (57 Gesellen, 128 Lehrlinge) zu den strukturschwächeren Ämtern zählte.[458]

Weil zusätzliche Hofstellen nach dem Ersten Weltkrieg in nennenswertem Umfang nicht eingerichtet werden konnten, nahm die Besetzung von Heuerstellen wieder zu. Die Zahl der Heuerlinge haltenden Höfe steigerte sich von

---

[455] OV vom 13.1.1928. Im Amtsbezirk Cloppenburg war die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 5 bis 20 ha von 1907 (1 694) bis 1925 (2 253) um 559 gestiegen, wobei sich die Zahl der Betriebe insgesamt von 1907 (5 011) bis 1925 (5 735) um 724 Betriebe erhöht hatte. Bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche hatten die Betriebe mit unter 5 ha sogar 635 ha verloren. (OV vom 13.7.1928) Zur Entwicklung der Betriebsgrößen vgl. BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 33ff.
[456] OV vom 8.7.1928.
[457] OV vom 27.6.1928.
[458] OV vom 4.7.1928.

1919 (917) bis 1933 (952) geringfügig. Dabei wies der Kreis Vechta im Jahre 1933 mit 489 beheuerten Hofstellen gegenüber dem Kreis Cloppenburg (463) eine dichtere Besetzung auf. In ihrer überwiegenden Mehrzahl besaßen die Heuerlingsfamilien weniger als 2 bis 6 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, die ihnen zur Bewirtschaftung zur Verfügung stand.[459] Einige Heuerleute betrieben Schweinemast in einem größeren Umfang (20 bis 100 Schweine), wenn ihnen der Bauer den Bau eines eigenen Schweinestalls gestattete. Hierzu waren nach dem Ersten Weltkrieg immer weniger Bauern bereit, weil diese Entwicklung zur Verselbständigung der Heuerlinge führte und die Abneigung gegen die Hilfeleistung verstärkte. Um seine Existenzgrundlage zu erweitern, entwickelte der Heuermann nicht selten unternehmerische Fähigkeiten.[460]

Im Jahre 1875 waren noch 64 % (132 353 ha) der Gesamtfläche des Münsterlandes unkultivierter Boden und Ödland. Bis zum Jahre 1925 war diese Fläche auf 29,3 % (59 768 ha) gesunken. So waren zwischen 1875 und 1925 69 824 ha unkultivierten Bodens in landwirtschaftlich nutzbares Kulturland umgewandelt worden; das ist eine Fläche, die fast der Größe des Amtsbezirks Friesoythe entsprach.[461] Während im Amt Vechta der Anteil des landwirtschaftlich genutzten Bodens 1875 30,5 % (1 068 ha) betrug, erreichte er 1925 einen Anteil von 50,5 % (1 747 ha). Umgekehrt nahm der Anteil des unkultivierten Ödlandes und der Wasserflächen von 1875 mit 65,2 % (2 277 ha) auf 1925 mit 35,0 % (1 213 ha) erheblich ab. Der Umfang der Laub- und Nadelholzböden hatte aufgrund der Aufforstung zwischen 1875 (152 ha = 4,3 %) und 1925 (500 ha = 14,5 %) erheblich zugenommen. Das vorhandene Kulturland hatte sich im Amt Vechta 1925 im Verhältnis zu 1875 um 164 % vergrößert. Zwischen 1900 und 1925 hatte sich die Fläche des kultivierten Bodens im Amt Vechta um 13 945 ha und damit fast um ein Sechstel vergrößert.[462] Die Landwirtschaft des Amtes Friesoythe umfaßte 1925 2 789 Betriebe mit einer Gesamtfläche von 36 893 ha. Davon wurde aber nur ein Drittel (36,5 % der Gesamtfläche der Betriebe) landwirtschaftlich genutzt. 530 ha waren Forsten und 22 912 ha (62,1 %) der Gesamtfläche entfielen auf Öd- und Unland und Moor.[463] Die landwirtschaft

[459] WINDHORST, Agrarwirtschaft, S. 31: Tab. 15.
[460] BÖCKMANN, Landwirtschaft, S, 167f.; WILLENBORG, Günter: Der Heuermann, ein früher Subunternehmer? IN: HBL Jg. 77, Nr. 3, 13.6.1998, S. 27f.
[461] OV vom 14.7.1928: Kultivierung und Siedlung im Münsterlande früher und heute. Aus der Siedlungsarbeit des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe.
[462] OV vom 27.6.1928.
[463] OV vom 8.7.1928.

lich genutzte Fläche war von 1907 bis 1925 im Amtsbezirk Friesoythe um 3 000 ha angestiegen.[464]

Während das Acker-Grünlandverhältnis in Südoldenburg kaum gravierende Veränderungen erfahren hatte, waren solche Wandlungen bei den Ackerfrüchten zu beobachten. Der Anbau von Gerste wurde intensiviert, jedoch kam es hier ebenso wie beim Versuch, Körnermais als hochwertige Futterpflanze großflächig anzubauen, zu Fehlleistungen. Die aufgrund der Autarkiebestimmungen eingeschränkten Einfuhrmöglichkeiten bedingten im "Dritten Reich" wieder eine Ausweitung des Anbaus von Hackfrüchten, Kartoffeln und Futterrüben, die die fehlenden Getreideimporte für die südoldenburgische Veredelungswirtschaft kompensieren sollten.[465]

In der Viehhaltung erzielte Südoldenburg in der Weimarer Republik beachtliche Erfolge. Der Bestand an Rindvieh, in dieser Region traditionell nicht so stark wie in den Marschgebieten, stieg von 1925 (76 582) bis 1933 (99 379) um etwas weniger als ein Drittel, während sich der Bestand an Schweinen mehr als verdoppelte (1925: 101 071; 1933: 216 531). Trotz der weiterbestehenden Ablieferungspflicht und der Einschränkungen des Futtermittelimports erholten sich die Schweinebestände bis 1925, erreichten aber erst 1927 wieder die Stückzahl von 1913. Damit stieg Südoldenburg zu einem Schwerpunkt der Schweinemast in Deutschland auf und wurde eine ökonomische Entwicklung eingeleitet, die 1933 nur angehalten und nach 1949 fortgesetzt wurde. Ebenso steigerte sich die Hennenhaltung und Geflügelmast und verdoppelte sich (1925: 302 955; 1932: 643 591). So wurden in der kurzen Phase des Aufschwungs von 1924 bis 1930 in Südoldenburg ökonomische Grundlagen für eine Konzentration in der Schweinemast und Hühnerhaltung auf Zukauffutterbais gelegt, die nach dem Zweiten Weltkrieg voll zum Durchbruch gelangte.[466]

Die Funktionalbeziehungen der südoldenbugischen Landwirtschaft waren eindeutig nach Süden und Südwesten ausgerichtet worden. Dabei ging die Initiati

---

[464] OV vom 8.7.1928.

[465] WINDHORST, Agrarwirtschaft, S. 32: Tab.16; WINDHORST, Phasen 2, S. 97. Zur Entwicklung der Bodennutzung vgl. im einzelnen BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 45ff.

[466] BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 62ff. Die Viehablieferungen aufgrund des Versailler Vertrages belasteten die oldenburgische Landwirtschaft nur geringfügig. Während die Zwangsbewirtschaftung bis Ende 1923 nach und nach aufgehoben wurde, entstand ein neues Problem durch die Inflation. Daher wirkte die Währungsreform nach Auffassung von Otto Böckmann "erlösend". Sie hatte zwei Auswirkungen: Sie löste die aktiven Sparvermögen "in Luft auf" und tilgte auch die Schulden, wenn man sie rechtzeitig abgelöst hatte. (S. 93ff.)

ve zur Bildung eines gesicherten Absatzmarktes an Rhein und Ruhr von den Bauern in Südoldenburg aus. "Die Sicherung eines dauernden Absatzes", die Hans-Wilhelm Windhorst im Rhein-Ruhr-Revier gegeben sieht, konnte einen strukturellen ökonomischen Einbruch in Zeiten der Weltwirtschaftskrise zwar verhindern, aber die südoldenburgische Landwirtschaft vor konjunkturellen Einbußen nicht schützen, die schon seit 1927 viele landwirtschaftliche Betriebe in ihrer Substanz bedrohten und schließlich zur Hofaufgabe zwangen.[467]

Trotz der erkennbaren gesamtwirtschaftlichen Instabilität hat die gesellschaftliche Entwicklung Südoldenburgs in der Ära der Weimarer Republik durchaus Erfolge zu verzeichnen. Diese Beobachtung ist wichtig, um das einseitige Bild von der sozioökonomischen Desorientierung unter den demokratischen Verhältnissen nach dem Ersten Weltkrieg positiv zu korrigieren. Die Daten zur Entwicklung der Infrastruktur im Kreis Vechta machen das deutlich. Im Jahre 1920 öffnete die "Landwirtschaftliche Winterschule" in Vechta ihre Pforten. 1930 wurde von den Schwestern "Unserer Lieben Frau" (ULF) eine Handelsschule für Mädchen gegründet. 1922 wurde die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes in Angriff genommen und 1927 seine Erweiterung betrieben, um die Stadt mit ausreichendem elektrischem Strom zu versorgen. Ebenfalls 1922 wurde die Vechtaer Wasseracht ins Leben gerufen, die die Regulierung der Gewässer und Entwässerung der landwirtschaftlichen Nutzflächen plante und betreute. Unterbrochen wurde der wirtschaftliche Aufschwung durch die Inflation, die die Einlagen der 1920 gegründeten Vechtaer Sparkasse entwertete. Die erfolgreiche Außenpolitik Stresemanns und die Stabilitätsphase der Weimarer Republik führten auch in Vechta zu einem verhaltenen wirtschaftlichen Optimismus, der die Gründung neuer Betriebe förderte. In die 1920er Jahre fielen die Anfänge der Motorisierung in Südoldenburg. Aufgrund der starken Zunahme des Kraftverkehrs wurde bereits 1926 die Vechtaer Verkehrswacht gegründet.[468] Für das Amt Cloppenburg liegen auf diesem

---

[467] WINDHORST, Agrarwirtschaft, S. 32; WINDHORST, Phasen 2, S. 113f. Windhorst führt im einzelnen dazu aus: "Ohne das Konsumtionsgebiet des Reviers wäre eine Veredelungswirtschaft des vorliegenden Ausmaßes sicherlich nicht möglich gewesen in Südoldenburg, doch ist die Initiative zur Erschließung des Marktes von den Mästern dieses Raumes ausgegangen. Die auf den Schlachtviehmärkten des Ruhrgebietes tätigen Konzessionäre, die die Vermarktung des aus Südoldenburg angelieferten Schlachtviehs besorgten, stammten fast ausschließlich aus diesem Raum. [...] Die Erkenntnis, daß im Ruhrrevier ein aufnahmefähiger Markt im Entstehen begriffen war, veranlaßte die Mäster Südoldenburgs dazu, die Bereitstellung großer Mengen qualitativ hochwertigen Schlachtviehs zu ihrem Produktionsziel zu machen und damit zu versuchen, diesen Markt für sich zu gewinnen."

[468] HARTMANN, Vechta, S. 131ff.

Sektor exakte Zahlen vor: 1934 entfielen hier auf 1 000 Einwohner 17,5 Kraftfahrzeuge bzw. 4,6 PKW; im gesamten Amt gab es 1 083 Kraftfahrzeuge, davon waren 282 PKW und 745 Krafträder. Diese Entwicklung setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg rapide fort.[469] 1929 wurde in Cloppenburg die "Zuchtviehauktionshalle" auf dem Marktplatz errichtet, und Südoldenburg erhielt damit nicht nur einen zentralen Umschlagplatz für landwirtschaftliche Nutztiere, sondern auch seinen größten politischen Versammlungsraum, der am Ende der Weimarer Republik herausragende Kundgebungen mit prominenten Persönlichkeiten wie Brüning und Hitler erlebte.[470]

3.2.1. Staatliche Maßnahmen zum Landesausbau: "Katastrophale Ueberschwemmungen der Ländereien an den Wasserläufen der Marka, Ohe, Sater Ems und Soeste"

Der Freistaat Oldenburg sah der anhaltenden Wirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg nicht völlig tatenlos zu und versuchte im Rahmen seiner fiskalisch begrenzten Möglichkeiten auch in Südoldenburg den wirtschaftlichen und vor allem auch politischen Schaden durch Arbeitsbeschaffungsprogramme zu begrenzen. Auf landeskulturellem Gebiet wurde eine Reihe von Maßnahmen getroffen. 1922 verabschiedete der Landtag das Geest-Wassergenossenschaftsgesetz und schaffte damit die gesetzliche Grundlage für eine großräumige Ordnung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse, die gerade für die Landwirtschaft in Südoldenburg von existentieller Bedeutung waren. Die anfallenden Aufgaben wurden von den Wasser- und Bodenverbänden übernommen, die großräumig gebildet wurden und nicht nur die Regulierung der Wasserwirtschaft, sondern auch die Melioration der landwirtschaftlichen Flächen übernommen hatten. So gehörten zur Friesoyther Wasseracht die Gebiete von Cloppenburg bis zur nördlichen Kreisgrenze in Barßel; damit umfaßte sie insgesamt etwa 76 000 ha. Nach der Jahrhundertwende hatte in diesem Teilraum, der bisher neben der Landwirtschaft besonders von der Torfindustrie gelebt hatte, die Moorkolonisation begonnen, die zunächst durch den oldenburgischen Staat und seit 1920 durch das Siedlungsamt Oldenburg durch Überlassung überwiegend staatlichen Grundbesitzes gefördert wurde. Noch im Jahre 1939 beschäftigten 26 Torfbetriebe im Norden des Amtes Cloppenburg, vor allem im Saterland, 1 120 Men

[469] Cloppenburg, 50 Jahre, S. 82f. 1954 kamen auf 1 000 Personen im Landkreis Cloppenburg schon 75 Kraftfahrzeuge bzw. 22 PKW; insgesamt waren 7 887 Kraftfahrzeuge zugelassen, davon waren 4 250 Krafträder, 1 848 PKW, 1 022 Zugmaschinen und 712 LKW.
[470] OV vom 30.8.1929.

schen. Im Süden des Amtes Cloppenburg wurde die Hase-Wasseracht gebildet, die etwa 86 000 ha, davon 46 000 ha im Landkreis Vechta, umfaßte.[471] Die Not der Kleinlandwirte in den Überschwemmungsgebieten des Amtsbezirks Friesoythe äußerte sich in zahlreichen Petitionen an den oldenburgischen Landtag, den "berufenen Vertreter der Interessen unseres Landes und Volkes".[472]

Mit diesen Worten begann die Petition des Bauern Heinrich Heyens aus Neuscharrel vom 5. Januar 1928, die 17 weitere Unterschriften trug. Die Neuscharreler Bauern schilderten dem Landtag darin die Überschwemmungen, die ihre landwirtschaftlichen Nutzflächen trotz des Kanalbaus Kampe - Dörpen heimsuchten, und forderten weitere Entwässerungsmaßnahmen. In einem weiteren Schreiben vom 7. März 1928, das von sechs Bauern aus Strücklingen, Ramsloh, Neuscharrel, Barßel, Scharrel und Lohe unterzeichnet war, wiesen die betroffenen Landwirte auf "katastrophale Ueberschwemmungen der Ländereien an den Wasserläufen der Marka, Ohe, Sater Ems und Soeste" hin, die durch den Bau des Reichsküstenkanals entstanden waren. Die überschwemmten Flächen hätten im Jahr 1926 einen Ertrag von kaum 30 % des normalen Ertrages früherer Jahre erbracht; im Jahre 1927 seien sie völlig ohne Ertrag geblieben. Ausgelöst würden die Überschwemmungen in den preußischen Mooren, "wo mit dem Kanalbau begonnen worden ist" und aus denen "unendliche Mengen Wasser in die Teilstrecke des Kanals geleitet wird [werden], welche sich vom Kanal in die vorerwähnten Flüsse ergießen". Von Mitgliedern des Finanzausschusses und weiteren Mitgliedern des Landtages wurde im Jahre 1928 eine Besichtigung der Überschwemmungsschäden "an Ort und Stelle" vorgenommen. Der Ausschuß bestätigte in seinem Bericht die Auffassung der Petenten, "dass die Wasserschäden durch die Vorarbeiten für den Bau des Reichskanals mit verursacht werden". Von den Wasserbautechnikern des Ministeriums verlautete hingegen, "dass an den Überschwemmungen nur die Niederschläge schuld, der Kanalbau und der Kanal daran völlig unbeteiligt sind". Der Ausschuß-Bericht, unterzeichnet von Franz Meyer-Holte, schlug vor, "aus Mitteln des Reiches, soweit solche vorhanden oder in Zukunft zur Verfügung gestellt werden, für die ohne eigenes Verschulden Geschädigten, soweit sie den Schaden nicht aus eigener Kraft zahlen können, Darlehen oder einmalige Zuwendungen zur Verfügung zu stellen, um die Notlage zu mildern".[473]

---

[471] SCHWEER, Aufwärtsentwicklung, S. 174f.
[472] StAO 39 - 19 300, 19 301.
[473] Ebd.

Die Delegation der politischen Verantwortung an die Reichsregierung gehörte zu den typischen Reaktionsmustern oldenburgischer Politik, die das Vertrauen in die Landespolitik und damit in das demokratische System von Weimar erheblich schwächten. Unterstützt wurden die Wasserbewirtschaftungsmaßnahmen vielerorts durch eine Verkoppelung, die aber - wie das Friesoyther Beispiel zeigt - vielfach nur zögernd zur Durchführung kam. Der Friesoyther Bürgermeister Wreesmann beklagte in einem Schreiben an den oldenburgischen Landtag vom 2. Juli 1931, "daß die Verkoppelung überhaupt nicht weiter komme", und stellte mit Bedauern fest:

> "Der Unwille der Bevölkerung darüber nimmt mit Recht immer mehr zu."

Seit 1929 laufe die Friesoyther Verkoppelung bereits, aber bis zum Sommer 1931 seien noch nicht einmal die Interessenten zusammengerufen worden:

> "Aber man hört und sieht sonst nichts, nur die Zahlungsaufforderungen erinnern daran, daß die Verkoppelung noch im Gange ist. Natürlich wird bei dieser Ungewissheit überall der schlimmste Raubbau getrieben, fast alles Holz und Gebüsch abgehackt und nur die allernotwendigste Düngung des Bodens vorgenommen."[474]

Für die Regulierung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im nördlichen Amtsgebiet war die Einbeziehung des Gebietes nördlich des Hunte-Ems-Kanals, soweit es im Einflußbereich der Tide lag, in das Leda-Jümme-Projekt von großer Bedeutung. Damit wurden nicht nur oldenburgische, sondern auch preußische Zuständigkeiten berührt. Die grundlegende Umstrukturierung der Landwirtschaft im Norden des Kreises Cloppenburg erfolgte allerdings erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Emsland-Plan, den der deutsche Bundestag im Jahre 1950 verabschiedete und der acht Landkreise, darunter auch Cloppenburg und Vechta, in die großräumige Konzeption einbezog.[475]

3.2.2. Wasserwirtschaftliche Maßnahmen: "Die Soeste ist bisher vollkommen unreguliert."

Das größte und attraktivste Naherholungsgebiet, das der Landkreis Cloppenburg heute aufzuweisen hat, entstand in der Zeit der Weimarer Republik. Die

---

[474] StAO 39 - 21 182.
[475] SCHWEER, Aufwärtsentwicklung, S. 177f.

politische Weichenstellung für den Bau der Talsperre in der Bauerschaft Thülsfelde wurde im Krisenjahr 1923 vorgenommen. Am 30. November 1923 beschloß der oldenburgische Landtag einstimmig den Bau der Thülsfelder Talsperre, mit der umfangreiche Meliorationen im Amt Cloppenburg verbunden waren. Im Ausschußbericht wurde der Bau des 9,5 Millionen Kubikmeter fassenden Staubeckens als "eine hervorragende Meliorationsmaßnahme" angesprochen und mit Blick auf die Soesteniederung zwischen Cloppenburg und Friesoythe begründet:

> "Die Soeste ist bisher vollkommen unreguliert; ihr Hochwasser überschwemmt die ganzen anliegenden Gebiete sowohl im Sommer als auch im Winter. Die durch die Überschwemmung angerichteten Schäden erstrecken sich aber vor allem auf den Sommer, wo das Heu zum größten Teil verdirbt oder mindestens in seinem Futterwert beträchtlich geschädigt wird. Durch die Anlegung des Staubeckens im Soestetal sollen die Hochwasser zurückgehalten und dadurch weitere landwirtschaftliche Flächen vor Schäden bewahrt werden."[476]

Der Ausschuß war der Meinung, "daß die Ausführung dieser Arbeiten, um die vielen Erwerbslosen produktiv zu beschäftigen, nötig sei und daß die erforderlichen Mittel dafür bewilligt werden müssen". Da die Wiesen im Soestetal "an sich minderwertig" seien, aber "das einzige Grünland der dortigen Besitzer darstellen", komme eine Geldentschädigung der Eigentümer nicht in Frage. Die Staatsregierung beabsichtigte deshalb, "für die vom Becken beanspruchten Wiesenflächen neue Wiesen im Westen der Talsperre und jenseits der Chaussee Cloppenburg-Friesoythe auf Brandflächen des Peterswaldes anzulegen und diese den Besitzern zu geben".[477] Wasserwirtschaftlich stellten das Ammerland, Saterland und Münsterland eine Einheit dar, die auch "die Niederungen des Leda-Jümme-Gebietes, in denen die Versumpfung am größten ist", einbezog. Die Pläne zur Anlage der Talsperre und des Kampe-Sedelsberger-Kanals gingen auf eine oldenburgische Initiative zurück, "da ein gemeinsames Zusammenarbeiten zur Behebung der Uebelstände mit dem stark interessierten Preußen nicht zu Stande kam". Die Staatsregierung erwartete von den Maßnahmen "aber allein schon eine recht merkbare Entlastung" der Überschwemmungsgebiete, obwohl sie sich darüber im klaren war:

---

[476] Die Thülsfelder Talsperre - Zur Geschichte eines Naturschutz- und Erholungsgebietes, IN: VuL 131/1992, S. 14; STRICKMANN, Heinz: Vor 75 Jahren wurde Beschluß zum Bau der Thülsfelder Talsperre gefaßt, IN: MT vom 22.8.1998. In diesem Artikel zitiert Strickmann aus den "Erinnerungen an den Bau der Thülsfelder Talsperre", die der ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Anton Kohnen aus Vechta in seinen letzten Lebensjahren verfaßte. Kohnen, der zur Zeit des Talsperrenbaus der DVP angehörte, starb 1985.

[477] OV vom 30.11.1923.

> "Eine vollkommene Besserung der Verhältnisse des Leda=Jümme=Gebiets wird erst dann geschaffen werden, wenn auch Preußen in seinem Gebietsteil ebenfalls entsprechende Maßnahmen vornimmt."[478]

Ein drittes Projekt sah den Bau eines Hochwasserableitungskanals von der Sagter-Ems zum Hunte-Ems-Kanal, dem späteren Küstenkanal, vor. Die Kosten für alle drei Projekte wurden auf 2,5 Millionen Goldmark veranschlagt. Zur beabsichtigten Kooperation zwischen Oldenburg und Preußen ist es aber nicht gekommen, und die für die Landwirtschaft im Kreis Cloppenburg, besonders im Saterland, bedeutenden wasserwirtschaftlichen Leda-Jümme-Projekte und der Bau der Thülsfelder Talsperre wurden allein vom Freistaat Oldenburg getragen.

Nach insgesamt vierjähriger Bauzeit konnte die Talsperre 1927 ihrer Bestimmung übergeben werden.[479] Zur Verwertung der Wasserkraft, die im Konzept der Regierung ebenfalls vorgesehen war, ist es an der Talsperre in Thülsfelde nicht gekommen; sie erwies sich als unrentabel.[480] Nach Darstellung von Hans Varnhorst rückten die meisten Arbeiter, etwa 200 bis 300, von der Nordsee an, "mit Spaten und Hacke", besonders aus Wilhelmshaven, wo sie arbeitslos geworden waren: "Die kannten also das Deichbauen."[481]

Die Enttäuschung, daß beim Bau der Thülsfelder Talsperre vor allem auswärtige Arbeitskräfte beschäftigt wurden, wiederholte sich beim Bau des Cloppenburger Wasserwerkes, das am 8. März 1930 vom Landesarbeitsamt Niedersachsen als "öffentliche Notstandsarbeit" anerkannt wurde. Der Stadtmagistrat Cloppenburg führte beim Arbeitsamt Vechta Beschwerde darüber, daß so wenige einheimische Arbeitslose beim Bau des Wasserwerkes beschäftigt wurden:

> "Da in Cloppenburg sich auch viele Arbeitslose befinden und der Wunsch bestand, daß die Arbeitslosen aus Cloppenburg in erster Linie beim Bau des Wasserwerks in Dienst gestellt würden, begab sich der Unterzeichnete mit Herrn Ratsherr Meyer der Stadt

---

[478] OV vom 30.11.1923. Über Ems und Leda wirkt die Tide weit in die Sagter Ems hinauf.
[479] BÖSTERLING, Talsperre, S. 216-218; An der Talsperre Thülsfelde, IN: HBL 6/1935, S. 83f.; Flüsse und Gewässer im Münsterlande. Die Thülsfelder Talsperre, IN: HBL 9/1938, o. S.; VARNHORST, Hans: Die Talsperre in Thülsfelde, IN: VuL 8/1937, S. 117-119.
[480] STRICKMANN, Heinz: Für die Thülsfelder Talsperre war eine Verwertung der Wasserkraft vorgesehen, IN: MT vom 29.8.1998. In diesem Artikel zitiert Strickmann ebenfalls aus den "Erinnerungen an den Bau der Thülsfelder Talsperre" des ehemaligen Landtagsabgeordneten Kohnen.
[481] VARNHORST, Hans: Die Talsperre in Thülsfelde, IN: VuL 8/1937, S. 117.

> Cloppenburg zum Landesarbeitsamt Niedersachsen, um zu erreichen, daß beim Bau des Wasserwerks keine auswärtigen Arbeitslosen, sondern die Arbeitslosen der Stadt Cloppenburg und der benachbarten Gemeinden in Dienst gestellt werden könnten."

Das Arbeitsamt erklärte daraufhin, "es sei ausgeschlossen, daß die Arbeitslosen der Stadt Cloppenburg eingestellt würden", denn "die paar Arbeitslosen in Cloppenburg kämen gar nicht in Frage, sondern die Industrie-Arbeiter müßten dabei beschäftigt werden". Der Magistrat faßte die politische Stimmung in der Cloppenburger Bevölkerung in den Worten zusammen:

> "Der Magistrat Cloppenburg kann es nicht verantworten, die hiesigen Arbeitslosen, die zum Teil selbst dem Wasserwerk angeschlossen, und auch hierzu bezahlen müssen, weiterhin arbeitslos zu lassen und auswärtige Arbeitslose heranzuziehen. Eine solche Maßnahme würde mit Recht die größte Unzufriedenheit unter den hiesigen Arbeitern und Arbeitslosen auslösen."

Die Stadt wies zwar darauf hin, "daß für die Erdarbeiten die hiesigen Arbeitslosen besser geeignet sind, - da sie gewohnt sind, mit Spaten umzugehen, - wie die Arbeitslosen der Industrie", blieb mit dieser Eingabe aber ohne Erfolg.[482] Der weitere Ausbau des Hunte-Ems-Kanals, der 1893 nach 38jähriger Bauzeit eröffnet worden und vorrangig als Meliorationsmaßnahme gedacht war, wurde 1920 in Angriff genommen.[483] Er wurde am 1. April 1921 in die Verantwortung des Reiches übernommen, das wenig später den Ausbau des Kanals zum Großschiffahrtsweg beschloß. Verhandlungen, die auf oldenburgischer Seite von Staatsminister Pauly geführt wurden, kamen im März 1933 mit dem Ergebnis zum Abschluß, daß das Reichsverkehrs- und das Reichsfinanzministerium ihre noch ausstehenden Zustimmungen zum Bau der Endstrecke gaben.[484] Damit waren für Oldenburg wichtige Entscheidungen gefallen, denn der kleine Freistaat konnte den Kanalausbau alleine nicht finanzieren, und ihm war in einem anderen Projekt, das von Bremen favorisiert wurde, eine ernste Konkurrenz erwachsen. Nach diesem Vorhaben sollte ein Kanal gebaut werden, der die mittlere Weser mit dem Mittellandkanal verbunden hätte. Die Vechtaer OV unter

---

[482] StAO 262 - 12 - 1175: Schreiben des Stadtmagistrats Cloppenburg an das Arbeitsamt Vechta vom 15.4.1930.

[483] SEITZ, Entwicklung, S. 16; OV vom 15.10.1925. Die Zeitung gibt einen Überblick über die Geschichte des Hunte-Ems-Kanals, des späteren Küstenkanals. 1856 bewilligte der Oldenburgische Landtag die Mittel für den Bau des Kanals, der allerdings nicht bis zur Ems durchgeführt wurde, "sondern dicht vor der Landesgrenze nach Norden umgeleitet" wurde, weil sich eine gemeinsame Lösung mit Preußen nicht herbeiführen ließ. Zu beiden Seiten des Kanals setzte nach seiner Fertigstellung eine rege Siedlungstätigkeit ein, die zur Gründung von fünf Kolonien mit zusammen 209 Kolonaten führte.

[484] MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136.

strich die wirtschaftliche Bedeutung des Kanalbaues, durch den "bestes landwirtschaftliches Kulturland" und neue Siedlungsmöglichkeiten eröffnet würden. Trotz der angespannten Finanzlage des Reiches und der Länder sei der Kanalbau zu begrüßen, weil sich dadurch "innere Werte" schaffen ließen, "die niemals verloren gehen, da sie mit dem Boden eng verknüpft" seien, und sich "in den erschlossenen und entwässerten Mooren Tausende von Volksgenossen" ansiedelten, "die durch die wirtschaftliche Not ihrer Existenz beraubt" seien und nun zu beiden Seiten des Kanals "eine neue Stätte des Schaffens" finden könnten. Der Küstenkanal sei ein preisgünstigeres Verkehrsmittel als die "teure Bahn", und ihm komme deshalb eine große Bedeutung für die marktorientierte Landwirtschaft im Norden Südoldenburgs zu:

> "Die landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse des Landes können jetzt auf dem Wasserwege ins Ruhrgebiet, der Hauptabnehmerin, geschafft werden, von dort können landwirtschaftliche Maschinen, Eisen, Kunstdünger und anderes zurückgebracht werden."[485]

1927 waren Schleuse und Cäcilienbrücke in Oldenburg fertiggestellt, und 1935 konnte der Küstenkanal, die "größte Wasserstraße des Münsterlandes", mit der offiziellen Bezeichnung "Reichskanal Oldenburg-Dörpen" endlich seiner Bestimmung übergeben werden.[486]

3.2.3. Die Siedlungsidee: "Die Zeit der Hochmoore ist gekommen!"

Nach dem Verlust der deutschen Kolonien diente der Ausbau des Küstenkanals ideologisch dem Gedanken der "inneren Kolonisation", wie aus einem Vortrag aus den 1920er Jahren deutlich hervorgeht:

> "In Übersee ist die deutsche Flagge gestrichen, nun heißt es Kolonien schaffen im eigenen Land, so viel und soweit es geht. Die Zeit der Hochmoore ist gekommen! Der neue Kanal schafft ein fruchtbares Land von 70 000 ha ... Hier ist ein Neuland von besonderer Art, das weder Straßen noch Eisenbahnen tragen kann, solange es nicht durch Entwässerung genügend gefestigt ist. Es bleibt also nur ein Wasserweg, und dieser Wasserweg ist da."[487]

---

[485] OV vom 15.10.1925.
[486] Von der größten Wasserstraße des Münsterlandes, Reichskanal Oldenburg - Dörpen, IN: HBL 11/1937, o. S.; FUNKE: Der Küstenkanal - ein Großschiffahrtsweg. Erschließung von 70 000 Hektar Moorland zu Acker- und Weideland, IN: VuL 6/1939, S. 90f.
[487] SEITZ, Entwicklung, S. 16.

Propagandistisch waren die wasserwirtschaftlichen Kultivierungs- und Siedlungsprojekte in Oldenburg von Anfang an von einer nationalen Siedlungsidee begleitet, die sich in den Leitbegriffen von Volkstum und Volksgemeinschaft widerspiegelte. Sie gewannen bereits in den Tagen der Weimarer Republik eine ominöse Faszination. 1925 wurde in der Vechtaer OV der ideologische Hintergrund, den das Küstenkanal-Projekt nach 1933 bekommen sollte, in rhetorischen Figuren vorgezeichnet:

> "Wir haben große Gebiete im Norden, Osten und Westen verloren, unsere Kolonien sind uns entrissen worden: hier ist die Möglichkeit gegeben, einem Teile der Vertriebenen eine neue Wirkungsstätte zu schaffen."[488]

In der nationalsozialistischen Propaganda war die Fertigstellung des Küstenkanals im Jahre 1935 ein willkommener Anlaß, um den Bau des Wasserweges als Meliorationsmaßnahme zu würdigen und den Siedlungsgedanken politisch zu manipulieren:

> "Noch dehnen sich die Flächen unbebaut, aber die ersten Siedlerhäuser stehen schon, der Mensch liegt im harten, entsagungsvollen Kampf mit dem Boden, aber sein Wille bezwingt das Land, es wird nicht ferne mehr sein, wo an beiden Seiten des Küstenkanals sich Häuserzeilen hinziehen, wo deutsche Menschen eine Heimat gefunden haben."[489]

Die Generalversammlung der Kolonisten und Siedler Südoldenburgs am 12. Januar 1930 in Cloppenburg griff die Siedlungsidee wieder auf und betonte ihre politische Aufgabe, daß die Kolonate nur eingerichtet werden sollten, "um den Pächtern, Heuerleuten und abgehenden Bauernsöhnen eine Existenz zu schaffen und so zufriedene, mit ihrer Scholle verwachsene deutsche Staatsbürger zu bekommen und dadurch ein starkes Bollwerk gegenüber dem internationalen Großkapital der großen Städte zu schaffen". Die Versammlung stellte ebenfalls einen außenpolitischen Bezug zum Verlust der deutschen Kolonien im Versailler Vertrag her:

> "Dazu hätten wir doch die Inlandsiedlungen geschaffen, weil wir unsere Kolonien durch den Krieg verloren haben."

Die Versammlung übte auch Kritik am Siedlungsamt wegen der Vergabe von Kolonaten, unter anderem in Glaßdorf und Falkenberg, und betonte die Not

---

[488] OV vom 15.10.1925.
[489] Am Küstenkanal bei Kampe, IN: HBL 6, 7/1936, S. 90.

wendigkeit eines Vertrauensverhältnisses zwischen Siedlungsamt und Siedlern, "damit auf den Siedlungen zufriedene Staatsbürger wohnen und in Ruhe ihre schwere Arbeit tun können".[490] Auf einer Versammlung der Siedler und Kolonisten in Varrelbusch forderte Geschäftsführer Ameskamp vom Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, daß den Siedlungen auf Ödland 10 Freijahre gewährt werden, die Rente auf Amortisation nach den Richtsätzen der Ostsiedlung der Bonität des Ödlandes entsprechend vor der Auflassung festgesetzt wird, die Abtragung der gewährten Kredite unter Beibehaltung der bisherigen Zinssätze verlängert wird und bei freiwilligem oder gezwungenem Verlassen der Stelle die geleisteten Kultivierungsarbeiten bezahlt werden.[491] Die ideologische Aufwertung der Siedlungsidee konnte über das harte Los der Kolonisten aber nicht hinwegtäuschen. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe erwiesen sich vielfach erst in der zweiten oder dritten Generation als rentabel, viele wurden vorher zur Aufgabe gezwungen. Im Volksmund kursierte deshalb die plattdeutsche Redewendung:

> "Dem ersten sien dot, dem tweiten sien not, dem drüdden sien brot."[492]

3.2.4. Der Kampf um die Abschottung des Binnenmarktes: "Sollen nun noch polnische Schweine dazu eingeführt werden?"

Die Ursachen für die anhaltende Krise der bäuerlichen Veredelungswirtschaft im Freistaat Oldenburg waren struktureller und konjunktureller Natur. Sie wurden politisch aber in der herrschenden Meinung im Norden wie im Süden des Landes dem demokratischen System von Weimar angelastet. Die Benachteiligung der Veredelungswirtschaft durch die deutschen Zolltarife, der Preisverfall und die hohe Verschuldung der Bauern, Mißernten und Seuchen stellten die objektiven Ursachen einer Agrarkrise dar, die sich 1927/28 in der Landvolkbewegung radikal entlud.[493] Der politische Aufstieg der Landvolkbewegung, die sich als Instrument bäuerlicher Selbsthilfe verstand, war die unmittelbare Folge des wirtschaftlichen Niedergangs. Die Verschuldung der Landwirtschaft stieg rapide an und trieb zahlreiche Betriebe in den Ruin. Die Sperrung der Grenzen, die Einführung eines Schutzzolls für die einheimischen Produkte sowie die Vereinfachung des Steuersystems und die Senkung der Steuern waren die klas

---

[490] LV vom 16.1.1930.
[491] OV vom 25.1.1930.
[492] "Dem ersten [Siedler] sein Tod, dem zweiten seine Not, dem dritten sein Brot."
[493] GÜNTHER, Freistaat, S. 429.

sischen Forderungen des oldenburgischen Landvolks in der ersten Phase der Protestbewegung.[494] Der Preisverfall für tierische Veredelungsprodukte betraf vor allem die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe, die auch in Südoldenburg dominierten.[495] Verstärkt wurde die Krise durch die staatliche Zollpolitik, die sich stärker der Sicherung der "typischen" Großbetriebsprodukte der ostelbischen Getreidebauern zuwandte als dem Schutz der Veredelungserzeugnisse.[496]

Der erste agrarökonomische Modernisierungsprozeß, der sich um die Jahrhundertwende in Südoldenburg durchgesetzt hatte, war begleitet von einer konjunkturellen Anfälligkeit der Landwirtschaft, die sich vor allem in den Folgen des Ersten Weltkrieges zeigte. Die ökonomischen Daten der 1920er Jahre weisen Oldenburg als ein agrarisch strukturiertes Land aus, in dem die tierische Veredelungswirtschaft mit einer dominierenden Rindviehhaltung im Norden bzw. Schweinehaltung im Süden die Schwerpunkte bildeten. Der Freistaat Oldenburg, der flächen- und bevölkerungsmäßig zu den kleinsten Ländern des Deutschen Reiches zählte, wies 1926 einen Bestand an Rindvieh (329 466) auf, der sogar von dem ebenfalls dünnbesiedelten Agrarland Mecklenburg-Schwerin (346 580) übertroffen wurde. Der Schweinebestand von Oldenburg im Jahre 1926 (385 644) lag über dem von Hessen (333 836) und unter dem von Mecklenburg-Schwerin (457 440). Ähnliche Ergebnisse wurden auch in der Federviehhaltung erzielt.[497] Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise machten deutlich, "daß die Landwirtschaft längst kein unabhängiges wirtschaftliches Dasein mehr führte, sondern daß ganz im Gegenteil das Schicksal der landwirtschaftlichen Produktion aufs engste verknüpft ist mit der Entwicklung des Kapitalismus auf nationaler und internationaler Ebene".[498] Im Gegensatz zur getreideproduzierenden ostdeutschen Landwirtschaft waren die oldenburgischen Bauern auf die Zufuhr billigen Futtergetreides angewiesen. Der politische Einfluß der ostelbischen Landwirtschaft, der zugunsten des eigenen Absatzes hohe Einfuhrzölle für Getreide anstrebte, erreichte am Ende der Weimarer Republik seinen Höhepunkt. Durch Zoll- und Notverordnungsmaßnahmen wurden die Preise für Roggen und Gerste im Inland stabilisiert, die Einfuhr von billigen ausländischen Produkten aber gedrosselt, um so den deutschen Getreideanbau

[494] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 166.
[495] SCHULTE, Zentrum, S. 317. Nach Schultes Angaben befand sich die Schweinehaltung in Deutschland zu 74 % in Betrieben bis zu 20 ha.
[496] POPPINGA, Bauern, S. 45.
[497] Jahrbuch, 1927, S. 62f.
[498] POPPINGA, Bauern, S. 45.

zu fördern. Entsprechende Maßnahmen zum Schutze der einheimischen Veredelungswirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz, vor allem aus Dänemark und Holland, wurden zu spät getroffen und konnten keine entscheidende Wende in der oldenburgischen Landwirtschaft mehr herbeiführen.[499]

Die Absatzmärkte in den industrialisierten Ballungszentren hatten unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu leiden und drosselten die Nachfrage nach südoldenburgischen Viehprodukten, weil sich die Bevölkerung die relativ teuren landwirtschaftlichen Erzeugnisse nur noch selten leisten konnte. Gleichzeitig erstarkte die durch den Versailler Vertrag geförderte ausländische Konkurrenz, und die Fleischpreise fielen. Die Nachbarländer Dänemark und Holland konzentrierten sich immer stärker auf den Export tierischer Veredelungsprodukte nach Deutschland. Die Inflation führte zwar zu einer weitgehenden Entschuldung der Landwirtschaft, aber es wurden auch vorhandene Geldreserven vernichtet.[500] Auf die oldenburgische Landwirtschaft wirkten sich die Exporte tierischer Produkte aus den Nachbarländern Dänemark und Holland besonders nachteilig aus. Die "Denkschrift der Berufsorganisationen", die auf der zentralen Protestkundgebung der oldenburgischen Berufsstände auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 an die Regierung übergeben wurde, beschreibt diesen Kreislauf folgendermaßen:

> "Die Hauptursache für die schlechte Lage unserer oldenburgischen Landwirtschaft und damit auch aller Handwerker und Kaufleute im Lande, die mangelnde Rentabilität der Betriebe hängt eng zusammen mit der **schrankenlosen Auslandseinfuhr.** [...] In Oldenburg, dem Lande der Viehwirtschaft, spielen die Zölle für Pferde, Rindvieh, Schweine, Fleisch und sonstige tierische Erzeugnisse eine besondere Rolle. Daß die Zölle hierfür nicht ausreichen, beweist die Konkurrenz [...]. Die Einfuhr von Schlachtabfällen, namentlich frischen Innereien, hat man Dänemark zugestanden, obwohl wir in Schweinen ersticken und Schweinezucht und =mast, die in großen Teilen unseres Landes das Rückgrat der bäuerlichen Wirtschaft bilden, völlig unrentabel sind. Sollen nun noch polnische Schweine dazu eingeführt werden?"[501]

Erste Anzeichen einer akuten Agrarkrise in Deutschland machten sich 1927 durch eine äußerst schlechte Ernte und durch einen Preisverfall für Fleisch bemerkbar. Zur Jahreswende 1927/28 setzte ein Preisrückgang bei den Hauptgetreidearten, bei Kartoffeln und mit einer zeitlichen Verzögerung bei Gerste ein. Die Preise für Getreide und Kartoffeln sanken seit 1928 bis zum Höhe

---

[499] GÜNTHER, Freistaat, S. 429; BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 210ff.
[500] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 166.
[501] OV vom 28.1.1928.

punkt der Agrarkrise im Jahre 1932 stetig und pendelten sich dann über dem Vorkriegsniveau des Jahres 1913 ein. Der Grund für diese Entwicklung war eine Nachfrage, die trotz der Weltwirschaftskrise relativ stabil blieb, und staatliche Stützungsmaßnahmen, die in erster Linie für den Getreideanbau ergriffen wurden. Für Veredelungsprodukte war aufgrund eines Überangebots seit 1928 ein stetiger Preisverfall zu verzeichnen, der nach einer kurzen Erholungsphase 1929 das Vorkriegsniveau von 1913 sogar noch unterschritt.[502] Die Butter- und Schlachtviehpreise konnten sich nicht auf der Höhe von 1925 halten und lagen zwischen 1927 und 1929 durchschnittlich 5 % bis 10 % niedriger.[503] Der Preisverfall wirkte sich besonders auf die Mittel- und Kleinbetriebe aus, deren wirtschaftliche Basis die Fleischerzeugung war. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise setzte ein weiterer Preisverfall ein, der besonders die Erzeugnisse in der Tierhaltung betraf.

3.2.5. Die Verschuldung der Landwirtschaft und ihre Folgen: "Ein großer Teil selbst der ländlichen Bevölkerung arbeitet zwangsläufig mit Wechseln."

Nach Berechnungen der oldenburgischen Landwirtschaftskammer für das Jahr 1924 belief sich die steuerliche Belastung der Marschbetriebe 1924 auf 64,47 %, der Reinertragswert auf 35,53 %. In den Betrieben auf der münsterländischen Geest ergab sich im Durchschnitt eine steuerliche Belastung von 56,61 % und ein Reinertragswert von 43,39 %. Bei den reinen Moorbetrieben sank dieser Wert sogar auf 38,3 % und stieg die steuerliche Belastung auf 61,7 %. Zusammenfassend kam die Landwirtschaftskammer zu dem Ergebnis, daß Betriebe mit guten Böden einen höheren Reinertrag hatten und ihnen trotz ihrer steuerlichen Belastung noch ein größerer Reinertragswert blieb als den Betrieben mit geringeren Bodenqualitäten. Den Kleinbetrieben, die in Südoldenburg in der Mehrzahl waren, stand schon 1924 bei der damaligen steuerlichen Belastung nicht mehr als ein Arbeitseinkommen zur Verfügung. Die Landwirtschaftskammer folgerte aus dem vorgelegten Zahlenmaterial, daß die steuerliche Belastung der oldenburgischen Landwirtschaft untragbar war und eine Erleichterung eintreten müßte, wenn die Produktivität der Landwirtschaft nicht

---

[502] MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 53f.

[503] SCHULTE, Zentrum, S. 317. Nach Angaben Schultes standen die Schweinepreise 1926 noch auf 60 RM, 1927 dagegen nur auf 56 RM. Die Konjunkturforschung berechnete die Verluste der Schweinehaltung in Deutschland im Jahre 1927 auf 300 bis 400 Millionen RM.

auf Dauer geschädigt werden sollte.[504] Zu einem Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik, der eine steuerliche Entlastung der Betriebe herbeigeführt hätte, ist es jedoch nicht gekommen.

Der Wiederaufbau der oldenburgischen Landwirtschaft nach Weltkrieg und Inflation war weitgehend unter hoher Neuverschuldung zu hohen Zinssätzen erfolgt.[505] Die "Denkschrift der Berufsorganisationen" vom 26. Januar 1928 sah deshalb in der Verschuldung die eigentliche Ursache für die kritische Lage der Landwirtschaft:

> "Die Kreditnot wird infolge der Unrentabilität und Belastung immer größer. Ein großer Teil selbst der ländlichen Bevölkerung arbeitet zwangsläufig mit Wechseln. Verschiedene Geldinstitute haben sich in letzter Zeit gezwungen gesehen, Kredit= und Wechselsperren zu verhängen. Nach vorsichtigen Berechnungen hat die Landwirtschaft im Lande Oldenburg allein im Jahre 1927 an Realkrediten rund 13 Millionen RM. und an kurzfristigen Krediten und Wechselkrediten rund 10 Millionen RM. neu aufgenommen. Unter Zugrundelegung von 32 097 Betrieben mit über 2 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche im Lande Oldenburg entfällt damit auf jeden landwirtschaftlichen Betrieb im Durchschnitt eine im Jahre 1927 aufgenommene Schuld von rund 716 RM. Das Land Oldenburg hat insgesamt 366 574 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche, auf jeden Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche entfällt also im Jahre 1927 eine Neuverschuldung von rund 63 Reichsmark."[506]

Die umfangreiche Kreditaufnahme wurde angeregt durch eine rege Investitionstätigkeit, die nicht nur aus dem Nachholbedarf des Ersten Weltkrieges und den Inflationsjahren resultierte, sondern sich auch aus der internationalen Konkurrenzsituation und dem damit verbundenen Zwang zur Rationalisierung ergab. Diese Investitionen konnten nur mit Hilfe von Krediten getätigt werden, weil es am erforderlichen Eigenkapital mangelte. So breitete sich in der bäuerlichen Landbevölkerung in den 1920er Jahren eine wahre Investitionspsychose aus.[507] Dieser Umstand erwies sich in der Krise als katastrophal.[508]

---

[504] Oldenburgisches Landwirtschafts-Blatt Jg. 73, Nr. 9, 26.2.1925, S. 126-131; BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 136ff.
[505] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 166.
[506] OV vom 28.1.1928.
[507] POPPINGA, Bauern, S. 44; SCHULTE, Zentrum, S. 316. Schulte stellt aus der Sicht des Zentrums fest, daß "die ausländische agrarische Erzeugung stärker und leistungsfähiger geworden ist als vor dem Kriege", und sieht darin "eine Erhöhung der Zollsätze gegen die der Vorkriegszeit begründet". Ursachen der deutschen Agrarkrise erkennt er aber auch in der Inflation und in der Rationalisierung der ausländischen Landwirtschaft: "Die Geldentwertung ist mit mindestens einem Drittel des Vorkriegswertes einzuschätzen. Die agrarische Erzeugung des Auslandes ist aber durch die mit billigem Betriebskapital erfolgte Mechanisierung gewaltig

Bereits vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise, im Januar 1928, betrug die Verschuldung der oldenburgischen Betriebe unter 100 ha 236 RM je ha und erreichte damit einen Wert, der etwa dem Reichsdurchschnitt entsprach. Der Verfall der Schweinepreise unter die Rentabilitätsgrenze, der vor allem die südoldenburgischen Mäster traf, eine Mißernte sowie die Vernichtung eines Teils des Viehbestandes durch Seuchen hatten schon 1927 die wirtschaftliche Situation der oldenburgischen Bauern weiter verschlechtert. In der "Denkschrift der Berufsorganisationen" hieß es dazu:

> "Die oldenburgische Landwirtschaft hat in den Jahren 1926 und 1927 durch Viehseuchen Ausfälle in ihren Einnahmen gehabt, welche sich auf Millionen belaufen. Ein großer Teil der Viehbestände wurde mehrere Male vollständig durch die Maul= und Klauenseuche durchseucht. Neuerdings ist diese Seuche wieder aufgetreten. Die Erträge von Ackerland, Wiesen und Weiden, ferner die Erträge aus dem Torfstich, sind im Jahre 1927, und zum Teil schon in den Jahren 1925 und 1926, durch ungewöhnliche Niederschläge, Überschwemmungen und durch die Tipula= und Mäuseplage zu einem erheblichen Prozentsatz vernichtet worden. [...] Schwerer noch hat es sich ausgewirkt, daß die Viehpreise katastrophal gesunken sind. Seit fast einem Jahr decken die Schweinepreise die Gestehungskosten nachweislich nicht mehr annähernd."[509]

Nach amtlichen Schätzungen, die Staatsminister Driver im Landtag vorlegte, hatten die Unwetter des Jahres 1927 im Landesteil Oldenburg einen Schaden von 22,9 Mio. RM verursacht. Die Verluste in der Schweinemast wurden für das Jahr 1928 auf monatlich 1,5 Mio. RM veranschlagt. Zudem war nach amtlichen Angaben die Realkreditbelastung der oldenburgischen Landwirtschaft im Jahre 1927 um 141 % gestiegen, während die Steigerung im Reichsdurchschnitt nur bei 37 % lag.[510] Wegen der Ausdehnung der Schweinepest in Oldenburg verhängte Preußen gegen den Freistaat im Jahre 1929 eine Einfuhrsperre. Am 23. Dezember 1929 gelang es in bilateralen Verhandlungen in Osnabrück, Preußen zur Rücknahme der Sperrmaßnahmen zu bewegen und damit weiteren Schaden von der oldenburgischen Landwirtschaft abzuwenden. Auf oldenburgischer Seite nahmen an den Verhandlungen in Osnabrück neben Staatsminister Driver auch Amtshauptmann Brand (Cloppenburg) und Assessor Beilage (Vechta) teil.[511]

---

gesteigert und in der Konkurrenzauswirkung gegen die einheimische Landwirtschaft erhöht worden."

[508] So MÜTTER, Landwirtschaft, S. 88.

[509] OV vom 28.1.1928.

[510] OV vom 29.7.1928.

[511] LV vom 25.12.1929.

Ein Vergleich der Schuldenlasten der Bauern in den einzelnen oldenburgischen Ämtern zwischen 1913 und 1928 zeigt, daß die Neuverschuldung der Landwirtschaft von Norden nach Süden anstieg. Während sich der Schuldenstand der nördlichen Ämter durchschnittlich um die Hälfte bis zu zwei Dritteln verringert hatte, lagen diese Werte für die südlichen Ämter Vechta, Cloppenburg und Friesoythe deutlich darunter; ihre Liquidität war äußerst begrenzt. Neben Aufwertungsschulden fielen 1928 vor allem neue dingliche Schulden und Bank- bzw. Wechsel- und Warenschulden ins Gewicht, während die Kredite für Landerwerb und Betriebserweiterung nur im Amt Cloppenburg mit 2 933 260 RM (Friesoythe: 350 072 RM; Vechta: 312 436 RM) eine beträchtliche Größe aufwiesen:

Tab. 5: Verschuldung der oldenburgischen Landwirtschaft 1913 und 1928 (in RM)[512]

Amt	1913	1928
Jever	31 042 772	10 971 909
Butjadingen	24 541 874	8 708 214
Brake	21 413 146	7 356 567
Elsfleth	20 800 272	7 196 928
Varel	29 173 311	12 386 799
Westerstede	17 231 550	9 403 978
Oldenburg	33 531 326	12 595 829
Delmenhorst	13 748 345	6 124 517
Wildeshausen	4 317 740	3 384 911
Vechta	14 496 314	8 028 773
Cloppenburg	15 790 099	10 040 118
Friesoythe	4 811 148	4 478 118

[512] StAO 39 - 19491: Stand vom 1.1.1928.

In den drei Ämtern Südoldenburgs betrug die landwirtschaftliche Verschuldung im Jahre 1928 bereits wieder 64,2 % derjenigen von 1913, in den Maschämtern hingegen nur 35,0 % und in der oldenburgischen Geest 44,8 %. Klaus Schaap führt die hohe Neuverschuldung in den südlichen Ämtern vor allem darauf zurück, daß die Aufwertungsschulden hier nur einen Anteil von 8,8 % an der Gesamtverschuldung ausmachten, in den Marschämtern 36,3 % und in der oldenburgischen Geest 26,3 %. Nach der Währungsreform waren die mit dem nahezu wertlosen Papiergeld getilgten Hypotheken um 25 % ihres Goldmarkbetrages aufgewertet worden.[513] Prozentual am stärksten fiel die Neuverschuldung in Südoldenburg im strukturschwachen Amt Friesoythe aus, das 1928 schon fast wieder den Schuldenstand der Vorkriegszeit erreicht hatte. Für die Ämter Cloppenburg und Vechta ließen die Daten noch einen gewissen finanziellen Spielraum erkennen. Die Zwangsvollstreckung betraf in Südoldenburg vor allem die kleineren Betriebe. In den Jahren vor der großen Krise, 1925 und 1926, wurden im Amtsbezirk Cloppenburg insgesamt 26 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zwangsversteigert; davon entfielen 3 ha auf eine Betriebsgröße von 2 bis 5 ha, 23 ha auf eine Betriebsgröße von 5 bis 20 ha. Im Amtsbezirk Friesoythe waren von 1924 bis 1926 insgesamt 9 Betriebe betroffen, davon fünf unter 2 ha und vier von 2 bis 5 ha. Eine tendenziell gegenläufige Richtung zeigte sich im Freistaat. Hier wurden in den Jahren 1924 26, 1925 147 und 1926 288 Grundstücke versteigert, davon entfielen insgesamt 36 auf Betriebsgrößen unter 2 ha, 41 von 2 bis 5 ha, 217 auf 5 bis 20 ha und 167 auf 100 bis 200 ha.[514]

Petitionen an den oldenburgischen Landtag dokumentieren die große Not der Kleinbauern und Kolonisten im Amtsbezirk Friesoythe. In einem von insgesamt fünf Bauern unterzeichneten Schreiben aus der Loher Ostmark bei Barßel sahen sich "die unterzeichneten Schuldner der Staatlichen Kreditanstalt i. O. und als Darlehnsnehmer der derzeitigen unglücklichen staatl. Roggenpapiere" außerstande, "den Zinsendienst des fast <u>fünffachen</u> ursprünglichen Kapitalbetrages aufrecht zu erhalten". Eine verhängnisvolle Rolle spielte offensichtlich die Kreditbeschaffung über sogenannte Roggenanteilsscheine:

---

[513] SCHAAP, Endphase, S. 3O, 33, Anm. 35. Zur oldenburgischen Geest zählten die Ämter Oldenburg, Delmenhorst, Wildeshausen, Westerstede und Varel, zur Marsch die Ämter Elsfleth, Brake, Butjadingen und Jever.

[514] StAO 133 - 1697: Statistik der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke im Freistaat Oldenburg.

"Es mag auch an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen werden, daß wohl selten oder noch niemals in der Geschichte zuvor, einer Wirtschaftsgruppe und noch dazu den so schwer um ihre Existenz ringenden Kolonisten, seitens des Staates derartig ungerechte Belastungen aufgebürdet und zugemutet worden sind, wie solches im Jahre 1924 durch Verausgabung der Roggenanteilsscheine der Fall war. In Anbetracht unserer wahrhaft wirtschaftlichen Not möchten wir den hohen Landtag bitten, sich unverzüglich dafür einsetzen zu wollen, daß den unglücklichen Roggenschuldnern durch irgendwelche Maßnahmen Erleichterungen verschafft und nicht erst alle hiervon Betroffenen restlos um ihre Existenz gebracht werden."[515]

Kennzeichnend für die kritische Lage der Wirtschaft war die Tatsache, daß die Zahl der Auswanderungen in den 1920er Jahren wieder zunahm. Allein im Jahre 1925 wanderten aus dem Landesteil Oldenburg 483 Menschen aus, in der weit überwiegenden Mehrzahl (401) nach Nordamerika. Dabei dominierten die landwirtschaftlichen Berufe (169) eindeutig vor den handwerklichen (107). Der weibliche Anteil mit den weiblichen Angestellten bzw. Haustöchtern (110) und Ehefrauen (52) war dabei relativ hoch. Nach Auskunft des Staatsministeriums auf eine Anfrage des Abgeordneten Kohnen (DVP) begaben sich die Auswandernden zunächst zu Verwandten. Ehefrauen mit Kinder folgten in vielen Fällen dem Manne nach, der zwischenzeitlich im Ausland eine Anstellung gefunden hatte. Der Abgeordnete Kohnen bedauerte, daß Deutschland durch die Auswanderung "gerade die wertvollsten Kräfte" verlorengingen, und forderte die Regierung auf, "durch Aufklärung in der Presse die Auswanderungslustigen von unbedachten und unvorbereiteten Schritten abzuhalten und sie der Heimat zu erhalten".[516]

Als Folge der anhaltenden Agrarkrise wurden auch der Landwirtschaft nachgeordnete mittelständische Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. Das betraf in

[515] StAO 39 - 21182. Das Schreiben vom 1. Dezember 1931 war von Fritz Hoffbuhr unterzeichnet und trug vier weitere Unterschriften. Unter "Roggenschuldnern" waren Landwirte zu verstehen, die auf der Grundlage von Roggenanweisungen Darlehen angenommen hatten, die von der Staatlichen Kreditanstalt Oldenburg vom Herbst 1922 bis zum Jahr 1925 ausgegeben wurden und die bis zum 1. April 1927 wieder eingelöst werden mußten. Da die Darlehen an den Roggenpreis gebunden waren und dieser bis 1927 erheblich anstieg, hatten die Roggenschuldner in ungünstigen Fällen bis zu 400 % des erhaltenen Betrages bei der Tilgung des Darlehens zu zahlen. Wenn sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen konnten, wurde zwangsweise eine Umschuldung in Goldmark vorgenommen, die zusätzliche Nachteile mit sich brachte. Mit dem Roggendarlehen verfolgte die Staatliche Kreditanstalt in der Inflationszeit das Bestreben, ein wertbeständiges Anleihe- und Darlehenssystem zu schaffen. (BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 132ff.; SCHAAP, Endphase, S. 30f.)

[516] StAO 39 - 18283. Der Antrag von Dr. Kohnen wurde von den DVP- bzw. DNVP-Abgeordneten Nieberg, Oeltjen, Möhlenhoff, Janssen, Bortfeld und Dannemann unterstützt.

Südoldenburg vor allem den im Amtsbezirk Vechta angesiedelten Landmaschinenbau. In einem Brief "aus Kreisen der christlichen Industriearbeiterschaft", den die Vechtaer OV im Juli 1928 veröffentlichte, wurde die kritische Lage dieser Branche geschildert:

> "Die Industriearbeiterschaft Südoldenburgs leidet jetzt unter einer gewaltigen Wirtschaftskrise. Große Fabriken, besonders die Landmaschinenfabriken, haben in der letzten Zeit wegen Arbeitsmangel Arbeiter entlassen müssen, so z. B. die Firma C. A. Trenkamp=Lohne, Maschinenfabrik B. Holthaus A.G., Dinklage, u. a. Auch in anderen Industriezweigen sind Betriebsstillegungen zu verzeichnen. In der Tabakindustrie hat die Firma Clodius=Lohne, in der Textilindustrie die Firma Van der Wal=Dinklage, in der Holzindustrie die Firma Fiswick und die Firma Schulte u. Bruns einen Teil der Arbeiterschaft entlassen. Auch im Baugewerbe wird im Allgemeinen über schlechte Konjunktur geklagt. Im Handwerkerstand steht es ebenfalls mit dem Beschäftigungsgrad trostlos."[517]

Nach Auffassung der Vechtaer OV mußte die Wirtschaftskrise die Angehörigen aller Berufszweige zu einer "Schicksalsgemeinschaft aller Stände" zusammenführen. Es könne eine grundlegende Besserung nur eintreten, wenn die Landwirtschaft wieder ihre alte Rentabilität erlange. Das Schreiben aus der christlichen Arbeiterschaft mache deutlich, "daß ihre Not aus der Not der anderen resultiert und daß die Beseitigung der Not der anderen auch ihre Lage verbessert".[518] Die Arbeitslosigkeit im Freistaat Oldenburg war aufgrund der Agrarstruktur des Landes stark saisonal bedingt. Im Jahre 1926 erreichte sie im Januar und Februar ihren Höhepunkt mit fast 12 400 Arbeitslosen (davon waren etwa 10 000 Unterstützungsempfänger), sie fiel im April aber schon auf 9 000 (7 300 Unterstützungsempfänger) zurück.[519] Im Arbeitsamtsbezirk Vechta wurde Ende Februar 1933 mit 2 280 Arbeitslosen (davon 107 weibliche Arbeitslose) "eine bisher noch nicht erreichte Zahl" registriert; am 15 April 1933 waren es schon 520 Arbeitssuchende weniger, aber immer noch 1 760.[520] In welche Notlage ein Arbeiter in Südoldenburg geraten konnte, geht aus der Petition des Goldenstedter Landarbeiters Heinrich Uhlhorn vom 16. Dezember 1931 hervor. Uhlhorn wandte sich an den Landtag mit der Bitte, sich beim Ministerium für die Gewährung eines Freijahres bei der Rückzahlung seines Landarbeiter-Baudarlehens zu verwenden. Seine Begründung dokumentiert die

---

[517] OV vom 29.7.1928.
[518] Ebd.
[519] StAO 39 - 18273: Graphik.
[520] MT vom 22.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 158. Davon erhielten 250 Erwerbslose Arbeitslosenunterstützung, 435 Krisenunterstützung, 166 Wohlfahrtsunterstützung, 178 waren als Notstandsarbeiter und 657 beim Freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt.

typische soziale Lage eines südoldenburgischen Arbeiters, der noch einem landwirtschaftlichen Nebenerwerb nachging:

> "In Anbetracht der allgemein schlechten Wirtschaftslage ist es mir unmöglich, einen derart enormen Betrag flüssig zu machen. Die außergewöhnlich schlechten Preise für landwirtschaftliche Produkte aller Art, die nicht einmal die Gestehungskosten decken und mit deren Besserung nicht gerechnet werden kann, machen es gerade den landwirtschaftlichen Zwergbetrieben unmöglich, einen die Kosten des Lebensunterhalts der Familie übersteigenden Gewinn zu erzielen. Dazu kommt für mich noch in Betracht, daß ich vom 1.12.30 bis 1.8.31 arbeitslos war und von diesem Zeitpunkt an bis heute auch nur niedrig bezahlte Kurzarbeit habe. Mit meinem kleinen Gesamteinkommen kann ich kaum den Lebensunterhalt meiner Familie bestreiten, geschweige denn so bedeutende Beträge wie die Tilgungsraten abdecken. Dazu ist es mir in der jetzigen geld- und kreditarmen Zeit nicht möglich, ein Darlehn aufzunehmen, da sich kein Geldgeber findet, der auf 2. Hypothek ausleiht."[521]

Das Schreiben Uhlhorns veranschaulicht die marktwirtschaftlichen Verflechtungen, denen die Landwirtschaft in Südoldenburg ausgesetzt war, und die Not der bäuerlichen Unterschichten am Ende der Weimarer Republik. Im Juni 1931 konnte die Vechtaer OV erste Zeichen einer wirtschaftlichen Erholungsphase ausmachen. Ihre positive Einschätzung der Lage stützte sie darauf, daß der "saisonmäßig übliche Tiefstand der Schweinepreise" im Mai 1931 nicht so drastisch ausgefallen sei und daß sich "die Erhöhung der Vieh= und Fleischzölle, die wir den ganzen Winter energisch gefordert haben", stabilisierend auf das Preisniveau ausgewirkt habe. Das veranlaßte sie, einen vorsichtigen Optimismus zu äußern:

> "Man darf ohne voreiligen Optimismus der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß in der Schweinehaltung das Schlimmste überstanden ist und daß der Monat Mai 1931 wenigstens auf diesem Gebiet den Tiefpunkt der Krise überwunden hat."[522]

Die in der Mitte des Jahres 1931 ausgemachte konjunkturelle Trendwende hilft auch die Tatsache erklären, daß die Landvolkbewegung 1931/32 in Südoldenburg bereits ihren politischen Höhepunkt überschritten hatte. Dieser positive Impuls leitete eine schwache konjunkturelle Erholungsphase ein, die sich auf den Stand der landwirtschaftlichen Insolvenzen aber erst mit einer zeitlichen Verzögerung positiv auswirkte. Während die Zahl der Konkurse im Jahre 1932 nur noch halb so hoch lag wie im Jahre 1931, die Zahl der Vergleiche gegenüber dem Vorjahr um 40 % gesunken war, stieg die Zahl der Zwangsver

---

[521] StAO 39 - 21 182.
[522] OV vom 12.6.1931.

steigerungen um etwa 50 % an. Am Ende des Jahres 1932, besonders in den letzten vier Monaten, zeigte sich ein merklicher Rückgang in der Zahl der Zwangsversteigerungen wie der Konkurse und Vergleiche.[523] Trotz des verhängten Vollstreckungsschutzes fiel die Zahl der landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen im Jahre 1932 noch sehr hoch aus. Dieser Umstand ist darauf zurückzuführen, daß die Gläubiger von ihrem Recht, ausgeliehene Agrarkredite zurückzufordern, Gebrauch machten und es den Landwirten nicht möglich war, dafür umgehend Ersatzkredite zu beschaffen. So hatte sich durch den Kreditentzug die Lage zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe verschlechtert und die Zahl der Zwangsvollstreckungen mit einer zeitlichen Verspätung noch zugenommen.[524] Die ruinösen Folgen der Wirtschafts- und Agrarkrise erreichten in den letzten Monaten des Jahres 1932 ihren Höhepunkt und begannen ihn zu überschreiten. Auf die politische Entwicklung, die in Oldenburg bereits im Mai 1932 zum Wahlsieg der NSDAP und zur Bildung der Regierung Röver geführt hatte, konnten diese Wirtschaftsdaten allerdings keinen Einfluß mehr nehmen. Die politische Entwicklung im Lande konnte von der sich vorsichtig abzeichnenden konjunkturellen Belebung nicht mehr aufgehalten oder eingeholt werden.[525]

3.3. Die Bildung der "Grünen Front" und das Scheitern der deutschen Agrarpolitik

Mit der Bildung der sog. Grünen Front begann ein neues Kapitel in der Geschichte der deutschen Agrarpolitik, die sich auch auf die Lage in der oldenburgischen Landwirtschaft auswirkte. Als "Grüne Front" wurde der Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, des Reichs-Landbundes (Schiele), der Vereinigung der deutschen Bauernvereine (Hermes), der Deutschen Bauernschaft (Fehr) und des Deutschen Landwirtschaftsrates (Brandes), in der sog. Reichsbauernfront verstanden, die sich im Februar 1929 formierte. Nachdem der Versuch, den Bund der Landwirte, den Deutschen

---

[523] MT vom 3.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 69. Während im ersten Vierteljahr 1931 im Landesteil Oldenburg 191 Zwangsversteigerungen anfielen, waren es im ersten Vierteljahr 1932 326; vom ersten Vierteljahr 1931 (191) erhöhte sich die Zahl der Zwangsversteigerungen im vierten Vierteljahr 1931 auf 347; vom dritten Vierteljahr 1932 (448) auf das vierte Vierteljahr 1932 (368) ist ein erkennbarer Rückgang zu verzeichnen. In den Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe entfiel etwa die Hälfte der Zwangsversteigerungen auf die Landwirtschaft, die andere Hälfte verteilte sich auf das Handwerk und den Handel.
[524] OV vom 17.6.1933.
[525] GELHAUS, 1933, S. 64f.

Landbund und die Vereinigung der deutschen Bauernvereine sowie der Landarbeitergewerkschaften zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, gescheitert war, hatten sich der Bund der Landwirte und der Deutsche Landbund Anfang des Jahres 1920 zum Reichs-Landbund zusammengeschlossen. Der Landbund umfaßte regionale Landbünde, die sich nach dem Aufruf der Volksbeauftragten vom 13. November 1918 besonders in ostdeutschen Agrarregionen, aber auch in Oldenburg gebildet hatten. Südoldenburg war seinerzeit aus dem Oldenburger Landbund ausgeschieden und hatte einen eigenen Landbund gegründet. Die dem katholischen Zentrum bzw. der BVP nahestehenden Bauernvereine, die auch in Südoldenburg stark verbreitet waren, hatten traditionell im Raum Westfalen, im Rheinland und in Bayern ihre Schwerpunkte.[526]

In ihrem Programm vom 20. März 1929 verlangten die Führer der Reichsbauernfront in allen wesentlichen Fragen Staatshilfe und erhoben den Agrarprotektionismus zu einer Kernfrage jeder zukünftigen Wirtschaftspolitik. Im einzelnen forderten sie die Schaffung zentraler Einrichtungen für die Regulierung der Importe von Getreide, Vieh- und Molkereiprodukten, um die Auswirkungen der Weltmarktpreisschwankungen auf die deutschen Agrarpreise auszuschalten und die deutsche Landwirtschaft faktisch aus dem Weltmarkt herauszulösen. Dazu sollten auch die Errichtung von Außenhandelsmonopolen und zentrale staatliche Preisfestsetzungen dienen. Für den Getreidemarkt sah das Programm die Schaffung eines "Reichsgetreiderates" unter Einschluß von Erzeugern und Verbrauchern vor, der die Grundpreise festlegen sollte. Außerdem setzten sich die Landwirtschaftsvertreter für Steuersenkungen ein, eine Verlängerung laufender Kredite und eine Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung durch Bereitstellung von Staatskrediten.[527] Die Forderungen der "Grünen Front" zielten darauf ab, die marktwirtschaftlichen Einflüsse auf dem Agrarsektor zurückzudrängen und die staatlichen Lenkungs- und Kontrollmechanismen zu

[526] GESSNER, Agrarverbände, S. 166; SCHAAP, Endphase, S. 87f. Der Bund der Landwirte war unter Bismarcks Nachfolger Caprivi gegründet worden und wurde vom ostdeutschen Großgrundbesitz dominiert. Er hatte die sich gegen die neue Wirtschaftspolitik formierende großbäuerliche Opposition gesammelt und sich für die Wiedereinführung des Bismarckschen Agrarschutzes eingesetzt. Diese Bestrebungen hatten 1894 zum Sturz Caprivis und 1902 zur Wiedereinführung der Agrarzölle geführt. Die Deutsche Bauernschaft stellte eine Sammlung kleinbäuerlicher Gruppen und Pächter dar, die sich verstärkt nach Ausbruch der Agrarkrise von beiden großen Organisationen separiert hatte. So hatte sich in der Weimarer Republik seit 1927/28 die traditionelle bäuerliche Organisationsstruktur aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg wiederhergestellt. (GESSNER, Agrarverbände, S. 37ff.)

[527] GESSNER, Agrarverbände, S. 166f.

verstärken. Deshalb war das agrarpolitische Konzept der Reichsbauernfront mit wirtschaftsliberalen Grundsätzen nicht vereinbar. Die im Programm vom 20. März 1929 enthaltenen agrarprotektionistischen Forderungen zielten darauf ab, die größtenteils unkalkulierbaren ökonomischen Risiken von moderner Agrarindustrialisierung und -kapitalisierung zu neutralisieren oder gar ganz abzuwehren. Dabei sollte der Staat eine wichtige Rolle spielen. Der alte Mittelstand, der um seine traditionelle ökonomische, soziale und politische Stellung in der modernen Industriegesellschaft fürchtete und eine panische Angst vor dem Schicksal der Proletarisierung entwickelte, machte für seinen drohenden Niedergang zusehends die demokratischen Organe und Institutionen der Weimarer Republik verantwortlich. Er war nicht bereit, die Gesetze des modernen Agrarkapitalismus zu akzeptieren und konstruktiv mit ihnen umzugehen.[528]

Für Reichsernährungsminister Dietrich (DDP) war der agrarpolitische Dirigismus, den die Verbände verstärkt forderten, kein Ausweg aus der Krise; der Staat konnte nicht so weit gehen und die Rolle des Marktes ersetzen. Dietrich lehnte deshalb die weitreichenden Forderungen der Reichsbauernfront aus marktwirtschaftlichen Erwägungen ab und legte ein eigenes agrarpolitisches Konzept vor. Der sog. "Agrarkompromiß" vom 24. Juni 1929 sah Zollerhöhungen für Butter, Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden, Frankreich und Dänemark wegen Neufestsetzung von Zöllen für Getreide und Mehl sowie Vieh vor, nicht jedoch eine endgültige Regelung der Getreidezölle als Ablösung der Zollvorlage von 1925. Ein weitergehender Antrag der Reichsbauernfront, der eine Zollerhöhung für Weizen und Roggen enthielt und von der DNVP unterstützt wurde, scheiterte am 27. Juni 1929 im Reichstag. Damit erlebte die "Grüne Front" ihre erste parlamentarische Niederlage.[529] Das "Landvolk", das Presseorgan der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Südoldenburg, verteidigte das Programm der "Reichsagrarfront" vom 20. März 1929. Es bedeute "weder Agrarsozialismus noch Befürwortung eines Staatsmonopols", sondern es gehe darum, die Rentabilität der deutschen Höfe zu sichern und "die Existenzgefährdung der Landwirtschaft in letzter Sekunde abzuwenden".[530] Dafür war es nach Auffassung des Landbundes Oldenburg-Bremen

[528] Klaus Schaap führt die Radikalisierung auch auf die Tatsache zurück, daß die Bauern "das komplizierte Ursachengeflecht, z. B. die Strukturwandlungen in einer modernen Industriegesellschaft, nicht zu durchschauen vermochten", sich deshalb mit "diesen scheinbar so plausiblen Erklärungen" begnügten und ihr Heil in dem Rezept suchten, das lautete: "Solidarität und gerechter Kampf dem Unrechtssystem." (SCHAAP, Endphase, S. 90)
[529] GESSNER, Agrarverbände, S. 171ff.
[530] LV vom 20.6.1929.

offensichtlich schon zu spät. Aus Enttäuschung über die dürftige Bilanz des Programms der "Grünen Front", die die hochgespannten Erwartungen keineswegs erfüllte, wies der Landbund auf die weitere Benachteiligung der Veredelungswirtschaft in der deutschen Agrarpolitik hin und drohte in einer scharfen Resolution vom 28. Juli 1929 mit Konsequenzen:

> "Wir Viehbauern werden uns nicht widerstandslos von unserer väterlichen Scholle vertreiben lassen; wir warnen die Machthaber davor, uns zur Verzweiflung zu treiben. Wird uns jetzt nicht baldigst geholfen, dann kann ein großer Teil von uns seine Scholle nicht mehr halten. Der Proletarier wird auf die Straße getrieben und wird dann zu den schärfsten Mitteln greifen."[531]

"Notrufe" wie diese, die demokratisch gewählte Regierungen als politische "Machthaber" diskriminierten und den selbständigen Bauern das unabwendbare Los drohender Proletarisierung vor Augen führten, waren dazu angetan, weitere Wellen der Radikalisierung auszulösen. Durch die Agitation der Landvolkpartei, der Landvolkpresse und der selbsterwählten "Landvolkführer" erfaßte die Steuerstreik- und Boykottbewegung auch Südoldenburg mit dem Schwerpunkt im Amt Cloppenburg. Im November 1930 teilte die Vechtaer OV mit, daß der Vorstand der Landvolkpartei sich auf einer Tagung in Frankfurt offiziell "als Instrument zur parlamentarischen Vertretung der Forderungen des Reichslandbundes" bezeichnet habe. Nach ihren eigenen Worten habe sich die Partei "seit ihrer Gründung als die politische Kampfbewegung des Landvolks die Forderungen des Reichs-Landbundes zu eigen gemacht und sie vertreten" und werde das auch in Zukunft tun. Diese parteipolitischen Verflechtungen seien im deutschen Nordwesten bisher verschwiegen worden, so die OV, aber man brauche "nur die Forderungen des Reichslandbundes in ihrer Auswirkung auf die bäuerliche Veredelungswirtschaft Nordwestdeutschlands zu untersuchen, um zu dem Schluß zu kommen, daß ihre Interessen dadurch ruinös geschädigt würden".[532] Die Folgerungen lägen auf der Hand.

Durch die Gewinnung Martin Schieles (DNVP) für das landwirtschaftliche Ressort war es Brüning gelungen, sich die Unterstützung wenigstens eines Teils der DNVP und damit der "Grünen Front" für sein erstes Präsidialkabinett zu sichern.[533] Der Agrarprotektionismus Schieles strebte eine "Zollermächtigung"

---

[531] Zit. b. SCHAAP, Endphase, S. 88.
[532] OV vom 9.11.1930.
[533] GESSNER, Agrarverbände, S. 188ff. Um freie Hand als Minister zu haben, d. h. um nicht an Partei, Fraktion oder an Hugenberg gebunden zu sein, legte Schiele beim Eintritt ins Kabinett Brüning sein Reichstagsmandat nieder. Die Reaktion der Agrarverbände auf die Bildung

für die Hauptgetreideart an und enthielt weitreichende Pläne für die Einführung eines Beimischungszwanges von Roggen zum Weizenmehl, eine erneute Roggenstützungsaktion aus den Mitteln des Maismonopols, eine Heraufsetzung des absoluten Zollsatzes für Schweinefleisch, eine Änderung des Fleischbeschauungsgesetzes, durch den eine zollfreie Gefrierfleischeinfuhr unterbunden werden sollte, und Forderungen nach Heraufsetzung des Butterzolls. Die Agrarvorlage Schieles, die als Voraussetzung der Kabinettsbildung angesehen wurde, wurde am 14. April 1930 vom Reichstag angenommen. In der "Zollermächtigung" der Regierung Brüning kamen politische Bestrebungen breiter Kreise in der Reichsbauernfront zum Ausdruck, die deutsche Agrarpolitik von der parlamentarischen Kontrolle zu befreien und ihr dadurch eine größere Effizienz zu sichern. Die herausgehobene nationale Bedeutung des deutschen Bauerntums, das sich als der Ernährer des Volkes betrachtete, und seine besondere staatstragende Rolle, die es für sich reklamierte, rechtfertigte angeblich sein Ausscheiden aus dem komplizierten System demokratischer Vermittlung, Meinungs- und Mehrheitsbildung, das ihm als unnatürlich und wesensfremd erschien. So wurde der schwerfällige Apparat des demokratischen Parlamentarismus selbst schließlich für die zunehmende politische Radikalisierung in der Landwirtschaft verantwortlich gemacht.[534] Schiele betrachtete die protektionistische Getreidepolitik als sein zentrales agrarpolitisches Anliegen. Das Ziel einer solchen Politik war die Stabilisierung der Getreidepreise durch die Beseitigung der Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Aufgrund der fortlaufenden Verteuerung der Futtermittel, die durch die Gestaltung der Zolltarife ausgelöst wurde, blieb der politische Widerstand aus Kreisen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft nicht aus. Die Roggen- und Futtermittelpolitik der Regierungen Müller und Brüning brachte für die in Nordwestdeutschland ansässigen Mäster große Wettbewerbsnachteile mit sich. Sie wandten sich in zunehmend schärferer From gegen die politischen Vertreter des einseitig angelegten Agrarprotektionismus der Regierung Brüning und konterkarierten damit die Bemühungen, die bäuerlichen Produzenten politisch zu beruhigen.[535] Denn nach Auffassung Dieter Gessners wies das komplexe System von binnen- und außenwirtschaftlichen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft eindeutige politische Implikationen auf und sollte sowohl der inneren Befriedung und Beschwichtigung der anwachsenden Agraropposition dienen als auch "das konservative Experiment

---

des Kabinetts Brüning war wegen der Hereinnahme Schieles als Repräsentant der Reichsbauernfront erwartungsgemäß positiv.

[534] GESSNER, Agrarverbände, S. 192ff. Für die Erteilung der unbegrenzten "Zollermächtigung" sah der Gesetzentwurf eine zeitliche Einschränkung vor.

[535] GESSNER, Agrarverbände, S. 206.

der Präsidialkabinette" innenpolitisch stärken.[536] Diese politischen Spekulationen waren mit einem hohen Risiko verbunden.

Bis zum Frühjahr 1931 wurde die Ermächtigung der Regierung zur Erhöhung von Agrarzöllen nicht angewandt. Grundlage der Agrarpolitik im Kabinett Brüning blieb zunächst Art. 48 der Weimarer Reichsverfassung. Ernsthafte Konsequenzen aus der Notlage der Viehwirtschaft zog das Reich aber nicht und hielt an der Bevorzugung anderer Produktionssektoren fest. Das "Notprogramm" des Reichsernährungsministeriums, das am 1. Dezember 1930 auf dem Verordnungswege erlassen wurde, kontingentierte den Zuckerrübenanbau mit dem Erfolg, daß die Zuckerrübenwirtschaft von der Agrarkrise kaum noch berührt wurde. Es setzte weitere Hilfsmaßnahmen in Kraft, die sich wiederum einseitig zugunsten des Getreideanbaus auswirkten.[537] Der Reichs-Landbund verlangte in einer Besprechung mit Reichspräsident Hindenburg am 9. Dezember 1930 einen größeren Schutz für die deutsche Veredelungswirtschaft. Reichsernährungsminister Schiele unterbreitete einen Katalog von Vorschlägen, die aber wegen der bestehenden handelsvertraglichen Bindungen zunächst nur psychologische Wirkung haben konnten. Zudem wurden die Hochschutzzollforderungen der Landwirtschaft vom Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) abgelehnt. Der Deutsche Industrie- und Handelstag warnte vor Schutzzolltarifen für die Landwirtschaft, die dem Grundkonzept der deutschen Außenpolitik zuwiderliefen und den wirtschaftlichen Erfordernissen einer positiven Reparationspolitik nicht entsprächen. Sowohl das Außen- wie das Reichsarbeitsministerium unterstützten die wirtschaftspolitische Position der großen Industrieverbände. Gegen diese Einwendungen wurden am 23. Februar 1931 schließlich doch noch bewegliche Zölle für Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch, Eiweiß und Eigelb eingeführt; in der Frage des strittigen Butter- und Käsezolls wurde eine Ermächtigung für gleitende Zölle ausgesprochen. Erst die Notverordnung vom 30. April 1931, die erstmalig auf der "Zollermächtigung" der Regierung beruhte, erhöhte den Schweinezoll, ohne in der oldenburgischen Landwirtschaft noch eine wirkliche Linderung der Krise zu bewirken.[538] Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931 zeigte noch einmal beispielhaft die fiskalische Benachteiligung der Veredelungswirtschaft, indem sie die Umsatzsteuer für alle Produkte mit Ausnahme von Getreide und Mehl von 0,85 % auf 2 % anhob. Bemühungen der oldenburgischen Regierung,

---

[536] Ebd., S. 215.
[537] GESSNER, Agrarverbände, S. 209f.; SCHAAP, Endphase, S. 138.
[538] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 170ff.

beim Reich die Ausweitung der Ausnahmebestimmungen auf die Veredelungsprodukte durchzusetzen, da diese für die Volksernährung ebenfalls von großer Bedeutung seien, scheiterten. So mußten die oldenburgischen Bauern "nahezu zwangsläufig irre werden an einem System, das unter einseitiger Berücksichtigung 'ostelbischer' Interessen ihre eigene Existenz ungeschützt preisgab".[539] Die politischen Folgen ließen nicht lange auf sich warten.

3.3.1. Protest und Revolte: "Man muß trotz aller Not stets die Nüchternheit bewahren."

Aufgrund der ungleichen zollpolitischen Behandlung des Getreide- und des Viehmarktes durch die deutsche Reichsregierung fühlte sich die oldenburgische Landwirtschaft gegenüber der Getreidewirtschaft im deutschen Osten benachteiligt. Darin liegt ein wichtiger Grund für die Radikalisierung der oldenburgischen Landwirtschaft in der sog. Landvolkbewegung. Die Generalversammlung des Oldenburger Bauernvereins in Cloppenburg am 7. November 1930 artikulierte den Widerspruch zwischen dem staatlich gestützten Getreideanbau und der ungestützten Veredelungswirtschaft in der Brüningschen Agrarpolitik und mahnte einen zollpolitischen Kurswechsel an.[540] Der prominenteste Redner auf dem "Bauerntag in Cloppenburg" war der Präsident des Verbandes Deutscher Bauernvereine, der ehemalige Reichsernährungs- und Reichsfinanzminister Andreas Hermes, der dem Zentrum angehörte. In Anwesenheit von Staatsminister Dr. Driver, Amtshauptmann Dr. Brand, Bürgermeister Heukamp, Dechant Hackmann als Vertreter der Geistlichkeit und Bauer Meyer-Holte vom Vorstand des Cloppenburger Bauernvereins bekannte sich Hermes zur Bildung der "Grünen Front" und unterstrich ihren parteipolitisch neutralen Charakter. Energisch setzte er sich für einen zoll- und steuerpolitischen Schutz der einheimischen Veredelungswirtschaft ein:

> "Die 'Grüne Front' hat sich nie im Gegensatz zu jenen politischen Parteien gesetzt, die für ihre berechtigten Forderungen Verständnis zeigten. **Parteipolitik hat in der Organisation nichts zu suchen. Hier kommen nur rein wirtschaftliche Fragen zur Sprache.** Maßnahmen zum Schutz des Getreidebaues sind getroffen und erreicht wor

[539] SCHAAP, Endphase, S. 169.
[540] LV vom 20.9.1930. Eine Möglichkeit, durch Zölle den Roggenpreis zu stützen, bestand nach Ansicht der Landvolkzeitung nicht, da die Roggeneinfuhr völlig eingestellt war. Eine Stützung des Roggenpreises durch Exportförderung war nicht durchführbar, da die Sowjetunion "zu noch nie dagewesenen Preisen" ausführte. 1930 war das Reich zur Stützung des Getreidemarktes übergegangen, der vor allem durch den Ankauf von Roggen entlastet werden sollte.

> den. Jetzt muß es unsere erste Aufgabe sein, auch die Veredelungswirtschaft rentabel zu gestalten. Hier muß vor allen Dingen auch der Bauernverein mithelfen. Alle Verbände müssen zusammenstehen, um das zu erreichen."[541]

Hermes täuschte sich über die politischen Absichten der "Grünen Front" leicht hinweg. Sie hatte nach seinen Worten "der Oeffentlichkeit das Bild eines einigen Bauernstandes" zu geben und sich "der engen Schicksalsverbundenheit des ganzen Volkes bewußt" zu bleiben, nach dem Motto:

> "Agrarnot ist allerdings Volksnot."[542]

Je konsequenter die zollpolitische Stützung des deutschen Getreidemarktes durch die Regierung Brüning, die insgesamt "eine positive Agrarpolitik eingeleitet" habe, Platz greife, desto notwendiger sei jetzt ein angemessener Zollschutz für die Produkte der Veredelungswirtschaft. Wenn die Zolltarife für Getreideimporte fielen, verlagere sich nur das agrarökonomische Gefälle zwischen dem Osten und dem Westen:

> "Je mehr der Osten den Roggen nicht absetzen könnte, in desto größerem Maße wandere er im Osten in die Schweinemast. Damit würde die Gefahr einer noch verschärften Ueberproduktion an Schweinen näher gerückt. 'Schlimmer als das Polenschwein wäre dann das deutsche Schwein.' Wäre das Schwein das noch lohnende Produkt, dann hätte es keinen Zweck, der Landwirtschaft zu empfehlen, die Schweinehaltung abzuschaffen."

Der Getreidezoll sei notwendig, weil im Osten "die Gefahr des völligen Zusammenbruchs ungeheuer groß" sei, aber nun müsse "eine entsprechende Relation zwischen den Zöllen für die Futtermittel einerseits und für Schweine und Fleisch andererseits" hergestellt werden:

> "Jetzt muß die Stunde der Veredelungswirtschaft kommen, - auch in der Grünen Front!"

So unterschätzte Hermes auch die politische Gefahr, die von der ostelbischen preußischen Landwirtschaft ausging, und glaubte noch an den unpolitischen Charakter der Reichsbauernfront. Trotz der Nachteile, die der Futtergerstenzoll für die oldenburgische Veredelungswirtschaft mit sich bringe, warnte er auf der Generalversammlung des Oldenburger Bauernvereins vor einem Abgleiten der

---

[541] LV vom 9.11.1930.
[542] OV vom 9.11.1930, auch zum folg.

Protestbewegung in den politischen Extremismus. Das sei nicht das Ziel der "Grünen Front":

> "Die Not treibt zwar viele dem Radikalismus in die Arme, der erst alles zerstören will, um dann aus den Trümmern das neue Reich zu bauen. Das hilft der Landwirtschaft nicht. Man muß trotz aller Not stets die Nüchternheit bewahren."

Um die Geschlossenheit des Landvolkes zu erhalten, hätten sich die berufsständischen Organisationen zur "Grünen Front" zusammengeschlossen und alles zurückgestellt, "was sonst trennend zwischen den einzelnen Organisationen stand".[543] Der Bauernverein hegte im Herbst 1930 offensichtlich noch die Hoffnung, daß die landwirtschaftlichen Organisationen die bäuerliche Revolte auf dem Lande kontrollierten. Die Deutschen Bauernvereine wahrten nach den Worten ihres Präsidenten Hermes in Cloppenburg ihr christliches Selbstverständnis und erwarteten nur auf dieser Grundlage eine Erneuerung des deutschen Bauernstandes, die nicht nur eine ökonomische Verbesserung seiner Lage, sondern auch eine moralische Hebung des ganzen Volkes versprach:

> "Der Bauer muß wieder werden ein freier Staatsbürger auf freier Scholle. Dazu müssen wir vor allen Dingen unsere Organisation, den Bauernverein, unterstützen. Er soll uns nicht nur materielle Vorteile bringen. Wir müssen ihn vor allen Dingen aufbauen auf christlicher Grundlage. Wir brauchen in unserem Vaterlande ein starkes christliches Geschlecht, ein christliches Bauerntum."[544]

Der Weg in die landwirtschaftliche Einheitsbewegung sollte nach dem Willen der Bauernvereine auf berufsständischer Grundlage erfolgen und unpolitisch bleiben. Die Generalversammlung des Oldenburger Bauernvereins verabschiedete in Cloppenburg eine Resolution, die den unpolitischen Prämissen in vollem Umfang entsprach:

> "Der Oldenburger Bauernverein richtet an die gesamte Bevölkerung und Vereine jeder Richtung, an die Presse aller politischen Parteien, die eindringliche Bitte, in der heutigen Zeit der Not alles im parteipolitischen Kampfe zu vermeiden, was die Einheitlichkeit im Oldenburger Münsterlande stören könnte und den politischen Zwist vergrößern würde. Parteipolitische Kämpfe müssen mit sachlichen Motiven ausgetragen werden und dürfen nicht dazu beitragen, die Bevölkerung auseinanderzureißen und die politischen Leidenschaften anzustacheln. Zu keiner Zeit war die Einmütigkeit der gesamten Bevölkerung notwendiger als heute."[545]

---

[543] LV vom 9.11.1930.
[544] LV vom 11.11.1930.
[545] Ebd.

Der Rückzug aus dem Verbands- und Interessenpluralismus und aus dem demokratischen Repräsentativsystem der Weimarer Republik, das für die Katastrophe mitverantwortlich gemacht wurde, war die Antwort der "Grünen Front" auf die Agrarkrise und die Protestbewegung. Der Staat sollte nicht mehr, wie es in den Verhältnissen einer parlamentarischen Demokratie der Fall war, den legitimen Besitzstand und das 'freie' Wirtschaften der alten Berufsstände zur Disposition stellen dürfen: Das war angeborenes Recht des Eigentümers, des Bauern, und fiel nicht in die Kompetenz parlamentarischer Majoritäten, staatlicher Organe und schon gar nicht in die der politischen Parteien. Große Teile des Landvolks distanzierten sich frühzeitig von den Weimarer Parteien, um mit ihnen nicht unterzugehen, und suchten ihr Heil in einer 'Bewegung' jenseits der Parteien und in einem Staat über den Parteien.

Die Krise wurde auch in der Ära der Präsidialkabinette nicht gelöst. Auf dem Vertretertag des oldenburgischen Zentrums am 8. Januar 1931 in Vechta richtete der Vorsitzende Alwin Reinke an Prälat Kaas, den "Führer der deutschen Zentrumspartei", der sich in Oldenburg in den Wahlkampf für die Reichspräsidentenwahl eingeschaltet hatte, in Anwesenheit von Staatsminister Driver, des Reichstagsabgeordneten August Wegmann, von Offizial Meyer und Dechant Hackmann aus Cloppenburg und der gesamten Landtagsfraktion des Zentrums einen eindringlichen Appell, die einheimische Landwirtschaft nicht im Stich zu lassen:

> "Ihr Besuch in Oldenburg fällt in eine Zeit schwerster Not und politischer Hochspannung. Tagtäglich ringen Hunderttausende von Volksgenossen um den notwendigsten Lebensunterhalt. Auch uns belasten schwere Sorgen. Die Landwirtschaft hat keine Einnahmen mehr. Die Schweinemast und Schweinezucht liegt danieder. Die übrigen Veredelungsprodukte müssen nahezu verschleudert werden, und darum geht es auch dem von der Landwirtschaft abhängigen Mittelstand sehr schlecht. Wir hörten von ihnen gerne Worte der Hoffnung und der Besserung."

Kaas machte in Vechta keine agrarpolitischen Versprechungen, sondern forderte die Teilnehmer an der Kundgebung auf, "die Wirklichkeit zu sehen, wie sie ist". Wahrhaftigkeit sei in dieser Stunde "mehr als je jedes Zentrumsmannes, jeder Zentrumswählerin doppeltes und heiliges Gebot". Konkret ging Kaas auf die Lage der Landwirtschaft in Oldenburg nicht ein, sondern grenzte sich gegen die nationalsozialistische Führung ab, der er - ohne sie direkt zu erwähnen - eine Politik verführerischer Illusionen vorwarf:

> "**Was uns helfen kann heute, ist nicht die Morphiumspritze der Illusionen**, sondern der, wenn auch bittere T r a n k der W a h r h a f t i g k e i t. [...] Und leider auch heute

> zeigt sich der unausrottbare Hang, eher denen zu folgen, die angenehme Wunschträume entwickeln, als denen, die den Mut zur Wahrhaftigkeit und zur Wirklichkeit haben. Dieser Hang feiert heute Triumphe [...]."[546]

Mit diesen Worten warb Kaas zwar für die Agrar- und Außenpolitik Brünings, wies aber keinen Ausweg aus der Krise auf. Die Enttäuschung konnte in Südoldenburg nicht ausbleiben. Eine Notkundgebung der Heuerleute, Pächter und Siedler in Cloppenburg am 4. Dezember 1932 protestierte erneut gegen die "verfehlte Agrarpolitik, welche mit dem Namen Schiele verknüpft sei", und monierte vor allen Dingen die zolltarifliche Benachteiligung der Veredelungswirtschaft, die besonders die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe treffe. Nach Auffassung der Kundgebung hätte sich die Krise "in diesem Maße" durch eine ausgeglichene Zollpolitik vermeiden lassen. Die Ursache sei also in der deutschen Zollpolitik zu sehen, die "die Ausgeglichenheit schon der Industrie= und Agrarzölle zueinander, insbesondere auch der Zölle der Agrarprodukte untereinander sowohl in der Vorkriegszeit, erst recht aber in der Nachkriegszeit vermissen" lasse.[547] Die Regierung Brüning reagierte zu spät und nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit auf die sich verschärfende Krise der bäuerlichen Veredelungswirtschaft und konnte die politischen Folgen der Agrarkrise in Oldenburg nicht mehr abwenden. An Warnungen fehlte es nicht. Dr. Franz Driver, Minister des Innern, des Handels und des Verkehrs, unterstützte die Forderungen der oldenburgischen Landwirtschaft und plädierte für "ein angemessenes Verhältnis zwischen den Preisen für Getreide und Futtermittel einerseits und Vieh und tierischen Erzeugnissen andererseits". Vor dem Hintergrund der Selbsthilfebewegung im Landvolk, die von der radikalen Landvolkpartei getragen wurde, riet er zur Mäßigung und warnte vor den politischen Folgen, wenn die Wirtschaftskrise eskaliere und "in ihren Auswirkungen unübersehbare Nachteile für die oldenburgische Landwirtschaft unvermeidbar sein werden". Driver appellierte eindringlich an die Generalversammlung des Oldenburger Bauernvereins in Cloppenburg, zur Lösung der schwierigen agrarpolitischen Probleme nicht einseitig auf die Selbsthilfe zu setzen, sondern auch das Bemühen des Staates anzuerkennen:

> "Bei den ungetrübten und engen Beziehungen, die Gott sei Dank in Oldenburg zwischen Regierung und Landwirtschaft bestehen, darf ich annehmen, daß Ihnen allen bekannt ist, daß die oldenburgische Regierung stets und bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Wahrung der Interessen der oldenburgischen Landwirtschaft eintritt und

---

[546] OV vom 9.1.1932.
[547] OV vom 5.12.1932.

zu ihrer Förderung auch aus eigenen Mitteln alles tat, was in ihren, leider nur schwachen Kräften liegt."[548]

Am 1. Dezember 1931 machte die Landwirtschaftskammer Oldenburg in einem Schreiben an den Reichsfinanzminster und Reichskanzler darauf aufmerksam, daß immer noch keine Entscheidung über den dringlichen Antrag vom 24. August 1931 gefallen sei, Oldenburg zum Notstandsgebiet zu erklären. Dieses Telegramm beantwortete das Reichsernährungsministerium am 12. Dezember 1931 mit dem lapidaren Hinweis auf die Bestimmungen der jüngsten Notverordnung. Im April 1932 wandte sich der Landbund Oldenburg-Bremen über das Staatsministerium mit der Bitte an das Reich, Oldenburg zum Notstandsgebiet zu erklären und in die Osthilfe einzubeziehen. Aufgrund des Zusammenbruchs der Viehpreise, die nur noch 60 % des Vorkriegsniveaus erreichten, sei die Lage der oldenburgischen Landwirtschaft "mindestens ebenso schlimm wie die in Ostpreußen und in den anderen östlich der Elbe gelegenen Gebieten". Das Staatsministerium erklärte sich bereit, in dieser Frage erneut bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, erwartete aber von der Ausdehnung der Osthilfe keine nachhaltige Verbesserung der Lage, die seiner Meinung nach nur von einer "gründlichen und wirksamen Umkehr der deutschen Agrarpolitik zu Gunsten der Veredelungswirtschaft und in Verbindung mit einer Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftslage zu erwarten" sei.[549] Diese blieb jedoch aus, und die autoritären Kabinette in Berlin und Oldenburg verloren in der agrarpolitischen Frage den Wettlauf mit der Zeit. Am 29. Mai 1932 wählte Oldenburg die NSDAP in die parlamentarische Mehrheit und brachte Ministerpräsident Röver an die Macht.

Die Revision der Reparationen war das Hauptziel der Brüningschen Politik, das den Deflationskurs des Kanzlers nachhaltig bestimmte. Das reparationspolitische Ziel, die endgültige Streichung der Zahlungen, wurde nach der Demission Brünings erreicht und kam der demokratischen Republik nicht mehr zugute.[550] Aus dem Primat der Reparationspolitik ergaben sich auch die agrar- und zollpolitischen Vorgaben für das Kabinett Brüning. Die reparationspolitischen Motive der Agrarpolitik Brünings wurden nicht hinreichend transparent gemacht, sie waren schwer zu vermitteln und in der politischen Öffentlichkeit von sekundärem Interesse, fühlten sich doch große Teile der oldenburgischen Bauernschaft "schlicht vom ‘System’ zugunsten industrieller

[548] OV vom 9.11.1930.
[549] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 176f.
[550] MEYER, Reparationspolitik, S. 341f.

und großagrarisch-ostelbischer Interessen ‘verkauft’ und kehrten diesem Staat deshalb den Rücken". Der einseitige Agrarprotektionismus der Regierung Brüning erwies sich als kontraproduktiv, weil mit ihm ein wichtiges deutsches Argument im Kampf gegen die Reparationen entfiel. Deshalb fügte sich eine Erhöhung oder Stabilisierung der Lebensmittelpreise durch neue Zolltarife nicht in das außenpolitische Konzept der Regierung Brüning, die die Frage der Zölle für die deutsche Veredelungswirtschaft primär unter reparationspolitischen Gesichtspunkten betrachtete.[551] So war eine Umkehr der deutschen Agrarpolitik zugunsten der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, die eine weitere Radikalisierung der oldenburgischen Bauernschaft unter bestimmten Umständen noch hätte verhindern können, so gut wie ausgeschlossen. Außerdem waren die politischen Prioritäten zugunsten der deutschen ‘Osthilfe’ festgelegt und mußte sich Brüning aufgrund seiner Abhängigkeit vom Reichspräsidenten in Oldenburg zu Recht eine einseitige Bevorzugung der Getreidewirtschaft in den östlichen Provinzen des Reiches nachsagen lassen. Die Krise der Landwirtschaft und die Anfänge der politischen Radikalisierung des alten Mittelstandes im Freistaat gehen allerdings auf die Zeit vor Brüning zurück. Daß die politische Mobilisierung des Landvolks "derartig systemsprengende Formen" annahm, ist aber auch "auf die Rigorosität der Brüningschen Reparations- und der mit ihr eng verbundenen Wirtschaftspolitik zurückzuführen, zumal diese auf Stimmungen und Popularität nicht die geringste Rücksicht nahm".[552] Aus dieser fundamentalen Enttäuschung sind die antikapitalistischen Tendenzen in der konservativen "Systemkritik" der nationalen Opposition zu erklären, die in ihrer Propaganda die Angst der Bevölkerung vor dem wirtschaftlichen Niedergang ausbeutete.

[551] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 168ff.
[552] Ebd., S. 177f.

4. Militante Landvolkbewegung und politischer Extremismus in Südoldenburg von 1928 bis 1932/33

4.1. Einleitung

Die größte politische Herausforderung für das katholische Milieu in Südoldenburg vor dem Machtantritt der NSDAP im Freistaat am 16. Juni 1932 bildete die radikale Landvolkbewegung, die zur Bildung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei auf dem rechten Parteienspektrum in Oldenburg führte. Die Gründung dieser Interessenpartei, die aus der anhaltenden Agrarkrise erwachsen war, beschwor für das traditionelle Zentrum eine kritische Konkurrenzsituation herauf und führte zu einer Spaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg, das seine durch den konfessionellen Primat oktroyierte politische und gesellschaftliche Geschlossenheit verlor.

Das Dilemma des südoldenburgischen Konservatismus unter der historisch gewachsenen Führung des Zentrums kam seit 1927/28 besonders durch die Landvolkbewegung zum Ausdruck, die als Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei am parlamentarischen Leben partizipierte, aber als politische Bewegung - vergleichbar mit der NSDAP - ihre Aufgabe darin sah, die von den demokratischen Parteien getragene parlamentarische Demokratie von Weimar zu überwinden und durch ein autoritäres System zu ersetzen. Darüber wollte sie noch eine Einigung unter den politischen Kräften auf der nationalen Rechten erzielen. Ob das Zentrum als traditionelle Partei der Mitte auch zu diesen Kräften zu zählen sein würde, mußte die politische Zukunft der ausgehenden Weimarer Republik noch zeigen.

Die Bewegung im Landvolk und die Gründung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei waren ein erster Erfolg der konservativen Gegenrevolution im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs. In das konservative Lager, das sich politisch mehrheitlich weiterhin um das Zentrum sammelte, fanden die Anhänger dieser "Bewegung" in ihrer Mehrzahl nicht wieder zurück. Sie blieben politisch außerhalb des katholischen Milieus und schlossen sich der nationalsozialistischen Bewegung als kleinerer Teil des größeren Ganzen an. Gutgläubige Konservative waren zu Opfern der konservativen Gegenrevolution geworden. Geistig vorbereitet und politisch disponiert waren die großen Wahlerfolge der NSDAP und der Rechtsparteien überhaupt durch vielfältige völkische Strömungen, zu denen auch die Landvolkbewegung zählte.

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Feststellung Dieter Oberndörfers, daß die völkische Nation "von der Vorstellung einer homogenen, für alle verbindlich definierbaren und vor Verunreinigung durch fremde Elemente zu bewahrenden 'nationalen Kultur'" ausgeht, die mit den aufgeklärten Prinzipien einer auf kulturellem Pluralismus beruhenden demokratischen Staatsbürgernation nicht vereinbar ist. Die Demokratie von Weimar war wie andere europäische Nationalstaaten eine Mischung aus Nation und Republik, konnte aber "die Spannung zwischen dem Partikularismus der Nation und dem weltbürgerlichen Universalismus des demokratischen Verfassungsstaates" nicht erfolgreich ausgleichen, weil es an der politischen Aneignung republikanischer Werte und Normen mangelte. Die "kulturelle Homogenität der völkischen Nation", das zeigt auch die Geschichte der deutschen Nation in der Zeit der Weimarer Republik, war immer nur eine fiktive, ein Akt identitätsstiftender "Selbsthomogenisierung".[553] Als eine solche Fiktion mußte sie öffentlich unaufhörlich besprochen und bekannt werden, damit sie nicht ihre politische Anziehungskraft verlor. Denn die Nation legitimiert ihre eigene Existenz aus der fortgesetzten kollektiven Abgrenzung nach innen wie nach außen. Daran zerbrach die auf Offenheit und weltanschaulich-kulturelle Pluralität - auch auf konfessionelle Toleranz - angelegte Gesellschaft der Weimarer Republik, die auf die Einhaltung und Übung republikanischer Tugenden angewiesen war. Denn im Gegensatz zum Nationalstaat gründet die Zugehörigkeit zur Republik nicht "auf bloßer Abstammung und unfreiwilliger Einbindung in den mystischen Leib der Nation, sondern auf der Zustimmung der Bürger zur republikanischen politischen Ordnung und ihren Werten".[554] Daran mangelte es bekanntlich schon bald in der Weimarer Republik. Uwe Puschner sieht im Begriff "völkisch" ein deutsches Synonym für "national" und erkennt in den Kriterien Sprache, Rasse und Religion Schlüsselbegriffe der völkischen Weltanschauung. Mit Kapitalismus, Industrialismus, Materialismus, Kosmopolitismus und Liberalismus, mit Massenkultur und westlicher Zivilisation ließen sich "nach völkischer Überzeugung die Geißeln der Gegenwart benennen, die den sogenannten deutschen Verfall verantworteten". In der Großstadtkultur, die "Unnatur" war, verflüchtigten sich nach völkischer Auffassung "kulturelle und gesellschaftliche Traditionen ebenso wie überkommene (Familien-)Werte, hier verfielen Sitte und Moral" und war der Ort für "unkontrollierte Rassenmischung".[555] In der Großstadt war auch

[553] OBERNDÖRFER, Deutschland, S. 682ff.
[554] OBERNDÖRFER, Wahn, S. 14.
[555] PUSCHNER, Heimat, S. 29ff. Dieter Oberndörfer zählt zu den "ideologischen Bausteinen" des Nationalstaates neben Sprache, Volk (Rasse) und Religion auch die Geschichte, der eine

kein Christentum mehr. So stieg der deutsche Bauer zum völkischen Mythos einer intakten, von der Zivilisation noch nicht angekränkelten Kultur in der Heimat auf dem Lande auf und wurde von den vielfältigen Gruppierungen der nationalen Rechten als Heros einer neuen Zeit politisch vereinnahmt. Unter diesen mentalitäts- und kulturgeschichtlichen Voraussetzungen, die auch in Südoldenburg anzutreffen waren, stellte der radikale Parteiwechsel, den viele Wähler vollzogen, keinen abrupten Bruch mit ihrer bisherigen Einstellung dar, wie es den Anschein haben konnte. Der Übergang zur NSDAP war der letzte Schritt "einer lange angebahnten Loslösung von der politischen Gedankenwelt des demokratischen Liberalismus", die sich vor dem Hintergrund der politisch nicht bewältigten Agrarkrise vollzogen hatte.[556]

Die Landvolkbewegung in Südoldenburg war eine politische Rebellion, deren antirepublikanische Zielsetzungen von den selbsternannten "Führern" der Bewegung unmißverständlich erklärt wurden. Die konspirativen Methoden der Bewegung und ihre legale demokratische Repräsentation durch die Landvolkpartei lähmten die oldenburgische Staatsregierung, die vom Landesblock und Zentrum getragen wurde und - ein 'Rechtsbündnis' - der politischen Herausforderung nicht gewachsen war. Den Bauern ging es wirtschaftlich schlecht, wie vielen anderen Berufsgruppen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, aber es war letztlich nicht die Not, die das Landvolk dissidieren ließ, sondern die mangelnde Identifizierung mit der parlamentarischen Demokratie. Sie konnte die Bauern nicht an die Republik von Weimar binden, die der Korrektur durchaus bedürftig und unter anderen Umständen auch zu ihr fähig gewesen wäre. Dazu fehlte es an einem breiten politischen Konsens.

4.2. Berufsständische Verbände als Träger der Protestbewegung

Träger des mittelständischen Protestes, der sich seit 1927/28 in der Landvolkbewegung organisierte, waren in Südoldenburg berufsständische Organisationen in der Landwirtschaft und im Handel. Zur verstärkten Wahrung ihrer Interessen erfolgte nach dem Ersten Weltkrieg die Bildung des Südoldenburger Landbundes, der sich aus der Aktionseinheit mit Nordoldenburg zunehmend löste. Am 10. Juli 1919 wurde der "Oldenburger Bauernverein" gegründet, "der

---

"gemeinschaftsstiftende Funktion" in der deutschen Geschichte aber nur dann zukam, wenn sie als "Vehikel für die Entfaltung ethnischer Nationen" diente. (OBERNDÖRFER, Wahn, S. 26)

[556] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 150.

sich dem Zusammenschluß der regionalen christlichen Bauernvereine für das Reichsgebiet anschloß und die Vertretung der bäuerlichen Interessen gegenüber dem Parlament und der Regierung wahrnahm".[557] "In kritischer Zeit für Vaterland, Volk und Berufsstand" wurde nach den Worten der Vechtaer OV aus dem Jahre 1929 der Bauernverein ins Leben gerufen, denn "zu Ende 1918 und Anfang 1919 drohte auch über die Landwirtschaft das Chaos hereinzubrechen". Als die "Wogen der destruktiven Zeit" für politische Unruhen sorgten, hätten "weitblickende Männer in Süd=Oldenburg" erkannt, "daß der freiwillige Zusammenschluß des Landvolkes zu einer festgefügten, freien wirtschaftspolitischen Organisation unter Ausschaltung alles Trennenden, Haupterfordernis wäre, um der Landwirtschaft Lebensraum, erträgliche Existenz und Gleichberechtigung zu wahren und zu erhalten".[558] Mit diesen Worten würdigte die Vechtaer OV das zehnjährige Bestehen des Oldenburger Bauernvereins. Skeptisch blickte sie 1929 in die Zukunft der Landwirtschaft und rief den Mythos des unabhängigen Bauerntums, das sich von seiner "Scholle" nicht so leicht vertreiben läßt, in Erinnerung:

> "Dunkel ist auch die Zukunft der heimischen Landwirtschaft. Schwer lastet auf jedem, der die Scholle bebaut, die Sorge um das Morgen. Weit schwerer als einst ist heute das Ringen um die 'freie Hufe' der Bauern in Niedersachsen. Das Ziel, auch dem Berufsstande, der des Volkes Nahrung schafft, für seine Arbeit den verdienten Lohn zu sichern, ist des Kampfes wert."[559]

Am 7. November 1930 kam die Generalversammlung des Oldenburger Bauernvereins nach Cloppenburg und warnte vor einer politischen Eskalation der Wirtschaftskrise, die "den Nährboden für radikale Strömungen" abgebe.[560] Die christlichen Bauernvereine hielten auch in der Krise an ihrem Konzept der 'unpolitischen' Interessenvertretung fest und operierten aus einem christlichen Standesdenken, das den politischen Anstürmen der Zeit nicht mehr gewachsen war. Ein Bekenntnis zur Demokratie von Weimar haben sie nicht abgelegt.

Aufgrund der spezifischen Betriebsgrößenstruktur wurde bereits 1919 in Südoldenburg der "Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe" gegründet und mit seiner Geschäftsleitung der Vechtaer Anton Themann betraut.[561]

---

[557] GERTKEN, Landwirtschaft, S. 107.
[558] OV vom 14.7.1929.
[559] Ebd.
[560] OV vom 9.11.1930.
[561] AUMANN, Themann, S. 235f.

Anton Themann wurde am 18. September 1886 in Düpe bei Steinfeld als fünftes Kind einer Heuerlingsfamilie geboren. Nach dem Besuch der Volksschule in Mühlen heuerte er auf einem Heringskutter an und fuhr sieben Jahre zur See. Im Jahre 1908 nahm er ein Studium auf der Missionsschule in Greve (Holland) auf, das er bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges aufgeben mußte. Nach dem Krieg gehörte Themann zu den Mitbegründern des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe und war bis zur Auflösung des Verbandes 1933 geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Die Forderung der Verbandsmitglieder nach einem Versicherungsschutz für den Krankheitsfall wurde am 1. November 1927 erfüllt, als Satzungen und Tarife der "Bäuerlichen Krankenkasse" vom Vorstand gebilligt wurden. Trotz politisch motivierter Repressionen durch die NS-Regierung konnte die Krankenkasse erhalten werden und ist heute unter dem Titel "Alte Oldenburger - Landvolk Krankenversicherung V.V.a.G." überregional vertreten. Von 1927 bis 1961 war Anton Themann geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Krankenkasse. Er erwarb das Gut Calhorn und den Carolinenhof bei Barßel und konnte hier eine größere Zahl von Heuerleuten und Kleinlandwirten ansiedeln. Auch reiste er 1924 im Auftrag des Verbandes nach Brasilien, um Siedlungsflächen für auswanderungswillige Kleinbauern auszumachen, die von mehreren Heuerleuten aus Südoldenburg auch tatsächlich angenommen wurden. Als Mitglied der Zentrumsfraktion gehörte Themann von 1924 bis 1933 dem oldenburgischen Landtag an. Nach eigenem Bekunden ließ sich Themann als "Vertreter der Kleinlandwirte" in den oldenburgischen Landtag wählen. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er im Rahmen der "Aktion Gewitter" am 23. August 1944 ohne Angabe eines Grundes verhaftet und in das Gefängnis auf der Kälbermarsch in Vechta gebracht. Im Polizeigefängnis in Oldenburg-Osternburg traf er auf den geistlichen Oberstudienrat Wempe, den ehemaligen Fraktionsführer der Zentrumspartei im oldenburgischen Landtag, und den Zentrumsabgeordneten Hermann Bitter, den späteren Landrat des Kreises Cloppenburg. Themann hegte den Verdacht, daß die Gestapo sie mit den Männern des 20. Juli 1944 in Verbindung brachte. Nach der Entlassung von Wempe und Bitter blieb Themann im Polizeigefängnis, in dem damals schon 350 Personen einsaßen. Einer Deportation nach Sachsenhausen konnte er entgehen. Im Februar 1945 wurde Themann auf Ehrenwort entlassen. Unter großer Angst verbrachte er die verbleibenden Tage bis zum Einmarsch der britischen Truppen am 12. April 1945 in Vechta. Nach dem Kriege widmete sich Themann dem Aufbau der CDU im Kreise Vechta und gehörte dem durch die britische Besatzungsmacht ernannten oldenburgischen Landtag an. 1947 übernahm er ein Mandat im ersten frei gewählten niedersächsischen Landtag. Anton Themann starb am 4. April 1965 bei einem Besuch seiner Tochter in Bensberg.[562]

Ausdrücklich betonte Themann für seinen Verband die parteipolitische Neutralität, die vor allem auch in Zeiten der Wirtschaftskrise zu gelten habe, und lehnte jeden Versuch politischer Einflußnahme ab.[563] Aber die bäuerlich-mittelständischen Organisationen, die im agrarisch geprägten Südoldenburg die

[562] Pfarrchronik, Vechta, o. S.: Erinnerungen von Anton Themann, Mitglied des Niedersächsischen Landtages; AUMANN, Themann, S. 235f.
[563] OV vom 4.9.1929.

einflußreichsten Standesvertretungen waren, dienten am Ende der Weimarer Republik als politischer Resonanzboden der oldenburgischen Agraropposition, verfielen aufgrund ihres konfessionellen Primats aber nicht der politischen Radikalisierung, wie sie im Norden des Freistaates um sich griff. Einen autoritären Verfassungswandel auf legalem Wege schlossen die christlichen Bauernvereine ebenso wenig aus wie das Zentrum, dem sie politisch nahestanden.

4.2.1. Die Bildung der "Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg": "Vor dem Kriege lebten wir glücklicher."

Noch unter dem Eindruck von Inflation und Währungsreform wurde im Jahre 1924 die "Südoldenburger Kaufmannsgilde" gegründet, die ihre Arbeit unter das Motto "Ehrlich im Handel, christlich im Wandel" stellte. Amtshauptmann Haskamp (Vechta) interpretierte den Wahlspruch der "Südoldenburger Kaufmannsgilde", die sich als letzter Berufsstand organisiert hatte, als Bekenntnis zu einem traditionsbewußten christlichen Standesethos:

> "Auch in der zurückliegenden Zeit, in der die Ehrlichkeit manchmal verwischt wurde, haben die Südoldenburger Kaufleute im allgemeinen ihren Schild stets blank und rein erhalten. Möge das auch in Zukunft überall so sein. Dann werden mit Gottes Hilfe auch bessere Zeiten wieder kommen."[564]

Auf dem Südoldenburger Kaufmannstag am 24. September 1925 in Vechta pflegte der Vorsitzende, Kaufmann Roter aus Cloppenburg, romantische Erinnerungen an die 'gute alte Zeit' vor dem Ersten Weltkrieg, die die demokratische Gegenwart der Nachkriegszeit als politisches Trauma erscheinen ließen:

> "Vor dem Kriege lebten wir glücklicher. Wenn früher ein Kaufmann seine Pflicht tat, fleißig und solide war, dann konnte er, wenn er nicht gerade vom Unglück verfolgt war, ein verhältnismäßig sorgenfreies Dasein führen und im Leben weiterkommen. Aber heute, wo wir durch den verlorenen Krieg, durch Revolution, Inflation, Stabilisierung hindurchgegangen sind, und dadurch die meisten Kaufleute nicht nur ihr Kapitalvermögen, sondern zu einem großen Teil, wenn nicht ganz, ihr Betriebsvermögen verloren haben, stehen wir vor fast unlösbaren Aufgaben. [...] Daß der einzelne machtlos geworden ist, diese Gefahren zu meistern, das leuchtet ohne weiteres ein. Vor dem Kriege brauchten wir keine Organisation, aber heute ist sie zur bitteren Notwendigkeit geworden, besonders auch, da alle anderen Berufsstände sich mächtige Organisationen geschaffen haben [...]."[565]

---

[564] OV vom 26.9.1925.
[565] Ebd.

In der "Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg" schlossen sich der Oldenburger Bauernverein, Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, Bund der Eigner und Kleinlandwirte, Handwerkerbund - Bezirk Südoldenburg, die Christlichen Gewerkschaften und die Südoldenburger Kaufmannsgilde zu einer Aktionseinheit zusammen, die sich am 13. Oktober 1924 auf ihrer ersten gemeinsamen Tagung in Cloppenburg konstituierte. Im politischen Mittelpunkt sollte auf dieser Tagung "der Gedanke der Volksgemeinschaft und Schicksalsgemeinschaft" stehen.[566] Die Denkschrift dieser Arbeitsgemeinschaft an das oldenburgische Staatsministerium vom 17. Februar 1926 stellt ein Schlüsseldokument für die Sozial- und Wirtschaftsverfassung Südoldenburgs in der Weimarer Republik dar und artikuliert die Forderungen des einheimischen Mittelstandes zur Bekämpfung der anhaltenden Krise.

Die Denkschrift geht davon aus, daß die Wirtschaftskrise in den letzten Monaten "immer ernstere Formen" angenommen habe und die südoldenburgische Wirtschaft "ihre Existenz nicht aus eigener Kraft erhalten" könne, "wenn ihre Selbsthilfe von aussen her zerschlagen wird". Diese Selbsthilfe würde nach Einschätzung der Arbeitsgemeinschaft verhindert, "wenn der Staat nicht von sich heraus umgehend grundlegende Änderungen (Massnahmen und Unterlassungen) gesetzgeberischer und verwaltungstechnischer Art ergreift". Alle Initiativen, die vom Staat erwartet würden, müßten "die Wiederherstellung und Rentabilität der produktiven Arbeit im Auge haben". Deshalb forderte die Arbeitsgemeinschaft eine Revision der deutschen Zollpolitik und "ein schärferes Vorgehen der massgeblichen Stellen gegen Kartell= und Preisdiktatauswüchse". Weiterhin forderte die Arbeitsgemeinschaft "endlich eine Senkung der unerträglich hohen Bankzinsen" und "ganz besonders eine scharfe Milderung und Vereinfachung der Steuergesetzgebung". Sie ging davon aus, "dass allein die Steuerlasten gegenüber der Vorkriegszeit durchweg auf das 3 bis 4 fache angewachsen sind", und stellte einen Vergleich zwischen der Vor- und Nachkriegszeit an, der für die Weimarer Republik erwartungsgemäß negativ ausfiel:

> "Während die Rentabilität gegenüber der Vorkriegszeit durchweg erheblich gesunken ist, hat die steuerliche Belastung jetzt jedes tragbare Mass weit überschritten."[567]

Die Arbeitsgemeinschaft forderte, daß sich die kommende Vermögensbewertung "den tatsächlichen Vermögensverhältnissen in der Privatwirtschaft anzu

[566] OV vom 9.10.1924.
[567] StAO 39 - 18 620: Denkschrift S. 1-8, auch zum folg.

passen" habe und "bisher zu hoch gegriffene und nicht errechnete Werte" korrigiert würden. Hinter der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik vermutete sie politische Bestrebungen eines "Staatssozialismus, die sogenannte kalte Sozialisierung durch den Steuerfiskus", der die bestehende liberale Wirtschaftsordnung in eine sozialistische Planwirtschaft transformieren sollte. Mit besonderem Nachdruck setzte sich die Arbeitsgemeinschaft für die oldenburgischen Siedler und Kolonisten ein, für die die Kunstdüngerfrage eine entscheidende Rolle spielte. Sollte die Wirtschaftskrise und damit die Not der Kleinsiedler andauern, befürchtete die Arbeitsgemeinschaft, "so wird in absehbarer Zeit für die Siedler die Kunstdüngerbeschaffung völlig ausgeschlossen sein". Die Vereinfachung der Steuer- und Sozialgesetzgebung und der gesamten Verwaltungspraxis sollte begleitet sein von "einer Sparsamkeit und Einschränkung der öffentlichen Verwaltungen".

So konkret die Denkschrift auch im einzelnen gehalten war, so beschrieb sie doch Koordinaten, die die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des südoldenburgischen Mittelstandes in Bauerntum, Handwerk und Handel bestimmten. Sie standen unter der Priorität, "die Rentabilität der produktiven Arbeit" zu erhöhen und alles zu vermindern bzw. ganz auszuschließen, was sich der Realisierung dieses wirtschaftspolitischen Zieles in den Weg stellte. Dabei handelte es sich um ein angebotsorientiertes Wirtschaftsprogramm, das die Belastung der Wirtschaft durch die Steuer- und Sozialgesetzgebung auf ein Minimum einzuschränken versuchte. Im Begriff vom Staatssozialismus kam die Skepsis gegenüber der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Weimarer Republik zum Ausdruck, der pauschal eine "kalte Sozialisierung" nachgesagt wurde. So enthielt die Denkschrift sowohl antisozialistische als auch antikapitalistische Tendenzen. Diese wirtschafts- und sozialpolitische Positionsbeschreibung wurde bis zum Ende der Weimarer Republik nicht wesentlich modifiziert und trug im Zeichen der Weltwirtschaftskrise konzeptionell die konservative "Systemkritik" an der Weimarer Republik mit. Der oldenburgische Landtag sah sich außerstande, konkrete Maßnahmen einzuleiten, und reagierte hilflos mit der Ankündigung, "die Denkschrift der Regierung als Material zu überweisen". Der Ausschuß-Bericht begnügte sich mit der Feststellung:

> "Obwohl bei der Besprechung im Ausschuss auf die zeitige schlechte Wirtschaftslage fast aller Berufsgruppen hingewiesen wurde, hält er es nicht für tunlich, auf den ganzen in der Denkschrift aufgeworfenen Fragenkomplex einzugehen, erwartet vielmehr, dass die Staatsregierung alle erforderlichen Massnahmen ergreift, die notwendig sind,

um im Sinne der Denkschrift eine Besserung und Belebung der Wirtschaft herbeizuführen."[568]

Die Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg macht deutlich, daß die Wirtschaftskrise frühzeitig artikuliert und von den zuvörderst zuständigen politischen Organen, dem oldenburgischen Landtag und dem Ministerium, dilatorisch behandelt wurde. Dazu trug sicherlich auch die Struktur der oldenburgischen Fachministerien bei, die die Krise eher zu verwalten als sie aktiv zu bekämpfen imstande waren. Die Kompetenzen und finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten des Freistaates waren ohnehin gering, und die Mehrzahl der Forderungen, die die Arbeitsgemeinschaft erhoben hatte, berührte die Zuständigkeit des Reiches. Aber die hinhaltende Reaktion des Landtages trug Anzeichen einer politischen Passivität und setzte die demokratischen Institutionen und Organe schon früh dem Verdacht eines mangelnden Krisenmanagements aus. Ihre politische Funktionsfähigkeit wurde zusehends in Frage gestellt - eine politische Erfahrung, die später radikal gegen die Weimarer Republik ausgelegt wurde. Die Radikalisierung des Landvolks und der Aufstieg der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei ist mit auf die Enttäuschung zurückzuführen, die die zaghafte politische Reaktion auf die Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg ausgelöst hat.

4.3. Der Aufbruch der Protestbewegung in Oldenburg

Die Protestbewegung des oldenburgischen Landvolks entstand in den südlichen Ämtern Vechta und Cloppenburg, hier besonders im Süden des Amtes Cloppenburg, und verlagerte Mitte des Jahres 1929 "erst im Zeichen der verschärften Not in den Marschgebieten" ihren Schwerpunkt in den Norden des Landes. Dabei geriet sie zusehends unter die Regie völkischer und nationalsozialistischer Agitatoren.[569] Landvolkführer aus Schleswig-Holstein unterstützten die politische Agitation vor allem im Norden des Landes. Die Bewegungen in Schleswig-Holstein und Oldenburg wiesen zahlreiche organisatorische Parallelen und ideologische Übereinstimmungen auf.

---

[568] StAO 39 - 18 620: Bericht des Ausschusses I zu der Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Südoldenburg, eingegangen am 25.6.1926.
[569] ROGGE, Republik, S. 226.

4.3.1. Präzedenzfall Schleswig-Holstein: "Es gibt nur eins, [...] daß man seine Mitarbeit darauf einstellt, dieses System zu beseitigen."

Die ersten spektakulären politischen Auswirkungen der Agrarkrise zeigten sich in Regionen, wo die landwirtschaftliche Produktion auf einem betriebswirtschaftlichen hohen Niveau stand, ein ausgeprägtes Maß an Spezialisierung aufwies und deshalb äußerst konjunkturempfindlich reagierte. Das war generell in der kapitalintensiven Viehwirtschaft in Norddeutschland der Fall. Zu diesen Agrarräumen zählte auch Schleswig-Holstein, wo die Agrarkrise bereits in den Jahren 1926 bis 1928 eskalierte. Das "Landvolk" war in Schleswig-Holstein nicht Partei, sondern Bewegung, die - wie in Südoldenburg - von einflußreichen größeren Bauern getragen wurde.[570] Die Kehrseite des Aufstiegs der NSDAP war in Schleswig-Holstein - wie in Oldenburg - der völlige Zusammenbruch des bürgerlichen Liberalismus, der vor dem Ersten Weltkrieg in Oldenburg eine Hochburg gehabt hatte.[571] Aufgrund der unterschiedlichen konfessionellen Verhältnisse galten in den katholischen Ämtern Südoldenburgs andere Gesetze.

Der Verlauf der Agrarkrise in Schleswig-Holstein zeigt deutliche Parallelen zu der in Oldenburg. Die Wiederherstellung der Produktionskapazität nach dem Ersten Weltkrieg war vorwiegend auf der Grundlage von Krediten aus öffentlichen Mitteln und Auslandskrediten erfolgt. Als sich seit 1926 das Verhältnis von Agrar- und Industriepreisen infolge der konjunkturellen Belebung in Deutschland zu Ungunsten der Landwirtschaft gestaltete, deutete die Zunahme von Zwangsversteigerungen in der marktorientierten Landwirtschaft Schleswig-Holsteins auf eine bevorstehende Katastrophe hin. Sie erreichte ihren Höhepunkt infolge der Weltwirtschaftskrise, als die sinkende Binnennachfrage 1930/31 einen Sturz der Rindvieh- und Milchpreise bewirkte, der die schleswig-holsteinische Vieh- und Milchwirtschaft in ihrer Existenz traf. Außenwirtschaftliche Ereignisse wie Ernteausfälle, Viehseuchen und Überschwemmungen beeinflußten den Krisenverlauf, der in seinen

---

[570] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 13. Unter dem Begriff "Landvolk" versteht Heberle "die Gesamtheit der auf dem flachen Lande lebenden Bevölkerung einschließlich der Kleinstadtbevölkerung, die ja zum großen Teil vom Lande stammt, von der Landbevölkerung ökonomisch abhängig ist und mit ihr in engem geistig-seelischen Verkehr steht."

[571] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 20. Wie in den evangelischen Ämtern und Städten Nordoldenburgs wurde die öffentliche politische Meinung in Schleswig-Holstein unmittelbar vor 1914 und nach 1918 von den Parteien der liberalen Linken und von der Sozialdemokratie repräsentiert, bevor sie seit 1927 zum Nationalsozialismus hinüberschwenkte: Schleswig-Holstein, eine ehemalige "Hochburg des Liberalismus", wurde seit 1930 ein Hauptstützpunkt des Nationalsozialismus.

negativen Auswirkungen die mit familieneigenen Kräften arbeitenden Betriebe am schwersten betraf. Die politischen Auswirkungen der Agrarkrise trafen das schleswig-holsteinische Bauerntum aufgrund seiner starken Marktabhängigkeit besonders schwer.[572]

Am 28. Januar 1928 kam es zu Massendemonstrationen von Landwirten in sämtlichen Kreisstädten Schleswig-Holsteins, an denen 140 000 Bauern und Angehörige des kleinstädtischen Bürgertums teilnahmen.[573] Die Bewegung der "Schwarzen Fahne" mit ihren "Nothilfe-Ausschüssen", an denen sich auch Stahlhelmer und Nationalsozialisten beteiligten, setzte sich vor allem gegen Zwangsversteigerungen zur Wehr. Auch in Schleswig-Holstein übte die Protestbewegung passiven Widerstand gegen die Versteigerung von Bauernhöfen aus, hinderte Gerichtsvollzieher an der Amtsausführung und überschritt zusehends den Rahmen des legalen Kampfes. Die Landbevölkerung erlebte innerhalb kurzer Zeit eine Radikalisierung, die sie in Konflikte mit den preußischen Behörden brachte.[574] Sprengstoffanschläge gegen Finanzämter machten die schleswig-holsteinische Landvolkbewegung im Deutschen Reich bekannt und wirkten hier nach Auffassung von Gerhard Stoltenberg "gleich einem ‘Menetekel’". Damit war "der Übergang von der Protest- zur Aktions- und Obstruktionsbewegung" vollzogen und stellte sich die Frage, "ob das politische Ergebnis der Agrarkrise, die verhängnisvolle Radikalisierung bis an die Grenzen ungesetzlicher Handlungen, überhaupt noch durch rein wirtschaftliche Maßnahmen aufzuheben sei".[575] Zu den führenden Repräsentanten der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein gehörten Bruno von Salomon, erster Hauptschriftleiter der schleswig-holsteinischen Landvolkzeitung, und sein Bruder Ernst von Salomon, ein Mitglied der "Schwarzen Reichswehr". Ernst von Salomon hatte we

[572] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 118-133.
[573] STOLTENBERG, Landvolk, S. 111ff.; HEBERLE, Landbevölkerung, S. 154f. Die Forderungen, die auf den Kundgebungen erhoben wurden, bezogen sich auf die Handels-, Kredit- und Steuerpolitik und richteten an die politischen Parteien die Mahnung, bei den bevorstehenden Wahlen für eine angemessene Vertretung der Landwirtschaft auf ihren Listen zu sorgen. Die Demonstrationen, die von einem Aktionsausschuß vorbereitet wurden, machten auch die Unzufriedenheit mit den berufsständischen Organisationen, dem Landbund und dem Bauernverein, deutlich und ließen den Wunsch nach einer Einheitsorganisation der gesamten Landwirtschaft erkennen.
[574] STOLTENBERG, Landvolk, S. 137ff.
[575] STOLTENBERG, Landvolk, S. 125ff.

gen seiner Beteiligung am Mord an Walther Rathenau mehrere Jahre Zuchthausstrafe erhalten und publizierte in einschlägigen völkischen Blättern.[576]

Die NSDAP sah in der Landvolkbewegung zunächst einen politischen Konkurrenten, wußte aber "die schroff oppositionelle Grundstimmung gegenüber der Regierungspolitik und dem demokratischen Staat" für sich zu nutzen.[577] Die Führer der Landvolkbewegung, die ideologisch eine "engste Verwandtschaft" mit dem Nationalsozialismus verband, strebten keine straffe Organisation an, um nicht bürokratisch zu erstarren, und dachten nicht daran, "selbst die Macht im Staate zu ergreifen". Sie sahen ihre Aufgabe allein "in der Erschütterung des bestehenden Systems", die sie mit allen Mitteln, legalen und illegalen, herbeizuführen suchten.[578] Die NSDAP nahm eine intransigente Haltung ein. Der Kreisleiter von Eiderstedt, Rechtsanwalt und Hofbesitzer Otto Hamkens, sagte Anfang April 1930 im Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag dem demokratischen System offen den Kampf an:

> "Wir gehen nicht in die kommunalen Körperschaften, um positive Mitarbeit zu leisten. Es gibt nur eins, und das ist, daß man seine Mitarbeit darauf einstellt, dieses System zu beseitigen."[579]

---

[576] STOLTENBERG, Landvolk, S. 132; POPPINGA, Bauern, S. 160-168; KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 66-68. Am 1. März 1929 übernahm Bruno von Salomon, der 29jährige Mitarbeiter rechsextremer Zeitschriften, die Hauptschriftleitung der Landvolkzeitung, die am 11. Januar 1929 erstmals erschienen war. Nach Darstellung von Stoltenberg gab Bruno von Salomon "im Verein mit einer Gruppe radikaler, völkischer, teilweise nationalkommunistischer Literaten", zu denen auch sein Bruder Ernst von Salomon zählte, dem Blatt "einen von glühendem Haß gegen die westliche bürgerlich-liberale Staats- und Gesellschaftsordnung bestimmten aggressiven Kurs."

[577] STOLTENBERG, Landvolk, S. 140.

[578] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 158. Antikapitalismus, Antisemitismus, ständische Ordnungsvorstellungen, Kulturpessimismus und Nationalismus waren auch die ideologischen Brücken zwischen der Landvolkbewegung und dem Nationalsozialismus. Onno Poppinga führt dazu aus: "Je sichtbarer die Schwäche der Landvolkbewegung wurde, desto schneller drang die NSDAP in die Dörfer ein. Ideologisch bestand zwischen Landvolkbewegung und NSDAP ohnedies kein großer Unterschied; die Unterschiede betrafen vor allem die Organisation und die Methode des Vorgehens. Das bedeutet nicht, daß die Landvolkbewegung als Teil der NSDAP angesehen werden kann." Zu den gemeinsamen Zielsetzungen von Landvolkbewegung und Nationalsozialismus stellt Poppinga kategorisch fest: "Dem Staat von Weimar, benannt als ‘das System’, galt der Kampf." (POPPINGA, Bauern, S. 166f.)

[579] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 162. In den Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtag waren am 17. November 1929 sieben Abgeordnete der NSDAP gewählt worden.

Die NSDAP profitierte von der organisatorischen Schwäche der Landvolkbewegung, die sich in der aktuellen Krise besonders bemerkbar machte, und übernahm im Herbst und Winter 1929/30 "eindeutig die Führung in der Willensbildung des Bauerntums". Dabei lag den meisten Anhängern der NSDAP "umstürzlerisches Denken in sozialer Hinsicht" weitgehend fern. Sie waren vielmehr "konservative Revolutionäre", die "ein von schwerverständlichen Entwicklungen und Mächten bedrohtes Erbe" verteidigten.[580] Diese Erfahrung ist auch in Südoldenburg zu beobachten. Der Schleswig-Holsteinische Land- und Bauernbund, der sich 1930 endgültig formierte, geriet zusehends unter nationalsozialistischen Einfluß. Dabei war zu beobachten, daß "die taktische Lage" der NSDAP gegenüber den Parteien, welche das parlamentarische System trugen, desto günstiger wurde, je schlimmer sich die Krise gestaltete und je mehr die staatliche Agrarpolitik versagte. Der "Taktik der Eroberung von innen", die die NSDAP in den Organisationen des bäuerlichen Mittelstandes anwandte und die bereits bei den Wahlen zur Landwirtschaftskammer im Oktober 1931 in Schleswig-Holstein zum Erfolg geführt hatte - der nationalsozialistisch infiltrierte Land- und Bauernbund stellte 31 von 35 Vertretern - sind nach Auffassung von Rudolf Heberle die Wahlerfolge der NSDAP in den Jahren 1931 und 1932 zuzuschreiben.[581]

Die politische Revolte des Landvolks in Schleswig-Holstein zeigte, daß die Politisierung in der Landwirtschaft im Zeichen einer eskalierenden Agrarkrise in der ersten Phase bei der bäuerlichen Landbevölkerung einsetzte und hier zu einem ersten Höhepunkt führte. Obwohl die "Landvolkbewegung" nach der Verurteilung ihrer Führer wieder zur Bedeutungslosigkeit herabsank, wirkten sich die Ereignisse des Jahres 1928 überaus negativ aus und entfalteten in Norddeutschland eine politische Signalwirkung. Ihr Sog erreichte Oldenburg, Hannover, Brandenburg, Pommern und Ostpreußen und wurde über die landwirtschaftlichen Organisationen, in diesem Fall über den Reichs-Landbund, umgesetzt. Noch bevor die Landvolkbewegung ihre ersten spektakulären Höhepunkte erreichte, wies der Reichs-Landbund die Regierung Marx im Schrei

---

[580] STOLTENBERG, Landvolk, S. 141, S. 177f. Nach Darstellung von Stoltenberg war die NSDAP eine "straff organisierte, aktive Minderheit" und damit fast konkurrenzlos der "Sprecher eines Bürger- und Bauerntums, dessen Denken verbittert um die Bewahrung oder Wiedergewinnung der bedrohten, teilweise schon verlorenen wirtschaftlichen Substanz kreiste". (S. 177)

[581] HEBERLE, Landbevölkerung, S. 161ff. Bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 errang die NSDAP in Schleswig-Holstein 27,0 % der Stimmen und bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 bereits 51,0 %. Diese Ergebnisse liegen deutlich über dem Reichsdurchschnitt der NSDAP: 1930: 18,3 %; 1932: 37,3 %. (HEBERLE, Landbevölkerung, S. 30: Tab. 4 und 5)

ben vom 21. Januar 1928 auf die starken Protestbewegungen in der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den genannten norddeutschen Ländern und preußischen Provinzen hin. Am 2. Februar 1928 überreichte die Berliner Zentrale des Reichs-Landbundes ein 22 Punkte umfassendes "Sofortprogramm", in dem neben einer Senkung der Steuer- und Schuldenlasten weitgehende zollpolitische Forderungen erhoben wurden. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, rief die Führung des Reichs-Landbundes die regionalen Landbünde am 28. Februar 1928 zu Steuerstreiks auf. Das war der Beginn einer Verbandspolitik, die die landwirtschaftlichen Organisationen und die bäuerliche Bevölkerung schnell in die Illegalität abdrängte.[582]

Die Agitation des Reichs-Landbundes im Februar 1928 leitete in Oldenburg eine neue Phase in der Protestbewegung ein, die das Landvolk politisch radikalisierte und es schließlich in die Opposition gegen das demokratische System führte. Auch die Bildung der "Grünen Front" im Februar 1929, der sich der Landbund Oldenburg-Bremen und die Bauernvereine Südoldenburgs, die sich als christliche Bauernvereine verstanden, anschlossen, konnte die Mobilisierung des Landvolks weder aufhalten noch kontrollieren. Einzelne "Notrufe" wie die des Landbundes vom 28. Juli 1929 trugen zu einer Verschärfung der angespannten Lage in Oldenburg bei. Die Bewältigung des Konflikts wurde in Zukunft immer weniger in den Grenzen des pluralistischen landwirtschaftlichen Verbandswesens und in der Auseinandersetzung mit den Parteien und gewählten Regierungen gesucht, sondern entglitt mehr und mehr der Kontrolle der Agrarverbände und fand immer stärker außerhalb des demokratischen Systems statt. Auf der großen "Notkundgebung des Landvolks" auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 wurden dahingehende Befürchtungen bereits geäußert. Aus der Protest- und Notbewegung des Landvolks wurde eine politische Bewegung gegen Weimar.

4.3.2. Die große "Notkundgebung des Landvolkes" auf dem Oldenburger Pferdemarkt: "Noch sind die Organisationen in die Bewegung eingeschaltet!"

Die zentrale "Notkundgebung des Landvolkes" auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 war der politische Höhepunkt einer Protestwelle des oldenburgischen Landvolks, die den Freistaat bereits 1927/28 erfaßte und

[582] GESSNER, Agrarverbände, S. 96ff.; MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 60f.

politisch lähmte. Im Vorfeld der Oldenburger Kundgebung fand in Südoldenburg eine Reihe lokaler Protestversammlungen statt, die von den landwirtschaftlichen Berufsorganisationen organisiert wurden. Sie sollten auf die zentrale Notkundgebung auf dem Oldenburger Pferdemarkt vorbereiten und brachten die kritische Stimmung in der von der Agrarkrise verunsicherten Landbevölkerung zum Ausdruck.[583] In der Presse finden sich unter anderem Berichte über eine Kundgebung in Cloppenburg,[584] eine Protestversammlung der Pächter und Heuerleute in Vechta,[585] eine bäuerliche Protestversammlung in Lohne,[586] Damme,[587] Bakum[588] und Friesoythe.[589] Zur Vorbereitung der Oldenburger Kundgebung wurde eine Arbeitsgruppe, die sog. "Ahlhorner Kommission", eingerichtet, in der führende berufsständische Organisationen von Landwirtschaft, Handwerk und Handel vertreten waren. Dazu gehörten der "Landbund Oldenburg-Bremen", der "Oldenburger Bauernverein", der Landesverband Oldenburg des "Niedersächsischen Handwerkerbundes", der "Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe", die "Südoldenburger Kaufmannsgilde", der "Domänenpächterverband" und der "Siedlerverband". Aufgabe der Kommission war es, für die große Protestkundgebung auf dem Oldenburger Pferdemarkt eine Resolution zu verfassen. Kritische Stimmen aus der "Ahlhorner Kommission" warnten in der Vechtaer OV vor einer politischen Radikalisierung der Protestbewegung, die von den Organisationen jetzt noch organisiert, geleitet und kontrolliert wurde:

> "**Es sind jetzt die Organisationen in die aufgekommene Bewegung eingeschaltet**. Wir werden bald, mit den anderen Berufsorganisationen des Landvolks, dessen Willen in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. Sollte man uns dann mit Almosen abspeisen, was wir nicht hoffen wollen, weil wir die kritische Situation kennen, dann werden die Organisationen zweifellos wissen, was sie zu tun haben. **Noch sind die Organisationen in die Bewegung eingeschaltet!**"[590]

Eine Protestkundgebung in Cloppenburg am 10. Januar 1928, die die Beratungen der "Ahlhorner Kommission" im wesentlichen bestätigte, forderte "die Bewilligung langfristiger Kredite, die Beseitigung des Achtstundentages, die Aufhebung der heutigen Wucherzinsen seitens der Banken, die Schließung der

[583] BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 195ff.
[584] OV vom 12.1.1928.
[585] OV vom 16.1.1928.
[586] OV vom 20.1.1928.
[587] OV vom 21.1.1928.
[588] OV vom 22.1.1928.
[589] OV vom 24.1.1928.
[590] OV vom 13.1.1928.

Grenzen, wenigstens solange, als im Innern erzeugte Lebensmittel in angemessenem Umfange zur Verfügung stehen". Ferner seien "die ungewöhnlich hohen Steuern" möglichst "ungesäumt auf ein erträgliches Maß zu reduzieren". Unter stürmischem Protest wies die Versammlung auf die Tatsache hin, "daß ausländisches (dänisches Fleisch) zu einem billigeren Frachtsatze bahnamtlich befördert werde als Fleisch heimischer Provenienz".[591] Auf einer Protestversammlung der Pächter und Heuerleute in Vechta warnte Anton Themann, Vorsitzender des "Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe" und Mitglied des oldenburgischen Landtags, davor, die ganze Last auf die einkommensschwächeren Schichten, die Pächter und Heuerleute, abzuwälzen und die Forderungen des "Heuermann= und Pächterstandes" zu übergehen. Erhebliche Differenzen in den agrarpolitischen Interessen zwischen dem besitzenden Bauernstand und den besitzlosen Pächtern und Heuerleuten wurden auf dieser Versammlung deutlich, aber Themann wollte "der Ahlhorner Sache keinen Abbruch tun".[592]

Die Presse sprach von 40 000 Landwirten, Handwerkern und Kaufleuten, die an der großen Kundgebung des Landvolks am 26. Januar 1928 in Oldenburg teilnahmen und der Staatsregierung eine Denkschrift der Berufsorganisationen überreichten, die "auch für sich gleiches Recht von der Gesetzgebung, die Rentabilität ihrer Betriebe, eine durchgreifende Verbilligung der Verwaltungen, weitgehenden Abbau der Steuern und Abgaben" verlangten.[593] Nach dem Bericht des Polizeiamtes Oldenburg verlief die Kundgebung "im Gegensatz zu den Ausführungen auf verschiedenen vorhergegangenen Versammlungen auf dem Lande massvoll und sachlich", wozu auch der Umstand beigetragen habe, daß "die Redner des Tages den Leitern der Veranstaltung, die in jeder Hinsicht auf einen reibungslosen Verlauf der Kundgebung bedacht waren, ihre Reden vorher im Concept zur Prüfung vorlegen" mußten.[594] Die NSDAP versuchte die Protestversammlung für ihre politischen Zwecke auszunutzen, erhielt aber von der Leitung der Kundgebung keine Redeerlaubnis auf dem Pferdemarkt. An einer NSDAP-Versammlung im Oldenburger Lindenhof, die als Gegenveranstaltung geplant war, beteiligten sich rund 1 000 Personen und brachten zum

[591] OV vom 12.1.1928.
[592] OV vom 16.1.1928.
[593] OV vom 28.1.1928; StAO 136 - 10053: Nachrichten für Stadt und Land vom 26. und 27.1.1928; SCHAAP, Weg, S. 39-41; SCHAAP, Endphase, S. 37f.; StAO 136 - 2858, 447/5: Bericht über die Protestversammlung des oldenburgischen Landvolks vom 26.1.1928. Nach dem Bericht des Polizeiamtes Oldenburg war "die in den Tageszeitungen angegebene Teilnehmerzahl von rd. 40 000 [...] zweifellos zu hoch gegriffen", eher ist von einer Teilnehmerzahl von ca. 20 000 auszugehen.
[594] StAO 136 - 2858, 447/5.

Ausdruck, "dass die Landleute mit der Art und dem Verlauf der Kundgebung nicht zufrieden sein könnten". Die Resolution der Versammlung im Lindenhof, an der auch der in Südoldenburg als Redner bekannte Pfarrer a. D. Münchmeyer teilnahm, wurde von Carl Röver verlesen.[595] Sie erkannte im deutschen Bauerntum "das Rückgrat unseres Volkes." Die politische Abrechnung mit der Weimarer Republik fiel schon 1928 unmißverständlich aus:

> "Wir haben erkannt, dass die Not der Landwirtschaft untrennbar mit **dem politischen Elend** des ganzen deutschen Volkes verbunden ist.
> Dass der durch und durch korrupte Parlamentarismus und eine schwächliche Regierung unfähig sind, die deutsche politische und wirtschaftliche Not zu überwinden.
> Fort mit diesem marxistisch-kapitalistischen Raubsystem, das Deutschland, unser Heimatland, machtlos, ehrlos, wehrlos und uns freie deutsche Bauern und Mittelständler zu armen, ausgeschundenen Sklaven der Weltbörse gemacht hat.
> Fort aber auch mit den Berufsverbänden, die uns nur Sand in die Augen streuen und jede kraftvolle Tat abbiegen, weil sie politisch im Lager **der** Parteien stehen, die durch Annahme des Dawespaktes das ganze Elend verschuldet haben.
> Der Mittelstand und die Bauernschaft Oldenburgs sieht in der deutschen nationalsozialistischen Hitler-Bewegung die einzige Rettung aus dem parlamentarischen Sumpf, aus der jämmerlichen und feigen Erfüllungspolitik."[596]

---

[595] Ludwig Münchmeyer, der ehemalige evangelische Pfarrer von Borkum, trat kurz vor den Reichs- und Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 von der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei zur NSDAP über und war Spitzenkandidat der NSDAP im Wahlkreis Weser-Ems. Seine völkisch-nationalistische Agitation für die NSDAP erregte politisches Aufsehen und erstreckte sich auch auf den katholischen Süden des Freistaates. (SCHAAP, Endphase, S. 47) Die "spektakulären Auftritte des aus Borkum stammenden, deutschvölkischen Pfarrers und späteren NSDAP-Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Weser-Ems, Ludwig Münchmeyer, der nicht müde wurde, landauf und landab die verfassungsmäßige Staatsform als Saurepublik bzw. Judenrepublik öffentlich zu diffamieren", waren ein typisches Beispiel für die antirepublikanische Agitation der Rechten am Ende der Weimarer Republik. Der verhetzende Charakter und die antirepublikanische und antisemitische Propaganda Münchmeyers führten häufig zur strafrechtlichen Verfolgung des bekannten Agitators. (ROGGE, Republik, S. 210, Anm. 6)

[596] StAO 136 - 2858, 447/5; SCHAAP, Endphase, S. 35, Anm. 49. Nach der Krise des Jahres 1923 hatte ein Komitee unter dem Vorsitz des amerikanischen Bankiers Charles G. Dawes der alliierten Reparationskommission am 9. April 1924 ein Gutachten zur Neuregelung der Reparationen vorgelegt, das von der Londoner Konferenz im Juli/August 1924 angenommen wurde. Der sog. Dawes-Plan war nach den Erfahrungen des Jahres 1923 geprägt von dem Grundsatz, "daß nur eine Kooperation der Mächte, getragen von gegenseitigem Vertrauen, zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Europas beiträgen könnte". Die Reparationszahlungen beliefen sich nach dem Dawes-Plan im Jahre 1924/25 auf eine Milliarde Mark und sollten bis 1928/29 auf 2,5 Milliarden anwachsen. Mit den Leistungen war eine für Deutschland bestimmte Anleihe von 800 Millionen Mark verbunden, die in erster Linie in den Vereinigten Staaten gezeichnet wurde. (MEYER, Reparationspolitik, S. 336ff.)

Die südoldenburgische Presse nahm von den Aktivitäten der NSDAP im Rahmen der Oldenburger Protestversammlung keine Notiz und konzentrierte ihre Berichterstattung auf den Verlauf der Notkundgebung und die anschließende Besprechung im Ministerium:

> "Im Lande Oldenburg stehen weite Kreise der Landwirtschaft, des Handwerks und des Kaufmannsstandes vor dem Ruin. Der durch die Notlage verursachte Druck läßt Verzweiflungstaten befürchten, wenn nicht schleunigst eine wirtschaftliche Entlastung eintritt. Es haben bereits in den letzten Wochen spontane Kundgebungen stattgefunden. Die Psyche der oldenburgischen Bevölkerung neigt nicht zu impulsivem, geschlossenem Protestieren und nicht zu drohender öffentlicher Abwehr. Die jetzt zum Durchbruch gekommene allgemeine Bewegung und Erbitterung muß darum um so ernster beurteilt werden."[597]

Der Goldenstedter Kaufmann Ignatz Meyer, der neben gr.[oße] Beilage als zweiter Redner des südoldenburgischen Landvolks auf der Protestversammlung sprach, bekannte sich zur Geschlossenheit der ländlichen Berufsstände und machte Regierungen und Parlamente für die Notlage der Landbevölkerung verantwortlich. Er lehnte die soziale Gesetzgebung der Weimarer Republik prinzipiell ab, "weil sie wenig Rücksicht mehr nimmt auf den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand und außerdem den Antrieb zur Arbeit hemmt". Seine Kritik galt aber auch der Großindustrie, "die in der Lage war, eigene Kapitalien zu bilden, weil sie verdienen konnte", und die es verstanden habe, "sich vom Arbeiter unabhängig zu machen, indem sie alle Arbeit durch modernste Maschinen verrichten läßt".[598] Neben antisozialistischen waren auch antikapitalistische Tendenzen auf der Kundgebung unüberhörbar. Mit der doppelten Abwehrhaltung gegen Kapital und Arbeit markierte Meyer in typischer Weise Grundsätze einer Mittelstandsideologie, die dem Handwerk, der selbständigen Kaufmannschaft und dem unabhängigen Bauerntum zwischen den großen sozialen Fronten der modernen Industriegesellschaft keinen Platz zuweisen konnte und ihr Verhältnis zu Staat und Gesellschaft negativ bestimmte. Dieses negative Verharren setzte sich in seiner Unentschiedenheit und politischen Ratlosigkeit der Gefahr aus, von der NS-Agitation instrumentalisiert und zu machtpolitischen Zwecken usurpiert zu werden. Dabei war der NSDAP im Norden Oldenburgs ein größerer Erfolg beschieden als im katholischen Süden des Landes, der sich aufgrund seiner Konfession relativ resistent zeigte.

---

[597] OV vom 28.1.1928.
[598] Ebd.

4.3.3. Das Scheitern der agrarpolitischen Verhandlungen: "Daß mit ernsten Verwickelungen und Unruhen zu rechnen ist."

In der "Denkschrift der Berufsorganisationen", die auf der großen Protestkundgebung auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 verabschiedet wurde und vom Generalsekretär des Oldenburger Bauernvereins, Diplomlandwirt Brendebach, vorgetragen wurde, standen unter den "14 Punkten" die Forderungen nach einer "Sperrung der Grenzen gegen jede überschüssige Auslandseinfuhr", einem "Schutz der Landwirtschaft durch Zölle, wie ihn schon die Industrie erfährt", einem "Steuererlaß bei Landwirten, Handwerkern und Kaufleuten, wo eine Notlage vorliegt", und einer Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung ganz obenan. Weiterhin forderten die Berufsorganisationen eine Vereinfachung des Steuersystems, einen Steuererlaß für Berufsstände, die sich in Notlagen befanden, eine Verminderung der öffentlichen Aufgaben und Ausgaben, die "Herabsetzung des Beamtenheeres" und die einstweilige Aussetzung des oldenburgischen Beamtenbesoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927, einen Abbau der sozialen Lasten, die Zulassung der freiwilligen Mehrarbeit über den 8-Stunden-Tag hinaus, einen planmäßigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und die Bewilligung von "langfristigem, billigem Kredit zur Besserung der Schuldverhältnisse". Im öffentlich diskutierten Anschluß Oldenburgs an Preußen sahen die Berufsstände keine Maßnahme zur Verbilligung der Verwaltung. Die Resolution schloß mit der demagogischen Forderung:

> "Die Bevorzugung der Beamten im Parlament, die neben den Diäten noch das Gehalt und die Vertretung bekommen, muß aufhören."[599]

Zur Staatsform äußerte sich die Resolution nicht konkret, gab aber zu bedenken, "daß diese Frage zuerst nach Zweckmäßigkeits= und Kostenersparnisgründen entschieden werden muß". Wirtschaftliche Gründe waren es auch, die die Berufsstände veranlaßten, "für die weitere staatliche Selbständigkeit Oldenburgs einzutreten". Unüberhörbar war der Ruf nach einem "starken Mann, der durch ein Machtwort die Grenzen gegen die Vieh= und Schweineeinfuhr schließt". Die Zollfrage spielte in Oldenburg eine große Rolle, weil die Landwirtschaft vor allem im Norden durch die Rindvieh- und im Süden durch die Schweinehaltung geprägt war.[600]

---

[599] StAO 136 - 2858, 447/5; OV vom 28.1.1928; SCHAAP, Weg, S. 42.
[600] OV vom 28.1.1928.

Die oldenburgische Landwirtschaft erklärte auf der Kundgebung, daß sie "infolge der Unrentabilität, der Mißernten und Viehverluste" zur Zahlung der Steuern nicht mehr in der Lage sei, und forderte eine grundlegende Revision des Steuersystems, das "in der Hauptsache auf der Realbelastung, der Belastung des Grund und Bodens und des Gewerbes" beruhe. Die Denkschrift gab zur argumentativen Unterstützung ihrer Forderungen eine beeindruckende Übersicht über die steuerliche Belastung, der sich die oldenburgische Landwirtschaft ausgesetzt sah:

> "Die Landwirtschaft hat außer der Einkommensteuer, Umsatzsteuer und Vermögenssteuer noch Grund= und Gebäudesteuer und Steuer vom bebauten Grundbesitz zu zahlen. Dazu kommen noch Zuschläge für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf die Realsteuern und die Steuern vom bebauten Grundbesitz. Dann sind zu entrichten: Wegsteuern, Fahrzeugsteuern, Kirchensteuern vom Einkommen und von den Realsteuern, Rentenbankzinsen, sowie außerordentlich zahlreiche Abgaben wie: Viehumlage für Zweckverbände, Brandkassenbeiträge, Beiträge zu öffentlich=rechtlichen Berufsvertretungen usw."[601]

In Verhandlungen im Ministerium nahm die Regierung Stellung zu den 14 Punkten der Resolution, die von den Berufsorganisationen vorgelegt wurden, und wies darauf hin, "daß die meisten Punkte zur Zuständigkeit der Reichsregierung gehören". Bereits im Schreiben vom 27. Januar 1928 informierte der oldenburgische Ministerpräsident von Finckh den Reichskanzler über den Verlauf der Oldenburger Protestversammlung und warnte davor, "daß, wenn nicht etwas nachhaltig wirkendes zu Gunsten der notleidenden Berufsstände, insbesondere der Landwirtschaft geschieht, mit ernsten Verwickelungen und Unruhen zu rechnen ist".[602] Offensichtlich trug die Unterredung im Staatsministerium zu einer vorübergehenden Beruhigung im Landvolk bei. Denn die verschiedenen Vertreter der Berufsorganisationen erklärten nach dem Bericht der Vechtaer OV übereinstimmend, "daß die oldenburgische Staatsregierung stets bemüht gewesen sei, die Interessen der in Frage kommenden Wirtschaftskreise, insbesondere hinsichtlich der Einfuhrzölle, der Siedlung sowie der steuerlichen Belastung zu wahren, daß aber erwartet werden müsse, daß die Staatsregierung auch weiterhin in diesem Sinne in Berlin wirke".[603]

Das Zentrum ergriff nach der Protestkundgebung auf dem Oldenburger Pferdemarkt noch einmal eine parlamentarische Initiative. In einem selbständigen

---

[601] Ebd.
[602] StAO 136 - 10053/5.
[603] OV vom 28.1.1928; StAO 136 - 10053.

Antrag der Abgeordneten Meyer-Holte, Wempe und Sante vom 14. Februar 1928 wurde das Staatsministerium ersucht, bei der Reichsregierung folgende Forderungen "auf das entschiedenste" zu vertreten:

> "1. Weitmöglichst sofortige Sperrung der Grenzen gegen jede überflüssige Auslandseinfuhr.
> 2. Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents.
> 3. Hergabe von Reichsmitteln aus dem Betrag zur Stützung der Viehpreise.
> 4. Hergabe eines Teils der Reichsmittel zur Behebung besonders schwerer Notlagen.
> 5. Erklärung und steuerliche Behandlung des Landesteils Oldenburg als Notgebiet.
> 6. Erlass der Rentenbankzinsen, vorläufig für das Jahr 1928.
> 7. Erlass der Einkommens= und Vermögenssteuerrate vom 15. Februar."[604]

Der Landtag erkannte in einem Ausschußbericht an, "daß die Notlage der Landwirtschaft u. der verwandten Berufe eine Höhe erreicht hat, die wirksame Abhilfe erforderlich macht", sah sich selbst aber zur wirksamen Hilfe außerstande, weil die Staatsausgaben Oldenburgs "zum überwiegenden Teile zwangsläufig" seien. Die Regierung sehe keinen politischen Spielraum und verfüge nicht über die notwendigen Mittel, um die Forderungen der notleidenden Landwirtschaft zu erfüllen. Dieser Sachlage trage auch der selbständige Antrag von Meyer-Holte, Sante und Wempe Rechnung, "durch den die Staatsregierung ersucht wird, mehrere sofort erfüllbare Forderungen im Interesse der Landwirtschaft bei der Reichsregierung zu vertreten".[605] Das war ein deutliches Signal des Landtages, sich der Sorgen und Nöte der Bauern ernsthaft anzunehmen, aber die bürokratische Bewältigung des Problems konnte die politische Lage nicht beruhigen. Die Krise wurde nur verwaltet. Der Reichs-Landbund schritt zur Tat und leitete damit eine neue Phase in der ‘Bewegung’ des Landvolks ein.

4.3.4. Von der "Notbewegung" zur "Wahlbewegung": "Wenn die Notbewegung Wahlbewegung wird, ist sie kaputt."

Eine Belebung erfuhr die Protestbewegung des oldenburgischen Landvolks, als der Reichs-Landbund am 28. Februar 1928 offen zum Steuerboykott und Käuferstreik aufrief. Obwohl der Aufruf gegen die Industrie gerichtet war, betraf er vor allem Handel und Handwerk und breite Schichten im alten Mittelstand. Der Reichs-Landbund warf der Reichsregierung vor, die Industrie

---

[604] StAO 39 - 19392. Der Antrag ging am 14. Februar 1928 beim Landtag ein.
[605] StAO 39 - 19392: Bericht des Ausschusses I zum selbständigen Antrag der Abg. Meyer-Holte, Wempe, Sante betr. Notlage der Landwirtschaft, handschr.

bei Handelsabkommen zum Zwecke einer positiven Handelsbilanz gegenüber der Landwirtschaft zu bevorzugen.[606] Der Abgeordnete Dannemann (Landesblock/DNVP) kritisierte in der Landtagssitzung vom 16. März 1928 die Handelspolitik des Reiches mit den Worten:

> "Gestern ist auch im handelspolitischen Ausschuß noch wieder gegen die Wünsche der Landwirtschaft Stellung genommen worden. Ich hoffe, meine Herren, daß die Oldenburgischen Landtagsabgeordneten, auch der Linksparteien, auf einem anderen Standpunkt stehen, als ihre Abgeordneten in Berlin [...]."[607]

Der Aufruf des Reichs-Landbundes erreichte Oldenburg im Vorfeld der Reichs- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 und begünstigte sowohl die Zersplitterung des politischen Parteienspektrums als auch die Spaltung des Landvolks, die das faktische Ende einer geschlossenen Landvolkbewegung einleitete: Die Bewegung geriet außer Kontrolle, die Organisationen wurden immer mehr ausgeschaltet. Heinrich gr.[oße] Beilage, der zu den einflußreichsten Landvolkführern in Südoldenburg zählte, hatte diese Entwicklung befürchtet. Auf einer Protestversammlung in Cappeln erklärte er:

> "Wenn die Notbewegung Wahlbewegung wird, ist sie kaputt."[608]

Die oldenburgische Politik erkannte die Signale, die von den Boykott-Aufrufen des Landbundes ausgingen, und reagierte. Dabei zeigte die Regierung von Finckh zwar Verständnis für die Not der einheimischen Landwirtschaft und den Willen zu ernsthafter politischer Unterstützung ihrer Forderungen, warnte aber nachdrücklich vor den unabsehbaren politischen Folgen einer Eskalation des Konflikts. In der Landtagssitzung vom 16. März 1928 stellte Staatsminister Driver in einem dramatischen Appell zur Mäßigung eine Verschärfung der politischen Lage in Oldenburg fest, die auf "die neuerliche vom Reichslandbund in Berlin ausgehende Erklärung" zurückzuführen sei. Diese werde von der Regierung entschieden abgelehnt:

> "Jeder, der Steuern, **ohne Stundung oder Erlaß erwirkt zu haben**, verweigert, ist von der Steuerzahlungspflicht nicht befreit und hat sich die Folgen, die aus der Steuerverweigerung für ihn entstehen, selbst zuzuschreiben. Daß eine allgemeine Steuerverweigerung die Haushalte von Staat und Gemeinden in Unordnung bringt und damit die Grundfesten des Staates und der Gemeinden erschüttert, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Was den in der Erklärung des Landbundes angedrohten Käuferstreik an

---

[606] SCHAAP, Endphase, S. 37.
[607] IV. Landtag, 5. Vers., 2. Sitzung, 16.3.1928, S. 15.
[608] MT vom 23.2.1928.

langt, so wird ein solcher, wenn er durchgeführt wird, zum Ruin weiter Erwerbskreise, insbesondere auch des Mittelstandes, führen."[609]

Mit diesen Worten erfaßte Driver den politischen Kern der neuerlichen Protestbewegung, die nicht mehr Parteien oder eine gewählte Regierung, sondern den Staat herausforderte. Die Staatsregierung hoffe aber immer noch, so Driver, "daß die Bewegung, wie es auch den Anschein hatte, allmählich ruhig und in gesetzlichen Bahnen verlaufen würde". Mit Blick auf die Notkundgebung auf dem Oldenburger Pferdemarkt erklärte er:

"Wenn das Landvolk zur äußerlichen Dokumentierung seiner Notlage Protestversammlungen veranstaltet hat, so hat die Staatsregierung hierfür angesichts der Notlage des Landvolkes volles Verständnis. Ungesetzlichkeiten, z. B. öffentliche Aufforderung oder Anreizung zum Steuerstreik oder zur Vereitelung von Beitreibungen mußten aber streng verurteilt werden."

Der DDP-Abgeordnete und frühere Ministerpräsident Tantzen war der einzige Redner in dieser Landtagssitzung, der auf die Gesetze des Marktes hinwies, denen auch die einheimische Landwirtschaft unterworfen sei, und im fortgesetzten Agrarprotektionismus, im verzweifelten Rufen nach dem Staat, keine Lösung der Agrarkrise erkennen konnte. Sie sei durch das ökonomische System der landwirtschaftlichen Agrarproduktion bedingt, auf das der Staat keinen Einfluß habe. Tantzen erläuterte vom Standpunkt des Wirtschaftsliberalismus aus vor dem Landtag die ökonomischen Zusammenhänge, die in der Agrarkrise wirksam wurden:

"Staatshilfe ist für mich immer etwas sehr Bedenkliches. Ich bin ein liberaler Mann und glaube, daß in der freien Wirtschaft, sowohl Landwirtschaft wie anderen Gewerbezweigen, dauernd eine Siebung von Tüchtigkeit und Untüchtigkeit erfolgt (Zuruf: Die Wirtschaft ist ja nicht frei!) und daß in all diesen freien Berufen die Selbstverantwortlichkeit und die Arbeit, die die Einzelnen leisten, ihm zugute kommt mit all den Risiken und Chancen, die jeder freie Gewerbetreibende in Landwirtschaft, Handwerk und Handel auf sich zu nehmen hat."[610]

Mit diesen Worten setzte Tantzen kursierende kleinbürgerliche Mittelstandsideologien, die für Landwirtschaft, Handwerk und Handel eine exklusive staatstragende Rolle reklamierten und aus diesem Grunde auch Staatshilfe für diese Berufs- und Wirtschaftsstände beanspruchten, einer herben Kritik

---

[609] StAO 136 - 10053, Bl. 11; IV. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 16.3.1928, S. 30. Driver bezog sich auf den Aufruf des Reichs-Landbundes vom 28. Februar 1928.
[610] IV. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 16.3.1928, S. 18.

aus. Er zeigte die Schwächen des Agrarprotektionismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik auf, der sein wichtigstes Ziel, das politische Überleben des demokratischen Systems, am Ende verfehlte. Auch der Zentrumsabgeordnete Wempe konnte sich den Bedenken Tantzens gegenüber staatlichen Subventionen für die Landwirtschaft nicht ganz verschließen und erklärte, sich vor der Bewilligung der Kredite mit der Regierung beraten zu wollen. Denn 1 Million Goldmark, so Wempe, seien "für den Oldenburger Staat und seine Finanzen doch kein Pappenstiel". Außerdem habe er bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt "noch keine Bestätigung darüber, daß die jetzigen Kredite in der Art, wie sie verteilt worden sind, ihren Zweck erfüllt haben".[611]

Aus der Sicht der politischen Rechten trugen die sog. Linksparteien - damit waren die demokratischen Parteien gemeint - die politische Verantwortung für die Krise in der Landwirtschaft. Dafür hätten sie, erklärte der Landtagsabgeordnete Dannemann (Landesblock/DNVP), im Reichstag jüngst wieder ein Beispiel gegeben, als sie gegen die Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents, einen Antrag zum Schutz der eigenen Landwirtschaft, wieder "die schärfsten Bedenken" geäußert hätten. Dannemann zog daraus die politischen Konsequenzen:

> "Wenn wir das sehen, daß diese Parteien auch dieses Programm noch bekämpfen, dann müssen wir zu anderen Mitteln greifen. Alle Parteien haben sich versündigt an der Landwirtschaft."[612]

In diesen Worten Dannemanns kündigte sich zweifellos eine Richtungsänderung an, die nicht länger abwarten und debattieren, sondern zur Tat schreiten wollte. So vollzog sich nach der großen "Notkundgebung" auf dem Oldenburger Pferdemarkt und dem Scheitern der agrarpolitischen Verhandlungen im Frühjahr 1928 bald ein Wandel von der "Notbewegung" zur politischen "Wahlbewegung" und berührte ernsthaft die Systemfrage. Dieser Übergang in der Protestbewegung war eine wesentliche Voraussetzung für die politische Schwächung und Lähmung des Freistaates im Zeichen einer konspirativen und militanten Agraropposition, aus der die NSDAP im Frühjahr 1932 schließlich als stärkste politische Kraft im Lande hervorging. Bereits vor den Reichs- und

---

[611] Ebd., S. 19. Die Agrardebatte war im Landtag durch den selbständigen Antrag des Abgeordneten Hartong (Landesblock/DVP) auf Gewährung einer unverzinslichen landwirtschaftlichen Anleihe ausgelöst worden. Dieser Kredit sollte zur Beschaffung von Saatgut und von Kunstdünger dienen. Er belief sich auf 1 Million Goldmark und war nach zwei Jahren zurückzuzahlen. Der Antrag wurde an die Ausschüsse verwiesen.

[612] IV. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 16.3.1928, S. 15.

Landtagswahlen am 20. Mai 1928 wurde deutlich, daß die Politik in Oldenburg wie im Reich die Agraropposition nicht mehr einholen konnte - sie lief ihr seitdem hinterher.

4.4. Der Ausbruch der konservativen Gegenrevolution

Die Verhandlungen im Landtag machten deutlich, daß sich die von landwirtschaftlichen Organisationen getragene Protestbewegung in eine Wahlbewegung wandelte, die in Oldenburg zu einer schrittweisen politischen Radikalisierung des Landvolks führte. Aus dieser Entwicklung gingen neue politische Gruppierungen hervor, die zu einer Zersplitterung des Parteiensystems und damit zu einer sukzessiven Lähmung des oldenburgischen Parlamentarismus beitrugen: die "Wirtschaftspartei" und vor allem die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei, die im katholischen Süden des Landes zu einer ernsten Konkurrenz für das traditionelle Zentrum wurde. Die Landtagswahlen vom 20. Mai 1928 führten zu einer erheblichen Schwächung des Landesblocks, einem ersten Wahlerfolg der NSDAP und einer Aufsplitterung des bisher aus fünf Parteien bestehenden Landesparlaments in Oldenburg, das nunmehr zehn Fraktionen umfaßte. Das kritische Wahlergebnis machte auf die Landvolkbewegung in Südoldenburg jedoch keinen erkennbaren Eindruck: Die "Eberborg-Affäre" sorgte im Amt Cloppenburg 1929 für neuen politischen Zündstoff.

Die Ereignisse um die Pfändung des Sevelter Eberborgs im März 1929 bestätigten die ‘neue’ Taktik der Verweigerung und des Boykotts, die nun von der Landvolkbewegung geübt wurde.[613] Massive Aufrufe zum Steuerboykott und zur Hintertreibung von Zwangsversteigerungen lösten einen "passiven Widerstand mit allen Mitteln" aus und führten zu einer "Agitation, in der sich ideologischer Rigorismus der Staatskritik mit völkischen und antisemitischen Parolen verband". Die Bildung von Notgemeinschaften und der Übergang zu einer Aktions- und Obstruktionsbewegung deutete den veränderten Charakter der Landvolkbewegung an, "die in eine radikale Systemkritik mündete".[614] So behielt die Landvolkbewegung in Südoldenburg neben der parlamentarischen Vertretung in der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei die Form einer außerparlamentarischen Opposition bei und mobilisierte die ansonsten eher bedächtige Landbevölkerung gegen Regierung und Landtag. Aus der Sicht

[613] Armin Mohler charakterisiert diese Methode als eine taktische Variante der "Konservativen Revolution": "Wo ein Stück Land versteigert wird, wagt kein Bauer zu kaufen, da er der Ächtung verfallen würde. Wo ein gepfändetes Stück Vieh zum Kauf angeboten wird, wagt kein Viehhändler zuzugreifen, denn kein Bauer würde mehr mit ihm Handel treiben." (MOHLER, Revolution, S. 162)
[614] GÜNTHER, Freistaat, S. 429f.

der NSDAP hatte sie in Südoldenburg "das Gute, daß die Front gegen das Zentrum immer breiter wurde".[615]

Die Forderungen der landwirtschaftlichen Organisationen an die Landes- und Reichspolitik blieben die gleichen und wurden auf vielen Versammlungen in Südoldenburg wiederholt. So wurden die steuer- und zollpolitischen Wünsche der Schweinemäster und Schweinezüchter auf einer Versammlung am 6. November 1929 in Vechta noch einmal deutlich gemacht. Die Bauern beklagten den mangelhaften Schutz der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion und sprachen sich gegen Einkommenssteuerzuschläge für Schweinemast und Schweinezucht aus, weil "die großen Verluste der Jahre 1927/28 steuermäßig überhaupt noch nicht zur Geltung gekommen seien". Die Vechtaer Versammlung setzte sich auch gegen die geplante Erhöhung des Futtergerstenzolls zur Wehr, die nicht beschlossen werden dürfe, "bevor nicht die Fleischzölle vorher in entsprechender Relation erhöht sind".[616] Die Forderungen der Agraropposition nach einer Aufwertung des bäuerlichen Nährstandes, steuerpolitischen Erleichterungen für die notleidende Landwirtschaft und einem berufsständischen Parlament rückten die Landvolkbewegung in Oldenburg ideologisch an die Seite der NSDAP und reihten sie ein in die gemeinsame Kampffront gegen die Weimarer Republik und die sie tragenden demokratischen Parteien, vor allem die Sozialdemokratie und das Zentrum. In Südoldenburg bezog sie in der konfessionellen Frage gezwungenermaßen eine eindeutige Position und distanzierte sich damit von der NSDAP, die in dieser Hinsicht weit kompromißloser agitierte. In die Rolle einer politischen Freiheitsbewegung wuchs die Landvolkbewegung aufgrund ihrer einseitigen Interessenwahrnehmung nicht hinein, sie mußte diese der aufsteigenden NSDAP überlassen.

4.4.1. Unter der Führung der "Landvolkpartei": "Daher heiße es: ‘Selbst ist der Mann!’"

Mit der Landvolkpartei unternahm zum erstenmal in der Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg eine neue Partei neben dem traditionellen Zentrum den Versuch, die konservative Bevölkerung zu politisieren und auf der politischen Rechten gegen den Freistaat zu engagieren. Sie scheiterte an den historisch bewährten konfessionellen Strukturen des politischen Milieus, das

[615] NSDAP, 3. Kreistag, S. 12.
[616] OV vom 8.11.1929.

durch die heftige Agitation der Landvolkbewegung aber eine ansehnliche Minderheit seiner Klientel an die politische Rechte verlor. Obwohl ihr Profil programmatisch und ideologisch auf die Konfliktsituation der südoldenburgischen Agrargesellschaft zugeschnitten war, erlitt die Landvolkpartei in Oldenburg wie im Reich das Schicksal einer Splitterpartei auf dem rechten Parteienspektrum, unterlag im parteipolitischen Wettbewerb schließlich der überlegenen politischen Technokratie der NSDAP und wurde - wie viele andere Interessenparteien auf der politischen Rechten - schließlich von der NS-Bewegung absorbiert. Sie scheiterte nicht nur am Beharrungsvermögen der konservativen Region Südoldenburg, sondern auch an der nur unter großen Anstrengungen zu politisierenden moralisch-religiösen Binnenstruktur eines politischen Milieus, das in den Bauern der Sevelter Eberborg-Affäre zwar seine "Helden" im Kampf gegen den "Unrechtsstaat" erkannte, aber für seinen Umsturz politisch selbst nicht geradestehen wollte. Die großbäuerlichen Träger der konspirativen Landvolkbewegung waren konservative Revolutionäre wider Willen. Auf die Landvolkbewegung ist es mit zurückzuführen, daß in Südoldenburg bereits 1928 die Ära der großen Protestversammlungen und Massenkundgebungen begann, die mit dem Bau der Cloppenburger Markthalle 1929 ihren zentralen Mittelpunkt erhielten und Cloppenburg am Ende der Weimarer Republik in das politische Agitationszentrum Südoldenburgs rückten.

Mit der rechtsextremistischen Bewegung im Landvolk und dem nicht unerheblichen Wählervotum für die Landvolkpartei, die 1928 bereits drei Mandate im Oldenburger Landtag erringen konnte und damit ihren politischen Kulminationspunkt erreichte, bildete sich im katholischen Milieu Südoldenburgs eine neue politische Subkultur heraus, die sich aus den moralisch-religiösen Schranken milieuspezifischer Katholizität löste und eine aggressiv-militante Haltung in die politische Auseinandersetzung einbrachte. In der Landvolkbewegung sammelte sich ein antirepublikanisches Potential, das den Boden der Weimarer Republik im Freistaat schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise verließ. Die Bewegung fungierte in Südoldenburg als politischer Katalysator, der eine beachtliche Minderheit mobilisieren konnte und damit die Widerstandskraft des katholischen Milieus gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus erheblich schwächte. Daß die NSDAP im Amt Vechta wesentlich schlechter abschnitt als im Amt Cloppenburg, führt Kuropka auch auf die unterschiedliche Präsenz der Landvolkpartei zurück, "die in den Städten Vechta und Lohne so gut wie keine Rolle gespielt hatte".[617]

[617] KUROPKA, Übergang, S. 145.

Protagonisten der südoldenburgischen Landvolkbewegung waren vor allem selbsternannte "Bauernführer" aus dem Süden des Amtes Cloppenburg, die sich aus Enttäuschung über den kompromißfähigen Pragmatismus und politischen Opportunismus aus dem Zentrum zurückgezogen hatten und den politischen Spielraum einer zwar christlichen, aber konfessionsneutralen nationalen Partei in ihrer Agitation offen auslebten. Bereits im Winter 1919, vor der Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung in Oldenburg, hatte sich der "Bauernstand" im Kandidatenproporz des Zentrums unterlegen gefühlt und in einer Prozedur, die für die Partei zur Zerreißprobe geworden war, auf eine Korrektur der Kandidatenliste gedrungen. Nur die Notwendigkeit einer kulturpolitischen Opposition hatte eine Spaltung der Partei seinerzeit verhindert. Die Vechtaer OV wußte um die anfällige politische Verfassung des katholischen Milieus in Südoldenburg und warnte bereits im April 1919 vor "der Gründung einer eigenen politischen Bauernpartei", die das undankbare Schicksal einer Splitterpartei ereilen würde. Aus wirtschaftspolitischen Gründen, "besonders aber auch aus kulturpolitischen Erwägungen zwecks Wahrung des Einflusses des Christentums im öffentlichen Leben", hielt die OV die Geschlossenheit des Zentrums für "ein zwingendes Gebot der politischen Klugheit".[618] Auf dem ersten Vertretertag der oldenburgischen Zentrumspartei am 18. September 1919 in Cloppenburg mußte der Landtagsabgeordnete Fröhle Vermutungen zurückweisen, die "von Differenzen zwischen den Vertretern der Landwirtschaft und Arbeiter" in der Zentrumsfraktion bei der Beratung über den Abbau der Zwangswirtschaft wissen wollten.[619] Im Oktober 1919 griff die OV das brisante Thema noch einmal auf. Sie wies auf die Struktur des Zentrums als Volkspartei hin, "wo derartige wirtschaftliche Gegensätze bestehen", und machte das Schicksal der Partei abhängig vom Ausgleich der divergierenden Interessen. Für den anderen Fall, daß das nicht gelingen sollte, "würde das Zentrum in alle Winde zerrieben".[620]

Das ‘Landvolk’ war in seinem Selbstverständnis eine politische Bewegung und fand nur notgedrungen zur Parteiformation, um sich den demokratischen Spielregeln anzupassen und in den politischen Wettbewerb der Weimarer Republik einzuschalten. Aufgrund seiner konspirativen Anwerbungsmethoden und seiner Organisation nach dem Führerprinzip, in seinem eifernden Bekenntnis zur

[618] OV vom 29.4.1919.
[619] OV vom 21.9.1919.
[620] OV vom 7.10.1919.

bäuerlichen Selbsthilfe, die ihre moralische Legitimation aus der Not gewinnen sollte, wies es die klassischen Merkmale einer politischen Bewegung auf, die es von der NSDAP nur graduell, aber nicht prinzipiell unterschied. Aufgrund der gravierenden strukturellen Unterschiede in der nord- und südoldenburgischen Agrargesellschaft und des konfessionellen Gegensatzes war die Landvolkbewegung im Süden des Freistaates mit der im Norden trotz der gemeinsamen Parteiorganisation nur in einer lockeren Aktionsgemeinschaft verbunden. Die Bewegung erreichte mit der imponierenden "Protestversammlung der oldenburgischen Erwerbsstände" auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 und mit dem Bombenanschlag auf das Finanzamt in Oldenburg am 3. Juni 1929 ihre ersten Höhepunkte.[621]

Auf der Versammlung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei in Vechta, die Anfang Juli 1928 stattfand, wurden wichtige Zukunftsfragen der Partei erörtert. An ihr nahmen der Vorsitzende Vornhagen und Schriftführer Wempe aus Langförden und die Landtagsabgeordneten gr.[oße] Beilage und Vaske (Calveslage/Gemeinde Langförden) teil. Vorsitzender Vornhagen beschäftigte sich mit Organisationsfragen der Partei und sah es als "dringend notwendig" an, in den einzelnen Gemeinden Ortsgruppen zu gründen. Dazu habe die Zeit vor den Reichs- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 nicht mehr ausgereicht. "Mit größter Beschleunigung" müßten die Organisationsfragen geklärt werden, "denn es könnten über kurz oder lang Wahlen kommen". Wörtlich merkte Vornhagen zu diesem Problem an:

> "Bei der Organisation müsse sich das Landvolk selbst helfen, von den Beamten sei nichts zu erwarten, da diese sich der Landvolkbewegung entgegenstemmen, wie nie zuvor, daher heiße es: 'Selbst ist der Mann!'"[622]

Zur Organisationsfrage äußerte sich auf der Versammlung in Vechta auch der Landtagsabgeordnete Dr. gr.[oße] Beilage. Für die Geschlossenheit des Landvolks unter der politischen Führung der Landvolkpartei sei es von großer Bedeutung, "daß in jeder Gemeinde zwei oder drei Leute gewählt würden, vielleicht ein kleinerer und größerer Landwirt und Handwerker oder Kaufmann, als Vertrauensmänner". Diese durchgreifende Organisation der bäuerlich-mittelständischen Basis sah er in ihrem gemeinsamen Schicksal begründet. Vom

---

[621] SCHAAP, Endphase, S. 35-37; SCHAAP, Weg, S. 39-41: Bericht der "Nachrichten" über die Protestversammlung, S. 44: Bombenanschlag; BÖCKMANN, Landwirtschaft, S. 201ff.
[622] LV vom 6.7.1928. Durch Zuruf der Versammlungsteilnehmer wurden in Vechta provisorisch Vertrauensmänner für die einzelnen Gemeinden gewählt.

kleinsten bis zum größten Landwirt, Handwerker und Kaufmann seien alle "Schicksalsgenossen". Als "die Seele der ganzen Landvolkbewegung" bezeichnete gr.[oße] Beilage die Landvolkpresse. Angesichts der gegenwärtigen Agrarkrise sei es schwer, "furchtbar schwer", eine neue Zeitung "auf die Beine zu bringen". Der Vorstand habe beschlossen, Bürgschaftsscheine herauszugeben, und vereinzelte seien auch schon gezeichnet worden. Dr. gr.[oße] Beilage charakterisierte die Landvolkpartei als politische Bewegung, wenn er in der Pressefrage zum taktischen Boykott aufrief:

> "Wir wollen auch unsere Waren dort kaufen, bei denjenigen, die unserer Zeitung die Inserate schicken. Durch unser Zusammenhalten können wir den Kaufmann zwingen, die Inserate der Landvolkzeitung zu geben. Und unterstützen wir selber durch Artikel und durch Annoncen unser Organ, die Landvolkzeitung."[623]

Bereits auf der Versammlung in Vechta wurde angeregt, die Geschäftsstelle der Landvolkzeitung von Lohne nach Cloppenburg zu verlegen. Von 1928 bis 1932 verfügte die Landvolkpartei über ein eigenes Presseorgan, "Das Landvolk", mit 8 000 bis 10 000 Abonnenten.[624] Es konnte sich als einziges Parteiorgan für mehrere Jahre neben den etablierten Zentrumsblättern in Vechta und Cloppenburg behaupten. Die sittlich-religiöse Abwehrhaltung gegen den erstarkenden Nationalsozialismus vermochte das katholische Milieu in Südoldenburg nur be

---

[623] LV vom 6.7.1928. In Cloppenburg wurde es nach Mitteilung von Langemeyer so gehandhabt, daß bei der Eintragung in die Liste der Landvolkpartei auch die Landvolkzeitung mit abonniert wurde. Darauf sei es zurückzuführen, so Langemeyer, daß die Zahl der Abonnenten in Cloppenburg bedeutend angestiegen sei. Der monatliche Mindestbeitrag zur Partei wurde in Vechta auf 50 Pfennige festgesetzt.

[624] Im 1. Jahrgang 1928 lautete der exakte Titel: "Das Landvolk. Tageszeitung für das christlich=nationale Landvolk (Landwirtschaft, Handel und Gewerbe)". Die Geschäftsstelle des "Landvolks" befand sich zunächst in Lohne, Deichstraße 2. Mitte Juli 1929 wechselte sie nach Cloppenburg in die Langestraße 28 (LV vom 17.7.1929). Cloppenburg war inzwischen zum politischen Zentrum der Landvolkbewegung geworden. Der Titel der Zeitung lautete nunmehr: "Das Landvolk. Unabhängige Tageszeitung für das christliche Landvolk in Landwirtschaft + Handwerk und Gewerbe. Niedersächsische Bauernzeitung - Emsländische Volkszeitung." Den Verlag des Landvolks leitete Dr. Wiemers, für die Lokalredaktion war Theo Meyer aus Cloppenburg zuständig. 1930 gründete die Landvolkzeitung einen eigenen Verlag, die "Landvolk=Verlag G.m.b.H." in Cloppenburg. Als verantwortlicher Redakteur fungierte Theo Meyer, zuständig für die Nachrichten aus der Landvolkbewegung war Dr. Böckelmann aus Vechta. Aufgrund der Verwicklungen Meyers in den Eberborg-Prozeß übernahm 1930 vorübergehend Hans Varelmann aus Cappeln die Redaktion des "Landvolks"; für Lokalberichte war Franz Thiele aus Cloppenburg zuständig. 1931 kehrte Meyer in seiner alten Funktion in die Redaktion des Landvolks zurück.

dingt zu disziplinieren und konnte die in Bewegung geratenen Wechselwähler auf der politischen Rechten für das Zentrum nicht mehr zurückgewinnen.

4.4.2. Boykottbewegung und Steuerstreik: "Im allgemeinen stellt sich daher die hiesige Landwirtschaft auf den Standpunkt, keine Steuern mehr zu zahlen."

Die Publizistik des "Landvolks", die nicht nur zum politischen Protest, sondern auch zum illegalen Steuerboykott aufrief, illustriert die soziale und politische Krise der südoldenburgischen Agrargesellschaft in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik. Politischer Protest, Drohung mit Streik und Boykott, Konspiration und demonstrative Militanz bestimmten von Anfang an die Landvolkbewegung. Auf einer Versammlung am 21. Januar 1928 in Friesoythe wurde die bevorstehende zentrale Protestveranstaltung auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 angesprochen und Landvolkführer Dr. gr.[oße] Beilage von der örtlichen Gendarmerie mit den Worten zitiert:

> "Sollten wider Erwarten auf dieser Protestversammlung unsere Wünsche von der Regierung nicht erfüllt werden, so werden wir zu dem radikalsten Mittel greifen, welches wir besitzen, und zwar werden wir die Milchlieferung an die Städte einstellen. Ich weiss bestimmt, dass unsere Forderungen dann binnen 3 Tagen restlos erfüllt sein werden. Ferner sagte gr.[oße] Beilage, es dürfe hiervon aber niemand etwas sagen, damit die Regierung dieses nicht vorher erfahre und diese Pläne durchkreuze. Auch bat er die Herren von der Presse, dieses nicht in ihre Zeitung aufzunehmen."[625]

Die Vechtaer OV kam der Aufforderung zur Konspiration offensichtlich nach und verzichtete auf die Wiedergabe dieser Passage aus der Rede gr.[oße] Beilages. Sie gab statt dessen seine Ausführungen mit Worten wieder, die den erklärten Kampf der Landvolkbewegung gegen den demokratisch verfaßten Staat von Weimar deutlich erkennen ließen:

> "Man spricht von Bauernrevolution. Das ist nicht so. Wir wollen die Autorität des Staates und Reiches anerkennen. Wir wollen nicht, daß alles über den Haufen geworfen wird, was schon aufgebaut ist. Wir wollen existieren können, wie es unsere Beam

[625] StAO 136 - 10053.

> ten auch können. Wir sagen nichts gegen die einzelnen Beamten, wir kämpfen gegen das System, gegen den kapitalistisch regierten Beamtenstaat."[626]

Den konspirativen Charakter der Landvolkbewegung, der besonders in der Mitgliederwerbung und in der politischen Agitation zum Ausdruck kam, charakterisierte der Cloppenburger Amtshauptmann Brand am 5. März 1928 in einem längeren Dossier an das oldenburgische Staatsministerium des Innern.[627] Er ging davon aus, daß die "Notbewegung im Amte Cloppenburg" in der Gemeinde Cappeln ihren Ausgang genommen habe. Den Cappelner Bauern habe sich Dr. gr.[oße] Beilage aus Osteressen angeschlossen, und dieser sei auch bald zum Wortführer der Bewegung avanciert.[628] Wie Brand weiter ausführte, flammte die Bewegung nach einer vorübergehenden Beruhigung infolge der Oldenburger Protestkundgebung vom 26. Januar 1928 in der Gemeinde Emstek wieder auf, "wo die Herren Vorwerk, Witte und Meyer zunächst von Mund zu Mund, dann aber auch schon bald in aller Oeffentlichkeit die Gemeindeverwaltung zu sabotieren versuchten, indem sie in sämtlichen Bauernschaften Versammlungen anberaumten, in denen über die weitere Steuerzahlung, die Auszahlung der Lehrergehälter und die Kosten der Gemeindeverwaltung verhandelt werden sollte". In diesen und anderen Versammlungen hätten die Landvolkführer mehr oder weniger offen zum Steuerboykott aufgerufen, so "dass zunächst in der Gemeinde Cappeln und dann auch in fast allen andern Gemeinden eine Steuerverweigerung grössten Stils eingetreten ist". Der Amtshauptmann zitierte den Cloppenburger Stellmacher Anton Langemeyer, der "mit offenen Worten zum Steuerboykott aufgefordert und als Ziel der Bewegung mit klaren Worten herausgestellt" habe, auf einer Versammlung in Cappeln mit den Worten:

> "Wenn wir keine Steuern mehr bezahlen und den Gemeinden das Geld ausgeht, so dass sie an die Regierung herantreten müssen, wird man uns schon Gehör schenken."[629]

---

[626] OV vom 24.1.1928. Den Bauern Awick aus Scharrel zitierte die OV mit den Worten: "Die Einigkeit des Landvolks ist erfreulich. Die große Not liegt nicht an den Beamten, sie liegt am System. [...] Kennen unsere Abgeordnete unsere Not? Ich glaube nicht."

[627] StAO 136 - 10053, Bl. 8, auch zum folg. (mit Anlagen).

[628] Namentlich nannte Brand außer gr.[oße] Beilage (Osteressen) Germann und Ottenwess (Sevelten), Götting (Bokel), Vorwerk, Witte und Meyer (Westeremstek), Langemeyer (Cloppenburg) und Klinker (genannt Hayen) aus Molbergen. Dr. gr.[oße] Beilage habe es "durch eine ausserordentlich geschickte Agitation" verstanden, "die Bewegung allmählich über das ganze Oldenburger Land zu tragen".

[629] StAO 136 - 10053, Bl. 8. Zu den Anführern der Landvolkbewegung zählten nicht nur Bauern, sondern auch der Cloppenburger Stellmacher Langemeyer, der 1936 im Rahmen des "Kreuzkampfes" eine Delegation nach Oldenburg (sog. "Langemeyer-Delegation") anführte.

Ein solcher Fall lag in Essen vor. Der Gemeindevorstand von Essen hatte eine Bekanntmachung erlassen, daß sämtliche Steuern bis zum 1. März 1928 bezahlt sein müßten und widrigenfalls beigetrieben würden. Auf der Versammlung in Cappeln bezeichnete "Landvolkführer" gr.[oße] Beilage den Vorgang in Essen als "unerhört" und "hofft[e], dass wegen Steuern kein Ferkel gepfändet wird. Die Sturmglocke müsse man ziehen, sobald jemand einen Schritt zur Pfändung unternähme." Zur politischen Lage im Zeichen des Steuer- und Pfändungsboykotts erklärte der Essener Gemeindevorstand:

> "Im allgemeinen stellt sich daher die hiesige Landwirtschaft auf den Standpunkt, keine Steuern mehr zu zahlen. [...] Es ist wiederholt vorgekommen, dass dem mit der Einziehung von Steuern beauftragten Gemeindediener erklärt ist, ich kann und will nicht zahlen, Steuern bezahle ich nur, wenn ich Geld habe. Ebenso wurde er gehindert, Pfändung vorzunehmen. Die Essener Bekanntmachung ist weitgehend ohne Erfolg geblieben: Anstatt der fälligen 15 000 RM sind bei der Gemeindekasse eingegangen 65 RM an Gemeindesteuern, 125 RM an Wegesteuern und 15 RM an Hundesteuer; nur drei Landwirte haben um Stundung nachgesucht."[630]

Einen ähnlichen Mißerfolg vermeldete das Finanzamt Cloppenburg: Von 118 im Dezember 1927 nach Cappeln versandten Postnachnahmen seien nur 58 eingelöst, der Rest sei verweigert worden. Zu den Verweigerern gehörten auch die "Hauptanhänger der gegenwärtigen Bewegung, wie z. B. Germann in Sevelten, Götting in Bokel, Mählmann in Tenstedt".[631] Der Steuerboykott des Landvolks sollte eine politische Demonstration der Stärke sein. Er zwang den Gemeinden finanzielle Engpässe auf, die sie bald außerstande setzten, ihre Aufgaben zu erfüllen. Der Cloppenburger Amtshauptmann Brand charakterisierte die Situation in seinem Bericht an das Ministerium des Innern so:

> "Von den Gemeindevorstehern wurde übereinstimmend die Auffassung vertreten, dass sie nicht in der Lage seien, die rückständigen Steuern und Umlagen hereinzubringen. Wenn sie zu Pfändungen und Beitreibungen schritten, so würde das von der ganzen Bevölkerung als eine Sabotage der Notbewegung empfunden und die Gemeindevorsteher in eine völlig unhaltbare Lage bringen. Aber selbst wenn sie eine zwangsweise Beitreibung versuchen würden, so würden, wie in Essen, entweder die Pfändungen verhindert werden oder bei Versteigerungen niemand bieten oder gar, wie mehrfach öffentlich ausgesprochen, die Notglocke gezogen werden und möglicherweise Gewalttätigkeiten gegen die Vollziehungsbeamten zu befürchten sein."

---

[630] StAO 136 - 10053, Bl. 8: Anlage: Schreiben des Gemeindevorstandes Essen an das Amt Cloppenburg vom 2.3.1928.

[631] StAO 136 - 10053, Bl. 10: Schreiben des Finanzamts Cloppenburg an den Präsidenten des Landesfinanzamtes Oldenburg vom 18.2.1928.

Brand bezog sich in dieser Stellungnahme auf eine Sitzung des Amtsvorstandes am 29. Februar 1928, an der sämtliche Amtsvorstandsmitglieder und Gemeindevorsteher teilnahmen und zum Steuerstreik übereinstimmend erklärten, "dass sich eine starke Bewegung im ganzen Bezirk bemerkbar mache, die auf eine Verweigerung sämtlicher Steuern gerichtet sei". Die Sitzung des Amtsvorstandes habe dazu eindeutig festgestellt:

> "Tatsächlich erhalten die Gemeinden keine Steuern mehr herein und sind, wenn diese Bewegung sich durchsetzt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben völlig ausserstande, da auch die Banken sich weigern, Kredite zur Verfügung zu stellen. Die Gemeindevorsteher sind übereinstimmend der Meinung, dass die Regierung geeignete Schritte zur Wahrung der Staatsautorität unternehmen müsse, und halten es für empfehlenswert, dass sich das Ministerium durch unmittelbare Befragung der Gemeindevorsteher genaue Einsicht in die tatsächliche Lage verschaffte."

Die Vollziehungsbeamten (Amtsbotengehilfen) sähen sich, so Brand weiter, vor außerordentlichen Schwierigkeiten und seien kaum imstande, ihre Aufgaben zu erfüllen, denn "nach ihrer Angabe fällt es z. Zt. keinem einzigen Schuldner öffentlicher Gebühren usw. ein, seine Schulden zu bezahlen, auch wenn diese gering sind und dem Schuldner die Zahlung zugemutet werden kann". Weiter hätten sie zu Protokoll gegeben:

> "Sie [=Schuldner] lassen es regelmäßig zur Pfändung kommen. Zu den angesetzten Pfändungsterminen erscheinen entweder keine Käufer oder die Erschienenen bieten nicht. Diese Erscheinung ist nur aus einer verabredeten Sabotage der Pfandverkäufe zu erklären. Die Vollziehungsbeamten halten es für sehr erwünscht, daß den Haupthetzern - genannt wurden Vorwerk und gr.[oße] Beilage - das Handwerk gelegt würde."

Den politischen Vermittlungsversuchen, die von Amts wegen angestrengt worden seien, sei es bisher nicht gelungen, "durch persönliche Einwirkung auf die Führer der Bewegung (gr.[oße] Beilage, Germann, Götting) die Agitation in den gesetzlichen Grenzen zu halten" und ein neues Rechtsbewußtsein zu schaffen. Brand erklärte, daß er die Staatsminister Driver und Willers über die Aktivitäten der Landvolkbewegung unterrichtet, aber bislang keine polizeilichen Ermittlungen darüber angestellt habe, "ob die genannten Persönlichkeiten sich einer Aufforderung oder Anreizung zum Steuerstreik schuldig gemacht haben, weil immer noch gehofft werden durfte, dass sich die Bewegung im Sande verlaufen würde". Um einen "Steuerstreik auf der ganzen Linie" im Amtsbezirk Cloppenburg abzuwenden, strebe das Amt eine weitere Aussprache über die politische Lage an. Sollte auch diese Vermittlung scheitern, sah Brand die Autorität der oldenburgischen Staatsregierung gefordert und zur Klärung veranlaßt, "dass die an sich legalen Ziele der Bauernbewegung nur mit gesetzlichen

Mitteln verfolgt werden dürfen und dass in jedem Falle, wo, ohne dass Erlass oder Stundung vorliegt, Steuern verweigert werden, die Einziehung der Steuern auf dem gesetzlichen Wege erfolgen werde und dass jeden, der sich der Steuerbeitreibung widersetzt, oder der zu einer Steuerverweigerung auffordert oder anreizt, die gesetzlichen Folgen treffen würden". Offensichtlich hatte eine Erklärung des Reichsfinanzministers, daß "derjenige, der kein Einkommen gehabt habe, auch keinerlei Steuern zu zahlen brauche," für weitere Verwirrung in der Bevölkerung gesorgt und zu einer Aufheizung der Boykottbewegung geführt.[632] Das umfangreiche Schreiben Brands an das oldenburgische Ministerium des Innern vom 5. März 1928 gibt Auskunft über die kritische politische Lage in seinem Amtsbezirk in den ersten Monaten des Jahres 1928 - ein Jahr vor der Eberborg-Affäre - und über die Struktur der Landvolkbewegung, die die Kommunen, den Amtsverband und den Freistaat bereits zu diesem Zeitpunkt zu erpressen und die Bevölkerung auf illegale Bahnen des Protestes zu führen versuchte.

Die Landvolkbewegung war bestrebt, auch die Ämter Vechta und Friesoythe zu erfassen, konnte sich hier aber nicht in dem Maße durchsetzen wie im Amt Cloppenburg. Das Amt Friesoythe berichtete am 12. März 1928 an das oldenburgische Staatsministerium über einen im allgemeinen ruhigen Verlauf der Protestkundgebungen im Amtsbezirk. Nur "ein gewisser Germann-Sevelten" wurde mit folgenden Äußerungen zitiert:

> "Wenn jetzt mal ein armer Landwirt wirklich nicht mehr bezahlen kann und ihm ein Stück Vieh gepfändet wird und es soll vom Gerichtsvollzieher versteigert werden, so dürfen wir nicht fehlen. Es müssen mindestens 300 - 400 Mann erscheinen, um der Zwangsversteigerung beizuwohnen. Wir müssen einen Kreis um das Objekt bilden und immer versuchen, möglichst dicht an das Stück Vieh heranzukommen, immer dichter und dichter zusammenrücken, ich glaube, dann wird die Luft etwas dick im Ring und dann werden wir ja sehen, wer noch ein Gebot abgeben will."

Die Steuerboykottbewegung konzentrierte sich ebenfalls auf den Süden des Amtsdistrikts Cloppenburg mit einem relativ hohen Anteil mittel- und großbäuerlicher Betriebe, während aus dem wirtschaftlich wesentlich schwächeren

---

[632] StAO 136 - 10053, Bl. 11: Schreiben des Amts Friesoythe vom 12. März 1928. Die Erklärung von Reichsfinanzminister Köhler enthielt in einer telegraphischen Nachricht die Richtigstellung, "dass seine aeusserung, wo kein einkommen ist, kann auch keine steuer bezahlt werden, sich ausschliesslich auf die einkommensteuer bezog und bedeutet, niemand kann fuer eine veranlagungsperiode, in der er kein einkommen hatte, zur einkommensteuer herangezogen werden". (StAO 136 - 10053, Bl. 9)

Amtsbezirk Friesoythe Verweigerungen nicht bekannt sind. In dem besagten Bericht des Amtes Friesoythe an das Staatsministerium heißt es dazu:

> "Steuerverweigerungen auf Grund der Erklärungen in den Protestversammlungen sind nicht festzustellen. Die Abgaben kommen in dem geringen Maße und Tempo, wie sie auch bislang schon wegen der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirks üblich waren, weiterhin ein. Die Umlagelisten für die Wasseracht sind allerdings aus dem Cloppenburger Gebiet teilweise unerledigt zurückgegeben worden."[633]

Im Amt Vechta herrschte offensichtlich größere Vorsicht im Umgang mit den politischen Aktionen im Umfeld der Protest- und Boykottbewegung, obwohl die Landvolkzeitung zunächst in Lohne erschien und erst im Juli 1929 - nach der Eberborg-Affäre - nach Cloppenburg verlegt wurde. Ein Bericht des Cloppenburger Finanzamtes an den Präsidenten des Landesfinanzamtes in Oldenburg vom 18. Februar 1928 gab zur Teilnahme der Vechtaer Handwerker Börgerding und Themann an einer der vielen Protestkundgebungen in Cloppenburg zu bedenken:

> "Ob ihnen aus dem Cloppenburger Auftreten in ihrer Heimat Schaden erwachsen ist, vermag ich von hier aus nicht zu beurteilen, glaube es aber nicht, wenn mir eine Äußerung des Vechtaer Bürgermeisters richtig berichtet worden ist, wonach eine solche Schädigung keineswegs eingetreten sei. Themann soll sich infolge seiner großen Kinderzahl u. a. in schwieriger Wirtschaftslage befinden."[634]

Im März 1928 stellten sich die "Führer" der Protestbewegung nach einer Erklärung des Finanzministers, daß die durch den Abbau von Schulklassen erzielten Einsparungen in vollem Umfang den Gemeinden zugute kommen sollten, einmütig auf den Standpunkt, "dass die Bevölkerung vom Amt zur Zahlung der rückständigen Gemeindesteuern aufzufordern sei".[635] Finanzminister Willers hatte eine entsprechende Erklärung gegenüber einer Abordnung aus dem Amtsbezirk Cloppenburg abgegeben und in Aussicht gestellt, daß die Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes unverzüglich zur Wirkung gelangen. Im Schreiben an das Amt Cloppenburg vom 27. März 1928 korrigierte er seine Ausführungen, die der Bericht des Amtes Cloppenburg "in allzu optimistischer Weise" wiedergegeben habe. In einem persönlichen Schreiben an Gutsbesitzer Meyer in Nutteln vom 17. März 1928 wies Willers darauf hin, "dass der Finanzausgleichsentwurf bezüglich der Kürzung an Überweisungssteuern den

---

[633] StAO 136 - 10053, Bl. 11.
[634] StAO 136 - 10053, Bl. 10.
[635] StAO 136 - 10053, Bl. 13: Schreiben des Amts Cloppenburg an das oldenburgische Innenministerium vom 21. März 1928.

geäusserten Wünschen Rechnung trage, dass aber bezüglich des Abbaues von Volksschulen auch meinerseits noch gewisse Bedenken beständen, und dass es bezüglich dieses Punktes vielleicht richtiger sei, dahingehende Anregungen abzuwarten".[636] In der Bekanntmachung vom 21. März 1928 forderte das Amt Cloppenburg die Steuersäumigen auf, ihre Steuerrückstände bis spätestens zum 1. April 1928 an die Gemeindekasse zu zahlen. Das Amt wies noch einmal auf den Ernst der durch die Boykottbewegung entstandenen wirtschaftlichen Lage der Gemeinden im Amtsdistrikt hin und stellte fest:

> "Da die Dinge sich zu einem Zusammenbruch nicht nur der Gemeinden, sondern auch weitester Wirtschaftskreise des Bezirks auszuwachsen drohen, ist es höchste Zeit, dass die Bevölkerung sich auf ihre gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber den Gemeinden besinnt und alles daran setzt, durch Zahlung der rückständigen Abgaben die Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihren oben genannten Verpflichtungen nachzukommen."[637]

Die vorübergehende Beruhigung der Lage war nicht von Dauer. Das Amt Vechta informierte das oldenburgische Ministerium des Innern (Driver) im Juni 1928 wiederholt über einige Artikel, die im "Landvolk" erschienen seien und "welche in hohem Maße aufreizend wirken und geeignet sind, zur Steuersabotage und zum Widerstand gegen die Vollstreckungsbeamten zu verleiten". Nach Darstellung des Amtes wurde das "Landvolk" in mehreren Gemeinden des Amtes Cloppenburg und in der Stadt- und Landgemeinde Lohne - hier unter dem Titel "Allgemeiner Anzeiger" - abonniert. Aufgrund dieser Artikel stellte das Amt Vechta der Regierung anheim, "sofort die Einleitung des Strafverfahrens durch die Staatsanwaltschaft zu veranlassen".[638] Trotz der offenen Warnungen aus dem Amt Vechta, "dass die Autorität des Staates und der Behörden durch dieses Treiben stark leiden muss", verhielt sich das oldenburgische Staatsministerium abwartend und unternahm keine strafrechtlichen Schritte gegen die Agitation im "Landvolk".[639]

4.4.3. Der "Fall Götting": "Landvolk erscheine in Massen!!"

Nach dem provozierenden Artikel des "Landvolks" über die Beschlagnahme eines Werbeplakats durch die Polizei, die zu einer großen "Bauernansammlung

---

[636] StAO 136 - 10053, Bl. 14.
[637] StAO 136 - 10053, Bl. 13.
[638] StAO 136 - 10053, Bl. 15: Schreiben des Amtes Vechta vom 5.6.1928.
[639] StAO 136 - 10053, Bl. 17: Schreiben des Amtes Vechta vom 17.6.1928.

vor dem Amtshause" geführt habe, ersuchte das Ministerium das Amt Cloppenburg um einen offiziellen Bericht über den politischen Vorfall.[640] Dabei stellte sich heraus, daß Bauer Heinrich Götting aus Bokel ein Schild hatte anfertigen lassen mit der Aufschrift:

> "Heute Nachmittag Zwangsversteigerung bei Heinr. Götting, Bokel. Landvolk erscheine in Massen!!"[641]

Die Zwangsversteigerung war auf Montag, den 18. Juni 1928, angesetzt worden. Die örtliche Polizei beschlagnahmte das Schild, als es demonstrativ über den Cloppenburger Marktplatz getragen wurde. Dem Amtshauptmann gelang es, die gewaltsam angestrebte Herausgabe des Schildes - Götting wurde mit 30 bis 40 Personen im Amtshause vorstellig - zu vereiteln und Götting darauf hinzuweisen, "dass die ganze Art und Weise, mit der er sich in der letzten Zeit im öffentlichen Leben betätigt habe, auf die Dauer dazu führen müsse, dass er mit den Strafgesetzen in Konflikt gerate", und "dass er durch sein Verhalten die Staatsautorität gefährde und die Behörden zwinge, bei aller Anerkennung der Notlage, in der er und viele seiner Standesgenossen sich befänden, die bisher geübte Zurückhaltung und Rücksichtnahme fallen zu lassen".[642] Gegen die Zusicherung Göttings, die fälligen Steuerschulden zu begleichen, wurde ihm das Schild wieder ausgehändigt.

Der Cloppenburger Amtshauptmann Brand nahm diesen Vorfall zum Anlaß, seine zurückhaltende politische Behandlung der Protestbewegung zu rechtfertigen. Auch im "Fall Götting" habe die Behörde keine Tatbestände schaffen wollen, "welche die gesetzlichen Voraussetzungen des Landfriedensbruchs oder des qualifizierten Hausfriedensbruchs [...] erfüllen". Dabei kam das Amt zu einer Einschätzung der politischen Lage, die vom Ministerium von Finckh mit Fragezeichen versehen wurde, und führte in erster Linie die Folgen der wirtschaftlichen Depression, die den Amtsdistrikt Cloppenburg besonders hart getroffen hätten, als Grund für die Protestbewegung an:

> "Infolge der Besonnenheit und Zurückhaltung der zuständigen Behörden ist es bislang gelungen, die aus der Not der Zeit geborene Protestbewegung in den gesetzlichen Schranken zu halten und Ausschreitungen überall zu vermeiden. Dies war im Amtsbezirk Cloppenburg besonders schwierig, weil hier der wirtschaftliche Rückschlag au

---

[640] LV vom 20.6.1928; StAO 136 - 10053, Bl. 16: Schreiben des Amtes Cloppenburg vom 21.6.1928.
[641] LV vom 20.6.1928.
[642] StAO 136 - 10053, Bl. 18: Schreiben des Amtes Cloppenburg vom 22.6.1928.

> ssergewöhnlich stark war, und die Verschuldung gerade der angestammten Bevölkerung infolge der wirtschaftlichen Depression das erträgliche Mass in vielen Fällen erheblich überschritten hat."[643]

Eine weitere Ursache für die politische Verschärfung des Konflikts sah Brand in dem System der Realsteuern, welche "diesen Druck noch erheblich vermehrt und die allgemeine Erbitterung sicherlich nicht ohne allen Grund gesteigert hat". Der Amtshauptmann stellte sich schützend vor die Bevölkerung seines Amtsdistrikts, indem er ihre Friedfertigkeit betonte und versicherte: "Diese ruhige Zurückhaltung hat auch keineswegs eine Gefährdung der Staatsautorität zur Folge gehabt." Brand stellte das Gegenteil fest und betonte die obrigkeitsstaatliche Haltung der Bevölkerung:

> "Die Bevölkerung des Amtsbezirks Cloppenburg ist ausserordentlich friedlich und bringt dem Staat, insbesondere den Verwaltungsbehörden, seit jeher und auch heute noch jene Achtung und Folgsamkeit entgegen, die der oldenburgische Staat stets besonders wohltuend empfunden hat. Die Aeusserungen der Erregung im letzten Jahre sind - von einigen Ausnahmen vielleicht abgesehen - keineswegs auf bösen Willen zurückzuführen."

Ausschließlich verantwortlich für die Radikalisierung der Landbevölkerung, die das Prinzip der Selbsthilfe ausgelöst habe, machte Brand die wirtschaftliche Situation und die ungewissen Zukunftsperspektiven, ohne auf den antirepublikanischen Affekt einzugehen, der sich in der Protest- und Boykottbewegung von Anfang an entlud. Im einzelnen führte Brand dazu an:

> "Der Rückgang der Landwirtschaft ist so stark, dass viele Betriebsinhaber glauben, den Zeitpunkt voraussehen zu können, wo sie um Haus und Hof kommen. Bares Geld ist fast nicht vorhanden, die Kredite sind vielfach überzogen und die Mittel zur Erfüllung der fälligen Verbindlichkeiten nirgendwo zu erreichen. Die kürzlich erfolgte Besserung der Schweinepreise hat aber die Hoffnung Vieler erneut belebt und auch bewirkt, dass eine Besserung in der Steuerzahlung eingetreten ist."

Die aggressive Kampagne führte Brand auch auf die Agitation der Landvolkpresse und den Umstand zurück, "dass die Zeitung infolge ihrer geringen Abonnentenzahl es bei ihrer kläglichen Leitung dringend nötig hat, durch ständige Verhetzung der Bevölkerung auf Abonnentenfang zu gehen, um sich überhaupt noch über Wasser halten zu können". Vor allem müsse die Zeitung auf die öffentlichen Bekanntmachungen verzichten, was nach Meinung von Brand die Einstellung des Blattes zur Staatsautorität erheblich mitbestimmte.

---

[643] StAO 136 - 10053, Bl. 18, auch zum folg.

Der "Fall Götting" im Juni 1928 war das Vorspiel für die Sevelter "Eberborg-affäre", die im März 1929 durch die Pfändung eines Schweins ausgelöst wurde und bis zur Urteilsverkündung im Prozeß wegen Landfriedensbruchs im Februar 1930 die politische Stimmung in Südoldenburg erhitzte. Zur Ruhe kam die ländliche Bevölkerung aber auch in der Zwischenzeit nicht. Im November 1928 sah der Oberstaatsanwalt von einem Strafverfahren gegen den Landtagsabgeordneten gr.[oße] Beilage wegen Aufforderung zum Steuerstreik nur aus dem Grunde ab, weil die widersprechenden Aussagen der Teilnehmer an einer Landvolkversammlung in Peheim keinen gültigen Aufschluß darüber erlaubten, "was Dr. gr.[oße] Beilage gesagt hat". Von einer Befragung gr.[oße] Beilages sah die Staatsanwaltschaft ab, "zumal da nicht damit zu rechnen ist, daß Dr. gr.[oße] Beilage ein Geständnis ablegen würde".[644] Der Bauer Heinrich Götting aus Bokel (Gemeinde Cappeln) gehörte 1935 zu den Initiatoren des Schulstreiks in Tenstedt (Gemeinde Cappeln) und 1936 zu den markantesten Persönlichkeiten des "Kreuzkampfes". Diese ‘politische’ Karriere war in Südoldenburg keine Ausnahme. Die nationale Opposition gegen die Demokratie von Weimar und der Kampf gegen die nationalsozialistische Schulpolitik aus dem katholischen Glauben waren zwei Seiten einer persönlichen Haltung, die in ihrem politischen Kern eine Einheit bildete.[645]

4.5. Der Ausbruch der Eberborg-Affäre

Ausbrüche von Gewalt und Verantwortungslosigkeit - eine peinliche Affäre, die im nachhinein zum Mythos von aufrechtem Widerstand und listiger Bauernschläue stilisiert wurde - bildeten den Höhepunkt in der Boykott- und Protestbewegung in Südoldenburg. Am 7. März 1929 wurde die Pfändung eines Eberborgs beim Bauern Heinrich Vorwerk in Westeremstek angekündigt. Zwei Tage später, am 9. März 1929, schritt das Amt Cloppenburg gegen den Bauern Vorwerk ein und pfändete aufgrund von Steuerschulden das Tier. Aufgrund eines mangelnden Angebots scheiterte die Versteigerung, und der Eberborg wurde an den Viehhändler Bornemann verkauft. Dabei kam es auf der Viehrampe in Cloppenburg zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen den Bauern und den Viehhändlern und zu der stillschweigenden Übereinkunft, Bornemann

[644] StAO 136 - 10053, Bl. 20: Oberstaatsanwalt an das Ministerium des Innern am 10.11.1928.
[645] IMBUSCH, Kirchenkampf, S. 116f., 152. Zu Heinrich Götting vgl. Kap. 4.8.3.: Biographische Profile und katholische Warnrufe.

in Zukunft zu boykottieren. Der Verkauf wurde schließlich rückgängig gemacht, und der Amtsschreiber Josef Dwertmann jun. aus Sevelten erwarb daraufhin das Tier zu einem geringeren Preis. Die Überführung des Eberborgs nach Sevelten in der Gemeinde Cappeln hatte sich schon schwierig gestaltet. Am Tag darauf, an einem Sonntag, versammelten sich die Bauern in Sevelten und beschlossen, die Pfändung rückgängig zu machen. Die Parole, die Johannes Germann ausgegeben hatte, lautete: "Das Tier muß raus aus unserm Dorf!" Nach dem Hochamt wurden telefonisch die entsprechenden Verabredungen getroffen, der Ortsgeistliche wurde unter einem Vorwand aus dem Dorf gelockt, abends wurde die Brandglocke geläutet und das Zeichen zum Aufbruch gegeben. Eine große Anzahl Eingesessener, man vermutet 80 bis 150 Personen, fand sich bei der Sevelter Kirche ein und machte sich auf den Weg zum Hofe Dwertmann sen., der außerhalb des Ortes liegt. Der Eberborg wurde in einem Triumphzug wieder zurück auf den Hof von Heinrich Vorwerk in Westeremstek gebracht und das Ereignis mit Freibier in der Gastwirtschaft Wittkopp 'begossen'. Nach der Unterrichtung des Amtshauptmanns am Montagmorgen schaltete sich die oldenburgische Staatsanwaltschaft ein und ermittelte einige Tage vor Ort in Sevelten, aber ohne konkrete Ergebnisse. An der Dorfstraße befand sich ein großes Schild mit der Aufschrift: "Mund halten - Spitzel im Dorf!" Nach den Voruntersuchungen wurden die Bauern Germann (Sevelten) und Vorwerk (Westeremstek) und später auch dessen Sohn am 13. März 1929 inhaftiert, am 22. März 1929 folgte die Verhaftung des Dienstknechts Erich Scheffziek und des Bauern Georg Lückmann, Sevelten.[646] Nach ersten Presseberichten wurde am 16. März 1929 auf einer großen Protestkundgebung in Cloppenburg die Freilassung der Inhaftierten gefordert. Nach einer erneuten 'Lagebesprechung' nach dem Sonntagshochamt am 17. März 1929 wurde die Freilassung der Inhaftierten unter Androhung eines Lieferstreiks gefordert, der am 19. März 1929 durchgeführt werden sollte. Einen Tag später, am 18. März 1929, wurden Germann und Vorwerk entlassen und auf dem Cloppenburger Bahnhof von einer großen Volksmenge feierlich empfangen, das Ereignis wie ein Triumph in der Gaststätte Südbeck in Emstek gefeiert. Der Staat hatte sich erpreßbar gezeigt. Am 21. März 1929 folge die Freilassung von Vorwerk jr., einen Tag vor der außerordentlichen Landtagssitzung in Oldenburg. Die Ereignisse eskalierten und erreichten mit dem Zerschlagen der Fensterscheiben beim Amtsgehilfen Deeken in Emstek einen vorläufigen Höhepunkt. Gegen eine

[646] STRICKMANN, Eberborg, S. 7-12: Bericht aufgrund der Aussagen von Zeitzeugen und der Presseveröffentlichungen; MT vom 25. 4.1929: Verhaftung des Dienstknechtes Scheffziek und des Bauern Lückmann.

Kaution von 5 000 RM, die von den Landtagsabgeordneten der Landvolkpartei gestellt wurde, wurden auch Lückmann und Scheffziek am 3. Mai 1929 aus dem Gefängnis entlassen. Am 24. Februar 1930 begann der Prozeß vor der Strafkammer des Oldenburger Landgerichts, am Ende wurden die fälligen Haft- in Geldstrafen umgewandelt. Röver soll nach der Legende, die sich bald um den "Eberborg" rankte, später "einen Strich durch die Rechnung" gemacht haben.[647] Die Geschichte des "Eberborgs" zeigt, wie Erinnerungen an historische Ereignisse politisch gezielt ausgenutzt werden konnten.

Es war keine Überraschung, daß die Pfändung des Schweins große Unruhe unter den Bauern in Südoldenburg auslöste und sich zu einer politischen Affäre ausweitete. Der Kampf der Aktivisten in der sog. Eberborg-Affäre galt dem demokratischen Staat von Weimar und seinen legitimen Organen und Institutionen. Nach Auffassung von Werner Freitag ebnete der Eberborg-Konflikt "in seiner Gewalttätigkeit, seiner Intoleranz und seiner Verächtlichmachung des demokratischen Staats- und Kommunalwesens" sogar dem Nationalsozialismus den Weg und ist heute "kein Grund zum Schmunzeln".[648] Lehrer und gemäßigte Bauern hätten sich gegen die Aktivisten nicht durchsetzen und keinen Ausgleich herbeiführen können.[649] Die Landvolkbewegung instrumentalisierte die juristische Auseinandersetzung um den Sevelter Eberborg-Prozeß zur politischen Selbstdarstellung und zur moralischen Diskreditierung des demokratischen Freistaates, der sich politisch wehrlos darstellte und auf die Provokation

---

[647] Cappeln, Gemeinde, S. 179-184: Geschichte vom Sevelter Eberborg; ‘De Swienskomödie’ - Der Fall Eberborg, IN: VuL Jg. 59, Nr. 131, 13.11.1992, S. 12f.; FREITAG, Landvolkbewegung, S. 25f.; STRICKMANN, Eberborg, S. 123-126; ders., Staatsanwalt ermittelte 1929 in Sevelten im "Falle des Eberborg", IN: MT vom 27.5.1989.

[648] Der Bauer Heinrich Vorwerk aus Westeremstek kandidierte an 15. Stelle auf der NSDAP-Landtagswahlliste für die Wahlen am 29. Mai 1932 und zog in den Landtag ein. (KUROPKA, Cloppenburg, S. 35) Friedrich Wübbolt äußert sich in seinen Erinnerungen über Heinrich Vorwerk mit den Worten: "Ich sehe noch den Bauern Vorwerk als ersten mit dem braunen SA-Anzug schon vor 1933." In Höltinghausen, wo Wübbolt zu dieser Zeit als Lehrer tätig war, sei man "über diese Leute" nicht erfreut gewesen. (WÜBBOLT, Erinnerungen, S. 189)

[649] Zu dieser neuen Bewertung der Eberborg-Affäre, die sich weitgehend mit der in der vorliegenden Dissertation deckt, kommt Werner Freitag in einem Beitrag aus dem Jahre 1999. In diesem Aufsatz, der ausdrücklich als "Annäherung" bezeichnet wird, stellt der Autor fest: "In Sevelten und Emstek untergruben die Akteure des Eberborgs die Legitimität des demokratisch-parlamentarischen Staates und der Kommunen, die auf Volkssouveränität und Interessenausgleich beruhte. [...] Das Steuer- und Gewaltmonopol, einst von den Honoratioren und der Kirche gestützt, wurde im Dorf der Lächerlichkeit preisgegeben; der Rechtsstaat wurde erpresst." (FREITAG, Landvolkbewegung, S. 34; STRICKMANN, Heinz: Ebnete "Krach um Jolanthe" Nazis den Weg?, IN: MT vom 25.11.2000: Strickmann gibt die "Schlussbetrachtung" aus dem Aufsatz von Werner Freitag fast vollständig wieder.)

des radikalen Landvolks nur zögernd reagierte. Das Landvolk interpretierte das Bemühen des Freistaates um eine juristische Lösung des Konflikts, der als unpolitisches kriminelles Delikt behandelt werden sollte, als Zeichen der Schwäche und als Beleg für die mangelnde Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems, das in Oldenburg durch die Installation der Fachministerien ohnehin nur mit Einschränkung in Kraft war.

4.5.1. Reaktionen auf die Eberborg-Affäre: "Der Weg zur Freiheit der Höfe geht durch die Gefängnisse."

Die Reaktion der Landbevölkerung auf den Ausbruch der Sevelter Eberborg-Affäre war eindeutig. Eine Protestwelle breitete sich aus, und mit Lieferungsstreik- und Boykottdrohungen wollten die sympathisierenden Bauern die Entlassung der Inhaftierten erzwingen. Die Cloppenburger MT berichtete fortlaufend über die Verhaftungen und den Gang der Untersuchungen in Oldenburg.[650] Am 16. März 1929, einem Samstag, fand im Cloppenburger Centralhotel eine "erregte Protestversammlung" statt, in der über die Einleitung eines Produktions- und Lieferungsstreiks und die Unterlassung der Feldbestellung debattiert und die Amtsenthebung und ein Disziplinarverfahren gegen den Untersuchungsrichter Schild gefordert wurden, um den Druck auf das Staatsministerium zu verstärken.[651] Die Protestversammlung war von der Landvolkpartei einberufen worden, die mit den bekannten "Landvolkführern" Langemeyer und gr.[oße] Beilage aus Südoldenburg und Addicks vom nordoldenburgischen Landvolk auch die wichtigsten Redner stellte. Nach dem Gendarmeriebericht nahmen etwa 1 000 Personen an der Protestversammlung teil, die vom Abgeordneten Langemeyer geleitet wurde. Während Langemeyer und gr.[oße] Beilage mit dem Verhalten des Untersuchungsrichters Schild scharf ins Gericht gingen, aber "jede Beleidigung und Herabsetzung von Behörden und Beamten" vermieden, "legte" der Redner Addicks "gleich etwas schärfer los". Über seinen Auftritt in der Versammlung heißt es in dem Gendarmeriebericht wörtlich:

> "Er schimpfte weidlich auf das jetzt herrschende System und auf den internationalen Grosskapitalismus. Die Bewegung des Landvolks sei jetzt in das Stadium der Tat getreten. Dann kam der Redner auf die Verhafteten zu sprechen, dass diese einfach wie

---

[650] STRICKMANN, Eberborg, S. 15-46. Die wichtigsten Veröffentlichungen der Cloppenburger MT sind hier zusammengestellt.
[651] MT vom 18.3.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 18ff.

> Schwerverbrecher abtransportiert worden seien. Hierbei liess er sich zu einer Beleidigung des Herrn Untersuchungsrichters hinreissen, indem er etwa wörtlich ausführte: 'Wenn die Verhafteten Schwerverbrecher sind, dann ist der Untersuchungsrichter Schild in unsern Augen auch ein Schwerverbrecher.'"

Zur Rede von Kaplan Roter, der in der Sevelter Affäre "keine Verletzung irgend eines Paragraphen" sehen konnte und "bei den Protestlern einen enormen und billigen Beifall erhielt", vermerkte der Bericht kurz und bündig: "Diese Rede wäre besser unterblieben, ging doch m. E. der Redner von falschen Voraussetzungen aus." Bauernführer gr.[oße] Beilage wird in dem Bericht mit der Bemerkung zitiert:

> "Der Weg zur Freiheit der Höfe geht durch die Gefängnisse."[652]

Amtshauptmann Brand berichtete in der Versammlung über seine Bemühungen um die Freilassung der inhaftierten Bauern. Sein Appell an die "Führer" der Bewegung hatte zum Ziel, "daß sie ein größeres Unglück abwenden". Die Resolution, die vom Landtagsabgeordneten Anton Langemeyer verlesen wurde, enthielt die Forderung nach Entlassung der inhaftierten Mitglieder der Landvolkbewegung und drohte mit einem Lieferungs- und Produktionsstreik, "wenn sie Montagabend nicht in Freiheit gesetzt sind". Langemeyer ergänzte die Verabschiedung der Resolution mit den Worten:

> "Es wird sich bitter rächen, daß man auf uns nicht gehört hat. Wird das Volk nicht gerettet, so wird es radikal."

Und gegen den Amtshauptmann gerichtet, auf dessen Erscheinen die Versammlung warten mußte, erklärte gr.[oße] Beilage:

> "Der Herr Amtshauptmann hat aber die strikte Forderung gestellt, daß ich dafür garantiere, daß er weder durch Tat noch Wort verunglimpft würde. Das konnte ich nicht. Wir können aber unseren Amtshauptmann vor das Tor fordern, daß er uns sagt, wie er sich zu uns stellt. Wenn er das nicht tut, so haben wir keinen Amtshauptmann mehr, wie wir ihn haben müssen.[653]

Die Forderungen der Cloppenburger Protestversammlung wurden erfüllt. Bereits am Monatg, dem 18. März 1929, wurden die Haftbefehle gegen Germann und Vorwerk aufgehoben und ihre Heimreise für den nächsten Tag erwartet.[654]

---

[652] StAO 136 - 10053, Bl. 21.
[653] MT vom 18.3.1929.
[654] MT vom 19.3.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 17.

Mit einem festlichen Empfang und einem triumphalen Umzug durch die Stadt wurden Germann und Vorwerk am 19. März 1929 in Cloppenburg begrüßt und wie politische Opfer der Gerechtigkeit und Freiheit gefeiert. In seiner Begrüßungsansprache bezeichnete Landtagsabgeordneter gr.[oße] Beilage die aus der Haft entlassenen Bauernführer als "Märtyrer im Kerker", die sich gefragt hätten: "Hilft uns das Oldenburger Münsterland nicht und befreit uns?" Die Resolution der Protestversammlung charakterisierte gr.[oße] Beilage in dieser Stunde als "Ultimatum an die Oldenburgische Regierung" und erinnerte an den angedrohten Produktions- und Lieferstopp. Die Freilassung der zu Unrecht verfolgten Bauernführer sei auf die Geschlossenheit des Landvolkes zurückzuführen. In einem pathetischen Wortrausch knüpfte gr.[oße] Beilage daran die historische Vision:

> "In den Annalen der Geschichte, wenn das deutsche Wesen genesen ist, da werden die Namen dieser beiden Männer in goldenen Lettern stehen und nicht die Namen derer, die sie verhaftet haben. Auch die Streikbrecher sind dort nicht zu lesen. - Schwer ist es, das Landvolk zu einigen. Wir werden aber kämpfen bis zum äußersten. Mit Kraft wollen wir es durchsetzen. [...] Eins haben wir erreicht, daß wir heute diese beiden Männer unter uns haben, die zu den besten unseres Volkes gehören."

Germann griff in seiner Dankesrede unverhohlen völkisch-nationale Töne auf und wollte im Schicksal des Landvolkes einen Fingerzeig Gottes sehen:

> "Es kommt auf Leben und Verderben an. Wir müssen den gerechten Kampf weiter fechten für Frau und Kinder, für Heimat und Scholle. Zu diesem gerechten und heiligen Kampf möge der gerechte Gott dort oben seinen heiligen Segen geben. Es wird das deutsche Landvolk gesunden, gesunden am Blut, gesunden am Körper. Und durch das deutsche Landvolk das große deutsche Volk."[655]

Die oldenburgische Regierung sah sich veranlaßt, wegen der Eberborg-Affäre eine Landtagssitzung einzuberufen. In einer dreistündigen Debatte gab Ministerpräsident von Finckh am 22. März 1929 eine Regierungserklärung zur politischen Lage in Südoldenburg ab.[656] Darin setzte er sich mit der Cloppenburger Entschließung, die von den Landtagsabgeordneten gr.[oße] Beilage, Addicks und Langemeyer unterzeichnet worden war, auseinander und lehnte ein politisches Verfahren ab. Er stellte sich hinter die Beamten und Behörden, die "ihres

---

[655] MT vom 20.3.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 23-26. Vorwerk hatte in seiner Dankesrede zuvor bekannt: "Für die Schmach sind wir heute reichlich entschädigt worden. Wir wollen auch allen vergeben. Wir stehen auf dem Boden des Christentums. Wir sind von der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei."

[656] StAO 136 - 10053, Bl. 22.

Amtes in den gesetzlichen Schranken" walteten, "wie es im Rechtsstaat sein soll", und wies den schweren Vorwurf zurück, "daß die Verhaftungen nur deshalb vorgenommen seien, weil es sich um führende Männer in der Landvolkbewegung gehandelt habe".[657] Finckh erkannte die politische Intention, die sich hinter der Cloppenburger Resolution verbarg und es darauf anlegte, das strafrechtliche Verfahren in einen politischen Prozeß umzufunktionalisieren:

> "Das Landvolk sieht in der Verhaftung der Mitglieder der Landvolkbewegung einen Angriff gegen die Landbevölkerung, da nach allgemeiner Ansicht nicht die Seveltener Vorkommnisse an sich die Verhaftung herbeiführten, sondern die Verhaftung nur deshalb vorgenommen wurde, weil diese Männer als führende Männer in der Landvolkbewegung seit Anfang tätig waren. [...] Solche unbegründeten Vorwürfe hätten aber die unerwünschte Nebenwirkung, daß sie geeignet sind, die Staatsautorität zu untergraben. Dieses gilt ebenso von den Verunglimpfungen, die in der Versammlung in Cloppenburg gegen den Amtshauptmann gerichtet sind. Sie sind durchaus ungerechtfertigt und bedeuten eine Mißachtung der Staatsautorität."[658]

Ministerpräsident von Finckh appellierte an die Adresse der Landvolkbewegung, die politischen Konflikte auf dem gesetzlichen Wege auszutragen, der durch die "volle verfassungsmäßig gewährte Freiheit" in Oldenburg dafür vorgesehen sei.[659] In der Aussprache grenzte sich der Cloppenburger Landtagsabgeordnete, der geistliche Oberstudienrat Heinrich Wempe, für das Zentrum entschieden gegen den politischen Extremismus der Landvolkbewegung ab und verurteilte "die ungesetzliche Selbsthilfe, die zum Steuerstreik und zum Widerstand gegen die verantwortlichen Organe des Staates greift". Wempe nutzte die Stunde zur politischen Profilierung der Zentrumspartei, "deren Wurzelboden das Münsterland" sei und die sich von der Agitation des Landvolks am stärksten getroffen fühlen müßte. Dabei wurde deutlich, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Zentrum und der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei schließlich auf die konfessionelle Frage hinauslief. Wempe wandte sich entschieden gegen den politischen Extremismus, der in der Protest- und Boykottbewegung des Landvolks zum Ausdruck komme, und stimmte der Erklärung der Staatsregierung voll zu:

> "Besonders verurteilen wir das Mittel terroristischer Einschüchterung, mit dem auch die loyal gesinnte Mehrzahl der Bevölkerung in die Bewegung hineingerissen werden

---

[657] V. Lt., 3. Vers., 3. Sitzung, 22.3.1929, S. 16.
[658] V. Lt., 3. Vers., 3. Sitzung, 22.3.1929, S. 13, 16.
[659] StAO 136 - 10053, Bl. 22; V. Lt., 3. Vers., 3. Sitzung, 22.3.1929, S. 16; MT vom 23.3.1929: Wiedergabe der Rede von Ministerpräsident von Finckh; STRICKMANN, Eberborg, S. 27-29: MT-Artikel vom 23.3.1929.

> soll. Mit furchtbarer Deutlichkeit wird die Lage beleuchtet durch den Ausspruch eines Führers der Bewegung: 'Wer nicht mittut, von dem ziehn wir uns zurück und verweigern ihm nachbarliche Hilfe. Wenn er stirbt, mag er sehen, wie er unter die Erde kommt.' Meine Herren, wer so denkt, redet und handelt, sollte sein Tun wenigstens nicht christlich nennen."[660]

Die demokratischen Parteien einschließlich des Zentrums machten in der Landtagsdebatte deutlich, daß in der Eberborg-Affäre ein strafrechtlicher Vorgang politisch ausgenutzt werden sollte. Geradezu prophetisch klang die Aussage des sozialdemokratischen Abgeordneten Frerichs, der vor den Auswirkungen warnte, "wenn es soweit kommt, daß man bei der Freilassung der Gefangenen schon beinahe Siegesfeiern veranstaltet und großes Trara macht". An die Adresse des Angeordneten gr.[oße] Beilage fügte er warnend hinzu:

> "Es wird so laufen, Herr gr.[oße] Beilage, daß Ihnen das auf die Dauer nicht überlassen werden kann, weil Sie nicht übersehen, was Sie anrichten. Sie wissen vielleicht, was Sie tun, Sie wissen aber vielleicht nicht die Folgen."[661]

Zu den unmittelbaren Folgen gehörte, daß die NSDAP die Auseinandersetzung um die Eberborg-Affäre für ihre politischen Ziele instrumentalisierte und sich in der Rolle des 'wahren' Vertreters des Landvolks darstellte. Der Abgeordnete Röver nutzte die Debatte im Landtag zu einer scharfen Abrechnung mit dem parlamentarischen System überhaupt, wenn er frei heraus erklärte:

> "Das Volk ist entartet, der Arbeiter ist brotlos, die Leute stellen sich an die Straßenekken und sterben, der Bauer verzweifelt [...] Dieses ist nichts anderes als die Auswirkungen des Systems, welches allein die Schuld trägt an den Zuständen. Sie alle, meine Herren, von links bis rechts, tragen die Schuld, Sie haben im Reich das Dawesgesetz angenommen. [...] Mögen Sie denken und reden, was Sie wollen, wenn der Tag kommt, wo sie aufstehen, die Volksgenossen von links und rechts, dann werden wir dafür sorgen, daß die Leute dahin kommen, wohin sie gehören, in die Front des Abwehrkampfes gegen unsere Bedrücker."[662]

---

[660] V. Lt., 3. Vers., 3. Sitzung, 22.3.1929, S. 17; MT vom 23.3.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 30f.: Wiedergabe der MT vom 23.3.1929.

[661] V. Lt., 3. Vers., 3. Sitzung, 22.3.1929, S. 18; MT vom 23.3.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 31: MT vom 23.3.1929; FRIEDL, Handbuch, S. 208f. (von Wolfgang Günther). Friedrich Frerichs (1882 - 1945 Konzentrationslager Neuengamme/Hamburg) gehörte von 1920 bis 1933 dem Landtag an. Er galt als "ein unerschütterlicher und tapferer Verteidiger der Demokratie und führte in den letzten Jahren einen Abwehrkampf gegen den Rechts- und Linksextremismus".

[662] V. Lt., 3. Vers., 3. Sitzung, 22.3.1929, S. 19.

Die parlamentarische Auseinandersetzung um die Eberborg-Affäre von Sevelten und Cloppenburg vermittelt einen Eindruck von dem politischen Klima im Freistaat, das noch vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und dem ersten Wahlerfolg der Nationalsozialisten im Reich von unüberbrückbaren politischen Gegensätzen gekennzeichnet war und die Zeichen einer nervenaufreibenden Radikalisierung trug. Das Zentrum, das zusammen mit dem Landesblock das Fachministerium von Finckh stützte, stand zwischen den 'politischen Stühlen' und hatte die Verbindung zum demokratischen Lager, zur Sozialdemokratie und zum politischen Liberalismus, aufgegeben. Die demokratischen Parteien waren sich einig in der Verurteilung der Affäre, fanden aber zu keiner geschlossenen Antwort auf die politische Herausforderung des Freistaates zusammen und dokumentierten durch ihr Verhalten die Kompromißunfähigkeit, die seit Jahren in der Tolerierung des Beamtenkabinetts von Finckh einen Ausweg suchte.

Nach der Entlassung von Germann und Vorwerk setzten sich zwei Bauernversammlungen, die nach den Aussagen des Gendarmerieberichts am 28. April 1929 zunächst in der "Walhalla" und dann im Central-Hotel in Cloppenburg durchgeführt wurden, für die Befreiung der beiden "unbescholtenen Landvolkfreunde" Lückmann und Scheffziek ein.[663] Bei der Veranstaltung in der "Walhalla" handelte es sich um eine "gleichfalls stark besuchte Versammlung öffentlich politischer Art seitens der N.S.D.A.P. - Hitler Partei", in der Dr. Albrecht aus Altenberg sprach. An der Versammlung im Central-Hotel, die von Landwirt Gerdes aus Resthausen geleitet wurde, nahmen neben den bekannten Landvolkvertretern Addicks, gr.[oße] Beilage und Langemeyer auch der Reichstagsabgeordnete von Sybel und die Führer der Landvolkbewegung aus Schleswig-Holstein, die Landwirte Kühn und Hamken, teil. Zur Rede Kühns enthält der Gendarmeriebericht die politisch aufschlußreiche Bemerkung:

> "Diese Rede hätte gerade so gut in einer Stahlhelmversammlung gehalten werden können."[664]

Die offenen Drohungen hatten auch diesmal Erfolg, und am 3. Mai 1929 wurden Lückmann und Scheffziek gegen eine Kaution von 5 000 RM, die von den Landtagsabgeordneten Addicks, gr.[oße] Beilage und Langemeyer gestellt

---

[663] StAO 136 - 10053, Bl.26, 27; MT vom 30.4.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 36.
[664] StAO 136 - 10053, Bl. 27. Hamken wird mit der Bemerkung wiedergegeben: "In Schleswig-Holstein wäre es jetzt eine Ehre, für die heilige Sache der Landbevölkerung im Gefängnis gewesen zu sein, und so müsse es auch hier werden."

wurde, entlassen. Sie wurden ebenfalls "feierlich vom Zuge in Cloppenburg abgeholt".[665]

4.5.2. Konspirative Methoden: "Einer fürchtet den anderen."

Im Frühjahr 1929 hielt die politische Konspiration und subversive Agitation im Landvolk unvermindert an. Der Gendarmeriestandort Emstek vermeldete im Schreiben vom 5. April 1929, daß der Haussohn Budde im Auftrag von Heinrich Vorwerk, Westeremstek, auf vorbereiteten Listen Unterschriften für die Protestbewegung sammelte; die Listen hatten folgenden Wortlaut:

> "Die unterzeichneten Einwohner der Gemeinde Emsteck erklären hiermit, dass sie infolge ihrer katastrophalen wirtschaftlichen Lage nicht mehr imstande sind, ihre[n] steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen gegenüber Reich, Staat und Gemeinde. Es sei denn, dass sie gezwungen werden, noch mehr Schulden zu machen oder die letzte Substanz anzugreifen. Wir wollen auch in Zukunft gute Staatsbürger bleiben und unsere Verpflichtungen gegenüber dem Staate erfüllen, aber Vorbedingung ist, dass man uns dazu instand setzt und uns die Rentabilität der Betriebe wieder gibt."[666]

Der politisch unverdächtige Wortlaut des Listentextes durfte nach dem Gendarmeriebericht nicht über das Unterfangen hinwegtäuschen, das die Landvolkführer mit diesen Listen zu realisieren gedachten:

> "Die Vertrauensmänner der Landvolkbewegung können aus den geleisteten Unterschriften genau ersehen, welche Einwohner der Gemeinde nicht unterschrieben haben und somit der Bewegung fernstehen. Die der Bewegung fernstehenden Personen werden als landvolkfeindlich bezeichnet und wirtschaftlich und im Verkehr isoliert. Dazu auf jede Weise, die man sich denken kann, schikaniert. Um diesen Schikanen zu entgehen, wird die Liste von allen Einwohnern unterschrieben; oftmals gegen den eigenen Willen und gegen den eigenen Entschluss. Den Leuten wird die freie Willensbildung in dieser Angelegenheit hierdurch entzogen."

Zu dem Kreis der geschädigten Betroffenen gehörte vor allem der Amtsvollziehungsgehilfe und Auktionator Aloys Deeken, der wirtschaftlich boykottiert und persönlich belästigt wurde:

> "Deeken [...] erhält keinerlei Verkäufe und Verpachtungen mehr. Wenn er einen Verkauf erhält, käuft niemand. Er ist somit in dieser Richtung total ruiniert. Sehr häufig wird die Familie Deeken in ihrer Nachtruhe, durch das Einwerfen der Fensterscheiben und durch fortwährendes Werfen mit Steinen gegen die Haustür, gestört. Trotz meiner

---

[665] MT vom 4.5.1929.
[666] StAO 136 - 10053, Bl. 24, auch zum folg.

vielfach zur Nachtzeit ausgeführten Patrouillen, war es mir nicht möglich, die oder den Täter zu fassen. In den letzten 14 Tagen sind die Störungen etwa 10mal vorgekommen. In der Regel passiert es, wenn in der Gastwirtschaft Südbeck Zechgelage, bei denen vielfach Vorwerk anwesend ist, stattfinden. Die erfolglose Vernehmung in der Sevelter Angelegenheit durch den Untersuchungsrichter am 2.4.29 wurde unter Anwesenheit des Vorwerk besonders bei Südbeck mit Alkohol begossen. Gelegentlich der Zechereien wird dann in äusserst lauter Weise das bekannte 'Eberborglied' gesungen. Häufiger werden die Fenster geöffnet und wird dem Deeken zugerufen: 'Prosit Eberborgsaloys! Du Landvolkverräter komm heraus!' Der Gastwirt Südbeck ist im Charakter dazu angetan, diesen Unfug zu fördern."[667]

Das Ziel der Schikanen bestand laut Gendarmeriebericht darin, Aloys Deeken zur Amtsniederlegung und zum Anschluß an die Landvolkbewegung zu zwingen und eine Lage herbeizuführen, in der es nicht mehr möglich wäre, "noch Steuern oder andere Gelder einziehen zu können". Der konspirative Zirkel schloß sich:

"Südbeck kann von seinem Hause genau beobachten, wer zu Deeken geht und noch Steuern bezahlt. Diese Personen teilt er seinem Schwiegervater, Vorwerk, mit, der dann gelegentlich diesen Leuten Vorhaltungen macht, dass sie noch Steuern bezahlen. Es wagt sich somit niemand mehr, seine Steuern noch zu begleichen. In Emstek hat niemand mehr seinen freien Willen, einer fürchtet den anderen."

Der Emsteker Kommissar Fromm führte in seinem Bericht an das Amt Cloppenburg weitere Fälle krimineller Natur an und schloß mit der persönlichen Bitte:

"Ich bitte diesen Bericht als vertraulich zu betrachten, da ich den sich mir anvertrauten Personen bestimmtes Schweigen zugesichert habe. Auch habe ich mit grossen Schwierigkeiten zu rechnen."

Kommissar Fromm notierte weitere Fälle persönlicher Nötigung und Erpressung. Ein Eisenbahnarbeiter wurde gebrandmarkt, weil er einem Kutscher für die Einholung von Vorwerk seinen neuen schwarzen Gehrock nicht leihen wollte. Bei der Viehzählung im Juni 1929 wurde der Sohn eines Vertrauensmannes am Sonntag nach dem Verlassen des Gottesdienstes geschlagen und mit

---

[667] Das 'Eberborglied' umfaßte sieben Strophen und wurde nach der Melodie "Es war einmal ein treuer Husar ..." gesungen. Es schilderte die Geschichte des Sevelter Eberborgs und schloß mit der "Moral":

"Und die Moral von der Geschicht:
Erzürne Du das Landvolk nicht.
Wenn Landvolk ist in großer Not,
es kämpft um Scholle und um Brot." (STRICKMANN, Eberborg, S. 109)

Füßen gestoßen, "weil der Vater sich dazu hergegeben hatte, über die Viehbestände Aufklärung zu geben". Der Arbeiter Jonas, der den Eberborg für den Abtransport mit aufgeladen hatte, wurde isoliert und mit Prügel bedroht. Wiederholt wurden in Emstek "am Marktplatz vor dem Eingangstor zur Kirche und bei der Post" Schilder mit beleidigenden Aufschriften aufgestellt. Aloys Deeken selbst stellte dem Gendarmeriestandort Emstek einen ausführlichen Bericht über die gegen ihn durchgeführten Schikanen zur Verfügung und ließ seine Angaben vom 4. April 1929 durch seinen Vater bestätigen. Wie ein Augenzeuge berichtete, wurde ein Schild mit der Aufschrift "Kennt Ihr den Landvolk-Verräter Eberborg Aloys?" von Schlachtermeister Schlömer "in der Kirche während des Hochamtes am Taufstein gemalt", um es anschließend draußen aufzustellen. Weiter hieß es in dem Bericht von Deeken:

> "Diese Schilder haben sehr verhetzend gewirkt. In der darauf folgenden Nacht wurde meine Tochter geboren und war fast die ganze Nacht die Hebamme und der Arzt bei uns. In dieser und in der nächsten Nacht sind wir noch nicht besonders belästigt worden. Am Dienstag, dem 19. März wurden die Verhafteten abgeholt und von da ab begann der Krach. Am selbigen Abend wurden uns von den Gästen des Wirts Südbeck Steine, Holzstücke u.s.w. vor den Türen und Mauern geworfen. Fast die ganze Zeit bis 2 Uhr nachts wurde gerufen, gebrüllt und gedroht, ans Fenster geschlagen und gerufen: Eberborg, Lump komm heraus!
> Weiter wurde das vom Gemeinderatsmitgliede Schuhmachermeister H. Brockhoff hiers. gedichtete Eberborg - Lied in der Wirtschaft Südbeck und auf der Strasse vor unsern Fenstern nachts laut gebrüllt und gesungen. In den folgenden Nächten war es fast immer dasselbe."[668]

Der Wirt August Südbeck wurde wiedergeholt angemahnt, die Polizeistunde nicht zu überschreiten; schließlich wurde Strafanzeige gegen ihn erstattet. Mit Wirkung vom 6. April 1929 wurde für die Dauer von sechs Wochen die Polizeistunde für die Gastwirtschaft August Südbeck auf 8 Uhr abends festgesetzt; für den Fall von Zuwiderhandlungen drohte die Entziehung der Konzession.[669] Daraufhin verpflichtete sich August Südbeck gegenüber Amtshauptmann Brand, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft "keinerlei Störungen und Auswüchse vorkommen sollen" und daß "gegen meinen Nachbarn Deeken keine schlechten Ausdrücke und Redensarten geführt werden. Auch keinerlei sonstige Belästigungen stattfinden".[670] Aloys Deeken sah offensichtlich keinen anderen Ausweg mehr, als seinen Dienst zu quittieren; auch im Namen seines Vaters erklärte er gegenüber dem Amt in seinem Schreiben vom 4. April 1929:

---

[668] StAO 136 - 10053, Bl. 23.
[669] StAO 136 - 10053, Bl. 23, 25.
[670] StAO 136 - 10053, Bl. 25.

"Unter den vorgeschilderten Umständen ist es uns nicht möglich, den Dienst weiter auszuführen. Kündigung ist bereits erfolgt. Drohungen sind uns durch dritte Personen, die aber nicht genannt werden wollen aus Angst vor vollständigem Boykott der augenblicklich hier sich mächtig fühlenden Führer, schon oft mitgeteilt."[671]

4.5.3. Der Eberborg-Prozeß: "Das junge Leben in seiner neuen Gestaltung setzt sich durch."

Eröffnung, Verlauf und Ergebnis der juristischen Bewältigung der Eberborg-Affäre füllten die Schlagzeilen der lokalen Presse und der Landvolkzeitung. Am 8. Juli 1930 wurde Engelbert Vorwerk, der Sohn des Bauern Vorwerk, wegen Meineides angeklagt und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.[672] Am 19. August 1930 wurde das Strafverfahren gegen die Redakteure Frerichs von der "Oldenburger Rundschau" und Meyer (Cloppenburg) vom "Landvolk" wegen Beleidigung des Untersuchungsrichters Schild eröffnet; die Angeklagten wurden zu einer Geldstrafe verurteilt.[673] Am 5. Oktober 1929 wurde Anklage gegen 31 Hauptverantwortliche der Affäre erhoben, zu denen auch die bekannten "Führer" der Landvolkbewegung in Südoldenburg zählten. Die Hauptverantwortung für den "Bauernaufstand" wurde Germann und Vorwerk zur Last gelegt, die als Rädelsführer bezeichnet wurden.[674] Fast ein Jahr nach der Eberborgpfändung und den umstrittenen Vorfällen in Sevelten wurde erst am 24. Februar 1930 der Prozeß gegen die Sevelter Bauern eröffnet und am folgenden Tage mit der Urteilsverkündung abgeschlossen.[675] Bis auf neun Freisprüche wurden die Angeklagten zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Am härtesten wurde Germann bestraft. Wegen Anstiftung zum Landfriedensbruch wurde er zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten und einer Woche verurteilt.[676] "Ein unverständliches hartes Urteil" nannte das "Landvolk" das Ergebnis des Oldenburger Landgerichtsprozesses und addierte publikumswirksam die verhängten Gefängnisstrafen:

"67 Monate Gefängnis für die Sevelter Landvolkleute."[677]

---

[671] StAO 136 - 10053, Bl. 23.
[672] MT vom 9.7.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 37-41.
[673] MT vom 19.8.1929; STRICKMANN, Eberborg, S. 41-46.
[674] STRICKMANN, Eberborg, S. 46-51: Abdruck der Anklageschrift vom 5. Oktober 1929.
[675] Ebd., S. 60-108.
[676] OV vom 27.2.1930; STRICKMANN, Eberborg, S. 108ff.
[677] LV vom 26.2.1930.

"Aus der Mücke ein Elefant gemacht", hieß es in einer weiteren Schlagzeile des "Landvolks", verbunden mit der rhetorischen Frage: "Handelt es sich um einen Bubenstreich oder um Landfriedensbruch?"[678] Damit war die Richtung für die Beurteilung der Eberborg-Affäre vorgegeben. Sie wurde auch zur Richtschnur für die politische Erinnerung an sie.

Obwohl das Verfahren einwandfrei abgewickelt wurde und das Urteil teilweise über den Antrag des Staatsanwaltes hinausging, wurde in dem Eberborg-Prozeß die Unzulänglichkeit einer strafrechtlichen Auseinandersetzung mit einem Politikum deutlich, wie es die Sevelter Eberborg-Affäre zweifellos darstellte. Das "Landvolk", das Organ der Landvolkpartei, nutzte den Prozeß zur Kampfansage an den demokratischen Parteienstaat. Die Aussagen der Angeklagten Meyer und Frerichs wurden ausführlich wiedergegeben und in die "große unaufhaltsame Bewegung" des Landvolks eingeordnet.[679] "Trotz aller Gegenarbeit", versicherte ein Kommentar zu den Landvolkprozessen in Oldenburg, wachse der Leserkreis der "Landvolkzeitung", weil "das Gegenspiel der Gegner - vor allem der Gegner in den Parteien - einer parteipolitisch=neutralen und christlichen Landvolkzeitung von der Bevölkerung immer klarer durchschaut wird".[680] Am Sieg der Bewegung gebe es keinen Zweifel, wie das Blatt mit revolutionärem Pathos verkündete:

> "Das glückliche Ende wird so sein, wie es immer gewesen ist und wie es auch vor hundert Jahren war: Das junge Leben in seiner neuen Gestaltung setzt sich durch und die Herren in den Puderperücken werden schließlich ihren gut gemeinten, aber falsch angewandten Widerstand aufgeben müssen. [...] Die Jungen werden deshalb nie ihres jungen Blutes müde werden und auch nicht vor den Gittern verrosteter Paragraphenwelt erschrecken, die den lebendigen Lebenswillen einengen."[681]

Es kam den Anstiftern und den Akteuren darauf an, den demokratischen Freistaat zu provozieren und zu blamieren. Das ist ihnen gelungen. Dadurch sollte die Landbevölkerung in Südoldenburg weiter radikalisiert und die politische Absetzbewegung "Los von Weimar" forciert werden, um die Landvolkpartei in Vorteil zu setzen. Der Rechtsstaat hatte im Oldenburger Landfriedensbruchprozeß alle juristischen Mittel ausgeschöpft, um der politischen Bedrohung von rechts im Namen des Gesetzes zu begegnen. Weitere politische Signale konnte

---

[678] LV vom 27.2.1930.
[679] LV vom 22., 23., 24.8.1929.
[680] LV vom 24.8.1929.
[681] LV vom 22.8.1929.

er in einem Verfahren, das als strafrechtliches Verfahren angelegt war, nicht geben, ohne seine Kompetenzen zu überschreiten und sein Ansehen im Streit der Parteien gänzlich zu desavouieren. Vor dem Gerichtsgebäude in Oldenburg wurden die Zeugen und Angeklagten nach der Urteilsverkündung von einer Musikkapelle begrüßt und zum Oldenburger Gasthaus "Graf Anton Günther" geleitet, wo ein Fest für die Sevelter Bauern gegeben wurde. "Das dominierende Thema", so kommentieren Heinz Strickmann und Klaus Deux das politische Geschehen, "war noch immer der Eberborg und das in die 'Knie zwingen' der Obrigkeit. Das Landvolk ist ein einig Volk!"[682] Ihre Dokumentation schließt mit dem Abdruck von Eberborg-Liedern, in denen die Obigkeit kompromittiert und die Aktionen der Sevelter Bauern zu heldenhaften Beweisen bäuerlicher List und Unverfrorenheit stilisiert werden.[683] Unter diesen Vorzeichen ist die Eberborg-Affäre als politische Legende in die historische Traditionsbildung der südoldenburgischen Volkskultur eingegangen. Das milde Gerichtsurteil und die zurückhaltende Reaktion des Staates in der Sevelter Eberborg-Affäre ermutigten die Landvolkführer zu weiteren 'Kampfmaßnahmen', die die politische Lage in Südoldenburg weiter destabilisieren sollten.

Im Herbst 1931 hatte der Eberborg-Prozeß ein politisches Nachspiel, das von der oppositionellen NSDAP im Oldenburger Landtag "inszeniert" wurde. Das war bezeichnend für die veränderte politische Lage im Freistaat. In der Landtagssitzung am 5. November 1931 griff der Cloppenburger NSDAP-Abgeordnete Niehaus die Sevelter Vorgänge wieder auf und forderte die Staatsregierung auf, die Verurteilten zu begnadigen. Ministerpräsident Cassebohm versprach unter Hinweis auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine wohlwollende Prüfung des Gnadengesuchs. Der Landtag nahm statt dessen aber einstimmig einen Verbesserungsantrag des Abgeordneten Herzog (NSDAP) an, "wonach die Staatsregierung ersucht wird, eine wohlwollende Nachprüfung der im Sevelter Prozeß gefällten Strafen vorzunehmen und wenn irgend möglich die Begnadigung auszusprechen".[684] Das politische Gewicht im Landtag hatte sich eindeutig nach rechts verschoben. Aus der "Notbewegung" war eine "Wahlbewegung" geworden, und die NSDAP hatte die Führung der Agraropposition im Landtag übernommen. Unter dem Vorwand, die berechtigten Interessen der Bauern zu vertreten, nutzte sie die Eberborg-Affäre in Südoldenburg zu parteipolitischen Zwecken nachträglich

[682] STRICKMANN, Eberborg, S. 108.
[683] Ebd., S. 109-111.
[684] StAO 39 - 20672: VI. Lt., 2. Vers., 6. Sitzung, 5.11.1931, S. 7-28; OV vom 6.11.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 5. November 1931.

aus. Der nationalsozialistische Antrag auf Begnadigung der Straftäter war eine politische Farce, weil die juristische Bewältigung der Eberborg-Affäre längst abgeschlossen war. So ging die Eberborg-Affäre in den politischen Turbulenzen, die in der ersten Hälfte des Jahres 1932 mit dem Volksentscheid zur Landtagsauflösung, der Neuwahl des Landtags und der Bildung der Regierung Röver verbunden waren, unter. Sie hatte ihren politischen Zweck, die ländliche Bevölkerung in Südoldenburg zugunsten der Rechtsparteien zu mobilisieren, ohnehin erfüllt und konnte 'ad acta' gelegt werden. Jetzt stellte sich in Oldenburg die Machtfrage.

4.5.4. Zwischen Wahrheit und Lüge: "... die volle Wahrheit wurde unterdrückt."

Solange die Affäre um den Eberborg andauerte, ging ein tiefer Riß durch die Sevelter Dorfgemeinschaft, der viele mit Angst und Schrecken erfüllte. Der Konflikt - sein materieller Wert war äußerst gering - wurde von den beteiligten bäuerlichen Honoratioren bewußt provoziert, um die demokratische Staatsmacht zu blamieren und die "Diener des Gesetzes" in die Schranken zu weisen. Der Sevelter Otto Hachmöller, der Zeitzeugen zu diesen Vorfällen befragt hat, stellt fest, daß die wirtschaftliche Not nicht das entscheidende Motiv für den Ausbruch von Kriminalität und Gewalt in Sevelten war, zumal "Hauptleute" des Aufruhrs wie Germann und Lückmann beträchtliche landwirtschaftliche Betriebe besaßen.[685] Auch nach privaten Aufzeichnungen des späteren Cloppenburger Schulrats Friedrich Wübbolt war Bauer Germann der "Haupträdelsführer" einer politischen Kampagne, der "offene Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung" bedeutete. Germann habe "Gesinnungsterror auf seine Dorfgenossen" ausgeübt, ihnen eingeschärft, "was sie zu sagen hatten", denen gedroht, "die nicht mitmachen wollten". Wübbolt zitiert ihn mit den Worten:

---

[685] Germann verfügte nach Angaben Hachmöllers über drei Höfe, jeweils in Sevelten, Warnstedt und Lüsche, Lückmann besaß "einen recht guten Hof mitten im Dorf". Germann befand sich notorisch in der Opposition, so auch beim Kirchenbau 1920, als er für die Erweiterung der Kapelle ein Grundstück zur Verfügung stellen sollte. Lückmann war verschuldet und hatte "anscheinend Probleme mit seinem Ansehen im Dorf". Allerdings ist der Konflikt nicht mit der Feststellung Kuropkas zu erfassen, wonach eine bäuerliche Gesellschaft immer Außenseiter aufweist, "die sich in dieses Gefüge nicht einpassen und die jede Gelegenheit benutzen, ihre spezifische Andersartigkeit, ihre Gegnerschaft gegen die üblichen Regeln vorzuzeigen, insbesondere dann, wenn es gegen staatliche Beamte geht". (Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 37f.)

> "Wer nicht mittut, von dem ziehen wir uns zurück und verweigern ihm nachbarschaftliche Hilfe, im Leben und im Sterben, mag er sehen, wie er allein fertig wird."[686]

Der Landtagsabgeordnete Heinrich Wempe habe Germanns Verhalten offen verurteilt: "Wer so denkt, redet und handelt, sollte sein Tun wenigstens nicht christlich nennen."[687] Wübbolt bezeichnet die "Eberborggeschichte" als eine "Revolte", weil sie "zum offenen Steuerstreik und zum Widerstand gegen die bestehende Ordnung" aufgerufen habe. Vor Gericht in Oldenburg sei gelogen worden "wie gedruckt", obwohl "ein offenes Bekenntnis zur Tat" diesen "Volkshelden" besser gestanden hätte. Bäuerliches Besitzstandsdenken und bäuerlicher Standesdünkel, den die Landwirtschaft besonders seit den Tagen des Ersten Weltkrieges pflegte, habe zu "Überheblichkeit und Maßlosigkeit" geführt, die den Landvolkabgeordneten gr.[oße] Beilage zu der Äußerung verleitet habe:

> "Wir sind die ersten Staatsbürger."

Diesen Beobachtungen Wübbolts kommt für die Mentalitätsgeschichte des über beträchtlichen Grundbesitz, Haus und Hof besitzenden 'bodenständigen' katholischen Bauerntums in Südoldenburg große Bedeutung zu, auch seinen Aussagen über das öffentliche Ansehen, das Lehrer und Beamten genossen. Sie seien öffentlich "angepöbelt" worden, und man habe ihnen nicht "das feste Gehalt" gegönnt, sondern geschrien:

> "De Beamten frätet de Buren up."

Auch den Lehrern hätten die Bauern "ihre gewiß nicht üppigen Dienstbezüge" geneidet. Auf diesem geistigen Boden von Mißgunst und Standesdünkel, Rädelsführerschaft und latenter Bereitschaft zur Gewalt konnte eine Affäre wie die Sevelter "Eberborggeschichte" entstehen. Wübbolt spricht ihr für die Radikalisierung der Landbevölkerung in den letzten Jahren der Republik eine große Bedeutung zu, nach seiner Meinung ebnete sie sogar den Weg in den Nationalsozialismus:

---

[686] WÜBBOLT, Erinnerungen, S. 188f., auch zum folg.

[687] Dieses Zitat führte Heinrich Wempe, der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, in der Landtagsdebatte über die Eberborg-Affäre am 22. März 1929 an (vgl. Kap. 4.5.1.: Reaktionen auf die Eberborg-Affäre).

> "Am gefährlichsten waren und blieben solche Auslassungen: 'Dieser Staat wird von uns bekämpft als oberfaules System.' Zusammen mit den Nationalsozialisten, denen das Landvolk später zum Wahlsieg in Oldenburg verhalf, sind diese Kreise um den Eberborg die Totengräber der Weimarer Republik gewesen und somit mitschuldig an der Hitlerdiktatur samt dem zweiten Weltkrieg. Der NS-Führer Röver erreichte durch die Landvolk- und Eberborg-Kreise den Einbruch ins Münsterland."

Diese Darstellung und Wertung der Eberborg-Affäre hat bis heute Gültigkeit und wird durch neuere Forschungen belegt. Ihr Autor, Friedrich Wübbolt, stellt sich darin rückblickend ein respektables demokratisches Zeugnis aus: "Was waren denn das für Helden?"[688] Nach seiner Auffassung wurde in den Verhandlungen in Oldenburg nicht die Wahrheit gesagt, weder von der 'überlegenen' Partei, weil sie an ihr kein Interesse hatte, noch von der 'unterlegenen' Partei, die sie aus Angst verschwieg:

> "Die beiden Brüder Josef und Otto Dwertmann haben es nicht gewagt, die volle Wahrheit zu sagen. Mit beiden war ich zu gut bekannt. Otto hat mir genau erzählt, welchen Schikanen ihre Familie ausgesetzt war. Josef hat die ganze Angelegenheit absichtlich herunter gespielt. Er mußte die Sevelter fürchten."[689]

So sei es auch auch dem damaligen Lehrer Georg gr.[oße] Holthaus ergangen, "den man gezwungen hatte, die Kirchenschlüssel herauszugeben, um Sturm zu läuten". "Aus Furcht vor Repressalien" habe er sich zurückgehalten, und "die volle Wahrheit wurde unterdrückt". Die historische Wirklichkeit wurde nach Aussagen Friedrich Wübbolts auch in August Hinrichs' "Swienskummedi" verfälscht.

> August Hinrichs (1879 - 1956), seit 1937 Mitglied der NSDAP, war seit 1935 Landesleiter der Reichsschrifttumskammer im Gau Weser-Ems (ehrenamtliche Funktion). 1921 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Heimatvereins "Ollnborger Kring", der eine eigene Laienbühne, die "Niederdeutsche Bühne Oldenburg", einrichtete, an der Hinrichs sich als Bühnenarbeiter und Dramaturg betätigte. Für die 700-Jahrfeier der Schlacht bei Altenesch verfaßte der Oldenburger Dichter das Freilichtspiel "De

---

[688] Nach seiner Meinung geht die Anregung zum Eberborg-Denkmal, das 1979 in der Cloppenburger Langen Straße errichtet wurde, auf den Ratsherrn Hermann Bitter, Oberstudiendirektor a. D., zurück. Auch der Heimatbund für das Oldenburger Münsterland gibt mit seiner Tafelinformation beim Eberborg-Denkmal "nicht die Wahrheit" wieder. (WÜBBOLT, Erinnerungen, S. 190) Sie lautet: "Fall Eberborg in Sevelten! Wer waren die, die frevelten? 'Up dat Ohr sünd wi nich gesund, wi hevt dar woll Gedächtnisswund.'" ('De Swienskomödie' - Der Fall Eberborg, IN: VuL Jg. 59, Nr. 131, 13.11.1992, S. 13) Diese Kritik läßt sich auch auf den "Sevelter Eberborg" übertragen, der am 10. März 1989 anläßlich der 60-Jahrfeier der Eberborg-Affäre eingeweiht wurde.

[689] WÜBBOLT, Eberborg, o. S., auch zum folg.

Stedinge" (1934), das den Aufstand der Stedinger Bauern gegen den Bremer Erzbischof 1234 verherrlichte und von der NSDAP ideologisch und propagandistisch vereinnahmt wurde. Wie die Uraufführung in Altenesch, die im Beisein von Alfred Rosenberg am 27. Mai 1934 vor über 20 000 Zuschauern stattfand, gerieten auch die Vorstellungen auf der eigens geschaffenen Freilichtbühne am Bookholzberg 1935 und 1937 zu Großveranstaltungen der NSDAP. Ulf-Thomas Lesle bezeichnet diese mehr oder weniger parteioffiziellen niederdeutschen Produktionen als "Aufmarsch-Theater". Der Versuch, Politik mit Mitteln des Theaters zu inszenieren, sei aber Episode geblieben.[690] August Hinrichs erhielt mehrere Auszeichungen und Ehrungen, darunter 1943 den Gaukunstpreis Weser-Ems, 1944 die Ehrenbürgerschaft der Stadt Oldenburg, die bis heute aufrechterhalten wird, und 1954 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages entzündeten sich 1979 an der Rolle August Hinrichs im "Dritten Reich" lebhafte Auseinandersetzungen in Oldenburg. Zur Bewertung der kulturpolitischen Rolle des bekanntesten Oldenburger Heimatdichters August Hinrichs im "Dritten Reich" fragt Heinrich Schmidt historisch an, wie es möglich war, daß "anständige, sympathische Charaktere wie August Hinrichs" von den Nationalsozialisten vereinnahmt werden konnten.[691] Lesle betont, daß es zwischen dem ‘Amt Rosenberg’ und den Vertretern niederdeutscher Bühnen "vielfältige Formen der Zusammenarbeit" gegeben hat.[692]

Die "Swienskummedi" (Krach um Jolanthe) des Oldenburger Heimatdichters August Hinrichs, die bereits 1930 auf der "Niederdeutschen Bühne" in Oldenburg uraufgeführt wurde, schreibt die politischen Vorgänge um und läßt einen Juden als Viehhändler auftreten, der am Geschehen nicht beteiligt war. Die niederdeutsche Komödie, nach der 1934 - 1955 entstand eine zweite Verfilmung - der humorvolle Spielfilm "Krach um Jolanthe" gedreht und von der Gaufilmstelle der NSDAP Weser-Ems vertrieben wurde, machte die Weimarer Republik lächerlich und setzte antisemitische Akzente. So wurden die Vorgänge in Südoldenburg im ganzen Deutschen Reich bekannt.[693] Mit Joachim Kuropka ist vor einer Verharmlosung der Eberborg-Affäre, die dem angesehenen Oldenburger Heimatdichter August Hinrichs als Vorlage einer Komödie diente, zu warnen. Es war keineswegs eine "unpolitische Geschichte", wie sie August Hinrichs im "Krach um Jolanthe" sehen wollte, sondern das "Aufbegehren des Landvolks in seiner wirtschaftlichen schwierigen Lage" richtete sich "gegen diejenigen, die man für schuldig hielt - nämlich die Politiker der Weimarer Demokratie".[694] Die Agitation der Landvolkbewegung ging aber darüber noch weit hinaus. Sie wandte sich nicht nur

[690] LESLE, Bühnenbewegung, S. 212.
[691] Oldenburg, Fundamentalismus, S. 8ff. (Einführung).
[692] LESLE, Bühnenbewegung, S. 208; FRIEDL, Handbuch, S. 311-313, von Gerhard Preuß.
[693] RIEDEL, Leben, S. 943; FREITAG, Landvolkbewegung, S. 24.
[694] KUROPKA, Lustspiel, S. 164, 166.

gegen "die Politiker der Weimarer Demokratie", sondern gegen das parlamentarische System überhaupt. Noch fünfzig Jahre nach den Ereignissen wurde die Eberborg-Affäre offensichtlich erfolgreich vermarktet.[695]

Friedrich Wübbolt steht der Person und dem dichterischen Schaffen August Hinrichs' im Rückblick skeptisch gegenüber und wirft ihm eine Verherrlichung der kriminellen und illegalen Vorgänge in Sevelten vor. Von einer 'verschworenen Dorfgemeinschaft' habe keine Rede sein können:

> "Der NS-Dichter August Hinrichs glorifizierte die Sache zur 'Swienskomödie', ein Film darüber nannte sich 'Krach um Joanthe'. Den hat Hitler sich vergnügt angeschaut und gelobt, weil er aus diesen Kreisen die Südoldenburger Stimmen gewonnen hat. Von einer einmütigen Zustimmung der Bauern hierzulande kann keine Rede sein. Die Warnungen der Kirche wurden von der großen Mehrheit ernst genommen. [...] Beim Fall Eberborg wurde aus einer Tragödie von Gewalt und Gesinnungszwang eine Komödie [...]."

Auch in August Hinrichs' "De Stedinge" sei nicht die Wahrheit gesagt worden, da die Stedinger "keine Anführer, sondern Märtyrer" gewesen seien: "Gegen die Kirche wurde gehetzt, so wie es den Nationalsozialisten paßte." Wübbolt deutet die Vergangenheit durchweg nach der weltanschaulichen Trennungslinie, die den Katholizismus bis zur Reichstagswahl vom 5. März 1933 vom Nationalsozialismus trennte. Auch in dieser Hinsicht haben seine Aufzeichnungen einen hohen perspektivischen Aussagewert.

In der niederdeutschen Bühnenliteratur, die Autoren wie der Oldenburger August Hinrichs zwischen den beiden Weltkriegen verfaßten, kam der bewußten Wiederbelebung der plattdeutschen Sprache eine herausragende kulturhistorische Bedeutung zu. Sie war mehr als sprachliches Lokalkolorit und volkstümlicher Schwank und schuf eine "ideologische Mentalitätssphäre", die eine "berechnende Indienstnahme der regionalen Sprache und Kultur" durch die Nationalsozialisten ebenso zuließ wie ihre "parteioffizielle Ritualisierung".[696] Es war auch eine Form des Protestes "von unten" gegen

---

[695] FREITAG, Landvolkbewegung, S. 33. Etikett "Sävelter Eberborg Schluck", Spezialabfüllung der Kornbrennerei Rosche, Haselünne (Archiv Strickmann).

[696] LESLE, Bühnenbewegung, S. 212. Nach Auffassung von Ulf-Thomas Lesle kommt der Wiederbelebung des Plattdeutschen als einer "'alten' identitätsstiftenden lingua materna" eine große kulturhistorische Bedeutung zu. Er spricht sogar von einer "Niederdeutschen Bewegung", die sich spätestens im Ersten Weltkrieg als "ein hochorganisiertes Segment des norddeutsch-regionalen Kulturlebens positionieren" konnte. Von "'völkisch'-nationaler Metaphorik" umgeben, wuchs dem Plattdeutschen in der niederdeutschen Bühnenliteratur eine volkspädagogische

moderne Formen in Sprache und Kultur, die auf dem Lande Verunsicherung und Angst auslösten. Sie suchte ein Ventil im 'Plattdeutschen', das dem Ursprünglichen angeblich näher war als das 'Hochdeutsche', das von Zivilisation und Intellektualismus bereits angekränkelt war. Die nationalsozialistische Propaganda wußte, auf welche Seite sie sich zu stellen hatte, um die Revolte des Landes für ihre politischen Zwecke zu nutzen.

4.6. Die Fortsetzung des Kampfes

Die nachgiebige Haltung des Staates in der Eberborg-Affäre und der Eberborg-Prozeß selbst, der nach landläufiger Meinung für die Angeklagten äußerst glimpflich ausgegangen war, hielten die Landvolkführer nicht davon ab, den Kampf für ihre 'gerechte' Sache fortzusetzen. Daß ihnen die weitere Unterstützung in der Bevölkerung nicht entzogen wurde, dafür sorgte auch eine öffentliche Meinung, die die Aktivisten der peinlichen Affäre um den "Eberborg" zu Helden eines Befreiungskampfes deklarierte und von der eindeutigen politischen Stoßrichtung der aufsehenerregenden Vorfälle ablenkte. Obwohl sich seit 1929 der Schwerpunkt der Landvolkbewegung vom katholischen Süden in den protestantischen Norden des Landesteils Oldenburg verlagerte, kehrte in Süoldenburg kein politischer Frieden ein. Im Norden des Landes erreichte die Radikalisierung der Bevölkerung unter dem Einfluß schleswig-holsteinischer Agitatoren und Propagandisten der NSDAP mit dem Bombenanschlag auf das Landesfinanzamt am 3. Juni 1929 seinen dramatischen Höhepunkt. Der Täter gehörte zum Umkreis der schleswig-holsteinischen Landvolkbewegung.[697]

Auch nach der juristischen Bewältigung der Eberborg-Affäre wurde die politische Auseinandersetzung in aller Schärfe weitergeführt und beschwor für Südoldenburg die Gefahr einer Fortsetzung des Konflikts herauf, der auch weiterhin auf persönlicher Ebene hart und brutal ausgetragen wurde. Die "Bewegung" operierte gleichsam in einem vorstaatlichen Raum, wie ihn die 'er

---

Aufgabe zu, weil es als Ab- und Ausgrenzungsregulativ eingesetzt werden konnte. Die norddeutsche Laienspielbewegung stellte in den 1920er Jahren den Versuch dar, "das Publikum der Region auf eine 'völkisch'-nationale Identitätskonstruktion zu fixieren". Eine Scheinblüte der plattdeutschen Bühnenliteratur habe aufgrund ihrer Affinität zum Nationalsozialismus bis in die 1940er Jahre bestanden. Das Plattdeutsche, das gemeinhin als unpolitisch verstanden werde, könne "letztlich nur politisch-ideologisch interpretiert werden". Das rühre freilich an ein Tabu. Als Beispiel führt Lesle den plattdeutschen Bühnendichter August Hinrichs an. (S. 202ff.)

[697] SCHAAP, Weg, S. 43f.

wählten' Bauernführer für sich reklamierten. Die politische Auseinandersetzung wurde weiterhin kriminalisiert und führte zu einer Verunsicherung der Bevölkerung im katholischen Milieu Südoldenburgs, von der sowohl die KPD als auch die NSDAP zu profitieren hofften. Ein Schreiben vom März 1930 an den Amtsschreiber Dwertmann jr., der inzwischen als "der Eberborg" diffamiert wurde, beleuchtet schlaglichtartig das kriminelle Potential der Eberborg-Affäre, das sich auch nach dem Oldenburger Prozeß entlud. In dem Schreiben, dessen Absender anonym blieb, hieß es drohend gegen Dwertmann:

> "Du hast Glück das Du nicht hier bist. Währest längst zum Krüppel geschlagen alter Schweinehund. Die Sevelter Jungens werden nachträglich sich bei der Eberborgsfamilie bedanken thun, nicht mit 30 Mann sondern mit 1 oder 2 Mann in der Nacht alles demolieren das Sie dort kein Bleiben mehr haben, denn Gewalt geht für Recht. Auch der Amtshauptmann Brand der scheussliche Lump der andere Leute Steuergroschen verprasst müsste ins Jenseits befördert werden."[698]

Amtshauptmann Brand teilte dem Ministerium des Innern auf Anfrage mit, daß weder das Amt Cloppenburg noch Dwertmann selbst beabsichtigten, Strafanzeige zu erstatten. Dwertmanns Umzug von Sevelten nach Cloppenburg war eine Reaktion auf die Angst, die - ein Jahr nach der eigentlichen Affäre - immer noch umging.[699]

4.6.1. Die Bildung der "Notgemeinschaft": "Das Vertrauen der Bevölkerung in einen Rechtsstaat gründlich zerstört"

Der Cloppenburger Amtshauptmann Brand erkannte die politische Gefahr, die von der Landvolkbewegung und ihrer Presse ausging, und machte das oldenburgische Innenministerium unter Driver wiederholt darauf aufmerksam. Im Schreiben vom 31. August 1931 inkriminierte er einen Artikel im "Landvolk", der durch seine "Tendenz die Durchführung der Steuereinziehung im hiesigen Bezirk zu gefährden" schien, und interpretierte ihn politisch:

> "Derartige Aeusserungen sind geeignet, wie die Erfahrung des Jahres 1928 gelehrt hat, das grösste Unheil unter der Landbevölkerung anzurichten. Sie dürfen in ihrer Wir

---

[698] StAO 136 - 10053, Bl. 65 (orthographisch unverändert). Das Schreiben an den "Amtsschreiber Dwertmann ‘der Eberborg’ in Cloppenburg" leitete das Amt Cloppenburg am 15. März 1930 abschriftlich an das Ministerium des Innern in Oldenburg weiter.

[699] FREITAG, Landvolkbewegung, S. 26. Nach vorliegenden Angaben muß Dwertmann jr. bis zum März 1930 seinen Wohnsitz von Sevelten nach Cloppenburg verlegt haben; der genaue Zeitpunkt ist nicht zu ermitteln.

> kung dieses Erachtens nicht mit gelegentlichen Aeusserungen der nationalsozialistischen und kommunistischen Presse verglichen werden. Jedenfalls ist die systematische Zersetzung der bodenständigen Bauernbevölkerung für den Kampf des Staates um seine Existenz im kommenden Winter besonders bedenklich."[700]

Die unterschiedliche Nachbarschaft, die Brand zwischen der Landvolkbewegung auf der einen und dem Rechts- und Linksextremismus auf der anderen Seite ausmachte, ordnete die politische Bedeutung der Landvolkbewegung im "Kampf des Staates um seine Existenz" zutreffend ein und versah sie mit dem erforderlichen Gewicht. Die ministeriell angeordneten Ermittlungen zur Steuersabotage hatten kein greifbares Ergebnis gebracht, "wenn auch kein Zweifel darüber bestehen kann, dass die Arbeit der sogenannten Notgemeinschaft wesentlich darauf abzielt, die Bevölkerung vom Steuerzahlen zurückzuhalten". Amtshauptmann Brand erläuterte im Schreiben an das Staatsministerium vom 21. September 1931 noch einmal ausführlich die Repressalien der Landvolkbewegung, die die demokratischen Organe und Institutionen in Mißkredit setzen sollten:

> "Wie wiederholt berichtet, sind die Arbeitsmethoden der Notgemeinschaft dieselben wie die der Protestbewegung im Jahre 1928. Man sucht die unzufriedenen Elemente dadurch zu gewinnen, dass man ihnen ihre Notlage vorhält, die Organe der öffentlichen Hand für diese Not verantwortlich macht, dadurch eine Animosität gegen die Behörden erweckt, die durch ihre 'Dalleswirtschaft' an allem Schuld sind und dazu noch die Not der Bevölkerung durch ihre ungeheueren Steueransprüche verstärken. Zugleich erklärt man der Bevölkerung, dass zunächst alles andere bezahlt werden müsse, insbesondere auch die Mittel für die eigene Existenz sichergestellt werden müssten, die Handwerkerrechnungen bezahlt werden müssten und dergleichen mehr, ehe der Bauer an unproduktive Auslagen, d. h. an das Steuerzahlen denken könne. Es ist verständlich, dass solche Ausführungen gerade der bäuerlichen Bevölkerung, die ohnehin sehr ungern Steuern zahlt und vielfach die nötige Erkenntnis für die Notwendigkeit und Nützlichkeit der vorhandenen Behördenorganisationen vermissen lässt, sehr einleuchten und dann weitmöglichst befolgt werden."

Brand stellte einen Zusammenhang her zwischen der nachgiebigen Haltung der Regierung, die beim Amtshauptmann auf unausgesprochenes Unverständnis stieß, und der Verweigerungshaltung der Bevölkerung, an der "radikale Elemente führend beteiligt" seien und die sich durchsetzen werde, wenn den "Führern" nicht eine "gebührende Antwort" zuteil werde, die sich an den "nach Form und Inhalt zum Teil recht unverschämten Forderungen" messe. Es waren nach der politischen Einschätzung Brands zweifellos die Landvolkführer, die "die Radikalisierung der Bevölkerung betreiben und umso mehr Anhang fin

[700] StAO 136 - 10053, Bl. 77.

den, je mehr die Behörden auf sie hören". Brand meinte in diesem Zusammenhang die "Schlotmannsche Notgemeinschaft", an der "im übrigen auch die bekannten Herren Dr. Böckelmann, Germann, Reinke-Dieker, Lücken-Grönheim, Ed. Hillen und ähnliche radikale Elemente führend beteiligt sind".[701] August Schlotmann aus Spreda bei Langförden, der Vorsitzende der "Notgemeinschaft der Bevölkerung Südoldenburgs", beschwerte sich im Schreiben vom 17. September 1931 an das Ministerium Driver selbstherrlich darüber, daß die Sammlung weiterer Unterschriften durch die Polizei unterbrochen worden sei. Er stellte zynisch eine Übereinstimmung zwischen den politischen Interessen der Regierung und der Notgemeinschaft fest, wenn es um die Einsparung öffentlicher Mittel gehe, und appellierte an die Regierung, daß wir "Hand in Hand auf ruhig, sachlich, legalem Wege die Ersparungswege einschlagen, die notwendig sind, um zur Gesundung der Wirtschaft und des in Elend geratenen Staats zu kommen". Einig in der politischen Absicht könne die Notgemeinschaft "da weiter gehen" als der Minister, der aufgrund seines "verantwortungsvollen Postens" zur politischen Zurückhaltung genötigt sei. Schlotmann drohte mit dem Verzicht auf den "Vorsitzendenposten", um, wie er sagte, "vollständig radikal extremen Elementen den Umbau der Wirtschaft dann in die Hände zu geben". Er gab zu bedenken, "daß ein ruhig sachlicher Umbau für den Staat am vorteilhaftesten ist, wo dieses mit Hilfe der Volkskräfte geschieht". Er, Schlotmann, wende sich nur aus dem Grunde an das Staatsministerium, "um ruhig und sachlich im Lande mit Einverständnis und Fühlungnahme des Volkes den einschränkenden Umbau vornehmen zu können". "Ich weise in jeder Versammlung", erklärte Schlotmann an die Adresse der Regierung, "jeden Umsturzgedanken zurück, übernehme aber keine Verantwortung, wenn in der Weise entgegengearbeitet wird."[702]

Im Oktober 1931 erreichten die Drohgebärden der "Notgemeinschaft der Bevölkerung Südoldenburgs" einen neuen Höhepunkt und veranlaßten die Auktionatoren, beim Amt Cloppenburg vorstellig zu werden. Anlaß dafür war eine Hypothekendarlehnssache, die der Auktionator Baumbach gegen den Landwirt Wilhelm Oldehus in Garthe durchführte. Um die Veröffentlichung eines von Schlotmann eingesandten Hetzartikels gegen ihn in der Landvolkzeitung zu verhindern, stellte Baumbach das Verfahren zunächst ein, weil er "einen durch die Bekanntmachung angedrohten Auflauf von Menschen und eine eventl.

[701] StAO 136 - 10053, Bl. 78.
[702] StAO 136 - 10053, Bl. 78. Die orthographischen Fehler im Schreiben Schlotmanns wurden korrigiert, die Zeichensetzung angepaßt.

grosse Bewegung vermeiden wollte".[703] Der Inhalt des Artikels, dessen Veröffentlichung die Cloppenburger MT nach ihrer Mitteilung vom 17. Oktober 1931 abgelehnt hatte, sollte folgenden Wortlaut haben:

> "Soll das so weitergehen! Um 2 300 RM soll am Dienstag Vormittag auf dem Amtsgericht in Cloppenburg eine Besitzung zur Versteigerung gelangen, trotzdem genügende Sicherheit (der Hof ist heute noch 40 000 RM wert) vorhanden ist. Der betreffende Auktionator, der schon vorher mit einer Zwangsversteigerung gedroht hat und bislang an meiner Besitzung durch öffentl. Verkäufe 4 400 RM verdient hat, will jetzt das Anwesen versteigern lassen. Landwirte erscheint in Massen und gebt dem Auktionator die richtige Antwort usw. Es ist jetzt keine Zeit zum Schlafen usw. System brechen usw."[704]

Am 19. Oktober 1931 verlangte Dr. Böckelmann von der Notgemeinschaft umgehend die Aufhebung des Verfahrens, andernfalls würde gegen Baumbach "im 'Landvolk' und in anderen Blättern vorgegangen" und der Auktionator "gebrandmarkt bezw. an den Pranger gestellt werden". Nach den Aufzeichnungen Baumbachs drohte Böckelmann mit den Worten:

> "Außerdem würde eine schwarze Liste geführt, welche von Zeit zu Zeit in der Zeitung erscheinen solle. Auch könnte für mein Leben nicht garantiert werden. [...] sie (die Notgemeinschaft) ginge nicht nach dem Recht, sondern nach der Not. Sie wollten den Landwirt schützen, und dem Landwirt solle seine Stelle erhalten bleiben."

Angesichts dieser Drohungen stellte Baumbach das Verfahren gegen Wilhelm Oldehus ein. Er schloß seinen Bericht mit der resignierenden Bemerkung:

> "Es ist höchste Zeit, dass gegen solche Machenschaften insbesondere gegen die Notgemeinschaft der Bevölkerung Südoldenburgs und das 'Landvolk' von der Behörde etwas unternommen wird. Es muss doch auch der gutmütige Gläubiger gegenüber dem böswilligen Schuldner geschützt werden."[705]

Auf einer Verhandlung beim Amtshauptmann am 21. Oktober 1931 erklärten sich die "hiesigen Auktionatoren" durch den Auktionator Reudink außerstande, weitere Verkäufe anzunehmen, und legten ihre Schwierigkeiten dar, "in Clop

---

[703] StAO 136 - 2871: Schreiben des amtlichen Auktionators Baumbach an das Amt Cloppenburg vom 21. Oktober 1931.

[704] Ebd. Nach Mitteilung von MT-Redakteur Bernard Kötter hatte Oldehus den Artikel noch geändert und als Unterschrift gesetzt: "Ein in Not geratener Landwirt, W. Oldehus, Garthe." Der Artikel sollte am 19. Oktober 1931 in der Landvolkzeitung erscheinen.

[705] Ebd.: Schreiben des amtlichen Auktionators Baumbach an das Amt Cloppenburg vom 21. Oktober 1931.

penburg überhaupt noch ein Versteigerungslokal zu erhalten". Denn die Wirte befürchteten, "dass sie von der Notgemeinschaft und vom Anhang boykottiert werden". Reudink forderte im Namen seiner Kollegen das Verbot der Landvolkzeitung, um zu verhindern, daß "auch das Vertrauen der Bevölkerung in einen Rechtsstaat gründlich zerstört wird". Eindeutig artikulierte Reudink seine Enttäuschung über die unzureichende Reaktion des Staates mit den Worten:

> "Wir beklagen es auf das bitterste, dass der Staat nicht schon früher eingeschritten ist und keinerlei Anstalten getroffen hat, die durch uns vertretenen Bevölkerungskreise zu schützen. Das ganze Treiben geht von solchen Elementen aus, die wenig oder gar nichts zu verlieren haben. [...]
> Ich bitte beim Staatsministerium dringlichst vorstellig zu werden, dass uns endlich, insbesondere auch durch Aufklärung der Bevölkerung und wirksame Massnahmen gegen die Landvolkzeitung und gegebenenfalls durch Verhinderung der Terrorisierung der ordnungsliebenden Bevölkerung im Interesse der Wahrung der berechtigten Ansprüche der Gläubiger wie auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und nicht zuletzt des Staates selbst der nötige Schutz zuteil wird."[706]

Ein Bericht über eine Sitzung des Amtsvorstandes Cloppenburg am 22. Oktober 1931, an der unter der Leitung von Amtshauptmann Brand Bankdirektor Stratmann und die Gemeindevorsteher aus dem gesamten Amtsbezirk teilnahmen, liefert ein düsteres Bild von der finanziellen Situation der Kommunen. Danach lagen sowohl für die zurückliegenden Jahre als auch für das laufende Rechnungsjahr außerordentlich hohe Steuerrückstände vor und war "die Zahlung der Gemeindeabgaben anscheinend mehr oder weniger in fast allen Gemeinden ins Stocken gekommen". Die Gemeindevorsteher führten diese Ausfälle wie im Jahre 1929 auf "die hetzerische Agitation einzelner, meist bezirksfremder Elemente (Notgemeinschaft)" zurück, wodurch "der ernsthafte Wille der Bevölkerung, die Gemeindeabgaben zu zahlen, immer mehr im Schwinden begriffen sei". Weiter hieß es zur Situation der Kommunen:

> "Die Zahlungspflichtigen möchten unter dem besonderen Druck des Staates und des Reiches deren Forderungen teilweise begleichen, den Ansprüchen der Gemeinden glaube man jedoch wirksameren Widerstand entgegensetzen zu können."

Auch dieser dramatische Bericht Brands enthielt eindeutige politische Akzente, die eine weitere Bagatellisierung der Landvolkbewegung nicht mehr zuließen:

> "Wie sehr die Bevölkerung durch das Treiben der Notgemeinschaft und der Landvolkzeitung beeinflusst werde und sich von diesen Kreisen terrorisiert fühle, ergebe sich daraus, dass seit einigen Wochen bei Zwangsverkäufen unter dem Druck dieser

[706] StAO 136 - 2871, Bl. 72.

> Elemente überhaupt nicht mehr geboten würde. Wenn das so weiter gehe und der Staat nicht erkenne, dass er gegen derartiges Treiben einschreiten müsse, so würden in Kürze nicht blos die Gemeindeabgaben, sondern auch die Staatsabgaben nicht mehr bezahlt werden. Eine Zwangsexekution gegen die gesamte Bevölkerung würde auch dann im Reich und Staat nicht mehr möglich sein. Aus der Versammlung wurde die Zurückhaltung der Staatsregierung gegenüber einem derartigen rechtswidrigen Treiben, das jeden Gläubigerschutz und jede Staatsautorität erschlage, einer teilweise sehr scharfen Kritik unterzogen und dabei darauf hingewiesen, dass die unentschlossene jeder Gradlinigkeit entbehrende Haltung des Staates gegen die Sevelter Landfriedensbrecher erst das Treiben der Notgemeinschaft und der anderen staatszerstörenden Elemente ermöglicht habe."[707]

Auf der Sitzung wurde eine Abordnung an das Staatsministerium beschlossen, die auf "energische Massnahmen gegen Terrorakte, insbesondere aber auf ein Verbot der Landvolkzeitung hinzuwirken" hatte. Die Artikel in der Landvolkzeitung lieferten dafür im Oktober 1931 die erforderliche Handhabe. Für die Südoldenburger Kaufmannsgilde bestand ebenfalls kein Zweifel daran, daß für die "Verhetzung der Bevölkerung" in erster Linie "diese unverantworlichen Elemente einer hiesigen Zeitung" verantwortlich zeichneten. Die Kaufmannsgilde machte das Ministerium eindringlich auf die wirtschaftlichen Folgen der politischen Lage aufmerksam:

> "Wir gestatten uns, das Ministerium darauf aufmerksam zu machen, dass Handel und Gewerbe bei dieser Sachlage gezwungen sein werden, jeden Kredit in Zukunft zu verweigern und zu versuchen, noch laufende Kredite soweit möglich zurückzuziehen. Die wirtschaftlichen Folgen, die daraus zu erwarten sind, besonders in jetziger Zeit, kann man sich denken. Wir erblicken darin eine sehr ernste Gefahr. Wir erwarten, dass seitens des Ministeriums unverzüglich durchgreifende Massnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung getroffen werden, da wir andernfalls unseren Mitgliedern empfehlen müssten, durch Selbsthilfe im vorgenannten Sinne vorzugehen."[708]

Eine solche entschiedene Verlautbarung der Kaufmannsgilde war ungewöhnlich und wies eindringlich auf den ernsten Charakter der politischen Lage hin. An der Basis herrschte massive Unzufriedenheit, die in Gefahr stand, eines Tages auch politisch nicht mehr gezügelt werden zu können.

Währenddessen ging der Kampf um die Macht auch auf der parlamentarischen Bühne weiter. Die NSDAP unterstrich im Landtag ihre politische Führungsrolle in der Agraropposition gegen den demokratischen Freistaat. Was

---

[707] StAO 136 - 2871: Bericht über die Sitzung des Amtsvorstandes vom 22. Oktober 1931.
[708] StAO 136 - 2868, Bl. 86: Schreiben der Südoldenburger Kaufmannsgilde vom 22. Oktober 1931 an das Staatsministerium.

die Bewältigung der Krise in der Landwirtschaft betraf, die als sozialer Nährboden der Landvolkbewegung galt, stimmte der oldenburgische Landtag am 3. November 1931 einem selbständigen Antrag des Abgeordneten Carl Röver zu, der die Durchführung von Zwangsversteigerungen bei rückständigen Steuern erschweren sollte.[709] Eine solche Geschlossenheit wie in der Landvolkfrage hatte der oldenburgische Landtag, der nach der Wahl vom 17. Mai 1931 in den ideologischen Grabenkämpfen seine Funktionsfähigkeit zu verlieren drohte, lange nicht mehr gezeigt. Die Landvolkpartei, die sich für die Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes zuständig zeigte und um ihretwillen ins Leben gerufen worden war, hatte die politische Meinungsführerschaft schon verloren und an die NSDAP abgegeben. Für die Landvolkpartei gehörte nur noch gr.[oße] Beilage dem Landtag an, während die Nationalsozialisten mit 19 Abgeordneten in den Landtag eingezogen waren, zu denen auch der Südoldenburger Maler Leonhard Niehaus (Cloppenburg) gehörte.[710] Daß mit dem politischen Außenseiter Niehaus ein Cloppenburger als erster NSDAP-Abgeordneter Südoldenburgs in den Landtag einzog, zeigte, daß die Bevölkerung dieses Amtsdistrikts durch die Landvolkbewegung politisch stärker mobilisiert worden war als im Amt Vechta, das mit der Stadt Vechta immer noch den kirchlichen und kulturellen Mittelpunkt Südoldenburgs aufwies.[711]

4.6.2. Abmahnung und Verbot des "Landvolks": "Mit vereinten Kräften diesem System das Genick brechen."

Für den Cloppenburger Amtshauptmann Brand hatte sich an der politischen Strategie und der Führungsstruktur der Landvolkbewegung nach der Eberborg-Affäre nur wenig geändert. Brand unterrichtete das oldenburgische Staatsministerium über die einschlägigen Publikationen der Landvolkzeitung, die wiederholt zur Selbsthilfe, "zum Zusammenschluss selbst unter dem Einsatz des Lebens", aufforderte und dafür plädierte, "dass die Bewegung von Leuten geführt werden müsse, die sich nicht scheuten, für ihre Sache auch durch die

---

[709] OV vom 4.11.1931. Der Antrag hatte den Wortlaut: "Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, daß fortan keine Zwangsversteigerungen von Grundstücken wegen rückständiger Steuern, Grundrenten und Sporteln vorgenommen werden. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn alle anderen Möglichkeiten, die Steuern zu heben, erschöpft sind und offensichtlich böswillige Steuerverweigerung vorliegt."

[710] OV vom 18.5.1931. Zur politischen Laufbahn von Niehaus vgl. Kap. 6.2.1.: Minderheitenposition der NSDAP.

[711] So KUROPKA, Cloppenburg, S. 34f.

Gefängnisse zu gehen". In der Ausgabe vom 2. August 1931 richtete die "Notgemeinschaft der Bevölkerung Südoldenburgs" einen "Aufruf an die gesamte Bevölkerung Südoldenburgs", in dem die Frage nach dem "Sein oder Nichtsein des Volkes" gestellt wurde:

> "Sollte es da nicht möglich sein, daß wir noch einmal aus tiefster Not heraus, tatkräftig zusammenstehen um des hohen Lohnes willen, das deutsche Volk vor dem Untergang zu retten? Wir sehen es daher als die heiligste Pflicht eines jeden an, ohne Unterschied des Berufes und der Parteiangehörigkeit, daß er sich innerhalb von 3 Tagen in die in jedem Ort ausliegenden Listen einträgt und sich damit zur Unterstützung der letzten Forderung des Volkes verpflichtet."[712]

Zwei Tage später, am 4. August 1931, wurde im "Landvolk" die politische Stimmung in der Bevölkerung durch einen Artikel aufgeheizt, der unter dem dramatischen Titel "Dem Untergang entgegen" erschien. Dabei ließ sich die Zeitung zu einer Falschmeldung über eine Unterredung verleiten, die eine Abordnung der Notgemeinschaft am 1. August 1931 mit der Regierung in Oldenburg geführt hatte. Bei dieser Gelegenheit war eine in Ahlhorn verfaßte Resolution überreicht worden, die die bekannten Forderungen der Landvolkbewegung enthielt.[713] Neu war in dem Forderungskatalog eine unmißverständliche Drohung, die einer politischen Erpressung gleichkam:

> "Die Bevölkerung fordert Erfüllung vorgenannter Forderungen innerhalb 8 Tagen. Ist die Regierung nicht in der Lage, innerhalb 8 Tagen die Forderungen zu erfüllen, dann fordern wir sofortigen Rücktritt der Regierung, damit erfahrene Praktiker der Wirtschaft die Regierung übernehmen."

Mit der Forderung, daß "erfahrene Praktiker der Wirtschaft die Regierung übernehmen", stand die Landvolkbewegung nicht allein und empfahl zur Lösung der Krise eine weitere Abkehr vom parlamentarischen System. Über die Unterredung in Oldenburg hieß es fälschlicherweise in dem Bericht des "Landvolks":

> "Selbst die Minister sahen in diesem Dilemma keinen Ausweg, und gaben zu, daß wir dem Untergang entgegen gehen.
> Sie machten aber darauf aufmerksam, daß die Steuern unter allen Umständen bezahlt werden müßten, andernfalls sie restlos beigetrieben würden. (Wo aber nichts zu holen ist, hat selbst die Republik ihr Recht verloren.) [...]
> Im übrigen sei das heutige oldenburgische Ministerium nur ein geschäftsführendes Ministerium und könne sich aus diesem Grunde nicht so für die Sache einsetzen, wie es eigentlich der Fall sein müsse.

---

[712] LV vom 2.8.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[713] LV vom 4.8.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72, auch zum folg.

> Diese Unterredung mit den Ministern läßt die Bevölkerung klar erkennen, daß nur Selbsthilfe hier noch etwas retten kann.
> Wenn selbst Regierungsstellen die Lage als unhaltbar ansehen, dann wird dies wohl auch stimmen.
> Es zeigt sich aber mit immer größerer Deutlichkeit, in welche Lage die Regierung in Berlin das deutsche Volk gebracht hat und auch heute noch kein Einsehen hat. Hier gibt es nur eins: enger Zusammenschluß, und mit zusammengebissenen Lippen den Kampf um die Freiheit, um die Erhaltung der Scholle und der Betriebe aufzunehmen unter Einsatz aller Kräfte, selbst des Lebens. Wer heute noch etwas für seine Familie, für sein Volk und Vaterland übrig hat, der muß sich dieser Bewegung anschließen. Wir wollen hoffen, daß die ganze Bevölkerung mitmacht; wenn es auch heute gegen den Willen vieler sog. 'staatstreuer' Kreise ist. Nur so ist das Volk zu retten. Hier gibt es nur eine Parole: Mitmachen oder untergehen!"[714]

Dieses Mal blieb eine Reaktion des Staatsministeriums nicht aus. Unter Bezugnahme auf die Ausgabe des "Landvolks" vom 2. August 1931 sah das Ministerium die öffentliche Sicherheit und Ruhe gefährdet und sprach eine Verwarnung gegen die Zeitung aus. Es inkriminierte "namentlich das Eintreten für den Sturz des jetzigen Systems als eines Systems der Ausplünderung".[715] Für den Artikel vom 4. August 1931 unter der Überschrift "Dem Untergang entgegen" bestand das Ministerium auf einer Berichtigung, die am 7. August 1931 im "Landvolk" veröffentlicht wurde. Darin wurde klargestellt, daß die den oldenburgischen Ministern unterstellten Äußerungen "weder der Form noch dem Inhalt nach [...] in der in dem vorbezeichneten Artikel wiedergegebenen Weise gebraucht wurden".[716] Unter diesem Eindruck faßte Brand seine Beobachtungen in einem Schreiben an das Staatsministerium am 4. August 1931 in den Worten zusammen:

> "Aus den beiden Verlautbarungen ergibt sich, dass die Führer der neuen Bewegung dieselben Wege gehen, wie sie Bruno von Salomon die schleswig-holsteinische Landwirtschaft geführt hat, und dass die Sprache dieselbe ist wie zu Beginn der sogenannten Protestbewegung. Die Führer sind mehr oder minder dieselben Leute. Hinzugekommen sind der Landvolksekretär Dr. Böckelmann und der Kaufmann Hinrichsmeyer, Cloppenburg."[717]

Einer für den 4. August 1931 in Essen geplanten Kundgebung der Notgemeinschaft erteilte der Amtshauptmann nur unter der Bedingung die Genehmigung,

---

[714] LV 4.8.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[715] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Schreiben des Innenministeriums vom 4.8.1931 an den Landvolkverlag und den Hauptschriftleiter Th. Meyer.
[716] LV vom 7.8.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[717] StAO 136 - 2871, Bl. 72. Brand bezog sich auf die Ausgaben des LV vom 2. und 4.8.1931.

"dass alle volksverhetzenden Aeusserungen sowie auch Aufforderungen zum Ungehorsam gegen die Gesetze, insbesondere aber jede über eine sachliche Kritik hinausgehende Stellungnahme gegen die Reichsregierung unterblieben", und brachte dabei zum Ausdruck, "dass von dem Verhalten der Essener Versammlung die Genehmigung weiterer öffentlicher Kundgebungen abhängig gemacht werde".[718]

Die Sanktionen der Landesregierung verfehlten ihre beabsichtigten Wirkungen. Wenige Tage später, am 8. August 1931, griff das "Landvolk" den Streit mit der oldenburgischen Staatsregierung in einem Artikel unter der Überschrift "Wer hat recht?" wieder auf und besprach erneut in einseitiger Form die Unterredung im Staatsministerium.[719] In einem Briefwechsel stellte der zuständige Minister Driver seinem Ministerpräsidenten anheim, erneut eine Klarstellung in der Landvolkpresse zu veranlassen.[720] Cassebohm, durch die Landvolkpresse in die Defensive gedrängt, erwog eine regierungsamtliche Darstellung, von der ihm der Schriftleiter des "Landvolks", Theo Meyer, im eigenen Interesse abriet. Denn die Berichtigung des Ministerpräsidenten würde zweifelsohne wieder eine gegenteilige Antwort der Landvolkführer auslösen, die "auf alle Fälle bei ihrer Behauptung bleiben und diese notfalls mit ihrem Eide bekräftigen" würden. Schriftleiter Meyer schlug dem Ministerpräsidenten vor, sich politisch nicht weiter zu kompromittieren, und machte ihn darauf aufmerksam, daß der Nervenkrieg zwischen der Regierung und der Landvolkpresse "evtl. eine Schraube ohne Ende werden und sicherlich nicht zur Beruhigung der Bevölkerung beitragen" würde.[721] In der Tat gab Cassebohm nach und nahm nach Auskunft seines Innenministers Driver von dem Abdruck einer Gegendarstellung Abstand.[722] Driver, mit den südoldenburgischen Verhältnissen gut vertraut, bezog im oldenburgischen Staatsministerium offensichtlich eine Position, die auf eine Beschwichtigung der politischen Krise in Südoldenburg drängte und sich eine Beruhigung der Lage durch die Schonung der verantwortlichen Landvolkführer versprach. Auf jeden Fall hatte die Landvolkpresse im Sommer

[718] StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[719] LV vom 8.8.1931.
[720] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Schreiben Drivers an Cassebohm vom 8.8.1931, handschriftliche Antwort des Ministerpräsidenten vom 11.8.1931.
[721] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Schreiben Cassebohms vom 12.8.1931, Brief Meyers vom 16.8.1931.
[722] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Schreiben des Innenministers Driver an den Schriftleiter Theo Meyer vom 27.8.1931.

1931 über das oldenburgische Staatsministerium einen politischen Punktsieg errungen.

Im Herbst 1931 setzte der Cloppenburger Amtshauptmann Brand seine politischen Recherchen, die in erster Linie der selbsternannten "Notgemeinschaft der Bevölkerung Südoldenburgs" unter ihrem Vorsitzenden Schlotmann galten, fort und unterrichtete das oldenburgische Staatsministerium laufend über seine Ergebnisse. Das Innenministerium monierte einen Artikel der Cloppenburger MT über eine Protestversammlung der landwirtschaftlichen Vereine des Münsterlandes am 4. Oktober 1931 im Cloppenburger Central-Hotel. Auf dieser Veranstaltung machte Schlotmann nach dem Wortlaut des Artikels, der von der Organisation selbst eingesandt worden war, die "verfluchte Parteipolitik in den einzelnen landwirtschaftlichen Vereinen", die auch in die Landwirtschaftskammer ihren Einzug gehalten habe, für einen großen Teil der Not verantwortlich und führte diese ursächlich auf das Weimarer System zurück:

> "Er will keiner Persönlichkeit zu nahe treten, aber diesem System solle das Genick gebrochen werden und deshalb fordere er nochmals eine Neuwahl. [...] Deshalb ran an den Feind, mit vereinten Kräften diesem System das Genick brechen. Zeigen wir den Anfang bei der Kammerwahl. Wir sehen es heute zur Genüge an unserm Ministerium, denn es arbeitet gegen das schaffende Volk. [...] Was nützt uns ein Staat, in dem die Betriebe des schaffenden Volkes lahm sind? Nichts, denn je länger der Staat in diesem Zustand besteht, desto größer werden die Schulden und desto größer die Belastung des Einzelnen. [...] Eines steht fest, die Wirtschaft ist in die Hände eines Beamtensystems geraten und wird von ihm ausgesogen."[723]

Das Ministerium Driver nahm zugunsten der MT jedoch an, "daß die angeführten Stellen bei der Durchsicht des Artikels mehr oder weniger entgangen sind", und forderte die Zeitung zur Mäßigung auf.[724] Die Versammlung selbst sprach sich für eine Neuwahl der Landwirtschaftskammer aus und wollte zu diesem Zweck wenige Tage später auf einer Versammlung mit den landwirtschaftlichen Vereinen und Organisationen "eine der Zeit entsprechende Liste aufstellen ohne Parteipolitik, um als erstes die Landwirtschaftskammer auf eine

---

[723] StAO 136 - 2868; MT vom 6.10.1931. Nach Angaben des eingesandten Presseberichts der MT nahmen an der Versammlung die landwirtschaftlichen Vereine von Cloppenburg, Damme, Dinklage, Emstek, Garrel, Goldenstedt, Hemmelte, Grönheim, Peheim, Rechterfeld, Vechta, Vestrup, Visbek, Cappeln, Holdorf, Lohne, Essen, Lastrup, Elsten und Löningen teil.

[724] StAO 136 - 2868: Schreiben des Innenministeriums vom 9. Oktober 1931 an die Münsterländische Tageszeitung, Schriftleiter Josef Imsiecke.

vernünftige der Wirtschaft entsprechende Basis zu bringen".[725] Über den verfassungspolitischen Kurs der Landvolkbewegung durfte es nach dieser Versammlung, die durchaus repräsentativen Charakter hatte, keinen Zweifel mehr geben.

Der Cloppenburger Amtshauptmann Brand forderte im Schreiben vom 21. Oktober 1931 das Staatsministerium erneut auf, Schritte gegen die Landvolkzeitung vorzunehmen, denn seiner Meinung nach werde "systematisch auf eine Verhinderung der Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen des Staates hingearbeitet". Zur politischen Lage äußerte Brand ernsthafte Bedenken, da in Südoldenburg unter Akklamation breiter Bevölkerungskreise nicht weniger als der Rechtsstaat zur Disposition stehe:

> "Dabei wetteifern Notgemeinschaft, Kommunisten und leider auch andere auf dem Boden von Recht und Ordnung stehende Organisationen, um jeden Gläubigerschutz zu beseitigen und den, der im Vertrauen auf die Ehrlichkeit des Empfängers den Gegenwert gegeben hat, um seine wohlbegründeten Ansprüche zu bringen. Es steht aber ernsthaft zu befürchten, dass bei weiterem Zusehen nicht nur jede Autorität verloren gehen und der Staats= und Rechtsgedanke schweren Schaden erleiden wird, sondern dass bei weiteren Erfolgen der Demonstranten alsbald und zwar dann auch unter Zustimmung weitester Kreise sich die ganze Aktivität dieser Elemente gegen die Zwangseintreibung der Staats= und Gemeindeabgaben richten wird, was schliesslich zu einer Lahmlegung der öffentlichen Verwaltung führen könnte."[726]

In der Tat vermeldete die Landvolkzeitung auch die Teilnahme von "Hitlerleuten" an einer Vieh- und Fruchtauktion in Emstek, die von Auktionator Reudink ergebnislos geleitet worden war. Den "Hitlerleuten" kam dabei die Aufgabe zu, "alle Personen aufzuschreiben, die ein Gebot abgäben, oder Vieh kauften".[727]

Im Oktober 1931 erschien eine ganze Artikelserie in der Landvolkzeitung, die am 24. Oktober 1931 schließlich zum politisch überfälligen Verbot der Zeitung durch das oldenburgische Innenministerium Driver führte.[728] Die massiven Aufrufe und Erklärungen der Notgemeinschaft enthielten auch antisemitische

---

[725] MT vom 6.10.1931. Bei der Neuwahl der Landwirtschaftskammer im November 1931 stellte die NSDAP die Mehrheit der Vertreter.
[726] StAO 136 - 2871, Bl. 72. Im laufenden Jahr, so Brand, seien 119 Zwangsversteigerungen von Grundstücken beantragt worden, davon befänden sich im Oktober 1931 noch 64 Fälle in der Schwebe; in beweglichen Sachen liefen nach seinen Angaben bereits im Oktober 1931 1 151 Aufträge.
[727] LV vom 19.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[728] Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 251, 26.10.1931, S. 1043; StAO 136 - 2871, Bl. 72.

Akzente, wie sie sich in einem Bericht des "Landvolks" über eine Zwangsversteigerung in Essen niederschlugen:

> "Wegen der hohen Wucherzinsen in Verbindung mit dem Steuerbolschewismus sind in unserer Gemeinde verschiedene alte Leute von 70 bis 80 Jahren, die sich ihr Leben lang mit der ganzen Familie ehrlich und brav durchgeschlagen haben, um ihre Existenz gekommen. Auf der einen Seite wird der Mittelstand bis auf das Blut ausgesogen, auf der anderen Seite dagegen Millionen zu Stützungen der paar Judenbanken ausgegeben und den großen Konzernen jahrelang die Steuern gestundet."[729]

Am 6. Oktober 1931 druckte das "Landvolk" unter der Überschrift "Boykott den Verrätern" einen gefährlichen Aufruf aus dem "Kämpfenden Landvolk Ostpreußens" ab, in dem offen zur Bildung von Kampfausschüssen und zur Anwendung von Abwehrmaßnahmen aufgerufen wurde. Obwohl sich das "Landvolk" offensichtlich mit der politischen Tendenz des Aufrufs identifizierte, sah die Staatsregierung von einem Verbot des Blattes noch ab, zumal die Veröffentlichung dieses Artikels auch nicht zum Verbot des "Kämpfenden Landvolks Ostpreußen" geführt habe.[730] In einem Artikel vom 10. Oktober 1931 unter dem Titel "Die Selbsthilfe" kündigte die Zeitung den rücksichtslosen Boykott der "Verräter" in der Presse an, "da uns diese in den Rücken gefallen sind und uns die Unterstützung verweigert haben".[731] Ein weiterer Bericht über den Konkurs eines Schuhmachermeisters in Essen forderte zur Nötigung gegen den Handwerkerbund auf. In zynischer Weise stellte die Landvolkzeitung die rhetorische Frage:

> "Wenn der Handwerkerbund dies duldet, dann wird in Zukunft die Notgemeinschaft solche Schädlinge am Volkskörper das Gebot der christlichen Nächstenliebe dadurch beibringen, daß ihre Namen öffentlich in der Zeitung bekanntgemacht werden."[732]

Ebenfalls am 20. Oktober 1931 erschien ein Artikel in der Landvolkzeitung, der unter dem Titel "Warnung" eine weitere öffentliche Nötigung enthielt, in der es wörtlich hieß:

> "Jeder Deutsche hat in der heutigen Notzeit die Pflicht, seinen sich in Not befindenden Mitmenschen zu helfen. Er hat auch die Pflicht, diejenigen zur Anzeige zu bringen, die

---

[729] LV vom 2.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[730] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Funkspruch des Innenministers an den Oberpräsidenten in Königsberg vom 13.10.1931, Telegramm vom 13.10.1931.
[731] LV vom 10.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[732] LV vom 20.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72. Eine weitere verhinderte Zwangsversteigerung vermeldete der Gendarmeriebericht beim Pächter Hermann Meyer in Dwergte. (StAO 136 - 2871, Bl. 72: Bericht vom 19. Oktober 1931 an das Amt Cloppenburg)

> es noch wagen, auf Zwangsverkäufen das letzte Hab und Gut der Mitmenschen zu erwerben. Wir fordern hiermit unsere Vertrauensleute auf, uns alle diejenigen rücksichtslos mitzuteilen, die auf Zwangsverkäufen bieten und kaufen, damit wir sie öffentlich brandmarken können."[733]

"Derartige, jeden Maßstab sachlicher Kritik übersteigende Äußerungen", erklärte das Innenministerium in Oldenburg im Schreiben vom 22. Oktober 1931 zur Begründung des Verbots der Landvolkzeitung, "gefährden bei der heutigen Lage von Staat u. Wirtschaft die öffentliche Sicherheit u. Ordnung".[734] Zwei Tage später wurde das Verbot des "Landvolks" für zwei Wochen ausgesprochen.[735] In einer ausführlichen Begründung nahm Innenminister Driver am 27. Oktober 1931 zur politischen Lage im Süden des Freistaates Stellung und sah hier vor allem den Staats- und Rechtsgedanken verletzt, "wenn Kaufleute und Gewerbetreibende wie überhaupt alle, die im Vertrauen auf Gläubigerschutz Kredit oder Waren auf Kredit hergegeben haben, bei einer rechtlich geordneten zwangsweisen Durchführung ihrer Ansprüche durch die geschilderten sogenannten Abwehrmassnahmen in die tatsächliche Unmöglichkeit der Durchführung ihrer Ansprüche sich versetzt sehen, und wenn die Bieter bei Zwangsverkäufen der öffentlichen Anprangerung als Verräter, dem Boykott und der Aechtung ausgesetzt werden, weil sie von einem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch machen".[736] Was die politische Einordnung der Protest- und Boykottbewegung betraf, kam Driver nunmehr zu dem Ergebnis, daß das Amt Cloppenburg in diesen Jahren innerhalb des Freistaates eine unrühmliche Sonderstellung einnehme:

> "Die ganz ausserordentlich schwierige innerpolitische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und die hierdurch hervorgerufenen unerträglichen sozialen Spannungen und zu schweren Erschütterungen der öffentlichen Ordnung führenden Gegensätze im Volke sind zu bekannt, um hier einer näheren Begründung zu bedürfen. Im Landesteil Oldenburg des Freistaats Oldenburg tritt diese schwere Störung des öffentlichen und gesellschaftlichen Gleichgewichts namentlich im Bezirke des Amtes Cloppenburg,

---

[733] LV vom 20.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72. Am 26. Oktober 1931 erschien eine vom Vorsitzenden Schlotmann unterzeichnete Erläuterung der "Warnung": "Die Warnung sollte bezwecken, daß bei Zwangsversteigerungen wegen Steuerrückstände, öffentlichen Abgaben und gesicherten Bankforderungen nicht geboten werden sollte." (LV vom 26.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72)

[734] StAO 136 - 2871, Bl. 72.

[735] Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 251, 26.10.1931, S. 1043. Die "in Cloppenburg verlegte periodische Druckschrift 'Das Landvolk'" wurde auf die Dauer von zwei Wochen vom 27. Oktober bis zum 9. November 1931 verboten. Grundlage des Verbots war die Verordnung des Reichspräsidenten zur "Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 28. März 1931.

[736] StAO 136 - 2871, Bl. 72.

> dem Verlagsort und Hauptverbreitungsgebiet der Landvolkzeitung, hervor. Die durch die vorgenannten Artikel betriebene Verhetzung und Aufpeitschung von Leidenschaften hat bereits zu verschiedenen Eingaben an das Staatsministerium geführt, u. a. auch zu einer Eingabe einer Kaufmannsorganisation mit dem Hinweis darauf, dass Handel und Gewerbe bei dieser Sachlage gezwungen seien, jeden Kredit in Zukunft zu verweigern, und zu versuchen, laufende Kredite soweit als möglich zurückzuziehen. Diese Organisation weist auf die sehr ernste Gefahr und die Wiederherstellung der verletzten Ordnung hin. [...]
> Artikel der vorbezeichneten Art bringen die Gemüter in äusserste Erregung und wirken in zunehmendem Masse vergiftend, aufreizend und verhetzend, indem dabei jedes Mass sachlicher Kritik ausser Acht gelassen wird."[737]

Bereits am 29. Oktober 1931 gelang es einer Abordnung der Landvolkzeitung GmbH, der Heinrich Götting (Bokel), Theo Meyer (Cloppenburg) und Dr. Böckelmann (Vechta) angehörten, in einer Verhandlung im oldenburgischen Staatsministerium das Verbot von zwei Wochen auf eine Woche zu verkürzen. Die Delegierten erklärten gegenüber Staatsminister Driver lediglich, daß sie "sich in Zukunft innerhalb der gesetzlichen Schranken halten und die Verordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen beachten" wollten. Am 2. November 1931 durfte die Landvolkzeitung wieder erscheinen.[738] Die Landvolkpartei war auf ein eigenes Presseorgan angewiesen, um ihren natürlichen Wettbewerbsnachteil im politischen Milieu Südoldenburgs auszugleichen. Dr. Böckelmann aus Vechta beschwerte sich in diesem Sinne auf einer Versammlung in Vechta über die Haltung der Zentrumspresse, besonders über "die hier in Vechta erscheinende Zentrumszeitung", die nicht bereit sei, Versammlungsanzeigen der Landvolkpartei aufzunehmen und über ihre Aktivitäten zu berichten.[739]

4.6.3. Auf dem Boden der Illegalität: "Wer sich an einer Zwangsversteigerung beteiligt, ist ein Feind des Volkes."

Mit der großen "Notkundgebung der Berufsstände" am 8. Dezember 1931 in der Cloppenburger Münsterlandhalle, die seit ihrer Fertigstellung Ende 1929 zum zentralen politischen Versammlungsort Südoldenburgs geworden war,

---

[737] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Schreiben Drivers vom 27.10.1931. Die Redaktion des "Landvolks" war 1929 von Lohne nach Cloppenburg verlegt worden.
[738] Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 256, 31.10.1931, S. 1067; StAO 136 - 2871, Bl. 72. Durch eine Verfügung vom 30. Oktober 1931 gab Innenminister Driver die Verkürzung des Verbots bekannt.
[739] LV vom 12.2.1930.

erreichte die Protestbewegung nach der Sevelter Eberborg-Affäre einen neuen Höhepunkt. Die Kundgebung, an der nach Angaben der Vechtaer OV rund 2 000 Personen teilnahmen, plädierte weiterhin für die Selbsthilfe der Bauern, da auch die Notverordnungen des Kabinetts Brüning zum Schutz der deutschen Landwirtschaft keine durchgreifende Besserung gebracht hätten, und grenzte sich scharf von der politischen Linken ab. "Es seien Kräfte vorhanden", hieß es in der Münsterlandhalle, "die stärker seien als der Kanzler". Diese Kräfte seien "bei den Sozialdemokraten und den freien Gewerkschaften" zu suchen.[740] Der Leiter der Kundgebung, Heinrich Götting aus Bokel, verlas am Ende der Veranstaltung eine Resolution, in der das Programm bäuerlicher Selbsthilfe offen verteidigt wurde, und stellte mit der Drohung, Selbstschutzwehren zu gründen, eine bis dahin ungekannte militante Bereitschaft zur Schau:

> "Da Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe Oldenburgs zusammengebrochen und über ihre Kraft hinaus nicht mehr zum Zahlen verpflichtet sind, auch nicht verpflichtet sind, für die schweren Fehler einer unsinnigen Politik ihre Substanz zu opfern, erklären die Wirtschaftsverbände feierlich und geloben: Keine Zwangsversteigerung wegen rückständiger Steuern und staatlichen sowie kommunalen Abgaben wird im Unvermögensfalle mehr geduldet. Da der Staat uns nicht schützt, greifen wir zur Selbsthilfe, zum Schutze unserer Existenz und unserer Familien. Wer sich an einer Zwangsversteigerung beteiligt, ist ein Feind des Volkes und schliesst sich aus jeder Gemeinschaft seiner Berufskollegen aus. Zu diesem Zwecke werden Selbstschutzwehren gegründet.
> Falls nicht binnen kurzer Frist die Zinssätze erheblich gesenkt werden, wird der Vollstreckungsschutz unserer Selbsthilfebewegung auch auf die Zwangsverpflichtungen ausgedehnt werden. Der Reichsregierung rufen wir warnend zu, der nationalen Tat des deutschen Bauerntums den notwendigen Schutz angemessener Zölle für Veredelungsprodukte sofort angedeihen zu lassen."[741]

Landvolkführer Heinrich Götting, der die Kundgebung selbsttrügerisch als unabhängig "von parteipolitischen Demonstrationen" verstand, war offensichtlich enttäuscht, daß keine größere Teilnehmerzahl mobilisiert werden konnte.[742] Der Grund war darin zu sehen, daß die Landvolkbewegung mit der Sevelter Eberborg-Affäre ihren agitatorischen und politischen Höhepunkt in Südoldenburg überschritten hatte und das katholische Zentrum aus der politischen Mitte nicht hatte verdrängen können. Heinrich Götting aus Bokel begründete die politische Kampfansage an die Weimarer Republik und das Bekenntnis zur

---

[740] OV vom 9.12.1931; MT vom 9./10.12.1931.

[741] StAO 136 - 10053, Bl. 80: Schreiben Göttings vom 10.12.1931 an den Friesoyther Amtshauptmann Theilen; OV vom 9.12.1931; MT vom 9.12.1931.

[742] OV vom 9.12.1931; MT vom 9.12.1931. Götting gab in seinem Schreiben an den Friesoyther Amtshauptmann Theilen vom 10.12.1931 die Teilnehmerzahl mit 3 000 Personen an. (StAO 136 - 10053, Bl. 80)

politischen Tat mit dem "Zusammenbruch der Preise für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte", der zweifelsohne zu einer "derart bedrängten Lage" in der Landwirtschaft geführt habe.[743] Der Cloppenburger Amtshauptmann Brand, ein kritischer Beobachter der Szene, unterrichtete das oldenburgische Staatsministerium pflichtgemäß über die Cloppenburger Kundgebung und hielt besonders die Passage in der Entschließung für bedenklich, "wonach Schutzwehren zur Verhinderung von Zwangsversteigerungen gebildet werden sollen, eine Massnahme, welche offenbar ungesetzlich ist und geeignet ist, die staatliche Autorität zu untergraben".[744] Der Gendarmeriebericht ging davon aus, daß sich Götting, der sich "in hiesiger Gegend als sehr radikal bemerkbar" gemacht habe, mit der öffentlichen Erklärung zur Bildung von Selbstschutzwehren eines Verstoßes "gegen die Notverordnungen des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen schuldig gemacht" habe.[745] Aber eine politische Antwort blieb auch diesmal aus.

Die Kundgebung in der Münsterlandhalle am 8. Dezember 1931 sollte noch ein politisches Nachspiel haben. Amtshauptmann Brand, der seiner vorgesetzten Behörde fortwährend über illegale Aktionen der Landvolkbewegung in seinem Amtsdistrikt berichtete, teilte im Schreiben vom 10. Dezember 1931 die Vollstreckung einer Gefängnisstrafe von drei Tagen mit, die gegen den Landwirt Germann aus Sevelten "wegen Verächtlichmachung der Reichsflagge" verhängt worden war. Ein Polizeibericht vom 9. Dezember 1931 schildert die näheren Umstände, die zur Verhängung der dreitägigen Gefängnisstrafe gegen Germann führten

> "Hierzu wird berichtet, daß der Zeller Johannes Germann aus Sevelten von einem mir nicht bekannten preußischen Gericht mit 3 Tagen Gefängnis bestraft worden ist, weil er auf einer Versammlung die republikanischen Fahnen ‘Sauflaggen’ oder so ähnlich genannt hat. Germann hat nun gerade dieser Tage - 6., 7., 8. d. M. - diese Strafe im Gefängnisse zu Cloppenburg verbüßt und kam am 8. d. M., um 19 Uhr, zur Entlassung. Inwieweit Germann selbst an der hier fragl. Tat beteiligt ist, hat zwar nicht festgestellt werden können, jedoch dürfte er und seine radikalen Helfershelfer aus Sevelten mit der Tat in Verbindung zu bringen sein."[746]

[743] StAO 136 - 10053, Bl. 80.
[744] StAO 136 - 10053, Bl. 79.
[745] StAO 136 - 10053: Schreiben des Gendarmeriestandorts Cloppenburg vom 22.12.1931 an den Oberstaatsanwalt.
[746] StAO 136 - 10053, Bl. 79: Schreiben vom 9.12.1931 an das Amt Cloppenburg.

Nach der Entlassung Germanns kam es offensichtlich zu einem politischen Zwischenfall in der Nähe des Amtshauses in Cloppenburg. Ob der wegen Landfriedensbruch verurteilte Landvolkführer daran beteiligt war, konnte der Amtshauptmann nicht umgehend feststellen. Die Reaktion auf Germanns Entlassung am Abend des 8. Dezember 1931 schildert Brand in seinem Bericht vom 10. Dezember 1931 mit den Worten:

> "Germann wurde am gleichen Tage um 7 Uhr abends aus dem Gefängnis entlassen. Zu irgendwelchen Vorfällen bei seiner Entlassung ist es nicht gekommen, abgesehen davon, dass man ihn in der Wirtschaft von Ambühren in Gegenwart des Landtagsabgeordneten gr.[oße] Beilage hat hoch leben lassen und nachts die in dem anliegenden Bericht näher bezeichneten Fahnen auf der Soestebrücke in der Nähe der Amtsschliesserei angebracht hat. Ob Germann die Aufstellung der Fahnen veranlasst hat, hat noch nicht festgestellt werden können. Er hat inzwischen eine 14tägige Gefängnisstrafe in Vechta angetreten. Die Vermutung spricht dafür, dass an diesem Dummerjungenstreich die an dem Landesfriedensbruch beteiligten Personen wiederum beteiligt sind."[747]

Der umstrittene Vorfall ereignete sich nach der Kundgebung am 8. Dezember 1931 in der Cloppenburger Münsterlandhalle. Im Polizeibericht vom 9. Dezember 1931 heißt es dazu, "daß in letztverflossener Nacht, 8./9. d. M., auf der Amtshausstraße hierselbst bei der Soestebrücke zwei Fahnen angebracht worden seien, von denen die eine schwarzweißrot, die andere schwarzrotweiß sei und wovon bei der letzteren das Weiß mit gelblichem Schmutz besudelt sei". Nach dem Polizeibericht hatten die Anführer der Eberborg-Affäre die gegen sie verhängten Geldbußen noch nicht gezahlt und beim Ministerium Gesuche eingereicht, "in denen sich die Gesuchsteller als die harmlosesten Menschen darstellen und was vom Gemeindevorsteher Moormann aus Sevelten beglaubigt wird". Der Polizeibericht versuchte diesen Eindruck mit der abschließenden Bemerkung zu korrigieren:

> "Aus der hier vorliegenden, erneuten Tat erkennt man wieder deutlich den Charakter des Sevelter Landvolks. Dazu hat es Zeit, Geld und Mut, denn ohne Zweifel sind die Täter unter dem Landvolk in Sevelten zu suchen, die indessen bislang noch nicht zu ermitteln waren."[748]

Wie unzureichend sich die juristischen Mittel bei dem Versuch erwiesen, dem politischen Extremismus von rechts wirkungsvoll zu begegnen, zeigte die Strafsache gegen den Hofbesitzer Gerhard Berßenbrügge aus Klein Roscharden und

---

[747] StAO 136 - 10053, Bl. 79.
[748] StAO 136 -10053, Bl. 79: Schreiben vom 9.12.1931 an das Amt Cloppenburg.

weitere 17 Teilnehmer an einer boykottierten Zwangsversteigerung, die im Frühjahr 1932 zur Verhandlung anstand. Zum Tathergang hieß es in der Begründung des späteren Urteils vom 12. April 1932:

> "Bei dem Zeugen Hummert in Kneheim war wegen rückständiger Angaben, die Hummert der Gemeinde Krapendorf schuldete, von dem Gemeindediener, dem Zeugen Möller, eine Kuh gepfändet worden. Die Versteigerung der Kuh war auf den 12. Februar 1932 angesetzt worden. Einige Tage vorher war in der in Cloppenburg erscheinenden Zeitung 'Das Landvolk' auf Veranlassung des Zeugen Hummert auf die Versteigerung hingewiesen und zu zahlreichem Erscheinen aufgefordert worden. Dieser Aufforderung waren viele Personen, u.a. die Angeklagten, gefolgt. Die Versteigerung sollte im Stalle des Zeugen Hummert stattfinden. Vor Verlesung der Versteigerungsbedingungen stellte sich der Angeklagte Haussohn Berßenbrügge mit einer schwarzen Fahne neben dem Zeugen Möller auf. Als dann nach Verlesung der Versteigerungsbedingungen der Zeuge Möller zur Abgabe von Geboten aufforderte, senkte der Angeklagte Berßenbrügge die Fahne und gleichzeitig stimmte die Menge das Deutschlandlied an; auch andere Lieder wurden gesungen. Darauf brach der Zeuge Möller die Versteigerung ab, ohne einen weiteren Versuch zur Durchführung der Versteigerung zu machen. Danach verließ auch die Menge das Hummertsche Haus. Der größere Teil gruppierte sich hinter der von dem Angeklagten Haussohn Berßenbrügge getragenen Fahne und zog so durch den Ort Kneheim."[749]

Während das oldenburgische Innenministerium davon ausging, "daß Versteigerungen auf dem Lande vielfach nur zu Demonstrationen benutzt werden, und zwar in der Absicht, die Versteigerung zu verhindern", und deshalb nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 angemeldet werden müßten, wurde die Anklage der Oberstaatsanwaltschaft zurückgewiesen. Die Angeklagten wurden in der Verhandlung vor dem Cloppenburger Amtsgericht unter dem Vorsitz von Dr. Ostmann am 12. April 1932 freigesprochen. In der juristischen Begründung des Urteils ging das Gericht vom angeblich unpolitischen Charakter des Vorfalls aus. Nach seiner Auffassung handelte es sich nicht um "eine politische Versammlung" und war nicht davon auszugehen, "daß der Marsch durch den Ort Kneheim als Aufzug unter freiem Himmel aufzufassen wäre". Man befand, daß "ein politischer Zweck mit dem Marsch nicht verbunden war". Das Ministerium des Innern war mit dem Cloppenburger Urteil offensichtlich nicht einverstanden und stellte in einem Schreiben an den Oberstaatsanwalt vom 19. Mai 1932 fest:

> "Die weitere Begründung in dem Urteil, daß eine Bestrafung nicht hätte erfolgen können, weil nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung ein politischer Zweck mit dem

[749] StAO 136 - 10053, Bl. 82.

> Marsch nicht verbunden gewesen u. eine Störung der öffentlichen Sicherheit u. Ordnung nicht eingetreten sei, ist falsch."[750]

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur "Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 28. März 1931 verlangte nach einer Verfügung des oldenburgischen Staatsministeriums vom 16. April 1931 die "Anmeldung geplanter öffentlicher politischer Versammlungen und von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel" und die Vorlage von Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts.[751] Wie aus einer Anfrage des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in Vechta hervorgeht, bestanden über die Reichweite dieser Verfügung offensichtlich Unklarheiten. Der Verband fragte im Schreiben vom 2. Mai 1931 in durchaus obrigkeitsstaatlicher Haltung an, ob ihre Versammlungen unter die Bestimmungen der Notverordnung fallen würden:

> "Da unsere Organisation seit Jahren im eigenen Verbandsbezirk öffentliche Versammlungen abgehalten hat und diese auch weiterhin abzuhalten gedenkt, fragen wir ergebenst an, ob eine solche öffentliche Versammlung vorher anmeldepflichtig ist. Der § 1 der Notverordnung vom 28. März 1931 behandelt unseres Erachtens nur politische Versammlungen. In unseren Versammlungen dagegen werden nur Wirtschaftsfragen, wie Zollfragen und dergl. behandelt und daher fallen sie unseres Erachtens nicht unter § 1 der Notverordnung."[752]

Das Ministerium wies den landwirtschaftlichen Verband darauf hin, daß es bei der Behandlung von Zollfragen in öffentlichen Versammlungen durchaus um politische Angelegenheiten gehe, und empfahl ihm deshalb, seine "öffentlichen Versammlungen anzumelden, es sei denn, daß es sich ganz offenbar um keine politische Angelegenheit handelt".[753] Die Verwirrung war offensichtlich groß.

4.6.4. Attacken auf den 'Beamten-Staat': "So wie bisher geht es nicht weiter."

Der in Oldenburg vereinbarte Pressefrieden währte jedoch nicht lange. Bereits im Februar 1932 gab der Oldenburgische Beamtenbund (Landesbund) erneut zu bedenken, "ob nicht aufgrund derartiger Hetzartikel das Weitererscheinen

---

[750] Ebd.
[751] StAO 136 - 2868: Durchführungsbestimmung vom 16.4.1931.
[752] StAO 136 - 2868: Schreiben vom 2.5.1931.
[753] StAO 136 - 2868.

eines solchen Blattes verboten werden muss".[754] Veranlaßt wurde die Intervention des Beamtenbundes durch einen Aufsatz aus der Feder von Dr. Böckelmann, der unter der Überschrift "Es wird jeden Tag schöner." gegen die Behörden zu Felde gezogen war und mit der beleidigenden Äußerung geschlossen hatte:

> "Eines sei jedoch festzustellen, fallen die Höfe einer nach dem andern, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo man über verhungerte Beamtenleiber kaltlächelnd hinweggeht."[755]

Obwohl das Innenministerium einräumen mußte, daß "ein ganzer Berufsstand in aufhetzerischer Weise schwer angegriffen" wurde, blieb es bei einer neuerlichen Verwarnung der Zeitung.[756] Für das politische Desaster der Weimarer Republik wurde in erster Linie die Beamtenschaft verantwortlich gemacht, deren Standesgruppe zum innenpolitischen Feindbild stigmatisiert wurde. Der Protest im Landvolk richtete sich gegen die Beamten, meinte aber das demokratische System von Weimar, das sie nach außen hin repräsentierten. Sie galten als Vertreter des November-Umsturzes und wurden von der politischen Rechten als solche heftig attackiert. "Schüsse auf einer Zwangsversteigerung" vermeldete die südoldenburgische Landvolkzeitung anläßlich einer Pfändung aus dem Kreis Alfeld. Dabei sollen, so das Blatt, Rufe wie "Heil Hitler, Deutschland erwache!" und "Gegenkundgebungen" laut geworden sein. Über den zuständigen Landrat hieß es sarkastisch, aber in der politischen Tendenz eindeutig in dem Bericht:

> "Außerdem, wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er auch Verstand! Nun hat ihn zwar Gott nicht eingesetzt, sondern die rote Novemberflut von 1918 hat ihn hochgetragen und in den Landratssessel des Kreises Alfeld (Leine) geschwemmt, aber Verstand für sein Amt soll er doch haben. Wie er sein Amt auffaßt?? Nun, er ist Parteibeamter, und als solcher natürlich verpflichtet, die Sozialisierung - der Bauer pflegt dafür zu sagen: Enteignung, Ausplünderung, Vernichtung des Bauernstandes - durchzuführen."[757]

Nach einem Bericht des Finanzamts Cloppenburg setzte die politische Kampagne gegen die Beamtenschaft schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1926 ein und wollte durch ein "gemeinsames Vorgehen in Oldenburg und Berlin errei

---

[754] StAO 136 - 2871, Bl.72: Schreiben vom 25.2.1932 an das Staatsministerium.
[755] LV vom 23.2.1932; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[756] StAO 136 - 2871: Schreiben vom 1.3.1932.
[757] LV vom 21.10.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72. Das "Landvolk" schloß diesen Bericht mit der provozierenden Prognose: "Nicht lange mehr wird es dauern, und in hiesiger Gegend wird es ebenso kommen."

chen, daß die Beamtengehälter herabgesetzt würden".[758] Eine öffentliche Protestkundgebung des Landvolks in Cloppenburg am 10. Januar 1928 forderte in einer Resolution eine "wesentliche Reduzierung des Beamten=Personals und Herabsetzung der Gehälter" und war der Überzeugung, "daß nicht allein in dem Umfange der verwendeten Beamten, sondern auch in der Höhe der Gehälter wesentliche Aenderungen im Interesse der ungünstigen Finanzlage und auch der gesamten Steuerzahler erwartet werden müssen".[759]

Welche verletzenden Töne gegen den parlamentarischen "Beamtenstaat" angeschlagen wurden, geht aus einem Artikel der Landvolkzeitung nach der oldenburgischen Landtagswahl vom 20. Mai 1928 hervor, in der die Landvolkpartei drei Mandate erringen konnte. Die beleidigende Manier, mit der die Staatsbeamten öffentlich angegriffen wurden, verfolgte die Absicht, instinktive Emotionen wie Neid und Haß zu wecken:

> "Die Herren gehen nach wie vor ihren Abendvergnügungen nach, und denken nicht daran, daß sie die Blutstropfen der eigenen Landmänner trinken. Sie scheinen nicht zu wissen, daß sie die sauren Groschen und das bittere Steuergeld des Landvolks verprassen. Man braucht um diese Zeit nur die Nachtlokale der Großstädte revidieren - und man würde ganz traurige Ergebnisse und Resultate zeitigen. Wir brauchen nur die Badestädte aufzusuchen und da würden wir feststellen können, wo unsere Steuergelder hinkommen. Es mag noch so viel geredet und geschrieben werden, das eine steht fest: so wie bisher geht es nicht weiter."[760]

Attacken auf den 'Beamten-Staat' von Weimar gehörten wie selbstverständlich zu den politischen Pflichtübungen auf den zahlreichen Protestkundgebungen der Landvolkbewegung in Südoldenburg, ohne daß erkennbare Gründe dafür vorlagen. Im politischen Umfeld der Eberborg-Affäre finden sich zahlreiche Beispiele für maßlose Angriffe auf Oldenburger Beamte. Dabei handelte es sich um einen politischen Komplex: Mit den "Dienern des Staates", die aus Steuergeldern alimentiert wurden, sollte das demokratische System selbst diffamiert und als in sich korrupt gebrandmarkt werden. Es lag in der Konsequenz dieser politischen Strategie, daß eine Besserung zum Guten letztlich nicht mehr von Parteien und Parlamenten ausgehen konnte, sondern immer mehr von ihrer Überwindung abhängig gemacht wurde. Dieses Ziel konnte nur duch eine 'Bewegung' erreicht werden, die - nach der Logik der "legalen Revolution" - von einer Partei getragen wurde, aber sie in ihrem Wesen transzendierte. Die 'Be

[758] StAO 136 - 10053, Bl. 10.
[759] OV vom 12.1.1928.
[760] LV vom 16.6.1928.

wegung' zielte auf eine Befreiung, eine Erlösung oder Erweckung der deutschen Nation als "wahre" Volksgemeinschaft. Das konnte eine Partei nicht leisten.

4.7. Die Krise der Landvolkbewegung und ihr Scheitern am konfessionellen Dissens

Als die Not- und Protestbewegung eine eindeutige politische Dimension gewann und zur Wahlbewegung wurde, wirkten sich auch andere als landwirtschaftliche Standesinteressen und bäuerlich-mittelständische Existenzängste auf die Landvolkbewegung und die Landvolkpartei aus, die in Nordoldenburg ihre Führungsrolle an die NSDAP verlor und in Südoldenburg schließlich an der von der katholischen Kirche und von den katholischen Vereinen und Verbänden weiterhin protegierten Zentrumspartei scheiterte. Der Aufstieg der NSDAP begann nachhaltig im nördlichen Landesteil.[761] Die politische Konfliktsituation, die sich für die Landvolkpartei in Südoldenburg aus der konfessionellen Frage in der parteipolitischen Konkurrenz zum Zentrum wie zur protestantisch geführten Landvolkbewegung in Nordoldenburg ergab, dokumentieren Beiträge einzelner Landvolkabgeordneter in der parlamentarischen Debatte über die Aufhebung der Oberschulkollegien im Jahre 1929. Die südoldenburgischen Abgeordneten der Landvolkpartei, gr.[oße] Beilage und Langemeyer, sahen sich in der Landvolkpresse zu der Klarstellung genötigt, daß sie der Vorlage "betr. Aufhebung der Oberschulkollegien" nur dann zustimmen würden, "wenn die Interessen der Kirche in der dem nächsten Landtage vorzulegenden Vorlage unbedingt wie in dem bisherigen Umfange gewahrt bleiben". Kompliziert wurde die Lage der Landvolkpartei dadurch, daß die Beratung über die Aufhebung der Oberschulkollegien unter dem Gesichtspunkt haushaltspolitischer Sparmaßnahmen geführt wurde, für die die Landvolkpartei stets eingetreten war. Aus konfessionellen Gründen stimmte der Abgeordnete Langemeyer gegen den Antrag von Ad

[761] Friedrich W. Rogge äußert sich aus der Perspektive Nordoldenburgs über die Strategie und das erklärte politische Ziel der Landvolkbewegung folgendermaßen: "Deren Aufrufe zum organisierten Steuer-Boykott und zur systematisch betriebenen Verhinderung von Zwangsversteigerungen signalisierten nicht nur die Einbeziehung überaus militanter Aktionsformen in den 'Kampf gegen das Weimarer System', sondern die Landvolkbewegung hatte sich als wirkungsvolle Wegbereiterin für die freilich noch kommenden Wahlerfolge der NSDAP erwiesen, deren Aufstieg spätestens seit dem Jahre 1930 in eben diesem nördlichen Landesteil beginnen sollte." (ROGGE, Republik, S. 226)

dicks, obwohl er als Sparantrag intendiert war. Um seinem politischen Vorstoß eine parlamentarische Mehrheit zu sichern, nahm Addicks eine Erweiterung vor und ergänzte den Wortlaut seines Antrages. Die Regierung solle dem nächsten Landtage eine Vorlage zukommen lassen, "worin die Interessen der katholischen und evangelischen Kirche unbedingt wie im bisherigen Umfange gewahrt bleiben".[762] Dadurch konnte die konfessionelle Eintracht in der oldenburgischen Landvolkbewegung noch einmal gewahrt werden.

Die Landvolkpartei nahm die Debatte über die Aufhebung der Oberschulkollegien zum Anlaß, um ihren schulpolitischen Standort grundsätzlich darzulegen. Sie sei stets gewillt gewesen, "den konfessionellen Frieden im Oldenburger Lande aufrechtzuerhalten", und habe sich deshalb auch für den Verbesserungsantrag eingesetzt. Die Landvolkpartei sei aus der Protestbewegung hervorgegangen und sehe ihre "Daseinsberechtigung im parlamentarischen Leben" weiterhin darin, eine "Vereinfachung der Verwaltung und größte Sparsamkeit auf allen Gebieten der Verwaltung" herbeizuführen. Der Verbesserungsantrag vereinbare die konfessionellen Interessen der beiden christlichen Kirchen und das Bestreben der Landvolkpartei, den "aufgeblähten Verwaltungsapparat zu vereinfachen". In einer eigenen Stellungnahme, die in der Landvolkzeitung veröffentlicht wurde, erklärten die Abgeordneten Addicks, gr.[oße] Beilage und Langemeyer übereinstimmend:

> "Wir treten ebenso wie diejenigen, die sich heute als alleinige Hüter der Konfession brüsten, überall und stets für die konfessionelle Schule ein."

Die taktischen Versuche, "die Landvolkpartei als unchristlich und als Gegner der konfessionellen Schule hinzustellen", wiesen die Abgeordneten als "gemeine Verleumdung" zurück.[763] Das Staatsministerium überging den Landtagsbeschluß und ließ die Oberschulkollegien in der bisherigen Form zunächst bestehen. 1932 wurden sie - bereits unter der nationalsozialistischen Regierung Röver - aufgehoben und als konfessionell getrennte Abteilungen im Ministerium der Kirchen und Schulen eingerichtet.

Im Januar 1930 entlud sich das Konfliktpotential, das sich aus dem konfessionellen Gegensatz zwischen dem Norden und Süden Oldenburgs ergab, dramati

---

[762] LV vom 22.6.1929. Zur Aufhebung der Oberschulkollegien vgl. Kap. 2.2.: Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien.
[763] LV vom 18.9.1929; StAO 134 - 1201, Bl. 8: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 18.9.1929.

scher und stürzte die Landvolkbewegung im katholischen Süden des Freistaates in eine tiefe Krise; ihre Glaubwürdigkeit war ernsthaft gefährdet. Ausgelöst wurde der Konflikt durch antikatholische und antiklerikale Äußerungen der nördlichen Landvolkbewegung, die im südoldenburgischen Katholizismus einen Sturmlauf der Entrüstung entfachten und die politische Position der Landvolkpartei erheblich schwächten. Der nordoldenburgischen Landvolkbewegung wurde eine Agitation nachgesagt, in der "Rom und die Jesuiten die Zielscheiben einer ganz unverschämten Hetzpropaganda sind".[764] Die Landvolkzeitung fragte selbstkritisch mit dem Blick auf die Vorfälle im Norden Oldenburgs "Ist das noch Landvolk=Bewegung?" und forderte in einem "Artikel aus Landvolkführerkreisen" Südoldenburgs den Norden zur Klarstellung auf:

> "Wie stehen und denken die Landvolkführer im Norden zu dieser ganz unerhörten Sache. Wie denken Sie sich, meine Herren, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Norden und Süden des Oldenburger Landes, wenn bei Ihnen die heiligsten Güter des Südens in den Kot gezogen werden dürfen?"[765]

In einer Erklärung wies Addicks für die Nordoldenburger Landvolkbewegung die Vorwürfe zurück und verurteilte "ebenso wie unsere Südoldenburger Freunde, daß durch derartige Propaganda die Landvolkbewegung in Mißkredit gebracht und vor allem, daß der in unserem gemeinsamen Kampfe so notwendige konfessionelle Friede gefährdet wird". Addicks stellte klar:

> "Wir werden hier dafür sorgen, daß eine derartige mißbräuchliche Benutzung des Landvolknamens unterbunden wird."

Addicks sprach damit auf politische Aktionen eines Major von Waldow an, der Gauführer des Ludendorffschen Tannenbergbundes war und unter dem Etikett "Landvolkversammlungen" unter anderem in Butjadingen über die Ziele des Tannenbergbundes gesprochen hatte.[766] Die Butjadinger Landvolkbewegung korrigierte Addicks allerdings und betonte, daß Major von Waldow "von den Nordoldenburger Führern nach Stollhamm zum Vortrage geschickt" worden sei und ausschließlich Tatsachen berichtet habe:

> "Allerdings hat Herr v. Waldow geschichtliche Tatsachen angeführt, wo die Jesuiten in der Weltpolitik eine verderbliche Rolle gespielt haben."[767]

---

[764] OV vom 15.1.1930.
[765] LV vom 11.1.1930.
[766] Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 16.1.1930; LV vom 19.1.1930.
[767] OV vom 24.1.1930.

Der Gesamtvorstand des Oldenburger Bauernvereins lehnte diese "Kampfmethoden", die der Sache der Partei nicht förderlich waren, in Nordoldenburg ab, weil sie "jeden Christlichen in seinen heiligsten Gefühlen auf das tiefste verletzen" müssen.[768] Der südoldenburgische Landvolkführer Olberding aus Westerbakum rief zur "Festigung der christlichen Grundsätze unserer Landvolkbewegung" auf und wandte sich scharf "gegen die Angriffe gegen Geistlichkeit und Kanzeln", wie sie in Nordoldenburg geführt würden.[769] Die Führung der nordoldenburgischen Landvolkbewegung distanzierte sich wiederholt "von den Hetzern gegen die Geistlichkeit", konnte aber den politischen Schaden im katholischen Süden des Landes kaum noch begrenzen.[770]

Die Vorgänge in Butjadingen und Elsfleth nahmen in der katholischen Presse Südoldenburgs wie in dem nunmehr in Cloppenburg erscheinenden "Landvolk" großen Raum ein. Das "Landvolk" ergriff eindeutig Partei für den südoldenburgischen Katholizismus, der sich in seiner religiösen Ehre verletzt fühlte, und distanzierte sich von der nordoldenburgischen Landvolkbewegung, die offensichtlich auf eine Abgrenzung gegen andere rechtsextremistische Strömungen wie den Tannenbergbund keinen großen Wert legte und sich mit ihnen in einer politischen Aktionseinheit zusammenfinden konnte. Das kam für die südoldenburgische Landvolkbewegung überhaupt nicht in Betracht. Eine Stellungnahme "aus Landvolkkreisen des Südens" ordnete die Auseinandersetzung mit dem protestantischen Norden in die Kulturkampftradition ein und sah bei den Agitatoren "Gegner der christlichen Landvolkpartei" am Werk:

> "Wir fragen das christlich-gesinnte Landvolk: Was hat dieser Kampf gegen die Kanzeln, gegen Rom und die Jesuiten, mit dem Wirtschaftskampf des schwer bedrückten Landvolkes zu tun? Die Stunde ist gekommen, in der sich die Geister zu scheiden haben, auf der einen Seite die, die mit uns für die christliche Volksgemeinschaft kämpfen wollen, und auf der anderen Seite die, welche gegen die Kanzeln kämpfen wollen, und sich damit, kulturell gesehen, in die Reihen des Materialismus, Sozialismus und Liberalismus einreihen, die die Gegner der christlichen Landvolkpartei und damit unsere Gegner sind."[771]

Das Wort von der "christlichen Volksgemeinschaft" trennte in Zukunft die Wege der Landvolkbewegung im katholischen Süden und protestantischen Norden

---

[768] OV vom 18.1.1930; Tageszeitung für das Amt Friesoythe vom 18.1.1930.
[769] LV vom 19.1.1930.
[770] LV vom 23.1.1930.
[771] OV vom 15.1.1930. Der Artikel trägt den bezeichnenden Titel: "Scheidung der Geister?"

und wurde zum Leitbild, das dem politischen Katholizismus im Frühjahr 1933 den Weg in die "christliche Volksgemeinschaft" des "Dritten Reiches" ebnete. Die Aufrufe des "Landvolks", jede Spaltung zu vermeiden und zur Sammlung in die Kampf- und Arbeitsgemeinschaft zurückzufinden, verhallten zunächst ohne ein erkennbares Echo.[772]

Die Agitation der nordoldenburgischen Landvolkbewegung mit ihren ausgeprägten antikatholischen Tendenzen führte zu einer Geschlossenheit und Selbstbesinnung im südoldenburgischen Katholizismus, wie man sie seit der Gründungsphase der Weimarer Republik nicht mehr erlebt hatte. Davon profitierte vor allem das Zentrum, das als konfessionelle Volkspartei wieder die politische Meinungsführerschaft in Südoldenburg übernahm und die Landvolkbewegung immer stärker in das politische Abseits - allerdings auch in den politischen 'Untergrund' - abdrängen konnte. Die parlamentarischen Auseinandersetzungen um den Erhalt der konfessionell getrennten Oberschulkollegien und Pädagogischen Lehrgänge verstärkten die glaubensbegründeten Gegensätze wieder und trugen somit zu einer politischen Konsolidierung im katholischen Milieu Südoldenburgs bei. Die Landvolkbewegung selbst operierte nach der Eberborg-Affäre weiter im außerparlamentarischen Raum und setzte den Kampf mit allen Mitteln politischer Konspiration, Nötigung und Erpressung fort, wie sie in der Bildung der "Notgemeinschaft" und in Aufrufen zur illegalen Selbsthilfe zur Anwendung gelangten. Gleichzeitig sank der parlamentarische Einfluß der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei. Während sie 1928 mit drei Mandaten in den Landtag eingezogen war, büßte sie 1931 bereits wieder zwei Mandate ein.[773] Vom Niedergang der Landvolkpartei profitierte die NSDAP, im Norden wie im Süden des Landes.

4.7.1. Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat: "Wir als bodenständige Landwirte können niemals den Umsturz billigen."

Ein Scheitern der oldenburgischen Landvolkbewegung an der konfessionellen Frage konnte formal allerdings vermieden werden. Obwohl nach Darstellung der Vechtaer OV die "Katholikenhetze in Nordoldenburg" auch im Februar 1930 weiterging, hielt die südoldenburgische Landvolkpartei an der Zusammenarbeit mit dem Norden fest und war nach dem Beschluß einer Vertreterver

[772] LV vom 12.1.1930: "Sammlung, nicht Zersetzung."
[773] SCHAAP, Weg, S. 206: Anlage VIII.

sammlung vom 30. Januar 1930 in Ahlhorn bereit, "wie bisher auf dem Boden des Programms der Christl.=nat. Bauern= und Landvolkpartei weiter zu arbeiten".[774] Auf Landvolkversammlungen in Cloppenburg und Vechta wurde aber deutlich, daß die konfessionellen Fragen und Zweifel längst nicht ausgeräumt waren. Auf der Versammlung in Vechta stellte gr.[oße] Beilage die konfessionsneutralen politischen Ziele der Landvolkbewegung heraus und attackierte heftig die Zentrumspartei, weil sie die gemeinsame Front gegen die Sozialdemokratie, den eigentlichen politischen Gegner, schwäche:

> "Man soll nicht mit der Religion hausieren gehen. Wir haben vielleicht den evangelischen Norden unseres Landes noch einmal sehr notwendig, wenn wir gegen die Sozialdemokratie, den größten Feind jeglicher Religion, eine geschlossene Front bilden müssen. Das mögen sich auch die Parteien merken, die heute noch mit der Sozialdemokratie Arm in Arm gehen."[775]

Auf der Cloppenburger Versammlung sah sich Olberding (Westerbakum) auf der anderen Seite auch zu einer scharfen Abgrenzung gegen die Nationalsozialisten genötigt:

> "Wir als bodenständige Landwirte können niemals den Umsturz billigen, den die Nationalsozialisten wollen. Auch in vielen kulturellen Sachen ist ein Zusammengehen mit den Nationalsozialisten nicht angängig."[776]

Zwischen den Extremen auf der politischen Rechten und Linken fand das katholische Milieu in Südoldenburg zu neuer politischer und gesellschaftlicher Identität, die vor allem konfessionell geprägt war. Die Rückbesinnung auf den konfessionellen Primat bot die beste Gewähr, um in der politischen Mitte nicht aufgerieben zu werden. Bezeichnenderweise wurde 1930 in Südoldenburg wieder die Tradition großer katholischer Kundgebungen aufgenommen, die sich nach eigenem Bekunden als unpolitische Veranstaltungen verstanden, aber ihre beabsichtigte Wirkung, Integration und Disziplinierung der katholischen Basis, nicht verhehlten. So führte die Konfessionalisierung der politischen Auseinandersetzung seit 1930 wieder zu einer relativen Konsolidierung des politischen Milieus in Südoldenburg, ohne jedoch die in der Landvolkbewegung vollzogene Sezession einer Minderheit nach rechts wieder rückgängig machen zu können. Auf einer vom "Volksverein für das katholische Deutschland" am 26. Januar 1930 organisierten Kundgebung, die die Massen

---

[774] OV vom 8.2.1930; LV vom 8.2.1930.
[775] LV vom 11.2.1930.
[776] LV vom 12.2.1930.

für die "Katholische Aktion" mobilisieren sollte, wurde in der Cloppenburger Markthalle zur Verteidigung der "heiligsten Güter" eine neue Kulturkampfstimmung entfacht. Nach Presseberichten nahmen an dieser Veranstaltung 3 000 Männer und Frauen aus Südoldenburg teil.[777] Auf Antrag von Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann, dem Leiter des Heimatmuseums, wurde die lokale Führung der "Katholischen Aktion" auf der Cloppenburger Kundgebung in die Hände von Dechant Hackmann gelegt.[778] Domkapitular Surmann unterstrich in der Markthalle den unpolitischen Charakter der Versammlung und betonte das apostolische Leitbild der "Katholischen Aktion":

> "Wir sind keine politische Versammlung; wir sagen nicht, daß wir der Politik keine Bedeutung beimessen."[779]

In einer programmatischen Rede verwahrte sich der Cloppenburger Amtshauptmann Brand auf der Kundgebung gegen die Vorwürfe des Ultramontanismus und unterstrich die im Kriege bezeugte nationale Haltung der Katholiken:

> "Wir Katholiken waren es vor dem Kriege gewohnt, als Ultramontane, als Vaterlandsverräter verleumdet zu werden. Die Heldenleistungen des katholischen Volkes im Kriege, die gemeinsam getragenen Entbehrungen haben manche Schranke niedergerissen und Norden und Süden unseres Landes einander näher gebracht."[780]

Der Katholik Friedrich Brand erinnerte an die Erfahrungen des "Kulturkampfes", als die Katholiken gewohnt waren, "allein zu stehen", und rief das Münsterland auf, wieder zur alten Stärke und Einheit zurückzufinden:

> "Wo es sich darum handelt, unsere heiligsten Güter zu verteidigen, wird und kann es bei uns keine Meinungsverschiedenheiten geben. [...] Wir erklären heute mit allem Nachdruck, daß wir uns ohne Unterschied des Standes mit allen unseren Kräften schützend vor unsere hl. Kirche und ihre Diener stellen. Bei der Verteidigung der kath. Schule hat das Münsterland ein erhebendes Beispiel seiner Einigkeit gegeben."

Mit Blick auf die Vorfälle in Butjadingen und Elsfleth wandte sich Brand an die evangelische Mehrheit im Lande und forderte sie zur religiösen Toleranz auf, die auch gegenüber der katholischen Minderheit zu üben sei:

---

[777] OV vom 27., 29., 30.1., 2., 4.2.1930; LV vom 29.1.1930.
[778] OV vom 30.1.1930.
[779] OV vom 29.1.1930.
[780] OV vom 27.1.1930; LV vom 29.1.1930, auch zum folg.

> "Katholisch sein, heißt friedlich sein. Wir wollen keinen konfessionellen Streit. Wir vermeiden alles, was Andersgläubige in ihrer religiösen Ueberzeugung verletzen könnte. Umso mehr müssen wir verlangen, daß man auch unsere religiöse Ueberzeugung achtet und gehässige Angriffe gegen die kath. Kirche und ihre Einrichtungen unterläßt."

In der Diskussion über die parteipolitische Entwicklung der letzten Jahre forderte der Landtagsabgeordnete Heinrich Wempe, Fraktionsvorsitzender des Zentrums, angesichts der rapide um sich greifenden "Katholikenhetze" die katholische Presse zur geschlossenen Gegenwehr auf.[781] Vorgänge wie die konfessionellen Zerwürfnisse in der oldenburgischen Landvolkbewegung machten deutlich, wie sich im politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik die defensive Abwehrhaltung und gesellschaftliche Isolation verstärkten und auf eine revolutionäre Entladung drängten, die 1930 noch keineswegs mit dem Namen Adolf Hitler in Verbindung gebracht wurde. Die Cloppenburger Kundgebung warnte vor der kirchenfeindlichen Haltung der nationalsozialistischen Führer, "die nunmehr sich als Katholikenfreunde vorstellen". Wie ein politisches Vermächtnis an die nachfolgenden Generationen, die als Katholiken in Deutschland einer ungewissen Zukunft entgegengingen, liest sich "die ernste Mahnung der Zeit", die Domkapitular Surmann in Cloppenburg vortrug:

> "Die Menschen sehen nicht die schreibende Hand, wie damals in Babylon, den Finger Gottes aus dem Weltkrieg, den Finger Gottes aus der Revolution, den Finger Gottes aus der wirtschaftlichen Not."

Bereits zu Beginn seines Pontifikates im Jahre 1922 hatte Pius XI. in seiner ersten Enzyklika die Laien zur Gründung der "Katholischen Aktion" (actio catholica) aufgerufen, um die moderne Gesellschaft im Geiste Christi zu erneuern. Die katholische Aktion wurde dabei als Teilnahme der Laien am Apostolat der Kirche verstanden und sollte die kirchliche Basis auf der Grundlage einer religiösen Erneuerung und intensiven Schulung zum missionarischen Einsatz gegen die Säkularisierung und Entchristlichung der modernen Gesellschaft befähigen. Das neuartige Organisationskonzept der Katholischen Aktion konzentrierte sich auf die Pfarreien, in denen sich engagierte Laien nach den sog. Naturständen (Männer, Frauen, Jungmänner, Jungfrauen) zusammenschließen sollten. Dieses Konzept kollidierte mit den bisherigen Strukturen des katholischen Vereins- und Verbandswesens, das zentralistisch angelegt war. Deshalb erließen die deutschen Bischöfe 1929 Richtlinien, nach denen die Katholische Aktion keinen neuen Verein bilden sollte, sondern eine "Lebens- und Arbeits

[781] OV vom 30.1.1930, auch zum folg.

gemeinschaft" auf Pfarr- bzw. Bistumsebene, der sich katholische Vereine anschließen konnten.[782]

Die Rückkehr in die Tradition des seit Generationen gepflegten politisch-religiösen Fundamentalismus und in die Radikalität des angestammten katholischen Glaubens war die Antwort der Menschen in Südoldenburg auf die politische und sozioökonomische Krise am Ende der Weimarer Republik. Dem katholischen Traditionalismus schloß sich die Landvolkbewegung in Südoldenburg taktisch an und verfestigte dadurch den konfessionellen Dissens im oldenburgischen Landvolk. Das "Landvolk" würdigte ostentativ die Verdienste des "Volksvereins für das katholische Deutschland" aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens und zitierte wörtlich aus dem Empfehlungsbrief des Bischofs von Münster, Johannes Poggenburg. Dieser hatte die zukünftigen Aufgaben des Volksvereins mit den Worten umschrieben:

> "Wir stehen heute im Kampfe um wichtige Stellungen im religiös=sittlichen Leben. Der Unglaube will herrschend werden. Neben anderen Vereinen muß auch hier heute der Volksverein aufklärend, aufrüttelnd und schulend wirken. Die Aufgabengebiete des Volksvereins sollen in Zukunft sein: Volk und Religion, Volk und Kultur, Volk und Wirtschaft, Volk und Staat."[783]

Der "Glaubenskrieg" zwischen dem Norden und Süden in der oldenburgischen Landvolkbewegung unterstützte diese Reaktion und reaktivierte moralisch-religiöse Denkmuster und Leitbilder, die dem südoldenburgischen Katholizismus einen gangbaren Ausweg aus der gesellschaftlichen und kulturellen Existenzkrise am Ende der Weimarer Republik aufzeigten. Die Stunde des Kampfes war wieder angebrochen:

> "Die Zeit ist da, wo der Befehl Christi gilt, daß man den Rock verkaufen und dafür ein Schwert kaufen müsse. Herbei, ihr Kämpfer, herbei im kleinsten Städtlein und Dorf. [...] Nützet eure Gewalt aus für die Herrschaft Christi, des Heilandes und des Erlösers! [...] Das heißt arbeiten für die Ausbreitung des Königtumes Christi. Jugend hast du den Ruf gehört?"[784]

Neben der konfessionellen Frage, die die Landvolkbewegung in die Defensive drängte, war es vor allem auch die Bildung der ersten nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg, die die politische Meinungs- und Wortführung auch in

---

[782] DAMBERG, Moderne, S. 223f.
[783] LV vom 19.10.1930: "Der Volksverein, die geistige Armee der deutschen Katholiken."
[784] OV vom 2.2.1930: "Landjugend und katholische Aktion! Ergänzende Gedanken zur großen Cloppenburger Versammlung."

der katholischen Landbevölkerung an sich zu reißen versuchte. Bereits im August 1932, zwei Monate nach der Regierungsübernahme, hielt sich der neue Ministerpräsident Röver in Cloppenburg zu einer politischen Lagebesprechung mit dem Amtshauptmann und den Gemeindevorstehern des Amtsbezirks auf. Röver forderte Geduld und Nachsicht, denn "es sei selbstverständlich nicht leicht, bessere Zeiten herbeizuschaffen, namentlich dann nicht, wenn nicht im Reiche bedeutende Umstellungen kämen". Röver setzte sich für eine Vereinfachung der Verwaltung und des Steuersystems ein, forderte aber energisch zur Zahlung der Steuern auf. Damit erteilte er - nunmehr in der unbequemen Regierungsverantwortung - der Boykottbewegung eine klare Absage, die im Gegensatz zu früheren Äußerungen der NSDAP stand, und unterstützte den Kurs von Amtshauptmann Brand mit den Worten:

> "Es könne unmöglich bestehen bleiben, die Steuern und Abgaben an Staat und Gemeinden zu verweigern, weil es einzelnen Gemeinden oder Bauern schlecht gehe. [...] Die einzelnen Verwaltungen seien streng verpflichtet, mit allen auch den einschneidendsten Mitteln dafür zu sorgen, daß die Steuern für Staat und Gemeinde hereinkämen. Daß das für die Verwaltung außerordentlich schwer sei, liege klar auf der Hand, aber es müsse sein, damit nicht zum Schaden jedes Einzelnen das Staatsgebäude zusammenbreche."[785]

Amtshauptmann Brand nahm den Besuch des Ministerpräsidenten erneut zum Anlaß, die Regierung zu einer Klarstellung in der Steuerfrage aufzufordern, "da gerade in der Erntezeit am ehesten die Möglichkeit zur Begleichung der Rückstände gegeben ist".[786] Carl Röver, das wurde bei seinem Besuch in Cloppenburg deutlich, hatte die Seiten gewechselt und war aus der 'Fundamentalopposition' gegen das System von Weimar in das Regierungslager übergetreten; er hatte Macht. Die Bedrohung von gestern war zur politischen Realität von heute geworden und erforderte eine geschlossene Antwort. Diese konnte in Südoldenburg, wie die Geschichte lehrte, nur wieder im konfessionellen Primat gefunden werden. Aber zu einer Geschlossenheit, wie sie vor 1918 noch vorgeherrscht hatte, fand die Region nicht wieder zurück. Zu tief waren die Brüche, die sich in den letzten Jahren der Republik unter dem Ansturm der Radikalen gezeigt hatten. In dieser Verfassung ging die Region in die Zeit des "Dritten Reiches" hinein.

---

[785] MT vom 11.8.1932.
[786] StAO 136 - 2861, Bl. 85: Schreiben vom Amt Cloppenburg an das Innenministerium vom 15. August 1932.

4.7.2. Der politische Machtwechsel in Oldenburg: "Das ist der erste große Streich."

Im Vorfeld der entscheidenden Landtagswahl am 29. Mai 1932 berichtete die Landvolkzeitung über Geheimberatungen der Landesregierung, mit denen versucht werden sollte, "mittels geschickter Komplikationen und Vorarbeiten die Wahlziffern und die Zusammensetzung des neuen Landtages in etwa zu beeinflussen". Das Motiv sei die Angst der Regierung vor einem Anwachsen des Rechtsextremismus, denn daß man in der zukünftigen Regierung "einen 'Sessel' für einen nationalsozialistischen Minister frei machen muß", darüber war man sich in der Redaktion des "Landvolks" einig. Recherchiert wurde der Artikel von einer Maus, "die hinter einem verstaubten Bücherschranke im Ministerium ihr dunkles Dasein zu fristen gezwungen" war und ihren Beitrag mit der in Versen gehaltenen Empfehlung für den Wahltag beschloß:

> "Männer der Tat sind schweigsame Leute
> Männer des Wissens reden nicht viel -
> Männer von gestern und Männer von heute haben kein festes inneres Ziel.
> Sie lockt nur der Ruhm, der Glanz und die Pracht,
> Sie opfern alles nur für die Macht. -
> Doch wenn du willst wählen, dann wähle nur den,
> Der Not, Elend, Hunger und - Arbeit versteht!"[787]

Das Staatsministerium erklärte den Bericht für "in allen Zeilen frei erfunden".[788] Doch es war zu spät. Am Abend dieses 29. Mai 1932 notierte Joseph Goebbels triumphierend in seinem Tagebuch:

> "Am späten Abend eine Freudenbotschaft: Wir haben in Oldenburg die absolute Mehrheit. Von 46 Mandaten fielen 24 auf uns. Das ist der erste große Streich. Wenn es so im ganzen Lande wird, dann gibt's bald kein Halten mehr."[789]

An dem, was Joseph Goebbels in seiner zynischen Randnotiz zum Machtwechsel in Oldenburg den "ersten großen Streich" nannte, waren Südoldenburg und namentlich der durch die Landvolkbewegung aufgewühlte Amtsdistrikt Cloppenburg nicht ganz unbeteiligt. Der militante Antirepublikanismus und die moralische Erbitterung des Protestes führten in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik zu einer Spaltung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg.

---

[787] LV vom 14.5.1931; StAO 136 - 2871, Bl. 72.
[788] StAO 136 - 2871, Bl. 72: Scheiben vom 19. Mai 1932.
[789] FRÖHLICH, Goebbels, S. 176.

Für eine überwiegende Zweidrittel-Mehrheit behielt die konfessionelle Frage absolute Priorität in der politischen Meinungsbildung, während knapp ein Drittel die "potestas indirecta" der katholischen Kirche ignorierte und in das radikale Lager exilierte. Hier 'parkte' es vorübergehend bei der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, um rechtzeitig zur NSDAP überzuwechseln, wenn die historische Stunde für die politische Wende gekommen war. In der oldenburgischen Landespolitik war das offensichtlich schon am 29. Mai 1929 der Fall, auf Reichsebene folgte der Wechsel am 5. März 1933 und motivierte die unrühmlichen "Märzgefallenen" - oder "Maiglöckchen" - zur politischen Gefolgschaft. Die politische Separation eines Teils der katholischen Bevölkerung durch die Landvolkbewegung war sicherlich eine entscheidende Voraussetzung für den relativen Aufstieg der NSDAP in Südoldenburg, die die hartnäckige Agrarkrise sowie die politische Desorientierung für ihre Ziele der Bewegung, die parlamentarische Usurpation der politischen Macht in den Ländern und im Reich, zu operationalisieren verstand. Als sich das Konfessionalitätsprinzip aufzuweichen begann und einem scheinbar unabhängigen politischen Denken endlich Platz zu machen schien, wanderte ein nicht zu unterschätzender Anteil des politischen Katholizismus in Südoldenburg nach rechts ab und zeigte eine Anfälligkeit für eine extreme politische Lösung der Staatskrise. In Oldenburg fand gut ein halbes Jahr vor der Entscheidung im Reich der qualitative Umschwung der "Konservativen Revolution" in die politische Tat statt, der im Konservatismus der Weimarer Republik potentiell von Anfang an angelegt war. Wirtschaftliche Krisenerscheinungen und konservativ-revolutionäre Bewegungen, die aus dem aufgebrachten Landvolk hervorgingen, förderten und begleiteten den politischen Umschwung, bildeten aber nicht seine eigentlichen Ursachen. Diese sind in erster Linie in der antirepublikanischen Tradition und Mentalität des politischen Konservatismus in der Weimarer Republik zu sehen. Auch das ist an der politischen Geschichte Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik abzulesen.

Im Coup des 30. Januar 1933 erfüllte sich die politische Funktion der Landvolkbewegung, die in Oldenburg schon mit dem Antritt der Regierung Röver ihre Meinungs- und Stimmführerschaft an die NSDAP abgegeben hatte, endgültig. Große Teile des Landvolks waren in Südoldenburg als wichtige Träger einer Konservativen Gegenrevolution aufgetreten, die eine radikale Selbsthilfe-Mentalität entfachte und die bäuerliche Bevölkerung für den "Kampf ums Dasein" zu ideologisieren verstand. Die Landvolkbewegung war die erste politische Organisation ohne erkennbare Führung und Protektion des lokalen Klerus und bot dem Zentrum nur in der konfessionellen Frage den entscheidenden

Ansatz zur politischen Attacke. In der kurzen Geschichte ihres Erfolges nahm sie im Konflikt mit der parlamentarischen Demokratie im Freistaat politische Themen vorweg, die den ideologischen Schlagabtausch auf Reichsebene am Ende der Weimarer Republik beherrschten, und trug nicht unerheblich zur ersten Regierungsbildung durch die NSDAP bei.

Die konspirative und kriminelle Agitation im Landvolk, die in Oldenburg zu Recht als politische Hetze bezeichnet wurde, fügt sich nicht in das herrschende konservativ-harmonische Geschichtsbild Südoldenburgs ein, das die Landvolkbewegung als "enfant terrible unter den politischen Gruppierungen"[790] herunterzuspielen und das revolutionäre Potential des politischen Konservatismus zu leugnen versuchte. Der Radikalismus, ob politisch oder religiös motiviert, hatte in Südoldenburg Tradition: Götting und Langemeyer, um zwei Beispiele zu nennen, waren zwischen 1928 und 1932 ebenso radikale Landvolkführer wie sie später radikale "Kreuzkämpfer" gegen die Nationalsozialisten wurden, ohne ihrer politischen Grundhaltung untreu zu werden. Anton Langemeyer führte eine Delegation nach Oldenburg an, die am 23. November 1936 gegen den "Kreuzerlaß" protestierte; zu ihr gehörte auch Heinrich Götting.[791] Zur politischen Mentalität der Landvolkbewegung zählte ein Radikalismus, der den Gegner, der schnell zum Feind wurde, in ungewöhnlicher Schärfe mit legalen und illegalen Mitteln bekämpfte, ohne Rücksicht auf die eigene Person. Männer wie die Bauern- und Landvolkführer in Südoldenburg standen ganz im Dienste der "Bewegung". Sie begriffen sich als gestandene Konservative katholischer Grundüberzeugung, die den Konflikt weder mit dem Freistaat noch mit der NS-Regierung scheuten und in dem einen wie dem anderen Falle nicht Amboß, sondern lieber Hammer sein wollten. Es ging um die Sache, nicht um ihre Person. Die Landvolkbewegung leitete in Südoldenburg eine graduelle Radikalisierung der Bevölkerung ein und ist somit als die wirkungsvollste politische Reaktion auf die Novemberrevolution und die Begründung der parlamentarischen Demokratie im ehemaligen Großherzogtum zu begreifen.

Der Cloppenburger Amtshauptmann Brand, der Oldenburg vergebens zu einer stärkeren politischen Intervention aufforderte, erkannte die Gefahr, die vom politischen Extremismus in der Landvolkbewegung für den Bestand des Freistaates ausging, und trat für eine konsequentere Haltung gegenüber den Land

---

[790] KUROPKA, Übergang, S. 149.

[791] ZUMHOLZ, Langemeyer, S. 322. Maria Anna Zumholz zählt Anton Langemeyer und Heinrich Götting zu "den bekanntesten politischen Persönlichkeiten im Oldenburger Münsterland".

volkführern ein. Er war eher als der zuständige Innenminister Driver, der große politische Nachsicht walten ließ, bereit, nach der politischen Devise zu handeln: keine Freiheit für die Feinde der Freiheit. Franz Driver, der sich Südoldenburg sehr verbunden fühlte, befürchtete offensichtlich, die Landvolkbewegung durch eine härtere politische Gangart noch weiter in die Illegalität und Kriminalität abzudrängen und dadurch für den Süden des Landes ein politisches Desaster heraufzubeschwören. Die Frage nach der politischen Verantwortung für die Folgen der Ausschreitungen wurde nur selten gestellt oder ging in den turbulenten Ereignissen unter. Die Führer der Bewegung standen jederzeit mit einem Fuß im Gefängnis. Der konfessionelle Konflikt und der agrarökonomische und -soziale Gegensatz zwischen Nord- und Südoldenburg schwächten die Aktionseinheit, als die die Landvolkführer im Norden und Süden des Freistaates ihre gemeinsame politische Arbeit verstanden. Die Landvolkbewegung war in erster Linie eine politische Bewegung, die die reale Not der Landbevölkerung für ihre parteipolitischen Zwecke gewissenlos instrumentalisierte und den politischen Kampf gegen den Freistaat auf dem Resonanzboden der Eberborg-Affäre solange mit Erfolg führte, bis sie von der NSDAP als der größeren und moderneren politischen Kraft abgelöst und überholt wurde.

Der Erfolg der Landvolkbewegung wirft ein bezeichnendes Licht auf die strukturelle Krise des Zentrums, insbesondere des oldenburgischen Zentrums, das als politische Volkspartei in der Konkurrenz mit den Interessenparteien nicht aus eigener Kraft, sondern nur in der konfessionellen Abwehrhaltung zum politischen Konsens finden und sich behaupten konnte. Grundlegend und dauerhaft gelang es dem Zentrum nicht, den Widerspruch zwischen einer politischen Konfessionspartei auf der einen Seite und einer modernen Massendemokratie auf der Grundlage einer pluralistischen Gesellschaft auf der anderen Seite zu lösen. Es konnte die Identitätskrise, die sich in der Partei sowohl am Anfang wie am Ende der Republik zeigte, nicht überwinden und den politischen Katholizismus in Deutschland nicht dauerhaft an die Weimarer Republik binden. Die Landvolkbewegung machte deutlich, was als politische Tendenz seit 1918 latent angelegt war: Der Staat von Weimar war letztlich nicht der Staat des politischen Katholizismus in Südoldenburg und stand deshalb auch am Ende zur Disposition. Das Mehrheitsvotum für das Zentrum ändert an dieser Tatsache wenig. Die je nach den Zeitläuften mehr oder weniger latente Abwehrhaltung gegen den politischen Sozialismus und Liberalismus, gegen die Dynamik einer 'entfesselten' modernen Kultur, die sich um Religion und Kirche nicht mehr kümmerte, und gegen den sozialen und ökonomischen Wandel der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die eigentumspolitisch auch

den bäuerlichen Mittelstand Südoldenburgs prägte, bestimmten die politische Position des Zentrums im Reich wie in Oldenburg und bereiteten seine heimliche Koalitionsfähigkeit und -bereitschaft mit dem aufkommenden Nationalsozialismus ideologisch und politisch vor. Ständisch-korporativer Antimodernismus, ein Bekenntnis zur Volksgemeinschaft der deutschen Nation und ein stillschweigendes Einverständnis mit einem autoritären Verfassungswandel, der sich aus den nüchternen Realitäten der deutschen Politik am Ende der Weimarer Republik ergab, stellten das Verbindende zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus dar, die konfessionelle Frage blieb das Trennende bis in den März 1933. Dabei erwies sich die Zentrumspartei im ländlich-konservativ geprägten nordwestdeutschen Kleinstaat als äußerst rechtslastig und autoritär fixiert.

Das militante Erscheinungsbild der Landvolkbewegung demonstrierte eine politische Flucht nach vorne, durch die die restriktiven Strukturen der geschlossenen Agrargesellschaft Südoldenburgs überwunden werden sollten. Die Landvolkbewegung mündete im politischen Nihilismus und in einer destruktiven politischen Kultur. Diese politische Einordnung ist in der bisherigen regionalgeschichtlichen Literatur Südoldenburgs kaum anzutreffen. Joachim Kuropka geht noch am weitesten, wenn er die Katalysatorfunktion der Landvolkbewegung und die Wählerwanderungen von der Landvolkpartei zur NSDAP vorbehaltlos zur Kenntnis nimmt.[792] Zwischen der NSDAP und der Landvolkpartei, die "ein wirkungsvoller Wegbereiter für die NSDAP auf dem Lande war", bestand keine lineare politische Verbindung, sondern eine Reihe von ideologischen Konnotationen, die auf eine Relativierung der konfessionellen Komponente im politischen Verhalten und Votieren der Bevölkerung bedacht waren.[793] Diese ging einher mit einer fortschreitenden Schwächung der

[792] Kuropka erklärt dazu eindeutig: "Die Funktion des Landvolkparteien kann in diesem Zusammenhang beschrieben werden als eine Art Katalysator für den Nationalsozialismus. Gerade die weltanschaulich-emotional nicht so stark auf eine Partei fixierte Wählerschaft folgte dieser reinen Interessenpartei und wechselte dann um so leichter zu den Nationalsozialisten, als sich die 'Aussichtslosigkeit politischer Sonderaktionen der Bauern' herausstellte. Dieser Prozeß ist nicht allein als ein direkter Übergang von Landvolkwählern zur NSDAP zu verstehen. Vielmehr konnte durch die Landvolkbewegung bei einem Teil der Zentrumswählerschaft die weltanschauliche Bindung auf den zweiten Platz der Wahlentscheidungskriterien gedrängt werden. Die einmal gelockerten Bindungen waren selbst bei einer Rückkehr zur 'Stammpartei' in der bedrängenden Situation der Jahre 1932/33 und der emotional stark aufgeladenen Atmosphäre des Frühjahrs 1933 leichter erneut aufzubrechen, nicht zuletzt unter dem Vorzeichen einer Art 'Erlösungserwartung', mit der man dem 'Dritten Reich' vielfach entgegensah." (KUROPKA, Reichstagswahlen, S. 58)

[793] SÜDBECK, Freistaat, S. 16.

"Normativität der geschriebenen Verfassung" und ihrer politischen Verbindlichkeit, die als bloße demokratische Formalität zusehends diskreditiert wurde. Die Reaktion des Staates auf die politische Herausforderung des Landvolks wurde gehemmt durch ein offenes Verfassungsverständnis und eine positivistische Staatslehre, die den Staat als eine "leere Hülse" betrachtete, "in die ohne Rücksicht auf Recht und Gerechtigkeit, Gemeinwohl und ordnungsstiftende Funktion des Staates alles mögliche eingeschoben werden kann." Dabei konnte der Verfassungsjurist mithin zum "treuen Diener jedweder Macht" erniedrigt werden.[794] Nach Kurt Sontheimer gelang es der Republik nicht, eine "transpositivistische Verfassungsbetrachtung" zu entwerfen, weil "jede Tradition, jede Geborgenheit in einem sicheren Staatsgefühl" fehlte, so daß manche den "suggestiven politischen Dämonien der Stunde" verfielen.[795] Wie benachbarte Bewegungen unter dem Motto "Los von Weimar" wurde auch das Landvolk vom "politischen Lebensstrom" mitgerissen, "der die antidemokratische Massenbewegung trug" und der als "Kampf gegen die veraltete liberale bzw. positivistische Staatslehre gleichzeitig zu einem Kampf gegen die liberale Verfassung führte".[796]

Daß der Staat von Weimar, wie das Oldenburger Beispiel zeigt, erpreßbar war und in die Knie gezwungen werden konnte, weil es ihm angeblich an einem übergreifenden organischen Lebens- und Sinnzusammenhang fehlte und sich seine Staatskunst in der Anwendung eines nüchternen ‘realpolitischen’ Instrumentariums erschöpfte, war eine Grunderfahrung der Landvolkbewegung, der im Übergang von der Republik zur NS-Diktatur in Oldenburg eine entscheidende Bedeutung für den Wandel im Rechts- und Verfassungsbewußtsein der Bevölkerung zukam. In den großen Konflikten am Ende der Weimarer Republik erwiesen sich der demokratische Staat und seine Organe als wehrlos und verloren in den Augen der konservativen Bevölkerung ihre politische Legitimation. Der latent gehegte antirepublikanische Affekt gegen Weimar hatte seine Bestätigung gefunden. Die politische Hilfsfunktion der Gerichte versagte, der oldenburgische Staatsbürokratismus wurde mit dem Ausmaß von politischer Gewalt, Konspiration und Kriminalität nicht fertig. Die Landvolkbewegung war eine politische Reaktion auf die Weimarer Republik, aus der sich das Zentrum trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht mehr zurückziehen konnte. Es wurde gegen seinen Willen mit dem "System" identifiziert, zumal es auch eine Reihe

[794] SONTHEIMER, Denken, S. 88f.
[795] Ebd., S. 92.
[796] Ebd., S. 90.

von Reichskanzlern gestellt und sich bis zum März 1933 als staatstragende Partei verstanden hatte.

4.8. Die politische "Bewegung" des Landvolks

Die ‘Bewegung’ im Landvolk hatte in Oldenburg ein doppeltes Standbein: ein parlamentarisches im Landtag und ein außerparlamentarisches in der militanten Steuer- und Boykottbewegung, die sich in der "Notgemeinschaft der Bevölkerung Südoldenburgs" organisiert hatte. Der Phänotyp einer politischen Bewegung kam besonders in der Konspiration zum Ausdruck, die in der nicht-öffentlichen Mitgliederwerbung und in der untergründigen Agitation betrieben wurde. Sie veranlaßte die staatlichen Behörden, die Aktivitäten der Landvolkbewegung im politischen 'Untergrund' zu beobachten und aus gegebenen Anlässen mit den Mitteln der Polizeigewalt gegen sie einzuschreiten. Insgesamt zeigte sich aber die rechtsstaatliche Verfassung des Freistaates nicht in der Lage, der politischen Gefahr von rechts erfolgreich zu begegnen, und verbot es das positivistische Verfassungsverständnis, den erklärten Gegnern der demokratischen Grundordnung politisch konsequenter im Sinne einer "wehrhaften Demokratie" entgegenzutreten. Die Verfassungen des Reiches wie des Landes Oldenburg verfolgten die Intention, durch die Öffnung der Verfassungsnorm ein möglichst breites Spektrum auf dem Wege demokratischer Partizipation zu integrieren und dadurch - eine Lehre aus der Revolution - einer politischen Radikalisierung vorzubeugen. Das Gegenteil stellte sich ein. Für die Radikalisierung wurde in der Regel das Versagen der demokratischen Parteien und Organe verantwortlich gemacht und dadurch die kritische Einsicht aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt, daß der Rechtsruck breiter konservativer Bevölkerungsschichten, der im Protestantismus aufgrund seiner geringeren politischen Homogenität und des Fehlens einer konfessionellen Volkspartei weitaus größer ausfiel als im Katholizismus, als ursächlich für die politische Wende im Freistaat Oldenburg im Jahre 1932 anzusehen ist. Es handelte sich bei den Gewinnen der Rechtsparteien im katholischen Milieu Südoldenburgs um politische Faktoren, die die Regierungsübernahme Rövers im Juni 1932 mit ermöglichten. Diese Feststellung gilt auch für den 5. März 1933. Mit der Exekution des Machtwechsels in Oldenburg hatte die Landvolkpartei ihre Katalysatorfunktion erfüllt und stellte sich in der Reichstagswahl am 6. November 1932 zum letztenmal dem Wählervotum. Sie errang 0,7 % der Stimmen (Landtagswahl 1932:

2,2 %) und verlor damit bei einer Umrechnung des Reichstagswahlergebnisses auf die Zusammensetzung des Landtags ihr letztes Mandat.[797]

4.8.1. Radikale Systemkritik: "Das bisherige System hat glänzend versagt."

Die ideologische Ausrichtung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei zeigte die zeittypischen Tendenzen einer deutschen Rechtspartei, die sich als politische Bewegung verstand, und wandte sich vor allem gegen den "Gedanken der Internationalen, der Sozialdemokratie und der sog. 'nationalen' Sozialdemokraten, den Gedanken des Klassenkampfes", dem sie den Begriff der "Volksgemeinschaft" entgegenstellte. Die Landvolkpartei sah sich als Partei, aber nicht "im Sinne der heutigen politischen Parteien", sondern als "Bewegung, eine Welle, von den Massen des in bitterster Not um sein Dasein ringenden Landvolkes ausgehend". Sie bekannte sich - wie Hitlers NSDAP nach 1923 - ausdrücklich zu einem Legalitätskurs und versicherte, daß sie ihre interessenspezifischen Ziele "auf rechtmäßigem Wege innerhalb des parlamentarischen Systems" zu erreichen gedachte. Zur konfessionellen Frage hieß es ganz im Sinne des deutschen Rechtskonservatismus:

> "Während Sozialdemokraten und Marxisten aufs schärfste Kirche und kirchliche Grundlagen des Staates bekämpfen, hält die Christlich-Nationale Bauern= und Landvolkpartei fest an dem Glauben der Väter als einem Grundpfeiler des Staates."[798]

In einem 11-Punkte-Programm erläuterte die Landvolkpartei im Mai 1928 die Notwendigkeit einer "nationalen Bauernpartei". Darin kam neben den spezifisch bäuerlichen Interessen ein antidemokratisches Denken zum Ausdruck, das in der Weimarer Republik nur "die sogenannte Parteiwirtschaft" erkennen konnte:

> "Die Auffassung, daß der Parlamentarismus abgewirtschafet hat, ist zumindest in der Landwirtschaft unbestritten. Auch der einfachste Mann fühlt und weiß, daß das heutige Staatswesen durch den Parlamentarismus nicht gut geleitet wird. Diese Staatsverdrossenheit ist aber für den einfachen, politisch ungeschulten Mann nicht so sehr in der Abneigung gegen den Parlamentarismus an sich, dessen Wesen und Bedeutung er nicht übersieht, begründet, sondern in der Abneigung gegen die sogenannte Parteiwirtschaft, gegen die Parteien, wie sie heute bestehen, schlechthin."

---

[797] SCHAAP, Weg, S. 201, 206.
[798] LV vom 7.5.1928.

Dabei übersah sie geflissentlich, daß Parteien für eine repräsentative Demokratie unverzichtbar sind. Für die kommenden Wahlen sollte auf jeden Fall verhindert werden, "daß der Reichstag nach links abrutscht, und dazu muß jeder Weg recht sein". Die politische Gesamtleitung der Bauern- und Landvolkpartei wurde 'Führern' überlassen, die öffentlich erklärten, "daß sie niemals für eine sogenannte mittelparteiliche Richtung zu haben sind". Das "Landvolk" polemisierte offen gegen das Zentrum, das nach seiner Meinung "ersichtlich einen noch nie dagewesenen, ungünstigen Stand" habe.[799] Zu den erklärten Zielen der Landvolkpartei gehörte der energische Kampf gegen die politische Linke, der nach den Worten der "Landvolkführer" vom Bürgertum zu tolerant geführt wurde. Im militanten Sprachgebrauch, der der Rhetorik der NSDAP nur wenig nachstand, hieß es schon 1928 in der Landvolkpresse dazu:

> "Wir brauchen mehr denn je unsere Ideale, um das Vaterland aus dem schmutzigen Moraste der Internationale zu befreien. Wir brauchen Ideale, um unsere Jugend groß und stark erziehen zu können. Vor allem aber brauchen wir den Zusammenschluß aller deutschgesinnten Männer, um dem drohenden Gespenste des Rotfrontkämpfertums tatkräftig begegnen zu können. Wir müssen endgültig Schluß machen mit dem seichten behäbigen Bürgertum, wir müssen unsern Geist und unsern Körper wieder stählen, damit wenn die Stunde kommt, wir gewappnet sind."[800]

Auf einer großen Kundgebung des Landvolks am 3. September 1928 in Cloppenburg wurde deutlich gemacht, warum "die deutsche Landwirtschaft zu dem alten Parteiensystem kein Vertrauen mehr" haben könne. Der Bauer ziehe sich enttäuscht aus dem Parlamentarismus zurück, weil er "von allen Parteien verraten und verkauft" werde. Was für den Bauern galt, galt auch für die Bäuerin, die "zur Sklavin der Arbeit herabgesunken" sei und "kein Recht mehr auf ihren natürlichen Beruf als Mutter" habe. Mit einem Wort:

> "Das ganze System der Parteien ist so faul, daß es das Vertrauen des Volkes, namentlich des Landvolkes verloren hat. Das bisherige System hat glänzend versagt."[801]

Eine Alternative sah die Cloppenburger Landvolkkundgebung in einer berufsständischen Vertretung, für die die einfache Regel zu gelten habe:

---

[799] LV vom 9.,10.5.1928; GELHAUS, 1933, S. 29: teilweiser Abdruck.
[800] LV vom 12.6.1928.
[801] LV vom 5.9.1928, auch zum folg.

> "Der Arbeiter wählt seine Arbeiter, der Bauer seine Bauern, der Industrielle seine Industriellen in das Parlament, der Beamte seine Vertreter. Dann wird es anders aussehen im deutschen Vaterlande."

Aus diesem Grunde war auch das Zentrum als konfessionelle Volkspartei nicht in der Lage, die herausragenden Standesinteressen der Bauern zu vertreten, zumal mit der Religion "heute also keine Politik mehr zu machen" sei und das Zentrum durch seine "Politik mit den Roten" seine eigene Sache verraten habe. "Positive Protestanten und gläubige Katholiken", hieß es im "Landvolk" im September 1928, "müssen Schulter an Schulter stehen" und die Geschlossenheit des Landvolks herbeiführen:

> "Schlechter als heute kann es nicht werden. **Darum setzen wir das Letzte ein. Der Weg zu unsern Höfen geht über unsere Leichen. Wir wollen das heiligste, das uns von unsern Vätern übergeben wurde, verteidigen und mitkämpfen bis zur letzten Stunde. Gerechter Gott, segne Du unsere gerechte Sache!"**

Landvolkpartei und NSDAP waren in Oldenburg schon 1928 politische Bundesgenossen im Kampf gegen Weimar und Kontrahenten um die Gunst des Wählers. Der erste Auftritt des Parteiführers Adolf Hitler in Oldenburg zeigt die idologische und organisatorische Überlegenheit der nationalsozialistischen Strategie im Kampf um die Macht, mit der sich die Landvolkpartei zu keinem Zeitpunkt messen konnte. Am 18. Oktober 1928 sprach Adolf Hitler in Oldenburg auf einer Versammlung der NSDAP im "Ziegelhof" und stieß in den "Nachrichten" auf ein positives Echo. Sie betonten ausdrücklich, daß die Kundgebung einen ruhigen Verlauf genommen habe, und appellierten an die Verantwortlichen in der NSDAP-Führung, "die *Einigkeit*, die *Weisheit*, den *Takt* und die *Mäßigung* aufzubringen", um "die Bewegung immer in die richtige Bahn zu lenken". Adolf Hitler zitierten sie mit typischen Auszügen aus seiner Rede:

> "*Demokratie* ist die Herrschaft der Dummheit, denn die Masse kann nie klug sein. Wenn ich mir von oben das Parlament ansehe, sage ich mir, Gott sei Dank, die Demokratie trägt doch Früchte. (Heiterkeit) [...] Entweder man ist Führer oder Knecht. Entweder man glaubt an die Majorität und verzichtet auf die 'Persönlichkeit' oder umgekehrt. Gegensätze wird es immer geben, aber sie müssen sich dem Gemeinsamen beugen. Da ist es die Aufgabe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, den falschen Nationalismus und Sozialismus zu wandeln [...] Wir sind keine Bürger, keine Proletarier, wir sind Deutsche! Ich glaube an die Zukunft! (Stürmischer Beifall.)"[802]

[802] Zit. nach SCHAAP, Weg, S. 87-89. Juden war der Zutritt zum "Ziegelhof" verboten. Adolf Hitler behandelte in Oldenburg nach dem Bericht der "Nachrichten" die ideologischen Kernthesen seines Kampfes: "Du glaubst und hoffst, daß eines Tages der Franzose daran geht, daß er dem

Hitler war in Oldenburg 1928 schon kein politischer Debütant mehr. Wie sehr sich Ziele und Strategien der Landvolkpartei und der NSDAP in ihrer politischen Tendenz anglichen und in der systematischen Überwindung der Weimarer Republik mit den Möglichkeiten, die das parlamentarische System bot, zusammentrafen, verdeutlichen Pläne zu einer autoritären Verfassungsrevision, die nach der Demission der Großen Koalition am 27. März 1930 im Cloppenburger "Landvolk" erschienen. Sie wiesen über das Präsidialkabinett Brüning, das am 29. März 1930 berufen wurde, hinaus.

4.8.2. Abkehr vom parlamentarischen System: "Damit aber kommt man im Staatsleben auf die Dauer nicht vorwärts."

Das "Landvolk" nahm das Scheitern der Großen Koalition unter dem SPD-Kanzler Hermann Müller im parteitaktischen Ringen um die Arbeitslosenversicherung zum willkommenen Anlaß, um die grundsätzliche Haltung der Landvolkbewegung zur parlamentarischen Demokratie von Weimar zu klären. Es sah mit dem Sturz der Regierung Müller das Ende der Weimarer Parteiendemokratie gekommen und entwickelte unter Berücksichtigung der Verschiebungen im politischen Kräftefeld eine Strategie zur autoritären Überwindung der politischen Krise, die zur Staats- und Verfassungskrise herangereift war. Zu diesem Zweck sollte die Regierung Brüning mit den Vollmachten des Artikels 48 und der Auflösungsorder des Reichspräsidenten ausgestattet werden. Eine zukunftsträchtige Lösung von Dauer versprach sich das "Landvolk" aber von einer durchgreifenden Verfassungsrevision, die nach dem Muster der 'legalen Revolution' durchgeführt werden und die parlamentarische Demokratie von Weimar in ein autoritäres Präsidialsystem umwandeln sollte. Das "Landvolk" äußerte sich nach der Ernennung Brünings zum Reichskanzler grundsätzlich zur Verfassungsfrage in Deutschland und dokumentierte seinen antirepublikanischen Kurs:

Deutschen die Steuern verringert, die Reparation erläßt und selbst etwas von seinem Rentnerdasein aufgibt, um dem Deutschen das Leben zu verbessern. Wann ist jemals jemand durch Bettelei frei geworden! [...] Wie kommt Deutschland nun wieder in den Besitz der politischen Macht? Waffenmacht! Wehrlos sind wir, weil wir wehrlos sein wollten. Phantasten, Ideologen traten an die Stelle des Tatmenschen. [...] Die nationalsozialistische Organisation will *Erziehung zum Selbsterhaltungstrieb* mit dem Leben und dem Geist. Jeder Faust bieten wir die Faust, jedem Geist unsern Geist. [...] Hitler kommt endlich auf die *Judenfrage*. Warum laßt ihr eigentlich eure Kinder studieren, wenn doch bald alle Ärzte, alle Professoren Juden sind? [...]"

> "Die große Staatskrisis, in die wir immer unaufhaltsamer hineintreiben, hat ihre letzte Ursache darin, daß der Notstand des deutschen Volkes, wie er sich im Darniederliegen der Landwirtschaft, in der Arbeitslosenziffer und in der allgemeinen Finanzlage zeigt, sich mit den üblichen Mitteln und Methoden parlamentarischer Regierungsweise nicht beheben läßt. Wir sind der wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen Not staatspolitisch nicht gewachsen. Das zeigt sich immer deutlicher. Das für das Allgemeinwohl Notwendige kann nicht, oder nur in beschränktem Umfange geschehen, weil widerstreitende und wiederum ineinander verfilzte Sonderinteressen sich dagegen zu behaupten wissen. Sie sollten ursprünglich auf dem Wege parlamentarischer Verhandlungen zu einem Ausgleich streben. Daraus entstand der Kompromiß. Aber ein heute zustande gekommener Kompromiß ist kein Ausgleich auf höherer staatspolitischer Ebene mehr, sondern eine Art Vergleich, im Aushandeln der gegenseitigen Vorteile gegen= und untereinander zustandegekommen. Damit aber kommt man im Staatsleben auf die Dauer nicht vorwärts. Uns scheint auch die Aera einer auf so verschobenen Voraussetzungen ruhenden Staatsführung abgelaufen zu sein."[803]

Diese Ausführungen enthalten einen politischen Abgesang auf die demokratische Ära in Deutschland, für die nach dem Scheitern der Großen Koalition angeblich die politischen Voraussetzungen entfallen waren. Parlamentarische Majoritäten und Regierungen, die auf Koalitionen beruhten, konnten nach Ansicht des "Landvolks" keine politische Stabilität mehr garantieren. Für die Zeit nach dem Sturz der Regierung Müller sah es im parlamentarischen Regierungssystem, das unter anderen Umständen vielleicht noch tragbar gewesen wäre, keine Alternative mehr zu einem autoritären Präsidialsystem. Die Anwendung des Artikels 48 bedeutete eine Übergangslösung und konnte eine durchgreifende Verfassungsrevision, die den politischen Inhalt des "Parteienregimes" dauerhaft veränderte, nicht ersetzen:

> "Das Zentrum hat aus dieser Erkenntnis heraus klar und deutlich die Frage um das Ende der Demokratie an alle gerichtet. Es sieht und bezeichnet die endlosen, ergebnislosen Verhandlungen der Parteien untereinander und mit der Regierung als Leerlauf, was zuerst die Vertreter und Verfechter des parlamentarischen Systems hätte zur Besinnung bringen müssen. Denn mit der Notwendigkeit, den dafür in Frage kommenden Artikel 48 der Verfassung in Funktion zu setzen, begeben sich die Parteien moralisch und politisch der Macht und Stellung, die sie verfassungsmäßig besitzen, weil sie sich unfähig gezeigt haben, von ihrer Macht und Stellung den richtigen Gebrauch zu machen. Ist der Artikel 48 hinreichend zur Ueberwindung des im Interessen=Absolutismus erstarrten Parteisystems? Ist seine Anwendung vor allem hinreichend, um der Notstände des Volkskörpers Herr zu werden?"

Für die nachfolgende Regierung Brüning entwickelte das "Landvolk" ein ausgearbeitetes Konzept, das einen politischen Fahrplan zur Durchführung der

[803] LV vom 30.3.1930, auch zum folg.

Verfassungsrevision enthielt. Nach dem Zwischenstadium der Präsidialregierungen war ihre Durchsetzung schließlich vom entsprechenden Wählervotum abhängig. Das brachte die Rechtsparteien ins Spiel, die auf den nächsten Wahlgang spekulierten:

> "Das Parlament weist offenbar keine Möglichkeiten auf, die Dinge in der gegenwärtigen Zusammensetzung meistern zu können. Es bleibt also nur übrig, einer neuen Regierung Vollmachten gegen das Parlament zu geben. Die Entwicklung würde dann folgenden Verlauf nehmen:
>
> > Die Regierung Müller tritt zurück oder wird zum Rücktritt gezwungen. Der Reichspräsident ernennt einen neuen Reichskanzler - in diesem Falle wird von dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums Dr. Brüning gesprochen (ist inzwischen schon geschehen) -, das von diesem ohne Mitwirkung der Parteien gebildete und also von ihnen weitgehend gelöste Kabinett erhält die Auflösungsorder, um das Parlament nach Hause schicken zu können. Der Artikel 48 wird in Kraft gesetzt, und mit Hilfe der durch ihn gegebenen Vollmachten werden nun auf dem Wege der Notverordnungen die Gesetze erlassen, die unumgänglich notwendig erscheinen, um den die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdenden Notstand zu beseitigen. Zu den dringendsten Maßnahmen wäre ein verfassungsänderndes Gesetz nicht erforderlich. [...] Es bleiben der Regierung im höchsten Falle 90 Tage Zeit zur ungestörten Arbeit. Das genügt für Sofortmaßnahmen, aber nicht für grundlegende, auf weite Sicht eingestellte Reformen. Nunmehr könnten sie eingeleitet werden. Für ihre weitreichende Wirkung bleibt aber nach wie vor der Wahlausfall entscheidend."

In diesem Zusammenhang rechnete die Landvolkpartei es sich als ihr Verdienst an, daß Reichsernährungsminister Schiele der Partei beigetreten sei und auf der Liste "Deutsches Landvolk" für die Reichstagswahlen kandidieren werde.[804] Übergeordnetes politisches Ziel war die Revision des November-Umsturzes des Jahres 1918. Darin war sich die Landvolkpartei mit den anderen Parteien der nationalen Rechten einig. Im Wahlkampf für die Reichstagswahlen am 14. September 1930 sprach sie sich energisch gegen den Marxismus aus, der, "gleichviel durch wessen Schuld, sich durch den Linksputsch von 1918 eine entscheidende Stellung im Staate verschafft hatte". Der Marxismus habe stets den Weg der "kalten Sozialisierung" gewählt.

> "Er enteignete die Landwirtschaft mit tödlicher Sicherheit, brachte die um ihr Eigen gebrachten Bauern zur Verzweiflung und hatte mit den wurzellos Gewordenen leichtes Spiel, ihnen durch seine Agitatoren vorzuschwindeln, an ihrem ganzen Elend sei nur der verdammte Kapitalismus schuld. Und indem er, getreu seiner eigentlichen Aufgabe, durch die mit Versailles begonnene, über den Dawes=Pakt bis zum Young=Plan fortgeführte Versklavung des deutschen Volkes der Herrschaft des angeblich be

[804] LV vom 8.8.1930.

> kämpften Weltkapitalismus die Wege ebnete, machte er eine Aenderung der Lage der Bauern [...] praktisch unmöglich und schlug so wiederum auf dem kalten, weil nicht nach außen erkennbaren, Wege den Widerstands= und Kampfeswillen der Bauern tot."[805]

So verfolgte die Landvolkpartei ebenso wie die NSDAP einen militanten Antikommunismus, der die heterogenen Gruppierungen der nationalen Opposition gegen Weimar vor 1933 einte. Der Ausgang der "Erbitterungswahlen" vom 14. September 1930 löste in der Landvolkpresse ein positives Echo aus, auch wenn der Sieger der Wahl zweifellos die NSDAP war. Dem Wahlausgang kam nach Ansicht der Landvolkpartei die Bedeutung einer politischen Weichenstellung im Reich zu. In Übereinstimmung mit dem Zentrum und den übrigen Gruppierungen der politischen Rechten verfolgte das "Landvolk" das Ziel, die deutsche Sozialdemokratie zukünftig von der politischen Macht fernzuhalten. Als dies mit der Errichtung des zweiten Präsidialkabinetts Brüning erreicht schien, zeigte es sich um so enttäuschter, als Brüning sein politisches Überleben dem Zentrum und der SPD zu verdanken hatte, die sich für eine Tolerierung der Regierung entschieden hatte. Eine politische Kehrtwende kündigte sich in der Landvolkpresse an. Nach den Wahlen vom 14. September 1930 trat sie für ein Rechtsbündnis im Reich ein, dem sich auch das Zentrum anschließen sollte:

> "Wer die Stimmung im Lande kennt, weiß, mit welch' ungeheurer Kraft die nationale Front vorwärtsschreitet. So geht denn der Kampf weiter, das Ringen um Deutschlands Freiheit und Zukunft. Wir müssen uns endlich auf uns selbst besinnen. Nur darin liegt unsere Rettung. '**Deutschland erwache!**'
> Sorge jeder dafür, daß dieses Wort zum Kampfruf aller Deutschen werde! Jeder Deutsche hat seine Pflicht gegen sein Volk zu erfüllen, jeder hat in seinem tiefsten Herzen deutsch zu sein."[806]

Das "Landvolk" kehrte sich nun gegen Brüning, um die innenpolitische Lage weiter zu destabilisieren, und besann sich zu diesem Zweck auf die parlamentarischen Spielregeln der Republik. Als das politische "Gebot der Stunde" betrachtete die Landvolkpartei in Südoldenburg nun "eine starke Rechts

---

[805] Ebd. Der Artikel trägt den programmatischen Titel: "Der gerade Weg gegen den Marxismus. Klarheit!" Als Beispiele führte die Landvolkzeitung den "brutalen Vernichtungskrieg der Bolschewisten gegen den Kulaken, auf Deutsch den betriebsamen und erfolgreichen Kleinbauern", an. Wie die deutschen Bauern hätten "in ebensolcher Klarheit" auch die finnischen Bauern, die "Lappoleute", ihren "eisernen Willen öffentlich bekannt, den Kommunismus, den Marxismus in Reinkultur, abzuwürgen".

[806] LV vom 30.9.1930. Der Artikel trägt den Titel: "Was nun?"

regierung", die das Kabinett Brüning, das "die Regeln des parlamentarischen Systems und der parlamentarischen Praxis" nicht einhalte, ablösen sollte. Es sei "unbestrittener parlamentarischer Brauch", daß die stärkste Partei auch die Regierungsbildung übernehme:

> "Und eine arbeitsfähige starke Regierung, die nicht jeden Tag vor der Gefahr des Sturzes steht, scheint uns heute notwendiger denn je zu sein. Und wir sehen die Möglichkeit der Bildung einer solchen Regierung nur in der Schaffung einer starken Rechtsregierung, in der Herstellung einer antimarxistischen Front vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, da alle anderen Kombinationen für eine Regierungsbildung wie große Koalition usw. angesichts der klaren und eindeutigen Erklärungen der Landvolkpartei und der Wirtschaftspartei keine Aussicht auf Verwirklichung haben."[807]

Im Oktober 1931 unterstützte die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei im deutschen Reichstag das Mißtrauensvotum gegen das zweite Präsidialkabinett Brüning, weil sie nach eigenem Bekunden "keine andere Möglichkeit sonst sah, den Weg frei zu machen für eine Regierung, in der auch die wertvollen Kräfte der gesamten Rechten ausreichend vertreten sind". Die Landvolkpartei favorisierte von Anfang an eine Lösung der politischen Krise, die die NSDAP mit einbezog, und drängte auf eine Erweiterung des Kabinetts Brüning nach rechts. "Daß es nicht zu der erstrebten Erweiterung der Regierung nach rechts kam", daran trug ihrer Meinung nach auch die Rechte selbst, vor allem die DNVP, einen "guten Teil Schuld". Für die Landvolkpartei, die im Freistaat 1931 noch eine ernstzunehmende politische Kraft darstellte, aber im Reichstag zu den Splitterparteien zählte, stand jedenfalls fest:

> "Das Landvolk kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß es getreu seiner innenpolitischen Grundeinstellung alles getan hat, um eine Rechtsregierung zu ermöglichen, und es hat hierbei wesentlich ehrlicher und sauberer gekämpft, als manch eine andere Partei von sich behaupten kann."[808]

Auch in außenpolitischer Hinsicht sei ein solches Bündnis notwendig, um den Kampf für die Revision des Versailler Vertrages und gegen den Young-Plan effektiver zu führen. Von der Bildung einer "starken Rechtsregierung" versprach sich die Landvolkpartei offensichtlich auch ihr eigenes politisches Überleben. "Durch die Bindung mit der Sozialdemokratie" werde es Brüning nicht gelingen, geordnete Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen. Damit habe sich auch sein politisches Konzept erledigt und dränge die staatliche

---

[807] LV vom 2.10.1930.
[808] StAO 136 - 2871; LV vom 26.10.1931.

Entwicklung "zu einer Umwälzung", die das System zu erfassen habe. Der politische Rationalismus habe gänzlich versagt:

> "**Hier ist es die Volksseele, die den Weg, der beschritten werden muß, weist.** Der größte Teil des Volkes ist für eine Abkehr von der Sozialdemokratie. Pflicht unserer rechtsstehenden Führer ist es, diesem Wunsche nachzukommen und das Kabinett von Linkselementen zu säubern. **In einer Abkehr von dem heutigen System, und zugleich in einer verständnisvolleren Zuwendung und Erkennung der empfindenden Volksseele liegt der Geheimschlüssel zur wirtschaftlichen, nationalen Gesundung und zu dem Aufstieg des deutschen Vaterlandes."**[809]

Daß mit der Ausschaltung der Sozialdemokratie auch ein wirtschafts- und sozialpolitischer Kurswechsel und damit eine Veränderung der politischen Rahmenbedingungen im ökonomischen Verteilungskampf beabsichtigt war, geht aus dem Begriff "Gewerkschaftssystem" hervor, als das der Sozialstaat der Weimarer Republik diskreditiert wurde. Die Gewerkschaften, die "die Notwendigkeit des Lohnabbaus" selbst erkannt hätten, aber dennoch die arbeitenden Massen verhetzten, trügen "an der Massennot und Massenverarmung die größte Schuld". Das "Gewerkschaftssystem" sei überhaupt ein Erbe der Revolution von 1918:

> "**Dieselben Führer, die 1918 dem deutschen Volke den Schmachfrieden von Versailles aufgebürdet haben, versuchen die begangenen Fehler der letzten zehn Jahre zu vertuschen, indem sie das Volk in einer Stunde, wo es um Sein oder Nichtsein eines ganzen Volkes geht, in sinnlose und unverständliche Kämpfe verwikkeln, die nur dazu angetan sind, das Wirtschaftsleben vollkommen zu ruinieren.** Die Novembermänner von 1918 (es ist erwiesene Tatsache, daß die Revolution von 1918 ein Werk der freien Gewerkschaften ist) empfinden immer deutlicher, daß die Stunde der Abrechnung naht. Und das dürfte für ihr jetziges Handeln mitbestimmend sein. **Sie sind, um der unliebsamen Abrechung aus dem Wege zu gehen, gewillt, die sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisse einer Anarchie entgegenzutreiben, in der Hoffnung, in dem Durcheinander die Gewalt nochmals an sich reißen zu können.**
> **Dreimal wehe allen bürgerlich Gesinnten, wenn dies einmal Wahrheit werden sollte!"**[810]

Auch das "Vertauen zur Zentrumspartei" sei in den "um nationale Freiheit ringenden Landvolkmassen" geschwunden, weil sie zusammen mit der Sozialdemokratie Brüning stütze und ihn im Reichstag gegen die Anträge der Rechtsopposition in Schutz nehme. Die Zusammenarbeit mit der Sozialde

---

[809] LV vom 21.11.1930.
[810] Ebd.

mokratie dürfe "seinem Zentrumsherzen" schwerfallen, denn schließlich habe er, Brüning, sich "mit einer Kategorie von Menschen zu Tisch gesetzt, die mit gierigen Gelüsten die Tischspeisen vertilgen und ihm nichts wie Reste übriglassen". Weil die Notverordnungen "mit derartigen Bestrebungen dermaßen verseucht" seien, fänden sie auch keine Zustimmung bei den Landvolkmassen:

> "**Das Traurige allerdings ist, daß wir sie nun auf Grund der Diktatur, die wir zur Zeit haben, schlucken sollen, und wenn es höchstprozentiges Gift ist. Brüning und mit ihm die Zentrumspartei werden es noch einmal bereuen, mit der Sozialdemokratie eine Gütergemeinschaftsehe eingegangen zu sein. - Denn sie haben den Wolf zum Hüter der Schafe gemacht.**"[811]

Der Kampf des Landvolks gegen das Zentrum sei ein "aufgezwungener" und ziele nicht auf "die inneren religiösen Prinzipien" dieser Partei, die die Landvolkpartei im wesentlichen teile. Es sei vielmehr ein politischer Kampf, um das Zentrum zu einem Kurswechsel zu bewegen. Die Zentrumspartei habe sich bereits "nach dem Weltkriege oder bereits im Kriege selbst" mit der Sozialdemokratie verständigt und dieses Bündnis in den letzten Jahren "formell bestätigt". Die "privatfeindlichen Machenschaften der Sozialdemokraten" seien von ihr begünstigt worden. Als "die Not speziell in katholischen Handwerker=, Mittelstands=, Landwirtschaftskreisen immer größer" geworden sei, sei "die Landvolkbewegung, der Landvolkkampf" entstanden und richte sich selbstverständlich gegen die Sozialdemokratie und "ihre Helferin, das Zentrum". Im Brennpunkt des politischen Kampfes stehe aber nicht das Zentrum, sondern die Sozialdemokratie:

> "**Unsere feindliche Einstellung zur Sozialdemokratie, die wir im Gegensatz zum Zentrum vernichten wollen - während wir das Zentrum nicht vernichten, sondern nur auf seine politische Einstellung Einfluß gewinnen möchten - beweist bereits unsere Tendenz.** Wir betrachten die religionslose SPD. als unseren Todfeind."[812]

Am Ende des Fahrplans zur politischen "Umwälzung" sollte im Bunde mit den antirepublikanischen Kräften auf der nationalen Rechten der demokratische Verfassungsstaat von Weimar in ein dauerhaftes autoritäres Regime umgewandelt werden. Strategisch-konzeptionell und ideologisch gab es zwischen der NSDAP Adolf Hitlers und der Landvolkbewegung sicherlich Differenzen, aber in ihrer Zielsetzung, im Kampf gegen Weimar, waren sie sich

---

[811] LV vom 14.12.1930.
[812] LV vom 17.12.1931.

einig. Auf dem ersten Parteitag der NSDAP im Gau Weser-Ems am 2. November 1930 erklärte Adolf Hitler bei seinem zweiten Auftritt in Oldenburg über das Wesen der nationalsozialistischen Bewegung:

> "Wir haben keine Doktrin über den Weg, der zu unserem Ziele führt, sondern nur über das Ziel selbst. Unser Volk muß leben, das gibt den Weg zu seiner innerlichen Brüderlichkeit. Aus den 7 Männern, die 1918 sich im Sinne des Nationalsozialismus zusammen getan hatten, sind jetzt 6 ½ Millionen geworden. Aber nicht die Zahl, sondern der Geist macht die Stärke aus. Wir gebrauchen Männer mit mutigem Herzen. Am Ende bleibt nur das erhalten, was die größte Kraft und Stärke besitzt. Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott! Nach dem Erfolg werden wir uns das Recht der Führung nehmen und weiter kämpfen für Freiheit, Ehre und Brot. Unser Kampf ist erst dann am Ende, wenn es keine Parteien mehr gibt."[813]

An politischem "Geist" und an politischer "Stärke" war die NSDAP der Landvolkpartei bei weitem überlegen, wie diese wenigen Worte Adolf Hitlers in Oldenburg erneut belegen, aber in der politischen Zielsetzung, in der 'Bewegung', stimmte die rechte Splitterpartei mit der NSDAP überein. Wie diese hätte eine verbindliche "Doktrin" auch die Landvolkpartei in ihrer politischen Operationsfähigkeit gehindert, wie das Beispiel in Oldenburg zeigt. Deshalb ist auch die Landvolkpartei vorbehaltlos zur politischen Rechten in Deutschland zu zählen, auch wenn sie über den Rang einer Splitterpartei nicht hinauskam und bald der Massenagitation der NSDAP zum Opfer fiel. Übereinstimmungen zwischen der Landvolkbewegung und der NSDAP in der politischen Zielvorgabe, einer diffusen Programmatik und in der militanten Agitation lassen sich in Südoldenburg auch biographisch ausweisen, wie die Beispiele Heinrich Götting und Johannes Meyer zeigen.

4.8.3. Biographische Profile und katholische Warnrufe: "Nach den 25 Punkten bekommt Ihr einen großen Krach mit der Religion."

Repräsentative Beispiele für die politische Radikalisierung am Ende der Weimarer Republik und den Wechsel von politischer Anpassung zur glaubensbegründeten Opposition in einem katholischen Sozialmilieu sind die biographischen Profile des Cappelner Bauern Heinrich Götting und des Goldenstedter Kaufmanns Johannes Meyer. Ihre Biographien weisen einen exemplarischen Wert auf und eröffnen einen eigenen Zugang zur Verfassung des politischen

[813] LV vom 4.11.1930; SCHAAP, Weg, S. 89f.

Milieus in Südoldenburg in der Zeit der Weimarer Republik und in den Anfangsjahren des "Dritten Reiches".[814]

Heinrich Götting, am 19. März 1895 in Bokel bei Cappeln geboren, vereinigt in seiner Person den politischen Extremismus großbäuerlicher Honoratioren in Südoldenburg und ihre 'Bekehrung', die zur Abwendung vom Nationalsozialismus und zur Rückkehr in das seit Generationen angestammte katholische Milieu führte. Der Cappelner Bauer Heinrich Götting, Kriegsteilnehmer und Träger von hohen Auszeichnungen, gehörte im Jahre 1928 zu den Gründungsvätern der Landvolkpartei. Im Zuge der radikalen Protest- und Steuerboykottbewegung entging er im Juni 1928 dank politischer Protektion durch den Cloppenburger Amtshauptmann Brand nur knapp einer strafrechtlichen Verfolgung wegen Landfriedensbruchs.[815] Nach dem Versuch Göttings, eine Zwangsversteigerung auf seinem Hof zu verhindern, appellierte Amtshauptmann Brand in einem auf Ausgleich bedachten Gespräch mit dem Cappelner Bauernführer an sein Familien- und Traditionsbewußtsein und machte ihn "auf die Verdienste seines Vaters um das öffentliche Leben im Amtsbezirk Cloppenburg" aufmerksam, um ihn zur Friedfertigkeit zu bewegen. Götting selbst versicherte in diesem Gespräch, "dass ihm eine Gefährdung der staatlichen Autorität [...] ferngelegen habe".[816] Der "Fall Götting" wurde zum Vorpiel der Sevelter Eberborg-Affäre, die sich im März 1929 an der Pfändung eines Landschweins entzündete.

Prominente Anführer der Landvolkbewegung wie Heinrich Götting, aber auch Heinrich Vorwerk und Heinrich Nordmann, die in die Eberborg-Affäre verstrickt waren, fanden bei der NSDAP eine neue politische Heimat, wenn auch keine bleibende, wie die Beispiele zeigen. Bereits am Ende des Jahres 1928 trat Götting in die NSDAP ein und übernahm für eine kurze Zeit in den Monaten

---

[814] Heinz Dieter Schmid schätzt den Erkenntnisgewinn des sozialbiographischen Ansatzes aus fachdidaktischer Perspektive sehr hoch ein: "Die sozialbiographische Verfahrensweise eröffnet einen biographischen Zugang zur Sozial- und Strukturgeschichte unter Verknüpfung mit der Gesellschaftsanalyse und Beachtung der Verwobenheit einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen in das geschichtliche Wirkungsgeflecht ihrer Zeit. Für bestimmte Schichten oder Gruppen werden repräsentative Vertreter exemplarischer Ausprägung namhaft bzw. unter typologischen Gesichtspunkten biographisch analysiert." (SCHMID, Verfahrensweisen, S. 61f.)

[815] StAO 136 - 10053, Bl. 18: Bericht des Cloppenburger Amtshauptmanns Brand an das oldenburgische Innenministerium über den Versuch Göttings, durch einen Boykottaufruf eine Zwangsversteigerung auf seinem Hof am 18. Juni 1928 zu verhindern. Vgl. Kap. 4.4.3.: Der "Fall Götting".

[816] StAO 136 - 10053, Bl. 18.

Juni und Juli 1933 das Amt des Bürgermeisters in der Gemeinde Cappeln.[817] Bereits 1933 wandte er sich vom Nationalsozialismus wieder ab und organisierte im November 1935 den Schulstreik in Tenstedt. Heinrich Götting gehörte auch zur "Langemeyer-Delegation", die am 23. November 1936 bei dem oldenburgischen Minister Pauly gegen den "Kreuzerlaß" protestierte.[818] Mit seiner Denkschrift vom 13. Dezember 1936 schaltete sich Götting in die nationalsozialistische Landespolitik ein und forderte eine grundlegende Revision der Kirchen- und Schulpolitik Paulys. In diesem ungewöhnlichen Schriftstück distanzierte er sich nicht grundsätzlich vom nationalsozialistischen Regime, sondern regte systemimmanente politische Korrekturen an. Dazu gehörten seine Vorschläge, die Besetzung der Schulleiterfunktionen an den Gymnasien in Vechta und Cloppenburg zu revidieren, den Geistlichen wieder die Aufsicht über den Religionsunterricht zu erteilen und zuverlässige katholische Schulräte im Münsterland einzustellen. Anfang Februar 1937 wurde Götting verhaftet und vom Untersuchungsgefängnis in Oldenburg als "politischer Schwerverbrecher" in das KZ Oranienburg überwiesen. Am 23. Mai 1937 erhielt er "Urlaub auf Ehrenwort" und durfte sich unter Meldepflicht bis zum Untergang des "Dritten Reiches" auf seinem Hof in Cappeln aufhalten.[819] Von der britischen Besatzungsmacht wurde Heinrich Götting 1945 erneut als Bürgermeister der Gemeinde Cappeln und als Mitglied des ernannten Kreistages in Cloppenburg eingesetzt; diese Ämter übte er bis 1953 aus. Heinrich Götting starb am 8. März 1969 in Bokel bei Cappeln.

Heinrich Götting kann als zeittypischer Repräsentant der nichtklerikalen politischen Elite Südoldenburgs gelten, die sich aus alteingesessenen mittel- und großbäuerlichen Honoratioren rekrutierte. In seinem Anschluß an das Landvolk und den Nationalsozialismus kam seine antirepublikanischen Grundhaltung und sein Bestreben zum Ausdruck, nach dem Untergang der Weimarer Republik nicht abseits zu stehen, sondern sich in die politischen Auseinandersetzungen seiner Zeit einzuschalten. In seiner inneren Abkehr von Weimar suchte Götting zunächst in der Landvolkbewegung und dann in der NSDAP eine politische Heimat. Aus der NSDAP zog er sich enttäuscht

---

[817] KUROPKA, Kreuz, S. 489. Heinrich Götting wurde nicht bestätigt. An seine Stelle trat Heinrich Nordmann aus Sevelten, ein "Erz-Nazi" nach Aussagen des Zeitzeugen Otto Hachmöller. Johannes Germann, der Initiator des Protests, sei "kein Nazi" gewesen. (Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 39)

[818] Angeführt wurde diese Delegation vom ehemaligen Landvolkführer Anton Langemeyer aus Cloppenburg. (ZUMHOLZ, Langemeyer, S. 321)

[819] KOOPMEINERS, Götting, S. 307-313.

wieder zurück, als ihre kirchenfeindlichen schulpolitischen Bestrebungen in Oldenburg realisiert werden sollten. Für einen kämpferischen Antirepublikanismus qualifizierte sich Heinrich Götting durch seine ausgesprochene "Führerpersönlichkeit", die im katholischen Landvolk anerkannt war und charakterlich dem katholischen Typus des bodenständigen deutschen Bauerntums entsprach. Bernd Koopmeiners charakterisiert Götting zutreffend als Repräsentanten des konservativ-nationalen Bauerntums in Südoldenburg, das sich in der Weimarer Republik demokratisch nicht einzurichten verstand.[820]

Wie aus der biographischen Skizze Heinrich Göttings lassen sich auch aus den Erinnerungen des Goldenstedter Kaufmanns Johannes Meyer zeittypische Phasen einer politischen Radikalisierung ablesen, die zwischen 1928 und 1933 breite Schichten der ländlichen Bevölkerung Südoldenburgs erfaßte und vom Landvolk und dann von der NSDAP betrieben wurde. Johannes Meyer, geboren am 3. Februar 1887 in Goldenstedt, war im Ersten Weltkrieg zum Offizier aufgestiegen, passierte im Herbst 1918 schwer verwundet in Neustadt den Posten des Soldatenrates und übernahm wieder den örtlichen Landhandel in Goldenstedt. Von der Flucht Kaiser Wilhelms II. bitter enttäuscht, war er sich darüber im klaren, "daß an die schöne Zeit vor 1914 nicht wieder zu denken" war.[821] Er lehnte einen erneuten Krieg konsequent ab, "da ich die Mörderei von 1914 - 1918 nicht wieder mitmachen würde, da es wegen des 5. Gebotes Todsünde sei." Um die Politik kümmerte er sich zunächst nicht, weil er "mit der Misswirtschaft nichts zu tun haben wollte." Trotzdem übernahm Meyer 1926 das Amt des Gemeindevorstehers von seinem Vetter und Schwager Willibald Meyer. Wegen seiner zahlreichen ehrenamtlichen Verpflichtungen, u. a. war er Mitglied im Kirchenvorstand, übergab er das Amt im Juli 1929 an seinen Stellvertreter Josef Mählmann, der es bis zum Juli 1931 bekleidete. Weil Mählmann "sich wie der schlechte Apostel" benommen hatte, wurde Johannes Meyer 1931 wieder zum Gemeindevorsteher von Goldenstedt gewählt. Im September 1931 gründete er den "Stahlhelm". Zur Weimarer Republik fand Meyer keine innere

[820] KOOPMEINERS, Götting, S. 312: "Die Persönlichkeit Heinrich Göttings läßt sich durchaus mit einer starken, tief im Heimatboden wurzelnden Münsterlandeiche vergleichen, die manchen Sturm aushalten kann. Neben einem ausgeprägten Selbstbewußtsein, das nicht zuletzt aus der jahrhundertealten Familientradition und aus dem Besitz des ererbten großen Hofes resultierte, waren im besten Sinne eine konservative Haltung und vor allem seine feste katholische Grundüberzeugung wesentliche Charaktermerkmale Göttings. Götting wurde als 'Führerpersönlichkeit' (von denen im 'Dritten Reich' soviel die Rede war) vor allem in seinem Berufsstand anerkannt; selber stand er jedoch jeder staatlichen Autorität skeptisch gegenüber."

[821] MEYER, Lebenslauf, o. S., auch zum folg. Dabei handelt es sich um ein Dokument, das der Autor am 23. Mai 1955 unterzeichnet hat.

Beziehung und schloß sich der Landvolkbewegung an. Im April 1932, als die Landvolkpartei ihren politischen Höhepunkt längst überschritten hatte, wurde er Vorsitzender und zog als ihr einziger Abgeordneter in den Landtag ein.[822] Meyer stimmte bei der Wahl des Ministerpräsidenten am 16. Juni 1932 mit der NSDAP und den beiden Abgeordneten der DNVP für Röver. Er begründete seine Entscheidung mit der Ablehnung der "Linksparteien". Meyer sympathisierte in den Jahren 1932/33 mit den Nationalsozialisten, gehörte der NSDAP aber nicht an, weil er andere politische Vorstellungen von der Erneuerung Deutschlands hatte.[823] Es erscheint aber voreilig, ihn deshalb als einen Gegner des Nationalsozialismus zu bezeichnen.[824]

Nach eigenem Bekunden kam Meyer dem Wunsch Rövers und Joels, die ihn "in die Partei ziehen" wollten, nicht nach. Nach Kenntnisnahme der "25 Punkte" des Münchener NSDAP-Programms vom 24. Februar 1920 habe er nicht mehr "in die Partei gehen" können. Er befürchtete den Ausbruch eines neuen Krieges und den Konflikt mit der katholischen Kirche.[825] Nach seinen eigenen Aussagen warnte er die NSDAP in einem persönlichen Gespräch:

> "Darauf sagte ich Ihnen, ich gebe Euch einen zweiten guten Rat: ‘Nach den 25 Punkten bekommt Ihr einen großen Krach mit der Religion.’ Das ist auch wieder ein großer Fehler, denn die Staatsgesetze in der ganzen Welt sind aufgebaut nach den 10 Geboten. Wenn dann die Religion die Kinder erzieht, daß sie nicht stehlen, lügen, etc, dann habt ihr regierenden Leute es leicht. Röver sagte: ‘Uns stört das nicht, wir werden schon fertig.’ Meine Antwort war, jetzt gehe ich weg und komme nicht in die Partei."

---

[822] Namentlich nennt Johannes Meyer als "Mitarbeiter" in der Landvolkpartei Alwin Schmedes, Dr. Averdam, Götting, Dr. gr.[oße] Beilage und Böckelmann.

[823] MdL-Kartei (Auskunft vom 5.4.2001). Der Lebenslauf von Johannes Meyer gibt an dieser Stelle keine klare Auskunft: "Dann kam der Stahlhelm durch Seldte in die Partei. Sofort bin ich ausgetreten." (MEYER, Lebenslauf, o. S.) Durch den von Seldte und Hitler unterzeichneten Erlaß vom 21. Juni 1933 wurde der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in die nationalsozialistische Bewegung eingegliedert. (MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 257f.)

[824] So Albrecht Eckhardt in Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 37.

[825] Das Kapitel trägt den bezeichnenden Titel: "1932/ 33 Beginn des Krieges gegen die Nazis." Im Art. 24 des NSDAP-Programms vom 24. Februar 1920 hieß es zum Verhältnis von Religion und Kirche: "Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits= und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden." (FEDER, Programm, S. 22) Zu Art. 24 vgl. auch Kap. 2. im vierten Band der Arbeit: Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933.

Anstelle der von der NSDAP im Landtag verhinderten Debatte über die Regierungserklärung Rövers nahm Meyer in einem am 7. Juli 1932 in den "Nachrichten für Stadt und Land" veröffentlichten offenen Brief Stellung zur landespolitischen Lage und kündigte seine Unterstützung für die NS-Regierung in Oldenburg auf.[826] Er kommentierte diesen Schritt mit den Worten: "Meine Trauer um Deutschland wurde gross." Carl Röver reagierte ungehalten, weil er Meyer offensichtlich nicht für die NSDAP gewinnen konnte. In der aufsehenerregenden Emsteker Rede am 24. Juli 1932 im Saale Südbeck griff er die Einstellung Meyers zum Nationalsozialismus auf und attackierte ihn in ungewöhnlicher Schärfe:

> "Ich habe den Meyer-Goldenstedt zur friedlichen Mitarbeit eingeladen. Er verlangte 50 % Gehälterkürzung; das ist ein Blödsinn, [...] Aber dieser Meyer ist auch so ein verkappter Schwarzer, ein Tropf, aber warte nur du Bursche."[827]

Nach der Auseinandersetzung mit der NSDAP gab Meyer sein Landtagsmandat und das Amt des Gemeindevorstehers in Goldenstedt auf. Wegen kritischer Äußerungen wurde er vom 23. Februar 1934 bis zum 29. März 1934 für fünf Wochen in Vechta inhaftiert; der Hintergrund waren Vorfälle in einer Gaststätte.[828] Meyer nahm 1938 im Goldenstedter Schulstreik, der sich gegen die Einführung der Gemeinschaftsschule richtete, eine vermittelnde Position ein und bemühte sich um die Freilassung der verhafteten Anführer. Es waren mindestens 16 Personen, die zum Teil nach Buchenwald verbracht wurden.[829] Staatsminister Pauly hatte die Aufhebung der evangelischen

---

[826] SCHAAP, Weg, S. 129. Zum offenen Brief Meyers vgl. Kap. 1.5.2.: Bekenntnis zur "legalen Revolution".

[827] KUROPKA, Wahrheit, S. 27f.: Bericht über die Versammlung der NSDAP am 24.7.1932 im Saale Südbeck in Emstek.

[828] Meyer erinnert sich an die Vorfälle in der Gastwirtschaft ("Die Bauern geben Runden aus und ich gebe noch mehr Runden von Bier und Schnaps aus."). Er habe dem Tischler Aloys Börgerding, der über die Regierung geschimpft habe, geantwortet: "Aloys, Du brauchst nicht [zu] schimpfen; denn Du gehst nicht allein pleite, sondern das ganze Deutsche Reich geht pleite. Man gibt Kraft durch Freude, Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfe, man stellt bei der Partei die Leute als Beamte an wie bei der Wehrmacht. Deswegen können gar nicht so viel Steuern bezahlt werden und Deutschland muss eines Tages in andere Nachbarländer und aus den Ländern Ware herausholen. Deswegen kommt Krieg und Krieg mit der ganzen Welt. Hitler weiss dann nicht ein noch aus. Er schiesst sich dann tot oder rückt aus." Daraufhin sei er durch den "Geschäftsführer der Konkurrenz" beim Kreisleiter der NSDAP denunziert worden. (MEYER, Lebenslauf, o. S.)

[829] Die genaue Anzahl der Verhafteten läßt sich nicht feststellen. Am 24. Mai 1938 wurden zehn Personen nach Oranienburg verbracht, sie kehrten am 20. August 1938 nach Hause zurück. (WILLENBORG, Entkonfessionalisierung, S. 66, Anm. 24)

Volksschule in Goldenstedt zum 1. Mai 1938 verfügt. Meyer selbst war nicht Zeuge der gesetzwidrigen Vorfälle. Auf die Nachricht vom 29. April 1938, "dass die kath. und die ev. Kinder in den Schulen durcheinander kommen", wies er die Mitglieder des Kirchenvorstandes an, "sie möchten das ruhig abwarten". Die Eltern sollten ihre Kinder wie gewohnt zur Schule schicken, "da sie sich später beschwer[d]en könnten". Als seinen "Gegner" im Goldenstedter Schulstreik bezeichnet Meyer Pfarrer August Albers, der die Eltern aufforderte, "selbst mit den Kindern zur kath. Schule zu kommen", weil der Geistliche gegen die Anordnung des Ministers für Kirchen und Schulen auf dem Schulplatz "einen Widerstand machen" wollte.[830] Diese Haltung lehnte Meyer ab. Am Sonntag, dem 1. Mai 1938, wurde der Protest von Offizial Vorwerk in allen Kirchen des Offizialatsbezirks verlesen. Meyer, wohnhaft in Goldenstedt-Bahnhof, war auch hier nicht zugegen.[831] Für die evangelische Kirche sprach sich Pastor Friedrich Krone für die Beibehaltung der konfessionellen Schulen in Goldenstedt aus und verwies auf das oldenburgische Schulgesetz von 1936. Weder Pfarrer Albers noch Pastor Krone hatten sich im "Kreuzkampf" engagiert.[832] Am 2. Mai 1938, dem ersten Tag des neuen Schuljahres, wurde der Schulplatz von der Polizei geräumt. Meyer, der "die zuständigen Herren gut kannte", begleitete eine Protestdelegation zum oldenburgischen Staatsministerium und nach Münster zum Bischof Graf von Galen. Wenige Tage später wurde er in Haft genommen und traf am 13. Juni 1938 im Konzentrationslager Buchenwald ein. Nach einigen Wochen wurde er entlassen und kehrte am 25. August 1938 nach Goldenstedt zurück. Zu Hause erfuhr er, daß sich der "Reichsverband Deutscher Offiziere" für ihn eingesetzt hatte. Zugunsten Meyers hatte dieser ins Feld geführt, daß der Inhaftierte "sich nicht ins Unrecht gesetzt habe", in der "Systemzeit" ein "ausgesprochener Gegner des Zentrums" gewesen sei und "auf streng nationalem Boden gestanden" habe. Anfang April 1945 wurde Meyer erneut verhaftet und in das Konzentrationslager Haschee bei Kiel eingeliefert. Dort war er als "der einzige rechts

---

[830] August Albers, 1867 in Löningen geboren, war seit 1918 Pfarrer in Goldenstedt. 1938 war er also bereits 71 Jahre alt. (SCHULTZE, Goldenstedt, S. 133)

[831] In Erinnerung an den "Kreuzkampf" des Jahres 1936 stellte Vorwerk in seinem Schreiben vom 26. April 1936 fest: "Was heute geschieht, ist schlimmer als die Ausweisung des Kreuzes aus der Schule ... Damals ging es um das Kreuz als Symbol unseres Glaubens und es wurde ja noch mehrfach erklärt, es gehe nicht um Glauben und Religion. Heute geht es klar und eindeutig um die Religion." (SCHULTZE, Goldenstedt, S. 134)

[832] SCHULTZE, Goldenstedt, S. 133. Nach Darstellung von Walter Schultze war Friedrich Krone seit 1922 in Goldenstedt als evangelischer Pastor tätig und gehörte der Bekennenden Kirche an. Mit ihm waren über 200 evangelische Christen in Goldenstedt eingeschriebene Mitglieder der Bekennenden Kirche.

eingestellte (politisch) Abgeordnete und Gemeindevorsteher" inhaftiert, wie er sich selbst erinnert. Am 30. April 1945 wurde er entlassen und traf am 13. Mai wieder in Goldenstedt ein. Johannes Meyer starb im Jahre 1955.

Goldenstedt, die Heimatgemeinde Meyers, zeigte im "Dritten Reich" eine bemerkenswerte politische Physiognomie. Die kleine Gemeinde im Amt Vechta erlebte 1938 einen Schulstreik, gehörte aber zu den wenigen südoldenburgischen Gemeinden, die sich am "Kreuzkampf" zwei Jahre zuvor nicht aktiv beteiligt hatten. Der Grund ist darin zu sehen, daß die gemischtkonfessionelle Gemeinde Goldenstedt den höchsten Anteil an evangelischer Bevölkerung von allen südoldenburgischen Gemeinden aufwies. Diese Tatsache ist auf die Geschichte des Ortes seit dem Mittelalter zurückzuführen.[833] Zwischen 1930 und 1933 verzeichnete Goldenstedt Gewinne für die NSDAP, die über dem Durchschnitt Südoldenburgs lagen. Am 5. März 1933 entschieden sich in Goldenstedt 26,4 % für die NSDAP, im Münsterland im Durchschnitt 22,2 % und im Amt Vechta nur 13,3 %. Bei den Reichstagswahlen und Volksabstimmungen zeichnete sich für Goldenstedt indes ein gegenläufiges Bild ab, denn bei der Wahl 1936 stand Goldenstedt mit 108 Nein-Stimmen bzw. ungültigen Stimmen nach Visbek an der Spitze aller Gemeinden des Oldenburger Münsterlandes. Noch deutlicher fiel die Ablehnung 1938 aus. Dieses Resultat ist freilich nicht nur auf die gemischtkonfessionelle Bevölkerungsstruktur Goldenstedts zurückzuführen, sondern vor allem auch auf lokale politische Ereignisse wie den Schulstreik im Frühjahr 1938.[834]

Die Biographien von Götting wie von Meyer sind alles andere als idealtypische Profile von "Widerstandskämpfern", sondern eindringliche Zeugnisse von politischen Um- und Abwegen sowie moralischen Irritationen, die aus der gespaltenen Wirklichkeit des "Dritten Reiches" erwuchsen und die politischen Verwerfungen im katholischen Milieu Südoldenburgs nach 1933 dokumentie

---

[833] Als Goldenstedt 1252 mit der Grafschaft Vechta an Münster fiel, gelangte die Gerichtshoheit an die Grafen von Diepholz. Nach dem Aussterben dieser Herrschaft kämpfte das Haus Braunschweig-Lüneburg mit Münster um die Gerichtshoheit. So wurde das Kirchspiel "zweiherrig". Im Laufe der Gegenreformation kam es 1651 zum sog. "simultaneum mixtum", einem gemeinsamen Gottesdienst beider Konfessionen. Diese Regelung wurde bis 1850 beibehalten. Goldenstedt blieb auch nach 1803 geteilt. Während der münstersche Teil 1803 an Oldenburg fiel, kamen in der Grenzregulierung 1817 die westlich der Hunte wohnenden "Hannoveraner" an Oldenburg; das östlich des Flusses gelegene Rüssen gelangte an Hannover. (Oldenburg, Nachschlagewerk, S. 254f.)

[834] Vgl. SCHULTZE, Goldenstedt, S. 129ff.

ren. Sie liefern ein realistisches Bild von der komplexen politischen und sozialen Wirklichkeit in der Region Südoldenburg. Das gilt auch für die Einschätzung der Landvolkpartei, die Johannes Meyer als rechtsextremistisch einordnet. Über ihre politischen Ziele notiert er:

> "Landvolk war eine Rechtspartei, noch mehr rechts, als die Deutschnationalen und sämtliche andern Parteien. Das Landvolk ist die Gruppe, die am meisten produktiv arbeitet. Darum erklärte ich auch, daß das Geld nur für produktive Arbeit ausgegeben werden dürfe. Zuschüsse für Betriebe seien ganz falsch und die hohen Beamtengehälter seien nur Danaer-Geschenke, welche den Ruin herbeiführen. Die Verhältnisse im Landtag waren auch ganz falsch. Die Abgeordneten saßen in den Parteizimmern und wollten Gesetze fertigarbeiten. So brachte der Präsident auch mir mal eine ganze Menge Gesetze, die ich bearbeiten sollte. Ich erklärte aber, ich will hier nicht arbeiten, übergeben Sie die Bearbeitung dem Ministerium, da der Landtag die beschließende Instanz und das Ministerium die bearbeitende Instanz ist. Während die Abgeordneten laufend ihre Tagegelder holten und arbeiteten, um das Geld zu bekommen, holte ich mein Geld ein halbes Jahr nicht."[835]

Meyer zeichnet hier ein politisches Psychogramm, das das rechtskonservative Lager am Ende der Weimarer Republik in Südoldenburg zutreffend charakterisiert: die irrationale Agitation gegen den 'Beamtenstaat' der Republik, die politische Abstinenz und Verweigerung in den demokratischen Organen, die operationale Einheit von Landvolkpartei und NSDAP, die im Kampf gegen den demokratischen Freistaat Seite an Seite gingen und sich in dieser politischen Zielsetzung über den Tag hinaus einig waren. Wie die NSDAP trug auch die Landvolkparei den Charakter einer Bewegung, die als "Partei" den demokratischen Parteienstaat von Weimar zu überwinden und durch ein autoritäres System zu ersetzen trachtete.

4.9. Die politische Radikalisierung des alten Mittelstandes

Die vielfältigen Gruppierungen des alten Mittelstandes, Bauern, Handwerker und Einzelhändler mit ihren zum größten Teil in die Produktion eingebundenen mithelfenden Familienangehörigen, stellten die größte Klientel in der NSDAP-Wählerschaft in Oldenburg. Ihre politische Radikalisierung aus der Agraropposition gegen den demokratischen Parlamentarismus der Weimarer Republik

---

[835] Über seinen Umgang mit Nationalsozialisten erklärte er: "Zu den vielen Versammlungen fuhr ich regelmäßig mit den Nat. Soz. Abel, Brettorf, Kaufmann Thümler in Stuhr, Böhmker und Meyer aus dem Fürstentum Lübeck und einem Arzt Kropp aus Delmenhorst über Delmenhorst nach Oldenburg."

vollzog sich in Oldenburg in zwei Phasen. In der ersten Phase, die sich auf die Zeit von 1927/28 bis 1930 erstreckte und weithin einheitlich von der Landvolkbewegung getragen wurde, partizipierten die katholischen Ämter in Südoldenburg an der politischen Revolte gegen den Freistaat. In der zweiten Phase von 1930 bis 1932/33 übernahm die NSDAP die Führungsrolle in der antirepublikanischen Protestbewegung und verhalf ihr zum Durchbruch. Sie wurde eingeleitet durch den Bruch der Großen Koalition am 27. März 1930 und fand ihren Abschluß in Oldenburg durch die Wahl des Nationalsozialisten Carl Röver zum Ministerpräsidenten am 16. Juni 1932 und im Reich durch die Reichstagswahl vom 5. März 1933, die der Regierung Hitler-Papen zusammen mit der DNVP eine absolute Mehrheit im Deutschen Reichstag sicherte. Die NSDAP stieg in Oldenburg aus der Agraropposition, die von der Landvolkbewegung ausgelöst wurde, auf und wurde 1932 zur führenden landespolitischen Kraft.

Die entscheidenden Impulse zur Radikalisierung des alten Mittelstandes gingen auch in Oldenburg von der Agrarkrise aus. In der ersten Mobilisierungsphase bestimmten in erster Linie Probleme landwirtschaftlicher Kreditschöpfung und Verschuldung, die die kapitalintensive marktorientierte Veredelungswirtschaft in Südoldenburg nach dem Ersten Weltkrieg zur Wiederherstellung ihrer Produktionskapazitäten eingegangen war, und sinkende Preise für die Veredelungsprodukte den ökonomischen Hintergrund der politischen Protestwelle unter der Führung der Landvolkpartei, die eine Einheitsbewegung herzustellen versuchte. Die zweite Mobilisierungsphase, die dem Nationalsozialismus in Oldenburg zum politischen Durchbruch verhalf, war ökonomisch gekennzeichnet durch die dramatischen Folgen der Weltwirtschaftskrise, die auch die traditionellen Absatzmärkte der südoldenburgischen Landwirtschaft an Rhein und Ruhr erfaßte und aufgrund der gesunkenen Binnennachfrage zu einem Preisverfall führte. Verstärkend wirkte sich in dieser Phase das Versagen der deutschen Agrarpolitik aus, die auf die Unruhen in den norddeutschen Agrarräumen zu passiv und vor allem zu spät reagierte. Die landwirtschaftlichen Organisationen verloren in dieser Phase die Kontrolle über die Protestbewegung, die zu einer Abkehr vom Weimarer System führte. Davon profitierte die NSDAP in Oldenburg in den evangelischen Ämtern und Städten in größerem Umfang als in den katholischen im Süden des Freistaates.

4.9.1. Gleichgültiger Staatsvoluntarismus: "Abkehr des Staates von allen staatssozialistischen Experimenten"

Die politische Reaktion auf die anhaltende Wirtschaftskrise war in Südoldenburg eindeutig. Sie wandte sich gegen die "staatssozialistischen Experimente", als die die sozial- und finanzpolitischen Bestrebungen der Weimarer Republik diskreditiert wurden, und setzte sich für eine grundlegende Revision der deutschen Politik ein. Eine konkretere Auskunft war von ihr jedoch nicht zu erhalten. Die Kundgebung der südoldenburgischen Wirtschaftsstände am 8. Dezember 1931 in der Cloppenburger Münsterlandhalle, die nach Presseberichten von 2 000 Menschen besucht wurde, forderte nicht nur Vollstreckungsschutz und Steuerstundung, sondern drängte auch darauf, "die Osthilfe auf den Westen auszudehnen" und das soziale Versicherungssystem abzubauen, weil es "in Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gebracht werden" müsse. Vor allem die Einführung des "schematischen 8=Stundentages" gehörte zu den einschneidenden sozialpolitischen Maßnahmen, die eine tiefe Aversion in der Landbevölkerung gegen den kostspieligen Sozialstaat in der Weimarer Republik hervorgerufen hatten.[836] Der Abbau des Sozialstaates wurde als ein vordringliches Instrument zur Bewältigung der Wirtschaftskrise angesehen. Für seinen sozialpolitischen Kurs konnte Brüning in dieser Frage mit einer breiten Unterstützung des südoldenburgischen Landvolks rechnen. Innen- und wirtschaftspolitisches Ziel war die Stärkung der bürgerlich-privatkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch die Befreiung der mittelständischen Betriebe von staatlicher Zwangswirtschaft und Eingriffen in die berufsständische Selbstverwaltung. Dabei ging es um eine Erneuerung des kapitalistischen Systems - nicht um seine Abschaffung - und um die Bekämpfung seiner "Auswüchse", für die in erster Linie der Einfluß der Gewerkschaften auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlich gemacht wurde. Im Brennpunkt der konservativen Kritik stand der angebliche "Staatssozialismus" und somit der Staat selbst.[837] Die kompromißlose Haltung des Nationalsozialismus gegen den Marxismus reagierte - wie keine andere Partei - auf die antigewerkschaftlichen und antisozialistischen Ressentiments in den mittelständischen Schichten und instrumentalisierte sie für den politischen Aufstieg der NSDAP. Dabei läßt

---

[836] OV vom 9.12.1931. Driver hatte bereits 1930 auf Reichsernährungsminister Schiele einzuwirken versucht, die Osthilfe des Reiches auf die oldenburgische Landwirtschaft auszudehnen und die für die Viehwirtschaft ungünstigen Zollverträge zu kündigen. (SCHAAP, Endphase, S. 138)

[837] SALDERN, Mittelstand, S. 188.

sich die politische Entwicklung, die der alte Mittelstand in Oldenburg nahm, als kontinuierliche Bewegung nach rechts bezeichnen.

Obwohl die Erbitterung auch in der organisierten christlichen Arbeiterschaft spürbar war, waren Tendenzen zu einer politischen Radikalisierung nicht in dem Maße erkennbar wie im bäuerlichen Landvolk. Eine in der Vechtaer OV wiedergegebene Denkschrift der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands brachte im Herbst 1932 die tiefe Enttäuschung in der Arbeiterschaft zum Ausdruck, die nicht nur den Eindruck hatte, "vergebliche Opfer gebracht zu haben", sondern "auch den Glauben an die soziale Gerechtigkeit zerstört" sah.[838] Völlig anders reagierte der gewerbliche Mittelstand. Ein von der Handwerkskammer Oldenburg einberufener Obermeistertag in Vechta am 25. Juni 1931 wies auf "die ernste und bedrohliche Lage" hin, in der sich das Handwerk befinde, und machte dafür das "Uebermaß der öffentlichen Lasten und Abgaben" verantwortlich, die die Brüningsche Notverordnungspolitik dem Handwerk auferlege. "Mit allen Ständen des Volkes" forderten die in Vechta tagenden Obermeister "eine alsbaldige Revision der unerfüllbaren Tributverpflichtungen" aus dem Versailler Vertrag und "die Abkehr des Staates von allen staatssozialistischen Experimenten, die wir heute so teuer bezahlen müssen". Er setzte sich ein für "die Erhaltung und Förderung der Privatwirtschaft" und plädierte für die "Unantastbarkeit des berufsständischen Selbstverwaltungsrechts" und die "Aenderung des gegenwärtigen Systems der Gewerbefreiheit mit dem Ziel, Pfuscher und Schwarzarbeiter dem Handwerk fernzuhalten". In einer einstimmig angenommenen Entschließung erwartete der Obermeistertag in Vechta von der Regierung Brüning "eine nachdrücklichere Vertretung der Forderung nach Rückgabe unserer Kolonien, die für den Existenzkampf der deutschen Wirtschaft lebensnotwendig sind".[839] Die "These vom zwangsläufigen Untergang" beherrschte die Mittelstandsideologie und weckte besonders in der Endphase der Weimarer Republik den Wunsch nach einem umfassenden staatlichen Protektionismus, der die Aufgabe hatte, den alten Mittelstand "insgesamt vor standesfremder Konkurrenz zu schützen und seinen einzelnen Gruppen die Möglichkeit zur brancheninternen Wettbewerbsbeschränkung zu geben".[840]

---

[838] OV vom 5.10.1932. Die Denkschrift kam zu dem Resultat: "Arbeitslose und Arbeitende seien weitgehend in ihrer Existenz bedroht. Es sei höchste Zeit, daß eine entschlossene Wendung herbeigeführt werde und die letzten, sich katastrophal auswirkenden Verschlechterungen schnellstens beseitigt würden."
[839] StAO 39 - 21182: Schreiben der Handwerkskammer vom 26. Juni 1931.
[840] WINKLER, Mittelstand, S. 39, 47.

Auch die Südoldenburger Kaufmannsgilde schaltete sich in die aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen ein. In einer Eingabe an den Landtag vom 19. Oktober 1931 setzte sie sich für die Senkung der Gerichtskosten und Verwaltungsgebühren ein und begründete dieses Anliegen mit den "jetzigen Vorgängen im Wirtschaftsleben", bei denen "die Inanspruchnahme der Gerichte und Behörden sich leider nicht vermeiden läßt und ein Abbau dieser Unkosten seitens der einzelnen Betriebe daher unmöglich ist". Dabei sollten die preußischen Tarife und Verhältnisse nicht als Vorbild dienen, "weil die dort vorherrschenden sozialistischen Einflüsse niemals die erforderliche Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten genommen haben". Es bestehe gerade für Oldenburg ein überlebenswichtiger Zusammenhang zwischen der ökonomischen Lage des Landes und der politischen Stabilität:

> "Die finanzielle Lage des Staates kann sich nur bessern, wenn die Voraussetzungen für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zuerst geschaffen werden."[841]

Die negativen ökonomischen Entwicklungen, die Landwirtschaft, Einzelhandel und Handwerk gleichermaßen betrafen, hatten ihre Ursache nach den Vorstellungen zahlreicher Gruppierungen im alten Mittelstand weniger in den veränderten Bedingungen der kapitalistischen Industriewirtschaft als in einer falschen Politik, für die die Weimarer Republik und die sie tragenden demokratischen Parteien verantwortlich gemacht wurden. Der störungsanfällige und krisenbeladene Wachstumsprozeß, der die Phase der Hochindustrialisierung kennzeichnete, wurde aus einer Sicht wahrgenommen, die die Politik überforderte. Grundlage dieses Staatsvoluntarismus, der der Ansicht war, der Staat könne für einen Ausgleich zwischen den Klassen sorgen und müsse es auch, war "die von der bürgerlichen Gesellschaft tradierte Auffassung, daß der Staat über den Klassen stehen würde".[842] Auf einer Versammlung seiner Partei im Oldenburger "Lindenhof" am 8. Dezember 1931 wandte sich Gauleiter Röver energisch gegen die These, "der Staat sei krank, weil die Wirtschaft krank sei". Es verhalte sich vielmehr genau umgekehrt:

> "Tatsächlich liege der Zusammenhang genau umgekehrt, und es sei schon ein Verbrechen am Volke, wenn Syndici das Volk mit solchen Phrasen zu benebeln suchten."[843]

---

[841] StAO 39 - 21182.
[842] SALDERN, Mittelstand, S. 190.
[843] OV vom 9.12.1931.

Nach Ansicht von Heinrich August Winkler wurde die NSDAP für die mittelständischen Schichten erst wählbar, "nachdem sie sich praktisch den Gesamtkatalog mittelständischer Schutzforderungen zu eigen gemacht hatte", und wurde gewählt, "als der gewerbliche Mittelstand außer ihr keine andere politische Kraft mehr sah, die Ernst machen würde mit der radikalen Beseitigung aller Widerstände gegen die Verwirklichung mittelständischer Wünsche". Der Nationalsozialismus versprach gleichzeitig, "das Übel bei der Wurzel zu packen, die organisierte Arbeiterschaft in ihre Schranken zu weisen, Parlament und Parteien und damit die Gefahr der Majorisierung der Besitzinteressen endgültig auszuschalten, die 'ruinöse' Gewerbefreiheit zugunsten einer geordneten und befriedeten Berufsstandwirtschaft aufzugeben".[844]

Der Radikalismus des alten Mittelstandes erwies sich in diesem Zusammenhang - das zeigen auch die Verhältnisse in Südoldenburg - als ein dynamischer politischer Prozeß. Die Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie entwickelte sich bei vielen Bauern, Handwerkern und Einzelhändlern "als Folge des Unvermögens der parlamentarischen Demokratie, mit der Wirtschaftskrise zu Rande zu kommen". Die Republik stellte für diese Schichten keine Norm für ihr politisches Handeln dar, sondern "ein System, das unter bestimmten Bedingungen bejaht, unter anderen bekämpft wurde".[845] Danach konnte der Mittelstand "nur so lange staatserhaltend sein, als der Staat mittelstandserhaltend war". Der Staatsvoluntarismus des alten Mittelstandes, der sich "historisch-konkret" als Protestbewegung gegen den Weimarer Staat entwickelt hatte, sicherte dem Nationalsozialismus zunächst eine soziale Massenbasis, konnte ihm aber auch gefährlich werden, falls die Mittelstandspolitik die Erwartungen nicht erfüllte.[846] Nach Auffassung von Adelheid von Saldern lagen Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des 'alten Mittelstandes' und der Nationalsozialisten eng beieinander, "wobei die Gemeinsamkeiten allem Anscheine nach politisch wirksamer waren als die damaligen Auffassungsunterschiede, aus denen - wegen der gemeinsamen Ablehnung der Demokratie und der gemeinsamen Bejahung der Grundfunktion des Faschismus - keine Gegnerschaft entstehen konnte".[847]

---

[844] WINKLER, Mittelstand, S. 178.
[845] SALDERN, Mittelstand, S. 191.
[846] WINKLER, Mittelstand, S. 191.
[847] SALDERN Mittelstand, S. 194.

4.9.2. Die Systemfrage in der politischen Reaktion des Landvolks: "Die Gewalt geht nicht mehr vom Volke, sie geht von den Parteien aus."

Der alte Mittelstand traf sich mit der politischen Rechten, insbesondere mit dem Nationalsozialismus, "in der rigorosen Ablehnung einer Emanzipation der Arbeiterschaft, die zugleich den Abbau bestehender Privilegien hätte bedeuten müssen".[848] Deshalb wies die Systemkritik, die von der Landvolkbewegung in Südoldenburg vorgetragen wurde, ausgeprägte antimarxistische und –sozialistische Tendenzen auf. Anzeichen für eine Radikalisierung des alten Mittelstandes waren in der Agitation der politischen Rechten in Oldenburg frühzeitig zu erkennen. Die in Südoldenburg verbreitete Landvolkzeitung begleitete die politischen Auseinandersetzungen um den "Agrarkompromiß" im Sommer 1929 mit beschwörenden Kommentaren. Sie zeigte sich enttäuscht über die Verzögerungstaktik der Reichstagsmehrheit und drohte offen mit einer politischen Eskalation der Krise:

> "Die Folgen haben sie [= Regierungsparteien] zu verantworten, der Bauer, der sieht, daß man mit seinem Schicksal spielt, daß mit ihn wieder mit Versprechungen vertrösten will, schenkt diesen keinen Glauben mehr. Er hat den Glauben verloren, daß der Staat ihm helfen will.
> Um seine Scholle zu retten und sich auch ihr zu erhalten, wird er alle Mittel anwenden, die ihm zur Verfügung stehen, auch wenn sie nicht im Interesse des Staates liegen. [...] Er sieht seinen vollständigen Untergang voraus. Wenn die Verzweiflung ihn zu Schritten treibt, die von Staats wegen nicht zu billigen sind, mögen die sie zu verantworten, die ihn dazu treiben.
> Videant, consules ..."[849]

Daß es der deutschen Agraropposition bei der Behandlung agrarökonomischer Fragen zunehmend um eine generelle Ausschaltung des Parlaments und eine zollpolitische Ermächtigung der Exekutive ging, wurde bereits im Februar 1930 deutlich. Vertreter der Reichsbauernfront wiesen in einer Besprechung mit Reichskanzler Müller auf die wachsende Radikalisierung der Landbevölkerung hin und forderten vor diesem Hintergrund ein "Ermächtigungsgesetz", mit dessen Hilfe die notwendigen binnen- wie außenwirtschaftlichen Maßnahmen zur Stützung des deutschen Agrarmarktes getroffen werden sollten.[850] Ein "neuer Appell der 'Grünen Front'" gab der Sorge Ausdruck, "daß ein weiteres Geschehenlassen die leider fortschreitende Radikalisierung in der Landwirt

---

[848] WINKLER, Mittelstand, S. 178.
[849] LV vom 22.6.1929.
[850] GESSNER, Agrarverbände, S. 175.

schaft fördert" und es den besonnenen Kräften immer schwerer falle, diesen Tendenzen entgegenzuwirken. Die weitere Verschärfung der landwirtschaftlichen Lage führe dazu, daß "monopolartige Regelungen mit Hilfe des Staates" unvermeidlich würden. Im Gegensatz zum Nationalsozialismus, der "eine gesunde Bewegung" sei und "hoffentlich auch bleiben" werde, sein Tätigkeitsfeld aber in den Städten und nicht auf dem flachen Lande suchen solle, bekämpfe die Landvolkbewegung nicht den Staat selbst, sondern "das heutige System", weil es das Volk zugrunde richte.[851]

Die Frage nach dem System rückte nach dem Bruch der Großen Koalition und dem Rücktritt von Reichskanzler Müller (SPD) am 27. März 1930 in das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen in Oldenburg. Diese wurden gegen die Weimarer Parteiendemokratie geführt und richteten sich entschieden gegen die sozialistischen Parteien, als die ohne Unterschied die Sozialdemokraten und Kommunisten angesehen wurden. Aufrufe für die bevorstehende Reichstagswahl am 14. September 1930 machten deutlich, daß sich die Landvolkbewegung in Südoldenburg vom Weimarer Parlamentarismus losgesagt hatte und sich vehement für eine autoritäre Verfassungsrevision einsetzte. Die konsequente Ablehnung des Marxismus in der politischen Arbeiterbewegung, die von den Grund- und Privateigentum besitzenden Schichten des alten Mittelstandes vehement verfochten wurde, war dabei die Kehrseite einer "Abwendung breiter bürgerlicher Schichten vom Liberalismus", eben "jene Entfremdung zwischen Kleingewerbetreibenden und bürgerlichem Liberalismus, die sich bis in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen läßt". Die Voraussetzungen für den Antiliberalismus des alten Mittelstandes wurden nicht in der Weimarer Republik gelegt, erhielten aber durch den verlorenen Krieg, den Friedensvertrag von Versailles und die Reparationslasten neue Nahrung.[852] Wie das Beispiel Nordoldenburg zeigt, profitierte die NSDAP vom Niedergang des politischen Liberalismus, der in den evangelischen Ämtern und Städten vor dem Ersten Weltkrieg dominiert hatte, und von den Verlusten der bürgerlichen Parteien, die die Hauptquellen der nationalsozialistischen Gewinne waren.

Der politische Kampf, so die Landvolkzeitung, habe sich gegen den Marxismus zu richten und sei "in sein entscheidendes Stadium" getreten. Die Gestaltung der Zukunft sei nur möglich, "wenn man den geschlossenen Kampfblock der Bauern, den natürlichen und gegebenen Block, einsetzt als den Kern der natio

[851] LV vom 12.2.1930.
[852] WINKLER, Mittelstand, S. 159ff.

nalen Front gegen den Marxismus" und ihm dadurch die Machtmittel entreiße, "um seine Absicht, die Landwirtschaft zu zerschlagen und damit die Bahn für den Internationalismus und die Herrschaft des internationalen Bankkapitals vom stärksten Hindernis frei zu machen, der Verwirklichung zuzuführen".[853] Die kritische Lage lasse keine andere Lösung mehr zu, "um kurz vor 12 Uhr das Schicksal des Volkes nochgrundlegend zu wenden". Um es "aus dem Schlamassel" zu befreien, müsse es gelingen, "dem Volke eine andere politische Grundlinie in der Reichsverfassung zu schaffen". Dafür gab es konkrete Vorstellungen:

> "Nötig ist eine starke Zentralgewalt; Ausbau der Autorität des Reichspräsidenten, Schaffung einer stabilen Regierung. Wir kommen nicht wieder aufwärts, wenn wir weiter in dem Tempo Minister konsumieren wie bisher, wobei die Pensionslast noch das geringste Uebel ist. Wir brauchen kenntnisreiche und charaktervolle Männer an der Spitze der Verwaltung, die - unabhängig vom Parlament - die Geschäfte im Dienste der Volksgesamtheit führen. Das mag nicht demokratisch sein; aber höher als die Demokratie steht uns die Aufgabe, das deutsche Volk zum Kampf um seine Zukunft zusammenzufassen."

Dem Kampf gegen den Marxismus diente auch die Forderung nach einem berufsständischen Parlament, die von der Landvolkbewegung in Südoldenburg zur politischen Bewältigung der Wirtschaftskrise nachhaltig erhoben wurde. Dieser Kampf werde nicht eher beendet werden, als bis er siegreich abgeschlossen sei. Aus Anlaß des Verfassungstages am 11. August 1930 bezeichnete die Landvolkzeitung die geltende Reichsverfassung als ein "Diktat", weil sie zu einer Zeit verabschiedet worden sei, als die politische Entwicklung in Deutschland, der Kampf zwischen "Revolution" und "Gegenrevolution" nach dem 9. November 1918, noch nicht entschieden gewesen sei:

> "Das Volk aber muß, um seine Gewalt auszuüben, den Weg über die Parteien wählen, die ihre Vertreter in die Parlamente schicken. Republik und vom Volk ausgehende Staatsgewalt laufen praktisch auf das Anwachsen des Parlamentarismus bis zur Übersteigerung und damit zur Verzerrung hinaus. Die Gewalt geht nicht mehr vom Volke, sie geht von den Parteien aus. Von der Mehrzahl der Parteien aber wird niemand behaupten wollen, daß sie sich von der Rücksicht auf das Volksganze leiten ließen. Parteirücksichten sind maßgebend, wir leben im Zeitalter des Kuhhandels, den 'Rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln', der Auflösungen, der Neuwahlen, der Vergiftung der ganzen politischen Atmosphäre.
> War das gemeint und konnte das gemeint sein? Ist es ein Wunder, daß der Ruf nach einer Verfassungsänderung immer lauter wird."

---

[853] LV vom 8.8.1930.

In diesen Worten faßte die Landvolkzeitung den kämpferischen Antirepublikanismus der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, der sich gegen das Prinzip der repräsentativen Demokratie überhaupt richtete, in typischer Weise zusammen. Der Nationalfeiertag sei deshalb in Wahrheit ein "National=Trauertag", weil an diesem Tage eine Konstitution gewürdigt werde, "der mit Recht viel zu stark widersprochen wird, als daß sie trotz Verbreitung von Millionen Verfassungsbüchlein in den Schulen usw. die Kraft besäße, unser auseinander gefallenes Volk freiwillig zu einigen, somit die Grundlage zu geben zu einem Nationalfeiertage".[854]

Diese kompromißlose Haltung galt auch in außenpolitischen Fragen. Niemals werde sich das in der Landvolkpartei organisierte Bauerntum "mit den in Versailles geschaffenen Zuständen abfinden" und die "Kriegsschuldlüge", deren "furchtbarste Auswirkung die Tributsklaverei" sei, anerkennen. Hinter dem außenpolitischen Dilemma stehe das nationale Unvermögen, berechtigten deutschen Forderungen politischen Nachdruck zu verleihen. In der deutschen "Wehrlosigkeit" sei "der letzte Grund für die Furchtbarkeit unseres nationalen Schicksals" zu sehen. Dieser schien aber mit der Systemfrage aufs engste verbunden.[855] Die einzigen Parteien, die wüßten, worum es in der deutschen Politik gehe, seien die Rechtsparteien, die den Namen "bürgerliche Parteien" wirklich verdienten und ihn nicht nur führten wie die anderen Parteien, die sich in Wahrheit von sozialistischen Parolen leiten ließen. Die Folgen seien überall erkennbar:

> "**Die Lasten sind unerträglich, sie treffen natürlich nur die besitzende Klasse,** die das schon jetzt nicht mehr aushalten kann. Folge: **Bankrott über Bankrott.** Damit ist wieder der Sozialdemokratie gedient, weil es ja eben ihr Ziel ist."[856]

Offensichtlich konnten die landwirtschaftlichen Organisationen in Oldenburg die übergeordneten außenpolitischen und insbesondere reparationspolitischen

---

[854] LV vom 15.8.1930.

[855] LV vom 15.8.1930. Das "Landvolk" zitierte aus einer Rede, die der 1. Vorsitzende der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Staatsrat a. D. Höfer, auf der Generalversammlung der Kreisbauernschaft St. Goarshausen in Rastätten gehalten hatte, weil diese Rede "ein völlig umrissenes Spiegelbild unseres gesamten berufsständischen und staatspolitischen Wollens" gebe. Der Bericht erschien unter dem Titel: "Wir wollen Hammer, nicht mehr Amboß sein." Im Untertitel gab das "Landvolk" Höfer mit den Worten wieder: "Entweder das Landvolk erkennt seine Stunde und macht von seiner Macht Gebrauch oder es verpaßt den Zeitpunkt und kommt endgültig unter die Räder."

[856] LV vom 17.8.1930.

Überzeugungen der Reichsregierung nicht erkennen bzw. respektieren. Die Wirtschaftskrise und die Not der Menschen bildeten eine geeignete Plattform für die "Systemkritik" der NSDAP, die sich im Landtag als der politische Anwalt des 'kleinen Mannes' präsentierte. In diesem Sinne nannte Theodor Geiger die NSDAP aufgrund ihrer ideologischen Abgrenzung gegen die politische Linke bereits 1932 eine "Mittelstandspartei". Die zunehmende wirtschaftliche Bedrängnis des Besitzmittelstandes sei "psychische Vorbereitung genug für einen kleinbürgerlichen Radikalismus" gewesen. In diesem Zusammenhang sei es nicht von Bedeutung, "wieweit die Existenzängste sachlich begründet, wieweit sie kollektiv-neurotisch übersteigert sind und durch eine handfeste Sanierungspolitik entkräftet werden können." Der Nationalsozialismus habe in diesem Teil der Bevölkerung nicht "ein enges, wirtschaftsbestimmtes Sozialdenken durch weltanschauliche Begeisterung weggefegt, sondern: ein Bürgertum, das seine weltanschauliche Orientierung, Erbgut der 48er und 70er Jahre, in Interessenängsten verloren hatte, das in positiv wirtschaftsbestimmtem Sozialdenken seine Einheit nicht finden konnte, warf sich der eignen Verzweiflung in die Arme".[857]

4.9.3. NS-Agitation im Landtag: "Dann muß man die Menschen hängen, die so etwas verschulden."

Im Landtag ließ Gauleiter Carl Röver keinen Zweifel daran, daß die NSDAP die zuständige politische Interessenvertretung des alten Mittelstandes sei, und erläuterte die politische Strategie der NSDAP in Oldenburg: in der ersten Phase des Kampfes gegen die politische Mitte, in der zweiten Phase gegen die politische Linke:

> "Wir wissen ganz genau, wenn die Mitte überwunden ist, daß dann der Kampf auf breiter Front kommt gegen den Marxismus."[858]

Die NSDAP stellte sich in Oldenburg erfolgreich als die legitime politische Interessenvertretung des alten Mittelstandes dar. Röver instrumentalisierte die Landtagsdebatten über die Folgen der Agrarkrise und funktionalisierte sie zur politischen Propaganda um. In seiner Sitzung am 30. Oktober 1931 verhandelte das Parlament in einer landespolitischen Generaldebatte auch die bedrohliche Lage der Roggenschuldner. In der tumultartig verlaufenen Plenarsitzung

[857] GEIGER, Schichtung, S. 119ff.
[858] V. Lt., 5. Vers., 2. Sitzung, 6.8.1930, S. 16.

formulierte der Abgeordnete Fröhle die agrarpolitische Position des oldenburgischen Zentrums so:

> "Es geht eben nicht an, daß man einseitig die Getreidewirtschaft stützt, ohne dem anderen Teil die notwendige Aufmerksamkeit angedeihen zu lassen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse [...] liegen heute so, daß sie als katastrophal bezeichnet werden können. Wenn nicht ganz eilig und schnell geholfen wird, dann liegt die ganze Viehwirtschaft und Veredelungsproduktion am Boden. Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß auch unsere gesamte Geflügelproduktion fast voll und ganz erledigt ist. Es ist doch wohl nicht mehr wie recht und billig, daß man uns zollpolitisch mit dem Ausland auf eine Stufe stellt."

Fröhle konzedierte dem Staatsministerium, "daß es schwer ist, in Berlin nach dieser Richtung irgend etwas durchzusetzen", daß es aber auch alles getan habe, was möglich sei. Dafür danke er ihm. Um nicht in den Verdacht zu kommen, daß man "einseitig nach dieser Richtung Anträge" stelle, sei die Veredelungswirtschaft bereit, "auf diesem Wege Opfer zu bringen im Verein mit den Kartoffelflocken und Roggen, wenn die Regelung so vorgenommen würde, ein Teil Kartoffelflocken und zwei bis drei Teile Gerste, und umgekehrt mit Gerste zu einem anständigen Preise sind wir bereit, alles zu übernehmen, vorausgesetzt, daß man uns auf diesem Gebiete mit der Gerste entgegenkommt und sie uns zollverbilligt gibt, den Doppelzentner für 2 RM".[859] Das oldenburgische Zen

[859] StAO 39 - 20669: VI. Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 30.10.1931, S. 7f.; OV vom 31.10.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 30.10.1931. Die oldenburgische Veredelungswirtschaft, insbesondere die Schweinehaltung in Südoldenburg, konnte ihren Bedarf an Futtermitteln nicht aus einheimischer Produktion decken und war auf den Import von Getreide, in erster Linie Gerste, angewiesen. Um die Überproduktion an Kartoffeln und Roggen abzubauen, war schon die Regierung Müller dazu übergegangen, Beimischungs- und Verwendungsverordnungen einzuführen. Diese zwangen die Mühlen und Bäckereien, dem im Prinzip billigeren Weizen- oder Gerstenmehl den teuereren und deshalb unverkäuflichen Roggen beizumischen. Diese Vorschriften wurden auch auf Kartoffeln übertragen. Das "Landvolk" berichtete über die agrarpolitischen Pläne und schaltete sich in die Auseinandersetzungen ein. (LV vom 4., 13. und 25.11.1930) Die mit dem Roggen als Futtermittel konkurrierende Gerste wurde im Gegenzug durch Zollerhöhungen verteuert. Durch ihre Roggen- und Futtermittelpolitik zwangen die Regierungen Müller und Brüning die in Nordwestdeutschland ansässige Viehwirtschaft, teueren deutschen Roggen zu kaufen, weil Zollermäßigungen für die Einfuhr ausländischer Futtermittel, insbesondere Gerste und Weizen, nur gewährt wurden, wenn ein bestimmtes Kontingent Roggen abgenommen wurde. Dagegen wandten sich die landwirtschaftlichen Verbände und unterliefen damit das Bemühen der Regierungen um eine Befriedung der bäuerlichen Protestbewegungen. (GESSNER, Agrarverbände, S. 206f.) Die festgelegte Gerste-Kartoffelflocken-Relation von 1:1 diente im Rahmen der Getreidezollpolitik dazu, den Import von Getreide zu kontingentieren und die einheimische Produktion zu schützen. Diese Relation konnte den Bedarf an kostengünstigen Futtermitteln nicht decken, weil der in der Relation von 1:1 beschränkte Zukauf an importierter Gerste nicht ausreichte oder sich

trum verfolgte eine gouvernementale Agrarpolitik der 'kleinen Schritte' und der fortgesetzten Interventionen bei der Reichsregierung, die nach ihrer Ansicht über die eigentlichen Möglichkeiten zur agrarpolitischen Weichenstellung verfügte. Bezeichnend dafür war, daß der "Antrag Fröhle", der in der Sitzung am 30. Oktober 1931 mehrheitlich angenommen wurde, ohne konkrete agrarpolitische Folgen blieb.[860]

Die NSDAP verteidigte ihre ablehnende Haltung mit allem Nachdruck. Röver griff in der Frage der Roggenschuldner vor allem die Staatliche Kreditbank an, die er kapitalistischer Geschäftsgebaren bezichtigte, und verurteilte den mangelnden politischen Einfluß auf diese Institution, der als Staatsbank in der oldenburgischen Finanzpolitik eine Schlüsselstellung zukam:

> "Ich möchte ganz kurz sagen, dass es mir nicht eingefallen ist, die Beamten der Staatsbank anzufassen, wenn ich von 'Bestechung' gesprochen habe. Ich will das System der Bank treffen. [...] Das Geldwesen der 13 Jahre hat uns dahin gebracht, wo wir jetzt sind. Das Geldwesen muss in andere Hände gelegt werden, das muss in die Hand des Staates gelegt werden, [...]. Das alles fehlt. Der Staat muß eingreifen. [...] Dann muß man die Menschen hängen, die so etwas verschulden. Wenn ein solcher Bursche auf dem Marktplatz gehängt würde, dann würde sich der zweite hüten, so etwas zu machen, um nicht daneben zu kommen."[861]

In seiner Funktion "als Gauleiter" der NSDAP richtete Röver an die Nutznießer landwirtschaftlicher Zwangsversteigerungen die eindringliche Warnung:

> "An dem Tage, wo wir die Macht haben werden, werden die Leute, die diese billigen Höfe erschlichen haben, restlos von Haus und Hof getrieben werden, damit mögen sie sich schon heute abfinden."[862]

---

aufgrund des Getreidezolls zu teuer gestaltete. Deshalb strebte der Antrag Fröhle eine Verbesserung dieser Relation und eine Senkung des Zolltarifs an.

[860] OV vom 31.10.1931. Der Antrag Fröhle wurde mit 25 gegen 22 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmten überraschenderweise die nationalsozialistischen und deutschnationalen Abgeordneten, die diesen Anlaß zu politischer Obstruktion nutzten. Der Antrag Fröhle hatte folgenden Wortlaut: "Das Staatsministerium wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß im Interesse der bäuerlichen Landwirtschaft unverzüglich bei der Gerste-Kartoffelflocken-Aktion das Fütterungsverhältnis 1 Teil Kartoffelflocken zu 4 Teilen Gerste, bei einem Futtergerstenzoll von 1 RM. pro Zentner festgesetzt wird."

[861] StAO 39 - 20669: VI. Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 30.10.1931, S. 76; OV vom 31.10.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 30. Oktober 1931. Mit der Formulierung "13 Jahre" bezog sich Röver auf die Zeit von 1918 bis 1931.

[862] Ebd., S. 66.

Röver sprach die angebliche Verantwortung des "Systems" und der "Systemparteien" für die wirtschaftliche Lage direkt an und forderte zur Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse offen einen politischen Wechsel:

> "Die Männer, die oben an der Spitze sind, haben auch nicht den Willen dazu, etwas zu ändern. Das beweist ihre 12jährige Politik. Besser wird es erst werden für die deutsche Landwirtschaft, wenn die Leute abtreten, die den Staatskarren in den Dreck gefahren haben, und die Männer an die Spitze kommen, die seit 12 Jahren vorausgesagt haben, was die Träger des heutigen Systems versaubeutelt haben."[863]

Die nationalsozialistische Kritik an der Landwirtschaftspolitik in der Ära Brüning, dem "System Brüning", enthielt auch antikapitalistische Tendenzen, die gegen eine weitere Industrialisierung der Agrarproduktion ausgerichtet waren und eine autarke Stellung der deutschen Landwirtschaft anstrebten. Darin kamen agrarromantische Vorstellungen zum Ausdruck, die sich im alten Mittelstand ohnehin großer Beliebtheit erfreuten und in die Ideologie der Heimatbewegung eingegangen waren. Sie täuschten vor, die fortschreitende Industrialisierung der Agrarproduktion aufzuhalten, und verwickelten sich fortlaufend in Widersprüche. So wurde das eigentliche Ziel nationalsozialistischer Agrarpolitik, die Autarkie der deutschen Landwirtschaft, weitgehend verschleiert. An die Adresse der Antragsteller im Zentrum gerichtet, sprach Röver von der "Intensivierung" der Landwirtschaft und erklärte so die agrarpolitischen Grundsätze der NSDAP:

> "Mit diesem Antrag [...] bezwecken Sie nichts anderes als [...] eine Industrialisierung der Landwirtschaft in der Veredelungspolitik, und das lehnen wir ab, weil dadurch ja eben die Notwendigkeit herauskommt, Gerste muss herein. Das machen wir nicht mit. Wir wollen, dass die Landwirtschaft gesund gemacht wird, indem die Politik geändert wird. [...] wir verlangen, dass innerhalb der Landwirtschaft ein gesunder Ausgleich stattfindet, und dazu ist notwendig eine Intensivierung in dem Masse, damit die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk ernähren kann."[864]

Zwischenrufe aus der SPD-Fraktion beantwortete Röver mit dem demagogischen Vorwurf, daß die Sozialdemokraten ihre politischen Prinzipien verraten hätten und "die Politik eines Brüning" stützten:

> "Und heute gehen dieselben Leute [...] mit dem Zentrum durch dick und dünn und machen die Politik, die seit 12 Jahren das Volk an den Bettelstab gebracht hat. Sie sind

[863] StAO 39 - 20669: VI. Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 30.10.1931, S. 18; OV vom 31.10.1931.
[864] StAO 39 - 20669: VI. Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, 30.10.1931, S. 35f.; OV vom 31.10.1931.

> als elende Verleumder und Demagogen entlarvt. Treten Sie ab und machen Sie Männern Platz, die besseren Mut haben und die Lage bessern werden."[865]

Die Vechtaer OV zeigte sich von der Landtagsdebatte bitter enttäuscht und konnte "sich des Eindrucks nicht erwehren, daß den Roggenschuldnern mehr Entgegenkommen hätte bewiesen werden müssen".[866] Auch am Ende ihres Kommentars über die Erwerbslosenfrage, die am 4. November 1931 im Landtag debattiert wurde, registrierte sie nur ein mageres politisches Ergebnis und stellte bange Fragen an die Zukunft:

> "Wenn in dieser verhetzenden, provokatorischen Weise fortgefahren wird, sind Explosionen unvermeidlich. **Gewisse Parteien spielen ein furchtbar verantwortungsloses Spiel!** Und das angesichts der Volksnot, die zu einigem Handeln zwingen sollte, einerlei, was war. [...] Wenn ganze Volksteile, nur weil sie anderer politischer Auffassung sind, mit Gewalttaten, Unterdrückung und ähnlichem bedroht werden, so hat das mit Politik nichts zu tun."[867]

So versäumte der Landtag in seiner Herbstsitzung im Jahre 1931 durch eigenes Unterlassen eine der letzten Chancen zur Eindämmung des politischen Extremismus im Lande und nahm die wirtschaftliche Not der Berufsstände nicht so ernst, wie sie es politisch verdient hätte. Im gemäßigten konservativen Lager war man aber offensichtlich mit der Leistung der Regierung Cassebohm zufrieden. So sprach es auch aus der Vechtaer OV, die anerkannte, "daß die Regierung so energisch bemüht ist, für die Interessen der oldenburgischen Viehwirtschaft zu wirken".[868]

Im Gegensatz zum evangelischen Norden war die "Systemkritik" an Reichskanzler Brüning im katholischen Milieu Südoldenburgs wesentlich verhaltener und hielt sich eher an Reichsernährungsminister Schiele. In den Verhandlungen des Landtags am 30. Oktober 1931 wurde deutlich, daß das Zentrum die politische Stimmung in der Landbevölkerung, die sich auch in Südoldenburg radikalisiert hatte, nicht realistisch einschätzte und an politischer Glaubwürdigkeit verlor. Während Fröhle "der oldenburgischen Regierung den Dank für ihre Unterstützung der Forderungen der oldenburgischen Viehwirtschaft" aussprach, nutzte Röver die Debatte zum politischen Schlagabtausch, indem er an die Adresse der "Systemparteien" erklärte:

---

[865] Ebd., S. 38.
[866] OV vom 31.10.1931.
[867] OV vom 5.11.1931.
[868] OV vom 31.10.1931.

> "Wenn es dem System in 12 Jahren nicht gelungen ist, der Landwirtschaft zu helfen, dann verlangen Sie von uns nicht, zu glauben, dass es Herrn Brüning im 13. oder 14. Jahre gelingen sollte, auf diesem Wege eine Änderung herbeizuführen. [...] Wir müssen darauf bedacht sein, wenn wir wollen, dass in Deutschland auch auf diesem Gebiete wieder gesunde Verhältnisse eintreten, dass wir aus eigener Kraft unsere Landwirtschaft so intensivieren, dass alles im eigenen Lande geregelt wird. Und das ist heute nicht möglich, meine Herren, weil die Voraussetzungen dazu von den Herren, die 13 Jahre regieren, vertan sind."[869]

Wie die politische Geschichte Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik und die nervenaufreibenden Konflikte mit der Landvolkbewegung in den letzten Jahren der Republik zeigen, war das Zentrum als traditionelle konfessionelle Volkspartei mit der Wahrnehmung spezifisch bäuerlicher Interessen überfordert. Nach Auffassung des Chronisten Karl Anton Schulte mußte "wohl betont werden, daß das Zentrum nicht einseitig eine agrarische Partei werden dürfe", wie "es auch keine einseitige Arbeitnehmer= oder Verbraucherpartei werden darf".[870] Die konfessionelle Geschlossenheit Südoldenburgs bildete die soziale und politische Klammer über zahlreiche ökonomische Gegensätze und unterschiedliche agrarpolitische Interessen hinweg und zähmte die systemsprengende Kraft der politischen Radikalisierung, die die traditionellen politischen Bindungen der Bevölkerung an das Zentrum in einem bisher unbekannten Maße lockerte. Ein großer Teil dieses rechtskonservativen Wählerpotentials kehrte nicht in seine angestammte politische Heimat, das Zentrum, zurück.

Die Protestbewegung des oldenburgischen Landvolks, in deren Gefolge auch in Südoldenburg Zwangsversteigerungen konspirativ und mit Gewalt verhindert wurden, führte zu einer politischen Schwächung der demokratischen Staatsautorität und ihrer Institutionen, die in der Geschichte der Weimarer Republik nicht wieder behoben werden konnte. So war die Wirtschaftskrise von Anfang an begleitet von einer Krise des konservativen politischen Bewußtseins. Die Kritik an der Agrarpolitik des Reiches, die für die oldenburgische Veredelungswirtschaft keinen besonderen Schutz herstellte, wuchs und wucherte aus zur "Systemkritik" an der demokratischen Repräsentativverfassung der Weimarer Republik überhaupt. Das Ergebnis war eine politische Reaktion, die seit

---

[869] StAO 39 - 20669: VI. Lt., 2. Vers., 3. Sitzung, S. 17; OV vom 31.10.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landttagssitzung vom 30.10.1931. Die Vechtaer OV bedauerte die Tumultszenen im Landtag außerordentlich mit den Worten: "Es ist beschämend, Szenen zu erleben, wie sie heute der Landtag bot; Lärmszenen und ein Durcheinander, das jede Verhandlung glatt unmöglich machte [...]." (OV vom 31.10.1931)

[870] SCHULTE, Zentrum, S. 314 (aus der Sicht des Jahres 1929).

1927/28 auch das südoldenburgische Landvolk erfaßte und die Menschen umtrieb.

4.9.4. Bauer und Staat, Scholle und Reich: "Der Acker, den wir lieben und bestellen, heißt Deutschland."

Kerngedanke der traditionellen Mittelstandsideologie, mit der sich selbständige Bauern, Handwerker und Kaufleute aus dem Marktzusammenhang herauszulösen versuchten, waren berufsständische Konzeptionen, die christlichen Ursprungs waren, und die herausragende nationale Bedeutung, die der alte Mittelstand für sich reklamierte und aus der er seine unmittelbare Stellung zum Staat ableitete: "Der Mittelstand empfahl sich als Ordnungsfaktor."[871] Weil "eine einheitliche dritte Wirtschaftsfront des Besitzmittelstandes" nach Auffassung von Theodor Geiger nicht zustande kam, blieb nur noch die Möglichkeit, "zwischen den Mahlsteinen für wirtschaftliche Einzelinteressen das Denkbare zu retten". Daraus leiteten die Standesvertretungen des Mittelstandes die Forderung nach unmittelbaren staatlichen Schutzfunktionen ab.[872]

Die mittelstandspolitischen Parolen, deren sich der Nationalsozialismus bediente, waren dabei weitgehend dem Sozialkonservatismus des späten 19. Jahrhunderts entlehnt. Der Nationalsozialismus manipulierte die obrigkeitsstaatlichen Mentalitäten, die den Staat als "sozialen Makrokosmos" empfanden, und versprach eine berufsständische Gliederung, die so unter den liberal-kapitalistischen Bedingungen der Weimarer Republik nicht zu verwirklichen war.[873] Die patriarchalen und familialen Ordnungsvorstellungen, die die vielfältigen

---

[871] WINKLER, Liberalismus, S. 94f. Deshalb forderten die Interessenverbände des Mittelstandes vom Staat "eine Art Statusgarantie zugunsten der selbständigen Gewerbetreibenden, die nicht vor den dynamischen Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft gerechtfertigt, sondern mit dem Selbstinteresse der Herrschenden begründet wurde". Die Gleichsetzung seiner Interessen mit nationalen Bedürfnissen hatte der alte Mittelstand nach der "Großen Depression" vollzogen. Seitdem konnte er nicht mehr "das Recht des gesellschaftlichen Fortschritts" für sich in Anspruch nehmen, diente seine Ideologie doch der "Sicherung überkommener Macht- und Eigentumsverhältnisse".

[872] GEIGER, Schichtung, S. 120f. Die Folgen waren nach Geiger bekannt: "Der Bauer braucht Schutzzölle und gute Preise für landwirtschaftliche Produkte, der Gewerbetreibende billige Lebensmittelpreise, der Geldrentner Hypothekenaufwertung, der Grundbesitzrentner das Gegenteil ..." Das Ende "dieses Hexensabbats der mikroskopischen Einzelinteressen" sei "allgemeines Versagen und Versacken". Die Mutlosigkeit und Verbitterung, die daraus folgten, "öffneten dem Nationalsozialismus Tür und Tor".

[873] WINKLER, Mittelstand, S. 174, 180f.

Abteilungen der "Grünen Front" unablässig propagierten, griff die nationalsozialistische Agrarpolitik auf und gestaltete sie zu einem agrarpolitischen Konzept um, die Boden-, Raum- und Ordnungspolitik auf völkisch-rassistischer Grundlage zugleich war. Der politische Kampf galt der deutschen Sozialdemokratie, aber auch den bürgerlichen Parteien, soweit sie sich auf das demokratische System eingelassen hatten. Die Weimarer Republik selbst schien den Landvolkführern nicht mehr in der Lage, den Grund und Boden, mithin die Existenzgrundlage der deutschen Landwirtschaft, zu schützen und - wie die Nationalsozialisten formulierten - die "Zinsknechtschaft" zu brechen. Ernst Höfer, der "Reichsparteiführer" der Landvolkpartei, sprach in einem Artikel in der Landvolkzeitung diesen nationalen Komplex bäuerlicher Mittelstandsideologie an, indem er die Begrifflichkeiten summarisch gleichsetzte und konnotativ extrem auflud:

> "Ohne Schollentreue und Schollenarbeit kein Reich. [...] So sind Scholle und Reich, **Acker und Vaterland, Landvolk und Nation** untrennbare Begriffe. Der Acker, den wir lieben und bestellen, heißt Deutschland."

Dabei knüpfte er an bewährte Traditionen und ideologische Klischees an. Nicht das urbanisierte Milieu der Industriestädte verkörperte die deutsche Nation, sondern das Land und die auf ihm siedelnden und arbeitenden Bauern:

> "Wir Bauern fühlen uns in unserer Existenz bedroht und mit uns das Reich. Für uns ist das Reich kein leerer Begriff, es ist die **Zusammenfassung aller Deutschen** mit dem starken Wollen zur nationalen Selbstbehauptung. Der Industriestaat ist nicht überlebt, er war aber überspannt. Das Volk findet in ihm keinen Raum. Wir stehen vor einer Entwicklung, die auf eine stärkere Betonung des Agrarstaates hinweist. Will man, damit sich die Nation behaupte, diese Entwicklung, dann muß man **den deutschen Bauern sichern,** befreien aus einer unmöglichen Lage, herausholen aus der politischen Haßzone. Er will wieder werden: **der treueste Diener seines Staates.** Er darf nicht mehr im Staat den Feind sehen, weil der Staat, wenn selbst ungewollt, sein Feind ist. **Staatstreue und Schollentreue sind eins, sind unzertrennlich.** Das Bauerntum drängt heraus aus der Bevormundung, es drängt zur Verantwortung, hin zum Staat. Möge eine uneingeengte politische Führung die Wege ebnen. [...] Wer glaubt, **Schollentreue und Schollenstolz** seien zur Widerstandslosigkeit verurteilt, der irrt. [...] Es kommt eine Zeit, die **keine Kompromisse** duldet. Diese werden wir für uns nützen. Und dann - **mit uns das Reich!**"[874]

Mit diesen Worten antizipierte Höfer nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch im völkisch-nationalen Stil die agrarpolitischen Programmsätze der NSDAP. Weder die Industrie oder das urbane Bürgertum noch das Proletariat

[874] LV vom 8.11.1930.

oder die Sozialdemokratie bildeten die deutsche Nation und trugen den Staat, der keine Einrichtung von Parteien und von der Gesellschaft nicht verschieden war, sondern das Land und die bäuerliche Bevölkerung waren Nation und Staat zugleich: ein Reich. Im Rückzug des aufgebrachten Landvolks aus dem Parteienpluralismus der Weimarer Republik manifestierte sich eine historische Ungleichzeitigkeit, die die soziale und politische Bewußtseinslage des alten Mittelstandes seit dem Anbruch der Moderne mit kontrollierten Ressentiments und aggressiver Energie angereichert hatte. Die Vergangenheit erwies sich als noch nicht vergangen und ragte in die Gegenwart hinein.[875] Die Mittelstandsideologie enthielt nicht nur feudale Attitüden, die sie als vormodern, vorindustriell und vordemokratisch auswiesen, sondern war antimodernistisch und antirepublikanisch zugleich. Nach Ansicht von Heinrich August Winkler gehörten die Schichten des alten Mittelstandes in der Weimarer Republik "zu jenen gesellschaftlichen Kräften, die ganz entscheidend durch vorindustrielle Traditionen geprägt waren". Das galt nicht nur für ökonomische und soziale Mentalitäten, sondern auch für das politische Verhalten: "Es blieb vordemokratisch und vorliberal." Es sei ausgerichtet gewesen auf die sozialkonservative Utopie "eines starken, vermeintlich überparteilichen Staates", wie ihn das Kaiserreich gekannt habe; nur er habe Schutz vor politischem und ökonomischem Wettbewerb versprochen. Mittelstandsideologie und Nationalsozialismus hätten sich am Ende der Weimarer Republik in einem "korporativen Antiparlamentarismus" getroffen, der zur Massenbasis eines "militanten Konservatismus" geworden sei.[876] Die Mobilisierung des alten Mittelstandes in der Endphase der Weimarer Republik ist im Freistaat Oldenburg als eine rechtskonservative Bewegung zu verstehen, die von der nationalsozialistischen Agitation zu großen Teilen unterwandert und manipuliert wurde. Unter dem sozialromantischen Habitus verbarg sich ein sozialrevolutionärer Antikapitalismus, den die nationalsoziali

[875] BLOCH, Faschismus, S. 183ff. Ernst Bloch deutet in diesem Aufsatz aus den 1930er Jahren den Faschismus als "Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit" und bezieht in seine Theorie das Bauerntum mit ein. Nicht nur die Agrarkrise habe die Bauern nach rechts getrieben, wo sie sich "durch Zölle gehalten" glaubten und man ihnen "die genaue Wiederkehr der guten Zeiten" versprach, sondern auch ihr vormoderner sozialer und kultureller Habitus: Ihre "gebundene Existenz, die relative Altform ihrer Produktionsverhältnisse, ihrer Sitten, ihres Kalenderlebens im Kreislauf einer unveränderten Natur" widerspreche der Verstädterung und verbinde sich mit einer Reaktion, die sich auf Ungleichzeitigkeit verstehe. Bäuerischer Besitzsinn, der den Mythos vom "schuldenfreien Hof" pflege, und bäuerischer Individualismus, der sich an den "Besitz als Instrument der Freiheit" klammere, stammten aus vorkapitalistischen Verhältnissen. Der Widerspruch des Ungleichzeitigen enthalte einen subjektiven und objektiven Faktor: "Der subjektiv ungleichzeitige Widerspruch ist gestaute Wut, der objektiv ungleichzeitige unerledigte Vergangenheit."

[876] WINKLER, Liberalismus, S. 108.

stische Propaganda geschickt gegen die Weimarer Republik lenkte. Der Bauer drohte angesichts der desolaten Agrarpolitik der Weimarer Parteien aus seiner angestammten Rolle als Ernährer des deutschen Volkes gedrängt und immer mehr ein Opfer des modernen Hochkapitalismus zu werden, dessen Geldpolitik die Nationalsozialisten als "Zinsknechtschaft" anprangerten.[877] Der "Stoß des Konflikts" richtete sich nach Auffassung von Ernst Bloch gegen die Symptome und nicht gegen den agrarkapitalistischen Komplex, der Konfliktinhalt selbst war "romantisch- auch sozusagen 'archaisch'-antikapitalistisch" geprägt.[878]

Im kapitalistischen Zeitalter war der Boden zur Immobilie, zur käuflichen Ware geworden. Die nationalsozialistische Ideologie bestätigte die mittelständischen Ressentiments gegen die Herrschaft des Kapitals und kündigte an, ihr Einhalt zu gebieten. Alfred Rosenberg erläuterte 1932 in einem Aufsatz über das "Wesensgefüge des Nationalsozialismus" das organische Verständnis, mit dem der Nationalsozialismus die staatserhaltende Bedeutung des deutschen Bodens erfaßte:

> "Dieser [Boden] ist keinesfalls als Ware aufzufassen, nicht die Folge menschlicher Erfindung oder Zeugungsarbeit, sondern ein Stück Kosmos, eine Lebensvoraussetzung der Volksgesamtheit, die seit Geschlechtern mit ihrem Blut an den Grenzen des Landes verteidigt wurde. [...] Der Landwirt ernährt das Volk, der Bauer ist somit für das Leben der Nation die Voraussetzung zu allem und diese Nation als Staat organisiert, schützt die Freiheit und die Frucht seiner Arbeit. Deshalb ist der Boden keine Ware, er darf kein Spekulationsobjekt sein, [...]."[879]

Der Nationalsozialismus versprach den deutschen Bauern das zu erhalten, was die Republik ihnen versagt hatte, den Schutz des Bodens als Existenzgrundlage der Landwirtschaft mit den Mitteln einer ordnungs- und raumorientierten

---

[877] FEDER, Programm, S. 14. Feder erläuterte 1930 das Prinzip der "Zinsknechtschaft" mit den Worten: "Aber Zinsknechtschaft ist es, wenn durch die Inflation uns allen unser Sparbesitz gestohlen worden ist und der Bauer nun seine neuen Hypotheken und kurzfristigen Kredite zu Zinssätzen verzinsen muß, die ihn ruinieren. Wer also für die Beibehaltung der jetzigen zinskapitalistischen Wirtschaft ist, ist gegen die Interessen der Bauern und für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes, in dem die Banken bzw. ihre Hintermänner auf dem Rücken der Landwirtschaft Schindluder treiben." In Erläuterungen zu den "25 Punkten" bezeichnete Feder 1933 die "Brechung der Zinsknechtschaft" als "das Herzstück des Nationalsozialismus". Der Antisemitismus dieses Programms war unverkennbar. Als "Zinsknechtschaft" bezeichnete Feder "den Zustand der Völker, die unter der Geld= oder Zinsherrschaft der alljüdischen Hochfinanz stehen". (FEDER, Programm, S. 23, 31)

[878] BLOCH, Faschismus, S. 194f.

[879] ROSENBERG, Wesensgefüge, S. 63.

Agrarpolitik. "Unter dem Einfluß des biologisch geschulten Nationalsozialismus" werde, so Rosenberg, die Ehre des Bauernstandes wiederhergestellt, der "in liberalistischer Zeit als intellektuell rückständig, dummdreist verhöhnt" und "vom Marxismus mit offenem Ausrottungskampf bedroht" worden sei. Der Bauer werde einen neuen "Ehrentag" wieder erleben:

> "Wir, die wir uns von fremden Rechtsbegriffen und liberalistisch=marxistischer Unterwelt befreit haben, anerkennen den Bauern nicht als einen Stand unter Ständen, sondern als die Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Daseins, ja als Urquell unserer rassischen Erneuerung überhaupt. Wir sehen in der Weltstadt Geschlechter schnell vergehen, sehen die auf dem Asphalt sterbenden Existenzen und blicken aus echtem Protest gegen diese Erscheinungen des Untergangs wieder auf unser Dorf zurück. Nicht im Sinne pseudoromantischer Schwärmerei, sondern aus tiefstem Bewußtsein heraus, daß in der Erhaltung des bäuerlichen Ethos in seiner Kargheit, Arbeitsamkeit, Fruchtbarkeit auch die Hoffnung einer kommenden Wiedergeburt miteinbeschlossen ist."[880]

Die nationalsozialistische Ideologie integrierte das breite Spektrum mittelständischer Ressentiments, den Antimarxismus, Antikapitalismus und –modernismus, zu einem scheinbar logischen agrarpolitischen Konzept, das die demokratischen Parteien der Weimarer Republik - das Zentrum eingeschlossen - zu keinem Zeitpunkt anzubieten hatten, und stellte es in den politischen Dienst seiner biologistischen Rassenpolitik. An den rassistischen Grundlagen der nationalsozialistischen Agrarpolitik schieden sich die Geister. Der Landwirt in noch relativ geschlossenen katholischen Milieus wie Südoldenburg konnte sich den bäuerlichen Grund und Boden als Privateigentum erhaltenden Zielen des nationalsozialistischen Agrarprogramms so lange vorbehaltlos anschließen, als seine konfessionelle Integrität nicht berührt wurde. Die Trennungslinie war keine politische, sondern eine religiöse. Das war in den drängenden Fragen der deutschen Agrarökonomie nicht anders als in anderen Berührungspunkten, wo der Katholizismus und der Nationalsozialismus kollidierten.

Die Trennung des Staates von den politischen Parteien und ökonomischen Klassen war eine wichtige Voraussetzung für die Radikalisierung des alten Mittelstandes, der Bauern, Handwerker und Einzelhändler, die sich zu einer Schicksalsgemeinschaft verbunden hatten und sich kollektiv als "Landvolk" verstanden. Diese politische Doktrin knüpfte an obrigkeitsstaatliche Traditionen des 19. Jahrhunderts an, war als politische Option in der Geschichte der Weimarer Republik stets gegenwärtig und wurde zu dem Zeitpunkt aktuell, als die

[880] Ebd., S. 35.

demokratischen Parteien in der Tat versagten. Dieser gesetzte Fall war 1930 gekommen. Der autoritäre Staatsbegriff, dem ein berufsständischer Gesellschaftsbegriff in der Tradition des christlichen ORDO-Ideals korrespondierte, war eine Reaktion auf die sozialen und ökonomischen Umbrüche, die Europa im bürgerlichen Revolutionszeitalter erfaßt und in den mittelständischen Schichten der Kleinproduzenten und -händler panische Existenzängste ausgelöst hatten. Weil er als soziale Klasse bedroht war und zu kurz zu kommen schien, dehnte sich der Mittelstand symbolisch zum Staatsganzen aus und verstand sich als das einzige noch intakte Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, das in den Umbrüchen der Moderne noch ein historisches Kontinuum verbürgen konnte. Der Staats- und Gesellschaftsbegriff der alten Mittelklassen enthielt paternale und familiale Komponenten, die in vordemokratischen und vorkapitalistischen Zeiten entsprungen waren und in der Gegenwart der Weimarer Republik stets präsent waren. Sie wurden vom breiten Strom der konservativen Gegenrevolution aus der Vergangenheit in die Gegenwart befördert und dienten ihren Trägern dazu, sich aus dem irreversiblen sozialen und ökonomischen Transformationsprozeß ideologisch auszublenden und sich ihrer nationalen Bedeutung jenseits von politischen Parteien und ökonomischen Klassen immer wieder selbst zu vergewissern. Aus dieser Position wurde der politische, soziale und ökonomische Überlebenskampf der Mittelklassen geführt. Aufgrund ihres umfassenden Krisenbewußtseins, das politisch auch in der Weimarer Republik weitgehend unbeantwortet blieb, waren die Angehörigen des alten Mittelstandes auch in Oldenburg disponiert, die soziale Massenbasis der NSDAP zu bilden, wenn die konfessionellen Verhältnisse nicht andere politische Prioritäten setzten, wie es im katholischen Milieu in Südoldenburg der Fall war.

4.9.5. Bekenntnis der NSDAP zum kapitalistischen Privateigentum: "Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an."

Am Aufstieg des Nationalsozialismus trug Südoldenburg vergleichsweise nur in begrenztem Umfang bei. Es stellte ihm die Wählerklientel zur Verfügung, die sich bereits im politischen Umfeld der Landvolkbewegung vom Zentrum getrennt hatte. Darüber hinaus konnte die nationalsozialistische Agitation im katholischen Milieu Südoldenburgs kaum Wähler mobilisieren. Die zwischen dem evangelischen Norden und dem katholischen Süden geteilte politische Reaktion auf Agrar- und Wirtschaftskrise zwischen 1930 und 1932/33 ist auf die unterschiedlichen konfessionellen Bindungen, kirchlichen Verhältnisse und

religiösen Traditionen zurückzuführen, die in Südoldenburg im Gegensatz zum Norden des Landes maßgeblich das Wahlverhalten der Bevölkerung bestimmten. Daß der Nationalsozialismus in der zweiten Mobilisierungsphase die politische Führung der Agraropposition übernehmen und schließlich zum Durchbruch führen konnte, hat eine wesentliche Voraussetzung in der "Entsozialisierung" der NSDAP, die in wiederholten Bekenntnissen zum Privateigentum zum Ausdruck kam. Ausgangspunkt für diese nachgeholten Erklärungen war die Kritik an Art. 17 des Programms der NSDAP vom 25. Februar 1920.[881] Der Reichsparteiführer der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, Ernst Höfer, wandte sich in einem Artikel unter dem völkischen Titel "Für Scholle und Reich" gegen die Mobilisierung des bäuerlichen Grundbesitzes, die Umwandlung von Grund und Boden in Kapital, und gegen "die Feindschaft zum Besitz und die Begehrlichkeit" danach. Mit dem Dilemma der Eigentumsfrage, für das "die mangelnde Schollentreue im Zeitgeist" verantwortlich zeichne, seien auch die Rechtsparteien einschließlich der NSDAP belastet:

> "Der Eigentumsbegriff als Rechtsbegriff schwankt. **Eigentum ist nicht mehr heilig.** Unter der verlogenen Maske: 'Zum Wohle der Allgemeinheit', wird ein Rechtsbegriff herangezüchtet, dem nichts mehr heilig ist. Heute schützt uns noch die Verfassungsbestimmung: 'Enteignungen ohne Entschädigung sind unzulässig.' Wann wird das Gefühl für die Heiligkeit des Eigentums so weit ertötet sein, daß auch diese letzte Schranke fällt? [...] Aber ich bleibe dabei: **Wer den Eigentumsbegriff untergräbt, zerstört den Staat, zerschlägt das Reich!** Alle bodenreformerischen Gedanken, mit denen auch die Rechtsparteien belastet sind, sind Schrittmacher für dieses staatszerstörende Ziel."[882]

Die maßgeblichen Forderungen, die sich aus der konsequenten Anwendung des Art. 17 ergeben hätten, schränkte Adolf Hitler bereits in einer persönlich unterzeichneten Erklärung vom 13. April 1928 ein. Darin betonte er die antisemitische Stoßrichtung der nationalsozialistischen Bodenpolitik und erleichterte die Bedenken der deutschen Bauern. "Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 der N.S.D.A.P. von seiten unserer Gegner" sei folgende Feststellung notwendig:

> "Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus 'Unentgeltliche Enteignung' nur auf die Schaffung gesetzlicher Mög

---

[881] FEDER, Programm, S. 20f. Art. 17 lautete: "Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation."

[882] LV vom 8.11.1930.

> lichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundspekulationsgesellschaften."[883]

Zwei Jahre später, am 6. März 1930, erschien eine von Hitler unterzeichnete "Parteiamtliche Kundgebung über die Stellung der N.S.D.A.P. zum Landvolk und zur Landwirtschaft", die sich mit vielfältigen Fragen der nationalsozialistischen Agrarpolitik beschäftigte. In diesem Dokument, bei dem es sich um den einzigen ausgearbeiteten Programmpunkt der NSDAP handelte, wurden die Forderungen der traditionellen Agrarverbände, die diese seit dem Kaiserreich erhoben hatten, verarbeitet. Im einzelnen unterstrich die Kundgebung die Bedeutung eines gesunden Bauerntums für die Erhaltung des deutschen Volkes, stellte Sofortmaßnahmen für die Landwirtschaft wie steuerpolitische Erleichterungen in Aussicht, forderte die Herauslösung der deutschen Landwirtschaft aus dem internationalen Agrarmarkt, die Einrichtung berufsständischer Organiationen und die Schaffung eines Erbrechts in Form eines Anerbenrechts zur Erhaltung der bäuerlichen Besitzstruktur und enthielt auch eine antisemitische Komponente.[884] In weitreichender Übereinstimmung mit der Reichsbauernfront griff die Erklärung der NSDAP Bestrebungen auf, die marktpolitischen Auswirkungen von Agrarindustrialisierung und -kapitalisierung zu bremsen und die gesellschaftlichen Folgen der agrarökonomischen Transformationsprozesse in Teilen wieder abzuwehren oder umzukehren. So wies das Agrarprogramm der NSDAP erkennbar antimodernistische Komponenten auf, die auf die Depravierungsängste im alten Mittelstand ausgerichtet waren und sie politisch zu instrumentalisieren versuchten. Neu war die Forderung nach der Errichtung berufsständischer Gerichte und ein Vorkaufsrecht des Staates für Land. Die Kundgebung faßte die enorme Bedeutung der nationalsozialistischen Agrar- und Bodenpolitik in den Worten zusammen:

> "Die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur wachsenden Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechenden starken Bauernstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik, gerade deshalb, weil diese auf das Wohl des Gesamtvolkes auch in den kommenden Geschlechtern gerichtet ist."[885]

---

[883] FEDER, Programm, S. 5; MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 69.

[884] FEDER, Programm, S. 6-12; MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 69. Zur nationalsozialistischen Bodenpolitik heißt es in der Kundgebung: "Nur deutsche Volksgenossen dürfen Besitzer deutschen Bodens sein." (FEDER, Programm, S. 8)

[885] FEDER, Programm, S. 7. Onno Poppinga charakterisiert diese Kundgebung mit den Worten: "Es war nicht viel, was die NSDAP den Bauern zu sagen hatte. Aber dieses wenige wurde beständig wiederholt, immer wieder verbreitet, auf jeden Hof getragen. Die Haltung der

Mit einer weiteren politischen Erklärung aus dem Jahre 1930 versuchte der "Programmchef" der NSDAP, Gottfried Feder, die Stellung seiner Partei zum Landvolk und ihre Beziehung zum landwirtschaftlichen Grundbesitz zu klären.[886] Feder erklärte in diesem Aufsatz für die NSDAP unumwunden:

> "Der Nationalsozialismus erkennt das Privateigentum grundsätzlich an und stellt es unter staatlichen Schutz."[887]

Eine "gesunde Mischung von Klein=, Mittel= und Großbetrieben" solle auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens aufrechterhalten werden. Der Nationalsozialismus erkenne das Erbrecht ebenso grundsätzlich an wie das Eigentumsrecht an Grund und Boden. Aus diesen Grundsätzen ergebe sich, "daß der Nationalsozialismus als überzeugtester und folgerichtigster Gegner des Marxismus, dessen Volk und Wirtschaft zerstörende Kardinallehre der 'Enteignung allen Besitzes' mit aller Entschiedenheit ablehnt, daß er auch wiederum als schärfster politischer Gegner der internationalen Irrlehre des Marxismus im bodenständigen Bauerntum die beste und sicherste Grundlage für den nationalen Staat sieht". Seine Ablehnung des "Hochkapitalismus" gelte dessen "Sucht, alle bodenständigen Werte zu mobilisieren" und "den Bauern durch Zins und Steuern zu enteignen". Dagegen erhebe der Nationalsozialismus "die ausdrückliche Forderung nach staatlichem Schutz des ländlichen Besitzes vor dem Zugriff der Banken und Börsen".[888] In dieser systembedingten ökonomischen Interessenlage hatte der militante Antimarxismus der NSDAP seinen Ursprung und richtete sich gegen alle politischen Strömungen, die mit dem Marxismus in Berührung gekommen waren. Davon waren nicht nur die Parteien der politischen Arbeiterbeweung, KPD und SPD, betroffen, sondern alle

---

NSDAP zur Landwirtschaft war überschaubar, erschien trotz aller Widersprüche und Ungereimtheiten geradlinig. Hinzu kam, daß sie im Gegensatz zu den - im NS-Jargon - 'Systemparteien' offensichtliche Schwächen, Skandale, Korruptionsfälle des Weimarer Systems nicht zu verteidigen brauchte, sondern angreifen konnte." (POPPINGA, Bauern, S. 212)

[886] FEDER, Programm, S. 12-18: "Landwirtschaftlicher Grundbesitz und N.S.D.A.P." Dieser Aufsatz wurde als Antwort auf die Ausgabe der Deutschen Tageszeitung vom 25.1.1930 angesehen, in der sich "führende Kreise des brandenburgischen Landbundes" mit einer Reihe von Fragen an die NSDAP gewandt hatten. Diese betrafen nach den Worten Feders "die grundsätzliche Einstellung der N.S.D.A.P. zum ländlichen Grundbesitz, zum Erbrecht, zur Kreditbeschaffung, zur Zollpolitik, Preisbildung, Gewinnbeteiligung und zu Fragen allgemeiner sozialpolitischer und wahltaktischer Natur". (S. 12)

[887] FEDER, Programm, S. 12.

[888] Ebd., S. 12f.

politischen Kräfte, die sich dem demokratischen System der Weimarer Republik zur Verfügung gestellt hatten.

Von dieser Systemkritik waren die Parteien des politischen Katholizismus keineswegs ausgenommen. Gottfried Feder richtete scharfe Vorwürfe an die Adresse des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei und verknüpfte die Agrarfrage mit der konfessionellen Frage, wenn er unter dem Titel "Angriffe auf Religion und Geistlichkeit" zum Artikel 24 feststellte:

> "Gewiß greifen wir mit größter Schärfe die volksverderbende Politik des Zentrums und der Bayer. Volkspartei an, die zwar bei jeder Gelegenheit in den Angstruf ausbrechen 'die Religion ist in Gefahr', nur nicht wenn sie mit der atheistischen, gottesleugnerischen Sozialdemokratie ihre politischen Geschäfte machen. Gerade weil uns die Beziehung des Menschen zu seinem Herrgott so hoch und heilig ist, wenden wir uns dagegen, daß die Religion in den Dreck des politischen Tageskampfes heruntergezerrt wird."[889]

Dieser Angriff Feders auf das Zentrum und die Bayerische Volkspartei macht deutlich, wie geschickt die NSDAP die konfessionelle mit der ökonomischen Frage zu einem politischen Junktim verknüpfte. Nach dieser Theorie hatte das Zentrum durch seine lange Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Reich wie in den Ländern dem Ansehen des privatkapitalistischen Systems großen Schaden zugefügt. Dadurch hatte es der Weimarer Demokratie aber zu einer gewissen Stabilität verholfen. Diese antimarxistische Agitation fand in den mittelständischen Schichten, die um ihre Existenz im kapitalistischen Wettbewerb fürchteten, eine positive Resonanz und richtete sich gegen das demokratische System selbst, weil es durch das Verhalten bestimmter Parteien, zu denen SPD und Zentrum zählten, die Aufrechterhaltung eben dieser Wirtschaftsordnung nicht mehr vorbehaltlos garantieren konnte. Die ideologischen Appelle zur Rettung des "Nährstandes", die von der NSDAP ausgingen, stellten eine taktische politische Reaktion auf die ökonomische Systemkrise dar und instrumentalisierten die anhaltenden Status- und Existenzängste des besitzenden Mittelstandes. Daß die Nationalsozialisten ihre "Eigentumsfreundlichkeit" so überzeugend demonstrierten, das herrschende ökonomische System prinzipiell bejahten und die Republik dem massiven Vorwurf aussetzten, dass sie den Bestand eben dieser überkommenen Wirtschaftsordnung gegen die politische Linke nicht mehr garantieren konnte, war nach

---

[889] FEDER, Programm, S. 17. Zu Art. 24 des NSDAP-Programms vom 25. Februar 1920 vgl. Kap. 2. im vierten Band der Arbeit: Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933.

Auffassung Wolfgang Schieders der Schlüssel zu ihrem Erfolg in den Mittelschichten. Der politische Gehalt ihrer sozialromantischen Zukunftsentwürfe, die nur dem Anschein nach rückwärtsgewandt waren, zielte seit 1930 zunehmend auf "eine Rückkehr in die vordemokratische Welt des deutschen Obrigkeitsstaates", auf einen autoritären Ausweg aus der Krise, weil andere Möglichkeiten jenseits ihres politischen Wollens und Wirkens lagen.[890] Diesen Feststellungen kommt auch für die ökonomische und politische Bewußtseinslage in Südoldenburg Gültigkeit zu. Dafür spricht die Mobilisierung des katholischen Landvolks in Südoldenburg, auch wenn es der politischen Rechten, der Landvolkpartei und der NSDAP, nicht gelingen konnte, das Zentrum aus seiner Führungsposition zu verdrängen. Das hatte seine Gründe nicht in politischen, sondern in konfessionellen Fragen.

Landvolkversammlungen in Cloppenburg und Vechta, die im Februar 1930 stattfanden, konnten sich mit Artikel 17 des NSDAP-Programms "doch nicht einverstanden erklären, weil er einen Eingriff in das Eigentum vorsieht". Die Landvolkpartei stehe "auf dem Boden einer vernünftigen Siedlungspolitik, aber der Boden soll nicht dafür enteignet werden".[891] Im Vorfeld der Reichstagswahl vom 14. September 1930 fiel die Abgrenzung der Landvolkpartei gegen das nationalsozialistische Agrarprogramm noch deutlicher aus. Die Stellung des Bauern "in dem von den Nationalsozialisten erstrebten Zukunftsstaat" gleiche aufgrund der geforderten Einschränkung des Eigentumsrechtes der eines "Staatspächters", der über seinen Grund und Boden nicht mehr frei verfügen könne:

> "Dem bisher freien deutschen Bauern würde jede Bewegungsfreiheit fehlen, da er **abhängig wäre von der Gnade oder Ungnade eines einzigen allmächtigen Herrn,** gegen dessen Willkür keine Macht ihn schützen könnte, da dieser Herr selbst die **oberste** Macht wäre."[892]

Bestimmte Fragen und Probleme, die das NSDAP-Programm aufwarf, trieben in den letzten Jahren der Republik auch die politischen Temperamente in Südoldenburg um, nicht nur unter den Anhängern von Landvolkpartei und NSDAP. Die Forderungen nach der "Gleichberechtigung des deutschen Volkes" und der Rückgabe der deutschen Kolonien, der Wiederbewaffnung Deutschlands und der Bildung einer "starken Zentralgewalt des Reiches" auf

---

[890] WINKLER, Mittelstandsbewegung, S. 104.
[891] LV vom 12.2.1930.
[892] LV vom 17.8.1930.

der einen Seite und die Ablehnung "einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten" und die "Schaffung eines gesunden Mittelstandes" auf der anderen Seite konnten auch in einem katholischen Milieu wie Südoldenburg politische Sympathien gewinnen.[893] Mit Blick auf die weithin ländlichen Verhältnisse in Oldenburg ist die Feststellung wichtig, daß sich mit dem "Bauernprogramm" der NSDAP "insbesondere vorindustrielle Teile der deutschen Gesellschaft identifizierten, denen weder das politische System der parlamentarischen Demokratie noch das ökonomische System des industriellen Kapitalismus einen bewußtseinsmäßig (kulturell, sozial, moralisch) adäquaten (akzeptierten) Standort zuzuweisen vermochte".[894]

4.9.6. Die Ausschaltung der "Grünen Front": "Extrem staatsfeindliche Oppositionshaltung, die langfristig nur der NSDAP zugute kommen konnte."

Die Führung der NSDAP beschränkte sich in der Agrarfrage nicht auf Agitation und Propaganda, sondern versuchte, mit Hilfe des Agrarpolitischen Apparates der NSDAP die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen gezielt zu unterwandern und von innen auszuhöhlen. Dabei verzichtete die NSDAP für den Agrarsektor auf den Aufbau einer eigenen Massenorganisation und verfolgte das Ziel, die Landbünde taktisch zu unterwandern. Der spätere Reichsernährungsminister und Reichsbauernführer, Richard Walter Darré, stieß im Jahr 1930 zur NSDAP, wurde zum Berater der Reichsleitung der NSDAP in landwirtschaftlichen Fragen ernannt und anschließend mit dem Aufbau des Agrarpolitischen Apparates der Partei beauftragt. Dieser sollte sich über das ganze Reichsgebiet erstrecken und zu einem Instrument der Machteroberung werden. Die Gauleiter wurden im August 1930 aufgefordert, bis zum 1. Oktober 1930 landwirtschaftliche Fachberater zu berufen. Im Rechenschaftsbericht vom Januar 1931 stellte Darré fest, daß der Agrarpolitische Apparat in fast allen Gauen der NSDAP im Aufbau begriffen war. Das Ziel der neuen, streng nach dem Führerprinzip gegliederten Parteiformation bestand darin, den Landbund auf seine berufsständische Stellung abzudrängen und politisch auszuschalten. 1931 trennte sich der rechte Flügel der Landvolkpartei unter der Führung des Reichs-Landbundführers Sybel von der Partei und suchte den Anschluß an die NSDAP. Am 8. Dezember 1931 faßte der Bundesvorstand des Reichs-

[893] FEDER, Programm, S. 19-22.
[894] NAßMACHER, Kontinuität, S. 239.

Landbundes den Entschluß, den von Darré vorgeschlagenen NSDAP-Reichstagsabgeordneten Werner Willikens als vierten Präsidenten des Landbundes ins Präsidium zu wählen.[895]

Nach dem Wahlerfolg, den die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 vor allem in ländlichen Regionen - auch in Oldenburg - erzielte, wurde die personelle und ideologische Unterwanderung des Reichs-Landbundes und seiner Unterorganisationen verstärkt betrieben. Bei den Wahlen zu den Preußischen Landwirtschaftskammern, die im Herbst des Jahres 1931 stattfanden, wurde sichtbar, daß die Nationalsozialisten auf dem Lande an Popularität gewonnen hatten. Der NSDAP gelang es, die Mehrzahl der zur Wahl stehenden Sitze zu gewinnen.[896] Weniger Erfolg hatte sie zu diesem Zeitpunkt in Gebieten, wo katholische Bauernorganisationen dominierten, so in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen und in Bayern. Der Agrarpolitische Apparat politisierte die Wahlen zu den Landwirtschaftskammern, die bisher als überparteiliche Gremien angesehen worden waren, und kandidierte mit eigenen Listen. Parallel zur Unterwanderung des Landbundes versuchte die NSDAP, die Bindung zwischen Andreas Hermes, dem Vorsitzenden der Deutschen Bauernvereine, und Brüning zu lockern. Als agrarisch-konservativer Zentrumspolitiker und Mitstreiter Schieles war Hermes "im Sinne der staatstragenden Funktion der Grünen Front" eng mit dem Reichskanzler verbunden, mußte aber durch massive agrarprotektionistische Forderungen der Radikalisierung der konservativen Bauern in den christlichen Bauernvereinen zusehends Rechnung tragen.[897] Als deutlichste Reaktion auf das Vordringen der Nationalsozialisten auf dem Lande zeichnete sich neben einer ideologischen Annäherung ein politischer Rückzug der Bauernvereine aus dem von der Weimarer Verfassung zur Verfügung gestellten und bis 1930 durchaus genutzten parlamentarischen Raum ab. Es gelang der nationalsozialistischen Propaganda, die Bauernvereinsführung zu isolieren, wobei sie sich die "katholisch-berufsständische" Abgrenzungstaktik Hermes' zunutze machte. Der wahlpolitische Erfolg der NSDAP unter der Landbevölkerung trieb die Bauernvereinsführer in eine "extrem staatsfeindliche Oppositionshaltung, die langfristig nur der NSDAP zugute kommen konnte".[898] In abgemilderter Form läßt sich diese Radikalisie

[895] GESSNER, Agrarverbände, S. 245ff.; MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 69ff.
[896] GESSNER, Agrarverbände, S. 248. Nach den Satzungen der Landwirtschaftskammern in Preußen wurde bei den Wahlen jeweils die Hälfte der Kammersitze neu vergeben. Wahlberechtigt waren nur die Hofbesitzer, nicht die Jungbauern.
[897] GESSNER, Agrarverbände, S. 252ff.
[898] Ebd., S. 257f.

rung auch bei den Bauernvereinsführern in Südoldenburg beobachten. Hugenbergs Bündnispolitik mit Hitler in der sog. Harzburger Front nahm der "Grünen Front" schließlich ihren politischen Rückhalt und führte zu ihrer Entmachtung. Als Hindenburg im ersten Wahlgang nicht die erforderliche absolute Mehrheit erhielt, einigte sich die nationale Opposition auf die Kandidatur Hitlers. Diesem Schritt schloß sich die Führung des Reichs-Landbundes an und machte damit deutlich, daß die von ihm beherrschte Reichsbauernfront endgültig auf die Linie eines kompromißlosen Oppositionskurses eingeschwenkt war. Agraropposition bedeutete nach Auffassung von Dieter Gessner von nun an Staatsopposition, da "das gouvernementale Konzept einer sowohl parlamentarisch wie außerparlamentarisch agierenden Staats- und Interessenpolitik treibenden pressure group" hinfällig geworden war. Vor dem Hintergrund der sich seit 1930 verschärfenden Agrarkrise setzte eine Radikalisierung in den Agrarverbänden ein und wurde die in Wahlen erfolgreiche NSDAP zum Sammelbecken der mit den bescheidenen Erfolgen des Agrarprotektionismus unzufriedenen ländlichen Wähler.[899] Die Agraropposition verließ unter Führung der NSDAP den Rahmen der Weimarer Verfassung und wurde zur Staatsopposition gegen die Republik.

Einen ersten Durchbruch erzielte die NSDAP in Oldenburg - wie zuvor beispielsweise in Schleswig-Holstein - auf der Ebene der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaft, als es ihr im November 1931 gelang, die Landwirtschaftskammer nationalsozialistisch zu majorisieren: Von den 24 Vertretern aus dem evangelischen Norden Oldenburgs gehörten 23 der NSDAP an. Sie ließen den 12 Mitgliedern aus dem katholischen Süden des Landes, die auf der Liste des dem Zentrum nahestehenden Oldenburger Bauernvereins gewählt worden waren, keine Chance mehr, ihre wirtschaftspolitischen Interessen zu vertreten.[900]

Bereits Ende des Jahres 1931 demonstrierten die Nationalsozialisten in Oldenburg ihre strategische Überlegenheit und versuchten, die Deutschnationalen und den Landbund politisch zu isolieren. Eine nationalsozialistische Versammlung im Oldenburger "Lindenhof", auf der die NSDAP die Unterstützung des ‘roten’ Volksbegehrens ankündigte, richtete am 8. Dezember 1931 scharfe Angriffe

---

[899] Ebd., S. 261ff.

[900] NIEMANN, Landwirtschaft, S. 167; SCHAAP, Endphase, S. 169. Die NSDAP und der Landbund hatten ihre Kandidaten auf einer gemeinsamen Liste nominiert. Der Landbund war zu diesem Zeitpunkt in seiner Führung noch deutschnational, aber in seiner Mitgliederschaft bereits überwiegend nationalsozialistisch.

gegen die Deutschnationalen und den Landbund. Sie seien in ihrer Agitation kurz vor der letzten Landtagswahl am 17. Mai 1931 "in der gehässigsten Weise gegen die Nationalsozialisten zu Felde gezogen" und hätten sie "mit den Kommunisten nahezu in einen Topf geworfen". Die Quittung für ihr Verhalten hätten die Deutschnationalen und der Landbund, soweit er sich hinter sie gestellt habe, bei der letzten Landwirtschaftskammerwahl bereits erhalten. "Man könne sich keine größere Blamage" denken als den Übertritt der beiden Landbunddirektoren und bisherigen Landvolkabgeordneten Wendhausen und von Sybel zur NSDAP.[901] Der Erfolg des 'braun-roten' Volksentscheides am 17. April 1932 und der Wahlsieg der NSDAP bei den Landtagswahlen am 29. Mai 1932 machten deutlich, daß die Nationalsozialisten von der Radikalisierung der von Brünings Agrarprotektionismus enttäuschten ländlichen Wähler am meisten profitierten und die Agraropposition in eine Staatsopposition überführt hatten. Die Unterstützung des kommunistischen Volksbegehrens durch die NSDAP war eine taktische wie die Bildung der Harzburger Front und geschah ausdrücklich mit dem Ziel, die nationale Opposition gegen Weimar zu sammeln und die Führungsposition der NSDAP auszubauen. Die politische Konsequenz war die Gleichschaltung der Agrarverbände im Frühjahr 1933. Sie waren gescheitert an ihrer konservativen berufsständischen Konzeption, auf die sie durch die erfolgreiche politische Agitation der NSDAP seit 1930 zusehends zurückgeworfen wurden. Den politischen Wettlauf mit der NSDAP konnten sie, wie das Schicksal der Bauernvereine zeigt, auch durch einen aggressiveren verbalen Radikalismus nicht mehr gewinnen.

[901] OV vom 9.12.1931.

5. Schulabbau und Lehrernot

5.1. Einleitung

Eine soziale Gruppe, die besonders unter den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu leiden hatte, bildeten die Lehrer, insbesondere die Volksschullehrer. Als Staatsbeamte waren sie von der Sparpolitik im Reich und in den Ländern unmittelbar betroffen und mußten erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen. Diese kritische Entwicklung führte zu weitreichenden Irritationen in den Lehrerverbänden, zumal sie die in der Volksschullehrerschaft herrschenden Statusängste verstärkte. Den Regierungen im Reich wie im Freistaat Oldenburg gelang es bis zum nationalsozialistischen Machtwechsel nicht, das politische Vertrauen der Lehrerschaft in das demokratische System zu erhalten oder zurückzugewinnen. So orientierten sich die nord- wie die südoldenburgischen Volksschullehrer, die aufgrund der konfessionellen Verhältnisse traditionell verschiedenen Lehrerverbänden angehörten, im Frühjahr 1933 um, entschieden sich auf getrennten Wegen für den Anschluß an den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) und stellten sich damit auf den Boden des neuen politischen Systems. Wichtige Voraussetzungen für diesen Schritt wurden in Oldenburg wie in anderen Ländern in den letzten Jahren der Weimarer Republik geschaffen, lagen aber auch in der Geschichte des Volksschullehrers und seiner Organisation.

Der Volksschullehrer verstand sich in der Weimarer Republik nicht als kritischer Beamte, sondern als loyaler Diener des Staates. Er hatte sich 1918/19 nicht auf die Republik als Staatsform festgelegt, sondern verhielt sich ihr gegenüber indifferent. Das Votum des katholischen Volksschullehres für das Zentrum war vor allem konfessionell motiviert. Im Bunde mit seinem Lehrerverein, dem katholischen wie dem evangelischen, bemühte er sich um die öffentliche Anerkennung, die ihm besonders in der Notlage am Ende der Republik versagt wurde. Er hatte keinen akademischen Status wie der Studienrat am Gymnasium und litt unter Gefühlen sozialer Inferiorität, die durch Formen fach- und standesfremder Schulaufsicht und Leistungsbeurteilung noch verstärkt wurden. Um die Geschlossenheit des Berufsstandes nicht weiter zu gefährden, mußte in der Zeit des Schul- und Gehaltsabbaus eine Politisierung der Interessenvertretung soweit wie möglich verhindert werden; sie hätte einen Keil zwischen Haupt-, Neben- und Junglehrer treiben können. Diesem Zweck diente der Ausschluß jeder Form von Parteipolitik aus den traditionellen Standesvereinen, der bis zum Frühjahr 1933 aufrechterhalten werden konnte. Die Gleichschal

tung der katholischen wie der evangelischen Lehrervereine im Frühjahr 1933 bedeutete ihre Politisierung, den Einbruch der Parteipolitik in den traditionellen Standesverein, dem er schließlich nicht gewachsen war. Die tapfere Haltung des Unpolitischen konnte ihn vor einer einseitigen parteipolitischen Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus nicht bewahren. Dazu wäre die Aneignung der politischen Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates eine elementare Voraussetzung gewesen. Diese fehlte dem Lehrerstand in der Weimarer Republik und stellte ihn politisch schließlich zur Disposition. Die kalte Politik des dramatischen Schul- und Gehaltsabbaus, die in Oldenburg autoritativ - über die Köpfe der Lehrer und ihre Verbände hinweg - betrieben wurde, beförderte diese Entwicklung, ohne ihre eigentliche Ursache zu sein. Die Folge war eine Demoralisierung des Lehrerstandes, der der Republik früh den Rücken kehrte. Dieser Zusammenhang wurde von der Politik nicht hinreichend wahrgenommen.

5.2. Die Politik des Schul- und Gehaltsabbaus

Ein drohender Schulabbau war nicht erst seit 1928 Gegenstand der schulpolitischen Diskussionen in Oldenburg, sondern wurde angesichts der finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte in der Weimarer Republik schon seit dem Krisenjahr 1923 diskutiert.[902] Die finanzpolitischen Folgen der anhaltenden Agrarkrise für die Städte und Gemeinden waren katastrophal und brachten die kommunalen Investitionen fast zum Erliegen. Bei der Aufstellung der Voranschläge waren in einer Anzahl von Städten, zu denen auch Lohne und Cloppenburg zählten, Fehlbeträge zu verzeichnen, "die bei einem Teil der angeführten Gemeinden durch entsprechende Massnahmen vermindert, vielleicht in einzelnen Fällen auch ganz beseitigt werden könnten, bei anderen aber Anlass zu starken Bedenken geben müssten". Ein Ausschuß-Bericht des Landtages zur Durchführung des Finanzausgleichs vom Herbst 1928 kam zu dem deprimierenden Ergebnis, daß das Kreditvolumen der Kommunen vielfach erschöpft sei

[902] Katholische Schulzeitung Jg. 16, Nr. 10, 1.10.1924, S. 59. Die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins beschäftigte sich am 1. Oktober 1924 in Cloppenburg mit dieser Frage und warnte vor den "Schäden eines schematisch durchgeführten Abbaus", der besonders den Süden des Landes benachteiligen würde. Durch Gesuche an Ministerium, Landtag und Oberschulkollegium und die Durchführung von Volksvereinsversammlungen habe der Lehrerverein erreichen können, daß der Abbau auf ein Mindestmaß beschränkt worden sei. So sei die Forderung, die Höchstschülerzahl statt auf 60 auf 50 und die Pflichtstundenzahl statt auf 36 auf 32 festzusetzen, erfüllt worden.

und sich das Staatsministerium genötigt sehe, einigen Gemeinden mit Vorschüssen zu helfen.[903] Im Landesteil Oldenburg erhielten 1928 17 Gemeinden Zuschüsse, die Zuschläge zu den Realsteuern nicht oder nicht voll erhoben; dazu zählten in Südoldenburg nur die Gemeinden Steinfeld, Cappeln, Essen und Barßel. Zu einer erheblichen Belastung gerieten nach Auffassung des Ausschusses in den ländlichen Gemeinden die Wegekosten, zu denen auch die Unterhaltung der Brücken gehörte, und die vielerorts noch üblichen Hand- und Spanndienste.[904]

Besonders negativ wirkte sich die Finanzlage der Kommunen auf die Lehrerbesoldung aus. Die meisten Gemeinden Südoldenburgs waren schon 1928 nicht mehr in der Lage, die Lehrerbesoldung aus eigener Kraft zu leisten, und auf Zuschüsse im Rahmen des Finanzausgleiches angewiesen. Dafür wurden Zuschläge bis zu 300 % zur Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Grundzinssteuer erhoben.[905] Nach einer dem Landtag vorliegenden Übersicht des Staatsministeriums waren von 117 oldenburgischen Gemeinden 49 mit der Zahlung von Lehrergehältern im Rückstand.[906] Der Freistaat nahm nach Auffassung der katholischen Lehrer eine Sonderstellung ein, denn "nirgendwo, als nur in Oldenburg" würden die Gehälter nicht pünktlich und vor allem nicht vollständig

---

[903] GESETZBLATT, Bd. 45, Nr. 167, S. 807ff.: Gesetz für den Freistaat Oldenburg zur Ausführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

[904] StAO 39 - 19491: Bericht des Ausschusses II über den Entwurf eines Gesetzes für den Freistaat Oldenburg zur Änderung des Gesetzes vom 12. Juli 1924 zur Ausführung des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 1. Juni 1928, S. 66 u. 74f. Aus einer Übersicht der Katholischen Schulzeitung über das Rechnungsjahr 1926/27 geht hervor, daß alle Städte und Gemeinden in Südoldenburg einen Staatszuschuß erhielten. Dabei verzeichneten die Stadt Vechta (2,72 %) und die Gemeinde Altenoythe (8,63 %) prozentual den geringsten Zuschuß, die Gemeinden Markhausen (82,81 %), Lindern (78,23 %), Molbergen (77,73 %), Garrel (76,19 %), Visbek (75,87 %) und Neuscharrel (75,25 %) den höchsten. Die Schulzeitung wies bei dieser Gelegenheit erneut auf einen Nord-Süd-Gegensatz hin: Der Durchschnitt der Klassen betrage im Schuljahr 1926/27 im evangelischen Landesteil 37 Schüler und im katholischen 43. Sie warnte vor dem "Bestreben des Nordens", die staatlichen Zuschüsse zu kürzen, da die Gemeinden und Städte in den drei südlichen Ämtern über eine geringere Steuerkraft verfügten als die nördlichen. (Katholische Schulzeitung Jg. 20, Nr. 3, 1.3.1928, S. 29f.)

[905] StAO 39 - 19 491: Übersicht über die Zuschläge der staatlichen Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Hauszinssteuer, die die Gemeinden im Bereich des Katholischen Oberschulkollegiums für 1928 erhoben, die Zuschüsse zu den Lehrerbesoldungen nach § 20, Abs. 2, Satz 1 des Finanzausgleichsgesetzes. Die Gemeinde Barßel forderte als einzige Ausnahme sogar einen Zuschlag von 400 % auf die Grundsteuer.

[906] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 27. Das Oldenburgische Schulblatt stellte fest, daß nunmehr in 26 von 73 gemeldeten Gemeinden die Gehaltszahlung stocke. (Oldenburgisches Schulblatt Jg. 57, Nr. 25, 30.6.1932, S. 177)

ausgezahlt. Einige Gemeinden seien sogar dazu übergegangen, an die Lehrer nicht mehr als den Staatszuschuß auszuzahlen.[907] Daraus zog der Katholische Lehrerverein Konsequenzen und setzte sich im Frühjahr 1932 für die Umstellung der Gehaltszahlungen auf die Staatskasse ein.[908]

Zur Begrenzung der Krise gingen Staat und Gemeinden zu einer Politik des Schul- und Gehaltsabbaus über. Der Schulabbau wurde im Herbst 1931 eingeleitet und verlief in Oldenburg parallel zum Gehaltsabbau. Das verlieh der oldenburgischen Schulpolitik, die weitgehend vom Landeshaushalt präjudiziert wurde, eine besondere Brisanz. Die "Richtlinien für den Volksschulabbau", die als Verfügung vom 29. August 1931 den Ämtern und Gemeinden zugingen, sahen folgende Schwerpunkte vor:

- Erhöhung der Regelschulklassenstärke auf 60 bei einklassigen, 100 bei zweiklassigen Volksschulen mit weiterer Steigerung um je 50 für weitere Klassen, Aufhebung oder Zusammenlegung von Schulen, falls die Regelklassenstärke nicht erreicht wurde.
- Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Lehrer um durchschnittlich 2 Wochenstunden auf 32 bzw. 34 bei Kurzstunden von 45 Minuten.
- Verpflichtung aller Lehrer zum unentgeltlichen Vertretungsunterricht bzw. zum Unterricht an mehreren Schulen, auch an Fortbildungsschulen.
- Festsetzung der Lehrer-Schüler-Relation an mehrklassigen Schulen auf 1 : 55.
- Senkung der Pflichtstundenzahl für Lehrerinnen um 3 auf 29 bei gleichzeitiger zusätzlicher Kürzung des Gehalts um 10 %.[909]

Die Sparpolitik in Oldenburg hatte unmittelbare Konsequenzen. Die durchschnittliche Klassenstärke stieg vom Schuljahr 1930/31 zum Schuljahr 1932/33 von 37,9 Schülern auf 45,1 Schüler. Dabei wurden im Schuljahr 1932/33 zwei Drittel (62,1 %) aller Volksschüler in Klassen mit 41 bis 50 (36,4 %) und 51 bis 60 Schülern (25,7 %) unterrichtet. Während die Klassen mit weniger als 40 Schülern von 1930/31 bis 1932/33 rapide abnahmen, stieg die Zahl der Klassen mit mehr als 40 Schülern drastisch an, vor allem die größten Klassen mit 61 bis 70 (+202,5 %) und mit 71 bis 80 Schülern (+433,3 %).[910] Am 3. November 1931 debattierte der Landtag den Schulabbau. Minsterpräsident Cassebohm

---

[907] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 1, 1.1.1932, S. 17f., 20.
[908] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 3, 1.3.1932, S. 35.
[909] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 28. Die Gehaltskürzung für Lehrerinnen um 10 % enthielt die Verordnung des Staatsministeriums vom 24. September 1931.
[910] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 28. In Hamburg betrug das Pflichtstundendeputat nach den Sparmaßnamen für Lehrer 30, für Lehrerinnen 27 Wochenstunden, wurde die Klassenfrequenz von 32 auf 36 erhöht, was zu einer durchschnittlichen Klassenstärke von 40 Schülern führte.

betonte, daß die schlechte Finanzlage den Abbau erzwungen habe und die Regierung mit diesen Maßnahmen den Vorschlägen des Landgemeindetages und des Städtetages gefolgt sei. Das Ministerium sei jedoch bemüht, "die Abbaumassnahmen so zu gestalten, dass die Aufgaben der Schule für Erziehung und Bildung nicht wesentlich beeinträchtigt" und "die vom Abbau betroffenen Lehrer nicht einfach an die Luft gesetzt" würden. Der Ministerpräsident lobte in der Sitzung das große Verständnis, das die Lehrkräfte für die Notmaßnahmen aufgebracht hätten, und erläuterte seine am finanziellen Spielraum ausgerichteten schulpolitischen Grundsätze:

> "Wenn es früher objektiv war, dass man untersagte, was zu meiner Zeit selbstverständlich war, dass kleine Klassen zusammengelegt wurden, wenn man die Pflichtstundenzahl niedriger setzte und dadurch den Lehrerbedarf erhöhte, wenn man den Lehrstoff erweiterte durch wahlfreien Unterricht, wenn man die Klassenstärke heruntersetzte, wenn das objektiv ist, ist es auch objektiv, dass man die Grundlagen ändern muss, wenn man das nicht mehr bezahlen kann."

In der Sitzung legte Ministerpräsident Cassebohm auch eine Übersicht über die durchschnittlichen Klassenfrequenzen vor. Die Klassenfrequenz betrug 1913/14 im Bereich des Katholischen Oberschulkollegiums 60 (Evangelisches Oberschulkollegium: 52) und wies in der Zeit der Weimarer Republik (1924: 47,8 bzw. 40,9, 1931: 44 bzw. 38,7) sinkende Werte auf; nach dem Abbau stieg die Klassenfrequenz wieder an (46,38 bzw. 40,8).[911] Auch der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, Heinrich Wempe, zeigte in der Landtagssitzung Verständnis für die Abbaumaßnahmen, die "aus dem absoluten Zwang, für Staat und Gemeinden Ersparungsmaßnahmen zu treffen," erwüchsen. Er äußerte allerdings Zweifel an der Notwendigkeit, "dass man in Verfolg dieser Gedankengänge auch bei den staatlichen höheren Schulen erhebliche Eingriffe vornahm". Der Abstand zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, der sich von jeher zu Ungunsten des Südens gestaltet habe, habe sich durch die Abbaumaßnahmen "noch um etwas gegenüber dem bisherigen Zustande vergrössert". Wempe setzte sich zwar dafür ein, "dass grundsätzlich Parität herrscht", konzedierte aber wohlwollend, "dass durch die Sparmassnahmen [...] verhältnismäßig weniger Schulklassen im Süden aufgehoben worden sind als im Norden, so dass die Not mit den abgebauten Junglehrern im Süden sich nicht so krass gezeigt hat".[912] So erwuchs der Regierung aus dem Landtag auf katholischer

---

[911] StAO 39 - 20670: VI. Lt., 2. Vers., 4. Sitzung, 3.11.1931, S. 70f.; OV vom 4.11.1931: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 4. November 1931; Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 12, 1.12.1931, S. 143f.

[912] StAO 39 - 20670: VI. Lt., 2. Vers., 4. Sitzung, 3.11.1931, S. 88-90; OV vom 4.11.1931.

Seite keine ernsthafte Opposition, die die oldenburgische Politik des Schulabbaus grundsätzlich in Frage stellte.

Die Notverordnungspolitik des Reiches, die von Oldenburg ohne Zögern umgesetzt wurde, verschlechterte die wirtschaftliche Lage der Lehrerfamilien in erheblichem Maße und löste Gefühle politischer Enttäuschung und Verbitterung aus.[913] Die verordneten Gehaltskürzungen sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß das Jahreseinkommen der Volksschullehrer in Oldenburg nach dem Beamtenbesoldungsgesetz von 1928 und dem Lehrerbesoldungsgesetz von 1929 ohnehin als bescheiden anzusehen war.[914] Die Politik der Gehaltskürzungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst begann mit der Verordnung vom 18. Dezember 1930, die eine generelle sechsprozentige Kürzung der Gehälter und Einkommen vorsah; davon waren auch Beamte im Vorbereitungs- und Probedienst betroffen.[915]

---

[913] KÜPPERS. Lehrerverband, S. 53ff.; BÖLLING, Volksschullehrer, S. 195ff.: Wirtschaftskrise und Notverordnungspolitik 1930 - 1932; GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 23ff.: Notverordnungspolitik und Schulabbau.

[914] GESETZBLATT, Bd. 45, Nr. 155, S. 699ff., Bd. 46, Nr. 52, S. 183ff. Nach dem Volksschullehrer-Besoldungsgesetz für den Freistaat Oldenburg vom 25. Juni 1929 erhielten die unwiderruflich angestellten Lehrer ein Grundgehalt und einen Wohnungsgeldzuschuß und gegebenenfalls Kinderzuschläge und Zulagen. Das Grundgehalt für den unwiderruflich angestellten Lehrer bewegte sich je nach Dienstaltersstufe jährlich zwischen 2 800 RM und 5 000 RM. Das Grundgehalt stieg nach Dienstaltersstufe von zwei zu zwei Jahren bis zur Erreichung des Endgrundgehalts. Die ruhegehaltsfähige Stellenzulage für Hauptlehrer an Volksschulen betrug 200 bzw. 300 RM. Der Wohungsgeldzuschuß wurde auf der Basis des Besoldungsgesetzes vom 25. Mai 1925 gewährt und betrug je nach Dienstaltersstufe für den unwiderruflich angestellten Volksschullehrer 720 bzw. 960 RM; verheiratete Lehrerinnen erhielten die Hälfte. Für jedes eheliche Kind erhielt der Volksschullehrer wie der Beamte in Oldenburg monatlich 20 RM. Widerruflich angestellte Lehrer - Lehrer, die die zweite Lehrerprüfung, die Hauptprüfung, noch nicht absolviert hatten - erhielten eine jährliche Grundvergütung von 2 350 RM (im ersten und zweiten Beschäftigungsjahr), von 2 500 RM (im dritten und vierten Beschäftigungsjahr) und von 2 650 RM (im fünften Beschäftigungsjahr). Ihr Wohnungsgeldzuschuß betrug jährlich 720 RM, der Kinderzuschlag für jedes eheliche Kind 20 RM. Die Kaufkraft dieses Einkommens läßt sich aus folgendem Vergleich erschließen: Das Cloppenburger Textilgeschäft Thambusch-Meyer bot im März 1933 Herrenanzüge zum Preis von 17,50 bis 54,50 RM an (MT vom 15.3.1933).

[915] GESETZBLATT, Bd. 46, Nr. 191, S. 679-682. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften wurden vom Staatsministerium in der Bekanntmachung vom 12. Januar 1931 getroffen. Darin wurde deutlich gemacht, daß durch die Verordnung "die Dienst= und Versorgungsbezüge **im ganzen**, nicht in ihren einzelnen Bestandteilen" der Kürzung unterworfen wurden. Der Kürzung unterlagen alle vom 1. Februar 1931 ab zustehenden kürzungspflichtigen Bezüge "ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Auszahlung". Zu den von der Kürzung betroffenen Versorgungsbezügen gehörten auch die örtlichen Sonderzuschläge, nicht aber die Kinderzuschläge. Ein Monatsgehalt von beispielsweise 352,63 RM, das einen Kin-

Die 2. Verordnung des Reichspräsidenten zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 5. Juni 1931 sah für die Beamten, Lehrer, Versorgungsempfänger, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeindeverbände eine zweite Gehaltskürzung vor. Danach wurden die Einkommen vom 1. Juli 1931 an gestaffelt um weitere mindestens 4% und höchstens 8% gekürzt.[916] Die Verordnung des Staatsministeriums vom 24. September 1931, die auf der Verordnung des Reichspräsidenten zur "Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden" vom 24. August 1931 beruhte, sah nach Einkommen gestaffelte weitere Gehaltskürzungen von 4% bis zu 7% vor und legte die aufsteigenden Gehälter der Beamten und Angestellten des Landes für zwei Jahre länger als in den geltenden Vorschriften auf dem Niveau vom September 1931 fest. Durch eine Änderung des Besoldungsgesetzes vom 25. Mai 1928 wurde das Gehalt der Volksschullehrerinnen in Oldenburg generell um 10% gekürzt.[917] Die Verordnung des Staatsministeriums vom 22. Dezember 1931, die auf der 4. Notverordnung des Reichspräsidenten zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 8. Dezember 1931 beruhte, sah eine dritte Gehaltskürzung vor. Danach wurden Gehälter und Einkommen im öffentlichen Dienst zum 1. Januar 1932 um weitere 9 % gekürzt.[918]

Die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage durch den Regierungswechsel in Oldenburg erfüllte sich nicht. Zur großen Enttäuschung der oldenburgischen

---

derzuschlag für zwei Kinder in Höhe von 40 RM enthielt, wurde reduziert auf 333,87 RM. (Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 11, 14.1.1931, S. 39-41)

[916] Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 140, 18.6.1931, S. 567-575. Dabei war die zweite Gehaltskürzung an den Bezügen vorzunehmen, die den Bezugsberechtigten ohne Rücksicht auf die erste Gehaltskürzung zustehen würden. Je nach Ortsklasse betrug die erste und zweite Gehaltskürzung bei einem Jahreseinkommen von 3 000 bis 6 000 RM 11 % bzw. 12 %. Von einem Monatseinkommen von 283,84 RM, das Grundgehalt und einen Wohnungsgeldzuschuß enthielt, verblieben dem Empfänger nach der ersten und zweiten Gehaltskürzung 252,28 RM (Kürzung um 12 %).

[917] GESETZBLATT, Bd. 47, Nr. 99, S. 496-501; Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 11, 1.11.1931, S. 135f.; Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 225, 25.9.1931, S. 919f. Nach dieser weiteren Verordnung wurde ein Jahreseinkommen, das zwischen 3 000 und 6 000 RM lag, um ca. 17 % reduziert. Die sog. "Aufrückungssperre" wurde durch die Verordnung des Staatsministeriums vom 22. Dezember 1931 mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 aufgehoben. (GESETZBLATT, Bd. 47, Nr. 124, S. 651; Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 1, 1.1.1932, S. 20) Der entstehende Ausfall wurde durch weitere Gehaltskürzungen kompensiert.

[918] GESETZBLATT, Bd. 47, Nr. 124, S. 651f.; Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 300, 23.12.1931, S. 1273-1279. Nach dieser dritten Gehaltskürzung wurde ein Jahreseinkommen, das zwischen 3 000 und 6 000 RM lag, je nach Ortsklasse um insgesamt 20 % bzw. 21 % gekürzt.

Lehrerschaft kürzte die nationalsozialistische Regierung Röver durch die Verordnung vom 15. September 1932 die Gehälter der öffentlich Bediensteten und der Lehrer zum 1. Oktober 1932.[919] In der Katholischen Schulzeitung machte sich Enttäuschung breit. Da die Gehälter in den letzten Jahren um 20 % bis 25 % gekürzt worden waren, stellten die neuerlichen Kürzungen einen erheblichen Einschnitt dar. "Trotz der verschleierten Gehaltskürzung durch Hinausschiebung der Zahlungstermine" würden weitere Kürzungen vorgenommen, so die Katholische Schulzeitung. Alle Bemühungen beim Ministerium, "die Oldenburger Beamten und Lehrer nicht schlechter zu stellen als die Kollegen im Reiche", seien trotz der Unterstützung aus Kreisen des Handwerks und des Handels gescheitert.[920] Die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins, die am 1. Oktober 1932 in Cloppenburg tagte, reagierte auf die finanz- und schulpolitische Entwicklung verbittert. Die Frage der Gehaltszahlungen sei "zu einer brennenden Lebensfrage" geworden. Es werde anerkannt, daß viele Gemeinden sich in einer Notlage befänden, aber in einigen Fällen fehle es "an dem guten Willen", auch jetzt "der Lehrerschaft das zu geben, was ihr zukommt". In einer Entschließung erhob die Versammlung "Protest gegen den Nichtempfang des Vorsitzenden des Landeslehrervereins und die Antwort des Ministeriums, daß Vertreter des Deutschen Beamtenbundes und der ihm korporativ angeschlossenen Verbände künftig nicht mehr empfangen werden". Der Protest richtete sich auch gegen die von der nationalsozialistischen Regierung Röver beabsichtigte Amtsenthebung der Schulräte Schlüter und Stukenberg. Resigniert stellte der Katholische Lehrerverein fest, daß in den letzten Jahren "eine merkliche Wandlung" vor sich gegangen sei. Die Lehrerschaft würde "mit Neuerungen überschüttet", denen sie in der Tat "mit einer gewissen Skepsis" begegne. "Tages= und Zeitfragen, die Stand, Konfession und Volk angehen", drängten sich in den Vordergrund und verlangten "Aufklärung und allseitige Beleuchtung".[921] Die Vechtaer OV wies in einem Kommentar zur Dispensierung der Schulräte Schlüter und Stukenberg darauf hin, daß Südoldenburg "allen Plänen Widerstand leisten" werde, "die mit den katholischen Erzie

[919] GESETZBLATT, Bd. 47, Nr. 239, S. 1009ff. Die Gehaltskürzung, die am 1. Oktober 1933 in Kraft trat, sah folgende Staffelung vor: Gehälter bis 2 500 RM: 0 %; Gehälter von 2 500 bis 3 000 RM: 3 %; Gehälter von 3 000 bis 6 000 RM: 6 %; Gehälter von 6 000 bis 9 000 RM: 12 %; Gehälter über 12 000 RM: 20 %. Die Maßnahme beruhte auf der Verordnung des Reichspräsidenten zur "Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden" vom 24. August 1931 und der 3. Verordnung des Reichspräsidenten zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 6. Oktober 1931.

[920] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 10, 1.10.1932, S. 89.

[921] Katholische Schulzeitung, Jg. 24, Nr. 11, 1.11.1932, S. 94.

hungsgrundsätzen nicht voll im Einklang stehen". Im Hinblick auf den Nationalsozialistischen Lehrerbund erklärte die OV noch im September 1932:

> "Das Schulprogramm des nationalsozialistischen Lehrerbundes lehnen wir, als nicht im Einklang mit katholischen Erziehungsgrundsätzen stehend, entschieden ab. Darüber darf niemand einen Zweifel haben."[922]

Zur "Ausschaltung der nicht nationalsozialistischen Beamtenorganisationen von jeglicher Verbindung mit der Regierung", gegen die sich der Katholische Lehrerverein auf seiner Generalversammlung am 1. Oktober 1932 in Cloppenburg erklärte, fragte die OV kämpferisch an, ob diese Praxis in Zukunft "allgemein Geltung" haben sollte. Wenn das der Fall wäre, würde das "die Aufrichtung eines einseitigen Parteiregiments nach jeder Richtung hin bedeuten", und "alle Fragen würden dann rein nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten entschieden, personell und sachlich". Die Zentrumspresse forderte politische Rücksichtnahme ein:

> "Dabei steht die Mehrheit des oldenburgischen Volkes nicht hinter der NSDAP. Wir glauben, daß eine solche, allgemein geübte Praxis nicht dem Wohl des Volkes dient, und die Regierung sollte im Interesse des Ganzen zu der stets in Oldenburg geübten Praxis, daß alle ihre Wünsche und Forderungen unterbreiten können und auf Wunsch auch alle gehört werden, zurückkehren, ferner mit **allen** in Betracht kommenden Organisationen verhandeln, soweit Organisationen vor Erlaß von Maßnahmen gutachtlich gehört werden müssen bzw. zweckmäßig gehört werden."[923]

Mit der nationalsozialistischen Regierungsübernahme am 16. Juni 1932 wurde der Kampf der aufgebrachten Berufs- und Standesorganisationen gegen Gehaltskürzungen, die die oldenburgische Notverordnungspraxis im Zeitraum von 1930 bis 1932 im wesentlichen enthielt, zum Politikum und bestimmte spätestens seit dem Herbst 1932 die Auseinandersetzung mit der NSDAP. Ursache und Gegenstand neuer Konflikte bildeten erste Nachrichten über eine bevorstehende Verwaltungsreform, die die katholische Lehrerschaft noch am Ende des Jahres 1932 erreichten und in ihren Kreisen große Sorge um einen weiteren Schulabbau auslösten. Die Katholische Schulzeitung hegte aber die Hoffnung, daß sich die höchste Schulbehörde "schützend vor die Volksschule, der der Nachwuchs des Volkes zu neun Zehnteln anvertraut ist", stelle und weitere Abbaumaßnahmen energisch ablehne.[924]

---

[922] OV vom 23.9.1932.
[923] OV vom 26.9.1932.
[924] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 1, 1.1.1933, S. 4f. Diesem Zweck dienten auch eine Verhandlung in der Katholischen Abteilung des Ministeriums der Kirchen und Schulen am 29.

Aufgrund ihrer konfessionellen Bindung blieben die katholischen Lehrer aber weitgehend dem Zentrum treu und lehnten einen Wechsel zu einer anderen Partei, die sich stärker für ihre wirtschaftlichen Interessen einsetzte, aus diesen Gründen ab:

> "Wenn ich nicht Katholik gewesen wäre, hätte ich SPD gewählt! Sie war lehrerfreundlicher."[925]

Mit diesen Worten schilderte ein katholischer Lehrer in der Brüning-Ära seine politische Einstellung, die einen Wechsel in das sozialdemokratische Lager nicht aus Überzeugung, wohl aber aus konfessionellen Rücksichten ausschloß. Aufgrund der Gehaltseinbußen, die aus der Notverordnungspolitik Brünings resultierten, einer weitverbreiteten öffentlichen Diskriminierung ihres Standes und einer strikten Kirchenaufsicht, die ihr Ansehen als Zivilstaatsdiener und Pädagogen herabsetzte, befanden sich katholische Lehrerkreise in der Zeit von 1930 bis 1933 in einer desolaten moralischen Verfassung, die ihr Selbstbewußtsein zusehends untergrub und sie für einen Neuanfang öffnete, wenn er sich politisch ergeben sollte.

Ein umstrittenes Beispiel für die strikte Kirchenaufsicht war die in der oldenburgischen Dienstanweisung für Volksschullehrer enthaltene Pflicht zur Beaufsichtigung der Schüler beim Gottesdienst, der in der Regel an jedem Werktag vor Schulbeginn stattfand. Auf eine Eingabe des Katholischen Lehrervereins hin wurde im Sommer 1933 vom Reichsinnenministerium ein

---

Dezember 1932, an der auf Seiten der katholischen Lehrerschaft der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins, Bernard Lange, und Konrektor Heinrich Bockhorst, der Redakteur der Katholischen Schulzeitung, teilnahmen, und eine Besprechung mit Staatsminister Spangemacher am 5. Januar 1933, bei der die katholische Lehrerschaft durch den Vorsitzenden Bernard Lange und durch die Lehrer H. Kalvelage und gr. Holthaus vertreten war. Als erste Schritte einer konstruktiven Besoldungspolitik der nationalsozialistischen Regierung Röver wertete die Schulzeitung die Bekanntmachung vom 4. November 1932, nach der die Vergütung der Lehramtskandidaten gemäß der Verfügung vom 27. September 1932 auch dann auf 150 RM festgesetzt wurde, wenn sie mit der Vertretung eines erkrankten oder beurlaubten Lehrers oder mit der Verwaltung einer neu eingerichteten Lehrerstelle beauftragt wurden. Die Junglehrer, die nach den Verfügungen vom 17. und 27. September 1932 vergütet wurden, sollten nach einer Bekanntmachung vom 8. Dezember 1932 gegebenenfalls die vollen gesetzlichen Kinderzuschläge erhalten. Die in Aussicht gestellten Unterhaltszuschüsse wurden aber nicht gezahlt. (GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 33)

[925] Oberstudienrat Paul Willenborg, Cloppenburg, über seinen Vater Paul Willenborg, der im besagten Zeitraum als Hauptlehrer in der kleinen Bauerschaft Harkebrügge tätig war. (Interview vom 1.12.1997)

Gutachten vorgelegt, das diese Dienstanweisung für rechtswidrig erklärte, weil sie gegen Art. 137,4 der Weimarer Reichsverfassung verstoße.[926] Der oldenburgische Minister der Kirchen und Schulen, Heinz Spangemacher (NSDAP), teilte dem Katholischen Lehrerverein daraufhin mit, daß die Beaufsichtigung der Schüler beim Gottesdienst in der Kirche grundsätzlich der "Entschließung des Lehrers überlassen" sei, knüpfte diese Anordnung aber an ausgefallene konkrete Bedingungen. In der Praxis werde sich nach Auffassung der Katholischen Schulzeitung jedoch "kaum etwas ändern", da die katholische Lehrerschaft nach wie vor bereit sei, die Beaufsichtigung der Schüler beim Gottesdienst zu übernehmen.[927]

5.2.1. Die Haltung des Katholischen Lehrervereins: "Die Lehrerschaft ist nervös bis in die Fingerspitzen."

An Kritik aus den Lehrerverbänden an der Notverordnungs- und Schulabbaupolitik fehlte es in Oldenburg nicht. Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg kritisierte in seinem Organ, der Katholischen Schulzeitung, fortlaufend die oldenburgische Schulpolitik des Klassen- und Stellenabbaus und der Gehaltskürzungen. Die Argumente waren berufs- und schulspezifischer und nicht parteipolitischer Natur. Die Katholische Schulzeitung setzte sich mit der oldenburgischen Finanz- und Schulpolitik als unpolitische Interessenvertretung unter Wahrung und Beachtung ihres konfessionellen Standpunktes auseinander. Angesichts der zunehmenden Polarisierung, die mit den Landtagswahlen des Jahres 1931 unübersehbar die oldenburgische Landespolitik erfaßte, zog sich die Schulzeitung zusehends aus dem ‘Parteienstreit’ zurück und beobachtete das politische Tagesgeschehen in Oldenburg aus neutralem Blickwinkel.[928] Zur Entpolitisierung der katholischen Lehrerschaft trug insbesondere auch die Ver

---

[926] Dieser Artikel lautete: "Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit oder zur Teilnahme an religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden." (VERFASSUNGEN, S. 100)

[927] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 9, 1.9.1932, S. 81. Die Bedingungen sahen im einzelnen vor: "Der Lehrer hat sich jedoch allgemein über seine Bereitschaft oder Nichtbereitschaft zu der Beaufsichtigung zu erklären. Er ist verpflichtet, die Aufsicht zu übernehmen, solange er nicht seine bisherige Bereitschaft erklärtermaßen aufgegeben hat bezw. solange er seine positive Bereitschaftserklärung aufrecht erhält."

[928] SCHAAP, Weg, S. 201, 206, 210. Die NSDAP errang bei der Landtagswahl am 17. Mai 1931 37,2 % der Stimmen und 19 Mandate (1928: 7,5 % bzw. 3 Mandate). Bei der Reichstagswahl am 14. September 1930 hatte die NSDAP in Oldenburg bereits 27,3 % erhalten; der Reichsdurchschnitt dieser Partei lag bei 18,3 %.

ordnung vom 17. Februar 1931 bei, die jede parteipolitische Äußerung in der Schule untersagte:

> "Im Interesse des Unterrichts und der Erziehung muß jede Parteipolitik von der Schule ferngehalten werden. Demnach wird jede parteipolitische Betätigung der Schüler in der Schule unbedingt verboten, ebenso jede parteipolitische Beeinflussung der Schüler in der Schule sowohl durch Lehrer wie durch außerhalb der Schule stehende Personen oder Verbände untersagt. Für die Durchführung dieser Anordnung sind die Schulleiter (Direktoren, Rektoren, Hauptlehrer) verantwortlich."[929]

Die Katholische Schulzeitung gab die Anordnung ohne Kommentar wieder.[930] Der Katholische Lehrerverein unterstützte einen Protest des Oldenburger Beamtenbundes, der auf seiner Sitzung am 18. April 1931 festgestellt hatte, daß den Lehrern in verschiedenen Gemeinden in Oldenburg die Gehälter nicht rechtzeitig bzw. in Raten augezahlt worden seien.[931] Gegen einen umfassenden Katalog von Sparmaßnahmen im Volksschulwesen äußerte der Vorstand des Katholischen Lehrervereins Bedenken, die Ministerpräsident Cassebohm am 24. August 1931 unterbreitet wurden. Wenn diese Maßnahmen zur Durchführung kommen sollten, konstatierte die Schulzeitung, würde "in verschiedenen Gemeinden das Schulwesen um Jahrzehnte in seiner Entwickelung zurückgeworfen" werden.[932] Am Ende des Schuljahres 1930/31 zog die Katholische

---

[929] Oldenburgische Anzeigen Jg. 186, Nr. 43, 20.2.1931, S. 165: Anordnung des Ministeriums der Kirchen und Schulen, unterzeichnet von Ministerpräsident Cassebohm.

[930] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 3, 1.3.1931, S. 36. Wiederholt wurde die ministerielle Anordnung durch eine Verfügung des Oldenburgischen Oberschulkollegiums, in der es hieß: "Das Oberschulkollegium hat schon seit Jahren mit steigender Sorge wahrgenommen, daß manche Lehrer sich nicht enthalten, auf ihre Schüler, sei es im Unterricht, sei es außerhalb des Unterrichts, in einseitig politischer Richtung einzuwirken. Das mag in dieser politisch bewegten Zeit selbstverständlich sein, ist aber unvereinbar mit der Aufgabe der Schule. Wie unheilvoll und verwirrend solche Einflüsse auf die freie Entwicklung des einzelnen wirken können, zeigt schon die Ueberlegung, daß Lehrer, die politisch auf verschiedenen Standpunkten stehen, ihren Einfluß möglicherweise in entgegengesetzter Richtung geltend machen. Parteipolitik gehört ein für allemal nicht in die Schule!" (Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 4, 1.4.1931, S. 47)

[931] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 5, 1.5.1931, S. 58f. Die meisten Kommunen, um die es sich hier handelte, befanden sich in Südoldenburg; es waren Altenoythe, Lindern, Garrel, Goldenstedt, Visbek und Friesoythe. Die Vertreterversammlung des Oldenburger Beamtenbundes lehnte auf dieser Sitzung auch den Entwurf eines Pensionskürzungsgesetzes ab, das vom Reichsrat bereits angenommen worden war. Es sei aber zu erwarten, daß der Reichstag es ablehnen werde.

[932] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 9, 1.9.1931, S. 107. Zu den Sparmaßnahmen zählten die Aufhebung und Zusammenlegung von Schulen, die Zusammenlegung von Klassen, die die Regelklassenstärke enorm erhöhen würde, und die Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrer und Lehrerinnen; besonders notleidenden Gemeinden wurde gestattet, im Abbau über diese

Schulzeitung eine negative Bilanz. Über der Volksschule schwebe "das Gespenst des Schulabbaus" und bringe "große Unsicherheit in den Unterrichtsbetrieb und ganz besonders in die Lehrerschaft" hinein. Ganze Schulsysteme würden "auf diese Weise zerschlagen" und um eine oder mehrere Klassen reduziert. Darunter hätten besonders die "katholischen Diasporaschulen" zu leiden, da Erziehung und Unterricht "bei den besonders gelagerten Verhältnissen der Diaspora" viel schwieriger zu gestalten sei als in den katholischen Gemeinden Südoldenburgs. Die "ersten Opfer des Abbaus" seien Junglehrer, die ohne Entschädigung und ohne Unterstützung "in die endlose Zahl der Arbeitslosen" eingereiht würden. Angesichts dieser kritischen Lage dürften die Lehrer erwarten, "daß nämlich die seit Jahren betriebene Herabsetzung (um nicht zu sagen 'Hetze') der Lehrerschaft endgültig aufhört". Ein Kollege habe die Stimmung unter den oldenburgischen Lehrern auf die kurze Formel gebracht:

> "Die Lehrerschaft ist nervös bis in die Fingerspitzen." [933]

Die Überwindung dieser materiellen und moralischen Krise könne nur gelingen, wenn die Diskriminierung der Lehrerschaft beendet und ihre Verbindung mit dem Volke wiederhergestellt würde. Der Kamper Volksschullehrer Eduard Blömer zeigte in der Katholischen Schulzeitung einen organischen Weg zur Lösung der Konflikte auf:

> "Aber sollte nicht der Mut sinken in der krisenerfüllten Gegenwart, bei der allgemeinen Not des Volkes, in einer Zeit des Haders, der Zwietracht, der Mißgunst, einer Zeit des Abbaus und der Notverordnungen? Nein, und nochmals nein, wir Lehrer, Bildner, Volkserzieher müssen doch noch an Volk und Menschheit glauben, dürfen nicht irre werden am Gelingen des großen Werkes. Gerade der Lehrer ist berufen, an der Bele

---

Maßnahmen noch hinauszugehen. An der Besprechung nahmen neben Ministerpräsident Cassebohm auch die Ministerialräte Christians und Teping, die Oberschulräte Heering, Korte und Rehling sowie die Vorsitzenden der Lehrer- und Lehrerinnenvereine teil.

[933] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 10, 1.10.1931, S. 123f. Der Böseler Lehrer Josef Hachmöller sah besonders in der anhaltenden Diskriminierung der Volksschullehrer eine große Gefahr und richtete an die 'produktiven' Stände den dringenden Appell, die Vorurteile abzubauen und die Gegensätze zu überwinden: "Und ihr, Handwerker, Kaufleute, Landwirte, Arbeiter, kritisiert ruhig, aber gerecht und vergrämt nicht einen Stand, dem eure Kinder anvertraut sind; denn in die Schule, unter die Kinder gehört nicht ein griesgrämiges Gesicht, sondern eines voller Sonne und Freude." Viele Lehrer und Lehrerinnen leisteten freiwillige, unentgeltliche Nebenarbeit "zum Wohle des Volkes in Gesang=, Turn=, Jünglings=, Jungfrauen=, Gesellen=, Arbeiter= ja sogar landwirtschaftlichen Vereinen" und setzten dort "Zeit, Nerven und oft noch Geld" ein. (HACHMÖLLER, Josef: Es liebt die Welt das Strahlende zu schwärzen / Und das Erhabene in den Staub zu ziehen, IN: Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 10, 1.10.1931, S. 122f.)

bung des Volkstums mitzuschaffen. Woher soll eine Gesundung kommen, wenn er sich nicht mehr als ein organisches Glied d. Volkes fühlt, wenn er nicht ein Mann des Vertrauens für die Allgemeinheit ist? Er ist an erster Stelle mitverantwortlich für das Volk, er ist ein Träger der seelischen Verbindung von Volk und Staat. Sein Stand und seine Stellung verlangen, daß eine lebendige, organische Verbindung mit dem Ganzen seine Lebensaufgabe durchzieht, und wenn auch Fehlschlag und Enttäuschung ihn noch so mutlos machen."[934]

Zusehends trat in den Ausgaben der Katholischen Schulzeitung seit dem Bekanntwerden der ersten Abbaupläne in der ersten Hälfte des Jahres 1931 das diffuse Ideologem der "Volksverbundenheit", das politisch disponibel war, als Ersatz- und Kompensationsformel für eine politische Lösung der Krise auf. Seine "Abwehrtätigkeit" stellte der Katholische Lehrerverein indes nicht ein. Einen Höhepunkt erreichten diese Proteste im Herbst 1931, als auf der Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins am 1. Oktober 1931 eine Kundgebung unter dem Motto "Kind, Schule und Schulabbau" gegen die oldenburgische Finanz- und Schulpolitik durchgeführt wurde. Der Versammlung in der Cloppenburger "Walhalla" vorausgegangen waren drastische Maßnahmen zum Schulabbau, die in den Bauerschaften Tweel und Garen zur Einrichtung von sog. "Schleppklassen" geführt hatten.[935] In Anwesenheit des Cloppenburger Bürgermeisters Dr. Heukamp, von Dechant Hackmann (St. Andreas) als Vertreter der Geistlichkeit und einigen Gemeindevorstehern, die die Interessen der besonders vom Schulabbau betroffenen kleineren Landgemeinden in Südoldenburg vertraten, beklagte die Versammlung den Niedergang des Volksschul

[934] BLÖMER, Eduard: Volksverbundenheit des Lehrers der Gegenwart, IN: Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 10, 1.10.1931, S. 121f. Einen Monat später griff der Delmenhorster Lehrer Alwin Stubbe den Begriff der Volksverbundenheit wieder auf. Er erkannte in ihm kein "Gleichsein", sondern eine nach Stand und Aufgabe verschiedene Zugehörigkeit zum Volksganzen. Auf den Lehrer bezogen, bedeutete das: "Volksverbunden ist der Lehrer, wenn er seine, gerade seine Stelle im Organismus der dörflichen, städtischen Gemeinschaft voll ausfüllt. Der Lehrer ist in dieser Gemeinschaft ein Glied, ein kleines Rad - ganz stimmt der Vergleich nicht - wie der Schmied, der Schuster solche Glieder sind." (STUBBE, Alwin: Volksverbundenheit des Lehrers der Gegenwart. Wege und Abwege. 'Niemand kann zwei Herren dienen.', IN: Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 11, 1.11.1931, S. 132f.)

[935] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 11, 1.11.1931, S. 129. Die Schulzeitung sprach von 36 jungen Lehrern und Lehrerinnen, die dem Schulabbau zum Opfer gefallen seien. Aber "dank der Fürsorge des Katholischen Oberschulkollegiums" würden alle Junglehrer, die bislang im Schuldienst beschäftigt gewesen seien, auch in Zukunft im Dienst bleiben. Eine "untragbare Härte" stelle es allerdings dar, daß sie nur zur Hälfte oder zu einem Drittel Beschäftigung und Gehalt fänden. Die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins appellierte an das Oberschulkollegium, die von preußischen Junglehrern besetzten Stellen oldenburgischen Junglehrern zu übertragen.

wesens, der politisch nicht mehr zu verantworten sei. Gemeindevorsteher Mähler aus Damme erinnerte an das Kriegswort Wilhelms II. "Ich kenne keine Parteien mehr" und wandte es in abgewandelter Form auf die gegenwärtige kritische Lage an:

> "Ich kenne keine Standesparteien mehr, sondern nur eine gemeinsame Not, eine Volksnot."

In seiner Resolution setzte sich der Katholische Lehrerverein dafür ein, die Volksschulen soweit finanziell und personell auszustatten, daß sie ihren Erziehungsauftrag auch in Zukunft noch wahrnehmen könnten. Eine Gesellschaft sei "übel beraten", wenn sie "in Verkennung des Wertes der Jugendbildung Kulturdrosselungspolitik" betreibe. Insbesondere erhob der Lehrerverein Einspruch dagegen, daß die Abstriche im Schulhaushalt der Länder und Gemeinden stärker erfolgten als auf anderen Gebieten. Die Gesamtheit der Sparmaßnahmen habe die Volksschule "an den Rand des Abgrunds" gebracht und katastrophale Folgen für die deutsche Nation:

> "Sie schaltet die Volksschule aus als Mittel für den Wiederaufstieg unseres zerrissenen und gequälten Vaterlandes. Aus vaterländischer Sorge richtet daher der Kath. Lehrerverein an das Ministerium die dringende Bitte, die Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Volksschule einer erneuten Nachprüfung zu unterziehen und neue Wege zu suchen, die imstande sind, Kind und Volksschule zu schützen. Die deutsche Jugend wird den ungeheuren Schwierigkeiten auf allen Arbeitsgebieten nicht gewachsen sein, wenn die Qualität der Schulen nicht erhalten bleibt. Unsere Volksbildung ist für d. verarmte Deutschland das einzige Volksvermögen. Ein Herabsinken der Bildungshöhe des deutschen Volkes erschüttert das Vertrauen der Welt zu Deutschlands Kraft und bedroht Deutschlands Zukunft."[936]

Die Katholische Schulzeitung informierte ihre Leserschaft regelmäßig über die Entwicklungen in anderen deutschen Ländern.[937] In einem Rückblick auf das Jahr 1931, das "der Lehrerschaft des Oldenburger Landes noch lange in unangenehmer Erinnerung bleiben" werde, führte die Schulzeitung wiederum Klage über die fortgesetzte Diskriminierung des Lehrerstandes:

> "Trotz der Opfer, die Lehrerschaft und Schule ohne Murren in Anerkennung der Notlage unseres Volkes auf sich genommen haben, fanden bestimmte Kreise noch den traurigen Mut, die schwierige Stellung der Lehrerschaft durch giftgefüllte Angriffe und Vorwürfe zu erschweren."

---

[936] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 11, 1.11.1931, S. 130.
[937] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 12, 1.12.1931, S. 142: Sonderkürzungen in deutschen Ländern.

Deshalb sei es auch für die katholischen Lehrer notwendig, "die Frage der Verbundenheit des Lehrers mit dem Volke und der Bedeutung der Volksschule" eingehend zu erörtern und in einem neuen Licht zu sehen.[938] Die im Zuge des Schulabbaus vollzogene Schließung der katholischen Schule in der Diasporagemeinde Jever, der einzigen katholischen Volksschule des Jeverlandes, verstand die Schulzeitung als einen politischen Affront gegen die katholische Minderheit im Lande. Man frage sich, ob diese gravierende Umstellung "um einer Schule mit nur einer Klasse und eines Lehrers willen" notwendig sei, "zumal doch dem Ministerium die grundsätzliche Stellungnahme des katholischen Volksteils zu dieser Frage bekannt" sei.[939]

Das Gefühl, gegenüber dem evangelischen Norden des Landes politisch zurückgesetzt zu werden, hielt im katholischen Süden in der Weimarer Republik unvermindert an. Ein Beispiel dafür war die unausgewogene Schulpolitik. Die Katholische Schulzeitung machte immer wieder auf die chronische Benachteiligung des Südens gegenüber dem Norden aufmerksam: Allein im Süden gebe es gegenwärtig so viele Klassen mit 70 bis 80 Schülern wie in allen anderen Landesteilen zusammen und mehr Klassen mit 60 bis 70 Schülern als im Norden.[940] Ähnlich dramatisch entwickle sich die Einkommenssituation der Lehrer in Südoldenburg:

> "Während in einigen Gemeinden das Gehalt unpünktlich gezahlt wurde, zahlten andere Gemeinden das Gehalt nur teilweise aus; in vielen Fällen wurde der Gemeindeanteil zurückbehalten, in anderen Fällen behielt man auch sogar einen Teil des Staatszuschusses zu den Lehrerbesoldungen zurück, um ihn für andere Zwecke zu verwenden. Zeitweise waren es im südlichen Oldenburg 18 bis 20 Gemeinden, die das Gehalt nicht pünktlich oder nicht voll auszahlten. Bis zur Höhe von 2 Monatsgehältern waren einige Gemeinden mit der Zahlung im Rückstande. Viele Kollegen litten und leiden noch jetzt bitter unter diesen unerquicklichen Verhältnissen. Woher sollen sie das Geld nehmen für Kost und Wohnung, Kleidung und eine Fortbildung, die Ausbildung der heranwachsenden Kinder usw. Die Banken sperren ihnen stellenweise den Kredit!"[941]

Aber politische Konsequenzen zog die Katholische Schulzeitung aus dieser desolaten Lage nicht. Sie blieb auch in den letzten Monaten und Wochen vor

---

[938] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 1, 1.1.1932, S. 17f.
[939] Katholische Schulzeitung Jg. 24, Nr. 3, 1.3.1932, S. 36: Gefahren für die konfessionelle Schule in Oldenburg?
[940] WILLENBORG, Schule, S. 14: Wiedergabe aus der Katholischen Schulzeitung vom 1.1.1933.
[941] Ebd.

der nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich so unpolitisch, wie sie es in den vorangegangenen Jahren und Jahrzehnten gewesen war. Die Verantwortung des Zentrumspolitikers Heinrich Brüning für die restriktive Haushalts- und Finanzpolitik im Deutschen Reich wurde von der Katholischen Schulzeitung nicht angesprochen. Ebensowenig wurde der schleichende Systemwandel, der in Oldenburg durch die autoritäre Notverordnungspraxis der beamteten Fachkabinette in den Jahren 1930 und 1932 beschleunigt wurde, von der Katholischen Schulzeitung thematisiert. Dazu fehlte es den katholischen Lehrerkreisen an demokratischer Sensibilität und vor allem an politischem Mut. Die Energien des Katholischen Lehrervereins wurden im Kampf gegen die extremen Auswirkungen der Notverordnungs- und Schulabbaupolitk aufgezehrt. So mangelte es im Frühjahr 1933 an Kraft und an dem notwendigen politischen Selbstvertrauen, um sich der nationalsozialistischen Gleichschaltung zu widersetzen. Eine spezifische Nähe zwischen der katholischen Lehrerschaft und dem Nationalsozialismus ist in Südoldenburg nicht festzustellen. Aber als selbst die deutschen Bischöfe ihre Warnungen und Verbote in der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 revidierten, stellte der katholische Glauben auch für die katholischen Lehrer keine Barriere auf dem Weg in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) mehr dar. Die Volksschulen selbst, die von den beamteten Fachkabinetten von Finckh und Cassebohm politisch vernachlässigt wurden, verfügten nicht über das erforderliche liberale und demokratische Potential, um sich dem nationalsozialistischen Regime zu widersetzen. Dazu trugen die großen Reformdefizite im oldenburgischen Volksschulwesen ebenso bei wie die Schulabbaupolitik in der Ära Brüning. Die politische Wende in Oldenburg, die mit der Bildung des ersten nationalsozialistischen Kabinetts Röver am 16. Juni 1932 zum vorläufigen Abschluß gelangte, provozierte die Katholische Schulzeitung nicht. Bis zu ihrer Einstellung im September 1933 diente sie dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg als unpolitisches Vereinsorgan und überschritt die Grenzen einer katholischen Vereinszeitschrift nicht.

Der Kampf gegen die dramatische Notverordnungspolitik ging einher mit einer zunehmenden Distanzierung des Katholischen Lehrervereins vom liberaldemokratischen Verfassungsdenken in der Weimarer Republik. Sie äußerte sich in der um parteipolitische Neutralität bemühten Katholischen Schulzeitung nicht in spektakulären Schlagzeilen, sondern in vermehrten Klagen, Anzeichen von Enttäuschung und Verbitterung. Das politische System selbst hatte seine Bewährungsprobe nicht bestanden und war dabei, die Existenz von Staat und Gesellschaft zu gefährden. In der politischen Zurückhaltung der Lehrerschaft

machte sich auch eine latente Skepsis gegenüber demokratischem Parlamentarismus und modernem Pluralismus bemerkbar, die die katholische Lehrerschaft nicht überwunden hatte; sie war ein Erbe der Vergangenheit. Sie verstand sich auch in der Weimarer Republik in erster Linie als Teil einer größeren Korporation, die der politische Katholizismus in Deutschland bildete. In diesen Fragen befand sich der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg in Übereinstimmung mit dem Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches, der Dachorganisation der katholischen Lehrervereine.[942] Für die Bewältigung und Beherrschung der Umbruchsituation im Frühjahr 1933 standen im politisch-sozialen Milieu in Südoldenburg keine historischen Verhaltensmuster und Erfahrungswerte zur Verfügung. Die lange Kulturkampftradition, die in der Erinnerung lebendig war, entsprach nicht mehr der neuen politischen Lage.

Dabei kam der Zentrumspartei in Oldenburg wie im Reich für die schulpolitische Stagnation und den inneren Rückzug der katholischen Lehrerschaft aus dem demokratischen Repräsentativsystem der Weimarer Republik eine große Bedeutung zu. In Oldenburg stützte sie seit 1923 die 'unpolitischen' beamteten Fachkabinette von Finckh und Cassebohm, die über kein schulpolitisches Konzept verfügten und seit 1930 eine Politik der Demontage des oldenburgischen Volksschulwesens betrieben. Mit dem endgültigen Scheitern der Entwürfe zur Verabschiedung eines Reichsschulgesetzes im Frühjahr 1928, zu dem das Zentrum aufgrund seiner Maximalforderungen beigetragen hatte, setzte sich angesichts der für eine Schulreform nach katholischen Vorstellungen ungünstig gewordenen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag in der Zentrumspartei die Überzeugung durch, "politische Enthaltsamkeit in einer ihrer ureigensten Interessengebiete üben zu müssen". Das Scheitern des Reichsschulgesetzes machte im nachhinein die Brüchigkeit jenes Weimarer Schulkompromisses deutlich, der das Simultanprinzip für die Gestaltung des Volksschulwesens zwar vorrangig einführte, aber die Bekenntnisschule unter bestimmten Voraussetzungen als gleichrangig zuließ.[943] Nach Ansicht von Heinrich Küppers drang im katholischen Lager seit dieser Zeit "immer mehr die Überzeugung durch, daß eine parlamentarisch-demokratisch angelegte Staatsordnung zwangsläufig durch die selbstzerstörerisch wirkenden Gestaltungsideen des Liberalismus und Sozialismus gefährdet sei, so daß sich eine Staatsfunktion

[942] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 82f.
[943] Verfassungen, S. 102. Der entsprechende Art. 146, Abs. 2 lautete: "Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten [...]."

nach katholischer Rechtsauffassung nicht einstellen konnte".[944] Aufgrund seiner Sperrminorität gelang es dem Zentrum durch seinen politischen Rückzug in Oldenburg wie im Reich, die Parlamente in der Wahrnehmung ihrer legitimen Kompetenzen zu lähmen und schulpolitische Reformen zu torpedieren. So entstand der Eindruck einer politischen Dysfunktionalität, die das Ansehen der republikanischen Organe und Institutionen erheblich beschädigte und vor allem mittelständische Bevölkerungsschichten, zu denen auch die Volksschullehrer zählten, dazu veranlaßte, der Weimarer Republik den Rücken zu kehren. Das galt auch für den katholischen Lehrer; denn sein Votum für das Zentrum war längst kein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie mehr, sondern politische Pflichterfüllung eines katholischen Erziehers im Dienste an Staat und Kirche.

Mehrere Artikel, die sich mit der Volksverbundenheit des Lehrers und der zunehmenden Bedeutung des Auslandsdeutschtums beschäftigten, machten seit 1931 deutlich, daß es ideologische Brücken zum Gedankengut des Nationalsozialismus gab.[945] Politisch begab sich der Katholische Lehrerverein in der Krise nach rechts. Noch vor dem Machtwechsel im Reich äußerte sich die Katholische Schulzeitung zur pädagogischen Bedeutung des Freiwilligen Arbeitsdienstes, der 1931 von der Reichsregierung "als geeignetes Mittel zur Betreuung der jugendlichen Arbeitslosen" ins Leben gerufen worden war. Das Arbeitslager erziehe den jungen Menschen durch den "Dienst am Volksganzen" und leite ihn "zur freudigen Bejahung von Staat und Volk" an. Von entscheidender Bedeutung sei die "Führerfrage", von der die erzieherische Wirkung des Arbeitslagers abhänge:

> "Natürliche Führergabe, praktische sozialpädagogische Fähigkeiten und Uebung in der Behandlung Jugendlicher sind zu fordern. Der Führer muß es verstehen, den Geist des Vertrauens und der Zucht um sich zu verbreiten und die Freizeit zu geistigem Austausch zu benutzen und den Hunger nach Erkenntnis der Lage und Stellung des Einzelnen und der Arbeitsgruppe im Wirtschafts= und Volksganzen wachzuhalten."

Die Pädagogik des Arbeitslagers richtete sich vor allem auf die Lebenszeit nach dem Arbeitsdienst und sollte Ersatz für die militärische Ausbildung sein. Darum strebe sie, so die Katholische Schulzeitung, "eine dauernde geistige Haltung

---

[944] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 45f.

[945] Katholische Schulzeitung Jg. 23, Nr. 10, 1.10.1931, S. 121f., Nr. 11, 1.11.1931, S. 132f.: Volksverbundenheit des Lehrers der Gegenwart, Nr. 12, 1.12.1931, S. 142: Gewissensappell des Auslandsdeutschtums, Jg. 24, Nr. 1, 1.1.1932, S. 18f.: Volksverbundenheit des Lehrers der Gegenwart.

zu Volksgemeinschaft und Staat" an, "ähnlich wie früher die Militärzeit zu einem lebendigen Erlebnis fürs Leben" geworden sei. Der Arbeitsdienst könne dazu beitragen, die "soziale Entrechtung und Entwertung" des Jugendlichen zu überwinden, wenn er "die Arbeit als Mittel zur Persönlichkeitsbildung" ansehe.[946] So etablierten sich auch für den Katholischen Lehrerverein im Freiwilligen Arbeitsdienst "Formen des Miteinanders, deren anerkannte Grundpfeiler Führer- und Gefolgschaft waren" und die eine offene "politische Frontstellung gegen Liberalismus und Marxismus" enthielten, indem sie die antiindividualistische und antiintellektuelle 'Pädagogik' des Arbeitslagers betonten.[947]

Der konfessionelle Primat blieb im Katholischen Lehrerverein bis zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich unbestritten. In ihrer letzten Ausgabe vor der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 meldete die Katholische Schulzeitung auf der Titelseite den Tod des Bischofs von Münster, Erzbischof Dr. Johannes Poggenburg, am 5. Januar 1933 und des Bischöflichen Offizials in Vechta, Lambert Meyer, am 2. Februar 1933. Durch ein "eigenartiges Zusammentreffen" der Ereignisse verliere die katholische Lehrerschaft nicht nur ihren Oberhirten, sondern auch dessen Vertreter im Landesteil Oldenburg. Im Sinne des verstorbenen Bischofs und gemäß seinem Lieblingswort "Wenn der Herr das Haus nicht baut, dann bauen die Bauleute vergebens" wolle sie weiterarbeiten am "verantwortungsvollen Werke der Kindererziehung". Die Schulzeitung wies darauf hin, daß Offizial Meyer als höchster kirchlicher Würdenträger im Lande und als Vorsitzender des Katholischen Oberschulkollegiums ein "doppeltes Amt mit Ruhe und Klugheit, mit herzlicher Liebe zu Priestern, Lehrern und zum katholischen Volke" ausgeübt habe.[948] Einen Blick in die schul- und kirchenpolitische Zukunft nach dem Tode des Diözesanbischofs und des Bischöflichen Offizials wagte die Katholische Schulzeitung nicht.

5.2.2. Die Haltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins: "Alle Mann an Deck! Unsere Schule ist in Gefahr!"

Aggressiver als das Vereinsorgan der katholischen Lehrerschaft attackierte das Oldenburgische Schulblatt, das vom Oldenburgischen Landeslehrerverein

[946] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 1, 1.1.1933, S. 2. Der Artikel wurde verfaßt von Hauptlehrer Joseph Gerken aus Bunnen.
[947] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 88ff.
[948] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 2, 1.2.1933, S. 9.

(OLLV) herausgegeben wurde, die oldenburgische Landespolitik. Sie unterstrich ihre Verantwortung für die desolate Lage des Volksschulwesens, das personell und pädagogisch in einen zusehends größer werdenden Rückstand auf andere deutsche Länder, insbesondere auf Preußen, gerate. Die "Kundgebung gegen den Schulabbau" am 5. September 1931, die als außerordentliche Landeslehrerversammlung vom Landeslehrerverein einberufen worden war und an der mehr als 1 000 Lehrer teilnahmen, protestierte gegen den "Generalangriff auf die Schule", der "in seiner unheimlichen Zerstörungswucht wohl mit der Dämonie eines Tankangriffs" zu vergleichen sei.[949] Heinrich Meinen, der Vorsitzende des Landeslehrervereins, bezeichnete die Verfügung vom 29. August 1931, die für den Landeslehrerverein den Auftakt zur Politik des Schulabbaus bildete, als "Kulturdokument trübster Art in der Geschichte des oldenburgischen Schulwesens", zeigte aber Verständnis für die Notwendigkeit des Sparens. Meinen protestierte scharf gegen die ungleiche Behandlung, die den Lehrern durch die Brüningsche Sparpolitik zugemutet werde:

> "Jeder von uns wird zugeben, daß in dieser übergroßen Not, in der sich Länder und Gemeinden zur Zeit befinden, auch im Schulwesen gespart werden muß. Schule und Lehrerschaft müssen Opfer bringen wie jeder andere Stand. Wir wenden uns aber aufs schärfste dagegen, daß die Einsparungen auf dem Schulgebiet rein mechanisch und schematisch mit dem Rechenstift gemacht werden. [...] Wir erheben ebenso entschieden Einspruch dagegen, daß die Abstriche im Schulhaushalt der Länder und Gemeinden wesentlich höher sind als auf andern Gebieten der Verwaltung."[950]

Die "ersten, weil wehrlosesten Opfer" seien die jungen Lehrer und Lehrerinnen, die "bei ganzen Jahrgängen auf die Straße gesetzt" würden. Von der Sorge um eine mögliche Desintegration des Landeslehrervereins umgetrieben, beklagte Meinen auf der Kundgebung besonders das Schicksal der Junglehrer und versuchte, die in Beschäftigung stehenden Volksschullehrer und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Junglehrer standespolitisch zu einen:

> "Man stelle es sich einmal vor, was es bedeutet, zwangsweise zum Müßiggang verurteilt zu werden und plötzlich vor dem Nichts zu stehen. Kann es für sie ein Trost sein,

---

[949] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 56, Nr. 38, S. 305ff.: Außerordentliche Landeslehrerversammlung am 5. September 1931 (Schluß des Berichts).

[950] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 56, Nr. 37, 10.9.1931, S. 295-299, auch zum folg. Der Edewechter Lehrer Georg Piening, 2. Vorsitzender des Landeslehrervereins, bedauerte die Abwesenheit des erkrankten Ministerpräsidenten Cassebohm und des Finanzministers Bernhard Willers, den die Kundgebung gern gesehen hätte. Der Bericht trug den bezeichnenden Titel: "Staatsvolk, wir mahnen! Volksstaat, wir warnen!" Die Lehrer wurden durch die Sparpolitik nach Ansicht von Hilke Günther-Arndt in dreifacher Weise betroffen: als Steuerzahler, als Beamte und als Lehrer. (GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 10)

wenn man sie hinweist auf Millionen Schicksalsgenossen aus anderen Berufsständen? Niemals! [...] Unverbrauchte Jugendkraft, freudige Begeisterung gehört in die Schularbeit. Die Alten zum Rat, die Jungen zur Tat!"

Lehrer Heinrich Schmidt aus Rüstringen-Neuende, Vorstandsmitglied des Oldenburgischen Landeslehrervereins, attackierte die oldenburgische Sparpolitik. Die angekündigten Maßnahmen seien "ja fast unverantwortlich" und "mit pädagogischer Vernunft nicht zu vereinbaren", ebenso zeugten sie nicht von "politischem Weitblick". Der Kampf gegen den Schulabbau werde dadurch erschwert, daß die Bestimmungen durch Notverordnungen in Kraft gesetzt würden und dadurch "Landtag, Parteien und einflußreiche Kreise einfach ausgeschaltet werden". Schmidt forderte, daß die höheren Schulen in gleichem Maßstab zu Einsparungen herangezogen werden sollten wie die Volksschulen. Die Notlage des oldenburgischen Staates stehe im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Reichsfinanzen, aber es müsse "andererseits auch hier klar und deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß in besseren Tagen der Finanzminister und die derzeitigen Mehrheiten des Landtages nicht die Steuerkraft voll ausgenutzt haben und somit doch einen Teil Schuld haben". Das Argument von Befürwortern der Sparpolitik im Lande, die Eigenstaatlichkeit Oldenburgs müsse erhalten bleiben, könne er nicht teilen. Schmidt forderte alle Mitglieder des Landeslehrervereins auf, daß sie "treu zur Stange halten und sich rückhaltlos hinter unseren bewährten Führer, Koll. Meinen, stellen". Denn es gehe nicht an, "in Zeiten solch bitterer Not zu verzagen oder durch unsachliche, übers Ziel schießende Kritik die Arbeitsfreudigkeit der Führer zu lähmen und so die Organisation zu schwächen". Schmidt wußte, daß durch die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise und der Notverordnunspolitik der Zusammenhalt des Landeslehrervereins ernsthaft gefährdet war: "Alle Mann an Deck! Unsere Schule ist in Gefahr!" Mit diesen Worten beschloß er seine Rede auf der Kundgebung des Landeslehrervereins in Oldenburg am 5. September 1931.

Meinen und Schmidt, die großen Redner auf der Kundgebung, betraten aber nicht den Boden des politischen Kampfes und wahrten parteipolitische Neutralität; sie schossen nicht "übers Ziel" hinaus. Die Analyse der Ursachen für die Krise blieb im vorpolitischen Raum und verzehrte sich in moralischen Appellen, die den Anforderungen einer politischen wie ökonomischen Kritik nicht gerecht werden konnten. Das Oldenburgische Schulblatt stellte nach der großen Kundgebung am 5. September 1931 in einem Schlußbericht die Frage "Wer ist denn aber der angreifende Feind?" und fand die Antwort in den Gesetzen der modernen Ökonomie: "Wirtschaft ist unser Schicksal." Der Gedanke des

Schicksals, das mit Volk und Kultur auch die Schule hart getroffen hatte, verhinderte den Eintritt in eine politische Analyse und Kritik:

> "Ja, es geht jetzt in der Welt um das Schicksal der Menschheit. Tritt keine entscheidende Kursänderung ein, wird man sich der allerhöchsten Verantwortung nicht bewußt, dann bleibt schließlich nur noch eine gewaltsame Lösung des Konfliktes übrig, die Ausmaße des Schreckens mit sich bringen wird, wie keine Phantasie sie auszudenken vermag. [...]
> Dann: Wehe der Menschheit! Wehe Europa! Wehe Volk und Kultur! Wehe unserer Schule! Darum sollen unsere Rufe hinausklingen in die Elternschaft, in die breite Oeffentlichkeit, bis vor die letzten verantwortlichen Instanzen. Und von diesem Appell erwarten wir Rettung. Noch ist es nicht zu spät."

Diese Gedanken wurden im Oldenburgischen Schulblatt politisch nicht zu Ende gedacht und machten vor den "letzten verantwortlichen Instanzen" halt, so daß die moralischen, von großem Idealismus getragenen Appelle ohne konkrete Wirkung blieben.[951] Nach Ansicht des Oldenburgischen Schulblattes wäre der Staat durchaus in der Lage, "durch eine entsprechende Regelung die Not zu beheben". Das Blatt mahnte das Ministerium Cassebohm unter Hinweis auf die Bedeutung des Lehrers als Staatsbeamten:

> "Denn der Lehrer ist Staatsbeamter, vom Staate wird er angestellt, der Staat weist ihm seinen Arbeitsplatz an, der Staat schreibt ihm vor, was er zu tun. Der Staat beaufsichtigt ihn, der Staat zieht ihn zur Rechenschaft, der Staat bestimmt sein Einkommen, der Staat versetzt ihn in den Ruhestand, der Staat gibt ihm sein Ruhegehalt."[952]

Damit hatte das Blatt die berufliche Stellung der Lehrerschaft und ihre enge Bindung an den Staat exakt beschrieben. Daran hatten die desolaten Beschäftigungs- und Berufsaussichten in Oldenburg nichts geändert. Besonders groß war die Not unter den Junglehrern, die in besonderer Weise vom Schulabbau betroffen waren. Um eine Abwanderung aus dem traditionellen Standesverein zu unterbinden, hatte der Oldenburgische Landeslehrerverein bereits 1919 die "Vereinigung jüngerer Lehrer" gegründet und berichtete im Schulblatt fortwährend über ihre Aktivitäten. Dabei wurde die Lage in Oldenburg wiederholt mit der in Preußen verglichen - ein Vergleich, der in der Regel zu Ungunsten des kleinen Freistaates ausfiel. Zur wirtschaftlichen Unterstützung des vom Schulabbau bedrohten Lehrernachwuchses richtete der Landeslehrerverein im Herbst

---

[951] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 56, Nr. 38, 17.9.1931, S. 305-308: Selbstbericht von Lehrer Kneehans.
[952] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 57, Nr. 25, 30.6.1932, S. 178.

1931 eine "Kasse zur Unterstützung stellenloser Junglehrer(innen)" ein.[953] Wirtschaftskrise, Stellen- und Schulabbau und Gehaltskürzungen verschärften die Krise unter den Junglehrern und machten verstärkte Anstrengungen um den Zusammenhalt des Landeslehrervereins erforderlich. Dabei galt es einer Politisierung, die vor allem von Junglehrern in die Vereine getragen werden konnte, vorzubeugen, um die Einheit des Lehrerstandes zu bewahren. Deshalb sollte Parteipolitik nicht Einzug halten in den Lehrerverein.

5.2.3. Die Junglehrernot: "Die wirtschaftliche Notlage der oldenburgischen Junglehrer ist die denkbar schlechteste."

Energischer als die Katholische Schulzeitung setzte sich das Oldenburgische Schulblatt mit der bedrückenden Situation der Junglehrer auseinander, auch vor dem Beginn der Politik des Schulabbaus. Das hatte seinen Grund darin, daß der evangelische Norden von der Arbeitslosigkeit der Junglehrer stärker betroffen war als der katholische Süden. Nach einer dem Landtag vorliegenden Regierungsauskunft waren am 1. Dezember 1932 in Oldenburg 126 evangelische und 31 katholische Volksschullehrer ohne Anstellung; nach 1933 änderten sich die Einstellungschancen nur unwesentlich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Oldenburg im Zuge der Politik des Schulabbaus auch die Lehrerausbildung eingestellt hatte. Die Lage der Schulamtsanwärter im Dienst verschlechterte sich von 1931 bis 1933 zusehends. Mitte 1932 waren von 175 Junglehrern fünf voll und 65 halb beschäftigt. Eine halbe Stelle wurde monatlich mit rund 90 RM vergütet, was nicht ausreichte, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten.[954]

Das Oldenburgische Schulblatt stellte für die Veröffentlichung von Beiträgen aus Kreisen der Junglehrerschaft breiten Raum zur Verfügung, auch wenn sich darin Interessenkollisionen zwischen den Lehrergenerationen zeigten und Enttäuschung über die mangelnde Solidarität der im Arbeitsverhältnis und unwiderruflich angestellten älteren Berufskollegen aussprach. Zur Lösung der Not

---

[953] MORISSE, E.: Die wirtschaftliche Not der Junglehrer (Eine lehrreiche Vergleichung ihrer Notlage in Oldenburg und Preußen und der Hilfsmaßnahmen der Regierungen beider Länder) IN: Oldenburgisches Schulblatt Jg. 57, Nr. 25, 30.6.1932, S. 178-181; abgedr. in: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 83-85. In der Quellensammlung von Klaus Klattenhoff sind mehrere Artikel aus dem Oldenburgischen Schulblatt zur Situation der Junglehrer zusammengestellt (S. 74-85).

[954] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 32f.

wurde das Prinzip ständischer Selbsthilfe beschworen, wie es in einem Beitrag aus dem Jahre 1931 zum Ausdruck gebracht wurde:

> "Die ständische Selbsthilfe! Das leuchtende Fanal der Solidarität! Der **ganze** Stand soll und will die Lasten unter **Mithilfe des Staates** tragen; nicht eine kleine Gruppe: [...]. Die oldenburgische Lehrerschaft setzt ein leuchtendes Beispiel ständischer Selbsthilfe für den gesamten Lehrerstand. Sie tritt dem Abbau durch eine Handlung edler Großzügigkeit und **wahrer Kollegialität** entgegen, durch die Einheit und Geschlossenheit des gesamten Standes gegenüber allen zukünftigen Angriffen stärker und fester fügend denn je."[955]

Diese Hoffnung, "die Not gebiert eine Gemeinschaft, eine echte Gemeinschaft", habe aber getrogen und sich als eine Illusion erwiesen. Die einzige konkrete Hilfe für die Junglehrer sei die Einrichtung einer Hilfskasse, die wohl Unterstützung gewähren, aber keine Arbeit beschaffen könne:

> "Junglehrerhoffen ist zerstört - Junglehrerbangen steht wieder auf -- abgrundtief! Das finstere Gespenst zieht wieder auf, grinst uns an. Was soll nun werden? Was nun? 'Aus Verzweiflung über seine Kündigung ---.' Halt ein! Aber es ist doch grausame Wahrheit! Die Wahrheit ist's. Bei **uns** darf es nicht Wahrheit werden!
> Junglehrerhoffen? -- Woher noch die Kraft nehmen zum Hoffen?"

Von Resignation und Verzweiflung erfüllte Beiträge wie diese trugen zur weiteren Demoralisierung des Lehrerstandes bei und vergrößerten die Gefahr seiner Spaltung. Nach Auffassung des Oldenburgischen Schulblattes bestand die Junglehrernot in Oldenburg in dieser drastischen Form erst seit dem 1. Oktober 1931 und war durch die rigorosen Abbaumaßnahmen hervorgerufen worden. Dabei stünden sich die Junglehrer in Preußen wesentlich besser als in Oldenburg. Während nach dem Stand vom Februar 1932 in Preußen 76 % der Junglehrer in staatliche Hilfsmaßnahmen einbezogen würden, seien es in Oldenburg nur 58 %. Das Ergebnis sei bedrückend:

> "Die wirtschaftliche Notlage der oldenburgischen Junglehrer ist die denkbar schlechteste, daran können alle Versuche, sie zu vertuschen, nichts ändern."[956]

---

[955] MORISSE, E: Junglehrerhoffen - Junglehrerbangen, IN: Oldenburgisches Schulblatt Jg. 56, Nr. S. 369f., abgedr. in: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 82.

[956] MORISSE, E: Die wirtschaftliche Not der Junglehrer (Eine lehrreiche Vergleichung ihrer Notlage in Oldenburg und Preußen und der Hilfsmaßnahmen der Regierungen beider Länder) IN: Oldenburgisches Schulblatt Jg. 57, Nr. 25, 30.6.1932, S. 178-181. Dabei handelte es sich um 101 erfaßte Schulamtsanwärter, 74 nicht erfaßte. Nimmt man den Prüfungsjahrgang 1932 hinzu, dann verschlechterte sich für Oldenburg noch das Verhältnis: 48,6 % (101) staatlich erfaßten Schulamtsanwärtern standen 51,4 % (107) nicht erfaßte gegenüber.

In oldenburgischen Regierungskreisen sei man allerdings der Meinung, daß der Staat "zur Linderung der Junglehrernot viel getan habe und daß die Lage der Junglehrer in Oldenburg wesentlich günstiger sei als in Preußen". Es sei an der Zeit, mit diesem Irrtum aufzuräumen. Bereits in der Mitte des Jahres 1932 klang das Prinzip der Selbsterhaltung an, wenn der Junglehrervertreter E. Morisse im Schulblatt erklärte:

> "Es ist deswegen eine Pflicht der Selbsterhaltung, wenn wir Junglehrer mit allem Nachdruck von allen zuständigen Stellen, insbesondere von der Regierung verlangen: Gebt uns Arbeit! Gebt uns Lebensraum! Engt ihn nicht weiter ein! Die Volksschule der Volksschullehrerschaft! Es ist aber mehr als nur eine Pflicht der Selbsterhaltung; es ist auch eine Pflicht, die wir gegenüber der Jugend und dem Volke wahrzunehmen haben, wenn wir fordern: Gebt uns Arbeit! Gebt uns Lebensraum!"

Das Oldenburgische Schulblatt setzte zur Behebung dieser Not in der Mitte des Jahre 1932 nicht mehr auf die ‘alten’ Parteien und die demokratischen Institutionen, sondern auf die Regierung Röver, die seit dem 16. Juni 1932 im Amt war. In einem patriotischen Appell rief es die neue Regierung auf, die Volksschule zu retten und den Sparkurs zu revidieren:

> "Es ist allerdings klar, daß nach der jüngsten Umlagerung der politischen Machtverhältnisse bei uns im Lande ein Appell an die jetzige Regierung*) und insbesondere an den Kultusminister bedeutungslos ist. Um so mehr richten wir diesen dringenden Appell an die kommende neue Regierung und an den neuen Landtag: **Gebt uns Arbeit! Gebt uns Lebensraum!"**[957]

In dieser konkreten Zukunftserwartung wurde das Schulblatt enttäuscht, denn die Regierung Röver setzte die Sparpolitik durch Notverordnungen zunächst fort. So waren es auch weniger politische oder ideologische als in erster Linie materielle Faktoren, die die Lage der oldenburgischen Lehrerschaft im Frühjahr 1933 bestimmten. Die "Faschisierung eines Teils der Volksschullehrerschaft" war nach Ansicht von Rainer Bölling in erster Linie "eine Reaktion auf die schockhaft empfundene Bedrohung der eigenen Existenz, die auf das ‘Versagen’ des Wirtschaftssystems und der politischen Ordnung zurückgeführt wur

---

[957] MORISSE, E.: Die wirtschaftliche Not der Junglehrer (Eine lehrreiche Vergleichung ihrer Notlage in Oldenburg und Preußen und der Hilfsmaßnahmen der Regierungen beider Länder) IN: Oldenburgisches Schulblatt Jg. 57, Nr. 25, 30.6.1932, S. 181. Anm. der Redaktion: Der Aufsatz ging in der Redaktion des Schulblattes am 16. Juni 1932 ein, an dem Tag, als die nationalsozialistische Regierung Röver im Landtag gewählt wurde. Minister der Kirchen und Schulen war bis zum 16. Juni 1932 Ministerpräsident Friedrich Cassebohm.

de". Die Loyalität in Kreisen der Lehrerschaft gegenüber dem Staat von Weimar habe aber schon merklich gelitten, bevor dieser 1930 in eine Staats- und Verfassungskrise geraten sei.[958] Die Angst vor weiterem Schulabbau und Besoldungskürzungen beeinflußte die Haltung der evangelischen wie der katholischen Lehrerschaft nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich erheblich. In seiner Ausgabe vom 26. Januar 1933 warnte das Oldenburgische Schulblatt vor weiteren Einsparungen, die neuerdings vor dem Hintergrund der angekündigten Verwaltungsreform diskutiert wurden:

> "Die Schule, im besonderen die Volksschule, ist schon so hart getroffen worden, daß eine noch weitere Einschränkung nicht mehr zu ertragen ist."

In der Frage der Besoldungsreform wies das Blatt besonders auf die arbeitsmarkt- und bevölkerungspolitischen Folgen hin, die eine Verschärfung der Junglehrernot mit sich bringe:

> "Vom bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt aus ist es nicht zu verstehen, die junge Generation finanziell so stark zu beschneiden, daß sie erst recht spät eine Familie gründen kann."[959]

Die Notverordnungspolitik, Schulabbau und Besoldungskürzungen erschütterten das Vertrauen der Lehrerschaft in den parlamentarischen Staat und die ihn tragenden Parteien zutiefst. Gefühle politischer Verbitterung, Resignation und Empörung beherrschten auch in Oldenburg seit dem Herbst 1931 die Arbeit in den Lehrervereinen. In der Verunsicherung ihrer bisher für sicher geglaubten materiellen Existenz durch die Notverordnungspolitik der Regierung Brüning machte sich ein eklatanter Vertrauensschwund gegenüber der Republik von Weimar bemerkbar.[960] Der Kampf, den beide Lehrervereine gegen die Sparpolitik im Reich wie in Oldenburg entschlossen führten, blieb allerdings unpolitisch. Unter anderen parteipolitischen Vorzeichen als die katholische Lehrerschaft verhielt sich auch die im Oldenburgischen Landeslehrerverein organisierte evangelische Lehrerschaft standesbewußt und enthielt sich damit freiwillig der politischen Kritik als des wichtigsten Instrumentes im Kampf gegen eine Behandlung der Schule, die sie selbst für verantwortungslos hielt. Beide Lehrervereine, der Oldenburgische Landeslehrerverein und der Katholische Lehrerverein, blieben auch in der Krise am Ende der Weimarer Republik ohne politisches Mandat. Dieses hätten sie sich nur selber erteilen können. Selbst die

---

[958] BÖLLING, Volksschullehrer, S. 195, 207.
[959] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 17-20, 23.
[960] BÖLLING, Volksschullehrer, S. 199.

"Kundgebung gegen den Schulabbau", die der Landeslehrerverein am 5. September 1931 durchführte, stand unter dem Diktat des Unpolitischen. Das zeigte der Konflikt um den kommunistischen Landtagsabgeordneten Gerhard Müller (Oldenburg), der auf der Kundgebung Redeerlaubnis erhielt. Heinrich van Freeden, Vorstandsmitglied des Landeslehrervereins, schildert den Einspruch, den einige Teilnehmer gegen den Auftritt Müllers erhoben:

> "Man wolle keinen Kommunisten hören. Zu Beginn der Versammlung war ausdrücklich gesagt, es würde nicht geduldet werden, daß die Sache auf ein parteipolitisches Gebiet geschoben werden würde. Die Einladung war ergangen an Lehrer und Freunde der Schule."[961]

Der unpolitische Vorsatz hatte eine gegensätzliche Wirkung. Die Affäre um den Auftritt Müllers benutzte die NSDAP in Oldenburg dazu, den Landeslehrerverein gerade politisch zu diskreditieren und bei Volksschullehrern weitverbreitete antikommunistische Ängste zu schüren.[962] Die politische Distanzierung galt der Weimarer Republik und nicht dem Staat, weder im Reich noch in Oldenburg, und schaffte durch die Trennung des Staates von der Republik eine wichtige Voraussetzung für die spätere Gleichschaltung der Lehrervereine. Die materiellen Nöte verwiesen die Lehrer in ihrer Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Lage an den Staat und nicht mehr an die republikanischen Institutionen. Sich dem Staate zu versagen hätte ihre persönliche Existenz mutwillig aufs Spiel gesetzt. Diesen Gedanken sprach Heinrich van Freeden bereits 1931 in seinem Bericht über die Kundgebung des Landeslehrervereins an, als er die Lage der Volksschullehrer in Oldenburg mit den Worten beschrieb:

> "Die Stimmung, die unter den Kollegen herrscht, ist maßlose Enttäuschung. Wir sollen hinausgeworfen werden, damit das Staatssschiff in den Hafen kommt, nein, nicht das, daß es sich noch einige Wochen halten kann."[963]

Eine ausgesprochene Nähe zum Nationalsozialismus kann auch der evangelischen Lehrerschaft in Oldenburg nicht nachgesagt werden.[964] Dabei bedeutete

---

[961] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 56, Nr. 38, 17.9.1931, S. 308. Die Rede Müllers gab van Freeden mit den Worten wieder: "Müller führte aus, warum er gegen den Bau einer Akademie gewesen sei, und daß Erfolg gegen den Abbau nur durch Mitgehen der Elternschaft möglich sei."

[962] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 36f.

[963] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 56, Nr. 38, 17.9.1931, S. 307. Junglehrervertreter Heinrich van Freeden appellierte an das Evangelische Oberschulkollegium: "Wir sind überzeugt, daß das Oberschulkollegium alles tut, um zu mildern, das möchte ich ausdrücklich sagen."

die Abkehr von der Weimarer Republik, die in beiden Lehrervereinen in Oldenburg zu beobachten war, nicht zugleich die spontane Hinwendung zur nationalsozialistischen Politik und Ideologie. Sie war aber entscheidend mit für die Umbruchsituation im Frühjahr 1933 verantwortlich, in der sich die Gleichschaltung der beiden oldenburgischen Lehrervereine vollzog. Die Reaktion der evangelischen wie der katholischen Lehrerschaft auf die dramatische politische Lage im Frühjahr 1933 zeigte aber auch deutlich, in welchem Umfang die Volksschullehrer in Oldenburg in politischer Hinsicht unsicher geworden waren. Dabei wurde der Katholische Lehrerverein außerdem noch Opfer einer selbstauferlegten politischen Beschränkung, die unter dem konfessionellen Tabu in der Weimarer Republik nicht reflektiert worden war.

[964] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 84.

6. Politischer Extremismus in Südoldenburg am Ende der Weimarer Republik: KPD und NSDAP

6.1. Der politische Extremismus der KPD

Obwohl es an einem ausgeprägten politischen Linksextremismus in Oldenburg fehlte, galt die KPD als vorrangiges Ziel staatlicher Überwachung, in die auch Südoldenburg einbezogen wurde. Aufgrund der sozialen und konfessionellen Struktur der bäuerlichen Agrargesellschaft Südoldenburgs stieß die KPD bis zum Ende der Weimarer Republik auf geringe Resonanz. Deshalb überrascht es nicht, daß sie in einer Versammlung in der Cloppenburger "Walhalla" am 28. Juli 1931 vor allem die im Landvolk um sich greifende Protest- und Boykottbewegung für ihre politischen Absichten zu nutzen versuchte. Die Versammlung, die sich nach dem Bericht des Verwaltungsaktuars Korte "etwa je zu 1/3 aus Arbeitern, Bauern und Handwerkern, Kaufleuten, Beamten und Angestellten" zusammensetzte, wurde von Heinrich Abeln aus Emstekerfeld geleitet, der als Gastredner den Landvolkführer Bruno von Salomon aus Schleswig-Holstein und den kommunistischen Landtagsabgeordneten Gerhard Müller begrüßte. Von Salomon, ein "nicht eingeschriebenes Mitglied der K.P.D.", griff die Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein auf und betonte ihren politischen Charakter mit der Feststellung, "dass der Kampf der schleswig-holsteinischen Bauern dem gegenwärtigen System gelte". Das Scheitern der Bewegung in Schleswig-Holstein führte von Salomon auf das Versagen des Führerprinzips zurück, "auf dem die Bewegung aufgebaut gewesen sei" und das jetzt durch "bäuerliche Aktionskomitees in jedem Orte und in jedem Dorfe" ersetzt werde. "Es wird auch hier im Bezirke Cloppenburg zwangsläufig dahin führen müssen", so Salomon weiter, "dass sich die Bauern wie in Schleswig-Holstein organisieren". Als Grund, in einer Versammlung der KPD zu sprechen, führte er den "gemeinsamen Kampf der revolutionären Bauern= und Arbeiterschaft" an, weil "das revolutionäre Landvolk niemals alleine eine Aenderung des Systems zu erreichen" in der Lage sei. Von Salomon erläuterte vor einem halbleeren Saal, der sich dem Bericht zufolge zusehends füllte, die Notwendigkeit des revolutionären Bündnisses von Bauerntum und Arbeiterschaft und grenzte sich gegen die gemäßigte Sozialdemokratie ab:

> "Die S.P.D. komme nicht in Frage, weil sie nicht mehr revolutionär sei. Hitler habe einen grösseren Einbruch in die Arbeiterschaft nicht erreichen können. Es bleibe also nur die K.P.D. Die Art des jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterschaft habe zwar eine Gegensätzlichkeit zwischen Arbeiterschaft und Bauern entstehen lassen, die fast un

überwindlich scheine. Aber dennoch müsse versucht werden, eine Brücke zwischen beiden zu schlagen."

Von Salomon gab in Cloppenburg zu verstehen, "dass er zwar nicht Kommunist sei, er sei 'vielleicht Nationalist', aber auch als Nationalist könne er das [kommunistische] Bauernprogramm billigen", das "vielleicht noch 'mit bäuerlichem Geist' erfüllt werden" müsse. An der im KPD-Programm geforderten Enteignung landwirtschaftlichen Grund und Bodens halte er fest, weil "im Interesse der bäuerlichen Siedlung der Grossgrundbesitz beseitigt werden müsse".[965] Ideologische und agitatorische Nachbarschaften ergaben sich zwischen dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus im ländlichen Raum in erster Linie aus ihren programmatischen Erklärungen zur Bodenfrage. Wie die NSDAP, die in ihrem Programm aus dem Jahre 1920 bekanntlich "eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform" forderte, trat auch die KPD für die Enteignung von landwirtschaftlichem Grundbesitz ein.[966] Beide Programmaussagen waren 'sozialistisch' angelegt und richteten sich gegen den kapitalistischen Besitz von landwirtschaftlichem Grund und Boden - gegen den Boden als kapitalistische Ware oder Immobilie. Die KPD, die sich seit den Septemberwahlen des Jahres 1930 um ein stärkeres, von Moskau unabhängigeres nationales Profil bemühte, setzte sich in der Endphase der Weimarer Republik verstärkt das Ziel, enttäuschte Rechtsradikale, sog. "Nationalbolschewisten", für sich zu gewinnen.[967]

---

[965] StAO 136 - 10053: Bericht des Verwaltungsaktuars Korte über die öffentliche Versammlung der KPD am 28.7.1931 für das Ministerium des Innern in Oldenburg.

[966] FEDER, Programm, S. 20. In ihrer Programmerklärung vom 24. August 1930 forderte die Kommunistische Partei Deutschlands die entschädigungslose Enteignung von landwirtschaftlichem Grundbesitz und seine Umwandlung in "Sowjetgüter". In der Programmerklärung hieß es dazu: "Wir werden die Herrschaft der Grundbesitzer brechen, werden ihren Grund und Boden entschädigungslos enteignen und den landarmen Bauern übergeben, werden Sowjetgüter mit modernstem Maschinenbetrieb schaffen, die Arbeitsbedingungen des Landproletariats denjenigen der städtischen Arbeiterschaft gleichsetzen und viele Millionen werktätiger Bauern in den Aufbau des Sozialismus einbeziehen." (TREUE, Parteiprogramme, S. 156)

[967] NEUMANN, Parteien, S. 84f., 92. Zu den prominentesten Vertretern des "Nationalbolschewismus" zählten die durch die Leipziger Prozesse bekanntgewordenen Reichswehroffiziere Scheringer und Wendt und die Otto-Strasser-Gruppe. Mit der Spaltung, die unter Führung Otto Strassers im Sommer 1930 erfolgte, trennten sich nicht alle Sozialisten von der Partei, in der die Spannung Sozialismus - Kapitalismus weiterhin bestand. Von "einer echten, nicht nur formalen, nationalen Wendung der KPD" hing es nach Ansicht des Politologen Sigmund Neumann aus dem Jahre 1932 entscheidend ab, ob die KPD im deutschen Rechtsradikalismus Fuß fassen konnte.

Einflüsse der KPD vermutete das Amt Friesoythe auch bei der "Gründung einer Erwerbslosen-Notgemeinschaft" unter den Kolonisten des Amtes, die sich in Anlehnung an die Landvolkbewegung "Notgemeinschaft" nannte und "angeblich politisch strengste Neutralität wahren" wollte. Eine ostfriesische Zeitung vom 12. Januar 1933 berichtete, daß auf der Versammlung der "Notgemeinschaft" in Elisabethfehn "Spitzenvertreter" der NSDAP und der KPD erschienen seien. Die Aktivität der "Notgemeinschaft", die politisch isoliert blieb, erläuterte Amtshauptmann Hartong an einem Beispiel:

> "Ende voriger Woche zog die 'Notgemeinschaft', soweit sie die Eingesessenen des Dorfes Camperfehn umfaßt, vor das Büro des Gemeindevorstehers in Altenoythe, um dort zu einer Kopfstärke von 50 Mann gegen das Steuerzahlen zu demonstrieren. Der Unterzeichnete, der zufällig des Weges kam, hat mit den Wortführern verhandelt und sie zum Abzug vom Hofe des Gemeindevorstehers gebracht."[968]

Im Gegensatz zum Rechtsextremismus, der angesichts der wirtschaftlichen Notlage auf breitere politische Sympathien hoffen durfte, verfolgten die Behörden gegenüber der KPD, die in Südoldenburg als krasser Außenseiter an der äußersten Peripherie des katholischen Milieus operierte und aufgrund ihrer Sozialisierungsabsichten im grundbesitzenden Bauerntum auf kompromißlose Ablehnung stieß, einen äußerst restriktiven Kurs, der von der Bevölkerung mitgetragen wurde. Mit dem Hinweis auf die Bezirkstierschau und das damit verbundene Volksfest untersagte das Amt Cloppenburg die von der KPD-Ortsgruppe für den 17. Juli 1932 "auf dem Marktplatz in Cloppenburg angesetzte Kundgebung unter freiem Himmel", weil zu befürchten war, "dass die von der K.P.D. geplanten Veranstaltungen zu Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit Veranlassung geben".[969] Im Antrag hatte die KPD ein Programm für ihre Veranstaltung mitgeteilt, das in seinen einzelnen Teilen einen zeittypischen politischen Charakter aufwies:

> "Am Sonntag, den 17. Juli Demonstration in Cloppenburg.
> Aufstellung 4 Uhr auf dem Marktplatz (Eschstr.)
> Abmarsch 4 1/2 Uhr durch folgende Strassen: Vahrenerstr., Prozessionsweg, Löningerstr., Eschstr., Sevelterstr., zum Marktplatz.
> Auf Marktplatz Konzert und anschliessend grosse Kundgebung.
> Thema: Für den Kommunismus gegen den Faschismus.
> Redner: Maddalene - Hamburg.
> Schluss der Kundgebung 7 Uhr abends.

---

[968] StAO 136 - 2861: Schreiben des Amtes Friesoythe vom 20.1.1933.
[969] StAO 136 - 2861: Schreiben des Amtes Cloppenburg an die KPD-Ortsgruppe vom 13.7.1932.

K.P.D. Ortsgruppe Cloppenburg."[970]

Wie aus einem Bericht der südoldenburgischen Ämter an das oldenburgische Ministerium im Januar 1933 hervorgeht, unterhielt die KPD zwar in allen Amtsdistrikten Ortsgruppen, stieß allerdings in der katholischen Bevölkerung aufgrund ihrer religions- und kirchenfeindlichen Programmaussagen nur auf geringe Resonanz.[971] Nach dem Bericht des Amtes Cloppenburg nutzte sie anstehende Zwangsräumungen und Zwangsverkäufe, um sich in der Öffentlichkeit als politische Kraft zu präsentieren. Im Januar 1933 fanden sich "zwar einzelne - mitunter auch bis 20 Mann - der Mitglieder dieser Partei" zu angekündigten Lokalterminen ein, "die sich aber dem ihnen gegenübertretenden Gendarmeriebeamten in jeder Weise gefügt, sich auf Aufforderung, zu entfernen, auch entfernt haben".[972] Für das Amt Vechta scheint ein Grund, weshalb die KPD in der Bevölkerung nur auf breite Ablehnung stieß, auch in ihrem äußeren Erscheinungsbild gelegen zu haben:

"Die hiesige Bevölkerung wendet sich, so wie es scheint, von jeder Organisation ab, die unruhig und laut nach aussen auftritt."[973]

Dem Bericht des Amtes Vechta vom 26. Januar 1933 zufolge bestanden Ortsgruppen der KPD in Goldenstedt, Vechta, Lohne-Stadt und Dinklage, wobei die Ortsgruppe Goldenstedt als die aktivste Organisation bezeichnet wird:

"Ganz besonders Augenmerk ist auf die Goldenstedter Gruppe zu richten. Diese scheint auch die Führung nach aussen zu haben. Abgesandte von ihr treten auch in grösseren ausseroldenburgischen Versammlungen auf. Die von Vechta und Lohne sind in Bezug auf die Regsamkeit weit hinter den beiden zuerst genannten zurück."

Für Dinklage notiert der Bericht, daß sich die seit etwa zwei Jahren bestehende Ortsgruppe "allmählich unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse vergrössert" habe und ihr im Januar 1933 ca. 30 eingetragene Mitglieder angehörten.

---

[970] StAO 136 - 2861: Schreiben des Amtes Cloppenburg an die KPD-Ortsgruppe vom 13.7.1932.
[971] StAO 136 - 2861: Übersicht über die Organisation der KPD nach Aufforderung des Ministeriums Röver vom 12.1.1933.
[972] StAO 136 - 2861: Schreiben des Gendarmeriestandortes an das Amt Cloppenburg vom 17.1.1933.
[973] StAO 136 - 2861: Bericht des Amtes Vechta an das Innenministerium vom 26.1.1933; auch zum folg.

Aus dem Amtsbezirk Friesoythe wurde gemeldet, daß die Mitgliederversammlungen der KPD weitgehend bei Parteigenossen und nicht in öffentlichen Lokalen stattfanden. Nach einem Gendarmeriebericht vom Januar 1933 befanden sich im Amtsbezirk Friesoythe KPD-Ortsgruppen in Idafehn, Elisabethfehn, Edewechterdamm und Scharrel.[974] Als eigentlicher "politischer Unruheherd" galt die Bauerschaft Idafehn in der Gemeinde Strücklingen, wo es am 25. Februar 1933 im Vorfeld der Reichstagswahl vom 5. März 1933 zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der KPD und Nationalsozialisten kam. Nach Darstellung des Amtes Friesoythe wurde in Idafehn "auf einen oder mehrere Nationalsozialisten geschossen", die von einer Veranstaltung heimkehrten. Dieser Zwischenfall löste den Einsatz eines Polizeikommandos aus Oldenburg aus, das "sofort eine Waffendurchsuchung der kommunistischen Quartiere in Idafehn" vornahm. Die mit dieser aufwendigen Polizeiaktion verbundene politische Absicht geht aus dem Schluß des Berichtes von Amtshauptmann Hartong hervor:

> "Das Amt ist dem Ministerium dankbar für das Einsetzen der Ordnungspolizei. Die Angelegenheit hat bestimmt zu einer Stärkung und Achtung vor der Staatsautorität in den durchsuchten Gebieten geführt."[975]

Nach einem Gendarmeriebericht vom 8. März 1933 versuchte die KPD angesichts der verschärften politischen Repressionen unter der NS-Regierung Röver in Oldenburg unter dem Deckmantel der Bibelforscher Versammlungen abzuhalten. Eine solche Zusammenkunft, die für den 7. März 1933 im Hause des Arbeiters Wilhelm Bürjes in Idafehn geplant war, wurde vom Kommissariat Strücklingen verboten, "zumal an dem Abend zur gleichen Zeit eine nationale Kundgebung abgehalten werden sollte". In dem Bericht des Kommissars heißt es dazu:

> "Bei der Kontrolle des Versammlungsortes habe ich festgestellt, dass dort fast nur Kommunisten versammelt waren. Nach den obwaltenden Umständen zu urteilen, versuchen die Kommunisten unter dem Deckmantel der Bibelforscher ihre Anhänger zusammenzubringen und somit das für sie bestehende Versammlungsverbot zu umgehen. Dies geht auch daraus hervor, dass die Versammlung auf Veranlassung des Kommunisten Wilhelm Bürjes einberufen worden ist, in seiner Wohnung stattfinden sollte und mit einzelnen Ausnahmen nur Mitglieder der K.P.D. erschienen waren."[976]

---

[974] StAO 136 - 2861: Schreiben der Gendarmerie-Abteilung Friesoythe an das Amt Friesoythe vom 24.1.1933.
[975] StAO 136 - 2861: Bericht des Amtes Friesoythe vom 27.2.1933.
[976] StAO 136 - 2861: Bericht des Gendarmeriestandorts Strücklingen vom 8.3.1933.

Die KPD, deren Parteigänger von der katholischen Bevölkerungsmehrheit auch moralisch diskriminiert wurden, wurde in den Untergrund abgedrängt und stand im Frühjahr 1933 vor ihrer politischen Ausschaltung. Diesem zunehmenden Druck war auch der politische Leiter der KPD Lohne, der Zementarbeiter Heinrich Bocklage, ausgesetzt, der im Februar 1933 "entgegen dem Wunsche seiner Ehefrau und seiner Schwiegereltern" immer noch in der Ortsgruppe tätig war. Er war zur Denunziation bereit und verriet offensichtlich "unter dem Siegel der Verschwiegenheit" die politischen Anschläge der KPD. Nach den Aussagen Bocklages gegenüber der örtlichen Gendarmerie war nach dem 28. Februar 1933 ein Brandanschlag zu erwarten. Dafür kamen nach seinen Angaben die "Wohnungen derjenigen Leute in Frage, die der Gegenpartei angehören". Diese Maßnahmen würden voraussichtlich dann zur Ausführung kommen, "wenn ein Verbot der K.P.D. erfolgen wird". Bocklage selbst lehnte diesen Anschlag aber ab:

> "Ich halte dieses für zwecklos und unmenschlich, Brände hervorzurufen. Sobald ich nähere Einzelheiten höre, bekommen Sie Nachricht von mir."[977]

Die heraufziehende Diktatur führte nicht nur zu Gewissenskonflikten auf der politischen Rechten, sondern - wie der Fall Bocklage in Lohne zeigt - auch zu menschlichen Bedrängnissen auf der politischen Linken. Sie sind in der Regionalgeschichte Südoldenburgs bisher nicht dokumentiert. Die Geschichte der KPD in Südoldenburg wurde aus dem historischen Bewußtsein vollends verdrängt. Dabei handelte es sich um die Geschichte einer politischen Minorität, die als erste vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wurde. Die Nachrichten darüber waren in der lokalen Presse des Jahres 1933 noch lange nachzulesen.[978] Das katholische Münsterland war auch in der Opposition gegen Weimar eine gespaltene Gesellschaft. Während die eigentliche Gefahr vom offenen oder latenten Rechtsextremismus ausging, wurde vor allem der Kommunismus Gegenstand politischer Überwachung und schließlich Opfer nationalsozialistischer Verfolgung. Es gehört zur historischen Wirklichkeit, daß sich gegen die Verfolgung von Kommunisten im "Dritten Reich" in Südoldenburg keine Hand gehoben hat und sie von einer breiten Mehrheit schweigend tole

---

[977] StAO 136 - 2861: Bericht des Gendarmeriestandortes Lohne vom 28.2.1933.

[978] GELHAUS, 1933. Hier finden sich zahlreiche Belege aus der Cloppenburger MT: S. 135: Delmenhorst, 23. März. Wieder zwei Kommunisten verhaftet., S. 182: Cloppenburg, 2. Mai. Kommunistenverhaftung. Am Samstag wurden zwei Kommunisten verhaftet, da sie Propaganda trieben., S. 185: Brake, 3. Mai. Drei Kommunisten verhaftet., S. 211: Oldenburg, 26. Mai. 6 Kommunisten verhaftet., S. 344: Oldenburg, 5. August. Aktion gegen Kommunisten. Ein Kommunist auf der Flucht tödlich verletzt.

riert und gebilligt wurde. Der militante Antikommunismus in der Restauration der konservativen westdeutschen Nachkriegsgesellschaft hat nicht nur dazu beigetragen, diese Geschichte zu übergehen, sondern hat die durch die Alliierten eingeleitete politische Rehabilitierung der KPD in der Bundesrepublik schließlich zum Scheitern verurteilt. Das Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1956 setzte einen Schlußstrich unter die Geschichte des Kommunismus in Westdeutschland.

6.2. Der politische Extremismus der NSDAP

Die Gründung von NSDAP-Ortsgruppen geht in Südoldenburg auf das Jahr 1928 zurück und schritt in den folgenden Jahren nur zögernd voran. Es dauerte bis zur Machtübernahme Adolf Hitlers, daß die NS-Bewegung in den katholischen Ämtern im Freistaat Oldenburg gesellschaftsfähig wurde. Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, als sich eine gewisse Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland abzeichnete, erlebte die NSDAP auch in Südoldenburg einen verhaltenen Aufschwung und eine zunehmende politische Akzeptanz. Als Quellen für die Geschichte der NSDAP kommen in erster Linie die Publikationen der Partei selbst in Frage, die nach der Machtübernahme als glorifizierende Erinnerung an die "Kampfzeit" herausgegeben wurden. Nach diesen Unterlagen wurde am 12. Februar 1928 - am Geburtstag Carl Rövers - in Molbergen unter Führung des Bauern Josef Klinker die erste Ortsgruppe der NSDAP in Südoldenburg gegründet. Klinker wurde zum Bezirksleiter der NSDAP für Südoldenburg ernannt, seine ‘Mitstreiter’ waren die Bauern Carl Möller und Josef Budde. Von Molbergen aus wurden im Frühjahr 1928 weitere NSDAP-Versammlungen einberufen und geleitet, Carl Röver selbst war häufig Gast auf dem Hof des Molberger Parteigründers Josef Klinker.[979] Die Anfänge der nationalsozialistischen Bewegung in Südoldenburg können auch als politische Reaktion auf die "Notkundgebung des Landvolks" auf dem Oldenburger Pferdemarkt am 26. Januar 1928 und den enttäuschenden Verlauf der anschließenden agrarpolitischen Verhandlungen gewertet werden.

[979] ZUMHOLZ, Molbergen, S. 116. Klinker, Möller und Budde erhielten das Goldene Parteiabzeichen, die höchste Auszeichnung der NSDAP. Der Landwirt Josef Klinker war vom 12. Februar 1928 bis zum 12. Februar 1937 Ortsgruppenleiter der NSDAP in Molbergen und Bezirksleiter der NSDAP für das gesamte Südoldenburg. Klinker trat 1933 in den Gemeinderat von Molbergen ein. Zum Gemeindevorsteher wurde 1933 nach langen Querelen jedoch kein NSDAP-Mitglied gewählt, sondern der Zeller Josef Wienken aus Stalförden. (MT vom 22.7., 3.8., 25.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 313, 340, 427; RADEMACHER, Weser-Ems, S. 274)

Der Aufschwung der NSDAP bei den Reichstags- und Landtagswahlen in Oldenburg am 20. Mai 1928 (LTW: 7,5 %; RTW: 8,2 % bei einem Reichsdurchschnitt von 2,6 %) spricht in gewisser Weise dafür.

Es folgte 1929 die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe in Cloppenburg unter Führung des Kaufmanns Heinz Koll und des Malermeisters Leonhard Niehaus. Heinz Koll war Mitinhaber der Kolonialwarengroßhandlung Koll & Göken an der Eschstraße in Cloppenburg.[980] Nach eigener parteioffiziöser Darstellung gingen "die Anfänge der Bewegung" in Cloppenburg auf das Jahr 1928 zurück, als die ersten Versammlungen stattfanden und sich drei Mitglieder in die Listen eintrugen. 1930 zählte die Ortsgruppe zehn Mitglieder und wuchs bis zum Dezember 1932 auf 33 Parteiangehörige an, "unter denen nicht weniger als 22 Arbeitslose waren". Die Leitung der Ortsgruppe lag bis 1932 in den Händen von Kaufmann Heinz Koll, der von August Gabriel abgelöst wurde. Ihm folgten in der Leitung der Ortsgruppe Studienrat Johannes Hinrichs, Bankdirektor Hermann Bitter und Kaufmann Wilhelm Sümpelmann, Inhaber einer Holzhandlung an der Löninger Straße.[981] Mitte Juli 1933 wurde Studienrat Hinrichs zum Kreisschulungsleiter berufen, seine Nachfolge trat - zunächst kommissarisch - Bankdirektor Hermann Bitter an. Dies teilte Kreisleiter Niehaus auf einer Versammlung der NSDAP-Ortsgruppe Cloppenburg mit.[982]

Seit 1930 gab es auch eine Kreisgruppe der NSDAP, die organisatorisch noch nach Amtsbezirken getrennt war. Die Kreisleitung für den Amtsbezirk Cloppenburg übernahm zunächst Leonhard Niehaus, der nach seinem Einzug in den Landtag 1931 von Dr. Böckmann abgelöst wurde. Für den Amtsbezirk Friesoythe wurde Bahnhofsvorsteher Osterbuhr als Kreisleiter eingesetzt. Seit Herbst 1934 wurde die Kreisgruppe der NSDAP in Cloppenburg von Kauf

---

[980] WINTER, Adreßbuch, S. 114: Annonce der Kolonialwarengroßhandlung Koll & Göken, S. 119, 142.

[981] NAABER, Entwicklung, S. 112f. Die Informationen über die betreffenden Personen sind nicht ganz vollständig. Nach Angaben von Michael Rademacher aus Vechta, der eine Dissertation über NS-Funktionäre im Gau Weser-Ems verfaßt, wurde August Gabriel am 19.2.1935 zum Leiter der DAF-Geschäftsstelle Cloppenburg berufen und übernahm am 20.10.1936 die Funktion eines DAF-Kreiskassenwalters in Cloppenburg. Studienrat Johannes Hinrichs übte 1933 vorübergehend die Funktion eines Kreisschulungsleiters für das Amt Cloppenburg aus und wurde am 11.8.1933 zum Zellenleiter der Zelle 5 der Ortsgruppe Cloppenburg bestellt. Am 25.2.1942 übernahm er das Amt eines kommissarischen Kreisschulungsleiters in Vechta. Wilhelm Sümpelmann bekleidete das Amt des Ortsgruppenleiters in Cloppenburg vom 4.12.1934 bis zum 23.3.1942. (RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript)

[982] MT vom 13.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 299. Bankdirektor Hermann Bitter übte seine Funktion bis zum 23. März 1934 aus. (RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript)

mann Willi Meyer-Wendeborn geführt.[983] Schon bald nach seiner Berufung wurde die Kreisleitung für den bisherigen Amtsbezirk Friesoythe aufgehoben und mit der Kreisleitung in Cloppenburg vereinigt. Der Cloppenburger Amtshauptmann August Münzebrock lernte Meyer-Wendeborn nach eigenem Bekunden als einen "älteren Parteigenossen kennen, der nicht auf die 'Schwarzen' schimpfte, vielmehr den Realitäten, d. h. der grundsätzlichen Unvereinbarkeit des Katholizismus mit dem Nationalsozialismus, klar ins Auge sah und bereit war, diesem Umstand soweit wie möglich Rechnung zu tragen".[984] Zu den "Kampftagen" in der Geschichte der Cloppenburger Ortsgruppe zählten die Chronisten die Auftritte Adolf Hitlers am 14. Mai 1931 und am 26. Mai 1932 in der Münsterlandhalle. Nach dem 30. Januar 1933 wuchs die Mitgliederzahl nach eigenen Angaben der NSDAP auf 400 Mitglieder an und trat neben die Partei "eine Reihe von Gliederungen und Verbänden, die der Aufgabe dienen, die Idee des Nationalsozialismus und sein Programm auf den verschiedenen Gebieten und in den verschiedenen Berufskreisen zu verwirklichen".[985] Vechta hatte 1933 insgesamt 163 Eintritte in die NSDAP zu verzeichnen, von 1929 bis 1932 nur elf.[986]

---

[983] RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript; MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 39ff. Der katholische Jurist Dr. Franz Böckmann, geboren am 4.10.1902 in Dinklage, trat am 1.8.1932 in die NSDAP ein. Vom 28.2.1934 bis zum 13.10.1934 fungierte er als kommissarischer Kreisleiter in Cloppenburg und wurde am 13.11.1934 zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Pachteinigungsämter im Amt Friesland ernannt. Von 1940 bis 1943 war Böckmann in der Zivilverwaltung in Posen und Kattowitz tätig. Für den Parteieintritt Böckmanns, der als Assessor zur Einstellung in den Oldenburgischen Verwaltungsdienst vorgemerkt war, waren offensichtlich berufliche Motive ausschlaggebend. Nach Auffassung Joachim Kuropkas war Böckmann als "bodenständiger katholischer Akademiker" durchaus "vorzeigbar". (KUROPKA, Hitler, S. 49) Willi Meyer-Wendeborn, geboren am 24.6.1891 in Hamburg, war von 1930 bis 1936 Geschäftsführer, zuletzt Pächter der Arkenauschen Apfelweinkelterei in Brookstreek bei Essen. Er trat am 1.8.1932 in die NSDAP ein. Infolge der Überführung der ländlichen Reitervereine in die SS 1933 trat Meyer-Wendeborn in die SS ein. Er wurde Obersturmführer der SS und übernahm vom 6.8.1933 bis zum 16.10.1934 die Führung des SS-Reitersturms in Essen. Vom 19.4.1933 bis zum 12.10.1934 leitete Meyer-Wendeborn die NSDAP-Ortsgruppe in Essen und übernahm am 13.10.1934 das Amt des Kreisleiters in Cloppenburg, das er bis zum Kriegsende ausübte. Für wenige Monate in den Jahren 1940 und 1943 nahm er auch die Funktion des Kreisleiters von Vechta wahr. Nach Auffassung von Joachim Kuropka lohnte sich der Parteieintritt für Willi Meyer-Wendeborn, denn am Ende seiner politischen Karriere 1945 bekleidete er das Amt eines Regierungsvizepräsidenten in Wiesbaden. Aber die "Brückenfunktion" für die Katholiken, die ihm zugedacht war, erfüllte er nicht. (KUROPKA, Hitler, S. 49f.)

[984] MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 41.

[985] NAABER, Entwicklung, S. 112ff.

[986] KUROPKA, Hitler, S. 48. Den größten Anteil der NSDAP-Eintritte im Jahre 1933 in Vechta stellte der öffentliche Dienst mit 74 Vertretern (davon 42 untere und mittlere Beamte, 18 höhere Beamte), gefolgt von den Selbständigen mit 49 (davon 19 Landwirte) und den Arbeitern und

Zwei Jahre später als in Cloppenburg wurde am 28. März 1931 die NSDAP-Ortsgruppe in Vechta gegründet. Zum Leiter der Ortsgruppe wurde Studienrat Dr. Kohnen bestellt, der am 26. Juli 1932 auch zum ersten Kreisleiter berufen wurde.[987] Als Kohnen in die Landeshauptstadt Oldenburg versetzt wurde, übernahm am 1. Juni 1933 Ludwig (Louis) Tiemann die Führung der Ortsgruppe in Vechta, wurde aber bereits am 24. Februar 1933 von Julius Maaß abgelöst.[988] Die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe in Vechta ging auf Impulse aus der Landeshauptstadt zurück, aus der schon 1928 "die ersten Sendboten der Bewegung, die Deutschland einst wieder zur Höhe führen sollte", nach Südoldenburg gekommen seien. Zu ihnen gehörte auch Carl Röver, der spätere Gauleiter und Ministerpräsident.[989] Im Amt Vechta wurden 1931 weitere Ortsgruppen in Fladderlohausen, Neuenkirchen und Goldenstedt gegründet.[990] Vor 1933 waren

---

unselbständigen Handwerkern mit 22 Eintritten. Nach Feststellung von Kuropka handelte es sich bei den 163 Eingetretenen nicht um sog. "Märzgefallene", sondern fast ausschließlich um "Maiglöckchen", also zum 1. Mai 1933 Eingetretene. Die Parteieintritte sind für Kuropka ein Beleg, daß es der NSDAP nicht gelang, "in Vechta wirklich Fuß zu fassen, und daß selbst nach dem 30. Januar 1933 der Zugang überwiegend im öffentlichen Dienst lag."

[987] NSDAP, 3. Kreistag, S. 14-16; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript. Bei der Gründung der Ortsgruppe Vechta war auch Kaufmann Heinz Koll aus Cloppenburg anwesend. Dr. Anton Kohnen, der als "der Führer der Nationalsozialisten in Vechta" galt, war vom 28.3.1931 bis zum 31.5.1933 Ortsgruppenleiter in Vechta und vom 26.7.1932 bis zum 31.5.1933 Kreisleiter in Vechta. Der Ortsgruppe Vechta gehörten nach Auskunft der Partei neben Kohnen folgende Parteimitglieder an: Lortz, "der bereits in den Kämpfen der NSDAP. im Ruhrgebiet seine Gesundheit eingebüßt hatte", die Gebrüder Georg und Willy Warnking und H. und Theo Reuter, Fritz Rabien, August Renken, Hagena (Vater und Sohn), Tiemann, Lampe und Heino Schuster. Kaufmann Georg Warnking war 1933 im Stadtrat in Vechta vertreten. Der Elektriker Heino Schuster, Mitglied der SA, verstarb am 23.5.1935 im Alter von 23 Jahren. Im Bericht der Oldenburgischen Staatszeitung vom 31.5.1935 über seine Beerdigung wird er als "der erste Parteigenosse Vechtas" bezeichnet. Obersteuersekretär August Renken war 1933 Mitglied des Vechtaer Stadtrats, fungierte vom 24.4.1933 bis zum 11.12.1933 als Kreisleiter der Beamtenabteilung der NSDAP, vom 4.12.1934 bis zum Januar 1939 als Kreiswalter des Reichsbundes der Deutschen Beamten (RDB) und wurde dann nach Oldenburg versetzt. Zur politischen Laufbahn Kohnens vgl. auch Kap. 1.2.1. im dritten Teil der Arbeit: Karriere im Schatten der "Machtergreifung".

[988] NSDAP, 3. Kreistag, S. 16; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript. Tiemann war vom 1.6.1933 bis zum 23.2.1934 Ortsgruppenleiter in Vechta und wurde 1934 nach Oldenburg versetzt. Dort bekleidete er das Amt eines Regierungsinspektors und übernahm von 1938 bis 1941 die Ortsgruppenleitung in Eversten. Sein Nachfolger, der selbständige Kaufmann Julius Maaß, geboren am 1.6.1893, war zunächst Leiter der NSDAP-Zelle E der Ortsgruppe Vechta, bevor er am 24.2.1934 die Funktion des Ortsgruppenleiters übernahm. Diese hatte er bis zum 24.1.1945 inne. Kaufmann Georg Warnking war 1933 Mitglied des Stadtrates in Vechta.

[989] NSDAP, 3. Kreistag, S. 15.

[990] NSDAP, 3. Kreistag, S. 12-14, 22-32. In den folgenden Jahren wurden weitere Ortsgruppen der NSDAP im Amtsbezirk Vechta gegründet: Lohne (1932), Damme (August 1932), Dinklage

in Vechta nur vier Personen in die NSDAP eingetreten, während ihr bei Kriegsende 766 Mitglieder angehörten, von denen nur ca. 15 % seit dem 1. Mai 1933 dabei waren.[991] Auf der Gründungsversammlung der NSDAP-Ortsgruppe in Lohne im Jahre 1932 sprachen Carl Röver und Pfarrer Münchmeyer, der in Südoldenburg zu den bekanntesten Gastrednern der NSDAP zählte. Aus der Ortsgruppe Lohne, deren Leitung Theo Jakobs übernahm, gingen die Ortsgruppen in Mühlen und Steinfeld hervor.[992] Auf einer "Hitlerversammlung" in Lohne vor den Reichstags- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 charakterisierte Pfarrer Münchmeyer die nationalsozialistische Partei "mit einleitenden Worten, die bedeuteten, daß die Partei sich zusammensetzt aus Männern der täglichen Arbeit, sei es Landwirt, Arbeiter, Gewerbetreibender oder Beamter, aus Leuten, die sich zusammengefunden haben, infolge der Not um das tägliche Brot".[993]

Zu ihren politischen Wegbereitern zählte die nationalsozialistische Bewegung das Kriegervereinswesen und Stahlhelmortsgruppen, die bereits 1920 in Lohne und Friesoythe gegründet worden waren. Im Gegensatz zum Stahlhelm wurde die Gründung der Landvolkpartei, die "lediglich materiell eingestellt" gewesen sei, von der NSDAP als politischer Rückschlag bezeichnet. Sie habe lediglich "das Gute" gehabt, "daß die Front gegen das Zentrum immer breiter wurde".[994] Denn die große Veteranen-Organisation des Stahlhelm unter Seldte und Duesterberg, welche den Deutschnationalen nahestand, gehörte nach Ansicht von Armin Mohler zu jenen "politischen Kampftruppen", die zeitweise in der Nähe der bürgerlichen Mittelparteien operierten, aber einen neuen revolutionären Typus der Tat verkörperten, der sich auch gegen "neutralisierte Gebilde" wie die Reichswehr abgrenzte.[995] Dieser "neue revolutionäre Typus" wies in seiner konsequenten antirepublikanischen Einstellung Gemeinsamkeiten mit den politischen Impulsen der nationalsozialistischen Bewegung auf. 1921 erfolgte die Gründung des Stahlhelm in Vechta unter Führung von Dr. Kohnen und "anderen Frontsoldaten". 1922 und 1923 wurden "trotz des größten Widerstandes" weitere Stahlhelmorganisationen errichtet. Nach einer Darstellung der NSDAP aus dem Jahre 1936 ging die Gründung der Stahlhelm-Ortsgruppe in Friesoythe von dem späteren Gauamtsleiter der NSKOV, Alois Kröger, und

(1.10.1932), Steinfeld (2.2.1933), Bakum (März/April 1933), Langförden (22.4.1933), Visbek (Mai 1933), Mühlen (1.6.1933), Hausstette (1933).

[991] KUROPKA, Vechta, S. 151.

[992] NSDAP, 3. Kreistag, S. 22.

[993] LV vom 13.5.1928; GELHAUS, 1933, S. 30.

[994] NSDAP, 3. Kreistag, S. 12.

[995] MOHLER, Revolution, S. 43f.

vom Parteimitglied Rektor Hayen, dem "alten völkischen Vorkämpfer", aus. Im Jahre 1920 sei in den Ämtern Friesoythe und Cloppenburg auch das Kriegervereinswesen neu geordnet worden. Zur Erinnerung an den Ersten Weltkrieg seien zahlreiche Kriegerdenkmäler errichtet worden, die "den betenden und sterbenden Krieger" zeigten: "Nur selten fand sich ein Denkmal, das den mutigen, angreifenden, kämpfenden Krieger darstellte."[996] Auf der "Zehnjahrfeier des Stahlhelm B. d. F." in Oldenburg Ende September 1930 erfüllte den Berichterstatter der Landvolkzeitung "so ein heimlich stilles Gefühl im Herzen, so, als ob wir frei wären in unserm eigenen Land". Mit dem Staccato-Ruf "Seldte ist gekommen" beschrieb die Landvolkpresse "das große Ereignis das Tages, diesem Mann in die leuchtenden Führeraugen sehen zu dürfen". Seine Worte waren "getragen von tiefer Vaterlandsliebe, von dem Bewußtsein deutscher Pflichterfüllung gerade in der jetzigen schweren Zeit". Der Landtagsabgeordnete Studienrat Dr. Ernst Osterloh (DNVP) faßte in einem Referat unter dem Titel "Der organische Staatsgedanke" den politischen Minimalkonsens auf der nationalen Rechten in den Worten zusammen:

> "Anstatt Klassenkampf Verbundenheit aller Volksglieder, anstatt Weltbürgertum Heimat= und Vaterlandsliebe, anstatt Materialismus Ehrfurcht und Glaube. Die Zukunft dem organischen Gedanken."[997]

Auf einer Kundgebung in Cloppenburg, die aus Anlaß der Eröffnung des Deutschen Reichstages, der "Weihestunde in der Garnisonkirche", am 21. März 1933 veranstaltet wurde, sprachen Oberstudiendirektor Thomé in seiner Funktion als Vorsitzender des Amtskriegerverbandes, Rechtsanwalt Engelbert Wichelmann als Leiter der Stahlhelm-Ortsgruppe und Studienrat Hinrichs als Vertreter der NSDAP. Übereinstimmend begrüßten die Redner "die Umwälzung", die im "deutschen März" des Jahres 1933 zu einem "gewissen Abschluß" gekommen sei.[998] Durch den von Seldte und Hitler unterzeichneten Erlaß vom 21. Juni 1933 wurde der Stahlhelm gleichgeschaltet und in die "nationalsozialistische Bewegung" eingegliedert. Danach war dem Kernstahlhelm "jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP" verboten.[999] Auf der SA-Führertagung in Bad Reichenhall vom 1. bis 3. Juli 1933 lehnte

---

[996] NSDAP, 3. Kreistag, S. 12.
[997] LV vom 29.9.1930.
[998] MT vom 22.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 133.
[999] MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 257f. Der "Kernstahlhelm" blieb der Leitung des Bundesführers unterstellt, der Jungstahlhelm unterstand fortan dem obersten SA-Führer. Bundesführer Franz Seldte untersagte "jede Reaktion" und erklärte: "Der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler in der Front der nationalen Revolution."

Hitler die Forderung der SA nach einer "zweiten Revolution" ab. Nach der "Vorbereitung des Kampfes" habe die "Erringung der politischen Macht" stattgefunden, "die heute nahezu abgeschlossen sei". Nach der Machtübernahme gelte es nun, "auch alle Willensträger der deutschen Revolution, insbesondere die politischen Kampfverbände, zu einer Einheit zu verschmelzen".[1000] Zu diesem Zwecke trat der gesamte Stahlhelm "unter den Befehl der obersten SA=Führung" und wurde nach ihren Richtlinien neu gegliedert und eine Aufnahmesperre für SA und SS angekündigt.[1001] Ab dem 10. Juli 1933 galt nach einem Erlaß Röhms eine Aufnahmesperre für "die gesamten der Obersten SA=Führung unterstellten Gliederungen (SA., SS., Stahlhelm)".[1002] So führte eine Mitgliedschaft im Stahlhelm, der vielen zunächst als Alternative zur NSDAP gedient hatte, auf einem Umweg schließlich doch in den Nationalsozialismus.

Zum Symbol der vaterländischen Bewegung, der sich die NSDAP traditionell verbunden fühlte, wurde das Schlageterdenkmal auf dem Lohner Kreuzberg, das am 5. Oktober 1924 eingeweiht wurde.[1003] In den Rang eines Märtyrers aus der "Kampfzeit" der Partei wurde der einfache SA-Mann Johann Lüchtenborg erhoben, der 1932 in Harkebrügge angeblich "von fanatischen Zentrumsanhängern auf der Straße niedergeschlagen und zu Tode" getrampelt worden war.[1004] In Wirklichkeit war er aber bei einer Schlägerei ums Leben gekommen. Seine Stilisierung zum politischen Märtyrer wies Parallelen zur Rolle von Horst Wessel auf. Der Name Lüchtenborgs wurde neben vielen anderen an jedem 9. November als der eines Märtyrers der "Bewegung" in München verlesen.[1005] In einem Nachruf der NSDAP, der anläßlich des 3. Kreistages der Partei am 12. Juli 1936 in Vechta verfaßt wurde, wurde Johann Lüchtenborg aus Harkebrügge als ein Vorkämpfer der Bewegung gewürdigt:

> "Der einfache Mann aus dem Volke, der mit heißem, inneren Wollen sein Volk und Vaterland liebte, mußte sein junges Leben lassen, damit Deutschland lebe. Kein Opfer war ihm zu groß, auch nicht das Opfer des Lebens. Nun marschiert er in dem Sturm Horst Wessels im Geist in unseren Reihen mit. Er gehört zu den ganz Großen in der Geschichte unseres Volkes und ist für die lebende Generation für alle Zeiten Vorbild und Ansporn. Sein Opfer ist nicht umsonst gewesen, sondern die Blutsaat ist heute herrlich aufgegangen und hat dem deutschen Volke Freiheit und Brot verschafft. Der

[1000] MT vom 3.7.1933.
[1001] MT vom 4.7.1933.
[1002] MT vom 8.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 289.
[1003] NSDAP, 3. Kreistag, S. 11f.
[1004] Ebd., S. 14.
[1005] Nach Auskunft von Oberstudienrat Paul Willenborg, Cloppenburg, vom 8.7.1998.

> Geist Johann Lüchtenborgs lebt heute in tausenden Söhnen des Münsterlandes, die seinem Vorbild nachleben. **Nichts für uns, alles für Deutschland!**"

Für seinen Tod am 23. April 1932 verantwortlich seien "durch versteckte Hetze irregeleitete Zentrumsleute und nicht marxistische Rohlinge".[1006]

6.2.1. Minderheitenposition der NSDAP

Weder aufgrund seiner Konfessionalität noch aufgrund seiner sozialen Zusammensetzung stand das Führungspersonal der NSDAP-Ortsgruppen, NSDAP-Kreisleitungen und zahlreicher einflußreicher NS-Organisationen in Südoldenburg außerhalb der mittelständisch-kleinbürgerlichen Gesellschaft in dieser Region. Es rekrutierte sich so gut wie aus allen Berufs- und Bevölkerungsschichten an der Peripherie des konfessionellen Milieus und erhoffte sich von einer politische Karriere zumeist öffentliches Prestige und berufliche bzw. wirtschaftliche Vorteile. Die bisherigen Eliten stellten sich aus Sorge um ihre Person und ihre gesellschaftliche Reputation der Partei größtenteils nicht zur Verfügung, sondern blieben dem katholischen Milieu auch nach dem Verlust des Zentrums verhaftet. Nach 1945 fanden sie langfristig in der christlich-demokratischen "Union" Konrad Adenauers eine neue Milieupartei, mit der sie auch konfessionell übereinstimmten. Nicht nur wegen ihrer sozialen Zusammensetzung, die stets inhomogen war, sondern vor allem auch wegen ihrer politischen Minderheitenposition gelang es den NSDAP-Kadern in den katholischen Ämtern des Freistaates nicht, die Übernahme der politischen Führung aus eigener Kraft zu vollziehen. Darin war auch nicht ihre primäre politische Zielsetzung zu sehen. Sie übten ihre Funktionen in der Partei, mehr oder weniger ideologisch gefärbt, ohne eine tragende gesellschaftliche Basis aus und verstanden sich in ihrer Mehrzahl nicht als überzeugte Nationalsozialisten. Die Zukunft der nationalsozialistischen Parrtei und damit ihre eigene, darüber waren sie sich im klaren, lag nicht in ihren eigenen Händen, sondern wurde in Oldenburg und im Reich entschieden. Auch die Anführer der Landvolkbewegung wechselten nach dem Niedergang der Landvolkpartei nicht einfach in die Führungs-Kader der NSDAP, sondern schlossen sich nicht selten dem Kampf gegen die nationalsozialistische Schulpolitik an, wie die Beispiele Heinrich Götting und Johannes Meyer zeigen. Was sie vom Nationalsozialismus trennte, war die konfessionelle Frage, die für den Bestand des katholischen Milieus und

[1006] NSDAP, 3. Kreistag, S. 44f.

damit für die eigene Identität von ausschlaggebender Bedeutung war. Die politische Minderheit der NSDAP sah sich in Südoldenburg der Mehrheit eines noch relativ intakten politischen Milieus gegenüber, das nach nationalsozialistischer Lesart seit 1930 "seine nicht immer sauberen Kampfmethoden" sogar noch verschärfte:

> "Propaganda von Mund zu Mund, Kanzelpredigten unter Mißbrauch der Religion, Boykott gegen Kämpfer unserer Bewegung, Gerüchte und Beleidigungen schwerster Art gegen unseren Führer und seine engsten Mitkämpfer wurden mit Unterstützung der Presse ins Volk gesetzt und verfehlten ihre Wirkung nicht."[1007]

Trotz der Minderheitenposition der NSDAP gelang dem Cloppenburger Malermeister Leonhard Niehaus mit Hilfe der Partei und ihrer Protektion in Südoldenburg eine ungewöhnliche kommunalpolitische Karriere. Sechs Jahre war Niehaus, der sich vor 1933 offensichtlich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand, Bürgermeister der Stadtgemeinde Lohne und übernahm 1935 außerdem das Amt des Ortsgruppenleiters. Im Mai 1933 verzeichnete die NSDAP-Ortsgruppe Lohne nach eigenen Abgaben 180 Mitglieder und war damit die zweitstärkste Ortsgruppe im Amtsbezirk Vechta.[1008] Niehaus, der aufgrund seiner sozialen Stellung sicherlich kein "Vorzeigechrist" war, trat 1940 aus der katholischen Kirche aus.[1009] In diesem Jahre mußte er wegen parteischädigenden Verhaltens auch das Amt des Bürgermeisters zur Verfügung stellen und wurde von der Parteiführung im Gau Weser-Ems nach Wilhelmshaven versetzt.

> Leonhard Niehaus wurde am 15. November 1896 in Cloppenburg geboren. Nach eigenen Angaben übte er bis 1933 den Beruf eines selbständigen Malermeisters aus, erhielt dann aber ohne berufliche Qualifikation eine Anstellung in der Stadtverwaltung Cloppenburg. 1934 übernahm er das Amt des Bürgermeisters in Lohne, das er bis 1940 innehatte. Danach war er als Buchhalter auf der Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven (1941/42), als kaufmännischer Abteilungsleiter in den Stahlwerken Braunschweig (1942/43), bei der "Weserflug" in Bremen (1943/45) und nach dem Kriege bei der Firma Brand & Co. in Lohne beschäftigt. Niehaus trat am 1. April 1929 in die NSDAP ein (Mitglieds-Nr. 126382) und gehörte ihr bis zum Kriegsende an. Er zählte zu den

---

[1007] Ebd., S. 20.

[1008] NSDAP, 3. Kreistag, S. 22. Am 16. Januar 1933 wies das Amtsgericht Cloppenburg ein Grundstück des Malermeisters Leonhard Niehaus zur Zwangsversteigerung am 4. März 1933 aus. (Oldenburgische Anzeigen Jg. 188, Nr. 24, 28.1.1933, S. 103) In der jüngsten Chronik der Stadt Lohne wird Leonhard Niehaus als Bürgermeister zwar erwähnt, finden sich aber keine näheren Angaben über seine Amtszeit, die mit sechs Jahren einen relativ langen Zeitraum umfaßte. (Lohne, Entwicklung, S. 312) Lohne war bis 1937 in eine Stadt- und eine Landgemeinde getrennt.

[1009] KUROPKA, Hitler, S. 49.

Gründungsmitgliedern der NSDAP-Ortsgruppe in Cloppenburg und war von 1931 bis 1933 Mitglied des oldenburgischen Landtags. Von 1932 bis 1934 übte er das Amt eines Kreisleiters für den bisherigen Amtsbezirk Cloppenburg aus. Von 1935 bis zum Januar 1937 fungierte er als Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lohne. Niehaus gehörte verschiedenen NS-Organisationen an: der DAF von 1933 bis 1945, der NSV von 1934 bis 1945 und der NSKOV in den Jahren 1933 und 1934. Außerdem war er Mitglied im Reichskolonialbund und im Luftschutzbund von 1936 bis 1938. Niehaus wurde 1940 wegen "Parteizwistigkeiten" seines Amtes als Bürgermeister der Stadtgemeinde Lohne enthoben und wegen Beleidigung des Gauleiters gemaßregelt. Nach dem Kriege wohnte er wieder in Lohne und gab als Beruf "kaufmännischer Angestellter" an. Er starb am 19. Juni 1978.[1010]

Das Landtagsmandat, das Niehaus als NSDAP-Mitglied übernahm, beruhte auf dem Führerprinzip. In einer Erklärung versicherte er, "dass ich das mir von dem durch Adolf beauftragten Gauleiter Pg. Carl Röver, Oldenburg, und den oldenburgischen Wählern übertragene Mandat zum Oldenburgischen Landtage stets im Sinne meines Führers ausüben will".[1011] Über die Bedeutung der Rolle, die Niehaus im Nationalsozialismus in Südoldenburg spielte, gab es nach 1945 unterschiedliche Ansichten; das geht aus seiner Entnazifizierungsakte hervor. Der Entnazifizierungsausschuß des Kreises Vechta erklärte im Bescheid vom 1. Oktober 1947, daß Leonhard Niehaus nur ein "Mitläufer" der NSDAP und nur ein "nomineller Nazi-Unterstützer" gewesen sei, obwohl er als "ein alter Kämpfer" angesehen worden sei.[1012] Am 5. Januar 1949 bestätigte der Entna

[1010] Bundesarchiv, Niehaus; StAO 351 - 725: Entnazifizierung; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript. Durch das Urteil des Kreisgerichts Vechta wurde Niehaus nach eigenen Angaben 1942 wegen Beleidigung des Gauleiters Röver verwarnt und ihm der Ausschluß aus der Partei angedroht. Seine Wohnung in Lohne sei ihm gekündigt worden, und Kreisleiter Meyer-Wendeborn habe ihn daran gehindert, sein Eigenheim in Cloppenburg zu beziehen. Seit seiner Absetzung als Bürgermeister in Lohne habe er keine Arbeit im Kreis Vechta mehr erhalten. Niehaus' Entlassung bei der Marinewerft in Wilhelmshaven, die er im sog. "Fragebogen" der britischen Militärregierung als "Strafentlassung" bezeichnet, ist offensichtlich auch eine Folge der Auseinandersetzungen mit der Gauleitung.

[1011] Weiter hieß es in der Erklärung, die Niehaus am 15.5.1932 unterzeichnete: "Sobald der Gauleiter Carl Röver mich von meinem Mandat abberuft, erkläre ich auf Ehrenwort, seiner Weisung zu folgen. Im Falle meines Ausscheidens aus der Partei lege ich selbstverständlich mein Mandat in die Hände Carl Rövers und meiner oldenburgischen Wähler zurück." (SCHAAP, Weg, S. 111; SÜDBECK, Freistaat, S. 15)

[1012] StAO 351 - 725. Der Entnazifizierungs-Ausschuß bestätigte in seinem Bescheid die Angaben von Niehaus. Danach hatte dieser seit 1933 in der Partei kein Amt mehr ausgeübt, "weil er inzwischen eingesehen hatte, daß die Ideen der Nazipartei nicht mit seiner Gesinnung übereinstimmte[n]". Nach 1933 habe er sich "in keiner Weise aktiv mehr für die Partei eingesetzt". Er sei Mitglied in der NSDAP geblieben, "weil er als Beamter im öffentl. Dienst sich nicht erlauben konnte auszuscheiden". Niehaus wurde in die Kategorie IV (Unterstützung des Nationalsozialismus) eingeordnet, und ihm wurde das passive Wahlrecht abgesprochen.

zifizierungs-Hauptausschuß des Kreises Vechta das ergangene Urteil. Niehaus habe "den Nationalsozialismus unterstützt, ohne daß eine wesentliche Förderung des Nationalsozialismus vorliegt". Kritischer sah der Niedersächsische Minister für die Entnazifizierung das politische Verhalten von Niehaus und trug nachträglich zur Klärung seiner ungewöhnlichen Karriere in der nationalsozialistischen Zeit bei. Das Amt eines Kreisleiters sei nur solchen Personen übertragen worden, "die sich rückhaltlos für die Belange der Bewegung eingesetzt haben". Außerdem sei der Betroffene "als alter Kämpfer und Förderer des Nationalsozialismus belohnt worden. "Ohne jegliche fachlichen Vorkenntnisse" sei er 1933 als Stadtsekretär in Cloppenburg eingestellt und ein Jahr später zum Bürgermeister von Lohne berufen worden.[1013] Ohne die Unterstützung der NSDAP wäre Leonhard Niehaus aufgrund seiner wirtschaftlichen Lage und seiner Außenseiterrrolle eine politische Laufbahn in Südoldenburg versagt geblieben. Dafür spricht auch, daß der politische Grund für sein Scheitern nicht in Südoldenburg, sondern in einem Zerwürfnis mit den überörtlichen Parteiinstanzen zu suchen ist. Die Hintergründe dafür sind noch aufzuklären.

Die Laufbahn des Cloppenburger Malermeisters Leonhard Niehaus macht deutlich, daß die politische Gleichschaltung - eine Art Revolution "von oben" - Voraussetzung dafür war, daß sich die NSDAP etablieren konnte. Die Spalten der Zentrumspresse waren den NSDAP-Ortsgruppen bis zum 5. März 1933 verschlossen, ihre Mitglieder aufgrund der ablehnenden kirchlichen Verlautbarungen in der katholischen Bevölkerung nicht beliebt. 1932 sah sich Gauleiter Röver veranlaßt, im "Kampf gegen das Zentrum im südlichen Oldenburg" ein Postscheckkonto mit dem Vermerk "Münsterland" einzurichten.[1014] Für die Eintrittswelle in die NSDAP im Frühjahr 1933 war so in erster Linie politischer Opportunismus verantwortlich, aber auch Aufforderungen von kirchlicher Seite. Sie riet zum Eintritt in die NSDAP, "nicht um die Politik dieser Partei zu

---

[1013] StAO 351 - 725. Der Niedersächsische Minister für die Entnazifizierung, Dr. Winkler, äußerte diese Bedenken in einem Schreiben an den Öffentlichen Kläger beim Landesausschuß für die Entnazifizierung in Niedersachsen vom 20.6.1949. In diesem Zusammenhang erklärte sich der Cloppenburger Stadtdirektor Dr. Brandis zur politischen Vergangenheit von Leonhard Niehaus. Dieser sei, "ohne je in der Verwaltung tätig gewesen zu sein, auf Grund seiner Tätigkeit für die NSDAP. als älterer Parteigenosse als Stadtsekretär bei der Stadtverwaltung Cloppenburg eingestellt worden". Seine Berufung zum Bürgermeister der Stadt Lohne sei ebenfalls "durch Vermittlung der Partei" erwirkt worden. In Cloppenburg sei bekannt, daß Niehaus sich schon "vor 1933 sehr eifrig und aktiv für die Partei eingesetzt" habe und längere Zeit "mit den Obliegenheiten eines Kreisleiters" betraut gewesen sei.

[1014] KUROPKA, Wahrheit, S. 27.

unterstützen, sondern damit die örtlichen Angelegenheiten in die Hand von 'ordentlichen' Leuten kämen".[1015] Weil sich die politische Lage im Amt Vechta für die NSDAP noch ungünstiger gestaltete als im Amt Cloppenburg, hegte die NS-Regierung in Oldenburg die Absicht, "das Münsterland vom Amt Cloppenburg her aufzurollen."[1016] Ministerpräsident Joel entwickelte 1935 anläßlich des Cloppenburger Stadtjubiläums eine politische Unterwanderungsstrategie, wenn er erklärte:

> "Ich möchte nur den einen Wunsch ausdrücken, daß Cloppenburg führend wird im Münsterland für die nationalsozialistische Bewegung, denn von ihr hängt auch das Schicksal des Oldenburger Münsterlandes und Cloppenburgs ab."[1017]

Erfolg hatte dieser Plan jedoch nicht. Belastet wurde die Agitation der NSDAP in Südoldenburg von Anfang an durch die "25 Punkte" des Grundsatzprogramms der NSDAP aus dem Jahre 1920. Auf Ablehnung stießen vor allem der Artikel 17, der "eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform" und die "Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke" forderte, und der Artikel 24, in dem sich die Partei zum "Standpunkt eines positiven Christentums" bekannte, "ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden". Diese Programmpunkte, deren Verbindlichkeit in der nationalsozialistischen Propaganda immer wieder relativiert wurde, wurden in Südoldenburg als ein Angriff auf den religiösen und ökonomischen Bestand des katholischen Milieus empfunden und sprachen gegen die Akzeptanz des Nationalsozialismus in katholischen Bevölkerungskreisen. Sie waren für den bäuerlich-mittelständischen Katholizismus in Südoldenburg ein Ärgernis und mit ein Grund dafür, daß der Nationalsozialismus der "25 Punkte" mit dem kollektivistischen und materialistischen gottlosen Bolschewismus gleichgesetzt wurde.[1018]

Noch vor ihrem Erfolg bei den Septemberwahlen des Jahres 1930 sah sich die politische Rechte in Südoldenburg genötigt, sich gegen den Vorwurf, der Nationalsozialismus sei christentumsfeindlich, gemeinsam zu wehren. In einem Artikel, der angeblich "aus nationalsozialistischen Kreisen" stammte und in der

---

[1015] KUROPKA, Cloppenburg, S. 31.
[1016] Ebd., S. 35f.
[1017] Ebd., S. 42.
[1018] FEDER, Programm, S. 20, 22. Zu Art. 17 des Programms der NSDAP vom 25. Februar 1920 vgl. Kap. 4.9.5.: Bekenntnis der NSDAP zum kapitalistischen Privateigentum. Zu Art. 24 vgl. Kap. 2. im vierten Band der Arbeit: Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933.

Landvolkzeitung veröffentlich wurde, erklärte die NSDAP, daß die Wahrung christlichen Lebens als "eine wirkliche Volksbewegung unbedingt zu fordern" sei, "namentlich in der heutigen Zeit, da gerade von den so 'freiheitlich' gesinnten Internationalen ein wüster Ansturm auf dieses Empfinden erfolgt ist und christliche Parteien in der Verteidigung des Christentums nicht nur versagen, sondern auch noch dazu mit dem antichristlichen Marxismus an der Zerstörung unseres Volkslebens zusammenarbeiten". Sie bedauerte, daß der Nationalsozialismus mit antichristlichen Bestrebungen in Verbindung gebracht werde:

> "Was das Schlimmste ist: Viele, sehr viele auch völkische Menschen, die nicht Nationalsozialisten sind, kämpfen in sinnloser Weise gegen das Christentum, sowohl den Protestantismus als auch den Katholizismus, und diese närrischen Menschen werden alle mit der Hitlerbewegung gleichgesetzt. In dieser Beziehung herrscht bei all unseren Gegner ein bewußtes oder unbewußtes Durcheinander."[1019]

Von diesen Vorwürfen, denen im katholischen Milieu Südoldenburgs eine herausragende Bedeutung zukam, war die Landvolkbewegung, die sich selbst als christlich verstand, im Gegensatz zur NSDAP nicht so stark betroffen. Der Kampf der NSDAP richtete sich in katholischen Milieus wie Südoldenburg gegen das Zentrum. Wie bereits aus Hitlers "Mein Kampf" in Erfahrung zu bringen war, wandte sich die NS-Ideologie vor allem gegen die Verbindung von Religion und Politik, die in der Zentrumspartei aufrechterhalten wurde, und setzte sich damit für eine scheinbare Unabhängigkeit des Politischen vom Religiösen ein. Die Aufgabe der NS-Bewegung war für Hitler nicht die einer "religiösen Reformation, sondern die einer politischen Reorganisation unseres Volkes". Daraus leitete er den Auftrag ab, "diejenigen Parteien, die dieses Fundament einer sittlich religiösen und moralischen Festigung unseres Volkskörpers zum Instrument ihrer Parteiinteressen herabwürdigen wollen", zu bekämpfen.[1020] Damit waren das Zentrum und die Bayerische Volkspartei gemeint. Mit Blick auf die informellen Verbindungen des Zentrums mit der katholischen Kirche in Form ihrer "potestas indirecta" und die Regulierung politischer Fragen nach religiös-konfessionellen Grundsätzen fügte Hitler hinzu:

> "Politische Parteien haben mit religiösen Problemen, solange sie nicht als volksfremd die Sitte und Moral der eigenen Rasse untergraben, nichts zu schaffen; genau so wie Religion nicht mit politischem Parteiunfug zu verquicken ist. Wenn kirchliche Würdenträger sich religiöser Einrichtungen oder auch Lehren bedienen, um ihr Volkstum

---

[1019] LV vom 6.6.1929.
[1020] HITLER, Kampf, S. 379f.; DENZLER, Kirchen 2, S. 16f.

zu schädigen, so darf man ihnen auf diesem Wege niemals folgen und mit gleichen Waffen kämpfen."[1021]

Diese doktrinären Bekenntnisse des Parteiführers bildeten die ideologischen Voraussetzungen für den Kampf Paulys gegen die katholische Kirche in Südoldenburg. Auf dieser Grundlage kann der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 als zentraler politischer Konflikt in die weltanschauliche Programmatik des "Dritten Reiches" eingeordnet werden. Die Trennung von Politik und Religion war Teil der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik, die den politischen Katholizismus ausschaltete und auf eine dauerhafte Entkonfessionalisierung von Staat und Gesellschaft drang. So wurde eine kategoriale Forderung des politischen Liberalismus, die Trennung von Staat und Kirche, unter den Nationalsozialisten ins Gegenteil, in den Supremat des Staates über die Kirche, verkehrt. Im Frühjahr 1933 gelang es Hitler, die glaubensbegründete Opposition der katholischen Kirche zu überwinden und in politische Zustimmung umzuwandeln. Die positiven Bekenntnisse Hitlers zum Verhältnis des NS-Staates zur katholischen Kirche in der Regierungserklärung vom 23. März 1933 und die einsetzenden Konkordatsverhandlungen zerstreuten weithin die Bedenken des politischen Katholizismus in Deutschland und waren dazu angetan, Vorbehalte gegen die NS-Herrschaft bei der überwiegenden Mehrheit des deutschen Episkopats zu überwinden. Damit hatte Hitler sein Ziel erreicht, ohne die katholische Kirche förmlich gleichzuschalten oder sie öffentlichen Repressionen auszusetzen. Diese richteten sich bald gegen einzelne Geistliche und Laien.

6.2.2. Lokale "Hitler-Versammlungen": "Zu uns kommen alle, die nicht mehr in Not und Knechtschaft leben wollen."

Noch vor der ersten Hitler-Kundgebung in der Cloppenburger Markthalle traten südoldenburgische Ortsverbände der NSDAP seit 1928 an die Öffentlichkeit. Eine Woche vor den Reichs- und Landtagswahlen am 20. Mai 1928 griff der Oldenburger Carl Röver auf einer "Hitlerversammlung" in Lohne für die oldenburgische NSDAP in den Wahlkampf ein. Auf dieser Versammlung im Hotel Seeger trat als Hauptredner "Herr Kaufmann Röver aus Oldenburg" auf:

"Dieser viel in der Welt gereiste Mann rollte in großen Zügen die Rassenfrage auf."

[1021] HITLER, Kampf, S. 127.

Röver schilderte "die traurige Finanzlage, verursacht durch das jüdische Bankzentrum", und legte dar, "daß unsere heutige Bankwirtschaft nur dem Abgrund und zwar in absehbarer Zeit entgegenführt, denn bei einem nachweislichen Zinssatz von 17 Pro., welchen der Bankkonzern heute nehme, gingen wir der Hungersnot entgegen". Nach dem sicherlich tendenziösen Bericht des "Landvolks" kam es zwischen Pfarrer Münchmeyer, der die Versammlung in Lohne eröffnete, und dem Redakteur der Oldenburgischen Volkszeitung, Vikar Morthorst, zu einem Zwischenfall, der offensichtlich noch ein gerichtliches Nachspiel hatte. Dem "Landvolk" zufolge wurden "die Ausführungen von dem Vertreter der Oldenburg. Volkszeitung in persönlicher, gehässiger Weise, unterbrochen, so daß die Ausführungen, die sachlich eingedeckt waren, in ein persönliches Fahrwasser verliefen".[1022]

Ausführlich berichtete das "Landvolk" über eine "Versammlung der Hitler=Partei" in der Cloppenburger "Walhalla" Anfang Oktober 1929, die ganz im Zeichen des Volksbegehrens gegen den Young-Plan stand. Landtagsabgeordneter Herzog schlug auf der Versammlung die zeittypischen innen- und außenpolitischen Themen der deutschen Rechten an: den Friedensvertrag von Versailles, die Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg, den Verlust der Finanz- und Wehrhoheit, die unselige Geschichte der Reparationen und die Krise der "Klassenkampfparteien", denen die Volkspartei NSDAP entschlossen gegenübertrete. "Wie weit sind wir nun gekommen?" fragte Herzog rhetorisch und gab zur Antwort:

> "Wir haben in unserem eigenen Lande nichts mehr zu sagen."[1023]

Eine "Hitler=Versammlung" in Lastrup am 12. August 1930 - einen Monat vor den Reichstagswahlen am 14. September 1930 - zeigte nach Ansicht der Vechtaer OV beiläufig "das wahre Gesicht der National=Sozialisten". Die Versammlung, die "zu fast vierzig Prozent von Jugendlichen, die noch nicht wahlberechtigt sind, daneben von vielen Anhängern der Landvolkpartei und auch von Zentrumsleuten" besucht wurde, weil sie die "Sensationsgier herbeigetrieben" hatte, verleitete die Vechtaer Zeitung zu zynischen Bemerkungen:

> "In zwei Jahren wären sie die Herren im Lande und wäre Hitler Diktator. Und dieser Hitler sei ein Mann, den man nicht genug loben könne. Er sei geradezu ein übernatür

[1022] LV vom 13.5.1928; GELHAUS, 1933, S. 30.
[1023] LV vom 9.10.1929.

> liches Wesen. Womit sei er zu vergleichen? Mit Mussolini? Er sei mehr. Man könne Hitler mit Christus gleichstellen."

Diese Äußerungen des auswärtigen Redners Schniers aus Hatten mußten zu einem Eklat in der Lastruper Versammlung führen, der sich an den "blasphemischen Ansichten von Gott und Religion" entzündete. Die OV schloß ihren Bericht mit einem dringenden Appell, bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 an bewährten Traditionen festzuhalten:

> "Katholisches Volk, beachte dieses wohl, hüte dich vor den falschen Propheten in Schafskleidern, und sorge am Wahltage dafür, daß die Hoffnung der Nationalsozialisten wenigstens in katholischen Gegenden gründlich zuschanden wird!"[1024]

Vor der Landtagswahl am 17. Mai 1931 verstärkte die NSDAP ihre Agitation in Südoldenburg und hoffte, gerade hier entscheidende Stimmen für den Machtwechsel in Oldenburg gewinnen zu können. Den Höhepunkt im nationalsozialistischen Wahlkampfzeit bildete die erste Kundgebung mit Parteiführer Adolf Hitler in der Cloppenburger Münsterlandhalle am 14. Mai 1931. Aber bereits im März 1931 begann der Auftakt des Wahlkampfes mit einer Versammlung der NSDAP in Cloppenburg, die das Zentrum nach Darstellung des "Landvolks" offensichtlich zu boykottieren versuchte. Es war wieder ein auswärtiger Redner namens Elsner aus Gronow, der über das "Anwachsen der Hitlerpartei" sprach und sie sich so erklärte:

> "Zu uns kommen alle, die nicht mehr in Not und Knechtschaft leben wollen, die nicht mehr Sklaven des heutigen Systems sein wollen. Wir dürfen nicht erwarten, daß uns die sogenannten Siegerstaaten um unserer schönen Augen willen wieder zum wirtschaftlichen Aufblühen verhelfen werden. Aus eigener Kraft müssen wir uns aufrichten und einen Weg suchen, der uns frei und unabhängig macht."[1025]

Eine scharfe Kontroverse lösten Rede und Gegenrede der NSDAP und des Zentrums auf einer Versammlung in Essen aus, die unmittelbar vor der Eröffnung des neugewählten Reichstages am 21. März 1933 stattfand. Gastredner Bergmann aus Jever versuchte, das Zentrum durch den Hinweis auf die politische Vergangenheit der Partei, die der NSDAP eine willkommene Angriffsfläche in der politischen Auseinandersetzung mit dem Zentrum lieferte, in die Defensive zu drängen; darauf konnte das Zentrum in der Regel nicht adäquat antworten. Die Partei der Katholiken sei immer, führte Bergmann in Essen aus,

---

[1024] OV vom 17.8.1930.
[1025] LV vom 7.3.1931.

"mit diesen glaubenslosen Sozialdemokraten Arm in Arm gegangen", obwohl der "große Führer des Zentrums, Windhorst," stets habe verlauten lassen, "er hasse und verabscheue die Lehre des Marxismus", und heute "gehe das Zentrum mit den Marxisten zusammen." Die Landtagsabgeordneten Göhrs und Fröhle vom Zentrum räumten auf der Essener Versammlung politische Fehler in der Vergangenheit ein, "aber das von den Nazis kommende Heil sei auch ausgeblieben, sie hätten nichts gemacht."[1026]

Auf einer Versammlung mit Carl Röver im Schäferschen Saal in Vechta am 23. März 1931, die zur Gründung der NSDAP-Ortgruppe führte, kam es zu einem Zwischenfall.[1027] Vikar Morthorst, der Redakteur der "Oldenburgischen Volkszeitung", griff die brisante religiöse Frage auf und verwies auf die "Aussprüche der deutschen Bischöfe", wonach "das Rasseproblem im Sinne der NSDAP. nicht gelöst werden könne". Die inzwischen bekannter gewordenen Redner Röver und Elsner kompromittierten das Zentrum erneut mit der Feststellung, daß es "stets mit den Linksparteien eine Regierungskoalition gebildet habe". Nach Mitteilung des "Landvolks" trat der Vechtaer Dr. Kohnen, der vorher der DVP angehört hatte, noch am selben Abend in die "Hitlerpartei" ein.[1028] Am 28. März 1931 begründete Landvolkführer Addicks in einem Presseartikel ebenfalls seinen Übertritt in die NSDAP. Für die oldenburgische Landvolkpartei bedeutete der Wechsel von Addicks einen schmerzlichen Verlust. Sie distanzierte sich umgehend von "solchen Männern, die ihre Gesinnung wechseln, um nur ihr Landtagsmandat zu retten". Addicks habe zwar recht, "daß die bisherige falsche Wirtschaftspolitik verbunden mit der wahnsinnigen Steuer= und Finanzpolitik Schuld an der schlechten Lage des Bauernstandes" sei, aber wenn das Wirtschaftsprogramm der NSDAP zur Durchführung käme, "werden wir wohl immer im Abgrund bleben müssen". Die Landvolkzeitung bezog bewußt einen konfessionellen Standpunkt und grenzte sich gegen die NSDAP ab:

> "Daß Herr Addicks den Erlaß der kath. Bischöfe als ‘Mätzchen’ bezeichnet, befremdet uns. Der Erlaß der Bischöfe ist aber zu verstehen und unter allen Umständen zu billigen bei der bekannt antikatholischen Einstellung führender Hitlerleute und Zeitungen, die immer eine ‘Los von Rom’ Parole ausgeben und die den Jesuitenorden stets in einem Atemzuge mit den Juden und Freimaurern als die Erbfeinde des deutschen Volkes bezeichnen."

[1026] LV vom 20.3.1931.
[1027] NSDAP, 3. Kreistag, S. 13f.
[1028] LV vom 27.3.1931.

Damit unterstützte die Landvolkzeitung die Warnung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vor dem Nationalsozialismus vom 5. März 1931; sie galt auch für die Diözese Münster. Die Landvolkpresse übersah freilich, daß es sich bei den Übertritten von Addicks und Kohnen um einen politischen Trend handelte, der das Ende der kleineren Rechtsparteien einleitete und den Untergang des Rechtskonservatismus in Oldenburg signalisierte. Sie zweifelte noch daran, "daß die Hitlerpartei dem Siege entgegenmarschiere".[1029]

Mit 19 von 48 Mandaten verfehlten die Nationalsozialisten in der Landtagswahl am 17. Mai 1931 den Griff nach der politischen Macht im Freistaat Oldenburg, zu dem sie nach der Landtagsauflösung durch den 'braun-roten' Volksentscheid im Frühjahr 1932 erneut ansetzten.[1030] Wiederum war es Hitler selbst, der durch eine Wahlkundgebung in Cloppenburg am 26. Mai 1932 in den oldenburgischen Landtagswahlkampf für die Entscheidung am 29. Mai 1932 eingriff. Immer noch bestimmte politische Ratlosigkeit die Reaktion in der Zentrumspresse, die noch acht Monate vor der Machtübernahme verlegen fragte "Was will Hitler eigentlich?" und darin "eine ewige Frage, die nie beantwortet wird", erkannte.[1031] Mit der Landtagswahl vom 29. Mai 1932 war diese Alternative für Oldenburg bereits entschieden. Die Nationalsozialisten errangen mit 24 Mandaten die absolute Mehrheit von 46 Sitzen im Landtag und konnten fortan allein regieren. Die NSDAP hatte in Oldenburg ihr Ziel erreicht.

[1029] LV vom 2.4.1931. Zur Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vgl. Kap. 2. im vierten Band der Arbeit: Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933.
[1030] OV vom 18.5.1931.
[1031] MT vom 27.5.1932.

Zur Homepage der Publikation

Das
politisch-soziale Milieu in Südoldenburg
von 1803 bis 1936

von

Hubert Gelhaus

4. Band:

Die nationalsozialistische Zeit
von
1932/33 bis 1936

Inhalt Seite

1.	**Die politische Gleichschaltung in Südoldenburg**	**1**
1.1.	Einleitung	1
1.1.1.	Die repressive Personalpolitik	5
1.1.2.	Die oldenburgische Verwaltungsreform	13
1.1.3.	Die kommunalpolitische Gleichschaltung in Südoldenburg	22
1.1.3.1.	Gleichschaltung in Vechta	27
1.1.3.2.	Gleichschaltung in Cloppenburg	30
1.1.4.	Der Abschluß der "Nationalen Revolution"	36
1.2.	Die politische Gleichschaltung des Freistaates Oldenburg	40
1.2.1.	Karriere im Schatten der "Machtergreifung": Studienrat Dr. Anton Kohnen	45
1.3.	Formen sozialer und kultureller Gleichschaltung im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs	50
1.3.1.	Die Gleichschaltung der berufsständischen Verbände	51
1.3.1.1.	Die Gleichschaltung in der Landwirtschaft	51
1.3.1.2.	Die Gleichschaltung in Handel und Gewerbe	61
1.3.2.	Die Gleichschaltung im bürgerlichen Vereinswesen	65
1.3.2.1.	Kulturpolitischer Pragmatismus: das Beispiel Hermann Bitter	70
1.3.3.	Die politische Inszenierung nationalsozialistischer Alltags- und Festkultur	79
1.3.3.1.	Der "Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 und die Gleichschaltung der Gewerkschaften	79
1.3.3.2.	"Reichshandwerkerwochen" und Cloppenburger Stadtjubiläum (1935)	86
1.3.4.	Die politische Instrumentalisierung der traditionellen Heimatbewegung	91
1.3.4.1.	Foren der neuen Heimatbewegung: Heimatwoche, Gewerbeschau, Heimat- und Familiengeschichte	94
1.3.4.2.	Die "Heimatblätter" der Oldenburgischen Volkszeitung	101
1.3.4.3.	Die Gründung des Museumsdorfes in Cloppenburg	103
1.3.4.4.	Museumsleiter Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann	109

2. Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933 114
2.1. Die Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vom 5. März 1931 116
2.2. Der "Aufruf der katholischen Verbände" vom 16. Februar 1933 122
2.3. Die Trierer "Rockwallfahrt" 125

3. Der Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland und seine Auswirkungen auf das katholische Milieu in Südoldenburg 128
3.1. Einleitung 128
3.2. Kirchenpolitische Grundlagen im Offizialatsbezirk Oldenburg 131
3.3. Für Staat und Nation 140
3.4. Das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus im Jahre 1933 146
3.4.1. Aufruf zur Bildung der "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" 151
3.4.2. Die Bildung der Regierung Hitler-Papen 154
3.4.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der "Tag von Potsdam" 160
3.4.4. Die Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" 165
3.4.5. Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 171
3.4.6. Kundgebungen katholischer Verbände 183
3.4.7. Das "Führerwort in ernster Zeit" des deutschen Episkopats vom 3. Juni 1933 193
3.4.8. Der Rückzug auf die katholische Pastoral 198
3.4.9. Kirchenpolitische Zwischenbilanz vor dem Reichskonkordat 200

3.5. Das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland 204
3.5.1. Die Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei 205
3.5.2. Das Ende der politischen Theologie 209
3.5.3. Ernennung Bernings zum Preußischen Staatsrat 214
3.5.4. Der Abschluß des Reichskonkordats 216
3.5.4.1. Der Vertragstext 220
3.5.4.2. Ausgleich zwischen katholischer Kirche und NS-Staat 225
3.5.4.3. Von der Operations- zur Verteidigungslinie des Reichskonkordats 229
3.5.4.4. Die Krise um die Ratifizierung des Reichskonkordats 233

3.6. Die nachkonkordatäre Zeit bis 1936 237
3.6.1. Die Berliner "Juniverhandlungen" 242
3.6.2. "Röhm-Putsch" und Saarreferendum 245
3.6.3. Die Wiederbelebung des Laienapostolats in der Katholischen Aktion 247

4. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg 253
4.1. Einleitung 253
4.1.1. Zwangsmaßnahmen in Südoldenburg 258
4.1.2. Die Stellung der katholischen Vereine 262
4.1.3. Signale der Koexistenz 265
4.1.4. Sturm- und Jungschar im katholischen "Jungmännerverband" 269
4.1.5. Verschärfung der politischen Spannungen 274
4.1.6. Das Verbot der Doppelmitgliedschaft 277

4.2. Die Gleichschaltung der katholischen Schulen 283
4.2.1. Die "Spangemacher-Affäre" 284
4.2.2. Dienstliche Maßregelungen der Lehrerschaft 289

4.3. Die Gleichschaltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins 292
4.4. Die Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins 297
4.4.1. Die Lage des Katholischen Lehrervereins 298
4.4.2. Die Generalversammlung vom 24. April 1933 302
4.4.3. Die Überführung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB 310

4.5. Die Gleichschaltung der höheren Schulen 314
4.6. Schule zwischen Religion und Politik: das Knabenkonvikt der Dominikaner in Füchtel bei Vechta 323
4.6.1. Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel 324
4.6.2. Die Politisierung des Schulalltags im Knabenkonvikt 328
4.6.3. Präfekt Aurelius Arkenau: Bekenntnis zum "positiven Christentum" 332
4.6.4. Auflösung des HJ-Banns in Füchtel 338

4.7. Das Ende des privaten höheren Schulwesens in Südoldenburg 340

4.8. Die Gleichschaltung der katholischen Presse 342
4.8.1. Die medienpolitische Wende im Frühjahr 1933 342
4.8.2. Die Gleichschaltung der Vechtaer OV 346
4.8.3. Die Gleichschaltung der Cloppenburger MT 351

4.9. Die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens 354
4.9.1. Der Streit um die Kirchenzeitung "Kirche und Leben" 354
4.9.1.1. Kampf gegen das moderne "Neuheidentum" 359
4.9.1.2. Das Ende von "Kirche und Leben" 365
4.9.2. Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" 367
4.9.2.1. Reaktionen auf den "Mythus des 20. Jahrhunderts" 369
4.9.2.2. Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum" 375
4.9.2.3. Protest gegen die Erlaßpolitik Paulys 380
4.9.3. Galens kritische Lagebeurteilung 387
4.9.4. Die Verfolgung einzelner Persönlichkeiten aus dem südoldenburgischen Klerus 392

5. Der "Kreuzkampf" in der Geschichte glaubensbegründeter Opposition in Südoldenburg 400
5.1. Einleitung 400
5.2. Reaktionen auf den "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 404
5.3. Politisch-religiöser Fundamentalismus 410
5.4. Historische Einordnung des "Kreuzkampfes" 414
5.5. Katholische Sinndeutung von Geschichte 418

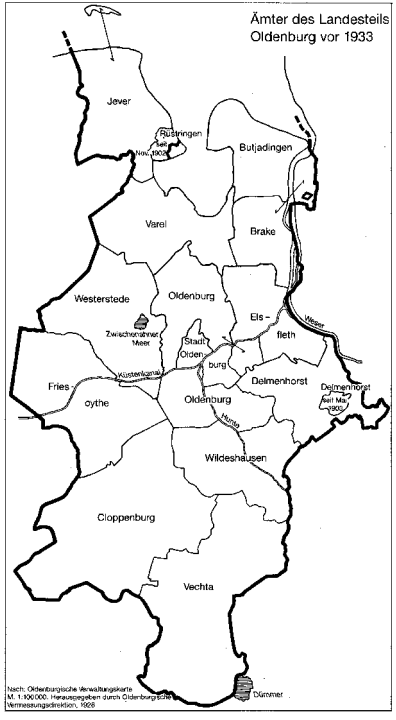
Zusammenfassung: Die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von 1803 bis 1936 427

1. Zur Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg von 1803 bis 1918 427
2. Historische Kontinuitäten in der Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von 1918 bis 1932/33 434
3. Die Rolle des Zentrums in der Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1918 bis 1932/33 439
4. Die Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg in der politischen Kultur der Weimarer Republik 446

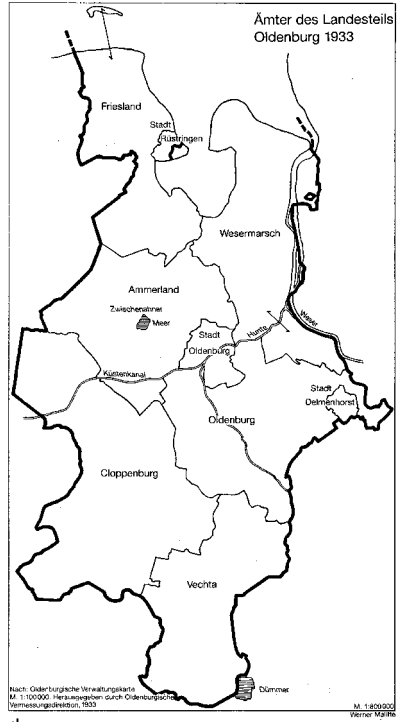
5. Die Endphase der Weimarer Republik im katholischen Milieu Südoldenburgs 451
6. Südoldenburg unter nationalsozialistischer Herrschaft 460
7. Aufbruch in historische Gleichzeitigkeit 471

Quellen- und Literaturverzeichnis 477

Verzeichnis der Abkürzungen 552


Ämter des Landesteils
Oldenburg vor 1933
Jever
Rüstringen
Butjadingen
Varel
Brake
Westerstede
Oldenburg
Zwischenahner Meer
Stadt Oldenburg
Ems-fleth
Weser
Fries-oythe
Küstenkanal
Delmenhorst
Delmenhorst
Hunte
Wildeshausen
Cloppenburg
Vechta
Dümmer
Nach: Oldenburgische Verwaltungskarte
M. 1:100000. Herausgegeben durch Oldenburgische
Vermessungsdirektion, 1928

c


Ämter des Landesteils
Oldenburg 1933
Friesland
Stadt Rüstringen
Wesermarsch
Ammerland
Zwischenahner Meer
Stadt Oldenburg
Hunte
Weser
Küstenkanal
Stadt Delmenhorst
Oldenburg
Cloppenburg
Vechta
Dümmer
Nach: Oldenburgische Verwaltungskarte
M. 1:100000. Herausgegeben durch Oldenburgische
Vermessungsdirektion, 1933
M. 1:800000
Werner Mathe

d

Zur Homepage der Publikation

"Wir kämpfen nur für den Glauben."

(Der Bischöfliche Offizial Franz Vorwerk im Schreiben an die Geistlichen des Offizialatsbezirks nach der Massenkundgebung in Cloppenburg am 25. November 1936)[1]

"Das deutsche Volk, auch Bischöfe und Klerus zum großen Teil, sind auf die nationalsozialistische Agitation eingegangen. Es hat sich fast widerstandslos, ja zum Teil mit Begeisterung [...] gleichschalten lassen. Darin liegt seine Schuld. [...] Ich glaube, daß, wenn die Bischöfe alle miteinander an einem bestimmten Tag öffentlich von den Kanzeln aus dagegen Stellung genommen hätten, sie vieles hätten verhüten können. Das ist nicht geschehen, und dafür gibt es keine Entschuldigung. Wenn die Bischöfe dadurch ins Gefängnis oder in Konzentrationslager gekommen wären, so wäre das kein Schade, im Gegenteil. Alles das ist nicht geschehen, und darum schweigt man am besten."

(Konrad Adenauer in einem persönlichen Brief an Pastor Bernhard Custodis, Bonn, vom 23. Februar 1946)[2]

1. Die politische Gleichschaltung in Südoldenburg

1.1. Einleitung

Der vom nationalsozialistischen Regime angestrengte Gleichschaltungsprozeß verfolgte 1933 das Ziel, die im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen angestrebte Emanzipation der Gesellschaft vom Staat wieder rückgängig zu machen und die moderne Gesellschaft erneut dem Staat - in diesem Falle dem nationalsozialistischen Einparteien-Staat - zu subordinieren. Dadurch

[1] KUROPKA, Volk, S. 42, Anm. 156: Schreiben vom 27.11.1936.
[2] ADENAUER, Briefe, S. 172f.

verlor die bürgerliche Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland ihren Status der Freiheit, den sie in der pluralistischen Weimarer Parteiendemokratie eingenommen hatte. Der Wert der Freiheit war aber vielen gesellschaftlichen Gruppen nicht bewußt genug, um ihn erfolgreich gegen den Nationalsozialismus verteidigen zu können. Zu diesen gesellschaftlichen Gruppen zählten auch einflußreiche Kreise im deutschen Katholizismus, in seiner Leitung und an seiner Basis. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus stellt deshalb einen eigenen Komplex am Anfang der Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft in Südoldenburg dar. Sie konzentrierte sich in kulturpolitischer Hinsicht in erster Linie auf die katholische Schule und das katholische Vereinswesen, das für die politische und weltanschauliche Sozialisation der jungen Generationen in Südoldenburg von alters her zuständig war. Der Ausgleich zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Staat, die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz und schließlich die Selbstauflösung der Partei begünstigten die Gleichschaltung in katholischen Milieus, weil sie Haltungen der Resistenz den politischen und moralischen Rückhalt nahmen.

Die geistig-seelischen Voraussetzungen für den politischen Anschluß an die "Nationale Revolution" wurden nicht nur im, sondern vor allem auch außerhalb des Nationalsozialismus geschaffen. Der NSDAP gelang es, die verschiedenen Gruppen und Organisationsformen, die diffusen Ideologien und politischen Mentalitäten des rechten Parteienspektrums in der NS-Bewegung zu konzentrieren und einer strikten Partei- und Staatsräson zu unterwerfen. Andere Träger der konservativen Gegenrevolution, die sich der politischen Gleichschaltung verweigerten, wurden aus der nationalsozialistischen Bewegung ausgeschieden und gingen in einzelnen Fällen auch in oppositionelle Stellung gegen das "Dritte Reich". Die Beziehung zwischen der konservativen Gegenrevolution und dem Nationalsozialismus läßt sich im katholischen Milieu Südoldenburgs besonders gut am herrschenden politischen Sprachgebrauch beobachten, der von der NS-Rhetorik anscheinend reibungslos manipuliert und instrumentalisiert werden konnte. Der deutsche Romanist Victor Klemperer spricht in diesem Zusammenhang von der "LTI", der "Lingua Tertii Imperii", auf deren große Bedeutung für die geistige Gleichschaltung des Menschen er in seinem "Notizbuch eines Philologen" mit den Worten aufmerksam macht:

> "Aber Sprache dichtet und denkt nicht nur für mich, sie lenkt auch mein Gefühl, sie steuert mein ganzes seelisches Wesen, je selbstverständlicher, je unbewußter ich mich ihr überlasse. [...] Das Dritte Reich hat die wenigsten Worte seiner Sprache selbst

> schöpferisch geprägt, vielleicht, wahrscheinlich sogar, überhaupt keines. Die nazistische Sprache weist in vielem auf das Ausland zurück, übernimmt das meiste von vorhitlerischen Deutschen. Aber sie ändert Wortwerte und Worthäufigkeiten, sie macht zum Allgemeingut, was früher einem einzelnen oder einer winzigen Gruppe gehörte, sie beschlagnahmt für die Partei, was früher Allgemeingut war, und in alledem durchtränkt sie Worte und Wortgruppen und Satzformen mit ihrem Gift, macht sie die Sprache ihrem fürchterlichen System dienstbar, gewinnt sie an der Sprache ihr stärkstes, ihr öffentlichstes und geheimstes Werbemittel."[3]

Die zahlreichen öffentlichen Anlässe, der nationale Volkstrauertag und die Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal, der Sängertag und das Turnerfest, behielten nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ihren festen Platz im politischen Jahreskreis und wurden von den lokalen Organisationen und Funktionären der NSDAP rhetorisch überformt. Im Frühjahr 1933 war "der seltene Glücksfall eingetreten, daß Real- und Idealfaktoren in einer fast vollkommenen Weise aufeinander bezogen waren" und die deutsche Geschichte zur tragischen Reife gelangte, "wenn man auch in Kauf nehmen mußte, daß die Vulgarisierung des ohnehin schon groben antidemokratischen Denkens einen geistigen Qualitätsverlust mit sich brachte, der einem Rückfall ins Primitive und Barbarische nahekam", stellt Kurt Sontheimer über die politische Kultur nach der Machtübernahme fest.[4] Die ästhetischen Mängel und rhetorischen Entgleisungen waren aber um des politischen Ganzen und des großen nationalen Zieles willen zu verschmerzen. Was eine politisch weitgehend indifferente Mehrheit vereinte und beseelte, war die Ablösung der Weimarer Republik auf legalem Wege. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg vollzog sich in der ersten Hälfte des Jahres 1933 in aller Ruhe und Ordnung. Wer sich aber von Weimar losgesagt hatte, war noch längst kein überzeugter Nationalsozialist, denn "wer die Partei wählte", so Kurt Sontheimer, "unterschrieb damit ja noch lange nicht das Parteiprogramm, noch die verquollene Pseudometaphysik und Propaganda" der NS-Bewegung.[5] Zwischen dem moderaten bürgerlichen Liberalismus Weimarer Prägung und dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers gab es auch in Südoldenburg ein weites politisches 'Niemandsland', das von den Anhängern der konservativen Gegenrevolution bevölkert war und schließlich von der NS-Bewegung usurpiert wurde. Dagegen schützte auch eine treue Anhänglichkeit an das katholische Zentrum nicht.

---

[3] KLEMPERER, LTI, S. 21f.
[4] SONTHEIMER, Denken, S. 286.
[5] Ebd., S. 293.

Dabei ist der legale, friedliche Wechsel von der liberalen Vergangenheit der Weimarer Republik in die politische Gegenwart des "Dritten Reiches" kennzeichnend für die Geschichte Südoldenburgs in der ersten Hälfte des Jahres 1933. Den Gedanken der Legalität legte der Staatsrechtler Carl Schmitt den konservativen Lesern der Cloppenburger MT in einem Artikel unter dem Titel "Ein Jahr deutsche Politik" nahe. Der Aufsatz enthält ein brennendes Plädoyer für "Adolf Hitlers große Entscheidung für die Legalität" und kann noch heute den politischen Erfolg der Nationalsozialisten auch im katholischen Milieu Südoldenburgs erklären helfen. Zur politischen Bedeutung des Legalitätsbegriffes heißt es bei Carl Schmitt:

> "Sie (= die Legalität) war weder etwas Reaktionäres noch etwas Anarchistisches noch ein bloß taktischer Kunstgriff. Sie hat die wertvollen Kräfte, die im deutschen Ordnungssinn enthalten sind, erkannt und geachtet, ohne sich der artfremden Legalität des Weimarer Systems innerlich zu unterwerfen. Sie hat auch die Einrichtung des deutschen Beamtentums gewahrt und durch die Reinigung von artfremden Elementen wiederhergestellt. So ist es gelungen, die Liberaldemokratie des 19. Jahrhunderts zu überwinden und das Deutsche Reich zu einem modernen Staat des 20. Jahrhunderts zu machen, der von der Nationalsozialistischen Partei als der politisch tragenden Schicht geführt wird. Der Grundmangel des reinen Beamtenstaates, der Mangel politischen Führertums ist behoben, aber das große geschichtliche Erbgut des deutschen Beamtenstaates ist dabei nicht vernichtet, sondern gerettet worden."[6]

Hans Mommsen spricht in diesem Zusammenhang von einem "Legalitätsfetischismus" und obrigkeitsstaatlichen Einstellungen breiter Bevölkerungskreise, die mit dem Zerfall des Kaiserreiches keineswegs beseitigt waren. In seiner Rede anläßlich der Verleihung des Carl-von-Ossietzky-Preises der Stadt Oldenburg 1998 wies er darauf hin, daß die "Illusion, durch das Festhalten am formalen Legalitätsprinzip die gesellschaftlichen und politischen Interessengegensätze überwölben zu können", im Verlauf der 1920er Jahre zugenommen habe. Auch die politische Linke habe mit dem Festhalten am Legalitätsprinzip die Chance, sich ihrer schrittweisen Ausschaltung rechtzeitig zu widersetzen, nicht genutzt. Der "Legalitätsfetischismus der deutschen politischen Klasse" habe ein entschiedenes Eintreten gegen Hitler verhindert. Die "Staatsgläubigkeit" sei von einem "in der deutschen Staatstradition angelegten idealistischen Staatsbegriff" ausgegangen, der es unmöglich gemacht habe, "die Interessen der einzelnen Bürger gegen den als über den Parteien stehend gedachten Staat zu stellen". Er sei den "identitätsphilosophi

[6] MT vom 5.8.1933.

schen Grundannahmen" der deutschen Verfassungs- und Staatstradition verhaftet geblieben.[7]

1.1.1. Die repressive Personalpolitik

Die repressive Personalpolitik der NS-Regierung in Oldenburg hatte die Aufgabe, die Öffentlichkeit durch spektakuläre Maßnahmen zu verunsichern und die zivilen Staatsdiener in der Verwaltung und in den Schulen des Landes politisch einzuschüchtern. Eröffnet wurde die politische Kampagne in Oldenburg noch vor der Machtübernahme im Reich durch die aufsehenerregende Demission der Schulräte Wilhelm Stukenberg in Oldenburg und Johannes Schlüter in Varel im September 1932.[8] Nach Ansicht der Vechtaer OV war Spangemacher offensichtlich der Ansicht, "daß nach der Einstellung der beiden Schulräte in der Vergangenheit keine Aussicht besteht, daß sie positiv für die Verwirklichung seiner Pläne sich einsetzen werden". Die Zeitung ging davon aus, "daß der Minister gewillt ist, seine Pläne durchzusetzen". Mit besorgtem Blick auf die politischen Verhältnisse in Südoldenburg erklärte die Vechtaer OV entschlossen:

> "Wir werden [...] allen Plänen Widerstand leisten, die mit den katholischen Erziehungsgrundsätzen nicht voll im Einklang stehen. Das Schulprogramm des nationalsozialistischen Lehrerbundes lehnen wir, als nicht im Einklang mit katholischen Erziehungsgrundsätzen stehend, entschieden ab. Darüber darf niemand einen Zweifel haben."[9]

Die Entlassung der beiden Schulräte Stukenberg und Schlüter löste eine größere Diskussion um die Schulreformpläne des zuständigen Ministers Spangemacher aus. Noch standen in Oldenburg die Organe einer parlamentarischen Demokratie zur Verfügung und mußte sich die Regierung Röver der öffentlichen Kritik stellen. Auf die Regierungserklärungen, die die nationalsozialistischen Minister Spangemacher und Pauly auf der vom Zentrum be

---

[7] Oldenburg, Dokumentation, S. 33ff.

[8] KUROPKA, Wahrheit, S. 33. In einer Notiz der Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung vom 24.9.1932 hieß es: "Die Schulräte Stukenberg und Schlüter, bewährte Schulmänner, werden zum 1. Oktober (1932) aus weltanschaulichen Gründen dispensiert. [...] Was das bedeuten soll, ist mit Händen zu greifen. Wir gehen täglich entschlossener den angekündigten herrlichen Zeiten entgegen." WILLENBORG, Schule, S. 21: Anweisung des Ministers der Kirchen und Schulen, Heinz Spangemacher, vom 13.9.1932 an das evangelische Oberschulkollegium; FRIEDL, Handbuch, S. 715-717 (von Hilke Günther-Arndt)

[9] OV vom 23.9.1932.

antragten Landtagssitzung am 13. Dezember 1932 abgaben, antwortete der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, der Abgeordnete Heinrich Wempe aus Cloppenburg, in einer programmatischen Rede und blickte schmerzvoll auf die bisher geltenden Grundsätze oldenburgischer Beamten- und Rechtspolitik zurück. Er versicherte der amtierenden Regierung, daß die Landesbediensteten loyal ihre Pflicht erfüllten:

> "Es ist auch auf beamten-politischem Gebiete in Oldenburg in den letzten Monaten verschiedenes geschehen, was eine starke Beunruhigung in die Beamtenkreise hineingebracht hat. [...] Meine Herren, die oldenburgischen Beamten jeglicher Parteizugehörigkeit haben auch unter dem jetzigen System den ernsten Willen, ihre Pflicht gegenüber Regierung, Staat und Volk zu tun, und man sollte alles tun, um diesen ernsten und nicht hoch genug zu schätzenden Willen auch durch Reden und Taten anzuerkennen. [...]
> Wir sind hier nicht nur, um Kritik zu üben, sondern auch, um von unserer Seite aus zu sagen, wie wir uns eine ersprießliche Regierungsführung und Volksvertretung im Oldenburger Lande denken. Wir sind - obwohl wir ausgeschaltet sind, das können wir mit Humor ertragen - aber auch so bereit, unser Können und unser Wissen zum Wohle des oldenburgischen Volkes einzusetzen, insbesondere, damit das oldenburgische Volk, was heute noch nicht der Fall ist, das Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit wiederbekommt und so besser imstande ist, etwaigen Gefahren, die dem Bestande des Landes Oldenburg jetzt oder in Zukunft drohen, wirksam entgegenzutreten. (Bravo! links und in der Mitte.)"[10]

Mit den letzten Bemerkungen sprach Wempe die Debatte um die Reichsreformpläne und die damit verbundene Frage nach der Selbständigkeit Oldenburgs an. Auf der Landtagssitzung am 18. Januar 1933 rechnete Kultusminister Spangemacher mit der demokratischen Vergangenheit und dem "Gesinnungsterror" der Weimarer Parteien ab. Er konterkarierte die parlamentarischen Einwände gegen seine Personalpolitik mit der Feststellung:

> "Die Minister haben immer und überall das Recht gehabt, Leute zu entlassen, die ihnen nicht passen. Das war beim Zentrum und der SPD immer so. Wer sich dem Willen der Regierung entgegensetzt, der wird entfernt."

Der geistliche Oberstudienrat Wempe aus Cloppenburg reagierte auf die Entlassung von Stukenberg und Schlüter moderat und bat lediglich um Aufklärung über die Fakten, die zu ihrer Verabschiedung geführt hätten. Ein Grund für dieses Verhalten mag darin zu sehen sein, daß die schulpolitischen Interessen Südoldenburgs nicht unmittelbar tangiert waren:

---

[10] OV vom 14.12.1933; ECKHARDT, Landtagsreden, S. 47-49.

"Ich vermisse in der Antwort der Staatsregierung das, worauf es ankommt, auf Grund welcher Tatsachen die Staatsregierung der Auffassung gewesen sei, daß die zur Disposition gestellten Beamten nicht im Sinne des Staatsministeriums wirken würden. Es handelte sich bei allen um keine Parteibeamte, sondern um Leute, die auf Grund ihrer sachlichen Eignung auf ihren Posten berufen waren und sich voll bewährt hatten. Es heißt die Charakterfestigkeit und die Gesinnungstreue des oldenburgischen Beamtentums nicht fördern, wenn die Regierungsmaßnahmen in der Beamtenschaft die Auffasssung aufkommen lassen, daß nicht nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren wird."[11]

Die oldenburgische Schul- und Personalpolitik stürzte die Regierung Röver in eine Krise, die nur noch vom rechtzeitigen Aufstieg der NSDAP im Reich aufgefangen werden konnte. Es galt, Zeit zu gewinnen und von Wahltag zu Wahltag zu taktieren. Der NSLB des Gaus Weser-Ems wandte sich in einem Schreiben vom 10. Oktober 1932 an die NS-Reichsleitung und reflektierte nachdenklich den Stand der oldenburgischen Schulpolitik nach der Aufhebung der Oberschulkollegien und der Demission der beiden Schulräte Stukenberg und Schlüter:

"Die Lage im Freistaat ist im Augenblick alles andere als günstig. Unsere Regierung schritt zu verschiedenen Maßnahmen, die von unseren Gegnern auf das heftigste bekämpft wurden. Sie verfügte die Aufhebung der Oberschulkollegien, setzte 2 Schulräte ab [...].
Die Aufhebung der Oberschulkollegien wirbelte auch viel Staub auf. Vor allem wurde seitens der kath. Geistlichkeit viel protestiert. Auch der Bischof legte Einspruch ein. Die kath. Lehrerschaft war vernünftiger. [...] Die Folge war, man stoppte sofort ab.
[...] Der Abbau der Schulräte erfolgte mit der Begründung, daß sie die Aufsicht nicht im Sinne und Geiste des Ministeriums führen könnten. Die beiden Schulräte waren Demokraten.
[...] Bei dem Kampf hier in Oldenburg wäre es unbedingt nötig, daß man ein festes Programm hätte. Erscheint bald ein Erziehungsprogramm? [...] Es fehlt uns das Positive, mit dem wir vor die Lehrerschaft treten können. Und vor allem müssen wir Lehrer im NSLB etwas haben, um arbeiten zu können. [...]
Das ist in großen Zügen ein Bild unserer gegenwärtigen Lage in Oldenburg und ein Ausblick in die nächste Zukunft. Zunächst müssen wir den Kampf bis zum 6. November führen [...]."[12]

So stellte sich die politische Situation im Frühjahr 1933 dar, als der Katholische Lehrerverein in Oldenburg in den NSLB eintrat und die Lehrerkollegien der staatlichen höheren Schulen in Südoldenburg sich mit politischen Erge

[11] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 22; MT vom 19.1.1933.
[12] WILLENBORG, Schule, S. 28. Zur Aufhebung der Oberschulkollegien vgl. Kap. 2.2. im dritten Band der Arbeit: Das politische Ringen um die Aufhebung der Oberschulkollegien.

benheitsadressen an die Öffentlichkeit wandten. Zeitzeugen gaben aber stets zu bedenken, daß dies nicht ohne politischen Druck und ohne kritische Einwände in den Kollegien geschah. Die repressive Personalpolitik in Oldenburg zeigte ihre ersten Wirkungen, der Einfluß des Zentrums war nach seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz rapide gesunken, weite Teile des deutschen Episkopats hatten ihre politischen Bedenken gegen den Nationalsozialismus zurückgenommen, die Gleichschaltung schritt auf vielen Sektoren voran. Nach der Landtagsdebatte im Dezember 1932 befand sich das oldenburgische Zentrum auf dem politischen Rückzug und konzentrierte seine ganze Aufmerksamkeit auf die innenpolitische Entwicklung im Reich. Aus der politischen Not der Zeit war keine neue politische Theorie oder Strategie erwachsen.

Das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April 1933 bot eine weitere Handhabe, um personalpolitische Korrekturen im Lande vorzunehmen.[13] Es wurde mit der oldenburgischen Verwaltungsreform vom 27. April 1933 kombiniert, die auch ausdrücklich "Maßnahmen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" beinhaltete.[14] Vorsorglich war allen Staats- und Gemeindeangestellten "im Hinblick auf die kommende Verwaltungsreform" gekündigt worden.[15] Das Gesetz enthielt im einzelen folgende Bestimmungen:

> "§ 1. (1) Zur Wiederherstellung eines nationalen Berufsbeamtentums und zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Recht hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. [...]
> § 2. (1) Beamte, die seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung oder sonstige Eignung zu besitzen, sind aus dem Dienste zu entlassen. [...]
> (2) Ein Anspruch auf Wartegeld, Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und auf Weiterführung der Amtsbezeichnung, des Titels, der Dienstkleidung und der Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu.
> § 3. (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen; [...].

[13] MT vom 10.4.1933; MÜNCH, Gesetze, S. 29-31: Auszug.
[14] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 66, S. 201f.; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 37f.; MT vom 2.5.1933. Formal-juristische Grundlage des Vereinfachungsgesetzes war das vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933. (Vgl. MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146)
[15] MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. [...]
§ 4. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. [...]
§ 5. (1) Jeder Beamte muß sich die Versetzung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn, auch in ein solches von geringerem Rang und planmäßigem Diensteinkommen [...] gefallen lassen, wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert. [...]
(2) Der Beamte kann an Stelle der Versetzung in ein Amt von geringerem Rang und planmäßigem Diensteinkommen (Abs. 1) innerhalb eines Monats die Versetzung in den Ruhestand verlangen."[16]

Das Berufsbeamtengesetz stellte die rechtliche Grundlage für die "Säuberung" der Beamtenschaft von jüdischen und "politisch unzuverlässigen" Beamten dar. Damit sollte die politische Klasse aus dem öffentlichen Dienst verdrängt werden, die im November 1918 in demokratische Institutionen eingetreten war. Die Aufgabe des "Abstammungsnachweises" bestand darin, "die Fehler des vergangenen Systems auszumerzen und den staatswichtigen Berufsstand des Beamtentums vor allem von denjenigen Trägern fremdrassiger Blutsteile zu reinigen, die unter der Herrschaft des Novemberstaates eingedrungen waren".[17] Es gehe darum, die "seit der französischen Revolution vorgekommenen Rassenmischungen zu erfassen". Der "Novemberstaat" wurde als Erbe der Französischen Revolution angesehen und abgelehnt, weil er mit dem Begriff der deutschen Nation nicht zu vereinbaren war:

"Die französische Revolution (1789) brachte zuerst in Frankreich, in der Folgezeit aber auch in den meisten anderen Staaten die liberalistische Weltanschuung zum Durchbruch. Der oberste Grundsatz dieser Weltanschauung ist das Vorrecht des Einzelnen (Individuum) vor der Gesamtheit. Ihre Ideale waren die Freiheit (Ungebundenheit) und Gleichheit ('alles ist gleich, was Menschenantlitz trägt'). Auf diese Anschauungen sind die Judenemanzipation und die meisten Mischehen, aber auch die heute als überaus schädlich anerkannte Vernachlässigung der Begriffe Familie, Sippe und Volk zurück

[16] MT vom 10.4.1933; MÜNCH, Gesetze, S. 29-31.
[17] Nach dem Deutschen Beamtengesetz vom 26. Januar 1937, das mit geringfügigen Abweichungen die Bestimmungen über die Feststellung der arischen bzw. nichtarischen Abstammung aus dem am 30. März 1934 bzw. 30. September 1934 abgelaufenen Berufsbeamtengesetz (Arierparagraph) wiederaufnahm, hatten Beamte, Angestellte und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden sowie Ärzte, Rechtsanwälte und höhere Schüler einen Ariernachweis zu führen. Das galt auch für viele Körperschaften und Verbände, für den Reichsarbeitsdienst und nach dem Wehrgesetz vom 21. Mai 1935 auch für die Wehrmacht. (Ahnenpaß, S. 4f.)

> zuführen. Erst die geistige Revolution des Nationalsozialismus vermochte diese Weltanschauung in Deutschland zu besiegen."[18]

Damit war die politische Funktion des Berufsbeamtengesetzes, das auch die Grundlage für das Deutsche Beamtengesetz vom 26. Januar 1937 bildete, eindeutig festgelegt. Das Berufsbeamtengesetz fand in Südoldenburg denn auch vor allem als Instrument zur politischen Gleichschaltung der Lehrerschaft und der kommunalen Bediensteten Anwendung. Der Amtshauptmann von Vechta forderte die Bürgermeister und Gemeindevorsteher im Schreiben vom 21. Juli 1933 auf, die politischen Feststellungsbögen mit einem Verzeichnis aller Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinden bis zum 10. August 1933 vorzulegen.[19] Nach Angaben Rudolf Willenborgs traf das Gesetz im Freistaat beim § 2 keine, bei den §§ 3 (Nichtarier) und 4 (Unzuverlässige) je eine Lehrperson. Aufgrund des dehnbaren § 4 (Unzuverlässige) wurden aber 134 Lehrpersonen für die Entlassung in Aussicht genommen.[20] Obwohl sich die unmittelbaren Auswirkungen des Gesetzes in Grenzen hielten, konnten die Maßnahmen den Zweck der politischen Einschüchterung erfüllen und die Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes in Oldenburg unterstützen. Ein Folgeerlaß des Ministers der Kirchen und Schulen, Julius Pauly, vom 5. Januar 1934 drückte nach Ansicht von Rudolf Willenborg aus, was man politisch erreichen wollte:

> "Die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auf dem Gebiete des Schulwesens ist beendet. Ich erwarte von allen Lehrern und Lehrerinnen, die im Dienst verblieben sind, daß sie die ihnen anvertraute Jugend im nationalsozialistischen Sinn erziehen und sich auch außerhalb des Dienstes wie Nationalsozialisten bewähren. Lehrer und Lehrerinnen, die diesen Anforderungen in Zukunft

---

[18] Ahnenpaß, S. 3f. "Arischer Abstammung (= 'deutschblütig')" war nach den Ergebnissen der nationalsozialistischen Rassenlehre "derjenige Mensch, der frei von einem, vom deutschen Volke aus gesehen, fremdrassigen Blutseinschlage ist". Als fremd galt in diesem Zusammenhang "vor allem das Blut der auch im europäischen Siedlungsraume lebenden Juden und Zigeuner, das der asiatischen und afrikanischen Rassen und der Ureinwohner Australiens und Amerikas (Indianer), während z. B. ein Engländer oder Schwede, ein Franzose oder Tscheche, ein Pole oder Italiener, wenn er selbst frei von solchen, auch ihm fremden Blutseinschlägen ist, als verwandt, also als arisch gelten muß ...".

[19] StAO 262 - 11 - 622: Schreiben des Amtshauptmanns Haßkamp vom 21.7.1933; WILLENBORG, Schule, S. 84: Personalbögen von zwei Lehrern aus Südoldenburg.

[20] WILLENBORG, Schule, S. 83: "Übersicht über die nach §§ 2 bis 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums anhängig gewordenen und bisher erledigten Fälle" im Freistaat Oldenburg; WILLENBORG, Schulpolitik, S. 61.

nicht genügen, sind nicht länger geeignet, als Erzieher tätig zu sein. Sie werden den Dienst verlassen müssen. Es wird ein scharfer Maßstab angelegt werden."[21]

In den Anwendungspraktiken des Berufsbeamtengesetzes begegneten auch dem katholischen Lehrer Rechtswillkür und Rechtsbeugung. Bereits in seiner Mai-Ausgabe 1933 veröffentlichte das Katholische Schulblatt eine Liste von Versetzungen. Davon waren im einzelnen betroffen:

Die Hauptlehrer Block in Hollen nach Cappeln, Ed. Blömer von Kampe nach Norddöllen, Konrad Meyer von Nikolausdorf nach Lohne (Rektor), die Lehrer Wübbolt von Visbek nach Nikolausdorf (Hauptlehrer), Behrens von Scharrel nach Hollen (Hauptlehrer), Stukenborg von Nikolausdorf nach Kampe (Hauptlehrer), Schmutte von Benstrup nach Glaßdorf (Hauptlehrer), Ernst Willenbrink von Evenkamp nach Scharrel, Josef Willenbrink von Norddöllen nach Benstrup, Janßen von Cloppenburg nach Bösel, Sieverding von Glaßdorf nach Steinfeld, Dumstorff von Cappeln nach Evenkamp, Fritz Meyer von Dümmerlohausen nach Elbergen, Kerlin von Rüstringen I nach Dwergte, Eveslage von Brokstreek nach Essen, Nordlohne von Vechta nach Hagen, Gardewin von Halen nach Nellinghof, Frecking von Mühlen nach Brokstreek, Middelbeck von Hagen nach Lohe, Hartz von Lutten nach Lohne, Muhle von Lutten nach Halen, Heitkamp von Bösel nach Nikolausdorf, Norrenbrock von Steinfeld nach Visbek, Rießelmann von Mühlen nach Lüsche, Hartmann von Mehrenkamp nach Petersdorf, Thomann von Goldenstedt nach Bollingen, Krogmann von Hagen nach Vechta (halbe Stelle), die Lehrerinnen Borgerding von Sevelten nach Bakum, Fangmann von Jever nach Mühlen, Nutmann von Lüsche nach Sevelten, Tschuschke von Nellinghof nach Lutten, die Schulamtsbewerber Deeken aus Damme nach Dümmerlohausen (halbe Stelle), Warnking aus Wildeshausen nach Jever (Privatschule).[22]

Eine weitere Zusammenstellung von personalpolitischen Veränderungen im katholischen Volksschulwesen Südoldenburgs wurde im Oktober 1933 bekanntgegeben. Davon waren im einzelnen betroffen:

Die Hauptlehrer bzw. Lehrer Engel von Bunnen nach Löningen, Kluge von Varrelbusch nach Varel, Stukenborg von Drantum nach Ellenstedt, Kallage von Varnhorn nach Elbergen, Thölking von Hausstette nach Augustenfeld, Hachmöller von Bösel nach Beverbruch, Blömer von Beverbruch nach Bösel, Kühling von Friesoythe nach Barßel, Heitmann von Barßel nach Friesoythe, Sommer von Augustenfeld nach Holdorf, Löwe von Hohefeld nach Garrel, Lamping von Endel nach Garrel, Willenbrink

[21] WILLENBORG, Schulpolitik, S. 61f.; WILLENBORG, Schule, S. 85: Bekanntmachung des Ministers der Kirchen und Schulen vom 5.1.1934.

[22] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 37. Lehrer Marischen wurde in Goldenstedt, Lehrer von Garrel in Friesoythe und Mehrenkamp vollbeschäftigt, Lehrer Börgerding erhielt in Cappeln und Lehrer Dammann in Norddöllen eine zweite Lehrerstelle. Lehrerin Winterberg wurde in Rüstringen I vollbeschäftigt, Lehrerin Stör aus Cloppenburg in Cloppenburg mit 12 Stunden; aus dem Dienst schied auf eigenen Wunsch die technische Lehrerin Meyer in Emstek.

> von Scharrel nach Endel, Bothe von Garrel nach Scharrel, Nemeding von Holtrup nach Vechta, Bojert von Vechta nach Holtrup, Niemann von Delmenhorst nach Schelmkappe, Stilkenböhmer von Neuscharrel nach Delmenhorst, Wienberg von Schelmkappe nach Barßel und Lammers von Einswarden nach Hohefeld, die Lehrerinnen Osterhoff von Holdorf nach Friesoythe, Völkerding von Nikolausdorf nach Ramsloh, Siemer von Ramsloh nach Emstek, Ellert von Bartmannsholte nach Löningen, Schwertmann von Carum nach Lohne, Kreyenborg von Vechta nach Carum, Moormann von Friesoythe nach Steinfeld, Stuntebeck von Steinfeld nach Peheim, Böckmann von Peheim nach Friesoythe und Unkraut von Barßel nach Nikolausdorf, die Schulamtsbewerber Dwertmann nach Cloppenburg, H. Fortmann nach Drantum, Thomann nach Varnhorn, Koldehoff nach Varrelbusch, Moormann nach Bunnen, Ameskamp nach Neuscharrel, Landwehr und Pölking nach Hausstette, von Lehmden nach Bartmannsholte und Franz Fortmann nach Vechta.[23]

Die Cloppenburger MT klärte bei dieser Gelegenheit ihre Leser über die politischen Hintergründe der oldenburgischen Personalpolitik seit dem Regierungsantritt Rövers auf und vermutete darin zu Recht die Absicht, die konfessionellen Bindungen im katholischen Milieu aufzuweichen:

> "Im katholischen Volksschulwesen des Landes Oldenburg sind eine Reihe von Umgruppierungen und Aenderungen erfolgt, die alle das Ziel haben, die Durchdringung der katholischen Volksschulen des Landes mit der nationalsozialistischen Weltanschauung, sowie die Arbeiten der Lehrer im Sinne der nationalsozialistischen Erziehungsziele zu stärken und zu beschleunigen."[24]

Einen größeren personalpolitischen Spielraum an den staatlichen höheren Schulen eröffnete den Behörden das Gesetz vom 2. Oktober 1933, nach dem an diesen Lehranstalten konfessionell gemischte Kollegien eingerichtet und beschäftigt werden konnten. Durch dieses Gesetz wurde das Konfessionalitätsprinzip, das informell auch für die höheren Schulen galt, aufgeweicht. Das Gesetz verfügte kurzerhand:

> "An allen öffentlichen höheren Schulen im Freistaat können Lehrkräfte evangelischen und katholischen Bekenntnisses beschäftigt und angestellt werden. Im übrigen bleibt die bekenntnismäßige Einrichtung der Schulen im Freistaat, wie sie bisher bestanden hat, unberührt."[25]

---

[23] MT vom 10.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 392. Bis auf weiteres wurden die Lehrerinnen Dunker in Friesoythe und Schulte in Emstek vom Schuldienst beurlaubt. Gründe für diese Maßnahmen wurden nicht angegeben.

[24] MT vom 10.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 392.

[25] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 161, S. 598: Gesetz für den Freistaat über die bekenntnismäßige Einrichtung der Schulen; ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 158; WILLENBORG, Schule, S. 35.

Von den durch das Gesetz gegebenen Möglichkeiten machte das Staatsministerium in Cloppenburg Gebrauch. Der angesehene Direktor des Cloppenburger Realgymnasiums, Dr. Thomé, wurde durch den gebürtigen Badener Dr. Stuckenberg ersetzt, der als überzeugter Nationalsozialist galt.[26] Ein Wechsel in der Schulleitung vollzog sich auch am Gymnasium Antonianum in Vechta. Hier wurde Dr. Uhlmann durch Oberstudiendirektor Gottschalk abgelöst.[27] Der Bischöfliche Offizial Vorwerk warf in der Auseinandersetzung über das oldenburgische Schulgesetz im Jahre 1936 dem zuständigen Minister Julius Pauly vor, er "billige ausdrücklich den Kampf des Gymnasialdirektors in Vechta gegen die katholische Kirche".[28]

1.1.2. Die oldenburgische Verwaltungsreform

Neben den schulpolitischen Fragen waren es vor allem die Pläne zur Verwaltungsreform, die die Interessen Südoldenburgs berührten und die Gemüter nach dem Regierungswechsel erregten.[29] Die politische Durchsetzung der Verwaltungsreform demonstriert an einem regionalgeschichtlichen Beispiel, wie die Restbestände einer demokratischen Landesverfassung systematisch aufgehoben und eine 'reine' Verwaltungsmaßregel - es galt als Vereinfachungsgesetz - für Zwecke der politischen Gleichschaltung benutzt wurde. Pläne einer Verwaltungsreform waren in Oldenburg nicht neu und reichten bis in die Vorkriegszeit zurück. Wie die Landtagsdebatten der Jahre 1920 und 1929/30 über Maßnahmen zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung gezeigt hatten, bestand im Freistaat über die Notwendigkeit einer umfassenden Reform politische Übereinstimmung. Vorbild für die Reform in Oldenburg war Preußen. Am 23. Dezember 1931 erließ die preußische Regierung Braun-Severing die Zweite Sparverordnung, die auf dem Verordnungswege ohne Mitwirkung des Landtags die Aufhebung einer großen Anzahl von Behörden und die Verminderung der Zahl der Oberpräsidenten, Regierungen, Landkreise und Amtsgerichte verfügte. Sieben Monate nach dem Erlaß der preußischen Verordnung erwirkte die Regierung Röver am 22. Juli 1932 die Ermächtigung zur Verwaltungsreform, die eine Kürzung der Dienstbezüge der Staatsminister und des Regierungspräsidenten in Eutin

[26] REINHARDT, Chronik, S. 51.
[27] ZIMMERS, Rhetorika, S. 123.
[28] WILLENBORG, Schulpolitik, S. 73.
[29] ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 14-25.

sowie eine Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung vorsah.[30] Die Regierung stützte die Verordnung auf § 37 der Landesverfassung und legte sie dem Landtag erst nach der Machtübernahme im Reich vor.[31] Dieser bestätigte die Verordnung in seiner Sitzung vom 3. Februar 1933. Die demokratische Opposition, vor allem SPD und Zentrum, wandte sich nicht grundsätzlich gegen die Verwaltungsreform, sondern lehnte nur die Ermächtigung für die Regierung ab. Im Gegensatz zu Preußen war der Landtag in Oldenburg also am Zustandekommen der Reform beteiligt, ohne inhaltlich auf sie Einfluß nehmen zu können. Am 27. April 1933 - neun Monate nach Erlaß der Ermächtigungsverordnung - erließ die oldenburgische Landesregierung das umfassende Vereinfachungsgesetz, das kurz als "Verwaltungsreform" bezeichnet wurde. Es stützte sich nicht mehr auf die oldenburgische Verfassung, sondern als Folge der politischen Veränderungen im Reich nach dem 30. Januar 1933 auf das Erste Gleichschaltungsgesetz, das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich, vom 31. März 1933. Die leitenden Gesichtspunkte der Reform bestanden einerseits in der Vereinfachung des Verwaltungsaufbaues durch die Vergrößerung von Gemeinden und in der Hebung der kommunalen Finanzkraft durch die Vereinigung von leistungsstarken und leistungsschwachen Gemeinden. Josef Zürlik betont, daß in Preußen wie in Oldenburg die Wirtschafts- und Finanznot seit 1928 den Anstoß für die Reformgesetzgebung bildete. In beiden Ländern wurden die Reformen als "Diktaturgesetze" der Landesregierung eingebracht und vollzogen.[32] Vor allem daran nahm das oldenburgische Zentrum unter seinem Fraktionsvorsitzenden Heinrich Wempe Anstoß.

---

[30] GESETZBLATT, 47. Bd., Nr. 209, S. 888f. Die "Verordnung des Staatsministeriums für den Freistaat Oldenburg, betreffend Kürzung der Dienstbezüge der Staatsminister und des Regierungspräsidenten in Eutin und Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung", ermächtigte das Staatsministerium, "im Rahmen der Landesverfassung und der geltenden Reichsgesetze die Staats= und Gemeindeverwaltung zu verbilligen und zu vereinfachen".

[31] Nach dem Wortlaut des Art. 37 (Notstandsartikel) konnte das Staatsministerium Anordnungen erlassen, wenn der Landtag nicht versammelt war und "außergewöhnliche Umstände ein sofortiges Eingreifen" erforderlich machten. Die Verordnung durfte keine Verfassungsänderung enthalten und war dem Landtag in seiner nächsten Versammlung "sofort zur Bestätigung vorzulegen". Wenn der Verordnung die Bestätigung versagt wurde, war sie sofort aufzuheben. (GESETZBLATT, Bd. 40, Nr. 105, S. 400)

[32] ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 14ff. Die Verordnung in Preußen beruhte auf den Notverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 zur "Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden" und der 3. Verordnung zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 6. Oktober 1931.

Versuche, die Auseinandersetzung über die Verwaltungsreform in den Landtag einzubringen, wurden von der seit Frühjahr 1932 herrschenden NSDAP-Majorität erfolgreich abgewehrt und mußten deshalb in den außerparlamentarischen Raum verlagert werden. Am 11. Dezember 1932 sprach sich der Landesvorstand der oldenburgischen Zentrumspartei gegen das offenkundige Vorhaben der Regierung aus, die Verwaltungsreform durch Notverordnung in Kraft zu setzen:

> "Eine Verwaltungsreform auf dem Verordnungswege vom grünen Tisch her wird unsern schärfsten Widerstand unter Anwendung aller erlaubten Mittel finden."[33]

Die "erlaubten Mittel" erschöpften sich aus der Sicht des Zentrums in den parlamentarischen Möglichkeiten, die aufgrund der NSDAP-Majoriät im Landtag sehr begrenzt waren. Ein selbständiger Antrag des Zentrums ersuchte die Staatsregierung, "das Ergebnis der Prüfung der Verwaltungsreform dem Landtage vorzulegen" und "etwaige Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform nur nach vorheriger Zustimmung des Landtages zu treffen".[34] Die Antwort auf die "Frage einer Mitwirkung des Landtages", die das Zentrum stellte, wurde hinausgezögert, und zu der geforderten "Mitwirkung der beteiligten Kreise" an der Verwaltungsreform kam es erst recht nicht. Dabei war sich das Zentrum darüber im klaren, daß die Zustimmung der nationalsozialistischen Fraktion für die parlamentarische Verabschiedung der Verwaltungsreform ausreichte.[35] Auf der Plenarsitzung des oldenburgischen Landtages am 10. Februar 1933 kamen die Anträge des Zentrums endlich zur Verhandlung. Minister Spangemacher reagierte schroff und erklärte, die Regierung tue "nichts anderes als das, was in anderen deutschen Staaten schon seit langem gemacht wird". Außerdem müsse sich jeder darüber im klaren sein, "daß die Zustände, die man in den letzten 14 Jahren geschaffen hat, doch heute für das notleidende Volk in seiner Gesamtheit nicht mehr zu ertragen sind". Mit Blick auf die vergangene "Systemzeit" erklärte Spangemacher namens der Regierung:

> "Ich muß es von Seiten der Regierung ganz energisch zurückweisen, daß man etwa heute dem Volke vorgaukeln will, wieder aus rein agitatorischen Gründen heraus, wir gingen oberflächlich an diese Dinge heran oder herzlos, oder wie heißt es so wunderbar eben von einem Agitator ‘unter sorgfältiger Wahrung der Lebensinteressen des Volkes’. Weiß Gott, wir wurzeln tief genug im Volke, um zu wissen, was not tut, und wir

[33] OV vom 12.12.1932.
[34] OV vom 16.12.1932.
[35] OV vom 14.12.1932.

> wissen auch sehr genau, daß es nicht einfach ist für einen fühlenden Menschen, der bei seinem und mit seinem Volke steht, jetzt wieder die Dinge in Ordnung bringen zu müssen, die eine verruchte 14jährige Zeit geschaffen hat. Aber ebenso sage ich mir, würden wir - das ist meine persönliche Auffassung - diese Dinge der Verwaltunsreform hineinsetzen in den Landtag, dann würde hier ein wochen- und monatelanges Geseires losgehen, das zu nichts führen würde, man könnte die Verwaltungsreform begraben."[36]

Spangemacher versicherte nachdrücklich, daß die Regierung die Verwaltungsreform "zu dem Zeitpunkt durchführen" werde, den sie für geeignet halte. In seiner Antwort bedauerte Wempe namens der Zentrumsfraktion, "diese nun schon so oft gehörte Redensart von den 14 Jahren vernommen zu haben", und beklagte nachdrücklich, daß bewährte Institutionen, die nicht "eine Schöpfung der letzten 14 Jahre" seien, sondern sich "seit Jahrzehnten, zum Teil seit Jahrhunderten eingebürgert und bewährt" hätten, nun "in einem abnormen Augenblick aus Gründen der heutigen Zweckmäßigkeit zerschlagen werden sollen". Er befürchte in der Tat, daß durch die Verwaltungsreform "die Lebensinteressen des Volkes und seiner einzelnen Teile" berührt werden könnten. Auf "die naheliegende Versuchung", den Vorwurf der Agitation "nach einer anderen Seite hin weiterzugeben", verzichte er ausdrücklich.[37] Der Abgeordnete Böhmcker (NSDAP) unterstützte den politischen Kurs Spangemachers und lehnte eine parlamentarische Beratung der Verwaltungsreform ab. Der Antrag des Zentrums wurde mit der nationalsozialistischen Mehrheit abgelehnt.[38]

Auch nach der nationalsozialistischen Machtübernahme im Reich blieb die Verwaltungsrereform das beherrschende Thema in der Landespolitik, wurde aber in der regionalen Presse Südoldenburgs kaum thematisiert. Proteste wurden vor allem aus den Ämtern und Gemeinden gemeldet, die zur Disposition standen. So verzeichnete eine Unterschriftenaktion im Amt Friesoythe 6 500 Namen. In einer skurril anmutenden Volksversammlung in Bösel am 17. Februar 1933, die vom örtlichen Pfarrer Sommer geleitet und als parteiunabhängig deklariert wurde, sprach Carl Röver ausdrücklich in seiner Ei

---

[36] StAO 39 - 21193: VII. Lt., 1. Vers., 10. Sitzung, 10.2.1933, S. 51-53; MT vom 11.2.1933: mit dem stenographischen Bericht über die Landtagssitzung vom 10. Februar 1933. Mit der Formulierung "unter sorgfältiger Wahrung der Lebensinteressen des Volkes" bezog sich Röver auf den Fraktionsvorsitzenden Wempe, der diesen Wunsch in einem Redebeitrag vor Röver geäußert hatte. (S. 47ff.)
[37] StAO 39 - 21193: VII. Lt., 1. Vers., 10. Sitzung, 10.2.1933, S. 55f.; MT vom 11.2.1933.
[38] MT vom 11.2.1933.

genschaft als Ministerpräsident und nicht als "Parteimann der NSDAP" über die Verwaltungsreform und "spannte diese in seiner Darlegung in einen großen wirtschaftsgeschichtlichen Rahmen" ein. Der Böseler Pfarrer Sommer hatte darauf bestanden, "daß der geplanten Versammlung jedes parteipolitische Gepräge fehlen müsse, daß die Versammlung also keine Parteiversammlung der NSDAP. sein dürfe". Dafür verlangte der örtliche Geistliche drei Garantien, andernfalls drohte er die Versammlung aufzulösen:

> "1) wenn irgendeine Parteikundgebung in der Versammlung erfolge,
> 2) wenn irgendwie an der Zentrumspolitik Kritik geübt würde und
> 3) wenn mit irgendeinem Wort an einer Sache getadelt würde, die in den Bereich seiner seelsorglichen Interessen falle."[39]

Die Versammlung in Bösel schloß mit dem "Deutschlandlied". Bösel im Amt Friesoythe war von der Verwaltungsreform unmittelbar betroffen, weil die kleine Gemeinde aufgelöst werden sollte. Auf der Versammlung wurde mitgeteilt, daß Bösel "eine besonders scharfe Eingabe ans Staatsministerium" gerichtet habe.

Die Staatsregierung verhängte in einer Anordnung vom 7. Februar 1933 einen "Maulkorberlaß", der den staatlichen Bediensteten, den Beamten und Angestellten, jegliche außerdienstliche Äußerung zur Verwaltungsreform und Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen zu dieser Frage untersagte. Begründet wurde diese Maßnahme damit, daß die Erörterung der Verwaltungsreform in der Oeffentlichkeit Formen angenommen habe, die "im Staatsinteresse nicht mehr geduldet werden" könnten. Weder die Tatsache, "daß überhaupt noch keinerlei Pläne des Ministeriums vorliegen", noch die offizielle Erklärung des Staatsministeriums, "daß etwaige Maßnahmen nicht ohne Fühlungnahme mit den interessierten Kreisen erfolgen werden", habe "einzelne Interessentengruppen davon abhalten können, Gerüchte aller Art aufzugreifen und zum Gegenstand von breiten Erörterungen in der Oeffentlichkeit zu machen". Ein politisches "Einschreiten gegen diese sinnlose Aufhetzung" sei "um so mehr gerechtfertigt, als bereits vor einiger Zeit in Aussicht genommen ist, die oldenburgische Verwaltungsreform zurückzustellen und abzuwarten, ob und wieweit etwaige Maßnahmen des Reiches ein Eingreifen der Oldenburgischen Regierung überflüssig machen".[40]

---

[39] MT vom 18.2.1933.
[40] MT vom 11.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 102; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 3, 1.3.1933, S. 22.

Wie Röver die Verwaltungsreform in Oldenburg nicht diskutiert wissen wollte, so lehnte Hitler eine Diskussion der ihm lästigen Reichsreformpläne ab und traf im Dezember 1933 entsprechende Vorkehrungen.[41] Der Ausgang der Reichstagswahl am 5. März 1933 unterbrach die Durchführung der Verwaltungsreform nicht, im Gegenteil. Im Vorgriff auf das Vereinfachungsgesetz wurde am 31. März 1933 die Kündigung aller Staats- und Gemeindeangestellten ausgesprochen.[42] Die oldenburgische Verwaltungsreform wurde von Anfang an mit einem umfassenden Revirement im öffentlichen Dienst verknüpft und erwies sich als ein geeigneter Vorwand, um die Gleichschaltungswelle im Lande einzuleiten. Die oldenburgische Lehrerschaft befürchtete im Zuge der Verwaltungsreform ohnehin einen weiteren Stellenabbau durch Pläne zur "Vereinfachung und Verbilligung des Schulwesens", wie Minister Spangemacher in der Landtagssitzung am 18. Januar 1933 hatte verlauten lassen.[43] Der Bezirksverein Ammerland-Saterland des Oldenburgischen Landeslehrervereins wandte sich in dieser Sache in einer Entschließung an die Landesregierung und machte besonders auf das Schicksal der Junglehrer aufmerksam. Selbst unter bevölkerungspolitischem Gesichtspunkt sei es nicht klug, "die junge Generation finanziell so stark zu beschneiden, daß sie erst recht spät eine Familie gründen kann".[44]

Am 27. April 1933 wurde das Gesetz zur oldenburgischen Verwaltungsreform verkündet und trat mit seinen wichtigsten Bestimmungen am 15. Mai 1933 in Kraft.[45] Die Terminierung für die Veröffentlichung des Gesetzes unmittelbar vor den mit großem publizistischem Aufwand geführten Feiern zum "Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 läßt auf einen berechneten Überraschungscoup schließen. Die Verwaltungsreform sah die Auflösung kleinerer und leistungsschwacher Gemeinden und die Bildung größerer Kommunen vor, was die Zahl der selbständigen Gemeinden im Landesteil Oldenburg von 117 auf 59 absenkte und zu einer Vergrößerung der meisten Stadtgemeinden durch Eingemeindungen führte. Die zwölf Ämter wurden zu sechs vergrößerten Amtsbezirken zusammengelegt. Aus heutiger Sicht hält Wolfgang Günther das Ergebnis der Verwaltungsreform "für sinnvoll und

[41] GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 116; ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 17f.
[42] MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146.
[43] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 18.
[44] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 4, 26.1.1933, S. 23f.
[45] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 66, S. 171-303; MT vom 29.4., 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 169; GÜNTHER, Freistaat, S. 450-452.

zweckmäßig" und sieht sie im wesentlichen durch die niedersächsische Gemeinde- und Kreisreform des Jahres 1974 bestätigt.[46] Eine Reichsreform, die einen deutschen Einheitsstaat schaffen sollte, kam nicht zustande und wurde für den Norden durch das Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937 ersetzt. Danach fiel Wilhelmshaven an das Land Oldenburg, das dafür aber seine bisherigen Exklaven, die Landesteile Lübeck und Birkenfeld, an Preußen verlor.[47] Auch für Südoldenburg stellte das Vereinfachungsgesetz trotz seiner Härten einen positiven Schritt zur Reorganisation der oldenburgischen Verwaltung und zur Erhöhung ihrer Effektivität dar. Diese Feststellung gilt insbesondere für das strukturschwache Amt Friesoythe, das ohne die Vereinigung mit dem Amt Cloppenburg kaum überlebensfähig gewesen wäre.

In Südoldenburg wurden durch die Verwaltungsreform die Gemeinden Lindern (an Lastrup), Bösel (an Altenoythe), Markhausen (an Friesoythe), Neuscharrel, Scharrel, Ramsloh (Saterland), Strücklingen (an Barßel) aufgelöst und mit größeren Gemeinden verbunden. Die Landgemeinde Krapendorf wurde aufgehoben und aufgeteilt zwischen der Stadt Cloppenburg und den Gemeinden Garrel, Molbergen, Lastrup und Cappeln.[48] Der Amtsbezirk Friesoythe wurde aufgehoben und mit dem Amt Cloppenburg vereinigt.[49] Im Amt Vechta wurden aufgelöst die Gemeinden Lutten (an Goldenstedt), Langförden und Vestrup (an Bakum) und Holdorf (an Neuenkirchen). Oythe sowie die Bauerschaften Telbrake, Holzhausen, Stukenborg und das Gut Füchtel wurden in die Stadtgemeinde Vechta eingegliedert. Die Landgemeinde Lohne blieb vorerst noch bestehen, wurde aber schon 1937 mit der Stadtgemeinde Lohne vereinigt.[50] Verbunden wurde die Verwaltungsreform mit politischen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Die

---

[46] ECKHARDT, Verwaltungsbezirk, S. 527-529.

[47] GÜNTHER, Freistaat, S. 454f.; ZÜRLIK, Weser-Ems, S. 160-164; PRANGE, Lübeck, S. 585; BRANDT, Birkenfeld, S. 629. Der Landesteil Lübeck wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein eingegliedert. Der ehemalige Landesteil Birkenfeld und der preußische Restkreis St.-Wendel-Baumholder wurden zu einem neuen preußischen Landkreis innerhalb des Regierungsbezirks Koblenz zusammengelegt.

[48] HEISE, Verwaltungsformen, S. 148; HOCHGARTZ, Verwaltungsgliederung, S. 121-23; GELHAUS, 1933, S. 47.

[49] NIEMANN, Paul: Umfang und Verwaltung des oldenburgischen Amtes Cloppenburg vor und seit der Oldenburgischen Verwaltungsreform vom Jahre 1933, IN: VuL 5/1935 (= Jubiläumsausgabe zur 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg); Cloppenburg, 100 Jahre, S. 63: Übersicht.

[50] HARTMANN, Vechta, S. 136.; ZÜRLIK, Verwaltungsreform, S. 23ff.; HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 214.

Verwaltungsreform war ein willkommener Anlaß, zahlreiche Positionen in der kommunalen Selbstverwaltung neu zu besetzen.

Erst nach dem Inkrafttreten der Verwaltungsreform am 15. Mai 1933 wurde die Neubildung der kommunalen Vertretungskörperschaften und des oldenburgischen Landtages aufgrund des "Gesetzes zur Vorläufigen Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. März 1933, das die entsprechenden Organe der Legislative aufhob und ihre Neubildung nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 vorschrieb, fortgesetzt und zu Ende geführt. So bestand von Anfang April bis Ende Juni 1933 im Land Oldenburg ein kommunal- und landespolitisches Vakuum, das von der regierenden NSDAP zur Durchführung der politischen Gleichschaltung genutzt wurde. Am 28. April 1933, einen Tag nach der Veröffentlichung der Verwaltungsreform, wurden zwei Vertreter der Zentrumsfraktion, Anton Göhrs aus Essen und Hermann Bitter aus Ramsloh, beim Ministerpräsidenten Röver vorstellig, um dem Abbau von Zentrumsangehörigen im öffentlichen Dienst vorzubeugen. Das Gespräch endete mit der Zusicherung Rövers, "daß die Zugehörigkeit zum Zentrum keinerlei Nachteile für die Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinden haben soll". Nach Darstellung der Cloppenburger MT hatten die Vertreter des Zentrums nach dem politischen Debakel mit der Verwaltungsreform immer noch den Eindruck, "daß, maßgebend der politischen Entwickelung seit dem 5. März, in Oldenburg Raum für sachliche Mitarbeit und auch für sachliche Kritik gegeben ist".[51] Diese Haltung machte deutlich, daß sich das oldenburgische Zentrum immer noch politischen Illusionen hingab.

Neben den Verfügungen zur Neugliederung der Gemeinden und Ämter des Landes reorganisierte die Verwaltungsreform nach Art einer oktroyierten Landesverfassung auch die politische Exekutive, das Staatsministerium, das neben dem Ministerpräsidenten in Zukunft nur noch einen Staatsminister vorsah. Nach dem Ausscheiden des Katholiken Spangemacher übernahm

[51] MT vom 29.4.1933. Hermann Bitter (1897 - 1982) gehörte dem Landtag in den Jahren 1932/33 an, war Leiter der örtlichen Spar- und Darlehnskasse und Bürgermeister in Ramsloh. Anton Göhrs (1884 - 1944) war von 1923 bis 1933 im Landtag vertreten und von Beruf Schneidermeister. (ECKHARDT, Landtag, S. 88, 94) Hermann Bitter setzte nach dem Zweiten Weltkrieg seine politische Laufbahn fort. Er trat in die CDU ein, wurde 1945 von der britischen Militärregierung zum Bürgermeister der Gemeinde Ramsloh ernannt und auf der ersten Sitzung des ernannten Kreistages am 16. Januar 1946 zum Landrat gewählt. Dieses Amt übte er bis 1964 aus. (CDU, Chronik, S. 97)

Staatsminister Pauly dessen Ressort. Die Bestimmungen über das Schulwesen im Landesteil Oldenburg schrieben den schulpolitischen Status fest, wie er nach der Aufhebung der konfessionellen Oberschulkollegien im Herbst 1932 entstanden war, und ersetzten die evangelische und katholische Abteilung im Ministerium der Kirchen und Schulen durch Fachreferenten, die der jeweiligen Konfession angehören mußten. Vor der Ernennung dieser Fachreferenten waren die kirchlichen Oberbehörden, Oberkirchenrat und Bischöflicher Offizial, zu hören. Die Gemeindeordnung legte die Höchstziffern für die kommunalen Körperschaften fest und war zunächst "verwaltungstechnischer Natur". Erst durch ihre Verkettung mit der Gleichschaltung der Städte und Gemeinden enthielt sie eine enorme politische Bedeutung.[52] Das Kirchspiel wurde im "Dritten Reich" in seiner kommunalpolitischen Funktion endgültig durch die politische Gemeinde abgelöst. Die bisherigen Amtsbezirke wurden durch Verordnung des Reichsinnenministers vom 28. November 1938 in Landkreise umbenannt, und der Amtshauptmann trug jetzt den Titel Landrat. Damit waren auf Kreisebene Legislative und Exekutive in der Hand eines Hauptverwaltungsbeamten vereinigt. Schon 1933 war der Amtsrat entfallen und der Amtsvorstand auf eine beratende Funktion reduziert worden.[53] Die oldenburgische Gemeindeordnung von 1855 in ihrer revidierten Fassung von 1873 wurde erst durch die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 aufgehoben. Als Erbe der kommunalhistorischen Entwicklung behielt Oldenburg aber die Großgemeinden bei, die vor einem Jahrhundert ihre Wurzeln in der Wahl des Kirchspiels als räumlicher Grundlage der Gemeinden gehabt hatten.[54]

Nach der Zusammenlegung des Amtes Friesoythe mit dem Amt Cloppenburg war hier die Stelle des Amtshauptmanns neu zu besetzen. Zum Amtshauptmann in Cloppenburg wurde August Münzebrock berufen, der zuvor als Amtshauptmann im Amt Wildeshausen tätig gewesen war. Münzebrock trat mit Inkraftreten der oldenburgischen Verwaltungsreform am 15. Mai 1933 sein neues Amt in Cloppenburg an. Das Amt Wildeshausen war im Zuge der Verwaltungsreform aufgehoben worden und an das Amt Oldenburg übergegangen.[55] Der bisherige Cloppenburger Amtshauptmann Brand war seit Mitte September 1932 im Staatsministerium nebenamtlich als Referent für die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgungswirtschaft tätig und wurde im Juni

[52] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 66, S. 171-303; MT vom 29.4., 2.5.1933.
[53] HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 215; HEISE, Verwaltungsformen, S. 150.
[54] HAASE, Gemeindeordnung, S. 43.
[55] MT vom 29.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 169.

1933 zum Verbandsvorsteher des Landeselektrizitätsverbandes berufen, dem Vorläufer der Energieversorgung Weser-Ems, deren Präsident er bis zum Zusammenbruch im Jahre 1945 blieb. Mit 62 000 Einwohnern und 1 380 qkm war der neugebildete Amtsbezirk Cloppenburg der größte im damaligen Landesteil Oldenburg.[56] Nach Joachim Kuropka war Münzebrock kein "in der Wolle gefärbter Nationalsozialist". Er habe sich in erster Linie als Fachbeamter verstanden, sei jedoch bemüht gewesen, "sich im Sinne des Regimes 'richtig' zu verhalten, was selbst durch seine beschönigende Darstellung der damaligen Zeit durchleuchtet".[57] Mit August Münzebrock, der erst 1933 in die Partei eingetreten ist, habe die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg "einen guten Griff in ihrem Sinne" getan. Der neue Amtshauptmann sei der katholischen Kirche außerordentlich ablehnend begegnet und habe damit eine Haltung gezeigt, die bei der katholischen Bevölkerung im Amt Cloppenburg auf Befremden gestoßen sei.[58]

1.1.3. Die kommunalpolitische Gleichschaltung in Südoldenburg

Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 begann der Prozeß der politischen Gleichschaltung, die zentral gelenkt und vom oldenburgischen Staatsministerium als dem wichtigsten landespolitischen Entscheidungs- und Funktionsträger vollzogen wurde. Das Ziel der kommunalpolitischen Gleichschaltung bestand in Südoldenburg darin, die aufgrund einer parteiunabhängigen Listenwahl amtierenden und dem Zentrum angehörenden oder nahestehenden Gemeinde- und Stadträte durch Angehörige der NSDAP zu ersetzen und dadurch die kommunalen Gremien im Geiste des NS-Staates zu politisieren. Weil dieser Prozeß durch Wahlen nicht in jedem Falle zu bewerkstelligen war, griffen die Länder und das Reich zum Verfügungs- und Verordnungsrecht und schreckten

---

[56] MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 184; MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 7f., 13.

[57] KUROPKA, Cloppenburg, S. 49. Kuropka bezieht sich auf die Erinnerungen Münzebrocks, die unter dem Titel "Amtshauptmann in Cloppenburg 1933 - 1945" 1962 im Heimatverlag Janssen in Cloppenburg erschienen sind.

[58] KUROPKA, Cloppenburg, S. 49. Als Beleg verweist Kuropka auf die Denkschrift des Bauern Heinrich Götting vom 13. Dezember 1936, in der Gauleiter Röver die kritische Lage der katholischen Kirche in Südoldenburg nach dem "Kreuzkampf" vorgestellt wurde. Über die Einstellung der Bevölkerung gegenüber Amtshauptmann Münzebrock notiert Götting: "Das Volk will sich auch nicht für immer und ewig in seinen unteren Verwaltungen regieren lassen, die nicht einmal 10 % der Stimmen bekommen würden, wenn einmal abgestimmt würde, wie es bei dem Amtshauptmann Münzebrock in Cloppenburg der Fall ist." (KUROPKA, Volk, S. 43)

dabei vor Ämterusurpation und Gesetzesübertretungen nicht zurück. Auf dem Weg zur kommunalpolitischen Gleichschaltung war dem NS-Regime nach dem Wahlerfolg vom 5. März 1933 fast jedes Mittel recht.

Mit der Verordnung vom 9. März 1933 ergriff Oldenburg die Initiative und schaltete sich kommissarisch massiv in die Verwaltung der Städte und Gemeinden ein. Die Verfügung, die mit dem oldenburgischen Notstandsartikel § 37 legitimiert wurde, ermächtigte das Staatsministerium, "einzelne Gemeindebeamte, Hilfsbeamte und Diener von der Ausübung ihres Amtes auszuschließen und mit der Ausführung besondere Kommissare zu beauftragen, soweit und solange es das Staatsministerium zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit u. Ordnung oder zur Aufrechterhaltung einer geordneten Gemeindeverwaltung für erforderlich hält".[59] Formal begründet wurde dieser erste Schritt zur kommunalen Gleichschaltung in Oldenburg mit dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933. Das Amt Cloppenburg gab "auf Anordnung des Staatsministeriums" am 6. April 1933 bekannt:

> "Viele Vorstellungen und Beschwerden aus den Aemtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe haben ergeben, dass die Zusammensetzung der Amtsvorstände und der Gemeindevorstände in diesen Bezirken vielfach nicht mehr dem Willen der Bevölkerung, wie er in den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und dass es erforderlich erscheint, um die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu erhalten, sofort Aenderungen vorzunehmen, die der Entscheidung der letzten Wahlen gerecht werden."[60]

Die Verfügung wurde zum 1. April 1933 zur Anwendung gebracht und führte in den südlichen Ämtern Vechta, Cloppenburg und Friesoythe zu einer Welle von Amtsenthebungen und kommissarischen Neueinsetzungen. Dabei profitierten ehemalige Landvolkführer wie Heinrich Vorwerk und Heinrich Götting im Amt Cloppenburg von dem kommunalpolitischen Revirement.

Betroffen waren als Mitglieder des Amtsvorstandes des Amtes Vechta und ausgeschlossen wurden die Gemeindevorsteher Mähler, Damme (ersetzt durch Brennereibesitzer Enneking), Hane, Lohne (Fabrikant Franz Beckmann) und Tapezierermeister Gerhardi, Vechta (Oberstudienrat Dr. Henssen), als Mitglieder des Stadtmagistrats der Stadt Vechta die Ratsherren Gerhardi, Krumme und Dr. Kenkel, die dem Zentrum angehörten und ersetzt

---

[59] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 25, S. 49f.; MT vom 11.3.1933.

[60] MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149: Bekanntmachung unterzeichnet von Amtshauptmann Brand.

wurden durch Obersteuersekretär August Renken, Tischlermeister Josef Klövekorn und Vorarbeiter August Meyer, die der NSDAP angehörten (Renken wurde zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt), der Bürgermeister der Stadt Lohne, Schürmann (ersetzt durch Franz Beckmann) und das Mitglied des Stadtrats Lohne, Dammann (Kaufmann Alfred Trenkamp), der Gemeindevorsteher der Landgemeinde Damme, Mähler (Hofbesitzer gr. Broermann).[61]

Von ihren Ämtern als Mitglieder des Amtsvorstandes Friesoythe suspendiert wurden der Kaufmann Hagstedt (Südelisabethfehn), der Landtagsabgeordnete Bitter (Ramsloh) und der Bürgermeister a. D. Krose (Friesoythe); an ihrer Stelle wurden beauftragt Hauptlehrer Sauerwein (Elisabethfehn), Gemeindevorsteher Helmers (Barßel) und Schnier (Friesoythe). Aus dem Stadtmagistrat Friesoythe wurden ausgeschlossen die Ratsherren Anton Witte und Dr. Haskamp, beauftragt wurden Regierungsinspektor Thiemann und Dr. Landgraf. Der Gemeindevorsteher Awick (Scharrel) wurde des Amtes enthoben, und an seine Stelle trat Diplomlandwirt Meenen.[62]

Als Mitglieder des Amtsvorstandes Cloppenburg wurden ausgeschlossen Bürgermeister Heukamp (Cloppenburg), Gemeindevorsteher Kühling (Emstek), Bankvorsteher Stratmann (Löningen) und Gemeindevorsteher Böckmann (Essen); sie wurden ersetzt durch Studienrat Hinrichs (Cloppenburg), Landtagsabgeordneten Vorwerk (Westeremstek), Hauptlehrer Nienaber (Augustenfeld bei Löningen) und Zeller Berßenbrügge (Groß-Roscharden). Als Mitglieder des Stadtrates Cloppenburg wurden ausgeschlossen Oberinspektor Meyer, Kaufmann Josef Wichmann und Kaufmann Heinrich Schewe, an ihre Stelle traten Kaufmann Heinz Koll, Kaufmann Josef Lützenrath und Auktionator Hawickhorst; Heinz Koll wurde zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt. Der Gemeindevorsteher Moormann (Cappeln) wurde amtsenthoben und durch den Zeller Heinrich Götting (Bokel) ersetzt; mit der Ausübung des Amtes eines zweiten Beigeordneten wurde der Haussohn Heinrich Nordmann jr. (Sevelten) beauftragt. In der Gemeinde Emstek wurde der Beigeordnete Witte von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen und mit dem Amt eines ersten Beigeordneten der Zeller Heinrich Vorwerk (Westeremstek) beauftragt. Die neuen Funktionsträger in der Stadt Cloppenburg und den

[61] OV vom 1.4.1933; MT vom 3.4.1933; StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Staatsministeriums vom 31.3.1933, unterzeichnet von Ministerpräsident Röver; Protokoll der Stadtratssitzung in Vechta am 4. April 1933.
[62] MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149.

Gemeinden Cappeln und Emstek wurden am 10. April 1933 durch Amtshauptmann Brand verpflichtet.[63] Am 6. April 1933 wurden die neuen Ratsherren der Stadt Cloppenburg in ihr Amt eingeführt.[64]

In einer weiteren Maßnahme wurden durch ministerielle Verfügung vom 29. März 1933 die Mitglieder der KPD, die "sämtlich unter dem Verdacht des Hochverrats stehen", von den Sitzungen der Gemeinde- und Amtsräte ausgeschlossen.[65] Diese Bestimmung blieb in Südoldenburg allerdings ohne konkrete Folgen, weil kommunistische Parteimitglieder den Stadt- und Amtsräten nicht angehörten.

Durch das "Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 31. März 1933 wurden die Amts- und Gemeinderäte aufgelöst und sollten nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 neu gebildet werden.[66] Es wurde den "alten Gemeinderäten" gestattet, ihre Funktion bis zur Konstituierung eines neuen Gemeinderates wahrzunehmen. Mit Rücksicht auf die Verwaltungsreform wurde die Wahl neuer Selbstverwaltungskörperschaften aufgeschoben. In der Zwischenzeit sollten nur solche Beschlüsse gefaßt werden, "die unaufschiebbar sind und den Gemeinderat nicht ohne Not vor vollendete Tatsachen" stellen. Die Höchstziffer der Gemeinde- und Stadträte wurde nach der Einwohnerzahl festgelegt. Die Gleichschaltung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften sollte in Oldenburg bis zum 30. April 1933 abgeschlossen sein, ein Termin, der aufgrund der Verwaltungsreform nicht eingehalten werden konnte. Die Kommunalvertretungen wurden nach der Zahl der Stimmen gebildet, die bei der Reichstagswahl im Gebiet der Wahlkörperschaft auf die Wahlvorschläge abgegeben wurden. Die Wahlvorschläge der KPD entfielen.[67]

Eine weitere Verfügung vom 6. Mai 1933 bestimmte, daß die Amts-, Stadt- und Gemeinderäte bis zu ihrer Neubildung nur noch mit Genehmigung der

---

[63] MT vom 6., 15.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149, 155. Josef Wichmann setzte nach dem Zweiten Weltkrieg seine politische Laufbahn fort. Er trat in die CDU ein und war vom 1.3. bis zum 3.10.1946 Bürgermeister der Stadt Cloppenburg. (WESTERHOFF, Neubeginn, S. 57, 62, 64)

[64] MT vom 7.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149; KUROPKA, Übergang, S. 155f.; SÜDBECK, Freistaat, S. 23.

[65] StAO 262 - 11 - 621: Schreiben des oldenb. Innenministeriums an die Regierungen, Ämter und Stadtmagistrate I. Klasse; MT vom 1.4.1933.

[66] MÜNCH, Gesetze, S. 41-46; MT vom 1.4.1933.

[67] StAO 162 - 11 - 625: Schreiben des Innenministeriums vom 12. April 1933 an die Ämter, unterzeichnet von Spangemacher.

Aufsichtsbehörden zusammentreten durften. Danach war eine Erlaubnis nur für den Fall zu erteilen, "wenn der Beratungsgegenstand, über den Beschluss zu fassen ist, einen Aufschub nicht duldet".[68] Dadurch gelang es der Regierung Röver, die noch vom Zentrum majorisierten Amts-, Stadt- und Gemeinderäte in Südoldenburg vorübergehend politisch auszuschalten und sie für die Gleichschaltung zur Disposition zu stellen.

Die Umrechnung der Märzergebnisse auf die kommunalen Vertretungskörperschaften der größeren Städte und Gemeinde in Südoldenburg ergab in den größeren Kommunen folgende vorläufige Sitzverteilung:

Vechta (16):	Zentrum 13	NSDAP 2	DNVP 1
Cloppenburg (12):	Zentrum 8	NSDAP 4	
Friesoythe (12):	Zentrum 7	NSDAP 5	
Löningen (16):	Zentrum 10	NSDAP 5	DNVP 1[69]

Dieses System für die Bildung der kommunalen Vertretungskörperschaften löste die Kommunalwahl nach Listenverbindungen ab und ersetzte sie durch eine parteipolitische Gliederung, die damit auch in die südoldenburgischen Stadt- und Gemeinderäte ihren Einzug hielt. Das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 garantierte dem katholischen Zentrum in allen Stadt- und Gemeinderäten Südoldenburgs eine Mehrheit gegenüber der nationalen Opposition. Das Gesetz vom 11. Mai 1933 regulierte die Zahl der Mitglieder in den neu zu bildenden Gemeindevertretungen und berücksichtigte dabei die Ergebnisse der Verwaltungsreform für die Neubildung der kommunalen Vertretungskörperschaften.[70] Auf dieser Grundlage wurde das Ergebnis der Reichstagswahl für die Städte und Kommunen neu umgerechnet.[71] Die Wahlvorschläge für die

[68] StAO 262 - 11 - 621: Schreiben des Innenministeriums vom 6.5.1933 an alle Ämter, Stadtmagistrate, Amts- und Gemeindevorstände, unterzeichnet von Verwaltungssekretär Joel.
[69] MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 150.
[70] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 74, S. 322f. Danach entfielen beispielsweise in der Stadtgemeinde Vechta nach der Eingliederung der früheren Gemeinde Oythe auf das Zentrum 2 728, die NSDAP 576, die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 203, die SPD 156, die KPD 61 und die Deutsche Staatspartei 16 Stimmen (StAO 162 - 11 -625: Mitteilung des Statistischen Landesamtes vom 17.5.1933 an das Amt Vechta). Am geringsten war der Abstand zwischen NSDAP/Kampffront und Zentrum in den Gemeinden Molbergen (7:5) und Garrel (7:5), am größten in Dinklage (11:1) und Steinfeld (11:1). (MT vom 17.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 200)
[71] StAO 162 - 11 - 625.

Neubildung der kommunalen Vertretungen mußten bis zum 24. Mai 1933 eingereicht werden.[72]

1.1.3.1. Gleichschaltung in Vechta

Amt und Stadt Vechta hatten aufgrund der Verfügung vom 9. März 1933 schon Anfang April 1933 nationalsozialistische Exekutivorgane erhalten, die bei gleichzeitiger Auflösung der kommunalen Vertretungen einen großen Handlungsspielraum besaßen. Der Vechtaer Stadtrat wurde am 4. April 1933 offiziell aufgelöst.[73] Der 1931 gewählte Bürgermeister Dr. Robert Brandis blieb im Amt und leitete auch den ernannten Vechtaer Interims-Magistrat, der für die zum 1. Mai 1933 ausgerufenen Ehrenbürgerschaften verantwortlich zeichnete.[74]

> Robert Brandis (1892 - 1972) wurde am 18. April 1892 in Peine als Sohn eines Rechtsanwalts und Notars geboren. Nach dem Besuch des Bischöflichen Gymnasiums Josephinum in Hildesheim studierte er in Tübingen und Göttingen Rechtswissenschaften. 1928 promovierte Brandis in Göttingen und wurde unter 21 Bewerbern am 17. September 1931 in Vechta zum erstenmal zum Bürgermeister gewählt. Die nationalsozialistische Regierung beließ Brandis im Amt, "obwohl bekannt war, daß er sich wohl kaum der NSDAP anschließen würde, da er vorher der Zentrumspartei nahegestanden hatte". Brandis' Opposition gegen das nationalsozialistische Regime zeigte sich im "Kreuzkampf" (1936), bei der Einführung der deutschen Gemeinschaftsschule (1938) und in der "Reichskristallnacht", als er sich dafür einsetzte, "die ausgeplünderte Synagoge zu renovieren und als Wohnung für Menschen ohne festen Wohnsitz auszubauen". Auf politischen Druck stellte Brandis sein Amt zur Verfügung und wurde am 1. Januar 1939 ohne Pension aus dem Dienst entlassen. Am 26. August 1939 wurde er zum Luftgaukommando Hamburg einberufen. Nach dem Kriege wurde Brandis am 4. Februar 1948 zum Stadtdirektor der Stadt Cloppenburg gewählt. Am 31. Juli 1957 schied er nach dem Erreichen der Altersgrenze aus dem Dienst aus. Am 9. Juli 1972 starb Brandis in München, wo ein Sohn seinen beruflichen Wirkungskreis gefunden hatte.[75]

---

[72] MT vom 15., 19.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 198, 202; OV vom 20.5.1933; StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Wahlkommissars für die Neubildung des Stadtrats Vechta vom 19. Mai 1933. Zum Wahlkommissar in Vechta wurde Bürgermeister Brandis und zu seinem Stellvertreter der Ratsherr Renken ernannt. OV vom 20.5.1933; StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Stadtmagistrats vom 19.5.1933. In Cloppenburg wurde Bürgermeister Heukamp zum Wahlkommissar und Ratsherr Heinz Koll zum Stellvertreter ernannt. (MT vom 19.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 202)

[73] HARTMANN, Vechta, S. 136.

[74] HARTMANN, Vechta, S. 135f.: zur Person und Wahl von Bürgermeister Dr. Brandis; HELLBERND, Brandis, S. 131-133.

[75] HELLBERND, Brandis, S. 131f.

Für die Neubildung des Stadtparlaments reichten das Zentrum, die NSDAP und die Kampffront "Schwarzweißrot" (Listenverbindung) in Vechta ihre Wahlvorschläge ein, über deren Zulassung am 26. Mai 1933 vom Wahlausschuß in öffentlicher Sitzung entschieden wurde.[76] Auf der Grundlage des Statistischen Landesamtes wurde der neue Stadtrat aus 13 Mitgliedern des Zentrums, zwei der NSDAP und einem Ratsherrn der Kampffront neu gebildet.[77] Die neu zu bildenden kommunalen Vertretungen in den anderen Gemeinderäten Südoldenburgs verfügten wie Vechta noch über eine deutliche Majorität des Zentrums gegenüber der NSDAP.[78] Eine Ausnahme bildete der Gemeinderat von Molbergen, dem sechs Mitglieder des Zentrums und sechs der NSDAP angehörten.[79]

Der neugebildete Vechtaer Stadtrat konstituierte sich am 16. Juni 1933.[80] Bevor die Sitzung in die anstehenden Wahlen eintrat, erklärte Alois Brendebach für die Zentrumsabgeordneten, "dass sie zu einer sachlichen Mitarbeit bereit sind und nach den getroffenen Verhandlungen ihre Vorschläge machen werden".[81] Bei den Wahlen zum Magistrat kam es zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten, weil es der NSDAP nicht gelang, ihre Kandidaten August Meyer und Josef Klövekorn gegen die Zentrumsmehrheit durchzusetzen. Obersteuersekretär August Renken (NSDAP) hatte die Wiederwahl des am 1. April 1933 vom Ministerium eingesetzten NSDAP-Magistrats gefordert und war damit auf Widerspruch gestoßen. In den Magistrat gewählt wurden für das Zentrum Heinrich Themann (gegen zwei Stimmen), August Schumacher (gegen drei Stimmen) und Dr. Alwin Reinke (gegen drei Stimmen), für die NSDAP August Renken (bei einer Stimmenthaltung). Zum Stadtratsvorsitzenden wurde Anton Cromme (Zentrum) und zu seinem Stellvertreter Kaufmann Georg Warnking (NSDAP) gewählt. Als stellvertretender Bürgermeister setzte sich Heinrich Themann (Zentrum) bei drei Gegenstimmen gegen die NSDAP-Kandidaten August Meyer und Josef Klövekorn durch. Über die Reaktion der NSDAP, die ihre personalpolitischen Vorstellungen in Vechta zunächst nicht verwirklichen konnte, vermerkt das Stadtratsprotokoll:

---

[76] OV vom 22.5.1933; StAO 262 - 11 - 625: Wahlvorschläge und Protokolle vom 26. Mai 1933. NSDAP und "Kampffront" gingen für die Wahl eine Listenverbindung ein.
[77] StAO 262 - 11 - 625; OV vom 27.5.1933.
[78] MT vom 27., 29., 30., 31., 5.1933; GELHAUS, 1933, S. 209f., 212, 215.
[79] MT vom 31.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 215.
[80] HARTMANN, Vechta, S. 136.
[81] StAO 262 - 11 - 625: Protokoll der Sitzung vom 16. Juni 1933; OV vom 17.6.1933, auch zum folg.

"Nachdem die Anträge der N.S.D.A.P. bezüglich der Magistratsmitglieder abgelehnt waren, wollten die Mitglieder dieser Partei zunächst die Sitzung zum Zeichen des Protestes verlassen, nahmen aber schliesslich an den weiteren Verhandlungen teil, da der Protest sich nur gegen die Magistratswahl richtet."

Die NSDAP kündigte ihre Absicht an, an das Staatsministerium zu appellieren und auf diesem Wege ihre Vorschläge durchzusetzen. In der Tat wurden durch das Innenministerium aufgrund des oldenburgischen Gleichschaltungsgesetzes vom 5. Juli 1933 umfassende Veränderungen vorgenommen. Das Gesetz stellte die Ausschließung und Ersatzberufung von Mitgliedern der Vertretungskörperschaften auf eine neue Grundlage und bot dem Staatsministerium eine neue Möglichkeit, in die Besetzung der kommunalen Vertretungen einzugreifen. Danach konnten Mitglieder ausgeschlossen werden, "wenn sie nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten und die Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Reichs= und Staatsregierung mit allen Kräften fördern und unterstützen". Die Bestätigung war nach Ablauf eines Jahres seit der Einweisung auszusprechen oder zu versagen. Wurde die Bestätigung versagt, so hatte die Vertretungskörperschaft innerhalb einer bestimmten Frist eine Neuwahl vorzunehmen. Grundlage des oldenburgischen Gleichschaltungsgesetzes vom 5. Juli 1933 war das Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933.[82]

Als Mitglieder des Vechtaer Stadtrats wurden vom Zentrum die Ratsherren Maurermeister Franz Busch, Diplomlandwirt Alois Brendebach, Apotheker Anton Cromme, Tapezierermeister August Gerhardi und Kupferschmiedemeister August Schumacher ausgeschlossen. Auch die Kandidatur der Ersatzmänner, des Schriftleiters Hermann Thole von der OV und des Geschäftsführers Anton Themann (Falkenrott), wurde annulliert.[83] Die Wahl des ehemaligen Gemeindevorstehers Heinrich Themann aus Oythe, von August Schumacher und Dr. Alwin Reinke in den Magistrat wurde abgelehnt. Anstelle der ausgeschlossenen Ratsherren wurden vom Amtshauptmann in den Vechtaer Stadtrat ausschließlich Vertreter der NSDAP eingewiesen: Landwirt August Varelmann, Tierarzt Heinrich Dorfmüller, Zimmermeister Emil Meurer, Schlachtermeister Ignatz Surmann, Vers.-Anwärter Fritz Rabien.[84]

---

[82] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 112, S. 423-428; MT vom 8.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 288.

[83] Anton Themann war Geschäftsführer des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in Südoldenburg.

[84] StAO 262 - 11 - 625: Schreiben des Amtshauptmanns vom 17. und 24.7.1933; Scheiben des Stadtmagistrats vom 20.6.1933 mit der Bitte um Bestätigug der Magistratsmitglieder; Schreiben

Nach der Intervention des oldenburgischen Innenministeriums verfügte die Listenverbindung aus NSDAP und "Kampffront" Ende Juli 1933 über eine absolute Mehrheit der Sitze im Vechtaer Stadtrat. Anstelle der abgelehnten Ratsherren wurden als Vertreter der NSDAP der Landwirt August Middelbeck (eine Stimmenthaltung), der Vorarbeiter August Meyer und der Tischlermeiser Josef Klövekorn (einstimmig) "durch Zuruf" in den Magistrat gewählt. Damit setzte sich auch der Vechtaer Magistrat ausschließlich aus Mitgliedern der NSDAP zusammen. Zum Vertreter des Bürgermeisters Brandis (Zentrum) wurde der Ratsherr August Renken (NSDAP) bestimmt. Zum Stadtratsvorsitzenden wurde Bürgermeister Brandis und zu seinem Stellvertreter Heinrich Dorfmüller gewählt.[85]

Nach dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Vechtaer Magistrats und des Stadtrats am 16. September 1933 waren inzwischen 13 Ratsherren der NSDAP bzw. der "Kampffront" (1) beigetreten und nur noch fünf Vertreter des Zentrums verblieben. Die Auflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 wirkte nachhaltig in die Kommunen hinein und nahm der Opposition gegen die NSDAP den letzten Rückhalt. Die Vertreter des Zentrums hatten ihre politische Heimat verloren. Zu ihnen gehörte auch der Vechtaer Rechtsanwalt Dr. Alwin Reinke, der Vorsitzende des oldenburgischen Zentrums, der der kommunalpolitischen Gleichschaltung in Vechta zum Opfer fiel. Die Mitglieder des Magistrats wurden durch den Amtshauptmann in ihr Amt eingewiesen und verpflichtet. Die Bestätigung des Magistrats wurde aufgrund des Gleichschaltungsgesetzes vorläufig nur auf Jahresfrist ausgesprochen.[86]

1.1.3.2. Gleichschaltung in Cloppenburg

Kommunalpolitisch verlief die Gleichschaltung in Cloppenburg so wie die in Vechta und vollzog sich in ruhigen Bahnen. Die Kommunalwahl des Jahres 1930 war in Cloppenburg für ungültig erklärt und am 5. Mai 1931 wiederholt

---

des Amtshauptmanns vom 15.7.1933 mit der Mitteilung über die Ablehnung von drei gewählten Mitgliedern; Protokoll des Vechtaer Stadtrats und Magistrats am 27.7.1933.

[85] StAO 262 - 11 - 625: Protokoll vom 27. Juli 1933. Die Ratsherren Renken, Meyer, Klövekorn, Middelbeck, Dorfmüller, Rabien, Surmann, Hohn, Engelmann, Varelmann, Schodde und Warnking gehörten der NSDAP bzw. Schwettmann der "Kampffront" an, die Ratsherren Themann, Niemann, Schlarmann, Osterhoff und Südbeck dem Zentrum.

[86] StAO 262 - 11 - 625: Protokoll der Sitzung vom 16. September 1933.

worden. Dabei hatten die Nationalsozialisten mehr als einen Prestigeerfolg erzielt und waren aufgrund von 17 % der abgegebenen Stimmen mit den Abgeordneten Heinz Koll, Joseph Lützenrath und Heyer in den Stadtrat eingezogen. Damit war der NSDAP in der Wiederholung der Wahl faktisch "eine Veränderung der kommunalen Konstellation in Cloppenburg" gelungen.[87] Dadurch waren in dieser Stadt günstigere Voraussetzungen für die Agitation der Hitler-Partei gegeben als im benachbarten Vechta. Zudem verfügte Cloppenburg mit der neuen Münsterlandhalle seit 1929 über den größten Versammlungsort in Südoldenburg, und waren hier die politischen Fronten durch die Landvolkbewegung schon erheblich aufgebrochen worden.[88] Der prominenteste Redner in der Münsterlandhalle war Adolf Hitler, der am 14. Mai 1931 und am 26. Mai 1932 nach Cloppenburg gekommen war und in den jeweiligen Landtagswahlkampf eingegriffen hatte.[89] Die Frage der Hallenvermietung an die NSDAP für den Auftritt Hitlers am 14. Mai 1931 hatte die kommunalpolitische Vertretung bereits in erhebliche Schwierigkeiten gebracht und den Nationalsozialisten die Möglichkeit eingeräumt, "auch mit nebensächlichen Fragen Zwietracht zu säen und Prestigeerfolge einzuheimsen".[90]

Aufgrund der Verordnung vom 9. März 1933 wurden die Gemeindevorsteher ihrer Ämter enthoben und durch Staatskommissare ersetzt. Als Mitglieder des Stadtrates wurden in Cloppenburg Oberinspektor Meyer, Joseph Wichmann und Heinrich Schewe ausgeschlossen und durch die Nationalsozialisten Kaufmann Heinz Koll, Kaufmann Joseph Lützenrath und Auktionator Josef Hawickhorst ersetzt. Heinz Koll wurde zum stellvertretenden Bürgermeister ernannt.[91] Durch dieses Revirement verfügte Cloppenburg im April 1933 über einen nationalsozialistischen Interims-Magistrat und das Amt über einen nationalsozialistischen Amtsvorstand. Das Gleichschaltungsgesetz vom 31. März 1933, wonach die kommunalen Parlamente nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 gebildet werden sollten, wurde aufgrund der bevorstehenden oldenburgischen Gemeindereform zunächst ausgesetzt. Die bestehenden kommunalen Parlamente durften bis zu ihrer Neubildung

---

[87] So KUROPKA, Übergang, S. 152; SÜDBECK, Freistaat, S. 18; OV vom 5.5.1931.
[88] KUROPKA, Übergang, S. 146.
[89] SÜDBECK, Freistaat, S. 18; KUROPKA, Cloppenburg, S. 35.
[90] KUROPKA, Übergang, S. 154. Vgl. zum Auftritt Hitlers in Cloppenburg Kap. 1.3.3. im dritten Band der Arbeit: Parteiführer Adolf Hitler.
[91] MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149; KUROPKA, Übergang, S. 155f.; SÜDBECK, Freistaat, S. 23.

nur mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden zusammentreten. Damit entstand ein kommunalpolitisches Machtvakuum, aus dem sich für die Nationalsozialisten Aktionsmöglichkeiten ergaben, "die je nach Geschick und Fähigkeit für die machtpolitischen Ziele der Partei genutzt werden konnten".[92]

Im Mai 1933 begannen die von oben gelenkten Vorbereitungen zur Neubildung der kommunalen Parlamente. Von den 16 Sitzen im zukünftigen Stadtrat wurden dem Zentrum zehn, der NSDAP fünf und der Kampffront "Schwarz-Weiß-Rot" ein Mandat zuerkannt. Für die NSDAP gehörten dem Stadtrat an Kaufmann Heinz Koll, Maurer August Lohmann, Kontrollassistent Norbert Brandenburg, Studienrat Johannes Hinrichs und Maurer Wilhelm Thyen.[93] "Damit war die NSDAP rein von der Mehrheitsbildung", wie Kuropka feststellt, "noch nicht am Ziel, doch war dies im Moment auch nicht so bedeutsam, denn bedingt durch die Gemeindereform fand die erste gemeinsame Sitzung des neuen Stadtrats erst am 16. Juni 1933 statt".[94] Auf der konstituierenden Sitzung des neugebildeten Stadtrates kam es zu heftigen Kontroversen zwischen den Fraktionen des Zentrums und der NSDAP, die ungeachtet ihrer Minderheitenposition im Rat die Kommunalpolitik allein bestimmen wollte. Sie verlangte, die Mehrheit im Magistrat und den Vorsitz im Rat zu stellen. Fraktionssprecher Hinrichs trug diese Forderungen der NSDAP offensiv vor und drohte im Falle der politischen Verweigerung mit der Intervention des Staatsministeriums:

> "Unser Führer hat die Macht. Im Namen unserer Stadtratsfraktion habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir nicht gewillt sind, irgendwie etwas von unserm Programm zu streichen. Vor allem haben wir nicht die Absicht, daß wir uns zu einem parlamentarisch=demokratischen Spießbürgerklub entwickeln. Wir bleiben revolutionär."

In einer schriftlichen Erklärung bestand die NSDAP-Fraktion darauf, daß eine "nat.=soz. Mehrheit des Magistrats und ein nat.=soz. Vorsitzender des Stadtrats der Regierung die Gewähr bieten, daß die Stadtpolitik nach den Weisungen der Reichsleitung der NSDAP., das heißt, unsres Führers selbst, getrieben wird". Nur dann sei eine Garantie dafür gegeben, "daß die Stadtverwaltung das volle Vertrauen der oldenburgischen Staatsregierung besitzt". Die Erklärung der NSDAP-Fraktion forderte ultimativ die Gleichschaltung

---

[92] KUROPKA, Übergang, S. 156f.
[93] SÜDBECK, Freistaat, S. 23f.
[94] KUROPKA, Übergang, S. 157.

des Cloppenburger Stadtrates und schloß mit einer offenen politischen Drohung:

> "Die Erneuerung des Stadtrates ist nach dem Willen unseres Führers, des Kanzlers Adolf Hitler, erfolgt, um die Gleichschaltung der Stadtratspolitik mit der Politik des Reiches und der Länder zu ermöglichen. [...] Und umgekehrt werden wir in dem Bewußtsein, daß die Regierung hinter uns steht, jeden Versuch, die nat.=soz. Gedankenwelt auszuschalten, mit allen Mitteln bekämpfen und auf die Regierung dahin einwirken, daß etwaige Beschlüsse, die wir aus unserer Weltanschauung heraus nicht gutheißen können, durch das Staatsministerium unwirksam gemacht werden. Das Ziel steht für uns unverrückbar fest, und wir werden es erreichen; das 'Wie' liegt bei Ihnen, meine Herren [...]."[95]

Trotz der Drohungen und der Gegenkandidatur von Hinrichs wurde Bürgermeister Heukamp nach einer Kampfabstimmung mit den Stimmen des Zentrums und der "Kampffront" (Rechtsanwalt Engelbert Wichelmann) zum Vorsitzenden des Cloppenburger Stadtrats gewählt.[96] Mit der Wahl Heukamps war eine gewisse personelle Kontinuität in der politischen Entwicklung der Stadt Cloppenburg im Übergang von der Weimarer Republik zum "Dritten Reich" gewährleistet. Dr. Bernhard Heukamp war seit 1918 Bürgermeister der Stadt Cloppenburg und verblieb in diesem Amt bis zum Jahre 1938, als er durch den bisherigen Bürgermeister der Stadt Friesoythe, Gerhard Lanwer, ersetzt wurde.[97] Heukamp war wegen seines Verhaltens bei der

---

[95] MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f.; KUROPKA, Übergang, S. 160f. Ihr moralisches Ansehen versuchte die NSDAP dadurch zu heben, daß sie sich nach dem Motto "Gemeinnutz geht vor Eigennutz!" gegen angebliche Korruption auf kommunaler Ebene wandte. Sie habe "strenge Weisung zu verhindern, daß irgendein Mitglied des Stadtrats und des Magistrats sich auf Grund dieser Stellung irgendeinen geschäftlichen Vorteil verschafft".

[96] MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f. Für Heukamp stimmten 11 von 18 Ratsherren; davon gehörten 5 der NSDAP bzw. der Kampffront (1) an.

[97] Gerhard (Gerd) Lanwer, geb. am 19.8.1901, studierte nach dem Abitur in Hamburg und war Mitglied der katholischen Studentenverbindung Albingia. Er verließ 1924 die Universität ohne Abschluß. Lanwer übte verschiedene Tätigkeiten aus, war Vertreter für Lacke und Farben und Autoverkäufer, und war arbeitslos, als er im Juni 1933 zum Bürgermeister der Stadt Friesoythe ernannt wurde; dieses Amt übte er bis zum 6. Dezember 1938 aus. Vor Beginn seiner politischen Karriere in Friesoythe war Lanwer wohnhaft in Ramsloh und fungierte dort als Ortsgruppenleiter der NSDAP. Vom 15. Juli 1934 bis zum Ende seiner Amtszeit als Bürgermeister in Friesoythe hatte er auch das Amt des Ortsgruppenleiters in Friesoythe inne. Am 6. Dezember 1938 trat Lanwer die Nachfolge von Bürgermeister Heukamp in Cloppenburg an und übte dieses Amt bis zum Kriegsende aus. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte er von 1952 bis 1957 dem Stadtrat in Friesoythe an. Gerhard Lanwer starb am 26.2.1999 (MT vom 27.2., 3.3.1999: Todesanzeige und Nachrufe). In der Ära von Bürgermeister Gerhard Lanwer wurden in Friesoythe eine Stadthalle und eine Jugendherberge gebaut. Beide Gebäude wurden am Horst-Wessel-Platz, am heutigen Hansaplatz, errichtet. Die Stadthalle wurde am 10. Oktober 1937 und die Jugendherberge am 16. April 1939 eingeweiht. Zur Einweihung der Jugendherberge

Einführung der Gemeinschaftsschule in Ungnade gefallen und wurde am 29. November 1938 in den Ruhestand versetzt. 1945 trat er das Amt wieder an und übte es noch zwei Jahre bis zu seinem Tode aus. Bürgermeister Heukamp - wie auch Bürgermeister Lanwer von Friesoythe - weigerte sich, nach den Bestimmungen des oldenburgischen Schulgesetzes vom 1. August 1936 selbst den Antrag auf Einführung der Gemeinschaftsschule zu stellen, und war nicht bereit, sich der Anordnung des Ministers zu beugen. Er lehnte es ebenfalls ab, den Eltern die Zusammenlegung der Schulen mitzuteilen, und überließ diese Aufgabe dem Amtshauptmann und dem Kreisleiter der NSDAP.[98]

Der politische Rückzug der NSDAP in Cloppenburg kam überraschend und hatte wohl seinen Grund in der Autorität Heukamps, der in Cloppenburg hohes Ansehen genoß. Studienrat Hinrichs erklärte, "daß man nichts gegen Bürgermeister Dr. Heukamp habe", und zog sich durch den Hinweis auf Formalien der Gemeindeordnung aus der politischen Affäre.[99] Die Amtszeit von Dr. Heukamp lief im Dezember 1933 ab. In der Sitzung des Stadtrats am 13. Dezember 1933 wurde er einstimmig wiedergewählt. Nach der Wahl erklärte Heukamp, "er habe 16 Jahre auf dem Posten gestanden". Er bitte Magistrat und Stadtrat, "ihn zu unterstützen zum Wohle der Vaterstadt und weiterhin des gesamten deutschen Volkes im Geiste Adolf Hitlers".[100] Eine weitere Kontroverse entzündete sich an der Wahl des Magistrats, der seit Anfang April kommissarisch von drei Mitgliedern der NSDAP besetzt wurde. Die Zentrumsfraktion bestand darauf, daß Josef Wichmann als ihr Vertreter dem Magistrat angehörte, erklärte sich aber auch mit der Hinzuwahl ihrer Kandidaten Josef Wichmann und Georg Meyer-Hemmelsbühren zum ernannten NS-Magistrat einverstanden. In Listenwahl wurden schließlich Wichmann und Meyer-Hemmelsbühren vom Zentrum und Hawickhorst von der NSDAP gewählt. Damit erhielt Cloppenburg wieder einen vom Zentrum

---

konnte Bürgermeister Diedrich Lindemann, der am 9. März 1939 die Nachfolge von Gerhard Lanwer angetreten hatte, auch Ministerpräsident Joel begrüßen. Die Stadthalle diente der örtlichen NSDAP und ihren Organisatonen als Raum für Großkundgebungen, Schulungen und Sportveranstaltungen. (CLOPPENBURG, Ferdinand: Rund um den Hansaplatz in Friesoythe. Ein geschichtlicher Beitrag zur Stadtentwicklung, IN: VuL Jg. 66, Nr. 146, 17.2.1999, S. 6-8; KUROPKA, Hitler, S. 50, RADEMACHER, Weser-Ems, S. 289)

[98] KUROPKA, Cloppenburg, S. 48. Nach § 9 des oldenburgischen Schulgesetzes von 1936 gehörte zum Wirkungskreis des Bürgermeisters als Träger der lokalen Schulverwaltung "die Einrichtung neuer und die Aufhebung bestehender Volksschulen". (GESETZBLATT, Bd. 49, S. 436f.)

[99] MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f.; KUROPKA, Übergang, S. 160f.

[100] MT vom 14.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 442.

dominierten Magistrat.[101] Eine Woche später, am 23. Juni 1933, mußte der Stadtrat wieder zusammentreten, weil Wichmann die Wahl in den Magistrat abgelehnt hatte. Nach Aufhebung der Bestimmung vom 31. Januar 1932, die einen dreiköpfigen Magistrat vorschrieb, wurde nach Verhandlungen zwischen den Fraktionen ein fünfköpfiger Magistrat gebildet: zwei, die Ratsherren Landwirt Georg Meyer-Hemmelsbühren und Mühlenbesitzer Georg Weßling, gehörten dem Zentrum an, drei, die Ratsherren Kaufmann Heinz Koll, Auktionator Josef Hawickhorst und Bankdirektor Hermann Bitter, der NSDAP.[102]

Durch das oldenburgische Gleichschaltungsgesetz vom 5. Juli 1933 konnten Mitglieder der Gemeinde- und Stadträte von der weiteren Ausübung ihres Mandats ausgeschlossen und ihre Funktionen neu besetzt werden. Während die Gemeindevorsteher im ehemaligen Amtsbezirk Friesoythe bestätigt wurden, wurden die Amtsinhaber von Essen, Cappeln, Löningen und Molbergen zur Disposition gestellt.[103] Mit Schreiben vom 20. Juli 1933 legte der neue Amtshauptmann Münzebrock eine Übersicht der nach dem Gleichschaltungsgesetz vom 5. Juli 1933 neu formierten Stadt- und Gemeinderäte vor und ordnete die Wahl der neuen Gemeindevorsteher und Beigeordneten an, "soweit diese Wahlen wegen Nichtbestätigung vorzunehmen sind".[104] Die Intervention des Staatsministeriums verkehrte die Mehrheitsverhältnisse in den kommunalen Gremien und sicherte der NSDAP schließlich die absoluten Mehrheiten in den kommunalen Vertretungen. In Cloppenburg wurden die Ratsherren Georg Meyer-Hemmelsbühren und Georg Weßling vom Zentrum nicht bestätigt. Somit verblieben die Ratsherren Koll, Hawickhorst und Bankdirektor Hermann Bitter (NSDAP) im Amt und bildeten den Magistrat.[105] Das war der Anstoß zu einem weiteren kommunalpolitischen Revi

---

[101] MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 249f.; KUROPKA, Übergang, S. 160f.

[102] MT vom 24.6.1933; KUROPKA, Übergang, S. 162; SÜDBECK, Freistaat, S. 23f. Georg Weßling setzte nach dem Zweiten Weltkrieg seine politische Laufbahn fort. Er trat in die CDU ein, war vom 3. Oktober 1946 bis zum 4. Oktober 1948 Bürgermeister der Stadt Cloppenburg, Mitglied des ernannten Kreistages und Oldenburger Landtages und gehörte vom 20. April 1947 bis zum 6. Mai 1951 dem Niedersächsischen Landtag an. (WESTERHOFF, Neubeginn, S. 57, 64; CDU, Chronik, S. 99)

[103] MT vom 27.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 323. In Cappeln wurde Gemeindevorsteher Heinrich Götting durch den Haussohn Heinrich Nordmann ersetzt. In Essen schied Gemeindevorsteher Böckmann aus Altersgründen - Böckmann war 68 Jahre alt - aus und wurde durch den Zeller Josef Holtemöller ersetzt. Zu Götting und Nordmann vgl. 4.8.3. im dritten Band der Arbeit: Biographische Profile.

[104] StAO 262 - 12 - 87.

[105] MT vom 19.8.1933.

rement, in dem die Mitglieder der inzwischen aufgelösten Zentrumspartei durch Mitglieder der NSDAP ersetzt wurden. Diese wurden vom Kreisleiter der NSDAP berufen.[106] Von den 16 Mitgliedern des Stadtrates in Cloppenburg gehörten nunmehr 11 der NSDAP bzw. Kampffront an, nur noch vier dem Zentrum.[107]

1.1.4. Der Abschluß der "Nationalen Revolution"

Im Juli 1933 war die kommunale Gleichschaltung in Südldenburg bereits abgeschlossen. Sie sicherte der NSDAP mit Hilfe der nationalsozialistischen Staats- und Regierungsbürokratie die Mehrheiten in den Selbstverwaltungskörperschaften, wenn auch einige Bürgermeister - in Vechta Dr. Brandis und in Cloppenburg Dr. Heukamp - noch dem Zentrum angehörten. Noch vor dem Inkrafttreten der deutschen Gemeindeordnung vom 1. April 1935 endete in Oldenburg eine kommunalpolitische Tradition, deren Fortschritt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an dem Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte in den kommunalen Selbstverwaltungskörperscften gemessen worden war. Für die südoldenburgischen Stadt- und Gemeinderäte gilt, daß sich die NSDAP in Wahlen - wie das Ergebnis vom 5. März 1933 gezeigt hatte - nicht durchsetzen konnte und die kommunalen Vertretungen gleichgeschaltet wurden. Dabei brauchten sich die lokalen Vertreter der NSDAP politisch nicht zu exponieren und konnten sich damit begnügen, im nach dem Führerprinzip organisierten nationalsozialistischen Normenstaat ihre politischen Pflichten und Funktionen wahrzunehmen.[108] Wie sehr die Stadt- und Gemeinderäte als kommunale Entscheidungsträger schon im Sommer 1933 geschwächt waren, geht aus der Erklärung des Garreler Gemeindevorstehers Willenbrink hervor, der auf der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats die Ergebnisse einer Besprechung beim Kreisleiter der NSDAP, Leonhard Niehaus, und beim Amtshauptmann August Münzebrock zusammenfaßte und dabei die in den gleichgeschalteten Kommunen geltenden politischen Regularien vorstellte:

> "In den Gemeinden sowohl wie auch in den Ländern und dem Reiche soll das Führerprinzip vorherrschen. Anträge usw., ganz gleich welcher Art, werden vom Fraktionsführer eingebracht. Vor den Gemeinderatssitzungen sind in der Fraktionsbesprechung diese Anträge genügend zu besprechen und hat ein jeder Parteigenosse seine offene Meinung zu sagen. Höchstes Prinzip muß sein: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Keiner

---

[106] KUROPKA, Übergang, S. 162f.
[107] MT vom 22.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 313.
[108] KUROPKA, Übergang, S. 163-165.

darf seine persönlichen Vorteile oder die seiner Bekannten und Verwandten in den Vordergrund stellen. Nach außen hin müssen wir unbedingt ein einmütiges Ganzes bilden. Vor allem ist es unbedingt erforderlich, daß bei Abstimmungen irgendwelcher Art keiner von uns aus der Rolle fällt, d. h. der eine sagt ja, der andere sagt nein; dieses geht unter keinen Umständen. Hier müssen alle das große Ganze im Auge haben und jeder zeigen, daß er auch tatsächlich Nationalsozialist ist."

Weiter berichtete Willenbrink über eine Unterredung der Gemeindevorsteher, NSDAP-Kreisleiter und Polizeibehörden im Staatsministerium. Auf dieser Sitzung habe Staatsminister Pauly "klare Anweisungen" gegeben und betont, "daß die Revolution beendet ist und wir in das Stadium der Evolution eingetreten sind". Es sei ausschließlich "nur den Anweisungen des Führers Folge zu leisten" und jede "innere Zersetzung und Aufhetzerei unter den eigenen Parteigenossen" zu vermeiden:

"Jeder, der sich nicht fügt, wird ohne Gnade und Barmherzigkeit zur Verantwortung gezogen, ganz gleichgültig, welche Mitgliedsnummer oder Parteikarte er hat. Alle Nörgler und Mießmacher auch innerhalb unserer Partei sollen sofort gemeldet und dem Ministerpräsidenten angezeigt werden. [...] Jetzt heißt es zu beweisen, daß wir es besser machen können, und darum heißt es auch unbedingte Parteidisziplin beobachten. Wir alle wollen nur eins, wir wollen, daß es dem gesamten Deutschen Volke besser geht als in den letzten 14 Jahren der Volksverdummung und Verelendung. Dieses können wir jedoch nur erreichen, wenn wir einmütig auf unsern obersten Führer Adolf Hitler vertrauen und in seinem Sinne auch in unserer Gemeinde den Gedanken des reinen Nationalsozialismus vertreten."[109]

Damit reagierte Oldenburg auf die Erklärung des Reichsinnenministers über den Abschluß der "deutschen Revolution". In einem Schreiben an sämtliche Reichsstatthalter und Landesregierungen berichtete Frick über Ansprachen, die der Reichskanzler vor SA-Führern und Reichsstatthaltern gehalten hatte. Auf einer Konferenz der Reichsstatthalter hatte Hitler am 6. Juli 1933 in Berlin erklärt, daß die politischen Parteien endgültig beseitigt seien, und die Parole vom Ende der nationalsozialistischen Revolution ausgegeben:

"**Der Erringung der äußeren Macht muß die innere Erziehung der Menschen folgen.** [...] Es sind mehr Revolutionen im ersten Ansturm gelungen, als gelungene aufgefangen und zum Stehen gebracht wurden. Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. **Man muß den frei gewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.** Die Erziehung der Menschen ist dabei das wichtigste. [...] **Man darf daher nicht einen Wirtschaftler absetzen, wenn er ein guter Wirtschaftler, aber noch kein Na**

[109] MT vom 3.8.1933; GELHAUS, 1933, S. 340. Der Kaufmann Fritz Willenbrink (NSDAP) war seit dem 18. März 1933 Gemeindevorsteher in Garrel. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 400)

> **tionalsozialist ist; zumal dann nicht, wenn der Nationalsozialist, den man an seine Stelle setzt, von der Wirtschaft nichts versteht.** [...] Wir müssen dabei unser Handeln auf viele Jahre einstellen und in ganz großen Zeiträumen rechnen. **Durch theoretische Gleichschaltungen schaffen wir keinem Arbeiter Brot.**"

Hitler lehnte eine "zweite Revolution", die der SA-Führung unter Ernst Böhm vorschwebte, kategorisch ab; er wollte keine wirkliche Revolution von unten. Die Reichsstatthalter hatten nach seiner Weisung dafür zu sorgen, "daß nicht irgendwelche Organisationen oder Parteistellen sich Regierungsbefugnisse anmaßten, Personen absetzten und Aemter besetzten, wofür allein die Reichsregierung [...] zuständig wäre". Hitler verkündete in Berlin die Einheit von Partei und Staat:

> "Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt."[110]

Reichsinnenminiser Frick bekräftigte in seinem Rundschreiben den politischen Willen Hitlers, "daß die deutsche Revolution abgeschlossen ist" und die NSDAP der "alleinige Träger des Staates" geworden sei. Die "siegreiche deutsche Revolution" sei in "das Stadium der Evolution, d. h. normaler gesetzmäßiger Aufbauarbeit getreten". Es sei Aufgabe der Reichsstatthalter und Landesregierungen, "die Autorität des Staates auf allen Gebieten und unter allen Umständen sicherzustellen und jedem Versuch, diese Autorität zu erschüttern oder auch nur anzuzweifeln, [...] rücksichtslos und unter Einsatz aller staatlichen Machtmittel entgegenzutreten".[111] Durch das "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14. Juli 1933 war nur noch die NSDAP als Staatspartei zugelassen. Staatsminister Pauly brachte den Wandel im deutschen Verfassungsleben auf einer Kommunaltagung der NSDAP für Vertreter des Amtes Ammerland auf eine kurze politische Formel:

> "Der Reichsstatthalter als Organ des Reiches hat den Ländern gegenüber etwa die Rechte, die früher ein Monarch besaß. [...] Der Reichstag wid vielleicht, wegen seiner geschichtlichen Bedeutung, diesen Namen behalten, aber wesentlich anders zusammengesetzt werden. **Gewählt wird nicht mehr.**"[112]

In der Tat war im Sommer des Jahres 1933 die nationalsozialistische Revolution in Südoldenburg so gut wie abgeschlossen. Die deutsche Gemeinde

---

[110] MT vom 8.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 292. Endgültig wurde die Einheit von Partei und Staat im "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat" vom 1. Dezember 1933 festgeschrieben.
[111] MT vom 12.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 298.
[112] MT vom 25.7.1933.

ordnung vom 30. Januar 1935 reduzierte die demokratischen Mitbestimmungsrechte der gleichgeschalteten Stadt- und Gemeinderäte noch einmal und führte auf kommunaler Ebene das Führerprinzip ein. Die Gemeindeordnung, die als "Grundgesetz des nationalsozialistischen Staates" bezeichnet wurde, verfügte nunmehr, daß Bürgermeister und Beigeordnete "durch das Vertrauen von Partei und Staat in ihr Amt berufen" werden. Der Beauftragte der NSDAP hatte die Aufgabe, die "Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei" zu garantieren. Die Stadt- und Gemeinderäte hatten nur noch beratende Funktion. Der Bürgermeister führte die Verwaltung der Gemeinde, und den Gemeinderäten kam die Aufgabe zu, "den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen". Die Gemeinderäte wurden durch den Beauftragten der NSDAP "im Benehmen mit dem Bürgermeister" berufen, wobei die "nationale Zuverlässigkeit" des Bewerbers zu berücksichtigen war. Grundsätzlich wurde der Kreisleiter der NSDAP vom Gauleiter zum Beauftragten ernannt.[113] Über die politische Schlüsselstellung des Beauftragten notiert Engelbert Hasenkamp:

> "Der Beauftragte der NSDAP hat die Aufgabe, den Einklang der Gemeindeverwaltung mit der Partei zu sichern. In seiner Stellung sollte der Einheitsgedanke von Partei und Staat auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung besonders zum Ausdruck kommen."[114]

Großen Wert legte die NS-Staatsbürokratie offensichtlich auf den "gesetzlich festgelegten Charakter dieser nichtöffentlichen Sitzungen", in denen der Beauftragte der NSDAP mit den Gemeinderäten aus den Bewerbern für das Amt des Bürgermeisters bzw. der Beigeordneten die Vorschlagsliste beriet und entschied.[115] Die neue Eidesformel für die Ratsherren lautete:

> "Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."[116]

---

[113] MÜNCH, Gesetze, S. 34-38: Auszug. Aufgrund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 wurden als "vom Beauftragten der NSDAP berufene(n) Ratsherren der Stadt Cloppenburg" 12 Ratsherren vereidigt. (StAO 262 - 12 - 133: Protokoll der Stadtratssitzung, ohne Datum)

[114] HASENKAMP, Verwaltungsformen, S. 215.

[115] StAO 262 - 12 - 87: Schreiben des Reichs- und Preußischen Innenministeriums an die Ober- und Regierungspräsidenten vom 1. Juli 1935.

[116] StAO 262 - 12 - 133: Vereidigung des zum Cloppenburger Ratsherrn vom Beauftragten der NSDAP berufenen Dr. Peus am 13. Dezember 1935.

1.2. Die politische Gleichschaltung des Freistaates Oldenburg

Parallel zur Gleichschaltung der Kommunen wurde die Gleichschaltung des oldenburgischen Landtages vorgenommen, die ebenfalls auf dem Gesetz zur Vorläufigen Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 beruhte. Durch dieses Gesetz wurde das Ermächtigungsgesetz faktisch auf die Landesregierungen ausgedehnt und die politische Gewaltenteilung in den Ländern aufgehoben. Mit dem Gesetz wurden die Landesregierungen ermächtigt, "außer in den in den Landesverfassungen vorgesehenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen", die zur Neuordnung der Verwaltung und zur Neuregelung der Kompetenzen von der Landesverfassung abweichen, aber die gesetzgebenden Körperschaften nicht berühren. Die Volksvertretungen der Länder wurden mit Ausnahme des am 5. März 1933 ebenfalls gewählten preußischen Landtags aufgelöst und nach den Stimmenzahlen neu gebildet, die bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 innerhalb eines jeden Landes auf die Wahlvorschläge entfallen waren. Dabei galten für die einzelnen Länder festgelegte Höchstziffern für die Landtagsmandate.[117] Das Gleichschaltungsgesetz legte die Zahl der Mandate im neuzubildenden Landtag in Oldenburg auf 39 fest; die Angehörigen der KPD wurden ersatzlos ausgeschlossen.[118] Damit wurde der NSDAP in Oldenburg die absolute Mehrheit im Landtag weiterhin gesichert.[119] Das oldenburgische Gesetz vom 5. April 1933 beendete eine Diskussion um die Zahl der Abgeordneten im Landtag und legte sie schließlich auf 36 Mandate fest, die um die beiden Mandate der KPD auf 34 gekürzt wurden. Danach fielen der NSDAP 18, der SPD sieben, dem Zentrum fünf und der "Kampffront" vier Mandate zu.[120] Das oldenburgische Zentrum reichte für die Neubildung des Landtages einen Wahlvorschlag mit neun Bewerbern ein, von denen Diplomlandwirt Alois Brendebach (Vechta), Schneidermeister Anton Göhrs (Essen), Kaufmann Hermann Bitter (Ramsloh), Zeller Gerhard Kühling (Rechterfeld) und Geschäftsführer Anton Themann (Vechta) in den Landtag einzogen. Der langjährige Fraktionsvor

---

[117] MÜNCH, Gesetze, S. 41-46; MT vom 1.4.1933.
[118] MÜNCH, Gesetze, S. 41-46; MT vom 1.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 146.
[119] MT vom 6.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 127. Eine erste Umrechnung des Reichstagswahlergebnisses auf den Landtag, die vor dem Gleichschaltungsgesetz angestellt wurde, ergab bei angenommenen 46 Sitzen für Oldenburg eine Mehrheit der NSDAP von 24 Mandaten, während auf die SPD neun, das Zentrum sieben, die DNVP und das Landvolk (zusammen "Kampffront") drei, die KPD zwei Mandate und auf die Staatspartei ein Mandat entfallen würden.
[120] GESETZBLATT, 48. Bd., Nr. 59, S. 106f.; MT vom 10.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 151; SCHAAP, Endphase, S. 264.

sitzende des Zentrums, der Cloppenburger geistliche Oberstudienrat Heinrich Wempe, kehrte nicht in den Landtag zurück.[121]

Eine politische Rolle spielte der neue oldenburgische Landtag nicht mehr. Er trat nur einmal, am 23. Mai 1933, zur Bestätigung von Verordnungen nach § 37 (Notstandsartikel) der Landesverfassung zusammen.[122] Nach Wolfgang Günther war mit der Durchführung des Gesetzes vom 31. März 1933 "die völlige Entmachtung" des Oldenburger Landtages abgeschlossen und "eine fast einhundertjährige oldenburgische Parlamentsgeschichte mit einem Federstrich zunichte gemacht" worden. Formal blieb der Landtag zwar bestehen, aber als "Verfassungsorgan, das der politischen Willensbildung dient", war er außer Kraft gesetzt.[123] Die Tagesordnung der Sitzung am 23. Mai 1933 erschöpfte sich in der Konstituierung des neugebildeten Landtages. Um 11.25 Uhr wurde die Sitzung im Auftrag des oldenburgischen Staatsministeriums eröffnet, und der Landtag wählte sein Präsidium und seine Ausschüsse. Nach dem Verlesen einer kurzen Erklärung von Reichsstatthalter Röver zur politischen Lage in Oldenburg schloß Präsident Johann Behlen (NSDAP) um 12.30 Uhr den Landtag und vertagte ihn auf unbestimmte Zeit.[124] Der oldenburgische Landtag hatte seine verfassungsmäßige politische Funktion endgültig verloren und trat bis zum Untergang des "Dritten Reiches" nicht wieder zusammen.

Damit verlor auch der südoldenburgische Katholizismus seine parlamentarische Basis und mußte sich in Zukunft auf die außerparlamentarische Opposition beschränken. Mit der Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 ging auch die Geschichte des oldenburgischen Zentrums zu Ende, die nach 1945 noch einmal eine politische Neuauflage erfuhr.[125] Unmut oder Empörung über das Ende des Zentrums, das über 60 Jahre die politische Heimat des südoldenburgischen Katholizismus gewesen war, wurde nicht mehr laut. Das "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien" vom 14. Juli 1933 setzte ohnehin einen Schlußstrich unter die moderne deutsche Parteiengeschichte.[126] Zusammen mit der Gleichschaltung der katholischen Presse schloß das Parteienverbot und damit das Ende des Zentrums ein großes

[121] MT vom 13., 20.4.1933, GELHAUS, 1933, S. 155-157.
[122] SCHAAP, Endphase, S. 264.
[123] MT vom 23.5.1933; GÜNTHER, Freistaat, S. 448; GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 113.
[124] MT vom 24.5.1933.
[125] MT vom 6.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 284.
[126] MT vom 15.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 305.

Kapitel in der Geschichte des politischen Katholizismus in Südoldenburg, dessen Belange nunmehr von der katholischen Kirche, ihren Vereinen, soweit sie nach dem Abschluß des Reichskonkordats noch bestehen durften, und engagierten Laien vertreten werden mußten. Am 14. Oktober 1933 wurde "das Ende selbst der formalen Hülle des Landtages" vollzogen, als der Reichstag und mit ihm alle deutschen Landtage im Hinblick auf die bevorstehende "Reichstagswahl" und Volksabstimmung am 12. November 1933 aufgehoben wurden.[127]

Der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie folgte in Oldenburg der Verlust der staatlichen Eigenständigkeit. Auf der Grundlage des "Zweiten Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" vom 7. April 1933 wurde der oldenburgische Ministerpräsident Röver am 5. Mai 1933 zum Reichsstatthalter für Oldenburg und Bremen ernannt.[128] Das zweite Gleichschaltungsgesetz ordnete die Einsetzung von Reichsstatthaltern an, die die Vorsitzenden der Landesregierung ernannten und entließen. Zu ihren weiteren Kompetenzen gehörten die Auflösung des Landtages und seine Neuwahl, die Ausfertigung und Verkündung von Landesgesetzen, auf Vorschlag der Landesregierung die Ernennung und Entlassung der unmittelbaren Staatsbeamten und Richter, soweit sie bisher durch die Landesbehörde erfolgt war, und die Ausübung des Begnadigungsrechts. Die Reichsstatthalter wurden vom Reichspräsidenten auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt und hatten die Aufgabe, "für die Beobachtung der vom Reichskanzler aufgestellten Richtlinien der Politik zu sorgen". Der Reichsstatthalter repräsentierte als Reichsorgan zwar die Landessouveränität und erhielt wichtige Kompetenzen der Landesregierung, war aber als "Aufseher des Reiches" an die Weisungen der Reichsregierung gebunden.[129] Der neuen oldenburgischen Regierung unter Ministerpräsident Joel gehörte Julius Pauly als einziger Staatsminister an, während der Katholik Heinz Spangemacher, der das Ministerium der Kirchen und Schulen geleitet hatte, aus dem Kabinett ausschied.[130]

---

[127] GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 113f., Anm. 11: Verordnung des Reichspräsidenten vom 14.10.1933.
[128] MT vom 6.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 188; GÜNTHER, Freistaat, S. 449; GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 114f.; SCHAAP, Endphase, S. 264f.
[129] MT vom 8.4.1933; MÜNCH, Gesetze, S. 46f.
[130] MT vom 6.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 188; GÜNTHER, Freistaat, S. 449; GÜNTHER, NS-Herrschaft, S. 114f.

Die an das Reichsstatthaltergesetz geknüpften Erwartungen, daß die Landesregierungen überhaupt aufgehoben oder mit der Funktion des Reichsstatthalters verschmolzen werden würden, erfüllten sich nicht. Durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches vom 30. Januar 1934 wurden die Volksvertretungen der Länder unter Berufung auf das Ergebnis der Volksabstimmung und Reichstagswahl vom 12. November 1933 aufgehoben und gingen die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstanden fortan der Reichsregierung und die Reichsstatthalter der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern; die Reichsregierung konnte neues Verfassungsrecht schaffen.[131] Auch an diesem Gesetz wird wieder deutlich, daß die Ausschaltung der Länderparlamente und die Gleichschaltung der Landesregierungen pseudoplebiszitär legitimiert wurden. Das "Neuaufbaugesetz" war der "erste entscheidende Schritt" auf dem Wege zu einer Reichsreform, die "mit Rücksicht auf die erheblichen Unterschiede in der Größe der Länder, in der Ausgestaltung des Landesrechts sowie in der Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Länder nur schrittweise angesteuert und verwirklicht werden" konnte.[132] Vorbereitet wurde dieser Schritt durch den 1928 gegründeten Parteigau Weser-Ems mit dem Sitz in der Stadt Oldenburg, die aufgrund eines Erlasses vom 18. Juni 1933 auch zum Sitz des Reichsstatthalters von Oldenburg und Bremen erklärt wurde.[133]

Parallel zur politischen Gleichschaltung vollzog sich in Südoldenburg die gesellschaftliche Anpassung in einem wechselseitigen Prozeß, in dem Absender und Adressat politischer Impulse und Wirkungen nicht in jedem Falle eindeutig zu identifizieren waren. Die Gleichschaltung berufsständischer Verbände und bürgerlicher Vereine und ihre Ausrichtung nach dem Führer- und Gefolgschaftsprinizip, die Entkonfessionalisierung des katholischen Schulwesens, die mit der Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins einen ersten wichtigen Erfolg erzielte, bestimmten im Frühjahr 1933 das öffentliche Leben und die veröffentlichte politische Meinung in Südoldenburg. Dabei traf die Gleichschaltung von oben auf eine konstruktive Erwartungshaltung breiter katholischer Bevölkerungskreise, die sich von der nationalen Aufbruchsstimmung tragen ließen. Sie begrüßten offen oder verhalten die autoritäre Bewältigung der Weimarer Staats- und Gesellschaftskrise, und zwar in dem Glauben, den politischen Extremismus Hitlers durch eine positi

[131] MÜNCH, Gesetze, S. 48.
[132] ZÜRLIK, Weser-Ems, S. 157.
[133] Ebd., S. 158.

ve Einstellung zur neuen Obrigkeit und eine konstruktive Mitarbeit an der vermeintlichen "christlichen Volksgemeinschaft" disziplinieren und kanalisieren zu können. Diese Anpassung vollzog sich unter einem konfessionellen Vorbehalt, der politisch allerdings wirkungslos blieb, und bekannte sich ausdrücklich zur "legalen Revolution", die auf breite Sympathie im katholischen Rechts- und Staatsdenken stieß.

Die katholische Kirche überlebte als intakte Institution den Gleichschaltungsprozeß im Frühjahr 1933, indem sie sich in den ihr vom Reichskonkordat zugewiesenen unpolitischen Raum zurückzog, und sicherte sich damit eine moralisch-religiöse Einflußsphäre, aus der in Südoldenburg die wirkungsvollsten Impulse für die Opposition gegen den Nationalsozialismus hervorgingen. So wahrten die katholische Kirche und der durch das Konkordat auf kirchlich-religiöse Funktionen beschränkte Vereinskatholizismus die historische Kontinuität im konfessionellen Milieu Südoldenburgs und trugen sie durch und über das "Dritte Reich" in die westdeutsche Nachkriegswirklichkeit hinein. Die fortgesetzte Behauptung katholischer Resistenz im "Dritten Reich" und die moralische Reputation durch die alliierten Besatzungsmächte trugen nach 1945 zur raschen politischen Rehabilitierung des deutschen Katholizismus bei, die einer kritischen Überprüfung an der eigenen Vergangenheit heute nicht mehr standhält. Moderne Kategorien einer historischen Sozialwissenschaft übergreifen die Zäsur von 1933 ebenfalls wie die von 1945, die als die "Stunde Null" bezeichnet wurde, und lassen die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg von 1918 bis in die Gegenwart als eine historische Epoche erscheinen, die gleichermaßen von politischen und gesellschaftlichen Kontinuitäten und Diskontinuitäten geprägt ist. In ihrem Ergebnis führte sie in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg zur Erosion des katholischen Milieus selbst. Eine "Stunde Null" gibt es bekanntlich in der Geschichte nicht. Die Epochen moderner Geschichte werden nicht nur durch ihre historischen Nachbarschaften mit- und untereinander verbunden, sondern auch durch die Fragen, die sie aneinander stellen, und die Auskünfte, die sie für die Gegenwart geben. Das Scheitern der Weimarer Demokratie und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland enthalten für den politischen Katholizismus in Deutschland solche epochenübergeifenden Fragen moderner deutscher Geschichte. Diese Erkenntnis läßt sich an historischen Persönlichkeiten verdeutlichen.

1.2.1. Karriere im Schatten der "Machtergreifung": Studienrat Dr. Anton Kohnen

Dem Aufstieg der NSDAP im Freistaat Oldenburg und der politischen Gleichschaltung im Frühjahr 1933 hatte der aus Südoldenburg stammende promovierte Studienrat und spätere Schulrat Dr. Anton Kohnen seine berufliche und politische Karriere im oldenburgischen Staatsdienst im wesentlichen zu verdanken.[134] Kohnen erlebte einen persönlichen Werdegang, der für das katholische Milieu in Südoldenburg eher untypisch war und in seiner Zeit keine Parallelen aufwies. Der Aufstieg Kohnens vollzog sich nicht mit Unterstützung der katholischen Kirche über kirchliche Institutionen und Verbände, sondern mit dem Rückhalt der politischen Rechten und später der NSDAP und gegen den Einspruch der katholischen Kirche in den nationalsozialistischen Behörden. Am 1. Oktober 1928 berichtete der Leiter des Vechtaer Gymnasiums Antonianum, Dr. Wilhelm Uhlmann, an die vorgesetzte Behörde, das Katholische Oberschulkollegium, daß Studienrat Kohnen "ein Gegner des humanistischen Gymnasiums" und "ein Fremdkörper an unserer Schule" sei, in deren Interesse es liege, "wenn über Kohnen anderweitig verfügt würde".[135] Dr. Kohnen bewegte sich nach dem Ersten Weltkrieg am rechten Rand des Weimarer Parteienspektrums und entschied sich dann aus politischer Überzeugung für den Nationalsozialismus. Die nationalsozialistische Herrschaft in Oldenburg beförderte das berufliche Fortkommen Kohnens in besonderer Weise.

> Anton Kohnen wurde am 20. Februar 1889 in Lindern geboren und starb am 9. März 1985 in Oldenburg. Sein Vater war als Hauptlehrer an der Volksschule in Lindern tätig. Nach dem Besuch der Volksschule in Lindern und der Bürgerschule in Werlte wechselte Anton Kohnen auf das Gymnasium Antonianum in Vechta und legte hier im Jahre 1910 die Reifeprüfung ab. Er nahm das Studium der Philologie in Marburg, Berlin und Münster auf, wo er 1913 mit dem historischen Thema "Die Grafen von Olden

---

[134] Willi Baumann hat inzwischen eine umfassende Biographie von Anton Kohnen vorgelegt und zeigt darin ein realistisches Porträt dieser Persönlichkeit, die zu den politischen Außenseitern des katholischen Milieus in Südoldenburg zählte (BAUMANN, Kohnen, S. 71-147). Eine komprimierte Darstellung dieser Arbeit enthält ein Beitrag aus dem Jahre 1999, der mittlerweile gedruckt vorliegt (BAUMANN, Anton Kohnen, S. 67-86). STRICKMANN, Heinz: Kohnen bereute Nazigesinnung bis zu seinem Tode nicht, IN: MT vom 18.12.1999. Noch in den 1970er Jahren herrschte in Südoldenburg ein einseitiges Kohnen-Bild vor und galt der NS-Karrierist aufgrund seiner heimatkundlichen Schriften als der "Nestor der südoldenburgischen Heimatforschung". (DEUTER, Jörg: Dr. Anton Kohnen - Chronist einer literarischen Landschaft. Dem Nestor der südoldenburgischen Heimatforschung zum 85. Geburtstag gewidmet, IN: VuL Jg. 36, Nr. 89, 1974, S. 11)

[135] StAO 160, 2 - 3832.

burg-Wildeshausen" promovierte. 1914 legte er ebenfalls in Münster das philologische Staatsexamen in Deutsch, Geschichte und Französisch ab. 1918 absolvierte er die Ergänzungspräfung im Fach Latein. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg von 1915/16 bestand Dr. Kohnen 1917 die pädagogische Prüfung für das Lehramt an Gymnasien in Oldenburg und nahm seine erste Lehrtätigkeit als Studienassessor in Rüstringen-Wilhelmshaven auf. Seit dem 15. April 1919 unterrichtete er als Oberlehrer am Lehrerseminar in Vechta und wurde 1925 an das Gymnasium Vechta versetzt. Nach eigenen Angaben wurde er am 1. April 1932 vom Katholischen Oberschulkollegium zur Disposition gestellt und wegen Krankheit auf Wartegeld gesetzt. Von 1924 bis 1933 leitete Kohnen Mittelschullehrer-Kurse in Oldenburg und fungierte von Januar bis August 1933 als Leiter der Polizeiberufsschulen in Oldenburg. Im Januar 1933 verlegte er seinen Wohnsitz von Vechta nach Oldenburg.

Gegen die beabsichtigte Ernennung Kohnens zum katholischen Schulrat im Juli 1933 erhob das Bischöfliche Offizialat Einspruch, da der Kandidat kein "überzeugungstreuer Katholik" sei und in der Vergangenheit eine "auffällige Wandlungsfähigkeit" gezeigt habe. Trotz massiver Einwände des Offizialats wurde Kohnen am 1. September 1933 zum Fachreferenten für das katholische Volksschulwesen im Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg berufen und führte den Titel "Schulrat". Im Nebenamt war er zuständig für den Schulbezirk Friesoythe. Am 26. Oktober 1933 beantwortete Röver Proteste aus Vechta mit dem Hinweis, daß Kohnen "seine vornehmlichste Aufgabe darin sehen wird, darüber zu wachen, daß die deutsche Jugend in national-sozialistischer Staatsauffassung erzogen wird". Im Januar 1935 wies Kohnen die Behauptung zurück, er habe früher dem linken Zentrum angehört. Vielmehr sei er 1920 - richtig ist die Jahreszahl 1921 - öffentlich aus dem Zentrum ausgetreten und Mitglied des Stahlhelm geworden. 1936 wurde Kohnen zum Regierungsschulrat ernannt und 1940 nach Kattowitz in die Schulabteilung des Regierungspräsidenten versetzt. Nach eigenen Angaben geschah dies wegen fortgesetzter Konflikte mit Röver. Von 1942 bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft war Kohnen als Schulrat bei der Regierung in Kassel und in Wiesbaden tätig. Vom 20. April bis zum 24. Mai 1945 nahm er die Vertretung des Sachbearbeiters des Volks-, Haupt- und Mittelschulwesens im Ministerium der Kirchen und Schulen in Oldenburg wahr. Nach dem Ende des Krieges wurde Kohnen vom 6. Juni 1945 bis zum 22. Juli 1946 in Esterwegen interniert. 1947 beantragte er wegen Erkrankung und Dienstunfähigkeit seine Versetzung in den Ruhestand. Die Auseinandersetzungen um die Entnazifizierung Kohnens dauerten aufgrund der Einsprüche des Beschuldigten von 1948 bis 1951. Am 17. Dezember 1941 änderte Kohnen seinen jüdisch klingenden Familiennamen in "Konnen" um, machte die Namensänderung aber 1956 wieder rückgängig.

Anton Kohnen war ein politisches Talent und ein "Multi-Funktionär". Er gehörte zahlreichen Organisationen und Verbänden an, die in der Weimarer Republik größtenteils der nationalen Rechten zuzuordnen waren. Von 1919 bis 1933 war er zweiter Bundesvorsitzender des Kyffhäuser-Bundes in Vechta und Oldenburg und wurde 1919 Mitglied der "Orgesch" und der Schwarzen Reichswehr.[136] Im September 1933 stieg er zum zweiten Stellvertreter des Führers des Landesverbandes Oldenburg-Bremen des Kyffhäuserbundes auf. Von 1920 bis 1932 gehörte er dem Stahlhelm an und war 1924 maßgeblich an der Errichtung des Schlageter-Denkmals zwischen Vechta und Lohne beteiligt. Kohnen fühlte sich der Heimatbewegung in Südoldenburg verbunden und trug 1919 wesentlich zur Gründung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland bei. Weiterhin war er im CV der katholischen deutschen Studentenverbindungen vertreten. Die politische Karriere Kohnens zeigte eine gewisse Stringenz: Sie führte ihn in Vechta vom Zentrum, das er 1921 verließ, über die DVP, für die er 1923 im Alter von 34 Jahren in den Oldenburger Landtag einzog, schließlich zur NSDAP. Als DVP-Abgeordneter (seit 1925 Landesblock) gehörte er bis 1928 dem

[136] Die "Organisation Escherich" (Orgesch) war 1919 in Bayern zur Zeit der Räterepublik unter Führung des Politikers Georg Escherich als Einwohnerwehr entstanden. Sie zählte bei ihrem Verbot 1921 in Deutschland und Österreich über 1 Mio. Mitglieder und gehörte damit zu den größten Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Die "Orgesch" wurde in Oldenburg nicht verboten. Ministerpräsident Tantzen warnte zwar vor der Organisation, verhielt sich aber weiter abwartend. Anders lautende Nachrichten der in Vechta erscheinenden Oldenburgischen Volkszeitung wies er umgehend zurück. (StAO 270 - 27, Nr. 5, Bl. 30; OV vom 20.4.1921) Ein weiteres Rekrutierungsbecken für Nationalrevolutionäre stellte die sog. "Schwarze Reichswehr" dar, die von Major Bruno Ernst Buchrucker und Oberleutnant Paul Schulz unter stillschweigender Duldung und Förderung der Reichswehrführung gebildet wurde. Ihr gehörten vor allem Freikorpsleute an, die im Geheimen ausgebildet wurden, um im Kriegsfall die Reihen der 100 000-Mann-Armee zu verstärken. Nach dem Putsch der in der Nähe von Küstrin zusammengezogenen Schwarzen Reichswehr, der am 1. Oktober 1923 von regulären Reichswehrtruppen niedergeschlagen wurde, ließ Generaloberst Hans von Seeckt, der Chef der Heeresleitung, die Schwarze Reichswehr fallen. Dabei ging es Seeckt nach Mohler darum, "in der Reichswehr ein ‘neutralisiertes’ Gebilde zu schaffen, das dem neuen Staat zwar loyal dient, sich aber im Grunde von einer übergeordneten, umfassenderen Einheit beauftragt fühlt und die Zeit der Republik als ‘Überwinterung’ ansieht". Mit diesem ‘neutralen’ Status der Reichswehr war ein "praktisches Eingreifen in die Politik" oder gar eine politische Verschwörung unvereinbar. Deshalb widersprach die offene republikfeindliche Haltung der Schwarzen Reichswehr den langfristigen politischen Absichten Seeckts, der ihre Aufgaben rein auf militärischem Gebiet sah. Die fehlende Deckung durch die Heeresleitung wurde von der Schwarzen Reichswehr besonders in den sog. "Fememord"-Prozessen vermißt, die 1925 durch Enthüllungen in der Presse ausgelöst wurden und sich bis gegen Ende der 1920er Jahre hinzogen. (MOHLER, Revolution, S. 44ff., 246f.)

Landtag an. Am 1. März 1931 wurde Kohnen Mitglied des NS-Lehrerbundes und trat am 1. April 1931 in die NSDAP (Mitgliedsnummer 496 789) ein. Er zählte in Vechta am 28. März 1931 zu den Mitbegründern der NSDAP-Ortsgruppe, deren Ortsgruppenleiter er bis zum 31. Mai 1933 war. Vom 26. Juli 1932 bis zum Mai 1933 fungierte er auch als Kreisleiter der NSDAP Vechta. In der nationalsozialistischen Partei übernahm Kohnen zahlreiche Funktionen. Er war vom 1. April 1933 bis 1940 im Rang eines Obersturmführers Mitglied des NSKK und gehörte seit dem 1. Juli 1940 der SS (Mitgliedsnummer 414 782) an. Am 15. Dezember 1941 wurde Kohnen zum SS-Hauptsturmführer (SD-Mitarbeiter) befördert. Noch 1944 trat er als Gauredner auf.

Das Verhältnis Kohnens zur katholischen Kirche blieb gespannt. Er löste seine Verbindung mit der katholischen Kirche und trat am 16. August 1938 aus. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges machte Kohnen diesen Schritt wieder rückgängig und vollzog die Wiederaufnahme im November 1945 in Esterwegen. Im Entnazifizierungsverfahren gab Kohnen dafür folgende Erklärung ab:

> "Auf Verlangen der Gauleitung bin ich etwa 1938/39, nach Einführung der Gemeinschaftsschule, wodurch eine Betreuung der kath. Schulen gegenstandslos wurde, aus der Kirche ausgetreten. Ich habe jedoch innerlich die Verbindung zur römisch-katholischen Konfession aufrecht erhalten, wie das anliegende Schreiben des Prälaten Ulitzka aus Ratibor - jetzt Berlin - zeigt. Unmittelbar nach dem Umbruch bin ich der Kirche auch formell wieder beigetreten."

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Abschluß des Entnazifizierungsverfahrens war die berufliche und politische Laufbahn Kohnens nicht beendet. Von 1954 bis 1959 war er ehrenamtlicher Beisitzer des Landesverwaltungsgerichts Oldenburg, gehörte seit 1954 der Historischen Kommission für Niedersachsen an, war 1956 für die DP als Beisitzer im Eintragungsausschuß für das Volksbegehren in Oldenburg tätig, wurde 1959 zum Ehrenmitglied des Oldenburger Philologenvereins ernannt und erhielt 1964 das Goldene Doktordiplom der Universität Münster "für Verdienste auf pädagogischem und wissenschaftlichem Gebiet". Dr. Anton Kohnen veröffentlichte zahlreiche regionalgeschichtliche Beiträge, die zum Teil in Tageszeitungen und ihren heimatkundlichen Beilagen und in historischen Periodica wie dem Oldenbur

ger Jahrbuch veröffentlicht wurden. Zusammen mit seinem Bruder, Rektor Wilhelm Kohnen, verfaßte er 1954 eine Chronik der Gemeinde Lindern.[137]

Die unaufhaltsame Karriere des katholishen Akademikers, Schulfachmannes und regionalgeschichtlich versierten und interessierten Studienrates aus Südoldenburg, der sich als Vertreter der nationalen Rechten unermüdlich und erfolgreich in das gesellschaftliche und politische Leben seiner Heimat einschaltete, konnte nur gelingen, weil Kohnen über ein hohes Maß an politischer Energie und politischem Opportunismus verfügte und auch bereit war, sich wegen seines politisch eindeutig ausgerichteten Engagements auf der nationalen Rechten aus dem Schatten der katholischen Kirche zu lösen. Diese war in der nationalsozialistischen Zeit nicht mehr stark genug, den beruflichen Werdegang Kohnens aufzuhalten, der in der NS-Regierung in Oldenburg jedenfalls bis zum Kriege einen zuverlässigen Rückhalt hatte. Die im ehemaligen Freistaat herrschende NSDAP förderte seit 1932 die Karriere des katholischen Schulfachmannes Anton Kohnen, weil sie in ihm, einem überzeugten Nationalsozialisten, einen zuverlässigen Garanten für die Durchsetzung ihrer schulpolitischen Vorstellungen im sog. "schwarzen" Münsterland sah: ein politisches ‘Geschäft’ auf Gegenseitigkeit. Vor diesem Hintergrund ist die für Südoldenburg untypische Karriere Anton Kohnens seit 1932/33 insofern aufschlußreich, als sie die Stellung der katholischen Kirche unter der nationalsozialistischen Herrschaft im ehemaligen Freistaat Oldenburg beleuchtet und deutlich macht, daß die Kirche den Wettlauf zwischen Religion und Politik verloren hatte. Die Biographie Kohnens vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges zeigt den beruflichen und politischen Erfolg eines katholischen Karrieristen, der sich in das nationalsozialistische Herrschaftssystem einfügte und sich ihm als katholischer Beamter in hohen Diensträngen bereitwillig zur Verfügung stellte.

---

[137] MdL-Kartei; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript; RENKEN, Lindern, S. 700-702; KUROPKA, Schlageter, S. 89-96; ECKHARDT, Staatsdienerverzeichnis, S. 140; KUROPKA, Lehrerausbildung, S. 178; KUROPKA, Hitler, S. 50f.; ECKHARDT, Landtag, S. 100; NSDAP, 3. Kreistag, S. 14; HBL 3/1920, S. 17. Die angeführten Zitate sind dem EDV-Ausdruck der MdL-Kartei entnommen, die das Niedersächsische Staatsarchiv in Oldenburg mir freundlicherweise zur Verfügung stellte. Die "Linderner Chronik. Mit Skizzen und Bildern aus der Vergangenheit der Gemeinde Lindern" von Anton und Wilhelm Kohnen erschien 1963 in zweiter Auflage. Zahlreiche kleinere Beiträge, die in zwangloser Folge in den Jahren 1952 und 1953 in der Heimatbeilage "Volkstum und Landschaft" der Cloppenburger MT erschienen waren, faßte Anton Kohnen in einer Broschüre mit dem Titel "Aus Linderns Vergangenheit. Heimatgeschichtliche Studie" zusammen, die im Verlag Hermann Imsiecke in Cloppenburg erschien; das Erscheinungsjahr ist nicht angegeben.

Der Aufstieg Kohnens, der den Typus eines politischen Beamten in der nationalsozialistischen Zeit verkörperte, wäre ohne die Herrschaft der NSDAP in Oldenburg in dieser Form nicht möglich gewesen. Mit Anton Kohnen wußte die NS-Regierung in Oldenburg einen beruflich ehrgeizigen und politisch zuverlässigen katholischen Schulfachmann in ihren Diensten, der sich auch über die Interessen und Belange seines angestammten katholischen Milieus hinwegsetzte. Deshalb war es kein Zufall, daß der Beginn seiner Karriere mit der Aufhebung der Oberschulkollegien in Oldenburg zusammenfiel und der Sitz der oberen Schulaufsicht von Vechta nach Oldenburg verlegt wurde. In der Umgebung des Bischöflichen Offizialats wäre Kohnens berufliche und politische Karriere zum Scheitern verurteilt gewesen, weil die katholische Kirche seinen politischen Extremismus ablehnte.

1.3. Formen sozialer und kultureller Gleichschaltung im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs

Im politischen Kontext der nationalsozialistischen "Machtergreifung" zeigte sich im Frühjahr 1933 ein gravierender Unterschied zwischen dem katholischen und dem konfessionell ungebundenen Vereinswesen. Während sich unter den religions- und kirchenfeindlichen Bestrebungen des NS-Staates und den restriktiven Vorschriften des Reichskonkordats die katholischen Vereine aus der politischen Öffentlichkeit weitgehend zurückzogen und sich in der geschützten Sphäre ihrer Volkskirche in eine Art innere Emigration begaben, suchten die konfessionell unabhängigen Vereine ihr Überleben vorwiegend im Anschluß an den neuen Zeitgeist und schalteten sich weitgehend freiwillig gleich. Die kirchliche Domestizierung des katholischen Vereinswesens, die jahrzehntelang eingeübt und in der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik kaum aufgeweicht worden war, erwies sich als wichtige Voraussetzung für das Überleben des organisierten Katholizismus im "Dritten Reich" und die Wahrung seiner moralischen Integrität. Aus dieser Position heraus traf der Vereinskatholizismus nach dem Zweiten Weltkrieg auf positive Voraussetzungen für seine Restauration, die das öffentliche Leben in Südoldenburg nach 1945 maßgeblich bestimmte und allseits durchdrang. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg vollzog sich im Frühjahr 1933 auf sozialer und kultureller Ebene sehr rasch und ohne erkennbare Widerstände. Sie bewegte sich in der historischen Kontinuität und wies eine wesentliche Voraussetzung in der christlichen und nationalen Tradition der

einzelnen Vereine und Verbände sowie in ihrem kämpferischen Antikommunismus auf.

Was sich vor 1914 in den Reihen der Honoratioren im bürgerlichen Vereinswesen angekündigt hatte, setzte sich in der Nachkriegszeit fort. Die Gesang- und Turnvereine begnügten sich nach dem Ersten Weltkrieg nicht mit der Pflege unpolitischer Geselligkeit, sondern wurden politisch genutzt und wirkten in die national-konservative Agrargesellschaft Südoldenburgs hinein, ohne sich dieser Funktion bewußt zu werden. Sie agierten als Medien politischer wie kultureller Sozialisation und bemühten sich in diesem Sinne auch besonders um die Jugend. Daß man über die diffus-irrationale Sphäre von Heimat, Volk und Vaterland eines Tages in das politische Fahrwasser der "Nationalen Revolution" geraten und sich durch Billigung wie durch aktive Unterstützung in der gleichgeschalteten NS-Volksgemeinschaft wiederfinden könnte, wurde selbst in der dramatischen Phase am Ende der Weimarer Republik ignoriert und blieb unreflektiert.[138]

1.3.1. Die Gleichschaltung der berufsständischen Verbände

1.3.1.1. Die Gleichschaltung in der Landwirtschaft

Neben dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit genoß die "Rettung des deutschen Bauern" im Regierungsprogramm Hitlers absolute Priorität. Willi Baumann kommt nach der Befragung von Zeitzeugen zu dem Ergebnis, "daß in der Bevölkerung die nationalsozialistische Regierung zunächst durchaus breite Sympathien genoß, weil die spürbare wirtschaftliche Gesundung [...] auf die Politik der neuen Machthaber zurückgeführt wurde".[139] Die ersten agrarpolitischen Maßnahmen der Hitler-Regierung schienen den Bauern recht zu geben: Es wurde ein Vollstreckungsschutz für Zwangsversteigerungen von Boden und Inventar ausgesprochen, eine Umschuldungsaktion vorgenommen

---

[138] GELHAUS, 1933, S.451-455: Verzeichnis der in der Münsterländischen Tageszeitung des Jahres 1933 angezeigten Veranstaltungen von NS-Organisationen.

[139] BAUMANN, Neuarenberg, S. 461. Bei der Gemeinde Neuarenberg/Gehlenberg handelt es sich um ein agrarisch-katholisches Milieu, das große Übereinstimmungen mit den Verhältnissen in Südoldenburg aufweist. Deshalb lassen sich aus den Ergebnissen, die Baumann systematisch entwikkelt, auch Rückschlüsse auf den nationalsozialistischen Alltag im katholischen Milieu Südoldenburgs ziehen.

und durch Anhebung der Zölle ein sichtlich höherer Agrarpreis erzielt.[140] Diese Maßnahmen hoben nach Ansicht von Onno Poppinga das Ansehen der NSDAP bei den Bauern, zumal das Jahr 1933 eine gute Ernte aufwies.[141] Sie reichten aber nach Ansicht der Cloppenburger MT längst nicht aus, um die drängenden Probleme zu lösen. Sie befürchtete nach öffentlichen Erklärungen Hugenbergs sogar eine "völlige Ausschaltung des Staates aus der Wirtschaft und völlige Freiheit für die Wirtschaft". Diese Auffassung, der "Gipfelpunkt des kapitalistischen Materialismus", stehe "in krassem Widerspruch insbesondere zu den Anschauungen der Landbevölkerung und der Landwirtschaft, die die Auswirkungen dieses Geistes am stärksten zu spüren bekommen hat".[142] Der Ruf nach stärkeren Eingriffen des Staates in den landwirtschaftlichen Markt zum Schutz der bäuerlichen Existenzen war unüberhörbar. Die nationalsozialistische Agrarpolitik entschied sich aus übergeordneten politischen Motiven für einen dirigistischen Mittelweg, der den landwirtschaftlichen Markt ordnete und das Bauerntum ideologisch aufwertete.

Die moralische Rückendeckung, die die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 dem Bauernstand zweifellos gewährte, dürfte bei der Landbevölkerung ihre Wirkung nicht verfehlt haben, zumal die avisierten agrarpolitischen Maßnahmen relativ schnell umgesetzt wurden. So entgegenkommend wie Adolf Hitler hatte keine Regierung der Weimarer Republik zu den deutschen Bauern gesprochen. In seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Reichstag wiederholte er seine bekannten agrarpolitischen Thesen und stellte prophetisch die "Rettung des deutschen Bauern" in Aussicht:

> "[...] die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden. (Erneuter starker Beifall.) Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volke würde zu denkbar schärfsten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein. Das Schicksal aber, das das ganze deutsche Volk träfe, wenn der deutsche Bauer zugrunde ginge, wäre mit diesen Härten gar nicht zu vergleichen. Nur im Zusammenhang mit der unter allen Umständen zu erreichenden Rentabilität unserer Landwirtschaft kann die Frage eines Vollstreckungsschutzes bzw. einer Entschuldung gelöst werden. Würde diese nicht gelingen, so müßte die Vernichtung unserer Bauern nicht nur zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft überhaupt, sondern vor allem zum Zusammenbruch des deutschen Volkskörpers führen. [...] Ohne das Gegengewicht des deutschen Bauerntums hätte der kommunistische Wahnsinn schon jetzt Deutschland überrannt und

[140] MT vom 16.2.1933: Der neue Vollstreckungsschutz (Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 14. Februar 1933).
[141] POPPINGA, Bauern, S. 50.
[142] MT vom 18.2.1933.

damit die deutsche Wirtschaft endgültig vernichtet. (Sehr richtig! rechts.) Es muß auch der weiteren Besiedlung des deutschen Bodens in Zukunft unsere größte Sorge gelten."[143]

Adolf Hitler vermied es, die politischen Implikationen der nationalsozialistischen Agrarpolitik, die immer zugleich auch Raum- und Ordnungspolitik war, anzusprechen. Nach den Erfahrungen im Ersten Weltkrieg, als die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland vor allem durch die britische Seeblockade von überseeischen Futtermittelimporten und Düngemitteln abgeschnitten war, setzte das NS-Regime auf eine möglichst große Autarkie der deutschen Landwirtschaft, um im politischen oder militärischen Konfliktfall aus eigener Kraft überlebensfähig zu sein. Dieses Ziel der nationalsozialistischen Agrarpolitik wurde unter dem Schlagwort "Nahrungsfreiheit für das deutsche Volk" popularisiert. Darunter war eine möglichst weitgehende Sicherung der Ernährung aus eigener Produktion und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu niedrigen bzw. stabilen Preisen zu verstehen, um das allgemeine Preis- und Lohnniveau sowie die darauf beruhende Rüstungsfinanzierung nicht zu gefährden.[144]

Aufgrund des "Reichsnährstandsgesetzes" vom 13. September 1933, dem eine Schlüsselstellung in der nationalsozialistischen Agrarpolitik zukommt, wurden sämtliche landwirtschaftliche Verbände und Organisationen gleichgeschaltet und zwangsweise im sog. "Reichsnährstand" (RNS) zusammengeschlossen.[145] Nach dem Führerprinzip mußten die leitenden Funktionen mit Migliedern der NSDAP besetzt sein. Die Marktverbände des "Reichsnährstandes" regulierten die Produktion, die Veredelung, den Transport, die Lagerung und den Absatz aller landwirtschaftlichen Produkte. Das geschah auf dirigistischer Grundlage durch staatliche Verordnungen und Gesetze sowie durch die Festsetzung von Erzeugermindestpreisen, die bald in ein System von Festpreisen übergingen. 1934 rief Reichsbauernführer Walter Darré zur sog. "Erzeugungsschlacht" auf, um die deutsche Landwirtschaft zur Steigerung der Produktion zu ermutigen.[146] Ideologischer Hintergrund der 'neuen' Agrarpolitik, die einen ständischen Aufbau der Landwirtschaft vorsah, war

[143] MT vom 24.3.1933; POPPINGA, Bauern, S. 49f.
[144] BLAICH, Wirtschaft, S. 304.
[145] MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 100-106; MT vom 17.9.1933: zum "Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse".
[146] BLAICH, Wirtschaft, S. 304f.; MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 106-112; BEHRENS, Weser-Ems, S. 52, 110.

die vermeintliche Unvereinbarkeit des ökonomischen Liberalismus mit dem bodenständigen Bauerntum, ein Argument, das aus der Vergangenheit kam, und rassistische Vorgaben, die im deutschen Bauerntum nicht nur den Ernährer des Volkes, sondern auch die "Blutquelle" der Nation sahen. So gingen in der Ideologie der deutschen Agrarpolitik im "Dritten Reich" traditionelle antimoderne Mentalitäten, die dem alten Mittelstand sehr vertraut waren, und neue Elemente, die der Rassenlehre entnommen waren, eine Einheit ein, die es in dieser Form bisher nicht gegeben hatte. Die doppelte Zielsetzung des deutschen Bauerntums bekräftigte Reichsbauernführer Darré auf einer Reichspressekonferenz, auf der er sich zum "Reichsnährstandsgesetz" äußerte:

> "Das Gesetz räumt mit der irrtümlichen Annahme des liberalistischen Zeitalters auf, daß der Landwirt ein Unternehmer im geschäftlichen Sinne sei. Wir brauchen den Bauern [...] als die Blutquelle des deutschen Volkes und wir brauchen ihn als den Ernährer. [...] Der Bauer muß seine Tätigkeit immer als seine Aufgabe an seinem Geschlecht und seinem Volk betrachten."[147]

Die "Blut und Boden"-Ideologie des Nationalsozialismus appellierte an mentalitätsgeschichtliche Überzeugungen und Haltungen, die im deutschen Bauerntum tief verwurzelt waren, und griff ordnungspolitische Parolen der Agraropposition auf, die die Landwirtschaft vor den negativen Folgen des agrarkapitalistischen Systems bewahren und unmittelbar an den Staat binden wollte. Als politische Rechtfertigung diente stets die exklusive nationale Bedeutung des deutschen Bauerntums, die die nationalsozialistische Ideologie rezipierte und rassistisch umdeutete. Ein gesundes bodenständiges Bauerntum war danach die Voraussetzung für die Sicherung der Ernährungsgrundlage und die Erhaltung des deutschen Blutes. Der "Reichsnährstand" war nach Auffassung von Onno Poppinga "ein Musterbeispiel für das NS-Konzept der Volksgemeinschaft". Bäuerliche Unternehmer und Landarbeiter,

---

[147] MT vom 20.9.1933. Staatsrat Meinberg hatte wenige Tage zuvor in Essen von einem "Bauernsyndikat" gesprochen und die agrarpolitischen Vorstellungen der NS-Regierung erläutert. Ein "verkapitalisierter Bauer" sei ein Mensch, "der die Scholle als Handelsware betrachte". Von "der Seite des Preises her" sei der Landwirtschaft aber nicht zu helfen, "das Primäre sei" vielmehr: "Man setze den Bauern fest auf die Scholle, dann könne ihm keine Inflation und keine Deflation etwas anhaben". Im Osten müsse wieder "ein gesundes bodenständiges Bauerntum wohnen", auch aus berechtigten sicherheitspolitischen Gründen: "Der beste Schutz des deutschen Volkes an der Ostgrenze seien niemals Gewehre und Maschinengewehre, sondern ein gesundes Bauerntum. Aus diesem Grunde müsse der Staat im Osten zwangsläufig siedeln." (MT vom 14.9.1933)

Kreditnehmer und Kreditgeber saßen in einem "gemeinsamen Bott".[148] Sichtbarster symbolischer Ausdruck dieser Volksgemeinschaft war das "Erntedankfest", das am 1. Oktober 1933 als "Der Tag des deutschen Bauern" begangen wurde.[149]

Das "Reichserbhofgesetz" vom 29. September 1933 knüpfte an diese Vorstellungen an und setzte sie in ein konkretes agrarpolitisches Konzept um. Es sollte das Bauerntum als "Blutsquell" des deutschen Volkes erhalten und die Höfe vor dem ökonomischen Niedergang durch Überschuldung und Aufteilung im Erbgang schützen. Aus der Einleitung des Gesetzes läßt sich deutlich auf die ihm zugrunde liegenden Zielsetzungen schließen:

> "Die Reichsregierung will unter Sicherung alter deutscher Erbsitte das Bauerntum als Blutsquell des deutschen Volkes erhalten. Die Bauernhöfe sollen vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang geschützt werden, damit sie dauernd als Erbe der Sippe in der Hand freier Bauern verbleiben. Es soll auf eine gesunde Verteilung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen hingewirkt werden, da eine große Anzahl lebensfähiger kleiner und mittlerer Bauernhöfe, möglichst gleichmäßig über das ganze Land verteilt, die beste Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat bildet."[150]

"Bauer" hieß demnach der Eigentümer eines Erbhofes, der die deutsche Staatsangehörigkeit besaß und deutschen oder stammesverwandten Blutes war. Vom Bauernstand ausgenommen war, "wer unter seinen Vorfahren väterlicher= oder mütterlicherseits jüdisches oder farbiges Blut hat". Zum "Erbhof" gehörten alle Grundstücke, die im Eigentum des Bauern standen und von der Hofstelle regelmäßig bewirtschaftet wurden. Eine zeitweilige Verpachtung schloß die Hofzugehörigkeit nicht aus. Im Zweifelsfalle hatte das Anerbengericht auf Antrag des Eigentümers oder des Kreisbauernführers zu entscheiden. Die Erbhöfe wurden "von Amts wegen" in die Erbhöferolle eingetragen, wenn sie die Größe einer Ackernahrung (ca. 7,5 ha) aufwiesen und die Höchstgrenze von 125 ha nicht überschritten.[151] Durch die Einrich

---

[148] POPPINGA, Bauern, S. 52.

[149] MT vom 18.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 371: Aufruf zum "Deutschen Erntedanktag", unterzeichnet von den Reichsministern Darré und Goebbels.

[150] POPPINGA, Bauern, S. 50.

[151] MÜNKEL, Agrarpolitik, S. 112-120; BEHRENS, Weser-Ems, S. 110; MT vom 7.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 391. Die Cloppenburger MT erläuterte die Grundsätze des "Reichserbhofgesetzes", die an das in Oldenburg übliche Anerbenrecht anknüpften. Der "Anerbe" sollte den Hof unbelastet allein erhalten und ihn auch nicht zum Zwecke der Abfindung der anderen Kinder belasten. Die Miterben können nur aus dem sonstigen Vermögen befriedigt werden. Dazu gehörten eine den Verhältnissen entsprechende Berufsausbildung auf dem Hof und im Falle der Not "Heimatzuflucht". Der Grundsatz der Unbealstbarkeit und Unveräußerlichkeit

tung des "Erbhofes" war die deutsche Landwirtschaft aus übergeordneten innen- wie außenpolitischen Zielsetzungen des Regimes in ihrer Substanz zunächst geschützt. Neben den steuerrechtlichen Vorteilen, die das Gesetz mit sich brachte, wurden bald die Nachteile deutlich. Das Verbot jeder Belastung des Erbhofes schnitt die Betriebe von der normalen Kreditversorgung ab und hemmte ihre Investitionen; sie wichen aus auf arbeitsintensive Produktionsformen und waren in extremer Weise von staatlichen Hilfen abhängig. Zudem wurde das Reichserbhofgesetz aufgrund der als ungerecht empfundenen Bevorzugung des Hoferben stark kritisiert. Seine ideologische Bedeutung verlor sich um so schneller, je mehr Darré mit dem Beginn des Vierjahresplanes (1936) an Kompetenzen einbüßte.[152] Das Ziel der 'neuen' Agrarpolitik in den ersten Jahren des "Dritten Reiches" war nicht die Lösung der Agrarfrage. Sie hätte strukturelle Eingriffe in die deutsche Landwirtschaft erforderlich gemacht, die das Regime für wenig opportun hielt. Die notwendigen Reformen wurden vertagt.

Der Weg der bisher unabhängigen deutschen Bauernvereine in den NS-Staat war damit vorgezeichnet. Am 4. April 1933 schlossen sich der Reichs-Landbund, die Deutschen Bauernvereine und der Agrarpolitische Apparat der NSDAP zur "Reichsführergemeinschaft des Deutschen Bauernstandes" zusammen, die die organisatorische Neugliederung des Landvolks vorbereiten sollte. Damit verfügten die Nationalsozialisten über "eine scheinbar legale Schlüsselposition", die sie zur Gleichschaltung des ländlichen Verbandswesens einsetzten.[153] Der Vorsitzende der "Reichsführergemeinschaft", der bisherige Leiter des Agrarpolitischen Apparates, Walter Darré, übertrug Reichskanzler Adolf Hitler "aus der besonderen Verbundenheit des deutschen Bauerntums mit dem Führer des neuen Deutschland" symbolisch die

---

brachte es mit sich, daß Zwangsvollstreckungen in den Erbhof unmöglich waren. Eine angekündigte Durchführungsverordnung sollte darüber hinausgehen und eine Zwangsvollstreckung auch in die Erzeugnisse des Erbhofes unterbinden, "so daß private Gläubiger den Erbhof und seine Erzeugnisse überhaupt nicht mehr angreifen können". An die Kritiker richtete die MT die Warnung, "daß es im nationalsozialistischen Staate und nach nationalsozialistischer Weltanschauung nicht auf das Wohl und den Vorteil des Einzelnen ankommt, sondern einzig und allein das Interesse der Gesamtheit maßgebend ist." Daraus sei zu schließen: "Das Wohl der Gesamtheit erfordert es daher, daß die Höfe ungeteilt und unbelastet erhalten bleiben und die gesunde Grundlage des Staates sowohl in rassischer wie auch in bevölkerungspolitischer Hinsicht bilden."

[152] POPPINGA, Bauern, S. 51. Das Gesetz gewährte den Erbhöfen besondere Umschuldungsbedingungen, Befreiung von Grund- und Erbschaftssteuern sowie Steuerermäßigungen.

[153] STOLTENBERG, Landvolk, S. 192.

Schirmherrschaft der neuen Organisation.[154] Damit war bereits im April 1933 das Ende der freien Berufsorganisationen in der deutschen Landwirtschaft besiegelt.[155]

1933 verlor der Oldenburger Bauernverein seine Eigenständigkeit und wurde in den "Reichsnährstand" überführt. Bereits Ende März stellte er sich auf einer außerordentlichen Sitzung hinter die jetzige Reichsregierung und strebte den Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Organisationen an.[156] Zwischen dem Landbund Oldenburg-Bremen und dem Oldenburger Bauernverein wurde Anfang Juni 1933 ein Vertrag abgeschlossen, der der Vorbereitung der landwirtschaftlichen Einheitsorganisation diente und einen Austausch von Vorstandsmitgliedern zwischen Landbund und Bauernverein vorsah. Danach trat der Kolon Franz Meyer-Holte, der Vorsitzende des Oldenburger Bauernvereins, in den Vorstand des Landbundes ein, der landwirtschaftliche Gaufachberater Karl Poppe (Barel, MdR) in den Vorstand des Bauernvereins. Mit der Vorbereitung und Durchführung der Bildung einer neuen Einheitsorganisation wurden für den Landbund in Südoldenburg im Amt Vechta Dr. Averdam-Stuckenborg und im Amt Cloppenburg Gutsbesitzer Georg Meyer-Nutteln und Zeller Heinrich Vorwerk (Westeremstek) beauftragt.[157] In einem Aufruf, der am 17. Juni 1933 in der Cloppenburger MT veröffentlicht wurde, begrüßte der Oldenburger Bauernverein den geplanten Zusammenschluß des Bauernstandes im Lande und konnte darin keinen Bruch mit der langen Tradition der selbständigen Bauernvereine erkennen, sondern eher die Erfüllung ihres historischen Auftrages:

> "Das Zusammengehen unter einer einheitlichen Führung, die im Einklang steht mit der Führung des Staates und in der auch unseren bewährten Führern ein Platz und ein entsprechender Einfluß gesichert ist, findet in den Reihen der Bauernvereinsmitglieder freudige Zustimmung. Das Ziel der Gründer der Bauernvereine war stets die Schaffung eines einheitlichen Berufsstandes. Wenn wir uns heute diesem Ziele näher wissen und wenn wir überzeugt sein können, daß in dieser neuen Standeseinheit auch die durch 70 Jahre lange Arbeit bewährten für alle Verhältnisse geltenden Grundsätze und Ideale ihre gebührende Beachtung finden, dann kann sich daran jedes Bauernvereinsmitglied ehrlich freuen."[158]

---

[154] OV vom 5.4.1933; MT vom 3., 4.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 147.
[155] POPPINGA, Bauern, S. 214-218.
[156] MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136.
[157] MT vom 10.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 233; OV vom 17.6.1933.
[158] MT vom 17.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 248: "Zur Einigung des oldenburgischen Bauernstandes", unterzeichnet von Dr. Werlemann. Heinrich Gertken faßt das Ergebnis dieser Entwicklung für den Kreis Cloppenburg zutreffend in den Worten zusammen: "Aus dem Willensträger des Bauern-

Noch war die landwirtschaftliche Einheitsorganisation nicht geschaffen, aber Landbund und Bauernverein rechneten mit dem Anschluß weiterer Organisationen. Zu ihnen zählte als erste der Verband landwirtschaftlicher Kleinbetriebe in Südoldenburg, der sich auf einer Verbandsversammlung am 11. Juni 1933 auf den Boden des "Dritten Reiches" stellte. Die Kundgebung des Verbandes hatte zeittypischen Charakter und verdeutlichte die ideologischen Nachbarschaften zwischen dem Bauerntum und dem Nationalsozialismus. Der erste Teil der Erklärung enthielt eine politische Abrechnung mit dem ökonomischen Liberalismus und Interessenpluralismus in der Vergangenheit, der erst die unterschiedlichen bäuerlichen Standesvertretungen erforderlich gemacht habe. Der Verband, der sich nun als "Kleinbauernbewegung" verstand, bekannte sich zu seiner christlichen und nationalen Tradition und sprach seine antikommunistische Abwehrhaltung nunmehr offen aus:

> "Die Verbandsversammlung des Verbandes landw. Kleinbetriebe begrüßt die geplante Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Organisationswesens. Die bisherige liberalkapitalistische Wirtschaftsverfassung zwang die einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Landwirtschaft, sich ihren besonderen Interessen entsprechend zu organisieren. Für die Kleinlandwirte, Heuerleute, Pächter und Siedler bestand nach dem Kriege auch deshalb im besonderen Maße der Zwang, sich eine wirtschaftspolitische Kampforganisation zu schaffen, weil diese Schichten der Landwirtschaft z. Zt. des Höhepunktes der liberalistischen und materialistischen Wirtschaftsepoche in besonderem Maße gefährdet waren und eines besonderen Schutzes bedurften. Dem auf christlich=nationaler Grundlage aufgebauten Verband landw. Kleinbetriebe ist es zu verdanken, daß nach dem Kriege die marxistischen Organisationen in Südoldenburg keinen Fuß faßten."

Nach der Überwindung der "liberalkapitalistischen Wirtschaftsverfassung" und der "materialistischen Wirtschaftsepoche" konnte "an die Stelle von Interessen und Kampforganisationen" im Frühjahr 1933 "der organische Aufbau der Wirtschaft auf berufsständischer Grundlage treten", der vom Verband nachhaltig begrüßt wurde:

> "Wir begrüßen dies umso mehr, als die Ziele des Volkskanzlers Adolf Hitler und seines landwirtschaftlichen Beauftragten, des Bauernführers Darré, - Verbindung des deutschen Menschen mit dem deutschen Boden durch Siedlung, Schutz desjenigen, der den Boden bearbeitet, Beseitigung der Klassengegensätze - dieselben sind, für welche die Kleinbauernbewegung immer gekämpft hat. In der festen Überzeugung, daß die in der

---

standes wurde nun zwangsweise der Befehlsempfänger im Reichsnährstand und in der Landesbauernschaft. Der Persönlichkeit des damaligen Kreisbauernführers Georg Meyer - Nutteln ist es zu verdanken, daß in dieser Ära menschliche Rücksichten in der Behandlung vieler Fragen und Forderungen eingeflossen sind." (GERTKEN, Landwirtschaft, S. 107)

> Kleinbauernbewegung organisierten Kräfte bei dem ständischen Aufbau der Landwirtschaft unentbehrlich sind und nicht übergangen werden können, wenn der Gedanke einer wahren Volksgemeinschaft verwirklicht werden soll, stellen wir uns voll und ganz hinter den vom Vertrauen des gesamten Bauernstandes getragenen Führer."[159]

Die Resolution des Verbandes landwirtschaftlicher Kleinbetriebe enthielt Elemente einer Siedlungsideologie, die bereits in demokratischer Zeit kultiviert wurde und in der Bindung des Bauern an die Scholle einen Damm gegen die aktuellen Modernisierungsprozesse zu errichten versuchte. So zeigt die Erklärung den gleitenden Übergang des Kleinbauerntums in Südoldenburg vom christlich-nationalen Konservatismus, der betont antikommunistisch ausgerichtet war und ausgeprägte antidemokratische Ressentiments enthielt, zur Adaption der nationalsozialistischen Ideologie, die die konservativen Denkfiguren geschickt aufzunehmen und umzulenken verstand. Die im Verband organisierten katholischen Kleinbauern Südoldenburgs befanden sich durchaus auf der politischen Höhe der Zeit, denn gleichzeitig arrangierte sich die katholische Kirche in Konkordatsverhandlungen mit dem Heiligen Stuhl mit dem nationalsozialistischen Regime und suchte die Nähe zum NS-Staat.[160] Das konnte an der katholischen Basis nicht ohne politische Resonanz bleiben.

Der um seine Existenz kämpfende Kleinbauer mußte sich geehrt fühlen, wenn er die politischen Sympathiebekundungen des nationalsozialistischen Regimes an seine Adresse ernst nahm. Auf einer außerordentlichen Verbandsversammlung im September 1933 hörte der anwesende Kleinlandwirt "wohl zum ersten Male aus berufenem Munde, daß auch der Heuermann im neuen Staate als vollwertiges Glied der Volksgemeinschaft gelte u. in den wichtigsten Stand - den Bauernstand - eingegliedert wird". Mit dem Bekenntnis, "daß der Verband stets auf christlicher Grundlage für den Heuerleute= und Pächterstand gekämpft habe und daß die Ziele des Verbandes fast 100prozentig die des neuen Staates gewesen seien", wurde der Zusammenschluß landwirtschaftlicher Kleinbetriebe am 10. September 1933 in Vechta aufgelöst.[161] Am 30. September 1933 hörte der Oldenburger Bauernverein auf zu bestehen und wurde in die Landesbauernschaft Oldenburg - Bremen überführt. Auf einer Sitzung des Gesamtausschusses des Oldenburger Bauernvereins in Cloppenburg berichtete der Vorsitzende, Kolon Franz Meyer-

---

[159] MT vom 13.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 240.
[160] Vgl. zum Reichskonkordat Kap. 3.5.4.: Der Abschluß des Reichskonkordats.
[161] MT vom 26.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 375.

Holte, über die Liquidierung der christlichen Bauernvereine und warf aus gegebenem Anlaß einen Blick zurück auf die Geschichte des Bauernvereins. Ein Bruch war aus seiner Sicht nicht zu erkennen:

> "Als vor mehr als 70 Jahren Freiherr von Schorlemer die Bauernvereine gründete, da kam es ihm darauf an, die liberalistischen Tendenzen zu bekämpfen. Heute sehen wir im Reichsnährstand die praktische Verwirklichung der Schorlemerschen Gedanken, der korporativen Idee. Wir blicken mit Freuden auf unsere Arbeit zurück, wir schauen sehr zuversichtlich in die Zukunft. Bei dem Aufbau des Reichsnährstandes gilt es, die Pflichten und die Forderungen, die an den einzelnen herantreten werden, zu erfüllen. Um des großen Zieles, wegen des einigen Berufsstandes müssen alle kleinlichen Bedenken bei Seite gestellt werden. Im Obrigkeitsstaate hört die Kritik in der Öffentlichkeit auf, es muß die Autorität des Staates wieder anerkannt werden. Unser Ziel war immer die Erhaltung der Höfe. Heute ist es unsere Aufgabe, voll und ganz die Regierung des Volkskanzlers Adolf Hitler zu stützen, der in der Erhaltung des Bauernstandes die Erhaltung des Vaterlandes sieht."[162]

Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst galt als Führer des Westfälischen Bauernvereins, den er 1862 mit gegründet hatte. Dieser Bauernverein, der vor allem im Münsterland verankert war, sollte die Interessen der mittelbäuerlichen Landwirtschaft wahrnehmen und zu einer stärkeren Besinnung auf das Christentum führen. Der Verein entwickelte sich politisch zu einem Unterbau der Zentrumspartei. Schorlemer-Alst gehörte 1870 zu den Gründungsmitgliedern der konfessionellen Partei und war von 1873 bis 1890 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im preußischen Landtag. Wiederholt hatte sich der katholische Konservative Schorlemer gegen den kirchenfeindlichen Liberalismus und eine kapitalistische Wirtschaftsordnung ausgesprochen, deren soziale Mißstände er anprangerte. Den Ideen einer parlamentarischen Demokratie, wie sie im deutschen Linkskatholizismus diskutiert wurden, standen Schorlemer und die christlichen Bauernvereine, die auch in Südoldenburg weit verbreitet waren, strikt ablehnend gegenüber.[163]

Der Antrag des Gesamtausschusses, den Oldenburger Bauernverein zum 30. September 1933 zum Zwecke der Überführung in den Landesbauernstand aufzulösen, wurde angenommen. Im April 1933 wurden auch Verhandlungen

---

[162] MT vom 3.10.1933.

[163] Kirche und Leben Nr. 11, 19.3.1995, S. 6. Burghard Freiherr von Scholemer wurde am 21. Oktober 1825 auf Schloß Herringhausen im ehemaligen Kreis Lippstadt geboren. Er entstammte einer alteingesessenen katholischen Adelsfamilie in Westfalen. 1853 erwarb er mit seiner Frau Anna Gräfin Droste zu Vischering das Rittergut Haus Alst in der Nähe von Burgsteinfurt. Als Autodidakt eignete sich Schorlemer große Kenntnisse in der Landwirtschaftslehre und der Agrarpolitik an und engagierte sich in mehreren landwirtschaftlichen Vereinen und Verbänden.

über den Zusammenschluß der Rindvieh- und Herdbuch-Vereine im Landesteil Oldenburg geführt. In Südoldenburg waren davon betroffen der Verein der Schwarzbunt-Züchter und der Verein der Rotbunt-Züchter.[164] Am 24. April 1933 meldete die Cloppenburger MT die Gleichschaltung des deutschen Viehhandels.[165] Für den Freistaat Oldenburg wurde sie Anfang Mai 1933 vollzogen.[166] Auf der Tagesordnung der Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Konsumvereins in Cloppenburg am 6. Mai 1933 stand die "Neuwahl von Vorstand und Aufsichtsrat gemäß Verordnung des Ministeriums des Innern [...] über Gleichschaltung oldenburgischer Genossenschaften" auf der Tagesordnung.[167] Aufgrund einer Verordnung des oldenburgischen Staatsministeriums hatten sämtliche Landwirtschaftlichen Genossenschaften ihre Vorstände und Aufsichtsräte neu zu wählen. Zum Zwecke der Gleichschaltung mußten in diesen Gremien 51 % Nationalsozialisten vertreten sein.[168]

1.3.1.2. Die Gleichschaltung in Handel und Gewerbe

Was sich in der Landwirtschaft vollzog, erfaßte auch große Teile des Handels und Gewerbes in Südoldenburg. Ende April 1933 lag das Mittelstandsschutzgesetz im Entwurf vor, das angesichts der schweren Lage des Einzelhandels "eine Sperre für die Errichtung neuer Geschäfte bzw. ein Verbot, bereits bestehende Verkaufsräume unnötig zu erweitern", vorsah.[169] Die Aufgaben der bisher freien berufsständischen Vereinigungen übernahm der "Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes", der in Cloppenburg am 8. Mai 1933 gegründet wurde. Über den Aufbau dieser NS-Organisation informierte Gaukampfbundführer Jens Müller auf der Gründungsversammlung aus erster Hand:

> "Im Vorstand müsse dem Nationalsozialismus ein solcher Einfluß gegeben werden, daß im Interesse des Deutschen Volkes die nationalsozialistische Revolution durchgeführt werden könne."[170]

---

[164] MT vom 6.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 149.
[165] MT vom 24.4.1933.
[166] MT vom 8.5.1933. Für Südoldenburg gehörte der Viehhändler August Schlotmann (Spreda) als Schriftführer dem "Verein der Viehhändler vom Freistaat Oldenburg und Umgegend e. V." an.
[167] MT vom 26.4.1933.
[168] MT vom 10.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 194.
[169] MT vom 29.4.1933.
[170] MT vom 8.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 189f.

Auf der Gründungsversammlung wurde an die in der demokratischen Vergangenheit diskutierten Modelle einer berufsständischen Vertretung erinnert, um die historische Kontinuität der gegenwärtigen politischen Entwicklung zu dokumentieren.[171] An eine Realisierung dieser Modelle war 1933 weniger denn je zuvor zu denken:

> "Durch die berufsständische Gliederung könne nur Rettung kommen u. sie sei das Fundament für das berufsständische Parlament. Als gerecht ausgleichender Faktor stehe die Regierung über allen."[172]

Kaufmann Bernhard Klövekorn, der erste Vorsitzende des Handels- und Gewerbevereins Lohne, begrüßte auf einer Versammlung Ende März 1933 im Namen des gewerblichen Mittelstandes "die jetzt beginnende politische und wirtschaftliche Umwälzung in Deutschland" und war zuversichtlich, daß "viele Forderungen vom Handel und Gewerbe jetzt der Erfüllung entgegengingen und nicht diese Kreise wie bisher mit leeren Versprechungen abgespeist würden". Die Erklärung des Vorsitzenden wies in eine eindeutige politische Richtung:

> "Handel und Gewerbe stellten sich freudig in den Dienst der jetzigen Regierung und wollten ihrerseits alles dazu beitragen, um den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes sicherzustellen."

Klövekorn wandte sich mit Blick auf den bevorstehenden Boykott am 1. April 1933 der Judenfrage zu, der man "an und für sich für den Ort Lohne keine Bedeutung zuzumessen" brauche, da in Lohne kein Jude ansässig sei. Er empfahl den Mitgliedern des Handels- und Gewerbevereins indes, "insoweit den Wünschen der NSDAP gerecht zu werden" und die noch bestehenden jüdischen Geschäftsverbindungen aufzuheben, "und zwar auf Grund der im Auslande verbreiteten Greuelnachrichten".[173]

Der Hauptausschuß der Südoldenburger Kaufmannsgilde erklärte auf einer Sitzung Anfang Mai 1933 in Cloppenburg, "daß sich die Gilde einmütig hinter die Regierung der nationalen Revolution stelle". Der Vorstand legte

---

[171] Kaufmann Bernahrd Klövekorn war seit dem 24. November 1934 Ortsgruppenwalter der NS-Hago in Lohne und gehörte seit dem 21. September 1935 dem Stadtrat der Stadtgemeinde Lohne an. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 275)
[172] MT vom 8.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 190.
[173] OV vom 1.4.1933.

auf dieser Sitzung sein Amt nieder, "um den Weg in die Gleichschaltung frei zu machen".[174] Im Einvernehmen mit dem Gaukampfbundführer Weser-Ems, Jens Müller, übernahm der Cloppenburger Kaufmann Heinz Koll (NSDAP) den Vorsitz der Südoldenburger Kaufmannsgilde. Gauleiter und Reichsstatthalter Röver wurde "die Gleichschaltung der Kaufmannsgilde zur Kenntnis gebracht und von ihm der Wunsch ausgesprochen, daß der Verband der Kaufmannsgilde den Kampf für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand in der Zukunft mit bestem Erfolge weiter führen möge".[175] Die Verbände paßten sich dem Führer- und Gefolgschaftsprinzip an und gaben damit ihre Eigenständigkeit auf.

Ebenfalls im April 1933 wurde die Gleichschaltung des Oldenburgischen Handwerks betrieben, mit der staatlich bestellte Kommissare beauftragt wurden. Für die Schlachter-, Tapezierer-, Elektriker- und Schuhmacherinnung wurden neue Obermeister bestellt.[176] Am 12. Mai 1933 erfolgte die Gleichschaltung des Amtshandwerkerbundes Cloppenburg, die auf einer Versammlung in der "Walhalla" vorgenommen wurde. Bei der Besetzung des Vorstandes kam es wegen zu geringer Beteiligung an der Versammlung zunächst zu Schwierigkeiten. Der Kreiskampfbundleiter ernannte schließlich Schuhmachermeister Anton Behrens aus Cloppenburg zum Kommissar, der die Leitung der Versammlung übernahm und den alten Vorstand aus seinem Amt entließ:

> "Die Versammlung erhob sich zu Ehren der scheidenden Vorstandsmitglieder, wobei betont wurde, daß sie sich nichts hätten zuschulden kommen lassen, der Amtshandwerkerbund habe aber gleichgeschaltet werden müssen."

Für den Vorstand vorgeschlagen, nicht gewählt, weil sie von der Gaukampfbundleitung in Oldenburg bestätigt werden mußten, wurden Schuhmachermeister Anton Behrens als Vorsitzender, Tischlermeister Nordiek und Schneidermeister Otto Meyer (beide Cloppenburg), Tischlermeister Rüwe (Emstek), Schneidermeister Benken (Lindern) und "ein weiteres Mitglied der NSDAP aus Löningen oder Essen". In den Vorstand des gleichgeschalteten Handwerkerbundes, Ortsgruppe Cloppenburg, wurden auf einer Versammlung in der Gastwirtschaft Kramer Malermeister Franz Behrens (Vorsitzen

---

[174] MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 187.
[175] MT vom 9.5.1933. Als Beisitzer fungierten Fabrikant Franz Beckmann, Lohne, und Kaufmann Max Middendorf, Vechta.
[176] MT vom 28.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 167.

der), Schneidermeister Otto Meyer (Schriftführer) und Schneidermeister Konrad Tabeling (Kassierer) gewählt. Auch sie bedurften der Bestätigung durch die Gaukampfbundleitung in Oldenburg.[177] Die Betriebe im Handel und im Gewerbe wurden der Deutschen Arbeitsfront (DAF) angeschlossen. Für die einzelnen Abteilungen der Reichsbetriebsgemeinschaft Handel in der DAF wurden Kreisfachgruppenwalter gewählt, und zwar in Cloppenburg für den Groß- und Außenhandel R. Speller, für den Einzelhandel C. Vaske, für das Vermittlergewerbe Ferd. Göken, für das Gaststättengewerbe H. Luhmann und für das Haus- und Grundstückswesen W. Baumbach. Zuständig für alle Fachgruppen der Reichsbetriebsgemeinschaft "Handel" in der DAF des Kreises Cloppenburg war der Kreisbetriebsgemeinschaftswalter W. Schlüter, Cloppenburg.[178] Anfang Mai 1933 vollzog auch der Landesverband der oldenburgischen Gastwirtevereine die Gleichschaltung, "die im Zuge der Gründung des Deutschen Gastwirtegewerbes notwendig geworden war". Dem Vorstand des Cloppenburger Vereins gehörten Benken, Lützenrath, Kramer (alle Stahlhelm) und Strohschnieder (NSDAP), dem Friesoyther Vorstand von der Horst (Sedelsberg), Wilkens, Lenz, Hüffer (alle Stahlhelm) und Scheibe (Altenoythe, Vertrauensmann der NSDAP) an.[179]

Die örtlichen Betriebe, die sich in der Nationalsozialistischen Handwerks-, Handels und Gewerbeorganisation (NS-HAGO) gleichgeschaltet hatten, sollten nach dem Willen der Partei offensichtlich einen Wettbewerbsvorteil genießen. Auf Veranlassung des Gauleiters wandte sich die Kreisamtsleitung Cloppenburg der NS-HAGO in einem Schreiben vom Februar 1934 an Amtshauptmann Münzebrock mit der Bitte, "bei Vergebung von Aufträgen, wie Massnahmen, die Handel, Handwerk und Gewerbe betreffen, stets den zuständigen Kreisamtsleiter der N.S. HAGO zu Rate zu ziehen bezw. über die Kreisamtsleitung den jeweiligen Ortsgruppenführer der N.S. HAGO bei sämtlich vorkommenden Fragen wirtschaftlicher Art in Kenntnis zu setzen". Weiter erging die Bitte an den Amtshauptmann, "den jeweiligen Bürgermeistern (Gemeindevorsteher) dahin eine Anweisung zukommen zu lassen, dass selbige sich ebenfalls stets mit den zuständigen Ortsgruppen=Amtsleitern in Verbindung setzen, sobald es um wirtschaftliche Fragen geht".[180] Im Ant

[177] MT vom 13.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 197.
[178] Archiv des Landkreises Cloppenburg 10 - 15/1: Mitteilung der DAF, Kreisverwaltung Cloppenburg, an Amtshauptmann Münzebrock vom 20. November 1936.
[179] MT vom 12.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 196.
[180] Archiv des Landkreises Cloppenburg 10 - 15/1: Schreiben der NS-HAGO Cloppenburg vom 26.2.1934 an Amtshauptmann Münzebrock.

wortschreiben an den Kreisamtsleiter der NS-HAGO in Cloppenburg, Kaufmann Hinrichsmeyer, erklärte sich Münzebrock mit den Worten zur Zusammenarbeit bereit:

> "Auch ich bin selbstverständlich gern bereit, mit Ihnen und Ihrer Organisation in allen einschlägigen Fragen zusammenzuarbeiten. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir von besonderen Begebenheiten, die für mich von Interesse sind, Kenntnis geben würden und mir auch Gelegenheit geben würden, an besonderen Veranstaltungen solcher Art teilzunehmen."

An die Gemeindevorstände wandte sich Münzebrock mit der Bitte, "sich in allen in Betracht kommenden Fällen auf dem Gebiet des Handels, Handwerks und Gewerbes mit den Ortsgruppenführern der N.S. Hago ins Benehmen zu setzen". Er bat darum, seinem Ersuchen "Folge zu leisten".[181]

1.3.2. Die Gleichschaltung im bürgerlichen Vereinswesen

In Cloppenburger Sängerkreisen hielt man den 30. Januar 1933 offensichtlich für eine so einschneidende politische Wende, daß man dieses Tages in der Chronik des traditionsbewußten Männergesangvereins "Liederkranz" gedachte und ihn mit den Worten würdigte:

> "Die Chronik des Liederkranz wäre mehr als lückenhaft, wenn sie die großen Ereignisse, die sich in unserem Vaterlande am 30. Januar und 21. März vollzogen, mit einem Stillschweigen übergehen würde. Bei unserer Einstellung zum neuen Deutschland war eine innere Umstellung nicht nötig. Denn stets sind wir Sänger in nationaler Hinsicht unantastbar und gut deutsch gewesen. Unsere Sängerfeste, das gilt sowohl für die heimatlichen, als auch für die in großem Rahmen abgehaltenen, waren stets Bekenntnisse deutscher Art. Wien und Frankfurt, die deutschesten aller deutschen Feste der Nachkriegszeit haben das vollauf bezeugt; ohne in den Verdacht der Überheblichkeit zu kommen, können wir Liederkränzler von uns behaupten, daß wir lange vor dem 30. Januar auch auf sozialem Gebiet unsere Pflicht getan haben. Wir stehen nicht an zu erklären, daß wir dem Volkskanzler Adolf Hitler, in dem wir einen Kenner und eifrigen Förderer der von uns gepflegten Kunst erblicken, auch in kultureller Hinsicht unser volles Vertrauen entgegenbringen."[182]

Die Erklärung vom Frühjahr 1933 stellt in der ansonsten unpolitischen Chronik des Cloppenburger "Liederkranz" eine regelrechte Ausnahme dar, wobei

---

[181] Archiv des Landkreises Cloppenburg 10 - 15/1: Schreiben vom 5. März 1934.
[182] Chronik, Liederkranz, S. 226f.; HEUER, Liederkranz, S. 81; GELHAUS, Hubert: "Grüß Gott mit hellem Klang ...", IN: MT vom 13.5.1989.

es sich keineswegs um eine rein persönliche Meinungsäußerung des Vereinsschriftführers handelte. Diesem ausformulierten politischen Bekenntnis lag "eine Überlegung des Vorstandes" zugrunde, "der es für angebracht hielt, zu diesem Zeitpunkt [...] einen Kotau vor den neuen Machthabern zu machen". Zur politischen Diktion des Textes trifft Günther Heuer eine Differenzierung, die auch auf andere Erklärungen dieser Zeit zutrifft:

> "Indem die Begriffe 'national' und 'sozial', zu denen beiden sich unser Sänger bekennen kann, getrennt angesprochen und zu ihrem wörtlichen Nennwert genommen werden, vermeidet er die Identifizierung mit dem weltanschaulich so ganz anders besetzten Wort 'nationalsozialistisch'. Selbst die Huldigung an Hitler enthält mit den Wendungen 'wir stehen nicht an' und 'in kultureller Hinsicht' Einschränkungen, die für den wissenden Zeitgenossen, der zwischen den Zeilen zu lesen verstand, sehr wohl aussagekräftig waren."[183]

Der politische Grundtenor der Kundgebung bestand in der eindringlichen Vergewisserung, daß im "Liederkranz" angesichts der politischen Wende "eine innere Umstellung nicht nötig" sei. Als weltanschauliche Brücke zum "neuen Deutschland" Adolf Hitlers diente den Sängern eine nationale Grundhaltung, die sie in der Vergangenheit durch ihre "Bekenntnisse deutscher Art" immer wieder bezeugt hatten. Der differenziert angelegte Text ist durchaus wörtlich zu lesen. Mit ihrem verklausulierten Hinweis auf ihren traditionellen Antirepublikanismus empfahlen sich die Sänger für die politische Zukunft Deutschlands und sahen sich in nationaler Hinsicht durch den 30. Januar 1933 vollauf bestätigt. In der unbestrittenen nationalen Haltung ist der politische Grund dafür zu sehen, daß im Mai 1933 nicht die bürgerlichen Vereine, sondern die Arbeiterturn- und Arbeitersportvereinigungen und die sozialdemokratischen Jugendbünde verboten wurden.[184]

In einer groß angelegten Rede auf dem Bundesfest des Sängerbundes "Heimattreu" am 17. Mai 1933 in Essen, der ersten öffentlichen Veranstaltung der münsterländischen Gesangvereine nach der Machtübernahme, ordnete der Cloppenburger Studienrat Dr. Hubert Burwinkel in seiner Funktion als Vorsitzender des Sängerbundes "Heimattreu" die politischen Ereignisse dieser Zeit in die konservativ-nationale Tradition der südoldenburgischen Sängerbewegung ein und vertraute das historische Erbe, daß "der Deutsche auch ohne Parteipolitik seiner Liebe zu Heimat und Volk Ausdruck geben" konnte, dem

---

[183] HEUER, Liederkranz, S. 82.

[184] MT vom 19.5.1933: aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 durch das Staatsministerium.

politischen Aufbauwerk Adolf Hitlers an. Offen bekannte sich Burwinkel zur politischen Idee der deutschen Volksgemeinschaft:

> "Wenn unser Reichskanzler eine wahre Volksgemeinschaft aufbaut, so können wir als Deutsche Sänger das nur freudigst begrüßen. Ein einig Volk von Brüdern aus der Not zu schmieden, über alle Standesunterschiede hinweg alle Deutschen im Liede einig zu umfassen [...], das war unser redliches Bemühen. Kann es eine bessere Einheit geben als ein Chor singender Menschen? Im Gesangverein stehe neben dem Bauern der Beamte, der Kaufmann neben dem Handwerker und Arbeiter. Da heißt es sich einfügen ins Ganze, damit der Verein ein einziger, großer, einheitlich bewegter Gesamtkörper wird. So waren unsere Gesangvereine in der Vergangenheit Horte der Einigkeit und der inneren Sammlung. Denn unser Vaterland kann nur wieder aufblühen, wenn nach einem Worte des Reichskanzlers Hitler alle zusammengefügt werden, die guten Willens sind, wenn eine geistige Volksgemeinschaft aller Deutschen zustande kommt."

Burwinkel konnte im 30. Januar 1933 keinen historischen Bruch erkennen, sondern nur eine Bestätigung deutscher Geschichte, auf die man in Sängerkreisen seit 1918 gewartet hatte. Die "Machtergreifung" fügte sich so in die ruhmvolle Geschichte der Geburt der deutschen Nation aus dem Krieg. Hubert Burwinkel erinnerte in Essen an sie und rekapitulierte ihre glanzvollen politischen Höhepunkte:

> "Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte! Durch das deutsche Lied sind unsere Vorfahren hineingeschmiedet in die große Volksgemeinschaft. Sie ist es gewesen vor 100 Jahren, als die Freiheitsdichter ihre herrlichen Lieder dem deutschen Volke gaben. Durch die Lieder wurden sie verbunden, über Volksteile und Grenzen hinweg. So entstand das Lied von der deutschen Sehnsucht. Die Einigkeit wurde 1848 nicht erreicht, wohl aber 1870. Da ist es gelungen mit Blut und Eisen. Das Lied aber war der Wegbereiter."[185]

In dieser deutschen Geschichte war die Zeit der Weimarer Republik nur eine Übergangsphase, ein historisches Intervall, gewesen. Der Gesangverein, ein "Chor singender Menschen", war nach den Worten Burwinkels als "Pforte der Einheit" ein sinnfälliges Symbol für die Volksgemeinschaft, die Adolf Hitler zu schaffen gedenke, weil ein singender Verein "ein ganzer Körper" sei.[186] Der Essener Kaplan Wilhelm Niermann, der im Herbst 1936 zu den geistigen Vorkämpfern im sog. "Kreuzkampf" in Südoldenburg zählte, hielt auf dem Bundessängerfest in Essen anläßlich der Fahnenweihe die Weihe-rede. Darin erneuerte er das Bekenntnis des Sängerbundes "Heimattreu", das seit nunmehr achtzig Jahren laute: "Treu unserm Gotte und treu der Heimat!"

---

[185] Chronik, Liederkranz: Bericht der MT, ohne Datum.
[186] OV vom 19.5.1933.

Niermann begrüßte den vollzogenen Umschwung in der deutschen Politik, der dem Deutschen Reich eine neue Einheit gebracht habe:

> "Als wir im vorigen Herbst gemeinsam die Fahne schufen, da war noch kein einiges deutsches Reich. Da war noch das Reich zerrissen in Klassen und Parteien und Gegensätzen. [...] 'Wir wollen predigen und sprechen vom heiligen deutschen Reich', sagt der Dichter. Nicht nur das, wir wollen singen und singen und abermals singen vom heiligen deutschen Reiche."[187]

Die politischen Differenzierungen, die die "wahre" und "geistige Volksgemeinschaft" von der gleichgeschalteten NS-Gesellschaft unterscheiden sollten, stellten einen konservativen Vorbehalt gegenüber der "nationalen Erhebung" dar, der allerdings wirkungslos blieb.

> Wilhelm Niermann, ein Bruder des späteren Landrats Reinhold Niermann, wurde am 14. September 1898 in Löningen als zweitältestes von zehn Kindern geboren und wuchs in einer Handwerkerfamilie auf. Aus der ehemaligen Drechslerwerkstatt wurde eine Fabrik für Bürstenhölzer. Wilhelm Niermann besuchte das Gymnasium Antonianum in Vechta und meldete sich als Unterprimaner freiwillig zum Militärdienst. 1916 wurde er an die Westfront eingezogen. Sein Weg zum Priestertum soll auf ein Schlüsselerlebnis in seinem Leben zurückgehen: Niermann entging nur knapp der Vollstreckung eines Todesurteils, das wegen Gehorsamsverweigerung gegen ihn ausgesprochen worden war. 1919 kehrte er aus britischer Kriegsgefangenschaft in einem Lager in der Normandie in seine Heimat zurück. Ohne Prüfung erhielt Niermann das Abiturzeugnis zuerkannt und nahm das Theologiestudium in Münster auf. Bischof Johannes Poggenburg weihte ihn am 14. Juni 1924 zum Priester. Niermann kam am 15. Juli 1924 nach Essen, "wo sich schon in seinen Predigten und in seinem seelsorglichen Wirken eine große Persönlichkeit abzeichnete", und übernahm hier die Funktion eines Pfarrkooperators. 1926 wurde ihm als Nachfolger des angesehenen Kaplans Joseph Hinners die Verwaltung der Kaplanei anvertraut. Insgesamt wirkte Niermann 14 Jahre in der Pfarrgemeinde Essen. Er engagierte sich in der Jugend- und Kolpingarbeit, leitete die Katholische Jungschar, gehörte dem Essener Kriegerverein und dem Gemeindeausschuß der Zentrumspartei an. Weil Niermann als hervorragender Prediger bekannt war, holten ihn Vereine und Verbände gerne als Festredner. Nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten wurde er zur "Seele des Widerstandes im Kampf um das Kreuz in unserem Oldenburger Land". Die Erteilung des Unterrichts an der Bürgerschule wurde ihm 1935 untersagt und die von ihm geleitete "Katholische Jungschar" verboten. Niermann gehörte zu den wenigen Geistlichen Südoldenburgs, die am 25. November 1936 an der Großkundgebung in der Cloppenburger Münsterlandhalle teilnahmen. 1938 wurde er zum Pfarrer der Diasporagemeinde St. Marien in Delmenhorst ernannt. Die Marien-Kirche wurde im Krieg völlig zerstört. Als Weihbischof Heinrich Roleff 1949 die Altarkonsekration in der wiederaufgebauten Pfarrkirche St. Marien vornahm, wurde die Ernennung von Pfarrer Niermann zum Propst bekanntgegeben. 1954 ernannte ihn Bischof Michael Keller zum ersten Dechanten des neuer

[187] OV vom 19.5.1933.

richteten Dekanats Delmenhorst. In Delmenhorst konnte Wilhelm Niermann insgesamt 17 Jahre wirken. Er starb am 4. November 1955.[188]

Auf dem Sängerfest des Oldenburgischen Sängerbundes im Juni 1933 in Vechta griff der Vorsitzende Hillmann die innere Beziehung der Sängerbewegung zur "Nationalen Revolution" auf und unterstrich in diesem Sinne die historische Bedeutung des Jahres 1933:

"Alle Ereignisse der letzten Monate treten zurück hinter das große Ereignis, das die Herzen und Gemüter Deutschlands und der Welt bewegt, die Tatsache der inzwischen erfolgten nationalen Erneuerung. Wir haben stets in vaterländischem Geist gearbeitet und sind bemüht gewesen, diesen in das Volk hineinzutragen. Wir haben dahin gestrebt, die Volksgemeinschaft zu erreichen. Mit Stolz können wir sagen, daß sie in der Sängergemeinschaft schon voll durchgeführt ist. [...] Freudig stellen wir uns hinter die Bestrebungen der heutigen Regierung. Wir streben wie immer für die Durchdringung des Volkes mit vaterländischem Geist und arbeiten kräftig mit am Wiederaufbau des Vaterlandes."[189]

Im Herbst 1933 - unmittelbar vor den Reichstagswahlen und der Volksabstimmung am 12. November 1933 - führte der Cloppenburger Liederkranz das Führerprinzip ein. Der Gleichschaltung der Gesangvereine ging das Rundschreiben vom 18. September 1933 voraus, das vom "Bundesführer" des "Sängerbundes Niedersachsen von 1831" herausgegeben wurde. Diesem Zusammenschluß war der "Oldenburgische Sängerbund von 1910", dem der Cloppenburger "Liederkranz" angeschlossen war, bereits am 20. September 1933 beigetreten. Das Schreiben des "Bundesführers" enthielt die Aufforderung, "daß auch Ihr Verein sich bis spätestens zum 15. Oktober d. J. auf das Führerprinzip umzustellen hat". Bei der Berufung seiner Mitarbeiter zum Vorstand hatte der "Vereinsführer" darauf zu achten, daß mehr als 50 % der Vorstandsmitglieder der NSDAP oder einer ihr nahestehenden Organisation angehören. Die Wahl des "Vereinsführers" bedurfte der Bestätigung durch den zuständigen Gauführer. Der Mitteilung an den Gauführer war eine Bescheinigung der NSDAP-Ortsleitung beizufügen, "daß ihrerseits Bedenken gegen die neue Zusammensetzung des Vorstandes nicht bestehen". Dieser

[188] STRICKMANN, Heinz: Vor 40 Jahren starb der 1898 in Löningen geborene Geistliche Propst Wilhelm Niermann - eine der markantesten Persönlichkeiten des Kreuzkampfes 1936, IN: MT vom 18.11.1995. Heinz Strickmann stellt in seinem Artikel eine Gedenkschrift vor, die von der Pfarrgemeinde St. Marien in Delmenhorst zusammen mit Michael Hirschfeld anläßlich des 40. Todestages von Wilhelm Niermann herausgegeben wurde. BAUMANN, Niermann, S. 324-329; WILKEN, Willi: Propst und Dechant Wilhelm Niermann +, eine markante Persönlichkeit des Oldenburger Landes, IN: HKL 1956, S. 141-143.

[189] Chronik, Liederkranz: Bericht der MT, ohne Datum.

Anordnung trug der "Liederkranz" auf seiner Generalversammlung am 15. Oktober 1933 Rechnung.[190] Der bisherige Liedervater Dr. Hubert Burwinkel übernahm das Amt des "Vereinsführers" und sprach "in bewegten und bewegenden Worten" von den jüngsten politischen Ereignissen:

> "Als Träger alter nationaler Ideen werde auch der Liederkranz es sich nicht nehmen lassen, aktiv in den Dienst des großen Zeitgeschehens zu treten. Einmütig werden sich die Sänger hinter den Führer des Reiches stellen und mit ihm die scham= und ehrlosen Forderungen des Feindbundes zurückweisen. Für jeden Deutschen von Pflichtbewußtsein gibt es heute nur einen Weg: Treue Gefolgschaft dem Führer. Heil Hitler! Heil deutschem Wort und Sang!"[191]

Der ohnehin von außen zu erwartenden Aufforderung zur Gleichschaltung kamen viele bürgerliche Vereine, Standes- und Berufsgruppen durch Selbstgleichschaltung zuvor und signalisierten frühzeitig schon immer bekundete nationale Grundhaltungen und eine Bereitschaft zur politischen Gefolgschaft, die sich aus ihrer historischen Tradition ergab. Zweifel an der nationalen Grundhaltung wurden als politische Zumutung zurückgewiesen. Die Kundgebungen dokumentieren eine Identifikation der Sängerbewegung mit den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland, die der Vorbehalt von der "wahren Volksgemeinschaft" in ihrer revolutionären Dynamik nicht mehr abschwächen konnte. Durch das Bekenntnis zur "nationalen Erneuerung" und zur Reichskanzlerschaft Adolf Hitlers erhielt die irrationale Welt des politischen Konservatismus ein erkennbares Profil und lieferte sich einer Zielsetzung aus, auf die sie nach der Überwindung des liberalen Verfassungsstaates keinen Einfluß mehr hatte. Die vagen Hoffnungen der konservativen Revolutionäre, sich zur nationalsozialistischen "Volksgemeinschaft" bekennen und zu ihr halten und sich gleichzeitig von ihrem revolutionären Elan und ihren amoralischen Zielen distanzieren zu können, erfüllten sich nicht. Sie legten aber nach dem Untergang des "Dritten Reiches" Ausreden nahe, die die politische Verantwortung zu bestreiten und die Verstrickungen der Vergangenheit aus der eigenen Geschichte zu tilgen versuchten. Dafür gibt es auch einzelne Beispiele.

1.3.2.1. Kulturpolitischer Pragmatismus: das Beispiel Hermann Bitter

Eine herausragende Rolle im kulturellen Leben seiner Heimatstadt spielte zwischen den beiden Weltkriegen der Cloppenburger Studienrat Hermann

---

[190] Chronik, Liederkranz, S. 30f.
[191] MT vom 11.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 417.

Bitter. Er verhielt sich pragmatisch und arrangierte sich seit 1933 mit der NSDAP, um seine kulturpolitische Karriere nicht zu gefährden oder aufgeben zu müssen. Daraus zog er einen persönlichen Nutzen und wurde nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft politisch voll rehabilitiert. Ein Einblick in die Auseinandersetzungen um die Person Hermann Bitters nach dem Ende des "Dritten Reiches" vermittelt auch eine Anschauung von dem kulturellen Leben in einer katholischen deutschen Kleinstadt unter der nationalsozialistischen Herrschaft. Neben Turn- und Sportlehrer Kurt Samerski, der maßgeblich am Aufbau der HJ in Südoldenburg beteiligt war, gehörte Hermann Bitter zu den Mitgliedern des Lehrkörpers am Cloppenburger Realgymnasium, die im öffentlichen Leben standen. Er leitete die sog. "Aula-Abende", eine kulturelle Veranstaltungs- und Vortragsreihe, die in der Aula der Schule durchgeführt wurde, war beteiligt an der Ausarbeitung der Resolution, mit der sich die Allgemeine Lehrerkonferenz des Realgymnasiums am 24. April 1933 demonstrativ auf die Seite der nationalsozialistischen Regierung stellte, übernahm Führungsaufgaben im sog. "Wehrsport" und war als "Vertrauensmann" für "Fragen des N.S.L.B. und des Philologenvereins" zuständig.[192]

Der Cloppenburger Studienrat Hermann Bitter bestritt nach dem Zweiten Weltkrieg, eine Funktion in der NSDAP ausgeübt zu haben, und verwies zu seiner Entlastung auf seine großen Verdienste um das kulturelle Leben in seiner Heimatstadt. Dabei spielten die Auseinandersetzungen um die Besetzung der Direktorenstelle am Cloppenburger Gymnasium, die bis heute nicht ganz geklärt sind, eine große Rolle. Zu Unrecht sei er in Presseberichten "stets mit verschiedenen Rängen und Titeln bedacht" worden: "Schulungsleiter, Ortsgruppenleiter der NSKG, Pg, Stellenleiter, Ortskulturwart usw."[193]

> Hermann Bitter wurde am 30. August 1893 als Sohn des Sanitätsrates Dr. Josef Bitter in Detern bei Leer geboren. Als sein Vater seine Praxis nach Cloppenburg verlegte, besuchte sein Sohn Hermann hier zunächst die höhere Bürgerschule und dann das Gymnasium Antonianum in Vechta. Dort legte er 1911 die Reifeprüfung ab und nahm das Studium in Deutsch, Englisch und Französisch auf. Nach seiner Teilnahme am Ersten Weltkrieg schloß er 1920 sein Studium mit der wissenschaftlichen Staatsprüfung in Münster ab. Nach dem Ersten Weltkrieg erhielt Bitter 1920 als Studienreferendar seine

[192] Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokolle vom 24.4., 20.6. und 19.9.1933. Dem NS-Lehrerbund gehörte Bitter nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin unter der NSLB-Nr. 197303 seit dem 1. Oktober 1933 an. (Bundesarchiv, Bitter). Nach eigenen Angaben war er von 1934 bis 1939 Mitglied im NSLB. (StAO 351 - 842: Entnazifizierung; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript)

[193] StAO 351 - 842: Entnazifizierung.

erste Anstellung am damaligen Realprogymnasium in Cloppenburg und übernahm die Leitung der Schülerkapelle. 1921 wurde er zum Studienrat ernannt, nach dem Zweiten Weltkrieg, als er das Gymnasium in Cloppenburg kommissarisch leitete, erfolgte 1946 seine Ernennung zum Oberstudienrat. Hermann Bitter entfaltete eine rege Vereinstätigkeit auf musikalischem und sportlichem Gebiet. Er leitete von 1924 bis 1954 den Männergesangverein "Liederkranz", gründete 1930 den Frauenchor Cloppenburg und hatte von 1937 bis 1955 das Amt des Bundeschormeisters im Sängerbund "Heimattreu" inne. Bitter war Vorsitzender des Cloppenburger Tennisvereins und arbeitete seit 1923 in der Leitung der "Aula-Abende" mit. Um der Gefahr der Auflösung zu entgehen, schalteten sich die "Aula-Abende" 1934 selbst gleich und erhielten den Titel "NS-Kulturgemeinde" (NSKG); Bitter behielt die Leitung der NSKG. Aus den ehemaligen "Aula-Abenden" gingen 1949 unter der Leitung Bitters die "Freunde der Kunst" hervor. 1936 erhielt Bitter nach eigenen Angaben das Amt eines städtischen Musikbeauftragten und 1939 die Stellung eines Kreismusikbeauftragten. Als kommissarischer Leiter der Schule war Bitter an der Namensgebung des Cloppenburger Gymnasiums nach Kardinal von Galen im Jahre 1949 maßgeblich beteiligt. 1953 trat er die Nachfolge von Hans Hartweg, der die Schule seit 1950 leitete, an und wurde offiziell zum Schulleiter des Clemens-August-Gymnasiums berufen. Dieses Amt übte er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1958 aus und erteilte über diesen Zeitpunkt hinaus noch Aushilfsunterricht in Französisch und Englisch. Gegen seine Berufung zum Schulleiter bestanden offensichtlich politische Bedenken, die dazu führten, daß sich Stadtrat und Kreistag für ihn verwendeten. Für die Errichtung einer dritten katholischen Kirche in Cloppenburg, die "Gymnasialkirche" St. Augustinus, im Jahre 1959 setzte sich Bitter, der sich inzwischen auch kommunalpolitisch engagierte, mit Erfolg ein. Von 1956 bis 1968 gehörte er dem Rat der Stadt Cloppenburg an und war 16 Jahre als Mitglied des Kreistages des Landkreises Cloppenburg tätig. Für seine Verdienste um das kulturelle und musische Leben in seiner Heimatstadt wurde Hermann Bitter 1979 zum Ehrenbürger der Stadt Cloppenburg ernannt. Er verstarb am 26. Januar 1980. Die Stadt Cloppenburg ehrte Hermann Bitter anläßlich seines 100. Geburtstages im Jahre 1993 mit einem Festakt in der Aula des Clemens-August-Gymnasiums.[194]

Nachdem die britische Militärregierung seine Anstellung im Schuldienst abgelehnt hatte, erklärte sich Bitter am 29. Oktober 1946 persönlich vor dem Landesentnazifizierungsausschuß in Oldenburg. Er sei 1926 oder 1927 in den Stahlhelm eingetreten und "aus Protest" wieder ausgetreten, "als dann der Stahlhelm mit den Nazis die sog. Harzburger Front bildete". Als 1933 jeder Beamte einer sog. Rechtsorganisation beigetreten sei, habe er kein Mitglied der NSDAP werden wollen und sich erneut dem Stahlhelm angeschlossen. 1934 sei er vom Stahlhelm zwangsläufig in die SA-Reserve überführt worden und 1935 wieder ausgetreten. "Ohne sein Zutun" sei er 1937 Mitglied der

[194] StAO 351 - 842: Entnazifizierung; WINTER, Adreßbuch, S. 124f.; GELHAUS, 1933, S. 51f.; REINHARDT, Chronik, S. 65-69; WILLENBORG, Kulturleben, S. 189-197; BRENGELMANN, Liturgie, S. 77-79; STRICKMANN, Heinz: In der über 550jährigen Stadtgeschichte gab es nur sechsmal eine Ernennung, IN: MT vom 12.4.1996.

NSDAP geworden.[195] Der Landesausschuß faßte daraufhin den Beschluß: "Bitter war kein aktiver Nationalsozialist. Er ist politisch tragbar. Gegen seine Belassung im Amt bestehen keine Bedenken."[196] Als die Vorwürfe gegen seine Person nicht verstummten, nahm Bitter in einem für die zuständigen Behörden bestimmten umfangreichen Dossier vom 15. November 1947 zu seiner Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus Stellung. Darin unterstrich er erneut sein kulturelles Engagement, dem er alle politischen Erwägungen untergeordnet habe. Er habe nicht die Kunst mißbraucht, um für die NSDAP zu werben, sondern "das genaue Gegenteil" sei der Fall gewesen:

---

[195] Die Feststellungen über die Parteizugehörigkeit Hermann Bitters sind widersprüchlich. Nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin trat Hermann Bitter am 1. April 1936 unter der Mitglieds-Nr. 3737806 in die NSDAP ein. (Bundesarchiv, Bitter). Nach Aussagen der Zeitzeugen Maria Kruse und Bernd Thonemann aus Cloppenburg, die in der örtlichen Presse veröffentlicht wurden, entschied sich das Lehrerkollegium des Cloppenburger Realgymnasiums 1933 geschlossen für die Mitgliedschaft in der NSDAP. Zu den Ausnahmen - dabei besteht kein Einvernehmen darüber, ob es sich um einen oder zwei Kollegen handelt - gehörte Hermann Bitter offensichtlich nicht. (MT vom 10. und 13.10.1998). Im sog. "Fragebogen", den Hermann Bitter am 14. Januar 1946 unterzeichnete, antwortete er auf die Frage nach seiner Parteizugehörigkeit mit der Bemerkung: "Unbestimmt, kein Parteibuch erhalten." Nach eigenen Angaben gehörte er dem NSV von 1936 - mit Fragezeichen versehen - bis 1945 und dem VDA seit 1937 an. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen berichtete Bitter, er habe kein Parteibuch bekommen und etwa seit 1936/37 Mitgliedsbeiträge zahlen müssen. (StAO 351 - 842: Entnazifizierung; RADEMACHER, Weser-Ems, Manuskript)

[196] StAO 351 - 842. Der Landesausschuß begründete sein Urteil: "Die eingereichten schriftlichen Zeugenbegutachtungen lassen erkennen, daß es sich bei Bitter um keinen wirklichen Anhänger der Naziideen gehandelt hat. Er ist nur zwangsläufig durch den Stahlhelm in die SA und schließlich in die NSDAP hineingeraten und muß im großen und ganzen als Mitläufer und im gewissen Sinne auch als Mußnazi bezeichnet werden. Eine politische Belastung liegt somit nicht vor." Zu seiner Entlastung hatte Bitter seinem Schreiben an den Landesentnazifizierungsausschuß vom 2. Juli 1946 ein Zeugnis der Bürgermeisterversammlung des Kreises Cloppenburg vom 27. November 1945 und ein Schreiben der amtierenden Bürgermeister der Stadt Cloppenburg vom 20. Juni 1946 beigefügt. Bürgermeister Josef Wichmann und der stellvertretende Bürgermeister Georg Weßling, der zugleich Mitglied des örtlichen Entnazifizierungsausschusses war, bestätigten darin "in vollem Umfange das von der Bürgermeisterversammlung abgegebene Urteil", das auf die Beibehaltung Bitters im Amt gedrängt hatte, und erklärten, "daß der Studienrat Bitter, der uns seit seiner Jugend bekannt ist, unser uneingeschränktes Vertrauen besitzt und daß wir überzeugt sind, daß er die seiner Leitung anvertraute Schule in wahrhaft demokratischem und christlichem Geiste führen wird". Er sei "nur nominelles Mitglied der NSDAP" gewesen und kein Militarist. Er stehe den Zielen der alliierten Nationen nicht feindlich gegenüber. Oberstudienrat Bitter leitete das Cloppenburger Gymnasium nach seiner Wiedereröffnung am 10. Oktober 1945 kommissarisch. Ende 1946 wurde der ehemalige Direktor der Schule, Dr. Claus Thomé, erneut mit der Leitung des Cloppenburger Gymnasiums beauftragt.

"Ich habe die Parteieinrichtungen ausgenutzt, um für die Kunst zu werben, und diese meine Haltung zur Kunst einerseits und zur Partei andererseits ist hier in Cloppenburg auch immer nur so verstanden worden."[197]

Nach eigener Darstellung ging es Bitter bei der Umwandlung der "Aula-Abende" in die NS-Kulturgemeinde (NSKG) darum, "die Kulturabende in Cloppenburg zu retten und unter meiner Leitung zu erhalten, um sie nicht der KdF-Leitung Oldenburg auszuliefern". Diese Linie habe er beibehalten und sie habe schließlich zur Auflösung der "Aula-Abende" geführt. Er selbst habe "keine nationalsozialistische Kultur gepflegt". Seine Ansprachen auf Veranstaltungen im Rahmen der "Aula-Abende" seien "frei von nationalsozialistischen Floskeln" gewesen.[198] Als die Aufführung von Haydns Oratorium "Die Jahreszeiten", deren Einstudierung mit dem "Liederkranz" und dem Frauenchor Hermann Bitter bereits 1931 begonnen hatte, an finanziellen und technischen Schwierigkeiten zu scheitern drohte, arrangierte sich der Cloppenburger Chorleiter lakonisch mit der örtlichen SA und sicherte damit den Erfolg seines ehrgeizigen Projekts.[199] Das Oratorium "Die Jahreszeiten" wurde am

---

[197] StAO 351 - 842, S. 3. Der Urheber der gegen Bitter erhobenen Vorwürfe blieb nach Auskunft des Beschuldigten anonym. Seinem Schreiben, das insgesamt 17 Seiten umfaßt, fügte Bitter zu seiner Entlastung 38 Belege und Zeugnisse bei, u. a. von Vikar Sommer, Dipl. Ing. Thonemann, Schriftsteller Karl Bunje, Bankdirektor Hermann Bitter und von den Studienräten Kneilmann und Kleene. Für ihn als Leiter des Cloppenburger Gymnasiums hätten sich der frühere Bürgermeister der Stadt Cloppenburg, Dr. Heukamp, die Bürgermeisterversammlung des Kreises Cloppenburg vom 27. November 1945, der frühere Bürgermeister Wichmann, der jetzige Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und Mitglied des Entnazifizierungsausschusses Georg Weßling und der frühere Landrat und spätere Oberkreisdirektor Dr. Ostmann ausgesprochen, außerdem der frühere Provinzial des Dominikanerordens, Pater Laurentius Siemer, der von den Nationalsozialisten verfolgt worden sei und mit dem er "ständig während dieser Jahre in Verkehr" gestanden sei, der frühere Direktor, Ministerialrat a. D. Dr. Thomé, die katholische Geistlichkeit, an ihrer Spitze Dechant Hackmann, und die evangelische Geistlichkeit. Nach der Pensionierung von Dr. Thomé 1947 wurde das Cloppenburger Gymnasium wieder kommissarisch von Hermann Bitter geleitet. Die Stelle wurde 1950 trotz zahlreicher Interventionen schließlich nicht mit Hermann Bitter, sondern mit dem aus Schwaney bei Paderborn stammenden Hans Hartweg besetzt, der 1953 als Oberstudiendirektor an das Gymnasium Petrinum in Recklinghausen zurückging.

[198] StAO 351 - 842, S. 7. Bitter erklärte wiederholt, daß er "nicht mit der Kultur Reklame für die NSDAP gemacht habe, sondern die damals gegebenen Möglichkeiten nutzte, um für gute, nicht nationalsozialistische Kunst zu werben". Als Beleg für seine Kulturpolitik fügte er die unter seiner Regie durchgeführten Programme von 1933 bis 1939 bei. Bitter wörtlich: "Ich habe keinen Auftrag irgendeiner Parteiinstanz entgegengenommen, sondern die 'Gesellschaft für Aula-Abende' umgetauft, getarnt, um das Cloppenburger Kulturleben vor dem Einfluß der Parteiinstanzen zu schützen." (S. 6, 9f.)

[199] StAO 351 - 842, S. 13. Als er in die SA eingetreten sei, habe ihn diese aufgefordert, sich als "Kulturmann" zu engagieren. Darauf habe er geantwortet: "Kommandieren Sie Ihre SA-Männer

10. Juni 1934 in der Münsterlandhalle aufgeführt und am 26. Juni 1938 wiederholt; der Erfolg der ersten Aufführung blieb bei der zweiten allerdings aus.[200] Im Rahmen der Festwoche zur 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg brachten Männergesangverein und Frauenchor unter der Leitung von Hermann Bitter am 26. Juni 1935 Haydns Oratorium "Die Schöpfung" in der Münsterlandhalle zur Aufführung.[201] Den Männergesangverein "Liederkranz" selbst bezeichnete er nach dem Kriege "als "Anti-Nazi-Verein", weil viele Sänger "nicht mal nominelle Mitglieder der Partei und bekannte Antifaschisten" waren.[202] Bitter verwies darauf, daß er auch an der sog. großen "Kreuzversammlung" am Nachmittag des 25. November 1936 in der Cloppenburger Münsterlandhalle teilgenommen habe.[203]

Grundsätzlich erklärte Bitter sich über seine Auffassung vom Nationalsozialismus und den Einfluß der katholischen Kirche. Bis 1933 habe er die NSDAP "vollkommen abgelehnt", sei ihr aber auch "nach der Freigabe des Eintritts in die Partei durch die deutschen Bischöfe" nicht beigetreten, weil er sich nicht habe überwinden können, "aus Opportunität einer Partei beizutreten, die ich bis dahin scharf abgelehnt hatte, zweitens, weil ich mich von jeher aller parteipolitischen Bindung mit Bewußtsein ferngehalten habe, da sie nicht meiner Meinung entspricht und ich auch glaubte, daß meine künstlerischen - kulturellen Bestrebungen dadurch geschädigt würden". Einen Ausgleich zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus habe er 1933 mit großen Teilen des deutschen Katholizismus noch für möglich gehalten:

> "Dennoch glaubte ich im Anfang, nachdem die Kirche ihr Eintrittsverbot zurückgenommen hatte, daß eine Synthese zwischen einem nationalen Sozialismus - ich vermeide das Wort National-Sozialismus - und der katholischen Glaubenslehre bezw. Christentum nicht unmöglich sei. Diese Meinung teilten damals noch Kirchenfürsten

---

für 1.- RM in die Aufführung, dann kann ich Ihnen in vier Wochen ein Oratorium bieten." So habe er seine Aufführung durchgesetzt, "nicht für die SA, sondern für die Stadt".

[200] Chronik, Liederkranz, S. 31f. Bei der zweiten Aufführung war die Münsterlandhalle mit Hakenkreuzfahnen geschmückt. (GELHAUS, 1933, S. 491: Bilddokument; Chronik, Liederkranz, S. 32)

[201] Chronik, Liederkranz, S. 31.

[202] StAO 351 - 842: Schreiben Hermann Bitters an den Landesentnazifizierungsausschuß Oldenburg über das Schulamt Cloppenburg vom 2. Juli 1946.

[203] StAO 351 - 842, S. 12. Ebenfalls verurteilte Bitter nach eigenen Worten die sog. "Reichskristallnacht" 1938: "Daß ein anständiger Mensch die ‘spontane Volkserhebung’ gegen die Juden im Jahre 1938 ablehnte, ist eine Selbstverständlichkeit, daß aber ein Lehrer in der Klasse offen dagegen protestierte, die Kinder, die, von Erwachsenen mißleitet, sich an dem Umstürzen von Denkmälern auf dem Judenfriedhof beteiligten, hart tadelte und ihnen das Schändliche ihres Betragens vorhielt, ist nicht überall selbstverständlich gewesen." (S. 17)

> beider Konfessionen, auch unsere südoldenburgischen geistlichen Religionslehrer [...]. Daß eine solche Synthese mit dem National-Sozialismus unmöglich war, beweisen die Ereignisse Ende Juni 1934."[204]

Die Entnazifizierung Hermann Bitters wurde am 30. September 1948 mit seiner völligen Entlastung abgeschlossen. Der Entnazifizierungs-Hauptausschuß des Kreises Cloppenburg kam zu dem Ergebnis, "daß Bitter trotz äußerer Parteizugehörigkeit den Nationalsozialismus weder gefördert noch unterstützt, sondern abgelehnt hat". Deshalb habe der Beschuldigte einen Anspruch auf volle Rehabilitierung. Unter diesen Umständen bestünden "natürlich keine Bedenken, daß ihm endgültig die Oberstudiendirektorenstelle und damit die Leitung des Staatl. Gymnasiums in Cloppenburg übertragen wird".[205]

Die zwiespältige Haltung von Studienrat Hermann Bitter in der nationalsozialistischen Zeit ist ein signifikantes Beispiel für die gespaltene Wirklichkeit im katholischen Milieu in Südoldenburg vom Machtwechsel des Jahres 1933 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Hermann Bitter gehörte zu den prominentesten Trägern des kleinstädtischen Kulturlebens und übte in drei Epochen deutscher Geschichte, in der Weimarer Republik, im "Dritten Reich" und in der westdeutschen Nachkriegszeit nachhaltigen kulturpolitischen Einfluß auf die Region aus. In der Umgebung Hermann Bitters kam nur noch Studienrat Dr. Hubert Burwinkel eine vergleichbare Bedeutung zu. Burwinkel fungierte seit 1932 als Liedervater bzw. "Vereinsführer" des Männergesangvereins "Liederkranz", seit 1933 als Vorsitzender des Sängerbundes "Heimattreu", leitete die Ortsgruppe Cloppenburg im Heimatbund für

---

[204] StAO 351 - 842, S. 1f. Als Beispiel führte Bitter Dr. Göken an, "der durch seinen Beitritt zum NSLB, dessen Verweigerung man ihm als Geistlichen nicht übelgenommen hätte, den Glauben an diese Möglichkeit zugab und durch Teilnahme an einem Umzuge in der Landeshauptstadt Oldenburg offen bekannte". Mit den "Ereignisse[n] Ende Juni 1934" bezog sich Bitter auf den sog. Röhm-Putsch vom 30. Juni 1934.

[205] StAO 351 - 842. Durch Bescheid der Militärregierung vom 26. Februar 1948 wurde Bitter zunächst in die Kategorie IV (Unterstützung des Nationalsozialismus) mit Beschäftigungsbeschränkung eingeordnet. Dagegen erhob der Beschuldigte mit Schreiben an den Überprüfungsausschuß in Oldenburg vom 2. März 1948 Einspruch und wurde vom Entnazifizierungs-Hauptausschuß des Kreises Cloppenburg durch Beschluß vom 30. September 1948 schließlich entlastet. Zur Parteizugehörigkeit Bitters erklärte der Ausschuß: "Ohne sein Zutun und insbesondere ohne Unterschriftsleistung wurde Bitter später in die NSDAP aufgenommen. Auch hier handelte es sich um eine automatische Eingliederung der ehemaligen Stahlhelmmitglieder um 1936/37 herum."

das Oldenburger Münsterland und trat als Heimatdichter hervor.[206] Unter der Leitung Bitters wurden die "Aula-Abende" seit 1933 erheblich politisiert. Zahlreiche Eintragungen im Gästebuch der "Aula-Abende", das von Hermann Bitter geführt wurde, belegen nach Auffassung von Paul Willenborg die Politisierung des kulturellen Lebens in Cloppenburg. Es ist nach seiner Meinung unwahrscheinlich, daß in einem Vortrag im Rahmen der "Aula-Abende" unter dem Thema "Familienforschung und Nation" 1934 nicht auch Vorstellungen der nationalsozialistischen Rassenlehre propagiert wurden. Die Eintragung eines Gastes im Jahre 1936 unter der Überschrift "Soldaten - Kameraden" enthält das Wort eines Pfarrers:

> "Ein Soldat und ein deutscher Mann für seine Feinde nicht beten kann."[207]

Eine Parallele zur Gleichschaltung der "Aula-Abende" in Cloppenburg findet sich in Vechta. Wie in Cloppenburg wurde auch in Vechta im Sommer 1934 eine NSKG gegründet, die der Politisierung des kleinstädtischen Kulturlebens diente. Neben Theater-, Konzertveranstaltungen und Dichterlesungen gehörten auch "nationalsozialistische Feierstunden" zum Programm der NSKG in Vechta. Nach parteioffiziösen Angaben wurden in den Spielzeiten 1934/35 und 1935/36 21 Veranstaltungen und zwei Ausstellungen durchgeführt, die "von rund 10 000 Volksgenossen" besucht wurden.[208]

Persönlich trat Bitter in dieser Zeit durch öffentliche Vorträge und Ansprachen hervor. Auf der "Sonnenwendfeier", die erstmalig 1933 durchgeführt wurde, sprach "Stahlhelmer Bitter" eine "Gedenkrede auf die Gefallenen" des Ersten Weltkrieges. In einer Zeit, wo "in deutschen Landen die Flammen lodern als Zeichen der Erneuerung des Vaterlandes", sei es ein Unrecht, "wenn wir nicht auch derjenigen gedächten, die ihr Herzblut verspritzten auf den Gefilden Flanderns, in den Steppen Rußlands, in den Alpen und in den Karpaten, im Wüstensande Afrikas und auf der schäumenden See". Am Ende seiner Rede rezitierte Bitter das kriegsverherrlichende Gedicht "Abschied" von Heinrich Lersch und wiederholten die Teilnehmer der Kundgebung die letzten beiden Verse:

---

[206] WINTER, Adreßbuch, S. 125. Chronik, Liederkranz, S. 67, 93. Von 1929 bis 1933 war Burwinkel 2. Vorsitzender des Sängerbundes "Heimattreu".
[207] WILLENBORG, Kulturleben, S. 194.
[208] NSDAP, 3. Kreistag, S. 73f. Das erklärte kulturpolitische Ziel bestand nach dieser Darstellung darin: "**Kampf dem Kulturbolschewismus, Kampf für eine deutsche Kultur.** Die größte Aufgabe war und ist, auf allen Gebieten des kulturellen Lebens den neuen nationalsozialistischen Kulturwillen zu fördern und zu gestalten."

> "Ein freier Deutscher kennt kein kaltes Müssen.
> Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen."[209]

Auf einem "Vaterländischen Abend" Ende Oktober 1933 bezeichnete Bitter "Sturmführer Horst Wessel als echten Nationalsozialisten", dessen Vermächtnis sich nun erfüllt habe.[210] Auf der ersten Kreistagung des NS-Lehrerbundes am 10. November 1933 bekannte er sich zur politischen Zeitenwende und stellte den Nationalsozialismus als einen Damm gegen den Zerfall von Kultur und Moral, der seit 1918 eingetreten sei, dar.[211] Bitter merkte zu dieser Veranstaltung im Schreiben vom 15. November 1947 an, daß es sich um eine Versammlung zur Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund am 12. November 1933 gehandelt habe, und wies auf die Haltung der katholischen Kirche hin:

> "Diese politische Aktion wurde auch von der Kirche gebilligt und gestützt. Ziel und Inhalt meiner Rede decken sich gedanklich mit dem Aufruf des Bischofs Clemens August v. Galen."[212]

Hermann Bitter pflegte in der nationalsozialistischen Zeit einen kulturpolitischen Pragmatismus und begab sich auf eine Gratwanderung zwischen Kunst und Politik, die erheblichen Belastungsproben und auch Zweifeln ausgesetzt war. Dadurch wurde die gleichgeschaltete NS-Gesellschaft politisch aufgewertet, was dem Liberalismus der Weimarer Republik versagt geblieben war. Mit seiner Haltung bewies Bitter nicht nur eine flexible Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft, sondern verkörperte im Bewußtsein der Bürger auch ein hohes Maß an personeller Kontinuität in der Geschichte seiner Heimatstadt Cloppenburg. Die biographische Literatur verzichtet aber fast durchgehend auf eine kritische Würdigung dieser herausragenden Persönlichkeit, deren Verdienste um das kulturelle Leben in Cloppenburg nicht bestritten werden. Ein unvoreingenommener Blick auf die öffentliche Laufbahn Hermann Bitters macht aber deutlich, daß Kunst und Politik in seinem Leben nicht zu trennen waren. Diese Haltung, die Bitter auch noch nach 1945 zu seiner Verteidigung einnahm, erweist sich aus historischer Sicht als ein krasses

---

[209] MT vom 27.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 266f.
[210] MT vom 30.10.1933.
[211] MT vom 11.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 417.
[212] StAO 351 - 842, S. 8. Die Kundgebung Galens vom 9. November 1933 wurde in der Ausgabe der MT vom 11.11.1933 veröffentlicht.

Vorurteil. Die Gründe, weshalb Bitter dieser trügerischen Illusion nachging, sind in seiner ehrgeizigen Persönlichkeit zu sehen.

1.3.3. Die politische Inszenierung nationalsozialistischer Alltags- und Festkultur

Die politische Alltags- und Festkultur des "Dritten Reiches" etablierte sich in Südoldenburg sehr rasch in der nationalsozialistischen Gesellschaft und erfüllte spezifische Funktionen, auch politischer Natur. Sie war Ausdruck einer ideologischen Gleichschaltung, die das nationalsozialistische Regime anerkannte und gleichzeitig das "Deutungs- und Heilsmonopol" der katholischen Kirche schwächte. Vielfältige Formen einer differenzierten Festkultur wurden zu einem "Teilbereich der lokalen Gesellschaft" und leisteten dadurch einer Entwicklung Vorschub, die nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zur Erosion katholischer Sozialmilieus führte. Werner Freitag betont jedoch nachdrücklich, daß diese Öffnung des katholischen Milieus nicht mit Modernisierung gleichgesetzt werden darf, und trifft damit eine Unterscheidung, die im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung in Südoldenburg von 1933 bis 1936 nur zu unterstreichen ist.[213] In dieser Hinsicht ist die Phase der nationalsozialistischen Herrschaft auch als Inkubationszeit zu betrachten, weil sie Entwicklungen beförderte, die erst in der Nachkriegszeit zur vollen Entfaltung gelangten. Offensichtlich hat der Klerus diese politischen Strömungen nicht richtig eingeschätzt oder wurde von der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik auch auf lokaler und regionaler Ebene übertroffen.

1.3.3.1. Der "Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 und die Gleichschaltung der Gewerkschaften

Propagandistischer Höhepunkt der kommunalpolitischen Gleichschaltung in Südoldenburg waren die Veranstaltungen zum 1. Mai 1933, der zum "Feiertag der nationalen Arbeit" ausgerufen wurde. Der Ablauf der Feierlichkeiten wurde durch reichsgesetzliche und ministerielle Anordnungen und Verfügungen bis ins kleinste Detail geregelt.[214] Dabei stellte sich eine große Betrieb

[213] FREITAG, Reichshandwerkerwoche, S. 62f.

[214] Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 95, 27.5.1933, S. 397f. Der 1. Mai wurde durch das "Gesetz über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit" vom 10. April 1933 offiziell zum nationalen Feiertag erhoben. (MT vom 13 4.1933)

samkeit ein. Um jedem Bürger die Teilnahme an den Demonstrationen zu ermöglichen, untersagte eine ministerielle Bekanntmachung vom 24. April 1933 vorsorglich "Kündigungen von Arbeitnehmern, die zu dem Zwecke erfolgen, die reichsgesetzlich vorgeschriebene Lohnzahlung für den Feiertag der nationalen Arbeit zu vermeiden". Eine Verfügung des Staatsministeriums vom 25. April 1933 präzisierte die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 10. April 1933 für den organisatorischen Ablauf der Feierlichkeiten bis in alle Einzelheiten; nichts wurde dem Zufall überlassen. Die Verfügung ordnete die Beflaggung der öffentlichen Gebäude und Schulen, die Ausschmückung der Dienstgebäude und Schulen "mit frischem Birkengrün oder sonstigem Grün" an, das von den Forstverwaltungen kostenlos gestellt wurde, die Übertragung der zentralen Feierlichkeiten in Berlin und die Durchführung von Musik- und Platzkonzerten.[215]

In Cloppenburg wurde zur Durchführung dieses Feiertages ein Ausschuß gebildet, dem u. a. Vertreter des Amtes und der Stadt Cloppenburg, der Gemeinde Krapendorf, der NSDAP und der NSBO im Kreis Cloppenburg, des Stahlhelm, der SA und der örtlichen Presse angehörten. Der Ausschuß richtete einen "Aufruf zum Feiertag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 an die Bevölkerung und sprach "im Sinne der Reichsregierung" die Erwartung aus, "daß die Bevölkerung restlos an den Feierlichkeiten teilnimmt, um auch in Südoldenburg der Verbundenheit aller schaffenden Stände Ausdruck zu geben nach dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz".[216] In einem von Amtshauptmann Haßkamp und vom Kreisleiter der NSDAP unterzeichneten Aufruf wurden Ende April 1933 alle Bewohner des Amtes Vechta aufgefordert, sich an der "machtvollen Kundgebung zu beteiligen", die nicht ohne Grund in Lohne veranstaltet werde, "in dieser Stadt, wo der grösste Teil der Industrie des Amtes vereinigt ist, wo die meisten Volksgenossen als Arbeiter der Faust wohnen, wo besonders stark die Not der letzten 14 Jahre unter der arbeitenden Bevölkerung zu merken war". Der Aufruf wandte sich an alle "ohne Unterschied des Standes, ob Hand- oder Kopfarbeiter, ob Ka

---

[215] Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 95, 27.5.1933, S. 397f.; MT vom 27.4.1933. Im Jahre 1934 wurden diese Bestimmungen in der ministeriellen Verfügung vom 19. April 1934 weitgehend wiederholt; es hatte sich offensichlich schon eine Routine eingestellt. Eine medienwirksame Maßnahme von Goebbels sah 1934 vor, daß die Aufstellung von Lautsprechern zur Übertragung der zentralen Kundgebungen aus Berlin verstärkt werden sollte. (StAO 262 - 11 - 698: Schnellbrief vom 19. April 1934)

[216] MT vom 25.4.1933. Die Stadtgemeinde Cloppenburg und die Landgemeinde Krapendorf waren bis zur oldenburgischen Verwaltungsreform geteilt.

tholik oder Protestant".[217] Auf kirchlicher Seite sollte der 1. Mai 1933 in einer Form begangen werden, die den höchsten Festtagen im katholischen Kirchenjahr und nur besonderen Anlässen vorbehalten war.[218] Auf der sog. "Josephsfeier", die der katholische Arbeiterverein am Sonntag vor dem 1. Mai 1933 im Wallfahrtsort Bethen durchführte, spannte Vikar Hülsmann in seiner Festrede einen großen Bogen, "angefangen mit dem Tag der nationalen Arbeit, dem 1. Mai, bis zur christlichen Familie zu Nazareth und der Arbeiterfamilie im allgemeinen." Dechant Hackmann ergriff das Wort und forderte alle auf, den "Tag der nationalen Arbeit" würdig mitzugestalten, "so wie die oberste Behörde es angeordnet" habe, "denn es müsse wirklich anerkannt werden, daß der Feiertag mit einem Gottesdienst beginnen solle, woran alle teilnehmen müßten". Hackmann dankte den Teilnehmern mit den Worten:

> "Gott segne die christliche Arbeit und auf Wiedersehen am morgigen Tage und am nächsten Sonntag im Männer-Apostolat an der Kommunionbank."[219]

Die geplante Marschordnung für die Umzüge und Aufmärsche anläßlich des 1. Mai 1933 ließen die politische Mobilisierung einer kleinstädtischen 'Volksgemeinschaft' erkennen, die mit politischen Funktionsträgern und Einheiten der sich formierenden NS-Gesellschaft durchmischt war. Wie die Bekanntmachungen in der Tagespresse zeigten, nahm die katholische Kirche keine einheitliche Haltung ein. Die Cloppenburger "Marschordnung" für den 1. Mai 1933 hatte demnach folgendes Bild:

> "1. Reiter,
> 2. Fahnenabordnungen,
> 3. Musikzug des kath. Arbeitervereins,
> 4. Chef der politischen Behörden (Amt, Stadt Cloppenburg und Gemeinde Krapendorf), Geistliche beider Konfessionen,
> 5. Leiter der N.S.B.O. und Kommissar in Uniform, N.S.B.O., Arbeiter und Angestellte nach Berufsgruppen,
> 6. Beamtenschaften, die Spitze führt die Polizei, Post, Reichsbahn, Zoll (Dienstanzug),
>
> 7. Gymnasialkapelle,
> 8. Studenten und Schüler von IIb an,
> 9. Arbeitsdienstabteilung,
> 10. Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes (Freie Berufe, Kaufleute, Handwerker),

---

[217] StAO 262 - 11 - 698: Aufruf zum "Tag der nationalen Arbeit" mit Aufmarschplan.
[218] OV vom 26.4.1933; MT vom 26.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 163.
[219] MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 181.

11. Feuerwehrkapelle,
12. Landwirte."[220]

Die am 28. April 1933 veröffentlichte Marschordnung wurde tags darauf korrigiert und in einer neuen Fassung bekanntgemacht.[221] Für Lohne, wo die zentrale Kundgebung für den Amtsdistrikt Vechta stattfand, galt für den 1. Mai 1933 ein "Aufmarschplan", der die sich formierende NS-Gesellschaft idealtypisch abbildete.[222]

Die politische Bedeutung dieses Feiertages, der in Vechta und Cloppenburg in ähnlicher Weise begangen wurde, unterstrichen Ehrenbürgerschaften, die in fast gleichlautenden Erklärungen vom Magistrat der beiden Städte verliehen wurden: in Cloppenburg an Hindenburg, Hitler, Seldte und Röver, in Vechta an Hindenburg, Hitler und Röver.[223] Nach Auskunft der OV wurde über die Ehrenbürgerschaften in Vechta auf Antrag der Kreisleitung und der Ortsgruppe der NSDAP, des SA-Sturmes Vechta-Nord, der Stahlhelmorts

---

[220] MT vom 28.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 165. In Cloppenburg nahm nur der Musikzug des katholischen Arbeitervereins am Umzug teil, nicht der katholische Arbeiterverein selbst.
[221] MT vom 29.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 168.
[222] StAO 262 - 11 - 698: Aufruf zum "Tag der nationalen Arbeit!", unterzeichnet von Amtshauptmann Haßkamp und vom Kreisleiter der NSDAP, Bruno Brasch. Die Marschordnung sah in Lohne folgendermaßen aus:

"1. Amtshauptmann, Kreisleiter der N.S.D.A.P. und Bürgermeister von Lohne.
2. Arbeiterorganisationen.
3. D.H.V. und sonstige kaufmännische Angestelltenorganisationen.
4. Beamtenschaft (möglichst im Dienstanzug).
   a. Post,
   b. Reichsbahn,
   c. Zoll,
   d. Strafanstalt,
   e. Beamte in Zivil.
5. Feuerwehren.
6. Freiwilliger Arbeitsdienst.
7. gewerblicher Mittelstand (Innungen usw.), möglichst in Berufskleidung.
8. landwirtschaftliche Organisationen und nicht organisierte Landwirte.
9. Schulen.
10. S.A. und politische Organisationen der N.S.D.A.P.
11. Stahlhelm.
12. D.N.V.P.
13. Kyffhäuserbund.
14. Schützenvereine.
15. Turn- und Sportvereine.
16. sonstige Teilnehmer."

[223] StAO 262 - 11 - 039; MT vom 2.5.1933; OV vom 15.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 177.

gruppe und des Bürgervereins Vechta auf einer gemeinsamen Sitzung von Magistrat und Stadtrat entschieden. Der Stadtrat folgte dabei einstimmig der Empfehlung des Magistrats und nahm den Antrag an.[224] Das 1933 von Röver ernannte Stadtratsmitglied Josef Klövekorn, dem nach 1945 sein Abstimmungsverhalten im April 1933 zur Last gelegt wurde, erinnerte sich in einer Stellungnahme vom 27. Januar 1946 an die Umstände, die zum Beschluß über die Ehrenbürgerschaft für Hitler und Röver in Vechta führten:

> "Der Antrag wurde von der Ortsgruppe der NSDAP. Vechta, dem Stahlhelm und dem damaligen Bürgerverein eingebracht im Jahre 1933. Der Antrag wurde s. Zt. im Stadtrat angenommen. Ich entsinne mich noch folgender Einzelheiten. Der Antrag stand, soviel ich weiß, nicht auf der Tagesordnung. Auffallend war, dass der Zuhörerraum zu Beginn der Sitzung sich voll von Angehörigen der SA. sowie einigen Stahlhelmleuten und mehreren Bürgern befand. Die Leute standen im alten Rathaus bis weit auf die Treppe. Bürgermeister Brandis verlas die Anträge, die demselben auf den Tisch gelegt wurden, und schritt zur sofortigen Abstimmung. Eine Debatte fand nicht stand. Keine Stimme war dagegen, alle dafür. Innerlich waren wohl mehrere dagegen, aber unter dem Druck der Verhältnisse mussten alle zustimmen, wozu auch ich gehörte. Mit lauten Kundgebungen entfernten sich hierauf die erschienenen SA.- und Stahlhelmleute. Wie ich nachher erfuhr, sind die Drahtzieher dieser ganzen Aktion der s. Zt. stellv. Bürgermeister Renken und der Sturmbannführer Hohn gewesen. Vielen Stadtratsmitgliedern konnte man noch lange in den Gesichtern ansehen, dass denselben diese ganze Angelegenheit nicht passte. Dieses ist so ungefähr der Verlauf der Sitzung, wie dieselbe im Jahre 1933 stattfand, soweit ich mich noch entsinne."[225]

Klövekorn erklärte die weitere Prozedur nach dem positiven Beschluß des Stadtrats und stellte den politischen Druck heraus, der die Entscheidung nach seiner Meinung stark beeinflußte:

> "Ausgestellt wurden s. Zt. die Originale der betr. Ehrenbürgerbriefe im Schaufenster der St. Georgs Buch- und Kunsthandlung. Der Besitzer Vatterodt hat sich damals in keiner Weise gegen die Ausstellung der betr. Ehrenbürgerbriefe ausgesprochen. Ich frage, was möchte wohl s. Zt. mit dem betreffenden Bürger passiert sein, der sich gegen diese Aktion geäussert hätte."[226]

---

[224] StAO 262 - 11 - 039; OV vom 15.4.1933. Weitere Einzelheiten und Motive für die Verleihung der Ehrenbürgerschaften ergeben sich nicht aus dem Ratsprotokoll.

[225] StAO 262 - 11 - 630: Schreiben Klövekorns vom 27. Januar 1946 an den Bürgermeister der Stadt Vechta, Anton Cromme, S. 2f. Friedrich Hohn war Referendar in Vechta und legte 1935 in Berlin seine zweite juristische Staatsprüfung ab. Er war seit dem 31. Juli 1933 SA-Sturmführer in Vechta und wurde mit dem Aufbau des Sturmbannes II/20 beauftragt, dessen Führung er 1934 für kurze Zeit übernahm. 1935 erhielt er die Leitung des SA-Sturmbannes III/229, der für den Kreis Vechta zuständig war. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 256)

[226] Ebd., S. 4.

Den "Druck der Verhältnisse", dem sich der Vechtaer Stadtrat im April 1933 geschlossen beugte, führt Josef Klövekorn auch auf die positive Beziehung zwischen der neuen NS-Regierung und der katholischen Kirche im Frühjahr 1933 und den Vertrauensvorschuß zurück, den Hitler auch bei den Katholiken offensichtlich genoß:

> "Wie die Verhältnisse im Jahre 1933 lagen, konnte keiner wissen - (das Konkordat mit der kath. Kirche war soeben abgeschlossen, die Engländer sowie andere Staaten verhandelten persönlich mit Hitler) -, dass diese Parteigrössen solche Untaten vorhatten. Wer dachte 1933 an den Krieg und alle seine Folgen. Hier in Vechta war es doch so, dass bei Einführung des hochw. Offizials Vorwerk durch den Bischof jetzt seiner Eminenz Kardinal Clemens August die SA. das Ehrengeleit gab, wovon ich noch Fotografien habe [...]. Auch in dieser Zeit nahm die SA. noch häufig am Hauptgottesdienst mit Fahnen in der hiesigen kath. Kirche teil. Ebenso wurden SA.-Fahnen vom hochw. Offizial Vorwerk hierselbst geweiht."[227]

Zur großen Demonstration der politischen Wende nutzte der Cloppenburger NS-Magistrat die Feiern zum 1. Mai 1933, dem "Tag der nationalen Arbeit". Der Beschluß über die Ehrenbürgerbriefe für Hindenburg, Hitler, Seldte und Röver, der in der MT am 2. Mai 1933 bekanntgegeben wurde, ging auf eine Initiative des kommissarischen NS-Magistrats zurück und darf nach Auffassung von Joachim Kuropka nicht als repräsentativ für die Einstellung der Stadt zum Nationalsozialismus angesehen werden.[228] Es war freilich Dr. Heukamp, der Cloppenburger Bürgermeister aus dem Zentrum, der diesen Beschluß im Namen der Stadt öffentlich kundgab. Er hatte folgenden Wortlaut:

---

[227] StAO 262 - 11 - 630: Schreiben Klövekorns vom 27. Januar 1946 an den Bürgermeister der Stadt Vechta, Anton Cromme, S. 3f. Hier irrt Klövekorn, weil das Konkordat zwischen dem Hl. Stuhl und der deutschen Reichsregierung erst am 20. Juli 1933 abgeschlossen wurde. Offensichtlich nahm auch Offizial Vorwerk gegenüber dem Nationalsozialismus keine übereinstimmende Haltung ein, denn persönlich hatte er Klövekorn nach Rücksprache mit Pfarrer Hermes von St. Georg den Rat erteilt, "nicht in die Partei zu gehen". (S. 1f.)

[228] MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 177f.; KUROPKA, Übergang, S. 157-59; SÜDBECK, Freistaat, S. 24f. 1985 kam es im Cloppenburger Stadtrat zu einem Streit zwischen den Parteien über die Ehrenbürgerschaft Adolf Hitlers aus dem Jahre 1933. Auf Antrag der Grünen sollte diese Ehrenbürgerschaft für nichtig erklärt werden. Gegen die CDU, die die absolute Mehrheit im Rat stellte, und die SPD konnten sich die Grünen nicht durchsetzen. Der Streit wurde vor allem in Leserbriefen ausgetragen, die in der Cloppenburger MT und in der NWZ erschienen. (KANNEN, Demokratie, S. 492-512)

> "Die Stadt Cloppenburg hat anläßlich des Tages der nationalen Arbeit Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, Herrn Reichskanzler Hitler, Herrn Reichsarbeitsminister Seldte und Herrn Ministerpräsidenten Röver zu Ehrenbürgern der Stadt ernannt."[229]

Die Überreichung des Ehrenbürgerbriefes gehörte zu den protokollarischen Höhepunkten des Besuchs, den Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver Anfang Oktober 1933 der Stadt Cloppenburg abstattete.[230] Aufgrund der politischen Enttäuschung, die die Haltung Südoldenburgs in der Auseinandersetzung um die Einführung der deutschen Gemeinschaftsschule im Jahre 1938 und das negative Ergebnis bei der Volksabstimmung (Wahl zum Großdeutschen Reichstag) vom 10. April 1938 in Oldenburg ausgelöst hatten, trug sich Röver mit der Absicht, die Ehrenbürgerschaft von Vechta zurückzuzugeben. Davon nahm er wieder Abstand. Am 20. Mai 1938 setzte Bürgermeister Brandis den Vechtaer Stadtrat davon in Kenntnis, "dass unser Gauleiter Karl Röver seine Absicht, der Stadt Vechta den Ehrenbürgerbrief zurückzugeben, zurückgenommen habe und wies darauf hin, dass es Bestreben aller sein müsse, die Neinsager in der Stadt Vechta eines anderen zu belehren".[231] Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Cloppenburg ließ Röver ruhen. Im Schreiben vom 14. April 1938 an den Rat der Stadt Cloppenburg und Bürgermeister Heukamp erklärte der Gauleiter:

> "Ich stelle fest, daß die Stadt Cloppenburg bzw. der Kreis mehr als 2 ½tausend Menschen in seinem Raum hat, die sich gegen den Führer stellen und somit nicht mehr zur Volksgemeinschaft gehören. Es ist für mich unerträglich, Ehrenbürger einer Stadt zu sein, die 8 % Verräter am Führer beherbergt. Ich bitte aus diesem Grunde, meine Ehrenbürgerrechte der Stadt Cloppenburg so lange ruhen zu lassen, bis diese Schande von der Stadt genommen ist. Den Ehrenbürgerbrief lasse ich Ihnen durch den Kreisleiter aushändigen und nehme ihn erst wieder in Empfang, wenn die Schmach gelöscht ist."[232]

Ministerpräsident Joel lehnte im gleichen Jahr die Einladung zur Einweihung des Cloppenburger Rathauses mit dem Hinweis auf "Ihre ganze Haltung vor der Zusammenlegung der Schulen im Kreise Cloppenburg" ab.[233] So belastete das

---

[229] MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 177.
[230] MT vom 4.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388.
[231] StAO 262 - 11 - 625: Protokoll der Sitzung vom 20. Mai 1933.
[232] KUROPKA, Cloppenburg, S. 39. Im Amt Cloppenburg hatte es 92,29 % und in der Stadt Cloppenburg 92,94 % Ja-Stimmen gegeben (im Münsterland insgesamt 95,5 %, im Gau Weser-Ems 97,5 %, im Reich 99,08 %).
[233] KUROPKA, Cloppenburg, S. 58. Die Cloppenburger MT erinnerte anläßlich der Einweihung des neuen Rathauses an die Grundsteinlegung vor einem Jahr: "Am 10. Juli 1937, im 5. Jahre des Dritten Reiches, wurde unter der kraftvollen Regierung des Führers und Reichskanzlers Adolf

Kapitel "Ehrenbürgerbriefe" das Verhältnis zwischen Südoldenburg und der nationalsozialistischen Führung in Oldenburg und erwies sich damit politisch als kontraproduktiv.

Auf den Rausch des Festes folgte die Ernüchterung. In Oldenburg wurden die dem Gesamtverband der Freien Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen am 2. Mai 1933 mit Hilfe von SA und SS von der NSBO übernommen. Bei der "Aktion zur Gleichschaltung der Gewerkschaften" wurden nach Angaben der MT sieben Personen in Schutzhaft genommen.[234] Am 3. Mai 1933 erfolgte die Gleichschaltung der Christlichen Gewerkschaften durch ihre Aufnahme in ein von der NS-Regierung beherrschtes "Aktionskomitee zum Schutz der Deutschen Arbeit", das von Robert Ley geleitet wurde Der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften unterstellte sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des "Aktionskomitees zum Schutz der Deutschen Arbeit".[235] Am 10. Mai 1933 wurde die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als neue Einheitsgewerkschaft unter der Führung von Robert Ley gegründet. Damit wurde die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung zerschlagen. Am 22. Juni 1933 ordnete DAF-Führer Ley an, daß die Dienststellen der Christlichen Gewerkschaften mit Nationalsozialisten zu besetzen waren, weil die großmütige Einstellung des Nationalsozialismus "als Schwäche ausgelegt" und "mit Undank und Illoyalität beantwortet" worden sei.[236] Mit der Gleichschaltung der Christlichen Gewerkschaften wurde auch die Existenz der Deutschen Zentrumspartei zusehends fragwürdiger.

1.3.3.2. "Reichshandwerkerwochen" und Cloppenburger Stadtjubiläum (1935)

Bereits im Herbst des Jahres 1933 hatte das Handwerk seinen Platz in der gleichgeschalteten NS-Gesellschaft in Südoldenburg gefunden. In der "Reichshandwerkerwoche", die auf Veranlassung der Reichsregierung in den Ämtern

---

Hitler der Grundstein zu diesem Rathaus gelegt. Als der Bau errichtet wurde, waren Reichsstatthalter und Gauleiter: Carl Röver, Ministerpräsident des Landes Oldenburg: Georg Joel, Kreisleiter: Meyer, Amtshauptmann: Münzebrock, Ortsgruppenleiter: Sümpelmann, Bürgermeister: Dr. Heukamp – dann folgen die Namen der Stadträte." (MT vom 10.11.1938)

[234] MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 183; MEYER, Macht, S. 69f.: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 3.5.1933.

[235] MT vom 4.5.1933; HIRSCHFELD, Althaus, S. 51.

[236] MT vom 23.6.1933.

Cloppenburg und Vechta gleichzeitig vom 15. bis 21. Oktober 1933 stattfand, konnte der Berufsstand bereits sein neues Selbstverständnis demonstrieren. Die "Reichshandwerkerwoche" diente nicht nur der Werbung für einheimische handwerkliche Produkte, sondern intendierte auch eine politische Demonstration. Getragen und organisiert wurde sie von den einzelnen Innungen, aktiv unterstützt wurden die Veranstaltungen in den einzelnen Gemeinden aber auch von örtlichen wie überörtlichen politischen Funktionären und vom Pfarrklerus. Sie stellten sich in den Dienst an der "Volksgemeinschaft". In Cloppenburg wurde die "Handwerkswoche" mit einem feierlichen Levitenamt auf dem Marktplatz eröffnet; Gehrock und Zylinder waren für die Männer Pflicht. In seiner Eröffnungsrede appellierte Tischlermeister Nordiek an die Bevölkerung, das einheimische Handwerk zum Wohle des Volksganzen zu unterstützen:

> "Das große Ziel des Reichskanzlers Hitler ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Es zu erreichen, wird ihm nur möglich sein, wenn jeder deutsche Volksgenosse mitarbeitet und Arbeit schafft. Deshalb schafft dem Handwerk Arbeit, auch dem kleinen. Deine Hand dem Handwerk! Brüder reicht die Hand zum Bunde im neuen Staat. Möge die Volksgemeinschaft in dieser Woche sehr gefördert werden zum Segen für das Handwerk und das Reich."[237]

Nordiek betrachtete das Handwerk als staatstragenden Stand im nationalsozialistischen Deutschland, der für das Wohl des Volkes unverzichtbar war. Die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg sah in der "Reichshandwerkswoche" eine willkommene Gelegenheit, dem Gleichschaltungsprozeß eine höhere ‘politische Weihe’ zu geben. Nach Tischlermeister Nordiek ergriff Amtshauptmann Münzebrock in Cloppenburg das Wort und verteidigte den tags zuvor vollzogenen Austritt Deutschlands aus dem "Völkerbund", den er als Signal zum nationalen Aufbruch wertete:

> "Die Ereignisse des gestrigen Tages sind von nicht absehbarer Bedeutung. Endlich hat eine deutsche Regierung mit der Komödie in Genf Schluß gemacht. Wenn die Regierung appelliert, so muß das deutsche Volk hinter sie treten."

Mit diesen Worten trug Münzebrock mit Blick auf die angekündigten "Neuwahlen am 12. November" zu einer erheblichen Politisierung der "Handwerkswoche" in Cloppenburg bei und verfolgte damit konkrete politische Absichten. Nach dem traditionellen Festumzug durch die Stadt, in dem zahlreiche Wagen mit handwerklichen Symbolen und Emblemen mitgeführt wurden, hielt Vikar Göttke am Kriegerdenkmal eine Gedenkrede auf die Gefal

---

[237] MT vom 16.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 395f., auch zum folg.

lenen des Ersten Weltkrieges. Darin zeigte er seine Verbundenheit mit der neuen deutschen Schicksalsgemeinschaft, der er "Gefolgschaft" gelobte:

> "Wir Männer von heute stehen mitten im Leben und wollen das Schicksal meistern. Unsere Heimat und Vaterland sollen uns auch heute noch alles sein. Vertrauen wollen wir auf unsern Herrgott, daß er uns in diesem Schicksalskampfe helfen möge. Unserm greisen Reichspräsidenten von Hindenburg und unserm Volkskanzler Adolf Hitler wollen wir angesichts dieses Denkmals geloben, daß wir am 12. November bei der Volksbefragung fest und geschlossen hinter ihnen stehen werden. Wir haben Vertrauen zu ihnen und geloben treue Gefolgschaft. [...] Er wisse, im Sinne der Gefallenen zu handeln, wenn er die Versammelten aufforderte, einzustimmen in ein dreifaches Sieg Heil auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und seinen Volkskanzler Adolf Hitler."

"Begeistert", so schließt der Bericht der MT, wurde "dieser Aufforderung Folge geleistet". Auf der großen "Handwerkerkundgebung" sprach Staatsminister Spangemacher, der aufgrund seiner Schulpolitik in Südoldenburg bereits umstritten war, als prominentester politischer Redner im Lauf der "Handwerkswoche". Er bekräftigte den patriarchalischen Charakter im traditionellen Handwerk und würdigte die Machtübernahme Hitlers als eine entscheidende Wende, die das deutsche Handwerk aus den Fängen von Liberalismus und Kapitalismus und erst recht vom Marxismus befreit habe. Geradezu messianisch stilisierte er den Führer, in eschatologischer Erwartung eines neuen Erlösers:

> "Es gab eine Zeit, wo scheinbar der Liberalismus der richtige Weg war. Es war die Gründungsperiode. Alles hatte Geld. Aber man merkte nicht, daß durch diesen Vorgang die Fabriken vorherrschend wurden. Auf der einen Seite wurde das Leistungsprinzip, das Grundgesetz des Handwerks, beiseite geschoben, und auf der anderen Seite eroberte die Massenware den Markt. Hinzu kam ein anderes Gift, der Marxismus. Er trieb einen zweiten Keil in das Handwerk. Er stellte den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf. So wollte man den Lehrling und Gesellen loslösen vom Meister. Diese Parole hat beim Handwerk nur zu einem kleinen Teil Erfolg gehabt. Das patriarchalische Verhältnis zwischen Meister, Geselle und Lehrling blieb im großen und ganzen bestehen. Nachdem aber sonst das Gift genügend gewirkt und man eine Weltwirtschaftskrise heraufbeschworen hatte, trat das Unglück ein. Die Not fraß immer weiter. Es war ein großes Chaos in Deutschland. Da stand einer im Volke auf, in der letzten Stunde, und er wurde der Führer der deutschen Nation. Ein Mann, der alle Not und allen Jammer seiner Zeit gespürt hat. Das war Adolf Hitler. Er griff hinein in die Speichen ..."[238]

[238] MT vom 18.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 396.

Damit hielt der Führermythos seinen Einzug in die politische Festkultur katholischer Milieus und konkurrierte mit der Kirche um das Deutungsmonopol in Fragen von Politik und Gesellschaft. Wie die religiöse Dimension dieser Alltagskultur gerade in katholischen Regionen beweist, waren alle Elemente des Festes, Prozession und Mythos, bereits als Archetypen vorhanden und trugen zum Führerkult bei.[239] Spangemachers Cloppenburger Rede ist ein mustergültiger Beleg für die janusköpfige Ungleichzeitigkeit des "Dritten Reiches" und bestätigt eine Feststellung, die Werner Freitag über die "Reichshandwerkerwoche" in Südoldenburg trifft. Ein "Komplex von Tradition und Modernität" sei die entscheidende Ursache für "eine über das aktuelle Tagesgeschehen hinausgehende und somit längerfristige Zustimmung und Bejahung des NS-Herrschaftssystems" im Handwerk gewesen. Die "Handwerkerwochen" wurden eingebunden in die traditionelle katholische Handwerkerkultur und griffen Elemente populärer mittelständischer Liberalismus- und Kapitalismuskritik dankbar auf, von der Ablehnung des Marxismus ganz zu schweigen, und wurden ausgestattet mit modernen Impulsen, die auf eine allgemeine Politisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg zielten. Der Handwerkertag bekräftigte nach Ansicht von Werner Freitag "den Glauben an die Legitimiät nationalsozialistischer Herrschaft" und führte zu einer "pseudomodernen Politisierung". Diese ging in der Handwerkerschaft nicht nur von den Handwerkern, vor allem den Meistern, selbst aus, sondern vollzog sich "im Verein mit der Kirche".[240]

Die 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg im Jahre 1935 ist ein weiteres anschauliches Beispiel für die Inszenierung politischer Festkultur in Südoldenburg. Für die Festfolge vom 23. Juni bis zum 1. Juli 1935 wurde ein exaktes Protokoll vorbereitet. Nach Festgottesdiensten in der Andreaskirche und in der evangelischen Kirche versammelten sich Vertreter von Partei und Staat zur Eröffnung der 500-Jahrfeier in der Aula des Realgymnasiums. An der Spitze der Ehrengäste standen Reichsstatthalter Röver und der oldenburgische Ministerpräsident Joel. Nach der offiziellen Eröffnung der Festwoche wurde das Richtfest des "Quatmannshofes" im neuen Cloppenburger Museumsdorf feierlich begangen. Ein Beispiel für die historische Legendenbildung, die sich um den Mythos der deutschen Volksgemeinschaft rankte, ist der "Große historische Festzug", der sich am Sonntagnachmittag des 23. Juni 1935 durch die Straßen der flaggengeschmückten Stadt bewegte. Im ersten Teil des

[239] FREITAG, Führermythos, S. 45.
[240] FREITAG, Reichshandwerkerwoche, S. 62f.

Festzuges stand der historische Rückblick von der deutschen Frühgeschichte bis zum Ersten Weltkrieg (1914 - 1918) im Mittelpunkt, der zweite Abschnitt war den Ständen und Vereinen zwischen "einst und jetzt" vorbehalten, und der dritte Abschnitt dokumentierte in zeittypischer Weise den "Kampf um das Dritte Reich" und die "neue Zeit". Aus germanisch-bronzener Urzeit, aus dem Dunkel zum Licht, stieg die "neue Zeit" empor, an Grafen und Bischöfen, an Drosten und Herzögen vorbei. Sie alle hatten Deutschland nicht vor Untergang und Umsturz bewahren können, das war erst Adolf Hitler gelungen. Die Dramaturgie des historischen Festzuges von 1935 ist heute ein einzigartiges Zeitdokument, die Kommentierung in der Programmschrift liest sich wie ein Regiebuch zum Fall und Aufstieg des Deutschen Reiches.[241]

Nach der belehrenden Vorstellung der deutschen Geschichte im historischen Festumzug stand das große Festspiel "Elske Steding" in der Münsterlandhalle auf dem Programm, ein "Stück ut olle Tiden in drai Uptöge und äin Naospill". Das dramatische Spiel ist ein "Vertellsel", das der Cloppenburger Studienrat Dr. Theodor Kühling nach Carl Ludwig Niemanns "Geschichte der alten Grafschaft und des nachherigen Münster'schen Amtes Kloppenburg" aus dem Jahre 1873 verfaßte.[242] Am Montag in der Festwoche wurde die 78. Bezirkstierschau auf dem Marktplatz durchgeführt, am Mittwochabend dirigierte Oberstudienrat Hermann Bitter in der Münsterlandhalle "Die Schöpfung" von Josef Haydn, die vom Männergesangverein "Liederkranz" mit angeschlossenem Frauenchor und eigens verpflichteten Solisten zur Aufführung gebracht wurde. Der Freitag war dem "Tag der Jugend" vorbehalten, der unter der Regie der Hitlerjugend stand und mit Weckruf, Wettkämpfen, Antreten und Sprechchor begangen wurde. In der Feierstunde im Rathaus sprach aus diesem Anlaß Staatsminister Pauly. Am Freitagabend organisierte die "N.S. Kulturgemeinde" in der Münsterlandhalle einen "Festabend für Volkstum und Heimat", der Trachtentänze, Lieder zur Laute und plattdeutsche Vorträge enthielt, eine bunte folkloristische Mischung zur Unterhaltung. Die erste Tagung der "Staatlichen Arbeitsgemeinschaft für Oldenburgische Landes- und Volkskunde", Verhandlungen des "Oldenburger Vereins für Landesgeschichte und Alterumskunde" und des "Heimatbundes für das Ol

[241] GELHAUS, 1933, S. 474, 475f.: Ordnung des Festzuges (Faksimile aus dem Programmheft), S. 479-491: Bilddokumente zu den Feierlichkeiten und zum historischen Festumzug; Cloppenburg, 500 Jahrfeier, o. S.

[242] KÜHLING, Steding: maschinenschriftliche Textvorlage aus dem Jahre 1935. Das plattdeutsche Stück wurde am 23., 28. und 29. Juni 1935 in der Münsterlandhalle aufgeführt (Cloppenburg, 500 Jahrfeier, o. S.).

denburger Münsterland" und die Kreistagung des "Kreises Nr. VIII Cloppenburg der Deutschen Arbeitsfront im Gau Weser-Ems" verliehen der Festwoche in Cloppenburg eindeutige politische Aktzente.[243] Die 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg im Jahre 1935 machte deutlich, daß sich in Südoldenburg eine politische Festkultur etabliert hatte, die zur gesellschaftlichen Normalität im katholischen Milieu geworden war. Sie zeigte eine gemischte, doppelte Wirklichkeit, die traditionelle 'unpolitische' und neue politische Formen miteinander verknüpfte und sich nach außen als geschlossene "Volksgemeinschaft" präsentieren sollte. Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 führte zu einem gesellschaftlichen Bruch und zu einer stärkeren Rekonfessionalisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg. Die Feste, die danach folgten, hatten einen anderen Charakter.

1.3.4. Die politische Instrumentalisierung der traditionellen Heimatbewegung

Die traditionelle Heimatbewegung wurde im katholischen Milieu Südoldenburgs zum gesellschaftlichen Einfallstor für die nationalsozialistische Ideologie. Durch ihre agrarromantischen Vorstellungen und den Mythos vom zivilisatorisch noch nicht angekränkelten 'gesunden' Bauernstand hatte sie dafür selbst ideale Voraussetzungen geschaffen. Sie wurde politisch instrumentalisiert, ohne daß es der nationalsozialistischen Propaganda gelang, sie zur Gänze in den Dienst der "Blut und Boden"-Agitation zu stellen. Dazu war der konfessionelle Dissens zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus zu groß. So beschreibt auch die Geschichte der südoldenburgischen Heimatbewegung im "Dritten Reich" eine Gratwanderung zwischen Anpassung und Abstand, die politisch einseitig ausgelegt werden konnte. Die Vertreter des Heimatgedankens suchten für ihre Projekte aber die Zustimmung und Unterstützung der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg und fanden sie in einer Weise, daß diese Kooperation als politischer Konsens und als Zustimmung zum Nationalsozialismus überhaupt gedeutet und politisch in Anspruch genommen werden konnte. So stellten sich wechselseitige Abhängigkeiten ein. Dabei resultierte die politische Manipulierbarkeit des Heimatbegriffes "aus dem Unpolitischen des Heimat-Verständnisses [...], aus der politischen Positions- und Entscheidungslosigkeit, dem programmatischen Rückzug aus der Welt des Politischen, der Grundstimmung, daß sie etwas Frem

[243] GELHAUS, 1933, S. 477f.

des, Bedrohendes, wenn nicht gar etwas schlechthin Böses sei".[244] Der Moloch "Großstadt" war immer noch der Ort, wo keine Heimat existierte. Die Heimat adelte das Land.

Der südoldenburgische Heimatbegriff, der sich um die Jahrhundertwende als mittelständisch-bäuerliche Reaktion gegen den sozialen wie kulturellen Modernisierungsprozeß etabliert hatte, war ausgesprochen antirevolutionär, trug eine rückwärtsgewandte defensive Funktion und gehörte zum ideologischen Inventar eines romantisch-organologischen Konservatismus. Was Lothar Kettenacker als eine "grundsätzlich neue Variante des Revolutionsbegriffs" anspricht, nämlich "den verspäteten Aufstand der kleinbürgerlichen Massen gegen die Moderne", läßt sich in Südoldenburg auch an der Geschichte von Heimatbegriff und Heimatbewegung ablesen.[245] Daß die nationalsozialistische Propaganda auch in Südoldenburg kurzfristige Erfolge aufweisen konnte, zeigte ein "Deutscher Abend" in Emstek bereits am 5. Mai 1933. Nach dem Ende des offiziellen politischen Teils, in dem Staatsminister Spangemacher eine Festrede gehalten hatte, "folgte ein echt deutscher Tanz, an dem alt und jung sich beteiligte". Man stellte sich ein auf die neue Zeit:

> "Frei von dem Negertanz Jazz, frei von ausländischen Tänzen, erfreute die Kapelle die Teilnehmer mit deutschen Märschen, Walzer, Rheinländer, Polka und den alten Bauerntänzen."[246]

Die Cloppenburger MT unterstützte dieses Vorurteil und zitierte im April 1933 ein geistliches Wort aus den "Stimmen der Zeit", das vor der Dekadenz des modernen Jazz warnte:

> "Wir wollen nicht ungerecht verallgemeinern; aber jedenfalls hat die fast unlösbare Verbindung des Jazz mit dem Tanz, und zwar nicht dem gemessenen, beherrschten Tanz, sondern dem Rauschtanz, der aufpeitschende Rhythmus, der aus einem wegen seiner Sinnlichkeit bekannten Volk sich herleitet, die Beliebtheit, der er sich in Zeiten ärgster Dekadenz in allen Kreisen der Halbwelt erfreute, nicht nur psychologische, sondern auch sachliche Assoziationen geschaffen, die bisher nicht in der Richtung ethischer Hochwertigkeit laufen."[247]

---

[244] KNOCH, Heimat, S. 31.
[245] KETTENACKER, Aspekte, S. 131.
[246] OV vom 8.5.1933.
[247] MT vom 7.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 151. Die MT zitierte einen Artikel von Georg Straßenberger (S. J.) aus dem April-Heft der "Stimmen der Zeit" im Jahre 1933. Die "Stimmen der Zeit" erschienen im Freiburger Verlag Herder, der sich als katholischer Verlag verstand.

Für viele sei Jazz "die Musik schlechthin geworden, die sie nach Art eines körperlich=seelischen Narkotikums gebrauchen". Der Einfluß dieser Musik liege "nicht in der Richtung zum Edelmenschen, zu klarer verantwortungsbewußter Tat", sondern ziele auf "Menschen ohne seelische Tiefe". Im nationalsozialistischen Deutschland wurde der "Niggerjazz" im Rundfunk im Oktober 1935 offiziell verboten. Die kulturpolitische Ideologie des NS-Regimes machte das internationale Judentum mit dafür verantwortlich, daß der Jazz als eine neue Form der Kunstmusik in der liberalen Vergangenheit Anerkennung gefunden hatte.[248]

Im Gegensatz zum traditionellen münsterländischen Heimatbegriff war der fingierte nationalsozialistische Heimatbegriff manipulativ angelegt und mit dem offensiven politischen Auftrag ausgestattet, den Herrschaftsanspruch des NS-Regimes auch über den überkommenen Heimatgedanken zu transportieren und mit seiner Hilfestellung konservative Milieus politisch zu absorbieren. Im Verhältnis zur konservativen Kritik an der Moderne, die auch zur politischen Kultur im katholischen Milieu Südoldenburgs gehörte, war der "Antimodernismus der Nazis" nicht traditionell, sondern "radikal, utopisch, revolutionär".[249] Während sich der Erfolg dieser sozialpsychologisch ausgerichteten Herrschaftstechnik nicht exakt verifizieren läßt, steht aber doch zu vermuten, daß sie die "Nationale Erhebung" auf dem Lande ideologisch inspirierte und ihr umfangreiche politische Energien zur Verfügung stellte. Nationalsozialistische Phrasen und sprachliche Floskeln, die Victor Klemperer in seinem Notizbuch als "arm und eintönig" bezeichnet, sogar als "bettelarm", auf der einen und Natur, Heimat, Tradition, Religion und Kirche auf der anderen Seite schlossen einander nicht aus, sondern verschmolzen zu einem diffusen ideologischen Komplex, der in seinen Teilen nicht mehr erkennbar war, nicht mehr differenziert und rational bald auch nicht mehr beherrscht werden konnte.[250] Die Instrumentalisierung des Heimatgedankens durch die nationalsozialistische Propaganda macht aber auch besonders deutlich, "wie wenig ‘dramatisch’, nur scheinbar plötzlich der Massenerfolg der NSDAP" war. Sie "übernahm oft nur und vermochte relativ leicht und schnell zusammenzufassen - was - zersplittert, aber in großer Breite - als

[248] WULF, Musik, S. 348.
[249] NIPPERDEY, Geschichte, S.67ff. Der Nationalsozialismus antwortete nach Auffassung von Nipperdey auf "die fundamentale Ambivalenz gegenüber der Modernität". Einerseits versprach er "Sicherheit vor Wandel, Konflikt" und andererseits "Produktivität, Effektivität und ein Stück Egalität als soziale Anerkennung".
[250] KLEMPERER, LTI, S. 25.

ideologisch-politisches und interessenpolitisches Potential schon längst vorgeformt war".[251] Der Nationalsozialismus propagierte gerade auf dem Lande die moralische Absicht, mit den Mitteln einer modernen politischen Revolution die alten Werte zu retten und sie wieder in ihr verbürgtes historisches Recht zu setzen. Darum betonte er besonders in den noch relativ geschlossenen Zirkeln des alten Mittelstandes den antibürgerlichen und antikapitalistischen Effekt seiner Bewegung.

Eine pseudowissenschaftliche Sprachregelung stellte den Heimatgedanken und die Heimatbewegung ideologisch auf die völkisch-rassistische Grundlage des "Dritten Reiches". Sie brach sich aufgrund ihrer politischen Tendenz zwar am 'unpolitischen' Heimatbegriff Südoldenburgs, wies aber in der Abwehr des kulturell Fremden in anderen Kulturen auch Übereinstimmungen mit der südoldenburgischen Heimatbewegung auf. Diese kulturpolitische Ambivalenz war zeittypisch für die Heimatbewegung in Südoldenburg und bestimmte ihre Geschichte in der NS-Zeit. Der nationalsozialistische Sprachgebrauch versuchte, den überlieferten 'unpolitischen' Heimatbegriff zu manipulieren und ihn mit seinen ideologischen Inhalten anzureichern, um die in ihm enthaltenen antimodernistischen Ressentiments zu aktivieren und ihn dadurch für seine politischen Zwecke verfügbar zu machen. Die ideologische Instrumentalisierung des traditionellen Heimatgedankens ist in Südoldenburg exemplarisch zu beobachten. Sie stand hier wie in anderen ländlichen Regionen im Dienste politischer Herrschafts- und Machtsicherung, indem sie historische Kontinuitäten in scheinbar unpolitischen Mentalitäten und Haltungen bezeugte und den Nationalsozialismus als politische Funktion der Heimatbewegung auftreten ließ. Das "Dritte Reich" erfüllte anscheinend die irrationalen Sehnsüchte und politischen Anliegen, die bisher in der Heimatbewegung 'unpolitisch' gebunden gewesen waren.

1.3.4.1. Foren der neuen Heimatbewegung: Heimatwoche, Gewerbeschau, Heimat- und Familiengeschichte

Die traditionelle Heimatbewegung erwies sich im konservativen katholischen Milieu Südoldenburgs als ein geeigneter sozialpsychologischer Resonanzboden, auf dem große Teile der nationalsozialistischen Alltags- und Festkultur inszeniert werden konnten. Für die "Heimatwoche des Amtsbezirks

[251] BROSZAT, Struktur, S. 63.

Vechta" vom 2. bis 9. Juli 1933 stellten die "Heimatblätter" einen revidierten Heimatbegriff zur Verfügung, der bereits mit den erforderlichen nationalsozialistischen Ideologemen ausgestattet war und seine politische Funktion voll erfüllte. Im dialektischen Dreischritt stieg "Heimat" aus den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges empor und erfuhr in den Tagen der Novemberrevolution ihren tiefsten politischen und moralischen Verrat. Heimat und Republik schienen unvereinbar. Mit Anbruch des "Dritten Reiches" aber wurde der Heimatbegriff endlich erlöst und konnte - unter der Hand mit neuem Leben erfüllt - wieder seinen angestammten Platz in der gleichgeschalteten politischen Kultur der Region einnehmen. Die ideologische Mission der "erwachten" Heimat stattete die "Nationale Erhebung" quasi mit einer moralischen Legitimation aus, die im katholischen Milieu Südoldenburgs seit Generationen auch mit christlichen Glaubensinhalten verbunden gewesen war. Das Wort "Heimat" verlieh dem "Dritten Reich" einen metaphysischen Schein. Anläßlich der "Heimatwoche des Amtsbezirks Vechta" zeichneten die "Heimatblätter" die Skizze eines operationalisierten Heimatbegriffes, der politisch eindeutig adressiert war:

> "Auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges in Ost und West wuchs in Millionen Herzen eine Liebe auf, die Not und Entsagung, Wunden und Tod verklärte, die Liebe zur Heimat. Und wer nicht Haus noch Hof noch Ar und Halm besaß, auch in seinem Herzen loderte diese Liebe, denn auch sein Leben war verwurzelt in der Heimaterde, die allen gemeinsam Mutter war. Und diese Liebe zur Heimat erlosch nicht in den bitteren Stunden der Niederlage, erlosch nicht in den trostlosen Tagen der Novemberrevolution; im Gegenteil war sie das Licht, das Millionen durch diese dunkle Zeit hindurchführte. [...]
> Jahre kamen voller Not, wieder Jahre vermeintlichen Glücks, Jahre schrankenloser Freiheit in Wort und Schrift, und aus den riesenhaft wachsenden Großstädten drang auf das Land bis in die letzte Hütte des letzten Dorfes hinein im Gewande der Freiheit und Modernität der Feind und suchte die Lebensquellen der Heimat zu vergiften, suchte die Menschen der Heimat vom Wurzelboden des Volkstums, der Religion, zu lösen, suchte das heilige Erbe der Väter in Sitte und Brauch zu zerstören. [...] Der Feind war im Lande und sein Wirken blieb nicht verborgen und ohne Erfolg.
> * * *
> Heute geht ein Aufwachen durch die Lande; dem Feinde des echten Volkstums ist der Kampf angesagt, aus den Kraftquellen der Heimaterde soll wieder der Strom gesunden, kräftigen Lebens über das Land fließen, es zu reicher Ernte in der Zukunft zu befruchten. Und der großen Aufgabe der Wiedererneuerung und Wiedererweckung sollte auch die Heimatwoche in Vechta dienen."[252]

[252] HBL 7/1933, S. 97. Der Leitartikel wurde offensichtlich von Schriftleiter Hermann Thole verfaßt.

Der religiös-organologische Sprachgebrauch dieses Leitartikels, der den Heimatbegriff gegen die pluralistische Wirklichkeit der untergegangenen Weimarer Republik abgrenzte, und seine Ausstattung mit ideologischen Partikeln des Nationalsozialismus unterstreichen den synthetischen Charakter des politisch revidierten Heimatbegriffes. Er stellte das "Dritte Reich" auf den Boden von Heimat und Volkstum und ordnete es nahtlos in die ungebrochene historische Kontinuität vom Burgfrieden des Jahres 1914 bis zur "Nationalen Erhebung" des Jahres 1933 ein. Das bezeichnete die Erfüllung des Heimatverlangens in der politischen Gegenwart dieser Zeit.[253]

Höhepunkt der "Heimatwoche" war ein historischer Festzug, der die Geschichte des Amtsbezirks Vechta von der Christianisierung bis zur Ankunft in der Gegenwart folkloristisch aufführte.[254] Jeder Tag des einwöchigen Festprogramms war einem Stand vorbehalten: Tag der Jugend (Großer Sporttag), Tag des Handwerks, Großer Bauerntag und Tag der Frau. Zur Eröffnung wurde das Freilichtspiel "Abzug der Schweden aus Vechta" von der Heimatdichterin Elisabeth Reinke zur Aufführung gebracht. Der prominenteste politische Gastredner war Ministerialrat Zimmermann, der auf dem Festabend im Oldenburger Hof nach dem "Großen Sporttag" eine Ansprache hielt. Der "Tag der Frau" wurde mit einer heiligen Messe eröffnet, die von Strafanstaltspfarrer Vorwerk zelebriert wurde. Danach sprachen Dozentin Soldmann aus Münster über das Thema "Das Wirken der Frau in Familie und Heimat" und Frau Dr. Dyckerhoff aus Bad Zwischenahn über das Thema "Die Frau im neuen Staate" auf einer Veranstaltung der NS-Frauenschaft im Hotel Schäfers.[255] Die gesamte Juli-Ausgabe der "Heimatblätter" war dem Rückblick

---

[253] 1936 verfaßte Franz Kramer einen Aufsatz für eine Propagandaschrift, die von der NSDAP des Kreises Vechta anläßlich des 3. Kreistages herausgegeben wurde. Unter der Überschrift "Unsere Heimat" schildert er darin die kulturelle Vergangenheit Südoldenburgs, ohne einen direkten Bezug zum Nationalsozialismus herzustellen. (NSDAP, 3. Kreistag, S. 33-36)

[254] Vechta, Heimatwoche, S. 71-75. Die Reihenfolge des Festzuges wies eine zeittypische historische Gliederung auf. Er zeigte u. a. folgende Abschnitte in der Geschichte des Amtsbezirks: Germanen - Römer - Thing - Christianisierung - Burg Vechta - Zünfte - Schweden (Dreißigjähriger Krieg) - Zitadelle (angelegt von Fürstbischof Christoph Bernhard von Galen) - Schützengilde - Franziskaner (Gründung des Gymnasiums) - Übergabe der Stadt Vechta (1803) - Freiheitsfrage (Turnvater Jahn) - Biedermeierwagen - Heimat und Brauchtum: Peiterbultfeier, Spinnstube, Hochzeitsbitter, Herdfeuer, Pfingstkranz, Leineweber, Schafkoven, Fastnachtsfeier (Damme), Federindustrie (Lohne), Feuerwehr und Dragoner in alter Tracht, Gegenwartsbild (Stahlhelm Vechta) - Eisenbahn aus alter Zeit. MT vom 3.7.1933: Heimatwoche des Amtes Vechta, Eröffnung und Sport.

[255] Vechta, Heimatwoche, S. 67-70. Berichte über die einzelnen Veranstaltungen in der MT vom 3.7. (Eröffnung und Sport), 5.7. (Handwerkertag), 6.7. (Bauerntag), 8.7.1933 (Tag der Frau); GELHAUS, 1933, S. 280f., 285f., 289, 291.

auf die "Heimatwoche" gewidmet, über die Studienassessor Franz Kramer in einer ausführlichen Bilddokumentation berichtete.[256]

Die Geschichte des Heimatbegriffes im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs enthält auch komplementäre Deutungs- und Interpretationsansätze der jüngsten deutschen Zeitgeschichte und gibt Auskunft über die politische Kultur, die sie jeweils repräsentierte. Die rastlos fortschreitende Geschichte konnte nach diesem Heimatbild erst zur Ruhe kommen, wenn sie sich in der Katharsis der militärischen Feuerprobe auf ihre ewige Natur besann und sich wieder in dem Schoß der Mutter Heimat - die auch Mutter Natur war - bergen ließ. Daß die neuen Machthaber es "mit der politischen Aufladung des Heimatbegriffs, der aus Blut und Boden erwuchs und in der "Volksgemeinschaft" zur politischen" Anschauung gelangte, ernst meinten, geht aus der Rede des hessischen Staatskommissars Wagner auf dem Bauerntag der Vechtaer "Heimatwoche" hervor. Die Cloppenburger MT zitiert ihn mit den Worten:

> "Er versicherte, daß man die Macht gebrauchen werde, um das Ziel zu erreichen, in Deutschland eine einige Volksgemeinschaft aufzurichten, und daß alle, die sich abseits stellen oder Schwierigkeiten machen, sich im Konzentrationslager wiederfinden würden."[257]

Die Cloppenburger MT eröffnete die Berichterstattung über die Vechtaer "Heimatwoche" mit Sentenzen, die die spezifische 'unpolitische' Qualität des münsterländischen Heimatbegriffes zum Ausdruck brachten und den Gegensatz zu seiner nationalsozialistischen Einfärbung anschaulich darboten:

> "Kein Fest kommt der Eigenart des Münsterländers mehr entgegen, wächst mehr und besser aus seinem Wesen heraus, als ein Heimatfest; denn wo gibt es einen Volksstamm, der so mit seiner Heimat verwachsen ist, wie der Münsterländer? Er weiß ihre Schönheit zu schätzen in den rauschenden Wäldern und flüsternden Tannen, in den mit ihrer Umgebung verwachsenen alten Häusern, in der derben Treue ihrer Bewohner. Er gewinnt sich die Heimat in rastloser Arbeit immer von neuem, so daß das Seine immer

---

[256] HBL 7/1933, S. 98-108. Die Festschrift zur "Heimatwoche" enthält ebenfalls einen historischen Beitrag von Franz Kramer (Vechta, Heimatwoche, S. 58-60: Vechta. Aus der Entwicklungsgeschichte der Stadt). Die Geschichte des Amtes Vechta von den Anfängen bis zum Jahre 1815 schildert in dieser Broschüre ausführlich der Vechtaer Studienrat Otto Terheyden. Er schließt seinen umfangreichen Beitrag mit dem Motto: "Es lebe das neue Deutschland unter Führung von **Hindenburg** und **Hitler**!" (Vechta, Heimatwoche, S. 3-54)

[257] MT vom 6.7.1933.

> mehr sein wird, er liebt seine Heimat, die ihm noch nie seine Verbindung mit Gott gestört hat."[258]

Wie die Vechtaer "Heimatwoche" wurde auch die "Gewerbeschau und landwirtschaftliche Woche" in Cloppenburg im Juni 1933 von den nationalsozialistischen Machthabern zur politischen Indoktrination benutzt. Der Reichstagsabgeordnete Weidenhöfer (NSDAP) räsonierte über die religiöspolitische Verquickung des Heimatbegriffes und erhob ihn in dieser Mixtur sogar zur Grundlage eines außenpolitischen Programms, das auf Boden- und Raumpolitik - Schaffung von "Lebensraum" - ausgerichtet war:

> "Darin liegt begründet eine Politik, die geführt werden muß und wird, indem auf dem Gedanken von Blut und Boden, d. h. der ewigen Verbundenheit des Blutes aus dem Bauerntum mit dem Boden, auf den der Herrgott die Familie gestellt hat, aufgebaut werden muß. [...] Wenn ich als Politiker Außenpolitik betreiben will, kann ich es nur, wenn ich den Brotkorb meines Volkes selbst in der Hand habe und er ihm nicht durch fremde Machenschaften höher gehängt werden kann. Nur die Politik kann frei machen, die auf dem Boden der hl. Muttererde des deutschen Lebens aufgebaut ist."[259]

So wurde unter der Hand aus Heimat "Blut und Boden" und ein Begriff politisch veräußert. Die Gewerbewoche in Cloppenburg erwies sich als Einfallstor für den Führermythos, weil in Veranstaltungen dieser Art "NS-Ständeideologie und ‘Blut und Boden’ mit der katholischen Ständeorganisation und Agrarromantik zusammenfanden".[260] Weidenhöfer unterschied im weiteren Verlauf seiner Rede zwischen dem Landwirt und dem Bauern und bekannte sich zum "Bauernstaat" - nur dieser vermöchte Gefühle von Heimat und Religion zu geben:

> "Bauer sein ist eine hl. Gottesgabe, von der er sich niemals trennen wird. Das ist der Unterschied zwischen Landwirt und Bauer. Wir wollen einen Bauernstaat [...]."[261]

Heimat war nach dem Gehalt dieser Worte wie der ererbte christliche Glauben der Väter nur als seelisches Erlebnis erfahrbar, keine Kategorie des Rationalen, sondern des Religiösen. Heimat war Anfang und Ende, Heimat war bei Gott. Heimat war ein Wort, eine romantische Chiffre, ein archaischer Mythos, der auf seine politische Erlösung gewartet hatte. Der Heimatgeschichte und der Heimatbewegung, die ihre unpolitische Grundhaltung immer wieder

---

[258] MT vom 3.7.1933.
[259] MT vom 13.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 238f.
[260] FREITAG, Führermythos, S. 46.
[261] MT vom 13.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 238f.

betonten, war es in der vergangenen kurzen liberalen Ära nicht um absichts- und folgenloses Erzählen des Vergangenen zu tun gewesen, sondern um politische Einflußnahme auf eine kritische Gegenwart, die, gemessen am romantisch verklärten und populistisch attraktiven Bild der "guten alten Zeit", nur als Mangel und Ungenügen wahrgenommen werden konnte. Die beglückende Retrospektive und der frustrierte Blick auf die als defizitär empfundene politische und soziale Gegenwart gehören zu den Rezeptionsvorgaben, die in jeder wahren Heimatgeschichte enthalten sind.

Im ideologischen Kontext des Heimatbegriffes fanden in Südoldenburg nicht nur die Museumsbewegung und die Heimatkunde, sondern auch die Familienforschung, die im "Dritten Reich" zur "Sippenforschung" ausartete, das Heimattheater und das heimatliche Brauchtum eine politisch motivierte Renaissance. Die heimatgeschichtliche Forschung schöpfte nach ihrem eigenen Bekunden aus den "tiefsten und wahren Quellen einer Volksgemeinschaft" und rekonstruierte ein Geschichtsbild, "das völkisch=heroisch und realistisch ist, weil es volks= und blutgebunden ist und im Boden der Heimat verwurzelt". Ihr politischer Auftrag war klar umrissen:

> "So kann auch gerade die Heimatgeschichte der politischen Willensbildung, dem volksnationalen Gedanken und der Volksgemeinschaft dienstbar gemacht werden."[262]

Im Zuge einer Revision der traditionellen Heimatgeschichte würde nach den Worten von Paul Niemann "in der neuen kommenden Geschichtsschreibung" selbst die Bauernverschwörung im Amt Vechta noch "ihre richtige Würdigung erfahren und in das richtige Licht gestellt werden müssen".[263] Das angesprochene Ereignis bot dazu eine geeignete historische Vorlage. Bauern aus Emstek, Cappeln und der Umgebung hatten es abgelehnt, dem durch die Wiedertäufer in Bedrängnis geratenen Fürstbischof Franz von Waldeck (1532 - 1553) in Münster 300 Mann zu Schanzarbeiten zu überlassen, und auf dem Desum den Beschluß gefaßt, "die geforderten Leistungen abzulehnen, einer für den anderen einzustehen und lebendig oder tot beisammen zu bleiben". Den Hintergrund für die Bauernverschwörung, die blutig niedergeschlagen wurde, bildete der Wunsch der Bauern nach Freiheit. Sie erstrebten die "Abschaffung der Eigenhörigkeit, der Frondienste, der Zehnten und anderer Lasten, Aufhebung der Zinsen für entlehnte Kapitalien, Freiheit der Jagd,

---

[262] HBL 5/1935, S. 71: "Sinn und Aufgabe heimatgeschichtlicher Forschung".
[263] NIEMANN, Paul: Uebersicht über die Geschichte des Oldenburgischen Münsterlandes, IN: VuL 6/1935, S. 119.

der Fischerei und der Holzungen". Die Erfüllung dieser Ziele glaubten sie durch die Reformation Martin Luthers und die Bauernkriege in Mittel- und Süddeutschland in greifbare Nähe gerückt. Der Sieg des Fürstbischofs machte ihre Hoffnungen völlig zunichte.[264] Die von Niemann angeregte Stilisierung der Bauernverschwörung zum heroischen Freiheitskampf der Unterdrückten gegen die geistliche Obrigkeit, der im "Dritten Reich" seine Vollendung gefunden hätte, blieb in der Heimatgeschichte Südoldenburgs jedoch aus. Aus der Bauernverschwörung im Amt Vechta wurde keine historische Vorlage für ein Schauspiel wie "De Stedinge".

Der Wunsch nach Heimat hat in der deutschen Geschichte eine destruktive Rolle gespielt und eine Entwicklung genommen, die im "Dritten Reich" ihren Kulminationspunkt erlangte. Die Geschichte des Wortes "Heimat" im nationalsozialistischen Deutschland hat den Begriff "Heimat" gründlich desavouiert. Der Grund dafür ist in einer "Überdehnung und Transzendierung des Heimatbegriffes" zu sehen, der Heimat "nur noch als Mythos oder Utopie, aber nicht mehr als reale menschliche Möglichkeit" erscheinen lassen konnte. Dabei ist Heimat nach Auffassung von Micha Brumlik eine "notwendige Bedingung geglückter Identitäten" und impliziert als "Basisbegriff normativer Normalität" seine empirische Überprüfbarkeit. Im Spannungsverhältnis von Heimat und Ich-Identität, das weder artikuliert noch gelöst werden konnte, siedelte die deutsche Tradition Heimat in dörflicher - nicht-urbaner, naturbelassener, ländlicher - Enge an und geleitete sie so auf den deutschen Sonderweg.[265] Außerhalb von Gesellschaft und moderner Zivilisation wurde Heimat zum pseudoreligiösen Kult und zum imaginären Ort einer Gemeinschaft, in der unterentwickeltes Ichbewußtsein das Ideal eines Lebens in der Gemeinschaft des Stamms pflegte und die Entwicklung und die Durchsetzung individueller Interessen subjektiv wie objektiv so gut wie ausgeschlossen schienen. Heimat und Nation wurden als "Mittel zur kompensatorischen Gewinnung kollektiven Selbstwertgefühls" benutzt, dem es an Ichstärke und Autonomie mangelte. Die "Überspanntheiten des kulturellen Nationalismus" - ein Wort von Paul Tillich - waren Symptome einer kritischen Bewußtseinslage, die von der nationalsozialistischen Propaganda ausgebeutet wurde.[266] Unter der nationalsozialistischen Herrschaft wurden Prinzipien wie

---

[264] RIEßELMANN, Bauernverschwörung, S. 218f.; NIEMANN, Münsterland 2, S. 18-23; VORMOOR, J.: Die Bauernverschwörung im Amte Vechta 1534, IN: HBL 8/1956, o. S. Die angeführten Gemeinden gehörten seinerzeit zum Amt Vechta.
[265] BRUMLIK, Utopie, S. 35ff.
[266] FETSCHER, Heimatliebe, S. 35.

Autorität, Unterordnung und Hierarchie, regressives Verhalten, das seinen Ursprung zumeist in der Kindheit hat, wieder opportun. Der Wunsch nach Heimat ertönte als Kampfruf: Sein antizivilisatorischer, antistädtischer und antiliberaler Affekt war dabei niemals zu übersehen. Dabei schließt echte Heimatliebe Toleranz und Sympathie für Menschen anderer Heimaten und Kulturen ein, eine demokratische Tugend, die auf eine ichstarke, autonome Persönlichkeit angewiesen ist.

1.3.4.2. Die "Heimatblätter" der Oldenburgischen Volkszeitung

Zur theatralischen Inszenierung der politischen Alltagskultur griff die nationalsozialistische Propaganda in Südoldenburg seit 1933 auch auf historische Traditionsbestände zurück und instrumentalisierte sie. Sie füllte bestehende Formen gesellschaftlichen und kulturellen Lebens mit neuen politischen Inhalten und verlieh ihnen so den Anschein des Alten gleichzeitig mit dem des politischen Neuen. Der Schnittpunkt des Neuen und Alten war für den Erfolg der nationalsozialistischen Revolution im katholischen Milieu in Südoldenburg eine entscheidende Voraussetzung. Im Heimat-Mythos waren die Teile nicht mehr getrennt, sondern wieder zu einem organischen Ganzen vereint. Die publizistischen Aktivitäten in Südoldenburg, soweit sie im Dienste an der Heimat standen, waren enorm, besonders in den Vechtaer "Heimatblättern", die die ideologische Gleichschaltung von Heimatbegriff und Heimatbewegung in Wort und Bild aufwendig begleiteten.

Ein Blick in die einzelnen Ausgaben der "Heimatblätter", der Beilage der Vechtaer OV, vermittelt einen Eindruck von dem nationalsozialistischen Alltag, der offiziell die politische Kultur Südoldenburgs seit 1933 bestimmte. Die Gedenkfeier am Schlageter-Denkmal auf dem Lohner Kreuzberg[267], die Einweihung des Kriegerdenkmals in Kellerhöhe-Hoheging[268], das Reiterfest in Langförden[269], das Erntedankfest in Goldenstedt mit HJ-Kapelle und SA-Sturm[270], das Sängerfest des Männergesangvereins "Harmonia" in Damme[271],

[267] HBL 6/1933, S. 91: Bilddokumentation.
[268] HBL 8/1933, S. 124: "Deutschland steht auf zu neuer Größe, zu neuem Blute." MT vom 26., 27.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 262f., 267.
[269] HBL 9/1933, S. 131: Bilddokumentation.
[270] HBL 10/1933, S. 158: Bilddokumentation.
[271] HBL 5/1933, S. 69-71: Bilddokumentation. Unter dem Titel "Was wir wollen!" hieß es im Willkommensgruß: "Wir wollen mit unserm deutschen Liede einen Damm setzen dem Vordringen

der Flugtag auf dem neuen Flughafen in Vechta[272] und die Fahrt der Hitlerjugend zum Gebietstreffen nach Bremen[273] gehörten zum vielfältigen Spektrum der nationalsozialistischen Alltags- und Festkultur in Südoldenburg. Bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Kellerhöhe-Hoheging verband Kaplan Benno Hülsmann in seiner Weiherede obligatorisch Heimat und Vaterland:

> "Auch eine Lehre geben uns die gefallenen Krieger: Wie wir uns gemüht und geopfert für Heimat und Vaterland, so müßt auch ihr opfern, eure Pflicht tun für Heimat und Vaterland, damit unser Opfer nicht vergeblich ist."[274]

In der Flammenrede übertrug der katholische Geistliche den Heimatgedanken auf die nationalsozialistische Gegenwart; an die Jugend gerichtet, rief Hülsmann am Ehrenmal aus:

> "Wenn das Vaterland ruft, dann muß sie bereit sein, froh und gern alles, Blut und Leben für das Vaterland hinzugeben. Heute geht eine große nationale Welle durch deutsches Land. Die Flammenzeichen rauchen. Das deutsche Volk steht auf. Ein neuer Frühling wird erblühen. Deutschland wird wieder groß und mächtig werden."

Die Rede klang aus in "ein kräftiges Hoch auf den Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, auf den Volkskanzler Adolf Hitler und auf das liebe, deutsche Vaterland."[275]

Im November 1933 begrüßten die Vechtaer "Heimatblätter" den neuen Bischöflichen Offizial Vorwerk als "tätigen Förderer der Heimatbewegung" mit Worten, die die traditionelle Symbiose von Volk und Kirche im Heimatbegriff zum Ausdruck brachten:

> "Kirche und Volk sind mit tausend Banden verknüpft, und die Kirche ist seit jeher stärkste Hüterin eines gesunden Volkstums gewesen. Kirche und Heimatbewegung werden in der Volkstumsarbeit auf den verschiedensten Gebieten Hand in Hand gehen können und auch müssen [...]."[276]

In den zahlreichen Verlautbarungen und Kundgebungen zum Heimatbegriff, die ausgesprochen appellative Tendenzen aufwiesen, wird deutlich: Nicht die

---

der Welt=Schlager und undeutschen Gassenhauer, damit deutsches Empfinden rein und gesund bleibe."

[272] HBL 6/1933, S. 92f.: Bilddokumentation.

[273] HBL 9/1933, S. 130: Bilddokumentation.

[274] MT vom 26.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 263.

[275] MT vom 27.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 267.

[276] HBL 11/1933, S. 169.

Wörter als solche enthalten die politische Lüge, sondern ihre Kontextdetermination macht, daß sie lügen. Der Sprachwissenschaftler Harald Weinrich macht die Konnotationen dafür verantwortlich, daß aus lügenden Wörtern lügende Begriffe werden:

> "Wörter, die man sich ohne jede Kontextdetermination denkt, können nicht lügen. Aber es genügt schon ein kleiner Kontext, eine 'und' - Fügung etwa, daß die Wörter lügen können. Begriffe sind von der Art, daß sie überhaupt erst durch einen Kontext zustande kommen. Ohne Definition kein Begriff. Und sie bestehen nur, solange dieser Kontext, diese Definition gewußt wird. Es verschlägt nichts, wenn der Definitionskontext nicht jedesmal mitgenannt wird, wenn der Begriff lautbar wird. Das ist oft überflüssig [...]. Lügende Wörter sind fast ausnahmslos lügende Begriffe. Sie gehören zu einem Begriffssystem und haben einen Stellenwert in einer Ideologie. Sie nehmen Verlogenheit an, wenn die Ideologie und ihre Lehrsätze verlogen sind."[277]

Mit diesen Sätzen erklärt Weinrich die semantische Manipulation, die der nationalsozialistische Sprachgebrauch an Schlüsselwörtern des politischen Konservatismus vornahm. Durch den Definitionskontext, der "nicht jedesmal mitgenannt" werden mußte, entstanden "lügende Begriffe", die ihre Aussage einer verlogenen nationalsozialistischen Ideologie verdankten. Die Definition brauchte in der nationalsozialistischen Rhetorik nicht jedesmal genannt zu werden, sie wurde ohnehin gewußt, weil der Kontext der Gleichschaltung mitgedacht wurde. Ein zentraler semantischer Träger der Gleichschaltung, ein "lügender Begriff", wie ihn Weinrich nennt, war im katholischen Milieu Südoldenburgs der Heimatbegriff, der nach dem Ersten Weltkrieg in das Zentrum des historisch-politischen Bewußtseins gerückt war. Nie haben nach Ansicht von Harald Weinrich "Schlagworte hemmungsloser die Szene beherrscht als in der Hitlerzeit".[278]

1.3.4.3. Die Gründung des Museumsdorfes in Cloppenburg

Nicht ausgenommen von der Instrumentalisierung des traditionellen südoldenburgischen Heimatgedankens war das Museumsdorf in Cloppenburg, dessen Gründungsgeschichte im Herbst 1933 in ihre entscheidende Phase trat.[279] Die Gründung des Museumsdorfes stand unter der besonderen Protektion von Reichsstatthalter und Gauleiter Carl Röver. Die national

[277] WEINRICH, Linguistik, S. 37.
[278] Ebd., S. 35.
[279] OTTENJANN, Heimatmuseum, S. 167ff.; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18ff.; MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 20ff.

sozialistische Regierung in Oldenburg stellte Heinrich Ottenjann für das Schuljahr 1933/34 vom Unterricht frei, damit er sich ganz dem Aufbau des Museums widmen konnte. Ottenjann hatte bereits mit Scheiben vom 9. Januar 1933 an die Katholische Abteilung des Ministeriums der Kirchen und Schulen um seine Beurlaubung für das Schuljahr 1933/34 nachgesucht. Er habe wiederholt einen solchen Antrag gestellt, der bisher stets abgelehnt worden sei. Aber zum derzeitigen Ministerium habe er das Vertrauen, "daß es die Dringlichkeit der angedeuteten Arbeiten, aber auch die hohe vaterländische Bedeutung des Museums, das ein Stück deutschen Landes einem tieferen Verständnis erschließt und von der Liebe zur Heimat zu wahrer Vaterlandsliebe führt, anerkennt und das Urlaubsgesuch des Unterzeichneten genehmigt".[280] Auf der Generalversammlung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland am 8. Dezember 1933 dankte Ottenjann der Regierung in Oldenburg für den "erbetenen Urlaub", der ihm nun gewährt worden war.[281]

Nach eigenen Aussagen des Museumsgründers, des Cloppenburger Studienrats und Leiters des Heimatmuseums Heinrich Ottenjann, bedeutete der Besuch Rövers in Cloppenburg am 3. Oktober 1933 die "Geburtsstunde des Museumsdorfes". Mit den Worten "Da kam die Wendung" charakterisierte er 1935 - im Jahre des Cloppenburger Stadtjubiläums - die Bedeutung dieses politischen Ereignisses. Zur Bedeutung Rövers, der auch die Schirmherrschaft über das Museumsdorf übernommen hatte, notierte er:

> "Zur größten Freude aller übernahm inzwischen Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver die Schirmherrschaft über das Museumsdorf. Damit ist die stärkste Gewähr gegeben für eine weitere glückliche Entwickelung des großen Unternehmens. Der Schirmherr, dem wir es danken, daß der große Plan des Museumdorfes überhaupt erst ernstlich ins Auge gefaßt werden konnte, wird ihm auch für die Zukunft ein starker Förderer sein."[282]

Im Rahmen des Röver-Besuches überreichte Bürgermeister Heukamp auch den Ehrenbürgerbrief, der Ministerpräsident Röver zusammen mit Reichspräsident Hindenburg, Reichskanzler Hitler und Reichsarbeitsminister Seldte anläßlich des 1. Mai 1933 vom Magistrat der Stadt zuerkannt worden war.[283]

---

[280] MT vom 24.4.1933; StAO 160, 2 - 3880. Unterstützt wurde das Urlaubsgesuch Ottenjanns durch den Leiter des Cloppenburger Gymnasiums, Dr. Thomé, mit Schreiben vom 12. Januar 1933. Ministerialrat Teping befürwortete den Antrag, der schließlich am 19. April 1933 vom Ministerium der Kirchen und Schulen genehmigt wurde.
[281] MT vom 9.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 439.
[282] OTTENJANN, Heimatmuseum, S. 167f.; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18.
[283] MT vom 4., 5.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 387-390.

Gauleiter Carl Röver unternahm in Begleitung von Ministerpräsident Joel und Minister Pauly eine ausgedehnte Besichtigungsfahrt durch das von der Agrarkrise besonders stark in Mitleidenschaft gezogene ehemalige Amt Friesoythe und stattete dem Heimatmuseum, das im Cloppenburger Realgymnasium untergebracht war, einen Besuch ab.[284] Die Überreichung des Ehrenbürgerbriefes an Reichsstatthalter Röver im Rathaus nahm Bürgermeister Heukamp offensichtlich in einer Weise vor, die auch die politische Zurückhaltung der Münsterländer gegenüber dem Nationalsozialismus anklingen ließ:

> "Wenn auch der Münsterländer nicht so rasch von Entschluß sei, um gleich vorne an zu sein, so halte er um so treuer an dem einmal für recht Erkannten fest. So könne er denn auch dem Reichsstatthalter namens des Magistrats und Stadtrats die Versicherung abgeben, daß Cloppenburg sich in unverbrüchlicher Treue hinter den Führer stelle und von niemandem sich in der Hingabe an die Mitarbeit des neuen Reiches übertreffen lassen wolle. [...] Mit dem Gelöbnis treuester Mitarbeit auch in der Zukunft überreichte Bürgermeister Dr. Heukamp dann dem Reichsstatthalter den Ehrenbürgerbrief."[285]

"Über den weiteren Verlauf des Abends mit seinen für die Geschichte Cloppenburgs voraussichtlich sehr wichtigen Besprechungen", die vor allem den Museumsplänen Ottenjanns galten, kündigte die Cloppenburger MT ihre weitere Berichterstattung über den Röver-Besuch an.[286] Dem offiziellen Besuchsprogramm schloß sich ein informelles Beisammensein in der CV-Hütte in den Bührener Tannen an, auf dem der Leiter des Heimatmuseums, Studienrat Ottenjann, seine Pläne für den Aufbau des Museumsdorfes erläuterte. Die politische Prominenz aus Oldenburg sagte ihre Unterstützung zu, und die weitere Beurlaubung Ottenjanns vom Schuldienst für das Schuljahr 1934/35 wurde von Staatsminister Pauly umgehend bestätigt. Angesichts der angestrengten Haushaltslage war die Beurlaubung Ottenjanns auch als ein politisches Signal zu verstehen. Röver selbst versprach bei dieser Gelegenheit, den geplanten Aufbau des Heimatmuseums durch eine "große Heimatkundgebung" in Cloppenburg zu unterstützen, machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, "daß eine solche Aufgabe aus der Heimatverbundenheit des Münsterländers im Wesentlichen selbst gelöst werden müßte".[287] Ministerpräsi

---

[284] MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 20-24. Amtshauptmann Münzebrock schildert in seinen Aufzeichnungen die prekäre wirtschaftliche Lage im Amtsbezirk Friesoythe und betont den Aufschwung nach 1933, der vor allem durch die Verwaltungsreform gefördert worden sei.
[285] MT vom 4.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388.
[286] Ebd.
[287] OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18; MT vom 5.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388; KUROPKA, Cloppenburg, S. 36.

dent Joel schrieb dem Cloppenburger Heimatmuseum, das 1932 sein zehnjähriges Bestehen feiern konnte, als politisches Vermächtnis ins Stammbuch:

> "Nur wer die Heimat liebt, kann den Kampf verstehen, der von Adolf Hitler und seinen Getreuen unermüdlich geführt wurde und geführt wird. Es liegt im Sinne dieses Kampfes, daß das alte Erbgut unserer Altvordern gehegt und gepflegt wird. Heimatkunde und Heimatliebe sind die Grundsteine der Liebe zum Volke."[288]

Auf der Generalversammlung des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland am 8. Dezember 1933 in Cloppenburg deutete Ottenjann Verbindungslinien zwischen der münsterländischen Heimatbewegung und den Zielen der nationalsozialistischen Führung an. Durch den Aufbau des Museumsdorfes würden Regierungsmaßnahmen unterstützt, "die sich so sehr mit dem Bauerntum befassen", denn das Münsterland sei "überreich an Urwüchsigem, mit Blut und Boden innigst Verbundenem, wie es sonst nicht mehr gefunden wird".[289] Am 21. Januar 1934 löste Gauleiter Röver sein im Oktober 1933 gegebenes Wort mit dem Besuch der großen Museumskundgebung im Cloppenburger Central-Hotel ein, an der auch der neue Bischöfliche Offizial Vorwerk teilnahm.[290] Er unterstützte die politische Arbeit im Dienst an der Heimat und den Aufbau des Museumsdorfes. Ottenjann zitiert den Gauleiter auf der Museumskundgebung mit den Worten:

> "Dieses Herrliche, das die Männer in Cloppenburg sich zum Ziel gesetzt, lohnt sich, deutsche Männer und Frauen, zu unterstützen, damit uns stets die Kraft erhalten bleibe, zu arbeiten im Sinne des Vaterlandes, damit uns in schweren Stunden der Glaube nicht verlorengehe an Deutschland."[291]

Die Vechtaer HBL berichteten in einem Beitrag von Hermann Thole ausführlich über die Museumskundgebung mit Gauleiter und Reichsstatthalter Röver, der in Begleitung von Ministerpräsident Joel nach Cloppenburg gekommen war, und zitierten aus den Reden von Amtshauptmann Münzebrock,

---

[288] MT vom 5.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 390; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 18.

[289] MT vom 9.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 439. Vorsitzender Averdam erklärte in seiner Begrüßungsansprache zur aktuellen politischen Lage: "Seit der letzten Generalversammlung hat sich viel im Deutschen Reich geändert. Wir haben eine neue Regierung erhalten. Wir haben das feste Vertrauen, daß sie und die oldenburgische Regierung für die Interessen des Heimatbundes gut eintreten werden." Averdam erinnerte an den Besuch Rövers in Cloppenburg, der "für die Bestrebungen des Heimatbundes größtes Interesse gezeigt" habe, und brachte ein "Sieg=Heil!" auf das oldenburgische Ministerium aus.

[290] KUROPKA, Cloppenburg, S. 36.

[291] OTTENJANN, Museumsdorf, S. 19.

Museumsleiter Ottenjann und Reichsstatthalter Röver. Dieser beklagte in seiner Ansprache den "Geist der Zersetzung", der in den letzten Jahrzehnten im Volk gewirkt habe, und forderte, "daß diese Zeit ein für allemal vorbei ist". Ein neuer Geist müsse "in dieses wunderbare Denkmal hineingebaut" werden. Röver beschloß seine Rede mit einer für ihn durchaus typischen Floskel, die auf das religiöse Gefühl der Zuhörer gerichtet war:

> "Wenn wir wollen, daß einmal unsere deutschen Kinder mit Glück und Stolz und Freude an diese große Zeit zurückdenken, so werden wir den Sinn des Lebens nicht auffassen als das Materielle. Deutsche Volksgenossen, es ist entscheidend, das zu begreifen im Zeichen des Umbruchs dieser neuen Zeit des Dritten Reiches, das jetzt angebrochen ist, das gebaut werden soll Stein auf Stein. [...] **Schaffen wir's, und dazu rufen wir euch auf zur Mitarbeit.** Dann wird Deutschland stehen, auch wenn wir gestorben sind, und wir werden hintreten können vor den Höchsten, weil wir unsere Pflicht erfüllten für Deutschland und unsere deutschen Kinder. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.)"[292]

Am 25. Januar 1934 beschloß der Amtsvorstand Cloppenburg offiziell die Errichtung eines Museumsdorfes in der Stadt Cloppenburg und nahm die Regulierung der Standortfrage vor.[293] Mit großer Energie wurde der Aufbau des Museumsdorfes vorangetrieben. Allerdings hielt sich nach den Aufzeichnungen von Amtshauptmann Münzebrock die finanzielle Unterstützung seitens der öffentlichen Hand außerhalb des Amtsbezirks aufgrund der von Röver favorisierten Förderung der "Thingstätte" Bookholzberg in engen Grenzen. Nach den Angaben Münzebrocks betrug der Staatszuschuß zum Ankauf des 12 ha großen Grundstückes 11 000 RM, zusätzlich wurden die Arbeiten des moorigen Geländes im Jammertal durch staatliche Notstandsarbeiten durchgeführt. Zu den Erschließungskosten, die sich auf 47 000 RM beliefen, steuerte die Reichsanstalt 28 000 RM bei, die Stadt Cloppenburg beteiligte sich mit 11 000 RM. Zwei Sammlungen in Südoldenburg für den Aufbau des Museumsdorfes erbrachten 20 000 RM. Als eine wesentliche Unterstützung seitens der oldenburgischen Staatsregierung bewertet Münzebrock die Freistellung Ottenjanns vom Schuldienst seit Ostern 1933. Was die öffentliche Finanzierung der ehrgeizigen Museumspläne Ottenjanns angeht, kommt Münzebrock zu dem Ergebnis:

---

[292] HBL 2/1934, S. 17f. Thole schloß seinen Bericht über die Museumskundgebung mit dem bemerkenswerten Zusatz: "So steht nun dieses große Werk als eine Gegenwartsaufgabe vor uns, und wir, denen die Heimat das schönste Gottesgeschenk ist, wir wollen dieses Werk unterstützen, wollen für seine Verwirklichung Opfer bringen, damit es kommenden Geschlechtern künde, daß wir in einer großen Stunde unsere Pflicht getan haben."

[293] MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 26.

> "Den Hauptteil der einmaligen und laufenden Ausgaben hat bis in den Krieg hinein der Amtsverband getragen. Jede Möglichkeit, für den weiteren Ausbau des Museumsdorfes Gelder freizumachen, ist in enger Zusammenarbeit mit den Amtsvorstandsmitgliedern und mit Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde ausgenutzt worden."[294]

Am 20. August 1934 erfolgte der erste Spatenstich auf dem neu erschlossenen Gelände im Jammertal, das ca. 5 ha groß war. Als eines der ersten Objekte wurde vom Bauern Karl Quatmann in Schwichteler der Quatmannshof zum Abbruch erworben. Am 23. Juni 1935 wurde er im Rahmen der 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg feierlich gerichtet.[295] Am Himmelfahrtstag des Jahres 1936 wurde das Cloppenburger Museumsdorf durch Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver offiziell eröffnet. In der letzten Ausgabe der "Heimatblätter" erinnert Hermann Thole, der Schriftleiter der Oldenburgischen Volkszeitung, 1942 an dieses denkwürdige Ereignis und zitiert aus einer Ansprache des Gauleiters, die dieser am Herdfeuer des Quatmannshofes gehalten haben soll:

> "Wenn das Museumsdorf einst ganz fertig sein wird, wenn es wunderbar und groß sein wird wie diese Zeit, die Zeit Adolf Hitlers, dann wird das ganze deutsche Volk Anteil nehmen an dem, was hier geschaffen wurde."[296]

Röver zeigte sich dem Cloppenburger Museumsdorf auch weiterhin verbunden. Am 16. Februar 1937 besuchte er das Museumsdorf und würdigte den Aufbau des "Kulturwerkes, dessen weitere Förderung und Unterstützung ihm sehr am Herzen liege".[297] Am 25. Juli 1937 wurde die Burg Arkenstede in Anwesenheit von Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver feierlich eingeweiht.[298]

Professor Konrad Hahm, der Direktor des Museums für deutsche Volkskunde in Berlin, verfaßte auf Einladung Heinrich Ottenjanns in dem Festbuch, das

---

[294] Ebd., S. 27.
[295] GELHAUS, 1933, S. 480f.: Bilddokumentation.
[296] HBL 24. Jg., Nr. 2, ohne Datum (1942), S. 8: Vom Heimatmuseum zum Museumsdorf. Gedanken zur 20. Wiederkehr des Jahrestages der Gründung des Heimatmuseums für das Oldenburger Münsterland am 5. März 1922 (S. 5-8). An Museumsleiter Ottenjann wandte sich Röver nach diesem Bericht mit den Worten: "Mein lieber Dr. Ottenjann, das verpflichtet Sie, weiter zu arbeiten mit Tatkraft und Willensenergie, das verpflichtet aber auch alle zur Unterstützung, damit dieses Werk in seiner Vollendung in alle Ewigkeit für Deutschland stehen möge."
[297] HBL 19. Jg., Nr. 3, 25.3.1937, S. 41.
[298] HBL 19. Jg., Nr. 8, 25.8.1937, S. 121.

anläßlich der 500-Jahrfeier der Stadt Cloppenburg im Jahre 1935 herausgegeben wurde, einen Beitrag über die "Aufgabe der Heimatmuseen" in der Gegenwart. Ohne einen direkten Bezug zum Nationalsozialismus herzustellen, führt Hahm den Grundgedanken des Heimatmuseums auf die "völkische Geschichtsauffassung" und auf die "Ahnherren der völkischen Bewegung" zurück, zu denen Justus Möser, Gottfried Herder, Ernst Moritz Arndt, Gottlieb Fichte und vor allem "Turnvater Jahn" zu zählen seien. Der Heimatgedanke gründe sich als "etwas Universelles" auf "die Voraussetzung und Bejahung einer Bluts- und Lebensgemeinschaft". Der "völkische Staat" habe dem Heimatgedanken erst zum Durchbruch verholfen, "weil er die große geistige Erblinie der deutschen Vergangenheit zum Staatsbildungsprinzip erhoben hat". Die historische "Erblinie von Blut und Boden" müsse von der germanischen Frühgeschichte bis zur Gegenwart gezogen werden.[299] So wurde der konservative Volksmythos in der nationalsozialistischen Zeit politisch benutzt und zur historischen Legende stilisiert.

1.3.4.4. Museumsleiter Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann

Nach Auffassung von Joachim Kuropka hatte Studienrat Heinrich Ottenjann "alle Mühe, sein Konzept eines Museums bäuerlicher Kultur zu behaupten".[300] Der heutige Direktor des Cloppenburger Museumsdorfes, Dr. Uwe Meiners, betont, daß es seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten "eine von allen politischen Zwängen befreite Museumsarbeit" nicht mehr geben konnte, wenn "der Gedanke an ein Freilichtmuseum für bäuerliche Kulturdenkmäler Südoldenburgs tatsächlich Realität" werden sollte: "Dieser Verlockung zu widerstehen, wäre einem Verzicht gleichgekommen, den Ottenjann zu diesem Zeitpunkt nicht mehr wollte."[301] Das Cloppenburger Museumsdorf, das unter dem Protektorat von Reichsstatthalter und Gauleiter Carl Röver entstand, hätte in der realisierten Form nicht verwirklicht werden können, wenn nicht der politische und geistige Umbruch durch den Nationalsozialismus im Jahre 1933 erfolgt wäre. Seit seiner offiziellen Eröfnung wurde das Museumsdorf auch häufiger durch nationalsozialistische Organisationen und Verbände für politische Veranstaltungen in Anspruch genommen.[302]

---

[299] HAHM, Heimatmuseen, S. 161-164.
[300] KUROPKA, Cloppenburg, S. 44f.
[301] MEINERS, Geschichte, S. 19f.
[302] So fand beispielsweise 1937 eine Schulungstagung für das gesamte höhere Führerkorps der SA-Gruppe Nordsee in Cloppenburg statt. Unter Leitung von Gruppenführer Böhmcker besuchten die

Davon distanzierte sich die Museumsleitung nicht, um ihre Pläne für den weiteren Ausbau des großen Projektes nicht zu gefährden.

Heinrich Ottenjann wurde am 19. Februar 1886 als Sohn des Tischlermeisters Johann Ottenjann in Greven in Westfalen geboren. Nach dem Besuch der katholischen Volks- und Rektoratsschule in Greven und des Gymnasiums in Rheine legte er hier im Jahre 1906 die Reifeprüfung ab. In Münster und Berlin nahm Ottenjann das Studium der Altphilologie auf. In Münster bestand er bereits 1908 das Turnlehrer-Examen und wurde hier zwei Jahre später promoviert. 1911 unterzog er sich ebenfalls in Münster der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen und erwarb die Lehrbefähigung im Lateinischen, Griechischen und in Geschichte. Nach verschiedenen Lehrtätigkeiten an Gymnasien in Warendorf und Ahlen trat Ottenjann 1914 eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfslehrer am neugegründeten Realprogymnasium in Cloppenburg an. Im Ersten Weltkrieg nahm er an Feldzügen in Belgien, Frankreich, Polen, Rußland und Serbien teil. Nach schwerer Verwundung setzte Ottenjann seinen Dienst in Cloppenburg 1917 fort. Heinrich Ottenjann begann 1922 aus dem Bestand der vorgeschichtlichen Privatsammlung des Löninger Apothekers und Landtagsabgeordneten Bernhard König mit dem Aufbau eines heimatkundlichen Museums in den Räumen des Cloppenburger Realgymnasiums, das unter nationalsozialistischer Förderung zum Freilichtmuseum, dem Cloppenburger Museumsdorf, ausgebaut wurde. 1934 erfolgte der erste Spatenstich. Für das Schuljahr 1933/34 wurde Ottenjann vom Ministerium der Kirchen und Schulen erstmalig vom Schuldienst befreit, um den Aufbau des Museumsdorfes voranzutreiben. Diese Befreiung wurde bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fortgesetzt. Ottenjann entfaltete eine rege Vereinstätigkeit und übernahm leitende Funktionen u. a. im Volksverein für das katholische Deutschland, im Cloppenburger und Oldenburger CV der katholischen deutschen Studentenverbindungen, in der Turn- und Sportbewegung, in der südoldenburgischen Heimatbewegung und in verschiedenen überregionalen volks- und museumskundlichen Kommissionen. Seit 1937 hatte er den Vorsitz im Heimatbund für das Oldenburger Münsterland inne. Weiterhin gehörte er zu den Mitbegründern der "Aula-Abende" und war langjähriger Leiter des Cloppenburger Turnvereins. Die Anlage eines ersten Freibades in Cloppenburg geht ebenfalls auf seine Initiative zurück. Heinrich Ottenjann erhielt hohe Auszeichnungen, u. a. bereits 1950 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, und wurde 1956 zum Ehrenbürger der Stadt Cloppenburg ernannt. Er verstarb in seiner Heimatstadt am 16. Mai 1961.[303]

SA-Führer auch das Museumsdorf. Bei dieser Gelegenheit sprach Böhmcker dem Leiter des Museumsdorfes seine Anerkennung für "das große Werk" aus, das die SA nach Kräften unterstützen werde. (HBL 19. Jg., Nr. 5, 25.5.1937, S. 72)

[303] StAO 160, 2 - 3880: Lebenslauf Heinrich Ottenjanns für das Katholische Oberschulkollegium in Vechta; StAO 351 - 853: Entnazifizierung; WILLENBORG, Kulturleben, S. 189-197; OTTENJANN, Museumsdorf, S. 216-226; OTTENJANN, Museumsdorf Cloppenburg, S. 109-111; FRIEDL, Handbuch, S. 545-547 (von Uwe Meiners); OTTENJANN, Heinrich: Unser Heimatmuseum, IN: WINTER, Adreßbuch, S. 85-91; STRICKMANN, Heinz: Heimatbund für das Oldenburger Münsterland feiert 75. Geburtstag, IN: MT vom 11.11.1994; ders., In der über 550jährigen Stadtgeschichte gab es nur sechsmal eine Ernennung, IN: MT vom 12.4.1996.

Um die Verwirklichung seiner ehrgeizigen Museumspläne in Cloppenburg und seine berufliche Karriere nicht aufzuhalten, nahm Studienrat Dr. Heinrich Ottenjann die politische Zusammenarbeit mit der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg billigend in Kauf.[304] In den Auseinandersetzungen um seine Entnazifizierung bekannte er sich auch nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zu seinem museumspolitischen Konzept. Dazu notierte er in einem umfangreichen Dossier im November 1948:

> "Es müsste jedem einleuchten, dass ich, zumal unter den geschilderten Verhältnissen, den Nationalsozialisten, ohne die das Werk nicht möglich gewesen wäre, - alle anderen Parteien, auch alle amtlichen Stellen hatten sich mir bis dahin immer und immer wieder versagt - auf deren Gunst ich jeden Augenblick angewiesen war, wofern ich das Werk wollte, schon mal ein freundliches Wort widmen musste, um so mehr, als ich wusste und auf Schritt und Tritt zu spüren bekam, dass sie mir misstrauten."[305]

Nach Mitteilung des Landkreises Cloppenburg vom 18. Juni 1946 war Ottenjann in "die Gruppe der zu Entlassenden" eingeordnet worden. Dagegen erhob er Einspruch und fügte seinem Schreiben "eine ausführliche persönliche Erklärung meiner Stellung zum Nationalsozialismus" bei. Darin erklärte

---

[304] Nach Auskunft des Bundesarchivs Berlin trat Heinrich Ottenjann unter der Mitglieds-Nr. 2860013 am 1. Mai 1933 in die NSDAP und am 1. Oktober 1933 in den NSLB (Mitglieds-Nr. 197291) ein. Nach eigenen Angaben, die im sog. "Fragebogen" der britischen Militärregierung enthalten sind, gehörte er der NSDAP von Mai 1933 bis zum April 1945 an. Seit 1934 bzw. 1935 - diese Angaben sind mit Fragezeichen versehen - bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war Ottenjann nach eigener Auskunft Mitglied des NS-Lehrerbundes bzw. der NSV und von 1937 - mit Fragezeichen - bis 1945 Mitglied im Reichsbund deutscher Familien. Ottenjann unterzeichnete den "Fragebogen" am 15. Dezember 1945. (StAO 351 - 853: Entnazifizierung).

[305] StAO 351 - 853: Entnazifizierung. Mit diesem Schreiben wandte sich Ottenjann gegen den Beschluß des Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Kreises Cloppenburg vom 20. November 1948, der ihn in die Kategorie IV ("Der Überprüfte hat den Nationalsozialismus unterstützt.") eingeordnet hatte. In der Begründung hieß es: "In seiner Stellung und Tätigkeit als Museumsleiter hat er [= Ottenjann] sich in großem Umfange für die NSDAP. einspannen lassen. Er hat sich für die Ziele und Bestrebungen der NSDAP. eingesetzt und dadurch den Nationalsozialismus unterstützt. Seine an sich unpolitischen Vortragsreihen und Veröffentlichungen waren nicht immer frei von Nazipropaganda." Mit der zitierten Stelle des Schreibens bezog sich Ottenjann ausdrücklich auf den Vorwurf, sich in Büchern - so in seinem 1944 veröffentlichten Werk über das Museumsdorf Cloppenburg, das die Verdienste des 1942 verstorbenen Gauleiters Röver um das Museumsdorf ausdrücklich würdigte -, Schriften, Aufsätzen und Reden für den Nationalsozialismus eingesetzt zu haben. Persönlich sei er niemals "ein Freund Rövers und Rosenbergs" gewesen, aber Reichsleiter Rosenberg habe sich nach einem Besuch des Museumsdorfes in Begleitung von Gauleiter Wegener dafür eingesetzt, daß das Papier für das Buch über das Museumsdorf bewilligt wurde, "was auch Gauleiter Röver nicht hatte durchsetzen können." Grundsätzlich gelte für seine Person: "Man wusste überdies zur Genüge, dass ich kein Nationalsozialist, vielmehr überzeugter Katholik war."

er, der NSDAP "keineswegs aus innerer Überzeugung" beigetreten zu sein, sondern "einzig und allein unter dem Druck der Verhältnisse, d. i. um nicht meine Stellung zu verlieren, vor allem aber, um mein Lebenswerk, das Heimatmuseum für das Oldenburger Münsterland, aus dem später das Museumsdorf folgerichtig weiterentwickelt wurde, fortsetzen zu können". Er stehe "nach wie vor mit gutem Gewissen" zu einer Arbeit, "die mich auch dann nicht ruhen ließ, als andere die Hände in den Schoss legten". Den Titel eines "Museumsdirektors" habe ihm die nationalsozialistische Regierung stets verwehrt. Allen Versuchen, "den Plan des Museumsdorfes nach nationalsozialistischen Grundsätzen irgendwie umzugestalten", sei er entschlossen entgegengetreten. Schließlich habe das Gutachten des ehemaligen Direktors des Berliner Volkskundemuseums, Prof. Konrad Hahm, "der sich rückhaltlos für den ursprünglichen Plan aussprach", in der Museumsfrage den Ausschlag zu seinen Gunsten gegeben. Lieber sei er in den Schuldienst zurückgekehrt, als einen Plan zu realisieren, "der vom Standpunkt des Forschers und Wissenschaftlers nicht tragbar sei".[306] Die Kooperation mit der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg, von der sich Ottenjann nicht distanziert hat, trug zweifellos zur politischen Aufwertung des Regimes bei, das ohnehin um sein Ansehen in Südoldenburg besorgt war. Es erhielt die Anerkennung eines kulturpolitischen Partners, der den südoldenburgischen Interessen nicht abgeneigt war, sondern sie sogar wohlwollend protegierte. Trotz politischer Bedenken, die ihn beunruhigt haben mögen, war Dr. Heinrich Ottenjann

[306] StAO 351 - 853. Durch seine Arbeit habe er sich, so Ottenjann, "unzählige Freunde in Stadt und Land", aber "selbstverständlich auch Gegner und Feinde" erworben. Diese machte Ottenjann offensichtlich für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe verantwortlich. Mit dem Museumsdorf in Cloppenburg habe der Gedanke des Freilichtmuseums in Deutschland "erstmalig einen glänzenden Sieg" errungen. Unter Anspielung auf ein bekanntes Bibelwort fügte Ottenjann hinzu: "Wo wäre auch jemals ein Prophet im Lande geehrt worden?! Dabei hatte ich gerade für das südliche Oldenburg, die Stadt Cloppenburg im besonderen, ein ganzes Menschenleben hindurch gekämpft und gerungen, Turnen und Sport mit Macht vorangetrieben, in Cloppenburg die erste grössere Badeanstalt des Münsterlandes gebaut und mit dem Museumsdorf schliesslich für das Land etwas Einmaliges geschaffen." Ottenjann fügte seinem Einspruch 16 weitere Erklärungen und Zeugnisse bei, u. a. von Pfarrer Otto Beckmann aus Elsten, Diözesanarchivar Dr. Börsting-Gimbte aus Münster, Schriftsteller Karl Bunje aus Cloppenburg, Bildhauer Paul Dierkes aus Berlin (Dierkes stammte gebürtig aus Cloppenburg), vom Präsidenten der Handwerkskammer Oldenburg, Freese, von Dechant Hackmann aus Cloppenburg, der Leiterin der Cloppenburger Liebfrauenschule, Schwester M. Josephe, Kreishandwerksmeister Rüve aus Emstek, vom Rektor der Westf. Landesuniversität Münster, Prof. Dr. Georg Schreiber, und von Bürgermeister Wichmann, Cloppenburg. Durch Bescheid des Entnazifizierungs-Hauptausschusses vom 10. Januar 1949 wurde Dr. Heinrich Ottenjann endgültig entlastet. Zur Begründung erklärte der Ausschuß, daß Ottenjann den Nationalsozialismus "nicht aktiv" unterstützt habe.

bereit, diesen Preis für den Aufbau des Museumsdorfes in Cloppenburg zu zahlen. Seine Verdienste um dieses kulturhistorische Baudenkmal sind unbestritten.

2. Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933

Die Reibungsflächen in den Verlautbarungen der katholischen Bischöfe zum Nationalsozialismus waren die pastoralen Fragen, die Glaubens- und Sittenlehre der Kirche und nicht die Auseinandersetzung mit den staatspolitischen Zielen des Nationalsozialismus. Diese politische Scheidung der Geister begleitete selbst die glaubensbegründete Opposition des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, und die Massenbewegung im südoldenburgischen "Kreuzkampf" 1936. Die Resistenz der katholischen Bevölkerung gegenüber dem Nationalsozialismus ist vor allem auf kulturpolitische und religiöse, weniger auf staatspolitische Gründe zurückzuführen.[307] Das ist ein Ergebnis der bewegten Vergangenheit des politischen Katholizismus in Deutschland, der sich mit der fortschreitenden Trennung von Staat und Gesellschaft und der Emanzipation einer freien Gesellschaft vom Staate nicht abfinden wollte.[308] Die katholische Abwehrhaltung konnte nur so lange aufrechterhalten werden, wie sie durch die Amtskirche massiv gestützt wurde. Das faktische Ende dieser Unterstützung läßt sich exakt datieren auf die Zeit

---

[307] STAMBOLIS, Jugendliche, S. 157f. Barbara Stambolis spricht von "Resistenzräumen" im "Dritten Reich", die im katholischen Milieu lebensweltlich geprägt gewesen seien, und bevorzugt den Terminus "Resistenz" gegenüber den Begriffen "Opposition" und "Widerstand". Gegenüber nationalsozialistischen Einflüssen resistente Haltungen seien durch "gemeinsame Wertvorstellungen, Gefühle und Verhaltensweisen sowie durch gemeinsame Bande sozialer Beziehungen und Organisationen" gestützt worden und hätten der Gleichschaltung Grenzen gesetzt. Eine wichtige Resistenzgrundlage sei die milieuspezifische Sozialisation gewesen, die auf einer "religiösen Kollektiverfahrung" beruht habe. In dieser Hinsicht sei von katholischen Bischöfen wie Clemens August von Münster eine große Wirkung ausgegangen (S. 164ff.). Joachim Kuropka spricht von einem "gebremsten Aufstieg des Nationalsozialismus im katholischen Bevölkerungsteil" und sieht die Ursache für die Resistenz in Südoldenburg "zweifellos in der noch intakten Milieubindung an die katholische Zentrumspartei, in den ausdrücklichen Warnungen der Bischöfe seit 1930 und in der zu großen Normendifferenz zum Nationalsozialismus". (KUROPKA, Kirche, S. 540ff.)

[308] LÖNNE, Katholizismus, S. 235f. Karl-Egon Lönne faßt diese historische Entwicklung zusammen: "Trotz der Politisierung des Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, welche die Konsequenz des Auseinandertretens von Staat und Gesellschaft war und auf die er im Interesse seiner weiteren Wirkungsmöglichkeiten nicht verzichten wollte und konnte, hatte er eine Tendenz behalten, der Verselbständigung der Gesellschaft zu mißtrauen und ihr in dazu geeignet erscheinenden Situationen entgegenzuwirken oder sich zeitweilig von ihr abzuwenden. Während sich der niedere Klerus in der Tradition des Zentrums für eine Vertretung der Interessen des Katholizismus und der Kirche im Kampf der Parteien einsetzte, war die Bereitschaft von Episkopat und Kurie groß, die Interessen von Katholizismus und Kirche den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu entziehen und ihre Stellung durch eine internationale konkordatäre Vereinbarung der Kurie mit dem Staat eindeutig zu regeln."

zwischen dem 23. und 28. März 1933 - die Zeit zwischen der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes und der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz, in der sich der deutsche Episkopat politisch konstruktiv zur NS-Regierung stellte. Dabei zeigt sich eine Kontinuität im politischen Verhalten des deutschen Katholizismus, die im Frühjahr 1933 voll zum Tragen kam. Nachdem er sich 1918 ohne Begeisterung oder nur wider Willen auf den Boden der neuen politischen Tatsachen gestellt hatte, wurden die katholischen Wähler von der tatsächlichen Entwicklung der parlamentarischen Demokratie vielfach enttäuscht. Sie folgten zwar ihren Spielregeln, konnten aber für die verfassungsmäßige Ordnung und ihre demokratischen Ideale innerlich nicht gewonnen werden.[309] Ihr Verhältnis zur Weimarer Republik blieb indifferent und wurde zusehends negativer. Deshalb war auch die Ablehnung Hitlers und seiner Partei "noch lange kein Prüfstein demokratischer Gesinnung."[310]

Mit derselben verfassungspolitischen Indifferenz, mit der der politische Katholizismus die Gründung der Weimarer Republik aufgenommen hatte, reagierte er auf die Machtübernahme Hitlers und den Aufbau der NS-Diktatur im Frühjahr 1933 und gab der konservativ-nationalen Haltung den Vorzug vor einer politisch-rationalen Lösung des Konfliktes. Diese Einstellung hatte in der Endphase der Weimarer Republik bereits feste Konturen angenommen. In der moralisch-religiös begründeten Abwehrhaltung verwahrten sich große Teile des deutschen Episkopats zwischen 1930 und 1933 gegen den materialistisch-atheistischen Charakter der NS-Bewegung, das sog. "Neuheidentum", begrüßten aber grundsätzlich ein politisches Programm der nationalen Erneuerung, das sie zu diesem Zeitpunkt freilich noch nicht ausschließlich an die NSDAP gebunden wissen wollten. Im Schatten der Präsidialkabinette konnte sich der Katholizismus in Deutschland noch in politischer Unentschiedenheit üben und in moralisch-religiöser Treue bewähren, aber die politische Lage im Frühjahr 1933 mahnte eine Entscheidung an, die von Hitler nachdrücklich eingefordert wurde.

---

[309] LÖNNE, Katholizismus, S. 235ff.
[310] SONTHEIMER, Denken, S. 283.

2.1. Die Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vom 5. März 1931

Die Haltung des deutschen Episkopats gegenüber der NS-Bewegung in der Phase nach den Septemberwahlen des Jahres 1930 bis zu den Wahlen am 5. März 1933 beschreibt ein Spannungsfeld, in dem der politische Katholizismus zwischen nationaler Loyalität und moralisch-religiöser Ablehnung aufgerieben wurde. Der nationalsozialistische Staat konnte sich schließlich durchsetzen, indem er die religiös-kirchlichen Vorbehalte durch ein ausgeklügeltes politisches Manöver im Frühjahr 1933 kassierte. Schockiert durch den Ausgang der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 ergriffen katholische Bischöfe die Initiative und warnten aus moralisch-religiösen und nicht aus politischen Gründen vor dem Nationalsozialismus. In einer Kundgebung der Bischöfe der Kölner (oder rheinischen) Kirchenprovinz vom 5. März 1931, die für Münster von Bischof Johannes Poggenburg unterzeichnet wurde, distanzierten sich die Oberhirten von einer "Reihe von schiefen und falschen Auffassungen, die von führenden Vertretern der nationalsozialistischen Bewegung in öffentlichen Versammlungen, in Presse und Literatur über fundamentale christliche Glaubenswahrheiten, insbesondere über die katholische Lehre von der Universalität, Einheit und Autorität der Kirche Jesu Christi, über einzelne sittliche Grundsätze, ferner über das Verhältnis von Kirche und Staat, von Religion und Rasse kundgetan wurden, mehr und mehr die unserer Hirtensorge anvertrauten Seelen zu verwirren und zu gefährden".[311] Disziplinarische Vorschriften enthielt die Kundgebung nicht.

Sowohl gegen den Rechts- als auch gegen den Linksextremismus im "katholikenfeindlichen Sozialismus" und in dem "aus ihm hervorgegangenen Kommunismus" wurde eine scharfe Trennungslinie gezogen und damit der Unterschied zwischen den beiden politischen Lagern verschleiert. Der säkularisierte und materialisierte Heilsglaube, mit dem die katholische Kirche in den verschiedensten ideologischen Ausformungen schon seit dem frühen 19. Jahrhundert konfrontiert worden war, begegnete ihr im Nationalsozialismus in einer neuen Gestalt und in einem neuen politischen Kontext wieder, ließ aber im säkularisierten, jede Jenseitskultur und -bezogenheit des Menschen leugnenden Materialismus eine gemeinsame geistige und historische Wurzel

[311] LV vom 11.3.1931; DENZLER, Kirchen 2, S. 31-35; OV vom 16.5.1931. In der Vechtaer OV wurde die Kundgebung der Bischöfe der rheinischen Kirchenprovinz erst am 16. Mai 1931 - einen Tag vor der Landtagswahl am 17. Mai 1931 - abgedruckt.

erkennen. Das vom katholischen Herder-Verlag in Freiburg herausgegebene "Staatslexikon" brachte es im Jahre 1929 auf die kurze Formel:

> "Der Mensch schafft sich also seinen Gott selbst, wie er ihn braucht."[312]

In der Auseinandersetzung mit der NS-Bewegung als einem modernen politischen Massenphänomen entzündete sich der Protest der katholischen Oberhirten am Charakter der Ersatzreligion, der in Ideologie und Kultus der NS-Agitation zum Ausdruck kam und den jenseitsbezogenen Heilsanspruch der katholischen Religion und Kirche untergrub. Die Bischöfe der Rheinprovinz unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Köln, Kardinal Schulte, stellten deshalb klar:

> "Wir katholischen Christen kennen keine Rassenreligion, sondern nur Christi weltbeherrschende Offenbarung, die für alle Völker den gleichen Glaubensschatz, die gleichen Gebote und Heilseinrichtungen gebracht hat."[313]

Übereinstimmungen zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus ergaben sich in Grundfragen von Staat und Nation, die von beiden Seiten im autoritären und christlich-konservativen Geist mit dem gemeinsamen Ziel, die Weimarer Republik allmählich zu überwinden, beantwortet wurden:

> "Das schließt, wie wir mit Nachdruck betonen, nicht aus, daß wir auch vom Standpunkt unserer Religion aus, ja gerade von dieser aus, es verstehen und begrüßen, wenn in unserem armen, gedemütigten und geknechteten Vaterlande, in unserem von Gegensätzen zerrissenen Volke das Zusammengehörigkeitsgefühl deutscher Stammes- und Volksgenossen untereinander allenthalben sich neu belebt."

Die Erklärung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz vom 5. März 1931, die auch für den Offizialatsbezirk Oldenburg galt, machte sich die vorangegangenen Verlautbarungen der Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns und des Erzbischofs von Breslau, Kardinal Bertram, zu eigen und lehnte eine "Rassenreligion" ebenso ab wie ein "nationales Kirchengebilde", das mit der "Universalität, Einheit und Autorität der Kirche Jesu Christi" nicht zu vereinbaren sei. Für sie gelte weiterhin der katholische Grundsatz: "'Ein Hirt und eine Herde' rings auf dem Erdkreise" unter der Herrschaft des Königs Christus. Die Bischöfe erinnerten an ihre Warnung vor dem "katholiken

---

[312] SACHER, Staatslexikon 3, 1504.
[313] LV vom 11.3.1931; OV vom 16.5.1931, auch zum folg.

feindlichen Sozialismus und damit auch vor dem aus ihm hervorgegangenen Kommunismus" vom 8. Januar 1920, die unvermindert Gültigkeit habe, und an die Verurteilung, die die "Action francaise", eine "in einzelnen wesentlichen Punkten ganz offensichtlich verwandte nationalsozialistische Bewegung", durch Papst Pius XI. erfahren habe.[314] Die Gleichsetzung von Kommunismus bzw. 'Bolschewismus' und Nationalsozialismus nivellierte die fundamentalen politischen Gegensätze zwischen diesen beiden radikalen Strömungen. Sie wurde nicht willfährig vorgenommen, sondern war Teil eines politischen Konzeptes, mit dem katholische Bischöfe einer einseitigen Wahrnehmung ihrer Kundgebungen vorzubeugen versuchten. Die heftigen Reaktionen der nationalsozialistischen Partei und Presse machten aber deutlich, daß diese Hoffnung trog. Was von dieser Seite verärgert registriert wurde, war die Ablehnung des Nationalsozialismus. Der Antikommunismus, der in den Verlautbarungen zum Ausdruck kam, verstand sich von selbst und war Gegenstand des eigenen politischen Kalküls.

Die Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz bildete ein Glied in einer Kette von zahlreichen Verlautbarungen, in denen katholische Oberhirten in pastoraler und moralischer, nicht aber in politischer Sorge vor dem Nationalsozialismus warnten. Sie waren bemüht, eine einheitliche Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus einzunehmen.[315] Die Fuldaer Bischofskonferenz stellte am 5. August 1931 eindeutig fest, daß der Nationalsozialismus "tatsächlich mit fundamentalen Wahrheiten des Christentums und mit der von Christus geschaffenen Organisation der katholischen Kirche in

---

[314] Die Bischöfe zitierten zum Teil aus dem "Offenen Mahnwort zur Jahreswende" 1930/31 des Breslauer Erzbischofs Bertram. Vor dem Hintergrund der Affäre Dreyfus (1898) hatte sich in der Sorge um das Interesse der französischen Nation eine Gruppe junger Leute um Charles Maurras versammelt, auf dessen Lehre sich viele katholische Monarchisten stützten. Die "Action francaise" war vom agnostischen Positivismus nach Art Auguste Comtes beeinflußt und sprach der katholischen Kirche nur das Verdienst zu, auf lateinische und griechische Weise "die wirren orientalischen Schriften" verstehbar gemacht zu haben. Die Verurteilung, die das Hl. Offizium bereits 1914 ausgeprochen hatte, wurde vertagt und erst am 20. Dezember 1926 durch Pius XI. veröffentlicht. Nachdem führende Persönlichkeiten ihre Theorien widerrufen hatten, hob Pius XII. die Verurteilung der "Action francaise" am 10. Juli 1939 wieder auf. (LTHK 1, Sp. 116f.)

[315] DENZLER, Kirchen 2, S. 27-35, S. 39f.; BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 42, Anm. 5. Zu diesen Erklärungen zählten u. a. die Mahnrufe des Ordinariats Mainz vom 30. September 1930, die Silvesterkundgebung Kardinal Bertrams von 1930, die pastoralen Anweisungen der deutschen Bischöfe vom 10. Februar 1931, das Schreiben der Bischöfe der Paderborner Kirchenprovinz vom 10. März 1931, die Erklärung des Bischofs von Berlin vom 20. März 1931 und das Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz vom 17. August 1932.

schroffstem Gegensatz steht".[316] Bis zum Frühjahr 1933 bildete sich so im deutschen Katholizismus "eine nahezu geschlossene Abwehrfront gegenüber der NS-Bewegung und auch gegenüber der Regierung Hitler".[317] Unterschiedlich gehandhabt wurden offensichtlich bischöfliche Anweisungen zum Ausschluß katholischer Nationalsozialisten von den Sakramenten. Die nationalsozialistische Presse versuchte Beispiele dafür anzuführen, daß diese Anordnung in der Praxis unterlaufen würde. Nach Darstellung der Vechtaer OV hatte der deutsche Episkopat dazu aber einmütig Stellung genommen:

> "Die Bischöfe haben Anweisung gegeben, den aktiven Vertretern des Nationalsozialismus die Sakramente zu verweigern."

Selbstverständlich habe sich das Verhalten der katholischen Geistlichen danach zu richten, weil die Bischöfe "ohne Frage" das Recht hätten, "den Vertreter einer Irrlehre vom Empfang der Sakramente auszuschließen." Deshalb bedeute es auch keine "Entkräftung der bischöflichen Verfügung", wenn man die katholischen Oberhirten "Parteimänner" nenne.[318] Damit spielte die Vechtaer OV auf anhaltende Kritik aus nationalsozialistischen Kreisen am deutschen Episkopat an.[319] Joachim Kuropka führt für Südoldenburg ein prominentes Beispiel an. Der Emsteker Pfarrer Anton Wempe verweigerte dem Zeller Heinrich Vorwerk, der zu den Anführern in der Eberborg-Affäre gehört hatte, dann aber die Landvolkparei verlassen und als "angesehener katholischer Bauer" in die NSDAP eingetreten war, am 24. Mai 1932 die Kommunion, solange er sich nicht vom Nationalsozialismus lossagte. Eine entsprechende Beschwerde Vorwerks, der sich um seine Ehre als aufrechter Katholik betrogen sah, reichte Minister Spangemacher zuständigkeitshalber an das Bischöfliche Offizialat in Vechta weiter, das sich seinerseits an das Generalvikariat an Münster wandte. Dieses billigte schließlich das Verhalten Wempes, da es "den von der Bischofskonferenz aufgestellten Grundsätzen" entspreche.[320]

---

[316] DENZLER, Kirchen 1, S. 27.
[317] BÖCKENFÖRDE, Stellungnahme, S. 75.
[318] OV vom 20.6.1932.
[319] Auch Gauleiter Carl Röver hatte sich im oldenburgischen Landtag gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, dem Geistlichen Heinrich Wempe, wiederholt in diesem Sinne geäußert und in der Landtagssitzung am 30. Juni 1931 in beleidigender Weise von "Parteibischöfen" gesprochen (VI. Lt., 1. Vers., 6. Sitzung, 30.6.1931, S. 6)
[320] Zit. b. KUROPKA, Hitler, S. 52.

Die zahlreichen Kundgebungen katholischer Oberhirten knüpften an die Verlautbarungen gegen den Rechts-, aber vor allem gegen den Linksextremismus in der Weimarer Republik an und verwarfen aus pastoraler Sorge die politische Materialisierung der religiösen Heilslehre, die nach ihrer Ansicht in beiden Weltanschauungen zum Ausdruck kam und in dem politisch erstarkenden Nationalsozialismus zu einer ernsthaften Bedrohung für den Bestand der katholischen Kirche wurde. Ihre gemeinsame Wurzel hatten die extremen Ideologien auf der politischen Linken wie auf der Rechten nach Auffassung der katholischen Oberhirten in der Krise des christlichen Jenseitsglaubens, die seit der Aufklärung herrsche und nur durch eine konsequente Verchristlichung der modernen westeuropäischen Gesellschaften aufgehalten werden könne. Was unter der Materialisierung der christlichen Heilslehre zu verstehen war, beschrieb der ehemalige Reichskanzler Marx auf einer Zentrumsversammlung in Lohne am 10. Mai 1931, als er sich gegen den nationalsozialistischen Totalitarismus mit den Worten abgrenzte:

> "Dem Grundsatz des Zentrums bezgl. Staat, Kirche und Elternschaft stehen die Nationalsozialisten schroff gegenüber: Der Staat ist Gott, ihm ist alles unterworfen. Der Staat ist alles. Nur eine deutsche Kirche ohne römischen Einschlag wird anerkannt. Das Christentum der Nationalsozialisten ist niemals das Christentum Christi."[321]

Das in der NS-Bewegung verabsolutierte und damit pervertierte Nationalstaatsprinzip war unvereinbar mit der Universalität der römisch-katholischen Weltkirche und wurde in der völkisch-rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus in den Rang einer politischen Ersatzreligion gehoben, die die Inhalte der katholischen Glaubens- und Sittenlehre diskreditierte. Die Oberhirten bekannten sich hingegen zu einer nationalen Grundhaltung und zu einem parteiunabhängigen autoritären Staatsbegriff, der gerade in Zeiten der wirtschaftlichen und politischen Krise eine Antwort auf den moralischen Niedergang des deutschen Volkes sein sollte und von der katholischen Kirche mitgetragen wurde. In der Kundgebung der katholischen Bischöfe der Kölner Kirchenprovinz heißt es dazu:

> "Wahre Liebe zu Volk und Vaterland fordert weiter, daß wir ehrlich und einmütig über alle Gegensätze von Stand und Klasse, Konfession und Partei hinweg uns bemühen, die Wurzeln des Elends unserer Zeiten aufzufinden und ohne unfruchtbare Polemik nach entsprechender Besserung in unserer Lebens=, Gesellschafts= und Wirtschaftsordung zu streben."[322]

---

[321] OV vom 11.5.1931.
[322] LV vom 11.3.1931; OV vom 16.5.1931; DENZLER, Kirchen 2, S. 31-35.

So versammelte die Kölner Kundgebung die Grundeinstellungen, die nach den Septemberwahlen des Jahres 1930 die Haltung der katholischen Kirche zum Nationalsozialismus bestimmten und nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 den Ausgleich des deutschen Episkopats mit dem "Dritten Reich" im Zeichen der Konkordatspolitik ermöglichten: das mit großem moralischen Elan wiederholt vorgetragene Bekenntnis zu nationalstaatlicher Loyalität, die fraglose Bereitschaft zur aufopferungsvollen Mitarbeit "in unserem armen, gedemütigten und geknechteten Vaterlande" und ein "einheitlicher Abwehrwille, ein entschlossenes Eintreten für Recht und Wahrheit," für die christliche Offenbarungsreligion und gegen die rassistischen und nationalistischen Irrtümer der NS-Bewegung. In den besorgten Kundgebungen der katholischen Oberhirten erhob sich nach Darstellung der Vechtaer OV die kirchliche Autorität "gegen die Hitlerianer", und zwar "nicht wegen der politischen Ziele und Interessen, nach denen sie streben, sondern wegen derjenigen Grundsätze in ihrem Programm, die mit der katholischen Lehre unvereinbar sind." Es sei der einschlägig bekannte Punkt 24 des nationalsozialistischen Programms von 1920, der "die Bischöfe als Lehrer der katholischen Kirche" zu der Warnung veranlasse:

> "Was der Nationalsozialismus Christentum nennt, ist nicht mehr das Christentum Christi."[323]

Die in den Mahnrufen bekundeten Haltungen setzten unterschiedliche politische Akzente, stimmten aber in ihrer moralisch-religiös motivierten Abwehrhaltung gegen den Nationalsozialismus überein. Das änderte sich nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, als die deutschen Bischöfe und der deutsche Verbandskatholizismus dazu übergingen, die Regierung Hitler als rechtmäßige Obrigkeit anzuerkennen sowie die politische Loyalität und die Bereitschaft der katholischen Bevölkerung zur positiven Mitarbeit im "Dritten Reich" zu bekunden. Die Schwäche der bischöflichen Verlautbarungen, die vor den nationalsozialistischen Irrtümern warnten und so politische Gefolgschaft sanktionierten, lag in ihrer moralisch-religiösen Tendenz. Eine politische oder gar parteipolitische Orientierungsvorgabe war von den deutschen Bischöfen weder beabsichtigt noch zu erwarten. Mahnende oder warnende Worte mit Blick auf die staatspolitische Zielsetzung der NSDAP blieben aus. Es fiel kein Wort gegen die heraufziehende Diktatur und zugunsten

[323] OV vom 4.2.1932.

der parlamentarischen Demokratie, gegen die avisierte Revanchepolitik und zugunsten einer friedlichen Völkerverständigung oder gegen die arische Rassenlehre und zugunsten der Menschen- und Bürgerrechte. Der deutsche Episkopat blieb ausschließlich auf kulturpolitische Fragen fixiert und versperrte sich damit den Blick für den totalitären Macht- und Herrschaftsanspruch der NSDAP.[324] Das hatte politische Folgen für die entscheidenden Wochen und Monaten nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, die einen politischen Kurswechsel im deutschen Katholizismus einleiteten.

2.2. Der "Aufruf der katholischen Verbände" vom 16. Februar 1933

Die katholische Kirche behielt ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und ihr Bekenntnis zur deutschen Zentrumspartei bis zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 bei und gab erst danach ihre resistente Haltung auf. Der "Aufruf der katholischen Verbände" vom 16. Februar 1933 gilt als letzter katholischer Protest gegen den Nationalsozialismus in Deutschland. Er wurde am 18. Februar 1933 mit einem dreitägigen Verbot der gesamten katholischen Presse quittiert. Die für den Aufruf verantwortlichen katholischen Vereine und Verbände, die sich selbst als "die großen Volksverbände der deutschen Katholiken" bezeichneten, erklärten ausdrücklich ihren Kampf "gegen alle Formen des Bolschewismus" und erkannten im politischen Extremismus allgemein die größte Gefahr für den inneren Frieden, verwahrten sich aber gegen jeden Verfassungsbruch:

> "Wir erklären, daß wir den Kampf führen werden gegen alle Formen des Bolschewismus.
> Wer unser Land und Volk erhalten, wer der Nation wahrhaft dienen will, muß mit uns heute bekennen: Deutschland darf nicht den Extremen ausgeliefert werden.
> Rettung kann nur werden aus dem Geiste einer starken, eigenwüchsigen und schöpferischen **Mitte**, einer politischen Mitte, die ihre Ziele setzt nach unveränderten Normen für die staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung.
> Das katholische Volk aller Lebens= und Berufsstände fühlt sich als unzerstörbaren Träger einer solchen Ordnung. Darum verurteilen seine Vertreter jede Politik, die die Bahnen des Rechtes und der Gerechtigkeit verläßt. Uns ist Freiheit ein hohes Gut. Wir kämpfen im Geiste der großen Papstenzykliken gegenüber unchristlichem Staatsabsolutismus für die Selbständigkeit volkhafter Lebensordnung in Familie und Gemeinde, in Beruf und Stand, in Stamm und Landschaft. Wir wollen die Erhaltung des Rechtes im öffentlichen Leben, die Heilighaltung des Verfassungseides, die Wahrung der staatsbürgerlichen und sozialen Grundrechte der Reichsverfassung.

[324] DENZLER, Kirchen 1, S. 29.

> Zu diesem Einsatz aller geistigen und staatsbürgerlichen Kräfte für **Verständigung, Versöhnung, Ausgleich, für Rechtsordnung, Wirtschafts= und Kulturordnung** rufen wir alle auf."[325]

Die Warnungen, die der Aufruf der katholischen Verbände und Vereine enthielt, gingen über moralische und theologische Bedenken weit hinaus und verwahrten sich nachdrücklich gegen einen Bruch der Weimarer Verfassung. In der gleichen Ausgabe der Tageszeitung fand sich ein "Mahnruf" des Freiburger Erzbischofs Conrad Gröber unter dem Titel "Wahrt den Frieden!" Darin forderte Gröber "alle überzeugungstreuen Katholiken auf, sich mit christlichem Hoffen um ihren Oberhirten zu scharen und nach Kräften dafür zu sorgen, daß Lüge und Verleumdung, die Verhetzung und der Haß, die Gewaltakte und der Mord nicht weiter den deutschen Namen beflecken." Am Ende des Hirtenschreibens ordnete der Erzbischof an, "daß an jedem Sonntag nach der Predigt ein Gebet für den inneren Frieden unseres Volkes gemeinsam zu verrichten ist."[326] In dieser konsequenten Haltung unterstützten deutsche Bischöfe auch die Zentrumspartei und forderten sie auf, sich politisch nicht beirren zu lassen.[327] Erst der massiven Intervention durch führende Repräsentanten des organisierten Katholizismus in Deutschland gelang es, Göring zur Rücknahme des Verbots zu veranlassen. Die Erklärung des preußischen Pressedienstes, die das inzwischen aufgehobene Verbot begründete, kompromittierte den deutschen Katholizismus politisch erheblich:

---

[325] MT vom 17.2.1933. Der Aufruf wurde nur auszugsweise auf Seite 2 unten veröffentlicht. Unterzeichnet wurde er vom Reichsverband katholischer Arbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands, Verband katholischer Beamtenvereine Deutschlands, vom Katholischen Deutschen Frauenbund, Katholischen Gesellenverein, vom Zentralverband der katholischen Jungfrauenvereine Deutschlands, Katholischen Jungmännerverband Deutschlands, vom Verband katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, vom Jugendbund im Verbande katholischer kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches, vom Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, vom Verband der katholischen Frauen- und Müttervereine Deutschlands und von der Katholischen Werkjugend.

[326] MT vom 17.2.1933.

[327] Einen Tag vor der Landtagswahl am 17. Mai 1931 in Oldenburg gab die Vechtaer OV einen Artikel aus der "Ermländischen Zeitung" vom 26. Februar 1931 wieder. Nach diesem Bericht hatte Diözesanbischof Maximilian sich an den Provinzialausschuß der Ostpreußischen Zentrumspartei gewandt und ihm versichert, "daß er vorbehaltlos und ohne Einschränkung für seine Person sich das Programm des Zentrums zu eigen" mache. Es sei sein "lebhafter Wunsch, daß alle seine Diözesanen diese Gesinnung ebenfalls teilen, und daß diejenigen, die - gewiß in guter Meinung - vom Zentrum sich trennten und anderen Parteien sich zuwandten, wieder den Weg zurückfinden." Den Grund erkannte der Bischof in der aktuellen politischen Lage: "Mann für Mann und Frau für Frau mögen dem Zentrum die Treue halten. Es handelt sich geradezu um die Existenz des Vaterlandes, um sein und der Kirche Wohlergehen." (OV vom 16.5.1931)

> "Der Aufruf stellt einen unqualifizierten Angriff auf die Reichsregierung dar. Er ist von Verbänden unterzeichnet, die der Zentrumspartei aufs engste verbunden sind oder einen Bestandteil von ihr bilden. Die Behauptung jedoch, daß durch dieses Verbot ein Kampf gegen den katholischen deutschen Volksteil beginne, ist eine böswillige und unwahre Unterstellung. Keine Regierung, die sich nicht selbst aufgeben will, kann sich eine derartige Herabsetzung bieten lassen. Da jedoch die betroffenen Zeitungen in ihrer eigenen Politik sich Herabsetzungen von der Art des Aufrufs enthalten haben, hat der Kommissar des Reiches für das Ministerium des Innern das Verbot auf drei Tage beschränkt."[328]

Die Ablehnung des Nationalsozialismus und die Treue zum Zentrum stellten vor den letzten halbwegs freien Reichstagswahlen ein politisches Junktim dar, wie die Annäherung zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus nach dem 5. März 1933 deutlich machte. Am 18. Februar 1933 gab die Cloppenburger MT eine "Oberhirtliche Kundgebung zu den bevorstehenden Wahlen" wieder, die "die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten der Diözesen" in Deutschland verabschiedet hatten. Darin hieß es:

> "Wir erneuern daher unsere Mahnung:
> Wählet Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Hütet Euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens der katholischen Kirche nicht würdig sind.
> Schöpfet Eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern.
> Das ist die Mahnung Eurer Bischöfe, die nicht den politischen Parteikampf in das Heiligtum der Kirche tragen wollen, doch an Ereignissen, die für Vaterland und Kirche von so tiefer Bedeutung sind, nicht ohne ein Wort der Mahnung vorübergehen wollen."[329]

Der katholischen Basis in Südoldenburg waren die Weck- und Mahnrufe der katholischen Bischöfe wesentlich gegenwärtiger und näher als die programmatischen Erklärungen und Interpretationen des nationalsozialistischen Parteiprogramms, die von der Parteileitung bereitgestellt wurden, um die Vorbehalte der katholischen Wählerschaft auszuräumen. Auf der traditionellen Arbeiterwallfahrt nach Bethen am 10. Mai 1931, an der nach dem Bericht der Vechtaer OV 1 000 katholische Arbeiter aus dem Offizialatsbezirk teilnahmen, unterrichte Diözesanpräses Konermann aus Münster die Versammlung über die Aufgaben der katholischen Arbeitervereine in einer politischen Gegenwart, in der wirtschaftliche Not und materielle Entbehrungen sowie politi

---

[328] MT vom 20.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 106.
[329] MT vom 18.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 105.

scher Radikalismus den sozialen Frieden gefährdeten. Von rechts und links träten "im Zeitalter der Maschine" Propheten auf, die den Menschen den christlichen Glauben aus dem Herzen nehmen wollten. An die Adresse der nationalsozialistischen Bewegung richtete Konermann die eindeutige Mahnung: "Vom Hakenkreuz kann für uns nur das Wort gelten: Brecht dem Kreuz die Haken aus, macht ein Christenkreuz daraus." Die Vechtaer OV leitete ihren Bericht über die Arbeiterwallfahrt mit den Worten ein:

> "Notvoll ist die Zeit, schwere Sorgen überschatten die Familien, Haß und Zwietracht säend ziehen die irregeleiteten Jünger des Hakenkreuzes und des Sowjetsterns durch die Lande und rütteln an den Fundamenten der Ordnung und der christlichen Kultur. Sie bringen nicht das Heil, denn sie wandeln auf Wegen, die nicht christlich sind, die in das Chaos führen."[330]

Der Verzicht auf politische Tätigkeit, zu dem das katholische Verbands- und Vereinswesen gezwungen wurde, bedrohte auch die Existenz der Deutschen Zentrumspartei. Die ablehnende Haltung des deutschen Episkopats prägte maßgeblich noch bis zum Frühjahr 1933 die Wahlnorm der katholischen Bevölkerung zugunsten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, obwohl die NSDAP am 5. März 1933 auch in katholischen Regionen wie Südoldenburg beachtliche partielle Wahlerfolge erzielen konnte.

2.3. Die Trierer "Rockwallfahrt"

Ungeachtet der Gleichschaltungswelle, die sich in Südoldenburg ohne erkennbaren Widerstand vollzog, blieben die vielfältigen Formen katholischer Volksfrömmigkeit zunächst erhalten. In einem Beitrag zum "Herz=Jesu=Monat" Juni im "Jubeljahr 1933" äußerte die Cloppenburger MT noch die Hoffnung, daß sich die Einsicht in "die Notwendigkeit einer ungeheuchelten Rückkehr zu den christlichen Ueberlieferungen unseres Volkes" durchsetzen würde:

> "Aber es [das Volk] muß dann auch aufräumen mit der heidnischen Genußsucht, mit der schwächlichen Wehleidigkeit und der Verweichlichung der letzten Jahrzehnte."[331]

---

[330] OV vom 12.5.1931.
[331] MT vom 2.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 226.

Solche Äußerungen waren Programm. Die katholische Volksfrömmigkeit wurde im "Heiligen Jahre" 1933 außerordentlich belebt durch die Trierer Rockwallfahrt, die an die großen Massenwallfahrten der Jahre 1844 und 1891 erinnerte. Die "Ausstellung des Heiligen Rockes" im Trierer Dom fand vom 23. Juli bis zum 10. September 1933 statt.[332] An der Eröffnung der Ausstellung nahm Vizekanzler von Papen als Vertreter der Reichsregierung teil. Papen und der Trierer Bischof Dr. Franz Rudolf Bornewasser richteten aus diesem Anlaß ein Telegramm an Reichspräsident Hindenburg. Darin gaben sie ihrer Hoffnung Ausdruck, "daß die symbolische Feier der Zusammenarbeit von Kirche und Staat und dem Aufbau des Deutschen Reiches zum Segen gereichen wird". Von der Berührung des Rockes konnte die Heilung einer Krankheit als Wunder ausgehen.[333]

Die Teilnehmer an der "Wallfahrt zum Hl. Rock" im "Jubeljahr 1933, der 1900. Wiederkehr des Jahres unserer Erlösung", erhielten als Andenken ein "Pilger-Büchlein", das von der Wallfahrtsleitung Trier herausgegeben wurde und das Bild des "heiligen Rockes" als ein "Zeichen Christi, Zeichen des Leidens und des Heiles, Zeichen des Kampfes und der Ehre" deutete.[334] Am 9. September 1933 wurde die Wallfahrt zum Heiligen Rock mit einer feierlichen Prozession geschlossen und die Reliquie am folgenden Tage im Rahmen eines Pontifikalamtes wieder verhüllt. Rund 2,2 Millionen Pilger waren zur Ausstellung des Heiligen Rockes nach Trier gekommen. Die Schlußprozession, an der auch die politische Organisation der NSDAP teilnahm, geriet nach den Worten des Trierer Bischofs Dr. Bornewasser zu einer mächtigen Kundgebung des katholischen Glaubens. Als "die bedeutungsvollste Tatsache im neuen Deutschland" stellte Bischof Bornewasser heraus, daß die Wallfahrt auch ins Ausland "hineingewirkt" habe.[335]

In den Trierer Rockwallfahrten entwickelte sich nach Auffassung von Hermann-Josef Große Kracht "eine enge emotionale Bindung des einfachen Kirchenvolkes" an den ultramontanen Klerus und ein kollektives Identitäts

---

[332] MT vom 11.4.1933: Ausstellung des Heiligen Rockes in Trier.

[333] MT vom 25.7.1933. Am 10. August 1933 berichtete die Cloppenburger MT über die Heilung einer Schwerkranken aus der Pfalz, die Ärzte für unheilbar erklärt hatten. (MT vom 10.8.1933)

[334] Trier, Pilger-Büchlein, S. 1f. (Imprimatur vom 22. Juni 1933). In den genannten Jahren wurde in Trier ein ungeteiltes Gewand ausgestellt, das der historische Jesus getragen haben soll. Auf der Wallfahrt konnten verschiedene Ablässe gewonnen werden, die Papst Pius XI. für die "Trierer Heiligtumsfahrt" verliehen hatte.

[335] MT vom 11.9.1933.

muster, das prägend für den modernen Milieukatholizismus war.[336] Was Trier 1933 für große Teile des deutschen Katholizismus bedeutete, das war der Wallfhrtsort Bethen für den südoldenburgischen Katholizismus in den Anfangsjahren des "Dritten Reiches": ein geschützter Raum für katholische Massendemonstrationen, die einen latenten politischen Charakter hatten. Aus den Treue- und Glaubensdemonstrationen, die vielfach auf Wallfahrten, Prozessionen und kirchlichen Festen geübt wurden, erwuchs für die Gläubigen jedoch keine "handlungsleitende Kraft, die den Führermythos entlarvt hätte". Sie bildeten Räume politischer Resistenz und leiteten einen wichtigen Beitrag zur "partiellen Nichtanpassung, die aber nicht in einen breiten Widerspruch überging, sondern im beschränkten öffentlichen Bekenntnis und im sich verdichtenden religiösen Leben verblieb".[337] So konnten Konsens und Konflikt, politische Akklamation und Widerspruch nebeneinander bestehen. Allerdings, so Werner Freitag, stand die Kirche immer dann auf "verlorenem Posten", wenn es sich um Belange und Interessen handelte, die dem einzelnen mindestens ebenso wichtig waren wie Religion und Kirche im engeren Sinne: "Auch der Christ verehrte Hitler, wenn er ihn in nationalen und wirtschaftlichen Fragen für kompetent hielt." In diesem Falle stieg das kirchliche Fest zum "Forum gelegentlicher Widersetzlichkeiten und des Milieuegoismus" auf, tangierte aber nicht die politische Führung.[338] Das war auch in Südoldenburg der Fall.

[336] GROßE KRACHT, Kirche, S. 126ff.
[337] FREITAG, Führermythos, S. 50.
[338] Ebd., S. 45

3. Der Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland und seine Auswirkungen auf das katholische Milieu in Südoldenburg

3.1. Einleitung

Die Gleichschaltung des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg ist ohne die politischen Rahmenbedingungen, die im Jahre 1933 geschaffen wurden, nicht denkbar. Sie hat einen großen Teil ihrer Ursachen in der Niederlage des politischen Katholizismus in der "Nationalen Revolution" des Jahres 1933 und in der modernen Geschichte des deutschen Katholizismus. Die innere Entwicklung der katholischen Kirche in Deutschland bis 1933 ist über weite Strecken als Reaktion auf die umfassenden Modernisierungs- und Emanzipationsprozesse zu verstehen, die auf europäischer Ebene durch die Revolutionen auf politischem und ökonomischem Sektor ausgelöst und in ihrem Verlauf von tiefgreifenden Krisen und Einschnitten begleitet waren. Sie waren nach Thomas Nipperdey eine Ursache für die nationalsozialistische Machtübernahme, "aber determinierend oder gar allein determinierend" waren sie nicht. Unter Modernisierungskrise ist in diesem Zusammenhang eine "Diskrepanz zwischen modernen und vormodernen Elementen" zu verstehen, die in allen sich modernisierenden Gesellschaften anzutreffen ist. Die verzögerte politische Modernisierung und ihre sozialen Folgen, die Verfestigung bestimmter vormoderner sozialer Strukturen waren "eine wichtige Ursache der Spannungen und der Labilität der deutschen Gesellschaft" im 19. Jahrhundert und stellten für die Weimarer Republik eine schwere Belastung dar.[339] Der politische Modernisierungsprozeß erreichte mit dem Untergang der deutschen Monarchien im Herbst 1918 seinen Höhepunkt und führte zur Bildung des ersten demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates. Der politische Katholizismus stellte sich unter der Führung des Zentrums auf den Boden der neuen politischen Tatsachen und wirkte in den demokratischen Organen und Institutionen verdienstvoll mit, ohne sich mit dem politischen System von Weimar vorbehaltlos zu identifizieren. Dieses Dilemma der Zentrumspartei trat in der Ära Kaas offen zutage und konnte durch das Prinzip der geistlichen Führerschaft nicht behoben werden. Die Vergeistlichung der politischen Debatte war keine ausreichende Antwort auf die Staats- und Verfassungskrise am Ende der Weimarer Republik.

[339] NIPPERDEY, Geschichte, S. 65.

Der deutsche Katholizismus hatte die Revolution von 1918/19 nicht gewollt und war auf die demokratische Grundordnung der Weimarer Republik, auf deren Boden er sich im November 1918 stellte, weder politisch noch geistig vorbereitet. In der Staats- und Verfassungskrise am Ende der Republik leistete er politische Mithilfe, um das historische Erbe von 1789 aufzuheben, indem er sich mit dem NS-Staat arrangierte; der Weg dahin war schwer und heftig umstritten. Die im politischen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert als Reaktion auf die Französische Revolution ausgeprägte konservierte Staatstheorie überwand 1933 die demokratischen Zweifel und die rationale Skepsis und glaubte in einem autoritären System einen historischen Sieg über die europäische Moderne erringen zu können. Der latente Aufstand gegen die Moderne, dessen politische und geistige Führerschaft der Nationalsozialismus für sich reklamierte, stieß im politischen Katholizismus auf eine breite Resonanz, die ihn innerlich von der Weimar Republik trennte. Der inneren Abkehr folgte die äußere. Führende Repräsentanten der katholischen Kirche und des organisierten Katholizismus in Deutschland gelangten im Frühjahr 1933 offensichtlich zu der Überzeugung, den Auflösungsprozessen der Moderne, den vielfältigen Phänomenen von 'Zerfall' und 'Zersetzung', unter dem Protektorat einer autoritären Staatsführung wirksamer entgegentreten zu können als in einer Republik, die immer nur einen Teilwillen zum Ausdruck brachte.

Die Wahl Kaas' in den Vorsitz der Deutschen Zentrumspartei leitete einen Umschwung in der Zentrumspolitik ein, der im Vorfeld der nachtionalsozialistischen Machtübernahme voll zum Tragen kam. Der Trierer Domkapitular, Professor des Kirchenrechts und Päpstlicher Hausprälat Dr. Ludwig Kaas war am 8. Dezember 1928 überraschend zum Vorsitzenden der Zentrumspartei und damit zum Nachfolger von Wilhelm Marx gewählt worden. Kaas wurde mit 184 Stimmen gegen Josef Joos (Katholische Arbeiterbewegung) mit 92 und Adam Stegerwald (Christliche Gewerkschaften) mit 42 Stimmen gewählt. Damit hatte er sich gegen die sozialpolitischen Reformkräfte in der Partei durchgesetzt. Ludwig Kaas war seit 1920 kirchenrechtlicher und politischer Berater von Nuntius Pacelli. Dadurch war der Partei ein direkter Zugang zum Vatikan eröffnet.[340]

[340] SCHOLDER, Kirchen 1, S. 67f. Im Jahre 1930 hatte Cesare Orsenigo als Nachfolger von Eugenio Pacelli, der zum Kardinalstaatssekretär berufen worden war, die Berliner Nuntiatur übernommen. Kardinal Pacelli wurde am 2. März 1939 zum Papst gewählt und übte sein Pontifikat als Pius XII. bis 1958 aus.

Karsten Ruppert sieht in der Wahl Kaas' "vor allem anderen eine Verlegenheitslösung des Augenblicks: Es war der Glaube, daß ein Priester dem Zentrum am ehesten die zum Teil abhanden gekommene Sicherheit aus der Weltanschauung zurückgeben würde und daß der Mann, 'der durch seinen Stand über den Ständen steht', die Interessengegensätze ausgleichen könne." Den Hauptgrund für die Wahl von Kaas sieht Ruppert darin, "daß durch den Aufstieg des Radikalismus elementare Werte des Katholizismus wie Grundüberzeugungen der Zentrumspartei gefährdet wurden."[341] Nach Auffassung von Rudolf Morsey konnte mit der Wahl von Kaas das Prinzip der geistlichen Führerschaft über das der politischen einen wichtigen Sieg erringen. Das Zentrum setzte stärker als in der vorangegangenen Ära Wilhelm Marx (1922 - 1928) wieder auf "eine sichtbare Anlehnung an die Kirche".[342] Die politische Idee der "Nationalen Sammlung", die an die Parteien rechts vom Zentrum gerichtet war, war im sog. "Oktober-Appell" von Münster enthalten, mit dem Kaas am 17. Oktober 1932 den letzten Reichstagswahlkampf vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler eröffnete.[343] Es war Kaas' ganz persönliche Antwort auf die Bedrohung des Verfassungs- und Rechtsstaates von Weimar. Der "Zentrumsführer" rief auf der Großkundgebung in Münster zur Bildung einer "deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft" auf:

> "Wenn heute drei, vier, fünf politische Führer der verschiedenen Lager den Mut hätten, sich den aufrüttelnden Ernst der Stunde einzugestehen und aus der Erkenntnis dieses Ernstes zu dem Entschluß vorzustoßen, ihre ganze Autorität und den ganzen Einsatz ihres Führertums zu wagen, um ihre Gefolgschaft auf die Bildung einer deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft zu verpflichten, dann wäre die Durchbruchsschlacht deutscher Selbstbesinnung geschlagen."[344]

Konkrete Aufgabe der "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" war die Schaffung einer breiten parlamentarischen Basis, um auf legalem Wege eine autoritäre Verfassungsrevision herbeizuführen. Ziel blieb eine starke Regierung, die nicht länger vom Reichspräsidenten abhängig war, sondern verfassungsrechtlich legitimiert werden mußte. Dazu gab es für Kaas keine Alternative mehr. Sowohl für die parlamentarische Mehrheit wie für die Regierung, die sie tragen sollte, war die NSDAP seit den Juli-Wahlen unverzichtbar geworden.

---

[341] RUPPERT, Staat, S. 352-357: politische Charakteristik des Zentrumsvorsitzenden Kaas.
[342] MORSEY, Katholizismus, S. 18f.; MORSEY, Zentrumspartei, S. 285-287; DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 209.
[343] MORSEY, Katholizismus, S. 70ff.
[344] Zit. b. JUNKER, Zentrumspartei, S. 109, Anm. 144.

3.2. Kirchenpolitische Grundlagen im Offizialatsbezirk Oldenburg

Der politische Rahmen, der durch die Entscheidungen des deutschen Episkopats im Jahre 1933 gebildet wurde, stellte auch die Grundlage für die Beziehung der katholischen Kirche in Südoldenburg zu den in der Landeshauptstadt seit dem 16. Juni 1932 regierenden Nationalsozialisten dar. Die Wahl von Clemens August Graf von Galen zum neuen Bischof von Münster am 5. September 1933 löste allgemeine Überraschung aus; sie wurde am 11. September 1933 in Rom bekanntgegeben.[345] Sein Vorgänger im Amt, Bischof Johannes Poggenburg, war am 6. Januar 1933 gestorben. Seitdem hatte die Diözese unter einer ungewöhnlich langen Sedisvakanz gelitten. Sie war von Generalvikar Meis verwaltet worden, der dieses Amt seit 1923 bekleidet hatte und bis zum Ende der Amtszeit Galens weiterführte. Die Reichsregierung hatte keine Einwendungen gegen die Wahl Galens und versprach sich vom neuen Amtsinhaber eher einen willfährigen "Staatsbischof".[346] Aufgrund seiner nationalen Grundeinstellung suchte der neue Bischof von Münster nicht von vornherein den Konflikt mit der NS-Regierung. Am 7. Oktober 1933 teilte Galen Reichsinnenminister Frick seine Berufung zum Bischof von Münster mit und äußerte die Bitte, den nach Artikel 16 des Reichskonkordats vorgeschriebenen Treueid "in die Hand des Herrn Reichspräsidenten selbst ablegen zu dürfen", weil "es das erste Mal nach Abschluß des Konkordates sein wird, daß diese feierliche Handlung vollzogen wird".[347] Zu einer Begegnung mit dem Reichspräsidenten kam es jedoch nicht. Dem Treueid, den Graf von Galen am 19. Oktober 1933 in die Hand des preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring schwor, fügte der neue Diözesanbischof persönliche Worte hinzu:

> "Als deutschem Mann ist es mir stets nicht nur Pflicht, sondern auch Herzenssache gewesen, dem deutschen Volke, der Heimat, dem Vaterlande nach besten Kräften in Treue zu dienen. Als Christ kenne ich die Pflicht, die rechtmäßige Obrigkeit zu achten und zu ehren, wie es Christus und die Evangelien gebieten ... So darf ich hoffen, in vertrauensvoller Harmonie mit den Führern des deutschen Staatswesens durch gewis

---

[345] MT vom 12.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 369; Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 15, 13.9.1933, Titelseite; KUROPKA, Galen, S. 12: Münsterischer Anzeiger vom 22.9.1933 (Faksimile), S. 14: Kirchliches Amtsblatt vom 13.9.1933 (Faksimile).
[346] SCHRÖER, Bischöfe, S. 298ff.
[347] LÖFFLER, Galen 1, S. 13.

> senhafte Wahrnehmung der Pflichten meines bischöflichen Amtes zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes mitzuwirken." [348]

An der kirchlichen Inthronisation Galens im Dom zu Münster am 29. Oktober 1933 nahmen SA-Formationen mit Hakenkreuzfahnen teil.[349] Vertreter von Regierung und NSDAP würdigten "das Einvernehmen von Staat und Kirche im Zeichen des vor wenigen Wochen abgeschlossenen Reichskonkordats" und begrüßten die neue Eintracht von katholischer Kirche und Staat im nationalsozialistischen Deutschland.[350] Graf von Galen war in der Frage politischer Anpassung keine Ausnahme im deutschen Episkopat, sehr wohl aber in der Frage glaubensbegründeter Opposition gegen eine gottlose Staatsomnipotenz, als die er die NS-Diktatur stets betrachtete. Bischof Clemens August bezeichnete sich selbst in seinem ersten Hirtenbrief vom 28. Oktober 1933 als "Kind des Oldenburger Münsterlandes, des alten Niederstifts des Bistums," und erklärte, daß "der Gehorsam gegen den Papst, die vertrauensvolle Hingabe an die Leitung der heiligen Kirche und die Weisungen des Heiligen Stuhls" ihm auch in Zukunft "Leitstern und Richtschnur" für sein persönliches Leben und Wirken sein sollten, getreu dem Motto:

> "So habe ich es im Elternhaus gelernt, so will ich es halten bis zum letzten Atemzug."[351]

Das erste Hirtenschreiben Galens hatte zweifelsohne programmatischen Charakter und beschrieb "in nuce" seine Haltung gegenüber dem Totalitarismus

---

[348] SCHRÖER, Bischöfe, S. 300.

[349] DAMBERG, Moderne, S. 243f.; KUROPKA, Grundsätze, S. 38f. Nach Ansicht von Kuropka stellt "der Eindruck der Miterlebenden, abgeleitet vom SA-Spalier auf dem Domplatz und der Gratulation uniformierter Amtsträger zur Bischofsweihe", keine ausreichende Basis für die politische Einschätzung Galens dar. Kuropka zitiert aus dem in Mannheim erschienenen "Volksblatt" vom 17.9.1933, um der Bewertung Galens als einer "außergewöhnlich grundsatztreuen Persönlichkeit" Nachdruck zu verleihen: "Niemals ist dieser Priester in die Ebenen der Tagespolitik hinabgestiegen, wohl aber hat er jederzeit im politischen Leben des deutschen Katholizismus die Treue zu den katholischen Grundsätzen gefordert. [...] Grade dem Staat und dem gesamten Volke gegenüber sind wir ja alle von der Erkenntnis durchdrungen, daß der Katholizismus nur dann das neue Deutschland mit aufbauen kann, wenn er die granitnen ewigen Quader des göttlichen und des menschlichen Rechtes in die Fundamente hineinfügt."

[350] SCHRÖER, Bischöfe, S. 300.

[351] Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 20, 28.10.1933, S. 117-123; MT vom 30.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 404; KUROPKA, Galen, S. 19: Auszug; LÖFFLER, Galen 1, S. 29f.; auch zum folg. Clemens August Graf von Galen wurde am 16. März 1878 auf Burg Dinklage geboren. (Clemens August Kardinal von Galen vor 100 Jahren auf Burg Dinklage geboren, IN: VuL Jg. 40, Nr. 99, 1978, S. 4)

des nationalsozialistischen Regimes. Clemens August wählte den Satz "Nec laudibus, nec timore" zu seinem Wahlspruch.[352] Die von tiefem gläubigem Ernst getragenen Worte des Hirtenbriefes lesen sich heute noch wie das politische Credo eines katholischen Oberhirten, der sein Wächteramt kompromißlos wahrzunehmen gedachte:

> "Ihr [= Diözesanen] habt als Herde Christi ein Recht darauf, daß euch die göttliche geoffenbarte Wahrheit vollständig, unverändert und unverfälscht gepredigt wird. Ich will in meiner Lehrverkündigung niemals auch nur um ein Jota abweichen von der Lehre der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, welche 'die Säule und Grundfeste der Wahrheit ist'; ich will darüber wachen, daß kein Irrtum und keine Irrlehre sich in die Lehre und den Glauben der Münsterischen Kirche einschleiche. 'Weder Menschenlob noch Menschenfurcht soll mich jemals daran hindern.' Und sollte ich solch schleichendes Gift übersehen, und sollte ich selbst in menschlicher Schwäche jemals einem Irrtum in Glaubenssachen unterliegen, dann hoffe ich, daß der Nachfolger Petri auf dem Bischofsstuhl zu Rom mich zurechtweisen und euch vor Irrtum bewahren wird."

Dabei wende sich die Hirtengewalt nicht an den Verstand des Menschen, der sich im Glauben "der unfehlbaren Lehre der Kirche" unterwerfen müsse, sondern an den Willen, der sich im Gehorsam "der Wegweisung durch den Vorgesetzten" zu fügen habe. Wenn auch der Bischof sich in einem Einzelfall irren sollte "über die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer Anordnung" oder "der Untergebene in einem Einzelfall eine bessere Einsicht in die Zeitlage und ihre Erfordernisse zu haben" glaube, dürfe darüber doch niemals vergessen werden:

> "Wie der Papst in der Gesamtkirche und der Bischof in seiner Diözese für die Regierung der Kirche bestellt und verantwortlich ist, so sind die ihrer Hirtensorge anvertrauten Gläubigen bestellt und verantwortlich für den Gehorsam in der Kirche."

In diesen Gehorsam sah sich Clemens August in seinem neuen Amt als Diözesanbischof in einer besonderen Weise gestellt:

> "Euch in unbedingtem kindlichem Gehorsam gegen den obersten Hirten voranzugehen, ist meine, wie jedes katholischen Bischofs, selbstverständliche Pflicht!"

---

[352] KUROPKA, Grundsätze, S. 45-47. "Nicht Menschenlob, nicht Menschenfurcht soll uns bewegen!" hieß es im Wahlspruch Galens wörtlich. Nach Auffassung von Kuropka entsprach die Haltung Galens den Grundprinzipien, die er im Brief vom 25.1.1928 gegenüber seinem Freund Heinrich Holstein formuliert hatte: "Furchtloses Eintreten für die katholische Sache und für jedes Recht ... unabhängig von der Gunst oder Ungunst der jeweiligen Machthaber."

Galen war sich der kritischen Zeitumstände bewußt und rief die Diözesanen auf, Vertrauen zu ihren Oberhirten zu haben und ihren Weisungen gehorsamst zu folgen. Er bekannte sich zur persönlichen Verantwortung, die dem katholischen Bischof mit dem Amt übertragen wird; sie war für ihn nicht teilbar. Trotz seiner politischen Loyalität, die er nicht verbarg, war Galen auf Konflikte gefaßt und bereit, sie aus pastoraler Verantwortung zu bestehen:

> "Glaubt nicht, daß euere Bischöfe leichtfertig Maßnahmen oder Warnungen aussprechen, ohne Erkenntnis der Verhältnisse und der Schwierigkeiten, sie zu befolgen. Glaubt nicht, daß euere Bischöfe sorglos Gefahren übersehen, wenn sie noch schweigen, während ihr nach Wegführung verlangt! Seid versichert: zentnerschwer lastet jeden Tag das Bewußtsein der Verantwortung für euere Seelen auf ihnen, und sie wissen, daß sie ihre eigenen Seelen nicht retten können, wenn sie zur Unzeit schweigen oder sprechen. Gern werde ich von anderen, auch von Laien, auch von wohlmeinenden Andersgläubigen Informationen über die Zeiterscheinungen, Wünsche und auch guten Rat annehmen. Aber ich weiß, daß die Pflicht zur 'Entscheidung' über erforderliche Weisungen und Warnungen für meine Diözesanen auf mir allein und auf meinem Gewissen lastet, und von niemand mir abgenommen werden kann."

Auch seinen Diözesanen gegenüber bekannte sich Galen zur vollzogenen politischen Umwälzung in Deutschland und stellte sich ausdrücklich auf den Boden der Konkordatspolitik, in der Hoffnung, mit dem politischen Einfluß der neuen autoritären Staatsgewalt die Verchristlichung der deutschen Gesellschaft weiter vorantreiben zu können. In dieser Zuversicht teilte er den Irrtum der meisten katholischen Oberhirten, die in der Regierung Hitler einen politischen Bundesgenossen im Kampf gegen den moralischen Verfall in der säkularen zeitgenössischen Kultur erkennen zu können glaubten. Galens katholischer Glauben war fundamentalistisch und als solcher mit republikanischen Grundsätzen nur schwer zu vereinbaren. Seinem Widerspruch gegen "Parlamentsomnipotenz" und "Majoritätsabstimmung" liegt strukturell die Ablehnung des demokratischen Systems und der demokratischen Repräsentativverfassung zugrunde.[353] Ohne die Anerkennung des Majoritätsprinzips besteht keine Volkssouveränität auf der Basis demokratischer Verfassungen. Wie für die katholische Gesamtkirche waren für den neuen Bischof von Münster die weitreichenden Beschlüsse des Konzils von Trient (1545 - 1563)

[353] KUROPKA, Grundsätze, S. 39-42. Kuropka bemüht sich in diesem seinem neuesten Aufsatz über Galen darum, die Kritik am Antiliberalismus des neuen Bischofs von Münster abzuschwächen. Galen habe weder in der Hohenzollernmonarchie eine katholischen Grundsätzen adäquate Staatsform gesehen noch in der Weimarer Republik. Seine Kritik habe sich weniger gegen die Weimarer Demokratie gerichtet als vielmehr gegen "den Grundgedanken der Parlamentsomnipotenz und der Rechtssetzung durch Majoritätsabstimmung" (so Galen an Heinrich Holstein am 25.1.1923) überhaupt.

die fundamentalen Grundlagen seiner Theologie. Daran erinnerte Galen mehrmals in seinem ersten Fastenhirtenbrief vom 29. Januar 1934.[354] Die Reaktion der katholischen Kirche auf die Reformation enthielt nach Karl Gabriel eine folgenschwere Weichenstellung, die vor allem das Konzil von Trient bestimmte.[355] In Galens Opposition gegen die nationalsozialistische Schul- und Kulturpolitik blieb deshalb auch die Ablehnung des demokratischen Liberalismus enthalten. Auf einer Dechantenkonferenz in Münster am 19. April 1934 klärte Bischof Clemens August seinen persönlichen politischen Standort und grenzte sich sowohl gegen den Liberalismus als auch gegen die Machtüberschreitungen der herrschenden Amtsinhaber ab, weil er in ihnen einen Ausdruck staatlicher Omnipotenz erkannte:

> "Gegenüber dem Liberalismus, der die Freiheit des Individuums und der Menschheit von jeder Bindung verkündete, hat die Kirche stets das in Gott gegründete Recht der Autorität verteidigt."

Auf diesem Boden bewegte sich auch Galens Ablehnung der Revolution von 1918, die "sich gegen die bisherige staatliche Autorität" gerichtet und unter der kirchenfeindlichen "Fahne der Freiheit" gestanden habe. Große Hoffnungen hätten die katholischen Bischöfe auf die "Nationale Erhebung" des Jah

---

[354] OV vom 9.3.1934. Darin bekräftigte Galen ausdrücklich die Lehre von der Erbsünde und das Sakrament der heiligen Taufe, "welche in der Kraft des Sühnetodes Jesu Christi die Erbschuld in uns tilgt und die Kindheit Gottes uns vermittelt". Dieser Glauben war für die katholische Kirche von fundamentaler Bedeutung, weil auf ihm die Lehre von den heiligen Sakramenten beruhte, die von der Kirche verwaltet wurden und - wie das Beispiel der Taufe zeigt - für den einzelnen Katholiken zur Erlangung seines ewigen Seelenheils unverzichtbar waren.

[355] GABRIEL, Christentum, S. 92. Was den Primat des römisches Papstes betrifft, führte ein direkter Weg vom Konzil in Trient zum Ersten Vatikanischen Konzil in Rom (1869/70), das das sog. "Unfehlbarkeitsdogma" verabschiedete. Nach Karl Gabriel antwortete die katholische Kirche auf die Herausforderung der Reformation "mit einer engeren Bindung des Glaubensgutes an ihre institutionelle Struktur" und setzte gegen "Luthers Gewißheit aus dem Glauben allein" noch "die Gewißheit aus der sichtbaren Existenz der Kirche". Die tridentinische Synode nahm auf ihrer vierten Sitzung am 8. April 1546 "alle Bücher des Alten wie des Neuen Testamentes, da der eine Gott der Urheber beider ist, und die Überlieferungen selbst, die sich teils auf den Glauben, teils auf die Sitten beziehen, als von Christus oder dem h. Geiste wörtlich diktiert und in ununterbrochener Folge in der katholischen Kirche erhalten, mit der gleichen frommen Scheu und Ehrfurcht an". Damit forderte sie die absolute Unterwerfung unter die heiligen Glaubensgüter und das kirchliche Lehramt, das zuständig für die Überlieferung war. So wurde die vom katholischen Lehramt überlieferte Tradition und Sittenlehre auf eine Rangstufe mit der Offenbarung im Alten und Neuen Testament gesetzt und war autorisiert, unbedingten Gehorsam einzufordern. Verwaltet und vollzogen wird diese Autorität von der katholischen Orthodoxie und Hierarchie, an deren Spitze der römische Papst steht.

res 1933 gesetzt und den Worten des Reichskanzlers vom 23. März 1933 Vertrauen geschenkt:

> "Als daher nach der Machtergreifung durch Hitler dieser in feierlicher Stunde erklärte, daß das Christentum die Grundlage des neuen Staatsaufbaues werden solle, haben sie [die Bischöfe] nicht gezögert, im Vertrauen auf dieses Wort ihre Warnungen zurückzuziehen. Dieses Vertrauen der Bischöfe wurde noch verstärkt durch den schnellen Abschluß des Reichskonkordates, durch manche Maßnahmen und Anordnungen der neuen Regierung, z. B. Unterdrückung der Gottlosenpropaganda, Bekämpfung der Unsittlichkeit. Der Führer hat sein Wort verpfändet und nicht zurückgenommen. Es ist richtig und heilsam, sich bei passender Gelegenheit hierauf zu berufen. Der kath. Volksteil darf nicht aus Pessimismus die Hände müßig in den Schoß legen. Unsere heilige Pflicht ist es, besonders einzutreten: für die Reinerhaltung der übernatürlichen Wahrheit, für Gerechtigkeit in allen Beziehungen des menschlichen Lebens, für die Freiheit der Kirche zur Erfüllung ihrer heiligen Aufgabe."[356]

Clemens August blieb auf dem politischen Boden des Jahres 1933 und erklärte sich trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen einverstanden mit der historischen Entwicklung, die das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche nach dem demokratischen Provisorium der Weimarer Republik im Zuge der "Nationalen Revolution" genommen hatte. Die vielfältigen Phänomene der modernen Kultur faßte Galen unter dem Titel "Laizismus" zusammen. Dazu veröffentlichte der damalige Stadtpfarrer von St. Lamberti in Münster 1932 die Schrift "Die ‘Pest des Laizismus’ und ihre Erscheinungsformen. Erwägungen und Besorgnisse eines Seelsorgers über die religiös=sittliche Lage der deutschen Katholiken". Galen verurteilte darin die laizistische Haltung, die bereits große Teile der katholischen Bevölkerung erfaßt habe, und attackierte mit seiner Veröffentlichung den laizistischen Staat von Weimar und die laizistische Gesellschaft der Nachkriegszeit gleichermaßen. Damit stand er in der antimodernistischen und kulturskeptischen Traditionslinie der katholischen Kirche seit dem Anbruch der Moderne. Aufgrund der großen Verdienste Galens um die katholische Kirche im "Dritten Reich" und seines tapferen Eintretens für die Freiheit des katholischen Glaubens wurde 1956, zehn Jahre nach seinem Tod, das Seligsprechungsverfahren eingeleitet.[357]

---

[356] LÖFFLER, Galen 1, S. 82-87.

[357] Kirche und Leben 28/1996, S. 1. Die sog. Positio, die zusammenfassende Darstellung des Lebens und Wirkens Graf von Galens, der am 23. Dezember 1945 als bisher einziger Bischof von Münster in den Kardinalsrang erhoben wurde, wurde 1996 abgeschlossen.

Die Nachfolge des am 2. Februar 1933 verstorbenen Bischöflichen Offizials Lambert Meyer trat der Vechtaer Anstaltsgeistliche Franz Vorwerk an. Vorwerk wurde am 3. Oktober 1933 mit der Administratur des Offizialates beauftragt und von Bischof Clemens August am 14. November 1933 offiziell ernannt. Die Berufung von Franz Vorwerk wurde in seiner Heimat Südoldenburg allgemein begrüßt. Bischof Clemens August führte ihn am 6. Dezember 1933 in sein Amt ein. Zwei Tage zuvor, am 4. Dezember 1933, hatte Galen in Begleitung des neuen Offizials dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Carl Röver in Oldenburg einen förmlichen Antrittsbesuch abgestattet.[358] Bei seiner feierlichen Amtseinführung am 6. Dezember 1933 in Anwesenheit von Staatsminister Pauly sprach Vorwerk die politischen Konflikte zwischen der katholischen Kirche in Südoldenburg und dem oldenburgischen Staatsministerium bereits offen an. In seiner Rede, die trotz ihrer Kritik an der NS-Regierung in Oldenburg von der Cloppenburger MT wiedergeben wurde, bekannte sich Vorwerk unabhängig von den politischen Gegensätzen zur nationalen Erneuerung Deutschlands unter der Führung Adolf Hitlers und sprach sich für eine loyale politische Mit- und Zusammenarbeit aus. An Staatsminister Pauly gewandt, erklärte Vorwerk:

> "Wir haben uns durch unsere Zusammenarbeit schätzen gelernt, obwohl wir nicht immer die gleiche Anschauung hatten. Ich hoffe, ja ich weiß es, daß diese Zusammenarbeit so bleiben wird. Ihr Erscheinen zeigt mir auch heute den Willen, mit der Kirche zusammenzuarbeiten. Gerade die letzten Monate haben so manche Schwierigkeiten gebracht. Es wäre unrecht, wenn man erwarten wollte, daß nach der Neugestaltung sich alles ohne Reibung vollziehen könnte. Ich weiß aber auch andererseits, daß der Wille, die Schwierigkeiten aus dem Wege zu schaffen, um eine freundschaftliche Zusammenarbeit im Sinne Hitlers zu erreichen, bei Ihnen und bei uns vorhanden ist. Ich weiß, daß Sie der Kirche ihre Selbständigkeit lassen wollen. Wir sind unsererseits gewillt, an der Aufbauarbeit des Vaterlandes tatkräftig mitzuwirken."

Erwartungsgemäß widmete sich Vorwerk besonders der schulpolitischen Frage und bemühte sich auch hier um einen Ausgleich zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, wie sie Hitler in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 entworfen hatte:

> "Staat und Schule sind aufeinander angewiesen. Wenn wir heute an der Wende eines neuen Zeitalters stehen, in einem Umbruch, wo Neues sich gestalten will, dürfen wir nicht vergessen, daß die Religion das Fundament für das neue Volkstum sein muß. Nur ein Volk, das wurzelt im Ewigen, wurzelt auch in der Scholle. [...]

---

[358] HINXLAGE, Offizialat, S. 55f.; BAUMANN, Vorwerk, S. 298ff.

> Wir wollen dieses Zusammensein der staatlichen und kirchlichen Behörden in dem Sinne auffassen, daß Staat und Kirche in dieser Zeit treu und friedlich zusammenarbeiten wollen. Wir wollen die vaterländische Aufgabe zusammen erfüllen, den religiösen Grund zu schaffen, auf dem sich ein Volksleben allein aufbauen kann."[359]

Bischof Clemens August äußerte "die feste Zuversicht, daß er [Vorwerk] mit seinem lebendigen Empfinden auch für die vaterländischen Interessen der rechte Mann ist, um diesen Posten auszufüllen", und appellierte an die versammelten Träger der weltlichen und geistlichen Gewalt, gleichberechtigt und in friedfertiger Eintracht zum Wohle der Menschen zu wirken.[360] Die Nachfolge des durch die NS-Regierung in Oldenburg des Landes verwiesenen Franz Vorwerk trat am 3. April 1940 Johannes Pohlschneider an.[361] Seine Ernennung durch Bischof Clemens August wurde vom Staatsministerium jedoch nicht anerkannt.[362]

---

[359] MT vom 7.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 437f.

[360] MT vom 7.12.1933. Clemens August erinnerte in diesem Zusammenhang an den Besuch bei Ministerpräsident Röver in Oldenburg am 4. Dezember 1933: "Ich habe vorgestern mit dem Herrn Offizial Besuch gemacht in Oldenburg und habe festgestellt, daß auch dort der neue Offizial Vorwerk herzlich bewillkommt und begrüßt wurde."

[361] Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen NS-Staat und katholischer Kirche um die Aufhebung der katholischen Bekenntnisschulen und die Einführung von Gemeinschaftsschulen in Südoldenburg im Frühjahr 1938 wurde Offizial Vorwerk am 30. Juni 1938 des Landes verwiesen und gewaltsam nach Münster verbracht. Bischof Clemens August verfaßte noch am gleichen Tag ein Hirtenwort, mit dem er gegen die Ausweisung protestierte und das Läuten der Kirchenglocken in Oldenburg verbot (bis 1940). Demonstrativ ernannte Galen Franz Vorwerk zum residierenden Domkapitular in Münster. Nach erbitterten Kontoversen zwischen Oldenburg und Münster wurde Vorwerk am 4. Mai 1941 von der Gestapo in die "Verbannung" nach Brüel in Mecklenburg verschleppt. Dort hielt er sich bis Kriegsende auf. Die Ernennung des neuen Offizials Pohlschneider löste bei der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg Empörung aus, weil das Reichskirchenministerium seit mehr als zwei Jahren eine Vereinigung des Offizialats mit der Diözese Osnabrück betrieb. Am 1. Juni 1940 führte Bischof von Galen Dr. Pohlschneider in Vechta in sein Amt ein. Am 3. Juni 1940 forderte die Gestapo die Räumung des Offizialats, die am 11. Juni 1940 durch Strafgefangene aus Vechta vollzogen wurde. Am 13. Juni 1940 erhielt Pohlschneider die Mitteilung, daß die in der Konvention von Oliva (1830) vereinbarte sog. "Bauschsumme" gesperrt sei. Trotz der staatlichen Zwangsmaßnahmen übte der neue Offizial sein Amt bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges aus. (BRECHER, Bischof, S. 22ff.; HINXLAGE, Offizialat, S. 61ff.; BAUMANN, Vorwerk, S. 304ff.)

[362] Johannes Pohlschneider wurde am 18. April 1899 in Osterfeine, Gemeinde Damme, als Zweitältester von zwölf Geschwistern geboren. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Vechta und Münster studierte er nach dem Ersten Weltkrieg, an dem er noch im Frühjahr 1918 teilgenommen hatte, zunächst in Münster und dann am "Germanicum" in Innsbruck und Rom. Er promovierte in Philosophie und Theologie und wurde 1924 in der Lateranbasilika in Rom zum Priester geweiht. Pohlschneider war zunächst in Lutten bei Vechta als Vikar und seit 1928 als Kaplan in Oldenburg-Osternburg tätig. Bischof Michael Keller, der Nachfolger Galens, er-

In der spannungsreichen Polarität zwischen nationalstaatlicher Loyalität im allgemeinen und katholischem Widerspruch im besonderen politischen Falle schwankte die Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem "Dritten Reich" und prägte ihre Einstellung den neuen Machthabern gegenüber. In dieser Frage waren auf regionaler wie auf nationaler Ebene in der Beziehung zwischen der katholischen Kirche und der NS-Herrschaft keine gravierenden Differenzen zu erkennen. Das galt nach beiden Seiten auch für den südoldenburgischen Katholizismus, der sich in seiner Loyalität wie in seinem glaubensbegründeten Widerspruch ebenso verhielt wie andere katholische Regionen auch. Für die Annahme einer Sonderstellung Südoldenburgs gibt es auch nach der denkwürdigen historischen Leistung Graf von Galens und des "Kreuzkampfes" keinen Anlaß. Die politische Strategie, die der südoldenburgische Katholizismus befolgte, stimmte mit der von den Oberhirten der deutschen Diözesen im Laufe des Jahres 1933 festgelegten Linie überein: Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit und Appell zur moralischen Unterstützung des "Dritten Reiches", um zum Wohle der katholischen Kirche und ihrer Gläubigen Einfluß auf die politische Entwicklung zu nehmen und eine erneute Gettoisierung zu vermeiden. Diese Grundsätze galten auch für Bischof Clemens August und ‘seinen’ Offizial Vorwerk. Aus der Haltung positiver Mitarbeit heraus, so war die Überlegung in Münster wie in Vechta, ließ sich unter Berufung auf das Reichskonkordat der Kampf gegen politische Einzelentscheidungen von nationalsozialistischen Regierungen besser führen als aus der Position der Verweigerung, - wenn der Kampf denn geführt werden mußte. Daß sie ihn gegebenenfalls auf sich nehmen müßten, daran ließen Galen wie Vorwerk keinen Zweifel.

Bischof Clemens August von Münster und der Bischöfliche Offizial Franz Vorwerk waren fest im katholischen Traditionalismus verwurzelt, fühlten sich der katholischen Dogmatik und der christlichen Soziallehre verpflichtet und traten aus der selbstverständlichen Haltung des katholischen Seelsorgers unerschrocken für sie ein. Ihre Vorstellung von sozialer und politischer Ordnung war ständisch-korporativ angelegt und kollidierte zwangsläufig mit dem

---

nannte ihn 1948 zum Generalvikar. Sechs Jahre später wurde er zum Bischof von Aachen berufen; 1975 trat er von diesem Amt zurück. 1978 veröffentlichte Pohlschneider eine Arbeit über den nationalsozialistischen Kirchenkampf in Oldenburg, die vor allem auf seinen persönlichen Erinnerungen beruhte. Er starb am 7. März 1981. (BRECHER, Bischof, S. 13ff.; HINXLAGE, Offizialat, S. 65f.)

Wesen der Freiheit als dem immanenten Sinn politischen Handelns.[363] Als Galen und Vorwerk ihr Amt antraten, waren die wichtigsten kirchenpolitischen Entscheidungen bereits gefallen. Einen politischen Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland - einen sog. "Kirchenkampf" - haben sie nicht geführt. Er lag außerhalb ihres katholischen Selbstverständnisses, das seit 1933 nachdrücklicher als je zuvor auf eine Scheidung der geistlichen von der politischen Sphäre bedacht war, um die Integrität der katholischen Kirche zu retten; sie war überlebenswichtig. Das belegen die zahlreichen Kundgebungen, die von 1930 bis 1933 zur Klärung des Verhältnisses zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus publiziert wurden.

3.3. Für Staat und Nation

In den Entscheidungen des deutschen Episkopats im Frühjahr 1933 kulminierte die Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland und scheiterte an einem konservativen Staats- und Politikbegriff, der sich am ideellen Entwurf einer christlichen Staats- und Gesellschaftsordnung orientierte und die demokratischen Grundlagen des Rechts- und Verfassungsstaates in der Weimarer Republik ignorierte. Die Erfolge der "Nationalen Revolution" und erste Anzeichen der politischen Gleichschaltung im Frühjahr 1933 stürzten den politischen Katholizismus in eine tiefe Krise. Diese dramatische Lage sprach der Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, der zugleich auch Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz war, in einem Brief an Reichspräsident Hindenburg vom 10. März 1933 an, nur wenige Tage nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Darin beschwor er die Rettung des christlichen Glaubens und der katholischen Kirche und betonte ihre große Bedeutung für den Bestand von Staat und Nation; das habe auch für die Zukunft zu gelten. Die politische Bedrängnis, der Bertram sich ausgesetzt sah, wurde in der sorgenvollen Frage an Hindenburg deutlich, "ob die zur Macht gelangte Bewegung vor dem Heiligtum der Kirche und vor der Stellung der Kirche im öffentlichen Leben Halt machen werde". Was 1933 zum "Heiligtum der Kirche", für die Bertram nachhaltig "Sicherheit von Recht und Gerechtigkeit und von gesetzlich verbürgter Freiheit" forderte, im einzelnen gehörte, geht aus dem Schreiben eindeutig hervor:

---

[363] ARENDT, Politik, S. 85. Auf die Frage nach dem Sinn von Politik gibt Hannah Arendt eine einfache und in sich schlüssige Antwort: "Der Sinn von Politik ist Freiheit."

"Eure Exzellenz wissen aus reichster Lebenserfahrung und aus den zweitausendjährigen Zeugnissen der Geschichte, daß die Heiligkeit des christlichen Glaubens, der religiösen Übung und Überzeugung zu den unantastbaren Gütern gehört. Wie die Kirche ihrerseits von den rein politischen Angelegenheiten sich fernhält und nicht mit politischen Kampforganisationen Gemeinschaft macht, diese auch nicht in ihr Heiligtum eindringen läßt, so ist auch ihr Innenleben und ihr Wirken jeder weltlichen Macht entzogen.
Eure Exzellenz wissen ferner, daß die Kirche in der reichsten Entfaltung des vielseitigen Ordenslebens und Vereinslebens in unserem Vaterlande den segensreichsten Einfluß auf alle Kreise des Volkes im karitativen, kulturellen und sozialen Leben, in Anleitung zur Treue gegen Volk, Staat und Obrigkeit und ganz besonders auf die religiös-sittliche Jugenderziehung geübt hat. Daß das alles schwerster Gefährdung ausgesetzt werden wird, ist inmitten der sich überstürzenden Ereignisse die Befürchtung weitester Kreise des katholischen Volkes. Die Stunde ist gekommen, wo wir uns an das Reichsoberhaupt wenden müssen mit der dringenden Bitte um Schutz für Kirche und kirchliches Leben und Wirken."[364]

Zur politischen Rettung der heiligsten Güter erklärte sich Kardinal Bertram namens der katholischen Kirche zu einem Opfer bereit. Er schlug im Schreiben an Hindenburg bereits am 10. März 1933 eine Trennung der weltlichen und geistlichen Sphäre vor, wie sie später im Reichskonkordat verankert wurde. Die Gründe für das politische Einvernehmen zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, das im Frühjahr 1933 erzielt werden konnte, liegen nicht in erster Linie in einer öffentlichen Akklamation der 'Hitler-Partei', sondern in einer Abwehrstellung gegen den säkularen Modernismus begründet, als deren politischer und gesellschaftlicher Repräsentant dem politischen Katholizismus immer mehr die demokratischen Organe und Institutionen der Weimarer Republik erschienen. Die NS-Bewegung - das zeigt auch das Beispiel Südoldenburg - stieß im Katholizismus nicht von vornherein auf positive Resonanz, sondern mobilisierte einen diffusen Komplex von antirepublikanischen Ressentiments und moralischen Prätentionen, der sich mit dem modernen politischen und gesellschaftlichen System der Weimarer Republik innerlich nicht aussöhnen ließ. Der politische Katholizismus in Deutschland strebte in der Endphase der Weimarer Republik einen christlichen Totalkonsens im Sinne geistiger Führerschaft an und verlor darüber die notwendigen politischen Voraussetzungen für den Fortbestand des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates immer mehr aus den Augen. Er verabsolutierte bestimmte Politikinhalte und beanspruchte für sie den Rang von eschatologischer Wahrheit. Dadurch beraubte er sich selbst seiner Freiheit, die nach seinem dogmatischen Verständnis in diesem Falle nichts

[364] MICHAELIS, Ursachen 9, S. 537f.

anderes als den Irrtum und seine Verbreitung geduldet hätte. Die Folge davon war, daß abweichende Interessen und Meinungen als illegitim betrachtet wurden und nicht mehr zur politischen Verhandlung anstanden. Im Hinblick auf die Verfassungsfrage kam dem Unterschied zwischen weltanschaulichem Totalkonsens und politischem Grundkonsens nach Dieter Grimm eine große Bedeutung zu, die in der Endphase der Weimarer Republik im deutschen Katholizismus deutlich zu registrieren war:

> "Die hinter dem Totalkonsens stehende Wahrheit tendiert dazu, die Verfassung zu relativieren und sich im Konfliktfall gegen diese durchzusetzen. Dagegen ist der in der Verfassung niedergelegte Grundkonsens nicht Ausdruck einer vorgegebenen Wahrheit, sondern eines Einverständnisses von Konkurrenten. Politische Herrschaft bezieht dann nicht aus der Wahrheit ihre eigentliche Legitimation und kann diese daher auch nicht gegen die Verfassung ausspielen. Legitime Herrschaft wird vielmehr durch die Verfassung erst konstituiert und bleibt an sie gebunden. Was die Verfassung regelt, ist nicht mehr Thema, sondern Prämisse von Politik."[365]

Die politische Theologie, der der deutsche Episkopat 1933 folgte, unterschied strikt zwischen naturrechtlichen Grundsätzen staatlicher Ordnung, die außerhalb der Geschichte standen, und den vom Naturrecht nicht abhängigen und daher dem geschichtlichen Wechsel unterliegenden konkreten Staats- und Verfassungsnormen; diesen gegenüber hatte sich die katholische Staatslehre unter Berufung auf Röm. 13 stets neutral verhalten. Danach war Christen aus religiösen Motiven grundsätzlich die Teilhabe an einem revolutionären Umsturz untersagt, nicht aber ihre Auflehnung gegen Befehle der Obrigkeit, die ihren Pflichten als Christen widersprachen[366] Das hatte Folgen für die Stellung der katholischen Kirche im "Dritten Reich". Die Staatsvorstel

---

[365] GRIMM, Konsens, S. 37.

[366] In einer Edition der Paulus-Briefe aus dem Jahre 1919 hatte Röm. 13, 1-3 folgende Fassung: "Jedermann sei der obrigkeitlichen Gewalt untertan! Denn es gibt keine Gewalt außer von Gott, die bestehenden aber sind von Gott angeordnet. Also leistet der, der sich der Gewalt widersetzt, gegen Gottes Anordnung Widerstand; die Widerstand Leistenden werden sich aber das Gericht zuziehen. Denn die Herrscher bilden nicht für das gute, sondern für das böse Werk (einen Gegenstand der) Furcht. Du willst aber ohne Furcht vor der Gewalt sein; (gut, dann) tue das Gute und du wirst Lob von ihrer Seite bekommen." In den Anmerkungen erläutert der Breslauer Theologe Joseph Sickenberger diesen Abschnitt mit den Worten: "Die Forderung, mit allen Menschen in Eintracht zu leben, führt Paulus dazu, den Christen auch ihre Pflichten gegenüber den Gewalthabern, die sie regieren [...], einzuschärfen. [...] Der Grund ist ein durchaus religiöser. Nur durch Gottes Fügung sind die Obrigkeiten zu ihrer Gewalt gekommen [...]. Die Folge ist, daß ein Revolutionär sich Ungehorsam gegenüber Gottes Fügungen zu schulden kommen läßt und demgemäß auch von seiten Gottes beim Gericht bestraft werden wird. [...] daß damit Paulus nicht Gehorsam gegen schlechte obrigkeitliche Befehle predigt und ordnungsmäßige Umwälzungen im staatlichen Leben nicht verbietet." (SICKENBERGER, Briefe, S. 248)

lung der katholischen Kirche beruhte auf der "Nikomachischen Ethik" (Nikomacheia) und der "Politik" (Politika) des Aristoteles (384 - 322 v. Chr.). Danach bestand das höchste Gut in der Glückseligkeit (Eudaimonia) und war nur durch ein Leben mit anderen zusammen im Staat zu erreichen, weil der Mensch von Natur aus den Trieb zur Gemeinschaft in sich trägt. Der Staat ist ein der Familie und der Dorfgemeinschaft übergeordnetes Gemeinwesen, dessen Ziel in der Erhaltung, Sicherung und Vervollkommnung des physischen und ethischen Lebens ist. Was die staatliche Gewalt für das irdische Heil, war nach katholischer Lehre die hl. Kirche für das ewige Seelenheil des Menschen, wobei die kirchliche vor der weltlichen Gewalt wegen des höheren Gutes Vorrang genoß. Beide Obrigkeiten waren von Gottes Gnaden und genossen somit eine metaphysische Legitimation. Diese bildete die Grundlage für die Einheit von Thron und Altar, die - in ihrer Geschichte heftig umkämpft - in der europäischen Aufklärung dem demokratischen Legitimationsprinzip weichen mußte und in der Französischen Revolution ihren historischen Niedergang erfuhr. Rudimente dieser sakralen Welt, die der mittelalterliche ORDO umfaßte, ragten freilich noch weit in das 20. Jahrhundert hinein und führten zu historischen Ungleichzeitigkeiten, die gravierende gesellschaftliche und politische Instabilitäten zur Folge hatten. Am Horizont der Erinnerung erschien immer wieder die universale Einheit von Glauben und Politik, die historisch längst überwunden war. Diese theoretischen Grundlagen bildeten die geistigen Voraussetzungen für den politischen Kurswechsel des deutschen Episkopats im Frühjahr 1933 und stellten auch den Bezugsrahmen für das ambivalente Verhältnis des südoldenburgischen Katholizismus zum NS-Regime her: Es wurde wiederholt und ernsthaft belastet, büßte aber seine politische Funktionsfähigkeit nicht ein.

Die konservativen Überlegungen zum "Staat an sich", der in der politischen Theologie eine herausragende Rolle gespielt hatte, entfalteten im Frühjahr 1933 ihre volle Wirkung und bildeten auch die staatstheoretische Grundlage für die Verständigung zwischen der katholischen Kirche und der nationalsozialistischen Regierung, die in den Konkordatsverhandlungen ihren Höhepunkt erreichte. Dieser "Staat an sich" entwickelte sich seit dem Frühjahr 1933 unter Duldung oder Zustimmung einflußreicher Kreise im politischen Katholizismus zu einer modernen Diktatur, die den Staat zerstörte, indem sie sich über sein verfaßtes Recht und sein Gesetz hinwegsetzte. Der Begriff der "politischen Theologie", der in den 1920er Jahren vom rechtskonservativen deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt in die wissenschaftliche Diskussion eingebracht worden war, beschrieb eine dezisionistische und dualistische

Anschauung vom Staat, die nicht auf Kriterien des politischen Rationalismus beruhte, sondern auf geoffenbarten Grundsätzen eines vorgestellten Glaubens. Mit dem Begriff der "politischen Theologie" stellte Schmitt dem immanenten Politik-Begriff in der Tradition der westeuropäischen Aufklärung eine transzendente politische Glaubenswelt gegenüber, die in der Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland am Ende der Weimarer Republik voll zum Tragen kam und sich in der Kapitulation vor dem Nationalsozialismus historisch auf tragische Weise erledigte. Für Carl Schmitt manifestierte sich der Untergang der politischen Theologie, die ihren Ursprung im Unpolitischen hatte, im Totalitarismus der nationalsozialistischen Revolution, wenn er in einer Vorbemerkung zur zweiten Ausgabe seiner "Politischen Theologie" im November 1933 notiert:

> "Inzwischen haben wir das Politische als das Totale erkannt und wissen infolgedessen auch, daß die Entscheidung darüber, ob etwas unpolitisch ist, immer eine politische Entscheidung bedeutet, gleichgültig wer sie trifft und mit welchen Beweisgründen sie sich umkleidet. Das gilt auch für die Frage, ob eine bestimmte Theologie politische oder unpolitische Theologie ist."[367]

Die staatstheoretischen Überlegungen, die Carl Schmitt zur Lehre von der politischen Souveränität anstellte, enthalten hilfreiche Ansätze, um das ambivalente Verhältnis zwischen dem Nationalsozialismus und dem politischen Katholizismus zu erklären und katholische Sympathien für eine autoritäre Lösung der deutschen Verfassungs- und Staatskrise am Ende der Weimarer Republik - für die Einwilligung in den permanenten politischen Ausnahmezustand - theoretisch zu begründen. Die Totalität des Politischen, die kein anderes Kriterium des Politischen denken konnte als das Politische selbst, widersprach jener Trennung von Staat und Gesellschaft, die zu den großen geistigen Errungenschaften des politischen Rationalismus gezählt hatte. Der Glaube an die Totalität des Politischen, den der Nationalsozialismus intentional teilte, stellte den Versuch dar, die komplexe Krisenlage am Ende der Weimarer Republik durch die Aufhebung der Trennung von Staat und Gesellschaft zu bewältigen. In seiner omnipotenten Übersteigerung erfuhr er aber auch einen qualitativen Umschwung ins Unpolitische.[368] Die

---

[367] SCHMITT, Theologie, S. 8f. Die erste Ausgabe war 1922 erschienen.

[368] BUCHHEIM, Herrschaft, S. 83f. Hans Buchheim beschreibt diesen qualitativen Umschwung, der sich nach dem 23. März 1933 vollzog, und erklärt seine scheinbare Widersprüchlichkeit: "Es ist ein außerordentlich wichtiger Tatbestand, den wir im Umgang mit totalitären Mächten viel zu wenig berücksichtigen, daß diese zwar scheinbar das ganze Leben politisieren und auch immer von ‘Politik’ reden, in Wirklichkeit aber die Politik in ihren Fundamenten zerstören.

Ideologie der "Volksgemeinschaft", die als "wahre" Volksgemeinschaft auch in katholischen Milieus kolportiert wurde, schloß nach Möglichkeit eine vom Staat unabhängige gesellschaftliche Sphäre ganz aus und zielte auf den totalen Staat. Der Totalitarismus genoß als politisches Konfliktlösungsmodell im deutschen Katholizismus große Sympathien und manövrierte ihn in eine brisante ideologische Nachbarschaft zum Nationalsozialismus. Am Ende dieser historischen Entwicklung war das politische Vermächtnis der Französischen Revolution vollends außer Kraft gesetzt, das in der "Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte" vom 26. August 1789 die Existenz eines Rechtsstaates und die Anerkennung der Gewaltenteilung zu den unabdingbaren Voraussetzungen einer politischen Konstitution erklärt hatte.[369] Eine politische Konstitution existierte in Deutschland am Abend des 23. März 1933 nicht mehr. Eine Rückkehr zu den Traditionsbeständen politischer Theologie, wie sie vor 1933 vorzufinden gewesen waren, verbot sich nach dem Untergang der nationalsozialistischen Diktatur wie von selbst, und Versuche in dieser Richtung blieben auf Dauer ohne Erfolg.

In den Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Hl. Stuhl und der nationalsozialistischen Regierung wurde die politische Vertretung des organisierten Katholizismus in Deutschland, das Zentrum, bereits im Frühjahr 1933 zur Disposition gestellt; ihre Ausschaltung aus dem politischen Leben wurde mit der Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 vollzogen. Dadurch wurde das katholische Milieu in Südoldenburg seines politischen Identifikationspartners beraubt, mit dem es über 60 Jahre eng verbunden gewesen war. Ihrem politischen Wesen nach handelte es sich bei der Konkordatspolitik des Hl. Stuhls um den Versuch, die katholischen Interessen unter Umgehung gesellschaftlicher wie politischer Konkurrenz- und Partizipationsstrukturen dem moralischen Patronat des "Dritten Reiches" anzuvertrauen und in einer neuen naturrechtlich motivierten Einheit von Thron und Altar zu entpolitisieren. Dieser Versuch ist Adolf Hitler gelungen.[370] Durch die Einigung

---

Gewiß werden die Menschen vom totalitären Regime unausgesetzt in Anspruch genommen, und ihr Leben wird bis in die persönlichsten Bereiche hinein erfaßt; doch ist das keine Politisierung, sondern gerade eine Entpolitisierung, weil dadurch die Quellen des politischen Lebens verschüttet werden."

[369] In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte hieß es: "Eine Gesellschaft, in der die Verbürgung der Rechte nicht gesichert und die Gewaltenteilung nicht festgelegt ist, hat keine Verfassung." (GRAB, Revolution, S. 39)

[370] JUNKER, Zentrumspartei, S. 203f. Detlef Junker betont "die dominierende Rolle Hitlers" in den Konkordatsverhandlungen, der "nachdrücklich auf einer eindeutigen und klaren Entscheidung der für ihn wichtigsten Konzessionen in den Artikeln 31 und 32" bestanden habe. Der

der katholischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Regime in der Konkordatspolitik wurde der Handlungsspielraum des südoldenburgischen Klerus und der Kirchenleitung, des Bischöflichen Offizials in Vechta und des Diözesanbischofs von Münster, erheblich eingeschränkt, die katholische Basis spürbar verunsichert und letztlich isoliert. Das hatte negative Folgen für mögliche Oppositionshaltungen gegen das Regime, die im katholischen Milieu Südoldenburgs vor allem von katholischen Geistlichen geübt wurden und im christlichen Glauben begründet waren. Außerdem wurde die Gleichschaltung dadurch begünstigt, daß die Katholiken in Südoldenburg sich zu diesem Zeitpunkt nicht auf eine funktionsfähige Kirchenleitung stützen konnten: Das Amt des Diözesanbischofs in Münster und das des Bischöflichen Offizials in Vechta wurden erst im Herbst 1933 wieder besetzt. Zu diesem Zeitpunkt waren die vielfältigen Gleichschaltungsprozesse in Südoldenburg schon zum Abschluß gekommen und hatten politische Fakten geschaffen.

3.4. Das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus im Jahre 1933

Die NSDAP bemühte sich, die von katholischer Seite gegen sie vorgetragenen moralischen Bedenken zu zerstreuen und die Abwehrhaltung der katholischen Kirche ideologisch zu unterwandern. Gewissermaßen parteiamtlich erläuterte Gottfried Feder den in der katholischen Bevölkerung besonders umstrittenen Artikel 24 des nationalsozialistischen Programms, das das Motto "Die Partei als solche steht auf dem Boden des positiven Christentums" enthielt.[371] Feder setzte sich für eine strikte Trennung von Religion und Politik ein:

> "Im übrigen muß es Grundsatz für den Nationalsozialisten sein, ‘religiöse’ Fragen nicht in allgemeine politische Aussprachen hineinzuziehen. [...] Alle Fragen, Hoffnungen

---

Artikel 31 enthielt die Bestimmungen den Schutz der katholischen Verbände, der Artikel 32 die über die Entpolitisierung der Geistlichen. Seiner Kompromißlosigkeit sei es zuzuschreiben, daß der Vatikan zu diesen weitreichenden Zugeständnissen schließlich bereit gewesen sei.

[371] FEDER, Programm, S. 22. Der Artikel 24 des Parteiprogramms der NSDAP vom 25. Februar 1920 lautete exakt: "Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits= und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie kämpft gegen den jüdisch=materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: **Gemeinnutz vor Eigennutz.**"

> und Wünsche, ob das deutsche Volk dereinst einmal eine neue Form finden wird für seine Gotterkenntnis und sein Gotterleben, gehören nicht hierher, das sind Dinge von säkularer Bedeutung, die auch über den Rahmen eines so grundstürzenden Programmes, wie es der Nationalsozialismus verkündet, weit hinausgehen."

Vermeintliche Angriffe der NSDAP auf die christliche Religion und Geistlichkeit versuchte Feder mit der Bemerkung zu entkräften:

> "Es kann nicht genug betont werden, daß der N.S.D.A.P. nichts ferner liegt, als die christliche Religion und ihre würdigen Diener anzugreifen. Gewiß greifen wir mit großer Schärfe die volksverderbende Politik des Zentrums und der Bayer. Volkspartei an, die zwar bei jeder Gelegenheit in den Angstruf ausbrechen 'die Religion ist in Gefahr', nur nicht wenn sie mit der atheistischen, gottesleugnerischen Sozialdemokratie ihre politischen Geschäfte machen. Gerade weil uns die Beziehung des Menschen zu seinem Herrgott so hoch und heilig ist, wenden wir uns dagegen, daß die Religion in den Dreck des politischen Tageskampfes heruntergezerrt wird."[372]

Die 1931 erschienene Schrift des Münchner Physikers Johannes Stark über "Nationalsozialismus und Katholische Kirche" unternahm den gezielten Versuch, "mit wissenschaftlicher Objektivität die behandelten Verhältnisse so darzustellen, wie sie in Wirklichkeit liegen".[373] Johannes Stark, ein Protestant, war Münchener Universitätsprofessor und Nobelpreisträger für Physik und verfügte nach Auffassung von Klaus Scholder über "keinerlei eigene Ambitionen und Kenntnisse" in den von ihm behandelten Fragen, "so daß seine Ausführungen als authentische Wiedergabe der Überzeugungen Hitlers gelten dürften".[374] Bei Starks Arbeit handelt es sich um eine parteiamtliche Schrift vom Dezember 1930, als der katholische Episkopat und das Zentrum noch eine geschlossene Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus bildeten. In der Schrift, die seit 1931 in Zehntausenden von Exemplaren vertrieben wurde, wurde Hitlers Strategie gegenüber der katholischen Kirche, wie sie nach dem 5. März 1933 zur Anwendung gelangen sollte, vorweggenommen. Für das Verhältnis von Nationalsozialismus und katholischer Kirche kam Stark zu einem Ergebnis, das die Regierungserklärung Hitlers am 23. März 1933 in ihrer politischen Strategie andeutete:

> "Die nationalsozialistische Bewegung schätzt die christlichen Bekenntnisse, wie sie im deutschen Volke bestehen, als ein unantastbares Fundament für die religiös sittliche Festigung des deutschen Volkes; sie verteidigt darum die christlichen Kirchen gegenüber der Bedrohung durch den atheistischen kirchenfeindlichen Marxismus. Wer dar

---

[372] FEDER, Programm, S. 61f., 17.
[373] STARK, Nationalsozialismus: Vorwort vom 12. Januar 1931.
[374] SCHOLDER, Kirchen 1, S. 208.

> um die nationalsozialistische Bewegung bekämpft, bekämpft damit einen Freund und Verteidiger der christlichen Kirchen und ist ein bewußter oder unbewußter Verbündeter des Feindes des Christentums, des Marxismus."[375]

In seiner Schrift, die auch in Südoldenburg verbreitet war, opponierte Johannes Stark nicht so sehr gegen die katholische Kirche wie gegen die Zentrumspartei.[376] Er wandte sich kritisch an die Zentrumswähler, in deren Augen "die nationalsozialistische Partei bis jetzt als religions= und kirchenfeindlich verleumdet" worden sei.[377] Dabei nahm er die kirchenpolitische Konzeption, wie sie zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 20. Juli 1933 "Punkt für Punkt und Satz für Satz" verwirklicht wurde, vorweg.[378] Das Ziel war eine Entpolitisierung des deutschen Katholizismus, die auf eine Ausschaltung des Zentrums hinauslief und in ihrem Ergebnis das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland überhaupt bedeutete. Die politischen Verhältnisse in Deutschland, so Stark, stellten sich gegenwärtig - im Jahre 1931 - noch nicht so dar, daß der Vatikan auf die Möglichkeit verzichten wolle, "die Verteidigung der Kirche durch das Zentrum in Anspruch zu nehmen". Die Einstellung des Vatikans werde sich aber ändern, wenn er "mit einer grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse in Deutschland rechnen" könne oder sobald sich diese Änderung vollzogen habe. Wichtigster Bestandteil der politischen Konzeption, die Stark darstellte, war das Verbot der politischen Betätigung für katholische Geistliche, Vereine und Verbände. Als Vorbild für die neue Konkordatspolitik, die auch für Deutschland zum Tragen kommen sollte, schwebte Stark der Lateranvertrag zwischen dem faschistischen Italien und dem Vatikan unter Pius XI. vor:

> "Sobald der erklärte Feind der Kirche, der Marxismus, in Deutschland aus Macht und Einfluß gedrängt und niedergeworfen ist, und sein Überwinder gemäß seinem Programm Schutz und Freiheit auf dem religiösen Gebiet der katholischen Kirche gewährt und deren Verknüpfung mit dem deutschen Volke als einen wertvollen Teil des deutschen Volkstums erklärt, kann die Leitung der katholischen Kirche mit der neuen kirchenfreundlichen Macht in Deutschland Verträge schließen und auf die politische Hil

---

[375] STARK, Nationalsozialismus, S. 68.

[376] Daß Johannes Stark in Südoldenburg nicht unbekannt war, geht aus einer Notiz der Vechtaer OV hervor, in der sie feststellt, daß der "Protestant Prof. Stark" kein Gegengewicht gegenüber den eindeutigen Stellungnahmen des deutschen Episkopats gegen den Nationalsozialismus bilden könne. (OV vom 20.6.1932) Die Schrift von Johannes Stark gehörte im besagten Zeitraum zum Bestand der Lehrerbibliotheken in den staaatlichen höheren Schulen in Vechta und in Cloppenburg. (GELHAUS, Bibliothek, S. 90)

[377] STARK, Nationalsozialismus, S. 5 (Vorwort).

[378] SCHOLDER, Kirchen 1, S. 209. Am 20. Juli 1933 wurde das Reichskonkordat in Rom unterzeichnet.

> fe des Zentrums verzichten. Dann kann der Vatikan genau wie in dem Konkordat mit dem faschistischen Staat Italiens, so in einem Vertrag mit dem nationalsozialistischen Staat Deutschlands erklären, daß er allen Geistlichen und Ordensleuten in Deutschland verbieten werde, sich bei irgendeiner politischen Partei einzuschreiben oder zu betätigen. Dann ist das Ende der Zentrumspartei gekommen."[379]

Denn die Zentrumspartei sei "kein Teil der katholischen Kirche" und dürfe, so Stark, mit dem Weimarer Parteienstaat untergehen, weil mit ihrem Namen die "Aufrechterhaltung des bestehenden parlamentarischen Systems" verbunden sei.[380] In der Schrift von Johannes Stark war schon prophetisch zu lesen:

> "Die katholische Kirche hat bestanden, lange bevor es das Zentrum gab; sie wird bestehen, wenn das Zentrum verschwunden und vergessen sein wird."[381]

Das deutsche Zentrum habe sich "nicht für den Nationalsozialismus, sondern für den Marxismus entschieden" und "seine langjährige Verbundenheit mit der Sozialdemokratie nicht gelockert, sondern verstärkt".[382] Einen willkommenen Angriffspunkt für die antikatholische NS-Agitation bildete die Zusammenarbeit des Zentrums mit der SPD in der Weimarer Koalition. Johannes Stark nutzte diesen Umstand, um das Zentrum in die politische Defensive zu drängen:

> "Welch erstaunlicher Widerspruch: der angebliche Verteidiger der katholischen Kirche im Bunde mit dem erklärten Feind der katholischen Kirche!"[383]

---

[379] STARK, Nationalsozialismus, S. 20. Die sog. "Lateranverträge", die am 11. Februar 1929 zwischen dem Hl. Stuhl und dem faschistischen Italien unter Mussolini abgeschlossen wurden, gelten als die bedeutendste kirchenpolitische Leistung Pius' XI. Nach sechzig Jahren Auseinandersetzung wurde in den Verträgen zwischen Quirinal und Vatikan die Gründung des souveränen Staates der Vatikanstadt vereinbart, ein Finanzabkommen und ein Konkordat abgeschlossen. Die Souveränität des Hl. Stuhls wurde anerkannt, er besaß das volle Eigentum und die unumschränkte Gewalt und Jurisdiktion über die Vatikanstadt, deren Grenzen genau festgelegt wurden. Der Vatikan seinerseits anerkannte das Königreich Italien und erklärte die sog. Römische Frage als endgültig beigelegt. Der Abschluß der Lateranverträge führte zur politischen Aufwertung Mussolinis, der sich durch die Ablehnung des Kommunismus und Liberalismus und durch die Erklärung der katholischen Religion zur Staatsreligion große Sympathien im italienischen Katholizismus erwerben konnte. (FRANZEN, Papstgeschichte, S. 386f.)

[380] STARK, Nationalsozialismus, S. 21, 61.

[381] Ebd., S. 16.

[382] Ebd., S. 8.

[383] Ebd., S. 18.

Aus dem Charakter des Zentrums leitete der Autor zwangsläufig eine "antinationale Politik" der katholischen Konfessionspartei ab, die die "große Mission der deutschen Katholiken im deutschen Freiheitskampf" verfehlt habe.[384] Vor allem die Tatsache, "daß das Zentrum seit Jahren mit der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen und Baden verbündet ist und mit ihr zusammen sich die Regierung teilt", offenbarte nach den Worten Starks den inneren Widerspruch in dieser Partei und ließ sie für die Verteidigung der katholischen Kirche und der christlichen Werte nicht mehr in Frage kommen.[385] Denn im nationalsozialistischen Deutschland finde "keine Trennung von Kirche und Staat" mehr statt, vielmehr gewähre der Staat selbst den Kirchen "Schutz und Mittel für ihre Tätigkeit auf religiösem Gebiet", weil er "grundsätzlich eine friedliche Zusammenarbeit mit den von ihm anerkannten christlichen Kirchen" wünsche.[386] Diese programmatischen Aussagen von Johannes Stark, die symbolträchtig die Vision einer neuen Einheit von Thron und Altar am politischen Horizont des Jahres 1931 erscheinen ließen, enthalten den Schlüssel für den Erfolg Hitlers im politischen Umgang mit der katholischen Kirche nach dem 5. März 1933 und das Gelingen seiner Konkordatspolitik. Weil der nationalsozialistische Totalitarismus eine Trennung von Kirche und Staat nicht dulden wollte und kirchenpolitisch mit der liberalen Vergangenheit der Weimarer Republik gebrochen hatte, verlor das Zentrum seine politische Funktion und brauchte sich nicht länger "gegenüber seinen katholischen Wählern und gegenüber dem Vatikan als unentbehrlichen Verteidiger der katholischen Kirche" auszugeben.[387] Die lange Geschichte des fortgesetzten "Kulturkampfes", dem das Zentrum seine politische Existenzberechtigung verdankte, würde dann zu Ende gehen. Verträge wie ein Konkordat könnte der Vatikan nicht "mit einem parlamentarischen System abschließen, das in seiner französischen Form die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt hat, wohl aber mit einem nationalsozialistischen Staat, der gemäß dem Programm der ihn tragenden Partei sich grundsätzlich zum Christentum bekennt und in den christlichen Bekenntnissen wertvolle Stützen seines Volkes schätzt".[388]

---

[384] Ebd., S. 66.
[385] Ebd., S. 18f.
[386] Ebd., S. 31.
[387] Ebd., S. 21.
[388] Ebd., S. 68.

3.4.1. Aufruf zur Bildung der "Not- und Mehrheitsgemeinschaft"

Nach Auffassung von Detlef Junker wurde besonders in den Koalitionsverhandlungen, die das Zentrum zur Überraschung der katholischen Öffentlichkeit nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 mit Hitler führte, eine konsequente Haltung des Zentrums deutlich. Der Weg einer Verständigung mit Hitler, der "auf dem Boden der Verfassung" gegangen werden sollte, bedeutete kein opportunistisches Streben nach der Macht. Denn "tatsächlich glaubte das Zentrum nach bestem Wissen und Gewissen, 1932 gegen Papen opponieren, mit Hitler verhandeln und strikt auf der Verfassung bestehen zu können", und sah darin einen Versuch, "die letzte reale Alternative zur Machtergreifung, den Verfassungsbruch, zu zerstören". An das Selbstverständnis als "Verfassungspartei" gebunden, sei das Zentrum "ein Opfer der Hitlerschen Legalitätstaktik" geworden.[389] Anders als Junker schätzt Rudolf Morsey die Position des Zentrums nach den Juli-Wahlen ein. Er sieht in der Aufnahme von Verhandlungen mit der NSDAP eine politische Neuorientierung des Zentrums, das aufgrund der radikal gewandelten Machtverhältnisse bereit war, sich über "alle bischöflichen Kundgebungen, die von der Zentrumspartei und ihrer Presse nur zu bereitwillig aufgegriffen worden waren, alle von führenden Abgeordneten, von Vertretern der Kirche und der christlichen Kirchen zur Genüge ausgesprochenen Warnungen vor der antichristlichen NS-Weltanschauung und der destruktiven politischen Tätigkeit der NSDAP" hinwegzusetzen und sich "auf den so oft zitierten Boden der Tatsachen" zu stellen und von "der sogenannten ‘Totallösung’, also von einer Einbeziehung der NSDAP in die Mitverantwortung durch Eintritt in eine Koalition mit dem Zentrum, deren ‘Zähmung’" zu erhoffen. Die Auflösung des Reichstages am 12. September 1932 führte schließlich zur Einstellung der für die amtierende Regierung Papen "politisch höchst unbequemen Verhandlungen".[390] Kaas’ Strategie änderte sich auch nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen nicht. Schlüsselfigur einer autoritären Demokratie, die sich in der abgewandelten Form einer Präsidialregierung nicht auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten, sondern auf eine möglichst breite Basis in der Volksvertretung stützte, blieb weiterhin Adolf Hitler. Auf einer Großkundgebung des Zentrums am 17. Oktober 1932 in Münster rief Kaas die Parteien zur Bildung einer "deutschen Not- und Mehrheitsgemeinschaft"

---

[389] JUNKER, Zentrumspartei, S. 105ff.
[390] MORSEY, Zentrumspartei, S. 321.

auf und appellierte an die Parteiführer, die Ohnmacht der Nation in letzter Minute zu überwinden:

> "Wir wollen eine starke Regierung und sind bereit, ihr die verfassungsmäßigen Fundamente schaffen zu helfen. Aber wir glauben, daß das auch in Formen möglich ist, die dem Volke lassen, was des Volkes ist."[391]

Selbstbewußt nahm Kaas in Münster für seine Partei die Rolle des Verfassungsschützers in Anspruch. Deutschland müsse "ein Staat demokratischer Grundhaltung sein", oder es werde nicht sein. Ähnliches galt nach Brüning auch für das Zentrum: Es müsse Verfassungspartei sein, oder es werde nicht sein. Ein Verfassungsbruch war für Kaas wie für Brüning keine Alternative zum Nationalsozialismus. Nach dem Rücktritt der Regierung Papen am 17. November 1932 stellte Prälat Ludwig Kaas dem Reichspräsidenten sein Konzept für eine "autoritäre Regierung" vor und sicherte ihm die Unterstützung seiner Partei bei einer politischen Lösung des Dualismus Reich - Preußen auf verfassungsmäßigem Wege zu. Für unbedingt notwendig hielt er die Beteiligung der NSDAP an einer Regierung der "Nationalen Konzentration", die er sich als ein Präsidialkabinett dachte. Die "Not- und Mehrheitsgemeinschaft" der Parteien sollte nach Auffassung Junkers zu dem Ergebnis führen, "was schon vorher unter dem Namen Totallösung als Rettung aus der Krise angesehen wurde: eine gemäßigte autoritäre Demokratie; in verfassungsrechtliche Begriffe übersetzt, eine Präsidialregierung, die sich gleichwohl nicht nur auf die Kompetenzen des Reichspräsidenten, sondern auch auf eine möglichst breite Basis in der Volksversammlung stützen sollte". Ohne Hitler war diese Lösung nicht zu realisieren.[392]

Vom Erfolg der Regierung Schleicher, die mit ihrer "Querfront-Konzeption" für politischen Zündstoff sorgen konnte, hing es nach Ansicht der Cloppenburger MT ab, "ob die Zusammenfassung aller staatsbewußten und vaterlandsliebenden Kräfte" gelang und die "sozialpolitische Querfront" zum Erfolg geführt werden konnte oder nicht. Sollte die Regierung Schleicher scheitern und keine parlamentarische Mehrheit finden, was abzusehen war, so lag nach den Worten der MT "die Schuld nicht bei ihr, sondern bei den Parteien". Der Regierung Schleicher attestierte die Zeitung immerhin positive Wahlaussichten:

---

[391] Zit. b. JUNKER, Zentrumspartei, S. 109.
[392] JUNKER, Zentrumspartei, S. 108f.

"Sie mag in Ruhe dann das Volk befragen."[393]

Die Unterstützung der Regierung Schleicher durch die Cloppenburger MT galt nicht einem Rettungsversuch der Weimarer Demokratie, sondern der Stabilisierung eines autoritären politischen Übergangssystems, das den schleichenden Verfassungswandel am Ende der Weimarer Republik mit einer neuen politischen Variante fortsetzte. Die "Befragung des Volkes" verwehrte Hindenburg General Schleicher, dessen Kabinett damit vor dem Ende stand. Während Schleicher noch um das politische Überleben rang, vereinbarten Adolf Hitler und der ehemalige Reichskanzler von Papen in den Gesprächen im Kölner Bankhaus Schroeder am 4. Januar 1933 die Bildung einer "Regierung der nationalen Konzentration" und desavouierten damit nicht nur das Präsidialkabinett Schleicher, sondern übergingen auch die Zentrumspartei, die sich ein zweites Mal von Hitler düpiert sah. Wie enttäuscht und verärgert die Zentrumsführung über die völlige Übergehung bei der Bildung der Regierung Hitler-Papen war, zeigte sich in den Stellungnahmen der darauffolgenden Tage. Kaas verfolgte unbeirrt das Konzept der "Nationalen Sammlung" und stellte Hitler in einem Briefwechsel unter verfassungs- und kirchenrechtlichen Garantien die Tolerierung seines Kabinetts in Aussicht.[394] Das Zentrum unter Führung des Prälaten Kaas war seinem Kurs treu geblieben, in Verhandlungen mit der NSDAP eine legale Lösung der ausweglosen Regierungs- und Staatskrise zu finden. Mit dem programmatischen Motto "Das Volk will die Tat" kommentierte die MT 1933 den Neujahrsempfang des Reichspräsidenten und kehrte sich demonstrativ von der Parteiendemokratie Weimarer Prägung ab, die sie für die desolate politische Lage verantwortlich machte:

"Das deutsche Volk hat in weiten Teilen den Glauben an die alleinseligmachenden Parteiprogramme verloren, zumal wenn sie sich in der Praxis noch nicht bewährt haben. Der Wähler kann schwerlich Vertrauen zu seiner Partei aufbringen, wenn diese die nationale und soziale Politik einer Regierung aus Parteidoktrinen und Parteirücksichten sabotiert."[395]

[393] MT vom 7.1.1933; GELHAUS, 1933, S. 70.
[394] MORSEY, Zentrumspartei, S. 339ff.
[395] MT vom 7.1.1933.

3.4.2. Die Bildung der Regierung Hitler-Papen

Die Reaktionen des Zentrums im Reich und in Oldenburg auf die Bildung des Kabinetts der "Nationalen Konzentration" waren von Gefühlen der Enttäuschung und Ohnmacht gekennzeichnet. Sein Protest galt nach dem 30. Januar 1933 nicht dem neuen Reichskanzler Adolf Hitler, sondern seinem eigenen Ausschluß von der Kabinettsbildung.[396] In den Verhandlungen mit Hitler am 31. Januar 1933 und dem Briefwechsel zwischen Hitler und Kaas, der in der katholischen Tagespresse Südoldenburgs ausführlich dokumentiert wurde, ging es der Zentrumsführung um die Bedingungen einer Tolerierung oder einer eventuellen Beteiligung am Kabinett Hitler. Die Forderungen, die das Zentrum stellte, waren eminent politisch und bezogen sich in erster Linie auf die Erhaltung des Verfassungs- und Sozialstaates. Dazu zählten die Unterrichtung des Zentrums über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung, Zusicherungen über die Einhaltung der Verfassung, die auch verfassungswidrige Maßnahmen "auf Grund des sog. Staatsnotstandes" ausschließen sollten, die Rückkehr zu "normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen" in Preußen, die Sicherung des Koalitionsrechts und der Tarifautonomie.[397] Für Hitler handelte es sich um Scheinverhandlungen, um aufgrund ihres Scheiterns die Notwendigkeit von Neuwahlen zu demonstrieren. Das Zentrum, das konsequent seine seit den Juli-Wahlen gegenüber Hitler verfolgte Politik fortsetzte, fühlte sich als "verhinderter Koalitionspartner" und durchschaute diese "skrupellose Taktik" nicht.[398] Es war seiner Illusion, in der NSDAP einen loyalen politischen Verhandlungs- und möglichen Koalitionspartner vorzufinden, erlegen.

Die ersten Kommentare der Cloppenburger MT nach dem Machtwechsel beschäftigten sich mit der politischen Situation des Zentrums nach dem historischen 30. Januar 1933. Im taktischen Zögern des neuen Reichskanzlers erkannte die Cloppenburger MT ganz richtig die politische Absage an eine gemäßigte Lösung des Konflikts und an eine Mitwirkung des Zentrums:

> "Immer deutlicher wird so die Kampfansage, immer deutlicher der Wille zur Ausschaltung von Parteien, die eine Mehrheit schaffen können und wünschen, solange annehmbare, verfassungsrechtliche und nicht abenteuerliche Wege beschritten werden."[399]

---

[396] JUNKER, Zentrumspartei, S. 156ff.
[397] MT vom 2.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 94.
[398] JUNKER, Zentrumspartei, S. 164.
[399] MT vom 2.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 93.

Zwei Tage später bedauerte die Zeitung in einem großen Kommentar unter dem Titel "Die letzten Tage" offen, daß man die katholischen Parteien "vor vollendete Tatsachen" gestellt und damit den politischen Katholizismus in Deutschland von der Regierung der "Nationalen Konzentration" ausgeschlossen habe. Die Cloppenburger MT entschlüsselte das politische Motiv für die erstrebte Regierungsbeteiligung des Zentrums, wenn sie vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 über die zukünftigen Mehrheits- und Machtverhältnisse im Reich spekulierte:

> "Durch die jetzige Wahl können sich nun die Mandatsverhältnisse so verschieben, daß schließlich Nationalsozialisten und Zentrum die Mehrheit bilden können wie im Sommer vorigen Jahres."

Damit erinnerte die MT an die Verhandlungen, die NSDAP und Zentrum nach den Wahlen vom 31. Juli 1932 geführt hatten. Die MT hoffte immer noch, daß die Ausschaltung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei revidiert werden würde, und setzte ihre ganze Zuversicht auf den Ausgang der angekündigten Reichstagswahlen. Sie wußte, daß Entscheidungen von langfristiger Tragweite bevorstanden, und stellte ihren verunsicherten Lesern eindringlich die Bedeutung des bevorstehenden Wahlgangs vor Augen:

> "Da gilt es, daß die Zentrumspartei dabei ist, daß sie die Entscheidungen im Sinne der katholischen Weltanschauung beeinflußt. Jetzt gilt es, daß sie den anderen Weltanschauungen nicht das Feld überläßt. Die Pflicht zu wählen ist darum gerade jetzt so groß. Die Entscheidungen fallen demnächst und wie sie fallen, so liegen sie für lange, lange Zeit fest. Sorgen wir dafür, daß kommende Generationen nicht Anklage gegen uns erheben."[400]

Das Scheitern der Verhandlungen bedeutete für das Zentrum eine wenig schmeichelhafte politische Rolle und verwies es in die Opposition. Es blieb in den nächsten Wochen auf der vergeblichen Suche nach dem am 30. Januar 1933 gescheiterten Bündnis mit der NSDAP. Nach Ansicht von Prälat Kaas "habe man von Anfang an beim Zentrum in der Einstellung zum neuen Kabinett die Auffassung vertreten, daß man über Dinge mit sich reden ließe, die zu verantworten seien". Der Zentrumsvorsitzende wies nach der Bildung der Regierung Hitler-Papen entschieden den Vorwurf zurück, "als habe sich das Zentrum der großen nationalen Konzentration versagt". Er erinnerte an die

[400] MT vom 4.2.1933.

loyale Haltung seiner Partei in den vergangenen Wochen und Monaten, die politisch unbeantwortet geblieben sei:

> "Als wir im November an den Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung beteiligt waren, da ist die große Sammlung an dem klaren und indiskutablen Nein des Herrn Hugenberg gescheitert. Als das Kabinett Schleicher gestürzt wurde, war es für uns eine Selbstverständlichkeit, der großen Sammlungsidee mit aller Hingabe positiv zu dienen. Aber damals wurden wir nicht gerufen."[401]

In mehreren getrennten Unterredungen mit Reichskanzler Papen und Reichspräsident Hindenburg hatte Kaas die Forderung erhoben, die NSDAP in eine Koalition einzubeziehen, und seine Bereitschaft erklärt, mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten auf dem Boden der Verfassung zusammenzuarbeiten. Dieser Plan war wieder gescheitert.[402] Hitler stand aber nicht im Zentrum der Kritik. Unumwunden rechtfertigte der Reichsparteiausschuß am 5. Februar 1933 in einer offiziellen Entschließung die bisher eingenommene Position und erklärte an die Adresse der NSDAP Adolf Hitlers:

> "Indem die Führung der Partei Klarheit über die Willensrichtung der gegenwärtigen Reichsregierung verlangte, hat das Zentrum nicht 'für links optiert', sondern für die Autorität des Reiches, für Volksfreiheit und Wahrung der Verfassung, nicht für Sozialismus oder Bolschewismus, sondern für den christlichen und sozialen Staat."[403]

Das Zentrum richtete durch die ergebnislosen Verhandlungen für die Glaubwürdigkeit des politischen Katholizismus in Deutschland großen Schaden an, dessen Auswirkungen die katholische Basis unmittelbar erreichten. Die Vechtaer OV sah sich genötigt, die Annäherung zwischen NSDAP und Zentrum mit staatspolitischen Notwendigkeiten zu begründen, und nahm für das "Zentrumsvolk" die sympathische Rolle eines Hüters der Verfassung und eines politischen Garanten öffentlicher Ruhe und Ordnung in Anspruch:

> "Es ist bekannt, daß das Ziel der Verhandlung nicht darin gesehen wird, irgend ein parteipolitisches Regime alten Stils aufzurichten. Das Zentrumsvolk erkennt ferner die unbedingte Notwendigkeit, nichts unversucht zu lassen zur **Verhinderung** einer **Durchbrechung der Verfassung**, es weiß, daß ein **'Herrschen'** ohne die Stütze **breiter Volkskräfte** nur im Chaos enden würde. - Eindeutig ist denn auch von den beiden Verhandlungspartnern erklärt worden, daß die Verhandlungen geführt werden 'mit dem Ziel der Beruhigung und Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht, da nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens

---

[401] MT vom 18.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 104.
[402] Junker, Zentrumspartei, S. 112ff.
[403] MT vom 6.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 98: "Für Sammlung, gegen Spaltung".

> eine erfolgreiche und dauernde wirtschaftliche Besserung und Beseitigung der außenpolitischen Isolierung erzielt werden kann.' - Diese Erklärung bedarf keines Kommentars. Jeder Mensch, dem nicht die Erkenntnis unserer Lage mangelt und der nicht Ketten vorzieht, wird jedenfalls wollen, daß das Volk über den Reichstag **durch die Sammlung arbeitswilliger und verfassungsmäßiger Gruppen oder Parteien in der Gesetzgebung und Mitbestimmung eingeschaltet bleibt**."[404]

Nach dem Abbruch der Gespräche war die "Zentrumspropaganda" denn auch bestrebt, "die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten als Konsequenz verfassungspolitischer Grundsätze der eigenen Partei zu rechtfertigen und gleichzeitig deren Spuren nach Kräften zu verwischen".[405] Die Gespräche waren aber nicht an der Verhandlungsführung des Zentrums gescheitert, sondern an der "Alles oder Nichts"-Position Adolf Hitlers, der nicht bereit war, sich in der Rolle eines Koalitionspartners mit einem Teil der Macht zu begnügen. Die Konzeption, die die Zentrumsführung in den Gesprächen mit der NSDAP verfolgte, ging vom Modell einer sog. "autoritären Demokratie" aus, die eine Lösung der Staatskrise unter Einbeziehung des Zentrums und der Parteien rechts vom Zentrum vorsah.[406] Diese politische Konzeption war in ihrem Kern bis zu den Reichstagswahlen am 5. März 1933 gültig. Als "starker Ordnungsblock der Mitte" nahm das Zentrum auch 1933 noch einen Platz "zwischen den Fronten von Links und Rechts" für sich in Anspruch, um durch "seine aufbauende, versöhnende und sachliche Politik zerstörerischer Zwietracht und politischem Hazardspiel den Weg zu parteidiktatorischer Alleinherrschaft" zu versperren.[407] Eine deutlichere, nämlich eine rechtsstaatliche und demokratische Abgrenzung gegen die NSDAP erfolgte nicht.

Die versuchte Zähmung der Hitler-Partei durch ihre Einbindung in Koalitionen und Regierungsverantwortung war kein letzter politischer Versuch zur Rettung des Weimarer Verfassungsstaates, sondern trug zur sukzessiven Systemüberwindung bei. Es fehlte an kritischen Stimmen, auch im katholischen Milieu Südoldenburgs, die sich für die Grundwerte bürgerlicher Ordnung einsetzten: die persönliche Freiheit des Menschen, den Rechts- und Verfassungsstaat, die Toleranz und die Pluralität abendländischer Zivilisation - die politische und geistige Wirklichkeit, die die Weimarer Verfassungsnorm ausgemacht hatte.

---

[404] OV vom 7.9.1932.
[405] MORSEY, Katholizismus, S. 68.
[406] MORSEY, Zentrumspartei, S. 330.
[407] MT vom 13.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 103. Der Aufruf der Deutschen Zentrumspartei vom Februar 1933 war unterzeichnet vom Vorsitzenden Dr. Ludwig Kaas und wurde in der katholischen Tagespresse als Annonce veröffentlicht.

Dabei bestand besonders im Freistaat Oldenburg seit dem 16. Juni 1932, als die nationalsozialistische Regierung Röver gewählt worden war, die einmalige Gelegenheit, regierende Nationalsozialisten an ihren politischen Taten zu messen und danach zu beurteilen. In diesem Falle läßt Kurt Sontheimer keinen entschuldigenden Einwand gelten:

> "Die letzten Jahre der Weimarer Republik waren reich an Möglichkeiten, das Verhältnis von Geist und Politik zu studieren, und es gibt erleuchtende Beispiele einer geistig-politischen Verantwortung in jenen Jahren, die zeigen, daß man mit wachem Verstande und kritischer Vernunft sehr wohl eine Ahnung davon gewinnen konnte, wie der Nationalsozialismus seine Ideen ins Werk setzen würde. So notwendig es aus Gründen der Gerechtigkeit ist, auf die Widerstandshaltung mancher der konservativen Revolutionäre zum Hitler-Regime hinzuweisen, diese Widerstandshaltung selbst kann nicht als Alibi für ihre angeblich wertvolle politische Gesinnung dienen. Sie wollten die liberale Demokratie beseitigen, und das ist ihnen mit Hilfe der antidemokratischen Parteien auch gelungen. Danach hatten sie nicht mehr viel zu melden. Lag aber gerade dies nicht auch in der Konsequenz so mancher Ideen, die ihnen lieb und teuer waren?"[408]

Das oldenburgische Zentrum teilte die große Enttäuschung, die in Berlin über die Bildung der Regierung Hitler-Papen herrschte. In einem Aufruf für die Reichstagswahl vom 5. März 1933 bedauerte der Landesvorstand ausdrücklich, daß die katholischen Parteien bei der Regierungsbildung übergangen wurden, und warnte vor einer weiteren Eskalation der politischen Krise:

> "Die Rettung des Volkes und Vaterlandes kann nur bringen die opferwillige Zusammenarbeit aller, die guten Willens sind. **Unser Ziel bleibt die Not= und Schicksalsgemeinschaft aller, welche auch den ärmsten Sohn des Volkes nicht ausschließt!**
> Das Volk will die **Schicksalsgemeinschaft**, nicht Terror und Gewaltherrschaft.
> Das Volk will **Arbeit und Existenzsicherung**, nicht Paraden und Fackelzüge.
> Das Volk will die **gottgegebene Freiheit** und das Recht, nicht die Knute der Entrechtung."[409]

Der Landesvorstand des oldenburgischen Zentrums verurteilte einhellig "das Kulissenspiel bei der Bildung der Regierung Hitler=Hugenberg=Papen und der Reichstagsauflösung", für die das Zentrum jede Verantwortung ablehne. Er befürchtete, daß das Zentrum ausgeschaltet werden könnte, weil bereits allen politischen Kräften die Existenzberechtigung abgesprochen werde, die nicht "in dieser Harzburger Front" stünden: "Das ist Versündigung am Geiste der Volksgemeinschaft." Im Mittelpunkt des Wahlaufrufes "An das Zentrumsvolk in Stadt und Land!" stand das komplizierte Verhältnis zwischen Zentrum und

---

[408] SONTHEIMER, Denken, S. 290.
[409] MT vom 6.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 98, auch zum folg.

NSDAP. Das oldenburgische Zentrum hielt strikt an seinem Oppositionskurs fest und attackierte offener als das Zentrum im Reich die regierende NSDAP:

> "Die 'Dunkelmänner' und 'geheimen Drahtzieher', deren Ziel nach nationalsozialistischem Ausspruch der '**reaktionäre Feudal = Klassen = staat**' ist, haben **Hitler in diese Reaktion** eingespannt. Die **Harzburger Front** der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und des Stahlhelm ist zusammengekommen. Selbst für die gemäßigte Rechte ist kein Platz in dieser 'nationalen Konzentration'. Die **'katholischen Parteien'** wurden bewußt ausgeschaltet. Die vom Zentrum verlangte **Aufklärung über das sachliche Arbeitsprogramm blieb aus.** Nach falscher Informierung des Reichspräsidenten erfolgte die **Reichstagsauflösung.** Wahlen statt Taten!"

Unter Anspielung auf den Prestigeverlust der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg hatte der Landesvorstand der oldenburgischen Zentrumspartei eindringlich davor gewarnt, die politische Realität im Reich aus den Augen zu verlieren:

> "Hier in **Oldenburg** haben wir ja schon den Unterschied zwischen nationalsozialistischen Verheißungen und Taten kennengelernt! - Toren, die jetzt noch auf Wunder warten!"

Den Aufruf des oldenburgischen Zentrums beantwortete die Regierung Röver mit dem ersten Zeitungsverbot, das in Oldenburg aufgrund der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar 1933 verhängt wurde.[410] Durch ministerielle Bekanntmachung vom 8. Februar 1933 wurde die Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe bis zum 14. Februar 1933 verboten.[411] Begründet wurde das Verbot mit dem Abdruck des Wahlaufrufes der oldenburgischen Zentrumspartei, der nach Ansicht der Regierung "eine Verächtlichmachung des Reichskanzlers" enthielt. Nach Mutmaßungen der Cloppenburger MT wären auch die anderen Zentrumsblätter verboten worden, "wenn sie nicht den genannten Artikel an einem Tage veröffentlicht hätten, da die Anwendung der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar noch nicht angängig war".[412]

---

[410] MT vom 7.2.1933; GELHAUS, 1933, S. 100.

[411] Oldenburgische Anzeigen Jg. 188, Nr. 34, 9.2.1933, S. 145. Auf die Stellung der Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe in der südoldenburgischen Presselandschaft soll in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden.

[412] Die Cloppenburger MT und die Vechtaer OV veröffentlichten den Aufruf des Landesvorstandes der oldenburgischen Zentrumspartei "An das Zentrumsvolk in Stadt und Land!" am 6.2.1933, die Tageszeitung für den Amtsbezirk Friesoythe am 7.2.1933. Die Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes, die Beschränkungen der Versammlungs- und Pressefreiheit enthielt, wurde am 6. Februar 1933 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. In

3.4.3. Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 und der "Tag von Potsdam"

Der Niedergang des Rechts- und Verfassungsstaates, der durch die Notverordnungen vom 4. und vom 28. Februar 1933 in Deutschland politische Realität geworden war, war nicht der politische Schwerpunkt im Wahlkampf des oldenburgischen Zentrums für die Reichstagswahlen am 5. März 1933. Bedeutender als die demokratischen Interessen und die politische Sorge um die Aufrechterhaltung des liberalen Rechts- und Verfassungsstaates wogen die "bona particularia" der katholischen Kirche und des katholischen Volksteils. Der Wahlaufruf des Münchener Erzbischofs, Kardinal Faulhaber, der in der Cloppenburger MT in Auszügen abgedruckt wurde, faßte die "Rechte der katholischen Kirche", die sie "gegen Übergriffe des Staates in rein kirchliche Gebiete" zu verteidigen habe, noch einmal eindringlich zusammen:

> "Es gehe bei den Wahlen nicht bloß um politische Fragen, es gehe um die Wahrung christlicher **Grundsätze im öffentlichen Leben,** es gehe um die Freiheit der Kirche, um die Erhaltung der Bekenntnisschule, um die christliche Kultur des Abendlandes. Die Katholiken wollten aus ihrem katholischen Gewissen heraus an den staatlichen Aufgaben mitarbeiten. Auch den Priestern könne die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte nicht verweigert werden."[413]

Das Ergebnis der Reichstagswahl zerstörte alle Hoffnungen des Zentrums auf eine Beteiligung an der "Nationalen Sammlung", sie vollzog sich ohne die Zentrumspartei. Obwohl sie ihre Stimmen fast gehalten hatte (6.11.1932: 11,9 %; 5.3.1933: 11,2 %), war ihr politischer Einfluß angesichts der absoluten Mehrheit von NSDAP und DNVP gesunken. Durch dieses Wahlergebnis wurde auch der Einfluß des politischen Katholizismus in Deutschland stark reduziert, "da sich keinerlei Möglichkeiten direkter Einflußnahme auf das Geschehen mehr zeigten" und der Übergang in "eine aktive Oppositionsstellung" ebenfalls nutzlos erschien. In diesem Moment, "da alle Möglichkeiten verschlossen wa

---

der MT erschien die Notverordnung in vollem Wortlaut am 7.2.1933, das auf 6 Tage ausgesprochene Verbot der Friesoyther Zeitung am 9.2.1933 (GELHAUS, 1933, S. 98, 100, 102). Die Verordnung, die auf Art. 48 WRV beruhte, trat mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. (MÜNCH, Gesetze, S. 64-69)

[413] MT vom 2.3.1933. Der als Hirtenbrief titulierte Wahlaufruf erschien auf Seite 1 dieser Ausgabe unter der Überschrift "Unser staatsbürgerliches Gewissen". Der Bischofsstuhl in Münster war zu diesem Zeitpunkt vakant, so daß für die Diözese kein eigener Wahlaufruf erschien.

ren, aktiv an der politischen Gestaltung mitzuwirken", erfolgte im Zentrum "eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Partei nach der religiösen und kulturpolitischen Seite hin", die - programmatisch zwar lange vorbereitet und latent angelegt - im nachhinein als eine psychologische Kompensation für den Niedergang des politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik erscheint.[414]

Gleichzeitig mit den Reichstagswahlen fanden Wahlen zum preußischen Landtag statt. Unter Berufung auf das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 hatte der Reichspräsident durch die "Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen" vom 6. Februar 1933 den Landtag aufgelöst und die Regierung Otto Braun (SPD) amtsenthoben.[415] Die ihr nach dem 20. Juli 1932 verbliebenen Rechte gingen auf den Reichskommissar für Preußen über. Die Bildung einer Mehrheitsregierung durch NSDAP und Zentrum war nach Ansicht Brauns daran gescheitert, daß die Reichsregierung nicht bereit war, für diesen Fall den für Preußen eingesetzten Reichskommissar zurückzuziehen. Gegen die Verordnung vom 6. Februar 1932 erhob der Präsident des Preußischen Staatsrats, Dr. Konrad Adenauer, Einspruch.[416]

Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 verfügten NSDAP (43,7 %) und DNVP (8,0 %) zwar über eine absolute Mehrheit im Deutschen Reichstag, aber nicht über die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit, um Verfassungsänderungen durchzusetzen; SPD (18,3 %) und Zentrum (10,9 %) bzw. BVP (3,1 %) stellten eine beachtliche Minderheit dar. Auch im preußischen Landtag verfügte die NSDAP (43 %) nur im Bündnis mit der DNVP (9,0 %) über eine absolute Mehrheit.[417] So konnten SPD und Zentrum die in der gegebenen Situation für

---

[414] MORSEY, Zentrumspartei, S. 354.

[415] Die Verordnung vom 6. Februar 1933 ("Zweiter Preußenschlag") hatte folgenden Wortlaut: "Durch das Verhalten des Landes Preußen gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich vom 25. Oktober 1932 ist eine Verwirrung im Staatsleben eingetreten, die das Staatsleben gefährdet. Ich übertrage deshalb bis auf weiteres dem Reichskommissar für das Land Preußen und seinen Beauftragten die Befugnisse, die nach dem erwähnten Urteil dem preußischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zustehen." Nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes verblieb die Exekutivgewalt in Preußen beim Reichskommissar, behielt die Regierung Otto Braun die Hoheitsrechte und vertrat Preußen im Reichsrat.

[416] MT vom 7., 8.2.1933; SCHWARZ, Adenauer, S. 343f. Gegen ihre Amtsenthebung reichte die Regierung Braun erneut Klage beim Staatsgerichtshof ein. Sozialdemokraten und Kommunisten hielten die Auflösung des Landtags für verfassungswidrig. Der Ständige Ausschuß des Landtags setzte den Termin für die Landtagswahl auf den 5. März 1933 fest.

[417] MT vom 6., 7.3.1933.

Verfassungsänderungen notwendige Zweidrittelmehrheit in beiden Parlamenten blockieren und hatten es dadurch in der Hand, die von der neuen Regierung erstrebte legale Außerkraftsetzung der Weimarer Verfassung zu verhindern. Nach den März-Wahlen stellte sich die entscheidende Frage, "ob der deutsche Katholizismus und seine politische Vertretung bereit waren, die Verfassung von Weimar als solche zu verteidigen und einer antidemokratischen Regierung und Parlamentsmehrheit den legalen Zugriff auf die gesamte Staatsgewalt zu verwehren" oder nicht. Letztlich setzte sich der politische Kurs von Prälat Kaas in der Fraktion durch und bestimmte das Handeln mit dem Ziel, "sich mit dem neuen Regime zu arrangieren, wenn dieses zu bestimmten Konzessionen auf den für die Katholiken besonders bedeutsamen Gebieten der Kirchen- und Schulpolitik bereit war und für christlichen Einfluß offenblieb".[418] Der politische Katholizismus ruhte auf dem katholischen Glauben, der von der katholischen Kirche autoritativ verwaltet und verteidigt wurde; dieser gehörte zu den wesentlichen Bedingungen seiner historischen Erscheinungsform, von ihm war er abhängig. Ihm fehlte es an der Erkenntnis, daß eine freie Gesellschaft nicht auf Wahrheiten weltanschaulicher oder religiöser Natur gründet, sondern auf dem demokratischen Wettstreit partikularer Meinungen und Interessen zur Bewertung von politischen Fragen und zur Bildung von politischen Mehrheiten, die grundsätzlich revidierbar sind. Bereits am 9. März 1933 nahm Vizekanzler von Papen "Fühlung mit dem Zentrum" auf, um die "Klärung der Form des Ermächtigungsgesetzes" zu erörtern.[419]

Mit einem äußerst wirkungsvoll angelegten Kommentar zur Eröffnung des Reichstages in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933, dem "Tag von Potsdam", verabschiedete sich die Cloppenburger MT von der Weimarer Demokratie und begrüßte die Zukunft des neuen Deutschland, die nicht mehr aus dem Buchstaben eines Verfassungstextes, sondern aus der Mitte des Volkes und dem Geist des alten Reiches erwachsen sollte. Für die politische Vergangenheit stehe der Reichspräsident als unerschütterliches Symbol und für die politische Zukunft Reichskanzler Adolf Hitler. In diesen beiden Persönlichkeiten sah die Cloppenburger Tageszeitung nunmehr die politische Kontinuität in der deutschen Geschichte verkörpert. Unkommentiert nahm sie die Nachricht zur Kenntnis, daß Hitler nicht am katholischen Gottesdienst vor der Reichstagssitzung teilgenommen hatte. In einer offiziellen Erklärung machte der Reichskanzler die Warnungen der katholischen Bischöfe vor dem Nationalsozialismus

[418] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 42ff.
[419] MT vom 10.3.1933.

für sein Fernbleiben verantwortlich; sie waren schließlich noch nicht revidiert. Nach den immer noch geltenden Aussagen der Bischöfe, ließ der Reichskanzler verlauten, würden "Mitglieder der NSDAP. als Abtrünnige bezeichnet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürften". Aus diesem Grunde habe er sich "zu seinem Leidwesen" nicht in der Lage gesehen, am katholischen Gottesdienst in Potsdam teilzunehmen.[420] Hitler führte in Potsdam politische Regie und stellte sich "ostentativ an die Spitze der Revisionsforderer", um den deutschen Episkopat zu brüskieren.[421]

In der Potsdamer Garnisonkirche führte die politische Erinnerung die deutsche Öffentlichkeit wieder in den Ersten Weltkrieg zurück und weckte noch einmal die antirepublikanischen Stimmungen und Überzeugungen, die die Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 erst mit ermöglicht hatten. Die Cloppenburger MT stimmte Ende März 1933 in den Chor der nationalen Euphorie mit ein, wenn sie sich kompromißlos gegen den Liberalismus in der Weimarer Republik aussprach:

> "Es ist ein geradezu herrlicher Beweis für die gesunde Urkraft, für die Robustheit und Jugendlichkeit unseres Volkes, daß es sich trotzdem in dem Weltkrieg so großartig schlug. Als dann die Krone 1918 fiel, war das Gegengewicht gegen den übersteigerten Individualismus, gegen die Ichsucht verschwunden. Es gab keine leitende, zusammenfassende und die auseinanderstrebenden Tendenzen umklammernde Idee mehr. Das Feld der Politik war den verschiedensten Weltanschauungen, Parteien und Interessen überlassen. Und man sieht das traurige Bild deutscher Zerrissenheit und Uneinigkeit. Sicherlich gab es auch Augenblicke nationaler Einheit und festen Zusammenstehens. Aber es waren nur Augenblicke [...]."[422]

Der Kommentar der MT reihte die "Nationale Revolution" in den langen Abwehrkampf gegen die politische und gesellschaftliche Moderne ein, die im "übersteigerten Individualismus" in der "Systemzeit" ihre zynischen Triumphe über die Autorität von Staat, Reich und Kirche gefeiert habe. Mit diesen Bekundungen in der ehemaligen Zentrumspresse erhielt die nationalsozialistische Revolution einen festen Platz in der modernen Geschichte des politischen Katholizismus, der der neuen Regierung im Frühjahr 1933 erwartungsvoll den Abwehrkampf gegen die unchristlichen Phänomene des neuheidnischen Zeitgeistes und dem neuen Staat das Patronat über die großen christlichen Volkskirchen übertrug. Auf die Frage, ob die nationalsozialistische "Machtergrei

[420] MT vom 22.3.1933.
[421] VOLK, Kundgebung, S. 432f.
[422] MT vom 25.3.1933.

fung" als Revolution zu betrachten ist, antwortet Horst Möller mit einem "eindeutigen Befund": "Die NS-Machtergreifung war eine Revolution." Der mögliche Einwand gegen diese Auffassung, die "Machtergreifung" sei legal erfolgt, bleibt formal. Die "Machtergreifung" war ein spektakulärer Umsturz, der "die bis dahin geltenden und zunehmend umstrittenen Ordnungsprinzipien der Gesellschaft endgültig außer Kraft" setzte. 1933 erfolgte ein radikaler politischer Führungswechsel und ein fundamentaler gesellschaftlicher Strukturwandel. Die demokratische Gesellschaft der Weimarer Republik wurde "zerschlagen" und nach dem autoritären Führer- und Gefolgschaftsprinzip neu geordnet. Das läßt sich auch im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg nachweisen.[423] Die politische Kapitulation des deutschen Katholizismus vor dem Nationalsozialismus versuchte die Cloppenburger MT mit den Worten zu verschleiern:

> "Die neue Weltanschauung ist eine conditio sine qua non. Aus den außer= und innerdeutschen Verhältnissen ist sie mit psychologischer, ja mit logischer Folgerichtigkeit entsprungen. Durch sie wird das Dasein unseres Volkes wieder an die Natur, an Grund und Boden, an die deutsche Seele gebunden und auf ihren Kräften aufgebaut. Volks= und Seelenleben wird deutscher, wird volkhafter, naturnäher. Es wird einfacher, unkomplizierter und ist nicht so schwierig zu gestalten und zu meistern."[424]

Mit einem frappierenden semantischen und rhetorischen Einfühlungsvermögen, das die politische Vision einer organisch gewachsenen christlichen "Volksgemeinschaft" erfühlte, erfaßte die Cloppenburger MT nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 die historische Stunde, in der sich die Sehnsüchte der konservativen Gegenrevolution mit der politischen Realität der nationalsozialistischen Revolution wie in einem historischen Idealfall verbanden und das Warten auf die große politische Wende ein Ende gefunden hatte. Der Staatsakt in Potsdam wurde nicht als Bruch empfunden, sondern als fulminante Bestätigung historischer Kontinuität in der modernen Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland. Den unwiderruflichen historischen Wendepunkt setzte die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes.

---

[423] MÖLLER, Machtergreifung. S. 46ff. Die wichtigsten "umstürzenden Ereignisse" lassen sich exakt notieren: Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar 1933, Ermächtigungsgesetz vom 23.3.1933, Gesetze zur Gleichschaltung der Länder vom 31.3. und 7.4.1933 und die Gesetze vom Juni/Juli zur Auflösung der Parteien.

[424] MT vom 25.3.1933.

3.4.4. Die Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes"

Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933 in der Berliner Kroll-Oper war darauf angelegt, durch das Bekenntnis des Reichskanzlers zum christlichen Fundament des neuen Staates die Renaissance der verlorengegangenen Einheit von Thron und Altar am politischen Horizont erscheinen zu lassen. Es war die Stunde der großen politischen Imagination. Demonstrativ kam Hitler den beiden christlichen Konfessionen politisch weit entgegen, wenn er erklärte:

> "Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe, innere Religiosität. Die Vorteile personalpolitischer Art, die sich aus Kompromissen mit atheistischen Organisationen ergeben mögen, wiegen nicht annähernd die Folgen auf, die in der Zerstörung der allgemeinen religiös-sittlichen Grundwerte sichtbar werden.
> (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen)
> Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, daß die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erhebung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt.
> (Sehr gut! bei den Nationalsozialisten)
> Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenübertreten. Sie kann aber niemals dulden, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeingesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen. Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluß einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.
> Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebensosehr den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens. [...]
> Ebenso legt die Reichsregierung, die im Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes sieht, größten Wert darauf, die freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten.
> (Bravo! Im Zentrum.)"[425]

Den Aussagen in der Regierungserklärung gingen Verhandlungen zwischen der nationalsozialistischen Regierung und Vertretern des Zentrums voran, die am

[425] MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 58f.; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 141; DENZLER, Die Kirchen 2, S. 41f.; MT vom 24.3.1933 (in Auszügen); GELHAUS, 1933, S. 134 (in Auszügen).

20. März 1933 begannen.[426] In den Besprechungen, die Ludwig Kaas, Adam Stegerwald und Albert Hackelsberger im Auftrag des Zentrums mit Hitler und Frick führten, gab der Reichskanzler dem Zentrum zwar keine schriftlichen, aber weitreichende mündliche Zusagen. Diese waren in erster Linie kulturpolitischen Inhalts und betrafen die Sicherung des kirchlichen Einflusses auf Schule und Erziehung, die Anerkennung der Länderkonkordate und die Rechte der christlichen Konfessionen, aber auch verfassungs- und rechtspolitische Garantien zum Schutze des Reichspräsidenten, von Reichstag und Reichsrat und des föderalistischen Systems.[427] Die Regierungserklärung vom 23. März 1933 stimmte nicht nur inhaltlich mit dem Verhandlungsergebnis überein, sondern rekapitulierte die schriftlich niedergelegten Forderungen des Zentrums vom Vortage auch im Wortlaut größtenteils exakt.[428] Nach Auffassung von Rudolf Morsey gab Hitler in seiner Regierungserklärung die vom Zentrum erkämpften Garantien "bedenkenlos" ab. Nicht Gegenstand der Verhandlungen war die Ankündigung Hitlers gewesen, die "freundschaftlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszugestalten". Diese Passage aus der Regierungserklärung wurde als Bereitschaft Hitlers verstanden, mit dem Vatikan in Konkordatsverhandlungen einzutreten, und von der Zentrumsfraktion nachdrücklich begrüßt. Damit deutete Hitler überraschenderweise eine politische Möglichkeit an, die für die katholische Kirche in Deutschland nach den Enttäuschungen mit der Weimarer Republik in unerreichbare Ferne gerückt zu sein schien: den Abschluß eines Reichskonkordats. Die Forderung der Zentrumsfraktion, "in einer noch zu vereinbarenden Form für die Durchberatung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes von ihr [der Regierung] beabsichtigten oder noch in Aussicht zu nehmenden Einzelgesetze einen Arbeitsausschuß zu schaffen zur Durchberatung dieser Einzelgesetze", scheiterte jedoch am Totalitätsanspruch Hitlers, der jedes ‘Mitregieren’ des Zentrums entschieden ablehnte.[429]

Vor allem kirchen- und parteipolitische Präferenzen, wie sie Hitler in seiner Regierungserklärung angesprochen hatte, waren Gegenstand der Verhandlungen mit der Reichsregierung und spielten in den kritischen Sitzungen der Zentrumsfraktion am 23. März 1933 neben den verfassungsrechtlichen Zusicherun

---

[426] Der erste Bericht über bevorstehende Verhandlungen wegen des Ermächtigungsgesetzes zwischen Kaas und Hitler erschien in der MT am 20.3.1933. (GELHAUS, 1933, S. 130)
[427] MT vom 23.3.1933; MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 37ff.; LÖNNE, Katholizismus, S. 237.
[428] MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 49ff.; MORSEY, Zentrumspartei, S. 429-31: Dokument Nr. 12.
[429] MORSEY, Zentrumspartei, S. 358-364; MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 49-52.

gen eine entscheidende Rolle. Nach dem Protokoll der Sitzung beschrieb Ludwig Kaas die politischen Grundlinien, die zur Ausgangsbasis für die positive Entscheidung der Zentrumsfraktion wurden:

> "Er [= Hitler] habe ihm erklärt, das Ermächtigungsgesetz sei für die Zentrumspartei nur tragbar, wenn gewisse Zusicherungen gegeben würden. Es müsse für die Gesetzgebung der Reichstag eingeschaltet bleiben. [...] Es sei vom Reichskanzler zugesichert worden, daß keine Maßnahmen gegen den Willen des Reichspräsidenten durchgeführt würden. [...] Die Gleichheit vor dem Gesetze werde nur den Kommunisten nicht zugestanden werden. Die Zugehörigkeit zur Zentrumspartei solle kein Grund zum Einschreiten gegen Beamte sein. Es sei nicht beabsichtigt, die Unabhängigkeit der Richter zu beseitigen. Das Bestehen der Länder werde nicht angetastet. Auf kulturpolitische Dinge werde das Ermächtigungsgesetz nicht angewendet. Die bestehenden Rechte der christlichen Konfessionen werden gewahrt, die Errungenschaften gesichert bleiben. Kirche, Konkordat und Schule würden durch [das] Ermächtigungsgesetz nicht berührt. - Im Anschluß weist Dr. Kaas auf die schwierige Stellung der Fraktion im gegenwärtigen Augenblick hin. Es gelte einerseits unsere Seele zu wahren, andererseits ergäben sich aus der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes unangenehme Folgen für die Fraktion und die Partei. Es bliebe nur übrig, uns gegen das Schlimmste zu sichern. Käme die 2/3-Majorität nicht zustande, so werde die Durchsetzung der Pläne der Reichsregierung auf anderem Wege erfolgen. Der Reichspräsident habe sich mit dem Ermächtigungsgesetz abgefunden. Auch von den Deutschnationalen her sei kein Versuch einer Entlastung der Situation zu erwarten."[430]

Ludwig Kaas argumentierte mit kirchlich-religiösen Zusicherungen, die Minimalforderungen des Zentrums darstellten, und erkannte die dringende Notwendigkeit, angesichts der vorangegangenen Warnungen der katholischen Bischöfe vor dem Nationalsozialismus das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und Nationalsozialismus zu klären.[431] Im Unterschied zu Kaas warnte Brüning vor den verfassungs- und staatsrechtlichen Folgen der Annahme des Ermächtigungsgesetzes. Er bezeichnete es als "das Ungeheuerlichste, was je von einem Parlament gefordert worden wäre". Brüning äußerte Zweifel an der Loyalität Hitlers, dessen Garantien keineswegs als gesichert zu betrachten seien:

> "Unzweifelhaft bestehe Gefahr für die Zukunft der Zentrumspartei. Wäre sie zerschlagen, so könne sie nicht wieder ins Leben gerufen werden. Er sehe sich veranlaßt, die Bedenken und die möglichen Gefahren aufzuzeigen. Er habe sich für die Wahl Hindenburgs besonders mit dem Argument eingesetzt, er - Hindenburg - sei Garant und Treuhänder der Verfassung. Nun beständen die größten Gefahren für die gesamte Ver

---

[430] MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 47.

[431] DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 214: Aufzeichnungen der Reichstagsabgeordneten Clara Siebert.

fassung, besonders da sich Hindenburg mit dem Ermächtigungsgesetz abgefunden habe. Er - Brüning - könne sich kaum für ein Ja entscheiden, selbst wenn man anerkenne, daß man eine moralische Verantwortung für eine Zustimmung nicht trage."[432]

Die Probeabstimmung, die auf Kaas' Antrag in der Sitzung der Zentrumsfraktion nach der Regierungserklärung Hitlers am 23. März 1933 durchgeführt wurde, ergab kein klares Bild. Nach einer längeren Aussprache über das Abstimmungsverhalten setzte sich "der allseitige Wille der Fraktion" durch, "mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft der Mehrheit der Fraktion zu folgen und für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen".[433] In dieser historischen Entscheidung gab der politische Komplex des deutschen Katholizismus, der im vermeintlich unpolitischen Sinne den Begriff des Nationalen von der geltenden Verfassungsnorm abzutrennen versuchte, den Ausschlag. Damit war das Schicksal der Weimarer Verfassung besiegelt. Unreflektierte Chiffren wie Nation und Reich erzeugten ein moralisches Gebot der Stunde und einen Begriff politischer Tugenden, der die katholischen Abgeordneten in die moralische Pflicht nahm. In der Krisis bestand die Gefahr, daß die politische Analyse irrational ausgeblendet wurde und vehemente Ängste um die innere Sicherheit der deutschen Nation das Gesetz des Handelns bestimmten. Die loyale Bindung an die Regierung Hitler-Papen trug wesentlich zur psychologischen Manipulation der Entscheidung bei. Sie offenbarte die enormen Defizite einer politischen Theologie, die in der Verfassungs- und Staatskrise des Jahres 1933 völlig versagte. Es mangelte in erster Linie an genuin politischen Kategorien, an intakten rechtsstaatlichen Prinzipien und an einem demokratischen Ethos, das sich rückhaltlos zur Republik bekannt hätte. Die politische Isolation, in die die Zentrumspartei unter der geistlichen Führung des Prälaten Kaas geraten war, wurde aufgefüllt mit einem moralisch-religiösen Defätismus, der die Aussicht auf eine politisch ausgewiesene und verantwortete Entscheidung von vornherein erschwerte.

Die Niederlage des politischen Katholizismus am 23. März 1933 ist nach Auffassung von Rudolf Morsey unwiderruflich mit dem Namen des Prälaten Ludwig Kaas verbunden, der in seiner Person das Scheitern des Prinzips geistlicher Führerschaft in der modernen Politik verkörperte.[434] Den weltanschaulichen Maßstäben der geistlichen Führerschaft war die politische Argumentation aus

[432] MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 48.
[433] MORSEY, Katholizismus, S. 140; MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 63.
[434] MORSEY, Katholizismus, S. 30: Morsey faßt das Dilemma in dem Satz zusammen: "Die Problematik der geistlichen Führerschaft gipfelte in der Persönlichkeit von Ludwig Kaas."

der Rede Brünings unterlegen. Der Ausgangspunkt für die Haltung von Kaas, die in der Zentrumsfraktion schließlich den Ausschlag gab, ist in der katholischen Staatslehre zu sehen, die "den Einsatz für eine bestehende Verfassung so lange unbedingt gebietet, wie die Rechtskontinuität der staatlichen Gesetze nicht durch revolutionäre Ereignisse zerbricht". Für den anderen Fall, daß die Rechtskontinuität zerbrochen war, galt umgekehrt ebenso: "Ist das aber durch andere geschehen, dann muß der Katholik versuchen, die neue Ordnung stabilisieren zu helfen." Diese Interpretation, die nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 von der Zentrumspresse aufgegriffen wurde, sah das Ermächtigungsgesetz "nicht als verfassungsbeseitigendes, sondern als Ordnung schaffendes und die revolutionären Verhältnisse beruhigendes Gesetz" an. Außerdem berührte das Ermächtigungsgesetz weder die naturrechtliche Basis der katholischen Staatslehre noch das christliche Sittengesetz, denn für einen Katholiken war mit der Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten und Grundrechte und der Preisgabe der Gewaltenteilung, also mit der Errichtung einer Diktatur, das göttliche Naturrecht nicht schlechthin und solange nicht verletzt, "wie die Interessen von Religion und Kirche nicht eklatant angetastet" wurden.[435] Von diesem Grundsatz ging Kaas offensichtlich aus, weil zur Annahme des Gegenteils kein ausreichender Grund vorhanden schien. So trug paradoxerweise die Annahme des Ermächtigungsgesetzes zur ‘Konstitutionalisierung’ der nationalsozialistischen Revolution und zur politischen Konsolidierung des nachrevolutionären Zustandes bei. In der Revolution von 1918/19, die ebenfalls "durch andere" ausgelöst worden war, hatte sich das Zentrum nicht anders verhalten. Es stellte sich auf die neue politische Ordnung ein und anerkannte sie, sobald sie sich etabliert hatte. Am 23. März 1933 nahm die Zentrumsfraktion die Entscheidung von 1918 in eigener Verantwortung zurück.

Die Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Ermächtigungsgesetz bedeutete die Kapitulation des politischen Katholizismus in Deutschland vor dem NS-Regime. Ihr Vollzug war nur noch eine Frage der Zeit. Hitlers politische Suggestivkraft und der Sog der nationalen Bewegung, der Druck der Straße und die Angst vor dem Kommunismus verfehlten ihre Wirkung in der katholischen Öffentlichkeit nicht. Sie stellten eine politische Symbiose von nationaler und christlicher Staatsidee in Aussicht, zu der der säkulare und religiös indifferente Weimarer Parteienstaat nicht in der Lage gewesen war. Das Eintreten für Brünings Haltung hätte außerordentliche persönliche Konsequenzen verlangt, opportuner - nicht leichter - erschien in diesem Augenblick die Zustimmung.

[435] JUNKER, Zentrumspartei, S. 188f.

Die Cloppenburger MT konnte sich dieser nationalen Strömung in den Märztagen des Jahres 1933 nicht entziehen und erkannte die historische Zäsur, die die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes in der deutschen Politik seit 1918 darstellte. Da die Entscheidung falle, erklärte sie am Tag der Abstimmung im Reichstag, komme es darauf an, daß sie auch von allen "willigen Kräften" getragen werde:

> "Im ganzen werden durch die Vier=Jahres=Vollmachten Verantwortlichkeiten von ungeheurer Größe geschaffen. Mögen diejenigen, in deren Hände eine derartige Machtfülle gegeben ist, wie sie auch noch nicht zu einem Teil [k]einer anderen früheren Regierung je anvertraut war, sie zum Nutzen und zur Wohlfahrt des Landes und Volkes gebrauchen. Dazu bedarf die Reichsregierung aller willigen Kräfte des Volkes, die bereit sind, sich in ehrlicher Arbeits= und Schicksalsgemeinschaft zu sammeln."[436]

Nach dem 23. März 1933 verstummten die Parteiinstanzen "schlagartig wochenlang" und gingen die Appelle zur positiven Mitarbeit und zur Anerkennung der bestehenden Obrigkeit von der Zentrumspresse und der katholischen Kirche aus.[437] Diesen schlossen sich zahlreiche katholische Verbände an. Katholische Kirche, katholische Presse und katholische Verbände begaben sich auf den Weg in das "Dritte Reich" und setzten sich überraschend schnell vom Zentrum ab. Auf der Grundlage der nationalsozialistischen Herrschaft wurde am 23. März 1933 im deutschen Katholizismus ein neuer politischer Konsens gefunden, dem sich das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg bereitwillig anschloß. Daß das Ermächtigungsgesetz den politischen Kern der nationalsozialistischen Revolution enthielt, was Brüning als das "Ungeheuerlichste" empfand, das "je von einem Parlament gefordert" worden sei, diese materielle Interpretation des Ermächtigungsgesetzes konnte sich gegen die grassierenden politischen Irrationalismen und weltanschaulichen Grabenkämpfe in der Umbruchsituation des Jahres 1933 nur schwer durchsetzen. In einem Leitartikel in der "Germania", dem offiziösen Presseorgan der Zentrumspartei, bekräftigte das Zentrum seine Haltung vom 23. März 1933. Es habe sich "in einem entscheidenden Augenblick der Nachkriegsentwicklung aus ihrem inneren staatspolitischen und sittlichen Muß heraus ihre Mitarbeit selbst dann zu leihen bereit" erklärt, "wenn die Gesamtumstände sowohl wie auch die Sondervorgänge, die zur Bildung der neuen Regierung führten, ihr normalerweise hätten Anlaß sein können, sich zurückzuziehen". Mit dieser Entscheidung habe die Zentrumspartei "dem deutschen Staate und der

---

[436] MT vom 23.3.1933.
[437] JUNKER, Zentrumspartei, S. 216.

deutschen Staatsführung an loyaler Chance alles gegeben, was sie geben konnte, außer ihrer Ehre und ihrer Treue zu sich selbst". Sie stelle sich "mit Bewußtsein, trotz nicht geringer innerpolitischer Bedenken der neuen werdenden deutschen Staatsführung als Mitarbeiter zur Verfügung", um der "stürmischen Dynamik der soeben erst aus der Opposition zu verantwortlicher Regierungstätigkeit gelangten Kräfte" ein notwendiges "ausgleichendes und regulierendes Moment" entgegenzusetzen. Dadurch trug die Zentrumspartei zur Normalisierung der revolutionären Übergangszeit bei und rückte endgültig vom - wie sie es jetzt nannte - "System des in Weimar geborenen Staates" ab.[438] Die Entscheidung hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Einstellung des deutschen Episkopats gegenüber der nationalsozialistischen Partei.

3.4.5. Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933

Mit der Verabschiedung des Ermächtigungsgestzes am 23. März 1933 wurden die Voraussetzungen zum innenpolitischen Kurswechsel im deutschen Episkopat geschaffen, der nur fünf Tage später in der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 seinen überraschend positiven Niederschlag fand und der katholischen Basis auch kirchlicherseits den Weg in das nationalsozialistische Deutschland ebnete. Durch diese Erklärung anerkannten die deutschen Bischöfe die durch das Ermächtigungsgesetz geschaffene politische Realität und richteten sich auf eine Koexistenz mit dem Nationalsozialismus ein.[439] Schon vor der entscheidenden Reichstagssitzung hatten sie ihre Absicht angekündigt, sich "im Rahmen ihres Hirtenamtes in einer Kundgebung an die ihnen anvertrauten Gläubigen" zu wenden, "sobald die durch die jüngsten Vorgänge geschaffene Lage sich klarer überblicken läßt".[440] Karl Bachem, der Chronist der Zentrumspartei, erfaßte diese neue Lage realistisch und notierte am 25. März 1933:

> "Was jetzt geschehen ist, hat mit Recht, Freiheit und Verfassung nicht das mindeste zu tun. Es ist richtig, daß der Parlamentarismus und damit der demokratische Gedanke sich totgelaufen hat."[441]

---

[438] MT vom 8.4.1933: "Der Weg des Zentrums"; MORSEY, Zentrumspartei, S. 373f. Die MT gab den Artikel aus der "Germania" in Auszügen wieder.
[439] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 45.
[440] MT vom 18.3.1933.
[441] MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 84.

Als demokratisch legitimiert war die deutsche Staatsführung, die die Bischöfe in ihrer Erklärung vom 28. März 1933 als weltliche Obrigkeit anerkannten, demnach nicht mehr anzusehen. Der Staatsrechtler Carl Schmitt sprach 1933 in diesem Zusammenhang zutreffend von einem "Wendepunkt von verfassungsgeschichtlicher Bedeutung".[442] Diese Fragen wurden in den Konsultationen, die der Veröffentlichung der Fuldaer Kundgebung vorausgingen, jedoch nicht als "conditio sine qua non" behandelt. Darin besteht das eigentliche politische Debakel in der Haltung des deutschen Episkopats im Frühjahr 1933. Es hat seine Ursache in der Bewahrung verfassungspolitischer Neutralität, die das höchste katholische Lehramt seit Leo XIII. nachdrücklich vertrat. Aus dieser Haltung hatte sich keine zwingende Notwendigkeit zur Anerkennung der demokratischen Staatsform in der Weimarer Republik ergeben. In dieses verfassungspolitische Vakuum konnte die aggressive Strategie, die Hitler gegenüber der katholischen Kirche verfolgte, vordringen und so den politischen Katholizismus ausschalten. Die deutschen Bischöfe legitimierten trotz unterschiedlicher Auffassungen in Einzelfragen die ‘nachrevolutionäre’ Situation, die am Abend des 23. März 1933 eingetreten war, und trugen mit ihrer Erklärung vom 28. März 1933 erheblich zur politischen Entspannung des Verhältnisses zwischen Nationalsozialismus und Katholizismus und zur moralischen Aufwertung des neuen Regimes bei.

Einen Weg in den NS-Staat hatte wenige Tage vor der besagten Kundgebung bereits der Freiburger Erzbischof Conrad Gröber in einem Grußwort an die katholische Jugend gewiesen, das in der Cloppenburger MT unter dem bezeichnenden Titel "Nationale Gesinnung auf christlichem Fundament" erschien. Das Schreiben Gröbers bezog sich auf eine Jugendkundgebung, die seit mehreren Wochen in Freiburg geplant war, aber aufgrund der "unruhigen Zeitverhält

[442] In einem Kommentar, der 1933 in der "Deutschen Juristen-Zeitung" erschien, erkannte Carl Schmitt im Ermächtigungsgesetz einen Sieg der "Nationalen Revolution", die einen völligen Bruch mit der demokratischen Verfassung von Weimar darstellte. Dabei erlange der "berühmte Satz" des Reichsgerichts aus dem Jahre 1920, daß "die Rechtmäßigkeit der Begründung kein wesentliches Merkmal der Staatsgewalt" sei, eine neue aktuelle Bedeutung: "Wenn die Gerichte schon zugunsten der neuen Mächte des Zusammenbruchs vom November 1918 diesen Standpunkt einnahmen, muß der gleiche Gesichtspunkt erst recht und in weit höherem Maße zugunsten einer nationalen Revolution und der gegenwärtigen Staatsgewalt gelten." Schmitt warnte davor, "mit der Sophistik des alten Parteienstaates die Rechtsgrundlagen des neuen Staates zu untergraben". Die Reichsregierung könne "Verfassungsgesetze im formellen Sinne" erlassen, die "neues, von dem bisherigen Verfassungsrecht abweichendes materielles Verfassungsrecht" schaffen. Schmitt schloß daraus: "Damit ist der überlieferte Gesetzesbegriff des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates, für welchen die Mitwirkung der Volksvertretung zum Begriff des Gesetzes gehörte, überwunden." (MORSEY, Ermächtigungsgesetz, S. 89f.)

nisse" auf den 31. März 1933 verschoben werden mußte. Unter Anspielung auf Hitlers Regierungserklärung verlangte Gröber von der katholischen Jugend seiner Diözese "Treue um Treue" und rief mahnend zur politischen Loyalität auf:

> "Zuerst spreche ich die zuversichtliche Erwartung aus, daß sich unsere Organisationen und ihre Mitglieder ohne Ausnahme in gewissenhafter Weise von allem enthalten, was irgendwie als Störung des Friedens oder der öffentlichen Ordnung gedeutet werden könnte. Diese Mahnung ist deswegen am Platze, weil sich der jugendlich überschäumende Mensch, zumal in Zeiten der Umwälzung und Gärung und der Aufreizung durch andere nur zu leicht zu Aeußerungen und Handlungen fortreißen läßt, die nicht bloß ihm selber schweren Schaden zufügen, sondern auch in der Gegenwart die katholischen Organisationen in ihrer Weiterentwicklung und in ihrem Weiterbestande beeinträchtigen könnten. Wir wollten in gereifter Besonnenheit und nervenstarker Ruhe und Beherrschtheit den Verlauf der äußeren Ereignisse verfolgen und durch unsere eigene, straffe und lückenlose Disziplin der breitesten Oeffentlichkeit beweisen, daß wir selber und unsere Organisationen auf Grund unseres christlichen Wesens und unserer Verbundenheit durch Sprache und Blut der inneren Erstarkung unseres Volkes und Vaterlandes opferfroh dienen.
> Wir dürfen deshalb auch vertrauensvoll erwarten, daß die Stürme, die immer wieder unser deutsches Vaterland erschüttern, den katholischen Jugendorganisationen keinen wesentlichen Schaden zuzufügen vermögen. Nun heißt es: Treue um Treue! Nun müssen die jungen Menschen sich an den Handschlag erinnern, mit dem sie nicht nur zur persönlichen Freundschaft sich verpflichten, sondern auch ihr Denken und Wollen, ihre Liebe und ihr Leben mit der Kirche verbinden."[443]

Das Grußwort des Freiburger Erzbischofs Gröber gab die politische Linie vor, die auch die Fuldaer Kundgebung beherrschte. Die als "Kundgebung" apostrophierte Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz setzte in einer entscheidenden Phase eine Entwicklung fort, die die katholische Kirche zwar nicht gleichschaltete, aber sie soweit in das neue politische System einpaßte, daß sie im Grunde für den inneren Bestand des NS-Regimes keine politische Gefahr mehr darstellte. In dem Dokument vom 28. März 1933 revidierten die deutschen Bischöfe ihre bisherige ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und forderten ihre Gläubigen offiziell zur Bejahung der "Nationalen Revolution" und zur aktiven Teilnahme am politischen Leben im nationalsozialistischen Deutschland auf. Ohne die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz ist die vielfältige Bereitschaft zur Selbstgleichschaltung, die in den Wochen nach dem 28. März 1933 auch in Südoldenburg anzutreffen war, nicht zu erklären. Das Dokument, dem eine Schlüsselstellung in der Geschichte des

[443] MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 137.

deutschen Katholizismus im Jahre 1933 zukommt, wies in den entscheidenden politischen Inhalten folgenden Wortlaut auf:

> "[...] Es ist nunmehr anzuerkennen, daß von dem höchsten Vertreter der Reichsregierung, der zugleich autoritärer Führer jener Bewegung ist, öffentlich und feierlich Erklärungen gegeben sind, durch die der Unverletzlichkeit der katholischen Glaubenslehre und den unveränderten Aufgaben und Rechten der Kirche Rechnung getragen, sowie die vollinhaltliche Geltung der von den einzelnen deutschen Ländern mit der Kirche abgeschlossenen Staatsverträge durch die Reichsregierung ausdrücklich zugesichert wird. Ohne die in seinen früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös=sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.
> Für die katholischen Christen, denen die Stimme ihrer Kirche heilig ist, bedarf es auch im gegenwärtigen Zeitpunkte keiner besonderen Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung alles rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens.
> In Geltung bleibt die so oft in feierlicher Kundgebung an alle Katholiken ergangene Mahnung, stets wachsam und opferfreudig einzutreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für Schutz der christlichen Religion und Sitte, für Freiheit und Rechte der katholischen Kirche und Schutz der konfessionellen Schule und katholischen Jugendorganisationen.
> In Geltung bleibt ferner die Mahnung an die politischen und ähnlichen Vereine und Organisationen, in Gotteshaus und kirchlichen Funktionen aus Ehrfurcht vor der Heiligkeit derselben zu vermeiden, was als politische oder parteimäßige Demonstration erscheinen und daher Anstoß erregen kann. [...]"[444]

Der Wortlaut des Textes zeigt deutlich einen Kompromißcharakter, der in der Geschichte seiner Entstehung begründet ist. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die Loyalität gegenüber der neuen politischen Obrigkeit und vor allem die Wahrung der katholischen Interessen hatten Vorrang vor den verfassungs- und staatspolitischen Problemen, die als temporäre Erscheinungen die Mitte des katholischen Glaubens nicht berührten und denen gegenüber sich der deutsche Episkopat insgesamt weiterhin indifferent verhielt. Um der Wahrung dieser katholischen Interessen willen war es erforderlich, das Auftreten jeder politischen Opposition zu unterdrücken und sich in den Wirren der Umbruchsituation der Führung der katholischen Kirche anzuvertrauen; diese erhob einen durch alle Zeiten ungebrochenen Anspruch auf die vorbehaltlose Anerkennung

---

[444] Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 7, 6.4.1933, S. 31f.; VOLK, Kundgebung, S. 444; DENZLER, Kirchen 2, S. 42-44; MT vom 29.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 138; SANDSTEDE, Galen, S. 133f. Die Cloppenburger MT übernahm die Kundgebung wörtlich aus dem Kirchlichen Amtsblatt der Diözese Münster. Unterzeichnet war sie für die Diözese Münster von Generalvikar Meis.

ihrer moralischen Autorität. Die Aufforderung zur grundsätzlichen Loyalität gegenüber der NS-Regierung bestimmte den politischen Tenor in den zahlreichen oberhirtlichen Kundgebungen und Weisungen, die das Verhältnis zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus nach dem 28. März 1933 klären helfen und die katholische Öffentlichkeit politisch nachhaltig umstimmen sollten. Persönliche Irritationen konnten da nicht ausbleiben.

Umgehend hob die Fuldaer Bischofskonferenz in einer Instruktion für die katholischen Geistlichen vom 29. März 1933 verschiedentlich verhängte Sanktionen gegen Mitglieder der "nationalsozialistischen Bewegung" ausdrücklich auf.[445] Die Bischöfe ordneten an, daß Katholiken wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP "hinsichtlich des Sakramentenempfanges nicht zu beunruhigen" seien; auch "die bloße Zugehörigkeit zu jener Partei" stelle keinen Grund zur Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses dar. Zum Gottesdienst und zum Empfang der Sakramente waren in Zukunft auch in Uniform erscheinende Mitglieder zugelassen. "Das Einbringen von Fahnen dieser und anderer politischer Parteiorganisationen in die Kirche" sollte "durch freundliche vorherige Verständigung nach Tunlichkeit" unterbleiben, weil es "das Gepräge einer politischen Parteidemonstration" annehmen könnte. Sollten die Anweisungen nicht befolgt werden, sei darüber in jedem Falle "ein öffentlicher Skandal" zu vermeiden. Wegweisend für die Haltung der katholischen Kirche im politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus blieb die Unterscheidung zwischen nationalen und (partei)politischen Veranstaltungen:

> "Veranstaltung von Feldgottesdiensten für politische Parteiorganisationen ist, weil sie parteipolitischen Charakter zu haben pflegen, im allgemeinen zu unterlassen. Für allgemeine vaterländische Veranstaltungen gilt diese Bemerkung nicht."

Auch bei kirchlichen Begräbnissen war "die Zulassung weltlicher Vereine, die keinen kirchenfeindlichen Charakter tragen", nicht untersagt; das galt auch für das Mitführen von Fahnen, wobei auf die "Unterlassung parteipolitischer Kundgebungen - wenigstens in Gegenwart des Priesters - hingewirkt werden" sollte. Das Amt der Kirche erschöpfe sich nicht in natürlichen weltlichen Aufgaben, sondern habe "die Augen stets hinzulenken auf die höheren Aufgaben und Ziele des Menschen, auf die christliche Religion als Grundlage und Quellborn der Kultur, auf die Notwendigkeit innerer religiöser und sittlicher Bildung, damit zugleich auf die hohen Aufgaben, die unsere katholischen, kirchlich approbierten Vereine für religiöses Leben und religiöse Bildung, für die ge

[445] HUBER, Kirche 4, S. 468f., auch zum folg.

samte katholische Jugendpflege, für sozialen Frieden und damit für Volk und Vaterland, für zeitliches und ewiges Heil der Menschheit zu erfüllen haben". Damit deutete die Instruktion Unterscheidungen an, die auch die Konkordatspolitik bestimmten, und nahm eine Trennung von Religion und Politik vor, die zum Fundament für die Verständigung zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Staat wurde.

Offensichtlich waren die katholischen Oberhirten nach dem 23. März 1933 mehrheitlich der Auffassung, daß der deutsche Episkopat die unerwartete 'Friedensnote' Hitlers an die Adresse der katholischen Kirche umgehend zu beantworten habe. Unterschiedlich waren die Ansichten darüber, wann und in welcher Form die Antwort konzipiert werden sollte. Als "Initiator und Promotor" des politischen Kurswechsels trat der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, der Breslauer Erzbischof Kardinal Bertram, auf, der die Korrespondenz mit den deutschen Oberhirten führte und als Koordinator an Einflußmöglichkeiten gewann. Der Münchner Kardinal Faulhaber, persönlich wie viele Amtskollegen "von der Legalität der Machtaneignung überzeugt", setzte sich als Vorsitzender des bayerischen Episkopats "für ein einheitliches Vorgehen der Bischöfe" ein, meldete aber gewisse politische Vorbehalte an.[446] Die Differenzen der beiden Konferenzvorsitzenden von Fulda und Freising, Bertram und Faulhaber, wurden bis zum "hektischen Endspurt der Schlußredaktion" nicht ganz beigelegt. Obwohl Faulhaber, "um die Einheitlichkeit des Episkopats bangend", sich am 28. März 1933 entschloß, "summarisch die Zustimmung des bayerischen Episkopats zur vorgelegten Kundgebung" zu erklären, erschien die Verlautbarung der deutschen Bischöfe in den meisten Tageszeitungen als "Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz".[447] Die gravierenden Abänderungsbegehren Faulhabers brachten Bertram offensichtlich in zeitlichen Verzug, den er sich nicht mehr länger gestatten zu können glaubte. Bertram fühlte sich als Sprecher des Episkopats beim Wort genommen, "nachdem er über Papen bei Hitler die Vorbedingungen einer kirchlichen Umorientierung angemeldet hatte und sie nun durch Hitler vor dem Reichstag feierlich proklamiert sah". Für den Zeitdruck, den Bertram empfand, waren "neben der Faszination des einmaligen Augenblicks" sicherlich auch "pastorale Nöte" und "die Stimme gegen den Bolschewismus" aus Rom mit verantwortlich.[448] In einer Konsistoriumsansprache hatte Papst Pius XI. am 13. März 1933 erneut den Kommunis

[446] VOLK, Kundgebung, S. 433f.
[447] Ebd., S. 436.
[448] MT vom 29.3.1933; VOLK, Kundgebung, S. 439f.

mus verurteilt und in diesem Zusammenhang die "Haltung der deutschen Katholiken im Kampf gegen den Bolschewismus lobend hervorgehoben". Im Osservatore Romano, dem Presseorgan des Heiligen Stuhls, war die Kundgebung des Papstes unter dem Titel "Die Stimme gegen den Bolschewismus" erschienen. Sie enthielt eine positive Bewertung der politischen Entwicklung in Deutschland durch das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche und eine deutliche Absage an demokratisch verfaßte Staatswesen, die dem Bolschewismus nicht gewachsen seien:

> "Der moderne Staat sei wegen der ihm innewohnenden tödlichen Logik, die seine eigene Grundlage verfälsche, unfähig zur Verteidigung seiner selbst. Als er sich von den unvergänglichen Quellen der Wahrheit und des Guten losgesagt, als er die ursprüngliche, die christliche Kultur verleugnet, als er den Strömungen des Freidenkertums und der freien Moral Tür und Tor geöffnet habe, da habe er jede Anarchie, jede Rebellion, jeden Bolschewismus gerechtfertigt. Er sei daher machtlos. **Polizeimaßnahmen könnten die Idee nicht lösen. Die bolschewistische Idee sei im Herzen Europas geborgen.** [...] Trennung von der Kirche, Laiengesetz, Bolschewismus bedeuteten im Grunde genommen das gleiche. Die Logik habe ihre eisernen Gesetze. Deshalb richte sich auch, wie wiederum der Papst bemerkt, der wahre Kampf des Bolschewismus letzten Endes gegen Rom und die katholische Kirche. Der Bischof von Rom sei auch heute der wahre Defensor civilitatis."[449]

Was die beabsichtigte Erklärung betraf, herrschte im deutschen Episkopat keine volle Übereinstimmung. Ein Teil der katholischen Oberhirten konnte sich dem Breslauer Metropoliten nur unter Vorbehalt anschließen. Das galt vor allem für die ausdrückliche "Mahnung zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit".[450] Darin anerkannte der deutsche Episkopat nachhaltig die moralische Legitimität der nationalsozialistischen Regierung und schwächte die kulturpolitischen und moralischen Vorbehalte gegenüber dem Nationalsozialismus erheblich ab. Getreu den politischen Maximen, die die katholische Kirche seit dem 19. Jahrhundert dogmatisch vertreten hatte, bekannte sie sich in konsequenter Anwendung von Röm. 13,1 zum neuen Staat, ohne die Frage nach seiner politischen Legitimation zu prüfen. Erst die dramatische Situation im Frühjahr 1933 kann erklären, daß die katholischen Bischöfe ihre Gläubigen "auch im gegenwärtigen Zeitpunkt" zu einer politischen Loyalität ermahnten, die für den Katholiken zu keiner Zeit außer Frage gestanden hatte. Das Motiv lag in der besonderen Staatskrisis, die im Frühjahr 1933 zweifellos existierte und den Worten der Bischöfe eine präventive Absicht unterlegte:

---

[449] MT vom 29.3.1933.
[450] VOLK, Kundgebung, S. 444f.

> "Um die Regierung der 'nationalen Konzentration' in den Genuß katholischer Staatstreue zu bringen, war keine Kundgebung des Episkopats vonnöten. Loyalität der Obrigkeit gegenüber war den Katholiken als Haltung anerzogen und in der Betätigung kontinuierlich. Sie übertrug sich, ohne innezuhalten oder zu schwanken, von einer Regierung auf die andere. Unproblematisch und unreflektiert, wie sie in der Katechese gelehrt und vom Kirchenvolk seit Jahrzehnten ohne die Grenzerfahrungen des Unrechtsstaates geübt worden war, schwebte sie freilich in der größten Gefahr, von einem unter dem Schein des Rechts installierten Usurpator mißbraucht zu werden."[451]

Während die bisherige Haltung der katholischen Bischöfe die noch in der Wahl vom 5. März 1933 geübte Resistenz der Katholiken gegen den Nationalsozialismus gestützt hatte, legte nun eine wohlwollende nationale Zeitbetrachtung dem einzelnen Katholiken "eher eine schnelle Anpassung an die jüngste politische Entwicklung" nahe. Die große "Barriere gegen das Eindringen des Nationalsozialismus in den kirchlich und parteipolitisch gebundenen katholischen Volksteil" war damit weithin gefallen.[452] Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz sah in den jüngsten Ereignissen eine günstige politische Entwicklung, die es ihr erlaubte, die "vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig" zu betrachten. Sie waren zum "Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche [...] gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung" nicht mehr vonnöten.[453] Die Kritik beschränkte sich im deutschen Episkopat auf einzelne Stimmen. So hegte der Regensburger Bischof Dr. Michael Buchberger schwerwiegende Zweifel an der politischen Aufrichtigkeit Hitlers und mahnte zur Vorsicht. Im Schreiben an Kardinal Faulhaber vom 27. März 1933 warnte er vor einem allzu raschen Kurswechsel und hielt weitsichtig an der Zentrumspartei fest:

> "Die Erklärung des Reichskanzlers bei Eröffnung des Reichstages ist sehr dankenswert, und sein Entschluß, mit aller Tatkraft den Bolschewismus in seinen verschiedenen Formen zu bekämpfen, verdient höchste Anerkennung. Aber vorläufig sind das nur Worte. Wir dürfen nicht im Gefolge jener erscheinen, die jetzt Vorschußlorbeeren geben in einem Ausmaß, wie das noch nie dagewesen ist. Zurückhaltung und Würde ist das Gebot der Stunde. Viele unserer besten Katholiken sind tumultuarisch ihrer Stellungen beraubt worden, viele schmachten in Haft wie Sträflinge, andere hat man fortgejagt wie Verbrecher, und noch ist nichts geschehen, um solche Ausschreitungen hintanzuhalten oder wieder gut zu machen. Wir dürfen unser treu katholisches Volk und seine Führer jetzt nicht im Stiche lassen. [...]

---

[451] VOLK, Kundgebung, S. 447.
[452] LÖNNE, Katholizismus, S. 238.
[453] MT vom 29.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 138; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 538f.

> Wir werden nach wie vor eine katholische Partei brauchen, sonst sind wir auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Dessen soll sich auch der Klerus bewußt bleiben, und das soll irgendwie in der Anweisung durchklingen."[454]

Eine ähnliche Position vertrat auch Konrad von Preysing, damals Bischof von Eichstätt, aber Preysing wie Buchberger konnten sich gegen die Mehrheit der deutschen Bischöfe nicht durchsetzen. Graf von Preysing (1880 - 1950) war ein Vetter Clemens Augusts von Galen. 1932 wurde er zum Bischof von Eichstätt, 1935 zum Bischof von Berlin ernannt und 1946 zusammen mit Bischof Clemens August von Münster in den Kardinalsrang erhoben. Mit Fritz Gerlich und dem Franziskanerpater Ingbert Naab, den Redakteuren der katholischen Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten", gehörte Preysing dem "Konnersreuther Kreis" an, der den Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland kritisch beobachtete und Gegenmaßnahmen in Erwägung zog. Clemens August von Galen und Konrad von Preysing gingen in ihrer Opposition gegen den Nationalsozialismus in Deutschland getrennte Wege. Im Unterschied zu Bischof Clemens August übte Preysing sich nicht in Ergebenheits- und Beifallsbekundungen an die Adresse der neuen Machthaber und forderte zu Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht "wie die übrigen deutschen Bischöfe zur Erfüllung der patriotischen Pflicht als Soldat" auf. 1940 gab er unter Protest gegen die politische Einstellung des Breslauer Kardinals Bertram das Pressereferat der Fuldaer Bischofskonferenz auf. In ungewöhnlicher Form nahm sich der Bischof von Berlin der verfolgten jüdischen Mitbürger an.[455]

Die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 wurde von der NS-Regierung als ein positives Bekenntnis zum politischen Umschwung in Deutschland begrüßt und in diesem Sinne gewürdigt. Gerade die einschränkende Formulierung "Ohne die in seinen früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös=sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt daher der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, daß die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen." wurde von der nationalsozialistischen Propaganda als Ausdruck "einer einseitigen Akklamation der Machtergreifung Hitlers" aufgenommen.[456] Im eklatanten Widerspruch zum Wortlaut der Erklärung stellte der "Völkische Beobachter" begeistert fest, "daß die Fuldaer Bischofskonferenz

---

[454] MÜLLER, Kirche, S. 93f.; VOLK, Kundgebung, S. 438, Anm. 28.
[455] WILLENBORG, Amboss, S. 22, 26ff.
[456] DEUERLEIN, Vergegenwärtigung 3, S. 216.

ihre sämtlichen Verfügungen gegen die NSDAP - und somit auch gegen die nationalsozialistischen katholischen Priester - zurückzieht" und der Episkopat mit dem neuen Beschluß "den nunmehr gegebenen unabänderlichen politischen Verhältnissen Rechnung getragen und die nicht mehr haltbare Plattform aufgegeben" habe.[457] Etwa zwei Wochen nach der Veröffentlichung der Kundgebung zitierte die Cloppenburger MT ausführlich aus dem vatikanamtlichen "Osservatore Romano", der nachdrücklich bestritt, daß die Fuldaer Bischofskonferenz beschlossen habe, "ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus zu revidieren und die seinerzeit gegen die Bewegung getroffenen Maßnahmen zurückzunehmen". Das Gegenteil sei vielmehr der Fall:

> "Es genüge, die Erklärungen des Episkopats zu lesen, um sich davon zu überzeugen, daß er nicht etwa getroffene Anordnungen zurückgenommen, sondern lediglich festgestellt habe, daß kein Anlaß zu ihrer Anwendung vorliege. Denn ein Richtungs= und Haltungswechsel sei auch seitens des Nationalsozialismus festzustellen mit den Erklärungen des Reichskanzlers Hitler in seiner bekannten Programmrede im Reichstag, Erklärungen, die die Fuldaer Bischofskonferenz als Begründung für ihre Beschlüsse wörtlich zitiert habe."[458]

Diese Unterscheidungen stellten sich als allzu philologisch heraus, um im politischen Alltag vollends bedacht zu werden. Die Manipulation der "Kundgebung" durch die NS-Behörden war vom deutschen Episkopat nicht ins politische Kalkül gezogen worden. Somit erlebte die Erklärung der deutschen Bischöfe ein ähnliches Schicksal politischer Vereinnahmung wie das Reichskonkordat, das vom NS-Regime innen- wie außenpolitisch respektlos instrumentalisiert wurde.

Nach Rudolf Morsey ist die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz "in ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen", denn sie führte zum Aufatmen vieler Zentrumsmitglieder, "für die die Haltung der kirchlichen Obrigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus auch im Parteikampf des Zentrums gegen die NSDAP verpflichtend gewesen war".[459] Ein Bruch zwischen dem Zentrum und den deutschen Bischöfen wurde vermieden. Deshalb begrüßte das Zentrum in einer Stellungnahme, die in der "Germania" erschien, die jüngste Verlautbarung der deutschen Bischöfe und stellte einen unmittelbaren Zusammenhang mit der Regierungserklärung Hitlers her. Dabei nahm es eine strikte Trennung der

---

[457] DENZLER, Kirchen 2, S. 44f.: Wiedergabe aus dem Völkischen Beobachter vom 30.3.1933.
[458] MT vom 13.4.1933.
[459] MORSEY, Zentrumspartei, S. 369f.

politischen und geistlichen Kompetenzen vor und machte für die eingetretenen Irritationen ausschließlich die NSDAP verantwortlich:

> "Wir haben immer wieder betont, daß es sich für die kirchlichen Instanzen in dieser wichtigen Frage nie um Erwägungen politischer Natur gehandelt hat, sondern um eine Frage, die die Glaubenslehre und das Wesen der Kirche selbst angeht. Wie haben immer wieder gefordert, die maßgeblichen Instanzen der NSDAP möchten die Unklarheit, die einzelne Veröffentlichungen und Abhandlungen nationalsozialistischer Führer und insbesondere der Artikel 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms auf katholischer Seite hervorrufen mußten, durch eindeutige Erklärungen beseitigen und damit die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten auf diesem rein weltanschaulichen Gebiet aus der Welt schaffen. Wir möchten heute feststellen, daß es nicht an uns, vor allem nicht an den Bischöfen lag, wenn diese Klärung nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt erreicht werden konnte. Erst die klaren Ausführungen des Herrn Reichskanzlers in der Regierungserklärung vom 23. März haben es dem Episkopat ermöglicht, die bevorstehende bedeutsame Erklärung der Oeffentlichkeit zu übergeben."[460]

Durch diese Erklärung rechtfertigte das Zentrum die Haltung des deutschen Episkopats, anerkannte ohne Vorbehalte die innenpolitische Lage in Deutschland, wie sie sich Ende März 1933 darstellte, und legitimierte dadurch nachträglich die nationalsozialistische Revolution. Dabei war die Kundgebung in den Reihen der gläubigen Katholiken durchaus dazu angetan, für Verwirrrung und Desorientierung zu sorgen. Es war zu schnell gegangen und die kirchenpolitische Note insgesamt zu knapp ausgefallen, um für rasche Orientierung zu sorgen. Nachfolgende grundsätzliche Erklärungen deutscher Bischöfe versuchten den Mangel zu beheben, daß in der Kundgebung vieles ungesagt geblieben war. Der Münchner Kardinal Faulhaber reflektierte durchaus den Konflikt an der katholischen Basis, den er nur mit Blick auf "die große katholische Sache" und das Gesetz der Kirchenräson zu rechtfertigen vermochte. In einem Brief an den Erzbischof von Paderborn stellte er über "die neue Erklärung der deutschen Bischöfe, die aber heute irrtümlicherweise wieder als Kundgebung der Fuldaer Konferenz veröffentlicht" wurde, nachdenklich fest:

> "Die deutschen Bischöfe dürfen sich freilich nicht verhehlen, daß diese Erklärung von heute, die gestern abend im Radio als eine 'Zurücknahme' früherer Warnungen und Verbote bezeichnet wurde, auf unsere treuen Katholiken, die für das Zentrum und die Bayerische Volkspartei schwere Opfer brachten und zum Teil, als Katholiken, ihre Stelle, zum Teil sogar ihre Freiheit verloren, einen niederschmetternden Eindruck machen wird. Es ist eine jener tragischen Stunden, in der die höchsten kirchlichen Stellen

[460] MT vom 30.3.1933. Der Artikel aus der "Germania" wurde in Auszügen in der Cloppenburger MT wiedergegeben. Zu Art. 24 des NSDAP-Programms vom 25. Februar 1920 vgl. Kap. 2.: Die politische Resistenz der katholischen Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus von 1930 bis 1933.

> einen Schritt tun müssen, der dem Einzelnen rätselhaft erscheint, der aber notwendig ist für die große katholische Sache."[461]

Viele überzeugte Katholiken fühlten sich durch die Haltung ihrer Kirche im Stich gelassen; das war auch in Südoldenburg der Fall.[462] Mit dem Abstand weniger Wochen waren die März-Entscheidungen des Jahres 1933 im katholischen Milieu Südoldenburgs bereits politische Realität geworden. Der gläubige Katholik in Südoldenburg, an die Weisungen seiner Kirche gewöhnt, seinen Oberhirten zur unbedingten Treue verpflichtet, war zu wenig freier Bürger gewesen, um auf die großen politischen Herausforderungen in demokratischer Verantwortung zu reagieren. Den mündigen Christen, der nach seinem Gewissen entscheidet, gab es im katholischen Milieu nicht oder nur vereinzelt. Der katholische Laie, das unterste Glied in der hierarchisch gegliederten katholischen Kirche, war gewohnt, den Geistlichen, den Bischöfen und dem Papst zu gehorchen. Zum 44. Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April 1933 erschien in der Cloppenburger Tageszeitung ein eigenverantwortlicher Kommentar, in dem unumwunden erklärt wurde, daß Hitler "heute nicht mehr nur der Führer einer Partei, sondern als Kanzler der Repräsentant der deutschen Politik und des deutschen Volkes" sei. In einer vorläufigen Bilanz der jüngsten politischen Ereignisse würdigte die MT seine politischen Verdienste mit den Worten:

> "Es ist noch nicht an der Zeit, über die Kanzlerschaft Hitlers zu schreiben, aber die Tatsache, daß es ihm gelang, den partikularistischen Aufbau des Reiches zu beseitigen und eine starke Zentralgewalt zu schaffen, die die Voraussetzung einer machtvollen Innen- und Außenpolitik ist, diese Tatsache kann schon jetzt nicht klar genug hervorgehoben werden."[463]

Die Cloppenburger MT stellte die Beseitigung der ersten deutschen Demokratie als eine staatsmännische Leistung des Reichskanzlers Adolf Hitler heraus und setzte einen politischen Akzent, der bezeichnend für die Stimmung im deutschen Katholizismus des Jahres 1933 war. Für ihn war Hitler der Führer einer Partei und noch mehr der legitime Reichskanzler des Deutschen Reiches. Hitlers Reichstagsrede und die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz waren der "aditus ad pacem" und räumten für die Katholiken die schwierigsten Hin

---

[461] VOLK, Kundgebung, S. 455: Brief Kardinal Faulhabers an Dr. Kaspar Klein, Erzbischof von Paderborn, vom 29. März 1933.
[462] Oberstudienrat Paul Willenborg, Cloppenburg, über seinen Vater Paul Willenborg, der im besagten Zeitraum als Lehrer in der kleinen Bauerschaft Harkebrügge tätig war. (Interview vom 1.12.1997)
[463] MT vom 20.4.1933.

dernisse auf dem Weg zur positiven Mitarbeit im neuen Staate aus dem Wege.[464] Damit waren die Rahmenbedingungen für die Stellung der Katholiken im "Dritten Reich" geschaffen.

3.4.6. Kundgebungen katholischer Verbände

Exemplarisch für das politische Klima der Anpassung, das sich im deutschen Katholizismus nach den Reichstagswahlen und den preußischen Landtagswahlen vom 5. März 1933 bis zum Beginn der Pfingsttagung der deutschen Bischöfe am 30. Mai 1933 in Fulda immer mehr ausbreitete, sind zahlreiche Kundgebungen und Solidaritätsadressen verschiedener katholischer Verbände. Der Katholische Gesellenverband (KGV) war der erste im deutschen Katholizismus, der seine Weichenstellung zugunsten der neuen Machthaber nachhaltig korrigierte. Am 15. März 1933 erschien im "Kolpingsblatt" ein Grundsatzartikel von Generalsekretär Johannes Nattermann, der unter dem programmatischen Titel "Mitten in der Bewegung der Zeit" das Verhältnis des Gesellenverbandes zur NS-Regierung völlig revidierte. Nattermann kritisierte in Übereinstiummng mit dem deutschen Episkopat zwar die neuheidnischen Elemente in der NS-Ideologie, warnte die deutschen Katholiken aber ausdrücklich vor einem neuen "Kulturkampf" und drängte sie, sich nicht wieder ins politische Abseits manövrieren zu lassen. Gleichzeitig distanzierte er sich bereits zu diesem Zeitpunkt von der Deutschen Zentrumspartei:

> "Entweder schafft der deutsche Katholizismus begeistert mit, oder er schaltet sich aus, wird wiederum ins Ghetto gedrängt, läuft polternd hinter dem Reichswagen her oder verflüchtigt sich in Geistreichigkeiten und leere Träumereien."[465]

Es handelte sich bei diesem Artikel zwar nicht um eine offizielle Deklaration des Gesamtverbandes, aber viele Diözesanverbände, so auch Münster, und die Basis rezipierten den Text und machten ihn zur Richtschnur für die zukünftige Vereinsarbeit. Er bot positiv offensichtlich klare Orientierung in einer verwirrenden Zeit. Damit begann im KGV eine Phase der Illusionen, die durch die Vorfälle auf dem 1. Deutschen Gesellentag in München am 11. Juni 1933 jäh beendet wurden. In einer Erklärung des Katholischen Jungmännerverbandes, die vom Reichsvorstand dieser Organisation bereits am 16. März 1933 - also eine Woche vor der Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" -

---

[464] BÖCKENFÖRDE, Stellungnahme, S. 89.
[465] WIRTZ, Gesellenvereine, S. 126.

beschlossen worden war, aber in der Cloppenburger MT erst am 11. April 1933 erschien, wurden die angeschlossenen Zweigvereine, Bezirks- und Diözesanverbände aufgefordert, sich in Zukunft "die volkspolitische Aufgabe" des Jungmännerverbandes zu eigen zu machen: "Für seinen Teil mitzubauen an einem einigen und starken Reich der Deutschen, an einem Deutschland in Frieden und Freiheit; [...]." Der Katholische Jungmännerverband bekräftigte seine nationale Haltung, die auch in der Gegenwart keiner Revision bedürfe:

> "Wir stehen auch in dieser Stunde zu unserem deutschen Vaterland in der gleichen Dienstbereitschaft wie bisher. Politischen Parteien haben wir nie gedient, sind keinerlei Bindungen mit ihnen eingegangen, aber die Pflicht aller Mitglieder, 'deutschem Volk und deutschem Vaterland in Liebe sich zu weihen' und 'aus jungem deutschen Willen mitzuarbeiten an der Erneuerung deutschen Volkstums und deutschen Staates' sowie 'bewußte Träger und Sendboten der Frohen Botschaft ins Volk hinein zu werden', wollen wir auch jetzt und in Zukunft erfüllen."[466]

Der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches (KLVdDR), dem auch der "Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg" angeschlossen war, erklärte in seiner Kundgebung vom 30. März 1933 - zwei Tage nach der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz -, er habe nun "seine erste und letzte Aufgabe wiedererhalten, aus seinen Prinzipien: Treu dem Vaterlande, treu dem Stande, treu der Kirche an der sittlichen, moralischen und staatsformenden Aufgabe der Volksbildung mitzuarbeiten". Wie in den Augusttagen des Jahres 1914 habe "ein nationales und deutsches Fühlen und Aufbegehren" das Volk erfaßt, das "alles Trennende beiseite" treten lasse und "das spezifische aus dem Wesen des religiösen Katholizismus lebende katholische Volkstum" wieder "auf seine eigentlichen Volksaufgaben im Katholischen" zurückführe. Die nationalsozialistische Revolution war aus der Sicht der katholischen Lehrer bereits vollzogen:

> "Der Umbruch des Bestehenden und die Zielausrichtung auf ein neues werdendes deutsches Volk und einen neuen deutschen Staat ist vollzogen. An diesem Wandel wurden bedauerlicherweise die katholischen Führer ebenso wenig beteiligt wie bei der Gründung des deutschen Reiches Bismarckscher Prägung. Durch den Mahn= und Weckruf Adolf Hitlers und seiner Bewegung und durch seine Arbeit ist der Durchbruch durch den undeutschen Geist, der in der Revolution von 1918 zum Siege kam, gelungen. Jetzt ist das ganze deutsche Volk in allen seinen Gliedern, auch den katholischen, zur Mitarbeit und zum Aufbau des Neuen aufgerufen. Es darf nun nicht mehr so kommen, daß der Katholizismus abwartend und tolerierend oder nur geduldet in dieser Zeitenwende dasteht. Wir legen, vertrauend auf den Führer der deutschen und völki

[466] MT vom 11.4.1933.

> schen Bewegung und vertrauend auf die volksverwurzelten Kräfte des Katholizismus, mit Hand an, den neuen Reichs= und Volksaufbau zu schaffen."[467]

Der Katholische Lehrerverband werde in Zukunft "frei von jeder parteipolitischen Bindung" bestrebt sein, "sich auf seine eigentlichen Volksaufgaben im Katholischen zu besinnen", und verstehe sich als "Mithelfer und Freund der nationalen Bewegung, die heute die Macht und das Ansehen hat, allem Neuen und Gesunden in unserer Zeit und unserem Volke zum Leben zu verhelfen". Scharf grenzte sich der KLVdDR gegen seine demokratische Vergangenheit in der Weimarer Republik ab:

> "Möge es vereinter Kraft aller in unserem Volke gelingen, möglichst bald die Spuren alles Undeutschen und alles Volks= und Christentumsfremden aus unserem öffentlichen und staatlichen Leben zu verbannen."

Die Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes hat eine repräsentative Bedeutung und ist geeignet, zeittypische Positionen des politischen Katholizismus in der Umbruchsituation des Jahres 1933 zu charakterisieren. In typischer Haltung warf sie den Blick zurück auf den "Burgfrieden" und warb darum, die politischen und gesellschaftlichen Gegensätze in der klassen- und parteiübergreifenden Geschlossenheit des Jahres 1914 zu überwinden. Die Utopie des "Burgfriedens" war in den Tagen der Republik nicht untergegangen und zeigte 1933 aufs neue ihre politische Attraktivität. Sie appellierte erfolgreich an antiliberale Mentalitäten und antimodernistische Ressentiments, die in mittelständischen Schichten katholischer Milieus durchaus verfingen. Der Katholische Lehrerverband unterstrich die historische Kontinuität von 1914 bis 1933, die 1918 verletzt worden war, und brachte im Begriff des "katholischen Volkstums" die Verbindung des Katholischen mit dem Nationalen suggestiv zum Ausdruck. Der KLVdDR schloß sich dem Programm nationaler Erneuerung, das der Nationalsozialismus in Angriff genommen hatte, vorbehaltlos an und bedauerte in diesem Zusammenhang unter Anspielung auf den ergebnislosen Briefwechsel zwischen Hitler und Kaas beim Machtwechsel am 30. Januar 1933, daß "die katholischen Führer und Kräfte" bei der politischen Wende des Jahres 1933 wie zuvor bei der Gründung des Bismarckreiches nicht beteiligt gewesen seien.

---

[467] MT vom 3.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 147; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 4, 1.4.1933, Titelseite, auch zum folg. Unterzeichnet war die Kundgebung vom 30. März 1933 vom Verbandsvorsitzenden August Weber.

Das entscheidende Motiv für die bejahende Anerkennung der nationalsozialistischen Revolution durch den KLVdDR war die Abkehr von der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik, die sich durch die Enttäuschungen in der Ära Brüning verfestigt hatte. Genährt wurde die zunehmende Distanzierung vom demokratischen Geist des Weimarer Parteienstaates von antimodernistischen Strömungen im deutschen Katholizismus, der sich mit dem Ideenpluralismus und weltanschaulichen Relativismus der Moderne nicht aussöhnen konnte. Den politischen Widerruf moderner Säkularisierungs- und Modernisierungsprozesse, die vom Menschen als dem handelnden Subjekt in der Geschichte ausging, faßte die Kundgebung in der nationalen Chiffre vom "undeutschen Geist" und in der politischen Utopie eines ständisch-korporativen "katholischen Volkstums", das in Weimar keine Erfüllung gefunden hatte und nun als Renaissance von Thron und Altar am historischen Horizont des "Dritten Reiches" erschien: "Das ganze deutsche Volk in allen seinen Gliedern, auch den katholischen" sei "zur Mitarbeit und zum Aufbau des Neuen aufgerufen". Wie die deutschen Bischöfe in der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz erklärt hatten, ging es an diesem Wendepunkt deutscher Geschichte darum, einer erneuten Gettoisierung des deutschen Katholizismus durch die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit an der christlichen Erneuerung der deutschen Gesellschaft unter Führung der nationalsozialistischen Regierung vorzubeugen. Sie versprach endlich, die Trennung von Staat und Gesellschaft, eine Trennung von Staat und Kirche und damit der Schule von der Kirche, wie sie in demokratischen Gesellschaften drohte, rückgängig zu machen oder ganz aufzuheben. Das war das politische, soziale und kulturelle Spannungsfeld gewesen, an dem der katholische Lehrer gelitten hatte und von dem er sich nun befreien zu können glaubte. Es hatte seinen Ursprung immer noch im ambivalenten Verhältnis des katholischen Bewußtseins zur Moderne.

Mit der Kundgebung vom 30. März 1933 revidierte der KLVdDR endgültig seine Entscheidung vom Herbst 1918, als er sich mit großen Teilen des deutschen Katholizismus auf den Boden der neuen politischen Tatsachen gestellt hatte. Nach Auffassung von Heinrich Küppers reichte der Motivationsbogen der Kundgebung vom 30. März 1933 "vom blanken Opportunismus bis zur erwartungsvollen Hoffnung auf die Verwirklichung eines auf ‘organischen’ und ‘autoritären’ Ordnungsstrukturen beruhenden christlichen Gesellschaftsideals im Rahmen eines militärisch und wirtschaftlich starken Deutschlands, eine Zielsetzung, die nicht zuletzt vom Gedanken eines Bollwerks gegen den Kommunismus getragen wurde, von der Furcht vor Repressalien bis zur

Enttäuschung über die Selbstentmündigung des Zentrums".[468] Die innerlich längst vollzogene Abwendung von Weimar eröffnete Ende März 1933 die Aussicht, in der neuen Rolle als "Mithelfer und Freund der nationalen Bewegung" am "neuen Reichs= und Volksbau" mitzuarbeiten. Die Alternative, sich länger als notwendig in einem politischen Vakuum aufzuhalten, kam in den Augen des Verbandsvorsitzenden August Weber offensichtlich einer Schwächung des Lehrerverbandes gleich und eröffnete keine Aussicht, die Interessen der katholischen Lehrer in Zukunft überhaupt noch vertreten zu können. Die Kundgebung war eine Flucht nach vorne, wie sie zahlreiche katholische Vereine und Verbände in diesen Wochen antraten.

Der "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen" (VkdL), dem auch die katholischen Lehrerinnen in Oldenburg angeschlossen waren, stand dem KLVdDR in der Bereitschaft, sich dem neuen System politisch zur Verfügung zu stellen, nicht nach. In einem Aufruf, der im April 1933 in der "Wochenschrift für katholische Lehrerinnen", dem Organ des VkdL, erschien, betonte die Vorsitzende Maria Schmitz die nationale Verantwortung des Lehrerinnenvereins, die ihn auch gegenüber der neuen Obrigkeit moralisch verpflichtete:

> "Wir standen und stehen zur staatlichen Obrigkeit um Gottes willen. Wir werden sie stützen und ihr folgen in allem, was nicht gegen Gottes Gebot ist.
> Wir lieben mit heißem Herzen unser Vaterland und unser deutsches Volk. An seiner seelischen Erneuerung zu arbeiten, Irrtum durch Belehrung, Sittenlosigkeit durch Erziehung zum Guten, Gottlosigkeit durch die Lehre Christi und unser Beispiel zu bekämpfen, war und ist unsere schöne Aufgabe. Wir dienen ihr mit ungeteilter Kraft als deutsche Menschen, die auf dem Boden katholischen Glaubens stehen.
> Als Frauen haben wir mütterliche Aufgaben in der Volksgemeinschaft: seelisches Leben zu hüten und zu entwickeln. Unser Dienst gilt ganz besonders der weiblichen Jugend. Wir waren und wollen sein Erzieherinnen zu echter deutscher Frauenart, die getragen ist von einem ganzen vollen Menschentum in der Frau.
> Gott segne unser Vaterland und gewähre, daß wir ihm in Treue, in Wahrhaftigkeit und Opferbereitschaft dienen."[469]

Neben dem politischen Gehorsam diente der VkdL der neuen Staatsmacht auch die spezifischen weiblichen Tugenden an, die er in seiner Erziehungs- und Bildungsarbeit bisher gepflegt hatte. So war kein Bruch auf der pädagogischen Linie zu erkennen. Zu den katholischen Vereinen, die im April 1933 an die neue Regierung appellierten und ihr prinzipiell politische Gefolgschaft in Aussicht stellten, gehörten auch die Arbeitervereine. Sie grenzten sich ebenfalls

---

[468] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 110.
[469] Lehrerinnenverein, 100 Jahre, S. 51.

gegen die Ideologien der Systemzeit ab, "gegen die zerstörenden Mächte des Materialismus, des Liberalismus, Marxismus und Bolschewismus", und paßten die Grundsätze der christlichen Soziallehre, die den historischen Zeitläuften enthoben seien, flexibel den neuen Machtverhältnissen in Deutschland an:

> "Das Werk der nationalen Einheit zu fördern, Volk und Staat miteinander zu verbinden und insbesondere die Arbeiterschaft in den Volksstaat organisch einzugliedern, war unser heißes Bemühen. An diesem Werke werden wir verbleiben bei allem Wechsel der Zeiten. Denn über den wandelbaren Formen staatlichen und völkischen Lebens steht die unzerstörbare christliche Idee eines Staates und einer Nation, in denen die Persönlichkeit wie die Gemeinschaft der Deutschen in gleicher Weise zu ihrem Rechte gelangen sollen."[470]

Ziel bleibe eine "berufsständische Ordnung", die nicht durch "einen zentralisierten Zwang von oben" zu erreichen sei, "wohl aber im natürlichen Wachstum der organischen Gebilde von Familie, Berufsstand und Volk". Daran mitzuarbeiten habe Pius XI. die katholischen Arbeitervereine in seiner Sozialenzyklika aus dem Jahre 1931 bereits aufgefordert, nur dadurch könne "das Gegeneinander und der volkszersetzende Klassenkampf" vermieden werden und Ordnung "an Stelle von Anarchie" treten.[471] Wie die katholischen Arbeitervereine distanzierte sich auch der Volksverein für das katholische Deutschland von ‘seiner’ demokratischen Vergangenheit und bekannte sich zu einer berufsständischen Ordnung, wie sie Pius XI. in seinem Rundschreiben ausgeführt habe:

> "Wir müssen den Mut haben, den Trugbildern des Sozialismus und Bolschewismus das Idealbild einer aus dem Geiste des Evangeliums geordneten Wirtschaftsgesellschaft gegenüberzustellen und die Katholiken mit dem Willen zur Gestaltung zu erfüllen."

Die Evangelisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens diente im "Ruf des Volksvereins" als politische Ersatzformel und war geeignet, die Stellung des Volksvereins im nationalsozialistischen Deutschland neu zu bestimmen. Grundlage war eine Trennung von Politik und Kirche - nicht von Staat und Kirche - , die der deutsche Katholizismus im Frühjahr 1933 bereitwillig akzeptierte; sie stellte keinen Bruch mit der Vergangenheit dar. Das galt auch für das Verhältnis des Volksvereins zum neuen Staat:

> "Im Staatsleben hat der Katholik seine besonderen Aufgaben. Die ihm eigenen Ordnungskräfte sind wertvollste Aufbaukräfte für den Staat. Belastet mit der Gewissens

---

[470] MT vom 5.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 148.

[471] Die Kundgebung der katholischen Arbeitervereine bezog sich auf die Enzyklika "Quadragesimo anno", die Pius XI. anläßlich des 40. Jahrestages des Rundschreibens "Rerum novarum" von Leo XIII. am 15. Mai 1931 herausgegeben hatte.

verantwortung für das allgemeine Wohl, sind wir von Verantwortung erfüllt gegenüber dem Garanten dieses Wohles des gesamten Volkes, gegenüber dem Staate. Wir müssen ihn mittragen und in schwerer Stunde seine gewaltige Verantwortung erleichtern. Wir sind der Meinung, daß der Staat einmal nicht Spielball in den Kämpfen einer Klassengesellschaft bleiben kann, zum anderen, daß er nicht unchristlichen Kräften überantwortet werden darf. Wir werden darum die Katholiken durch eine Erweckung der Gewissen, eine kluge staatsbürgerliche Bildungs= und Schulungsarbeit zu guten Reichs= und Staatsbürgern erziehen. Gegenüber einer drohenden Laisierung des Lebens wollen wir religiöse Kräfte gestaltend auch in das öffentliche Leben hineintragen, da wir überzeugt sind, daß jedes Lebensgebiet von der Religion durchdrungen sein muß."[472]

Der Volksverein für das katholische Deutschland realisierte im Mai 1933, daß die Wahrnehmung der politischen und sozialen Interessen des katholischen Volksteils als Existenzberechtigung nicht mehr ausreichte, weil es das politische und soziale Medium zur Wahrnehmung katholischer Interessen, eine vom Staat unterschiedene freie Gesellschaft, immer weniger gab. Deshalb bezog er sich unmittelbar auf die beiden Ordnungsmächte Staat und Kirche und anerkannte die jeweiligen Amtsinhaber als die legitimen Träger dieser beiden Gewalten. Verkirchlichung und Entpolitisierung stellten zwei Seiten eines Prozesses dar, dem das katholische Vereins- und Verbandswesen zu großen Teilen sein Überleben unter der nationalsozialistischen Herrschaft verdankte. Nach diesen Grundsätzen richtete sich auch die katholische Kirche im nationalsozialistischen Deutschland ein und konnte als kirchliche Institution überleben. Der Preis, den sie dafür zahlte, war die Anerkennung der NSDAP als der einzigen legitimen Trägerin der deutschen Staatsgewalt und ihre Selbstbeschränkung auf die geistliche Sphäre. Diese Trennungslinie wurde im Frühjahr 1933 gezogen, von beiden Konfliktparteien wiederholt bekräftigt und von seiten der katholischen Kirche prinzipiell respektiert. In seiner Verantwortung gegenüber diesem Staat schrieb sich der Volksverein offiziell eine neue Aufgabe zu: den Staat vor "unchristlichen Kräften" zu verteidigen. Das war aber die Aufgabe des Volksvereins seit seiner Gründung gewesen.

Die katholischen Verbände bezogen sich in ihren Kundgebungen unmittelbar auf die Kirche und vor allem unmittelbar auf den neuen Staat, anerkannten ausdrücklich die neue politische Ordnung in Deutschland und übergingen dabei das Zentrum, auf dessen politische Protektion sie schon im Frühjahr 1933 verzichten zu können glaubten. Dieser neue Konsens zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus wurde durch die katholische Kirche ausdrücklich gebilligt. Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bertram, informierte die katholi

[472] MT vom 10.5.1933: Volksverein und neue Zeit. Ein Ruf des Volksvereins.

sche Öffentlichkeit im Mai 1933 über einen Briefwechsel zwischen ihm und Reichskanzler Adolf Hitler. Die Ergebnisse dieser Absprachen wurden in der "Germania" wiedergegeben. Danach erhob Bertram die eindringliche Forderung, "daß alle treu katholischen Kreise, Vereinigungen und Organisationen an den großen Aufgaben unserer Tage verantwortungsvoll und opferfreudig mitarbeiten und Entscheidungen nicht vor Verständigung mit ihren Zentralen fassen". Nach diesen Worten legte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz großen Wert darauf, daß die Funktionsfähigkeit der zentralisierten katholischen Amtshierarchie in der Umbruchsituation des Jahres 1933 nicht beeinträchtigt wurde und die katholische Bevölkerung sich politisch nicht verweigerte:

> "Keine Verzagtheit oder gar Auflösung, sondern opferfreudiges Schaffen."

Diese Aufforderung war für den Fortbestand katholischer Sozialmilieus unter den völlig veränderten politischen Verhältnissen von ausschlaggebender Bedeutung. Auf der anderen Seite habe der Reichskanzler in seinem Brief vom 28. April 1933 "größten Wert" darauf gelegt, "daß die Kirche ihre Kräfte im Volksleben entfaltet und sich wendet gegen die Gottlosenbewegung, gegen Bolschewismus, gegen Unsittlichkeit und Genußsucht." Für "die katholische Jugend, Jungmänner= und Jungfrauenvereine, die katholischen Standesvereine, Berufs= und Arbeitervereine" hielt Bertram somit die "ehrende Erklärung" des Reichskanzlers bereit, "daß bezüglich der katholischen Verbände, insoweit solche Verbände keine parteipolitisch dem jetzigen Regiment feindlichen Tendenzen pflegen, auch keine Absicht besteht, gegen sie vorzugehen". Hitler habe ausdrücklich bestätigt:

> "Die Regierung wünscht nicht mit den beiden Kirchen Deutschlands Konflikte, sondern ein aufrichtiges Zusammenarbeiten zum Nutzen des Staates sowohl als auch zum Nutzen der Kirchen."[473]

Diese in der Presse veröffentlichten Passagen enthielten "in nuce" den politischen Konsens, auf den sich die nationalsozialistische Regierung und die katholische Kirche im April 1933 verständigten. Es war ein Abkommen auf Gegenseitigkeit. Bereits am 1. Mai 1933, dem neuen "Feiertag der nationalen Arbeit", zeigte er seine volle Funktionsfähigkeit auch im angepaßten katholischen Milieu Südoldenburgs. Oberhirtlich angeordnete Bittgottesdienste begleiteten die mit großem propagandistischen Aufwand inszenierten Feierlichkeiten am 1. Mai 1933. Weil "auch die Arbeit im Dienste der großen deutschen

[473] MT vom 19.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 203.

Familie und innerhalb des gemeinsamen deutschen Vaterhauses dadurch erst ihren höheren Adel und ihren wahren Ewigkeitswert erhält, daß sie Arbeit im Dienste Gottes und zu seiner Ehre wird", rief Generalvikar Meis in der Anweisung vom 24. April 1933 die Gläubigen der Diözese Münster eindringlich dazu auf, diesen Feiertag zugleich in weltlicher und kirchlicher Weise zu begehen. Deshalb werde verordnet, "daß in allen Pfarr=, Rektorats= und Klosterkirchen am 1. Mai zu einer den Gläubigen passenden Stunde ein feierliches Hochamt vor ausgesetztem Allerheiligsten gehalten wird". Vor dem sakramentalen Segen war "gemeinschaftlich das allgemeine Gebet zu verrichten, damit Gottes Güte unserem deutschen Vaterlande Schutz und Segen und neues wirtschaftliches Aufblühen schenken möge".[474]

Fast gleichzeitig stellte sich auch eine erste Welle der Ernüchterung ein, die sich noch öffentlich artikulieren konnte. Die Kundgebungen und Hirtenworte katholischer Oberhirten schwankten in den Wochen nach den folgenreichen März-Entscheidungen zwischen der wiederholten Beteuerung nationaler und politischer Loyalität und kritischen Äußerungen, die noch selbstbewußt auch das Leid von politisch Verfolgten ansprachen. Sie wurden ungehindert in der südoldenburgischen Presse veröffentlicht. In einer Kundgebung vom 10. April 1933 riefen die Oberhirten der Paderborner und Kölner Kirchenprovinz, zu der auch die Diözese Münster gehörte, zur Wachsamkeit und Solidarität mit den Verfolgten auf, betonten aber zugleich ihre uneingeschränkte nationale Loyalität:

> "Erfüllt von heißester Liebe zu ihrem Vaterlande, dessen nationalen Aufstieg sie stets mit allen ihren Kräften fördern, sehen die Bischöfe mit tiefster Kümmernis und Sorge, wie die Tage nationaler Erhebung zugleich für viele treue Staatsbürger und darunter auch für gewissenhafte Beamte unverdientermaßen Tage des schwersten und bittersten Leides geworden sind. Sie flehen zu Gott, der in unendlicher Liebe seinen eingeborenen Sohn zur Erlösung für alle Menschen dahingab, er wolle die Geschicke unseres vielgeprüften Volkes zum Guten wenden, wolle Haß und Zwietracht von ihm fernhalten, Frieden und Einigkeit, Wohlfahrt und Freiheit und den gebührenden Platz unter den Völkern der Erde ihm wiedergeben."[475]

Ebenso äußerten sich die Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz. In einer vom Freiburger Erzbischof Conrad Gröber unterzeichneten Kundgebung sicherten sie der nationalsozialistischen Regierung ihre uneingeschränkte Loyalität zu, bedauerten "deswegen aber auch alles, was das Ansehen unseres Vol

[474] MT vom 26.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 163.
[475] MT vom 11.4.1933.

kes und Vaterlandes vermindert und im eigenen Volke und bei den benachbarten Völkern den Schein der Härte und Ungerechtigkeit erweckt, wie es bei der sich leider mehrenden Beseitigung treuer Staatsdiener und verdienter arbeitswilliger Männer aus ihren bisherigen Aemtern der Fall ist".[476] Kardinal Bertram trug in seiner Funktion als Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz Reichspräsident Hindenburg seine "ernsten Besorgnisse" schriftlich vor und bekräftigte "zugleich mit Ausdruck den aufrichtigen Wunsch" der deutschen Katholiken, "am nationalen Aufbau des Vaterlandes mit allen Kräften mitzuarbeiten".[477] Das Leid einzelner, das katholische Bischöfe durchaus teilten, konnte ihre politische Loyalität gegenüber dem Regime nicht erschüttern und sie nicht zum Widerruf bewegen. Die politische Akklamation des NS-Staates, den sie ihrer vorbehaltlosen Loyalität versicherten, war nach ihrem kirchenpolitischen Kalkül die Voraussetzung für die Wahrnehmung ihrer berechtigten Interessen und Forderungen gegenüber Staat und Regierung. An dieser Strategie hielt der deutsche Episkopat in seiner breiten Mehrheit bis zum Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland fest. Das gilt auch für den Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen. Der Rückzug auf die katholische Pastoral war bereits im April 1933 eine Voraussetzung dafür, daß sich katholische Amtsträger für politisch Verfolgte einsetzen konnten.

Anläßlich des Schulsonntags, der auf Geheiß der deutschen Bischöfe 1933 am 7. Mai begangen wurde, erinnerte die Vechtaer OV wenige Tage nach den Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933 und der Zerschlagung der Gewerkschaften - der Freien ebenso wie der Christlichen - am 2. bzw. 3. Mai 1933 an die Erziehungsenzyklika Pius' XI. vom 31. Dezember 1929 und leitete aus ihr eine Botschaft ab, die den Anpassungswillen der katholischen Kirche an die veränderten politischen Verhältnisse in Deutschland unterstrich:

> "**Christentum und Volkstum:** in dieser großen Synthese sehen wir Deutschlands Zukunft und neue Größe verbürgt."[478]

---

[476] MT vom 18.4.1933.

[477] Ebd. Kardinal Faulhaber hatte beim zuständigen Reichsstatthalter Erfolg mit seiner Bitte, "die Untersuchung für die in Schutzhaft Befindlichen so zu beschleunigen, daß wenigstens die Familienväter bis Ostern in ihre Familien zurückkehren können, oder doch den Schutzhäftlingen einen Osterurlaub vom Karfreitag bis zu den Osterfeiertagen zu gewähren". Außerdem wandte er sich im Namen der Freisinger Bischofskonferenz mit der Bitte an die Staatsregierung, für die Zellengefangenen wie für die Gefangenenlager eine regelmäßige Seelsorge einzurichten, "die in keiner Weise in die Untersuchung und Strafverfahren der staatlichen Behörden eingreife".

[478] OV vom 6.5.1933, auch zum folg.

Die Vechtaer OV zitierte aus dem Rundschreiben Abschnitte, in denen Pius XI. das staatliche Schulmonopol bestritt und für die katholische Kirche einen "von jedweder irdischen Macht" unabhängigen Erziehungsauftrag reklamierte. Diesen bewährten schulpolitischen Grundsätzen kam in der kritischen Situation des Jahres 1933 eine besondere politische Brisanz zu. Diese Komplikation versuchte die Vechtaer OV dadurch zu entschärfen, indem sie das Wort des Papstes als ein pastorales deklarierte und dazu aus der Enzyklika den Abschnitt zitierte:

> "Wenn die Katholiken irgend eines Landes sich bemühen, die katholische Schule ihren Kindern zu sichern, so üben sie damit **nicht eine politische Parteitätigkeit** aus, sondern sie erfüllen eine unerläßliche **Gewissenspflicht ihrer Religion**. Den katholischen Eltern kommt es nicht in den Sinn, ihre Kinder **von der Volksgemeinschaft abzusondern und dem Geist der Nation** entfremden zu wollen, im Gegenteil, sie wollen ihnen eine möglichst vollkommene Erziehung angedeihen lassen, die auch das Staatswohl am meisten fördert."

Einem Ausgleich zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus stand nach den Worten der päpstlichen Enzyklika ebenfalls kein Hindernis entgegen, wenn sie das Verhältnis des Katholiken zu seiner Obrigkeit mit der Erklärung bedachte:

> "Der gute Katholik ist gerade deswegen, weil er die katholische Lehre befolgt, zugleich auch der beste Bürger, ein wahrer Patriot und ein treuer Untergebener der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit, ganz gleich, welcher Regierungsform dieselbe angehören mag."

Der gute Katholik war auch ein guter Staatsbürger, daran war auch in der Zeit des "Dritten Reiches" nicht zu zweifeln. So blieb der gute Katholik ein Bürger zweier Welten und wußte es nicht selten seinem Schicksal zu danken, wenn er sich zwischen ihnen nicht entscheiden mußte. Tiefgläubige Katholiken wie Clemens August Graf von Galen haben diesen weltanschaulichen Konnex auch immer existentiell begriffen und den daraus resultierenden Gewissenskonflikt durchlitten.

3.4.7. Das "Führerwort in ernster Zeit" des deutschen Episkopats vom 3. Juni 1933

Die Welle der politischen Anpassung katholischer Vereine und Verbände bedeutete eine Reaktion auf die Entscheidungen und Kundgebungen hoher Würdenträger in der katholischen Kirche, die das Verhältnis zwischen dem deut

schen Katholizismus und dem Nationalsozialismus nach dem 23. März 1933 wesentlich entspannten. Angesichts dieser Entwicklung sah sich der deutsche Episkopat genötigt, eine allseits verbindliche politische Standortbeschreibung der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland vorzunehmen. Andernfalls drohte die Gefahr einer sukzessiven Auflösung des organisierten Katholizismus, einer Entkirchlichung, der es mit den Mitteln der Seelsorge vorzubeugen galt. Die deutschen Bischöfe mußten die vorauseilende Entwicklung möglichst rasch einholen, um die Kontrolle über sie nicht zu verlieren. Deshalb mußte die Zeit des Übergangs abgeschlossen werden: Für weiteres Taktieren war es zu spät.

Vor diesem politischen Hintergrund tagte die Fuldaer Bischofskonferenz vom 30. Mai bis zum 1. Juni 1933. Im Pfingsthirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 3. Juni 1933, der unter dem programmatischen Titel "Ein Führerwort in ernster Zeit" das Verhältnis zwischen dem politischen Katholizismus und dem Nationalsozialismus programmatisch zu klären versuchte, kam das unentschiedene Schwanken zwischen der ideologischen Abwehrhaltung, der Forderung nach einer Garantie für die fundamentalen Rechte und Freiheiten der Kirche und der Bejahung der neuen weltlichen Obrigkeit deutlich zum Ausdruck. In der Frage der Staatsautorität vertiefte das Hirtenwort den naturrechtlichen Standpunkt der katholischen Kirche und ordnete ihn in die lange Tradition der politischen Theologie ein. Damit unterstrich es die historische Kontinuität der politischen Ereignisse in der ersten Häfte des Jahres 1933:

> "Neben der gesteigerten Liebe zum Vaterland und Volk kennzeichnet sich unsere Zeit durch eine überraschend starke Betonung der Autorität und durch die unnachgiebige Forderung der organischen Eingliederung der Einzelnen und der Körperschaften in das Ganze des Staates. Sie geht damit vom naturrechtlichen Standpunkte aus, daß kein Gemeinwesen ohne Obrigkeit gedeiht und die willige Einfügung in das Volk und die gehorsame Unterordnung unter die rechtmäßige Volksleitung die Wiedererstarkung der Volkskraft und Volksgröße gewährleisten."[479]

Dieser Passus bekräftigte die Position vom 28. März 1933 und ordnete sie systematisch in die Tradition der kirchlichen Lehre ein, die seit dem 19. Jahrhundert gegolten hatte. Die politische Haltung der Katholiken, die von prinzipieller Loyalität gegenüber der jeweiligen Obrigkeit gekennzeichnet war, bedurfte auch unter den neuen politischen Verhältnissen keiner besonderen Revision:

---

[479] MT vom 14.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 244-247; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 541-546, auch zum folg.

> "Wir deutschen Katholiken brauchen deswegen auch keine Neueinstellung dem Volk und Vaterland gegenüber, sondern setzen höchstens bewußter und betonter fort, was wir bisher schon als unsere natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten."

Während die deutschen Bischöfe eine breite Übereinstimmung mit ihren bisherigen Positionen feststellten, konnte die Regierung Hitler diese Worte als eine Loyalitätsbekundung des deutschen Katholizismus werten. An die Adresse der neuen Regierung gerichtet, bekannten sich die deutschen Bischöfe zu ihren politischen Zielen und stellten ihre Unterstützung in Aussicht, um nicht wieder - wie 1871 - in eine nationale Außenseiterrolle abgedrängt zu werden:

> "Es fällt deswegen uns Katholiken auch keineswegs schwer, die neue, starke Betonung der Autorität im deutschen Staatswesen zu würdigen und uns mit jener Bereitschaft ihr zu unterwerfen, die sich nicht nur als eine natürliche Tugend, sondern wiederum als eine übernatürliche kennzeichnet, weil wir in jeder menschlichen Obrigkeit einen Abglanz der göttlichen Herrschaft und eine Teilnahme an der ewigen Autorität Gottes erblicken (Röm.13, 1ff.).
> Auch die Ziele, die die neue Staatsautorität für die Freiheit unseres Volkes erstrebt, müssen wir Katholiken begrüßen. Nach Jahren der Unfreiheit unseres Volkes und der Mißachtung und schmachvollen Verkürzung unserer völkischen Rechte muß unser deutsches Volk jene Freiheit und jenen Ehrenplatz in der Völkerfamilie wieder erhalten, die ihm aufgrund seiner zahlenmäßigen Größe und seiner kulturellen Veranlagung und Leistung gebühren. [...]
> Zu unserer großen Freude haben die führenden Männer des neuen Staates ausdrücklich erklärt, daß sie sich selbst und ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen. Es ist das ein öffentliches feierliches Bekenntnis, das den herzlichen Dank aller Katholiken verdient. Nicht mehr soll also der Unglaube und die von ihm entfesselte Unsittlichkeit das Mark des deutschen Volkes vergiften, nicht mehr der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshaß die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten."

Zentraler Ausgangspunkt der katholischen Lehrtradition in politischen Fragen blieb also Röm. 13. Mit dieser naturrechtlichen Staatstheorie, die sich auf die übernatürliche Autorität der reinen Schrift stützte und jeden Widerstand gegen die herrschende Staatsgewalt verwarf, mußte der deutsche Episkopat mit dem Hitlerstaat in schwere Konflikte geraten und um den Bestand der katholischen Volkskirche fürchten. Denn die Schriftstelle legitimierte keine Revolution, wohl aber die aus einer revolutionären Umwälzung hervorgegangene Staatsgewalt. Auf der Grundlage eines vorbehaltlosen politischen Bekenntnisses zum neuen Staat - nicht nur zur neuen Regierung, als dem legitimen Träger dieser neuen Staatsgewalt - forderten die deutschen Bischöfe in ihrem Pfingsthirtenbrief von der Reichsregierung mit Blick auf die laufenden Konkordatsverhandlungen die Garantie der katholischen "bona particularia". Dazu gehör

ten vor allem die konfessionelle Schule und Lehrerbildung, die katholischen Vereine und Verbände sowie die katholische Presse, Positionen, die Bausteine eines kulturpolitischen Programms waren, das die Oberhirten der deutschen Diözesen als "Verchristlichung" des politischen wie des öffentlichen Lebens propagierten:

> "Die Verchristlichung des Menschen muß schon die Familie als die Volkszelle erfassen und sich in der Erziehung der jungen Menschen bekunden und bewähren. Da Verchristlichung für uns aber soviel bedeutet als Vermittlung von christlichen Grundsätzen und Kräften, scheidet die interkonfessionelle Erziehung grundsätzlich aus. [...] Aber auch der schulentlassene Mensch bedarf der sorgsamen Betreuung durch die Kirche. Sie ist eben keine Kleinfamilie, der das Kind mit den Jahren naturgemäß entwächst, um sich auf eigene Füße zu stellen, sondern eine lebenspendende, dauernde Gemeinschaft, aus der nicht einmal der Tod den Menschen völlig entläßt, denn wir glauben an die Gemeinschaft der Heiligen, die das Jenseits und Diesseits verbrüdert."

Das Ziel katholischer Sozialisation in Elternhaus und Schule war nicht die Emanzipation des Menschen und seine Entlassung in die Freiheit, sondern seine ewige Gotteskindschaft, die im Himmel und auf Erden beschlossen war und in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht den Gläubigen der Autorität der katholischen Kirche unterwarf. Das galt unverändert auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Mit diesen Erklärungen unsterstrichen die Bischöfe den moralischen Fundamentalismus der katholischen Lehre, die über die rein kirchliche Sphäre hinaus "das ganze Leben des Menschen, das private und öffentliche zu durchdringen und mit ihren Lebenskeimen zu befruchten" suchte. Das hatte auch für die Weimarer Republik gegolten und war stets ein Grund gewesen, sich nicht vollends auf sie festzulegen. Die autokratische Stellung der katholischen Kirche und ihr moralischer Anspruch auf die Totalität des menschlichen Lebens mußte unausweichlich zu Konflikten mit dem nationalsozialistischen Machtanspruch führen.

Das "Führerwort in ernster Zeit" stellte die politische Gegenwart des Jahres 1933 nicht als ein Phänomen historischer Diskontinuität dar, sondern als Ausdruck von historischer Kontinuität, weil sie lang gehegte politische Zielvorstellungen der katholischen Kirche zu verwirklichen schien. In den kultur- und schulpolitischen Forderungen an die neue Regierung war nach ausdrücklichem Willen der katholischen Bischöfe "nicht etwa ein versteckter Vorbehalt dem neuen Staat gegenüber" zu sehen, sondern eher das Gegenteil. Dem "neuen Staat" sollten die Kräfte des deutschen Katholizismus "um keinen Preis" entzogen werden. Fest auf dem vertrauten Boden der naturrechtlichen Staatslehre stehend, sicherten die katholischen Bischöfe der neuen Regierung und dem

neuen Staat ihre vorbehaltlose Unterstützung zu, eine Haltung, die sie gegenüber der Weimarer Republik so niemals eingenommen und vor allem nicht ausgesprochen hatten:

> "Ein abwartendes Beiseitestehen oder gar eine Feindseligkeit der Kirche dem Staate gegenüber müßte Kirche und Staat verhängnisvoll treffen."

Das oberhirtliche "Führerwort" ist ein wichtiges kirchenpolitisches Dokument des Jahres 1933, weil es in ausformulierter Form die zahlreichen Gemeinsamkeiten und wenigen Differenzen zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus abklärt.[480] Im Gegensatz zur Mehrheit im deutschen Episkopat äußerte Bischof Dr. Konrad Graf von Preysing Bedenken gegen eine vorbehaltlose politische Loyalitätsbezeugung und wollte an der bisher geübten Verurteilungspraxis festhalten. In einer Erklärung zur Bischofskonferenz vom 31. Mai 1933 forderte er:

> "1. Ich bitte, in dem Hirtenwort (wie auch in den anderen Kundgebungen) kein Bekenntnis zur 'neuen Ordnung', zum 'neuen Staat' aufzunehmen. Begründung: Der neue Staat wird von seinen Schöpfern mit der nationalsoz. Partei gleichgesetzt. Er hat somit - wie diese - Grundlagen, die mit anderer Weltanschauung nicht vereinbar sind.
> 2. Ich bitte, in das Hirtenwort grundsätzlich dogmatische und ethische Ausführungen einzufügen, die actu exercito, wenn nicht signato eine Verwerfung der Irrtümer in dogmatischer und ethischer Beziehung enthalten, die der Grund für die Verurteilung des Nationalsozialismus in den letzten Jahren waren."

Graf von Preysing vertrat die Ansicht, daß sich die katholische Kirche 1933 "in einer ähnlichen Gefahr" befinde "wie zur Zeit des Modernismus", als christliche Termini gebraucht und "zu gleicher Zeit ihres Inhalts beraubt" worden seien. Für die gegenwärtige Lage der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland sei eine genaue Prüfung der aktuellen Begriffe notwendig:

> "Heute wird den Worten Gott, Christentum, Sittlichkeit, Recht ihr Sinn genommen und ihnen ein entleerter, besser gesagt, verdeckter Sinn gegeben."[481]

Durch das persönliche Beispiel Konrad Preysings wird deutlich, daß 1933 auch "eine klarere und entschiedenere Haltung möglich gewesen wäre". Nach Auffassung von Paul Willenborg war Preysing "der einzige wirklich politische Kopf im Episkopat". Das in Aussicht gestellte Konkordat mit Hitler lehnte er ab

---

[480] MORSEY, Zentrumspartei, S. 392f.
[481] Zit. b. MÜLLER, Kirche, S. 161.

und warnte vor Konzessionen an die Nationalsozialisten. Die politischen Ansichten von Bischof Preysing blieben 1933 in der Minderheit und waren für den deutschen Gesamt-Episkopat nicht repräsentativ.[482]

3.4.8. Der Rückzug auf die katholische Pastoral

Eine entscheidende Rolle in der politischen Strategie der deutschen Bischöfe in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus spielte 1933 die Entpolitisierung des deutschen Katholizismus und der Rückzug von Klerus, Vereinen und Verbänden auf katholische Seelsorge und Glaubensverkündigung. Davon erhofften sich die katholischen Oberhirten politische Schonung durch das Regime und das Überleben der katholischen Volkskirche unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft. Alternativen zu dieser politischen Konzeption schienen angesichts der kritischen Lage der katholischen Kirche kaum denkbar. Die "Pastoralen Anweisungen", die als Anhang zum "Gemeinsamen Hirtenbrief" vom 3. Juni 1933 verabschiedet wurden, setzten sich rückblickend mit der Kundgebung vom 28. März 1933 auseinander und versuchten, angefallene Komplikationen im Verhältnis zwischen dem Nationalsozialismus und dem Katholizismus zu klären. Die Konferenz sprach sich für den Abschluß eines Reichskonkordates aus und erklärte nach traditioneller indifferenter Auffassung zum Verhältnis von Politik und Religion kategorisch:

> "Die Grundsätze der Pastoral werden von den Umstellungen des politischen Lebens nicht berührt."[483]

Damit lehnten die Oberhirten im nachhinein eine politische Rezeption der Kundgebung vom 28. März 1933 ab und besetzten Positionen, wie sie im späteren Reichskonkordat fixiert wurden. Die Entpolitisierung sollte die katholische Kirche vor der ideologischen und politischen Vereinnahmung durch die nationalsozialistischen Machthaber schützen. Das stellte ein in sich widersprüchliches Unterfangen dar. Was die Kundgebung vom 28. März 1933 anging, so wiesen die katholischen Bischöfe den weltlichen Klerus darauf hin, "daß die Gründe der ablehnenden Haltung des Episkopats gegenüber fehlsamen und bedenklichen Richtungen im Nationalsozialismus" eindeutig formuliert seien, und begrüßten es im allgemeinen, daß sich im März 1933 "ein Weg der Verständigung" zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus als

---

[482] WILLENBORG, Amboss, S. 22.
[483] DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 218f., auch zum folg.

"gangbar" erwiesen habe. Als "Aufgabe pastoraler Wachsamkeit" sahen es die Bischöfe an, "dahin zu wirken, daß nicht von neuem irreleitende Bestrebungen radikaler Kreise zur Verbreitung von weltanschaulichen Auffassungen führen, die mit den katholischen Glaubens- und Sittenlehren unvereinbar sind". Damit bestätigte die Fuldaer Bischofskonferenz einen weltanschaulichen Konflikt zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus, nicht aber einen genuin politischen:

> "Die Bischöfliche Kundgebung erklärt ausdrücklich, daß es gegenüber dem Irrtum eine Duldung nicht gibt."

Die Entpolitisierung religiöser Praxis und kirchlichen Lebens, die von der Mehrheit des deutschen Episkopats unterstützt wurde, wurde im Sommer 1933 besonders in der brisanten Frage "Nationalsozialismus und katholische Vereine" deutlich. Auch hier nahmen die "Pastoralen Anweisungen" Positionen des Reichskonkordats vorweg. Sie stellten zu diesem Komplex fest, "daß sowohl die rein kirchlichen Vereine als auch die Standesvereine und Jugendorganisationen als solche keine politischen, sondern weltanschauliche Vereinigungen sind und bleiben müssen". Der deutsche Episkopat lehnte in dieser Frage Kompromisse gegenüber dem Nationalsozialismus ab und begründete seinen Standpunkt mit der nationalen Grundhaltung der katholischen Vereine, die auch stets von staatsbürgerlicher Bedeutung gewesen seien:

> "Unsere katholischen Vereine haben von jeher, auch als sie in der Revolution von 1918 einsam standen und von kommunistischer Seite schwer bekämpft wurden, soziale und vaterländische Gesinnung gepflegt und die Erziehung der Jungmänner zu gewissenhaften Staatsbürgern auf sittlichen Grundlagen aufgebaut."

Für "das Läuten der Kirchenglocken anläßlich einer staatlichen oder politischen Feier" war die Erlaubnis des Diözesanbischofs einzuholen, für "die Zulassung von Nationalsozialisten zu den heiligen Sakramenten" sowie für die kirchliche Beerdigung von Nationalsozialisten galten "die gleichen kirchenrechtlichen Grundsätze wie für andere Katholiken" auch. Aufschlußreich für den 'unpolitischen' Politikbegriff des Episkopats war die diffizile Unterscheidung zwischen "politischen" Veranstaltungen auf der einen Seite und "vaterländischen" oder "staatlichen" auf der anderen Seite. Während die Teilnahme an "politischen" Veranstaltungen für die katholische Kirche und ihre Vereine ausdrücklich untersagt wurde, konnte ihre Beteiligung an "vaterländischen" Veranstaltungen gegebenenfalls toleriert werden. Für die Gottesdienstordnung galt dabei folgende Regelung:

"Von Gesuchen um Genehmigung von besonderen Gottesdiensten für politische und ähnliche Vereine möge tunlichst abgesehen werden, wenn nicht eine besondere allgemeine vaterländische Veranstaltung die Bitte rechtfertigt."

Die Scheidung zwischen "Vaterland" und "Politik" - sie ist schlechthin nicht möglich - war ein zentrales Kriterium im politischen Denken der katholischen Kirche im Jahre 1933, gab Grundlinien in ihrer Stellung zum Nationalsozialismus vor und ermöglichte schließlich das erzielte Einvernehmen zwischen dem deutschen Katholizismus und dem NS-Staat. Eine autoritäre deutsche Staatsführung, die die Überparteilichkeit der Regierung garantierte, bildete jenen ideologischen Konnex zwischen dem Nationalsozialismus und dem Katholizismus, der über den politischen Umbruch des Jahres 1933 historische Kontinuität garantieren sollte und dem deutschen Episkopat den theoretischen Rahmen für die Anpassung der katholischen Kirche an den NS-Staat zur Verfügung stellte. Über diese Brücke konnten die katholische Kirche und ihre Gläubigen in das "Dritte Reich" gehen; es war nunmehr in ihr Belieben gestellt.

3.4.9. Kirchenpolitische Zwischenbilanz vor dem Reichskonkordat

Dem Hirtenwort vom 3. Juni 1933 haftete nichts Provisorisches mehr an. Die deutschen Bischöfe glaubten, in der nationalsozialistischen Bewegung und ihren Führern einen politischen Bundesgenossen im Kampf gegen die Moderne gefunden zu haben. Sie versprachen sich von dem autoritären System eine Verchristlichung von Staat und Gesellschaft, in deren Dienst die katholische Kirche ihre sittliche Macht und geistliche Autorität bereitwillig stellte. In diesem Kampf hatten die demokratischen Systeme versagt, weil sie sich den christlichen Normen gegenüber indifferent verhalten hatten. Sie waren ursächlich verbunden mit der ‘entchristlichten’ Welt und konnten deshalb zu ihrer Verchristlichung, zu ihrer Rechristianisierung, nur wenig beitragen und mußten versagen. Hitler hingegen, der Reichskanzler eines autoritären deutschen Staatswesens, hatte sich in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 zu den christlichen Grundwerten in eindeutiger Weise bekannt.

Die Mehrheit des deutschen Episkopats entschied sich gegen einzelne Vorbehalte unter den extremen politischen Bedingungen in der ersten Hälfte des Jahres 1933 auf der Grundlage verbindlicher Positionen, die ihre politische Theologie enthielt, und nach Maßgabe erklärter kirchenpolitischer Zielsetzungen für eine bestimmte Haltung im politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus; diese Haltung war nicht mehr situativ bedingt, sondern konzeptionell. Die ka

tholische Kirche in Deutschland hat ihre Aussöhnung mit dem nationalsozialistischen Deutschland in der ersten Hälfte des Jahres 1933 politisch zu verantworten. Entlastende Hinweise auf den eingeschränkten Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum in der besagten Zeitspanne bedürfen erheblich der historischen Relativierung. Der deutsche Episkopat und mit ihm große Teile der katholischen Basis hatten sich von der parlamentarischen Demokratie längst abgekehrt, als sie den neuen Staat bejahten und die Regierung Hitler als neue legitime Obrigkeit anerkannten. Sie sicherten der nationalsozialistischen Regierung ihre prinzipielle Unterstützung zu und klärten ihre Stellung im nationalsozialistischen Deutschland systematisch ab. Auf dem Weg, den der politische Katholizismus in Deutschland unter der autoritären Führung seiner Oberhirten ging und der ihn zum friedlichen Ausgleich mit dem NS-Regime führte, fanden die historischen Grundlinien seiner politischen Theologie ihre wirkungsvollste Bestätigung.

Der Pfingsthirtenbrief der deutschen Bischöfe aus dem Jahre 1933 war darauf angelegt, den neuen Staat in seinen Grundlagen, nicht in jeder politischen Entscheidung, zu bejahen und die Gläubigen zur aktiven Mitarbeit an ihm anzuhalten. Die Bischöfe warnten die Regierung vor Übersteigerungen und Willkürmaßnahmen, die sich aus bestimmten Zügen der nationalsozialistischen Ideologie und Bewegung ergeben könnten; davor hatten sie auch schon vorher gewarnt. Sie erhoben die Freiheit von katholischer Kirche, Schule, Presse, Vereinen und Verbänden zu Forderungen, die politisch nicht zur Disposition standen; auch daran hatte sich nichts geändert. In der Geschichte der katholischen Kirche im "Dritten Reich" und in den zahlreichen bischöflichen Verlautbarungen ist eine Grundeinstellung des Episkopats zu erkennen, die politisches Handeln ganz überwiegend aus religiös-konfessionellen Beweggründen und Gesichtspunkten motivierte, den neuen Staat prinzipiell anerkannte und sich loyal für ihn einsetzte, solange dieser die Autorität der katholischen Kirche nicht berührte und ihre kulturpolitischen Interessen nicht verletzte.[484] Diese Grundsätze, die durchaus ambivalent waren, bestimmten auch die vom politischen Tenor her positiv angelegten Erklärungen katholischer Vereine und Organisationen, die in diesen Wochen an die Öffentlichkeit drangen. In dem Beschluß zur Frage der katholischen Jugendverbände beugte sich die Fuldaer Bischofskonferenz bereits am 31. Mai 1933 dem politischen Willen des neuen Staates und zeigte sich entschlossen, "die Jugend der Nation innerlich zu einigen, sie zu echtem deutschen Volkstum zu erziehen, sie für den opferbereiten

[484] BÖCKENFÖRDE, Stellungnahme, S. 93ff.

Dienst am Staat vorzubereiten", wies aber auch auf die Grenzen ihrer politischen Kompromißbereitschaft hin:

> "Eine Staatsauffassung, nach der die gesamte Jugend ausschließlich vom Staat erfaßt und erzogen werden soll, innerhalb und außerhalb der Schule, in interkonfessioneller Gemeinschaft und eigener weltanschaulicher Prägung, lehnt die Kirche als mit der kirchlichen Lehre unvereinbar ab."[485]

Gleichzeitig setzten sich die Bischöfe für die Erhaltung der katholischen Jugendorganisationen und für "die Freiheit der Organisation und der Erfüllung ihrer Aufgaben" ein und wehrten sich gegen eine "Benachteiligung von Mitgliedern kirchlicher Jugendorganisationen in der Schule und im Arbeitsleben, namentlich auch in den staatlichen Formen des Jugenddienstes, Arbeitsdienst und Wehrdienst".[486] Die Anpassung der katholischen Kirche an das nationalsozialistische Regime hatte da ihre Grenzen, wo die Stellung der Kirche und die Belange der Seelsorge im weitesten Sinne betroffen waren. Durch diese Haltung setzte sich die Kirche bereits seit 1933 fortgesetzt der Not politischer Kompromittierung aus. Die Konkordatsverhandlungen lieferten dafür schon im Sommer 1933 ein anschauliches Beispiel.

Zu einer Zeit, als über die deutsche Zentrumspartei und die katholischen Vereine in Rom so gut wie entschieden war, kämpfte Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener, der Vorsitzende der Katholischen Aktion im Bistum Berlin, auf dem 31. Berliner Katholikentag noch für das Überleben der katholischen Kirche im "Dritten Reich". In seiner Festrede in der "Stunde des Bekenntnisses zu Volk und Kirche", die nach der Eucharistiefeier im Grunewaldstadion begangen wurde, ermahnte er die Katholiken, ihre Kirche und ihre Religion nicht aufzugeben, sondern im Leben zu bezeugen:

> "Religion ist Leben. Daher stellt auch der gewaltige Umbruch und Aufbruch der deutschen Nation dem deutschen Katholiken große Aufgaben; um so mehr, weil ja nach dem Willen des Kanzlers und Führers Hitler die christliche Konfession die Grundlage des sittlichen und moralischen Lebens des Volkes sein soll. **Opfermut und Heroismus, die heute unser Volk bekennt, sind die Wurzeln der katholischen Kirche.** Pflegestätte solcher religiösen und vaterländischen Gesinnung sind die katholischen Standesvereine, um deren Erhaltung die katholische Welt leidenschaftlich sich bemüht. Sie können niemals Staatsfeinde sein. Sie wollen für Kirche und Vaterland

---

[485] MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 258f.

[486] MT vom 22.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 258f.: Die Bischöfe und die katholischen Jugendorganisationen. Der Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz vom 31. Mai 1933.

> sittlich gefestigte Persönlichkeiten, verantwortungsbewußte deutsche Männer und Frauen erziehen, die für Volk und Vaterland Wertvolles leisten."

In Anwesenheit des päpstlichen Nuntius Cesare Orsenigo, der "unter Glokkenklängen und Posaunenschall" von "weißgekleideten Mädchen, 200 Ministranten und zahlreichen Geistlichen zum Altar in die Mitte der Arena geleitet" wurde, "wo ein Thron für ihn errichtet war", bezeichnete Domprediger Marianus Vetter Papst Pius XI. vor über 40 000 versammelten Glaubigen als den "Johannes des 20. Jahrhunderts" und rief "alle Menschheit auf zu Welterneuerung durch eine neue Königsherrschaft Christi." An der loyalen Haltung der katholischen Kirche gegenüber der neuen politischen Führung bestand nach den Worten Vetters kein Zweifel. Er erklärte zur gemeinsamen politischen Mission aller Christen unter den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland:

> "Das deutsche Volk, das ehedem das Leitvolk der Christenheit sein durfte, habe eine Aufgabe als Vorläufervolk zu erfüllen. Die deutschen Katholiken sollten in seelischer Verbundenheit mit den evangelischen Volksgenossen die Parole lebendig machen: 'Deutschland erwache - Christus entgegen!'"[487]

Dr. Erich Klausener, Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium, begrüßte Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, der große Popularität genoß. Zusammen mit Kapitularvikar Paul Steinmann telegraphierte er am 15. Oktober 1933 im Namen der Katholischen Aktion in Berlin an den Reichskanzler:

> "In den Schicksalsstunden der Nation treten die Katholiken des Bistums Berlin in unerschütterlicher Liebe zum Volk und Vaterland geschlossen hinter den Führer und Kanzler in seinem Kampf für die Gleichberechtigung und die Ehre der Nation und die Wiederherstellung eines gerechten Friedens unter den Völkern."[488]

Eine politische Kursänderung der katholischen Kirche gegenüber dem neuen Staat stand zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Die Haltung der deutschen Bischöfe war 1933 von dem illusionären Versuch gekennzeichnet, das neue Regime "durch aktive Mitarbeit von innen zu lenken". Dieses Bemühen verkannte den totalitären Charakter der nationalsozialistischen Bewegung. Die politische Konzeption der deutschen Oberhirten offenbarte "eine gewisse Doppelseitigkeit", die für die Gläubigen persönliche Gewissensnot und tragische Konflikte auslösen konnte. Aus der Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, wie sie in den "Pastoralen An

---

[487] MT vom 28.6.1933.
[488] SCHOLDER, Kirchen 1, S. 638.

weisungen" formuliert wurde, ergaben sich für den einzelnen Katholiken unvermeidbare Zielkonflikte, die im Raum des katholischen Milieus im günstigsten Fall kollektiv, ansonsten aber individuell bestritten und ausgetragen werden mußten.[489] Das war die Stunde katholischer Opposition und katholischen Widerspruches, dessen politische Ursachen in der Zerstörung des deutschen Rechts- und Verfassungsstaates im Jahre 1933 zu suchen sind. Daran änderten auch die im Reichskonkordat enthaltenen Vereinbarungen über die Stellung der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland nur wenig. Die Pfingsttagung der Fuldaer Bischofskonferenz leitete das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland ein, das mit der Selbstauflösung der Zentrumspartei endgültig vollzogen wurde. Für sie hatten die Bischöfe kein Wort mehr eingelegt.

3.5. Das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland

Der Totalitarismus der nationalsozialistischen Revolution beendete die demokratische Konstitution der Weimarer Republik, indem er den Rechts- und Verfassungsstaat aufhob und das Prinzip der Gewaltenteilung außer Kraft setzte. Damit vollstreckte er auch das Erbe jener politischen Theologie, die eine vermeintliche Alternative - einen deutschen Sonderweg - zum politischen Rationalismus der aufgeklärten westlichen Gesellschaften aufzeigen sollte. Sie war aber nicht mehr als eine politische Ersatzformel, die an die Stelle eines emanzipierten Politik-Begriffs trat. Der Niedergang des politischen Katholizismus in Deutschland im Jahre 1933 bedeutete auch das Ende der politischen Theologie. Politik und Theologie müssen seitdem als voneinander unabhängige geistige Kategorien gedacht werden, was vorher nicht der Fall war. Das Jahr 1933 setzte in historischer Hinsicht jene prinzipielle Trennung von Politik und Glauben zugunsten der Politik durch, die der deutsche Katholizismus seit dem Anbruch der Moderne ständig verweigert hatte. Das ist auf den ersten Blick ein paradoxes Resultat der nationalsozialistischen Vergangenheit, das die katholische Geschichtsschreibung nach 1945 erst nach und nach zur Kenntnis nehmen konnte. Das Ende des Zentrums lag auf der politischen Linie, die der deutsche Episkopat mehrheitlich gegenüber dem NS-Staat verfolgte. Die Zentrumspartei verlor nach den März-Entscheidungen 1933 zusehends ihre Funktion als Vertreterin kirchlicher Interessen und konfessioneller Rücksichten.

---

[489] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 46.

3.5.1. Die Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei

Die Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland fand mit der Selbstauflösung der Deutschen Zentrumspartei am 5. Juli 1933 ihren Abschluß. Als "Verfassungspartei" hatte das Zentrum 1918 den Boden der parlamentarischen Demokratie betreten, und als "Verfassungspartei" hörte es im Sommer 1933 auf zu existieren, nachdem es am 23. März 1933 wesentlich dazu beigetragen hatte, die neue politische Ordnung in Deutschland faktisch zu legitimieren. In ihr waren keine Parteien außer der NSDAP vorgesehen. In diesem Sinne entbehrte die Selbstauflösung der Zentrumspartei keiner inneren Logik, zumal sich die katholische Kirche in den Konkordatsverhandlungen darauf vorbereitete, die "cura religionis" in Zukunft selbst zu verwalten und zur Wahrnehmung dieser Aufgabe auch ohne parteipolitische Vermittlungsinstanzen, die für das demokratische Repräsentativsystem notwendig sind, auszukommen. Dafür sprach, daß zahlreiche Kundgebungen aus dem deutschen Episkopat und dem katholischen Verbands- und Vereinswesen seit dem 23. März 1933 die Zentrumspartei übergingen und sich unmittelbar auf den neuen Staat bezogen und das Reichskonkordat, das am 8. Juli 1933 - drei Tage nach der Selbstauflösung der Zentrumspartei - paraphiert wurde, das Zentrum zur Disposition stellte.[490] Der Rücktritt Kaas' vom Parteivorsitz und die Wahl Brünings auf einer Versammlung von Parteivorstand, Reichstagsfraktion und der Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses am 5./6. Mai 1933 in Berlin leitete die letzte Etappe in der Geschichte der deutschen Zentrumspartei ein.[491] Brüning erhielt quasi "diktatorische" Vollmachten für die Reorganisation der Zentrumspartei in personeller und sachlicher Hinsicht, ein Vorgang, der "die lange erwartete entschlossene Hinwendung zum Führerprinzip" zum Ausdruck brachte.[492] Die Cloppenburger MT charakterisierte Brüning als den neuen "Führer in der Zentrumspartei" mit einem Bekenntnis zum "Totalen" in der deutschen Geschichte, dem sich auch der katholische Volksteil zur Verfügung zu stellen habe. Offen sei nur noch die Frage nach der Form, in der diese politische Arbeit zu leisten sei:

---

[490] JUNKER, Zentrumspartei, S. 217ff. Die Bayerische Volkspartei (BVP) löste sich am 4. Juli 1933 selbst auf.
[491] MT vom 6., 8.5.1933.
[492] MORSEY, Zentrumspartei, S. 383-386.

"Der Grundzug der geradezu schicksalhaften Auseinandersetzung innerhalb der Zentrumsinstanzen ist durch die Notwendigkeit charakterisiert, dem Staate die einzige und geschlossene Kraft des deutschen Katholizismus zur Verfügung zu stellen. Das Zentrum als ein starker und gewichtiger politischer Standort deutscher Katholiken steht vor der Frage, in einer Zeitentwicklung, die zum Totalen auch im Parteiwesen drängt, der Nation vom Geistigen, Ethischen und Weltanschaulichen her die in ihm tätigen so ungemein wertvollen und für den nationalen Wiederaufbau unentbehrlichen Kräfte nutzbar zu machen. In welcher Weise das geschieht, unterliegt noch den letzten Entschließungen, die nicht zum geringsten auch die äußere Ausdrucksform, unter der künftig in dem eben bezeichneten Sinne gearbeitet werden soll, zu klären haben werden. Der deutsche Katholizismus und die Zentrumspartei als eine starke Vertretung der katholischen Kräfte im Volke sind willens, getreu der Christen= und Gewissenpflicht dem Staate und dem Volke zu dienen und alles einzusetzen, was zum Heile der Nation gereichen kann."[493]

Die letzte Aufgabe des Zentrums sah die Cloppenburger MT darin, den deutschen Katholizismus unter Wahrung seiner kirchlich-religiösen Rechte und Freiheiten in die politische Zukunft des "Dritten Reiches" zu führen und ihm darin einen angemessenen Platz zu sichern. Für eine politische Vertretung des katholischen Volksteils bestand kein Bedarf mehr. Es durfte 1933 auf keinen Fall der Eindruck entstehen, als wolle sich der deutsche Katholizismus lieber neben als in der deutschen "Volksgemeinschaft" plazieren. Am 17. Mai 1933 stimmte das Zentrum im Reichstag Hitlers Erklärung über die deutsche Forderung nach internationaler Gleichberechtigung in der sog. "Friedensrede"[494] zu und einen Tag später im preußischen Landtag dem von Ministerpräsident Göring eingebrachten Ermächtigungsgesetz gegen die Stimmen der SPD.[495] Der

[493] MT vom 6.5.1933.

[494] MT vom 18.5.1933: Deutschland will Frieden. Die große außenpolitische Rede des Reichskanzlers Hitler. In seiner "Friedensrede" unterstrich Hitler die Forderung nach einer Revision des Versailler Vertrages, Deutschlands Willen zur Abrüstung und das Versagen des Völkerbundes, dem Deutschland nur bei voller Gleichberechtigung weiterhin angehören könne. Den Sinn der "Nationalen Revolution" faßte Hitler vor dem Reichstag in drei Punkten zusammen: "1. Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes und Aufbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates [...]. 2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die Zurückführung der Millionenarmee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion. 3. Die Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung, getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber vertragsfähig macht." Die Erklärung Hitlers wurde von allen Parteien gebilligt. Die "Germania" kommentierte die Rede mit den Worten: "Es ist nichts mit der lügnerischen Verleumdung von einem kriegs= und revanchelustigen waffenstarrenden Deutschland. Dieses Deutschland will aufrichtig den Frieden und ist bereit, noch weitere Opfer für ihn zu bringen. Das Ausland hat nun das Wort."

[495] MT vom 19.5.1933: Regierungserklärung in Preußen. Annahme des Ermächtigungsgesetzes. In seiner Regierungserklärung unterstrich Göring, daß der Dualismus Preußen - Reich, der "seit

Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom 3. Juni 1933 klärte in pastoraler Verantwortung und in gebotener Ausführlichkeit die Beziehung der katholischen Kirche zum "Dritten Reich" und gestaltete sie in politischer Hinsicht positiv. Das Wort der deutschen Bischöfe hatte eine Welle von Austritten aus dem Zentrum ausgelöst. Die Konkordatsverhandlungen in Rom, die auf ein Verbot der politischen Betätigung von Geistlichen hinausliefen, die Gleichschaltung der Länder und die zunehmende Isolierung katholischer Vereine und Jugendverbände stellten die Weichen für die Selbstauflösung des deutschen Zentrums am 5. Juli 1933.[496] Als Ende Juni 1933 der Ausschluß der SPD-Abgeordneten aus dem Oldenburger Landtag bekanntgegeben wurde, rechneten die "Nachrichten" aufgrund "Berliner Meldungen" bereits mit einem Verbot des Zentrums, "was jedenfalls auch nicht ohne Rückwirkung auf Oldenburg bleiben dürfte".[497] Die Abschlußkundgebung der Reichsparteileitung an die Presse rekapitulierte noch einmal jene nationalen Grundsätze, die dem deutschen Katholizismus den Weg in das "Dritte Reich" gewiesen hatten und seinen Platz im nationalsozialistischen Staat nunmehr bestimmten:

> "Das Deutsche Zentrum ist nicht mehr.
> Sein Rücktritt vom Schauplatz der politischen Geschichte erfolgt wie seine Geburt vor nunmehr sieben Jahrzehnten unter den Stürmen einer neuen Zeit.
> Fest und tief im katholischen Volksteil verwurzelt und auf seine Volksverbundenheit oft hart erprobt, hat das Zentrum stets vermocht, Millionen Deutscher mit Achtung vor der Obrigkeit, mit Liebe zum Vaterlande, mit Respekt vor der Ueberzeugung der Mitmenschen zu einem Staatsbürgerbewußtsein zu erziehen, das auch für das neue Reich von unermeßlichem Vorteil ist.
> Diese zur Staatstreue und zu selbstlosem Dienst am Volksganzen erzogenen Millionen sind ein so wertvolles Element im Gemeinschaftsleben, daß sie auf die Dauer nicht übersehen werden können, noch übersehen werden wollen, wenn es gilt, die Volkskräfte unauflöslich ineinander zu schweißen und Staat und Volk gegen die feindlichen Mächte der Zersetzung zu schützen.
> Im ehrlichen Streben, am Neubau des Staates und der Volksgemeinschaft mitzuwirken, dürfen und werden sich die ehemaligen Zentrumsleute auch heute von niemand übertreffen lassen.
> Die Stunde des Abschieds sei eine Stunde ehrfurchtsvollen Gedenkens an unsere großen Führer und aufrichtigen Dankes an alle, die treu zur alten Fahne gestanden haben.

---

den unglückseligen Novembertagen 1918" zur "Zerreißung Deutschlands, zur Scheidung der deutschen Reichspolitik und zur Verminderung der preußischen Belange" geführt habe, nunmehr endgültig überwunden sei. Franz von Papen war am 7. April 1933 als Reichskommissar für Preußen zurückgetreten. Hitler ernannte in seiner Eigenschaft als Reichsstatthalter für Preußen den bisherigen kommissarischen preußischen Innenminister, Hermann Göring, am 11. April 1933 zum neuen preußischen Ministerpräsidenten. (MT vom 12.4.1933)

[496] MORSEY, Zentrumspartei, S. 388-402.

[497] MEYER, Macht, S. 79: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 28.6.1933.

> Wenn wir jetzt den zeitbedingten Rahmen der Partei lösen, so tun wir das in dem festen Willen, auch weiterhin dem Volksganzen zu dienen, getreu unserer stolzen Überlieferung, die stets Staat und Vaterland über die Partei gestellt hat. Heil Deutschland!"[498]

Die politischen Konflikte wurden in dieser Abschiedsformel verschwiegen, waren aber vorprogrammiert und für viele Katholiken schon Alltagserfahrung geworden. Die Problematik des Zentrums lag in dem weltanschaulich-religiös begründeten Legalismus der traditionellen "Verfassungspartei", die seit ihrer Gründung "jeder etablierten Ordnung" als stabilisierender Faktor gedient, aber sie im Ernstfall nicht verteidigt hatte.[499] Die Aufrufe zur positiven politischen Mitarbeit, die das Zentrum an die katholische Öffentlichkeit richtete, bedeuteten in diesem Sinne "keine prinzipielle Option für den Führerstaat, sondern die faktische Anerkennung der neuen Ordnung". Dieser Grundgedanke bestimmte - exakter als in der Abschlußkundgebung - auch den politischen Tenor des Auflösungsbeschlusses, den die Reichsleitung des Zentrums ebenfalls am 5. Juli 1933 veröffentlichte:

> "Die politische Umwälzung hat das deutsche Staatsleben auf eine völlig neue Grundlage gestellt, die für eine bis vor kurzem mögliche parteipolitische Betätigung keinen Raum mehr läßt. Die Deutsche Zentrumspartei löst sich daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler Hitler mit sofortiger Wirkung auf.
> Mit dieser Auflösung gibt sie ihren Anhängern die Möglichkeit, ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. [...].[500]

Den Mandatsträgern im Reichstag, in den Landtagen und in den kommunalen Körperschaften wurde hinsichtlich der Beibehaltung ihrer Mandate "völlige Entschlußfreiheit" zugesichert. Die Mitglieder der bisherigen Zentrumsfraktionen traten also nicht geschlossen als Hospitanten in die Fraktionen der

---

[498] MT vom 6.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 284; MORSEY, Zentrumspartei, S. 440f.: Dokument Nr. 21.
[499] JUNKER, Zentrumspartei, S. 234f.
[500] MT vom 6.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 284; MORSEY, Zentrumspartei, S. 439f. (Dokumente Nr. 20). Heinrich Brüning faßte diesen Grundgedanken in seinen Erinnerungen in dem Satz zusammen: "Schließlich kann man mit jeder Verfassung und jedem Wahlsystem regieren und dauernde Erfolge erzielen, wenn im Volke und bei der Regierung gewisse Traditionen der Verantwortung für das Gemeinwohl bewußt bleiben, die als ein verfassungsrechtliches 'depositum fidei' ein stärkeres Bollwerk gegen den Mißbrauch der Regierungsgewalt sind als alle verfassungsmäßigen Grundregeln." (BRÜNING, Memoiren, S. 52)

NSDAP über. Zum Verbindungsmann der bisherigen Zentrumsfraktion im Reichstag bei der Reichstagsfraktion der NSDAP wurde Dr. Albert Hackelsberger bestellt. Morsey sieht die Gründe für den Niedergang der "traditionsreichen Partei, die an keiner Stelle auch nur den Willen zum Widerstand erkennen ließ", vor allem im naiven Vertrauen gegenüber "Hitler als der rechtmäßigen, 'gottgegebenen' Autorität sowie dem Retter vor dem angeblich drohenden Bolschewismus" und in der Entpolitisierung der Konfliktsituation, von der man sich "eine neue Blüte des von äußeren Fesseln und parteilichen Erwägungen befreiten Katholizismus" erhoffte.[501] Die Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933, die Berufung des Osnabrücker Bischofs Berning zum Preußischen Staatsrat am 11. Juli 1933 und der Abschluß des Reichskonkordats am 20. Juli 1933 waren Ausdruck einer imponierenden "Hochstimmung im katholischen Lager" im Sommer 1933 und beschleunigten den Wechsel von Zentrumsanhängern in den politschen Raum des NS-Staates. Am 7. Juli 1933 faßte Karl Bachem die historische Bedeutung der Selbstauflösung der deutschen Zentrumspartei in den einfachen Sätzen zusammen:

> "Nun beginnt also ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Katholizismus. Der politische Katholizismus, wie er im Zentrum dargestellt war, ist nicht mehr."[502]

3.5.2. Das Ende der politischen Theologie

Der Erfolg von Hitlers politischer Strategie zur Überwindung der katholischen Opposition läßt sich an einem längeren akademischen Vortrag belegen, der der geistigen Mitte des politischen Katholizismus im Jahre 1933 entstammte. Im Juli 1933 bekannte sich die Theologische Fakultät Münster, die auch für die Ausbildung des südoldenburgischen Klerus zuständig war, unter der Führung des jungen Dogmatik-Professors Michael Schmaus zur politischen Herrschaft des Nationalsozialismus. Die Rede, die Universitätsprofessor Schmaus an der theologischen Fakultät Münster gegen Ende des Sommersemesters 1933 hielt, ist ein denkwürdiges Zeugnis für das Scheitern der politischen Theologie in Deutschland. Die ungewöhnlich umfangreiche Darstellung des erst im Frühjahr 1933 nach Münster berufenen Professors Michael Schmaus bezeichnete der "Münsterische Anzeiger" euphorisch als "einen Vortrag von richtunggebender Bedeutung, nicht nur für die katholischen Theologiestudenten, sondern für

[501] MORSEY, Zentrumspartei, S. 412.
[502] Ebd., S. 452.

jeden deutschen Katholiken, der es mit seiner Arbeit für das neue Deutschland ernst meint". Die Rede von Schmaus wurde unter dem Titel "Katholischer Glaube und nationalsozialistische Weltanschauung" am 14. Juli 1933 in der "Münsterländischen Tageszeitung" als auszugsweiser Abdruck des "Münsterischen Anzeigers" veröffentlicht. Die programmatischen Ausführungen des Münsteraner Theologen sind für das Verständnis der politischen Kultur unmittelbar vor der Unterzeichnung des Reichskonkordates ein akademisches Schlüsseldokument. Durch sie wurde deutlich, daß die katholische Theologie an der Universität Münster im "Dritten Reich" angekommen war und die Geschichte des politischen Katholizismus in Deutschland nach den Worten von Schmaus im Jahre 1933 zu ihrer Erfüllung gefunden hatte:

> "Unaufhaltsam sinkt eine große Epoche abendländischer Geschichte ins Grab. Die sie beherrschenden Mächte waren Liberalismus, Individualismus, Rationalismus.
>
> **Die nationalsozialistische Bewegung ist der lauteste und stärkste Protest dagegen, sie setzt ihnen entgegen die hohen Güter der Bindung an naturgegebene Wirklichkeiten und Ordnungen.**
>
> Organismus, Ordnung, Gemeinschaft sind die Grundpfeiler der nationalsozialistischen Weltanschauung. Der Gegensatz zu der entschwindenden Zeit ist ein vollständiger. Die nationalsozialistische Weltanschauung und die liberalistische Weltanschauung stehen sich gegenüber wie Natur und Unnatur. Die nationalsozialistische Bewegung wäre ihres tiefsten Sinnes beraubt, wenn sie zur Ruhe käme, bevor an die Stelle der bisherigen Geistigkeit die ihre gesetzt wird. Die nationalsozialistische Weltanschauung ist die Vollendung der um die Jahrhundertwende entstehenden Fronten gegen den Liberalismus und zugleich der machtpolitische Garant ihres Sieges. Ihren höchsten Gegenstand findet die organische Weltauffassung, die Ganzheitsbetrachtung in dem aus Blut und Boden, aus Schicksal und Aufgabe gewachsenen Volk. Während das liberalistische Zeitalter nur den Staatsbürger kannte, kennt unsere Zeit den Volksgenossen, mag er diesseits oder jenseits der staatlichen Grenzen leben. [...]
>
> Der Reichskanzler sagte: Sozialismus ist nichts anderes als die natürliche Ordnung eines Volkes nach seinen angeborenen Fähigkeiten. Durch diese organische Auffassung der Gemeinschaft, durch die Betonung des Rechtes der Einzelpersönlichkeit trotz strengster Einordnung in die Gemeinschaft unterscheidet sich der Nationalsozialismus innerlich und wesentlich vom russischen Kollektivismus, welcher den Menschen nur als eine Nummer in der Masse betrachtet und daher der liberalistischen Unnatur nur eine andere, die kollektivistische gegenüberstellt. Größte Förderung läßt der Nationalsozialismus der Familie, der natürlichen Regenerationszelle des Volks angedeihen. Ein Ausdruck seiner organischen Betrachtung ist sein Wille, die klassenkämpferisch zerrissene Gesellschaft durch die ständische Gliederung wieder zur Einheit zusammenzufügen.

Zu diesen Ideen (Gemeinschaft, Volk, Bindung, Autorität) hat der Katholik auf Grund seines Glaubens eine durch und durch positive Einstellung; er muß sie haben, wenn er nicht aufhören will, Katholik zu sein.

[...] Vor beinahe 70 Jahren schleuderte Papst Pius IX. seinen Bannfluch gegen den Liberalismus und Individualismus. So sehr damals die Kirche als fortschritts= und kulturfeindlich verlacht wurde, so blieb diese Gegnerschaft doch die grundsätzliche Haltung der Katholiken, mochte auch für den politischen Katholizismus die Durchsetzung dieser Ideen im taktischen Hin und Her des Alltags zu manchen Zeiten außer Reichweite liegen. Der katholischen Lehre ist die Bindung an die Wirklichkeit, an Gemeinschaftsordnungen so wesentlich, daß eine ideenmäßige Aussöhnung mit dem Liberalismus eine Aufgabe ihres eigenen Wesens wäre. Letzten Endes bejaht der Katholik alle naturgemäßen Ordnungen, weil er an den Schöpfer Gott glaubt. Unter den Wirklichkeiten und Ordnungen hat jede ihren Klang. Nichts ist unkatholischer als eine extrem demokratische Wertung. Gott gab zwar jedem Ding einen Wert, aber nicht jedem den gleichen. Für die naturgewachsenen Gemeinschaften hat die Kirche um so mehr Verständnis, als sie selbst eine geheimnisvolle Gemeinschaft ist (corpus Christi mysticum), von welcher die Organisation der Kirche nur den äußeren Ausdruck darstellt. Auf Grund ihres Schöpfungs= und Vorsehungsglaubens bejaht sie die Volksgemeinschaft.

[...] Naturgemäß ist bei jedem Volke die Offenbarung Gottes in die Farbe seines Volkstums getaucht. Jedes Volk bedarf der Ergänzung durch die Kirche. Denn die Glieder des Volks sind erbsündige Menschen, die nicht zur Vollendung ihres Menschentums kommen können ohne die Gnade Gottes, und die Kirche bedarf des Volkes, weil von der kräftig entwickelten völkischen Eigenart das Gedeihen und Blühen des gesamten kirchlichen Organismus abhängig ist. Die Kirche anerkennt den Staat als eine aus der menschlichen Gesellschaft herauswachsende Realität.

In der katholischen Lehre von der Erbsünde liegt das Recht und die Notwendigkeit einer starken Autorität begründet. Die menschliche Freiheit ist infolge der Schwäche und Unvollkommenheit der menschlichen Natur vom Mißbrauch bedroht und bedarf daher des starken Dammes einer klaren und energischen Führung. Der Katholik hat die Gewissenspflicht, dem konkreten Staat mit dem Einsatz aller seiner Kräfte entschlossen und opferbereit zu dienen.

Das Wohl des Staates steht über dem Nutzen des einzelnen. Das eben abgeschlossene Konkordat grenzt die Sphären des Staates und der Kirche sorgfältig ab und trägt damit wesentlich zur Harmonie zwischen Staat und Kirche bei. Der Katholik muß immer klarer Wesentliches von Unwesentlichem scheiden. Eine letzte Begegnung zwischen Staat und Kirche liegt in dem Zusammentreffen von Rationalem und Irrationalem. Die nationalsozialistische Bewegung ist nicht ein Verstandesprodukt, sondern etwas aus menschlichen Urtrieben Kommendes, will jedoch in eine neue Ordnung der ratio hineinführen. Sie wird so Denken und Erleben zugleich. Der katholische Glaube ist von Gott herabsteigendes, vom Geist erhelltes Leben. Ausdruck dieses irrationalen Momentes sind die religiösen Symbole, für die heute ein neues Verständnis anbricht."[503]

[503] MT vom 14.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 301f.

Die Rede von Schmaus wurde nach der Paraphierung des Reichskonkordats durch Papen und Kardinalstaatssekretär Pacelli am 8. Juli 1933 - mit der Paraphierung war noch keine Veröffentlichung des Vertragstextes verbunden gewesen - und vor der Unterzeichnung des Vertragswerkes, die für den 20. Juli 1933 vorgesehen war, gehalten. Sie ist in einem politischen Kontext angesiedelt, der durch die März-Entscheidungen und durch die Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 gekennzeichnet ist. Die politische Stimmung, die aus den öffentlichen Darlegungen spricht, ist nicht nur vom Geist nationaler Aussöhnung von NS-Staat und katholischer Theologie geprägt, sondern auch von einer unsicheren und erwartungsvollen Spannung. Die theologische Rede thematisierte unter antirepublikanischem Vorzeichen langfristige Traditionen und Mentalitäten im politischen Denken des deutschen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert und bescheinigte ihnen eine unerwartete politische Aktualität. Das nationale Pathos und die aufdringliche Rhetorik unterstützen die appellative Funktion des Textes, der eine Mischung aus religiöser Unterweisung und politischer Rede darstellt. Die Veröffentlichung dieses akademischen Vortrags in der lokalen Presse dürfte auf das katholische Milieu in Südoldenburg nicht ohne Wirkung geblieben sein, galt doch die Bischofs- und Universitätsstadt Münster, in der der weltliche Klerus Südoldenburgs ausgebildet wurde, als richtungweisende geistige Metropole, besonders in einer Zeit politischer und kirchlich-religiöser Umorientierung.

Der Vortrag des Münsteraner Theologen Schmaus kontrastiert antithetisch die angebrochene Gegenwart des "Dritten Reiches" mit der zu Ende gegangenen und historisch überwundenen Vergangenheit der Republik von Weimar. Diese war nach seiner Auffassung gekennzeichnet gewesen durch den Liberalismus, der Nation und Volkstum zerstört, den Individualismus, der das Recht des einzelnen absolut gesetzt, und eine rationalistische Grundhaltung, die das Mysterium des staatlichen und religiös-kirchlichen Organismus entzaubert hatte. Im Lichte der katholischen Naturrechtslehre handelte es sich bei dem Liberalismus um eine "Unnatur", die nicht gottgewollt war und die Gesellschaft spaltete. Seine natürliche Unvollkommenheit setzte den Menschen außerstande, seine Freiheit in der rechten Weise zu gebrauchen und als moralisches Wesen in einer offenen Gesellschaft zu existieren, weil es ihr an politischen Autoritäten, festen sozialen Ordnungsgefügen und unwandelbaren ethischen Normen mangelte; es fehlte an Glauben. Im Liberalismus der Weimarer Republik hatten sich kritische Strömungen der europäischen Aufklärung und die Grundideen der Französischen Revolution, vor allem die Grundsätze von Freiheit und

Gleichheit etabliert: ein Egalitarismus, der zu den geistigen Fundamenten der parlamentarischen Demokratie gehörte. Dieses politische Erbe war durch die nationalsozialistische Revolution in Deutschland überwunden worden.

Schmaus deutete das "Dritte Reich" aus der Perspektive des Jahres 1933 als Reaktion des politischen Katholizismus auf die revolutionäre Neuzeit. Er begrüßte den Nationalsozialismus, weil er das liberalistische Welt- und Ordnungsbild einer radikalen Revision unterzog. Die "Volksgemeinschaft" forderte nach seiner Meinung die Ein- und Unterordnung des einzelnen und hob den schrankenlosen Individualismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft auf. In der Anerkennung von Familie, Staat, Volk und Stand kehrte das "Dritte Reich" ideologisch zu den organischen Grundlagen staatlichen und sozialen Zusammenlebens und damit zur gottgewollten sittlichen Ordnung zurück. Dabei handelte es sich nicht um mechanische Konstrukte, wie sie in modernen politischen und sozialen Gebilden vorzufinden waren, sondern um gewachsene Einheiten, die aus der Geschichte des deutschen Volkes hervorgegangen waren und respektiert werden wollten. Es herrschten wieder die natürlichen Gesetze der Evolution. Der Irrationalismus, der dieser pseudophilosophischen politischen Naturrechtslehre anhaftete, gehörte zum ideologischen Reservoir des antirepublikanischen Denkens in der Weimarer Republik, das die demokratischen Institutionen und Organe als Medien politischer Entfremdung und als seelenlose Mechanismen diskreditiert hatte.

Schmaus stellte zwischen dem Katholizismus und dem Nationalsozialismus wesentliche Übereinstimmungen in archaischen Sehnsüchten, autoritären Herrschaftsstrukturen sowie in den nationalen Aufgaben der Zeit fest, die Kirche und Staat in der historischen Stunde des Jahres 1933 zur politischen Kooperation geradezu herausforderten. Im Wort vom "wahren" Sozialismus verbirgt sich nicht nur der Gegensatz zum marxistisch-bolschewistischen Kollektivismus, sondern auch die Ablehnung der demokratischen Grund- und Werteordnung in der Vergangenheit, die weder einen "wahren" Volksstaat noch eine "wahre" Demokratie herbeiführen konnte. Der Vortrag von Schmaus ist das beklemmende Dokument einer historischen Zeitenwende, die als Reaktion auf den politischen und sozialen Modernisierungsprozeß der Weimarer Republik das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland markiert. Es ist auch das trügerische Zeugnis einer politischen Selbsttäuschung, die nur aus der sensiblen Nähe von katholischer Kirche und NS-Staat im Juli 1933 zu erklären und als Resultat einer politischen Psychologie zu verstehen ist, die von der nationalsozialisti

schen Demagogie erfolgreich gegen den politischen Katholizismus angewandt wurde.

Das Wort des Münsteraner Professors Schmaus wirkt wie eine Erlösung aus einem lange verdrängten Spannungszustand und gibt der politischen Aussöhnung zwischen katholischer Kirche und NS-Staat den Gestus eines sakralen Zeremoniells. Darin verrät es eine geistige Verwandtschaft zur "Weiherede" und "Weihestunde" in der nationalsozialistischen Gebärdensprache. Auf sie trifft die Feststellung von Klaus Vondung zu, daß alle nationalsozialistische Literatur religiöse Qualität hat, "insofern sie die Ideologeme als Elemente einer Ordnung auslegt, die nicht nur die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse regelt, sondern auch spirituelle Sinngebung ermöglicht".[504] Der Vortrag von Schmaus dokumentiert aber auch die tiefe Spaltung des politischen Katholizismus im Jahre 1933, die die katholische Führung im Episkopat und in Teilen der akademischen Elite von der katholischen Basis trennte und das Ergebnis einer erfolgreichen Politik der Regierung Hitler-Papen gegen die katholische Kirche war. Während die katholische Basis wie in Südoldenburg um ihre alten kirchlichen Rechte und ihre kulturellen Bestände zu kämpfen begann, näherten sich der NS-Staat und die Elite in der katholischen Amtskirche und Theologie in einer Weise an, die Laien nachhaltig irritierte und in der Verteidigung ihres alten Rechtsstandpunktes moralisch schwächte.

3.5.3. Erennung Bernings zum Preußischen Staatsrat

Die Berufung des Osnabrücker Bischofs Wilhelm Berning zum Preußischen Staatsrat durch den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring am 11. Juli 1933 war nicht unmittelbar eine innere Angelegenheit der Diözese Münster, wurde in der südoldenburgischen Zentrumspresse aber ausführlich dargestellt und positiv aufgenommen. Sie verdeutlicht schlaglichtartig die schwerwiegenden politischen Konflikte, in die sich Mitglieder des deutschen Episkopats aus wohlverstandenem kirchlichen Interesse begeben konnten. Positionen der politischen Theologie waren in der bisherigen Form nicht

[504] VONDUNG, Nationalsozialismus, S. 252f. Nach Auffassung von Klaus Vondung können "Weihestunden" und "Weihereden", die die nationalsozialistische Propaganda nicht erfunden hat, sondern als Stilmittel der völkisch-nationalen Rhetorik entlehnte, als liturgische Texte für nationalsozialistische Feiern bezeichnet werden. Sie dienten dazu, den Glauben an Aussagen der nationalsozialistischen Ideologie bekenntnishaft zu formulieren und dadurch rituell zu verstärken.

mehr zu vertreten. Der Preußische Staatsrat war eine Institution aus dem 19. Jahrhundert und wurde als beratendes Organ der Monarchie im Jahre 1817 geschaffen. Seine Mitglieder wurden von den Provinziallandtagen ernannt und rekrutierten sich nach dem Prinzip der Partialerneuerung. In der Zeit der Weimarer Republik war der Staatsrat in die demokratischen Strukturen eingebunden und besaß wirkliche gesetzgeberische Mitwirkungsrechte. Sein Präsident war von 1920 bis 1933 der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der am 13. März 1933 gewaltsam abgesetzt wurde.[505] Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme definierte Göring mit dem Gesetz über den Staatsrat die Zusammensetzung und die Funktion dieses Organs völlig neu. Danach war der Staatsrat eine das preußische Staatsministerium beratende Institution; Präsident des Staatsrates war der Ministerpräsident, seine Mitglieder wurden nicht gewählt, sondern ernannt.[506] Berning bedankte sich für seine Ernennung telegraphisch bei Göring mit den Worten:

> "Für die ehrenvolle Ernennung zum Preußischen Staatsrat danke ich herzlichst. Gern werde ich nach Kräften an den wichtigsten Aufgaben des Staatsrates für deutsches Volk und Vaterland mitarbeiten."[507]

Ministerpräsident Göring verknüpfte mit der Ernennung Bernings zum Preußischen Staatsrat die Erwartung, daß sich der Bischof von Osnabrück in dieser Funktion für den neuen Staat einsetzen werde. Nach Auffassung Reckers hatte Göring eine taktische Komponente im Sinn, während Berning in seiner Ernennung eine Chance sah, sich wirkungsvoller für die "Einheit von Kirche und Staat als Forderung der kirchenamtlichen Traditionen zum Heil des Menschen" einsetzen zu können. Er wollte das neue Amt im staatstragenden Sinne entsprechend den wiederholten Erklärungen Hitlers führen und sah insbesondere in der Konkordatspolitik ein Mittel zur Wahrung kirchlicher Interessen. Das Konkordat diente ihm als "Sicherungsinstrument" in den zu erwartenden Konflikten mit dem nationalsozialistischen Regime. Die katholische Staatsrechtslehre und die "cura religionis" bildeten den Hintergrund für Bernings Hinwendung zum NS-Staat, die viele Gläubige in seiner Diözese irritierte. Recker umschreibt in diesem Sinne das Verhältnis von Staat und Kirche, wie es Berning vorschwebte, mit dem Leitbild des mittelalterlichen ORDO, der die geistliche wie die weltliche Gewalt im Geiste der Koordination miteinander verbun

---

[505] MT vom 14.3.1933; SCHWARZ, Adenauer, S. 344ff.
[506] MORSEY, Zentrumspartei, S. 405f.; RECKER, Berning, S. 59ff.
[507] MT vom 15.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 305.

den hatte.[508] Der Osnabrücker Bischof und preußische Staatsrat Wilhelm Berning trat für eine enge Zusammenarbeit der katholischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat ein. Sein politisches Engagement im "Dritten Reich" setzte Signale, die mißverstanden werden konnten, und trug zweifelsohne zu einer Aufwertung des Systems bei, von der die nationalsozialistische Staatsführung einseitig profitierte.[509]

3.5.4. Der Abschluß des Reichskonkordats

Durch den Abschluß des Reichskonkordats erreichte die politische Unterstützung des NS-Regimes durch die katholische Kirche in Deutschland ihren Höhepunkt.[510] Zwischen den Verhandlungen, die die Regierung Hitler-Papen und die römische Kurie im Frühjahr 1933 in Rom aufnahmen, und den Konsultationen in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 bestand kein unmittelbarer Zusammenhang.[511] Nach eigenen Aufzeichnungen reiste Ludwig Kaas bereits am Abend des 24. März 1933 nach Rom ab und kehrte am 31. März 1933 zu politischen Gesprächen nach Berlin zurück. Er stellte sich "aus innerer Überzeugung auf die Seite der positiven Mitarbeit" im NS-Staat mit dem ausdrücklichen Ziel, "zu einer inneren Konsolidierung des autoritären Regimes" beizutragen. Mit dem Abschluß eines Reichskonkordats werde sich "die kulturpolitische Verteidigungsaufgabe des Zentrums" erledigen, für die sich in der Vergangenheit "mit vollem Recht auch eine starke Geistesgemeinschaft und Gefolgschaft zwischen Zentrumspartei und katholischem Klerus entwickelt" habe.

---

[508] RECKER, Berning, S. 63, 76f.

[509] Bezeichnend für seine politische Einstellung war sein Buch "Katholische Kirche und deutsches Volkstum", das im Frühjahr 1934 unter dem Motto "Das Neue Reich" in München erschien. (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 222, 224: Faksimile des Buchtitels)

[510] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 48; SANDSTEDE, Galen, S. 13-17: kurzer Überblick über die Konkordatsverhandlungen; KUPPER, Reichskonkordat, S. 354-375; DAMBERG, Moderne, S. 239ff. Damberg gibt einen Überblick über die positive Aufnahme des Reichskonkordats in Münster.

[511] KUPPER, Geschichte, S. 25-50. Die Verhandlungen waren an offenen Fragen der Militärseelsorge gescheitert, für die der Vatikan eine Exemtion ablehnte. Nach dem Abschluß des preußischen Konkordats 1929 versuchte Kardinalstaatssekretär Pacelli, die zum Stillstand gekommenen Gespräche und Verhandlungen über ein Reichskonkordat wieder in Gang zu bringen, obwohl sich die Aussichten auf einen Erfolg aufgrund der innen- und wirtschaftspolitischen Lage in Deutschland rapide verschlechtert hatten. In der Person des Reichskanzlers und nachmaligen Vizekanzlers von Papen bestand eine unmittelbare Verbindung zwischen den Verhandlungen im Jahre 1932 und der Fortführung und dem Abschluß der Verhandlungen am 20. Juli 1933.

Kaas akzeptierte die von Papen ins Spiel gebrachte "Entpolitisierung des Klerus" und forderte als Gegenleistung den von der Reichsregierung zu erbringenden "Nachweis für die Schaffung hinreichender kulturpolitischer Garantien". Im Gespräch zwischen dem Prälaten und Franz von Papen am 8. April 1933 in München wurde die Auflösung der Zentrumspartei bereits zur Verhandlungsgrundlage erklärt. Kaas erinnerte in diesem Zusammenhang an die Regierungserklärung Hitlers und zeigte sich willens, "auf dem durch diese Erklärungen beschrittenen Wege" weiterzugehen.[512] Für den bayerischen Vatikangesandten stand schon am 24. April 1933 außer Zweifel, daß Kardinalstaatssekretär Pacelli "eine ehrliche Mitarbeit der Katholiken zur Förderung und Leitung der nationalen Bewegung in Deutschland im Rahmen der christlichen Weltanschauung" billige.[513] Mit Vizekanzler Franz von Papen trat im Vatikan zudem ein deutscher Verhandlungsführer auf, der das christlich-konservative Erbe in der nationalsozialistischen Revolution zu retten suchte, auf eine rasche Aussöhnung des deutschen Katholizismus mit dem Nationalsozialismus bedacht war und bei der Bewältigung dieser großen Aufgaben schon auf die Mitwirkung politischer Parteien verzichtete; das galt auch für das Zentrum.[514]

Vizekanzler Franz von Papen rief Anfang 1933 den "Bund katholischer Deutscher ‘Kreuz und Adler’" ins Leben, der dazu beitragen sollte, die katholische Kirche und den Nationalsozialismus auszusöhnen. Die Cloppenburger MT veröffentlichte den Aufruf des Bundes "An die deutschen Katholiken!" Darin hieß es:

> "Aus der Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit ist in diesen Tagen ein **Bund** katholischer Deutscher ‘Kreuz und Adler’ entstanden. Sein satzungsmäßiger Zweck ist, den **christlich=konservativen** Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen, das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches geistig zu fördern. [...] Der Bund ist **überparteilich**, d. h. er fragt nicht nach der parteipolitischen Haltung seiner Mitglieder und verzichtet auf die den Parteien ei

[512] MORSEY, Kaas, S. 426f.; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 558; MORSEY, Zentrumspartei, S. 374, Anm. 44. Bereits am 6. April 1933 berichtete eine Pariser Zeitung über einen Vortrag Papens im Vatikan und die Absicht der Reichsregierung, die politische Tätigkeit der Geistlichen im Konkordat zu verbieten. Die MT meldete die Ankunft Papens in Rom in ihrer Ausgabe vom 10. April 1933. Bereits einen Tag später berichtete sie über eine Begegnung zwischen Papen und Pacelli und vermutete als Gegenstand der Unterredung den Abschluß eines Konkordats zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl. (MT vom 11.4.1933)

[513] MORSEY, Kaas, S. 430: Telegramm des bayerischen Vatikangesandten Ritter zu Groenesteyn vom 24. April 1924 nach München, ausgefertigt und abgesandt nach einer Unterredung mit dem Prälaten Kaas.

[514] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 129.

gentümlichen Betätigungsformen. Sein Erfolg ist nicht an den Bestand der Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind. Unser Zukunftsglaube beruht darauf, daß die [Parteien] vom christlichen Erbgut und von der Idee des Reiches der Deutschen überdauert werden. Kreuz und Adler!"[515]

In einem Interview, das Papen der rechtskonservativen preußischen Kreuz-Zeitung vor seiner Rom-Reise gegeben hatte, betonte er den interkonfessionellen Charakter des Bundes.[516] Der Bund wurde wieder aufgelöst, als im Oktober 1933 die "Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher" (AKD) gegründet wurde, die ähnliche Ziele wie der Bund verfolgte. Das politische Schicksal Franz von Papens und das Scheitern seiner Konzeption, die sich eine konservative "Zähmung" der nationalsozialistischen Bewegung zum Ziel gesetzt hatte, ist nach Auffassung von Martin Greiffenhagen ein anschauliches Beispiel für die "letzte Phase eines spezifisch deutschen Konservatismus in ihrer ausweglosen Absurdität". Aufgrund seines widersprüchlichen Charakters hört der Konservatismus zum Zeitpunkt seines "revolutionären Umschlags" auf zu bestehen und zerbricht an sich selbst. In Deutschland war es der Nationalsozialismus, der sich als moderne Bewegung "in irrationalem Gegenschlag gegen den Liberalismus" wandte und den Konservatismus gleichzeitig liquidierte.[517]

In dem politischen Junktim, das die "Sicherung des naturrechtlichen Bereichs der Kirche" mit der "Sanktion des Verlustes der politischen Repräsentation" des deutschen Katholizismus verknüpfte, lag neben dem außenpolitischen Nutzen für Hitler die eigentliche Bedeutung des Konkordats.[518] Mit der vertraglichen Dokumentierung der eingeforderten Garantien im Konkordatstext und der Entpolitisierung des Klerus im Artikel 32 des Vertragswerkes war das Ende der Deutschen Zentrumspartei politisch entschieden. Brüning erkannte die weitreichende Bedeutung dieser Bestimmung, wenn er über die Lage der Partei nach seiner Wahl in den Parteivorsitz notierte:

---

[515] MT vom 4.4.1933. Unterzeichnet ist der Aufruf vom Protektor des Bundes, Vizekanzler Franz von Papen, Berlin.

[516] MT vom 12.4.1933: "Uns kommt es nicht darauf an, die deutsche Politik innerlich auf eine Konfession abzustellen, sondern gemeinsam mit den nationalen und konservativen Protestanten beim Ausbau des neuen Reiches mitzuwirken und diesem neuen Gemeinwesen die geistigen und sittlichen Kräfte des Katholizismus zuzuführen."

[517] GREIFFENHAGEN, Konservatismus, S. 243f.

[518] JUNKER, Zentrumspartei, S. 191. Junker fügt hinzu: "Das Zentrum war das Zahlungsmittel der Kirche in diesem Geschäft."

> "Die Partei konnte vielleicht noch gerettet werden, wenn es gelang, einer Bestimmung des Konkordats zuvorzukommen, die den Geistlichen die Annahme von Mandaten unmöglich machen sollte."[519]

Als Ludwig Kaas sich in enger Fühlungnahme mit Kardinalstaatssekretär Pacelli in die am 9. April 1933 in Rom beginnenden Konkordatsverhandlungen einschaltete, war er immer noch Vorsitzender des deutschen Zentrums und blieb dies noch für knapp einen Monat.[520] Die Parteiführung des Zentrums begleitete die Verhandlungen in Rom mit Schweigen. Sie blieb auch in der Reserve, als Meldungen aus der römischen Kurie die absehbare Gefahr anzeigten, "auf Kosten einer diplomatischen Verständigung geopfert zu werden".[521] Am 1. Juli 1933 wurde der endgültige Text des Reichskonkordats, der das Verbot der politischen Betätigung von Geistlichen und kirchlichen Vereinen enthielt, vom Papst genehmigt.[522] Zwei Tage später, am 3. Juli 1933, telegraphierte der deutsche Verhandlungsführer, Vizekanzler Franz von Papen, an Außenminister von Neurath eine wichtige Meldung, die den bevorstehenden Konkordatsabschluß mit der Auflösung der Zentrumspartei verknüpfte:

> "In Verhandlung, die ich heute abend mit Pacelli, Erzbischof Gröber und Kaas hatte, ergab sich, daß Auflösung der Zentrumspartei mit Abschluß [des] Konkordats hier als feststehend betrachtet und gebilligt wird."[523]

---

[519] BRÜNING, Memoiren, S. 668.

[520] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 44ff.; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 557ff.: Aufzeichnungen des Prälaten Kaas vom April 1933. Die Cloppenburger MT meldete am 12.4.1933, daß sich Prälat Kaas "schon seit längerer Zeit" in Rom aufhalte. Sie gab noch am folgenden Tag ein "entschiedenes Dementi" wieder, in dem Vizekanzler von Papen Verhandlungen über ein Reichskonkordat bestritt. (MT vom 13.4.1933)

[521] MORSEY, Zentrumspartei, S. 380ff.; MORSEY, Briefe, S. 30.

[522] MORSEY, Zentrumspartei, S. 398. LEIBER, Zentrumspartei, S. 213-223. In einer Auseinandersetzung mit Rudolf Morseys Arbeit über die "Deutsche Zentrumspartei" aus dem Jahre 1960 bestreitet Robert Leiber, der ehemalige Sekretär Pacellis, daß der Hl. Stuhl das Zentrum dem Reichskonkordat "geopfert" habe. Die katholische Interpretation Leibers sieht nicht in erster Linie die römische Kurie, sondern die Reichsregierung in der zentralen Verantwortung für das Konkordat und seine Folgen: "Wo es [das Zentrum] nun einmal - nicht durch die Schuld der 'Kurie', sondern durch die innerdeutsche Entwicklung - zum Erliegen verurteilt war, mußte die oberste kirchliche Leitung ihr Mögliches tun, um durch Verhandeln mit der neuen Regierung die Freiheit des katholischen Glaubens in Deutschland zu sichern. Die Regierung bot dem Hl. Stuhl ein Konkordat an, ja drängte es ihm so auf, daß er ohne Schaden für die katholische Sache nicht ablehnen konnte. So benützte er die auf völkerrechtlicher Ebene liegende feierliche Vereinbarung, um durch sie dem bonum commune, dem Allgemeinwohl der katholischen Kirche in Deutschland, eine neue Grundlage zu geben." (S. 223)

[523] MORSEY, Zentrumspartei, S. 401, Anm. 40. Der Freiburger Erzbischof Gröber war am 1. Juli 1933 zu den Abschlußverhandlungen in Rom eingetroffen.

3.5.4.1. Der Vertragstext

Der Vertragstext konnte einer kritischen Überprüfung durchaus standhalten und war nicht der Grund für das Scheitern der Konkordatspolitik. Dieser ist eher in der eindeutigen Instrumentalisierung und Manipulation der Bestimmungen durch das NS-Regime zu sehen. Wolfgang Wippermann betont den Nutzen, den die katholische Kirche aus dem Konkordat zog, aber auch den "hohen Preis", den sie dafür zahlte, indem sie das Zentrum opferte und "die mit dem Konkordat verbundene, politisch und propagandistisch äußerst wichtige Anerkennung und Aufwertung des Dritten Reiches" in Kauf nahm.[524] Der katholischen Kirche wurde durch den Vertrag "die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der katholischen Religion" garantiert.[525] Sie genoß "das freie Besetzungsrecht für alle Kirchenämter und Benefizien ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden" und erhielt damit ein Recht, das in der neueren Geschichte der katholischen Kirche in Deutschland stets umkämpft gewesen war; die Geschichte der katholischen Kirche in Oldenburg hält dafür viele Beispiele bereit. Die Bischöfe wurden verpflichtet, "in die Hand des Reichsstatthalters in ihrem zuständigen Lande bzw. des Reichspräsidenten" einen Treueid zu leisten, der sie "dem Deutschen Reich und dem Lande" gegenüber politisch verpflichtete, und "die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten". Das bedeutete eine durch die Eidesformel erschlichene Anerkennung des politischen Regimes durch den zukünftigen deutschen Episkopat. Die katholischen theologischen Fakultäten an den staatlichen Hochschulen blieben erhalten. Für die religiöse Unterweisung in den Schulen wurde vereinbart, daß der katholische Religionsunterricht in den Volksschulen, Berufsschulen, Mittelschulen und höheren Lehranstalten als "ordentliches Lehrfach" und "in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche" erteilt werden sollte. Im Einvernehmen mit der Schulbehörde konnten die kirchlichen Oberbehörden den Religionsunterricht in den Schulen überprüfen. Für den Religions

---

[524] WIPPERMANN, Faschismus, S. 58f. In seinen Aufzeichungen vom 7. Juli 1933 - einen Tag vor der Paraphierung des Vertrages - hatte Karl Bachem in bezug auf die Konkordatspolitik noch zu bedenken gegeben: "Aber wird ein solches Konkordat auf die Dauer in Geltung bleiben, wenn keine politische Macht mehr vorhanden ist, welche seine Geltung stützt?" (MORSEY, Zentrumspartei, S. 452)

[525] Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 17, 9.10.1933, S. 97-109; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 561-569; MT vom 24.7.1933: Wortlaut des Reichskonkordats; GELHAUS, 1933, S. 316; DENZLER, Kirchen 2, S. 61-74, auch zum folg.

unterricht enthielt das Konkordat in Artikel 21 eine eindeutige politische Bestimmung, die zwar in Übereinstimmung mit der bisherigen nationalen Grundhaltung des katholischen Volksschulwesens stand, aber unter den politischen Verhältnissen des "Dritten Reiches" zu Konflikten führen konnte:

> "Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden, ebenso wie es im gesamten übrigen Unterricht geschieht. Lehrstoff und Auswahl der Lehrbücher für den Religionsunterricht werden im Einvernehmen mit der kirchlichen Oberbehörde festgesetzt. Den kirchlichen Oberbehörden wird Gelegenheit gegeben werden, im Einvernehmen mit der Schulbehörde zu prüfen, ob die Schüler Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Lehren und Anforderungen der Kirche erhalten."

Ausdrücklich enthielt der Vertrag Bestimmungen zur Sicherung der katholischen Bekenntnisschule, die sich auch auf die katholische Lehrerbildung erstreckten. Das Konkordat räumte Orden und anderen kirchlichen Trägern weiterhin die Möglichkeit ein, Privatschulen zu gründen, die mit staatlichen Schulen gleichgestellt wurden:

> "**Artikel 23.** Die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen bleibt gewährleistet. In allen Gemeinden, in denen Eltern oder sonstige Erziehungsberechtigte es beantragen, werden katholische Volksschulen errichtet werden, wenn die Zahl der Schüler unter gebührender Berücksichtigung der örtlichen schulorganisatorischen Verhältnisse einen nach Maßgabe der staatlichen Vorschriften geordneten Schulbetrieb durchführbar erscheinen läßt.
> **Artikel 24.** An allen katholischen Volksschulen werden nur solche Lehrer angestellt, die der katholischen Kirche angehören und Gewähr bieten, den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule zu entsprechen.
> Im Rahmen der allgemeinen Berufsausbildung der Lehrer werden Einrichtungen geschaffen, die eine Ausbildung katholischer Lehrer entsprechend den besonderen Erfordernissen der katholischen Bekenntnisschule gewährleisten.
> **Artikel 25.** Orden und religiöse Kongregationen sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze und gesetzlichen Bestimmungen zur Gründung und Führung von Privatschulen berechtigt. Diese Privatschulen geben die gleichen Berechtigungen wie die staatlichen Schulen, soweit sie die lehrplanmäßigen Vorschriften für letztere erfüllen.
> Für Angehörige von Orden oder religiösen Genossenschaften gelten hinsichtlich der Zulassung zum Lehramte und für die Anstellung an Volksschulen, mittleren und höheren Lehranstalten die allgemeinen Bedingungen."

Die schulpolitischen Garantien des Konkordats waren die Bestimmungen, die von der oldenburgischen NS-Regierung am häufigsten unterlaufen wurden und deren Einhaltung von den kirchlichen Repräsentanten immer wieder eingefordert wurde. An ihnen entzündeten sich die zahlreichen Konflikte und Überwerfungen zwischen der katholischen Kirche und dem oldenburgischen Staats

ministerium unter Pauly. Das galt für die Anstellung katholischer Lehrer an katholischen Bekenntnisschulen ebenso wie für die Führung von Privatschulen und die konfessionelle Lehrerausbildung, die traditionell in Vechta vorgenommen wurde. Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche entzündeten sich in Südoldenburg auch an der im Konkordat enthaltenen Bestandssicherung des katholischen Vereinswesens, dessen nationale Grundhaltung und -verpflichtung für die katholische Kirche unbestritten war. Das Konkordat teilte gemäß der politischen Linie des Vertrages in Artikel 31 die katholischen Vereine in zwei Kategorien ein, in die ausschließlich religiösen Zwecken und in die außerreligiösen, auch anderen Zwecken dienenden Vereine:

> "Diejenigen katholischen Organisationen und Verbände, die ausschließlich religiösen, rein kulturellen und karitativen Zwecken dienen und als solche der kirchlichen Behörde unterstellt sind, werden in ihren Einrichtungen und in ihrer Tätigkeit geschützt.
> Diejenigen katholischen Organisationen, die außer religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken auch anderen, darunter auch sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienen, sollen, unbeschadet einer etwaigen Einordnung in staatliche Verbände den Schutz des Artikels 31, Abs. 1 genießen, sofern sie Gewähr dafür bieten, ihre Tätigkeit außerhalb jeder politischen Partei zu entfalten.
> Die Feststellung der Organisationen und Verbände, die unter die Bestimmungen dieses Artikels fallen, bleibt vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat vorbehalten.
> Insoweit das Reich und die Länder sportliche oder andere Jugendorganisationen betreuen, wird Sorge getragen werden, daß deren Mitgliedern die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn- und Feiertagen regelmäßig ermöglicht wird und sie zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Überzeugungen nicht vereinbar wäre "[526]

Mit diesen Bestimmungen ließ das Reichskonkordat den rein kirchlichen Organisationen, die religiöse, kulturelle und karitative Aufgaben erfüllten, formal den Schutz des Staates angedeihen. Unsicherer und strittiger war bereits der Status der Organisationen, die neben religiösen, kulturellen oder karitativen

[526] MICHAELIS, Ursachen 9, S. 561-69: Artikel 1, 14, 16, 21, 23, 24, 25, 31, 32. Auslegungsgrundsätze zu Art. 31 des Reichskonkordats, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der deutschen Bischöfe ausgehandelt worden waren, besagten, daß die in Abs. 1 aufgeführten Organisationen "ihr Eigenleben völlig in sich führen" können: "Der Staat hat ihnen gegenüber keine weitergehenden Einmischungsbedürfnisse, als sie sich aus der allgemeinen Treuepflicht der Staatsbürger gegenüber dem Staat an sich ergeben." Für die in Abs. 2 angeführten Organisationen sollte gelten, daß sie in staatliche Verbände (Dachorganisationen) eingeordnet werden können, aber nicht müssen. Die Einordnung dürfe nicht den "katholischen Charakter und die Selbständigkeit in der Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben" ausschließen: "Die Mitglieder der katholischen Organisationen dürfen irgendeinen rechtlichen Nachteil in Schule und Staat aus ihrer Zugehörigkeit nicht erfahren." (Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 17, 9.10.1933, S. 109f.)

Zwecken auch anderen, zum Beispiel sozialen oder berufsständischen Aufgaben dienten. Sie sollten staatlichen Schutz genießen, sofern sie sich jeder parteipolitischen Betägigung enthielten. Diese Vertragsklausel bedrohte den politischen Katholizismus in Deutschland in seiner Existenz, weil er einflußreiche politische Verbände wie den Volksverein für das katholische Deutschland zur Disposition stellte. In ihrer Wirkung war sie vergleichbar mit dem Artikel 32 des Reichskonkordats. Zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat sollten auf dem Wege der Vereinbarung die Organisationen und Verbände ermittelt werden, die die Schutzbestimmungen des Konkordats genießen sollten.[527] In einer Besprechung im Reichsinnenministerium mit dem Freiburger Erzbischof Gröber und Bischof Berning von Osnabrück konnte zwar Einverständnis über die fortan zugelassenen katholischen Vereine und Verbände erzielt werden, aber das ausgearbeitete Verzeichnis wurde nicht veröffentlicht. Fest stand aber, daß der Volksverein für das katholische Deutschland nicht mehr zugelassen war und aufgelöst werden sollte.[528] Das war eine wichtige Entscheidung, die den politischen Katholizismus in Deutschland an der Basis traf. Im Schnittpunkt der politischen und kirchlich-religiösen Interessensphären befanden sich die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine.

Eine mögliche Konkurrenzsituation unter den kirchlichen und staatlichen Verbänden bedenkend, traf das Konkordat im Artikel 31 eine einvernehmliche Regelung, die die kirchlichen Pflichten der katholischen Jugend betraf. Es sollte dafür Sorge getragen werden, daß den katholischen Mitgliedern der staatlichen Organisationen "die Ausübung ihrer kirchlichen Verpflichtungen an Sonn= und Feiertagen regelmäßig ermöglicht" werde und sie "zu nichts veranlaßt werden, was mit ihren religiösen und sittlichen Ueberzeugungen und Pflichten nicht vereinbar wäre". Damit legte der Vertragstext die Bedingungen fest, unter denen katholische Vereine und Verbände und die von ihnen mitgetragene religiöse Alltags- und Festkultur, die in katholischen Milieus auf eine große Akzeptanz stieß, im "Dritten Reich" überleben konnten. Die katholische Kirche war genötigt, sich an die Vereinbarungen des Vertrages zu halten, wollte sie im

---

[527] MT vom 24.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 316.

[528] MT vom 19.7.1933. Nach dem Bericht der MT verlief die Besprechung "harmonisch" und führte zu "einem befriedigenden Ergebnis". Verbände, die nicht nur kirchliche, sondern auch soziale oder berufsständische Aufgaben wahrnähmen, könnten in staatliche Verbände eingeordnet werden. Sie müßten aber Gewähr dafür bieten, daß ihre Tätigkeit "keinerlei parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Charakter" annehme. Mit den besprochenen Maßnahmen sei "der Friede auch im katholischen Vereinsleben wiederhergestellt und gesichert". Danach gelte: "Die Mitglieder der katholischen Organisationen sollen irgendeinen rechtlichen Nachteil in Schule und Staat aus ihrer Zugehörigkeit nicht erfahren."

Konfliktfall die Schutzbestimmungen des Konkordates für sich in Anspruch nehmen. Bischof Clemens August und Offizial Franz Vorwerk waren sich dieser besonderen kirchenpolitischen Lage bewußt und handelten danach. Im einzelnen Fall gab jedoch nicht immer die Gültigkeit der verbrieften Vertragsnorm, sondern die Verfügungsgewalt über die politischen Machtinstrumente den Ausschlag.

Der Artikel 32 des Konkordates faßte die Ergebnisse der Verhandlungen zur Entpolitisierung des katholischen Klerus zusammen. Darin anerkannte der Vatikan die "in Deutschland bestehenden besonderen politischen Verhältnisse" und verpflichtete sich, "im Hinblick auf die durch die Bestimmungen des vorstehenden Konkordats geschaffenen Sicherungen einer die Rechte und Freiheiten der katholischen Kirche im Reich und seinen Ländern wahrenden Gesetzgebung" Maßnahmen zu treffen, "die für die Geistlichen und Ordensleute die Mitgliedschaft in politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien ausschließen". Mit dieser Bestimmung ließ sich die katholische Kirche in die Pflicht und Verantwortung dafür nehmen, daß sich ihre Geistlichen in Zukunft jeder politischer Betätigung enthielten.

Der Wortlaut des Artikels 32 markiert den Zusammenhang zwischen dem Ende des parteipolitisch organisierten Katholizismus in Deutschland und dem Abschluß des Reichskonkordates, das die Wahrnehmung der besonderen Interessen der katholischen Kirche gleichsam als politisches Patronat auf die deutsche Reichsregierung übertrug. Heinrich Brüning, der letzte Vorsitzende des Zentrums, kommentiert in seinen Erinnerungen mit Bitterkeit die Auflösung seiner Partei am 5. Juli 1933 und zeigt sich enttäuscht über die Haltung der deutschen Bischöfe und der römischen Kurie. Im Ergebnis der Konkordatsverhandlungen sieht er nicht weniger als einen Verrat am katholischen Zentrum:

> "Kein Bischof hat schriftlich oder mündlich ein Wort des Dankes ausgesprochen für das, was die Partei in ihrer mehr als 60jährigen Geschichte für den Katholizismus getan und gelitten hat. [...] Rom schwieg. Ich mußte daran denken, daß Kaas auf die telephonische Bitte von Joos, den Abschluß des Konkordats und damit die Auflösung des Zentrums aufzuhalten, scherzend gesagt hatte: 'Habt ihr euch noch nicht aufgelöst? Macht doch schnell!' Um mich wurde es einsam. Die alten Freunde nahmen Abschied und dann sah ich für Wochen niemanden mehr."[529]

[529] BRÜNING, Memoiren, S. 673f.

In einem geheimen Zusatzprotokoll, das die politische Brisanz des Vertragswerkes im Jahre 1933 unterstrich, wurden Absprachen zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich für den Fall getroffen, daß die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland wieder eingeführt werden sollte. Danach war "die Heranziehung von Priestern und anderen Mitgliedern des Welt- und Ordensklerus zur Leistung der Militärdienstpflicht" unter besonderen Bedingungen möglich. Unter der kirchlichen Jurisdiktion des Militärbischofs hatten sich die Geistlichen der Militärseelsorge zu widmen, "falls sie nicht zum Sanitätsdienst eingezogen werden".[530] Dieser "Anhang" des Konkordats, zu dessen Geheimhaltung sich die Vertragsparteien verpflichteten, ging über die Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen dem Hl. Stuhl und dem "Dritten Reich" weit hinaus und kam einer politischen Bundesgenossenschaft gleich, nach deren Maßgabe das NS-Regime den Vatikan und damit die katholische Weltkirche in seine Aufrüstungspläne einweihte und moralisch auf seine aggressiven politischen Ziele verpflichtete. Nach katholischer Interpretation überschritten diese Vereinbarungen jedoch nicht den Rahmen kirchlich-religiöser Zuständigkeiten und durften nicht im Sinne einer politischen Positionsbeschreibung gedeutet werden.

3.5.4.2. Ausgleich zwischen katholischer Kirche und NS-Staat

So nahe wie im Juli 1933 waren sich die katholische Kirche und ein deutscher Staat seit dem Untergang der alten Reichskirche nicht mehr gewesen. Christoph Kösters spricht von einer "Signalwirkung des Reichskonkordats". Katholische Vereine und Verbände befanden sich in den Wochen und Monaten nach der Unterzeichnung der Verträge in einer "Konkordatseuphorie" und sahen sich in ihrem ureigensten Anliegen, "Deutschland im christlichen Geist zu erneuern", nachträglich bestätigt. Staat und katholische Kirche traten in eine Phase der Koexistenz, die von "einer breiten Zustimmung der katholischen Bevölkerung im Bistum [Münster] zum neuen Staat" getragen wurde.[531] Das strahlte auf das katholische Milieu in Südoldenburg aus. Die Cloppenburger MT stellte sich auf das neue Verhältnis zwischen katholischer Kirche und dem nationalsozialistischen Deutschland ein und würdigte in einem eigenverantwortlichen Kommentar historisch wie politisch den erfolgreichen Abschluß des Konkordats. In einem Leitartikel unter dem Titel "Der Abschluß" erinnerte

[530] DENZLER, Kirchen 2, S. 73f.
[531] KÖSTERS, Verbände, S. 274ff.

die Zeitung daran, daß weder im Deutschen Kaiserreich noch in der Weimarer Republik ein bindender Vertrag zwischen dem Vatikan und dem deutschen Staat zustande gekommen sei. Den entscheidenden Hinderungsgrund dafür sah die "National=soziale Zeitung", wie sich die MT im Untertitel inzwischen nannte, in "der starken Vertretung des Freidenkertums und Sozialismus wie des religiösen und politischen Liberalismus" in der jüngsten deutschen Geschichte. Die Zeitung erinnerte an die Regierungserklärung Adolf Hitlers vom 23. März 1933 und sah sich durch den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen in Rom in ihrer Auffassung bestätigt, daß der Reichsregierung "die Verwirklichung ihres Programms, durch den Schutz der christlichen Konfessionen dem Reiche einen guten und festen Unterbau zu geben", offenkundig "wirklich Herzenssache" sei. Niemand dürfe daran zweifeln, daß die Sorge der nationalsozialistischen Regierung "dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat" gelte. Die Cloppenburger Zeitung war sich darüber im klaren, "daß durch eine Vereinbarung mit dem Heiligen Stuhl der Regierung der nationalen Erhebung selbst eine starke moralische Stütze" angediehen sei, und sah darin "ohne Zweifel das Anerkenntnis, daß eine große und allgemein geachtete konservative Macht, die katholische Kirche, an die Dauerhaftigkeit der neuen Regierung des Deutschen Reiches ernsthaft glaubt". In der Außerkraftsetzung des Weimarer Verfassungsstaates durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 erkannte die Cloppenburger Tageszeitung nunmehr die entscheidende politische Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluß der Konkordatspolitik:

> "Unbeschwert und ungestört durch parlamentarische Künste und parteipolitische Quertreibereien konnte die Regierung mit dem Hl. Stuhl die kirchlichen Verhältnisse innerhalb des Deutschen Reiches regeln. Die Reichsregierung hat von der großen Macht, die ihr der Reichstag verliehen hat, ohne Zögern Gebrauch gemacht. [...]
> Die deutschen Katholiken sind im Herzen nicht nur den beiden Verhandlungsführern, dem Vizekanzler von Papen und dem Kardinal Pacelli, sondern vor allem dem Führer des Reiches, Adolf Hitler, aufrichtig dankbar für das große Werk, das geschaffen ist, das einerseits die Rechte und Freiheiten der Kirche achtet, andererseits der Hoheit und Würde des Reiches nichts vergibt."[532]

Die politische Euphorie, die im Sommer 1933 im deutschen Katholizismus herrschte, stützte sich auf den Glauben, daß mit dem Konkordat die zentralen schul- und kulturpolitischen Belange und Interessen der katholischen Kirche gesichert und mit der Entpolitisierung des katholischen Klerus hinreichend vergütet waren. In den Konflikten mit dem NS-Regime in Oldenburg nahmen

[532] MT vom 22.7.1933.

die Repräsentanten des südoldenburgischen Katholizismus immer wieder Bezug auf das Reichskonkordat, in der Hoffnung, durch die Berufung auf dieses Vertragswerk ihre berechtigten Ansprüche verbrieft und verbürgt zu sehen. Gefördert wurde die Euphorie in der katholischen Bevölkerung durch überschwengliche Reaktionen auf den Abschluß des Konkordats, wie sie von den höchsten Repräsentanten der katholischen Kirche in Deutschland, den Kardinälen Bertram und Faulhaber, publiziert wurden.[533] Unmittelbar nach der Unterzeichnung des Konkordats sprach Kardinal Bertram im Schreiben vom 22. Juli 1933 "namens der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten" dem Reichskanzler "Anerkennung und Dank" aus und unterstrich noch einmal seine Bereitschaft, "nach bestem Können zusammenzuarbeiten mit der jetzt waltenden Regierung, die die Förderung von christlicher Volkserziehung, die Abwehr von Gottlosigkeit und Unsittlichkeit, den Opfersinn für das Gemeinwohl und den Schutz der Rechte der Kirche als Leitstern ihres Wirkens aufgestellt hat". Bertram sah "die harmonische Zusammenarbeit von Kirche und Staat zur Erreichung dieser hohen Ziele" durch das Reichskonkordat gefördert. Nach dem Vertragsabschluß falle es der Kirche um so leichter, "die hohen Kräfte unserer heiligen Religion in Förderung von Gottesglauben, Sittlichkeit und treuem Gehorsam gegen die leitenden Autoritäten segensreich zum Wohle von Volk und Vaterland zu entfalten".[534] Euphorisch äußerte sich auch der Münchner Kardinal Faulhaber im Schreiben vom 24. Juli 1933 an Hitler, mahnte aber zugleich vorsichtig die Einhaltung der Vereinbarungen an. Faulhaber schätzte den durch das Konkordat gewonnenen Einfluß der katholischen Kirche offensichtlich so hoch ein, daß er einen dringenden Appell zur politischen Amnestie an Hitler richtete. Der Brief Faulhabers an Hitler enthielt eine Reihe von politischen Akklamationen:

> "Was die alten Parlamente und Parteien in 60 Jahren nicht fertig brachten, hat ihr staatsmännischer Weitblick in 6 Monaten weltgeschichtlich verwirklicht. Für Deutschlands Ansehen nach Westen und Osten und vor der ganzen Welt bedeutet dieser Handschlag mit dem Papsttum, der größten sittlichen Macht der Weltgeschichte, eine Großtat von unermeßlichem Segen. Für das innere Leben des deutschen Volkes kann dieses Abkommen mit dem Oberhaupt der Kirche durch die Sicherungen der religiösen Freiheit eine Mehrung des Glaubens und damit eine Mehrung der sittlichen Volkskraft bringen. Wir wollen hoffen, daß die Artikel dieses Konkordats nicht auf dem Papier stehen bleiben, daß sie vielmehr als Artikel eines zweiseitigen feierlichen Vertrages dort, wo sie Pflichten enthalten, ebenso Leben und Wirklichkeit werden wie dort, wo sie Rechte und Zugeständnisse enthalten. Vor aller Welt ist nun bewiesen, daß Reichs

[533] DEUERLEIN, Katholizismus 3, S. 220-222.
[534] MT vom 25.7.1933; MICHAELIS, Ursachen 9, S. 571; KUPPER, Reichskonkordat, S. 367, Anm. 50.

> kanzler Adolf Hitler nicht bloß große Reden halten kann wie seine Friedensrede, daß er auch Taten wirken kann von weltgeschichtlicher Größe wie das Reichskonkordat."

Der Brief schloß mit einem dringenden Appell Faulhabers an den Reichskanzler, im Umgang mit politisch verfolgten Bürgern Milde walten zu lassen:

> "Erlauben Sie mir eine Bitte: Krönen Sie die große Stunde mit einer großmütigen Amnestie für jene, die ohne Verbrechen, nur wegen ihrer politischen Gesinnung in Schutzhaft sind und mitsamt ihren Familien furchtbar leiden. Uns kommt es aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler."[535]

Ende August 1933 teilte das Erzbischöfliche Ordinariat Freiburg mit, daß "kein kirchliches Hindernis bestehe, auch die Fahnen und Abzeichen der NSDAP in die katholischen Kirchen zuzulassen und deren Aufstellung in Kirchenschiffen zu gestatten". Die Pfarrgeistlichen wurden angewiesen, "dem Mitbringen solcher Abzeichen zum Gottesdienst oder zur Teilnahme an kirchlichen Prozessionen keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten".[536] Das war kein Widerspruch mehr zur offiziellen Haltung der katholischen Kirche.

In großen Teilen des deutschen Katholizismus wurde der Vertrag als historischer Durchbruch gewürdigt. Bezeichnend für die positiven Erwartungen, die an das Vertragswerk geknüpft wurden, war die Haltung von Vizekanzler von Papen: Er sah in dem Erfolg der Verhandlungen den endgültigen Abschluß des "Kulturkampfes" in Deutschland und hegte die Hoffnung, den Nationalsozialismus an ein christliches Konzept zu binden. In einem Presseinterview, das von der Cloppenburger MT abgedruckt wurde, erklärte von Papen zur zukünftigen Rolle der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland:

> "Der Vatikan ist ohne Zögern an das Vertragswerk mit dem neuen Deutschland herangegangen, in der Ueberzeugung, daß der Kampf gegen den Bolschewismus und die Gottlosenbewegung eine so lebensentscheidende Aufgabe ist, daß die Kirche jedem ihre Unterstützung leihen muß, der sich diese Aufgabe gestellt hat. In diesem neuen Deutschland ist ihr ein besonders starker und wichtiger Faktor entstanden."

---

[535] KUPPER, Reichskonkordat, S. 367f., Anm. 50; DENZLER, Kirchen 1, S. 57f. In der sog. "Friedensrede" vom 17. Mai 1933 hatte Hitler vor dem Reichstag den Willen der Reichsregierung zur Erhaltung des Friedens und der Respektierung der abgeschlossenen Verträge bekundet.

[536] MT vom 25.8.1933.

Der Liberalismus habe mit seiner Forderung nach einer Trennung von Kirche und Staat "in Wirklichkeit einen unfruchtbaren Kampf zwischen beiden heraufbeschworen". Erst der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland habe die politischen Voraussetzungen für den "Versuch zu einer vorurteilslosen und ehrlichen Verständigung mit den christlichen Kirchen" geschaffen, "der vor der nationalsozialistischen Revolution völlig aussichtslos gewesen wäre". In ihrer inneren Verfassung stimmten Italien und Deutschland nunmehr überein:

> "Vor allem aber zeigt sich hier als entscheidendes befruchtendes Element für die sich anbahnende Neuordnung Europas die Tatsache, daß Italien und Deutschland je nur von einem Mann regiert werden und nicht von Parlamenten, Kabinetten und Parteien. Die Entscheidungen dieser Persönlichkeiten bedeuten heute Weltgeschichte."[537]

Der neue politische Konsens zwischen dem deutschen Katholizismus und dem Nationalsozialismus erwies sich in Zukunft aber als äußerst brüchig. Seine Tragfähigkeit war abhängig von der Vertragstreue der Verhandlungspartner, an der kirchlicherseits bereits nach der Paraphierung des Vertrages am 8. Juli 1933 erhebliche Zweifel bestanden. Sie überschatteten das weitere Schicksal des Vertrages.

Katholische Vereine stellten sich aber schon auf die Zeit nach dem Reichskonkordat ein. Die organisatorischen und inhaltlichen Satzungsänderungen, die die berufsständischen Vereine im Spätsommer 1933 vornahmen, sind auf Artikel 31 des Reichskonkordats zurückzuführen. Kernpunkte der Umgestaltung waren die Entpolitisierung des Vereinslebens, die Stärkung des geistlichen "Führeramtes" und eine engere Anbindung an die kirchlichen Strukturen, die einen Anschluß des Verbandes an die Katholische Aktion ermöglichte. Auf diese Weise versuchten die berufsständischen Verbände, der Katholische Gesellenverband und der Katholische Arbeiterverband, Zweifel an ihrer Einordnung unter den Vereinsschutzartikel des Reichskonkordats zu beseitigen und dadurch die Zukunft ihrer Organisation zu sichern.[538]

3.5.4.3. Von der Operations- zur Verteidigungslinie des Reichskonkordats

---

[537] MT vom 21.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 312: Interview von Georg Dertinger im Auftrage der Hamburger Nachrichten, Schlesischen Zeitung und Allgemeinen Zeitung in Chemnitz.

[538] KÖSTERS, Verbände, S. 280f. Durch den Verzicht auf den Status einer Jugendorganisation zugunsten einer um ältere Mitglieder erweiterten Basis (Gruppe Altkolping) wurde der Katholische Gesellenverband zur Deutschen Kolpingsfamilie umgestaltet.

Unmittelbar nach seiner Paraphierung am 8. Juli 1933 und noch vor seiner Unterzeichnung am 20. Juli 1933 rückte der Vatikan die defensive Funktion des Reichskonkordats in den Vordergrund des öffentlichen Interesses und zog damit Konsequenzen aus der Erfahrung, wie die Reichsregierung das Vertragswerk politisch darstellte und interpretierte. Nach Mitteilungen des Jesuitenpaters Robert Leiber an den österreichischen Vatikangesandten vom 16. Juli 1933 nahm der Hl. Stuhl zum Vertragswerk eine ambivalente Stellung ein. Danach hatte sich in Rom inzwischen die Erkenntnis durchgesetzt, daß "die nationalsozialistischen Grundsätze eine völlige Verleugnung der katholischen bedeuten", und wurde die Befürchtung geäußert, daß der Abschluß eines Konkordats "unter diesen Umständen schon an und für sich das Prestige des Nationalsozialismus ungebührlich stärken" würde, weil dieser Vertrag von der nationalsozialistischen Propaganda "zu einem Erfolge des Hitlerismus und zu einer Anerkennung der nationalsozialistischen Grundsätze seitens der Kirche umgedeutet werden würde". In Deutschland sei zu erwarten, daß "das Prestige der Kirche bei der katholischen Bevölkerung des Deutschen Reiches und in der ganzen Welt" darunter zu leiden habe:

> "Die aufrechten Katholiken im Deutschen Reiche, die sich dem Nationalsozialismus überhaupt nicht oder nur unter Zwang beugen, würden sich auch geistig und moralisch als von dem Vatikane verlassen fühlen."[539]

Offensichtlich setzte sich diese skeptische Position Leibers im Vatikan aber nicht durch, sondern jene zweifelhafte Überzeugung, "auch gegenüber einer Regierung, deren Grundsätze jenen des Vatikans völlig wesensfremd sind, positive Schutzbestimmungen für das geistige Gut des Katholizismus zu schaffen oder dies zumindest zu versuchen". Leiber konstatierte allerdings, daß die Zukunft der katholischen Kirche in Deutschland durchaus realistisch gesehen werde:

> "Gerade wenn es zu einem scharfen Kampfe kommt, in dessen Verlauf die katholische Geistlichkeit und die katholische Bevölkerung leiden und Verfolgungen um ihrer katholischen Gesinnung willen zu erdulden hat, bedeutet es eine moralische Kraftquelle in diesem Kampfe, dass vorher alles versucht worden ist, um auf friedlichem und schiedlichem Wege das nunmehr gegenüber Verfolgungen zu erhaltende Gedankengut zu wahren."[540]

---

[539] REPGEN, Strategie, S. 530f. Die Mitteilungen Robert Leibers entstanden als Bericht über eine Unterredung mit einem engen Mitarbeiter des Vatikanischen Staatssekretariats am 16. Juli 1933.
[540] REPGEN, Strategie, S. 531.

Die vatikanische Diplomatie betrachte den paraphierten Vertragstext zwar als "überaus günstig", sei sich aber im klaren darüber, "dass auch dieser Vertrag die katholische Bevölkerung und die katholische Bewegung im Deutschen Reiche vor Verfolgungen und Unterdrückungen keineswegs zu schützen vermag und dass es für die Reichsregierung immer noch genügend Handhaben geben wird, um Umgehungen des Konkordatsvertrages als Verfügungen der deutschen Gesetzgebung [...] zu maskieren". Die Aufhebung des Rechtsstaates in Deutschland erleichtere die Manipulation des Konkordates ebenso wie "die bewusste Verwechslung von nationalsozialistischer Partei und Staat". So sei die bei der Paraphierung vereinbarte Geheimhaltung von deutscher Seite nicht eingehalten worden. Einflußreiche Kreise in der Kurie hätten es nach dem Leiber-Bericht gerne gesehen, wenn der Vertragsabschluß durch Verschulden der deutschen Reichsregierung zum Scheitern gebracht worden wäre. Nach der Paraphierung bestanden noch Zweifel darüber, ob der Vertrag in dieser Form überhaupt unterzeichnet oder nachverhandelt werden sollte.[541]

Der Bericht Robert Leibers führte die umstrittenen Bestimmungen des Vertrages an, die von der deutschen Reichsregierung einseitig ausgelegt werden konnten. Sie betrafen zentrale Aussagen über die katholischen Schulen, die politischen Einwände gegen die zu ernennenden Bischöfe, die Verteidigung der Glaubens- und Sittenlehre und vor allem den Schutz katholischer Organisationen, die gegenüber nationalsozialistischen Zwangsorganisationen und freiwilligen Verbänden ins Hintertreffen geraten könnten. Diese Bedenken wurden aber in der Erwartung zurückgestellt, "daß es sich dann eben gegenüber den Verletzungen des Buchstabens und des Geistes des Konkordates durch die Reichsregierung um einen Kampf handeln wird, bei dem die deutschen Katholiken das Bewusstsein haben werden, dass vorher alle Mittel der Verständigung erschöpft worden sind, und bei dem die ganze Welt mit um so grösserer Kraft zur Verurteilung der Kulturwidrigkeit des Nationalsozialismus wird aufgerufen werden können."[542] So wurde aus dem Vertragswerk, das das Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche in Deutschland konstruktiv regulieren sollte, zunächst ein Medium politischer Propaganda und dann aufgrund der sich abzeichnenden innenpolitischen Entwicklung in Deutschland eine entscheidende moralische Argumentationshilfe im Kampf der katholischen Kirche für die Freiheit ihrer Glaubens- und Sittenlehre gegen die nationalsozialistische Diktatur. Aus der Sicht des Vatikans wurden die Absichten, die seinerzeit zur

[541] Ebd., S. 531f.
[542] Ebd., S. 533.

Eröffnung der Vertragsverhandlungen geführt hatten, schon vor der Unterzeichnung der Dokumente am 20. Juli 1933 in Rom ins Gegenteil verkehrt. Kardinalstaatssekretär Pacelli skizzierte die kirchenpolitische Position des Vatikans gegenüber dem "Dritten Reich" nach dem Vertragsabschluß, indem er das Konkordat zur Grundlage des kirchlichen Protestes und Widerspruchs gegen die kirchenfeindliche Politik des nationalsozialistischen Regimes erhob:

> "Die Kirche [...] habe keine eigennützigen Ziele zu verfolgen. Sie befinde sich außerhalb der politischen Kampfbahn. Aber das geistige Wohl von zwanzig Millionen katholischer Seelen in Deutschland stand auf dem Spiel, und das war die erste und fürwahr einzige Überlegung. Wenn die Deutsche Regierung das Konkordat breche - und das würde sie bestimmt tun - hätte der Vatikan einen Vertrag, um darauf einen Protest zu stützen."[543]

Angesichts der massiven politischen Vereinnahmung des Konkordates durch die deutsche Regierung begab sich der Vatikan in eine defensive Haltung, die grundlegend wurde für die Opposition der katholischen Kirche gegen die Konkordatsverletzungen durch das NS-Regime. Der "Völkische Beobachter" sah in dem Vertragsabschluß "die Anerkennung des nationalsozialistischen Staates durch die katholische Kirche". Sie habe ihre "bisherigen katholisch-politischen Vereine" preisgegeben und dem Klerus in Zukunft "jede parteipolitische Betätigung" untersagt.[544] In einem Artikel, der auszugsweise von der Cloppenburger MT wiedergegeben wurde, hob das Parteiorgan besonders die Bestimmungen hervor, die das Zentrum sanktionierten:

> "Der Papst selbst habe durch die Unterzeichnung des Konkordats in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht, daß auch er es nicht für notwendig hält, bei der Vertretung wirklicher kirchlicher Interessen die Hilfe politisierender Prälaten in Anspruch zu nehmen. Durch das Reichskonkordat sei erwiesen, daß das katholische Bekenntnis durch sogenannte katholische Parteien, ob sie nun Zentrum, Bayerische Volkspartei oder Christlich=Soziale Partei sich nennen, des Schutzes nicht bedürfe. Das Reichskonkordat sei eine entscheidende Tat der Regierung Hitler, die Staat und Kirche in gleicher Weise zufrieden stelle."[545]

Der "Osservatore Romano" wies diese Interpretation umgehend zurück und bestritt insbesondere, daß die Unterzeichnung des Vertrages die Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung bedeute. In diesem Zusammen

---

[543] MICHAELIS, Ursachen 9, S. 575.
[544] JUNKER, Zentrumspartei, S. 214, Anm. 210: Völkischer Beobachter vom 23.7.1933.
[545] MT vom 25.7.1933.

hang verwies der Vatikan auf traditionelle Positionen der katholischen Staatsrechtslehre:

> "Der Heilige Stuhl verhandle mit den Staaten als solche, um die Rechte und die Freiheit der Kirche zu gewährleisten, und sehe dabei von jeder Erwägung oder Bewerbung anderer Art ab. Die verschiedenen Staatsauffassungen seien innere Angelegenheiten der einzelnen Nationen und gingen, wenn die Rechte Gottes und der Kirche gewährt seien, nur die einzelnen Völker an, die frei seien, im Rahmen eines rechtschaffenen staatsbürgerlichen Daseiens die Regierungsform zu wählen, die der Wohlfahrt und dem Gedeihen des Landes am besten entspräche. Die Kirche nehme also mit den Staaten als solchen Fühlung für eine gerechte Regelung der Beziehungen der beiden Gewalten, was immer zum Vorteil des religiösen Friedens und der Wohlfahrt der Völker gereiche."[546]

Die Zurückweisungen der vatikanischen Presse trafen die Reichsregierung offenbar so empfindlich, daß sie sich zu einer Klarstellung in einem amtlichen Pressebericht vom 28. Juli 1933 genötigt sah. Darin wies sie die staatstheoretischen Argumente des Vatikans zurück und hielt an der politischen Auslegung des Konkordats und an der faktischen Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung durch den Vertrag fest:

> "Eigentümlich mutet die Verwahrung des Artikelschreibers dagegen an, daß der Abschluß des Konkordats eine Anerkennung der nationalsozialistischen 'Richtung' bedeute. Das Konkordat sei mit dem Deutschen Reich als solchem abgeschlossen. Von jeder Erwägung oder jedem Werturteil anderer Natur als der Sicherung der Rechte und der Freiheiten der Kirche wurde abgesehen. Tatsächlich ist der Abschluß des Konkordats mit dem Präsidenten des Deutschen Reichs erfolgt. Das Deutsche Reich aber wird von der nationalsozialistischen 'Richtung' völlig beherrscht, was auch privaten Artikelschreibern in Rom nicht unbekannt sein dürfte. Der Vertragsabschluß bedeutet also die tatsächliche und rechtliche Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung."[547]

3.5.4.4. Die Krise um die Ratifizierung des Reichskonkordats

---

[546] MT vom 29.7.1933. Nachdem die Cloppenburger MT den Artikel aus dem Osservatore Romano am 29.7.1933 nur auszugsweise wiedergegeben hatte, druckte sie ihn am 31.7.1933 unter dem Titel "Um die Auslegung des Konkordats. Der 'Osservatore Romano' gegen die Behauptungen deutscher Zeitungen" in vollem Wortlaut ab. Die vollständige Veröffentlichung dieses kritischen Berichtes ist ein Indiz dafür, daß das ehemalige Zentrumsorgan selbst Ende Juli 1933 noch über einen redaktionellen Spielraum verfügte und nicht völlig gleichgeschaltet war.

[547] MICHAELIS, Ursachen 9, S. 574.

Die deutsche Reaktion löste eine Krise um das Reichskonkordat und ein politisches Tauziehen um seine Ratifizierung aus, das auf katholischer Seite aber nicht zur grundsätzlichen Überprüfung der eigenen Position und der bisherigen Konkordatspolitik führte.[548] Die katholischen Bischöfe versuchten, in Fragen der Konkordatspolitik weiterhin Geschlossenheit zu demonstrieren. Anläßlich einer Firmungsreise erklärte Erzbischof Gröber Ende Juli 1933 in Karlsruhe:

> "Es bestehe kein Gegensatz zwischen Katholischsein und Deutschsein. Der Oberhirte stellte es in Abrede, daß eine gewisse Spannung bestehe zwischen dem Deutschland von heute und dem katholischen Deutschland; es seien vielleicht Mißverständnisse gewesen, die einer Aufklärung bedurften, aber sie hätten in diesen Tagen ihre Beseitigung gefunden in erster Linie durch das Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl. Das große Friedenswerk des Konkordats, das den Frieden für das deutsche Volk bringen werde, besage, daß man dem Staat und dem Führer gebe, was des Staates und des Führers sei, aber auch gleichzeitig der Kirche und dem Heiligen Stuhl, was ihnen zustehe."[549]

Kardinal Bertram lehnte in einem Schreiben an Kardinalstaatssekretär Pacelli vom 2. September 1933 "eine Retardierung der Ratifikation des Reichskonkordats" ab und argumentierte vor allem mit der Rolle, die der Vertragstext im katholischen Protest gegen kirchenfeindliche Entscheidungen der nationalsozialistischen Regierung spielen könnte:

> "Erst mit der Ratifikation gewinnen wir die Möglichkeit, gegen zahlreiche Aktionen bestimmter vorzugehen. Wird aber die Ratifikation länger verzögert, so wird die Position des Episkopats verschlechtert, nicht zum Nutzen der res catholica. Diese Gründe sprechen für Beschleunigung der Ratifikation. Andererseits ist sehr zu wünschen, daß gleichzeitig bei Vollziehung der Ratifikation die Abstellung der gravamina verlangt werde, die zu ehrlicher Ausführung der Stipulation unumgänglich zu fordern ist ..."[550]

Bertram beschrieb noch einmal die Grundlage für die Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem nationalsozialistischen Staat: konstruktive Gestaltung der Beziehung zu den neuen Machthabern, um Einfluß auf die politische Gestaltung des "Dritten Reiches" im Interesse der katholischen Kirche und der Gläubigen zu nehmen. Die Liste der "gravamina" wurde inzwischen immer länger. Bertram führte den Druck auf die katholischen Vereine und Repressionen gegen einzelne Mitglieder an, den Kampf um die katholische Presse und ihre offenkundige Zurücksetzung, die Benachteiligung und Entlassung von katholischen Beamten und Angestellten aus dem Staatsdienst

---

[548] KUPPER, Reichskonkordat, S. 364-375.
[549] MT vom 2.8.1933.
[550] MICHAELIS, Ursachen 9, S. 576.

und die Verfolgung von "vom Judentum zur christlichen Religion Bekehrten, die selbst oder deren Kinder oder Großkinder jetzt Mangels der arischen Abstammung ins Elend kommen".[551] Die indifferente Einstellung gegenüber verfolgten jüdischen Bürgern, wie sie Bertram hier andeutete, wurde zur Grundhaltung im deutschen Episkopat.

Nach einem regen diplomatischen Verkehr, über den die katholische Öffentlichkeit nicht im einzelnen unterrichtet wurde, wurden am 10. September 1933 im Vatikan die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.[552] Sowohl dem Hl. Stuhl als auch dem Deutschen Reich ging es um die "Vermeidung jeder öffentlichen Polemik über das Reichskonkordat". Rom erwiderte nicht auf den "amtlichen Pressebericht" vom 28. Juli 1933, und die Reichsregierung gab ihrerseits Anweisung an die deutsche Presse, jede weitere Erörterung des Konkordats zu vermeiden. Der Hl. Stuhl wünschte Klarstellungen vor allem zum Artikel 31 (katholische Organisationen) und 23 (Einrichtung von Bekenntnisschulen) und konnte bei der Reichsregierung eine mündliche Erklärung durchsetzen, die Beratungen "über alle diejenigen Konkordatsmaterien, die einer umgehenden Klarstellung und Sicherung bedürfen", in Aussicht stellte, "um ein dem Wortlaut wie dem Geiste des Konkordats wirklich entsprechendes und ein nutzbringendes Zusammenarbeiten von Kirche und Staat sicherndes Einvernehmen herbeizuführen". Die Regierung billigte ein Communiqué des Vatikans, das von den deutschen Zeitungen übernommen wurde. In dieser amtlichen Mitteilung zur Ratifikation des Vertrages wurden die Vorbehalte des Hl. Stuhls noch einmal deutlich herausgestellt:

> "Vor der Ratifikation hat der Heilige Stuhl in mündlicher und schriftlicher Darlegung die Reichsregierung auf eine Reihe von Punkten hingewiesen, die sich auf die Auslegung des Konkordats und seine vorläufige Handhabung beziehen. Sie betreffen vor allem den Bestand, die Betätigung und den Schutz der katholischen Organisationen sowie die Freiheit der deutschen Katholiken, auch in der katholischen Presse die Grundsätze der katholischen Glaubens= und Sittenlehre zu verkünden und zu erläutern. Die Reichsregierung hat sich dem Heiligen Stuhl gegenüber bereit erklärt, über die angeführten Materien baldigst zu verhandeln, um zu einem dem Wortlaut und dem Geiste des Konkordats entsprechenden gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen."[553]

---

[551] Ebd., S. 576-578.
[552] Kirchliches Amtsblatt Jg. 67, Nr. 17, 9.10.1933, S. 109; MT vom 12.9.1933; KUPPER, Reichskonkordat, S. 367-375. Die Cloppenburger MT begrüßte in einer Anmerkung die "Schnelligkeit", mit der das Reichskonkordat ratifiziert wurde.
[553] MT vom 12.9.1933.

Alfons Kupper stellt fest, daß die Ratifikation des Konkordats "vor allem in ausländischen Kreisen große Überraschung hervorgerufen" habe, und wertet die Entscheidung des Vatikans vor allem "unter Berücksichtigung der kirchlichen Verhältnisse in Deutschland", die sich vom Verhandlungsbeginn im April bis zur Ratifikation im September 1933 grundlegend zuungunsten der katholischen Kirche verändert hatten.[554] Eine kritische Haltung, die die berechtigten Zweifel an der politischen Legitimation der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland zur Richtschnur ihres Handelns gemacht hätte, hätte die Spannungen zwischen der Reichsregierung und der römischen Kurie noch verschärft und dadurch die Einheit im deutschen Episkopat auf eine harte Probe gestellt. Dafür war es in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 offenbar schon zu spät. Mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland versuchte der Vatikan, ein mögliches Scheitern der Konkordatspolitik zu verhindern, und nahm auf dem Boden des Vertragstextes den Kampf um die verbrieften Freiheiten und Rechte der katholischen Kirche in Deutschland wieder auf.

Nach der quälenden Prozedur, die der Ratifizierung des Vertrages vorausgegangen war, zögerten Repräsentanten des deutschen Episkopats nicht mit öffentlichen Akklamationen für die Reichsregierung. Der Osnabrücker Bischof und Preußische Staatsrat Berning erklärte auf dem Katholikentag in Bremen am 24. September 1933, daß das Reichskonkordat am 10. September 1933 "zur Ueberraschung der weiten Welt außerordentlich schnell ratifiziert" worden sei:

> "Alle Gerüchte im Ausland, die da erklärten, das Konkordat sei nur eine Geste der Regierung, es würde nie zur Tat werden, wurden sehr bald Lügen gestraft. **Das Konkordat sichert unserer Kirche die Rechte und die Freiheiten zu, gewährleistet uns die konfessionelle Schule, gibt Freiheit und Eigenleben unserer katholischen Kirche, unserer katholischen Presse. Wir danken es dem Staat, wir danken es unserem Heiligen Vater, daß er uns dieses Konkordat geschenkt hat. Das Konkordat fördert auch den konfessionellen Frieden in unserem deutschen Volke, da es zum Ausgleich der Gegensätze mit beiträgt, und wir deutschen Katholiken wollen mit ganz entschlossener Kraft im Verein mit unseren andersgläubigen Mitbrüdern unserem neuen Reich und Staat dienen."**[555]

Mit einer aus heutiger Sicht unverständlichen Emotionalität begrüßte Berning die Ankunft des deutschen Katholizismus in der politischen Gegenwart des "Dritten Reiches", wenn er in Bremen ausrief:

---

[554] KUPPER, Reichskonkordat, S. 375.
[555] MT vom 4.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 388.

> "Wir deutschen Katholiken lieben unseren neuen Staat und stehen in Treue zu ihm. Wir folgen unserem neuen Staat nicht etwa aus politischer Berechnung, nicht aus Furcht vor Strafe, nicht aus Hoffnung auf Vorteile und Gewinn, sondern wir dienen unserem Staat in Treue um des Gewissens willen. Uns ist Liebe und Treue zum Staat, Ehrfurcht und Gehorsam zu seinen Führern eine heilige, religiöse Pflicht [...]."[556]

Nach Ansicht von Recker verließ Berning in Bremen die Indifferenztheorie Leos XIII. und ging darüber hinaus, indem er die Unterscheidung zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt aufhob und auf die mittelalterliche "res publica christiana" als politisches Leitbild zurückgriff. Er sah den nationalsozialistischen Staat auf dem Wege, dieses historische Leitbild politisch zu realisieren.

Nicht jedes bischöfliche Wort wäre aus südoldenburgischer Sicht erwähnens- und bedenkenswert, wenn es nicht in der Heimatzeitung gestanden und an die Bereitschaft der Gläubigen zur aktiven politischen Mitarbeit an der Erneuerung Deutschlands appelliert hätte. Die offiziellen Kundgebungen der katholischen Kirche, des Papstes, der Bischöfe und der Geistlichen verlangten in dem autoritären geistigen Klima des katholischen Milieus in Südoldenburg von den Gläubigen moralische Anerkennung und praktizierten Gehorsam. Die moralisch-religiöse Pflichterfüllung, von der die Politik auch in der Vergangenheit nicht ausgenommen gewesen war, blieb das Fundament des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg auch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft. Die Bindung des Katholiken an den nationalsozialistischen Staat und seine Loyalität ihm gegenüber war weniger eine politische als eine moralische. Auch darin erfüllte sich die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg, die auch immer die Geschichte seiner fortgesetzten Moralisierung gewesen war. Die Freiheit war im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg in erster Linie immer die Freiheit eines moralischen Kollektivs. Das blieb sie auch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft.

3.6. Die nachkonkordatäre Zeit bis 1936

Das Reichskonkordat galt für Oldenburg in vollem Umfang und bestimmte den Verlauf des Konfliktes zwischen der katholischen Kirche und der nationalsozialistischen Regierung erheblich mit. Das Abkommen brachte der katholischen

[556] Zit. b. RECKER, Berning, S. 68f.

Kirche die vertragliche Zusicherung einer Reihe von Freiheiten, die in der Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus immer wieder umstritten gewesen waren und mit Blick auf die politische Zukunft im "Dritten Reich" von großer Bedeutung wurden: die Freiheit der Ämterorganisation, der Ämterbesetzung, die Ordensfreiheit, der Schutz des Religionsunterrichts und der Bekenntnisschule.[557] Das oldenburgische Schulgesetz von 1936 orientierte sich weithin an den Vorgaben, die durch das Reichskonkordat gegeben waren.[558] Ebenso waren aber auch Konflikte vorprogrammiert.

Der Vechtaer Anton Themann, ehemaliger Zentrumsabgeordneter im oldenburgischen Landtag, teilt in seinen Erinnerungen mit, wie er - als politischer Zeitgenosse und treuer Katholik - den Abschluß des Konkordates erlebte. War die katholische Kirche "von Anfang an eine scharfe Gegnerin Hitlers und seiner Partei, der NSDAP", gewesen und hatte "den Eintritt in diese Partei wegen ihrer kirchenfeindlichen Einstellung" verboten, registrierte Themann im Sommer 1933 einen grundlegenden Wandel, zumal Hitler jedes Mittel recht war, "die Leute in seine Partei oder eine ihrer Gliederungen zu bringen". Für Anton Themann stehen die politisch-strategischen Überlegungen Hitlers, die er mit dem Abschluß des Konkordats verband und denen der politische Katholizismus in Deutschland zum Opfer fiel, im Mittelpunkt der Analyse:

> "Damit sich die kirchentreuen Katholiken nicht weiter ablehnend verhielten, schloß er sofort nach der Machtübernahme ein Konkordat mit der katholischen Kirche ab und billigte ihr alles zu, was sie nur wünschte. Infolgedessen wurde das kirchliche Verbot, der NSDAP beizutreten, zurückgenommen. Viele gute Katholiken traten jetzt in die Partei ein, viele in der Meinung, eine gemäßigte Mehrheit würde die Extremisten niederhalten können. Sie kannten Hitler nicht. Er - der Übermensch - wollte führen, alle anderen sollten ihm unbedingt Gefolgschaft leisten. Wer Marschrichtung und Tempo des Führers nicht innehielt, wurde schikaniert, eingesperrt oder niedergemacht. So erreichte er sein Ziel: der Schrecken hielt das Volk nieder, und er und seine Spießgesellen herrschten uneingeschränkt. Vom Konkordat hat er keinen Buchstaben erfüllt. Wohl niemand hat ihn von Anfang an besser durchschaut als der vormalige Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning, der zu uns bei unserem letzten Zusammensein vor der Auflösung der Zentrumspartei sagte: '... und wenn er zehn Eide schwört, glaubt ihm nicht.'"

Das Schicksal Anton Themanns spiegelt die lange Geschichte der kirchenpolitischen Täuschung im Jahre 1933 wider. Den beabsichtigten politischen Schutz konnte das Reichskonkordat auch dem Zentrumspolitiker Anton

---

[557] ZÜRLIK, Kirchen 2, S. 153f.
[558] WILLENBORG, Schulpolitik, S. 68, 72.

Themann nicht bieten. Er war sich nach eigenem Bekunden darüber im klaren, daß er "als Zentrumsmann verschrieen war", und mußte eine Hausdurchsuchung nach der anderen über sich ergehen lassen; belastendes Material wurde aber nicht gefunden. Themann blieb "seiner katholischen Überzeugung treu" und machte nach seinen Worten "der Hitlerjugend wegen keinen Gang zur Kirche weniger oder mehr". Trotz drohender Verhaftung befolgte er nicht den Rat eines befreundeten NSDAP-Abgeordneten, der Partei beizutreten. Schließlich wurde Themann "mürbe und trat der SA-Reserve bei". Von dem Augenblick an hörten die Schikanen auf. [559]

Die Schutz- und Verteidigungslinie des Konkordates ist auch in der Geschichte der katholischen Kirche in Südoldenburg nachzulesen und erhielt eine größere Bedeutung, als sich nach dem regimefreundlichen Sommer 1933 nach und nach eine realistische Einschätzung der politischen Wirklichkeit durchsetzte. Das Recht, dem durch das Reichskonkordat Gültigkeit verschafft worden war, erwies im Kampf für die katholischen Interessen und gegen den Anspruch der nationalsozialistischen Diktatur seine Funktionsfähigkeit. Aber aufgrund der komplexen Machtverhältnisse, die kaum berechenbar waren, war der Ausgang des Konflikts in der Sache häufiger offen. Dieser Ungewißheit war auch Graf von Galen, der neue Bischof von Münster, ausgesetzt. Das Reichskonkordat blieb für ihn persönlich und seine Opposition gegen das NS-Regime eine tragende kirchenpolitische Grundlage, zu der er sich in seinem ersten Hirtenbrief dankbar gegenüber der neuen Reichsregierung bekannte:

> "Wir wollen Gott dem Herrn für seine liebevolle Fügung dankbar sein, welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat, daß sie die furchtbare Gefahr, welche unserem geliebten deutschen Volke durch die offene Propaganda für Gottlosigkeit und Unsittlichkeit drohte, erkannt haben. Daß statt dessen das freie Wirken der Kirche und ihr heiligender Einfluß für die Erziehung der Jugend, für das Familien- und Gemeinschaftsleben voll zur Auswirkung komme, dafür ist in dem Vertragswerk des Konkordats, welches die Reichsregierung mit dem Heiligen Stuhle abgeschlossen hat, eine glückverheißende Grundlage gegeben. Unsere Aufgabe und heilige Pflicht ist es, diese Geschenke der göttlichen Vorsehung auszunutzen, durch ein offenes, tatkräftiges Eintreten für Glaube und christliche Sittsamkeit, durch treueste Pflichterfüllung im Dienste Gottes, der Kirche, des Vaterlandes."[560]

Das erste Hirtenwort des neuen Bischofs von Münster zeigt das ambivalente Verhältnis Galens zum nationalsozialistischen Deutschland. Wie ein tiefer Riß,

---

[559] Pfarrchronik, Vechta, o. S.: Erinnerungen von Anton Themann, Mitglied des Niedersächsischen Landtages.
[560] MT vom 30.10.1933; GELHAUS, 1933, S. 404; LÖFFLER, Galen 1, S. 37.

an dem er gelitten hat, geht durch sein katholisches Gewissen die Spannung zwischen der nationalen Pflichterfüllung, die ihm auch in der Diktatur oblag, und seiner Verantwortung gegenüber Gott, der katholischen Kirche und den ihm anvertrauten Diözesanen. Um die Schutz- und Verteidigungsfunktion des Konkordats nicht zu gefährden, drang Clemens August auf die strikte Einhaltung seiner Bestimmungen durch den katholischen Klerus. In einem Entwurf für eine oberhirtliche Weisung, die auf den 24. November 1933 datiert ist, bestätigt Bischof Clemens August die im Konkordat gezogene Trennungslinie zwischen Politik und Glauben. Er begrüßte ausdrücklich die zunehmenden Anfragen an katholische Geistliche, "in Versammlungen nationalsozialistischer Gruppen, z. B. der HJ, der NS-Frauenschaft oder anderen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei religiöse Vorträge oder Ansprachen zu halten", und erkannte darin den "Wunsch [...] nach religiöser Orientierung und Belehrung durch die dazu berufenen Priester". In diesem Zusammenhang wies er auf die einschränkenden Bestimmungen des Konkordats hin, wonach "den Geistlichen und Ordensleuten jede Zugehörigkeit zu politischen Parteien und die Tätigkeit für solche Parteien verboten ist". Von jeder parteipolitischen Aktivität, der sich der Klerus zu enthalten habe, sei strikt der Fall zu trennen, wenn der Geistliche sich "die Erziehung der Gläubigen zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens- und Sittengesetzes" zum Ziel setzt."[561] Eine solche Trennungslinie zwischen dem geistlichen Wort des katholischen Seelsorgers und der politischen Rede des geistlichen Standes war eine Fiktion, die in der Praxis kaum zu realisieren war.

Das Jahr 1934 löste im deutschen Katholizismus breite Ernüchterung über die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland aus. Noch vor dem "Röhm-Putsch" hatte auch die politische Lagebeurteilung und Stimmung im deutschen Episkopat eine Verschärfung erfahren. In das Zentrum des Konfliktes geriet Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", gegen den die katholische Kirche einen Weltanschauungskampf entfachte. Sie erkannte besonders in dieser Schrift die Wiederkehr eines neuen "Heidentums" unter nationalsozialistischem Vorzeichen. Der Gemeinsame Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 7. Juni 1934 erinnerte zwar dankbar an den im Vorjahr von der Reichsre

[561] LÖFFLER, Galen 1, S. 50-52. Galen bezog sich damit wörtlich auf den Artikel 21 des Reichskonkordats, in dem es hieß: "Im Religionsunterricht wird die Erziehung zu vaterländischem, staatsbürgerlichem und sozialem Pflichtbewußtsein aus dem Geiste des christlichen Glaubens= und Sittengesetzes mit besonderem Nachdruck gepflegt werden [...]." (MT vom 24.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 316)

gierung bekundeten Entschluß und festen Willen, "die Rechte und die Freiheit der Kirche zu achten und zu schützen", warnte aber unter Hinweis auf den unverdächtigen pastoralen Charakter bischöflicher Verlautbarungen vor der Gefahr des militanten "Neuheidentums" in der herrschenden nationalsozialistischen Ideologie. Der deutsche Episkopat verurteilte die Lehre der "Neuheiden", die "eine andere Kirche, eine 'deutsche Nationalkirche'" forderten und "statt der heiligen Liturgie der einen allgemeinen Kirche die künstliche Wiederbelebung völkischen Brauchtums einführen" wollten. Übereinstimmend bekannten sich die katholischen Oberhirten zu den kulturpolitischen Zielen der nationalsozialistischen Revolution und erklärten sich "in aufrichtiger Anerkennung der Maßnahmen der Regierung zur Abwehr der Gottlosenpropaganda und der öffentlichen Unsittlichkeit, im Vertrauen auf ihren Willen, die Kräfte des Christentums zum tragenden Fundament der neuen Volksordnung zu machen", ausdrücklich bereit, das ihnen "zugesicherte freie Wirken der Kirche zum Heile der Menschen, zum wahren Glück unseres Volkes einzusetzen". Das Wort der deutschen Bischöfe sei "nicht Politik, sondern freudig geleistete Arbeit zum Heil des Volkes und daher auch Mitarbeit zum Ziel der Reichsregierung, den Neubau unseres Volkslebens auf dem Fundament des Christentums zu errichten". Den Vorwurf politischer Intervention, der mit dem Reichskonkordat nicht zu vereinbaren gewesen wäre, wiesen die deutschen Bischöfe in dem Schreiben wiederholt zurück:

> "Es ist nicht Politik, Zeugnis abzulegen für Christus, den Erlöser der Welt. Es ist nicht Politik, die ewigen Sittengesetze der Menschheit, die heiligen zehn Gebote Gottes und die von Gott gewollte Rechtsordnung zu verteidigen. Es ist nicht Politik, die Verwirrungen eines heidnischen Ehrbegriffs zurückzuweisen [...]. Es ist nicht Politik, sich in christlicher Nächstenliebe jener anzunehmen, welche ohne eigene persönliche Schuld durch den Umschwung der Zeitverhältnisse in Not und Bedrängnis gekommen [...] sind. Es ist nicht Politik, den Raum und die Möglichkeit zu einer wahrhaft christlichen Bildung und Erziehung für die einzelnen Lebensstände und besonders für die Jugend zu verlangen."[562]

Der Hirtenbrief sollte am 29. Juni 1934 von sämtlichen Kanzeln verlesen werden, aber die Verlesung fand nicht statt. Kardinal Bertram sagte sie am 27. Juni 1934 telegrafisch ab, "weil er dadurch eine Verstimmung der NS-Führung befürchtete, die bisherige Abmachungen in Frage stellen könnte".[563] In den

---

[562] Kirchliches Amtsblatt Jg. 68, Nr. 14, 26.6.1934, S. 85-92; SANDSTEDE, Galen, S. 134-150. Im Kirchlichen Amtsblatt erschien der Hirtenbrief vom 7. Juni 1934 mit dem Vermerk: "Abdruck in der Presse nicht vor dem 2. Juli gestattet." (S. 85)

[563] MICHAELIS, Ursachen 9, S. 549, Anm. 10. Die deutschen Bischöfe tagten vom 5. bis 7. Juni 1934 in Fulda. Politischer Grund für die Verschiebung waren die Verhandlungen zwischen Ver-

Mittelpunkt der kirchlichen Anstrengungen war wieder die "cura religionis" gerückt.

3.6.1. Die "Berliner Juniverhandlungen"

Verhandlungen zwischen den deutschen Bischöfen und Vertretern der Reichsregierung, die am 25. Juni 1934 im Reichsinnenministerium begannen und der Auslegung und Ausführung des Reichskonkordats gewidmet waren, stellten das zukünftige Wirken der Katholischen Aktion in den Mittelpunkt der Beratungen. Die deutschen Bischöfe wurden auf den sog. "Berliner Juniverhandlungen" vertreten durch den Berliner Bischof Dr. Nikolaus Bares, den Freiburger Erzbischof Conrad Gröber und den Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning, der die Delegation leitete. Das Vertragswerk vom 29. Juni 1934 enthielt die völlige Entpolitisierung der katholischen Organisationen und die Zusicherung von Partei und Regierung, ihre Tätigkeit im kirchlichen Raum zu schützen. Die "Vereinbarung betr. Ausführung von Artikel 31" des Reichskonkordats faßte in der Liste der konkordatsgeschützten katholischen Einrichtungen sämtliche bisher bestehenden Organisationen mit Ausnahme der Kolpingsfamilien - vormals Gesellenvereine - zusammen. Nach den wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages sollten die umstrittenen Vereine und Verbände als "Glieder oder Hilfsorganisationen des katholischen Laienpostolats (Katholische Aktion)" der kirchlichen Hierarchie unterstellt und in Zukunft in Pfarrei- oder Diözesanverbänden aufgebaut werden. Für die Auflösung der Vereine und die Eingliederung ihrer Mitglieder in das Laienapostolat wurde die Frist von einem Jahr festgesetzt. Die Bischöfe sicherten zu, "daß das Katholische Laienapostolat in jeder Beziehung völlig unpolitisch" sei und lediglich der "Erfüllung religiös-kultureller bezw. seelsorgerischer Aufgaben" dienen werde.[564] Nach Auffassung von Klaus Scholder hatten die Bischöfe mit ihrer Auffassung, unter den gegebenen Umtänden das Bestmögliche erreicht zu haben, "sogar recht", vorausgesetzt, daß "man überhaupt ein Abkommen wollte".[565] Durch die organisatorische Einführung der

---

tretern der deutschen Bischöfe und der Reichsregierung über die Ausführung und Auslegung des Reichskonkordats, die am 25. Juni 1934 begannen und am 29. Juni 1934 aufgrund des "Röhm-Putsches" abgebrochen wurden. Am 27. Juni 1934, als die Verlesung des Hirtenbriefes verschoben wurde, herrschte aus katholischer Sicht ein günstiges Verhandlungsklima, das ein konstruktives Verhandlungsergebnis erwarten ließ. (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 245f.)

[564] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 243ff.

[565] Ebd., S. 248f.

Katholischen Aktion wurden die gewachsenen, überdiözesanen Verbandsstrukturen preisgegeben und einer möglichen Auflösung durch den Staat anheimgestellt. Mit Blick auf das anstehende Saarreferendum am 13. Januar 1935 versuchten die Regierungsvertreter, einen endgültigen Bruch der Verhandlungen zu vermeiden. Der Vatikan legte sein Veto gegen die Vereinbarungen ein, weil sie dem Sinn des Konkordates widersprachen. So dauerte der rechtliche Schwebezustand an.[566]

Die Sonderstellung der Kolpingsfamilien in den Verhandlungen ist auf die Umstände zurückzuführen, die am 11. Juni 1933 zum vorzeitigen Abbruch des 1. Deutschen Gesellentages in Münschen geführt hatten. Der Grund für die Konfrontation mit der neuen Staatsmacht waren tätliche Auseinandersetzungen zwischen SA und Kolpingmännern. Der Vorfall wurde in seiner politischen Bedeutung vom Katholischen Gesellenverband bewußt heruntergespielt. Die Leitung des Gesellentages erklärte lediglich, "daß bedauerliche Mißverständnisse vorlägen und daß es notwendig sei, sich die Bruderhände zu reichen".[567] Der Leitgedanke des bereits für 1932 geplanten, dann auf den Sommer 1933 verschobenen 1. Deutschen Gesellentages "Gott und Volk" - "Volk und Stand" - "Stand und Staat" erhielt angesichts der "Nationalen Erhebung" neue politische Akzente, die mit der nationalen Aufbruchsstimmung im Sommer 1933 zunächst zu harmonieren schienen. Die Vorfälle in München lösten langanhaltende Diskussionen aus, "ohne daß damit jedoch tiefergehende Irritationen gegenüber der ‘Nationalen Revolution’ verbunden gewesen wären".[568]

Graf von Galen, der Bischof von Münster, lehnte im Memorandum vom 5. August 1934 sowohl das Verhandlungsergebnis als auch weitere Konsultationen der Reichsregierung konsequent ab. In seinen "Erwägungen über das Protokoll der Berliner Verhandlungen" verwarf er ausdrücklich Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein neues Abkommen mit der Reichsregierung zu vereinbaren, weil sie "nur als Vorwand" benutzt würden, "um nach außen den Schein zu erwecken, daß man mit dem Heiligen Stuhl in einem harmonischen Einvernehmen stehe, welches aber durch partei-politisch unzufriedene deutsche Bischöfe gestört werde". Statt dessen schwebten Galen konkrete Kampfmaßnahmen vor:

---

[566] KÖSTERS, Verbände, S. 298f.
[567] MT vom 12.6.1933.
[568] KÖSTERS, Verbände, S. 263, 270.

> "[...] sollte wider Erwarten und ungeachtet des gegebenen Versprechens [...] der Reichskanzler und Führer trotz der erneuten Vorstellungen in der Eingabe des Gesamtepiskopats es unterlassen, die zugesagte bestimmte und wirksame 'Anweisung an die Partei und die staatlichen Organe' zu geben, so muß in nächster Zeit [...] von der dazu berufenen Autorität eine eindeutige Verurteilung der den Glauben und die christliche Sittlichkeit der deutschen Katholiken gefährdenden neuheidnischen Lehren erlassen und den Katholiken jede Mitwirkung und Mitgliedschaft bei Vereinigungen und Veranstaltungen, welche die Gefahr der Ansteckung mit sich bringen würden, verboten werden. Nicht alle, aber sehr viele deutsche Katholiken sind heute noch fest entschlossen, auf das Wort der Kirche zu hören und sogar unter Opfer Gehorsam zu leisten."[569]

Die deutschen Bischöfe hielten am Verhandlungskurs gegenüber Hitler fest, auch nach dem 30. Juni 1934. In dieser offenen Konfrontation zeigte sich die Tragik, die sich aus der unpolitischen Haltung des deutschen Episkopats unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur zwangsläufig ergab. Selbst die Verbrechen des sog. "Röhm-Putsches", dem auch prominente Vertreter des organisierten Katholizismus zum Opfer fielen, wurden auf diese 'unpolitische' Weise bewältigt, um die Belastungen für das Verhältnis von katholischer Kirche und NS-Staat, die sich aus dieser Krise zweifellos ergaben, in Grenzen zu halten. Der Journalist Fritz Gerlich, der seit 1930 zusammen mit Kapuzinerpater Ingbert Naab die in München erscheinende Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten," herausgab, zählte ebenso zu den Opfern der Röhm-Affäre wie der katholische Jugendführer, der Reichsführer der "Deutschen Jugendkraft", Adalbert Probst, und der Leiter der Katholischen Aktion im Bistum Berlin, Dr. Erich Klausener.[570] Poli

---

[569] SANDSTEDE, Galen, S. 20, 150-155. Mit der "Eingabe des Gesamtepiskopats" sprach Galen den Brief an Hitler an, den der Münchner Kardinal Faulhaber im Auftrag der Fuldaer Bischofskonferenz entwerfen sollte. Er stützte sich auf den Vortrag Faulhabers in Fulda am 6. Juni 1934 zum Thema "Stellungnahme zu den verschärften Bewegungen gegen Gottesglaube, Christentum und Kirche". Der Entwurf des Schreibens gelangte erst am 24. Juni 1934 an den Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, den Breslauer Erzbischof Kardinal Bertram. Der Brief unterschied sich "in Ton und Absicht" deutlich von dem Hirtenschreiben vom 7. Juni 1934. Er führte in sechs Abschnitten zwar die wichtigsten Beschwerdepunkte des Episkopats auf, appellierte aber "an einen Mann, dem es nicht am guten Willen, sondern an wahrheitsgemäßen Informationen fehlte". (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 237f.) Im Promemoria an den Vatikan vom 15. Januar 1934 hatte Hitler erklärt, daß der Nationalsozialismus nicht die Schaffung einer neuen Glaubensbewegung anstrebe. (BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 148)

[570] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 253-260; NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 175; WILLENBORG, Amboss, S. 22. Ingbert Naab gelang mit Hilfe des Eichstätter Bischofs Preysing die Flucht in die Schweiz. In der Ausgabe der Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten" vom 21. Juli 1932 hatte Gerlich in einem Aufsatz zur bevorstehenden Reichstagswahl unter dem kämpferischen Titel "Der Nationalsozialismus ist eine Pest!" bereits seine ablehnende Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung bekundet: "Nationalsozia-

tisch inzwischen desillusioniert, hatte Klausener noch auf dem 32. Katholikentag des Bistums Berlin am 24. Juni 1934 in mutiger Haltung 60 000 versammelte Menschen dazu aufgefordert, den Glauben auch "im Werktag des Lebens" frei und offen zu bekennen.[571]

3.6.2. "Röhm-Putsch" und Saarreferendum

Die leidvollen Erfahrungen und tragischen Opfer, die auch auf katholischer Seite im Umfeld des "Röhm-Putsches" am 30. Juni 1934 zu beklagen waren, haben den deutschen Episkopat und die römische Kurie nicht zu einer Revision ihrer bisherigen Haltung gegenüber dem totalitären nationalsozialistischen System bewegen können.[572] Weder ein Mitglied des deutschen Episkopats noch ein Vertreter der römischen Kurie nahmen zur Ermordung von Fritz Gerlich und zu anderen unschuldigen Opfern der Röhm-Affäre öffentlich Stellung. Lediglich der Berliner Bischof Dr. Nikolaus Bares protestierte in einem Schreiben an Hitler vom 12. Juli 1934 gegen die Ermordung Klauseners und würdigte seine Verdienste als Vorsitzender der Katholischen Aktion in einem Nachruf mit den bewegenden Worten:

> "Die furchtbare Tragik, die das Lebensende dieses treukatholischen und kerndeutschen Mannes umgibt, lastet wie mit Atmosphärendruck auf allen, die ihn kannten, auf uns vor allem, die unmittelbar Zeuge seines Schaffens waren und die zu unauslöschlichem Dank ihm verpflichtet bleiben."[573]

Aus den Worten des Berliner Bischofs Bares zum Tode Dr. Klauseners waren die Umstände des politischen Mordes nur indirekt zu erschließen. Die tatsächliche Verantwortung für eine mögliche politische Reaktion auf die Verbrechen vom 30. Juni 1934 lag allein in Rom und beim deutschen Episkopat. Hier beschloß man "gleichzeitig und offenbar ohne Absprache, die Ereignisse vom 30.

---

lismus ... bedeutet: Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Innern, Bürgerkrieg, Völkerkrieg. Nationalsozialismus heißt: Lüge, Haß, Brudermord und grenzenlose Not. Adolf Hitler verkündigt das Recht der Lüge ... Ihr, die ihr diesem Betruge eines um die Gewaltherrschaft Besessenen verfallen seid, erwacht! ... Wir, die hier zu Euch sprechen, wollen nicht an die Macht, wir dienen keiner Partei, wir sind niemandes Sprachrohr als unseres Gewissens ... Und wir sagen Euch: Es ist eine Gewissenspflicht jedes Katholiken, jene Parteien zu wählen, die die unverlöschlichen Rechte seiner Kirche zu verteidigen entschlossen sind: Zentrum oder Bayerische Volkspartei." (SCHOLDER, Kirchen 1, S. 170)

[571] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 242.

[572] MÜLLER, Kirche, S. 237.

[573] Ebd., S. 286f.

Juni als eine rein politische Angelegenheit zu behandeln und sie nicht zu einem kirchlichen Thema zu machen". Diese Haltung war nicht akzidentell, sondern ließ ein politisches Verhandlungsmuster erkennen, mit dem die deutschen Bischöfe in ihrer Mehrheit und mit Unterschied auf Rechtsbeugung, Gewalt und Unrecht der nationalsozialistischen Diktatur reagierten.[574]

Nach dem erfolgreichen Verlauf des Saarreferendums am 13. Januar 1935 und der von großen Teilen der Bevölkerung begrüßten Wiedereinführung der Wehrpflicht am 16. März 1935 sah sich das Regime nicht mehr gezwungen, auf die Belange der katholischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Es begann der offene Kampf gegen die katholische Kirche.[575] Auf ihrer turnusmäßigen Konferenz im August 1935 befaßten sich die deutschen Bischöfe mit der Lage der katholischen Kirche und insbesondere mit der der katholischen Verbände. In ihrem gemeinsamen Hirtenbrief vom 20. August 1935 stellten sie fest, daß es den Feinden des Christentums "nicht mehr um einzelne Glaubenswahrheiten geht wie in früheren Glaubenskämpfen, sondern um das Wesen und die Fundamente der christlichen Religion". Sie stimmten ferner darin überein, "daß ihr Vernichtungskampf in erster Linie sich gegen Rom und den römich=katholischen Glauben richtet". Die Lage habe sich dramatisch verschärft. Außerhalb der Kirchen dürften Versammlungen nicht mehr abgehalten werden, die Freiheit der Presse sei soweit eingeschränkt, "daß die früher katholischen Zeitungen religiöse Artikel nicht mehr bringen dürfen und zuweilen zur Aufnahme von Artikeln gezwungen werden, die den katholischen Leser verletzen". Als "objektives, göttliches Sittengesetz" verkünde der christliche Glauben auch "die Ehrfurcht vor der staatlichen Obrigkeit" und den "Gehorsam gegen ihre Gesetze". Wenn aber die Gesetze des Staates mit dem Naturrecht und den Geboten in Widerspruch gerieten, wie es gegenwärtig der Fall sei, gelte "das Wort, für das die ersten Apostel sich geißeln und in den Kerker werfen ließen: ‘Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.’"[576]

---

[574] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 258. Kardinalstaatssekretär Pacelli betrachtete die Ereignisse als eine rein politische Angelegenheit und sah den Vatikan nicht zu einer Stellungnahme veranlaßt. (S. 261)
[575] DAMBERG, Moderne, S. 252ff.
[576] Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 118ff.

3.6.3. Die Wiederbelebung des Laienapostolats in der Katholischen Aktion

In dieser kritischen Situation nahm der deutsche Episkopat Abstand von weiteren Verhandlungen mit der Reichsregierung und rang sich in Fulda zu einer eigenen Konzeption durch, die die Wiederbelebung des katholischen Laienapostolats, die Verkirchlichung der katholischen Verbände und den Aufbau der Katholischen Aktion auf Pfarr- und Diözesanebene zum Ziele hatte. Damit rückte der katholische Laie in das Zentrum des kirchlichen Abwehrkampfes. Innerhalb der Katholischen Aktion sollten die Vereine, die jetzt ganz der Aufsicht des örtlichen Pfarrers unterstanden, organisatorisch fortbestehen Die Eingliederung einzelner Verbände in die Katholische Aktion und in die reguläre Pfarrseelsorge bedeutete einen Verzicht auf ihre bisherige Eigenständigkeit. Die Verkirchlichung der katholischen Laienarbeit übertrug die katholische Seelsorge, insbesondere die Jugendseelsorge, in die örtliche Pfarrei und unterstellte sie der Fürsorge des örtlichen Klerus. Unter seiner Obhut war sie geschützter und überlebensfähiger als in den traditionellen Verbandsstrukturen, die zusehends in Auflösung begriffen waren.[577] Um die zunehmenden Beschränkungen der katholischen Verbände zu kompensieren, regte Clemens August schon früh die Aktivierung des katholischen Laienapostolats an. Die Theologie der Pfarrgemeinde öffnete sich nach Auffassung Wilhelm Dambergs überraschenderweise der liturgischen Erneuerungsbewegung von Pius Parsch und verlagerte den pastoralen Schwerpunkt von der Vereins- in die Pfarrseelsorge. Nach dem Programm der "Katholischen Aktion" sollten die eigentlichen Impulse der Pfarrseelsorge von kleinen, besonders geschulten, aktiven Gruppen in der Pfarrgemeinde, den sogenannten "Kernscharen", ausgehen.[578]

Bischof Clemens August von Münster legte schon am 24. April 1934 im Kirchlichen Amtsblatt der Diözese "Richtlinien für die Arbeit der Katholischen Aktion in der Diözese Münster" vor. Angesichts der wachsenden weltanschaulichen Bedrohung der katholischen Milieus und der sich häufenden Übergriffe auf seine wichtigen Träger gewann das päpstliche Erneuerungsprogramm an Intensität. Die Richtlinien forderten im Rahmen der Katholischen Aktion zum weiteren Kampf gegen die fortgesetzte Laisierung der modernen Welt auf, die - nicht erst in der kulturellen und religiösen Gegen

[577] KÖSTERS, Verbände, S. 422ff.
[578] DAMBERG, Synode, S. 310-319.

wart des Jahres 1934 - "in der seit Jahrhunderten fortgeschrittenen Entfernung der Menschheit von Christus und der Kirche, in der Loslösung der menschlichen Gesellschaft von den Wahrheiten und Geboten Gottes auf weiten Strecken" und "in der Trennung von Religion und Leben, die einstens fest verbunden waren", sichtbar werde. Zum Wirken in der Katholischen Aktion gäben Papst und Bischöfe "Auftrag und Richtlinien", denen die Laien sich unterzuordnen hätten. Der Erfolg dieser Arbeit hänge von einer guten Organisation ab, die "besonders in der lebendigen Familie der Pfarrei" befähigte "Menschen sammeln und sie überall auf allen Arbeitsgebieten an die Arbeiten des Reiches Gottes" aussenden solle. In diesem Sinne sollte die Katholische Aktion kein neuer Verein sein, "vielmehr eine Zusammenfassung und Krönung der bisher bestehenden katholischen Vereine und des Lebens der katholischen Pfarrgemeinde".[579]

Im Offizialatsbezirk Oldenburg begann Mitte der 1930er Jahre eine intensive Laienarbeit. Im Rahmen der Katholischen Aktion führten Pfarrgeistliche seit 1935 religiöse Schulungskurse für männliche und weibliche Jugendliche durch und bildeten Laienkatecheten aus. Durch intensive Schulungsarbeit wurden Laien so dazu befähigt, als Tradenden des christlichen Glaubens in ihrem eigenen Lebenskreis, besonders in der Familie, zu wirken. In den Jahren 1935/36 wurde in vielen Pfarrgemeinden Südoldenburgs der Bau von Pfarrheimen in Agriff genommen, in denen Schulungskurse und Versammlungen stattfinden konnten. Besonders gefördert und inspririert wurde die neue Form der Laienbewegung von Vikar Wilhelm Gillmann, dem Schriftleiter der oldenburgischen Kirchenzeitung. Gillmann konzentrierte seine Aufmerksamkeit auf die Schulung der männlichen und weiblichen Jugend und verfaßte dazu eigene Rundschreiben, die sich ausschließlich mit religiösen Erziehungsfragen beschäftigten. Die Mädchen sollten in erster Linie auf ihre Rolle als christliche Jungfrau oder Ehefrau und Mutter vorbereitet werden. Begabte Mädchen, die sich bereitwillig in den Dienst der Pfarrseelsorge stellten, wurden zu Katechetinnen ausgebildet.[580] Die politische Neutralität

[579] Amtsblatt Jg. 68, Nr. 9, 24.4.1934, S. 55-58. Das Programm des katholischen Laienapostolats wurde symbolisch im Bild des "mystischen Leibes Christi", das Galen 1934 bereits im Osterhirtenbrief verwandt hatte, vorgestellt: "In den Seelen der Laien erwacht durch diese ihnen gestellten Aufgaben [...] das Bewußtsein, wie sehr sie im Reiche Gottes, als Mitglieder des mystischen Leibes Christi, mit dem Ganzen verbunden und für das Ganze verantwortlich sind."

[580] LESCH, Aktion, S. 158ff. Die Laienkatechetinnen sollten sich nach Gillmanns Vorstellungen als "Werkzeuge des Bischofs", als "Hilfs-Apostel", verstehen und sich vor jeder Überheblichkeit hüten. Der "Ancilla-Geist opferfreudiger Dienstbereitschaft", der Frauen eigen sei, befähige Mädchen in besonderer Weise für den Dienst in der Katholischen Aktion. (S. 159)

sicherte das Überleben der Katholischen Aktion und beugte einer direkten Konfrontation zwischen Nationalsozialismus und Katholischer Aktion vor.[581]

Wilhelm Gillmann wurde am 28. Mai 1897 in Münster geboren. 1901 zog die Familie, die eine Gastwirtschaft am Domplatz betrieben hatte, nach Damme um, wo sie das Hotel Mähler erworben hatte. Nach dem Besuch der Höheren Bürgerschule in Damme wechselte Wilhelm Gillmann auf das Gymnasium Paulinum in Münster. Er fand Aufnahme im Collegium Ludgerianum, einem bischöflichen Knabenkonvikt. Nach einigen Verzögerungen wurde Gillmann im Mai 1916 auf eigenen Wunsch zum 7. Jäger-Bataillon in Bückeburg einberufen und konnte sich für soldatische Tugenden durchaus begeistern. Bei einem Fronteinsatz an der Somme entging er nur mit knapper Not einem Kugelhagel. Nach dem Kriege holte Gillmann 1919 das Abitur am Paulinum in Münster nach und nahm an der Universität Innsbruck das Studium der Theologie auf. Nach krankheitsbedingten Unterbrechungen des Studiums wurde er im Herbst 1926 im Collegium Borromaeum in Münster aufgenommen und schließlich am 23. Februar 1929 durch Bischof Johannes Poggenburg zum Priester geweiht. Der mittlerweile 31jährige Neupriester erhielt seine erste Anstellung als Vikar an der Stadtkapelle in Cloppenburg. Zugleich war er als Seelsorger im Krankenhaus und als Religionslehrer am Realgymnasium tätig (bis 1931). Der Name Wilhelm Gillmann ist unauflösbar verknüpft mit der Geschichte der Kirchenzeitung "Kirche und Leben" in Südoldenburg. 1932 ergriff Gillmann die Initiative zur Herausgabe eines Kirchenblattes. Mit Unterstützung von Dechant Hackmann erschien am 15. Mai 1932 die erste Ausgabe von "Kirche und Leben" als Dekanatsblatt für das Dekanat Cloppenburg. Dieses Kirchenblatt wurde am 11. Juni 1934 aufgrund regimekritischer Artikel verboten. Die Herausgabe einer neuen Kirchenzeitung übernahm eine Kirchenblatt-Vereinigung für den Offizialatsbezirk Oldenburg, die am 16. September 1934 die erste neue Ausgabe von "Kirche und Leben" als Kirchenblatt für den Offizialatsbezirk Oldenburg vorlegen konnte. Redakteur war wiederum Wilhelm Gillmann, der ein Büro im Antoniushaus am Klingenhagen, einem Exerzitienhaus und Schülerheim, bezog. Nach langwierigen und aufreibenden Auseinandersetzungen mit den Behörden erschien die letzte Ausgabe von "Kirche und Leben" am 25. Mai 1941. Im Laufe dieser Auseinandersetzungen wurde Wilhelm Gillmann am 28. Januar 1941 festgenommen und in das Gestapo-Gefängnis Wilhelmshaven überführt; am 7. Juni 1941 erfolgte seine Freilassung. Gillmann erhielt nach seiner Rückkehr nach Vechta als Leiter des von Offizial Pohlschneider gegründeten Seelsorgeamtes eine neue Aufgabe. 1956 übernahm er die Leitung der in Münster neuerrichteten Fachstelle für Marianische Kongregationen. Nach langem schweren Leiden starb Wilhelm Gillmann am 19. September 1980 im Hiltruper Krankenhaus und fand seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof in Damme.[582]

Konkrete Impulse für die religiöse Aktivierung der katholischen Laien gingen von der Diözesansynode des Bistums Münster vom 13. bis 15. Oktober

[581] LESCH, Aktion, S. 154-162. Karl Josef Lesch gibt einen Überblick über das Wirken der Katholischen Aktion im Offizialatsbezirk Oldenburg während der NS-Zeit und kommt zu dem Ergebnis, daß sie dazu beigetragen hat, "christlichen Glauben und christliche Werte vor den Übergriffen des Nationalsozialismus zu schützen". (S. 162)
[582] SIEVE, Gillmann, S. 240ff.

1936 aus. Ein Beitrag zur Demokratisierung der katholischen Laienbewegung ist in diesen Maßnahmen allerdings nicht zu sehen. Nach Auffassung von Wilhelm Damberg kam in der Bistumsleitung das Bewußtsein zum Durchbruch, daß die nationalsozialistische Regierung ihr Programm der "Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens" durchführen und zum Abschluß bringen wollte. Daher bedurfte es eines Umdenkens und der Entwicklung einer neuen Überlebensstrategie, die die Pfarrgemeinde in den Brennpunnkt des kirchlich-religiösen Lebens stellte. Der Rückzug auf die Pfarrgemeinde wurde so Programm.[583] Die Diözesansynode verabschiedete "Leitsätze und Weisungen" für die "Pfarrgemeinde als Gemeinschaft" unter den spezifischen Verhältnissen der nationalsozialistischen Diktatur und setzte damit neue Zeichen. Sie verfaßte ein pastorales Konzept, "das einerseits auf Impulsen der Liturgiebewegung beruhte, die bereits in den zwanziger Jahren im Bistum Münster Fuß gefaßt hatte, andererseits aber eine pragmatische Anpassung an die Unterdrückung des vom Vereinswesen getragenen organisatorischen Netzwerks der katholischen Gesellschaft darstellte, wie es sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts ausgebildet hatte". Die "Allzuständigkeit des Priesters für fast alle Gegenwartsfragen", wie sie bisher bestanden hatte, wich im Zeichen der Unterdrückung einer Konzentration seiner Aufgaben auf das sakramentale Leben in der Pfarrgemeinde und machte vorsichtig dem Bild von ‘halbwegs’ mündigen Laien Platz. Die Laien sollten "in den wechselvollen Zeitverhältnissen" imstande sein, "auch ohne Einzelanweisungen und beständige persönliche Leitung, nicht nur für ihr eigenes Verhalten die richtige Gewissensentscheidung zu treffen, sondern auch beispielgebend, beratend und führend ihre Umwelt, ihre Familien, ihre Berufsgenossen, ihre Mitbürger und Volksgenossen zu einem christlichen Denken und Leben anzuleiten, und so der Anerkennung und Befestigung der Königsherrschaft Christi über die Menschheit Vorkämpfer und Apostel zu sein". Als Organisationsform für die Laienarbeit war die Bildung von Pfarrausschüssen vorgesehen, die von einem Laien als Vorsitzenden geleitet wurden, denen der Pfarrer, die Vorsitzenden der vier Lebensstände sowie deren geistliche Beiräte und Einzelpersönlichkeiten angehören sollten.[584]

---

[583] DAMBERG, Moderne, S. 276ff.; KUROPKA, Kirche, S. 584ff.; LESCH, Aktion, S. 154. Damberg gibt einen Überblick über die Konzeption und die Ergebnisse der Diözesansynode des Jahres 1936.

[584] DAMBERG, Galen, S. 310-319. Die Konzeption der Pfarrausschüsse, über deren Realisierung kein exakter Überblick vorliegt, kann als Vorläufer der Pfarrgemeinderäte gesehen werden, die im Bistum Münster 1980 durch den Pastoralplan "Communio. Kirche ist Gemeinschaft" eingerichtet wurden.

Da die katholischen Standes- und Berufsvereine als Träger dieser Erneuerungsbewegung aufgrund der politischen Selbstbeschränkung und Unterdrückung weitgehend ausfielen, konzentrierte sich das Interesse der Synode auf die vier Lebensstände, Männer, Frauen, Jungmänner und Jungfrauen, die sog. Naturstände. Unter dem politischen Druck der nationalsozialistischen Diktatur war Galen bereit, die Autorität des weltlichen Klerus auf seine sakramentalen Aufgaben zu beschränken und die Pfarrkirche vorsichtig zu öffnen. Weil der traditionelle Rahmen des organisierten Katholizismus brüchig geworden war, wies er den katholischen Laien eine neue Aufgabe zu, die an ihre religiöse Selbstverantwortung appellierte und sie befähigen sollte, als lebendige Mitglieder der Pfarrgemeinde ihren Glauben eigenverantwortlich zu vertreten und zu bekennen - ohne den Beistand der Kirche auch gegen die politische Obrigkeit. Inhaltlich neu war das, was Clemens August 1936 zur Diözesansynode sagte, nicht. Mit der Einrichtung der Diözesansynode und der Förderung des katholischen Laienapostolats unter den herrschenden politischen Bedingungen im nationalsozialistischen Deutschland verfolgte Bischof Clemens August nicht das Ziel, einen Beitrag zur religiösen Emanzipation des einzelnen zu leisten, sondern wurde eher von der Absicht geleitet, die organisatorische Geschlossenheit der Diözese zu erhalten und die innere Abwehrhaltung der katholischen Laien gegen den Nationalsozialismus zu stärken. Die Vorstellung eines mündigen Katholiken war Clemens August völlig fremd. Der pastorale Paradigmenwechsel, der auf der Diözesansynode vollzogen wurde, konkretisierte sich in neuen liturgischen Formen, in der Einführung von Exerzitien und Einkehrtagen und in der Schulung der Marianischen Kongregationen, die als die "Kernscharen" der Frauen- und Männerseelsorge betrachtet wurden. In den Jahren 1935/36 vollzog sich ein innerkirchlicher Aufbruch, der sich die Erneuerung des katholischen Lebens durch ein hierarchisch organisiertes Laienapostolat und ein liturgisch vertieftes Glaubensbewußtsein zum Ziele gesetzt hatte. Daß er in der Mitte der 1930er Jahre zum Durchbruch kam, ist "ohne die Unterdrückung des organisierten Laienkatholizismus durch das NS-Regime" nicht zu erklären.[585]

Aber nach außen wurde das Verhältnis zwischen Staat und Kirche weiterhin positiv dargestellt, um im Interesse der katholischen Kirche keinen Zweifel an der loyalen Haltung der deutschen Katholiken gegenüber dem nationalsozialistischen Regime aufkommen zu lasen. In einem 1935 in Essen erschienenen Band mit dem Titel "Volk und Kirche. Katholisches Leben im deutschen Westen" zog der ehemalige Reichskanzler Wilhelm Marx (Zentrum) eine positive

[585] KÖSTERS, Verbände, S. 449.

Bilanz der deutschen Katholikentage seit dem Ersten Weltkrieg und betonte, daß auf diesen großen Kundgebungen niemals "die Betonung der Pflichten des Staatsbürgers gegen Staat und Volk" gefehlt habe. "Daß gerade der Katholik schon des Gewissens wegen zur Treue gegen Verfassung und Staatsordnung verpflichtet sei, daß er nach Stellung und Kenntnis mit aller Kraft für das Wohl der Allgemeinheit zu sorgen habe", dieser Grundsatz sei von "autoritativen Stellen" immer wieder hervorgehoben worden. Um die Belange der katholischen Kirche auch in Zukunft zu wahren, faßte Marx den politischen Kern seiner Aussage in dem Satz zusammen:

> "Den Vorwurf der Staatsfeindlichkeit wird heutzutage wohl niemand mehr gegen die deutschen Katholiken zu erheben wagen!"[586]

Diese Zeiten, versicherte Marx damit den herrschenden Nationalsozialisten, seien überwunden und die Katholiken hätten keinen Grund mehr zu politischem Mißtrauen. Das Kalkül dieser Aussage war offensichtlich und entsprach der Haltung der katholischen Amtskirche gegenüber dem Nationalsozialismus.

[586] MARX, Katholikenversammlungen, S. 70.

4. Die Gleichschaltung des katholischen Milieus in Südoldenburg

4.1. Einleitung

In der politischen Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg zeichnete sich 1933 ein großer sektoraler und inhaltlicher Schwerpunkt ab, der eine Vielfalt von größeren und kleineren Konflikten enthielt. Diese ergaben sich aus der Konfrontation der materiellen und sozialen Lebensbedingungen einer klein- und mittelbäuerlichen Agrargesellschaft mit dem NS-Staat und wurden im sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936 in besonderer Weise als "Weltanschauungskampf" zwischen dem Nationalsozialismus und dem südoldenburgischen Katholizismus ausgetragen. Dabei ist zu beobachten, daß die um 1935/36 einsetzende wirtschaftliche und soziale Frustration der bäuerlichen Bevölkerung die glaubensbegründete Opposition gegenüber dem NS-Regime verstärkte. Auf die katholische Agrarprovinz Südoldenburg läßt sich deshalb mit gebotenen Korrekturen übertragen, was Martin Broszat für ländliche Regionen in Bayern feststellt. Danach hatte sich die nationalsozialistische Herrschaft auf dem Lande "den hier mit großer Beharrungskraft fortwirkenden tradierten sozialen Schichten und Gewohnheiten in starkem Maße anzupassen" und konnte sich in dieser Umgebung oft nur "gemildert und ‘gebrochen’ etablieren". Die politische Infrastruktur ländlicher Regionen brachte es mit sich, daß in die agrarische Provinz "die nationale, gesamtstaatliche Politik und Propaganda des Regimes schon infolge der geringen öffentlich-politischen Partizipation der Bevölkerung nur in abgeschwächter Form" hineinwirkte.[587] In Südoldenburg lagen die Verhältnisse etwas anders. Die geopolitische Nähe zur Landeshauptstadt und der hohe Verwaltungsstandard des Landes machten diese Region - im Gegensatz zu den Verhältnissen in Bayern - zu einem schnell erreichbaren Adressaten für den politischen Willen einer totalitären Herrschaft. Konservative Mentalitäten und eine bis 1933 geübte Resistenz gegenüber der nationalsozialistischen Partei, zurückhaltende Wählervoten zugunsten der NSDAP zwischen 1930 und 1933 und konfessionell ausgerichtete Oppositionshaltungen gegen die Schul- und Kirchenpolitik des NS-Regimes legen andererseits den Schluß nahe, daß die Sozial- und Alltagsgeschichte Südoldenburgs in diesem Zeitraum keine historische Sonderstellung für sich beanspruchen kann und zumindest in den ländlichen Agrarregionen Bayerns politische Parallelen findet. Schulpolitische Konflikte in ähnlichen katholischen Regionen Badens und Westfalens machen

[587] BROSZAT, Bayern 4, S. 701.

ebenfalls deutlich, daß die Oldenburger Ereignisse nicht als "isolierter Vorgang" betrachtet werden dürfen.[588]

In Südoldenburg war es nicht anders als in vergleichbaren ländlichen katholischen Regionen des Deutschen Reiches. Die kirchliche Domestizierung des katholischen Vereinswesens, die jahrzehntelang eingeübt und in der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik kaum aufgeweicht worden war, erwies sich als wichtige Voraussetzung für das Überleben des organisierten Katholizismus im "Dritten Reich" und die Wahrung seiner moralischen Integrität. Das kam ihm nach 1945 voll zugute. Aus dieser Position heraus traf der Vereinskatholizismus nach dem Zweiten Weltkrieg auf positive Voraussetzungen für seine Restauration, die das gesamte öffentliche Leben in Südoldenburg nach 1945 maßgeblich bestimmte und allseits durchdrang. Was die Geschichte Südoldenburgs von anderen Regionen unterschied, war das Fanal des "Kreuzkampfes" mit seinem unerwarteten Erfolg, der aufgrund seiner spektakulären Umstände in die Geschichte des "Dritten Reiches" einging. Was Broszat über den Handlungsspielraum des oppositionellen katholischen Klerus und das "konkurrierende Neben- und Gegeneinander" von staatlichem und kirchlich-religiösem Einfluß feststellt, läßt sich ohne Bedenken auf die Verhältnisse in Südoldenburg übertragen, wo die katholischen Repräsentanten der lokalen NSDAP ebenfalls häufig aus der Defensive heraus operierten:

> "Auf der anderen Seite - dies ist unter dem Gesichtspunkt des moralischen Ranges nicht zu übersehen - hatten es die Träger und Wortführer dieser Opposition auch leichter als andere. Oppositionelle katholische Pfarrer und Bischöfe mit starkem sozialen und geistlichen Einfluß konnten sich in Regionen mit dichtem katholischen Milieu, infolge auch der relativen Zurückhaltung von Amts- und Parteistellen ihnen gegenüber, häufig mehr 'leisten' als andere Oppositionelle. Oft bestand ein konkurrierendes Neben- und Gegeneinander kirchlichen und nationalsozialistischen Weltanschauungs-Einflusses, in seltenen Fällen gerieten die lokalen Repräsentanten der NSDAP sogar in die Defensive."[589]

---

[588] DAMBERG, Kreuzkampf, S. 379-387, Zitat: S. 379; MAIER, Kreuzkampf, S. 366-378. Als Beispiel für einen erfolgreichen kirchlich-religiösen Widerstand in Bayern führt Broszat den Boykott gegen die 1941 angeordnete Entfernung der Kruzifixe aus den Volksschulen an. Er verweist auf die für Südoldenburg interessante Parallele, daß der Kampf gegen die Gemeinschaftsschule vergeblich war und scheiterte: "Unter wirkungsgeschichtlichem Gesichtspunkt war diese Front des Widerstandes in Bayern, aber sicher nicht nur hier, die bedeutendste, trotz und vielleicht gerade wegen der nur teilhaften, im wesentlichen auf den Bereich der christlichen Weltanschauung und der Erziehung in Kirche und Schule beschränkten, hier aber prinzipiell geführten Auseinandersetzung." (BROSZAT, Bayern 4, S. 702)

[589] BROSZAT, Bayern 4, S. 703.

Für den katholischen Klerus Südoldenburgs in der Geschichte des "Dritten Reiches" gilt, was für ihn auch in der liberalen Ära der Weimarer Republik gegolten hatte, "daß es alles in allem nicht in erster Linie das Einzelverhalten war, das die Durchschlagskraft dieser Opposition ausmachte, sondern die Resistenz einer mächtigen traditionellen katholischen 'Struktur', in die der Nationalsozialismus zwar immer wieder einbrechen, die er im ganzen aber nicht auflösen konnte".[590] Die Tatsache, daß der katholische Glauben "identisch für die Münsterländer mit der Auslegung des Evangeliums durch die Amtskirche und mit der daraus resultierenden Politik der Bischöfe und der Geistlichkeit" war, hebt deutlich hervor, daß die Opposition nicht über die von der Kirche gezogenen Grenzen hinauswuchs.[591] Das katholische Milieu in Südoldenburg gab auf Geheiß der katholischen Bischöfe seine resistente Haltung im Frühjahr 1933 auf und fügte sich nach und nach in das nationalsozialistische System ein. Dieser Prozeß verlief nicht ohne Widersprüche, Hemmungen und Irritationen. Im gleichen Zeitraum verlor es mit der Zentrumspartei, die sich am 5. Juli 1933 selbst auflöste, und mit der Zentrumspresse, die sukzessive gleichgeschaltet wurde, seine politische Repräsentanz. Mit dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg, der sich am 24. April 1933 dem Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) anschloß, büßte es einen seiner einflußreichsten konfessionellen Verbände ein. Aufgrund der einzelnen Bestimmungen, die das Reichskonkordat über Stellung und Funktion des katholischen Vereins- und Verbandswesens enthielt, schied der Volksverein für das katholische Deutschland aus dem politischen und gesellschaftlichen Leben aus und zogen sich die übrigen Standes- und Berufsvereine weitgehend in den Binnenraum der Kirche zurück.[592] Die Erschwernisse und Einschränkungen, die sich aus dem Reichskonkordat und aus nachfolgenden Verordnungen für die Tätigkeit der katholischen Vereine und des katholischen Klerus ergaben, versuchte Bischof Clemens August in der Diözese Münster konzeptionell durch eine religiöse Aktivierung von katholischen Laien zu kompensieren. Aufgrund dieser Entwicklung rückte die katholische Kirche stärker als je zuvor in das geistige Zentrum des südoldenburgischen Katholizismus und verlieh ihm den notwendigen moralischen Rückhalt, den er für das Überleben in der Zeit der nationalsozialistischen

---

[590] Ebd.
[591] HESEDING, Kreuz, S. 91.
[592] KÖSTERS, Verbände, S. 267. Nach Auffassung von Christoph Kösters war das Verhältnis der katholischen Vereine und Verbände zum neuen Staat im Bistum Münster im Frühsommer 1933 "ambivalent und durch ein vorsichtiges 'ja - aber' gekennzeichnet: Mitbauen an einem neuen, christlich geprägten Deutschland, ja, aber nur unter der Bedingung der ideellen und organisatorischen Selbstbehauptung".

Herrschaft brauchte. Dabei kam dem örtlichen Klerus innerhalb des katholischen Milieus ein "Vertretungsmonopol" zu.[593] Er wurde zum Garanten für die Selbstbehauptung des katholischen Milieus in Südoldenburg in der Zeit des "Dritten Reiches".

Die historische Kontinuität in der südoldenburgischen Kirchen- und Schulpolitik ist in der massiven Abwehrhaltung des katholischen Milieus zu sehen, das auf eine lange Kulturkampferfahrung zurückgreifen konnte. Der politische und ideologische Gegner wechselte, es war nicht mehr der Liberalismus oder Sozialismus vergangener Tage, sondern der nationalsozialistische Staat, der auf eine Entkonfessionalisierung der katholischen Öffentlichkeit in Südoldenburg drängte. Zur Bewältigung des politischen Konfliktes wurden Strategien und Methoden herangezogen, die sich in der Vergangenheit bereits bewährt hatten: kirchenpolitische Interventionen aus Münster und Vechta, öffentliche Proteste katholischer Vereine und Organisationen und das mutige Eintreten einzelner für die alten Rechte der katholischen Kirche. Das Jahr 1933 war für das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg so sehr eine Erfahrung historischer Kontinuität, wie es die Signale politischer Diskontinuität ignorierte oder verdrängte. Es erlebte die Ankunft der konservativen Gegenrevolution im "Dritten Reich" und gleichzeitig ihr Scheitern. Die NS-Kultur- und Schulpolitik schaltete in Oldenburg nicht die katholische Kirche aus, sondern wandte sich gegen die ‘Reste’ des politischen Katholizismus in Südoldenburg und seine kulturkämpferische Haltung, die sich gegen Kirche und Religion gerichteten politischen Bestrebungen des neuen Staates nicht beugen wollte. Der südoldenburgische Katholizismus bekämpfte auf der anderen Seite nicht das NS-Regime als politisches System, sondern einzelne kultur- und schulpolitische Maßnahmen, die als Ausdruck angemaßter Staatsomnipotenz betrachtet und zurückgewiesen wurden.

Es trafen in der Geschichte des "Dritten Reiches" im südoldenburgischen Katholizismus und im Nationalsozialismus nicht zwei totalitäre Systeme aufeinander, sondern ein auf Totalität bedachtes politisches System versuchte, den organisierten Katholizismus im katholischen Milieu Südoldenburgs zu entkonfessionalisieren und als politisches Teilsystem gleichzuschalten. Der südoldenburgische Katholizismus selbst war kein politisches System und deshalb nicht der erklärte Gegner des Nationalsozialismus, sondern bildete ein politisches und soziales Milieu, das immer ein starkes Eigenleben geführt hatte, auf seine moralische Integrität bedacht gewesen war und sich deshalb 1933 nur schwer in

[593] KÖSTERS, Verbände, S. 279.

die gleichgeschaltete NS-Gesellschaft einfügen ließ. Es handelte sich nicht um einen Kampf zwischen politischen Systemen, sondern um den Kampf eines relativ geschlossenen katholischen Milieus gegen die Überfremdung durch moderne Formen ideologischer Indoktrination und politischer Gleichschaltung, die sich die Menschen in Südoldenburg aufgrund ihrer Geschichte nicht unbedacht zu eigen machen wollten. Das hatten sie aus eben diesen Gründen auch in vergangenen Epochen deutscher Geschichte ohne Grund nicht getan.

Deshalb sind auch die vielfältigen Haltungen glaubensbegründeter Opposition in Südoldenburg a priori nicht politisch zu begreifen. Sie berührten das Politische an der Schnittstelle, wo es sich mit dem Religiösen vermischte. Die Trennung des Politischen vom Religiösen, die das oldenburgische Ministerium Pauly anstrebte, konnte in Südoldenburg nicht gelingen, weil das Religiöse auch immer das Politische gewesen war und umgekehrt. Diese Identität gehörte seit Generationen zu den historischen Konstitutionsbedingungen des katholischen Milieus und war historisch erprobt. Katholischer Glauben und moralisches Pflichtgefühl gegenüber der katholischen Kirche waren die Quellen glaubensbegründeter Oppositionshaltungen gegen den modernen Staat seit der europäischen Säkularisation gewesen. Dabei blieb es auch im "Dritten Reich". Clemens August Graf von Galen bildete von diesem Falle keine Ausnahme. Südoldenburg erlag den antimodernistischen Effekten der nationalsozialistischen Propaganda, wie sie in den öffentlichen Bekenntnissen zu Heimat und Volkstum, Glaube und Sitte und selbst zu christlicher Religion und Moral zum Ausdruck kamen, ebenso wie es bereit- und opferwillig um die Freiheit von katholischem Glauben und katholischer Kirche stritt. Zu einer politischen Form der Opposition, wie sie von Teilen der organisierten Arbeiterbewegung gegen den NS-Staat getragen wurde, hat sich der deutsche Katholizismus nicht durchringen können, weil er das Politische nicht vom Religiösen trennte und im Politischen eine Funktion des katholischen Glaubens erkannte. So blieb die Einstellung des katholischen Milieus in Südoldenburg gegenüber dem nationalsozialistischen Staat höchst ambivalent und auf eine besondere Art skeptisch: Sie schwankte von politischer Akklamation und gesellschaftlicher Anpassung bis zum moralischen Widerspruch, der auch in eine konsequente - individuelle und kollektive - Oppositionshaltung übergehen konnte. Auch das war im katholischen Milieu in Südoldenburg nicht anders als in anderen vergleichbaren Regionen.[594] Die Opposition blieb in der Regel partiell, entweder im Hin

[594] KRATZSCH, Hakenkreuz, S. 183-213; FASSE, Velen-Ramsdorf, S. 446-520. Norbert Fasse stellt über das ebenfalls weitgehend ländlich strukturierte katholische Amt Velen-Ramsdorf im

blick auf ihre Träger oder auf die 'Sache', um die es ging, oder in bezug auf den Adressaten. Dabei konnten auch mehrere Faktoren eine Rolle spielen.

Die Gleichschaltung des Jahres 1933 etablierte im katholischen Milieu in Südoldenburg eine politische Mischkultur, die sich zwischen katholischen Grundüberzeugungen und nationalsozialistischen Zumutungen immer wieder zu entscheiden hatte, und brachte eine gespaltene Gesellschaft hervor, die ihren Platz im Spannungsfeld zwischen dem katholischen Traditionalismus mit seiner religiösen Alltags- und Festkultur und der nationalsozialistischen Öffentlichkeit und ihrer Vielfalt an politischen Ritualen und nationalen Proklamationen immer wieder neu zu bestimmen hatte.[595] Daraus ergab sich für viele Menschen in Südoldenburg eine enervierende kräftezehrende Situation. Die März-Entscheidungen des Jahres 1933 beendeten die Phase politischer Resistenz im deutschen Katholizismus. Seitdem befanden sich die aktive Mitarbeit in der NSDAP und in Organisationen der Partei auf der einen Seite und das treu gelebte Bekenntnis zur katholischen Kirche und zum katholischen Glauben auf der anderen Seite in einem Verhältnis wechselhafter Koexistenz, das zahlreichen Lebensläufen ihr Profil gab. Es bildete sich eine gespaltene Gesellschaft, die für die Geschichte des katholischen Milieus Südoldenburgs in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft typisch war.

4.1.1. Zwangsmaßnahmen in Südoldenburg

Für Ministerpräsident Röver war mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes der "Umbruch" in Deutschland vollzogen. Auf einer Sonderveranstaltung für die Oldenburger "Geusenküche", die von der NSDAP für Hilfsbedürftige

---

westlichen Münsterland fest: "Wie für weite Teile der deutschen Gesellschaft gilt daher auch für das katholische Milieu, daß es manches Mal zwischen Ablehnung und Zustimmung zum NS-Staat schwankte, daß sich beide Haltungen mischten und von den aktuellen politischen Ereignissen beeinflußt wurden." (S. 526)

[595] BLESSING, Kirche, S. 108f. Werner K. Blessing stellt in diesem Zusammenhang über die Lage in der katholischen Region Bamberg fest, daß die katholische Kirche ihren Gläubigen "den institutionellen Rahmen für religiöse Gewohnheitsbeharrung und eine Anleitung zur partiellen Resistenz inmitten des nationalsozialistisch beherrschten Alltags" zur Verfügung stellte. Das habe zu einer "gespaltenen Wirklichkeit" geführt: "Verweigerung durch aktiven Widerstand war die Sache Einzelner, nicht der Institution Kirche." Die Nichtanpassung sei "überwiegend partiell" geblieben und habe weitgehend der "Selbstbewahrung von Kirche, religiöser Praxis und katholischer Moral" gegolten.

unterhalten wurde, sprach Röver über den "vollzogenen Umschwung" im Deutschen Reich:

> "Der Umbruch ist vollzogen. Das Dritte Reich ist eingeleitet durch Adolf Hitler. Jetzt ist es an uns allen, mitzuhelfen am Aufbau, denn die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt. [...] Es gibt nur einen Führer, Adolf Hitler. Das weltgeschichtliche Große unserer Zeit liegt darin, daß nicht das alte Deutschland der Vorkriegszeit wiedererstanden ist, sondern daß daneben der deutschempfundene Sozialismus erstanden ist. [...] Das Ziel ist, den deutschen Arbeiter aus dem Sumpf des Marxismus zu erlösen und ihn einzugliedern in die Schicksals= und Volksgemeinschaft. Das Symbol muß hineingesenkt werden in die Herzen aller deutschen Menschen. [...] Wir können nicht glauben, daß der ewige Jude kampflos das Feld räumen wird. Wir haben uns insonderheit zu hüten vor Komplikationen mit dem Auslande, solange es übermächtig ist. Deshalb bedarf es eiserner Disziplin. [...] Disziplin und entschlossener Kampfeswillen. Das Volk sympathisiert nur mit Kämpfern. Unser Ziel bleibt das vor 14 Jahren aufgestellte. Klassen und Stände werden wir überwinden, und am Ende steht das deutsche Volk in Einheit und Größe als Sehnsucht aller Deutschen, die ihr Deutschland mehr lieben als ihr kleines Ich."[596]

Der Vollzug des politischen "Umbruchs" hatte auch für Südoldenburg Konsequenzen, die politische Verfolgung und erste Zwangsmaßnahmen bedeuteten. Dabei fehlte es in der Cloppenburger Heimatzeitung, solange sie noch nicht gleichgeschaltet war, nicht an lokalen Nachrichten, deren Analyse auf die politische Wirklichkeit des Nationalsozialismus hätte schließen lassen können. Das Verbot von Zeitungen und Flugblättern, die Verhaftung von Kommunisten, die Entlassung und Versetzung von Beamten und Lehrern sowie Meldungen über die bevorstehende Errichtung von Konzentrationslagern waren im Frühjahr 1933 noch in der lokalen Presse Südoldenburgs nachzulesen und dokumentieren einen schleichenden Systemwandel, der öffentlich so gut wie unwidersprochen blieb.[597]

Die katholische Presse in Südoldenburg war im Frühjahr 1933 noch nicht gleichgeschaltet. Das beweist auch ein Leserbrief der "Ortsgruppe Cloppenburg des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der am Tag vor

---

[596] MT vom 28. März 1933; GELHAUS, 1933, S. 137f.

[597] GELHAUS, 1933, S. 95 (Demonstrationsverbot gegen Kommunisten), 103 (Verbot eines SPD-Flugblattes), 127 (Haussuchung nach kommunistischen Flugblättern in Löningen), 135, 138, 185 (Verhaftung von Kommunisten), 135 (Errichtung eines oldenburgischen Konzentrationslagers), 146, 147, 149 (Kündigung und Versetzung von Beamten und Lehrern), 183 (Stürmung des Oldenburger Gewerkschaftsbüros und Verhaftung von Funktionären), 185 (Schutzhaft für zwei Gewerkschaftssekretäre in Nordenham). Die Angaben beziehen sich auf entsprechende Meldungen aus der Münsterländischen Tageszeitung von Februar bis Mai 1933, die im Faksimile wiedergegeben werden.

der angekündigten "Boykottbewegung" am 1. April 1933 in der Cloppenburger MT veröffentlicht wurde. In diesem Aufruf erklärten die "Staatsbürger jüdischen Glaubens" die angebliche antideutsche Hetzkampagne der Juden im Ausland, mit der die Boykottbewegung begründet wurde, für "frei erfunden" und lehnten jede Verantwortung dafür ab. Das Schreiben brachte sogar Verständnis für die gegenwärtige politische Situation in Deutschland zum Ausdruck, wenn es hieß:

> "Das deutsche Volk befindet sich seit Wochen in einem politischen Umschwung gewaltigen Ausmaßes. Hierbei ist es zu politischen Racheakten und Ausschreitungen auch gegen Juden gekommen. Die Reichsregierung wie die Länderregierungen haben sich mit Erfolg bemüht, möglichst schnell Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Der Befehl des Reichskanzlers, Einzelaktionen zu unterlassen, hat seine Wirkung getan."[598]

Nach Auffassung Werner Teubers erwies sich der Boykott am 1. April 1933 in Südoldenburg als "Fehlschlag".[599] Wie in anderen Zeitungen erschien der Boykottaufruf gleichlautend auch in der Zentrumspresse in Cloppenburg und Vechta:

> "Kein Volksgenosse kauft mehr beim Juden, nimmt keinen jüdischen Rechtsanwalt, Arzt, u. handelt nicht mit jüdischen Viehhändlern! Die Ehre des deutschen Volkes erfordert diese Maßnahme."[600]

Protest gegen die erste Zwangsmaßnahme gegen jüdische Mitbürger blieb in Cloppenburg und Vechta aus, weil auch aus der Leitung der katholischen

---

[598] MT vom 30.3.1933; DENIS, Walter: Zur Geschichte der Juden in Cloppenburg, IN: VuL Nr. 126, 1989, S. 6.

[599] Lediglich in Vechta habe ein SA-Mann mit dem üblichen Schild "Deutsche, kauft nicht bei Juden" vor dem Textilgeschäft der Geschwister Bloch Posten bezogen. Ein Handwerksmeister aus der Nachbarschaft soll den SA-Mann gerügt und auf Werke tätiger Milde von Hanne Bloch in den Kriegsjahren hingewiesen haben. (TEUBER, Juden, S. 114)

[600] OV, MT vom 1.4.1933. Teuber weist darauf hin, daß der Aufruf nicht in großer Aufmachung erschien, sondern von den Kreisleitungen in Vechta und Cloppenburg nur als kleine Anzeige geschaltet wurde. Die MT forderte ihre Leser in einer Verlagsmitteilung unter dem Titel "An unsere Leser im Auslande!" auf, "nach Kräften der Lügenpropaganda gegen Deutschland entgegenzutreten. Sensationslüsterne Zeitungen, aus Deutschland geflohene Literaten und die unterirdische kommunistische Agitation sind die Quellen solcher Lügen". Die Parteileitung der NSDAP hatte den Boykott jüdischer Geschäfte "als Antwort gegen die Boykott- und Greuelhetze der Juden im In- und Ausland" am 28. März 1933 angeordnet. Zur Durchführung der Aktion, die zunächst auf einen Tag begrenzt wurde, sollten SS- und SA-Männer pünktlich um 10.00 Uhr vormittags vor jüdischen Geschäften Posten beziehen und die Bevölkerung am Betreten dieser Läden hindern. (TEUBER, Juden, S. 114)

Kirche in Deutschland keine anderen Signale kamen. Mit Ausnahme von Erzbischof Gröber (Freiburg) lehnten alle Metropoliten eine politische Intervention im Konflikt um den Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 ab. Mit Empfehlung von Domkapitular Monsignore Lichtenberg aus Berlin wandte sich Oskar Wassermann, der Direktor der Deutschen Bank in Berlin, mit der Bitte an Bertram, "der Episkopat wolle beim Herrn Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung intervenieren für die Aufhebung des gegen alle jüdischen Geschäfte veranstalteten Boykotts". Wassermann war auch Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden. In einem Brief an die deutschen Erzbischöfe erörterte Kardinal Bertram, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, "die Frage der Opportunität" einer möglichen Intervention beim Reichspräsidenten und bei der Reichsregierung und nannte die Gründe für seine ablehnende Haltung:

> "Meine Bedenken beziehen sich
> 1. darauf, daß es sich um einen wirtschaftlichen Kampf in einem uns in kirchlicher Hinsicht nicht nahestehenden Interessenkreise handelt;
> 2. daß der Schritt als Einmischung in eine Angelegenheit erscheint, die das Aufgabengebiet des Episkopates weniger berührt, der Episkopat aber triftigen Grund hat, sich auf sein eigenes Arbeitsgebiet zu beschränken;
> 3. daß der Schritt keinen Erfolg haben dürfte, weil die Gründe pro und contra den maßgebenden Stellen auch ohne unsere Vorstellung genügend bekannt sind; dazu kann
> 4. die taktische Erwägung kommen, daß dieser Schritt, der nicht vertraulich im engeren Kreis bleiben kann, sicher die übelste Interpretation in den weitesten Kreisen von ganz Deutschland finden würde, was bei der überaus diffizilen und dunklen Gesamtlage keineswegs gleichgültig sein kann.
> Daß die überwiegend in jüdischen Händen befindliche Presse gegenüber den Katholikenverfolgungen in verschiedenen Ländern durchweg Schweigen beobachtet hat, sei nur nebenbei berührt."[601]

Motiviert wurde die Verweigerungshaltung der deutschen Bischöfe durch die Befürchtung, daß aus dem Kampf gegen die Juden ein Kampf gegen die katholische Kirche werden könnte. Einer breiteren Öffentlichkeit ist heute nicht mehr gegenwärtig, daß im Frauengefängnis in Vechta bereits im Juli 1933 ein Konzentrationslager in Betrieb genommen wurde. Nach einer Meldung der Vechtaer OV war das "hiesige Konzentrationslager" im August 1933 mit 65 Männern belegt, "die wegen politischer Vergehen ‘Gast’ in Vechta sein dürfen". Der kleine Artikel macht deutlich, daß die politische Verfolgung insbesondere von Kommunisten nicht angemessen als Unrecht wahrgenommen

[601] FELDMANN, Lichtenberg, S. ff.; MÜLLER, Kirche, S. 98f.; SCHOLDER, Kirchen 1, S. 343f.

und nicht mit dem nötigen Ernst behandelt wurde. In dem Bericht heißt es weiter:

> "Wenn neuer 'Besuch' ankommt, wird er sofort 'uniformiert', alles wird ihm abgenommen: Geld, Tabak und Pfeife. Des Morgens marschieren sie hinaus ins nahegelegene Moor und machen unter Aufsicht von SS-Männern Moorarbeiten. Das Essen ist gut und kräftig. Den Gefangenen oder Schutzhäftlingen werden Bücher und Schriften zur Verfügung gestellt, damit sie sich über die Ziele und das Können des Nationalsozialismus unterrichten können."[602]

Oldenburg hatte zwar als erstes Land im Deutschen Reich eine nationalsozialistische Regierung, aber die systematische Verfolgung politischer Gegner, insbesondere von Kommunisten, setzte erst nach dem 30. Januar 1933 auf der Rechtsgrundlage der "Reichstagsbrandverordnung" vom 28. Februar 1933 ein. Zu den prominentesten nicht-sozialistischen Insassen in Vechta gehörte der Goldenstedter Kaufmann Johannes Meyer, der vom 22. Februar bis 30. März 1934 inhaftiert war. Meyer, der für die Landvolkpartei dem Landtag angehört hatte, wurde wegen einer despektierlichen politischen Äußerung in Schutzhaft genommen. Nach Auffassung von Albrecht Eckhardt gehörte Vechta eher zu den "harmlosen" Einrichtungen und darf nicht mit Esterwegen oder Dachau verglichen werden. Anfang des Jahres 1935 wurde das Konzentrationslager in Vechta aufgelöst, und das Innenministerium in Oldenburg konnte am 11. Februar 1935 nach Berlin berichten:

> "Die politische Lage ist unverändert. Ordnungsstörungen sind nicht vorgekommen. Die Bevölkerung ist ruhig und blickt mit Zuversicht in die Zukunft. Offene Gegenwirkungen sind seltener geworden. Infolgedessen ist auch die Zahl der Schutzhaftgefangenen [...] immer mehr zurückgegangen, so daß die Aufhebung des Konzentrationslagers zum 1. April 1935 verfügt werden konnte."[603]

4.1.2. Die Stellung der katholischen Vereine

Die katholischen Vereine, von den nationalsozialistischen Machthabern zunächst geduldet und nach dem Abschluß des Reichskonkordates im Juli 1933

---

[602] OV vom 10.8.1933; ECKHARDT, Vechta, S. 91.

[603] Zit. b. ECKHARDT, Vechta, S. 92. In den ersten Jahren des "Dritten Reiches" konnten die Schutzhaftgefangenen auch das aktive Wahlrecht ausüben. Bei der Volksabstimmung am 12. November 1933 über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund nahmen von 113 Insassen 88 Stimmberechtigte an der Wahl teil. Von ihnen stimmten bei der Reichstagswahl 68 für die NSDAP, 19 (21,8 %) gaben ungültige Stimmen ab. Bei der Volksabstimmung stimmten 68 mit Ja, sechs (6,8 %) mit Nein, vier gaben ungültige Stimmen ab. (S. 91)

auf ihre religiös-kirchlichen Funktionen beschränkt, standen in Konkurrenz zu den staatlich errichteten und geförderten NS-Organisationen und wurden von diesen politischen Vereinen bedrängt. Es war ein ungleicher Wettbewerb. Während sich die nationalsozialistischen Verbände in der ländlichen Öffentlichkeit attraktiv als offizielle Organisationen von Staats wegen darstellten und als solche ihre Mitglieder anwarben, fristeten die kirchlichen Vereine ein publizistisches Schattendasein. Soweit es möglich war, verhalf vielfach nur eine Doppelmitgliedschaft aus dem Dilemma, der katholischen Kirche nicht den Rücken zu kehren und durch den Verzicht auf die Mitgliedschaft in einer NS-Organisation keine persönlichen Nachteile auf sich zu ziehen. Im Grunde überlebte das katholische Vereinswesen während des "Dritten Reiches" in einer inneren Emigration, die es nach 1945 wieder verließ. Es begab sich nach dem Zweiten Weltkrieg in eine Öffentlichkeit zurück, die besonders in Südoldenburg ganz im Zeichen der Rekatholisierung des gesellschaftlichen Lebens stand. Dem deutschen Katholizismus kam aufgrund seiner Opposition gegen das nationalsozialistische "Neuheidentum" eine große moralische Reputation zu, die seine politische Kapitulation im Jahre 1933 vielfach aus dem allgemeinen Blickfeld verdrängte.

Bereits im Frühjahr 1933 stellten sich erkennbare politische und soziale Brüche im katholischen Milieu in Südoldenburg ein, das um seine Geschlossenheit offensichtlich ringen mußte. Dafür spricht ein lokales Ereignis in Lohne, bei dem es anläßlich des Volkstrauertages am 12. März 1933 aufgrund eines Flaggenstreits zu einem politischen Eklat kam. Die Tatsache, daß in der Stadt mehrere katholische Vereine - der katholische Arbeiterverein, Gesellenverein, die Deutsche Jugendkraft (DJK) - und nach den Erkundungen des Amtes auch die Geistlichkeit nicht an der Gefallenenehrung teilnahmen, weil am Kriegerdenkmal neben der Landesflagge auch die schwarz-weiß-rote Flagge aufgezogen werden sollte, erregte bei der Behörde "berechtigtes Aufsehen" und wurde allgemein verurteilt.[604] Der geistliche Direktor Muhle von der Bürgerschule in

[604] StAO 136 - 2861: Schreiben des Amtes Vechta an das Innenministerium vom 15.3.1933. Mitte März 1933 herrschte offensichtlich Unsicherheit bei den Behörden über die Beflaggung der öffentlichen Gebäude. Reichspräsident Hindenburg hatte im Flaggenerlaß vom 12. März 1933 angeordnet: "Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten schwaz=weiß=roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, daß vom morgigen Tage ab bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz=weiß=rote Fahne und die Hakenkreuzflagge gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern! Die militärischen Gebäude und Schiffe hissen nur die Reichskriegsflagge." 1933

Lohne berichtet über die Vorstandssitzung des katholischen Arbeitervereins, in der Differenzen zwischen der Haltung des örtlichen Klerus und dem katholischen Standesverein einerseits und zwischen der Vereinsführung und -basis andererseits deutlich wurden:

> "Bei der am Freitag, den 10. März 1933 stattgefundenen Vorstandssitzung des Arbeitervereins war bereits eine Strömung gegen die Beteiligung an der Trauerfeier bemerkbar. Die Leute wurden von uns beruhigt und es wurde versucht, ihnen die schwarz-weiss-rote Flagge als über den Parteien stehend zu erklären, damit eine Beteiligung möglich werden sollte. Es wurde auch einstimmig angenommen, sich zu beteiligen. Die Nichtbeteiligung erfolgte gegen den Beschluss und den Willen der Geistlichkeit. Ich stand zur Teilnahme fertig angezogen, als mir mitgeteilt wurde, dass der Arbeiterverein, mit dem ich marschieren sollte, nicht mitmache."[605]

Nach Rücksprache mit dem Innenministerium am 11. März 1933 ordnete Bürgermeister Schürmann an, "auf dem Rathaus die Hakenkreuzflagge neben der Landesflagge zu hissen, und am Kriegerdenkmal würde neben der Landesflagge eine schwarz-weiss-rote Flagge gehisst". Diese Tatsache stieß bei den genannten katholischen Standesvereinen auf Widerspruch. Die Erklärung Schürmanns, es handle sich "um eine Flagge, worunter zwei Millionen Krieger ihr Leben gelassen hätten", überzeugte die Vereine offensichtlich nicht. Die Flaggenregelung, wie sie Schürmann vorgeschlagen hatte, wurde durch ministerielle Verfügung vom 12. März 1933 bestätigt.[606] Am Termin des Volkstrauertages, am 12. März 1933, war die Einstellung der katholischen Kirche gegenüber der regierenden NSDAP, die die Reichstagswahlen am 5. März 1933 gewonnen hatte, noch nicht entschieden. Das erfolgte erst gegen Ende des Monats durch die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 und durch die Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz am 28. März 1933. Am Volkstrauertag des Jahres 1933 herrschte in Lohne eine offene Konfliktsituation. Klerus und Vereinsführung drängten auf ein Zeichen nationaler und politischer Loyalität, die Basis der Vereine übte sich in der Resistenz,

---

wurden zum erstenmal am Volkstrauertag Gefallenenehrungen durchgeführt, 1934 wurde dieser Tag zum "Heldengedenktag" umgewandelt. (MT vom 13.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 128) Laut Bekanntmachung des oldenburgischen Staatsministeriums ordnete die Reichsregierung "zur Feier des Sieges der nationalen Revolution" in den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 die Beflaggung der Reichsgebäude mit der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzflagge vom 12. bis zum 15.3.1933 einschließlich an. Für die oldenburgischen Landes- und Kommunalgebäude wies das Staatsministerium ebenfalls diese Beflaggung an, die noch durch die Landesflagge ergänzt wurde. (Oldenburgische Anzeigen Jg. 188, Nr. 62, 14.3.1933, S. 265)

[605] StAO 136 - 2861: Bericht des Gendarmeriestandorts Lohne vom 14.3.1933.

[606] StAO 136 - 2861: Bericht des Gendarmeriestandorts Lohne vom 14.3.1933; MT vom 14.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 130.

die bisher gegolten hatte. Der Lohner Flaggenstreit war für die Beteiligten eine Erfahrung des politischen Übergangs.

Im Gegensatz zur Basis, die in Lohne sehr selbstbewußt auftrat, waren die klerikalen und kleinbürgerlichen Führungseliten des katholischen Vereinswesens eher bereit, sich in loyaler Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung zu üben und Demonstrationen politischer Opposition zu vermeiden.[607] Die agile Bürokratie des jungen NS-Staates ging schon im März 1933 zu Repressionen gegenüber einer möglichen katholischen Opposition über und zeigte, daß ihr viel an einer vorbildhaften Inszenierung der "Volksgemeinschaft" gelegen war. Amtshauptmann Haßkamp verpflichtete sich anläßlich des Lohner Flaggenstreits gegenüber dem Ministerium, "die Vorsitzenden der in Frage kommenden Vereine auf das Ungebührliche ihres Verhaltens" hinzuweisen, und fragte entschuldigend an, "ob weitere Maßnahmen für möglich und notwendig gehalten werden".[608] Oldenburg ließ den Vorfall auf sich beruhen.

4.1.3. Signale der Koexistenz

Die sich abzeichnende Verständigung zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus entfaltete eine Signalwirkung hinsichtlich weitreichender Koexistenzbemühungen und -bekundungen katholischer Verbände.[609] Der katholische Gesellenverein in Lastrup bekannte sich auf seiner Mitgliederversammlung am 1. Mai 1933 zu den "vom seligen Stifter dem Verein gegebenen Devisen: Religion und Jugend, Arbeitsamkeit und Fleiß, Eintracht und Liebe, Frohsinn und Scherz". Damit befänden sich die Gesellenvereine aber "in keinerlei Widerspruch zum heutigen Staate". Der geistliche Präses erinnerte unter dem Eindruck der "neuen Zeit" daran, daß der Gesellenverein

---

[607] In Cloppenburg nahmen nach Meldungen der MT der katholische Arbeiterverein und der katholische Jungmännerverein an der "Kriegergedächtnisfeier am Volkstrauertag" teil und "marschierten geschlossen hinter dem Christusbanner" zum Kriegerdenkmal an der Bahnhofstraße. (MT vom 11.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 128)

[608] StAO 136 - 2861: Schreiben vom 15. März 1933.

[609] Als Gründe für diesen Sinneswandel führt Werner K. Blessing in seiner Untersuchung über die Region Bamberg "die Achtung vor der legalen Staatsgewalt, welche nun auch für die Nationalsozialisten galt, und die pastorale Verantwortung einer Volkskirche mit Massenklientel" an, "die mit dem in seinem totalitären Charakter unterschätzten Regime einen Modus vivendi suchte". Auch hätten "die starke Furcht vor dem Bolschewismus und die eigenen autoritären Ordnungsprinzipien" eine Verständigung erleichtert. (BLESSING, Kirche, S. 22)

"stets staatsbejahend" gewesen sei.[610] Der Präses des katholischen Arbeitervereins in Cloppenburg, Kaplan Holzenkamp, hob auf der Monatsversammlung des Vereins Ende Juli hervor, "daß das Fortbestehen des Arbeitervereins wohl gesichert sei", Endgültiges aber erst gesagt werden könne, wenn die Ausführungsbestimmungen zum Art. 31 des Reichskonkordats vorlägen. Das werde in Kürze geschehen.[611]

Die Katholischen Arbeitervereine konnten, wie Michael Hirschfeld es treffend formuliert, 1933 nur in einer "Nische des Religiösen" überleben, wenn sie den Schutz des Reichskonkordats für sich in Anspruch nehmen wollten.[612] Einem Erlaß des DAF-Führers Robert Ley vom 22. Juni 1933 zufolge waren Arbeitervereine außerhalb der NS-Einheitsgewerkschaft als "Staatsfeinde" anzusehen und zu behandeln. Der Erlaß drohte mit der Auflösung auch der katholischen Arbeitervereine:

> "Es ist der Wille des Führers, daß außer der Deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber, existieren. Ausgenommen sind der ständische Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung im Berufe dienen. Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf, und es ist höchste Zeit, daß sie verschwinden."[613]

Solche Erlasse drängten die katholischen Arbeitervereine in den Binnenraum der Kirche zurück, wo sie gleichsam im inneren Exil zu überleben versuchten. Erst in der Not des "Kreuzkampfes" wagte sich der Katholische Arbeiterverein in Cloppenburg wieder an die Öffentlichkeit und protestierte gegen die oldenburgische Schulpolitik.

Das Schicksal des Katholischen Frauenbundes in Cloppenburg zeigt exemplarisch den doppelten Boden, auf dem sich das katholische Vereinswesen nach dem Abschluß des Reichskonkordats bewegte. Neben und anstelle der katholischen Frauenvereine etablierte der NS-Staat ein breites Spektrum von frauenspezifischen Organisationen, die ihren Mitgliedern eine große Palette öffentlicher Aufgaben und Aufmerksamkeiten zukommen ließen. Die NS-Frauen

---

[610] MT vom 3.5.1933.
[611] MT vom 25.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 319.
[612] HIRSCHFELD, Althaus, S. 55. Die Aussagen Hirschfelds beziehen sich auf die katholische Diasporagemeinde St.-Marien in der mehrheitlich protestantischen Stadt Delmenhorst.
[613] MT vom 23.6.1933.

schaft wurde in Cloppenburg am 3. Mai 1933 gegründet.[614] Nach dem Bericht der Cloppenburger MT erklärten rund 200 Frauen ihren Beitritt.[615] Bereits Ende Mai 1933 deutete der Katholische Frauenbund seinen Rückzug aus der katholischen Öffentlichkeit an. Der Pressebericht über eine Wallfahrt nach Bethen betonte, daß der Katholische Frauenbund "in seiner idealen Wirksamkeit als fürsorgende Mutter, getreu der heiligen Gottesmutter, nur ungern an die breite Öffentlichkeit" trete. Der "Präses" des Frauenbundes, der geistliche Oberstudienrat Wempe, stellte den katholischen Frauen die Gottesmutter Maria als leuchtendes Vorbild vor Augen:

> "Maria ist und soll bleiben die Patronin, die Beschützerin des Bundes. Treue ihr, Treue auch dem Bunde."[616]

Die Vereinbarungen im Reichskonkordat setzten dem regen Vereinsleben des Frauenbundes wie den übrigen katholischen Vereinen enge Grenzen und schränkten es weitgehend auf karitative und religiöse Aufgaben innerhalb des kirchlichen Binnenraumes ein. Die Chronik des Cloppenburger Frauenbundes zeichnet diesen Rückzug aus der katholischen Öffentlichkeit exakt nach:

> "Wenn in der Folgezeit der kath. Frauenbund nach außen hin nicht mehr in die Erscheinung treten durfte, so hat er doch in der Stille ein Leben reicher caritativer Tätigkeit fortgeführt. In den folgenden Jahren haben die Mitglieder dem Bunde die Treue bewahrt. [...] Sein religiöses Leben konnte der Zweigverein in den Jahren nach 1933 ungehindert fortsetzen und auch unsere Bundeszeitschrift 'Das Frauenland' konnte noch einige Jahre erscheinen, aber nur mit religiösen Beiträgen."[617]

Im Frühjahr 1934 wurde Oberstudienrat Wempe, der geistliche Beirat des Cloppenburger Frauenbundes, aus politischen Motiven nach Vechta versetzt,

---

[614] Im Aufruf zur Gründungsversammlung unter dem Titel "Was will die NS=Frauenschaft?" hieß es: "Neben caritativer Arbeit wollen wir vor allem deutschen Geist pflegen, wollen sorgen, daß die Jugend schon hineinwachse in ihre späteren Aufgaben als deutsche christliche Frau und Mutter. Nur wenn wir eine innerlich starke deutsch=bewußte Jugend erziehen, kann unser schwer geprüftes Vaterland wieder gesunden, ist das Opfer der Millionen Gefallener im Weltkriege, der vielen Hundert ermordeter Vorkämpfer für die Freiheitsbewegung nicht umsonst gewesen. Von dem Gedanken aus, daß nur eine hauswirtschaftlich gut ausgebildete Frau ihrer späteren Aufgabe gewachsen ist, wollen wir die jungen Mädchen zu Koch= und Nähkursen heranziehen. Wir wollen eine große deutsche Volksgemeinschaft sein und arbeiten für ein neues Deutschland." (MT vom 2.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 179)

[615] MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 186.

[616] MT vom 29.5.1933. Der geistliche Beirat des Kath. Frauenbundes wurde in der MT als "Präses" bezeichnet.

[617] Chronik, Frauenbund, o. S.

und Dechant Hackmann, "der dem Frauenbund stets das größte Interesse entgegenbrachte und ihn nach jeder Richtung hin unterstützte", trat an seine Stelle und beschränkte den Verein in seiner Person auf die kirchlich-religiöse Sphäre.[618] Die Verkirchlichung des Katholischen Frauenbundes bedeutete einen großen Rückschritt auf dem Weg zur religiösen und kirchlichen Emanzipation der katholischen Frau und eine Niederlage der katholischen Frauenbewegung. Die Cloppenburger MT berichtete bereits gegen Ende April 1933 über eine Veranstaltung des Katholischen Frauenbundes in Cloppenburg, auf der ein auswärtiger Ordensgeistlicher einen Vortrag gehalten und zur geistigen Umkehr aufgerufen hatte:

> "Die Innerlichkeit solle gepflegt werden durch ruhige stille Schaffensfreudigkeit. Nicht im Jagen und Rennen nach lärmenden Vergnügungen bestehe das Glück, sondern in zielbewußter Pflichterfüllung, wodurch man sich und seine Umgebung beglücke. Im Kämmerlein seines Herzens aber solle man seinem Herrn und Gott einen Thron bereiten, um ihn dort häufig über Tag durch kleine Stoßgebete zu begrüßen."[619]

Nur unter extremen politischen Bedingungen, wie sie im sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936 anzutreffen waren, waren katholische Vereine wie der Frauenbund wieder bereit, sich aus der inneren Emigration zu lösen und ihre Stimme zum Protest gegen die Regierung zu erheben. Der Rückschritt betraf aber nicht nur die katholische, sondern auch die bürgerliche und proletarische Frauenbewegung. Die NSDAP hatte in ihrer Ideologie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit Zielen und Ergebnissen der Frauenemanzipation grundsätzlich nicht übereinstimmte.[620] Obwohl sie dem neuen Regime "positiv-erwartungsvoll" gegenüberstanden, wurden die bürgerlichen Frauenvereine, auch der BDF, gleichgeschaltet; die proletarischen Frauenvereine, die in die politische Arbeiterbewegung eingebunden waren, fanden mit der Zerschlagung von SPD und KPD und der Gewerkschaften ihr Ende. Auch in der Frauenpolitik stellte sich der Nationalsozialismus vor dem Hintergrund der Weimarer Republik "nicht so sehr als ‘Rückfall’ in längst vergangene Zeiten der Frauendiskrimierung dar, sondern als höchst ambivalente Epoche, in der ‘modernistische’ und ‘traditionalistische’ Tendenzen in eigentümlicher Form aufeinandertrafen". Er trat antifeministisch und antimodernistisch auf, ob

---

[618] Chronik, Frauenbund, o. S. Nach 1945 nahm der Katholische Frauenbund in Cloppenburg seine Arbeit wieder auf und blickte mit Resignation in die Vergangenheit zurück: "Es war vieles zerschlagen und manches Arbeitsgebiet in andere Hände übergegangen. Wir wollen dem Verlorenen nicht nutzlos nachtrauern."
[619] MT vom 24.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 159.
[620] FREVERT, Frauen-Geschichte, S. 200.

wohl seine konkrete Politik auch "andere und häufig gegenläufige Folgen" hatte.[621]

4.1.4. Sturm- und Jungschar im katholischen "Jungmännerverband"

Seit dem 19. Jahrhundert hatte sich ein dichtes Netzwerk von katholischen Vereinen und Institutionen ausgebildet, in dem ein großer Teil der Katholiken organisiert war. Die Schuljugend war aber bisher von den Substrukturen im katholischen Milieu noch nicht regulär erfaßt. Eine intensive Schülerarbeit schien in der Vergangenheit auch nicht vonnöten, da die katholische Erziehung und Sozialisation bis zum Eintritt in das Berufsleben durch das konfessionelle Schulwesen in noch weithin geschlossenen katholischen Teilräumen gesichert war. So lagen die Verhältnisse auch in Südoldenburg. Die Demokratisierung des politischen Lebens am Beginn der Republik und die Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 20 Jahre – noch vor der Mündigkeit – konnte zu einer frühen Politisierung der jungen Generation führen und sie womöglich radikalisieren. Aufgrund der zunehmenden Differenzierung und kulturellen Überfremdung der traditionellen katholischen Lebenswelten ergriffen kirchliche Kreise in den letzten Jahren der Weimarer Republik Initiativen, um die Schuljugend organisatorisch zu erfassen. Der Durchbruch gelang 1931 mit dem in Trier verabschiedeten "Grundgesetz des Katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands", das auch die Satzungen für die Jungschar enthielt. Die Jungmännervereine bildeten den Zusammenschluß der katholischen männlichen Jugend auf dem Boden der Pfarrgemeinde; sie waren systematisch nach dem Alter gegliedert in die Jungschar, die Jungenschaft und die Jungmannschaft. Der katholische Jungmännerverband war dreigliedrig aufgebaut. Der Jungschar gehörten Kinder von 10 bis 14 Jahren an, der Jungenschaft Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren und der Jungmannschaft junge Männer von 18 bis 24 Jahren.[622] Die Jungschar bildete die Schülerabteilung des Jungmännervereins und konnte untergliedert werden in die Abteilungen Strurmschar, Jugendkraft oder Pfadfinderschaft. Der Jungscharführer wurde vom Präses des Jungmännervereins bestellt und leitete im Einvernehmen mit ihm die Jungschar. Aufgabe der Jungschar war es laut "Grundgesetz":

---

[621] Ebd., S. 205f., 242f.

[622] KÖSTERS, Verbände, S. 193. Die DJK (Deutsche Jugendkraft) gehörte zu den Gliedgemeinschaften des Jungmännerverbandes.

"die katholischen Jungen von der Schule her unter dem Christusbanner zu sammeln und der katholischen Gemeinschaft zu erhalten;
ihnen ein frisches, freies, frohes Jugendleben für ihre Freizeit und Ferienzeit zu schenken;
sie durch Körperpflege und Leibesübungen gesundheitlich zu fördern;
sie zu einem lebendigen und bekenntnisfreudigen Christentum zu erziehen;
sie in Ehrfurcht und Dankbarkeit zu Eltern und Erziehern und zur heiligen Kirche zu erhalten;
sie für den Jungmännerverein und die jungkatholische Aktion inmitten einer christusfeindlichen Welt vorzubereiten."[623]

Durch eine sinnvolle und attraktive religiöse Freizeitgestaltung sollte die Integration der Jungen in die örtliche katholische Lebenswelt gefördert und gleichzeitig vermieden werden, daß sie konfessionell neutralen oder politischen Vereinen beitraten.[624] Neben den bestehenden Meßdienergruppen setzte sich die Sturm- bzw. Jungschar auch in Südoldenburg verstärkt für die Integration der katholischen Schüler in das katholische Sozialmilieu und ihre Bewahrung vor der 'neuheidnischen' Staatskultur im nationalsozialistischen Deutschland ein. Zu den großen kirchlichen Festen traten die einzelnen Untergliederungen, die Stürme und Trupps, geschlossen im "Dienstanzug" an.[625] Das Bundeszeichen des Jungmännerverbandes war das Christuszeichen, sein Bundesbanner das Christusbanner. Das Christusbanner war bei allen Aufmärschen und Kundgebungen zu tragen, jedoch nicht bei Veranstaltungen parteipolitischer Art. Der Grußruf lautete "Treu Heil". Eine besondere Bedeutung und Verantwortung kam den "Jungführern" zu, die aus der Mitgliedschaft erwuchsen und Funktionen als Präfekt, Gruppen- und Abteilungsführer, Spiel- und Turnwart übernahmen. Sie wurden vom Präses im Einvernehmen mit der Gruppe ernannt und auf dem "Führerabend", der "als pädagogischer Schulungsabend unter Leitung des

---

[623] JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 80-82. Die Jungschärler wurden nicht als Mitglieder des Jungmännervereins gezählt, sondern bildeten die Vorstufe.

[624] KÖSTERS, Verbände, S. 331ff.; JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 74. Den Mitgliedern des Jungmännervereins war es untersagt, anderen nichtkatholischen Jugendvereinigungen beizutreten, insbesondere nicht "Vereinen und Bewegungen, deren Ziel und Haltung der katholischen Weltanschauung und den Grundsätzen des Jungmännerverbandes widersprechen." Es wurde ihnen nahegelegt, sich Christlichen Gewerkschaften und Berufsvereinen anzuschließen. Der für die Mitglieder des Katholischen Jungmännerverbandes zuständige Sportverband war die Deutsche Jugendkraft (DJK).

[625] MT vom 30.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 378: Aufruf zur Teilnahme am Erntedankfest am 1. Oktober 1933, der von der nationalsozialistischen Propaganda als "Tag der Ernte" begangen wurde. Die Jungschargruppen wählten ihre Wimpel und Namen selbst aus. Als ihr Zeichen trugen die Jungschärler ein schlichtes Silberkreuz. Bei Zeltlagern war das Christusbanner als Lagerbanner mitzuführen. (JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 83f.)

Präses monatlich wenigstens einmal" stattzufinden hatte, geschult; die Teilnahme am "Führerabend" war für die gesamte Jungführerschaft verpflichtend.[626]

Im Laufe des Jahres 1933 wurden in Südoldenburg verschiedene Sturmschargruppen ins Leben gerufen.[627] Bei der Gründung der Sturm- und Jungschar in Lastrup im Juni 1933 wurde mit einer Parole geworben, die einen Brückenschlag zwischen dem Kampf für "Jesus Christus, unsern Führer," und der nationalen christlichen Aufbauarbeit versuchte:

> "Katholischer Jüngling, katholischer Junge, stehe nicht fern, hinein in die Sturmschar oder in die Jungschar und kämpfe mit für Jesus Christus, unsern Führer. Stärke die Reihen der katholischen Jugendverbände, denn dadurch hilfst du mit am Aufbau unseres geliebten Vaterlandes:
>
> 1. Laßt die Christenbanner wehn!
> Laßt uns Christi Siege sehn!
> Christi Schlachten laßt uns schlagen,
> Christus Zeichen vorwärts tragen!
> Christus muß durchs Leben gehn!
> In den Massen auferstehn!
>
> 2. Christusjugend, Fahne hoch!
> Nimm das Kreuz! Nicht Sklavenjoch!
> Nimm's als starkes Schlachtenzeichen,
> Dem die Teufel selber weichen!
> Kreuzzug! Vorwärts! Schritt für Schritt!
> Millionen müssen mit!
>
> 3. Christusmannschaft, fasse Tritt!
> Beste Volkskraft, ziehe mit!
> Laßt die Krämerseelen laufen,
> Bestes gilt es zu erkaufen:
> Schlage kraftvoll Streich um Streich!
> Heute gilt es Christi Reich!
>
> 4. Christusreiter, zögert nicht!
> Noch grollt das Weltgericht!
> Eine Welt müßt ihr erstreiten,

---

[626] JUNGMÄNNERVERBAND, Grundgesetz, S. 65, 75. Der Präfekt war "mit dem Präses Vertreter und mitverantwortlicher Führer der Gesamtheit des Vereins". Er leitete die Führerschaft und führte die Jungmannschaft und berief im Einvernehmen mit dem Präses die Sitzungen und Versammlungen ein. Er wurde in der Jahresversammlung des Vereins in schriftlicher Abstimmung für ein Jahr gewählt. Zu seinen Aufgaben gehörte es auch, die Präfektenkonferenzen, Bezirkstagungen und Diözesanveranstaltungen zu besuchen und "den Geist und Willen des Verbandes lebendig zu machen". (S. 61f.)

[627] IMBUSCH, Jugend, S. 165-176.

Für den Erntetag bereiten!
Laßt die Christusbanner weh'n!
Auf! Wir wollen Siege sehn!" [628]

Moralischer Impuls, imperativische Syntax, militarisiertes Vokabular der religiösen Versdichtung und metrische Anleihen beim "Horst-Wessel-Lied" ("Christusjugend, Fahne hoch!") machen deutlich, wie die katholische Kirche ihre Jugend auf eine christliche Bewegung einzuschwören und gegen die 'neuheidnische' NS-Gesellschaft zu führen versuchte. Im Zeichen einer politisierenden Christusheroisierung ging das Leitbild eines kämpferischen Christentums dabei eine Symbiose mit jugendbewegten Gemeinschaftsformen und franziskanischen Idealen ein.[629] Die katholische Kirche suchte auch in den Schüler- und Jugendorganisationen die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und verbesserte duch die Gründung der Sturm- und Jungschar ihre Ausgangsposition im katholischen Milieu in Südoldenburg. Frei von Konflikten blieb das Verhältnis zwischen den nationalsozialistischen und katholischen Organisationen dabei freilich nicht.

Die Funktion des Führers der katholischen Jungschar Oldenburg nahm von 1933 bis 1937 Hans Schlömer wahr, der seit 1963 verschiedene Funktionen im Bischöflichen Offizialat bekleidete. Diese Tätigkeit übte er während seiner Gymnasialzeit am Vechtaer Antonianum aus. In einem Leserbrief, der in der Nordwest-Zeitung erschien, berichtet Hans Schlömer über eine Vielzahl von Übergriffen der nationalsozialistischen Regierung unter Ministerpräsident Joel gegen katholische Vereine in Südoldenburg, in die er auch persönlich verwickelt war.[630] Während seiner Dienstzeit am Offizialat von 1963 bis 1983 fungierte Schlömer bis 1977 auch als Redakteur des oldenburgischen Teils der Kirchenzeitung "Kirche und Leben" und widmete sich dem Archiv- und Bibliothekswesen.[631]

---

[628] MT vom 3.6.1933; GELHAUS, 1933, S. 228. Den Eltern der Jungen wurde nahegelegt, die katholische Wochenzeitschrift "Junge Front" für die neuen Mitglieder der Sturm- und Jungschar zu beziehen. Die Versdichtung wurde von Ludwig Wolker, dem Generalpräses des Katholischen Jungmännerverbandes (1926 - 1939), verfaßt.
[629] STAMBOLIS, Jugendliche, S. 160ff.
[630] NWZ vom 18.4.1980.
[631] Zu Hans Schlömer vgl. HANSCHMIDT, Alwin: Hans Schlömer und die Studentenschaft. Eine Würdigung anläßlich des 80. Geburtstages, IN: HBL Jg. 77, Nr. 5, 10.10.1998, S. 42-44; HANSCHMIDT, Schlömer, S. 376-378; Zum Gedenken an Hans Schlömer, IN: HBL Jg. 77, Nr. 6, 12.12.1998, S. 54.

Die katholischen Schüler- und Jugendorganisationen, die im Katholischen Jungmännerverband zusammengeschlossen waren, gehörten zu den Vereinen, die den Schutz des Reichskonkordats genossen. Deshalb wurden die vom oldenburgischen Staatsministerium verhängten Verbote gegen den Jungmännerverband und seine Untervereinigungen, die Sturmschar, Jungschar und die Jungenschaft, durch die Bekanntmachung vom 18. Juli 1933 wieder aufgehoben, blieben die Maßnahmen gegen den Windthorstbund und den Volksverein für das katholische Deutschland in Kraft.[632] Bereits am 11. Juli 1933 fanden im badischen Innenministerium mit Vertretern des Erzbischofs Verhandlungen statt. Sie erzielten Übereinstimmung, "daß in tunlichster Bälde der durch den Abschluß des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und der Reichsregierung neugeschaffenen Lage Rechnung getragen werden sollte". Der Innenminister veröffentlichte daraufhin eine Bekanntmachung, die Maßnahmen gegen solche Organisationen, die durch das Konkordat anerkannt waren, sofort aufhob. Dabei handelte es sich um die im Jungmännerverband zusammengeschlossenen Vereinigungen, zu denen auch die Jung- und Sturmschar gehörte. Die Maßnahmen gegen Organisationen des Zentrums blieben in Kraft.[633]

Die katholischen Kirchen in Scharrel und Sedelsberg leiteten im Herbst 1934 für die Gründung und das Bestehen der Sturm- und Jungschar aus dem Reichskonkordat Schutzbestimmungen ab, an denen aus der Sicht der NS-Behörden "im Augenblick nicht zu rütteln" war. Nach ihrer Ansicht wurde "der HJ und dem Jungvolk schwerer Abbruch" getan, "weil die Sturmschar in ihrer Anmaßung weit über die Grenzen ihrer Zuständigkeit, d. i. Pflege des religiösen Lebens, hinausging und noch geht". In dem Monatsbericht des NSLB hieß es allgemein über die politische Lage in Scharrel und Sedelsberg:

> "Es wirkt dort ein System zentrümlichen, liberalistischen Geistes, unterstützt von höherer kirchlicher Seite, durch eine ganz ultramontane katholische Aktion. Es wurde so über die Jugend nicht nur in die Schule, sondern auch in die Bevölkerung eine starke Unruhe und Uneinigkeit hineingetragen. Diese hängt sehr an der alten Weltanschauung, getreu ihrer bisherigen zentr. kath. Führung und ihrem kath. Gewissen, während andererseits der Nationalsozialismus sich noch nicht genügend durchgesetzt hat und noch hart um Boden ringt. Die Leute wissen nun überhaupt nicht mehr, was sie noch glauben sollen und was nicht. Es entwickelt sich so eine Lage, die den Bestrebungen einer wahren Volksgemeinschaft direkt entgegengesetzt ist."[634]

---

[632] Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 152, 20.7.1933, S. 648; MT vom 21.7.1933; GELHAUS, 1933, S. 312.
[633] MT vom 14.7.1933.
[634] KUROPKA, Wahrheit, S. 35f.: NSLB-Monatsbericht des Kreises Friesoythe vom 4.10.1934.

Ein gewisses Maß an oppositioneller Haltung war trotz aller Beschränkungen in den Vereinen noch möglich, aber die Bedingungen für ihr Überleben verschlechterten sich zusehends.

4.1.5. Verschärfung der politischen Spannungen

In den Jahren 1934/35 verschärften sich die Spannungen zwischen den katholischen Jugendverbänden und den politischen Behörden. Durch Erlaß des oldenburgischen Ministerpräsidenten vom 27. März 1934 wurde den im Katholischen Jungmännerverband organisierten Jugendlichen geschlossenes öffentliches Auftreten untersagt. Damit griff Joel der auf Reichsebene erlassenen Verfügung vom 20. Juli 1935 vor. Das Reichsinnenministerium wies am 20. Juli 1935 die Landesregierungen an, den konfessionellen Jugendverbänden das Tragen von Uniformen sowie das geschlossene öffentliche Auftreten mit Wimpeln und Fahnen zu verbieten.[635] Oldenburg setzte diese Anweisung in der Verfügung vom 5. August 1935 um und schaltete damit konfessionelle Jugendorganisationen quasi aus dem öffentlichen Leben aus. Im einzelnen wurden folgende Aktivitäten verboten:

> "1. jede Betätigung, die nicht rein kirchlicher Art ist, insbesondere eine solche politischer, sportlicher und volkssportlicher Art;
> 2. das geschlossene Auftreten in der Oeffentlichkeit und die Unterhaltung eigener Musik- und Spielmannszüge;
> 3. das öffentliche Tragen von Uniformen (Bundestracht, Kluft) oder Kleidungsstücken oder Abzeichen, die sie als Angehörige der konfessionellen Jugendorganisationen kenntlich machen. [...]
> 4. das Mitführen oder Zeigen von Wimpeln oder Fahnen in der Oeffentlichkeit, ausgenommen bei althergebrachten Prozessionen, Wallfahrten, Primiz= oder anderen Kirchfeiern, sowie bei Begräbnissen;
> 5. der öffentliche Vertrieb oder das öffentliche Verteilen von Presseerzeugnissen konfessioneller Jugendverbände (Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter)."[636]

Diese Bestimmung richtete sich eindeutig gegen die katholische Sturm- und Jungschar, die eine Kluft trug, und traf die Jungschararbeit in ihrem Kern.[637] Die Schule war weiterhin das herausragende Konfliktfeld, auf dem sich katholische Kirche und NS-Regierung gegenüberstanden. Besonders repressiv gegen

---

[635] NEUHÄUSLER, Kreuz 2, S. 301f.; KÖSTERS, Verbände, S. 341f.
[636] WILLENBORG, Schule, S. 73.
[637] KÖSTERS, Verbände, S. 334. Die Kluft der Jungschargruppen bestand aus einem blauen Hemd, einer dunkelblauen Rippelsamthose und einem silbernen Kreuzchen auf der Brust.

die katholische Schuljugend dürfte sich die Verfügung vom 11. Juni 1934 ausgewirkt haben, die anstehende Versetzungen und Prüfungen nicht nur vom "erforderlichen Wissensstoff" abhängig machte, sondern auch von der politischen Schulung, "wie sie außerhalb der Schule allein von den Gliederungen der NSDAP (Jungvolk, Hitlerjugend, Bund deutscher Mädel, NS-Frauenschaft, SA und SS und PO) vermittelt wird". Im Erlaß wurde dazu angeordnet:

> "Künftig wird daher in allen Schulen bei der Entscheidung über Versetzungen und Prüfungen besonderes Gewicht darauf zu legen sein, ob, wie lange und mit welchem Erfolg Schüler und Schülerinnen in den genannten Gliederungen der nationalsozialistischen Bewegung tätig gewesen sind. Eine Berufung darauf, daß die Eltern mit einer solchen Tätigkeit nicht einverstanden seien, wird für die Entscheidung der Schule bedeutungslos sein."[638]

Zusammen mit der Einführung des Führerprinzips in der Schulleitung bot dieser Erlaß eine ausgezeichnete Handhabe für eine nationalsozialistische Pädagogik, die gegen den Schüler angelegt war und in der Hand des Schulleiters eine große Machtfülle konzentrierte. Durch Erlaß des Ministers der Kirchen und Schulen wurde in den Schulen des Landes am 15. Februar 1935 das Führerprinzip eingeführt:

> "Um den nationalsozialistischen Führergedanken mehr noch als bisher im Leben der Schulen zu verwirklichen, ordne ich an:
> 1. Sämtliche Konferenzen haben fortan nur noch beratende Befugnisse. Die ihnen bisher zugewiesenen Entscheidungen trifft der Schulleiter. Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.
> 2. Bei allen Prüfungen fallen fortan die Abstimmungen im Prüfungsausschuß fort. Über das Prüfungsergebnis im einzelnen wie insgesamt entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses (Regierungsvertreter)."[639]

Durch eine Reihe von weiteren Erlassen versuchte das Ministerium Pauly, das religiöse Leben in Südoldenburg einzudämmen und auf diesem Wege die Autorität der katholischen Kirche zu untergraben. Der Erlaß vom 22. Juni 1935 verfolgte das Ziel, das katholische Vereinswesen einzuschränken, ergriff jedoch keine konkreten Maßnahmen. Pauly untermauerte seine Position durch ausdrückliche Hinweise auf die Bestimmungen des Reichskonkordats und erinnerte in diesem Zusammenhang an die zwischen Staat und Kirche umstrittene Auslegung des Vertragswerkes:

---

[638] WILLENBORG, Schule, S. 69.
[639] Ebd., S. 89.

> "Um diese weitgehenden konfessionellen Bestrebungen zu begründen, wird häufig behauptet, solche konfessionellen Vereine seien nach dem Konkordat mit dem Heiligen Stuhl erlaubt. Dazu ist folgendes zu sagen:
> a) Es steht noch nicht fest, welche Vereine im einzelnen erlaubt sein werden und welche nicht. Insoweit ist eine Einigung noch nicht erfolgt.
> b) Vereine, die 'erlaubt' sind, können praktisch sehr wohl volksschädigend wirken.
> Die Förderer dieses weitgehenden konfessionellen Vereinswesens betonen immer wieder, daß sie bedingungslos deutsch seien. Diese Behauptung ist jedoch unzutreffend. Aus der Tatsache, daß sie eine so weitgehende Aufspaltung erstreben, ergibt sich einwandfrei, daß sie nicht gewillt sind, dem Volk zu geben, was das Volk nötig hat. Hier entscheiden nicht Reden, sondern Taten."[640]

In Oldenburg schlugen sich diese Spannungen in verstärkter Konfrontation zwischen dem südoldenburgischen Katholizismus und dem nationalsozialistischen Ministerium Pauly nieder. In den Konferenzprotokollen des staatlichen Gymnasiums in Cloppenburg findet sich ein Beispiel, das das angespannte Verhältnis zwischen den katholischen und staatlichen Jugendverbänden verdeutlicht und die Anwendung der entsprechenden Verfügungen demonstriert. Die Klassenkonferenz der Obersekunda befaßte sich am 3. Juli 1935 mit dem Schüler Brengelmann, der die katholische Sturmschar in Essen führte und offensichtlich in Konflikt mit den oldenburgischen Verfügungen geriet. Im Konferenzprotokoll heißt es dazu:

> "Dr. Burwinkel berichtet, daß Brengelmann als Führer der Sturmschar in Essen geduldet hat, daß Kinder unter 10 Jahren an Veranstaltungen dieser Sturmschar teilgenommen haben. Bei einem Verhör gab B. als seine Ansicht kund, daß diese Kinder wohl als Gäste jederzeit teilnehmen könnten. Dr. Kleene gab an, daß auch der Hochw. Offizial diese Ansicht habe. Die Konferenz stellte aber nach den früher ergangenen Verfügungen fest, daß sich Brengelmann gegen diese vergangen hat, daß aber seine Vorgesetzten die letzte Schuld tragen. Dieses Ergebnis einer ergiebigen Aussprache führt zu einem Strafantrag des Klassenleiters von 2 Std. Einschließung. Außer den Herren Dr. Kleene u. Funke sind alle dafür. Der Direktor verhängt diese Strafe."[641]

Die Konferenz bezog sich auf die Verfügung des Ministers der Kirchen und Schulen vom 11. März 1935, in der "Schulkindern unter 10 Jahren die Beteiligung an Vereinen und Verbänden außerhalb der Schule untersagt" worden war.[642] Die Verfügung Paulys versuchte, den 'Wettbewerbsvorteil' der katholischen Jung- und Sturmschar, für die der Essener Sturmscharführer Brengelmann auch Jungen unter 10 Jahren angeworben hatte, gegenüber dem Jungvolk

---

[640] KUROPKA, Wahrheit, S. 42f.
[641] Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1934/35: Protokoll vom 3.7.1935.
[642] WILLENBORG, Schule, S. 73.

(Eintrittsalter 10 Jahre) auszugleichen. Vor diesem Hintergrund bekam der Fall Brengelmann eine erhebliche politische Brisanz. Auf einen Bericht von Schulrat Dr. Kohnen hin hatte das zuständige oldenburgische Ministerium eine exemplarische Bestrafung des Schülers Brengelmann verlangt. In einer Aktennotiz vom 17. Juni 1935 forderte Kohnen die Relegation des Schülers und sah den Fall vor dem kirchenpolitischen Hintergrund der Zeit:

> "Der Führer der Jungschar in Essen ist der Kaplan Niermann. Die meisten Veranstaltungen wurden geleitet von den Gebrüdern Brengelmann, wovon der ältere stud. theol. ist u. nur in den Semesterferien zur Verfügung steht, während der jüngere die Obersekunda des Realgymnasiums Cloppenburg besucht u. die eigentliche Seele der Jungschar ist. [...] Es ist kaum daran zu zweifeln, daß auch in anderen Orten gegen die Min.-bekanntmachung verstoßen wird. Der Offizial wird hierauf hinzuweisen sein. [...] Dem Obersekundaner Brengelmann wird mindestens die Entfernung von der Anstalt anzutragen sein. Für einen Schüler der oberen Klassen, der jüngere Schüler zum Ungehorsam gegen Anordnungen des Staates anhält u. seinen Mitschülern als offener Gegner der Bestrebungen des NS z. B. auf dem Gebiete der Jugendbewegung bekannt ist, sollte auf einer staatlichen Schule kein Platz sein." [643]

Im September 1935 wurde die Jungschar in Essen aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt.[644] Am 7. Januar 1936 befaßte sich die Allgemeine Lehrerkonferenz des Cloppenburger Gymnasiums wieder mit dem Essener Vorfall, und es gelang dem nationalsozialistischen Leiter der Schule, Dr. Stuckenberg, nur mit Mühe, den Schüler Brengelmann vor einer Relegation zu bewahren.[645]

4.1.6. Das Verbot der Doppelmitgliedschaft

Das Verbot der Doppelmitgliedschaft leitete eine neue Phase im Verhältnis zwischen den katholischen Vereinen und den NS-Behörden ein. Es sorgte auf seiten der katholischen Kirche für erhebliche Verunsicherungen und Befürchtungen und förderte die Zurückdrängung des katholischen Vereinswesens, das mit der Zeit nur noch "im Stillen" zu wirken vermochte, in den kirchlichen Binnenraum. Übrig blieb vom vielfältig organisierten öffentlichen Katholizismus der Weimarer Zeit ein "unspektakulärer Torso", der nach dem Zweiten Weltkrieg völlig neu aufgebaut werden mußte. Nach Auffassung von Michael Hirschfeld liefen die Repressalien nicht auf ein generelles Verbot z. B. der Arbeitervereine hinaus, sondern erwiesen sich als wesentlich subtiler, indem sie

---

[643] Ebd., S. 75.
[644] HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 372.
[645] REINHARDT, Chronik, S. 53.

"die private Existenz treuer katholischer Christen trafen." Die Mißachtung des Verbots bedeutete das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren und des Anrechts auf Arbeitslosenhilfe, Kranken-, Invaliden- und Sterbegeld seitens der Gewerkschaft verlustig zu gehen, wenn man nicht der DAF angehörte.[646] Nach dem Doppelmitgliedschaftsverbot, das vom Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, am 27. April 1934 verhängt wurde, konnten "Mitglieder anderweitiger Berufs- und Standesorganisationen, insbesondere konfessioneller Arbeiter- und Gesellenvereine", nicht auch Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sein. Wenn eine Doppelmitgliedschaft bereits bestand, sollte die Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront aufgehoben werden. Ausgenommen von dem Verbot war nach den Bestimmungen des Reichskonkordats die "Zugehörigkeit zu kirchlichen Organisationen und Verbänden, die ausschließlich religiösen, kulturellen oder karitativen Zwecken dienen". Mitglieder dieser Organisationen konnten auch in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommen werden.[647] Bischof Clemens August verurteilte in seinem Hirtenbrief an die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenverbände vom 28. Juni 1935 das Verbot der Doppelmitgliedschaft, das "dem Wortlaut und dem Sinn des Reichskonkordates" und bekannten regierungsamtlichen Verlautbarungen widerspreche. Die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine pflegten "keine parteipolitischen, dem jetzigen Regiment feindlichen Tendenzen" und seien keine "überparteilichen oder getarnten Zentrumsorganisationen", wie in Regierungskreisen behauptet werde. Vielmehr verpflichteten sie sich auch für die Zukunft, "dem Staate zu geben, was des Staates ist, und aufrichtig der Volksgemeinschaft zu dienen". Solange das Wort des Führers gelte und nicht widerrufen werde, müsse die katholische Kirche ein "Entweder - Oder: entweder Austritt aus dem Arbeiterverein oder Ausschluß aus der Arbeitsfront und damit große wirtschaftliche Nachteile mit der Gefahr der Vernichtung

---

[646] HIRSCHFELD, Althaus, S. 57f.

[647] KÖSTERS, Verbände, S. 292; NEUHÄUSLER, Kreuz 2, S. 311, 315; DAMBERG, Moderne, S. 261. Aufgrund der Tatsache, daß die Zugehörigkeit zu einer nationalsozialistischen Organisation im öffentlichen Dienst, in kommunalen Betrieben und in vielen Privatunternehmen vielfach als Einstellungsvoraussetzung galt, konnte die weitere Mitgliedschaft in einem katholischen Arbeiter- oder Gesellenverein wirtschaftliche Benachteiligungen zur Folge haben. Bischof Clemens August erhob beim Reichskanzler Protest gegen das Doppelmitgliedschaftsverbot, von dem im Bistum Münster nach Darstellung von Christoph Kösters "zunächst keine unmittelbar sichtbaren Auswirkungen" ausgingen. (KÖSTERS, Verbände, S. 294) Nach der Zerschlagung der Christlichen und der Freien Gewerkschaften erhob die Deutsche Arbeitsfront den Anspruch, die alleinige Vertretung der Arbeiterschaft zu bilden. Aufgrund des Verbots der Doppelmitgliedschaft, das zudem auslegungsbedürftig war, waren Konflikte zwischen katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen und nationalsozialistischen Organisationen vorprogrammiert. (ARETZ, Arbeiter, S. 55)

der wirtschaftlichen Existenz" ablehnen. Im Kampf gegen den Marxismus hätten sich die katholischen Arbeiter und Arbeiterinnen nationale Verdienste erworben:

> "Die katholischen Arbeiter= und Arbeiterinnenvereine haben in der Hochflut des Kommunismus und der Rätewirtschaft die guten und vaterländisch treuen Elemente der Arbeiterschaft gesammelt und eine solche Entrechtung nicht verdient."

Die Arbeitervereine hätten außerdem seit langer Zeit alles aus ihren Satzungen entfernt, was Vorurteile gegen sie schüren könnte, und leisteten "unter Ausschaltung aller parteipolitischen und gewerkschaftlichen Ziele, auch unter Verzicht auf berufsständische Aufgaben", ausschließlich noch "eine religiöse, rein berufs=ethische, rein kulturelle und caritative Arbeit". Deshalb seien sie zu den Vereinen mit rein religiösen, kulturellen und karitativen Aufgaben zu rechnen, denen im Reichskonkordat der staatliche Schutz zugesagt worden sei.[648] In der Tat hatten vor allem berufsständische Vereine ihre Satzungen in dem Sinne geändert, daß alle politik- und gesellschaftsbezogenen Aktivitäten gestrichen und dafür religiöse Akzente stärker betont worden waren, um den Schutz des Reichskonkordats für ihren Fortbestand nicht zu verlieren. Daß das Verhältnis zwischen den katholischen Standesvereinen und dem NS-Staat politisch unentschieden und in der Schwebe blieb, zeigt die Diskussion um die Doppelmitgliedschaft von Mädchen in der Marianischen Kongregation und im BDM, die in Südoldenburg 1935 zu einer Kontroverse zwischen der katholischen Kirche und den politischen Behörden führte. Nach einem Bericht an das Bischöfliche Offizialat über eine Untergautagung des BDM im Cloppenburger Gymnasium am 24. März 1935 erklärte die Gauführerin des BDM, Titia Petersen, vor etwa 40 Führerinnen, "also vor einem Teil der Gesamttagung, dass in Zukunft auch hier im Süden die Entscheidung fallen wird über die Doppelmitgliedschaft BDM - Kongregation". Im Konfliktfall, verlautete aus dem Bericht weiter, würden die Mädchen in der Kongregation verbleiben und die politische Organisation verlassen:

---

[648] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 30, 28.7.1935, S. 305-307. Bei diesem Hirtenschreiben handelte es sich nach Auskunft von Bischof Clemens August um die zustimmende Übernahme des Hirtenwortes der Erzbischöfe von München und Bamberg vom 1. Juni 1935, das "als Antwort auf vielfache Gewissensfragen" aus der katholischen Bevölkerung dieser Diözesen verfaßt worden sei. Die neuen, den politischen Verhältnissen angepaßten Satzungen hielten die Arbeitervereine zur Wahrnehmung ausschließlich religiös-sittlicher und karitativer Aufgaben an, zu denen auch die "Anleitung zur aufrichtigen Mitarbeit an der Volksgemeinschaft aus echt christlichem und echt deutschem Geist" zählte. (S. 306)

> "Sie [= Petersen] erklärte mit aller Bestimmtheit, dass in Zukunft auch im Old. Süden die Mitglieder des BDM nicht mehr in der Kongregation sein dürften. Dagegen erhob sich flammender Protest von seiten der katholischen Teilnehmerinnen mit dem Hinweis, dass dann die Mädchen der Kongregation die Treue bewahren würden und aus dem BDM austreten würden. Solche Mädchen seien aber keine wahren Deutsche, sagte sie dann. Sie antwortete, dass man im Süden lange genug mit der Durchführung dieser schon alten Verfügung gezögert hätte, und man würde nun endlich doch durchgreifen."[649]

Das Ringen zwischen NS-Staat und katholischer Kirche, zwischen nationalen Pflichten und religiöser Treue, ging 1935 weiter und beschäftigte auch den örtlichen Klerus auf dem Lande. Im November 1935 richtete der Böseler Pfarrer Sommer eine Anfrage an Offizial Vorwerk und bat um Aufklärung über die Doppelmitgliedschaft in konfessionellen Vereinen und staatlichen Jugendorganisationen. Der Pfarrer schrieb besorgt an seine vorgesetzte Behörde und verlangte eine Entscheidung:

> "Hier ist augenblicklich die Frage akut, ob eine Doppelmitgliedschaft der weiblichen Jugend in unserer Jungfrauensodalität und im B.D.M. staatlicherseits officiell erlaubt ist. Die Schulmädchen fragten dieserhalb soeben aus drängenden Gründen in der Pastorat an. Ich bitte deshalb hiermit um möglichst umgehende zuverlässige Nachricht."[650]

In seiner Antwort wies das Bischöfliche Offizialat darauf hin, daß eine Doppelmitgliedschaft allgemein verboten sei, aber im Süden des Landes ein "Ausnahmezustand" existiere, den die oldenburgische Regierung inoffiziell mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in dieser Region dulde. Vorwerk merkte in diesem Zusammenhang zur politischen Lage in Südoldenburg kritisch an:

> "Auch im kathol. Süden Oldenburgs hat man mehrfach versucht, den Mitgliedern des B.D.M. die Mitgliedschaft in der Jungfrauenkongregation zu verbieten. Infolge des sich zeigenden Widerstandes ist dann für den Süden Oldenburgs eine Ausnahme gemacht. So weit hier bekannt ist, besteht augenblicklich noch dieser Ausnahmezustand, so daß dort in Bösel die Doppelmitgliedschaft zur Zeit erlaubt ist. Ob allerdings dieser Ausnahmezustand ein Dauerzustand werden wird, erscheint mir persönlich nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft."[651]

---

[649] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben ohne Nennung des Autors vom 30. März 1935.
[650] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben Sommers vom 27. November 1935.
[651] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: handschriftlich am 27.11.1935.

In der Frage der Doppelmitgliedschaft von Jugendlichen in katholischen Vereinen und nationalsozialistischen Verbänden nahm Südoldenburg aufgrund seiner spezifischen Sozial- und Kirchenverfassung weiterhin eine Sonderstellung ein. Dadurch konnte aber nicht ganz verhindert werden, daß auch in Südoldenburg katholische Vereine verboten wurden. So löste die Oldenburger Gestapo am 6. Februar 1936 die Kolpingsfamilie in Neuenkirchen auf, das Staatsministerium am 4. März 1936 die Kolpingsfamilie in Lohne. Durch Gestapo-Verfügung vom 27. Oktober 1937 wurde der Katholische Jungmännerverband im Bistum Münster verboten; davon waren auch die Gliederungen im Offizialatsbezirk Oldenburg betroffen.[652] Das Bestreben der NS-Behörden, die katholischen Vereine in Südoldenburg völlig aus der Öffentlichkeit in den kirchlichen Binnenraum zu verdrängen, scheiterte nicht zuletzt an den noch intakten sozialen Strukturen dieser Region. Sie waren noch relativ funktionsfähig. Dazu gehörte auch eine lokale Presse, die - wie in diesem Falle die Cloppenburger MT - noch über einzelne Aktivitäten katholischer Vereine berichten konnte. Die Cloppenburger MT warb im Mai 1935 in einem Artikel für die Aufnahme in den katholischen Jungmännerverein und die Marianische Jungfrauenkongregation in Essen und nahm bei dieser Gelegenheit Stellung gegen die NS-Kulturpolitik:

> "Während der hl. Kommunion schreitet dann die gesamte kath. Jugend der Pfarrgemeinde gemeinschaftlich zum Tische des Herrn. Am Nachmittag findet sie sich wieder zur Zeit der Nachmittagsandacht ein, und nach der Maiandacht besteigt Kaplan Niermann die Kanzel. Durch eine längere Predigt verschafft er der Jugend Klarheit über die Lehre und die Ausbreitung des Neuheidentums, über die Angriffe gegen die konfessionellen Verbände, über die Stellung des H. Vaters und unserer Bischöfe und über die kath. Aktion. Im Anschluß daran legen die Jungen und Mädchen, die neu aufgenommen zu werden wünschen, das Treuegelöbnis ab, und dann werden ihnen die Abzeichen angesteckt. Alle singen: Großer Gott, wir loben dich."[653]

Die katholische Kirche antwortete auf die Konkurrenz der staatlichen Jugendorganisationen, die aufgrund ihrer gemeinschaftlichen Aktivitäten und größeren Freizügigkeiten für die jungen Menschen durchaus attraktiv waren, im Rahmen der Katholischen Aktion seit 1935 verstärkt mit einer Reorganisation der Vereins- und Jugendarbeit auf der Diözesan- und vor allem der Pfarrverbandsebene. Zu diesem Zweck schlug die Diözesansekretärin vom Verband der katholischen Jungfrauenkongregationen in der Diözese Münster Offizial Vorwerk für die Wintermonate 1935/36 eine intensive Schulungsarbeit vor, die jede einzelne Pfarrei erreichen sollte:

---

[652] HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 372, 374.
[653] MT vom 13.5.1935; WILLENBORG, Schule, S. 74.

> "In jedem Ort müsste nachmittags oder abends eine Vollversammlung aller Jungfrauen stattfinden und daran anschliessend eine Vorstandsbesprechung. [...] Wenn ich so durch beide Dekanate gekommen bin, dann wird ein Schulungskurs veranstaltet, zu dem jede Kongregation etwa 4 - 5 Teilnehmerinnen schickt, und zwar solche, die jung, frisch, aufgeschlossen und tief religiös sind und die sich für Vorstandsarbeit - sei es als Bezirksvorsteherin oder als Gruppenführerin - eignen. Wenn ich vorher in den einzelnen Orten bin, dann suche ich mir schon nach Überlegung mit dem Herrn Präses die richtigen Mädchen aus."[654]

Vorwerk begrüßte die Initiative der Diözesansekretärin und teilte ihr mit, "daß wir jetzt hier die Kongregationssache neu organisiert haben". Er hoffe bestimmt, "daß jetzt die Arbeit auch Erfolg haben wird".[655] Die Intensivierung der katholischen Vereinsarbeit, die auch mit einer größeren Beaufsichtigung der katholischen Jugend einhergehen sollte, und namentlich der Schulungskurs in Vechta fanden unter den Beteiligten ein zwiespältiges Echo. Das geht aus einer Nachricht des Rechterfelder Pastors Johannes Hölscher hervor, der bei dieser Gelegenheit den in den 1930er Jahren fortschreitenden sittlichen Verfall der Jugend und die zunehmende Auszehrung des katholischen Milieus beklagte. In einem Brief an Offizial Vorwerk bat Hölscher um Rat, welchen Weg er als katholischer Seelsorger einzuschlagen habe:

> "Von der Jungfrauentagung in Vechta sind die Jungfrauen teils enttäuscht, teils begeistert zurückgekehrt. Große Begeisterung herrscht für einen Fastnachtsabend im Saale, wie es dort praktisch vorgeführt ist. Unterzeichneter bittet um Beantwortung folgender Fragen:
> 1. Ist es gestattet, einen Fastnachtsabend abzuhalten, während doch bei den Jungmännerabenden nur religiöse Themen behandelt werden sollen?
> 2. Wenn es gestattet ist, ist es dann praktisch, einen solchen Abend abzuhalten, zumal wir in der Nähe von Wildeshausen sind, wo noch tatsächlich Fastnacht gefeiert wird?
> Daß die Jungfrauenkongregationen zur Zeit scharf beobachtet werden, ist ja bekannt. Mir scheint die Schaffung einer klaren Linie in der Jungfrauenseelsorge von großer Wichtigkeit zu sein."[656]

Der südoldenburgische Katholizismus bewegte sich von 1933 bis 1935/36 unentschieden zwischen politischer Loyalität aus nationaler Verantwortung und moralisch-religiöser Pflichterfüllung gegenüber der katholischen Kirche, die im

---

[654] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben vom 26.7.1935.
[655] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: handschriftlich am 27.7.1935. Nach dem Schreiben Vorwerks überschnitten sich die beabsichtigten Aktivitäten der Diözesansekretärin mit denen von Kaplan Schmitz, der im Auftrage der Zentrale der katholischen Jungfrauenkongregationen auch im Oldenburger Münsterland tätig werden sollte.
[656] Offizialats-Archiv A - 3 - 18I: Schreiben vom 22.1.1936.

Konfliktfall häufig den Vorzug vor den Ansprüchen des Staates genoß. Diese ambivalente Haltung bestimmte auch noch die Auseinandersetzungen im sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936, der nach den Verhaltensmustern der Kulturkampferfahrung ausgetragen wurde. Mit dem Gesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 trat der kulturrevolutionäre Gleichschaltungsprozeß in eine neue Phase ein und meldete der nationalsozialistische Staat kompromißlos seinen totalitären Herrschaftsanspruch über die Jugend an. Nach dem Staatsjugendgesetz wurde die deutsche Jugend in der HJ (Hitler-Jugend) zusammengefaßt. Für die gesamte körperliche, geistige und sittliche Erziehung der Jugend außerhalb von Schule und Elternhaus war die HJ zuständig. Die Führung in der Jugenderziehung ging auf den Reichsjugendführer der NSDAP, Baldur von Schirach, über, der seinerseits unmittelbar dem Reichskanzler unterstellt war.[657] Damit schieden die christlichen Kirchen als Erziehungsträger aus der Jugendarbeit offiziell aus. Im katholischen Milieu Südoldenburgs waren die konfessionellen Schranken damit noch keineswegs aufgehoben und blieb das Erziehungsmonopol der HJ weiterhin umstritten. Unter den extremen Bedingungen von Diktatur und Krieg konnte sich in Südoldenburg ein katholisches 'Rest'-Milieu behaupten, aus dem der südoldenburgische Katholizismus nach 1945 zu neuer Blüte emporstieg. In dieser Hinsicht hatten die vielfältigen Formen und Bekundungen von Resistenz und Opposition, die Geistliche und Laien nicht selten unter Lebensgefahr auf sich nahmen, späte Früchte getragen. Die neue Blütezeit des katholischen Milieus in Südoldenburg nach dem Zweiten Weltkrieg war aus historischer Sicht aber nur von kurzer Dauer.

4.2. Die Gleichschaltung der katholischen Schulen

Aufgrund des hohen Organisationsstandards in seinen kirchlichen, sozialen und politischen Strukturen reagierte der moderne Katholizismus wesentlich geschlossener auf den Machtwechsel in Deutschland als der parteipolitisch gespaltene Protestantismus. Die dramatischen Nachrichten vom Ende des Rechts- und Verfassungsstaates in Deutschland und von der Einigung zwischen der katholischen Kirche und dem nationalsozialistischen Regime in den Konkordatsverhandlungen riefen im katholischen Milieu Südoldenburgs eine Reihe von öffentlichen Bekundungen hervor, in denen sich einflußreiche kulturpolitische Repräsentanten der Region auf den Boden der neuen politischen Tatsachen stellten. Die katholische Bevölkerung Südoldenburgs reagierte positiv auf

[657] WILLENBORG, Schule, S. 77: Gebietsbefehl der Hitlerjugend vom 7.12.1936.

den Aufbau und die Verfestigung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland und setzte die politischen Impulse, die vom Reich ausgingen, in konkrete Schritte zur Gleichschaltung einzelner Sektoren des katholischen Sozialmilieus um.

Die Gleichschaltung des katholischen Schulwesens vollzog sich in einzelnen Schritten. Die konfessionell noch getrennt geführte obere Schulverwaltung in Oldenburg wurde im Herbst 1932 von der nationalsozialistischen Regierung Röver aufgehoben. Die katholischen Volksschulen und die staatlichen höheren Schulen schlossen sich im Frühjahr 1933 in Erklärungen dem politischen Willen des Nationalsozialismus an. Die Ausbildung katholischer Lehrer kam Anfang der 1930er Jahre in Oldenburg fast vollends zum Erliegen. Eine Schlüsselstellung in der Gleichschaltung der katholischen Schulen kam dem Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg zu. Von seiner Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Revolution im Frühjahr 1933 war die Zukunft des katholischen Volksschulwesens in Südoldenburg maßgeblich abhängig. Er vollzog in den Wochen nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 eine politische Wende und paßte sich dem nationalsozialistischen System sukzessive an. Die Gründe dafür sind in der wirtschaftlichen Gefährdung des Lehrerstandes in der Ära Brüning, in der Mentalität des katholischen Volksschullehrers und vor allem in der Dynamik der "Nationalen Revolution" zu sehen, die in der dramatischen Umbruchsituation des Jahres 1933 auf nationaler wie regionaler und lokaler Ebene die entscheidenden Impulse zur Anpassung auslöste. Für die katholischen Lehrer waren außerdem die Verlautbarungen deutscher Bischöfe von großer Bedeutung, die sich seit der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 unter kulturpolitischen Vorbehalten positiv zum politischen Machtwechsel in Deutschland erklärten. In der nationalsozialistischen Revolution fand das gebrochene Verhältnis der katholischen Lehrer zur Weimarer Demokratie 1933 Antwort und Klärung.

4.2.1. Die "Spangemacher-Affäre"

Den Auftakt zur Gleichschaltung des konfessionellen Schulwesens in Oldenburg bildeten aus südoldenburgischer Sicht Konflikte mit dem katholischen Minister der Kirchen und Schulen, Heinz Spangemacher, obwohl dieser sich zunächst wiederholt zum Christentum als weltanschaulicher Grundlage der Schule bekannte. Seine schulpolitischen Aussagen blieben widersprüchlich und ließen kein einheitliches Konzept erkennen. Bereits wenige Tage nach der

Amtsübernahme äußerte sich Spangemacher auf dem Gautag des NSLB am 26. Juni 1932 in Bad Zwischenahn zu Rasse und Religion als unverzichtbaren Grundlagen deutscher Erziehung, die für den Katholiken nicht miteinander zu vereinbaren waren:

> "Nimm dem Menschen Art und Rassestolz und du zerreißt die Bande, die ihn mit den gleichartigen Menschen zusammenketten. Nimm dem Menschen die Religion, und am Ende steht der verantwortungslose Verbrecher. Keine Staatsführung darf diese selbstverständliche Pflicht vernachlässigen."[658]

Auf einer NSDAP-Veranstaltung in der Oldenburger "Union" am 8. Juli 1932 erklärte der für Kirchen und Schulen zuständige oldenburgische Minister:

> "Die Schule ist eines der wichtigsten Dinge im Volksleben. In der Schule müssen Männer stehen, die bereit sind, für das **Höchste** sich einzusetzen. Sie haben ja die Einzelheiten aus meinen Vorträgen im Lande gehört. Die Grundlagen der Schule, das will ich auch hier in die Tat umsetzen, müssen sein: deutsch und christlich. Ein Lehrer, der nicht deutsch und ein Christentumsfeind ist, wird nicht geduldet werden in der oldenburgischen Schule."[659]

Für die Defizite in der nationalen Erziehung der deutschen Jugend machte Spangemacher die "Krankheit der letzten 14 Jahre" verantwortlich: "das pazifistische Denken, jenes Denken, an dem letzten Endes ein Volk widerstandslos zerschellen muß". An die Stelle des pazifistischen Denkens in der Vergangenheit sei "das heldische Denken völkischer Kämpfer zu setzen" und besonders im Geschichtsunterricht zu pflegen. Der Geschichtsunterricht sei "nicht so gewesen, wie er sein soll", und bedürfe deshalb einer völligen Revision. Nach einer ministeriellen Verfügung Spangemachers von Anfang August 1932, die auch neue Richtlinien für den Geschichtsunterricht enthielt, sollten "die Behandlung der neuesten Geschichte" und "die Zukunftsentwicklung unseres Volkes" im Mittelpunkt des Unterrichts stehen. Alle Schüler sollten nach dem Ende ihrer Schulzeit über "eine ihrer Fassungskraft entsprechende Kenntnis von dem Hauptinhalt der Tributdiktate, von ihrem Werdegang und ihren verheerenden Einwirkungen auf das Volk" verfügen. Mit "gleichem Nachdruck" sei dafür zu sorgen, daß die Jugend "die Großtaten der ruhmreichen deutschen Wehrmacht und die Leistungen des ganzen deutschen Volkes

---

[658] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 90: Wiedergabe (Faksimile) aus den "Nachrichten" vom 27.6.1932; Oldenburgisches Schulblatt Jg. 75, Nr. 12, 30.6.1932, S. 181: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 27.6.1932.

[659] SCHAAP, Weg, S. 156: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 9.7.1932.

im Kampfe um seine Ehre und Freiheit während vier unerhört schwerer Kriegsjahre" in lebendiger Erinnerung behält. Die nationalsozialistische Lesart der deutschen Zeitgeschichte wurde zum Gegenstand schulischer Indoktrination:

> "Die Vorbereitung und Entfesselung des Weltkrieges, das Versailler Friedensdiktat und die darauf aufgebauten Tributdiktate, nicht zuletzt die moralische Minderwertigkeitserklärung des deutschen Volkes, die das ganze Versailler Diktat durchzieht und in der Kriegsschuldlüge des Artikels 231 gipfelt, stellen nichts anderes dar, als einen neuen Versuch der zahlreichen Feinde und Neider Deutschlands, unsere Ehre und Freiheit zu vernichten."[660]

Mit dieser Verfügung konnte Minister Spangemacher politische Inhalte 'verordnen', die im konservativen Traditionsbestand der Weimarer Republik populär waren. Auf dieser schulpolitischen Linie lagen auch die Attacken, die Spangemacher auf einem "Deutschen Abend" in Garrel am 18. September 1932 gegen das katholische Zentrum richtete. Er forderte offen, "daß die Kirche wieder das Heiligtum dessen werde, der im Tode auf Golgatha uns die christliche Nächstenliebe gelehrt habe, und nicht zum Zentrumstribunal herabgewürdigt werde".[661] Nach Ansicht der Vechtaer OV kündigte sich in den Angriffen Spangemachers in Bad Zwischenahn und Garrel eine schulpolitische Wende an, die der südoldenburgische Katholizismus nicht einfach hinnehmen dürfe. Die Vechtaer Zentrumspresse warnte das Ministerium Spangemacher vor einer Unterschätzung der katholischen Opposition im Süden des Landes. Sie erinnerte an die Warnungen und Kundgebungen deutscher Bischöfe gegen den Nationalsozialismus, die den Angriffen des Ministers offensichtlich zugrunde lägen, und machte deutlich, daß der Kampf für das katholische Schulwesen unter Umständen auch ohne das Zentrum geführt werden könnte:

> "Worauf gründet der Herr Minister diesen Vorwurf? Etwa darauf, daß die deutschen Bischöfe aus religiösen Gründen den Nationalsozialismus in seiner Weltanschauung verurteilt haben und daß die katholische Geistlichkeit pflichtgemäß die Weltanschauung des Nationalsozialismus als katholischen Grundwahrheiten widersprechend in Sorge um das Heil der Seelen ablehnt. Das wäre und würde geschehen, ganz einerlei, ob es ein Zentrum gibt oder nicht, und wir bedauern außerordentlich, daß der Herr Minister derartige Vorwürfe erhebt, die nicht nur die Kirche als solche, sondern auch diejenigen verletzen müssen, die innerhalb der Kirche allein aus religiösen Gründen so handeln müssen, wie sie handeln."[662]

---

[660] Ebd., S. 156: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 7.8.1932.
[661] WILLENBORG, Schule, S. 22: Faksimile des "Freiheitskämpfers", der nationalsozialistischen Tageszeitung für den Gau Weser-Ems, vom 23.9.1932.
[662] OV vom 26.9.1932.

Die Vechtaer OV konfrontierte Spangemacher mit dem nationalsozialistischen Schulprogramm und stellte einen erheblichen Widerspruch zwischen den Absichtserklärungen und den Fakten in der oldenburgischen Schulpolitik fest. Hinter den phraseologischen Erklärungen des Ministers verberge sich ein eindeutiges Ziel:

> "Der Nationalsozialismus erstrebt als Ziel die Beseitigung der konfessionellen Schule und der konfessionellen Lehrerbildung."[663]

Die katholische Basis in Südoldenburg stellte sich innerlich auf die Konfrontation mit der NS-Regierung und eine Trennung vom Zentrum ein, die immerhin schon für denkbar gehalten wurde. Damit nahm sie die politische Situation vom Frühjahr 1933 vorweg, die mit der Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 zum Abschluß kam. Das katholische Milieu in Südoldenburg traute sich offenbar zu, den Kampf für die Erhaltung des alten Rechts im konfessionellen Schulwesen auch ohne den parteipolitischen Einfluß des Zentrums zu führen, wenn die politischen Umstände es erforderlich machen sollten, und unterschätzte damit erheblich die politische Dynamik der nationalsozialistischen Revolution. Nach der Ostertagung des Oldenburgischen Landeslehrervereins am 10. April 1933, auf der sich der Verband für die Gleichschaltung und den Anschluß an den NSLB aussprach, fand am 12. April 1933 eine Versammlung des NSLB statt, auf der Staatsminister Spangemacher die umstrittene Personalpolitik der Regierung Röver verteidigte und die Grundsätze der nationalsozialistischen Schulreform erläuterte. Seine Ausführungen machten deutlich, daß der Minister einen politischen Konnex zwischen dem katholischen Schulwesen und der Stellung des Zentrums in Südoldenburg sah, den es in einem Zugriff aufzulösen galt:

> "Auch die personellen Maßnahmen, die vom Staatsministerium getroffen sind und noch getroffen werden, sind alle auf den einen Willen der Gleichschaltung der Schulen mit dem Willen der nationalsozialistischen Revolution abgestimmt. Wenn ich Schulräte abbaue, wenn ich Rektoren aus ihren Stellen herausnehme und sie als Klassenlehrer beschäftige, so tue ich das nur, um an ihre Stelle Menschen zu setzen, die als Führer und Lehrer aus heißem Herzen heraus den Ideen zur Wirklichkeit verhelfen, die wir predigen. Das völkische Deutschland kann es nicht dulden, daß irgendeinem eine Sonderstellung im Schulwesen eingeräumt wird. Wir können es auch nicht dulden, daß wir

[663] Ebd.

> dem Zentrum Machtpositionen in der Schule einräumen. Es wird auch die Zeit kommen, daß der letzte Einfluß dieser Partei aus der Schule entfernt wird."[664]

Spangemacher formulierte vor dem NSLB einen eindeutigen politischen Bildungsauftrag der Schule, der in der "Erziehung des deutschen Menschen zum bewußt völkischen Kämpfer" bestehe: "Darum muß die Schule bedingungslos nationalsozialistisch sein." "Grundstürzend Neues" müsse in der deutschen Schule geschaffen werden:

> "Wir wollen mit dem nationalsozialistischen deutschen Menschen die neue **nationalsozialistische deutsche Schule**. Wir dulden keine Reservatschule für eine besondere Konfession. Für die neue Schule ist die Erziehung des jungen Deutschen zum **Wehrwillen** und seine Einführung in die **Rassenlehre** grundlegend. Erstrebenswert ist die Gleichschaltung der Unterrichtsministerien aller Länder, damit die völkische Einheit Deutschlands auch im Schulwesen deutlich in Erscheinung tritt. Juden und Judenstämmlinge werden von Ostern ab nicht mehr in oldenburgischen Schulen unterrichtet."

Die Vechtaer OV erkannte den politischen Geist der neuen Zeit, der die oldenburgische NSDAP nach dem Wahlsieg vom 5. März 1933 beflügelte, sah aber im April 1933 offenbar noch Aussichten, die schulpolitischen Fragen des Landes einvernehmlich mit der nationalsozialistischen Regierung zu lösen. Sie nahm in den programmatischen Darlegungen des Ministers, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließen, eine "tiefgreifende Umstellung des gesamten Schulwesens" im Lande wahr und erklärte dazu aus katholischer Sicht:

> "Unsere Einstellung dazu als Katholiken kann nur orientiert sein an den Erziehungsgrundsätzen der katholischen Kirche, und darum erwartet das katholische Volk, daß die Umstellung, soweit die katholischen Schulen in Frage kommen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen kirchlichen Stellen erfolgt, damit die bisherigen Rechte und Freiheiten aller Träger der Erziehung in Schule und Schulverwaltung gewahrt bleiben, und die gemeinsame Arbeit an den Zukunftsaufgaben der Erziehung gewährleistet ist. [...] Wir richten an den Herrn Minister die dringende Bitte, die geplante Umstellung in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen kirchlichen Stellen vorzunehmen."[665]

Im politischen Kontext der Spangemacher-Affäre und ihrer redaktionellen Aufbereitung in den noch unabhängigen katholischen Zeitungen Südoldenburgs wurde die Spaltung des politischen Katholizismus Südoldenburgs beim Über

---

[664] OV vom 15.4.1933; WILLENBORG, Schule, S. 24: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 12.4.1933; MEYER, Macht, S. 62: Wiedergabe aus den "Nachrichten" vom 12.4.1933 (Auszüge), auch zum folg.
[665] OV vom 15.4.1933.

gang von der Weimarer Republik zur NS-Diktatur erkennbar. Die katholische Basis schwankte in einer ambivalenten Haltung zwischen politischer Anpassung und kulturkämpferischer Opposition, ohne den Widerspruch lösen zu können. Die politische Affäre um den einzigen katholischen Minister in Oldenburg endete mit dem Abschied Spangemachers aus dem Staatsministerium am 5. Mai 1933. Das Ministerium der Kirchen und Schulen wurde von Staatsminister Julius Pauly übernommen, der zur negativen Symbolfigur der bitter bekämpften nationalsozialistischen Kirchen- und Schulpolitik in Südoldenburg wurde.[666]

4.2.2. Dienstliche Maßregelungen der Lehrerschaft

Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 wurde der Druck auf die Lehrerschaft in Oldenburg deutlich erhöht. Dazu machte das Staatsministerium von seinem Dienst- und Aufsichtsrecht Gebrauch und verdeckte damit den politischen Charakter der Maßregelungen. Im Schreiben vom 2. April 1933 an den Cloppenburger Amtshauptmann versuchte Schulrat Bellm dem Eindruck entgegenzutreten, "daß einige Lehrer des Amtsbezirkes sich abfällig über die jetzige Regierung geäußert hätten", und zitierte zu diesem Zweck aus dem Schreiben von Rektor Lange, dem amtierenden Vorsitzenden des Katholischen Lehrervereins, das am 24. März 1933 an alle Hauptlehrer im Amt Cloppenburg gerichtet wurde. Lange warnte die Lehrerschaft mit Nachdruck vor kritischen politischen Äußerungen über die neue Reichsregierung und gab damit ein unmißverständliches politisches Signal zur Anpassung:

> "Aus dem Amte Cloppenburg sind dem Ministerium mißliebige Äußerungen von Lehrpersonen über die jetzige Regierung mitgeteilt worden. Wer die Äußerungen getan hat, und wer sie berichtet hat, ist mir nicht bekannt. Es liegt im Interesse des einzelnen wie auch im Interesse unserer Organisationen, daß die Lehrerschaft sich dieser Äußerungen enthält und sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellt. Ich bin gebeten worden und habe angenommen, die Lehrerschaft zu warnen, was hiermit geschehen sein mag. - Die Hauptlehrer in den Kirchorten des Amtes Cloppenburg bitte ich, obiges allen Lehrpersonen mitzuteilen."[667]

---

[666] MT vom 5.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 188.

[667] StAO 136 - 2861: Schreiben von Schulrat Bellm an den Amtshauptmann vom 2.4.1933. Das Schreiben war von Rektor Bernard Lange unterzeichnet. Bellm wurde zum 1. Juli 1933 in den Ruhestand verabschiedet. (Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 134, 23.6.1933, S. 567)

Hauptlehrer Robke aus Nutteln, dem die abfälligen Äußerungen zugeschrieben wurden, wurde im Schreiben Bellms mit einem Widerruf zitiert, für den er mehrere Zeugen anzuführen wußte:

> "Irgendeine abfällige Äußerung über die jetzige Regierung und über Regierungsmaßnahmen sind meinerseits nicht gemacht worden."[668]

Schulrat Bellm schloß seinerseits mit der unbedingten Zusicherung, die katholische Lehrerschaft verhalte sich politisch loyal, wie man es nur von ihr erwarten könne:

> "Aus Zeitungsberichten habe ich erfahren, durch Nachfrage bei Schulbesuchen habe ich festgestellt, daß unsere Lehrer wirkungsvolle Schulfeiern anläßlich der nationalen Erhebung veranstaltet, daß Lehrer mit der gesamten männlichen Schuljugend an den vaterländischen Fest= u. Fackelzügen teilgenommen haben."[669]

Die persönlichen Konflikte der katholischen Lehrerschaft waren in der politischen Struktur des autoritären Systems im "Dritten Reich" angelegt. In Pressemitteilungen, die nach dem Beschluß des Oldenburgischen Landeslehrervereins vom 10. April 1933 erfolgten, legte das Staatsministerium den Lehrern ausdrücklich nahe, der NSDAP oder den nationalen Verbänden beizutreten. Am 19. April 1933 veröffentlichte die Cloppenburger MT folgende Bekanntmachung des Staatsministeriums:

> "Es ist erwünscht, daß an allen höheren Schulen und an allen Volksschulen die Schüler der Hitler=Jugend, dem Hitler=Jungvolk oder dem Stahlhelm angehören. Eine Meldepflicht gegenüber der Schule besteht für die Angehörigen dieser Verbände nicht. Auch liegt es im Interesse der nationalen Gleichschaltung, daß die Lehrer der N. S. D. A. P. oder den nationalen Verbänden angehören. Sollte sich ein Lehrer den Forderungen der nationalen Revolution nicht fügen können, so soll er den Dienst quittieren."[670]

Diese dienstliche Instruktion war der Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins am 24. April 1933 bekannt. Mit zeitlicher Verspätung gab die Katholische Schulzeitung eine weitere Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 26. April 1933 wieder, in der es hieß:

> "Es ist der Wunsch des Staatsministeriums, daß die Lehrer nicht nur in den NS. Lehrerbund, sondern auch in die NSDAP eintreten. Erst dadurch stellen sie sich mitten

---

[668] StAO 136 - 2861: Schreiben von Schulrat Bellm an den Amtshauptmann vom 2.4.1933.
[669] StAO 136 - 2861.
[670] MEYER, Macht, S. 57f.; MT vom 19.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 156.

hinein in die Volksgemeinschaft und die nationalsozialistische Revolution, deren Mitstreiter sie werden müssen."[671]

Der Erlaß des Staatsministeriums vom 18. Mai 1933 machte die Anstellung und Beförderung von Volksschullehrern von ihrer Bewährung in sog. "Volksorganisationen", insbesondere der SA und der HJ, abhängig. Der vom neuen Minister der Kirchen und Schulen, Julius Pauly, unterzeichnete Erlaß traf im einzelnen folgende Regelung:

"Um die unbedingt erforderliche Verbundenheit der Volksschullehrer mit der Volksgemeinschaft zu fördern, halte ich es für richtig, daß sich die Lehrer vor ihrer Anstellung und auch später wenigstens 1 Jahr in einer Organisation betätigen, die diese Volksverbundenheit pflegt. Als solche Organisationen kommen besonders die SA und die Hitler=Jugend in Betracht, weil sie wie keine anderen Verbände Volksgenossen aus allen Berufen und Ständen umfassen. In Zukunft wird vor der Anstellung und Beförderung von Volksschullehrern in jedem Einzelfalle geprüft werden, ob der Lehrer im Volke verwurzelt ist."[672]

Der Erlaß wurde am 4. Juli 1933 auf die Anwärter für jeden anderen Schuldienst und auf die Anwärter für den übrigen höheren Staatsdienst ausgedehnt. Sie wurden aufgefordert, sich vor ihrer Anstellung und auch später "zur Pflege der unbedingt erforderlichen Verbundenheit mit der Volksgesamtheit" wenigstens ein Jahr in einer Organisation, besonders in der SA und HJ, zu betätigen. Vor der Anstellung und Beförderung werde in Zukunft geprüft werden, ob der Lehrer oder Beamte "im Volk verwurzelt" sei, denn nur der Lehrer oder Beamte, der sich selbst "als Kind des Volkes" fühle, könne seine Schüler "zu wahrer Volksgemeinschaft erziehen oder im Sinne wahrer Volksgemeinschaft sein Amt ausüben".[673]

Durch solche politischen Sanktionen ist die Parallelität von Eintritten in den NSLB und von Parteieintritten, die Ende April und im Monat Mai 1933 zu beobachten ist, häufig zu erklären. Angesichts dieser offiziellen "'dienstlichen' Nötigung" geht Günther-Arndt für einen Teil der oldenburgischen Volksschullehrer trotz ihres Eintritts in die NSDAP nicht von "einer Übereinstimmung mit Zielen und Methoden des Nationalsozialismus" als Motiv aus,

---

[671] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 104: Dokumente Nr. 14, 15; MEYER, Macht, S. 58; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 6, 1.6.1933, S. 46. Diese Mitteilung erschien in den "Nachrichten" am 26.4.1933.
[672] Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 110, 19.5.1933, S. 460; MT vom 23.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 206.
[673] Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 143a, 5.7.1933, S. 612.

"weil nicht diese Übereinstimmung, sondern Angst - Angst vor Entlassung, Angst vor Repressalien - ihren Eintritt bestimmte".[674] Diese Feststellung läßt sich auch auf die Verhältnisse in Südoldenburg übertragen.

4.3. Die Gleichschaltung des Oldenburgischen Landeslehrervereins

Das Verhalten des Oldenburgischen Landeslehrervereins blieb in den folgenden Wochen nicht ohne Wirkung auf den Katholischen Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg, der sich der schulpolitischen Entwicklung in Oldenburg wie im Deutschen Reich nicht entziehen konnte. Als erster Lehrerverband schaltete sich in Oldenburg der Landeslehrerverein gleich. Seine Entscheidung für den Anschluß an den NSLB vom 10. April 1933 setzte für die schulpolitischen Verhältnisse im Lande ein eindeutiges Signal. Die Cloppenburger MT gab den Antrag, der auf der Hauptversammlung des Oldenburgischen Landeslehrervereins in Oldenburg am 10. April 1933 von Lehrer Richard Ordemann eingebracht und "mit überwältigender Mehrheit" angenommen wurde, in der Rubrik "Aus dem Oldenburger Land" wörtlich wieder. Er beinhaltete den korporativen Übertritt des Oldenburgischen Landeslehrervereins in den NSLB:

> "1. Die Hauptversammlung des Oldenburger Landeslehrervereins vom 10. April 1933 hält eine Neuordnung der Erziehungsgemeinschaft und die Eingliederung des oldbg. Landeslehrervereins in den nationalsozialistischen Lehrerbund für notwendig.
> 2. Die Versammlung ermächtigt den Kollegen Ordemann in Verbindung mit dem geschäftsführenden Hauptvorstand oder dem 23er Ausschuß, einen neuen Vorstand mit nationalsozialistischer Mehrheit und Führung zu berufen.
> 3. Die Hauptversammlung gibt dem neugebildeten Vorstand Vollmacht für alle weiteren Maßnahmen, die für eine Eingliederung notwendig sind."[675]

Der Nationalsozialist Richard Ordemann, der dem Gesamtvorstand des Landeslehrervereins angehörte, wurde auf der Hauptversammlung im Alter von 28 Jahren zum neuen Vorsitzenden des gleichgeschalteten OLLV bestimmt. Er bestritt eine erfolgreiche Karriere im NSLB Gau Weser-Ems, bis er im Juni 1941 zur Schulaufsicht nach Osnabrück versetzt wurde.[676] Der Entscheidung des Landeslehrervereins vom 10. April 1933 gingen eindeutige

---

[674] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 77f.
[675] MT vom 11.4.1933; Oldenburgisches Schulblatt Jg. 58, Nr. 12, 23.3.1933, S. 95-98; SÜDBECK, Freistaat, S. 24.
[676] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 75; RADEMACHER, Weser-Ems, S. 325.

Erklärungen des Deutschen Lehrervereins (DLV) voraus, der den Prozeß der "inneren Gleichschaltung" bereits Mitte März 1933 einleitete. Der Deutsche Lehrerverein, "der weitaus größte überparteiliche Gemeinschaftsverband deutscher Berufserzieher", entschloß sich in der richtungweisenden Kundgebung seines Geschäftsführenden Ausschusses vom 18. März 1933 bereits zu "unbedingter Mitverantwortlichkeit für die Gestaltung des nationalen Volksbildungswesens" und appellierte an seine Mitglieder, sich "als lebendige Glieder der Volksgemeinschaft willig und treu in den Dienst der deutschen Jugend= und Volkserziehung" zu stellen. Eine Woche später bekannte sich der Vorstand des Oldenburgischen Landeslehrervereins in der Entschließung vom 25. März 1933 "freudig zum Aufbauprogramm der nationalen Regierung" und erklärte seine Bereitschaft, "mit allen Kräften an seiner Durchführung mitzuarbeiten". Die Erklärungen wurden im Oldenburgischen Schulblatt veröffentlicht.[677] Am 22. April 1933 erhielt der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Georg Wolff, vom Geschäftsführenden Ausschuß und von den Vorsitzenden der Landesverbände auf einer gemeinsamen Tagung in Berlin den Auftrag, bis zur Magdeburger Vertreterversammlung am 7. Juni 1933 die nötigen Vorbereitungen für die Überführung des DLV in die Deutsche Erziehergemeinschaft (DEG) unter Führung des NSLB zu treffen. Die Deutsche Erziehergemeinschaft war die nationalsozialistische Nachfolgeorganisation des Deutschen Lehrervereins. Am 6. Juni 1933 billigte eine außerordentliche Vertreterversammlung des Preußischen Lehrervereins in Magdeburg einstimmig den korporativen Beitritt zum NSLB und ermächtigte den Vorstand, alle für die Überführung notwendigen Satzungsänderungen vorzunehmen und den sog. "Reinigungsparagraphen" einzufügen, der für die Aufnahme in den NSLB Voraussetzung war. Am 7. Juni 1933 erklärte die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Magdeburg den korporativen Beitritt zum NSLB. Danach erfolgte die Wahl Schemms, des Reichsleiters des NSLB, zum Vorsitzenden des DLV.[678] Hans Schemm, Kultusminister in Bayern, vereinigte in seiner Person nun die Führung des

---

[677] Abgedr. in: KLATTENHOFF, Dokumente, S. 96f.

[678] MT vom 8.6.1933; FEITEN, Lehrerbund, S. 57ff.; BÖLLING, Volksschullehrer, S. 221ff. Am 10. April 1933 hatte der Sächsische Lehrerverein als erster Landesverband im Deutschen Lehrerverein seine Überführung in den NSLB beschlossen. Am 11./12. April 1933 ermächtigte der Preußische Lehrerverein auf einer ordentlichen Vertreterversammlung den Vorsitzenden Heinrich Diekmann, in Verhandlungen mit dem NSLB die Überleitung des Lehrervereins in die Deutsche Erziehergemeinschaft in die Wege zu leiten, die am 6. Juni 1933 in Magdeburg vollzogen wurde. Nach dem "Reinigungsparagraphen" wurden Juden, Freimaurer und "für die neue Staatsgewalt untragbare Mitglieder" aus dem Verein ausgeschlossen.

gleichgeschalteten DLV und des NSLB.[679] Nach Auffassung von Rainer Bölling vollzog sich die Gleichschaltung des Deutschen Lehrervereins und der Landes- und Provinzialvereine "im wesentlichen ohne nachhaltigen Widerstand". Er führt sie in erster Linie auf das Versagen der Organisationen zurück, die sich im politischen Opportunismus übten und selbst in den Wochen und Monaten nach dem Machtwechsel am "überstrapazierten Dogma der parteipolitischen Neutralität" festhielten. Wie "mehr oder weniger alle bürgerlichen Gruppen" versagten die Lehrer und ihre Organisationen am Ende der Weimarer Republik gegenüber dem Nationalsozialismus.[680] Das hatte Folgen. Durch die vorauseilenden Erklärungen des Deutschen Lehrervereins wurde nach Ansicht von Hilke Günther-Arndt die Strategie des Oldenburger Vereins untergraben, der Gleichschaltung durch äußerliche Anpassung zu entgehen.[681]

Mit dem korporativen Anschluß des Oldenburgischen Landeslehrervereins erzielte der NSLB unter Führung von Hans Schemm in Oldenburg einen ersten Erfolg. Nach dem Machtwechsel war nicht mehr allein der einzelne Lehrer das Ziel der politischen Agitation des NSLB, sondern Hans Schemm, der Reichsleiter des NSLB, strebte die geschlossene Gleichschaltung ganzer Lehrerverbände durch die Fusion mit dem inzwischen in die Partei integrierten NSLB an. Dazu diente der korporative Übertritt eines bestehenden Lehrervereins, dem der Beitritt des einzelnen Lehrers zum NSLB, nach Möglichkeit auch der Eintritt in die NSDAP und in eine NS-Organisation folgen sollte.[682] Für die Deutsche Erziehergemeinschaft hatte Schemm bereits am

---

[679] Zur Persönlichkeit Hans Schemms und zur Gründung des NSLB vgl. FEITEN, Lehrerbund, S. 40ff.

[680] BÖLLING, Volksschullehrer, S. 224f.

[681] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 75.

[682] FEITEN, Lehrerbund, S. 55. Der andere Weg, der in "subversiver Unterwanderung und Durchsetzung der Verbandsvorstände mit nationalsozialistischen Kräften" bestand, hatte in Oldenburg offensichtlich nur einen geringen Erfolg. Nach Auffassung von Hilke Günther-Arndt ergab sich trotz des Drucks, den die oldenburgische NS-Regierung auf die Lehrer ausübte, zwischen dem 1. Juni 1932 und dem 1. Februar 1933 "keine Sogwirkung" zugunsten der NSDAP. Der massenhafte Zulauf zur NSDAP sei stärker durch den Anpassungsdruck nach dem 30. Januar 1933 bedingt gewesen. Die Bereitschaft, sich der nationalsozialistischen Bewegung anzuschließen, sei unter den oldenburgischen Junglehrern wesentlich höher gewesen als bei den älteren Volksschullehrern. Die Gründe für "das überdurchschnittlich hohe Mitglieder- und wahrscheinlich auch Wählerpotential unter den Junglehrern" führt Günther-Arndt darauf zurück, daß die Junglehrer von den Entlassungen bzw. Nichteinstellungen und Gehaltskürzungen stärker betroffen waren als die älteren Jahrgänge. Ihnen fehlte zudem der "Immunschutz" politischer Erfahrung gegen radikale Strömungen, über den die älteren Lehrer durch die "Verarbei-

30. März 1933 in München Richtlinien herausgegeben. Offiziell bekanntgegeben wurde dieser Plan auf der zweiten Reichstagung des NSLB am 8./9. April 1933 in Leipzig. Diese zweite Reichstagung des NSLB, an der 3 500 Lehrer teilnahmen, deutete Hans Schemm rückblickend als das "Potsdam der deutschen Erziehung".[683] In den Richtlinien vom 30. März 1933 kam zum Ausdruck, wie Hans Schemm sich die Gründung seiner neuen Organisation und die Auflösung bzw. Überführung der bestehenden Verbände in den NSLB vorstellte. Danach sollte eine einheitliche deutsche Erziehergemeinschaft "auf der Grundlage eines echten Christentums, einer bewußten nationalen Erziehung und einer wahren Volksgemeinschaft" errichtet werden. Als "Träger dieser allein möglichen Erziehungsidee" kam ausschließlich der NSLB in Frage: "Er ist daher die alleinige Vertretung der deutschen Lehrerschaft." Voraussetzung für die praktische Verwirklichung dieser Ziele waren die "Ausscheidung der in den bisher bestehenden Lehrervereinen verankerten marxistischen, liberalistischen und rein intellektualistischen Bestrebungen" und die "völlige Entpolitisierung der bisher bestehenden wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen der Lehrerschaft durch Abkehr von der damit verknüpften tages- und kulturpolitischen Tätigkeit". Danach sollten die bestehenden Lehrerverbände "unter die Zentralleitung des NS-Lehrerbundes" zurückgeführt werden, der "gesetzmäßig wie gewerkschaftlich die organisatorische Grundlage der gesamten Lehrerschaft" darstellte. Die NS-Lehrerzeitung diente als "Zentralorgan der somit geschaffenen alleinigen Erzieherorganisation", damit nicht "einzelne Zweige der gemeinsamen Organisation abweichende weltanschauliche oder politische Einstellungen" aufwiesen. Das Ziel der neuen einheitlichen Organisation war "die Vertretung der Lehrerschaft aller Schularten, um durch diese Gemeinschaft die Einheit der gesamten Erziehungsarbeit zu manifestieren".[684]

---

tung politischer rund gesellschaftlicher Krisen" in der Weimarer Republik verfügten. Die Ergebnisse der Autorin stützen sich auf eine Analyse der Mitgliederstruktur und -bewegung des NSLB und des Oldenburgischen Landeslehrervereins. (GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 44ff.) Nach einer Meldung der Katholischen Schulzeitung waren in Oldenburg am 1. Dezember 1932 im Bezirk der Evangelischen Abteilung des Ministeriums der Kirchen und Schulen 126, im Bezirk der Katholischen Abteilung 31 Volksschullehrer ohne Beschäftigung. (Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 3, 1.3.1933, S. 20)

[683] FEITEN, Lehrerbund, S. 56f.; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 130f. Die erste Reichstagung hatte ein Jahr zuvor im Berliner Sportpalast stattgefunden.

[684] FEITEN, Lehrerbund, S. 56f.; BÖLLING, Volksschullehrer, S. 221. Mit der NS-Lehrerzeitung war die Nationalsozialistische Lehrerzeitung, die in Bayreuth erschien, gemeint; sie wurde von Hans Schemm herausgegeben. Am 31. März 1933 richtete Schemm an die Lehrerverbände die Aufforderung, die Funktionen und Schriftleitungen der jeweiligen Verbandspresse an die in den Verbänden bereits tätigen Nationalsozialisten zu delegieren. Dadurch wollte

Wie schnell sich die Zentrale des Deutschen Lehrervereins auf die neuen politischen Verhältnisse einstellte, ging aus ihrer Aufforderung an die Zweigvereine vom 1. April 1933 hervor, in die bevorstehende Vertreterversammlung in Magdeburg am 8. Juni 1933 neue Mitglieder zu entsenden. Sie sollten dafür Sorge tragen, "daß der Wille der Vereinsmitglieder in der Auswahl der Vertreter so zum Ausdruck kommt, wie es der heutigen Wunschrichtung in den Mitgliederkreisen entspricht". Ferner sei es empfehlenswert, "allen Ortsvereinen die beabsichtigten Maßnahmen zur Kenntnis zu bringen". Mit den "beabsichtigten Maßnahmen" war zweifellos die Eingliederung des DLV in die Deutsche Erziehergemeinschaft gemeint. Noch am gleichen Tag, am 1. April 1933, trat der Gesamtvorstand des Oldenburgischen Landeslehrervereins geschlossen zurück und trug damit den neuen politischen Verhältnissen Rechnung. Richard Ordemann war entschlossen, den Landeslehrerverein auszuschalten, und erhielt mit den Richtlinien für die Deutsche Erziehergemeinschaft vom 30. März 1933 dazu die entsprechende Hilfestellung. "Leicht haben es ihm und sich" nach Auffassung von Hilke Günther-Arndt die anderen Vorstandsmitglieder auf der fast vierstündigen Sitzung am 1. April 1933 "jedoch wohl nicht gemacht".[685] Einen Tag nach der Leipziger Tagung, am 10. April 1933, fiel die politische Entscheidung, die das faktische Ende des Oldenburgischen Landeslehrervereins bedeutete. Im August 1933 stellte das Oldenburgische Schulblatt sein Erscheinen ein. Der NSLB teilte umgehend seine Absicht mit, das Oldenburgische Schulblatt zum Landesblatt des NSLB umzugestalten.[686] Die erste Ausgabe dieser neuen Schulzeitung erschien am 19. August 1933 als "Oldenburgische N.S. Lehrerzeitung. Landesblatt der oldenburgischen Erzieher" mit einem Geleit von Gauleiter und Reichsstatthalter Carl Röver.[687]

Auf der Magdeburger Pfingsttagung am 8. Juni 1933, die die dritte Reichstagung des NSLB war, sollte die in Leipzig erklärte Bereitschaft der noch bestehenden Lehrerverbände, dem korporativen Beitritt in den NSLB zuzu

---

Schemm nach außen den Eindruck wahren, der NSLB nehme als Organisation der NSDAP bei der Gleichschaltung der einzelnen Lehrerverbände eine neutrale Position ein. In Wirklichkeit ging es ihm um die Verfügungsgewalt über die Presse und das Vermögen der Verbände, die ihm nach Auflösung der Lehrerverbände ohnehin zufallen sollte.

[685] GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 75f.

[686] Oldenburgisches Schulblatt Jg. 68, Nr. 28, 17.8.1933, S. 197f.

[687] Oldenburgische N.S. Lehrerzeitung Jg. 58, Nr. 29, 19.8.1933, S. 205ff.; GÜNTHER-ARNDT, Volksschullehrer, S. 80f.

stimmen, ihren vertraglichen Abschluß finden. Die unterzeichnenden Lehrerverbände beurkundeten die Gründungsversammlung der deutschen Gesamterzieherorganisation unter Führung des "Nationalsozialistischen Lehrerbundes" und ihren korporativen Beitritt. Sie erklärten sich bereit, an allen Gliederungen der Deutschen Erziehergemeinschaft freudig mitzuarbeiten und der Reichsleitung für ihre beitragspflichtigen Mitglieder vom 1. Juli 1933 an monatlich im voraus einen Kopfbeitrag von noch festzusetzender Höhe zu überweisen. Die Vorstände der einzelnen Verbände traten dem NSLB als Einzelmitglieder bei; genauere organisatorische und wirtschaftliche Maßnahmen waren späteren Festlegungen vorbehalten. Die Magdeburger "Gründungsurkunde" sah nicht vor, daß die alten Verbände weiterhin bestehen blieben oder eine Doppelmitgliedschaft geduldet werden sollte, sondern schuf günstige Bedingungen für die angestrebte Liquidierung der bestehenden Lehrerverbände durch den NSLB.[688] Nach Gottesdiensten im Magdeburger Dom und in der Sebastiankirche würdigte Hans Schemm das "Einigungswerk der deutschen Erzieherschaft" und äußerte sich zur schulpolitischen Zukunft in Deutschland:

> "Volk und Vaterland und das gesamte Erziehungswesen würden reingefegt werden; die letzten Fetzen von Marxismus und Materialismus, von Zerrissenheit, von Teilungs= und Zersetzungsbestrebungen müßten verschwinden, müßten der Brüderlichkeit und Kameradschaftlichkeit Platz machen. [...] Nicht der Begriff 'Lehrer' sei in der jetzigen Zeit das Wichtigste, sondern der Begriff 'Erziehung', und darüber sei geschrieben der Begriff 'Volk'. Volk und Gott seien zwei Ganzheiten: die irdische Ganzheit 'Volk' bedeute Boden, Heimat, Wehr - und darüber stehe die Ganzheit 'Gott'. [...] Damit schalte sich der Wille der ganzen Erziehungsgemeinschaft gleich mit dem Willen des Staates. Allen zersetzenden Kräften werde der Kampf angesagt werden."

Über das kritische "Verhältnis der nationalsozialistischen Idee zur Religion" stellte Schemm in Magdeburg fest, daß die beiden christlichen Religionen "zwei Lebenskräfte der Nation" darstellten, der Nationalsozialismus aber nicht "auf dem Boden einer bestimmten Konfession, sondern auf dem Boden des Christentums" stehe. Deshalb dürfe ein Lehrer die ihm anvertrauten Kinder nicht mit "Haß gegen den Protestantismus einerseits oder den Katholizismus andererseits erfüllen", wenn er es nicht "mit den Fäusten des Staates zu tun bekommen" wolle:

> "'Unsere Politik heißt Deutschland, unsere Religion heißt Christus', das sei die Definition, die er dem Nationalsozialismus gegeben habe."[689]

---

[688] FEITEN, Lehrerbund, S. 60ff.
[689] MT vom 9.6.1933.

4.4. Die Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins

Die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg am 24. April 1933 hinderten alle diese offenen Fragen nicht daran, sich zu diesem frühen Zeitpunkt für den Anschluß an den NSLB auszusprechen, weil die Klärung dieser Probleme nicht in die Kompetenz der einzelnen Lehrervereine fiel, sondern dem KLVdDR als Gesamtorganisation oblag. Die historische Versammlung in der Cloppenburger "Walhalla" vom 24. April 1933 war sich der politischen Tragweite ihrer Entscheidung völlig bewußt. Sie bedeutete das faktische Ende des Katholischen Lehrervereins, das nicht mehr widerrufen werden konnte. Mit der Form des korporativen Übertritts in den NSLB befand sich der Katholische Lehrerverein auf der verbandspolitischen Grundlinie des KLVdDR und der deutschen Bischöfe; er handelte auch in diesem Falle konform.

4.4.1. Die Lage des Katholischen Lehrervereins

Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 und der Wahlerfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 veränderte die politische Lage nachhaltig. Auf diese Entwicklung, die eine neue politische Ordnung von Dauer zu schaffen schien, reagierte die Katholische Schulzeitung umgehend und nannte es in ihrer März-Ausgabe des Jahres 1933 bereits "eine nicht zu leugnende Tatsache, daß wir in einer Zeit des Kulturumbruchs leben". Es würden "die Weichen gestellt für die kommenden Jahrhunderte, vielleicht sogar für Jahrtausende".[690] Der korporative Übertritt des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg in den NSLB am 24. April 1933 ist in die schul- und verbandspolitische Entwicklung einzuordnen, die die Monate März und April 1933 beherrschte. Zu ihren einflußreichen Trägern gehörte der Katholische Lehrerverband des Deutschen Reiches (KLVdDR), der bereits am 17. März 1933, nur wenige Tage vor der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, in einer Kundgebung unter dem bezeichnenden Titel "Vorwärts und Aufwärts" politische Gefolgschaft signalisierte:

---

[690] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 3, 1.3.1933, S. 23. Die Schulzeitung berief sich in dieser Notiz auf einen Vortrag von Pater Kentenich in Vechta.

> "Wir stehen an einer Wende der Geschichte. Das deutsche Volk hat sich in seiner Mehrheit für die Regierung Hitler ausgesprochen und damit zum Ausdruck gebracht, daß es von ihr die nationale Erneuerung und die wirtschaftliche Gesundung unseres Vaterlandes erhofft. Wir wünschen mit heißem Herzen, daß diese Hoffnung in Erfüllung gehe, und folgen gern dem Rat der Pflicht, uns bewußt und mit ganzer Kraft in den Dienst der Wiederaufbauarbeit zu stellen."[691]

Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg reagierte umgehend. Auf einer Sitzung des erweiterten Vorstandes am 18. März 1933 in Cloppenburg bekannte er sich zur neuen Reichsregierung und übte sich auf der bewährten Grundlage des katholischen Glaubens in nationaler Loyalität:

> "Der 5. März 1933 brachte den großen Sieg der nationalen Erhebung und zeigte das Sehnen des Volkes nach einer neuen Volksordnung. Wir sind überzeugt, daß der Schule bei dem staatlichen und kulturellen Aufbau eine wichtige Aufgabe zufällt. Die katholische Lehrerschaft Oldenburgs, stets national gleichwertig und zuverlässig, hat die nationale Erziehung immer als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachtet. Getreu den Grundsätzen unserer katholischen Weltanschauung, dem Staate unsere pflichtgemäße Arbeit zu geben, erklären wir uns freudig bereit, der Regierung in dem heißen Bemühen, christliche und nationale Grundsätze im neuen Staate zur Geltung zu bringen, unsere tatkräftige Unterstützung zu verleihen."[692]

Die Resolution des Katholischen Lehrervereins vom 18. März 1933 wurde in der Cloppenburger MT erst zwei Tage nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes veröffentlicht. Für die Zeit bis zum 23. März 1933 schien sich noch eine abwartende Haltung zu empfehlen, weil der Ausgang im politischen Ringen um das Ermächtigungsgesetz noch nicht abzusehen war. Der Katholische Lehrerverein erklärte sich in dieser Entschließung nicht nur eines politischen Willens mit dem "großen Sieg der nationalen Erhebung", sondern bekundete auch seine Loyalität gegenüber dem deutschen Staat, unabhängig von seiner veränderten Verfassungslage, und der katholischen Kirche. Mentalitätsgeschichtlich beruhte diese Resolution auf den durch Jahrzehnte bewährten geistigen Grundlagen des politischen Katholizismus in Südoldenburg, einer Mischung aus christlich-nationalem Konservatismus und politisch-religiösem Fundamentalismus. Diese historischen Traditionen sollten im zukünftigen Deutschland eine ersehnte Renaissance erfahren und in der neuen "Volksordnung" symbiotisch miteinander verschmelzen, wie es Hitler in seiner Reichs

---

[691] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 109.
[692] MT vom 25.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 4, 1.4.1933, Titelseite.

tagsrede zur Einbringung des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 politisch in Aussicht stellte.

Die Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes vom 30. März 1933 ging nach Auffassung von Heinrich Küppers bereits einen politischen Schritt weiter und deutete die Bereitschaft des Verbandes an, für den Anschluß an die "Nationale Revolution" den Preis politischer Selbstaufgabe zu zahlen. Politische Gruppierungen im deutschen Katholizismus um Papen übten, so Küppers, sicherlich einen Druck auf das katholische Verbandsleben aus, aber insgesamt stelle die Erklärung vom 30. März 1933 "eine unangemessene Reaktion auf die befürchteten Repressalien von dieser Seite" dar. Angesprochen wurde auch nicht mehr die Beziehung zum Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, der nach dem Austritt einer Reihe der angeschlossenen Verbände auf einer Sitzung des Bundesausschusses in Berlin am 3. April 1933 seine Auflösung bekanntgegeben hatte.[693] Die Fuldaer Kundgebung vom 28. März 1933 war für den Katholischen Lehrerverband offensichtlich "der letzte Anstoß für seine Bereitschaft als Sozialgruppe des Katholizismus, den 'Brükkenschlag' zum Nationalsozialismus mitzumachen". Dieser Vorgang bedeutete "die Anerkennung neuer Machtkonstellationen im Rahmen einer neuen Auffassung von Legalität und Legitimität".[694] Der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg veröffentlichte die Kundgebung des Katholischen Lehrerverbandes in seiner Schulzeitung unkommentiert und setzte sich mit ihr politisch nicht auseinander.[695] Ohne Zweifel kam ihr aus der Sicht des Lehrervereins der Charakter einer politischen Weichenstellung zu. Die Entscheidung für die Gleichschaltung des Katholischen Lehrerverbandes war gefallen.

---

[693] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 111f.; MT vom 6.4.1933. Der Vorstand des Oldenburger Beamtenbundes stellte sich bereits auf seiner Sitzung vom 22. März 1933 auf die Seite der neuen Reichsregierung und appellierte an seine Mitglieder: "Der Vorstand hält es für selbstverständlich, daß jeder deutsche Berufsbeamte der Reichsregierung des nationalen Aufbaus treueste Gefolgschaft und hingebende Pflichterfüllung gelobt. Die Oldenburger Beamtenschaft hat die feste Zuversicht, daß es der Reichsregierung gelingt, alles Trennende im deutschen Volke zu beseitigen und es zu einer großen, freien Nation zusammenzuschließen." (MT vom 27.3.1933; GELHAUS, 1933, S. 136)

[694] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 110.

[695] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 4, 1.4.1933, Titelseite. Zum Wortlaut und zur politischen Einordnung der Kundgebung des KLVdDR vom 30. März 1933 vgl. 3.4.6.: Kundgebungen katholischer Verbände.

Zur Leipziger Tagung am 8. und 9. April 1933 hatte der KLVdDR keine Einladung erhalten und zeigte sich über diese Brüskierung beunruhigt. Eine Vorstandstagung, die zeitgleich mit der Leipziger Reichstagung am 9. April 1933 in Hannover stattfand, interpretierte die Eingliederung des Katholischen Lehrerverbandes in die neue politische Ordnung als bereitwillige Hinwendung zum Führerprinzip und bildete eine sog. "Reichsführerschaft". Das neue Amt des "Reichsführers" erhielt der Münsteraner Bernhard Gerlach, nicht der bisherige Vorsitzende August Weber, der auch persönlich für die Kundgebung vom 30. März 1933 verantwortlich zeichnete. Für seine Einordnung in das nationalsozialistische Deutschland, die auf berufsständischer Grundlage erfolgen sollte, war der Katholische Lehrerverband bereit, den Preis der "politischen Askese um der politischen Konzentration willen" zu zahlen.[696] Seine "Bereitschaft zur berufspolitischen Inaktivität, ein Zugeständnis, das im Grunde bereits die Anerkennung neuer politischer Ordnungsstrukturen implizierte", gab der KLVdDR bereits in ersten Kontaktgesprächen mit dem NSLB zu verstehen, die am 13. April 1933 zwischen der KLV-Reichsführerschaft und dem NSLB-Gauobmann von Westfalen-Süd, Rudolf Knoop, begannen. Sie engten den Verhandlungsspielraum bewußt auf die Sicherung der katholischen Belange ein und erörterten kaum die in Aussicht gestellte positive Mitarbeit der katholischen Lehrer an den politischen Zielen des NSLB.[697] Eine Reichsführertagung des KLVdDR und des Bundesvorstandes des Katholischen Junglehrerbundes (KJB) in Dortmund faßte den offiziellen Beschluß, Verhandlungen wegen der Überführung der katholischen Organisationen in den NSLB "in der neuen Form unter Wahrung der besonderen katholischen erzieherischen Aufgaben" aufzunehmen.[698] Die Wahrung der katholischen Belange war für die katholischen Lehrerverbände offenbar wichtiger als einzelne Bedingungen ihres korporativen Übertritts in den NSLB. Politische Rückendeckung erhielt der Katholische Lehrerverband von deutschen Bischöfen, die sich für die Selbständigkeit der einzelnen Verbände auch nach ihrem Übertritt in den NSLB einsetzten. Der Münchener Erzbischof, Kardinal Faulhaber, ging in einem Schreiben an Hitler und Schemm vom 24. April 1933 davon aus, "daß die Katholischen Lehrer- und Lehrerinnenvereine auch nach der korporativen Eingliederung in den Nationalen Lehrerbund als weltanschauliche Berufsverbände weiterbestehen dürfen".[699] Daß die Gleichschaltung der katholischen Lehrerverbände aus Gründen der

[696] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 131-133.
[697] Ebd., S. 133f.
[698] MT vom 15.4.1933.
[699] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 137f.

politischen Konzentration notwendig war, daran bestand im April 1933 kein Zweifel mehr. Dabei stellte die Wahrung der kirchlichen Belange eine zwingende politische Option dar. Der Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, richtete in einer Mitteilung an die Mitglieder der Fuldaer Bischofskonferenz vom 20. April 1933 "an diejenigen Hochwürdigsten Herren, in deren Diözesen sich die Zentralen des Katholischen Lehrer- und Lehrerinnenvereins befinden und die mit leitenden Personen der Vorstände engere Fühlung haben", die eindringliche Bitte, "auf die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Entschließungen nach Tunlichkeit Einfluß zu gewinnen, um Schritten vorzubeugen, die für die Erhaltung des konfessionellen Charakters der Schule und der Lehrerbildung in ihrer Auswirkung entscheidend sein können".[700] Die Gefahr eines Interessenkonflikts wurde zu diesem Zeitpunkt offensichtlich nicht in ihrer ganzen Tragweite gesehen. Die Zusage, daß der Katholische Lehrerverband in einer neuen Organisation weiterbestehen dürfe, soll Hans Schemm im Namen des NSLB dem Vorsitzenden des Katholischen Lehrerverbandes in Bayern, Georg Albrechtskirchinger, Ende April oder Anfang Mai 1933 gegeben haben.[701]

4.4.2. Die Generalversammlung vom 24. April 1933

Nach dem Wortlaut des Protokolls über die außerordentliche Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins für den Freistaat Oldenburg am 24. April 1933, auf der der korporative Anschluß an den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen wurde, hatte sich der engere und der erweiterte Vorstand des Lehrervereins auf einer gemeinsamen Sitzung erst am 20. April 1933, "am Geburtstage unseres Reichskanzlers", dafür ausgesprochen, "in Verhandlungen zwecks Eingliederung des Vereins in den Nationalsozialistischen Lehrerbund einzutreten", und sich "geschlossen auf den Boden der nationalsozialistischen Bewegung" gestellt.[702] Die Cloppenburger MT gab diesen Beschluß am 21.4.1933 mit den Worten wieder:

> "Der Gesamtvorstand begrüßt eine Neuorganisation der gesamten deutschen Erziehergemeinschaft und beschließt einstimmig, in Verhandlungen zwecks Eingliederung des katholischen Lehrervereins in den Nationalsozialistischen Lehrerbund des Deutschen

[700] Ebd.: Anm. 56.
[701] FEITEN, Leherbund, S. 58f.; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 133ff. Georg Albrechtskirchinger nahm nach eigenem Bekunden unter dieser Bedingung die Bitte Schemms an, auf seiten des KLVdDR die Verhandlungen mit dem NSLB zu führen.
[702] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 33.

> Reiches einzutreten und eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, welche über die Eingliederung beschließen wird."[703]

In Anwesenheit von Staatsminister Spangemacher, Dr. Anton Kohnen, der zu diesem Zeitpunkt die Leitung der Polizeibeamtenschule der Ordnungspolizei in Oldenburg innehatte, und Rektor Richard Ordemann, der als Kommissar den gleichgeschalteten Oldenburgischen Landeslehrerverein vertrat, erklärte der Vorsitzende des Katholischen Lehrervereins, der Cloppenburger Rektor Bernard Lange, daß der "Anschluß an den Nat.=Soz. Lehrerbund" nach den Verhandlungen, die der Vorstand "in den letzten Tagen und Wochen mit den maßgebenden Stellen gepflogen" habe, "im Prinzip feststehe". In einem gründlich ausformulierten Vortrag, der einer politischen Erklärung gleichkam, sprach sich der Delmenhorster Rektor Konrad Höffmann im Namen des engeren und weiteren Vorstandes für die Annahme des Antrages aus.[704] Dabei beschrieb er die politische Position des Katholischen Lehrervereins und distanzierte sich scharf von der demokratischen Vergangenheit. Höffmann ließ keinen Zweifel daran, daß der korporative Eintritt in den NSLB "ein rückhaltloses Bekenntnis zum Nationalsozialismus" bedeutete, und legte jedem einzelnen Lehrer "den Uebertritt in die N.S.D.A.P." nahe. Auch wer zum Stahlhelm und zum Kyffhäuserbund neige, solle die Mitgliedschaft in der NSDAP überdenken, weil nur diese auch die Möglichkeit biete, "den Geist des Nationalsozialismus zu gestalten und zur Auswirkung zu bringen". Der Vorwurf der "Wendigkeit" oder "Anpassungsfähigkeit" sei in diesem Zusammenhang nicht gerechtfertigt, weil große Teile der katholischen Lehrerschaft sich dem demokratischen Wechsel von 1918/19 gar nicht erst angeschlossen hätten:

> "Solche Vorwürfe kommen nur von solchen, die sich nach der Revolution von 1918 sehr schnell auf den berühmten Boden der Tatsachen stellen konnten und während der Zeit des Verfallstaates von einer Kompromißlösung zur anderen herumschaukelten. Unter der kath. oldbg. Lehrerschaft gibt es viele Mitglieder, die sich 1919 nicht um

---

[703] MT vom 21.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 157.

[704] Lehrer Konrad Höffmann leitete beide katholischen Volksschulen in Delmenhorst als Rektor. Michael Hirschfeld bezeichnet ihn als "Steigbügelhalter der Delmenhorster Nationalsozialisten". Auf Initiative dieses "völkisch-national eingestellten Pädagogen", der einen Pfarrgeistlichen mehrfach denunzierte, sei am 22. März 1934 die katholische Jungschar-Gruppe der Pfarrgemeinde St. Marien verboten worden. (HIRSCHFELD, Althaus, S. 57, ders., Delmenhorst, S. 22ff.) Konrad Höffmann spielte bei der Selbstgleichschaltung des Katholischen Oldenburgischen Lehrervereins eine große Rolle und entwickelte sich "auf katholischer Seite innerhalb kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Exponenten der nationalsozialistischen Schulpolitik an der Basis". (HIRSCHFELD, Delmenhorst, S. 11)

> stellen konnten, dem alten Reich die Treue bewahrten, jede Verbindung ablehnten, die diesen Verfallstaat stützte. Diese Kollegen haben die nationale Erhebung unserer Tage ersehnt mit heißem Herzen, sie hatten nur die eine Sorge, sie nicht mehr erleben zu können. Solchen aber, die sich 1919 umgestellt haben, kann nur empfohlen werden, sich gründlich in das Schrifttum des Nat.=Soz. zu versenken. Es wird ihnen eher eine andere Welt aufgehen, die auch sie dahin führen wird, wo sie heute hingehören, unter die Führerschaft Hitlers."[705]

Diese Worte waren keine deklamatorische Gefälligkeit, sondern Ausdruck eines politischen Selbstverständnisses, das im Frühjahr 1933 offensichtlich keiner Revision bedurfte. Indirekt sprach Höffmann auch die Rolle des Zentrums an und distanzierte sich von der demokratischen Vergangenheit dieser Partei. Dieser Haltung kam in der Cloppenburger "Walhalla" deshalb größere Aufmerksamkeit zu, weil seit zwei Wochen in Rom Konkordatsverhandlungen geführt wurden. Höffmann unterließ es in seiner Rede, die Zentrumspartei namentlich zu erwähnen. Dazu trugen neben der völkisch-nationalen Einstellung des Referenten sicherlich auch die Erbitterung über die Mitverantwortung des Zentrums für die Finanz- und Haushaltspolitik Brünings bei, die der Lehrerschaft große Opfer abverlangt hatte, aber auch die Kundgebungen des KLVdDR und die Verlautbarungen deutscher Bischöfe, die sich nicht mehr für die Zentrumspartei engagierten. Die Kirche selbst wurde immer mehr zum eigentlichen Rückhalt des deutschen Katholizismus in der neuen politischen Ordnung.

Die katholischen Lehrer, so Höffmann weiter, hätten verläßliche politische Zusicherungen, die Adolf Hitler in seiner Regierungserklärung am 23. März 1933 gegeben habe. Er habe der katholischen Kirche ein Mitwirkungsrecht in der Schule zugesprochen. Deshalb strebe der NSLB auch "eine Angliederung der Geistlichkeit an die Erziehungsgemeinschaft des Bundes an, damit ihr die Möglichkeit gegeben ist, von ihrem Mitwirkungsrecht auch im Rahmen der gesamten Erziehungsgemeinschaft Gebrauch zu machen". In diesem Zusammenhang dürfe aber nur der dogmatische Kern des katholischen Glaubens absolute Gültigkeit genießen, nicht aber die "sog. theol. Schulmeinungen", die zeitlich bedingt und deshalb auch dem Irrtume ausgesetzt seien. Diese Worte enthielten eine deutliche Aufforderung an die katholische Kirche, ihre zeitbedingten schulpolitischen Grundsätze zu überdenken und sie gegebenenfalls den neuen politischen Verhältnissen anzupassen. Höffmann riet seiner Kirche, den Anschluß an die "Nationale Revolution" nicht zu versäumen. Sie dürfe nicht

[705] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 33ff., auch zum folg.

übersehen, "daß sich Tausende und aber Tausende von Katholiken von der Kirche entfremdet fühlen werden, wenn der Katholizismus zum erwachenden Deutschland nicht eine positive Stellung finden wird". Die Zukunft von christlicher Religion und katholischer Kirche sah Höffmann nur gewährleistet, wenn sich die Kirche in den politischen Dienst des Nationalsozialismus stellte:

> "Möchte die kath. Kirche auch dem Ziel einer deutschen Volksgemeinschaft zustreben, die auch Adolf Hitler erstrebt, und bei dieser Arbeit ihren ganzen Zauber entfalten, der ihr eigen ist, - die Zeit des Glückes für Volk und Kirche wäre angebrochen. Die katholische Kirche hat ihre Lebenskraft in allen Jahrhunderten und allen Kulturkreisen so reich entfaltet, daß es uns unmöglich erscheinen muß, daß ihre aufbauende Kraft irgendwie eingeengt oder gehemmt wird, wenn sie sich auch wirksam eingliedert in die Organisationsformen des Nationalsozialismus. Unser Glaube an die Macht und Tragfähigkeit der kath. Idee ist zu groß, um hieran zu zweifeln."

In der Debatte, die auf der Generalversammlung nach dem Bericht in der Katholischen Schulzeitung ausgiebig geführt wurde, kristallisierte sich die Alternative "Hie Kommunismus - hie Nationalismus!" heraus. Sie verengte die Diskussion, weil sie in einem katholischen Lehrerverein nur rhetorisch geführt werden konnte. Der Vorsitzende Bernard Lange nahm dazu eindeutig Stellung:

> "Wir katholischen Lehrer wollen und müssen gegen den Kommunismus, gegen die Volksverderber arbeiten. Das geht nur durch den Nationalsozialismus unter der Führerschaft Adolf Hitlers. Deshalb schließt die Reihen und bildet eine Einheitsfront."

Die Diskussion beschäftigte sich mit einzelnen Problemen, die der Anschluß an den NSLB aufwarf. Dazu gehörten Fragen nach der geistlichen Schulaufsicht und der Bekenntnisschule, die Stellung der Bischöfe zum Nationalsozialismus und der Zugehörigkeit des Lehrers zu nationalen Verbänden. Der Wunsch, die Entscheidung zu vertagen, fand ebenso keine Mehrheit wie das Ersuchen einzelner Versammlungsteilnehmer, die eingebrachte Resolution um die Klausel "unter Wahrung der katholischen Interessen" zu erweitern. Die Resolution wurde nicht verändert und in der von Rektor Lange gleich zu Beginn der Versammlung eingebrachten Fassung einstimmig angenommen:

> "Der kath. Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg bekennt sich rückhaltlos zur Regierung der nationalen Bewegung unter der Kanzlerschaft Adolf Hitlers. Er tritt geschlossen in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (N.S.L.B.) ein und gelobt einmütig, die Erziehungsarbeit für den Aufbau des neuen Staates im Geiste unseres Führers Adolf Hitler mit ganzer Kraft und hingebender Treue durchzuführen."[706]

---

[706] MT vom 25.4.1933; GELHAUS, S. 161f.

Nach einer Debatte, die eine Reihe von Einzelfragen erörterte und in der auch erhebliche Bedenken zum Ausdruck gebracht wurden, folgte die Generalversammlung des Katholischen Lehrervereins dem Antrag des engeren und weiteren Vorstands und stellte sich vorbehaltlos auf die Seite der nationalsozialistischen Revolution. Sie war bereit, dafür die Selbständigkeit des Lehrervereins aufzugeben, und wollte aufgrund der vorliegenden Erklärungen und mit Blick auf die historischen Verdienste der katholischen Kirche um Staat und Gesellschaft nicht glauben, daß ihre Freiheit vom nationalsozialistischen Regime ernsthaft gefährdet werden könnte. Nicht das politische Denken, sondern das konfessionelle bestimmte das Gesetz des Handelns. Waren die konfessionellen Interessen und Belange als so weit gesichert wie möglich anzusehen, - das war am 24. April 1933 offensichtlich der Fall, - wurden die politischen Fragen sekundär. Damit scheiterte der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg an eben den konfessionellen Bindungen und Aufträgen, die 1876 zu seiner Gründung geführt hatten, und schaltete sich selbst gleich. Damit vollzog er die grundlegende Wende, die der deutsche Episkopat in den Monaten März und April 1933 vornahm, in eigener Verantwortung mit und hatte die Folgen seiner Gleichschaltung selbst zu tragen. Mit der September-Ausgabe des Jahres 1933 beschloß die "Katholische Schulzeitung für den Freistaat Oldenburg" ihren letzten, den 25. Jahrgang, und verabschiedete sich von ihren Lesern:

> "Der Schlußstrich ist vollzogen, **der alte Verein hat seine Aufgabe vollbracht,** die neue Organisation steht, sie harrt ihrer Aufgabe. Nicht Vergangenem nachtrauern, 'mit Mut und Kraft fürs Dritte Reich geschafft', ist die Losung der Gegenwart. Die kath. Lehrerschaft wird jetzt zeigen, daß das neue Deutschland ihr unbesorgt ihre Jugend, die einmal, frei von liberalistischen Anhängseln, das wahre Volkstum verkörpern soll, anvertrauen darf."[707]

Zum 1. September 1933 trat der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg in Liquidation.[708] Damit endete endgültig die freie Verbandstätigkeit einer der wichtigsten konfessionellen Berufsorganisationen im katholischen Milieu Südoldenburgs. Zum Kommissar, der in den NSLB entsandt wurde, bestellte die Generalversammlung den Lehrer Aloys Nienaber[709], zu Beisitzern

---

[707] Katholische Schulzeitung, Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 50.

[708] Katholische Schulzeitung, Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 49; MT vom 23.9.1933; GELHAUS, 1933, S. 373.

[709] Aloys Nienaber war bis zum März 1934 Kreisobmann des NSLB Cloppenburg und seit Mai 1933 Mitglied im Amtsvorstand des Amtes Cloppenburg. Im März 1934 wurde er nach Delmenhorst versetzt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 320; HIRSCHFELD, Delmenhorst, S. 30, Anm. 12: biographische Angaben zu Aloys Nienaber)

die Lehrer Höffmann (Delmenhorst), Wilhelm Kohnen (Dinklage)[710], Ernst Willenbrink (Scharrel)[711] und Hans Dehlwisch (Cloppenburg).[712] Kommissar Nienaber erhielt die Vollmacht, die weiteren Maßnahmen für die Eingliederung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB vorzunehmen. Nach der Abstimmung, die auf der Vormittagsveranstaltung durchgeführt wurde, ergriffen Staatsminister Spangemacher und Studienrat Dr. Anton Kohnen das Wort. Spangemacher wies angesichts der großen Bedeutung der konfessionellen Frage in Südoldenburg nachdrücklich auf die Vereinbarkeit des völkischen Rassegedankens mit der christlichen Religion hin:

> "**Deutsch und christlich** ist unser Ideal. [...]. Wenn ich von Rasse und Rassegeschichte spreche, so handelt es sich nicht um gottverbotene Dinge. Gott hat uns erschaffen mit allen körperlichen und seelischen Eigenschaften, die uns vor anderen Völkern auszeichnen, nicht um damit Schindluder zu treiben. Wir wollen nicht Rassendünkel, aber wir wollen stolz sein auf die Mission, die wir zu erfüllen haben. Mit glühender Liebe zum Vaterlande im Herzen wird es dem Lehrer leicht, die Jugend vollzupfropfen mit echten deutschen Ideen. Er wird sich einsetzen für seine Nation und ihre letzten Dinge mit ganzer Seele. Deshalb soll der Lehrer nicht Pazifist, sondern Kämpfer für die hohe Sache sein. [...]
> Wie aber bin ich fähig zum Opfern, wenn ich nicht weiß, daß einer hinter mir steht, der mich stärkt und der will, daß ich an ihn glaube: der Schöpfer der Erde? Weil ich ein Soldat der Nation bin, muß ich auch ein Christ sein. Religion muß die Grundlage bilden. [...] Will also die Schule ihrer Aufgabe, die Kinder zu bewußten Christen heranzuziehen, gerecht werden, so muß der Lehrer selbst Christ sein und zwar aus tiefstem Empfinden heraus. Echtes Christentum aber bedeutet die Umsetzung des Wortes Christi in die Tat: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Wir Nationalsozialisten sind also

---

[710] Wilhelm Kohnen, ein Bruder von Dr. Anton Kohnen, war Konrektor in Dinklage und fungierte bis zum März 1934 als Kreisobmann des NSLB Vechta. Bis zu diesem Zeitpunkt nahm er auch das Amt eines Ortsgruppenleiters in Dinklage wahr. Am 1. April 1934 trat Wilhelm Kohnen die Stelle eines Rektors in Cloppenburg an, war bis zum 13. Juni 1942 Kreiswalter des NSLB Cloppenburg und übernahm am 1. Dezember 1939 das Amt des stellvertretenden Kreisschulrats in Cloppenburg. Vom 7. Mai 1943 bis 1945 war er kommissarischer Ortsgruppenleiter in Cloppenburg. Am 26. Dezember 1936 forderte Wilhelm Kohnen von den NSLB-Ortsgruppenamtsleitern im Kreis Cloppenburg Berichte über regimekritische Geistliche an. Offizial Vorwerk machte den Klerus des Offizialatsbezirks am 12. Januar 1937 mit dem Rundschreiben bekannt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 278; HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 373)

[711] Ernst Willenbrink war bis zum 2. Oktober 1933 Kreisobmann des NSLB Friesoythe und wurde dann als Hauptlehrer nach Endel bei Visbek versetzt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 400)

[712] Hans Dehlwisch war seit dem 19. September 1933 Stahlhelm-Kreisleiter Cloppenburg, von Oktober 1933 bis zum 4. Februar 1935 Stahlhelm-Kreisführer Südoldenburg (Ämter Vechta und Cloppenburg) und seit dem 9. Dezember 1933 Standartenführer der SA-Reserve 1 (Stahlhelm). 1935 wurde er als Hauptlehrer nach Delmenhorst versetzt. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 204; HIRSCHFELD, Delmenhorst, S. 30, Anm. 13: biographische Angaben zu Hans Dehlwisch)

> nicht religionsfeindlich, wir haben vielmehr im Glauben die Kraft gefunden, unsern Kampf siegreich durchzuführen. [...]
> Aufgabe des Lehrers muß es sein, seine Kinder zu beseelen mit heißem Herrgottsgeist und himmelstürmender Vaterlandsliebe. Einfach und klar ist diese Aufgabe [...]."[713]

Studienrat Dr. Anton Kohnen erinnerte an die große Lehrertagung in Leipzig, die als das "Potsdam der deutschen Erziehung" bezeichnet werde, und hob die zunehmende Bedeutung der sog. "Gesinnungsfächer", Religion, Deutsch und Geschichte, hervor. In diesen Fächern müsse das "Gemüt und Gefühl für die Richtung des Heldischen und Starken" gefördert werden:

> "Eine neue Zeit bricht an, auch für die Schule, die vielfach im Formalen und Wissenschaftlichen erstarrt war. Die Hauptaufgabe aber ist die Erschaffung des inneren Gehalts. Der Weg zum Herzen des Schülers, der bisher durch einengende Vorschriften verrammelt war, muß gefunden werden. Heute wird bekannt, daß ein ganz anderer Wind in der Schule wehen muß. Namentlich in den Gesinnungsfächern ist sowohl auf der höheren als auch in der Volksschule vielfach gesündigt worden. [...] Der Unterricht darf sich nicht im Formalen erschöpfen, er muß fortführen zu Gedanken, die heute das ganze Volk angehen."

Eine Rückbesinnung auf den heroischen Geist in der deutschen Vergangenheit und Gegenwart forderte Kohnen vor allem für den Deutsch- und Geschichtsunterricht. Im Religionsunterricht habe der Erzieher "den Weg zum Herzen seiner Kinder" bereits gefunden, "während Deutsch und Geschichte vielleicht zu kurz gekommen sind". Der "Pflege des deutschen Gedankens" müsse der Deutschunterricht Rechnung tragen, und "in der Geschichte" solle "der große einheitliche Zug zum Vaterlande den Unterricht durchziehen". Deshalb gelte es, "viel Gerümpel" zu beseitigen und "die Arbeitsweise zu revidieren unter der Devise: 'Nationale Tendenz bis zum Aeußersten!'"[714]

Aussagen eines Zeitzeugen, des späteren Schulrats Friedrich Wübbolt in Cloppenburg, heben stärker den Druck hervor, dem die Lehrer ausgesetzt wurden. Danach lag der Generalversammlung in Cloppenburg ein fertiger Entschließungsantrag vor, der den Delegierten aufgezwungen wurde. Unter dem politischen Druck, der im Frühjahr 1933 bereits geherrscht habe, sei die Versammlung diesem Antrag gefolgt. In schriftlichen Aufzeichnungen, die aus der Erinnerung entstanden, erkennt Wübbolt in der Entschließung vom 24. April 1933, die ein schulpolitisches Ereignis ersten Ranges war, ein "Musterbeispiel für die Knebelung der Presse in der Hitler-Diktatur". Danach war

[713] OV vom 27.4.1933; Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 5, 1.5.1933, S. 35.
[714] Ebd.

der Staat Hitlers "ein totalitärer Staat, es gab nur eine Meinung, einen Führer und eine völlig untergebene Volksmasse", ein "'Gottloses' System", "weil Gott dem Menschen nie seine Freiheit nimmt".[715] Der Blick Wübbolts, der sich historische Gewißheit verschaffen wollte, unterliegt jener Vorstellung, die im "Dritten Reich" nur einen monolithischen Block erkennen kann, der ohne Brüche aus der politischen Gleichschaltung hervorgegangen ist. Diese war nach seiner Meinung ausschließlich für den Übertritt des Katholischen Lehrervereins in den NSLB verantwortlich. Spangemacher, Höffmann und Anton Kohnen hätten "das 'Hohe Lied' des Nationalsozialismus gesungen", und ihre Ansprachen seien in den Zeitungen umgehend wiedergegeben worden, aber nicht die Drohung Spangemachers, die folgenden Wortlaut gehabt habe:

> "Sie wissen wohl, Sie sind Beamte, d. h. Diener des Staates. Das Volk hat uns mit der Leitung des Staates beauftragt. Also ist es Ihre Pflicht, uns zu dienen und mit uns zu arbeiten. Wenn Sie glauben, das nicht zu können, dann steht es Ihnen frei, den Dienst aufzugeben. Überlegen Sie das wohl!"

Unabhängig davon, ob Spangemacher sich in Cloppenburg so oder ähnlich geäußert hat, macht seine Rede doch deutlich, daß der nationalsozialistische Staat die materielle Abhängigkeit der Volksschullehrer ausnutzen und sie so seinen politischen Absichten unterwerfen konnte. Diese Staatsnähe enthielt Voraussetzungen für die Gleichschaltung der katholischen Lehrerschaft und des öffentlichen Dienstes überhaupt, die in dieser Form in anderen Berufszweigen und Gewerben nicht gegeben waren. Dieser Umstand relativiert zwar andere Gründe, die zur frühen Gleichschaltung des Katholischen Lehrervereins geführt haben, hebt ihre Gültigkeit aber nicht vollends auf. Die katholischen Volksschullehrer standen im Frühjahr 1933 auch deshalb zur politischen Disposition, weil sie sich nicht mehr an die demokratische Verfassungsordnung von Weimar gebunden fühlten und sich in ihrem Lehrerverein über Generationen in unpolitischer Pflichterfüllung geübt hatten: im Deutschen Kaiserreich ebenso wie in der Weimarer Republik und, wie sich am 24. April 1933 herausstellte, auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Es sei den Lehrern, so Wübbolt, auch "in unmißverständlicher Form dringend nahe gelegt" worden, "in die Partei und ihre Gliederungen einzutreten und damit ihre echte Gesinnung zu bezeugen". Sie seien deshalb nicht "ohne weiteres zu den Nazis übergesprungen", wie Wübbolt glaubwürdig bekundet:

---

[715] WÜBBOLT, S. 196f., auch zum folg.: Der katholische Lehrerverein geht zu Hitler über.

"Als die Abstimmung kam, hätte nur einer sich weigern sollen. Er wäre morgen schon von der Gestapo abgeholt und eingesperrt worden als Staatsfeind. Er hätte seine Freiheit verloren, sein Brot und auch seine Familie. Ja, sein Leben hätte er aufs Spiel gesetzt. Das ist nicht übertrieben."

An moralischen Schnittstellen wie dieser, die in der Geschichte nicht selten sind, endet die Redlichkeit historischer Analyse und öffnet den Blick auf das Subjekt in der Geschichte, das an einer Wegscheide steht, für die es letztlich nicht verantwortlich ist, an der es sich aber erklären muß. Manchmal gelingt auch ein Ausweichen oder Verzögern. Auch dafür trägt das politische Subjekt seine historische Verantwortung. Die Abstimmung der katholischen Lehrer vom 24. April 1933 resultierte nicht aus niedrigen Opportunitätsgründen, sie haben es sich nicht leicht gemacht, sondern war grundsätzlicher Natur. Deshalb kam ihr auch eine herausragende politische Signalwirkung zu. Der Historiker kann im nachhinein die Folgen historischen Handelns überblicken, politische Strukturen und Kontinuitäten erkennen und das einzelne Ereignis vor dem Hintergrund von Traditionen und Mentalitäten beurteilen, weil er nicht mit dem historischen Subjekt der Vergangenheit identisch ist. Sein Wort beruht vielmehr auf der historischen Perspektive der Gegenwart. Die Erinnerungen Friedrich Wübbolts machen deutlich, wie sich in historischen Personen Geschichte verdichtet, die an der Zeit schon lange vorher ‘gearbeitet’ hat.

4.4.3. Die Überführung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB

In einem ausführlichen Beitrag für die Juni-Ausgabe der Katholischen Schulzeitung berichtete der Delmenhorster Rektor Höffmann über die Maßnahmen, die zur Überführung des Katholischen Lehrervereins in den NSLB in die Wege geleitet worden seien, und forderte die Mitglieder zwecks Regulierung der Kassengeschäfte auf, die rückständigen Vereinsbeiträge bis zum 1. Juli 1933 einzuzahlen. Höffmann betonte nachdrücklich: Die körperliche Eingliederung sei nunmehr beschlossen, die Erwerbung der Einzelmitgliedschaft müsse durch Einzelerklärung erfolgen. Er warnte davor, die Beschlüsse vom 24. April 1933 nachträglich in Frage zu stellen:

"Der K.L.V. Oldenburg [Katholischer Lehrerverein] mußte von vornherein auf seinen körperlichen Beitritt zum N.S.L.B. bestehen und ferner die Erwerbung der Einzelmitgliedschaft aller Mitglieder im N.S.L.B. als Ziel aufstellen, da nur dann die Gewähr geboten ist für eine klare nationalsozialistische Linie. Die grundsätzliche Forderung des N.S.L.B., daß nur solche Mitglieder in ihn eintreten können, die sich als vollwerti

ge, aktive und treue Erzieher im Sinne des Nationalsozialismus ansehen und angesehen werden können, ist hierbei zu beachten."[716]

Mit der Unterzeichnung des Magdeburger Abkommens vom 8. Juni 1933 habe auch der Katholische Lehrerverein für den Freistaat Oldenburg dem deutschen Staate die Ermächtigung zurückgegeben, "eine Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus restlos durchzuführen".[717] Nach Auffassung von Heinrich Küppers bedeutete das Magdeburger Abkommen einen "Freibrief für den NSLB zur Auflösung der alten Stammvereine", der in seiner Tragweite unter dem suggestiven Eindruck der Veranstaltung nicht wahrgenommen worden sei. Von seiten der katholischen Verbände sei der Beitritt "keineswegs widerstrebend" erfolgt, weil sie in der "zentralistischen, aber dennoch augenscheinlich nicht egalisierten Struktur der Deutschen Erziehergemeinschaft eine Form der Gleichschaltung" verwirklicht gesehen hätten, die "ein Beispiel für ein harmonisches Zusammenleben in einer autoritär strukturierten Staatsordnung" gebe.[718] Die Auflösung der Gesamtorganisation des KLVdDR erfolgte auf einem außerordentlichen Vertretertag in Hannover am 2. August 1933.[719] Die Vorstellungen der katholischen Lehrervereine, ihre Eigenständigkeit im NSLB erhalten zu können, scheiterten auf der Magdeburger Reichstagung am 8. Juni 1933 "an dem alleinigen und ausschließlichen Ziel des NSLB, alle noch bestehenden Lehrerverbände zu zerschlagen".[720]

Nach der Eingliederung in den NSLB umfaßte Südoldenburg drei Kreise, Friesoythe, Cloppenburg und Vechta, die aus den ehemaligen Ämtern gebildet

---

[716] Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 6, 1.6.1933, S. 41f. Irritationen gab es im Katholischen Lehrerverein durch die Gründung der "Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher" (GkdE), die auf Initiative Albrechtskirchingers am 6. Juni 1933 aus einer Fusion des KLVdDR mit dem "Verein katholischer deutscher Lehrerinnen" (VkdL) hervorgegangen war. Diese Neugründung, die allerdings Episode blieb, diente in erster Linie der Gleichschaltungskonzeption des NSLB. Die "einzige politische Entscheidung der Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher" war der korporative Beitritt zur Deutschen Erziehergemeinschaft am 8. Juni 1933 auf dem Magdeburger Lehrertag. (KÜPPERS, Lehrerverband, S. 146ff., Zitat: S. 152)

[717] In Magdeburg beschlossen Vertreter von 48 Reichs- und 111 Unterverbänden einstimmig den korporativen Beitritt in die neue Gesamtorganisation unter Führung des NSLB. (FEITEN, Lehrerbund, S. 61) Der Katholische Lehrerverein aus Oldenburg war durch die Lehrer Nienaber und Höffmann vertreten. (Katholische Schulzeitung Jg. 25, Nr. 6, 1.6.1933, S. 42)

[718] KÜPPERS, Lehrerverband, S. 152ff.

[719] MT vom 23.8.1933; GELHAUS, 1933, S. 355; KÜPPERS, Lehrerverband, S. 165.

[720] FEITEN, Lehrerbund, S. 59.

wurden.[721] Zu diesen Kreisen gehörten - das war neu - alle Pädagogen ohne Unterschied der Schulart, der Konfession und des Geschlechts. Die Kreise wurden geführt von sog. "Kreisobmännern", denen in den jeweiligen Gemeinden Ortsgruppenobleute unterstanden. Zur Wahrung konfessioneller Belange und Fragen, die den Religionsunterricht betrafen, wurden im NSLB Oldenburg eine Abteilung für besondere Fragen der evangelischen Religion und eine für besondere Fragen der katholischen Religion eingerichtet. Auf der Versammlung der Ortsgruppenleute der drei südlichen Kreise des NSLB im Landesteil Oldenburg am 9. September 1933 im Gasthof Kleene in Cloppenburg wurde die Liquidation des Katholischen Lehrervereins am 1. September 1933 bekanntgegeben. In Anwesenheit von Landesleiter Richard Ordemann entwickelte Schulrat Dr. Kohnen, inzwischen Referent für das katholische Schulwesen im Ministerium, die Grundlagen nationalsozialistischer Erziehung und faßte sie in vier Grundsätzen zusammen:

> 1. Das Führerprinzip, das den Parlamentarismus ablehne, weil durch ihn "das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen" gelockert werde;
> 2. die "Idee der Volksgemeinschaft", die durch Bismarck als "äußere Gemeinschaft" geschaffen worden sei und von Hitler als "innere Volksgemeinschaft sozialen Denkens und alleiniger Wertung der Persönlichkeit nach Leistung und Charakter" verwirklicht werde;
> 3. die Reinhaltung der Rasse, die eine "Verbindung von Blut und Wesen" sei und die "völkische Kraft" in sich berge;
> 4. das "Gebundensein an die Scholle, das "Bekenntnis zum deutschen Boden", das zu "dieser Volkswerdung" notwendig sei. Im Gegensatz zur Stadt halte sich auf dem Lande "der wertvollste und reinste Bestandteil" der Bevölkerung. Mit der "Volkswerdung" eng verbunden sei "ein tiefes religiöses Gefühl", denn: "Aus der Gottesschöpfung endigt der Nationalsozialismus im Jenseits!"[722]

Kohnen stellte in Cloppenburg "einfach und schlicht die katholische Linie" des "Dritten Reiches" heraus und erinnerte an das Parteistatut der NSDAP von 1920:

> "Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jü

[721] Katholische Schulzeitung Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 50. Zu Kreisobmännern wurden berufen: Ernst Willenbrink (Kreis Friesoythe), Aloys Nienaber (Kreis Cloppenburg) und Wilhelm Kohnen (Kreis Vechta).

[722] Katholische Schulzeitung Jg. 25, letzte Nummer, 30.9.1933, S. 51ff., auch zum folg. Dr. Anton Kohnen wurde zum 1. September 1933 mit der Amtsbezeichnung Schulrat zum Fachreferenten für das katholische Volksschulwesen im Ministerium der Kirchen und Schulen ernannt. (Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 170, 23.8.1933, S. 728) Zu Kohnen vgl. Kap. 1.2.1.: Karriere im Schatten der "Machtergreifung".

> disch=materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von **innen** heraus auf der Grundlage: **Gemeinnutz vor Eigennutz.**"

Die Partei fordere die "Freiheit aller religiösen Bekenntnisse außer der mosaischen Religion". Wie der Abschluß des Reichskonkordats zeige, habe der nationalsozialistische Staat "gewiß nicht die katholische Kirche gemeint". Kirche und Staat hätten "auf die Bedürfnisse der neuen Zeit gegenseitig Rücksicht genommen". Darum sei es für den Katholiken wichtig, "in allem Neuen die positiv katholische Linie zu suchen, zu finden und zu bejahen". Rektor Konrad Höffmann aus Delmenhorst wiederholte in seiner neuen Funktion als Leiter der Arbeitsgemeinschaft des Kreises Nord den dringenden Appell an die katholische Kirche, sich der historischen Stunde nicht zu versagen. Die entscheidende Frage, die an die Kirche zu stellen sei, laute:

> "Wird die Kirche den Ruf Gottes zur Hingabe an den Lebenskampf des deutschen Volkes vernehmen, um die eigene Erneuerung ringen und in ihrem Gesamtleben dem neuen Hinweis auf die Wirklichkeit Gottes dienen? Die bloße Duldung des Nationalsozialismus wird dieser Entscheidungsfrage nicht gerecht."

Am Tage der Versammlung der Ortsgruppenleute am 9. September 1933 war das Reichskonkordat noch nicht ratifiziert, das geschah einen Tag später, am 10. September 1933. Die Krise hielt also noch an. Deshalb konnte die katholische Kirche jene definitive Antwort nicht geben, die Höffmann von ihr erwartete. Ihre Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat in Deutschland blieb auch nach der Ratifizierung des Reichskonkordats ambivalent. Der beschwörende Appell Höffmanns zeugt von der Verunsicherung eines katholischen Volksschullehrers, der sich der "Nationalen Revolution" verschrieben hatte, aber mit der Zeit immer deutlicher spürte, daß er nicht in jedem Falle mit dem Rückhalt der katholischen Amtskirche rechnen konnte. Über die wirtschaftliche Lage und die tagespolitische Situation hinaus sind Ursachen für die historische Entschließung der katholischen Lehrerschaft vom 24. April 1933 vor allem in den ungebrochenen religiös-autoritären Traditionen und staatsfreundlichen Mentalitäten der Lehrer selbst zu suchen, die von der nationalsozialistischen Machtübernahme wie ‘mit einem Schlage’ die Erlösung aus der wirtschaftlichen, sozialen, aber vor allem politischen Notlage der Weimarer Republik erhofften. Weitere Motive für die frühe Gleichschaltung der katholischen Lehrerschaft sind im Anpassungswillen an die politische Umwälzung des Jahres 1933 zu sehen, die an einen irrationalen Staats- und Volksmythos appellierte und auf christlichen Fundamenten zu beruhen schien. Zweifel daran wurden durch den Verlauf der Generalversammlung in Cloppenburg eher bestätigt

als ausgeräumt. Die Personalpolitik des Ministeriums Pauly, von der große Teile der katholischen Lehrerschaft betroffen waren, führte nicht nur zu Veränderungen innerhalb der katholischen Lehrerkollegien in Südoldenburg, sondern enthielt auch Versetzungen vom katholischen Süden in den protestantischen Norden des Landes - und umgekehrt. Damit wurde eine konfessionelle Vermischung der Lehrerkollegien angestrebt, die im Sinne der Gleichschaltung dazu diente, die Pädagogen einander zu entfremden, persönlich zu isolieren und politisch zu bedrängen.

4.5. Die Gleichschaltung der höheren Schulen

Auf der Linie politischer Anpassung bewegten sich Ende April 1933 auch die Verlautbarungen, mit denen die beiden staatlichen höheren Schulen Südoldenburgs, das Gymnasium Antonianum in Vechta und das Cloppenburger Realgymnasium, das Schuljahr 1933/34 feierlich eröffneten. Das Vechtaer Gymnasium versuchte nachzuholen, was es in dem Rausch der sich überschlagenden Ereignisse offensichtlich nicht als die große politische Wende wahrgenommen hatte. Ein Oberprimaner verlas zum Schuljahresbeginn die Rede Hitlers aus der Potsdamer Garnisonkirche zur Reichstagseröffnung vom 21. März 1933. Daran schloß sich ein Referat von Oberstudiendirektor Dr. Uhlmann an, der die politische Laufbahn Hitlers und die Grundlagen des neuen Staates erläuterte. Der durchschlagende politische Erfolg hatte dem umstrittenen Parteiführer Adolf Hitler auch im katholischen Milieu Südoldenburgs zu einer ansehnlichen Reputation verholfen. Der Schulleiter schloß seine Ausführungen mit dem dringenden Appell, sich der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu verweigern, und ermunterte die Schuljugend, in die NS-Verbände einzutreten:

> "Nur ein kleines Häuflein stehe heute noch grollend abseits; fast alle Deutschen schauen heute mit Vertrauen auf Adolf Hitler. Es könne keinen wahren Deutschen mehr geben, der nicht von ganzem Herzen wünschen müsse, daß der Segen Gottes auf seinem Kampfe um die Rettung Deutschlands ruhen möge. So gelobe auch das Gymnasium in Vechta an diesem Tage, an dem es des 44. Geburtstages Adolf Hitlers gedenke, feierlich, sich hinter den Führer zu stellen. Auch die ganze Arbeit der Schule solle uneigennützig und pflichtbewußt, wie Adolf Hitler es zeige, dem deutschen Volke und Vaterlande gelten. Insbesondere wolle die Schule ihre Schüler zum Gedanken der Volksgemeinschaft und Wehrhaftigkeit erziehen, zu Männern, die ihr Vaterland mit heißem Herzen lieben. Es sei daher der dringende Wunsch der Schule, daß möglichst viele Schüler sich den nationalen Verbänden anschlössen."[723]

[723] OV vom 29.4.1933.

Die Feier im Gymnasium Antonianum zur Eröffnung des Schuljahres 1933/34 schloß mit dem Deutschlandlied. In der Vechtaer Erklärung, die äußerst konziliant angelegt war, fehlte sogar der dringende Appell an die nationalsozialistische Reichsregierung, die neue Staatsordnung im christlichen Geist aufzubauen und die Belange der christlichen Kirchen zu wahren. Das Reizwort von den "wahren Deutschen", das in Weimarer Tagen auch in Südoldenburg zum Vokabular des politischen Antiliberalismus zählte, hatte seine politische Wirkung nicht verfehlt und erfuhr jetzt in der großen nationalen Stunde, die das endgültige Ende der Republik bedeutete, seine politische Bestätigung.[724]

In einer von Mitgliedern des Kollegiums ausgearbeiteten Resolution, die von der Allgemeinen Konferenz genehmigt, in der Aula der Schule zur Eröffnung des neuen Schuljahres 1933/34 verlesen und in der örtlichen Presse publiziert wurde, kündigte das Cloppenburger Realgymnasium ebenfalls seine Bereitschaft zur politischen Gleichschaltung an. Der Termin dieser Konferenz, der 24. April 1933, war identisch mit dem Übertritt des Katholischen Lehrervereins in den NSLB. Der Zweck der "außergewöhnlichen Allgemeinen Konferenz" vor dem Beginn des neuen Schuljahres bestand nach eigenen Angaben darin, "die Geschlossenheit des Lehrerkollegiums für die Erziehungsarbeit im neuen Schuljahr zu sichern".[725] Die Entschließung wurde erarbeitet vom Leiter der Schule, Oberstudiendirektor Dr. Thomé, von Oberstudienrat Wempe, der bisher die Zentrumsfraktion im oldenburgischen Landtag geführt hatte, und von den Studienräten Dr. Theodor Kühling und Hermann Bitter.[726] Sie hatte folgenden Wortlaut:

> "Wir begrüßen den nationalen Umbruch, der das deutsche Bewußtsein in weitesten Kreisen unseres Volkes wieder geweckt und die besten Kräfte deutschen Volkstums zusammengefaßt hat. Insbesondere sehen wir in der Reichsreform die Erfüllung aller

---

[724] Dem NSLB traten nach dem Bericht der NSDAP auch die Lehrer der höheren Schulen in Vechta bei, "so daß bei der ersten Kreistagung am 10. Oktober 1933 in der Deutschen Oberschule zu Vechta die gesamte Erzieherschaft des Kreises Vechta erschienen war und im NSLB organisiert wurde". Über das politische Programm des NSLB hieß es in der nationalsozialistischen Propagandaschrift aus dem Jahre 1936: "Das Ziel des NSLB ist die große, herrliche Gemeinschaft der deutschen Erzieher aller Gattungen, von der Kindergärtnerin bis zum Universitätsprofessor." (NSDAP, 3. Kreistag, S. 74f.)

[725] Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll der Allgemeinen Konferenz vom 24.4.1933.

[726] REINHARDT, Chronik, S. 48-54: Aufbau der Deutschen Oberschule 1932-1939; GELHAUS/REINHARDT, Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 4. Teil, Schule und Machtergreifung, IN: MT vom 1.7.1989.

deutschen Sehnsucht nach der Einheit des Reiches. Mit ehrlicher Überzeugung stehen wir in der nationalen Front bei dem notwendigen Kampfe gegen die zersetzenden Kräfte des Marxismus und des Atheismus, gegen Schmutz und Kitsch in Kunst, Literatur und Musik. Als deutsche und katholische Erzieher der Jugend stellen wir uns freudig hinter die Absicht der Regierung, die Schule zu einer reinen Pflegestätte des christlichen und deutschen Gedankens zu machen, und geloben ihr, unsere besten Kräfte für dieses Ziel einzusetzen. Es soll unsere heilige Aufgabe sein, die uns anvertraute Jugend zur höchsten Auffassung deutschen Wesens und deutscher Sendung, zu echter deutscher Volksgemeinschaft, zu geistiger und körperlicher Wehrhaftigkeit zu erziehen."[727]

Die Konferenz bevollmächtigte den Direktor der Schule, Dr. Thomé, ausdrücklich, "bei der offiziellen Eröffnung des neuen Schuljahres in der Aula vorstehende Entschließung bekannt(zu)geben, damit die Eltern und deren Schüler Klarheit über den Kurs der Schule bekommen". Nach der offiziellen Eröffnung des neuen Schuljahres sollte "aus Anlaß des Geburtstages unseres Reichskanzlers Adolf Hitler eine schlichte eindrucksvolle Feier mit der Festrede des Studienrats Dieckmann" stattfinden, in der zum Abschluß das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen wurden.[728]

Mit dem Wortlaut der Resolution stimmte die Konferenz dem politischen Umschwung im Deutschen Reich, wie er sich seit dem 30. Januar 1933 vollzogen hatte, ohne Einschränkung zu. Eine Alternative erschien angesichts der herrschenden politischen Umstände nicht mehr realistisch. Die "Nationale Erhebung" hatte sich nicht revolutionär, sondern auf legale Weise vollzogen und faßte nun auf der Basis eines pervertierten Egalitätsprinzips angeblich "die besten Kräfte deutschen Volkstums" zusammen. Die Verfasser der Resolution erkannten sich im konservativen Charakter des "nationalen Umbruch(s)" wieder und begrüßten die politische Symbiose, die die ewigen Werte "des christlichen und deutschen Gedankens" wieder miteinander verbinden und die vorrevolutionäre Tradition der Einheit von Thron und Altar beleben sollte. Daß damit das Ende der ersten Demokratie in Deutschland zur politischen Tatsache wurde, dazu nahm die Erklärung des Cloppenburger Realgymnasiums nicht Stellung und wandte den Blick nach vorne, ohne die demokratische Vergangenheit auch nur mit einem Wort zu würdigen. Die Cloppenburger Resolution erkannte in der politischen Geschichte der Weimarer Republik in erster Linie ein Reich der "zersetzenden Kräfte des Marxismus und des Atheismus", das sich dem katholi

[727] Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 24.4.1933; MT vom 28.4.1933; GELHAUS, 1933, S. 164; SIEVERDING, Geschichte, S. 106.
[728] Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 24.4.1933.

schen Moralisten traditionell als "Schmutz und Kitsch in Kunst, Literatur und Musik" darstellte. Der Kampf gegen diese Auswüchse moderner Zivilisation konnte den Katholizismus mit dem Nationalsozialismus politisch verbinden. Unter Wahrung des christlichen Standpunktes spaltete die Entschließung, die diplomatisch ausgewogen argumentierte, den nationalen Anteil aus der nationalsozialistischen Bewegung ab, verknüpfte ihn mit katholischem Berufsethos und verkürzte so ihre revolutionäre Dynamik auf die Täuschung der "legalen Revolution". In dieser Form war sie offensichtlich akzeptabel.

Die Cloppenburger Lehrerkonferenz, deren Mitglieder sich als "deutsche und katholische Erzieher" verstanden, befand sich am 24. April 1933 bei der Beratung der Resolution in einem Zielkonflikt, der im Frühjahr 1933 noch nicht offen ausgetragen wurde und im historischen Kompromiß gezähmt werden sollte. Was sich in der politischen Wirklichkeit allenthalben als Gleichschaltung vollzog, etikettierte die Entschließung untertreibend als "Reichsreform", als ginge es nicht um mehr als um die Revision der Weimarer Verfassung. Die Cloppenburger Philologen versuchten, unter Bezeugung nationaler Loyalität dem neuen Staat gegenüber an überlieferten christlichen Grundprinzipien festzuhalten, und exerzierten einen politischen Spagat, an dem der deutsche Katholizismus im Jahre 1933 zerbrach. Als das Cloppenburger Realgymnasium seine regimefreundliche Resolution verabschiedete, hatte Südoldenburg schon seine eigenen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Regierung Röver gemacht, die es auf eine Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus abgesehen hatte.

Das Cloppenburger Realgymnasium setzte die Politik gezielter Anpassung offensichtlich fort. Nach Auskunft von Zeitzeugen trat das Lehrerkollegium der Schule mit Ausnahme von einem oder zwei Kollegen 1933 geschlossen in die NSDAP ein.[729] Durch diesen Schritt versuchten die Philologen, die Gleichschaltung der Schule zu verhindern und den Direktor Dr. Klaus Thomé in

[729] Die Zeitzeugen Maria Kruse und Bernd Thonemann veröffentlichten ihre Aussagen am 10.10. bzw. am 13.10.1998 in der Cloppenburger MT. Mit ihren Leserbriefen reagierten sie auf einen Bericht von Karl Sieverding über die Reaktion des Cloppenburger Realgymnasiums auf den politischen Machtwechsel in Deutschland. (SIEVERDING, Karl: "Dem Dienste der Politik unterzuordnen", IN: MT vom 2./3.10.1998). Nach Auskunft von Maria Kruse trat Oberzeichenlehrer Funke als einziges Mitglied des Kollegiums nicht der NSDAP bei. Bernd Thonemann stellt fest, daß auch Oberstudienrat Friedrich Diebels den Eintritt in die Partei verweigerte; Diebels starb im Januar 1934.

Cloppenburg zu halten.[730] Nach Darstellung von Maria Kruse wurde "dieser Gedanke" stark gefördert vom damaligen Cloppenburger Dechanten August Hackmann: "Er setzte sich dafür ein, das Kollegium möge der Partei beitreten, was manchem Studienrat äußerst schwerfiel." Die entscheidende politische Weichenstellung sei durch die Unterzeichnung des Reichskonkordats vorgenommen worden. Damit sei die Gefahr der "Exkommunikation für Parteimitglieder" entfallen. Das "Konzept der behutsamen Kooperation" war nach ihrer Meinung zum Scheitern verurteilt und konnte die Gleichschaltung des Gymnasiums nicht aufhalten.[731]

Eine nachträgliche Bestätigung fand die Haltung der Lehrerkollegien in Vechta und Cloppenburg durch die Gleichschaltung des oldenburgischen Philologenvereins und des Cartell-Verbandes der farbentragenden katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV), deren Philisterzirkel viele Philologen in Südoldenburg angehörten.[732] Anfang Mai 1933 sprach der Oldenburger CV Volkskanzler Adolf Hitler in der Hoffnung das Vertrauen aus, "daß er das deutsche Volk besseren Zeiten entgegenführen wird".[733] Der Oldenburger Philologenverband forderte am 26. Mai 1933 den Rücktritt des amtierenden Vorstandes im Deutschen Philologenverband und schloß sich dem NSLB an:

> "Die Vertreterversammlung des Oldenburgischen Philologenverbandes fordert [...] sofortigen Rücktritt des Vorstandes des Deutschen Philologenverbandes, damit der Berufsstand und die höhere Schule nicht Schaden leidet. Sie fordert ferner sofortigen Anschluß an den NS-Lehrerbund."[734]

Innerhalb des NSLB konnte der Philologenverband, dessen Mitglieder sich gegen eine nach 1933 besonders von der Volksschullehrerschaft betriebene Egalisierung des Erzieherberufes wandten, bis 1936 selbständig weiterbestehen. Diese Tatsache ist in erster Linie auf das tradierte elitäre Standesbewußtsein der Philologen zurückzuführen.[735]

---

[730] Dieser Haltung enstsprach auch die Empfehlung Thomés, für die Lehrerbibliothek die "Hauptwerke der nat.-soz. Literatur" anzuschaffen. (Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 15.8.1933; GELHAUS, Bibliothek, S. 90ff.)
[731] MT vom 10.10.1998. In diesem Sinne ist nach Ansicht von Maria Kruse auch die einstimmige Resolution des Lehrerkollegiums vom 24. April 1933 als "sehr schlimm" anzusehen.
[732] MT vom 17.5.1933; MT vom 9.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 201.
[733] MT vom 9.5.1933; MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 30.
[734] MT vom 27.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 211.
[735] FEITEN, Lehrerbund, S. 65f.

Durch den politischen Machtwechsel im Deutschen Reich erfuhr das Schlageterdenkmal, das 1924 auf dem Lohner Kreuzberg errichtet worden war, eine unerwartete politische Aufwertung.[736] An der Schlageter-Gedenkfeier des Stahlhelm am 28. Mai 1933 auf dem Lohner Kreuzberg nahmen nach den Berichten der Cloppenburger MT und Vechtaer OV etwa 5 000 Männer teil. Darunter befanden sich über 3 700 Stahlhelmer und rund 1 500 SA-Leute und Angehörige der Hitler-Jugend sowie des Jungvolks.[737] Auf dieser Kundgebung erklärte der Cloppenburger Studienrat Dr. Ottenjann für den katholischen Cartellverband:

> "Deutsche Frauen! Deutsche Männer! Der Cartellverband der farbentragenden katholischen deutschen Studentenverbindungen, der Oldenburger C.V. insbesondere, dankt dem Stahlhelm, dem Bund der Frontsoldaten, herzlichst für die liebenswürdige Einladung zum heutigen Tage. Wie einst, als dieses Denkmal geweiht wurde, sind wir auch heute freudig und gern erschienen, um an dieser Feier teilzunehmen. Gilt es doch einen Mann zu ehren, der aus unseren Reihen hervorging, einen Mann, der in Farben seiner geliebten Verbindung das Bekenntnis zu den Prinzipien unseres Verbandes offen zur Schau trug, unsren lieben Albert Leo Schlageter."

Schlageter habe sein Vaterland, so Dr. Ottenjann, "nicht schlechthin" geliebt, sondern "mit einer Leidenschaft ohnegleichen, mit einer Hingabe, die nur selbstlose und restlose Hingabe an das Vaterland kannte." Deshalb sei er für die Korporation zum Vorbild geworden: "Wie sein Deutschtum ergreift unser Herz seine vorbildliche Treue, die Treue, die er hielt seinem Volke und Vaterland bis in den Tod [...]."[738]

Mit solchen Erklärungen waren auch die katholischen Philologen Südoldenburgs im Frühjahr 1933 im "Dritten Reich" angekommen und vollzogen eine politische Wende, die für die Erziehung im allgemeinbildenden höheren Schulwesen von großer Bedeutung war. Auf der ersten Kreistagung des NSLB am 10. November 1933 im "schön geschmückten Saale" des Cloppenburger Central-Hotels - unmittelbar vor der Volksabstimmung und der Reichstagswahl am 12. November 1933 - traten neben Volksschullehrer Aloys Nienaber auch Studienrat Hermann Bitter und Oberstudiendirektor Thomé vom staatlichen

---

[736] MEYER, Melanie: Das Schlageterdenkmal auf dem Kreuzberg: "Steine des Anstoßes", IN: HBL 2/1993, S. 18f.
[737] OV vom 29.5.1933; MT vom 29.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 214. Wegen der gleichzeitigen Feierlichkeiten in Oldenburg zur Ernennung von Reichsstatthalter Röver war aus der Landeshauptstadt nur die Südoldenburger Abteilung der NSDAP in Lohne erschienen.
[738] OV vom 29.5.1933; MT vom 29.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 214.

Realgymnasium als Redner auf. Hermann Bitter beschwor die "Wende der Zeiten", die Deutschland "eine nationale Wiedergeburt" geschenkt habe:

> "Wir glauben an den Retter, wir schaffen in der Bewegung, denn nach Hitler das Chaos. Als Jugenderzieher wollen wir Wegweiser sein, nicht um uns, um die Jugend, damit sie nicht zum Sklaven= und Helotentum hinabsinkt."

Hermann Bitter bezog sich in seinem Vortrag auf Oswald Spenglers epochales geschichtsphilosophisches Werk "Untergang des Abendlandes", dessen erster Band 1918 erschienen war. Die Arbeit Spenglers wurde zum Standardwerk konservativer Kulturskepsis. In dieser Rezeption wurde die Dekadenz der Moderne, die der Erste Weltkrieg nicht hatte aufhalten können, mit dem politischen Verfall der Weimarer Republik in Verbindung gebracht.[739] Bitter erhob Oswald Spengler auf der Kreistagung des NSLB zum Propheten des Nationalsozialismus und führte dazu in typischer Weise aus:

> "Er [= Spengler] berichtet von dem Zerfall der Kultur, der Moral, der Revolution 1918, seiner Stellung zu ihr und der Wende der Zeiten. Jetzt stehen wir an einer Zeitenwende. Staatsmänner machen Geschichte. Sie greifen ins Rädergetriebe der Zeiten. [...] Zwei Ideen standen sich gegenüber: Nationalsozialismus und Sozialismus. [...] Wohin führte die Lösung Nationalismus=Sozialismus? Pazifismus sind die bisherigen Früchte. Durch unseren Führer Adolf Hitler wurden beide Ideen zum Nationalsozialismus vereinigt. Wie eine Lawine erfaßte derselbe das deutsche Volk."[740]

Das politische Bekenntnis zur "Nationalen Revolution" reichte aber nicht aus, um sich vor persönlichen Repressionen durch das NS-Regime zu schützen. Das stellte sich in Cloppenburg noch im Laufe des Schuljahres 1933/34 heraus. Von insgesamt 39 Abiturienten, die am 26. Februar 1934 die Reifeprüfung bestanden, erhielten nur zwölf die von einer Mitgliedschaft in den nationalen Verbänden abhängig gemachte Hochschulreife, die zum Universitässstudium berechtigte. Diese spektakuläre Entscheidung diente dazu, den politischen Druck auf die Schülerschaft, das Lehrerkollegium und den Leiter der Schule zu verstärken.[741] Der Jahresbericht des Cloppenburger Realgymnasiums meldet für das

---

[739] Oswald Spengler vertrat die Vorstellung, daß der moderne Parlamentarismus "in vollem Verfall begriffen" und jeder Wahlkampf "ein mit dem Stimmzettel und allen Mitteln der Aufreizung durch Rede und Schrift geführter Bürgerkrieg" sei. Eine Partei sei "kein Rassegewächs, sondern eine Sammlung von Köpfen", der "Todfeind aller gewachsenen ständischen Gliederung". Deshalb sei der Begriff der Partei immer "mit dem unbedingt verneinenden, auflösenden, gesellschaftlich einebnenden der Gleichheit verbunden." Parteien seien "eine rein städtische Erscheinung". (SPENGLER, Untergang, S. 1079, 1121f.)
[740] MT vom 11.11.1933; GELHAUS, 1933, S. 417.
[741] REINHARDT, Chronik, S. 51.

Ende des Schuljahres 1933/34 den Verlust von drei Lehrern durch behördliche Versetzungen. Durch ministerielle Verfügung wurde der katholische Leiter der Schule, Dr. Thomé, an die neue Oberrealschule in Nordenham, der ehemalige Landtagsabgeordnete, der geistliche Oberstudienrat Heinrich Wempe, an die Oberschule in Vechta und Studienrat Schneider an das Reformrealgymnasium in Rüstringen versetzt. Die Nachfolge von Dr. Thomé trat in Cloppenburg der gebürtige Badener Dr. Karl Stuckenberg an, der als überzeugter Nationalsozialist galt.[742]

Die NS-Regierung in Oldenburg entzog einer möglichen Opposition der katholischen Lehrerkollegien von Volksschulen und höheren Schulen die soziale Basis, indem sie durch personelle Umbesetzungen in den Schulleitungen und Lehrerkollegien, die in der Regel politische Maßnahmen waren, konfessionelle Vermischungen der Lehrerkollegien herbeiführte und vor allem durch administrative Eingriffe in die konfessionelle Schulverwaltung des Landes die institutionellen Fundamente des katholischen Milieus in Südoldenburg angriff. Das Ziel bestand darin, die politischen und sozialen Träger des relativ geschlossenen katholischen Milieus zu schwächen, ein Klima der Verunsicherung, der Angst und des persönlichen Mißtrauens zu erzeugen, um die politische Anpassung zu fördern und einer aufkommenden Opposition vorzubeugen.

Die in der Resolution des Cloppenburger Realgymnasiums artikulierte Polarität zwischen nationaler Gefolgschaft und christlicher Grundüberzeugung bestimmte den politischen Konflikt, der auf das einmütige Treuebekenntnis folgte und sich an organisatorischen wie inhaltlichen Fragen des Schulalltags im "Dritten Reich" entzündete. Die Politisierung der Schule wurde durch administrative Anordnungen und Verfügungen fortgesetzt.[743] Die Allgemeine Konferenz am Cloppenburger Realgymnasium beschäftigte sich ein Jahr später, am 19. April 1934, mit der Frage des Schulgottesdienstes, der zu einem Streitpunkt

---

[742] Realgymnasium, Jahresbericht 1933/34, S. 36.

[743] Mit Wirkung zum 1. Juli 1933 wurden sämtliche Schülervereine aufgelöst, durften neue nicht mehr genehmigt und gegründet werden. Die Schüler wurden angehalten, sich in den "nationalen Verbänden", SA, SS, HJ, Stahlhelm und VDA, zu organisieren. Das Realgymnasium in Cloppenburg holte daraufhin die Genehmigung für die bestehenden Schülervereine "Balder" (Verein für Literatur und Kunst), Orchester und Blaskapelle "Blech" ein. Auf der Allgemeinen Konferenz vom 19. September 1933 gab Direktor Thomé "die Zahl der Schüler bekannt, die den Wehrverbänden angehören". Danach waren insgesamt 325 Schüler organisiert, davon allein 190 in der HJ und 117 im VDA. Thomé warb auf dieser Konferenz besonders für die Mitgliedschaft im VDA. (Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokolle vom 20.6.1933, 15.8.1933 und 19.9.1933)

zwischen Kirche und Staat geworden war. Das Konferenzprotokoll markiert die Trennungslinien, die die Einstellung des Katholizismus in Südoldenburg zum "Dritten Reich" bestimmten, und die Grenzen seiner Kompromißbereitschaft:

> "Die Anfrage des Ministeriums vom 12. Apr. 34 betr. Schulgottesdienst ergibt nach kurzer Aussprache, daß St-R Dr. Kleene als Religionslehrer und Turn= und Sportlehrer Samerski als Führer der H. J. sich bezüglich des sonntäglichen Gottesdienstes verständigt u. geeinigt haben. Der Gottesdienst bleibt wie bisher. Sollte zur Zeit des sonntäglichen Gottesdienstes die H. J. die Schüler benötigen, so wird die H. J. von sich aus dafür sorgen, daß die kath. Schüler dem Pflichtgottesdienst zugeführt werden. An Sonntagen, an denen die Schüler kommunizieren, wird die H. J. die Schüler nicht in Anspruch nehmen. Der werktägige Gottesdienst bleibt ebenfalls wie bisher, da Beeinträchtigungen nicht festgestellt wurden. Der Pflichtbesuch gilt im Sinne von größter Milde u. Weitherzigkeit. Dr. Kleene bemerkt noch, daß eine ganze oder teilweise Aufhebung des Pflichtbesuches z. Gottesdienst in diesem Augenblick bei der Bevölkerung auf die Leitung fallen würde, was den Tatsachen nicht entspräche. Der Direktor meint, daß die jetzige Regelung ideal sei."[744]

Der pragmatische Kompromiß, der keine Verlierer und keine Sieger kannte, wurde zum bevorzugten dritten Weg zwischen politischer Anpassung und gewandtem Mitläufertum auf der einen und katholischer Opposition auf der anderen Seite. Dieser dritte Weg war der Weg des Unpolitischen, des politisch Unentschiedenen und nicht selten der Weg des geringsten Widerstandes. Die Einsicht in die wahre politische Lage würde den Frieden untergraben haben, den man heimlich mit sich und der gegenwärtigen politischen Situation schließen wollte. Zur Opposition reichte die moralische Kraft nicht aus.

---

[744] Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34: Protokoll vom 19.4.1934. Die Bekanntmachung des Ministers der Kirchen und Schulen vom 11. Dezember 1933 enthielt Richtlinien für das Verhältnis von Schule und Hitlerjugend, die aber nicht in jedem Falle eindeutig waren. Danach sollten "die Knaben, die den Kindergottesdienst besuchen wollen, hieran nicht gehindert werden". (Amtliche Nachrichten Jg. 188, Nr. 234, 13.12.1933, S. 988f.; MT vom 14.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 443) Turn- und Sportlehrer Kurt Samerski vom Cloppenburger Realgymnasium, der Vorsitzende des Turnverbandes Südoldenburg, war seit 1933 in der nationalsozialistischen Jugendbewegung aktiv. Seit dem 1. Juni 1933 leitete er den HJ-Unterbann Cloppenburg-Vechta, der am 1. Juli 1933 in den HJ-Bann Südoldenburg umgewandelt wurde. Vom 27. November 1933 bis zum 6. Dezember 1934 nahm er das Amt des Führers des HJ-Bannes 225 Südoldenburg wahr, im Februar 1934 war er Führer des HJ-Unterbannes Friesoythe und vom 1. Februar 1934 bis zum 29. November 1934 Führer des HJ-Unterbannes III/225 Cloppenburg. (NSDAP, 3. Kreistag, S. 37; RADEMACHER, Weser-Ems, S. 347)

4.6. Schule zwischen Religion und Politik: das Knabenkonvikt der Dominikaner in Füchtel bei Vechta

Die "Chronik des St. Josephs-Convictes der Dominikaner" in Vechta dokumentiert aufschlußreich die Haltung einer höheren Schule in der "Nationalen Erhebung" des Jahres 1933. Die Jungen der Ordens- und Missionsschule in Füchtel waren traditionell in der katholischen Georgs-Pfadfinderschaft organisiert und wurden am 7. Juli 1933 geschlossen in die Hitlerjugend überführt. Heinrich Hoymann vermutet als Motiv für den raschen Übertritt in die HJ in erster Linie die "Sorge um die Zukunft der Schule" und berichtet, "daß die Diskussion um Kolonialpfadfinder und HJ offen und mit gründlichen Abwägungen vor sich ging" und es sich nicht um die alleinige Entscheidung des Präfekten Pater Aurelius Arkenau handelte.[745] Daß politische Sympathien für den Nationalsozialismus und weltanschauliche Korrespondenzen die Entscheidung erheblich beeinflußten, geht aus den Erklärungen und Bekundungen der Verantwortlichen in der Ordens- und Konviktsleitung im Jahre 1933 hervor.

Unter der Parole von der "Politisierung der Schule" war nach programmatischen Ausführungen von Reichsinnenminister Frick vor den für Schule und Unterricht zuständigen Ministern der deutschen Länder Anfang Mai 1933 keine Reform "in einem parteipartikularistischen Sinne" zu verstehen, sondern eine "deutsche Nationalerziehung", die "im Dienste des Volksganzen" stehen sollte. Die deutsche Schule habe, so Frick, den "politischen Menschen zu bilden, der in allem Denken und Handeln dienend und opfernd in seinem Volke wurzelt und der Geschichte und dem Schicksal seines Staates zu innerst verbunden ist". Die "liberalistische Bildungsvorstellung" habe wesentlich "zu der Zerstörung des nationalen Lebens in Volk und Staat beigetragen", weil sie "in ihrer hemmungslosen Anwendung in der Nachkriegszeit" bisher nicht "den volksverwurzelten deutschen Menschen geformt, sondern der Bildung der freien Einzelpersönlichkeit gedient" habe. Die notwendigen Veränderungen in der Schul- und Bildungspolitik seien Teil der "Nationalen Revolution" und schlössen alle Strömungen aus, "die die nationale politische Erziehungsaufgabe der Schule gefährden" könnten. Sie dienten der Überwindung der "individualistischen Bildungsvorstellung" und der geistigen wie der körperlichen Erziehung zur Wehrhaftigkeit, die schließlich den Wehrdienst als "die höchste vaterländische Pflicht und Ehre" ansehe. Grundlage der nationalen Erziehung sei die Rassen

[745] HOYMANN, Heinrich: "In dieser Stunde löse ich die Gefolgschaft 4 auf." Der Kreuzkampf und die in der Hitlerjugend organisierten Schüler der Ordensschule Füchtel, IN: OV vom 15.11.1986.

kunde, die in einem "lebenskundlichen, biologischen Unterricht" vermittelt werden müsse, um "die schädlichen Folgen der Rassenverschlechterung" und der "Ueberfremdung deutschen Blutes mit fremdrassigem, vor allem jüdischem Blut zu verhindern".[746] Darin bestand nach Darstellung des Reichsinnenministers die Aufgabe der Politisierung der Schule, die sich in Füchtel unter den besonderen Bedingungen eines Ordenskollegs der Dominikaner vollzog.

4.6.1. Provinzial Laurentius Siemer in Füchtel

Der Dominikanerpater Laurentius Siemer hatte großen Einfluß auf die politische Kultur Südoldenburgs nach dem Ersten Weltkrieg und war in den 1920er Jahren und in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ein beliebter Redner, der in Vorträgen und Aufsätzen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragen aus christlicher Sicht Stellung nahm.

Joseph Siemer, der spätere Dominikanerpater Laurentius Siemer, wurde am 8. März 1888 als Sohn eines Kanalbaumeisters in Elisabethfehn (Amt Friesoythe) geboren und wuchs mit neun Geschwistern auf. Er besuchte von 1903 bis 1908 das Gymnasium Antonianum in Vechta. Nach der Reifeprüfung trat er in Venlo in den Dominikanerorden ein und erhielt den Ordensnamen "Laurentius Maria Siemer O. P.". Von 1909 bis 1916 studierte er Philosophie und Theologie an der Hochschule des Ordens in Düsseldorf und wurde am 4. August 1914 in Düsseldorf zum Priester geweiht. Nach Abschluß seiner theologischen Ausbildung wurde Laurentius Siemer 1916 zum Marinepfarrer des Zeppelinflughafens in Ahlhorn bestellt und unterrichtete gleichzeitig an der Schule seines Ordens in Füchtel bei Vechta. Nach dem Kriegsende nahm er das Studium in den Fächern Philosophie, Germanistik und Geschichte in Münster auf und legte dort 1920 das erste Staatsexamen ab. Am 10. März 1921 wurde Laurentius Siemer zum Rektor der Ordensschule "Kolleg St. Joseph" in Füchtel berufen, die unter seiner Leitung ausgebaut wurde und 1927 die staatliche Berechtigung zur Abnahme der Reifeprüfung erhielt. An der Entstehung des Klosters in Schwichteler (1919) und dem Bau der Klosterkirche, die 1929 von Pater Titus Horten geweiht wurde, hatte er maßgeblichen Anteil. Am 13. September 1932 wurde er zum Provinzial der "Teutonia", der deutschen Ordensprovinz der Dominikaner, gewählt. Laurentius Siemer entwickelte in seiner Amtszeit unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft im Orden ein reges geistliches und geistiges Leben. Am 9. April 1935 wurde er im Zuge der sog. "Devisenprozesse", die von den Nationalsozialisten gegen Missionsorden angestrengt wurden, in seinem Dienstsitz in Köln verhaftet und in den Klingelpütz verbracht, wo er auf seinen Mitbruder Thomas Stuhlweißenburg traf, der am Tage zuvor eingeliefert worden war. Bald wurden sie nach Oldenburg überstellt. Nach langer Untersuchungshaft wurde Laurentius Siemer zusammen mit seinem Amtsvorgänger

[746] MT vom 10.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 193.

Thomas Stuhlweißenburg und Pater Titus Horten in Oldenburg zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und einer Geldstrafe von 70 000 RM verurteilt. Die drei Dominikaner legten gegen das Urteil Berufung ein. Das Revisionsverfahren endete am 31. Januar 1936 mit einem Freispruch, den die Patres Stuhlweißenburg und Horten nicht mehr erlebten. Thomas Stuhlweißenburg, der der psychischen Belastung des Devisenprozesses nicht gewachsen war, beging am 3. Oktober 1935 im Untersuchungsgefängnis Selbstmord. Titus Horten starb am 25. Januar 1936 an den Folgen der Haft. Nach Auffassung der Oldenburger Gestapo erblickte die katholische Bevölkerung Südoldenburgs im Freispruch des Ordensprovinzials von der Anklage der Devisenschiebung "eine Schlappe des Nationalsozialismus". Pater Laurentius Siemer sei "nach seiner Freisprechung mit einer unendlichen Zahl von Blumenspenden bedacht worden".[747] Die Verfolgung des in Südoldenburg sehr beliebten Provinzials wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wieder aufgenommen. Laurentius Siemer gehörte zum Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler und suchte vor der Gestapo im Dominikanerkloster in Schwichteler (Gemeinde Cappeln) Zuflucht. Nur mit knapper Not entging er seiner erneuten Verhaftung am 16. September 1944. Erste Aufnahme fand Laurentius Siemer auf dem Hof von August Kurre in Schwichteler, dann hielt er sich sieben Monate auf dem Hof Trumme in Handorf (Gemeinde Holdorf) versteckt.[748] Schon in den Jahren des Zweiten Weltkrieges setzte sich Siemer für die christlich-soziale Bewegung ein, die schließlich zur Gründung der CDU führte. Seit 1941 organisierte er auf Bitten führender Vertreter der christlichen Gewerkschaften in Köln Tagungen über die christliche Staats- und Gesellschaftsordnung, die als Orientierungshilfe für die Zeit nach dem Zusammenbruch des "Dritten Reiches" dienen sollten. Zusammen mit seinem Confrater Eberhard Welty (1902 - 1965) gehörte Laurentius Siemer zu den geistigen Gründungsvätern der christlichen Parteien in Westdeutschland und war an der Ausarbeitung der christlich-sozialistischen Kölner Leitsätze vom Juni 1945 beteiligt, die das Ahlener Programm von 1947 vorbereiteten. Nach dem Ablauf seines Provinzialats kehrte Siemer 1946 nach Südoldenburg zurück, wo er sich für den Ausbau der wiedereröffneten Ordensschule in Füchtel einsetzte. Über konfessionelle Grenzen hinweg engagierte sich Siemer in den neuen Medien, in Rundfunk und Fernsehen, für eine christliche Gesellschaft. Bei der Vorbereitung einer Fernsehsendung starb Pater Laurentius Siemer im Alter von 68 Jahren in Köln am 21. Oktober 1956.[749]

Ende Mai 1933 nahm der langjährige Provinzial der deutschen Dominikaner in einem Leitartikel in der Vechtaer OV Stellung zum Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus. In dem Artikel unter dem Titel "Katholisch denken" lehnte Pater Laurentius Siemer den deutschen Humanismus und die europäische Aufklärung aus Gründen der Einseitigkeit ebenso ab wie den Libera

[747] KUROPKA, Wahrheit, S. 61: Bericht der Gestapo vom 8.2.1936.
[748] WILLENBORG, Schwichteler, S. 99-101.
[749] HACHMÖLLER, Siemer, S. 219-221; ZUMHOLZ, Siemer, S. 53-70; FRIEDL, Handbuch, S. 673-675 (von Bernard Hachmöller); OV vom 24.10.1956: Pater Laurentius Siemer +; ECKERT, Dominikaner, S. 220-233; GELHAUS, Hubert: Pater Laurentius Siemer - ein Mann des Widerstandes, IN: MT vom 19.7.1994; WILLENBORG, Clemens: Ein Aufrechter in schwerer Zeit - Pater Laurentius Siemer, IN: HBL Jg. 79, Nr. 3/4, 12.8.2000, S. 25f.; ders., Pater kämpfte findig gegen Nazi-Unrecht, IN: MT vom 29.1.2000.

lismus Weimarer Prägung. Seitdem der Katholizismus aufgehört habe, "die einzige und große Religion unseres Vaterlandes zu sein", sei der Humanismus "große Mode" geworden:

> "Man glaubte, den Menschen wieder entdeckt zu haben; man sah im Menschen griechischen und römischen Altertums. [...] Diese Auffassung hat bis in unsere Zeit hinein sehr viele Vertreter gehabt; die Romantik räumte nur zum Teil damit auf. [...]
> Die Zeit der **Aufklärung** brachte neue Schwierigkeiten. Wer gebildet sein wollte, mußte Freimaurer sein oder Illuminat. Die Norm aller Dinge war die erleuchtete menschliche Vernunft. Was nicht in den Rahmen der menschlichen Vernunft oder der menschlichen Erfahrung sich einspannen ließ, war einfach nicht da. Selbstverständlich trat die Kirche dieser Anschauung entgegen; denn das Glaubensleben war mit solchen Grundsätzen unvereinbar."[750]

Besonders der ökonomische Liberalismus entspreche nicht der katholischen Gesinnung und sei deshalb vom Katholiken stets mit Skepsis aufgenommen worden, mit der Folge:

> "Der Kapitalismus feierte Triumphe. Nur der Katholik blieb bei dieser Entwicklung verhältnismäßig stark zurück."

Bei Katholiken hätte sich im Verhältnis zu Protestanten und Juden bald das Gefühl sozialer und kultureller "Minderwertigkeit" eingestellt, dabei gehe es dem Katholiken in erster Linie um ideelle und nicht um materielle Werte:

> "Der Katholik könne nun einmal nicht liberal sein; der Katholik könne das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht anerkennen. Höhere Ziele müßten tiefer liegende dem Katholiken als weniger begehrenswert erscheinen lassen. Aber man war so sehr vom Zeitgeist eingefangen, daß man auch hier die Tatsache zu leugnen anfing und die wirtschaftliche Stärke der Katholiken zu beweisen suchte. Man schämte sich einer Sache, deren man sich durchaus nicht zu schämen brauchte."

Die "höheren Ziele" habe nach 1918 selbst der Katholik aus den Augen verloren und sich vom oberflächlichen "Zeitgeist" beirren lassen. Nach dem Ersten Weltkrieg sei "etwas ganz Neues" gekommen. Das "Soziale" habe sich in den Vordergrund geschoben und vergessen lassen, "daß nicht Organisation, sondern Gesinnung ausschlaggebend ist, daß nicht die Auswirkung, sondern die Absicht den Menschen adelt". Viele "Sonderrichtungen" hätten sich im Katholizismus ausgebreitet, so auch der Pazifismus:

---

[750] OV vom 27.5.1933, auch zum folg.

> "Manche katholische Pazifisten wurden fast irr an der Kirche, weil Katholiken größere Aufgaben kannten und den Friedensbestrebungen nur ein bedingtes Interesse entgegenbrachten. Es war eine völlige Verkennung des Wesentlichen, wenn ein katholischer Pazifist sich einem unreligiösen Kommunisten innerlich mehr verwandt fühlte als einem katholischen Nationalisten."

Das Gefühl der Inferiorität sei aber nicht gewichen: "Tauchte etwas auf, das gut war oder gut zu sein schien, mußten die Katholiken immer vorangehen." So sei es immer gewesen. Erst in der Gegenwart des Jahres 1933, die "geradezu radikal unfähig zu Kompromissen" sein müsse, habe die "Überschätzung des Humanismus" aufgehört, stelle der gotische Dom wieder "das Wahrzeichen germanischer Religiosität" dar:

> "Heute stellt man vor allem nicht den Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens, sondern das Göttliche. Was früher minderwertig war, ist jetzt Trumpf. [...] Wir wollen Ganzheit."

In diesem Zusammenhang lehnte Laurentius Siemer eine Religion auf der Basis von Nation und Rasse ab, weil sich Nation und Rasse nur auf Teilgebiete des politischen und sozialen Lebens erstreckten, aber nicht auf die Ganzheit in der religiösen Existenz des Menschen. Dabei habe stets der Grundsatz zu gelten, daß "das Niedere das Höhere" nicht stört, sondern sich "dem Dienste des Höheren" verpflichtet fühlt. Das betreffe auch Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens:

> "Eine Volkswirtschaft, welche die Entwicklung der Rasse hemmt, das Volkstum vernichtet, Geisteskultur nicht fördert, religiöses Leben unmöglich macht, ist völlig abwegig. [...] Eine Rassekultur, die der Nation wertvolle Kräfte raubt, wahre Wissenschaft und echte Kunst einengt, Religion abhängig macht von der Rasse, ist Degeneration. Will sie die Rasse hüten vor Ueberfremdung, ihre Eigenart schützen, in einer der Rasse eigenen Form das Nationale, Geistige und Religiöse pflegen, so ist sie außerordentlich wertvoll. Jede nationale Bewegung muß dem Ziele dienen, das dem Staate von Gott gesetzt ist, dem Wohle der Gemeinschaft. Das Volkstum schützen, dem Volke Geistesgaben vermitteln, die Religion ihm geben und erhalten helfen: die Erfüllung jeder dieser drei Aufgaben ist eine nationale Tat, die desto höher zu bewerten ist, je höher der Gegenstand steht."

Laurentius Siemer lehnte den ideologischen Begriff der "Rasse", wie ihn der Nationalsozialismus verstand, nicht grundsätzlich ab, sondern relativierte ihn vor dem Hintergrund der alles umfassenden religiösen Existenz des Menschen. Der Provinzial der deutschen Dominikaner bemühte sich in der Vechtaer OV zu einem Zeitpunkt, als sich Katholizismus und Nationalsozialismus geflissentlich annäherten, um einen Kompromiß zwischen diesen weltanschaulichen

Lagern und öffnete damit der Interpretation großen Raum. Rasse, Nation, Volk und Volkstum waren Kernbegriffe seines politischen Vokabulars, das sich nur an der Religion brach: Eine "Rassereligion" lehnte Laurentius Siemer ab. Damit waren weltanschauliche Konflikte vorprogrammiert. Der Dominikanerprovinzial deutete sie nur an, weil er das Verhältnis zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus im Frühjahr 1933 nicht unnötig belasten wollte. Diese politische Linie behielt er zunächst bei. Beim Besuch von Staatsminister Julius Pauly in Vechta am 16. Oktober 1933 begrüßte Laurentius Siemer den hohen Staatsgast in der Füchteler Missionsschule mit Worten, die ebenfalls grundlegende Zustimmung signalisierten und sogar theologisch fundiert werden konnten:

> "Nationalsozialistische und katholische Ideen träfen sich mehr, als man gewöhnlich annehme. Der bedeutendste Lehrer der katholischen Kirche, der Dominikaner Thomas von Aquin, betone die Pflicht der Vaterlandsliebe als eine sittliche Tugend. Der autoritäre Gedanke komme gerade in der Auffassung der kathol. Kirche stark zum Ausdruck. Im katholischen Ordensstande sei der Gemeinschaftsgedanke vielleicht mehr als irgendwo anders zu Hause. Darum wolle die Schule treu zum neuen Staate stehen, und mit der Schule die Lehrer und die Patres. Die Schule wolle die Jungen zu ganzen Katholiken und zu ganzen Deutschen erziehen; zu Deutschen, die nicht nur vom Blute, sondern auch von ihrer Religion her ihrem Vaterlande alles zu geben bereit seien. Aus dem Grunde sei auch die ganze Schule der Hitlerjugend beigetreten. Wohl wüßte man, daß die Erscheinungsform nie die Idee zu verwirklichen vermöchte, daß bei der menschlichen Unzulänglichkeit die Erscheinungsform oft hinter der Idee zurückbleibe. Aber nicht negative Kritik sei hier am Platze, sondern politische Mitarbeit."[751]

Die Dominikaner in Füchtel waren zur positiven Aufbauarbeit im "Dritten Reich" bereit und folgten in den ersten Jahren nach dem politischen Machtwechsel in Deutschland der Richtung, die ihr Ordensprovinzial vorgab. 1936 trennten sich die Wege.

4.6.2. Die Politisierung des Schulalltags im Knabenkonvikt

Zu Ehren des Staatsministers wehte am Heiligenhäuschen des Kollegs zum erstenmal die Hakenkreuzflagge. Der Besuch Paulys stellte den politischen Höhepunkt im Leben des Konvikts nach dem Übertritt der Pfadfinderschaft in die HJ dar. Wie aus der Schüler-Chronik hervorgeht, bestimmte die NS-Ideologie bis in den November des Jahres 1936 den Schulalltag in Füchtel. Das bestätigen auch die zahlreichen Eintragungen im Festkalender des Konvikts, die auf eine eindeutige Politisierung des Schulalltags schließen lassen. Wenige

[751] Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: OV vom 17.10.1933.

Tage nach dem Pauly-Besuch veranstaltete die Gefolgschaft Füchtel einen "Heimabend", der dem "Auslandsdeutschtum" gewidmet war. Gefolgschaftsführer Niemöller beschloß die Veranstaltung mit dem "besonders wirkungsvollen Hinweis auf die notwendige aktive Mitarbeit der Ordensschüler an der Verwirklichung der Gedanken des VDA. als Kolonial=Hitlerjungen".[752] Politische Feierstunden wurden in Füchtel wie in anderen Schulen organisiert, "um das Leben u. Werk unseres Führers Adolf Hitler näher kennen zu lernen", und auf Heldengedenkfeiern wurden Erinnerungen an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges mit aufgetragenem nationalen und religiösen Pathos deklamiert:

> "Und wir, die wir damals zu diesen Kindern gehörten, von denen Ihr schiedet, wir wollen diese Schuld des Dankes abtragen, sofern wir dazu imstande sind. Wir beten für Euch, wir opfern Euch unsere Kommunion auf. Das soll unser Dank sein für Euch, denn dadurch können wir Euch, wenn es Gott gefällt, erlösen."

Christlicher Glauben und deutsche Politik bildeten in Füchtel symbolisch wieder eine Einheit, die die erhebenden Feiern in der Schule mit dem religiösen Kultus eines Gottesdienstes umgaben. Auf dem Schulkalender standen politische Vorträge, Deutsche Jugendfeste, Sonnenwendfeiern und die "Woche des Deutschen Buches", die 1936 dem "Heimatdichter" Hermann Löns gewidmet war und sein Werk politisch umdeutete:

> "Hermann Löns wußte auch, daß jeder, der sein Volk kennen lernt, es auch lernt zu lieben und dann unerschöpfliche und unbezwingliche Kräfte im Volke sich auslösen, die einen Weg bahnen zur kulturellen Größe und zum heldischen Bewußtsein eines Volkes. Und diese Werte kamen am natürlichsten und klarsten bei unseren bodenständigen Bauern zum Ausdruck. Ihre Kultur war eine lebendige Verbindung zur Scholle. Sie hat die tiefsten Wurzeln im Boden und in der Heimat. Hermann Löns' Werke sagen uns heute, daß er den Bauer geliebt hat in seiner urewigen Art, und wenn unsere Vorfahren diesen Boden, auf dem wir leben, mit eigenem Blut gedüngt haben, dann ist es unsere Pflicht, diesen heiligen Boden und diese unverfälschte deutsche Art gegen Feinde ringsum und artfremde Zersetzungen im Innern zu schützen. Der Nationalsozialismus ist aus diesen urewigen Werten heraus emporgestiegen und wir müssen dankbar sein, in dieser Zeit leben und schaffen zu können am Aufbau einer großen deutschen Kultur und Weltanschauung."

Nationale Feiertage in Füchtel, über die die örtliche OV in aller Ausführlichkeit berichtete, stellten bis 1936 die glanzlose politische Vergangenheit der Weima

---

[752] Chronik, St. Joseph, o. S.: OV vom 26.10.1933. Niemöller war von September 1933 bis zum 25. Oktober 1933 Führer der HJ-Gefolgschaft Füchtel (Ordensschule Füchtel) des HJ-Unterbanns 225/I Vechta, ab 1. Februar 1934 Führer der HJ-Gefolgschaft 4/I/225 Dominikaner-Konvent Füchtel. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 319f.)

rer Republik in den Schatten und setzten ihre außen- und friedenspolitischen Erfolge in den Augen der katholischen Öffentlichkeit herab.[753] Dabei wagten sich die Dominikaner weit auf den Boden der nationalsozialistischen Ideologie vor. Das außenpolitische Dilemma der Weimarer Republik wurde 1936 noch einmal deutlich, als die angebliche Schmach von Locarno mit dem triumphalen Einmarsch von Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland am 7. März 1936 verglichen wurde:

> "Daher sind wir Kollegschüler stolz auf einen solchen Führer und das mit Recht. Ein Locarnovertrag war eine Unehre für uns. Aber am heutigen Tage ziehen mit klingendem Spiel die Reichswehrsoldaten wieder in den alten Garnisonstädten am Rhein ein. Wir jubeln ihnen zu!"[754]

Über das Selbstverständnis der "Kolonial=Hitlerjungen" an der Ordensschule Füchtel klärte ein Pressebericht in der Vechtaer OV im November 1933 die Leserschaft auf. In diesem Aufruf erstrahlte am politischen Horizont wieder die Symbiose der christlichen und nationalen Staatsidee, die im Nationalsozialismus in eindrucksvoller Weise zum Ausdruck zu kommen schien. Davon ging ein Sendungsauftrag aus, der in dem Begriff des "Kolonial=Hitlerjungen" Gestalt annahm und für die Füchteler Ordensschüler einen Status elitärer Erwählung darstellte. Die Kundgebung in der Vechtaer OV zeigte, zu welcher idealistischen Verstiegenheit die politische Anpassung in der beengten Welt einer katholischen Ordensschule führen konnte:

> "Wir sind katholische Ordensschüler. Wir wollen einmal Dominikaner, Missionare des Christentums werden. Wir haben uns mit Leib und Seele Gott verschrieben. Doch gerade, weil wir katholisch sind, sind wir auch deutsch. Als katholische Priester werden wir uns ganz für Deutschland einsetzen. Ein Volk kann nur gedeihen, wenn es gottesfürchtig und sittenrein ist. Das deutsche Volk bedarf, um wieder zu gesunden, einer sittlichen Erneuerung, das weiß jeder. Wir sind Hitlerjungen, das heißt deutsche Jungen. Als zukünftigen Priestern liegt uns die seelische Not des deutschen Volkes klar vor Augen. Wer zweifelt daran, daß wir, die wir katholische, deutsche Jungen sind, uns jetzt und immer, mit Leib und Leben, mit allem, was wir haben, für das Wohl unserer deutschen Brüder und Schwestern aufopfern? Was wir für Deutschland tun, tun wir für Gott!"

Der christliche Missionsauftrag wurde mit Versatzformen nationalsozialistischer Rassenideologie verquickt und zu einem politischen Sendungsauftrag umfunktioniert. Das germanische Christentum erhielt seine Verwurzelung in

---

[753] Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 5.11.1933 (Bericht der OV), 8.3.1936 und vom 27.10.1936 (Bericht der OV).
[754] Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 7.3.1936.

der Blut- und Bodenideologie des Nationalsozialismus und verkam so zu einem ideologischen Torso, der sein ursprüngliches Wesen verbarg. Am nationalsozialistischen Treuebekenntnis der Füchteler "Kolonial=Hitlerjungen" war die geistige Fremdbestimmung der Schule im Zuge ihrer Politisierung deutlich zu erkennen:

> "Wir sind auch Kolonial=Hitlerjungen. Viele von uns wollen einmal Missionare in fremden Ländern, bei fremden Völkern werden. Sie wollen nicht nur Pioniere für das Christentum werden, sondern auch Pioniere für deutsche Sitte und Kultur. Doch nur, wenn wir schon in jungen Jahren echte Deutsche sind, können wir einmal anderen Völkern echtes, deutsches Lebensgut mitteilen. [...] Religiosität ist blut= und bodenverbunden. Die Uebernatur baut auf die gesunde Natur. Darum kann der deutsche Missionar nur deutsch gefärbtes, in deutsche Art und Kultur gekleidetes Christentum ins Ausland bringen. Er kann als Pionier des Glaubens und der Rasse zugleich Brücken schlagen von Deutschland in die Welt."[755]

Als "Vorposten des Deutschtums" verstanden sich die "Kolonial=Hitlerjungen" in Füchtel, die "unser Vaterland, das wir jetzt lieben", auch in fremden Ländern nicht vergessen wollten.[756] In dem Junktim von "katholisch" und "deutsch" entfaltete der Aufruf eine Position, die im politischen Katholizismus vor 1933 konsensfähig gewesen war und die sich selbst Graf von Galen, der Bischof von Münster, zu eigen machte. Dieser Standpunkt brauchte im "Dritten Reich" nicht revidiert, sondern nur erinnert und bestätigt zu werden, um politische Zustimmung zu signalisieren. Daraus resultierte die fixe Idee einer religiösen Missions- und Erneuerungsbewegung, die in der Rechristianisierung der deutschen Gesellschaft einen politischen Ausweg erkennen und sich vom autoritären Staatsgebaren des NS-Regimes nicht beirren lassen wollte. In ausdrücklicher Übereinstimmung sah sich das Füchteler Konvikt in seinem politischen Denken mit den Bestimmungen des Reichskonkordats, soweit sie den doppelten Boden des deutschen Katholizismus im "Dritten Reich" herausstellten, nämlich "Glied des Volkes und der Kirche" zu sein. Das historische Schicksal des christlichen Abendlandes lag in den Händen des deutschen Volkes, denn "Deutschland steht stellvertretend da für die ganze Welt!" NS-Staat und katholische Kirche, Thron und Altar stimmten in ihrer historischen Mission und in ihrem politischem Willen wieder überein und bildeten eine neue gleich

---

[755] Chronik, St. Joseph, o. S.: Bericht der OV.

[756] ECKERT, Dominikaner, S. 230. Pater Eckert bezeichnet dieses Schriftstück als "das eigenartigste Dokument" in der Schulgeschichte. Es weist nach seinen Worten folgenden pseudologischen Gedankengang auf: "Weil wir katholisch sind, sind wir deutsch. Die Erneuerung des deutschen Volkes ist notwendig, wenn es wieder genesen soll. Diese Erneuerung geschieht jetzt durch den Nationalsozialismus."

geschaltete Einheit der beiden großen Gewalten, die - von Gott gegeben - in der modernen Geschichte so lange getrennt gewesen waren:

> "Das lebendige Kirchenvolk ist auch immer tätiges Staatsvolk gewesen. So bedeutet ein jeder Gewinn der Kirche auch einen Gewinn nationalpolitischer Art. Am Staatsaufbau mitzuarbeiten, ist dem Christen eine aus innerstem Herzen geübte Gewissenspflicht."[757]

Die feierliche Erklärung der "Kolonial-Hitlerjungen", die wie ein politischer Schwur anmutete, exekutierte in vorbildhafter Weise die Mahnungen und Gebote des deutschen Episkopats, nicht in verneinender Haltung zum neuen Staat zu stehen und sich in der nationalen Erneuerungsarbeit für die politische Zukunft Deutschlands zu engagieren. Und sie gingen auch darüber hinaus.

4.6.3. Präfekt Aurelius Arkenau: Bekenntnis zum "positiven Christentum"

Seinen Höhepunkt erreichte der ideologische Anpassungsprozeß des Jahres 1933 im Füchteler Kolleg durch einen Leitartikel seines Präfekten, Pater Aurelius Arkenau, der am 23. Dezember 1933 - zwei Tage vor dem Weihnachtsfest - in der Vechtaer OV erschien. Arkenau hatte als neuer Präfekt der Ordensschule in Füchtel die Nachfolge von Pater Laurentius Siemer angetreten. Niemals zuvor war im katholischen Milieu Südoldenburgs, in dem das Kolleg allerdings eine gewisse Sonderstellung einnahm, die Übereinstimmung zwischen "Christentum und Nationalsozialismus" so programmatisch und konzeptionell gedeutet und ausformuliert worden wie in dem umfassenden politischen Aufsatz Arkenaus. Der Präfekt wollte dem suchenden Menschen seiner Zeit auf seine Lebensfragen nach dem "Woher" und "Wohin" offensichtlich eine Antwort geben und verstrickte sich in den ausgebreiteten ideologischen Netzen der Zeit. Er suchte die Antwort in einer ‘gesunden’ Weltanschauung, "die der Religion nicht widersprechen" durfte und "für den Einfluß der übernatürlichen Wahrheiten" offenstand. Diese "übernatürlichen Wahrheiten" hatte der Nationalsozialismus nach Meinung Arkenaus wieder in die deutsche Geschichte hineingetragen, weil er "das Blut= und Boden=Verwachsene" und "das blutvoll Naturhafte" deutlich herausstellte. Dem Nationalsozialismus sei es zu danken, daß die Zeit des Liberalismus in Deutschland der Vergangenheit angehöre. Sie habe ausschließlich diesseitsbezogene natürliche Wahrheiten gelten lassen und

[757] Chronik, St. Joseph, o. S.: Bericht der OV.

den transzendentalen Bezug von Geschichte geleugnet. Im Liberalismus sei "der menschliche Verstand der einzige Gott, den die Welt über sich anerkennen wollte", gewesen. Arkenau charakterisierte die vergangene liberale Ära als ein empirisch-wissenschaftliches Zeitalter, das keine religiöse Transzendenz der menschlichen Erfahrungswelt geduldet und die Religion aus dem politischen und sozialen Leben verbannt habe:

> "Durch die übertriebene, einseitige Ueberspannung der Vernunft wurden die Geister verwirrt und die natürlichen, gottgewollten Bindungen zerstört. Der Nationalsozialismus will im Gegensatz hierzu saft= und kraftvolles, von Herz und Gemüt durchpulstes, im praktischen Leben fußendes Wissen fördern. Was nicht vom Blut und von Ueberlieferung getragen wird, entlarvt er als Betrug an echtem Geiste."[758]

Was die Stellung von christlicher Religion und Kirche anging, vertraute Arkenau ausdrücklich auf Artikel 24 des NSDAP-Programms von 1920, der bekanntlich "den Standpunkt eines positiven Christentums" vertrat. Der Füchteler Präfekt nahm die ideologische Floskel vom "positiven Christentum" offensichtlich ernst und leitete aus ihr eine christliche Staatszielbestimmung ab. Er glaubte daran, daß die Spaltung der deutschen Christen in der politischen Revolution des Nationalsozialismus aufgehoben werden könnte:

> "So kann in Deutschland die Religion im öffentlichen Leben mit festem Schritt aufmarschieren. Im liberalistischen Staate war sie nur geduldet. Die jetzige Regierung will die positiven Wahrheiten und Werte hineinfügen in den Staatenbau. So braucht sich der Christ, der zugleich deutsch sein will, nicht in seiner Brust spalten, sich in zwei Teile zerlegen. Mit gleicher Kraft darf er sein ein Bürger im deutschen Reiche und ein Bürger im Gottesreiche. Darum soll seine innere Haltung sich nicht gründen auf einem 'Entweder - oder', sondern auf einem 'Sowohl - als auch'. Bei gutem Willen brauchen wir die Begriffe Volk und Gott, Deutschland und Christus nicht als Widerspruch zu empfinden. Beide Begriffe sind lebendiges Gut des christlichen Bekenntnisses und der deutschen Haltung."

Der ausschlaggebende Grund seiner politischen Hoffnung auf ein gedeihliches Mit- und Nebeneinander von Christentum und Nationalsozialismus war auch für Arkenau das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, das er als einen historischen Durchbruch wertete:

> "Im Reichskonkordat haben sich Kirche und Staat die Hand gereicht zum festen Bunde. Beide wollen Seite an Seite durchs Leben gehen, wollen sich stützen und stärken in ihren wechselseitigen Belangen. Eine Gnadenzeit ist angebrochen für das deutsche Vaterland. Möge unser Volk nun seine Schicksalsstunde erkennen!"

---

[758] Chronik, St. Joseph, o. S.: OV vom 23.12.1933, auch zum folg.

Arkenau vertrat den positiven Standpunkt, daß es sich beim christlichen Glauben um eine Naturreligion handle, die zu Nation und Staat nicht im Widerspruch stehe, und betonte den religiösen Charakter der Staatsgewalt, die unmittelbar von Gott komme und nicht 'gemacht', sondern 'gewachsen' sei:

> "Das Recht kommt von Gott und wird nur gefunden von den dazu Berufenen, nicht gemacht. So handelt nach ursprünglich germanischer Auffassung der gesetzmäßige Staatenlenker im Auftrage Gottes und in seiner Kraft. [...] So sehen wir, wie die nationalsozialistische Weltanschauung naturhaft echt und wahr, im besten Sinne blut= und bodenverwachsen ist. Als zweite Bedingung einer Weltanschauung stellen wir auf: sie darf nicht im Widerspruch stehen zur Uebernatur. [...] Die natürliche deutsche Weltanschauung darf der Gotteswahrheit nicht widersprechen. Wir könnten auch anders sagen: Die gesunde Menschenseele ist naturhaft christlich. Darum muß jede echte Weltanschauung offenstehen für das Gnadenlicht des christlichen Glaubens."

Mit der Dichotomie des Wachsens und Machens griff Arkenau eine ideologische Denkfigur wieder auf, die im politischen Irrationalismus des deutschen Konservatismus populär gewesen war und in der Weimarer Republik der antirepublikanischen Agitation gedient hatte. Um die politische Wende auch geistig zu befördern, wurden die ideologischen Elemente des politischen Konservatismus und der katholischen Staatsdoktrin aus ihren Zusammenhängen gelöst und zu einem neuen pseudoreligiösen Komplex verschmolzen, der den metaphysischen Legitimationsbedürfnissen des "Dritten Reiches" sehr gelegen kam. Katholisches Staatsdenken und NS-Ideologie trugen als ihren größten gemeinsamen Nenner die Idee des Opfers in sich, nach der im "Opfertrieb" die "Wurzeln der staatserhaltenden Kräfte" vermutet wurden. Arkenau zitierte in diesem Zusammenhang aus Hitlers "Mein Kampf" und stellte dazu fest:

> "Es ist gut, daß die moderne Denkart wiederum den Opfertrieb stark in den Vordergrund rückt."

Die politische Fehlorientierung Arkenaus in den Jahren 1933 und 1934 führt Susanne Leschinski auf die national-konservative Grundhaltung des Dominikanerpaters zurück, die für nationalsozialistische Parolen anfällig gewesen sei. Sie stellten eine "national-christliche Erneuerung des Deutschen Reiches" in Aussicht und enthielten mit der Betonung des Blut- und Bodengedankens, der Bekämpfung von Liberalismus und Parlamentarismus sowie der Wiederherstellung von Sittlichkeit und Moral politische Identifikationspunkte, die der liberaldemokratische Staat der Weimarer Republik infolge der fortschreitenden Säkularisierung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht hatte anbieten können. Erst der offene Terror des nationalsozialistischen Regimes und seine

zumeist nachträgliche Scheinlegalisierung habe Arkenau zur politischen Umkehr bewegt. Daraus sei seine spätere Opposition gegen den Nationalsozialismus und sein Eintreten für Menschen, die politisch verfolgt wurden, erwachsen.[759]

Pater Aurelius Arkenau stammte wie sein Confrater Laurentius Siemer aus Südoldenburg. Er wurde am 7. Januar 1900 in Essen als Sohn eines Landwirts geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und der Höheren Bürgerschule in Essen setzte Arkenau seine Schulausbildung am Gymnasium der Maristen in Meppen fort. Im Ersten Weltkrieg, auf dessen Ausbruch er mit patriotischen Gefühlen reagierte, meldete sich Arkenau nicht freiwillig zur Armee, sondern verwaltete für seine zum Kriegsdienst einberufenen Brüder den väterlichen Hof in Essen. Den politischen Systemwechsel nach dem Ersten Weltkrieg konnte er nicht mit- und nachvollziehen. Arkenau nahm seine schulische Ausbildung am Dominikanerkolleg in Füchtel wieder auf und bestand 1921 als Externer die Reifeprüfung am Gymnasium Antonianum in Vechta. Noch im gleichen Jahr trat er als Novize in Düsseldorf in den Orden der Dominikaner ein und studierte an der Hochschule des Ordens in Düsseldorf Theologie und Philosophie. 1925 legte er seine ewigen Gelübde ab und wurde 1928 in Köln zum Priester geweiht. 1932 wurde Arkenau als Nachfolger von Laurentius Siemer zum Präfekten der Ordensschule in Füchtel berufen. Diese Funktion übte er nur zwei Jahre aus. Im April 1934 verließ Arkenau Vechta wieder und übernahm ein Amt als Seelsorger in Berlin, wo er die politische Realität der NS-Herrschaft in Deutschland näher kennenlernte. Es gilt heute als wahrscheinlich, daß er sich daraufhin dem Widerstand anschloß und Kontakt zum Kreisauer Kreis aufnahm. Seit 1941 war Aurelius Arkenau Superior und Pfarrer in der Dominikanerniederlassung St. Albert in Leipzig-Wahren. Nach eigenen Erinnerungen trug er dazu bei, weit über 100 Menschen vor der Verfolgung zu bewahren und dadurch zu retten.[760] Nach dem Ende des "Dritten Reiches" trat Arkenau in Leipzig für einen kämpferischen Antifaschismus ein und setzte sich in der sowjetischen Besatzungszone für die Gründung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) ein. Er machte sich den fundamentalen Standpunkt zu eigen: "Deutschland wird entweder christlich sein oder es wird überhaupt nicht sein." Nach langem Leiden starb Pater Aurelius Arkenau am 19. Oktober 1991 und wurde in Düsseldorf beigesetzt. Die wissenschaftliche Erforschung und die Würdigung des Lebens und des Wirkens des Dominikanerpaters Arkenau stehen noch am Anfang. Am 14. Juni 1998 entschied die Kommission zur Anerkennung der Gerechten in Jerusalem (Yad Vashem), Pater Aurelius Arkenau zu ehren und ihm den Titel "Gerechter unter den

[759] Dokumentation, Arkenau, S. 20f.: aus einem bisher unveröffentlichten Manuskript von Susanne Leschinski.

[760] ARKENAU, Arkenau, S. 171-173. In einem Brief vom 3.11.1977 gibt Arkenau die Gründe für seine Widerstandshaltung an: "Das Hauptmotiv für den Widerstand war nicht ein unmittelbar religiöses, sondern ein menschliches: Ich habe die Nazis gehaßt; etwas Wagemut und Abenteuerlust waren gewiß auch dabei. Ich bin über 20mal von der Gestapo verhört und einige Male auch geschlagen worden. Hinterher muß ich mich selber wundern, wie letzten Endes alles gut ausging ..."

> Völkern" zu verleihen. In Leipzig-Wahren ist der Platz vor dem Rathaus nach ihm beannt.[761]

Die Biographie von Pater Aurelius Arkenau zeigt den Lebensweg einer politischen Identitätsfindung, die durch die unmittelbare Konfrontation mit der inhumanen Wirklichkeit des "Dritten Reiches" und seinem Terror ausgelöst wurde - in gewisser Weise der Weg einer Bekehrung. Unter den Verfolgten in Leipzig-Wahren fanden sich nach seinen Worten "Kommunisten, Polen, Juden, Deserteure, Arbeiterpriester", die bei dem Menschen Aurelius Arkenau Schutz fanden und ihre Würde zurückerhielten.

Die Vorgänge am Füchteler Ordenskolleg zeigen, wie weit die politische Anpassung des Katholizismus an den Nationalsozialismus auch in Südoldenburg gehen konnte. Das NS-Regime zog einen großen Vorteil aus dem Umstand, daß konservativ-nationale und religiös-fundamentale Grundhaltungen und Mentalitäten im deutschen Katholizismus schon vor 1933 kongruierten und zu Zwekken politischer Legitimation nach der "Machtergreifung" aktiviert werden konnten. So erschien vielen katholischen Zeitgenossen die "Nationale Revolution" als eine politische Bestätigung historischer Kontinuität und nicht als ihr Gegenteil, das sie eigentlich war. Der Dominikaner Willehad Paul Eckert, ein Chronist des Kollegs, versucht, die politische Wende in Füchtel durch den Lauf der Zeitgeschichte zu erklären. Nach dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten in Oldenburg im Juni 1932 sei man in Füchtel "auf eine scharfe Abrechnung mit den neuen Machthabern" für den Herbst des Jahres gefaßt gewesen. Als diese ausgeblieben sei, sei die antinationalsozialistische Stimmung aufgrund der Ereignisse im Reich Anfang des Jahres 1933 umgeschlagen. Eckert erklärt wörtlich dazu:

> "Die Hoffnung kam auf, es ließe sich ein mindestens erträgliches Verhältnis zu den neuen Herren herstellen. Wie kam es zu diesem Stimmungsumschwung? Die drückende Wirtschaftskrise, die Sorge vor dem Vordringen des Kommunismus haben dabei eine große Rolle gespielt. Hinzu kam jedoch auch die starke Betonung des Deutschseins, verbunden mit dem Hang zum Konservativen. Die nationalen Hoffnungen, glaubte man, erfüllten sich im Dritten Reich."[762]

---

[761] Dokumentation, Arkenau, S. 10ff.: aus einem bisher unveröffentlichten Manuskript von Susanne Leschinski, S. 69ff., Zitat: S. 79; ARKENAU, Arkenau, S. 164-176; HAVERMANN, Arkenau, S. 177-181; STRICKMANN, Heinz: Zum Gedenken an Pater Aurelius Arkenau aus Essen. Gedenktafel in Leipzig enthüllt, IN: MT vom 22.2.1997.

[762] ECKERT, Dominikaner, S. 230. Eckert ergänzt: "Schon im Jahresbericht 1932/33 wird unter den Schulfeiern für den 21. März die Feier der nationalen Erhebung erwähnt und für den 11. April eine Wagnerfeier. So etwas hat es bis dahin am St. Josephs-Kolleg niemals gegeben."

Eckert bestätigt in seinem Bericht einen Wandel im Schulleben, der in Füchtel schon sehr früh einsetzte.[763] Er bedauert den geschlossenen Übertritt der Schülerschaft in die HJ und spricht in diesem Zusammenhang von einem "Irrglauben", von dem auch der damalige Provinzial Laurentius Siemer "nicht gänzlich frei" gewesen sei.[764] Zu den tiefer liegenden Ursachen, die das politische und ideologische Verhältnis von Katholizismus und Nationalsozialismus bestimmten, dringt der Ordenschronist aufgrund seiner apologetischen Haltung und der katholischen Verengung seiner Perspektive nicht vor. Einen politischen Spannungsbogen vom Christentum zum Nationalsozialismus schlug hingegen die Vechtaer OV, als sie am Ende des Jahres 1933 in einer sichtlich bewegten Erlebnisschilderung über die "Christmesse in Füchtel" berichtete, die emphatisch an die zurückliegende politische Wende vom 30. Januar 1933 erinnerte:

> "Und an der Krippe muß auch knien unser deutsches Volk, dem Gott im Jahre 1933 eine große Gnade schenkte, indem er uns bewahrte vor den Flammen, die aus dem bolschewistischen Osten drohten."[765]

Es war auch die Stunde der großen Emotionen und kalkulierten Affekte in Füchtel, die ihre politische Wirkung nicht verfehlten und erst 1936 einer ernüchternden Bestandsaufnahme Platz machten.

---

[763] ECKERT, Dominikaner, S. 230. Der Autor führt dazu aus: "Im Jahresbericht wird ausdrücklich erwähnt, daß die Schule unter Vormarsch des Blasorchesters geschlossen an dem Fackelzug teilnahm, der zur Feier der nationalen Erhebung stattfand. Ebenso beteiligte sie sich am Wehrsport der Vechtaer Jungmannen, und zwar am Sonntag, den 12. März, und Sonntag, den 2. April. Im folgenden Jahresbericht, erstmals erstattet von P. Placidus Wehbrink, wird für den 14. Mai 1933 ein Werbemarsch der HJ durch Vechta erwähnt und für den 28. Mai die Teilnahme an einer Schlageterfeier. In dem Bericht dieses und des folgenden Jahres werden die Hitlerjugendveranstaltungen der Schule eigens erwähnt."

[764] ECKERT, Dominikaner, S. 230. Dazu erklärt er: "Damals wurde unter dem Eindruck von heute nicht mehr mit letzter Sicherheit zu belegenden Argumenten und äußeren Einflußnahmen die gesamte Schülerschaft des St. Josephs-Kollegs in die Hitlerjugend überführt. Wie aus der Konventschronik hervorgeht, glaubte man sehr klug zu handeln, daß man die Schülerschaft in einer eigenen HJ-Gefolgschaft zusammenfaßte. Selbst P. Laurentius Siemer, der damalige Provinzial, war nicht gänzlich frei von diesem Irrglauben."

[765] Chronik, St. Joseph, o. S.: Bericht der OV.

4.6.4. Auflösung des HJ-Banns in Füchtel

Der Rückzug aus der nationalsozialistischen 'Front', in die man sich 1933 allzu vorschnell und gutgläubig eingereiht hatte, vollzog sich auf dem Höhepunkt des "Kreuzkampfes" im Herbst 1936. Als Reaktion auf den bekannten "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 und die große Protestwelle in Südoldenburg meldet die Füchteler Schülerchronik am 20. November 1936:

> "Das Oldenburger Ministerium hat den Erlaß herausgegeben, daß das Kreuz aus allen Schulen zu verschwinden hat. Daraufhin halten auch wir, wie die einzelnen Pfarrgemeinden, Sühneandachten zum Hl. Kreuz."[766]

Das Konvikt war für seinen weiteren Bestand auf den Zuspruch der südoldenburgischen Bevölkerung angewiesen, aus der sich seine katholischen Schüler mehrheitlich rekrutierten. Am Tag vor der Cloppenburger Protestversammlung am 25. November 1936, auf der Gauleiter Röver den umstrittenen Erlaß zurücknahm, spitzten sich die Ereignisse in Füchtel dramatisch zu. In Form eines Dienstbefehls ordnete der Führer des HJ-Banns Südoldenburg, Heinrich Brockmann, an, daß die Gefolgschaft der Ordensschule Füchtel am Abend des 24. November 1936 "pünktlich zum Appell" anzutreten und "bei einem nochmaligen Nichterscheinen" mit dem Ausschluß zu rechnen habe.[767] Das war eine politische Provokation, der sich das Konvikt nicht beugen konnte. Die Leitung begründete die Entscheidung, die HJ vom Dienst fernzuhalten, in erster Linie mit der Rücksichtnahme auf die negative politische Stimmung in der Bevölkerung Südoldenburgs und machte keine grundsätzlichen politischen Bedenken geltend:

> "In Anbetracht der großen Erregung, die sich der überwiegenden Mehrheit der Münsterländischen und der Eltern unserer Schule infolge des Ministerialerlasses bezgl. der Entfernung der Kruzifixe und Lutherbilder aus den öffentlichen Schulen bemächtigt hat, ist es uns nicht möglich, die uns von den bezeichneten Eltern zur Erziehung anvertrauten Jungen zum H.J. und zum Jungvolkdienst zu schicken. Denn wir können auf keinen Fall unsere Elternrechte anders als in Verbundenheit und in Übereinstimmung mit der Bevölkerung des Münsterlandes und insbesondere mit den Eltern unserer Schule geltend machen. Da es aber unverkennbar ist, daß die Bevölkerung des Münsterlandes und ebenso die Elternschaft unserer Jungen es nicht verstehen würden, wenn wir unter den gegebenen Umständen anders handelten, ist es uns geboten, solange auf

---

[766] Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 20.11.1936.

[767] Archiv des St. Thomas-Kollegs Füchtel: Schreiben von Bannführer Brockmann an Josef Diekmann, Führer der Gefolgschaft Füchtel/Vechta. Heinrich Brockmann war vom 13. Juni 1936 bis zum 31. Oktober 1938 Führer des HJ-Banns 225 Südoldenburg. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 191)

> eine Teilnahme unserer Jungen am H.J.-Dienst zu verzichten, als der Erlaß, der nach Übereinstimmung aller Christen das heiligste Symbol des Gesamtchristentums trifft, in Kraft bleibt.
> Daß nur dieser Beweggrund uns zu unserem Schritte treibt, beweist die Tatsache, daß die Schüler unseres Kollegs seit fast 4 Jahren geschlossen der H.J. angehören und bemüht waren, sich an Eifer, rücksichtslosem Einsatz, tadelloser Führung, sportlicher Ertüchtigung von keiner Schule übertreffen zu lassen. Heil Hitler!"[768]

Die Leitung der Ordens- und Missionsschule stand zur HJ-Tradition im eigenen Konvikt. Sie setzte die Aktivitäten der Schul-HJ lediglich unter dem Druck der politischen Ereignisse so lange aus, wie der umstrittene Kreuzerlaß in Kraft war, und hob die NS-Organisation an der Schule nicht auf. Die HJ-Füchtel erschien am 24. November 1936 nicht zum angesetzten Appell:

> "Auf Befehl der Bannführer hatte Gefolgschaft 4.I.225 abends 8 Uhr anzutreten. Bei dieser Gelegenheit wollte der Gebietsführer einen Appell abhalten und zu seinen Leuten reden. Wir gingen nicht hin. Nur der Gefolgschaftsführer mit einigen Jungen, um sein Amt niederzulegen."[769]

Aufgelöst wurde die HJ der Füchteler Ordensschule von oben durch Gebietsführer Lühr Hogrefe, der das Verhalten der HJ-Führung als "Meuterei" bezeichnete und erklärte:

> "Leute, die nicht für den Staat arbeiten, sind Gottlose und Gottesverächter. - Ich freue mich, daß die Vechtaer Kameraden so etwas nicht mitmachen und sich nicht von Heuchlern, denen das Gehirn verkleistert ist, aufwiegeln lassen. - In dieser Stunde löse ich die Gefolgschaft 4 auf."[770]

---

[768] ARCHIV des St. Thomas-Kollegs Füchtel. Unterzeichnet ist das Schreiben vom 24.11.1936 von P. Dr. Wehbrink, Studiendirektor, und Dr. P. Siemer, Präfekt.

[769] Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 24.11.1936.

[770] Schülerchronik, St. Joseph, o. S.: Eintragung vom 24.11.1936; HOYMANN, Heinrich: "In dieser Stunde löse ich die Gefolgschaft 4 auf." Der Kreuzkampf und die in der Hitlerjugend organisierten Schüler der Ordensschule Füchtel, IN: OV vom 15.11.1986. Lühr Hogrefe, geboren am 26. Januar 1900, war Turn- und Sportlehrer in Oldenburg und übte verschiedene Funktionen in der HJ des Gaues Weser-Ems aus: 1931 bis 1933 Führer des Gaues Weser-Ems der HJ, 1933 bis 1939 Gebietsführer der für den Gau Weser-Ems zuständigen HJ-Gebietsführung 7 (Nordsee). Hogrefe wurde von Hitler erfolglos vorgeschlagen auf der "Liste des Führers zur Wahl des Großdeutschen Reichstages" am 10. April 1938. Er wurde 1939 zur Wehrmacht eingezogen und fiel am 13. Februar 1942 im Kriegseinsatz. (RADEMACHER, Weser-Ems, S. 256)

4.7. Das Ende des privaten höheren Schulwesens in Südoldenburg

Die freiwillige Selbstgleichschaltung konnte das Füchteler Konvikt in der NS-Zeit nicht retten. Im Rahmen der oldenburgischen Schulpolitik wurde es im Jahre 1940 aufgehoben. Da per Erlaß vom 12. April 1939 Privatschulen nur noch innerhalb einer Reichsarbeitsgemeinschaft bestehen durften, deren Zutritt den Ordensschulen verweigert wurde, wurde den privaten Schulen in Südoldenburg, die alle von den Schwestern ULF geführt wurden, die Rechtsgrundlage entzogen.[771] Die Dominikaner kamen einer zu erwartenden Zwangsmaßnahme zuvor und überließen der oldenburgischen Staatsregierung vertraglich die Gebäude in Füchtel und einen großen Teil der umliegenden Grundstücke für den Zeitraum von zehn Jahren. Siemer begründete diese Maßnahme in einem Schreiben an seine Mitbrüder vom 14. Februar 1940:

> "Die Vermietung ist unsererseits geboten, weil mir in einem Schreiben vom 8. Dezember 1939 von Herrn Ministerialrat Heering mitgeteilt worden ist, daß der Herr Minister sich entschlossen habe, im Notfall, d. h. wenn ich eine gütliche Vereinbarung ablehnen würde, den ihm vom Reichserziehungsminister gewiesenen Weg des Enteignungsverfahrens zu gehen. In einer mündlichen Besprechung zwischen den Herren Ministerialräten Heering und Tantzen einerseits und P. Wehbrink und Rechtsanwalt Wirmer aus Berlin andererseits wurden als Mindestzeit der Vermietung 10 Jahre gefordert."[772]

Die höhere Mädchenschule in Cloppenburg wurde von der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg unter dem Vorwand geschlossen, "von Ostern 1939 an in Cloppenburg eine öffentliche höhere Mädchenschule einzurichten".[773] Die Mädchen der Liebfrauenschule besuchten fortan die Deutsche Oberschule für Jungen in Cloppenburg, das ehemalige Realgymnasium an der Bahnhofstraße, an dem auch einige Schwestern der Liebfrauenschule unterrichteten.[774] Mit der Begründung, "daß die höheren Schulen auch Mädchen aufnehmen können" und "diese Schulen im Laufe des nächsten Jahres zur Übernahme der neuen Aufgabe eingerichtet werden", wurde Ostern 1939 auch die "Höhere Töchterschule" in Damme, die 1897 ebenfalls von Schwestern "Unserer Lieben Frau" gegründet worden war, aufgelöst. Mit dem Bescheid der oldenburgischen Staatsregierung vom 7. März 1938 wurde das Ende dieser

---

[771] HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 376.
[772] ARCHIV des St. Thomas-Kollegs Füchtel: Schreiben Siemers vom 14.2.1940.
[773] Liebfrauenschule, 100 Jahre, S. 21: Schreiben des Ministers der Kirchen und Schulen vom 14.12.1938.
[774] REINHARDT, Chronik, S. 53f.; GELHAUS/REINHARDT: Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 5. Teil: In den Krieg, IN: MT vom 8.7.1989.

Schule eingeleitet.[775] Auch die Mädchenschulen in Friesoythe, Löningen und Lohne mußten zu Ostern 1939 schließen. Mit der Auflösung der Liebfrauenschule in Vechta am 19. März 1940 hatte das Ministerium der Kirchen und Schulen sein Ziel erreicht, die katholischen Privatschulen gänzlich aufzuheben. Das letzte verbliebene Lyzeum der Schwestern ULF wurde in ein Reservelazarett umgewandelt.[776] Der Zweite Weltkrieg hatte die Heimat erreicht.

Die Geschichte des Füchteler Dominikaner-Konviktes im "Dritten Reich" zeigt, wie der Weg der politischen Anpassung scheiterte und weder die Ordensniederlassung noch die katholische Schulinstitution retten konnte. Der Dominikanerorden, der durch bereitwillige Mitarbeit in der NS-Bewegung um den Preis von Selbstverleugnung und -aufgabe die Geschichte des NS-Regimes positiv mitzugestalten und die Rechte der katholischen Kirche verteidigen zu können glaubte, hatte sich geirrt. Dieser Weg erwies sich als ein historischer Fehlschlag, weil er das totalitäre Wesen des Nationalsozialismus ignorierte oder unterschätzte und ihm politisch nicht gewachsen war. Pater Laurentius Siemer hat daraus noch in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland Konsequenzen gezogen.

Die Gleichschaltung des konfessionellen Schulwesens, das für den Bestand des katholischen Milieus in Südoldenburg von elementarer Bedeutung gewesen war, zog sich in Südoldenburg mit der Einführung der Gemeinschaftsschule und der Auflösung der katholischen Privatschulen bis zum Jahre 1939 hin. Sie konnte sich durchsetzen, ohne daß der Staat größere politische Zwangsmaßnahmen hätte ergreifen müssen. Unter dem politischen Diktat der Gleichschaltung konnte sich der religiöse Grund, der den pädagogischen Geist im katholischen Schulwesen in Südoldenburg seit jeher bestimmt hatte, trotz aller Widerstände halten und die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft überdauern. Nach 1945 erstand er zu neuem Leben und bestimmte wieder den Aufbau des konfessionellen Schulsystems in Südoldenburg. Die schulpolitische Restauration der Nachkriegszeit wurde erst in der bildungspolitischen Reformära in den 1960er und 1970er Jahren überwunden, als sich liberale pädagogische Konzepte in der niedersächsischen Schulpolitik durchsetzten und die konfessionelle Trennung der Schulen in Südoldenburg auf verschiedenen Schulstufen aufgehoben wurde.

---

[775] SCHMUTTE, Damme, S. 107-109.
[776] MORTHORST, Wirken, S. 329ff.

4.8. Die Gleichschaltung der katholischen Presse

Noch vor dem Machtwechsel am 30. Januar 1933 suchte die nationalsozialistische Regierung Röver den Konflikt mit der Zentrumspresse in Südoldenburg und war bestrebt, ihren Einfluß zu schwächen; ein wichtiges Mittel war dabei die politische Diskreditierung. In das Kreuzfeuer nationalsozialistischer Agitation geriet das in Vechta erscheinende Zentrumsorgan, als es unmittelbar vor der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 im Rahmen der politischen Affäre zwischen Ministerpräsident Röver und dem Redakteur der Zeitung, Vikar Franz Morthorst, für vier Tage verboten wurde. Das Verbot wurde am 29. Juli 1932 ausgesprochen, am 4. August 1932 erschien die Zeitung wieder. Auf die abfälligen Auslassungen Rövers gegen die Vechtaer OV und ihren verantwortlichen Redakteur bei einer Wahlkampfveranstaltung in Vechta hatte Morthorst in einem "Offenen Brief an Herrn Ministerpräsidenten Röver" vom 27. Juli 1932 die nationalsozialistischen Vorwürfe zurückgewiesen. Daraufhin hatte Röver in einer Wahlrede in Emstek den südoldenburgischen Katholizismus, insbesondere die Vechtaer OV und das Zentrum, unerwartet scharf attackiert.[777] Wie ihre politischen Veröffentlichungen in aller Breite dokumentieren, behauptete sich die Vechtaer OV bis zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 als Zentrumsorgan, paßte sich aber in den folgenden Wochen den neuen politischen Verhältnissen in Deutschland an. Diese medienpolitische Wende war auch in der Cloppenburger MT deutlich nachzulesen.

4.8.1. Die medienpolitische Wende im Frühjahr 1933

Die Gleichschaltung der katholischen Presse kündigte sich in Südoldenburg vor allem als medienpolitische Wende an, die im Frühjahr 1933 offen zur aktiven Mitarbeit an der nationalen Erneuerung Deutschlands aufrief. Nach Ansicht von Heinrich Brüning schaltete sich die katholische Presse vor allem aus wirtschaftlichen Motiven im März 1933 selbst gleich:

> "Die Verleger der katholischen Zeitungen wurden nervös, sie befürchteten den Ruin ihres Unternehmens."

---

[777] KUROPKA, Wahrheit, S. 29-32; KUROPKA, Kirche, S. 544ff.; WEGMANN, Festschrift, S. 78-81. Zum offenen Brief Morthorsts vgl. Kap. 1.5.3. im dritten Band der Arbeit: Die Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Die Wende der katholischen Presse habe sich schon vor der Verabschiedung des "Ermächtigungsgesetzes" am 23. März 1933 angekündigt.[778] Es waren vor allem katholische Oberhirten, die den natürlich-notwendigen und gottgefälligen Zusammenhang zwischen einer guten katholischen und nationalen Gesinnung betonten und ihren Gläubigen damit den Weg in das "Dritte Reich" ebneten. Die politische Sache wurde zur nationalen Sache erklärt, die dem Katholiken seit Generationen über alles gegangen war. Der angepaßten politischen Presse kam für die Gleichschaltung in Südoldenburg eine zentrale Bedeutung zu, weil sie als das wichtigste Medium in der Region den erklärten neuen politischen Willen an die katholische Bevölkerung vermittelte und ihn somit als legitim erscheinen ließ. An der moralischen Legitimation der nationalsozialistischen Regierung hat die südoldenburgische Presse, die sich im Frühjahr 1933 langsam aus ihrer historischen Rolle als Zentrumsorgan löste, nicht gezweifelt. Was in der Zeitung stand, dazu noch als oberhirtliche Anweisung ausgewiesen, genoß Autorität, zumal in einer Zeit, die von tiefen Rissen gekennzeichnet war und der es an Orientierung mangelte. Eine kritische Lesekultur war aus der kurzen liberalen Geschichte der geschlossenen Gesellschaft Südoldenburgs nicht erwachsen.

Als Reaktion auf die konstruktiven bischöflichen Verlautbarungen erschien in der Vechtaer OV am 20. April 1933 ein Artikel, der zur "katholischen Gemeinschaftstat" aufrief und ausdrücklich "der gesamten nationalen Erneuerung und nicht einer Abschließung" der katholischen Vereine und Organisationen das Wort redete. Der anonyme Verfasser des Aufsatzes erkannte im politischen Umschwung des Jahres 1933 die Geburt eines "neuen christlichen Menschen" und hielt den Kritikern schroff entgegen:

> "Nun könnte man sagen, diese Ueberlegungen griffen zu stark in ein bestimmtes politisches Leben und Werden hinüber und wären somit nicht in den eigentlichen Aufgabenkreis der katholischen Kirche einzuordnen. Das ist eine irrige Auffassung. [...]
> **Im Gegenteil. Eine große Stunde hat für das katholische deutsche Volk geschlagen**, wenn es sie richtig erkennt und für die Gesamtheit und für das große Vaterland zu nutzen versteht. Wir wollen uns deshalb nicht in einer Kritik an Fehlern ergehen, die immer wieder gemacht werden, sondern wollen das Beste vom Guten, das uns die Vergangenheit als Erbe in die Hand gab, festhalten und in das Neue einbauen, wollen vor allem unseren christlichen konservativen Gedankenweg und dieses konservative Höchstziel noch stärker als bisher vertreten und zu verwirklichen suchen."[779]

[778] BRÜNING, Memoiren, S. 653.
[779] OV vom 20.4.1933, auch zum folg.

Im richtungweisenden Wort vom "christlichen konservativen Gedankenweg", mit dem im organologischen Sprachgebrauch "ein bestimmtes politisches Leben und Werden" verknüpft war, verschmolz die katholische Reichsidee mit dem politischen Konservatismus zu einem visionären "Höchstziel", das eine Renaissance der "civitas dei" erwartete und formelhaft die poltitische Idealisierung des "Dritten Reiches" im Frühjahr 1933 umschrieb. Anzeichen für eine neue "civitas dei" glaubte die ehemalige Zentrumspresse im Aufbau eines organischen Staatsgebildes, in der antimodernistischen Beschwörung von Heimat und Reich, christlicher Familie und gesundem Volkstum zu erkennen, das aus den biologischen Wurzeln des eigenen Volkes lebte. Dieser konservative politische Romantizismus war eine wichtige ideologische Voraussetzung für die Annäherung von katholischer Kirche und NS-Staat im Frühjahr 1933, der sich die katholische Presse in Südoldenburg nicht entziehen konnte. Dabei wurden die realen Interessen beider Seiten zur politischen Verhandlungssache erklärt und die katholische Öffentlichkeit publizistisch auf die neue Verbindung von Staat und Volk eingestimmt. Die anonyme Leserstimme der Vechtaer OV sah im atheistischen Materialismus und politischen Liberalismus der Vergangenheit die entscheidende Ursache für den Untergang der Weimarer Republik:

> "Auch der Staat von Weimar, der im gewissen Sinne ein Volksstaat werden sollte und der uns Katholiken immerhin eine große geistige Bewegungsfreiheit sicherte, um die wir früher vergeblich kämpften, konnte nicht die lebendige Verbindung zwischen Staat und Volk bringen, weil Millionen und Abermillionen gottentfremdet waren und aus materialistischen und freidenkerischen Einstellungen, zu denen auch die Liberalen zu rechnen sind, in unglücklicher Weise eine Vergottung des Staates erstrebten."

Der Artikel vom 20. April 1933 gehörte zu den wenigen Äußerungen in der lokalen Presse Südoldenburgs, die im Frühjahr 1933 überhaupt noch an die Vergangenheit der Weimarer Republik erinnerten, um endgültig von ihr Abschied zu nehmen. Die Zukunft gehörte der deutschen Nation, die nicht mehr Republik sein sollte, und einer christlichen Volksgemeinschaft, die als historische Vision endlich wieder politische Wirklichkeit werden konnte, wenn sich die Katholiken dieses Mal nicht verweigerten:

> "Das Ringen von heute ist ohnehin nicht der Grund für den Appell an das deutsche katholische Volk, den die Bischöfe an alle Gläubigen gerichtet haben. Wir stehen seit langen Jahrzehnten als deutsche Katholiken in diesem Kampf gegen den Diesseitsgeist, den Materialismus, den Liberalismus, gegen die Diesseitskultur mit den zerstörenden und alles vernichtenden Einflüssen des Freidenkertums und des Gottlosentums. [...]
> Das ist die neue Front des neuen christlichen Deutschland, in die wir uns mit unserer katholischen Gemeinschaftstat eingliedern. Wir deutsche Katholiken haben diese Front

> schon lange. Denn wo ist stärker der christliche Frontgeist, wo ist elementarer die Dynamik des Gestaltungswillens, als beim katholischen deutschen Volk?"

Der politischen Arbeiterbewegung brachte die südoldenburgische Presse keine Sympathie entgegen. Sie dokumentierte unkommentiert ihre gewaltsame Ausschaltung aus dem politischen Leben. Über die Stürmung der Gewerkschaftsbüros in Oldenburg nach dem "Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 erschien in der Cloppenburger MT lediglich ein kurzer Bericht, der die Festnahme von insgesamt sieben Gewerkschaftern mitteilte:

> "Die Aktion zur Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften wurde in Oldenburg von der NSBO geleitet und von ihr mit Hilfe der SA und SS durchgeführt, während die Politische Polizei nur die Schutzhaft=Festnahmen erledigte. Ueberraschend wie überall im Reich wurden die Gewerkschaftsbüros im früheren Gewerkschaftshaus [...] besetzt, dann das vorhandene Aktenmaterial usw. gesichert."[780]

Es hätte keiner außerordentlichen politischen oder gar demokratischen Sensibilität bedurft, um die lokalen und regionalen Nachrichten über die politischen Folgen des Machtwechsels verantwortungsbewußt zur Kenntnis zu nehmen. Persönliche Einzelschicksale schienen die Menschen im katholischen Milieu Südoldenburgs nur dann zu berühren, wenn sie die eigene Klientel betrafen. Ein politisches Bewußtsein, das die anbrechende Totalität des neuen Staates wahrgenommen hätte, war in der Bevölkerung historisch nicht gewachsen und stand ihr deshalb im Frühjahr 1933 nicht zur Verfügung. Das gedruckte Wort in der südoldenburgischen Presse bot noch lange in das Jahr 1933 hinein Gelegenheit zur umfassenden politischen Information. Ein Blick in den politischen Teil der Heimatzeitung hätte genügt, um den schleichenden Systemwandel in Deutschland und den Übergang von der freien zur abhängigen Presse zu beobachten. Im Frühjahr 1933 war eine angespannte öffentliche Aktivität und politische Aufbruchsstimmung zu beobachten, die ihren vorläufigen Höhepunkt bei den Feierlichkeiten zum "Tag der nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 erreichte. Der große publizistische Aufwand, der aus diesem Anlaß entfaltet wurde, diente auch dazu, die Loyalität der katholischen Bevölkerung unter Beweis zu stellen, und zeigte im katholischen Milieu Südoldenburgs deutlich die ersten Auswirkungen politischer und sozialer Überformung. Dieser Prozeß wurde von vielen einflußreichen Vereinen und Verbänden initiiert und bereitwillig mitge

---

[780] MT vom 3.5.1933; GELHAUS, 1933, S. 183: Die in Schutzhaft genommenen Gewerkschafter wurden namentlich benannt. Bei der ersten Nachprüfung soll sich nach Mitteilung der Cloppenburger MT bereits "der außerordentlich hohe Aufwand für Geschäfts= und Personalkosten" gezeigt haben.

tragen. Ihre Bekundungen kamen vielfach einer freien Einwilligung in den laufenden Gleichschaltungsprozeß gleich. Politisch wirksam wurden dabei antidemokratische und konservativ-autoritäre Traditionen und Mentalitäten, die sich in der Weimarer Republik nicht wiedererkannt und auf die historische Stunde der nationalen Wiedergeburt gewartet hatten.

Die Zentrumspresse in Südoldenburg spiegelte im Frühjahr 1933 jene geteilte Reaktion auf den Machtwechsel in Deutschland wider, die auch das Verhalten des politischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus in dieser Zeitspanne bestimmte. Es vibrierte zwischen abwartender Zurückhaltung, Signalen politischer Anpassung und stürmischen Bekundungen unbeirrbarer nationaler und politischer Loyalität, die ideologisch häufig überhöht wurden und ihren opportunistischen Gehalt kaum verbergen konnten. Die oberhirtlichen Kundgebungen wurden weiterhin in der südoldenburgischen Zentrumspresse abgedruckt, auch in der Vechtaer OV. Der erste Schritt zur Gleichschaltung dieses Blattes bestand in der Entlassung des langjährigen erfahrenen Redakteurs Franz Morthorst am 30. Juni 1933, "weil Geistliche als Tageszeitungsredakteure nicht mehr zugelassen waren".[781] Seine Nachfolge trat am 1. Juli 1933 Hermann Thole an, der auch die Schriftleitung der "Heimatblätter" übernahm, die als Beilage der Vechtaer OV erschienen. Nach der Auflösung der Zentrumspartei am 5. Juli 1933 und der Mandatsniederlegung von zahlreichen Abgeordneten war die Vechtaer Zeitung ihres politischen Gründungs- und Arbeitsauftrages beraubt.[782]

4.8.2. Die Gleichschaltung der Vechtaer OV

In einem Leitartikel, der am Tag nach der Selbstauflösung des Zentrums am 5. Juli 1933 unter dem Titel "Unser Wollen und die neue Zeit" erschien, zogen Aufsichtsrat, Verlag und Redaktion die Konsequenzen aus der politischen

[781] WEGMANN, Festschrift, S. 82.

[782] Pfarrchronik, Vechta, o. S.: "Vom Zentrumsblatt zur Parteizeitung der N.S.D.A.P." Zum Abschied vom Zentrumsorgan würdigte die Pfarrchronik die medienpolitische Stellung und die kommunikative Funktion, die die Oldenburgische Volkszeitung seit Generationen wahrgenommen hatte, und ihre Bedeutung für die Identität des katholischen Milieus in Südoldenburg: "Sie hat sich große Verdienste erworben um die religiöse, kulturelle und politische Formung des oldenburgischen Münsterlandes. Sie war seinem Boden entsprossen, auf ihm gewachsen, war verwurzelt mit seinem Volkstum, war das Bindeglied, das Tausende von Familien miteinander verknüpfte, war der Spiegel der heimatlichen Kultur und Wirtschaft, [...] sie trug in allem das Gesicht der Heimat."

Wende und paßten sich unter dem Motto "Dem katholischen Volke ein Führer, der Heimat ein Diener, dem neuen Reich ein Helfer im Aufbau" den neuen politischen Verhältnissen an. In seiner Begründung nahm der Leitartikel auf die innenpolitische Entwicklung in Deutschland seit Jahresbeginn und auf die konstruktive Stellung des deutschen Episkopats zum NS-Regime ausdrücklich Bezug. Die OV wollte nach ihrem Selbstverständnis auch in der politischen Zukunft des "Dritten Reiches" katholisch und national bleiben, wie sie es in der Vergangenheit immer gewesen war:

> "Unter den alten Formen, die zerbrochen sind, befinden sich auch die Parteien. Die 'Oldenburgische Volkszeitung' war zwar nie das Unternehmen einer Partei, sondern ein Privatunternehmen, aber sie diente als katholische Zeitung dem Zentrum, ohne von der Partei abhängig zu sein. Die Fahne des Zentrums ist niedergeholt, die neue Zeit verlangt Einordnung in die Front aller ihre Heimat und ihr Vaterland liebenden Kräfte, und darum hat die 'O.V.' nicht gezögert, als der Führer des neuen Reiches die Tore in die neue Zeit aufstieß, aus katholischem Verantwortungsgefühl und getreu den Weisungen der deutschen Bischöfe bewußt ihr 'Ja' zu sagen zum neuen nationalsozialistischen Staat und zu dem, was gemeinsamer Weg und gemeinsames Ziel aller, denen Heimat und Vaterland heiliges Erbe sind, sein soll in der Zukunft. Dieses Ja bedeutete Verzicht auf parteipolitische Betätigung, bedeutete ausschließliche Betätigung als unabhängige katholische Tageszeitung, um die wertvollen Kräfte des katholischen Volkes für die Mitarbeit am neuen Reiche des Volkskanzlers Adolf Hitler wirksam zu machen. Wir sind überzeugt, daß diese Aktivierung aller katholischen Kräfte eine hohe Aufgabe ist, und daß der Erfüllung dieser Aufgabe aus katholischer Pflicht und tiefem vaterländischem Geist zu dienen, wertvollsten Dienst an Kirche, Heimat und Vaterland leisten heißt. Unser Wollen, dieser Aufgabe uns zu widmen, bedeutet keine Aenderung unserer geistigen Grundlage, denn katholisch waren und bleiben wir, und national im Sinne opferfreudiger Hingabe an das Vaterland und verantwortungsbewußter Mitarbeit waren und bleiben wir. Wir werden nur eines nicht mehr sein: Wir werden nicht parteipolitisch irgendwie gebunden sein."[783]

Diese Erklärung der Vechtaer OV in der Mitte des Jahres 1933, als sich katholische Kirche und NS-Staat im Zeichen der Konkordatsverhandlungen annäherten, ist ein Schlüsseldokument in der Geschichte der südoldenburgischen Presse, weil sich darin ihre Ambivalenz zwischen politischer Anpassung auf national-konservativer Grundlage und katholischer Erwartungshaltung offen manifestiert. An der einschneidenden politischen Wende des Jahres 1933 sah sich die Vechtaer OV - schon auf dem Wege in die Gleichschaltung - noch als einen Garanten von kulturpolitischer Kontinuität und bekannte sich zum nationalsozialistischen Aufbauwerk Adolf Hitlers, das nach ihrem eigenen Bekunden keinen Gegensatz zu ihrer traditionsreichen Vergangenheit als oldenburgisches

[783] OV vom 6.7.1933; WEGMANN, Festschrift, S. 82: Faksimile.

Zentrumsorgan darstellte. Die Verantwortlichen in Vechta bestätigten auf regionaler Ebene den politischen Kurs von Zentrum und Episkopat und betraten unter Verzicht auf katholische Vorbehalte sowie unter ausdrücklicher Beteuerung des nationalen Standpunktes den Boden des "Dritten Reiches", um das Überleben der Zeitung zu sichern und auf die deutsche Geschichte als katholische, aber als parteipolitisch unabhängige Tageszeitung Einfluß nehmen zu können. Diese Erwartung erwies sich als großer politischer Trugschluß.

In der Festschrift zum 100jährigen Bestehen der Oldenburgischen Volkszeitung im Jahre 1934 verteidigte Bischof Clemens August von Münster noch die katholische Presse und erkannte in ihr auf der Grundlage der Konkordatspolitik das "modernste Seelsorgemittel", auf das die Kirche "auf keinen Fall" verzichten könne. Diese Mahnung war in der "Kundgebung" vom 1. Dezember 1933 enthalten, in der Galen sich grundsätzlich "über die Aufgaben der katholischen Presse im neuen Staat" äußerte. Anlaß waren neuerliche Versuche, "öffentlich die Existenzberechtigung von Zeitungen zu bestreiten, die sich in allen Teilen ihres Inhaltes nach der katholischen Glaubens= und Sittenlehre richten". Galen zitierte in seiner Kundgebung aus dem Pfingsthirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 3. Juni 1933 folgende Passage:

> "Soll der neue Staat ein christlicher sein und die Kirche darin ihre Freiheit genießen, so wird sie auch berechtigt sein müssen, eine katholische Presse zu besitzen. Wir meinen damit jene, die mit den Tagesbotschaften den katholischen Geist in die Seelen ihrer Leser leitet und die Ereignisse des Menschenlebens und Weltgeschehens am Maßstab des Christentums mißt und im Spiegel der Ewigkeit beschaut. Die Kirche kann auf dieses modernste Seelsorgemittel auf keinen Fall verzichten und muß für sie jenes Maß von Freiheit verlangen, das ihre segensreiche Wirksamkeit ermöglicht, wenn sie nicht wahrnehmen will, daß sich die im gottesdienstlichen Leben gesammelten und in den katholischen Organisationen vertieften Kenntnisse und Entschließungen in der Flut einer religiös unbestimmten Tagespresse verwässern. Gerade die katholische Presse hat sich immer und überall als staatserhaltend erwiesen, weil sie jene Grundsätze ihrer Leserwelt vermittelt, die die Eingliederung in das Staatsganze und die willige Unterwerfung unter die rechtmäßige Obrigkeit verlangen."[784]

Für den Chronisten Wegmann ist die Festschrift des Jahres 1934 ein "deutlicher Ausdruck des Jonglierens, zu dem die Zeitungen, die dem Natio

[784] MT vom 4.12.1933; GELHAUS, 1933, S. 435; WEGMANN, Festschrift, S. 83f. Galen leitete damit eine Kundgebung des Erzbischöflichen Generalvikariats in Köln an die Gläubigen seiner Diözese weiter.

nalsozialismus fernstanden, gezwungen waren, wenn sie überleben wollten".[785]

Nach dem bewußten Verzicht auf den politischen Auftrag, der nach dem Ende der Parteien in Deutschland nur noch wenig bedeutete, glaubte die Oldenburgische Volkszeitung, sich als Presseorgan des südoldenburgischen Katholizismus und als Agentur der katholischen Kirche erhalten zu können. Das ist ihr nur teilweise gelungen. Daß dies ein brüchiger Kompromiß war und die Zeitung der Willkür der herrschenden Staatsaufsicht aussetzte, zeigte sich bereits im Frühjahr 1934, als die Vechtaer OV nach der Veröffentlichung des Osterhirtenbriefes Graf von Galens verwarnt wurde.[786] Dieser Hirtenbrief, der am 26. März 1933 im Kirchlichen Amtsblatt erschien, wirkte wie ein Einschnitt in der südoldenburgischen Pressegeschichte. In ihm widersprach Galen nachdrücklich der "neuheidnischen" Irrlehre der nationalsozialistischen Ideologie, die er konzeptionell in Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" vorzufinden glaubte und als offizielle Staatsdoktrin gegen die katholische Kirche gerichtet sah.[787] Gauleiter Röver interpretierte den Osterhirtenbrief des Bischofs von Münster als eine offene Kampfansage "gegen alle Grundsätze des Nationalsozialismus" und befürchtete "politische Rückschläge in der katholischen Bevölkerung Oldenburgs, soweit sie vom Nationalsozialismus erfaßt ist".[788] Wegen der Veröffentlichung des Osterhirtenbriefes wurde die Oldenburgische Volkszeitung durch das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda verwarnt. Galen legte dagegen Protest ein, weil er sich durch das Verbot in seiner Amtsausübung als kirchlicher Würdenträger verletzt sah.[789] Die relative redaktionelle Eigenständigkeit der Oldenburgischen Volkszeitung, die fortlaufend auf die politischen Verhältnisse Rücksicht zu nehmen hatte, währte nach dem

---

[785] WEGMANN, Festschrift, S. 84. Über den politischen Spagat der Festschrift von 1934 notiert der Autor: "Die Festschrift zeigte (vorne) Bilder und Glückwünsche des Diözesanbischofs sowie des Bischöflichen Offizials in Vechta, weiter im Innern aber auch die Bilder der vier maßgebenden politischen Machthaber in Oldenburg: Röver, Pauly, Joel und Spangenberg. Und auf einer Seite steht obenan der Jubiläumsartikel des damaligen Hauptschriftleiters Hermann Thole über 'Unser Wollen und Wirken im neuen Staat' und darunter der (fast dreimal so lange) anonyme Artikel 'Die nationalsozialistische Regierungsarbeit in Oldenburg'. Von Fragen der Religion und des Christentums ist darin nicht die Rede."

[786] Zu Galens Osterhirtenbrief vom 26. März 1934 vgl. Kap. 4.9.2.2.: Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum".

[787] Zu Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" vgl. Kap. 4.9.2.: Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts".

[788] KUROPKA, Galen, S. 112f.; LÖFFLER, Galen 1, S. 74f.: Brief Rövers an die Reichskanzlei vom 6.4.1934.

[789] LÖFFLER, Galen 1, S. 90.

Machtwechsel vom 30. Januar 1933 noch drei Jahre und endete im Frühjahr 1936.

Im Gegensatz zur Münsterländischen Tageszeitung, die sich im Privatbesitz des Verlages Hermann Imsiecke befand, wurde die Oldenburgische Volkszeitung nach einer Konferenz des Aufsichtsrates und Verlagsdirektors Sommerfeld mit Gauleiter Röver im Blockhaus in Ahlhorn am 23. Mai 1936 in den NS-Gauverlag übernommen. Damit folgte der Selbstgleichschaltung von unten im Juli 1933 drei Jahre später die Gleichschaltung von oben, wodurch die Selbständigkeit der Zeitung "nach ihrer technischen Seite hin voll und nach ihrer redaktionellen Seite hin so weit, wie das damals überhaupt nur möglich" war, erhalten blieb.[790] Die Vechtaer Pfarrchronik St. Georg berichtet von einem Einstellungsbefehl zum 23. Mai 1936, der von der Reichspressekammer ausgesprochen wurde, und sieht darin den wichtigsten Grund für die Übernahme der Zeitung in den Gauverlag:

> "Um das Fortbestehen der O.V. zu erreichen, bot man am 9.5.1936 den Verlag der O.V. dem Gauleiter Karl Röver als Geschenk an. Dieser akzeptierte und setzte dann das Weitererscheinen der O.V. als Parteizeitung durch."[791]

Vorangegangen war den Verhandlungen die Forderung der Reichspressekammer nach Eingliederung des Verlages in die NS-Verlagsgruppe Vera GmbH in Berlin, die eine teilweise Verlagerung der Zeitungsproduktion nach Osnabrück zur Folge haben sollte und die Einstellung der Zeitung für den Fall androhte, daß ihre politsche Regulierung scheitern sollte.[792] Wie bei der Cloppenburger MT wurden auch bei der Oldenburgischen Volkszeitung keine redaktionellen Veränderungen vorgenommen und war zugesichert worden, "daß die Zeitung nicht auf Materndienst umgestellt werde, daß der Lokalteil keiner Beschränkung unterliege und die dem Leser anvertrauten ‘Heimatblätter’ weiter erscheinen könnten". Grundsätzlich hieß es dazu von politischer Seite:

> "Insgesamt sollte der Charakter der Zeitung gewahrt und auf die Belange des südlichen Landesteils gebührende Rücksicht genommen werden."[793]

---

[790] WEGMANN, Festschrift, S. 88f.
[791] Pfarrchronik, Vechta, o. S.: "Vom Zentrumsblatt zur Parteizeitung der N.S.D.A.P."
[792] Ebd.
[793] WEGMANN, Festschrift, S. 88.

4.8.3. Die Gleichschaltung der Cloppenburger MT

Ohne öffentliches Aufsehen verlief der Anpassungsprozeß bei der Cloppenburger MT, die sich bis zum Kriegsende im Frühjahr 1945 im Status einer "revidierten" Zeitung halten konnte.[794] Die personelle Kontinuität der MT wurde in erster Linie durch Bernard Kötter repräsentiert, der am 20. August 1928 in die Redaktion eintrat und sie fast 50 Jahre leitete.[795] Er zeichnete verantwortlich für die Berichterstattung in den 1930er Jahren und nahm die Redaktion der Zeitung 1949 wieder auf.[796] Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Cloppenburger MT durch die alliierte Besatzungsmacht für vier Jahre verboten - ebenso wie die OV in Vechta - und 1949 lizenziert. Die Cloppenburger MT gab Anfang August 1933 Reichsstatthalter Röver mit einer Bemerkung wieder, in der sie sich in ihrer Position im "Dritten Reich" offensichtlich wiedererkannte und eine Chance zum wirtschaftlichen Überleben und zur Wahrung einer gewissen Unabhängigkeit sah:

> "Der Nationalsozialismus wolle den Zeitungen, die hinter der Regierung ständen und im Sinne des Nationalsozialismus revidiert seien, nicht d. Lebensbedingungen nehmen, weil er sich durchaus klar sei darüber, daß beim Erliegen solcher Zeitungen die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe erschreckenden Umfang annehmen müsse. Die Pressestelle der Reichsleitung habe daher allen Parteidienststellen verboten, den Vernichtungskampf gegen nicht parteiamtliche Zeitungen zu führen."[797]

Zur politischen Revision hatte sich die Cloppenburger Zeitung offensichtlich schon früh entschlossen. Am 2. Mai 1933, nachdem der Rausch vom "Tag der

---

[794] MT vom 7.8.1933.

[795] Bernard Kötter wurde am 28. Dezember 1899 in Löningen geboren. Er besuchte in Vechta das Gymnasium Antonianum und wurde 1917 zum Militärdienst eingezogen. Nach dieser Unterbrechung legte er 1920 am Antonianum das Abitur ab und studierte in Münster ein Semester Theologie. Danach trat er dem Jesuitenorden bei und blieb ihm sieben Jahre verbunden. Aus dieser Zeit stammt offensichtlich auch seine Neigung zur Philosophie, insbesondere seine Vorliebe für den Existenzphilosophen Martin Heidegger. Von 1940 bis 1945 mußte Kötter die Leitung der MT-Redaktion aufgeben, weil er wieder zum Miltärdienst gerufen wurde. Bernard Kötter starb am 13. April 1976. (STRICKMANN, Heinz: Adolf Hitlers Auftritt in Cloppenburg nannte Kötter "lächerlich", IN: MT vom 7.4.2001)

[796] Das Impressum der Zeitung im Jahre 1933 gab neben dem Druck und Verlag Hermann Imsiecke als verantwortlichen Schriftleiter Josef Imsiecke an (MT vom 23.12.1933). Mitte der dreißiger Jahre hatte das Impressum folgenden Wortlaut: Druck und Verlag Hermann Imsiecke; Hauptschriftleiter Josef Imsieke; Stellvertretender Hauptschriftleiter Bernard Kötter; Verantwortlicher Schriftleiter für Politik, Wirtschaft, Kulturelles, Unterhaltung, Heimatnachrichten und Sport: Bernard Kötter; Verantwortlicher Anzeigenleiter: Johannes Meibaum. (MT vom 4.9.1937)

[797] MT vom 7.8.1933.

nationalen Arbeit" am 1. Mai 1933 verflogen war, erschien die Cloppenburger MT als "National=soziale Zeitung für das Oldenburger Münsterland", ohne daß nachweislich eine staatliche Zwangsmaßnahme von außen auf Redaktion und Verlag ausgeübt wurde. Die gezielte Differenzierung zwischen den Titeln "National-sozial" und "nationalsozialistisch" sollte in der Leserschaft als Signal und als politischer Vorbehalt der Zeitung gegenüber dem "Dritten Reich" verstanden werden. Nach einem Bericht von Amtshauptmann Münzebrock kam für die anderen beiden Lokalzeitungen des Amtsbezirks Cloppenburg 1933 das Ende. Die "Friesoyther Tageszeitung" wurde vom NS-Gauverlag mit dem Parteiorgan, der "Oldenburgischen Staatszeitung", verschmolzen und das "Löninger Volksblatt" ging vertraglich an den Verlag Hermann Imsiecke in Cloppenburg über. Münzebrock stellt fest, "daß die MT als einzige ‘bürgerliche’ Zeitung im sog. schwarzen Münsterland bis zum Zusammenbruch erhalten geblieben ist." Sie gehörte nach seiner Darstellung zu den 625 Tageszeitungen, die Ende 1944 von den 7 400 übergeblieben waren, die es Anfang 1933 im Reich gegeben hatte. Nach den Erinnerungen Münzebrocks gelang es, die Übernahme der "Münsterländischen Tageszeitung" in den NS-Gauverlag durch persönliche Intervention von Kreisleiter Meyer-Wendeborn und Oberamtsrichter Dr. Ostmann in Berlin zu verhindern.[798]

Verleger und Schriftleiter konnten die MT zwar weiterhin selbständig herausgeben, waren aber in ihrer redaktionellen Tätigkeit eingeschränkt, am stärksten im überregionalen politischen Teil der Zeitung. Das Gaupresseamt übermittelte immer wieder Berichte, die unverändert abzudrucken waren. Die Presseanweisungen betrafen insbesondere "Fragen der katholischen Kirche", über die die Zeitung nach den aufsehenerregenden Ereignissen im Kontext des "Kreuzkampfes" im Herbst 1936 nicht mehr in eigener Verantwortung berichten durfte. Aber in der lokalen wie regionalen Berichterstattung genoß die ehemalige Cloppenburger Zentrumspresse, die vor 1933 eine größere Unabhängigkeit von der Partei gewahrt hatte als die Vechtaer OV, auch unter der nationalsozialistischen Herrschaft eine relative Eigenständigkeit, so daß von einer völligen Gleichschaltung der Cloppenburger MT im totalitären Sinne keine Rede sein kann. Die politische Zensur konnte redaktionell im Zuge einer freiwilligen Selbstzensur ausgeübt oder von den politischen Behörden angemahnt werden. In brisanten politischen Situationen wie dem "Kreuzkampf" 1936 ergingen konkrete Presseanweisungen, die die Veröffentlichung der nationalsozialistischen Version der Massenkundgebung am 25. November 1936 in der Clop

[798] MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 42f.

penburger Münsterlandhalle anordneten und eine bewußte staatliche Lenkung ausübten.[799]

Mit der Heimatbeilage "Volkstum und Landschaft" (VuL) verfügte die Cloppenburger MT seit 1934 auch über ein eigenes heimatgeschichtliches Periodikum. Es gelang der Redaktion, die unregelmäßig erscheinende Zeitungsbeilage von politischer Indoktrination weitgehend freizuhalten. Bis auf einen Artikel mit antisemitischen Tendenzen über die Geschichte der "Juden im Münsterlande" im Jahre 1940 entzog sich "Volkstum und Landschaft" weitgehend der politischen Einflußnahme und blieb der 'unpolitischen' Heimatgeschichte verbunden.[800] Die erste Ausgabe erschien im März 1934 und erkannte in der Pflege von "Heimatsinn und Heimatarbeit", die "zum Segen für Volk und Vaterland" gedeihen sollte, und in der Förderung des Heimatmuseums die eigentlichen Aufgaben von "Volkstum und Landschaft".[801] Mit der Ausgabe vom März 1941 stellte die neue Schriftenreihe aufgrund von Papiermangel ihr Erscheinen ein. Zum Abschied hieß es:

> "Wenn der Krieg dem Verlage Einschränkungen auferlegt, so ist das hoffentlich nur vorübergehend, denn die Liebe zur Heimat wächst erst mit der Kenntnis der Heimatgeschichte. Nach dem siegreichen Kriegsende wird auch die Heimatforschung neue Aufgaben haben - und daß dann 'Volkstum und Landschaft' auch wieder voll und ganz auf dem Plane sein wird, das verbürgt der gediegene und wertvolle Inhalt der ersten sieben Jahrgänge [...]."[802]

Die Selbstgleichschaltung war der politische Preis, den die Cloppenburger MT für ihr wirtschaftliches Überleben und ihre relative Eigenständigkeit in der regionalen wie lokalen Berichterstattung zahlen mußte. Mit den Entscheidungen in der ersten Hälfte des Jahres 1933 gab die konservative Heimatpresse, die sich noch wenige Wochen zuvor als Zentrumsorgan verstanden hatte, zu erkennen, daß die "Systemzeit" auch in Südoldenburg endgültig überwunden war und einer neuen politischen Wirklichkeit Platz gemacht hatte. Die ehemalige südoldenburgische Zentrumspresse stand seit der Mitte des Jahres 1933 auf dem Boden der neuen politischen Tatsachen in Deutschland und konnte sich den politischen Interessen des nationalsozialistischen Regimes nicht länger verschließen. Die Wege, die die Cloppenburger MT und die Vechtaer OV ein

---

[799] MT vom 26.11.1933; OV vom 26.11.1936; KUROPKA, Wahrheit, S. 84; KUROPKA, Kreuz, S. 469: Faksimile der OV vom 26.11.1936.
[800] VuL Nr. 4, 1940, S. 28f.
[801] VuL Nr. 1, 1934, S. 1.
[802] VuL Nr. 1, 1941, S. 50.

schlugen, waren unterschiedlich. Sie beendeten in jedem Falle die Unabhängigkeit der Zeitungen, sicherten ihnen aber ihr politisches und wirtschaftliches Überleben in der nationalsozialistischen Zeit. Die Gleichschaltung der katholischen Presse in Südoldenburg ist das wichtigste medienpolitische Ereignis in dieser Region im Jahre 1933.

4.9. Die Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens

Wesentlicher Bestandteil der oldenburgischen NS-Herrschaftstechnik gegenüber dem relativ resistenten katholischen Süden des Landes war die Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus, die auf dem Sektor des Schulwesens durchaus administrative Erfolge erzielen konnte.[803] Dabei dienten inhaltliche Motive der nationalsozialistischen Weltanschauung als ideologische Vehikel, um eine Politik zu begründen und zu befördern, die kompromißlos den Primat des NS-Staates auf die Gesellschaft des "Dritten Reiches" auszudehnen versuchte. Die Durchsetzung des totalitären Machtstaates zielte darauf, die tragenden Fundamente des katholischen Milieus zu untergraben, und warf "die Frage nach der zukünftigen Tradierung der eigenen, als heilsnotwendig empfundenen religiösen Deutungsmuster" auf. Dadurch wurde "der religiöse Sinnhorizont des Milieus grundsätzlich in Frage gestellt".[804] Die Entkonfessionalisierung strebte keine Entkirchlichung der milieuspezifischen Organisationen und Institutionen an, sondern versuchte, sie in den kirchlichen Binnenraum zurückzudrängen oder, falls das nicht geschehen konnte, nach und nach ganz auszuschalten. Der Streit um "Kirche und Leben", die erste Kirchenzeitung im Offizialatsbezirk, kann exemplarisch die politischen Bestrebungen zur Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg und die Struktur katholischer Opposition gegen die nationalsozialistische Kulturpolitik verdeutlichen. Die Auseinandersetzung um die Kirchenzeitung erstreckte sich auf den Zeitraum von 1934 bis 1945.

4.9.1. Der Streit um die Kirchenzeitung "Kirche und Leben"

Auf dem Höhepunkt der politischen und gesellschaftlichen Krisenlage im Jahre 1932 erschien am 15. Mai 1932 als Beilage der Cloppenburger MT erstmalig

---

[803] WILLENBORG, Entkonfessionalisierung, S. 34ff.
[804] KÖSTERS, Verbände, S. 383.

eine Ausgabe der Kirchenzeitung "Kirche und Leben", die von Vikar Wilhelm Gillmann herausgegeben wurde und als "Katholisches Kirchenblatt für das Dekanat Cloppenburg" konzipiert war.[805] Schriftleiter Gillmann beschrieb in der ersten Ausgabe des Blattes die Aufgabe der neuen Kirchenzeitung, die sich aus ihrem Platz in der südoldenburgischen Presselandschaft und den religions- und kirchenfeindlichen Zeitläuften ergab. Auf dem Boden eines intransigenten Konfessionalismus, der das öffentliche Leben in Südoldenburg beherrschte, sollte die Kirchenzeitung zur moralischen Überwindung des auch in katholischen Kreisen um sich greifenden Laizismus beitragen und die Gläubigen wachrütteln:

> "Feinde von außen und Feinde von innen waren immer daran, diesen Gottesbau in Trümmer zu schlagen. [...]
> Die Kirche geht nicht unter, ganz gewiß nicht. Wenn wir uns aber nicht darauf besinnen, daß wir als Streiter Christi hier auf Erden zu **kämpfen** haben, dann könnte es Gott eines Tages gefallen, seine Kirche von uns wegzunehmen und irgendwo in den Dschungeln Afrikas aufzubauen und in den heidnischen Pagoden das ewige Licht anzuzünden. Freilich könnte Gott auch durch einen einzigen Willensakt alle Feinde seiner Kirche zermalmen. Aber ich habe eine viel zu hohe Vorstellung von der Größe Gottes, als daß ich dem Gedanken Raum geben könnte, Gott müsse gleich Feuer und Schwert vom Himmel fallen lassen, wenn da unten auf der Erde einige Haufen kleiner Menschen die winzigen Fäuste gegen ihn erheben und Sturm laufen gegen die Kirche. [...] Gott will kämpfen und siegen **durch uns**. Welch hohe Aufgabe für uns: Gott zum Siege zu verhelfen!"[806]

Vikar Gillmann reihte die gegenwärtige Krise der katholischen Kirche in die lange Geschichte ihrer Verfolgung ein. Dabei seien "die Stürme von außen durch die Feinde der Kirche" nicht einmal "das Schlimmste", sondern die "Feinde unter dem eigenen Dache" seien "weit gefährlicher". Im einzelnen

---

[805] SIEVE, Leben, S. 5, 9f.; SIEVE, Gillmann, S. 240-263.

[806] Kirche und Leben Jg. 1, Nr. 1, 15.5.1932, S. 5f. Unter Bezug auf den Titel des Blattes beschrieb Gillmann die zeitkritische Tendenz der neuen Kirchenzeitung: "Die Aufschrift 'Kirche und Leben' wurde gewählt als der passendste Ausdruck für das Wesen und die Tendenz des Blattes. Kirche und Leben sind Begriffe, die der im praktischen Leben nicht trennen sollte, der einmal der Kirche die Treue gelobt hat: 'Ich will die Kirche hören, sie soll mich allzeit gläubig sehn und folgsam ihren Lehren - nie will ich von ihr weichen!' Manche glauben allerdings schon dann vollends genug zu tun, wenn sie der Zugehörigkeit zur Kirche dadurch Ausdruck geben, daß sie des Sonntags pflichtgemäß zur Kirche gehen. Für die acht Tage der kommenden Alltagswoche ist's dann so ziemlich aus mit dem 'die Kirche hören und folgsam sein ihren Lehren'. Diese Einstellung haben sich heute viele zu eigen gemacht und ist weithin geübte Praxis, die sich nur zum Verderben des Einzelnen und der Gesamtheit auswirkt. Kirche und Leben dürfen sich nicht voneinander trennen lassen. Die Kirche ist für unser Leben, und unser Leben ist für die Kirche. Das Leben von der Kirche trennen, hieße das Leben vom Christentum trennen."

nannte er die Verfolgung unter dem römischen Kaiser Nero im Jahre 66, den "Riesensturm in der sog. Aufklärung mit ihren geistigen Kindern, den großen Revolutionen, dem Umsturz, den Klassenkämpfen", die "große Säkularisation, der gewalttätige Raub der Kirchengüter" im Jahre 1803 und den preußischen Kulturkampf "mit dem Versuch, die Kirche von Rom loszureißen und eine deutsche Staatskirche zu gründen". Das Ergebnis der Verfolgungen sei nicht der Untergang der katholischen Kirche gewesen, sondern "neue Blüten und neue Früchte" seien daraus hervorgegangen. Auch in Zukunft würden der Kirche Stürme und Kämpfe nicht erspart bleiben.[807] Damit unterstrich Gillmann die historische Kontinuität des religiös-kulturellen Abwehrkampfes, in dessen Dienst sich die neue Kirchenzeitung bereitwillig stellte.

Aus Anlaß des einjährigen Bestehens von "Kirche und Leben" hob die Cloppenburger MT hervor, daß die Kirchenzeitung "von Anfang an eine hohe, klare, echt katholische, rein kirchliche Linie eingeschlagen und verfolgt" habe.[808] Das Dekanatsblatt war nach Auffassung von Peter Sieve "in erster Linie ein religiöses Blatt", das sich mit politischen Themen nur befaßte, "insoweit diese die katholische Kirche betrafen". Die zeitkritische Tendenz des Blattes galt der Abwehrhaltung gegen Kommunismus und Marxismus.[809] Damit befand sich die neue Kirchenzeitung "Kirche und Leben" ganz auf der geistigen Linie des politischen Katholizismus in Deutschland zwischen 1930 und 1933 und spiegelte den überbordenden Konflikt der katholischen Kirche mit den modernen Weltanschauungen wider. Die Redaktion von "Kirche und Leben" war sich ihrer unsicheren Lage unter den neuen politischen Verhältnissen im Jahre 1933 durchaus bewußt. Die Cloppenburger MT deutete im Mai 1933 an, daß das Kirchenblatt "vereinzelt auch Mißverständnissen" begegne. "Zur Klarstellung" hob es ausdrücklich hervor, daß es "ein rein kirchliches Blatt" sei und "von dieser Linie" niemals abgewichen sei:

> "Mit Politik hat das Kirchenblatt auch nicht das Geringste zu tun."[810]

---

[807] Kirche und Leben Jg. 1, Nr. 1, 15.5.1932, S. 5.
[808] MT vom 16.5.1933.
[809] SIEVE, Leben, S. 10. Peter Sieve charakterisiert diese Tendenz mit den Worten: "Der Bolschewismus bzw. Kommunismus wird mehrfach als gottlose und christentumsfeindliche Bewegung angegriffen und verurteilt. Nicht ganz so unverblümt ist die Stellungnahme zum Nationalsozialismus, mit dem sich die Kirche 1933 irgendwie arrangieren zu müssen glaubte - doch wird das neuheidnische Gedankengut Rosenbergs entschieden abgelehnt."
[810] MT vom 16.5.1933.

Aber selbst diese Garantie konnte die Existenz von "Kirche und Leben" unter der nationalsozialistischen Herrschaft nicht dauerhaft sichern. Nach der Veröffentlichung des Osterhirtenbriefes von Bischof Clemens August in "Kirche und Leben" und in den "Heideblumen", einer von Vikar Franz Morthorst herausgegebenen Beilage der Oldenburgischen Volkszeitung, wurde das Erscheinen von religiösen Beilagen in Tageszeitungen durch eine Verfügung des oldenburgischen Staatsministeriums vom 11. Juni 1934 mit sofortiger Wirkung untersagt. Die Verordnung trennte Religion und Politik strikt voneinander ab:

> "Die nationalsozialistische Bewegung und der nationalsozialistische Staat sind und waren immer gewillt, der Kirche zu geben, was der Kirche ist. Politik und Religion dürfen aber nicht verquickt werden. Aus diesem Grunde hat Reichsminister Dr. Goebbels in Auslegung des Schriftleitergesetzes wiederholt erklärt, daß es konfessionelle Tageszeitungen nicht mehr geben dürfe. Denn jede Tageszeitung ist eine politische Zeitung. Hieraus folgt ohne weiteres, daß Tageszeitungen als politische Schriften keine religiösen Beilagen bringen dürfen. Im Landesteil Oldenburg gibt es mehrere Tageszeitungen aus der Zentrumszeit, die dem noch nicht Rechnung getragen haben. Diese Verquikkung von Politik, Religion und Geschäft hat zu großen Unzuträglichkeiten geführt. Sie kann unter den gegebenen Verhältnissen im Interesse unseres deutschen Volkes nicht weiter geduldet werden. Religiöse Angelegenheiten müssen in religiösen Zeitschriften behandelt werden."

Auf der Grundlage dieser politischen Bestimmungen ordnete der oldenburgische Innenminister Pauly, der nach Auffassung der Reichsregierung "in letzter Zeit einige bemerkenswerte Erlasse über die Beziehungen zwischen Kirche und Staat" herausgegeben hatte, mit Blick auf die besonderen Verhältnisse in Südoldenburg an:

> "Tageszeitungen, die im Landesteil Oldenburg gedruckt und verlegt werden, dürfen keine religiösen Beilagen haben."[811]

Die Verfügung gegen die Kirchenzeitung "Kirche und Leben" stellte eine weitere Maßnahme mit dem Ziel dar, den Einfluß der katholischen Kirche und vor allem ihres höchsten Repräsentanten, des Diözesanbischofs von

---

[811] NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 199f. Die Verfügung beruhte auf der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933. Das "Schriftleitergesetz" wurde am 4. Oktober 1933 erlassen und knüpfte die Ausübung dieses Berufes an verschiedene politische Bedingungen, so an die arische Abstammung. Der Schriftleiter war verpflichtet, aus den Zeitungen alles fernzuhalten, "was geeignet ist, die Kraft des Deutschen Reiches nach außen oder im Innern, den Gemeinschaftswillen des deutschen Volkes, die deutsche Wehrhaftigkeit, Kultur oder Wirtschaft zu schwächen oder die religiösen Empfindungen anderer zu verletzen." (MÜNCH, Gesetze, S. 164-172) Zu Galens Osterhirtenbrief vom 26. März 1934 vgl. Kap. 4.9.2.2.: Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum".

Münster, einzuschränken. In den Tagen zuvor hatte das Innenministerium bereits eine politische Zensur über die Geistlichkeit in Oldenburg verhängt. Die Verfügung vom 6. Juni 1934 untersagte dem Klerus die Werbung für Zeitschriften und die Verfügung vom 9. Juni 1934 verbot "Geistlichen und anderen Religionsdienern" strengstens, "die nationalsozialistische Bewegung oder die eine oder andere ihrer Gliederungen oder die Zugehörigkeit zu einer Gliederung als unchristlich oder gefährlich zu bezeichnen", des weiteren "unmittelbar oder auch mittelbar vor dem Besuch nationalsozialistischer Versammlungen zu warnen" und "behördliche Maßnahmen als unchristlich oder gefährlich oder gegen die Kirche gerichtet - sei es auch in versteckter Form - zu bezeichnen".[812]

Bischof Clemens August, der sich persönlich für die Erhaltung der katholischen Presse einsetzte, versuchte, neue Wege für das weitere Erscheinen der Kirchenzeitung zu finden. Mit seinen Warnungen und Kundgebungen in "Kirche und Leben" verließ der Bischof nicht den Boden der Legalität, weil es sich um pastorale Anweisungen und Belehrungen in einem kirchlichen Presseorgan handelte, das zu den durch das Reichskonkordat geschützten Einrichtungen der katholischen Kirche zählte. Nach Artikel 4 des Konkordates genossen "die Bischöfe und sonstigen Diözesanbehörden für ihren Verkehr mit den Gläubigen in allen Angelegenheiten ihres Hirtenamtes" volle Freiheit.[813]

---

[812] NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 60; SIEVE, Leben, S. 10; KUROPKA, Wahrheit, S. 59: aus den Halbmonatsberichten des Geheimen Staatspolizeiamtes Oldenburg. Rechtliche Grundlage dieser Maßnahmen war die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933.

[813] MT vom 24.7.1933. Im einzelnen hieß es dazu: "Anweisungen, Verordnungen, Hirtenbriefe, amtliche Diözesanblätter und sonstige die geistliche Leitung der Gläubigen betreffende Verfügungen, die von den kirchlichen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit (Art. 1, Abs. 2) erlassen werden, können ungehindert veröffentlicht und in den bisher üblichen Formen zur Kenntnis der Gläubigen gebracht werden." Der Art. 1 des Konkordats hatte folgenden Wortlaut: "Das Deutsche Reich gewährleistet die Freiheit des Bekenntnisses und der öffentlichen Ausübung der Religion. Es anerkennt das Recht der katholischen Kirche, innerhalb der Grenzen des für alle geltenden Gesetzes ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten und im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu erlassen."

4.9.1.1. Kampf gegen das moderne "Neuheidentum"

Gemeinsam mit dem Diözesanbischof Clemens August und unter seiner persönlichen geistlichen Protektion führte die Kirchenzeitung in den Jahren 1934/35 einen entschlossenen Kampf gegen das moderne "Neuheidentum", das nicht mit der nationalsozialistischen Ideologie identisch war, sondern auch andere geistige Zeiterscheinungen umfaßte, die seit dem Anbruch der Moderne aufgetreten waren. Der Kampf gegen das nationalsozialistische Gedankengut stand also in einer Tradition, die sich nach Ansicht Galens bewährt hatte. Aus der Erinnerung an sie konnte der Katholizismus Kraft und Mut für den aktuellen tagespolitischen Einsatz schöpfen. "Kirche und Leben" verstand sich als Organ des Bischofs.

Am 13. Juni 1934 konstituierte sich in Vechta eine "Kirchenblatt-Vereinigung für den Offizialatsbezirk Oldenburg" mit mehreren geistlichen Mitgliedern unter dem Vorsitz des Vechtaer Kaplans Leo Bitter. Dieser Verein setzte sich die weitere Verbreitung der Kirchenzeitung "Kirche und Leben" zum Ziel, nachdem sie als Beilage einer Tageszeitung nicht mehr erscheinen durfte. Am 25. August 1934 erfolgte die Lizenzierung des neuen Kirchenblattes durch die Reichspressekammer. Am 16. September 1934 erschien die erste Ausgabe von "Kirche und Leben", das jetzt als "Katholisches Kirchenblatt für Oldenburg" in Vechta herausgegeben wurde. Vikar Gillmann, der wieder die Schriftleitung übernahm, begründete das neue Blatt mit der Notwendigkeit moralisch-religiöser Orientierung und Führung der Gläubigen, die angesichts der weltanschaulichen Auseinandersetzungen in dieser Zeit immer dringender geworden sei. Er charakterisierte den Kampfcharakter der kirchlichen Zeitung mit den Worten:

> "Allen Suchenden will es Wegweiser sein. Zumal in dem riesigen Geisteskampfe des Neuheidentums, das auch schon auf dem Lande Wurzeln zu schlagen sucht, will es allen Ringenden das Rüstzeug geben, dessen sie bedürfen im Kampfe um die ewigen Wahrheiten."[814]

Nach dem Stand vom 1. April 1935 erreichte die Kirchenzeitung, die von der Post vertrieben wurde, eine Auflage von 13 419 Exemplaren.[815] Mehrere Beiträge im Sommer 1935, die sich mit dem Wort vom "positiven Christentum" und der völkischen Religiosität der Deutschen Glaubensbewegung auseinan

---

[814] SIEVE, Leben, S. 11.
[815] SIEVE, Leben, S. 12. Die Gestapo Oldenburg gab die Auflage von "Kirche und Leben" am 7. August 1935 mit ca. 14 000 Exemplaren an. (KUROPKA, Wahrheit, S. 59)

dersetzten und Predigten sowie Hirtenbriefe Galens enthielten, erregten den Einspruch des oldenburgischen Staatsministeriums. Die deutschgläubige Bewegung, die vor 1933 lediglich ein Bündel zerstrittener Gruppierungen und Vereine gewesen war, hatte sich unter dem Eindruck des nationalen Aufbruchs Ende Juli 1933 zur "Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung" formiert. An ihrer Spitze standen der Tübinger Religionswissenschaftler Wilhelm Hauer und der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Ernst Reventlow. Wie Franz von Papen glaubte auch Wilhelm Hauer, den Nationalsozialismus in seinem Sinne deuten zu können. Die Entwicklung der Deutschen Glaubensbewegung beunruhigte zunächst die protestantische Theologie und Kirche, weil ihr hier eine Konkurrenz zu den Deutschen Christen zu erwachsen schien. Die Beauftragung Rosenbergs mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände am 31. Januar 1934 alarmierte schließlich auch die katholische Kirche, weil Rosenbergs "Mythus" die Lehre von der arteigenen Religion enthielt, die auch die Deutsche Glaubensbewegung propagierte.[816]

In der oldenburgischen Kirchenzeitung "Kirche und Leben" erfuhr die deutschgläubige Bewegung eine scharfe Verurteilung, die sich vor allem gegen die sog. "Hauer-Bewegung" richtete.[817] In einem umfangreichen Artikel unter dem Titel "Von der Deutschen Glaubensbewegung" stellte das Kirchenblatt fest, daß sich gegenwärtig "zwei geistige Heere einander im Kampfe" gegenüberstünden, der "Heerbann Christi", als die sich die katholische Kirche verstand, und die Deutsche Glaubensbewegung. Ein neuer Glaube wolle "aus der alleinigen Kraft des Blutes und der Rasse" und "aus dem Ahnenerbe unseres Volkes" eine "nordische, artgemäße, für alle Deutschen allein gültige Religion" schaffen. Die Deutsche Glaubensbewegung stamme "aus einer Selbstverherrlichung des Menschen (wie die frühere liberalistische Zeit uns etwa dies im Naturalismus oder Monismus oder deutschen Idealismus kundtat) zur Höchstentfaltung des Menschen", das Christentum hingegen komme "von Gott zur Verherrlichung Gottes". Deshalb stehe die Deutsche Glaubensbewegung im Gegensatz zum Christentum: "Die Glaubensbewegung in der Eigenwertigkeit von Mensch und Rasse und in der Übersteigerung des Ich im Menschen, das Christentum in

[816] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 130ff.
[817] Kirche und Leben 2. Jg., Nr. 26, 30.6.1935, S. 267, Nr. 27, 7.7.1935, S. 273 und 279, Nr. 28, 14.7.1935, S. 291, Nr. 30, 28.7.1935, S. 315f.

der ewigen Wahrheit und Liebe Gottes." Die Geschichte der katholischen Kirche stelle aber nachdrücklich unter Beweis:

> "Kein schlechter Papst, keine Irrlehre und keine noch so lebendige Ueberzeugung waren bisher imstande, auch nur einen Schatten von Irrtum auf die reine Wahrheit der Lehre der Kirche zu werfen. Weltmenschen werden sicherlich im 'Machtstreben', in 'Unterdrückung' und 'Gewissenszwang' Gründe für diese einzig dastehende und absolut in der Weltgeschichte **einmalige** Erscheinung suchen; wir Katholiken wissen es besser: **Der Geist Gottes lebt in der Kirche und wird bei uns bleiben bis zum Ende der Zeiten!**" [818]

"Kirche und Leben" druckte in der Ausgabe vom 30. Juni 1935 die Predigt ab, die Bischof Clemens August am Pfingstmontag des Jahres in der Coesfelder Lambertikirche gehalten hatte. Darin hatte er die öffentlichen Diffamierungen der katholischen Kirche, die vom Staat nicht unterdrückt würden, verurteilt und offen vor den Gefahren der völkischen Religion im sog. "Neuheidentum" gewarnt:

> "Es ist ja leider so, daß heute in Deutschland offen für Heidentum geworben wird. Daß arme Menschen, die wahres Christentum niemals gekannt, die niemals das Licht der Welt geschaut haben, uns zurückführen möchten in das Dunkel der vorchristlichen Zeit [...]. Zu einem Glauben ohne Klarheit, ohne Festigkeit, ohne Jenseitshoffnung und damit ohne Trost und Leid. Es ist schon traurig, daß in Zeitungen und Zeitschriften, die vielen aufgedrängt werden, sogar in Schriften für die Jugend, die christliche Bedeutung unserer Volksfeste herabgemindert oder verschwiegen, die Erinnerung an heidnische, vorchristliche Gebräuche über Gebühr gepflegt und in verdächtiger und gefährlicher Geschäftigkeit übermäßig betont wird. Da heißt es freilich auf der Hut sein, besonders für Eltern und deren Stellvertreter, daß solche falschen und die Wahrheit verfälschenden Darstellungen nicht Unheil stiften, daß Druckschriften solcher Art, wenn sie aus wichtigen Gründen nicht dem Hause ferngehalten werden können, doch nicht solchen in die Hände fallen, die zu unerfahren sind, um Wahres und Falsches zu unterscheiden."[819]

---

[818] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 26, 30.6.1935, S. 261-263.

[819] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 26, 30.6.1935, S. 258. Unter der Überschrift "Seid nüchtern und wachsam" unterrichtete Bischof Clemens August seine Diözesanen in einer Weise, die eindeutig politisch zu verstehen war: "Als Sankt Petrus sich zu dieser Mahnung veranlaßt fühlte, war die Lage der Christengemeinde genauso bedroht wie heute bei uns. Auch heute geht der Teufel wieder umher wie ein brüllender Löwe, suchend, wen er verschlingen könnte. Man braucht ja nur die Augen und die Ohren aufzumachen! Man braucht nur wachsam und nüchtern zu sein." An die katholischen Eltern richtete Clemens August den dringenden Appell: "Wachsam sein, das ist besonders eine Mahnung für die Eltern gegenüber den Kindern, die heute mehr denn je glaubens= und kirchenfeindlichen Einflüssen ausgesetzt sind. Die Eltern haben vor Gott eine Verantwortung, die ihnen niemand abnehmen kann. Wenn Satan es fertig brächte, den Wächtern der Kinder Schlafpulver zu verabfolgen, hätte er leichtes Arbeiten." (S. 259)

In seiner Predigt aus Anlaß der 400-Jahrfeier der Vertreibung der Widertäufer aus der Stadt Münster forderte Clemens August die weltliche Obrigkeit auf, zur Anerkennung der göttlichen Ordnung zurückzukehren und sich unter den Glaubensgehalt der christlichen Offenbarung zu stellen. Auch diese Predigt wurde in "Kirche und Leben" wiedergegeben:

> "Im Glauben an Gott und die von ihm geoffenbarte Wahrheit, im Gehorsam gegen Gott und sein heiliges Gesetz fand sich damals, findet sich immer, auch heute, der Ausgleich zwischen Autorität und Freiheit, zwischen Obrigkeit und Untertanen. Die von beiden Seiten anerkannte Bindung an Gottes Willen und Ordnung gibt der Obrigkeit ihre Würde und die die Gewissen bindende Gewalt, gibt den Untertanen Schutz ihrer Rechte, ihrer Freiheit, ihrer Sicherheit vor menschlicher Willkür und Gewalttat."

In der Herrschaft der Widertäufer erkannte Clemens August eine offene Auflehnung "gegen die Gottesordnung in der Kirche" und eine "Empörung gegen die weltliche Obrigkeit", die "die rechtmäßige Obrigkeit" gewesen sei. Der regierende Landesherr, der Fürstbischof von Münster, und die ihn unterstützenden Reichsfürsten hätten nach Röm. 13 ausdrücklich "das Recht und die Pflicht" gehabt, "der revolutionären Gewaltherrschaft der Widertäufer mit Gewalt, mit dem Schwerte ein Ende zu machen". Daraus leitete Clemens August eine antirevolutionäre Doktrin ab, die für die politische Gegenwart von großer Bedeutung war:

> "Wer bewußt vom Gehorsam gegen eine von Gott gesetzte Obrigkeit sich lossagt, kündigt Gott den Gehorsam, von dem jede menschliche Obrigkeit ihr Recht hat, die Freiheit des einzelnen zur Ordnung zu binden. Dann bleibt als einziges Mittel, die Einfügung des einzelnen in die Ordnung des Gemeinwohles durchzusetzen, die Gewalt."[820]

Unter Bezugnahme auf die Kulturkampfzeit erinnerte Bischof Clemens August in einer Verlautbarung zur Durchführung der "Großen Prozession" in Münster am 8. Juli 1935 an seine Vorgänger Weihbischof Caspar Maximilian, der am sog. Nationalkonzil in Paris im Jahre 1811 teilgenommen und Napoleon mutig widersprochen hatte, und Bischof Johann Bernard Brinkmann, der 1875 von den preußischen Behörden verhaftet worden war und sich ins Exil nach Holland

---

[820] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 28, 14.7.1935, S. 282. Clemens August bekannte persönlich: "Ich weiß nicht, ob mir ähnliches bevorsteht; ob auch ich noch einmal gewürdigt werde, 'für den Namen Jesu Schmach zu leiden', nicht nur durch Mißkennung und Vorwürfe, sondern auch durch Beraubung der Freiheit, durch Mißhandlung und Leiden. Sollte Gottes Vorsehung mich solcher Nachfolge der Apostel würdigen, so hoffe ich, daß Gottes Gnade mir den Willen erhält, lieber alles zu ertragen, als vom Wege der Pflicht abzuweichen, daß Gottes Beistand in schweren Stunden mir Licht und Stärke gibt, es den früheren Bischöfen von Münster in Opfermut und Standhaftigkeit gleich zu tun." (S. 289)

begeben hatte.[821] Die Ausgabe vom 7. Juli 1935 stellte die Schicksalsfrage für das christliche Deutschland und verband sie mit dem Konflikt um die Erhaltung der konfessionellen Schule, um die in Südoldenburg ein Jahr später ein offener Kampf entbrennen sollte:

> "Deutschland steht in dieser Zeit vor der Frage, ob das **Christentum** nach wie vor **Seele** und **Antlitz Deutschlands** formen soll, ober ob das neue **Heidentum** die Weltanschauung unseres Volkes werden soll. Es ist die Frage, wie das Schicksal der **konfessionellen Schule** gestaltet wird. Die geistige Einstellung unserer **Jugend** zu Christus und Kirche ist einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Gegen die Kirche wird offen Sturm gelaufen mit den unwissenschaftlichsten und beleidigendsten Methoden. Die Bindung an feste **Glaubenssätze**, der Glaube an einen persönlichen **Gott**, die demütige Annahme der **Erlösung**, das alles steht in Gefahr, von einem geheimen Liberalismus und offenen Unglauben abgelöst zu werden."[822]

Im Artikel "Der Weg, der zum Ziele führt" formulierte "Kirche und Leben" - ein Autor wird nicht genannt - diese Gedanken aus. Darin bekannte sich das Kirchenblatt zur nationalen Einheit im Zeichen der nationalsozialistischen Herrschaft, grenzte sich aber gleichzeitig von einer "neuen deutschen Religion" und vom Gedanken einer "deutschen Nationalkirche" ab:

> "Uns trägt der gleiche Boden wie jene, die ihre Weltanschauung auf dem völkischen Erleben aufbauen. In unseren Adern fließt dasselbe Blut. Mit ihnen teilen wir den Willen, unseres Volkes Not zu bannen. Was uns aber von ihnen trennt, ist, daß wir das, was uns völkisch eint, **nicht zum Letzten und Höchsten erheben. Das Letzte und Höchste ist Gott, der die Welt und den Menschen erschuf und sie erhält, der den gefallenen Menschen durch den Tod am Kreuze erlöste und dessen in seiner Kirche verkündetes Wort der Weg, die Wahrheit und das Leben ist.** Es ist unsere Aufgabe, Mensch und Welt als aus Gott stammend zu erkennen und beide nach seinem Willen zu gestalten."[823]

Dieser Artikel enthielt eine eindeutige Absage an Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" und an die Deutsche Glaubensbewegung. In dieser Artikelserie erschien am 28. Juli 1935 auch eine von der Heimatschriftstellerin Elisabeth Reinke verfaßte Kritik an dem von der NSDAP im Gau Weser-Ems mit großem propagandistischem Aufwand ins Werk gesetzten Schauspiel "De Stedinge" von dem Oldenburger Heimatdichter August Hinrichs, das auf dem Book

---

[821] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 30, 28.7.1935, S. 311; SCHRÖER, Bischöfe, S. 275f.
[822] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 27, 7.7.1935, o. S.: Aus den Dekanaten (im Artikel unter dem Titel: "Es kommen neue Priester! Alleluja!").
[823] Ebd., S. 269.

holzberg bei Altenesch aufgeführt wurde.[824] Mit einer Kanzelabkündigung warnte das Bischöfliche Offizialat vor dem Besuch der Aufführung, weil sie antikatholische Tendenzen enthielt. In einem umfangreichen Kommentar setzte sich der "Schriftwalter" von "Kirche und Leben", Vikar Gillmann, mit einer Rede auseinander, die Reichsleiter Robert Ley anläßlich einer Reichstagung von "Kraft durch Freude" in Hamburg gehalten hatte. Ley hatte in Hamburg erklärt:

> "Wenn ich das Leben verneine, dann muß ich die Sünde bejahen, und wenn ich die Sünde bejahe, dann muß ich Buße tun, und wenn ich Buße tue, bin ich ein Knecht und bin minderwertig, und das ist die **Lehre für die Schwachen** und für die Niedrigen und Erbärmlichen. (Beifall.) Der Sünde steht bei uns gegenüber die **Disziplin**, und der Buße und der daraus erwachsenden Minderwertigkeit steht gegenüber der Stolz, und dem Schwachen steht gegenüber der Starke, und dem Genuß, der nur die gemeinen Triebe befriedigt, steht gegenüber die Freude. (Beifall.)."

Vikar Gillmann wies in seiner Antwort auf eine Trennung von Politik und Religion hin, die auch von den Nationalsozialisten angestrebt werde. Diese bedeute aus katholischer Sicht aber auch, "daß in einem christlichen Staat das praktische Leben von der Religion gar nicht zu trennen ist, daß es also viele Berührungspunkte und auch gemischte Fragen gibt, die Staat und Kirche gemeinsam zu lösen haben". Auf der anderen Seite habe zum Schutz der Kirche der Grundsatz zu gelten: "Die politische Betätigung des Menschen meide den religiösen Raum!" Sünde, Buße und Beichte gehörten zu "den ewiggültigen Bestandteilen des religiösen Glaubensgutes jener christlichen Konfessionen, von denen Adolf Hitler gesagt hat, sie seien wichtige Faktoren zur Erhaltung des deutschen Volkstums". Die Freude sei eine "seelische Grundhaltung" des Christentums und so stark in das Bewußtsein der Heiligen eingegangen, daß sie trotz Verfolgung und Tod noch zu lächeln verstanden hätten:

> "So ist es rechte katholische Haltung."[825]

---

[824] NIERMANN, Kultfiguren, S. 138-149; Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 31, 4.8.1935; S. 320f.; SIEVE, Leben, S. 15-18: Wiedergabe der Rede und des Kommentars von Gillmann. Elisabeth Reinke distanzierte sich in unpolitischer Weise von der Aufführung mit den Worten: "Ich muß gestehen, so oft wir Katholiken katholische Dinge und Personen von Nichtkatholiken dargestellt sehen, ist es stets zum Davonlaufen. Man karikiert jene Personen, die man gar nicht kennt, deren Wesen und Wirken man nie beobachtet hat und anscheinend nie beobachten will. Gelegenheit wäre überall. Ich habe nie begreifen können, wie man auf deutschen Theatern so oberflächlich arbeiten mag." (S. 320)

[825] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 31, 4.8.1935; S. 322f.; SIEVE, Leben, S. 15-18.

Selbst unter den totalitären politischen Umständen des Jahres 1935 galt die ideologische Abgrenzung der katholischen Kirche dem "geheimen Liberalismus", um gar nicht erst den Verdacht aufkommen zu lassen, aus dem Kampf der katholischen Kirche gegen den geistig-kulturellen Führungsanspruch des "Dritten Reiches" könnten Sympathien für den untergegangenen Liberalismus Weimarer Prägung abgeleitet werden.

4.9.1.2. Das Ende von "Kirche und Leben"

Nach Berichten der Gestapo verfügte Reichsinnenminister Frick aufgrund dieser ideologiekritischen Artikelserie am 27. Juli 1935 ein sofortiges Verbot von "Kirche und Leben" für drei Monate.[826] Der Versuch, vom Verlag Regensberg das unter Vorzensur stehende "Münsterische Kirchenblatt" als Ersatz nach Vechta auszuliefern, scheiterte schon nach der Sendung von wenigen Ausgaben.[827] Seit dem Herbst 1935 stand "Kirche und Leben" unter Vorzensur. Am 1. Juli 1936 wurde Domvikar Walter Adolph als Leiter der Fachschaft der katholisch-kirchlichen Presse in der Reichspressekammer abgesetzt; seinen Platz nahm fortan SS-Führer Anton Willi ein. Mit diesem Wechsel wurde der bischöfliche Einfluß auf die Fachschaft ausgeschaltet. In einer ersten Verordnung vom 4. Juli 1936 verfügte Willi, daß in jeder Diözese in Zukunft nur ein Kirchenblatt erscheinen durfte.[828] Das führte in der Diözese Münster zu einem großen Dilemma, weil hier insgesamt sechs verschiedene Kirchenblätter existierten. Das Oldenburger Kirchenblatt konnte weiter erscheinen, wurde aber immer größeren Restriktionen ausgesetzt, so daß von katholischer Seite über die aufsehenerregenden kirchen- und schulpolitischen Ereignisse der Jahre 1936 bis 1938 nicht mehr authentisch berichtet werden konnte. So wurde die katholische Kirchenzeitung in Oldenburg auf dem Verordnungs- und Verfügungswege ihrer eigentlichen Aufgabe beraubt. Nach erbitterten Kontroversen zwischen dem Berliner Fachschaftsleiter Willi und Vikar Gillmann im Herbst 1939 und Frühjahr 1940 wurde Gillmann am 28. Januar 1941 in Schutzhaft

---

[826] KUROPKA, Wahrheit, S. 59-61: aus den Halbmonatsberichten des Geheimen Staatspolizeiamtes Oldenburg. Frick berief sich dabei auf die "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933.

[827] SIEVE, Leben, S. 14. Im "Münsterischen Kirchenblatt" waren zensierte Abschnitte als weiße Flächen erschienen, um den Leser nachdrücklich auf die Eingriffe der politischen Zensur in die Freiheit von Religion und Kirche aufmerksam zu machen.

[828] KÖSTERS, Verbände, S. 535f.

genommen. Im Frühjahr 1941 wurden sämtliche kirchlichen Zeitschriften in Deutschland verboten. Die letzte Ausgabe von "Kirche und Leben" erschien am 25. Mai 1941.[829]

Den geistigen Kern des politischen Konflikts, der zwischen der katholischen Kirchenzeitung und dem nationalsozialistischen Regime ausgetragen wurde, erschließt ein Beitrag in Kirche und Leben vom 5. November 1933. Dieser Aufsatz setzte sich unter dem bezeichnenden Titel "Gott und Kaiser - Kirche und Staat" auf der Grundlage der traditionsreichen Koordinationstheorie selbst unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen noch für die gleichberechtigte Stellung von Kirche und Staat ein und machte deutlich, daß nicht der NS-Staat als solcher, sondern sein totalitärer Anspruch, seine politische Omnipotenz, zurückgewiesen wurde. Aus der Koordinationstheorie leitete die Kirchenzeitung auch die Freiheit der katholischen Kirche unter den gegebenen politischen Verhältnissen ab:

> "Kirche und Staat sind zwei Gesellschaften, die nach Gottes Willen nebeneinander bestehen. Jede von ihnen hat ihre besonderen Ziele und Aufgaben. Jede hat ihr eigenes Oberhaupt, ihre eigene Verwaltung, eigene Rechtsbegriffe und ist für diese selbständig und frei.
> Das Ziel des Staates ist die natürliche Wohlfahrt der Gesamtheit. Diese Wohlfahrt soll er durch die Mittel der irdischen Kultur fördern. Er ist seiner Natur nach eine gottgewollte Einrichtung. [...] Die Kirche hat die Aufgabe, den Menschen das übernatürliche Leben der Gnade zu vermitteln und sie ihrem ewigen Ziele entgegenzuführen. Christus selbst hat ihr den Auftrag hierzu erteilt und ihr feierlich die entsprechenden Vollmachten gegeben. Jeder Eingriff in ihre Rechte ist zugleich ein Eingriff in die Rechte Gottes. [...]
> Das Verhältnis von Kirche und Staat wäre also durchaus einfach u. das pflichtgemäße Verhalten der Menschen zu beiden Obrigkeiten wäre klar bestimmt, wenn alle Rechtsbezirke der Kirche und des Staates sich scharf gegeneinander abgrenzen ließen. Das ist aber im praktischen Leben nicht der Fall."

Eine "absolute Neutralität des Staates gegenüber der Kirche" sei nicht möglich. Weil "die äußere Macht immer in den Händen des Staates" liege, wäre "eine solche völlige Trennung gleichbedeutend mit einem Einbruch der weltlichen Obrigkeit in das Hoheitsgebiet der Kirche". Daraus ergab sich die Konfliktsituation, die der Artikel - ohne sich auf die gegenwärtige politische Lage konkret zu beziehen - offen vorstellte und zugunsten von Religion und Kirche entschieden wissen wollte:

---

[829] SIEVE, Leben, S. 18-22.

> "Es ist derselbe Mensch, der als Bürger dem Staate und als Christ der Kirche angehört. Für den gläubigen Menschen darf es jedoch in solchen Fällen nur eine Entscheidung geben: der übernatürlichen Lebensordnung gebührt der Vorrang vor der natürlichen."[830]

Diese Grundsätze erfuhren im Totalitarismus des "Dritten Reiches" erwartungsgemäß eine radikale Absage. Einer ihrer prominentesten Verfechter war der Bischof von Münster, Clemens August Graf von Galen. Er hielt an der grundsätzlichen Koexistenz dieser beiden Gewalten fest, entschied sich aber im Konfliktfalle als katholischer Oberhirte für Religion und Kirche. Eine andere Haltung war für ihn nicht denkbar.

4.9.2. Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts"

Am 24. Januar 1934 unterzeichnete Hitler den Erlaß, der Reichsleiter Alfred Rosenberg mit der Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei beauftragte und ihn ermächtigte, zu diesem Zweck ein Amt in der Reichsleitung der NSDAP zu errichten.[831] Damit rückte der prominenteste Vertreter einer völkischen Religion in eine politische Schlüsselfunktion des "Dritten Reiches". Diese Entscheidung provozierte die deutschen Bischöfe, weil sie die Vermutung nahelegte, daß damit der "Mythus" offiziell zur Grundlage der gesamten weltanschaulichen Schulung der Partei

---

[830] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 45, 5.11.1933, S. 354f. Der Aufsatz wurde verfaßt von H. Fassbinder.

[831] BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 25ff. Rosenberg führte künftig den Titel "Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP" und war zuständig für die Partei, die Deutsche Arbeitsfront, KDF und die gleichgeschalteten Verbände. Die Ernennung Rosenbergs ging auf den Wunsch von Reichsorganisatonsleiter Robert Ley zurück, der ihn zur Mitarbeit an seinem Programm der Parteiführernachwuchsbildung in den Ordensburgen und für die ersten Schulungsversuche gewinnen wollte. Alfred Rosenberg (1893 - 1946) wurde 1923 Hauptschriftleiter des "Völkischen Beobachter"; er behielt diese Funktion bis 1945. Im gleichen Jahr nahm er am Hitler-Putsch in München teil. Nach den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 zog Rosenberg als einer von 107 NSDAP-Abgeordneten in den Deutschen Reichstag ein. Am 1. April 1933 trat er an die Spitze des Außenpolitischen Amtes (APA) der Partei und erhielt den Rang eines Reichsleiters der NSDAP. Als "Beauftragter des Führers" für die weltanschauliche Überwachung und Schulung der NSDAP wurde Alfred Rosenberg zum eigentlichen Adressaten der katholischen Kultur- und Ideologiekritik, verlor aber später an Einfluß und Bedeutung im Nationalsozialismus. 1946 wurde er als "Urheber des Rassenhasses" vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet. (BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 9ff.)

werden würde.[832] Unter Aufbietung ihrer ganzen moralischen Kraft und mit beschwörenden Kundgebungen nutzten die deutschen Bischöfe den "Weltanschauungskampf" um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", um die Geschlossenheit der katholischen Kirche aufrechtzuerhalten und die Glaubwürdigkeit des überlieferten katholischen Glaubens zu bewahren. Der "Kulturkampf" trat in eine neue Phase.

Alfred Rosenberg verfolgte nach Auffassung höchster Repräsentanten der katholischen Kirche mit dem "Mythus des 20. Jahrhunderts" die Absicht, den christlich-römischen Glauben durch eine nordische 'Religion' des Blutes zu ersetzen, und formulierte damit religiöse Vorstellungen der Deutschen Glaubensbwegung. Er strebte einen "Ersatz der die quälende Kreuzigung darstellenden Kruzifixe in Kirchen und auf Dorfstraßen" an und sah die Aufgabe einer Deutschen Kirche darin, "an Stelle der Kreuzigung den lehrenden Feuergeist, den Helden im höchsten Sinn" zu verehren. Im christlichen Kruzifix erkannte Rosenberg einen Herz und Sinn des Menschen deprimierenden religiösen Ausdruck, der die politische Erneuerungsbewegung nicht beflügeln könne:

> "Das Kruzifix ist das Gleichnis der Lehre vom geopferten Lamm, ein Bild, welches uns den Niederbruch aller Kräfte vors Gemüt führt und durch die fast immer grauenhafte Darstellung des Schmerzes innerlich gleichfalls niederdrückt, 'demütig' macht, wie es die herrschsüchtigen Kirchen bezweckten."[833]

Rosenberg sah die Aufgabe des Jahrhunderts darin, die religiöse Sehnsucht des nordischen Menschen durch die Errichtung einer Deutschen Kirche zu erfüllen. Die Leidensgestalt des Gekreuzigten wie die demütigende Erbsündenlehre waren für ihn zwei Gründe, den christlichen Glauben aus politischen Motiven zu verwerfen und ihn durch ein neues "religiöses Suchen" zu ersetzen:

> "Wir erkennen heute, daß die zentralen Höchstwerte der römischen und der protestantischen Kirche als negatives Christentum unserer Seele nicht entsprechen, daß sie den organischen Kräften der nordisch=rassisch bestimmten Völker im Wege stehen, ihnen

---

[832] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 134f.; BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 73ff. "Der Mythus des 20. Jahrhunderts" erschien in der Erstauflage 1930 im Hoheneichen-Verlag, der der NSDAP nahe stand. Gegen Rosenberg hatte sich auf katholischer Seite vor 1933 besonders der Kapuzinerpater Ingbert Naab gewandt. In seiner Zeitschrift "Der Weg. Monatsschrift für die oberen Klassen der höheren Lehranstalten" bezichtigte er Rosenberg der Verfälschung der Idee vom "positiven Christentum" und widerlegte die Behauptung, daß es sich beim "Mythus" um eine private Meinungsäußerung Rosenbergs handle. (BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf; S. 143ff.)

[833] ROSENBERG, Mythus, S. 616.

> Platz zu machen haben, sich neu im Sinne eines germanischen Christentums umwerten lassen müssen. Das ist der Sinn des heutigen religiösen Suchens."[834]

Rosenberg forderte die Überwindung der Konfessionsschulen, da es "genau so viel Schultypen, wie es auf verschiedene Werte als Höchstwerte begründete Systeme gibt", und "das einzige geistige große Chaos des heutigen Lebens" war nach seinen Worten "die Folge des hemmungslosen Ringens Dutzender von Gedankensystemen um die Vorherrschaft". Für das Schulwesen sollte sich die Zentralgewalt gegen jede konfessionelle oder politische Spaltung durchsetzen:

> "Hier hat der Nationalstaat ohne jeden Kompromiß die Alleinherrschaft zu beanspruchen, will er bodenverwurzelte Staatsbürger erziehen, die sich einst bewußt sein sollen, wofür sie im Leben kämpfen, zu welcher Ganzheit von Werten sie ungeachtet aller Einzelzüge gehören."[835]

In der Ablehnung des konfessionellen Schulsystems spiegelte sich bei Rosenberg auch die ideologische Verwerfung des bürgerlichen Liberalismus wider. Mit seinen Forderungen setzte er sich in einen diametralen Gegensatz zur traditionellen Lehre der katholischen Kirche. Das Heilige Officium in Rom setzte Rosenbergs "Mythus" bereits am 7. Februar 1934 auf den "Index librorum prohibitorum". Der Konflikt war vorprogrammiert, die Weichen für den Modus seiner Bewältigung waren in Südoldenburg seit 1933 ebenfalls gestellt.[836]

4.9.2.1. Reaktionen auf den "Mythus des 20. Jahrhunderts"

Die katholische Kirche verwarf den "Mythus" Rosenbergs in den "Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts", die in Münster von Bischof Clemens August als Anlage zum Kirchlichen Amtsblatt herausgegeben wurden. Die Verbreitung der "Studien" ging von der Diözese Münster aus, nachdem der Kölner Erzbischof, Kardinal Schulte, sich geweigert hatte, die Schrift herauszugeben. Der Veröffentlichung der "Studien" verweigerte Schulte offensichtlich seine Zustimmung, weil er die Privilegien eines kirchlichen Anzeigers nicht gefährden wollte. Eine Verschlechterung im Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und der nationalsozialistischen Regierung hatte er ebenfalls deutlich

---

[834] Ebd., S. 215.
[835] Ebd., S. 624f.
[836] GELHAUS/REINHARDT, Das Clemens-August-Gymnasium im Spiegel der Zeit, 5. Teil: In den Krieg, IN: MT vom 7.7.1989.

registriert.[837] Galen empfahl in einem Vorwort dem Klerus die Lektüre der "Studien" mit den Worten:

> "Dem hochwürdigen Klerus übergeben wir hiermit eine Schrift, in der deutsche Fachgelehrte über den Inhalt und die Quellen des Buches 'Mythus des XX. Jahrhunderts' Aufklärung geben. Sie ist geschrieben in Liebe zum deutschen Vaterland, zur Heiligen Kirche und zur Wahrheit. Möge sie in diesem Sinne wirken."[838]

Die anonymen Verfasser der "Studien" betonten ebenfalls, daß die "Prüfungen des vielgenannten Buches" nicht anders als "in heißer Liebe zum Vaterlande und zur Kirche" vorgenommen worden seien. Sie wehrten sich gegen den Vorwurf Rosenbergs, Rom sei "deutschfeindlich", und warnten vor den sittlichen Folgen eines areligiösen deutschen Volkstums:

> "Wie soll unser Vaterland in seiner schweren Not gesunden, wenn nicht der Respekt vor dem Religiösen, die Achtung vor fremder Überzeugung das ungeschriebene Grundgesetz des öffentlichen Lebens wird."

Was Rosenberg als "positives Christentum" bezeichne, bedeute nicht nur die Ablehnung der Gottheit Christi, der Heiligen Schriften und der Kirche Christi, sondern auch "Abweisung der Erlösung durch Christi Tod, Aufhören der Meßfeier als der Erneuerung dieses Opfers, Entfernen der Kruzifixe nicht nur aus den Schulen, nein aus den Kirchen". Das alles geschehe "im Namen des Christentums selbst".[839] Die Verfasser der wissenschaftlich angelegten Studien förderten eine Reihe von historischen Fehlern zutage, die der "Mythus" enthielt, und wiesen detailliert seine ideologischen Tendenzen nach. Die Geister schieden sich vor allem an der Einschätzung der Person Jesu Christi. Während Rosenberg in Jesus lediglich eine "große Persönlichkeit" sah, seine Gottessohnschaft und Erlösungstat aber nicht anerkannte, beharrten die deutschen Bischöfe auf der geoffenbarten Wahrheit des Neuen Testaments, die als Fundament der heiligen katholischen Kirche keinen Zweifel duldete.[840]

---

[837] BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 149f., 155. Der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, traf am 7. Februar 1934 mit Hitler zusammen und überreichte ihm ein Promemoria, in dem die Übergriffe der NSDAP in der Erzdiözese Köln zusammengestellt waren. Schulte gewann in dieser Unterredung den Eindruck, daß ein Umschwung in der Beziehung der Reichsregierung zur katholischen Kirche eingetreten sei. Die katholische Bevölkerung erfahre immer deutlicher, daß der Nationalsozialismus eine feindliche Haltung gegenüber Kirche und Christentum einnehme und sich im Gegensatz zur Konkordatspolitik befinde.
[838] Münster, Studien, o. S.: Geleit vom 15. Oktober 1934; KUROPKA, Galen, S. 116.
[839] Münster, Studien, S. 61ff., 81ff.
[840] BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 154ff.

Alfred Rosenberg antwortete auf den "Antimythus", der von katholischen Theologen in Köln ausgearbeitet worden war, mit einer weiteren Schrift. Auf die antirömische Satire der "Dunkelmännerbriefe" deutscher Humanisten des frühen 16. Jahrhunderts anspielend, trug sie den Titel: "An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den 'Mythus des 20. Jahrhunderts'." Nach Rosenberg war die Veröffentlichung der "Studien" durch das Reichskonkordat nicht gedeckt, "weil es sich hier um keinerlei Verfügungen oder Anordnungen der Bischöfe handelt, sondern - wie man sich selbst ausdrückt - um 'wissenschaftliche' Beiträge 'deutscher Fachgelehrter', die man aus verschiedenen Städten bemüht hat, um die in meinem Buche aufgestellten Behauptungen zu widerlegen".[841] Rosenberg bedauerte die Anonymität der Autoren und bestritt ihre wissenschaftliche Qualifikation. Er sah sich in der historischen Verantwortung und war sich bewußt, "daß der Anmaßung der sogenannten Latinität, als der Ausgang aller Kultur betrachtet zu werden, eine Absage, soweit das deutsche Wesen in Frage kommt, erteilt werden mußte, wollte Deutschland nicht von vornherein auf eine ihm gemäße Wiedergeburt verzichten". Im anderen, rein religiösen Falle, hätte er darüber hinweggesehen:

> "Wenn meine Gegner sich darauf beschränkt hätten, ihren katholischen Standpunkt eindeutig zu verteidigen, meine Anschauungen zurückzuweisen, das Feld der Politik und Forschungskämpfe aber außer acht zu lassen, so hätte ich nie daran gedacht, eine Gegenschrift zu verfassen [...]."[842]

Die "Studien" seien zum "Hauptarsenal aller römisch=katholischen Schriftsteller, Prediger, zentrümlichen Zeitschriften und Zeitungen" geworden und ihre Angriffe seien "nichts weiter als ein groß angelegter, aber doch dreister Versuch, von jenen Verbrechen am deutschen Volkstum abzulenken, für die die römische Kirche mit ihrer Zentrumspartei voll verantwortlich" sei. Denn die Politik des Zentrums im letzten halben Jahrhundert sei "eine Politik der Kirche" gewesen, das Zentrum habe "hier nur den weltlichen Arm einer Kirchenpolitik internationalen Ausmaßes" gespielt:

> "Alles das, was an Kulturbolschewismus, was an Verhöhnung der deutschen Vergangenheit und Beschmutzung großer deutscher Persönlichkeiten vor sich gegangen ist, ist genau so Schuld der Sozialdemokratie wie Schuld des angeblich christlichen Zentrums."[843]

---

[841] ROSENBERG, Dunkelmänner, S. 12.
[842] Ebd., S. 101.
[843] Ebd., S. 6ff.

Kämpferisch rechnete Rosenberg bei dieser Gelegenheit mit der demokratischen Vergangenheit des politischen Katholizismus in Deutschland unter der Führung des Zentrums ab, wenn er feststellte:

> "Vor dem Forum des deutschen Volkes stehen angeklagt die geistigen Führer des Zentrums und mit ihnen alle jene, die sich zu dieser Zentrumsführung bekannt haben und an führender Stelle wissen mußten, welche Sorte von Leuten hier gemeinsam mit Juden und Marxisten die Auslieferung Deutschlands betrieben hatten. Wenn heute ein Jesuit noch frei reden und schreiben darf, so sollte er der nationalsozialistischen Bewegung danken, daß er überhaupt noch tätig sein kann, aber das Wort im Namen von Glaubensfrieden und Volksgemeinschaft zu ergreifen, haben er und seinesgleichen für immer verwirkt."[844]

Ende Juli 1935 gab die Kirchenzeitung "Kirche und Leben" erst bekannt, daß Rosenbergs "An die Dunkelmänner unserer Zeit" auf den Index gesetzt worden sei.[845] Verbunden mit seiner Schrift "An die Dunkelmänner unserer Zeit" wurde Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" durch die Kreisschulungsämter vertrieben, die die Schrift an alle Kreisamtsleiter des NSLB weiterleiteten. Das Schreiben des Vechtaer Schulrats Höffmann vom 1. Juli 1934 vermittelt einen Eindruck von dem Konflikt, in den ein loyaler katholischer Schulaufsichtsbeamter durch die Verordnungspolitik der oldenburgischen NS-Regierung geraten konnte. Höffmann hatte den Schulen die Anschaffung von Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" empfohlen und erklärte sich gegenüber dem Ministerium Pauly mit persönlichen Einlassungen, die seine Konfliktlage deutlich widerspiegeln:

> "Es trifft deshalb nicht zu, daß ich die Lehrerschaft aufgefordert habe, das angeführte Werk im Unterricht zu verwenden. Ich habe lediglich einen rassenbiologischen Geschichtsunterricht gewünscht und hierzu mündlich und schriftlich Beispiele gegeben, die jedoch keineswegs Rosenbergs Mythus entnommen sind oder kirchliche Lehren berühren.
> Es ist mir und auch der gesamten katholischen Lehrerschaft des Landes bekannt, daß Rosenbergs Mythus von der kathol. Kirche auf den Index gesetzt ist. Daraus folgt jedoch nicht, daß ich gegen kirchliche Lehren verstoßen habe, wenn die Kenntnis des Buches von mir gewünscht wird."[846]

Der moralisch-religiöse Widerspruch war mit dem auch kirchlicherseits gebotenen Grundsatz politischer Loyalität gegenüber Regierung und Staat nicht

---

[844] Ebd., S. 91.
[845] Kirche und Leben Jg. 2, Nr. 30, 28.7.1935, S. 311.
[846] WILLENBORG, Schule, S. 35.

immer so zu vereinbaren, wie es offensichtlich Oberstudiendirektor Gottschalk am Gymnasium Antonianum in Vechta gelang. Gefolgschaftstreue spricht aus dem Bericht des Schulleiters, der für seinen Unterricht über Rosenbergs "Mythus" zusätzlich seinen Aufsatz "Stich ins Zentrum" und die Broschüre von Johannes Stark über "Nationalsozialismus und die katholische Kirche" heranzog. Gerade in Südoldenburg galt es nach den Worten von Oberstudiendirektor Gottschalk, "die schlimmsten Entstellungen und Unwahrheiten", die in der "Systemzeit" ins Volk getragen worden seien, zu beheben. Der Vechtaer Schulleiter sah sich in der Oberprima seiner Schule zur Klarstellung veranlaßt, als am 7. Mai 1935 der Jesuitenpater Kasper in einem öffentlichen Vortrag über das Thema "Erbsünde und Rassegefühl" gesprochen und sich "in sehr herabsetzendem Tone über die alten Germanen und über die Edda" geäußert hatte. Gottschalk stellte in diesem Zusammenhang seine politischen Aufgaben und Pflichten heraus, die ihn offensichtlich auch in persönliche Widersprüche verwickelten:

> "Hier zeigt sich die gefährliche Auswirkung der vielen kleinen Broschüren katholischer Theologen, die in Vechta als Gegenschriften gegen den 'Mythus' Rosenbergs verbreitet werden [...] Daß ich gegen solche Auffassungen der Schüler mit aller Schärfe einschreite, ist meine Pflicht als Nationalsozialist und Lehrer; mit Angriffen auf die Glaubenslehren der katholischen Kirche hat das nichts zu tun."[847]

Für den Geistlichen und Dozenten für katholische Theologie, Johannes Göken, machte sich das NS-Regime durch die politische Indoktrination auf der Grundlage von Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" offen "zum Träger und Schutzherrn des neuen Heidentums".[848] Die Jahre 1934/35 standen nach seinen Worten im Zeichen "einer immer stärkeren weltanschaulichen Durchdringung der Schule, ja man kann sagen, es kam dabei zu einem ausgesprochenen 'Weltanschauungskampf' zwischen Kirche und Staat."[849]

> Johannes Göken (1898 - 1969) aus Thüle studierte nach dem Besuch des Vechtaer Gymnasiums Antonianum in Münster katholische Theologie und wurde dort am 3. Dezember 1922 zum Priester geweiht. 1931 beendete er sein Philologiestudium und promovierte mit einer wissenschaftlichen Arbeit über "Die wirtschaftliche Entwicklung des Alexanderstifts Wildeshausen im Mittelalter". Nach einer Tätigkeit als katholischer Religionslehrer am Gymnasium Antonianum in Vechta wurde Dr. Göken vom Bi

---

[847] Ebd., S. 113.
[848] GÖKEN, Kampf, S. 8.
[849] WILLENBORG, Schulpolitik, S. 64ff. Der Autor gibt einen informativen Überblick über die Auseinandersetzung, die sich zwischen dem Ministerium Pauly und dem südoldenburgischen Katholizismus an der Schulfrage entzündete.

schöflichen Offizial Vorwerk zum Dozenten für katholische Theologie an der am 12. November 1936 neu eröffneten oldenburgischen Hochschule für Lehrerbildung ernannt. Wegen kritischer und ablehnender Äußerungen über den Nationalsozialismus wurde er 1938 aus dem Schuldienst entlassen und wirkte bis 1949 als Pfarrer in Hemmelte. Dann wurde er als Verwaltungs-Oberstudienrat nach Lingen berufen und war dort bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1964 tätig. Johannes Göken starb am 22. Februar 1969 in Lingen. 1947 veröffentlichte Göken im Verlag Fromm in Osnabrück unter dem Titel "Der Kampf um das Kreuz in der Schule" eine historische Darstellung über die "Volkserhebung in Südoldenburg im Jahre 1936", die er als Zeitgenosse erlebt hatte. Mit dieser Schrift, die 1948 vom Kulturausschuß der Deutschen Zentrumspartei im Lande Niedersachsen herausgegeben wurde, griff Göken auch in die politische Auseinandersetzung um die Zukunft der katholischen Bekenntnisschule in Südoldenburg ein.[850]

Die Reichsregierung zog sich in den Auseinandersetzungen um den "Mythus" auf die Position zurück, Rosenberg habe nur persönliche Bekenntnisse und keine programmatischen Aussagen der nationalsozialistischen Partei vorgetragen.[851] In ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 20. August 1935 untersagten die deutschen Bischöfen ihren Gläubigen aufs strengste, "Zeitungen und Bücher zu lesen und Versammlungen zu besuchen, in denen unser Glaube und unsere Kirche geschmäht und Lästerungen gegen alles, was dem religiösen Menschen heilig ist, ausgestoßen" werden, und ermahnten sie, "die kirchlichen Predigten zu besuchen und anzuhören und auch aus anderen Quellen der religiösen Fortbildung zu schöpfen".[852] Diese Anweisung führte zu einem Handikap. Weil der "Mythus" nicht gelesen werden durfte, war auch die Möglichkeit eines kritischen Umgangs mit dem Werk nicht gegeben. Hier rächte sich die geistige Bevormundung des kirchentreuen Katholiken. Am 14. Mai 1934 legte Kardinalstaatssekretär Pacelli ein Promemoria vor, das den deutschen Episkopat in der weltanschaulichen Auseinandersetzung mit dem "Dritten Reich" unterstützen sollte. Es stellte einen großen Gegensatz zwischen "Konkordatsvorschrift und konkordatswidriger Wirklichkeit" fest, der allmählich einen Grad erreicht habe, "wo die Kritik an diesen Zuständen von der beginnenden Bezweiflung selbst des amtlichen Konkordatserfüllungswillens nicht mehr allzu weit entfernt ist". Im einzelnen inkriminierte die vatikanische Denkschrift die Gleichschaltung der katholischen Presse und die Behinderungen des Klerus in der Wahrnehmung seiner seelsorgerischen Aufgaben. Der Drohung mit dem offenen Bruch mit allen seinen unübersehbaren Folgen, die das Promemoria am Ende anklingen ließ, mangelte es allerdings an der notwendigen politischen

[850] GÖKEN, Kampf, o. S.: Vorwort von Joachim Kuropka.
[851] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 137; GÖKEN, Kampf, S. 8.
[852] Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 119.

Glaubwürdigkeit: Die bisherige Haltung der katholischen Kirche, ihr eingeschlagener Verhandlungs- und Vereinbarungskurs, sprach eine andere Sprache.[853]

4.9.2.2. Galen im Kampf gegen das moderne "Neuheidentum"

Bischof Clemens August berührte den Komplex "Neuheidentum" und "Anbetung der Rasse" erstmalig im Fastenhirtenbrief vom 29. Januar 1934 und griff ihn in nachfolgenden Hirtenschreiben wiederholt auf. Galen sprach sich darin gegen die von Rosenberg vertretene "Blutsverbundenheit der Menschen gleicher Rasse" aus und stellte ihr die "Gemeinschaft der Erlösung, welche in Christus die Menschen aller Völker umschließt", entgegen.[854] Als ein Zeichen zum Aufbruch wurde Galens Osterhirtenbrief des Jahres 1934 aufgenommen. Der Osterhirtenbrief des Bischofs von Münster, der am 26. März 1933 im Kirchlichen Amtsblatt erschien, wirkte wie ein Signal im südoldenburgischen Katholizismus. Der Hirtenbrief war am Ostersonntag, dem 1. April 1934, von allen Kanzeln zu verlesen. In ihm widersprach Galen konsequent der "neuheidnischen" Irrlehre des Nationalsozialismus und Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts".[855] Bischof Clemens August stellte in seinem Hirtenbrief "mit Befremden" fest, "daß eine Reihe von Gedanken und Vorstellungen, die von der bolschewistischen Gottlosenbewegung in den Menschen geweckt wurden, jetzt unter nationalen Vorzeichen wieder auftauchen". Das "neue Heidentum" leugne die Offenbarung des christlichen Glaubens und die Lehre von der Erbsünde und begründe seine Auffassungen damit, "daß die nordische Rasse den Begriff der Sünde nicht kenne, der aus einer ganz anderen Kultur stamme, die unserem Wesen fremd sei". Das Neuheidentum stelle den Versuch dar, "auf dem Boden von Blut und Rasse eine neue Religion mit nationalen Sinnbildern und Vorbildern zu schaffen". Es beschwöre auch eine politische Gefahr für den "Neubau des Deutschen Reiches" herauf und enthalte "eine offene Auflehnung gegen den Willen der Reichsregierung,

---

[853] SCHOLDER, Kirchen 2, S. 229f.; BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 190f.

[854] KUROPKA, Kirche, S. 564. Die Vechtaer OV veröffentlichte diesen Hirtenbrief in kommentierten Auszügen erst in ihrer Ausgabe vom 9.3.1934. Der Hirtenbrief wurde am 4. bzw. 11. Februar 1934 in den Kirchen verlesen.

[855] Kirchliches Amtsblatt Jg. 68, Nr. 6, 26.3.1934, S. 39-42; KUROPKA, Kirche, S. 564f.; ders., Galen, S. 88; LÖFFLER, Galen 1, S. 67ff.; HEITMANN, Galen, S. 5: Auszug, auch zum folg. Zu Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" vgl. Kap. 4.9.2.: Der Streit um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts".

deren Führer in feierlicher Stunde erklärt hat, daß die Lehren des Christentums die Grundlage für den Neubau des Deutschen Reiches sein sollen". Zu den antichristlichen Anschauungen in der nationalsozialistischen Ideologie gehörte nach den Worten Galens in erster Linie die nationalsozialistische Rassenlehre, die gegen Gottes Gebote verstoße, und die Leugnung der Offenbarung, die sich gegen die Fundamente der christlichen Religion und Kultur richte. Bischof Clemens August mied aber - sich strikt an die Bestimmungen des Konkordats haltend - die direkte politische Ansprache des ideologischen Gegners und verbalisierte seine Kritik im Sinne der "cura religionis" in exegetischen Bildern, die vom politischen Gegner aber zweifelsohne als Kampfansage verstanden wurden:

> "Ein Wort der Wahrheit und der Klarheit ist umso notwendiger, wenn die Feinde der Religion, wie es jetzt geschieht, nicht nur diese oder jene Lehre der Kirche bekämpfen, sondern die Fundamente der Religion selbst und die heiligsten Geheimnisse der Offenbarung leugnen oder fälschen.
> Es greift die Fundamente der Religion und der gesamten Kultur an, wer den Gottesglauben in der Menschheit zersetzt und zerstört. Nach der katholischen Lehre, wie sie zuletzt auf dem Vatikanischen Konzil ausgesprochen wurde, ist Gott der reinste Geist, der vor allem Anfang war. Heute werden Schriften verbreitet und empfohlen, welche verkünden, daß nicht Gott die Welt und ihre Entwicklung hervorgebracht habe, sondern daß die Gottesidee ein Ergebnis dieser Entwicklung sei. Das ist neues Heidentum."

Galen sah im "Neuheidentum" eine "neue ‘moderne’ Bedrohung auf das katholische Milieu zukommen" und äußerte im Osterhirtenbrief deutlicher als andere Mitglieder des deutschen Episkopats die Ansicht, daß unter veränderten politischen Vorzeichen ein neuer Kampf gegen das Christentum und die christlichen Kirchen geführt werde.[856] Darin sah er sich durch die Regierungserklärung Hitlers vom 23. März 1933 getäuscht. Bischof Clemens August appellierte eindringlich an die Gläubigen seiner Diözese:

> "Darum erhebe ich als deutscher Bischof meine warnende Stimme und sage euch: Haltet fest am Glauben der einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche, wie euere Väter ihn festgehalten und bekannt haben."

Zu einem triumphalen persönlichen Erfolg wurde für ihn die traditionelle Männer- und Jungmännerwallfahrt des Jahres 1934 nach Bethen. Nach dem Bericht der Vechtaer OV legten 25 000 Männer und Jungmänner am 12. August 1934 ein eindrucksvolles Treuegelöbnis zur christlichen Religion und

---

[856] DAMBERG, Moderne, S. 248f.; KÖSTERS, Verbände, S. 300.

zur katholischen Kirche ab.[857] Barbara Stambolis spricht in diesem Zusammenhang von einem "Wallfahrtsfrühling", der katholische Milieus nach 1933 erfaßt und "zur öffentlichen Schau geschlossener Religiosität und zum Ausdruck eines Gemeinschaftserlebnisses" beigetragen habe. Pointiert fügt sie hinzu: "Solche religiösen Feierlichkeiten konnten es durchaus mit der Regie und den Teilnehmerzahlen nationalsozialistischer Großveranstaltungen aufnehmen."[858] Die Wallfahrt wurde zu einer Heerschau Gottes und der Kirche Christi in Südoldenburg. Die "Heimatblätter", eine Beilage der Vechtaer OV, berichteten in einer aufwendigen Bilddokumentation über das denkwürdige Ereignis im Wallfahrtsort Bethen. In einem Gebet an die Gottesmutter Maria, der sich Bischof Clemens August tief verbunden fühlte, fand "das Bekenntnis der 25 000" einen tieffrommen Ausdruck:

> "Nie sah Bethen solch ein hehres Bild:
> Fünfundzwanzigtausend sind erfüllt
> Von der Treue, die nicht wankt und weicht,
> Von der Liebe, die für Höchstes zeugt,
> Von dem Opfermut, der nie erstirbt,
> Von der Kraft, die neue Kräfte wirbt;
> Fünfundzwanzigtausend Leben sind
> Ritterschaft der Mutter mit dem Kind,
> Ritterschaft des Glaubens, festgeschart,
> Ritterschaft der alten Väterart,
> Deutscher Heimat Ritterschaft und Deich
> Gegen Flut, die feindlich ist dem Reich."[859]

Bischof Clemens August würdigte in Bethen die personelle und historische Kontinuität in der Geschichte des münsterländischen Katholizismus, der alle revolutionären Umbrüche überdauert habe. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, daß Christoph Bernhard von Galen vor 265 Jahren in Bethen weilte, die wiedererrichtete Gnadenkapelle weihte und die Wallfahrtstradition neu belebte:

---

[857] OV vom 13.8.1934; KUROPKA, Galen, S. 106 (Faksimile der OV); ZUMHOLZ, Protest, S. 203-239; ZUMHOLZ, Wallfahrt, S. 155ff. Maria Anna Zumholz zieht aus der überwältigenden Teilnehmerzahl in Bethen die politische Schlußfolgerung, "daß die Südoldenburger dem kämpferischen Kurs ihres Bischofs zu folgen bereit waren", und spricht von zwei Volksgemeinschaften, die sich in Bethen gegenüberstanden: "Der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft mit Adolf Hitler an der Spitze wurde hier die katholische Volksgemeinschaft mit Galen entgegengesetzt. Die Bischöfe wurden als ‘Hirten und Führer’ bezeichnet, die Feier als Tag ‘echter Volksgemeinschaft’ charakterisiert."

[858] STAMBOLIS, Jugendliche, S. 162ff.

[859] HBL 10/1934, S. 108f.

> "Wie damals steht in eurer Mitte ein Bischof aus derselben Familie, aus derselben Heimat, berufen durch Gottes Erbarmung und des Hl. Apostolischen Stuhles Gnade, der in diesem katholischen Lande Heimat und Heimatrecht hat. [...] Fast am gleichen Tage wie vor 265 Jahren ist das katholische Volk hier, um zur schmerzhaften Mutter zu flehen, um die Sorgen und Nöte ihr zu sagen, um die Befürchtungen und Hoffnungen ihr zu sagen, um sie zu bitten, daß sie unsere Familien, unsere Heimat, unser Vaterland, unser liebes deutsches Volk vor allem Uebel bewahre, besonders vor einem großen Uebel."[860]

Offen griff Galen in Bethen das nationalsozialistische Unrecht an, das vor dem Menschen, der mit Leib und Seele "Eigentum Gottes" sei, nicht mehr halt mache. Die neuheidnische Irrlehre in Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", die die Erbsünde und die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen bestritt, bildete das zentrale Thema in der Predigt Galens. Im gegenwärtigen Deutschland herrsche ein Unglauben, der "den wahren, großen, unendlichen, außerweltlichen Gott nicht mehr anerkennen will und den Glauben aus dem Herzen des seit 1 000 Jahren christlichen Volkes reißen will". Unter Anspielung auf die politischen Verbrechen, die im sog. "Röhm-Putsch" verübt worden waren, bekannte Clemens August in Bethen:

> "Es ist eine heilige Pflicht, daß wir als Eigentum Gottes uns bewußt sind, daß das Eigentum dem Eigentümer gehört und nach seinem Willen sich zu richten hat. [...] Leib und Seele sind Gottes Geschenk und Eigentum. Es ist frevelhaft, wenn jemand selbst eingreifen wollte in dieses Herrenrecht Gottes. [...] Mord ist es, wenn man das Gebot Gottes übertritt: Du sollst nicht töten! Der Leib und seine Unversehrtheit ist ein Recht, das Gott bewahrt und schützt! Niemand darf freventlich in dieses Recht eingreifen, niemand einen Menschen unschuldig an Leib und Seele strafen. O Maria hilf uns allen, daß wir Wert und Würde des Gottesgeschöpfes in uns und dem Nächsten erkennen und heilig halten."[861]

So konnten kirchliche Wallfahrten und Prozessionen zum "Glaubens- und Treuebekenntnis gegen Teilbereiche des NS-Systems" werden und die Deutungsmacht und Herrschaft der katholischen Kirche gegen die Ansprüche der Partei eindrucksvoll demonstrieren. Dabei war nach Auffassung Werner Freitags die Gestalt des Bischofs von entscheidender Bedeutung für die religiöse Wahrnehmung der Gläubigen. Galen verfügte über das notwendige Amtscharisma, das ihn zur Symbolfigur für die durch viele Generationen bezeugte Treue gegenüber den Bischöfen von Münster machte. Der Bischof selbst wurde zum ‘Heros’ in dunkler Zeit. Zum "Kult um Galen", so Werner

---

[860] STRICKMANN, Bethen, S. 113: Bericht der Cloppenburger MT.
[861] LÖFFLER, Galen 1, S. 114-116.

Freitag weiter, gehörten infernalische Treue- und Gehorsamsbezeugungen, "die auf einem gänzlich anderen Geschichtsbewußtsein beruhten als die Geschichtsdeutung des Nationalsozialismus". Das wurde in der Auseinandersetzung um Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" mehr als deutlich. Dabei war der Bischof immer auch der Hirte, "der im Auftrag Christi Gehorsam und Treue einforderte".[862] Seine letzte Legitimation war nicht von dieser Welt: Das unterschied die Stellung Galens wesentlich von der der NS-Funktionäre und machte den unbeugsamen Geist seiner Sendung aus.

Im "Kirchlichen Amtsblatt" vom 8. Oktober 1934 verteidigte Galen die Praxis des kirchlichen Bücherverbots (Index), dem auch Rosenbergs "Mythus" unterlag. "Die schwere Verantwortung, die ihm als Bischof für die Sicherung des Glaubens der ihm anvertrauten Seelen" obliege, zwinge ihn "angesichts des christentumsfeindlichen Inhalts dieses Buches", besonders sorgfältig die Voraussetzungen für eine kirchliche Dispens zu prüfen. Die besondere Gefährlichkeit des Werkes liege auch darin begründet, "daß infolge der Stellung des Verfassers in der weltanschaulichen Bildungsorganisation der NSDAP unter der Flagge nationalsozialistischen weltanschaulichen Unterrichts der Inhalt dieses Buches, das die Vernichtung des Christentums zum Ziele hat, vielfach zur Verbreitung gelangt, trotz des ausgesprochenen Willens des Führers und Reichskanzlers, das Christentum als Grundlage des neuen Reiches zu erhalten". Nach dem kanonischen Recht setze sich "ein Katholik, der verbotene Bücher liest, ohne die Erlaubnis dazu zu besitzen", der Gefahr der Exkommunikation aus. Bezeichnend für die autoritative Stellung der katholischen Kirche gegenüber ihren Gläubigen war die Aufforderung des Bischofs an die Diözesanen, "auf die Zumutung oder den Rat, ein solches Buch zu lesen, mit aller Deutlichkeit zu antworten: Das Buch lese ich nicht, weil die Kirche es verboten hat, und ich der Kirche die ihr gelobte Gefolgschaft halte; ich lese es nicht, weil ich meinen Glauben nicht gefährden will; ich lese es nicht, weil ich mir bewußt bin, nicht alles durchschauen und widerlegen zu können, was darin unrichtig und irreführend ist."[863]

---

[862] FREITAG, Führermythos, S. 47ff. Freitag ordnet in diesen Zusammenhang auch die Männerwallfahrt nach Bethen vom 12. August 1934 ein.

[863] Kirchliches Amtsblatt Jg. 68, Nr. 21, 8.10.1934, S. 124-126: Bekanntmachung des Bischöflichen Generalvikariats vom 27. September 1934.

4.9.2.3. Protest gegen die Erlaßpolitik Paulys

In den Jahren 1934 und 1935 trat das gespannte Verhältnis zwischen der NS-Regierung in Oldenburg und dem politischen Katholizismus im Süden des Landes durch die forcierte Erlaßpolitik des Ministeriums Pauly in ein kritisches Stadium. Auf diesem Wege versuchte der zuständige Staatsminister, Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" als ideologische Grundlage in den Schulen einzuführen, und stieß damit auf den heftigen Widerspruch der katholischen Kirche. Die Kampagne um die Streitschrift Rosenbergs leitete den nationalsozialistischen Kampf gegen die katholische Bekenntnisschule ein. Die oldenburgische NS-Regierung konnte den Konflikt um Rosenbergs "Mythus" nicht für sich entscheiden und verlagerte ihn 1936 in das weltanschauliche Zentrum des katholischen Schulwesens, das im christlichen Kreuzzeichen wie bisher sein zentrales Symbol erkannte. Noch trug die Erlaßpolitik Paulys dazu bei, die innere Front der Ablehnung im katholischen Milieu Südoldenburgs zu stärken.

Angesichts der anhaltenden Auseinandersetzungen um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" in Oldenburg steigerte sich Paulys Erlaßpolitik im Juni 1935 in einen offenen Gegensatz zum politischen Katholizismus im Süden des Landes hinein. In unmittelbarer Aufeinanderfolge gab Pauly vier Erlasse heraus. Im ersten Erlaß vom 6. Juni 1935 unterstrich er den absoluten Vorrang der nationalsozialistischen Ideologie, hinter die die konfessionellen Überzeugungen zurückzutreten hätten:

> "Durch das ganze deutsche Volk geht ein neues religiöses Erleben. [...]
> Die nationalsozialistische Weltanschauung wurzelt in der Erkenntnis der Bedeutung von Blut und Boden, von Rasse und Volkstum. Sie sieht besonders in Blut und Rasse gewollte Ordnungen des Schöpfers, Ordnungen, die der Mensch wohl mißachten <u>kann</u>, die aber kein Volk auf die Dauer ungestraft mißachten <u>darf</u>. Jedermann kann an sich im Laufe seines Lebens sein Glaubensbekenntnis, seine Konfession ändern, niemand aber seine Rasse, sein Blut! Ob jemand römisch-katholisch oder auch altkatholisch, ob er lutherisch, reformiert oder uniert ist, das alles ist gleichsam nur zufällig im Vergleich zur Rassenzugehörigkeit. Das anzuerkennen und demgemäß zu leben ist auch oberste religiöse Pflicht.
> Wer so den Gesetzen des Blutes und damit Gottes gehorcht, steht den religiösen Auseinandersetzungen der Gegenwart ganz anders gegenüber als andere Volksgenossen, die das Wesentliche nicht anerkennen und dem weniger Wichtigen oder gar Nebensächlichen nachlaufen und aus ihm die Hauptsache machen. Sie handeln damit wider

> Gott und die von ihm geschaffenen Lebensgesetze, sie sind im Grunde Feinde Gottes und ihres Volkes."[864]

Dieses Schriftstück war politisch unklug und mußte auf den südoldenburgischen Katholizismus provozierend wirken. Die subsidiäre Funktion der NS-Ideologie zur Begründung politischer Entscheidungen wurde in diesem Schulerlaß Paulys deutlich, in dem sich der für Kirchen und Schulen in Oldenburg zuständige Minister um eine grundsätzliche Unterscheidung von religiösem Bekenntnis und nationalsozialistischer Weltanschauung bemühte. Zweck seiner willkürlichen politischen Argumentation war die Diskreditierung einer glaubensbegründeten Opposition, wie sie im katholischen Münsterland anzutreffen war. Pauly brandmarkte sie als Verhalten "wider Gott und die von ihm geschaffenen Lebensgesetze" und versuchte dadurch, den religiösen Kern des südoldenburgischen Katholizismus für die politischen Ziele des Regimes zu instrumentalisieren. Diese ideologische Beweisführung, die Rasse und Volk im christlichen Naturrecht zu verankern suchte und daraus politische Konsequenzen ableitete, konnte im religiösen Fundamentalismus Südoldenburgs nicht verfangen, nahm sie doch in demagogischer Absicht die Umkehrung aller Werte vor, die im katholischen Glauben gründeten und nur in seinem Kern wesenhaft gedacht werden konnten. Dieser Erlaß Paulys traf und verletzte den Grund des katholischen Bewußtseins in Südoldenburg, für das es seit Väter Zeiten ganz und gar nicht "zufällig" war, "ob jemand römisch-katholisch oder [...] ob er lutherisch, reformiert oder uniert" war. Das Anerkenntnis, zum katholischen Glauben und zur katholischen Kirche von Gott berufen zu sein, war für den Katholiken selbst "oberste religiöse Pflicht".

Im zweiten Erlaß vom 6. Juni 1935 wandte sich der Staatsminister entschieden gegen die "Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts", die von der Gestapo verboten worden waren. Pauly versuchte in diesem Erlaß erneut, eine Trennung zwischen Politik und Religion herbeizuführen:

> "Es ist nicht Aufgabe des Staates, zu den einzelnen religiösen Auffassungen Stellung zu nehmen. Umsomehr hat er aber dafür zu sorgen, daß die Volksgemeinschaft auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung erhalten und weiter gefestigt wird. Jeder Erzieher und jede Erzieherin hat daher unbeschadet der persönlich religiösen Einstellung die Pflicht, jedes ehrliche religiöse Ringen als solches mit Achtung an

---

[864] KUROPKA, Wahrheit, S. 48. Der Erlaß des Ministers der Kirchen und Schulen vom 6.6.1935 war gerichtet "an 1) alle Schulleiter zur Kenntnis und Bekanntgabe an die Lehrer und Lehrerinnen, 2) die Herren Schulräte zur Nachricht."

> zuerkennen und auch die Jugend in dieser Haltung zu erziehen. Konfessioneller Haß hat in deutschen Schulen keinen Platz."[865]

Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) Oldenburg bemühte sich im Bericht vom 12. März 1935, zwischen der religiösen und politischen Seite des Kampfes zu unterscheiden, und vermutete in Südoldenburg ein Aufflammen der Katholischen Aktion, die nur darauf bedacht sei, "wieder politische Macht zu erringen". Im Bericht hieß es dazu:

> "In katholischen Kreisen wird vor allem seitens der Geistlichkeit unter der Devise 'Die Religion ist in Gefahr' alles versucht, die Anhänger, insbesondere die Jugend, dem Einfluß der Kirche zu erhalten. Es läßt sich oft schwer erkennen, inwieweit diese Bestrebungen von der Sorge geleitet sind, die Anhänger der katholischen Kirche könnten ihrem Glauben entfremdet werden und sich dem sogenannten Neuheidentum zuwenden, oder ob es sich darum handelt, auf dem Wege über die Kirche und die katholische Aktion wieder politische Macht zu erringen. [...]"[866]

Die Katholische Aktion wurde in den politischen Lage- und Stimmungsberichten "zum Inbegriff eines fortwirkenden politischen Katholizismus" erklärt, weil sie "mit ihrem Bestreben, das gesamte öffentliche, gemeindliche, berufsständische, staatliche Leben im Sinne der katholischen Glaubens- und Sittengrundsätze beeinflussen zu wollen", ein Gegenkonzept enthielt, das mit der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht vereinbar war.[867] Der Stimmungsbericht des NSLB für den Monat Dezember 1934 erkannte in der Art und Weise, wie die "Studien" verbreitet wurden, einen von der katholischen Kirche veranlaßten konspirativen Vorgang:

> "In katholischen Kreisen zirkuliert jetzt die Schrift: Studien zum Mythus des 20. Jahrhunderts. Diese Kampfschrift erscheint unter dem Titel: Nachrichten des amtlichen Kirchenblattes. Die Verfasser sind nicht genannt. Es werden billige Druckschriften herausgegeben und man fordert auf, sie auf Bahnhöfen, in der Eisenbahn usw. liegen

---

[865] GÖKEN, Kampf, S. 11.

[866] WILLENBORG, Schule, S. 38. Weiter heißt es in dem Bericht: "In der Berichtszeit sind in mehreren katholischen Kirchen Vorträge über Rosenbergs 'Mythus des 20. Jahrhunderts' abgehalten worden. Ferner ist ein Hirtenbrief des Bischofs von Münster gegen die 'Irrlehren der Zeit' von der Kanzel verlesen worden." Im Mai/Juni 1934 legte Reinhard Heydrich, Chef des Sicherheitsamtes des Reichsführers SS, einen umfangreichen Bericht vor, in dem "die ganze Kirche und ihre Einrichtungen, namentlich die Katholische Aktion, als eingeschworene und unversöhnliche Gegner des Regimes" dargestellt wurden. Die Ermordung Dr. Klauseners, des Führers der Katholischen Aktion, am 30. Juni 1934 ist - so vermutet Klaus Scholder - "möglicherweise als Warnung" auf diese Vorlage zurückzuführen. (SCHOLDER, Kirchen 2, S. 235f.)

[867] KÖSTERS, Verbände, S. 307.

zu lassen. Aus allem, was man heute in der ehemaligen Zentrumspresse liest, geht eindeutig hervor, daß der Klerus zum Angriff übergegangen ist."[868]

In strenger Auslegung des Reichskonkordats untersagte Pauly im zweiten Erlaß vom 6. Juni 1935 die Verwendung konfessioneller Schriften außerhalb des Religionsunterrichts und trug damit zur weiteren Eskalation des politischen Konfliktes in Südoldenburg bei:

"So sind z. B. die von der Diözese Münster herausgegebenen 'Studien' zu Alfred Rosenbergs Mythos als Tendenzschrift in keiner Weise geeignet, eine richtige Vorstellung von dem Buch Alfred Rosenbergs und der Wahrheit oder Unwahrheit seiner Darlegungen zu geben. Überhaupt sind konfessionelle Schriften, abgesehen vom Religionsunterricht, im allgemeinen für die Schule nicht oder nur bedingt geeignet, da sie nicht ausschließlich deutsch orientiert sind, sondern gar zu leicht rein deutsche Angelegenheiten aus konfessionellem Blickwinkel sehen zum Schaden des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit."[869]

Zwei Tage später, am 8. Juni 1935, suchte Pauly in einem dritten Erlaß die offene Konfrontation mit dem südoldenburgischen Katholizismus, wenn er seine Bekanntmachung vom 15. Januar 1934 in Erinnerung rief und politisch dekretierte:

"Es ist demnach selbstverständlich, daß besonders in allen katholischen Schulen mit dem früheren Zentrum rücksichtslos abzurechnen ist. Hier darf es keine Beschönigung geben. Die verderbliche Politik dieser früheren Partei muß offen aufgedeckt werden. Überhaupt ist der politische Katholizismus überall zu bekämpfen, wo er sich zeigt. Es darf nur eine ausschließlich deutsche, d. h. nationalsozialistische Politik geben. Das Wohl des deutschen Volkes hat vor allem anderen den Vorrang."[870]

Dieser Erlaß enthielt in wenigen Worten das Programm der Entkonfessionalisierung als Kerngedanken der oldenburgischen Regierungspolitik gegenüber dem katholischen Süden des Landes. Pauly betonte nachdrücklich die wissen

---

[868] WILLENBORG, Schule, S. 38.
[869] GÖKEN, Kampf, S. 12.
[870] KUROPKA, Wahrheit, S. 47; GÖKEN, Kampf, S. 13. Im Erlaß vom 15. Januar 1934 hatte Pauly die Schulen bereits zu einer politischen Abrechnung mit der sog. "Systemzeit" aufgefordert und zur "Begeisterung für das Neue" aufgerufen: "Um die frühere Geisteshaltung und ihre äußeren Erscheinungen, die bei der älteren Generation noch bemerkbar sind, möglichst schnell und wirksam für die Jugend unschädlich zu machen, müssen die Sünden der Vergangenheit den Schülern schonungslos aufgedeckt werden. Der Begeisterung für das Neue muß der Abscheu und Haß gegen das Gewesene entsprechen. Je nach den örtlichen Verhältnissen sind besonders die Strömungen des früheren Systems zu bekämpfen, die den Schülern im täglichen Leben entgegentreten." (KUROPKA, Wahrheit, S. 46)

schaftliche Fundierung der nationalsozialistischen Ideologie, wie sie in Rosenbergs "Mythus" zum Ausdruck komme, und bestritt in einem vierten Erlaß vom 12. Juni 1935 das religiöse Monopol der christlichen Konfessionen, "allein im Besitze des wahren und reinen Christentums zu sein". Er versuchte mit allem Nachdruck, den Begriff des "Neuheidentums", der in der scharfen Auseinandersetzung des Katholizismus mit der Deutschen Glaubensbewegung eine zentrale Rolle spielte, aus den Schulen zu verbannen, um eine Stigmatisierung "deutscher Volksgenossen" zu unterbinden:

> "Eine bedeutende Rolle spielen heute die Auseinandersetzungen mit der Deutschen Glaubensbewegung, die in gewissen Kreisen mit Vorliebe 'Neuheidentum' genannt wird. Dieser Name ist offenbar gewählt, um den Eindruck zu erwecken, als ob es sich hier um 'teuflische Machenschaften' handele, als ob die Angehörigen der Deutschen Glaubensbewegung gottlos seien. Tatsächlich sind sie dies aber durchaus nicht. [...] Die Bezeichnung 'Neuheidentum', die geprägt ist, um Haßgefühle gegen deutsche Volksgenossen zu erwecken, hat daher in der deutschen Schule keinen Platz. Es muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß solche Haßgefühle in der deutschen Jugend nicht aufkommen."[871]

Zu einem offenen Eklat geriet einen Monat später die Rede Paulys vor den Lehrern der Ämter Vechta und Cloppenburg am 27. Juli 1935 in der Aula der Deutschen Oberschule in Cloppenburg, in der der Minister die versammelte Lehrerschaft Südoldenburgs für die konkrete Durchführung seiner Erlasse zu gewinnen suchte. Die Rede wurde wiederholt von Unmutsäußerungen aus dem Publikum unterbrochen, und der Versuch Paulys, seine Opposition gegen die katholische Kirche abzuschwächen und den südoldenburgischen Katholizismus stärker an das NS-Regime zu binden, überzeugte nicht. Der oldenburgische Minister demonstrierte aber in seiner Rede, daß er die Oppositionsstruktur des katholischen Milieus in Südoldenburg durchschaut hatte, wenn er über den Katholizismus im Vergleich zum Protestantismus in zynischer Weise feststellte:

> "In der evangelischen Kirche ist der Geistliche ja auch kein Mittler zwischen Gott und dem Menschen. Das ist ja doch der hauptsächlichste Unterschied zwischen Katholizismus und Protestantismus [...] Die katholische Bevölkerung hat es da bequemer. Sie braucht nicht selbständig zu denken und sich kein eigenes Urteil zu bilden. Sie braucht nur das zu tun, was der Geistliche sagt, dann ist alles in Ordnung."[872]

Für Pauly stand am Ende der Versammlung fest, "daß die Volksgemeinschaft hier im Münsterlande noch völlig fehlt" und "daß der Geist des National

---

[871] GÖKEN, Kampf, S. 14f.
[872] KUROPKA, Wahrheit, S. 51; GÖKEN, Kampf, S. 19f.

sozialismus hier im Münsterlande noch recht wenig Fuß gefaßt hat".[873] Allein mit den politischen Mitteln einer staatsbürokratischen Erlaßpolitik ließ sich jedoch der Jahrzehnte währende Kampf in Südoldenburg um die Frage, ob dem Staat oder der Kirche die Schule gehöre, schon gar nicht in wenigen Jahren entscheiden. Daraus ergaben sich für die nationalsozialistische Herrschaftstechnik in Oldenburg konkrete politische Zielkonflikte, die es als wenig opportun erscheinen ließen, den totalitären Herrschaftsanspruch auch mit totalitären Mitteln durchzusetzen. Der Versuch Paulys, die traditionelle katholische Schulwirklichkeit in Südoldenburg mit den administrativen Mitteln des NS-Normenstaates umzugestalten, scheiterte. Als die Juni-Erlasse nicht akzeptiert wurden und sich ihr Mißerfolg abzeichnete, griff Pauly auf der Cloppenburger Versammlung zum Instrument der Menschenführung und appellierte an vorpolitische Begrifflichkeiten und moralische Haltungen, um den politischen Anspruch des Staates durchzusetzen und den Geist der "Volksgemeinschaft" mit Leben zu erfüllen. Aber die tradierte Moralität des katholischen Glaubens erwies in der kritischen Probesituation noch ihre innere Stärke und setzte sich gegen den fremden politischen Anspruch durch.

Die hektische Erlaß- und Verordnungspolitik Paulys zeigte im Konflikt um Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", der von der katholischen Kirche indiziert wurde, die Grenzen eines totalitären Staatsbürokratismus und einer lebens- und weltfremden Staatsdoktrin. Nach Hans Buchheim scheiterte der totalitäre Herrschaftsanspruch der NS-Diktatur an sich selbst, denn "Gesetzgebung und bürokratische Anordnungen mögen noch so streng sein und ins einzelne gehen, sie reichen doch ihrer Natur nach nicht aus, den totalitären Verfügungsanspruch in seiner ganzen Schrankenlosigkeit zu verwirklichen". Deshalb war der totalitäre Anspruch auf die Opferbereitschaft und die Gefolgschaftstreue der Menschen angewiesen, wenn er nicht nur ideologische Imagination bleiben, sondern zur politischen Erfüllung gelangen sollte. Hans Buchheim beschreibt das Dilemma des totalitären Machthabers, den die Widersprüche des Systems in politische Verlegenheiten bringen:

> "Der totalitäre Machthaber dagegen will, je nach Erfordernis der Lage, jede beliebige Leistung als Pflicht erscheinen lassen können. Wie er sich zu seiner Rechtfertigung auf elementare, vor aller politischen Ordnung liegende Kräfte, wie das Gesetz der Geschichte oder das Lebensrecht des Volkes, beruft, greift er deshalb zum Zwecke der Menschenführung auch hinter alles gesetzte Recht auf vorpolitische Verbindlichkeiten zurück. Um sich die Menschen gefügig zu machen und die normativen Garantien, die ihnen noch verblieben sind, zu umgehen, appelliert er an sittliche und weltan

[873] KUROPKA, Wahrheit, S. 52; GÖKEN, Kampf, S. 22f.

schauliche Verpflichtungen, an Gefolgschaftstreue, Eifer für den Aufbau des Sozialismus, weltanschauliche Überzeugung und Liebe zum Führer, National- und Klassenbewußtsein, Einsatzbereitschaft und Opfersinn."[874]

Diese Beobachtung läßt sich auf die Erlaßpolitik Paulys übertragen. Zu den Kompromissen, die der Staatsminister einforderte, war die Bevölkerung im katholischen Milieu Südoldenburgs in weltanschaulichen Fragen gar nicht oder nur bedingt bereit. Zu diesem Zeitpunkt konnte er sie auch noch nicht ausschließlich mit gewaltsamen Mitteln durchsetzen. Die persönliche Beunruhigung, die aus dem Widerspruch zwischen der Loyalität gegenüber dem NS-Regime und der Treue gegenüber katholischem Glauben und katholischer Kirche erwuchs, gehörte für viele Menschen in Südoldenburg zum politischen Alltag im Nationalsozialismus und war die Quelle zahlreicher Gewissenskonflikte, die nicht immer öffentlich verhandelt wurden, sondern persönlich ausgehalten werden wollten. In dem kurzen Zeitraum, der ihm zur Verfügung stand, und mit den bürokratischen Mitteln seiner Erlaßpolitik konnte Pauly die Entkonfessionalisierung des katholischen Schulwesens in Südoldenburg zwar anordnen, aber noch nicht durchsetzen, weil sich die beharrenden und bewahrenden Widerstandskräfte des katholischen Milieus dieser Zielsetzung noch erfolgreich widersetzten. Die politische Strategie der NS-Regierung in Oldenburg scheiterte trotz partieller Erfolge am organisierten Katholizismus in Südoldenburg und an der institutionellen kirchlichen Verankerung des katholischen Milieus, das sich seit Generationen gegen die Zumutungen der Moderne erfolgreich zur Wehr gesetzt hatte. So blieb Südoldenburg "politisches Notstandsgebiet und Kampfgebiet im wahren Sinne des Wortes", wie Gauleiter Röver noch 1938 feststellte, als die Umwandlung der katholischen Bekenntnisschulen in deutsche Gemeinschaftsschulen auf der Tagesordnung der nationalsozialistischen Schulpolitik in Oldenburg stand und auch exekutiert wurde.[875] Die Widerstandskraft war im katholischen Milieu Südoldenburgs noch nicht ganz erloschen, konnte sich aber gegen den Machtanspruch des Regimes nicht mehr behaupten.

---

[874] BUCHHEIM, Herrschaft, S. 60f.

[875] KUROPKA, Wahrheit, S. 57: Schreiben des Gauleiters Röver an das Oldenburgische Staatsministerium vom 29.6.1938.

4.9.3. Galens kritische Lagebeurteilung

Auf dem Gautag Westfalen-Nord in Münster, an dem auch Reichsleiter Alfred Rosenberg und DAF-Leiter Robert Ley teilnahmen, forderte Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 7. Juli 1935 die "Entkonfessionalisierung des gesamten öffentlichen Lebens". Darin sahen die deutschen Bischöfe einen neuen politischen Affront des nationalsozialistischen Regimes, zumal sich Frick in Münster nicht nur gegen eine katholische Presse, sondern auch offen gegen katholische Verbände und Vereine aussprach, die ohnehin um ihr Überleben kämpften:

> "Auch die katholischen berufsständischen Vereine, Gesellenvereine und die katholischen Jugendverbände passen nicht mehr in unsere heutige Zeit. Diese Organisationen betätigen sich vielfach auf Gebieten, die der nationalsozialistische Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben für sich allein in Anspruch nehmen muß. Alle diese Dinge sind geeignet, die deutsche Volksgemeinschaft zu stören."[876]

Die Bestrebungen zur Entkonfessionalisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg erstreckten sich weiterhin auch auf den schulpolitischen Sektor und erreichten ein Jahr vor dem Ausbruch des "Kreuzkampfes" eine besondere Intensität. In der "neuen Losung" von der "Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens" erkannten die deutschen Bischöfe in ihrem gemeinsamen Hirtenschreiben vom 20. August 1935 eine "Entchristlichung des öffentlichen Lebens", die im Widerspruch zum Reichskonkordat stehe.[877] Sie ermahnten ihre Gläubigen einmütig "Bewahret Ruhe und Ordnung!" und forderten sie auf, die Einheit der Kirche zu erhalten:

> "Die Einheit des Geistes bleibe gewahrt zwischen Klerus und Volk! Ob man versucht, den Priester vom Volk zu trennen oder das Volk vom Priester, es ist immer der gleiche Versuch, den Hirten zu schlagen und die Herde zu zerstreuen."[878]

Die Auseinandersetzungen zwischen der katholischen Kirche und dem NS-Regime traten in eine neue entscheidende Phase. So stand zu befürchten, daß die katholische Kirche nicht als Sieger aus den aufreibenden Konflikten mit dem NS-Staat hervorgehen würde. Darauf deutete auch die politische Lage in Oldenburg hin. Galen hat diese Situation in der zweiten Hälfte des Jahres 1935 erkannt.

---

[876] HOFER, Dokumente, S. 128.
[877] Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 121.
[878] Ebd., S. 118-124.

Graf von Galen äußerte sich in einem Schreiben an "seinen Klerus" vom 15. August 1935 skeptisch über das Verhältnis von Kirche und Staat und zog eine kritische Zwischenbilanz. Er zeigte sich enttäuscht, daß die nationalsozialistischen Machthaber den Willen der katholischen Bevölkerung "zur Mitarbeit und zum Wiederaufbau unseres Volkslebens auf dem Felsengrund der Wahrheit und der Sittlichkeit" nicht honorierten und in der kritischen Haltung der katholischen Kirche nur einen "Kampf gegen die staatliche Obrigkeit" und einen "Beweis parteipolitischen Machtstrebens" erkennen konnten:

> "Ja, man wagt es, die kirchentreuen Katholiken und ihre geistigen Führer mehr oder weniger offen als Staatsfeinde hinzustellen und als Menschen, bei denen ein heimliches Zusammenwirken und Bündnis mit den Verfechtern des Kommunismus und Bolschewismus nicht ausgeschlossen sei. Und doch haben unzählige treue Katholiken, auch viele, die jetzt als Priester in unseren Reihen stehen, im Weltkrieg ihr Leben für Deutschlands Recht und Ehre, für Volk und Vaterland eingesetzt! Und doch ist es weltbekannt, daß gerade die katholische Kirche fast zuerst die Unwahrheit und Verderblichkeit der marxistischen Falschlehren aufgedeckt und ohne Unterlaß verurteilt und bekämpft hat. [...] Auch jene aus dem Klerus, welche in der Zeit der extremen Demokratie und der Parteienherrschaft das katholische Volk in politischen Fragen nach bestem Wissen beraten und vielleicht in Ermangelung des Einsatzes geeigneter Laien in etwa geführt haben, werden vor Gott und der Geschichte rein dastehen von dem Vorwurf, aus Selbstsucht oder aus Parteiegoismus die Interessen des eigenen Volkes mißachtet und um internationaler Ziele willen verraten zu haben."[879]

Galen unterstrich die historische Kontinuität und moralische Glaubwürdigkeit des deutschen Katholizismus von 1918 bis zur Gegenwart des Jahres 1935 und wies den Vorwurf als "eine kränkende Unwahrheit und eine uns tief verletzende Beleidigung" zurück, "daß wir im Dienste eines sog. ‘politischen Katholizismus’ in verneinender Gegnerschaft zum heutigen Staate und seinem Führer ständen, wenn man es uns zutraut, an Machenschaften zu seinem Sturze und zur Vereitelung der Wiederaufbauarbeit teilzunehmen". Das Festhalten an den kirchlich anerkannten katholischen Vereinen geschehe aus dem Anliegen der Pastoral, denn "um der Seelsorge willen" seien die Vereine gegründet worden, "nicht für parteipolitische Zwecke, auf deren Verfolgung sie keinen Anspruch erheben". Selbst wenn der Kirche "die bewährten Hilfsorgane der Seelsorge" gewaltsam, gegen Recht und Gesetz, genommen werden sollten, würden sie, Bischöfe und Klerus, in ihrem Dienste fortfahren und ihre Gläubigen anhalten, "in allem, was nicht Sünde ist, der Obrigkeit zu gehorchen", und ihnen darin ein Beispiel geben, "auch wenn der Gehorsam einmal schwer wird".

---

[879] Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 17, 21.8.1935, S. 113-115.

Das Schreiben Galens an den Klerus seiner Diözese macht deutlich, daß Münster an der Linie der Konkordatspolitik festhielt, die auf der Grundlage politischer Loyalität beruhte. Es rekapitulierte die politischen Grundzüge, denen der Katholizismus in Deutschland über die historischen Umbrüche von 1918 und 1933 treu geblieben war. Sie beruhten auf einer politischen Theologie, die sich den dogmatischen Aussagen Leos XIII. verpflichtet fühlte. Sie war theoretische Voraussetzung für die Annäherung zwischen katholischer Kirche und NS-Staat im Jahre 1933 gewesen, eine Form vereinbarter Koexistenz, die von den Bischöfen nicht widerrufen wurde. Deutsche Oberhirten wie Graf von Galen bedauerten öffentlich, daß ihre Abkehr von der demokratischen Vergangenheit und ihr Bekenntnis zur nationalen Erneuerung Deutschlands unter der Führung der NSDAP Adolf Hitlers nicht durch politisches Entgegenkommen entgolten wurde. Die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates von Weimar, die Anerkennung der nationalsozialistischen Regierung und ihres angeblichen Kampfes gegen die moralischen Auswüchse in der modernen Kultur, die politische Gleichschaltung, die Akklamation eines autoritären Staates in einer autoritären Gesellschaft auf der einen und die Einforderung der "bona particularia" auf der Grundlage vereinbarten Rechtes und Gesetzes auf der anderen Seite gehörten zu den politischen Konstanten, die den Umgang der katholischen Kirche und ihrer geistlichen Repräsentanten - über eine politische Repräsentation verfügte der deutsche Katholizismus bekanntlich nicht mehr - mit dem Nationalsozialismus bestimmten.

Im Schreiben vom 25. August 1935 teilte Graf von Galen seinen Diözesanen den Beschluß der in Fulda versammelten deutschen Bischöfe mit, dem Führer und Reichskanzler Adolf Hitler "in einer ausführlichen Denkschrift die Erfahrungen, Beobachtungen und Ereignisse offen darzulegen, in denen wir eine Beeinträchtigung der Rechte Gottes und der Kirche, eine Bedrohung des ererbten christlichen Glaubens in unserem Vaterlande, die schwerste Gefährdung des Wiederaufstieges des deutschen Volkes sehen". Sie hätten sich mit der eindringlichen Bitte an Hitler gewandt, "das durch den Abschluß des Reichskonkordats so hoffnungsvoll eingeleitete verständnisvolle Zusammenwirken von Staat und Kirche wiederherzustellen und zu fördern". Mit diesen Worten beschrieb Galen noch einmal anschaulich die politischen Grundlagen, auf denen das Verhältnis zwischen dem NS-Staat nach seiner Auffassung und nach der Überzeugung der Mehrheit im deutschen Episkopat beruhte. Der Bischof von Münster bestätigte in diesem Schreiben die kirchenpolitische Zielsetzung, die die katholische Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus seit dem Früh

jahr 1933 verfolgte, eine Trennung von Staat und Kirche, eine Spaltung der deutschen Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat zu verhindern. "Im Bewußtsein ihrer heiligen Verantwortung vor Gott" seien die katholischen Oberhirten entschlossen, "nichts zu unterlassen, was geeignet erscheint, das Leid und die verhängnisvollen Folgen eines sog. 'Kulturkampfes' von unserem lieben deutschen Volke und Vaterlande fernzuhalten".[880] Das Wort vom "Kulturkampf" bestätigt ausdrücklich die große historische Kontinuität, die die politische Einstellung des deutschen Episkopats gegenüber der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland aufwies. Auch der sog. "Kreuzkampf" in Südoldenburg ist in diese Kulturkampftradition einzuordnen.

Die Denkschrift der deutschen Bischöfe an Hitler vom 20. August 1935 verwarf Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts", der alle Dogmen der katholischen Kirche und die Fundamente des christlichen Glaubens angreife. In der Öffentlichkeit müsse zwangsläufig der Eindruck entstehen, daß die neuheidnische Bewegung mit der nationalsozialistischen identisch sei. Die NSDAP und ihre Gliederungen verbreiteten die irrige Auffassung, daß der Kampf gegen Rosenbergs christentumsfeindliche Einstellung gleichbedeutend sei mit der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus überhaupt. Das treffe auf die katholische Kirche nicht zu. Die Denkschrift ging auf einen Vorentwurf des Bischofs von Münster, Graf von Galen, zurück.[881] Mit diesem seinem Mut stand Galen im deutschen Episkopat häufig allein. Er hielt aber an seinem Konzept fest, mit den nationalsozialistischen Machthabern in Staat und Partei auf dem Wege politischer Interventionen zu einem Ausgleich zwischen Staat und Kirche zu kommen. Das war ein Irrtum, der im totalitären System selbst begründet war.

Im Konflikt mit dem "Dritten Reich" wurden Größe und Grenzen des Bischofs von Münster sichtbar. Mit dem nationalsozialistischen Regime hat Graf von Galen nicht gebrochen, sondern sich ihm gegenüber stets äußerst loyal verhalten. Selbst auf dem Höhepunkt seines Kampfes im Sommer 1941, als er öffentlich die widerrechtliche Vertreibung von Ordensleuten und die Tötung von "lebensunwertem Leben" anprangerte, griff er ausschließlich zu legalen Mitteln des Protestes und weigerte sich, ein Unrecht zu begehen: Er legte Rechtsmittel ein, intervenierte bei den höchsten politischen Stellen und bezichtigte die nationalsozialistischen Machthaber des Wortbruchs. Die Fol

[880] Kirchliches Amtsblatt Jg. 69, Nr. 18, 28.8.1935, S. 117.
[881] BAUMGÄRTNER, Weltanschauungskampf, S. 148f.

gen für die innere Einheit Deutschlands, die besonders im Kriege harten Belastungsproben ausgesetzt sei, seien fatal; die Idee der "Volksgemeinschaft" werde immer mehr zur Fassade. Galen blieb wie große Teile des politischen Katholizismus in Deutschland in der Verfassungsfrage indifferent. Seine loyale Haltung gegenüber dem Regime war hingegen eine Voraussetzung seines Kampfes gegen Unrecht und Willkür im "Dritten Reich". An dieser positiven Haltung zum nationalsozialistischen Deutschland hat Galen nie einen Zweifel aufkommen lassen. Alles andere wäre ihm wie Verrat vorgekommen, den er strikt ablehnte.

Graf von Galen litt unter dem Regime und an ihm, weil es seinen Vorstellungen einer christlichen Staatsordnung und deutschen Volksgemeinschaft immer weniger entsprach. Der Niedergang der Weimarer Demokratie und des Rechtsstaates in Deutschland trennte ihn nicht vom Nationalsozialismus. Als deutscher Staatsbürger und als Bischof von Münster, der besonders in seiner Heimat Südoldenburg hohes Ansehen genoß, übte Galen Opposition gegen Formen und 'Auswüchse' der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis, soweit sie mit der Sorge des katholischen Oberhirten um den Bestand der Kirche und die Grundlagen des christlichen Glaubens nicht vereinbar waren. Getreu seinem Wahlspruch "nec laudibus nec timore" wollte er aus Angst nicht schweigen, wenn Widerrede geboten war, und zeigte darin persönliche Größe. Galen überwand konfessionelle Schranken und deutete seinen Kampf nicht als ein "konfessionell-katholisches", sondern als "ein christliches, ja ein allgemein menschliches und nationales, religiöses Anliegen".[882] Aber er brach selbst dann nicht mit dem Regime, als alle legalen Mittel und öffentlichen Proteste keine Wirkung mehr zeigten, und ging nicht zum Widerstand über, weil dieser prinzipiell mit dem politischen Weltbild des Katholiken von Galen nicht vereinbar war. Er versprach - als Bischof auch im Namen seiner Diözesanen - den nationalsozialistischen Machthabern Gehorsam, "soweit sie als Vertreter der rechtmäßigen Obrigkeit uns Befehle zu erteilen haben", kündigte aber jede "Gesinnungsgemeinschaft, ein Gefühl innerer Verbundenheit mit diesen Kirchenverfolgern", auf. Am 20. Juli 1941 bekannte er sich in der Überwasserkirche in Münster öffentlich zur politischen Tradition des deutschen Katholizismus: "Gewiß, wir Christen machen keine Revolution! Wir werden weiter treu unsere Pflicht tun im Gehorsam gegen Gott, aus Lie

[882] So Galen in seiner Predigt am 13. Juli 1941 in der Lambertikirche in Münster, als er gegen den "Klostersturm" der Nationalsozialisten und gegen Willkürakte und Rechtsbrüche der Gestapo protestierte. Der Bischof beschloß seine Predigt mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer!" (Münster, Galen, S. 17, 20)

be zu unserem deutschen Volk und Vaterland."[883] Er war nach seinen eigenen Worten "treu deutsch" und "treu katholisch".[884] Galen war kein Nationalsozialist, das verbot ihm sein fester Glaube, sondern seine konservativ-nationale Gesinnung bestimmte seine Einstellung zum "Dritten Reich". In dieser Hinsicht gehörte er zur Mehrheit im deutschen Episkopat.

Graf von Galen hat den Primat der deutschen Politik nicht bestritten. Wenn er dennoch politisch intervenierte, geschah das aus der Sorge des katholischen Oberhirten um die ihm anvertrauten Diözesanen und das Heil der katholischen Kirche. Dazu fühlte er sich in der Nachfolge Petri berufen. Seine Forderungen hatten ihren Ursprung im christlichen Naturrecht und unterlagen nicht den historischen Zeitläuften; sie hatten zeitlose Gültigkeit. Die kommunistische Gefahr hielt er im Innern wie im Äußeren noch längst nicht für überwunden. Das politische Verhalten des hoch angesehenen Bischofs von Münster, der in Anerkennung seiner Verdienste um die katholische Kirche in Deutschland am 18. Februar 1946 von Papst Pius XII. zum Kardinal ernannt wurde, erwuchs aus den Nöten der Zeit, die für ihn mit dem Tag der deutschen Kapitulation nicht zu Ende und mit dem demokratischen Neuaufbau nicht behoben waren. Galen hat nicht mehr realisieren können, daß eine freie Kirche nur in einer freien demokratischen Gesellschaft bestehen und ihre Aufgaben als Kirche erfüllen kann. Verfolgung geht von unfreien Systemen aus.

4.9.4. Die Verfolgung einzelner Persönlichkeiten aus dem südoldenburgischen Klerus

Der Bruch mit dem Nationalsozialismus wurde in Füchtel auch mit herbeigeführt durch das Vorgehen der NS-Regierung gegen den damaligen Provinzial Laurentius Siemer und seinen Vorgänger Thomas Stuhlweißenburg, die in Untersuchungshaft genommen wurden, und gegen Pater Titus Horten, der als Generalprokurator der China-Mission einem politischen Verhör unterzogen wurde. Titus Horten hatte in einer leitenden Funktion den Transfer von Mis

[883] Galen beschloß auch diese Predigt mit einem Gebet "für unser deutsches Volk und Vaterland und seinen Führer!" (Münster, Galen, S. 26f., 32)

[884] Mit den Worten "Treu deutsch sind wir, - wir sind auch treu katholisch!" bezeichnete Galen in einer Predigt in Recklinghausen am 23. September 1934 seine politische Position im "Dritten Reich" und unterstrich damit seine loyale Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Staat. (LÖFFLER, Galen 1, S. 127)

sionsgeldern zu besorgen, für den die deutschen Behörden kaum noch eine Erlaubnis erteilten, und wurde von den Gerichten im "Dritten Reich" wegen Verstöße gegen das Devisengesetz angeklagt. Am 8. Mai 1935 wurde der populäre Geistliche verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Oldenburg eingeliefert. In erster Instanz wurden die drei Patres, Laurentius Siemer, Thomas Stuhlweißenburg und Titus Horten, am 4. November 1935 zu zwei Jahren Gefängnis und einer hohen Geldstrafe verurteilt, in zweiter Instanz am 31. Januar 1936 aber freigesprochen. Die beiden Patres Titus Horten und Thomas Stuhlweißenburg erlebten den Freispruch nicht mehr. Der herzleidende Titus Horten, der sein Schicksal als christliches Opfer betrachtete, starb am 25. Januar 1936 im Alter von 53 Jahren.[885] Briefe des Dominikanerpaters aus dem Gefängnis in Oldenburg an die Schwestern des St.-Joseph-Konviktes in Vechta enthalten kein politisches Wort und zeugen von seinem ungebrochenen Glauben an die göttliche Vorsehung:

> "Nie sind wir sicherer, daß wir zu Gott hingehen, als wenn wir den Weg des hl. Kreuzes gehen dürfen. Es ist dort am wenigsten Eigenwille und Eigenliebe. Und was der liebe Gott beginnt und was Er schickt, dazu gibt Er auch Seine Gnade. Deshalb freuet Euch, abermals sage ich, freuet Euch **im Herrn**! Welches Glück, welche Gnade, etwas leiden zu dürfen!"[886]

Nach einem Bericht von Hans Schlömer nahmen an der Beisetzung von Pater Titus Horten am 29. Januar 1936 in Vechta etwa 6 000 Menschen teil. Das Begräbnis des Geistlichen, der sich nicht gebeugt hatte, war "eine eindrucksvolle Kundgebung gegen das nationalsozialistische Regime, zugleich aber auch Ausdruck des hohen Ansehens, das P. Titus bei den Gläubigen genoß". Er galt bald als "Heiliger des Oldenburger Landes".[887] Die Oldenburger Gestapo berichtete über die Beisetzung von Titus Horten und zeigte sich besorgt über die politische Lage in Südoldenburg:

---

[885] ZUMHOLZ, Devisenprozeß, S. 275-312; ECKERT, Dominikaner, S. 231; SIEMER, Laurentius: Pater Titus Horten im Gefängnis, IN: HKL 1955, S. 135-138; LEHMKUHL, Horten, S. 3-13. Lehmkuhl skizziert ein Lebensbild von Titus Horten. Pfarrchronik, Vechta, o. S.: "Ein Devisenprozeß". Die Pfarrchronik von St. Georg in Vechta, die Lehrer Windhaus angelegt hat, berichtet ebenfalls ausführlich über das Schicksal von Laurentius Siemer und Titus Horten. Am 16. September 1935 unterrichtete Vikar Heinrich Grafenhorst, Gefängnisseelsorger in Oldenburg, Bischof von Galen darüber, daß den inhaftierten Dominikanern das Beichten verweigert wurde. Galen bat daraufhin Nuntius Cesare Orsenigo in Berlin um Intervention. (HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 372)

[886] HORTEN, Briefe, S. 19: Brief vom 23.5.1935.

[887] SCHLÖMER, Horten, S. 183; WEBER, Lebensbild; STRICKMANN, Heinz: 1935 von den Nazis in Oldenburg verurteilt, IN: MT vom 8.8.1992.

> "Nach den vorliegenden Berichten war die Beerdigung des Pater Titus Horten, der in erster Instanz zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden war, die großartigste, die jemals in der Stadt Vechta vorgekommen ist. Die Lage in den katholischen Teilen des Oldenburger Landes wird hier so beurteilt, daß es nicht mehr lange dauert, bis der politische Katholizismus seine Machtpositionen wieder voll und ganz erobert hat."[888]

Eckert betont die Unschuld von Titus Horten und die enge Beziehung, die zwischen seinem Tod im Gefängnis, der von den Zeitgenossen als Märtyrertod angesehen wurde, und dem Ausbruch des "Kreuzkampfes" in Südoldenburg im Jahre 1936 besteht.[889] Pater Titus Horten, der zu Unrecht wegen Devisenvergehens Angeklagte und Verurteilte, stieg nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zur populären Symbolfigur für die Verfolgung und das Leiden der katholischen Kirche Südoldenburgs in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung und Unterdrückung auf. An seinem Grabe beteten in der frühen Nachkriegszeit viele katholische Gläubige um die Erfüllung ihrer persönlichen Anliegen durch seine Vermittlung im Himmel. An der Überführung des Leichnams von Titus Horten vom Friedhof in Vechta in die Kirche des Dominikanerklosters in Füchtel im Jahre 1954 nahmen nach Schätzungen der Polizei 50 000 Gläubige teil, die zum Teil mit Sonderzügen angereist waren. In seiner Predigt sprach Bischof Michael Keller von Münster die Hoffnung aus, "daß wir hier bald einen noch feierlicheren Tag erleben dürfen, wenn die Kirche den schlichten Sohn des heiligen Dominikus zur Ehre der Altäre erhebt". Bereits 1948 hatte Michael Keller den sog. bischöflichen Informativprozeß eröffnet, der für die angestrebte Seligsprechung von Pater Titus Horten Voraussetzung ist. Der Informativprozeß wurde erst 1985 abgeschlossen. Aber weil die gegenwärtige Praxis der Selig- und Heiligsprechung in der katholischen Kirche die Anerkennung wenigstens eines Wunders verlangt, ist Pater Titus Horten bis heute noch nicht seliggesprochen worden.[890]

---

[888] KUROPKA, Wahrheit, S. 61: Bericht vom 8.2.1936. Nach Darstellung von Joachim Kuropka wird Pater Titus Horten, "der im Rufe einer mystischen Frömmigkeit gestanden hatte", seither als Märtyrer verehrt. (KUROPKA, Kirche, S. 578) Verbunden ist die Erinnerung an Pater Titus Horten bis heute auch mit Gebetsempfehlungen, z. B. einer Novene (GIERATHS, Gebet).

[889] ECKERT, Dominikaner, S. 231. Dazu führt der Autor aus: "Niemand konnte Zweifel daran haben, daß P. Titus Horten einer infamen Intrige zum Opfer gefallen war. Wer jetzt noch Zweifel über den Charakter des Nationalsozialismus gehabt haben sollte, wurde über die Unvereinbarkeit des Internatslebens mit dem Nationalsozialismus definitiv belehrt, als die Nationalsozialisten versuchten, die Kreuze aus den Schulen Oldenburgs zu entfernen. Die Aktion des Jahres 1936 war für das St. Josephs-Kolleg das Signal, ebenso geschlossen die HJ wieder zu verlassen, wie es 1933 eingetreten war. Nun war man bereit, sich auf den offenen Kampf einzulassen, Pressionen, die jetzt geübt wurden, sah man mit Gelassenheit entgegen."

[890] WEBER, Lebensbild, S. 24; SCHLÖMER, Horten, S. 183.

Werner Teuber stellt eine Reihe von geistlichen Persönlichkeiten vor, die sich zwischen 1933 und 1945 durch offene Oppositionshaltungen auszeichneten. Im einzelnen erwähnt er Pfarrer Sommer (Bösel), Kaplan Arlinghaus (Thüle), Vikar Saalfeld (Lastrup), Kaplan Meyer (Lohne), Pfarrer Engels (Peheim) und Pfarrer Fresenborg (Neuscharrel). Nach Ansicht Teubers wird an den Beispielen deutlich, "welche Methoden im Oldenburger Münsterland seitens der Gestapo, der Kreisleiter, Amtshauptmänner und der örtlichen Polizei praktiziert wurden".[891] Susanne Leschinski berichtet über ein geschichtswissenschaftliches Forschungsteam unter der Leitung von Professor Joachim Kuropka, das den Widerstand katholischer Priester aus dem Offizialatsbezirk Oldenburg erarbeitet. Bisher konnten 80 Welt- und Ordensgeistliche erfaßt werden, die sich gegen das nationalsozialistische Regime stellten. Zu den bisher erfaßten "Konfliktgeistlichen", die überwiegend aus Südoldenburg stammen, gehören Pater Aurelius Arkenau O. P., Kaplan Wilhelm Bitter, Pfarrer Josef Bohmann, Pfarrer Gottfried Engels, Vikar Wilhelm Gillmann, Dechant August Hackmann, Vikar Ernst Henn, Pater Titus Horten O. P., Vikar Franz Morthorst, Pfarrer Wilhelm Niermann, Pfarrer Josef Renschen, Kaplan Heinrich Völkering und Offizial Vorwerk.[892] Engelbert Hasenkamp beschreibt das Schicksal von Salesianerpater Theodor Hartz aus Lutten, der 1942 im Konzentrationslager Dachau starb. Theodor Hartz war Direktor des Krankenhauses St.-Johannes-Stift in Essen-Borbeck und geriet schon 1933 mit den Nationalsozialisten in Konflikt.[893]

Die katholische Ordens- und Weltgeistlichkeit aus Südoldenburg hat unter den Willkürmaßnahmen des "Dritten Reiches" gelitten und große Opfer gebracht. Ihr Schicksal wurde von den Gläubigen als lebendiges Zeugnis des Glaubens

---

[891] TEUBER, Werner: Katholische Kirche im Oldenburger Land im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, IN: VuL Nr. 108, 1982, S. 2-5 (Zitat: S. 5). Ein Überblick über Priester, die im "Dritten Reich" verfolgt wurden, findet sich bei Ulrich von Hehl und Christoph Kösters (Bearb.) "Priester unter Hitlers Terror", das in der 4. Auflage (1998) vorliegt (HEHL, Terror). Zu Franz Sommer vgl. WILLENBORG, Sommer, S. 113ff.

[892] LESCHINSKI, Susanne: Katholische Priester Oldenburgs in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, IN: HBL Nr. 5, 1991, S. 53.

[893] HASENKAMP, Engelbert: Vor 50 Jahren starb Pater Theodor Hartz aus Lutten im Konzentrationslager Dachau, IN: HBL Nr. 4, 1992, S. 30f. In der Aktion "Klostersturm", bei der im Jahre 1941 etwa 120 Klöster und kirchliche Einrichtungen von den Nationalsozialisten beschlagnahmt wurden, mußte Theodor Hartz Essen verlassen. Am 14. Februar 1942 wurde er verhaftet und im Juni in das Konzentrationslager Dachau eingeliefert. Dort erlag er am 23. August 1942 den Folgen eines Magen- und Darmleidens.

und als ermutigendes Beispiel aufgefaßt. Der erste Zusammenstoß von Kaplan Georg Meyer in Sedelsberg mit der Partei entzündete sich an der Aufführung eines Theaterstückes durch den Katholischen Arbeiterverein. Die Vorführung sollte am Ostermontag des Jahres 1934 stattfinden, war aufgrund ihres "konfessionellen Inhalts" aber verboten worden. Am 12. November 1935 wurde wegen Kanzelmißbrauchs ein unbefristetes Aufenthaltsverbot für das Amt Cloppenburg über Kaplan Meyer verhängt und nach zahlreichen Protesten am 15. April 1936 aufgehoben.[894] Wegen Entfernung eines NSDAP-Plakats mit der Aufschrift "Deutsches Volk horch auf" in Vechta wurde der frühere Schriftleiter der Oldenburgischen Volkszeitung, Vikar Franz Morthorst, vom 16. August bis zum 10. September 1935 in Schutzhaft genommen. Der Schulkampf in Goldenstedt wurde ihm 1938 schließlich zum Verhängnis, als er, seinerzeit Kaplan in Visbek, "schon am nächsten Sonntag mit der tyrannischen Schulpolitik scharfe Abrechnung" hielt. Morthorst wurde aus dem Gau Weser-Ems ausgewiesen:

> "Zwei Gestapo-Männer brachten mich im Wagen nach Barnstorf. Da begann für mich das freie Land. Viel schlimmer traf es meine Freunde Engels und Fresenborg. Sie mußten nach Dachau, bis zum Ende des Krieges."[895]

Heinz Strickmann hat den Fall des Peheimer Pfarrers Gottfried Engels aufgearbeitet, der ein Opfer der Verfolgung im "Dritten Reich" wurde. Am 30. August 1935 wurde Engels ausgewiesen, weil er dem NSDAP-Stützpunktleiter die Kommunion verweigert hatte. Die Ausweisung galt bis zum April 1936. Am 29. März 1937 wurde die neue katholische Volksschule in Peheim nach dem sonntäglichen Hochamt eingeweiht. Nach dem Bericht von Heinz Strickmann nahm die ganze Gemeinde an der Einweihung teil. In feierlicher Prozession, wie es in der katholischen Kirche üblich war, brachte man die geweihten Kreuze zur Schule und hängte in jedem Raum ein Kruzifix auf. Daraufhin wurde gegen Pfarrer Engels Anzeige erstattet. Trotz der Rücknahme des "Kreuzerlasses" blieb das Verbot faktisch bestehen, Schule und Klassenzimmer mit Kruzifix oder Lutherbild auszustatten. Der weltlichen Einweihungsfeier, die Minister Pauly am 13. April 1937 unter Anwesenheit von Regierungsschulrat Kohnen, Amtshauptmann Münzebrock, Bürgermeister Prüllage und Kreisleiter Meyer-Wendeborn vornahm, blieb Pfarrer Engels fern. Am 8. Juni 1937 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Oldenburg

---

[894] BÖLSKER-SCHLICHT, Meyer, S. 189ff., 197ff.; HIRSCHFELD, Zeittafel, S. 371.
[895] Meine Vertreibung aus Visbek. Franz Morthorst 1969 in der Festschrift "1150 Jahre Visbek", IN: VuL Jg. 61, Nr. 136, 13.12.1994, S. 7.

verbracht. Am 16. Juni 1937 unternahmen die Peheimer Bürger eine Bittwallfahrt nach Bethen, um für die Entlassung von Engels zu beten. "Im Namen des Deutschen Volkes" wurde Engels am 31. Juli 1937 vom Amtsgericht Cloppenburg wegen "Hausfriedensbruchs in zwei Fällen" zu einer Geldstrafe verurteilt, die in eine Haftstrafe umgewandelt werden konnte; er blieb aber noch bis zum 3. Dezember 1937 in Haft. Die Verfolgungsmaßnahmen gegen Engels gingen weiter. Engels selbst berichtet über einen Vorfall, der den Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Nationalsozialismus auf lokaler Ebene veranschaulicht:

> "Das Reichsarbeitsdienstlager im Ort hatte die Mädchen des Dorfes zu einem Amüsement verlangt. Es gelang mir, dies so sehr zu verhindern, daß kein Mädchen sich darauf einließ. Ferner wurden meine Predigten als staatsfeindlich gedeutet."[896]

Pfarrer Gottfried Engels wurde wiederholt verhaftet und kam 1940 in das Konzentrationslager Dachau, wo er im Frühjahr 1945 befreit wurde. Nach dem Kriege lebte Engels in Kapellen, Kreis Geldern, wo er im Jahre 1961 starb. Der Briefwechsel, den Engels aus dem KZ Dachau mit seiner Familie führte, ist erhalten.[897] Christian Frieling, der Biographien von verfolgten Priestern und Ordensgeistlichen aus dem Bistum Münster zusammengestellt hat, zitiert mit Blick auf die Opposition von katholischen Geistlichen ein Wort Graf Galens, "daß Volk und Bischof in der Diözese Münster eine unzertrennliche Einheit waren und daß, wenn sie den Bischof schlugen, das ganze Volk sich geschlagen gefühlt hätte".[898]

Wie konsequent und aufopferungsvoll die Folgen von innerer und äußerer Widerspruchshaltung von Bischof Clemens August, Angehörigen der Geist

---

[896] STRICKMANN, Heinz: Pfarrer Gottfried Engels in Peheim unvergessen, IN: VuL vom 12.5.1982.

[897] FRIELING, Priester, S. 85-87.

[898] FRIELING, Priester, S. 1; LÖFFLER, Galen 2, S. 1325. Das Zitat ist der Ansprache entnommen, die Graf von Galen nach seiner Rückkehr von der Kardinalserhebung in Rom in Münster am 16. März 1946 hielt. Werner Teuber gibt hingegen zu bedenken, daß "die Geistlichen des Oldenburger Münsterlandes keine homogene Einheit bildeten, die geschlossen Widerstand geleistet hat", macht aber deutlich, "was es für den einzelnen bedeutete, Kirchenkampf an der Basis zu führen." Dazu führt er weiter aus: "Viele Priester waren über Jahre hinweg in tägliche Schikanen verwikkelt und lebten in der ständigen Angst, in ein Konzentrationslager eingeliefert zu werden. Oftmals wollte man zwar unliebsame Gegner aus dem Weg räumen, aber man traute sich nicht, den letzten Schritt zu vollziehen, vielleicht deswegen, weil man die Reaktion der Bevölkerung befürchtete." (TEUBER, Werner: Katholische Kirche im Oldenburger Land im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, IN: VuL Nr. 108, 1982, S. 5)

lichkeit und großen Teilen der katholischen Basis getragen wurden, zeigt auch die Biographie von Pfarrer Heinrich Fresenborg, der zu den verfolgten Geistlichen aus Südoldenburg gehört. Fresenborg wirkte seit 1929 als Kaplan in der kleinen Kapellengemeinde Nikolausdorf (Gemeinde Garrel) und von 1937 bis 1972 als Pfarrer in Neuscharrel.[899] Zu einer ersten Konfrontation mit den NS-Behörden kam es im Zweiten Weltkrieg, als der Neuscharreler Pfarrer über einen Oberschulrat Beschwerde führte. Der Vertreter der oldenburgischen Schulbehörde sollte nach Zeugenaussagen bei einer Schulvisitation die biblische Geschichte von Joseph in Ägypten angesprochen und die Verteilung des Korns mit den Worten kommentiert haben:

> "Damit wollte er bloß tüchtig Geld einschrappen (!!)! Er war ein richtiger Jude, wie auch seine Brüder. So was täten die Deutschen nicht."[900]

Der Beschwerde Fresenborgs war kein Erfolg beschieden. Als die Nationalsozialisten 1941 das verbrecherische Euthanasie-Programm verschärften und Bischof Clemens August am 3. August 1941 in der Lambertikirche in Münster in einer großen Predigt dagegen Protest einlegte, griff Fresenborg den moralischen Konflikt im Sonntagshochamt am 7. September 1941 persönlich auf. Dem Prokoll eines Spitzels zufolge soll der Pfarrer mutig auf der Kanzel erklärt haben:

> "In der Nähe von Münster ist eine Anstalt für geisteskranke Personen (Idioten). Von dieser Anstalt aus kommen die Kranken in eine andere Anstalt. Nach kurzer Zeit bekommen dann die Angehörigen Nachricht, daß der Kranke gestorben ist. Gegen Einsendung eines gewissen Geldbetrages wird den Angehörigen die Asche zugeschickt. Die Leichen sind also verbrannt worden. Diese kranken Personen sind aber nicht eines natürlichen Todes gestorben, sondern sie haben eine Spritze bekommen und sind dann langsam eingeschlafen. Das ist Mord."

Diese Worte lösten die Verfolgung Heinrich Fresenborgs aus. Am 18. September 1941 wurde er in das Gefängnis in Wilhelmshaven eingeliefert und traf am 28. November 1941 im Konzentrationslager Dachau ein, das im Block 26 einen eigenen "Priesterblock" unterhielt. Nach den Untersuchungen Frielings befanden sich seit dem Winter 1940/41, in dem die Zusammenlegung der inhaftierten Geistlichen begann, in Dachau mehr als 2 700 Kleriker aus 21 Nationen. Den größten Anteil stellten die Polen. Unter den 441 reichsdeutschen Geistlichen waren 411 katholische Priester. Davon stellte das Bistum Münster mit 38

---

[899] Nikolausdorf, 75 Jahre, S. 108.
[900] FRIELING, Priester, S. 88f., auch zum folg.

Geistlichen die größte Gruppe. In der Karwoche des Jahres 1945 wurde der Gefangene Fresenborg entlassen und nahm im Oktober 1945 seinen Dienst in seiner alten Gemeinde Neuscharrel wieder auf.

In der Behandlung der Priester in Dachau erkennt Christian Frieling auch Züge der nationalsozialistischen Strategie im Umgang mit der katholischen Kirche. Die Priesterhäftlinge im KZ Dachau waren demnach Opfer einer Diktatur, "die das Christentum bekämpfte und zu verdrängen suchte, aber dennoch [...] einem offenen Bruch mit den Kirchen möglichst auswich". Es wurden zwar keine Kirchen geschlossen, wohl aber wurde versucht, "die Glaubwürdigkeit der Institution zu erschüttern, ihre Wirkungsmöglichkeiten einzuschränken und vor allem die Solidarität der Christen mit ihren Geistlichen aufzubrechen". Erst recht sollte es keine Märtyrer geben, deren Glaubenszeugnis für die Kirchen Vorbildcharakter gewinnen konnte. Auch in Dachau wurde dieses Konzept angewandt: "Inmitten einer Welt des Terrors konnte Gottesdienst gefeiert werden [...]."[901]

[901] FRIELING, Priester, S. 47.

5. Der "Kreuzkampf" in der Geschichte glaubensbegründeter Opposition in Südoldenburg

5.1. Einleitung

Bei dem sog. "Kreuzkampf" in Südoldenburg handelt es sich um eine politisch bedingte historische Variante glaubensbegründeter Opposition gegen die nationalsozialistische Schulpolitik und den Höhe- und Wendepunkt im katholischen "Kirchenkampf" in Oldenburg. Barbara Imbusch gibt einen umfassenden Überblick über die Ereignisse des "Kreuzkampfes" im Jahre 1936.[902] Ihre Arbeit enthält auch ein Kapitel über die Rolle Graf von Galens, des Bischofs von Münster, den sie dem rechten Flügel des Zentrums zuordnet und dessen konservativ-nationale Grundhaltung sie zutreffend charakterisiert.[903] Einen historisch-politisch sehr informativen Beitrag zur Geschichte des "Kreuzkampfes" mit einem abgerundeten Fazit liefert der Brite Jeremy Noakes.[904] Der "Kreuzkampf" zeigt die Konfrontation des südoldenburgischen Katholizismus mit politischen Machthabern im "Dritten Reich" und kann aus regionalgeschichtlicher Perspektive exemplarisch verdeutlichen, unter welchen politischen Bedingungen sich glaubensbegründete Opposition von unten entfalten konnte und welche Inhalte und typischen Verlaufsformen sich in ihr manifestierten. Daraus ergibt sich für die historisch-politische Didaktik des "Kreuzkampfes" die Empfehlung, die Ereignisse im November 1936 nicht als isoliertes historisches Phänomen zu betrachten, sondern sie in ihrem umfassenden regional- und nationalgeschichtlichen Kontext aufzuarbeiten. Die fachpädagogische Arbeit von Franz-Josef Höffmann enthält hilfreiche Anregungen und Hinweise für die

---

[902] IMBUSCH, Kirchenkampf, S. 121-152. Joachim Kuropka hält an dem Begriff "Volkserhebung" fest und bestätigt ein Urteil Johannes Gökens aus dem Jahre 1947, daß der "Kreuzkampf" die "einzige Volkserhebung in Deutschland während der Nazizeit" gewesen sei. (KUROPKA, Kirche, S. 578ff.)

[903] IMBUSCH, Kirchenkampf, S. 101-108.

[904] NOAKES, Cruzifix Struggle (1978), S. 210-233; TEUBER, Werner: Auseinandersetzung Kirche - NSDAP im Oldenburger Münsterland 1933 bis 1939, IN: VuL Jg. 43, Nr. 107, 1981, S. 7-11; ders., Katholische Kirche im Oldenburger Land im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, IN: VuL Jg. 44, Nr. 108, 1982, S. 2-5; VAHLENKAMP, Werner: Wie die Südoldenburger den Nazi-Gauleiter Röver zum Canossa-Gang zwangen. Der Kampf um das Kreuz in der Schule, IN: NWZ vom 15.11.1986. Werner Vahlenkamp ordnet den "Kreuzkampf" in der gebotenen Kürze in den kirchengeschichtlichen Kontext des "Dritten Reiches" ein und schildert dann seinen Verlauf.

historische Einordnung des "Kreuzkampfes" und seine Bedeutung für die politische Bildung.[905]

In den dramatischen Ereignissen im Herbst 1936, die summarisch unter dem Titel "Kreuzkampf" zusammengefaßt werden, wird der totalitäre Anspruch des NS-Regimes gegen eine traditionelle Religionsgesellschaft ebenso deutlich wie seine Grenzen. Die Publikation des sog. "Kreuzerlasses" am 4. November 1936 verfolgte das politische Ziel, den gewachsenen historischen Ort und die historische Zeit der Menschen in der geschlossenen Welt des katholischen Milieus Südoldenburgs zu unterminieren und politisch durch einen bürokratischen Akt der NS-Regierung zu nivellieren. Der "Kreuzerlaß" sollte dazu beitragen, die machtpolitischen Interessen des NS-Regimes gegen die alten Rechte der katholischen Kirche in Südoldenburg und den Primat des Politischen gegen das Konfessionelle im Interesse des Regimes durchzusetzen. Er stellte den öffentlichen Höhepunkt in der politischen Gleichschaltung Südoldenburgs dar. Daß es sich bei der ablehnenden Haltung des südoldenburgischen Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus keineswegs um eine geschlossene Abwehrhaltung handelte, ist allein aus der Tatsache zu ersehen, daß nicht alle Gemeinden Südoldenburgs in gleicher Weise am "Kreuzkampf" teilnahmen. In zwei größeren Gemeinden fand der "Kreuzkampf" nur eine geringe oder gar keine Resonanz: in Garrel und in der Gemeinde Goldenstedt, dem Ort des Schulkampfes von 1938.[906]

Ihre moralische Kraft zum Widerstehen bezogen die Katholiken in Südoldenburg aus ihrer historisch gewachsenen konfessionellen Identität und religiösen Verwurzelung im katholischen Glauben, die in der Vergangenheit immer wieder großen Bewährungsproben ausgesetzt gewesen war. Seit Generationen waren die Katholiken Südoldenburgs eingeübt in das politische Ritual des "Kulturkampfes" und hatten die Interessen ihrer Kirche gegen alle modernen politischen Systeme verteidigt: gegen den oldenburgischen Konstitutionalismus ebenso wie gegen den oldenburgischen Republikanismus in der Ära des Frei

---

[905] HÖFFMANN, Kreuzkampf (1987). Die Arbeit von Franz-Josef Höffmann basiert teilweise auf Zeugenbefragungen (oral history) und gibt im Anhang das Manuskript einer Sendung von Radio Bremen mit dem Titel "Der Kreuzkampf in Südoldenburg. Dokumentation über eine Volkserhebung im Jahre 1936" vom 31.8.1985 wieder.

[906] WILLENBORG, Entkonfessionalisierung, S. 34-70; ZUMHOLZ, Garrel, S. 184-191; SCHULTZE, Goldenstedt, S. 129f.; DAMBERG, Moderne, S. 266ff. Damberg gibt einen knappen Überblck über den Verlauf des "Kreuzkampfes" in Südoldenburg. Über den sog. "Schulstreik" in Goldenstedt liegt inzwischen ein neuer Aufsatz von Rudolf Willenborg vor (WILLENBORG, Schulstreik, S. 100-111)

staates. Zur politischen Kultur des deutschen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik zählten konservativ-antirevolutionäre Kategorien ebenso wie zutiefst katholische Traditionen. Die Ablehnung des Widerstandsrechtes und einer revolutionären politischen Kultur, das Bekennntis zur christlich-nationalen Identität des deutschen Volkes, die Wahrung katholischer Universalität, Einheit und Autorität und ihre Verteidigung gegen die Zumutungen ideologischer Heilslehren bildeten die Fundamente politischer Traditionsbildung im deutschen Katholizismus in den letzten Tagen der Weimarer Republik. Daran partizipierte der südoldenburgische Katholizismus in vollem Umfang.

Das politische Ereignis des "Kreuzkampfes" stellt sich als Kulminationspunkt von zwei gegenläufigen historischen Entwicklungen dar, die in Südoldenburg im Konflikt um das zentrale religiöse Symbol in der Schule, das Kreuz, aufeinandertrafen: ein konservatives Moment historischer Beharrung, das in der sozialen und konfessionellen Bewußtseinslage des katholischen Milieus angesiedelt war, und ein Moment des politischen Wechsels, das von der nationalsozialistischen Schul- und Kulturpolitik autoritativ an die Region herangetragen wurde.[907] Im "Kreuzkampf" trieb eine gesellschaftliche und kulturpolitische Konfliktsituation ihrem Höhe- und Wendepunkt zu, die in der Geschichte Südoldenburgs langfristig angelegt war und durch vier Kriterien zu kennzeichnen ist:

a) Die historisch-politische Ebene für die Austragung von "Kulturkämpfen" war in Oldenburg vor allem die schul- und kulturpolitische Praxis der jeweils herrschenden Landeshoheit, die für Südoldenburg in die Rolle eines weltanschaulichen Gegners geraten konnte.
b) Die Bestrebungen des politisch souveränen und religiös indifferenten säkularen Staates richteten sich schon vor 1933 auf eine Entkonfessionalisierung des tradierten Schulwesens, das langfristig ganz in eine staatliche Institution umgewandelt werden sollte.
c) In der konstitutionellen und demokratischen Ära reagierte das katholische Milieu in Südoldenburg defensiv auf die jeweiligen schul- und kulturpolitischen Impulse, insofern sie auf eine Trennung der katholischen Schule von der katholischen Kirche ausgerichtet waren, und äußerte seinen moralischen Einspruch in Form von Massenprotesten,

[907] Zur religionssoziologischen Deutung des Kreuzsymbols vgl. REINHARDT-DUEN, Überlegungen, S. 286-294.

Petitionen, Delegationen und Versammlungen, die plebiszitären Charakter annehmen konnten.

d) Öffentliche Reaktionen der katholischen Bevölkerung auf vermeintliche schulpolitische Zumutungen waren in Südoldenburg größtenteils moralisch-religiös motiviert, weil das katholische Schulwesen als Fundament des südoldenburgischen Katholizismus und als Ausfluß katholischen Naturrechts politisch nicht zur Disposition gestellt werden durfte.

Diese Kriterien kennzeichnen auch die schweren Auseinandersetzungen zwischen Staat und katholischer Kirche im "Dritten Reich". Die politische Konfliktbewältigung, wie sie im sog. "Kreuzkampf" noch einmal erfolgreich angewandt wurde, verlief nach 1933 in den historischen Bahnen, die sich in der Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus seit dem 19. Jahrhundert bewährt hatten. In dem Kampf um den umstrittenen "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 entzündete sich erneut der weltanschauliche Dissens, der das Verhältnis des politischen Katholizismus zur modernen Kultur im europäischen Revolutionszeitalter bestimmte. In den dramatischen Ereignissen im Herbst 1936 eskalierte und kulminierte der historische Konflikt des südoldenburgischen Katholizismus mit der politischen, sozialen und kulturellen Moderne. Daß es sich beim weltanschaulichen Gegner in diesem Falle um die nationalsozialistische Diktatur handelte, stellt die historische Kontinuität des "Kreuzkampfes" nicht grundsätzlich in Frage, aber relativiert die historische Singularität der politischen Ereignisse im November 1936. Denn der Nationalsozialismus, der sich Motive und Inhalte der konservativen Gegenrevolution zunutze gemacht hatte, war in seiner politischen Zielsetzung und Methodik, ideologischen Legitimationspraxis und bürokratischen Herrschaftstechnik eine moderne Revolution. Er organisierte Macht und Herrschaft nach immanenten Gesetzen politischer Willensbildung und gefiel sich zynisch im Vollzug eines uneingeschränkten Führungswillens, der die katholische Kirche brüskierte. Sie erkannte darin eine ungebührliche Anmaßung politischer Machthaber, die sie als Ausdruck staatlicher Omnipotenz aufs schärfste ablehnte. Im "Kreuzkampf" regierte nicht mehr der moderne Zweifel, der auch in den vielfältigen Erscheinungsformen des Laizismus anzutreffen gewesen war, sondern hier stand endlich Wort gegen Wort, Bekenntnis gegen Bekenntnis, das Kreuz gegen das Hakenkreuz.

5.2. Reaktionen auf den "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936

Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 hatte seine Ursache in der totalitären Staatsdoktrin der nationalsozialistischen Herrschaft, die keine staatsfreie Sphäre dulden konnte und in der historisch bewährten Kulturkampf-Mentalität des südoldenburgischen Katholizismus eine ernsthafte Herausforderung sah. Der sog. "Kreuzerlaß" vom 4. November 1936 rekurrierte auf den totalitären Machtanspruch des NS-Staates und versuchte, ihn mit dem ideologisch fingierten Argument, daß "der Staat das ganze deutsche Volk umfasst", gegen die partikularistischen konfessionellen Interessen der beiden christlichen Volkskirchen zu behaupten. Er hatte folgenden Wortlaut:

> "Sämtliche öffentliche Gebäude des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände gehören dem ganzen deutschen Volk ohne Rücksicht auf das religiöse Glaubensbekenntnis der einzelnen Volksgenossen. Dies gilt auch für alle Volksschulgebäude. Es ist daher nicht zulässig, daß öffentliche Gebäude kirchlich eingeweiht und eingesegnet werden. Aus gegebener Veranlassung wird darauf besonders hingewiesen.
> Öffentliche Verwaltungsgebäude des Staates sind von altersher mit konfessionellen Zeichen - z. B. Kruzifix oder Lutherbild - nicht ausgestaltet worden. Dies entspricht auch schon deshalb einem sachlichen Bedürfnis, weil der Staat das ganze deutsche Volk umfasst. Für alle öffentlichen Verwaltungsgebäude der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen die gleichen Gesichtspunkte maßgebend sein. Schulgebäude des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände sind nicht anders zu behandeln. Auch die Volksschulgebäude machen dabei keine Ausnahme; denn sie gehören der Gesamtheit und nicht irgendeiner bestimmten Glaubensrichtung.
> Demgemäß ordnen wir an, daß künftig in Gebäuden des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände kirchliche und andere religiöse Zeichen oben erwähnten und ähnlichen Charakters nicht mehr angebracht werden dürfen. Die bereits vorhandenen sind zu entfernen.
> Über das Veranlaßte ist bis zum 15. Dezember d. J. zu berichten."[908]

---

[908] KUROPKA, Wahrheit, S. 65; NEUHÄUSLER, Kreuz, S. 116. Unterzeichnet ist der Erlaß von Staatsminister Pauly. Johann Neuhäusler dokumentiert weitere "Kreuzerlasse" in der Diözese Münster (Gemeinde Bislich, Kreis Rees, 1937), der Rheinpfalz (Gemeinde Frankenholz 1937) und in Bayern (Affecking 1941). Er berichtet, daß sich die Staatsorgane in Bislich nicht durchsetzen konnten und Pfarrer Rohrmeier im niederbayerischen Affecking nach heftigen Protesten seiner Gemeinde verhaftet und nach Dachau deportiert wurde. Erst nach der Befreiung des Pfarrers am 18. Juli 1945 sei "das Kreuz wieder feierlich in die Schule getragen" worden. Der Bischof von Speyer stellte in seinem Hirtenwort vom 14. Februar 1937, das den "heftigen Kampf um den **Vorrang des Christuszeichens vor dem Führerbild"** in Frankenholz zum Gegenstand hatte, das Verhalten der Oldenburger Katholiken als Vorbild dar: "Vor einigen Wochen habe ich Euch von den wackeren Katholiken in Oldenburg berichtet, die siegreich gegen die Entfernung des Kreuzes in den Schulen sich gewehrt haben. Nun muß ich Euch zur gleichen Treue und Standhaftigkeit aufrufen in einem Fall, der sich leider in der Pfarrei Frankenholz unserer Diözese zugetragen hat."

Der Oldenburger Erlaß war gerichtet an die Direktoren der staatlichen Schulen und die Schulräte, die Amtshauptmänner und Oberbürgermeister und die Bürgermeister im Landesteil Oldenburg. Ausgelöst wurde der "Kreuzkampf" so durch eine menschen- und realitätsferne bürokratische Regierungspraxis, die die politische Loyalität der katholischen Bevölkerung in Oldenburg überstrapazierte und ihre religiösen Gefühle und Empfindungen aufs tiefste verletzte. Mit der Formulierung "aus gegebener Veranlassung" bezog sich Pauly auf die Vorgänge bei der Einweihung der neuen Volksschule in Bösel. Die politische Einweihung der Schule fand am 25. Oktober 1936 statt, an einem Samstag, so daß der Ortspfarrer daran nicht teilnehmen konnte. Denn es war bekanntlich die Zeit, zu der schon immer die Gläubigen zur Beichte kamen. Als der Pfarrer unter großer Beteiligung der Bevölkerung am Sonntag, dem 26. Oktober 1936, die kirchliche Einsegnung der Schule vornahm, empörte das eigenmächtige Handeln des Böseler Pfarrers das Ministerium Pauly, das um seine politische Glaubwürdigkeit fürchtete.[909] Pfarrer Sommer berichtete über diese Ereignisse am 23. November 1936 an den Bischöflichen Offizial Franz Vorwerk, daß die Beteiligung an der kirchlichen Feier die an der weltlichen "auffallend stark" übertroffen habe. Auch sei "der schöne Aufzug" im Vergleich zum Vortage allgemein aufgefallen.[910]

Eine zeittypische Szene, ein Wortwechsel zwischen Minister Pauly und dem Molberger Katholiken Theodor Lake, beleuchtet die historischen Strukturen des politischen Konfliktes im Jahre 1936 schlaglichtartig. Zwei Tage vor der entscheidenden Massenkundgebung in der Cloppenburger Münsterlandhalle, die für den 25. November 1936 angesetzt war, konfrontierte eine kleine Delegation aus der Landgemeinde Molbergen den oldenburgischen Minister für Kirchen und Schulen mit dem Standpunkt ihres angestammten katholischen Glaubens. Auf Pastoralkonferenzen, die am 16.11.1936 in Strücklingen, Friesoythe, Vechta, Emstek und Lindern stattgefunden hatten, war das weitere Vorgehen beraten und beschlossen worden, Delegationen nach Oldenburg zu entsenden und gegen die Verfügung zu protestieren. Die Zusammensetzung der Molberger Delegation war politisch äußerst aufschlußreich. Zu ihr gehörten Ortsgruppenleiter Josef Klinker und Bürgermeister Heinrich Prüllage, mithin die höchsten lokalen Repräsentanten der NSDAP, außerdem

Den Ausgang des Konfliktes in Frankenholz teilt Neuhäusler nicht mit. (NEUHÄUSLER, Kreuz 1, S. 116-120)

[909] KUROPKA, Wahrheit, S. 64.

[910] Pfarrarchiv St. Cäcilia, Bösel.

der Schuster Theodor Lake, der Bauer und Kaufmann Otto Meyer, der Mühlenbesitzer Theodor Raker und der Bauer Josef Siemer - kleinbäuerliche Honoratioren einer armen Gemeinde, "angesehene, kirchentreue Männer mit dem redegewandten Theodor Lake als Wortführer" an der Spitze.[911] Die Molberger Delegation vom 23. November 1936 bildete durch die Teilnahme des NSDAP-Bürgermeisters und Ortsgruppenleiters eine Ausnahme.[912] Zumholz erklärt die Teilnahme Josef Klinkers, "der das "Goldene Parteiabzeichen" trug und maßgeblichen Anteil an der Aufbauarbeit der NSDAP im Oldenburger Münsterland" hatte, damit, "daß er sich über die nationalsozialistische Ideologie nicht im Klaren gewesen ist und daß das, was ihm und vielen anderen als Wesen und Ziel des Nationalsozialismus dargestellt worden war, nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmte".[913] Während sich die NSDAP enttäuscht zeigte, wurde die Teilnahme von Parteigenossen von kirchlicher Seite begrüßt.[914] In einem Tonbandinterview erinnert sich Theodor Lake an den Verlauf der Oldenburger Delegation und an die Erklärung, die er vor dem Minister "im Stehen" abgab:

> "'Herr Minister, was ich Ihnen zu sagen habe, kann ich auch im Stehen sagen. Sie wissen vielleicht gar nicht, was das Kreuz für uns Katholiken bedeutet. Ich möchte es Ihnen an einem Beispiel erklären. Wir haben zu fünf Brüdern im Weltkrieg gekämpft, und keiner von uns ist ohne das Eiserne Kreuz nach Hause gekommen. Würden Sie es wagen, diesen Leuten, die diese Auszeichnung bekommen haben, das Kreuz abzunehmen?' 'Auf keinen Fall, das würde ich mir nie erlauben', erwiderte Pauly. 'Dann müssen Sie aber wissen, Herr Minister, daß das Kreuz, das in unseren Kirchen, in den Häusern und in den Schulen hängt, uns noch viel mehr bedeutet als solche Auszeichnungen, und deswegen werden wir es nicht zulassen, daß die Kreuze aus den Schulen entfernt werden.'"

Nach dem Vortrag Lakes meldeten sich Ortsgruppenleiter Klinker und Bürgermeister Prüllage, NSDAP, ebenfalls zu Wort und trugen ihre Zweifel vor, ob die Verfügung im Sinne Adolf Hitlers wäre. Sie drohten, sich persönlich

---

[911] ZUMHOLZ, Molbergen, S. 120. Bauer Heinrich Prüllage war auf der Gemeinderatssitzung am 22. Februar 1935 in Anwesenheit von Amtshauptmann Münzebrock als "Kompromißkandidat" zum Gemeindevorsteher von Molbergen gewählt worden, da er sowohl von der Bevölkerung akzeptiert wurde als auch für die örtliche NSDAP annehmbar war. Er gehörte nach Darstellung von Maria Anna Zumholz nicht "zum engeren Kreis der Nazis". (S. 117)

[912] Der 18-köpfigen Löninger Delegation vom 24. November 1936 gehörten auch Parteimitglieder an, sie bekleideten aber keine Funktionen. (HACHMÖLLER, Löningen, S. 144ff.)

[913] ZUMHOLZ, Molbergen, S. 122.

[914] KUROPKA, Wahrheit, S. 91. Offizial Vorwerk notierte in seinem Bericht an den Bischof von Münster: "Erfreulich war das Mittun der älteren Pgg. Einer, mit goldenem Abzeichen, war der treueste Verfechter des Kreuzes."

an den Führer zu wenden und gegebenenfalls aus der Partei auszutreten, falls der Erlaß nicht wieder aufgehoben werden sollte.[915] Lake und die Molberger Delegation waren eine Abordnung von vielen, die nach dem Bekanntwerden des "Kreuzerlasses" am 4. November 1936 den Weg nach Oldenburg suchten. Zu den bekanntesten gehört die sog. "Langemeyer-Delegation", die ebenfalls am 23. November 1936 im oldenburgischen Ministerium Pauly gegen den sog. "Kreuzerlaß" protestierte.[916] Die Delegierten fühlten sich in ihrem im Ersten Weltkrieg mit dem Einsatz ihres Lebens bezeugten deutschen Patriotismus und ihrer loyalen Haltung gegenüber der nationalsozialistischen Regierung getäuscht und forderten die Rücknahme des Erlasses, der ihre "heiligsten Kulturgüter" gefährdete. Der Vortrag Lakes bei Minister Pauly verdeutlicht das ambivalente Verhältnis des südoldenburgischen Katholizismus zum NS-Staat, das unentschieden zwischen politischer Anpassung und glaubensbegründeter Opposition schwankte, und macht Schnittpunkte deutlich, die im katholischen Milieu Südoldenburgs zwischen der konservativ-nationalen Mentalität der Bevölkerung und dem Nationalsozialismus bestanden.

Wie das Verhalten der Molberger Delegation zeigt, führte der "Kreuzkampf" nicht zu einer Spaltung zwischen der katholischen Bevölkerung und dem NS-Staat, der in seiner Rechtmäßigkeit nicht bezweifelt wurde. Vielmehr bestätigte sich die historische Erfahrung seit den Tagen der Weimarer Republik, daß die kultur- und kirchenpolitische Konfrontation das katholische Milieu Südoldenburgs über Partei- und Standesgrenzen hinweg einte und immer noch eine wichtige Garantie für seine Geschlossenheit darstellte. In den politischen Konfliktsituationen nach 1933 erwiesen sich die historischen Strukturen als tragend, die mit dem Begriff "Kulturkampf-Mentalität" zu beschreiben sind. Das katholische Sendungsbewußtsein dominierte alle anderen sozialen Interessen und politischen Bedenken und stellte sie in seinen Dienst. Davon waren, wie die Molberger Delegation deutlich macht, selbst die lokalen Repräsentanten der nationalsozialistischen Staatspartei nicht ausgenommen.

---

[915] ZUMHOLZ, Molbergen, S. 121f.

[916] ZUMHOLZ, Langemeyer, S. 321f.; GÖKEN, Kampf, S. 47-54. Göken berichtet im Kapitel "Im Ministerium zu Oldenburg" über die "Langemeyer-Delegation" und führt weitere Beispiele für den Protest in Südoldenburg an. Zur sog. "Langemeyer-Delegation", die vor der Abordnung aus Molbergen von Minister Pauly empfangen worden war, gehörten neben dem ehemaligen Landvolkführer Anton Langemeyer aus Cloppenburg auch Heinrich Götting, ebenfalls ein ehemaliger Landvolkführer, und Leo Reinke aus Bokel.

Die weltanschaulich angelegte Konfliktbewältigung im Herbst 1936 setzte die historische Tradition des katholischen Glaubenskampfes fort. Ihr Erfolg beruhte darauf, daß der politische Konflikt dem konfessionellen untergeordnet und so in den Dienst des Glaubens- und Weltanschauungskampfes um das Kreuz in der Schule gestellt wurde. Vom religiösen Ursprung her war die katholische Kirche auch noch 1936 durchaus willens, dem bestehenden Staate zu geben, was des Staates war, wenn dieser ebenfalls bereit war, Gott - und an seiner Stelle der katholischen Kirche - zu geben, was Gottes war. Von diesen Prinzipien war der Nationalsozialismus nicht ausgenommen. Der Molberger Bürgermeister Prüllage bekannte in einer schriftlichen Stellungnahme:

> "Die Bauern erklären, wir sind als Katholiken geboren und wünschen es für uns und ganz besonders für unsere Kinder zu bleiben, auch als Gefolgsmänner Adolf Hitlers."[917]

Nicht nur kommunale Delegationen wurden in Oldenburg vorstellig, sondern auch katholische Standesvereine verließen angesichts der existentiellen Herausforderung ihre innere Emigration und meldeten sich öffentlich wieder zu Wort. So protestierte der Katholische Arbeiterverein aus Cloppenburg ebenso gegen den "Kreuzerlaß" wie der Katholische Frauenbund. Wie andere Standesvereine hatte er sich nach den Bestimmungen des Konkordats 1933 aus der Öffentlichkeit zurückgezogen und auf kirchliche und religiöse Aufgaben beschränkt. 1936 trat er wieder an die Öffentlichkeit und schaltete sich in den massiven Protest gegen die Entfernung der Kreuze aus den katholischen Schulen Südoldenburgs ein. Maria Meyer-Holzgräfe, die als Vorsitzende den Cloppenburger Frauenbund seit seiner Gründung im Jahre 1919 leitete, schrieb am 16. November 1936 in einem Brief, der von zahlreichen Frauen unterzeichnet wurde, an den zuständigen Minister Pauly:

> "Zahlreiche Frauen und Jungfrauen aus Cloppenburg und Umgegend nach einem religiösen Vortrag versammelt, erheben feierlich Protest gegen die Verordnung des Ministeriums in Oldenburg, daß die Kreuze und religiösen Bilder aus den Schulen entfernt werden sollen. Wir Frauen sind darüber empört. Das Kreuz Christi ist uns Frauen das Symbol unseres hl. Glaubens und jeder Angriff gegen das Kreuz ist für uns ein Angriff gegen unsere Religion. Das Kreuz ist uns Müttern und Frauen besonders heilig und wert, im Aufblick zum gekreuzigten Heiland finden wir Trost, Opfermut und die Kraft, unsere zahlreichen Kinder für Gott und Vaterland zu erziehen. Nimmt man unseren Kindern das Kreuz, so raubt man ihnen das Liebste und Höchste, was wir an religiösen Symbolen besitzen. Deshalb erachten wir es für unsere hl. Pflicht, schärfste Verwah

[917] MÜNZEBROCK, Amtshauptmann, S. 59.

rung gegen die Verordnung einzulegen und einmütig zu fordern, daß die Verfügung ungesäumt zurückgezogen wird. [...] Das positive Christentum ist nach den Worten unseres Führers die Grundlage des Reiches. Darum soll man uns Katholiken in unseren Schulen das Kreuz lassen als christliches Zeichen. Wenn man die Kreuze aus den Schulen nimmt, dann haben wir nicht mehr die Gewißheit, daß in den nationalen Verbänden (Deutsches Jungvolk, B.D.M.) das ererbte Glaubensgut und treue Vätersitte in guter Hut ist. Die Volksgemeinschaft, die wir ehrlich anstreben, wird den Schaden haben."[918]

Das Protestschreiben des Katholischen Frauenbundes ist als exemplarisch für die glaubensbegründete Opposition gegen die NS-Schulpolitik anzusehen. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß sich mit diesem Dokument wieder Frauen in die öffentliche Auseinandersetzung einschalteten und Protest gegen die von Männern dominierte nationalsozialistische Ministerialbürokratie erhoben. Ganz in der Tradition der katholischen Frauenbewegung blieb ihre Opposition unpolitisch und wurde genährt aus dem katholischen Selbst- und Glaubensbekenntnis. Das nationale Treuebekenntnis zu Staat und "Volksgemeinschaft" ging einher mit der Drohung, sich aus der politischen Mitarbeit zurückzuziehen, wenn die nach "treuer Vätersitte" für berechtigt gehaltenen kulturpolitischen Forderungen nicht erfüllt würden. Im Kampf für das Kreuz in der Schule erfüllte der südoldenburgische Katholizismus seinen naturrechtlichen historischen Auftrag, der ihm aus dem christlichen Jenseitsglauben zuwuchs und - obwohl nicht von dieser Welt - in dieser politischen Welt verwirklicht werden mußte. Das galt ausnahmslos und auch für die totalitäre politische Wirklichkeit des "Dritten Reiches". Weil die katholischen Vereine durch das Reichskonkordat auf ihre kirchliche und religiöse Zielsetzung beschränkt waren, ging die Initiative zum Protest des Frauenbundes auf einen Anlaß zurück, den das Schreiben einen "religiösen Vortrag" nennt. Der Protest mied jeden illegalen politischen Anschein und wollte sich im eigenen Interesse nicht dem Verdacht aussetzen, geltendes Recht zu verletzen oder den Rahmen des Reichskonkordats zu überschreiten.

Nach dem Kriegergedächtnistag in Bethen am 18. November 1936, den Kaplan Franz Uptmoor in seiner Predigt zu einer flammenden Protestkundgebung gegen den "Kreuzerlaß" umfunktionierte, verabschiedete der Katholische Arbeiterverein Cloppenburg "am Schluß eines religiösen Tages" eine Resolution,

[918] KUROPKA, Kreuz, S. 440f.; Cloppenburg, Mädel, S. 15-17. Das Protestschreiben wurde von 54 Cloppenburger Frauen namentlich unterschrieben. Die Vorsitzende Meyer-Holzgräfe ergänzte die Unterschriftenliste mit der Bemerkung: "u. die übrigen Anwesenden etwa 100 Frauen."

die politische Tendenzen ebenfalls zu umgehen suchte.[919] An den oldenburgischen Minister der Kirchen und Schulen adressiert, schloß das Schreiben mit der Versicherung:

> "Wir sind überzeugt, daß wir unserem Volk den größten Dienst erweisen, indem wir mitkämpfen, daß es christlich denkt und fühlt unter dem Symbol des Kreuzes. Wir wollen dem Staate geben, was des Staates ist; man soll uns aber nicht hindern wollen, Gott zu geben und zu lassen, was ihm gebührt. Unsere Kinder sind uns zu lieb, als daß wir sie dem Unglauben und damit dem Bolschewismus zum Opfer bringen."[920]

Das Protestschreiben des Katholischen Arbeitervereins unter dem Vorsitz von August Wulfers war von einem doppelten Charakter geprägt und fügte sich in die kollektive Opposition des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg ein. Es erhob einerseits Einspruch gegen die im "Kreuzerlaß" zum Ausdruck kommende unchristliche Regierungspraxis der NS-Regierung und bekräftigte andererseits auf der Grundlage von Röm. 13 die nationale Loyalität der katholischen Arbeiter.[921] Das Dokument machte auch auf die sozialen Nöte der Arbeiter aufmerksam, die durch die "vielen Abzüge und Spenden aller Art" noch erhöht würden:

> "Bei all unseren Sorgen und Nöten, die wir gerne aus Liebe zum Vaterlande bringen wollen, trifft der Schlag uns kath. Väter und Mütter durch die obengenannte Verordnung mitten ins Herz."[922]

5.3. Politisch-religiöser Fundamentalismus

Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 ist in historischer Sicht keineswegs "gänzlich eine Besonderheit", sondern ist in seinen Voraussetzungen und Bedingungen aus der Geschichte des politischen Katholizismus in Südoldenburg erwachsen. Der katholische Widerspruch zielte auf die schulpolitische Entscheidungs- und Konfliktlage in Oldenburg und eskalierte nicht zum Widerstand gegen den

---

[919] KUROPKA, Wahrheit, S. 69f.; KUROPKA, Sache, S. 421.
[920] KUROPKA, Kreuz, S. 445; ders., Wahrheit, S. 71f. Das Schreiben ist von 50 Arbeitern namentlich unterzeichnet.
[921] KUROPKA, Das Kreuz, S. 445; ders., Wahrheit, S. 71f. Die katholischen Arbeiter mahnten ebenfalls die Einhaltung des Reichskonkordats an, wenn sie rhetorisch anfragten: "Ist denn das Konkordat zwischen der deutschen Regierung und dem hl. Stuhle in Rom nur ein Stück Papier?"
[922] KUROPKA, Kreuz, S. 442-445; ders., Wahrheit, S. 71f.

Nationalsozialismus.[923] Daß der Bruch zwischen dem südoldenburgischen Katholizismus und dem NS-Regime trotz tiefgreifender moralisch-religiöser Überwerfungen und politischer Enttäuschungen ausblieb, hat seine geistig-seelische Ursache im konservativ-nationalen Habitus des katholischen Milieus, der Deutschtum und Christentum gleichermaßen in sich vereinigte. Der Sevelter Kaplan Franz August Uptmoor faßte diesen Gedanken in seiner Predigt auf dem Kriegergedächtnistag im Wallfahrtsort Bethen am 18. November 1936 - eine Woche vor der entscheidenden Massenkundgebung in der Cloppenburger Münsterlandhalle - vor über 4 000 Teilnehmern idealtypisch zusammen und warnte den Nationalsozialismus vor den politischen Folgen, die eine Aufkündigung dieses Jahrhunderte überspannenden historischen Bündnisses nicht nur für den Bestand des NS-Regimes, sondern auch für das Überleben des christlichen Abendlandes nach sich ziehen könnte.[924] Dessen Schicksal sah er in der Hand Adolf Hitlers immer noch besser aufgehoben als bei den 'Bolschewisten'. Wie der Kriegergedächtnistag in Bethen zeigt, wurden die Kirchen und die kirchlichen Veranstaltungen, die von Staats wegen nicht verboten oder zensiert werden konnten, in Südoldenburg nach 1933 zu ersatzpolitischen Schauplätzen umfunktioniert und zum öffentlichen Resonanzboden für den glaubensbegründeten Kampf gegen das NS-Regime.

In Uptmoors Bethener Predigt, die rhetorisch glänzend angelegt ist, nahm die weltanschauliche Konfrontation wieder jene tragische Gestalt an, die den politischen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik erschüttert und ihn schließlich in dem Glauben mit Hitler versöhnt hatte, in der Regierung der "Nationalen Revolution" ein neues Patronat über die katholische Kirche gefunden zu haben. Uptmoor stand tief in der Tradition des deutschen Konservatismus und der katholischen Abwehrhaltung des 19. Jahrhunderts. Er sprach in Bethen im Gestus und mit dem Pathos eines militärischen Befehlshabers, eines Imperators, der seine Legionen zum Kampf für das Reich Christi gegen seine Feinde aufruft:

> "Meine lieben Kameraden! Wir wissen, daß undeutsche und unchristliche Elemente offen und noch mehr hinterlistig und versteckt an der Arbeit sind, unser Volk zu verführen zur Untreue gegen seine große christliche Geschichte, zur Untreue gegen seine großen christlichen Männer, kurz gesagt zur Untreue gegen Christus und das Christentum und das Zeichen des Christentums: das Kreuz.
> [...] Meine lieben Kameraden! Die Treue ist das Mark der Ehre! [...] Fern von dem Weltverkehr, abgeschnitten durch Moor und Heide hat sich hier im Münsterlande und

[923] RICKERS, Macht, S. 156f.
[924] BAUMANN, Uptmoor, S. 314-319.

> den angrenzenden Gebieten das Sachsenblut am reinsten erhalten. Deshalb ist hier die Treue zu Christus, zum Christentume und zur Kirche so unerschütterlich fest, daß Außenstehenden einfach das Verständnis dafür fehlt.
> [...] Jedenfalls wenn es überall so aussähe in unserem deutschen Vaterland wie hier im schwarzen Münsterland, dann wäre es um die Macht und Größe, Sittlichkeit und Lebenskraft unseres Volkes besser bestellt. [...] Bei uns haben die Marxisten, Sozialisten und Kommunisten sich nie breit machen können.
> [...] Meine lieben Kameraden! Die Treue ist das Mark der Ehre! Treu sind wir Christus und dem Christentum und dem Zeichen des Christentums, dem Kreuze, weil wir Frontsoldaten sind.
> [...] Und wenn heute ein neues Heidentum und Gottlosentum unser Volk innerlich vergiften und zerfressen und damit dem Bolschewismus und dem Untergang entgegentreten will, und wenn man uns heute das Heiligste und Kostbarste, was wir haben, das Kreuz, aus der Hand reißen will, dann werden wir Frontsoldaten wie ehedem in diesem Kampf um das Kreuz in der vordersten Feuerlinie stehen."[925]

Den moralischen Elan immer noch in brennender Erinnerung aus dem Weltkriegserlebnis schöpfend, stand Uptmoor in seiner Wendung gegen den Marxismus und in seiner Klage über die sittliche Dekadenz seiner Zeit ganz in der Tradition der konservativen Gegenrevolution, die der sozialrevolutionären Dynamik der "Nationalen Revolution" erlegen war. Er wandte sich mit ungebrochenem kulturrevolutionärem Eifer und Mut gegen eine neue Welle von "Heidentum" und "Gottlosentum", die diesmal vom Nationalsozialismus als einer Ausgeburt des weltanschaulichen Materialismus herangeschwemmt werde. Uptmoors Verdikt gegen "undeutsche und unchristliche Elemente" richtete sich keineswegs gegen den herrschenden NS-Staat, wie man vermuten könnte, sondern wie im Weltanschauungskampf am Ende der Weimarer Republik gegen einen 'kranken' demokratischen Staat und eine 'kranke' moderne Gesellschaft. Die freie Gesellschaft hatte in der Vergangenheit in dem schlechten Ruf gestanden, christliche Ehe, Familie, Kirche und Staat den westlichen Mißverständnissen von Freiheit und Gleichheit zu opfern und vom herrschenden Materialismus ausgezehrt zu werden. Vor diesem ideologischen Hintergrund konnte das Oldenburger Münsterland, in dem Uptmoor "das Sachsenblut am reinsten erhalten" wähnte, zur unberührten Heimat des wahren Christentums und zum letzten Bollwerk gegen Marxismus und Neuheidentum aufsteigen. Um die politische und gesellschaftliche Bändigung der größten Gefahren für den Bestand der christlichen Kultur hatte sich der Nationalsozialismus in den Augen Uptmoors unvergleichliche Verdienste erworben. Der Kampf, der einst dem Kommunismus gegolten hatte, galt dem Nationalsozialismus nur insofern, als er christliche und deutsche Werte ver

[925] KUROPKA, Kreuz, S. 421; KUROPKA, Wahrheit, S. 69f.

riet. So mußte er sich nun aber gegen den Nationalsozialismus richten, weil dieser wider Erwarten das historische Vermächtnis von Deutschtum und Christentum gefährdete. Willi Baumann faßt die politische Kernaussage Uptmoors in der prägnanten Formel zusammen:

> "Der Kampf für das Kreuz in der Schule wurde somit auch ein Kampf gegen die heraufbeschworene bolschewistische Gefahr, die mit dem Nationalsozialismus gleichzusetzen Uptmoor seinen Zuhörern nahelegte."[926]

Kaplan Uptmoor konnte deshalb am 3. Januar 1937 bei seiner Vernehmung durch Regierungsrat Thyen auf dem Amt Cloppenburg über seine berühmte Bethener Rede mit Recht zu Protokoll geben:

> "Meine Predigt war nicht gegen den Nationalsozialismus, auch nicht gegen die führenden Männer des Dritten Reiches gerichtet. Insbesondere habe ich mit den undeutschen und unchristlichen Elementen nicht führende Männer der Partei gemeint, weil diese nach dem Parteiorgan auf dem Standpunkt des positiven Christentums stehen müssen."[927]

Was die politische Enthaltung des Klerus, die auf der Linie des Reichskonkordats lag, betraf, herrschte im führenden südoldenburgischen Klerus offensichtlich Einverständnis. In einem Schreiben an die Geistlichen des Offizialatsbezirks, das unmittelbar nach der Cloppenburger Massenkundgebung am 25. November 1936 abgefaßt wurde, forderte Offizial Vorwerk die Geistlichen auf, zwischen Politik und Religion strikt zu unterscheiden. Er warnte ausdrücklich vor jedem "Übergriff ins Politische" und lehnte eine "politische Reaktion" kategorisch ab:

> "Ferner betone ich, daß in Zukunft der Kampf um den Glauben mutig geführt werden muß, aber jeder Übergriff ins Politische ist sorgfältig zu meiden. Wir kämpfen nur für den Glauben. Eine politische Reaktion darf nirgends bei uns aufkommen, auch nicht bei unseren katholischen Laien. So mißverständlich es ist, ich möchte doch darauf hinweisen, damit auch jeder Verdächtigung möglichst vorgebeugt wird."[928]

---

[926] BAUMANN, Uptmoor, S. 316.
[927] Ebd., S. 317.
[928] KUROPKA, Volk, S. 42, Anm. 156: Schreiben vom 27.11.1936. Der Dammer Oberstudienrat Dr. Jürgen Kessel hat einen Brief Franz Vorwerks an die Reichskanzlei vom 23. Oktober 1939 vorgelegt, der bestätigt, daß der Bischöfliche Offizial seinen Einsatz für die katholische Schule als kirchlichen und nicht als politischen Kampf verstanden wissen wollte. In seinem Schreiben heißt es dazu: "Es lag mir nichts ferner, als staatsfeindlich zu handeln. Meine Haltung ist nie beanstandet, keine meiner Predigten hat eine Verurteilung gefunden. Ich glaube auch, dass mein Leben in Krieg und Frieden in dieser Beziehung eine Gewähr bietet. Daß ich meine Pflicht tat, beweisen das EK I

5.4. Historische Einordnung des "Kreuzkampfes"

Die historisch-politische Einordnung des sog. "Kreuzkampfes" hat die großen Traditionen und Kontinuitäten in der Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg zu berücksichtigen, die die Austragung dieses Konfliktes begleiteten und sein politisches Schicksal erheblich beeinflußten. Die sozioökonomischen Strukturen und geschichtlich wirksamen Mentalitäten zeigten 1936 in Oldenburg einen großen Gegensatz zwischen dem geschlossenen katholischen Süden, der dem Nationalsozialismus aus konfessionellen Motiven reservierter gegenüberstand, und dem evangelischen Norden, in dem der Nationalsozialismus schon früh dominierte und der als die politische Heimat des Nationalsozialismus in Oldenburg angesehen wurde. Joachim Kuropka erinnert an den historischen Gegensatz zwischen dem Norden und Süden des Landes und erklärt seine Bedeutung für den "Kreuzkampf":

> "Die Bevölkerung des Oldenburger Münsterlandes blickte auch auf eine Tradition politischen Zusammenhalts gegen 'den Norden' zurück, die sich nun wiederbelebte. [...] Im Oldenburger Münsterland agierte man in einem ungemein dichten Netz sozialer Beziehungen, hatte im Klerus eine anerkannte Führungsschicht und in den kirchlichen Zentralen in Vechta und Münster Mittelpunkte, in denen die Fäden zusammenliefen. Darüber hinaus schufen die kleinräumigen Verhältnisse des Landes Oldenburg für den Protest günstige Voraussetzungen. Man kannte einander, und 'Carlchen' Röver galt bei aller abstoßenden Brutalität doch auch als ein Mann aus dem Volke, dem gegenüber ein offenes Wort durchaus einmal gewagt werden konnte."[929]

Obwohl der Anlaß des sog. "Kreuzkampfes" ein politischer war, nämlich ein Akt der nationalsozialistischen Exekutive, und moderne Techniken politischer Massensuggestion eingesetzt wurden, erreichte die Auseinandersetzung des Jahres 1936 nicht die entscheidende politische Ebene, stellte nicht die Systemfrage, weil sie nicht nach der politischen und moralischen Legitimität der staatlichen Macht fragte, der man in der Cloppenburger Münsterlandhalle eine empfindliche Niederlage beibringen konnte. Verantwortlich dafür war eine fort

---

und II und Friedrich-August-Kreuz I und II. Auch darf ich für mich in Anspruch nehmen, daß ich in Friedenszeiten mich viel um vaterländische Dinge bemüht habe, ebenso wie ich mit der Partei zusammengearbeitet habe. Dies ist von Seiten der Partei auch öffentlich anerkannt. Mehrfach habe ich aus eigenen Reihen Kritik mir deswegen gefallen lassen müssen." Der Herkunftsort wird mit Brüel in Mecklenburg und Münster unterschiedlich angegeben. (Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 110f.)

[929] KUROPKA, Volk, S. 52.

gesetzte Konfessionalisierung der politischen Themen und eine lange Erfahrung in der Umgehung und Vermeidung originär politischer Fragen. Aus historischer Sicht wäre zweifelsohne das Verhältnis des Katholizismus zum modernen Staat und zur säkularen Gesellschaft in den Blickpunkt des analytischen Interesses zu rücken gewesen. Der deutsche Katholizismus hat diese Auseinandersetzung bis zum Jahre 1933 aber nicht offen genug geführt. So kann auch Kuropka bei den katholischen Kontrahenten "keine politische Konzeption" erkennen:

> "Natürlich hatten die münsterländischen Bauern keine politische Konzeption im Sinne einer ausformulierten Vorstellung eines politischen Systems als Alternative zum Nationalsozialismus, und ebensowenig dürften dies selbst die politisch wachen Geistlichen gehabt haben, [...] Wir wissen im übrigen, wie schwierig politische Konzeptionen in der damaligen Zeit vom bürgerlichen Lager zu entwickeln waren, das keine doktrinären politischen Ideologien mitbrachte."[930]

Der "Kreuzkampf" war ein moralisch-religiöser Konflikt mit politischen Folgen. Genau so war es auch in den "Kulturkämpfen" der Vergangenheit gewesen. "Natürlich" brachten die Katholiken Südoldenburgs kein politisches Wort und keine politische Alternative in den Kampf für das Kreuz ein, weil sie seit Generationen einer politischen Theologie anhingen, die keine politische Theorie war, und starr an der Doktrin von der verfassungspolitischen Indifferenz festhielten, die dem Katholizismus 1933 ebenso den Weg in die NS-Diktatur ebnete, wie sie ihm 1918 erlaubt hatte, den Boden der bürgerlichen Republik zu betreten. So gab es im katholischen Südoldenburg keine demokratische Reminiszenz, die verlorenen Zeiten nachtrauerte, als in der Weimarer Republik noch ein freies Wort zur Wahrung katholischer Interessen unbeschadet gesprochen werden konnte. Der politische Katholizismus hatte 1933 in Deutschland aufgrund seiner national-konservativen Mentalitäten und republikanischen Vorbehalte kapituliert. "Die Billigung der Verfolgung von Demokraten und Sozialisten, Antiliberalismus und Antikommunismus und die Bejahung des autoritären NS-Staates" markieren die Grenzen für den glaubensbegründeten Widerspruch aus den Reihen des Katholizismus, der "den Untergang des alten autoritären, die Verflechtung von Kirche und Staat gewährleistenden Monarchismus" als Trauma erlebt hatte und sich nicht vorbehaltlos mit der Weimarer Republik arrangieren konnte.[931]

---

[930] Ebd., S. 44.
[931] HESEDING, Kreuz, S. 91, 83.

Die zentrale Frage, ob sich der glaubensbegründete Widerspruch in Südoldenburg lediglich gegen die nationalsozialistische Kirchen- und Schulpolitik und damit gegen eine bestimmte Regierungspraxis einer NS-Regierung richtete oder gegen das NS-Regime überhaupt, bleibt in der herrschenden Regionalgeschichte Südoldenburgs an der Peripherie, weil sie negativ beschieden werden muß. "Die Stilisierung des Kreuzkampfes zu einem politischen Grundsatzkonflikt", wie sie in der großen Tradition des Kreuzkampfgedenkens bis heute geübt wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in erster Linie um "die Bestandssicherung des 'katholischen Milieus' gegenüber der Herausforderung durch den totalitären ideologischen Anspruch des Nationalsozialismus bei gleichzeitig weitgehender Zustimmung zu den konkreten politischen Maßnahmen des Regimes" ging. "Die Einschätzung des Kreuzkampfes als gezielter Abwehrreaktion der katholischen Kirche mit von vorne herein begrenzter Zielrichtung und Reichweite" findet durch die historisch-politische Einordnung der Ereignisse vom November 1936 in die Geschichte des südoldenburgischen Katholizismus ihre Bestätigung.[932] Die "systematische Erinnerungsarbeit", die immer noch von "einem unübersehbaren Hang zur legendenhaften Ausschmükkung der Vorgänge und zur heroisierenden Überzeichnung des Verhaltens der beteiligten Kleriker und Gläubigen" geprägt ist, hat aber dazu beigetragen, daß der "Kreuzkampf" in Südoldenburg so intensiv wie kein anderes regionalgeschichtliches Ereignis aufgearbeitet ist. Die historische Stilisierung des "Kreuzkampfes" fügt sich "weitgehend in das verschiedentlich bis zur Entrükkung verklärte Bild des damaligen Münsteraner Bischofs v. Galen ein", der bei vielen Zeitgenossen in Deutschland und auch im Ausland als "Löwe von Münster" legendären Ruf genoß.[933] Der britische Historiker Jeremy Noakes bringt die regionale Bedeutung, das milieuspezifische Verhaftetsein und die politischen Grenzen des sog. "Kreuzkampfes" in Südoldenburg präzise zum Ausdruck, wenn er ihn großzügig in die Geschichte des modernen Katholizismus in Deutschland einordnet:

> "Nichtsdestoweniger wäre es ein Fehler, dieser verallgemeinerten Feindschaft eine zu große Bedeutung zu geben. Obwohl es natürlich letztendlich keinen Kompromiß zwischen der nationalsozialistischen Ideologie und christlichen Glaubensvorstellungen geben konnte, konnten die beiden [Systeme] in diesem Stadium ohne zu große Brüche Seite an Seite koexistieren. Im ganzen gesehen waren die kirchlichen Autoritäten selbst darauf bedacht, die Bereiche der Übereinstimmung hervorzuheben und die der Trennung als geringfügig darzustellen. Zum Teil war dies ein Ergebnis der Eigenart der katholischen Subkultur in Deutschland. Ihr Wertesystem gab wie das der ganzen Na

[932] SOMMER, Kreuz, S. 342.
[933] SOMMER, Widerstand, S. 257f.

> tion dem Vorrang, was als 'Sekundärtugenden' beschrieben worden ist, wie zum Beispiel Loyalität, Pünktlichkeit, Sauberkeit, Gewissenhaftigkeit in der Ausübung von Pflicht und schwerer Arbeit. Diese Tugenden sind in dem Sinne leer, daß es ihnen an moralischem Inhalt mangelt; sie können zu jedem Zweck eingesetzt werden. [...] Für die meisten deutschen Katholiken war ihre Religion in einem System von Sekundärtugenden zusammengefaßt, indem sie als eine Reihe von äußerst eigenartigen Pflichten und Ritualen festgelegt wurde. Dabei handelte es sich um Bekräftigungen der Zugehörigkeit zu einer besonderen Gemeinschaft, die aber keine weitergehende gesellschaftliche Bedeutung hatten.
> Diese begrenzte Ansicht war zum Teil eine Folge der Außenseiterstellung der Katholiken in Deutschland seit dem Kulturkampf. Aber sie wurde verstärkt durch die Tatsache, daß es in allen religiösen und moralischen Fragen für Katholiken eher üblich war, der Führung der Kirche und ihrer Hierarchie zu folgen als eine Verpflichtung zu fühlen, dem eigenen Gewissen zu gehorchen. [...] Schließlich besaßen die Katholiken keine politische Alternative, die ihnen eine Grundlage geben konnte, von der aus sie sich mit dem Regime in politischer Hinsicht auseinandersetzen konnten. Was sie an politischen Vorstellungen besaßen - eine Mischung aus korporativen, nationalistischen, antiliberalen und anti-marxistischen Werten und Einstellungen - grenzte so nahe an Gesichtspunkten des Nazismus, daß eine scharfe Differenzierung, geschweige denn eine fundamentale Kritik schwierig, wenn nicht gar unmöglich wurde. Ferner hatte das politische Leben des Katholizismus vor 1933 dazu geneigt, die Form von relativ geschlossenen 'Pressure group'-Aktivitäten zur Wahrung katholischer Interessen anzunehmen. Von wenigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, wurde als Folge davon die katholische Opposition gegenüber dem Nazismus durch eine Verletzung ihrer Interessen oder religiösen Glaubensvorstellungen hervorgerufen und blieb darauf beschränkt; sie wurde kein genereller Angriff auf das Regime als Ganzes."[934]

An diese historisch-politische Einordnung des "Kreuzkampfes" kann man sich auch heute noch halten. Die Opposition in Südoldenburg nährte sich aus religiös-kirchlichen Motiven und wandte sich nicht gegen das totalitäre Regime überhaupt, sondern gegen einzelne kultur- und schulpolitische Maßnahmen einer Regierung, deren Legitimität niemals ernsthaft bestritten wurde. Deshalb ist die Widerspruchshaltung in Südoldenburg nicht als Widerstand zu bezeichnen, sondern als glaubensbegründete Opposition. Sie verließ in der Regel nicht den Boden politischer Legalität und nationaler Loyalität. Sie drohte zwar damit, dem Regime die Unterstützung zu entziehen, um dem eigenen Kampf eine größere Wirkung zu verleihen, aber ihre Drohung bewahrheitete sich bis zum Untergang des Regimes meistens nicht.

Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Südoldenburg hat gezeigt, daß die Fundamente des katholischen Milieus, seine politisch-religiösen Mentalitäten und historisch bezeugten Grundhaltungen, nicht erschüttert werden konnten.

---

[934] NOAKES, Cruzifix Struggle, S. 228f. (übersetzt von Max Thesing).

Dazu waren historische Prozesse notwendig, die langfristig auf eine weitere Modernisierung, Säkularisierung und Pluralisierung der Region drängten. Sie kamen erst nach dem Untergang des "Dritten Reiches" zur Geltung und leiteten eine tiefgreifende Erosion des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg ein. Die Bedingungen für den politischen Umgang mit dem Nationalsozialismus wurden bereits 1933 grundgelegt, als sich der deutsche Episkopat mit der neuen Regierung und dem neuen Staat arrangierte. Die lange Geschichte des "Kulturkampfes", die konstitutiv für das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg ist, erreichte am 25. November 1936 ihren Zenit und überschritt ihn zugleich. Damit leitete sie ihr eigenes Ende ein. Monika Reinhardt-Duen weist in diesem Zusammenhang nachdrücklich darauf hin, daß aus dem Studium des "Kreuzkampfes" keine "fertigen Rezepte für die Gestaltung der Zukunft" abgeleitet werden dürfen, weil "jener gesellschaftliche Struktur- und Kommunikationszusammenhang", der die südoldenburgische Bevölkerung 1936 zum Aufbegehren befähigt habe, nicht mehr existiere.[935] Mit dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, das 1945 unausweichlich geworden war, stellten sich die politischen Herausforderungen in einem anderen Licht dar.

5.5. Katholische Sinndeutung von Geschichte

Die dramatischen späten Nachmittagsstunden des 25. November 1936 in der Cloppenburger Münsterlandhalle, in der nahezu 7 000 Menschen vom anwesenden Gauleiter Carl Röver die Zurücknahme des "Kreuzerlasses" forderten, konzentrieren wie in einem Prisma die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg seit dem Jahre 1803. In keiner historischen Stunde zuvor - das vermag nur die Konfrontation mit einer politischen Gewaltherrschaft hervorzubringen - hat der katholische Glauben Südoldenburgs seine soziale und kulturpolitische Funktionsfähigkeit so eindrucksvoll unter Beweis gestellt wie in dem tumultartigen politischen Rückzug der oldenburgischen NS-Regierung und so eindrucksvoll bestätigt, wie tragfähig das moralische System religiöser Überzeugungen für das Überleben des katholischen Milieus in Südoldenburg noch war. Die bekenntnishafte politische Deklamation und ein emphatisch-tragisches WIR-Gefühl, das die politische Auseinandersetzung beherrschte und beflügelte, bestätigten den südoldenburgischen Katholizismus aber auch in der Rolle des Opfers, in der er sich in seiner langen Geschichte eingerichtet hatte. Es ist so, weil es immer so war und immer so sein wird. Die beklemmenden

[935] REINHARDT-DUEN, Überlegungen, S. 295f.

menschlichen Umstände im "Dritten Reich" legten den moralischen Schluß nahe, daß die dem Katholiken von der Geschichte nach dem Untergang des christlichen Mittelalters vorherbestimmte Rolle die des Opfers und sein Weg durch die moderne Zeit ein Kreuzweg sei, mit dem nur die Aussicht auf die ewige Belohnung versöhnen konnte. Sonst hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Es war ein letzter Erfolg für die "res catholica".

Mit der Rolle des Opfers lieferte das "Dritte Reich" dem südoldenburgischen Katholizismus den Schlüssel zu seinem historischen Selbstverständnis, das zum psychologischen Ferment seiner politischen Mentalität und historischen Traditionsbildung wurde. Die Geschichte wird das Opfer immer enttäuschen und ihm niemals gerecht werden, weil es seinen absoluten moralischen Anspruch nicht erfüllt. Es fühlt sich schon deshalb im Recht, weil es Opfer ist, und entläßt sich in dieser Rolle aus der Verantwortung für die eigene Geschichte. Dem Opfer eignet ein tragischer Rigorismus des Wortes und der Tat an, der sein Recht aus der Lage des eigentlich wehrlosen, aber fest zum Selbstbehauptungskampf entschlossenen Streiters zieht. Ausschlaggebend dafür ist häufig die Position der konfessionellen Minderheit, die der südoldenburgische wie der deutsche Katholizismus zwischen den beiden Weltkriegen einnahm. Die Rolle des Opfers dient der Wahrung der eigenen Position und ihrer Verteidigung gegen eine feindliche Umwelt, die im Gegensatz zum moralischen Recht des Opfers stets ins Unrecht gesetzt wird. Die große Kulturkampferfahrung Südoldenburgs liefert dafür anschauliche historische Beispiele und findet im "Kreuzkampf" einen letzten schlüssigen Beweis.

Voraussetzung für den historischen Opfer-Glauben ist die schweigend vereinbarte Akzeptanz eines kollektiven moralischen Tabus, das sich schon allein durch die Existenz einer von ihm unabhängigen Welt verletzt fühlen kann. Seine Aufgabe bestand in der Region Südoldenburg vor allem darin, die kritische Erkundung nach den sozialen und politischen Trägern der katholischen Teilkultur und damit nach dem Subjekt der eigenen Geschichte abzuwehren. Die Geschichte des politischen Katholizismus in Südoldenburg ist in dieser Hinsicht auch die Geschichte eines moralischen Tabus, das unter Berufung auf den naturrechtlich-religiösen Ursprung katholischer Lehre die rationale An- und Nachfrage autoritativ zurückwies und den Zweifel an ihrer historisch-diesseitigen Legitimation ins Unrecht zu setzen versuchte. Die katholische Sinndeutung von Geschichte war bestrebt, den Opfer-Glauben als geistige Fiktion menschlicher Unzulänglichkeit und Unfreiheit aufrechtzuerhalten und die

Frage nach der historischen Verantwortung des Menschen als Subjekt von Geschichte als häretische Zumutung abzuwehren.

Solange das katholische Milieu sich als kollektives Opfer moderner Geschichte und säkularer Politik verstand, war es zum Verstehen der fremden benachbarten Welt und zur Solidarität mit ihrer Not - auch mit ihrer politischen Not - kaum imstande. Die Gettoisierung der katholischen Milieus war die natürliche Folge eines fixierten Denkens, das seine eigenen Sorgen und Nöte in einer Weise umkreiste, daß darin für das Sein der anderen nicht viel Platz war. In dieser moralischen Beschränkung zeigte sich im katholischen Bewußtsein eine geistige Unfreiheit, denn nur ein Mensch, der sich als freies Subjekt denkt und erfährt, ist auch zur wirklichen Solidarität mit dem anderen, der immer auch ein anderer ist, in der Lage. In der Überwindung dieser Abwehrhaltung liegt die Voraussetzung für geistige Freiheit und christliche Solidarität, die die Lebenswirklichkeit des anderen nicht länger als Unwirklichkeit begreift und das Lebensrecht des anderen als zu seiner Existenz gehörend anerkennnt. Das kann aber nur auf dem Boden einer freien pluralistischen Gesellschaft geschehen, die soziale und kulturelle Vielfalt in der Verschiedenheit und Andersartigkeit versteht und aus Überzeugung bejaht. Das katholische Milieu in Südoldenburg war um seiner Selbsterhaltung willen bereit, den Preis der politischen Freiheit zu zahlen, um historisch zu überleben. In der Reflexion sind ihm diese Prozesse nicht immer gegenwärtig gewesen, weil es dazu eines aufgeklärten demokratischen Geschichtsbewußtseins bedurft hätte. Mit den Kategorien der überkommenen politischen Theologie waren diese historischen Abläufe nicht zu erfassen.

Die katholische Kirche hat - wie andere gesellschaftliche Gruppierungen, mit denen sie als Kirche nicht verglichen werden wollte - in historischer Selbstverantwortung auf die politische Herausforderung der revolutionären Moderne reagiert. Daß sich dies vor allem in Formen politischer, sozialer und kultureller Selbstvergewisserung vollzog, oblag ihrer ursächlichen Entscheidung und Willensbildung. Die historische Verantwortung dafür darf nicht an Umstände und Verhältnisse delegiert werden, die in der Republik völlig anders waren als in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Die eingleisige Reaktion auf politische wie gesellschaftliche Umwälzungen schränkte die geistige Bewegungs- und politische Entscheidungsfreiheit des deutschen Katholizismus am Ende der Weimarer Republik in einem Maße ein, daß er nur noch im Rahmen einer autoritären Staats- und Gesellschaftsordnung überleben zu können und mit der pluralen liberal-demokratischen Grundordnung von Weimar brechen zu müssen glaubte. Die historische Interpretation des Opfer-Glaubens

hat den augenscheinlichen Vorteil, die eigene Politik als unausweichliche Reaktion auf den oktroyierten politischen Willen einer Mehrheit oder einer herrschenden Klasse auszulegen und mit dem Status politischer Unfreiheit zu erklären, aus der heraus eine selbstbestimmte und selbstverantwortete Politik nicht betrieben werden kann. Das heißt aber, sich endgültig der Freiheit zu begeben und sie aus eigener Kraft nicht wiederherstellen zu wollen. Der Opfer-Glauben erweist sich somit als Flucht- und Abwehrhaltung, weil er für die eigene Geschichte die Rolle des Objekts, aber nicht die des Subjekts von Politik reklamiert und sich damit der historischen Rechenschaftspflicht entzieht. Der Südoldenburger verstand sich in erster Linie nicht als freier Bürger, der darum weiß, daß er Subjekt von Geschichte ist, sondern als Kind Gottes, treuer Katholik und gläubiger Sohn der Kirche. Daraus bezog er seine enorme Kraft im Kampf für die Erhaltung der katholischen Schule und der heiligsten christlichen Kulturgüter, die ihren Ursprung und damit ihr historisches Recht nicht nur in dieser Welt hatten. Dabei handelte es sich um ein Mysterium des Glaubens, das auch politisch bezeugt werden mußte, wenn der Graben zwischen Religion und Politik, Kirche und Staat, Gott und Mensch nicht noch vertieft werden sollte.

Am Beispiel Südoldenburgs läßt sich exemplarisch veranschaulichen, wie im institutionalisierten Katholizismus unter der Folie einer katholischen Pastoral, die Politik als christliche Seelsorge verstand, die Frage nach dem politischen Subjekt von Geschichte verschüttet wurde. Das war eine wesentliche Voraussetzung für die historische Kontinuität des katholischen Milieus in Südoldenburg und erklärt den Beitrag, den eine affirmative Geschichtsschreibung zur Erhaltung seiner historischen Traditionen und konservativen politischen Mentalitäten leistete. Die moralisch-religiöse Rezeption von Geschichte gehört zur historischen Konstitution des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg. Ihre Aufgabe bestand lange darin, die traditionellen Strukturen des katholischen Milieus zu bekräftigen und sie vor der kritischen Analyse zu bewahren. Das "Kreuzkampfgedenken" der Nachkriegszeit hat viel dazu beigetragen, die Opfer-Fiktion im historischen Selbstverständnis der Region zu konservieren und die Emanzipation eines aufgeklärten historisch-politischen Bewußtseins aufzuhalten und zu erschweren. Daraus ergab sich sein affirmativer Charakter. Das fortgesetzte Eintreten für die Bekenntnisschule als "unmittelbare politische Nutzanwendung des historischen Kreuzkampfes" erwies sich in der frühen Nachkriegszeit als Anachronismus, da sich die religiöse Erziehung und Bildung angesichts des sozialen und kulturellen Modernisierungsprozesses in der Bun

desrepublik mit ganz anders gearteten Herausforderungen konfrontiert sah.[936] Die moralisch-religiöse Rezeption der politischen Zeitgeschichte reproduzierte eine spezifisch katholische Sinndeutung von Geschichte und befragte ihre metaphysische Legitimation nicht auf ihre durch sie vermittelten politischen und gesellschaftlichen Interessen und Absichten. So wurde das erkenntnisleitende Interesse nicht hinreichend transparent. Eine historische Fragehaltung, die sich der demokratischen Gegenwart verpflichtet weiß, hat sich nach Zwecken und Interessen von religiösem Bewußtsein in einem konfessionellen Milieu zu erkundigen und herauszufinden, inwiefern Glauben, Sitte und Moral institutionalisiert und benutzt wurden, um bestehende Sozialverfassungen und Politikbegriffe zu legitimieren. Das ist von großer historischer Bedeutung für die Gegenwart.

Zu befragen ist nicht der geoffenbarte Wahrheitsgehalt der katholischen Lehre selbst, denn Geschichtswissenschaft ist nicht Theologie, sondern die Art und Weise, wie Menschen sie historisch ausgeformt, welche politischen wie sozialen Leistungen sie von ihr in ihrem jeweiligen historischen Kontext erwartet haben und wie sie diese erfüllt hat. Daß der römische Katholizismus in Deutschland gerade im historischen Spannungsfeld der Weimarer Republik zu einem moralisch-religiösen Fundamentalismus mit radikalen Neigungen gerierte, ist aus seinem chronischen Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer ständig fortschreitenden Atomisierung des gesellschaftlichen Lebens und aus seinem kollektiven Bewußtsein der Verlorenheit in einer modernen Gesellschaft zu verstehen, die sich von den christlichen Volkskirchen, ihren Institutionen, moralischen Normen und kollektiven Sinndeutungen immer offener distanzierte. Um der politischen und sozialen Konsolidierung des katholischen Milieus willen - und da steht Südoldenburg nur als ein historisches Beispiel - mußte die absolute Autorität der katholischen Kirche und ihrer Lehre kulturpolitisch unentwegt behauptet werden. Das war eine enorme Anstrengung, die sich 1933 zunächst erlöst wähnte. Nur der Glauben bot letztlich eine Gewähr dafür, daß das Milieu sich gesellschaftlich wie politisch wirksam verhalten und handeln konnte.

Im politischen Schutz und in der moralischen Verteidigung des katholischen Binnenmilieus, die mit dem "Kreuzkampf" des Jahres 1936 den Höhepunkt in ihrer langen Geschichte erfuhr, werden in Südoldenburg Größe und Grenzen

---

[936] REINHARDT-DUEN, Überlegungen, S. 295. Zur Geschichte des Gedenkens an den "Kreuzkampf" vgl. HACHMÖLLER, Kreuzkampf, S. 388-396.

partieller Oppositionshaltungen gegen das nationalsozialistische Regime deutlich. Die Ursachen sowohl für die Größe als auch für die Grenzen dieses Kampfes sind zu großen Teilen in der Geschichte des katholischen Sozialmilieus in Südoldenburg selbst zu suchen und aus ihr zu erklären. Den sozialen Wandel von der noch relativ geschlossenen Agrargesellschaft zu einer pluralistischen Alltagskultur, die in der Nachkriegszeit nach 1945 in die Schulen und Elternhäuser Südoldenburgs sukzessive ihren Einzug hielt, begleitete die katholische Kirche mit einer vorsichtigen Öffnung ihres patriarchalischen Systems. Diese kam zum Ausdruck in einer religiösen Humanisierung des vormals autoritären Gott-Vater-Ideals, einer kontrollierten Liberalisierung der katholischen Moralität und einer recht begrenzten Demokratisierung der katholischen Basis durch die Einrichtung von Pfarrgemeinderäten. Damit reagierte sie auf einen Strukturwandel der Öffentlichkeit, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg auch in ländlichen Milieus durchsetzte. Die inzwischen eingeübte religiöse Toleranz und ein vorbehaltlicher theologischer Pluralismus wurden innerhalb der katholischen Kirche aber weiterhin reglementiert und blieben den verbindlichen Aussagen der katholischen Orthodoxie und dem römischen Primat unterworfen.

Von einer kirchlich-religiösen Reformbewegung war man bis zum Zusammenbruch des "Dritten Reiches" im katholischen Milieu Südoldenburgs auch deshalb weit entfernt, weil ein liberaler Katholizismus nicht zur Verfügung stand. Er hätte nicht die nötigen Voraussetzungen für die Befriedigung der interpretatorischen und funktionalen religiösen Bedürfnisse in einem katholischen Sozialmilieu wie Südoldenburg geboten. Das Zweite Vatikanische Konzil, das 1962 von Papst Johannes XXIII. eröffnet wurde, stand im Zeichen des ökumenischen Aufbruchs und vor allem des "Aggiornamento", der Anpassung an die moderne Welt, die der katholischen Kirche einen Weg in die politische und soziale Gegenwart weisen und eine Chance zur Überwindung der christlichen Glaubensspaltung sowie der ideologischen Gegensätze zwischen Ost und West aufzeigen sollte. Nach Auffassung von Heinz Robert Schlette wandte sich das Konzil mit der Pastoralkonstitution "Gaudium et spes" vom 7. Dezember 1965 und der Zustimmung zu den Menschenrechten von einer "fatalen Tradition" ab und besann sich prinzipiell auf seine Möglichkeiten, als Kirche "zur Förderung eines allgemeinen, niemanden ausschließenden Humanismus" beizutragen.[937] Die hohen Erwartungen, die die katholische Welt an das Konzil knüpfte, erfüllten sich nicht. Johannes XXIII., der beliebte Reformpapst, starb am 3. Juni

[937] Staatslexikon 3, Sp. 12 (von Heinz Robert Schlette); vgl. dazu GROßE KRACHT, Kirche, S. 228ff.

1963.[938] Das bürgerliche Bewußtsein für Glaubens- und Religionsfreiheit stand immer noch in dem Ruf eines widernatürlichen Egalitarismus, der der katholischen Orthodoxie verdächtig blieb. Von ihm ging auch in Südoldenburg die Gefahr aus, die traditionelle geschlossene Lebenswelt aufzulösen und den Bestand des katholischen Milieus zu gefährden. Das lag nicht im Interesse der geistlichen und politischen Eliten dieser Region, die historische Kontinuität dauerhaft repräsentiert sehen wollten. Zu diesem Zwecke durften historische Brüche und moderne Verschüttungen in der eigenen Geschichte nicht aufgezeigt werden, um die kritische Lage des katholischen Milieus in der labilen Gegenwart der ausgehenden 1950er Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu desavouieren. Aufgrund seiner umfassenden kommunikativen wie sozialintegrativen Leistung war der römische Katholizismus in der Geschichte des politischen Milieus in Südoldenburg durch kein anderes moralisches Konzept zu ersetzen und wegen seiner lebensbildlichen Funktion, das gesellschaftliche Handeln zu determinieren und zu legitimieren, nicht austauschbar. Dabei war die katholische Lehrmeinung stets der Gefahr ausgesetzt, zur Ideologie zu degenerieren. Für Niklas Luhmann ist nicht nur die Funktion, sondern gerade auch die Ersetzbarkeit ein entscheidendes Merkmal von Ideologien:

> "Nicht in der kausalen Bewirktheit liegt das Wesen der Ideologie, auch nicht in ihrer instrumentalen Verwendbarkeit, bei der es nicht um Wahrheit, sondern um Wirkungen geht, und schließlich auch nicht darin, daß sie die eigentlichen Motive verbirgt. Ein Denken ist vielmehr ideologisch, wenn es in seiner Funktion, das Handeln zu orientieren und zu rechtfertigen, ersetzbar ist."[939]

Von seiner geistigen Struktur her war der katholische Glauben "in seiner Funktion, das Handeln zu orientieren und zu rechtfertigen", im katholischen Milieu Südoldenburgs nicht zu ersetzen. Diese Einsicht, daß der katholische Glauben in der Geschichte Südoldenburgs durch kein anderes geistiges oder moralisches System abgelöst werden konnte, wird durch die zunehmende Desorientierung unterstrichen, die die vormals geschlossene Agrargesellschaft aufgrund eines enormen Modernisierungsschubs nach dem Zweiten Weltkrieg erfaßte.

Die umfassende theologische Sinndeutung von Geschichte war konstitutiv für das katholische Milieu in Südoldenburg, weil sie sein nachhaltiges Legitimationsbedürfnis erfüllte und die kritischen historischen Schulen, die im liberalen und sozialistischen Kontext zu Hause waren, an den Grenzen des Raumes, der

---

[938] FRANZEN, Papstgeschichte, S. 408-419.
[939] BRUNNER, Grundbegriffe 3, S. 168.

Heimat hieß, aufhielt. Dadurch wurde seine geistige und soziale Gettoisierung aufrechterhalten. Die Tabuisierung der historischen Brüche und politischen Desaster führte zu einem imaginären Verhältnis zur eigenen Geschichte. Die Wahrheit war im katholischen Milieu Südoldenburgs weder historisch noch plural, sie war geoffenbart und absolut. Auf der Suche nach der verlorenen historischen Identität wurde die Geschichte im Interregnum zwischen dem christlichen Mittelalter und der modernen Neuzeit noch einmal in die Ewigkeit verlängert und zur Befriedigung politischer Legitimationsbedürfnisse herangezogen. Nach dem Muster der klassischen Tragödie erfuhr die politische Geschichte des Scheiterns und Versagens - und die ist für die Lehren aus der Geschichte für unsere Gegenwart von existentieller Bedeutung - eine moderne Katharsis. Sie wurde umgedeutet in einen moralischen Triumph der 'alten' Werte über die modernen Phrasen und ging als historisches Bild in das Geschichts- und Selbstverständnis der Region ein. In seiner strukturanalytischen Auseinandersetzung mit Weltanschauungsfaktoren trifft Alfred Seidel eine Unterscheidung, die in unserem Zusammenhang von Bedeutung ist:

> "Von außen gelesen erscheint die Beziehung eines Menschen zu dem von ihm anerkannten Werte so, als habe er ihn unabhängig von jeglicher Bedingtheit erkannt und handle danach, während von innen, unter dem Gesichtspunkt der Ideologie gesehen, das Verhältnis gerade umgekehrt liegt: er erkennt etwas als absoluten Wert nur darum, weil es der Ausdruck oder Kontrast seines Wesens ist."[940]

Gruppenspezifische Weltanschauungssysteme dienen nach Alfred Seidel unbewußten Zielsetzungen, die den sozialen Konsens aufrechterhalten sollen: Stärkung im Daseinskampfe, Selbstbejahung und Ausgleich der inneren Disharmonie durch "Rechtfertigung des eigenen Soseins vor anderen". Sie stellen soziale Hilfskonstruktionen dar, um die Lebensfähigkeit des einzelnen im Kollektiv zu sichern. Diese Erfahrung wird durch das historische Beispiel Südoldenburgs nachdrücklich bestätigt. Nur unter intakten sozialpsychologischen Voraussetzungen hat das katholische Milieu in Südoldenburg die Zeit der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland überlebt. Nur so konnte es sich nach dem Zweiten Weltkrieg regenerieren, bevor es sich unter völlig veränderten ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in der ausgehenden Adenauer-Ära aufzulösen begann. In diesem Prozeß spielte die katholische Kirche eine wesentliche Rolle, weil sie äußerst stabilisierend auf das konfessionelle Sozialmilieu einwirkte. Zu den emanzipatorischen Zielen moderner Geschichtsschreibung hat sie in Südoldenburg aus der Sorge um die

[940] Ebd., S. 164f.

"res catholica" keine konstruktive Beziehung gefunden. Für die Regionalgeschichte Südoldenburgs müssen die Kategorien aufgeklärter Geschichtsschreibung wieder erinnert werden, um den Stand des historischen Bewußtseins neu zu bestimmen. Dazu bedarf es einer geistigen Haltung, die sich von den moralischen Komplexen einer affirmativen katholischen Deutungskultur befreit und die engen konfessionellen Grenzen katholischer Sinndeutung von Geschichte überschreitet. Sie hat auszugehen von der weltlichen Immanenz historischen Geschehens, das vom Menschen als dem zuständigen Subjekt von Geschichte getragen wird und von ihm auch vor der Geschichte verantwortet wird. Der Sinn von Geschichte ist Geschichte.

Zur Homepage der Publikation

"Außerdem - ein Leben, das [...] zu einem ausgeglichenen und erfüllten Ganzen wird, wie es in Eurer Generation noch möglich war, gehört wohl nicht mehr zu den Ansprüchen, die unsere Generation stellen darf. Darin liegt wohl der größte Verzicht, der uns Jüngeren, die wir Euer Leben noch vor Augen haben, auferlegt ist und abgenötigt wird. Das Unvollendete, Fragmentarische unseres Lebens empfinden wir darum wohl besonders stark. Aber gerade das Fragment kann ja auch wieder auf eine menschlich nicht mehr zu leistende höhere Vollendung hinweisen. [...] Wenn auch die Gewalt der äußeren Ereignisse unser Leben in Bruchstücke schlägt, wie die Bomben unsere Häuser, so soll doch möglichst noch sichtbar bleiben, wie das Ganze geplant und gedacht war, und mindestens wird immer noch zu erkennen sein, aus welchem Material hier gebaut wurde oder werden sollte."

(Dietrich Bonhoeffer aus dem Gefängnis Tegel am 20. Februar 1944 an seine Eltern)[1]

Zusammenfassung

Die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von 1803 bis 1936

1. Zur Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg von 1803 bis 1918

Wie im Himmel, so sollte es auch auf Erden sein. Die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg ist die Geschichte seines sukzessiven Auszugs aus einem christlich-mittelalterlichen ORDO, der als kulturelles, soziales und politisches Bezugs- und Deutungssystem über Jahrhunderte die Lebenssphären der europäischen Agrargesellschaften geprägt und in einer statischen Balance gehalten hatte. Als neue Sozialform christlichen Lebens etablierte sich in Südoldenburg in der Zeit vor der deutschen Reichsgründungsepoche ein katholisches Milieu, das seine geistige und moralische

[1] BONHOEFFER, Widerstand, S. 63.

Grundlage im katholischen Traditionalismus neuscholastischer Prägung und in einem religiösen Fundamentalismus hatte. Unter den veränderten historischen Bedingungen der aufsteigenden bürgerlichen Industriegesellschaft im europäischen Revolutionszeitalter wurde das religiöse Leben in einem katholischen Sozialmilieu wie Südoldenburg von einem Modernisierungsprozeß erfaßt, der strukturell im Gegensatz zum katholischen Traditionalismus stand. Die Hierarchisierung, Zentralisierung und Bürokratisierung der neuen kirchlichen Sozialformen trugen dazu bei, die kirchliche Herrschaftstechnik nach neuesten Modernisierungsstandards auf hohem Niveau zu organisieren und den Entstehungsprozeß katholischer Sozialmilieus zu forcieren. Basis des katholischen Milieus wurde eine volkskirchliche Laienbewegung, die den einzelnen Gläubigen unter der Aufsicht der kirchlichen Amtshierarchie in den sozialen Mikrokosmos einer religiösen Teilkultur integrierte und ihn zugleich disziplinierte. Der Zweck des katholischen Milieus richtete sich auf das historische Überleben der katholischen Kirche im europäischen Zeitalter der Revolution und Säkularisation und die Sicherung ihres soziokulturellen und politischen Einflusses in einer Zeit, die von einer zunehmenden Säkularisierung, Pluralisierung und Individualisierung des gesellschaftlichen Lebens gekennzeichnet war. Das katholische Sozialmilieu implizierte antimoderne, antidemokratische und illiberale Traditionen und Impulse und unternahm unter großen Anstrengungen den Versuch, durch ein unpolitisches religiöses Deutungssystem autoritativ über seine Angehörigen zu verfügen und sie nicht in den Status religiöser Mündigkeit und politischer Unabhängigkeit zu entlassen, die zum Wesen der republikanischen Staatsform und einer freien solidarischen Gesellschaft gehört. Die Entstehung katholischer Sozialmilieus im 19. Jahrhundert hat die Entwicklung aufgeklärter moderner Bewußtseinsformen, die sich auf gesellschaftliche Pluralität, Liberalität und Toleranz ausrichten, trotz des zu verzeichnenden technischen und ökonomischen Fortschritts, der sich auch in agrarisch-mittelständischen Regionen wie Südoldenburg durchsetzte, aufgehalten und die Bildung eines verantwortlichen demokratischen Gewissens erschwert und verzögert. So bildete sich im katholischen Sozialmilieu in Südoldenburg eine Gegenwart des Ungleichzeitigen, die eine Orientierung des einzelnen in seiner Zeit und ihrem aktuellen politischen Kontext in einer radikalen Weise komplizierte, so daß er sich nach Leitung außerhalb seiner selbst - im katholischen Milieu - umsah. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde deutlich, daß sich das katholische Sozialmilieu historisch überlebt hatte, und es begann der Prozeß seiner Restrukturierung, der in Südoldenburg noch nicht ganz zum Abschluß gekommen ist.

Die Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg begann in der napoleonischen Zeit im Jahre 1803, als das Niederstift Münster säkularisiert wurde und die Ämter Vechta und Cloppenburg an das Herzogtum Oldenburg gelangten. Damit fiel die katholische Kirche in Südoldenburg aus der historisch gewachsenen Identität von Staat und Kirche auf den Rang einer Religionsgesellschaft zurück, die in Zukunft um ihre Rechte kämpfen mußte. Sie traf dabei auf ein aufgeklärtes spätabsolutistisches Staatswesen, das sorgsam auf die Wahrung seiner Souveränität bedacht war und sich die katholische Kirche konsequent unterordnete. Äußeres Zeichen dieser strikten Subordination war das landesherrliche "Plazet" und "Visum", dem alle kirchlichen Verlautbarungen unterworfen wurden. Großherzog Peter Friedrich Ludwig behielt die Trennung von Staat und Kirche bei und beschränkte die Kompetenzen des Diözesanbischofs von Münster, dem die beiden Ämter weiterhin unterstanden, ausdrücklich auf die kirchliche Jurisdiktion. Die Konvention von Oliva aus dem Jahre 1830 bestätigte das landesherrliche Regiment über die katholische Kirche und sah zur Wahrung der politischen Souveränität des Monarchen die Errichtung des Bischöflichen Offizialats in Vechta vor, das die Funktion einer eigenen Oberbehörde der katholischen Kirche in Oldenburg übernehmen sollte. Durch diese Entwicklung erhielt der südoldenburgische Katholizismus, der mit einem Drittel der Landesbevölkerung eine konfessionelle Minderheit bildete, eine politische Sonderstellung, die wesentlich zur Entstehung des katholischen Milieus in Südoldenburg beitrug. Zu den Grundlagen dieser kulturellen Eigenwelt gehörten das geistliche Schulwesen, das aus der Zeit der Gegenreformation hervorgegangen war, und die Mobilisierung katholischer Laien in Form von kirchlichen Vereinen und Verbänden, die in Südoldenburg bereits für den Vormärz nachweisbar sind. In dieser Zeit wurden die ersten Sodalitäten und Kongregationen für die christlichen Naturstände, Jungfrauen und Jungmänner, errichtet. Das konfessionelle Schulwesen erstreckte sich nicht nur auf die Elementarschulen, sondern auch auf die Lehrerbildung und die örtliche Schulaufsicht, die von den katholischen Pfarrgeistlichen ausgeübt wurde. Mit der Eröffnung der Normalschule in Vechta 1830 erhielt das katholische Schulwesen in Oldenburg eine eigene Lehrerbildungsanstalt und mit der Errichtung des Katholischen Oberschulkollegiums, dessen Vorsitz der Bischöfliche Offizial führte, 1855 auch eine eigene obere Schulverwaltung.

Zur Ausbildung einer politischen Identität in der katholischen Bevölkerung trug nachhaltig die Revolution des Jahres 1848 bei, die regionalgeschichtlich für Südoldenburg bisher nicht eigens behandelt wurde. Im konstitutionellen

Zeitalter, das mit den Wahlen zum Vereinbarenden Landtag eingeleitet wurde, hatte der südoldenburgische Katholizismus zum ersten Mal die Möglichkeit, seine politischen Vorstellungen parlamentarisch zu artikulieren und eigene Positionen zu besetzen, die sich vor allem in konfessioneller Hinsicht von der Mehrheit unterschieden. Obwohl Südoldenburg eine Revolution nicht wollte und sie auch nicht mittrug, partizipierte die Region in vollem Umfang an ihren Ergebnissen. Das Staatsgrundgesetz von 1849 sah die Aufhebung von "Plazet" und "Visum" vor, leitete die entscheidenden Schritte zur Überwindung der bäuerlichen Eigenbehörigkeit ein, die besonders im Amt Vechta noch weit verbreitet war, und bestätigte die konfessionelle Gliederung des Schulwesens. Im Landtag machte die Region aber auch die Erfahrung, eine politische Minderheit zu sein. In den schulpolitischen Beratungen erlebte der südoldenburgische Katholizismus seine erste parlamentarische Niederlage, als eine Mehrheit - ganz auf der Höhe der Frankfurter Nationalversammlung - die Geistlichen von der örtlichen Schulaufsicht ausschloß. Diese Erfahrung hinterließ bei den katholischen Abgeordneten eine gewisse Skepsis gegenüber dem demokratischen Majoritätsprinzip und eine Neigung, ihre in erster Linie kirchengeleiteten Interessen durch Appellation an den Monarchen durchzusetzen. Das revidierte Staatsgrundgesetz von 1852 nahm diese umstrittene Entscheidung zurück, aber die Spannungen zwischen Staat und katholischer Kirche konnten nicht bereinigt werden. Die Konflikte um die Besetzung des Bischöflichen Offizialats und katholischer Pfarrstellen im sog. "Oldenburger Kirchenstreit" von 1854 bis 1871 nahmen Züge eines modernen Investiturstreites an, in dem Staat und Kirche erbittert um ihre Kompetenzen rangen. Erst der Ausbruch des preußischen "Kulturkampfes" setzte diesem Streit ein Ende. Entgegen den Vorstellungen einer breiten Öffentlichkeit in Südoldenburg, die über diese Vorgänge weiter nicht informiert war, wurde der Gegensatz zwischen Staat und katholischer Kirche in der konstitutionellen Ära nicht gelöst. Seit dem "tollen Jahr" 1848 beherrschte nicht nur der konfessionelle Dissens die Landespolitik, sondern auch der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, der die Lösung der nationalen Frage blockierte und dem deutschen Katholizismus im langwierigen Prozeß der Reichsgründung eine Reihe von politischen Niederlagen zufügte.

Wie das Beispiel Südoldenburg zeigt, war der "Kulturkampf" nicht die Geburtsstunde des politischen Katholizismus in Deutschland, wohl aber die traumatische Erfahrung des deutschen Katholizismus im Kaiserreich überhaupt. Das Scheitern der Bismarckschen Innenpolitik und die Entlassung des Reichskanzlers im Jahre 1890 leiteten einen Kurswechsel in der Deutschen

Zentrumspartei ein, die quasi zur staatstragenden Partei wurde, und hatten eine Hinwendung des deutschen Katholizismus zum bürgerlichen Nationalstaat zur Folge. Das konstitutionelle Zeitalter wurde von katholischer Seite trotz partieller Differenzen in schul- und kulturpolitischen Fragen als Sphäre gezähmter Demokratisierung und Modernisierung angesehen und nunmehr zur eigentlichen Heimat des politischen Katholizismus in Deutschland. Sichtbar wurde die politische Wende 1890 durch die Gründung des "Volksvereins für das katholische Deutschland", eine Idee Ludwig Windthorsts, und 1891 durch die Enzyklika "Rerum novarum" Leos XIII., die zur theologischen Brücke für die Einbürgerung des deutschen Katholizismus in den bestehenden Obrigkeitsstaat wurde. Der Volksverein hatte die doppelte Aufgabe, die katholische Minderheit im Reiche, insbesondere die katholischen Arbeiter und Gesellen, durch staatsbürgerliche Schulung in das bestehende System zu integrieren und die Geschlossenheit des katholischen Lagers durch den Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie zu wahren. In Südoldenburg hatte er damit großen Erfolg. Sozialer und ökonomischer Hintergrund für diesen politischen Kurswechsel waren die Phase der Hochindustrialisierung, die mit dem Eisenbahnbau nach der deutschen Reichsgründung mit einer gewissen Verspätung auch die traditionell rückständige Agrargesellschaft dieser Region erfaßte, und das Ende der langen Depression, die in der Vorkriegszeit in Südoldenburg von einem wirtschaftlichen Aufschwung abgelöst wurde, der zu großen ökonomischen Erwartungen Anlaß gab. Diese wurden im Ersten Weltkrieg bitter enttäuscht. Ein solchermaßen saturierter Katholizismus trug im Bündnis mit Nationalliberalen und Konservativen die imperialistische Kriegszielpolitik der deutschen Reichsleitung bis zum Jahre 1917 mit, als Matthias Erzberger das Zentrum im Interfraktionellen Ausschuß an die Seite der Fortschrittspartei und der Sozialdemokratie führte. Die Vechtaer Zentrumspresse begrüßte den Vorstoß Erzbergers und die Verabschiedung der Friedensresolution im Deutschen Reichstag und erkannte darin ein Modell für das oldenburgische Zentrum, im gewiß umstrittenen Bündnis der späteren Weimarer Koalition die politische Blockade zu lösen und wieder mehrheitsfähig zu werden. Im Wettlauf gegen die drohende Kriegsniederlage stellte sich jedoch bald heraus, daß die "Aktion Erzbergers" nur eine halbe Wende war, zu spät und zu wenig, um die Revolution noch aufzuhalten. Ein Bruch zwischen Obrigkeitsstaat und katholischer Kirche war aber selbst in den entbehrungsreichen Zeiten des Ersten Weltkrieges nicht zu beobachten. Darauf zielte die Erinnerung an die "gute alte Zeit", die in der Weimarer Republik sorgfältig gepflegt wurde.

Die Nationalisierung des katholischen Milieus in Südoldenburg im Wilhelminischen Zeitalter und die Begeisterung zu Beginn des Ersten Weltkrieges zeigen das Bild eines "saturierten" Katholizismus, der sich auf eine historische Epoche von langer Dauer einrichtete. Dazu trug auch das Wachstum der südoldenburgischen Veredelungswirtschaft bei, das durch die britische Seeblockade jäh unterbrochen wurde. Als der ökonomische Rückschlag, der in Südoldenburg die Schweinemast auf Zukauffutterbasis stärker als die Rindviehhaltung betraf, gegen Ende der 1920er Jahre wieder ausgeglichen erschien, stürzte die Weltwirtschaftskrise die südoldenburgische Landwirtschaft in neue Turbulenzen. Auf lange Sicht betrachtet, konnte erst der agrarökonomische Aufschwung in den 1950er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Produktionsrückstände der vergangenen Jahrzehnte wieder aufholen und unter völlig veränderten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eine neue solide Wachstumsphase in der südoldenburgischen Landwirtschaft einleiten. Im Gegensatz zur Weimarer Republik zeigte sich in den Jahren des Ersten Weltkrieges kein Bruch zwischen dem Staat und dem ‘Bauernstand’, der für sich sogar in Anspruch nahm, aus eigenen Kräften die Ernährungsbasis der deutschen Nation im Krieg gesichert zu haben. Daraus entwickelten sich ‘feudalisierte’ Mentalitäten, die am Ende der Weimarer Republik zur vollen Wirkung gelangten.

Der Erste Weltkrieg war nach Meinung des deutschen Episkopats ein gerechter Krieg, der über die Zukunft des christlichen Abendlandes oder seinen Untergang im materialistischen Kollektivismus entscheiden sollte. Die Entscheidung wurde durch den Kriegsausgang anscheinend noch einmal auf eine unbestimmte Zukunft vertagt. Die militärische und politische Wende in der Julikrise 1917 machte auch für viele deutsche Katholiken die Krise der alten Ordnung sichtbar, und es begann ein vorsichtiger Rückzug aus der vorbehaltlosen Loyalität gegenüber der Monarchie. Der Ausbruch der Februar- und Oktoberrevolution in Rußland im Jahre 1917 verstärkte die innenpolitischen Spannungen in Deutschland und mobilisierte die Freien Gewerkschaften. Ziel war eine Revision der deutschen Kriegszielpolitik und die Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Diese Entwicklung erhöhte die politische Bewegungsfreiheit des Zentrums, die es in die Lage versetzte, die Kriegszielpolitik des Deutschen Reiches zu überdenken und sich mit der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus dem Interfraktionellen Ausschuß des Deutschen Reichstags anzuschließen. In der parteipolitischen Konstellation der Friedensresolution zeigte sich bereits das Modell der späteren Weimarer Koalition. Die Parlamentarisierung der konstitutionellen Monarchie in Deutschland am 28. Oktober 1918 und die Waffenstillstandsverhandlungen, Weichenstellungen, die

unter erheblicher Mitwirkung des Zentrums vorgenommen wurden, waren weniger eine Leistung der demokratischen Kräfte von 1917 und in erster Linie auf das innenpolitische Kalkül der Obersten Heeresleitung zurückzuführen. Weiter als in den Oktoberreformen des Jahres 1918, die die Parlamentarisierung der konstitutionellen Monarchie in Deutschland herbeiführten, wollte das Zentrum den Weg in die Republik eigentlich nicht mitgehen. Die Revolution und die Abdankung des Kaisers gingen über es hinweg.

Der Linksruck des Zentrums in der "Aktion Erzbergers" 1917 stieß besonders im deutschen Episkopat auf erheblichen Widerspruch, weil dieser um die Sicherung der "bona particularia" fürchtete. Als das preußische Dreiklassenwahlrecht politisch unhaltbar geworden war, verknüpften die preußischen Bischöfe die Wahlrechtsreform mit sog. "Sicherungsartikeln" zu einem Junktim, das den Rechts- und Besitzstand der katholischen Kirche garantieren sollte. Eine Wahlrechtsreform kam in Preußen auf legalem Wege bis zum Ausbruch der Revolution nicht zustande. An den langwierigen Auseinandersetzungen um das preußische Wahlrecht wird deutlich: Je konsequenter sich die Zentrumspartei parlamentarisch auf die Ebene politischer Partizipation begab, desto größer wurde die Furcht um ihre konfessionelle Identität, auf die sie um ihres Überlebens willen nicht verzichten konnte; sie war eine politische Konfessionspartei. Deshalb nahm selbst die Gruppe um Matthias Erzberger eine so zögerliche Haltung ein, was sich auf die Dynamik des Demokratisierungsprozesses äußerst nachteilig auswirkte. Mit der "Aktion Erzbergers" trafen Sozialdemokratie, Liberalismus und Katholizismus gemeinsam jedoch politische Vorkehrungen gegen eine mögliche revolutionäre Lösung des Konflikts, die sie aus Gründen politischer Legalität und der jeweiligen Besitzstandswahrung nicht wollten. Sie richteten ihre Anstrengungen auf einen kontinuierlichen Wandel des politischen Systems, den sie durch ihre wenig entschlossene, zögerliche Haltung dann doch noch verspielten.

Der Erste Weltkrieg offenbarte die Krise der konstitutionellen Monarchie in Oldenburg. Sie betraf nicht nur einzelne Organe der Verfassung, sondern die Monarchie überhaupt. Die großen Herausforderungen, die der Krieg an Regierung und Verwaltung im Großherzogtum stellte, förderte die Unbeweglichkeit und den eingeschränkten Handlungsspielraum der Monarchie zutage. Obwohl sich die Vertreter der großherzoglichen Regierung mit allen Kräften bemühten, ihre Funktionsfähigkeit zu beweisen, verlor das Staatsministerium zunehmend an Kompetenz; seine politische Stabilität war ins Wanken geraten. Die politische Lage gestaltete sich in Oldenburg jedoch anders als in

Preußen. Mit der Einführung des direkten Wahlrechts in Form eines Pluralwahlrechts hatte das Großherzogtum seine "halbe Wende" schon 1909 vollzogen. Durch die Landtagswahl von 1911, die der Sozialdemokratie und dem Linksliberalismus zur Mehrheit verhalf, hatten sich die politischen Verhältnisse im Lande gravierend verändert. Der Übergang zur Demokratie vollzog sich als de-facto-Parlamentarisierung erst mit der Bildung des Direktoriums am 11. November 1918, dem - anders als im Reich - neben Vertretern von SPD, DDP und dem Zentrum, den Parteien der späteren Weimarer Koalition, auch die parteilosen großherzoglichen Minister Graepel und Scheer und Bernhard Kuhnt als Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte angehörten. Die Initiative zum demokratischen Umschwung ging - ähnlich wie im Reich - nicht von den Parteien des Landtags aus, sondern kam von außen. Die innenpolitische Lage des Großherzogtums in den Jahren des Ersten Weltkrieges machte deutlich, daß die Entscheidung des Zentrums für die Zusammenarbeit mit der sozialdemokratisch-liberalen Landtagsmehrheit nach dem Kriege weniger aus demokratischer Überzeugung als vielmehr aus der Einsicht in politische Notwendigkeiten resultierte; sie wurde in der Gründungsphase des Freistaates zur Überlebensfrage für die Partei.

2. Historische Kontinuitäten in der Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg von 1918 bis 1932/33

Auf die Nationalisierung der europäischen Politik nach dem französischen Beispiel antwortete der deutsche Katholizismus mit einer stärkeren Hinwendung zum Zentralismus und Universalismus der römisch-katholischen Weltkirche. Gefördert wurde diese Entwicklung durch den Aufstieg Preußens, der protestantischen Hegemonialmacht in Deutschland, die auf dem Wege zur deutschen Einigung den Dualismus gegen die katholische Schutzmacht Österreich-Ungarn für sich entschieden hatte. Die Entfremdung zwischen dem preußischen Protestantismus und dem römischen Katholizismus, die im "Kulturkampf" ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurde mit großer historischer Verspätung im Nationalismus der Wilhelminischen Ära kompensiert, als auch die Katholiken in dem Trauma der "Krieg-in-Sicht"-Krisen den Weg in den deutschen Nationalstaat fanden. Getragen wurde die nationale Euphorie, die die strukturellen Gegensätze im Reich marginalisierte, von dem wirtschaftlichen Aufschwung, der am Ende des 19. Jahrhunderts nach einer langen Phase der Depression und der Stagnation auch die abgelegene und rückständige Agrargesellschaft Südoldenburgs erreichte. Der Anschluß der Regi

on an das deutsche Eisenbahnnetz, der wenige Jahre nach der Reichsgründung eingeleitet wurde, beschleunigte den agrarökonomischen Übergang von der Selbstversorgung zur marktorientierten Produktion.

Der politische Weg des deutschen Katholizismus in das Reich charakterisiert den Nationalismus im Wilhelminischen Zeitalter als Ergebnis eines politischen Willens und als psychologisches Instrument machtstaatlicher Herrschaftstechnik. Einen entscheidenden Impuls bildete für den katholischen Bevölkerungsteil die Angst, nicht dazuzugehören, wenn es darauf ankommen sollte, und in kritischer Stunde politisch nicht übereinzustimmen. In dieses Desaster, das noch größere Folgen als der "Kulturkampf" haben könnte, wollten die deutschen Katholiken 1914 nicht wieder geraten und sich eine günstigere Ausgangsposition verschaffen, wenn es nach dem Krieg darum gehen würde, politische Macht und staatlichen Einfluß in Deutschland neu zu verteilen. Im Kriegspatriotismus des Jahres 1914 stieg der deutsche Nationalismus zu einer christlichen Gegenkultur zum zivilisierten Europa auf und wurde nach dem Ende des "Völkerringens" zu einem politischen Versprechen stilisiert, das weder die Weimarer Republik noch der deutsche Konservatismus selbst einlösen konnten.

Viele Elemente nationalistischer Kulturation, die schon lange vor 1914 Eingang in das öffentliche Leben im katholischen Milieu Südoldenburgs gefunden hatten, überdauerten in der Weimarer Republik und wurden in der nationalsozialistischen Propaganda instrumentalisiert. Wesentlich stärker als in katholischen Regionen sind diese Vorgänge jedoch in protestantischen Milieus zu beobachten. Die NS-Propaganda schlug ungeniert aus der inszenierten historischen Erinnerung an die "Ideen von 1914" und die kollektive Erfahrung des Schützengrabens im Ersten Weltkrieg politisches Kapital. Dabei waren in Südoldenburg die religiöse und die politische Sphäre immer weniger zu unterscheiden und verschmolzen symbiotisch zu einer ästhetisierten Wirklichkeit, deren politische Strukturen und Inhalte zunehmend aus dem Bewußtsein der Menschen verdrängt wurden. Schmerzhaft vermißte der deutsche Konservatismus in der unterkühlten Rationalität republikanischer Herrschaftsformen, in den demokratischen Organen und Institutionen die religiös-politische Emblematik des alten Reiches und sehnte sich nach ihrer Renaissance. Der politische Katholizismus in Deutschland konnte sich dieser Illusion nicht ganz verschließen und erhoffte sich 1933 unter völlig veränderten historischen Bedingungen eine neue politische Einheit von Thron und Altar. In dieser Erwartungshaltung wurde er allerdings noch vom bürgerlichen Protestantismus über

troffen. Hitler konnte das katholische Lager solange in dieser unbegründeten Hoffnung halten, bis es politisch kapitulierte. Vielleicht konnte das historische Kapitel von 1914 noch einmal aufgeschlagen werden: 'bewältigt' war es längst noch nicht.

Das katholische Milieu in Südoldenburg reagierte auf den revolutionären Umschwung 'von links' nach dem Ersten Weltkrieg in der strukturellen Verfassung und mit den vordemokratischen illiberalen Mentalitäten der Vorkriegszeit, in der im Großherzogtum Oldenburg wie im Deutschen Reich ein semiabsolutistischer Staatsbürokratismus das politische Leben und Denken bestimmt hatte. Nach dem Untergang der Monarchien gelang es nicht, die politische Vergangenheit nach Maßgabe demokratischer Kriterien zu bewältigen. Mit der Reorganisation des katholischen Milieus nach 1918 versuchte der institutionelle Katholizismus in Deutschland, den sozialen und kulturellen Emanzipationsprozeß, der durch die politische Demokratisierung ausgelöst worden war, aufzuhalten und wieder rückgängig zu machen, und begab sich damit in einen folgenschweren Konflikt mit der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik, der bis zum Untergang der Republik ausgehalten und vom Nationalsozialismus schließlich politisch ausgenutzt wurde. Der von nationalsozialistischen Agitatoren propagierte Antimodernismus ihrer Bewegung fand gerade im krisengeschüttelten alten Mittelstand großen Anklang und lenkte von den objektiven ökonomischen und sozialen Bedingungen und Voraussetzungen der vielfältigen Krisenerscheinungen ab.

Die vom politischen Umschwung des Jahres 1918 ausgehende Aufforderung zur demokratischen Sozialisation, die sich die Beförderung des staatsbürgerlichen Engagements zum Ziel gesetzt hatte und zum Ideal eines politisch selbstverantwortlich handelnden Subjekts erziehen wollte, scheiterte im modernen Katholizismus in Deutschland an den autoritären politischen und gesellschaftlichen Leitbildern, die es nahelegten, sich auf das demokratische System von Weimar nicht mehr als zur Durchsetzung realpolitischer Zwecke und Absichten nötig einzulassen. Der politische Katholizismus im Freistaat Oldenburg mied nach 1918 öffentliche Signale, die auf eine Identifikation mit der Republik von Weimar schließen lassen konnten, und zog sich unter der Führung der Zentrumspartei schon 1923 aus der politischen Regierungsverantwortung zurück. Das Zentrum umging die Verfassungsfrage vom Kaiserreich bis zur NS-Diktatur durch die de-facto-Anerkennung bestehender politischer Systeme. Das antidemokratische Denken im politischen Konservatismus der Weimarer Republik war nicht auf die klassischen Parteien der

nationalen Opposition begrenzt, sondern reichte bis tief in die Mitte des Zentrums, das in Oldenburg seit 1923 und im Reich seit 1930 aus dem Kern des parlamentarischen Systems auf den verfassungspolitisch für neutral gehaltenen Boden der beamteten Präsidialregierungen auswich.

In seiner breiten Anhängerschaft fühlte sich das politische Milieu in Südoldenburg in der Zeit der Weimarer Republik nicht dem politischen Ethos einer bekennenden Demokratie verpflichtet. Deshalb identifizierten sich das Zentrum und mit ihm große Teile des deutschen Katholizismus schon lange vor dem Machtantritt Hitlers nicht mehr mit der Weimarer Verfassungsnorm und entließen sich selbst sukzessive aus dem parlamentarischen System, ohne daß es einer breiten Öffentlichkeit bewußt wurde. Wie die Geschichte des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg lehrt, zeigte sich die Ablehnung des parlamentarischen Systems von Weimar nicht immer als die logische Kehrseite der politischen Akzeptanz der NS-Bewegung. Die fortgesetzte antidemokratische Negation, die auch die konservative Rhetorik der politischen Eliten in Südoldenburg beherrschte, erzeugte die diffuse Sphäre eines geistig-seelischen Nihilismus, der aus seiner Ziel- und Ausweglosigkeit drängte und schließlich von der totalitären Macht- und Willenskultur des "Dritten Reiches" absorbiert wurde. Das wurde von der konservativen Regionalgeschichte Südoldenburgs bisher nicht hinreichend wahrgenommen, weil sie unausgesprochen aus der politischen Leistung des Zentrums und dem breiten Votum für diese Partei auf einen hinreichend ausgewiesenen Anti-Nationalsozialismus schloß und die demokratischen Defizite zu wenig berechnete. Die glaubensbegründete Resistenz allein darf nicht als politischer Ausweis für eine demokratische Kultur angesehen und im nachhinein zur historischen Rehabilitation herangezogen werden.

Die verfassungskonforme Partizipation des Zentrums am politischen System der Weimarer Republik, die erhebliche Erfolge und ins Gewicht fallende Verdienste aufzuweisen hat, und das Votum für diese demokratische Partei bis zum 5. März 1933 sind noch kein ausreichender Beweis für die republikanische Grundhaltung des politischen Katholizismus in Südoldenburg. In der Stunde der größten Krise am Ende der Weimarer Republik erwies sich die politische Schubkraft der deutschen Geschichte stärker als die analytische Kraft des Politischen, die im deutschen Katholizismus weder zu einer authentischen theoretischen Grundlage noch zu einer inneren Akzeptanz gefunden hatte. Die weitverbreitete Erwartung im politischen Katholizismus im Frühjahr 1933, den Weg der deutschen Geschichte im "Dritten Reich" nach

christlichen Grundsätzen mitgestalten zu können, erfüllte sich nicht und gehört zu den großen politischen Fehleinschätzungen der Zeit, weil sie das Wesen der totalitären Herrschaftstechnik nicht früh genug erkannte und damit das Ende des politischen Katholizismus in Deutschland überhaupt besiegelte.

Der Untergang der Weimarer Republik ist mit dem Hinweis auf die Selbstpreisgabe der Demokratie und die Selbstentmachtung des deutschen Parlamentarismus noch nicht hinreichend erklärt. Für die katholische Seite ist zu ergänzen, daß die autoritäre Lösung in der Bildung beamteter Präsidialkabinette schon früh in Oldenburg wie später im Reich vom politischen Katholizismus gewollt und mitgetragen wurde. Er nahm den Übergang von der Republik zur Diktatur mit dem Hinweis billigend in Kauf, daß es zu Hitler im Frühjahr 1933 keine Alternative für die überfällige nationale Erneuerung in Deutschland mehr gab. Die Tolerierung des schleichenden Verfassungswandels von der Republik zur Diktatur sowie der politische Ausgleich zwischen der katholischen Kirche und dem "Dritten Reich" in der ersten Hälfte des Jahres 1933 waren auch unmittelbare Folgen eines Politikbegriffes, der sich als kategorial unvereinbar mit dem demokratischen Emanzipationsbegriff erwiesen und durch die "Verteidigung des sozialen und politischen Status quo gegen die mit der Industrialisierung zusammenhängende [...] allmähliche politische Mobilisierung noch weithin unmündiger Bürger" das politische Dilemma in der neueren deutschen Geschichte mit verursacht hatte.[2] An diesen verwickelten historischen Prozessen hatte das politisch-soziale Milieu in Südoldenburg mit einer relativen historischen Verspätung seinen spezifischen Anteil.

Die konservative Gegenrevolution, die im politischen Katholizismus Südoldenburgs eine breite Anhängerschaft hatte, wartete mit nervöser Ungeduld auf die Überwindung der Weimarer Republik und hielt sich nach ihrer Selbsteinschätzung nicht für fähig, den politischen Umschwung in Deutschland herbeizuführen. In ihrem moralischen Rigorismus und ihrer nationalen Agitation dezimierte sie das Vertrauen in die demokratische Verfassungsnorm und bereitete geistig den Boden für ihre Überwindung vor. In den politischen Entscheidungsprozeß selbst konnten die Träger der konservativen Gegenrevolution im Frühjahr 1933 nicht mehr gestaltend eingreifen. Der religiöspolitische Fundamentalismus hatte durch eine ungebrochene Konfessiona

[2] WEHLER, Kaiserreich, S. 78.

lisierung und religiöse Moralisierung des Politischen den Handlungsspielraum des politischen Katholizismus in Deutschland so verengt, daß er sich in der kritischen Phase am Ende der Weimarer Republik in eine gesellschaftliche Isolation manövrierte und in der vorbehaltlichen Anerkennung des NS-Regimes im Frühjahr 1933 die Flucht nach vorne antrat.

In das Bild historischer Kontinuität fügt sich nahtlos die Feststellung, daß sich die politische Resistenz Südoldenburgs gegenüber dem Nationalsozialismus vorwiegend an den kultur- und schulpolitischen Belangen entzündete. Das oldenburgische Zentrum blieb in seiner Geschichte zwischen 1918 und 1933 eine politische Funktion des katholischen Milieus in Südoldenburg und konnte sich nicht in der Rolle einer modernen Partei als der eigentliche Handlungsträger des politischen Lebens verstehen, der sich auf unabhängiger politischer Grundlage in den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß einschaltet und ihn selbstbewußt mitgestaltet. Als politische Funktion des deutschen Katholizismus wurde das Zentrum als katholische Konfessionspartei auf nationaler Ebene 1933 durch die Verständigung des amtskirchlichen Katholizismus mit dem Nationalsozialismus politisch hinfällig und schied konsequenterweise aus dem politischen Leben aus.

3. Die Rolle des Zentrums in der Geschichte des Freistaates Oldenburg von 1918 bis 1932/33

Der 9. November 1918 bedeutete für den deutschen Katholizismus einen Fall ins Bodenlose. Er reagierte darauf mit der Restauration der noch relativ intakten katholischen Sozialmilieus und setzte sich zur Gegenwart der Weimarer Republik recht bald in ein Verhältnis der Ungleichzeitigkeit. In ihrem politischen Wollen unterstützte und förderte der deutsche Katholizismus die Kräfte, die sich für die baldige Wahl einer Konstituante mit einer zu erwartenden bürgerlichen Mehrheit unter Einschluß des Zentrums einsetzten und die Revolution sobald wie möglich beenden wollten. Das katholische Milieu in Südoldenburg antwortete auf den historischen Bruch mit einem nach innen gekehrten politischen Selbstbehauptungskampf, der 1932/33 in seine entscheidende Phase trat. Aus konfessionellen Motiven blieb es auf einen Totalkonsens fixiert, der politische ‘Wahrheiten’ intendierte und dem demokratischen Kompromiß mit tiefem Unbehagen begegnete. In der als schicksalhaft empfundenen Wende 1918/19 dominierten in Südoldenburg die restaurativen Kräfte, die sich nur unter ausdrücklichen politischen Vorbehalten auf eine

Kooperation mit den neuen demokratischen Kräften einließen. Dabei wurden basisdemokratische Impulse, die in der Rätebewegung enthalten waren, nicht als eine eigene politische Qualität wahrgenommen, sondern als Ausdruck usurpierter Macht angesehen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die formal auch in Südoldenburg gebildet wurden, gerieten rasch unter kirchlichen Einfluß und förderten jenen Anti-Chaos-Reflex zutage, der sich unter republikanischen Verhältnissen nur einen "Krieg aller gegen alle" vorstellen konnte. Aufgrund seiner antirevolutionären politischen Traditionsbildung war der südoldenburgische Katholizismus nicht in der Lage, den revolutionären Umbruch mit den erforderlichen politischen Kategorien zu begreifen und seine historische Leistung anzuerkennen. Es hätte ihn in Frage stellen können. Deshalb blieb der November 1918 für die politische Klasse in Südoldenburg eine historische Entgleisung, ein bedauernswerter Fall aus der eigenen Geschichte, der immer mehr zur Belastung wurde. Die Verantwortung dafür war aber außerhalb des katholischen Milieus zu suchen.

Die demokratische Unzuverlässigkeit des Zentrums hatte eine Ursache in der Zeit des Umbruchs von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie. Die Revolution war es, die den historischen Durchbruch zur ersten deutschen Republik einleitete. Sie aktivierte und potenzierte im südoldenburgischen Katholizismus eine voreingenommene politische Haltung, die auf eine grundsätzliche Distanz zur Republik bedacht war und taktisch eingesetzt wurde. Sie war tief im obrigkeitsstaatlichen katholischen Weltbild des 19. Jahrhunderts verwurzelt und entfaltete in der modernen Gesellschaft der Weimarer Republik erst ihre volle politische Wirkung. Wenn der politische Übergang zur Republik nicht mehr zu vermeiden war, so die landläufige Meinung, dann sollte er jedenfalls legal vonstatten gehen. So war für die große Mehrheit der Deutschen Zentrumspartei mit dem unter den Regierungen Graf von Hertling und Prinz Max von Baden eingeleiteten Parlamentarisierungsprozeß bereits der politische Umschwung vollzogen, der zunächst nicht einen Systemwandel, sondern nur die demokratische Erneuerung der konstitutionellen Monarchie zum Ziel hatte. Das oldenburgische Zentrum reagierte nicht mit offener Ablehnung auf die Verfassungsreformen, nahm sie aber auch nicht mit Begeisterung auf, sondern zog sich auf eine weitgehend indifferente Haltung zurück. Erst außenpolitische Voraussetzungen und nationale Notwendigkeiten bildeten den strukturellen Rahmen, in dem politische Veränderungen vom Zentrum begrüßt und angenommen wur

den. Weitergehende Veränderungen des politischen Systems, die über den Stand der Oktoberreformen hinausgingen, lagen außerhalb der politischen Vorstellungswelt des Zentrums, das sich im November 1918 aber doch genötigt sah, mit der revolutionären politischen Entwicklung Schritt zu halten.

Die geeignete Form, an der "Revolution wider Willen" politisch doch noch zu partizipieren, war für das oldenburgische Zentrum ein "Direktorium von 9 Männern", das am 13. November 1918 seine Regierungsübernahme bekanntgab; diese wurde in Vereinbarung mit den Soldatenräten und dem Landtag vorgenommen.[3] Das Direktorium, in dem das Zentrum durch Dr. Franz Driver vertreten war, organisierte den politischen Systemwechsel in Oldenburg und integrierte die demokratischen Kräfte in der Gründungsphase des Freistaates, die unter diesen besonderen Bedingungen äußerst friedlich und gemäßigt verlief. Mit dem Eintritt in das Direktorium übernahm das Zentrum in Oldenburg zum erstenmal in der Geschichte des Landes Regierungsverantwortung. Aufgrund der Wahlen zur Nationalversammlung und der in Aussicht genommenen parlamentarischen Beratung und Verabschiedung der Reichsverfassung bestand für das Zentrum an der Legalität der Weimarer Republik kein Zweifel mehr - trotz der Revolution. Das Zentrum stellte sich im Reich wie in Oldenburg auf den Boden der neuen Verfassung.

Das oldenburgische Zentrum hat an der spezifischen politischen Entwicklung des Freistaates Oldenburg einen erheblichen Anteil. In der nachrevolutionären Zeitspanne von 1919 bis zum Krisenjahr 1923 regierte im Freistaat das Ministerium Tantzen, das nach dem Muster der Weimarer Koalition gebildet und vom Zentrum trotz erheblicher Spannungen zu den anderen Koalitionsparteien SPD und DDP mitgetragen wurde. Aber ein tiefer Riß ging von Anfang an quer durch die Parteien der Weimarer Koalition. 1923 scheiterte diese politische Konstellation und beendete - sieben Jahre eher als im Reich - in Oldenburg die kurze Phase der parlamentarischen Regierungsbildungen. Sie wurde durch die Praxis der sog. unpolitischen Beamtenkabinette abgelöst, die bis zur ersten NS-Regierung Röver in der Mitte des Jahres 1932 - gut ein halbes Jahr vor der Machtübernahme im Reich - im Amt blieben. Ausgerechnet die Regierung Röver, so der ironische Ernst der oldenburgischen Geschichte, stützte sich wieder auf eine parlamentarische Mehrheit. In den Landtagswahlen am 29. Mai 1932 hatte die NSDAP in Oldenburg die absolute Mehrheit der Mandate errungen. Die Regierung Röver konnte auf

[3] GÜNTHER, Freistaat, S. 407.

grund ihres politischen Dilettantismus und ihrer rapide sinkenden Akzeptanz in der Bevölkerung nur durch die Passivität der im oldenburgischen Landtag vertretenen Oppositionsparteien, zu denen auch das Zentrum zählte, und schließlich durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Reich politisch überleben.

An der innenpolitischen Entwicklung und der Schwächung des Parlamentarismus im Freistaat war das katholische Zentrum aufgrund seiner Schlüsselposition im Landtag in hohem Maße beteiligt. In den Regierungsverhandlungen zwischen 1923 und 1925, die immer wieder vertagt wurden und sich vergeblich um die Neuauflage der Koalitionsregierung mühten, nahm das Zentrum eine entscheidende Stellung ein. Es entschied sich politisch nicht zugunsten des Parlamentarismus, sondern zugunsten eines autoritären Bürokratismus: einer Regierung über den Parteien, die sich in betont sachlicher Arbeit für das Allgemeinwohl einsetzt. Daß es sich bei den Beamtenkabinetten nicht um unpolitische Regierungen handelte, wurde nur von wenigen Parlamentariern wahrgenommen und in seiner Bedeutung erkannt. Obwohl sich das Zentrum im Reichspräsidentenwahlkampf des Jahres 1925 gegen Hindenburg ausgesprochen und mit Wilhelm Marx einen eigenen Kandidaten präsentiert hatte, kam dem Wahlsieg Hindenburgs eine große politische Signalfunktion zu. Das oldenburgische Zentrum vollzog einen Rechtsruck und besiegelte mit dem Eintritt des Zentrumspolitikers Dr. Driver in das Fachministerium von Finckh am 23. Juni 1925 seinen frühen Abschied vom parlamentarischen Regierungssystem. Mit diesem Schritt förderte es die Tradition autoritärer Regierungsbildungen im Freistaat.

In der Krise der Regierung Tantzen im Frühjahr 1923 und in der politisch immer stärker von ihm favorisierten Einrichtung von unpolitischen Fachkabinetten sah das Zentrum ein taugliches Konfliktlösungsmodell und die politische Chance, sich der fortgesetzten Notwendigkeit mißliebiger politischer Kompromisse und Koalitionen mit den ideologischen Kontrahenten in der SPD und DDP zu entziehen. Die Bildung des zweiten beamteten Fachministeriums Finckh am 23. Juni 1925 stellte zudem wieder die willkommene Möglichkeit in Aussicht, gouvernementalen Einfluß zu gewinnen und die politischen Geschicke des Landes weitgehend unabhängig vom Landtag mitzugestalten. Diese Chance hat das Zentrum bis zur Bildung der Regierung Röver am 16. Juni 1932 durch 'seinen' Minister Dr. Franz Driver wahrgenommen. So wurde in Oldenburg das Regierungsmodell realisiert, das in führenden Kreisen der Zentrumspartei und -fraktion in Berlin als Reaktion

auf die Bedrohung der jungen Demokratie von rechts und links schon in den ersten Jahren der Weimarer Republik unter dem Titel "Geschäftsministerium" immer wieder in Erwägung gezogen wurde. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und kommunistische Aufstände im Ruhrgebiet leiteten 1920 einen Rechtsruck ein, der den Parteien der Weimarer Koalition in den Reichstagswahlen und in den Landtagswahlen in Oldenburg am 6. Juni 1920 große Verluste einbrachte. Im Zentrum, das sich als Partei der Mitte zwischen rechts und links zu behaupten versuchte, machte sich Ernüchterung breit. So wurde das Verhältnis des politischen Katholizismus zur Weimarer Republik, das durch die Geburt der Demokratie aus der Revolution schon vorbelastet war, bereits in den ersten Jahren harten Bewährungsproben ausgesetzt. Daß es sie so lange bestand, hatte es vor allem seiner Schlüsselstellung im Parteiensystem von Weimar zu verdanken: Am Zentrum führte in der Regierungsbildung so gut wie kein Weg vorbei.

Aus einem Gefühl unkontrollierbarer politischer Verunsicherung trug das oldenburgische Zentrum im Krisenjahr 1923 zum Sturz des liberalen Ministeriums Tantzen bei und zog sich 1925 nach der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ganz aus der parlamentarischen Regierungspraxis zurück. Die Bildung der ‘unpolitischen’ Fachkabinette unter den Ministerpräsidenten von Finckh und Cassebohm diente sowohl der Krisenbewältigung durch die Entparlamentarisierung der Exekutive als auch der politischen Neutralisierung der Sozialdemokratie. Damit verfolgten sie ein autoritäres Konzept, das von den führenden oldenburgischen Wirtschaftsverbänden mit getragen wurde. Der Gegensatz zwischen dem Zentrum und der SPD, in dem sich auch die Sozialdemokraten intransigent zeigten, lähmte den oldenburgischen Parlamentarismus und verschärfte die Krisenlage am Ende der Weimarer Republik. Das katholische Sozialmilieu in Südoldenburg begegnete der jungen Republik mit großen Vorbehalten, die die Legalität der demokratischen Staatsform zwar nicht bestritten, aber moralisch im neuen Staat doch einen "Staat ohne Gott" erkannten. Trotz einer strukturellen Demokratieferne enthielt der politische Katholizismus weder im Reich noch in Oldenburg vor 1933 eine Option für eine nationalsozialistische Lösung der bestehenden Staats- und Verfassungskrise. Obwohl das Zentrum am Ende der Republik seine Wähler größtenteils halten und vor einer Radikalisierung bewahren konnte, wie die Arbeiterparteien, aber in scharfem Kontrast zu den bürgerlichen Parteien, verfügte es nicht mehr über die demokratische Substanz, um die erste deutsche Demokratie offensiv zu verteidigen, sondern zog sich

durch die bedenkliche Konstruktion der Fach- bzw. Präsidialkabinette in Oldenburg wie im Reich aus dem parlamentarischen System zurück.

Für die politische Meinungsbildung des oldenburgischen Zentrums in den wichtigen Fragen, die den Verfassungsbestand berührten, spielten die historischen Konstitutionsbedingungen des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs, in dem die größte Klientel der Partei und ihre Führung zu Hause war, eine große Rolle. Patriarchalische Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen in der südoldenburgischen Agrargesellschaft, antidemokratisches Denken an der katholischen Basis und die politische Sympathie für autoritäre Regierungssysteme motivierten eine Haltung, die sich mit der Weimarer Republik nicht mehr als erforderlich identifiziert wissen wollte und in Konfliktsituationen offen und verdeckt mit autoritären politischen Optionen operierte. In der politischen Beschneidung der demokratischen Grundordnung auf das Modell einer "wahren Demokratie", die nicht nur eine Herrschaft parlamentarischer Majoritäten sein und in der ein starker Staat sich wieder über die streitbaren Parteien erheben sollte, sah das oldenburgische Zentrum Möglichkeiten politischer Konfliktlösung und nutzte sie in diesem Sinne.

Die Frage der Legitimität von Herrschaft war in erster Linie nicht eine politische, sondern eine moralische - und sogar religiöse - und mußte auf einem anderen Forum als dem politischen gestellt und beantwortet werden. Dazu zählten vor allem die großen regionalen und nationalen Kirchentage, die in der Endphase der Weimarer Republik die Gestalt von politischen Kundgebungen annahmen. Die Entscheidung des Zentrums für die bürgerliche Republik war nach Ernst Deuerlein "nichts als das allgemeine Gefühl in den führenden, Verantwortung tragenden Schichten des katholischen Volkes, daß das Zentrum nicht beiseite stehen könne und dürfe, wenn Staat und staatliche Ordnung für das deutsche Volk gerettet werden sollten."[4] Dieser historische Fall sollte sich 1933 unter entgegengesetzten politischen Vorzeichen und unter dem falschen Anschein einer "legalen Revolution" wiederholen, die besonders bürgerlich-mittelständische Schichten für sich einnehmen konnte. Was die Radikalisierung des alten Mittelstandes in Nord- und Südoldenburg grundlegend unterschied, waren nicht die wirtschaftliche Not und die gewaltsamen Aktionen der Landvolkbewegung, sondern die konfessionellen Verhältnisse, die das Land seit 1803 getrennt hatten.

---

[4] DEUERLEIN, Katholizismus, S. 57.

In Südoldenburg läßt sich exemplarisch die Beobachtung machen, daß das Zentrum zwar verfassungskonform an der parlamentarischen Demokratie im Lande auf allen Ebenen partizipierte, aber sich in der Verfassungsfrage - ganz in der Tradition der katholischen politischen Theorie des 19. Jahrhunderts - nicht festlegen wollte und sich zu keinem Zeitpunkt zu einer vorbehaltlosen Bejahung des demokratischen Grundgedankens durchringen konnte. Die Verfassungsfrage wurde in der politischen Diskussion der Partei so gut wie ausgeklammert und in der offiziellen Zentrumspresse gemieden. Die katholische Basis in Südoldenburg vollzog die politische Praxis der Weimarer Republik mit, ohne sich mit dem sie tragenden politischen Liberalismus aussöhnen oder gar identifizieren zu können. In diesen Defiziten wirkten das Erbe der gescheiterten Revolution von 1848 und der Monarchismus der konstitutionellen Ära als politische Hypotheken nach. Das Zentrum als die wichtigste politische Instanz des katholischen Milieus in Südoldenburg war in erster Linie um die Aufrechterhaltung seiner Position bemüht und setzte die Möglichkeiten, die ihm das neue System bot, zur Wahrnehmung seiner kirchen- und kulturpolitischen Interessen ein, ohne im Sinne einer demokratischen Schule auf das politische Bewußtsein seiner Wählerschaft einzuwirken. Das Zentrum betrat mit dem politischen Rüstzeug des 19. Jahrhunderts den neuen Verfassungsboden der Weimarer Republik, die aufgrund ihrer revolutionären Herkunft für die katholische Bevölkerung niemals den Segen einer zweifelsfreien moralischen Legitimation genoß. Die weltanschaulichen Spannungen mit dem demokratischen Liberalismus und dem politischen Sozialismus erhöhten das Konfliktpotential im Zentrum, das besonders am Ende der Weimarer Republik in Oldenburg wie im Reich dazu neigte, seine demokratische Vergangenheit zu leugnen und sich unter Versicherung seiner nationalen Loyalität für die autoritäre Lösung der offenen Staats- und Gesellschaftskrise zu empfehlen.

Mit der garantierten Freiheit von Religion und Kirche in der Verfassung der Weimarer Republik und der Länder war der politische Emanzipationsprozeß der katholischen Kirche eigentlich zum Abschluß gekommen und der letzte Anlaß für eine Abschließung der deutschen Katholiken vom nationalen kulturellen Standard gefallen. Das machen kirchenpolitische Entwicklungen in Oldenburg, wo sich die katholische Kirche bisher über die Aufrechterhaltung des staatskirchlichen Regiments beklagt hatte, besonders deutlich. Das oldenburgische Zentrum hat aber den durch die Revolution und den Systemwandel eingeleiteten Modernisierungsprozeß nach dem Ersten Weltkrieg programmatisch und organisatorisch nicht ausreichend genutzt und nicht

hinreichend als politische Chance begriffen. Es hat die Anhänger der konservativen Gegenrevolution in Südoldenburg über ihre antirepublikanischen Voraussetzungen und Zielvorstellungen nicht aufklären und ihren politischen Einfluß nicht eliminieren können, weil es sich selbst nicht als vorbehaltloser Anwalt und Verteidiger der Demokratie verstehen und öffentlich erklären konnte. Deshalb ist das Wählervotum für das Zentrum zwischen 1918 und 1933 noch kein hinreichender Ausweis demokratischer Gesinnung und Verantwortung. Als das Zentrum dem NS-Staat unter Hitler 1933 das politische Patronat über die katholische Kirche anvertraute, verlor es seine Daseinsberechtigung als katholische Konfessionspartei und trat mit natürlicher Konsequenz kampflos von der politischen Bühne ab. In der Umbruchsituation von 1918/19 war es der Zentrumspartei nicht gelungen, ihre veraltete Programmatik und Organisationsstruktur den Bedürfnissen einer modernen, in einer parlamentarischen Demokratie operierenden Massenpartei anzupassen. Nach dem "Mißtrauensvotum" gegen die 'alte' Konfessionspartei, das in Südoldenburg in den Stimmengewinnen der Landvolkpartei sichtbar wurde, schien dem Zentrum jede Aussicht auf eine Rückkehr auf die Verfassungsbasis des Jahres 1919 versperrt. Und es strebte sie auch nicht mehr an, weil es sich in Oldenburg wie im Reich für autoritäre Regierungsformen entschieden hatte, um politisch zu überleben. Wie die Geschichte des Zentrums in der ausgehenden Weimarer Republik zeigt, war die Existenzfrage für diese Partei "aufs engste mit dem Schicksal der Weimarer Republik verknüpft."[5] Das bestätigt auch ein Blick in die Geschichte des reorganisierten Zentrums nach 1945 und das Scheitern der traditionellen katholischen Konfessionspartei im Parteiensystem der Adenauer-Ära.

4. Die Lage des katholischen Milieus in Südoldenburg in der politischen Kultur der Weimarer Republik

Die historische Erfahrung des Nationalsozialismus berührt die Frage nach der Konstitution der politischen Psychologie und der politischen Kultur in Deutschland vor 1933. Die Geschichte des modernen Katholizismus in Deutschland seit der Französischen Revolution im allgemeinen und nach dem Ersten Weltkrieg im besonderen partizipierte auf ihre ganz eigene Weise an den politischen Strukturen, die sich vor allem im antidemokratischen Denken und in der Neigung zu autoritären Systemen manifestierten. Diese Fest

[5] MORSEY, Zentrumspartei, S. 555.

stellung gilt auch angesichts der unbestrittenen Tatsache, daß sich der deutsche Katholizismus gegenüber dem politischen Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung wesentlich resistenter verhielt als andere politisch-soziale Milieus, wie sie beispielsweise im bürgerlichen Protestantismus anzutreffen waren. Die Demokratisierung des politischen Lebens am Beginn der Republik, gesellschaftliche Öffnung und kulturelle Vielfalt bedeuteten für den Bestand des katholischen Milieus eine große Gefahr, auf die es sich rasch einzustellen galt.

Die mit großem Elan betriebene Reorganisation des katholischen Milieus nach der nationalen Katastrophe des Ersten Weltkrieges und der ungewollten politischen Revolution garantierte Südoldenburg ein Bewußtsein historischer Kontinuität, das in seinem politischen und gesellschaftlichen Binnenraum aber erheblich erschüttert wurde. Während sich die politische, soziale und kulturelle Wirklichkeit im Deutschen Reich durch die Ausrufung der Republik grundlegend geändert hatte, blieb die innere Verfassung des katholischen Milieus Südoldenburgs in ihren Grundstrukturen weitgehend erhalten und zeigte ein ausgeprägtes Beharrungsvermögen. In ihren politischen Bekundungen wie immer moderat, stellte sich die Region bald auf den Boden der neuen Verhältnisse, ohne diese in ihrer politischen Notwendigkeit zu reflektieren. So verzögerte sich der innere Abschied von der ‘guten alten Zeit’ auf eine unbestimmte Zukunft. Auf der politischen Ebene waren es die katholische Presse in Vechta und Cloppenburg, die katholische Kirche und das konfessionelle Vereinswesen sowie die Zentrumspartei, die sich nach 1918 wieder als die führenden weltanschaulichen Agenturen und politischen Funktionsträger im katholischen Milieu Südoldenburgs etablierten. Mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln einer Konfessionspartei konnte das Zentrum die sozialen Spannungen unter dem weltanschaulichen Primat des katholischen Glaubens weitgehend neutralisieren und in ihrer politischen Wirkung entschärfen.

Der Erfolg der Landvolkbewegung in Südoldenburg machte seit 1928 aber deutlich, daß der moralisch-religiöse Konsens in seiner Integrationskraft in einem Maße angegriffen war, daß das Überleben des katholischen Milieus selbst im Zeichen wachsender politischer Polarisierung und Radikalisierung zur Disposition stand. Mit dem Fortbestand des Bischöflichen Offizialats verblieb der Region nach 1918 die kirchliche Zentralfunktion, die in der Wahrnehmung ihrer "potestas indirecta" die patriarchalischen Strukturen des katholischen Milieus wiederbelebte und damit seine innere Verfassung kon

solidierte. In der ersten Begegnung mit der jungen Demokratie mußte der südoldenburgische Katholizismus in den Verfassungsberatungen der oldenburgischen Landesversammlung, in der eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit den Ausschlag gab, schulpolitische Niederlagen schweren Herzens hinnehmen. Dem Zentrum gelang es nicht, den Fortbestand des Katholischen Oberschulkollegiums und der katholischen Lehrerausbildung in Vechta in der zukünftigen Landesverfassung zu verankern. An diesen Institutionen, die für die politische Pädagogik und kulturelle Sozialisation der Region für unverzichtbar gehalten wurden, entzündeten sich die schul- und kulturpolitischen Konflikte in der Zeit der Weimarer Republik, für die das 19. Jahrhundert die erforderlichen Erfahrungen und traditionellen Rituale der Konfliktbewältigung zur Verfügung stellte. Es gehört zu den folgenschweren Versäumnissen der Weimarer Republik, weder den Lehrerstand noch das Schul- und Bildungswesen demokratisiert und es den alten Eliten überlassen zu haben. Die Weimarer Republik - das wird im Freistaat Oldenburg besonders deutlich - hat keine liberale Schulreform durchsetzen können. Die Nationalsozialisten wußten um dieses demokratische Manko und nutzten es für ihre politischen Zwecke aus.

Auf die sozialen, kulturellen und politischen Impulse, die von der jungen Republik ausgingen und aufgrund der fortgeschrittenen öffentlichen Kommunikationsstruktur auch die entlegensten Teilräume erreichten, reagierte das katholische Milieu in Südoldenburg mit einer verstärkten politischen Mobilisierung, die in der Durchführung des Ersten Oldenburger Katholikentages im Jahre 1920 in Cloppenburg ihren Höhepunkt zwischen 1918 und 1933 erfuhr. Veranstaltungen wie der Katholikentag und öffentliche Kundgebungen, die ausdrücklich als 'nicht (partei)politische' Versammlungen deklariert wurden, dienten vor allem dem Bekenntnis des katholischen Glaubens und der politischen Selbstvergewisserung in einer stürmischen Zeit. Die geistige Ignoranz, die auf regionalen wie nationalen katholischen Kirchenversammlungen sichtbar wurde, galt anderen nichtkatholischen Lebensverhältnissen, den modernen Interessen und Bedürfnissen einer aufgeklärten Gesellschaft. Über sie erhob sich der Katholizismus moralisch, weil ihre Verhaltens- und Ausdrucksformen eine Freizügigkeit offenbarten, die mit der Strenge katholischer Orthodoxie nicht zu vereinbaren war. Im katholischen Milieu herrschte eine autoritäre Religion in einer autoritären patriarchalischen Gesellschaft. Das Stigma der Moderne war aus katholischer Sicht der Verfall der christlichen Ehe- und Sexualmoral, der auch in katholische Milieus vorgedrungen war und im Brennpunkt oberhirtlicher Verlautbarungen und Unterweisungen stand. Ein konfessioneller

Konsens, der durch gesellschaftliche und politische Polarisierung stets an Profil gewann, verlieh dem katholischen Sozialmilieu eine gewisse Stabilität. Voraussetzung dafür war eine permanente latente oder offene Kulturkampfsituation. Sie erlaubte gerade in kritischen Phasen den Rückzug auf einen konfessionellen Primat, der historische Kontinuität garantierte.

Die antimodernistischen Affekte, die die geistigen Grundlagen der Weimarer Republik desavouierten, entfalteten im Heimatbegriff, der nach 1918 in Südoldenburg von einer breitgefächerten Heimatbewegung popularisiert wurde, ihre emotionale Tiefe und entführten den Zeitgenossen, der sich auf dem Lande politisch noch relativ passiv verhielt, in eine illusionäre historische Gegenwelt, die scheinbar den historischen Fortschritt anzuhalten und die beunruhigende Modernität zu bremsen vermochte. Seine institutionelle Verkörperung erfuhr der konservative Heimatbegriff in der Gründung von örtlichen Heimatvereinen, die sich 1919 im "Heimatbund für das Oldenburger Münsterland" organisatorisch zusammenfanden. Von ihm gingen die wichtigsten Impulse zur Gründung des Heimatmuseums und des Museumsdorfes in Cloppenburg aus. Der Plan Heinrich Ottenjanns zum Aufbau des Museumsdorfes wurde von der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg von Anfang an begrüßt und wohlwollend unterstützt. Ohne diesen politischen Rückhalt hätte das Museumsdorf in der angestrebten Form nicht realisiert werden können.

Den inneren Kern des politisch-sozialen Milieus Südoldenburgs, der im Schoße der katholischen Kirche geborgen und vom politischen Weltgeschehen noch weitgehend unberührt geblieben war, bildete auch nach 1918 das katholische Vereinswesen, auf dessen intakte Organisationen und Strukturen die Kirche zurückgreifen konnte, um mit ihrer ungebrochenen Autorität die katholische Basis für die bevorstehenden Kulturkämpfe zu mobilisieren. Daß es zu solchen Kämpfen kommen würde, daran bestand kein Zweifel, wie die turbulente Gründungsphase der Republik im Reich und im eigenen Lande gezeigt hatte. Als Sprachrohr, durch das sich das historisch-politische Selbstverständnis des katholischen Milieus Südoldenburgs in der Weimarer Republik öffentlich aussprechen konnte, dienten in erster Linie die kirchlich unabhängigen Vereine. In ihrem politischen Aussagegehalt stimmten die Fest-, Erinnerungs- und Würdigungsreden die Bevölkerung Südoldenburgs auf einen nationalen Konservatismus ein, der ausgeprägte antidemokratische Affekte enthielt und sich seiner politischen Veranlagung zur konservativen Gegenrevolution kaum bewußt wurde. Die 'unpolitische' Selbstdarstellung

des ländlich-kleinstädtischen Vereinswesens in Südoldenburg beruhte auf einer Fehleinschätzung seiner politischen Rolle in der offenen Gesellschaft der Weimarer Republik, die auch auf dem Lande ihren Einzug zu halten begann. Gerade die mangelnde kritische Reflexion dieser Publizistik, die sich ihrem Selbstverständnis und ihrer Außenwirkung nach für unpolitisch hielt, drängte ihren geistigen Niederschlag ins Unbewußte ab, aus dem ihn - wiederum unbewußt - die nationalsozialistische Rhetorik wieder hervorholen konnte. Besonders augenfällig wurde die Funktionalisierung traditioneller Mentalitäten, die ein zentrales Element der politischen Psychologie im "Dritten Reich" war, in der Rezeption von Idiomen wie Heimat, Volk und Vaterland, die mit Religion und Kirche als wesensverwandten Grundeinheiten des nationalen Empfindens, des Volks- und Deutschtums, rhetorisch verknüpft wurden.

Die militärische Traditionspflege in den vaterländischen Vereinen und besonders im "Stahlhelm" sowie Initiativen zur Militarisierung der Jugend in verschiedenen Organisationen, die unter dem ideologischen Anschein der "Überparteilichkeit" auftraten, konservierten ein antidemokratisches Tugendsystem von Führung und Gehorsam, Zucht und Ordnung, das mit dem demokratischen Erziehungsauftrag der Republik nicht zu vereinbaren war, weil es sich den Prinzipien von Freiheit und Pluralität nicht verpflichtet wußte.[6] Daß das bisher unterschätzte antidemokratische Potential, das sich seit 1927/28 in erster Linie in der Landvolkbewegung formierte und aus der politischen Konspiration heraus wirkte, in dem katholischen Milieu Südoldenburgs nicht zu einer "Symbiose von NSDAP und Konservativer Revolution"[7] angewachsen ist, ist vor allem auf die konfessionellen Vorbehalte der katholischen Amtskirche gegenüber der NSDAP zurückzuführen. Die Warnungen deutscher Bischöfe nach den Septemberwahlen des Jahres 1930 bis zum 5. März 1933, die die katholischen Gläubigen moralisch in die äußerste Pflicht nahmen, disziplinierten die katholische Basis und verliehen ihr eine politische Resistenz, die aber nicht als Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie ausgelegt werden darf. Die politischen Folgen, die ein Ausbleiben dieser paternalen Warnungen und Verbote für die Haltung des politischen Katholizismus im Übergang von der Weimarer Republik zum "Dritten Reich" ausgelöst hätte, sind heute nicht mehr auszudenken.

---

[6] ROGGE, Republik, S. 222-225.
[7] SONTHEIMER, Denken, S. 295.

Der politische Katholizismus Südoldenburgs rezipierte Impulse der konservativen Liberalismuskritik und führte sie, mit dem entsprechenden konfessionellen Vorzeichen versehen, gegen die Weimarer Republik. Dabei zeigte sich ein erheblicher Verlust an politischer Empirie, der vor allem in den letzten Jahren der Republik durch einen religiösen Weltanschauungskampf kompensiert werden sollte. Wie der Erste Oldenburger Katholikentag in Cloppenburg vom 25. bis zum 27. September 1920 zum Ausdruck brachte, war das Verhältnis des politischen Katholizismus zur jungen Demokratie schon in den ersten Jahren der Republik belastet. Anzeichen für eine Sezession des Zentrumspartei aus der kompromittierenden Rolle des ständigen Koalitionspartners - vor allem an der Seite der SPD - waren schon zu diesem frühen Zeitpunkt unübersehbar. Dazu trug auch die außenpolitische Ernüchterung bei, die durch den Friedensvertrag von Versailles ausgelöst wurde. Im Kampf gegen "Versailles" fand die Republik eher einen politischen Konsens als im Bekenntnis zur geltenden Verfassungsnorm von Weimar. Darüber war ein nationaler Konsens nicht zu erzielen. Die katholische Kulturkritik richtete sich traditionell vor allem gegen die urbanen Milieus, wo die katholische Kirche zusehends an Rückhalt verlor und das Zentrum seine Klientel nicht mehr geschlossen an sich binden konnte. Dadurch wird deutlich, daß die fortgesetzte Klage über den sittlichen Verfall der Nachkriegsgesellschaft auch konkrete politische Hintergründe hatte. Die Existenz der Zentrumspartei war vom dauerhaften Fortbestand intakter katholischer Lebenswelten abhängig, die in dieser Form vor allem noch in ländlichen Räumen wie Südoldenburg anzutreffen waren. Ein "kalter Krieg" im Inneren, der Antikommunismus, spaltete bereits die Gesellschaft der Weimarer Republik und nicht erst die in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Hier erlebte der Antikommunismus unter völlig eränderten innen- und außenpolitischen Verhältnissen eine Neuauflage.

5. Die Endphase der Weimarer Republik im katholischen Milieu Südoldenburgs

Der politische Konservatismus Südoldenburgs stürzte nach dem Ersten Weltkrieg in eine tiefe Krise, aus der er sich aus eigener Kraft nicht wieder erholte. Früher als im Reich begann die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Südoldenburg bereits mit dem Ausbruch der Agrarkrise 1927/28 und einer Protestwelle des Landvolks. Den Nährboden für die nationalsozialistische Machtübernahme in Oldenburg, die mit der Bildung der Regierung

Röver bereits am 16. Juni 1932 abgeschlossen wurde, bildete die Agraropposition, die aus der wirtschaftlichen Not hervorging und zu einer breiten Protestbewegung des alten Mittelstandes anschwoll. Nach der ersten Phase der Landvolkbewegung, die noch weitgehend von den Organisationen kontrolliert wurde, übernahm seit 1930 die NSDAP die Führung der Agraropposition in Oldenburg und führte sie mit der Wahl der nationalsozialistischen Regierung Röver im Frühjahr 1932 erfolgreich zum Abschluß. Die konservativ-revolutionäre Bewegung des Landvolks, die sich schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise formierte, war ein Ausdruck dieser Krisensituation. Die Menschen lebten zwischen den Welten und den Zeiten. Ihre psychische Verfassung im katholischen Milieu Südoldenburgs war gekennzeichnet durch einen populistischen Kulturpessimismus, der der Phänomenologie der Moderne verständnislos gegenübertrat. Sie war wesentlich geprägt von einem unruhigen Leiden an der demokratischen Gegenwart und einer ungeduldig abwartenden Nervosität, die sich in dem Provisorium der Weimarer Republik auf Dauer nicht einrichten mochte und in ihm vor allem das politische Interregnum erkannte, dem keine lange Dauer beschieden sein würde. Die konservative Gegenrevolution, die in Südoldenburg von weiten Kreisen des katholischen wie des konfessionell ungebundenen Vereinswesens getragen wurde, verfing sich in organologischen Gesellschafts- und Staatsutopien, die stark mit romantisch-religiösen Denkmustern durchsetzt waren und als konservative Gegenkultur gegen den politischen Rationalismus der Weimarer Republik gedacht wurden.

Die Region wurde in der Weimarer Republik von einer politischen Anspannung und Ungeduld erfaßt, die sich nicht nur in den zahlreichen Wahlkämpfen und Wahlgängen äußerte, sondern auch in einer beeindruckenden Reihe von öffentlichen Protestaktionen, Kundgebungen und Massenveranstaltungen, die sich besonders am Ende der Weimarer Republik häuften und Cloppenburg nach dem Bau der Münsterlandhalle im Jahre 1929 in den Mittelpunkt der politischen Aufmerksamkeit rückten. Nicht nur die anhaltende Agrarkrise und die ökonomische Depression im Gefolge der Weltwirtschaftskrise, sondern eine Reihe historisch-politischer Faktoren führten zum Desaster des demokratischen Freistaates in Oldenburg und setzten der von der oldenburgischen Landesversammlung mit autoritären Absicherungen ins Leben gerufenen parlamentarischen Demokratie ein frühes Ende. Die Republik wurde seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im Jahre 1925 im Freistaat in eine Abwehrstellung gedrängt, die in Oldenburg "durch eine kaum begreifliche Nachsicht gegenüber den erklärten Gegnern, mehr noch

durch die Tatsache geschwächt war, daß die Demokratie mit einem vom obrigkeitlichen Verwaltungsstaat geprägten Ordnungs- und Autoritätsbedürfnis rechnen mußte, das sie nicht hinreichend zu befriedigen vermochte." Sie mußte sich in einer "negativen Begegnung" ausbalancieren, in der "eine labile Bewußtseinsstruktur einer nicht minder labilen institutionellen Machtstruktur" gegenüberstand. Eine Bevölkerungsmehrheit im katholischen Milieu Südoldenburgs hatte diesen "schwachen Notbau" 1918 nur widerwillig und unter dem Zwang der politischen Verhältnisse ohne die Aussicht auf eine realistische Alternative hingenommen und sah in der demokratischen Grundordnung immer noch Züge einer oktroyierten Verfassung, die ihrem Ideal einer 'echten' Demokratie nicht entsprach.[8] Das oldenburgische Zentrum schloß sich 1925 der durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten signalisierten politischen Trendwende in Deutschland an, indem es dem beamteten Fachministerium von Finckh durch den Eintritt in die Koalition mit dem rechtskonservativen Landesblock eine solide parlamentarische Mehrheit verschaffte.

Zu den strukturellen Schwächen der Landesverfassung gesellten sich in Oldenburg politische Fehlentscheidungen, die von den demokratischen Parteien unter Einschluß des Zentrums zu verantworten waren und die die "Los von Weimar"-Bewegung erheblich förderten. Mit dem Sturz der Regierung Tantzen im Jahre 1923 löste sich der vom politischen Realismus getragene staats- und herrschaftsbildende Machtkompromiß, der in der liberalen Gründungsphase des Freistaates zustande gekommen war, und leitete ein vorzeitiges Ende des parlamentarischen Regierungssystems in Oldenburg ein. Die zweite politische Fehlentscheidung, an der das katholische Zentrum maßgeblich beteiligt war, liegt in dem historischen Versäumnis einer politischen Chance, die sich aus der Niederlage der NSDAP in den Novemberwahlen des Jahres 1932 ergab. Obwohl die Regierung Röver nach diesen Wahlen in Oldenburg nicht mehr über eine Mehrheit verfügte, sah sich das Zentrum aufgrund seines positivistischen Politikverständnisses außerstande, die parlamentarische Ebene der politischen Auseinandersetzung zu verlassen und die angeschlagene Regierung Röver mit den plebiszitären Mitteln der Verfassung zu schlagen. Das politische Instrumentarium des braun-roten Volksentscheides, mit dem NSDAP und KPD im April 1932 die Auflösung des Landtages erzwungen hatten, hatte im Zentrum keine Sympathien gefunden und die Skepsis gegenüber den plebiszitären Verfassungsnormen verstärkt. Das Plebiszit

[8] BRACHER, Machtergreifung, S. 17.

stand im Ruf des politischen Umsturzes, für den sich der südoldenburgische Katholizismus niemals hatte erwärmen können.

Zu den erklärten Gegnern der Republik, die durch eine kaum begreifliche Nachsicht geschont wurden, gehörte in den letzten Jahren der Weimarer Republik die Landvolkbewegung, die die politische Auseinandersetzung in Südoldenburg im Kontext der Eberborg-Affäre in starkem Maße kriminalisierte und als konspirative Bewegung konsequent im vor- und außerstaatlichen Raum operierte. Sie verfolgte erklärtermaßen das Ziel, die demokratische Grundordnung außer Kraft zu setzen und durch eine autoritäre Lösung die Verfassungskrise im Reich wie im Freistaat zu überwinden. Die "Swienskummedi" des Oldenburger Heimatdichters August Hinrichs, nach dem der humorvolle Spielfilm "Krach um Jolanthe" entstand, verharmloste die politischen Vorgänge in Südoldenburg, machte die Weimarer Republik lächerlich und setzte antisemitische Akzente. Gegenwärtig setzt sich ein kritischerer Umgang mit der Eberborg-Affäre in Südoldenburg durch.

Die Landvolkbewegung, die von ihrem Schwerpunkt in Schleswig-Holstein ausging und im Freistaat Fuß fassen konnte, trug als einzige organisierte Massenbewegung Südoldenburgs eine konservative gegenrevolutionäre Zielsetzung mit, die auf die Überwindung der Weimarer Demokratie setzte. Kennzeichnend für die Agitation des Landvolks war der passive Widerstand, der anschaulich im südoldenburgischen Steuerboykott vorgeführt wurde. Durch die Rekrutierung von "Führern" erhob die Landvolkbewegung den Anspruch, in die politische Konfrontation nicht nur innerhalb der Grenzen und mit den Möglichkeiten des bekämpften Weimarer Parteienstaates einzugreifen, sondern auch mit den Mitteln der vor- und außerparlamentarischen Opposition. Die Publizistik des Landvolks, das mit der Landvolkzeitung über ein eigenes Presseorgan verfügte, wiederholte die ‘ewig gleichen’ agrarprotektionistischen Forderungen der Landwirtschaft und beschädigte fortgesetzt den Ruf der demokratischen Parteien, die sich innerhalb des demokratischen Systems außerstande zeigten, die Folgen von Agrar- und Wirtschaftskrise politisch erfolgreich zu bewältigen. Der politische Irrationalismus verstieg sich zu der naiven Erwartung, "daß im Dritten Reich keine Steuern, keine Abgaben und keine Zinsen mehr gezahlt zu werden brauchen, daß das "Dritte Reich" die Schulden der Landwirtschaft einfach streichen wird."[9]

[9] MT vom 1.4.1932.

Die populären Anführer und Anhänger der militanten Landvolkbewegung, die Armin Mohler als "das Erwachen eines ganzen Standes" bezeichnet, gehörten in Südoldenburg zu den Trägern der konservativen Gegenrevolution, aus der der Nationalsozialismus großen politischen Nutzen zog.[10] Die aggressive Agitation der Landvolkbewegung konnte 1928 im Amt Cloppenburg ein Viertel der katholischen Wahlbevölkerung aus ihrer traditionellen Bindung an das Zentrum lösen, aber nur vorübergehend an die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei binden. Schließlich übergab sie diese Minderheit an die NSDAP. So kam der Landvolkbewegung die Funktion eines politischen Katalysators zu, der den Niedergang der Weimarer Republik in Südoldenburg förderte. Ihr politischer Elan brach sich in Oldenburg wie in anderen ländlichen Regionen an der Dynamik der NS-Bewegung, die im Freistaat bereits im Frühsommer 1932 zur Machtübernahme der NSDAP unter Gauleiter Carl Röver führte. So war die nationale Opposition gegen Weimar in Oldenburg wie im Reich im Gegensatz zur extremen Linken organisatorisch wie ideologisch gespalten und fand erst im Aufstieg der NSDAP zur aktiven Geschlossenheit einer politischen Massenpartei. Die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei kam in Oldenburg über die Stellung einer Splitterpartei nicht hinaus.

Dabei zeichnete sich in Südoldenburg ein scheinbarer politischer Gegensatz ab: Der Südoldenburger konnte durchaus kämpferischer Landvolkführer sein, sich vorübergehend sogar in der NSDAP engagieren und Parteifunktionen bekleiden und mit demselben moralischen Rigorismus die alten Rechte der katholischen Kirche verteidigen und in die Opposition gegen die nationalsozialistische Schulpolitik gehen. Die gemeinsame Wurzel dieser politisch scheinbar divergierenden Haltungen war ein seit Generationen überkommener religiös-moralischer Fundamentalismus, dem alle politischen Inhalte in Staat und Gesellschaft unterzuordnen waren und der sich gegenüber dem jeweiligen verfassungspolitischen Status quo indifferent verhielt, und eine nationale Grundhaltung, die sich 1933 vom Nationalsozialismus täuschen ließ. Der Kampf war die politische Grunderfahrung des deutschen Katholizismus, die gerade im Willen zum Kampf eine moralische Nachbarschaft zum Nationalsozialismus verriet und operationalisiert werden konnte. Der moralische Rigorismus, der unter demokratischen Verhältnissen jederzeit revolutionär umzuschlagen drohte, war keine temporäre Zeiterscheinung im deutschen Katholizismus, sondern ein Element, das ihm wesenhaft zu eigen war. Ob es zum Ausbruch kam und zur Wirkung

[10] MOHLER, Revolution, S. 161.

gelangte, darüber entschieden die politischen Zeitläufte sowie das Verhalten der politischen Entscheidungsträger. Als in Deutschland am 28. Februar 1933 der Rechts- und am 23. März 1933 der Verfassungsstaat geopfert wurden, erhob sich in der katholischen Publizistik Südoldenburgs kein Wort zu ihrer Verteidigung. Aber als die alten überkommenen Rechte der katholischen Kirche beschnitten werden sollten, bildete sich wieder eine geschlossene Abwehrfront der Katholiken Südoldenburgs, der sich auch ehemalige Träger und Anhänger der Landvolkbewegung anschlossen. Diese Gegenwehr aus dem Glauben wurde in der konstitutionellen Epoche ebenso geübt wie in der demokratischen und nach 1933 unter den extremen Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland - nur mit einem wesentlichen Unterschied. In der nationalsozialistischen Zeit fiel das Zentrum mit seiner politischen Führungs- und Integrationsfunktion aus, weil es von der katholischen Hierarchie in den Konkordatsverhandlungen des Jahres 1933 zugunsten eines neuen Bündnisses von Thron und Altar geopfert worden war.

So hat auch der südoldenburgische Konservatismus, der im Freistaat durch das oldenburgische Zentrum repräsentiert wurde und sich in der Landvolkbewegung radikalisierte, erheblichen Anteil an dem frühen Niedergang der Demokratie im kleinen nordwestdeutschen Freistaat. Die beschwichtigende Feststellung, daß die politische Radikalisierung vor den Toren des katholischen Milieus in Südoldenburg zum Stillstand kam, ist nicht zu halten und die Einstellung der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs gegenüber dem politischen Rechtsextremismus am Ende der Weimarer Republik nicht länger allein mit dem Begriff der Resistenz zu umschreiben. Der Weg Südoldenburgs in das "Dritte Reich" ist wesentlich differenzierter zu betrachten und hat auch die wiederkehrenden antidemokratischen Grundströmungen in der politischen Kultur Südoldenburgs einer kritischen Analyse zu unterziehen. Volk, Volkstum, Volksgemeinschaft waren Begriffe, die in der politischen Rhetorik des südoldenburgischen Konservatismus einen festen Platz hatten und im politischen Kontext der Weimarer Republik zu Synonymen verschmolzen, die in ihrer antidemokratischen Tendenz zweifellos verstanden wurden.

In der Endphase der Weimarer Republik stellte sich heraus, daß das Zentrum angesichts der erstarkenden Landvolkbewegung vorübergehend nicht mehr in der Lage war, die sozialen und politischen Spannungen im weltanschaulichen Abwehrkampf zu harmonisieren. Erst angesichts der offenen nationalsozialistischen Bedrohung, die im Wort vom "Neuheidentum" von der ka

tholischen Kirche eher als religiös-sittliche denn als politische Qualität wahrgenommen wurde, fand das katholische Milieu in Südoldenburg unter der vertrauten Führung des Zentrums zu seiner politischen Geschlossenheit zurück. Einen letzten Beweis seiner moralischen Größe, zu der es im kulturpolitischen Abwehrkampf fähig sein konnte, lieferte es im "Kreuzkampf" des Jahres 1936, der ganz in der historischen Tradition des kulturpolitischen Primats lag - eine Kontinuität, die tief aus dem 19. Jahrhundert gekommen war und die politischen Umbrüche von 1918/19 und 1933 überlebt hatte.

Viele Repräsentanten des politischen Konservatismus in Südoldenburg brachten der aufsteigenden NSDAP nur wenig Sympathie entgegen, fühlten sich aber dem Gedankengut und den Zielvorstellungen der konservativen Gegenrevolution eng verbunden. Sie war eine Bewegung "sui generis", unterlag im Frühjahr 1933 der nationalsozialistischen Revolution und wurde von ihr absorbiert. Die konservative Gegenrevolution gab sich konservativ, völkisch und national und verstand ihre ideengeschichtliche deutsche Mission als Antithese zum westlichen Liberalismus und zur europäischen Aufklärung. Der Liberalismus hatte nach Meinung konservativer Revolutionäre in Westeuropa - dazu zählte nach 1918 auch Deutschland - die nationalen Kulturen untergraben, die christliche Religion vernichtet und den Zerfall der moralischen Werte besorgt. Die Renaissance der christlichen Staatsidee sollte dazu beitragen, den gesellschaftlichen Liberalismus und Pluralismus zu überwinden und den politischen Rationalismus historisch auszuschalten. Auf den Rationalismus und Fortschrittsoptimismus der Moderne antwortete die konservative Gegenrevolution antithetisch mit der politischen Chiffre der Wiedergeburt von Volk und Reich, wie sie nach 1918 in der Auferstehungsallegorie deutscher Kriegsmythologien zur Anschauung kam. Insofern ist die konservative Gegenrevolution als politische Reaktion auf den Ersten Weltkrieg zu verstehen, der als tiefe historische Sinnkrise verstanden wurde. Der verlorene Krieg, der den dekadenten westlichen Ideen von 1789 auch in Deutschland zum Durchbruch verholfen hatte, und die Niederlage in der Revolution vom Herbst 1918 wurden in ihrer Bedeutung umgekehrt und nunmehr als positiver Läuterungsprozeß angesehen, der eines Tages die zivilisatorischen Hemmungen auflösen und im Kampf gegen Liberalismus und Aufklärung den Ideen von 1914 zum verspäteten Siege verhelfen würde.

Antidemokratisches Denken war im katholischen Milieu Südoldenburgs in der Zeit der Weimarer Republik weit verbreitet. Es wurde getragen von großen Teilen der katholischen Geistlichkeit, der konfessionellen Jugendbewe

gung und des katholischen Vereinswesens überhaupt, obwohl es sich traditionell unpolitisch gab und in der Öffentlichkeit in gemäßigter Form artikulierte, und von vaterländischen Vereinen, zu denen vor allem die Kriegervereine zählten. Die konservative Gegenrevolution, die auf eine "Verchristlichung" und damit auf eine Zähmung des "Dritten" Reiches hoffte, erwies sich als ein politischer Irrtum mit unabsehbaren Folgen. Ihre Selbstaufgabe wurde vom Nationalsozialismus nicht honoriert. Der politische Katholizismus in Oldenburg wie im Reich stand mehrheitlich nicht der nationalistischen Rechten oder gar der NSDAP nahe, nährte in seiner antidemokratischen Grundströmung aber eine politische Disposition, die ihm im Frühjahr 1933 den Weg in den autoritären NS-Staat öffnete.[11] Das zeigen die positiven Reaktionen einflußreicher katholischer Verbände und Vereine auf den politischen Machtwechsel in Deutschland. Sie wurden in sog. "Kundgebungen" publiziert, als sich eine Stabilisierung der neuen politischen Verhältnisse abzeichnete und der Nationalsozialismus sich den Anschein eines loyalen politischen Partners gab. Als ein Beleg selbst für den persönlichen Wandel Adolf Hitlers in seiner verantwortungsvollen Funktion als deutscher Reichskanzler wurde seine Regierungserklärung vom 23. März 1923 angesehen, in der er dem deutschen Katholizismus die geforderten Garantien für den Schutz der katholischen Kirche gab und sich dafür die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz einhandelte. Damit öffnete er auch dem politischen Katholizismus den Weg in das "Dritte Reich", ohne ihn förmlich gleichzuschalten. Dieser Prozeß läßt sich an der Geschichte des katholischen Milieus in Südoldenburg im Frühjahr 1933 exemplarisch ablesen.

Bedroht fühlte sich das katholische Sozialmilieu seit seiner Entstehung durch den materialistischen Zeitgeist, zu dem so gut wie alle geistigen Strömungen gerechnet wurden, die nicht katholischer Provenienz waren. Diese Trennungslinie war eine fundamentale Voraussetzung für den Bestand der katholischen Sozialmilieus und wurde deshalb auch unter den widrigen Umständen, die in der Zeit der Weimarer Republik für die katholische Kirche

[11] Konrad Repgen stellt summarisch fest, daß etwa zwei Drittel der katholischen Bevölkerung in Deutschland vor 1933 kirchlich gebunden und engagiert waren. Dieser überwiegende Teil der Katholiken habe ”dem Nationalsozialismus zu der Zeit, als man seinen Aufstieg zur größten deutschen Partei in den demokratischen Wahlen und Abstimmungen der Jahre 1929 bis 1932 hätte verhindern können, mit großer Mehrheit widerstanden.” Etwa zwei Drittel der praktizierenden Katholiken hätten während dieser Krisenjahre ebenso wie vorher die Parteien des politischen Katholizismus (Zentrum und Bayerische Volkspartei) gewählt. (Bischofskonferenz, Erinnerung, S. 10f.)

herrschten, gewahrt. Das galt auch für die katholische Frauenbewegung, die sich in eigenen Vereinen organisiert und somit im traditionellen Behütungs- und Bewahrungskatholizismus eingerichtet hatte. Sie fühlte sich dem konfessionellen Primat verpflichtet und grenzte sich scharf gegen die Forderungen der liberalen und sozialistischen Frauenbewegung ab. Die Emanzipation der Frau im katholischen Sozialmilieu war nicht ihr erklärtes Ziel. Die tiefen Risse, die sie von der nicht katholischen Welt trennten, wurden um so deutlicher, je mehr die Gesellschaft der Weimarer Republik sich für Fragen der Frauenemanzipation öffnete und mondäner wurde. Die gesellschaftliche und politische Reaktion, die diese Entwicklung von Anfang an begleitete, wies einen eigenen geschlechtsspezifischen Affront gegen Frauen auf. Sie wurde von Männern dominiert und konnte sich auch chauvinistisch gebärden. Das Jahr 1933 bedeutete das Ende der Frauenbewegung, der katholischen ebenso wie der liberalen und sozialistischen.

Beim Übergang von der Republik zur nationalsozialistischen Diktatur stellte sich die traditionelle Geschlossenheit des katholischen Sozialmilieus letztlich nicht als eine ausreichende Garantie gegen Radikalismus und Systemfeindlichkeit heraus. In dieser Hinsicht ist ein Umdenken in der historischen Bewertung katholischer Milieus gefordert. Die konfessionelle Milieugebundenheit bremste in katholischen Regionen wie Südoldenburg auf der einen Seite nachhaltig den Aufstieg der NSDAP, erschwerte auf der anderen Seite aus eben diesen konfessionellen Gründen aber auch eine breite nationale Solidarisierung aller Demokraten für die parlamentarische Demokratie und verhinderte schließlich einen politischen Konsens gegen den aufkommenden Nationalsozialismus. Um dieses Ziel zu erreichen, hätte es einer gesellschaftlichen und politischen Öffnung der konfessionellen Milieus in der Weimarer Republik bedurft. Dazu war Südoldenburg unter der geistlichen Leitung der katholischen Kirche und der politischen Führung des Zentrums nicht in der Lage, weil es den Bestand des Milieus ernsthaft gefährdet hätte. So war die Opposition gegen Hitler auch aus konfessionellen Gründen nicht fundamental genug und zerstritten. Der klassische "Zentrumsturm" führte in der Region Südoldenburg zu einer Stabilisierung des politischen Milieus mit erheblichen Tendenzen zur Gettoisierung und verhinderte die Öffnung der katholischen Welt in die soziale und kulturelle Wirklichkeit der Weimarer Republik, die sich wie keine Epoche deutscher Geschichte dem gesellschaftlichen Modernisierungsprozeß öffnete. Offensichtlich hatte sich dieser historische Übergang zu abrupt vollzogen.

6. Südoldenburg unter nationalsozialistischer Herrschaft

Der deutsche Katholizismus reagierte aufgrund seiner wechselvollen historischen Erfahrungen traumatisiert auf den sichtbaren Niedergang der Weimarer Republik und konnte sich aus dieser Lähmung nicht mehr aus eigener Kraft befreien. Das hatte Folgen für sein Verhältnis zum NS-Staat. Die Versöhnung zwischen Staat und Kirche im Jahre 1933 stellte anscheinend altes historisches Recht wieder her und verband es mit neuen Aufgaben, die sich aus den politischen Erfordernissen der Zeitgeschichte ergaben. Gerade in der brisanten Erfahrung historischer Diskontinuitäten gelangten im deutschen Katholizismus historische Traditionen und Mentalitäten zum Durchbruch, die im demokratischen Habitus die wenigen Jahre der Republik überdauert hatten, und entfalteten nun die in ihnen gebundenen politischen Energien. Der friedliche Ausgleich zwischen dem NS-Staat und der katholischen Kirche, der in der Unterzeichnung des Reichskonkordats am 20. Juli 1933 in Rom seinen diplomatischen Höhepunkt erreichte, half im katholischen Milieu Südoldenburgs eine politische Mischkultur etablieren, in der Anpassung und Widerspruch nicht gradlinig geschieden werden können. Man sah Hitler trotz der früheren entschiedenen Warnungen der katholischen Kirche ziemlich vorbehaltlos als die neue Obrigkeit an und hielt ihn daher für vertragsfähig. Die bischöflichen Kundgebungen, die Verlautbarungen von Verbänden und Organisationen gingen häufig weit über das Maß diplomatischer Rücksicht und hergebrachter Konzilianz hinaus. Aus historischer Sicht gilt es freilich zu berücksichtigen, daß das ganze Ausmaß von Hitlers Verbrechertum damals noch nicht abzusehen und einzuschätzen war.[12]

Die Opposition gegen den politischen Rationalismus, der der geistigen Welt das religiöse Mysterium geraubt und die abendländische Geschichte profaniert hatte, gehörte zum politischen Traditionsbestand des Katholizismus und entfaltete nach 1930 ihr volles Potential gegen die Republik. Die Defizite im politischen Denken, die besonders im antikommunistischen Trauma ausgelebt wurden, gingen auf enorme Schwächen einer politischen Theologie zurück, die seit der europäischen Aufklärung vom romantischen Ideal eines christlichen Staates schwärmte. Trotz aller sittlich und religiös motivierten Bedenken sah der deutsche Katholizismus 1933 die historische Stunde zur Verwirklichung der christlichen Staatsidee gekommen und arrangierte sich mit dem "Dritten Reich", weil es sich von ihm die religiös-sittliche Erneuerung

[12] BÖCKENFÖRDE, Katholizismus, S. 48.

des christlichen Abendlandes und die Rettung vor dem russischen Bolschewismus versprach, der in Form der Revolution 1918/19 deutschen Boden betreten hatte. Diesen kommunistischen Brandherd galt es einzudämmen. Dies war aus der Sicht der katholischen Kirche eher mit dem politischen Instrumentarium eines autoritären Systems zu bewerkstelligen als in einer parlamentarischen Demokratie, die als offene Gesellschaft auch der politischen Linken Möglichkeiten politischer Partizipation eröffnete.

Mit der Ermächtigung zur Gleichschaltung am 23. März 1933 hatte das innenpolitische Ringen um die Zukunft Deutschlands seinen Höhepunkt erreicht und war sogleich zu einem Abschluß gekommen. Dann begann ein Prozeß, der im Wesen totalitärer Herrschaft angelegt ist und seinem äußeren Anscheine nach als eine zunehmende Politisierung der Gesellschaft gedeutet werden kann, aber sich bei näherem Zusehen als ein Prozeß zunehmender Entpolitisierung und Moralisierung herausstellt. Die Entscheidung für die Annahme des Ermächtigungsgesetzes 1933 im Reichstag, zu der sich das Zentrum nach schweren Auseinandersetzungen durchrang, erwuchs argumentativ aus der Haltung treuer nationaler Pflichterfüllung gegenüber einem Staat als politischem Abstraktum, der von seiner bestehenden Verfassungsnorm und -wirklichkeit indifferent gedacht wurde. Wenige Tage nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes revidierte der deutsche Episkopat in der Kundgebung der Fuldaer Bischofskonferenz vom 28. März 1933 seine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus und respektierte die Regierung Hitler-Papen als "rechtmäßige Obrigkeit". Dabei wurde deutlich, daß eine Staatsführung nicht demokratisch legitimiert zu sein brauchte, um die Anerkennung der katholischen Kirche zu finden. Diese Einstellung resultierte aus der langen Tradition verfassungspolitischer Neutralität, zu der sich die katholische Lehre vom Staat wiederholt bekannt hatte, und wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg korrigiert.

Aus den Entscheidungen, die der politische Katholizismus in der ersten Hälfte des Jahres 1933 zugunsten der Regierung Hitler-Papen fällte, spricht kein unbedingtes politisches Bekenntnis zu Geist und Tat des "Dritten Reiches", sondern eher die Befriedung eines tiefen Ungenügens und kollektiven Leidens an den republikanischen Verhältnissen, aus denen man sich geordnet zurückzuziehen gedachte. Hitlers werbend propagierter Legalitätskurs weckte in den mittelständischen Schichten und Gruppen die berechtigte Hoffnung, daß sich dieser politische Rückzug aus der Republik auf friedlichem Wege und in aller Ruhe und Ordnung vollziehen könnte. Der bäuerliche Mittelstand setzte große

Hoffnungen auf eine Wende in der deutschen Agrarpolitik, die 1933 mit dem "Reichserbhofgesetz" auch eingeleitet wurde. Die katholische Sezession aus der offenen, demokratisch verfaßten Gesellschaft in die wieder geschlossene Gesellschaft des autoritären Führerstaates war eine politische Fluchtbewegung, die in katholischen Kreisen vor allem durch die Propagierung der attraktiven Reichsideologie ausgelöst wurde.[13]

In der "Nationalen Revolution" des Jahres 1933 ging es nicht, wie der "Tag von Potsdam" suggerieren mochte, um eine Neuauflage der alten Verhältnisse im kaiserlichen Deutschland, die im Ersten Weltkrieg unwiederbringlich untergegangen waren, sondern um die Schaffung von neuen inneren und äußeren politischen Systemen, ein 'neues' nationalsozialistisches Deutschland, das aus dem Kampf um die Wiedergeburt der deutschen Nation hervorgehen sollte. Grundlage dieser Politik waren nicht die ideologischen Komplexe der Vorkriegszeit, deren Verheißungen sich in der Vergangenheit schon nicht erfüllt hatten, sondern völkisch-rassistische 'Lehren', die an verloren geglaubte nationale Traditionsbestände appellierten, sie politisch instrumentalisierten und dadurch gleichzeitig überwanden. Darin bestand eine herausragende operative Leistung der nationalsozialistischen Weltanschauung, die ihre politische Wirkung auch in der Gleichschaltung Südoldenburgs nicht verfehlte. Die nationalsozialistische Propaganda pflegte historische Anachronismen nur zum Scheine. Ein biologistisches Naturgesetz, das nicht nur die Erhaltung der arischen Rasse und den Erweiterung des deutschen Lebensraumes im Osten propagierte, sondern auch auf Begriffe wie Heimat und Volkstum ausgedehnt werden konnte, trat an die Stelle der kritischen Theorie, die im Rechtskonservatismus der Weimarer Republik ohnehin verfemt war, und usurpierte die bürgerliche Freiheit.

So ist der 30. Januar 1933 nicht nur aus der dramatischen Verfassungs- und Staatskrise der Weimarer Republik oder den verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise, sondern ebenso aus langfristigen antirepublikanischen Mentalitäten und Vorbehalten und aus der überlegenen Herrschaftstechnik nationalsozialistischer Massenmobilisierung zu erklären.[14] Diese Feststellung gilt auch für das krisengeschüttelte politisch-soziale Milieu in Südoldenburg. Von entscheidender Bedeutung waren auch der desolate Zustand einer politischen Kultur, die Unfähigkeit zu politischer Toleranz und zum parteiübergreifenden Kompromiß, die Befangenheit in obrigkeitsstaatlichen Mentalitäten

[13] LÖNNE, Katholizismus, S. 242.
[14] SONTHEIMER, Denken, S. 294.

und Einstellungen, die stillschweigende Gewöhnung an den schleichenden Verfassungswandel, die tolerierte Durchbrechung verfassungspolitischer Normen und schließlich die billigende Inkaufnahme der Gewalt, deren Notwendigkeit schlichtweg mit der ausweglosen Lage begründet wurde. Der 30. Januar 1933 ist nicht nur als Selbstpreisgabe einer Demokratie oder als Selbstentmachtung von Parlamenten und Parteien zu deuten, sondern auch als die politische Folge einer rechtskonservativen Aushöhlung der Weimarer Demokratie, die in ihrer politischen Geschichte von Anfang an latent enthalten war. Weimar - das bestätigen die Untersuchungen - blieb eine Demokratie ohne Demokraten, auch ohne katholische Demokraten. Diese Erkenntnis ist bitter.

Wie das Beispiel Südoldenburg zeigt, war die Gleichschaltung der katholischen Milieus in der ersten Hälfte des Jahres 1933 ein politischer Erfolg der nationalsozialistischen Herrschaftstechnik, die den 'neutralen' Staatsbürokratismus der Weimarer Republik und die demokratischen Verfassungskompetenzen auf dem Wege der "legalen Revolution" usurpierte und unter Ausbeutung ihres positivistischen Rechts- und Ordnungsbewußtseins sich zunutze machte. Bei der Gleichschaltung handelte es sich originär um einen Akt politischer Fremdbestimmung und einen oktroyierten staatlichen Willen, der die bestehende soziale und politische Ordnung mit der neuen Wirklichkeit des NS-Staates überformte. In der katholischen Bevölkerung Südoldenburgs als dem Adressaten der politischen wie gesellschaftlichen Gleichschaltung reichten die Reaktionen von unreflektierter Anpassung bis zum partiellen Widerspruch aus dem Glauben heraus. Für den Erfolg dieses in der deutschen Geschichte einmaligen politischen Vorganges war die lokale und regionale Präsenz der NSDAP als Staatspartei von sekundärer Bedeutung. Die Biographien der Studienräte Hermann Bitter und Heinrich Ottenjann, die in Cloppenburg in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zur kulturellen Elite der Stadt zählten, verdeutlichen ein hohes Maß an historischer Kontinuität, die auf der Bereitschaft einzelner Bürger und Gruppen beruhte, sich politisch anzupassen und die neuen Verhältnisse für sich zu nutzen. In seiner unmittelbaren Auswirkung trug das kulturpolitische Engagement von Persönlichkeiten wie Hermann Bitter und Heinrich Ottenjann, die sich dem Allgemeinwohl ihrer Heimatstadt subjektiv verpflichtet fühlten, zur gesellschaftlichen Aufwertung des NS-Systems bei.

Daß die NSDAP in Südoldenburg immer eine Minderheit geblieben ist und sich in Wahlen niemals eine Mehrheit für sie entschieden hat, hat den Prozeß der Gleichschaltung als einer "Revolution von oben" nicht aufhalten, wohl

aber die soziale und politische Dynamik des "Dritten Reiches" in Südoldenburg erheblich mindern können. Die politische Laufbahn des Cloppenburger Malermeisters Leonhard Niehaus, der 1931 für die NSDAP in den Landtag gewählt und 1934 zum Bürgermeister der Stadt Lohne berufen wurde, ist ein Beispiel für den Weg eines gesellschaftlichen Außenseiters, der seinen politischen Aufstieg der NSDAP verdankte. Loyalitäten gegenüber dem nationalsozialisischen Regime, die tief in die katholische Basis und in die politischen Klassen Südoldenburgs hineinreichten, konnten so im deutschen Katholizismus nicht vermutet werden. Den Klagen der Oldenburger NSDAP über die hartnäckige Resistenz des katholischen Milieus im Süden des Landes liegt nicht die Erfahrung zugrunde, daß sich der NS-Staat in Südoldenburg nicht etablieren konnte, sondern die nüchterne Feststellung, daß Südoldenburg hinter der Erfüllung seines politischen Plansolls zurückblieb und propagandistisch auch nicht zu einer größeren Bewegung motiviert werden konnte. Die erfolgreiche politische Karriere des Vechtaer Studienrats Dr. Anton Kohnen, der der politischen Rechten in Südoldenburg angehörte und sich frühzeitig für den Nationalsozialismus entschied, blieb eine Ausnahme und ist für das katholische Milieu in Südoldenburg nicht als repräsentativ anzusehen.

Soweit die Ursachen für den Erfolg der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik überhaupt in der Region selbst zu suchen sind, läßt sich aus der historischen Distanz heute feststellen: Der Schlüssel zur politischen und gesellschaftlichen Gleichschaltung in der ersten Hälfte des Jahres 1933 ist weder in der Akzeptanz der NS-Ideologie, deren völkisch-rassistische Heilslehren und antisemitische Tendenzen dem konservativen Münsterländer fremd geblieben sind, noch in den Wahlerfolgen der NSDAP zu sehen, sondern in einer seit dem 19. Jahrhundert ausgeformten Mentalität, die sich aufgrund ihrer geistig-seelischen Disposition der Gleichschaltung aktiv nicht widersetzte. Obwohl die Wahlerfolge der NSDAP in Südoldenburg nicht unerheblich waren und die katholische Region das Personal für die lokale Innenausstattung von NS-Staat und NS-Gesellschaft weitgehend aus eigener Kraft zur Verfügung stellte, erklären diese Fakten nicht den reibungslosen Übergang in die politische Gegenwart des "Dritten Reiches". Der Gleichschaltungsprozeß des Jahres 1933 traf in Südoldenburg wie in vergleichbaren Regionen auf geistig-seelische Dispositionen, die eine autoritäre Umgestaltung von Staat und Gesellschaft erwarteten und in ihrem hierarchischen Ordnungsdenken tief im politischen Katholizismus verankert waren.

Der Gleichschaltungsprozeß des Jahres 1933 funktionalisierte politische Mentalitäten von großer historischer Dauer, die in der politischen Kultur der Weimarer Republik unbefriedigt geblieben waren, und verlieh ihnen eine konkrete politische Zielsetzung. Das hatte die konservative Gegenrevolution nicht getan. Aus einer diffusen Mischung, die sich aus positiven Erwartungshaltungen und skeptischen Befürchtungen zusammensetzte, erwuchsen für viele Gliederungen des organisierten Vereins- und Verbandskatholizismus in Südoldenburg Impulse zur freiwilligen Gleichschaltung und zum spontanen Bekenntnis politischer Loyalität dem neuen Staat gegenüber. Im Gleichschaltungsprozeß kam der nationalsozialistischen Ideologie eine komplementäre Funktion zu. Sie hatte die Aufgabe, die Gleichschaltungs- und Machtpolitik des totalitären NS-Staates als moralisch legitimiert auszuweisen und dadurch den totalitären Herrschaftsanspruch politisch zu transportieren. Diese Feststellung läßt sich überzeugend an den selbstgefertigten provinziellen Ideologismen beobachten, mit denen die oldenburgischen NS-Funktionäre Spangemacher und Pauly ihre kirchenfeindliche Politik gegen den katholischen Süden als politisches Glaubensbekenntnis auszuweisen versuchten. Der Konflikt mit dem NS-Regime war deshalb nicht in genuin politischen, sondern in weltanschaulichen Fragen zu erwarten, die den kämpferischen Katholizismus Südoldenburgs vom Neuheidentum der NS-Bewegung trennten. Der "Kreuzkampf" des Jahres 1936 ist das überzeugendste Beispiel dafür, aber nicht das einzige.

In der Mischkultur zwischen Anpassung und Opposition war die katholische Agrargesellschaft Südoldenburgs im "Dritten Reich" keine Ausnahme, sondern eher Normalität. Zu verdanken hat sie die historische Kontinuität einem politisch-sozialen Milieu, von dem eine Sozialisation der Behütung und Bewahrung ausging. Sie habitualisierte das soziale Verhalten und die politischen Einstellungen der Menschen in einer Weise, die als ursächlich für die seit dem Anbruch der Moderne geübte Resistenz Südoldenburgs gegen die religiös gleichgültige Moderne und ihre vielfältigen Ausdrucksformen anzusehen ist. Es waren dieselben geistig-seelischen Dispositionen, die das katholische Milieu Südoldenburgs in die gleichgeschaltete NS-Gesellschaft und in die partielle glaubensbegründete Opposition führten. Ein Sendungsauftrag, der nicht weltimmanent war, verpflichtete den politischen Katholizismus weder auf Republik noch auf Diktatur, wohl aber auf eine Haltung des Widerspruches, wenn es um die Verteidigung der "heiligsten Kulturgüter" ging. Insofern war auch der sog. "Kreuzkampf" des Jahres 1936 nicht die historische Ausnahme, sondern die Regel, weil seine Träger in der Omnipotenz

des NS-Staates die zur Totalität ausgewachsene Phänomenologie des modernen Machtstaates überhaupt erkannten. Diese war ihnen in der Geschichte der Moderne nicht fremd und schon häufiger Anlaß zu einem erbitterten Kulturkampf gewesen. Die historische Tradition des Kulturkampfes erreichte 1936 im "Kreuzkampf" einen Kulminationspunkt, den es in dieser Brisanz in der Geschichte Südoldenburgs noch nicht gegeben hatte und der sich in dieser Dramatik nach 1945 auch nicht wiederholen sollte. Das aber bezeichnet einen graduellen und keinen strukturellen Unterschied.

Die institutionellen Verankerungen des katholischen Milieus, die historisch gewachsen waren, waren die herausragenden Ziele der nationalsozialistischen Gleichschaltung und fielen ihr in Teilen zum Opfer. In Südoldenburg ging es ihr darum, die anhaltende Resistenz der katholischen Minorität gegenüber dem Nationalsozialismus zu überwinden. Dabei war es die politische Physiognomie des ideologischen Gegners, die sich 1933 gewandelt und einen radikalen Ausdruck angenommen hatte. Aber als Möglichkeit war die Degeneration zur politischen Omnipotenz und Totalität auch im Liberalismus und Sozialismus gegeben gewesen und war als Tendenz scharf zurückgewiesen worden. Denn in der Materialisierung der vormals religiösen Heilserwartung lag aus katholischer Sicht eine Gemeinsamkeit der modernen Ideologien, die im Liberalismus wie Sozialismus gleichermaßen zu beobachten war und im Nationalsozialismus totalitäre Formen angenommen hatte. Gegen diesen Materialismus hatte sich die katholische Orthodoxie schon immer verwahrt und ihn vor allem in kirchen- und schulpolitischen Fragen bekämpft. Das war auch eine politische Mission des Zentrums gewesen.

Es ging in der Opposition der katholischen Kirche gegen den NS-Staat um den politischen Konflikt mit einem religiös indifferenten Staatswesen, den die katholische Kirche seit 1789 ausgetragen hatte. Trotz einer langen Geschichte von Niederlagen und Enttäuschungen hatte sie ihre naturrechtlichen Positionen nicht revidiert. Sie berief sich auch nach 1945 wieder auf sie. Es war der Konflikt des emanzipierten politischen Denkens mit einem sittlich-religiösen Begreifen der Welt, das sich in der katholischen Orthodoxie absolut gesetzt hatte. In der "Nationalen Revolution" des Jahres 1933 ging die Geschichte des 19. Jahrhunderts im politisch-sozialen Milieu Südoldenburgs zu Ende. Die entpolitisierten moralisch-religiösen Begriffe der vordemokratischen Welt haben 1933 versagt und waren eigentlich nicht mehr zu restaurieren, ohne sich der fundamentalen Erfahrung in der Geschichte des "Dritten Reiches" zu begeben. Die katholische Abwehrhaltung galt völlig

indifferent gleichzeitig dem Marxismus, Kommunismus oder ‘Bolschewismus’ und dem Nationalsozialismus und verschleierte dadurch die fundamentalen Gegensätze zwischen diesen politischen Extremismen. Sie war Bestandteil einer Konzeption, die einer einseitigen Rezeption der oberhirtlichen Kundgebungen und Warnungen vorbeugen sollte. Die NS-Funktionäre lasen darin aber nur die Ablehnung des Nationalsozialismus, der weitverbreitete Antikommunismus war eine konstante Größe in ihrem eigenen politischen Kalkül.

Am Ende der politischen Gleichschaltung der Städte und Gemeinden sowie der deutschen Länder stand aber nicht der ideologisch propagierte Einheitsstaat und die monolithische Volksgemeinschaft, sondern eine Polykratie von einander ergänzenden und einander widersprechenden Kompetenzen und Interessen, die politisch nicht immer vermittelt werden konnten. Die politische Logik der Volksgemeinschaft, die mit großem Pathos von einer Gesellschaft der Gleichen auf der Grundlage von Rasse und Nation schwadronierte, blieb eine politische Fiktion, die mit der real existierenden Gesellschaft im nationalsozialistischen Deutschland nur wenig zu tun hatte. Sie eignete sich nicht zur Aufhebung der bürgerlichen (Klassen)gesellschaft und diente zur Verschleierung der sozialen Gegensätze, die das System durchzogen. Diese Erfahrung widerspricht der Projektion vom einheitlichen Führerstaat, in dem nur der gelenkte Wille von oben nach unten regierte und der Gesellschaft und Staat möglichst restlos, eben totalitär, erfaßte. Die Projektion des totalitären Führerstaates, die nach 1945 auch das historisch-politische Bewußtsein in Südoldenburg beherrschte, hatte in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine legitimatorische Funktion und diente zur moralischen Entlastung einzelner wie ganzer Kollektive und Institutionen.

Die außerparlamentarische Opposition Südoldenburgs, die von einem moralisch-religiösen Fundamentalismus geprägt war und sich auch radikal aufführen konnte, wies in den großen kultur- und schulpolitischen Auseinandersetzungen in ihrer Trägerschaft, ihren politischen Zielen und ihren moralischen Argumentationslinien eine grundlegende politische Formationsstruktur auf, die sich von den Anfängen des katholischen Milieus im 19. Jahrhundert bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg hinein kaum wandelte. In dieser politischen Tradition bildeten das "Dritte Reich" und der Konflikt um das Kreuz in der Schule keine kategorialen Ausnahmen. Allerdings mußte die außer- oder vorparlamentarische Opposition, die sich gegen die Schulpolitik des oldenburgischen NS-Regimes unter Staatsminister Pauly richtete, in ihrem Kampf

auf den einflußreichen parlamentarischen Bündnisparter, das katholische Zentrum, verzichten, das bereits im Frühjahr 1933 vor Hitler kapitulierte. Es war der Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des liberalen Verfassungsstaates in Deutschland zum Opfer gefallen, dem der südoldenburgische Katholizismus in der Verfolgung seiner schul- und kulturpolitischen Ziele immer weniger zutraute und am Ende äußerst skeptisch gegenüberstand.

Der religiöse Fundamentalismus sowie der politische Konservatismus hatten in der antirepublikanischen Opposition gegen Weimar gestanden und führten 1933 in eine Entscheidung, die widerrufen werden konnte. Sie eröffneten sowohl den Weg in das "Dritte Reich" als auch in die glaubensbegründete Opposition und Widerspruchshaltung gegen das NS-Regime, wo es totalitär in den Bereich der katholischen Kirche eingriff. Das kann exemplarisch gezeigt werden an der historischen Leistung des Bischofs Clemens August von Münster, der aus seiner pastoralen Verantwortung heraus einen partiellen Kampf gegen den Nationalsozialismus führte, ohne sich aus dem nationalen Konsens des "Dritten Reiches" zurückzuziehen. Als Graf von Galen und ‘sein’ Bischöflicher Offizial Franz Vorwerk im Herbst 1933 ihr Amt übernahmen, waren die wichtigsten politischen Entscheidungen über die Stellung der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland bereits gefallen. Beide kirchlichen Würdenträger, die nicht im politischen Liberalismus der Weimarer Republik verwurzelt gewesen waren, respektierten die kirchenpolitischen Grundlagen des Jahres 1933 und führten auf dieser Basis den südoldenburgischen Katholizismus in den sogenannten "Kirchenkampf" gegen die weltanschaulichen Irrlehren der nationalsozialistischen Ideologie, die nach ihrem Verständnis nichts anderes als eine Neuauflage des modernen "Neuheidentums" darstellte. Alfred Rosenbergs "Mythus des 20. Jahrhunderts" war ein brisantes Beispiel dafür und trug ungewollt dazu bei, die Abwehrhaltung und damit auch die Geschlossenheit in katholischen Milieus wie Südoldenburg zu stärken. Galen selbst lehnte einen neuen "Kulturkampf" aber ab.

Die Ereignisse des Jahres 1933 wie die glaubensbegründete Opposition des Bischofs Graf von Galen sind deshalb als integrale Bestandteile einer politischen Mischkultur im "Dritten Reich" aufzufassen, die zu einer differenzierten Erörterung des Verhältnisses zwischen Katholizismus und NS-Staat nötigt. Auf diesem Wege entsteht ein Eindruck vom polykratischen Herrschaftssystem im "Dritten Reich", das sich auch in der Provinz etablierte und trotz des angestrengten Gleichschaltungsprozesses an der totalitären Zielsetzung scheiterte.

Die historische Persönlichkeit des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen, stellt nach dem Untergang des "Dritten Reiches" eine zentrale Größe in der affirmativen katholischen Geschichtsschreibung Südoldenburgs dar und gilt bis in unsere Gegenwart als unverzichtbar für die moralisch-religiöse Rehabilitierung des katholischen Milieus in Südoldenburg. Sie konnte sich solange behaupten, wie es an einer kritischen politischen Reflexion der Zeitgeschichte zwischen 1918 und 1933 fehlte, und hat einen wesentlichen Beitrag zur historischen Kontinuität Südoldenburgs nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet.

Viele Katholiken durchlebten den politischen Wandel nacheinander. Sie akzeptierten zunächst den politischen Umschwung und engagierten sich in der nationalsozialistischen Partei oder in ihren Organisationen, um sich im Laufe der Zeit von dem Regime wieder zu distanzieren. Diese schmerzhaften Prozesse persönlicher Identitätskrisen und bitterer Erfahrungen politischer Selbstentfremdung sind den großen Repräsentanten des südoldenburgischen Katholizismus wie Bischof Clemens August und Offizial Vorwerk ebensowenig erspart geblieben wie vielen Angehörigen der traditionellen politischen wie geistlichen Elite Südoldenburgs. Für eine Wanderung zwischen den politischen Welten gibt es in Südoldenburg einige Beispiele mit großer sozialbiographischer Aussagekraft. Zu den herausragendsten gehört die Biographie des Cappelner Bauern Heinrich Götting. Er zählte zu den Anführern in der Landvolkbewegung und trat bereits 1928 in die NSDAP ein. Nachdem er sich 1933 von ihr wieder abgewandt hatte, gehörte er 1936 zu den Wortführern im "Kreuzkampf" und wurde wegen seiner religiösen Oppositionshaltung verfolgt. Sein Verhältnis zum NS-Regime blieb aber kooperativ. Weil eine politische Klärung zwischen der konservativen Gegenrevolution und dem Nationalsozialismus am Ende der Weimarer Republik ausblieb, verkürzte sich die Konfrontation auf die persönliche Ebene. An die Stelle einer eindeutigen politischen Abgrenzung, wie sie die konservative Gegenrevolution gegen den Liberalismus und Kommunismus vornahm, traten persönliche Entscheidungen gegen den Totalitätsanspruch der NSDAP, deren moralischer Wert unbestritten bleibt. Der politische Radikalismus beutete die Angst der Menschen aus.

Auf diese Weise konnte der NS-Staat die untereinander rivalisierenden Gruppen des gespaltenen politischen Katholizismus gegeneinander ausspielen und dadurch seine Macht- und Führungsposition stärken: den Episkopat gegen die katholische Basis, die katholischen NS-Funktionäre gegen die

katholische Opposition, die in Südoldenburg wie in anderen katholischen Milieus vor allem durch die unglückliche nationalsozialistische Kultur- und Schulpolitik der Minister Spangemacher und Pauly hervorgerufen wurde. Gerade unter den extremen politischen Bedingungen des "Dritten Reiches" wurden alle Kräfte zur Selbsterhaltung der eigenen Lebenswelt mobilisiert und konzentrierte sich die politische Energie der Region auf die Bewahrung und Behütung des traditionellen Kulturbestandes. An der auch im "Dritten Reich" relativ erfolgreich behaupteten Gettosituation des südoldenburgischen Katholizismus brach sich die NS-Herrschaftstechnik, die durch die politische Strategie der Entkonfessionalisierung die sozialen und kulturellen Fundamente des katholischen Milieus zu schwächen und dadurch den moralischen Widerspruch zu überwinden versuchte. Trotz kurzfristiger Erfolge scheiterte dieses Unterfangen an den gewachsenen Strukturen, den kirchlichen Institutionen, politisch-religiösen Mentalitäten und historischen Traditionsbeständen des katholischen Milieus in Südoldenburg.

Unter diesen Gesichtspunkten war Südoldenburg in der katholischen Welt des "Dritten Reiches" keineswegs eine Ausnahme - in Bayern treffen wir analoge Verhältnisse an -, sondern bestätigte eher eine Regel. Deshalb können die Fragen nach der lokalen und regionalen Präsenz der NSDAP und die Kenntnisnahme ihrer Wahlergebnisse nicht zum ausschließlichen Kriterium für das Verhältnis des südoldenburgischen Katholizismus zum "Dritten Reich" genommen werden. In Südoldenburg bildete sich eine in sich gespaltene politische und soziale Wirklichkeit, die für große Teile des politischen Katholizismus nach 1933 zeittypisch war. Die historischen Mythen sind Ausdruck des latenten Wunsches, die Geschichte so zu sehen, wie 'man' sie gerne sehen möchte, und entwerfen Projektionen, deren historischer Wahrheitsgehalt relativiert werden muß. Sie fingieren historisches Bewußtsein und verdrängen unerwünschte Schattenseiten der Geschichte. So konnte die Region ihre moralische Integrität weitgehend wahren und sich unter Berufung auf ihre politische Resistenz und Opposition in der Nachkriegsgeschichte überraschend schnell rehabilitieren. Eine historische Vergangenheitsbewältigung, die die Kapitulation des politischen Katholizismus in Südoldenburg im Jahre 1933 weitgehend ausblendete, trug nach 1945 zu einer fraglosen und zweifelsfreien Selbstvergewisserung der Region bei und leistete einer einseitigen Identitätsfindung Vorschub. Die antidemokratische Opposition gegen Weimar, die verschwiegene politische Verweigerung beim Übergang von der Republik zur Diktatur, die Akklamation der "legalen Revolution" und der NS-Bewegung als Hoffnungsträger im tragischen Weltanschauungs

kampf zwischen den Mächten des Lichtes und der Finsternis gehören ebenso zur politischen Geschichte Südoldenburgs wie seine bewährte Treue und Rechtschaffenheit im katholischen Glauben, die viele in politische Opposition und moralische Ablehnung führte. In der unmittelbaren Erfahrung historischer Diskontinuität entfalteten diese Haltungen, Mentalitäten und Traditionen, die größtenteils religiös-moralischer Natur waren, ihre stärkste politische Kraft. Sie stiegen angesichts der Krise immer wieder aus dem Seelengrunde des katholischen Milieus herauf und zeigten auf das, was immer gewesen war: den Weg Gottes in der Geschichte, der vom Katholiken unbeirrt durch alle Zeiten hindurch zu gehen war, die Treue gegenüber dem Staat, wer ihn auch immer regierte, und Anhänglichkeit an die römisch-katholische Volkskirche, welches Dogma sie auch immer vertrat, das Bekenntnis zum christlichen Jenseitsglauben um des Himmelreiches willen und die Ablehnung aller materialistischen Diesseitskulturen, die sich von Gott losgesagt hatten.

Diese moralisch-religiösen Determinanten bestimmten das Gesetz des Handelns in der Geschichte Südoldenburgs seit dem Jahre 1803. Dieses Gesetz war nach biblischem Bekunden zwar in dieser Welt, aber nicht von dieser Welt. Es war das Gesetz einer politischen Theologie, die sich nicht auf den politischen Rationalismus stützte, sondern auf geoffenbarte Glaubenswahrheiten. In dieser Welt mußte es erfüllt werden, an jedem historischen Ort und zu jeder historischen Zeit. Das war die Matrix für die historische Mission des römischen Katholizismus und der ewige Garant von historischer Kontinuität auf dem langen Weg durch die Geschichte, der über weite Strecken auch Martyrium war - um Christi willen.

7. Aufbruch in historische Gleichzeitigkeit

Von herausragender Bedeutung für die politische Kultur der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus ist das historische Phänomen der Ungleichzeitigkeit, das eng mit dem Begriff der "verspäteten Nation" verknüpft ist. Darunter ist jenes Neben- und Ineinander von historischen Epochen, Entwicklungsstufen und Bewußtseinslagen zu verstehen, das die kritische Gegenwart der Weimarer Republik von Anfang an ausmachte. Große Teile der deutschen Gesellschaft, auch im deutschen Katholizismus, realisierten nicht, daß die spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts real existierende Industriegesellschaft dauerhaft nur pluralistisch organisiert und

demokratisch verfaßt sein konnte, um die bestehenden gesellschaftlichen Antagonismen und politischen Konflikte auszugleichen und so inneren Frieden zu wahren. Statt die Entwicklungen rational zu kontrollieren und so geistig zu beherrschen, nahmen sie Zuflucht zu politischen und gesellschaftlichen Irrationalismen, die ausgesprochen realitätsfern waren. Es war die Stunde der Wut, des Hasses und der Ressentiments, sie entfachte romantisierende Sehnsüchte nach einer Existenz jenseits der Geschichte, im völkischen Mythos, in der nationalen Legende und in der Natur des eigenen Stammes. Glaube, Hingabe und Verschmelzung verdrängten den Intellekt und verliehen der Reaktion religiöse Impulse, die im politischen Ritual Gestalt annahmen. Diese Projekte eigneten sich zahlreiche völkisch-nationale Bewegungen und Strömungen an, die inner- und außerhalb der nationalsozialistischen Partei standen und ihr am Ende allesamt zuspielten. So profitierte der Nationalsozialismus in Deutschland von gesellschaftlichen Schichten und Gruppen, die sich weigerten, politisch ‘reif’ zu werden. Sie glaubten, in der Überwindung der bürgerlichen Freiheit, die zum Kernbestand der Weimarer Verfassungsnorm gehörte, in eine ‘neue’ Freiheit vorzudringen, die sich als eine Freiheit von "Blut" und "Ehre" erwies. So hatten es demagogische Parolen schon lange verkündet. Der Nationalsozialismus mobilisierte jene Angst, die den Menschen überkommt, der sich bewußt ist, daß er ständig in Veränderung begriffen ist und sich fortgesetzt auf eine sich wandelnde Umwelt einstellen muß. Historische Gleichzeitigkeit meint eine Vorstellung davon, daß soziale und politische Prozesse die Gegenwart des modernen Menschen bestimmen, er sich ihnen rational stellen muß und er an ihnen nur soweit partizipieren kann, wie er sie selbst emanzipatorisch mitgestaltet. Der Aufbruch in historische Gleichzeitigkeit bedeutete für das katholische Milieu in Südoldenburg einen fundamentalen Epochenwechsel, dessen es sich erst in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bewußt wurde. Bis auf einen Kern der christlichen Naturstände, die am reinsten in den kirchlichen Sodalitäten und Kongregationen organisiert waren, wurden die katholischen Vereine durch die christlich-demokratische "Union" mobilisiert und in den Dienst ihrer politischen Zielsetzungen genommen. Die Reorganisation des konfessionellen Schulwesens vertagte nach 1945 die überfällige Bildungsreform auf die Zeit des gesellschaftlichen und politischen Umbruchs in den 1960er Jahren. Damit ging endgültig eine Kulturkampftradition zu Ende, die in den 1950er Jahren in der erbitterten Auseinandersetzung mit der niedersächsischen Schulpolitik noch einmal wiederbelebt worden war. Der westdeutsche Episkopat sah die Zukunftsaufgaben aber zunächst anders und unterstrich unmittelbar nach dem

Ende des Zweiten Weltkrieges die großen Linien in der Geschichte des deutschen Katholizismus.

Die nationalsozialistische Vergangenheit in Deutschland hatte nach Ansicht des westdeutschen Episkopats eine Lehre gezeitigt, die die Bedeutung christlicher Volkskirchen für die Nachkriegsgesellschaft unterstreichen sollte: Das natürliche Sittengesetz, ein Erbe der europäischen Aufklärung, das seine ganze Hoffnung auf den Menschen als vernunftbegabtes Wesen setzt, reicht nicht aus und bedarf der Ergänzung durch das auf göttlicher Offenbarung beruhende christliche Naturrecht, um die Menschheit vor einem erneuten Ausbruch von Gewalt und Verderben zu bewahren. Diese Trennungslinie bestimmte die Haltung der katholischen Kirche gegenüber der modernen Massengesellschaft seit dem europäischen Revolutionszeitalter und zeigt bis heute Grundfragen des christlichen Humanismus auf. Nach Auffassung von Heinz Robert Schlette bestand die andauernde Problematik des Verhältnisses von Religion und Humanismus darin, "daß entweder seitens der Religion (auch des Christentums) ein nicht-religiöser H.[umanismus] für unmöglich oder fragmentarisch gehalten oder aber seitens religionskritischer Positionen jeder sich religiös motivierende H.[umanismus] für obsolet erklärt wird." Schlette schließt daraus: "Da die Diskussionen über Grundfragen dieser Art als unabschließbar gelten [...], müßte ein universalisierbarer H.[umanismus] bemüht sein, die philosophische Unauflösbarkeit der religiösen Wahrheits- und Heilsproblematik aufzuzeigen und zugleich die Legitimität von Optionen zugunsten religiöser Positionen (auch freilich des Atheismus) zu verteidigen."[15] Fortgesetzte Säkularisierungsprozesse, die in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft Tendenzen zur Entkirchlichung und Entkonfessionalisierung im katholischen Milieu nachhaltig unterstützten, bereiteten einen für den deutschen Katholizismus epochalen Wandel mit vor, der in den 1960er Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Südoldenburg zum Durchbruch gelangte. Im Schatten dieser kirchengeschichtlichen Entwicklung begab sich das katholische Milieu auf den Weg in eine historische Gleichzeitigkeit, die die Sonderstellung der katholischen Agrargesellschaft in Südoldenburg zusehends revidierte. Verbunden war dieser Prozeß mit einer zunehmenden Auflösung des katholischen Milieus, das in den 1960er Jahren vor allem in der jüngeren Generation an sozialer und moralischer Kontingenz verlor. So ist die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland aus der Sicht

[15] Staatslexikon 3, Sp. 12, von Heinz Robert Schlette.

des politisch-sozialen Milieus in Südoldenburg auch als Inkubationszeit der Moderne zu sehen.

Nach dem Krieg nahmen Dichte und Reichweite des Milieus, das nicht mehr in der alten Form restauriert werden konnte, rapide ab. In den 1960er Jahren brach dann die Spannung auf, die zwischen traditioneller Kirchenreligion und einer sich zunehmend säkularisierenden Umwelt bereits lange vorher entstanden war. Fortschrittliche Kräfte auf allen Ebenen in der katholischen Kirche strebten mit dem "Aggiornamento" des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962 - 1965) eine Aussöhnung mit der Moderne an, die tiefer gehen sollte als die Zeitanpassung im 19. Jahrhundert. Nach 1945 wurde das katholische Sozialmilieu noch durch das hohe Prestige gestützt, das die katholische Kirche in der Adenauer-Ära genoß, bis diese Wirkung in der gesellschaftlichen Normalisierung der 1960er Jahre verebbte. Am Ende der Nachkriegszeit kam das katholische Milieu in Südoldenburg in der gesellschaftlichen und politischen Gegenwart der Bundesrepublik an. Damit hat es als historisches Transitorium größtenteils ausgedient und ist Geschichte geworden.

In den im Schwinden begriffenen katholischen Lebenswelten vollzieht sich historisch verifizierbar eine fundamentale Umkehrung der überlieferten religiösen Anschauungen und Werte. Diese Veränderungen berühren die dogmatischen Grundfesten der christlichen Offenbarungsreligion und die Existenz traditioneller katholischer Volkskirchlichkeit. Das Problem der Wahrheit, das den Irrtum ausschließt, und die Frage, wie sich die katholische Kirche als Kirche sieht, sind noch nicht beantwortet. Nach dem Wortlaut der jüngsten Enzyklika "Fides et ratio" von Johannes Paul II., die der Vatikan am 14. September 1998 veröffentlichte, kann eine Aussöhnung zwischen Glauben und Vernunft nur dann stattfinden, wenn die Vernunft ihre Autonomie aufgibt und das Evangelium anerkennt. Nachdrücklich warnt der Papst in diesem Rundschreiben vor der "rationalistischen Versuchung" und hält wie seine Vorgänger an der Verurteilung von modernen Zeitströmungen wie Rationalismus, Existentialismus und Historizismus fest, weil sie "nicht von Theologen erarbeitet und vorgelegt" worden seien und ihren Ursprung "außerhalb des Schafstalls Christi" hätten. Gesellschaftlicher Pluralismus werde falsch verstanden, wenn er die geistigen und religiösen Werte egalisiere: "Die legitime Pluralität von Denkpositionen ist einem indifferenten Pluralismus

gewichen, der auf der Annahme fußt, alle Denkpositionen seien gleichwertig."[16]

Die ökumenischen Bemühungen und die Stellung der katholischen Kirche in der modernen Welt haben durch die Erklärung "Dominus Iesus" der Kongregation für die Glaubenslehre vom 6. August 2000 einen Rückschlag erlitten. Die Kongregation unter der Leitung ihres Präfekten Kardinal Joseph Ratzinger stellte die Unterschiede zwischen der katholischen Kirche, die Kirche ist, und nichtkatholischen Religionsgesellschaften, die nicht Kirche sind, deutlich heraus. Dieser Standpunkt war nicht neu, sondern längst Gegenstand des Dogmas und damit Wahrheit. So wurde nur erneut bekräftigt, daß die katholische Kirche die "einzige Kirche Christi" ist, die in der unmittelbaren Nachfolge Petri unabdingbaren Anspruch auf Glauben erheben kann. In der Tradition der großen Enzykliken des 19. und 20. Jahrhunderts verwirft die römische Glaubenskongregation "relativistische Theorien" und "religiösen Pluralismus" sowohl de facto als auch de jure. Das fortgesetzte Beharren auf dem "theologalen Glauben" in der katholischen Kirche und "der inneren Überzeugung in den anderen Religionen" ist in diesem Zusammenhang von größerer Bedeutung, weil es Brüche wieder aufleben läßt, die historisch für überwunden gehalten wurden, und die Ankunft der katholischen Kirche in der Gegenwart erschwert.[17] Diese Konfliktlage betrifft katholische Gesellschaften in ihrem Selbst- wie Fremdverständnis und löst auch in Südoldenburg Irritationen aus, die die Erosion traditioneller katholischer Sozialmilieus ohnehin begleiten. Aus ihrer leidvollen Geschichte in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts ist aber eine Schlußfolgerung zu ziehen: Es gibt für die katholische Kirche außerhalb der modernen Gesellschaft und des demokratischen Verfassungsstaates keinen Platz mehr. Diese Einsicht hat nach 1945 ihre Stellung zur Bundesrepublik bestimmt und zeitigt bis heute Folgen. Den Wendepunkt in seiner Geschichte hat Südoldenburg indes längst überschritten. Es kommt heute eher darauf an, ihn ins Bewußtsein zu rufen. So kann Regionalgeschichte zur historischen Verortung der Gegenwart beitragen und zum Medium persönlicher Erfahrungen und reflektierter Identitätsbildung werden. Als solche ist sie gedeutete Wirklichkeit und Aufgabe und Chance in einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. Ihr wesentliches bildungspolitisches Medium ist die Kritik.

---

[16] FIDES, S. 56f., 9f..

[17] Dominus Iesus, S. 10f.. Das sog. Ratzinger-Papier wurde von Papst Johannes Paul II. am 16. Juni 2000 gebilligt.

Einfache Antworten oder gar Rezepte zur Bewältigung von aktuellen gesellschaftlichen und politischen Aufgaben sind aus der Geschichte Südoldenburgs nicht abzuleiten. Sie eignet sich auch nicht mehr zur Legitimation der Gegenwart. Soviel läßt sich andeuten: Nach dem säkularisierten Sittengesetz der Moderne hat sich die Gültigkeit christlicher Moral und institutioneller Amtskirchlichkeit am Menschen zu bewähren. In diesem Zusammenhang wäre zu fragen, was Religion zur Subjektwerdung und Identitätsfindung des Menschen in der heutigen Zeit beitragen kann. So könnte der Einwand, daß die Individualisierung des Glaubens seinen Wahrheitsgehalt gefährde, entkräftet und von der "verfallstheoretischen Version der Säkularisierung" Abstand genommen werden.[18] Glauben würde erst da in seinem wahren Gehalt sichtbar werden, wo er nicht verbindlichen Sinn stiftet und Differenzen aufhebt, sondern die Suche des Subjekts nach sich selbst evoziert und bestehende Fixierungen aufbricht. Die Reflexion des Subjekts strebt nach Autonomie und kann deshalb nur in einer pluralen Ordnung voll zur Geltung kommen. Das historische Identitätskonzept, das nicht als regulatives Prinzip einer Entwicklung, sondern als deren konstitutives Ziel verstanden wurde, ist brüchig geworden. Es hat auch in Südoldenburg seine Plausibilität, die es lange auszeichnete, verloren. Als Fragment impliziert es die Ungewißheiten und Beunruhigungen, die mit der Existenz des reflexiven Subjekts heute verbunden sind. In diesem Sinne hat die moderne Geschichte Südoldenburg längst eingeholt. Einen Weg zurück gibt es aus historischer Sicht nicht. Wir lernen in Schichten und wachsen in Stufen.

[18] LUTHER, Religion, S. 18.

Zur Homepage der Publikation

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

Antonianum, Jahresbericht 1914/15
Gymnasium Antonianum, Bericht über das Schuljahr 1914-1915

Arbeiterverein, Protokolle
Protokolle des katholischen Arbeitervereins Cloppenburg, handschr. Aufzeichnungen, o. S. (Privatbesitz P. Böckmann)

Archiv des Landkreises Cloppenburg,
Bestand: 10 - 15/1 (Amt Cloppenburg)

Archiv des St.-Thomas-Kollegs Füchtel

Bundesarchiv,
Bitter, Ottenjann, Niehaus
Bundesarchiv Berlin, Auskunft vom 8.10.1998 betr. Hermann Bitter, Heinrich Ottenjann, Leonhard Niehaus

Chronik, Frauenbund
Chronik des katholischen Frauenbundes, Cloppenburg (handschr. Manuskript)

Chronik,Kirchengemeinde
Chronik der evg. Kirchengemeinde Cloppenburg, 1914

Chronik, Liederkranz
Chronik des Gesang=Vereins Cloppenburger Liederkranz

Chronik, St. Joseph
Chronik des St. Josephs-Convictes der Dominikaner Vechta 1902 - 1939

Meyer, Lebenslauf
Meyer, Johannes: Lebenslauf (masch.schr. Manuskript vom 23.5.1955)

Offizialats-Archiv Vechta (OAV),
Bestände:

A - 2 - 13	Beschwerden über Geistliche
A - 3 - 18I	Kongregationen und Sodalitäten
A - 3 - 73	Verein christlicher Mütter
A - 8 - 29	Kirchensteuergesetzgebung

A - 9 - 27	Kath. Arbeiter- und Gesellenvereine
A - 9 - 37	Verein der katholischen Lehrerinnen Oldenburg

Pfarrchronik, Vechta
Pfarrchronik St. Georg Vechta (Windhaus-Chronik)

Realgymnasium, Jahresberichte 1914/15, 1915/16, 1918/19, 1925/26, 1933/34
Jahresberichte des staatlichen Realgymnasiums Cloppenburg über die Schuljahre 1914/15, 1915/16, 1918/19, 1925/26, 1933/34

Realgymnasium, Konferenzprotokolle 1933/34, 1934/35
Konferenzprotokolle des Cloppenburger Realgymnasiums: Schuljahr 1933/34, 1934/35

Schülerchronik, St. Joseph
Chronik des St. Josephs-Convictes (Füchtel), Bd. I und II (Schülerchronik)

St. Andreas, Benedictio
Pfarrarchiv St. Andreas, Cloppenburg ("Benedictio mulieris post partum et infantis")

StAO
Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg (StAO), Bestände:

31	Kabinettsregistratur (1774 - 1864)
39	Oldenburgischer Landtag (1848 - 1930, 1931 - 1933, nicht gedruckt)
70	Regierung Oldenburg (1814 - 1867)
131	Staatsministerium (Gesamtministerium)
133	Ministerium der Justiz
134	Ministerium der Kirchen und Schulen
136	Ministerium des Inneren
160, 2	Katholisches Oberschulkollegium
262, 11	Stadt Vechta
262, 12	Stadt Cloppenburg
351	Entnazifizierung

Wempe, Erinnerungen
Wempe, Anton: Erfahrungen u. Gedanken (handschr. Aufzeichnungen), o. J.

Wübbolt, Erinnerungen
Wübbolt, Friedrich: Erinnerungen aus acht Jahrzehnten (in Auszügen: Die wirtschaftliche und politische Entwicklung. Deutschland unter dem Ansturm

der Radikalen. "Der katholische Lehrerverein geht zu Hitler über"), maschinenschriftliches Manuskript (Archiv: Heinz Strickmann)

Wübbolt, Eberborg
Wübbolt, Friedrich: Persönlicher Zusatz zum Fall "Eberborg", maschinenschriftliches Manuskript (Archiv: Heinz Strickmann)

2. Gedruckte Quellen

Adenauer, Briefe
Adenauer, Konrad: Briefe 1945 - 1947. Rhöndorfer Ausgabe, Berlin 1983

Ahnenpaß
Der Ahnenpaß des/der ..., Berlin (Verlag für Standesamtswesen), o. J.

Bonhoeffer, Widerstand
Bonhoeffer, Dietrich: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München 1951

Brüning, Memoiren
Brüning, Heinrich: Memoiren 1918 - 1934, Stuttgart 1970

Cappeln, Kriegsgedenkbüchlein
Ein Kriegsgedenkbüchlein, hg. von der Gemeinde Cappeln, o. E. und o. J.; das Buch wurde von Franz Ostendorf Anfang der 1920er Jahre verfaßt.

Cloppenburg, 500 Jahrfeier
500 Jahrfeier der Stadt Cloppenburg vom 23. Juni bis 1. Juli 1935 - Festfolge, Cloppenburg 1935 (Druck Hermann Imsiecke)

Conze, Nationalsozialismus
Conze, Werner: Der Nationalsozialismus 1919 - 1933. Die Krise der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtergreifung, Stuttgart 1983
(= Quellen zur Geschichte und Politik)

Dokumente 2
Das Zeitalter Wilhelms II. 1890 - 1918, Berlin/München o. J. (Sonderausgabe für die Staats- und Kommunalbehörden sowie für Schulen und Bibliotheken)

Dominus Iesus
Erklärung "Dominus Iesus" über die Einzigkeit und die Heilsuniversalität Jesu

Christi und der Kirche von der Kongregation für die Glaubenslehre vom 6. August 2000, Internet-Auszug vom 1.11.2000 (21 Seiten)

Eckhardt, Landtagsreden
Oldenburger Landtagsreden. Ausgewählt und mit einem Nachwort zur Geschichte des Oldenburgischen Landtags, hg. von Albrecht Eckhardt, Göttingen 1978

Feder, NSDAP
Feder, Gottfried: Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1933

Fenske, Wilhelm II.
Unter Wilhelm II. 1890 - 1918, hg. von Hans Fenske, Darmstadt 1982 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. VII)

Festblatt, Nr. 1 - 4
Festblatt zur 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Essen vom 31. August bis zum 5. September 1932

Festbuch, Bundessängerfest
Festbuch, hg. aus Anlaß des 2. Bundessängerfestes am 4. und 5. Juli 1914 in Cloppenburg, Cloppenburg 1914 (Verlag Imsiecke)

Fides
Papst Johannes Paul II.: Enzyklika Fides et ratio, Glaube und Vernunft (amtliche vatikanische Fassung in deutscher Übersetzung), Stein a. Rhein (Schweiz) 1998

Fimmen, Sammlung 1 u. 2
Sammlung der im Herzogtum Oldenburg geltenden Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen aus den Jahren 1813 bis 1903, hg. von Fimmen und Tenge, 2 Bde, Oldenburg 1905

Fröhlich, Goebbels
Die Tagebücher von Joseph Goebbels, hg. von Elke Fröhlich, München 1987 (Bd. 2)

Gelhaus, 1933
Gelhaus, Hubert: 1933 - 365 ganz normale Tage. Beobachtungen zum nationalsozialistischen Alltag in Cloppenburg und Umgebung (Südoldenburg), Oldenburg 1988

Gesetzblatt
Gesetzblatt für das Herzogtum Oldenburg bzw. Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg, Bd. 6 (1828 - 1831), 7 (1832 - 1833), 11 (1845 - 1848), 12 (1849 - 1851), 13 (1852/53), 37 (1909, 1910, 1911), 39 (1914, 1915, 1916, 1917), 40 (1918, 1919, 1920), 41 (1921/22), 45 (1927/28), 46 (1929/30),47 (1931/32), 48 (1933/34), 49 (1935/36)

Grab, Revolution
Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, hg. von Walter Grab, München 1973

Grundgesetz
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Vorläufige Niedersächsische Verfassung, Hannover 1989

Hartong, Staatsrecht
Hartong, Kurt: Beiträge zur Geschichte des oldenburgischen Staatsrechts (= Oldenburger Forschungen, Heft 10), Oldenburg (Stalling) 1958

Hitler, Kampf
Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1934: Bd. I (Eine Abrechnung), München (Eher) 1925, und Bd. II (Die nationalsozialistische Bewegung), München (Eher) 1927, in einem Band

Hofer, Dokumente
Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933 - 1945, hg. von Walter Hofer, Mainz 1957

Horten, Briefe
P. Dr. Titus M. Horten OP: Auszüge aus Briefen, hg. von Otmar Decker OP, Vechta 1954 (5. Aufl., Imprimatur vom 6.8.1937)

Huber, Kirche 2, 4
Huber, Ernst Rudolf/Huber, Wolfgang: Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. II: Staat und Kirche im Zeitalter des Hochkonstitutionalismus und des Kulturkampfes 1848 - 1890, Berlin 1976; Bd. IV: Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1988

Hug, Sozialistengesetz
Hug, Paul: Die Oldenburger Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, Oldenburg 1980 (Einleitung von Werner Vahlenkamp)

I., Vorgeschichte
I.: Zur Vorgeschichte des oldenburgischen Staatsgrundgesetzes, IN: Jahrbuch für die Geschichte des Herzogtums Oldenburg 2/1893, S. 1-13

Jahrbuch, 1927
Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927, 46. Jg., hg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1927

Jungmännerverband, Grundgesetz
Grundgesetz des katholischen Jungmännerverbandes Deutschlands, Düsseldorf 1932 (Imprimatur vom 19.12.1931)

Klattenhoff, Dokumente
Dokumente zur Geschichte der Lehrerschaft in Oldenburg, hg. von Klaus Klattenhoff, Oldenburg 1979

Knief, Staatsverfassung
Die Staatsverfassung des Großherzogtums Oldenburg. Staatsgrundgesetz und die damit in engerem Zusammenhange stehenden anderen wichtigen Grundgesetze in ihrer jetzt geltenden Fassung, hg. von G. Knief, Oldenburg 1917

Kohnen, Kriegsbuch
Kohnen, Anton: Oldenburger Kriegs- und Heimatbuch, Vechta (Vechtaer Druckerei und Verlag) 1916

Kühling, Steding
Kühling, Theodor: Elske Steding, Cloppenburg 1935 (maschinenschriftliches Manuskript)

Kunz, Parteien
Kunz, Rainer/Maier, Herbert u. a.: Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik, München 1975

Landgraf, Wallfahrtsbüchlein
Landgraf, Conrad: Bethener Wallfahrtsbüchlein für öffentliche Prozessionen und für Privatwallfahrten, Cloppenburg (Imsiecke) 1935

Löffler, Galen 1 u. 2
Löffler, Peter (Hg.): Bischof Clemens August Graf von Galen, Akten, Briefe und Predigten 1933 - 1946, 2 Bde, Mainz 1988 (inzwischen in 2. Auflage erschienen)

Marx, Katholikenversammlungen
Marx, Wilhelm: Die Katholikenversammlungen seit dem Weltkrieg, IN: Volk

und Kirche. Katholisches Leben im deutschen Westen, hg. von Karl Hoeber, Essen 1935, S. 57-70

Mausbach, Modernismus
Mausbach, Joseph: Der Eid wider den Modernismus und die theologische Wissenschaft, Köln 1911 (Nachdruck aus der "Kölnischen Volkszeitung" vom 14. und 15. Januar 1911)

Meyer, Macht
Meyer, Enno: Auf dem Wege zur Macht. Die NSDAP, ihre Wegbereiter und ihre Gegner in einer nordwestdeutschen Kleinstadt 1930-1933, Franfurt/Main 1981

Michaelis, Ursachen 2, 3, 9
Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung der Zeitgeschichte, hg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Berlin o. J. (Bd. 3: Der Weg in die Weimarer Republik, Bd. 9: Das Dritte Reich. Die Zertrümmerung des Parteienstaates und die Grundlegung der Diktatur)

Michalka, Republik
Die ungeliebte Republik. Dokumente zur Innen- und Aussenpolitik Weimars 1918 - 1933, hg. von Wolfgang Michalka und Gottfried Niedhart, München 1980 (dtv dokumente)

Morsey, Ermächtigungsgesetz
Morsey, Rudolf (Hg.): Das "Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933. Quellen zur Geschichte und Interpretation des "Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich", Düsseldorf 1992

Müller, Kirche
Müller, Hans: Katholische Kirche und Nationalsozialismus, München 1965 (dtv dokumente)

Münch, Gesetze
Münch, Ingo von/Brodersen, Uwe (Hg.): Gesetze des NS-Staates, Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn 1982

Münster, Katechismus
Katholischer Katechismus für das Bistum Münster, Münster 1925

Münster, Katholischer Katechismus
Kleiner Katholischer Katechismus für das Bistum Münster, Münster 1954

Münster, Galen
Clemens August Kardinal von Galen: Predigten in dunkler Zeit, hg. vom Domkapitel Münster, Münster 1993

Münzebrock, Amtshauptmann
Münzebrock, August: Amtshauptmann in Cloppenburg 1933 - 1945, Cloppenburg 1962

NSDAP, 3. Kreistag
3. Kreistag der NSDAP am Sonntag, dem 12. Juli 1936 in Vechta

Oldenburgische Anzeigen (Amtliche Nachrichten 1933):
Jg. 186 (1931) bis Jg. 188 (1933)

Ottenjann, Festbuch
Festbuch des ersten Oldenburger Katholikentages in Cloppenburg am 25., 26. u. 27. September 1920, hg. von Heinrich Ottenjann, Cloppenburg (Imsiecke) 1920

Pöls, Lesebuch
Historisches Lesebuch, Bd. 1: 1815 - 1871, hg. von Werner Pöls, Frankfurt a. Main 1966

Pross, Politik
Die Zerstörung der deutschen Politik, hg. von Harry Pross, Dokumente 1871 - 1933, Frankfurt 1959

Protocolle
Protocolle der Versammlung der Abgeordneten zur Beratung über den Entwurf eines Grundgesetzes für eine landständische Verfassung des Großherzogtums Oldenburg, 1848

Reichsarchiv, Weltkrieg
Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv, 6. Bd. und 8. Bd.: Die militärischen Operationen zu Lande, Berlin 1929 bzw. 1932

Rerum novarum
Die Enzyklika Leos XIII. Rerum novarum und die Enzyklika Pius' XI. Quadragesimo anno. Amtlicher deutscher Text, hg. vom Erzbischöflichen Seelsorgeamt Köln, Düsseldorf 1946

Reuter, Summa
Summa Pontificia. Lehren und Weisungen der Päpste durch zwei Jahrhunderte. Eine Dokumentation, hg. von P. Amand Reuter, Bd. I, Abensberg 1978

Rosenberg, Dunkelmänner
Rosenberg, Alfred: An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den "Mythus des 20. Jahrhunderts", München, o. J. (Vorwort vom März 1935)

Rosenberg, Mythus
Rosenberg, Alfred: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch=geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1940 (Copyright 1930)

Rosenberg, Wesensgefüge
Rosenberg, Alfred: Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. Grundlagen der deutschen Wiedergeburt, München 1932 (Eher-Verlag, Zentralverlag der NSDAP)

Schaap, Weg
Schaap, Klaus: Oldenburgs Weg ins 'Dritte Reich'. Quellen zur Regionalgeschichte Nordwest-Niedersachsens, Heft 1, Oldenburg 1983

Schönbrunn, Quellen
Das bürgerliche Zeitalter 1815 - 1914, bearbeitet von Günter Schönbrunn, München 1980 (= Geschichte in Quellen, hg. von Wolfgang Lautemann und Manfred Schlenke)

Sickenberger, Briefe
Sickenberger, Joseph: Die beiden Briefe des heiligen Paulus an die Korinther und sein Brief an die Römer, Bonn 1917

St. Andreas, Andenken
Andenken an die heilige Firmung, gespendet in der Pfarrkirche St. Andreas zu Cloppenburg am 6. September 1932

Staatshandbuch, 1856
Hof- und Staatshandbuch des Grossherzogtums Oldenburg aus dem Jahre 1856

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Oldenburgischen Landtags 1919 - 1930 (unter Angabe von Landtag, Sitzung, Datum, Seitenzahl)

Teuber, Unterthanen
Teuber, Werner: Alls gute Unterthanen und Bürger ... geduldet, verfolgt, vertrieben, ermordet, Jüdisches Schicksal 1350 - 1945, Vechta 1988
(= Dokumente und Materialien zur Geschichte und Kultur des Oldenburger Münsterlandes, Bd. 3)

Treue, Parteiprogramme
Treue, Wolfgang: Deutsche Parteiprogramme 1861 - 1961, Göttingen 1954

Trier, Pilger-Büchlein
Pilger-Büchlein für die Wallfahrt zum Hl. Rock im Heiligen Jahre 1933, hg. von der Wallfahrtsleitung Trier (Imprimatur vom 22.6.1933)

Vechta, Heimatwoche
Heimatwoche des Amtsbezirks Vechta mit Führer durch sämtliche Veranstaltungen, Vechta o. J.

Verfassungen
Deutsche Verfassungen. Deutschlands Weg zur Demokratie, München (Goldmann), o. J. (Stand vom 1.6. 1972)

VLV
Verhandlungen der verfassunggebenden Landesversammlung (VLV) des Freistaates Oldenburg 1919

Weber, Links
Weber, Hermann: Das Prinzip Links. Eine Dokumentation. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1847-1973, Ulm 1973

Winter, Adreßbuch
Winter, Wilhelm: Adreßbuch der Stadt Cloppenburg, Ausgabe 1931, o. E, o. J.

Wulf, Musik
Wulf, Joseph: Musik im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Gütersloh 1963

Zürlik, Gesetze
Oldenburgische Gesetze. Textsammlung mit Verweisungen und Sachverzeichnis, hg. von Josef Zürlik, Oldenburg 1978 (2. Aufl.)

3. Publizistische Quellen

Titel aus der aktuellen Tagespresse werden im Literaturverzeichnis nicht berücksichtigt und sind im Text angegeben.

Bundesblatt
Bundesblatt der Vereine des Oldenburger Landes=Kriegerbundes. Verbands-Organ der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen der Landesgruppe Oldenburg des Deutschen Reichskriegerbundes "Kyffhäuser", Jg. 1931

Cloppenburg, Festschrift
Geschichte der Stadt Cloppenburg. Festschrift herausgegeben zur 100jährigen Wiederkehr der Vereinigung Cloppenburgs mit dem Herzogtum Oldenburg (Separat-Abdruck aus dem "Wochenblatt für die Amtsbezirke Cloppenburg und Friesoythe"), Cloppenburg 1903

HBL
Heimatblätter, Beilage der "Oldenburgischen Volkszeitung", Jahrgänge von 1920 bis 1995 (im Text unter Angabe von Autor und Titel des Textes)

HKL
Heimatkalender, hg. vom Heimatbund für das Oldenburger Münsterland, Jahrgänge 1954, 1955, 1956, 1960, 1963 (im Text unter Angabe von Autor und Titel des Textes)

Katholische Schulzeitung, hg. vom Katholischen Lehrerverein für das Großherzogtum bzw. den Freistaat Oldenburg:
Jg. 1 (1910) bis Jg. 25 (1933)

Kirche und Leben
Jahrgänge 1932 bis 1935

Kirchliches Amtsblatt
Kirchliches Amtsblatt der Diözese Münster, Jg. 3 (1859) bis Jg. 69 (1935)

LV
Das Landvolk - Tageszeitung der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei 1928 - 1932

"Nachrichten"
Nachrichten für Stadt und Land, Oldenburg, 1918 - 1933

MT
Münsterländische Tageszeitung (Cloppenburg), Jahrgänge von 1905 bis 1936

Oldenburgisches Schulblatt (Oldenburgische NS-Lehrerzeitung seit 1933): Jg. 33 (1908), 35 (1910), 43 (1918), 56 (1931), 57 (1932), 58 (1933)

OV
Oldenburgische Volkszeitung (Vechta), vormals Vechtaer **Sonntags-Blatt**, **Neue Zeitung**, Jahrgänge von 1834 bis 1936

Studien
Studien zum Mythus des XX. Jahrhunderts. Amtliche Beilage zum Kirchlichen Amtsblatt für die Diözese Münster, Köln o. J. (Geleit von Bischof Clemens August vom 15.10.1934)

Tageszeitung für das Amt Friesoythe: 1930.

Themann, Sonntags=Blatt
Sonntags=Blatt. Eine Wochenschrift für alle Stände von 1834 - 1858, hg. von der Oldenburgischen Volkszeitung, Vechta 1994

VuL
Volkstum und Landschaft, Beilage der "Münsterländischen Tageszeitung", Ausgaben:
1 (1934), 5 u. 6 (1935), 8 (1937), 1 (1938), 6 (1939), 4 (1940), 36 (1956), 107 (1981), 108 (1982), 116 (1985), 126 (1989), 129 (1991), 130 u. 131 (1992), 132 (1993), 135 (1994)

4. Benutzte Literatur

Adam, Katholizismus
Adam, Karl: Das Wesen des Katholizismus, Düsseldorf 1925

Adler, Charakter
Adler, Alfred: Über den nervösen Charakter. Grundzüge einer vergleichenden Individualpsychologie und Psychotherapie, hg. von Karl-Heinz Witte, Almuth Bruder-Bezzel und Rolf Kühn, Göttingen 1997

Aka, Bevölkerungsvermehrung
Aka, Georg: Bevölkerungsvermehrung und Nahrungsspielraum im Oldenburger Münsterland seit 1800, o. J. (Vorwort von 1932)

Aka, Fastnacht
Aka, Christine/Pfister, Heike: Von der Fastnacht zum Karneval, IN: Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 561-598

Aka, Tot
Aka, Christine: Tot und vergessen? Sterbebilder als Zeugnis katholischen Totengedenkens, Detmold 1993

Amery, Kapitulation
Amery, Carl: Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Reinbek 1963 (mit einem Nachwort von Heinrich Böll)

Anderson, Nation
Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt 1996 (Erw. Neuausg. (engl. Originalausgabe 1983)

Anderson, Windthorst
Anderson, Margaret Lavinia: Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988 (amerik. Originalausgabe Oxford 1981)

Arbeitskreis, Katholiken
Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, vorgelegt vom "Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte" (AKKZG) in Münster, IN: Westfälische Forschungen 43/1993, S. 588-654

Arendt, Politik
Arendt, Hannah: Was ist Politik? Aus dem Nachlaß herausgegeben von Ursula Ludz, München 1993

Aretz, Arbeiter
Aretz, Jürgen: Katholische Arbeiter gegen Hitler. Zur Auseinandersetzung zwischen KAB und Nationalsozialismus, IN: Kringels-Kemen, Kirche, S. 51-67

Arkenau, Arkenau
Arkenau, Franz-Josef: Pater Aurelius Arkenau - "Gerechter unter den Völkern", IN: JOM 2000, S. 164-176

Aschoff, Katholizismus
Aschoff, Hans-Georg: Ludwig Windthorst und der politische Katholizismus der Wilhelminischen Zeit, IN: Windthorst, Gedenkausstellung, S. 93-103

Aschoff, Rechtsstaatlichkeit
Aschoff, Hans-Georg: Rechtsstaatlichkeit und Emanzipation. Das politische

Wirken Ludwig Windthorsts, Sögel 1988 (Emsland/Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 5)

Aschoff, Windthorst
Aschoff, Hans-Georg: Ludwig Windthorst. Ein christlicher Politiker in einer Zeit des Umbruchs, Hannover 1991

Aubert, Syllabus
Aubert, Roger: Der Syllabus von 1864, IN: Stimmen der Zeit 1/1964-65 (Jg. 90), S. 1-24

Aumann, Themann
Aumann, Heinz: Anton Themann, IN: Vechta, Beiträge 6, S. 235-236

Austing, Dokumentation
gr. Austing, Irmgard: Zur Sache - Das Kreuz! Eine Dokumentation, IN: JOM 1988, S. 357-372

Bachem, Zentrumspartei
Bachem, Julius: Politik und Geschichte der Zentrumspartei, im Anschluß an die Richtlinien für die Parteiarbeit vom 30. Juni 1918, Köln 1918

Baumann, Anton Kohnen
Baumann, Willi: Dr. Anton Kohnen (1889 - 1985). Heimatfreund, Historiker und nationalsozialistischer Schulrat im Land Oldenburg, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 67-88

Baumann, Christenkreuz
Christenkreuz oder Hakenkreuz. Zum Verhältnis von katholischer Kirche und Nationalsozialismus im Land Oldenburg, hg. von Willi Baumann und Michael Hirschfeld, Vechta 1999 (= Quellen und Beiträge zur Kirchengeschichte des Oldenburger Landes, Bd. 4)

Baumann, Kirche
Die Katholische Kirche im Oldenburger Land. Ein Handbuch. Im Auftrag des Bischöflich Münsterschen Offizialates herausgegeben von Willi Baumann und Peter Sieve, Vechta 1995

Baumann, Kohnen
Baumann, Willi: Die Karriere des katholischen Schulrates Dr. Anton Kohnen unter der nationalsozialistischen Regierung in Oldenburg, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 71-147.

Baumann, Neuarenberg
Baumann, Willi: Neuarenberg im Dritten Reich, IN: 1788 - 1988. 200 Jahre Neuarenberg/Gehlenberg - Dorf- und Familienchronik, hg. vom Arbeitskreis "200 Jahre Gehlenberg", Werlte 1988, S. 445-530

Baumann, Niermann
Baumann, Willi: Wilhelm Niermann: Ein "geistiger Vater des Kreuzkampfes", IN: Kuropka, Kreuz, S. 324-329

Baumann, Uptmoor
Baumann, Willi: Franz Uptmoor: Der "Prediger des Kreuzkampfes", IN: Kuropka, Kreuz, S. 314-319

Baumann, Vorwerk
Baumann, Willi: Franz Vorwerk: Der "Offizial des Kreuzkampfes", IN: Kuropka, Kreuz, S. 297-306

Baumgärtner, Weltanschauungskampf
Baumgärtner, Raimund: Weltanschauungskampf im Dritten Reich. Die Auseinandersetzung der Kirchen mit Alfred Rosenberg, Mainz 1977

Becker, Windthorst
Becker, Winfried: Windthorst und der Rechtsstaat, IN: Windthorst, Gedenkausstellung, S. 35-43

Beckermann, Münsterland
Beckermann, Engelbert/Hachmöller, Heinrich/Sieverding, Karl: Das Oldenburger Münsterland im 19. Jahrhundert (Unterrichtsmaterialien zur Regionalgeschichte des Oldenburger Münsterlandes, Heft 3), Cloppenburg 1988

Beering, Bethen
Beering, Bernhard: Der Wallfahrtsort Bethen, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 317-325

Beering, Bethen
Beering, Bernhard: Der Wallfahrtsort Bethen, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 317-325

Behrens, Weser-Ems
Behrens, Hans: Landwirtschaftliche Geschichtstafel für Weser-Ems: Daten aus 300 Jahren Verbandsarbeit; Interessenvertretung; Wandlungen der Agrarpolitik, Oldenburg 2000

Benken, Schützenverein
Benken, Alfred: Löninger Schützenverein von 1597 E. V. Chronik, hg. von der Stadt Löningen, Löningen 1984

Berg, Zeiten
Moderne Zeiten. Industrie- und Arbeitskultur in Oldenburg 1845 bis 1945, hg. von Berg/Meyer/Seitz, Oldenburg 1989

Berger, Modernität
Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen, Gütersloh 1995

Berghahn, Stahlhelm
Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918 - 1935, Düsseldorf 1966

Bethen, Bethen
Bethen - 500 Jahre Wallfahrtsort, hg. vom Pfarramt Bethen, Cloppenburg (Ostendorf), 1965

Bethen, Wallfahrtsort
Marienwallfahrtsort Bethen, verfaßt von Bernhard Beering und Hans-Günther Schneider , München u. Zürich 1988 (= Kleiner Kunstführer)

Bierbaum, Lob
Bierbaum, Max: Nicht Lob Nicht Furcht. Das Leben des Kardinals von Galen nach unveröffentlichten Briefen und Dokumenten, Münster o. J.

Bischofskonferenz, Erinnerung
Erinnerung und Verantwortung. 30. Januar 1933 - 30. Januar 1983. Fragen, Texte, Materialien, hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz am 24. Januar 1983: Konrad Repgen, Vorsitzender der Kommission für Zeitgeschichte, an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, Erzbischof von Köln, am 11.1.1983.

Bitter, Driver
Bitter, Hermann: Franz Driver (1863 - 1943), IN: HKL 1963, S. 136-138

Bitter, Haßkamp
Bitter, Hermann: Amtshauptmann Josef Haßkamp in memoriam, IN: HKL 1966, S. 127-128

Bitter, Morthorst
Bitter, Hermann: Franz Morthorst +, IN: JOM 1971, S. 216-218

Blaich, Wirtschaft
Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung in Deutschland 1933-1939, IN: Bracher, Diktatur, S. 285-316

Blaschke, Zeitalter
Blaschke, Olaf: Das 19. Jahrhundert: Ein Zweites Konfessionelles Zeitalter? IN: GG, Jg. 26 (Heft 1)/2000, S. 38-75

Blessing, Kirche
Werner K. Blessing: "Deutschland in Not, wir im Glauben ...". Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region 1933 - 1949, IN: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, hg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1990, S. 3-112 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 26)

Blessing, Kirchenfromm
Blessing, Werner: Kirchenfromm - volksfromm - weltfromm: Religiosität im katholischen Bayern, IN: Loth, Katholizismus, S. 95-123

Bloch, Erbschaft
Bloch, Ernst: Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt 1985

Bloch, Faschismus
Bloch, Ernst: Der Faschismus als Erscheinungsform der Ungleichzeitigkeit. Ungleichzeitigkeit und Pflicht zu ihrer Dialektik, IN: Theorien über den Faschismus, hg. von Ernst Nolte, Köln 1972 (3. Aufl.), S. 182-204

Böckenförde, Betrachtung
Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung, IN: Hochland 53 (1961), S. 215-239; wieder abgedruckt in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos, Herder/Freiburg 1988 (= Schriften zu Staat - Gesellschaft - Kirche, Bd. 1), S. 39-69

Böckenförde, Ethos
Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Das Ethos der modernen Demokratie und die Kirche (1957), IN: Hochland 50 (1957/58), S. 4-19; wieder abgedruckt in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg 1988 (= Schriften zu Staat - Gesellschaft - Kirche, Bd. 1), S. 21-38

Böckenförde, Katholizismus
Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933.

Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg 1988 (= Schriften zu Staat - Gesellschaft - Kirche, Bd. 1)

Böckenförde, Kirche
Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Kirche und Politik. Zur Problematik des Hüter- und Wächteramts der Kirche, erläutert am Verhalten der Kirche im "Dritten Reich", IN: Der Staat 5 (1966), S. 225-38; wieder abgedruckt in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg 1988 (= Schriften zu Staat - Gesellschaft - Kirche, Bd. 1), S. 105-120

Böckenförde, Staat
Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Staat - Gesellschaft - Kirche, IN: Christlicher Glaube in moderner Gesellschaft, Bd. 15, Freiburg 1982, S. 5 - 120

Böckenförde, Stellungnahme
Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Stellungnahme zu einer Diskussion, IN: Hochland 54 (1962), 217-245; wieder abgedruckt in: Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933 - Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg 1988 (= Schriften zu Staat - Gesellschaft - Kirche, Bd. 1), S. 71-104

Bölling, Lehrerorganisationen
Bölling, Rainer: Zur Entwicklung und Typologie der Lehrerorganisationen in Deutschland, IN: Der Lehrer und seine Organisation, hg. von Manfred Heinemann, Stuttgart 1977, S. 23-37

Bölling, Volksschullehrer
Bölling, Rainer: Volksschullehrer und Politik. Der deutsche Lehrerverein 1918 - 1933, Göttingen 1978

Bölsker-Schlicht, Hollandgängerei
Bölsker-Schlicht, Franz: Die Hollandgängerei im Osnabrücker Land und im Emsland. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterwanderung vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, Emsland Bentheim, Beiträge zur neueren Geschichte, Bd. 3, Sögel 1987

Bölsker-Schlicht, Kriegsgefangenschaft
Bölsker-Schlicht, Franz: Münsterländische Hollandgänger in englischer Kriegsgefangenschaft. Ein Beitrag zur maritimen Wanderarbeit im 18. Jahrhundert, IN: JOM 1987, S. 115-120

Bölsker-Schlicht, Vechta
Bölsker-Schlicht, Franz: Das Elementarschulwesen im Amt Vechta, IN: Hanschmidt, Schulvisitationsprotokolle, S. 300-325

Bölsker-Schlicht, Vorfahren
Bölsker-Schlicht, Franz: Unsere Vorfahren als Saisonarbeiter in Holland, IN: Wanderarbeit jenseits der Grenze. 350 Jahre auf der Suche nach Arbeit in der Fremde (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Museumsdorf Cloppenburg), Cloppenburg 1993, S. 22-33

Bölsker-Schlicht
Bölsker-Schlicht, Franz: "... wurde mir im Dorfe der Vorwurf gemacht, ich triebe konfessionelle Hetze". Katholische Vereinarbeit und staatlicher Totalitätsanspruch am Beispiel des Kaplans Georg Meyer in Sedelsberg, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 189-202

Bösel, Gemeinde
Gemeinde Bösel 1876 - 1976, hg. von der Gemeinde Bösel, Bösel 1976

Bosl, Gesellschaft
Bosl, Karl: Die Gesellschaft in der Geschichte des Mittelalters, Göttingen 1975

Bösterling, Talsperre
Bösterling, Toni: 50 Jahre Thülsfelder Talsperre, IN: JOM 1987, S. 216-218

Bracher, Diktatur
Nationalsozialistische Diktatur 1933 - 1945, hg. von Karl-Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1986 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung)

Bracher, Machtergreifung
Bracher, Karl: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Frankfurt/M. 1974

Bracher, Preußen
Bracher, Karl Dietrich: Dualismus oder Gleichschaltung: Der Faktor Preußen in der Weimarer Republik, IN: Bracher, Republik, S. 535-551

Bracher, Republik
Die Weimarer Republik 1918 - 1933. Politik - Wirtschaft - Gesellschaft, hg. von Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke und Hans-Adolf Jacobsen, Bonn 1987 (Bundeszentrale für politische Bildung)

Brandt, Birkenfeld
Brand, H. Peter: Der Landesteil Birkenfeld, IN: Eckhardt, Geschichte, S. 591-636

Brecher, Bischof
Brecher, August: Bischof einer Wendezeit der Kirche. Dr. Dr. Johannes Pohlschneider 1899 - 1981, Aachen 1997

Brengelmann, Liturgie
Brengelmann, Bernhard: Liturgie und Glaube, IN: Festschrift 50 Jahre Clemens-August-Gymnasium, Cloppenburg 1964, S. 77-85

Brockmann, Christianisierung
Brockmann, Bernhard: Die Christianisierung des Oldenburger Münsterlandes, Abt Gerbert Castus in seiner Zeit (= Quellen und Beiträge zur Kirchengeschichte des Oldenburger Landes, Bd. 1, Vechta 1996

Broszat, Bayern 2, 4
Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, hg. von Martin Broszat, München/Wien 1979: Bd. II; 1981: Bd. IV

Broszat, Struktur
Broszat, Martin: Zur Struktur der NS-Massenbewegung, IN: VfZG, 31. Jg. 1/1983, S. 52-76

Brüggemann, Lehrerseminar
Brüggemann, Hermann: Geschichtliches über das Vechtaer Lehrerseminar, IN: JOM 1972, S. 121-124

Brumlik, Utopie
Brumlik, Micha: Diesseits von Utopie und Mythos - Versuch zu einem vernünftigen Begriff von ‘Heimat’ zu kommen, IN: Ernst Bloch und die Heimat, Jahresheft 1990 der Ernst-Bloch-Gesellschaft, Mannheim-Ludwigshafen 1990

Brunner, Grundbegriffe 3
Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hg. von Brunner, Conze und Koselleck, Stuttgart 1982: Bd. 3

Buchheim, Herrschaft
Buchheim, Hans: Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München 1962

Büsching, Löningen
Büsching, Hans-Werner/Fortmann, Elisabeth: Löningen zur Zeit des Kaiserreiches, IN: Löningen in Vergangenheit und Gegenwart, hg. von der Stadt Löningen, zusammengestellt von Margaretha Jansen, Löningen 1998, S. 129-164

Cappeln, Gemeinde
Gemeinde Cappeln (Gemeindechronik), hg. von der Gemeinde Cappeln, bearbeitet von Joseph Bullermann, Franz Dwertmann, Hubert Dwertmann, Johannes Lukassen und Gerhard Weß, Cappeln 1986

CDU, Chronik
CDU im Oldenburger Land 1945 - 1985. Chronik des CDU-Landesverbandes Oldenburg, hg. vom CDU-Landesverband Oldenburg, Oldenburg 1986

Clemens, Heimatkunde
Clemens, Paul: Heimatkunde des Oldenburger Münsterlandes, Oldenburg 1949

Cloer, Schulpolitik
Cloer, Ernst: Aspekte der Schulpolitik der katholischen Lehrerverbände in der Weimarer Republik, IN: Der Lehrer und seine Organisation, hg. von Manfred Heinemann, Stuttgart 1977, S. 151-166

Cloppenburg, 100 Jahre
Der Kreis Cloppenburg vor 100 Jahren im Spiegel der Namen und Zahlen. Heimatkundliche Lese- und Arbeitsbogen Heft 4, Cloppenburg 1958

Cloppenburg, 50 Jahre
Der Landkreis Cloppenburg - 50 Jahre Entwicklung, hg. vom Landkreis Cloppenburg, Cloppenburg 1983

Cloppenburg, Beiträge 1 u. 2
Beiträge zur Geschichte der Stadt Cloppenburg mit einem Rückblick auf das Stadtjubiläum, hg. von der Stadt Cloppenburg, Bd. 1, Cloppenburg 1985; Bd. 2: Cloppenburg nach 1900 - eine Stadt im Wandel, Cloppenburg 1988

Cloppenburg, Frauen
Erst die Arbeit und dann ...? Sonn- und Feiertagsleben der Frauen im Landkreis Cloppenburg 1900 - 1930, Cloppenburg 1995

Cloppenburg, Mädel
Mädel, Maiden und Mütter. Frauenleben im Landkreis Cloppenburg zur Zeit

des Nationalsozialismus 1933 - 1945, hg. vom Landkreis Cloppenburg, Dinklage 1997

Damberg, Kreuzkampf
Damberg, Wilhelm: Der Oldenburger Kreuzkampf und Westfalen, IN: Kuropka, Kreuz, S. 379-387

Damberg, Moderne
Damberg, Wilhelm: Moderne und Milieu 1802 - 1998, Münster 1998
(= Geschichte des Bistums Münster, hg. von Arnold Angenendt, Bd. 5)

Damberg, Synode
Damberg, Wilhelm: Bischof von Galen. Die münsterische Synode von 1936 und der Wandel pastoraler Planung im 20. Jahrhundert, IN: Kuropka, Galen-Forschungen, S. 297-325

Damberg, Zeitgeschichte
Damberg, Wilhelm: Kirchliche Zeitgeschichte Westfalens, der Schweiz, Belgiens und der Niederlande. Das katholische Beispiel, IN: Westfälische Forschungen Bd. 42 (1992), S. 445-465

Denis, Denis
Denis, Walter: Johannes Denis, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 151-157

Denzler, Kirchen 1 u. 2
Denzler, Georg/Fabricius, Volker: Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand?, Bd. 1 (Darstellung), Bd. 2 (Dokumente), Frankfurt/M. 1984

Derenthall, Darlehnskassenverein
Derenthall, Kasimir: Vom Spar- und Darlehnskassenverein zur Volksbank. Die Geschichte der Volksbank in Cloppenburg, IN: Cloppenburg und die Volksbank. Die Jahrhundertgeschichte einer Bank im Spiegel der Stadtentwicklung, hg. von der Volksbank Cloppenburg und vom Nieders. Freilichtmuseum Cloppenburg, Cloppenburg 1995, S. 187-211

Deuerlein, Katholizismus 1 - 3
Deuerlein, Ernst: Zur Vergegenwärtigung der Lage des deutschen Katholizismus 1933, Erster Teil: Die Ausgangsposition, IN: Stimmen der Zeit 7/1960-61 (168. Bd.), S. 1-23; Zweiter Teil: Der Übergang in den totalitären Parteienstaat, IN: Stimmen der Zeit 8/1960-61 (168. Bd.), S. 90-116; Dritter Teil: Die Gewinnung der Konkordatslinie, IN: Stimmen der Zeit 9/1960-61 (168. Bd.), S. 196-223

Deuerlein, Windthorst
Deuerlein, Ernst: Ludwig Windthorst, IN: Stimmen der Zeit 4/1961-62 (Jg. 87), S. 277-297

Deuerlein, Zentrumsstreit
Deuerlein, Ernst: Verlauf und Ergebnis des "Zentrumsstreites" 1906-1909, IN: Stimmen der Zeit 8/1954-55 (Jg. 80), S. 103-126

Dinklage, Holthaus
Hei geit nao Holthus Mäölen. Landmaschinenfabrik B. Holthaus in Dinklage, hg. vom Heimatverein Herrlichkeit Dinklage e. V., Dinklage 1988

Dirks, Schriften 6
Dirks, Walter: Gesammelte Schriften, Bd. 6 (Politik aus dem Glauben), Zürich 1989 (= Katholizismus und Nationalsozialismus), IN: Die Arbeit, 1931; Frankfurter Hefte 8/1963, S. 515-522, Nachdruck des Aufsatzes aus dem Jahre 1931)

Dokumentation, Arkenau
Pater Aurelius Arkenau O. P.. Eine Dokumentation. Zeugnisse und Berichte über einen unerschrockenen Nothelfer in Leipzig-Wahren, hg. von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig, Leipzig 1998, 2. erw. Aufl.

Döpke, Averdam
Döpke, Bernd: B. Heinrich Averdam, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 116-118

Drewermann, Kleriker
Drewermann, Eugen: Kleriker. Psychogramm eines Ideals, Olten 1989

Duby, Ordnungen
Duby, Georges: Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus, Frankfurt 1981 (franz. Originalausgabe 1978)

Dwertmann, Sportalltag
Dwertmann, Hubert: Sportalltag und Dorfkultur. Eine Studie über den Konstitutionsprozeß des Sports in einem ländlichen Verein, Oldenburg 1992

Eckert, Dominikaner
Eckert, P. Willehad: Die Dominikaner in Vechta, IN: Vechta, Beiträge 3, S. 217-242 (mit 14 folgenden Bildseiten)

Eckhardt, Geschichte
Geschichte des Landes Oldenburg. Ein Handbuch. Im Auftrag der Oldenburgischen Landschaft hg. von Albrecht Eckhardt in Zusammenarbeit mit Heinrich Schmidt, Oldenburg 1987 (4. Aufl. 1993)

Eckhardt, Landtag
Von der bürgerlichen Revolution zur nationalsozialistischen Machtübernahme. Der Oldenburgische Landtag und seine Abgeordneten 1848 - 1933, Oldenburg 1996 (= Oldenburger Forschungen, Neue Folge, Bd. 1)

Eckhardt, Niedersachsen
Eckhardt, Albrecht: Oldenburg und Niedersachsen, IN: Eckhardt, Geschichte, S. 491-512

Eckhardt, Petitionen 1
Eckhardt, Albrecht und Birgit: Petitionen zur Bauernbefreiung aus den Kreisen Vechta und Cloppenburg 1831 - 1848, Teil I: Die Petitionen von 1831, IN: JOM 1981, S. 96-115

Eckhardt, Petitionen 2
Eckhardt, Albrecht: Petitionen zur Bauernbefreiung aus den Kreisen Vechta und Cloppenburg 1831 - 1848, Teil II, IN: JOM 1984, S. 43-68

Eckhardt, Staat
Eckhardt, Albrecht: Der konstitutionelle Staat (1848 - 1918), IN: Eckhardt, Geschichte, S. 333-402

Eckhardt, Staatsdienerverzichnis
Staatsdienerverzeichnis 1859 - 1930. Die höheren Beamten des Großherzogtums und Freistaats Oldenburg mit den Landesteilen Oldenburg, Lübeck und Birkenfeld, hg. von Albrecht Eckhardt und Matthias Nistahl, Oldenburg 1994 (= Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung, Inventare und kleinere Schriften des Staatsarchivs Oldenburg, Heft 40)

Eckhardt, Teping
Eckhardt, Albrecht: Die Weihe- und Einsetzungsfeierlichkeiten des Bischofs Clemens August. Ein Bericht des Oldenburger Ministerialrats Franz Teping, IN: JOM 1980, S. 93-95

Eckhardt, Vechta
Eckhardt, Albrecht: Das KZ in Vechta 1933 - 1935 (Kurzfassung), IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 89-99

Eckhardt, Verwaltungsbezirk
Eckhardt, Albrecht: Der Verwaltungsbezirk Oldenburg (1946 - 1978/87), IN: Eckhardt, Geschichte, S. 513-547

Eisler, Modernismus
Eisler, Anton: Der Modernismus, Einsiedeln/Waldshut/Köln 1912

Eiynck, Krüppelfuhren
Eiynck, Andreas: Krüppelfuhren, IN: Wanderarbeit jenseits der Grenze. 350 Jahre auf der Suche nach Arbeit in der Fremde (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Museumsdorf Cloppenburg), Cloppenburg 1993, S. 60-71

Elias, Zivilisation
Elias, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2. Bd. (Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation), Frankfurt 1994 (18. Aufl.)

Emmerich, VkdL
Emmerich, Marilone: Gott das Herz - Treue dem Vaterland - die Kraft der Jugend. Der alte Wahlspruch des VkdL nach 100 Jahren, IN: Lehrerinnenverein, 100 Jahre, S. 17-27

Erchinger, Hollandgänger
Erchinger, Maike/Bölsker-Schlicht, Franz: Hollandgänger, Büßgänger, Auswanderer ... - Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten vom 17. bis zum 19. Jahrhundert, IN: Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 339-359

Essen, 1 000 Jahre
1000 Jahre Gemeinde Essen (Oldenburg), hg. von der Gemeinde Essen, Cloppenburg 1968

Falter, Volkspartei
Falter, Jürgen W.: War die NSDAP die erste deutsche Volkspartei? IN: Nationalsozialismus und Modernisierung, hg. von Michael Prinz und Rainer Zitelmann, Darmstadt 1994, S. 21-47

Falter, Wähler
Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991

Fasse, Velen-Ramsdorf
Fasse, Norbert: Katholiken und NS-Herrschaft im Münsterland: das Amt Velen-Ramsdorf 1918 - 1945, Bielefeld (2. Aufl.) 1997 (= Studien zur Regionalgeschichte, Bd. 7)

Faulenbach, Sonderweg
Faulenbach, Bernd: "Deutscher Sonderweg". Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, IN: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" 33/1981, S. 3-21

Feiten, Lehrerbund
Feiten, Willi: Der Nationalsozialistische Lehrerbund. Entwicklung und Organisation. Ein Beitrag zum Aufbau und zur Organisationsstruktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, Weinheim/Basel 1981

Feldmann, Lichtenberg
Feldmann, Christian: Wer glaubt, muss widerstehen. Bernhard Lichtenberg - Karl Leisner, Freiburg 1996

Fetscher, Heimatliebe
Fetscher, Iring: Heimatliebe - Brauch und Mißbrauch eines Begriffs, IN: Heimat im Wort. Die Problematik eines Begriffs im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Rüdiger Görner, München 1992

Fischer, Handbuch
Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 4 (Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts), hg. von Wolfram Fischer, Stuttgart 1991

Fischer, Weltmacht
Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1964 (3. Aufl.)

Flemming, Landwirtschaft
Flemming, Jens: Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890 - 1925, Bonn 1978

Franzen, Papstgeschichte
Franzen, August/Bäumer, Remigius: Papstgeschichte, aktualisierte Neuausgabe, Freiburg 1988

Freeden, Lehrgang
Freeden, Heinrich van: Der Pädagogische Lehrgang (1926 - 1933), IN: Steinhoff, Lehrerbildung 2, S. 23-123

Freitag, Führermythos
Freitag, Werner: Der Führermythos im Fest. Festfeuerwerk, NS-Liturgie, Dissens und "100% KdF-Stimmung", IN: Das Dritte Reich im Fest: Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933 - 1945, hg. von Werner Freitag, Bielefeld 1997

Freitag, Landvolkbewegung
Freitag, Werner: Landvolkbewegung und Terrorrüge (K.-S. Kramer). Annähe

rungen an den Eberborg-Konflikt 1929 in Sevelten, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 9-23

Freitag, Reichshandwerkerwoche
Freitag, Werner: Die Reichshandwerkerwoche 1933 im Oldenburger Münsterland. Handwerkliche Festkultur zwischen katholischer Identität und Akzeptanz des NS-Regimes, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 56-66

Frevert, Frauen-Geschichte
Frevert, Ute: Frauen-Geschichte. Zwischen Bürgerlicher Verbesserung und Neuer Weiblichkeit, Frankfurt 1986 (= Neue Historische Bibliothek, hg. von H.-U. Wehler)

Friedl, Handbuch
Biographisches Handbuch zur Geschichte des Landes Oldenburg. Im Auftrag der Oldenburgischen Landschaft hg. von Hans Friedl, Wolfgang Günther, Hilke Günther-Arndt und Heinrich Schmidt, Oldenburg 1992

Frieling, Priester
Frieling, Christian: Priester aus dem Bistum Münster im KZ, Münster 1993

Friesoythe, Post
Geschichte der Post in und um Friesoythe. Postgeschichtliche Aufzeichnungen des alten Amtsbezirks Friesoythe, hg. vom Postgeschichtlichen Museum Friesoythe, Friesoythe 1998

Fromm, Freiheit
Fromm, Erich: Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt/Berlin/Wien 1983 (amerik. Originalausgabe 1941)

Gabriel, Christentum
Gabriel, Karl: Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg 1992

Gaida, Dampf
Gaida, Hans-Jürgen: Dampf zwischen Weser und Ems. Die Geschichte der Großherzoglichen Oldenburgischen Eisenbahn, Stuttgart 1979

Galen, Laizismus
Galen, Clemens August: Die "Pest des Laizismus" und ihre Erscheinungsformen. Erwägungen und Besorgnisse eines Seelsorgers über die religiös-sittliche Lage der deutschen Katholiken, Münster 1932

Gardewin, 1803
Gardewin, Heinrich: Die Bedeutung des Jahres 1803 für das Amt Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiträge 1, S. 213-224

Gardewin, Frauen
Gardewin, Heinrich: Zur Rechtsposition von Frauen, IN: Tag für Tag 1800 - 1930. Frauenleben im Landkreis Cloppenburg (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung), Cloppenburg 1991, S. 9-19

Garrel, Garrel
Garrel. 1 000 Jahre Bauerschaften. 100 Jahre Pfarrgemeinde Garrel. 100 Jahre politische Gemeinde Garrel, hg. von der Gemeinde Garrel, 1972

Garrel, Raiffeisenbank
Raiffeisenbank Garrel eG 1897 - 1997, hg. von der Raiffeisenbank Garrel, Garrel 1997

Gebhardt, Handbuch 3
Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Bd. 3, hg. von Herbert Grundmann, Stuttgart 1973

Geiger, Schichtung
Geiger, Theodor: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart 1987 (= Faksimile-Nachdruck der 1. Auflage 1932)

Gelhaus, Bibliothek
Gelhaus, Hubert: Bibliothek, Schule und Region, IN: 1914 - 1989 Clemens-August-Gymnasium Cloppenburg, Cloppenburg 1989, S. 87-95

Gelhaus, Streit
Gelhaus, Hermann: Der Streit um Luthers Bibelverdeutschung im 16. und 17. Jahrhundert: mit der Identifizierung Friedrich Traubs, Tübingen 1989 (= Reihe Germanistische Linguistik)

Gelhaus, Vereinswesen
Gelhaus, Hubert: Die Stellung der Frau im Vereinswesen, IN: Tag für Tag 1800 - 1930. Frauenleben im Landkreis Cloppenburg, Cloppenburg 1991, S. 52-71

Gellner, Nationalismus
Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Hamburg 1995, 1. Aufl. (engl. Originalausgabe 1983)

Gengler, Aktion
Gengler, Ludwig F.: Katholische Aktion im Angriff auf Deutschland. Die Lüge vom 'rein religiösen' Werbefeldzug, München (Ludendorffs Verlag) 1937

Gertken, Landwirtschaft
Gertken, Heinrich: Der Weg der Landwirtschaft in Cloppenburg nach dem Zweiten Weltkrieg, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 96-109

Gessner, Agrarverbände
Gessner, Dieter: Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976

Gieraths, Gebet
Paul-Gundolf Gieraths O. P.: Neun Tage mit und zu Pater Titus M. Horten O. P. (Novene), Vechta 1986

Glaßdorf, 75 Jahre
Glaßdorf, 75 Jahre - 1923 - 1998. Dorf- und Familienchronik, hg. von der Bauerschaft Glaßdorf, Garrel 1998

Gnägi, Demokratie
Gnägi, Alfred: Katholische Kirche und Demokratie. Ein dogmengeschichtlicher Überblick über das grundsätzliche Verhältnis der katholischen Kirche zur demokratischen Staatsform, Zürich 1970

Göken, Kampf
Göken, Johannes: Der Kampf um das Kreuz in der Schule. Eine Volkserhebung in Südoldenburg im Jahre 1936, hg. vom Kulturausschuß der Deutschen Zentrumspartei im Lande Niedersachsen 1948 (Reprint Bösel 1986, Vorwort von Joachim Kuropka)

Görtemaker, Deutschland
Görtemaker, Manfred: Deutschland im 19. Jahrhundert. Entwicklungslinien, Opladen 1986 (2. Aufl.)

Grebing, Niedersachsen
Grebing, Helga: Niedersachsen vor 40 Jahren - Gesellschaftliche Traditionen und politische Neuordnung, IN: Niedersächsisches Jahrbuch Bd. 60 (1988), S. 213-227

Greiffenhagen, Konservatismus
Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1986

Greven-Aschoff, Frauenbewegung
Greven-Aschoff, Barbara: Die bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland 1894 - 1933, Göttingen 1981, hg. von H. Berding, J. Kocka und H.-U. Wehler (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 46)

Grimm, Konsens
Grimm, Dieter: Verfassungsrechtlicher Konsens und politische Polarisierung in der Bundesrepublik Deutschland, IN: Politische Bildung, Heft 1/1984, S. 35-42

Große Kracht, Kirche
Große Kracht, Hermann-Josef: Kirche in ziviler Gesellschaft. Studien zur Konfliktgeschichte von katholischer Kirche und demokratischer Öffentlichkeit, Paderborn 1997

Große Kracht, Religion
Große Kracht, Hermann-Josef: Religion in der Demokratisierungsfalle? Zum Verhältnis von traditioneller Religion und politischer Moderne am Beispiel des deutschen Katholizismus im Kaiserreich, IN: GWU Jg. 51 (2000), S. 140-154

Gruber, Muckermann
Gruber, Hubert: Friedrich Muckermann S. J. 1883 - 1946. Ein katholischer Publizist in der Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist, Mainz 1993 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 61)

Gruna, Ottenjann
Gruna, Klaus: Dr. Heinrich Ottenjann und das Museumsdorf Cloppenburg, IN: JOM 1972, S. 5-8

Grundmann, Agrarpolitik
Grundmann, Friedrich: Agrarpolitik im "Dritten Reich". Anspruch und Wirklichkeit des Reichserbhofgesetzes, Hamburg 1979

Grupp, Waffenstillstand
Grupp, Peter: Vom Waffenstillstand zum Versailler Vertrag. Die außen- und friedenspolitischen Zielvorstellungen der deutschen Reichsführung, IN: Bracher, Republik, S. 285-302

Gundlach, Katholiken
Gundlach, Gustav: Die Katholiken und die Bundesrepublik, IN: Stimmen der Zeit 11/1956-57 (160. Bd.), S. 361-374

Günther, Freistaat
Günther, Wolfgang: Freistaat und Land Oldenburg (1918 - 1946), IN: Eckhardt, Geschichte, S. 403-489

Günther, Landesarbeiterrat
Günther, Wolfgang: Der Oldenburger Landesarbeiterrat 1919 - 1933. Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer des Freistaates in der Weimarer Republik, IN: Günther, Wandel, S. 139-152

Günther, NS-Herrschaft
Günther, Wolfgang: Das Land Oldenburg unter nationalsozialistischer Herrschaft, IN: OJ, Bd. 85 (1985), S. 111-129

Günther, Parlament
Günther, Wolfgang: Parlament und Regierung im Freistaat Oldenburg 1920 - 1932, IN: OJ, Bd. 83 (1983), S. 187-207

Günther, Parteien
Parteien und Wahlen in Oldenburg. Beiträge zur Landesgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Wolfgang Günther, Oldenburg 1983 (= Schriftenreihe der Universität Oldenburg)

Günther, Revolution
Günther, Wolfgang: Die Revolution von 1918/19 in Oldenburg, Oldenburg 1979 (= Oldenburger Studien Bd. 18)

Günther, Wahlen
Günther, Wolfgang: Wahlen, Wahlsysteme und politische Partizipation. Die Wahlen von 1912 und 1919 in Oldenburg, IN: Günther, Wandel, S. 113-137

Günther, Wandel
Sozialer und politischer Wandel in Oldenburg. Studien zur Regionalgeschichte vom 17. bis 20. Jahrhundert, hg. von Wolfgang Günther, Oldenburg 1981 (= Schriftenreihe der Universität Oldenburg)

Günther-Arndt, Geschichtsunterricht
Günther-Arndt, Hilke: Geschichtsunterricht in Oldenburg 1900 - 1930, Oldenburg 1980 (= Oldenburger Studien, Bd. 19)

Günther-Arndt, Lehrerbildung
Günther-Arndt, Hilke: Lehrerbildung in Oldenburg 1945 - 1973. Von der Pädagogischen Akademie zur Universität (= Geschichte der oldenburgischen Lehrerbildung, hg. von Karl Steinhoff und Wolfgang Schulenberg, Bd. 3), Oldenburg 1991

Günther-Arndt, Lehrerseminar
Günther-Arndt, Hilke: Lehrerseminar oder Pädagogische Akademie? - Die Reform der Lehrerbildung in Oldenburg im Jahre 1945, IN: OJ, Bd. 89 (1989), S. 107-122

Günther-Arndt, Volksschullehrer
Günther-Arndt, Hilke: Volksschullehrer und Nationalsozialismus. Oldenburgischer Landeslehrerverein und Nationalsozialistischer Lehrerbund in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise 1930 - 1933, Oldenburg 1983

Haase, Gemeindeordnung
Haase, Carl: Die oldenburgische Gemeindeordnung von 1855 und ihre Vorgeschichte. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Selbstverwaltung, IN: OJ, Bd. 55/Teil 1 (1955), S. 1-45

Hachmöller, Kreuzkampf
Hachmöller, Ulrike: 50 Jahre Gedenken an den Kreuzkampf, IN: Kuropka, Kreuz, S. 388-396

Hachmöller, Löningen
Hachmöller, Heinrich: Der Kreuzkampf in Löningen. Auswirkungen der nationalsozialistischen Schulpolitik. IN: Kuropka, Kreuz, S. 137-152

Hachmöller, Reformation
Hachmöller, Heinrich: Die Reformation im Oldenburger Münsterland, IN: JOM 1985, S. 96-108

Hachmöller, Rekatholisierung
Hachmöller, Heinrich: Die Rekatholisierung des Oldenburger Münsterlandes (1613 - 1624), IN: JOM 1986, S. 77-110

Hachmöller, Siemer
Hachmöller, Bernhard: P. Laurentius Siemer O. P., IN: Vechta, Beiträge 4, S. 219-221

Haffert, Arbeitervereine
Haffert, Claus: Die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands in der Weimarer Republik, Essen 1994 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 38)

Hahm, Heimatmuseen
Hahm, Konrad: Die Aufgabe der Heimatmuseen, IN: Festbuch 500 Jahre Stadt Cloppenburg, hg. von Heinrich Ottenjann, Cloppenburg 1936, S. 161-164

Hamacher, Windthorst
Hamacher, Josef: Ludwig Windthorst. Ein Mensch in seiner Zeit, Meppen 1984 (= Sonderdruck aus dem Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes, Bd. 30)

Handwerkskammer, Oldenburg
Oldenburg um 1900. Beiträge zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation des Herzogtums Oldenburg im Übergang zum industriellen Zeitalter, hg. von der Handwerkskammer Oldenburg, der Landwirtschaftskammer Weser-Ems und der Oldenburgischen Industrie- und Handwerkskammer, Oldenburg 1975

Hanisch, Verfassungsgeschichte
Hanisch, Wilhelm: Südoldenburg - Beiträge zur Verfassungsgeschichte der deutschen Territorien, Vechta 1962

Hanschmidt, Cloppenburg
Hanschmidt, Alwin: Das Elementarschulwesen im Amt Cloppenburg, IN: Hanschmidt, Schulvisitationsprotokolle, S. 282-299

Hanschmidt, Münsterland
Hanschmidt, Alwin: "Oldenburger Münsterland". Zur Geschichte eines Namens, IN: JOM 1989, S. 5-20

Hanschmidt, Niederstift 1, 2
Hanschmidt, Alwin: 600 Jahre Niederstift Münster - 1400 bis 2000 - Teil 1, IN: JOM 2000, S. 143-163 (= Niederstift 1), Teil 2, IN: JOM 2001, S. 8-32 (= Niederstift 2)

Hanschmidt, Normalschule
Hanschmidt, Alwin: Von der Normalschule in Münster (1784) zur Normalschule in Vechta (1830). Zur Vorgeschichte der Lehrerbildung für das Oldenburger Münsterland, IN: Kuropka, Normalschule, S. 9-54

Hanschmidt, Oldenburger Münsterland
Hanschmidt, Alwin: Noch einmal: "Oldenburger Münsterland", IN: JOM 1990, S. 203-213

Hanschmidt, Schlömer
Hanschmidt, Alwin: Hans Schlömer (1918 - 1998), IN: JOM 2000, S. 376-378

Hanschmidt, Schulverhältnisse
Hanschmidt, Alwin: Die Schulverhältnisse im Kirchspiel Dinklage im Jahr 1788. Ein Bericht des Pfarrers Josef Nordieck, IN: JOM 1997, S. 74-95

Hanschmidt, Schulverordnung
Hanschmidt, Alwin: Schulverordnung - Schulvisitation - Schulkommission - Lehrerprüfung - Normalschule. Die Entstehung der Institutionen der Elementarschulreform im Fürstbistum Münster 1772 bis 1784, IN: Hanschmidt, Schulvisitationsprotokolle, S. 152-174

Hanschmidt, Schulvisitationsprotokolle
Hanschmidt, Alwin: Elementarschulverhältnisse im Niederstift Münster im 18. Jahrhundert. Die Schulvisitationsprotokolle Bernard Overbergs für die Ämter Meppen, Cloppenburg und Vechta 1783/84, hg. von Alwin Hanschmidt, Münster 2000

Hartmann, Vechta
Hartmann, Stefan: Vechta unter Oldenburg (1803 - 1946), IN: Vechta, Beiträge 1, S. 97-148 (mit 20 folgenden Bildseiten)

Hasenkamp, Fauvel
Hasenkamp, Engelbert: Carl Hermann Fauvel, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 163-165

Hasenkamp, Haßkamp
Hasenkamp, Engelbert: Joseph Haßkamp, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 168-173

Hasenkamp, Verwaltungsformen
Hasenkamp, Engelbert: Die Geschichte der Verwaltungsformen im Bereich des heutigen Landkreises Vechta, IN: Heimatchronik des Kreises Vechta, Köln 1976, S. 196-222

Haupt, Parteien
Haupt, Peter: Die bürgerlich-liberalen Parteien in der Revolution von 1918/19: Der Oldenburger Liberalismus zwischen Monarchie und Republik, IN: Günther, Parteien, S. 181-224

Hauptmann, Heimatkunde
Hauptmann, E.: Heimatkunde, Leipzig 1920

Hausen, Frauen
Frauen suchen ihre Geschichte. Historische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Karin Hausen, München 1983

Havekost, Lehrerbildungsanstalt
Havekost, Wilma: Die Lehrerbildungsanstalt (1941 - 1945), IN: Steinhoff, Lehrerbildung 2, S. 163-210

Havekost, Nationalsozialisten
Havekost, Wilma: Die Einstellung der Nationalsozialisten zu den Aufgaben und der Ausbildung des Lehrers, IN: Steinhoff, Lehrerbildung 2, S. 125-143

Havermann, Arkenau
Havermann, Heinrich: Feierstunde zu Ehren von Pater Aurelius Arkenau in Leipzig, IN: JOM 2000, S. 177-181

Heberle, Landbevölkerung
Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963

Heese, Saterland
Heese, Annette: Das Saterland. Ein Streifzug durch die Geschichte, hg. von der Gemeinde Saterland, Vechta 1988

Hehemann, Politik
Hehemann, Rainer: Lokale Politik vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik, IN: Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 439-457

Hehl, Katholizismus
Hehl, Ulrich von: Staatsverständnis und Strategie des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik, IN: Bracher, Republik, S. 238-253

Hehl, Terror
Hehl, Ulrich von/Kösters, Christoph (Bearb.): Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung, 2 Bde., Paderborn/München/Wien/Zürich 1998

Heiber, Republik
Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, München (14. Aufl.) 1981 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Heimatbund, Nationalsozialismus
Nationalsozialismus im Oldenburger Münsterland. Beiträge zum 2. Studientag des Geschichtsausschusses im Heimatbund für das Oldenburger Münsterland, hg. vom Heimatbund für das Oldenburger Münsterland, Cloppenburg 2000. Der Band enthält Vorträge, die 1999 in der Heimvolkshochschule in Stapelfeld bei Cloppenburg gehalten wurden, und Ausschnitte aus den sich daran anschließenden Diskussionen. Ein großer Teil der Cloppenburg betreffenden

Bilddokumente findet sich auch bei Gelhaus, 1933, S. 479-491, und wurde hier erstmalig veröffentlicht.

Heimatverein, 75 Jahre
75 Jahre Heimatverein und Spälkoppel Cloppenburg, hg. vom Heimatverein Cloppenburg, Cloppenburg 1995

Heinemann, Lehrerverein
Heinemann, Manfred: Der Lehrerverein als Sozialisationsagentur. Überlegungen zur beruflichen Sozialisation der Volksschullehrer in Preußen, IN: Der Lehrer und seine Organisation, hg. von Manfred Heinemann, Stuttgart 1977, S. 39-58

Heinemann, Niederlage
Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik, Göttingen 1983 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft)

Heise, Verwaltungsformen
Heise, Hans-Michael: Die Geschichte der Verwaltungsformen im Bereich des heutigen Landkreises Cloppenburg, IN: Heimatchronik des Kreises Cloppenburg, Köln 1971, S. 137-154

Heitmann, Galen
Heitmann, Clemens: Clemens August Kardinal von Galen 1878 - 1946, Friesoythe 1987

Heitzer, Volksverein
Heitzer, Horstwalter: Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890 - 1918, Mainz 1979

Heitzer, Windthorst
Heitzer, Horstwalter: Windthorst und die soziale Frage, IN: Windthorst, Gedenkausstellung, S. 71-80

Hellbernd, Baro
Hellbernd, Franz: Hermann Baro, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 125-130

Hellbernd, Brandis
Hellbernd, Franz: Robert Brandis, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 131-133

Hellbernd, Oldenburg
Oldenburg. Ein heimatkundliches Nachschlagewerk, hg. von Franz Hellbernd

und Heinz Möller, im Auftrag des Katholischen Oldenburgischen Lehrervereins, Vechta 1965

Hellbernd, Teping
Hellbernd, Franz: Franz Teping, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 231-232

Hellbernd, Willoh
Hellbernd, Franz: Karl Willoh, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 247-251

Hergenröther, Handbuch
Hergenröther, Joseph: Handbuch der allgemeinen Kirchengeschichte, Bd. 4, Freiburg (Herder) 1917

Herzfeld, Weltkrieg
Herzfeld, Hans: Der Erste Weltkrieg , München (2. Aufl.) 1970 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 1)

Herzog Peter
Herzog Peter Friedrich Ludwig von Oldenburg (1755 - 1829). Katalog zur gleichnamigen Ausstellung in Oldenburg, Göttingen 1979

Heseding, Kreuz
Heseding, Heinrich/Pölking, Hermann-Joseph: "Radikal Katholisch". Der Kampf um das Kreuz - Ein Fallbeispiel zum katholischen Widerstand, IN: Das Kreuz mit dem Frieden. 1982 Jahre Christen und Politik, Berlin 1983, S. 82-91

Hesse, Lehrerin
Hesse, Ludovica: Die katholische Lehrerin in der Nachfolge ihres göttlichen Lehrmeisters. Wegweiser und Gebetbuch für Lehrerinnen zur Arbeit an der eigenen und der Kinderseele, Kevelaer o. J. (Imprimatur vom 28.5.1916)

Heuer, Liederkranz
Heuer, Günther: Der Cloppenburger Liederkranz von 1839 vor dem politisch-gesellschaftlichen Hintergrund seiner Zeit, IN: 150 Jahre Cloppenburger Liederkranz 1839 - 1989 (Chronik), Cloppenburg 1989, S. 69-86

Hinrichs, Bevölkerungsgeschichte
Hinrichs, Ernst/Reinders, Christoph: Zur Bevölkerungsgeschichte des Oldenburger Landes, IN: Eckhardt, Geschichte, S. 661-708

Hinrichs, Gemeinde
Hinrichs, Ulrike: Die jüdische Gemeinde in Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 357-365

Hinrichs, Wirtschaft
Hinrichs/Krämer/Reinders: Die Wirtschaft des Landes Oldenburg in vorindustrieller Zeit. Eine regionalgeschichtliche Dokumentation für die Zeit von 1700 bis 1850, Oldenburg 1988

Hinrichsmeyer, Kirche
Hinrichsmeyer, Armin: Das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat im Großherzogtum Oldenburg während des 19. Jahrhunderts (Schriftliche Hausarbeit zur Wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien), Kiel 1984

Hinxlage, Münstersches Offizialat
Hinxlage, Helmut: Die Geschichte des Bischöflich Münsterschen Offizialates in Vechta, IN: Vechta, Beiträge 1, S. 383-467 (mit 9 folgenden Bildseiten)

Hinxlage, Offizialat
Hinxlage, Helmut: Die Geschichte des Bischöflich Münsterschen Offizialates in Vechta, Vechta 1991

Hirschfeld, Althaus
Hirschfeld, Michael: Soziale Gerechtigkeit als Lebensaufgabe. Willy Althaus - ein Vorkämpfer der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung in Delmenhorst und im Oldenburger Land, Vechta 2000 (= Quellen und Beiträge zur Kirchengeschichte des Oldenburger Landes: Beiheft 1)

Hirschfeld, Delmenhorst
Hirschfeld, Michael: "Eine Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus ist unbedingt zu sichern". Zu den Anfängen der Entkonfessionalisierung des oldenburgischen Volksschulwesens am Beispiel der katholischen Volksschulen in Delmenhorst, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 11-33

Hirschfeld, Zeittafel
Hischfeld, Michael/Sieve, Peter: Zeittafel, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 366-379

Hochgartz, Verwaltungsgliederung
Hochgartz, Hans: Zur Verwaltungsgliederung des ehemaligen Kirchspiels Krapendorf, IN: Cloppenburg, Beiträge 1, S. 121-123

Hochhuth, Stellvertreter
Hochhuth, Rolf: Der Stellvertreter. Ein christliches Trauerspiel, Reinbek 1963

Höffmann, Kreuzkampf
Höffmann, Franz-Josef: Katholische Kirche und Widerstand während des Na

tionalsozialismus, dargestellt am Kreuzkampf in Südoldenburg (schriftliche Hausarbeit zur Pädagogischen Prüfung für das höhere Lehramt), Oldenburg 1987

Holmer, Lehrerbildungsanstalt
Holmer, Karl: Der Aufbaulehrgang und die oldenburgische Lehrerbildungsanstalt Vechta (1940-1945), IN: Steinhoff, Lehrerbildung 2, S. 211-238

Hornung, Orden
Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden, Düsseldorf 1958 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14)

Hüsers-Koops, Mädchenbildung
Hüsers-Koops, Maria: Frauen- und Mädchenbildung im Landkreis Cloppenburg 1800 - 1930, Vortrag anläßlich der Ausstellung "Tag für Tag 1800 - 1930, Frauenleben im Landkreis Cloppenburg" im Kreishaus Cloppenburg, 1991 (masch.schr. Manuskript), im Anhang "Ein Tag bzw. eine Woche an der Liebfrauenschule in Cloppenburg vor 1930" von Josefa Naber

Ilgner, Handbuch
Handbuch Katholische Schule, Bd. 3: Zur Geschichte des katholischen Schulwesens, bearbeitet von Christoph Kronabel, hg. im Auftrag des Arbeitskreises katholischer Schulen in freier Trägerschaft in der Bundesrepublik Deutschland von Rainer Ilgner, Köln 1992

Imbusch, Interessen
Imbusch, Barbara: "... nicht parteipolitische, sondern katholische Interessen ...". Clemens August Graf von Galen als Seelsorger in Berlin 1906 bis 1929, IN: Kuropka, Galen-Forschungen, S. 31-59

Imbusch, Jugend
Imbusch, Barbara: "Eine außerordentlich rege Tätigkeit, die sich nicht auf rein religiöse Dinge beschränkt". Katholische Jugend und Nationalsozialismus in Südoldenburg. Ein Überblick, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 165-188

Imbusch, Kirchenkampf
Imbusch, Barbara: Der katholische Kirchenkampf im Dritten Reich unter besonderer Berücksichtigung des sogenannten Kreuzkampfes in Südoldenburg anhand der Sekundärliteratur und ausgewählter Quellen (wissenschaftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Amt des Studienrats), Berlin 1987

Imbusch, Nationalsozialismus
Imbusch, Barbara: Katholische Kirche und Nationalsozialismus 1933 - 1937. Ein Überblick, IN: Kuropka, Kreuz, S. 216-231

Jäger, Forschung
Jäger, Wolfgang: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914 - 1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984 (= Kritische Studien der Geschichtswissenschaft)

Jaspers, Lesebuch
Jaspers, Karl: Was ist Philosophie? Ein Lesebuch, München 1976

Jaspers, Philosophie
Jaspers, Karl: Einführung in die Philosophie. Zwölf Radiovorträge, München 1971 (1. Auflage der Ausgabe aus dem Jahre 1953)

Junker, Zentrumspartei
Junker, Detlef: Die deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland, Stuttgart 1969

Kannen, Demokratie
Kannen, Irmtraud: Und das soll Demokratie gewesen sein? Konflikt und Harmonie im Gemeinderat am Beispiel der Stadt Cloppenburg 1981 bis 1991, Oldenburg 1996

Kant, Schriften
Kant, Immanuel: Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften, Hamburg 1999

Kathe, Krieg
Kathe, Andreas: "Am Morgen bestatteten wir unseren Todten." Das Oldenburger Münsterland und der deutsch-französische Krieg 1870/71, Dinklage 1991

Kaufmann, Münster
Kaufmann, Doris: Katholisches Milieu in Münster 1928 - 1933. Politische Aktionsformen und geschlechtsspezifische Verhaltensräume, Düsseldorf 1984 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 14)

Kaufmann, Sozialisation
Kaufmann, Franz-Xaver/Stachel, Günter: Religiöse Sozialisation, IN: Christli

cher Glaube in moderner Gesellschaft, Teilband 25, Freiburg/Basel/Wien 1980, S. 117-164

Kaufmann, Vaterland
Kaufmann, Doris: Vom Vaterland zum Mutterland. Frauen im katholischen Milieu der Weimarer Republik, IN: Hausen, Frauen, S. 250-275

Kelle, Hochschule
Kelle, August: Die Hochschule für Lehrerbildung (1936-1940), IN: Steinhoff, Lehrerbildung 2, S. 145-162

Kettenacker, Aspekte
Kettenacker, Lothar: Sozialpsychologische Aspekte der Führer-Herrschaft, IN: Bracher, Diktatur, S. 97-131

Killy, Literaturlexikon 7, 11
Literaturlexikon. Autoren und Werke deutscher Sprache, hg. von Walter Killy, Bd. 7, 11, Gütersloh/München 1990, 1991

Kleene, Straßen
Kleene, August: Die Straßen Oldenburgs, geographisch betrachtet. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer Hohen Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westf. Wilhelms-Universität zu Münster i. W., Oldenburg 1928 (mit einer Kartenbeilage)

Klemperer, LTI
Klemperer, Victor: LTI. Notizbuch eines Philologen, Leipzig 1975 (nach der 3. Auflage Halle/Saale 1957)

Klenke, Gemeinschaftsideal
Klenke, Dietmar: Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsgefühl und bürgerlich-ziviler Modernität. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner im Deutschen Kaiserreich, IN: GWU, Jg. 45 (1994), S. 207-223

Kloppenburg, Aufsätze
Kloppenburg, Walter: Zwischen Hase und Hunte. Aufsätze zur Geschichte des Oldenburger Münsterlandes und angrenzender Regionen, Cloppenburg 1994

Kloppenburg, Zeitspiegel
Kloppenburg, Walter: Essener Zeitspiegel vor 50 Jahren - Vom Steckrübenwinter ins Schlaraffenland, IN: 1 000 Jahre Gemeinde Essen (Oldenburg), hg. von der Gemeinde Essen, Cloppenburg 1968, S. 137-141

Klostermann, Reinke
Klostermann, Hermann: Elisabeth Reinke, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 200-203

Klöver, Saterland
Klöver, Hanne: Spurensuche im Saterland. Ein Lesebuch zur Geschichte einer Gemeinde friesischen Ursprungs im Oldenburger Münsterland, hg. von der Gemeinde Saterland, Norden 1998

Knoch, Heimat
Knoch/Leeb: Heimat oder Region? Schriftenreihe für Forschung und Unterricht, Frankfurt 1984

Kobisch, Frankreich
Kobisch, Kurt: Cloppenburg als Bestandteil des Kaiserreiches Frankreich, IN: Cloppenburg, Beiträge 1, S. 225-238

Kohnen, Vorgeschichte
Kohnen, Anton: Zur Vorgeschichte des I. Oldenburgischen Landtages, IN: OJ 1927 (50. Bd.), S. 199-229

Kolb, Republik
Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München 1993 (3. erw. Aufl.)

Kolpingsfamilie, 40 Jahre
40 Jahre Kolpingsfamilie Bösel, hg. von der Kolpingsfamilie Bösel (bearbeitet von Franz Haskamp), Bösel 1992

Koopmeiners, Götting
Koopmeiners, Bernd: Heinrich Götting - ein Bauer, der sich nicht beugte, IN: Kuropka, Kreuz, S. 307-313

Koopmeiners, Kreuz
Koopmeiners, Bernd: Visbeker standen in Treue zum Kreuz, IN: Kuropka, Kreuz, S. 153-164

Kösters, Verbände
Kösters, Christoph: Katholische Verbände und moderne Gesellschaft. Organisationsgeschichte und Vereinskultur im Bistum Münster 1918 bis 1945, Paderborn/München/Wien/Zürich 1995 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 68)

Kramer, Averdam
Kramer, Franz: Ludwig Averdam, IN: Vechta Beiträge 4, S. 116-119

Kramer, Heimatbund
Kramer, Franz: 50 Jahre Heimatbund für das Oldenburger Münsterland, IN: JOM 1969, S. 9-19

Kramer, Wegmann
Kramer, Franz: August Wegmann +, IN: JOM 1977, S. 272-274

Kratzsch, Hakenkreuz
Kratzsch, Friedrich: Zwischen Kriegen, Kreuz und Hakenkreuz. Twistringen und sein Umland 1919 - 1939, Bassum 1997

Kringels-Kemen, Kirche
Kringels-Kemen, Monika/Lemhöfer, Ludwig: Katholische Kirche und NS-Staat. Aus der Vergangenheit lernen?, hg. von Monika Kringels-Kemen und Ludwig Lemhöfer (mit einem Vorwort von Walter Dirks), Frankfurt 1981

Krings, Ordo
Hermann Krings: Ordo. Philosophisch-historische Grundlegung einer abend ländischen Idee, Hamburg 1982, 2. Aufl. (Die 1. Aufl. erschien 1941 in Halle an der Saale.)

Krümpelbeck, Zentrumspartei
Krümpelbeck, Norbert: Studien zur Organisationsstruktur der Zentrumspartei in Südoldenburg 1917 - 1925 (schr. Hausarbeit zur Prüfung für das Lehramt für den Sekundarbereich I), Vechta 1980

Kupper, Geschichte
Kupper, Alfons: Zur Geschichte des Reichskonkordats, IN: Stimmen der Zeit 1/1962-63 (171. Bd.), S. 25-50

Kupper, Ratifikation
Kupper, Alfons: Zur Geschichte des Reichskonkordats. Ein Beitrag zur Geschichte des Verhandlungsablaufs zwischen Ostern 1933 und der Ratifikation des Konkordats, IN: Stimmen der Zeit 4/1958-59 (163. Bd.), S. 278-302

Kupper, Reichskonkordat
Kupper, Alfons: Zur Geschichte des Reichskonkordats. Die Verhandlungsperiode bis zur Unterzeichnung (5. - 20. Juli 1933), IN: Stimmen der Zeit 5/1958-59 (163. Bd.), S. 354-375

Küppers, Lehrerverband
Küppers, Heinrich: Der katholische Lehrerverband in der Übergangszeit von der Weimarer Republik zur Hitler-Diktatur. Zugleich ein Beitrag zur Ge

schichte des Volksschullehrerstandes, Mainz 1975 (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 18)

Küppers, Schulpolitik
Küppers, Heinrich: Weimarer Schulpolitik in der Wirtschafts- und Staatskrise der Republik, IN: VfZG 1/1980, S. 20-46

Kuropka, Clemens-August
Kuropka, Joachim: Clemens August Graf von Galen. Das Bild des Bischofs zwischen zeitgenössischer Bewunderung und neuerer Kritik, IN: Kuropka, Profile, S. 95-123

Kuropka, Cloppenburg
Kuropka, Joachim: Cloppenburg als Ort des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 28-53

Kuropka, Galen
Clemens August Graf von Galen. Sein Leben und Werk in Bildern und Dokumenten, hg. von Joachim Kuropka, Cloppenburg 1992 (Katalog zur Galen-Ausstellung)

Kuropka, Galen-Forschungen
Clemens August Graf von Galen. Neue Forschungen zum Leben und Wirken des Bischofs von Münster, hg. von Joachim Kuropka, Münster 1992

Kuropka, Grundsätze
Kuropka, Joachim: Zur Frage der handlungsleitenden Grundsätze des Pfarrers und Bischofs Clemens August Graf von Galen, IN: Clemens August Graf von Galen. Menschenrechte - Widerstand - Euthanasie - Neubeginn, hg. von Joachim Kuropka, Münster 1998

Kuropka, Hitler
Kuropka, Joachim: Hitler in Cloppenburg. Zum Problem der NS-Strategie gegenüber dem katholischen Bevölkerungsteil, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 40-55

Kuropka, Identität
Kuropka, Joachim: Zur historischen Identität des Oldenburger Münsterlandes, Münster 1982

Kuropka, Kirche
Kuropka, Joachim: Die Katholische Kirche in Oldenburg im 19. Jahrhundert - Katholisches Leben in einem protestantischen Staat. Die Katholische Kirche in Oldenburg im 20. Jahrhundert, beide Aufsätze, IN: Oldenburgische

Kirchengeschichte, hg. von Rolf Schäfer in Gemeinschaft mit Joachim Kuropka, Reinhard Rittner und Heinrich Schmidt, Oldenburg 1999, S. 473-604

Kuropka, Kreuz
Zur Sache - Das Kreuz! Untersuchungen zur Geschichte des Konflikts um Kreuz und Lutherbild in den Schulen Oldenburgs, zur Wirkungsgeschichte eines Massenprotests und zum Problem nationalsozialistischer Herrschaft in einer agrarisch-katholischen Region, hg. von Joachim Kuropka, Vechta (2. Aufl.) 1987

Kuropka, Lehrerausbildung
Kuropka, Joachim: Die akademische Lehrerausbildung und ihre Umgestaltung in der NS-Zeit. Staatlicher Pädagogischer Lehrgang und Lehrerbildungsanstalt in Vechta, IN: Kuropka, Normalschule, S. 175-257

Kuropka, Lustspiel
Kuropka, Joachim: Ein Lustspiel mit politischem Hintergrund. 'Krach um Jolanthe' und das Ende der Weimarer Republik, IN: JOM 1994, S. 161-171

Kuropka, Münster
Kuropka, Joachim: Münster in der nationalsozialistischen Zeit, IN: Geschichte der Stadt Münster, hg. von Franz-Josef Jakobi, Münster 1993, Bd. 2, S. 285-330

Kuropka, Neubeginn
Kuropka, Joachim: Der Neubeginn des öffentlichen Lebens 1945/46 im Kreise Vechta (Oldbg.). Eine Skizze zur Sozialgeschichte der frühen Nachkriegszeit in Südoldenburg, IN: JOM 1976, S. 78-100

Kuropka, Normalschule
Von der Normalschule zur Universität. 150 Jahre Lehrerausbildung in Vechta 1830 - 1980, hg. von Alwin Hanschmidt und Joachim Kuropka, Bad Heilbrunn 1980

Kuropka, Parteien
Kuropka, Joachim: Die Gründung politischer Parteien 1945/46 im Kreis Vechta. Ein Beitrag zur politischen Frühgeschichte der Nachkriegszeit in Südoldenburg, IN: JOM 1974, S. 81-101

Kuropka, Profile
Oldenburger Profile, hg. von Joachim Kuropka und Willigis Eckermann, Cloppenburg 1989

Kuropka, Reichstagswahlen
Kuropka, Joachim: Die Reichstagswahlen im Oldenburger Münsterland 1918 - 1933, IN: JOM 1979, S. 52-70

Kuropka, Reinke
Kuropka, Joachim: Alwin Reinke, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 197-199

Kuropka, Schlageter
Kuropka, Joachim: Schlageter und das Oldenburger Münsterland 1923/33. Ein Markstein auf dem Weg zur "Revolution des Nihilismus", IN: JOM 1984, S. 85-97

Kuropka, Schulkampf
Kuropka, Joachim: Vor einem Schulkampf im Jahre 1929. Das Projekt einer Pädagogischen Akademie für den Freistaat Oldenburg und die Reaktion im Oldenburger Münsterland, IN: JOM 1982, S. 126-140

Kuropka, Übergang
Kuropka, Joachim: Der Übergang in die nationalsozialistische Diktatur in der Stadt Cloppenburg, IN: JOM 1986, S. 141-168

Kuropka, Umbruch
Kuropka, Joachim: Clemens August Graf von Galen im politischen Umbruch der Jahre 1929 bis 1934, IN: Kuropka, Galen-Forschungen, S. 61-99

Kuropka, Vechta
Kuropka, Joachim: Vechta unter Niedersachsen. Eine Skizze zur Geschichte der Stadt Vechta (Oldb.) 1946 - 1986, IN: Vechta, Beiträge 1, S. 149-196 (mit 24 folgenden Bildseiten)

Kuropka, Volk
Kuropka, Joachim: "Das Volk steht auf". Zur Geschichte, Einordnung und Bewertung des Kreuzkampfes in Oldenburg, IN: Kuropka, Kreuz, S. 11-55

Kuropka, Wahrheit
Kuropka, Joachim: Für Wahrheit, Recht und Freiheit - Gegen den Nationalsozialismus, Vechta 1983 (= Dokumente und Materialien zur Geschichte und Kultur des Oldenburger Münsterlandes, Bd. 1)

Kuropka, Widerstand
Kuropka, Joachim: Leistete Clemens August Graf von Galen Widerstand gegen den Nationalsozialismus? IN: Kuropka, Galen-Forschungen, S. 371-390

Lahrkamp, Krummstab
Lahrkamp, Helmut: Unter dem Krummstab. Münster und das Münsterland nach dem Westfälischen Frieden bis zum Sturz Napoleons, Münster 1999

Lampe, Oldenburg
Lampe, Klaus: Oldenburg und Preußen 1815 - 1871, Hildesheim 1972

Landgraf, Bethen
Landgraf, Conrad: Geschichte des Gnadenortes Bethen, Cloppenburg 1915 (2. Auflage Vechta 1927)

Lehmkuhl, Horten
Lehmkuhl, Arnfried M.: Pater Titus Horten, Vechta 1955

Lehrerinnenverein, 100 Jahre
Der Zeit gestellt - 100 Jahre Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, o. E., 1985

Lehrerverein, Festschrift
Katholischer Oldenburgischer Lehrer-Verein (KOLV). Festschrift zur 75-Jahrfeier, Cloppenburg 1951

Leiber, Zentrumspartei
Leiber, Robert: Reichskonkordat und Ende der Zentrumspartei, IN: Stimmen der Zeit, Jg. 86, 3 (1960-61), S. 213-227

Lemhöfer, Diktatur
Lemhöfer, Ludwig: Blaue Blume und Braune Diktatur. Die katholische Jugend auf der Suche nach dem anderen Reich, IN: Kringels-Kemen, Kirche, S. 33-50

Lemhöfer, Widerstand
Lemhöfer, Ludwig: Zwischen Annäherung und Widerstand. Die Katholiken und die Entstehung des "Dritten Reiches", IN: Kringels-Kemen, Kirche, S. 15-32

Lepsius, Parteiensystem
Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, IN: Ritter, Parteien, S. 56-80

Lesch, Aktion
Lesch, Karl Josef: "Das Reich Christi, unseres Herrn, zu fördern". Zur Umsetzung der Katholischen Aktion im Offizialatsbezirk Oldenburg in der NS-Zeit, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 149-164

Lesle, Bühnenbewegung
Lesle, Ulf-Thomas: Das Niederdeutsche und die norddeutsche Bühnenbewegung, IN: Oldenburg, Fundamentalismus, S. 198-217

Liebfrauenschule, 100 Jahre
100 Jahre Liebfrauenschule Cloppenburg 1878 - 1978, Cloppenburg 1978

Liederkranz, 125 Jahre
125 Jahre Cloppenburger Liederkranz 1839 - 1964. Festschrift, hg. zum Bundessängerfest "Heimattreu" 1964, Cloppenburg 1964

Liederkranz, 150 Jahre
150 Jahre MGV Cloppenburger Liederkranz 1839 - 1989, Cloppenburg 1989

Lill, Unfehlbarkeit
Lill, Rudolf: Historische Voraussetzungen des Dogmas vom Universalepiskopat und von der Unfehlbarkeit des Papstes, IN: Stimmen der Zeit 11/1970, S. 289-303

Lindgens, Kirche
Lindgens, Godehard: Katholische Kirche und moderner Pluralismus. Der neue Zugang zur Politik bei den Päpsten Johannes XXIII. und Paul VI. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil, Stuttgart 1980

Lipp, Geschlechterbeziehung
Lipp, Carola: Das Private im Öffentlichen. Geschlechterbeziehung im symbolischen Diskurs der Revolution 1848/49, IN: Frauengeschichte - Geschlechtergeschichte, hg. von Karin Hausen und Heide Wunder, Frankfurt a. M./New York 1992 (= Geschichte und Geschlechter, Bd. 1)

Lohne, Berichte
Lohne (Oldenburg). Berichte aus der Zeit seiner Entwicklung, zusammengestellt von Mitgliedern des Heimatvereins Lohne, Vechta 1980

Löning, Emsland
Löning, Martin: Die Durchsetzung nationalsozialistischer Herrschaft im Emsland (1933 - 1935), IN: Emsland/Bentheim, Beiträge zur Geschichte, Bd. 12, hg. von der Emsländischen Landschaft, Sögel 1996, S. 13-353

Lönne, Katholizismus
Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1986 (=Neue Historische Bibliothek)

Loo, Modernisierung
Loo, Hans van der/Reijen, Willem van: Modernisierung. Projekt und Paradox, München 1992

Loth, Integration
Loth, Wilfried: Integration und Erosion: Wandlungen des katholischen Milieus, IN: Loth, Katholizismus, S. 266-281

Loth, Kaiserreich
Loth, Wilfried: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung, München 1996

Loth, Katholiken
Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1984

Loth, Katholizismus
Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne, hg. von Wilfried Loth, Stuttgart, Berlin, Köln 1991

LTHK 1, 6
Lexikon für Theologie und Kirche (LTHK), hg. von Josef Höfer und Karl Rahner, Freiburg, Bd. 1, 1957, Bd. 6, 1961

Lübbing, Landesgeschichte
Lübbing, Hermann: Oldenburgische Landesgeschichte, Oldenburg o. J. (Einleitung 1953)

Luther, Religion
Luther, Henning: Religion und Alltag. Bausteine zu einer Praktischen Theologie des Subjekts, Stuttgart 1992

Lutz, Demokratie
Lutz, Heinrich: Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914 - 1925, München 1963

Mackie, Ethik
Mackie, John Leslie: Ethik. Die Erfindung des moralisch Richtigen und Falschen, Stuttgart 1981 (Originalausgabe: Ethics. Inventing Right and Wrong. Harmondsworth 1977)

Maier, Kirche
Maier, Hans: Kirche und Gesellschaft, München 1972

Maier, Kreuzkampf
Maier, Joachim: Der Kreuzkampf in Oldenburg - ein Vor- und Nachspiel in Baden, IN: Kuropka, Kreuz, S. 366-378

Mallmann, Ultramontanismus
Mallmann, Klaus-Michael: Ultramontanismus und Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Überlegungen am Beispiel des Saarreviers, IN: Loth, Katholizismus, S. 76-94

MdL-Kartei
MdL-Kartei. Vorarbeiten zum biographischen Handbuch der Oldenburgischen Landtagsabgeordneten, bearbeitet von Rudolf Wyrsch (Manuskript)

Meiners, Geschichte
Meiners, Uwe: Pläne schmieden - Fakten schaffen. Geschichte des niedersächsischen Freilichtmuseums, IN: 75 Jahre Heimatmuseum - Museumsdorf - Niedersächsisches Freilichtmuseum in Cloppenburg, hg. von Uwe Meiners, Cloppenburg 1997, S. 11-85

Menke, Aufbauschule
Menke, Heinz-August: Die Geschichte der Aufbauschule Vechta. Nachfolgeeinrichtung des Lehrerseminars, IN: JOM 1992, S. 137-151

Menke, Reinke
Menke, Heinz-August: Georg Reinke, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 204-206

Menke, Wempe
Menke, Heinz-August: Heinrich Wempe, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 242-244

Meyer, Kirche
Meyer, Joachim: Kirche unterm Hakenkreuz, IN: Hirschberg. Monatsschrift des Bundes Neudeutschland 5/1996, S. 295-310.

Meyer, Reparationspolitik
Meyer, Gerd: Die Reparationspolitik. Ihre außen- und innenpolitischen Rückwirkungen, IN: Bracher, Republik, S. 327-342

Milatz, Wahlen
Milatz, Alfred: Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965

Miller, Erziehung
Miller, Alice: Am Anfang war Erziehung, Frankfurt 1980

Mohler, Revolution
Mohler, Armin: Konservative Revolution in Deutschland 1918 - 1932, Darmstadt 1989

Möller, Bokelesch
Möller, Josef: Über die Gründung der Johanniterkommende in Bokelesch, IN: JOM 2000, S. 182-201

Möller, Machtergreifung
Möller, Horst: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Konterrevolution oder Revolution? IN: VfZG, 31. Jg. (1983), S. 25-51

Morsey, Briefe
Briefe zum Reichskonkordat. Ludwig Kaas - Franz v. Papen, hg. von Rudolf Morsey, IN: Stimmen der Zeit 1/1960-61 (167. Bd.), S. 11-30

Morsey, Galen
Morsey, Rudolf: Clemens August Kardinal von Galen, Cloppenburg 1979 (= Bildung im Blickpunkt, Heft 1, hg. von der Heimvolkshochschule Cloppenburg)

Morsey, Kaas
Ludwig Kaas + Tagebuch 7. - 20. April 1933. Aus dem Nachlass von Prälat Ludwig Kaas, hg. von Rudolf Morsey, IN: Stimmen der Zeit 12/1959-60 (166. Bd.), S. 422-430

Morsey, Katholiken
Morsey, Rudolf: Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, IN: Ritter, Parteien, S. 270-298

Morsey, Katholizismus
Morsey, Rudolf: Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und 'Nationaler Erhebung' 1932/33, Stuttgart/Zürich 1977

Morsey, Stegerwald
Morsey, Rudolf: Adam Stegerwald - Leben, Werk und Erbe, IN: Adam Stegerwald. Leben - Werk - Erbe, hg. von Hans Neugebauer, Adam-Stegerwald-Kreis Würzburg e. V., Würzburg 1995, S. 229-248

Morsey, Windthorst
Morsey, Rudolf: Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn/München/Wien/Zürich 1997

Morsey, Zentrumspartei
Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917 - 1923, hg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn 1966

Morthorst, Cloppenburg
Morthorst, Birgitta: Die Schwestern U. L. Frau in Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 274-280

Morthorst, Vechta
Morthorst, Birgitta: Die Schwestern Unserer Lieben Frau in Vechta, IN: Vechta, Beiträge 3, S. 179-216 (mit 25 folgenden Bildseiten)

Morthorst, Wirken
Sr. M. Birgitta Morthorst SND, "Der nationalsozialistische Staat liebt keine Privatschulen". Das Wirken der Schwestern Unserer Lieben Frau im Offizialatsbezirk Oldenburg 1933 bis 1945, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 313-351

Mosebach-Tegtmeier, Wahlrechtsentwicklung
Mosebach-Tegtmeier, Ellen: Die Wahlrechtsentwicklung im Großherzogtum Oldenburg zwischen Beharrung und Fortschritt (1848 - 1909), IN: Günther, Parteien, S. 117-131

Mosebach-Tegtmeier, Wandel
Mosebach-Tegtmeier, Ellen: Politischer Wandel in Oldenburg. Eine Untersuchung der Wahlen zum 32. Landtag des Großherzogtums Oldenburg 1911, IN: Günther, Parteien, S. 133-179

Müller-Seidel, Moderne
Müller-Seidel, Walter: Literarische Moderne und Weimarer Republik, IN: Bracher, Republik, S. 429-453

Münkel, Agrarpolitik
Münkel, Daniela: Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, Frankfurt/Main 1996 (Untersuchungsgebiet: Landkreis Stade)

Mütter, Agrarmodernisierung
Mütter, Bernd: Agrarmodernisierung in Deutschland zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg: Das Beispiel Oldenburg, IN: GWU, Jg. 39 (1988), S. 651-673

Mütter, Herzogtum
Mütter, Bernd/Meyer, Robert: Agrarmodernisierung im Herzogtum Olden

burg zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg. Marsch und Geest im intraregionalen Vergleich (Ämter Brake/Elsfleth und Cloppenburg), Hannover 1995

Mütter, Landwirtschaft
Mütter, Bernd: Die Modernisierung der Landwirtschaft im Herzogtum Oldenburg um 1900 - das Beispiel Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 68-95

Mütter, Modernisierung
Mütter, Bernd: Die Modernisierung der Landwirtschaft im Raum Cloppenburg zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, IN: Cloppenburg und die Volksbank. Die Jahrhundertgeschichte einer Bank im Spiegel der Stadtentwicklung, Cloppenburg 1995, S. 101-127

Mütter, Molkereiwirtschaft
Mütter, Bernd: Der Aufbau einer modernen Milch- und Molkereiwirtschaft im Herzogtum Oldenburg 1871 - 1914/1932, IN: Die Milch. Geschichte und Zukunft eines Lebensmittels, hg. von Helmut Ottenjann und Karl-Heinz Ziessow, Cloppenburg 1996, S. 177-208

Mütter, Münster
Mütter, Bernd: Die Geschichtswissenschaft in Münster zwischen Aufklärung und Historismus, Münster 1980 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission in Westfalen)

Mütter, Reichsgründung
Mütter,Bernd/Meyer, Robert: Die Modernisierung der Landwirtschaft zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, IN: Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 361-390

Mütter, Strukturwandel
Mütter, Bernd: Der Strukturwandel der Landwirtschaft im Herzogtum Oldenburg um 1900. Überlegungen zu einer regionalgeschichtlichen Untersuchungseinheit, IN: OJ, Bd. 86 (1986), S. 147-164

Naaber, Entwicklung
Naaber, August: Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Cloppenburg, IN: 500 Jahre Stadt Cloppenburg, Festschrift, hg. von Heinrich Ottenjann, Cloppenburg 1936, S. 112-114

Naßmacher, Kontinuität
Naßmacher, Karl-Heinz: Kontinuität und Wandel eines regionalen Parteiensy

stems. Zur politischen Entwicklung Oldenburgs im 20. Jahrhundert, IN: Günther, Wandel, S. 221-251

Nell-Breuning, Theologie
Nell-Breuning, Oswald von: "Politische Theologie" - einst und jetzt, IN: Stimmen der Zeit 10/1970, S. 234-246

Nell-Breuning, Volksverein
Nell-Breuning, Oswald von: Der Volksverein für das katholische Deutschland, IN: Stimmen der Zeit 7/1972, S. 35-50

Neuhäusler, Kreuz 1 u. 2
Neuhäusler, Johann: Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand, München 1946, Teil 1 u. 2

Neumann, Parteien
Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik, Stuttgart 1965 (Originalausgabe 1932 unter dem Titel "Die politischen Parteien in Deutschland")

Neumann, Tantzen
Neumann, Martina: Theodor Tantzen ein widerspenstiger Liberaler gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1998

Neuner, Modernismus
Neuner, Peter: "Modernismus" und kirchliches Lehramt. Bedeutung und Folgen der Modernismus-Enzyklika Pius' X., IN: Stimmen der Zeit 10/1972, S. 263-276

Nickl, Maritain
Nickl, Peter: Jacques Maritain. Eine Einführung in Leben und Werk, Paderborn 1992

Niemann, Kloppenburg
Niemann, Carl Ludwig: Geschichte der alten Grafschaft und des nachherigen Münster'schen Amtes Kloppenburg, Münster 1873

Niemann, Landwirtschaft
Niemann, Hans-Werner: Die oldenburgische Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Reichskanzlers Heinrich Brüning (1930 - 1932), OJ, Bd. 86 (1986), S. 165-178

Niemann, Münsterland 1 u. 2
Niemann, Carl Ludwig: Das Oldenburgische Münsterland in seiner geschichtlichen Entwickelung, 2 Bde, Oldenburg/Leipzig 1889 und 1891 (Nachdruck Leer 1976)

Niermann, Kultfiguren
Niermann, Anabel: Niedersächsische Kultfiguren in der NS-Zeit: Widukind, die Stedinger, Till Eulenspiegel und Hermann Löns, IN: Woher kommt und was haben wir an Niedersachsen?, hg. von Joachim Kuropka und Hermann von Laer, Cloppenburg 1996 (= Vechtaer Universitätsschriften, Bd. 16), S. 121-161

Nieschlag, Landwirtschaft
Nieschlag, Friedrich: Oldenburgs Landwirtschaft in der Wende zum 20. Jahrhundert, IN: Handwerkskammer, Oldenburg, S. 65-103

Nietzsche, Wissenschaft
Nietzsche, Friedrich: Die fröhliche Wissenschaft, 5. Buch: Wir Furchtlosen, IN: Werke in zwei Bänden, Bd. I, München/Wien 1967

Nietzsche, Zarathustra
Nietzsche, Friedrich: Also sprach Zarathustra. Ein Buch für Alle und Keinen, IN: Werke in zwei Bänden, Bd. 1, München/Wien 1967

Nikolausdorf, 75 Jahre
75 Jahre Nikolausdorf 1901 - 1976. Eine Dorfchronik, hg. von der Dorfgemeinschaft Nikolausdorf, o. E. 1975

Nipperdey, Geschichte
Nipperdey, Thomas: Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays, München 1986

Nipperdey, Umbruch
Nipperdey, Thomas: Religion im Umbruch, Deutschland 1870 - 1918, München 1988

Noakes, Cruzifix Struggle
Noakes, Jeremy: The Oldenburg Cruzifix Struggle of November 1936. A Case Study of Opposition in the Third Reich, IN: The Shaping of the Nazi-State, hg. von D. Stachura, London 1978, S. 210-233

Obenaus, Nationalsozialismus
Obenaus, Herbert: Nationalsozialismus in der Region. Schwerpunkte und

Probleme der Regionalforschung zum Nationalsozialismus, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 9-23

Oberndörfer, Deutschland
Oberndörfer, Dieter: Zur Debatte in Deutschland über Asylgewährung, Zuwanderung und Integration von Ausländern, Vortrag vom 1. September 2000, IN: Hirschberg. Monatsschrift des Bundes Neudeutschland Jg. 53, Nr. 12/2000, S. 682-687

Oberndörfer, Wahn
Oberndörfer, Dieter: Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik, Freiburg 1993

Oldenburg, Dokumentation
Dokumentation zur Verleihung des Carl-von-Ossietzky-Preises der Stadt Oldenburg (Oldb) für Zeitgeschichte und Politik 1998 an Professor Dr. Hans Mommsen, Oldenburg 1999

Oldenburg, Fundamentalismus
Regionaler Fundamentalismus? Geschichte der Heimatbewegung in Stadt und Land Oldenburg, hg. vom Museumsdorf Cloppenburg, Kulturamt der Stadt Oldenburg und vom Stadtmuseum Oldenburg, Oldenburg 1999

Oldenburg, Nachschlagewerk
Oldenburg - ein heimatkundliches Nachschlagewerk, hg. vom Arbeitskreis für Heimatkunde im Verband Bildung und Erziehung (Neubearbeitung der 1. Auflage von 1965), Löningen 1999

Osnabrück, Exil
Wissenschaft und Kunst im Exil. Vorgeschichte, Durchführung und Folgen der Bücherverbrennung. Eine Dokumentation, hg. von der Stadt- und Universitätsbibliothek Osnabrück, Osnabrück 1984

Ostendorf, Auswanderung
Ostendorf, Johannes: Zur Geschichte der Auswanderung aus dem alten Amt Damme (Oldb), insbesondere nach Nordamerika, in den Jahren 1830 - 1880, IN: OJ, Bd. 46 und 47 (1942/43), S. 164-297

Ostendorf, Krogmann
Ostendorf, Johannes: Gebr. Krogmann & Co. Lohne (Oldb.). Ein Beitrag zur Geschichte der Lohner Industrie und ihrer Wandlungen, IN: OJ, Bd. 52-53 (1952/53), S. 73-139

Ottenjann, Heimatmuseum
Ottenjann, Heinrich: Das Heimatmuseum für das Oldenburger Münsterland in seiner Entwicklung zum Museumsdorf, IN: Festbuch 500 Jahre Stadt Cloppenburg, Cloppenburg 1936, S. 165-169

Ottenjann, Museumsdorf Cloppenburg
Ottenjann, Helmut: Das Museumsdorf Cloppenburg, IN: Festschrift 50 Jahre Clemens-August-Gymnasium Cloppenburg, Cloppenburg 1964, S. 109-118

Ottenjann, Museumsdorf
Ottenjann, Heinrich: Das Museumsdorf in Cloppenburg, Oldenburg 1944

Otto, Idee
Otto, Rudolf: Das Heilige. Über das Irrationale in der Idee des Göttlichen und sein Verhältnis zum Rationalen, München 1991 (Erstauflage 1917)

Pagenstert, Bauernhöfe
Pagenstert, Clemens: Die Bauernhöfe im Amt Vechta, Vechta 1908

Pagenstert, Grundriß
Pagenstert, Clemens: Grundriß der Geschichte des Großherzogtums Oldenburg, Vechta 1905

Patemann, Wahlreform
Patemann, Reinhard: Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1964

Pohl, Gewerkschaften
Pohl, Kurt/Werther, Frauke: Die freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg, IN: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hg. von Frank Deppe, Georg Füberth, Jürgen Harrer, Köln 1977, S. 94-145

Popper, Gesellschaft
Popper, Karl R.: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 1 (Der Zauber Platons), Bern 1957

Poppinga, Bauern
Poppinga, Onno: Bauern und Politik, Frankfurt/Köln 1975

Prange, Lübeck
Prange, Wolfgang: Der Landesteil Lübeck, IN: Eckhardt, Geschichte, S. 549-590

Puschner, Heimat
Puschner, Uwe: Völkische Heimat, IN: Oldenburg, Fundamentalismus, S. 22-35

Raddatz, Summa iniuria
Raddatz, Fritz J.: Summa iniuria oder Durfte der Papst schweigen? Hochhuths "Stellvertreter" in der öffentlichen Kritik, Reinbek 1963

Rademacher, Weser-Ems
Rademacher, Michael: Wer war wer im Gau Weser-Ems? Die Amtsträger der NSDAP und ihrer Organisationen in Oldenburg, Bremen, Ostfriesland sowie der Region Osnabrück-Emsland, o. O., o. J. (im Text zum Teil nach dem Manuskript zitiert)

Rauh-Kühne, Ettlingen
Rauh-Kühne, Cornelia: Katholisches Milieu und Kleinstadtgesellschaft. Ettlingen 1918 - 1939, Sigmaringen 1991

Recker, Berning
Recker, Klemens-August: "Wem wollt ihr glauben?" Bischof Berning im Dritten Reich, Paderborn 1998

Recker, Berning
Recker, Klemens-August: Das Verhältnis der Bischöfe Berning und von Galen zum Nationalsozialismus vor dem Hintergrund kirchenamtlicher Traditionen des 19. Jahrhunderts, IN: Kuropka, Galen-Forschungen, S. 327-370

Reinders, Grundherren
Reinders, Christoph: Grundherren, Bauern und Heuerlinge, IN: OJ, Bd. 90 (1990), 65-81

Reinders-Düselder, Bevölkerungsentwicklung
Reinders-Düselder, Christoph: Bevölkerungsentwicklung 1650 - 1850, IN: Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 279-303

Reinders-Düselder, Obrigkeit
Reinders-Düselder, Christoph: Obrigkeit und Kirchspiel - Adel, Bauern und Heuerlinge im 18. und frühen 19. Jahrhundert, IN: Damme. Eine Stadt in ihrer Geschichte, Sigmaringen 1993, S. 305-338

Reinhardt, Chronik
Reinhardt, Heinrich-Ferdinand: Kleine Chronik des Clemens-August-Gymnasiums, IN: 1914 - 1989 Clemens-August-Gymnasium Cloppenburg, Cloppenburg 1989, S. 36-74

Reinhardt-Duen, Überlegungen
Reinhardt-Duen, Monika: Religionssoziologische Überlegungen zur Deutung des Kreuzkampfes, IN: Kuropka, Kreuz, S. 286-296

Reinke, Gottesdienst
Reinke, Elisabeth: Gemeinsamer lutherisch-katholischer Gottesdienst in Goldenstedt 1650 - 1850, IN: JOM 1976, S. 170-175.

Remling, Überfälle
Remling, Ludwig: Überfälle auf Hollandgänger im Lingener Land, IN: Wanderarbeit jenseits der Grenze, 350 Jahre auf der Suche nach Arbeit in der Fremde (Katalog zur gleichnamigen Ausstellung im Museumsdorf Cloppenburg), Cloppenburg 1993, S. 80-91

Renken, Lindern
Renken, Annette: Lindern - wie es wurde, was es ist! Lindern 1991

Renze, Heidelandschaft
Renze, Gundolf: Entstehung und Wandel der Heidelandschaft - Ökonomische und ökologische Krise der Heidewirtschaft, IN: JOM 1993, S. 268-286

Repgen, Strategie
Repgen, Konrad: Zur vatikanischen Strategie beim Reichskonkordat, IN: VfZG 3/1983, S. 506-535

Rickers, Macht
Rickers, Folkert: Von der Macht des Symbols, IN: Jahrbuch der Religionspädagogik, Bd. 5 (1988), S. 149-168

Riedel, Kreisbahn
Riedel, Lothar: Die Cloppenburger Kreisbahn. Nebenbahndokumentation Bd. 35, Nordhorn 1997

Riedel, Leben
Riedel, Karl Veit: Kulturelles Leben von der Aufklärung bis zur frühen Nachkriegszeit, IN: Eckhardt, Geschichte, S. 927-967

Rießelmann, Bauernverschwörung
Rießelmann, Joseph: Die Bauernverschwörung im Amte Vechta 1534, IN: Lutten - Kirchweihjubiläum 1979 und Beiträge zur Geschichte, Vechta 1979, S. 218-219

Ritter, Parteien
Deutsche Parteien vor 1918, hg. von Gerhard A. Ritter, Köln 1973

Rogge, Quellen
Rogge, Friedrich Wilhelm: Archivalische Quellen zur politischen Krisensituation während der Weimarer Zeit in den ehemaligen Territorien des Landes Niedersachsen, Bd. 3: Freistaat Oldenburg, Göttingen 1986 (= Veröffentlichungen der niedersächsischen Archivverwaltung, Bd. 45)

Rogge, Republik
Rogge, Friedrich W.: Weimar: Republik ohne Republikaner? Antidemokratisch-völkische Umtriebe im Oldenburger Land 1922 - 1930, IN: OJ, Bd. 84 (1984), S. 207-226

Roth, Staat
Roth, Regina: Staat und Wirtschaft im Ersten Weltkrieg. Kriegsgesellschaften als kriegswirtschaftliche Steuerungsinstrumente, Berlin 1997 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 51)

Ruppert, Staat
Ruppert, Karsten: Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923 - 1930, Düsseldorf 1992 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 96)

Russell, Russell
Russell, Enno: Anton Russell (1824 - 1878). Ein oldenburgischer Parlamentarier, IN: JOM 1991, S. 346-355

Rüthning, Geschichte 2
Rüthning, Gustav: Oldenburgische Geschichte, Bd. 2, Bremen 1911

Sacher, Staatslexikon 3
Staatslexikon, im Auftrag der Görres-Gesellschaft hg. von Hermann Sacher, Bd. 3, Freiburg1929

Safranski, Wahrheit
Safranski, Rüdiger: Wieviel Wahrheit braucht der Mensch? Über das Denkbare und das Lebbare, Frankfurt 1998 (5. Aufl.)

Saldern, Mittelstand
Saldern, Adelheid von: Mittelstand im "Dritten Reich": Handwerker - Einzelhändler - Bauern, Frankfurt/Main 1985

Sandstede, Galen
Sandstede-Auzelle, Marie-Corentine/Sandstede, Gerd: Clemens August Graf von Galen. Bischof von Münster im Dritten Reich, Münster 1986

Schaap, Endphase
Schaap, Klaus: Die Endphase der Weimarer Republik im Freistaat Oldenburg 1928 - 1933, Düsseldorf 1978

Schaap, Regierungsübernahme
Schaap, Klaus: Die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten in Oldenburg 1932 - Ursachen, Hintergründe und Lehren, IN: Oldenburg und das Ende der Weimarer Republik. Reden anläßlich einer Veranstaltungsreihe am 2., 7. und 11. Juni 1982 in Oldenburg, hg. von der Stadt Oldenburg, Oldenburg 1982

Schaer, Finanzlage
Schaer, Friedrich-Wilhelm: Südoldenburger Finanzlage im Jahre 1815, IN: JOM 1979, S. 17-20

Schaer, Hollandgänger
Schaer, Friedrich-Wilhelm: Als Hollandgänger verstorbene Münsterländer 1815 - 1870, IN: JOM 1987, S. 121-28

Schaer, Kammern
Schaer, Friedrich-Wilhelm: Gründungsgeschichte der drei oldenburgischen Kammern, IN: Handwerkskammer, Oldenburg, S. 9-31

Schaer, Lage
Schaer, Friedrich-Wilhelm: Über die wirtschaftliche und soziale Lage der Anbauer und Heuerleute im Oldenburger Münsterland, IN: JOM 1976, S. 157-162

Schaer, Münsterländer
Schaer, Friedrich-Wilhelm: Die Oldenburger Münsterländer als holländische oder belgische Seeleute in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, IN: JOM 1988, S. 65-79

Schäfer, Kirchen
Schäfer, Rolf: Kirchen und Schulen im Landesteil Oldenburg im 19. und 20. Jahrhundert, IN: Eckhardt, Geschichte, S. 791-841

Scheler, Ressentiment
Scheler, Max: Das Ressentiment im Aufbau der Moralen, Frankfurt 1978 (aus den Gesammelten Werken, Bern 1955)

Scherzberg, Frauenbewegung
Scherzberg, Lucia: Die katholische Frauenbewegung im Kaiserreich, IN: Loth, Katholizismus, S. 143-163

Schieckel, Molbergen
Schieckel, Harald: Private Initiativen zur Behebung des Notstandes in Molbergen 1859/1860, IN: JOM 1978, S. 111-119

Schlömer, Bethen
Schlömer, Hans: 300 Jahre Marien-Kapelle in Bethen, IN: JOM 1970, S. 161-174

Schlömer, Horten
Schlömer, Hans: P. Titus Horten O. P., IN: Vechta, Beiträge 4, S. 182-183

Schlömer, Kramer
Schlömer, Hans: Franz Kramer +, IN: JOM 1979, S. 315-317

Schlömer, Münsterland
Schlömer, Hans: 175 Jahre Oldenburger Münsterland, IN: JOM 1979, S. 9-16

Schmid, Verfahrensweisen
Schmidt, Heinz Dieter: Verfahrensweisen im Geschichtsunterricht, IN: Rohlfes, J., Geschichtsunterricht, Inhalte und Ziele, Stuttgart 1974

Schmidt, Eisenbahn
Schmidt, Herbert: 100 Jahre Eisenbahn Oldenburg - Quakenbrück, IN: JOM 1975, S. 86-100

Schmidt, Oldenburg
Schmidt, Heinrich: Oldenburg um 1900 - wirtschaftliche, soziale, politische Grundzüge, IN: Handwerkskammer, Oldenburg, S. 33-63

Schmidt, Schmalspurbahn
Schmidt, Herbert: Schmalspurbahn Cloppenburg - Landesgrenze (1900 bis 1953), IN: JOM 1976, S. 101-110

Schmitt, Katholizismus
Schmitt, Carl: Römischer Katholizismus und politische Form, Stuttgart 1984

Schmitt, Theologie
Schmitt, Carl: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1993, 6. Auflage (1. Auflage 1922, 2. Auflage 1934)

Schmutte, Damme
Schmutte, Josef: Die "Höhere Töchterschule" zu Damme, IN: JOM 1994, S. 103-115

Schneider, Gewerkschaften
Schneider, Michael: Die christlichen Gewerkschaften 1894 - 1933, Bonn 1982

Scholder, Kirchen 1 u. 2
Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918 - 1934, Frankfurt/Wien/Basel 1977; Bd. 2: Das Jahr der Ernüchterung 1934, o. E., o. J. (Vorwort aus dem Jahre 1985)

Schröer, Bischöfe
Schröer, Alois: Die Bischöfe von Münster. Biogramme der Weihbischöfe und Generalvikare (= Das Bistum Münster, Bd. 1), Münster 1993

Schulte, Zentrum
Schulte, Karl Anton: Nationale Arbeit. Das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Republik, Berlin/Leipzig 1929

Schultes, Antimodernisteneid
Schultes, P. Reginald M.: Was beschwören wir im Antimodernisteneid? Theologische Erklärung des Antimodernisteneides, Mainz 1911

Schultze, Goldenstedt
Schultze, Walter: Kreuzkampf und Schulkampf in der Gemeinde Goldenstedt, IN: Kuropka, Kreuz, S. 129-136

Schulze, Begründung
Schulze, Heinz-Joachim: Die Begründung des Bischöflich-Münsterschen Offizialats in Vechta, IN: OJ, Bd. 62/Teil 1 (1963), S. 71-121

Schulze, Jugendkraft
Schulze, Willy: Zur Geschichte der Deutschen Jugendkraft (DJK) bis 1935 im oldenburgischen Teil des Bistums Münster, IN: JOM 1996, S. 173-182

Schulze, Nationalstaat
Schulze, Hagen: Der Weg zum Nationalstaat. Die deutsche Nationalbewegung vom 18. Jahrhundert bis zur Reichsgründung, München 1986, 2. Aufl.
(= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart)

Schulze, Niederstift
Schulze, Heinz-Joachim: Vom Niederstift Münster zum Oldenburger Münsterland. Das Werden einer historischen Landschaft, IN: OJ, Bd. 80 (1980), S. 77-97

Schwarz, Adenauer
Schwarz, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg 1876 - 1952, Stuttgart 1986

Schweer, Aufwärtsentwicklung
Schweer, Joseph: Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung im Landkreis Cloppenburg, IN: Heimatchronik des Kreises Cloppenburg, Köln 1971, S. 167-200

Schwerter, Wandel
Schwerter, Alfons: Der große Wandel in unserer Landwirtschaft vor 100 Jahren, IN: JOM 1995, S. 251-268

Seelhorst, Verfassungsgebung
Seelhorst, Bernd: Das Zentrum zwischen Revolution und Verfassungsgebung in Oldenburg (masch.schr. Hausarbeit zur Prüfung für das Lehramt Gymnasium), Oldenburg 1990

Seemann, Lehrerbildung
Seemann, Hans: Geschichte der Lehrerbildung in der Stadt Vechta, IN: Vechta, Beiträge 3, S. 85-100 (mit 20 folgenden Bildseiten)

Seitz, Entwicklung
Seitz, Ulf: Die industrielle Entwicklung Oldenburgs 1845 - 1945, IN: Berg, Zeiten, S. 11-77

Siemann, Revolution
Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt 1985

Sieve, Friesoythe
Sieve, Peter: Friesoythe im 18. Jahrhundert. Bevölkerung, Wirtschaft, Verfassung und Gesellschaft in einer Kleinstadt des Niederstifts Münster, Oldenburg 1997

Sieve, Gillmann
Sieve, Peter: "Ihrer Zeitschrift fehlt einfach die völkische Kraft". Vikar Wilhelm Gillmann und das Katholische Kirchenblatt für Oldenburg 1934 bis 1941, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 240-263

Sieve, Juden
Sieve, Peter**:** Das Schicksal der Vechtaer Juden im Dritten Reich, IN: Vechta, Beiträge 2, S. 107-122 (mit 12 folgenden Bildseiten)

Sieve, Kirche
Sieve, Peter: Die katholische Kirche im Offizialatsbezirk von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, IN: Baumann, Kirche, S. 3-69

Sieve, Leben
Sieve, Peter: Kirche und Leben. Geschichte der oldenburgischen Kirchenzeitung im Dritten Reich, Vechta 1988 (= Mitteilungen des Offizialatsarchivs Vechta, Heft 1)

Sieverding, Geschichte
Sieverding, Karl: Geschichte - Wandlungen eines Schulfaches, IN: Clemens-August-Gymnasium Cloppenburg 1914 - 1989, Cloppenburg 1989, S. 96-117

Sieverding, Reformation
Sieverding, Karl: Reformation und katholische Erneuerung in Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiträge 1, S. 185-197

Sloterdijk, Kant
Kant. Ausgewählt und vorgestellt von Günter Schulte, hg. von Peter Sloterdijk, München 1996

Sommer, Kreuz
Sommer, Karl-Ludwig: Zur Sache - Das Kreuz! (Rezension), IN: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte (1988), S. 340-342

Sommer, Lasten
Sommer, Josef: Hand- und Spanndienste als bäuerliche Lasten, IN: JOM 1976, S. 147-156

Sommer, Widerstand
Herlemann, Beatrix/Sommer, Karl-Ludwig: Widerstand, Alltagsopposition und Verfolgung (Bistum Münster, Südoldenburg), IN: Niedersächsisches Jahrbuch 1988, S. 229-298

Sontheimer, Denken
Sontheimer, Kurt: Andidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962

Sontheimer, Kultur
Sontheimer, Kurt: Die politische Kultur der Weimarer Republik, IN: Bracher, Republik, S. 454-464

Spengler, Untergang
Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte, München 1923 (ungekürzte dtv-Ausgabe 1972)

St.-Josefs-Hospital, 125 Jahre
125 Jahre St. Josefs-Hospital Cloppenburg, Cloppenburg 1989

St.-Marien-Stift, 125 Jahre
125 Jahre Dienst am Menschen - Beiträge zur Geschichte des Krankenhauses St.-Marien-Stift in der Stadt Friesoythe, Friesoythe 1992

Staatslexikon 3
Staatslexikon. Recht - Wirtschaft - Gesellschaft, hg. von der Görres-Gesellschaft, Bd. 3, Freiburg 1987

Stambolis, Jugendliche
Stambolis, Barbara: "Fest soll mein Taufbund immer stehn". Jugendliche im katholischen Milieu oder die Grenzen der Gleichschaltung - Lebensweltlich geprägte Resistenzräume im Dritten Reich, IN: GWU, Jg. 51/Heft 3, 2000, S. 157-172

Stangl, Staat
Stangl, Bernhard: Staat und Demokratie in der Katholischen Kirche, IN: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 46-47 (1987), S. 32-45

Stark, Nationalsozialismus
Stark, Johannes: Nationalsozialismus und Katholische Kirche, München 1931

Steinhaus, Reform
Steinhaus, Hubert: Die Reform des niederen Schulwesens im Fürstbistum Münster 1782 - 1801, IN: Hanschmidt, Schulvisitationsprotokolle, S. 175-185

Steinhoff, Lehrerbildung 2, 3
Geschichte der oldenburgischen Lehrerbildung, hg. von Karl Steinhoff und Wolfgang Schulenberg, Oldenburg 1985 (Bd. 2), 1991 (Bd. 3)

Steinle, Konservatismus
Konservatismus jenseits der Parteien. Politischer Zeitgeist in der Weimarer Republik, hg. von Jürgen Steinle, Köln 1994

Steyer, Parteien
Steyer, Armin: Die Entwicklung der liberalen Parteien in Oldenburg. Eine regionalhistorische Untersuchung auf der Grundlage der Reichstagswahlen von 1893 bis 1912, IN: Günther, Parteien, S. 21-63

Stoltenberg, Landvolk
Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918 - 1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962

Strickmann, Bethen
Strickmann, Heinz/Deux, Klaus: Geschichte und große Ereignisse des Wallfahrtsortes Bethen, Cloppenburg 1982 (= Heimatkundliche Beiträge, Heft 2)

Strickmann, Eberborg
Strickmann, Heinz/Deux, Klaus: Der Bauernaufstand um den Eberborg - Sevelten vor 50 Jahren, IN: JOM 1979, S. 123-126

Strickmann, Karktaorn
Strickmann, Heinz/Hochgartz, Hans: Rund um den hoogen Karktaorn. Geschichten, Skizzen, Bilder und Dokumente aus Cloppenburg, Bd. I, Cloppenburg 1984

Stürmer, Reich
Stürmer, Michael: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866 - 1918, o. J.

Südbeck, Freistaat
Südbeck, Elsbeth: Vom Großherzogtum zum Freistaat: Cloppenburg und das Oldenburger Münsterland von 1900 bis 1933, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 8-27

Südbeck, Molkerei
Südbeck, Hans: Molkerei Cloppenburg e. G., Cloppenburg 1997

Südbeck, Rinderzucht
Südbeck, Hans: Die Rinderzucht im Wandel der Zeit, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 110-116

Südbeck, Südoldenburg
Südbeck, Hans: Schwarz- und Rotbunte aus Südoldenburg. Ein historischer Rückblick, hg. von der "Weser-Ems-Union - Zucht, Biotechnik, Absatz - Cloppenburg", Cloppenburg 1995

Teping, Kampf
Teping, Franz: Der Kampf um die konfessionelle Schule in Oldenburg während der Herrschaft der NS-Regierung, Münster 1949

Teuber, Juden
Teuber, Werner: "Wohin sollten wir denn gehen?" Juden im Oldenburger Münsterland, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 112-124

Thadden, Verfassungskonflikt
Thadden, Rudolf von: Die Göttinger Sieben, ihre Universität und der Verfassungskonflikt von 1837, Hannover 1987

Themann, Themann
Theodor Themann. Ein vergessener Pionier der Landwirtschaft, hg. von Josef Themann, Vechta 1989

Timphus, Seefahrtsschule
Timphus, Rudolf: Die erste Seefahrtsschule des Oldenburger Landes wurde in Mühlen errichtet, IN: JOM 1997, S. 26-38

Twellmann, Frauenbewegung
Twellmann, Margrit: Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843 - 1889, Meisenheim 1972

Tymister, Berufsvereine
Tymister, Josef: Die Entstehung der Berufsvereine der katholischen Lehrerschaft in Deutschland. Beiträge zur Schul- und Standespolitik katholischer Lehrerschaft im 19. Jahrhundert, Bochum o. J.

Tzimurtas, Revolution
Tzimurtas, Giorgio: Die Revolution von 1848 und das Oldenburger Münsterland, IN: JOM 1999, S. 169-174

Unger, Reformation
Unger, Tim: Das Niederstift Münster im Zeitalter der Reformation. Der Reformationsversuch von 1543 und seine Folgen bis 1620, Vechta 1997 (= Quellen und Beiträge zur Kirchengeschichte des Oldenburger Landes, Bd. 2)

Uphoff, Wilhelmshaven
Uphoff, Rolf: "Hier laßt uns einen Hafen bau'n!" Entstehungsgeschichte der Stadt Wilhelmshaven. 1848 - 1890, Oldenburg 1995

Vechta, 19. Jahrhundert
Der Kreis Vechta im 19. Jahrhundert. Heimatkundliche Lese- und Arbeitsbogen, Heft 6, Vechta 1961

Vechta, Beiträge 1 bis 4
Beiträge zur Geschichte der Stadt Vechta, hg. von der Stadt Vechta, redigiert

von Wilhelm Hanisch, Franz Hellbernd und Joachim Kuropka, Bde 1-4, Vechta 1978 bis 1991 (Nachdruck Vechta 1992)

Vidal, Ungleichzeitigkeit
Vidal, Francesca: Ungleichzeitigkeit - ein Begriff der Ideologiekritik. Zur Verwendung der Kategorie 'Ungleichzeitigkeit' in den Arbeiten von Wolfram Burisch, IN: Die Gegenwart des Ungleichzeitigen, hg. von Francesca Vidal, Mössingen-Talheim 1996 (= Bloch-Jahrbuch 1995/96), S. 9-21

Volk, Kundgebung
Volk, Ludwig: Zur Kundgebung des deutschen Episkopats vom 28. März 1933, IN: Stimmen der Zeit 6/1963-64 (173. Bd.), S. 431-456

Volksbank Bösel, 100 Jahre
100 Jahre Volksbank Bösel eG 1898 - 1998, hg. von der Volksbank Bösel eG, Barßel 1998

Völlering, Erinnerungen
Völlering, Georg: Ich war auch Meßdiener und andere Erinnerungen eines emsländischen Bauernjungen, Warschau 2001

Vondung, Nationalsozialismus
Vondung, Klaus: Der literarische Nationalsozialismus. Ideologie, politische und sozialhistorische Wirkungszusammenhänge, IN: Bracher, Diktatur, S. 245-269

Walter, Milieus
Walter, Franz: Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft. Zwischen Persistenz und Erosion, IN: GWU, Jg. 46/1995, S. 479-493

Weber, Lebensbild
P. Walbert Weber O. P.: P. Titus M. Horten O. P. 1882 - 1936. Ein Lebensbild, Vechta 1986 (2. Aufl.)

Weber, Phalanx
Weber, Christoph: "Eine starke, geschlossene Phalanx". Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871, Essen 1992

Weber, Ultramontanismus
Weber, Christoph: Ultramontanismus als katholischer Fundamentalismus, IN: Loth, Katholizismus, S. 20-45

Wegmann, Festschrift
Wegmann, Hermann: 150 Jahre Oldenburgische Volkszeitung. Festschrift zu ihrem Jubiläum 1834 - 1984, Vechta 1984

Wegmann, Thole
Wegmann, Hermann: Hermann Thole, IN: Vechta, Beiträge 4, S. 237-239

Wegmann-Fetsch, Revolution
Wegmann-Fetsch, Monika: Die Revolution von 1848 im Großherzogtum Oldenburg, Oldenburg 1974

Wehage, Kirche
Wehage, Joseph: Die rechtliche Stellung der katholischen Kirche im Landesteil Oldenburg unter besonderer Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung, Vechta 1928

Wehler, Gesellschaftsgeschichte 2
Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 2. Bd. (1815 - 1848/49), München 1987

Wehler, Kaiserreich
Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871 - 1918, Göttingen 1973 (= Deutsche Geschichte, Bd. 9)

Weichlein, Sozialmilieus
Weichlein, Siegfried: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik. Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 115)

Weinacht, Stegerwald
Weinacht, Paul-Ludwig: Adam Stegerwald. Patriot, Gewerkschaftsführer, Parteigründer - im Spiegel unserer Zeit, IN; Adam Stegerwald. Leben - Werk - Erbe, hg. von Hans Neugebauer, Adam-Stegerwald-Kreis Würzburg e. V., Würzburg 1995, S. 11-28

Weinrich, Linguistik
Weinrich, Harald: Linguistik der Lüge. Kann Sprache die Gedanken verbergen? Heidelberg 1966

Weisbrod, Gewalt
Weisbrod, Bernd: Gewalt in der Politik. Zur politischen Kultur in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, IN: GWU, Jg. 43/1992, S. 391-404

Welty, Sozialenzyklika
Welty, Eberhard: Die Sozialenzyklika Papst Johannes' XXIII. - Mater et magistra. Über die jüngsten Entwicklungen des gesellschaftlichen Lebens und seine Gestaltung im Licht der christlichen Lehre, Freiburg 1961

Westerhoff, Neubeginn
Westerhoff, Arnold: Der politische Neubeginn in der Stadt Cloppenburg nach der Kapitulation im Jahre 1945, IN: Cloppenburg, Beiträge 2, S. 54-67

Wiese, Kino-Notizen
Wiese, Hans-Jürgen: Kino-Notizen aus der Provinz, IN: Baumann,Willi/Schröder, Reinald/Wiese, Hans-Jürgen: Kino ist das Größte - Augen auf und rein! Filmgeschichte(n) und regionale Lichtspieltheater - Die Kreise Vechta und Diepholz, Berlin/Diepholz 1999, S. 59-146

Willenborg, Schwichteler
Willenborg, Clemens: Chronik für den Bereich der Kirchengemeinde Schwichteler mit den Ortschaften Schwichteler, Nordenbrock, Mintewede, Osterhausen, Darrenkamp, Schwede und einem Teil von Tenstedt,hg. von der Kath. Kirchengemeinde Schwichteler, Cloppenburg 1998 (2. Auflage)

Willenborg, Amboss
Willenborg, Paul: "Wir sind Amboss - nicht Hammer." Zur 110. Wiederkehr des Geburtstages von Clemens August Kardinal von Galen, IN: Clemens-August-Gymnasium Cloppenburg 1914 - 1989, Cloppenburg 1989, S. 15-34

Willenborg, Christoph Bernhard
Willenborg, Paul: Christoph Bernhard von Galen und Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiträge 1, S. 198-212

Willenborg, Galen
Willenborg, Paul: Clemens August Kardinal von Galen, Zeitzeugnis und Vermächtnis, Cloppenburg 1992 (= "Blaue Reihe", Heft 1, hg. vom Heimatbund für das Oldenburger Münsterland)

Willenborg, Kulturleben
Willenborg, Paul: Kulturleben und Vereinswesen in Cloppenburg, IN: Cloppenburg, Beiräge 2, S. 189-215

Willenborg, Normalschule
Willenborg, Rudolf: Die Normalschule (1830 - 1861). Versuch einer eigenständigen Lehrerbildung in Vechta, IN: Kuropka, Normalschule, S. 55-113

Willenborg, Schule
Willenborg, Rudolf: Die Schule muß bedingungslos nationalsozialistisch sein. Erziehung und Unterricht im Dritten Reich, Vechta 1986 (= Dokumente und Materialien zur Geschichte und Kultur des Oldenburger Münsterlandes, Bd. 2)

Willenborg, Schulpolitik
Willenborg, Rudolf: Zur nationalsozialistischen Schulpolitik in Oldenburg 1932 - 1945, IN: Kuropka, Kreuz, S. 56-81

Willenborg, Schulstreik
Willenborg, Rudolf: Zur Entkonfessionalisierung des Schulwesens in Oldenburg. Der Schulstreik in Goldenstedt 1938 und der Versuch einer Ausschaltung der Kirchenleitung in Vechta, IN: Heimatbund, Nationalsozialismus, S. 100-111

Willenborg, Sommer
Willenborg, Rudolf: Pfarrer Franz Sommer - Porträt eines entschiedenen Gegners des Nationalsozialismus, IN: JOM 1998, S. 110-122

Willenborg, Entkonfessionalisierung
Willenborg, Rudolf: "Wir wollen Christen sein und keine Neuheiden". Die Entkonfessionalisierung der Schulen in Goldenstedt, die Ausweisung des Offizials Vorwerk und der Versuch einer Zerschlagung der Kirchenleitung in Vechta, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 34-70

Willoh, Ämter
Willoh, Karl: Die münsterschen Aemter Vechta und Cloppenburg hundert Jahre oldenburgisch, IN: Jahrbuch für die Geschichte des Herzogtums Oldenburg 12/1903, S. 6-19

Windhorst, Agrarwirtschaft
Windhorst, Hans-Wilhelm: Spezialisierte Agrarwirtschaft in Südoldenburg. Eine agrargeographische Untersuchung, Leer 1975

Windhorst, Phasen 1 u. 2
Windhorst, Hans-Wilhelm: Phasen der agrarwirtschaftlichen Entwicklung im Oldenburger Münsterland Teil I, IN: JOM 1975, S. 127-141; Teil II, IN: JOM 1976, S. 111-130

Windthorst, Gedenkausstellung
Ludwig Windthorst 1812 - 1891. Christlicher Parlamentarier und Gegenspieler Bismarcks. Begleitbuch zur Gedenkausstellung aus Anlaß seines 100.

Todestages, hg. vom Landkreis Emsland und der Ludwig-Windthorst-Stiftung, Meppen 1991

Winkler, Liberalismus
Winkler, Heinrich August: Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979

Winkler, Mittelstand
Winkler, Heinrich August: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972

Winkler, Mittelstandsbewegung
Winkler, Heinrich August: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, IN: Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, hg. von Wolfgang Schieder, Hamburg 1976

Winkler, Nationalismus
Winkler, Heinrich August: Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1945, IN: Aus Politik und Zeitgeschichte 40/1991, S. 12-24

Wippermann, Faschismus
Wippermann, Wolfgang: Europäischer Faschismus im Vergleich (1922 - 1982), Frankfurt 1983

Wirtz, Gesellenvereine
Wirtz, Heiner Johannes: Katholische Gesellenvereine und Kolpingsfamilien im Bistum Münster 1852 - 1960, Münster 1999

Wissmann, Personalpolitik
Wissmann, Friedrich: Personalpolitik als Faktor der republikanischen Erneuerung. Theodor Tantzens Mut zur Demokratie in den Jahren 1919 bis 1923, IN: OJ, Bd. 95 (1995), S. 113-128

Zimmers, Rhetorika
Zimmers, Wolfgang: Zwischen Anpassung und Widerstand - Eine Dokumentation zur Geschichte der Rhetorika 1933 - 1938 nach den Akten im Archiv des Gymnasiums Antonianum, IN: Festschrift zur 275-Jahrfeier des Gymnasium Antonianum Vechta, Vechta 1989, S. 121-128

Zumholz, Devisenprozeß
Zumholz, Maria Anna: "Verbrecher oder Märtyrer?" Der Devisenprozeß gegen die Dominikanerpatres Laurentius Siemer, Titus Horten und Thomas Stuhlweißenburg in Oldenburg, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 275-312

Zumholz, Garrel
Zumholz, Maria Anna: Garrel - Eine Gemeinde ohne Kreuzkampf, IN: Kuropka, Kreuz, S. 184-191

Zumholz, Langemeyer
Zumholz, Maria Anna: Anton Langemeyer, IN: Kuropka, Kreuz, S. 320-323

Zumholz, Molbergen
Zumholz, Maria Anna: "Nein, Herr Minister, das machen wir nicht mit, das lassen wir uns nicht gefallen!" Kreuzkampf in Molbergen. Vorgeschichte und Folgen, IN: Kuropka, Kreuz, S. 113-128

Zumholz, Protest
Zumholz, Maria Anna: "Mit den Waffen des Gebetes gegen die zerstörerischen Mächte der Gottlosigkeit". Glaubensdemonstration, Protest und Volksfrömmigkeit - Wallfahrten und Prozessionen nach Bethen unter den Bedingungen nationalsozialistischer Herrschaft, IN: Baumann, Christenkreuz, S. 203-239

Zumholz, Siemer
Zumholz, Maria Anna: Laurentius Siemer O. P., IN: JOM 1996, S. 53-70

Zumholz, Wallfahrt
Zumholz, Maria Anna: Wallfahrt und Massendemonstration. Zur Geschichte der Wallfahrt nach Bethen unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit, IN: JOM 1995, S. 145-166

Zürlik, Dekanate
Zürlik, Josef: Die katholischen Dekanate im Herzogtum (Landesteil) Oldenburg und ihr Verhältnis zum Staat, IN: OJ, Bd. 89 (1989), S. 55-74

Zürlik, Geschichte
Zürlik, Josef: Zur Geschichte des katholischen Ordens- und Privatschulwesens im Herzogtum Oldenburg unter der konstitutionellen Monarchie, IN: JOM 1988, S.109-110

Zürlik, Kirchen 1 u. 2
Zürlik, Josef: Staat und Kirchen im Lande Oldenburg von 1848 bis zur Gegenwart, Teil I, IN: OJ, Bd. 82 (1982), S. 33-98; Teil II, IN: OJ, Bd. 83 (1983), S. 107-166

Zürlik, Koordination
Zürlik, Josef: Zur Entstehung der Lehre von der Koordination zwischen Staat und Kirche, IN: OJ, Bd. 86 (1986), S. 67-83

Zürlik, Kulturkampfgesetze
Zürlik, Josef: Oldenburg und die Kulturkampfgesetze des Reiches, IN: OJ, Bd. 84 (1984), S. 143-176

Zürlik, Niedersachsen
Zürlik, Josef: Vom Lande Niedersachsen zum Regierungsbezirk Weser-Ems, IN: Chronik des CDU-Landesverbandes Oldenburg, hg. vom CDU-Landesverband Oldenburg, Oldenburg 1986, S. 260-276

Zürlik, Weser-Ems
Zürlik, Josef: Vom Lande Oldenburg zum Regierungsbezirk Weser-Ems, IN: OJ, Bd. 80 (1980), S. 151-184

Verzeichnis der Abkürzungen

ADV	Arbeitsausschuß Deutscher Verbände
AKD	Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher
AKKZG	Arbeitskreis für Kirchliche Zeitgeschichte (Münster)
Anm.	Anmerkung
APA	Außenpolitisches Amt
Art.	Artikel
ASR	Arbeiter- und Soldatenrat
AuS	Arbeiter- und Soldatenrat
Bd.	Band
BDF	Bund Deutscher Frauen
BdL	Bund der Landwirte
BDM	Bund Deutscher Mädel
BVP	Bayerische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union
CSV	Cloppenburger Schwimmverein
CV	Cartell-Verband
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband
DSB	Deutscher Sängerbund
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DEG	Deutsche Erziehergemeinschaft
DJK	Deutsche Jugendkraft
DLB	Deutscher Landbund

DLV	Deutscher Landarbeiter-Verband
DLV	Deutscher Lehrerverein
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSB	Deutscher Sängerbund
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Dz	Doppelzentner
DZP	Deutsche Zentrumspartei
FrVP	Freisinnige Volkspartei
FVP	Fortschrittliche Volkspartei
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GG	Geschichte und Gesellschaft (Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft)
GkdE	Gemeinschaft katholischer deutscher Erzieher
GOE	Großherzoglich Oldenburgische Eisenbahn
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
h.	heilig
ha	Hektar
HBL	Heimatblätter (Beilage der Oldenburgischen Volkszeitung, Vechta)
hh.	hochheilig
HJ	Hitler-Jugend
HKL	Heimatkalender
Hl.	Heilig
HWK	Handwerkskammer
IHK	Industrie- und Handelskammer
JOM	Jahrbuch für das Oldenburger Münsterland

KAB	Katholische Arbeiterbewegung
KDF	Katholischer Deutscher Frauenbund
KdF	Kraft durch Freude
KGV	Katholischer Gesellenverband
KJB	Katholischer Junglehrerbund
KJMV	Katholischer Jungmännerverband
KLVdDR	Katholischer Lehrerverband des Deutschen Reiches
KOLV	Katholischer Oldenburgischer Lehrerverein
KOSK	Katholisches Oberschulkollegium
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LBA	Lehrerbildungsanstalt
Lfg.	Lieferung
LKW	Lastkraftwagen
Lt.	Landtag
LTW	Landtagswahl
LV	Landvolkzeitung (Das Landvolk)
LWK	Landwirtschaftskammer
MdL	Mitglied des Landtags
MdR	Mitglied des Reichstages
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
MT	Münsterländische Tageszeitung (Cloppenburg)
Mt	Matthäus-Evangelium (Neues Testament)
MZ	Münstersche Zeitung
NLP	Nationalliberale Partei
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation

NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NS-HAGO	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSKOV	Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung
NSLB	Nationalsozialistischer Lehrerbund
NSKG	Nationalsozialistische Kulturgemeinde
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NWZ	Nordwest-Zeitung
OAV	Offizialatsarchiv Vechta
OFM	Ordo Fratrum Minorum(Franziskaner)
OG	Ortsgruppe
OGL	Ortsgruppenleiter
OHL	Oberste Heeresleitung
OJ	Oldenburger Jahrbuch
Oldb.	Oldenburg
OLLV	Oldenburgischer Landeslehrerverein
OSB	Oldenburger Sängerbund
OP	Ordo fratrorum praedicatorum (Dominikaner-, Predigerorden)
OV	Oldenburgische Volkszeitung (Vechta)
Pg.	Parteigenosse
PKW	Personenkraftwagen
PO	Politische Organisation
RDB	Reichsbund der Deutschen Beamten
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RLB	Reichslandbund

RM	Reichsmark
RNS	Reichsnährstand
Röm.	Briefe an die Römer von Paulus (Neues Testament)
RTW	Reichstagswahl
SA	Sturmabteilung
SCJ	Herz-Jesu-Priester (= Sacerdotes a Corde Jesu)
SJ	Societas Jesu (Jesuitenorden, Gesellschaft Jesu)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
St.	Sanctus (heilig)
StGG	Staatsgrundgesetz
Tab.	Tabelle
TVC	Turnverein Cloppenburg
ULF	Unsere Liebe Frau (Schwestern-Kongregation)
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDA	Volksbund für das Deutschtum im Ausland
VkdL	Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
VDV	Vechtaer Druckerei und Verlag
Vers.	Versammlung
VfZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VjL	Vereinigung jüngerer Lehrer
VkdL	Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
VLV	Verfassunggebende Landesversammlung
VuL	Volkstum und Landschaft
WP	Wirtschaftspartei
WRV	Weimarer Reichsverfassung

Der Autor

Hubert Gelhaus

Oberstudienrat für die Fächer Deutsch und Geschichte in Cloppenburg. Geboren am 21. Januar 1950 in Friesoythe (Landkreis Cloppenburg). Abitur 1969 am Clemens-August-Gymnasium in Cloppenburg. Studium der Fächer Deutsch und Geschichte an der Universität Freiburg i. Br. Nach der Wissenschaftlichen Prüfung 1974 Besuch des Studienseminars in Oldenburg, Pädagogische Prüfung 1977. Seit 1978 Unterrichtstätigkeit am Clemens-August-Gymnasium in Cloppenburg. 1988 Herausgabe einer regionalgeschichtlichen Dokumentation („1933 - 365 ganz normale Tage. Beobachtungen zum nationalsozialistischen Alltag in Cloppenburg und Umgebung“).

Die vorliegende Veröffentlichung wurde vom Fachbereich „Sozialwissenschaften“ der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg als Dissertation angenommen.

Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus Saul
Zweitgutachter: Prof. Dr. Bernd Mütter
Tag der Disputation: 11. Juli 2000